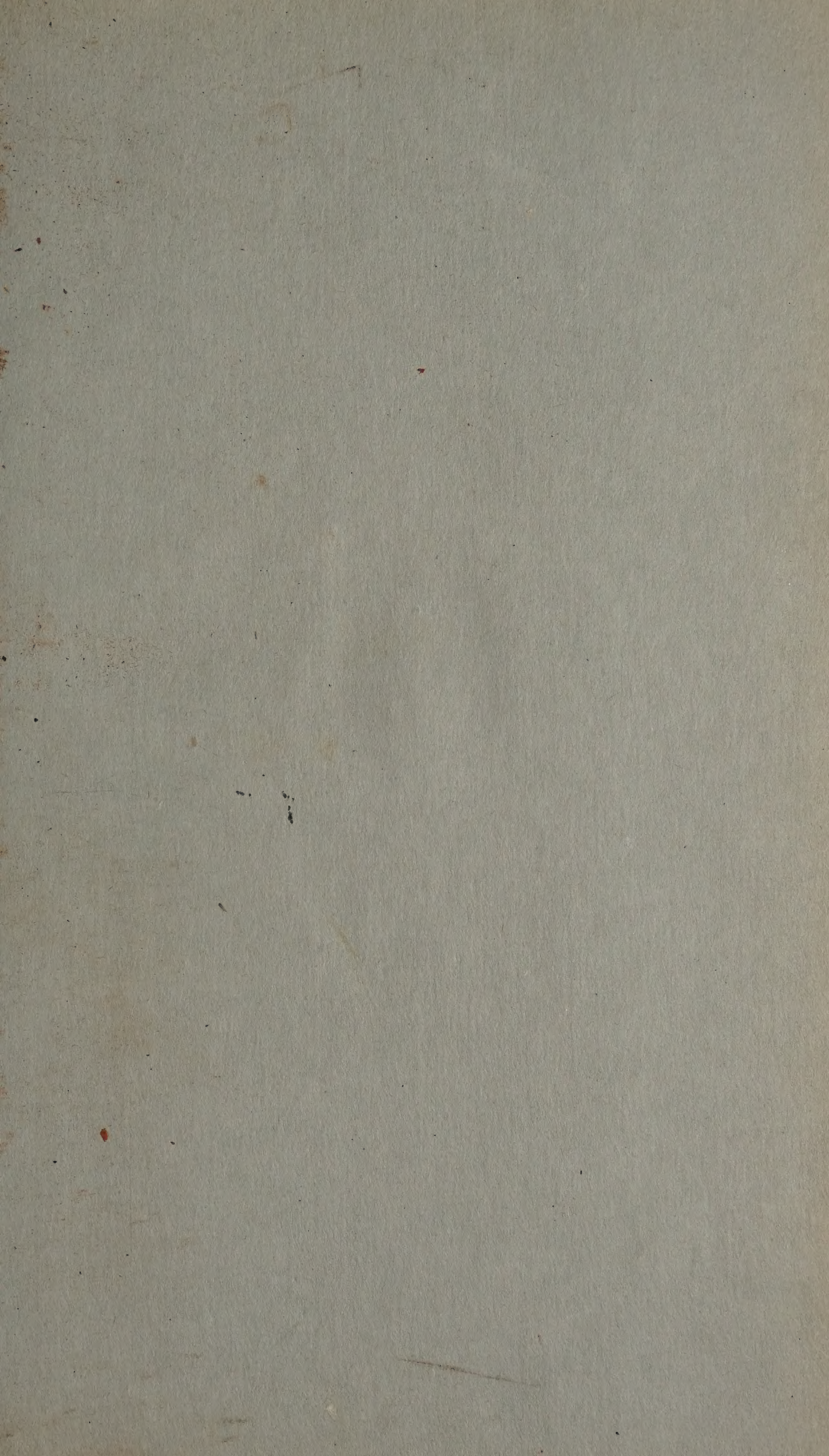
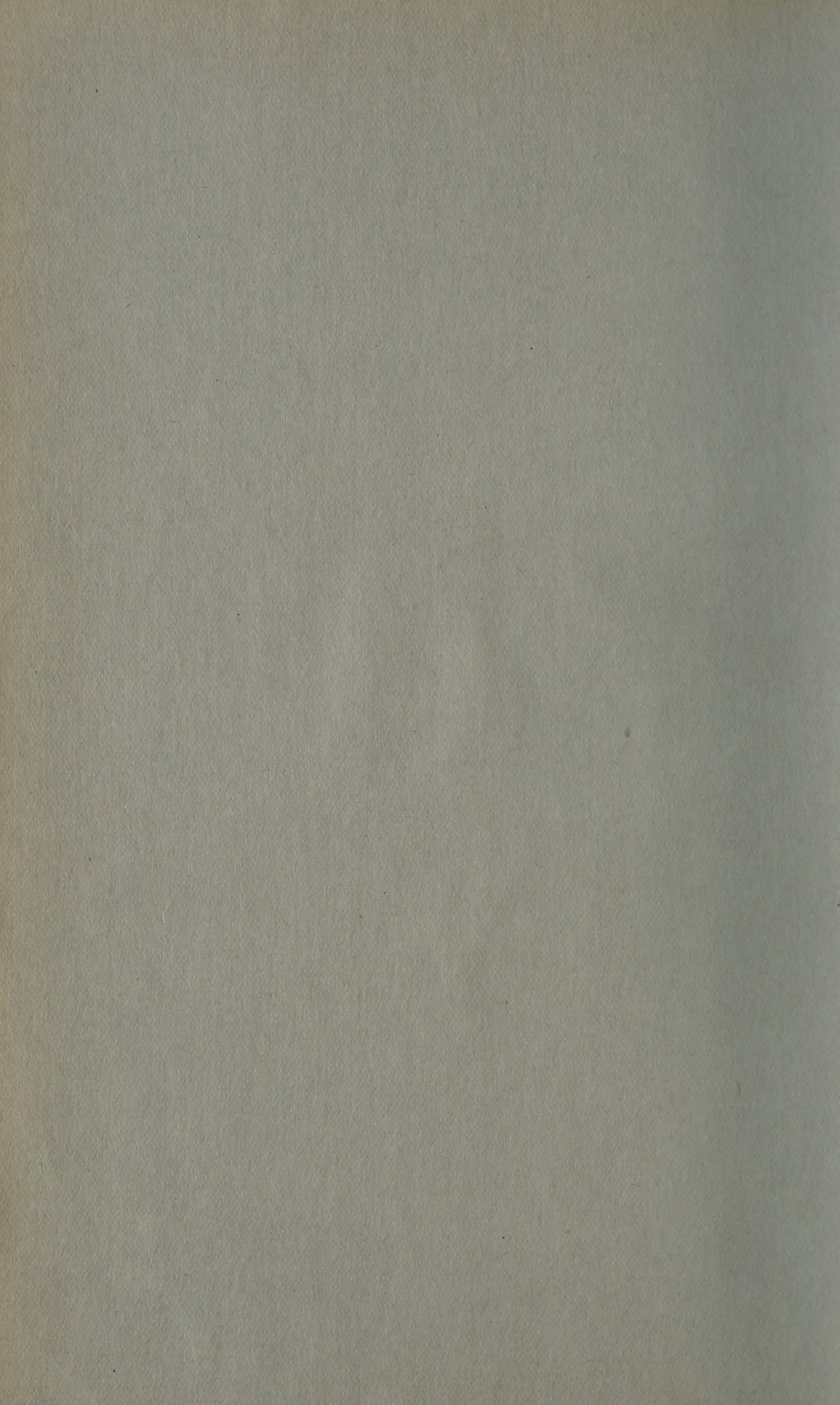
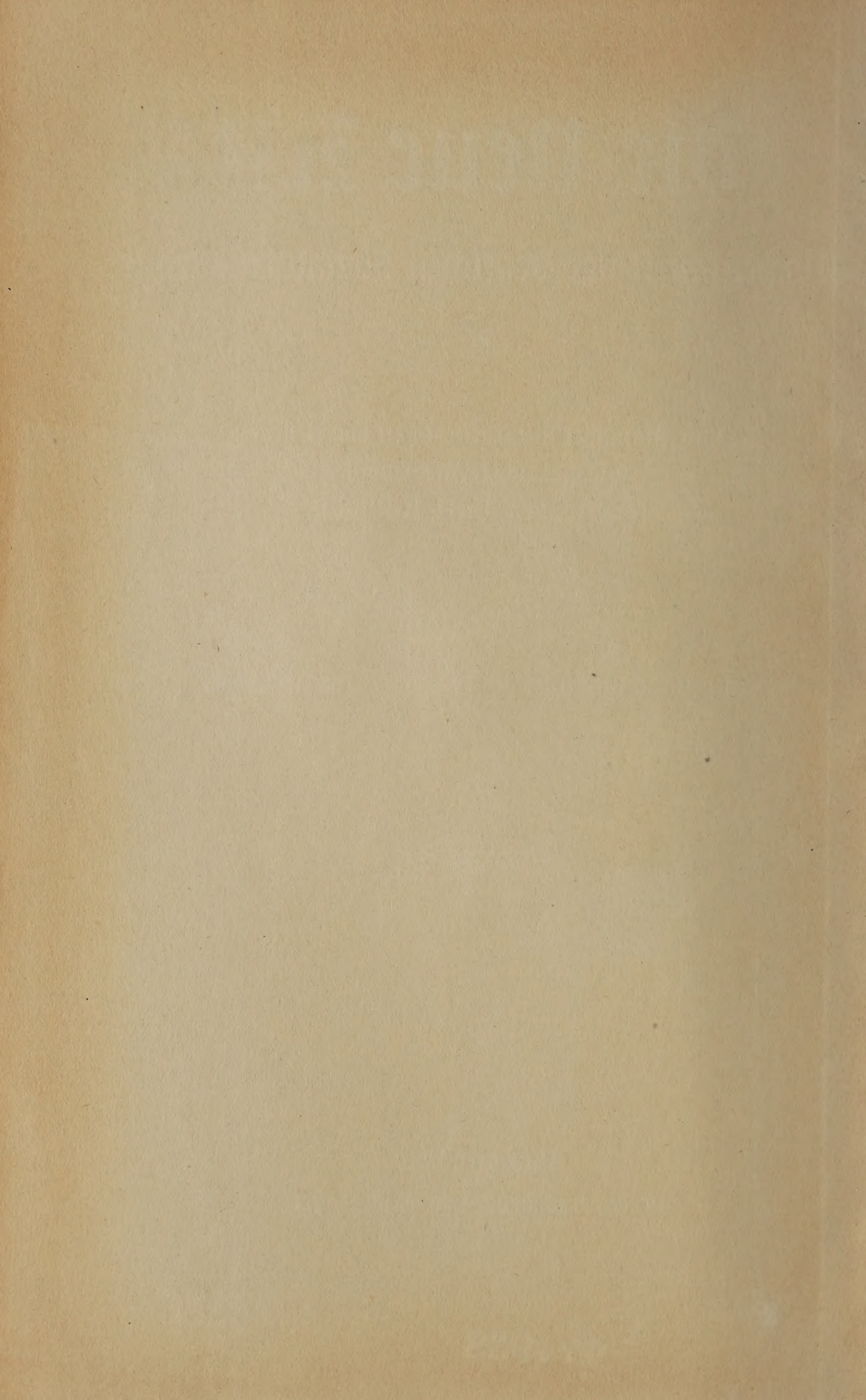








Die Neue Zeit

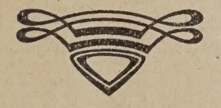
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie



Unter ständiger Mitarbeiterschaft von A. Bebel,
Paul Lafargue, Fr. Mehring u. A.
redigiert von Karl Kautsky



Achtundzwanzigster Jahrgang * Zweiter Band



Stuttgart 1910
Verlag und Druck von Paul Singer

Inhalts-Verzeichnis.

(A. bedeutet Artikel, F. Feuilleton, N. Notiz, R. Rezension, die Zahlen geben die Seiten an.)

I. Zeitgeschichte und soziale Zustände.

(Siehe auch II. und VI.)

1. Australien.

2. Belgien.

3. China.

4. Dänemark.

5. Deutschland.

6. Finnland.

7. Frankreich.

8. Griechenland.

9. Großbritannien.

10. Holland.

11. Italien.

12. Japan.

13. Oesterreich-Ungarn.

14. Persien.

15. Rußland.

16. Schweiz.

17. Spanien.

18. Türkei.

19. Vereinigte Staaten.

II. Sozialpolitisches.

1. Agrarisches.

2. Alkoholfrage.

3. Arbeiterverhältnisse.

4. Arbeiterversicherung.

5. Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsnachweis.

6. Arbeitszeit.

7. Bildungswesen.

8. Einwanderungsfrage.

III. Sozialismus, Sozialphilosophie und politische Oekonomie.

(Siehe auch I. und VI.)

IV. Kunst und Literatur.

V. Naturwissenschaft, Hygiene und Technik.

VI. Geschichte, Urgeschichte und Ethnologie.

VII. Zeitschriftenschau.

Feuilletonbeilage.

Ergänzungshefte.

Heft 8.

Autoren-Verzeichnis.

(Die Zahlen geben die Seiten an.)



2. Band Nr. 27 Ausgegeben am 1. April 1910 28. Jahrgang

Schulfragen.

Berlin, 24. März 1910.

Über dem großen Kampfe um das preußische Wahlrecht sind in den letzten Wochen die Vorgänge, die sich in der Freien Stadt Bremen im Kampfe um die Schule abspielen, vielleicht nicht genügend beachtet worden. Und doch verdienen sie in hohem Grade die öffentliche Aufmerksamkeit.

Es handelt sich um die Maßregelung des Lehrers Holzmeier, dem selbst das Disziplinargericht, das ihn zur Dienstentlassung verurteilt hat, nicht einen hohen Grad idealer Gesinnung absprechen konnte. Es fand nur diese ideale Gesinnung sehr am unrechten Platze, weil sie sich mit dem gedankenlosen Handwerksbetrieb von Patriotismus und Religion in der Volksschule nicht vertragen konnte. In der berechtigten Empörung über die schmähliche Mißhandlung Holzmeiers hat dann eine Anzahl seiner Kollegen ein Glückwunschtelegramm zum siebzigsten Geburtstag des Genossen Bebel abgesandt, als eines Vorkämpfers derjenigen Partei, die allein noch ehrlich und wirksam die Interessen der Schule vertrete. Gegen diese Lehrer hat nun die Schulbehörde in Bremen eine Hetzjagd eröffnet, der schon einige Opfer gefallen sind und vielleicht noch mehr Opfer fallen werden, wobei sie leider unterstützt worden ist durch die Masse der Bremer Lehrer, die sich nicht schämen, ihre sozialdemokratischen Kollegen in den Bann zu tun.

Was diesen Vorgängen ihre besondere Note gibt, ist die Tatsache, daß die Verfolger durchaus keiner finsteren Reaktion huldigen, sondern waschechte Liberale sind. Wir sind ganz einverstanden damit, daß der Zwischenfall deshalb doppelt empören muß, insofern als sich zur unwürdigen Gewalt noch unwürdige Heuchelei gesellt, aber was wir nicht recht verstehen und jedenfalls nicht zu teilen vermögen, das ist die Überraschung, die diese neueste Offenbarung des gesinnungstüchtigen Liberalismus hier oder da hervorzurufen scheint. Es ist doch längst kein Geheimnis mehr, daß alle liberalen Schulreformen nicht darauf hinauslaufen, die Volksmassen geistig zu emanzipieren

und tüchtiger für ihren Befreiungskampf auszurüsten — das ist den Liberalen ebenso ein Greuel wie den Reaktionären, der Bourgeoisie ebenso wie dem Junkertum —, sondern die Schule aus einem Werkzeug der feudalistischen zu einem Werkzeug der kapitalistischen Ausbeutung zu machen. An diesem Zustand der Dinge ändert nicht das geringste, daß die Bourgeoisie dabei mit einem Brimborium von Gedankenfreiheit operiert, wie das Junkertum mit einem Brimborium von Gottesfurcht; sobald die Volksmassen zu erkennen geben, daß ihnen weder dies Brimborium imponiert noch jenes, so retiriert die Gedankenfreiheit mit der lärmenden Trompete schleunigst hinter die Gottesfurcht mit dem derben Polizeiknüppel.

Dieselbe Erfahrung haben wir nun doch schon seit Jahrzehnten unzählige Male gemacht; immerhin wollen wir aus diesen unzähligen Zeugnissen wenigstens eins anführen. Im Jahre 1861, also als es noch keine selbständige Bewegung der Arbeiterklasse gab, veröffentlichte der junge Treitschke einen Aufsatz über die Freiheit, worin er beklagt, daß noch nicht einmal auf den deutschen Hochschulen die Freiheit der Gedanken gesichert sei. Er schreibt denen gegenüber, die anderer Meinung seien: „Mich gemahnt sie an ein böses Wort, das ein geistvoller deutscher Gelehrter einst zu mir sprach — und er meinte etwas sehr Freisinniges zu sagen: ‚Ich achte und dulde jede Meinung, nur nicht die verderbliche Lehre eines Moleschott.‘ Nun, solange wir noch nicht gelernt haben, alle die Phrasen von ‚gottloser Meinung‘ aus unserem Wörterbuch zu streichen und auf jenes unselige: ‚Nur diese Meinung nicht‘ gänzlich zu verzichten, lebt in uns, wenn auch in milderer Form, der fanatische Geist jener alten Eiferer, welche fremde Meinungen nur deshalb erwähnten, um zu beweisen, daß ihre Urheber sich gerechte Ansprüche auf den Höllenpfuhl erworben hätten.... Hat aber einmal die schleichende Macht der sozialen Unduldsamkeit Boden gewonnen, so erweitert sich unter der Hand der Kreis der Dinge, worüber nicht mehr geredet wird.... Vor dem einen aber kann und soll die reifende Gesittung die Menschheit bewahren, vor der Schmach, daß als Gotteslästerer und unsittliche Menschen geschmäht werden, die von der Lust des Denkens nicht lassen wollen.“ Man sieht, diese schönen Sätze könnte sich der Senat der Freien Stadt Bremen hinter den Spiegel schreiben, wenn er den Bremer Lehrern sagt: Ich achte und dulde jede Meinung, nur nicht ein Glückwunschtelegramm zu Bebels siebzigstem Geburtstag.

Aber der Senat der Freien Stadt Bremen wird uns erwidern: Ja, im Jahre 1861 war Treitschke auch noch nicht Herold und Prophet der neudeutschen Reichsherrlichkeit. Freilich nicht, und als er in diesem Glanze erstrahlte, klang's gewiß aus einer anderen Tonart. Im fünften Bande seiner Deutschen Geschichte, der 1894 erschien, besprach er die Schulreformen Diesterwegs, die doch noch lange nicht an den Grundlagen von Gesellschaft und Staat rüttelten, und donnerte nun: „In vielen Dörfern Schlesiens, Sachsens, Ostpreußens sammelte der radikale Schulmeister die unzufriedenen kleinen Leute um sich und begann in aller Stille eine Wühlerarbeit, deren Früchte das Revolutionsjahr an den Tag brachte. Trotz der großen Fortschritte der pädagogischen Methode blieb es zweifelhaft, ob nicht die schulmeisternden Invaliden

der friderizianischen Zeit, alles in allem, mehr Segen gestiftet hatten als ihre kenntnisreicheren Nachfolger. Sie hatten geholfen, ein dürftig unterrichtetes, aber frommes, pflichtgetreues, zufriedenes Geschlecht zu erziehen; in der verbesserten Volksschule wirkten neben den aufbauenden auch zersetzende und zerstörende Kräfte.“ Da kommt der Bremer Senat allerdings zu seinem Rechte, und vielleicht rekrutiert er künftig seine Lehrer aus den Myrmidonen des Herrn v. Jagow, wenn sie zu schwach geworden sind, mit ihrer Plempe auf friedliche Spaziergänger einzuhauen.

Lassen wir indes den modischen Liberalismus, mit dessen trauriger Charakterlosigkeit überhaupt nicht ernsthaft zu diskutieren ist; je nach seinem augenblicklichen Profitinteresse nennt er heute schwarz, was er gestern weiß genannt hat. In ihrer tieferen Bedeutung ist die Frage der öffentlichen Erziehung, der Staatsschule, schon in den großen Tagen des bürgerlichen Humanismus erörtert worden, so namentlich in Wilhelm v. Humboldts geistreicher und scharfsinniger Abhandlung über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates. Diese Schrift wurde schon im Jahre 1792 verfaßt, doch fand sich kein Verleger für sie, und sie ist erst im Jahre 1851 aus Humboldts Nachlaß veröffentlicht worden. Sie beeinflußte nach ihrem Erscheinen sehr stark den englischen Philosophen John Stuart Mill, der ihre grundlegenden Gedanken nun schon weit mehr dem modernen Staate anpassen konnte und im Sinne Humboldts schrieb: „Eine allgemeine Staatserziehung ist nichts weiter als ein Verfahren, um alle Menschen genau nach demselben Muster zu bilden, und da das Muster, wonach der Staat sie formt, den Neigungen der im Staate vorherrschenden Gewalt entspricht, sei dies ein Alleinherrscher, eine Priesterschaft, eine Aristokratie oder die Mehrheit des lebenden Geschlechtes, so erwächst daraus, im Verhältnis wie der Zweck erreicht wird, eine Gewaltherrschaft über die Seele, die ganz von selbst zu einer Gewaltherrschaft über den Körper führt.“

Man wendet vielleicht ein, daß Wilhelm v. Humboldt ja doch die Berliner Universität gestiftet habe. Allein Humboldt wollte ganz etwas anderes stiften, als die Berliner Universität heute ist. Sein Programm war einfach genug: Man beruft tüchtige Männer, gewährt volle Lehr- und Lernfreiheit und läßt das Ganze sich allmählich ankandieren. Dies Programm ist längst vergessen und verlassen, was natürlich nicht hindern wird, daß am hundertsten Geburtstag der Berliner Universität in diesem Herbst ihr Stifter in allen Tönen akademischen Humbugs angeschwärmt werden wird. Sollte der Spektakel aber bis in den Olymp dringen — denn in den christlichen Himmel ist dieser Heide doch nicht gelangt —, so wird Humboldt sich verwundert die Augen reiben, wenn er in dem „geistigen Leibregiment der Hohenzollern“ mit seinen stramm exerzierten Unteroffizieren von Ordentlichen und Außerordentlichen seine Schöpfung wieder erkennen soll.

Doch dies nebenbei. Ist der Staat eine Organisation der beherrschenden und besitzenden Klassen, so wird immer auch die Staatsschule ein Werkzeug dieser Klassen sein, wobei es von dem jeweiligen Stande der Katzbalgereien, die unter ihnen selbst stattfindet, abhängen wird, ob sie mehr als absolutistisches oder feudalistisches oder kapitalistisches Herrschaftsmittel ausgenutzt werden kann.

Insoweit die kapitalistische Produktionsweise ein historischer Fortschritt über die feudalistische hinaus ist, insoweit mag man auch der liberalen Volksschule einen historischen Vorsprung vor der konservativen Volksschule einräumen. Sicherlich hat sie ihn in allen elementarischen Kenntnissen, aber die Bedeutung dieser Kenntnisse, die der kapitalistischen Produktionsweise freilich tauglichere Opfer der Ausbeutung liefern, hat mit der Erziehung des moralischen Menschen doch eigentlich wenig zu tun, und ob der verknöcherte Religionsunterricht der konservativen oder der verlogene Geschichtsunterricht der liberalen Volksschule ärgere Verwüstungen im Geiste des Kindes anrichtet, das ist eine wohl aufzuwerfende Frage.

John Stuart Mill und ein gesinnungsverwandter deutscher Denker, Friedrich Albert Lange, haben sich auch damit beschäftigt, und Lange hat speziell dem Bremischen Senat ins Stammbuch geschrieben, daß es für die geistige Freiheit in jeder Beziehung gefährlicher sein würde, ein Staatsschulwesen unter die energische Leitung eines konstitutionell-deistisch-rationalistischen Schulmannes zu stellen, als die Volksschule den Kirchengesellschaften völlig zurückzugeben, unter der Voraussetzung einer wirklichen Religions- und Lehrfreiheit. So daß zum Beispiel einer offen atheistischen Gesellschaft erlaubt sein müßte, ihre Lehren nicht nur ebenso frei, sondern unter demselben gesetzlichen Schutze zu predigen, wie den bestehenden Kirchengesellschaften.

Immerhin klingt diese Ansicht etwas paradox, und so mag gestattet sein, eingehender darauf zurückzukommen.

Was soll aus der Türkei in Europa werden?

Von **Karl Marx.**

Vorbemerkung des Herausgebers.

I.

Obgleich der Artikel von Marx, der hier zum ersten Male den deutschen Lesern unterbreitet wird, genügend für sich selbst spricht, erscheint es uns doch notwendig, einige erläuternde Worte vorauszusenden.

Schon im Jahre 1897, als nach den Armeniermetzeleien in Konstantinopel, den Kretaunruhen und dem Griechisch-Türkischen Kriege die Orientalische Frage wieder einmal auf die Tagesordnung gesetzt war, gab Eleanor Marx eine Sammlung von Artikeln ihres Vaters heraus, die vorzugsweise der Orientalischen Frage gewidmet waren.[1]

Leider sind diese Artikel bis heute den deutschen Lesern fast völlig unbekannt geblieben. Die Ansichten Marxens über die Orientalische Frage werden mit den Anschauungen identifiziert, die Liebknecht in seiner Broschüre „Zur Orientalischen Frage oder soll Europa kosakisch werden" und in seinen Artikeln im „Vorwärts" im Jahre 1897 darlegte. Wie unter den deutschen, so herrscht namentlich unter den russischen und südslawischen Genossen noch heute die Ansicht vor, Marx sei etwa in demselben Maße wie Urquhart ein Turkophile und zugleich mit ihm und Liebknecht ein Anhänger des Status quo auf der Balkanhalbinsel gewesen, er habe den unter dem Türkenjoch schmachtenden slawischen Völkern jegliches „Recht auf Selbstbestimmung" abgesprochen und über jene „alberne Sentimentalität" gespottet, die

[1] The Eastern Question. London, Swan Sonnenschein.

„in jedem Hammeldieb, der mit der Türkei in Konflikt gerät, eine unterdrückte Nationalität erblickt". Die Balkanpolitik Marxens wird auf diese Weise mit der Balkanpolitik der vulgären Demokratie, mit der Balkanpolitik eines Lothar Bucher vollkommen identifiziert.

Hören wir zum Beispiel, wie Marxens Balkanpolitik von Schippel definiert wird:[1]

„Hinter den Unabhängigkeitskämpfen der Balkanvölker lauert die Gefahr der russischen Hegemonie, darum sind die nationalen Erhebungen der Balkanstaaten zu bekämpfen, bis dereinst die revolutionäre europäische Freiheit, unbestimmt in welchem nationalen Gewand, am Bosporus thront."

Schippel ist genau so wie Herzen überzeugt, Marx schöpfe alle seine Beweise „aus der einen Quelle, aus den Urquhartschen Enthüllungen und Verdächtigungen, die heute fast nur noch den Eindruck krankhafter Wahnvorstellungen machen". Marx wird so in einen Papagei verwandelt, der alle Offenbarungen Urquharts kritiklos wiederholt und sich in dieser Beziehung von Lothar Bucher durch nichts unterscheidet.

„Die Marxschen Beweise gegen die traditionelle englische Verräterpolitik, gegen Palmerston und Aberdeen sind — Urquhart. Die Londoner Korrespondenten Lothar Buchers über Rußlands schmachvollen Einfluß auf die britische Diplomatie und Regierung sind — Urquhart."

Indessen genügt es, die chartistischen Zeitschriften der fünfziger Jahre durchzublättern, um zu sehen, daß Marx, wenn er schon in die Notwendigkeit versetzt worden wäre, Argumente gegen die äußere und innere Politik Palmerstons zu suchen, diese keinesfalls in den Werken eines „utopistischen Reaktionärs" wie Urquhart gesucht hätte, für den die Chartistenbewegung selbst bloß das Werk russischer Intrigen und die Chartistenführer russische Agenten waren. Die Argumente, die er brauchte, konnte Marx finden und fand sie in den glänzenden Artikeln und Reden Harneys und Jones', wie er in den Artikeln dieser beiden Antipoden des Chartismus die Anläufe zu einer selbständigen Definition der Balkanpolitik des Proletariats finden konnte. Der gemeinsame Standpunkt führte zu analogen Schlußfolgerungen. So kritisierte Ernest Jones auf die schärfste Weise die Theorie der Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel und sah den wichtigsten Faktor der Veränderung der politischen Beziehungen in dem jungen Griechenland. Und wenn Marx sich auch nicht vollständig mit ihm einverstanden erklärte, so bezog sich die Meinungsverschiedenheit keinesfalls auf die Frage der Erhaltung des Status quo. Der Haß gegenüber dem russischen Despotismus machte ihn ebensowenig wie Jones zum Anhänger der türkischen „Zivilisation" und verhüllte vor ihm nicht die Tatsache, daß gerade die Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel das wichtigste Hindernis für die Entwicklung der Balkanvölker, die Quelle des wachsenden Einflusses der russischen Despotie und infolgedessen die Ursache der Verstärkung der Position dieses Hauptfeindes der europäischen Revolution war.

Aber auch schon ein aufmerksameres Studium der Marxschen Artikel über die Orientalische Frage — wenn auch nur derjenigen, die von Eleanor Marx gesammelt und herausgegeben wurden — zeigt, wie unbegründet eine solche Identifizierung der Anschauungen von Marx und Urquhart ist. Leider haben sich in diese Ausgabe noch mehr Fehler und Ungenauigkeiten eingeschlichen wie in die Ausgabe der Marxschen Artikel über die Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland, die ich in Nr. 5 der Ergänzungshefte zur „Neuen Zeit" einer kritischen Untersuchung unterwarf.

Bei den Vorarbeiten zur deutschen Ausgabe der Marxschen Artikel kam ich zu dem Ergebnis, daß manche der von Eleanor Marx herausgegebenen weder von ihm noch von Engels geschrieben sein können, und daß andererseits die Sammlung dieser Artikel erhebliche Lücken aufweist. Ich betrachtete es darum als notwendig,

---

[1] Max Schippel, Balkanwirren und Demokratie einst und heute. „Sozialistische Monatshefte", 1908, 21. Heft.

diese Artikel mit den Originalen in der „New York Tribune“ zu vergleichen, die ich im Britischen Museum fand. Meine Vermutungen bestätigten sich vollkommen. Bekanntlich begann Marx seine Mitarbeit an der „New York Tribune“ im Jahre 1851 mit den Artikeln über die „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“. Im Jahre 1852 wird er ständiger — wenn auch nicht der einzige — Korrespondent dieser Zeitung aus London. Die erste dieser Korrespondenzen ist unter dem 21. August 1852 abgedruckt, auf welche eine Reihe anderer folgt, in denen Marx einmal, manchmal auch zweimal wöchentlich eine Chronik der Ereignisse nicht bloß in England, sondern auf dem ganzen europäischen Kontinent liefert. Diese Chronik wurde von Zeit zu Zeit von Exkursionen auf das Gebiet der sozialökonomischen Beziehungen unterbrochen. Obgleich die Orientalische Frage schon Ende 1852 wieder aktuell geworden war, erwähnt Marx sie in seinen Korrespondenzen erst im März 1853, als die Balkanereignisse seit der außerordentlichen Mission Menschikoffs einen bedrohlichen Charakter annahmen:[1]

„Heute bringen die englischen Zeitungen eine telegraphische Depesche aus Konstantinopel vom 6. März, wonach Fuad Efendi als Minister des Auswärtigen durch Rifaat Pascha ersetzt wurde. Diese Konzession wurde der Pforte durch den außerordentlichen Gesandten Rußlands, den Fürsten Menschikoff, erpreßt. Die Streitfrage der heiligen Stätten (in Jerusalem), die zwischen Rußland, Frankreich und der Türkei schwebt, ist noch nicht erledigt, da Louis Napoleon, aufs höchste erbittert durch die Intrigen Rußlands und Österreichs, die seine Krönung durch den Papst verhindern wollten, sich auf Kosten des Türken schadlos zu halten sucht. In meinem nächsten Briefe werde ich die immer wiederkehrende Orientfrage behandeln, diese Eselsbrücke der europäischen Diplomatie.“

Marx führte sein Versprechen in einigen Korrespondenzen aus, die im April 1853 (7., 12., 19. und 21. April) in der „New York Tribune“ abgedruckt wurden. Die ersten drei sind in der „Eastern Question“ nachgedruckt, während die vierte versehentlich ausgelassen wurde, obgleich sie eine notwendige Fortsetzung der dritten Korrespondenz darstellt.[2] Am besten ist das aus dem Inhalt der ersten drei Korrespondenzen ersichtlich. Wir betrachten es darum als notwendig, ihr eine kurze Inhaltsübersicht der ersten drei Artikel vorauszusenden, um so mehr, als die Ansichten Marxens über die Orientalische Frage bisher noch nicht in einer mehr oder weniger systematischen Form dargelegt worden sind.

II.

„So oft“, schreibt Marx, „der Sturmwind der Revolution für einen Augenblick sich gelegt hat, kann man sicher sein, eine immer wiederkehrende Frage auftauchen zu sehen: die ewige orientalische Frage.“ So war's, als die Stürme der ersten französischen Revolution vorübergebraust waren, so war's nach der Julirevolution. „Und nun, da die Kurzsichtigkeit der herrschenden Pygmäen sich stolz damit brüstet, Europa glücklich von den Gefahren der Anarchie und der Revolution befreit zu haben, taucht sie wieder auf, die nimmer ruhende Frage, die nie versiegende Schwierigkeit: was fangen wir mit der Türkei an?

„Die Türkei ist der wunde Punkt des legitimistischen Europa. Die Impotenz der legitimistischen, monarchischen Regierungen hat sich stets seit der ersten französischen Revolution in den einen Satz zusammengefaßt: den Status quo aufrechtzuerhalten. In dieser allgemeinen Übereinstimmung, die Dinge so zu belassen, wie sie durch Zufall oder Ungefähr geworden sind, liegt ein Armutszeugnis, ein Ein-

---

[1] „New York Daily Tribune“, Montag, 4. April 1853. Die Korrespondenz ist von Marx unterschrieben und trägt das Datum London, Freitag, 18. März 1853.

[2] Die erste — stark gekürzte — Korrespondenz bildet in dem Buche „Eastern Question“ das erste Kapitel: Die Türkei; die zweite das dritte Kapitel (The real issue in Turkey), die dritte das vierte Kapitel (The turkish question).

geständnis der herrschenden Mächte, daß sie völlig unfähig sind, irgendwie den Fortschritt oder die Zivilisation zu fördern.... Myrmidonen der Mittelmäßigkeit, wie Beranger sie nennt, ohne historische Kenntnisse oder Einsicht in die Tatsachen, ohne Ideen, ohne Initiative, vergöttern sie den Status quo, den sie selbst zusammengepfuscht haben, mit dem vollen Bewußtsein der Stümperhaftigkeit ihres Machwerkes.

„Doch die Türkei bleibt ebensowenig immer dieselbe, wie die übrige Welt; und gerade dann, wenn es der reaktionären Partei gelungen ist, den von ihr so genannten Status quo ante im zivilisierten Europa wiederherzustellen, entdeckt man, daß inzwischen in der Türkei der Status quo sich sehr verändert hat; daß neue Fragen, neue Beziehungen, neue Interessen entstanden sind.

„Den Status quo in der Türkei erhalten! Ja, man könnte ebensogut versuchen, den Kadaver eines toten Pferdes immer genau in demselben Grade der Fäulnis zu erhalten, in dem es sich befindet, ehe es vollständig verwest ist. Die Türkei verfault und wird immer mehr verfaulen, solange das jetzige System des ‚europäischen Gleichgewichtes‘ und die Aufrechterhaltung des Status quo andauern.“

Nun gibt Marx eine Charakteristik der Lage der Türkei und ihrer verschiedenen Nationalitäten auf der Balkanhalbinsel beim Beginn des Krimkriegs. Am Schlusse seiner Ausführungen kommt Marx zum Resultat, daß die Anwesenheit der Türken in Europa ein ernsthaftes Hindernis für die Entwicklung der Hilfsquellen der thrazisch-illyrischen Halbinsel bildet. Wie wenig Marx in den Unabhängigkeitskämpfen der Balkanvölker die Gefahr der türkischen Hegemonie sah, beweisen folgende Worte, die von der Geschichte vollkommen bestätigt wurden:

„Sollte die griechisch-slawische Bevölkerung jemals zur Selbständigkeit in dem Lande kommen, das sie bewohnt und in dem sie drei Viertel der Gesamtbevölkerung bildet (7 Millionen), dann ist es zweifellos, daß dieselben Bedürfnisse in ihrer Mitte nach und nach eine antirussische fortschrittliche Partei erzeugen werden, die eine solche Partei bisher schon unvermeidlich in jedem Teile der Türkei aufkommen ließen, dem es gelang, sich halb unabhängig zu machen.“

In der folgenden Korrespondenz, die in der „New York Tribune“ als Leitartikel abgedruckt wurde, legte Marx die Ursachen dar, die aus Großbritannien den ernsten und unnachgiebigen Gegner aller russischen Annexions- und Expansionsgelüste machen mußten. England könne nicht zugeben, daß Rußland sich der Dardanellen und des Bosporus bemächtige. Ein solches Ereignis würde England kommerziell und politisch gewaltig schädigen, wenn nicht tödlich verletzen. Man brauche nur einen Blick auf seine Handelsbeziehungen mit der Türkei zu werfen. Das kommerzielle Schlachtfeld zwischen Rußland und England sei vom Indus nach Trapezunt verlegt worden, und der russische Handel, der sich früher bis an die Grenzen des englischen Reiches im fernen Osten wagte, sei nun auf die Defensive an seiner eigenen Zollgrenze zurückgedrängt. Für die künftige Lösung der Orientfrage und die Rolle, die England und Rußland dabei spielen werden, sei diese Tatsache von größter Bedeutung. Wie schon heute, müssen sie auch in Zukunft im Osten stets Gegner sein.

Der ganze, rasch zunehmende Handel im Schwarzen Meere hängt, nach Marx' Worten, von dem Vertrauen ab, das man der Macht entgegenbringt, welche die Dardanellen und den Bosporus regiert, den Schlüssel zum Schwarzen Meere. Und wer kann erwarten, daß Rußland, wenn es erst einmal in den Besitz von Konstantinopel gelangt ist, das Tor offen halten soll, durch welches England in sein Handelsgebiet eingedrungen ist?

Diese kommerzielle Wichtigkeit der Dardanellen und des Bosporus machten sie gleichzeitig auch zu militärischen Positionen ersten Ranges, noch wichtiger als Gibraltar und auch Helsingör am Sund. Wenige geschickt errichtete und gut bewaffnete Befestigungen, wie sie Rußland nach der Besitzergreifung sofort errichten würde, könnten den verbündeten Flotten der ganzen Welt trotzen. Gelangt aber

Rußland in den Besitz der Türkei, so wird seine Kraft fast um die Hälfte verstärkt, und es gewinnt das Übergewicht über das ganze übrige Europa zusammengenommen. Ein solches Ereignis wäre ein unbeschreibliches Unglück für die revolutionäre Sache. Die Aufrechterhaltung der türkischen Unabhängigkeit **oder** die Verhinderung der russischen Annexionspläne, falls sich das Ottomanische Reich möglicherweise doch auflöst, wären von höchster Wichtigkeit. In diesem Falle gehen die Interessen der revolutionären Demokratie und Englands Hand in Hand. Keines von ihnen kann dem Zaren gestatten, Konstantinopel zu einer seiner Hauptstädte zu machen, und wenn es zum Äußersten kommt, werden wir sehen, daß beide ihm gleich energischen Widerstand leisten.

In der dritten Korrespondenz kehrt Marx zu der Theorie des Status quo zurück. Was waren die notwendigen Folgen der Aufrechterhaltung des Status quo?

„Daß Rußland in allen wesentlichen Punkten dank der Unwissenheit, Trägheit, fortgesetzten Unbeständigkeit und Feigheit der abendländischen Regierungen durch konsequente Beharrlichkeit seine Absichten durchsetzte. . . . Trotz aller diplomatischen Traditionen hat dieses beständige und erfolgreiche Vordringen Rußlands in den Kabinetten der westlichen Mächte Europas endlich die leise, unbestimmte Ahnung einer nahenden Gefahr hervorgerufen. Diese Ahnung erzeugte das große diplomatische Allheilmittel, das in der Weisheit gipfelt: die Aufrechterhaltung des Status quo in der Türkei ist eine unerläßliche Bedingung für die Erhaltung des Weltfriedens. Durch nichts hätte die prahlerische Unfähigkeit mancher modernen Staatsmänner ihre Unwissenheit und Hilflosigkeit deutlicher offenbaren können als durch diesen Grundsatz, der, obzwar immer ein toter Buchstabe, dennoch in dem kurzen Zeitraum der letzten zwanzig Jahre zur geheiligten Tradition und ebenso ehrwürdig und unanfechtbar geworden ist wie König Johanns Magna Charta. Die Aufrechterhaltung des Status quo! . . . Für die europäische Diplomatie und sogar für die europäische Presse beschränkt sich die ganze Orientfrage auf das Dilemma: entweder ziehen die Russen in Konstantinopel ein oder der Status quo wird aufrechterhalten — darüber hinaus existiert für sie nichts."

Als Illustration führt Marx die konservative „Times" und die liberale „Daily News" an und überschüttet mit beißendem Hohne das Turkophilentum der letzteren und ihres Hauptinspirators, D. Urquhart. Selbst das einzige beachtenswerte Argument der Turkophilen — die Ausbreitung des Handels unter der Herrschaft der Türken — weist er entschieden zurück. „Wer sind die Kaufleute in der Türkei? Die Türken sicher nicht. Als sie noch im ursprünglichen nomadischen Zustand lebten, bestand ihre Art, Handel zu treiben, in der Plünderung von Karawanen; jetzt, wo sie etwas zivilisierter sind, besteht sie in allen möglichen willkürlichen und drückenden Besteuerungen. Selbst wenn alle Türken aus Europa entfernt würden, käme der Handel dabei nicht zu Schaden. Und wem verdankt der Fortschritt der allgemeinen Zivilisation in allen Teilen der europäischen Türkei seine Verbreitung? Nicht den Türken, sondern den griechischen und slawischen Mittelklassen aller Städte und Handelsplätze. Wenn die Türken nicht die Staats- und Militärgewalt monopolisierten, so wären sie bald verschwunden. Doch für die Zukunft ist dieses Monopol unmöglich, und ihre Macht ist zur Ohnmacht geworden; nur dazu reicht sie noch aus, dem Fortschritt Hindernisse zu bereiten. Man muß sich ihrer unbedingt entledigen. Wenn man aber behauptet, daß das nur geschehen kann, indem man Russen oder Österreicher an ihre Stelle setzt, so heißt das zugleich die Behauptung aufstellen, daß die jetzige politische Konstellation Europas immer und ewig dieselbe bleiben müsse. Wer wollte das behaupten?"

Die Antwort auf die Frage, wie man auf der Balkanhalbinsel dem Fortschritt die Hindernisse aus dem Wege räumen kann, ohne an die Stelle der Türken die Russen oder die Österreicher zu setzen, gibt der nachstehend vollständig abgedruckte Artikel, der, wie erwähnt, in der sozialistischen Presse noch nicht veröffentlicht wurde.

N. Rjasanoff.

* * *

Wir haben gesehen, wie die europäischen Staatsmänner in ihrer verstockten Dummheit, verknöcherten Routine und ererbten geistigen Trägheit vor jedem Versuch der Beantwortung der Frage, was aus der Türkei in Europa werden soll, zurückschrecken. Längst verzweifeln Aberdeen und Palmerston, Metternich und Guizot an ihrer Lösung, ganz abgesehen von ihren republikanischen und konstitutionellen Stellvertretern in den Jahren 1848 bis 1852, deren Namen niemals auf die Nachwelt kommen werden. Unbekümmert aber um alle diplomatischen Noten, Pläne und Machenschaften Englands und Frankreichs rückt Rußland Schritt für Schritt langsam zwar, doch unaufhaltsam gegen Konstantinopel vor.

Und obgleich alle Parteien in allen Ländern Europas sich der Tatsache dieses stetigen Vorrückens wohl bewußt sind, so hat noch kein offizieller Staatsmann sie zu erklären vermocht. Sie sehen sie, sehen ihre Wirkung, ja sogar ihre letzte Konsequenz, die Ursache aber bleibt ihnen verborgen, trotzdem nichts einfacher zu erklären ist.

Die große Triebkraft, die Rußlands Vordringen gegen Konstantinopel fördert, ist gerade jenes Auskunftsmittel, wodurch es von dort ferngehalten werden soll, die hohle, niemals durchgesetzte Theorie von der Aufrechterhaltung des Status quo.

Worin besteht dieser Status quo? Für die christlichen Untertanen der Pforte bedeutet er nichts anderes als die Verewigung ihrer Unterdrückung durch die Türkei. Solange sie durch die türkische Herrschaft unterjocht sind, sehen sie in dem Haupte der griechischen Kirche, dem Beherrscher von sechzig Millionen griechischer Christen, *ihren natürlichen Beschützer und Befreier*. Dasselbe diplomatische System, das zur Verhütung des russischen Vordringens konstruiert wurde, zwingt zehn Millionen griechischer Christen in der europäischen Türkei, sich an Rußland um Schutz und Hilfe zu wenden.

Betrachten wir einmal die historischen Tatsachen. Noch vor Katharina II. versäumte Rußland keine Gelegenheit, sich in der Moldau und Walachei vorteilhafte Verhältnisse zu schaffen. Dies gelang in einem solchen Maße, daß der Vertrag von Adrianopel 1829 Rußland in den Fürstentümern mehr Rechte einräumte, als die Türkei selber dort besaß. Als 1804 die serbische Revolution ausbrach, nahm Rußland sofort die aufständischen Rajahs unter seinen Schutz, und nachdem es sie in zwei Kriegen unterstützt hatte, befestigte es in zwei Verträgen die innere Unabhängigkeit ihres Landes. Wer entschied den Kampf beim Aufstand der Griechen? Nicht etwa die Verschwörungen und Revolten des Ali Pascha bei Janina, nicht etwa die Schlacht von Navarino oder die französische Armee in Morea oder die Konferenzen und Protokolle von London, sondern Diebitsch, der mit der russischen Armee durch den Balkan ins Maritzatal einmarschierte. Und während Rußland so ganz ungescheut sich an die Zerstücklung der Türkei machte, wurden die westlichen Diplomaten nicht müde, über die Aufrechterhaltung des geheiligten Status quo und über die Unverletzlichkeit der Türkei zu orakeln. Solange diese Tradition das Leitmotiv der Diplomatie der Westmächte sein wird, so lange werden neun Zehntel der Bevölkerung der europäischen Türkei in Rußland ihren Halt, ihre Stütze, ihren Befreier, ihren Messias sehen.

Nehmen wir einen Augenblick an, daß die griechisch-slawische Halbinsel sich von der türkischen Herrschaft befreit hätte; daß dort eine Regierung existierte, die den Bedürfnissen der Bevölkerung besser angepaßt wäre. Wie würde sich Rußlands Position gestalten?

Es ist allbekannt, daß sich in jedem Staate auf türkischem Gebiet, der sich ganz oder teilweise unabhängig zu machen verstand, sogleich eine starke antirussische Partei entwickelte. Wenn das also schon in einer Zeit der Fall ist, wo die Vasallen in Rußland den einzigen Hort gegen die türkische Unterdrückung sehen, was dürfen wir dann erwarten, wenn die Furcht vor dieser Unterdrückung verschwunden sein wird?

Aber würde nicht ein Weltkrieg entbrennen, wenn der türkische Einfluß am Bosporus verschwände, wenn die verschiedenen Nationalitäten und Konfessionen der Balkanhalbinsel sich befreiten, wenn den Machinationen und Anschlägen, den widersprechenden Wünschen und Interessen aller Großmächte Europas Tür und Tor geöffnet würde? So fragt sich die feige Routine der Diplomatie. Wie wären die Clarendons, die Palmerstons, die Aberdeens sowie die verschiedenen Minister des Auswärtigen auf dem Kontinent auch zu solcher Tat fähig! Nur mit Schaudern denken sie daran. Wer aber beim Studium der Geschichte den ewigen Wechsel der menschlichen Geschicke bewundern gelernt hat, in dem nichts ständig ist als die Unbeständigkeit, nichts unveränderlich als der Wechsel, wer den ehernen Gang der Geschichte verfolgt hat, deren Räder mitleidslos über die Trümmer großer Reiche dahinrollen, ganze Generationen erbarmungslos zermalmend, wer mit einem Worte die Augen dafür offen hat, daß kein demagogischer Aufruf und keine aufrührerische Proklamation so revolutionierend wirken kann als die einfachen nackten Tatsachen der Menschheitsgeschichte, wer den ungeheuer revolutionierenden Charakter des jetzigen Zeitalters zu erfassen vermag, wo Dampf und Wind, Elektrizität und Druckerschwärze, Artillerie und Goldfunde miteinander im Bunde in einem Jahre mehr Veränderungen und Revolutionen zuwege bringen, als früher ein ganzes Jahrhundert erzeugte, der wird sicher nicht davor zurückschrecken, sich diese historische Frage zu stellen, nur weil ihre einzige richtige Lösung einen europäischen Krieg im Gefolge haben könnte.

Die Regierungen mit ihrer altmodischen Diplomatie aber werden die Schwierigkeit niemals lösen. Wie die Lösung so vieler anderer Probleme, bleibt auch die des türkischen der europäischen Revolution vorbehalten. In dieser Behauptung liegt keine Anmaßung. Seit 1789 erfaßt die Revolution immer weitere Gebiete, werden ihre Grenzen immer weiter gezogen. Ihre letzten Marksteine hießen Warschau, Debreczin, Bukarest; die äußersten Punkte der nächsten Revolution müssen Petersburg und Konstantinopel sein. Das sind die zwei verwundbarsten Stellen, an denen der russische antirevolutionäre Koloß angegriffen werden muß.

Es wäre ein müßiges Spiel der Phantasie, wollte man einen genauen Plan der Aufteilung der europäischen Türkei entwerfen. Es ließen sich mindestens zwanzig solcher Entwürfe denken, von denen einer so plausibel wäre wie der andere. Wir wollen uns aber nicht mit müßigen phantastischen Projekten abgeben, sondern aus unwiderleglichen Tatsachen allgemeine Gesichtspunkte zu gewinnen suchen. Und da sehen wir, daß die Frage zwei Seiten hat.

Erstens ist es eine unleugbare Tatsache, daß die Halbinsel, die schlechthin die europäische Türkei genannt wird, das natürliche Erbteil der südslawischen Rasse ist. Von den zwölf Millionen Einwohnern gehören sieben zu ihr. Seit 1200 Jahren ist sie im Besitz des Bodens. Abgesehen von einer wenig zahlreichen Bevölkerung, die, obgleich slawischen Ursprungs, dennoch die griechische Sprache angenommen hat, sind ihre Nebenbuhler türkische oder arnautische

Barbaren, die sich längst als eingewurzelte Gegner jeglichen Fortschritts erwiesen haben. Hingegen sind die Südslawen im Innern des Landes die ausschließlichen Träger der Zivilisation. Sie haben wohl noch keine Nation gebildet, sind aber in Serbien schon der kraftvolle und verhältnismäßig gebildete Kern einer Nation. Die Serben haben eine eigene Geschichte, eine eigene Literatur. Ihre jetzige innere Unabhängigkeit verdanken sie einem elfjährigen, tapferen Kampfe gegen einen ihnen an Zahl weit überlegenen Feind. Sie haben in den letzten zwanzig Jahren große kulturelle Fortschritte gemacht, und die Christen in Thrazien, Bulgarien, Mazedonien und Bosnien betrachten sie als den Mittelpunkt, um den sie sich alle in zukünftigen Unabhängigkeitskämpfen scharen werden. Man kann behaupten, daß je mehr Serbien und die serbische Nationalität sich gefestigt hat, desto mehr der direkte russische Einfluß auf die türkischen Slawen in den Hintergrund gedrängt wurde. Denn Serbien hat, um seine besondere Stellung als christlicher Staat behaupten zu können, seine politischen Institutionen, seine Schulen, seine wissenschaftlichen Kenntnisse, seine industriellen Einrichtungen von Westeuropa beziehen müssen. Daraus erklärt sich auch die Anomalie, daß Serbien trotz der russischen Schutzherrschaft seit seiner Emanzipation eine konstitutionelle Monarchie ist.

Mögen auch Blutsverwandtschaft und gemeinsame Religion noch so viele Bande zwischen Russen und Südslawen knüpfen, ihre Interessen werden dennoch von dem Tage an auseinandergehen, wo sich die letzteren befreien. Die kommerziellen Bedürfnisse, die aus der geographischen Lage der beiden Länder hervorgehen, machen dies erklärlich. Rußland, das kompakte Binnenland, erzeugt heute vorwiegend agrarische Produkte, vielleicht später einmal auch Industrieprodukte. Die griechisch-slawische Halbinsel ist zwar von verhältnismäßig kleinem Umfang, aber ihre ausgedehnten Küsten werden von drei Meeren umspült, deren eines sie beherrscht; sie ist hauptsächlich ein Handelsland mit Transitverkehr, wenngleich sie auch selbst die besten Mittel zu eigener unabhängiger Produktion besitzt. Rußlands Wirtschaft ist auf das Monopol, die der Südslawen auf die Expansion gerichtet. Außerdem sind sie Konkurrenten in Zentralasien; während Rußland dort das lebhafteste Interesse daran hat, ausschließlich seine eigenen Produkte unterzubringen, haben die Südslawen heute schon das lebhafteste Interesse daran, auf den östlichen Märkten die Produkte des Westens einzuführen. Wie wäre es also möglich, daß diese beiden Nationen übereinstimmten? Türken, Südslawen und Griechen haben tatsächlich mehr gemeinsame Interessen mit Westeuropa als mit Rußland. Und wenn erst die Eisenbahnlinien, die von Ostende, Havre und Hamburg nach Budapest gehen, bis Belgrad und Konstantinopel fortgesetzt werden, was jetzt geplant ist, so wird der Einfluß westlicher Zivilisation und westlichen Handels im Südosten Europas ein dauernder werden.

Andererseits leiden die Slawen der Türkei besonders stark unter der Knechtung durch eine mohammedanische Klasse von militärischen Grundbesitzern, die sie zu erhalten haben. Diese militärische Besatzung vereinigt in sich alle öffentlichen Funktionen, sowohl militärische als zivile und juristische. Was ist aber das russische Regierungssystem überall, wo es nicht mit feudalen Institutionen verquickt ist, anderes als eine militärische Okkupation, wo Zivilbehörden und juristische Hierarchie nach militärischen Gesichtspunkten organisiert sind und wo das Volk das Ganze zu bezahlen hat? Wer aber glaubt, daß ein derartiges System dem südslawischen Charakter entspricht, der sehe sich die Ge-

schichte Serbiens seit 1804 an. Karageorg, der Begründer der serbischen Unabhängigkeit, wurde vom Volke verlassen, und Milosch Obrenowitsch, der die Unabhängigkeit wiederherstellte, wurde mit Schimpf und Schande aus dem Lande gejagt; beide hatten den Versuch gemacht, das russisch-autokratische System mit seinen Begleiterscheinungen von Korruption, halbmilitärischer Bureaukratie und paschamäßiger Ausbeutung einzuführen.

Hier liegt also die einfache endgültige Lösung der Frage. Die Geschichte ebenso wie auch die Tatsachen unserer Zeit weisen auf die Errichtung eines freien, unabhängigen [christlichen] Staates auf den Trümmern des Moslimreichs in Europa hin. Schon der nächste revolutionäre Vorstoß vermag den längst sich vorbereitenden Konflikt zwischen russischem Absolutismus und europäischer Demokratie herbeizuführen. Zu diesem Konflikt muß England Stellung nehmen, was auch immer für eine Regierung am Ruder sein mag. England kann niemals zugeben, daß Rußland von Konstantinopel Besitz ergreift. Es muß mit den Feinden des Zars gemeinsame Sache machen und die Bildung eines unabhängigen Slawenreichs an Stelle der altersschwachen, verfaulten hohen Pforte begünstigen. [Wer also heute die demokratische Idee in Europa unterstützen will, der muß die Entwicklung der Industrie, des Erziehungswesens, der Gesetzlichkeit und den Instinkt für Freiheit und Unabhängigkeit in den christlichen Vasallenstaaten der Türkei mit allen Mitteln zu fördern suchen. Der zukünftige Frieden und der Fortschritt der Menschheit hängen damit aufs innigste zusammen. Will man wirklich einmal ernten, so kann man auf die Vorbereitung des Bodens und die Aussaat des Samens nicht genug Sorgfalt verwenden.][1]

Die Korruption in der französischen Demokratie.

Von B. Kritschewsky.

Der in Frankreich mit astronomischer Sicherheit wiederkehrende öffentliche Skandal ist richtig da. Eigentlich sind zurzeit drei Skandale zugleich an den Tag gekommen, während ein vierter darum sozusagen ringt, das Licht der Welt zu erblicken. Doch hat der Hundertmillionenraub der Liquidatoren alles andere in den Schatten gestellt: sowohl die Enthüllungen über die organisierten Gaunereien der Marinelieferanten wie den — übrigens nur von sozialistischer Seite gebrandmarkten — Verrat der Interessen der Pariser Stadtgemeinde an die Omnibusgesellschaft. Und was schließlich die Ouenza-Affäre betrifft, das heißt den Plan der Verschacherung des algerischen Mineralreichtums an einige Großkapitalisten, so dürfte dieser Skandal, der bereits zu einem von der Kammer verhandelten Regierungsentwurf gediehen ist, trotzdem nicht so bald perfekt werden. Die scharfe Konkurrenz der anderen überreifen Skandale hindert einstweilen dessen Aufkommen. Ein

---

[1] Wir haben allen Grund anzunehmen, daß die in Klammern gesetzten Stellen in diesem Absatz nicht von Marx herrühren, dem die Begründung „christlicher" Staaten nicht am Herzen lag und der die Phraseologie der bürgerlichen Demokratie nicht liebte. Diese Stellen dürften vom Redakteur der „N. Y. Tribune", Dana, herrühren. Es läßt sich der Beweis führen, daß dieser es liebte, die Marxschen Korrespondenzen und Artikel durch Einfügungen und Streichungen dem Geschmack seiner Leser anzupassen. N. R.

Minimum von Sauerstoff ist am Ende doch auch für die an die korrumpierteste Luft gewohnte Lunge unentbehrlich....

Der Liquidatorenskandal verdient übrigens vollauf die ihm zuteil gewordene ganz besondere öffentliche Aufmerksamkeit. Nicht nur wegen der ebenso zynisch wie großzügig angelegten Räubereien, die in der Ausführung freilich auch die kleinlichen Kniffe der diebischen Dienstboten nicht verschmähten. Und auch nicht nur wegen des besonderen Anlasses und des besonderen Gegenstandes des räuberischen Feldzugs. Sondern vor allem deshalb, weil der allerneueste Skandal in markigen Zügen die typischen Merkmale sämtlicher verflossenen Skandale vereinigt.

Er ist eine grelle Zusammenfassung alles dessen, was an den früheren Korruptionserscheinungen wesentlich war — eine lebenstrotzende, frischfröhliche Inkarnation der „unsterblichen Seele“ der Skandale, wie sie speziell der französischen Demokratie eigentümlich sind.

Der Liquidatorenskandal bietet daher die beste Gelegenheit, das Problem der Korruption in der bürgerlichen Demokratie Frankreichs näher zu betrachten.

* * *

Jenes besondere Problem kann man auf zweifache Weise, von zwei entgegengesetzten Standpunkten aus, umgehen. Entweder weicht man jeder Ursächlichkeit aus und erklärt die erwischten Diebe, wie Herr Briand es getan hat, einfach für „räudige Schafe“, für „Einzelpersonen“, über deren schmutzigem Treiben das „Regime“ hoch erhaben sei, das sogar wegen der Aufdeckung dieses Treibens in um so herrlicherem Glanze erstrahle.... Nur schade, daß Herr Briand wohl die einzige naive Seele ist, die sich die Fähigkeit bewahrt hat, an die Zufälligkeit besagter räudiger Schafe zu glauben. Oder aber man verschiebt die Ursache viel zu weit, indem man sie auf das allgemeine Konto des Kapitalismus setzt. In diesem Falle verzichtet man auf das Verständnis der besonderen, konkreten Erscheinungsform des Kapitalismus innerhalb der bürgerlichen Demokratie, wie sie in Frankreich lebt und wirkt.

Es ist gewiß wahr, daß der Kapitalismus alle niedrigen Instinkte entfesselt, besonders die Gier nach Reichtum und die Genußsucht. Schon der große Romandichter Balzac hat aus der Jugendzeit der französischen Bourgeoisie eine lange Reihe skrupelloser Erfolgs- und Genußmenschen in unsterblichen Typen verewigt. Wäre aber der Kapitalismus mehr als die allgemeine notwendige Vorbedingung der Korruptionserscheinungen, so müßten ja diese in Frankreich seltener und minder bösartig sein als in kapitalistisch weit vorgeschritteneren Ländern, wie England und Deutschland. Andererseits müßte Rußland mit seiner diebischen Staatsverwaltung seit langem oder mindestens seit der räuberischen Verteilung der Baschkirenländereien (im Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts) an der Spitze des internationalen Kapitalismus marschieren....

Die französischen Skandale wollen eben aus den besonderen wirtschaftlichen und namentlich politischen Bedingungen des Landes heraus verstanden und erklärt werden.

Der französische Kapitalismus ist bekanntlich ebenso schwach und matt auf dem Gebiet der Produktion, wie er auf dem des Kredits, der Finanz machtvoll ist. Schon darin liegt zum Teil die Erklärung für die Häufigkeit der Korruptionsskandale in Frankreich. Das industrielle Kapital ist auf

eine nach bürgerlichen Begriffen rechtliche Geschäftsführung angewiesen. Das Leih- und Gründungskapital kommt hingegen regelmäßig in die Lage, Riesengewinne zusammenzuraffen unter der Bedingung, die landläufigen bürgerlichen Rechtsbegriffe über den Haufen zu werfen und eventuell das Zuchthaus mit dem Ärmel zu streifen. Der allen modernen Ländern bekannte „Gründungsschwindel" ist in Frankreich eine chronische Erscheinung, namentlich, wenn der Ausdruck gestattet ist, als Gemütszustand. Alles, was in sich den Beruf zum Geldmachen spürt, stürzt sich mit Vorliebe auf jede Art und Abart des Gründer- und Spekulationsgewinns. (Daher, nebenbei, die verderbliche Anziehungskraft der Pferderennenwetten auf weite Schichten des arbeitenden Volkes!) Der rasche und mühelose Erwerb ist der höchste Zweck streberischer Charaktere. Neben den geborenen Rentiers und den geborenen Beamten, die freilich den Grundstock der bürgerlichen Klasse bilden, findet man da geborene „Panamisten" in Hülle und Fülle, die auf die Gelegenheit lauern, welche „Diebe macht".

Kapitalistische Politiker und Journalisten klagen oft darüber, daß hier[illegible]häft von vornherein im Geruch der Unehrlichkeit stehe. Das ist wahr. Dieses Mißtrauen hat seinen objektiven Grund im entschiedenen Übergewicht der Finanz über die Industrie, seinen dem Bewußtsein des Publikums aber gegenwärtigen Grund in dem korrumpierenden Einfluß der Finanz auf die Politik.

Wir kommen da auf die politische Wurzel der französischen Skandale zu sprechen.

Wenn die reaktionären Pharisäer aller Länder auf die französische Demokratie als die Ursache der Korruption mit den Fingern zeigen, so vergessen sie die Augiasställe des ihnen so teuren Zarenreichs. Wahr ist es aber allerdings, daß jede bürgerliche Demokratie auf dem Boden eines von der Finanz beherrschten Kapitalismus öffentliche Skandale, das heißt Ärgernis erregende Korruptionserscheinungen zeitigen muß. Die Finanz wirkt unter allen Staatsformen korrumpierend. Diese ihre Wirkung aber wird zu einem Skandal nur in der Demokratie, denn in unfreien Staaten bleibt die Korruption meist verborgen und wird vertuscht.

Es wurde schon längst festgestellt, daß der Absolutismus die der Finanzherrschaft am besten entsprechende Staatsform ist. Sie versteht es aber schließlich auch, wenn es sein muß, sich in die Demokratie zu schicken. Nur daß sie hier einen viel komplizierteren Mechanismus der Korruption schaffen muß. Dessen gewaltiger Kraftmotor ist bekanntlich die „große Presse". Kein Skandal ohne die aktive oder mindestens passive Hilfeleistung der „öffentlichen Meinungsfabriken". Diese sind um so mächtiger, als sie zugleich Regierung und Parlament in Schach halten, und sie sind um so zuverlässiger und treuer, als die Zeitungspotentaten zugleich selbst große Finanzmänner sind beziehungsweise sich zu solchen auswachsen.

Nichtsdestoweniger bleiben Finanz und Demokratie gegensätzliche Faktoren. Von Zeit zu Zeit versagt der Korruptionsmechanismus — wegen der zu starken Reibungswiderstände — seinen Dienst. Die Gegensätze stoßen hart aufeinander. Dann ist der öffentliche Skandal da!

Übrigens zeigt sich die steigende Macht der Finanz darin, daß die ärgsten Skandale je weiter desto weniger als solche von der Öffentlichkeit empfunden werden.

Von der glatten Verschacherung der Pariser Verkehrsmittel an eine dividendenjägerische und im Schlendrian versinkende Monopolgesellschaft war schon eingangs die Rede. Der Seinepräfekt und die Regierung haben mit der radikal-reaktionären Gemeinderatsmehrheit im Bunde alles getan, um den fetten Bissen — zum Nachteil der Gemeindefinanzen und des Publikums — dem Privatkapitalismus zuzuschanzen. Der sozialistische Protest verhallte wirkungslos.

Kurz vorher hatte das Parlament seinerseits unter der Führung des Herrn Millerand der vom Staate ausgekauften Westbahngesellschaft ein Geschenk von 700 Millionen Franken votiert. Der ziffernmäßige Nachweis des Genossen Jaurès, daß die Westbahn auf jene Summe keinen Rechtsanspruch erheben kann, daß der Staat dabei einfach übervorteilt, geprellt, geplündert wird, blieb im Parlament wie außerhalb desselben völlig wirkungslos. . . .

Weder der Pariser Konzessionsschwindel noch die Beraubung der Staatskasse zugunsten der Westbahn wurden zu „Skandalen". Denn die Finanzmacht war hier in der Lage, ihren Willen in Form Rechtens durchzusetzen.

Kurz, die eigentlichen Finanzskandale nehmen gerade in dem Maße ab, wie die Finanzkorruption und ihr Einfluß auf die Politik zunehmen. Das Gebiet des Skandalösen verengert sich, weil dasjenige des Erlaubten sich erweitert. In der plutokratischen Demokratie der Vereinigten Staaten ist diese Entwicklung am weitesten vorgeschritten.

* * *

Die Demokratie als solche ist also an der Korruption nicht schuld. Ja, als solche! Das ist eben der Haken. Wo existiert denn aber die Demokratie an sich? Doch nur als ideologischer Spuk in den Köpfen blinder Anbeter.

Das Verhältnis zwischen Demokratie und Korruption ist nicht viel anders wie ihr Verhältnis zum Klassenkampf. Wer in fakirmäßiger Autosuggestion die Schönheiten der Demokratie an sich bewundert, läuft regelmäßig Gefahr, das Verständnis für die Notwendigkeiten des Klassenkampfes zu verlieren. Die ideologische Ableitung des Sozialismus aus der Demokratie und die den proletarischen Klassenkampf lähmenden taktischen Folgen dieser Auffassung haben ja gerade in Frankreich viel Unheil gestiftet. . . .

Wie aber die Demokratie nicht im klassenkampflosen Wolkenkuckucksheim ein ideales Dasein führt, sondern vielmehr in den Dienst der Bourgeoisherrschaft gezwungen wird, so muß sie sich auch den Bedingungen dieser Herrschaft anpassen, teils in ihren offiziellen Institutionen, teils, und besonders im praktischen Wirken dieser letzteren, im Tun und Lassen der Träger und der Agenten der öffentlichen Macht, — kurz in alledem, was man als die öffentlichen Landessitten bezeichnen kann.

Auf diesem Gebiet hat nun die französische Bourgeoisie wirklich gründliche Arbeit getan.

Wie sie die demokratische Errungenschaft der Preßfreiheit durch die Finanzpresse in ein schier unüberwindliches Mittel der Klassenherrschaft umgewandelt hat, so hat sie auch die demokratische Gleichheit vor dem Gesetz in ihr Gegenteil verkehrt.

Das Mittel dazu ist der Nepotismus, die Vettern- und Günstlingswirtschaft, die das gesamte öffentliche Leben des Landes verseucht.

Sind die demokratischen Einrichtungen für die Finanzkorruption bloß ein mehr oder minder hemmender Umstand, so darf man sagen, daß erst die bürgerliche Demokratie den richtigen Nährboden für den Nepotismus im eigent-

lichen Sinne des Wortes schafft. Denn in Staatswesen, wo das Vorrecht Gesetz ist, erscheint die Bevorzugung der Mitglieder der herrschenden Klasse als selbstverständlich. Im Staate des gleichen Rechts führt diese Bevorzugung zur sittlichen Korruption. So tritt zum Beispiel an Stelle der gesetzlichen Steuerfreiheit des Feudaladels in modernen Staaten die ebenso sträfliche wie sittlich verwerfliche Steuerhinterziehung. Das gesetzliche Vorrecht einer Oligarchie auf die Besetzung aller leitenden Ämter wandelt sich in korrupte Vetternwirtschaft, wenn auf dem Boden der Demokratie gewisse Kreise durch gegenseitigen Schutz ihren Gliedern tatsächlich jenes Vorrecht sichern.

Und die innerhalb der Demokratie zu einer Art geheimer Oligarchie organisierten Elemente sichern einander viel mehr als die fetten Pöstchen. Sie verbürgen sich gegenseitig — stillschweigend, aber zuverlässig — Vertuschung aller Übergriffe, aller Rechtsbrüche, aller Diebereien, Vertuschung und Straflosigkeit.

Engels hat die dritte Republik ein Kaiserreich ohne Kaiser genannt. Er meinte damit die bureaukratisch-zentralistische Verwaltung. Mit demselben Recht könnte man sie bezeichnen als eine in den Formen der Demokratie regierende Oligarchie. Letztere besteht freilich aus einem Knäuel miteinander verschlungener, vervetterter, auf gegenseitigen Schutz angewiesener oligarchischer Verbindungen.

Daß die zentralistische Verwaltung dem oligarchischen Nepotismus in die Hand arbeitet, versteht sich am Rande. Dank der Fülle ihrer Machtmittel, die sich weit und breit im ganzen Lande fühlbar machen, an allen Punkten, wo das Departement, die Gemeinde, jeder einzelne mit dem Staat in Kontakt kommt, bildet die Regierung selbst den Mittelpunkt jeglicher Begünstigung und jeglicher Benachteiligung, die unversiegbare Hauptquelle allen Nepotismus.

In dieser Beziehung hat die Republik rein gar nichts an den Gepflogenheiten der früheren Regimes geändert. Und die nepotistische Handhabung der Regierungs-Machtvollkommenheit wird sogar als etwas Selbstverständliches hingenommen, soweit natürlich das Strafgesetz nicht in Betracht kommt. Für dieses Verhältnis gilt der zu einer anerkannten Regierungsmaxime gediehene Satz: „Die Regierung schuldet die Gerechtigkeit allen Bürgern, die Gunst aber nur ihren Freunden!" ... Diese sonderbare „Gerechtigkeit", die durch parteiische Gunst ergänzt wird, fällt niemand weiter auf. Und es braucht ja nicht gesagt zu werden, daß der erste Teil jener Maxime in Wirklichkeit überhaupt nur eine Redefloskel ist.

Doch dieser offizielle Nepotismus, wie er normal wirkt und namentlich die Deputierten in ein verfassungswidriges Abhängigkeitsverhältnis zur Regierung bringt, ist ein Kapitel für sich. Hier nur die Bemerkung, daß er in kritischen Zeiten, wo ein Korruptionsherd an den Tag zu kommen droht, das meiste für die Vertuschung des Skandals beziehungsweise für die Rettung der Schuldigen leistet.

Das nie versagende Werkzeug ist dabei die dem Buchstaben der Verfassung nach unabhängige Gerichtsgewalt.

Man hat die Liquidatorenaffäre vor allem einen „Gerichtsskandal" genannt. Das ist bis zu einem gewissen Grade wahr. Dem Justizminister selbst, Herrn Barthou, ist in offener Verhandlung vor der Kammer das Wort von der „Fäulnis des Richterstandes" entschlüpft, die man mit „glühendem Eisen" werde ausbrennen müssen. Aber jene Fäulnis ist so alt

wie die Korruption in der dritten Republik. Vom Panama- bis zum Liquidatorenraub hat sich der Richterstand als serviler Helfershelfer jeder von oben gewünschten Vertuschungsarbeit bewährt. Und nicht immer bedurfte es eines Winkes von oben. Die Richter bilden ja selbst ein Glied der Maffia des Nepotismus. Ihre eigenen Beziehungen, ihre Abhängigkeit von der Regierungsgunst beziehungsweise von hochgestellten Gönnern, das genügte, um ihnen bei einiger Kenntnis der Verhältnisse die Vertuschungsarbeit ans Herz zu legen. Das wohlverstandene Interesse in Verbindung mit einer jahrzehntelangen Übung hat sie gelehrt, stets in der Vertuschung lieber zu weit als nicht weit genug zu gehen. So ist es gekommen, daß die Pariser Staatsanwaltschaft sogar die „passive Resistenz" wider den Ministerpräsidenten Briand wagte, als dieser sich schließlich gezwungen sah, dem Liquidator Duez auf den Leib zu rücken. Der seit langem überführte Gauner wurde erst auf einen direkten Regierungsbefehl hin festgenommen. ...

Ein erklärlicher Irrtum der erfahrenen Füchse, wenn man bedenkt, daß der monatelang sich hinschleppende Briefwechsel zwischen Herrn Briand und der Staatsanwaltschaft sich — nach Jaurès' treffendem Ausdruck — wie eine „diplomatisch-zeremonielle" Rückendeckung ausnimmt oder wie ein Versuch, die Verantwortung auf den Partner abzuwälzen; und wenn man ferner bedenkt, daß ein Kollege des Ministerpräsidenten, Herr Millerand, der fett honorierte Rechtsanwalt und Freund der Liquidatoren, davon bedroht war, in den Skandal verwickelt zu werden.

* * *

In der Liquidatorenaffäre findet man, wie gesagt, die typischen Merkmale aller früheren Skandale in höherer Potenz vereinigt.

Mit dem Panamaskandal hat sie neben dem großartigen Umfang der Räubereien den schmählichen Mißbrauch öffentlicher Ämter und politischen Einflusses zu Zwecken der diebischen Selbstbereicherung gemein. Während aber dort der Anlaß des Raubzugs ein sozusagen profanes kapitalistisches Unternehmen war, ist er hier eine vom Staate beschlossene historisch geweihte und sozial gesalbte Aktion. Dort waren die Opfer die nicht alle werdenden kleinbürgerlichen Gimpel, hier die Staatskasse und — die der Altersversorgung harrenden Arbeiter. Man bedenke: es war doch eine ausgemachte Sache, daß die zu konfiszierende „Milliarde der Kongregationen" der Altersversorgungskasse zugeführt werden sollte! Und welcher Hohn der Geschichte, daß die Ausraubung des vorgespiegelten Pensionsfonds just in dem Augenblick perfekt und offenkundig wird, wo das Parlament mit filziger Vorsicht an der Pensionskasse für die Arbeiter herumknausert. Es fehlt ja an Geld! Möge der Senat über die sakrosankten Finanzen der Republik wachen! ... So rufen in einem fort die Rouvier und Konsorten, die früheren, gegenwärtigen und zukünftigen Panamisten.... Weiter. Die eigentliche Räuberbande der Panamaaffäre bestand aus Finanzmenschen, die den Politikern schließlich nur einige magere Brocken hinwarfen; hier sind es amtlich angestellte „Agenten der Gerichte", „Gehilfen der Rechtspflege", „Gerichtsverwalter" und wie die Liquidatoren noch heißen mögen, die den Raubzug organisieren und fünf bis sechs Jahre lang in aller Ruhe mit bestem Erfolg durchführen — mit Hilfe einer Bande hochbegönnerter junger Advokaten, unter dem Schutze eines ehemaligen und gegenwärtigen Ministers, des Herrn Millerand, der es als Rechtsanwalt nicht verschmäht hat, auch persönlich, nicht nur durch seine „Sekretäre", vom Liquidationsraub zu profitieren.

An den angedeuteten Unterschieden zwischen dem alten und dem neuen Skandal läßt sich der Fortschritt in der Korruption ermessen. Der Fall Millerand aber zeigt speziell einen erschreckenden Niedergang des elementarsten Anstandsgefühls. Der Herr Minister trägt das ihm öffentlich aufgedrückte Schandmal mit heiterer Stirn, und Ministerpräsident Briand hält ihm die Stange, ohne daß die Kammermehrheit auch nur zu murren wagt, ja unter ihrem Beifall! „Ich lasse meine Freunde nicht im Stich, Herr Jaurès!“ rief dieses Muster der Treue von der Kammertribüne unserem Genossen zu, als dieser die heikle Tatsache betonte, daß die Regierung glücklich so weit ist, über die Ehre eines ihrer Mitglieder erst beraten zu müssen. ... Ja, in den Panamazeiten hatte man doch noch nicht alle Scham verloren. Der damals erwischte Minister Baihaut wurde immerhin von seinen Kollegen im Stich gelassen.

Was die Finanzkorruption betrifft, so wirkte sie diesmal in der Gestalt der großmächtigen Preßfinanz, die in der Person von Bunau-Varilla, des Eigentümers des „Matin“, ihre angemessene Verkörperung findet. Dieser Finanzwolf hat ja seine Zähne und Klauen im Panamaraub prächtig geschärft. Von dort rührt seine Macht her, die ihn mit der Zeit zum Diktator der „öffentlichen Meinung“ und — der Regierung erhoben hat. Sein Raubanteil an der Liquidation war die Erwerbung der Marke des „Chartreuse“-Likörs, mit Hilfe einiger Strohmänner natürlich. Besorgt aber wurde die gaunerische Verschleuderung eines Handelswertes von 40 Millionen um bloß eine halbe Million durch den Liquidator Lecouturier, den eigenen Schwager Bunau-Varillas. ... Der Rest der kapitalistischen Presse nahm mit fetten Schweigegeldern vorlieb.

Millerand und Bunau-Varilla! Man begreift, daß mit diesen zwei Kumpanen im Bunde die Liquidatoren mit ruhigem Zynismus rauben durften. Der Emporkömmlung Duez, ein ehemaliger Warenhausangestellter, hat den Skandal bloß dadurch heraufbeschworen, daß seine ungeduldige Raffgier allen papierenen Formen allzusehr Hohn sprach.

Ja, die papierenen Formen! Auf die kommt es an, wenn man in allen Ehren gaunern will. Das hatte die Therese Humbert mit ihren unendlich fiktiven Prozessen gegen fiktive Miterben um eine fiktive Hundertmillionenerbschaft meisterhaft bewiesen. Duez war weniger schlau als die Therese und ihre Mitgauner. Dafür aber waren die Richter in beiden Fällen gleich wohlwollend, freiwillig-naiv, von einem blinden Glauben an die papierene Wahrheit beseelt — insofern und weil ihnen diese von glänzend situierten und noch glänzender beschützten und begönnerten Herrschaften weis gemacht wurde.

Die Liquidatorenaffäre ist aber nicht nur ein gerichtlich-politischer Skandal wie die anderen. Er ist zugleich das Panama des Antiklerikalismus, oder noch besser der Therese Humbert-Schwindel des Antiklerikalismus.

Erst jetzt erfährt die weite Öffentlichkeit, daß die von Waldeck-Rousseau ausposaunte und dann offiziell herausgerechnete „Milliarde der Kongregationen“ von Anfang an ein sozialdemagogischer Schwindel war. Der den alten Arbeitern vorgespiegelte Milliardenkoffer war zu etwa dreiviertel leer. Tut nichts! Er hat doch eine Zeitlang die Geschäfte der antiklerikalen Parteien besorgt, geradeso wie der leere Hundertmillionenkoffer der Therese ihren Kredit aufrechterhielt. Die wirklich vorhanden gewesene Viertelmilliarde aber ist — bis auf etwa höchstens ein oder zwei Dutzend Millionen! — auf Nimmer-

wiedersehen verschwunden — zum größeren Teil in den Taschen der Liquidatoren, der Advokaten, der Sachwalter, der Notare und der anderen um die „Rechtspflege" herumschmarotzenden Existenzen, der käuflichen Journalisten und der teuren Mätressen. Der Rest der Beute, der — ohne jeden ziffernmäßigen Anhalt übrigens — auf 100 Millionen geschätzt wird, ist bei den Kongregationen zurückgeblieben, auf Grund schwindelhafter „gerichtlicher Vergleiche", die von den Liquidatoren gegen fette Schmiergelder freigebig abgeschlossen wurden.

Die Antiklerikalen tun nun nicht wenig sittlich entrüstet darüber, daß die Kongregationen mit den Liquidatoren auf Halbpart geschwindelt haben. Als ob die expropriierten Mönchsorden, die das Expropriationsgesetz im Innersten ihres Gewissens als einen Raub empfanden, sittlich auf die gleiche Stufe mit den diebischen Liquidatoren gestellt werden könnten! Da ist Herr Briand doch viel schlauer als seine Journalisten. Er begnügte sich mit einer leisen Anspielung auf die schwindelhaften gerichtlichen Vergleiche, um so immerhin den Umfang der gerichtsamtlichen Diebereien zu verkleinern. Als Haupttrumpf aber spielte er die — ideale Uneigennützigkeit der antiklerikalen Aktion aus! . . . Was? Der hehre Kulturkampf wäre um eines niedrigen materiellen Gewinnes willen, wegen einer lumpigen Milliarde geführt worden? Pfui doch! . . . Und der edle Ritter des geldfeindlichen Ideals erntete begeisterten Beifall — namentlich auch den seines Kollegen Millerand, der ja nur, um das Ideal in die Wirklichkeit umzusetzen, in Selbstaufopferung 82000 Franken (als persönliches Honorar) in die Tasche gesteckt hat. Auch der „Matin" stimmte natürlich einen Lobesgesang an zu Ehren der idealen Gesinnung des Ministerpräsidenten.

Die bürgerliche Welt wird immer dickhäutiger. Die skrupellose Jagd nach Reichtum hat selbst in Frankreich, der Heimat des sprühenden Witzes, den Sinn für das Lächerliche abgestumpft. Denn wäre noch das französische Wort wahr: Das Lächerliche tötet, dann hätte Herr Briand die längste Zeit gelebt.

* * *

Und was nun? Was werden die Folgen des neuesten Skandals sein? — Das bisherige Verhalten der Regierung und des Parlamentes zeigt bereits klar genug, daß man oben jedenfalls entschlossen ist, nach bewährten Mustern die peinliche Geschichte so rasch als möglich und unter dem geringsten Kostenaufwand aus der Welt zu schaffen. Offenbar soll nur der aus der Rolle gefallene Duez nebst einigen „kleinen Dieben" zum Sündenbock gewählt werden. Bezeichnend ist namentlich der Umstand, daß der Liquidator Lecouturier, der Schwager des Bunau-Varilla, noch immer unbehelligt bleibt. Es ist freilich wieder ein idealer Beweggrund, der Herrn Briand zwingt, den Arm der Justiz zurückzuhalten. Um einen Menschen der Freiheit zu berauben, so belehrte er vorwurfsvoll den Genossen Jaurès in der Kammer, muß man vorerst klare Beweise haben. Das habe er, Briand, gerade in Jaurès' Schule gelernt, in den Zeiten der Dreyfusaffäre. . . . Und die Kammer klatschte rauschenden Beifall. Fürwahr, die Ministerpräsidenten aus der Panamaepoche waren im Vergleich mit Briand elende Stümper! Die ahnten nicht einmal, daß die „Erklärung der Menschenrechte" das sicherste Palladium erwischter Panamisten sein kann.

Und was gar die reformerischen Folgen des Skandals betrifft, so sind sie einerseits deswegen ausgeschlossen, weil der Gegenstand des Skandals und folglich einer möglichen Gesetzgebungsaktion einzigartig war und nicht mehr

existiert. Die versprochene Neuregelung des Liquidationsverfahrens wird die Kongregationsgüter nicht mehr zu neuem Dasein erwecken. Andererseits aber, insofern die „Fäulnis des Richterstandes" in Betracht kommt, so haben der Ministerpräsident und dann Justizminister Barthou, der unbedachte Autor jenes Wortes, besagte „Fäulnis" rasch wieder in die lauterste sittliche Reinheit umgedeutet und umdementiert. Anstatt eines „glühenden Eisens" gebührt also dem Richterstand vielmehr ein Lorbeerkranz.

Es sei denn, daß Minister Viviani die Kollegen an seine flammende Rede erinnert, die er als sozialistischer Deputierter im Jahre 1898 gelegentlich des Panamaskandals hielt, eine Rede gegen die „Justiz mit dem Doppelgesicht", einem Gesicht der schonungslosen Rache, das die armen Schlucker angrinse, und einem Gesicht der milden Nachsicht, das den großen Dieben lächle.... Ein schönes Bild! Eine schöne Rede!... Sie wurde von der Deputiertenkammer sogar mit den Ehren des Maueranschlags bedacht. Es war freilich gerade vor den Wahlen, wie jetzt. Die Nachfrage nach politischer Redlichkeit war damals besonders stark.

Heute aber braucht sich die Kammer nicht einmal in die Unkosten sittlicher Entrüstung zu stürzen, trotz der Wahlen. Herr Briand ist ja ein unwiderstehlicher Staatsmann. Er hat es fertiggebracht, für die ramponierte Ehre seines nunmehr kaltgestellten Rivalen Millerand im Namen einer idealen Freundschaft ministeriell-solidarisch zu haften, den Schwager des „Matin"-Gewaltigen unter den Schutz der „Menschenrechte" und des Dreyfus-Martyriums zu stellen, die Gaunereien der Liquidatoren in Bausch und Bogen mit den Fittigen des Kulturkampfideals zu verdecken, der richterlichen Fäulnis ein Integritätszeugnis auszustellen und vor allem — das teure „Regime" auf dem Hintergrund des offiziellen Milliardenpensionsschwindels und des gerichtsamtlichen Hundertmillionenraubs in unbefleckter Reinheit erstrahlen zu lassen. Wenn dieser unwiderstehliche und — nach der Versicherung des „Matin" — immer wieder sich selbst übertreffende Redekünstler und Staatsmann seinen Getreuen die Wiederwahl verbürgt —, wer wird da noch zweifeln? Wer wird da gar erst unanständige Säuberungsmaßnahmen verlangen?

Es bleibt also alles beim alten. Der neueste Skandal wird schließlich ebenso sang- und klanglos verhallen wie seine Vorgänger. Und schon ist gewiß irgendwo ein neuer Korruptionsherd in Vorbereitung, der in alter Weise mit viel Geschrei und wenig Wolle zu einem öffentlichen Skandal explodieren wird.

Pflichten ohne Rechte.

Ein Beitrag zur gesetzlichen Stellung der Hausgewerbetreibenden in Preußen.

Von **Eduard Eckardt**, Arbeitersekretär (Solingen).

In seinem „Arbeiterrecht" tritt Stadthagen mit ausführlicher Begründung dafür ein, daß jeder Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende im Sinne der Gewerbeordnung als Arbeiter zu betrachten ist. Auch durch die Beschäftigung für mehrere Arbeitgeber zugleich und durch das Arbeiten mit fremden Hilfskräften auf eigene Rechnung verliert nach Stadthagen ein Hausgewerbetreibender seine Eigenschaft als gewerblicher Arbeiter nicht, wird also dadurch nicht zum Unternehmer.

Es wird in Arbeiterkreisen niemand geben, der Stadthagen nicht beipflichten müßte. Dagegen geht die Rechtsprechung in diesem Punkte weit aus- und kunter-

bunt durcheinander. Der Hausgewerbetreibende selbst, der doch am besten wissen muß, was er ist, will natürlich kein Unternehmer sein. Muß er es dulden, gegen seinen Willen zum Unternehmer gestempelt zu werden, dann sollte nichts selbstverständlicher sein, als daß ihm zugleich mit der Aufbürdung von Unternehmerpflichten auch die von jenen Pflichten gar nicht zu trennenden Rechte verliehen würden. Das geschieht aber, wenigstens in Preußen, nicht. Das Gesetz betreffend die Königlichen Gewerbegerichte in der Rheinprovinz vom 11. Juli 1891 schreibt in § 2 vor:

„Hausgewerbetreibende sind als Arbeiter wählbar und wahlberechtigt. Durch das Regulativ können Hausgewerbetreibende, welche mehrere Hilfskräfte beschäftigen, den Arbeitgebern gleichgestellt werden."

Das vom Justizministerium und dem Ministerium für Handel und Gewerbe am 11. Juli 1902 erlassene Regulativ für das Königliche Gewerbegericht in Solingen bestimmt in § 11 Absatz 2, daß derjenige als Arbeitgeber zu betrachten ist, der mindestens einen Arbeiter das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigt. Auf die sogenannten (in Wirklichkeit sind es meist keine) Hausgewerbetreibenden der Solinger Stahlwarenindustrie findet diese Bestimmung aber keine Anwendung. Von ihnen heißt es vielmehr im gleichen Paragraph Absatz 4:

„Die durch § 2 Ziffer 2 A und B dieses Regulativs der Zuständigkeit des Gewerbegerichtes unterstellten Hausgewerbetreibenden sind, sofern sie mindestens 10 Hilfskräfte regelmäßig hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, als Arbeitgeber, anderenfalls als Arbeiter wahlberechtigt und wählbar."

Hier wird also von zwei Ministern einwandfrei zugegeben, daß Stadthagen recht hat, wenn er behauptet, die Gewerbeordnung biete nirgends eine Handhabe für die Annahme, daß ein Hausgewerbetreibender deshalb kein gewerblicher Arbeiter sein könne, weil er mehrere fremde Hilfskräfte beschäftige oder für mehrere Unternehmer zugleich arbeite. Die Minister hätten ja die Bestimmung unmöglich erlassen können, wenn sie die Stadthagensche Ansicht nicht teilten. Damit, daß sie den Arbeiter erst bei Beschäftigung von 10 Hilfskräften in einen Unternehmer umwandeln, sind sie der Arbeiterschaft so weit entgegengekommen, wie man es sonst nicht von Ministern gewohnt ist, und viel weiter, als es für die Solinger Bedürfnisse nötig gewesen wäre. Denn mehr wie zwei fremde Hilfskräfte darf der gewerkschaftlich Organisierte nicht beschäftigen, und unorganisiert zu sein, hat in Solingen jedenfalls noch bedenklichere Schattenseiten wie anderwärts.

Ich glaube nicht, daß es im Solinger Industriebezirk einen einzigen Hausgewerbetreibenden gibt, der 10 fremde Hilfskräfte beschäftigt.

Von der Bürde des aktiven und passiven Wahlrechtes als Unternehmer bleiben sie daher alle durch ministerielle Fürsorge verschont.

Dafür ist ihnen aber wieder das Recht verliehen, wie jeder andere Unternehmer Gewerbesteuer bezahlen zu dürfen. Jeder Hausgewerbetreibende, der 1500 Mark Jahreseinkommen aus seinem Handwerk erzielt (§ 7 des Preußischen Gewerbesteuergesetzes) und eine einzige fremde Hilfskraft beschäftigt, muß nach der Rechtsprechung des preußischen Oberverwaltungsgerichtes Gewerbesteuer bezahlen. Jahrelang sind sogar viele, von denen jeder allein für sich arbeitete, zur Gewerbesteuer herangezogen worden. Und doch will das preußische Gewerbesteuergesetz genau wie die Reichsgewerbeordnung als Unternehmer nur den wirtschaftlich Selbständigen, nicht aber die gewerbliche Hilfsperson betrachtet wissen.

Folgende erbauliche Zustände bestanden bisher im Solinger Industriebezirk nebeneinander und werden vorläufig weiter bestehen bleiben:

Der Hausgewerbetreibende, der eine fremde Hilfskraft beschäftigt, muß als Unternehmer Gewerbesteuer bezahlen, wenn er nicht nachweisen kann, daß er im verflossenen Jahre weniger als 1500 Mark in seinem Beruf verdiente. Trotz seines redlich bezahlten Unternehmers kann er aber bei der Gewerbegerichtswahl weder

als Unternehmer wählen noch gewählt werden. Denn um das zu können, müßte er ja mindestens zehn fremde Hilfskräfte beschäftigen.

Dafür hat er aber wieder den Trost, daß er zur Erhaltung des Gewerbegerichtes seinen Beitrag leisten darf, denn der wird umgelegt nach der von den Unternehmern zu zahlenden Gewerbesteuer. Hier, wo es wieder etwas zu bezahlen gibt, ist er auch wieder selbständiger Unternehmer.

Er will, gestützt auf seine Gewerbesteuerpflicht, gegenüber dem schlecht oder gar nicht zahlenden Fabrikanten das Pfandrecht des Unternehmers aus § 647 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausüben. Er fühlt sich dazu berechtigt, denn wenn er doch selbständiger Unternehmer ist, müssen es unbedingt Werkverträge sein, die er mit seinem Fabrikanten abschließt.

„Nein", sagt der Fabrikant, „Dienstverträge sind es. Ich bin der Unternehmer. Du bist nur mein Arbeiter. Anders kann es nicht sein, denn sonst könnte ja das Gewerbegericht für die Streitigkeiten aus unserem Arbeitsverhältnis unmöglich zuständig sein. Kannst du die Zuständigkeit des Gewerbegerichtes bestreiten?" Das kann der Hausgewerbetreibende nicht. Und weil er es nicht kann, muß er auf das Recht aus § 647 verzichten und allenfalls das magere Rückbehaltungsrecht benutzen, das auch jeder andere unselbständige Arbeiter unter sonst gleichen Voraussetzungen hat.

Als die Solinger Bank zusammenbrach, mußten natürlich weitere Konkurse folgen. Sofort waren findige Konkursverwalter da, die den Hausgewerbetreibenden sagten: „Ihr seid Unternehmer. Die Urteile des Oberverwaltungsgerichtes beweisen es. Deshalb kann es nicht Lohn aus Dienstvertrag sein, sondern nur Forderung aus Werkvertrag, was ihr verlangt. Diese ist aber nicht bevorrechtigt. Ihr rangiert neben den übrigen Gläubigern (was gewöhnlich besagen wollte, daß die Hausgewerbetreibenden ebensowenig etwas erhalten würden wie die anderen Gläubiger)." Durch sofortiges energisches Eingreifen ist hier viel (nicht alles) Unheil verhütet worden. Einzelne Hausgewerbetreibende waren wie vor den Kopf geschlagen, ließen sich nicht raten und verloren ihr sauer verdientes Geld.

Ein Hausgewerbetreibender wird durch Krankheit erwerbsunfähig. Selbstverständlich gerät er in Schulden. Er hält sich einen Gesellen und lebt mit seiner Familie sehr kärglich von dem bißchen Unternehmergewinn aus der einen Hilfskraft. Plötzlich werden ihm die Forderungen, die er an seine Fabrikanten hat, in voller Höhe gepfändet. Das sei zulässig, meint der Anwalt des Gläubigers, weil Schuldner ja Unternehmer sei und seine Forderungen aus Werkverträgen stammten.

Immer berufen sich die Gläubiger und deren Anwälte auf die Urteile des Oberverwaltungsgerichtes, und zwar von ihrem Standpunkt aus mit Recht. Denn wo Gewerbesteuerpflicht nachgewiesen werden kann, muß wirtschaftliche Selbständigkeit (die persönliche ist Nebensache, persönlich selbständig ist fast jeder Steinklopfer) vorhanden sein. Ja noch mehr: es genügt, daß der Beruf an sich gewerbesteuerpflichtig ist. Wer, wie unser Schwindsüchtiger von vorhin, nur deshalb freigestellt werden muß, weil er weniger als 1500 Mark verdient, bleibt trotzdem wirtschaftlich selbständiger Unternehmer und haftet den Gläubigern mit seinen ganzen Forderungen. Die Wohltat des Lohnbeschlagnahmegesetzes besteht ja für den Unternehmer nicht und für seine Forderungen auch nicht § 811 der Zivilprozeßordnung (der zur Anschaffung für Nahrungs-, Heizungs- und Beleuchtungsmittel auf die Dauer von zwei Wochen erforderliche Geldbetrag ist unpfändbar). Scharfsinnig, wie unsere Richter nun einmal sind, argumentieren sie: „Von Forderungen enthält § 811 nichts. Alles, was der Gesetzgeber nicht ausdrücklich gesagt hat, hat er auch nicht gewollt. Sollte an Stelle des Geldbetrags auch eine Forderung treten können, so wäre das wohl ausdrücklich im Gesetz festgelegt worden. Das ist nicht geschehen, mithin muß zwischen Forderung und Geldbetrag unterschieden werden. Die Praxis aus § 811 der Zivilprozeßordnung ist also die: Hat der kleine Schuster Glück und erhält vom Studenten die Stiefeln bar bezahlt, so muß ihm

das Geld gelassen werden, weil seine Familie es für die nötigsten Bedürfnisse der nächsten zwei Wochen nicht entbehren kann. Muß er sich aber auf den Ersten vertrösten lassen und daraufhin selbst borgen, so unterliegt seine Forderung der Pfändung, und der weise Richter tröstet ihn: Nicht Geld ist es, was man dir nahm, nur eine Forderung. Dein Geld müßte dir bleiben, wenn du welches hättest.

Dieser richterlichen Einsicht muß sich auch der zum Unternehmer gestempelte Hausgewerbetreibende unterwerfen.

Ich weiß nicht, wie die berufsmäßigen Gesetzesmacher und Gesetzesausleger Artikel 2 der Reichsverfassung auslegen. (Innerhalb des Bundesgebiets übt das Reich das Recht der Gesetzgebung nach Maßgabe des Inhalts dieser Verfassung und mit der Wirkung aus, daß die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen.) Jedenfalls ist aber das Reichsversicherungsamt eine Behörde, die im Namen des Reiches Recht spricht. Mir scheint es daher mindestens begreiflich zu sein, wenn man als Laie der vielleicht falschen Ansicht zuneigt, die Behörden einzelner Bundesstaaten hätten kein Recht, Urteile und Erlasse des Reichsversicherungsamtes gänzlich zu ignorieren.

Das preußische Oberverwaltungsgericht aber stellt die Urteile des Reichsversicherungsamtes über Hausgewerbetreibende direkt auf den Kopf und konnte bisher nicht veranlaßt werden, sich auch nur mit einer Silbe zu diesem Widerspruch zu äußern.

Dem Sinne nach genau mit Stadthagen sagt das Reichsversicherungsamt in seiner Anleitung betreffend den Kreis der nach dem Invalidenversicherungsgesetz versicherten Personen („Amtliche Nachrichten“, 1900, S. 275 ff. unter Ziffer 33):

> „Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Hausgewerbetreibenden zeigt sich darin, daß sie von einem anderen Gewerbetreibenden ‚beschäftigt werden‘, daß sie auf Rechnung eines Dritten arbeiten, der einerseits die geschäftliche Gefahr trägt, andererseits aber ihnen die Möglichkeit eigener Verwertung ihrer Erzeugnisse und damit der Erzielung eines Unternehmergewinns nimmt, ihnen vielmehr nur eine nach dem Stück bemessene Vergütung zahlt, die sich wirtschaftlich wesentlich als Arbeitsentgelt darstellt. Dieses Verhältnis verschiebt sich auch dann nur wenig, wenn der Hausgewerbetreibende die Rohstoffe selbst beschafft und in dem für die abgelieferte Ware gezahlten Preise auch den Stoffwert erstattet erhält.
>
> „Die Tätigkeit für fremde Rechnung bringt es weiter mit sich, daß der im allgemeinen wirtschaftlich mächtigere Auftraggeber die Art der Herstellung, die Lieferzeiten und sonstige Bedingungen einseitig vorzuschreiben in die Lage gesetzt wird.“

An anderer Stelle:

> „Dem Auftraggeber kann es im allgemeinen gleichgültig sein, wer die Arbeit verrichtet usw. Demgemäß bleibt dem Hausgewerbetreibenden die Heranziehung von Hilfskräften überlassen.“

Weiter:

> „Ferner sind die Bestellungen in der Regel nur Einzelaufträge, nach ihrer Erledigung ist keine der Geschäftsparteien gehalten, das Verhältnis fortzusetzen oder wieder aufzunehmen, es besteht kein fester Vertrag und keine Kündigungsfrist, wenn sich auch tatsächlich nicht selten dauernde Beziehungen herausbilden.“

Endlich:

> „Für die Abgrenzung gegenüber der unselbständigen Außenarbeit handelt es sich darum, inwieweit alle diese in den Regelfällen gegebenen Umstände die Benutzung begriffswesentlicher Merkmale haben. Dies läßt sich nicht allgemein bestimmen, immerhin kann es zum Beispiel nicht ausschlaggebend sein, ob tatsächlich Hilfskräfte beschäftigt werden usw.“

Während also das Reichsversicherungsamt selbst in dem Merkmal der Beschäftigung mehrerer Hilfskräfte noch nicht ohne weiteres die wirtschaftliche Selbständigkeit des Hausgewerbetreibenden erblicken will, genügte bisher für das Ober-

verwaltungsgericht die Beschäftigung eines Lehrlings, um den Hausgewerbetreibenden zum Unternehmer zu stempeln:

„Er beschäftigt ständig auf seine Kosten einen Lehrling. Für die Annahme eines selbständigen Gewerbebetriebs durch den Beschwerdeführer gibt aber nach den in feststehender Rechtsprechung geltenden Grundsätzen die Tatsache den Ausschlag, daß er zur Ausführung der für andere Gewerbetreibende gegen Stücklohn zu leistenden Schleiferarbeit von ihm angenommene fremde Hilfskräfte auf eigene Rechnung verwendet" (Urteil des preußischen Oberverwaltungsgerichtes, sechster Senat, vom 31. Januar 1907).

Der gleiche Senat hatte am gleichen Tage einen anderen Schleifer freigestellt, weil dieser keine Hilfskraft beschäftigte. Später ist die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes noch ungünstiger für die Hausgewerbetreibenden geworden. Ein Urteil des sechsten Senats vom 11. Februar 1909 läßt befürchten, daß der Beschwerdeführer im Gegensatz zu 1907 auch dann abgewiesen worden wäre, wenn er keine Hilfskraft beschäftigt hätte. Im Jahre 1907 war noch ausführlich erörtert worden, daß alles von der Regierung Vorgebrachte die Selbständigkeit nicht begründen könne, wenn der einzige Punkt, auf den dieselbe gestützt werden könne, nämlich die Beschäftigung mindestens einer fremden Hilfskraft, fehle. In dem Urteil von 1909 wird nur noch nebenbei daran erinnert, daß der Beschwerdeführer einen Lehrling hält. Was früher Hauptsache war, ist jetzt Nebensache geworden, und umgekehrt. Die früher vom Oberverwaltungsgericht zugegebene Nebensächlichkeit der *persönlichen* Selbständigkeit scheint jetzt zur Hauptsache geworden zu sein. Dagegen ist *wirtschaftliche* Selbständigkeit (doch wohl eine der Grundbedingungen für die Annahme eines stehenden Gewerbebetriebs) für die Gewerbesteuerpflicht überhaupt nicht mehr erforderlich:

„Es fehlt insbesondere auch nicht die von dem Beschwerdeführer am Schlusse seiner Beschwerde bestrittene Selbständigkeit. Diese ist keine wirtschaftliche, sondern eine rein persönliche. Sie besteht darin, daß der Hausgewerbetreibende arbeiten kann, wann er will und keine bestimmten Arbeitsstunden innezuhalten hat, daß er die Arbeiten nicht notwendig selbst zu verrichten braucht, sondern durch andere ausführen lassen darf, daß er keiner Disziplin des Arbeitgebers unterliegt, daß für ihn, abgesehen von dem Falle besonderer Vereinbarung, kein Recht und keine Pflicht zur weiteren Beschäftigung oder für Einhaltung einer Kündigungsfrist besteht. Alles dies trifft, wie nach den Akten anzunehmen ist, auf den Beschwerdeführer zu."

Und *deshalb*, weil das alles zutreffen soll (in Wirklichkeit trifft es nicht zu), wurde die Beschwerde zurückgewiesen. 1907 war nach Ansicht des gleichen Senats vom gleichen Gericht das alles noch unerheblich und keineswegs geeignet, die Gewerbesteuerpflicht zu stützen.

Auch das eingangs erwähnte Gewerbegerichtsgesetz und Regulativ können „hier, wo allein die Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes maßgebend sind, nicht in Betracht kommen".

Die allein maßgebenden Vorschriften besagen aber in § 37:

„Die Beschwerde kann nur darauf gestützt werden, daß die angefochtene Entscheidung auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechtes, insbesondere auch der von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen beruhe."

Es heißt nicht von den Behörden für Gewerbesteuersachen, sondern ganz allgemein: von *den* Behörden.

Ist nun das preußische Justizministerium, ist das Ministerium für Handel und Gewerbe keine Behörde?

Haben diese Behörden nicht innerhalb ihrer Zuständigkeit die Verordnung erlassen, daß ein Hausgewerbetreibender, der nicht mindestens zehn Hilfskräfte beschäftige, unselbständiger Arbeiter sei, Unternehmer aber nicht sein könne?

Läßt es sich mit dieser Verordnung vereinbaren, daß dort, wo nicht Rechte, sondern Pflichten in Frage kommen, die Selbständigkeit schon bei Beschäftigung einer Hilfskraft oder auch gar keiner vorhanden sein soll?

Beweist nicht die aus der Gewerbesteuerpflicht sich ergebende Pflicht der Beitragsleistung für die Erhaltung des Gewerbegerichtes für sich ganz allein, daß eines falsch sein muß: entweder die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes oder das Regulativ, das den Hausgewerbetreibenden das Wahlrecht des Unternehmers versagt und sie zu den nicht beitragspflichtigen Arbeitnehmern wirft?

Ich möchte einmal das Geschrei einer Gruppe von Unternehmern hören, der solch unerträgliche Zustände zugemutet werden sollten. Das zu ertragen, ist nur die Geduld „unzufriedener“ Arbeiter imstande. Aber diese Geduld endet auch einmal. Die Sozialdemokratie hat keinen Schaden davon, wenn für die preußischen Hausgewerbetreibenden das System der Pflichten ohne Rechte noch eine Zeitlang bestehen bleibt.

Einmal fällt es ja doch. Bis dahin kann es uns aber manchen Anhänger zugeführt haben, den wir unter normalen Verhältnissen vielleicht erst später gewonnen hätten.

Technisch-wirtschaftliche Rundschau.

Technisch-industrielle Fachpresse. — Internationales Institut für Techno-Bibliographie. — Amerikanischer Geist im Maschinenbau. — Moderne Arbeitskontrolle. — Das Lohnproblem als Kalkulationsfrage.

Wenn die technisch-wissenschaftlichen Fachkongresse als die Meilenzeiger für den technischen Fortschritt in der Industrieentwicklung zu beachten sind, so werden alle diese Erscheinungsformen reflektiert durch die einschlägige Fachpresse. Wer eine Geschichte des deutschen Industrialismus schreiben wollte, müßte auch zu diesen Quellen hinuntersteigen, müßte die bedeutenderen Fachzeitschriften zur Hand nehmen, in denen der Gang der Entwicklung literarisch fixiert wird. Auch hier hat sich eine Arbeitsteilung durchgesetzt. Wie sich das Schaffen des einzelnen Ingenieurs heute spezialisieren muß, wie heute im Gegensatz zu früher nicht mehr Allgemeinbildung, sondern Spezialkenntnisse die notwendigsten Vorbedingungen sind, so wenden sich auch die technischen Zeitschriften immer mehr an ein abgegrenztes Fachpublikum. Das spiegelt sich schon wider in der Zahl der vorhandenen Fachzeitschriften. Nach einer Statistik, die G. Luck (Die deutsche Fachpresse, Verlag Klöres, Tübingen) aufgenommen hat, beträgt die Gesamtzahl der technischen Zeitschriften in deutscher Sprache 1124, davon entfallen auf Bau-, Ingenieur-, Maschinen- und Eisenbahnwesen 204, auf Bergbau- und Hüttenkunde 44 und auf Gewerbekunde, Kunstgewerbe, Technik und Industrie 876. Schon diese Zahlen zeigen, wie vielgestaltig der Presseapparat geworden ist, der im Dienste der deutschen Industrie zu arbeiten hat.

Man kann sogar aus der Entwicklung und Absonderung der Zeitschriften erkennen, welche Spezialaufgaben jeweilig entstanden sind und bearbeitet werden mußten. Um nur zwei Beispiele herauszugreifen: Als der Automobilismus sich als ein aussichtsreicher Zweig der Technik zu entwickeln begann, mußte über die konstruktiven Aufgaben in der Fachpresse berichtet werden, die Folge war die Gründung verschiedener Spezialzeitschriften. In dem Maße, wie die Probleme der lenkbaren Luftschiffahrt praktischen Lösungen entgegengehen, suchen auch die Spezialisten auf diesem Gebiet sich eine eigene Fachliteratur zu schaffen.

Freilich sind die Zeitschriften qualitativ sehr verschieden, naturgemäß rangieren die Fachblätter der Verbände[1] im Durchschnitt vor den Zeitschriften privater Ver-

---

[1] Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure, Elektrotechnische Zeitschrift (Organ des Verbandes deutscher Elektrotechniker); Stahl und Eisen (Organ des Vereins deutscher Eisenhüttenleute); Zeitschrift für Werkzeugmaschinen und Werkzeuge (Organ des Verbandes deutscher Werkzeugfabriken).

leger. Der kapitalistische Geist hat auch hier einen scharfen Konkurrenzkampf geschaffen, in dem die finanziell leistungsfähigeren Zeitschriftenunternehmungen sich durchsetzen. Wo eine Zeitschrift aus den Abonnementseinnahmen nicht leben und nicht sterben kann, müssen die Einnahmen für Reklame (Annoncen, bezahlte Waschzettel usw.) aushelfen. In dieser Beziehung haben recht viele Fachzeitschriften Ähnlichkeiten mit gewissen Tageszeitungen, die Fähigkeit der Redakteure besteht denn auch hier nicht nur in der Gewandtheit der Behandlung von Schere und Kleister, sondern in dem Geschäftssinn, sich laufend die nötigen Subsidien aus den Bureaus der Industriellen zu verschaffen.

Der industrielle Fachmann muß sich nun durch seine Fachpresse je nach dem Umfang seines Arbeitsbereichs durchackern. Er muß aus der Flut der Neuerscheinungen das jeweilig Brauchbare für seine Zwecke heraussuchen. Im Betrieb selbst haben sich dafür bestimmte arbeitsteilige Methoden eingeführt. Jedes größere Werk hat sein literarisches Bureau, in dem sich die eingehenden Zeitschriften sammeln. Die einzelnen Nummern zirkulieren in bestimmter Ordnung durch die Geschäftsstellen, werden für jeden einzelnen beteiligten Leser entsprechend angestrichen, so daß die „hochqualifizierten Arbeitskräfte", die Direktoren, Chefkonstrukteure, Betriebsleiter keine Zeit mit dem Lesen für sie nicht passender Artikel verlieren. Beiläufig bemerkt liegt hier ein Grund mit dafür, daß die „Intellektuellen" der Industrie, die Oberbeamten, in allen Fragen außerhalb ihres Fachgebiets total unwissend sind. Das bringt der ganze Arbeitsbetrieb hier mit sich. Diese Leute werden derartig für ihr Fach eingeschirrt, daß sie den geistigen Zusammenhang mit der Welt außerhalb ihres beruflichen Milieus einfach verlieren.

Um gewissermaßen eine zentrale Vorprüfung für alle literarischen Erscheinungen der weitschichtigen industriellen Technik zu schaffen, ist vor etwa einem Jahre ein sehr interessantes Unternehmen ins Leben gerufen worden. Eine Gruppe von Fachleuten und Vertretern der technischen Wissenschaften ging zur Gründung des Internationalen Instituts für Techno-Bibliographie über. Parallel zu dem Internationalen Institut für Sozial-Bibliographie sollte für das Gebiet der Technik eine bibliographische Bearbeitung der gesamten deutschen und teilweise ausländischen Fachpresse unternommen werden. An einen Stab von Mitarbeitern wurde das gesamte Bearbeitungsgebiet verteilt. Jeder Korrespondent muß eine bestimmte Zahl und Gruppe von Zeitschriften lesen, die Titel fixieren und bei wichtigeren Beiträgen eine kurze, schlagwortartige Charakteristik davon geben. Ebenso wird über die gesamten Neuerscheinungen der Buchliteratur laufend berichtet. Alle Monate werden die Berichte gesammelt, nach einer bestimmten Systematik (Schlagwortregister) geordnet und in Monatsheften veröffentlicht.[1] Seit Januar ist der zweite Jahrgang erschienen und dürfte das Unternehmen gerade für wissenschaftliche Forscherzwecke von besonderer Bedeutung sein. Bei der Benutzung der Bibliographie kann man sich verhältnismäßig schnell über eine bestimmte Spezialfrage ein zutreffendes literarisches Situationsbild verschaffen. Damit ist eigentlich überhaupt erst die Möglichkeit gegeben, die technischen Erscheinungsformen des heutigen Industrialismus literarisch zu überschauen.

Das deutsche Industrieleben wird stark beeinflußt durch den Amerikanismus. Darauf habe ich an dieser Stelle und auch in anderen Publikationen schon häufig hingewiesen. Ein paar neuere Vorgänge geben für das Vordringen des amerikanischen Geistes wieder neue Beweise.

Auf der letzten Tagung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken beschäftigte man sich wieder einmal mit der „amerikanischen Gefahr". Gerade die amerikanischen Fabrikanten im Werkzeugmaschinenbau hatten in letzter Zeit besondere Anstrengungen gemacht, mit ihren Fabrikaten sich für Deutschland ein erweitertes

---

[1] Technische Auskunft, Monatschrift des Internationalen Instituts für Techno-Bibliographie. Berlin W 50, Bibliographischer Zentralverlag G. m. b. H.

Absatzgebiet zu sichern. So wurde im Sommer dieses Jahres in Berlin eine amerikanische Ausstellung geplant, auf der sich die deutschen Konsumenten auch von den Vorzügen der amerikanischen Werkzeugmaschinen sollten überzeugen können. Außerdem wird seit Januar dieses Jahres eine deutsche Ausgabe der führenden amerikanischen Zeitschrift „American Machinist“ herausgegeben, die dazu dienen soll, amerikanische Konstruktionsgrundsätze den deutschen Abnehmerkreisen zu erläutern, amerikanische Maschinen anzupreisen und damit für die amerikanische Industrie Reklame zu machen.

Wenn auf der Tagung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken ausgeführt wurde, daß die deutschen Werkzeugmaschinen mit den amerikanischen Fabrikaten konkurrieren können, so mag das wohl stimmen. Aber deren Vorsprung hat die deutsche Industrie erst in den letzten Jahren mühselig einholen können. Denn der amerikanische Konstrukteur ist von Anfang an dazu erzogen worden, mit seinen Werkzeugmaschinen den höchsten Nutzeffekt zu erzielen. Die verhältnismäßig hohen Arbeitslöhne drüben riefen das Bedürfnis wach, durch exakt arbeitende Maschinen die Handarbeit zu ersparen. „Labour saving“ — Arbeit ersparend — ist überhaupt das Leibwort des technischen Fortschritts drüben. „Labour saving“ ist der Feldruf, unter dem die Erbauer von Maschinen und vielen anderen Gebrauchsgegenständen für die Einführung und den Absatz ihrer Erzeugnisse kämpfen; es gibt zum Beispiel kaum eine amerikanische Anpreisung über Werkzeugmaschinen, in der nicht das Schlagwort „Labour saving“ vorkommt, zumeist in fettem Drucke stark hervorgehoben, und nichts ist wirksamer als dieser Lockruf — „drüben im Lande, wo die Arbeit so teuer ist“ (Jul. West). Der Amerikaner hat sich mit seinen Werkzeugmaschinen auf dem Weltmarkt sieghaft durchsetzen können, hat sich einen Weltruf geschaffen, der schwer zu erschüttern ist.

Auch auf dem Gebiet der Fabrikorganisation hat der amerikanische Unternehmer immer eine führende Stellung eingenommen. Die Organisation der Arbeit, die Trennung in gelernte und ungelernte Arbeiter, der sorgfältig im voraus ausgeklügelte Arbeitsgang der Fabrikate, das alles sind die Mittel gewesen, durch welche der amerikanische Fabrikbetrieb im Sinne des Unternehmers als vorbildliche Wirtschaftsweise betrachtet wird. Wenn einzelne Gewerkschaftsblätter jetzt von Studienreisen deutscher Betriebsleiter nach Amerika berichten können, so haben eben diese Reisen den Zweck, die Erfahrungen der amerikanischen Fabrikorganisation auch für deutsche Verhältnisse nutzbar zu machen. Nicht zuletzt sind die heute zur Anwendung gelangten Kontrollmethoden den amerikanischen Vorbildern entlehnt. Fast bei jeder Kontrolluhr, die heute in größeren Betrieben aufgestellt wird, kann man aus alten amerikanischen Zeitschriften oder amerikanischen Reiseberichten den konstruktiven Ursprung nachweisen, wenn nicht diese Uhren direkt von amerikanischen Fabriken bezogen worden sind.

Im Niederrheinischen Bezirksverein des Vereins deutscher Ingenieure hielt kürzlich der Ingenieur Schneeloch-Düsseldorf einen Vortrag über die Behandlung der Zeit in der Lohn- und Selbstkostenberechnung. Seine ganze Weisheit führte zum Schlusse zu einer Empfehlung des „Kartenapparats“, der von einer amerikanischen Gesellschaft, der International Time Recording Co., geliefert wird.

Bei dieser Gelegenheit ist es nicht unwichtig, den Entwicklungstendenzen nachzugehen, die auch auf dem Gebiet der Arbeitskontrolle zu beobachten sind. Die moderne Arbeitskontrolle wurde bisher nach zwei Methoden ausgeführt, erstens durch Kontrollbeamte, zweitens durch Kontrollapparate. Die einfachste Methode besteht darin, daß in kleineren Werken der Portier am Eingang der Fabrik oder der Werkmeister im Arbeitssaal sich die Namen derjenigen Arbeiter notiert, die zu spät kamen oder vor Beendigung der normalen Arbeitszeit die Arbeitsstätte verließen. Am Schlusse der Woche wurde für die Lohnrechnung eine Zusammenstellung gemacht und die versäumte Zeit vom Lohne gestrichen. Dann kamen die Kontrolluhren auf, die Unternehmer hatten auch hier das Bestreben, sich von der Tüchtigkeit

und der Zuverlässigkeit ihrer Angestellten unabhängig zu machen. Diese Uhren waren entweder „Stechuhren“ oder „Stoppuhren“. Am Portierhaus oder am Eingang des Arbeitssaals hatte der Arbeiter zu „stechen“, seine Karte zur Abstempelung hineinzuschieben oder ähnliche Handgriffe vorzunehmen. Die gesamte Arbeitszeit wird dadurch auf mechanischem Wege registriert. Die „Stoppuhr“ dient dazu, die Arbeitszeit einzelner Teiloperationen zu überwachen. Der Werkmeister, Aufseher oder Kontrolleur stellt sich bei der Vornahme einer neuen Arbeit neben den „Probearbeiter“ und registriert mit seiner Uhr, die er unauffällig bei sich trägt, die genaue Herstellungszeit des Gegenstandes, in Minuten und Sekunden gemessen. Er „stoppt“ die Uhr bei Fertigstellung des Gegenstandes. Gelegentlich einer Besprechung des famosen Systems Taylor im „Kampf“, von der auch in der „Neuen Zeit“ (1910, Heft 7, S. 252) eine kurze Wiedergabe gebracht wurde, habe ich auch besonders diese mechanischen Kontrollsysteme erwähnt. Der von Schneeloch empfohlene Kartenapparat ist ebenfalls eine solche konstruktive Verbesserung einer amerikanischen Kontrolluhr, die auf der Lohnkarte des Arbeiters den Anfang und die Beendigung eines jeden Arbeitsstücks und einer jeden Arbeitsleistung registriert.

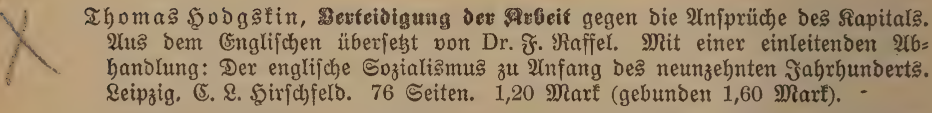
Überhaupt können wir die Beobachtung machen, daß das Kalkulieren der Arbeitsleistungen und Arbeitspreise als gefühlsmäßiges Schätzen immer mehr verschwindet. Dafür werden sorgfältig ausgebildete Kontrollmethoden angewendet. Der Arbeitsvorgang wird in möglichst viele Teiloperationen zerlegt und mittels Kontrolluhren und Zeitstudien beobachtet und registriert. Nach dem Kartothekſystem werden alle Beobachtungen über die vorhandenen Einzelheiten gesammelt, so daß jede Bewertung neuer Arbeitspreise nicht mehr gefühlsmäßig geschätzt wird, sondern auf Grund der vorhandenen Erfahrungswerte methodisch ermittelt werden kann.

Der Arbeiter wird überlistet. Im großindustriellen Arbeitsvertrag, dort, wo eine vielgestaltige Produktion mit den verschiedenartigsten Herstellungsmitteln vor sich geht, tritt dieser Unterschied ganz besonders klar zutage: dem einzelnen Arbeiter steht der Bevollmächtigte des Unternehmers gegenüber. Der letztere hat ein ganzes Preisarchiv zu seiner Verfügung, in dem die Betriebsfaktoren, die für die Herstellung eines Gegenstandes notwendig sind, durch genau gesammelte Daten festgelegt werden konnten. Der Arbeiter selbst verliert in dem komplizierten Organismus eines solchen arbeitsteiligen Großbetriebs immer mehr den kalkulativen Überblick über den Wert seiner eigenen Arbeitskraft, die er verkaufen soll. So stehen sich zwei ungleiche Kontrahenten gegenüber, der sogenannte „freie“ Arbeitsvertrag im Großbetrieb ist genau ebenso frei wie die Abmachung des feudalen Großgrundbesitzers mit jedem seiner Taglöhner. Das Lohnproblem ist eine Kalkulationsfrage geworden und wird hier die Praxis des Gewerkschaftskampfes diejenigen Formen finden müssen, durch die dem Unternehmer die heutige Überlegenheit im Arbeitsvertrag wieder abgekämpft und abgerungen werden kann.

Richard Woldt.

Literarische Rundschau.





Thomas Hodgskin, **Verteidigung der Arbeit** gegen die Ansprüche des Kapitals. Aus dem Englischen übersetzt von Dr. F. Raffel. Mit einer einleitenden Abhandlung: Der englische Sozialismus zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts. Leipzig, C. L. Hirschfeld. 76 Seiten. 1,20 Mark (gebunden 1,60 Mark).

Unter den Autoren, die Marx im letzten Bande seiner „Theorien über den Mehrwert“ bespricht, ist unleugbar einer der originellsten und scharfsinnigsten Thomas Hodgskin. Seine Hauptschrift („Labour defended“, Die Verteidigung der Arbeit) erschien 1825, als Streitschrift im Kampfe der Arbeiter Englands um das Koalitionsrecht. Dessen Gegner behaupteten, die Arbeiterkoalitionen würden, wenn man sie gewähren ließe, das Kapital aus dem Lande treiben und damit die wirt-



schaftliche Blüte Englands vernichten. Diese Argumentation beantwortete Hodgskin mit einer Untersuchung der Rolle, die das Kapital im Produktionsprozeß spielt, und einer Darlegung des Unheils, das die wachsende Ausbeutung des Proletariats mit sich bringt, der entgegenzuwirken die Arbeiterkoalitionen berufen seien.

Diese bemerkenswerte Abhandlung ist heute höchst selten und im Buchhandel nicht mehr aufzutreiben. Es trifft sich daher sehr gut, daß jetzt gleichzeitig mit dem letzten Bande der Marxschen „Theorien" auch die dort eingehend auf 60 Seiten behandelte Schrift Hodgskins in deutscher Übersetzung erscheint und damit wieder allgemein zugänglich wird.

Eingeleitet wird sie durch eine Abhandlung des Herausgebers, der ihr Erscheinen nicht mehr erlebte, des Professors Georg Adler, über das Verhältnis des älteren englischen Sozialismus zur Ricardoschen Theorie des Wertes. Diese Untersuchung läuft parallel der Marxschen in seinen „Theorien". Es wäre natürlich lächerlich, einen Georg Adler mit einem Marx in bezug auf die Behandlung und Beherrschung des Stoffes vergleichen zu wollen. Aber es ist schon ganz charakteristisch, wenn man nur zusieht, was jeden der beiden an den in Betracht kommenden Sozialisten interessiert. Marx behandelt bloß jene unter ihnen, die die Erkenntnis des kapitalistischen Produktionsprozesses gefördert haben, und nur jene ihrer Ausführungen, die sich damit beschäftigen. Diese Seiten erwähnt Adler gar nicht. Der Professor der Ökonomie erörtert nur die ethischen Konsequenzen, die die einzelnen Sozialisten aus der Ricardoschen Werttheorie ziehen.

Der „Agitator" Marx hat bloß für die wissenschaftliche Seite seiner Vorgänger ein Auge; den „Mann der Wissenschaft" interessiert am Sozialismus allein seine agitatorische Seite. K. K.

Notizen.

Zur Arbeitsnachweisfrage. In einer Notiz in der Nr. 25 der „Neuen Zeit" bringt der Genosse Kliche eine Erwiderung auf meine in einem Artikel in der Nr. 23 enthaltene Bemerkung, daß seine Meinung, die Ansichten der Gewerkschaftskongresse von 1896 und 1899 in der Arbeitsnachweisfrage seien identisch, auf einem Irrtum beruhe. Zum Beweis bringt er in großen Zügen eine Schilderung des Verlaufs der sich darauf beziehenden Verhandlungen in Frankfurt 1899. Er betont besonders, daß man auch in Frankfurt im Prinzip an der Meinung, der Arbeitsnachweis gehöre in die Hände der Arbeiter, festgehalten und der Mitarbeit an paritätischen Arbeitsnachweisen nur bedingungsweise zugestimmt habe. Daß ich ganz derselben Meinung bin, geht aus meinem Artikel in Nr. 23 hervor. Ich schrieb dort: „Die einseitige Verwaltung der Arbeitsnachweise durch die Gewerkschaften wurde gewissermaßen als Ziel aufgerichtet, während die paritätischen Arbeitsnachweise als Etappe auf dem Wege zu jenem fernen Ziele gelten sollten."

So Frankfurt 1899. Schauen wir nun einmal, was man 1896 in Berlin zu der Frage des Arbeitsnachweises zu sagen hatte. Es heißt in der Berliner Resolution: „Grundsätzlich abzulehnen ist jede Erwägung der Möglichkeit einer gemeinsam geführten Arbeitsvermittlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber." Und ich bin in der Tat der Meinung, daß es ein Unterschied ist, ob man den bloßen Gedanken an einen paritätischen Arbeitsnachweis in so schroffer Weise ablehnt, wie es hier geschieht, oder ob man dem paritätischen Arbeitsnachweis zustimmt, wenn auch nur bedingungsweise. Das Hervorheben dieses Unterschieds aber war für den Inhalt meines Artikels von besonderer Wichtigkeit, weshalb ich ihm dort einige Zeilen mehr widmete, als er sonst vielleicht verdient, und weshalb ich auch meine Bemerkung machte. Für die Ausführungen des Genossen Kliche in der Nr. 12 der „Neuen Zeit" dagegen erscheint mir das Hervorkehren der Wandlung in der Auffassung der Gewerkschaften von geringerer Be-

deutung, worin ich den Grund dafür erblicke, daß Kliche mit verminderter Aufmerksamkeit über ihn hinwegging.

Im übrigen verweise auch ich die interessierten Genossen auf die Verhandlungsprotokolle, wobei ich die Betonung mit besonderem Nachdruck auf die letzte Silbe lege, denn man muß beide Protokolle studieren, wenn man den Unterschied in den Beschlüssen erkennen will. Rich. Seidel.

Gewerkschaftliche Konzentration. Als wir vor Jahresfrist dieses Thema hier behandelten, wiesen wir nach, daß der engste Zusammenschluß aller auf einer gleichen Industrie basierenden Verbände in der Natur der Sache begründet und zum chronischen Dränger in der deutschen Gewerkschaftsbewegung geworden sei. Inzwischen ist manches von uns damals Gestreifte zur Tat geworden. Vom 1. Juli dieses Jahres an schließen sich die bisherigen drei Verbände der Transportarbeiter, Seeleute und Hafenarbeiter zu einem großen Industrieverband zusammen, der somit alle Verkehrsarbeiter zu Wasser und zu Lande umfaßt und zirka 650000 Mitglieder zählen wird.

Der Zusammenschluß der Maurer und Bauhilfsarbeiter ist bereits im Februar in Leipzig vollzogen worden und tritt am 1. Januar 1911 in Kraft. Im Laufe dieses Jahres wird auch die bisher selbständige Gruppe der Isolierer noch dem gemeinsamen Verband beitreten, so daß dieser dann 255000 Mitglieder zählt. Innerhalb des Verbandes der Dachdecker finden zurzeit Verhandlungen statt, die auf eine Verschmelzung mit dem jetzt geschaffenen „Deutschen Bauarbeiterverband" hinauslaufen. Letzterer hat sich bereit erklärt, in eine Verschmelzung mit den Dachdeckern, Stukkateuren und Zimmerern einzugehen. Solange diese noch nicht perfekt, sollen jedoch trotzdem alle Aktionen gemeinsam geführt werden. Der Vorstand des Zentralverbandes der Schmiede steht noch in Unterhandlungen mit dem Metallarbeiterverband zwecks Verschmelzung mit diesem. Die Frage wäre vielleicht schon gelöst, jedoch ist zwischen den beiden Organisationen noch keine Einigung darüber erzielt worden, ob die Schmiede eine besondere Gruppe oder nur eine Branche des Metallarbeiterverbandes in Zukunft bilden sollen.

Die Mühlenarbeiter haben ihren Vorstand beauftragt, mit den Verbänden der Bäcker und Brauer in Anschlußverhandlungen zu treten. Die Besprechungen sind bereits so weit gediehen, daß auch hier mit Sicherheit eine Vereinigung gegen Ende des Jahres erwartet werden kann. Der gänzliche Zusammenschluß aller in der Nahrungs- und Genußmittelbranche beschäftigten Personen kann auch nur noch eine Frage der Zeit sein. Durch die genannten Zusammenschlüsse wird den Anforderungen der Zeit Rechnung getragen. H. Kl.

Zeitschriftenschau.

„The Social Democrat", das Organ der englischen S. D. P., enthält in seinem Dezemberheft einen Aufsatz von B. Morrison: **„Der neue Liberalismus"**. Unter diesem Titel hat Gardiner, der Herausgeber des „Daily News", eine Sammlung von Reden des Ministers Lloyd George publiziert. Aber der neue Liberalismus datiert nicht erst von Lloyd George, sondern schon von Gladstone; die Versuche, den Liberalismus zu erneuern, fingen an, sobald — um 1840 — seine historische Mission erfüllt war und damit sein Wesen als Prinzipienpartei aufgehört hatte. Seitdem lebt er von der Negation, von geheuchelter Freundschaft zu den Arbeitern und von Augenblickserfolgen mittels kleinlicher Betrügereien. Der Sieg der Liberalen 1906 war nicht eine Folge ihrer eigenen Tugenden, sondern der Laster der Tories. Der Reformeifer war zuerst auch sehr gering; mit der Vorlage über Arbeitskonflikte, die so schlecht war, daß sie durch den Entwurf der Arbeiter-

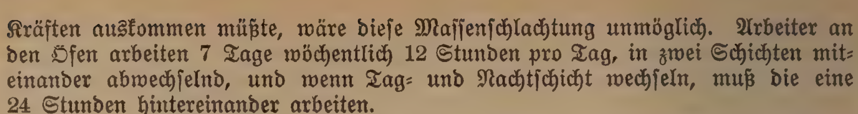
partei ersetzt werden mußte, mit der Vorlage über die Schaffung eines kleinen Grundbesitzes (Small Holdings Bill), die ökonomisch verfehlt ist, mit dem Unterrichts- und Schankgesetz vermochte die Regierung nicht die Wähler zu gewinnen, und die Nachwahlen fielen zugunsten der Tories oder der Arbeiterpartei aus. Daher entschloß sie sich, der emporkommenden Arbeiterpartei den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dafür war der prinzipienlose Demagoge Lloyd George, der jetzt Finanzminister wurde, die geeignete Person. Um Geld für neue Dreadnoughts zu finden, belastete er nicht die Kapitalisten, sondern die historischen Feinde des Kapitals, die Grundbesitzer, weiter einige Luxusausgaben der Reichen und dann vor allem die Arbeiter. Und die Arbeiter applaudierten ihm, weil er sich als Biedermann aufspielte, der die Nöte des Volkes aus eigener Erfahrung kenne und jetzt die Landherren und Monopolisten im Interesse des Volkes angreife.

Ein neues Prinzip liegt in dem neuen Budget der Regierung ebensowenig wie eine Anbahnung der Nationalisierung des Bodens. Die Besteuerung der Grundrente ist eine alte Forderung der industriellen Bourgeoisie, die die Grundbesitzer als Parasiten betrachtet. Aber der Arbeiter sieht nicht die unverdiente Grundrente, sondern den Mehrwert des Kapitalisten als das besondere Merkmal der heutigen Ordnung an, und sie haben keinen Grund, die Besteuerung des Grundbesitzes zugunsten des Industrieprofits als eine zeitgemäße Großtat zu betrachten. Ein Schritt zur Nationalisation des Bodens war das neue Budget auch nicht, denn die Anhänger der Grundsteuer wollen gerade umgekehrt möglichst viel kleinen Grundbesitz schaffen.

Vom Arbeiterstandpunkt ist in diesem Budget, das einen Ausdruck des neuen Liberalismus bildet, nichts Dankenswertes. Dem ist noch die Haltung des neuen Liberalismus in ausländischen Fragen hinzuzufügen: die Allianz mit dem Zaren, die Duldung des Vorgehens der spanischen Klerikalen gegen Ferrer, das tyrannische Regiment in Ägypten und Indien, alles zur Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaft. Fügt man dazu noch die kalte Gleichgültigkeit gegen die Notlage der Arbeiter im Lande selbst, was in der Haltung der Liberalen gegenüber der Schulspeisung und der Arbeitslosigkeit zutage tritt, und ihre von Phrasen kaum verhüllte Schwäche gegenüber den Lords — so erweist sich der neue Liberalismus nur als ein Versuch, die wachsende Arbeiterbewegung einzufangen und unschädlich zu machen.



„Carnegies Hölle“ ist ein Aufsatz überschrieben, worin einige Auszüge aus einer Artikelsammlung gegeben werden, die von einer Anzahl amerikanischer Soziologen als Resultat ihrer Untersuchungen der Verhältnisse in Pittsburg veröffentlicht wurde. Pittsburg ist eine internationale Stadt; Osteuropäer, Engländer, Deutsche, Iren, Neger, Japaner, Juden, Amerikaner arbeiten dort zusammen; nur 33 Prozent der eine halbe Million zählenden Bevölkerung hatten einheimische Eltern, 39 Prozent sind Kinder von Einwanderern, 27 Prozent sind selbst Einwanderer. Neben den vielen Slawen und anderen Fremden arbeiten dort 50000 Neger, eine Anzahl, die sich alle zehn Jahre verdoppelte; auch 22000 Frauen sind industriell tätig. Die Rassenfrage, die Zunahme der Neger und der Frauenarbeit sind nicht nur für Pittsburg, sondern für alle industriellen Zentren Amerikas typisch. Nirgends haben die Unternehmer so scharf und erfolgreich gegen die Arbeiterorganisationen gekämpft als hier, und seit dem großen Homesteadstreik sind die Gewerkschaften dort bedeutungslos geworden. Die Einwanderer bieten sich für unglaublich niedrige Löhne an, da sie den Lohn nach dem Geldwert in ihrer Heimat bewerten. So drücken sie die Löhne immer tiefer herab. Die Unternehmer nutzten dazu die nationalen Gegensätze und Vorurteile aus, um ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter zu verhindern. Erst wenn die ständige Einwanderung des rohen Arbeitermaterials aufhört, kann von einem Zusammenschluß die Rede sein. Wie viele Arbeiter durch ihre Unkenntnis der Maschinen und der Sprache einen Unfall oder den Tod erleiden, ist nicht festzustellen, da jede Statistik fehlt; wenn die Industrie nur mit einheimischen



Kräften auskommen müßte, wäre diese Massenschlachtung unmöglich. Arbeiter an den Öfen arbeiten 7 Tage wöchentlich 12 Stunden pro Tag, in zwei Schichten miteinander abwechselnd, und wenn Tag- und Nachtschicht wechseln, muß die eine 24 Stunden hintereinander arbeiten.

Über die pfiffige Erfindung, die Arbeiter zu Aktionären zu machen, sagte einer der Arbeiter, die Leute seien völlig vernarrt durch diese Aussicht, die doch nichts als Betrug ist. Der ersten Aktienverteilung 1904 folgte eine Lohnherabsetzung, die mehr als die Dividende betrug, und so wird es weitergehen. Auch werden die Leute an die Gesellschaft gekettet, weil sie erst nach fünf Jahren Aktien bekommen können und nur dann eine Dividende erhalten, wenn sie nach Ansicht der Gesellschaft das „richtige Interesse" für das Geschäft zeigen. Eine Beschreibung der Lebensverhältnisse in Homestead läßt erst den Menschenfreund und Bibliothekenstifter Carnegie im richtigen Lichte erscheinen. Dicht zusammengepfercht wohnen dort die Slawen, ohne genügendes Wasser, ohne Spielraum für die Kinder, ohne andere Unterhaltungsgelegenheit als fünfzig Schankwirtschaften — die von Carnegie gestiftete Bibliothek befindet sich in dem Stadtteil, den die Beamten bewohnen. Pittsburg selbst leidet unter vergiftetem, unreinem Wasser, das bösartige Seuchen erzeugt, ohne daß eingegriffen wird. Die Hälfte der Bevölkerung leidet am Typhusfieber; ein Drittel der neugeborenen Kinder stirbt im ersten Lebensjahr. Jede soziale und sanitäre Fürsorge fehlt hier, wo die menschliche Arbeitskraft und Gesundheit in der schlimmsten Weise vergeudet und zerstört wird.

Das Januarheft derselben Revue enthält einen Aufsatz von H. L. Woods: **„Das Frauenwahlrecht ist keine Geschlechtsfrage"**, der einen Teil einer fortlaufenden Polemik über das Frauenwahlrecht bildet, an der sich die verschiedensten Autoren beteiligen und aus der hin und wieder schon ein Artikel hier verzeichnet wurde. In dem vorliegenden Aufsatz wird hervorgehoben, daß der größte Teil der Einwände gegen das Frauenwahlrecht und der Argumente für dieses Wahlrecht völlig wertlos sind, weil sie von der Grundlage ausgehen, die Frage sei eine Geschlechtsfrage. Das ist sie nicht. Daß jedes Mitglied einer Gemeinschaft auch das Recht hat, sich an der Leitung und Regierung dieses Gemeinwesens zu beteiligen, ist die einfachste Selbstverständlichkeit der Demokratie; wer dem nicht zustimmt, der ist kein Demokrat. Alles, was die Suffragettes über die Rechte der Frauen reden, ist für die Frage genau so belanglos wie die „Vorrechte", die sie nach den Gegnern schon besitzen sollen. Wir wollen doch auch Aristokraten oder Kapitalisten nicht das Wahlrecht nehmen, obwohl sie heute viele Privilegien besitzen! Es wird gesagt, die Frauen werden das Wahlrecht zur Erreichung ihrer vermeintlichen oder wirklichen Rechte benutzen. Weshalb sollten sie das nicht? Das tun die Männer jetzt auch, und dieses Recht kann ihnen von einem Demokraten nicht vorenthalten werden. Werden sie ihre numerische Mehrheit dann nicht zur Unterdrückung der Männer benutzen? Ist das zu erwarten, so ist es auch richtig, daß heute die Männer ihr Wahlrecht zur Unterdrückung des anderen Geschlechtes benutzen. Ein Demokrat kann nichts dagegen haben, daß die Mehrheit regiert — wenn auch die Auffassung absurd ist, alle Frauen hätten gemeinsame Geschlechtsinteressen gegenüber allen Männern. Die Behauptung, die Frauen würden ihr Wahlrecht nicht im Interesse der Gesamtheit anwenden, richtet sich gegen jede Person überhaupt, ist also ein Argument gegen die Demokratie. Das Argument, die Frauen dürften nicht mit über Frieden und Krieg entschließen, weil sie nicht selbst in den Krieg ziehen, bedeutet im Grunde, daß über einen Krieg nur von den aktiven Militärs abgestimmt werden sollte. Alle Argumente, die von den Eigenschaften des Mannes oder des Weibes ausgehen, laufen in einen Streit aus, zu dessen Entscheidung es keine höhere Instanz gibt. Nur das demokratische Prinzip des Sozialismus kann eine wirkliche Entscheidung bringen. A. Pannekoek.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 28 Ausgegeben am 8. April 1910 28. Jahrgang

Was nun?

Von K. Kautsky.

I.

Die Genossin Luxemburg hat durch einen Artikel in unserem Dortmunder Parteiorgan die Frage des Massenstreiks zur Diskussion gestellt.

Es gibt manche Gründe, die gegen die Ersprießlichkeit einer derartigen Diskussion im jetzigen Moment sprechen. Ich ging ihr möglichst lange aus dem Wege. Aber es würde falsch ausgelegt werden, wollte ich ihr noch weiter ausweichen, namentlich nach dem Angriff, den ein Verfechter der Auffassung der Genossin Luxemburg in der „Bremer Bürgerzeitung" gegen Mehring richtet, mit dem ich in dieser Frage vollkommen übereinstimme. Da Mehring augenblicklich verreist ist und nicht selbst entgegnen kann, erscheint es mir um so mehr geboten, an seiner Stelle zu antworten.

Ob eine Diskutierung der Frage des Massenstreiks zweckmäßig ist, hängt davon ab, in welchem Sinne man sie führt. Es kann sich hier nicht darum handeln, darüber zu diskutieren, ob der Massenstreik als Waffe für uns überhaupt in Betracht kommt. Diese Frage ist seit dem Jenaer Parteitag entschieden.

Sollen wir aber in eine Diskussion darüber eintreten, ob der Massenstreik im jetzigen Augenblick Aussichten auf Erfolg bietet oder nicht? Eine solche Diskussion hieße nicht bloß die Momente darlegen, die für ihn, sondern auch jene, die gegen ihn sprechen; es hieße, beide gegeneinander abwägen. Geschieht das in der Öffentlichkeit, so ist das gleichbedeutend damit, daß man dem Gegner die schwachen Punkte der eigenen Position mitteilt. Die ganze Diskussion wäre ebenso zweckmäßig, als wollte man einen Kriegsrat darüber, ob man dem Gegner eine Schlacht liefern soll, in Hörweite des Feindes abhalten. Wenn die Genossen *unter* sich diese Frage erörtern, kann es nur nützlich sein. Ich würde es aber sehr bedauern, wenn der Artikel der Genossin Luxemburg den Erfolg hätte, in der Parteipresse eine Diskussion zu entfachen, in der die eine Seite ihre Gründe für die augenblickliche Aussichtslosigkeit eines Massenstreiks auseinandersetzte. Sie mögen recht oder unrecht haben, anfeuernd zur Aktion wirkt eine derartige Erörterung auf keinen Fall.

Auf diese Seite der Frage will ich daher nicht eingehen. Aber man kann ihr noch eine andere Seite abgewinnen, und deren öffentliche Diskutierung wird auf keinen Fall schaden. Genossin Luxemburg stellt die Behauptung auf, wir hätten nur die Wahl, den Massenstreik als nächstes Mittel der Massenaktion der Partei zu wählen oder diese gänzlich zusammenbrechen zu lassen. Danach wäre es also ein Gebot der Selbsterhaltung der Partei, den Massenstreik mit allen Mitteln schon für die nächste Zeit anzustreben.

Wenn wir diese Auffassung teilten, dann brauchten wir freilich nicht zu erwägen, ob der Massenstreik im gegebenen Moment Aussichten auf Erfolg bietet, dann müßten wir ihn provozieren um jeden Preis, weil selbst die Niederlage besser wäre als tatloses Kapitulieren vor dem Feinde.

Diese Frage ist es, die im folgenden untersucht werden soll.

Zunächst aber einige Vorbemerkungen. Wir müssen uns vor allem klar werden darüber, was wir unter Massenstreik verstehen wollen. Genossin Luxemburg schreibt:

> „Der Massenstreik, namentlich als ein kurzer, einmaliger Demonstrationsstreik, ist sicher nicht das letzte Wort der begonnenen politischen Kampagne."

Bei unseren taktischen Erwägungen müssen wir den Massenstreik als Mittel der **Demonstration** und den Massenstreik als Mittel des **Zwanges** streng auseinanderhalten, denn jeder setzt andere Bedingungen voraus und erfordert eine andere Taktik. Zwischen beiden ist der Unterschied ebenso groß wie zwischen einem Manöver und einer wirklichen Entscheidungsschlacht. Der politische Massenstreik als **Zwangsmittel** wird unternommen, um die politischen Machthaber, etwa Regierung oder Parlament, zu **zwingen**, irgend etwas zu tun oder zu lassen. Er scheitert, er führt zu einer Niederlage, wenn ihm das nicht gelingt. Er wird mit allen Kräften so lange durchgeführt, bis er sein Ziel erreicht oder die Massen ermattet zusammenbrechen.

Ein Demonstrationsstreik hat von vornherein eine begrenzte Dauer, ohne Rücksicht darauf, ob er irgend ein praktisches Resultat erzielt oder nicht. Die Massen werden nach seiner Beendigung ebenso geschlossen wieder aus der Aktion herausgeführt, wie sie in diese eintraten.

Ein Demonstrationsstreik kann lokaler Natur sein, als Protest gegen ein lokales Vorkommnis, etwa Polizeibrutalitäten. Solche Demonstrationsstreiks hatten wir bereits in der gegenwärtigen Wahlrechtsbewegung. Sollten die Polizeibrutalitäten sich mehren oder steigern, wird das gleiche mit den Proteststreiks der Fall sein.

Ein politischer Massenstreik als Zwangsmittel gegenüber einer zentralen politischen Einrichtung, wie Regierung oder Parlament, muß dagegen allgemeiner Natur sein; er muß möglichst die Arbeiterklasse des ganzen Staates ergreifen und möglichst alle Arbeiterschichten. Er wird nur dann gelingen, wenn seine Wucht so gewaltig ist, daß sie auch Arbeiterschichten mitreißt, die für einen Demonstrationsstreik nicht zu haben sind, zum Beispiel Eisenbahner.

Will die Genossin Luxemburg bloß lokale Demonstrationsstreiks propagieren oder die augenblickliche Bewegung bis zum allgemeinen Zwangsstreik weitergetrieben sehen? Das ist aus ihrem Artikel nicht deutlich zu erkennen, und doch ist es wichtig, darüber klar zu sein. Gar mancher wird lokale Proteststreiks in der heutigen Situation für wünschenswert halten, der den Gedanken eines Zwangsstreiks als verbrecherische Torheit zurückweisen würde.

Andererseits, wenn wir den Gedanken des Massenstreiks ohne jede Unterscheidung propagieren, obwohl wir nur Demonstrationsstreiks für notwendig halten, kann es uns passieren, daß wir bei lebhafteren Naturen wider unseren Willen den Gedanken des Zwangsstreiks großziehen und Aktionen hervorrufen, die wir nicht beabsichtigen, die weder der Situation noch den Kraftverhältnissen entsprechen und zu Niederlagen führen.

Vergessen wir nicht, daß der Massenstreik als Zwangsstreik unsere letzte Waffe ist, die wir einzusetzen haben.

Genossin Luxemburg spricht vom Massenstreik „namentlich als kurzem, einmaligem Demonstrationsstreik“. Sie hat also auch andere Formen des Massenstreiks im Auge. Das geht auch daraus hervor, daß sie den politischen Massenstreik in Zusammenhang bringt mit ökonomischen Streiks und dabei die Ansicht entwickelt, der eine dieser Faktoren fördere den anderen:

„Bei näherem Zusehen kann das Zusammentreffen eines umfangreichen Massenstreiks im Kohlenbergbau mit einer politischen Streikbewegung für beide nur von Nutzen sein. In jeder großen Massenbewegung des Proletariats wirken zahlreiche politische und wirtschaftliche Momente zusammen, und sie voneinander künstlich losschälen, sie pedantisch auseinanderhalten wollen, wäre ein vergebliches und schädliches Beginnen. Eine gesunde, lebensfähige Bewegung, wie die gegenwärtige preußische Kampagne, muß und soll aus allem aufgehäuften sozialen Zündstoff Nahrung schöpfen. Andererseits kann für den Erfolg der engeren Bergarbeitersache nur von Nutzen sein, wenn sie dadurch, daß sie in eine breitere, politische einmündet, den Gegnern — den Kohlenmagnaten und der Regierung — mehr Furcht einflößt. Um so eher würden diese sich gezwungen sehen, durch Konzessionen die Bergarbeiter zu befriedigen, und sie von der politischen Sturmflut zu isolieren suchen.“

Ein ökonomischer Streik ist von vornherein ein Zwangsstreik, kein bloßer Demonstrationsstreik. Mit einem solchen läßt sich ein ökonomischer Streik kaum vereinbaren. Aber auch der politische Zwangsstreik und der ökonomische Streik sind zwei sehr verschiedene Dinge.

Ich muß aber offen gestehen, daß ich „pedantisch“ genug bin, das „vergebliche und schädliche Beginnen“ zu wagen, beide Arten des Kampfes „auseinanderhalten“ zu wollen. Das Leben ist nämlich bisher so pedantisch gewesen, dies ebenfalls zu tun, schon aus dem einfachen Grunde, weil jede der beiden Arten Streiks ganz verschiedenen Bedingungen des Erfolges unterliegt.

Genossin Luxemburg wird mich vielleicht auf Rußland 1905 verweisen. Dort herrschte damals die Revolution. In einer solchen Situation, wo die Gesamtheit des gesellschaftlichen Lebens umgewälzt wird, vereinigen sich natürlich politische und ökonomische Forderungen in einer gleichzeitigen Streikbewegung. Indes vorläufig haben wir in Preußen noch nicht die Revolution.

In den Wahlrechtskämpfen Westeuropas wurde aber bisher das ökonomische und das politische Moment streng geschieden.

Im österreichischen Wahlrechtskampf versuchten einmal Gewerkschafter, namentlich Bergarbeiter, mit der Bewegung für das allgemeine Wahlrecht eine Bewegung für den Achtstundentag zu vereinigen. Die Mehrheit unserer österreichischen Genossen war pedantisch genug, darin nicht eine Förderung, sondern eine Erschwerung des Wahlrechtskampfes zu sehen (vergl. darüber die Verhandlungen des Wiener Parteitags 1894). Auch aus anderen Ländern Westeuropas ist mir eine Vereinigung von Wahlrechtskampf mit ökonomischen

Forderungen nicht bekannt geworden. Und daß es hier zu einer solchen Vereinigung nicht kam, ist nicht schwer zu begreifen.

Nehmen wir an, die Bergarbeiter streikten, um auf die Regierung und den Landtag wegen des Wahlrechtes und gleichzeitig auf die Zechenherren wegen der Verkürzung der Arbeitszeit einen Druck zu üben.

In welcher Weise könnte die eine dieser Bewegungen die andere fördern? Die Grubenbesitzer würden doch, wenn der Streik sie bedrängt, nur zu dem Zwecke nachgeben, die Arbeiter wieder zur Arbeit zurückzuführen. Wenn aber diese weiterstreiken wollen, bis das Wahlrecht reformiert ist, welchen Zweck hätte es, ihre ökonomischen Forderungen zu bewilligen?

Oder aber, die Grubenherren geben nach, bewilligen den Arbeitern ihre ökonomischen Forderungen unter der Bedingung, daß sie die Arbeit sofort wieder aufnehmen. Das ist der Fall, den die Genossin Luxemburg im Auge hat: die Kohlenmagnaten würden sich gezwungen sehen, „durch Konzessionen die Bergarbeiter zu befriedigen und von der politischen Sturmflut zu isolieren".

Die Verquickung des allen Arbeitern gemeinsamen politischen Kampfesziels mit besonderen, für verschiedene Arbeitszweige verschiedenen gewerkschaftlichen Zielen böte also ein Mittel, die einzelnen Arbeiterschichten voneinander zu isolieren. Wie dadurch der Massenstreik als Mittel des Wahlrechtskampfes gestärkt werden soll, ist mir nicht ganz klar.

Wenn wir die Frage diskutieren, müssen wir also Demonstrationsstreik und Zwangsstreik, ebenso wie politischen und ökonomischen Streik streng auseinanderhalten.

Andererseits aber geht es nicht an, sich für die gegenwärtige Situation in Preußen auf das Vorbild anderer Länder zu berufen.

Genossin Luxemburg schreibt:

„Es gilt, zu entscheiden, ob die deutsche Sozialdemokratie, die sich auf die stärksten Gewerkschaftsorganisationen und das größte Heer der Wähler in der Welt stützt, eine Massenaktion zustande bringen kann, die im kleinen Belgien, in Italien, in Österreich-Ungarn, in Schweden — von Rußland gar nicht zu sprechen — in verschiedenen Zeiten mit großem Erfolg zustande gebracht worden ist."

Was Österreich in diesem Zusammenhang zu tun hat, weiß ich nicht. Dort ist es zum Massenstreik im Wahlrechtskampf überhaupt nicht gekommen. Wohl hätten dort die Straßendemonstrationen schließlich den Kampf nicht entschieden; ohne die Unruhen in Ungarn und die russische Revolution wäre der Massenstreik wahrscheinlich auch in Österreich unerläßlich geworden. Ich bin der letzte, der das leugnen möchte. Aber auf keinen Fall beweist das österreichische Beispiel, daß die rasche Steigerung der Bewegung von der Straßendemonstration zum Massenstreik binnen wenigen Monaten, ja Wochen unter allen Umständen ein Gebot der inneren Logik einer modernen Massenaktion des Proletariats sei.

Was das russische Beispiel anbelangt, so vollzog sich dort, wie schon bemerkt, der erste erfolgreiche Massenstreik unter Bedingungen, wie sie heute in Preußen nicht bestehen: ein Krieg schmählich verloren, die Armee desorganisiert, alle Klassen der Bevölkerung voll Haß und Verachtung gegen die Regierung. Hier war der Massenstreik der letzte Stoß, der ein wankendes Regime zum Fallen brachte. Mit diesem Beispiel ist bei uns augenblicklich auch nichts anzufangen.

Die anderen Beispiele von Massenstreiks entsprangen ökonomischen Kämpfen, nicht einem Wahlrechtskampf, außer dem des „kleinen Belgien". Warum Genossin Luxemburg die Kleinheit Belgiens besonders hervorhebt, ist nicht recht ersichtlich. Sollte in einem kleinen Gebiet ein Streik schwerer durchführbar sein als in einem großen, etwa in ganz Deutschland leichter als im Ruhrrevier allein? Ich dächte, das Umgekehrte wäre der Fall. Andererseits besitzt aber Belgien bis heute noch nicht das gleiche Wahlrecht. Mit diesem Beispiel kommen wir also auch nicht weit.

Der Blick ins Ausland nützt uns demnach nichts. Wir müssen unsere Taktik aus den Bedingungen der heutigen Situation in Preußen selbst entwickeln.

II.

Die moderne Kriegswissenschaft unterscheidet zwei Arten von Strategie, die Niederwerfungs- und die Ermattungsstrategie.

Die erstere zieht ihre Streitkräfte rasch zusammen, um dem Feinde entgegenzugehen und entscheidende Stöße zu versetzen, in denen dieser niedergeworfen und kampfunfähig gemacht wird. Bei der Ermattungsstrategie dagegen weicht der Feldherr zunächst jeder entscheidenden Schlacht aus; er sucht die gegnerische Armee durch Manöver aller Art stets in Atem zu erhalten, ohne ihr Gelegenheit zu geben, ihre Truppen durch Siege anzufeuern; er strebt danach, sie durch ewige Ermüdung und Bedrohung allmählich aufzureiben und ihre Widerstandskraft immer mehr herabzudrücken und zu lähmen.

Die gewöhnliche Strategie des Krieges ist die der Niederwerfung. Von vornherein muß sie größere Anziehungskraft für jeden Kämpfer haben; sie ist einfacher, klarer, anfeuernder. Zur Ermattungsstrategie wird sich ein Feldherr nur dann verstehen, wenn er keine Aussicht hat, durch die Niederwerfungsstrategie zu seinem Ziele zu kommen. Aber auch da ist sie ihm nicht immer verstattet. Die Ermattungsstrategie setzt Kämpfer voraus, die nicht die Aussicht auf Sieg und Beute zu den Fahnen führt; die unter allen Umständen, mag kommen, was da will, mit Leib und Seele an ihrer Sache hängen. Sie setzt ferner voraus, daß die Lebensquellen der Armee dem Gegner unzugänglich sind. Die Ermattungsstrategie findet ihr Ende, wenn es dem Gegner gelingt, die Gebiete zu besetzen, aus denen die eigene Armee ihre Rekruten, Lebensmittel, Waffen bezieht.

In dem Kampfe Hannibals gegen Rom war für jenen die Niederwerfungstaktik gegeben, denn er stand an der Spitze eines Söldnerheers, das nur durch Erfolge angefeuert, durch Sold und Beute zusammengehalten wurde und das bei längerer Dauer des Krieges an Kriegstüchtigkeit durch Strapazen und Krankheiten nur verlieren konnte.

Anders die Römer. Ihre Soldaten waren bäuerliche Milizen, den kriegsgewohnten Söldnern Hannibals in offener Feldschlacht zunächst nicht gewachsen. Je länger der Krieg dauerte, desto ebenbürtiger wurden sie dem Feinde. Dabei war nicht zu befürchten, daß hinhaltende Taktik sie kampfesmüde machen werde. In dem Kampfe handelte es sich für sie um ihre Existenz, um den eigenen Herd. Trotzdem hätte Fabius Cunctator seine anscheinende Zaudertaktik Hannibal gegenüber nicht durchführen können, wenn er nicht sicher gewesen wäre, daß dieser nicht über die Kräfte verfüge, die erheischt seien, Rom zu erobern oder auch nur zu belagern.

Einen Unterschied ähnlicher Art bietet ein Vergleich der Strategie der revolutionären Klassen in den ersten und den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts. Durch ein Zusammentreffen günstiger Umstände war es den Revolutionären in Frankreich während der Zeit von 1789 bis 1793 gelungen, in kühnem Angriff durch einige entscheidende Schläge das herrschende Regime niederzuschlagen. Diese Niederwerfungsstrategie war damals, im absoluten Polizeistaat, der jede Möglichkeit der Bildung von Parteien, der gesetzlichen Beeinflussung der Regierungen durch die Volksmasse ausschloß, die einzig gegebene für eine revolutionäre Klasse. Jede Ermattungsstrategie wäre daran gescheitert, daß die Regierung stets die Möglichkeit hatte, ihren Gegnern, die sich zu dauerndem Widerstand gegen sie vereinigen wollten, alle Mittel der Organisierung und des Zusammenhaltes abzuschneiden.

Diese Niederwerfungsstrategie war noch in voller Blüte, als unsere Partei gegründet wurde. Die Erfolge Garibaldis in Süditalien, die glänzenden, wenn auch schließlich erfolglosen Kämpfe der polnischen Insurrektion gingen unmittelbar der Lassalleschen Agitation und der Gründung der Internationale vorher. Bald folgte ihnen die Pariser Kommune. Aber gerade diese zeigte deutlich, daß die Tage der Niederwerfungstaktik vorläufig vorüber seien. Sie hatte gepaßt für politische Zustände, in denen eine Großstadt dominiert, bei unzureichenden Transportmitteln, die es unmöglich machten, rasch große Truppenmassen aus dem Lande zusammenzuziehen; bei einer Technik des Straßenbaues und der Bewaffnung, die für den Straßenkampf manche Chancen bot.

Gerade damals wurden jedoch die Grundlagen gelegt für die neue Strategie der revolutionären Klasse, die Engels schließlich in seinem Vorwort zu den Marxschen „Klassenkämpfen in Frankreich" der alten revolutionären Strategie so scharf gegenüberstellte und die man sehr wohl als Ermattungsstrategie bezeichnen kann. Sie hat uns bisher die glänzendsten Resultate gebracht, dem Proletariat von Jahr zu Jahr wachsende Kraft verliehen, es immer mehr in den Mittelpunkt der europäischen Politik gedrängt.

Man darf aber nicht etwa meinen, die Einführung der neuen Strategie sei bloß das Produkt höherer Einsicht gewesen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Ermattungsstrategie für eine revolutionäre Klasse früher unmöglich war. Dazu mußte erst der Boden geschaffen werden durch das allgemeine Wahlrecht, das Koalitionsrecht, die Preßfreiheit, die Vereinsfreiheit.

Ebensowenig darf man andererseits meinen, als mache die Ermattungsstrategie jede Schlacht überflüssig. Das dürfte kaum je der Fall gewesen sein. Die Ermattungsstrategie unterscheidet sich von der Niederwerfungsstrategie nur dadurch, daß sie nicht, wie diese, direkt auf den Entscheidungskampf losgeht, sondern ihn lange vorbereitet und sich zu ihm erst dann stellt, wenn sie den Gegner genügend geschwächt weiß. Aber dieser müßte schon außergewöhnlich demoralisiert sein, sollte es gelingen, ihm ohne großes, entscheidendes Ringen die Quellen seiner Machtmittel zu entreißen. Die Ermattungsstrategie der Römer gegenüber Hannibal befreite sie nicht von der Notwendigkeit, dem Feldherrn der Karthager schließlich die entscheidende Schlacht von Zama zu liefern. Aber auch schon vor der letzten Entscheidung vermag die Ermattungsstrategie nicht jeder Schlacht auszuweichen, die der Gegner herbeizuführen sucht.

So war auch, um im Bilde zu bleiben, Friedrich Engels durchaus nicht der Ansicht, die Ermattungsstrategie des Proletariats werde ausreichen und

ihm den großen Endkampf um die politische Macht ersparen. Wenn sein „politisches Testament“ von revisionistischer Seite so ausgelegt wurde, so tat sie ihm damit Gewalt an.

Auch darin unterscheidet sich die Ermattungsstrategie, wie sie Engels in seinem „Testament“ formulierte, von der Taktik des Revisionismus, daß jene von der Unversöhnlichkeit und steten Verschärfung des Klassengegensatzes zwischen dem Proletariat und den besitzenden Klassen ausgeht, indes diese die Milderung der Klassengegensätze erwartet. Um im Bilde zu bleiben, verzweifelt diese an der Kraft der eigenen Armee, ohne Allianz mit einer anderen Armee zum Ziele zu gelangen; sie glaubt, in einem Flügel der feindlichen Streitkräfte einen Bundesgenossen zu finden und mit dessen Hilfe so weit zu kommen, daß der Gegner aus seinen Positionen hinausmanövriert wird, ohne jede Entscheidungsschlacht.

Die Ermattungsstrategie im Engelsschen Sinne hegt dagegen das stärkste Vertrauen zur Kraft und Zuverlässigkeit der eigenen Armee, sobald man sie zweckmäßig anwendet. Nur unter der Voraussetzung eines solchen Vertrauens ist diese Strategie möglich. Dagegen ist sie voll des stärksten Mißtrauens zu allen bürgerlichen Parteien. Wohl verkennt sie nicht deren Verschiedenheiten und Gegensätze, und sie sucht sie nach Möglichkeit auszunutzen. Aber sie betrachtet jede dieser Parteien als Feind, sucht jede von ihnen zu schwächen, zu desorganisieren, ihr Selbstvertrauen, ihre Achtung in der Volksmasse zu untergraben, indes sie gleichzeitig die Stärkung der eigenen Organisation, sowie des Zutrauens der Massen zu uns aufs unermüdlichste betreibt, und so den Zusammenbruch der Gegner und den eigenen Sieg vorbereitet.

Engels hätte eine Politik für Dummheit oder für Verrat gehalten, die darauf hinauslief, unsere Partei und ihre Macht dadurch stärken zu wollen, daß man den Massen Zutrauen zu einer bürgerlichen Partei einflößte und vor ihnen die Verantwortung für diese Partei übernahm. Welche Vorteile diese famose Taktik bringt, konnte sie in Frankreich zeigen, wo sie Gelegenheit hatte, sich in ausgiebiger Weise praktisch zu erproben. Die Teilnahme an der politischen Macht hat das erbauliche Resultat gezeitigt, daß die sozialistische Partei die Gesinnungslumpen lieferte, die jetzt als Minister den Diebstahl an Staatsgeldern verteidigen, und daß die sozialistische Partei in weiten Kreisen des französischen Proletariats als die Brutstätte gleicher Lumperei und Korruption betrachtet wird.

Sicher ist es nicht leicht, die Ermattungsstrategie im Engelsschen Sinne zu handhaben. Und doch gelang es der deutschen Sozialdemokratie glänzend unter dem Sozialistengesetz, wo sie diese Strategie sowohl gegen die Forderung der Mostianer nach Anwendung der Niederwerfungsstrategie, wie gegen die Bestrebungen der damaligen Revisionisten von Höchberg und Schramm bis Viereck nach Gewinnung bürgerlicher Sympathien durch Abschwächung des Kampfescharakters unserer Bewegung durchzuführen verstand.

Eine Lücke bot aber jenes Engelssche „Testament“ insofern, als es nichts darüber sagte, welche Kampfesmittel dem Proletariat für den Fall zu Gebote ständen, den er für sicher ansah, daß unsere Gegner, durch das unaufhaltsame Wirken unserer Ermattungsstrategie zur Verzweiflung gebracht, eines schönen Tages einen Gewaltstreich versuchten, um uns von unserer Basis abzuschneiden. Die Antwort war in der belgischen Praxis bereits gegeben, als Engels sein „Testament“ schrieb, sie hat ein Jahrzehnt später die Zustimmung der deutschen

Sozialdemokratie gefunden, nachdem eine Reihe weiterer praktischer Erfahrungen gesprochen. Der Massenstreik kann unter Umständen ein Mittel werden, die Ermattungsstrategie im politischen Kampfe des Proletariats in die Niederwerfungsstrategie überzuführen, wenn die erstere unzureichend oder unmöglich wird. Hier ist das Wort Massenstreik im Sinne von Zwangsstreik zu nehmen. Über den Demonstrationsstreik brauchte man nicht so lange zu diskutieren. Den hat unsere Partei bereits seit 1890 ohne weiteres akzeptiert, als sie die Arbeitsruhe für die würdigste Feier des 1. Mai erklärte.

Wenn heute die Frage aufgeworfen wird, ob es unsere Aufgabe ist, auf den Ausbruch eines Massenstreiks hinzuarbeiten, so heißt das nichts anderes als die Frage aufwerfen, ob die Fortführung der bisherigen Ermattungsstrategie unserer Partei jetzt schon unmöglich geworden ist oder unsere Partei schwer bedroht.

Wohlgemerkt, es handelt sich nicht darum, zu untersuchen, welche Aussichten ein Massenstreik haben mag, den irgend ein plötzliches Ereignis, sagen wir ein Blutbad nach einer Straßendemonstration, ganz spontan ohne unser Zutun herbeiführt. Darüber sich den Kopf zu zerbrechen, wäre zwecklos, weil wir über die Bedingungen eines derartigen Ereignisses nichts wissen, darauf auch gar keinen Einfluß haben. Was hier zur Erörterung steht, ist die Frage, ob unsere Ermattungsstrategie nicht länger mehr am Platze ist; ob die Situation sich so geändert hat, daß die Niederwerfungsstrategie bessere Erfolge verspricht, aber ob gar die erstere Strategie unmöglich wird, ob sie bei längerer Fortdauer zur Demoralisierung der eigenen Reihen führen muß; ob, um diese zusammenzuhalten und mit Kampfesmut und Zuversicht zu erfüllen, die Einleitung einer neuen Taktik unerläßlich ist, die wir, unter Übertragung eines militärischen Begriffs in die Welt der Politik, als die der Niederwerfung bezeichnet haben, als Taktik der Niederwerfung des Widerstands der Gegner des gleichen Wahlrechts durch einen gewaltigen Stoß.

Die erste Frage, die wir da zu erörtern haben, geht dahin: Ist unsere Situation wirklich eine solche, daß uns nur die Wahl bleibt zwischen Massenstreik oder Zusammenbruch der Massenaktion? (Schluß folgt.)

Der Wahlrechtskampf in Braunschweig.

Von **Richard Wagner.**

Einem Elsässer, der sich in Frankfurt a. M. an einer Wahlrechtsdemonstration beteiligte, soll bei der polizeilichen Vernehmung gesagt worden sein: „Ja, was geht denn Sie das preußische Wahlrecht an?" Echte Polizeiweisheit! Die ganze klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands ist sich klar darüber, daß der preußische Wahlrechtskampf für das gesamte Deutschland von der größten Bedeutung ist, weshalb auch bereits die bayerischen und württembergischen Genossen durch Demonstrationen vor den preußischen Gesandtschaften daran teilgenommen haben. So hoch gehen die Wogen des Wahlrechtskampfes, daß er auch in den nichtpreußischen Bundesstaaten alle übrigen Fragen zurücktreten läßt. Ganz anders jedoch als etwa in Oldenburg, Baden, Hessen, Württemberg, Bayern usw. wird im Herzogtum Braunschweig die Arbeiterschaft in den Wahlrechtskampf hineingezogen. In Braunschweig handelt es sich nicht um bloße Sympathiedemonstrationen. Der braunschweigische Wahlrechtskampf richtet sich gegen das braunschweigische Drei-

klassenwahlrecht, durch das die Arbeiterschaft Braunschweigs fast noch mehr entrechtet wird als die Preußens. Das arbeitende Volk in Braunschweig kämpft also denselben Kampf wie Preußen. Jeder Sieg in Preußen bedeutet auch einen Erfolg in Braunschweig, zugleich fördert jedoch auch jeder Sieg in Braunschweig die Bewegung in Preußen. Die Braunschweiger wollten nicht ruhig den Sieg der preußischen Genossen abwarten, der auch das braunschweigische Dreiklassenwahlsystem mit Naturnotwendigkeit mitzertrümmern müßte, sie haben es vorgezogen, in der Vorhut zu kämpfen, statt in der Reserve den Ausgang der Schlacht abzuwarten.

Daß diese Taktik richtig war, zeigt sich schon jetzt. Das kleine braunschweigische Staatswesen ist durch den Ansturm der Wahlrechtskämpfer weit schwerer erschüttert worden als das große preußische. Die braunschweigischen Gewalthaber befinden sich bereits in einem Zustand völliger Ratlosigkeit, der sie von einer Unklugheit in die andere taumeln läßt. Sie treiben uns nicht nur die bisher noch indifferenten Arbeiterkreise in Scharen zu, sondern auch eine Menge bürgerlicher Mitläufer, die, was man auch von der Mitläuferschaft halten mag, jedenfalls den Beweis liefern, daß die Regierung alles Vertrauen verloren und das ganze werktätige Volk gegen sich hat. Selbst die bürgerliche Presse — in Braunschweig ausschließlich reaktionär oder charakterlos — ist eingeschüchtert und wagt nicht mehr, offen die Partei der Regierung zu ergreifen.

Einen Vorläufer hatte der braunschweigische Wahlrechtskampf in einer imposanten Straßendemonstration am 22. Januar 1908, durch die die Polizei völlig überrascht wurde. Regierung und Landtag zogen daraus jedoch keine Lehre. Die Justizkommission des Landtags arbeitete zwar eine Wahlreformvorlage aus, die aber kaum besser war als die preußische. Die indirekte Wahl sollte durch die direkte ersetzt, die Dreiklasseneinteilung indessen beibehalten und mit einer Art Pluralwahlrecht verquickt werden. Die Regierung äußerte sich zu der Kommissionsarbeit überhaupt nicht, und der Landtag ließ seine Vorlage im Papierkorb verschwinden, für den sie wohl auch schon von vornherein bestimmt war. Man suchte die Wahlrechtsfrage totzuschweigen und die politisch indifferente Masse durch byzantinisches Schaugepränge über die Unhaltbarkeit des Landtagswahlsystems hinwegzutäuschen, das in der Hauptsache noch aus dem Jahre 1832 stammt. Das Jahr 1848 hatte dem braunschweigischen Volke zwar ein freiheitlicheres Wahlrecht beschert; aber die Reaktion der fünfziger Jahre brachte wieder das alte vormärzliche Wahlunrecht zur Geltung. Der Landtag hat 48 Sitze, wovon 18 von den privilegierten Berufsständen — der Geistlichkeit, dem Großgrundbesitz, dem hohen Beamtentum, der Großindustrie und den reichsten Rentnern — besetzt werden, während die übrigen 30 Abgeordneten aus der Dreiklassenwahl hervorgehen. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 wurden im Herzogtum Braunschweig rund 37000 sozialdemokratische, 18000 nationalliberale, 18000 agrarische, 14000 welfische, 3200 freisinnige und 1100 ultramontane Stimmen abgegeben. Im Landtag sitzen, mit Ausnahme eines einzigen Welfen, nur nationalliberale Großkapitalisten und Beamte sowie vornehmlich Großagrarier, die die Mehrheit haben und nicht im geringsten besser sind als die preußischen Vollblutjunker. Die äußerste Linke wird durch einen nationalliberalen Kommerzienrat gebildet, der etwa den politischen Standpunkt des preußischen Landtagsabgeordneten Friedberg einnimmt.

Die erwähnten byzantinischen Veranstaltungen sollten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Sie sollten nicht nur das Wahlkampffeuer auslöschen, sondern auch die Anhänger des verbannten welfischen Herzogshauses mit der mecklenburgischen Regentschaft versöhnen. Deshalb suchte man das Jahrhundertjubiläum der sogenannten Schwarzen Schar, des zweiundneunzigsten Infanterieregiments und der Totenkopfhusaren, zu einem lokalpatriotischen Volksfest auszugestalten. Die mecklenburgischen und die preußischen, die welfischen und die deutschen Farben wehten friedlich nebeneinander. Der Schau- und Vergnügungslust der Bevölkerung kam man in jeder Weise entgegen. Aus allen öffentlichen Kassen wurden in verschwenderischer Weise Mittel bewilligt. Dennoch hatte der „Volksfreund", der in satirischer Weise das wahre Wesen dieser Feier und die Absichten ihrer Veranstalter enthüllte, die Lacher auf seiner Seite. Je lauter die byzantinischen Fanfaren schmetterten, um so schärfer wurde die Schreibweise des „Volksfreund", um so energischer setzte die sozialdemokratische Agitation ein, um dem Volke die Augen zu öffnen und den Wahlrechtskampf vorzubereiten.

Die Regierung stellte sich dem gegenüber tot, um nicht den selbstgeschaffenen Wahn zu zerstreuen, als ob sie die Mehrheit des Volkes hinter sich habe und alles Freude und Jubel über die mecklenburgische Regentschaft sei. Ja, sie glaubte uns mit ihren althergebrachten Polizeischikanen zurückschrecken zu können. Sie verbot jeden größeren Umzug bei Arbeiterfesten und stattete am 1. Mai die Polizei mit Revolvern aus. Berufliche Organisationen, wie die Dienstbotenvereine, wurden aufgehoben, unpolitische Versammlungen überwacht usw. Das Reichsvereinsgesetz schien für Braunschweig nicht zu existieren. Dagegen ließ man die Presse damals noch ungeschoren, um außerhalb Braunschweigs den Glauben zu erwecken, als ob im Herzogtum alles ruhig und zufrieden sei. Den Höhepunkt erreichte das byzantinische Schaugepränge Mitte Dezember 1909, als der Regent sich zum zweiten Male verheiratete und mit seiner jungen Braut einen Einzug hielt, der an die Hoffestlichkeiten der Rokokozeit erinnerte. Auch jetzt beachtete man die scharfen Artikel des „Volksfreund" nicht. Es sollte so aussehen, als ob überhaupt keine Opposition im Lande existiere, als ob sich nur „sozialdemokratische Hetzer" vergeblich heiser schrien.

Der Hochzeitseinzug brachte jedoch zugleich den Wendepunkt. Die Fabriken hatten den Arbeitern frei gegeben, um die Zahl der Statisten zu vermehren. Die Arbeiter aber riefen nicht „Hoch", sondern „Wahlrecht", bildeten einen Demonstrationszug, sangen die Arbeitermarseillaise und protestierten in imponierender Weise gegen den byzantinischen Festestrubel. Die Polizei wurde auch dieses Mal überrascht und kam erst angestürzt, als sich der Zug der demonstrierenden Arbeiter bereits auflöste. Da mag sie wohl stillschweigend das Gelöbnis abgelegt haben, künftig gegen Demonstranten aufs schneidigste vorzugehen.

Sie sollte bald genug Gelegenheit zum Einhauen finden! Der Regent reiste noch im Dezember mit seiner jungen Frau auf mehrere Monate nach Siam und Niederländisch-Indien, woraus das Volk den Schluß ziehen konnte, wie überflüssig die Regentschaft ist. Die Regierungsgewalt ging jetzt vollständig auf den leitenden Staatsminister v. Otto über, der auch unter dem Prinzregenten Albrecht allmächtiger braunschweigischer Minister war. Natürlich sollte jetzt erst recht alles in größter Ruhe verlaufen. Die Regierung setzte ihre Wanzentaktik der Wahlrechtsfrage gegenüber mit doppeltem Stillschweigen fort. Im Landtag hätte nur eine Stimme die Ruhe gestört, die des Genossen

Dr. Jasper, der in Braunschweig mit Hilfe verärgerter bürgerlicher Wahlmänner bei einer Nachwahl in den Landtag gewählt worden war.

Ein mit Illustrationen versehener Artikel des „Volksfreund" zur Eröffnung des Landtags ließ jedoch Regierung und Landtag ahnen, daß sich die Arbeiterschaft durch Stillschweigen nicht täuschen lassen würde. So hielt denn der Landtag am 25. Januar 1910 seine erste Tagung hinter verschlossenen Türen ab. Die Polizei sperrte die Tribünen und den Platz vor dem Landtagsgebäude. Hinter verschlossenen Türen wurde dann das Mandat des Genossen Jasper kassiert, weil ein Wahlmann einen doppelten Wahlzettel für den bürgerlichen Kandidaten Nieß abgegeben hatte. Da der doppelte Wahlzettel gut zusammengefaltet war, hatte ihn der Wahlkommissar, dem Brauche bei Reichstagswahlen entsprechend, vernünftigerweise als eine Stimme gezählt. Da setzte nun der Landtag ein und erklärte die Wahl Jaspers für ungültig. Das geschah am 25. Januar in einer Vorberatung. Erst am 26. Januar wurde der Landtag feierlich eröffnet. Nach der Verfassung kann er erst nach der Eröffnung Beschlüsse fassen, und zwar nur in öffentlicher Sitzung. Das Mandat Jaspers war also verfassungswidrig kassiert worden.

In der Thronrede, die der Staatsminister am 26. Januar verlas, war mit keinem Worte von einer Wahlreform die Rede. Der Landtag nahm das ruhig hin, auch kein einziger Abgeordneter erhob sich, um nach der Wahlreform zu fragen, der beste Beweis dafür, daß es dem Landtag selbst mit einer Reform nicht ernst gewesen und daß er im Jahre 1908 dem Vorschlag der Justizkommission nur zugestimmt hatte, um die Wahlrechtsfrage auf Sankt Nimmerlein zu vertagen.

Nachdem alle Vorlagen in zwei Stunden durchgepeitscht und an die betreffenden Kommissionen verwiesen waren, vertagte der Staatsminister den Landtag schon in der Eröffnungssitzung auf Ende Februar. Über die sonderbare Art der Stellvertretung, die alle Funktionen des abwesenden Regenten auf den Staatsminister überträgt, so daß dieser gegenwärtig Staatshaupt und Ministerpräsident in einer Person ist und für alle Regierungshandlungen Blankowechsel des Regenten in der Tasche hat, ist das braunschweigische Volk bis jetzt überhaupt noch nicht aufgeklärt worden, nur dem Landtag wurde, wiederum hinter verschlossenen Türen, eine notdürftige Auskunft gegeben, von der nur das in die Öffentlichkeit gedrungen ist, daß sich Herzog Johann Albrecht bei Übernahme der Regentschaft vorbehalten hat, alljährlich große Auslandsreisen zu unternehmen.

Da der Landtag früher am Eröffnungstag im Ministerialgebäude ein Zweckessen abzuhalten pflegte, sammelte sich am 26. Januar zwischen 5 und 6 Uhr vor diesem Gebäude eine Arbeitermenge von einigen tausend Köpfen an, um für das gleiche Wahlrecht zu demonstrieren. Das Essen fand jedoch nicht statt, nur die drei Minister waren, wie sich später herausstellte, in ihren Arbeitszimmern anwesend. Die Demonstranten sangen die Arbeitermarseillaise und brachten Hochs auf das gleiche Wahlrecht aus. Die Menge war in die ziemlich enge Straße vor dem Ministerialgebäude eingekeilt und füllte noch eine ebenfalls ganz enge Seitenstraße, den sogenannten Hagenscharrn. Die Polizei war durch Spitzel über die Absicht der Arbeiterschaft, vor dem Ministerialgebäude zu demonstrieren, im voraus unterrichtet. Sie hatte Geheimpolizisten postiert und die Schutzmannschaft zusammengezogen. Zwischen 5½ und 6 Uhr kam plötzlich eine Schutzmannskette angestürmt, um sofort

mit blanken Säbeln auf die dichtgedrängte Menge einzuhauen, sie in den engen Hagenscharrn hineinzutreiben und hindurchzujagen. Selbst auf die Frauen hieben die Polizisten ein. Zahlreiche Demonstranten wurden verletzt. Im Laufe des Abends und der Nacht setzten dann die Polizisten, wie es im Polizeideutsch heißt, die Säuberung der Straßen fort, wobei ganz unbeteiligte Personen — an demselben Abend, am Vorabend des Geburtstags Wilhelms II., fand auch militärischer Zapfenstreich statt — verletzt wurden. Die größte Empörung rief die Mißhandlung einer alten Frau hervor, die von einem Polizisten mit der scharfen Klinge ins Gesicht geschlagen wurde.

Die Polizei hatte offenbar die Absicht, der Arbeiterschaft das Demonstrieren fürs gleiche Wahlrecht durch rücksichtsloses Vorgehen für immer zu verleiden. Das Blutbad in den Straßen Braunschweigs eröffnete den diesjährigen Wahlrechtskampf. Die Polizei hatte sich jedoch verrechnet. Die Entrüstung über ihr Vorgehen ergriff die weitesten Kreise. Die Bewegung wurde nicht gedämpft, sondern ganz gewaltig geschürt. Das merkte die Polizei schon in der Nacht vom 26. auf den 27. Januar, in der direkt auf das Blutbad folgend drei große überfüllte Protestversammlungen stattfanden. Die Polizei änderte nun ihre Taktik. Man suchte die Wahlrechtsdemonstranten zu verunglimpfen. Die bürgerliche Presse öffnete ihre Spalten den Polizeiberichten und stellte den Vorgang so hin, als ob unreife, radaulustige Burschen vor dem Ministerialgebäude demonstriert, die Polizisten beschimpft und durch Werfen mit Steinen, Flaschen und Eisstücken zum Einhauen gezwungen hätten. Der „Volksfreund“ kaufte sich jedoch die bürgerliche Presse so gründlich, daß die Verunglimpfung der Demonstranten nicht diese, sondern die bürgerliche Presse und die Polizei traf. Dem „Volksfreund“ strömten förmlich neue Abonnenten zu. Jede Auflage war sofort vergriffen. Bis weit in das Bürgertum hinein war die Sympathie auf seiten der Demonstranten, so daß schließlich auch die bürgerliche Presse nicht mehr wagte, für die Polizei einzutreten. Nur der Reichsverband machte einen schwachen Versuch, durch ein mit groben Beschimpfungen der Wahlrechtskämpfer angefülltes Flugblatt die Stimmung der Bevölkerung gegen die Sozialdemokratie zu kehren. Es mißlang ihm kläglich. Wir hatten die Einwohnerschaft durch Artikel im „Volksfreund“ und ein massenhaft verbreitetes Flugblatt so gründlich aufgeklärt, daß sich die Reichsverbändler, deren Namen der „Volksfreund“ wiederholt veröffentlichte, selbst an den Pranger stellten und es vorzogen, sich künftighin im verborgenen zu halten.

Schon am 6. Februar zeigte es sich, daß wir die Straße erobert hatten. Pünktlich um 11 Uhr vormittags bewegte sich ein endloser Demonstrationszug vom Bahnhof aus durch die verkehrsreichsten Straßen der Innenstadt. Die Polizei wagte nicht einzuschreiten und ließ den über 10000 Teilnehmer zählenden geschlossenen Zug ungehindert sogar am Herzogsschloß vorbeipassieren. Die Lust zum Einhauen war ihr gründlich ausgetrieben worden.

Landtag und Regierung suchten jedoch noch weiter die Wahlrechtsfrage totzuschweigen, bis ihnen endlich durch einen scharfen Artikel des „Volksfreund“ der Mund geöffnet wurde. Zugleich zeigte am 6. März eine Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel der Regierungsgewalt, wie gering ihr Anhang ist und wie sehr die Zahl der Wahlrechtskämpfer angewachsen war. An dieser Versammlung beteiligten sich nach ziemlich genauer Berechnung nahezu 30000 Personen, die sich einstimmig bereit erklärten, den Wahl-

rechtskampf mit allen Mitteln zu führen. Da die Stadt Braunschweig noch nicht 150000 Einwohner zählt, demonstrierte also der fünfte Teil der Gesamteinwohnerschaft, das ist die erdrückende Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung, für das gleiche Wahlrecht. Das würde für Groß-Berlin eine Demonstration von 600000 Teilnehmern bedeuten. Man kann daraus sehen, welchen Boden der Wahlrechtskampf in Braunschweig bereits gewonnen hat.

Auch außerhalb der Stadt Braunschweig folgte eine Demonstration der anderen. Aus allen Teilen des Herzogtums gingen dem Landtag Eingaben zu, die das gleiche Wahlrecht forderten. Selbst die reaktionäre welfische Partei, die sich sonst nur mit den Hofberichten aus der Residenz des Herzogs von Cumberland befaßt, wurde in den Wahlrechtskampf gezogen. Sie sprach sich in einer unter dem Vorsitz des Grafen v. Schulenburg-Hehlen, des Vertrauensmanns des Cumberländers, tagenden Versammlung für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht aus, das sie allerdings auf die braunschweigischen Staatsangehörigen beschränkt wissen wollte. Ohne unsere Demonstrationen hätte natürlich diese Partei kein Lebenszeichen von sich gegeben.

Endlich am 13. März brach der Landtag sein Schweigen. Die Sitzung stand unter dem Zeichen der blassen Angst und der tödlichsten Verlegenheit. Der Interpellant, ein nationalliberaler Kommerzienrat, hob hervor, daß die Bevölkerung gegen das bestehende Wahlrecht so erbittert sei, daß es sich bei der nächsten Reichstagswahl gar nicht mehr lohnen werde, dem sozialdemokratischen Kandidaten einen „nationalen" entgegenzustellen. Auch die agrarischen Redner sprachen plötzlich von dem Ernst der Zeit und selbst der Staatsminister mußte sich zu einer Erklärung herbeilassen. Er führte etwa aus, daß die Zeit sehr ernst sei, daß die Regierung wohl wisse, daß nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch ein großer Teil der übrigen Bevölkerung mit dem bestehenden Wahlrecht unzufrieden sei, daß aber die Regierung keine Vorlage hätte machen können, weil sie nicht wüßte, was sie tun solle. Die Forderung der Sozialdemokratie, gleiches Wahlrecht für alle Personen über 20 Jahren ohne Unterschied des Geschlechts, sei für die Regierung unannehmbar; bringe sie aber eine andere Vorlage, so werde die Sozialdemokratie doch nicht zufriedengestellt und die Wahlrechtsbewegung gehe weiter. Die Regierung stelle es dem Landtag anheim, selbst eine Wahlvorlage auszuarbeiten.

Es ist wohl kaum jemals von einer Regierung ein so unumwundenes Geständnis der Ohnmacht und der Unfähigkeit abgelegt worden. Es kam aber noch besser. Als einige Zeit später die Regierung den Landtag bis zum Herbst vertagen wollte, stellte der Vizepräsident, Braunschweigs Oberbürgermeister Retemeier, den Antrag, den Landtag nur bis zum Mai zu vertagen, da die Wahlrechtsbewegung so bedrohlich geworden sei, daß die Wahlreform nicht bis zum Herbst verschleppt werden dürfe. Auch diese Erklärung war ein Angstprodukt, denn der Antragsteller hatte bisher zu den eifrigsten Verteidigern des Dreiklassenwahlsystems gehört. Noch mehr sprach die Angst aus den Worten eines agrarischen Wahlrechtsfeindes, der ausführte, daß man an die Wahlrechtsfrage nicht rühren dürfe, weil auch auf dem Lande Regierung und Landtag die Wählermassen nicht mehr hinter sich hätten. Der Staatsminister versuchte sich noch einmal als Verschleppungstaktiker, wobei er allerdings das beschämende Eingeständnis machen mußte, daß Braunschweig gegen-

wärtig ohne verfassungsmäßige Regierung ist. Er meinte nämlich, die Regierung könne sich nur als Zuhörer an den Wahlreformverhandlungen der betreffenden Kommission beteiligen, da sie nicht komplett sei und während der Abwesenheit des Regenten nicht wisse, wie sie sich zu einer Wahlreform stellen solle. Das Ministerium müsse sich erst über diese kitzliche Situation einig werden. Dennoch vertagte er den Landtag nicht auf den Herbst, wie es sonst stets üblich war, sondern auf den 24. Mai, an dem die Wahlreformberatungen beginnen sollen. Man sieht daraus, wie durch den Wahlrechtskampf die Regierung in die Enge getrieben worden ist. Sie hatte dem Regenten die Versicherung gegeben, daß während seiner Abwesenheit die gewohnte Friedhofstille im Herzogtum Braunschweig herrschen werde, und muß es jetzt erleben, daß ihr die Wogen des Wahlrechtskampfes über dem Kopfe zusammenschlagen, daß ihre Wanzentaktik gänzlich über den Haufen geworfen worden ist, und daß sie gezwungen wird, noch ehe die Regierung wieder komplett ist, eine Frage anzuschneiden, in der sie selbst nicht mehr aus und ein weiß. Die Regierung ist völlig in Mißkredit gebracht, sie hat durch ihre Ratlosigkeit alles Vertrauen im Lande eingebüßt. Die byzantinische Stimmung, die der Regent künstlich zu entfachen sich so sehr bemüht hatte, ist gänzlich erloschen. Die Sozialdemokratie triumphiert.

Natürlich hat damit der Wahlrechtskampf nur die erste Etappe erreicht. Sobald Landtag und Regierung Miene machen, statt einer wirklichen Wahlreform dem Volke eine Scheinreform vorzusetzen, wird der Sturm mit verdoppelter Wucht wieder einsetzen. Daß sich die Zahl unserer Anhänger fortwährend vermehrt, daß sich die Erbitterung gegen das herrschende System bis zur Siedehitze steigert, daß das Ministerium auch den letzten Rest von Vertrauen beim Volke einbüßt, dazu trägt die Regierung selbst am meisten bei. Sie hat nämlich die unglaubliche Unklugheit besessen, nachdem sie im großen nichts mehr erreichen konnte, es im kleinen zu versuchen und mit Justizaktionen die sozialdemokratische Presse mundtot zu machen.

Zuerst warf sich der Staatsminister selbst dem Staatsanwalt in die Arme. Der „Volksfreund" hatte ihn, der gegenwärtig leitender Minister und Regent in einer Person ist, selbstverständlich für das Blutbad vom 26. Januar verantwortlich gemacht und ihm auf den Kopf zugesagt, daß man damit der Arbeiterschaft das Demonstrieren für alle Zeiten verleiden wollte. Um nun die allgemeine Entrüstung von sich abzuwenden und sich persönlich reinzuwaschen, klagte der Staatsminister, Herr v. Otto, ein Bureaukrat der alten Schule und der vormärzlichen Praxis, wegen Beleidigung. In der Gerichtsverhandlung beschwor er freilich, von der Polizei über die bevorstehende Demonstration nicht in Kenntnis gesetzt worden zu sein. Der Polizeipräsident mußte jedoch zugeben, darum gewußt zu haben. Auch wurde festgestellt, daß der Staatsminister und der Minister des Innern am 26. Januar von den Fenstern des Ministerialgebäudes der direkt unter ihren Augen vor sich gehenden Säbelattacke zugesehen hatten, ohne ihr im geringsten Einhalt zu tun. Der Minister des Innern mußte sogar vor Gericht selbst die Polizeilegende zerstören, daß unreife, radaulustige Burschen vor dem Ministerialgebäude demonstriert und die Polizei provoziert hätten. Er sagte auf seinen Eid, daß er nur erwachsene Arbeiter gesehen und von irgend einer Belästigung der Polizei durch die Demonstranten nichts bemerkt habe. Der Staatsminister mußte zugeben, daß das Schlachtfeld am Hagenscharrn mit Stöcken und Hüten bedeckt

war, nachdem es die Polizei geräumt hat. Auch er hat von einer Provozierung der Polizei durch die Demonstranten nichts wahrgenommen. Dessenungeachtet erklärt er, überzeugt zu sein, daß die Polizei nur vorschriftsmäßig gehandelt habe. Die Vernehmung verschiedener Polizisten ergab jedoch, daß, während ihre Instruktion ihnen vorschreibt, erst alles in der friedlichsten Weise zu versuchen, um die angesammelten Massen zu zerstreuen, sie nach einer einzigen Aufforderung, auseinanderzugehen, die niemand hören und in dem Gedränge auch nicht befolgen konnte, sofort mit blanken Säbeln eingehauen haben. Als jedoch die Verteidigung noch durch weitere Zeugen feststellen wollte, daß die Polizei tatsächlich ohne Zwang auf die wehrlose Menge eingehauen hatte, schloß der Gerichtshof die Zeugenvernehmung gerade in dem Augenblick, wo sie für die Polizei sehr verhängnisvoll geworden wäre. Dessenungeachtet ging der Gerichtshof, dem ein Landgerichtsdirektor Roßmann, ein ausgesprochener Sozialistenfeind, präsidierte, über den Antrag des Staatsanwaltes um 2 Monate hinaus und verurteilte den verantwortlichen Redakteur des „Volksfreund", Genossen Wesemeier, zu 8 Monaten Gefängnis.

Eine unerhört schwere Strafe für eine Beleidigung, die auf ein formales Nichts zusammengeschrumpft war! Aber wenn der Staatsminister glaubte, die Erbitterung gegen die Regierung mit diesem Prozeß dämpfen zu können, so hat er sich schwer getäuscht. Die Entrüstung über das Schreckensurteil ist allgemein. Nicht einmal die bürgerliche Presse wagte ein Wort des Triumphes über die Aburteilung des sozialdemokratischen Redakteurs. Von allen Seiten, selbst von Leuten, von denen man sonst nie eine Sympathiekundgebung für die Sozialdemokratie zu verzeichnen hatte, gingen solche dem Verurteilten zu. Sogar über hundert Staats- und Kommunalbeamte sandten dem „Volksfreund" eine Zuschrift, in der sie ihre Entrüstung über das Schreckensurteil ausdrückten und mit Genugtuung konstatierten, daß auch unter der Beamtenschaft immer mehr die Meinung Platz greife, daß das jetzige Regierungssystem unhaltbar sei.

Unter den Parteigenossen, deren Zahl ebenso wie die Abonnentenziffer des „Volksfreund" in der letzten Zeit rapid zugenommen hat, herrscht eine Kampfesfreude sondergleichen. Inzwischen sorgt die Regierung ununterbrochen dafür, daß die Erbitterung nicht nachläßt, sondern gesteigert wird. Obwohl der Staatsminister selbst von der Polizei abzurücken und seine Hände in Unschuld zu waschen suchte, hat die Staatsanwaltschaft einen Monsterprozeß wegen Polizeibeleidigung gegen die Volksfreundredaktion angestrengt und dabei die kleinsten Kleinigkeiten ausgegraben. Auch wegen Landtagsbeleidigung will man den „Volksfreund" belangen und selbst ein Gotteslästerungsprozeß ist anhängig gemacht, weil eine feuilletonistische Plauderei die Predigten des Nazareners den Taten der braunschweigischen Gewalthaber gegenübergestellt hatte. Das alles schart die Wahlrechtskämpfer nur um so inniger um ihre Führer. So dürfte dann, wenn der Landtag wieder zusammentritt, die Kampfeslust der Wahlrechtsstreiter auf einem Höhepunkt angelangt sein, daß es nur eines letzten energischen Ansturms bedarf, um entweder eine freiheitliche Wahlreform zu ertrotzen, oder die Regierung so in die Enge zu treiben, daß sie sich kaum noch länger halten kann.

Die persische Revolution, ihre Ursachen, ihr Charakter und ihre Kampfesmethoden.

Von **Michel Pawlowitsch** (Freiwilliger).

Noch nicht lange ist es her, daß Persien der Typus eines asiatischen Staates war. Das alte persische Regime, das auf politischem Gebiet einerseits in unbeschränkter Herrschaft des Schahs, andererseits in vollständigem Sklavensinn seiner Untertanen zum Ausdruck kam, entsprach auch ganz der ökonomischen Rückständigkeit des Landes, der schwachen Entwicklung seiner Produktivkräfte. Bis in die letzte Zeit gab es in Persien weder Eisenbahnen noch andere bequeme Verkehrsmittel und auch keine Fabriken. Die einzige Eisenbahnlinie, die übrigens nur 5 Kilometer lang war, ging von Teheran bis zum nächstliegenden Orte Schah-Abdul-Asim, wohin die Einwohner der Hauptstadt wallfahrten. Sie hatte gar keine Handelsbedeutung, nahm überhaupt keine Frachten auf und beförderte lediglich Passagiere. Der Schah Nassr eddin, der im Jahre 1896 getötet wurde, machte einige Versuche, in Persien eine Fabrikindustrie nach europäischem Muster einzuführen. So gründete er Stearin- und Papierfabriken und Zuckersiedereien, ließ zu diesem Zwecke Arbeiter aus Rußland und Frankreich sowie neue, vollkommene Maschinen aus Europa kommen, doch gingen alle diese Fabriken ein, und Persien mußte sich auch weiterhin ausschließlich auf den Gebrauch ausländischer, englischer und russischer Erzeugnisse beschränken.

Das persische Volk ertrug demütig und klaglos den Despotismus des Schahs, die Willkür und den Eigendünkel seiner Statthalter, der Satrapen, die die ihnen anvertrauten Provinzen ganz nach ihrem Belieben verwalteten. Dieser Gehorsam den Regierenden gegenüber war nicht die Folge der Furcht vor der Macht des Regierungsapparats: seine Quelle war vielmehr die Ehrfurcht der Volksmassen vor dem Schah, der von der Höhe seines Thrones, im Glanze des ihn umgebenden Nimbus dem demütigen Volke als überirdisches Wesen, als Verkörperung der Gottesallmacht erschien. Es gab im Lande fast keine Armee, auch keine Polizei, und doch unterwarfen sich volle 10 Millionen Menschen, die ganze Bevölkerung, ohne den geringsten Widerstand der Tyrannei der Satrapen, von denen jeder in seiner Provinz ein kleiner Selbstherrscher war, solange er nicht bei dem Schah in Ungnade fiel. Im Lande herrschte vollständige Ruhe.

Inzwischen brachte die ökonomische Hebung Kleinasiens, die Belebung des Verkehrs zwischen Kleinasien und Indien sowie das Eindringen des englischen und russischen Einflusses in Persien eine ökonomische Umgestaltung mit sich. Rußland baute gute Landstraßen im nördlichen Iran, wohin man vorher nur auf unwegsamen Pfaden gelangen konnte, die bloß für Maultiere zugänglich waren; alle Karawanen mit ihren Warentransporten aus Erzerum, Täbris, Bender-Abasa usw. waren bis vor kurzem auf diese mühsamen Wege angewiesen. Die russischen Fabrikate kamen nun auf den von Rußland hergestellten Landstraßen und verdrängten leicht die auf dem langen Karawanenweg aus Kleinasien und von den Ufern des Persischen Meerbusens hertransportierten Waren. Zugleich wurden die russischen Landstraßen zu den wichtigsten Arterien des inneren Warenverkehrs, der von Tag zu Tag wuchs. Andererseits errichteten die Engländer, die ihren Einfluß in Persien zu stärken

und die drohende Hegemonie Rußlands zu beseitigen suchten, überall Telegraphenleitungen — diese mächtigen Vorposten des industriellen und politischen Einflusses —, und bald war ganz Persien von einem Netz englischer Telegraphendrähte überzogen, die mit der Telegraphenlinie des Indischen Reiches verbunden sind. Im eigenartigen persischen Milieu wurden die englischen Telegraphenbureaus nicht nur zu Werkzeugen des englischen handelspolitischen Einflusses in Iran; ganz unerwartet wurden sie mit der Zeit zu unantastbaren „Zufluchtsorten“ — zu ihnen flüchtet in Fällen besonders furchtbarer Mißbräuche der Satrapen die einheimische Bevölkerung, um von ihnen aus unter dem Schutze der mächtigen englischen Flagge den Schah mit ergebenen telegraphischen Forderungen zur Entsetzung des dem Volke mißliebigen Gouverneurs zu bombardieren.

Außer den Telegraphenlinien gründen die Engländer in jeder Stadt Filialen der Reichsbank, die Depositen von den persischen Kaufleuten entgegennehmen und ihnen die Sicherheit bieten, daß ihre Gelder an zuverlässigen Orten aufbewahrt werden; diese Banken geben auch den Zahlungsfähigen Darlehen und fördern energisch das ökonomische Leben im Lande. Nach und nach verschwindet unter Rußlands und Englands Einfluß die alte Naturalwirtschaft, die großen historisch berühmten Städte wie Teheran, Täbris, Rescht, Ispahan, die Wiegen der Völker, leben wieder auf, sie werden zu den wichtigsten Zentren des Handels, und neues Leben blüht aus den Ruinen des alten, scheinbar für ewig eingeschlummerten Landes. Manche Städte, so zum Beispiel Täbris, werden zu Zentralpunkten, von denen aus alle Waren aus Mittelasien in großen Massen nach Europa transportiert werden.

1889 betrug der Handelsumsatz Persiens mit England 75 Millionen Franken, mit Rußland 50 Millionen Franken; für 1901/02 berechnete die belgische Administration des persischen Zollamtes den persisch-englischen Handel auf 59 Millionen Franken, den persisch-russischen auf 96 Millionen; 1905/06 erreichte nach Angaben der belgischen Administration der russisch-persische Handel infolge des für Rußland günstigen Handelsvertrags 170 Millionen Franken.[1] In demselben Jahre betrug der Handel Persiens mit England 70 Millionen, mit Frankreich 16 Millionen, mit Österreich 6½ Millionen usw.[2]

Infolge der Hebung des Handels wächst natürlich der Einfluß der handeltreibenden Klasse. In jeder persischen Stadt existierten schon längst Korporationen von Kaufleuten, die reguläre Versammlungen abhielten und ihre Mitglieder mit einem bestimmten Betrag besteuerten. Seit der Belebung des Handelsverkehrs bildeten sich zahlreiche persische Kolonien in Konstantinopel, Bagdad und im Kaukasus (hauptsächlich in Baku und Tiflis), in Indien (vorwiegend in Kalkutta und Bombay), endlich in Marseille, London, Manchester. Alle diese Kolonien unterhalten Beziehungen zu Persien, verbreiten überall vaterländische Erzeugnisse wie Teppiche, Opium, getrocknete Früchte usw. So wächst der Reichtum und die Bedeutung der persischen Kaufmannschaft im-

---

[1] „Revue des Deux Mondes“, April 1908.

[2] Wie wir sehen, vergrößerte sich besonders rasch der Handel Rußlands mit Persien. „Vor zehn Jahren betrug der russische Import nur 15 Prozent des ausländischen Importes nach Persien, während der englische 70 Prozent erreichte. Jetzt ist der russische Import auf 39½ Prozent gestiegen, während der englische auf 27½ Prozent fiel.“ Questions diplomatiques et coloniales, vol. XX, p. 314. Les progrès du commerce russe.

Laufe der Jahrzehnte. Selbst die Regierung nimmt bei vielen persischen Kaufleuten unter verschiedenen Garantien Anleihen auf. So wird die Regierung des Schahs von den angesehensten Vertretern der Handelsklasse abhängig.

Aber die immer wachsenden Bedürfnisse des Schahs und seiner Kamarilla, die großen Ausgaben von Musaffer eddin für seinen Aufenthalt im Ausland und für sein Pariser Leben zwangen ihn auch zu Geldanleihen bei Ausländern. Schon 1892 hatte die persische Regierung des Schahs Nassr eddin eine Anleihe in England gemacht und diesem dafür als Garantie die Einnahmen der Zollämter im Persischen Meerbusen überlassen. 1897 leiht die russische Regierung durch die Teheraner Bank dem Schah Musaffer eddin bei der Thronbesteigung 22 Millionen Rubel und erhält als Garantie dafür das Kontrollrecht über die ganze übrige Zollinie Persiens.

1901/02 machte der Schah neue Anleihen in Rußland in der Höhe von 32 Millionen Rubel.[1] Mit Hilfe seiner Bank in Teheran eroberte Rußland das Finanzmonopol im nördlichen Gebiet Persiens. Dabei verpflichtete sich die Regierung des Schahs, weiterhin nirgends als in Rußland Anleihen zu machen und bis 1910 keine Eisenbahnen zu bauen.

Inzwischen macht die reich gewordene Handelsklasse Versuche, die einheimische Industrie zu entwickeln. Die ungünstigen Handelsverträge, die der persischen Industrie den Kampf gegen die Konkurrenz der russischen und englischen Waren unmöglich machen, hemmen jedoch ihre Entwicklung. Die Engländer und Russen erwarben durch Verträge mit der Regierung des Schahs das Recht, alle Reichtümer des Landes, seine Kohlen-, Eisen- und Bleibergwerke sowie seine Naphthaquellen auszubeuten. Die Russen und die Engländer, die alle Naturreichtümer des Landes monopolisierten, ohne auch nur den geringsten Teil derselben ausbeuten zu können, die jede freie Konkurrenz anderer europäischer und amerikanischer Kaufleute ausschlossen und auf diese Weise die einheimische Fabrikindustrie in ihrer Entwicklung hemmten, wurden so zu Haupthindernissen des Aufblühens von Handel und Industrie in Persien und der Entwicklung seiner Produktivkräfte.

Das russisch-englische Joch sowie der Druck der despotischen Macht des Schahs und seiner Satrapen erscheinen nun den fortschrittlichen Elementen in der persischen Gesellschaft als die vornehmsten Hemmungsmomente in der Entwicklung Persiens bei dessen Europäisierung und bei der Umgestaltung des persischen Landes zu einem reichen und mächtigen Staate. Da die persische Bourgeoisie fürchtet, das Land könne früher oder später von Kapitalistengruppen mit Beschlag belegt oder von der englischen und der russischen Regierung erobert werden, beginnt sie den Kampf gegen das alte Regime, welches das Land unter das ausländische Joch zwang.

Außer der Handelsklasse führt auch die Geistlichkeit einen energischen Kampf gegen die Regierung. Die höhere Geistlichkeit stand anfangs der Befreiungsbewegung feindlich gegenüber; der mittlere und der niedere Klerus jedoch hatten diese Bewegung ins Leben gerufen und stehen auch jetzt noch an ihrer Spitze. In Persien sind die Geistlichen Volkslehrer (andere als geistliche Schulen gibt es in Persien nicht), Prediger, Gesetzeskundige usw. Außer

---

[1] Die Staatsschulden Persiens erreichen gegenwärtig die für dieses Land sehr hohe Summe von 150 Millionen Franken.

den offiziellen Vertretern der Geistlichkeit, den Imamen und den Schejch-Ul-Imamen usw., die verschiedene administrative und richterliche Posten bekleiden und gar keinen Einfluß auf das Volk haben (wie es jetzt auch in Rußland bei den Juden mit den offiziellen Rabbinern der Fall ist), gibt es in Persien eine ganze Klasse inoffizieller Geistlicher, der „Mudscheiden", die von der Volksmasse als heilig und allwissend betrachtet werden und sehr starken Einfluß auf diese ausüben. Die Mudscheiden sind von Segiden und Mollas umgeben, die den Gottesdienst und das Richteramt ausüben, Notariatsakte abschließen, die Volksbildung leiten usw. Das ist ein wahres geistliches Proletariat, das im allgemeinen ein ärmliches Leben führt, alle Freuden und Leiden des Volkes teilt und schon deshalb oppositionell sein muß. Diese oppositionelle Stimmung der Geistlichkeit ward durch die Politik der Regierung noch verstärkt: diese beschränkte die Kompetenz der Geistlichen im Richteramt, beraubte sie des Rechtes, in Kriminalprozessen als Richter zu fungieren, verbot ihnen, Notariatsakte abzufassen, endlich konfiszierte sie sogar die Besitztümer verschiedener religiöser Institute. So entsteht und steigert sich der Konflikt zwischen der geistlichen und der weltlichen Macht, wobei im Gegensatz zu der sonst üblichen Entwicklung die erstere zur Trägerin der Kultur und des Fortschritts wird, die andere aber die Reformen bekämpft und die alten Traditionen verteidigt.

Nach und nach ergreift die oppositionelle Stimmung die ganze Geistlichkeit; sogar die höchsten Vertreter derselben (natürlich mit einigen Ausnahmen) werden von der Bewegung hingerissen. Schließlich nimmt die ganze Masse der Segide, Derwische, Imame, Medscheide usw. eine feindselige Stellung der Regierung gegenüber ein und agitiert gegen diese in Volksschulen, in Moscheen und auf Märkten. Die Geistlichen drohen dem Schah mit dem Zorne Allahs, den Beschützern der Konstitution aber versprechen sie ein glückliches Jenseits. Der Einfluß der Geistlichkeit ist so tief eingedrungen, daß, nachdem sich in der an russisches Gebiet grenzenden Provinz Aserbeidschan unter dem unmittelbaren Einfluß der revolutionären Bewegung im Kaukasus eine persische „Sozialdemokratische Partei" gebildet hatte, auch diese unter dem Banner „Allahs und seines großen Propheten" in die Öffentlichkeit trat. Als die Nachricht von der Umwälzung in Teheran und der Erklärung der persischen Konstitution nach Täbris gelangte, veröffentlichte der sozialdemokratische Ausschuß der „Andschumen" eine Proklamation, die in Zehntausenden von Exemplaren in Persien verbreitet wurde. Sie lautete:

„Vereinigt euch, ihr Armen alle! Wir, Sozialdemokraten, Beschützer des Islam und Persiens, begrüßen an diesem feierlichen Tage der Erklärung der Konstitution alle Freunde der Freiheit, wo sie sich auch befinden. Wir begrüßen vor allem die Ulemas und die Kaufleute, diese eifrigen Mitarbeiter im Kampfe für das Volk, diese Beschützer des Islam in Teheran, die ihr Leben und Gut dem heiligen Zwecke widmeten.

„So sagen wir unseren Teheraner Brüdern:

„O, unsere Landsleute, unsere Brüder, preisen wir den Allmächtigen, der in seiner höchsten Gerechtigkeit uns die Möglichkeit gab, durch Einigkeit und Opfer der Freiheitsfreunde den ersten wichtigen Schritt zu unserem heiligen Zwecke zu machen.

„O, ihr, unsere wahren Brüder, jetzt ist es ganz offenbar, daß man mit Einigkeit und Eintracht alles erreichen kann. Mit Recht sagt der Dichter: ‚Was gab die Eintracht den Ameisen? Sie gab ihnen die Kraft, das Fell des rasenden Löwen

zu zerfetzen.' Das kleine, aber von Enthusiasmus erfüllte Japan hatte genug Kraft, um Rußland zu besiegen. Also dürfen auch wir, Beschützer des Islam, indem vir auf dem von Allah gezeigten Wege weiter schreiten, keine Minute rasten und nicht meinen, wir hätten alles Erstrebte bereits erreicht. Halten wir also das rote Banner der Freiheit hoch und erlauben wir nicht, daß ein Häuflein von Feinden der Gerechtigkeit die lichten Strahlen der Konstitution, die wir mit solchen Anstrengungen, ja mit Lebensopfern erobert haben, durch den Schatten ihrer persönlichen Interessen verdunkeln. Die Freunde der Konstitution und der Freiheit leben hoch! Verachtung werde den Egoisten zuteil!

„Die Partei der Beschützer des Islam, die Sozialdemokraten Persiens. 25. Djemadi II, 1324."

Wenn diese Proklamation uns einerseits zeigt, daß das Wort „Sozialdemokrat" in Persien in den Volksmassen als Synonym des Begriffs „Beschützer, Kämpfer für Freiheit und besseres Leben für alle Armen und Unterdrückten" zu gelten beginne (wie es jetzt nicht nur in Indien, China, Japan, sondern auch bei den Aschantis und nordamerikanischen Indianern der Fall ist), so zeugt sie andererseits von der großen Rolle, die die persische Geistlichkeit in dem Befreiungskampf des Landes spielt. An diesem Kampfe für die Konstitution nehmen sogar die höchsten Vertreter der Geistlichkeit, die „Hüter des Glaubens", teil. Um alle etwaigen Zweifel zu beseitigen, sandte die Teheraner Geistlichkeit einen Eilboten nach dem türkischen Nedschef, wo die heiligen Greise, die als die größten Autoritäten geltenden Mutscheide, die „Verkünder der göttlichen Wahrheit", leben und wohin Wallfahrer von ganz Persien sich begeben. Die Antwort auf diese Anfrage war ein Aufruf an alle Gläubigen, der alle treuen Mohammedaner zum Kampfe für die Konstitution verpflichtete.

Außer der Geistlichkeit nahm noch die persische Jugend an der Bewegung den lebhaftesten Anteil. Die Studenten der höheren technischen Schulen in Teheran sowie die Studierenden der Landwirtschaft und der Sozialwissenschaften waren während der blutigen Straßendemonstrationen von 1906 in den vordersten Reihen. Ebenso mutig stellten sich zum Kampfe die zahlreichen Studierenden, die die „Medreß" besuchen, wo Arabisch, Theologie und Philosophie vorgetragen wird. Die studierende Jugend wurde von der Bewegung so sehr mitgerissen, daß viele persische Studierende, die die Hochschulen in Frankreich, England, Belgien usw. besuchten, die Fremde verließen, um in die Heimat zurückzukehren und an dem allgemeinen nationalen Kampfe gegen das alte Regime teilzunehmen.

Auch die Fabrikarbeiter und die Handwerker beteiligten sich energisch an der Befreiungsbewegung. Es gibt natürlich in Persien keine Statistik des Fabrikproletariats, so daß seine Zahl nicht bestimmt werden kann. Jedenfalls ist die Zahl der Fabriken gegenwärtig nicht mehr unbedeutend. Allein in Täbris zählt man mehr als 100 Fabriken, die gegen 10000 Arbeiter beschäftigen. Ebenso bedeutend ist die Zahl der Fabriken in Teheran, Ispahan, Rescht, deren Handelsumsatz 30 Millionen Rubel im Jahre erreicht.

Die Sorge um die Entwicklung und den Schutz der einheimischen Industrie ist einer der wichtigsten Gründe der Feindseligkeit der persischen Bourgeoisie gegen die Herrschaft des Auslands. Im Lande wird energisch für den ausschließlichen Gebrauch einheimischer Erzeugnisse agitiert. Die persische Geistlichkeit macht in einer ganzen Reihe von „Fatren" (Aufrufen) darauf aufmerksam, daß man die einheimische Industrie unterstützen solle, und nur per-

sische Produkte kaufen dürfe. Auch die Kleinhandwerker und die Arbeiter sind bereits in Korporationen, die ihre Sekretäre und Kassierer haben, organisiert.

Die Volksklasse, die sich am wenigsten an der Bewegung beteiligte, waren die Bauern, obwohl ihre Lage eine ganz trostlose ist.

* * *

Welche Kampfmittel ergriff die persische Bevölkerung?

Das erste Kampfmittel war der ökonomische Boykott. Als im Jahre 1890 der Schah, der Geld brauchte, einer englischen Gesellschaft das Monopol auf die Tabakindustrie verkaufte, brach im ganzen Lande allgemeine Empörung aus. In Volksversammlungen, in Moscheen und auf Märkten wurden Resolutionen abgefaßt, die zur völligen Enthaltung vom Rauchen bis zur Aufhebung des Monopols verpflichteten. Der Boykott wurde mit vollständigem Erfolg durchgeführt. Selbst im Harem des Schahs verzichteten die Odalisken auf das Rauchen. Infolge der furchtbaren Verluste löste die englische Gesellschaft den Vertrag auf, wobei ihr gemäß der Forderung der englischen Regierung 10000000 Mark als Schadenersatz vom Schah ausgezahlt werden mußten.

Dieser so glänzend durchgeführte Boykott des Tabaks war der erste Akt, in dem sich die Fähigkeit der persischen Massen zu planmäßigem, organisiertem Kampfe deutlich zeigte; gleichzeitig trat in diesem Boykott zum erstenmal ein scharfer Konflikt zwischen der Regierung des Schahs und der persischen Bourgeoisie zutage. Die Volkspartei blieb Siegerin und der Schah mußte kapitulieren.

Aber zu einem solchen Kampfmittel, wie der ökonomische Boykott, kann man nur in Ausnahmefällen greifen.

Man kann sich leicht vorstellen, daß in einem Lande wie Rußland, wo das Branntweinmonopol eine der bedeutendsten Einnahmequellen des Staates bildet, die revolutionäre Enthaltsamkeit, von der ganzen Bevölkerung durchgeführt, ein mächtigeres Mittel wäre, als viele der bereits im Kampfe gegen den Zarismus angewandten. In Persien hatte der Boykott eine große Wirkung. Trotzdem vermochte er nicht, der Regierung einen entscheidenden Schlag beizubringen, und diente nur als vorübergehendes Hilfsmittel im Kriege gegen den Volksfeind. Als wirksameres Kampfmittel für das persische Volk erwies sich der „Best“ — der Generalstreik.

* * *

Lange Zeit war der „Best“ das einzige Kampfmittel. Das heißt wenn die Bevölkerung irgend einer Stadt Protest gegen die Unterdrückung durch die Beamten oder gegen die Übergriffe eines Gouverneurs erheben wollte, so wurde immer dieselbe Kampfmethode angewandt: die Marktbuden wurden geschlossen, die Arbeiter verließen die Fabriken, die Handwerker schlossen die Werkstätten, die Geistlichen ihre Schulen. Das Volk versammelte sich in einer Moschee oder vor einem englischen Telegraphenbureau und brachte hier die Zeit zu, indem es die Reden der Agitatoren und Prediger anhörte. Gab es in einer Gegend verschiedene Parteien, so wählte jede für sich einen besonderen Zusammenkunftsort.

Unter den Agitatoren spielte der Molla „Sadr-Ul-Moakinin“ eine besonders große Rolle. Nach einer Wallfahrt zu den heiligen Gräbern von Nedschef wurde er von der Idee seiner hohen Mission beseelt, kehrte in die Heimat zurück und begann dort seine agitatorische Tätigkeit. Aus vielen Städten

ausgewiesen, erscheint er im Mittelpunkt der revolutionären Bewegung in Teheran, und entflammt die Völkermassen mit seinen feurigen Reden. Außer dem Moakinin gab es auch andere hervorragende Agitatoren, die Geistliche waren. Sie hatten starken Einfluß auf die Massen und galten als ihre anerkannten Führer. Im Juli 1905 nahm der Kampf zwischen der Geistlichkeit und dem Schah schärfere Formen an. Die Geistlichkeit forderte die Entsetzung des Sadr-Asams (des ersten Ministers) und die Einführung der Konstitution im Lande. Der Schah weigerte sich. Nun erklärte die Teheraner Geistlichkeit, sie verlasse die Hauptstadt und begebe sich zu den heiligen Gräbern. Der Auszug der Geistlichkeit aus Teheran machte auf die ganze Bevölkerung Persiens einen erschütternden Eindruck. Es wurde in Teheran der Generalstreik proklamiert, als Zusammenkunftsort sollte der riesige Park der englischen Gesandtschaft dienen.

Erschreckt durch die allgemeine Volksgärung, entschloß sich nun der Schah zu einem Kompromiß, und am 27. Juli erschien ein Manifest, das die baldige Einberufung des „Nationalrats" in Teheran, sowie die Einführung der Konstitution in Persien versprach. Bei dieser Nachricht kehrte die Teheraner Geistlichkeit, die übrigens sehr langsam in der Richtung nach der Türkei zu gewandert war, rasch in die Hauptstadt zurück. Der Einzug der Geistlichkeit nach Teheran gestaltete sich, unter dem allgemeinen Jubel des Volkes, das die Straßen geradezu überschwemmte, zu einem förmlichen Triumphzug. Am 8. Oktober wurde das Parlament eröffnet. Die persische Konstitution existierte aber nicht lange; im Juli 1908 wurde der Medschilis von der Kosakenbrigade Ljachows auseinandergejagt.

Gestützt auf diese Brigade, seine einzige reale Macht, erklärte der Schah der ganzen Bevölkerung den Krieg und hob die Konstitution auf.

Die Bevölkerung Teherans und anderer persischen Städte griff zu dem erprobten Verteidigungsmittel — zum Generalstreik, diesmal aber blieb diese Waffe der Tyrannei der Macht gegenüber wirkungslos.

Gebrauchen wir militärische Ausdrücke, so können wir sagen, daß der Generalstreik in bestimmten Verhältnissen eine zweckmäßige und mächtige Kampfmethode, als *Angriffsmittel*, als Mittel der unerwarteten Attacke gegen eine bereits demoralisierte und von früheren Schlägen erschlaffte Regierung darstellt; aber als *Abwehrmittel* gegen die zum inneren Kampf vorbereitete und bereits zur Attacke gegen die revolutionäre Bewegung übergangene Regierung ist der Generalstreik von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Erfahrung des zweiten russischen und des zweiten persischen Generalstreiks bezeugt die Richtigkeit unserer Behauptung für jeden nüchtern Denkenden, dessen Blick nicht etwa durch die unsinnigen Theorien des revolutionären Syndikalismus getrübt ist.

In den modernen zivilisierten Ländern bildet die Armee gegenwärtig einen Staat im Staate, sie ist im gewissen Sinn ein sozialer Organismus, der sich selber Selbstzweck ist. Die Armee hat ihre Bäcker, ihre Schuster, ihre Schneider, ihre Schmiede usw., ihre gepanzerten Eisenbahnwagen, ihre Automobile mit schnellschießenden Kanonen, die überall hingelangen können; endlich hat sie ihre kolossalen Vorräte an Mehl, Hülsenfrüchten, Zwieback, Konserven und sonstigen Nahrungsmitteln, die in Festungen und Proviantmagazinen für den Fall einer feindlichen Invasion oder einer Belagerung aufgehäuft werden. Man kann die Armee weder besiegen, noch durch Hunger vermittels des

Generalstreiks beugen, dafür kann aber die Armee den Streikenden blaue Bohnen zukommen lassen.

Auch in Persien erwies sich der Generalstreik als gänzlich unwirksam im Kampfe gegen die Karabiner der winzigen Armee der Teheraner Kosaken und der Sobasen des Schahs. Wir machten daher im Januar 1909 unsere persischen Genossen auf die Unzulänglichkeit der alten Kampfmethode zur Herbeiführung eines völligen Sieges aufmerksam. Die persischen Kämpfer beschlossen denn auch eine Militärmacht zu bilden, die den Schah mit Waffengewalt bezwingen und die Stütze der persischen Reaktion, die Armee der Teheraner Kosaken, aufs Haupt schlagen sollte. Der Marsch gegen Teheran, die Zusammensetzung der revolutionären Armee und die Rolle, die die kaukasischen Revolutionäre, die Bachtiaren und die persischen Revolutionäre in ihr spielten, das alles soll noch in einem besonderen Artikel behandelt werden.

Sozialdemokratie und Oktroi.

Von **Jean Martin** (Mülhausen i. E.).

Die Durchführung des § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902, wo bestimmt ist, daß vom 1. April 1910 ab kommunale Abgaben „auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett“ nicht mehr erhoben werden dürfen, hat in Elsaß-Lothringen die Frage der Abschaffung des Oktrois zu einer brennenden gemacht. Trotz der von der Regierung erlassenen bedenklichen Ausführungsbestimmung, nach welcher Wild und Geflügel nicht als Vieh oder Fleisch im Sinne dieses Paragraphen zu betrachten sind, beträgt zum Beispiel in Mülhausen der Einnahmeausfall infolge des Inkrafttretens jener Bestimmung nahezu ein Fünftel der gesamten Oktroieinahmen (290000 Mark bei den Eßwaren und 40000 Mark beim Viehfutter). Betragen dann noch die Erhebungskosten, wie dies in kleineren Gemeinden leicht der Fall ist, ein Fünftel oder gar ein Viertel der gesamten Oktroieinnahmen, so ist es natürlich, daß selbst rein bürgerliche Stadtverwaltungen, denen das System der indirekten Steuern sonst äußerst sympathisch ist, die Frage der Abschaffung der ganzen Einrichtung ernsthaft in Erwägung ziehen. So haben im industriellen Oberelsaß, wo ein frischerer politischer Wind weht als in den übrigen Landesteilen, unter dem Drucke einer lebhaften, über alle Parteigrenzen hinausgehenden Volksbewegung die drei Kreisstädte Thann, Altkirch und Gebweiler (mit 3400 bis 13400 Einwohnern) nacheinander die völlige Abschaffung des Oktrois und den Ersatz durch Erhöhung der Gemeindezuschläge auf die direkten Staatssteuern beschlossen. Der Gemeinderat von Markirch hingegen, das rund 12300 Einwohner zählt und wo die Erhebungskosten den vierten Teil der ganzen Oktroieinahme verschlingen, beschloß, wenngleich mit knapper Mehrheit, die Aufrechterhaltung des Oktrois, desgleichen die lothringische Kreisstadt Saargemünd und andere mehr. Und in dem vom finanztechnischen Standpunkt ganz begreiflichen Bestreben, das Verhältnis der Erhebungskosten, wenn die Steuer doch nun einmal fortbesteht, zu den Gesamteinnahmen günstiger zu gestalten, geht man dann hier gleich zum anderen Extrem über und erhöht die bestehenden Oktroisätze in der unglaublichsten Weise oder schafft neue, indem man bislang unversteuerte Verbrauchsartikel mit Oktroi belegt.

Dabei hat sich nun ergeben, daß die Stellungnahme der Parteigenossen im Lande eine keineswegs einheitliche, von denselben grundsätzlichen und parteitaktischen Erwägungen getragene gewesen ist, sondern daß beispielsweise in Markirch bei der Abstimmung über den gestellten Aufhebungsantrag die acht Mitglieder zählende sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion sich in zwei fast gleiche Hälften spaltete, und daß die Fortdauer dieses unsozialen Kommunalsteuersystems, das den Massenverbrauch ganz beispiellos belastet, in jenem Proletarierstädtchen der Vogesen lediglich der Zustimmung einzelner sozialdemokratischer Arbeitervertreter zu verdanken ist. Die Verworrenheit der Ansichten und die Zerfahrenheit der Stellungnahme, die dabei zutage trat, ist das Ergebnis einer am 20. Februar in Kolmar abgehaltenen Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter Elsaß-Lothringens, auf welcher der vom Landesvorstand in Straßburg bestellte Referent über „Sozialdemokratische Steuerpolitik in der Gemeinde" in Abrede stellte, daß das sozialdemokratische Kommunalprogramm für Elsaß-Lothringen den Parteigenossen in den Gemeinderäten den grundsätzlichen Kampf gegen das Oktroi zur Pflicht mache, wobei er weiter ausführte, es könne nicht vorausgesagt werden, ob bei Aufhebung des Oktrois die Preise der Waren fallen werden: die Verminderung des Oktrois auf Bier würde wohl in der Hauptsache den Bierbrauern zugute kommen und dergleichen mehr. Mit dem § 13 des Zolltarifgesetzes habe man keine arbeiterfreundliche, sondern Mittelstandspolitik getrieben: „Von den Arbeitern verlangt man, für die Aufhebung des Oktrois einzutreten, während auf der anderen Seite die Preise der Waren nicht herabgesetzt werden. Was heute noch im Oktroi ist, das wird auch von den Besitzenden getragen." Der sozialdemokratische Vertreter im Gemeinderat habe sich also zu fragen, schade oder nütze ich mit der Aufhebung des Oktrois meinen Auftraggebern? und dann zu entscheiden. Er habe dabei besonders zu berücksichtigen, daß, wenn das Oktroi ganz aufgehoben wird, auch die Befugnis der Gemeinde wegfällt, die unteren Stufen der Lohn- und Besoldungssteuer bis zum Jahreseinkommen von 1300 Mark auf die Gemeinde zu übernehmen.[1] Dabei berief sich der Referent, Genosse Peirotes in Straßburg, unter anderem auf Kautsky, der in der „Neuen Zeit" „zugegeben" habe, „daß bei schlechten Einkommensteuern die Bedenken der Gemeindebevollmächtigten sehr wohl berechtigt seien und sie wohl zweifeln könnten, was drückender sei, die direkten oder die indirekten Steuern".

Die damit in der Partei neu aufgerollte Frage, die Ende 1908 und Anfang 1909 auf Anregung des Genossen Schiller in Fürth in der „Neuen Zeit" lebhaft erörtert wurde, muß die Parteigenossen auch in jenen Teilen des Reiches interessieren, in welchen die kommunalen Verbrauchsabgaben nicht so drückend empfunden werden wie hier in Elsaß-Lothringen. Bei uns ist dieser Druck ganz enorm; das Oktroi, das bekanntlich französischen Ursprunges

---

[1] Im elsaß-lothringischen Gesetz über die Lohn- und Besoldungssteuer heißt es nämlich in § 29: „Die Gemeinden mit Oktroi sind berechtigt, die für die Landeskasse und den Bezirk veranlagten Steuerbeträge der untersten Stufen bis zum Betrag von 1300 Mark (Jahreseinkommen) auf das Oktroi zu übernehmen." Von der Befugnis, die das gesetzgeberische Feigenblatt für das in empörender Weise auf dem Massenverbrauch der Ärmsten lastende Oktroi ist, haben die Gemeinderäte der Oktroistädte nur zum Teil Gebrauch gemacht. So läßt zum Beispiel Mülhausen seit 1. April 1910 die Lohnsteuer von 700 Mark an erheben.
Der Verfasser.

ist — es datiert von dem glorreichen Regime Ludwigs XIV., des „Sonnenkönigs“ —, trifft in den Städten Mülhausen, Metz und Straßburg den Kopf der Bevölkerung mit jährlich 19, 20 und 21 Mark, das heißt es lastet auf einer fünfköpfigen Familie mit rund 100 Mark im Jahreshaushalt, während sonst in den größeren deutschen Städten die kommunalen Verbrauchssteuern überall unter 10 Mark pro Einwohner bleiben. Das Verhältnis der kommunalen Verbrauchssteuern zum gesamten gemeindlichen Steuerertrag ist in den drei größten Städten des Reichslandes derart, daß das Oktroi noch 1903 in Mülhausen 69, in Straßburg 80 und in Metz gar 89 Prozent der ganzen Steuerleistung der Einwohner an die Gemeinde erreichte. Seitdem hat das Steigen der Gemeindezuschläge das Verhältnis allerdings erheblich verschoben, zumal in Mülhausen, wo die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit 1904 bei Revision des Oktroitarifs einige notwendige Massenbedarfsartikel befreite und so die Oktroieinnahmen um rund 130000 Mark verminderte, nachdem ein ebenfalls von ihr gefaßter Gemeinderatsbeschluß auf Aufhebung des ganzen Fleischoktrois die erforderliche Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde nicht erhalten hatte. Ein Beschluß der Fraktion, das Oktroi um ganze 200000 Mark zu vermindern, scheiterte auch damals an der prinzipiellen Unklarheit einzelner sozialdemokratischer Gemeindebevollmächtigter, die mit dem Bürgermeister und den bürgerlichen Demokraten bei einzelnen Oktroipositionen (Baumaterialien und dergleichen) die Sätze zur teilweisen Gegenleistung erhöhten.

Zunächst sei hier zur Ehrenrettung des Kommunalprogramms der Partei in Elsaß-Lothringen festgestellt, daß das Programm von der Gemeinde fordert: „Abschaffung aller indirekten Steuern, *besonders* des Oktrois auf *Lebensmittel*. Bestreitung der kommunalen Haushaltskosten durch direkte progressive Steuern und durch die Erträge der Gemeindebetriebe.“ Das Programm fordert also unzweideutig die Abschaffung des Oktrois überhaupt, wenngleich die Aufhebung des Oktrois auf Lebensmittel als besonders *dringend* hervorgehoben ist. Der Versuch, eine Revision des Parteiprogramms durch Umdeutung des Satzes dahin durchzuführen, daß das Programm *nur* die Aufhebung des Oktrois auf Lebensmittel fordere, ist daher von der Hand zu weisen. Außerdem: was sind „Lebensmittel“? Ich meine, es sind die Mittel zum Leben, es sind die Bedarfsartikel der Masse beim jeweiligen Stande der Kultur. Es geht nicht an, den Begriff Lebensmittel auf *Nahrungsmittel* im engeren Sinne des Wortes einzuschränken und dann, wie es zur Verteidigung des Markircher Votums für Beibehaltung des Oktrois in der Parteipresse geschehen ist, einfach zu erklären: „Lebensmittel in nennenswertem Maße trifft das Oktroi nicht mehr.“ Wäre dies der Fall, so würde sich die Oktroifrage von selbst dadurch erledigen, daß das Oktroi nicht einmal mehr seine Erhebungskosten deckte, denn die paar eigentlichen Luxusartikel, die durch den Oktroitarif empfindlich getroffen werden, pflegen, wie die Erfahrung zeigt, zumal in einem so ausgedehnten Landstädtchen wie Markirch bei der Mangelhaftigkeit der Kontrolleinrichtungen und der Scheu der Oktroiangestellten vor den „Herren“ bei der Einfuhr gar nicht deklariert zu werden. Rücksichtslos angewendet wird der Oktroitarif aber stets bei den Massenbedarfsartikeln gegen die unteren Klassen. Da aber finden wir auch in dem für elsaß-lothringische Verhältnisse ziemlich niedrigen Oktroitarif von Markirch besteuert: Wein mit 1 Pfennig pro Liter, Fruchtsäfte jeder Art *ohne* Alkohol

mit 10 Pfennig pro Liter, Bier mit 2 Pfennig pro Liter, zerstückeltes Wild jeder Art mit 30 Pfennig das Kilo, Hasen mit 50 Pfennig das Stück, gemästetes Geflügel mit 40 Pfennig das Stück, gewöhnliche Gänse mit 30 Pfennig das Stück usw. Gewöhnliche Seefische zahlen 5 Pfennig das Kilo, Schokolade sage und schreibe 80 Pfennig das Kilogramm, also 40 Pfennig das Pfund. Besteuert sind ferner alle Brenn- und Baumaterialien, darunter Stearinkerzen mit 10 Pfennig pro Kilo oder 5 Pfennig pro Pfund, Steinkohlen, Koks und dergleichen mit 10 Pfennig pro 100 Kilo, hartes Brennholz mit 25 Pfennig der Raummeter. Toilettenseifen und Parfümerien jeder Art, deren Erhöhung (!) eine von den Markircher Genossen in einer öffentlichen Versammlung mit Mehrheit angenommene Resolution fordert, um andere Artikel entlasten zu können, zahlen nach diesem bisherigen Tarif schon 10 Pfennig pro Kilogramm! ...

Die letztere Verirrung zeigt, wohin wir gelangen, wenn wir irgendwo und irgendwie für indirekte Steuern eintreten. Im selben Augenblick, in welchem die Genossen im Lande Flugblätter gegen die Steuerlügen des Zentrums verteilen, worin die vom Zentrum im Reichstag vorgeschlagene „Steuer auf die Reinlichkeit“ mit nur zu verdientem bitteren Spott abgewiesen wird, bringt eine allzu staatsmännische Gruppe von Parteigenossen in einem elsässischen Vogesenstädtchen — leider aber mit der ausdrücklichen Billigung des Parteiblatts, zu dessen Verbreitungsbezirk der Ort gehört — eine Erhöhung der kommunalen Parfümeriesteuer zur Rettung der Gemeindefinanzen in Vorschlag! Schon solche taktische Erwägungen sollten von dem hier betretenen Wege abhalten. Es ist aber auch nicht richtig, wenn behauptet wird, daß die praktischen Vorteile für die Arbeiterklasse in einer Situation, wie sie in Markirch und anderen elsässischen Klein- oder Mittelstädten zurzeit gegeben ist, die Nachteile des Oktrois überwiegen. Diese Behauptung steht und fällt mit der Voraussetzung, daß die Abschaffung des Oktrois eine günstige Einwirkung auf die Warenpreise nicht haben würde. Daß es sich auch bei dem Markircher Tarif nicht etwa lediglich um Bruchpfennige für den Einkauf handelt, ist schon durch die paar obigen Stichproben gezeigt worden. Mit Recht ist in den Debatten über die Oktroiabschaffung in Markirch, Gebweiler, Thann usw. auf die preisregulierende Wirkung der Arbeiterkonsumvereine hingewiesen worden; dort, wo es sich bei der Herabsetzung des Oktrois nur um Bruchpfennige für den Einkauf im Detail handelt, kann dieser Einfluß und die Wirkung der durch Syndikatsbildung noch nicht eingeschränkten freien Konkurrenz im Kleinhandel mit Hilfe der Oktroiaufhebung zu besseren Qualitäten der Ware führen. Daß tatsächlich Preisherabsetzung um den Betrag des Oktrois eintritt, zeigte die praktische Erfahrung bei der Abschaffung des Oktrois auf Zucker, gewöhnliche Seefische, denaturierten Weingeist, Petroleum und Koks durch die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit im Jahre 1904 in Mülhausen; jetzt hat die Geschäftswelt in Gebweiler, wo ebenfalls Konsumorganisationen der Arbeiterschaft bestehen, sich schon vor Fassung des Oktroiaufhebungsbeschlusses im Gemeinderat öffentlich verpflichtet, mit dem Inkrafttreten des Aufhebungsbeschlusses alle Waren um den Betrag des Oktrois zu verbilligen, und zwar sollen verkauft werden: Zucker das Paket von 5 Pfund 5 Pfennig billiger, Stearinkerzen das Paket von 500 Gramm 5 Pfennig billiger, gewöhnlicher Essig das Liter 8 Pfennig billiger, Petroleum das Liter 2 Pfennig billiger, Speiseöl das Liter 2 Pfennig billiger, Brenn-

sprit das Liter 2 Pfennig billiger, Gemüse- und Obstkonserven 1 Kilogrammdose 6 Pfennig billiger, Sardinen die Dose 4 Pfennig billiger, Olivenöl das Liter 16 Pfennig billiger usw. Es ist, wie mir scheinen will, alles andere als „praktische Politik“, wenn man solche Tatsachen ignoriert.

Richtig ist, daß bei den im allgemeinen etwas niedrigeren Oktroisätzen, die der Markircher Tarif aufweist, die Preisherabsetzung bei Aufhebung des Oktrois voraussichtlich nicht ebenso unmittelbar sich bemerkbar machen würde, wie in Gebweiler. Aber dann sprechen für die Aufhebung um so entschiedener die in einem ungünstigeren Verhältnis zum Oktroiertrag stehenden Erhebungskosten. Diese Kosten vermindern sich natürlich prozentual mit der Erhöhung der Steuersätze und mit der höheren Einwohnerzahl; derart, daß zum Beispiel für Straßburg mit seinen (bei der Volkszählung 1905) 167678 Einwohnern die Ziffer der bei der Abschaffung des Oktrois erforderlich werdenden Gemeindezuschläge zu den direkten Staatssteuern auf 122 berechnet worden ist, für Mülhausen mit seinen 94498 Einwohnern auf rund 90, für Gebweiler mit 13313 Einwohnern auf rund 50, während für Markirch bei 12362 Einwohnern mit niedrigeren Sätzen als Gebweiler nur etwa 32 Zuschläge mehr als bisher erforderlich werden würden. Es ist selbstverständlich, daß bei Lösung der Oktroifrage allen diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen ist und daß man in Gemeinden, wo eine so horrende Steigerung der Zuschläge auf die direkten Steuern sich ergeben müßte, mit der Oktroiabschaffung nur schrittweise vorgehen kann. Völlig verwerflich aber und direkt programmwidrig sind für den Parteigenossen alle Oktroierhöhungen, und als taktisch vollkommen verfehlt muß es bezeichnet werden, wenn dort, wo eine starke Bewegung für Oktroiabschaffung durch die kleinbürgerlichen Kreise geht, unsere Parteigenossen im Gemeinderat Hand in Hand mit den Vertretern des Großkapitals die Abschaffung verhindern. Das zurzeit in Elsaß-Lothringen bestehende System der direkten Steuern läßt auf Grund der Gemeindeordnung für alle Steuerarten und alle Steuerstufen nur gleiche Gemeindezuschläge zu; und in den Steuerstufen fehlt im allgemeinen die von uns geforderte Progression: da ist die Grundsteuer, die Gebäudesteuer, die Gewerbesteuer, die Bergwerkssteuer; ferner die Kapitalsteuer mit Degression bis 4000 Mark, von 4000 Mark ab volle 3½ Prozent des Ertrags; dann die Lohn- und Besoldungssteuer mit Degression bis 20000 Mark, von 20000 Mark ab volle 1,90 Prozent des Ertrags. Wenn nun dieses nichts weniger als einheitliche, vor einer sich unabweislich aufzwingenden gründlichen Reform stehende Steuersystem unseren steuerpolitischen Grundsätzen auch keineswegs völlig entspricht, so erweisen sich die Zuschläge auf diese direkten Steuern doch als so einschneidend für das Kapital und die großen Einkommen, daß bei der Erörterung über die Oktroiabschaffung in Gebweiler vom Bürgermeister festgestellt werden konnte: im Falle der Abschaffung würden zehn kapitalkräftige Bürger der Stadt Gebweiler an Gemeindezuschlägen allein 28000 Mark jährlich mehr zu zahlen haben als vordem. Ohne Unterschied ihrer politischen Parteistellung haben denn auch sieben Vertreter kapitalistischer Interessen im Gemeinderat von Gebweiler den Oktroiabschaffungsbeschluß mit der Erklärung des Austritts aus dem Gemeinderat beantwortet, um, wie sie betonten, damit an die Wählerschaft zu appellieren, — noch mehr wohl in der Hoffnung, die staatliche Aufsichtsbehörde zur Nichtgenehmigung des Gemeinderatsbeschlusses zu veranlassen. Ist dieser wütende Widerstand der Kapitalisten für die Vertreter der Arbeiterklasse nicht Fingerzeig

genug, daß sie mit dem Kampfe gegen das Oktroi auf dem richtigen Wege sind? ... Die 5 bis 10 Mark, welche demgegenüber der einzelne Arbeiter in Gebweiler an direkter Steuer jährlich mehr als bisher zu zahlen hat, werden durch die Verbilligung der Lebensmittel dank der Beseitigung des Oktrois für die Arbeiterfamilie mehrfach aufgewogen.

Unserem Kampfe gegen die Zölle und indirekten Steuern im Reiche, der mit dem immer gewaltigeren Anschwellen dieser Steuern sich ganz naturgemäß verschärfen muß, wird die Spitze abgebrochen, wenn wir in der Kommune einer Steuerpolitik das Wort reden, die unter dem Vorwand unabweislicher praktischer Gesichtspunkte die sonst führenden steuerpolitischen Grundsätze mit Füßen tritt. Die Behauptung, mit dem § 13 des Zolltarifgesetzes sei „keine arbeiterfreundliche, sondern Mittelstandspolitik“ getrieben worden, würde unsere Reichstagsfraktion treffen, die — wie Genosse Paul Hirsch in Nr. 16 der „Neuen Zeit“ vom 15. Januar 1909 dargelegt hat — im November 1902 für diese teilweise Aufhebung der städtischen Abgaben auf Lebensmittel lebhaft eintrat. Nicht zuletzt unserer Reichstagsfraktion auch ist es zu verdanken, daß der wiederholte Ansturm der Finanzbureaukratie kapitalistischer Stadtverwaltungen gegen den § 13 des Zolltarifgesetzes erfolglos blieb. Wir haben keinen Grund, die Reichstagsfraktion ob dieser Haltung zu tadeln. Sie wird vielmehr dieselbe Haltung einzunehmen haben, wenn die Frage der beim großen Reichssteuerraubzug gegen das Bier im vorigen Jahre „bis auf weiteres“ in alter Höhe noch geduldeten Oktroisätze auf Bier (in Mülhausen 4,80 Mark pro Hektoliter!) an den Reichstag wieder herantritt. Das Verlassen dieses Weges um eingebildeter praktischer Vorteile willen muß die Reichstagsfraktion ebenso entschieden ablehnen, wie unsere Genossen in den Stadtparlamenten vor dem grundsatzlosen Hin- und Herschwanken in der kommunalen Steuerpolitik sich in acht nehmen müssen. Davor soll hiermit gewarnt werden.

Die Vereinheitlichung des Arbeiterrechtes.

Von **Friedrich Kleeis** (Halle a. S.).

Die Frage der Zusammenlegung sämtlicher Bestimmungen des Arbeiterschutzes zu einem einzigen Gesetz ist in neuerer Zeit wieder vielfach erörtert worden. Der heutige Zustand ist auch tatsächlich nicht aufrechtzuerhalten.

Gegenwärtig haben wir arbeiterrechtliche Vorschriften fast in dem größten Teile unserer Reichsgesetze verstreut: im Bürgerlichen Gesetzbuch, in der Gewerbeordnung, der Zivil- und Konkursordnung, in den Arbeiterversicherungsgesetzen, dem Hilfskassengesetz, dem Handelsgesetzbuch, dem Unterstützungswohnsitzgesetz, dem Reichsgesetz betreffend die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, dem sogenannten Phosphorgesetz, dem Reichsgesetz betreffend Phosphorzündwaren, dem Gesetz über die Sicherung von Bauforderungen usw. Hierzu kommen noch eine Reihe Landesgesetze, wie die bundesstaatlichen Berg-, Gesinde- und anderen „Ordnungen“. Teils bilden die arbeiterrechtlichen Bestimmungen den Hauptgegenstand, meist aber nur beiläufiges Nebenwerk der betreffenden Gesetze. Oft ergänzen sich die Gesetze, oft widersprechen sie sich aber auch. Wieviele Bestimmungen kommen heute nicht allein für den Arbeitsvertrag in Betracht, und zwar sowohl für den gewerblichen als für den Gesindedienstvertrag, den Werkvertrag usw.

Dadurch leidet die Rechtssicherheit. Auf dem Gebiet des Gesindedienstvertrags weiß man zum Beispiel oft gar nicht mehr, was „Rechtens" ist. Die Folge ist eine weitverbreitete Rechtsunkenntnis. Die Unübersichtlichkeit und Zersplitterung der einschlägigen Vorschriften hat zur Folge, daß nicht nur, wie nicht anders zu erwarten, die Arbeiter über ihre Rechte und Pflichten oft im unklaren sind, sondern auch die Behörden, namentlich die unteren, nicht aus und ein wissen. Der Beweis dafür ist die Notwendigkeit zahlreicher Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen, deren Inanspruchnahme ständig steigt.

Unser heutiges Arbeiterrecht leidet aber nicht nur an einer unheimlichen Vielheit der einschlägigen Gesetze, sondern auch an der krausen Gestalt derselben. Man denke nur an die gegenwärtige Gestalt der Gewerbeordnung. Seit der Übernahme derselben vom Norddeutschen Bund auf das Deutsche Reich im Jahre 1871 ist sie etwa vier Dutzend Male geändert worden. Diese Häufigkeit der Änderung ist schon zum Gespött geworden. Man hat an ihr herumgeflickt — meist ergänzt — und neben altertümlichen, verzopften Vorschriften finden sich eine Anzahl moderner Rechtseinrichtungen. Da finden sich gänzlich überlebte Anordnungen über das Getriebe der Innungen, der Innungsausschüsse usw., gleichzeitig aber auch über Sonntagsruhe, Arbeitsbuch, Lohnbücher, Schutz der jugendlichen Arbeiter, der Arbeiterinnen, Arbeitsordnungen, Arbeiterausschüsse usw. Sogar die einzelnen Paragraphen — zum Beispiel § 105 und § 120 — haben dutzendweise Zusätze bekommen, die innerlich widerspruchsvoll sind. Von den 156 Paragraphen, welche die Gewerbeordnung ursprünglich hatte, büßte sie nur 2 ein, erhielt dafür aber 170 neue, so daß sie jetzt 324 enthält. Dazu kommt noch weiter, daß kaum ein Gesetz mehr als die Gewerbeordnung durch eine Menge von Ausführungsverordnungen, Bekanntmachungen des Bundesrats, Erlassen der Ressortminister usw. ergänzt worden ist. In der Gewerbeordnung kann sich der einfache Arbeiter nicht mehr zurechtfinden — schon deshalb nicht, weil man eine komplette, auf den jeweilig neuesten Stand ergänzte, gedruckte Gewerbeordnung kaum mehr zu kaufen bekommt. Wenn von den verschiedenen vollständigen Ausgaben eine Neuauflage vorliegt, gilt sie bereits nicht mehr oder es ist eine weitere Änderung des Gesetzes im Werke.

Dasselbe ist aber auch der Fall mit anderen, das Arbeiterrecht berührenden Gesetzen. So gibt zum Beispiel das Unterstützungswohnsitzgesetz nur ein ganz mangelhaftes Gerippe für unsere Armenversorgung ab. Und das auch nur teilweise, denn von dem Geltungsbereich des Gesetzes ist Bayern und Elsaß-Lothringen ausgeschlossen. Über die näheren Einrichtungen des Unterstützungswesens haben nach § 8 die einzelnen Bundesstaaten selbst Bestimmungen zu treffen, und zwar auch über die Art und das Maß der im Falle der Hilfsbedürftigkeit des Arbeiters zu gewährenden Unterstützung. Daß manche der einzelnen Bundesstaaten diese wichtigen Angelegenheiten in der mangelhaftesten Weise geregelt haben, ist bekannt.

In welch trostlosem Zustand befinden sich sodann erst manche Gesindeordnungen! Preußen hat überhaupt keine einheitliche Gesindeordnung. Es besitzt deren nicht weniger wie 18 (achtzehn!), teils für einzelne Provinzen, teils sogar für einzelne Städte. Die hauptsächlichste ist die für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Sachsen, Westfalen und einigen kleineren Kreisen, die am 8. November 1810 erlassen ist, also jetzt gerade hundert Jahre alt ist. Sie ist nur eine anderweite Redaktion eines

Teiles des seinerzeit bestehenden Landrechtes gewesen. Die Gesindeordnung hat inzwischen viele Ergänzungen durch „Novellen“, „Ministerialreskripte“ usw. erhalten, so daß sich auch in ihr schwerlich jemand zurechtfindet. In den übrigen Provinzen gibt es Gesindeordnungen, die noch älter sind. So stammt die für Lauenburg aus dem Jahre 1732, die für die Städte Kassel, Marburg, Rinteln und Hanau von 1797, die für die Landstädte in Kurhessen von 1801. Die sonstigen Bundesstaaten haben anläßlich der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich ihre Gesindeordnungen neu aufgestellt, teilweise sogar gänzlich abgeschafft. So kennt Bayern nur noch ein „Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch“, ebenso Waldeck. Nur Preußen mit seiner Junkerherrschaft zeigt sich auch hier als der zurückgebliebenste Staat.

Wie rückständig die einzelstaatlichen Berggesetze sind, die meist gleichzeitig auch das Knappschaftswesen regeln, ist bekannt. Sie dienen weniger dem Schutze der Arbeiter als vielmehr dem der Grubenbarone. Hat man doch nicht einmal das Selbst- oder Mitverwaltungsrecht, welches die Arbeiter in den reichsgesetzlichen Arbeiterversicherungsinstituten haben, auf das Knappschaftskassenwesen ausgedehnt.

Diese Vielgestaltigkeit ist bis zu einem gewissen Grade erklärlich. Zunächst ist das Arbeiterrecht noch jungen Datums, wenigstens im Verhältnis zu dem aller anderer Rechtsgebiete. Sodann hat aber auch infolge der wirtschaftlichen Entwicklung kein anderes Rechtsgebiet derartig fortschreitend neue Anforderungen an die Gesetzgebung gestellt wie das Arbeiterrecht. Das allgemeine bürgerliche Recht, das Strafrecht usw. sind durch lange Zeiträume hindurch ausgereifte Rechtsnormen, während es sich im Arbeiterrecht immer noch um etwas neu Entstehendes, Werdendes handelt. Die einzelnen Gesetze gleichen noch verschiedenen *Rechtsschichten*, den geologischen vergleichbar, die im Laufe der Jahre aufeinander gelagert worden sind, nur daß sie ihre Verschiedenartigkeit nicht der Natur, sondern den wirtschaftlichen Wandlungen verdanken.

Ist die Mannigfaltigkeit aber auch erklärlich, so ist sie doch wenigstens für die Gegenwart nicht mehr zu entschuldigen. Es muß endlich darauf gedrungen werden, daß das Arbeiterrecht zu einem einheitlichen Gesetz zusammengefaßt wird. Für einzelne Zweige, so zum Beispiel für das Gebiet des *Arbeitsvertrags*, ist das unerläßlich. Es muß gleichgültig sein, ob es sich um einen gewerblichen Arbeiter, einen Landarbeiter, einen Dienstboten, einen Bergarbeiter, einen Handelsgehilfen usw. handelt: die einschlägigen Rechtsnormen müssen in *einem* Gesetzbuch zu finden sein. Dasselbe ist auch der Fall für das Gebiet der *Rechtsprechung* über Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis. Da gibt es Innungsschiedsgerichte, Bergschiedsgerichte, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte usw. Für den größten Teil von Arbeitern, nämlich den Arbeitern in den kleinen Städten und auf dem Lande und den Landarbeitern und Dienstboten usw. gibt es aber auch diese Gerichte nicht, für sie sind noch die Amtsgerichte mit ihren langweiligen Verfahren und ohne der Zuziehung von Beteiligten bei der Aburteilung zuständig.

Bereits vor einem Jahrzehnt forderte der Reichstag durch eine Resolution eine Vereinheitlichung des *Dienstvertragsrechts* — ohne sich indes inzwischen bei seinen praktischen Arbeiten darauf zu besinnen. Die Zahl der bürgerlichen Sozialpolitiker, welche die hier aufgestellten Forderungen unterstützen, wird immer zahlreicher. So weist der Bonner Universitätsprofessor Dr. Fritz Stier-Somlo in einem kürzlich erschienenen Buche „*Die neueste*

Entwicklung des deutschen Gewerbe- und Arbeiterschutzrechtes" (E. Sebald, Nürnberg und Leipzig) darauf hin, daß die neueste Entwicklung des Gewerbe- und Arbeiterschutzrechtes ebenfalls dringend notwendig mache, mit dem unseligen Flickwerk endlich aufzuhören und eine großzügige Gesamtregelung vorzunehmen. Er verlangt, daß aus der Gewerbeordnung alle Bestimmungen über den Arbeiterschutz herausgenommen und diese zusammen mit den übrigen Arbeiterschutzgesetzen und Verordnungen zu einem einheitlichen Arbeiterschutzgesetz verarbeitet werden. Das gleiche müsse mit dem Handwerkerrecht geschehen. Die jüngsten Gesetze hätten gezeigt, daß sich ein Handwerkerrecht herausbilde. Mit dieser Tatsache müsse auch in Zukunft gerechnet werden. Deshalb sollten auch alle die auf das Handwerk gerichteten Bestimmungen in einem Handwerkergesetz zusammengefaßt werden. Schon aus technischen und juristischen Gründen sei der gegenwärtige Zustand ganz unhaltbar. Diese Ansichten vertritt auch Professor Lotmar, der ebenfalls ein Buch darüber geschrieben hat, und die Gesellschaft für soziale Reform, die sich in ihrer letzten Generalversammlung damit beschäftigte. Der bevorstehende Deutsche Juristentag will sich gleichfalls mit der Materie befassen und es besteht kein Zweifel darüber, daß er zu derselben Stellung kommt. In der Schweiz ist man jetzt dabei, diesen Bestrebungen Rechnung zu tragen. Dort ist soeben ein Entwurf zu einer weitgehenden Regelung des Dienstvertrags im allgemeinen bürgerlichen Recht veröffentlicht worden, der weit darüber hinausgeht über das, was das Deutsche Bürgerliche Gesetzbuch vorsieht und in größerem Umfange Zwangsrecht schafft. So bringt er eine Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge usw.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat wiederholt schon im Reichstag Anträge eingebracht, die auf eine Zentralisation des Arbeiterrechtes hinzielen. So hat sie schon die Einführung eines Reichsberggesetzes beantragt, um die verschiedenartige Behandlung der Bergarbeiterangelegenheiten in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten zu beseitigen. Die Fraktion beantragte ferner, die Gesindeverhältnisse reichsgesetzlich zu regeln, insbesondere alle landesgesetzlichen Vorschriften, welche Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter oder gegen das Gesinde wegen Nichtantritt oder wegen Verlassens des Arbeitsverhältnisses oder wegen Vertragsverletzungen usw. enthalten, aufzuheben. Weiter verlangte unsere Partei, daß die Gewerbegerichte für alle Orte beziehungsweise Bezirke obligatorisch eingeführt werden, daß sie mit den Kaufmannsgerichten vereinigt und in Anlehnung an dieselben Schiedsgerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen ländlichen Arbeitern und deren Arbeitgebern sowie aus dem Gesindeverhältnis eingerichtet werden. Die Sozialdemokratie hat also schon eine Reihe praktischer Versuche unternommen, den unhaltbaren Zuständen zu steuern.

Von einem „Abschluß", und sei es auch nur einem vorläufigen, kann bei dem Arbeiterschutz keine Rede sein, schon weil er noch viel zu jung und primitiv ist. Deshalb hat auch eine Vereinheitlichung der Arbeiterschutzgesetze nur einen Sinn, wenn die Reform auch nach dieser Richtung hin großzügig ist, sie also einen wirklichen Schritt nach vorwärts macht. Noch viel gibt es zu verbessern und zu vervollkommnen. Es sei nur an die rechtliche Anerkennung der behufs Festlegung der Arbeitsbedingungen von den Organisationen geschlossenen Kollektivverträge und der Schutz der Tarifverträge gegen Durchbrechungsgelüste erwähnt. Nicht minder wichtig ist die Vertiefung, Erweite-

rung und Sicherstellung des Koalitionsrechtes, das nicht nur den gewerblichen Arbeitern, sondern auch den Dienstboten, dem Gesinde usw. einzuräumen ist.

In der gegenwärtigen Zeit der Regierung des Bundes der Landwirte und des Zentralverbandes deutscher Industrieller sind aber die Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben. Man denke nur an den Erfolg der Versuche, auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung eine Zentralisation herbeizuführen. Der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung bringt alles mögliche, nur keinen Fortschritt auf dem Gebiet der sozialen Versicherung. Nicht einmal in formaler Hinsicht. Bisher war von der Regierung und der Reichstagsmehrheit immer nur etwas zu erreichen, indem ihnen jede einzelne Bestimmung gewissermaßen „aus den Zähnen gerissen“ wurde. Gerade deshalb besteht ja eben unsere ganze Arbeiterschutzgesetzgebung aus lauter armseligen Brocken. Es fragt sich also sehr, ob das Kräfteverhältnis der an einer weitgehenden Reform des Arbeiterrechtes interessierten Parteien so beschaffen ist, daß von einem solchen Unternehmen jetzt schon etwas erhofft werden kann.

Wir müssen also auf eine günstigere Zusammensetzung der gesetzgebenden Stellen hoffen. Die erste Klärung der Frage der Reform unserer Arbeiterschutzgesetzgebung muß daher von einer Reichstagswahl kommen. Erst wenn die nächsten Wahlen die arbeiterfeindliche Mehrheit des Reichstags beseitigt haben werden, wird der Weg geebnet sein für eine Zusammenfassung sowohl der Arbeiterversicherungs- als auch der Arbeiterschutzgesetze. Die Verzögerung der Reform der sozialen Versicherung läßt den Anschein erwecken, als werde auch die Fortentwicklung der Sozialreform die Parole für die nächsten Reichstagswahlen abgeben. Der Sozialdemokratie kann das nur erwünscht sein. Sie erhielt dadurch die beste Gelegenheit, das Märchen, sie sei eine Feindin der sozialen Gesetzgebung, zu widerlegen. In diesem Zeichen müßte sie siegen.

Literarische Rundschau.

Dr. Karl Siegl, **Die Egerer Zunftordnungen.** Ein Beitrag zur Geschichte des Zunftwesens. Prag 1909, J. G. Calvesche Buchhandlung. 167 Seiten Oktav.

In den Archiven der alten deutschen Städte schlummern so manche ungehobene Schätze. Dr. Siegl hat sich mit Fleiß bemüht, einen solchen Schatz zu heben. Die Egerer Zunftrollen, die er sammelte und nun publiziert, geben einen wertvollen Einblick in das Leben und Treiben einer mittelalterlichen Stadt. Wir erfahren eine Reihe recht interessanter Einzelheiten über die Sitten und Gebräuche der zünftigen Handwerker, und auch ihre wirtschaftliche Lage vermögen wir ziemlich klar zu erkennen. Leider ist indes die Bearbeitung der gesammelten Zunftrollen nicht so zufriedenstellend wie die Sammlung selbst. Der Verfasser begnügt sich, in einer kurzen Einleitung den Inhalt der Zunftrollen zu resümieren, er unterläßt es aber — sehr zum Nachteil seiner Studie —, die einzelnen Bestimmungen der Zunftordnungen auf ihre Entstehungsursache und ihre Wirksamkeit hin zu untersuchen. So erfahren wir aus seiner Arbeit denn auch nichts Genügendes über die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Meister und Gesellen, obwohl gerade diese erst eine Reihe von Bestimmungen der Zunftrollen erklärlich machen. Es ermangelt der Schrift auch ein Index, der die nötigen Übersetzungen aus dem mittelalterlichen Deutschen in das Neuhochdeutsche enthält. Diese Mängel verursachen, daß die Sammlung eigentlich nur für fachlich geschulte Historiker brauchbar ist. Jul. Deutsch.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 29 Ausgegeben am 15. April 1910 28. Jahrgang

Noch einmal Schulfragen.

↗ Berlin, 2. April 1910.

Die Ansicht Langes, von der wir jüngst sprachen, daß es nämlich für die geistige Freiheit in jeder Beziehung gefährlicher sein würde, ein Staatsschulwesen, wie etwa das preußische, unter die energische Leitung eines liberalen und religiös freisinnigen Schulmanns zu stellen, als die Volksschulen den Kirchengesellschaften völlig zurückzugeben, unter den Voraussetzungen einer wirklichen Religions- und Lehrfreiheit, klingt etwas paradox, und um sie richtig zu würdigen, muß man dabei Langes persönliche Eigenart berücksichtigen.

Er war in einem evangelischen Pfarrhaus aufgewachsen und hatte sehr starke Gemütsbedürfnisse, die ihn von den religiösen Erinnerungen seiner Jugend nie völlig frei werden ließen. Weshalb die religiöse Erziehung in den Mittelpunkt des Volksschulunterrichtes gestellt ist, wußte er sehr wohl, aber sie hatte in seinen Augen immer noch so etwas wie einen Heiligenschein. Er meinte, sie sei ebenso reich an Elementen, die das Gemüt bilden, die Phantasie beleben und das Herz bereichern, wie sie eine beständige Schulung zur Unterwürfigkeit sei, und zwar zu einer Unterwürfigkeit gegen Mächte, die selbst nach durchaus anderen Grundsätzen handelten und die den Einfluß, den sie durch die allgemeine Schulung der Gemüter gewännen, hauptsächlich zur Befestigung einer Herrschaft verwendeten, die mit der Entwürdigung der Erwachsenen zwiefältig wieder verdürbe, was mit der Pflege der Jugend gut gemacht werde. Die Kinder werden fromm, edel und duldend gemacht, damit die Männer duldend, gemein und frivol werden, ein Kreislauf, der aus denselben Bedingungen sich immer wieder aufs neue erzeugt.

Lange sieht also den Religionsunterricht in der Volksschule von zwei Seiten an, und was er Belebendes und Bereicherndes daran entdeckt, wird mehr oder weniger auf seine subjektive Rechnung zu setzen sein. Immerhin bleibt aber auch daran etwas objektiv Richtiges. Die christliche Religion mag heute so abgestorben und überlebt sein wie sie will, aber sie ist mit der euro-

päischen Kultur seit zwei Jahrtausenden aufs engste verflochten gewesen, und sie ist sicherlich ein würdigerer Gegenstand für die Beschäftigung des Geistes, als die Sorte von Geschichtsunterricht, die an der Volksschule verzapft wird. Ist doch selbst für die höheren Schulen, an deren Verdummung den herrschenden Klassen lange nicht so viel gelegen ist als an der Verdummung der Volksschule, die „soziale Mission“ der Hohenzollern als historischer Lehrstoff vom preußischen Kultusministerium vorgeschrieben worden, und sind doch, verglichen mit dieser Mission, die unbefleckte Empfängnis der Jungfrau Maria oder die Himmelfahrt Jesu sehr greifbare und sehr glaubwürdige Sachen. Der Geschichtsunterricht an der deutschen Volksschule läuft darauf hinaus, den Schülern Ehrfurcht und Liebe vor den verschiedenen deutschen Landesvätern, etwa von den Tagen der Reformation bis zu dem höchstseligen Vater, manchmal auch bloß Großvater des regierenden Herrn mit aller Gewalt einzupauken, also vor einer Ahnenreihe, deren Namen durchaus nur auf der Kehrseite der menschlichen Kultur verzeichnet stehen und deren Sündenlast die kleinen Mogeleien der alttestamentarischen Erzväter in sehr harmlosem Lichte erscheinen läßt. Insoweit hat Lange nicht unrecht, wenn er in dem Geschichtsunterricht an der Volksschule, wie er von den Liberalen gefördert und gefordert wird, eine für die geistige Gesundheit der Jugend gefährlichere Giftquelle eröffnet sieht, als in dem Religionsunterricht, den die Ritter und die Heiligen fördern und fordern.

Wollten die Liberalen konsequent sein, so müßten sie dafür eintreten, daß in der Volksschule zumeist Naturwissenschaft und Kenntnis des öffentlichen Rechtes gelehrt würde. In der Frage der Naturwissenschaften hat Lange auch eine etwas paradoxe Ansicht geäußert. Er meinte, mit ihren Leistungen auf dem Gebiet der elementarischen Kenntnisse brauche die preußische Volksschule auch nicht so groß zu tun; weit wichtiger seien naturwissenschaftliche Kenntnisse. „Wenn wir einen Arbeiter nehmen, der seinen Namen mit drei Kreuzen schreibt, und der dagegen einige richtige und klare Grundbegriffe von den Gesetzen des Hebels, von der schiefen Ebene und von dem Parallelogramm der Kräfte hat, der die Ausdehnung des Körpers durch die Wärme, die Brechung des Lichtes, die Expansionskraft der Dämpfe kennt, und wir stellen einen deutschgeschulten Arbeiter daneben, der von all diesen Dingen gar nichts weiß, so ist der Vorsprung des ersteren unverkennbar.“ Das ist vielleicht etwas schroff ausgedrückt; ein Arbeiter, der sich das von Lange vorausgesetzte Maß naturwissenschaftlicher Kenntnisse erworben hat, wird auch wohl über die Schwierigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens hinausgekommen sein.

Aber es ist unzweifelhaft richtig, daß die Kenntnis der Naturwissenschaften an erster Reihe in den Unterrichtsplan der Volksschule gehört, und daß die Annahme, der Arbeiter könne sich schon selbst die für ihn notwendigen naturwissenschaftlichen Kenntnisse verschaffen, wenn er nur lesen gelernt habe, eine wenn gutgläubige, so jedenfalls haltlose Einbildung der preußischen Schulbureaukratie ist. Lange, der nicht nur ein ausgezeichneter Pädagoge, sondern auch mit dem Leben der rheinischen Arbeiterkreise sehr vertraut war, hielt die Fähigkeit, sich aus Büchern zu unterrichten, für viel seltener, als man glaube,

auch unter sogenannten Gebildeten, ja unter diesen verhältnismäßig noch seltener als unter den Arbeitern.

Noch wichtiger aber als der Unterricht in den Naturwissenschaften ist für die Volksschule der Unterricht in den Landesgesetzen und im öffentlichen Rechte. In allen einfacheren Kulturzuständen gilt es als das Kennzeichen eines freien Mannes, sich gegen Unrecht selbst schützen, vor Gericht als Ankläger und Verteidiger auftreten zu können und in Prozessen sein eigener Sachwalter zu sein. Dagegen ist freilich die Anschauung ebenso ursprünglich, daß es vollkommen erlaubt sei, sich durch überlegene Rechtskenntnisse und Beredsamkeit Vorteile über einen Gegner zu verschaffen, die man bei gleich guter Führung beider Sachen nicht hätte erlangen können. Dies juristische Faustrecht gilt heutzutage mehr als je, während der Zustand unserer Gesetzgebung und Rechtsordnung so verwickelt geworden ist, daß man in der einfachsten Sache des fachmäßigen Juristen bedarf, dessen Beistand teuer erkauft werden muß. Wir haben also die Übelstände der naiven Barbarei und der ausartenden Zivilisation zu gleicher Zeit, und es liegt auf der Hand, daß diese Übelstände in erster Reihe die arbeitenden Klassen treffen.

Der offen anerkannte Grundsatz, daß die Unkenntnis des Rechtes einer Partei einfach zum Nachteil gereichen muß, mochte für die antike Gesellschaft ganz zutreffend sein, die sich auf die Sklaverei stützte und deren einzig anerkannte Mitglieder alle Zeit und Gelegenheit hatten, sich auf dem Forum zu unterrichten, dessen Besuch als Bürgerpflicht galt; heutzutage ist dieser Grundsatz nichts als ein bitterer Hohn auf die Lehre von der Gleichheit vor dem Gesetz. Wie immer es um die viel beschwatzte Unparteilichkeit des deutschen Richterstandes stehen mag, was nutzt sie, selbst wenn sie in idealster Vollkommenheit strahlen sollte, so lange es in tausend und abertausend Fällen dem Arbeiter ganz unmöglich ist, sich Recht zu schaffen, weil er nicht einmal die ersten Schritte dazu richtig zu tun weiß? Heute sind es Formfehler, morgen die Furcht vor erdrückenden Prozeßkosten, übermorgen ein verstrichener Termin, was ihn um das Seinige bringt, und in unzähligen Fällen ist es ein unterdrücktes und verletztes Selbstgefühl, das den ersten Keim zu einer Selbsthilfe legt, die bei aller moralischen Berechtigung den, der sie übt, unter das juridische Fallbeil des Strafgesetzes wirft.

Diese „traurigen und schmachvollen Verhältnisse" hat Lange schon vor mehr als vierzig Jahren den Liberalen in seiner beredten Weise vorgehalten, aber irgend eine Wirkung auf ihre abgehärteten Gemüter hat er damit nicht erzielt. Was die Liberalen jeweilig befürwortet haben, ist ein an der Volksschule zu erteilender Unterricht in der Volkswirtschaftslehre, worunter sie die manchesterliche Schaumschlägerei verstanden, das herrliche Naturgesetz, wonach es immer reiche Kapitalisten und immer arme Arbeiter geben muß; seitdem aber die Junker dies Thema auf ihre Weise abwandeln, wonach es zwar gewiß bei den armen Arbeitern, jedoch — zur Abwechslung — nicht bei den reichen Schlot-, sondern bei den reichen Landjunkern bleiben soll, ist es auch davon still geworden. Darin sind aber alle herrschenden Klassen einig, daß der Unterricht in Gesetzeskunde und öffentlichem Rechte der Volksschule fern-

gehalten werden muß; das wäre ja noch schöner, wenn auf diese Weise ein Schritt getan würde, die vielgerühmte Gleichheit vor dem Gesetz herzustellen. Deshalb muß auch der Donnerkeil auf die Lehrer in Bremen niederfahren; sie haben sich genug im öffentlichen Leben umgesehen, um zu wissen, von welcher Partei allein die Volksschule etwas zu erwarten hat, im Gegensatz zu allen anderen Parteien, deren Interessen darauf gerichtet sind, die Volksschule zu lähmen und niederzuhalten.

Aber die Früchte ihrer Henkersarbeit werden die liberalen Inquisitoren nicht pflücken. Der Satz: wer die Schule hat, der hat die Zukunft, war immer nur eine halbe Wahrheit und ist heute längst zum abgedroschenen Gemeinplatz geworden. Vor mehr als hundert Jahren hat Wilhelm v. Humboldt schon gesagt: „So wichtig und auf das ganze Leben einwirkend auch der Einfluß der Erziehung sein mag, so sind doch noch immer wichtiger die Umstände, die den Menschen durch das ganze Leben begleiten." Das ist heute noch viel wahrer, als zu Humboldts Zeit. Wohl raubt die Volksschule der heranwachsenden Arbeiterjugend einen großen Teil kostbarer Zeit, aber ihren Charakter verbilden kann sie nirgends mehr, wo die Arbeiterbewegung eine lebendige Macht geworden ist. Das sind vergangene Zeiten. Bei aller menschlichen Sympathie mit seinen Opfern können wir das Ketzergericht in Bremen doch nur begrüßen als ein höchst wirksames Mittel, die staatliche Volksschule in ihrem richtigen Lichte zu zeigen und damit ein gutes Stück des richtigen Kredits einzuweisen, den sie in den Augen der unaufgeklärten Volksmassen noch besitzen mag.

Was nun?

Von **K. Kautsky.**

(Schluß.)

III.

Wie jede Strategie ist auch die Ermattungsstrategie an bestimmte Bedingungen geknüpft, die allein sie möglich und zweckmäßig machen. Es wäre Torheit, sie unter allen Umständen durchführen zu wollen, und der Umstand, daß wir jahrzehntelang mit ihr die glänzendsten Erfolge erzielten, ist für sich allein kein Grund, an ihr festzuhalten. Geänderte Umstände können sehr wohl ein Abgehen von ihr erheischen.

Die Ermattungsstrategie wird im Kriege unmöglich oder unzweckmäßig dann, wenn der Feind uns von unserer Basis abzuschneiden oder diese selbst wegzunehmen droht. Da wird es ein Gebot der Selbsterhaltung, ihn niederzuwerfen, ehe er dazu gelangt. Ebenso muß die Ermattungsstrategie aufgegeben werden, wenn sie die eigenen Truppen demoralisiert und entmutigt, wenn sie Feigheit und Fahnenflucht herbeizuführen droht und nur ein kühner Schlag die Armee aufzurichten und zusammenzuhalten vermag.

Das Ergreifen der Offensive zu einem solchen Schlage wird auch dann unvermeidlich, wenn wir in eine Sackgasse geraten sind, in der wir nur die Wahl haben zwischen Niederwerfung des Feindes oder schimpflicher Kapitulation.

Endlich ist der Übergang zur Niederwerfungsstrategie geboten, wenn der Feind selbst in eine Klemme geraten ist, wenn sich uns eine günstige Situation

bietet, deren rasche und energische Ausnutzung es ermöglicht, ihm einen gewaltigen, vielleicht tödlichen Schlag zu versetzen.

Die Übertragung dieser Darlegungen aus dem Militärischen ins Politische bedarf keiner langen Auseinandersetzung.

Als der Parteitag von Jena den Massenstreik, jedenfalls im Sinne des Zwangsstreiks, als eines unserer Kampfesmittel anerkannte und es damit für möglich erklärte, daß wir einmal von der Ermattungsstrategie zur Niederwerfungsstrategie übergehen, da faßte er zunächst nur den ersten der eben entwickelten Fälle ins Auge, daß der Feind unsere Basis bedroht, unseren Kampf in der bisherigen Weise durch die Antastung des Reichstagswahlrechtes oder sonstiger Lebensbedingungen der proletarischen Organisation und Propaganda unmöglich macht.

Ein solcher Fall liegt in der jetzigen Situation noch nicht vor.

Wird aber der Massenstreik etwa deshalb notwendig, weil wir augenblicklich nur noch durch stete und rasche Steigerung unserer Aktionsmittel die Massen an unsere Fahne heften können? Da sie uns sonst verlassen und anderen Parteien zuströmen oder mißmutig und enttäuscht der ganzen Politik den Rücken kehren, weil bei ihr doch nichts herauskommt?

Genossin Luxemburg scheint das zu glauben, wenn sie von dem „Dilemma“ spricht, vor dem die „Dreimillionenpartei“ steht: „Entweder um jeden Preis vorwärts, oder die begonnene Massenaktion bricht erfolglos in sich zusammen.“

Dies Dilemma soll die Folge der inneren Logik einer jeden Massenbewegung sein. Genossin Luxemburg erklärt, daß

„die Massenkundgebungen ihre eigene Logik und Psychologie haben, mit denen zu rechnen ein dringendes Gebot für Politiker ist, die sie meistern wollen. Die Äußerungen des Massenwillens im politischen Kampfe lassen sich nämlich nicht künstlich auf die Dauer auf einer und derselben Höhe erhalten, in ein und dieselbe Form einkapseln. Sie müssen sich steigern, zuspitzen, neue, wirksamere Formen annehmen. Die einmal entfachte Massenaktion muß vorwärts kommen. Und gebricht es der leitenden Partei im gegebenen Moment an Entschlossenheit, der Masse die nötige Parole zu geben, dann bemächtigt sich ihrer unvermeidlich eine gewisse Enttäuschung, der Elan verschwindet und die Aktion bricht in sich zusammen.“

Also nicht aus den Bedingungen der gegebenen Situation leitet die Genossin Luxemburg die Notwendigkeit des Massenstreiks ab, sondern aus allgemeinen psychologischen Erwägungen, die für jede Massenaktion gelten sollen, wo und wann immer diese vor sich gehen mag. Stets muß sie sich zuspitzen, neue, wirksamere Formen annehmen. Hat man einmal eine Massenaktion eingeleitet, so muß sie rasch vorwärts gehen, von Straßendemonstrationen zum Demonstrationsstreik, vom Demonstrationsstreik zum Zwangsstreik — und was dann? Welche „Zuspitzung“ bleibt uns dann noch übrig?

Die Auffassung, die Genossin Luxemburg hier vorbringt, entsprach sehr wohl den Verhältnissen der russischen Revolution, also Bedingungen, unter denen die Niederwerfungstaktik am Platze war. Sie steht aber in vollem Widerspruch mit den Erfahrungen, auf denen die Ermattungsstrategie unserer Partei beruht. Diese beruht gerade auf der Erkenntnis, daß das Proletariat ein zäher Kämpfer ist, an Zähigkeit und Ausdauer den anderen Klassen überlegen; daß es Massenaktionen viele Jahre lang durchführen kann, ohne bei der Wahl seiner Aktionsmittel etwas anderes in Betracht zu ziehen als ihre

jeweilige Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit; daß es, um zu seinen letzten und schärfsten Mitteln zu greifen, noch andere und triftigere Gründe haben muß als das Bedürfnis, die bisher angewandten zu überbieten.

Die Genossin Luxemburg ist ja mehrfach auf das österreichische Vorbild zu sprechen gekommen. Über ein Dutzend Jahre hat dort der Wahlrechtskampf gedauert; schon 1894 wurde die Anwendung des Massenstreiks von den österreichischen Genossen erwogen, und doch vermochten sie bis 1905 ihre glänzende Massenbewegung ohne jene Steigerung und Zuspitzung im Gange zu halten, die für die Genossin Luxemburg die „innere Logik“ einer jeden Massenbewegung ist. Nie sind die Genossen Österreichs in ihrem Wahlrechtskampf über Straßendemonstrationen hinausgegangen, und doch verschwand nicht ihr Elan, brach ihre Aktion nicht zusammen.

Und die Proletarier Deutschlands können es an Zähigkeit sicher mit denen Österreichs aufnehmen.

Gäbe es keinen anderen Grund, jetzt im Wahlrechtskampf über die Straßendemonstrationen und eventuelle lokale Proteststreiks hinaus zu schärferen Mitteln zu greifen und an Stelle der Ermattungsstrategie die Niederwerfungsstrategie zu setzen — bestünde in der „inneren Logik“ jeder Massenaktion der einzige Grund für das Vorwärtstreiben zum Massenstreik, dann wäre dessen Begründung etwas dürftig.

Wenn die Sozialdemokratie von ihren Anfängen an die Ermattungsstrategie akzeptierte und zur Vollkommenheit entwickelte, so geschah es nicht bloß deshalb, weil die damals gegebenen politischen Rechte ihr eine Basis dazu boten, sondern auch deshalb, weil die Marxsche Theorie des Klassenkampfes ihr die Gewähr gab, daß sie auf das klassenbewußte Proletariat stets rechnen kann, solange sie seine Klasseninteressen energisch verficht, mag sie die Massen durch Erfolge oder neue Sensationen begeistern oder nicht.

Sicher strebt der Proletarier mit allen Fasern seines Herzens nach dem raschesten Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung, die ihn so furchtbar mißhandelt. Wenn ihm die Möglichkeit winkt, diese Gesellschaftsordnung über den Haufen zu werfen, wird ihn niemand davon abhalten können, und wollte die Sozialdemokratie es versuchen, würde er sie verächtlich beiseite schieben.

Aber so steht die Sache heute nicht. Es gibt heute nur eine Partei, die der Feind der bürgerlichen Gesellschaft ist, die Sozialdemokratie. Das Proletariat findet keine andere, die es schneller zum Siege führen könnte, es findet keine andere, die es überhaupt zum Siege führen wollte und könnte; es findet keine, die auch nur innerhalb der heutigen Produktionsweise seine Klasseninteressen im Gegensatz zu den bürgerlichen Interessen verträte.

Proletarier können durch Unwissenheit einer bürgerlichen Partei zugeführt werden, nicht durch revolutionäre Ungeduld.

Kann aber diese Ungeduld nicht in ihr Gegenteil umschlagen, in Erschlaffung und Mutlosigkeit, wenn sie enttäuscht wird, wenn die Sozialdemokratie ihre Erwartungen nicht erfüllt? Sicher ist das möglich. Wann aber wird das eintreten? Wenn unsere Partei Erwartungen rege macht, die sie nicht erfüllen kann; wenn sie mehr verspricht, als sie zu leisten vermag.

Ist das heute der Fall?

Wenn die Sozialdemokratie den Massen versprochen hätte, binnen wenigen Monaten das gleiche Wahlrecht in Preußen um jeden Preis durchzusetzen,

dann allerdings würde sie die Massen schwer enttäuschen, wenn sie nun nicht alles aufböte, die Aktion rasch zu steigern und die Massen zur Anwendung ihrer letzten und schärfsten Kampfesmittel anzuspornen. Dann stände sie wohl vor dem Dilemma: entweder das Äußerste zu wagen, mag daraus kommen, was da wolle, oder einen bedenklichen moralischen Zusammenbruch zu erleiden, der ihre Werbekraft für längere Zeit zu lähmen vermöchte.

Aber die Sozialdemokratie Preußens hat nie derartiges versprochen. Im Gegenteil. Wir dürfen darauf hinweisen, daß gerade die Marxisten es waren, die stets betonten, der Wahlrechtskampf in Preußen sei noch schwieriger als anderswo, weil es sich hier nicht um eine bloße Wahlreform handle, die ein paar Mandatsverschiebungen nach sich ziehe, sondern um den Sturz der Junkerherrschaft. Diese verliert ihre Grundlage mit dem gegenwärtigen Wahlrecht in Preußen. Sie wird es mit Nägeln und Zähnen aufs äußerste verteidigen. Die Erringung des freien Wahlrechtes bedeutet in Preußen etwas ganz anderes als etwa in Bayern oder Baden oder Österreich, sie fällt zusammen mit der Niederwerfung des Junkertums.

Ich darf hier wohl daran erinnern, daß ich diese Auffassung unter anderem in Polemiken gegen die Genossen Eisner und Stampfer in den Jahren 1905 und 1906 entwickelte, die damals zu den energischsten Aktionen trieben und mich angriffen, weil ich von einer Agitation abriet, die uns auf den politischen Massenstreik verpflichtete, der unter den Verhältnissen Deutschlands nur in einer revolutionären Situation einen Sinn habe. Wie wurde ich von Eisner und Stampfer abgekanzelt, weil ich in der Frage des Wahlrechtskampfes den Standpunkt eines „opportunistischen Krämers“ einnehme und in der Frage des Massenstreiks die russische Revolution verraten habe!

Ich verfocht damals die gleiche Auffassung wie heute.

Es wäre höchst leichtfertig gewesen, hätte unsere Partei versprochen, mit einem so gewaltigen Gegner wie Junkertum und preußische Regierung binnen wenigen Monaten fertig zu werden. Das haben wir auch nie getan. Die deutsche Sozialdemokratie hat nie die Parole ausgegeben: Niederwerfung des gegenwärtigen Regimes durch eine sich rasch steigernde Aktion binnen wenigen Monaten, sondern nur die Parole: **Keine Ruhe in Preußen, solange nicht das gleiche, geheime, direkte Wahlrecht erobert ist.**

Das haben wir versprochen, dies Versprechen sind wir verpflichtet zu halten. Das besagt aber nur, daß es gilt, die Aktionsmittel, die unsere Genossen heute schon mit so großem Erfolg angewandt haben, vor allem die **Straßendemonstration**, weiter zur Anwendung zu bringen, darin nicht zu erlahmen, sie im Gegenteil immer machtvoller zu gestalten. Aber wir haben nicht die geringste Verpflichtung, „um jeden Preis vorwärts“ zu gehen und „die Straßendemonstrationen jetzt schon als ein bald von der Welle der Ereignisse überholtes Mittel“ zu betrachten, das durch ein schärferes zu ersetzen ist.

Das Dilemma, von dem die Genossin Luxemburg spricht, tritt erst dann ein, wenn wir eine Propaganda für den Massenstreik entfalten, wenn wir erklären, Straßendemonstrationen genügten uns nicht, eine rasche, stete Steigerung der Mittel der Massenaktion sei erforderlich.

Wenn wir eine derartige Propaganda entfalten, wenn wir in den Massen die Erwartung wachrufen, nun gehe es mit Hurra, Marsch Marsch vorwärts an die Niederwerfung des Feindes durch die schärfsten Mittel, über die das Proletariat verfügt, dann werden wir allerdings binnen kurzem vor dem

Dilemma stehen, entweder die Massen aufs tiefste zu enttäuschen oder mit einem gewaltigen Satze dem Junkerregime an die Gurgel zu fahren, um es niederzuwerfen oder von ihm niedergeworfen zu werden.

Heute besteht dies Dilemma noch nicht. Heute sind wir noch frei in der Wahl unserer Aktionsmittel.

IV.

Die Befürchtung, die Massen würden uns im Stiche lassen, ist also kein Grund, uns zu veranlassen, zu schärferen Mitteln zu greifen, die ein Übergehen zur Niederwerfungstaktik bedeuten.

Sicher verschärfen sich in jedem Kampfe die Gegensätze. Schon seine Dauer vermehrt die Erbitterung. Dazu kommt die Verschärfung der Klassengegensätze durch die ökonomische Entwicklung, das Wachsen der Machtmittel durch die Vergrößerung der Organisationen oder die Fortschritte der Technik. Aber nicht um diese allmähliche, von selbst eintretende „innere Logik" der Verschärfung und Zuspitzung der Massenaktionen handelt es sich hier, sondern um ein Ergreifen neuer, schärferer Machtmittel, das durch eine „Parole", eine planmäßige Agitation der Partei herbeigeführt werden soll.

Dafür ist ein Grund in der Furcht vor der Enttäuschung der Massen nicht gegeben. Das Dilemma, von dem die Genossin Luxemburg spricht, besteht für uns nicht, solange wir es nicht durch unsere Agitation selbst schaffen. Für uns dürfte es, außer dem in der Jenaer Resolution angeführten, nur noch einen Grund geben, die Ermattungsstrategie aufzugeben und zur Niederwerfungsstrategie durch rascheste Zuspitzung und Steigerung der Kampfesmittel der Massenaktion überzugehen: wenn unsere Gegner in eine Klemme gerieten, die es gälte, aufs rascheste auszunutzen, und die durch einen Massenstreik am wirksamsten auszunutzen wäre.

Ist die heutige Situation dieser Art? Das ist die entscheidende Frage. Von ihrer Beantwortung und nicht von der inneren Logik von Massenkundgebungen hängt es ab, ob eine Propagierung des Massenstreiks im gegebenen Moment zweckmäßig erscheint oder nicht.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als sei die jetzige Situation ein Produkt der Straßendemonstrationen. Man mag sagen: dank dem Umstand, daß die Sozialdemokratie zu schärferen Mitteln griff, hat sie die Massen begeistert und die Regierung in die Enge getrieben. Aber diese Begeisterung wird sich rasch verflüchtigen und die Regierung wieder an Ansehen, Kraft und Vernunft gewinnen, wenn wir nicht auf der einmal betretenen Bahn fortschreiten, das heißt unsere Mittel immer mehr verschärfen, dadurch die Massen immer mehr begeistern und die Regierung immer mehr in die Enge treiben, bis sie vor dem überwältigenden Ansturm der Massen zusammenbricht.

Wäre das die Situation, dann versündigte sich jeder schwer am Proletariat, der jetzt nicht mit allen Kräften daran arbeitete, es zu schärferen Kampfesmethoden anzutreiben.

Aber mir scheint die Situation anders zu liegen.

Sicher haben die Straßendemonstrationen große Begeisterung erregt. Sicher ist die Regierung in die Enge getrieben. Aber wenn es so ohne weiteres möglich wäre, auf solche Weise Begeisterung zu wecken und das Ansehen sowie die Kraft der Regierung zu schwächen, warum haben wir nicht schon längst zu diesem einfachen Mittel gegriffen?

Umgekehrt wird eben ein Schuh daraus. Unter den preußischen Verhältnissen war ein Gelingen der Straßendemonstrationen und ihre große moralische Wirkung erst möglich, nachdem die Sozialdemokratie eine Partei großer Massen geworden und diese in die größte Erregung geraten waren. Nur dadurch, daß sie aus der tiefsten Erregung der Massen geboren waren, haben die Straßendemonstrationen ihren gewaltigen Umfang und ihre tiefe Wirkung erreicht, haben sie Begeisterung und Ermutigung in den Massen, Verwirrung und Kopflosigkeit bei der Regierung und den Regierungsparteien hervorgerufen.

Es sind sehr tiefgehende Ursachen, denen diese gewaltige Erbitterung der Massen entspringt, Ursachen, die schon seit Jahren wirken und noch jahrelang bestehen werden. Ich habe sie in meinem „Weg zur Macht“ bereits gezeigt und brauche sie hier nur kurz zu rekapitulieren.

Da haben wir vor allem die gewaltige Ursache weitester Unzufriedenheit: die Teuerung der Lebensmittel. Als ich in meinem „Weg zur Macht“ auf diese Teuerung als eine der Ursachen hinwies, die die Klassengegensätze zuspitzen und die revolutionäre Stimmung der Massen vermehren, hielt es das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ für notwendig, mich deshalb als Feind der Gewerkschaften zu denunzieren. Es war sehr ungehalten darüber, daß ich nicht im angeblichen Interesse der Gewerkschaften den Kopf in den Sand steckte und daß ich Tatsachen sah, die für die Theorie des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus sehr unbequem sind. Heute ist es jedermann klar, daß eine derartige Straußenpolitik wirkliche „Sisyphusarbeit“ wäre. Kein vernünftiger Mensch zweifelt mehr daran, daß die Teuerung seit einiger Zeit alle Lohnerhöhungen hinter sich läßt — aber freilich wird es auch keinen vernünftigen Menschen geben, der darin ein Argument gegen die Gewerkschaften sieht. Nicht gegen diese, sondern gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung werden die Massen durch die Teuerung aufgereizt.

Deren Wirkungen werden noch verstärkt durch das Wettrüsten, das gerade in letzter Zeit die wahnsinnigsten Dimensionen annimmt, da zu den Landrüstungen nun die Seerüstungen kommen, die viel rascher wachsen als jene. Denn bei der Marine spielt die Höhe der Technik eine größere Rolle als die Menge der Streitkräfte, und diese Höhe der Technik läßt sich bei dem nötigen Aufgebot von Geld rasch steigern.

Daher das Wachstum des Steuerdrucks, was die Klassengegensätze noch mehr verstärkt, gleichzeitig aber auch die internationale Lage immer drohender gestaltet, denn die herrschenden Klassen können sich zu einer Abrüstung nicht verstehen. Außer dieser gibt es aber nur einen Ausweg, der immer unerträglicheren Steuerlast zu entgehen: einen Krieg.

Diese Verhältnisse sind international, führen überall zu wachsender Erregung der Massen, gleichzeitig aber auch zu wachsenden Gegensätzen der herrschenden Klassen untereinander; nicht nur zu wachsender internationaler Nervosität, sondern auch zu steigendem Gegensatz der Masse der bürgerlichen Welt — Kleinbürger, Intellektuelle, Händler und kleinere Kapitalisten — gegen Grundbesitz, hohe Finanz und große industrielle Monopolisten, die alle Vorteile dieser unerträglichen Zustände einheimsen und alle Lasten auf die anderen abzuwälzen suchen.

In Preußen erhält diese allgemeine internationale Situation eine besondere Verschärfung dadurch, daß hier das ostelbische Junkertum den Staat beherrscht und dadurch die Vorteile, die es auf Kosten der anderen Klassen einheimst,

noch größer, deren Lasten noch gewaltiger, die allgemeinen Zustände noch unerträglicher macht.

Es gibt vielleicht keine Klasse in Europa, die so viel der brutalen Gewalt verdankt, wie das preußische Junkertum. Dabei gibt es unter den herrschenden Klassen Europas wohl keine, die unwissender wäre als diese, geographisch ganz abseits vom Weltverkehr gelegen und nie in die Notwendigkeit versetzt, sich durch überlegenes Wissen zu behaupten.

So haben die Junker keine Ahnung davon, daß ihre brutale Gewalt nur dort eine wirkliche Wirkung erzielte, wo sie in der Richtung der ökonomischen Entwicklung wirkte, namentlich in der Richtung der nationalen Einigung Deutschlands. Ihre Erfolge haben in ihnen einen Kultus der brutalen Gewalt als solcher entwickelt, und sie kehren diese Seite um so trotziger und rücksichtsloser hervor, je mehr sie ihre privilegierte Stellung bedroht sehen, das heißt je mehr diese Stellung in Widerspruch zu den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Entwicklung gerät. Je schädlicher sie werden, desto dümmer, frecher und brutaler werden sie.

Das tritt natürlich vor allem und am meisten dem Proletariat und seiner Klassenpartei gegenüber zutage. Aber zusehends bekommen auch die bürgerlichen Massen und Parteien in immer höherem Grade diese Brutalität und Rücksichtslosigkeit zu spüren in der Art und Weise, wie das Junkertum Lebensmittel und Rohstoffe künstlich verteuert, die Steuern von sich abwälzt, alle guten Posten in Bureaukratie und Armee für sich allein in Anspruch nimmt, Regierung, Gerichte, Polizei als seine Werkzeuge behandelt, die jede unbequeme Opposition niederzuknüppeln haben.

Endlich aber wird dieses Junkerregime selbst sehr entschiedenen Ausbeutern und Gegnern des Proletariats lästig, ja es erscheint ihnen unheimlich und gefährlich, wenn sie zu der Einsicht gekommen sind, die außerhalb Rußlands, Preußens und Japans die gesamte kapitalistische Welt erfaßt hat, daß die Arbeiterklasse eine zu gewaltige Macht geworden ist, als daß es noch möglich wäre, sie mit brutalen Zwangsmitteln niederzuhalten. Regierungen und Ausbeuter hassen das kämpfende Proletariat überall in gleicher Weise, aber in vorgeschrittenen Staaten haben sie doch erkannt, daß die Möglichkeit, seinen Fortschritt noch einigermaßen zu hemmen, nur noch in der Anwendung feinerer Mittel liegt, als sie der Polizeistaat aufzuwenden weiß; daß dies weit eher erreicht wird durch anscheinendes Entgegenkommen, das die Reihen der Proletarier spaltet, einen Teil ihrer energischsten Elemente korrumpiert und die anderen entkräftet, wie das in England, Amerika, Frankreich zeitweise gelungen ist.

Mit Grauen sehen die klügeren Verfechter der kapitalistischen Ausbeutung in Preußen und außerhalb Preußens im übrigen Deutschland, wie die kopflosen Brutalitäten der Junker und ihrer Regierung die Reihen der arbeitenden Klassen immer enger zusammenschließen, sie immer mehr erregen, ihr Fühlen und Denken immer revolutionärer gestalten.

So wenden sich nicht bloß die arbeitenden Massen, sondern auch weite Schichten der bürgerlichen Welt immer stärker gegen das Junkerregime; aus den verschiedensten, mitunter recht widersprechenden Ursachen, aber alle immer mehr einig in der Überzeugung, daß dieses Regime Deutschland einem Abgrund zutreibt.

Am stärksten und einheitlichsten ist die Erbitterung in den unteren Schichten, die am meisten unter Teuerung, Steuerdruck und bureaukratischer Mißhand-

lung zu leiden haben. Sie lenkt diese Schichten naturgemäß der Sozialdemokratie zu, läßt sie in dieser ihren Hort und den Verfechter ihrer Interessen sehen. Das sind die Gründe, die unseren Straßendemonstrationen eine solche Wucht und Bedeutung geben, die aber auch die Reihen unserer Wähler schwellen, wie jede Nachwahl zum Reichstag zeigt, die die allgemeinen Reichstagswahlen im nächsten Jahre zu einem furchtbaren Tage des Gerichts für die Regierung der preußischen Junker und deren ganze oder auch nur halbe Bundesgenossen zu machen droht. Gegnerische Wahlstatistiker rechnen bereits mit der Möglichkeit, daß wir bei den kommenden Wahlen 125 Mandate erobern.

Bis dahin können freilich noch anderthalb Jahre vergehen und das Volk vergißt schnell. Müssen wir nicht befürchten, daß inzwischen sein Grimm verraucht? Daß die Regierung durch einen geschickten Schachzug eine populäre Wahlparole findet, die ihr Ansehen wiederherstellt und all den Haß, alle die Verachtung von ihr abwäscht, die sie in der letzten Zeit so reichlich überschüttet haben? Begeisterung ist bekanntlich keine Heringsware, die sich einpökeln läßt; wollen wir aus ihr Nutzen ziehen, dann muß es sofort geschehen; und da uns heute dazu nicht der Kampfboden der Reichstagswahlen zu Gebote steht, müssen wir einen anderen schaffen und der kann nur der des Massenstreiks sein.

So wird also mancher denken, und diese Argumentation hätte manches für sich, wenn wir erwarten müßten, die Ursachen, die die heutige Erregung der Massen herbeiführten, würden zur Zeit der nächsten Reichstagswahlen nicht mehr wirken. Zu dieser Annahme ist aber kein Grund vorhanden.

Teuerung und Steuerdruck, aber auch junkerliche Brutalität sind in Verhältnissen begründet, die sich so leicht nicht ändern, sie werden 1911 ebenso stark wirken wie 1910, eher noch stärker, denn das Wettrüsten geht weiter. Wohl wird die Regierung ihr möglichstes tun, alle neuen Forderungen für die Zeit *nach* den nächsten Wahlen zu verschieben — ein Grund für sie, diese zu beschleunigen —, aber sie wird nicht können wie sie will. In England sind die Konservativen obenauf. Sie haben bereits das liberale Kabinett gezwungen, die Seerüstungen zu verstärken. Kommen sie selbst, wie zu erwarten, noch im Laufe dieses Jahres ans Ruder, dann wird das Rüsten in noch rascherem Tempo betrieben werden.

Die Teuerung aber wird sich nicht mindern. Wer wissen will, was wir auf diesem Gebiet zu erwarten haben, tut gut, die amerikanischen Verhältnisse zu verfolgen, die für den internationalen Lebensmittelmarkt entscheidend sind. Diese aber lassen nur eine weitere Steigerung der Preise befürchten.

Man wird vielleicht einwenden, die Arbeitslosigkeit habe nicht wenig dazu beigetragen, die Arbeitermassen zu erbittern, und die werde nach einem Jahre bedeutend zurückgegangen sein, da die Krisis überwunden sei. Daran ist so viel richtig, daß das nächste Jahr wieder das eines *günstigeren* Geschäftsganges zu werden verspricht. Aber ob eines *glänzenden* Geschäftsganges, ist zweifelhaft. Und noch mehr als schon in der letzten Prosperitätsperiode werden diesmal die Unternehmerverbände den Rahm abschöpfen und die Arbeiter von der Prosperität nicht viel mehr zu verspüren bekommen als die Teuerung; denn die Prosperität bedeutet ein Steigen der Warenpreise.

Andererseits darf man aber nicht meinen, in Zeiten der Prosperität seien die Arbeiter so zufrieden, daß Erbitterung über Entrechtung und Mißhandlung in ihnen nicht aufkomme. Man könnte auch umgekehrt sagen, in Zeiten

der Krise seien die Arbeiter zaghaft und kampfunfähig, vor allem zu jedem Streik, also auch politischem Massenstreik, nicht zu haben, weil jeder froh sei, Arbeit zu finden oder zu behalten.

Das eine ist, absolut genommen, ebenso falsch wie das andere. An dem einen wie an dem anderen ist so viel richtig, daß jede Aktion des Proletariats Hindernisse findet, sowohl zur Zeit der Krise wie zur Zeit der Prosperität, die sie beeinträchtigen. Daß jene seine Kampffähigkeit, diese seinen revolutionären Drang nicht so stark in Erscheinung treten läßt, als es sonst der Fall wäre. Ein proletarischer Politiker wird auf diese Verhältnisse wohl Rücksicht nehmen müssen bei der Wahl seiner Kampfesmittel. In der Zeit der Krise werden große Straßendemonstrationen leichter durchzuführen sein als Massenstreiks. In der Zeit der Prosperität dürfte der Arbeiter sich für einen Massenstreik leichter begeistern, als während der Krise.

Wir haben aber nicht bloß mit Prosperität und Krise zu rechnen, sondern auch mit dem Wechsel zwischen Prosperität und Krise, und diese Perioden des Überganges, scheint es, sind jene, in denen der Arbeiter am aktionslustigsten ist; namentlich scheint dies der Fall zu sein in den ersten Zeiten der Prosperität, wenn noch die Erinnerung an die Entbehrungen, die quälende Unsicherheit, die Degradation der Krise in ihm lebendig ist, gleichzeitig aber auch das Kraftgefühl und die Kampfeslust, die der Prosperität entspringen.

So war die revolutionäre Kampfesstimmung des deutschen Proletariats am Ende der achtziger Jahre, die den Zusammenbruch des Sozialistengesetzes und den glänzenden Aufschwung der Reichstagswahl von 1890 herbeiführte, mit durch die Prosperität bedingt, die nach langer Krise 1888 einsetzte.

Wer sich jener Zeit erinnert, wird manche Ähnlichkeit mit der heutigen Situation herausfinden: auch damals ein Regime, das seinem Ende entgegenging, das bei den arbeitenden Klassen immer energischeren Widerstand fand, in der Bourgeoisie selbst immer geringere Begeisterung und Zuversicht erweckte, mit wachsenden Schwierigkeiten der internationalen Beziehungen zu kämpfen hatte und dem nichts mehr gelingen wollte, weder innen noch außen, bis die Niederlage bei den Wahlen 1890 zum Zusammenbruch führte.

Aber in den zwei Jahrzehnten seitdem ist die Welt nicht stehen geblieben, die Situation ist heute weit gefahrdrohender für die herrschenden Klassen, weit hoffnungsvoller für uns.

Der leitende Staatsmann Preußens war damals noch ein Genie, getragen von dem glänzenden Prestige dreier glücklicher Kriege, in denen er alle seine Gegner niedergeworfen und das Sehnen des deutschen Volkes nach Einheit in einer, wenigstens die deutsche Bourgeoisie befriedigenden Form erfüllt, das Deutsche Reich zur Vormacht Europas erhoben hatte. Heute ein Reichskanzler ohne jedes Ansehen bei Freund und Feind, der Gefangene der dümmsten und rückständigsten Partei des Reiches, das Gespött der Welt.

Damals internationale Schwierigkeiten teils unbedeutender Art — mit Spanien, der Schweiz —, teils aber solche, die die Nation selbst zu bedrohen schienen, durch den Gegensatz zu Frankreich und Rußland, bei denen die Regierung darauf rechnen konnte, im Ernstfall die ganze Nation hinter sich zu haben. Heute die Gefahr eines Krieges mit England, wobei weder hier noch dort die Nation als solche bedroht wäre. Wobei nicht Lebensfragen der Nation, sondern Fragen des kolonialen Besitzes, bloße Lebensfragen einiger Ausbeutercliquen ausgefochten würden. Sobald ein Krieg solcher Art Opfer

kostet — und er wird furchtbare Opfer kosten —, trennt sich leicht die Masse des Volkes von der kriegführenden Regierung und wendet sich bei dem Ausbleiben von Erfolgen gegen sie. Und auch wenn es nicht zum Kriege kommt, so erwecken schon die Rüstungen dazu nichts weniger als Begeisterung, stoßen sie auf wachsenden Widerstand. Außer der Sozialdemokratie hätte in den achtziger Jahren niemand Abrüstung gegenüber Rußland und Frankreich verlangt. Heute ist das Verlangen nach Abrüstung gegenüber England weit über die Kreise unserer Partei hinausgedrungen.

Und diese selbst, wie ist sie inzwischen gewachsen! Von 1887 bis 1907 hat sie ihre Stimmenzahl vervierfacht. Gelänge es ihr, bei der Wahl von 1911 einen gleichen Sprung zu machen wie 1890 — und die Situation ist vielverheißend —, das heißt ihre Stimmenzahl zu verdoppeln, so könnte sie die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erreichen.

Selbstverständlich sind wir nicht so sanguinisch, mit einem solchen Sprunge zu rechnen. Aber darin ist alle Welt einig, daß wir einen gewaltigen Sprung vorwärts machen werden, der die Erreichung der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu einer Frage weniger Jahre macht.

Wird dies in der nächsten Reichstagswahl offenbar, dann bedeutet das mehr als einen gewöhnlichen Wahlsieg. In der heutigen Situation, angesichts der gewaltigen Erregung der Volksmassen, der gespannten inneren und äußeren Situation bedeutet ein solcher Sieg nichts Geringeres als eine Katastrophe des ganzen herrschenden Regierungssystems.

Es unterliegt für mich gar keinem Zweifel, daß die nächsten Wahlen dieses System in seinen Grundfesten erschüttern werden.

Entweder pauken die Wahlen den herrschenden Elementen endlich Dialektik ein, daß sie begreifen, in der bisherigen Weise nicht weiterwirtschaften zu können, und sich entschließen, westliche Methoden zur Abwehr der steigenden Flut des Sozialismus in Anwendung zu bringen; daß sie versuchen, größere Schichten des arbeitenden Volkes durch Konzessionen zu gewinnen.

Angesichts der hochgradigen Erbitterung und der gewaltigen Zuspitzung der Gegensätze müßten das schon erhebliche Konzessionen sein, sollten sie einige besänftigende Wirkung üben: mit Geringerem als der Gewährung des Reichstagswahlrechtes für Preußen wird's da nicht getan sein.

Oder aber, und das ist das Wahrscheinlichere, unser Sieg übt die entgegengesetzte Wirkung: er stachelt die herrschenden Klassen an, durch brutale Gewaltstreiche die Bewegung niederzuschlagen, mit der sie auf dem Boden des geltenden Rechtes nicht fertig werden.

Endlich ist noch eine dritte Möglichkeit vorhanden, und sie ist die wahrscheinlichste von allen: das herrschende Regime verliert den Kopf, schwankt ratlos hin und her zwischen Brutalitäten und Konzessionen, verfolgt keine der beiden Richtungen konsequent, so daß seine Brutalitäten nur erbittern, seine Konzessionen nur den Eindruck der Schwäche hervorrufen, die einen wie die anderen die Flamme nur anblasen, die sie ersticken wollen.

Wie immer die Verhältnisse sich gestalten mögen, die Reichstagswahlen müssen eine Situation schaffen, die für unsere Kämpfe eine neue und breitere Basis erzeugt; eine Situation, die, wenn eine der beiden letzterwähnten Alternativen eintritt, allerdings durch ihre innere Logik rasch sich immer mehr zuspitzt zu großen Entscheidungskämpfen, die wir aber auf der neuen, breiten Basis ganz anders auszukämpfen imstande sein werden als heute.

Den Schlüssel zu dieser gewaltigen historischen Situation, den überwältigenden Sieg bei den nächsten Reichstagswahlen, haben wir bei der ganzen Konstellation der Dinge heute bereits in der Tasche. Nur eines könnte bewirken, daß wir ihn verlieren und die glänzende Situation für uns verpfuschen: eine Unklugheit von unserer Seite. Eine solche wäre es, wenn wir uns durch Ungeduld verleiten ließen, die Früchte pflücken zu wollen, ehe sie reif geworden sind; wenn wir eine Kraftprobe vorher provozieren wollten auf einem Terrain, auf dem uns der Sieg keineswegs sicher ist.

Gewiß muß man in jedem Kampfe vieles wagen; ein Feldherr, der Schlachten nur dann schlagen wollte, wenn seine Niederlage von vornherein ausgeschlossen ist, wird kaum große Triumphe feiern.

Aber wenn man durch die Gunst der Verhältnisse und ihre geschickte Ausnutzung dahin gelangt ist, einen unzweifelhaften großen Sieg vor sich zu sehen, wenn dieser Sieg durch nichts gefährdet werden kann als durch den Übergang zu einer neuen Strategie, die eine Schlacht auf einem unübersichtlichen und zweifelhaften Kampfterrain provoziert, dann ist es eine gewaltige Torheit, eine derartige Schlacht vor dem sicheren Siege heraufzubeschwören und dadurch diesen selbst zu gefährden. Kein vernünftiger Feldherr wird einen Kampf von dem Schlachtfeld, auf dem er seines Sieges gewiß ist und auf dem sich ihm der Gegner stellen muß, auf ein anderes hinüberspielen, wo der Ausgang ein zweifelhafter.

Der schon im ersten Artikel erwähnte Artikelschreiber der „Bremer Bürgerzeitung“ hält Mehring freilich die Frage entgegen, „ob eine solche Niederlage (des Massenstreiks) die Chancen unseres künftigen Wahlkampfes nicht *steigern* würde“. Aber ich glaube nicht, daß diese verblüffende Auffassung viele Gläubige finden wird.

Richtig ist es, daß jeder Kampf so viel Erregung und Erbitterung erweckt, daß er dadurch unsere Agitation befruchten kann, selbst wenn er mit einer Niederlage endet. Aber dann geschieht es *trotz*, nicht *wegen* der Niederlage, und nur dann, wenn die materielle Niederlage ein moralischer Sieg ist. Wenn der Kampf von unserer Seite so glänzend geführt wurde, daß wir selbst dem Gegner Achtung abnötigen, und wenn er unvermeidlich war, uns von den Gegnern aufgenötigt wurde.

So erwarten wir von den Gewerkschaftskämpfen dieses Jahres auch eine Steigerung der Erbitterung und eine Verstärkung des Wahlrechtskampfes, selbst für den Fall, daß sie materiell nicht so erfolgreich sein sollten, als wir es wünschen — auch das ist einer der Gründe, warum uns die augenblickliche Periode der Erregung nicht so kurzlebig erscheint wie der Genossin Luxemburg und ihren Freunden. Aber diese Verstärkung des Wahlrechtskampfes und des Wahlkampfes durch vorhergehende Kämpfe würde in ihr Gegenteil verkehrt, wenn sie uns Niederlagen brächten, die wir *selbst verschuldet* hätten, Niederlagen, dadurch hervorgerufen, daß wir aus freien Stücken das Proletariat in schwere Kämpfe mit höchst zweifelhaftem Ausgang verwickelt hätten, ohne es zu müssen, ohne uns darum zu kümmern, ob es ihnen gewachsen sei oder nicht.

Die schlimmste Niederlage aber wäre es — und auch diese Möglichkeit ist in Betracht zu ziehen —, wenn wir das Proletariat zum politischen Massenstreik aufriefen und es nicht in überwältigender Überzahl dem Appell folgte.

Wir würden alle die vielversprechenden Keime, die die kommende Reichstagswahl im Schoße trägt, ersticken, wenn wir vor ihr, ohne es zu müssen,

Kämpfe provozierten, die uns schwere Niederlagen brächten. Die Regierung und ihre Parteien könnten sich nichts Besseres wünschen. Wir provozierten gerade das, was sie braucht, um aus ihrer Klemme herauszukommen.

Nicht auf den Massenstreik haben wir heute unsere Agitation zuzuspitzen, sondern jetzt schon auf die kommenden Reichstagswahlen.

Schon einmal suchten unsere Genossen für das Unrecht des Landtagswahlrechtes Revanche bei den Reichstagswahlen, und es gelang glänzend: das war in Sachsen 1903, wo unsere Partei damals von 23 Mandaten des Landes 22 eroberte. Jetzt gilt es, die gleiche Revanche mit wahrscheinlich noch größerer moralischer Wirkung für Preußen zu nehmen.

Halten wir die Bewegung im Flusse, erlahmen wir nicht in Demonstrationen; benutzen wir jede Gelegenheit, die Autorität der herrschenden Klassen zu untergraben, ihre Schädlichkeit und Volksfeindlichkeit zu demonstrieren, aber zeigen wir auch den Massen, daß es sich im Wahlrechtskampf um mehr handelt als um einige Änderungen des Wahlgesetzes; daß es um die Niederwerfung des Junkerregimes geht, um die Niederwerfung aller Elemente, die aus hohen Preisen und neuen Steuern ihre Profite ziehen; daß ein solcher Kampf ein langer und zäher ist, daß er mit der Verabschiedung der Wahlrechtsvorlage nicht zu Ende sein kann; daß die absehbar nächste Gelegenheit, den schlimmsten Feinden des Volkes einen erschütternden Schlag zu versetzen, die kommenden Reichstagswahlen sind, daß es gilt, dafür alle Kräfte zusammenzuraffen und aufzubieten.

Fahren wir fort in der bisherigen Ermattungsstrategie, halten wir uns die Hand frei in der Wahl unserer Kampfesmittel und hüten wir uns vor einer Agitation, deren innere Logik die wäre, uns in ein Dilemma zu bringen, das uns zwingen könnte, am unrechten Orte und zur unrechten Zeit unsere letzten und schärfsten Kampfesmittel zur Anwendung bringen und dadurch verschwenden zu müssen.

Gerade weil wir überzeugt sind, daß wir großen und schweren Kämpfen entgegengehen, daß wir dem Punkte nahe sind, auf dem die Ermattungsstrategie in die Niederwerfungsstrategie übergehen muß, gerade deswegen ist es um so notwendiger, uns nicht von Ungeduld zu verfrühten Aktionen fortreißen zu lassen und nicht unsere letzten Patronen in einleitenden Scharmützeln zu verschießen.

Eine Agitation, die darauf angelegt ist, in den arbeitenden Massen die Erwartung wachzurufen, sie könnten darauf rechnen, daß wir in den nächsten Wochen schon zu immer schärferen Mitteln greifen und versuchen werden, den Widerstand der Regierung durch Massenstreiks zu brechen; eine Agitation, die darauf angelegt ist, uns in ein Dilemma, in eine Zwangslage zu bringen, in der nicht mehr wir die Situation beherrschen, sondern die Situation uns; die darauf angelegt ist, uns binnen kurzem vor die Alternative zu treiben, entweder loszuschlagen um jeden Preis, wie immer die Verhältnisse liegen mögen, oder zum Gespött der Welt zu werden: eine solche Agitation war nie gefährlicher als eben jetzt, wo wir ohne sie einem sicheren Siege entgegengehen, der uns die Bahn zum großen Endkampf freizulegen verspricht.

Sollte die Genossin Luxemburg mit ihrer Anregung eine Agitation in diesem Sinne herbeiführen wollen, dann könnten wir ihr nicht folgen.

Anders wäre es, wenn sie nur beabsichtigte, den Massen die Beschäftigung mit der Idee des Massenstreiks nahezulegen und sie mit dieser vertraut zu

machen. Sie hätte dafür freilich eine sehr unglückliche, mißverständliche Form gewählt, aber das braucht uns nicht zu hindern, ihr in diesem Sinne zuzustimmen.

Seit dem Bestand des Deutschen Reiches waren die sozialen, politischen, internationalen Gegensätze niemals so gespannt wie jetzt. Gerade, weil die nächsten Reichstagswahlen für das herrschende System eine furchtbare Niederlage unvermeidlich machen, müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß dessen Heißsporne vorher große Kämpfe entfesseln, in denen sie besser abzuschneiden hoffen. Sie haben dazu viel mehr Ursache als wir. Wir haben keinen Grund, derartige Kämpfe zu provozieren. Aber das besagt nicht, daß wir alles ruhig hinnehmen müßten, was unsere Gegner verüben, und daß wir ihnen wehrlos gegenüberständen. Nichts leichter möglich als Überraschungen, die noch vor den nächsten Reichstagswahlen zu gewaltigen Entladungen und Katastrophen führen, in denen das Proletariat zum Aufgebot aller seiner Kräfte und Machtmittel hingerissen wird. Ein Massenstreik unter solchen Umständen könnte sehr wohl imstande sein, das bestehende Regime hinwegzufegen.

So falsch es mir erscheint, eine Agitation zu entfalten, die uns in das Dilemma brächte: Massenstreik unter allen Umständen oder moralischer Bankrott; so sehr ich es für notwendig halte, unser Pulver für die nächste große Schlacht trocken zu halten, und so wahrscheinlich es mir erscheint, daß diese in den kommenden Reichstagswahlen geschlagen wird, so verkehrt erschiene es mir, nicht auch mit der Möglichkeit von Überraschungen zu rechnen, und noch verkehrter, den Massenstreik für solche Fälle als völlig aussichtslos hinzustellen.

Wir haben in der jetzigen Situation alle Trümpfe in der Hand, wenn wir es verstehen, begeisterte Kühnheit mit ausdauernder Zähigkeit und kaltblütiger Klugheit zu verbinden.

Sisyphusarbeit?

Von **Otto Bauer**.

Die Artikel des „Korrespondenzblatt" gegen Kautskys „Weg zur Macht" liegen nun, in einer kleinen Broschüre gesammelt, vor uns.[1] Die Broschüre ist zweifellos ein wertvolles Dokument für jeden, der die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften studiert: ein hocherfreuliches Dokument der Erfolge, die sich das deutsche Proletariat in zahllosen Kämpfen errungen hat, aber leider auch ein weit weniger erfreuliches Zeugnis der Stimmungen, die im Großen Generalstab der deutschen Gewerkschaften herrschen.

Den Kern des Schriftchens bildet der Nachweis, welche Erfolge einige große Gewerkschaften den deutschen Arbeitern erkämpft haben. Aus der Lohnstatistik der Baugewerbe und der Bauhilfsarbeiter, der Lederindustrie, der Holzindustrie, der graphischen Gewerbe, der Handels- und Transportarbeiter und des Fabrikarbeiterverbandes gewinnen wir ein anschauliches Bild gewerkschaftlicher Erfolge. So erfreulich dieses Bild ist, bleibt es doch noch hinter der Wirklichkeit zurück. Keine Gewerkschaftsstatistik kann uns ja sagen, wie das Erstarken der Gewerkschaften die Stellung des Arbeiters in der Fabrik

[1] Sisyphusarbeit oder positive Erfolge? Beiträge zur Wertschätzung der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften. Berlin 1910, Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

selbst, sein Verhältnis zum Unternehmer, zum Fabrikbeamten, zum Werkmeister umgestaltet hat, wie im gewerkschaftlichen Kampfe das Selbstbewußtsein der Arbeiter erstarkt ist, wie unter dem Einfluß der Gewerkschaften, ihrer Kämpfe und Siege das ganze Kulturniveau des deutschen Proletariats erhöht worden ist. Aber so unvollkommen die Gewerkschaftsstatistik auch ist, wird doch kein Sozialdemokrat die kurze Zusammenfassung einiger ihrer Ergebnisse ohne Gefühle der Freude und Ergriffenheit lesen: wer die lebendige Wirklichkeit des Arbeiterdaseins kennt, wird aus diesen nüchternen Zahlen ein Lied von rastloser Arbeit Tausender Männer und Frauen, von Opferwilligkeit und Selbstzucht, von schlichtem Heldentum herauslesen, ein Lied von dem beispiellosen Werke der Selbsterziehung zum Kampfe, das die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Organisation vollbracht hat.

Und dennoch haben wir keine Seite des Büchleins ohne ein Gefühl des Mißmuts lesen, bei mancher kaum ein Gefühl des Ingrimms unterdrücken können. Das schöne Bild proletarischer Arbeit und proletarischer Siege wird uns leider in einem wahrhaft abstoßenden Rahmen vorgeführt.

Dem Verfasser der Broschüre ist die Geschichte der Siege des deutschen Proletariats nicht mehr als — ein Argument gegen Kautskys „Weg zur Macht". Nicht um die indifferenten Arbeiter zu gewinnen, nicht um irregeführte Proletarier auf die Bahn des zielbewußten Klassenkampfes zu führen, erzählt er uns, was die Gewerkschaften Deutschlands Hunderttausenden deutscher Proletarier errungen und erobert haben. Die ganze Broschüre richtet ihre Spitze gegen Kautsky. Dabei wird aber der Gegenstand, aus dessen Erörterung das Büchlein hervorgegangen ist, so völlig entstellt, daß es einiger Überlegung bedarf, ihm seine ursprüngliche Gestalt und Farbe wiederzugeben.

Kautsky hat bekanntlich behauptet, wir dürften nicht hoffen, daß die Gewerkschaften „durch rein gewerkschaftliche Methoden das Proletariat noch einmal so mächtig vorwärts bringen, wie es ihm im letzten Dutzend Jahre gelang" (S. 76). Darauf antwortet der Verfasser der Broschüre mit dem Nachweis, wie groß die Erfolge des letzten Dutzend Jahre waren. Ist dies eine Antwort? Kautsky fürchtet, daß die Zukunft unseren Gewerkschaften weniger günstig sein werde, als ihnen die Vergangenheit war; kann ich ihn damit widerlegen, daß ich beweise, was er nicht bestritten, vielmehr energisch betont hat, daß die Vergangenheit uns wirklich große Erfolge gebracht hat? Wer Kautskys Prognose nachprüfen will, dem sagt die Lohnstatistik der Vergangenheit gar nichts; er muß einen ganz anderen Weg gehen. Er muß zunächst auf dem Wege der theoretischen Analyse zu ermitteln versuchen, wie sich die *objektiven* Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes in der Zukunft wohl gestalten werden, welche Veränderungen jener Faktoren wir erwarten dürfen, die die Größe des Angebots und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bestimmen; er muß zweitens untersuchen, wie die Entwicklung der Unternehmerorganisationen auf der einen, der Gewerkschaften auf der anderen Seite innerhalb des durch die objektiven Kampfbedingungen umschriebenen Rahmens die Kämpfe der Arbeiter beeinflussen wird. Auf Grund einer solchen Analyse habe ich die Aussichten des gewerkschaftlichen Kampfes etwas optimistischer beurteilt als Kautsky, obwohl auch ich nicht verkenne, daß wir mit der Wirksamkeit einiger der Arbeiterklasse ungünstigen Faktoren rechnen müssen, die die gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten beiden Jahrzehnte noch gar nicht oder nur mit geringer Kraft beeinflußt haben. Ich habe

daraus den Schluß gezogen, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe verschärft und erschwert werden, daß also nur besonders starke, finanziell kräftige Organisationen diese Kämpfe werden mit Erfolg bestehen können und daß auch sie nicht werden verhindern können, daß die Teuerung den Arbeitern auf dem Warenmarkt wieder einen Teil dessen rauben wird, was sie sich im Lohnkampf erringen werden. Dieser Schluß mag von dem Kautskys allerdings um eine Nuance verschieden sein; aber ob wir nun die Sachlage etwas mehr oder etwas weniger optimistisch beurteilen, ob wir den oder jenen Faktoren, die die theoretische Analyse aufdeckt, eine größere oder eine kleinere Bedeutung zumessen, in jedem Falle unterscheidet sich diese Analyse völlig von der Polemik des „Korrespondenzblatt", das, statt die Verschiedenheit der künftigen von den vergangenen Kampfesbedingungen zu untersuchen, nur einige der von niemandem bestrittenen Erfolge der Vergangenheit aufzählt und darum aus der ernsthaften theoretischen Diskussion über Kautskys These überhaupt ausscheidet.

Nun hat Kautsky freilich auch behauptet, daß schon in den letzten Jahren der vergangenen Prosperitätsperiode die Lohnerhöhungen hinter der Steigerung der Preise der von den Arbeitern gekauften Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zurückgeblieben seien. Diese Behauptung steht mit Kautskys Ansicht über die Kampfesbedingungen und Siegesaussichten in der Zukunft in keinem notwendigen Zusammenhang; jede der beiden Behauptungen könnte falsch sein, auch wenn die andere als richtig erwiesen würde. Daher würde der Nachweis, daß die Lohnerhöhungen der letzten Jahre die schädlichen Wirkungen der Teuerung völlig aufgehoben hätten, die Richtigkeit von Kautskys Prognose überhaupt nicht berühren, den Grundgedanken seines „Weg zur Macht" also völlig unangetastet lassen. Dem „Korrespondenzblatt" erscheint aber gerade diese Behauptung als ein wahrer Anschlag auf die Gewerkschaften, als ein Zeugnis der Mißachtung ihres Wirkens — eine Ansicht, deren Lächerlichkeit schon dadurch erwiesen wird, daß ganz dieselbe Behauptung, die Kautsky aufstellt, in dem Offenen Schreiben wiederholt wurde, das im Herbst des vergangenen Jahres die österreichischen Gewerkschaften den österreichischen Unternehmerverbänden zugeschickt haben! Hunderte österreichischer Gewerkschaftsversammlungen haben im November und Dezember 1909 beschlossen, den Unternehmerverbänden ein Schreiben zu schicken, das mit der Behauptung begann, die spärlichen Lohnerhöhungen der letzten Jahre seien nicht imstande gewesen, die Arbeiter dafür zu entschädigen, was ihnen durch das Steigen der Preise der Lebensmittel und der Wohnungen geraubt worden sei. Diese Behauptung hält das „Korrespondenzblatt" für einen Beweis feindseliger Gesinnung gegen die Gewerkschaften! Die Polemik gegen diese Behauptung — in Österreich bemühen sich die Unternehmersekretäre und die Soldschreiber der Agrarier um ihre Widerlegung! — wird wieder in einer eigenartigen Weise geführt. Das „Korrespondenzblatt" stellt den Ergebnissen der gewerkschaftlichen Lohnstatistik die bekannte Calwersche Preisstatistik gegenüber: so soll bewiesen werden, daß die Löhne schneller gestiegen seien als die Preise. Ich gebe gern zu, daß Calwers Preisstatistik ein ganz anregender Versuch ist, der sich von älteren ähnlichen Versuchen in mancher Hinsicht vorteilhaft unterscheidet. Daß aber die Ergebnisse einer notwendig rohen Schätzung, die auf der Verbrauchsstatistik des Reiches, also aller Klassen seiner Bewohner beruht, mit den Ergebnissen der Lohnstatistik einzelner Berufe nicht unmittelbar verglichen werden können, weiß doch natürlich auch der Statistiker

der Generalkommission! Indessen will ich über diesen Mangel mit ihm nicht rechten; ich bin überzeugt, daß die Behauptung, die Löhne seien in den Jahren 1895 bis 1908 etwas schneller gestiegen als die Preise, richtig ist. Aber damit ist die These, daß die Lohnerhöhungen in den letzten Jahren der Prosperitätsperiode, also etwa in den Jahren 1906 bis 1908, hinter den Preiserhöhungen zurückgeblieben seien, doch nicht widerlegt! Das „Korrespondenzblatt“ hat einfach einen längeren Zeitraum ins Auge gefaßt; es hat in eine Zeit zurückgegriffen, in der die Lebensmittelpreise eben noch nicht gestiegen sind und die Unternehmerverbände noch viel schwächer waren als heute! Der Ritter der Generalkommission kämpft auch hier gegen Windmühlen.

Ist die Polemik also in der Grundlage verfehlt, so können wir uns wohl die Mühe ersparen, die vielen Irrtümer über Einzelheiten zu widerlegen. Ebensowenig wird man uns wohl zumuten, die böswilligen Entstellungen, deren die Broschüre voll ist, einzeln herzunehmen und zu widerlegen. Ein paar Proben werden genügen. Kautsky wünscht angeblich die Entwicklung der Gewerkschaften zu „einem Syndikalismus, der sich zum Spielball aller möglichen Experimente mehr oder weniger unverantwortlicher Literaten hergibt“. Er vermeint, „mit einem Sack voll Phrasen die Welt erobern zu können“. Die gewerkschaftliche Lohnstatistik ist notwendig, „um Buchgelehrten à la Kautsky das Handwerk zu legen“. Gegen solche Schmähungen polemisiert man nicht. Es genügt, sie der sozialistischen Öffentlichkeit zu denunzieren.

Da aber Männer, die an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung stehen, jedes Wort über die objektiven Bedingungen gewerkschaftlicher Kämpfe als einen Anschlag auf die Gewerkschaften ansehen, mögen wohl einige Worte über die Notwendigkeit solcher Untersuchungen nicht überflüssig sein.

Die Ausführungen in Kautskys „Weg zur Macht“, über die einige deutsche Gewerkschafter so erbost sind, sind nichts anderes als ein Beitrag zur Lehre von den Grenzen der Gewerkschaftsbewegung. Diese Lehre ist so alt wie der moderne Sozialismus; der Nachweis, daß aller Reformarbeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung — der politischen und genossenschaftlichen ganz ebenso wie der gewerkschaftlichen — enge Grenzen gesetzt sind und daß darum die Arbeiterklasse mit dieser Gesellschaftsordnung niemals Frieden schließen kann, sondern sie völlig umwälzen muß, ist ein unentbehrlicher Bestandteil der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und des Nachweises der Notwendigkeit des Sozialismus. Was das „Korrespondenzblatt“ für eine Kritik der Gewerkschaften hält, ist in Wahrheit eine Kritik des Kapitalismus. Am notwendigsten ist diese Kritik natürlich dort, wo die Arbeiter lange glaubten, mit der gewerkschaftlichen Aktion allein ihr Auskommen zu finden und auf den Kampf um die Eroberung der politischen Macht verzichten zu können, also vor allem in der angelsächsischen Welt. Ich rate den Kritikern Kautskys, die kurze Geschichte der englischen Labour Party zu lesen, die Frank Rose unter dem Titel „The coming force“ veröffentlicht hat (Verlag der Independent Labour Party). Dieser Bewunderer der aus den Trade Unions zusammengesetzten Labour Party, der den englischen Gewerkschaften so wenig feindselig gegenübersteht, daß seine Geschichte der englischen Arbeiterpartei gerade darum mißlungen ist, weil er ihre Keime allzu ausschließlich in den Verhandlungen der Trade Unionskongresse sucht — dieser Mann, der Reformist durch und durch ist, bewertet die rein gewerkschaftlichen Kampfmittel viel niedriger, als irgend ein festländischer Marxist dies täte, er bezeichnet den

Ausstand geradezu als ein veraltetes, kaum noch anwendbares Kampfmittel! Solche Übertreibungen sind die unvermeidliche Reaktion gegen das englische Nurgewerkschaftertum.

Auf dem Festland sind wir glücklicherweise in anderer Lage als unsere englischen Genossen. Aber auch hier ist es von Zeit zu Zeit nötig, den Arbeitermassen zu sagen, daß der Kapitalismus allen Bemühungen der politischen wie der gewerkschaftlichen Organisation Schranken setzt, die erst mit dem Kapitalismus selbst verschwinden können. In dieser Lage sind wir heute zum Beispiel in Österreich, wo eine durch überraschend große Erfolge verwöhnte Arbeiterschaft mißmutig zu werden begann, als die Zeit sowohl für den politischen als auch für den gewerkschaftlichen Kampf ungünstiger wurde. Als der „Kampf“ jüngst, diese Stimmung zu bekämpfen, wieder auf die Grenzen politischer und gewerkschaftlicher Reformarbeit innerhalb der kapitalistischen Welt hinwies, wurden seine Ausführungen von den meisten österreichischen Partei- und Gewerkschaftsblättern übernommen; Politiker und Gewerkschafter haben es als ihr Bedürfnis empfunden, die Lehre von den Grenzen der Reformarbeit zu den Massen zu tragen! Nicht „Buchgelehrte à la Kautsky“, sondern Praktiker, die marxistischer „Orthodoxie“ nicht verdächtig sind, haben hier dieses Bedürfnis gefühlt.

Wenn einzelne deutsche Gewerkschafter jedes Wort über die Grenzen gewerkschaftlicher Aktion als einen Beweis der Geringschätzung ihrer Tätigkeit ansehen, so mögen sie sich doch dessen erinnern, daß der moderne Sozialismus stets mit nicht geringerem Nachdruck auch auf die Grenzen der politischen Reformarbeit hingewiesen hat — die Interessen der proletarischen Gesamtbewegung gegen die besonderen Bedürfnisse jedes ihrer Teile zu vertreten, hat ja schon das Kommunistische Manifest den Kommunisten als ihre Aufgabe zugewiesen. Es gibt nur eine Arbeiterbewegung; es ist dasselbe Proletariat, das den politischen und den gewerkschaftlichen Kampf führt. Aber die Arbeitsteilung unter den Vertrauensmännern des Proletariats erzeugt die Gefahr, daß jeder einzelne von uns die Interessen des gemeinsamen Ganzen den Anforderungen seiner besonderen Teilarbeit opfert. Dieser aus der Arbeitsteilung hervorgehenden und darum unvermeidlichen Gefahr sucht der Marxismus entgegenzuwirken. Er kritisiert darum die Gewerkschaften, wo sie die politische Bewegung des Proletariats hemmen oder ihren Bedürfnissen verständnislos gegenüberstehen. Er kritisiert aber ganz ebenso auch die Politiker, wo sie den Bedürfnissen der Gewerkschaften nicht Rechnung tragen. So führen gerade in diesen Tagen viele tschechische Gewerkschafter mit Marxens Lehre im Herzen und Marxens Worten im Munde den Kampf gegen jene tschechischen Politiker, die, den vermeintlichen Bedürfnissen der Partei zuliebe, den Gewerkschaften unzweckmäßige Organisationsformen auferlegen wollen. Hier gegen gewerkschaftliche, dort gegen politische Einseitigkeit gewendet, vertritt der Marxismus überall die Interessen der proletarischen Gesamtbewegung. Darum ist es einsichtslos, ihn feindseliger Gesinnung gegen die Gewerkschaften zu beschuldigen.

Als Kautskys „Weg zur Macht“ erschien, habe ich meine Bedenken im „Kampf“ vorgebracht. Kautskys Entgegnung in der „Neuen Zeit“ hat mich über einzelne Fragen beruhigt; über andere Einzelfragen denke ich auch heute noch anders als Kautsky. Indessen sind dies Differenzen innerhalb einer gemeinsamen Grundanschauung. Da nun das „Korrespondenzblatt“ meint, sich auf einige meiner Sätze berufen zu können, ist es mir ein wahres Bedürfnis,

zu sagen, daß ich mit der Kritik des „Korrespondenzblatt“, die in der Sache nichts beweist und in der Form unziemlich ist, nichts zu schaffen habe. Wäre ich Kautskys Gegner, dann würde ich immer noch diese Bundesgenossenschaft scheuen: Les ennemis de nos ennemis ne sont pas nos amis. Indessen vereint mich auch in dieser Sache mit Kautsky weit mehr, als mich von ihm trennt. Wenn ich auch mit einzelnen seiner Argumente nicht ganz einverstanden bin, so teile ich doch die Überzeugung, deren Propaganda sein „Weg zur Macht“ dient: die Überzeugung, daß alle Zweige der großen internationalen Arbeiterbewegung, der wir alle, jeder an seiner Stelle, nach Kraft und Fähigkeit dienen, ihre Einheit finden müssen im Geiste der proletarischen Revolution, in dem siegesfreudigen Glauben an der nahenden Zukunft großen Tag.

Die Tarifverträge während der Krise.

Von **R. Leopold** (Berlin).

Daß die Tarifverträge die wirtschaftlichen Kämpfe vermindern und als gewerbliche Friedensdokumente anzusehen sind, wird jetzt in schlagender Weise dadurch widerlegt, daß durch die Verträge große Streiks und Aussperrungen fast zu regelmäßig wiederkehrenden Einrichtungen geworden sind und dabei einen immer größeren Umfang annehmen. Trotzdem werden die Verträge als Kampfesmittel der Gewerkschaften zu immer größerer Anwendung gelangen, um bessere und einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen und dieselben während den ungünstigen Geschäftsperioden zu erhalten. Allerdings werden allein starke und leistungsfähige Organisationen günstige Verträge erlangen.

Ihr Hauptvorteil liegt darin, daß sie während den alljährlich wiederkehrenden ungünstigen Geschäftsperioden das Zurückgehen der Löhne und Verdienste verhindern, besonders während einer Krise. Deshalb enthalten alle Tarifverträge Bestimmungen, die eine Herabsetzung der Löhne verhindern sollen.

Ein Urteil über die Wirkung der Verträge während der Krise, das sich auf statistische Ergebnisse stützen kann, liefert zum ersten Male die vom Deutschen Holzarbeiterverband veranstaltete statistische Erhebung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Berliner Holzindustrie. Der Vergleich der Ergebnisse dieser Statistik mit früheren läßt ein maßgebendes Urteil zu, da an 25000 Personen an ihr beteiligt waren. Die Organisation der Berliner Holzarbeiter umfaßt rund 20 Berufe und Branchen; für die Mehrzahl derselben bestehen Tarifverträge. Die Statistik zeigt den Unterschied der Lohnschwankungen in den Gewerben mit und ohne Verträge, und aus diesem Unterschied lassen sich Schlußfolgerungen über die Wirkung der Verträge in der Krise ziehen.

Bei der statistischen Erhebung wollte der Holzarbeiterverband feststellen, in welchem Maße die wirtschaftliche Krise auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingewirkt hat. Zu einer solchen Ermittlung konnte der Herbst 1909 als recht geeignet gelten, denn der wirtschaftliche Niedergang hatte damals in der Berliner Holzindustrie eben sein Ende erreicht, und alle Anzeichen eines besseren Geschäftsganges machten sich bemerkbar. Ehe die Krise hereinbrach, gerade in dem Monat, als die Zahl der beschäftigten Holzarbeiter in Berlin den höchsten Stand erreicht hatte und es nun unaufhaltsam abwärts ging, im November 1906, hatte ebenfalls eine statistische Aufnahme stattgefunden. Damals konnte ermittelt werden, auf welche Höhe der Holzarbeiterverband die Löhne in der Hochkonjunktur gebracht hatte. Ein Vergleich der Ergebnisse beider statistischen Aufnahmen müßte, soweit nicht noch andere Faktoren auf die Löhne eingewirkt haben, die Einwirkungen der Krise zeigen.

So hatten in der Periode zwischen den beiden statistischen Aufnahmen, im Mai 1907, also bereits in der beginnenden Krise, die Unternehmer eine fünf-

prozentige Lohnerhöhung bewilligen müssen, die sich auf 11187 Personen erstreckte. Bei der im Februar 1909 vertraglich eingetretenen Arbeitszeitverkürzung ist aber der Lohn für einen Teil dieser Arbeiter um einen Stundenlohn wöchentlich, also um etwa 1½ bis 2 Prozent gesunken. Für die bei Lohnerhöhung nach der Aussperrung in Betracht kommenden Branchen kann man also den 1906 festgestellten Lohn für 1907 um 5 Prozent höher rechnen und diesen Verdienst mit dem von 1909 in Vergleich stellen.

Die Verträge in der Berliner Holzindustrie enthalten die Bestimmung, daß Lohnabzüge unzulässig sind und Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht stattfinden dürfen. Eine vollständige Gewähr gegen einen Rückgang der Löhne bieten aber die Verträge nicht, denn sie sind noch sehr unvollkommen. Sie enthalten keine bestimmten Lohnsätze für Lohnarbeiter und keine Mindestlöhne. Die Akkordpreise sind nur für Bautischler, Einsetzer und Treppengeländerarbeiter tariflich geregelt. Die große Masse der Möbeltischler hat trotz des Vertrags nur zum Teil Werkstattakkordtarife. Direkte Abzüge von den bestehenden Löhnen und Akkordtarifen dürfen die Unternehmer freilich nicht vornehmen, ohne sich vor der Schlichtungskommission verantworten zu müssen. Aber beim Wechsel der Arbeiter, bei Neueinstellungen konnten sie leicht billigere Leute annehmen, die sich in der Krise massenhaft anboten. Die Akkordarbeiten wechseln ebenfalls. Fortgesetzt werden neue Arbeiten eingeführt, für die ein bestimmter Akkordpreis noch nicht besteht. Auch für solche Arbeiten fanden sich Leute, die mit einem niedrigeren Verdienst zufrieden waren. Dadurch war ein Sinken der Durchschnittslöhne sehr wohl möglich.

Die Bestimmungen der Verträge gelten auch nicht für alle Betriebe der Branche, die einen Vertrag abgeschlossen hat, sondern nur für diejenigen, die Mitglied der vertragschließenden Unternehmerorganisation sind. Die übrigen Unternehmer können bei gutem Geschäftsgang allerdings gezwungen werden, die gleichen und auch höhere Löhne und Preise zu zahlen, wie sie die Tarifverträge vorschreiben. Aber in der Krise sind Verschlechterungen oft nicht abzuwehren. Von solchen Werkstattabwehrstreiks sind in den Krisenjahren eine Anzahl verloren gegangen, und die dadurch eingetretene Lohnverschlechterung mußte ungünstig auf den Durchschnittsverdienst einwirken. Jedoch ist nicht zu bestreiten, daß die Verträge auch auf die Lohnverhältnisse in Nichtvertragsbetrieben und in verwandten Branchen von bestimmendem Einfluß waren.

Die Mängel der Verträge und die Tatsache, daß nicht alle Betriebe der betreffenden Branchen den Verträgen unterstellt sind, muß mit in Betracht gezogen werden, wenn man sich ein Urteil bilden will, in welcher Weise Verträge ein Sinken der Löhne während der Krise verhindern können.

Die statistisch ermittelten Durchschnittslöhne der Berliner Holzarbeiter betragen nun:

1909 (also am Ende der Krise)	32,93 Mark	für 23682	Personen
1906 (am Ende der Hochkonjunktur und Anfang der Krise)	32,53 "	" 25457	"

Bei noch früheren statistischen Aufnahmen:

1905	31,— Mark	für 22585	Personen
1902	26,09 "	" 11027	"
1897	24,07 "	" 6052	"
1893	22,04 "	" 2120	"

In den Jahren 1907 bis 1909 konnte der Holzarbeiterverband den Durchschnittsverdienst immerhin noch um 40 Pfennig für rund 24000 Personen steigern. In diesem Durchschnitt sind noch die Branchen und Personen eingeschlossen, deren Verdienste gesunken sind.

Nun ist die Steigerung des Durchschnittsverdienstes während der Krise nicht auf das Bestehen der Verträge zurückzuführen. Das soll aber auch nicht gesagt

sein. Wie schon angeführt, brachten die Aussperrung im Frühjahr 1907 sowie die anschließenden Werkstattkämpfe in Nichtvertragswerkstätten für 11187 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 5 Prozent (1,69 Mark durchschnittlich). Nimmt man nun an, daß der Durchschnittsverdienst der für die Lohnerhöhung in Betracht kommenden Arbeitergruppen von 1906 zu 1907 um 5 Prozent gestiegen ist, so bekäme man für diese folgende Zahlen:

	1909 Mark	1907 Mark	1906 Mark	1905 Mark
8882[1] Möbeltischler	33,71	34,45	32,81	31,86
1993 Möbelpolierer . . .	31,39	31,51	30,01	30,71
1572 Maschinenarbeiter . .	32,72	32,91	31,34	30,98

Die Krise würde also diesen am Anfang derselben zu berechnenden Höchststand der Löhne heruntergebracht haben bei den Möbeltischlern um 0,74 Mark, bei den Möbelpolierern um 0,12 Mark und bei den Maschinenarbeitern um 0,19 Mark. Für die Bautischler und Treppengeländerarbeiter, die ebenfalls Verträge mit dem Arbeitgeberschutzverband haben, 1907 aber keine Lohnerhöhung erhielten, betragen die statistisch ermittelten Löhne für Bautischler 1909 35,09 Mark, 1906 35,51 Mark; für Treppengeländerarbeiter 1909 34,46 Mark, 1906 34,66 Mark. Der Rückgang beträgt bei den Bautischlern 0,48 Mark und bei den Treppengeländerarbeitern 0,20 Mark pro Woche.

Für diese angeführten fünf Branchen ist der durchschnittliche Verdienst zurückgegangen, jedoch lange nicht in dem Maße, wie allgemein angenommen wurde und wie sogar die Leitung des Holzarbeiterverbandes befürchtet hatte. Zieht man nun noch die Lücken und Mängel der Verträge in Betracht und weiß man, daß die Organisation der Holzarbeiter in Berlin von 28000 Mitgliedern 1906 auf 24000 im Jahre 1908 und 1909 zurückgegangen ist und dadurch den Einfluß auf eine Anzahl Betriebe eingebüßt hat, so muß man aus den Ergebnissen der Statistik schließen, daß die Verträge ein Mittel waren, durch welches der Holzarbeiterverband die Löhne während der Krise fast auf gleicher Höhe halten konnte. Günstigere Verträge, die nicht mehr mit den schon erwähnten Mängeln behaftet sind, mußten also sogar bei gleichbleibender Stärke der Arbeiterorganisation zur Verhinderung jeden Lohnrückganges angewendet werden können, selbst in einer solch schweren Krise, wie sie in der Berliner Holzindustrie 1907/08 geherrscht hat.

Der Einwand kann nicht erhoben werden, daß die Löhne der Berliner Holzarbeiter deshalb nicht mehr gesunken sind, weil die Holzindustrie nur wenig von der Krise betroffen wurde. Im Gegenteil: die Berliner Holzindustrie hatte eine derartig schwere Krise in früheren Jahren noch nicht zu verzeichnen. Wurden doch 1908 und 1909 fast je 40000 Arbeitslose in den beiden Nachweisen eingeschrieben. Die Höchstzahl der Arbeitslosen betrug 1908 4559, 1909 4309 bei einem Mitgliederbestand von 24000 im Durchschnitt. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt 1908 504860,26 Mark, 1909 288233,96 Mark. Das beweist wohl zur Genüge, daß die Berliner Holzarbeiter von der Krise durchaus nicht verschont worden sind.

Nicht alle Branchen der Berliner Holzindustrie weisen einen Rückgang der Löhne während der Krise auf. Die Stockarbeiter konnten ihren Durchschnittslohn von 30,08 Mark im Jahre 1906 auf 32 Mark im Jahre 1909 steigern. Dies war möglich durch eine günstige Erneuerung des 1908 abgelaufenen Stockarbeitervertrags. Der Durchschnittsverdienst der Vergolder stieg von 29,07 auf 30,08 Mark. Für einen Teil der Vergolder, nämlich die Rahmenvergolder, wurde im Herbst 1907 ein neuer Vertrag vereinbart, der eine Lohnerhöhung von 7 Prozent brachte. Auch in einigen anderen kleineren Branchen konnten die Löhne durch Verträge der ein-

---

[1] Die Personenzahl gilt nur für 1909.

zelnen Betriebe wie auch der ganzen Branche auf annähernd gleicher Höhe gehalten, teilweise noch etwas gesteigert werden.

Andere Branchen der Holzindustrie, für die keine Verträge bestehen, liefern ein treffendes Beispiel dafür, wie tief die Löhne sinken können, wenn die Organisation nicht in der Lage ist, durch Anwendung günstiger Tarifverträge den Verdienstrückgang während der Krise aufzuhalten. Am deutlichsten tritt das bei den Parkettbodenlegern in Erscheinung. Bis zum Jahre 1905 bestand für die Branche ein Tarifvertrag, den die Unternehmer 1906 für abgelaufen erklärten, weil er nicht ausdrücklich die Bestimmung enthielt, daß er jeweils ein Jahr weiter gilt, wenn er nicht rechtzeitig gekündigt wird. Es hieß darin nur: „Der Vertrag gilt ein Jahr weiter." Dieses Jahr erklärten ihn die Unternehmer für abgelaufen. Auf eine Erneuerung des Vertrags wollten sie sich nicht einlassen, so wurde dann ohne Tarifvertrag gearbeitet. Die Unternehmer versuchten nun, beim Eintritt der Krise Abzüge vorzunehmen. Die dadurch hervorgerufenen Streiks und Sperren gingen verloren, weil sich unter den zahlreichen Nichtorganisierten und Überläufern aus anderen Branchen genügend Arbeitswillige fanden. Kein Unternehmer zahlte den Tarif mehr. Das vorher durch den Tarif verbotene Zwischenunternehmersystem griff wieder um sich, und die während der Krise bei jenen beschäftigten Bodenleger arbeiteten bis 50 Prozent unter dem Tarif. Als im Sommer 1909 eine allmähliche Besserung der Geschäftslage eintrat, setzten die Bodenleger einer Anzahl Geschäfte eine Aufbesserung der Preise durch, trotzdem waren die Akkordsätze im Herbst, wie eine genaue Kontrolle zeigte, noch genau 30 Prozent niedriger wie die Sätze des früheren Tarifs. Sämtliche 327 damals beschäftigten Bodenleger arbeiteten unter dem Tarif. Die Statistik weist Durchschnittslöhne auf von 42,76 Mark im Jahre 1905, 36,85 Mark 1906 und 34,89 Mark 1909. 1906 mögen die Bodenleger noch ebensoviel verdient haben wie 1905, trotz des Unterschieds, daß die Statistik von 1906 am Jahresschluß aufgenommen wurde, zu einer Zeit also, in der die Bodenleger auf den Bauten kürzere Arbeitszeit haben, während die statistischen Aufnahmen von 1905 wie auch von 1909 im Herbst erfolgten, wo Arbeitszeit und Verdienst unverkürzt sind. Für die übrigen Branchen der Holzindustrie kommt ein solcher Unterschied nicht in Betracht. Übrigens ist der Verdienst fast aller übrigen Branchen in dem einen Jahre 1905/06 gestiegen, für alle rund 25000 Beteiligten von 31 auf 32,53 Mark. Bei den Bodenlegern aber ist der Verdienst in der vertragslosen Zeit von 42,76 Mark im Jahre 1905 auf 34,89 im Jahre 1909, also um 7,87 Mark gesunken.

Die Branchen der Bürstenmacher, Kammacher, Jalousiearbeiter und zum Teil die Drechsler haben keinen Tarifvertrag, und ihre Löhne sind ebenfalls gesunken, wenn auch nicht so stark wie bei den Bodenlegern. Die Durchschnittslöhne dieser Branchen betrugen:

	1906	1909
Bürstenmacher	24,85 Mark	24,08 Mark
Drechsler	29,73 "	28,76 "
Jalousiearbeiter	32,78 "	31,42 "
Kammacher	26,25 "	24,24 "

Die Jalousiearbeiter hatten bis zum 1. März 1908 einen Tarifvertrag, den die Unternehmer gekündigt, aber nicht mehr erneuert haben. In den anderen drei Branchen bestehen zwar auch noch alte Tarife, die aber nicht vertraglich vereinbart sind. Würde es in den Branchen ebenso wie bei den Bodenlegern zu einer Ungültigkeitserklärung der alten Tarife bei Beginn der Krise gekommen sein, so hätte man mit einem weit größeren Rückgang der Löhne rechnen müssen.

Die Statistik der Berliner Holzarbeiter zeigt also an einzelnen Branchen, welchen Rückgang die Löhne in der Krise annehmen können, sie weist aber auch nach, daß sich die Tarifverträge dazu anwenden lassen, die Löhne während der Krise auf fast gleicher Höhe zu halten.

Literarische Rundschau.

Dr. Hermann Levy, **Monopole, Kartelle und Trusts in ihren Beziehungen zur Organisation der kapitalistischen Industrie.** Jena, Gustav Fischer. 7,50 Mark.

Herr Levy hat im genannten Werke eine recht instruktive Arbeit geliefert, die zum Verständnis des Kartellproblems viel beitragen kann. Er schildert die englischen Verhältnisse, vergleicht sie mit den deutschen und amerikanischen und zieht dann allgemeine Schlüsse, die etwas unklar, verschwommen — wohl infolge der ungenügenden theoretischen Erkenntnis —, aber dennoch meist zutreffend sind.

Schon die Charakteristik der Monopolorganisationen im sechzehnten Jahrhundert ist beachtenswert. Diese entstanden gewöhnlich durch besondere königliche Erlasse, wurzelten aber tatsächlich in den damaligen Produktionsverhältnissen, so daß das englische Parlament außerstande war, die Monopole erfolgreich zu bekämpfen. Über die Wirkung eines Antimonopolgesetzes von 1624 äußerte sich ein Parlamentsmitglied wie folgt:

„Bessere Gesetze als dies hätten gegen die Projektenmacher gar nicht gemacht werden können — und doch sind in den letzten Jahren, fast als ob das Gesetz ihr Urheber wäre, mehr Monopole und Freiheitsverletzungen vorgekommen als in irgend einer Zeit seit der Eroberung (Englands, 1066)."

Im siebzehnten und besonders im achtzehnten Jahrhundert wurde der Kampf gegen die Monopole noch heftiger geführt; 1711 wurde dann ein Verbot erlassen, das sich ausdrücklich gegen alle Kontrakte und Vereinbarungen wandte, die zum Zwecke der Monopolisierung von Kohle zwischen Kohlenbesitzern und anderen getroffen würden. Und 1771 bildete sich wieder ein Kohlenkartell, das bis 1843 existierte und schon alle Mittel der heutigen Kartelle zur Preisregulierung in Anwendung brachte, nämlich die Kontingentierung, Fördereinschränkung und Unterjochung des Handelskapitals. Die Fördereinschränkung ging so weit, daß 1843 nur 44 Prozent der ursprünglichen Basis tatsächlich zum Verkauf gestellt wurden.

Man sieht, daß die Kartelle keineswegs eine vollständig neue Erscheinung im Wirtschaftsleben bilden, und tatsächlich rechnet mit solchen Monopolbildungen John Stuart Mill, von Marx schon gar nicht zu reden.

In der späteren Zeit haben sich bekanntlich die Kartelle in England viel geringer entwickelt als in Deutschland oder in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Liefmann suchte den Grund dafür in dem extremen Individualismus der Engländer. Demgegenüber bemerkte er mit Recht, daß „dieser Glaube an den wirtschaftlichen Individualismus immer dort eine Grenze gefunden hat, wo der einzelne Volksgenosse sich nicht als Konsument, sondern als Produzent fühlt". Er beruft sich dabei auf einen Engländer, Professor Clapham, der 1907 schrieb, daß „diese Hindernisse überwunden werden, wenn ein Gewinn zu machen oder ein Verlust zu verhindern ist".

Dr. Levy selber resümiert die Gründe für die geringere Vertrustung der englischen Industrie wie folgt:

„Durch das Fehlen der Schutzzölle, den unbedeutenden Einfluß des Frachtenschutzes und das geringe Vorhandensein mineralischer Bodenproduktion mit nationalem Monopolcharakter und leichter Monopolisierbarkeit ist innerhalb der britischen Großindustrie die Möglichkeit der Monopolbildung, soweit die ausländische Konkurrenz in Frage kommt, auf ein im Vergleich zu Deutschland und den Vereinigten Staaten kleines Gebiet beschränkt. In diesem Gebiet freilich ist eine mehr oder minder große Immunität vor fremder Konkurrenz gegeben. Gelingt es aber hier, den unländischen Wettbewerb auszuschalten oder zu beschränken, so ist dennoch die Möglichkeit einer monopolistischen Preiserhöhung geringer, die Grenzen, welche einer solchen gezogen sind, enger und demnach der zu erwartende monopolistische Gewinn im allgemeinen kleiner als in Ländern, welche Schutzzoll, Frachtenschutz und zahlreiche mineralische Bodenproduktion mit monopolistischem Charakter aufzuweisen haben."

Dennoch hat sich in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Trusts gebildet. Die Voraussetzung dafür sieht Levy ganz richtig in der Betriebskonzentration. Ein je größeres Anlagekapital notwendig ist, um ein neues Unternehmen ins Leben zu rufen, und je geringer die Zahl der Unternehmer ist, um so leichter kann und wird die Vertrustung der Produktion vor sich gehen. Die Konkurrenz der ausländischen Kartelle hilft somit den großen Unternehmungen in England, die kleineren Betriebe zu vernichten, und dann schließen die Großen untereinander Kartelle ab. So bildete sich das internationale Schienenkartell, zu dem die englischen, amerikanischen, deutschen, belgischen und russischen Produzenten gehören. Auf ähnlichem Wege ging die Bildung des Tabakkartells vor sich.

Dr. Levy hat daher meines Erachtens vollkommen recht, wenn er seine Untersuchung mit den Worten schließt: „Dasselbe Volk, das als erstes und unter einem großen Aufwand von Energie die Schranken beseitigte, die früher der Entfaltung freier gewerblicher Konkurrenz entgegenstanden, wähnt noch heute, für alle Zeiten jene Freiheit erobert zu haben. So wird vielleicht noch einige Zeit dahingehen, bis auch ihm die Überzeugung wird, daß auf großen Gebieten der industriellen Produktion eine organisatorische Umwälzung anbricht, welche das wirtschaftspolitische Denken und Handeln vor neue Aufgaben stellt." Ob Dr. Levy diese „neuen Aufgaben" in ihrer vollen Tragweite übersieht, ist aus dem vorliegenden Werke nicht zu urteilen. M. N.

Die Judenpogrome in Rußland. Herausgegeben im Auftrag des Zionistischen Hilfsfonds in London. I. Allgemeiner Teil, II. Einzeldarstellungen. Leipzig und Köln 1910, Jüdischer Verlag. Preis 8 Mark.

Vom Zionistischen Hilfsfonds in London wurde 1905/06 eine „Kommission zur Erforschung der Pogrome" eingesetzt, und in dem angeführten zweibändigen, zirka 1000 Seiten umfassenden Werke sind nun die Resultate dieser Untersuchung veröffentlicht. Leider erfahren wir aber sehr wenig, wie und von wem diese Arbeit ausgeführt wurde. Die Herausgeber versichern, daß ihren Mitarbeitern die Objektivität zur Pflicht gemacht wurde, was indes herzlich wenig besagt. Genaue Angaben über die Zusammensetzung der Enquetekommission hätten erst ermöglicht, über den Wert dieser Berichte zu urteilen. Dann sind die Antworten der Berichterstatter nur zum Teil genau wiedergegeben; in den meisten Fällen sind sie als Material neben vielen anderen Berichten zu einer allgemeinen Schilderung vereinigt. Somit ist die Nachprüfung der Richtigkeit der gesammelten Angaben fast unmöglich. Viel wertvoller wäre schon, wenn die Herren Zionisten einfach die offiziellen Berichte und die Verhandlungen in den Pogromprozessen, soweit sie zu erhalten sind, veröffentlicht hätten. Die privaten Berichte ermangeln der Beweiskraft und sind auch lückenhaft. Ich habe dem Pogrom in Shitomir selbst beigewohnt und finde, daß der Bericht darüber hier vieles in bezug auf die Genauigkeit der Schilderung zu wünschen übrig läßt, und doch könnte man aus den Gerichtsverhandlungen und den Untersuchungen der Gerichtskommission auch die Details feststellen.

Viel schlimmer noch steht es mit der Verarbeitung der Materialien. Sie ist vom „nationalpsychologischen" Standpunkt aus gemacht worden, oder richtiger vom gemäßigt nationalistischen. So wirft Herr Linden, der hierbei die Hauptarbeit verrichtete, den Sozialdemokraten Rußlands vor, daß sie den Kampf gegen die Pogrome ausschließlich in den Rahmen eines „Parteikampfes" (will wohl sagen, vom Parteistandpunkt aus beleuchtet) hineingezwängt hätten. Ferner zweifelt er an, daß die Pogrome in den achtziger Jahren durch die Polizei organisiert worden seien, obgleich sogar Männer wie Tolstoi gegen die Regierung diese Anschuldigung erhoben. Wenn die Regierung später öffentlich gegen die Pogrome auftrat, so kann es natürlich nicht als Beweis gegen ihre Schuld angeführt werden. Die Heuchelei gerade der russischen Gewaltherrscher ist weltberühmt. Möglich auch, daß die Regierung, als sich einige Revolutionäre der „Volksbewegung" anschließen

wollten, wirklich Angst bekam, die Pogrome könnten die ihnen von der Regierung gezogenen Grenzen überschreiten. Den Autoren paßt es aber in ihren Kram, die Pogrome mehr als Ausdruck „nationalpsychologischer" Gegensätze zu betrachten denn als ein Machwerk der Regierung, und so vertuschen sie gerade diese Seite der Frage. Wie würden sie es sonst fertig bringen können, gegen den Klassenkampf und Parteispaltungen unter den Juden zu zetern und eine einheitliche nationale Organisation zu empfehlen.

Nebenbei sei bemerkt, daß die Autoren sich geradezu lächerlich machen, wenn sie das Vorhandensein eines jüdischen Proletariats einfach bestreiten. Auch dies ist eigentlich nicht neu, aber die Gegner der Sozialdemokratie sind eben sehr wenig erfinderisch.

Man sieht, daß die ganze Arbeit nur mit großer Vorsicht zu gebrauchen ist.

Zum Schlusse mag hier noch auf das Ehrenzeugnis hingewiesen werden, das Leute einer ganz anderen Parteirichtung den russischen Genossen ausstellen. Nirgends hat, erklären sie (S. 368 ff.), der Kern der sozialistisch organisierten Arbeiter an den Pogroms teilgenommen. Viele russische Parteimitglieder bildeten Selbstschutzorganisationen, und in einigen Städten (Jekaterinoslaw und Jaroslaw) gelang es ihnen, die Juden vor einem Pogrom zu schützen. In Jaroslaw erklärten die Eisenbahner kategorisch dem Gouverneur, sie würden einen Streik beginnen, wenn er dem Pogrom nicht sofort ein Ende bereitete — und die Ausschreitungen hörten in der Tat sofort auf.

Diese wenigen Beispiele berechtigen uns, den Schluß zu ziehen, daß die Lösung der Judenfrage in Rußland, die Befreiung der Juden von der ewigen Gefahr der Pogrome nur durch die Erstarkung der sozialdemokratischen Bewegung möglich ist. Diese Schlußfolgerung ziehen die Autoren aber nicht und beweisen nur, daß sie selber nicht verstehen, die Tatsachen zu erklären. M.

Notizen.

Die russische Stadt. Auf Grund des statistischen Materials des russischen Ministeriums des Innern (Die Städte Rußlands im Jahre 1904) hat der Petersburger Stadtverordnete L. Welichow als Herausgeber der Zeitschrift „Gorodskoje Djelo" (Die Stadt) eine Tabelle über die Wohlfahrtseinrichtungen der russischen Städte veröffentlicht. Die Zahlen, die Herr Welichow bringt, sind eine neue gewaltige Anklage gegen die russische Regierung, die einerseits in den Städten ein Wahlrecht aufrecht erhält, das die Stadt einem kleinen Klüngel ausliefert, und andererseits jede gelegentliche freie Regung irgend einer Stadtverordnetenversammsammlung unterdrückt. Das städtische Wahlrecht besitzen in Rußland nur Hausbesitzer. Was das zahlenmäßig bedeutet, sagen uns zum Beispiel die Verhältnisse in einer Stadt wie Riga, die bei einer Einwohnerzahl von 350000 bis 400000 zirka 3000 Wähler für die Stadtverordnetenversammlung hat.

Welichow hat das Material für sämtliche Städte Rußlands verarbeitet, mit Ausnahme von Petersburg und den Städten Finnlands. Im ganzen 1084 Städte; darunter 141 Orte, die nominell nicht als Städte gelten, aber mehr als je 10000 Einwohner haben.

Von den 1084 Städten sind bloß 301 ordentlich beleuchtet. In der großen Masse der übrigen Städte gibt es nur eine Beleuchtung der Hauptstraßen. In 123 Städten oder 12½ Prozent aller Städte gibt es überhaupt keine Beleuchtung. Von 1084 Städten haben eine Wasserleitung bloß 257 oder weniger als 24 Prozent aller Städte; eine Abwässerkanalisation besitzen ganze 38 Städte oder weniger als 3½ Prozent aller Städte. Dabei sei bemerkt, daß die Zahl der Gouvernementsstädte 88 ist: weit mehr als die Hälfte aller Gouvernementsstädte besitzt also keine Kanalisation. Es gibt aber auch 23 Gouvernementsstädte (mehr als ein Viertel

aller Gouvernementsstädte!), die keine Wasserleitung haben.[1] Auch ist eine sibirische Gouvernementsstadt nicht beleuchtet.

Vollständige Straßenpflasterung besitzen bloß 14 Städte oder 1,3 Prozent der Städte! 320 Städte (beinahe 30 Prozent der Städte!) sind überhaupt nicht gepflastert, darunter wieder eine Reihe von Gouvernementsstädten. Tomsk zum Beispiel — mit Universität und technischer Hochschule — ist nicht gepflastert.

In 40 Städten gibt es keine organisierte Hilfe gegen Feuer. In einem Drittel der Städte ist die Hilfe gegen Feuer lediglich privater Natur.

Krankenhäuser haben 854 Städte oder weniger als 80 Prozent der Städte, Ärzte 1008 und Apotheken 1028 Städte. Im Durchschnitt gibt es auf je 400 Städter einen Krankenhausplatz und auf je 2000 Städter einen Arzt. Zur Würdigung dieser Zahlen sei bemerkt, daß die Zahl für die Ärzte in den russischen Städten allerdings kaum geringer erscheint als zum Beispiel in den Städten Deutschlands. Erst auf die gesamte Einwohnerzahl berechnet — die Ärzte konzentrieren sich überall in den Städten — ergibt sich, daß es im europäischen Rußland (1904) dreimal weniger Ärzte gibt als in Deutschland (1905): 1,9 gegen 5,5 Ärzte auf 10000 Einwohner. Über die Zahl der Krankenhausplätze sei bemerkt, daß das Krankenhaus der Stadt zugleich das Land zu versorgen hat. Da auf die Städte Rußlands etwa 20 Prozent der gesamten Bevölkerung kommen, so hätten wir, für die gesamte Einwohnerzahl berechnet, einen Krankenhausplatz auf je 2000 Personen. Man vergleiche hiermit die entsprechenden Zahlen für Deutschland: im Deutschen Reiche (1900) 9,3 Krankenhausplätze auf je 2000 Einwohner, in Hamburg (1903), das als Beispiel für die Stadt gelten mag, 20,7 Krankenhausplätze auf je 2000 Einwohner.[2]

Eine Reihe von Orten hat kein Krankenhaus, keine Ambulanz, keinen Arzt, keinen Feldscher, keine Hebamme, keine Apotheke. Und das in Orten, die städtischen Charakter tragen.

Schlachthäuser haben 913 Städte. Die Schlachthäuser sind primitiv eingerichtet.

Elementarschulen haben 1079 Städte von 1084. Im ganzen gibt es rund eine Million Schüler in den Elementarschulen — um ein Vielfaches weniger, als der gesamten Einwohnerzahl der russischen Städte entspräche.

Gymnasien („Mittelschulen“, worunter sämtliche Typen der humanistischen, Real- und Reformgymnasien zu verstehen sind) haben 287 Städte oder 26 Prozent der Städte; Mittelschulen für Mädchen haben 358 Städte oder 33 Prozent. Hochschulen haben 14 Städte.

Sehr instruktiv ist folgende Gegenüberstellung. Es haben

Bibliotheken und Lesehallen . .	256	Städte	oder 23,6	Prozent der Städte
Zeitungen	120	"	" 11,0	" " "
Sonntagsschulen u. Fortbildungskurse für Arbeiter			zirka 12,5	" " "
Theater und Zirkus	187	"	oder 17,3	" " "
Kirchen und Kapellen	1082	"	" 99,98	" " "

Die zwei restierenden gottlosen Städte sind in Polen gelegen, und es leben in ihnen ungestraft zirka 11000 und 37000 Leute. Im Durchschnitt hat jede Gouvernementsstadt 30 Kirchen, jede Kreisstadt 8 Kirchen.

Welichow faßt seine Aufstellung in folgenden lakonischen „Schlüssen“ zusammen:

„Die Beleuchtung der Städte ist ungenügend. . . .

„Die Wasserversorgung ist ungenügend. . . .

---

[1] In Deutschland haben in den Orten von über 15000 Einwohnern bloß 4 Prozent keine zentralen Anlagen für Wasserversorgung. Vergl. Das Deutsche Reich in gesundheitlicher und demographischer Beziehung. Festschrift des Kaiserlichen Gesundheitsamtes. S. 144 und 145. Berlin 1907.

[2] Die Zahlen für Deutschland sind entnommen: Prinzing, Handbuch der medizinischen Statistik, S. 544 und 545. Jena 1906.

„Die Abwässerkanalisation ist ungenügend. . . .

„Der Zustand der städtischen Straßen ist ungenügend. . . .

„Die Volksbildung ist ungenügend: zwei Drittel der Städte haben keine Mittelschulen, drei Viertel der Städte keine Bibliotheken und Lesehallen.

„Die ärztliche Hilfe ist ungenügend: ein Fünftel der Städte hat keine Krankenhäuser.

„Die Hilfe gegen Feuer ist ungenügend. . . .

„Vollkommen versorgt sind die Einwohner der Städte nur mit Kirchen, Bethäusern und Kapellen, deren es, auf die Gesamtzahl der städtischen Bevölkerung berechnet, zweimal so viel gibt als im westlichen Europa.

„Zum Schlusse darf nicht unerwähnt bleiben, daß das Netz staatlicher Schnapsläden in glänzender Weise ausgedehnt ist. Es gibt in Rußland keinen bewohnten Ort, wo dank der Eigenart des staatlichen Budgets nicht für ein reichliches Angebot von Spirituosen gesorgt würde. In dieser Beziehung kommt das Finanzministerium aller Nachfrage und allen Bedürfnissen liebevoll entgegen.“ Lipsius.

Zeitschriftenschau.

Im „Divenire Sociale“ vom 31. Dezember 1909 behandelt Ciattini die Frage des **„Antiklerikalismus“**. Besonders unter den romanischen Völkern hat diese Frage zum lebhaftesten Widerstreit der Parteien Anlaß gegeben. Es handelt sich hier um einen Konflikt zwischen zwei Mächten, der Kirche und dem Staate. Trotz des antiklerikalen Ursprungs der italienischen Bourgeoisie teilt diese heute ihre Herrschaft mit der Kirche. Die Demokratie versucht diese Gemeinsamkeit aufzuheben: sie will auch regieren, will sich mit der Monarchie abfinden, mit der hohen Bureaukratie und den anderen Formen des Schmarotzertums, nur nicht mit der Kirche.

Welches Interesse hat nun das Proletariat an diesem Kampfe? Ist ihm damit gedient, daß das liberale und freimaurerische Bürgertum das Übergewicht über den Staat erlangt? Der Autor hält dafür, daß dem Proletariat der antiklerikale Staat ebenso feindlich gegenüberstehen muß wie die Kirche. Beide Organismen strebten auf verschiedenem Wege dazu, das Proletariat in seiner heutigen sozialen Inferiorität zu erhalten. Auch sei es ein Irrtum, zu sagen, der Sieg über die Kirche stelle den Sieg der Wissenschaft über das Dogma dar, es gäbe neben dem religiösen auch noch andere Dogmen, so das patriotische, das wirtschaftliche usw. Aber selbst wenn man den Ideen der bürgerlichen Demokratie eine Überlegenheit gegenüber denen der Kirche zugeben wolle, so bliebe zu bedenken, daß die Kirche sich nicht durch den Glauben, sondern durch ihre finanzielle und wirtschaftliche Macht erhielte. Jedes soziale System, das abgewirtschaftet hat, ist geistig tot, schon ehe es tatsächlich weggeräumt ist. In dieser Lage befindet sich die Kirche heute. Die neue Macht, die ihren Sturz herbeiführen kann, ist die Arbeiterklasse, aber diese wendet sich nicht nur gegen die Kirche, sondern gegen jede Form des Privilegs. Sie kann sich nicht zur antiklerikalen Politik hergeben, um das bürgerliche Freimaurertum an die Herrschaft zu bringen. Für das Proletariat hat es keinen Zweck, eine der Säulen der heutigen Ordnung zu schwächen, um die andere zu verstärken. Es kann sogar schädlich für es sein, wenn die liberale Bourgeoisie das Proletariat für den antiklerikalen Kampf gewinnt und dadurch das Bewußtsein des Klassenkampfes abschwächt. Außerdem wäre es eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß man durch bloße Propaganda die vorwiegend wirtschaftliche Macht der Kirche brechen könne. Die Arbeiterschaft muß zunächst in ihrem eigenen Innern die Energien ausarbeiten, die sie an Stelle der Kirche setzen will. Für den Syndikalismus, den der Autor als eine Philosophie der proletarischen Aktion bezeichnet, käme nur das in Betracht, was die Arbeiter tun, nicht das, was sie glauben oder nicht glauben. Das Proletariat braucht nicht die Grundsätze des bürgerlichen Freidenkertums, um seinen Be-

freiungskampf zu idealisieren. Die höchsten Kulturideale liegen in diesem Kampfe selbst. Die überwiegende Bedeutung, die der Antiklerikalismus in der italienischen Arbeiterbewegung erlangt hat, ist dem Übergewicht der Akademiker und dem demokratischen politischen Strebertum zu danken, die zum Schaden des Proletariats wuchern. Oda Olberg.

„The International Socialist Review" vom Februar enthält einen Aufsatz von H. M. Hyndman: **„Der Fluch des Kompromisses in Großbritannien".** Was wir früher fürchteten, ist jetzt geschehen; indem die Arbeiterpartei und die I. L. P. mit den Liberalen zusammengingen, und ihre Führer mit den Organisatoren einer großen kapitalistischen Partei unterhandelten, nicht um Vorteile für die Arbeiter, sondern um Sitze für sich selbst zu erlangen, haben sie der Bewegung großen Schaden zugefügt. Wir sind nicht gegen jede Art der Abmachung mit einer bürgerlichen Partei oder eine Unterstützung einer bürgerlichen Regierung, wenn ein wesentlicher Vorteil für das Proletariat damit erzielt wird. Will eine solche Regierung ernsthaft einem Übel des Kapitalismus, sei es Arbeitslosigkeit, sei es Hunger der Schulkinder, mit kräftigen Reformen zu Leibe gehen, so unterstützen wir dies gern, vorausgesetzt es ist Bürgschaft dafür da, daß es ehrlich gemeint ist. Aber zugleich müssen wir dabei unser Prinzip hochhalten, unsere Fahne nicht sinken lassen, den Klassenkampf, der immer weiter geht, auch weiter propagieren. Und vor allem dürfen wir uns nicht dazu verführen lassen, uns durch Hintanhaltung unseres Prinzips große unaufgeklärte Massen anzugliedern, die uns bei der ersten Gelegenheit wieder verlassen. Lieber mit einer kleineren Schar wirklich revolutionärer Sozialdemokraten für das Ziel kämpfen, als mit Millionen bürgerlich denkender Lohnsklaven zu Ehren ihrer besoldeten Führer vorübergehende politische Augenblickserfolge einheimsen! Daher kann man nicht ohne Trauer, ja nicht ohne Mißbilligung die Haltung der Sozialisten innerhalb der Arbeiterpartei ansehen. Natürlich fällt kein Tadel auf Männer wie Henderson und Shackleton; sie haben sich nie für Sozialisten ausgegeben; wenn sie von der Regierung möglichst viel zu bekommen suchen und, selbst liberal, zu den Liberalen immer wieder hinneigen, mag man ihre irrige Auffassung bedauern, aber man konnte nichts anderes erwarten. Das gilt aber nicht für die Männer der I. L. P., für Keir Hardie, Macdonald, Snowden, die sich als Sozialisten ausgeben und sogar als die regelrechten Nachfolger von Marx und Engels gelten wollen. Sie haben vor Lloyd George und Churchill ihre Knie gebeugt und als ein Budget des armen Mannes, als ein sozialistisches Budget gepriesen, was nur ein pfiffiger Schwindel war, eine schwere Belastung des Volkes mit einer kleinen Besteuerung des müßigen Reichtums versüßt, die dem Kapitalismus nicht weh tut. Hier liegt eine Warnung für die Sozialisten aller Länder, nicht Parlamentssitze um jeden Preis als das höchste zu schätzen. Es war geradezu belustigend, zu sehen, wie mehrere Arbeiterführer, sobald sie Parlamentsmitglied geworden waren, sich auf einmal an Weisheit gewachsen fühlten, und sich „Staatsleute" dünkten, die imstande seien, den Sturmwind des Kapitalismus zu reiten. Sie haben die Proletarier Englands entmutigt und sie einen gefährlichen Schritt in der Richtung des Wiederaufgehens in eine kapitalistische Partei geführt.

„Das barbarische Spokane" wird von Fred. W. Heslewood beschrieben. Viele Monate kämpfen die Arbeiter der I. W. W. in der Stadt Spokane im fernen Nordwesten der Vereinigten Staaten für die Freiheit der Presse und der Versammlung mit der Waffe der passiven Resistenz. Die Straße wird ihnen verboten, während sie sonst jedem zu öffentlichen Reden offensteht; ihre Presse wird von der Polizei konfisziert mit der einfachen Begründung: wir nehmen sie und das genügt. Vierhundert Männer und Frauen liegen im Gefängnis, durch einen ungesetzlichen Richterspruch verurteilt, und werden dort in geradezu barbarischer Weise mißhandelt: bald bringt man sie in heißen Dampf bis zum Ersticken, dann wieder in eiskalte offene Zellen ohne irgend eine Decke. Mehreren sind Arme und Beine

oder der Kiefer von Polizeiknütteln zerschmettert, ohne daß sie ärztlich behandelt werden. Eisenstarke, wetterharte Männer, Holzhacker, die eben aus den Wäldern kamen, um am Kampfe gegen die Holzmagnaten teilzunehmen, werden im Gefängnis zu blassen, gebrochenen Gestalten, für das ganze Leben vernichtet. Man fragt sich, ob man in Amerika einer Zeit entgegengeht, wo man nur noch in geheimen Zusammenkünften den Sozialismus und den Kampf gegen den Kapitalismus flüsternd propagieren kann. Trotzdem unsere eigene Presse ungesetzlich unterdrückt wird und die bezahlten bürgerlichen Blätter die Kämpfer als Strolche und Landstreicher begeifern und die Menschlichkeit der Polizei rühmen, sickert doch sogar in ihnen dann und wann etwas von der Wahrheit durch. Ein Journalist erklärte, wenn einer seine Mutter ermordet hätte, würde er nicht so gemartert werden wie die I. W. W.-Leute. Und das bloß, weil sie auf der Straße Ansprachen hielten und das Recht gebrauchen wollen, das die Heilsarmee stets benutzt; sie werden dann wegen „groben Unfugs" oder als mittellose Landstreicher — die Polizei nimmt ihnen vorher all ihr Geld — verurteilt. Aber die Arbeiter halten aus. Der Sozialismus, die sozialistische Gewerkschaft hat sie begeistert; sie haben die skandalösen Behandlungsweisen, die Betrügereien und Ausbeutungsmethoden des Holztrust kennen gelernt, aber auch durch ihre Gewerkschaft viele Vorteile errungen. Daher wird der Kampf beiderseits energisch weitergeführt; und aus ganz Amerika schicken die klassenbewußten Arbeiter Geld zur Unterstützung der Kämpfer.



In einem Aufsatz **„Industrialismus und Gewerkschaften"** weist James Connolly auf die beiden von ihm in einer populären Schrift dargelegten Prinzipien hin, daß die Arbeiterklasse nur mittels des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zum politischen Klassenbewußtsein kommen kann, und die Übernahme der Produktionsmittel nur möglich ist, nachdem das Proletariat auf dem wirtschaftlichen Felde eine herrschende Stellung erreicht hat. Daß der Sozialismus sich nur auf eine kräftige Gewerkschaftsbewegung stützen kann, wird jetzt in der Partei allgemein anerkannt. Bleibt die Frage, worüber die Meinungen auseinandergehen: ob die heutige Form der amerikanischen Gewerkschaften diese Grundlage zu einer sozialistischen Bewegung abgeben kann; ob die A. F. L. sich dahin entwickeln kann. Um die Gründe für eine verneinende Antwort zu verstehen, ist es nötig, in die Geschichte zurückzugehen. Diejenigen, die die A. F. L. als die einzige legitime, historische Organisation der Arbeiter ansehen, vergessen, daß sie als Gegensatz zu den „Arbeitsrittern" entstanden ist. Die Arbeitsritter bildeten eine revolutionäre Massenorganisation aller Ausgebeuteten; ihr fehlte die Trennung in Gewerben, die zu erfolgreichen wirtschaftlichen Kämpfen nötig war. Die ersten Schritte in jener Richtung wurden eben gemacht, als die Organisation von der herrschenden Klasse schwer angegriffen wurde und die A. F. L. sich an ihre Stelle drängte. Die A. F. L. hat dann der konservativen Lehre der Interessenharmonie zum Siege verholfen, weil die Organisationsform der A. F. L. in nationale Fachvereine den damaligen Bedürfnissen entsprach. Ohne sie hätte sich die Organisation der Arbeitsritter doch zu Gewerkschaftsverbänden entwickelt, und in diesem Sinne kann die I. W. W. als die legitime Erbin jener ältesten amerikanischen Organisation gelten.

Aber jetzt ist die nationale Organisation in Fachverbänden überholt und zu einem Hindernis geworden. Haben die Zimmerer in Chicago einen Streit mit ihren Meistern, so müssen alle Zimmerer von San Franzisko bis Boston darüber mit urteilen, weil ihre Hilfe im Falle des Kampfes beansprucht wird. Aber dieselben Zimmerer von Chicago dürfen nicht die Maurer, die Maler, die Bauklempner, die unmittelbar neben ihnen arbeiten, in ihren Kampf hineinziehen, um gemeinsam mit ihnen vorzugehen. Wenn sie alle überzeugt sind, daß sie gegen den sie gemeinsam ausbeutenden Bauunternehmer kämpfen müssen, können sie nicht handeln, weil jeder von seiner nationalen Organisation abhängt. Vereinigen sie sich zu einem lokalen Industrieverband, so werden sie außerhalb der Stadt als „Scabs" (Unorganisierte, Streikbrecher) betrachtet. So bringt der nationale Fachverband

genau so viel Trennung und Isolierung wie Einigung; er verhindert durch seine Regeln eine zeitgemäße Entwicklung der Organisationsform. Industrieverband und Fachverband kommen unaufhörlich in Konflikt miteinander; ein Maschinist in einer Textilfabrik darf mit den Textilarbeitern nicht mitstreiken, und schließt er sich der Fabrikorganisation an, so wird er vom Maschinistenverein als Scab betrachtet. Durch ihre Tarifverträge, die immer zu einer für die Arbeiter ungünstigen Zeit ablaufen, erschwert die A. F. L. auch die Kampffähigkeit der Arbeiter. Daher ist die Form des Industrieverbandes zu einer erfolgreichen Gewerkschaftsbewegung notwendig, die zugleich die Grundlage für eine kräftige sozialistische Bewegung abgeben kann.

Bibliographie des Sozialismus.

Alibert, Raphaël, **Les syndicats, associations et coalitions de fonctionnaires.** Paris 1909. 8°. 207 S.

Brocard, M., **La démocratie socialiste allemande et autrichienne et les élections de 1907.** Paris 1909. 8°. 187 S.

Charasoff, Dr. Georg, **Das System des Marxismus.** Darstellung und Kritik. Berlin, Hans Bondy. 347 S.

Coulin, Jules, **Die sozialistische Weltanschauung in der französischen Malerei.** Leipzig 1909. 8°. 200 S.

Diligent, Victor, **L'action syndicale ouvrière.** Roubaix. 8°. 170 S.

Faray, Gabriel-Louis, **La question sociale et le socialisme en Hongrie.** Paris 1909. 8°. 424 S., 5 Karten.

Kautsky, Karl, **De Weg naar de Macht.** Vertaald door Dr. Herm. Gorter. Sociale Bibliotheek onder Redaktie von Mr. J. Troelstra en Henri Polak. Nr. 11. Rotterdam, Wakker & Co. 170 S. 1,25 fl., gebunden 1,65 fl.

— — **Theorien über den Mehrwert.** Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie" von Karl Marx. Dritter Band: Von Ricardo zur Vulgärökonomie. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. 384 S. Broschiert 5 Mk., in Leinen gebunden 5,50 Mk., in Halbfranzband 6,50 Mk.

Kerr, Charles, **What to read on Socialism.** Chicago, Kerr & Co. 63 S. 2 Cts.

Krsta, Zizwaritsch, **Idealismus oder Materialismus?** Eine erkenntnistheoretische Abhandlung. Belgrad 1909. 72 S. 1 Din.

Kuyper, R., **De marxistische Verklaring der Ideologieën.** Geschreven naar Aanleidung van de Gedachtenwisseling over Klasse-Moraal. Rotterdam, Wakker & Co. 27 S.

Leroy, Jean, **Le contrat collectif de travail en Allemagne.** Paris 1909. 8°. 258 S.

Louis, Paul, **Le Syndicalisme contre l'Etat.** (Bibliothèque d'Histoire contemporaine.) Paris, Felix Alcan. 276 S. 3,50 Fr.

Nachimson, Dr. M., **Die elektrotechnische Umwälzung.** Eine nationalökonomische Studie über den Einfluß der Elektrizität auf unsere Wirtschaft und auf die Betriebsformen. Zürich, E. Speidel. 118 S. 2 Mk.

Pannekoek, Ant., **Marxismus und Darwinismus.** Ein Vortrag. Leipzig, Leipziger Buchdruckerei A.-G. 44 S. 25 Pf.

Parthenin, César, **Le droit social sur les choses.** Essai sur la nature des proprietés collectives. Paris 1909. 8°. 220 S.

Pujol, Joseph-Marie-Jean-André, **La conception matérialiste de l'histoire.** Toulouse 1909. 153 S.

Ratnoff, Witscho, **Die Arbeiterbewegung in Bulgarien.** Grüningen 1909. 8°. 128 S.

Renner, Dr. Karl, Reichsratsabgeordneter, **Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus.** Untersuchungen über Größe und Macht der deutschen Nation in Österreich und das nationale Programm der Sozialdemokratie. Wien, Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co. 72 S. 60 Heller.

Rodet, Henri, **Le contrat social et les idées politiques de J. J. Rousseau.** Paris 1909. 8°. 443 S.

Roland-Holst, Henriette, **Kapital en Arbeed in Nederland.** Sociale Bibliotheek onder Redaktie van Mr. J. Troelstra en Henri Polak. Nr. 2. Rotterdam, Wakker & Co. 226 S.

„Sangen" (Ähren), in jüdischer Sprache, zu Bebels 70. Geburtstag. Wilna, Verlag von „Die Welt". 36 S. 10 Kopeken.

Schröder, Wilhelm, **Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863 bis 1909.** Komplett in 18 Lieferungen à 30 Pf. zu je 32 Seiten. Lieferung 1 und 8. München, Verlag von G. Birk & Co., G. m. b. H.

Sisyphusarbeit oder positive Erfolge? Beiträge zur Wertschätzung der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften. Berlin, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 112 S. 50 Pf.

Für die Redaktion verantwortlich. Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 30 Ausgegeben am 22. April 1910 28. Jahrgang

Zwei sozialistische Parteitage.

Von **Th. Rothstein.**

Fast zur selben Zeit — an den Oster- und den danach folgenden Geschäftsfeiertagen — und fast am selben Orte — in London und einem seiner großen Vororte — hielten die beiden sozialistischen Parteien Englands ihre diesjährigen Parteitage ab. Die Sozialdemokratische Partei, die S. D. P., tagte in West Ham, einer großen Industriestadt innerhalb der Grenzen von Groß-London, die zu ihren Hochburgen zählt, und die Unabhängige Arbeiterpartei, die Independent Labour Party (I. L. P.), tagte in einem der Hauptpunkte der mittleren Stadt, wo die Handels- und Journalistenwelt zusammentreffen. Die eine hatte für ihr Parteitagslokal eines der zwei Rathäuser, über die die Stadt West Ham verfügt, die andere fand einen bequemen Zufluchtsort in Memorial Hall, den Hauptquartieren des dissidentischen Pfaffentums. Die eine ohne Zweifel appellierte mehr an das proletarische Publikum, dagegen nahm die zweite mehr Rücksicht auf die bürgerliche Welt. Die S. D. P. hatte am zweiten Abend ihrer Konferenz in dem Rathaus der Nachbarstadt East Ham Tanz und Konzert, wo der „Liederchor Karl Marx“ der südwalisischen Bergarbeiter sozialistische Lieder vortrug, und die I. L. P. hatte in Verbindung mit ihrer Konferenz einen zweitägigen Basar zugunsten der Parteikasse, der den Namen „Dickens Fair“ trug. Beide Organisationen schlossen ihre Parteitage mit einem großen Agitationsmeeting, die S. D. P. in derselben Stadthalle, wo sie getagt hatte, und die I. L. P. in dem großen Konzertsaal vom West End, in Queen's Hall. Außerdem schieden die Delegierten der S. D. P. unter den Tönen der Internationale und Hochrufen auf die soziale Revolution voneinander, und die der I. L. P. — begnügten sich mit dem bekannten Volkslied „Auld Lang Syne“.

Soviel über das Äußere, das aber auch für das innere Wesen der beiden Parteien ziemlich kennzeichnend ist. Nicht als ob die I. L. P. nicht eine proletarische Partei wäre. Aber sie ist eine *opportunistische* Partei, die sich durch eine natürliche Auslese aus den Reihen der minderentwickelten proletarischen und überentwickelten kleinbürgerlichen Elemente rekrutiert und des-

halb der sozialistischen Psychologie fremd ist und vielleicht noch immer fremder wird. Es mag bei den landläufigen Anschauungen über die I. L. P. als einer Partei, die sich dem allgemeinen geistigen Niveau der englischen Arbeiterklasse anzupassen sucht, sehr seltsam klingen, ist aber nichtsdestoweniger eine Tatsache, daß sie in ihren Reihen viel mehr bürgerliche Elemente besitzt als etwa die S. D. P. Von den alten Führern und Gründern der Partei abgesehen, stammt die Mehrheit ihrer neuen Kräfte, der politischen wie der geistigen, aus der bürgerlichen Intelligenz, und wenn die Partei auf die große und rasche Zunahme ihrer Mitgliedschaft nicht ohne Stolz hinweisen kann, so muß dieses Wachsen zum großen, wenn nicht größten Teile auf das Konto dieses Zuströmens bürgerlicher Elemente gestellt werden. Das ist die Wirkung des Opportunismus. Nicht so sehr die Arbeiterklasse, als das vom Liberalismus enttäuschte intelligente Bürgertum hat er in die Partei gezogen, wodurch diese selbst noch mehr opportunistisch geworden ist. In der S. D. P., zum Glücke oder Unglück, ist es anders. Ihrer scharfen marxistischen Stellung weicht die bürgerliche Intelligenz meilenweit aus, und obwohl auch die S. D. P. die breiten Arbeitermassen nicht anzuziehen imstande war, bleibt sie mit ihren auserwählten Geistern doch immer eine rein proletarische Organisation, die von einer aufrichtigen — man nennt es in gewissen Reihen auch „fanatischen" — Begeisterung für den Gedanken und das Werk des Sozialismus beseelt ist.

Diese sozialpsychologischen Verschiedenheiten der beiden Parteien muß man ins Auge fassen, um sie richtig begreifen zu können. Die S. D. P., dank ihrer kleinen Zahl, mehr aber noch dank der unversöhnlichen Feindschaft der gesamten bürgerlichen und bürgerlich gesinnten Welt ist aus der Sphäre des politischen praktischen Wirkens ausgeschlossen und, wie es immer in solchen Fällen geschieht, der Gefahr des Sektierertums, das unter dem Namen des „echten Revolutionismus" auftritt, ausgesetzt. Dagegen findet sich die I. L. P., dank der großen Zahl ihrer bürgerlichen Elemente, die bei ihr an der Spitze stehen, und infolge des regen Verkehrs mit der bürgerlichen Welt, in enger Berührung mit politischer Praxis, läuft aber dadurch Gefahr, den sozialistischen Boden, wie schmal und wankend er auch gewesen war, gänzlich unter den Füßen zu verlieren. Die eine besitzt, was der anderen fehlt, und der einen fehlt, was die andere besitzt. Und deshalb gärt die Unzufriedenheit in den Reihen der beiden Parteien. Besonders nach den jüngsten Wahlen, die die politische und praktische Isoliertheit der S. D. P. wieder einmal demonstriert und andererseits die I. L. P. in das liberale Fahrwasser entschiedener als je hineingezogen haben, fühlt sich die Masse der Arbeiter wie hier so dort auf das tiefste enttäuscht und ist davon überzeugt, daß es einmal anders werden müsse. Aus der Isoliertheit müsse endlich herausgetreten werden, sagt man bei der S. D. P. Der Zusammenarbeit mit dem Liberalismus müsse endlich ein Ende gesetzt werden, meint man bei der I. L. P. Und beide Parteien traten zu ihren Jahreskonferenzen mit dieser Überzeugung zusammen.

Die S. D. P. wurde bei der Eröffnung der Konferenz vom Bürgermeister — eine noch nie erlebte Ehre! —, vom Gewerkschaftskartell und der Sektion der I. L. P. begrüßt. Schon dieser Zwischenfall wirkte auf die Gemüter der Versammelten ermutigend. Als dann Hyndman, der zum Vorsitzenden erwählt worden war, das Wort zur Begrüßung der Delegierten nahm — es waren deren 136, die 112 Zweigvereine (etwa die Hälfte der Gesamtzahl in der Partei) vertraten —, kam selbst in seiner Rede der die Organisation be-

herrschende Gedanke zum klaren Ausdruck. Da die Jahreskonferenz gerade die dreißigste seit der Entstehung der S. D. P. war, war es für Hyndman, den Vater der Partei, selbstverständlich, eine Übersicht der Vergangenheit zu geben, um dadurch nicht nur den allgemeinen Fortschritt der sozialistischen Bewegung zu schildern, sondern auch jene „schamlosen Verdrehungen" zu widerlegen, die jetzt „von manchen Arbeiterführern im Parlament verbreitet werden, die die Früchte unserer langen und schwierigen Kämpfe eingeheimst haben, ohne an unseren Opfern oder Gefahren beteiligt gewesen zu sein". In knappen, aber sehr prägnanten Worten schilderte er die großen Erfolge der praktischen Agitation der S. D. P. in einer Reihe Angelegenheiten, die, wie die Speisung der Schulkinder, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Schaffung von billigen Wohnungen, die Anerkennung eines anständigen Lohnes durch die öffentlichen Behörden, die Einführung des unentgeltlichen Unterrichtes usw., einst von den Radikalen und selbst von den Arbeiterführern verhöhnt wurden, die aber jetzt den eisernen Bestand jedes „praktischen" Politikers bilden. Und wer hat für die Schaffung des Londoner Grafschaftsrats agitiert zur Zeit, als dessen selbst die Radikalen müde geworden waren, wer hat gesucht, die Trade Unions mit sozialistischem Geiste zu erfüllen und auf allen ihren Kongressen für den sozialistischen Gedanken agitiert, wer hat bei der Geburt des Neu-Unionismus mitgeholfen und bei allen Streiks auf der Seite der Arbeiter gestanden, wenn nicht die S. D. P.? Eine ruhmvollere Geschichte hat keine andere proletarische Organisation hinter sich. Bei Betrachtung der gegenwärtigen Lage beschuldigte Hyndman die Labour Party der Servilität gegenüber dem Liberalismus, „um ihren Führern ihre Parlamentsmandate mit Hilfe der liberalen Wähler zu sichern", wodurch „die Arbeiter in ihrem Glauben an eine unabhängige politische Aktion enttäuscht worden sind", wies aber darauf hin, daß „die Auflehnung gegen den Opportunismus, die Kompromisselei und die Feigheit bereits begonnen hat und man jeden Grund hat, zu hoffen, daß eine kompakte, demokratische, klassenbewußte und von allen bürgerlichen Gruppen absolut unabhängige sozialistische Partei in naher Zukunft auftreten wird". Er meinte aber, bei dieser Konjunktur habe die S. D. P. eine besondere Aufgabe zu lösen. Die jüngsten Wahlen haben bewiesen, daß ein unabhängiger Kandidat unter dem gegebenen Wahlsystem gegenüber den beiden bürgerlichen Parteien keine Aussichten auf Sieg hat. Selbst die Arbeiterparteiler vermochten nicht, wo keine direkte Abmachung mit den Liberalen vorhanden war, auch nicht durch Verwässerung ihres Programms, einen Sieg zu erhaschen. Das bestehende Wahlsystem muß beseitigt werden, und zu diesem Zwecke müssen die Sozialdemokraten, „ohne auch nur im mindesten ihre Prinzipien preiszugeben, treulich mit allen denjenigen zusammengehen, die bereit sind, das Regiment der Handlanger der herrschenden Klasse umzuwerfen". Noch mehr aber. „Unsere Arbeit als Apostel und Fanatiker ist noch nicht zu Ende, aber die Methoden, dort zu ernten, wo wir selbst gesät haben, müssen wirksamer gemacht werden. Und bei diesem Streben, uns an die von uns selbst herbeigeführten veränderten Bedingungen anzupassen, ist es wünschenswert, daß wir gegenüber denen, die wir überzeugen wollen, mehr Toleranz zeigen, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Ich kann dies um so kräftiger betonen, als man mich kaum beschuldigen wird, ich hätte in unseren rohen Kämpfen und Streitigkeiten eine allzu große Höflichkeit bewiesen. Ich bin aber nicht zu alt, um zu lernen, und ich an-

erkenne, daß viele bereit sind, mit uns mitzugehen, die wir durch allzu bittere Angriffe auf ihr Halbwissen oder allzu scharfe Verachtung für ihre Unwissenheit abgestoßen haben. Nicht alle haben wir den Sozialismus mit der Muttermilch eingesogen. Ich erkläre also, die Bedingungen, die wir durch unsere Propaganda geschaffen haben, erheischen eine größere Toleranz."

Wenn ich so lange bei der Rede Hyndmans verweilt habe, so deshalb, weil sie die Ansichten und die gegenwärtigen Gefühle der S. D. P. vortrefflich widerspiegelt, und da sie aus dem Munde eines Mannes kommt, der geradezu als Muster der Unfähigkeit zur Anpassung und der Lust am Streite gilt, besitzt sie historisches Interesse. Größere Toleranz gegenüber der Unwissenheit, biegsamere Anpassung an die Tatsachen, die man nicht brechen kann, das sind die Gefühle, die man weit und breit in den Reihen der S. D. P. hegt. Und sie kamen gleich am ersten Tage der Verhandlungen zum deutlichen Ausdruck, als die Konferenz an die Beratung wohl der wichtigsten Resolution der gesamten Tagesordnung, die vom Zweigverein Central Hackney vorgeschlagen worden war, heranging. Man bedenke, daß der geistige Urheber der Resolution, Genosse Fairchild, ein Mitglied des Vereins ist, der als Organisator für London mit der S. D. P. in London in engster Berührung steht. Die Resolution lautete: „In Anbetracht, daß es für die Sache des Sozialismus wesentlich ist, daß die für ihre Förderung gebildeten Organisationen alle diejenigen umfassen, die nach der Befreiung der Arbeit vom Joche des Kapitalismus streben, beauftragt diese Konferenz den Exekutivrat (Parteileitung), die ihm notwendig erscheinenden Schritte zu tun, die zur Herbeiführung eines gemeinsamen Programms für alle Sozialisten geeignet sind, um dadurch ein politisches Werkzeug zur Verwirklichung des Sozialismus zu schaffen und die innigsten Beziehungen zur organisierten Arbeiterschaft herbeizuführen." Die Resolution leidet ohne Zweifel an Unbestimmtheit, und von mancher Seite, besonders dem Flügel der Intransigenten (in England „Impossibilisten" genannt), wurde sie eben deshalb angegriffen. Der Zweigverein von Coventry stellte auch ein Amendement zu der Resolution, in dem verlangt wurde, der gesamte letzte Satz, nach den Worten „geeignet sind", möge gestrichen und durch die Worte „die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen" ersetzt werden. Fairchild aber erklärte, die Resolution sei absichtlich etwas unbestimmt formuliert worden, da ihm und seinem Verein nicht so viel an den Methoden, durch die das Ziel erreicht werden könne, liege, als auf der Anerkennung des Zieles selbst, an der Konstatierung, daß ein neuer Geist in der Partei erforderlich sei. Die Partei müsse alle vorhandenen sozialistischen Elemente umfassen und Freundschaft mit der organisierten Arbeiterschaft schließen — sonst könne man glauben, daß „es in England Führer gebe, die mehr Gewicht auf ihre Führerschaft als auf den Sozialismus legen". Und in der darauffolgenden Diskussion nahmen fast alle Redner, mit Ausnahme der Impossibilisten, denselben Standpunkt ein. Der eine betonte die Notwendigkeit, toleranter gegenüber der Labour Party und selbst der I. L. P. aufzutreten, der andere tadelte den gehässigen Ton in der „Justice", der dritte forderte, man solle nicht ausschließlich mit dem Endziel des Sozialismus operieren, sondern mehr das Minimumprogramm in den Vordergrund schieben, und der vierte warnte, sich nicht über die Arbeiterklasse zu stellen, sondern neben sie. Genosse Quelch war der einzige unter den leitenden Rednern, der die Verteidigung der bisherigen Taktik übernahm. Er

wies darauf hin, daß bereits vor 14 Jahren und auch mehrmals später die S. D. P. den anderen Organisationen die Verschmelzung vorgeschlagen hatte, aber sie sei zurückgewiesen worden. War das Intoleranz? Oder wolle man sich an die Labour Party anschließen? Wenn es sich um Ergattern von Parlamentsmandaten handle, so schließe man sich besser an die liberale Partei an. Was die Angriffe auf die Labour Party in der „Justice" betreffe, so könnte er zwar für die Vergangenheit die Klagen der Genossen begreifen, nicht aber jetzt, wo die Labour Party ganz in den Sumpf des Liberalismus geraten sei und ihre Taktik selbst von ihren einstigen Bewunderern verurteilt werde. Darauf erhob sich der impulsive Herbert Burrows — er ist bei den jüngsten Wahlen in Haggerston schwer durchgefallen — und brach in leidenschaftliche Anklagen gegen die bisherige Taktik der S. D. P. aus. Diese Partei, erklärte er, sei politisch bankrott. Sie habe als eine propagandistische Organisation ihre Pflicht und Schuldigkeit mit großem Erfolg erfüllt, aber als eine politische Partei sei sie ein Mißerfolg. Nach 30 Jahren der größten Anstrengungen sei es ihr nicht gelungen, auch nur einen einzigen Mann ins Parlament, ja nicht einmal in den Londoner Grafschaftsrat zu bringen, und sie stehe jetzt außerhalb der Bewegung der Arbeiterklasse, nachdem sie die Führung der Labour Party der I. L. P. überlassen habe. Nicht die I. L. P., sondern die S. D. P. hätte im Parlament vertreten sein müssen, aber die S. D. P. habe nicht verstanden, die sich ihr bietenden Gelegenheiten auszunutzen.

Diese Beschuldigungen schienen den Delegierten zu weit zu gehen und wurden mit bemerklicher Unzufriedenheit aufgenommen. Es ist doch eine Tatsache, daß es den anderen Organisationen nur dadurch gelungen war, einen parlamentarischen Erfolg zu erzielen, weil sie auf ihren Sozialismus so gut wie vollständig verzichtet haben, und es war etwas zu starker Tabak, der S. D. P. deswegen Vorwürfe zu machen, weil sie nicht dasselbe getan hat. Allerdings ist es eine andere Frage, ob nicht die S. D. P., auch ohne auf ihre Überzeugung zu verzichten, bei einem feineren Taktgefühl und elastischerer Anpassung gewisse Erfolge auf dem Gebiet der Sammlung der Kräfte hätte erreichen können. Die Resolution von Central Hackney bejahte dies und selbst der Exekutivrat sprach sein Einverständnis mit der Resolution aus, so daß sie mit einer Mehrheit von 108 gegen 43 Stimmen von der Konferenz angenommen wurde.

Die Bedeutung dieses Votums liegt auf der Hand — es bekundet eine wesentliche Änderung in der Psychologie der S. D. P. Mag sein, ja ganz wahrscheinlich, die Resolution wird nicht sofort praktische Anwendung finden. Man wird erst noch die Methoden wie die Objekte der geforderten „Toleranz" zu finden haben, ehe man sie ausübt und dadurch eine Sammlung der zerstreuten und eine Annäherung an die bereits organisierten sozialistischen und halbsozialistischen Elemente vollzieht. Aber man nimmt doch jetzt eine andere Stellung wie früher ein, und die Gelegenheiten zur sozialistischen und überhaupt politischen Konzentration werden nun nicht mehr wie in der Vergangenheit versäumt werden.

Wie aber steht es bei der I. L. P.? Betrachten wir deren Konferenz. Es waren dort anwesend 310 Delegierten, die 227 Zweigvereine — etwa ein Viertel der Gesamtzahl — vertraten. Den Vorsitz führte der Präsident der Partei, Jowett, Parlamentsabgeordneter von West-Bratford. Der Konferenz ging, wie in der Parteipresse so auch in den Vereinen, eine lebhafte Diskussion über die Taktik der Labour Party im neuen Parlament voraus. Die Opposition,

der sich diesmal auch Keir Hardie und der „Labour Leader" angeschlossen hatten, tadelte an den Arbeiterparteilern ihre regierungsfreundliche Haltung, die sich darin ausgedrückt hat, daß die Fraktion die bekannte Erklärung ihres neuen Führers Barnes gegen den Asquitschen Treubruch beim Vorgehen gegen die Lords desavouiert und bei der Abstimmung über den Marineetat und ein von der Fraktion selbst eingebrachtes Amendement bezüglich der anständigen Entlohnung der Staatsarbeiter ihre Prinzipien und ihr eigenes bisheriges Vorgehen verraten hat, nur um die Regierung in der Macht zu erhalten. Auch warf man den beiden I. L. P.-Abgeordneten Macdonald und Snowden vor, daß sie im voraus ihre Bereitschaft, die Regierung zu unterstützen, angekündigt hatten, wobei sie sogar auf die Forderung des „Rechtes auf Arbeit", als teilweise von der Regierung bereits befriedigt, verzichteten. Deshalb war auch die Eröffnungsrede Jowetts von einem mildkritischen Tone durchdrungen. Nachdem er die Wahltaktik der Partei gerechtfertigt hatte, erklärte er, zwar sei er kein Anhänger „wilder Ausbrüche, die das Parlament diskreditieren", und zwar glaube er, daß „eine Partei, die anstrebt, die Autorität der Volkserwählten gegen die Kabinettcliquen zu behaupten, einen großen Dienst dem Lande erweisen und den Respekt des Publikums vor dem Parlament steigern wird", allein „ein gewöhnliches Menschenkind begreift es nicht, warum ein Mitglied des Parlamentes nicht für Dinge, die von ihm gefordert werden, stimmen darf, bloß weil das Votum als Tadelsvotum gegen die Regierung aufgefaßt werden kann! ... Ich meine, wir haben in deutlichen Worten zu bezeichnen, wonach wir streben, und immer, ohne Rücksicht auf die Folgen, über die Fragen ihrem inneren Werte nach zu stimmen und nicht unsere allgemeine Unterstützung für eine versprochene und problematische Maßnahme auszutauschen." Mit diesen Worten war schon das Register der oppositionellen Kritik angeschlagen. Sie kam bei Besprechung einer Resolution der Zweigvereine Poplar und Fraserburgh, die „das Zutrauen der Konferenz zur Labour Party aussprach und sie zu ihrer Tätigkeit im verflossenen Jahre beglückwünschte". Dazu lag ein Amendement des Zweigvereins Sidcup vor, das die „Beglückwünschung" weglassen wollte. Man muß offen gestehen, daß die meisten Reden der Opposition recht ungeschickt waren. Wahrscheinlich beabsichtigten die besseren Redner, sich erst bei den weiteren Amendements zum Worte zu melden. Jedenfalls war bemerkenswert, wie fast alle Redner konstatierten, daß es in den Reihen der Partei eine starke Gärung der Unzufriedenheit gibt. Die Fraktion wurde beschuldigt, daß sie bloß zu einem linken Flügel der Liberalen geworden ist, worauf manche andere ganz naiv bemerkten, daß es ohne die Unterstützung der Liberalen überhaupt unmöglich sei, Wahlschlachten erfolgreich durchzukämpfen. Eine typische Rede war die des Vorstandsmitglieds Mc Lachlan. Er gebe zu, daß Beunruhigung in der Partei existiere, weil zwei Strömungen, eine revisionistische und eine revolutionäre, vorhanden seien. Er gebe auch zu, daß Barnes richtig gehandelt habe und von den anderen verraten wurde. Er meine aber, die Partei sei noch immer eine unabhängige Partei, und die Fehler seien im guten Glauben begangen worden.

Etwas stärker noch sprach Keir Hardie, der aber die Lage nicht vom prinzipiellen, sondern vom rein taktischen Standpunkt aus betrachtete. Die Aktion Barnes' sei richtig gewesen, da es taktisch ein Gewinn wäre, wenn das Parlament, das sowieso aufgelöst werden muß, infolge des mutigen Auftretens der Partei aufgelöst werden würde. Aus demselben Grunde wollte

er auch, aber ohne Erfolg, die Fraktion zur Aufrollung der Arbeitslosenfrage bewegen. Jetzt, infolge der falschen Taktik, ist die Partei als politischer Faktor ausgeschaltet. Das müsse geändert werden. Die Partei sei im Parlament nicht dazu da, um die Regierung in der Macht zu erhalten, sondern um eine große politische Partei der Arbeiterklasse zur Erkämpfung des Sozialismus auszubilden. Barnes nahm auch das Wort, um vom taktischen Standpunkt aus seine Handlung zu verteidigen, aber vor Keir Hardie und Barnes hatte der geistige Führer der Partei, Macdonald, gesprochen, und der wußte schon, wie die Konferenz zufriedenzustellen sei. Bereits ein paar Wochen vor der Konferenz hatte er einen Artikel im „Labour Leader", überschrieben „Woran eigentlich kränkelt die Partei?", veröffentlicht, in dem er ausführte, die Partei kränkele eigentlich infolge gewisser Bazillen, die aus Eitelkeit, Leichtfertigkeit, Verdächtigung, Ungeduld und sonstigen „demokratischen Tugenden" entstanden seien und einer Anzahl ihrer Mitglieder ihre Arbeit verekeln. Auf der Konferenz wagte Macdonald diese schöne Diagnose der Partei nicht zu wiederholen, meinte vielmehr, die Partei habe eigentlich nichts getan, wofür sie kritisiert werden müßte. Wenn die Fraktion bei gewissen Gelegenheiten die Regierung unterstützt hätte, so sei es nicht um der Regierung willen geschehen, sondern im Interesse der Partei, die die zur Durchführung eines zweiten Wahlkampfes erforderlichen 40000 oder 50000 Pfund zu verschwenden nicht imstande sei. Die Ausführungen Macdonalds wirkten, und das Sidcup-Amendement wurde mit 241 gegen 105 Stimmen verworfen.

Damit waren nicht nur diese, sondern überhaupt alle prinzipiellen Auseinandersetzungen der Konferenz beendet. Als die Opposition, nachdem dieses Sonderamendement verworfen worden war, andere Amendements stellen wollte, erklärte sie der Vorsitzende, unterstützt von der Geschäftsordnungskommission, als nicht zulässig. Es standen auf der Tagesordnung noch mehrere heikle Resolutionen — die eine forderte, die Labour Party möge zur Aufstellung eines Programms bewogen werden, die andere bedauerte die liberalfreundliche Tendenz der I. L. P., die dritte wollte das gemeinsame Auftreten der Parteimitglieder mit bürgerlichen Politikern in öffentlichen Versammlungen verbieten, die vierte verurteilte die Aktion derjenigen Arbeiterparteikandidaten, die bei den jüngsten Wahlen liberale Kandidaten unterstützt haben usw. —, sie wurden aber sämtlich von der Geschäftsordnungskommission, die bei der I. L. P. nicht von der Konferenz selbst, sondern von der Parteileitung im voraus ernannt wird, auf den letzten halben Tag der Verhandlungen verschoben, und die Delegierten in ihrer Ungeduld gingen über diese Resolutionen fast ohne Diskussion zur Tagesordnung über. Außer den ungeheuren Wahlausgaben mancher Parteikandidaten bei den letzten Wahlen wurde nur noch eine Frage, nämlich die des Wahlrechts, gründlich diskutiert, wobei die Konferenz sich wieder mit großer Mehrheit zugunsten des „Damen"wahlrechts ausgesprochen hat.

So war die Konferenz der I. L. P. gerade in dem wesentlichsten Punkte ihrer Verhandlungen wenig befriedigend. Während sich in der S. D. P. ganz bestimmt ein neuer Geist geltend macht, der gar manches für die nächste Zukunft verspricht, ist der alte Geist in der I. L. P. noch immer stark genug, um die besten geistigen Kräfte der Partei an sich zu ziehen und dadurch gegenüber aller Opposition die alte Taktik zu behaupten. Wer die Verhandlungen auf der Konferenz der I. L. P. persönlich verfolgt hat, der konnte nicht umhin, zu fühlen, daß eine Verschmelzung der beiden Parteien der Sache des Sozia-

lismus in England bitter not tut. Die Männer der S. D. P. könnten jene geistige Überlegenheit des revolutionären Marxismus in die Bewegung hineintragen, an der es jetzt in den Reihen der I. L. P. zur erfolgreichen Bekämpfung des Opportunismus fehlt, und die biegsamere Anpassungsfähigkeit der Leute der I. L. P. könnte jenen psychologischen Umgestaltungsprozeß mächtig fördern, der sich gegenwärtig in der S. D. P. vollzieht. In diesem Zusammenhang mag auch erwähnt werden, daß die Konferenz der S. D. P., auf Antrag des Exekutivrates, beschlossen hat, die Frage der sozialistischen Einigkeit in England vor das Internationale Bureau zu bringen. Wie in den vorigen Jahren hatte es auch diesmal ein Begrüßungstelegramm an die Konferenz der I. L. P. geschickt.

Außer den geschilderten Hauptfragen haben beide Konferenzen eine Menge anderer, innerparteiliche und sozialpolitische Angelegenheiten behandelt, die aber für den auswärtigen Leser von geringem Interesse sind. Eines jedoch muß noch erwähnt werden. Die beiden Konferenzen behandelten den Militarismus und die auswärtige Politik, eine Frage, die gerade in der S. D. P. brennend ist. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Hyndman mit allen englischen Chauvinisten darüber einig ist, England stehe vor der Gefahr, von Deutschland angegriffen zu werden, und bedürfe „daher" einer starken Flotte. Auch Quelch teilt diese Ansicht, meint jedoch, die englische Regierung treibe eine provokatorische Politik, die zwar nicht die Ursache der Eroberungslust Deutschlands sei, wohl aber diesem als Anlaß und Rechtfertigung für einen Krieg mit England dienen könne. Diese Stellung — besonders da Quelch Redakteur des Parteiorgans „Justice" ist — hat eine große und bedauerliche Verwirrung in den Reihen der S. D. P. geschaffen und ihr auch beträchtlich im politischen und parlamentarischen Kampfe geschadet. Die Partei wird mit dem famosen Herrn Blatchford identifiziert, und manche haben sie sogar deshalb verlassen. Allein die Partei an und für sich trägt nicht die mindeste Schuld daran. Sie ist ebenso entschieden antimilitaristisch wie irgend eine sozialdemokratische Partei des Festlandes, und trotzdem sie nicht entschieden Front gegen Hyndman und Quelch gemacht hat, bekämpft sie, wie die Reden in den Wahlversammlungen beweisen, die Rüstungen und die auswärtige Politik der Regierung mit großer Energie. Es war deshalb ein erfreuliches Zeichen, daß die Frage einmal auf die Tagesordnung der Konferenz gestellt wurde. Es lagen dazu zwei Resolutionen vor. Die eine, von den Zweigvereinen Brixton und Central Hackney eingebracht, lautete: „Die Konferenz behauptet die Solidarität der Arbeiter aller Länder und protestiert gegen die immer steigenden Rüstungen, die sie als eine zunehmende Gefahr für den Weltfrieden und als feindlich den Interessen der Arbeiterklasse und dem Fortschritt der Kultur betrachtet; sie fordert die Regierung auf, eine Entente mit Deutschland herzustellen, und mahnt die Arbeiter, sich mit allen Kräften jeder Politik der Regierung zu widersetzen, die einen Krieg provozieren kann." Die andere, vom Zweigverein Walthamstow, sagte: „Kriege, da sie das natürliche und unvermeidliche Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind, können nur mit der Beseitigung dieser selbst aus der Welt geschafft werden. Die Konferenz erklärt, daß das einzige Mittel, eine provokatorische Politik der Regierung zu durchkreuzen, die Einführung einer den militärischen Gesetzen nicht unterstellten Volksmiliz ist." Merkwürdigerweise hat die

Geschäftsordnungskommission in diese Resolutionen eine Gegensätzlichkeit hineingelesen und die eine als Resolution und die andere als ein Amendement zur Diskussion gestellt. Da die Einführung einer Volksmiliz von manchen Parteimitgliedern, wie Herbert Burrows, und der gesamten I. L. P. zugunsten der völligen Entwaffnung bekämpft und seitens der Impossibilisten hauptsächlich vom Standpunkt einer zukünftigen Insurrektion befürwortet wird, so konzentrierte sich die Diskussion fast ausschließlich auf die Walthamstower Resolution, die auch mit großer Mehrheit angenommen wurde. Erst dann bemerkte man, daß die Brixton-Hackney-Resolution mit der Annahme des „Amendements“ unerwarteterweise gegenstandslos wurde, und eine Anzahl Genossen unternahmen sofort Schritte, um die Resolution wieder zur Diskussion zu stellen. Es war aber zu spät. Alles, was die betreffenden Genossen tun konnten, war, Unterschriften für die Resolution zu sammeln und sie der Konferenz als Dringlichkeitsantrag ohne Debatte einzubringen. Das wurde auch mit Erfolg durchgeführt, wobei selbst Hyndman und Quelch ihre Unterschriften zum Antrag gaben! So wurde zwar die antimilitaristische Meinung der Konferenz registriert, aber die sonderbaren Ansichten der beiden leitenden Genossen haben die gebührende Zurückweisung nicht erhalten. Dies ist um so bedauerlicher, als die allgemeine Diskussion über diesen Punkt von Quelch mit einer Rede eingeleitet wurde, in der er, zwar sichtlich bemüht, die Opposition durch manche Zugeständnisse zu entwaffnen, doch keinen Zweifel darüber ließ, daß er gegen die Flottenrüstungen nichts einzuwenden habe.

Auf der Konferenz der I. L. P. waren die Verhandlungen über diesen Punkt viel einfacher. Fast ohne Debatten wurde die folgende Resolution der Parteileitung angenommen und damit der ganze Gegenstand erledigt: „Die Konferenz betrachtet mit Besorgnis die zunehmende Propaganda des Militarismus und der Kriegshetzerei, die zu immer steigenden Ausgaben für Rüstungen in England und im Ausland führen, und beauftragt die Parteileitung, sofort Schritte zur Einberufung einer Konferenz aller Arbeiterorganisationen, sozialistischer, kooperativer und Unterstützungsorganisationen zu unternehmen, um die wirksamsten Mittel zu finden, die dazu geeignet sind, erstens dem Anwachsen solcher Ausgaben ein Ende zu setzen und zweitens die Pläne der Kriegshetzer im voraus zu durchkreuzen. Die Konferenz ruft den Internationalen Kongreß zu Kopenhagen auf, diesem Gegenstand den ersten Platz auf der Tagesordnung einzuräumen, einen praktischen und wirksamen Plan einer internationalen Aktion der Arbeiter zur Erhaltung des Friedens zu entwerfen, der ein planmäßiges Handeln der Arbeiter- und sozialistischen Parteien für den Fall einer Kriegserklärung ermöglicht.“

* * *

Wir haben die Verhandlungen auf den beiden Konferenzen etwas ausführlicher geschildert, weil die englischen Verhältnisse nicht immer in Deutschland richtig eingeschätzt werden und gerade das Zusammentreffen der beiden Parteitage gute Gelegenheit geboten hat, die Stärke und Schwäche jeder der Parteien klar zu überschauen. Die S. D. P. ist eine marxistische, die I. L. P. ist eine opportunistische Partei. Die Schwäche der einen lag bisher buchstäblich in ihrer historisch bedingten Isoliertheit, die Schwäche der anderen in ihrer falschen Taktik. Die Verschmelzung beider wäre die Schaffung einer Partei, auf die die Internationale stolz sein könnte.

Die Aussichten einer Arbeiterpartei in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Von L. B. Boudin (New York).

Seit einigen Monaten ist hier in Amerika die Luft mit Gerüchten über die Gründung einer Arbeiterpartei erfüllt. Bei den letzten Wahlen für die Parteileitung, das „Nationale Exekutivkomitee" der Sozialistischen Partei, war die Haltung unserer Partei zu dieser in Aussicht stehenden Arbeiterpartei von entscheidender Bedeutung. Genosse Charles H. Kerr, der Herausgeber der „International Socialist Review", ließ eine Umfrage an die 27 Kandidaten ergehen, die für dieses Amt aufgestellt waren, wie sie sich zu dieser Frage stellten. Die Veranlassung dazu bildete eine Anklage in unserer Presse, worin behauptet wurde, einige Mitglieder des früheren Exekutivkomitees begünstigten die Bildung einer solchen Partei, in der die sozialistische ganz aufgehen sollte. Die betreffenden Genossen, die in diesen Verdacht gekommen waren, wiesen in ihren Antworten die Anklage zurück. Ja sie waren der Ansicht, die ganze Diskussion sei müßig, da gar keine Aussichten auf die Gründung einer solchen Partei in der nächsten Zukunft beständen.

Aber der Gedanke an eine Arbeiterpartei, eine „Labor Party", wollte noch immer nicht zur Ruhe kommen. Trotz dieser Versicherungen von Leuten, die es doch am ehesten wissen mußten, dauert die Diskussion noch fort, sowohl in als außerhalb der Partei. Und das hat seinen guten Grund. In der Diskussion kommt das allgemeine Gefühl des Unbehagens zum Ausdruck, das jetzt in der Arbeiterbewegung unseres Landes herrscht. In meinen Artikeln über „Die politische Situation in den Vereinigten Staaten und die Sozialistische Partei" („Neue Zeit", XXVIII, 1, S. 239, 260) habe ich auseinandergesetzt, daß die politische Lage in unserem Lande sich immer mehr zuspitzt infolge des rücksichtslosen Krieges, den der Kapitalismus mit Hilfe der Gerichte gegen jede selbständige Regung der Arbeiterklasse und gegen jede Verbesserung führt, die sie den Unternehmern abringt. Daß daher die Zeit für eine starke revolutionäre Bewegung gekommen sei, die die gesamte Arbeiterklasse umfaßt, oder wenigstens jenen Teil, der in den Gewerkschaften organisiert ist und direkt, unmittelbar von der unerträglichen Tyrannei unserer Gerichtshöfe betroffen wird. Ich habe auch auseinanderzusetzen versucht, warum unsere Methoden der Propaganda bisher immer ohne Erfolg geblieben sind, und daß es die Aufgabe der Sozialistischen Partei ist, hier voranzugehen, wenn sie nicht eine so günstige Gelegenheit versäumen will, die Führerin einer geeinigten revolutionären Arbeiterklasse zu werden.

Ich muß jetzt leider hinzusetzen, daß die Sozialistische Partei bisher diese Gelegenheit nicht benutzte und daß sich diese Unterlassungssünde bitter zu rächen beginnt, was sich besonders in dem Gedanken an eine Arbeiterpartei zeigt.

Kaum war ein Monat seit den feierlichsten Versicherungen so vieler unserer führenden Genossen verflossen, an eine Labor Party sei gar nicht zu denken, da brachte ein hervorragender Sozialist in der New York Central Federation Union eine Resolution ein, die Gompers aufforderte, eine solche Partei zu gründen. Und daß diese so konservative Vereinigung die Resolution einstimmig annahm, ist bezeichnend; ebenso bemerkenswert aber ist es, daß die unmittelbare Ursache für diese Resolution die Verurteilung des Hut-

macherverbandes zu einer Buße von einer Viertelmillion Dollar (eine Million Mark) war, eine jener Großtaten richterlicher Tyrannei, wie ich sie in meinen Artikeln erwähnte („Neue Zeit", XXVIII, 1, S. 262).

Wer mit offenen Augen beobachtet, was um uns herum vorgeht, dem scheint die Frage der Labor Party ein sehr reales, ja ein dringendes Problem zu sein. Sie muß daher die Aufmerksamkeit aller einsichtigen Sozialisten auf sich ziehen und von allen Seiten gründlich diskutiert werden.

Diesem Zwecke dient auch der vorliegende Artikel.

Da das Problem zu vielseitig ist und im Rahmen eines kurzen Artikels nicht vollständig genug behandelt werden kann, so werde ich mich auf die Erörterung eines Teiles der Frage beschränken, nämlich der Frage, ob eine derartige Partei das Ziel, das ihr gesetzt würde, auch wirklich erreichen könnte; ich will die Frage unberührt lassen, was ein solcher Erfolg kosten würde, ebenso, ob nicht andere unvermutete Vorteile aus der Organisation hervorgehen könnten. Diese und andere Seiten der Frage müssen für sich besonders beleuchtet werden.

Zunächst müssen wir uns fragen: „Was ist überhaupt eine Arbeiterpartei?" Jede sozialistische Partei ist natürlich als Arbeiterpartei gedacht. Aber was jene Genossen beabsichtigen, die von der Organisierung einer Arbeiterpartei im Unterschied von einer sozialistischen Partei sprechen, das ist die Gründung einer Partei, die in ihrem Spielraum auf zwei Seiten eingeengt wird: erstens durch die Ausschaltung des höchsten sozialistischen Ideals, des kommunistischen Gemeinwesens, und die Beschränkung ihrer Propaganda auf aktuelle Probleme; zweitens durch die Ausschaltung „allgemeiner" Fragen und die Beschränkung auf Aufgaben speziell des Industrieproletariats, und zwar wieder nur jenes Teiles, der gewerkschaftlich organisiert ist. Der Typus einer solchen Partei ist die englische Labor Party in ihrer augenblicklichen Form. Es ist historisch wie logisch ein Versuch, mit Hilfe einer besonderen politischen Partei das Programm und die Forderungen der aufgeklärtesten Gewerkschafter durchzusetzen ohne jede Beeinflussung durch sozialistische Prinzipien und sozialistische Taktik. Ihr Ziel ist es, in ihrer Organisation das ganze Industrieproletariat zu vereinigen, ganz gleich, welcher „politischen" oder „sozialen" Überzeugung, unter einem Programm ihrer besonderen „nächsten Forderungen"; und dieses Programm durchzusetzen mit Hilfe der radikalen Bourgeoisie, die den „vernünftigen Forderungen der Arbeiter" „sympathisch gegenübersteht", und mit Hilfe der bürgerlichen politischen Parteien, die ihre Hilfe im Parlament wohl brauchen können und bereit sind, den Preis dafür mit einer „Arbeitergesetzgebung" zu bezahlen.

Es ist von der größten Wichtigkeit für eine derartige Partei, daß sie nicht „revolutionär" zu sein braucht. Erstens weil es nicht ihr Ziel ist, die bestehende Ordnung umzustürzen, sondern die Bedürfnisse der Arbeiter unter dem jetzigen System zu befriedigen. Zweitens weil es ihr sonst nicht gelingen würde, die konservativeren Elemente der Arbeiterklasse heranzuziehen. Und drittens weil sie sich dadurch die Gunst der radikalen Bourgeoisie verscherzen würde und, was das wichtigste ist, weil sie fürchtet, es würde einer bürgerlichen politischen Partei unmöglich werden, ihren Forderungen zuzustimmen. Ihre ganze Kraft muß in ihrer parlamentarischen Stellung liegen. Ihr Hauptbestreben muß es daher sein, so viele Stimmen auf sich zu vereinen, daß sie in Ländern des sogenannten Zweiparteiensystems, wie England oder die Vereinigten Staaten, jede der anderen Parteien in der parlamentarischen Minorität hält, so daß eine

regierungsfähige Majorität nur durch ein Bündnis mit der Labor Party möglich ist. Um hierbei Erfolg zu haben, muß jede Spur von „revolutionärem“ Geiste, der sich dabei entwickeln könnte, erstickt werden: einerseits darf kein Teil der Wählerschaft, bei dem man sich einen Erfolg versprechen kann, vernachlässigt werden, und daher dürfen den Wählern nur die dringendsten Forderungen und solche, die kein Ärgernis bei dem „eingewurzelten Konservatismus“ der Massen erregen könnten, vorgelegt werden. Andererseits müssen ihre Forderungen und Agitationsmethoden derart sein, daß eine bürgerliche Partei sich mit ihr parlamentarisch verbinden kann, ohne die Interessen ihrer eigenen mehr konservativen Wähler zu verletzen und ohne sie sich durch ein Kompromiß mit den „Umstürzlern“ zu entfremden. Verstößt man dagegen, so kann dies leicht dazu führen, daß die beiden bürgerlichen Parteien sich gegen die Arbeiterpartei verbinden.

Aus denselben Gründen müssen auch die Forderungen einer solchen Partei rein wirtschaftliche bleiben. Sie muß also „praktisch“ sein und darf unter keinen Umständen zugeben, daß sie sich mit „Theorien“ oder „Abstraktionen“ befaßt. Sie muß so „praktisch“ sein, daß sie überhaupt keine „abstrakten“ Prinzipien hat, soziale, politische oder andere, so daß sie unter ihrem praktischen Programm bei Wahlen wie im Parlament Leute von den verschiedensten „Prinzipien“ vereinigen kann.

Es mag auf den ersten Blick scheinen, als ob dies gerade die richtige Partei für Amerika wäre. Denn wo in der Welt ist die Neigung einer Partei, „praktisch“ zu sein, größer als in Amerika? Wo setzt man sich leichter über „Theorien“ und „abstrakte“ Prinzipien hinweg, um der dringenden Notwendigkeit zu gehorchen, auf politischem wie auf anderen Gebieten? Und doch wird man, wenn man genauer zusieht, finden, daß sich einer solchen Partei unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen, Hindernisse, die einen praktischen Erfolg, die Durchsetzung der Pläne, die sie sich vornimmt, unmöglich machen, so daß sie von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist.

Vor allem sind die Verhältnisse des bürgerlichen Parteilebens in unserem Lande einer solchen Partei ungünstig. Die Hauptbedingung für den Erfolg einer derartigen Partei ist das Bestehen einer radikalen bürgerlichen Partei, die sich mit solch einer Arbeiterpartei verbinden könnte, wie dies zum Beispiel jetzt in England der Fall ist. Dies setzt voraus, daß in den Prinzipien und der Politik der alten Parteien ein Unterschied vorhanden ist, daß die eine konservativ, die andere fortschrittlich gesinnt ist, so daß die letztere oder wenigstens eine radikale Mehrheit in ihr sich in ihrer Politik und ihren Prinzipien mehr zur Arbeiterpartei als zu ihrem bürgerlichen Gegner hingezogen fühlt. Aber eine solche Partei gibt es nicht in Amerika, und es ist auch keine Aussicht auf ihre Bildung in der nächsten Zukunft vorhanden. Die Parteikonstellation in Amerika ist in verschiedener Hinsicht recht eigentümlich und verwirrend für den, der nicht mit der Parteigeschichte Amerikas und dem Betrieb unserer Regierungsmaschine vertraut ist. Und selbst für einen gut Unterrichteten ist es eine schwierige Sache, den wirklichen Unterschied zwischen den heutigen Demokraten und Republikanern anzugeben. Dies ist der Tatsache zuzuschreiben, daß unsere Parteien gar keine Parteien im gewöhnlichen Sinne des Wortes sind, sondern Verbindungen von verschiedenen Parteien, wie sie durch unser Wahl- und Regierungssystem notwendig gemacht werden. Trotzdem wird im allgemeinen von den Leuten, die an die Gründung einer

Arbeiterpartei denken, angenommen, daß sie für die Durchführung ihres Programms auf die Hilfe der Demokraten rechnen könnten. Man kann keinen besonderen Grund für diese Erwartung angeben, außer vielleicht die Tatsache, daß die Demokraten augenblicklich in der Minorität sind und deswegen Opposition treiben. Dann stehen sie auch im Rufe, größere Gegner der Trusts zu sein als die Republikaner, ein Umstand, der seinerseits wieder der Tatsache zugeschrieben werden muß, daß die Demokraten Gegner des „Schutzzolltarifs" sind, des „Vaters aller Trusts". Auch solche radikale Regungen in der Demokratischen Partei, wie zum Beispiel die Bewegung des ultraradikalen Herrn Hearst, trugen dazu bei, diesen Glauben großzuziehen.

Und doch ist dieser Glaube ganz ungerechtfertigt. Wenn zwischen Republikanern und Demokraten ein Unterschied vorhanden ist, so sicher keiner, der die letzteren uns näher stehen ließe. Denn tatsächlich ist die Demokratische Partei die reaktionärere der beiden und gar nicht geeignet, der Bundesgenosse einer wirklichen Arbeiterpartei zu werden oder auch nur irgendwie eine fortschrittliche Politik einer sozialen Arbeitergesetzgebung zu führen, wie ich es ja vor einiger Zeit in einer Artikelserie, die sich speziell mit dieser Frage beschäftigte, auseinandergesetzt habe (Die politische Situation in den Vereinigten Staaten und die Demokratische Partei, „Neue Zeit" 1906/07, 2. Bd., Nr. 44 bis 46).

Ich will mich deshalb hier nicht mehr in Details einlassen, sondern nur meine Schlußfolgerungen wiederholen und einige Beispiele anführen. Die Demokratische Partei in ihrer jetzigen Gestalt ist eine unerschütterliche Gegnerin all der Forderungen der Arbeiter, die mit Notwendigkeit die Grundlage einer Arbeiterpartei bilden müssen. Erstens weil sie in ihrer Majorität aus den südstaatlichen Millionären und anderen kleineren Finanzgrößen und aus ihren Bundesgenossen, den kleinen Kapitalisten („smallmen") im mittleren Westen und anderwärts besteht. Diese gehören zu den schlimmsten Ausbeutern, die noch auf sehr primitiven Stufen der kapitalistischen Ausbeutung stehen. Sie sind die geschworenen Feinde jeglicher Arbeitergesetzgebung, mag es sich um die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit selbst für Frauen und Kinder handeln oder um Fabrikgesetze oder um ein Haftpflichtgesetz für Unternehmer usw. Zweitens weil die Demokratische Partei durch Tradition und aus „Prinzip" gegen jede Arbeitergesetzgebung ist, die sich auf die ganze Union erstreckt, als unvereinbar mit dem Partikularismus der Einzelstaaten, der durch unsere Verfassung festgesetzt sein soll und der den Hauptartikel des demokratischen Glaubensbekenntnisses ausmacht. Indessen ist eine „nationale", das heißt den ganzen Bund umfassende Arbeitergesetzgebung absolut notwendig für den Fortschritt der amerikanischen Arbeiterbewegung und müßte den Eckstein für das Programm einer wirklichen Arbeiterpartei bilden.

Die schamloseste Ausbeutung der Kinder ist heutzutage ebensogut eine „berechtigte Eigentümlichkeit" des demokratischen Südens, wie es die Negersklaverei vor dem Bürgerkrieg war. Dem allen kann ein Ende nur durch eine nationale Gesetzgebung, nicht durch die von Einzelstaaten gemacht werden. Doch eine solche wird „aus Prinzip" von allen Demokraten, selbst den wirklich „Radikalen" bekämpft. Dasselbe gilt für Haftpflichtgesetze für Eisenbahnunternehmer, für die staatliche Minenbeaufsichtigung usw. Die furchtbarste Waffe im Kampfe gegen die Arbeiter, besonders den Boykott, bilden die „Injunction" (vergl. „Neue Zeit", XXVIII, 1, S. 247), der gerichtliche Einhaltsbefehl, und die Anwendung des Shermanschen Antitrustgesetzes auf die

Gewerkschaften. Diese Maßnahmen sind es hauptsächlich, durch die die Agitation zugunsten der Labor Party angeregt wurde. Gerade diese Waffen zur Bekämpfung der Arbeiter werden aber mehr noch von den „kleinen" und „mittleren" Leuten (lies Kapitalisten!), die mit der Demokratischen Partei verbunden sind, verlangt, als von den Trustmagnaten der Republikanischen Partei. Es sind vor allem die kleineren und mittleren kapitalistischen Unternehmer, die einen Boykott durch die Gewerkschaften zu fürchten haben — der Stahltrust oder ein anderer der großen Trusts nicht.

Ob sich andererseits die Republikanische Partei, wenn sie in einer hoffnungslosen Minorität wäre, mit einer Arbeiterpartei verbinden müßte, ist höchst zweifelhaft. Man könnte aus Amerika wie aus England Präzedenzfälle zugunsten dieser Ansicht anführen. Jedenfalls liegt eine derartige Möglichkeit so fern wie etwa die des gänzlichen Verschwindens der heutigen Parteien und ihrer Wiederherstellung auf ganz anderen Grundlagen, die den modernen Spaltungen und Strömungen in der Industrie in sozialer und politischer Hinsicht besser entsprächen, und liegt deshalb außerhalb der Sphäre „praktischer Politik".

Dies ist indessen nicht das einzige und selbst nicht das größte Hindernis für den Erfolg einer Labor Party in Amerika. Ihr größtes beruht in der absolut undemokratischen Verfassung unseres Landes, in der großen Macht des Präsidenten, des Senats, der Gerichte.

Nehmen wir an, es sei eine Arbeiterpartei organisiert und sie habe bei den Wahlen 25 oder 30 Abgeordnete ins Parlament geschickt. Gesetzt ferner den günstigsten Fall, die numerische Stärke der beiden anderen Parteien sei derartig, daß die Arbeiter gerade den Ausschlag geben, was würde dann wohl geschehen? Nun, nicht eben viel.

Die Wahl von 25 bis 30 Abgeordneten mit rein gewerkschaftlichem Programm könnte wohl die beiden alten Parteien dazu bringen, Reformen zu unternehmen, um dem weiteren Anwachsen des klassenbewußten Proletariats zu begegnen. Dies wäre jedoch nicht das Resultat der parlamentarischen Stärke der Gruppe noch ihrer „praktischen" oder „maßvollen" Forderungen. Es wäre die Folge des erwachten Unabhängigkeitsgefühls der Arbeiterklasse, und das praktische Resultat würde wahrscheinlich im umgekehrten Verhältnis zu dem „praktischen" Geiste und der Mäßigung der Gruppe stehen und ihrem revolutionären Geiste und ihrer Entschlossenheit direkt entsprechen. Und das ist natürlich etwas anderes. Dagegen würde eine zugestandenermaßen nichtrevolutionäre Arbeiterpartei mit ihrer rein parlamentarischen Stärke und Geschicklichkeit gar nichts oder wenigstens fast nichts ausrichten.

Und zwar aus sehr triftigen Gründen: Eine solche parlamentarische Gruppe könnte den alten Parteien als Preis für die Durchführung ihres Programms nichts bieten, ihre Unterstützung würde keine von beiden in Anspruch nehmen, außer wenn sie sie umsonst bekäme. Eine solche Gruppe könnte lange im Hause sitzen, ohne daß es irgend jemand einfiele, ihre Unterstützung erkaufen zu wollen, was doch für eine solche Partei die Grundlage ihres parlamentarischen Einflusses ist. Die eine der beiden großen Parteien, die in der Opposition steht, der weder der Präsident noch die Senatsmajorität angehört, kann natürlich den Arbeitern nichts zahlen, selbst wenn sie es wollte. Und die Partei, die am Ruder ist, wird natürlich auch nicht bezahlen, da sie ja ihre Hilfe gar nicht braucht, um die Regierung zu führen. Unsere Parteien sind

noch viel mehr als die englischen oder die anderen europäischen besonders eifrig darauf bedacht, die „Regierung“ zu erobern. Denn in Europa bedeutet dies einfach die Geschäfte der besitzenden Klassen besorgen, während es bei uns neben diesem auch noch die Übernahme eines großen Heeres von Strebern bedeutet, schon bei einer anständigen Staatsverwaltung, und dazu kommt noch die Ausbeutung all der Quellen der Bestechung bei einer korrumpierten. Aber das alles hat bei uns nichts mit dem Parlament zu tun. Nicht dieses setzt die Regierung ein. Der vom Volke erwählte Präsident ist es, der mit Hilfe des Senats regiert. Die Präsidentschaft wird deswegen bei den allgemeinen Wahlen am heißesten umstritten; das ist der Kampfpreis, um den die alten Parteien ringen.

Im Notfall können sie auch ohne Gesetzgebung überhaupt weiterkommen. Tatsächlich wären die konservativen Parteien froh, wenn sie ohne Gesetzgebung wirtschaften könnten. Es wäre ein Ideal für eine der alten Parteien in Amerika, wenn Präsident und Senat allein da wären ohne das Repräsentantenhaus; das würde ihr die ganze Macht, die sie braucht, in die Hände geben ohne die Verpflichtung, ein Programm durchzuführen, das jede Partei ihren Wählern vor den Wahlen natürlich versprechen muß. Der Grund dafür, warum sie nicht zielbewußt auf einen solchen Stand der Dinge hinarbeiten, ist der, daß es jetzt, wo nur zwei Parteien kämpfen, kaum vorkommen wird, daß eine die Präsidentschaft erobert, ohne auch die Majorität des Hauses der Repräsentanten zu gewinnen. Aber wenn eine unserer alten Parteien durch das Auftreten einer Labor Party in die Minorität versetzt würde, so brauchte sie das wenig kümmern, da dies nach unserem Wahlsystem noch immer nicht den Verlust des Präsidentenstuhls nach sich zöge. Es läge absolut kein Grund für eine der alten Parteien vor, sich deshalb mit der Arbeiterpartei in ein Bündnis einzulassen, das sie zwänge, das Programm der letzteren oder wenigstens einen großen Teil desselben auszuführen.

Infolge der Scheidung zwischen Regierung und Gesetzgebung, die die Regierung tatsächlich absolut unabhängig und unverantwortlich dem Volke oder seinen Vertretern gegenüber macht, spielen unsere Gesetzgeber im allgemeinen eine sehr klägliche Rolle in unserer Politik. Dies macht die Staatsverwaltung (das heißt praktisch den Präsidenten) zu einer großen und gefürchteten Macht, vor der sich jeder der Herren Gesetzgeber ehrfurchtsvoll beugt. Deshalb ist auch unser Senat im Gegensatz zu allen anderen demokratischen Staaten bei weitem stärker als das Repräsentantenhaus, das in Wirklichkeit bedeutungslos ist. Dank der Rolle, die der Senat in der Exekutive spielt, war er imstande, sich eine unabhängige Existenz zu bewahren, während sich das Parlament den Anordnungen der Regierung demütig beugen muß, selbst unter so schwierigen Verhältnissen wie jetzt, wo eine Spaltung der Regierungspartei sehr gefährlich werden könnte. Das hat schließlich auch die einzelnen Mitglieder des Hauses zu einer so unwürdigen Bedeutungslosigkeit und Kraftlosigkeit herabgedrückt.

In einem Parlament, in dem die einzelnen Mitglieder absolut machtlos sind, und bei einem Regierungssystem, in dem dieses Parlament eine so untergeordnete Rolle spielt, kann eine kleine Gruppe unmöglich dieselbe Aufgabe verrichten, die eine ähnliche Gruppe in einem Parlament in Angriff nehmen könnte, in dem jedes Mitglied Geltung hat, und bei einem Regierungssystem, in dem das Parlament der *einzige* maßgebende Faktor ist.

Noch ein anderer Umstand ist in Erwägung zu ziehen, der ebenfalls aus diesem Mangel an parlamentarischer Regierung resultiert: Die Lage unserer schon erwähnten Parteien ist derartig, daß die Führer der alten Parteien nicht imstande wären, sich mit der Labor Party zu verbinden und ihre Wünsche zu erfüllen, selbst wenn sie es aufrichtig wünschten. Als Gegenstück zu der Schwäche der einzelnen Parlamentsmitglieder haben wir die Unfähigkeit der Parteiführer, sich den Gehorsam ihrer Anhänger zu erzwingen, und dies ist doch die Grundlage für eine wohlgeordnete parlamentarische Regierung. Mangel an Einfluß auf den Gang der Ereignisse erzeugt in den Abgeordneten ein Gefühl der Unverantwortlichkeit. Dazu kommt noch unser eigentümliches Wahlsystem (was auch wieder nur in einem Lande möglich ist, das nicht wirklich parlamentarisch regiert wird), nach dem die Wahl jedes Abgeordneten ganz von der Gunst der Wähler des Kreises abhängt, in dem er wohnt.[1]

Dies macht ihn für gewöhnlich zum Diener der lokalen politischen Drahtzieher, die ihre eigenen Zwecke verfolgen und sich verdammt wenig um ihre Partei kümmern. Im besten Falle macht es ihn abhängig von den Geschäftsinteressen eines engeren Kreises. Die Parteiführer, ja selbst die ganze Partei außerhalb seines Wahlkreises können ihn weder entschädigen, wenn seine Wählerschaft ihn verläßt (ausgenommen durch Zuschanzung eines Amtes oder Geschäftes), noch können sie ihn bestrafen, wenn seine Wähler zu ihm halten.

Daher kommt es bei uns so oft vor, daß die Parteigrenzen durchbrochen und selbst die scheinbar heiligsten Artikel des Parteiglaubensbekenntnisses übertreten werden. Daher auch die heißen Kämpfe, die die ganze Geschichte unserer Gesetzgebung, besonders des Kongresses, erfüllen. Daher stammt der so häufige Wortbruch unserer Parteien, den man nicht immer der Korruption und Treulosigkeit unserer Politiker zuzuschreiben braucht. Oder vielmehr, diese Korruption und Treulosigkeit sind nur möglich infolge dieser politischen Lage und würden unter einer wirklich demokratischen, parlamentarischen Regierung wohl verschwinden.

Vor allem steht jedoch eines dem Erfolg einer Arbeiterpartei in Amerika im Wege, nämlich daß ein bloßer Erfolg auf dem Gebiet der Gesetzgebung nicht für die Durchführung ihres Programms ausreichend wäre. Wie ich in meinen Artikeln über die politische Lage in den Vereinigten Staaten und die Sozialistische Partei gezeigt habe, liegt die eigentliche Initiative nicht beim Kongreß oder den Gesetzgebungen der Einzelstaaten, sondern bei den Gerichtshöfen und vor allem dem obersten Gerichtshof, dem „Supreme Court“. Ein Erfolg, wie ihn die englische Arbeiterpartei erreicht hat (nämlich die Annahme von Gesetzesvorschlägen, die sie durchbringen will, durch das Parlament), selbst wenn ihn eine amerikanische Arbeiterpartei durch eine wunderbare Verkettung der Umstände erreichen könnte, wäre daher arm an wirklichen Resultaten. Denn tatsächlich würden die arbeitenden Klassen auf demselben Punkte stehen bleiben, auf dem sie sich vor der Bildung der Arbeiterpartei befanden, denn der „Supreme Court“ würde unweigerlich jeden wichtigeren Erfolg, den die Labor Party in den gesetzgebenden Körpern durchsetzen würde, für *ungesetzlich* erklären. Tatsächlich hat er schon sehr viele, und nicht bloß die

[1] Nach der Bundesverfassung kann man nur in dem *Staate* gewählt werden, in dem man wohnt. In vielen Einzelstaaten nur in dem *Orte*, in dem man wohnt.
Die Redaktion.

radikalsten, im voraus als ungesetzlich erklärt. Daß die Anwesenheit einer Arbeitergruppe im Kongreß den „Supreme Court“ nicht dazu bringen könnte, seine Beschlüsse umzustoßen und in Zukunft auch eine andere Auslegung der Konstitution gelten zu lassen, ist allen denen klar, die die Geschichte dieses erhabenen Tribunals genauer studiert haben. Es ist schwer zu sagen, ob der „Supreme Court“ sich dazu aus Furcht vor einer Empörung des Proletariats verstehen oder ob er nicht lieber den Kampf um sein Dasein wagen würde, ehe er klein beigäbe. Aber eines kann man mit absoluter Sicherheit voraussagen, nämlich daß der „Supreme Court“ niemals an ein Nachgeben denken wird, wenn man ihn nicht klar, in nicht mißzuverstehender Weise vor die Alternative stellt, sich zu ändern oder zu enden — „to end or to mend“.

Es wäre absurd, wenn eine Arbeiterpartei bei uns ihre Kraft zum Durchsetzen sozialer Gesetze aufwenden würde, wenn sie nicht Schritte tut, die es verhindern, daß diese Gesetze für verfassungswidrig erklärt werden. Das erste müßte sein, die Unterwerfung des „Supreme Court“ zu verlangen, die Abschaffung seiner Befugnis, Gesetze für *verfassungswidrig* zu erklären. Und die Arbeiterklasse müßte diese Forderung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen und den festen Entschluß zeigen, alle ihre Waffen in dem Kampfe um diese Forderung zu gebrauchen, bis die ganze Kapitalistenklasse, den „Supreme Court“ eingeschlossen, zu der Überzeugung kommt, daß sie Änderung schaffen muß, wenn sie nicht ihr Ende heraufbeschwören will.

Mit anderen Worten, um *praktische* Erfolge zu erringen, muß das amerikanische Proletariat anfangen, *revolutionär* zu denken. Erst dann kann der Traum einer gesunden, kräftigen amerikanischen Arbeiterpartei in Erfüllung gehen.

Die finnische Volksvertretung und die letzten Wahlen.

Von **M. Martna.**

Nach siebenjährigen Verfassungskämpfen mußte die russische Regierung am 4. November 1905 unter der Wucht des revolutionären Generalstreiks kapitulieren. Unter Führung der organisierten Arbeiterschaft benutzte das finnische Volk den günstigsten Augenblick in der russischen Revolution und bezwang die Gewalt, die Konstitution, welche sie fast gänzlich aufgehoben hatte, wieder herzustellen. Der Zar-Großfürst gelobte in seinem Manifest vom 4. November 1905, das Land *wieder verfassungsgemäß regieren* zu lassen, und sagte zu, daß die notwendigsten Erneuerungen in der Verfassung sofort vorgenommen werden sollten. Dazu wurde der Ständelandtag noch zum letzten Male einberufen. Er hatte die Verfassungsänderung vorzunehmen und das Gesetz für die Einkammer-Volksvertretung auszuarbeiten, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle vierundzwanzig Jahre alten Bürger und Bürgerinnen des Landes kam zustande und wurde am 20. Juli 1906 vom Zar-Großfürsten sanktioniert und unverletzlich erklärt.

Gleich als das Manifest vom 4. November bekannt geworden, frohlockte die liberale Bourgeoisie. Der Kampf schien glücklich zu Ende geführt, die Gewalt hatte kapituliert! Wer wagte auch an dem Zarenwort zu zweifeln! Nur die bösen Sozialdemokraten waren so verwegen und warnten. Sie führten an, daß das berühmte Freiheitsmanifest vom 30. Oktober in Rußland

bald als eine Falle benutzt wurde, um vertrauensselige Leute auf die Schlachtbank zu führen. Bis zum 20. Juli, wo die finnische Verfassung eine so wichtige Veränderung erfuhr, war die Reaktion in Rußland bereits so stark, daß die erste Duma am Tage darauf aufgelöst wurde!

Auch in Finnland wuchs die Reaktion seitdem unaufhörlich. Der konstitutionelle Senat selbst hat sie unter Beifall der gesamten Bourgeoisie begünstigt, trotz der ständigen Proteste und Warnungen der Sozialdemokratie. Das Ostermanifest des Zaren beweist nun aller Welt, daß die Sozialdemokratie — leider! — recht hatte. Finnland soll in den wichtigsten Teilen seiner inneren Autonomie russischer Gesetzgebungskompetenz unterstellt werden, der finnischen Volksvertretung verbleibt in den wichtigsten Fragen das zweifelhafte Recht, ihre Meinung über die von russischen Gesetzgebungsinstitutionen beschlossenen Gesetze abzugeben. Alle anderen Gesetze, welche die finnische Volksvertretung noch in rein unbedeutenden Angelegenheiten zu beschließen haben würde, sollen den russischen Gesetzgebungsinstitutionen zur Bestätigung überwiesen werden, und das auch nur für so lange, bis diese Institutionen für Finnland eine andere Verwaltungsform beschließen. Denn auch dieses Recht sollen sie kraft der zarischen Verfügung haben! Daß von der finnischen Verfassung und von der inneren Selbständigkeit des Landes demnach nichts mehr übrig bleibt, ist jedem klar.

Natürlich wird die russische Staatsstreichduma das erwähnte Gesetz im Sinne des zarischen Manifestes beschließen und damit das kurze verfassungsmäßige Leben Finnlands abschließen. Angesichts dieser traurigen Tatsache dürfte es doch noch von Interesse sein, kennen zu lernen, welchen Entwicklungsgang es in dieser Zeit nahm. Dazu bieten uns die letzten, am 1. und 2. Februar dieses Jahres vorgenommenen Wahlen — die vierten in der kurzen Zeit von drei Jahren! — ein treffliches Bild.

Die Zahl der Wahlberechtigten betrug bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 3 Millionen: 1907 1272873, 1908 1269177 und 1909 1305305.[1] Die Zahl der Wahlberechtigten für 1910 ist zur Zeit noch nicht bekannt. Daß die Zahl von 1907 auf 1908 zurückgegangen zu sein scheint, ist nicht auf einen Rückgang der Bevölkerung zurückzuführen, sondern das beruht auf einer mangelhaften Registerführung.

Von ihrem Wahlrecht machten Gebrauch:

1907	899347	oder 70,7	Prozent
1908	817337	„ 64,4	„
1909	852683	„ 65,3	„
1910	789633	„ ?	„

Die Zahlen konstatieren einen Rückgang der Wahlbeteiligung, der um so auffallender ist, da die wachsende Reaktion die Bevölkerung zur politischen Tätigkeit aufpeitschen mußte. Eine Erklärung dafür finden wir erstens daraus, daß die ersten Wahlen unter einer allzu großen Begeisterung stattfanden, die sich nicht auf gleicher Höhe halten ließ; zweitens wirkten die alljährlichen Auflösungen und Neuwahlen ermüdend, wozu noch das Bewußtsein kam, daß die reaktionäre Gewalt die Volksvertretung zu einem fruchtlosen Mühen

[1] Davon (1909) Frauen: 681996, Männer: 623309. An der Wahl beteiligten sich 413023 Frauen oder 60,6 Prozent und 439660 Männer oder 70,5 Prozent von allen wahlberechtigten Frauen und Männern. Die Männer weisen also einen Vorsprung von etwa 5 Prozent auf!

verdammt hatte; drittens lehrte die Erfahrung, daß die Volksvertretung aus ihrer eigenen inneren Natur gar nicht fähig war, diese weitgehenden Erwartungen zu erfüllen, welche 1907 auf sie gesetzt worden waren.

Die bedrückten Volksklassen erwarteten, daß wenn die Volksvertretung an Stelle der Ständevertretung tritt, sie auch alle Beschwerden berücksichtigen und Abhilfe schaffen werde. Diese Hoffnungen wurden dadurch noch genährt, daß die großen bürgerlichen Parteien sehr weitreichende Versprechungen machten, so daß neuen, zeitgemäßen Gesetzen nichts mehr im Wege zu sein schien. Sobald aber die Volksvertretung an die gesetzgebende Arbeit ging, stellte es sich heraus, daß die Interessengegensätze trotz des Ablebens der Ständevertretung sich auf die aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung vererbt hatten! Die bürgerliche Mehrheit hielt gegenüber den Vertretern der unbemittelten Volksklassen an ihren Vorrechten einmütig fest und wollte nichts von der Verwirklichung der während der Wahlagitation so frei gegebenen Versprechungen wissen. Auch das Kleinste mußte von der bürgerlichen Mehrheit in hartem Kampfe errungen werden.

Alle diese Umstände bewirkten eine Wahlverdrossenheit, die selbst so weit ging, daß einige der besten sozialdemokratischen Parlamentarier, wie zum Beispiel die Genossen Yrjö Sirola, O. V. Kuusinen, Edvard Gylling und Väinö Vuolijoki, nicht mehr kandidierten. Sie glaubten von der Unfruchtbarkeit der parlamentarischen Arbeit unter solchen Umständen genügende Beweise zu haben und hatten keine Lust, ihre Arbeitskraft dort zu vergeuden.

Die abgegebenen Stimmen verteilten sich in den vier Wahlen auf die einzelnen Parteien[1] folgendermaßen:

	1907	1908	1909	1910
Sozialdemokratie	329946	310082	337685	314931
Suometarianer	243573	205633	199920	173537
Jungfinnen	121604	114819	122770	113586
Schweden	112267	103307	104191	107065
Verband der Kleinbauern	51242	48667	56943	58981
Christliche Arbeiter . . .	13801	20553	23259	17149
In Prozent ausgedrückt:				
Sozialdemokratie	37,01	38,43	39,99	40,02
Suometarianer	27,31	25,47	23,65	22,05
Jungfinnen	13,63	14,22	14,45	14,40
Schweden	12,58	12,81	12,34	13,60
Verband der Kleinbauern	5,76	6,04	6,72	7,50
Christliche Arbeiter . . .	1,51	2,54	2,73	2,20
Mandate erlangten die Parteien:				
Sozialdemokratie . . .	80	83	84	86
Suometarianer	59	54	48	42
Jungfinnen	25	27	28	28
Schweden	24	25	25	26
Verband der Kleinbauern	10	9	14	17
Christliche Arbeiter . . .	2	2	1	1[2]

[1] Vergl. den Artikel: Politische und nationale Parteigruppierungen in Finnland („Neue Zeit" 1909, Nr. 39).

[2] Die Daten für 1910 erscheinen hier noch nicht in der endgültigen Form, weil die amtliche Statistik noch nicht abgeschlossen ist — bis auf die Mandate. Aus demselben Grunde sind auch die Daten für 1909 hier etwas abweichend von den Daten, die ich 1909 in dieser Zeitschrift mitgeteilt habe. M.

Im allgemeinen zeigen uns die Wahlen eine Zickzacklinie: bei der zweiten und vierten Wahl ein Sinken der Stimmen. Die erste Ermüdung machte sich 1908 geltend. Aber die Session selbst brachte eine außerordentlich lebhafte Agitation hervor. Neben anderen wichtigen Gesetzen lag das neue Pachtgesetz vor, welches von den bürgerlichen Parteien sehr heftig bekämpft und daher unter den Pächtern (Torpari), unter den nach Hunderttausenden zählenden landlosen Landarbeitern und der organisierten Arbeiterschaft eine außerordentlich erbitterte Kampfesstimmung hervorrief. Dieselbe beherrschte noch den darauffolgenden Wahlkampf und bewirkte lebhaftere Wahlen. Die Sozialdemokratie erlangte eine noch höhere Stimmenzahl als 1907. Der Zuwachs ist hier hauptsächlich aufs Konto der Zwergpächter und Landarbeiter zu setzen, wie auch der diesjährige Rückgang. Durch Annahme des neuen Pachtgesetzes scheint die Erregung unter diesen Klassen etwas nachgelassen zu haben. Die absolute Stimmenzahl der Sozialdemokratie ist diesmal leider um zirka 23000 von 1909 zurückgegangen, eine bedauerliche Tatsache, die aber ihre natürliche Erklärung in den angeführten Umständen findet. Die sozialdemokratischen Wählermassen sind ja keine fest organisierten Kaders, sondern enthalten überall viele „Mitläufer", auf welche die allgemeine politische Stimmung bestimmend einwirkt. Prozentual weist die Partei aber auch diesmal eine erfreuliche Zunahme auf, so daß sie mit zwei Mandaten mehr in das Parlament ziehen konnte. In drei Jahren hat sie sechs Mandate gewonnen!

Gerade das Gegenteil erblicken wir bei den Suometarianern. Sie verlieren Jahr für Jahr. Seit 1907 haben sie zirka 70000 Stimmen und 17 Mandate eingebüßt, das heißt über ein Viertel des ursprünglichen Standes! Und diesmal wären sie noch weiter zurückgegangen, wenn nicht die Führer im Oktober 1909 aus dem Senat ausgetreten wären, wodurch die Partei einen oppositionellen Anstrich erhielt. Sie sind seitdem ängstlich bestrebt, diesen Schein der Opposition zu erhalten. Denn die Führer der Partei gaben die Parole aus, daß Parteimitglieder, wenn sie, wie zu wünschen, in den Senat wieder eintreten, solches auf eigene Verantwortung täten, ohne die Partei dadurch irgendwie zu verpflichten. Auf diesem „Umweg" sind wirklich zwei suometarianische Herren in den Russensenat eingetreten. Die Kautschuknatur der Partei bewährt sich auch hier! Vorwiegend ist die Partei reaktionär, obgleich sie mit allen Gewaltmaßnahmen Stolypins sich nicht befreunden kann. Ihr verhältnismäßig immer noch bedeutender Anhang aus den unbemittelten Volkskreisen erklärt sich aus der irrigen Annahme, daß die Suometarianer im Kampfe gegen die schwedischen Oberklassen die Unterdrücker als solche bekämpften, während es ihnen in Wirklichkeit nur darauf ankommt, die schwedischen Herren zu verdrängen, um sich selbst auf den Platz hinzusetzen und die Unterdrückung ungeschwächt fortzusetzen. Je mehr dies sich durch die sozialdemokratische Beleuchtung herausstellt, verliert die Partei der Altnationalisten an Anhang.

Die Jungfinnen nähern sich immer mehr der suometarianischen Anschauungsweise und man spricht bereits von förmlichen Einigungsplänen. Die letzten Wahlkämpfe sind immer mehr unter der Losung geführt worden, daß beide in der Sozialdemokratie ihre gemeinschaftliche Feindin zu bekämpfen haben. Auch sie haben in der reaktionären Gesinnung Fortschritte gemacht, und ihr Stimmenverlust — zirka 7,5 Prozent — muß wohl auf dieses Konto gesetzt werden.

Die Schweden haben nicht nur ihren Bestand von 1909 behalten, sondern sie gewannen gar zirka 3000 Stimmen hinzu! Diese Herrenpartei steht ja

jetzt wieder in der Opposition gegen die russische Gewalt, außerdem schickte sie ihre alten Veteranen wie Leo Mechelin, Baron Wrede, Cederholm und andere bekannte Politiker als Retter in der Not vor, von welchen die Partei Wunder erwartet.

Der Verband der Kleinbauern füttert sich auf Kosten der wachsenden Reaktion der größeren bürgerlichen Parteien. Die radikaleren Elemente fallen dort ab und schmiegen sich an die Kleinbauern, von welchen sie einen energischeren Ton erwarten. Diese Gruppe ist in den Ruf der vernünftigen Reformer gekommen, obgleich sie bisher wenig Vernunft gezeigt hat. Sie stimmt fast stets mit den Bürgerlichen, zeigt aber bisweilen auch Neigung zur Sozialdemokratie zu haben. Daher die Angst der Bürgerlichen, daß nun die sozialistische Mehrheit — 86 Sozialdemokraten und 17 Kleinbauern — in Finnland obenauf sei. Doch erwies es sich bereits bei der ersten Abstimmung, daß die Kleinbauern sich treu zu den Größeren hielten, die sozialdemokratischen Anträge fielen mit Hilfe derselben durch, die bürgerliche Mehrheit ist fast wie ehemals.

Nach den letzten Wahlen zu urteilen, geht auch die Partei der christlichen Arbeiter zurück, obgleich sie kaum ins Leben getreten ist. Sie hat weniger Mandate als Stimmen, da viele Stimmen in den 15 Wahlkreisen sich zersplittern. 1909 verlor sie einen Platz, weil dem gewählten Dr. Matti Helenius-Seppälä ungerechterweise das Wahlrecht aberkannt wurde.

Im großen und ganzen hat auch die vierte Volksvertretung ihren anfänglichen oppositionellen Charakter behalten. Ist auch die rechte Seite vielleicht noch mehr nach rechts gegangen, so sind doch eine Reihe Suometarianer ausgeschieden, während die Linke an Plätzen gewonnen hat. Außerdem hat die tollwütende Reaktion auch die Biegsamsten in eine gewisse Opposition getrieben, so daß nach augenblicklicher Voraussicht die einmütige Ablehnung des neuesten russischen Staatsstreichgesetzes gesichert erscheint. Momentan steht das ganze Volk wie ein Mann gegen den offenen Verfassungsbruch, den die russische Regierung vergeblich in eine rechtliche Hülle einzuwickeln sucht. Der finnische Protest dagegen wird ein lauter und stürmischer sein. Darin sind die Parteien einig, das hat die erste Lesung der Vorlage am 5. April klar erwiesen. Die Redner aller Parteien verurteilten die Vorlage in allen ihren Teilen. Es mag besonders angeführt werden, daß der Führer der Suometarianer, Herr Danielson-Kalmari, den geschichtlichen Nachweis führte, daß das Recht völlig auf der Seite Finnlands steht, daß die russische Gewalt einen schmählichen Rechtsbruch begeht und daß das finnische Volk dazu seine Zustimmung niemals geben wird.

Griechenlands innere Zustände.

Von E. Levit.

I.

„Der Grieche interessiert sich mehr für die auswärtige Politik als für die inneren, ökonomischen und sozialen Fragen“ — dies war noch vor kurzem die allgemein verbreitete Vorstellung von „den Griechen“. Man dachte sich nämlich die griechische Nation als ein einheitliches, in allen ihren Bevölkerungsschichten identisches Ganzes, das nur von einem Gedanken, von einem Streben beseelt sei — vom Traume, das Ideal des „Großgriechenlands“ zu verwirk-

lichen. Nun haben die Ereignisse der letzten Zeit klar bewiesen, daß diese Vorstellung völlig irrig war, daß „der Grieche", der die ganze Nation repräsentieren soll, überhaupt nicht existiert. Der Grieche von der Militärliga kann nicht mit dem Griechen vom Parlament identifiziert werden. Noch weniger der Grieche, der auf blutigste Weise den Bauernaufstand in Thessalien zu unterdrücken sucht, mit dem Griechen, der an der Bauernbewegung teilnimmt. Die Bevölkerung in Griechenland besteht, ebenso wie in anderen Ländern, aus verschiedenen sozialen Gruppen, deren jede ihre eigenen Interessen hat. Allein nicht jede Gruppe konnte bisher ihre Interessen zum Vorschein bringen.

Was man sich unter „den Griechen" vorstellt, ist bloß die herrschende Minderheit, die Handels- und Finanzbourgeoisie, die sich auch tatsächlich viel für die auswärtige Politik interessiert und auch allen Grund dazu hat. Selbstverständlich ist hier nicht die Rede von ideellen Gründen, sondern vielmehr von Klasseninteressen. Die Großbourgeoisie Griechenlands beschäftigt sich ausschließlich mit Seehandel, aber nur zum Teil mit Ein- und Verkauf, sondern hauptsächlich mit dem Transport. Griechische Transportschiffe besorgen nicht nur die Ein- und Ausfuhr für Griechenland, sondern transportieren auch Waren zwischen allen fremden Hafenstädten des Mittelmeers wie des Schwarzen Meeres und des Bosporus. Für die griechischen Kaufleute wie die Besitzer der Transportschiffe ist „die auswärtige Politik" in der Tat sehr wichtig, da von ihr die Zollbedingungen für den Seehandel abhängig sind. Von diesem zollpolitischen Standpunkt aus war für die griechische Bourgeoisie so wichtig der Anschluß der Jonischen Inseln an das Königreich während der ersten Jahrzehnte nach der Befreiung, wie in den letzten Jahrzehnten der so begehrte Anschluß der Insel Kreta. Deshalb auch der „Patriotismus", die Bereitwilligkeit, die größten Opfer an „Geld und Blut" zu bringen, um die Vereinigung mit den „Brüdern" von Kreta zu erzielen! Die Opferwilligkeit erklärt sich leicht dadurch, daß „Geld und Blut" nicht die Kaufmannschaft, sondern die Volksmassen liefern müssen. Damit soll nicht gesagt werden, daß das Nationalgefühl keine Rolle in den bisherigen Kämpfen um Kreta gespielt habe. In den ersten Jahren nach der Befreiung Griechenlands, wie nachher auch Serbiens und Bulgariens, waren zweifellos auch die Volksmassen in ihren nationalen Wünschen enttäuscht und über die willkürliche gewaltsame Abtrennung der Provinzen, deren Bevölkerung gleichen Stammes war, empört. Die neueren Generationen haben sich jedoch schon längst den neu geschaffenen Zuständen angepaßt. Sowohl in den neu gegründeten Staaten wie in den gewaltsam abgetrennten Provinzen. Das durchaus ruhige Verhalten der serbischen Bevölkerung in Bosnien und der Herzegowina bei der Annexion dieser Provinzen beweist, daß heutzutage die Volksmassen mehr um ihre wirtschaftliche und politische Lage als um die „Untertanenschaftsfrage" besorgt sind. Ebenso das ruhige Verhalten der bunten christlichen Bevölkerung Mazedoniens während und nach der türkischen Revolution. Und dies trotz des eifrigen Bemühens des berühmten serbischen Thronfolgers und des bulgarischen Königs! Auch in Serbien selbst und in Bulgarien vermag die „patriotische" und „nationale" Agitation ebensowenig eine Volksbewegung hervorzurufen wie in Bosnien-Herzegowina oder in Mazedonien.

Dasselbe gilt auch für Griechenland. Auch hier dient der „Patriotismus" und „Nationalismus" bloß als Deckmantel für eine reine Klassenpolitik, die freilich durch das Verhalten der „Groß- und Schutzmächte" sehr begünstigt, ja geradezu gefördert wird. Auf die Politik der Großmächte kann ich hier

nicht näher eingehen; ich berufe mich nur auf das Urteil eines so kompetenten Mannes wie weiland Metternich, der schon die erste Vereinbarung (zwischen England, Frankreich und Rußland) über Griechenland als ein Werk bezeichnete, „das von Lügen und Unbestimmtheiten wimmelte". Der Tradition der „Lügen und Unbestimmtheiten" sind die Großmächte in der sogenannten orientalischen Frage bis auf den heutigen Tag treu geblieben, was die griechische Bourgeoisie in ihren eigenen Interessen auszunutzen immer vortrefflich verstand.

II.

Die Kretafrage ist lediglich für die griechische Handelsbourgeoisie von großer Wichtigkeit. Bereits der Griechisch-Türkische Krieg von 1897 war nichts weniger als volkstümlich. Dadurch sind auch zum Teil die kläglichen Mißerfolge dieses Krieges zu erklären. Die Handelsbourgeoisie ist eben die herrschende Klasse in Griechenland — war es wenigstens bis jetzt —, und ihren Interessen ist alles untergeordnet: die auswärtige Politik, die zu verderblichen, für die übrige Bevölkerung durchaus unerwünschten Kriegen führen kann, wie die innere Politik, die die Volksmassen zur völligen Verelendung, beinahe zum Verhungern gebracht hat. Und wenn die Großbourgeoisie der industriellen Länder um Absatzmärkte für Industrieprodukte ringt und auf diesem Boden die moderne Kolonialpolitik und den modernen Industrieimperialismus entwickelt hat, so ringt die Großbourgeoisie Griechenlands hauptsächlich um günstige Verkehrsbedingungen für ihre Transportschiffe und strebt auf diesem Boden ebenfalls zu einem eigenartigen sozusagen *Transportimperialismus*, der ebenso Unterstützung im Militarismus suchen muß wie jener Industrieimperialismus. Die Transportbourgeoisie ist nämlich bestrebt, die Hafenstädte der türkischen Küste — in Europa, Nordafrika (Ägypten) und Kleinasien, sowie am Schwarzen Meere — wenn auch nicht zu behaupten, so doch wenigstens hier günstige Verkehrsbedingungen zu erzielen, und muß aus diesem Grunde immer zu einem Kriege mit dem türkischen Reiche bereit und gerüstet sein. Die „große", „nationale" Kretafrage ist nur ein kleiner Bruchteil dieser Transportexpansionspolitik, die bisher stets Begünstigung bei den „Groß- und Schutzmächten" fand,[1] den Militarismus in Griechenland fördert und bereits einmal zu einem unglücklichen Kriege geführt hat.

Der Militarismus erfordert so große, für das arme Land geradezu ungeheuerliche Ausgaben, daß die Staatsschuld, die bereits bei der Gründung des Königreichs groß genug war (die „großmütigen" Großmächte haben nämlich nicht ganz unentgeltlich ihre Befreiungsaktion vollbracht), immer wächst und bereits zweimal zum offiziellen Bankrott geführt hat. Im Jahre 1893 mußte Griechenland die Zahlung der Zinsen einstellen, unter Beihilfe der Mächte sind dann die Zinsen um 13 Prozent reduziert worden. Nach dem unglücklichen Kriege von 1897 sind die Finanzen Griechenlands unter Kontrolle der vier „Schutz"mächte gestellt worden. Eine Kommission aus Vertretern der Schutzmächte (Rußland, Frankreich, England und Italien) kon-

[1] Noch vor einigen Wochen beklagte sich der „reisende" griechische Kronprinz bitter über die Großmächte. Man hätte Griechenland zuerst *goldene Berge* versprochen und es dann in der Patsche sitzen lassen. ... Jetzt, äußerte der Kronprinz, bleibe Griechenland nur übrig, sich ein starkes Heer zu schaffen und dadurch seine Ansprüche zu stützen. („Berliner Tageblatt", Nr. 104, Abendausgabe: Eine Unterredung mit dem griechischen Kronprinzen.) Es wäre sehr interessant, zu erfahren, auf welche von den Großmächten sich dies bezieht und was für „goldene Berge" sie versprochen hat.

trolliert seitdem alle Einnahmen und Ausgaben des griechischen Staates. Die Staatsschuld beträgt gegenwärtig 872 Millionen Franken, die jährlichen Zinsen 13½ Millionen Franken (ohne die offizielle Bankrotterklärung von 1893 hätten die Zinsen allein gegenwärtig 40 Millionen Franken jährlich betragen müssen). Auf Armee und Flotte werden jährlich 20 bis 25 Millionen Franken ausgegeben (der vierte Teil sämtlicher Staatsausgaben). Zur Deckung dieser Ausgaben werden immer neue — innere und auswärtige — Anleihen gemacht. Mit jedem Jahre steigen auch die Steuern und der Zoll auf alle eingeführten Gebrauchsartikel, unter anderem auch auf die Textilprodukte und Getreide. Beides muß eingeführt werden, da in Griechenland selbst der Getreidebau und besonders die Baumwollkultur in ganz geringem Umfang bestehen, so daß sie zur Deckung des inneren Bedarfes bei weitem nicht ausreichen. Infolgedessen ist zum Beispiel in Griechenland der Brotpreis höher als in Frankreich. Außer mit Zöllen und indirekten Steuern ist die Bevölkerung noch mit einem außerordentlich ausgedehnten System von Staatsmonopolen belastet, das sich nicht nur auf Tabak, Zündhölzer, Zigarettenpapier und Spielkarten erstreckt, sondern auch auf Salz, Petroleum und — Schulbücher! Der Elementarunterricht ist nämlich in Griechenland obligatorisch und unentgeltlich. Nun hat man aus dieser Tugend eine Not gemacht, indem man alle Lehrbücher auch für die Elementarschule monopolisierte und zu hohen Preisen verkauft. Die Bildung ist zum „Gebrauchsartikel" der weiten Volksmassen geworden und wird ebenso wie alle anderen Gebrauchsartikel der Volksmassen besteuert. Eine ganz eigentümliche Art von Kulturträgerei allerdings, aber bei der *obligatorischen* Elementarbildung eine ziemlich vorteilhafte.

III.

Aus den oben skizzierten Zuständen ist klar, daß alles in Griechenland den Interessen einer einzigen Klasse angepaßt ist — der Handelsbourgeoisie, die hauptsächlich den Seetransport betreibt. Zur Vorherrschaft eben dieser Klasse, wie wenig zahlreich sie auch ist (weniger als 2 Prozent der sämtlichen Bevölkerung), hat alles beigetragen: die geographische Lage, die außerordentlich ausgedehnte Meeresküste, zahlreiche für Häfen geeignete Buchten, wobei die Gegenden in der Nähe dieser Buchten sehr ungünstig für die Landwirtschaft sind, die Gegenden hingegen mit günstigen Boden- und Klimaverhältnissen durch Gebirgszüge vom Meere und von den inneren Verkehrsstraßen abgeschnitten sind. Auch die politischen Schicksale des Landes waren für die Handelsbevölkerung nicht so schädlich wie für die Bevölkerung der inneren fruchtbaren Landesteile, zum Beispiel für die Bevölkerung Mazedoniens und Thessaliens. Die griechisch-römischen Kriege, die Verlegung des politischen Zentrums nach Konstantinopel und schließlich die türkische Eroberung haben in fruchtbaren Landesteilen die Entwicklung feudaler Agrarzustände und die Entstehung einer starken Feudalaristokratie verhindert.

Die Hof-, Dienst- und Günstlingsaristokratie, die während der byzantinischen Periode sich in Konstantinopel ausgebildet hat, kommt hier nicht in Betracht. Sie besaß niemals Landgüter im Mutterland; bei der türkischen Eroberung verlor sie auch das Eigentumsrecht auf die mazedonischen und thessalischen Güter.[1] Von der türkischen Regierung wurden den griechischen

[1] Die türkische Regierung betrachtete bekanntlich sämtlichen Grund und Boden in den eroberten Provinzen als Staatseigentum.

Aristokraten in Konstantinopel zwar manche Vorrechte und Privilegien zuerkannt, jedoch nur in kirchlichen Dingen und in Fragen der Verwaltung der griechischen Gemeinde in Konstantinopel selbst.

Ganz anders die griechische Kaufmannschaft! Sie erwarb von der türkischen Regierung Handelsprivilegien für das ganze Ottomanische Reich und spielte eine hervorragende Rolle im Handel in Konstantinopel selbst. Sie beherrschte schon damals den sämtlichen Warentransport auf dem Mittelmeer wie auf dem Schwarzen Meer und scheute mitunter auch vor Schmuggel und Piratentätigkeit nicht zurück. Große Reichtümer wurden namentlich von griechischen Schiffbesitzern erworben durch Einschmuggelung englischer Waren in alle europäischen Häfen während der napoleonischen „Kontinentalsperre“, ferner Ende des achtzehnten Jahrhunderts in Südrußland, in der Nähe der Krim und des jetzigen Gouvernements Cherson durch ganz gemeinen Seeraub. Die internationale Transporttätigkeit gab diesen Griechen Gelegenheit, in Verbindung mit allen auswärtigen Feinden des ostasiatischen Reiches zu treten, besonders mit der russischen Regierung, ebenso mit den von den Traditionen der französischen Revolution beseelten Idealisten und Freiheitskämpfern Englands und Frankreichs. Zur Zeit der Befreiungskämpfe war die Handels- und Transportbourgeoisie die einzig wirtschaftlich tätige Schicht des griechischen Volkes, zugleich aber auch die reichste, gebildetste und kühnste. Im Freiheitskampf übernahm sie die führende Rolle, was zum Teil durch ihre Verbindungen im Ausland ermöglicht wurde, nach der Befreiung trat sie als einzig organisatorische Macht auf.

Die Abwesenheit einer starken Feudalaristokratie erleichterte der Bourgeoisie auch den Kampf gegen die autokratischen Bestrebungen des Regenten Kapodistrias wie des bayerischen „Königssohns“ Otto I. Letzterer hatte dreißig Jahre Griechenland nach deutschen bureaukratisch-junkerischen Mustern „glücklich“ regiert und wurde schließlich nach drei kleineren und einer großen Revolution entthront und verjagt (1862). Es gab eben keine Junkerklasse, die dem König in seinem Kampfe gegen Bourgeoisie und Volk sich als Bundesgenossin anschließen konnte.

Bereits bei der Ausarbeitung der ersten Verfassung Griechenlands 1830 bis 1832 gelang es der Bourgeoisie, alle von der byzantinischen Periode geerbten und von der türkischen Regierung erworbenen Privilegien einer parasitischen Aristokratie abzuschaffen (nur noch das Recht des aristokratischen Titels wurde ihr belassen). Auf Verlangen der „Schutzmächte“ wurde für das Wahlrecht zur Abgeordnetenkammer ein hoher Zensus festgesetzt und eine Obere Kammer, ein Staatsrat, dessen Mitglieder von dem König ernannt wurden, eingeführt. Nach der Entthronung des „Königssohns“ ist der Staatsrat abgeschafft und das jetzt geltende „demokratische“ Parlamentswahlrecht eingeführt worden.

IV.

Das Parlament besteht somit aus *einer* Kammer — aus dem Hause der Abgeordneten, die auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechtes gewählt werden. Der Wähler muß mindestens das einundzwanzigste, der Kandidat mindestens das dreißigste Lebensjahr erreicht haben. Abgesehen von diesem verhältnismäßig hohen Alter für den Kandidaten und Ausschließung der Frauen, ist soweit das Wahlrecht demokratisch. Durch eine kleine Ergänzung verwandelt sich jedoch das „demokratische“ Wahlrecht in

ein rein plutokratisches: der Kandidat muß nämlich an die Staatskasse 200 Franken zahlen — zur Deckung der Wahlunkosten, wie es offiziell heißt, in der Tat aber, um das Eindringen demokratischer Elemente aus den unteren Bevölkerungsschichten in das Parlament zu verhindern. Von den „Eigentümlichkeiten" des Wahlsystems seien hier noch folgende erwähnt: die Geistlichkeit ist von der Beteiligung an den Wahlen völlig ausgeschlossen, den in aktivem Dienst stehenden Militärpersonen steht hingegen das passive wie aktive Wahlrecht zu. Die Geistlichen sind nämlich meistens „niederer Herkunft" und stehen durch ihre Lebensweise und Familienverhältnisse den unteren Schichten der Bevölkerung nahe, während die Armee eine Schöpfung der Bourgeoisie und von dieser abhängig ist, — wenigstens war sie es zur Zeit der Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes.

So war die griechische Bourgeoisie schon anfang der sechziger Jahre (also die zweite Generation nach den Befreiungskämpfen) „demokratisch" nur insofern, als die Demokratie zur Bekämpfung des Absolutismus und der Aristokratie dienen konnte; die „Demokratie" versagte jedoch schon damals, sobald es sich um Gewährung von demokratischen Rechten an die Volksmassen handelte, die diese auch ausnützen könnten.

Durch dieses Meisterwerk, dieses musterhafte Wahlsystem hat sich die griechische Bourgeoisie gegen alle Feinde sowohl von „oben" wie von „unten" gesichert, hat sie ihre politische Selbstherrschaft etabliert. Handel und Verkehr beherrschte sie schon vorher, eine Industrie gab es noch nicht (außer der Haus- und Handwerksindustrie, die nicht gefährlich sein konnte). Es blieb nur noch übrig, sich der Landwirtschaft zu bemächtigen, um im ganzen Lande wirtschaftlich ebenso unbeschränkt herrschen zu können, wie politisch. Dies geschah durch den Erwerb der Latifundien in Thessalien, kurz nach der Angliederung dieser Provinz an das Königreich.[1]

Die Folgen der wirtschaftlichen und politischen Alleinherrschaft der Handelsbourgeoisie habe ich im allgemeinen schon oben geschildert. Unter Entbehrung der allerelementarsten, allernötigsten Gebrauchsgegenstände (wie Brot und Bekleidungsstoff), unter dem Druck der Zoll-, Steuer- und Monopollasten leiden alle unteren Schichten der Bevölkerung: sowohl der Kleingrundbesitzer in den unfruchtbaren Landesteilen, wie der Hirt in den Gebirgen, als der Handwerker in den Städten, wie die verhungerte, halb verwilderte Masse der „Gelegenheitsarbeiter", die die Industrie- und Hafenstädte (auch Athen selbst) überfüllen. Nicht viel besser geht es den Hafenarbeitern und der Mannschaft der Transportschiffe, die in direktem Dienst bei den Transportbaronen stehen. Die Arbeits- und Lohnbedingungen sind hier unerhört schlechte, die Behandlung ist eine geradezu unmenschliche. Nicht besser geht es auch den Bauern auf den Latifundien in Thessalien. Außer den indirekten Steuern müssen sie noch das sogenannte „Zehntel" der von ihnen erarbeiteten Produkte an den Staat abgeben. Das „Zehntel" beträgt tatsächlich schon seit langer Zeit

[1] Die rechtliche Grundlage dieses Erwerbs ist eine sehr zweifelhafte, die wirtschaftliche oder vielmehr die finanzielle eine sehr begreifliche. Thessalien liefert nämlich Landwirtschaftsprodukte für das ganze Land, sowie für die Ausfuhr nach dem Ausland (Korinthen, Oliven und dergleichen). Der Transport erfordert große Geldsummen, über die weder die Bauernschaft, noch der Staat verfügen. Als Vermittlerin konnte natürlich nur die geldbesitzende Bourgeoisie auftreten, der aus diesen Gründen auch das Eigentumsrecht auf Grund und Boden zuerkannt wurde.

15 Prozent, und da sie höchstens 50 Prozent der erzeugten Produkte vom Grundbesitzer bekommen, so bleiben ihnen zur Deckung ihrer sämtlichen Bedürfnisse höchstens noch 35 Prozent der Produkte übrig. Daß die Lage der Bauern Thessaliens unerträglich, ist schon längst von der Regierung und Parlament anerkannt worden. Wiederholt hat das Parlament Beschlüsse über die Expropriation eines Teiles der Latifundien in Thessalien und Verteilung derselben an die Bauern gefaßt. Kein einziger von diesen Beschlüssen ist jedoch bis jetzt verwirklicht worden.

V.

Auf die Unhaltbarkeit der griechischen Zustände hat bereits anfang der achtziger Jahre Elisée Réclus in seiner „Geographie Universelle" hingewiesen. Als Rettungsmittel empfahl er: Ausdehnung des Korn- und Baumwollbaus, Förderung der Industrie, Ausbeutung der Mineralschätze, die in vielen Ortschaften Griechenlands vorhanden sind, und vor allem Abschaffung der ungeheuerlichen Steuern, Zölle usw. Ein deutscher Gelehrter, Alfred Philippsohn, der fast zwei Jahrzehnte nach Réclus über Griechenland schrieb, schildert gleichfalls die innere Lage als unhaltbar. Auch er hält eine industrielle Entwicklung innerhalb gewisser Grenzen für möglich und erwünscht („Bearbeitung einheimischer Rohprodukte"). In anderen Fragen sind seine Ansichten grundverschieden von denen Réclus'. So zum Beispiel über die Steuern, deren Abschaffung er nicht für nötig hält, da die Steuerlast „zwar schwer und sehr ungleichmäßig verteilt, aber nicht erdrückend (!)" sei. Die Ursache aller Mißstände sieht er nicht in der wirtschaftlichen Rückständigkeit, nicht in der unbeschränkten Herrschaft der Ausbeuterbande, sondern — im Parlamentarismus selbst: „Was Griechenland not tut, ist eine Änderung der Verfassung, eine Beschränkung der Macht des Parlamentarismus, eine Stärkung der königlichen Gewalt und eine straffere zentralistischere Verwaltung. . . . Wenn man das Parlament auf die Gesetzgebung und das Budgetrecht beschränkte, die Minister und Beamten nur von der Krone abhängig machte, so würde der ganzen Politik eine weniger egoistische und mehr sachliche (?) Richtung, der Regierung Stetigkeit gegeben. Bildung, Moral und Ehrenhaftigkeit des Beamtenstandes würden sich von selbst heben."[1]

Bis vor kurzem war die herrschende Klasse ebensowenig geneigt, den Ratschlägen des Herrn Philippsohn wie denen Réclus' zu folgen. Von einer „Stärkung der königlichen Gewalt" wollte sie ebensowenig hören wie von einer Förderung der Landwirtschaft und Industrie. Die „Stärkung der königlichen Gewalt" würde ja zur Schwächung ihrer eigenen Macht führen, und von der Entwicklung des inneren wirtschaftlichen Lebens konnte sie keine so großen Vorteile erwarten, wie von der Förderung der Politik des Transportimperialismus. Allein in den letzten Jahren sind Ereignisse eingetreten, die die herrschende Klasse zur Nachgiebigkeit veranlassen müssen. Die Unzufriedenheit der Volksmassen wächst mit jedem Jahre und von Zeit zu Zeit mußte man den Volksmassen kleine Konzessionen zuteil kommen lassen. Sehr kleine Konzessionen allerdings, mehr von prinzipieller als wirtschaftlicher Bedeutung: eine ganz kleine Erweiterung des Getreidebaus, Gründung einiger Fabriken und Mühlen mit Dampfbetrieb zur Linderung der Not an Kleidungsstoffen und Brot usw. Wie unbedeutend auch diese Konzessionen an und für sich

[1] Griechenland und seine Stellung im Orient. Von Alfred Philippsohn, Privatdozent an der Universität Bonn. Seite 34.

sind, so beweisen sie doch, daß die Gefahren einer Volksbewegung existieren und von der herrschenden Klasse erkannt sind.

Dann entstand eine zweite, ganz unerwartete Gefahr. Der von der herrschenden Klasse geschaffene und großgezogene Militarismus hat zur Entstehung einer Kriegerkaste geführt, die ihre eigenen Kasteninteressen höher als die Interessen der Bourgeoisie stellt, die ihre eigene Gewalt über die Gewalt sowohl des Königs wie des Parlaments zu erheben bestrebt ist. Das schneidige Vorgehen der berüchtigten Militärliga läßt keinen Zweifel darüber. Militärliga und Parlament (Kriegerkaste und Transportbourgeoisie) waren eben im Begriff, den entscheidenden Kampf um die Macht anzufangen, als der Bauernaufstand in Thessalien ausbrach. Wie durch einen Zauberschlag haben sich da die unversöhnlichen Feinde in intimste Bundesgenossen verwandelt. Die Militärliga hat freiwillig ihre Auflösung beschlossen; das Parlament drückte feierlich sein Zutrauen der Armee aus. Parlament und Militärliga beeilten sich, dem König ihre Loyalität zu versichern. Der König schließlich kündigt eine „Reform" der Verfassung an — eine Reform im Sinne der Vorschläge des Herrn Philippsohn. Parlament und Militärliga sind voll Begeisterung für die versprochene „Reform". Jetzt ist man nunmehr bereit, „der Krone" Zugeständnisse zu machen, „die königliche Gewalt" zu befestigen und zu erweitern, um mit geeinten Kräften die begonnene Volksbewegung niederzukämpfen. Die Blutbäder, die Polizei und Militär in Thessalien seit Wochen unaufhörlich veranstalten, beweisen, mit welcher Rücksichtslosigkeit man entschlossen ist, die gefährliche Bewegung zu unterdrücken. Der hartnäckige Widerstand aber beweist andererseits, daß auch die Volksmassen nicht geneigt sind, ihre Sache so leicht aufzugeben.

* * *

Den neuen Bundesgenossen wird es zweifellos gelingen, den Bauernaufstand zu unterdrücken. Dennoch markiert dieser Aufstand den Beginn einer neuen Ära für Griechenland — einer Ära entschiedener Kämpfe der Volksmassen um ein menschliches Dasein. Der Aufstand kann unterdrückt werden, die Bewegung nicht. Der Bauernbewegung wird zweifellos eine Bewegung der entrechteten, hungernden Bevölkerung in den Städten folgen. „Der Grieche" hat sich bisher in der Tat viel zu wenig für „innere, soziale und wirtschaftliche Fragen" interessiert. Nun wird er durch die Massenbewegung gezwungen sein, diese Fragen anstatt der „auswärtigen Politik" in den Vordergrund des politischen Lebens zu stellen. Solange dies nicht geschehen, kann die jetzt begonnene Massenbewegung nicht aufhören. Vielleicht wird auch „der Grieche" einem ganz anderen Griechen seinen ehren- und vorteilhaften Platz überlassen müssen — dem industriellen Griechen. Bis dahin müssen noch selbstverständlich manche schwere Kämpfe ausgekämpft werden.

Literarische Rundschau.

Gottlob Egelhaaf, **Politische Jahresübersicht für 1909.** Stuttgart 1910. 122 Seiten. Preis 2 Mark.

Dieses kleine Jahrbuch erscheint schon zum zweiten Male, und es füllt eine vorhandene Lücke aus. Die großen historischen Kalender von Schultheß oder Wipperman erscheinen erstens zu spät, dann sind sie zu weitläufig. Dies letzte

Moment, das man ihnen als Materialiensammlungen als Verdienst anrechnen muß, erschwert aber ihren Gebrauch bei schneller journalistischer Arbeit, wo man sich über eine Tatsache oder ein Datum informieren will, oder wenn es gilt, sich kurz den äußeren Verlauf der Dinge ins Gedächtnis zu rufen. Egelhaaf informiert kurz, bündig und übersichtlich, wenn auch natürlich mit Tendenz, und zwar nationalliberaler. Er ist Historiker und Verfasser einer brauchbaren, wenn auch bürgerlich-oberflächlichen Geschichte der neuesten Zeit (vom Frankfurter Frieden), was auch seinen Jahresübersichten ihren Stempel aufdrückt. Wenn auch keine Quelle des Studiums der Zeitgeschichte, können sie unseren überlasteten Redakteuren und Referenten als Nachschlagebuch dienen. Karl Radek.

Notizen.

Die Lage der Landarbeiter in Pommern. Es sind drei verschiedene Kategorien von Landarbeitern, an denen sich unsere Grundbesitzer bereichern: die Volltaglöhner, die Halbtaglöhner und die Deputanten. Die letzteren werden nur für bestimmte Arbeiten angenommen als Pferdeknecht, Kutscher, Fütterer usw. Sie stellen sich und ihre Frauen für den ganzen Tag, respektive eine erwachsene Person in der Regel für den Nachmittag, und für die sechs Sommermonate einen Hofgänger für den ganzen Tag zur Verfügung, die Halbtaglöhner müssen den ganzen Tag zur Arbeit gehen und für den Nachmittag eine erwachsene Person stellen. Wenn es verlangt wird, und namentlich in der Erntezeit, muß die Arbeitskraft auch den ganzen Tag zur Stelle sein. Die Volltaglöhner müssen alle vorkommenden Arbeiten verrichten und jeder noch zwei erwachsene Arbeitskräfte stellen. Sind in der Familie noch mehrere Arbeitskräfte vorhanden, so müssen diese sämtlich dem Gutshof fronden. Die Behandlung ist eine geradezu unmenschliche dank der Gesindeordnung, die die Landarbeiter in Sklavenfesseln legt. Sie erhalten zwar laut Kontrakt freie Wohnung. Wie ist sie aber beschaffen? Meist besteht sie aus einer Stube und Kammer, größtenteils mit Lehmfußboden, oft voller Lücken, die mit Ziegelsteinen lose ausgelegt sind, so daß man Gefahr läuft, die Beine zu brechen. Größtenteils sind die Wohnungen baufällig, oft müssen mit Balken und Brettern die Stubendecken gestützt werden, denn große Stücke Lehm und Kalk sind herausgefallen, und vielfach drohen die Decken gänzlich einzustürzen. Im Frühjahr läuft das Wasser von den Wänden, so daß sie schwarz aussehen. In der Stube ist auch der Kochherd. Neben der Wohnung, unter demselben Dache und nur durch eine Wand getrennt, liegt der niedrige dumpfe Viehstall.



An Lohn werden 40 bis 50 Pfennig den Tag gezahlt, für den zweiten Mann 30 bis 75 Pfennig und für den dritten Mann 50 bis 100 Pfennig. Auch vor den Kindern macht die agrarische Ausbeutung nicht Halt; sie müssen im Sommer mithelfen und dürfen nachharken, Disteln stechen und Pflanzen verziehen, dafür erhalten sie 30 bis 50 Pfennig Taglohn bei 6 bis 7stündiger Arbeitszeit. An Naturalien werden gewährt 12 bis 36 Scheffel Roggen, 2 bis 7 Scheffel Gerste, 2 bis 4 Scheffel Hafer, 8 bis 10 Raummeter Holz sowie eine Fuhre Torf, ferner 1 bis 2 Morgen Gartenland und 3 bis 4 Morgen Acker zum Setzen der Kartoffeln.

Versuchen wir nun, das Einkommen eines Landarbeiters mit zwei Hofgängern festzustellen, und rechnen wir bei 300 Arbeitstagen den vollen Wert der gelieferten Naturalien an.

Lohn pro Tag 50 Pfennig	150	Mark jährlich
Lohn für den zweiten Mann 75 Pfennig .	225	" "
Lohn für den dritten Mann 100 Pfennig .	300	" "

Das macht für drei erwachsene männliche Arbeiter bei täglich 12 bis 13stündiger Arbeitsdauer den horrenden Lohn von 675 Mark aus! Dazu kommen die Naturalien:

36 Scheffel Roggen à 7 Mark	252,— Mark
7 Scheffel Gerste à 6,50 Mark	45,50 „
4 Scheffel Hafer à 6,50 Mark	26,— „
10 Raummeter Holz	60,— „
Torf	5,— „
4 Morgen Land	100,— „
Mithin ein Wert von	488,50 Mark

Dies macht zusammen 1163,50 Mark als Bezahlung für drei erwachsene männliche Personen, also pro Kopf 1,29 Mark pro Tag. Bei dieser Aufstellung ist angenommen, daß die Frau als zweite respektiv dritte Arbeitskraft auftritt. Geschieht dies nicht, so ist für fremde Hilfe der Lohn und das Essen von dem Einkommen noch in Abzug zu bringen! Und dieses Rieseneinkommen erhält der Tagelöhner nicht einmal ganz, denn neben den Steuern und sonstigen Ausgaben muß auch noch Schulgeld gezahlt werden. Und damit die Steuern auch auf den Pfennig richtig einkommen, ist den Gemeindevorstehern eine jede Mark Einkommen in Betracht ziehende Steuertabelle zugegangen, nach der bei einem Jahreseinkommen von 100 Mark = 40 Pfennig, 102 Mark = 41 Pfennig, 104 Mark = 42 Pfennig usw. Steuern gezahlt werden müssen! Und dann schreien unsere Junker und Agrarier nach Ausnahmegesetzen, wenn die Landarbeiter sich danach sehnen, diesen Paradiesen zu entfliehen! Wenn die Pastoren Sonntags von der Kanzel predigen „du sollst den Feiertag heiligen" und wenn die „Herren" zur Kirche gehen und ihre Frömmigkeit zur Schau tragen, dann müssen die Lohnsklaven den Acker bearbeiten, um das „Deputat" mühsam zu erwerben. Denn während der Woche gibt es dringende „Notstandsarbeiten", die fertiggestellt werden müssen. Wehe, wenn sich ein Landproletarier weigert, dann tritt das famose „Landarbeiterrecht" in Kraft und er ist der Leidtragende. Um nun die Knebelung der Landarbeiter noch vollständig zu machen, sind die pommerschen Agrarier auf einen famosen Gedanken gekommen. Sie haben, um die Landarbeiter noch mehr niederdrücken zu können, einen Arbeitgeberverein gegründet, als dessen Zweck festgesetzt wurde, die Löhne der Knechte niedrig zu halten und einen Kontrakt auszuarbeiten, „da die Knechte zu viel Freiheit genössen". Auch der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern hat die Löhne für die einzelnen Arten der Arbeiter und Arbeiterinnen bis ins kleinste hinein genau geregelt. Die Löhne für 1909 waren bedeutend niedriger als im Jahre vorher. Dabei heimsen die Herren durch die Schutzzölle Riesengewinne ein, wie sich schon allein durch die Steigerung der Preise ihrer Güter erweisen läßt. In Klein-Reinickendorf wurde ein Bauernhof von nur 130 Morgen für 90000 Mark verkauft. Das Rittergut Barkotzen, das vor zirka drei Jahren für den Preis von 200000 Mark gekauft wurde, erzielte jetzt beim Verkauf 250000 Mark. In Nieder-Aalkiest, Kreis Regenwalde, hat der Rittergutsbesitzer Lüdden sein 1600 Morgen großes Gut zum Preise von 415000 Mark verkauft. Da er das Gut vor zwei Jahren für 320000 Mark erworben hat, erzielt er pro Jahr 47500 Mark Gewinn. Der Besitzer des Gutes Ermiele bezahlte für dieses vor drei Jahren 50000 Mark, jetzt hat er es für 120000 Mark losgeschlagen. Der Aufschlag macht 140 Prozent aus. An dem kleinen Objekt verdiente der Verkäufer in drei Jahren 70000 Mark. Ein noch besseres Geschäft wurde mit dem Verkauf des Gutes Seehof gemacht. Vor einigen Jahren kaufte es der Besitzer für 65000 Mark und verkaufte es nun für 124000 Mark.

Daß der Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter entstanden ist, macht unsern Agrariern Unbehagen. Wir hoffen, daß die Genossen den Verband kräftig unterstützen werden, damit er seine schwere Aufgabe erfüllen und das Elend der Landproletarier bekämpfen kann. Georg Blödorn, Stolp.

Zeitschriftenschau.

„La vie ouvrière“ bringt in ihrer Nummer 6 vom 20. Dezember einen Aufsatz von P. Monatte über **„Das Internationale Sekretariat gegen den Internationalismus“**. Der von der A. F. L. (Amerikanische Arbeiterföderation) in Toronto beschlossene Anschluß an das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften ist von sehr großer Bedeutung, namentlich in bezug auf die Umwandlung der Sekretärkonferenzen zu internationalen Kongressen. Die französischen Gewerkschaften haben diese Forderung schon seit einem Jahrzehnt erhoben, aber die Sozialdemokratie, die die europäischen Gewerkschaften unter ihrer Vormundschaft hält, sorgte dafür, daß sie stets abgewiesen wurde. Jetzt auf der letzten Konferenz sprachen sich aber auch die Amerikaner dafür aus, die im übrigen geradeso auf der äußersten Rechten stehen wie die französischen Syndikate auf der äußersten Linken; und jetzt wurde diese Forderung nicht mehr so unbedingt abgewiesen.

Schon 1877 wollten die französischen Gewerkschaften einen internationalen Kongreß veranstalten; nachher gingen sie zusammen mit den Sozialisten auf die internationalen Sozialistenkongresse. Seitdem dort 1894 die anarchistischen Delegierten der Gewerkschaften nicht anerkannt wurden, dagegen Jaurès, Viviani, Millerand, trotzdem sie keine Delegierten waren, zugelassen, suchten diese Gewerkschaften 1900 ein internationales Gewerkschaftssyndikat zu gründen. Weil die sozialdemokratischen Gewerkschaften fern blieben, schlug der Versuch fehl; im nächsten Jahre wurde dann von der deutschen Generalkommission eine internationale Konferenz nach Kopenhagen zusammenberufen. Seitdem haben 1902 in Stuttgart, 1903 in Dublin, 1904 in Amsterdam die Franzosen wiederholt versucht, den Wirkungskreis dieser Konferenzen zu erweitern, zunächst dadurch, daß der Antimilitarismus und der Generalstreik auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt wurden — aber stets vergebens; sie wurden immer an die Sozialistenkongresse verwiesen. Kann es aber etwas geben, das mehr die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter berührt als der Krieg gegen den Krieg? Als dann die ersten Gerüchte einer Kriegsgefahr zwischen Frankreich und Deutschland wegen Marokko auftauchten, wurde Griffuelhes nach Berlin geschickt, um mit den deutschen Gewerkschaften einen gemeinsamen Protest gegen den Krieg zu veranstalten. Diese verwiesen ihn an die sozialdemokratische Partei; die Parteihäupter aber nahmen die Sache nicht ernst; daß es in Marokko Erzlager gäbe, um die sich Krupp und Schneider stritten, glaubten sie einfach nicht, den es stand nichts davon in ihrer marxistischen Bibel. Glücklicherweise haben sich Krupp und Schneider geeinigt; aber diese Erfahrung blieb nicht ohne Wirkung auf die französischen Gewerkschaften. Sie drängten durch ihre Resolution von Amiens noch einmal auf Diskussion jener Punkte; doch die internationale Konferenz in Christiania verwies sie wieder an die internationalen sozialistischen Kongresse. Diese aber, auf denen Ärzte, Rechtsanwälte und Parlamentarier über die Arbeiterfragen entscheiden, haben seit 1893 die Frage des Antimilitarismus völlig liegen lassen. So kam 1909 die Konferenz in Paris; zu dieser hatten die französischen Gewerkschaften den Antrag gestellt, die Konferenzen zu Kongressen umzugestalten, in denen prinzipielle und taktische Fragen behandelt werden könnten. Die Argumente von Jouhaux wurden von Hueber (Österreich) im Namen vieler Nationen durch eine Erklärung erwidert, worin die Einheit der politischen und gewerkschaftlichen Aktion betont wurde. Statt eines Deutschen, wie immer vorher, trat hier ein Österreicher als Generalissimus der sozialdemokratischen Gewerkschaften auf, weil Österreich jetzt durch die Stärke seiner Fraktion die Führung in der sozialistischen Internationale hat. Legien hatte jedoch die Erklärung Huebers nicht unterzeichnet; er wußte, daß Gompers die von den Franzosen vorgeschlagene Umwandlung zur Bedingung des Beitritts der A. F. L. gemacht hatte, und wollte deshalb nur für den Augenblick, nicht für später den Vorschlag ablehnen. Ihm

schlossen sich dann andere Delegierten an; trotzdem aber die Franzosen mit ihren Gründen nicht durchdrangen, unterblieb eine so schroffe Ablehnung wie in Christiania. So wird die amerikanische A. F. L., deren internationales Empfinden am geringsten ist, erreichen, was den Franzosen nicht gelang, neben der sozialistischen Internationale eine wirkliche Arbeiterinternationale ins Leben zu rufen. Entsprechend den Wünschen Legiens und Gompers' soll diese einen nichtrevolutionären Charakter tragen. Aber die Verhältnisse werden sich mächtiger erweisen. Die französischen Syndikalisten werden mit den revolutionären Minoritäten Fühlung suchen. In einem holländischen syndikalistischen Blatte wurde angeregt, daß die syndikalistischen Gruppen sich international zusammenschließen.

In Nr. 7 vom 5. Januar findet sich ein Aufsatz von A. Merrheim über **„Der Betrug mit den Arbeiterpensionen“** (L'escroquerie des retraites ouvrières). Nachdem der Entwurf eines Arbeiterpensionsgesetzes erst in der Kammer und dann viele Jahre im Senat geschlafen hat, hat letzterer ihn auf die Bitte Vivianis diskutiert, damit die Abgeordneten vor den Wahlen etwas bekommen, was sie den Wählern anbieten können. Die Senatskommission stellt dem Regierungssystem ein anderes System gegenüber; sie will einen Teil der Beiträge verwenden, um den Greisen sofort etwas auszahlen zu können; die Regierung will dagegen alle Beiträge sammeln und kapitalisieren und erst nach dreißig oder fünfzig Jahren mit Pensionszahlungen anfangen. Alljährlich sollen die Arbeiter 97 Millionen, die Unternehmer 97 Millionen, andere Versicherte 7 Millionen und der Staat 109 Millionen — woher diese kommen sollen, weiß noch keiner —, zusammen 310 Millionen, beitragen. Nach vierzig Jahren wird das Kapital 10 Milliarden betragen, und deren Zinsen sollen dann zu Pensionen Verwendung finden. Daß die Arbeiter alle Vorteile dieser Kapitalien genießen werden, wie Jaurès behauptet, trifft nicht zu; die soliden Unternehmungen, die hohe Profite machen, brauchen dieses Kapital nicht, so daß es von den Panamaleuten verschluckt werden wird. Der Staat selbst wird jedesmal, bei Geldnot oder bei Kolonialeisenbahnen, aus diesem Schatze schöpfen. Es wird ein Wettrennen um die Gunst der Regierung entstehen, die solche Milliarden anzulegen hat; die unsaubersten Kapitalistengruppen werden sich eines Teiles bemächtigen; Belohnungen politischer Freunde werden bei der Aufwendung eine Hauptrolle spielen; eine Quelle großartiger Korruption wird damit erschlossen. Eine ganze Armee kleiner regierungstreuer Kapitalisten und Kleinbürger wird damit herangezüchtet, die gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung als Ordnungstruppe dienen. Die landwirtschaftlichen Kreditkassen, für die Jaurès 1897 seinen Widerstand gegen das Monopol der Französischen Bank fallen ließ, haben sich ebenfalls zu Anstalten der politischen Korruption entwickelt, die nicht der Landwirtschaft, sondern den politischen Agenten der Regierungspartei zugute kommen.

„Der Belagerungszustand in Buenos Aires“ bildet das Thema einer Mitteilung in derselben Nummer von James Guillaume. Am 14. November wurde das Haupt der Polizei, Kolonel Falcon, durch eine Bombe getötet; Name und Herkunft des sofort ergriffenen Täters, der völlig aus individueller Rache handelte, sind unbekannt. Wahrscheinlich hat er wegen der Polizeigreuel am 1. Mai Rache genommen. Diese Tat war sofort das Signal zur Verfolgung der Arbeiterbewegung; die Zeitungen wurden konfisziert, die Redakteure verhaftet, der Belagerungszustand für zwei Monate über das ganze Land verhängt, zahllose Arbeiter ausgewiesen. Gerade zuvor war die Arbeiterbewegung aufgeblüht; die Gewerkschaft der Hafen- und Transportarbeiter, die bedeutend erstarkt war, wollte eben zwei Vertreter auf eine Agitationstour längs der Küste schicken. Diese Tour mußte nun vorläufig unterbleiben. Das Organ der revolutionären Gewerkschaftsbewegung hat sich aber durch das Verbot nicht stören lassen und ist, als geheim gedrucktes illegales Organ, weiter erschienen.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 31 Ausgegeben am 29. April 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Maifeier und ihre Wandlung.

Mit diesem Jahre tritt die Maifeier in ihr drittes Dezennium. Der zeitliche Abschnitt allein würde einen Rückblick nicht rechtfertigen. Aber wenn nicht alle Zeichen trügen, wird gerade in Deutschland die Maifeier neue Bedeutung erhalten, nicht weil die Ansichten einzelner sich geändert haben, sondern weil die politische Situation und damit die Stimmung der Arbeiterklasse und ihre Kampfmethode eine andere geworden ist.

Der Pariser Beschluß hat in verschiedenen Ländern ganz verschiedene Durchführung und Wirkung erfahren und ganz verschiedene historische Bedeutung gewonnen. Überall hatte die Idee, die Kampfgemeinschaft und Solidarität des internationalen Proletariats zum sichtbaren Ausdruck zu bringen, sofort gezündet. Der Gedanke, einen Tag zu setzen, an dem das Proletariat der Welt die ihm wichtigste Forderung der Sozialpolitik, den Achtstundentag, die wichtigste Forderung seiner inneren und äußeren Politik, die Abrüstung und die Erhaltung des Weltfriedens, und sein Endziel, die Abschaffung der Lohnarbeit, durch eine Weltdemonstration der feindlichen Welt des Kapitalismus vor Augen führt, entsprang unmittelbar aus der Stimmung, die die Schaffung der neuen Internationale auslösen mußte. An einem solchen Tage mußte die Internationale auch dem Verstocktesten als wirkende Macht zum Bewußtsein kommen, mußte das, was all unseren Gegnern gerade die hassenswerteste Irrlehre schien, die unverbrüchliche Interessengemeinschaft der Ausgebeuteten aller Nationen, als lebendige Tat sich erweisen.

Aber für manche Länder bedeutete die erste Maifeier noch mehr. Wie sie der Gedenktag der Begründung der neuen Internationale ist, so ist sie für jene Länder, in denen die Arbeiterbewegung nach vielen Wirren zu neuem kräftigen Vorstoß sich erhob, der Tag der ersten großen Massenaktion.

Es war eine wundersame Zeit, die Zeit, in der der Pariser Kongreß zusammentrat und den merkwürdigen Beschluß faßte, der so unvernünftig schien und sich doch so siegreich durchgesetzt hat, durchgesetzt nicht nur gegen den Hohn und Spott und den Widerstand der Feinde, sondern auch gegen die Zweifel und den Kleinmut vieler Freunde. Aber freilich, wie sich der Gedanke der Maifeier durchsetzte, das war eine Überraschung für alle. Deutschland,

das Land, das durch die politische Durchbildung seiner Arbeiter, durch die Stärke ihrer Organisation, ihrer Opferfähigkeit und Kampfgewohnheit damals noch mehr wie heute alle anderen Länder weit hinter sich ließ, stand keineswegs an der Spitze. In Ländern aber wie Österreich und Rußland gewann die Maifeier für die Entwicklung der Partei eine Bedeutung, die nicht leicht überschätzt werden kann.

Fragt man nach den Gründen dieser Erscheinung, um aus den Lehren der Vergangenheit Schlüsse für die Zukunft ziehen zu können, so fällt die Antwort nicht schwer. Die erste Maifeier fiel in Deutschland zusammen mit dem größten Siege des Proletariats über seinen größten Gegner. Ein Jahrzehnt lang hatte der Ausnahmezustand die Arbeiterklasse außerhalb der Gesetze gestellt. In einem zähen Kampfe, der an jeden einzelnen Anhänger der Partei die größten Anforderungen stellte, hatte sich die Partei Schritt für Schritt ihr Betätigungsfeld erobert; um jeden Fußbreit Boden war mühsam unter unendlichen Opfern gestritten worden; die Schlachtreihen des Proletariats waren aufgelöst; in zahllosen Einzelgefechten mußte dem Gegner jede Position abgerungen werden; nur bei den Reichstagswahlen kam es zur geschlossenen Schlacht, und jede Schlacht war ein neuer Sieg.

Zur Zeit der ersten Maifeier war aber der Kampf entschieden. Das Sozialistengesetz und mit ihm sein Urheber waren bankrott. Die Partei hatte sich den Boden der Legalität zurückerobert, die nötigste Bewegungsfreiheit erkämpft; die Bahn schien frei, auf der neue Siege errungen werden mußten. Die Taktik aber, vor der die Übermacht des Feindes zur Kapitulation gezwungen war, war eine Taktik des vorsichtigen, aber zähen und unaufhaltsamen Vordringens, bei dem es zu keinen großen überwältigenden Aktionen kam, durch die der Widerstand der Gegner im einmaligen Ansturm niedergeworfen worden wäre, die aber auch die Gefahr großer Rückschläge hätten einschließen können. Es war eine unermüdliche Arbeit der Organisation und Agitation und Aufklärung, in der die Vertreter der Staatsmacht in tausend und aber tausend Einzelaktionen immer wieder überlistet, irregeführt, überwunden wurden. Es war eine Agitation von Mann zu Mann, in der mühsam um Hirn und Herz fast jedes einzelnen Arbeiters gerungen wurde, eine Agitation, in der aus dem niedergedrückten, dumpf dahinlebenden Lohnsklaven der stolze, klassenbewußte, organisierte Proletarier Deutschlands geworden ist, der die Bedingungen seiner Unterdrückung und seiner Befreiung kennt und der weiß, daß, was er geworden, er seiner Partei dankt und ihrer unermüdlichen Arbeit. Aufklärung und Organisation war so der aus den Verhältnissen selbst entspringende Inhalt der Parteitätigkeit, und in ihren Dienst stellte sich auch die Tätigkeit der Vertreter des Proletariats im Parlament. Die Wahlen aber gaben die Gelegenheit zur Heerschau über den Erfolg, und jede solche Heerschau legte ein glänzendes Zeugnis ab für die Richtigkeit und Wirksamkeit dieser Taktik, bis schließlich die Februarwahlen des Jahres 1890 die Anerkennung des errungenen Sieges brachten.

Wie ganz anders die Situation in jenen Ländern, denen die Betätigung auf parlamentarischem Felde unmöglich war, wo die Partei der Arbeiter über keine großen Organisationen verfügte, ihre Bewegungsfreiheit noch völlig gehemmt, ihr Dasein selbst der Öffentlichkeit fast unbekannt geblieben war. War die Partei noch klein und ihrer eigenen Stärke und Kraft nicht sicher, so erschien sie auch dem Gegner nicht übermäßig gefährlich. War die sozialdemo-

kratische Gefahr seit Gründung des Reiches in Deutschland der Angelpunkt fast der ganzen inneren Politik, stand ihr nicht nur die gesamte Staatsmacht entgegen, sondern schlossen sich ihr gegenüber auch die politischen Parteien und die wirtschaftlichen Organisationen des Bürgertums immer enger zusammen, so spielte etwa in Österreich die Partei in keiner Hinsicht auch nur annähernd eine ähnliche Rolle. Der Ausnahmezustand hatte hier ganz anders wie in Deutschland gewirkt, die Arbeiterbewegung fast völlig gesprengt, eine anarchistische Gegenaktion, die die Partei völlig lahmlegte, wachgerufen, jede politische Wirksamkeit vernichtet. Für irgend eine parlamentarische Tätigkeit fehlte jede Voraussetzung, das Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern schloß jeden proletarischen Erfolg, ja nur jede Beteiligung zum Zwecke der Stimmenzählung völlig aus. Und gerade da feierte der Gedanke der Maifeier seinen größten Triumph. Es war die Notwendigkeit, allen Unterdrückungsmaßregeln des Staates ein Ende zu machen um jeden Preis, aus dem verborgenen Dunkel an das Licht zu treten, mit einem Schlage einzuholen, was so lange versäumt, mit einem Rucke abzuschütteln, was so lange niedergedrückt war. Diese zwingende Not erst ließ den Entschluß reifen, von den bedeutungslosen, schwachen Organisationen an die Klasse selbst zu appellieren, die Massen aufzurufen zu eigener Tat, die endlich den lange Getretenen und Unterdrückten mit einem Schlage das Bewußtsein ihrer Zahl, ihrer Stärke, ihrer Macht geben sollte. Und diese Kraftprobe durfte um so eher gewagt werden, als auch ein Mißlingen nichts mehr verschlimmern konnte, ein Gelingen dagegen außerordentliche Wirkung tun mußte.

Trotzdem hätte das kühne Wagnis — und ein solches blieb es angesichts der feindseligen Erbitterung, den der Beschluß der Arbeitsruhe am 1. Mai bei der Bourgeoisie erweckte — niemals gelingen können, wäre der Gedanke der Feier nicht so ganz und gar Geist vom Geiste des Proletariats, entspräche er nicht so ganz dem proletarischen Klasseninstinkt und appellierte er nicht an das, was das beste Besitztum der Arbeiterklasse ist, an das Bewußtsein ihrer Unentbehrlichkeit in der Produktion, aus dem der Stolz und die Siegessicherheit des proletarischen Kämpfers quillt. Lange bevor der Gedanke des politischen Massenstreiks als eines wichtigsten proletarischen Kampfmittels in dem Bewußtsein des Proletariats lebendig wurde, lange bevor die verschiedenen Formen, Anwendungsmöglichkeiten und Grenzen der Wirksamkeit politischer Streiks erörtert wurden, erwies der Gedanke, der Bourgeoisie die Macht des Proletariats in ihrer Elementarform zu demonstrieren, seine hinreißende Kraft. So wurde die Maifeier in Österreich zur eigentlichen Geburtsstunde der österreichischen Sozialdemokratie, so wurde sie in Polen und Rußland der beste Gradmesser der Bewegung und ist dies noch heute. Unendliches verdankt die Bewegung der agitatorischen und propagandistischen Wirkung, die von der Arbeitsruhe ausging, die der Wille des Proletariats erzwungen hatte, und über ihren hohen Wert herrscht in diesen Ländern nicht zweierlei Meinung. Und wie in Österreich und Rußland, so wirkt die Maifeier immer fort in allen Ländern, in denen das Proletariat noch rückständigen Verhältnissen gegenübersteht.

Zugleich erfuhr die Feier auch eine Wesensänderung in ihrem Charakter. Die Maifeier war gedacht als eine Demonstration des Achtstundentags, der internationalen Solidarität und des Sozialismus; eine Veranstaltung, dadurch unterschieden von allen anderen Demonstrationen des Proletariats, daß sie

nicht dem Tageskampf, den unmittelbaren Sorgen der Arbeiterklasse, sondern vor allen ihren letzten, höchsten Zielen dienen sollte. In Wirklichkeit aber wurde sie gerade in den Ländern, in denen sie ihre höchste Bedeutung erhielt, die mächtigste und eindrucksvollste politische Demonstration. Wenn auch die ursprüngliche Absicht der Feier schon durch die Tatsache verwirklicht war, daß überall in der Welt am gleichen Tage das klassenbewußte Proletariat gemeinsam demonstrierte, so wurde die Maifeier zugleich in den Dienst des unmittelbaren politischen Kampfes gestellt. In Österreich bezeichnet die Maifeier des Jahres 1893, die ganz unter dem anfeuernden Eindruck des ersten belgischen Generalstreiks stand, den Anfang jener gewaltigen, stets sich steigernden Demonstrationen, die den Wahlrechtskampf eröffneten, und jeder Höhepunkt des Kampfes ist bezeichnet durch eine Maifeier, die durch den Umfang der Arbeitsruhe, durch die Größe der Demonstrationszüge, durch die Kundgebungen der Begeisterung und Kampfentschlossenheit ihre Vorgänger immer wieder hinter sich ließ. Und jene gewaltige Schlußdemonstration des Wiener und des gesamten österreichischen Proletariats vom 28. November 1905, die den Sieg im Wahlrechtskampf besiegelte und in dem Vorbeimarsch der Viertelmillion vor dem österreichischen Parlament seinen Höhepunkt erreichte, was war sie anderes als ein auf einen anderen Tag verlegter „1. Mai“. Wenn in Österreich der Gedanke des Massenstreiks so geringen Widerstand fand, so nicht zuletzt, weil er den Massen vertraut war aus seiner jährlichen Wiederkehr am 1. Mai. Und wuchsen auch in Österreich mit der Stärke der Partei von Jahr zu Jahr die Widerstände des Bürgertums, so war doch der Gedanke der Maifeier so fest verankert in dem Bewußtsein der Massen, war das Recht auf diesen Tag ihnen schon so sehr zum unverletzlichen Menschenrecht geworden, daß bei jedem Streik die Freigabe des Tages als selbstverständliche, oft am zähesten verteidigte Forderung erschien, daß zahllose Tarifverträge das Recht auf die Freigabe anerkennen.

Und wie in Österreich, so gewann auch in Polen und Rußland die Maifeier eine hervorragende Bedeutung für den Kampf des Proletariats. Auch hier bewährte der Gedanke der Maifeier seine hinreißende Kraft, schuf er die ersten großen Massenaktionen, die aller Unterdrückungen spotteten, um schließlich in den grandiosen Kundgebungen der revolutionären Periode seinen gewaltigsten Ausdruck zu finden.

So war die Maifeier in Charakter und Ausdehnung selbst bestimmt durch die politischen Ereignisse; von diesen erst empfing sie den entscheidenden Inhalt, und nur, wo sie sich als taktisches Mittel einfügen konnte in die Reihe der Kampfmittel des Proletariats, nur dort erfuhr sie ihre höchste Vollendung.

Gerade dies aber war in Deutschland keineswegs der Fall. Das Jahr 1890 hatte im Februar den gewaltigen Aufschwung der Partei bei den Wahlen offenbart; die bisherige Taktik aber hatte Massenaktionen gerade ausgeschlossen. Straßendemonstrationen wurden von vielen — und konnten es wohl auch — als die Gelegenheit angesehen, die einem bankrotten System die erwünschte Gelegenheit bieten würde, durch ein Blutbad die vordringende Arbeiterklasse zurückzuwerfen und die eigene Macht zu behaupten. Die demonstrative Feier durch Arbeitsruhe und Straßenumzüge erschien so als ein Wagnis, dessen Ausgang ungewiß war. Eine Niederlage aber hätte bedeutet, daß der große, politisch so fruchtbare Eindruck der eben errungenen Erfolge vernichtet, der eben besiegte Gegner seine schwindende Macht neu befestigt gesehen hätte. Er-

schien in anderen Ländern ein Ausweg aus den bisherigen trostlosen Zuständen unter allen und selbst den ungünstigsten Verhältnissen unausweichlich, so war das in Deutschland, wo das Proletariat siegreich vordrang, keineswegs der Fall. Den Massen selbst — und auf ihren spontanen Willen kommt es bei jeder Massenaktion in allererster Linie an — mußte unter diesen Umständen die Maidemonstration nicht als zwingende Notwendigkeit erscheinen. Es fehlte das Gefühl, jetzt gelte es, alles an alles zu setzen. Dazu kam die Ungunst der wirtschaftlichen Lage, die die Befürchtung, die Unternehmer würden den günstigen Moment zu einer Machtprobe ausnutzen, nicht unberechtigt erscheinen ließ. Sollte die eben neu einsetzende und schwache Gewerkschaftsbewegung solcher Fährnis ausgesetzt werden? Kein Wunder, daß in den leitenden Kreisen der Partei die Abneigung wuchs, den politischen Sieg, den die Wahlen gebracht, aufs Spiel zu setzen und eine Demonstration zu wagen, die der bisherigen Taktik so fremd, die nicht aus den politischen Bedingungen in Deutschland selbst hervorgegangen war. Und diese Abneigung der Führer wurde auch nicht durch die Massen selbst überwunden. Diese sahen den Erfolg der bisherigen Taktik; zur neuen, nicht ungefährlichen Aktion drängte kein unmittelbarer Zwang. So verzichtete gerade in Deutschland die Partei von vornherein auf die Feier des 1. Mai, und von diesem ersten Zurückweichen hat sich die Maifeier in Deutschland bisher nicht ganz erholen können. Mußte dies doch auch für späterhin die anstürmende Begeisterung der Massen, die allein den Erfolg hätte bringen können, abkühlen, den Widerstand der Gegner ermutigen.

Aber nicht in Sinn und Absicht eines Vorwurfes soll dies gesagt sein. Es scheint vielmehr dem heute Rückschauenden der Entschluß Verhältnissen entsprungen, die anderen Entscheid schwer zuließen. Und heute dürfen die Folgen dieser Haltung um so ruhiger konstatiert werden, da eben diese Verhältnisse eine gänzliche Wandlung erfahren haben.

Standen große Massenaktionen in anderen Ländern am Beginn der Bewegung, so konnten in Deutschland, wo eine starke Staatsmacht von Anfang an die feindseligste Haltung gegen die Arbeiterklasse eingenommen hatte und das Wahlrecht die Möglichkeit bot, in der Reichspolitik eine wesentlich parlamentarische Taktik zu verfolgen, solche Aktionen nur auf einem Höhepunkt der Entwicklung erfolgen, wo die ungeheure Überzahl der Teilnehmenden den Gedanken an gewaltsame Unterdrückung auch den Herrschenden als wahnsinnig und verbrecherisch erscheinen lassen mußte. Die Möglichkeit mußte in dem Augenblick Wirklichkeit werden, wo die außerparlamentarische Aktion sich immer unentbehrlicher zeigte, sei es zur Unterstützung der parlamentarischen, sei es im Kampfe um den Zutritt zu den Parlamenten selbst. So brachte der preußische Wahlrechtskampf in rascher Steigerung gewaltige Straßendemonstrationen, die auch in Deutschland ihre volle Wirkung taten: Steigerung des Selbstbewußtseins der Massen, Vermehrung der propagandistischen Kraft der Partei, rasche Zunahme ihrer Anhänger, während die Gegner in die Verlegenheit gebracht werden, entweder die Bewegung gewaltsam zu unterdrücken, was sie doch nicht wagen können, da die Folgen auch für sie unabsehbar wären, oder aber zurückzuweichen und so die Macht der Massen anzuerkennen, das Prestige und die Anziehungskraft der Partei aufs neue zu vermehren.

Was so die Partei im Jahre 1890 vermieden hatte und wohl vermeiden mußte, die geschlossene Aktion der Massen selbst, das ist zwanzig Jahre später

mit vollem und fast überraschend schnellem Erfolg geschehen. Die Macht des preußischen Staates, die unbegrenzt schien, offenbarte plötzlich ihre Grenzen, die Macht der Massen, die so gering geschätzt wurde, ihre unwiderstehliche Wucht.

Damit hat sich aber auch für die Maifeier in Deutschland die Situation geändert. Wir haben gesehen, wie die Feier dieses Tages ihren Inhalt, aber auch ihre Ausdehnung empfängt von den Zwecken, denen sie dienen soll. Nicht Feste feiern, sondern Kämpfe führen ist die Leidenschaft des Proletariats. Solange die Maifeier als eine festliche Veranstaltung erschien, als eine Kundgebung für die wichtigsten Ziele des Proletariats zwar, aber doch als eine Kundgebung, deren Gegenstände nicht unmittelbare Kampfobjekte waren, so lange war die demonstrative Durchsetzung der Arbeitsruhe und der öffentlichen Kundgebung nichts der Feier Unentbehrliches, so sehr auch ihre Durchsetzung Herzenssache des Proletariats stets gewesen ist. Anders aber, wenn die größte und eigentümlichste Kundgebung des Proletariats von der Kampfesbegeisterung getragen wird, die die Wahlrechtsbewegung auslöst. Dann rückt der demonstrative Charakter der Feier in den Vordergrund, die Arbeitsruhe wird die dem Zweck allein entsprechende Form, und die Maifeier wird zum gewaltigsten und entschlossensten Ausdruck des politischen Willens der Arbeiterklasse.

So wird die Bewegung zur Erringung des gleichen Wahlrechtes, wie sie die Straßendemonstrationen erzeugt, den Gedanken an den politischen Streik im Bewußtsein der Massen neu belebt hat, auch die Feier des 1. Mai mit neuem Inhalt erfüllen, damit aber auch dem Streben nach Durchsetzung der Arbeitsruhe neue Energie und neuen Erfolg verleihen. Daß die Maifeier dieses Jahres, die auf einen Sonntag fällt, den Kampf um die Erringung der Arbeitsruhe unterbricht, wird nicht hindern, daß gerade in diesem Jahre des intensivsten politischen und wirtschaftlichen Kampfes der Gedanke an die Arbeitsruhe als der würdigsten Form der Feier erneute Kraft empfängt. Gerade weil diesmal die Feier von allen Hemmungen befreit, aber von der ganzen angesammelten politischen Leidenschaft erfüllt, den größten Umfang anzunehmen verspricht, wird der Wunsch lebendig bleiben, auch in künftigen Jahren der Maifeier ihre Größe zu bewahren, ihre politische Bedeutung stets zu erhöhen.

Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß künftig etwa zwingende Rücksichten mißachtet werden sollen. Die Maifeier stößt ja nicht nur bei der Staatsmacht auf Widerstand, sondern unmittelbarer noch bei den Unternehmern. Sie zwingt daher von vornherein dazu, der Entscheidung über die Art ihrer Begehung nicht nur politische, sondern auch gewerkschaftliche Erwägungen zugrunde zu legen. Nichts kann gerade den Anhängern der Maifeier ferner liegen, als durch alleinige Betonung politischer Momente Widerstände aufs neue wachzurufen, deren Beseitigung eine Vorbedingung der erfolgreichen Aktion ist. Aber wenn auf der einen Seite die politischen Gründe sich verstärken, die eine demonstrative Begehung der Maifeier nahelegen, so wird gerade in kommenden Jahren, die, wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, in die Prosperitätszeit fallen werden, auch die wirtschaftliche Situation gestatten, die politischen Bedürfnisse zu erfüllen, ohne darum zu versäumen, den notwendigen Rücksichten der Gewerkschaften Rechnung zu tragen.

So mag die Hoffnung nicht unberechtigt scheinen, daß die Maifeier des Jahres 1910 nur die erste einer Reihe sein wird, die in steter Steigerung dem Beschluß des Pariser Kongresses auch in Deutschland zu jener überragenden Bedeutung für die Geschichte der Arbeiterbewegung verhelfen wird, die er in anderen Ländern mit unentwickelterer Arbeiterbewegung längst gewonnen und stets behauptet hat.

Der Unternehmerkampf zur Aushungerung der deutschen Bauleute.

Von **August Bringmann.**

Hamburg, 21. April 1910.

In unserer Parteitagespresse ist mit Recht darauf hingewiesen, daß es sich in dem gegenwärtigen Kampfe im Baugewerbe um „die erste große Auseinandersetzung der deutschen Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden" handelt. Es dürfte deshalb gestattet sein, über die einzelnen Phasen des Kampfes und seine Begleiterscheinungen an dieser Stelle etwas ausführlicher zu berichten, als es sonst üblich ist.

Bei der Generalversammlung des Unternehmerbundes, die am 22. März in Dresden stattgefunden, lag, wie ich bereits in meinem Artikel in Nr. 26 vom 25. März bemerkte, die Entscheidung, ob gekämpft oder eine Vereinbarung herbeigeführt werden sollte. Diese Generalversammlung glich in ihrer Zusammensetzung, ihrer Geschäftsordnung und ihrem Verlauf den berüchtigten Veranstaltungen des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch in Berlin. Sie beschloß die Aushungerung der deutschen Bauleute, indem sie ein Ultimatum stellte, das die in Frage kommenden Gewerkschaften nicht annehmen *konnten*. Geht doch die Absicht jenes Unternehmerbundes unverkennbar dahin, die Gewerkschaften, die Bollwerke der Arbeiter, mit Hilfe des Tarifvertrags zu einem Werkzeug des Unternehmerbundes herabzudrücken, um damit die Arbeiter niederzuhalten. Das Ultimatum des Unternehmerbundes „kennzeichnet deutlich das Bestreben", so schreiben selbst bürgerliche Blätter, „die Arbeiter mit Hilfe der Tarifverträge zu knebeln und sich diejenige Willkür tariflich zu sichern, die früher dem einzelnen Unternehmer durch seine wirtschaftliche Übermacht über den einzelnen Arbeiter gegeben war."

Die Generalversammlungen der in Frage kommenden Gewerkschaften, die am 4. und 5. April in Berlin tagten, lehnten das Ultimatum des Unternehmerbundes einmütig und entschieden ab. Damit war der Abwehrkampf beschlossen. Daß seine Durchführung nicht leicht genommen wurde, beweisen die Beschlüsse: Für den Fall der Aussperrung gilt in allen in Frage kommenden Organisationen eine *zweiwöchige Karenzzeit*, bevor die Ausgesperrten von der Organisation finanziell unterstützt werden, und: Jedes Mitglied, das nicht ausgesperrt wird, hat neben seinen regelmäßigen Verbandsbeiträgen einen *Extrabeitrag* zu leisten, der je nach den Stundenlöhnen 10 Pfennig bis 1 Mark pro Tag beträgt. Diese Beschlüsse haben nicht etwa den Kampfesmut und die Begeisterung gedämpft, im Gegenteil, sie wirkten anfeuernd auf die Massen, weil damit die siegreiche Durchführung des Riesenkampfes wahrscheinlich wurde.

Nun versuchte das Reichsamt des Innern den „ehrlichen Makler“ zu machen. In der bürgerlichen Welt knüpften sich daran große Hoffnungen. „Bisher“ — schrieben unter anderem die „Dresdener Nachrichten“ — „hat sowohl die Reichsregierung wie die preußische Regierung jede Einmischung in wirtschaftliche Streitfragen streng vermieden. Fürst Bülow lehnte sogar bei dem großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1905 jede Vermittlung von seiten der Regierung ab und empfing nicht einmal die Vertreter der Bergarbeiter. Jetzt hat die Reichsbehörde zum ersten Male diesen Standpunkt aufgegeben; das ist ein sozialpolitisches Ereignis ersten Ranges.“ Um so greulicher war der Katzenjammer, als der Versuch des „ehrlichen Maklers“ scheiterte an dem Starrsinn des Unternehmerbundes!

Natürlich ist nicht das Eingreifen der Regierung „ein sozialpolitisches Ereignis ersten Ranges“, sondern der Riesenkampf! Weil es sich in diesem um „ein sozialpolitisches Ereignis ersten Ranges“ handelt, griff die Regierung ein. Dr. Wiedfeldt, der frühere zweite Bürgermeister in Essen, der jetzt Geheimrat im Reichsamt des Innern ist, leitete die Verhandlungen, die am 8. April im Reichstagsgebäude stattfanden, und er schätzte den Kampf so ein, wie ich andeutete. „Weniger die vielen Aufforderungen der Presse, auch nicht die zahlreichen Zuschriften und Telegramme, die der Staatssekretär erhalten hat, sei es direkt, sei es indirekt von anderen Verbänden, die nicht am Baugewerbe beteiligt sind“, hätten den Anlaß zum Eingreifen der Regierung gegeben, führte Dr. Wiedfeldt einleitend aus; hierin komme nur „zum Ausdruck die Besorgnis, daß das Gewitter, das sich im Baugewerbe zu entladen droht, auch bei anderen Leuten einschlagen und sehr viele Verheerungen anrichten kann. Gerade dieser allgemeinen Bedeutung wegen, welche die Bewegung im Baugewerbe anzunehmen droht, hat sich der Staatssekretär für verpflichtet gehalten, einzugreifen. . . . Wir stehen jetzt in einer Zeit, wo eine neue Konjunktur sachte aufzuleuchten beginnt und wo es Pflicht aller ist, dafür zu sorgen, daß diese Keime nicht gleich erstickt und daß nicht die Hoffnungen von vornherein durch einen Kampf zerstört werden.“ Das ist ein trefflicher Kommentar zum Kommunistischen Manifest: „Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf.“

Dr. Wiedfeldt machte im Auftrag seines Chefs und in Übereinstimmung mit dem Handelsminister und den sonstigen zuständigen Stellen den Vorschlag, eine Verständigung dadurch versuchen zu wollen, daß sich die Parteien, wie das vorige Mal, wieder drei Unparteiische wählen. Von seiten der Arbeitervertreter wurde erklärt, sie seien der Meinung, es sei zweckmäßig, wenn drei Unparteiische mit der Leitung der Verhandlungen beauftragt würden, ihre Kollegen würden dem zustimmen. Hingegen gaben die Unternehmervertreter die Erklärung ab: „Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bedauert, den Vorschlag auf Ernennung von drei Unparteiischen ablehnen zu müssen.“ Dr. Wiedfeldt versuchte nun eine gegenseitige Aussprache über die Streitpunkte herbeizuführen, er kam aber auch damit nicht weit. Von den Unternehmervertretern wurde verlangt, die Arbeitervertreter sollten die Beschlüsse ihrer Generalversammlungen verleugnen, beziehungsweise preisgeben, und als sie auf Widerstand stießen, beantragte einer von ihnen, „daß nunmehr Schluß gemacht wird“. Sie seien gekommen in der Hoffnung, daß ihnen vielleicht von seiten der Arbeiter Vorschläge gemacht würden, die den Unternehmern vielleicht ein Eingehen auf deren Beschlüsse ermöglicht hätten. Das

sei aber unterlassen worden, und damit falle für die Unternehmervertreter jeder Anlaß zu einer Besprechung oder zu irgendwelchen Verhandlungen weg. Gegen diese Protzenhaftigkeit kam auch der Geheimrat Dr. Wiedfeldt nicht auf. Die Zusammenkunft hatte von 2 Uhr 10 Minuten bis 4 Uhr 35 Minuten gedauert und war resultatlos verlaufen. Nur die Regierung war vielleicht um die Erfahrung reicher, daß sie in noch viel absoluterem Sinne „nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet," ist, als gewöhnlich angenommen wird. Die Unternehmer lassen sich von ihr nicht einmal zur bürgerlichen Vernunft bekehren!

Die Unternehmervertreter — es war der Gesamtvorstand des Unternehmerbundes für das Baugewerbe! — faßten noch am gleichen Tage, wo sie die Verhandlungen hintertrieben und der Reichsregierung eine Nase gedreht hatten, den Beschluß: „Alle Geschäfte werden am 15. April dieses Jahres geschlossen. Die Vorstände der Landes- und Bezirksverbände sowie der dem Bunde direkt angeschlossenen Ortsverbände sind in besonderen Fällen befugt, ausnahmsweise die Weiterbeschäftigung von nichtorganisierten Bauarbeitern in denselben Betrieben zu gestatten, in denen sie bisher tätig gewesen sind."

In höchst zweideutiger Weise leitartikelte nun die bürgerliche Presse: „Die Perioden des wirtschaftlichen Aufschwunges haben erfahrungsgemäß als unangenehme Begleiterscheinungen Lohnkämpfe, und zwar macht sich die Neigung zu Kraftproben gewöhnlich auf seiten der Arbeiter am stärksten geltend. Jetzt drohen auch schwere wirtschaftliche Kämpfe, aber auffallenderweise liegt die Offensive nicht bei der Arbeiterschaft, sondern bei den Verbänden der Unternehmer. ... Augenblicklich stehen wir vor einem großen Kampfe im Baugewerbe, und er wird wiederum nicht durch einen Streik der Arbeiter, sondern durch Aussperrung seitens der Arbeitgeber eingeleitet." Das sollte als eine Art Genugtuung in bürgerlichen Kreisen empfunden werden. Aber die Freude darüber kehrte sich bald in Bitternisse. Vor allem dämpfte eine Schilderung der Wirkungen eines solchen Kampfes, die die „Frankfurter Zeitung" brachte und die weit und breit nachgedruckt und kommentiert wurde, die Freude darüber, daß nun anstatt der Arbeiter die Unternehmer zum Angriff übergehen. Die Schilderung geht von der Annahme aus, daß etwa 400000 Arbeiter ausgesperrt werden, das seien mit Frauen und Kindern weit über eine Million, vielleicht fast anderthalb Millionen Menschen, die bisher eine tägliche Lohneinnahme von 1200000 Mark gehabt. Die Werte, die sonst ihre Hände schufen, gehen jetzt der Volkswirtschaft verloren. Durch den „Borg beim Krämer" würden wie beim großen Bergarbeiterstreik viele Krämer bankrott gehen. Ferner trete eine schwere Absatzstockung für all die Gewerbe ein, welche das Material zum Hausbau liefern, die Großeisenindustrie, das Holz- und Glasgewerbe, die Fabrikanten von Tür- und Fensterklinken.

„Die Einstellung des Häuserbaues ist ein nationales Unglück für eine Volkswirtschaft wie die deutsche, die ganz darauf eingerichtet ist, einer ständig wachsenden Bevölkerung die notwendigen Lebensgrundlagen, in erster Linie eben die Wohnungsgelegenheit zu schaffen. Als im Jahre 1907 der Kapitalmangel zur Einschränkung der Bautätigkeit zwang, da war dies das Ende der Hochkonjunktur, weil von diesem Zentrum aus Minderverbrauch und Arbeitslosigkeit immer weitere Kreise zog; daraus mag man ermessen, welchen wirtschaftlichen Schaden der kommende Kampf im Baugewerbe anrichten muß, auch wenn er nur einige Wochen hindurch dauert."

Ob diese Verheerungen in dem geschilderten Umfange eintreten, kann man abwarten. Tatsache ist, wie auch unsere Parteizeitungen eingehend und scharf hervorgehoben haben, daß der Kampf in der angedeuteten Richtung wirken und weite und verschiedene Kreise der Bevölkerung schwer treffen wird. Natürlich müßten die bürgerlichen Zeitungen nicht auch zugleich kapitalistische Zeitungen sein, wenn sie daraus die Konsequenzen ziehen und auch einmütig das aussperrwütige Unternehmertum verurteilen sollten. „Wer trägt die Schuld?“ So fragt die „Kölnische Zeitung“ am 12. April, und sie meint, man müsse zu dem Urteil kommen, „daß beide Teile schuldig sind an dem Unheil, das die bevorstehende Aussperrung im Baugewerbe in sich birgt“. Man könne deshalb nur fragen: „Wer trägt die größere Schuld?“ Diese mißt sie dem Unternehmer zu, welcher bei den Verhandlungen am 8. April den Schlußantrag gestellt hat.

„Die Erklärung des Herrn Busch war verfehlt, weil sie den Abbruch der Verhandlungen bedeuten mußte, und weil sie verhinderte zu zeigen, wie weit die Gegenseite entgegenzukommen trotz allem noch bereit war. Damit wurde eine durchaus unklare Lage gegeben, und den Arbeitern ist es jetzt unbenommen, ihre Bereitwilligkeit zum Verhandeln und sogar zu Zugeständissen so laut zu betonen, daß die Öffentlichkeit ohne viel Überlegung und Abwägung ihre Sympathie den Arbeitern wird zukehren können. Sie werden sogar sagen können, die Unternehmer hätten nur zum Schein sich zu dem Einigungsamt bemüht und wären dann erst, als sie ernstliche Verhandlungen befürchten mußten, schroff zurückgetreten, um nicht verhandeln zu müssen. Das mag ein Trugschluß sein, er kann aber gezogen werden. Und gerade deshalb hätten wir gewünscht, daß die Herren, die an diesem folgenschweren Tage das Wort führten, auch den Schein vermieden hätten, als fehle es ihnen an gutem Willen, und als wollten sie die Dinge bewußt der Katastrophe zutreiben lassen.“

So die „Kölnische Zeitung“. In der Sache gibt sie den Unternehmern völlig recht. Sie läßt durchblicken, daß die Arbeiter auf dem Wege der weiteren Verhandlungen doch noch eingeseift worden wären, wie im Jahre 1908. „Das war ein erfrischender Vorgang, der leider diesmal keine Nachfolge fand. Daß er sie nicht fand, läßt darauf schließen, daß die beiden Lager sich zu einem großen Schlage rüsten, daß diesmal ein Entscheidungskampf gekämpft werden soll, ein Kampf bis zur völligen Kampfunfähigkeit des Gegners. Sollten solche Absichten bestehen und sollten sie diesmal verwirklicht werden wollen, mit Wirkung für alle übrigen Gewerbe und für absehbare Zeiten, so würde man das aufrichtig bedauern müssen. *Unsere deutsche Volkswirtschaft* ist *noch zu jung, noch nicht in sich gekräftigt genug, daß sie solche Vernichtungskriege schadlos überstehen könnte.*“

Dieses Eingeständnis zeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung keineswegs zur Unfruchtbarkeit verdammt ist, und auch gegen die Unternehmerverbände aufkommen kann, wenn sie ihre Strategie und Taktik danach einrichtet! Doch darüber vielleicht später einmal. Hier will ich nur andeuten, daß die Sachlage auch in anderen interessierten Kreisen so aufgefaßt wird. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ legt die Stellung der dortigen Regierung offiziell wie folgt dar:

„Die württembergische Regierung hat alsbald nach dem Bekanntwerden des ergebnislosen Verlaufs der Einigungsverhandlungen vor dem Reichsamt des Innern ihrerseits den Versuch der Herbeiführung einer Verständigung zwischen den beteiligten württembergischen Verbandsgruppen ins Auge gefaßt. Die über die Be-

reitwilligkeit zum Eintritt in solche Verhandlungen in den württembergischen Arbeitgeberkreisen an maßgebender Stelle eingezogenen Erkundigungen haben jedoch ergeben, daß die Arbeitgeber, wenigstens zunächst, jedem Vermittlungsversuch der Regierung innerhalb Württemberg schon deshalb ablehnend gegenüberstehen, weil sie dem Deutschen Arbeitgeberbund gegenüber gebunden sind. Unter diesen Umständen glaubt die württembergische Regierung, im jetzigen Zeitpunkt von der Einleitung formeller Verhandlungen mit beiden Teilen als keinerlei Erfolg versprechend absehen zu sollen."

Die Regierung hegt aber die Hoffnung, daß bald Aussicht auf ein „erfolgreiches Eingreifen" vorhanden sein dürfte. Diese Hoffnung wird übrigens fast in der gesamten bürgerlichen Presse geäußert; sie gründet sich auf die Annahme, daß die deutschen Bauleute bald niedergerungen sein werden und dann einen entsprechenden Tarifvertrag abschließen müssen. Damit versucht auch die „Baugewerkszeitung" die lästigen Kritiker im bürgerlichen Lager zu trösten, indem sie in dem Leitartikel ihrer Nummer 31 vom 16. April bemerkt, daß nach Beendigung der allgemeinen Auseinandersetzung „doch wieder ein mehrjähriges ruhiges Arbeitsverhältnis in ganz Deutschland zu erwarten ist". Unser aller Aufgabe wird es sein müssen, dafür zu sorgen, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllen.

Die vorliegenden ersten Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind natürlich noch sehr unvollständig. Der Zimmererverband umfaßt 722 Verbandszahlstellen mit zusammen 53821 Mitgliedern. Nach den bis Donnerstag, den 21. April, abends, eingegangenen Meldungen war in 410 Verbandszahlstellen, die zusammen 36673 Mitglieder umfassen, ausgesperrt. Davon machten 373 Verbandszahlstellen, die zusammen 34862 Mitglieder umfassen, die nähere Angabe, daß zusammen 20369 Mann ausgesperrt seien. Aus den Verbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter liegen Zahlen noch nicht vor. Die Zahl ihrer Ausgesperrten dürfte aber im annähernd gleichen Verhältnis zur Gesamtmitgliederzahl stehen wie im Zimmererverbande. Ausgesperrt worden ist auch an einer Reihe von Orten, wo lokale Tarifverträge bestehen. Gewiß ein Zeichen dafür, wie wenig ein Tarifvertrag in den Augen der Unternehmer gilt!

Die Unternehmerverbände machen verzweifelte Anstrengungen, den Umfang des Kampfes zu vergrößern, die Betriebe ihrer Mitglieder und Nichtmitglieder, die nicht aussperrten, stillzulegen. In Anwendung kommen Verrufserklärungen, Materialsperren und anderer Terrorismus, der, wenn er von Arbeitern angewandt würde, hunderte von Jahren Gefängnis, wenn nicht gar Zuchthaus eintrüge. Aber wenn die Unternehmer damit den Umfang der Aussperrung, den sie wünschen, auch nicht erreichen, den einen Erfolg kann ihnen niemand streitig machen: sie haben den Gewerkschaftskampf auf eine höhere Basis gebracht! Und wenn die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" in ihrem Eifer, den Kampf zu verschärfen, meint: „Entschieden werden soll die Frage, ob der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer Herr im Betriebe sein soll," so steht zwar zweifellos fest, daß im gegenwärtigen Kampfe weder ein Arbeiter noch ein Unternehmer um dies hohe Objekt streitet, aber es steht nicht minder fest, daß uns dieser Kampf ein bedeutendes Stück jener Zeit näher bringt, wo im Ernste um Sein oder Nichtsein des Unternehmertums heiß gekämpft werden wird. Das Scharfmachertum fördert diese Entwicklung weit wirksamer, als wir Sozialisten es könnten!

Reformversuche vor der französischen Revolution.

Von Hermann Wendel.

In welchen Kurven verläuft die Entwicklung des Frankreich, das von dem gellenden Geläute der Sturmglocken und dem stürmischen Rhythmus der Marseillaise jäh aufgeschreckt wird? Welcher Art sind die Fäden, die dieses vorrevolutionäre Frankreich mit der Revolution selbst verbinden? Und inwiefern war die Revolution eine Fortsetzung dieser Epoche? Wo zieht sich die Scheidelinie? Und in welchem Verhältnis stehen die Machtkämpfe, die in den Jahrzehnten vor 1789 die Grundlagen des ancien régime erschüttern, zu den Machtkämpfen der Revolution selbst? Diese Fragen, die die Vorgeschichte jenes größten Ereignisses der neuen Zeit angehen und vom brennendsten Interesse für das Verständnis der Revolution an sich sind, harren noch immer vergeblich einer Antwort vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus, eine Tatsache, die um so schmerzlicher ist, als die Vorgeschichte der Revolution in manchem öden Machwerk ihren höchst unzureichenden Niederschlag gefunden hat. Um nur eines zu nennen, hat der Freiburger Universitätsprofessor Adalbert Wahl[1] eine Vorgeschichte der französischen Revolution zusammengestellt, bei der man nicht weiß, ob man sich mehr über die allgemeinen subalternen Gesichtspunkte oder über die reaktionäre Grundstimmung wundern soll. Wo in Wirklichkeit Dürre und Fäulnis herrscht, sieht Wahl Blüte und Frucht, und sanfte Lämmer, wo reißende Wölfe hausen; die Bauern, denen er nur eine beschränkte Rolle bei der Entstehung der Revolution zuweist, leben bei ihm in stets steigendem Wohlstand, und nicht nur Sonntags, sondern auch wochentags scheint jeder von ihnen das legendäre Huhn Heinrichs IV. im Topfe zu haben; die privilegierten Elemente, in Wahrheit gierige und unersättliche Raubtiere vom Schlage der ostelbischen Junker, quellen in seinen Darlegungen über von sentimentalster und selbstlosester Opferwilligkeit, und auch das Königtum hat nur das Beste des Volkes im Auge — kurz: das vorrevolutionäre Frankreich gleicht bei Wahl einer harmlosen Schäferidylle, von Watteaus rosigem Pinsel gemalt, daß man es nachgerade zu begreifen vermag, wie nur „die Zügellosigkeit eines verwöhnten Pöbels, der keine starke Hand über sich fühlt" (II, S. 60), es über sich gewinnen kann, in diese liebliche Idylle mit plumper Hand hineinzufahren. Ein Werk von Eugen Guglia,[2] das sich bewußt „zum Verteidiger des Alten" vor der Revolution aufwirft, übertrifft die Arbeit Wahls an ehrlicher Bekenntnisfreude, aber kaum an reaktionärer Gesinnung, wobei es übrigens auch einen Gradmesser für den politischen Niedergang der bürgerlichen Klasse Deutschlands abgibt, daß solche Geschichtsklitterungen in unseren Tagen geschrieben werden können.

Ein Buch allerdings, das vor kurzem ein anderer Professor, der Marburger Hans Glagau,[3] über die Reformversuche und den Sturz des Absolutismus in Frankreich hat erscheinen lassen, hebt sich licht und scharf von jenen Werken ab. Zwar steht auch Glagau nicht auf dem Boden der materia-

---

[1] Adalbert Wahl, Vorgeschichte der französischen Revolution. Tübingen 1905/07.

[2] Eugen Guglia, Die konservativen Elemente Frankreichs am Vorabend der Revolution. Gotha 1890.

[3] Hans Glagau, Reformversuche und Sturz des Absolutismus in Frankreich (1774 bis 1788). München und Berlin 1908, Verlag von R. Oldenbourg.

listischen Geschichtsbetrachtung, und sein Urteil ist von manchen Schiefheiten nicht frei; zuweilen schätzt er die Triebkräfte der Entwicklung falsch ein und stellt die schwächere an erste, die stärkere an zweite Stelle, aber von dieser Entwicklung selbst zieht er doch die großen Richtlinien, ohne sich in den Maulwurfsgängen von allerhand untergeordneten Kleinigkeiten zu verlieren. In den Reformversuchen und ihrem Scheitern sieht er auch nicht die Folge persönlicher Marotten und Eifersüchteleien, sondern sucht sie zurückzuführen auf die großen Interessengegensätze der Zeit, wie er überall durch den Nebel des Persönlichen zum Kern des Sachlichen vorzudringen strebt. Nicht zuletzt sind es die übersichtliche Darstellung und der frische, klare Stil, die es zum Genuß machen, den Ausführungen Glagaus auch dort zu folgen, wo man nicht mitgehen kann.

Zwei Hauptströmungen sind es nach Glagau, die vor dem Ausbruch der Revolution in Frankreich um die politische Herrschaft ringen: die Korporationen möchten den feudalen Ständestaat wieder in alter Glorie herstellen, während das Königtum auf der Bahn zum zentralistischen Einheitsstaat kräftig vorwärtsdrängte. Der monarchische Absolutismus hatte im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts dem politischen Einfluß der feudalen Elemente ziemlichen Abbruch getan: nur einige Landschaften, die sogenannten Pays d'États, die nach oberflächlicher Schätzung den vierten Teil des französischen Staatsgebiets darstellten, hatten sich noch ständische Einrichtungen bewahrt, und noch kurz vor der Thronbesteigung Ludwigs XVI. hatte der Kanzler Maupeou die aufsässigen Parlamentshöfe gebändigt und nach seinem eigenen Ausdruck die Krone aus der Schreiberstube zurückgeholt (retiré la couronne de la poussière du greffe). Ohne sich um die provinzialen Ständeversammlungen viel zu kümmern, herrschten die Intendanten, jeder ein souveräner König in seinem Paschalik, doch jeder auch nur eine Beamtenpuppe an den Drähten, die von Versailles aus gezogen wurden. Aber an der Finanzmisere, die in erster Reihe eine Folge der ausschweifenden Weltpolitik der französischen Ludwige und in zweiter Reihe erst eine Folge der ausschweifenden Harems- und Höflingswirtschaft war, fand der Absolutismus seine natürlichen Grenzen, und es ergab sich von selbst, daß an der Finanzfrage sich der Kampf der verschiedenen Gewalten entzünden mußte.

Unter den Vorläufern der Revolution teilt Glagau, entgegen der landläufigen Auffassung von den „Sturmvögeln der Revolution", den Physiokraten die bedeutendste Rolle zu, ohne allerdings, wie es Karl Marx getan, nach den gesellschaftlichen Wurzeln ihrer ökonomischen Theorien wie ihres Staatsprogramms zu spüren. Die physiokratische Lehre ist der Ausdruck der neuen kapitalistischen Gesellschaft, die innerhalb des Rahmens der feudalen Gesellschaft durchdringt, und entspricht also der bürgerlichen Gesellschaft in der Epoche, da sie aus dem Feudalwesen herausbricht. Wenn die Physiokraten im Ackerbau die einzige Quelle aller Werte sehen, so scheint das auf eine Verherrlichung des Grundeigentums hinauszulaufen; in Wirklichkeit schlägt diese Verherrlichung aber in die ökonomische Verneinung des Grundeigentums und in Bestätigung der kapitalistischen Produktion um. Weil die Grundrente den Physiokraten der einzige Mehrwert ist und daher jede Besteuerung anderer Einkommensformen schließlich nur das Grundeigentum besteuert, aber auf einem Umweg, also nur auf ökonomisch schädlichem Wege, in einer die Produktion hindernden Weise, so will das Staatsprogramm der

Physiokraten die Steuer ganz auf die Grundrente gewälzt sehen. Das bedeutet aber nichts anderes als eine zum Teil durchgeführte Konfiskation des Grundeigentums. Mit dieser Fundamentalauffassung der Physiokraten von dem Ackerbau als der allein Mehrwert erzeugenden Tätigkeit sind ihre Anschauungen von der ungehinderten freien Konkurrenz, der Beseitigung aller Staatseinmischung und Monopole innig verknüpft. „Da die Industrie nach physiokratischer Anschauung nichts schafft, nur die ihr von der Agrikultur gegebenen Werte in andere Form verwandelt; da sie diesen Werten keinen neuen Wert zusetzt, sondern als Äquivalent nur in anderer Form die ihr gelieferten Werte zurückgibt, so ist es natürlich wünschenswert, daß dieser Verwandlungsprozeß ohne Störungen und in der wohlfeilsten Weise vor sich geht; und dies wird nur durch die freie Konkurrenz bewirkt, indem die kapitalistische Produktion sich selbst überlassen wird. Die Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft von der auf den Trümmern der Feudalgesellschaft errichteten absoluten Monarchie findet also nur im Interesse des in einen Kapitalisten verwandelten und auf bloße Bereicherung bedachten feudalen Grundeigentümers statt.“ [1]

Aber mochten die Physiokraten auch im wesentlichen das bürgerliche Produktionssystem auf den Ruinen des feudalen proklamieren, so proklamierten sie doch mit nichten eine demokratische Herrschaft der bürgerlichen Klasse. Im Gegenteil wollten sie den monarchischen Absolutismus wie einen rocher de bronce stabilisiert wissen und erwarteten gerade von der schrankenlos erweiterten Allmacht des Königtums eine Umwälzung des Staates in ihrem Sinne. Aber hier, in der Machtstärkung des sehr böse diskreditierten Absolutismus, steckte der Grund, weshalb auch der dritte Stand den physiokratischen Plänen die Gefolgschaft weigerte und sich eher im Kampfe gegen den Absolutismus auf die Seite der Privilegierten schlug.

Durch einen Zufall und nicht um zu reformieren — denn die Herrschenden des vorrevolutionären Frankreich dachten nicht an Reformen, ehe ihnen das Feuer auf den Nägeln brannte —, kam Turgot, ein glühender Anhänger Quesnays und der physiokratischen Lehren, 1774 auf den einflußreichen Posten eines Finanzministers (contrôleur général). Turgot war alles in allem ein radikaler Bourgeoisminister, aber auch so weit Staatsmann in jedem bürgerlichen Sinne des Wortes, um nicht als revolutionärer Feuerkopf gegen die Wand zu rennen, sondern, um im Jargon des Blockfreisinns zu reden, das „politisch Mögliche“ und „praktisch Erreichbare“ zu erstreben. Gleichwohl klangen seine Bestrebungen den feudalen Zeitgenossen wie dröhnende Axthiebe gegen den Bau des bestehenden Systems zu Ohr.

Schon daß er, um Ordnung ins Finanzwesen zu bringen, dem König die Bedingung vorschrieb, daß seine Kollegen im Ministerium ihre Ausgabeetats unter Aufsicht des Generalkontrolleurs zu stellen hätten, war etwas Unerhörtes, aber diese Forderung war nur eine Kleinigkeit gegen die Umgestaltungen, an die er bald heranging. Kaum am Ruder, schon im September 1774, stellte er die Freiheit des Getreidehandels wieder her, getreu den physiokratischen Theorien, und löste dadurch das wichtigste Erzeugnis des Landmanns aus den Fesseln, in die es überall die örtlichen Marktpolizeiverordnungen zu schlagen suchten. In seinen „Briefen über die Freiheit des Getreidehandels“, erschienen 1770, hatte sich Turgot ganz wesentlich von den Ansichten

[1] Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. I, S. 45.

Quesnays, die noch durch ihren feudalen Schein eine ganze Reihe Altadliger täuschen konnten, unterschieden; sie stellten „einen weiteren Schritt in den Bestrebungen dar, eine vollständige Harmonie zwischen den Interessen des Ackerbaus und der Industrie, zwischen den Getreideproduzenten und den Konsumenten nachzuweisen“.[1]

An sich war die Freiheit des Getreidehandels für Frankreich nichts absolut Neues. Die französische Regierung nämlich trieb im geheimen Getreidehandel, und um reichere Gewinne einzuheimsen, benutzte sie ihre Macht, um dem Getreidehandel, je nachdem es ihre Interessen verlangten, bald diese, bald jene Richtung zu geben, ein Getreideausfuhrverbot bald zu erlassen, bald wieder aufzuheben. In den Provinzen, wo es große Überschüsse gab, verbot sie die Ausfuhr, um in großen Mengen das Korn möglichst billig anzukaufen; dann ließ man es für den König und auf seinen Befehl ausführen oder in solche Provinzen verkaufen, wo die Preise bedeutend höher standen. Das waren die berüchtigten „pactes de famine“, von denen die reaktionäre Geschichtschreibung, wie auch Wahl, nichts wissen will.

Dieser infamen Politik mit ihrem Drum und Dran machte Turgots Edikt ein Ende; es kam hinzu, daß alle städtischen Oktrois auf Getreide allmählich aufgehoben, die privilegierten Getreidehändler in Rouen ihrer Stellen enthoben, das Bannrecht der Mühlen daselbst abgeschafft und die Aus- und Einfuhr von einem französischen Hafen zum andern erleichtert wurde. Allen den Subjekten, die an den „pactes de famine“ interessiert waren, mußte dieser erste Streich Turgots ein Stachel grimmiger Erbitterung sein, und so rührten sie, unter ihnen ein königlicher Prinz, im Frühjahr 1775 in der Provinz und in Paris die Unruhen an, die man unter dem Namen Mehlkrieg zusammengefaßt hat. Aber Turgot wußte Ludwig XVI. zu bewegen, nicht nur gegen die bestechenden und bestochenen Unruhestifter mit eiserner Hand vorzugehen, sondern auch dem aufsässigen Parlamentshof von Paris einen Knebel anzulegen.

Durch diesen Erfolg in seiner Stellung befestigt, konnte Turgot im folgenden Jahre zu einem entscheidenden Schlage gegen den Feudalstaat ausholen. Anfang 1776 unterbreitete er dem Pariser Parlamentshof sechs Reformedikte, von denen namentlich zwei von großer Tragweite waren: das eine, das die Umwandlung der Wegfronden in eine Geldleistung forderte, die nicht nur von den kleinen Landleuten und den Taglöhnern, sondern hauptsächlich von den Grundbesitzern erhoben werden sollte, und das zweite, das die Aufhebung der Pariser Zünfte betraf und sich gegen die privilegierte Stellung wandte, die die Meister in ihren Körperschaften im Vergleich zu den Gesellen behaupteten. Das waren, fundiert auf dem physiokratischen Prinzip, Forderungen, die Maßregeln der Revolution vorwegnahmen, denn die eine schnitt die Frage der adligen Steuerprivilegien, die andere die Frage der Gewerbefreiheit an.

Eine vollkommene Umwälzung des Steuersystems hatte Turgot schon im Oktober 1775 ins Auge gefaßt: er gedachte die sehr willkürlich umgelegte Auflage der beiden Zwanzigsten durch eine Grundsteuer (subvention territoriale) zu ersetzen, die mit Hilfe der vom König ins Leben zu rufenden Munizipali-

[1] Dr. Awetis Araskhaniantz, Die französische Getreidehandelspolitik bis zum Jahre 1789 in ihrem Zusammenhang mit der Land-, Volks- und Finanzwirtschaft Frankreichs. Leipzig 1883.

täten nach dem wahren Ertrag der Güter umgelegt werden sollte. Grundsteuer und Munizipalitäten: das hieß Abbruch des feudalen Staates und Beseitigung der ständischen Gliederung. „An die Stelle", sagt Glagau, „des durch ständische Gegensätze zerklüfteten Feudalstaats, der einzelne Schichten der Gesellschaft zuungunsten der breiten Masse des Volkes mit Vorrechten ausstattete, sollte vielmehr der einheitlich organisierte Nationalstaat treten, in dem es nur eine einzige gleichartige Masse von Bürgern geben würde." Freilich war der Gedanke der Munizipalitäten in erster Reihe praktischen Erwägungen entsprungen: als Intendant von Limousin hatte Turgot die ungeheuren Schwierigkeiten einer Katastrierung kennen gelernt. Die Feudalherren, aus denen die dem Absolutismus feindlichen Provinzialstände zusammengesetzt waren, sträubten sich stets mit Hand und Fuß gegen eine Neuaufnahme der Ländereien zum Zwecke einer Verbesserung der Kataster, und so wurden die Auflagen auf Grund veralteter Kataster erhoben und meist in der willkürlichsten Weise verteilt. Was den Provinzialständen die Klasseninteressen ihrer Mitglieder verboten, zum Zwecke einer vollkommenen Steuerumwandlung genaue Kataster aufzustellen, das sollten die Munizipalitäten besorgen, die nicht aus erblichen Standesherren, sondern aus gewählten Vertretern des Volkes bestehen würden. Freilich durfte nach der physiokratischen Anschauung diese Form der Mitarbeit der Nation nicht das Lebensprinzip des Absolutismus irgendwie gefährden, und so war denn auch hier vorgesehen, das aktive und passive Wahlrecht an einen hohen Zensus zu knüpfen und den größeren Grundbesitzern in den Versammlungen die ausschlaggebende Rolle zu sichern. Immerhin gaben die Sprengung der ständischen Gliederung, die Zusammenwürfelung aller Volksgenossen in eine Masse unterschiedsloser Staatsbürger und der Angriff auf die Steuervorrechte den Privilegierten tausend Gründe für einen ab, gegen den Minister Sturm zu laufen und mit ihm auch seine Reformpläne zu Fall zu bringen.

Unter den Gegnern stand an erster Stelle der Pariser Parlamentshof, der, Vertreter der ständisch und korporativ gegliederten Gesellschaftsordnung, in Vorstellungen an den König die Unantastbarkeit der Steuervorrechte und die Vorzüge der Zunftverfassung verfocht und sich weigerte, von den sechs Reformedikten fünf in seine Register einzutragen. „Turgot aber hatte", um mit Glagaus Worten zu reden, „nicht nur die Hochfinanz, die Parlamente und den Hofadel gegen sich, sondern auch alle diejenigen Kleinbürger, die an dem Bestand der alten Wirtschafts-, Verwaltungs- und Verfassungsverhältnisse irgendwie interessiert waren. Gegen den freien Getreidehandel sträubten sich die zahlreichen Polizei- und Aufsichtsbeamten, die bei der Regelung des Marktverkehrs früher ihren Profit gemacht hatten und jetzt darauf verzichten mußten. Wie sehr verdroß die Aufhebung der Zünfte und Zunftstatuten die Handwerksmeister, die dadurch mit einem Schlage ihrer privilegierten Stellung sich beraubt sahen und beklommenen Herzens, geängstigt durch das Gespenst des freien Wettbewerbes, in die Zukunft schauten." Noch bänglicher aber war den nach vielen Tausenden zählenden Beamten der Staatsverwaltung zumute. Wurden alle diese Leute nicht mit dem Tage brotlos, an dem Turgot die Verpachtung der Staatsgefälle aufhob, ein Plan, dessen nahe bevorstehende Ausführung von den physiokratischen Parteigängern des Generalkontrolleurs laut verkündet wurde? Vorderhand gelang es Turgot freilich noch einmal, über alle Widerstände den Sieg davonzutragen: am 12. März 1776 befahl

der König dem Pariser Parlamentshof die Eintragung der Turgotschen Edikte. Damit hatten sie Gesetzeskraft erlangt.

Mit Recht schiebt Glagau bei der Untersuchung über die Gründe für den Sturz Turgots die persönlichen Momente in den Hintergrund. Zu Unrecht aber zählt er zu den persönlichen Momenten Faktoren, die letzten Endes sachlichen Gegensätzen ihre Existenz verdankten. So hat zweifellos die Abneigung der Königin Marie Antoinette, deren Willen Ludwig XVI. in fast masochistischer Gehorsamsfreude unterworfen war, zu dem Sturze Turgots beigetragen, aber diese Abneigung an sich war wohl kaum persönlicher Art, sondern geschürt von der feudalen Hofsippe, die den Einfluß der Königin zur Erhaltung ihrer Interessen benutzten. So flüsterten der Königin wie dem König die höchsten Würdenträger bei Hofe und die Prinzen von Geblüt, auch die Brüder des Königs, tagtäglich ins Ohr, der Generalkontrolleur sei ein staatsgefährlicher Neuerer, der an den Grundfesten der alten Reichsverfassung zu rühren sich nicht scheue, und auch der alte Maurepas, ein begeisterter Anhänger der Politik des Fortwurstelns, lieh diesen Einflüsterungen bereitwillig Gehör. Die tiefere Ursache für den jähen Bruch zwischen Turgot und dem König sieht Glagau in einer unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheit, die sich Anfang April 1776 zwischen dem Generalkontrolleur und dem Minister des Auswärtigen, Vergennes, über die Frage erhob, ob Frankreich die Auflehnung der amerikanischen Kolonien gegen England unter der Hand begünstigen solle. Wenn Glagau in den unter den französischen Machthabern herrschenden Kriegsgelüsten gegen England nur Revanchegedanken für die Niederlagen des Siebenjährigen Krieges sieht, vergißt er, den Kampf um Seeherrschaft, Kolonialbesitz und Handelsmacht zu erwähnen, der seit einem Jahrhundert schon zwischen England und Frankreich tobte, und in dem die Unterstützung der amerikanischen Rebellen durch Frankreich nichts als eine Episode ist. Auf jeden Fall waren die Kriegspartei und die Vertreter einer gegen England gerichteten Politik an den entscheidenden Stellen außerordentlich zahlreich, und Turgot mit seinen starken Bedenken gegen Maßregeln, die die Gefahr eines Krieges in sich bargen, stand unter seinen Ministerkollegen als weißer Rabe da. Vergeblich waren die Einwände, die er in einer Denkschrift dem König darlegte, daß die Herstellung geordneter Finanzverhältnisse durch allmähliche Beseitigung des jährlichen Fehlbetrags die dringlichste Aufgabe sei und ein Krieg ihre Lösung nur verzögern, wenn nicht für immer unmöglich machen würde; vergeblich waren erst recht seine Einwände gegen den Besitz von Kolonien überhaupt, deren Wert für Frankreich er, auf physiokratischen Anschauungen fußend, für Null erklärte, und von denen er meinte, es sei das beste, wenn Frankreich ihnen die Freiheit schenke und sie unter eigener Verwaltung lasse — Ludwig XVI. entschied sich für eine Unterstützung der Amerikaner, und einmal in seinem Vertrauen in Turgots politische Urteilskraft erschüttert, bedurfte es nur eines Geringen, um ihn zu bewegen, Turgot ganz fallen zu lassen. Auf den Tag zwei Monate nach der Eintragung seiner Reformedikte in das Parlamentsregister wurde der Generalkontrolleur in ungnädigster Form entlassen.

Nachdem der weitblickende Staatsmann so letzten Endes über den erbitterten Widerstand der Feudalklasse gestürzt war, gab für ein paar Monate ein Bruder Lustig namens Clugny seinen Namen dazu her, um Turgots Werk zerstören zu lassen: mit einem Federstrich schaffte Ludwig das Wegefrondengesetz aus der Welt und rief die Zünfte wieder ins Leben, und die Physio-

kraten wurden wie eine geschlagene Armee zersprengt, ihre Schriften nicht mehr zum Drucke zugelassen und ihre wöchentlichen Zusammenkünfte verboten. Als Clugny starb, wurde der Genfer Bankier Necker mit dem ausgesprochenen Zwecke, den maßgebenden Börsenkreisen Vertrauen einzuflößen, an die Spitze der Finanzverwaltung berufen. Bürgerlicher, Protestant und nicht aus der Staatsmandarinenschaft hervorgegangen, erregte er an einer so wichtigen und einflußreichen Stelle dasselbe Aufsehen wie etwa in unseren Tagen Dernburg, der auch aus der Roture und auch aus der Bankwelt an einen hervorragenden Platz in der Verwaltungsmaschine gestellt wurde, wie denn auch noch manche andere Ähnlichkeiten zwischen Necker und Dernburg aufzuzeigen wären: es sei nur an das Compte rendu drüben und die Wertberechnungen unseres Kolonialbesitzes hüben erinnert.

Necker war nicht wie Turgot Staatsmann, sondern nur Finanzmensch, und sein Tun und Lassen läßt sich unter dem Gesichtswinkel beurteilen, daß er die leeren Staatskassen mit Gold füllen wollte, dessen das gegen England kämpfende Frankreich mehr wie je bedurfte, und den auswärtigen Kredit des Landes zu heben suchte. Aber eben weil er als Vertrauter der Bank- und Börsenwelt der begründeten Überzeugung lebte, daß ohne eine umfassende Veränderung des Finanzwesens der dem Bankrott entgegenrollende Staat auch nicht für einen Heller Kredit genießen werde, sah er sich auf die Bahn einer Reformpolitik gedrängt. Wie Turgot und später Calonne unternahm also auch Necker seine Reformpläne im Interesse der herrschenden Klassen und mit nichten zugunsten des dritten Standes, nur, daß Necker ganz andere Schichten der herrschenden Klassen in Rücksicht zog. Was Turgot im Auge gehabt, den Absolutismus des Königtums zu stärken, fiel Necker im Traume nicht ein: er dachte so wenig an einen Abbruch des Feudalstaats, daß er ihn vielmehr befestigen wollte.

Als letzte Ursache der Finanzmisere und des geschwundenen Staatskredits sah Necker die Einrichtung des Absolutismus an, bei dem ein Zucken der Augenbrauen genügte, um die staatlichen Kassen zur Einstellung der Zahlungen zu veranlassen oder den Zinsfuß der Staatspapiere willkürlich herabzusetzen. Nur Verfassungseinrichtungen, mochte er es auch nicht offen aussprechen, die die Machtbefugnis des absoluten Herrschers einschränkten, schienen ihm geeignet, den Staatsgläubiger vor willkürlicher Beraubung durch die Regierung zu schützen, und diese Verfassungseinrichtungen dachte er durch eine Wiederbelebung des ständischen Einflusses zu erreichen, anknüpfend an die gegen den königlichen Absolutismus gerichteten Machtgelüste der Feudalklasse. Der Feudalklasse eine größere Gewalt in die Hände zu spielen als bisher, dünkte ihm auch durchaus angebracht, um das Finanzwesen zu sanieren: er unterließ jeden Angriff auf die Steuerprivilegien und war lediglich darauf bedacht, die Auswüchse fiskalischer Willkür möglichst einzudämmen, die der Pariser Steuerhof oft genug an der königlichen Verwaltung gerügt hatte. So setzte er Regeln fest, die bei Erhebung des Zwanzigsten (Vingtième) die Steuerzahler vor Übergriffen der Beamten und vor fiskalischen Bedrückungen sichern sollten, und auch bei der Taille (eine Art Vermögenssteuer) schob er dem rücksichtslos vorgehenden Fiskalismus einen Riegel vor, indem es ihm gelang, eine Erhöhung dieser Abgabe nicht mehr vom Belieben des Staatsrats, sondern von der Zustimmung des Parlamentshofs abhängig zu machen. Wenn er schließlich die Zahl der fraßgierigen Blutegel am Leibe des Volkes, der Generalsteuerpächter, von 60

auf 40 herabsetzte und ihre Überschüsse erheblich einschränkte, so diente er damit ebenso den Interessen der Staatskasse wie seiner Popularität.

Ein Akt aber, der vollkommen den Tendenzen des machtlüsternen Feudaladels entsprach, war Neckers Einführung von Provinzialversammlungen, die die gleichen Aufgaben haben sollten wie Turgots Munizipalitäten: Sorge für Wegebau und Armenpflege und Verteilung und Erhebung von Steuern. Doch mit Recht konnte Turgot von den Provinzialversammlungen des Genfers sagen, daß sie seinen Munizipalitäten so wenig glichen wie eine Windmühle dem Monde, denn sie waren ganz nach dem alten feudalen Schema der drei Stände zusammengesetzt, nur, daß Necker auch dem dritten Stande insofern entgegenkam, als die Zahl seiner Mitglieder der von Adel und Klerus gleich sein, und auch nicht nach Kurien, sondern nach Köpfen abgestimmt werden sollte. Diese Provinzialversammlungen sollten hinfort als Instrumente der Selbstverwaltung ein wirksames Gegengewicht gegen die Willkür der Intendanten bilden und diese königlichen Beamten im Zaume halten und überwachen. Ein ständiger Ausschuß der Provinzialversammlung sollte sogar wie sie das Recht haben, über den Kopf des Intendanten hinweg unmittelbar mit dem Minister zu verkehren. Diese Selbstverwaltung führte Necker in den Jahren 1778 und 1779 in den Provinzen Berri und Haute Guyenne ein; als er aber 1780 seine Reformpläne auch auf das Bourbonnais übergreifen lassen wollte, stieß er bei dem Intendanten auf entschiedenen Widerspruch, der im Staatsrat die Wurzeln seiner Kraft hatte.

In den Kreisen, die es anging, hatte man nämlich bald erkannt, welche Machteinschränkung die Neckersche Reformpolitik für den absoluten Beamtenstaat bedeute, und setzte sich zur Wehr, in der rechten Erkenntnis, daß gerade das Landjunkertum in der Bildung der neuen Provinzialversammlung einen bequemen Hebel erblicken würde, um seinen früheren politischen Einfluß wiederherzustellen. So erwuchsen ihm im Ministerium und im Staatsrat lauter entschlossene Gegner, und da er es durch seine Sparsamkeit auch mit dem schmarotzenden Hofadel verdorben hatte, war es kein Wunder, daß ein Beschluß des Staatsrats vom Juli 1781 die Wirksamkeit der Provinzialversammlung des Bourbonnais auf unbestimmte Zeit vertagte und damit dem Ansehen Neckers einen derben Stoß versetzte.

Schon im Jahre 1780 war seine Stellung unterminiert, aber durch seine kapitalistische Brauchbarkeit dachte er sich über Wasser halten zu können und setzte besondere Hoffnungen auf den Rechenschaftsbericht (compte rendu), den er im Februar 1781 veröffentlichte, sowohl um den wankenden Kredit des Staates wie seine eigene Stellung zu festigen. Dieser Rechenschaftsbericht war eines der dreistesten Taschenspielerstücke der Weltgeschichte, denn er entwarf ein glänzendes Bild von dem angeblich blühenden Zustand, in den die französischen Finanzen dank der Bemühungen Neckers gekommen seien. Seinem Bericht legte Necker nicht das Budget eines bestimmten Jahres zugrunde, sondern das nur in der Idee, aber nicht in Wirklichkeit bestehende Budget eines sogenannten Normaljahres, das heißt eines Friedensjahres, in dem das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht durch die Kriegslasten verschoben wurde. Die hohen Zinssummen, die jährlich die durch gewaltige Anleihen in den letzten Jahren angeschwollene Staatsschuld verschlang, brachte er auch nicht in Anrechnung. Unter den rosigen Ziffern dieses Gaukelspiels aber lauerte die Verwesung und der Bankrott, denn da Necker seine finan-

zielle Reform nur auf Anleihen basierte, mußte das Defizit weiter wachsen und die Lage der französischen Staatsfinanzen immer trostloser werden.

Doch zugleich war der Rechenschaftsbericht eine revolutionäre Neuerung von um so größerer Tragweite, als sie nach Neckers Ankündigung zu einer ständigen Einrichtung werden sollte. Die Finanzverwaltung, hervorgezerrt aus der Dunkelkammer des Ministeriums in die strahlende Helle der Öffentlichkeit, mußte ein mächtiger Treibstachel werden für die Entwicklung der politischen Leidenschaften in den Massen.

So hatte auch Necker unbewußt das Seine zu der nahenden Staatsumwälzung beigetragen, als er im Jahre 1781 noch dem Widerstand der herrschenden Schreiber und des adligen Hofgesindes erlag, zuletzt wie Turgot mit seinen Ministerkollegen in einen Konflikt verwickelt wegen des Krieges gegen England, dessen unheilvolle Bedeutung für die fortschreitende Zerrüttung der französischen Finanzen er wohl erkannte.

Auf der Liste der Leute, die vor dem Ausbruch der großen Revolution an der Spitze des französischen Finanzwesens genannt werden müssen, steht nach Necker Calonne. Auch er scheint, an sich der Günstling einer einflußreichen Hofclique, der Rücksicht auf die Börse seine Ernennung (1783) verdankt zu haben.[1] In seiner Leichtlebigkeit und Leichtherzigkeit ganz ein Typ des ancien régime, war Calonne der Bankrotteur, der glänzend den Bankrott zu verschleiern weiß. Mehr noch als bei Necker hieß das A und O seiner Finanzpolitik Anleihen, und deshalb galt es für ihn, die Welt der Kapitalisten mit allen Mitteln, auch den skrupellosesten, in Sicherheit zu wiegen. So trug er zuerst im Gegensatz zu seinen Vorgängern dafür Sorge, daß den Inhabern von Rentenscheinen die Zinsen pünktlich am Verfalltag ausgezahlt wurden, er gründete eine Amortisationskasse mit einem angeblich unveräußerlichen Fonds von jährlich 3 Millionen, der zur Schuldentilgung bestimmt war, und ließ ferner, um den Eindruck des Überflusses zu erwecken, in allen großen Städten des Reiches kostspielige öffentliche Arbeiten unternehmen: Wegebauten, Stadterweiterungen und Hafenanlagen. Zielte er damit auf die Gunst der bürgerlichen Klasse, so suchte er noch weit mehr das Wohlwollen der Hofsippe zu erwerben, indem er in sinnloser Verschwendung ihren Launen opferte, und wieder, auch dadurch die Überzeugung der Börse von einem gefüllten Staatsschatz kräftigend, zwei Fliegen mit einer Klappe schlug. In der Tat jauchzten die Höflinge entzückt auf, als ein auch für sie unerhörter Dukatenregen sich in ihre Taschen ergoß; kein Wunsch, der ihnen unerfüllt geblieben wäre, keine Laune der Königin vor allem, die dieser Großsäckelbewahrer zu kostspielig befunden: „Noch niemals hatte man in Versailles einen so scharmanten Finanzminister gesehen."

Aber auch für diesen ewig lächelnden Glückspilz schlug die Stunde, da er sich am Ende seines Lateins sah. Schon im Anfang 1786 fühlte er, daß die Schwindelstützen seiner Finanzpolitik am Zusammenbrechen waren. Da griff er zu dem Mittel für alle Fälle: auch er warf sich auf die Bahn der Re-

[1] Nach Chérest stand Calonne in engen Beziehungen zu der Frau des Hofbankiers d'Harvelay, und dieser d'Harvelay habe die letzten Bedenken des Ministers Vergennes und des Königs mit der Begründung zerstreut, die Kapitalisten erwarteten die Ernennung Calonnes mit Ungeduld; würde ihre Hoffnung getäuscht, sei eine Panik an der Börse mit den unheilvollsten Folgen nicht zu vermeiden. Aimé Chérest, La chute de l'ancien régime. Paris 1884.

formen. Glagau wendet sich mit Recht gegen die Versuche Wahls und anderer, Calonne weißzubrennen, aber er selbst verfällt in den Fehler, in Calonne einen Minister zu sehen, der der Reform an sich mit Leidenschaft ergeben gewesen: aus dem tiefen Gefühlston seiner Reformdenkschriften glaubt er das schließen zu dürfen. Aber möglich, daß Calonne wie die meisten Menschen, denen der Leichtsinn im Blute schäumt, von dem Rettungsmittel seiner Reformpläne berauscht wurde, auf jeden Fall betrachtete er die Reform wie vorher seine finanziellen Brillantfeuerwerke nur als einen Weg, der zu gefüllten Kassen führen sollte. Im Gegensatz zu Turgot und Necker, die beide zag und tastend vorgegangen waren, dachte dieser Leichtfuß an einen jähen und radikalen Umsturz des Staatssystems, für den er sich die Ideen im physiokratischen Sinne durch einen überzeugten Anhänger Turgots, Dupont de Nemours, einblasen ließ. So findet sich denn auf seinem Reformprogramm an Stelle der beiden Zwanzigsten eine allgemeine Grundsteuer, aufzubringen von allen Privilegierten ohne Ausnahme, die Einführung von Munizipalitäten im Turgotschen Sinne, die in allen Provinzen des Reiches, abgesehen von den Pays d'États, einzurichten waren, die Verwandlung der Wegfronden in eine Geldleistung, die Befreiung des Getreidehandels, die Aufhebung der inneren Zollschranken, die Veräußerung der königlichen Domänen, die Reform der Salzsteuer (gabelle) und die Abschaffung oder Einschränkung einer Reihe von Verbrauchssteuern. Das war wieder die Umschmelzung des alten Ständestaats mit seinem Gemisch von Provinzen, die nach den verschiedensten Grundsätzen verwaltet wurden, in einen einheitlichen Organismus, in den nationalen Staat mit absoluter Monarchengewalt, von dem Turgot und die Physiokraten geträumt, und wieder war es eine Kriegserklärung an die privilegierten Stände, dieser Versuch, den Absolutismus auf die alles beherrschende Höhe des Cäsarentums emporzuheben. Die Grundsteuer allein, die in jedem Bedarfsfall kautschukartig nach Belieben erhöht werden konnte, machte die Krone in Zukunft finanziell unabhängig von den Bewilligungen der Körperschaften, der Parlamente, des Klerus und der Landstände.

Diesen Widerstand, den Calonne in seinem rosigen Optimismus nicht übermäßig hoch einschätzte, dachte er dadurch zu brechen, daß der König zu den Reformplänen sich der Zustimmung einer Notabelnversammlung versicherte. In dieser Notabelnversammlung, deren Mitglieder der König nach Willkür berief, sah Calonne im wesentlichen nur einen erweiterten königlichen Rat, eine Art höherer Gesindestube, die zu allen Vorschlägen der Krone ihr Ja und Amen zu sagen hatte. Wurde sie unbequem, so konnte sie nach seiner Meinung jederzeit wieder leicht nach Hause geschickt werden.

Aber wie grimmig sollte sich Calonne getäuscht haben! Als im Februar 1787 die Notabelnversammlung zusammentrat, entpuppte sie sich bald als ein Instrument des feudalen Klassenkampfes gegen den Absolutismus: fast alle ihre Mitglieder zeigten sich als entschlossene Vertreter des ständischen Prinzips und beantworteten den revolutionären Angriff des absoluten Königtums und seines Ministers mit einem konterrevolutionären Gegenangriff, zu dem Ende, den reinen Feudalstaat auf den Trümmern des Absolutismus aufzurichten. Glagau sieht hier wohl wieder nicht ganz richtig, wenn er den Mitgliedern der Notabelnversammlung zum Teil uneigennützige Absichten zuschreibt: es war vielmehr das nackteste und brutalste Klasseninteresse, das sie auf dem Wege des Widerstandes vorantrieb. Sie hatten aber den dritten Stand und

die ganze öffentliche Meinung in diesem Kampfe auf ihrer Seite, weil der Absolutismus das fressendste Geschwür am Leibe Frankreichs schien und man unter den Reformplänen Calonnes allzu leicht die Absicht witterte, nur neue Millionen zur Vergeudung an die Hofjunker zusammenzuschaufeln. Welchen Einfluß die öffentliche Meinung damals schon auszuüben begann, zeigt Calonnes Plan, auch die Massen als Hebel für seine Pläne zu benutzen, indem er in den Straßen von Paris eine Beschwerdeschrift gegen den Eigennutz der Notabeln verbreiten ließ und so einen Sturm der öffentlichen Meinung gegen die unbequeme Versammlung, freilich vergebens, zu entfachen hoffte.

Da Calonne mit schonungsloser, fast zynischer Offenheit die Praktiken seiner betrügerischen Finanzmache und das Riesendefizit vor der Notabelnversammlung enthüllt hatte, war es ihr leicht, Angriffspunkte zuhauf zu finden. Ohne Rücksicht auf den König griffen ihre Redner Calonnes verschwenderische Finanzverwaltung an, ziehen ihn, wohl nicht mit Unrecht, persönlicher Unredlichkeiten, und bald stand die Frage so, daß sich Ludwig XVI. für Calonne oder für die Notabeln entscheiden mußte. Auflösung der Notabelnversammlung, das hieß Staatsbankrott und Unruhen und Aufstände — also ließ der König Calonne über die Klinge springen und verbannte ihn obendrein, um den Kapitalisten die Furcht zu nehmen, er könne wieder in sein Amt zurückkehren.

Bald vollzog Ludwig XVI. eine neue Kapitulation vor den Notabeln, indem er allen Wünschen, die sie niedergelegt und die auf die vollständige Wiederherstellung des ständischen Staates hinausliefen, Rechnung zu tragen versprach. An die Spitze der Finanzverwaltung trat, nach der kurzen und bedeutungslosen Episode Fourqueux, der gleichfalls bedeutungslose Villedeuil, denn der neue leitende Minister, Brienne, gab jetzt den Ton an. In der rechten Erkenntnis, daß eine Kontrolle über die Finanzen den Lebensnerv des Staates in die Hände bekommen heiße, hatten sich die Notabeln in das Studium des Etats vertieft, aber weder fanden sie sich in den dunkeln Irrgängen dieser Finanzoperationen zurecht, noch konnte Brienne etwas anderes tun als eingestehen, die Höhe des Fehlbetrags könne auch von der Regierung nicht festgestellt werden. Dem Vorschlag Briennes aber, dem Defizit durch jährliche Ersparnisse von 40 Millionen, durch Anleihen von jährlich 50 Millionen und durch eine Grundsteuer mit einem Ertrag von 25 Millionen und zwei indirekten Steuern mit ebenfalls 25 Millionen Ertrag abzuhelfen, widerstrebte die Versammlung, erging sich vielmehr in einer hartnäckigen und genauen Kritik der seit Jahrzehnten eingewurzelten Finanzmißstände und verlangte die Einrichtung eines obersten Finanzrats, zusammengesetzt aus Mitgliedern der Korporationen, und jährliche öffentliche Rechenlegung. Bei alledem spielten ebenso wie bei der Verweigerung jeder neuen Steuer, da sie sich für unzuständig erklärten, ungefähr so viel Patriotismus mit wie 1909 bei dem Widerstand der ostelbischen Junker gegen die Nachlaßsteuer,[1] sondern nichts anderes als ihr Klassenegoismus leitete sie. Aber noch einmal errang dieser ihr Klassenegoismus einen Sieg: als die Krone der Versammlung überdrüssig wurde und sie auflöste, mußte sie es in den schonendsten Formen und

[1] Sogar dieselben Gründe wurden damals schon geltend gemacht: so erklärte der Herzog du Châtelet in der Notabelnversammlung, die geplante Grundsteuer sei der Ruin des Ackerbaus! Das Schlagwort vom „Familiensinn“ war damals noch nicht erfunden.

mit den verzuckertesten Redensarten tun, ein solches Schwergewicht lag bei den Notabeln. Aber so wenig erkannte die Regierung, daß schon die Verhandlungen über die Finanzmißbräuche für alle Zeiten die Autorität des Absolutismus erschüttern mußte, daß sie unbedenklich die Protokolle der Notabelnversammlung durch den Druck veröffentlichen ließ.

Noch einmal hängte in der kurzen Zeitspanne bis zum Zusammenbruch des alten Frankreich die Regierung vor ihr Bedürfnis, um jeden Preis Geld in den Beutel zu bekommen, den gleißenden Schild einer Staatsreform. Der, wie er hoffte, leicht zu gewinnenden Zustimmung der Notabelnversammlung hatte sich Calonne versichern wollen, um bequem um den Widerstand des Pariser Parlamentshofs, dieses Bollwerkes des Beamtenadels, herumzukommen. Nachdem aber die Notabeln versagt, mußte man doch an das Parlament herantreten, und nach und nach, um es auf einen Schlag nicht allzusehr zu reizen, legte ihm Brienne die Gesetzentwürfe über die Einführung der Provinzialversammlungen, der Wegfrondensteuer und der Freiheit des Getreidehandels, sowie über die Stempelsteuer und die Grundsteuer vor. Die Stempelsteuer in seine Register einzutragen weigerte sich das Parlament kategorisch, und als die Eintragung durch Gewalt (lit de justice) besorgt wurde, erklärte es sie für null und nichtig: unter dem stürmischen Beifall aller Klassen betonte es vielmehr, die Einberufung der Generalstände sei unvermeidlich, um neue Steuern auszuschreiben. Ein zweiter Versuch, von dem Parlamentshof die Zustimmung zu einer Anleihe von 420 Millionen Franken zu erlangen, scheiterte in dem gleichen Umfange.

Da beschloß die Regierung, im Schatten einer allgemeinen Gerichtsreform einen Staatsstreich gegen den Parlamentshof zu vollführen. Am 8. Mai 1788 wurden die Edikte über die Gerichtsreform von Ludwig XVI. im Lit de justice verkündet: der Schwerpunkt der Rechtsprechung, der bislang bei dem Parlament gelegen, sollte fortan bei den grands bailliages, einer Art von Landgerichten ruhen; die Patrimonialgerichtsbarkeit empfing ihren Todesstoß; die Ausnahmegerichte wurden abgeschafft; vor allem aber wurde dem Pariser Parlament das Recht entrissen, den königlichen Gesetzen durch feierliche Eintragung in die Register des Gerichtshofs Gültigkeit zu verschaffen, und dieses Recht einer neugebildeten Körperschaft, der cour plénière übertragen, die zum großen Teil aus ergebenen Kreaturen des Königs bestehen würde. Gegen diese Maiedikte erhoben sich in einigen Provinzen Unruhen und beschleunigten den Untergang des Absolutismus.

Als auch von der Generalversammlung der Geistlichkeit nicht die erwünschte Summe zu erlangen war, der habgierige zweite Stand vielmehr die Schwäche der Regierung wahrnahm, sich seine Steuerfreiheit bestätigen zu lassen, als vollends der Geldmangel zum Zwangskurs der Scheine der Diskontokasse und zu Zahlungen in Papiergeld trieb, Maßregeln, die die unmittelbaren Vorboten des Staatsbankrotts waren, da mußte Brienne Necker Platz machen, die verbannten Richter kehrten im Triumph nach Paris zurück, die Edikte über die Justizreform wurden zurückgenommen und die Einberufung der Generalstände für den Januar 1789 verkündet. So war im Klassenkampf zwischen Feudalismus und Absolutismus die Feudalklasse, unterstützt von der bürgerlichen Klasse und auf der Grundlage einer durch das Kapital bedingten gesellschaftlichen Entwicklung, Sieger geblieben, die absolute Monarchie lag verröchelnd am Boden und „die Versammlung der Generalstände schien nur

dazu berufen, um den Sieg der Aristokratie zu befestigen und die Monarchie der Vormundschaft der Korporationen vollends zu unterwerfen. In diesem Augenblick glaubten sich die Privilegierten dem Ziel nahe, das sie seit langem erstrebt hatten." (Glagau.)

Aber in jener Verblendung, die untergehenden Klassen zu eigen sein pflegt, sahen sie nicht, daß sie nichts anderes getan hatten als die Dämme hinweggeräumt gegen die Springfluten der großen Revolution, die drohend schon heranrauschten und sie ebenso aus der Weltgeschichte fortspülen sollten wie die Reste des Absolutismus.

Die Entwicklung des Deutschen Transportarbeiterverbandes zum Industrieverband.

Von **Wilhelm Kimmritz.**

Eine gewaltige agitatorische Arbeit präsentiert sich heute in der Organisation der deutschen Transport- und Verkehrsarbeiter. Unendliche Mühen, Hindernisse und Schwierigkeiten, wie sie nur wenige Organisationen zu überwinden hatten, bezeichnen den Entwicklungsgang dieses Verbandes. In Berücksichtigung der außerordentlich schwierigen Umstände in der Agitation ist das Resultat derselben, nach einem dreizehnjährigen Bestehen des Verbandes, ein geradezu glänzendes. Eine grenzenlose Indifferenz war unter den Berufsangehörigen noch bis ans Ende der neunziger Jahre weit verbreitet. Das Fehlen der sogenannten Zünfte, die als Vorläufer fast aller Berufsorganisationen der gelernten Arbeiter charakteristisch waren, begünstigte im Handels- und Transportgewerbe die Existenz unzähliger Berufsvereine, die sich durchweg nur der Unterstützung und der Geselligkeit, in neuerer Zeit vereinzelt auch dem Stellennachweis widmeten. Nachdem der Organisationsgedanke, abgesehen von den Vereinsgründungen eines Dr. M. Hirsch und F. Duncker, bereits in den sechziger Jahren, zum Beispiel bei den Buchdruckern und Tabakarbeitern, Wurzel geschlagen hatte und mit dem Fallen des Sozialistengesetzes auch in fast allen anderen Berufen eifrig propagiert wurde, gelangte die Frage der Organisationsform, speziell im Handelsgewerbe, zur Aktuellität. Begünstigt durch die Existenz der Berufsvereine, vermochte sich hier die Idee der Lokalorganisation am hartnäckigsten zu behaupten. Aber auch Schwierigkeiten gesetzgeberischer Natur waren zu überwinden. So unterstand unser gesamter Beruf bis zu Anfang der neunziger Jahre tatsächlich der Gesindeordnung. Erst nachdem das Reichsgericht entschieden hatte, daß die in Handelsgeschäften tätigen Hilfsarbeiter nicht unter die Bestimmungen der Gesindeordnung, sondern unter jene der am 21. Juni 1869 eingeführten Gewerbeordnung fielen und durch das Bürgerliche Gesetzbuch sowie durch Novellen zur Gewerbeordnung endgültig rechtlich festgelegt wurde, daß dieselben nicht als Gesinde, sondern als gewerbliche Arbeiter zu betrachten seien, war dem Organisationsgedanken auch im Handelsgewerbe freie Bahn geschaffen.

Auf dem im Jahre 1890 in Hannover stattgefundenen „Kongreß der nichtgewerblichen Arbeiter" wurde der Zentralisationsgedanke bereits eingehend erörtert und demselben von der Mehrzahl der Delegierten im Prinzip zugestimmt. Der Gedanke der Lokalorganisation hatte sich jedoch

bereits viel zu sehr eingenistet, um mit einem Schlage beseitigt werden zu können. Es folgte eine Zeit unliebsamer Kämpfe zwischen den Anhängern der Zentralisationsform mit den Lokalisten. Zwei Jahre später triumphierte die Idee der Lokalorganisation scheinbar wieder auf der ganzen Linie. Das sogenannte Vertrauensmännersystem ward laut Beschluß der am 11. September 1892 stattgefundenen Konferenz von Vertretern der im Handelsgewerbe beschäftigten Handlungsgehilfen, Hausdiener, Packer und Berufsgenossen neu eingeführt. 1894 fand in Halle a. S. ein Berufskongreß statt, der sich erneut mit der Frage der Organisationsform beschäftigte. Das Tätigkeitsgebiet der Organisation hatte inzwischen eine bedeutungsvolle Erweiterung durch den Anschluß von zwei Berliner Transportarbeitervereinen erfahren. Der Kongreß, auf dem 14 Orte mit 30 Delegierten vertreten waren, stellte sich in seiner Mehrheit auf den Standpunkt, die bisherige Organisationsform weiter beizubehalten. Unverkennbar brach sich jedoch der zentralistische Gedanke Bahn, denn die Agitationskommission berief laut Beschluß des Haller Kongresses 1896 einen zweiten Berufskongreß auf den 24. Mai nach Halberstadt ein. Auch auf dieser Tagung, auf der 31 Orte durch 36 Delegierte vertreten waren, spielte die Frage der Organisationsform die Hauptrolle. Das Resultat der gründlichen Erörterungen war die Annahme von Anträgen, die die Einführung von zentralistischen Einrichtungen sowie die Vorarbeit zur Einführung der Zentralorganisation forderten. Da die Organisationsleitung jedoch alles, was zur Durchführung dieser Beschlüsse hätte dienen können, unterließ, berief ein Teil der Mitglieder einen außerordentlichen Kongreß auf den 25. Dezember nach Altenburg ein. Umsonst versuchte die Organisationsleitung den Aufruf zu dem Kongreß zu verhindern. Er fand statt, und vertreten waren auf ihm 14 Orte mit 18 Delegierten. Außerdem wohnte den Verhandlungen ein Vertreter der Generalkommission bei. Auf diesem Kongreß wurde die Zentralorganisation beschlossen. Am 1. Januar 1897 setzte somit der erste Abschnitt in der Entwicklung des Verbandes ein. Der Kampf zwischen den Anhängern zentralistischer und lokalistischer Richtung wurde indessen mit erneuter Heftigkeit weitergeführt. Erst zirka dreieinhalb Jahre später, am 1. Juli 1900, erfolgte der Anschluß der lokalistischen Organisation an den Zentralverband. In welchem Maße die Zentralisationsidee an Umfang gewann und die der Lokalorganisation an Boden verlor, geht deutlich aus folgenden Mitgliederzahlen hervor:

	1897		1898		1899	
	Lokal	Zentral	Lokal	Zentral	Lokal	Zentral
1. Quartal	2121	1881	2595	3907	4384	7114
2. "	2095	2414	2874	4601	4309	7842
3. "	2230	3268	3447	5687	4745	9392
4. "	2397	3474	3731	6069	4977	10540

Das Haupthemmnis für die Entwicklung des Zentralverbandes war mit diesem Anschluß aus dem Wege geräumt. Von nun ab verstrich fast keine Geschäftsperiode, in welcher nicht der Übertritt respektive Anschluß irgend eines Berufsvereins zu verzeichnen war. Im Jahre 1906 traten auch die beiden größten Berliner Berufsvereine, der „Verein Berliner Hausdiener“ und der „Verein der Droschkenführer“ mit zusammen 10158 Mitgliedern zum Verband über. Die weitere Entwicklung des Verbandes bis zum Jahre 1908 zeigt folgende Tabelle.

Die Mitgliederzahl betrug nach Branchen geordnet:

Geschäftsperiode	Hausdiener und Packer	Kutscher und Fuhrleute	Droschkenführer und Kutscher im Personenfuhrwesen	Bierfahrer und Mitfahrer &c.	Hilfs- und Lagerarbeiter	Kohlenarbeiter
1897/98[1] . .	—	—	—	—	—	—
1899/00 . .	4160	6308	526	682	2646	—
1901/02 . .	5536	6473	436	1164	2187	698
1903/04 . .	10580	13037	783	2104	5096	1304
1905/06 . .	24801	21950	4263	3353	9850	2995
1907/08 . .	25453	22122	5003	3355	10131	2904

Geschäftsperiode	Weibliche Mitglieder	Straßenbahn- und Omnibusangestellte	Speditions- und Speicherarbeiter	Fensterreiniger	Mitglieder diverser Branchen	Mitglieder überhaupt
1897/98[1] . .	—	—	—	—	—	5687
1899/00 . .	—	3328	1332	—	462	19444
1901/02 . .	198	1568	1799	511	344	20912
1903/04 . .	787	2305	3184	812	413	40405
1905/06 . .	2546	2128	8299	856	743	81784
1907/08 . .	4378	2949	9684	1084	683	87746

In gleichem Maße, wie sich die Organisation an Mitgliedern entwickelte, wurden aber auch die inneren Einrichtungen immer mehr ausgebaut und vervollkommnet. Da die Organisation sich nur aus den ehemaligen Unterstützungsvereinen entwickelt hatte, wurde es notwendig, daß diesen Einrichtungen seitens der Verbandsleitung das Hauptaugenmerk zugewendet wurde, trotz der Angriffe aus dem lokalistischen Lager. Die beiden Unterstützungsarten Krankenunterstützung und Beerdigungsbeihilfe zum Beispiel mußten sofort mit übernommen werden. Hinzu kamen bei der Gründung des Verbandes die Arbeitslosen- und Rechtsschutzunterstützung, die letztere speziell für die Gruppen Transport- und Verkehrsarbeiter, die infolge ihrer beruflichen Tätigkeit recht häufig Differenzen und Streitigkeiten mit behördlichen Organen ausgesetzt sind. Über die Inanspruchnahme der einzelnen Unterstützungsarten geben folgende Zahlen Auskunft. Vom Jahre 1897 bis 1908 wurden ausgezahlt: an Arbeitslosenunterstützung 421534 Mark, Krankenunterstützung 645264 Mark, Rechtsschutzunterstützung 111402 Mark, Beerdigungsbeihilfe 110377 Mark und für Unterstützung in besonderen Notfällen 76349 Mark. Für sämtliche Unterstützungszweige zusammen also 1364925 Mark. Die letzte Vervollkommnung der Unterstützungseinrichtungen fand durch die Annahme der Erwerbslosenunterstützung durch den letzten Verbandstag am 1. Januar 1910 statt. Durch diese Unterstützungsart werden den Mitgliedern in Fällen der Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit noch weit größere Vorteile gewährt wie bisher.

Aber trotz dieser Mehrbelastung der Organisationskasse war sich die Verbandsleitung von vornherein darüber klar, daß sie den Bestrebungen des

[1] Während dieser Geschäftsperiode wurden spezialisierte Feststellungen nicht vorgenommen. Der Verf.

Unternehmertums, die Arbeiter durch Errichtung von Unterstützungskassen dauernd an sich zu fesseln, einen wirksamen Damm entgegensetzen müsse. Auch im Transportgewerbe sind derartige „Wohlfahrtseinrichtungen“ schon alltägliche Erscheinungen. Nicht allein daß sie für die Arbeiter Sklavenketten bilden und dem Unternehmertum eine ständige Schutztruppe, in gelben Vereinen organisiert, gewährleisten, sie erschweren auch vor allem die gewerkschaftliche Agitation, da sie die Arbeiter auf eine angeblich sorgenfreie Zukunft vertrösten.

So sind zum Beispiel im Verkehrsgewerbe sämtliche Eisenbahnangestellte durch solche „Wohlfahrtseinrichtungen“ zum lebenslänglichen Kadavergehorsam verurteilt. Privatbahn- sowie Omnibusgesellschaften usw. haben dies nachgeahmt. Ein anderer Grund, neue Unterstützungseinrichtungen zu schaffen, war auch das am 1. April dieses Jahres in Kraft getretene Automobilhaftpflichtgesetz, welches durch die aus ihm sich resultierenden Haftpflichtklagen die Existenz einer großen Kategorie von Berufsangehörigen dauernd bedroht. Die auf Grund des letzten Verbandstagsbeschlusses am 1. April 1910 in Kraft getretenen Unterstützungseinrichtungen sind fakultativ und bestehen in 1. Rechtsschutz und Haftpflichtunterstützung, 2. Invaliden- respektive Pensionszuschußunterstützung, 3. Witwen- und Waisenunterstützung, 4. Zuschußunterstützung in Todesfällen.

Der Kampfescharakter des Verbandes kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck: In den zwölf Jahren wurden 2107 Lohnbewegungen, an denen 145291 Berufsangehörige beteiligt waren, geführt. Für 38345 Beteiligte wurde während derselben Zeit eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 100548 Beteiligte eine Erhöhung des Lohnes erzielt. An Streik- und Gemaßregeltenunterstützung zahlte der Verband zusammen 1137352 Mark.

Diese Kulturarbeit der Organisation rief aber auch bald das Unternehmertum im Transportgewerbe auf den Plan. In verhältnismäßig kurzer Zeit entwickelten sich auch die Arbeitgeberorganisationen zu respektablen Machtfaktoren, die jeder auch noch so berechtigten Forderung der Arbeiter feindlich entgegentraten. Nunmehr wurde die Frage der Zusammenfassung aller Kräfte seitens der Arbeiterorganisationen, nachdem bereits verschiedene Gewerkschaftskongresse die Frage der Schaffung von Industrieverbänden mehr oder weniger eingehend ventiliert hatten, auch für die Transportarbeiter brennend. Zwecks gegenseitiger Unterstützung in der Agitation und Organisation, zur Verständigung bei der Einleitung und Durchführung von Lohnbewegungen, sowie nicht in letzter Linie auch zur Beseitigung der immer häufiger auftretenden leidigen Grenzstreitigkeiten wurde deshalb die Idee eines alle Berufsangehörigen und berufsverwandten Gruppen umfassenden Kartellvertrags zwischen den Verbänden der Transportarbeiter, Hafenarbeiter, Seeleute, Eisenbahner und Maschinisten und Heizer im Jahre 1905 verwirklicht; er sollte der Einheitsorganisation im Transportgewerbe die Wege ebnen. Bereits ein Jahr später, am 7. und 8. September 1906, fand dann auch eine Konferenz der interessierten Verbände in Hamburg statt; ihr Resultat war die fast allseitige prinzipielle Zustimmung zur Einführung der Einheitsorganisation und die Annahme von Grundsätzen, die sich im wesentlichen den Einrichtungen des Transportarbeiterverbandes anlehnten. Die beteiligten Kontrahenten respektive die Vertreter der vertragschließenden Organisationen hatten jedoch bei Abschluß des Kartellvertrags die durch die ökonomische Entwicklung bedingte kolossale Schwierigkeit und Kompliziertheit der Abgrenzung von Organisations-

gebieten unter berufsverwandten Arbeitern insofern unterschätzt, als sie der Frage der Auslegung einzelner Bestimmungen des Vertrags keine allzu hohe Bedeutung beimaßen. So entstanden trotz des Kartellvertrags und trotz der bereits so weit gediehenen Zusammenschlußverhandlungen speziell zwischen dem Transportarbeiterverband und den Verbänden der Hafenarbeiter und Seeleute neue Grenzstreitigkeiten, die alle bisherigen an Schärfe übertrafen. Der Kartellvertrag wurde schließlich zwischen diesen drei Verbänden wieder aufgehoben. In dies Stadium der Stagnation der Zusammenschlußverhandlungen infolge bedauerlicher Mißverständnisse fiel der sechste Verbandstag des Transportarbeiterverbandes, der den Vorstand beauftragte, von neuem mit den Bruderorganisationen in Verbindung zu treten, da nur durch das Radikalmittel des Zusammenschlusses alle Grenzstreitigkeiten auf einmal und für alle Zeit beendet sein würden. In Ausführung dieses Beschlusses fand am 19. Oktober 1909 in Hamburg eine Konferenz der Vorstände der drei Verbände (der Verband der Eisenbahner hatte inzwischen seinen Anschluß vollzogen) statt, die sich von neuem im Prinzip mit dem Zusammenschluß der drei Verbände einverstanden erklärte. Vom 13. bis 16. Dezember 1909 tagte dann abermals eine Konferenz von Vertretern dieser Organisationen, die einen vollständigen Statutenentwurf für die Einheitsorganisation ausarbeitete. Über diesen Statutenentwurf, der im wesentlichen diejenigen Grundsätze enthält, die bereits im Transportarbeiterverband eingeführt sind, soll der erste gemeinsame Verbandstag, der am 9. Mai dieses Jahres in Hamburg stattfindet, nachdem die Sonderverbandstage der drei Verbände dazu Stellung genommen haben, endgültig Beschluß fassen.

Daß die zu schaffende Organisation, die sich aus drei bisher vollkommen selbständigen Organisationen zusammensetzen wird, nicht gleich auf den ersten Schlag für die zahlreichen Einzelgruppen mit ihren zum Teil recht erheblich differierenden Einrichtungen nach jeder Richtung hin das Vollkommenste treffen kann, ist klar. Auch die Sonderbestimmungen zum Statut, die für einzelne Gruppen mit ganz besonders abweichenden Verhältnissen, zum Beispiel Eisenbahner, Seeleute und Binnenschiffer und Flößer, geschaffen wurden, werden nicht alle Wünsche sämtlicher Gruppen voll berücksichtigen können. Aber keine der drei beteiligten Organisationen wird sich auch den Standpunkt zu eigen machen können noch dürfen, bei dieser Gelegenheit möglichst viel dabei für sich herauszuschlagen. Im Gegenteil, alle beteiligten Gruppen müßten gern bereit sein, im Interesse der zu schaffenden Einheitsorganisation, wenn es erforderlich wäre, auch Opfer zu bringen, denn die neue Organisation wird infolge verdoppelter Werbekraft eine neue Etappe zur Gewinnung der zirka 700000 Berufsangehörigen zu Wasser und zu Lande sein.

Der Aufbau der neuen Organisation wird sich auf derselben Basis vollziehen, die im Transportarbeiterverband bereits vorhanden ist und im Laufe der Zeit nach jeder Richtung hin sich gut bewährt hat. Der Gesamtverband zerfällt in eine bestimmte Anzahl von Gauen oder Bezirken mit eigenen Gauvorständen. Die Gaue erstrecken sich über alle innerhalb ihrer Grenze befindlichen Orte, die wieder jeder eine eigene Verwaltung besitzen. Innerhalb der Verwaltungsstellen gliedern sich die gesamten Organisationsmitglieder in einzelne örtliche Branchen. Für die Gruppen der Seeleute, Eisenbahner und Straßenbahner wird die Form von Reichssektionen geschaffen werden, da diese Gruppen ganz besonders gearteten, von den Einrichtungen der übrigen Mit-

glieder erheblich abweichenden sozialen und rechtlichen Verhältnissen unterliegen. Für dieselben Kategorien sollen auch eigene Preßorgane bestehen bleiben.

Die Einheitsorganisation, die aller Voraussicht nach am 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten wird, wird aber nicht nur in nationaler, sondern auch in internationaler Beziehung gute Früchte zeitigen. Auch die Berufsorganisationen des Auslandes werden aus diesem Schritte ihrer deutschen Kollegen sicherlich die Konsequenzen ziehen.

Die Arbeiterklasse überhaupt aber wird vielleicht erst in den Kämpfen der Zukunft mit Genugtuung konstatieren können, daß die deutschen Transportarbeiter nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet waren, Verhältnisse zu schaffen, infolge deren sie in bezug auf Kopfzahl, Stoßkraft und Schlagfertigkeit in die vorderste Reihe der deutschen Gewerkschaftsbewegung eintreten.

Hinaus aufs Land!

Von Dr. Wilhelm Grumach.

In den letzten Monaten haben zwei große Ereignisse, die sogenannte Reichsfinanzreform und die Wahlreform, alle anderen politischen Interessen in den Hintergrund gedrängt. So ist es denn gekommen, daß eine unserer wichtigsten praktischen Fragen, welche vorher im Zuge zu sein schien, halb vergessen ist, die Frage der Landagitation.

Über die dringende Notwendigkeit einer wirksamen allgemeinen Landagitation kann in der Partei kein Zweifel bestehen. Aber mit dieser Einsicht in die Notwendigkeit der Landagitation und dem guten Willen dazu ist leider wenig geschehen, weil wir auf dem Lande vor ganz anderen Aufgaben stehen als in der Stadt und in den Industriegegenden.

Schon rein äußerlich treten uns hier ganz andere Verhältnisse entgegen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung wohnt nur zum geringeren Teile in Dörfern von einiger Größe. Orte von 300 bis 500 Einwohnern sind wenigstens in Ostelbien das Gewöhnliche. Außerdem wohnt ein großer Teil der für uns in Frage kommenden Leute auf Gütern von selten mehr als 200 Einwohnern oder gar ziemlich vereinzelt auf weit voneinander entfernten Gehöften. Bei einer solchen Zerstreuung der zu bearbeitenden Bevölkerung zu agitieren ist schwer.

Ferner haben wir es hier mit dem feindseligsten Widerstand der Staatsgewalten zu tun; jeder Amtsvorsteher, jeder Gutsvorsteher und Gemeindevorsteher herrscht in seinem Bezirk wie ein absoluter König. Dazu kommt die geistige und vor allem die politische Rückständigkeit der Landbevölkerung, ihr Mißtrauen gegen den Städter und die Verschiedenartigkeit ihres Charakters in den einzelnen Landesteilen, die schon eine verschiedenartige Behandlung eines pommerschen und eines ostpreußischen Landarbeiters verlangt.

Mögen aber diese Schwierigkeiten so groß sein wie sie wollen, das darf uns nicht irre machen. Haben wir einmal eingesehen, daß die Arbeit notwendig ist, so müssen wir heran, und zwar mit aller Macht heran.

Dabei müssen wir aber berücksichtigen, daß die besonderen Verhältnisse besondere Maßregeln erfordern.

Das erste, was dazu not tut, ist, daß unsere großstädtischen Parteikreise, diejenigen, die in dem Zentrum der Agitation sitzen, mehr Interesse für diese Frage betätigen.

Es muß das Interesse der großstädtischen Genossen für diese Frage geweckt werden. Sie werden vermöge ihrer agitatorischen Schulung und Gewandtheit häufig sich selbst der Agitationsarbeit unterziehen müssen, mindestens aber werden sie häufig den kleinstädtischen Genossen mit Rat und Tat zur Seite stehen müssen. Belehrung darüber ist weniger durch große Vorträge zu erwarten als durch Besprechungen an den Zahlabenden. In allen Bezirken befinden sich Genossen, die vom Lande stammen oder wenigstens jahrelang mit der Landbevölkerung in Berührung gestanden haben. Es bedarf, wie ich das selbst bei Vorträgen über ländliche Zustände erfahren habe, nur einer wirksamen Anregung etwa des Bezirksführers oder des Mitteilungsblatts, um sie gesprächig zu machen; eine solche Besprechung wird auch die anderen zur Diskussion anregen und dadurch allgemeines Interesse wecken. Auch die Parteipresse müßte sich der Sache energisch annehmen. Der „Vorwärts" und andere große Parteizeitungen müßten wie über die Frauenfrage, so über die Landarbeiterfrage eine ständige Rubrik bringen. In dieser Rubrik könnten tatsächliche Mitteilungen und Schilderungen mit kurzen polemischen Artikeln und kurzen Originalabhandlungen abwechseln.

Zweitens ist es notwendig, in der übrigen Parteiliteratur und in Broschüren ein grundlegendes Tatsachenmaterial zu schaffen. Dazu sind aber allgemeine Übersichten wenig geeignet. Vielmehr werden, da die Zustände in allen Landesteilen verschiedene, oft grundverschiedene sind, Schilderungen aus einzelnen Landesteilen das Richtige sein, Darstellungen, die nicht nur die Zustände, Einkommensverhältnisse usw. darlegen, sondern auch den Charakter und die Bildungsverhältnisse berücksichtigen. Alle diejenigen, welche ländliche Verhältnisse aus eigener jahrelanger Anschauung kennen und die nur einiges schriftstellerisches Talent besitzen, müßten es wenigstens versuchen, sich dieser Aufgabe zu unterziehen.

Die Ausarbeitung eines Agitationsfeldzugsplans muß einer geschlossenen Konferenz überlassen bleiben, die sich zusammensetzt aus Kennern des Landes und Kennern der Agitationsarbeit. Gestützt auf das vorhandene Material, ausgehend von den Besonderheiten der Arbeit auf dem Lande überhaupt und den Eigentümlichkeiten in den einzelnen Gegenden hätte sie darüber zu befinden, inwieweit unser sonstiges Agitationsschema auf das Land paßt und wie es abzuändern ist, um die in den ländlichen Verhältnissen liegenden allgemeinen Schwierigkeiten zu überwinden und den Eigentümlichkeiten der einzelnen Landesteile gerecht zu werden. Auch über den Inhalt der Agitation wird man sich einigen müssen, besonders über die Fragen der Behandlung der Religion, des Militarismus und ähnlicher Dinge. Die Gelegenheit zu einer solchen Aussprache, die ja mangels ausreichenden Materials noch keine endgültige zu sein braucht, kann schon der nächste Parteitag bieten. Gerade Magdeburg mit seiner landwirtschaftlichen Umgebung darf als besonders geeignet gelten.

Um wenigstens einigermaßen für die Parteitagsdiskussionen gerüstet zu sein, müssen wir schon jetzt anfangen zu arbeiten. Und die Reichstagswahlen des nächsten Jahres geben uns weite Möglichkeiten, unsere Ideen zu propagieren, in Versammlungen vorzutragen, die gegnerischen Lügen und Entstellungen zu widerlegen. Es wäre gut, wenn wir uns da schon jetzt über unser Vorgehen einigermaßen klar wären, womöglich schon eine Menge Kleinarbeit geleistet hätten. Kleinarbeit wird auch hier die Hauptsache sein.

Darum hinaus aufs Land! Heran an die Arbeit, und zwar so schnell als möglich! Mögen die Schwierigkeiten noch so groß sein, mögen wir an-

fangs, was nicht ausbleiben wird, Mißerfolge haben, mit unserer bekannten sieghaften Stoßkraft an der einen Stelle, mit Energie und Zähigkeit an der anderen werden und müssen wir das Ziel erreichen: die Gewinnung des ländlichen Proletariats.

Notizen.

Die Ersatzwahl in Posen. Die durch die Mandatsniederlegung des früheren Abgeordneten v. Chzarnowski nötig gewordene Nachwahl im ersten Posener Reichstagswahlkreis hat diesmal eine Überraschung gebracht, indem der offizielle Kandidat der Polen unterlag und der Sezessionist, der noch ein paar Tage vorher auf sein Mandat verzichtet hatte, die Mehrheit der polnischen Stimmen erhielt. Der Vorgang ist in den letzten Tagen in der Tagespresse lebhaft diskutiert und sind bereits die widersprechendsten Konsequenzen daraus gefolgert worden. Aus diesem Anlaß dürften einige kritische Betrachtungen hier angebracht sein.

Zunächst drängt sich uns die Frage auf: Bedeutet dieser Erfolg der demokratischen Richtung unter den Polen eine energische Zurückdrängung der „Hofpartei“ und ihres Ideeneinflusses bei der polnischen Bevölkerung sowie eine Änderung der parlamentarischen Taktik der Fraktion? Ich glaube nicht, und zwar aus folgenden Gründen: Die Ursachen der „Spaltung“ der polnischen Wähler liegen nicht in prinzipiellen Gesichtspunkten, und es sind durchaus nicht zwei Lager mit verschiedenen Weltanschauungen, die hier einander gegenüberstanden, sondern hier handelte es sich hauptsächlich um Personenfragen und sonstige Nebensächlichkeiten. Solange der langjährige Kandidat Chzorwowski zur Wahl stand, opponierte keine Seele dagegen, auch bei der Wahl von 1907 noch nicht, jetzt aber kam die leidige Kandidatenfrage, und das konservativ gesinnte Komitee nominierte, nachdem es lange unschlüssig hin und her gependelt, den konservativen Arbeiterführer Sisinski-Bochum, dieses Paradoxon für die Kandidatur. Sisinski war aber den Posener Arbeitern und Kaufleuten durchaus fremd, und da unsere Genossen diesmal mit einer bekannten Posener Persönlichkeit aufwarteten und übrigens die bisherige Tätigkeit der Fraktion im Parlament vielfach gemißbilligt wurde, hielten ein Teil der Wähler den bekannten Posener Arbeitersekretär Nowicki für viel geeigneter, das Mandat gegen Sozialdemokratie und deutschen Mischmasch zu verteidigen. Dazu kam, daß dem Sosinski die schmutzigsten, ehrenrührigsten Vorwürfe gemacht wurden — der schlimmste davon war, daß er mit der preußischen Polizei im Bunde gestanden habe, was unbedingt ziehen mußte —, von denen er sich in der entscheidenden Wählerversammlung nicht sofort reinigen konnte. Das Wahlkomitee verlor zuletzt den Kopf, konnte sich aber zu einer Nominierung des verhaßten Arbeiterführers Nowicki nicht entschließen, und da Nowickis Leute an persönlicher Gehässigkeit in der Führung des Wahlkampfes der „Hofpartei“ durchaus nicht nachstanden, rissen sie die Mehrzahl der Stimmen an sich. Speziell in der Stadt Posen vereinigte Nowicki die weitaus meisten Stimmen auf sich, während in den Kreisen Posen-Ost und Posen-West der deutsche Kandidat eine erhebliche Zunahme der Stimmen zu verzeichnen hatte. Das Anschwellen der deutschen Stimmen um über 400 seit der letzten Wahl ist leicht erklärlich. Symptomatische Bedeutung hat der Vorgang nicht; die polnischen „Demokraten“ sind sowohl im Parlament als auch im praktischen Leben genau so undemokratisch als die „Hofparteiler“, und hätten es letztere verstanden, rechtzeitig einen einwandfreieren Kandidaten zu proklamieren, so wäre von dieser „Sezession“ nichts zu merken gewesen. Persönlicher Zank und Streit war alles, und erst nach den Schiebungen des Wahlkomitees wurden die gereizten Nowickileute „demokratisch“ und „revolutionär“. Bald werden Arbeiterführer und Schlachzizen wieder gemeinsam im Parlament in Volksbetrug machen.

In welche Konstellation sind unsere Genossen gerückt? Die Hofparteiler müßten eigentlich den „Demokraten“ Dank wissen, denn durch ihr radikales Auftreten haben

sie unseren Genossen den Wind aus den Segeln genommen, was zur Folge hatte, daß unsere Stimmenzahl nur um 864 seit der letzten Wahl stieg. Denn je „sozialistischer“ sich die Nationalpolen selbst gebärden, um so weniger Chancen hat unsere Partei. Wäre hier nicht der populäre Arbeiterführer Nowicki in die Bresche gesprungen, so hätte unsere Partei, die diesmal einen von allen Posener Arbeitern gekannten und geschätzten Gewerkschaftsführer aufstellte, einen weit größeren Stimmenzuwachs erhalten.

Wie wenig die Nowickileute „Demokraten“ sind, beweist der Umstand, daß sie gegen unsere Redner in den Versammlungen immer mit religiösen Phrasen arbeiteten, ja schlimmer als die „Hofparteiler“ mit Verleumdungen und Gewalttätigkeiten vorgingen. Wenn die „Leipziger Volkszeitung“ unlängst schrieb, daß in Zukunft unsere Genossen den Zwist zwischen den feindlichen Brüdern zu ihrem Vorteil auszunutzen versuchen müßten, so kann ich darauf wenig Hoffnung setzen, denn dieser Zwist wird bald wieder verschwinden: die Pfaffen beginnen sich bereits die Nowickiwähler vorzunehmen. Nein, gerade gegen die Scheinphrasen der „Demokraten“ werden sie arbeiten müssen, gegen die nationalpolnische sogenannte Arbeiterbewegung, die sich äußerlich anarchistisch gebärdet und innerlich ihrem Schöpfungszweck bislang treu geblieben ist, nämlich die Hilfstruppen der in Nationalitätsrummel machenden Schlachta zu sein. Nowicki hat auch bereits die Maske fallen lassen: er verkündet, daß er ein Blatt herausgeben wird, das sich die Überbrückung der Klassengegensätze unter den Polen zur Aufgabe machen will! J. Kliche.

Über den Ursprung der Ausdrücke „Sozialismus“ und „Sozialist“ veröffentlicht Professor Karl Grünberg im Jahrgang 1909 der „Revue D'Histoire des Doctrines économiques et sociales“ eine interessante Studie. Er zeigt, daß die Ansprüche, die Reybaud und Leroux auf ihre Erfindung und erste Anwendung gemacht haben, nicht berechtigt sind. Zum erstenmal scheint das Wort „Sozialismus“ in einem dem jetzt landläufigen ähnlichen Sinn von Joncières im „Globe“, dem Organ der Saint-Simonisten, vom 13. Februar 1832 verwendet worden zu sein. Von dort dürfte Leroux den Ausdruck, vielleicht ohne sich der Quelle zu erinnern, entnommen haben. Allerdings hat Deville das Wort schon in einem Aufsatz der Zeitschrift „Le Semeur“ vom 12. November 1831 gefunden, doch wird es dort keineswegs in einem dem modernen ähnlichen Sinne gebraucht, sondern in einer Diskussion über ein religiöses Thema zur Charakterisierung der katholischen, vereinigenden Lehre im Gegensatz zum individualisierenden Protestantismus. Wie wenig damals die Bedeutung dieser Ausdrücke noch fixiert war, geht auch daraus hervor, daß der Fourierist Pellarin die Anhänger St. Simons im Gegensatz zu denen Fouriers in einem Artikel vom 12. April 1833 als „Sozialisten“ bezeichnet.

Nun hat aber Grünberg das Vorkommen der beiden Ausdrücke bereits in einem Buche eines italienischen Geistlichen, des Giacomo Giuliani, aus dem Jahre 1803 nachweisen können. In „L'antisocialismo confutato“ polemisiert der Mönch aus Vicenza gegen den „Antisozialismus“ der individualistischen Philosophen des achtzehnten Jahrhunderts, besonders gegen Rousseau, der die bestehende Ordnung zugunsten eines streng individualistisch konstruierten Naturzustandes umstürzen will. Demgegenüber verteidigt Giuliani den bestehenden Zustand des „Socialismo“, das heißt des gesellschaftlichen Zusammenhanges der Individuen, wie ihn die bestehende Gesellschaft verbürgt. Die Worte „Sozialismus“ und „Sozialist“ hatten daher bei ihrer ersten Verwendung einen vom heutigen durchaus abweichenden, ihm fast entgegengesetzten Sinn. Es ist aber fraglich, ob die Verwendung der beiden Ausdrücke, die sich erst wieder im Anfang der dreißiger Jahre in Frankreich und England nachweisen läßt, mit dem Buche des italienischen Mönches in irgendwelchem Zusammenhang steht. Gust. Eckstein.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 32 Ausgegeben am 6. Mai 1910 28. Jahrgang

Die Entwicklung der Produktionskräfte und der Arbeitslohn.[1]

Von **P. Maßlow.**

1. Einfluß des Konsums auf die Gruppierung der Produktionskräfte.

Der Kampf der Arbeiter um die Aufbesserung ihrer Lage und unter anderem um die Erhöhung ihres Arbeitslohns verschärft sich immer mehr und nimmt, sich auf alle kapitalistischen Länder ausdehnend, immer größere Dimensionen an. Der letzte schwedische Streik zeigte der ganzen Welt nicht nur die Ausdauer der Arbeiter in diesem Kampfe, sondern auch ihre internationale Solidarität.

Die Praxis hat aber die Theorie überflügelt. Die Frage, welchen Einfluß der Kampf um die Erhöhung des Arbeitslohns auf die Entwicklung der Volkswirtschaft ausübt, ist noch vollkommen unaufgeklärt, und stets müssen die Arbeiter die Argumente der Kapitalisten und ihrer Handlanger anhören, daß die Erhöhung des Arbeitslohns nicht nur die Entwicklung der Volkswirtschaft hemmen, sondern zu einer völligen ökonomischen Stagnation führen könne.

Die Akkumulation des Kapitals führt weniger zum verstärkten Konsum der Kapitalisten als zur vermehrten Aufwendung der gesellschaftlichen Arbeit für Produktionsmittel und in Verbindung damit für Tausch- und Verkehrsmittel. Das beständige Streben des Kapitalisten nach einem höheren Profit, sein Bestreben, nicht nur selbst der Konkurrenz standzuhalten, sondern auch seine Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen oder wenigstens zu schwächen, veranlaßt ihn, die Exploitation des Arbeiters zu verstärken und die Produktivität seiner Arbeit vermittels neuer Aufwendungen für die Verbesserung der Produktionsmittel zu erhöhen. Die Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise stoßen auf diese Weise die kapitalistische Gesellschaft unaufhaltsam auf den Weg der vermehrten Verwendung der nationalen Arbeit für die Herstellung von Pro-

---

[1] Dieser Artikel ist die gekürzte Wiedergabe eines Kapitels aus dem noch nicht veröffentlichten Buche „Die Entwicklungstheorie der Volkswirtschaft". Die historischen Exkurse und schematischen Darstellungen, mit denen der Verfasser dort den Gegenstand noch weiter erläutert und veranschaulicht, konnten hier wegen Raummangels nicht aufgenommen werden, weshalb auf das Originalwerk verwiesen sei. Die Redaktion.

duktions- und Verkehrsmitteln: das Wachstum der letzteren ist mit dem Wachstum des Warenaustausches eng verknüpft. Darum führt die dank der Akkumulation des Kapitals und der erhöhten Produktivität der Arbeit erfolgte Vermehrung der Produktionskräfte der Gesellschaft in erster Linie zu einer vermehrten Arbeitsaufwendung in der Produktion von Werkzeugen für die Produktion von Werkzeugen.

Wie wir sehen werden, wächst das fixe Kapital hauptsächlich in der Produktion von Massenkonsumartikeln. Ebenso ist die Arbeitsaufwendung für die Herstellung besserer Kommunikationsmittel hauptsächlich erforderlich in Anbetracht des Transportes der Massenkonsumartikel. Es versteht sich von selbst, daß sich der Maschinenbau ebenfalls dank der Produktion und dem Transport der Massenkonsumartikel entwickelt. Dagegen erfordert eine vermehrte Produktion von Luxusartikeln — wie das aus dem Nachfolgenden ersichtlich sein wird — eine niedrigere Struktur des Kapitals und keine Vermehrung der Verkehrsmittel, das heißt neuer Kommunikationsmittel, denn die Luxusartikel spielen in der Gesamtmasse der für den Transport bestimmten Waren eine verschwindend geringe Rolle.

Auf diese Weise führt das Wachstum der Produktionskräfte, soweit es in einer wenn auch nur geringen Vermehrung der Massenkonsumartikel zum Ausdruck gelangt, zu einer Neuverteilung der Produktionskräfte zwischen den verschiedenen Industriezweigen.

In verschiedenen Perioden der kapitalistischen Entwicklung ist die relative Zunahme oder Abnahme des Konsums der Kapitalisten- oder Arbeiterklasse verschieden, aber die Tendenz bleibt konstant: die Aufwendungen an gesellschaftlicher Arbeit für Produktions- und Verkehrsmittel nehmen mit der Akkumulation des Kapitals im Lande absolut und relativ immer mehr zu.

Aber die Zunahme der Produktions- und Verkehrsmittel muß auf die relative Reduktion der unmittelbaren Bedarfsartikel bei den Kapitalisten und Arbeitern stoßen, denn in letzter Linie wird die Produktion für den Konsum organisiert. Da aber der Umfang des gesellschaftlichen Konsums eines jeden Produktes nicht festgestellt wird, so führt die Zunahme des Kapitals in diesem oder jenem Industriezweig zur Überproduktion und zur Krisis.

Nehmen wir an, daß das akkumulierte Kapital sich in der Produktion von Kattun realisiert. Das Kapital ist in Gestalt von Baumwolle, Spinnereimaschinen realisiert, die Kattunproduktion hat sich um das Doppelte vermehrt. Da aber der Konsum der Kapitalisten und der anderen gesellschaftlichen Klassen nicht entsprechend dem Wachstum der Produktion steigen kann, so erweist sich die Masse des produzierten Kattuns schließlich größer, als abgesetzt werden kann. Der Kapitalist ist im Besitz eines Mehrproduktes in Gestalt von Kattun, das er in einem anderen Industriezweig in Produktionsmitteln realisieren muß, um es in Kapital zu verwandeln und fortgesetzt Profit zu erlangen. Da er aber den Kattun nicht absetzen kann, so kann er auch nicht für den neuen Industriezweig Produktionsmittel kaufen. Folglich kann auch der Kapitalist, der die Produktionsmittel für den ersteren besitzt, ihm dieselben nicht verkaufen. Die Produktionsmittel, die der zweite Kapitalist produzierte, bleiben unverkauft, obgleich der erste Kapitalist ihrer bedarf, denn er hat seinen Kattun nicht verkauft.

Die angehäuften Güter des Kattunfabrikanten können sich also im Verlauf einer gewissen Periode, bis der Markt die von ihm produzierten überschüssigen

Produkte aufgenommen haben wird, auch nicht realisieren. Das Bedürfnis, die den Markt überfüllenden Waren abzusetzen, ruft den Wettlauf nach einem auswärtigen Markt hervor, der die Realisation der Produkte erleichtern und die Überproduktion abschwächen soll.

Obgleich der Kattunkonsum infolge der Zunahme der Bevölkerung oder der dank den Fortschritten der Technik erfolgten Verbilligung der Produktion steigen kann, kann sich der Markt in Anbetracht der beschränkten Kaufkraft der Masse der Bevölkerung dennoch nicht so schnell erweitern, wie sich die Akkumulation des Kapitals vollzogen hat. Es ist klar: das neu akkumulierte Kapital muß entweder in anderen Industriezweigen realisiert werden, wo man durch die Vermehrung des fixen Kapitals die Produktivität der Arbeit bedeutend erhöhen und die Handarbeit durch die Konkurrenz vernichten kann, oder es muß eine ganz neue Produktion solcher Waren, die bisher nicht produziert wurden, ins Leben gerufen und der Konsum der gesellschaftlichen Klassen, wenn auch um den Preis der Einschränkung anderer Bedürfnisse, gesteigert werden. In diesem wie in jenem Falle wird eine Neugruppierung der Produktionskräfte der Gesellschaft in der Richtung der Produktionserweiterung der Produktionsmittel eintreten. Denn die Zunahme der Produktivität der Arbeit, die Ablösung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit ist nur möglich bei einer Zunahme des fixen Kapitals, bei vermehrten Kapitalaufwendungen für Bauten, für Anfertigung von Maschinen usw. Ebenso ist die Erschließung neuer Industriezweige gewöhnlich verknüpft mit neuen Maschinen, neuen Aufwendungen an fixem Kapital, denn die verschiedenen Arten der Handarbeit haben schon früher existiert, und auf diesem Gebiet ist es schwer, etwas Neues zu finden.

Je schneller sich darum die Akkumulation des Kapitals vollzieht, desto beträchtlicher ist die Summe der Produktionskräfte, die die Gesellschaft für die Produktion des fixen Kapitals: für die Gewinnung von Eisenerz, für die Produktion von Stahl, Maschinen, Baumaterialien usw. aufwenden muß.

Darum bedarf der Kapitalist einer stetigen Markterweiterung, damit auf diesem Boden eine Produktionsvermehrung und Produktionsmittelanhäufung eintreten könnte. Dank dem Umstand, daß der Arbeitslohn der Arbeiter auf einem niedrigen Niveau steht und die Kapitalisten sich dessen „enthalten", den gesamten Wert, den sie aus der Exploitation der Arbeiter herausschlagen, zu konsumieren, vollzieht sich die Markterweiterung hauptsächlich entweder auf Kosten der Bevölkerungszunahme oder auf Kosten eines auswärtigen Marktes. Darum sind die Entwicklungsbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise in Ländern mit einer konstanten Bevölkerungsziffer (Frankreich), oder in kleinen Ländern, die keinen auswärtigen Markt besitzen, weniger günstig als in umfangreichen Ländern mit einer steigenden Bevölkerungsziffer.

Die Märkte- und Krisenthorie ist eines der schwierigsten Probleme der politischen Ökonomie. Eine scharfsinnige und zum Teil richtige Märktetheorie hat M. Tugan-Baranowski in seinem Buche „Industrielle Krisen" geliefert, aber indem er sich von der Abstraktion hinreißen ließ, führte er seine Theorie bis zum logischen Absurdum. Tugan-Baranowski weist nach, daß der Markt durch die Entwicklung des Kapitalismus selbst geschaffen wird, und daß bei einer richtigen Verteilung der Produktionskräfte keine Überproduktion eintreten kann. Der Gedanke, daß der Markt durch die Entwicklung des Kapitalismus selbst geschaffen wird, ist richtig, und wir haben gezeigt, daß der Bedarf an Produktions- und Verkehrsmitteln mit der Akkumulation des Kapitals zunimmt.

Man darf aber nicht glauben, daß diese Zunahme, wie das von Tugan-Baranowski angenommen wird,[1] der Akkumulation des Kapitals proportional ist. Denn letzten Endes dienen die Produktionsmittel zur Herstellung der unmittelbaren Bedarfsartikel. Wenn Tugan-Baranowskis Theorie richtig wäre, so würde sich der Kapitalismus um so schneller entwickeln, je weniger Produkte die Gesellschaft konsumieren, das heißt je weniger unmitttelbare Bedarfsartikel der innere Markt aufnehmen würde. Denn je kleiner der Teil der Gesamtsumme der Produktionskräfte der Gesellschaft ist, der für die Produktion der unmittelbaren Bedarfsartikel aufgewendet wird, je weniger die letzteren unmittelbar konsumiert werden, desto mehr Kapital muß übrig bleiben, das für die Herstellung von Produktionsmitteln verwendet wird.

Nehmen wir an, daß die Gesellschaft in einem Jahre 1000 Werteinheiten produziert, von denen 500 für den unmittelbaren Konsum und 500 als Produktionsmittel dienen. Wenn der unmittelbare Konsum auf 300 Einheiten sinkt, so tritt eine Neugruppierung der Produktionskräfte ein: die Herstellung der unmittelbaren Bedarfsartikel wird eingeschränkt und die der Produktionsmittel von 500 auf 700 Einheiten erhöht. Auf diese Weise wird die Akkumulation des Kapitals und die Entwicklung des Kapitalismus durch die Einschränkung des unmittelbaren Konsums beschleunigt, wobei die beschleunigte Entwicklung des Kapitalismus der Einschränkung der Kaufkraft der Arbeiter und der Kapitalisten für ihren persönlichen Bedarf, das heißt der Einschränkung des inneren Marktes, soweit die letztere den persönlichen Bedarf befriedigt, proportional ist.

Wir stehen auf diese Weise vor dem Problem des Einflusses des steigenden Konsums verschiedener gesellschaftlicher Klassen auf die Entwicklung und Verteilung der Produktionskräfte, einem Problem, das, in der politischen Ökonomie vollkommen unerörtert und ungelöst, von besonderer Wichtigkeit für die Arbeiterklasse ist.

Die Wichtigkeit des Problems des Einflusses der Konsumsteigerung der Arbeiterklasse auf die Entwicklung und Verteilung der Produktionskräfte der Gesellschaft wird für die Arbeiterklasse dadurch hervorgerufen, daß sie stets gezwungen ist, für die Verbesserung ihrer Lage, das heißt für die Steigerung ihres Konsums zu kämpfen und dabei die Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung der ganzen Gesellschaft im Auge haben muß, damit der Kampf der Arbeiter diese Entwicklung nicht beeinträchtige.

Welche Bedeutung hat also die Zunahme des Konsums der Arbeiterklasse; bei welchen Bedingungen fördert sie die schnellere ökonomische Entwicklung der Gesellschaft, und bei welchen Bedingungen kann sie diese Entwicklung aufhalten?

Wie bekannt, ruft jeder Versuch der Arbeiter, ihren Arbeitslohn zu erhöhen und auf diese Weise ihren Konsum zu steigern, die Klagen der Unternehmer hervor, daß diese Versuche die Produktion verlustbringend gestalten und die Entwicklung der Industrie hemmen. Wieweit sind diese Klagen berechtigt?

---

[1] „Wir sehen also eine Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion bei einer gleichzeitigen Einschränkung des gesellschaftlichen Konsums ohne jegliche Störung des Gleichgewichtes zwischen dem gesellschaftlichen Angebot und der gesellschaftlichen Nachfrage.“ . . . „Auf diese Weise erweist sich zu gleicher Zeit eine Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums (in Form von Produkten, die die Gesellschaft besitzt) und eine Abnahme des gesellschaftlichen ‚Einkommens‘ als möglich.“ M. Tugan-Baranowski, „Grundlagen der politischen Ökonomie“ (russisch), S. 103 bis 104.

2. Einfluß des Konsums auf die Entwicklung der Produktionskräfte.

Aus der angeführten Analyse der Neugruppierung der Produktionskräfte infolge einer gewissen Zunahme des persönlichen Konsums ist ersichtlich, daß die Entwicklung des inneren Marktes und der Produktion sich um so schneller vollzieht, je mehr Produktions- und Verkehrsmittel für die Herstellung und den Absatz der neu produzierten Waren erforderlich sind. Es ist klar, daß wenn der Konsum von Arbeitsprodukten zugenommen hat, die keinen großen Aufwand an Produktionsmitteln erfordern, der innere Markt sich nur wenig erweitern und die Entwicklung der Produktionskräfte der Gesellschaft sich langsamer vollziehen wird.

Der Konsum der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse unterscheiden sich nach ihrem Charakter schroff voneinander. Die Konsumsteigerung der Arbeiterklasse führt zu einer Vermehrung der Massenproduktion, die in den meisten Fällen eine höhere Struktur des Kapitals, das heißt relativ teurere Werkzeuge, die Anwendung von Maschinen usw. erfordern. Die Konsumsteigerung der Kapitalistenklasse erfordert im Gegenteil eine relativ niedrige Struktur des Kapitals und „unproduktive" Arbeit. Hauptsächlich steigert sich die Inanspruchnahme der Dienstboten zu verschiedenen Dienstleistungen. Wie bekannt, ist sowohl für die Ballettänzerinnen wie für die Handwerker, die kostbare Luxusartikel anfertigen, kein hohes fixes Kapital erforderlich.

Die Dienstboten konsumieren allerdings Massenbedarfsartikel, aber ebenso werden die letzteren konsumiert von den Arbeitern, die die Massenbedarfsartikel herstellen. Die Konsumsteigerung der Kapitalistenklasse führt auf diese Weise zur Konsumsteigerung der Personen, die die Bedürfnisse der Kapitalisten befriedigen und die wir mit dem gemeinsamen Namen „Dienerschaft" bezeichnen. Die Konsumsteigerung der Arbeiterklasse führt nicht nur zur Vermehrung der Arbeiterzahl, die die Bedarfsartikel der Arbeiter produzieren, sondern auch zu einer Vermehrung der Arbeiterzahl, die Werkzeuge und Tauschmittel für die Zusatzprodukte anfertigen. So führt zum Beispiel die Zunahme des Kattunkonsums nicht nur zu einer Vermehrung der Zahl der Spinner, Weber usw., sondern auch der Arbeiter, die Spinnmaschinen, Baumwollreinigungsmaschinen usw. herstellen. Und die Zunahme der Weber, der Schlosser usw. führt wiederum zu einer Vermehrung der von diesen Arbeitern konsumierten Produkte.

Dieselbe Bedeutung wie die Konsumsteigerung der Kapitalisten hat auch die Zunahme der unproduktiven Ausgaben des Staates für Armee, Flotte usw., denn in der Volkswirtschaft haben diese Ausgaben etwa dieselbe Bedeutung wie die Ausgaben für persönliche Bedienung.

Gewiß, der Konsum der reichen Klassen beschränkt sich nicht bloß auf die Vermehrung der Zahl der Personen, die ihre zuweilen teuren und ästhetische Genüsse bereitenden persönlichen Dienstleistungen anbieten. Auch der Konsum von Luxusartikeln nimmt zu. Aber auch bei der Produktion dieser Artikel ist die Struktur des Kapitals bedeutend niedriger als bei der Produktion von Massenkonsumartikeln, da im ersteren Falle in weit höherem Maße die Handarbeit und in weit geringerem Maße der Maschinenbetrieb angewendet wird. Die Angaben der Gewerbezählung in den Vereinigten Staaten Nordamerikas weisen auf den schroffen Unterschied der Kapitalstruktur bei der Produktion von Luxusartikeln und der Produktion von Massenkonsumartikeln hin. Das

Verhältnis des fixen Kapitals zum variablen, das heißt zum Arbeitslohn, ist in verschiedenen Industriezweigen folgendes:[1]

1. Luxusartikel:	In den Jahren 1905	1890
Künstlerische Erzeugnisse von Blumen und Federn	1,84 : 1	1,5 : 1
Bronzeartikel	2,75 : 1	2,34 : 1
Künstlerische Erzeugnisse	2,46 : 1	1,93 : 1
Juwelierartikel	3,15 : 1	2,77 : 1
Prächtige Teppiche	1,63 : 1	3,15 : 1
Pelzwerke, bearbeitet	1,7 : 1	1,1 : 1
2. Massenproduktionsartikel:		
Einfache Teppiche	4,36 : 1	3,44 : 1
Baumwollerzeugnisse	6,37 : 1	5,36 : 1
Schreibwarenproduktion	8,70 : 1	8,70 : 1
Wollwaren	5 : 1	5 : 1
3. Produktionsmittel:		
Steinkohle	10 : 1	5 : 1
Eisen und Stahl	7 : 1	5 : 1
	1905	1900
Kupferschmelzung	7 : 1	6 : 1
Bleischmelzung	12 : 1	14 : 1

Und so weiter.

Aus der angeführten Tabelle ist ersichtlich, daß die Luxusartikel eine niedrigere Kapitalstruktur erfordern, obgleich viele von ihnen, wie zum Beispiel die Bronze- und Juwelierartikel, von der breiten Masse des Publikums konsumiert werden und infolgedessen zum Teil die Anwendung von Maschinen erforderlich machen. Aus dem Vergleich des fixen Kapitals im Jahre 1905 mit dem fixen Kapital im Jahre 1890 ist ersichtlich, daß bei einer Massenproduktion nicht nur die Kapitalstruktur höher ist, sondern daß sich auch das Wachstum des fixen Kapitals schneller vollzieht als bei einer Luxusartikelproduktion, denn bei der Produktion des fixen Kapitals ist die Kapitalstruktur am höchsten.[2] Besonders charakteristisch ist die Kapitalstruktur in der Teppichproduktion. Früher, im Jahre 1890, war die Kapitalstruktur in der Produktion der teuren Teppiche ähnlich der Kapitalstruktur in der Produktion der einfachen Teppiche. Im ersten Falle belief sich das Verhältnis des fixen Kapitals im Jahre 1890 auf 3,15 : 1, im letzteren Falle auf 3,44 : 1. Aber mit der zunehmenden Nachfrage nach kostbaren Teppichen sank die Struktur des Kapitals auf 1,63 : 1, während die Produktionssteigerung der einfachen Teppiche das Verhältnis des fixen Kapitals zum Arbeitslohn auf 4,36 : 1 steigerte.

---

[1] „Manufactures", 1905, P. II, Washington 1907. Ich habe bei meinen Berechnungen nur das fixe Kapital und den Arbeitslohn berücksichtigt. Der Wert des Rohmaterials und sonstige Ausgaben (miscellaneous expenses) werden, da sie für die Struktur des Kapitals nicht charakteristisch sind, nicht in Betracht gezogen.

[2] Es versteht sich, daß auch die Volksmasse die Erzeugnisse der Handarbeit konsumiert (zum Beispiel Kleider, Speisen) und die Dienste der Dienstboten in Anspruch nimmt, aber die Konsumerweiterung vollzieht sich hauptsächlich auf Kosten der Artikel, die ein hohes fixes Kapital erfordern.

Diese Besonderheit der Luxusartikelproduktion erklärt sich nicht nur daraus, daß die beschränkte Nachfrage eine Massenproduktion ausschließt, sondern auch daraus, daß der Konsum an Luxusartikeln hauptsächlich der nichtigen Eitelkeit der Reichen entspringt, die mit solchen Gegenständen prunken wollen, die andere nicht besitzen, das heißt mit solchen, die nicht reproduziert werden können.

Die Hauptausgabe der reichen Klassen gipfelt aber in der Inanspruchnahme jeglicher Art persönlicher Dienstleistungen, die gar keines oder nur wenig fixes Kapital erfordern: jeglicher Art Dienerschaft, Konzerte, Bälle, Theater usw. verschlingen einen bedeutenden Teil des Budgets. So verausgabt nach Hampke ein Bankier bei einem Budget von 75000 Mark für Dienstboten 14,7 Prozent, für „Erholung“ (wo Vergnügungen die erste Stelle einnehmen) 33,4 Prozent, für Kuren 7,4 Prozent, mit anderen Worten, die Luxusbedürfnisse (außer den Aufwendungen für Luxusartikel) verschlingen mehr als die Hälfte des gesamten Budgets.[1]

Die Analyse des Arbeiterbudgets zeigt im Gegenteil, daß die Zunahme des Budgets des Arbeiters mit einer relativen Einschränkung der Ausgaben für Nahrungsmittel verbunden ist, deren Produktion die am wenigsten komplizierte Struktur des Kapitals erfordert, und zu einer Vermehrung der Ausgaben für die Produkte der bearbeitenden Industrie führt. Selbst das steigende Bedürfnis nach Bildung und Selbstentwicklung führt weniger zu einer vermehrten Inanspruchnahme der persönlichen Dienste der Künstler, Artisten usw., als zu einer vermehrten Nachfrage nach Büchern, Gravüren, Zeitungen usw. Eine gewisse Steigerung des Bedürfnisses nach Theater, Musik usw. führt allerdings auch zu einer vermehrten Nachfrage nach persönlichen Dienstleistungen, aber nicht in einem solchen Maße und nicht in der Richtung wie die Steigerung der Bedürfnisse der reichen Klassen, die hauptsächlich die Dienste der Hausbediensteten in Anspruch nehmen, Bilder für ihren *persönlichen* Bedarf kaufen usw.

Während bei den reichen Klassen die Ausgaben für Dienerschaft und für „Erholung“ wachsen, steigen bei den Arbeitern die Ausgaben für physische Bedürfnisse (Komfort), für Bücher und für Zeitungen.[2]

So belaufen sich die Ausgaben der Berliner Arbeiter für nicht physische Bedürfnisse bei einem Budget von 900 bis 1000 Mark auf 13,91 Mark, für Bücher und Zeitungen auf 5 Mark; bei einem Budget von 2300 bis 2400 Mark für nicht physische Bedürfnisse 158 Mark, für Bücher und Zeitungen 16,6 Mark.

Das Gesamteinkommen der kapitalistischen Gesellschaft teilt sich in drei Teile: einen Teil konsumieren die Arbeiter in Gestalt des Arbeitslohns, den anderen konsumieren die Kapitalisten, und der dritte wird für Produktions- und Umlaufsmittel verwendet, wobei die Erweiterung der Produktion, wenn nur der Markt sich ausweitet, um so größer ist, je umfangreicher dieser dritte Teil ist. Wir zeigten, daß je mehr sich der Konsum der Arbeiter auf Kosten des Konsums der Kapitalisten steigert, die Ausweitung des inneren Marktes nicht bloß für die Bedarfsartikel, sondern auch für die Produktionsmittel derselben desto beträchtlicher ist.

[1] Karl Hampke, Das Ausgabebudget der Privatwirtschaften. Jena 1888. S. XXXV.

[2] Die Struktur des Kapitals in der Schreibwarenindustrie in den Vereinigten Staaten beläuft sich auf 8,7 : 1, im Druckereigewerbe auf 4 : 1.

Aber die Frage der Konsumsteigerung der Arbeiter ist nicht so einfach, wie sie auf den ersten Blick erscheint. Vor allem taucht die Frage auf, ob sie auf Kosten der Konsumeinschränkung der Kapitalistenklasse und nicht etwa auf Kosten der Mittel für die weitere Produktion geschieht? Zweitens, ob die Erhöhung des Arbeitslohns nicht zu einer Preiserhöhung der angefertigten Produkte und zu einer Förderung der ausländischen Konkurrenz, die dieselben Produkte herstellt, führen würde?

Bei einer Erhöhung des Arbeitslohns der Arbeiterklasse kann sich der Anteil, den die Arbeiter von der Summe der von ihnen hergestellten Produkte erhalten, entweder auf Kosten des Anteils, den die Kapitalisten erhalten, oder auf Kosten des Anteils, der zur Vermehrung des fixen Kapitals und zur Erweiterung der Produktion bestimmt ist, steigern. Theoretisch ist auch der letztere Fall denkbar, in Wirklichkeit kann er aber nicht eintreten, solange eine Konsumeinschränkung der Kapitalistenklasse möglich ist.

Wir wiesen schon darauf hin, daß die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander sie beständig zwingt, ihr Kapital zu vermehren, um an der Spitze der Produktion zu stehen. Die Kapitalisten, die einen so großen Teil des ihnen zufließenden Mehrwertes konsumieren, daß sich die Anhäufung des Kapitals in ihren Händen verlangsamt, werden einfach von den „sparsameren“ Kapitalisten verdrängt, die, wenn auch um den Preis einer größeren Einschränkung ihres persönlichen Bedarfes, Kapital anhäufen.[1]

Eine solche Auswahl findet zum Beispiel in der Klasse der Grundbesitzer in Rußland statt. Die Leibeigenschaft in Rußland verlangte von dem Adel nicht, daß er Kapital anhäufte. Im Gegenteil, alle Arbeitserzeugnisse, die man von den Leibeigenen erhielt, mußten in dieser oder jener Form von den Grundbesitzern konsumiert werden. Die Konkurrenz konnte den Gutsbesitzer nicht aus seinem Gute verdrängen. Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft blieben die adligen Gewohnheiten und Traditionen lebendig, während die Bedingungen der kapitalistischen Warenwirtschaft die Kapitalanhäufung für den Kampf um den Markt forderten.

Die „vornehme“ Gewohnheit, alles „durchzubringen“, was in Gestalt des „Einkommens“ von dem Landgut einfließt, hat dahin geführt, daß die Gruppe der adligen Grundbesitzer, ungeachtet der Protektion und der Liebesgaben der Regierung, ihre Ländereien an Kaufleute, Kleinbürger und Bauern abtreten muß, die die adligen Gewohnheiten weder geerbt noch sich angeeignet haben.

In der schnellen Ablösung des adligen Grundbesitzes durch den Grundbesitz der Kaufleute und Bauern sehen wir einen Prozeß der Auswahl von Personen, die fähig sind, die Mission der Kapitalanhäufung zu übernehmen, einen Prozeß, der auch stets in der Klasse der Kapitalisten stattfindet, wo er eine Verlangsamung des Akkumulationsprozesses, die durch die Einschränkung des fixen Kapitals und die Steigerung des persönlichen Konsums der Kapitalisten eintreten könnte, verhindert. Der Konsum der Kapitalisten steigert sich stets nur auf Kosten der relativen Einschränkung des Anteils, den die Arbeiterklasse aus dem vermehrten Nationaleinkommen erhält, und auf Kosten des schnellen Wachstums des letzteren.

[1] Wie sehr die Kapitalisten mit der Notwendigkeit der beständigen Kapitalanhäufung rechnen, ist daraus ersichtlich, daß der Besuch amerikanischer Millionäre in europäischen Kurorten zur Zeit einer Krisis zurückgeht, obgleich es für einen Millionär eine Lappalie ist, einige Tausend für eine Reise hinauszuwerfen.

Vermag sich aber der Arbeitslohn zu steigern, ohne die Produktion zu beeinträchtigen, ohne zu einer Einschränkung derselben durch die Konkurrenz der billigeren ausländischen Produktion zu führen? Da der Arbeitslohn nicht gleichzeitig in allen Produktionszweigen zunimmt, sondern nur dort, wo die Arbeiter organisiert sind und ihre Interessen leichter verteidigen können, so wird die Erhöhung des Arbeitslohns in einem solchen Produktionszweig zu einem relativen Sinken der Profitrate und zu einem Abfluß des Kapitals in andere Produktionszweige führen.

Der Kampf der Arbeiter um die Aufbesserung ihrer Lage steht noch in den ersten Stadien seiner Entwicklung. Indessen dringt der Gedanke immer mehr in ihr Bewußtsein, daß dieser Kampf die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt aneinanderkettet. In dem Maße, wie sich der internationale Verkehr und die ökonomische Abhängigkeit der Länder voneinander entwickeln wird, wird die Notwendigkeit der gemeinsamen Aktion der Arbeiter aller kapitalistischen Länder, selbst im ökonomischen Kampfe, immer deutlicher hervortreten. Wahrscheinlich werden wir in der nächsten Zukunft Zeugen internationaler Vereinbarungen im ökonomischen Kampfe und einer erweiterten Tätigkeit der internationalen gewerkschaftlichen Bureaus sein.

Vom Standpunkt der Interessen der Arbeiter ist es für sie vorteilhafter, den größten Teil der Erzeugnisse der Volkswirtschaft zu erhalten. Vom Standpunkt der Interessen der Kapitalisten ist es vorteilhafter, wenn sie selbst den größten Teil dieser Erzeugnisse erhalten. Welches Verhältnis muß nun zwischen den Teilen, die jede gesellschaftliche Klasse erhält, bestehen, damit die größtmögliche Entwicklung der Produktionskräfte gewahrt würde?

Aus der Analyse des Konsums der Kapitalisten und der Arbeiter ist ersichtlich, daß die Entwicklung des Konsums der letzteren auf Kosten der ersteren zugleich die Entwicklung der Produktionskräfte fördert. Auf diese Weise gibt die Erhöhung des Arbeitslohns auf Kosten des Konsums der Kapitalistenklasse einen Anstoß für die weitere Entwicklung der Produktionskräfte.

Da die Produktionskräfte des Landes sich in dem Maße ihres Wachstums in einer bestimmten Proportion zwischen den verschiedenen Industriezweigen, zwischen der Produktion der unmittelbaren Bedarfsartikel und der der Produktionsmittel verteilen, muß die Anhäufung des Kapitals begleitet werden von einer proportionalen Erweiterung aller Zweige der Volkswirtschaft. Es ist klar, daß sich die Produktion der unmittelbaren Bedarfsartikel mit der Anhäufung des Kapitals vermehren muß, da sich nur unter dieser Bedingung ein Markt für die Produktionsmittel eröffnet (das folgt aus der oben dargelegten Kritik Tugan-Baranowskis). Folglich muß im Interesse einer größtmöglichen Entwicklung der Produktionskräfte der Anteil der unmittelbaren Konsumtionsartikel proportional der Anhäufung des Kapitals steigen.

Oben zeigten wir aber, daß sich die Bedingungen für die Entwicklung der Produktionskräfte um so günstiger gestalten, je größer der Teil der unmittelbaren Bedarfsartikel, der von den Massen, und je kleiner der Teil, der von den Kapitalisten konsumiert wird.

Die größtmögliche Entwicklung der Produktionskräfte des Landes, und wenn es auch über ungeheure Produktionsmittel verfügt, ist bei der kapitalistischen Ordnung unmöglich. Der ungenügende Konsum der erzeugten Produkte durch

die Arbeiterklasse wird in einem fort zu den periodischen Krisen führen, die alle kapitalistischen Länder durchleben. Demnach ist der Kampf der Arbeiter um die Aufbesserung ihrer Lage einer der wichtigsten Faktoren, der die Entwicklung der Produktionskräfte des Landes fördert und den inneren Markt nicht nur für die unmittelbaren Massenbedarfsartikel, sondern hauptsächlich für die Produktions- und Verkehrsmittel erweitert.

Das Budget des deutschen Arbeiters – eine Statistik des Elends.

Von Dr. **A. Lipschütz.**

„J'accuse. . . .“

1. Einleitung.

Innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums sind zwei statistische Erhebungen über den Haushalt von Arbeitern zustande gekommen. Die eine vorgenommen von der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes,[1] die andere — vom Deutschen Metallarbeiterverband.[2] Beide Erhebungen bringen ein Material, wie es in dieser Ausdehnung bisher nicht zur Verfügung gestanden hat. Verdienen sie schon allein darum die größte Aufmerksamkeit von seiten der Genossen, so wird andererseits das Interesse für die Ergebnisse der beiden Erhebungen noch gesteigert durch die Tatsache, daß beide Erhebungen beinahe gleichzeitig vorgenommen worden sind und so eine gegenseitige Kontrolle abgeben.

Die technische Seite der beiden Erhebungen, die Art und Weise ihres Zustandekommens und ihrer Vorbereitung ist eine kleine Statistik für sich, die uns manchen interessanten Einblick gewährt in die verschiedenen statistischen „Machtmittel“, die einerseits der statistischen Reichsorganisation und andererseits einer freien Gewerkschaft zukommen, wenn sie sich einmal mit großzügiger Statistik befaßt.

Die amtliche Statistik hatte sich in bezug auf Untersuchungen über private Wirtschaftsführung lange Zeit „zurückhaltend gezeigt, was sich aus dem Bestreben erklärt, ein amtliches Eindringen in das Gebiet des Familienlebens zu vermeiden.“[3] Das Kaiserliche Statistische Amt hatte zum erstenmal auf der Konferenz der Vorstände der Statistischen Ämter deutscher Städte in Altona (1902) die Anregung zu einer Statistik der Haushaltungsbudgets von Arbeitern gegeben. Auf einer weiteren Konferenz (Stuttgart 1906) wurde die Mitwirkung der städtestatistischen Ämter an einer Reichsstatistik über das Haushaltungsbudget minderbemittelter Familien beschlossen.

Neben den Statistischen Ämtern von 32 Großstädten, die ihrer Mitwirkung an der Erhebung nicht nur durch die Verteilung der Haushaltungsbücher für die täglich zu geschehende Aufschreibung der Einnahme- und Ausgabeposten

---

[1] Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik. Zweites Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt. Berlin 1909, Carl Heymanns Verlag. 77 u. 229 Seiten.

[2] 320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern. Bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Stuttgart 1909, Verlag von Alexander Schlicke & Komp. 159 Seiten.

[3] Erhebungen usw., Seite 5. (In der Folge als „Reichsstatistik“ bezeichnet.)

an die geeigneten Familien, sondern auch zum großen Teil durch die erste Bearbeitung der Haushaltungsbücher Ausdruck gaben, waren es noch eine Reihe anderer Organisationen, die die Erhebung unterstützten: Arbeitervereine, Beamtenvereine, Krankenkassen und andere. In 17 Städten wurden die Erhebungen von 33 freien Gewerkschaften unterstützt. Eine — weit geringere — Anzahl auch christlicher und Hirsch-Dunckerscher Gewerkvereine beteiligten sich an der Sache. Leider läßt sich aus den Mitteilungen der Reichsstatistik nicht ersehen, inwiefern die Mitarbeit der Gewerkschaften für den Erfolg der Erhebung zahlenmäßig ins Gewicht fällt.

Der große in Bewegung gesetzte Apparat ermöglichte es, 3855 Haushaltungsbücher, deren Führung ein Jahr lang durchgesetzt werden sollte, zur Verteilung zu bringen. Aber nur 960 Haushaltungsbücher wurden die ganze festgesetzte Frist hindurch geführt: bloß rund ein Viertel (24,9 Prozent) aller verteilten Bücher konnte im Sinne des vom Kaiserlichen Statistischen Amte von vornherein aufgestellten Grundsatzes, daß die Erhebung sich auf ein volles Jahr zu erstrecken hat, verwertet werden.

Von den 960 brauchbaren Büchern schieden aus allerlei Gründen noch einige weitere aus, so daß im ganzen 852 Haushaltungsbücher bearbeitet werden konnten. Von diesen waren 522 Haushaltungsrechnungen von Arbeitern und 218 von mittleren Beamten und Lehrern, die übrigen von Privatangestellten und Unterbeamten. Die Erhebung der Reichsstatistik erfaßt das Jahr 1907.

Die Statistik der Metallarbeiter, die das Jahr 1908 erfaßt, erstreckt sich auf 42 Städte. Zur Verteilung kamen 400 Haushaltungsbücher, von denen 320 ein volles Jahr geführt wurden und einer vollständigen Bearbeitung unterzogen werden konnten. Es waren also rund 80 Prozent aller verteilten Bücher brauchbar.

Für die Leistungsfähigkeit der Arbeiterorganisation spricht noch der Umstand, daß unter den 522 Arbeiterhaushaltungsrechnungen der Reichsstatistik sich 102 von Metallarbeitern befinden, von denen in der Bearbeitung der Metallarbeiterstatistik die Annahme gemacht wird, daß sie in der Mehrzahl wohl gewerkschaftlich organisiert sind. Und dabei brachte es der Metallarbeiterverband fertig, ein Jahr darauf wiederum 320 brauchbare Jahresbudgets von Metallarbeitern zu erhalten! Und die Zahl hätte die aller brauchbaren Haushaltungsrechnungen der Reichsstatistik erreicht, „wenn wir uns nicht wegen der damit verknüpften Arbeit und Kosten hätten Beschränkung auferlegen müssen".

So ist der organisierten Arbeiterschaft durch den technischen Verlauf der Statistik das glänzendste Zeugnis ausgestellt.

2. Das Einkommen der Arbeiter.

Das durchschnittliche Gesamteinkommen eines Arbeiterhaushaltes ist bei beiden Erhebungen ungefähr gleich, was von vornherein die volle Zuverlässigkeit und absolute Brauchbarkeit der Ergebnisse garantiert. Es beträgt das durchschnittliche Gesamteinkommen

in der Reichsstatistik	1835,38 Mark
" " Statistik der Metallarbeiter	1856,19 "

Der Fehler würde somit nur 1,1 Prozent betragen.

Von den 320 Budgets der Metallarbeiter erreichten 181 oder 56,5 Prozent aller Budgets diese durchschnittliche Gesamteinnahme nicht, 139 oder 43,5 Prozent standen über diesem Durchschnitt. Zergliedert man sämtliche Haushaltungen in mehrere Einkommenstufen, so ergibt sich folgendes:

Tabelle I.

Es hatten Haushaltungen	Mit einem Einkommen von	Im Durchschnitt eine Einnahme von	Durchschnittliche Zahl der Familienangehörigen
12	unter 1200 Mark	1104,37 Mark	2,83
80	1200 bis 1600 "	1446,33 "	3,57
116	1600 " 2000 "	1786,44 "	3,72
91	2000 " 2500 "	2201,94 "	3,97
21	über 2500 "	2734,24 "	5,53
320		1856,19 Mark	3,84

Das durchschnittliche Gesamteinkommen in der obersten Stufe ist beinahe um 150 Prozent höher als in der niedrigsten. Doch aus der vierten Spalte der Tabelle ersehen wir, daß das Gesamteinkommen mit der Zahl der Familienmitglieder wächst. Es ergibt sich die Notwendigkeit, den eventuellen Einfluß der Kopfzahl auf das Zustandekommen der Gesamteinnahme zu untersuchen, die Zahlen für die Gesamteinnahme in den einzelnen Einkommenstufen zu zergliedern, den Anteil verschiedener Einnahmequellen an der Gesamteinnahme herauszuerkennen.

Es seien an dieser Stelle die Zahlen für die Kopfstärke in den von beiden Erhebungen erfaßten Haushaltungen eingeschoben.

Von den 320 Haushaltungen der Metallarbeiterstatistik waren 27 kinderlos, in den übrigen Familien waren im Durchschnitt 2,77 Kinder in je einer Familie. Im Durchschnitt kamen auf einen Haushalt 4,91 Köpfe.

In den von der Erhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes erfaßten Haushaltungen gab es im Durchschnitt 4,55 Köpfe auf jede Arbeiterfamilie.

In der Statistik der Metallarbeiter ist in sämtlichen zitierten Tabellen jedoch nicht die wirkliche Kopfzahl angegeben, sondern eine nach dem Vorbild der Reichsstatistik reduzierte Zahl. Die Person des erwachsenen Mannes ist als Einheit gerechnet, erwachsene weibliche Personen als 0,8, Kinder verschiedenen Lebensalters in entsprechenden Abstufungen.

In den zitierten Tabellen der Reichsstatistik entsprechen die Angaben, wenn nicht anders hervorgehoben, der wirklichen Kopfzahl.

A. Die Einnahmequellen des Arbeiterhaushaltes.

Die Statistik der Metallarbeiter zergliedert die Gesamteinnahme in vier Unterabteilungen: Verdienst des Mannes, Verdienst der Familienangehörigen,[1] Unterstützungen (Erwerbslosenunterstützung vom Verband während Krankheit oder Arbeitslosigkeit, Unterstützung der privaten und staatlichen Krankenversicherung) und „sonstige" Einnahmen (Abvermieten von Räumlichkeiten, Dividenden von Konsumvereinen, Zuwendungen von Verwandten, Geschenke, aber auch Entnahme von Spareinlagen und Aufnahme von Darlehen).

[1] Zum Verdienst der Familienangehörigen ist in der Metallarbeiterstatistik auch der Nebenverdienst des Mannes gerechnet.

Bei einer derartigen Zergliederung der durchschnittlichen Gesamteinnahme innerhalb der einzelnen Einkommenstufen ergibt sich folgende Zusammenstellung:

Tabelle II.

Durchschnittliche Zahl der Familienangehörigen	Einkommenstufe	Es betrugen die durchschnittlichen Einnahmen				
		Insgesamt	aus dem Verdienst des Mannes	aus dem Verdienst der Familienangehörigen	aus Unterstützungen	aus sonstigen Einnahmen
2,83	Unter 1200 Mark	1104,37	955,13	28,82	79,00	41,42
3,57	1200 bis 1600 „	1446,33	1187,90	83,15	81,66	93,62
3,72	1600 „ 2000 „	1786,44	1483,80	155,74	44,79	102,11
3,97	2000 „ 2500 „	2201,94	1728,09	221,74	47,22	204,89
5,53	über 2500 „	2734,24	1873,35	572,64	41,18	247,07
3,84	Im Durchschn. aller Haushaltungen	1856,19	1485,04	178,96	55,74	136,45

Wir ersehen aus diesen Zusammenstellungen, daß der Übertritt von einer niedrigeren in eine nächsthöhere Einkommenstufe mit bedingt ist durch die Inanspruchnahme von Hilfsquellen: durch den Verdienst der Familienangehörigen und durch die sonstigen Einnahmen. Und zwar nicht in dem Sinne, daß diese gleichen Schritt hielten mit der Zunahme des Verdienstes des Mannes, des Haushaltungsvorstandes! Vielmehr sinkt mit steigendem Wohlstand der Anteil, den das Lohneinkommen des Mannes zum Gesamteinkommen beisteuert. Die Zahlen für den in Prozenten ausgedrückten Anteil, den der Verdienst des Mannes und die beiden genannten Hilfsquellen am Einkommen haben, zeigen uns in wunderbar gesetzmäßiger Weise dieses Verhalten:

Tabelle III.

Durchschnittliche Zahl der Familienangehörigen	Einkommenstufe	Vom Hundert der Einnahmen entfallen auf			
		den Verdienst des Mannes	den Verdienst der Familienangehörigen	Unterstützungen	sonstige Einnahmen
2,83	Unter 1200 Mark	86,49	2,61	7,15	3,75
3,57	1200 bis 1600 „	82,13	5,75	5,65	6,47
3,72	1600 „ 2000 „	83,06	8,72	2,51	5,71
3,97	2000 „ 2500 „	78,48	10,07	2,14	9,31
5,53	über 2500 „	68,51	20,94	1,51	9,04
3,84	Im Durchschnitt aller Haushaltungen	80,01	9,64	3,00	7,35

In sehr augenfälliger Weise läßt sich die Rolle des Verdienstes der Familienangehörigen und der sonstigen Einnahmen für den Übertritt in eine nächsthöhere Einkommenstufe demonstrieren, wenn man die Frage so formuliert: Welchen Anteil haben die beiden Hilfsquellen an dem Mehr an Einkommen, dessen es zum Übertritt in die nächsthöhere Einkommenstufe bedarf? Die Antwort ergibt sich aus folgender Zusammenstellung. Es wurde das Mehreinkommen, dessen es zum Übertritt in eine nächsthöhere Einkommenstufe bedarf, in seine Komponenten zergliedert und

ihr prozentischer Anteil an dem Mehreinkommen berechnet. Die Unterstützungen sind bei der Berechnung vom Gesamteinkommen abgezogen worden.

Tabelle IV.

Durchschnittliche Zahl der Familienmitglieder	Einkommenstufe	Von der Mehreinnahme entfallen auf den Mehrverdienst des Mannes Prozent	den Mehrverdienst der Familienangehörigen Prozent	vermehrte sonstige Einnahmen Prozent
2,83	Unter 1200 Mark . .	—	—	—
3,57	1200 bis 1600 „ . .	68,6	16,0	15,4
3,72	1600 „ 2000 „ . .	78,4	19,3	2,3
3,97	2000 „ 2500 „ . .	59,2	16,0	24,8
5,53	über 2500 „ . .	27,0	65,2	7,8

Die Tabelle zeigt, welch eine gewaltige Rolle dem Verdienst der Familienangehörigen zukommt, wenn es gilt, in eine nächsthöhere Einkommenstufe aufzusteigen. Bei den Einkommen über 2500 Mark, wo der Verdienst der Familienangehörigen fast 21 Prozent der Gesamteinnahmen ausmacht (siehe Tabelle III auf S. 173), sind es mehr als 65 Prozent vom Mehreinkommen, die von den Familienangehörigen geleistet werden. Sehr instruktiv ist die Berechnung, daß beim Übertritt von der untersten in die höchste Einkommenstufe zum Mehreinkommen beigetragen werden:

Vom Manne . . . . 55,1 Prozent des Mehrbetrags
Von den Familienangehörigen 32,6 „ „ „
Von sonstigen Einnahmen . . . . 12,3 „ „ „

Zudem bedeuten auch die „sonstigen Einnahmen“ zum Teil eine erhebliche Belastung der Familienangehörigen.

In der Reichsstatistik sind für sämtliche Arbeiter folgende Durchschnittszahlen angegeben:

Tabelle V.

	In Mark	In Prozent der Gesamteinnahme
Verdienst des Mannes	1507,92	82,2
Verdienst der Familienangehörigen (inklusive Nebenverdienst des Mannes)	164,78	8,9
Sonstige Einnahmen	161,68	8,9
Insgesamt	1835,38	100,0

Ein Vergleich mit Tabelle II und III zeigt, daß die Zahlen nur geringe Abweichungen von denjenigen der Metallarbeitererhebung aufweisen. Diese geringfügigen Abweichungen lassen sich aus einigen, auch vom Bearbeiter der Reichsstatistik hervorgehobenen Mängeln in der Verzeichnung der Einnahmen in der Reichserhebung erklären.

In bezug auf die Frage nach der Bedeutung der einzelnen Einnahmequellen im Budget verschiedener Einkommenstufen sind in der Reichserhebung die Haushaltungsrechnungen der Arbeiter mit den übrigen Haushaltungsrechnungen zusammengeworfen, und es ergibt sich ein zahlenmäßig etwas verändertes Bild. Aber auch hier treten — in mancher Hinsicht in noch krasserer

Weise — die beiden gekennzeichneten Tendenzen hervor: das Steigen des Einkommens mit der Zahl der Familienmitglieder und die große und mit der Kopfzahl zunehmende Bedeutung des Verdienstes der Familienmitglieder. Die Tabellen illustrieren uns diese Tatsachen:

Tabelle VI.

Familien zu	Zahl der Haushaltungen	Gesamteinnahme	Verdienst des Mannes	Nebenverdienst des Mannes	Verdienst der Familienangehörigen	Sonstige Einnahmen
2 bis 4 Personen	421	2069,98	1761,87	42,89	72,57	192,65
4 „ 6 „	317	2308,14	1858,52	59,42	104,07	286,13
über 6 „	114	2320,25	1818,06	58,30	167,93	275,96

Tabelle VII.

Familien zu	Vom Hundert der Einnahmen entfallen auf			
	den Verdienst des Mannes	Nebenverdienst des Mannes	Verdienst der Familienangehörigen	sonstige Einnahmen
2 bis 4 Personen . . .	85,1	2,1	3,5	9,3
5 „ 6 „ . . .	80,5	2,6	4,5	12,4
über 6 „ . . .	78,3	2,5	7,3	11,9

In der Tabelle, die in der Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amtes enthalten ist, sind die Posten für den Verdienst der Familienangehörigen noch zergliedert in die Einnahmen der Ehefrau und der Kinder:

Tabelle VIII.

Familien zu	Gesamteinkommen in Mark	Verdienst der Ehefrau in Mark	Verdienst der Kinder in Mark	Verdienst der Ehefrau in Prozent	Verdienst der Kinder in Prozent
2 bis 4 Personen. . . .	2069,98	61,31	11,26	3,0	0,5
5 „ 6 „	2308,14	65,69	38,38	2,8	1,7
über 6 „	2320,25	41,28	126,65	1,8	5,5

Hier ist von Interesse der sinkende Anteil des Verdienstes der Frau in den kopfreichen Familien. Das wirft ein Schlaglicht auf die Bedeutung der Hilfsquellen im Budget des Arbeiters: soweit es geht, werden alle Kräfte dem Verdienen dienstbar gemacht. Im Gesamteinkommen eines minderbemittelten Haushaltes ist stets das Maximum enthalten, das sich durch die Mitarbeit sämtlicher Familienmitglieder überhaupt erreichen läßt. Allein der Verdienst der Kinder stellt mehr als 46 Prozent zum Mehreinkommen, das die Familien mit über 6 Köpfen vor denjenigen mit 2 bis 4 Köpfen voraus haben. Vergleiche mit der Statistik der Metallarbeiter lassen sich hier nicht ziehen, da in den Tabellen der Reichsstatistik alle Gruppen der Haushaltungen (Lehrer, Arbeiter, Beamte) zusammengeworfen sind und für die Kopfzahl die wirkliche Zahl der Familienmitglieder angegeben ist.

Wichtig sind noch die Angaben über die Zahl der Familien, die überhaupt auf ein Nebeneinkommen angewiesen sind. Bei den Metallarbeitern hatten von

320 Familien 186 oder 56 Prozent Beiträge von Familienangehörigen. 230 Familien hatten sonstige Einnahmen. Nur in 21 Fällen oder kaum 6,6 Prozent aller Budgets ist der Arbeitslohn des Mannes die einzige Einnahmequelle.

Die Reichsstatistik weist hier folgende Verhältnisse auf, die sich auf alle minderbemittelten Familien beziehen:

Tabelle IX.

Bei einer Gesamtausgabe von	Zahl der Familien überhaupt	Zahl der Familien mit einem Einkommen aus			
		Verdienst des Mannes	Nebenerwerb des Mannes	Einnahmen der Ehefrau	Verdienst der Kinder
Unter 1200 Mark . . .	13	12	4	7	1
1200 bis 1600 „ . . .	171	171	67	79	9
1600 „ 2000 „ . . .	234	234	103	96	24
2000 „ 2500 „ . . .	190	190	77	77	44
2500 „ 3000 „ . . .	103	102	34	13	17
		In Prozent der Familien überhaupt			
Unter 1200 „ . . .		92,4	30,8	54,0	7,7
1200 bis 1600 „ . . .		100,0	39,2	46,2	5,3
1600 „ 2000 „ . . .		100,0	44,0	41,0	10,2
2000 „ 2500 „ . . .		100,0	40,5	40,5	23,2
2500 „ 3000 „ . . .		99,1	33,0	12,6	16,5

Die Zahl der Haushaltungen unter 1200 Mark ist zu gering, um sich hier ein rechtes Bild über die zahlenmäßige Beteiligung der einzelnen Einnahmequellen zu machen.

Bei den anderen Stufen zeigt sich deutlich die Tatsache, daß 40 und mehr Prozent aller Haushaltungen auf einen Nebenverdienst des Mannes angewiesen sind! Diese Zahl sinkt nur bei der höchsten Einkommenstufe. Die Zahl der Familien mit Verdienst der Frau sinkt mit der Höhe des Gesamteinkommens; ganz rapid ist der Sturz bei der höchsten Stufe. Die Zahl der Familien, in denen die Kinder mitarbeiten, sinkt bei der höchsten Stufe gegenüber der vorausgehenden, hält sich aber auch hier bedeutend höher als in den niedrigeren Einkommenstufen. Im ganzen betrachtet, zeigt auch diese Tabelle, wie stark die Inanspruchnahme der Familienmitglieder ist.

Wertvoll ist folgender Hinweis des Bearbeiters der Metallarbeiterstatistik. Wenn man annimmt, daß das ermittelte durchschnittliche Einkommen von 1856 Mark als Mindestgrenze für die Bestreitung des Lebensunterhaltes einer vierköpfigen Familie notwendig ist, so fragt sich, inwiefern dem das Lohneinkommen des Mannes genügt. Die Zusammenstellung

Tabelle X.

Zahl der Haushaltungen	Mit einem Verdiensteinkommen des Mannes von
64	weniger als 1200 Mark
145	1200 bis 1600 „
76	1600 „ 2000 „
33	2000 „ 2500 „
2	über 2500 „

ergibt, daß wohl 90 Prozent der erfaßten Familien ihren Lebensunterhalt durch das Lohneinkommen des Mannes allein nicht bestreiten können.

B. Das Einkommen in den verschiedenen Berufen.

Über die Verschiedenheiten im Einkommen der einzelnen Arbeiterschichten je nach ihrem Beruf gibt die Reichsstatistik interessante Aufschlüsse. Hier ist bemerkenswert, wie der Beitrag der Ehefrau absolut und prozentual umgekehrt proportional dem Verdienst des Mannes ansteigt:

Tabelle XI.

	Zahl der Haushaltungen	Durchschnittl. Gesamteinnahme in Mark	Arbeitsverdienst des Mannes in Mark	Einnahmen der Frau in Mark	Vom Hundert der Gesamteinnahmen entfallen auf den Verdienst des Mannes	der Ehefrau
Gewerbliche Arbeiter	436	1865,96	1536,46	73,94	82,3	4,0
a. gelernte	382	1885,68	1569,46	65,57	83,2	3,5
b. ungelernte	54	1726,51	1303,01	133,19	75,5	7,7
Handels- und Verkehrsarbeiter	53	1737,31	1374,20	111,18	79,1	6,4
Arbeiter ohne nähere Bezeichnung	33	1588,81	1345,65	97,93	84,7	6,2
	522					

Bei den gelernten und ungelernten Arbeitern ist das besonders deutlich zu sehen. Hier sind übrigens — auf der Tabelle der Einfachheit halber nicht mit angegeben — Verdienst der Kinder und sonstige Einnahmen bei beiden nicht sehr verschieden. Die hohe Prozentzahl des Arbeitsverdienstes des Mannes bei den Arbeitern ohne nähere Bezeichnung ist bedingt durch die hier sehr geringen sonstigen Einnahmen.

Auch in der Statistik der Metallarbeiter ist der prozentische Anteil des Arbeitsverdienstes des Mannes bei den schlechter bezahlten ungelernten Arbeitern geringer als bei den gelernten:

Tabelle XII.

	Gesamteinkommen in Mark	Verdienst des Mannes in Mark	Verdienst des Mannes in Prozent des Gesamteinkommens
Gelernte Arbeiter	1854,61	1595,92	86,0
Ungelernte Arbeiter	1666,58	1271,37	76,4

Diese in beiden Erhebungen zutage tretende Erscheinung gewinnt außerordentliches Interesse, wenn wir sie der durch die Tabelle III illustrierten Tatsache entgegenhalten, daß bei den Arbeitern überhaupt mit einem Sinken des Gesamteinkommens gerade ein Anstieg des prozentischen Anteils des Arbeitsverdienstes des Mannes einhergeht: mehr als bei allen anderen Arbeiterkategorien tritt bei den ungelernten Arbeitern die Bedeutung des Lohnes in den Hintergrund, wenn es gilt, das Minimum aufzubringen, dessen es für den Haushalt der betreffenden Arbeiterschicht bedarf. Dieselbe Erscheinung treffen wir bei einem Vergleich der Einnahmen in verschiedenen Ortsgrößenklassen wieder an.

C. Das Einkommen in verschiedenen Ortsgrößenklassen.

Um die Verschiedenheiten des Budgets je nach der Ortsgruppe festzulegen, sind in der Metallarbeiterstatistik die 42 Erhebungsorte in drei Klassen geteilt: in Großstädte mit mehr als 100000 Einwohnern, in Mittelstädte mit 30000 bis 100000 Einwohnern und in Kleinstädte mit weniger als 30000 Einwohnern. Es beträgt:

Tabelle XIII.

	Gesamteinkommen pro Familie in Mark	Verdiensteinkommen pro Familie in Mark	Verdiensteinkommen in Prozent des Gesamteinkommens
Großstädte	1977,19	1588,20	80,3
Mittelstädte	1711,69	1374,30	80,2
Kleinstädte	1633,92	1262,51	77,3

Die Tatsache, daß mit dem Sinken des Gesamteinkommens in den Kleinstädten ein Sinken des prozentischen Anteils des Verdienstes des Mannes einhergeht — dieselbe Erscheinung, deren wir eben bei einem Vergleich des Einkommens gelernter und ungelernter Arbeiter Erwähnung getan haben —, ist ein Ausdruck dafür, daß die niedrigeren Löhne in der Kleinstadt nicht allein diktiert sind durch die geringeren Kosten der Lebenshaltung in dieser Ortsgrößenklasse. Hier, ebenso wie bei den ungelernten Arbeitern, müssen es andere Momente sein, welche das Lohneinkommen des Mannes herabdrücken und eine erhöhte Inanspruchnahme von Hilfsquellen nötig machen. Es ist im höchsten Grade wahrscheinlich, daß jedenfalls eines dieser Momente gegeben ist durch die geringere Widerstandskraft der Arbeiter der Kleinstadt im sozialen Ringen. Bemerkt sei noch, daß hier in keinem Falle eine Wirkung der höheren Kopfzahl vorliegt, denn es entfallen auf eine Familie in den Großstädten 3,87 Köpfe, in den Mittelstädten 3,67 Köpfe und in den Kleinstädten 3,60 Köpfe. Also — eine größere Inanspruchnahme der Arbeit der Familienangehörigen trotz geringerer Kopfzahl in den Kleinstädten!

Die Zusammenstellungen der Reichsstatistik sind in bezug auf die Einnahmen nach Ortsgrößenklassen wertlos, da hier wieder Arbeiter und Beamte zusammengeworfen sind: eine sehr große Zahl der viel höheren Lehrerbudgets stammt aus Klein- und Mittelstädten, was das ganze Bild zugunsten dieser naturgemäß trüben muß. (Schluß folgt.)

Elendsbilder aus dem Rhöngebirge.

Von **Paul Sauerbrey** (Großbreitenbach).

Der Thüringer Wald und das Rhöngebirge haben zweierlei gemeinsam, einmal die an Abwechslung reiche Schönheit der Landschaft und das große Elend seiner Bevölkerung. Was das letztere anbetrifft, so weiß man nicht, welchen von beiden Gebirgen der Vorrang gebührt. Die Heimarbeit und Hausindustrie, der Herd des größten Elends, ist in beiden Gebirgen fast gleich stark vertreten. Und das Elend der Heimarbeit und Hausindustrie soll hier auf Grund eines reichen Materials, welches ich mir durch eine längere politische und gewerkschaftliche Tätigkeit im Rhöngebiet verschaffte, besprochen werden.

Die Rhön ist ein eigenartiges Gebirge, eine lange Kette sich unsymmetrisch aneinander reihender Basaltberge, die ihren vulkanischen Ursprung auf Schritt und Tritt verraten. Das Innere der Berge birgt gewaltige Schätze an Basalt und auch Kohle, ohne daß es bei den gegenwärtigen mangelhaften Verkehrsverhältnissen möglich wäre, diese Reichtümer zu heben. Die Berge, bald bewachsen mit dichtem Laub- und Nadelwald, bald düster kahl, so daß man sich fast in die Alpen versetzt glaubt, umschließen teilweise recht fruchtbare obstreiche Täler, deren Dörfer und Flecken von einer gut situierten Bauernschaft bewohnt werden.

Als Haupterwerbszweig kommt die Landwirtschaft in Betracht, die aber bei der allgemeinen Beschaffenheit des Bodens und bei dem Stande der gegenwärtigen Verhältnisse nur einen Bruchteil der Bevölkerung ernähren kann. So haben sich neben der Landwirtschaft noch eine ganze Anzahl Elendsindustrien eingebürgert und fortgeerbt. Gut zwei Drittel der ganzen Rhönbevölkerung lebt unter den drückendsten, teilweise elendesten Verhältnissen. Trotz des gewaltigen Waldreichtums, trotzdem im Innern der Berge große Schätze schlummern, gibt es im ganzen Rhöngebiet keine Industrien von Bedeutung, welche die Bevölkerung ernähren könnten. Der lebhafte wirtschaftliche Verkehr scheint vor dem Rhöngebirge Halt gemacht zu haben, die Verkehrswege sind mangelhaft, Bahnen existieren fast gar nicht. Eine schmalspurige Bahn führt von Dorndorf nach Kaltennordheim und verbindet das Ober- mit dem Unterland nur ungenügend, eine weitere Bahn, Tann-Hilders, verbindet nur teilweise die Rhön mit dem Süden Deutschlands.

Hunderte von Arbeitern sind gezwungen, ihren Erwerb in der Ferne zu suchen. Sie ziehen im Frühjahr in die großen Industriezentren von Rheinland-Westfalen, wo sie in den Bergwerken und Zuckerfabriken Arbeit nehmen und erst bei Eintritt des Winters wieder nach Hause kommen und sich den Winter über mit der Herstellung von Elendsartikeln beschäftigen. So sind in manchen Orten über die Hälfte der männlichen Arbeiterschaft im Frühjahr und Sommer von ihrer Heimat abwesend.

Als Beschäftigung der armen Bevölkerung kommen in Frage die *Plüschweberei*, die *Peitschenfabrikation*, *Puppenfabrikation*, *Verfertigung von Holzwaren*, *Holzschuhen*, *Körben*, Kiepen genannt, *Holzschnitzerei* und die *Korkindustrie*.

Es gibt fast kein Rhöndorf, in welchem nicht das eintönige Klappern des Webstuhls ertönt. Man trifft besonders arme Dörfer, wo in fast keinem Hause der Webstuhl fehlt. Gewebt wird nur Plüsch vom einfachsten bis zum feinsten Maschinenplüsch. Diese Hunderte von Webern kennen nichts anderes als arbeiten, arbeiten vom frühesten Morgen bis in die sinkende Nacht. Es liegt ein Stück heroischer Tragik darin, wie diese Klasse verzweifelt um ihre Existenz ringt und täglich die Überlegenheit der Maschine spüren muß.

Die Weber arbeiten für die Fabriken in Rheinland-Westfalen. In jedem Orte befindet sich ein *Faktor*. Derselbe gibt die Rohstoffe aus und nimmt dann die fertige Ware entgegen, um sie dann an das Geschäft zu senden. Er bildet die Mittelsperson zwischen Unternehmer und Arbeiter. Für die Arbeit des Stoffabmessens und die Ausgabe der Rohstoffe erhalten sie 5 bis 7 Pfennig pro Meter. Die Preise, die den Webern bezahlt werden, sind so niedrig, daß diese kaum existieren können. Es wird bezahlt für den Meter *Plüsch* mit 790 Faden 48, 50 und 52 Pfennig, derselbe mit stärkerem Einschlag 728 Faden

47 bis 52 Pfennig. Die Höchstleistung beträgt pro Tag 3 Meter. Dabei ist aber die Arbeitszeit unbegrenzt. Sie währt von morgens 6 Uhr bis nachts 10 und 11 Uhr. Besser bezahlt wird der Friesenplüsch. Hier wird für den Meter 1,05 bis 1,15 Mark bezahlt. Ein leistungsfähiger Arbeiter kann in 10stündiger Arbeitszeit 1½ Meter fertigstellen. Für Maschinenplüsch wird je nach Güte und Beschaffenheit 1,50 bis zu 2,50 Mark pro Meter bezahlt. Dieser bessere Plüsch wird hauptsächlich in Ostheim hergestellt. Ein tüchtiger Arbeiter kann es bei der Herstellung dieses Plüsches auf 3 Mark pro Tag bringen.

Auf einem Stücke befinden sich 52 bis 55 Meter Plüsch, woran ein Arbeiter ungefähr 4 bis 5 Wochen zu tun hat. Der Preis wird aber dem Weber bei der Ablieferung nicht voll ausbezahlt, er muß erst warten, ob seine Arbeit Gnade vor dem Fabrikherrn findet. Ist das letztere nicht der Fall, dann gibt es Abzüge, die ihm vom Lohne abgerechnet werden. So lebt der Weber in der Regel nur von seinen Abschlagszahlungen. Ist ein Stück abgewebt und kommt aus dem Stuhle, dann muß erst der Stuhl für das nächste Stück hergerichtet werden, was mit dem Abputzen des fertigen Plüsches drei volle Tage in Anspruch nimmt. Für diese Zeit erhält der Arbeiter keinen Pfennig entschädigt. Die Stühle müssen die Weber selbst stellen. Ein Stuhl kostet 100 Mark, und meistens wird erst das Geld dazu geborgt. Sieht man von den wenigen mit der Herstellung des guten und besser bezahlten Plüsches beschäftigten Arbeiter ab, dann bewegt sich der Verdienst dieser Ärmsten zwischen 1,20 bis 2,50 Mark bei 10stündiger Arbeitszeit und intensivster Arbeitsleistung.

Die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse sind dem Verdienst angepaßt. Kartoffeln und Kraut bilden die Hauptnahrung, eine Stube, in welcher der Webstuhl steht, eine, im höchsten Falle zwei Kammern bilden die Wohnung, in welcher die immer sehr zahlreiche Weberfamilie einen Teil ihres Daseins vertrauert.

Nicht besser, eher noch schlechter sind die Peitschenmacher gestellt. Früher waren Hunderte von Arbeitern mit der Herstellung von geflochtenen Peitschen beschäftigt, die zum großen Teile ins Ausland gingen. Die Wirkungen der Zollpolitik sind aber auch hier nicht ausgeblieben, und auch die Verbreitung des Automobils hat viel zur Einschränkung des Absatzes beigetragen. Immerhin aber sind noch über hundert Personen mit der Herstellung dieses Artikels beschäftigt.

Die Peitschenstiele werden aus Ahorn, Esche und Ulme hergestellt, und zwar auf folgende Weise: Aus dem runden Stück Baum in der Länge von 1,50 bis 1,80 Meter, je nach Länge der Peitsche, werden zunächst vierkantige Stücke herausgespalten, diese dann wieder in 4, 7, 8 und bis 20 Teile, und diese Teile dann mit scharfen Messern abgerundet und geglättet, hierauf der Stiel in kochendes Wasser getan, um die Teile geschmeidig zu machen, und darauf werden die Teile geflochten. Der so zusammengeflochtene Stiel kommt darauf in eine Presse, wo er einen Tag verbleibt. Dann wird der untere Absatz abgerundet, der ganze Stiel nachgeputzt und ist so zum Abliefern fertig. Es gehört immer eine gewisse Kunstfertigkeit dazu, um die Arbeiten zu verrichten.

Der Artikel wird nach Schock bezahlt. Für ein Schock gut gearbeitete Peitschen werden bezahlt: 1 Meter lang 6 bis 7 Mark, Kinderpeitschen 4 bis 4,50 Mark, Peitschen mittlerer Länge 12 Mark und lange, 1,60 bis 1,70 Meter lang, 14 Mark. Für Peitschen, die aus 20 Teilen geflochten sind, werden 20 Mark Höchstpreis bezahlt. Das Holz müssen die Peitschenmacher selbst stellen

und kaufen. Dasselbe muß oft 6 bis 7 Stunden weit hergeholt werden. Der Raummeter kostet, 1,50 Meter lang, 20 Mark. Dabei müssen die Peitschenmacher das Holz selbst abmachen. Die Staatsforstverwaltung gibt kein Holz an die Peitschenmacher ab, trotzdem wiederholt an die Verwaltung petitioniert worden ist. Im Jahre 1849 ließ die damalige Forstverwaltung alle Ahorn-, Ulmen- und Eschenpflanzen herausreißen, damit, wie die Maßnahme begründet wurde, die Peitschenmacher kein Holz mehr stehlen könnten! Man kennt in der weimarischen Regierung die Lage dieser Ärmsten, tut aber nicht das geringste, um ihre Lage besser zu gestalten.

Der Verdienst der Peitschenmacher beträgt abzüglich aller Auslagen 1 Mark bis höchstens 1,50 Mark. Aus einem Stamme im Werte von 50 Pfennig werden, wenn das Holz nicht spröde ist, günstigenfalls 8 Peitschen hergestellt.

Ein anderer Teil verfertigt die Riemen zu den Peitschen. Aus einem großen Stück Leder werden eine Anzahl Riemen geschnitten und diese dann zusammengeflochten. Auch diese Arbeit wird nicht besser bezahlt. Die Peitschen werden dann an die Fabrikanten abgeliefert, welche sie versenden. Einige derselben haben es zu einem respektablen Vermögen gebracht.

Was bei den Webern über die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse gesagt wurde, trifft auch bei den Peitschenmachern zu.

Frauen und Kinder der Plüschweber und Peitschenmacher verfertigen Puppen, in Oberweid ist eine Spitzenstickerei, in Kaltensundheim und Kaltenwestheim je eine Zigarrenfabrik, die einem Teile der weiblichen Arbeiterinnen erwünschte Gelegenheit zum Verdienen geben.

Auch der Holzschnitzerei hat sich die Heimarbeit bemächtigt und sie zum Krebsschaden dieser Industrie herausgebildet. Die Schnitzerei hat ihren Hauptsitz in Empfertshausen, wo sich drei Fabriken befinden. Wiederholt sind Versuche unternommen worden, die Schnitzerei der Rhön zu heben. In dem Orte selbst befindet sich eine staatliche Schnitzschule, an welcher zwei technische Lehrer angestellt sind, welche die Schüler im Schnitzen, Drechseln, Zeichnen, Modellieren usw. unterrichten. Die Kosten der Schule werden teils aus der staatlichen Hauptkasse, teils aus der Karl-Alexanderstiftung gedeckt. Trotz aller Versuche mit staatlichen Mitteln und trotzdem sich am Orte ein Stamm tüchtiger Arbeiter befindet, die es zum Teil zu einer hohen künstlerischen Vollendung gebracht haben, ist die Schnitzerei nicht über die Herstellung von billigen Massenartikeln hinausgekommen. Die Heimarbeit ist sehr verbreitet und drückt auf die Löhne der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter. Hergestellt werden Andenken, Tiere, Zigarrenspitzen, Thermometerbretter, Pfeifenköpfe usw. Auch Frauen sind beim Schnitzen von Pfeifenköpfen mit tätig. Sie punktieren die geschnitzten Köpfe. Auch hier ist die Arbeitszeit fast unbegrenzt. Der Verdienst schwankt zwischen 9 und 15 Mark.

In Andenhausen, Föhlritz, Brunnhardtshausen und anderen Orten werden Körbe und Holzschuhe hergestellt. Aus Aspe, Buche und Saalweide werden breite Späne gespalten und davon die Körbe geflochten, die dann die Frauen der Korbflechter in der Umgegend verkaufen. Im günstigsten Falle wird für einen solchen Korb ein Preis von 2,50 Mark erzielt. Mehr wie vier Körbe sind in einer Woche bei 13- und 14stündiger Arbeitszeit nicht fertigzustellen. Die Auslagen für einen Korb betragen 70 Pfennig. Genau so elend werden die Holzschuhe bezahlt. Der Preis für Holzschuhe schwankt zwischen 40 Pfennig und 1,20 Mark, der Tagesverdienst zwischen 90 Pfennig und 1,30 Mark.

Eine ganz besonderes Kapitel des Elends bildet die Lage der Korkarbeiter des Rhöngebirges. Die Korkindustrie hat ihren Sitz im Dermbacher und Gaisaer Bezirk. Hier hat die Heimarbeit geradezu abstoßende Blüten gezeitigt. Obwohl in Dermbach 7 Fabriken mit 130 beschäftigten Arbeitern sich befinden, sind doch diese Arbeiter fast sämtlich noch nebenbei Heimarbeiter, denn infolge des niedrigen Verdienstes sind sie fast allgemein gezwungen, nach Fabrikschluß noch zu Hause zu arbeiten. In Ober- und Unteralba, in Zella und in dem katholischen Gaisaer Amte kommen fast nur Heimarbeiter in Frage.

Es gibt wohl kaum schlechter gestellte Arbeiter als wie diese Ärmsten, die vom frühesten Morgen bis in die sinkende Nacht in gebückter Stellung an ihrem Tische sitzen und mit haarscharfen Messern den Kork bearbeiten. Der in den Fabriken bezahlte Lohn schwankt zwischen 1 Mark und 2,50 Mark pro Tag.

Die Heimarbeiter sind in Akkord beschäftigt. Es werden bezahlt für 1000 Weinkorken 1,90 Mark, für Selters- und andere Korken 60 bis 80 Pfennig pro 1000. Noch vor einigen Jahren war der bezahlte Lohn geringer, auch die Preise haben erst vor einigen Jahren eine Verbesserung erfahren. Nach einer Feststellung der großherzoglichen Bezirksdirektion in Dermbach betrug der Durchschnittsverdienst der Korkarbeiter im Jahre 1889 7,20 bis 10,80 Mark bei 13 bis 14stündiger Arbeitszeit. Das Werkzeug — ein Messer zum Zuschneiden für 12 Mark, ein zweites zum Schneiden der Würfel für 1 Mark, ein drittes zum Rundschneiden der Korke für 50 Pfennig — muß sich der Arbeiter selbst kaufen. Bei der ununterbrochenen Benutzung wird wöchentlich ein Messer gebraucht. Der Abfall muß an die Fabrik zurückgeliefert werden, wo er wieder verwendet wird. Aus einem Zentner Kork müssen 45 Pfund reine Korke herausgearbeitet werden. Ein mittelmäßiger Arbeiter schnitzt bei intensivster Anstrengung täglich ungefähr 1½ Tausend. Die Arbeitszeit ist auch hier unbegrenzt. Sie währt bei gutem Geschäftsgang von morgens 5 und 6 Uhr bis nachts 10, 11 und 12 Uhr. Ein Teil der Korkschnitzer beschäftigt sich mit der Herstellung von Federhaltern. Die Preise für diese Artikel sind in den letzten Jahren ganz ungemein gesunken, sie schwanken zwischen 2,50 und 5 Mark pro Gros gegen früher 3,60 und 6 Mark. Die Halter gehen sechsmal durch die Hände, sie werden zugeschnitten, abgerundet, gebohrt, die Hülsen eingesetzt, mit Eichengrund die Poren verrieben und geschliffen. Kinder und Frau müssen mitarbeiten.

Die Wohnungsverhältnisse spotten aller Beschreibung. Die meisten Heimarbeiter sind durch ein Häuschen an die Scholle gefesselt. Eine zugleich als Arbeitsraum dienende Stube, eine, im höchsten Falle zwei Kammern und ein als Küche dienender Vorraum bilden die Häuslichkeiten der Korkarbeiter. Der aus der frischen Luft in die Stube Tretende verspürt nach kurzem Aufenthalt eine eigentümliche Rauheit in den Luftröhren und das unangenehme Knirschen feiner Staubkörner zwischen den Zähnen. Der Kork enthält eine Unmenge feinen Erdstaub, der beim Verarbeiten aufgewirbelt wird.

Dabei liegt der Abfall oft bis zu 20 Zentimeter hoch unter den Füßen der Arbeiter und wird in der Stube herumgetragen, kein Wunder, wenn die Gesundheitsverhältnisse äußerst ungünstige sind. Ein Beispiel aus meinem reichhaltigen Material: Korkarbeiter H. aus O., Vater von zwölf Kindern, die Frau befindet sich mit dem dreizehnten in gesegneten Umständen. Er besitzt

ein eigenes Häuschen, eine Stube, 4 Meter lang, 3,50 Meter breit, 2 Meter hoch, zwei Kammern, einen als Küche dienenden Vorraum. Es ist vor kurzem aus der Lungenheilanstalt entlassen worden und ist Invalide, war früher einer der leistungsfähigsten Arbeiter. Ich könnte Dutzende ähnlicher Beispiele anführen.

Das Elend hat dem Volke seinen Stempel aufgedrückt und ihm deutliche Degenerationsmerkmale ins Gesicht eingegraben. Überall trifft man blasse, unterernährte Kinder, früh verblühte Frauen mit entzündeten Augen und gelber Gesichtsfarbe, Männer mit zerstörten Nerven im besten Alter gebeugt und zermürbt.

Die Unternehmer, die ihren Sitz in Frankfurt und Trier haben, machen ein glänzendes Geschäft mit dem Elend des Volkes.

Wie soll nun all diesen Ärmsten geholfen werden?

Gewerkschaftlich waren diese Arbeiter trotz der größten Anstrengung der Verbände nicht zu erfassen, bei der Eigenart dieser Elendsindustrien und der großen Ausdehnung der Heimarbeit ist auf absehbare Zeit auch an eine Organisierung dieser Arbeiter nicht zu denken. Zu einem wirksamen Heimarbeiterschutzgesetz aber kann sich die Gesetzgebung nicht aufschwingen, solange die gegenwärtige Mehrheit die Klinke der Gesetzgebung in Händen hat, und mit staatlicher Unterstützung wird man niemals die furchtbaren Zustände beseitigen können. Die weimarische Landesgesetzgebung ist reaktionär, durch das Pluralwahlsystem in den kleinen Gemeinden ist die Verwaltung der Gemeinden immer den begüterten Grundbesitzern und Bauern ausgeliefert, die mit allen Mitteln die Industrialisierung hintertreiben, weil sie befürchten, daß dadurch die Löhne der Landarbeiter eine Steigerung erfahren müssen. So sind die wiederholten Versuche, zum Beispiel Industrien in Dermbach anzupflanzen, von der reaktionären Verwaltung mit allen Mitteln und Erfolg hintertrieben worden.

Zur Beseitigung der geschilderten Zustände müssen ganz andere Faktoren einsetzen. Es ist die wirtschaftliche Umwälzung, die auch im Rhöngebiet nicht ausbleiben wird und deren Wirkungen jetzt schon, wenn auch nur schwach verspürt werden, die all den Armen Rettung aus ihrer traurigen Lage bringen kann. Die Erschließung dieses Gebirges durch Verkehrswege, Bahnen usw., durch Schaffung geeigneter Erwerbsverhältnisse wird immer brennender, und auch die maßgebenden Kreise können sich der Notwendigkeit dieser Forderungen nicht mehr entziehen. Die letzte Reichstagsersatzwahl, die für unsere Partei gerade unter der stark vertretenen ländlichen Bevölkerung der Rhön eine ungemein große Zunahme an Stimmen brachte, hat das übrige getan, um die Aufmerksamkeit der maßgebenden Kreise auf die Rhön zu lenken. Es können noch Jahre vergehen, ehe die Entwicklung einsetzt, sie wird aber einsetzen, dafür sorgt schon der basaltreiche Boden des Rhöngebirges, das in seinem Innern große Schätze birgt und schon dadurch die Aufmerksamkeit profitgieriger Unternehmer auf sich gezogen hat.

Mit dem Einzug größerer Industrien wird auch das Elend der Heimarbeit langsam verdrängt werden, und der Kapitalismus wird seine alles umgestaltende Tätigkeit entfalten.

Der Wahlkreis ist von unserer Partei in hartem Ringen gewonnen worden, er wird Besitzstand unserer Partei bleiben. Gerade in diesem Kreise hat es sich gezeigt, wie töricht die Behauptung ist, daß alle Versuche unserer Agi-

tation an dem „gesunden“ Sinne der Bauern scheiterten. Gerade diese Klasse hat bei der letzten Ersatzwahl in hervorragender Weise für unsere Partei gestimmt.

Sind auch alle Versuche, die Angehörigen der Elendsindustrien zu organisieren, ohne Erfolg geblieben, so wird doch auch für diese Arbeiter die Zeit kommen, wo sie, zum vollen Bewußtsein ihrer Klassenlage gelangt, gebieterisch das fordern, was man ihnen bisher vorenthalten hat.

Unsere Fraktion im weimarischen Landtag wird bei jeder Gelegenheit die Forderungen der Ärmsten des Rhöngebirges vertreten. Insbesondere werden sie mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit neuer Bahnstrecken hinweisen und die Staatsregierung zwingen, daß sie diese Forderungen mit aller Entschiedenheit bei der preußischen Staatsregierung vertritt.

Die Verhältnisse im Rhöngebiet sind übrigens ein abschreckendes Beispiel für die Weltmachtspolitik der herrschenden Klasse. Während man zu den unsinnigsten und unerhörtesten Militärausgaben jede Summe zur Verfügung hat, verweigert man einem großen Gebietsteil des Reiches die notwendigsten und dringendsten Kulturausgaben und hemmt dadurch dessen wirtschaftliche Entwicklung und Entfaltung. Der Protest bei der Ersatzwahl wird auch in dieser Hinsicht der maßgebenden Instanz die Wege zeigen und diesem Gebietsteil mehr als bisher Beachtung verschaffen. Was wir bei der letzten Wahl erreicht, werden wir durch fortgesetzte Agitation und Aufklärung der Massen ausbauen und beim nächsten Sturme zu erhalten wissen.

Die Fachtechnik in der Gewerkschaftspresse.

Von **Josef Kliche.**

Für diejenigen, die keinen Überblick über die deutsche Gewerkschaftspresse haben, dürften einige Angaben über die Berücksichtigung der fachgewerblichen Technik in den einzelnen Gewerkschaftsblättern willkommen sein. Es ist selbstverständlich, daß diese Organe dazu geschaffen worden sind, um jeweilig ihre engeren Berufsgenossen über die Vorgänge im Gewerbe, über Streiks und Aussperrungen, über die Lage der Arbeiter und die wirtschaftliche Konjunktur zu informieren, daneben auch als politisches Barometer zu dienen und insbesondere die sozialpolitischen Fragen gebührend zu diskutieren. Trotzdem gibt es eine Anzahl Organe, die daneben noch die Schulung und Belehrung der Verbandsmitglieder in fachtechnischen Fragen zu ihrer Aufgabe gemacht haben, für die ihnen das Unternehmertum eigentlich Dank wissen sollte. Denn abgesehen von solchen Berufen, wo die technische Fertigkeit des einzelnen für den Kapitalisten keinen Wert besitzt und es nur auf die physische Kraft und die Schnelligkeit und Gewandtheit des Arbeiters ankommt, wie in den ungelernten Berufen der Transport-, Hafen-, Bauhilfs-, Fabrik- und städtischen Arbeiter, muß auch heute im Zeitalter der Maschine dem Unternehmer vielfach noch an der Tüchtigkeit des gewerblichen Arbeiters etwas gelegen sein. Gewiß gibt es Berufe, in denen der Kapitalismus das großstädtische Handwerk geradezu korrumpiert und degeneriert hat, wie vor allem das Baugewerbe. Hier kommt es nur noch auf die rascheste Aufeinanderschichtung ganzer Berge von weißem oder rotem Steinmaterial an, die glitzernden Verblendsteine oder der weiße Putzmörtel decken mit Leichtigkeit die hintere Schande zu. Einige „tüchtigere Kräfte“, die die vordere Herrlichkeit besorgen, gibt es auf jedem Bau, zudem macht ja die im letzten Jahrzehnt mächtig angeschwollene Reservearmee jede beliebige „Auswechslung“ möglich.

Etwas anderes ist es bei Berufen, in denen die Maschine die Spezialisierung zwar noch viel unheimlicher vorgenommen hat und der Lehrling oder Geselle unter Umständen sein ganzes Leben an einem Spezialstück zubringen kann, gleich einem an die Galeere geschmiedeten Sklaven, was bekanntlich für den Fabrikanten äußerst vorteilhaft ist, wie in der Holz- und Metallindustrie. Hier würde ein Lehrling trotz einer drei- und vierjährigen Lehrzeit gar keinen Überblick über die Herstellung der einzelnen Gegenstände auf praktischem Wege mehr bekommen, wenn ihm nicht das fachtechnische Wissen auf theoretischem Wege leidlich beigebracht würde. Dieses Beibringen steht aber in unserem Klassenstaat auf einem sehr niedrigen Niveau.

In solchen Zeiten ist es daher ohne Zweifel ein Verdienst um die heranwachsenden Berufsgenossen und an der Gesamtkultur, wenn die Organisationen versuchen, ihre Mitglieder beruflich zu schulen. Denn das, was früher der erfahrene Kollege dem an seiner Seite stehenden Lehrling während der Arbeitszeit begreiflich machen konnte, kann heute nur noch außerhalb des Werkplatzes und der Arbeitszeit geschehen, andernfalls würden die kapitalistischen Räder beide, sowohl Jungen wie Alten überrollen und aus der Fabrik hinausbesorgen. Von den Organisationen, die auf diesen Punkt Wert legen, steht an erster Stelle der Holzarbeiterverband, dessen „Fachblatt für Holzarbeiter“ nun bereits im fünften Jahrgang jeden Monat erscheint. Was Inhalt und Ausstattung anbelangt, ist es den technischen Zeitschriften der Unternehmer durchaus ebenbürtig. In Quartformat, jedesmal zweieinhalb Bogen stark, bringt es fachgewerbliche Aufsätze von ersten Autoritäten des Gebietes, zumeist illustriert. Ähnlich, was Ausstattung usw. betrifft, doch wesentlich anders im Inhalt, gibt sich das gleichfalls monatlich jetzt im dritten Jahrgang erscheinende Bildungsorgan der Metallarbeiter „Der Zeitgeist“. Die drei Bogen starken Hefte bringen in erster Reihe politische und gesellschaftswissenschaftliche Aufsätze. Nur ein kleiner Teil des Raumes ist der Belehrung über das Fachgewerbe zugewandt; diese Einrichtung dürfte den organisierten Arbeiter sympathischer berühren als die vom Holzarbeiterverband herausgegebene Zeitschrift.

Außer den genannten beiden Organen gibt es keine selbständigen ins Fachtechnische schlagenden Publikationen, dagegen haben einige Verbände neben ihrem Gewerkschaftsblatt eine monatliche fachgewerbliche Beilage eingeführt. So enthält zum Beispiel die „Sattler- und Portefeuiller-Zeitung“ alle vier Wochen eine „Fachtechnische Rundschau“, die einen Bogen stark ist und illustrierte Artikel bringt. Ferner erscheint bei den Gärtnern das „Gärtnerei-Fachblatt“, gleichfalls einen Bogen stark und illustriert; auch die „Graphische Rundschau“, die, einen halben Bogen stark, eine Zugabe zur „Graphischen Presse“ bildet, jedoch vierzehntäglich erscheint, gehört in dieses Gebiet. Auf ihrem diesjährigen Verbandstag haben auch die Steinsetzer und verwandte Berufsgenossen dem Vorstand einen Antrag überwiesen, der die Herausgabe einer Fachbeilage bezweckt, obwohl in diesem Gewerbe am wenigsten von Fachwissenschaft geredet werden kann, zudem erst noch das Fachorgan vierzehntäglich erscheint und ein Antrag, es achttäglich herauszugeben, vom selben Verbandstag abgelehnt wurde. Größere illustrierte Fachartikel bringt noch die „Schmiedezeitung“, jedoch nicht mehr in selbständiger Beilage. Das Illustrationswesen ist durchweg bei diesen Schöpfungen bedingt, da es ein schnelleres und klareres Verständnis für die textlichen Angaben und Beispiele ermöglicht. Außer diesen ständigen Einrichtungen bringen ungefähr fünfzehn Organe ab und zu ein kleines fachgewerbliches Feuilleton, darunter die Organe der Maurer, Stukkateure, Bildhauer, Bäcker, Buchbinder, Typographen und Friseure. Aus der Feder von Fachautoritäten werden hier insbesondere neue Herstellungsweisen behandelt. Die übrigen achtunddreißig Gewerkschaftsblätter, worunter allerdings eine ganze Anzahl verschwindend kleiner, legt auf Fachbelehrung kein Gewicht, teils weil die Redaktionen sie nicht für ihre Aufgabe halten, teils weil ihre Organisationsmitglieder „ungelernte“ Arbeiter sind.

Ob freilich im Zeitalter des Klassenkampfes es Aufgabe der Gewerkschaftspresse ist, für die fachwissenschaftliche Bildung der Organisationsmitglieder zu sorgen und die für die Kampfeszwecke so dringend nötigen Mittel dafür zu verwenden, ist eine andere Frage, mit der sich die Generalversammlungen unserer Gewerkschaften sehr bald werden eingehend beschäftigen müssen. Waffen für den Kampf werden durch diese Fachbelehrung nicht geschmiedet — und daß der Kampf die einzige Aufgabe der Gewerkschaften ist, davon werden die sich stets mehr zuspitzenden Gegensätze die Gewerkschafter bald mehr als manchem lieb ist überzeugen.

Literarische Rundschau.

Joh. Heußer, Bezirksrichter, **Die bedingte Verurteilung.** Zürich 1909, Verlag der Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins. „Sozialpolitische Zeitfragen der Schweiz" (herausgegeben von Paul Pflüger), Heft 7. 24 Seiten. Preis 50 Centimes.

Überall, besonders in Deutschland, Österreich und der Schweiz, stehen zurzeit die Fragen der Strafrechtsreform mit im Vordergrund des Interesses. Zu den Problemen, die der gesetzlichen Regelung harren, gehört insbesondere die bedingte Verurteilung, die in den Ländern, in denen sie eingeführt ist, glänzende Resultate erzielt hat. Sie besagt, daß derjenige, der zum ersten Male mit den Strafgesetzen in Konflikt kommt, bei leichteren Straftaten nur für den Fall verurteilt wird, daß er sich innerhalb einer bestimmten Frist ein neues Delikt zuschulden kommen läßt. So bleibt der bedingt Verurteilte in der Regel von dem Makel der Vorstrafe und den entsittlichenden Wirkungen der Strafverbüßung verschont und wird dem ehrlichen Leben wiedergewonnen. In Deutschland behilft man sich noch immer mit einem kümmerlichen Surrogat, der bedingten Begnadigung, das heißt der Träger des Gnadenrechtes bewilligt dem Verurteilten eine Aussetzung der Strafvollstreckung und stellt ihm die völlige Begnadigung in Aussicht für den Fall, daß er sich in der Zwischenzeit gut führt. Auch dieses System hat gute Erfolge erzielt, trotzdem es ein reines Willkürsystem ist und dem bedingt Begnadigten zwar den Strafvollzug, aber nicht den Makel der Vorbestraftheit erspart (vergleiche meine Zusammenstellung in der „Neuen Zeit", XXIII, 2, S. 455 f.). Der neue Vorentwurf zum deutschen Strafgesetzbuch begnügt sich, wie überall, wo es sich um einen Fortschritt handelt, mit einer halben Maßregel, indem er das System der bedingten Strafaussetzung einführt. Dieses System hat vor dem der bedingten Begnadigung den Vorteil, daß die Entscheidung beim Richter und nicht bei der Verwaltungsbehörde liegt, es hat jedoch gegenüber dem der bedingten Verurteilung den Nachteil, daß derjenige, dem die Rechtswohltat zuteil wird, verurteilt wird und alle dadurch verursachten Existenzerschwerungen durchzukosten hat.

Eine Übersicht über die einzelnen Systeme und die damit in den einzelnen Ländern erzielten Resultate bietet die vorliegende Broschüre. Als solche wird sie manchen, die sich mit diesen Problemen befassen wollen, willkommen sein. Eine selbständige Kritik läßt der Verfasser freilich vermissen. Veranlassung zur Broschüre ist ein dem Züricher Volke zur Abstimmung vorgelegter Gesetzentwurf betreffend die bedingte Verurteilung. Siegfried Weinberg.

Die gesellschaftliche Bewegung in Rußland am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts. Unter der Redaktion von L. Martoff, P. Maßloff und A. Potressoff. Erster Band: Die Vorboten und Grundursachen der Bewegung. St. Petersburg 1909.

Die Revolution in Rußland ist durch die Konterrevolution abgelöst worden. Ist diese Konterrevolution nur eine neue Etappe im Entwicklungsprozeß der Re-

volution, die Kräfte sammelt für einen neuen Ausbruch, oder bedeutet sie den Abschluß der Revolution, ihre endgültige „Niederlage" — diese Fragen wecken noch immer leidenschaftliche Debatten in den Reihen der Revolutionskämpfer. Und nicht minder leidenschaftlich wird die Frage diskutiert, wer die Schuld trägt an diesem Ausgang der Bewegung, wessen Fehler diese Niederlage heraufbeschworen haben. Wenn die liberalen Parteien bemüht sind, die ganze Schuld auf die Sozialdemokratie abzuwälzen, die unerfüllbare Forderungen aufstellte und durch ihre Unversöhnlichkeit die Bourgeoisie von sich abstieß, so finden wir auch in den Reihen der Sozialdemokratie selbst die entgegengesetztesten Ansichten in dieser Frage. Eine Fraktion beschuldigt die andere, und jede weist auf die Fehler der anderen hin, die unausbleiblich zur „Niederlage" führen mußten.

In der letzten Zeit ist dieser Streit in eine neue Phase eingetreten. Ist es doch klar, daß wenn diese oder jene Personen, diese oder jene Parteien „die Schuld an der Niederlage tragen" und die „Niederlage" selbst durch „Fehler" in der „Einschätzung" des „jeweiligen Momentes" hervorgerufen wurde, bestimmte objektive Ursachen diesen Fehlern zugrunde liegen mußten. So tritt das Bedürfnis zutage, sich über alle Begebenheiten dieser revolutionären Periode Rechenschaft abzugeben, ihre vorhergehenden Schicksale, ihre Ursachen, soweit sie durch die sozialökonomischen Verhältnisse Rußlands bis 1905 bestimmt wurden, zu untersuchen und die Entwicklung der verschiedenen Parteien zu prüfen, die im Verlauf der Revolution offen in die politische Arena traten.

Die Aufgabe, dieses Bedürfnis zu befriedigen, nahm eine Gruppe sozialdemokratischer Schriftsteller menschewistischer Richtung auf sich. Unter der Redaktion von L. Martoff, P. Maßloff und A. Potressoff erscheint jetzt ein umfangreiches Werk, das auf fünf große Bände berechnet ist. Die Redakteure „stellen sich zur Aufgabe, eine objektve Untersuchung des historischen Prozesses zu liefern, der die am Anfang dieses Jahrhunderts von Rußland durchlebte gesellschaftliche Krise notwendig machte, und zugleich den Verlauf dieser Krise zu erklären und die Wirkung der objektiven und subjektiven Faktoren aufzudecken, die auf ihren Gang einwirkten". Der erste Band dieses Werkes ist den „Vorboten und Grundursachen der Bewegung" gewidmet und soll eine Vorgeschichte der Revolution enthalten. In dem zweiten Bande soll eine Schilderung der Massenbewegung in den Jahren 1904 bis 1907, in dem dritten eine Analyse der Zusammensetzung der Parteien, ihrer Entwicklung und ihres Hervortretens in der Massenbewegung, bei den Wahlen und in der Duma, in dem vierten eine Untersuchung der Veränderungen in der ökonomischen und politischen Struktur Rußlands in den Jahren 1904 bis 1907, und endlich in dem fünften Bande ein Bild der Entwicklung der Ideen und die allgemeinen Schlußfolgerungen gegeben werden.

Schon diese gekünstelte Gruppierung des Materials zeigt, daß der Plan des Werkes große Mängel enthält. Bei einer solchen Trennung eng miteinander verbundener Momente der revolutionären Bewegung sind stete Wiederholungen unvermeidlich, und das Werk wird kolossale Dimensionen annehmen müssen, die die Sache nicht fördern. Dieser Mangel zeigt sich schon im ersten Bande, der ausschließlich der vorrevolutionären Epoche gewidmet ist. Verschiedene Autoren sehen sich genötigt, einen und denselben Gegenstand zu berühren, und jeder von ihnen muß auf das Gebiet seines Nachbarn übergreifen. So wird die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in drei Artikeln behandelt, und trotzdem sieht sich die Redaktion genötigt, in dem zweiten Bande einen weiteren Artikel zu versprechen, der die Ausarbeitung und Entwicklung des Marxismus in Rußland darstellen soll. Während einige Artikel des ersten Bandes von Spezialisten in den betreffenden Fragen geschrieben sind, wurden andere von zufälligen Mitarbeitern eilig zusammengestellt, und sie harmonieren schlecht mit dem „streng wissenschaftlichen" Charakter, den die Redakteure ihrem Werke verleihen wollen.

Mehr als alle hat der Teil des ersten Bandes gelitten, der dem „ökonomischen Stande des Landes und der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse" bis 1905

gewidmet ist. Außer eilig zusammengestellten Kompilationen über die Geschichte der Industrie und des Handels in Rußland, deren Autoren kaum das Tatsachenmaterial bewältigt haben, finden wir dort noch eine höchst oberflächliche Skizze über die finanzielle Entwicklung Rußlands, die nur infolge eines Versehens der Redaktion in ein sozialdemokratisches Kollektivwerk hineingeraten sein kann.

In einem gewissen Grade findet diese stiefmütterliche Behandlung der sozialökonomischen Fragen ihre Erklärung in der Tendenz der Redaktion, das ideologische Moment ausführlicher zu behandeln. Diese Tendenz ist besonders stark in dem umfangreichsten Artikel des ersten Bandes zum Ausdruck gekommen, in welchem A. Potressoff die „Entwicklung des gesellschaftlichen und politischen Gedankens in der vorrevolutionären Epoche" schildert. Als Maß für den historischen Wert der verschiedenen Erzeugnisse dieses Gedankens dient dem Autor die „Sensation", die sie in der sogenannten „legalen" Literatur hervorriefen. Seine ganze Aufmerksamkeit wird von verschiedenen „sensationellen" Autoren in Anspruch genommen, denen es gelang, die Aufmerksamkeit der „öffentlichen Meinung" für ein paar Jahre auf sich zu lenken. Und anstatt einer Geschichte der Ideenentwicklung, die der ganzen revolutionären Bewegung ihren Stempel aufprägte, anstatt der Entwicklung des revolutionären Marxismus macht sich jetzt Potressoff die Geschichte der Partei zurecht, beeinflußt durch die niedergedrückte Stimmung, die in einem Teil der russischen Sozialdemokratie herrscht, und so liefert er unter Anführung zahlreicher Zitate, aber ohne jeden Versuch, die Wurzeln der Erscheinungen aufzudecken, eine Geschichte der Wandlungen und Seitensprünge der sogenannten „legalen Marxisten", die niemals imstande waren, Brentano von Marx zu unterscheiden. Die Geschichte des russischen sozialdemokratischen Gedankens, soweit sie mit der Geschichte der Gruppe der „Befreiung der Arbeit" verknüpft ist, wird kaum erwähnt und figuriert bloß in der Rolle eines „Treibhausgewächses". Man denke sich einen Historiker, der die Ideengeschichte der deutschen Sozialdemokratie schreibt und stets nur die Artikel der Eintagsfliegen zitiert, die von dem Auf und Ab der proletarischen Bewegung an- oder abgestoßen werden.

Das Werk hätte als eine Art Glaubensbekenntnis einer bedeutenden Richtung innerhalb der russischen Sozialdemokratie und ein Bild der russischen Revolution in menschewistischer Beleuchtung von großer Bedeutung sein können. Aber da der Hauptvertreter dieser Richtung, G. Plechanoff — wegen des erwähnten Artikels von Potressoff — aus der Redaktion ausgetreten ist, wird dieses Werk nur die Ansichten einer Fraktion innerhalb einer Fraktion der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands darstellen. N. Rjasanoff.

Zeitschriftenschau.

Seit Oktober des vorigen Jahres findet in den Heften der österreichischen Parteizeitschrift „Der Kampf" eine Diskussion statt über das Thema **„Nationale Minderheitsschulen"**, über die wir hier zusammenhängend referieren. Im Oktoberheft eröffnete Otto Bauer die Besprechung. Durch die Verfassung ist den Einwohnern das Recht gewährleistet, daß dort, wo mehrere Volksstämme nebeneinander wohnen, die Ausbildung der Schuljugend in jeder ortsüblichen Sprache stattfindet. Nach diesem Grundsatz wird überall in Böhmen, wo eine deutsche oder tschechische Minorität wohnt, diesen Minoritäten das Recht auf die eigene Schule zuerkannt. Aber in Wien wurde die Errichtung tschechischer Schulen mit der Begründung abgelehnt, in Wien sei die tschechische Sprache nicht landesüblich. Außer in Böhmen ist die Frage überall eine ungeregelte, um die heftig gestritten wird. Daher muß auch die Sozialdemokratie zu ihr Stellung nehmen.

Vom pädagogischen Standpunkt aus kann nur der Unterricht in der Muttersprache, die das Kind zu Hause spricht und am besten kennt, fruchtbringend sein.

Aber zu dem, was das Kind später kennen soll, gehört neben den Wissenschaften auch die Mehrheitssprache, die es überall hört, und deren gründliches Verständnis für eine nationale Minorität von größter Wichtigkeit ist. Die Mehrheitssprache muß also ein Hauptobjekt des Unterrichtes sein; und zwar nicht nur Unterrichtsgegenstand, sondern in den höheren Klassen bei einigen Fächern Unterrichtssprache. So erfordert die nationale Minderheitsschule einen eigenen besonderen Lehrplan.

Die Frage ist aber nicht bloß eine pädagogische, sondern auch eine nationale. Der Kapitalismus läßt überall neue Minoritäten proletarischer Einwanderer entstehen, deren Interessen wir zu verfechten haben. Zum Teil werden sie von der Nation, in deren Mitte sie sich setzen, assimiliert, zum Teil bieten sie der Assimilation Widerstand. Die dort wohnende Mehrheit sucht die Assimilation oft durch Zwang, durch Verweigerung der Kulturmittel, die zur Erhaltung der Sprache nötig sind, künstlich zu fördern. Wir sind natürlich gegen jeden solchen Zwang; aber wir wollen die Assimilation, die ein natürliches Produkt der kapitalistischen Entwicklung ist, auch nicht hemmen. Hier erweist sich unser Typus der Minoritätsschule als zweckmäßig, die dem Kinde die einzige nationale Kultur sichert und es zugleich befähigt, die Kultur der anderen Nation kennen zu lernen, so daß es selbst nachher wählen kann. Indem wir so das Interesse der zugewanderten Proletarier verfechten, dienen wir zugleich dem Interesse der alteingesessenen Arbeiterschaft, die, durch Lohndrückerei der Einwanderer bedroht, das größte Interesse daran hat, daß diese Einwanderer durch gute Schulbildung rasch ein höheres Kulturniveau ersteigen.

Die Furcht, die Minoritätsschulen könnten den natürlichen Assimilationsprozeß hemmen, ist unbegründet. Vielmehr hemmt sie der Haß gegen die unterdrückende Majorität, die die Minderheitsschule verweigert. In Wien gibt es 300000 Personen, die aus tschechischen Ländern gekommen sind; davon bekennen sich 80000 zur tschechischen Sprache; gut 200000 sind also assimiliert. Würde man dies dem Fehlen tschechischer Schulen zuschreiben, so steht dem gegenüber, daß in den deutschen Schulen Böhmens, wo Minoritätsschulen bestehen, die Assimilation gleich groß ist, ungefähr 74 Prozent. Die Masse der tschechischen Einwanderer hatte mit Wiener Schulen auch gar nichts zu tun; sie haben in ihrer Heimat die tschechische Schule besucht und sind nachher eingewandert. In Wien handelt es sich bei der Schulfrage um 20000 Kinder; um ihre Assimilation zu fördern, verweigern die Deutschen in Wien tschechische Schulen, wodurch sie die Assimilation von 200000 Erwachsenen hemmen, deren Nationalgefühl aufgestachelt und verletzt wird. Schon vor fünfzig Jahren war ein Viertel der Wiener Bevölkerung aus den Sudetenländern gebürtig; der Zufluß ist also immer derselbe geblieben, die Assimilation ging ruhig vor sich, und erst in der Neuzeit wird sie durch den Chauvinismus gestört. Bauer stellt seinen Vorschlag, der geeignet ist, dem Chauvinismus seine Nahrung zu nehmen, zur Diskussion. Im Novemberheft wendet sich Ludo M. Hartmann gegen Bauers Vorschlag. Die Arbeiterklasse muß diese Frage vom allgemeinsten Standpunkt betrachten, nicht das Interesse des einzelnen oder der Gruppe, sondern das Gesamtinteresse der wirtschaftlichen Entwicklung muß für uns maßgebend sein. Nun ist die Sprache einfach ein wirtschaftliches Verkehrs- und Verständigungsmittel; kleine sprachliche Minoritäten sind unnütze Einsiedler inmitten der übrigen Menschheit, mit der sie nicht verkehren können. Trotz aller Gefühlsmomente, die den einzelnen an seine Sprache binden, ist die Assimilation das Zweckmäßige und Erstrebenswerte; der Politiker, der kein Sonderinteresse verfolgt, muß sie fördern und gegen jede Hemmung eintreten. Der nationale Chauvinismus mag zeitweilig diesen Prozeß hemmen, aber er kann ihn nicht aufhalten und erzeugt nur Kraftvergeudung. Die Schule soll Bildung vermitteln, das heißt die Fähigkeit zur Anpassung an die Umgebung; ihr Ziel muß also Förderung der nationalen Assimilation sein; natürlich ist hier der zwangsweise Unterricht in einer

Sprache, die die Kinder nicht verstehen, ein untaugliches Mittel, und durch den Haß, den er weckt, bewirkt er genau das Gegenteil. Aber auch die von Bauer vorgeschlagene Minoritätsschule würde die Assimilation erschweren; schon die Kinder sind da nach Nationen getrennt und lernen einander feindlich betrachten; und die Lehrer fühlen sich als Führer im nationalen Kampfe. Der Unterricht in der Mehrheitssprache wird daher auch ohne Liebe und Eifer stattfinden und sein Ziel verfehlen. Es gibt aber ein besseres Mittel. Die Kinder, die der Mehrheitssprache nicht mächtig sind, erscheinen pädagogisch als ungenügend vorgebildete oder schwach begabte Kinder, denen durch besondere Vorklassen und Nebenklassen so viel nachzuhelfen ist, bis sie in die gewöhnlichen Klassen einrücken können. Also eine einheitliche Schule; diese könnte dann viel besser sein als jetzt, wo eine kleine Gemeinde ihr Geld auf mehrere Schulen verteilen muß, die dann alle schlecht bleiben. Die Nachhelfeklassen sind in wirklich zweisprachigen Gegenden nötig; in Wien, wo die tschechischen Kinder ausreichende Gelegenheit haben, sich rasch das Deutsche anzugewöhnen, sind sie überflüssig. Gegen diesen Vorschlag werden sich natürlich vor allem die Chauvinisten derjenigen Nation erheben, die sich noch im Vordringen fühlt. Aber das Ausbreiten tschechischer Minoritäten wird wahrscheinlich bald sein Ende finden, wenn die Industrie sich auch in tschechischen Bezirken ausdehnt. Wien wird so wenig tschechisch werden, wie Prag wieder deutsch werden kann.

Franz Tomaschek bekämpft im Dezemberheft in einem Aufsatz **„Nationale Minderheitsschulen als soziale Erscheinung“** diese Ausführungen Hartmanns. Solange der Einwanderer wenige sind, assimilieren sie sich leicht; werden sie viele, so halten sie mehr zusammen, bilden eigene Vereine, haben eine eigene Presse usw. Die Sozialdemokratie hat am meisten zum Bewußtwerden der Minderheiten beigetragen dadurch, daß sie ihnen zuerst politische und wirtschaftliche Aufklärung und dann Kultur brachte. Als Erzieherin der unbewußten Masse mußte sie in Flugblättern, Versammlungen, Zeitungen zu ihr in der eigenen Sprache reden und machte dadurch erst diese Sprache zu einem wertvollen Gute. Was sie den Erwachsenen brachte, soll sie das jetzt den Kindern verweigern? Der klassenbewußte Arbeiter will für seine Kinder möglichst guten Unterricht, den nur die Schule in der Muttersprache geben kann. Das Fehlen solcher Schulen ist eine der Ursachen, weshalb unter den politisch unreifsten Schichten und den Christlichsozialen die tschechischen Namen vorherrschen. Unterricht in der fremden Sprache zerreißt das Familienband; und weil die Proletarier durch den Kapitalismus bald hier-, bald dorthin gezogen werden, ist es für den Unterricht der Kinder notwendig, überall nationale Schulen zu finden. Daher fordern gerade unsere Genossen überall Minoritätsschulen.

Hätte nun Hartmann recht, daß damit der natürliche Prozeß der Entwicklung aufgehalten wird, so würde dies schwer wiegen. Aber er hat nicht recht. Die nationalen Minoritäten sind ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung; die alten Nationen mit ihren Gebieten dagegen als etwas Festes, Unersetzbares schützen zu wollen, wäre ein versteinerter Konservatismus, der doch fruchtlos gegen die Entwicklung ankämpfen würde. Prag wird niemals wieder deutsch werden; es war es also früher, und dieses frühere deutsche Prag hätte nach Hartmann durch Verhinderung tschechischer Schulen immer deutsch bleiben sollen! Auch sind seine Vorschläge praktisch undurchführbar; die Schulen der alten Minoritäten sind doch nicht zu beseitigen, also richten sie sich bloß gegen die neuen proletarischen Minoritäten. Die bestehenden Gesetze würden auch tschechische Schulen in Wien ganz gut erlauben, wenn man alle Reichsgerichtsentscheidungen heranzieht. In der Einrichtung der Minoritätsschule stimmt der Autor mit Bauer überein. Diese Schulen können die chauvinistische Verblendung und den Haß bedeutend eindämmen und eine gegenseitige Würdigung der Nationen bewirken. Die Kosten müßten natürlich nicht bloß den Gemeinden zur Last fallen, sondern auf größere Gebiete, zum Beispiel auf die Nationen selbst, abgewälzt werden.

Jakob Pistiner zieht in demselben Hefte einige Erfahrungen aus der Bukowina heran. Hier kommen Assimilierungen von Ruthenen und Rumänen häufig vor, oft sogar bewußt, indem ein ruthenisches Dorf in rumänischem Gebiet einfach beschloß, die Kinder bloß rumänisch unterrichten zu lassen. Dagegen findet eine allgemeine Assimilation von Polen und Deutschen nicht statt, weil sie schon kulturell zu hoch entwickelt sind. Die polnischen Kleinhandwerker saugen die Deutschen auf, die deutschen Bauarbeiter dagegen die Polen, wegen der Gleichheit der Arbeit. Sobald eine Minorität etwas durch die Assimilation einbüßt, verlangsamt sich der Prozeß; auch die verschiedene soziale Stellung wirkt hemmend. Heute ist es auch in Österreich mit seinem scharfen Nationalbewußtsein zu spät für eine Aufsaugung einer Minorität durch eine andere Nation, und jeder Versuch, sie künstlich zu fördern, bewirkt ein entgegengesetztes Resultat. Daher ist die Minderheitsschule notwendig. Die Erfahrungen in Czernowitz haben auf rein praktischem Wege zu demselben Typus der Einrichtung geführt, den Bauer vorschlägt.

Im Januarheft behandelt August Wesely die Frage vom Standpunkt des Lehrers und wirft seine Erfahrung als Lehrer in die Wagschale. Amerika zeigt uns die Überlegenheit eines Staatswesens, in dem die nationalen Einwanderer einfach aufgesogen und assimiliert werden. Das ist das Zweckmäßigste; darin hat Hartmann recht. Aber sein Vorschlag von Nachhilfklassen ist unnötig. In einer Schule, die die Nordbahn für die Kinder ihrer Angestellten in dem Asyl in Feldsberg errichtete, wurden anfangs die des Deutschen nicht kundigen Kinder in besondere Klassen untergebracht. Aber sie erlernten das Deutsche so rasch, größtenteils auch durch Umgang mit den deutschen Kindern, daß beschlossen wurde, diese besonderen Klassen aufzuheben und damit zugleich das Ziel des ganzen Unterrichtes höher zu stecken. Sie wurden einfach in die entsprechenden Klassen eingesetzt, und nach Überwindung einiger Schwierigkeiten zu Anfang waren sie bald den deutschen Schülern ebenbürtig und oft überlegen. Wenn der Lehrer nur beide Sprachen gut versteht, sind Vorklassen nicht nötig. Dann wird aber auch der ganze Unterricht besser sein können, wenn das Geld nicht auf mehrere ungenügende Schulen verpulvert zu werden braucht. Vielleicht könnten dann für besondere nationale Zwecke Privatschulen dienen.

Im Februarheft tritt Ludo M. Hartmann noch einmal gegen seine Bekämpfer auf. Worin besteht die natürliche Entwicklung? Die proletarischen Wanderungen scheinen die nationalen Grenzen zu verschieben. Aber das ist wahrscheinlich nur vorübergehend. Die ganze Geschichte zeigt uns eine wunderbare Konstanz der sprachlichen Grenzen, die von allgemeinen geographischen Verhältnissen bedingt scheinen. Die Grenze zwischen Deutschen und Slawen fällt mit der Grenze zweier Pflanzengebiete zusammen und hat sich im Laufe der Jahrhunderte kaum verschoben. Die deutsch-italienische Grenze in Tirol, die deutsch-französische in der Schweiz und am Rhein ist jetzt noch dieselbe wie in der Römerzeit. Allerdings sind auch in der Geschichte große Gebiete entnationalisiert worden, wie die jetzt romanischen Länder durch die Römer; so etwas geschieht, wenn alte Verkehrsgemeinschaften zersprengt und durch Kolonisierung neue gebildet werden. Auch hier ist für die Sprache die Verkehrsgemeinschaft das Entscheidende. Die alten Städte hatten ihre eigene Sprache, die oft von dem umgebenden Lande verschieden war. Als aber die Städte immer mehr zu Verkehrseinheiten mit diesem Lande wurden, mußten sie deren Sprache annehmen, und deshalb wurde Prag tschechisch.

Josef Prachensky aus Innsbruck vertritt in demselben Hefte die Anschauung die nationalen Minderheitsschulen fachen nur das Feuer der nationalen Feindschaft an. Ohne sie kommt man praktisch ganz gut aus; die Italiener in Innsbruck begehren sie nicht, da ihre Kinder deutsch rasch genug erlernen und zugleich ihre Muttersprache behalten. Wir müssen zur Dämpfung des Chauvinismus uns auf den Standpunkt stellen, daß jede Nation ihr heutiges Gebiet behält; was darin einwandert, muß sich assimilieren.

In einem Schlußwort im Märzheft zieht Karl Renner das Fazit aus dieser Diskussion. Hartmann hat naturwissenschaftliche Gründe ins Feld geführt; er plädiert für die Gemeinschaft, in die sich das Individuum einzufügen hat. Aber nicht bloß Stadt und Gebiet sind solche Gemeinschaften, auch die Nation ist es. Welche soll vergehen? Hartmann sagt: das Gebiet; die dort lebende Mehrheit soll der Minderheit ihre Sprache auferlegen. Aber welche Verkehrsgemeinschaft gilt hier? Die Deutschen in Prag, die Tschechen in Wien sollen sich anpassen. Aber die ganze tschechische Nation sitzt mitten in der großen deutschen Verkehrsgemeinschaft eingekeilt; soll sie sich dann nicht anpassen? Die scheinbar naturwissenschaftliche Begründung zeitigt noch mehr falsche Schlüsse. Die Gemeinschaft, das Kollektivum soll maßgebend sein; aber die Mehrheit ist nicht das Kollektivum. Die Gemeinschaft Prag, Pilsen, Böhmen ist zweisprachig. Dieser Wirklichkeit haben die Einrichtungen sich anzupassen; hier ist Doppelsprachigkeit für den Verkehr nötig. Auch das Argument der Konstanz der Sprachgrenzen beweist kein übermenschliches Müssen, sondern nur die Seßhaftigkeit und Isoliertheit der bäuerlichen Bevölkerung. Der Kapitalismus bringt jetzt die Massen in Bewegung, und die Grenzlinien bröckeln bald da, bald dort ab. Naturwissenschaftliche Argumente helfen nichts zu der Frage, ob das Gesetz eine sprachliche Minorität zum Annehmen der Mehrheitssprache zwingen soll.

Die Assimilation, unabhängig von gesetzlichen Zwangsmaßnahmen, geht fortwährend vor sich, aber nicht überall gleich stark. Sie ist ein sozialer Prozeß. Pistiners Beispiel beweist, daß Assimilation nur unter sozial gleichartigen Gruppen stattfindet. Tschechische Arbeiterminoritäten werden von deutschen Arbeitermassen assimiliert; als Masse gegenüber deutschen Unternehmern werden sie national abgestoßen und verselbständigt. Ökonomischer Wettbewerb führt sogar zur Dissimilation, indem zuvor einsprachige Städte zweisprachig werden. All diese Einzelheiten sind von einem einzigen allgemeinen Gesetz nicht zu fassen. Die erreichte Kulturhöhe ist ein weiteres großes Hemmnis für die Assimilation. Soziale Gegensätze wirken mit, und so bildet sich die selbstbewußte Minorität, die inmitten der Majorität ein Fremdkörper ist. Nur ein wahrhaft demokratisches Gemeinwesen könnte sie in das Ganze einfügen.

Wie steht es nun mit der gesetzlichen Beeinflussung der Assimilation, mit der Zwangsassimilation? Sie wird erstens begründet mit dem Bedürfnis der Verwaltung, die bei einer Sprache bequemer und billiger ist. Auch enthält das Sprachenrecht nicht bloß das Recht, zu sprechen, sondern auch das Recht, verstanden zu werden, was vor allem die Mehrheit angeht. Die Bourgeoisie gebraucht diese Argumente als Vorwand, die billigen fremdsprachigen Arbeitskräfte, die sie heranzieht, auf einem niedrigen Kulturniveau ohne ausreichende Schulbildung zu halten. Wir fordern für diese Arbeiter dieselbe Lohnhöhe, dieselbe Kultur, als für alle anderen, und fordern von der Bourgeoisie, daß sie für die Folgen ihrer kapitalistischen Lohnpolitik aufkommt. Ist nun aber das Recht der Minderheit auf ihre Sprache mit dem Bedürfnis der Verwaltung und dem Rechte der Mehrheit vereinbar? Nicht, solange wir im Dogma der einsprachigen Schule befangen bleiben. Die Zwangsassimilierung führt nicht zum Ziele, sondern weiter von ihm weg. Die kleinen einsprachigen Zwergschulen aber bedeuten schlechten Unterricht. Ein neuer Schultypus ist nötig: die mehrsprachige Schule. Sie schützt die eigene Sprache und verschafft dazu die Kenntnis der anderen. Sie neutralisiert die Schule und ist ein Werkzeug des Friedens und der Versöhnung. Der von Tomaschek skizzierte Typus ist sehr zweckmäßig. Natürlich hat er auch Übelstände, und es soll nicht überall sofort an ihre Gründung geschritten werden, sondern nur, wo es unbedingt nötig ist. Ob aber Hartmann oder Bauer recht bekommt, jedenfalls wünschen wir, daß die Nationen selbst darüber entscheiden und sich bewußt bleiben, daß jeder dabei genau so viel gewinnt, wie er verliert.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 33 Ausgegeben am 13. Mai 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Verwirrung.

Von **Hans Block.**

Die Staatsmannskunst des Herrn v. Bethmann Hollweg in Verbindung mit dem reaktionären Draufgängermut der Herrenhausgranden hat zur allgemeinen Überraschung und Belustigung das mühsam zusammengeleimte Wahlrechtskompromiß des konservativ-klerikalen Blocks in Scherben geschlagen. Der Zweck der Handlung ist leicht zu erkennen, schwer aber ist es, einen vernünftigen Sinn darin zu finden. Das liegt nicht etwa daran, daß wir mit Maßstäben an die Sache herantreten, die für diese beiden gesetzgebenden Faktoren nicht existieren, sondern gerade von ihrem Standpunkt aus fehlt diesem unbekümmerten Zusammenschlagen des blau-schwarzen Porzellans der zureichende Grund. Der Zweck ist die Entrechtung der Massen, der Mandatsraub an der Sozialdemokratie, vor allem aber die Befriedigung der Schwerindustrie, für die Freikonservative und Nationalliberale die plutokratische Ausgestaltung des Dreiklassensystems durch die Drittelung in größeren Bezirken fordern. So klar also der Zweck des Beschlusses über die Drittelung ist, so sehr verliert er jeden vernünftigen Sinn, sobald man ihn nicht isoliert für sich, sondern in seinen Konsequenzen für die Vorlage betrachtet. Denn er stellt ihr Schicksal durchaus ins Ungewisse, er schafft die Möglichkeit, daß schließlich gar nichts zustande kommt. Das kann weder die Regierung noch die Junkermehrheit des Herrenhauses wünschen. Denn so ungern beide auch an die Änderung des Dreiklassenwahlrechtes gehen, es ist ihnen doch bewußt, daß die Wahlrechtsbewegung, die ihnen arge Beklemmungen bereitet, einen neuen gewaltigen Anstoß erhalten würde, wenn der Ausgang der ganzen Aktion ein völlig negativer wäre.

Dennoch hat sich der Ministerpräsident mit einer Entschiedenheit, die ihm nach seinem Verhalten bei den Wahlrechtsdebatten im Herrenhaus kaum zuzutrauen war, für den entscheidenden Drittelungsantrag Schorlemer eingesetzt. Im Abgeordnetenhaus erschien die Regierung völlig ausgeschaltet. Ihre ganze Rolle beschränkte sich darauf, zu den Beschlüssen des konservativ-klerikalen Blocks Ja und Amen zu sagen. Zwar hat sie schon damals die Drittelungs-

anträge der Freikonservativen und Nationalliberalen empfohlen und ging dabei sogar so weit, die Ausführungen ihrer eigenen Begründung, die von dem konservativen Sprecher gegen diese Anträge zitiert wurden, preiszugeben. Aber diese Empfehlungen wurden doch eben nur als Empfehlungen gegeben, und niemand konnte aus ihnen herauslesen, daß die Regierung um dieses Punktes willen das ganze Werk der blau-schwarzen Mehrheit umzustoßen versuchen werde. Und nun plötzlich diese sonderbare Energieentwicklung im Herrenhaus, dieses unumwundene Einsetzen der ganzen Regierungsautorität für die freikonservativ-nationalliberale Forderung, dieses Eintreten für einen Beschluß, der das ganze Werk wieder in Frage stellt.

Diese merkwürdige Erscheinung, dieses Schwanken Bethmann Hollwegs zwischen schmiegsamer Unterwerfung unter den Willen der Abgeordnetenhausmehrheit und dem plötzlichen Versuch, diese Mehrheit seinem Willen gefügig zu machen, ist ein Produkt der allgemeinen Unsicherheit, die seit dem Zerfall des Bülowblocks an der Reichsfinanzreformklippe in die bürgerliche Politik eingezogen ist. Wie die wirtschaftliche Krise die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erhebt, so äußert die politische Krise, in der Deutschland sich zurzeit befindet, dieselbe Wirkung auf die bürgerlichen Parteien und die Regierung. Bei den heftigen Gegensätzen, die der Interessenstreit um die Reichssteuern und um den Platz auf der Bank der Regierungsparteien ausgelöst haben, fühlt sich keine der bürgerlichen Parteien bei den kommenden Reichstagswahlen ihrer Position sicher, und sie fühlen sehr wohl, daß sie bei ihrer Uneinigkeit der sozialdemokratische Vorstoß schwer treffen wird. Die Regierung fühlt diese Sorgen mit — sie muß bangen um die künftige Reichstagsmehrheit. So macht denn der Kanzler den verzweifelten Versuch, mittels der preußischen Wahlrechtsvorlage die Nationalliberalen dem Block der Konservativen und Klerikalen zuzuführen. So soll nicht bloß eine gewisse Stabilisierung der Parteiverhältnisse im Reiche, ein Ausgleich zwischen Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen herbeigeführt, sondern zugleich auch der Wahl„reform" eine breitere Basis gegeben werden. Wenn die Nationalliberalen zu Mitschuldigen an dieser Lüge einer Reform werden, so rechnet die Regierung auf Beruhigung in der Bourgeoisie — den Wahlrechtskampf des Proletariats und der schmalen demokratischen Schicht des Bürgertums glaubt sie bestehen zu können, wenn das neue Wahlsystem nur erst vom Großbürgertum akzeptiert wird. Deshalb also der Versuch Bethmann Hollwegs, mit Hilfe des Herrenhauses, das wegen seiner Zusammensetzung leichter für Regierungswünsche zu haben ist als das Abgeordnetenhaus mit seinen festgefügten, durch Rücksichten auf Wähler und Nachbarparteien gebundenen Parteien, die Parteikonstellation zu meistern, widerstrebende Parteien zusammenzuführen.

Aber er hat über dem Streben nach dem Ziele die Hindernisse schlecht berechnet. Vorerst hat er die Wirren im bürgerlichen Lager, die er dämpfen will, nur gesteigert, und statt der Wahlrechtsvorlage die ersehnte breitere Grundlage zu geben, hat er sie auf des Messers Schneide gestellt. Er ließ den Spatzen fliegen und es ist noch sehr fraglich, ob er die Taube auf dem Dache erwischen wird.

In aller Schärfe hat die Zentrumspresse das unbedingte Nein der klerikalen Fraktion ausgesprochen. Und wenn ein Zentrumsnein vor der Schlußabstimmung auch an und für sich nicht mehr Kredit verdient als ein nationalliberales, nämlich gar keinen, so hat es in diesem Falle doch innere Glaubwürdig-

keit. Das Zentrum kann zwar nicht alles, aber doch sehr viel an Verstößen gegen die Forderungen wagen, auf die es sich vor seinen Wählern verpflichtet hat — sein verräterisches Verhalten zur Wahlrechtsvorlage hat es ja eben erst wieder bewiesen. Und für die Position als Regierungspartei, für ein gutes Verhältnis zu den regierenden Junkern zahlt es gewiß ohne Bedenken hohen Preis. Aber so gleichmütig es auch bei der Wahlrechtsvorlage die Interessen der Arbeiterschaft preisgegeben hat, weil es unter dem Dreiklassenwahlrecht ebenso gute Geschäfte macht als unter dem Reichstagswahlrecht — sehr viel andere Bedeutung hat für das Zentrum die Regelung der Drittelung im Dreiklassensystem. Die Zustimmung zur Drittelung in Bezirken von 15000 und 20000 Einwohnern bedeutet für das Zentrum den Verlust einer Reihe von Mandaten, die es heute im industriellen Westen auf Grund der jetzigen Drittelung in den kleinen Urwahlbezirken besitzt. Und diesen Verlust und der Zorn der benachteiligten Arbeiter- und Mittelstandswähler sollte das Zentrum auf sich nehmen, um neben den Nationalliberalen als Regierungspartei fungieren zu dürfen! Dieser Gewinn erscheint denn doch wohl zu mager. Eher würde das Zentrum sich die Ausschaltung der Nationalliberalen etwas kosten lassen, die trotz aller reaktionären Knochenerweichung auf dem Gebiet der Schul- und Kirchenpolitik doch immer Gegner des Klerikalismus bleiben müssen, und die im Reich die Politik des Großkapitals in einer Weise betreiben, daß das Zentrum, das Rücksicht nehmen muß auf seinen starken kleinbürgerlichen und proletarischen Anhang, den nationalliberalen Einfluß auf die Regierung nicht zu verstärken wünschen kann. Ein konservativ-klerikal-nationalliberaler Dreibund, wie er früher bestand, ist also nichts, was das Zentrum besonders reizen könnte.

Außerdem aber hat diese Partei durchaus nicht das große Interesse an der schnellen Erledigung der Wahlrechtsvorlage, wie Regierung und Junker. Nur um der Regierungsfähigkeit willen hat sie sich zum Verrat am Volksinteresse entschlossen. Tritt das Zentrum vom Pakt zurück, um eine weitere Verschlechterung zu verhüten, so gewinnt es auf der einen Seite, was es auf der anderen verliert. Es präsentiert sich seinen Wählern wieder einmal in der Glorie der Oppositionspartei und es wird die Empörung der Wähler über die Wahlrechtsverschlechterung noch zu steigern und für sich auszunützen wissen, indem es ihnen erzählt, das katholische Volk sei abermals schwer beleidigt, indem man seine Partei, das Zentrum, ausgeschaltet habe, denn die Regierung habe nur deshalb die ersteren, besseren Beschlüsse umgestoßen, weil sie die Reform nicht aus den Händen des Zentrums empfangen wollte, weil sie das Zentrum als eine minderwertige, nicht gleichberechtigte Partei betrachte. So wird die katholische Volksseele ins Kochen gebracht werden und das tiefere Nachdenken der Wählerschaft über die Rolle, die ihre politische Vertretung im Wahlrechtsfeldzug gespielt hat, von vornherein verhindert werden. In der Pose des ehrlichen Wahlrechtskämpen würde das Zentrum vor seine Wähler treten und natürlich wäre in diesem Falle die Entlarvung weit schwieriger, als wenn der schwarzblaue Block beisammen bliebe und sein schändliches Werk am Wahlrecht doch noch vollbringen würde.

Die Möglichkeit dazu ist vorhanden, nur ist es fraglich, ob dann die Vollendung noch vor der Sommervertagung des Landtags möglich wäre. Denkbar ist es, daß Konservative und Zentrum fest blieben, daß der Drittelungsbeschluß des Herrenhauses im Abgeordnetenhause wieder gestrichen würde und daß Herrenhaus und Regierung sich schließlich fügten. Aber um zu diesem

Resultat zu kommen, müßte der Landtag bis weit in den Sommer hinein zusammenbleiben.

Der andere mögliche Fall ist die Bildung einer neuen Mehrheit im Abgeordnetenhause, die die Vorlage in der Herrenhausfassung annimmt. Konservative, Freikonservative und Nationalliberale müßten zusammenwirken. Die Freikonservativen sind bereit, und den Nationalliberalen, die sich vorläufig noch zieren, darf man unbedenklich die Niedertracht und Dummheit zutrauen, die zu solchem Entschluß gehört. Die Geldsäcke des Westens drücken auf sie und machen sie mürbe. Zwar sind die Herren auf das direkte Wahlrecht wenigstens verpflichtet, aber dieser Zwirnsfaden wird sie nicht vor dem Umfallen bewahren. Nachdem sie erst durch ihren Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht dem Zentrum den Vorwand gegeben haben, den Kampf um diese Forderung als aussichtslos zu bezeichnen, werden sie den Verrat des Zentrums am direkten Wahlrecht als Deckung nehmen, um diese ihre Bedingung für die Zustimmung fallen zu lassen und sich mit der schweren Verschlechterung des Drittelungverfahrens begnügen.

So wäre denn also die neue Mehrheit komplett — wenn die Konservativen mitmachen. Das aber ist noch die Frage. Für die Junker ist die Art der Drittelung im großen und ganzen gleichgültig. In den großen Städten und industriellen Bezirken, wo sie die Verteilung der Wählerschaft auf die drei Abteilungen erheblich beeinflußt, haben sie gemeinhin so wie so keine Aussichten, Mandate zu gewinnen, in den ländlichen Bezirken aber sind ihnen die Mandate so und so sicher. Für die Konservativen entscheidet bei ihrer Stellung zur Drittelungsfrage weit weniger das eigene Interesse als die Rücksicht auf das Zentrum — diese aber wiegt schwer. Wiegt sogar schwerer noch als der Haß der Junker gegen die Sozialdemokratie, der sie ja sicherlich nur zu gern den Weg in den Landtag wieder verrammeln, der sie mit Wollust das halbe Dutzend Vertreter im Abgeordnetenhause wieder nehmen würden, da sie eine andere Art der Bekämpfung gefährlicher Gegner als die rohe Gewalt nicht kennen und im allgemeinen beschränkt genug sind, sich von dieser Methode Erfolg zu versprechen. Darauf verzichten sie indes ohne weiteres, wenn sie so die Hilfe des Zentrums gewinnen können. Seit den Tagen, da Bülow gestürzt und der konservativ-liberale Block zur großen Erleichterung der Konservativen gesprengt wurde, hat sich das Zentrum ihnen stets als zuverlässiger Verbündeter erwiesen. Es hat auf die Bedürfnisse der Junker stets die zärtlichste Rücksicht genommen — es hat sich nicht gescheut, in der Geschäftsordnungskommission des Reichstags auf eine raffinierte Weise dieselben Forderungen zu Fall zu bringen, die es während der Periode des Bülowblocks selbst vertreten hatte. Das Gebiet der Sozialpolitik allein ausgenommen — und auch hier ist das Zentrum ganz zahm geworden —, steht es den Junkern in jeder Hinsicht näher als die Nationalliberalen. Jedenfalls ist den Konservativen die platonische Erklärung des Zentrums für das gleiche Wahlrecht viel weniger unangenehm als die nicht so platonisch gemeinte Forderung der Nationalliberalen nach einer neuen Wahlkreiseinteilung. Gewiß wäre es den Konservativen schon um der besseren Rückendeckung willen sehr angenehm gewesen, wenn die Nationalliberalen dem Kompromiß beigetreten wären, und sie haben ja deshalb auch sehr eifrige Versuche gemacht, einen Mittelweg zwischen den Interessen des Zentrums und der Nationalliberalen zu finden, der beide Teile befriedigen sollte.

Und das Zentrum, das die Rückendeckung auch gebrauchen konnte, hat sich zu diesen Versuchen nicht ganz ablehnend verhalten. Es war bereit, den Nationalliberalen entgegenzukommen — aber das Entgegenkommen schien diesen zu winzig und ihre Forderung war der Gegenseite zu hoch. Damals sind die Konservativen auf der Seite des Zentrums geblieben, bei dem ihnen ihre Interessen besser gewahrt erschienen. Und jetzt sollten sie umkehren, nachdem inzwischen ihr Verhältnis zu den Nationalliberalen durch den Verlust von Oletzko-Lyck-Johannisburg noch mehr verschärft worden ist? Das ist nicht sehr wahrscheinlich. Freilich hat sich die einflußreiche „Kreuzzeitung“ für die Herrenhausbeschlüsse ausgesprochen, aber das konnte von der Absicht diktiert sein, das Zentrum zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat auf der anderen Seite energisch zum Festhalten am Kompromiß aufgefordert, während die „Konservative Korrespondenz“ beide Seiten ermahnt, vorerst abzuwarten und den Mund zu halten. Inzwischen ist ein Ereignis eingetreten, das uns zeigt, wie die Parteikonstellation im Abgeordnetenhause noch dieselbe ist wie vor den Herrenhausbeschlüssen. Der Hausknechtsparagraph, die Verschärfung der Geschäftsordnung des Dreiklassenparlaments ist mit den Stimmen des Zentrums gegen die der Nationalliberalen angenommen worden. Wenn die Abstimmung zu anderer, zu normaler Zeit stattgefunden hätte, so wäre die Stellung der beiden Parteien wahrscheinlich gerade die umgekehrte gewesen. Nach ihrer allgemeinen Haltung hätte das Zentrum gegen, die nationalliberale Fraktion für den Paragraphen stimmen müssen. Die Umkehrung erklärt sich aus Gründen der Taktik.

Das Zentrum will sein Verhältnis zu den Konservativen in diesem kritischen Moment nicht durch eine Ablehnung gefährden, die Nationalliberalen aber sehen zu einem Entgegenkommen an die Konservativen keine Veranlassung und stimmen gegen die Vorlage, die ihren Neigungen entspricht, um vor den Wählern als konsequente Oppositionelle auftreten zu können. Ebenso bezeichnend ist, daß der nationalliberale Herr Friedberg im Abgeordnetenhause den Maiumzugsverbot-Erlaß des Polizeiministers verurteilte, während sich aus dem Zentrum keine Stimme für das mißhandelte Versammlungsrecht erhoben hat.

Nach alledem will es scheinen, daß Herr v. Bethmann Hollweg sich arg verrechnet hat, und daß ihm dieser Versuch, sich über die streitenden bürgerlichen Parteien zu stellen, schlecht bekommen wird. Alles deutet darauf hin, daß er an die „gottgewollten Abhängigkeiten“, die die Regierung zu respektieren hat, unsanft erinnert werden wird. Eine weitere Verminderung der Regierungsautorität wird die Folge sein.

Was dabei aus der Wahlreform werden wird, das läßt sich allerdings noch nicht annähernd erkennen. Möglich, daß vorerst nichts zustande gebracht wird, daß unter einem neuen Ministerum die ganze Arbeit noch einmal von vorn angefangen werden muß. Möglich auch, daß der blau-schwarze Block ohne solche Verzögerung seinen Willen durchsetzt. Auf alle Fälle wird der Streit im bürgerlichen Lager verschärft, wird die Verwirrung vermehrt.

Je länger sie andauert, je heftiger der Streit im Lager ihrer Feinde wird, um so größere Aufgaben, aber auch um so größere Wirkensmöglichkeiten eröffnen sich der Sozialdemokratie. Die Herrenhausverhandlungen und -beschlüsse sind für das klassenbewußte Proletariat eine Aneinanderreihung der frechsten Herausforderungen. Der Versuch der geborenen und ernannten Gesetzgeber und der Regierung, die sogenannte Wahlreform direkt in ihr Gegenteil zu

verkehren, an die Stelle einer lächerlich erbärmlichen Zehntelsreform den Mandatsraub, die absolute Entrechtung der Arbeiterschaft zu setzen, die Wiederausgrabung des „Kulturträger"privilegiums und endlich die Reden, die diese Schandarbeit begleiteten, die giftigen Ausfälle auf das Reichstagswahlrecht, wobei einige Vertreter bürgerlicher Wissenschaft und bürgerlicher Selbstverwaltung die Junker schier zu überbieten suchten, die hochmütige Verachtung, die diese Drohnen der Nation der arbeitenden Klasse ins Gesicht zu schleudern wagten, alles das wird die Sozialdemokratie heimzuzahlen haben doppelt und dreifach. Der Kampf ist der Mutterboden, aus dem sie stetig neue Kraft zieht, und daß das Objekt des Kampfes so bald noch nicht in den Archiven des Landtags geborgen wird, dafür hat die Staatsmannskunst Bethmann Hollwegs und der blinde Reaktionseifer seiner Herrenhausgarde gesorgt. Ihrer Sache sicher, kann die Sozialdemokratie dem weiteren Verlauf der Dinge entgegensehen nicht im müßigen Abwarten, sondern Stoß auf Stoß führend in die Flanken ihrer uneinigen Feinde.

Die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der persischen Revolution.[1]

Von **Arschavir Tschilinkirian.**

I.

Die Völker Persiens haben mehr als drei Jahre lang gegen das alte Regime gekämpft, viel Blut mußte fließen, um das Joch des Schahs und des Absolutismus abzuschütteln. Vor der Revolution war Persien als ein Land bekannt, das am strengsten an seinen uralten religiösen, politischen und sozialen Traditionen festhielt. Jetzt aber lehnt es sich so entschieden gegen diese Traditionen auf, daß die Frage nach den Ursachen seines Aufstandes sich uns allen unmittelbar aufdrängt.

Die Geschichte der europäischen Revolutionen hat uns gezeigt, daß eine Revolution das Resultat der Entwicklung der Produktivkräfte eines Landes ist. Wer die persische Revolution genau untersucht, wird ebenfalls darin ihren Ursprung kennen.

Wie hat sich dieser Prozeß in Persien abgespielt?

Das Reich der Perser gehörte im Altertum zu jenen des orientalischen Despotismus, in denen es einem kriegerischen Nomadenstamm gelang, die Zentralgewalt zu erobern, welche zahlreiche Völker mit bäuerlichem Ackerbau und große Städte zusammenhielt. Als die Völker Assyriens und Babyloniens schon Ackerbau trieben und eine starke, in großen Städten konzentrierte Regierungsgewalt entwickelt hatten, waren die Perser, ein Stamm der Indogermanen, die auf dem Plateau von Iran wohnten, noch nomadische Jäger und Viehzüchter; die ökonomische Entwicklung vollzog sich eben nicht gleichmäßig auf der Erde. Ökonomisch standen die Perser hinter ihren Nachbarn zurück, aber als Jäger und nomadische Viehzüchter waren sie waffentüchtig und wohl vertraut mit der Kriegskunst. Im Verkehr mit Elamiten und Medern

---

[1] Wir haben erst kürzlich (in Nr. 28 vom 8. April) einen Artikel über die persische Revolution gebracht. Trotzdem veröffentlichen wir gern auch diesen, der von einem etwas abweichenden Standpunkt geschrieben ist und den ersteren ergänzt. Die Redaktion.

hatten sie deren Regierungsformen kennen gelernt; unter Cyrus' Führung, der Statthalter in einer medischen Provinz war, bemächtigten sich die Perser nach und nach Mediens, Lydiens, Babyloniens, Assyriens usw. In kurzer Zeit bildete sich das persische Riesenreich, dessen Grenzen im Westen bis zur Donau, im Osten bis nach Indien reichten. Selbstverständlich stellte dieses Reich wie auch die anderen Reiche des Altertums keine organische Einheit dar wie unsere heutigen Staaten, sondern es war ein Konglomerat, denn die Elemente, aus denen das Reich bestand, waren wirtschaftlich voneinander unabhängig.

Die Regierung des Perserreichs war von Anfang an absolutistisch und despotisch. Diese Regierungsform blieb unter den Dynastien der Achämeniden, Sassaniden, Seldschukiden bis zu der der Kadscharen immer dieselbe. Dies ist leicht zu verstehen, denn die Produktionsweise hatte sich in Persien während Jahrtausenden nicht geändert. Eine soziale Ordnung, die auf diesen ökonomischen Beziehungen basierte und die so lange erhalten blieb, mußte natürlich einen großen Einfluß auf alle Seiten des Lebens der persischen Völker zeitigen. Hätte ein anderes Volk an Stelle des persischen weniger konservativ sein können?

II.

Der Handel Persiens erreichte eine beträchtliche Ausdehnung an den Orten, wo die Zentralgewalt der Regierung ihren Sitz hatte. Reiche Mittel standen ihr zu Gebote — die angehäuften Steuern der Dorfgemeinden, die natürlich die Entfaltung des Luxus in den Verwaltungszentren begünstigten. Diese letzteren wuchsen und wurden zu großen Städten, in die die indischen, ägyptischen und andere Karawanen kamen. Der Handel revolutioniert die menschlichen Beziehungen: er erweitert die Verbindungen der einzelnen Gemeinden, er vertieft das Denken, er zerstört die alten patriarchalischen Anschauungen usw. Doch spielte sich der alte Handel fast ausschließlich innerhalb der großen Städte ab und ging kaum darüber hinaus. Infolgedessen beschränkten sich die Veränderungen, die er hervorrief, auf die Elemente, die in den Städten wohnten. Für den Bauer hörte die Welt außerhalb seiner Gemeinde auf.

Obwohl die persischen Städte schon seit altersher als Märkte für die Kaufleute dienten, obwohl vor der Entdeckung des Seewegs sämtliche indischen Karawanen, die nach dem Abendland wollten, Persien passieren mußten, konnte sich doch in Persien das Handwerk nicht rasch entwickeln wegen der geographischen Lage und wegen der häufigen Einfälle und der Herrschaft der Nomaden.

Wie im Altertum stand auch im Mittelalter Persien in regen Handelsbeziehungen zu Europa. Europäische Kaufleute kamen zu uns, um Seide, Edelsteine, Perlen usw. zu kaufen. Sie kamen aus Genua und Venedig, später aus Amsterdam und London. Aber auch dieser Handel war wie der des Altertums reiner Luxushandel und hatte auf die herrschende Produktionsweise keinen Einfluß.

Das änderte sich, als der industrielle Kapitalismus in Europa aufkam. Je weiter das neunzehnte Jahrhundert fortschritt, desto mehr drang der moderne Industrialismus auch in Persien vor.

Ein russischer Beobachter sagt darüber:

„Infolge verschiedener Veränderungen" (wir würden sagen: infolge der Entwicklung der kapitalistischen Industrie. Der Verfasser) „trat allmählich in den Aufgaben der ausländischen Kompanien eine Änderung ein: seit der zweiten Hälfte

des neunzehnten Jahrhunderts betrieben diese Kompanien nicht mehr die Ausfuhr aus Persien, sondern die Einfuhr nach Persien" (M. L. Tomara, Die ökonomische Lage Persiens, S. 98).

Tatsächlich bestanden gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts in allen größeren Städten Persiens ausländische Kaufhäuser — französische, italienische, englische, russische —, die in Persien Textilprodukte, Metallwaren, Zucker, Tee, Petroleum usw. einführten und noch einführen. Diese Waren werden nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern verkauft. Die Einfuhr steigert sich von Jahr zu Jahr, was der Leser aus folgenden Ziffern ersehen kann.

Aus Europa, Rußland und Indien wurden in Persien an Waren eingeführt:

1901/02	für 59715443	Rubel	1904/05	= 69982922	Rubel
1902/03	= 54688532	=	1905/06	= 78292618	=
1903/04	= 77007231	=	1906/07	= 86207854	=

Der Import ist also in wenigen Jahren um mehr als 26 Millionen Rubel (über 50 Millionen Mark) gestiegen. Der Unterschied wäre noch größer, wenn wir die Ziffern älterer Jahrgänge mit denen von 1906/07 vergleichen könnten. Diese Ziffern fehlen leider, denn bis zum Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts waren sämtliche Regierungsstellen ebenso wie die öffentlichen Einrichtungen — Zölle, Post, Paßwesen usw. — an Privatpersonen oder an die Minister und großen Würdenträger verpachtet. Diese führten keine Statistiken, denn mit der Pachtung dieser Einrichtungen wurden sie deren Herren im weitesten Sinne des Wortes und die Statistiken hätten ja nur den Grad der Ausbeutung und ihre Betrügereien ans Licht gebracht. In den Quellen, die uns zur Verfügung standen, fanden wir nur den Wert der aus Rußland 1884 eingeführten Waren, der sich auf 3921000 Rubel belief, und dann den der aus Rußland 1906/07 eingeführten Waren, der sich auf 45075933 Rubel bezifferte. Gleichzeitig mit der Einfuhr der Waren kam auch ausländisches Kapital nach Persien, das hier viel höhere Zinsen trägt als in Europa. Die Besitzer dieser Kapitalien begründeten Kreditanstalten. Die übrigen europäischen Bankiers nicht mitgerechnet, haben allein die russischen und englischen Banken in allen größeren Städten Persiens ihre Zweiganstalten und operieren jährlich mit Hunderten von Millionen.

III.

Durch die Einführung der durch Maschinen erzeugten Produkte wurde das Kleingewerbe in Persien mehr und mehr zugrunde gerichtet. Der kleine Handwerker konnte der Konkurrenz der europäischen Kapitalisten keinen Widerstand entgegensetzen.

Der Anfang des neunzehnten Jahrhunderts sah Persien im Kriegszustand mit Rußland, der mit einigen Unterbrechungen bis zum Frieden von Turkmantschai (1828) fortdauerte. Der Friede entlastete etwas die Bevölkerung. Seitdem hoben sich Handel und Handwerk ein wenig. Besonders das Handwerk hatte zu Beginn der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht, daß es nicht nur die Bedürfnisse des eigenen Landes befriedigen, sondern sogar Baumwoll- und Kupfererzeugnisse nach Kaukasien und der Türkei ausführen konnte. Doch nun kamen die europäischen Waren und nahmen dem persischen Handwerk nicht nur seine auswärtigen Absatzmärkte, sondern selbst die im eigenen Lande.

Gleichen Schritt mit der Entwicklung der Maschinentechnik in Europa hielt dort die Entwicklung des Militärwesens. Nach dem russisch-persischen Kriege hatten die Schahs erkannt, wie weit Persien in militärtechnischer Hinsicht zurückgeblieben, wie dringend notwendig Reformen im persischen Heere seien. Doch zur Durchführung dieser Reformen brauchte man Geld, sehr viel Geld. Um hier Abhilfe zu schaffen, verfügte die Regierung, daß die Steuern von den Bauern künftig in Geld eingetrieben werden sollten, so daß der Bauer gezwungen war, seine Produkte in der Stadt zu verkaufen.

Die kapitalistische Industrie ruinierte nicht allein das städtische Handwerk, sondern auch die bäuerliche Hausindustrie. Der Bauer konnte sich bald überzeugen, daß er, wenn er nur Ackerbau betrieb, für den Erlös seiner ländlichen Produkte in der Stadt fabrikmäßig hergestellte Stoffe kaufen konnte, die den auf dem Dorfe durch Handarbeit verfertigten überlegen waren. Die wirtschaftliche Entwicklung machte also aus dem Bauern einen Warenproduzenten. Der Handel im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts war in Persien auf eine ganz neue Basis gestellt, die wesentlich von der vergangener Zeiten verschieden war.

Wir haben eben auseinandergesetzt, wie sich die Aufgabe der europäischen Kaufleute änderte und wie sie den persischen Markt mit europäischen Fabrikaten überschwemmten. Doch blieben sie hierbei nicht stehen. Wenn die Kapitalisten einen Markt zum Absatz ihrer Waren brauchen, so brauchen sie ebenso auch Rohmaterialien. Daran ist Persien reich: Baumwolle, Wolle, Felle, Obst, Seide usw. gibt es im Überfluß. Die wachsende Nachfrage nach diesen Rohstoffen ließ ihre Produktion auf breiterer Basis entstehen, eine Produktion, die naturgemäß nur die ausüben konnten, denen reiche Produktionsmittel zu Gebote standen — Großgrundbesitzer, Großkaufleute und Bankiers. In kurzer Zeit entstanden bedeutende Baumwoll-, Wein- und Reisplantagen, in denen die Bauern und die ruinierten Kleinhandwerker arbeiteten, die ins Proletariat herabgesunken waren.

Die Produktion von Rohstoffen dehnt sich immer weiter aus, was man aus folgenden Ziffern sehen kann. Aus Persien wurden an Feldfrüchten, Fellen, Teppichen usw. nach Rußland, Europa und Indien ausgeführt:

1901/02	für 30119551	Rubel	1904/05	für 49592268	Rubel
1902/03	„ 37804015	„	1905/06	„ 58628666	„
1903/04	„ 50954900	„	1906/07	„ 70675368	„

Wenn wir die Ziffern der Ein- und Ausfuhr vergleichen, so bemerken wir, daß die Ausfuhr noch rascher wächst als die Einfuhr. Diese nahm von 1901 bis 1906 um 26 Millionen zu, die Ausfuhr um 40 Millionen.

Mit der Ausfuhr von Feldfrüchten und der Entwicklung des Handels nahm auch die Teppichmanufaktur zu. Vor Zeiten wurden die Teppiche von den Frauen der Nomaden für ihre eigenen Bedürfnisse hergestellt. In Europa fanden sie als Raritäten Absatz. Jetzt eröffnete sich ihnen ein großer Markt, nicht bloß in Europa, sondern auch in Amerika, daher wurden nun große Teppichfabriken von persischen kapitalistischen Unternehmern in den großen Städten Persiens ins Leben gerufen. In diesen Fabriken sind Tausende von Arbeitern beschäftigt. Allein aus Aserbeidschan wurden 1906/07 Teppiche im Werte von 680626 Pfund Sterling (zirka 14 Millionen Mark) ausgeführt.

Ebenso entwickelte sich der Handel im Innern. Obgleich uns Statistiken fehlen, die diesen Fortschritt zeigen, so wird doch niemand das Gegenteil be-

haupten wollen angesichts der großen Reis-, Tabak- und Opiumpflanzungen. Wenn die Reisausfuhr nach Rußland allein schon einen Wert von 10 Millionen Mark pro Jahr repräsentiert, so muß der Binnenhandel mit der Ware diesen Wert um ein Mehrfaches übersteigen. Zur besseren Illustration dieses Vorgangs wollen wir nur hinzufügen, daß eine englische Tabakgesellschaft (Imperial Tobacco Corporation of Persia), die ein Jahr lang existierte, in dem einzigen Jahre 1891 15000 Tonnen Kaliuntabak, 5000 Tonnen Pfeifentabak und 650 Tonnen Zigarettentabak verkaufte. Seither hat sich der Tabakanbau noch weiter verbreitet.

IV.

Die ökonomische Entwicklung warf Persien also in die Bahn der kapitalistischen Produktion. In den größeren persischen Städten, wie Täbris, Teheran, Schiras, Meschhed, Rescht, Isfahan, siedelten sich Kaufleute, Bankiers, kapitalistische Unternehmer, Handwerker und Arbeiter an. Der neue Handel zerstörte den Partikularismus der verschiedenen Elemente, aus denen Persien besteht. Die Provinzen, die einst wirtschaftlich voneinander unabhängig waren, hatten ihre besonderen Gesetze und Gebräuche. Selbst ihre Münzen, Maße und Gewichte waren voneinander verschieden. Jeder Khan war König in seiner Provinz. Dies hemmte den Aufschwung des neuen Elementes in Persien, der Klasse der Kaufleute. Die Handelsbourgeoisie verlangte Befreiung von diesen Fesseln und die Schaffung einer legislativen und administrativen Zentralgewalt im Lande. Und die letzten Könige Persiens aus der Dynastie der Kadscharen erfüllten die Wünsche der neu entstandenen persischen Bourgeoisie, denn es war hauptsächlich die Klasse der Kaufleute, die Geld ins Land brachten, dessen Mangel sich so lebhaft im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts fühlbar machte. Die Schahs selbst, wie Fath Ali und Nassr ed Din, versuchten die Entwicklung des Handels im Lande möglichst zu fördern.

Man kann ja zwar in Persien jetzt noch die letzten Spuren der alten Khanate, der Herrschaft der Feudalherren, finden, doch waren im großen ganzen die Khanate schon unter Nassr ed Dins Regierung verschwunden, und an Stelle des früheren Partikularismus trat die politische Zentralisation. Früher wurden die Steuern von dem Feudalherrn, dem Khan, eingetrieben, und dieser sandte einen Teil davon dem König. Bis zum Jahre 1879 hatte jeder Khan das Recht, Münzen mit seiner Aufschrift prägen zu lassen, wofür er dem König eine Steuer erlegen mußte. Das Gewicht und der Wert der in den einzelnen Khanaten geprägten Münzen zeigten große Verschiedenheiten. Eine unter Fath Alis Regierung 1877 veranstaltete Untersuchung zeigt uns den Unterschied in Gewicht und Wert des persischen Kran:

Name der Stadt	Gewicht in Gramm	Wert in Franken
Hamadan	4,95	0,836
Kaschan	5,03	0,91658
Masandaran	4,97	0,2277
Teheran	5,02	0,004
Täbris	4,90	0,8926
Meschhed	4,90	0,91 usw.

Im Jahre 1879 verbot die Regierung den Khans, Münzen zu prägen, und man fing an, im Staatsschatz zu Teheran Krans herzustellen. Das sind jene Krans, alle gleich an Wert und Gewicht, die jetzt in allen Provinzen Persiens Kurs haben.

Mit der politischen Zentralisation verloren die alten Feudalherren ihre Bedeutung, doch suchte die Regierung den großen Adel durch Verleihung von Ämtern zu entschädigen. Die kleinen und mittleren Feudalherren, die unter dem alten Regime die Verwaltung ausgeübt hatten, gingen dabei leer aus, doch befriedigte sie die Regierung durch die Gewährung staatlicher Pensionen.

Mit der Entwicklung des Handels kam auch mehr Geld ins Land. In einem Jahre führten die Firmen Gebrüder Toumanian, John Castelli, die Kaiserlich Persische Bank und die Filiale der Internationalen Moskauer Bank 286450 Kilogramm Silber ein im Werte von 6500000 Tomans (1 Toman Silber rund gleich 4 Mark).

Wir haben weiter oben gesehen, daß die Regierung Geld zur Reformierung des Heeres brauchte. Aber das ist noch nicht alles. Die Einfuhr europäischer Waren erhöhte die Ausgaben des Königs, der Fürsten und der größeren und kleineren Feudalherren. Um Geld zu bekommen, mußten die kleineren Adligen ihre Güter an die Großkaufleute und die eingeborenen Bankiers verkaufen. Bei den großen Adligen, den Fürsten und Königen war das Bedürfnis nach Geld natürlich noch größer. In ihren Händen befanden sich Verwaltung und Regierungseinrichtungen des Landes. Um Geld zu bekommen, verfügten sie, daß die Zölle, die Post, der Telegraph, die Steuern, mit einem Worte sämtliche staatlichen Einrichtungen verpachtet würden. Der Staatspächter bezahlte die Pacht auf einmal und wurde damit unumschränkter Herr auf dem gepachteten Gebiet. Der Pächter konnte hier seine Gesetze geben und ganz nach seinen Launen schalten und walten. Hatte er zum Beispiel die Zölle gepachtet, so konnte er ihre Höhe willkürlich festsetzen; er hatte volle Freiheit, den einen Kaufmann mit Abgaben zu überlasten und die Waren eines anderen zollfrei passieren zu lassen. Mit einem Worte, er hatte hier volle gesetzgebende und regierende Gewalt. Da die Pächter in ständiger Angst lebten, ihre Konkurrenten könnten sie nach Ablauf ihres Pachtvertrags durch einen höheren Pachtzins überbieten, so suchten sie aus dem Volke während der Dauer ihres Kontraktes in der grausamsten Weise herauszuschinden, was herauszuschinden war. Daß dieses System einer günstigen Entwicklung des Handels sehr hinderlich war, das erkennt selbst M. L. Tomara, der russische Beamte, an, der vom russischen Finanzministerium 1893 nach Persien gesandt worden war, um den russisch-persischen Handel an Ort und Stelle zu studieren.

„Was die finanzielle Organisation und die Art und Weise, die Steuern einzutreiben, anbelangt", sagt Tomara, „so kann man tiefwurzelnde Fehler finden, die dem ökonomischen Wohlstand des Landes schaden und die Entwicklung des europäischen Handels in Persien hemmen. Das Finanzsystem Persiens beruht auf der Verpachtung der Staatseinkünfte, infolge deren die finanziellen, administrativen und gerichtlichen Funktionen der Staatsbeamten miteinander in Konflikt kommen" (Tomara, Ökonomische Lage Persiens, S. 78, 79).

Die Verpachtung der Zölle, der Post und des Telegraphen wurde zu Beginn der Regierung Nassr ed Dins abgeschafft, denn die Einnahmen aus diesen Einrichtungen sollten die russische Anleihe amortisieren.

Außer Zöllen und Post waren auch alle Regierungsämter verpachtet. Der Großwesier, die Minister und die Gouverneure der Provinzen und Distrikte kauften ihre Stellen von der Regierung und preßten aus dem Volke zehn-, hundertmal mehr heraus, als sie dafür an Pacht bezahlt hatten. Die Diener und Beamten der Minister und Gouverneure erhielten keinen Lohn von ihren

Herren, sie mußten auf Kosten des Volkes leben. Ebensowenig bezahlte die Regierung die Polizeibeamten. Die ganze Polizei, die entweder den obersten Ministern oder den Gouverneuren unterstand, mußte von den Peschkaschs (Trinkgeldern) der Bürger und von den Geldbußen der Verhafteten leben. Die Farraschs (Polizisten) lauerten gierig auf jeden Schuldigen, um ihn bis zum letzten Heller auszuziehen.

In den Dörfern ging es noch schrecklicher zu. Die Bauern mußten nicht nur den Steuerpächtern die drückenden Steuern bezahlen, sie mußten auch noch die durch das parasitische Leben frech gewordenen Diener der Grundbesitzer erhalten, die Regierungsbeamten und deren Reittiere. Sie mußten den Grundbesitzern Jahr für Jahr Hühner, Schafe und Eier schicken, sie mußten ihnen wertvolle Geschenke darbringen, wenn sie sich verheiraten wollten usw.

Die gerichtlichen Zustände des Landes befanden sich in einem noch schlimmeren Zustand. Der Generalgouverneur, der auch mit den richterlichen Funktionen betraut war, erkannte einfach den als schuldig und strafbar, dessen Lösegeld zu klein war. Nur der vermochte sich loszukaufen, der dem Gouverneur ein größeres Lösegeld anbieten konnte. Es kam öfters vor, daß die Gouverneure an ein und demselben Tage sich widersprechende Befehle gaben.

V.

Wir haben weiter oben ausgeführt, daß die Perserschahs nach dem russisch-persischen Kriege (1828) den Wunsch hegten, die persische Armee möglichst zu reformieren. Doch kamen nach Nassr ed Din die Heeresreformen bald zum Stillstand. Gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts war Persien zum Markt der beiden Riesenstaaten Rußland und England geworden. Vielleicht dachte sogar einer der beiden Rivalen, Rußland zum Beispiel, an eine Annexion von Persien, doch wäre dann unmittelbar nachher ein Krieg zwischen Rußland und England unvermeidlich gewesen. England verfolgt in Persien nicht allein kommerzielle, sondern auch politische Ziele. Es kann keineswegs zugeben, daß der Persische Golf unter Rußlands Oberhoheit kommt, da es dann für Indien bangen muß. Deshalb befolgten beide, Rußland wie England, die Politik des „friedlichen Eindringens" in Persien. Der Konkurrenzneid zwischen beiden Mächten sicherte Persien seine politische Freiheit. Die Schahs brauchten sich nicht mehr um die Unterhaltung eines starken Heeres zu kümmern, da die Ferraschs hinreichten, die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten; im Gegenteil, jetzt konnten die Minister und die hohen Beamten einen großen Teil der Summen einsacken, die ursprünglich für das Heer bestimmt waren. Die Armee löste sich auf, und unter Muzaffer ed Dins Regierung blieb kaum ein Schatten von ihr übrig. In militärischer Hinsicht war die Regierung so schwach, daß sie sogar manchmal einen rebellischen Eingeborenenstamm nicht unterwerfen konnte, dessen Kämpferzahl sich kaum auf ein paar Hunderte belief.

Obwohl der Hof, die Fürsten und die hohen Beamten beinahe sämtliche Staatseinnahmen verschluckten, war doch der Staatsschatz seit Nassr ed Dins Zeiten immer leer. Gleich nach seiner Thronbesteigung nahm Muzaffer ed Din eine Anleihe in Rußland auf, die jedoch nicht lange vorhielt. Eine zweite Anleihe folgte der ersten. Die Millionen, die der Schah diesmal bekam, verschwendete er selbst in Europa, soweit sie nicht in den Taschen seiner Minister und Günstlinge verschwanden.

Die Ausbeutung der Feudalherren blieb aber hierbei nicht stehen. In den Städten gab es viele Kaufleute, Handwerker, Bauunternehmer und Arbeiter, das heißt Elemente, die die ländlichen Erzeugnisse, Weizen, Gerste, Butter usw., kauften. Die Besitzer der politischen Macht, die Minister, Gouverneure usw., verbündeten sich nun mit den Großgrundbesitzern zu den frechsten Spekulationen zur Ausbeutung der städtischen Konsumenten. Sie bildeten Syndikate, trieben die Getreidepreise in die Höhe und erzeugten so künstlich Hungersnöte. Der Khalwar (588 Kilogramm) Getreide, der 1890 10 bis 17 Mark gekostet hatte, stieg 1895 auf 85, ja später sogar auf 150 Mark. Infolgedessen war das Brot, das in den letzten Jahren verkauft wurde, alles andere, nur kein Brot.

Dasselbe geschah mit den andern Lebensmitteln. Die Volksmassen hatten furchtbar unter diesen wiederholten Hungersnöten und dieser unerhörten Teuerung zu leiden. Die Arbeitermassen konnten kaum ihr Leben fristen, sie verarmten rasch und kamen physisch und moralisch herunter. Auf der anderen Seite konnten die Mitglieder dieser Aushungerungsgenossenschaften ihren Besitz an Grundstücken, ja an ganzen Dörfern, vermehren. Um ein Beispiel von der Konzentration des Bodens in Persien zu geben, sei bloß Sillih Sultan erwähnt, der ehemalige Generalgouverneur der Provinz Isfahan, der jetzt im Exil lebt. Dieser allein besitzt 1200 Dörfer, ein ganzes Königreich für sich. Wie grausam die Ausbeutung der Feudalherren war, besonders während der letzten Jahre, da der orientalische Despotismus noch in Persien herrschte, das kann die Sozialgeschichte dieser Jahre zeigen, die man wirklich eine Geschichte des Elends und der Hungersnot nennen könnte. Das Maß war voll; das Volk durchbrach mit instinktivem Drang die Ketten seiner Traditionen, es fiel wütend über die Großgrundbesitzer her, es plünderte ihre Güter und Scheuern. Am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts brachen fast an allen Punkten des Reichs die Volksaufstände mit dem Schrei nach Brot aus, je unerträglicher die Grausamkeit der Feudalherren wurde. Die Plünderung und die Zerstörung beruhigte die Erbitterung des Volkes, ja sie führten sogar zeitweilig Besserungen herbei, freilich nur zeitweilig. Sie bereiteten indessen das Volk auf die Zukunft vor. (Schluß folgt.)

Zum Kampfe im Baugewerbe.

Von **August Bringmann**.

Hamburg, 7. Mai 1910.

„Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendigt, daß er seinen Arbeitslohn bar ausbezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.“, sagt das Kommunistische Manifest, und damit ist schon angedeutet, daß die Interessen der Bourgeoisie in Kollision geraten, wenn große Arbeitermassen infolge einer Aussperrung gar keinen Arbeitslohn bekommen, also ausgehungert werden sollen. Damit erklärt es sich auch, daß die „Presse beinahe einstimmig und entschieden sich auf die Seite der ausgesperrten Bauarbeiter gestellt hat“. Und in der Tat, die bürgerliche Presse findet teils recht scharfe Worte gegen „die brüllenden Baulöwen“. In einem geheimen Rundschreiben vom 30. April an seine Unterverbände, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen Gelegenheit hatte, teilt der Vorstand des Unternehmerbundes

für das Baugewerbe jedoch mit, daß er „jeden Mittag, 2 Uhr, 150 große deutsche Tageszeitungen“ mit Artikeln füttert, „einige Redakteure besonders maßgebender Zeitungen sind vom Geschäftsamt aus persönlich besucht“ und für die Sache der Scharfmacher gewonnen. Wie sich unter diesen Umständen die bürgerlich-kapitalistische Preßtätigkeit gestaltet, möchte ich an einem bemerkenswerten Beispiel zeigen, das einem weithin leuchtenden Schlaglicht gleichkommt.

Wie die Reichsregierung und einige Regierungen von Bundesstaaten versucht haben, den Kampf im Baugewerbe zu vermeiden, so auch viele Stadtverwaltungen. Unter anderen auch der Oberbürgermeister von Nürnberg, der als Sozialistenfeind hinlänglich bekannte Geheime Hofrat Dr. v. Schuh. In der Nürnberger Magistratssitzung vom 15. April teilte er nach dem „Fränkischen Kurier“ mit, daß er tags zuvor mit noch zwei Herren mit den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter verhandelt habe, „um zu versuchen, ob nicht doch noch eine Einigung herbeizuführen und eine Aussperrung mit ihren bedenklichen Folgen fernzuhalten sei. Leider sei aber eine Einigung nicht erfolgt, da zwar die Arbeitervertreter mit der Fortdauer des bisherigen Arbeitstarifs einverstanden waren, die Arbeitgeber jedoch erklärten, von den Abmachungen des Zentralverbandes und namentlich den Dresdener Beschlüssen nicht abgehen zu können und nicht abgehen zu wollen. Deshalb sei es überhaupt nicht möglich gewesen, über einzelne Punkte zu verhandeln.“

Bereits am nächsten Tage versuchte der „Fränkische Kurier“ den klaren Sachverhalt umzukehren, die Arbeiter anzuschuldigen und die wilde Kampfeslust der Unternehmer zu rechtfertigen.

„Wie die Arbeiter ihre Genossen so und so oft wider deren Willen gezwungen haben, in den Ausstand zu treten, so muß jetzt jeder Arbeitgeber aussperren, er mag wollen oder nicht. Die Arbeiter haben kein Recht, zu klagen; wie du mir, so ich dir! Der neue Arbeitsstreit wird anscheinend ein Kampf sein, wie ihn Fürst Bismarck einmal nach einem französischen Sprichwort charakterisierte: Seigner jusqu'au blanc. Das ist der A d e r l a ß, b i s d a s W e i ß e k o m m t.“

Der Artikel genannten Blattes richtet sich, wie so viele in anderen kapitalistischen Zeitungen, gegen die „Sentimentalität“ der Reichs-, Staats- und Stadtverwaltungen, die zum Frieden rieten. Das Zitat aus einer Rede Bismarcks ist nicht zufällig herangezogen, sondern es umschreibt in der Tat die Kampfparole der Unternehmer.

Der Gewaltigste des Unternehmerbundes für das Baugewerbe, F e l i s c h, jetzt ein hochbetagter Greis, verfocht jene Parole schon in seiner „Baugewerkszeitung“ im Jahre 1878 während der großen Sozialistenhetze. „Unsere Maßregeln gegen die Sozialdemokratie müssen energisch und mannhaft sein!“ So schrieb er damals. „Die Mittel sind entschieden, aber einfach: Ausschluß aller Sozialdemokraten als Umstürzler und Kriegserreger aus allen Gesellschaften und Körperschaften; Versagung jeder Arbeit an solche Arbeiter, die sich zur Sozialdemokratie bekennen; keine Wohnungsvermietung und überhaupt keine Gemeinschaft mit Sozialdemokraten. Führen wir ein Jahr diesen Krieg mit Mut und Ausdauer, und auch bei uns wird die Sozialdemokratie verschwunden sein.“ Der Mann hat seitdem nichts hinzugelernt, er meinte bei den Verhandlungen am 8. April dieses Jahres im Reichstagsgebäude: „Wir sind weiß Gott nun schon lange genug Amboß gewesen, schon ein Jahrzehnt. Da werden wir doch dazu gebracht, endlich zu versuchen, wieder einmal Hammer zu werden.“

Die beiden Zentralen der Unternehmerverbände, die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ und der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ waren am 19. April in Berlin beisammen, um den Bauunternehmern mit der Erklärung den Rücken zu steifen, sie „erkennen durchaus an, daß das Vorgehen des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe berechtigt gewesen ist und daß den immer weiter gehenden Ansprüchen und Bestrebungen der Arbeiterorganisationen auch einmal der berechtigte Standpunkt des Arbeitgebers entgegengesetzt werden muß“. Sie wollen ihren Klassengenossen also helfen, „wieder einmal Hammer zu werden“. Und es scheint ihnen damit ernst zu sein, denn sie haben ihre Mitglieder angewiesen, „mit aller Sorgfalt darauf zu achten, daß keine Bauarbeiter angestellt werden . . .; die Fertigstellung der Bauten um diejenige Zeit zu verlängern, welche der Kampf im Baugewerbe dauert“, und „Mitgliedsfirmen, die Bauarbeiten in eigener Regie ausführen, sollen die Arbeit nach Möglichkeit gänzlich einstellen oder nur dann zur Ausführung bringen, wenn es sich um dringend notwendige Reparaturarbeiten handelt“. Ihre Unterverbände beschließen entsprechend, alle Zeitungen sind davon voll. Ich gedenke diese Eingriffe von Außenseitern im Auge zu behalten und später darauf zurückzukommen.

Die Absicht zum „Aderlaß, bis das Weiße kommt“, ist also auf seiten der organisierten Unternehmer vorhanden. Allein die Interessen eines Teiles der Unternehmer geraten mit dieser Scharfmacherei in Widerspruch. Jene Interessenten sind Gegner der Aussperrung, nicht etwa aus Liebe zu den Arbeitern, sondern um sich vor dem Untergang zu sichern!

Die „Vossische Zeitung“ vom 14. April setzte auseinander, wie der Handel mit Baumaterial unter dem Kampfe zu leiden habe, und sie meinte am Schlusse ihres Artikels: „Die Interessenten am Baumarkt werden alles in allem mit gewichtigen Bedenken in die Zukunft zu blicken haben. Sie werden nicht allein um den Absatz ihrer Ware, um die Gestaltung ihrer Preise, sondern vor allen Dingen — und das ist der wundeste Punkt für den gesamten Baumaterialienhandel — um die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit ihrer Abnehmer besorgt sein müssen.“ Hier sind wir bei einer sehr intimen Seite des gesamten Kapitalismus: der Lieferant hat seinen Abnehmer zahlungsfähig zu erhalten! Und doch ist das kein Geheimnis. Unsere „Leipziger Volkszeitung“ weist in ihrer Wirtschaftlichen Rundschau vom 9. April schon darauf hin, daß viele Tausende von Bauunternehmern ganz und gar auf den Kredit angewiesen sind. Solange sich das Rad dreht, solange es möglich ist, zu bauen, finden sie immer wieder neuen Kredit; alte Schulden werden abgestoßen, neue werden kontrahiert, und damit wird die Karre weitergeschleppt. In dem Augenblick aber, wo der Kreislauf ins Stocken gerät, wo die angefangenen Bauten nicht weitergeführt, neue nicht in Angriff genommen werden können, versagt auch der Kredit, neue Geldgeber finden sich nicht, an Aufnahme von Hypotheken ist nicht zu denken, während die alten Gläubiger drängen. So ist die Pleite fertig. Und davor kann keine Organisation diese Leute schützen.

Es handelt sich da um Riesensummen, die die Organisation den in Schwierigkeiten geratenen Bauunternehmern zur Verfügung stellen müßte, um sie während der Aussperrung über Wasser zu halten, Summen, die in vielen Fällen verloren wären, weil trotzdem schließlich die Pleite über diese Leute hereinbrechen kann.

Freilich, es ist auch nicht bloß einfache Scharfmacherei, die zur Stillegung der Baubetriebe drängt und ihre Stillegung möglichst lange erzwingen möchte; es stecken auch kapitalistische Interessen dahinter. Unsere „Münchener Post“ verweist in ihrer Nummer vom 22. April darauf, daß es schon im Jahre 1906 nicht an Befürchtungen fehlte, daß die Terrainspekulation einen allgemeinen Baukrach herbeiführen werde, und ein solcher wäre wohl auch nicht ausgeblieben, wenn nicht die Großbanken sich der Terrainspekulation bemächtigt hätten. Diese wünschen nun die Brachlegung des Baugewerbes, um die Erschließung ihrer Terrains hinauszuschieben, sonst könnten sie zur Bebauung ihrer Terrains gezwungen werden, und dann wäre der Krach da, weil eben diese Terrains überlastet sind. Stellenweise haben Terraingesellschaften allerdings momentan entgegengesetzte Interessen. In Berlin zum Beispiel bot sich gleich nach den Generalversammlungen der Gewerkschaften ein Verein der Terraingesellschaften zum Friedensvermittler an. Und in Hamburg dürften ebenfalls Terraingesellschaften, deren Terrains in der Bebauung begriffen sind, einer Aussperrung entgegengewirkt haben.

Genug, die kapitalistischen Interessen sind doch recht verschieden, der „Aderlaß, bis das Weiße kommt“, ist nicht so leicht zu vollziehen, wie es sich die Scharfmacher gedacht und wie es — ich möchte es offen aussprechen — viele Gewerkschafter gefürchtet haben. Die Scharfmacher sind denn auch darüber fuchswild, daß „die Taktik der Arbeiterführer ersichtlich darauf hinausgeht, den Kampf möglichst in die Länge zu ziehen“, daß sie „die Organisationen bei denjenigen Firmen, die außerhalb des (Unternehmer-)Verbandes stehen, ruhig weiterarbeiten lassen, ohne an dieselben mit ihren Forderungen heranzutreten“ („Baugewerkszeitung“ vom 27. April). Die Scharfmacher hätten lieber gesehen, die Gewerkschaften wären von der Abwehr zum Angriff übergegangen, dann wäre ihnen der Kampf leichter geworden.

Es ist allerdings verständlich, daß die Scharfmacher von vornherein darauf spekuliert haben, die Arbeiter der Bauberufe würden die Aussperrung mit einem Gegenangriff beantworten, denn sie wissen genau, wie sehr Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen im Baugewerbe ein Bedürfnis sind. „Unsere Genossen stehen zähneknirschend mit Gewehr bei Fuß“, wurde auf den Generalversammlungen der in Frage kommenden Gewerkschaften immer wieder ausgeführt und mit tosendem Beifall begleitet. Aber die Aufklärung in den Arbeiterreihen ist erfreulicherweise so weit vorgeschritten, daß man nicht mehr blindlings ins Verderben rennt. Erst muß das neue Schlachtfeld gehörig aufgehellt sein, das die Unternehmerverbände geschaffen haben, bevor der Aufmarsch zum aussichtsvollen Angriff erfolgen kann!

Von diesem Standpunkt sind auch die lokalen Tarifabschlüsse zu werten, die inzwischen vollzogen sind. Der Tarifabschluß in Hamburg und Berlin.

In Hamburg ist im Vorjahr ein langwieriger Kampf geführt worden, der das Zugeständnis zeitigte, daß der Stundenlohn im Jahre 1910 auf 85 Pfennig kommen soll. Vom 1. April 1910 ab beträgt der Stundenlohn 83 Pfennig und vom 1. Juli ab 85 Pfennig. Damit kommt der Hamburger Stundenlohn um 10 Pfennig über den Berliner hinaus, der 75 Pfennig beträgt. Er ist mit der neunstündigen Arbeitszeit tarifvertraglich bis zum 31. März 1913 festgelegt. Bevor die Lohn- und Arbeitsbedingungen im übrigen Deutschland nicht ganz erheblich bessere werden, haben weitere Verbesserungen in Hamburg keine Aussicht auf Erfolg. Und da das Hamburger Unternehmertum bereits im Vorjahr

aussperrmüde geworden war, dürfte es selbstverständlich erscheinen, daß in Hamburg ein Tarifvertrag zustande kam.

In Berlin liegt die Sache allerdings nicht so einfach, obgleich auch dort der Tarifabschluß eine Selbstverständlichkeit darstellt. In Berlin ist im Jahre 1907 um den Achteinhalbstundentag und 80 Pfennig Stundenlohn gekämpft worden. In der zweiten Augustwoche 1907 arbeiteten 7412 Maurer und 5117 Zimmerer zu den geforderten Bedingungen. Noch kein voraufgegangener Streik hatte in Berlin ein so günstiges Resultat gezeitigt als dieser. Bei allen früheren Streiks in Berlin hatte die nachfolgende aufsteigende Konjunktur nachholen müssen, was der Streik nicht geschafft: Die völlige Anerkennung der geforderten Bedingungen. Diesmal schlug der wirtschaftliche Aufschwung jedoch in eine Krisis um und die Unternehmerorganisation beschloß, im Laufe des Winters den Stundenlohn bis auf 65 Pfennig zu reduzieren. Nach einer Statistik vom 25. März 1908, welche über die Arbeitszeit und die Stundenlöhne von 3913 Zimmerern Auskunft gibt, hatten nur noch 459 einen achteinhalbstündigen oder kürzeren Arbeitstag, 3454 Zimmerer einen längeren; 624 Zimmerer bezogen noch 80 Pfennig oder einen höheren Stundenlohn, 3289 einen geringeren; den von der Unternehmerorganisation beschlossenen Stundenlohn von 65 Pfennig oder einen noch geringeren Stundenlohn bezogen allerdings nur 482 Zimmerer. Von den Maurern liegen Zahlen nicht vor, aber es sah bei ihnen nicht besser aus. Der Streikerfolg vom Jahre 1907 war zunichte gemacht! Bei den Tarifverhandlungen im Jahre 1908 wurden für Berlin die neunstündige Arbeitszeit und 75 Pfennig Stundenlohn bis Ende März 1910 festgesetzt, obwohl nach einem am 17. April 1907 gefällten, von den Berliner Bauleuten aber abgelehnten Schiedsspruch des dortigen Gewerbegerichts der Stundenlohn für 1907 auf 78 Pfennig, für 1908 auf 80 Pfennig und für 1909 auf 82 Pfennig gebracht werden sollte. Unter der überaus traurigen Geschäftskonjunktur im Frühjahr 1908 wurde dem Tarifabschluß mit neunstündiger Arbeitszeit und 75 Pfennig Stundenlohn zugestimmt. Befriedigen konnte er natürlich nicht. Nun ist wiederum ein Tarifabschluß auf der Basis der neunstündigen Arbeitszeit bis Ende März 1913 zustandegekommen; der Stundenlohn steigt Anfang August dieses Jahres um 3 Pfennig und Anfang Oktober 1911 nochmals um 2 Pfennig, so daß dann der Stundenlohn von 80 Pfennig erreicht wird. Es ist sicher einem jeden schwer gefallen, diesem Tarifabschluß zuzustimmen, allein in der gegebenen Situation blieb nichts anderes übrig. Der Ablehnung wäre die Aussperrung auch in Berlin auf dem Fuße gefolgt und mit ihr wäre den Scharfmachern im Unternehmerbunde ein großer Gefallen getan. Sie haben nichts unversucht gelassen, die Vereinbarung in Berlin zu hindern! Und in seinem Rundschreiben vom 30. April klagt der Vorstand des Unternehmerbundes bitter, „wie schwer die Einzelverhandlungen in Berlin (seine Scharfmacherei) geschädigt haben".

War der Tarifabschluß in Berlin unter der gegebenen Situation eine Selbstverständlichkeit, so ist es aber nicht minder selbstverständlich, daß er nicht befriedigen kann. Es fragt sich nur, zu welchen Konsequenzen die Unzufriedenheit mit dem Tarifabschluß führt. Sie kann für die Aufwärtsbewegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr wertvoll sein; sie kann aber auch bewirken, daß die Berliner Bauleute auf lange Zeit hinaus bis zur Kampfunfähigkeit geschwächt werden. Das letztere würde unfehlbar eintreten, wenn die Syndikalisten größeres Terrain in der Berliner Arbeiterbewegung gewännen. Sie sind mit

allen schäbigen Mitteln bemüht, die in der Natur der Sache liegende Unzufriedenheit mit dem diesjährigen Tarifabschluß gegen die Gewerkschaften zu steuern. Vorderhand ist freilich nicht zu befürchten, daß sie mit ihren Machinationen großes Terrain gewinnen, weil jeder nicht bornierte Arbeiter einsehen muß, daß ihr Treiben eine wesentliche Hilfe für die schamlosesten Ausbeuter bedeutet. Sie versuchen nämlich, die Berliner Arbeiter dafür zu gewinnen, ihre im übrigen Deutschland ausgesperrten Genossen nicht zu unterstützen.

Mit den Tarifabschlüssen in Hamburg und Berlin und in einigen kleineren Orten sind den Scharfmachern, wie schon die „Leipziger Volkszeitung" richtig sagt, einige Rippen gebrochen, aber noch nicht das Rückgrat! Das Ausscheiden aller dieser Orte aus der Aussperrung ist noch kein Sieg, der die Bauunternehmer im ganzen Reiche ohne weiteres zur Kapitulation zwänge. Das Baugewerbe des einen Ortes ist von allen anderen Orten unabhängig! Immerhin, jede lokale Vereinbarung stärkt die Position der Arbeiter, und nachdem der außerordentliche Gewerkschaftskongreß am 25. April durch einmütige Annahme einer Resolution den ausgesperrten Arbeitern der Bauberufe seine vollste Sympathie ausgesprochen und sämtliche organisierten Arbeiter Deutschlands aufgefordert hat, ihre Solidarität durch sofortige allgemeine Sammlungen zu beweisen, ist nicht nur die Gewähr gegeben, daß das Scharfmachertum sein Ziel, die Gewerkschaften niederzuwerfen, nicht erreicht, sondern in diesem Kampfe wird sich auch die Aussperrwut des Unternehmertums merklich abkühlen. Darauf kommt es vor allem an!

Die Zahl der Ausgesperrten hat der Vorstand des Unternehmerbundes für das Baugewerbe in der ersten Aussperrungswoche auf 200000 angegeben und jetzt auf 186000 reduziert, aber auch diese Angabe beruht nicht auf genauer Zählung; alle von seinen Unterverbänden angegebenen Zahlen schließen mit dem untrüglichen Zeichen der Oberflächlichkeit, mit Nullen. Hingegen gibt der Maurerverband die Zahl seiner Ausgesperrten auf 64361 an, der Zimmererverband die seinigen auf 21560, der Bauhilfsarbeiterverband zählt 23983 Ausgesperrte, außerdem gehören 5500 ausgesperrte Bauhilfsarbeiter zu anderen Verbänden, und die Christlichen geben 13224 Ausgesperrte an. Zusammen also 128628 Ausgesperrte! Davon sind mittlerweile mehrere Tausend anderweitig in Arbeit getreten und aus den Aussperrungsgebieten abgereist. Über die Zahl der in Mitleidenschaft gezogenen Familienangehörigen und die Verschiebungen durch Ab- und Zugang lassen sich erst dann zuverlässige Feststellungen machen, wenn die Gewerkschaften ihren Ausgesperrten Unterstützung zahlen. Der Vorstand des Unternehmerbundes teilt in dem oben erwähnten Rundschreiben vom 30. April seinen Unterverbänden allerdings mit, „daß erst jetzt der eigentliche Kampf beginnt und die Zeit, wann derselbe zu beenden sein wird, noch gar nicht abgeschätzt werden kann". Die Unternehmerverbände hätten sich „auch noch auf weitergehende Maßnahmen einzurichten, als bis jetzt von der Bundesleitung angeordnet sind. Von einem Verhandeln, wie es so vielfach von unberufenen Vermittlern angeboten wird, kann gar keine Rede sein. . . . Weder Magistrate, noch Regierungspersonen, noch Sozialideologen" hätten einen Anspruch darauf, daß die Unterverbände des Bundes „sich auf faule Friedensvorschläge einlassen. . . . Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende".

Das Budget des deutschen Arbeiters – eine Statistik des Elends.

Von Dr. A. Lipschütz.

(Schluß.)

3. Die Ausgaben der Arbeiter.

Aus der Betrachtung über die Art und Weise, wie der Arbeiter seine Gesamteinnahme zusammenbringt, wie er bestrebt ist, alle zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte — Nebenverdienst, Arbeit der Frau und der Kinder, Abvermietung — auszunutzen, wird es wahrscheinlich, daß das Maximum seines Gesamteinkommens stets und immer nur das Minimum dessen ist, was der Haushalt des Arbeiters an Einkommen bedarf. Eine Betrachtung über die Ausgaben des Arbeiterhaushaltes bestätigt das vollauf.

A. Die Ausgaben in verschiedenen Einkommenstufen.

Über die Ausgaben der Arbeiter in der Statistik der Metallarbeiter orientieren die folgenden Tabellen:

Tabelle XIV.

Zahl der Haushaltungen	Durchschnittl. Zahl der Familienzugehörigen	Einkommenstufe	Gesamtausgaben	Die durchschnittlichen Ausgaben betragen für: Nahrungsmittel	Genußmittel	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Versicherungs- und Vereinsbeiträge	Kleidung, Neuanschaffung, Reparaturen	Bildung und Unterhaltung	Sonstiges
12	2,83	Unter 1200 Mark	1145,93	564,82	75,36	143,24	56,52	69,95	143,26	19,50	73,28
80	3,57	1200 bis 1600 „	1440,69	712,77	93,12	196,29	65,92	91,60	168,49	25,56	86,94
116	3,72	1600 „ 2000 „	1579,02	832,74	104,03	261,78	76,54	110,54	219,53	35,71	118,15
91	3,97	2000 „ 2500 „	2148,56	977,15	140,86	319,77	68,48	124,49	291,92	47,25	160,64
21	5,53	Über 2500 „	2643,95	1228,37	180,06	362,88	103,47	134,04	381,32	65,33	188,48
320	3,84	Im Durchschnitt	1825,28	859,73	115,69	264,09	77,73	109,79	235,11	37,79	125,35

Tabelle XV.

Einkommenstufe	Vom Hundert der Gesamtausgaben entfallen auf: Nahrungsmittel	Genußmittel	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Versicherungs- und Vereinsbeiträge	Kleidung, Neuanschaffung, Reparaturen	Bildung und Unterhaltung	Sonstiges
Unter 1200 Mark . .	49,29	6,57	12,50	4,93	6,11	12,50	1,70	6,40
1200 bis 1600 „ . .	49,47	6,46	13,63	4,58	6,36	11,69	1,77	6,04
1600 „ 2000 „ . .	47,34	5,92	14,88	4,36	6,28	12,48	2,03	6,71
2000 „ 2500 „ . .	45,47	6,56	14,88	4,03	5,79	13,59	2,20	7,48
Über 2500 „ . .	46,46	6,81	13,73	3,91	5,07	14,42	2,47	7,13
Im Durchschnitt	47,10	6,33	14,47	4,28	6,01	12,88	2,07	6,86

Die Ausgaben der Arbeiter in der Reichsstatistik werden durch die Tabellen XVI und XVII illustriert:

Tabelle XVI.

Zahl der Haushaltungen	Einkommenstufe	Gesamtausgabe	Durchschnittsausgaben in Mark für Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Sonstiges
11	Unter 1200 Mark . .	1086,84	593,36	100,18	215,05	66,04	112,21
154	1200 bis 1600 „ . .	1435,05	787,86	134,74	241,00	69,96	201,49
196	1600 „ 2000 „ . .	1793,18	927,32	197,79	317,63	77,09	273,35
127	2000 „ 2500 „ . .	2185,15	1097,26	261,44	370,42	84,18	371,85
24	2500 „ 3000 „ . .	2655,33	1348,16	352,41	411,51	87,59	455,66
10	3000 „ 4000 „ . .	3224,23	1721,86	455,68	448,02	130,85	467,82
522	Im Durchschnitt	1835,06	955,06	204,67	312,52	77,99	284,82

Tabelle XVII.

Einkommenstufe	Vom Hundert der Ausgaben entfallen auf Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Sonstiges
Unter 1200 Mark . . .	54,6	9,2	19,8	6,1	10,3
1200 bis 1600 „ . . .	54,9	9,4	16,8	4,9	14,0
1600 „ 2000 „ . . .	51,7	11,0	17,7	4,3	15,3
2000 „ 2500 „ . . .	50,2	12,0	17,0	3,9	16,9
2500 „ 3000 „ . . .	50,8	13,3	15,5	3,3	17,1
3000 „ 4000 „ . . .	53,4	14,1	13,9	4,1	14,5
Im Durchschnitt	52,0	11,2	17,0	4,3	15,5

Manche Unstimmigkeiten in den entsprechenden Tabellen der Statistik der Metallarbeiter einerseits und der Reichsstatistik andererseits ergeben sich ohne weiteres aus manchen Verschiedenheiten in der Rubrizierung einzelner Ausgabenposten. Berücksichtigt man dieses Moment, so ergibt sich folgende Vergleichstabelle (aus der Veröffentlichung der Metallarbeiter):

Tabelle XVIII.

	In der Einkommenstufe: Von 1200 bis 1600 Mark		Von 1600 bis 2000 Mark		Von 2000 bis 2500 Mark	
	Bei 151 Haushaltungen der Reichsstatistik	Bei 80 Haushaltungen der Metallarbeiter	Bei 196 Haushaltungen der Reichsstatistik	Bei 116 Haushaltungen der Metallarbeiter	Bei 127 Haushaltungen der Reichsstatistik	Bei 91 Haushaltungen der Metallarbeiter
Gesamtausgaben . . .	1435,05	1440,69	1793,18	1759,02	2185,15	2148,56
Kleidung und Wohnung .	375,74	364,78	515,42	481,31	631,86	611,69
Heizung und Beleuchtung	69,96	65,92	77,09	76,54	84,18	86,48
Sonstige Ausgaben . .	201,49	204,10	273,35	264,40	371,85	332,38
Nahrung	787,86	805,89	927,32	936,77	1097,26	1118,01

Die Einkommenstufe unter 1200 Mark ist in der Tabelle weggelassen — hier ist die Zahl der erfaßten Haushaltungen in beiden Statistiken gering, und die Differenzen in den Ausgabenposten sind verhältnismäßig größer, wenn auch kaum schwer ins Gewicht fallend. Die Stufen über 2500 Mark lassen sich ohne vor=

herige Bearbeitung nicht vergleichen, da sie in beiden Erhebungen verschieden rubriziert sind, wie ohne weiteres aus den Tabellen XIV bis XVII ersichtlich ist.

Tabelle XVIII zeigt uns, in wie tadelloser Weise die Daten beider Erhebungen auch im einzelnen übereinstimmen.

Es seien nun die einzelnen Ausgabenposten betrachtet. Die Hälfte der Gesamtausgabe fällt auf Nahrungsmittel. Dabei ist es von größtem Interesse, daß beim Übergang in eine nächsthöhere Ausgabenstufe das Engelsche Gesetz, daß mit der Höhe der Gesamtausgabe der prozentische Anteil der Ausgaben für Nahrung sukzessive sinkt, hier nur in geringem Maße zum Ausdruck gelangt: in der niedrigsten Stufe sind es 49,29 Prozent (resp. 55,96 Prozent, wenn man die Genußmittel hinzurechnet), die für die Nahrung verausgabt werden; in der höchsten Stufe sind es noch immer 46,46 Prozent (resp. 53,27 Prozent — Tabelle XV und XVII). Es kommt hier in Betracht, daß die Kopfzahl mit der Wohlhabenheit zunimmt und darum die absolute Ausgabe für Nahrungsmittel nicht stationär bleiben kann, sondern von Stufe zu Stufe zunehmen muß, wie es die Tabelle XIV zeigt.[1] Aber auch die Ernährung wird besser, was aus der Tatsache folgt, daß auch die Nahrungsausgabe pro Kopf allmählich zunimmt, wie uns die vierte Spalte der folgenden Tabelle lehrt:

Tabelle XIX.

Durchschnittliche Zahl der Familienangehörigen	Einkommenstufe Mark	Gesamtausgaben pro Kopf Mark	Von den Ausgaben entfallen auf den Kopf (in Mark) für: Nahrungsmittel	Genußmittel	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Versicherung und Vereinsbeiträge	Kleidung, Neuanschaffung und Reparaturen	Bildung und Unterhaltung	Sonstiges
2,83	Unter 1200	405,64	199,94	26,68	50,70	20,01	24,76	50,71	6,90	25,94
3,57	1200 bis 1600	404,12	199,93	26,12	55,06	18,49	25,70	47,26	7,17	24,39
3,72	1600 „ 2000	472,61	223,76	27,95	70,34	20,56	29,70	58,98	9,59	31,73
3,97	2000 „ 2500	540,99	246,04	35,46	80,52	21,77	31,35	73,50	11,90	40,45
5,53	Über 2500	478,23	222,19	32,56	65,64	18,72	24,24	68,97	11,81	34,10
3,84	Im Durchschnitt	475,53	223,98	30,14	68,80	20,25	28,60	61,25	9,85	32,66

Wie groß das Bestreben des Arbeiters ist, seine Ernährung mit steigendem Wohlstand zu verbessern,[2] geht aus der Tatsache hervor, daß 37,5 und 38,1 Prozent der Mehrausgaben, die bei Übertritt aus der zweiten in die dritte und aus der dritten in die vierte Einkommenstufe auf den Kopf fallen, für Nahrung verwandt werden. Das zeigt uns die folgende Zusammenstellung:

Tabelle XX.

Einkommen	Gesamte Mehrausgabe pro Kopf in Mark	Davon Mehrausgabe für Nahrung in Mark	Mehrausgabe für Nahrung in Prozent der gesamten Mehrausgabe
1200 bis 1600 Mark	—	—	—
1600 „ 2000 „	68,49	25,66	37,5
2000 „ 2500 „	68,38	29,79	38,1

[1] Auch in Tabelle XVI (der Reichsstatistik) ist diese Zunahme der absoluten Nahrungsausgabe ersichtlich, doch fehlen hier die Berechnungen für die Kopfzahl der einzelnen Einkommensgruppen.

[2] Die Besprechung der Einzelheiten der Ernährung auf Grund des vorliegenden Materials erfolgt in einem besonderen Artikel.

Wie Tabelle XIX zeigt, sinkt in der höchsten Stufe mit einem Einkommen von über 2500 Mark wieder die Nahrungsausgabe pro Kopf, wie überhaupt die gesamte Lebenshaushaltung in dieser höchsten Einkommenstufe schlechter ist als in der voraufgehenden: ein Blick auf die Tabelle belehrt uns darüber. Das ist gerade diejenige Einkommenstufe, wo — wie Tabelle III zeigt — die Mitarbeit der Familienangehörigen 21 Prozent der Gesamteinnahme aufbringt: eine erneute Bestätigung dafür, daß die Inanspruchnahme von Einnahmequellen neben dem Verdienst des Mannes dem Arbeiter durch die Not diktiert wird.

Bei allen anderen Ausgaben sehen wir ein Ansteigen wie bei der Ausgabe für Nahrungsmittel: Tabelle XIV bis XVII. Allerdings vollzieht sich dieser Anstieg nicht immer in ganz gleichem Maße bei den verschiedenen Ausgabenposten.

Mit dem Ansteigen der Posten wird nicht bloß den Anforderungen höherer Kopfzahl Genüge geleistet, sondern in allen notwendigen Dingen findet eine Verbesserung der Lebenshaltung statt, wie uns das Tabelle XIX zeigt, wo die Ausgaben pro Kopf in den verschiedenen Einkommenstufen angegeben sind.

In der Tabelle XV sehen wir, daß der prozentische Anteil, den die Ausgaben für Bildung und Unterhaltung an den Gesamtausgaben haben, verhältnismäßig stark ansteigt. Aber es sind nur ganz geringfügige Summen, die dem Arbeiter aus dem Mehreinkommen verbleiben, wenn er den notwendigsten Anforderungen einer erhöhten Lebenshaltung nachgekommen ist — sehr instruktiv ist in dieser Beziehung die Zergliederung der jeweiligen gesamten Mehrausgabe, die die einzelnen Einkommenstufen auszeichnet, in die verschiedenen Ausgabenposten.

Diese Berechnung ist auf Grund der Tabelle XVI (aus der Reichsstatistik) vorgenommen worden:

Tabelle XXI.

Einkommenstufe	Gesamte Mehrausgabe in Mark	Mehrausgabe in Prozent der gesamten Mehrausgabe für				
		Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Sonstiges
Unter 1200 Mark . .	—	—	—	—	—	—
1200 bis 1600 „ . .	348	55,9	9,9	7,5	1,1	25,6
1600 „ 2000 „ . .	358	39,0	17,6	21,4	2,0	20,0
2000 „ 2500 „ . .	392	43,5	16,2	13,4	1,8	25,1
2500 „ 3000 „ . .	470	53,4	19,4	8,7	0,7	17,8
	—	47,9	15,8	12,8	1,4	22,1

Rund 48 Prozent der Mehrausgabe, die die höchste Einkommenstufe vor der niedrigsten voraus hat, werden für Nahrung verausgabt. Nach Erledigung der Mehrausgaben für Wohnung und Kleidung verbleiben uns nur noch 22 Prozent für sonstige Ausgaben. Aber auch die sonstigen Ausgaben sind zum großen Teil unentbehrliche Dinge: Fahrgeld, Schulbedarf, Seife. Für Bildung und Unterhaltung stehen ihm bloß 1,36 bis 3,18 Prozent (oder 2,4 Prozent im Durchschnitt) von der gesamten Mehrausgabe zur Verfügung, wie eine Zergliederung der Mehrausgaben aus der Tabelle XIV der Metallarbeiter erweist:

Tabelle XXII.

Einkommenstufe	Gesamte Mehrausgabe	Für Nahrung in Prozent der gesamten Mehrausgabe	Für Bildung und Unterhaltung in Prozent der gesamten Mehrausgabe
Unter 1200 Mark	—	—	—
1200 bis 1600 „	295	56,3	2,05
1600 „ 2000 „	319	41,1	3,18
2000 „ 2500 „	389	44,0	2,97
über 2500 „	495	58,7	1,36
	—	50,0	2,40

Der deutsche Arbeiter hat das Glück, sich von einer wöchentlichen Ausgabe von 37 Pfennig für Bildung und Unterhaltung in der untersten Einkommenstufe auf eine solche von 1,26 Mark in der höchsten Stufe aufzuschwingen.[1] O, du großes Volk der Dichter und Denker, wo einem Arbeiterhaushalt von beinahe vier Köpfen im Durchschnitt die gewaltige Summe von 73 Pfennig pro Woche für Bildung und Unterhaltung zur Verfügung steht! Dreiundsiebzig Pfennig pro Woche für eine vierköpfige Familie für Zeitungen, Bücher, Briefpapier, Porto, Konzerte, Theater, sonstige Veranstaltungen, Eisenbahn- und Straßenbahnfahrgelder zu Vergnügungszwecken und Ausflügen, besondere Ausgaben bei Ausflügen usw.! Leider ist gerade in diesem so wichtigen Punkte ein Vergleich mit den Ergebnissen der Reichsstatistik wegen Verschiedenheiten in der Rubrizierung nicht möglich.

Die von beiden Erhebungen in absolut übereinstimmender Weise erwiesene Tatsache, daß die Hälfte sämtlicher Mehrausgaben bloß für Nahrung verwandt werden muß, wirft ein Schlaglicht auf den inneren Beweggrund der gewerkschaftlichen Kämpfe, soweit sie sich innerhalb der betrachteten Einkommensgrenzen — und das trifft doch beinahe für sämtliche Lohnkämpfe zu — bewegen: **die Lohnkämpfe sind bis zu 50 Prozent ein Kampf ums Brot im unmittelbarsten Sinne des Wortes.**

B. Die Beziehungen zwischen Kopfzahl und Lebenshaltung.

Bei der Betrachtung der Einkommensquellen des Arbeiterhaushaltes haben wir der gewaltigen Rolle Erwähnung getan, die der Mitarbeit der Familienangehörigen zukommt.

Es fragt sich nun, inwiefern durch die höhere Kopfzahl die Lebenshaltung, die Möglichkeit, pro Kopf eine gewisse Summe auszugeben, beeinflußt wird.

Schon die Betrachtung der Tabelle XIX zeigt uns, daß, wenn der Übergang in die nächsthöhere Einkommenstufe gepaart ist von einer stärkeren Zunahme der durchschnittlichen Kopfzahl, die Lebenshaltung, ausgedrückt in der durchschnittlichen Ausgabe pro Kopf, stationär bleibt oder sinkt: bei Übertritt von der ersten in die zweite und von der vierten in die fünfte Stufe. Schon diese Beobachtung allein genügt zur Kennzeichnung einer der höheren Kopfzahl innewohnenden Tendenz, die Lebenshaltung herabzudrücken.

[1] Metallarbeiterstatistik, Seite 56. In dem sehr instruktiven Abschnitt über „Die Haushaltungsrechnungen in durchschnittlicher wöchentlicher Einnahme und Ausgabe".

Diese Tendenz tritt ganz unverkennbar vor Augen, wenn man die Familien nicht nach dem Einkommen, sondern nach der Kopfzahl der Familien gruppiert und die durchschnittlichen Ausgaben pro Kopf in jeder Gruppe berechnet, wie es der Bearbeiter der Reichsstatistik getan hat. Es wurden aus der Gesamtzahl aller 852 Haushaltungen 391 sogenannte Normalfamilien ausgewählt, in denen erwachsene Kinder, die sich ja zum Teil selbst unterhalten, nicht da waren:

Tabelle XXIII.

Familien mit Personen	Zahl der Familien	Ausgaben pro reduzierten 1,0 Kopf	Familien mit Personen	Zahl der Familien	Ausgaben pro reduzierten 1,0 Kopf
2	43	1199,10	6	43	759,71
3	89	998,62	7	21	776,44
4	93	917,54	8	5	729,50
5	93	850,37	9	4	659,41

Speziell für die **Arbeiter** wird die gekennzeichnete Tendenz der hohen Kopfzahl in ihren Einzelheiten illustriert durch folgende Tabellen:

Tabelle XXIV.

Familien mit Personen	Zahl der Haushaltungen	Durchschnittliche Ausgabe in Mark für					Gesamtausgabe in Mark
		Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Sonstiges	
2 bis 4	274	867,81	184,43	317,24	75,70	288,89	1734,07
5 „ 6	181	1009,41	215,87	311,64	79,64	285,75	1902,31
über 6	67	1165,02	257,18	295,58	82,91	265,67	2066,36

Tabelle XXV.

Familien mit Personen	Zahl der Haushaltungen	Vom Hundert der Ausgaben entfallen auf					Gesamtausgabe in Mark
		Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Sonstiges	
2 bis 4	274	50,0	10,6	18,3	4,4	16,7	1734,07
5 „ 6	181	53,1	11,3	16,4	4,2	15,0	1902,31
über 6	67	56,4	12,4	14,3	4,0	12,9	2066,36

Die erste Tabelle zeigt uns, daß zwar die Gesamtausgabe mit steigender Kopfzahl zunimmt. **Aber beinahe die gesamte Mehrausgabe wird für Nahrung verbraucht.** Einen Anstieg der Ausgaben sehen wir auch für Kleidung. Dagegen erfahren die Ausgaben für Wohnung und Sonstiges eine Abnahme — eine Abnahme bei **zunehmendem „Wohlstand"**, wenn man diesen durch die Höhe der Gesamtausgabe charakterisieren wollte. Das ganze Elend kopfreicher Familien wird durch die zweite Tabelle vor Augen geführt, die nur den prozentischen Anteil der einzelnen Ausgabeposten an der Gesamtausgabe zeigt. Namentlich auf den verhältnismäßig gewaltigen Rückgang des Posten Sonstiges sei hingewiesen.

Einen guten Einblick in die Wirkungen der hohen Kopfzahl auf die Lebenshaltung minderbemittelter Familien gewährt die Zergliederung einiger Ausgabeposten in Unterabteilungen, wie sie in der Reichsstatistik für **sämtliche** Haushaltungen vorgenommen ist.

Die Kleidungsausgabe zerfällt in

Tabelle XXVI.

	Durchschnittsausgabe in Mark bei den Familien		
	mit 2 bis 4 Personen	mit 5 bis 6 Personen	mit über 6 Personen
Kleidung	201,44	245,38	275,39
Wäsche und Bettzeug	23,30	25,98	25,07
Reinigung von Kleidung und Wäsche	28,51	32,10	31,36

Während die Ausgabe für Kleidung zunimmt, weist die Ausgabe für Wäsche und für Reinigung von Kleidung und Wäsche ein unbedeutendes Wachstum oder sogar einen Rückgang auf. Ein Zeichen, daß die Einschränkung sich auf alles erstreckt, was den Komfort des Lebens ausmacht. Genau dasselbe sehen wir bei einer Zergliederung der Wohnungsausgabe:

Tabelle XXVII.

	Durchschnittsausgabe in Mark bei den Familien		
	mit 2 bis 4 Personen	mit 5 bis 6 Personen	mit über 6 Personen
Miete	324,00	335,49	309,38
Ziergarten, Zierpflanzen	2,76	2,42	2,52
Einrichtung, Instandhaltung, Reinigung	77,28	68,53	64,72

Der relativ bedeutende Rückgang der Ausgabe für Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung ist hier charakteristisch. Es dürfte hier und in der Tabelle XXVI wohl die vermehrte häusliche Arbeit der Frau mitspielen.

Die Einschränkung in allem nicht unbedingt Notwendigen tritt uns auch in der Ausgabe für Beleuchtung entgegen:

Tabelle XXVIII.

	Durchschnittsausgabe in Mark bei den Familien		
	mit 2 bis 4 Personen	mit 5 bis 6 Personen	mit über 6 Personen
Heizung	60,28	66,65	71,33
Beleuchtung	25,81	28,35	25,42

Der Anstieg der Ausgabe für Heizung darf wohl zur vermehrten Nahrungsausgabe in Parallele gestellt werden.

Sehr bemerkenswert ist die Einschränkung in den Ausgaben für Gesundheits- und Körperpflege:

Tabelle XXIX.

	Durchschnittsausgabe in Mark bei den Familien		
	mit 2 bis 4 Personen	mit 5 bis 6 Personen	mit über 6 Personen
Gesundheitspflege	43,86	39,91	34,95
Körperpflege	10,20	9,68	7,65

Ebenso in den Ausgaben für kulturelle Bedürfnisse im engeren Sinne des Wortes:

Tabelle XXX.

	Durchschnittsausgabe in Mark bei den Familien		
	mit 2 bis 4 Personen	mit 5 bis 6 Personen	mit über 6 Personen
Zeitungen, Bücher, Vereine	55,31	51,19	47,01
Vergnügungen	39,02	34,06	31,10

In den Tabellen XXIV bis XXX beziehen sich sämtliche Zahlen auf die Ausgaben der Familien. Der Unterschied in der Lebenshaltung würde noch krasser in die Erscheinung treten, wenn wir die jeweiligen Ausgaben für den (reduzierten) Kopf berechnen wollten. Wie weit die Einschränkung in den Ausgaben, die nicht zu den allernotwendigsten gehören, geht, zeigt uns Tabelle XXXI:

Tabelle XXXI.

Familien mit Personen	Zahl der Haushaltungen	Gesamtausgaben pro Kopf	Gesamtausgabe pro Kopf bei 2 bis 4 köpfigen Familien = 100	Ausgaben in Mark auf den Kopf für				
				Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Sonstiges
2 bis 4 . .	225	995,62	100	100	100	100	100	100
5 „ 6 . .	136	819,84	82	92	87	73	78	69
über 6 . .	30	750,61	76	82	88	67	74	63

In keiner anderen Ausgabe kann die Einschränkung so weit gehen wie in der für Sonstiges: sie beträgt hier 37 Prozent gegenüber 18 Prozent in der für Nahrung.

Für die Einzelposten der Rubrik Sonstiges ist die Berechnung pro Kopf nicht immer berechtigt. Es seien hier die Zahlen nur für drei der Posten angegeben:

Tabelle XXXII.

	Ausgaben pro Kopf in Familien mit		
	2 bis 4 Personen	5 bis 6 Personen	über 6 Personen
Gesundheits- und Körperpflege . . .	24,85	14,01	13,13
Geistige und gesellige Bedürfnisse . .	48,08	29,26	24,88
Unterricht, Schulgeld, Lernmittel . .	9,91	10,86	21,87

Die letzte Zeile der Tabelle zeigt die sich mehrenden Ausgaben für die Bedürfnisse der Kinder in den kopfreichen Familien an.

C. Fehlbeträge und Überschüsse.

Die in den vorhergegangenen Abschnitten vor Augen geführte Tatsache, daß das unter ausgedehnter Inanspruchnahme von Hilfsquellen zustande gebrachte Einkommen eben nur zur Bestreitung der unentbehrlichsten Ausgaben hinreicht, bei möglichster Einschränkung in allen auf kulturelle Bedürfnisse gerichteten Ausgaben — diese Tatsache macht es erklärlich, daß eine große Zahl von

Haushaltungen das Rechnungsjahr mit Fehlbeträgen abschließt. Die folgende Tabelle aus der Metallarbeiterstatistik orientiert über die Verhältnisse:

Tabelle XXXIII.

Zahl der Haushaltungen	Einkommenstufe	Haushaltungen mit Überschuß	Haushaltungen mit Fehlbetrag	Haushaltungen in Einnahme und Ausgabe gleich	Durchschnittlicher Überschuß (+) oder Fehlbetrag (—) in Mark	Überschuß in Prozent der Gesamteinnahme
12	Unter 1200 Mark	4	8	—	— 41,56	—
80	1200 bis 1600 "	52	28	—	+ 5,64	0,4
116	1600 " 2000 "	87	29	—	+ 27,42	1,5
91	2000 " 2500 "	69	21	1	+ 58,38	2,6
21	über 2500 "	16	5	—	+ 90,29	3,3
320	1856,19	228 + 70,45	91 — 67,58	1	+ 30,91	

Die Überschüsse und Fehlbeträge schwanken im allgemeinen zwischen wenigen Pfennigen und einigen 100 Mark. Im Durchschnitt erweist es sich, daß bei den Einkommen von 1200 bis 1600 Mark die Ausgaben eben erst gedeckt werden können — ein Überschuß von 5,64 Mark. Die bei den höheren Einkommenstufen erzielten Überschüsse sind ebenfalls so gering, daß sie zum Beispiel hinter sämtlichen Einnahmeposten der betreffenden Einkommenstufen zurückstehen. Zudem kommt noch in Betracht, daß fast alle Budgets mit dem 31. Dezember abschließen und an fast alle dieser Listenführer noch kurz vor Abschluß des Jahres eine Lohnzahlung erfolgt war, mit der noch weitere 8 bis 10 Tage zu haushalten war: man kann so die geringen „Überschüsse" ganz vernachlässigen. Das Einkommen beinahe sämtlicher Haushaltungen erlaubte den Arbeitern nicht, die von überweisen Sozialpolitikern gepredigte Tugend des Sparens zu üben.

Will man die erzielten „Überschüsse" als Ersparnisse betrachten, so zeigt es sich, daß — wie aus der letzten Spalte der Tabelle XXXIII ersichtlich — die Tugend auch prozentisch in um so ausgedehnterem Maße geübt werden kann, je höher das Einkommen des Haushaltes ist.

Interessant ist es noch, die durchschnittliche Höhe des Überschusses sämtlicher Haushaltungen von 30,91 Mark der durchschnittlichen Unterstützungssumme sämtlicher Haushaltungen von 55,74 Mark gegenüberzustellen. Sollten die Unterstützungen wegfallen, so würden die Haushaltungen mit einem durchschnittlichen Fehlbetrag von zirka 25 Mark abschließen!

Charakteristisch ist noch, daß diejenigen Berufe und Orte, die ein geringeres Einkommen haben, größere Fehlbeträge aufweisen.

Die Angaben der Reichsstatistik über Fehlbeträge sind, wie der Bearbeiter selbst hervorhebt, nicht zuverlässig. Übrigens sind in der Reichsstatistik die Fehlbeträge größer, was sich aus einer weniger genauen Notierung der Einnahmen ergeben hat.

4. Zusammenfassung.

Da die Ergebnisse beider Erhebungen zusammenfallen, so lassen sich auf Grund ihrer kombinierten Betrachtung folgende als amtlich festgelegt zu geltenden Schlüsse aussprechen:

1. Beinahe 90 Prozent der deutschen Arbeiter haben ein Lohneinkommen, welches das durchschnittliche Gesamteinkommen des Arbeiterhaushaltes nicht erreicht.
2. 40 Prozent der Arbeiter sind auf einen Nebenerwerb angewiesen. In 56 Prozent der Haushaltungen arbeiten die Familienangehörigen mit. Nur 6,6 Prozent aller Haushaltungen bestreiten ihre Ausgaben allein mit dem Lohneinkommen des Mannes.
3. Beim Aufstieg eines Arbeiterhaushaltes in eine höhere Einkommenklasse sind im Durchschnitt mehr als 30 Prozent des Mehreinkommens der Mitarbeit der Familienangehörigen zu danken.
4. Beinahe die Hälfte des Mehreinkommens, das die einzelnen Einkommenstufen voneinander voraus haben, wird für Nahrung verwandt.
5. Es sind darum alle Lohnkämpfe bis zu 50 Prozent Kämpfe um eine bessere Ernährung.
6. Die minderbemittelten Familien mit über 6 Köpfen haben vor den mit 2 bis 4 Köpfen ein Mehreinkommen voraus, das zu mehr als 46 Prozent aus der Mitarbeit der Kinder herrührt.
7. Dieses Mehreinkommen wird beinahe insgesamt (Tabelle XXIV) für Nahrungsausgaben verwandt: die Mitarbeit der Kinder ist darum eine unumgängliche Einkommenquelle des deutschen Arbeiters.
8. Trotz der Mitarbeit der Kinder gelingt es aber nicht, die Lebenshaltung in den kopfreicheren Familien derjenigen in den kopfärmeren gleichzustellen: mit der Zahl der Kinder sinkt die Lebenshaltung der Familien, namentlich mit Bezug auf alles, was über die Notdurft des Lebens hinausreicht.
9. Der deutsche Arbeiter gibt im Durchschnitt 73 Pfennig in der Woche für eine vierköpfige Familie für Bildung und Unterhaltung aus.
10. Wenn man die Unterstützungen der Gewerkschaften und der Krankenkassen vom Einkommen der Arbeiter abzieht, so haben die Haushaltungen im Durchschnitt mit einem Defizit von 25 Mark das Rechnungsjahr abgeschlossen.

* * *

Es sei uns gestattet, die Besprechung der beiden Erhebungen zu beschließen mit den Worten, mit welchen die Frau eines Schmiedes in Charlottenburg ihre an den Metallarbeiterverband in Sachen der Erhebung gerichtete Zuschrift beschließt: „So muß man sich ducken und winden und sparen und knipsen an allen Ecken, um nur das nackte Leben fristen zu können.“[1]

Literarische Rundschau.

Fritz Düvell und Franz Diederich, **Kometen.** Wissenschaft und Aberglaube. Mit Bildnissen Edmund Halleys und des Bauernastronomen Palitzsch und 28 Abbildungen im Texte. Dresden, Kaden & Co. 119 Seiten. Preis 1 Mark.

Die Nähe des Halleyschen Kometen hat dem furchtsamen Teile der Menschheit Weltuntergangsängste und dem Büchermarkt ein Stößchen astronomischer Bücher

---

[1] Metallarbeiterstatistik, Seite 90.

verursacht. Aus diesem Haufen der Angebote sei vor allem das Werkchen unserer Genossen Diederich und Düvell lobend herausgehoben, weil es weder in den Ton trockener Gelehrsamkeit verfällt noch in astronomische Spekulationen, wie sie momentan in einem Teile der bürgerlichen Presse zur Tagessensation geworden sind. Als Antwort auf all die abenteuerlichen Fragen, die an die Nachbarschaft des Halleyschen Kometen geknüpft werden, führt das Werkchen ein in die Forschungsmethoden und Forschungsergebnisse der Astronomie, macht mit ihren Arbeitswerkzeugen bekannt, rechnet mit den Dummköpfen von früher und heute ab, erzählt von den Kometen, ihrer Geschichte, ihrer Leibesbeschaffenheit, ihrer Macht und ihrer Ohnmacht, von den Wissenschaftlern und Dichtern, die sich in die Rätsel des Weltalls vertieften, von den Pionieren der Kometenkunde, von den Politikern, die ihre Argumente und Parolen den Zeichen des Himmels entlehnten, von den Gewalthabern, die bis ins achtzehnte Jahrhundert herauf ihre Geschäfte von der Sterndeuterei verklären ließen. Im Kapitel Aberglaube und Politik — einer der originellsten Abschnitte des Buches — untersucht Genosse Diederich an historischen Dokumenten die Rolle der Kometenastrologie und Sterngucklerei in der Geschichte. So wächst das Werkchen über seine Augenblicksbedeutung hinaus und wird zu einem Buche, das in leichtverständlichem, heiterem Plauderton in die Geheimnisse und Entwicklung der Himmelskunde einweiht und den Blick für die Ewigkeiten unseres Daseins weiten will. Daneben enthält das Buch alte astronomische Bilder und rettet so manches der mittelalterlichen Kulturdokumente vor der Vermoderung in vergilbten Kometenschriften. Kurz: ein Buch, das eine Lücke in der Bibliothek der Arbeiterschaft ausfüllen hilft und bei seinem billigen Preise in vielen Häusern sein sollte. R. G.

Dr. Johann Hüppy, **Geschichte des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.** Zürich 1910, Verlag der Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins. 198 Seiten Oktav.

In der kleinbürgerlichen Demokratie der Schweiz vermochte sich lange Jahre hindurch eine bodenständige, moderne Arbeiterbewegung nicht zu entfalten. So mancher bürgerliche Phantast ist darob in Entzücken geraten und hat der Demokratie die Fähigkeit angedichtet, Wunder im Klassenkampf zu wirken. Der schöne Traum ist in der rauhen Wirklichkeit brüchig geworden; auch in die „freie“ Schweiz zog mit der Entwicklung des Kapitalismus eine Verschärfung der Klassengegensätze ein, und erbitterte Klassenkämpfe wurden geschlagen. Ein lebenswarmes Bild dieser Kämpfe, ihrer Ursachen und Wirkungen gibt uns das flott geschriebene Buch Hüppys über die Geschichte der Schweizer Gewerkschaftsbewegung.

Der Verfasser führt uns von den ersten Anfängen der Arbeiterbewegung in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zu den großen, heftigen Wirtschaftskämpfen der letzten Jahre. Die ersten Arbeitervereine der Schweiz hatten nicht Schweizer zu Mitgliedern, sondern eingewanderte deutsche Handwerksgesellen. Auch als Johann Philipp Becker von Genf aus für die „Internationale“ Mitglieder warb, blieben die bodenständigen Schweizer Arbeiter der Bewegung fern. Anders wurde es erst, als die wirtschaftlichen Gegensätze Arbeiter und Unternehmer in eine unmittelbare Kampfstellung gegenüber brachten. In solchen Kämpfen entstanden in den sechziger Jahren die ersten lokalen Gewerkschaftsvereine. Die notwendige Zentralisation dieser schwachen lokalen Vereine führte zur Gründung des Schweizerischen Arbeiterbundes. Dieser Bund trug keinen rein gewerkschaftlichen Charakter, sondern umfaßte auch Grütlivereine, Arbeiterbildungsvereine und Krankenkassen. Groß war seine Wirksamkeit nie, zählte er doch zur Zeit seiner Blüte im Jahre 1876 nur 3300 Mitglieder. Im Jahre 1880 trat an die Stelle des kläglich eingegangenen Arbeiterbundes der Allgemeine Gewerkschaftsbund. Nachdem dieser neue Bund die Schwierigkeiten der ersten Jahre überwunden und sich später mit einer zentralen Widerstandsorganisation, der Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterreservekasse, vereinigt hatte, ging es rascher vorwärts.

Von besonderem Interesse sind die Darlegungen Hüppys über das Verhältnis der Schweizer Gewerkschaftsbewegung zur Sozialdemokratie. Bis gegen das Ende der neunziger Jahre waren Partei und Gewerkschaft innig miteinander verschmolzen gewesen. Das gewerkschaftliche Zentralorgan, „Die Arbeiterstimme“, von Robert Seidel redigiert, war zugleich auch ein politisches Blatt. Nun aber machten sich Bestrebungen geltend, die Gewerkschaften zu neutralisieren. Die führenden Gewerkschafter hofften durch eine feierliche Neutralitätserklärung die eben emporkommende christliche Arbeiterbewegung der Gesamtgewerkschaftsbewegung zuzuführen. Unter der Führung Hermann Greulichs kam man den „Christlichen“ so weit entgegen, als es nur irgendwie anging. In der „Arbeiterstimme“ schrieb damals ein Mitarbeiter, daß er niemals geglaubt hätte, Sozialdemokraten könnten sich erniedrigen, den Gegnern so „entgegenzukriechen“. Aber den Christlichen war alles Entgegenkommen nicht genug, sie forderten „Beseitigung der ‚Arbeiterstimme‘ und Ersetzung derselben durch ein neu herauszugebendes ‚neutrales‘ Blatt, Ausmerzung aller gegen Religion und Sittlichkeit (!) verstoßenden Bücher aus den Bibliotheken der Gewerkschaften und Abschaffung aller ‚demonstrativen‘ Festlichkeiten in den Gewerkschaften“. Da angesichts so anmaßender Forderungen alles Liebeswerben um der christlichen Konkurrenzgewerkschaften Gunst zwecklos blieb, kam man von der Neutralität wieder ab.

In recht instruktiver Weise schildert der Verfasser im letzten Teile seines Buches die gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre, das parteiische Vorgehen der Behörden gegen die Arbeiter, die Taktik der Gewerkschaften und ihre Organisationsform. Wir vermissen hier nur eine eingehende Darlegung des Verhältnisses der französischen Gewerkschaften zu den deutschen. Statt der gelegentlichen Hinweise auf den Föderalismus der Franzosen wäre eine nähere Untersuchung, wie uns scheint, wohl am Platze gewesen. Derartige kleine Mängel vermögen aber den hohen Wert dieser Arbeit nicht zu beeinträchtigen.

Alles in allem ist das Buch des Genossen Hüppy recht warm zur Lektüre zu empfehlen. Auch der Nichtschweizer wird aus dem Buche viel Anregung und Belehrung schöpfen. Julius Deutsch.

Zeitschriftenschau.

Die amerikanische Zeitschrift „The International Socialist Review“ vom März enthält einen Aufsatz von Marg. E. Marcy: **„Die Ursache der steigenden Preise“.** Die meisten Leute glauben heutzutage, daß die Monopole die Ursache der gegenwärtigen hohen Preise sind. Zweifellos haben die Monopole das Bestreben, möglichst über den Wert zu verkaufen und dadurch die Kosten der Lebenshaltung zu erhöhen. Andererseits aber sind ihre Preise oft niedriger als früher, bevor die Industrie vertrustet war; weil die Trusts viele Unkosten sparen, können sie billiger verkaufen und trotzdem enorme Gewinne erzielen. Jetzt wendet sich die Empörung der Massen allgemein gegen den Fleischtrust; dieser aber behauptet, daß er den Bauern und Viehzüchtern viel höhere Preise bezahlen muß, und diese seien die Ursachen der Teuerung. In der Tat zeigt sich, daß die Viehpreise seit einem Jahre bedeutend gestiegen sind; ohne einen Trust zu bilden, bekommen die Bauern höhere Preise, weshalb, wissen sie selbst nicht. Überall in der Welt zeigt sich diese Erscheinung; eine Welle der Prosperität zieht über die agrarischen Produzenten, befähigt überall die Bauern, ihre Hypotheken und Schulden abzulösen und ihren Besitz zu erweitern. Das wirkt auf alle Gebiete zurück; die Marktpreise sind allgemein 25 Prozent höher als vor zehn Jahren. Dr. Irving Fisher von der Yale University sagt: Mit Unrecht wird die Steigung der Preise den Gewerkschaften zugeschrieben, denn sie zeigt sich in der ganzen Welt, und in Amerika sind die Löhne viel weniger stark gestiegen. Wo liegt die Ursache?

Marx' politische Ökonomie zeigt uns den Weg, und die Finanzleute entdecken jetzt dasselbe einfache Gesetz, das Marx vor fünfzig Jahren schon hervorhob. Wenn

der Wert des Goldes fällt, steigt der Goldausdruck aller Warenwerte. In Thomas Gibsons „Market Letters“ gibt Mr. Byron W. Holt eine Betrachtung über das, was er eine „Entwertung des Goldes“ nennt. Seit 1896 ist der Goldvorrat der Welt von 4360 Millionen Dollar auf 7250 Millionen Dollar im Jahre 1908 gestiegen, also um 66 Prozent; die Preise stiegen in dieser Zeit in England um 40, in Amerika um 60 Prozent; da die Goldzufuhr weiter steigt, wird der Goldvorrat und werden daher die Preise voraussichtlich 1913 schon um weitere 25 Prozent, 1918 um 50 Prozent gestiegen sein.

Die Ursache liegt in der Verbesserung der Technik und der Arbeitsmethoden. Je mehr die reichen Erze an der Oberfläche erschöpft wurden, um so bessere Methoden fand man, die das Bearbeiten immer ärmerer Erze lohnend machten. Jetzt werden schon Erze mit Vorteil benutzt, die nur 3 oder gar 2 Dollar Gold pro Tonne enthalten. Solchen Goldgehalt besitzen ganze Gebirge; der Vorrat an diesen Erzen ist einfach unerschöpflich. Und da die Extrahierungsmethoden immer noch verbessert werden, ist es sogar möglich, daß die Masse des alljährlich gewonnenen Goldes in geometrischer Proportion steigt. Das erwähnte Organ der großen Finanzleute sieht schon klar die Zukunftsbedeutung dieser Tatsache: „Eine längere Periode rasch steigender Preise wird zweifellos eine Zeit der Unruhen, der Unzufriedenheit, der Agitation, der Streiks, der Krawalle, Aufstände und Kriege werden“. Keine andere ökonomische Macht ist so gewaltig als die der Goldproduktion.

Was haben die Arbeiter zu tun? Der Wert ihres Lohnes ist schon um zwei Drittel gefallen und wird noch weiter fallen. Genossenschaften können hier nichts ausrichten. Bloß die Gewerkschaften können hier helfen, indem sie versuchen, den wirklichen Lohn auf die alte Höhe zurückzubringen. Höhere Geldlöhne! muß die Parole sein, damit wir nicht verarmen. Lohnkämpfe müssen geführt werden. Der Boykott des Fleischtrustes ist ein zweckloses bürgerliches Verfahren, das das übel an der verkehrten Stelle sucht. Höhere Löhne, durch scharfe gewerkschaftliche Kämpfe gewonnen, ist das einzige, was helfen kann.

In der Monatsübersicht der **„Gewerkschaftswelt“** behandelt Max. S. Hayes die Vereinigung des alten Bergarbeiterverbandes „Vereinigte Minenarbeiter“ (U. M. W.), hauptsächlich aus Kohlenbergarbeitern, und der sozialistischen „Westlichen Föderation der Minenarbeiter“ (W. F. M.), die vor allem aus Erzminenarbeitern besteht. In der Jahresversammlung der ersten Organisation in Indianapolis wurde, nachdem eine Delegation der W. F. M. das Wort geführt hatte, die Vereinigung beschlossen; vorläufig behält jeder Verband noch seine eigene innere Organisation, bis eine völlige Verschmelzung möglich sein wird. Die Sozialisten in den beiden Organisationen haben am meisten dafür gekämpft. übrigens zeigte die Stimmung in dieser Versammlung, daß die Masse der Bergarbeiter der Kohlendistrikte jetzt gründliches Klassenbewußtsein, ökonomisch und politisch, besitzen. Die Agitatoren, die in diesen Distrikten auftraten, sind alle der Meinung, daß die Bergarbeiter an der Spitze der amerikanischen Arbeiterbewegung marschieren werden. Sie werden jetzt dadurch bedroht, daß die Steel Corporation, diese Erzfeindin der organisierten Arbeit, große Kohlenlager erworben hat.

Weniger zufrieden ist J. L. Engdahl in seinem Artikel **„Die Konvention der vereinigten Minenarbeiter“** mit derselben Jahresversammlung. Diese Gewerkschaft hatte immer John Mitchell als besoldeten Präsidenten, der jetzt Beamter der „Civic Federation“ geworden ist mit einem Gehalt von 6000 Dollar, um dort die Harmonie von Kapital und Arbeit zu verteidigen! Viele Delegierte traten gegen die Civic Federation auf und schlugen eine Resolution gegen sie vor, aber die Versammlung ließ sie unter den Tisch fallen. Den wiederholten Massenkatastrophen der letzten Wochen, von denen man erwarten könnte, sie würden einen Sturm der Empörung wecken, wurde kaum einige Aufmerksamkeit geschenkt; mit einer kühlen Begründung einer Resolution, in zwei Minuten, war man fertig. Ein Versuch, den Kongreß für den Kampf in Spokane zu begeistern, schlug auch fehl; einen Augenblick wurde mit halbem Herzen darüber geredet, und dann wurde die Reso-

lution in einer Kommission begraben. Und mit diesen Gewerkschaftern soll die W. F. M. sich vereinigen! Natürlich nicht sofort; es wird ihr ein paar Jahre Zeit gegeben, ihren Geist zu derselben Stufe der Unterwürfigkeit umzubilden und sich der reaktionären Gesellschaft der A. F. L. anzupassen. Moyer, der Präsident der W. F. M., sieht in der A. F. L. hoffnungsvolle Zeichen eines neuen Geistes. Es wird aber für diese kleine Gruppe ein schwerer Kampf sein, ihrem Prinzip Geltung zu verschaffen. Unterliegen sie, so wird man es ihnen kaum anrechnen können. Der Schluß der Versammlung war nicht weniger charakteristisch. Hastig wurden die letzten Punkte der Tagesordnung abgefertigt, um die (alten schmutzigen) Expreßwagen zu erreichen, die sie nach Toledo bringen sollten, wo die Unternehmer sie zu Unterhandlungen erwarteten. Die Arbeiterdelegierten, rasch ihren Kongreß abbrechend, um auf Geheiß der ungeduldig werdenden Meister sich gehorsamst zu ihnen zu begeben, das vollendet das Bild jener Jahresversammlung!

„The Socialist Review“ vom Februar enthält einen Aufsatz von Semen Rapoport über **„Monarchismus und Diplomatie“**, der ein Beispiel der bürgerlichen Geschichtsbetrachtung bietet, die unter den englischen Demokraten vorherrscht. Monarchen sind, so führt der Autor aus, Menschen wie wir, mit denselben Trieben, Tugenden und Lastern ausgestattet wie andere Sterbliche; die natürliche Sorge für das eigene Interesse und nicht irgend eine abstrakte „Liebe zu ihrem Volke“ bestimmt ihr Handeln. Genau so wie unter Bergarbeitern oder Rechtsanwälten lebt auch bei den Königen ein starkes Klassen- oder Standesgefühl; sie haben Interesse daran, einander zu unterstützen, und bilden eine solidarische Körperschaft. Statt Gewerkschaft oder Brüderschaft nennen sie ihre Verbände „heilige Allianzen“, Konventionen und Ententen, von denen die alte „heilige Allianz“ von 1815 der berüchtigte Schutzverband der Fürsten gegen ihre Völker ein Muster war. Auch ohne geschriebene Traktate hatten die Fürsten immer Interesse daran, sich gegenseitig die Throne zu sichern. In den letzten Jahrzehnten wurde das Band loser, weil überall die Fürstenherrschaft besser gefestigt wurde und die Angriffe aufhörten; auch in England verschwanden — aus unbekannten Ursachen — die republikanischen Gefühle. In Rußland erzeugten erst die Gewalttaten des Monarchen gegen Ende des Jahrhunderts ein neues Auflodern des revolutionären Geistes. Nur in Deutschland bestand dies größere Gefühl der Sicherheit bei den Fürsten nicht; nach einem vergeblichen Versuch, die Volksgunst zu gewinnen, trat der deutsche Kaiser immer mehr in scharfen Gegensatz zu der demokratischen Volksmasse. Seine Isolierung hörte jedoch auf, als Eduard VII. 1901 den englischen Thron bestieg; dieser sah das Herannahen des Sozialismus, und er schloß sich mit vollem Herzen dem Fürstenbündnis gegen die Völker an. Am meisten wurde Eduard von dem Aufstieg der Arbeiterpartei beunruhigt, und ihr Wahlsieg 1906 veranlaßte ihn, sich über alle Rücksichten auf die demokratischen Gefühle des Volkes hinwegzusetzen. Er fand einen geeigneten Diener in dem Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey, der die Diplomatie im alten Stile betreibt, als ein geheimes Spiel einer kleinen aristokratischen Clique. Der König trieb mit Hilfe dieses Ministers zu einer Annäherung an den russischen Zaren, die er schrittweise durchsetzte bis zu dem Grade, daß er den Zaren besuchte und der Zar als Gast des Königs nach England kam, trotz der Proteste der demokratischen Volksmasse. Diese Freundschaft ist nichts als ein Ausfluß des monarchischen Prinzips, eine gegenseitige Sicherung gegen die Völker. Diese englische Freundschaft gestattete Rußland, seine verderbliche Politik in Persien durchzuführen. Die englische Regierung war auch dabei, gemeinsam mit Frankreich, Rußland und Italien in Athen den Führern der Militärliga zu bedeuten, daß sie keinen Angriff auf das griechische Königtum dulden würden; also wieder die gegenseitige Fürstenversicherung. Die Forderung der Demokraten muß daher sein, daß die Fürsten aus den auswärtigen Beziehungen der Länder ausgeschaltet werden und darauf keinen Einfluß haben sollen.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 34 Ausgegeben am 20. Mai 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die französischen Wahlen vom 24. April und 8. Mai.

Von **Ch. Rappoport** (Paris).

In meiner Übersicht über die französischen Wahlen von 1906 („Neue Zeit" 1905/06, XXIV, 2, S. 321) kam ich zu folgendem Schlusse: „Die Radikale Partei gelangt jetzt an das Ruder der Regierung. Zwei Wege stehen ihr offen. Entweder entschließt sie sich zu einer höchst gründlichen Reformarbeit, zu einem ehrlichen Entgegenkommen der Arbeiterklasse gegenüber. In diesem Falle wird sie von der Sozialistischen Partei in allem, was sie Gutes leistet, unterstützt werden. ... Wird aber der bürgerliche Radikalismus mehr den kapitalistischen Wächter als den sozialen Reformator spielen wollen, dann um so schlimmer für ihn. Seine Rolle wird in diesem Falle bald ausgespielt sein. In beiden Fällen kann der Sozialismus nur gewinnen."

Nach den vorletzten Wahlen stand also der regierende Radikalismus vor dem Dilemma: entweder bloß oder hauptsächlich kapitalistische Polizeipolitik oder vornehmlich soziale Reformpolitik. Bekanntlich hat der Radikalismus während der letzten Legislatur (1906 bis 1910) seine Rolle des „kapitalistischen Wächters" weit ernster genommen als die des sozialen Reformators. Die Wahlen von 1906 hatten ihm ein Vertrauensvotum der übergroßen Mehrheit des Landes gebracht. Sie hatten seinen entschiedenen Kampf gegen den Klerikalismus und die Trennung der Kirche vom Staate gebilligt. Die demokratische Republik ward im Prinzip endgültig befestigt und gegen alle ihre möglichen Gegner sichergestellt. Die bürgerliche Demokratie hatte sich endlich mit Hilfe der Arbeiterklasse und des Sozialismus eine feste und unbeschränkte politische Grundlage erkämpft, auf der sie weiterzubauen hatte.

Der Monarchismus und sein treuer schwarzer Spießgeselle, der Klerikalismus, waren besiegt. Es galt jetzt für die bürgerliche Demokratie, sich ein soziales Programm zu schaffen, sich neue Aufgaben zu stellen, die demokratischen Versprechungen auch auf sozialem Gebiet einzulösen. Da aber stellte sich heraus, daß die bürgerliche Demokratie, wie selbst das schönste Mädchen, nicht mehr zu bieten vermocht hat, als sie selbst besaß: sie lieferte sich den

herrschenden kapitalistischen Mächten aus. Sie opferte die demokratische Form ihrem bürgerlich-kapitalistischen Inhalt.

Der Radikalismus schreckte dabei vor keinem Mittel zurück. Der Zyniker Clemenceau gebrauchte rücksichtslos die Gewalt. Der Schlaukopf Briand bediente sich der List. Für beide aber gilt der Kampf dem Sozialismus, der Arbeiterklasse. Vor allem soll die herrschende Ordnung gerettet werden. „Ich stehe auf der anderen Seite der Barrikade", erklärte offen Herr Clemenceau den Arbeitervertretern. Herr Briand sagte nichts. Er handelte. Als die Pariser Arbeiter, um nur das Allerneueste hervorzuheben, Miene machten, eine friedliche Maidemonstration zu veranstalten, da zog Herr Briand, der ehemalige Apostel des Generalstreiks, unzählige Regimenter in Paris zusammen und ließ durch seinen Polizeipräfekten dem Volke verkünden, daß er jede Demonstration, wenn nötig, in einem Blutbad ertränken werde.

Bei einer solchen Sachlage konnten die Wahlen von 1910 keine besondere Begeisterung im Volke hervorrufen. Es waren die stillsten Wahlen, die man je in Frankreich erlebt hat. Bei der politischen Reife des Landes, nachdem es die traurige Periode des Boulangismus und des Nationalismus hinter sich hatte, konnte der Verrat des bürgerlichen Radikalismus wenigstens für die Gegenwart keinen neuen Aufschwung der Reaktion zeitigen. Die breiten kleinbürgerlichen Volksmassen, sofern sie noch nicht zu einem sozialistischen Bewußtsein gelangt waren, fuhren fort, für die Radikalen zu stimmen, aber ohne Überzeugung, ohne Wärme, ohne Vertrauen, eher aus Gewohnheit, als einem inneren Triebe folgend. Dabei sind beträchtliche Schwankungen zu verzeichnen. Die ungewöhnlich große Zahl der Stichwahlen beweist dieses Zögern und diese innere Unsicherheit am besten. 1906 gab es bloß 156 Stichwahlen, diesmal stieg ihre Zahl auf 231, beinahe 40 Prozent der 597 Kammersitze.

Es vollzieht sich dabei augenscheinlich ein innerer, sehr tiefgehender Zersetzungsprozeß im Radikalismus selbst. Der Radikalismus mausert sich und erfüllt sich allmählich mit einem konservativen opportunistischen Inhalt. Er artet in eine bloße Etikette, in eine elende Phrase aus. Statt Kampfpolitik treibt er Verdauungspolitik. Er will genießen, was er besitzt. Er spricht von allgemeiner Versöhnung, Ruhe und Beschwichtigung. Die sanften Flötentöne des Herrn Briand, die ehedem, unter Méline oder Dupuy, im radikalen Lager den bittersten Hohn hervorgerufen hätten, werden gegenwärtig als der Gipfel der Staatsklugheit gefeiert. Nicht mehr der Wille zum sozialen Fortschritt, sondern nur noch die Furcht vor dem Sozialismus vermag das ruheliebende Bürgertum aus seinem süßen Schlummer wachzurütteln.

Kein Wunder, daß die meisten Gewinste an Stimmen und Sitzen unter den bürgerlichen Republikanern den Gemäßigten, den Konservativsten zufallen. Nach den Angaben der Regierungsblätter gewannen die Radikalen und Radikalsozialisten zusammen gegen 200000 Stimmen, während die sogenannten Linksrepublikaner, die eine offene antisozialistische Kampfpolitik treiben, einen Zuwachs von rund 250000 Stimmen aufzuweisen haben, fast ebensoviel wie der Stimmenzuwachs der Sozialistischen Partei. Bei der Verschärfung des Klassenkampfes erstarken die entschiedenen gegensätzlichen Kräfte, während die Halben und Schwankenden erschlaffen und zurückgehen. Im ganzen erhielten die sogenannten Radikalen und Radikalsozialisten 3⅓ Millionen Stimmen, die Gemäßigten rund 1½ Millionen. Die Monarchisten und Nationalisten,

die die größten Verluste zu verzeichnen haben, etwas mehr als 900000 Stimmen. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt rund 8½ Millionen (genau 8563716).

Hier eine vergleichende Tabelle der Parteien in der Kammer nach den Wahlen von 1906 und von 1910. (Die Angaben für die bürgerlichen Parteien sind den Regierungsquellen, die nicht immer zuverlässig sind, entnommen.)

	1906	1910
Radikale und Radikalsozialisten	247	260
Linksrepublikaner	77	66
Republikaner[1]	—	22
Unabhängige Auch-Sozialisten	22	21
Progressisten	66	59
Reaktionäre	117	86
Geeinigte Sozialisten	53	76

Wenn man nach dieser Tabelle rechnet, so scheinen die Radikalen die Differenz von 260 — 247 = 13 gewonnen zu haben. Man darf aber dabei nicht die Veränderungen außer acht lassen, die im Laufe der letzten Legislaturperiode eingetreten waren. Tatsächlich haben selbst nach den für sie günstigsten Regierungsangaben die Radikalsozialisten im ersten Wahlgang 6, im zweiten 12, zusammen 18 Sitze verloren, während die Geeinigte Sozialistische Partei 23 Sitze gewonnen hat, meistens auf Kosten der Radikalen.

Die sozialistischen Siege.

Nach den Wahlen von 1906 war es leicht vorauszusehen, daß in jedem Falle „der Sozialismus nur gewinnen könne" (vergl. „Neue Zeit", l. c.). Hätte die radikale Partei wirkliche Reformarbeit geleistet, so hätte sie diese nur mit Hilfe und unter dem Drucke der Sozialisten verrichten können. In diesem Falle konnte die wachsende politische Bedeutung und Unentbehrlichkeit des Sozialismus niemandem entgehen. Im anderen Falle, wenn der fortgeschrittenste bürgerliche Flügel versagte, mußte der Sozialismus als der einzig sichere Faktor der sozialen Reform dastehen. Es geschah das letztere. Und der Sozialismus ist diesmal der Hauptsieger bei den Wahlen. Er hat einen bedeutenden Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Am 24. April 1910 erhielt die Geeinigte Sozialistische Partei rund 1110000 (genau 1106047) gegen 877999 Stimmen[2] im Jahre 1906. Also ein Gewinn von 228048 Stimmen gleich 25 Prozent. Es fehlen noch einige Angaben, die das Endresultat kaum bedeutend umändern können. Wir können unseren Gewinn auf rund eine Viertelmillion Stimmen veranschlagen. Ein recht bedeutendes Resultat für die französischen kleinbürgerlichen Verhältnisse! Dabei kommen folgende Umstände in Betracht. Im Jahre 1906 wurden zu den sozialistischen Kandidaten fünf Unabhängige (Pastre, Devèze, Fournier, Coutant, Heppenheimer) mitgerechnet, die seitdem die Partei verließen. Man dürfte also beim Vergleich der entsprechenden Resultate zu der Viertelmillion etwa noch 40000 Stimmen mitrechnen. Ferner: 1906 stellte die Partei rund 400 Kandidaten auf. Diesmal führte sie bloß 350 ins Treffen. Hätte die Partei überall Zählkandidaten aufgestellt, so wäre der Stimmenzuwachs noch bedeutender gewesen.

---

[1] Die Republikaner wie die Linksrepublikaner gehören ihrer Richtung nach zur Union Démocratique.

[2] Wir entnehmen diese Zahlen dem „Le Socialiste", Zentralorgan der Partei.

Die Einzelresultate sind höchst lehrreicher Natur. Von 90 Landesföderationen, die die Partei bilden, haben 56 an Stimmen gewonnen. Die meisten Gewinne fallen auf den nördlichen und den industriellen Teil überhaupt. Pas-de-Calais mit seinen großartigen Bergwerken marschiert an der Spitze. Die Partei verdoppelte hier ihre Stimmenzahl, die von 28921 auf 56414 (Gewinn 27493) stieg. Unmittelbar folgt das Norddepartement mit 129000 gegen 105723 Stimmen im Jahre 1906. In Haute-Vienne haben wir einen Gewinn von 16638 Stimmen (mehr als 100 Prozent). In manchen Departements ist der Stimmenzuwachs noch bedeutender, so in Isère, wo die Zahl von 11997 auf 32172, also beinahe um 300 Prozent stieg. Isère war bis in die letzte Zeit die Hochburg des „unabhängigen" Auch-Sozialismus. Im Departement Loire, im Hauptquartier des Herrn Briand, erhielt die Geeinigte Sozialistische Partei rund 13000 rein sozialistische Stimmen, die den „Unabhängigen" entrissen wurden. Auch die südlich liegenden Gegenden, die von der wirtschaftlichen Krise am meisten zu leiden hatten, gaben uns eine stattliche Zahl von Stimmen. So lieferte das Departement Aude (Hauptstadt Narbonne, wo während der Winzerkrise Blut floß) 15879 Stimmen (1906 6962); Bouche-du-Rhône 33195 (1906 26105, Zuwachs 7090); Gironde 34235 (1906 13706, Zuwachs 19529. Im industriellen Departement Saône-et-Loire erhielten wir 30425 Stimmen (1906 20062, Zuwachs 10363). Vaucluse gewinnt 2670 Stimmen; Rhône 6198 (29663 gegen 23465 im Jahre 1906). Dies sind sozusagen unsere natürlichen Fortschritte, die sich aus der Entwicklung der Industrie oder aus wirtschaftlichen Krisen von selbst ergeben.

Was die Wahlen vom 24. April aber besonders kennzeichnet und sie zu einem gewissen Wendepunkt in der Bewegung stempelt, ist der glänzende Vormarsch des Sozialismus auf dem Lande. Die ständige Beschäftigung der Partei während der letzten Jahre mit der Agrarfrage, die unermüdliche Tätigkeit unseres tüchtigsten Landagitators Compère-Morel, sein glänzendes Auftreten in der Kammer fangen an ihre Früchte zu tragen. Wir machen auf dem Lande überraschende Eroberungen. Compère-Morel selbst wurde fast lediglich von Bauern im ersten Wahlgang gewählt. Die Bauern des Departements Gard, wo sein Wahlkreis liegt, gehörten vorher mit Leib und Seele der Reaktion oder dem protestantischen Freidenkertum. Als dieser glänzende Agitator seine erste Wahlschlacht gewonnen hatte, brandmarkten ihn die Bürgerlichen als einen „Mann der Reaktion". Seine Wahl wurde als das Werk eines Zufalls oder eines Manövers betrachtet. Nun hat er die Bauern durch eine unermüdliche und glänzende Agitation so fest an sich gefesselt, daß weder die Reaktion noch das Freidenkertum je hoffen können, sie ihm abzunehmen. Mögen in der vorletzten Wahl manche Reaktionäre die Wahl Compère-Morels aus Rache gegen die Freidenker unterstützt haben, so haben sie sich dabei arg verrechnet. Sie bekommen die Bauern nie wieder zurück.

Ebenso ging es im Departement Allier, wo Genosse Brizon mit einem Male 5000 ländliche Wähler seinem radikalen Gegner entriß und im ersten Wahlgang siegte. Genosse Charles Dumas, ein junger und talentvoller Mitarbeiter der marxistischen Wochenschrift „Le Socialisme" (redigiert von Jules Guesde), gewann im ersten Wahlgang gegen eine radikale Leuchte rund 11000 Stimmen. Im ganzen Departement Allier haben wir unsere Stimmen verdoppelt (41566 statt 21437 des Jahres 1906). In Cher erhielt ein an-

derer ländlicher Agitator, Genosse Mauger, im ersten Wahlgang rund 5000 Stimmen. Im Departement Eure-et-Loir, „der Kornkammer Frankreichs“, wo wir bis jetzt nur vereinzelte Stimmen aufwiesen, erhielten wir 3041. Auch im Departement Nièvre haben wir unsere meisten Anhänger auf dem Lande erworben. Unsere Stimmenzahl stieg dort von 15898 auf 17799. In Deux-Sèvres wurde unser junger Genosse Henri de la Porte im ersten Wahlgang hauptsächlich von Bauern gewählt. Dabei vermehrten sich unsere Stimmen um 2800 (6551 statt 3750 des Jahres 1906).

Freilich haben wir auch Verluste zu verzeichnen. Wir verloren so bedeutende Kräfte wie de Pressensé, Paul Constans. Auch Paul Brousse und Allemane fielen durch, ferner im Norden Durre und Frevet, im Süden Maurice Allard. Wie es leicht vorauszusehen war, hat Paris uns am schlimmsten mitgespielt. Hier haust schrankenlos der anarcho-syndikalistische Konfusionismus. Die Antiparlamentarier aus der hervéistischen Schule traten offen gegen die Partei für Stimmenthaltung auf. Sie entfalteten ihre Tätigkeit selbstverständlich bloß im sozialistischen Lager. Die bürgerlichen Wähler waren im voraus ihrem Einfluß unzulänglich. Die anarchistischen Helden konnten also, wie üblich, bloß dem Sozialismus, nicht dem Kapitalismus Schaden zufügen.

Zwar sprach sich Hervé mit seiner gewöhnlichen Zerfahrenheit gegen die parlamentarische Aktion aus, aber auch gegen das „Stören des Wahlkampfes“ (Sabotage électorale). Die Wahltätigkeit soll nach der Auffassung dieses genialen Taktikers zu jeder Zeit bekämpft werden — bloß nicht während der Wahlperiode. Seine rein anarchistischen Bundesgenossen aber waren konsequenter. Sie bekämpften die Wahlaktion während der Wahlperiode. Genosse Rouanet im achtzehnten Arrondissement von Paris, den die Anarchisten am heftigsten bekämpften, verlor mehr als 3000 Stimmen (8289 gegen 11490 im Jahre 1906). Im neunzehnten Arrondissement von Paris verlor Genosse Dubois mehr als 2000 Stimmen (6740 gegen 8809 im Jahre 1906). Aber was noch sonderbarer und für die Partei empfindlicher ist, es haben sogar alte und hochverdiente Genossen, wie Ed. Vaillant und Dejeante, in reinen Arbeitervierteln bedeutende Verluste zu verzeichnen. Vaillant verlor im zweiten Wahlkreis des zweiundzwanzigsten Arrondissements mehr als 1000 Stimmen (8632 gegen 9828 im Jahre 1906) und siegte bloß mit einer Mehrheit von einigen hundert Stimmen. Dejeante verlor im Pariser zwanzigsten Arrondissement (erster Wahlkreis) gegen 700 Stimmen. Auch im dreizehnten Arrondissement (erster Wahlkreis), wo die „Insurrektionellen“ unter der Führung des nun aus der Partei ausgetretenen Jobert einen gewissen Einfluß besitzen, hat die Partei anderthalb tausend Stimmen verloren. Auch der redegewandte Sembat verlor gegen 1000 Stimmen. Rozier im neunzehnten Arrondissement (zweiter Wahlkreis) verlor 1300 Stimmen. Paul Brousse, der Theoretiker des sozialistischen Possibilismus, erhielt nur 5270 Stimmen, statt 6456, die im Jahre 1906 auf ihn gefallen waren, und kam in Stichwahl, in der er durchfiel. Auch Genosse Groussier, der große Sachkenntnisse auf sozialpolitischem Gebiet besitzt, verlor einige Stimmen und mußte die Feuerprobe der Stichwahl bestehen. Außer Allemane, der ein paar hundert Stimmen gewann, haben sämtliche sozialistische Deputierte der Hauptstadt einen bedeutenden Stimmenverlust zu verzeichnen, und zwar trotz der Zunahme der Bevölkerung.

Die Politik des Entgegenkommens dem anarcho-syndikalistischen Konfusionismus gegenüber hat nichts genützt. Paris unterliegt dem verheerenden Ein-

fluß des Nationalismus und der monarchistischen Reaktion einerseits — sämtliche reaktionäre Deputierten wurden dort im ersten Wahlgang wiedergewählt! — und der ebenso unfruchtbaren anarchistischen Phrase andererseits. Das Haupt und das Gehirn Frankreichs, die „Stadt des Lichtes“, wie Paris sich stolz selbst nennt, ist unglücklicherweise von den dunkeln Mächten der Reaktion und der blinden Gewalt der Phrase beherrscht. Die gesunde Unzufriedenheit mit dem Bestehenden findet auf dem einst glühenden Boden der Revolution zwar noch bis jetzt einen lebendigen und temperamentvollen Ausdruck, aber einen trüben und manchmal kindischen, noch öfter aber einen demagogischen. Paris steht heute politisch und sozial hinter der Provinz zurück. Hätte die Rückständigkeit der Hauptstadt nur die bürgerlichen Elemente getroffen, so wäre diese Erscheinung ganz natürlich. Leider, wie wir ziffermäßig gezeigt haben, unterliegt diesem Übel auch ein Teil der Arbeiterbevölkerung, wenn auch in einer ganz anderen Form. Die sozialistische Aufklärung und Organisationsarbeit muß hier mit aller Kraft einsetzen. Wir müssen unsere Hauptwaffe, die „Humanité“, die einzige Pariser sozialistische tägliche Zeitung, diesem Zwecke entsprechend gestalten.

Weit besser liegen die Verhältnisse in den Pariser Vorstädten, wo dank den neuen Verkehrsmitteln die Arbeiterbevölkerung je weiter desto mehr sich ansammelt. Hier gewinnen wir Stimmen und Sitze, wenn auch nicht in erwünschter Weise und nicht ausnahmslos. (So verloren die Genossen Walter Meslier und Adrien Weber eine bedeutende Zahl von Stimmen.) Hier siegte Lucien Voilin, ein Arbeiter, der sich dem Genossenschaftswesen gewidmet hat. Er wurde schon im ersten Wahlgang mit 5577 Stimmen gewählt. Ferner Albert Thomas, der Redakteur der revisionistischen „Revue Socialiste“ und Mitarbeiter der „Humanité“.

Das Gesamtergebnis, soweit es die Zahl unserer eroberten Sitze betrifft, ist folgenderweise zu kennzeichnen. Schon im ersten Wahlgang eroberten wir 29 Sitze, dabei haben wir 8 neue gewonnen, 4 verloren. Also Reingewinn des ersten Wahlganges 4. Zwar hatten wir 1906 schon im ersten Wahlgang 33 Sitze erobert, aber dafür hatten wir für die Stichwahlen nur in 28 Wahlkreisen die größte Stimmenzahl, während 1910 die Partei in 43 Wahlkreisen den ersten Rang behauptet. Und in einer großen Zahl von Wahlkreisen war diesmal der Radikale von den sozialistischen Stimmen abhängig.

Wirklich überraschend ist unser Sieg im zweiten Wahlgang. Wir haben mit einem Schlage 47 Sitze erobert. Zusammen werden wir zum ersten Male in der Kammer über die stattliche Zahl von 76 Deputierten verfügen. Angesichts der Schlagfertigkeit der französischen Genossen, der Möglichkeit der Ausnutzung der demokratischen Einrichtungen, der Beeinflussung der radikalen Mehrheit, die sehr oft auf sozialistische Hilfe angewiesen sein wird, vermag sich eine so zahlreiche sozialistische Gruppe zu einem politischen Machtfaktor ersten Ranges zu gestalten. Für die zu erwartende große Rolle der sozialistischen Fraktion ist von besonderer Wichtigkeit der Eintritt zahlreicher junger und frischer Kräfte in die Kammer: Cachin, Charles Dumas, Roux-Costadan, Ellen-Prevot, Goude, Myrens, Briquet, Aubriot, Lauche, Mistral und Albert Thomas, der zwar zur reformistischen Richtung zählt, aber eine sehr tüchtige und kenntnisreiche Arbeitskraft ist. Von 76 sozialistischen Deputierten sind 30 neugewählt. Sie werden unserer parlamentarischen Fraktion neues, frisches Blut, neue Tatkraft zuführen, was im Lande der parlamentarischen Versump-

fung, die auch manchen von den Unsrigen anstecken kann, von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Ebenso wichtig ist der Umstand, daß ein Viertel (20) der Abgeordneten der „guesdistischen“ oder marxistischen Richtung angehört.

Zwar haben wir die meisten Siege nicht lediglich aus eigenen Kräften errungen, sondern mit Hilfe der Radikalen im zweiten Wahlgang, in einzelnen Fällen sogar mit der der Reaktionäre. Es vermindert aber um kein Jota weder die moralische noch die politische Tragweite unseres Sieges. Die Gründe dafür sind sonnenklar. Erstens unterstützten uns die Radikalen nicht um unserer schönen Augen willen, sondern sie wurden durch unsere wachsende Macht im ganzen Lande dazu gezwungen. Das Schicksal zahlreicher Radikalen lag in unseren Händen. Überall erfüllte die Sozialistische Partei ihre demokratische Pflicht und sperrte der schwarzen Reaktion den Weg. In Marseille, um nur eins hervorzuheben, rettete sie den Veteranen der Republik und des freien Gedankens, den Herrn Brisson, den Kammerpräsidenten, der ohne sozialistische Hilfe im zweiten Wahlgang unterlegen wäre. In Paris rettete sie unter anderen Buisson. Sie handelte überall im Geiste der Kongreßresolutionen von Châlon und Nimes, die sie „zur Erhaltung und Entwicklung der republikanischen Freiheiten“ verpflichtete. Sie bettelte dabei nicht um die gegnerischen Stimmen. Mit Würde und Ruhe zog sie ihre Kandidaten einfach zurück, indem sie an die Kongreßresolutionen erinnerte. Die Radikalen haben an vielen Orten Verrat geübt, indem sie sich mit der Reaktion gegen den „Geeinigten“ (Sozialisten) zusammenschlossen. Sogar gegen Genossen Jaurès, der am meisten von der Reaktion bedroht war, kämpften sie bis zur letzten Stunde. Dabei liefen die meisten der Radikalen im zweiten Wahlgang zur Reaktion über. Dieses skandalöse Verhalten des Radikalismus einem Manne wie Jaurès gegenüber, der nie die Radikale Partei, als solche, angreift und zu jeder Zeit bereit ist, mit ihr in Reih und Glied für die geringsten Reformen zu kämpfen, verdient eine besondere Erwähnung. Im ersten Wahlgang erhielt Jaurès 5997 Stimmen gegen den Radikalen Rigaud, der 2956 Stimmen auf seinen Namen sammelte, und den Reaktionär mit 3355 Stimmen. Der Haß der Reaktionäre gegen Jaurès ist so groß, daß sein ehemaliger Konkurrent seine erzreaktionären Truppen aufforderte, gegen Jaurès für den Radikalen zu stimmen, der ein Gotteslästerer und dazu ein Kongregationsliquidator, also der Teufel in persona selbst ist. Doch zog der Radikale für die Stichwahl seine Kandidatur zurück. Was geschah nun beim zweiten Wahlgang? Jaurès erhielt 6445 Stimmen, also bloß um 448 Stimmen mehr als im ersten Wahlgang, während der Reaktionär 5543 Stimmen statt der 3355 des ersten Wahlganges bekam. Von den etwa 3000 Stimmen des Radikalen sind mehr als 2000 auf den Reaktionär und bloß ein paar hundert auf Jaurès übergegangen. Und dies trotz des feierlichen Beschlusses der lokalen radikalen Leitung, trotz der Beschwörung der radikalen Autoritäten, die öffentlich erklärten, daß der Durchfall von Jaurès eine Schande für Frankreich und das Parlament sein würde. So lohnte den guten und liebevollen Jaurès die bürgerliche Demokratie für seinen demokratischen Eifer, der ihn leider manchmal allzu weit führte. Genosse Jaurès erblickt aus bester und aufrichtigster Überzeugung seine vornehmste Aufgabe in der Hervorhebung dessen, was den Sozialismus mit der fortgeschrittenen bürgerlichen Demokratie einigt. Allein die harte kapitalistische Wirklichkeit, die dem sozialen Pantheismus und





Panreformismus abhold zu sein scheint, erinnert auf Schritt und Tritt an die Kluft, die die sozialistische Welt von der bürgerlichen trennt. Genosse Jaurès hat es an seinem eigenen Leibe in Carmaux erfahren können. . . .

Die unfreiwillige Unterstützung der sozialistischen Kandidaturen durch die Radikalen beim zweiten Wahlgang ist zweitens dadurch notwendig geworden, daß die Radikalen sich entgegen jeder Gerechtigkeit der Reform des Wahlverfahrens hartnäckig widersetzten. Der Proporz hätte diese Unterstützung überflüssig gemacht, und die Sozialistische Partei hätte genau ebenso viele Sitze erhalten. Die gegenwärtige Zahl der sozialistischen Sitze entspricht der Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen, wenn man sie nach den Regeln der Verhältniswahl berechnet. Die Sozialistische Partei ist also zu ihrem Rechte auf indirektem Wege gekommen.

Eine höchst erfreuliche Erscheinung der letzten Wahlen ist die Niederlage der „unabhängigen" Sozialisten, deren Führer auf Regierungsbänken sitzen. Herr Viviani, der Minister der Arbeit, mußte aus Paris in die Provinz fliehen, da er in Paris seiner Niederlage im voraus sicher war. Die Genossen waren bereit, für den schlimmsten Gegner zu stimmen gegen einen sozialistischen Überläufer. Herr Millerand kam in Stichwahl und konnte nur mit der größten Mühe gerettet werden. Die unabhängigen Leuchten, wie Zevaès, Cornaud, Ledin, Jourde und andere sind glänzend durchgefallen. Besonders lehrreich ist der Fall Zevaès, einst ein Liebling von Jules Guesde, den er schmählich verraten hat. Zevaès trieb seine „Unabhängigkeit" so weit, daß er gegen einen anderen „Unabhängigen", Cornaud, seine Kandidatur aufstellte. Die Herren bekämpften sich aufs heftigste. Der Wahlkreis fiel dem lachenden Dritten zu, dem Geeinigten Sozialisten, einem treuen „Guesdisten". Auch an anderen Orten bekämpften sich die „Unabhängigen" unter sich. Die ideale Zwanglosigkeit der Herren „Unabhängigen", die bloß von ihrem persönlichen Interesse und Ehrgeiz abhängen, hat sie dem Fluche der Lächerlichkeit und des Mißerfolges ausgeliefert. Es ist ein Sieg des Parteiwesens und der Disziplin, der unsere Partei sehr kräftigen wird. Und gerade hierzulande war es vonnöten.

Noch ein Kennzeichen der Wahlen! Zum erstenmal stellte die Partei offiziell der gesetzlichen Unvernunft und Ungerechtigkeit zum Trotz einige Frauen als Kandidaten auf: Elisabeth Renard, die mehr als 2000 Stimmen erhielt, die Genossinnen Anna Kaufmann und Dr. Madeleine Pelletier, die einige Hunderte Stimmen sammelten, und zwar in Wahlkreisen, wo manche männliche Kandidaturen bedeutend weniger Stimmen auf sich vereinigen konnten. Die bürgerliche Frauenrechtlerin Frau Marguerite Durand hatte gar keinen Erfolg als Kandidatin. Auch in diesem Falle hat sich die Kraft der Partei bewährt.

Was nun?

Der regierende Radikalismus ist nicht geschlagen. Er geht aber moralisch und politisch geschwächt aus dem Kampfe hervor. Die französische staatliche Bureaukratie, die eine Versorgungsanstalt für beinahe eine Million Bürger ist und über unzählige Mittel der Wahlbeeinflussung verfügt, stand diesmal im Dienste der Radikalen Partei. Trotzdem hat diese erhebliche Verluste zu verzeichnen. Das Volk wendet ihr den Rücken. Die radikalen Streber werden schwerlich ihrem gegenwärtigen Führer Briand die Wahlniederlage verzeihen. Früher oder später wird der sozialistische Überläufer den glän-

zenden sozialistischen Sieg mit dem, was ihm am wertvollsten ist, mit seinem Ministerportefeuille, bezahlen müssen. Schon eröffnet gegen ihn das einflußreiche radikale Organ „La Depèche de Toulouse“ eine Preßkampagne. Es berührt die wunde Stelle Briands: seine unendliche Geschmeidigkeit und Treulosigkeit. Es vergleicht ihn mit jener Sorte von Weibern, deren Gunst jedem zugänglich ist. Die Radikalen beginnen den zweischneidigen Charakter der Verdauungs- und Genußpolitik einzusehen. Lassen wir die Toten die Toten begraben.

Was uns hier besonders interessiert, ist die Politik der lebendigen und wachsenden Macht der Sozialistischen Partei, der Partei der Zukunft.

Unsere Parteiverhältnisse sind allgemein bekannt. Die letzte mißlungene Maidemonstration wirft auf sie ein grelles Licht. Mit Rücksicht auf ein Häuflein Pariser anarchistischer Krakeelmacher unternimmt die Partei seit Jahren nichts für die Maifeier. Sie läßt den „revolutionären“ Syndikalisten die Bahn frei und hinkt ihnen hilflos nach. Die „revolutionären“ Strategen verführen die Massen von Blamage zu Blamage. Ihre Taktik ist: entweder sinnloses Blutvergießen wie in Villeneuve-St. Georges (1908) oder ein erniedrigender Rückzug wie am letzten 1. Mai. Nachdem sie, ohne sich mit der Sozialistischen Partei zu verständigen, wie dies bei der großartigen Demonstration für Ferrer geschehen war, mit großem Tamtam die Eroberung des Bois de Boulogne angekündigt hatten, haben die anarchistischen und „revolutionären“ Führer sofort den Kopf verloren, als der gewissenlose Briand ihnen mit einem Massaker drohte. Beide Seiten versuchten einander durch schwindelhafte Drohungen und Renommistereien zu überbieten. Herr Briand erwies sich dabei als der Stärkere und Schlauere — die Konföderation hat sich lächerlich gemacht. Sie zog die Partei in Mitleidenschaft. Die Partei hat als solche auf jedes unabhängige Verhalten der Konföderation gegenüber verzichtet. Die Parteileitung ist, dank dem sonderbaren § 28 des Organisationsstatuts, der die Parlamentarier aus ihrer Mitte ausschließt, jeder weitgehenden Autorität und Tatkraft beraubt. Sie ist wenig leistungsfähig. Ihre Tätigkeit beschränkt sich meistens auf die Erledigung kleinerer laufender Geschäfte.

Um so stärker muß die innere Zugkraft des sozialistischen Gedankens sein, daß wir trotz Hervéismus, trotz „revolutionärem“ Syndikalismus einen so glänzenden Sieg erkämpfen konnten.

Was fangen wir nun mit diesem Siege an? Genosse Jaurès veröffentlicht einen leidenschaftlichen und stellenweise zutreffenden Aufruf zur Reform- und Gegenwartsarbeit. Aber woher diese Reformen und besonders woher die Mittel zu ihrer Durchführung nehmen? Die Radikale Partei hat die Einkommensteuer beschlossen. Sie hat sie aber in den Papierkorb des Senats geworfen. Der Senat wird dafür sorgen, daß ihr dasselbe traurige Los beschieden wird wie der Arbeiterversicherung. Im besten Falle werden die neuen Millionen der Einkommensteuer ins uferlose Wasser geschleudert in der Form der Dreadnaughts. Schon verlangte die Regierung anderthalb Milliarden für neue Kriegsschiffe! Auch die Luftschiffe harren des Millionenregens. Dazu ist das laufende Budget mit einem Defizit von 200 Millionen abgeschlossen worden.

Die Radikale Partei wird so tun, als ob sie eine Wahlreform durchführen wolle, wird aber im letzten Augenblick auf den politischen Selbstmord verzichten. Sie wird hier und da einige billige Maßregeln zugunsten der weltlichen, aber kapitalistischen Schule, die in den offiziellen Schulbüchern den Sozialismus verhöhnt, mit Ach und Weh durchzusetzen suchen. Ist dieses Werk

der radikalen Ohnmacht des Fleißes einer welterstürmenden Partei, wie die sozialistische, wirklich wert? Die Flickarbeit des Kapitalismus wird, ob wir wollen oder nicht, jeder von den Herren, die an dessen Fleischtöpfen sitzen, besorgen. Daß wir an einzelnen Ausbesserungen mithelfen müssen, ist selbstverständlich. Aber darin unsere Lebensaufgabe zu sehen, wäre ein tödlicher Irrtum.

Wir sollen das Schicksal unserer Partei nicht mit dem des wankenden morschen kapitalistischen Gebäudes und seiner absterbenden politischen Parteien verbinden. Mit der Reformarbeit steht es in der gegenwärtigen am Rande des Bankrotts stehenden Gesellschaft sehr schlecht. In Frankreich mehr als in manchen andern Ländern. Unsere Politik in der französischen Kammer muß notgedrungen eine Sammlungs-, Organisations- und Agitationspolitik sein. Die blinden Mächte arbeiten für uns. Der Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Parteien wird, wie die letzten Wahlen von neuem bestätigen, unaufhörlich weiter vor sich gehen. Wir haben die Aufgabe, mit Aufwand aller unserer Kräfte, aller unserer Begeisterung für unsere große Sache in derselben Richtung zu wirken, um dem leitenden Gedanken der Amsterdamer Resolution gerecht zu werden: wir sind keine Partei der Flickarbeit, sondern der Revolution im besten und edelsten Sinne des Wortes.

Wie nach dem großartigen Dreimillionensiege in Deutschland, verlangt jetzt der rechte Flügel der französischen Partei die Ausnutzung der großen Resultate zu kleinen Zwecken. Die Wahlen von 1910 können, wenn sie im großen Umfange ausgenützt werden, zum Beginn einer neuen Ära im französischen Sozialismus werden. Unsere Losung dabei muß aber dann sein: Mehr Sozialismus! Und nicht: Mehr Flickarbeit!...

Die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der persischen Revolution.

Von Arschavir Tschilinkirian.

(Schluß.)

VI.

Während die einheimischen Kaufleute und Unternehmer durch die wucherischen Praktiken der Gouverneure in ihrem Gedeihen gehemmt und gestört waren, zeigte sich diese Situation für die ausländischen Kapitalisten höchst günstig. Die Schahs hatten in Rußland und England Anleihen aufgenommen, aber diese Mächte streckten das Geld nicht vor um der schönen Augen der Schahs willen, sondern weil sie außer den hohen Zinsen, die sie den Geldleuten ihrer Länder verschafften, wertvolle Konzessionen für sich erhielten, zum Beispiel Banken zu eröffnen, Transportgesellschaften einzurichten, Straßen zu bauen, die außer dem direkten Profit, den sie abwarfen, auch den Absatz fremder Waren in Persien erleichterten. Das Leben und das Vermögen der ausländischen Kapitalisten befand sich unter dem unmittelbaren Schutze ihrer heimischen Regierungen. Denn die fremden Kapitalisten waren der persischen Gerichtsbarkeit nicht unterworfen, sie brauchten sich auch nicht um die Intrigen und die Eifersucht der Gouverneure und Fürsten zu kümmern. Die Gouverneure, die auf die persischen Bürger absolut keine Rücksicht nahmen, sorgten dagegen liebevoll dafür, daß den Europäern kein Haar gekrümmt

wurde. Da die Schahs von ausländischem Kapital abhängig waren, mußten sie den Fremden Monopole gewähren. Und je mehr diese Abhängigkeit wuchs, desto serviler beugten sich die Schahs vor dem fremden Kapital. Das konnte natürlich der persischen Bourgeoisie nicht verborgen bleiben. Infolgedessen wuchs ihr Haß nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen das fremde Kapital.

Als die europäischen Fabrikate in Persien in Aufnahme kamen, als sich der Handel entwickelte, da hielt das Wachstum des einheimischen Kapitals damit gleichen Schritt. Es gibt jetzt persische Bankiers, die reicher sind als die Banken fremder Kapitalisten in Persien. Die persischen Bankiers machen ihren englischen und russischen Lehrmeistern mit Erfolg Konkurrenz, und wenn die fremden Kapitalisten doch noch einen guten Profit in Persien machen, so nur deshalb, weil sie unter dem Absolutismus ihre Stellung festigen konnten. Das konstitutionelle Persien wird durch Beseitigung der Hindernisse, die die heimischen Kapitalisten hemmten, der persischen Bourgeoisie ein günstigeres Terrain für die Konkurrenz schaffen.

Wir könnten ausführlicher über die Rolle des fremden Kapitals in Persien sprechen, doch um keine Wiederholungen zu machen, verweisen wir den Leser lieber auf Kautskys Artikel über den amerikanischen Arbeiter in der „Neuen Zeit" XXIV, 1, S. 676, russisch erschienen als Broschüre unter dem Titel: „Handel, Politik und Arbeiterklasse, amerikanische und russische Arbeiter", und den Brief, den er voriges Jahr an die sozialdemokratische Gruppe in Täbris gerichtet hat und der in Übersetzung in einem Petersburger Blatt erschienen ist. Er hat hier klar auseinandergesetzt, wie schädlich das ausländische Kapital in Persien wirkt und wie dieses Kapital, indem es einen großen Teil des Mehrwerts des Landes ins Ausland bringt, die ökonomische und soziale Entwicklung Persiens hemmt.

VII.

Mit der Entwicklung der persischen Handelsbeziehungen zu Europa und der Vermehrung der Beziehungen der persischen Kaufleute mit der europäischen Gesellschaft drang auch die abendländische Kultur in Iran ein. Wenn die persischen Kaufleute diese Kultur nicht haßten, denn deren Einführung war aufs innigste mit ihrer geschichtlichen Aufgabe verbunden; wenn die Regierung, die zum Sklaven des fremden Kapitals geworden war, nolens volens Persien dieser Kultur eröffnet hat, so war der persische Klerus immer der erbittertste Feind alles dessen, was aus dem Westen kam. Der persische Klerus, in dessen Händen sich die öffentliche Erziehung befindet, tat sein möglichstes, um die gläubigen Mohammedaner bei den alten Traditionen zu erhalten, bei den alten religiösen und dogmatischen Anschauungen, auf denen diese jahrhundertelange Ausbeutung beruhte. Er erhob sich gegen die europäische Kultur, da er in ihr den mächtigsten der Faktoren sah, die seine Stellung bedrohten.

Die Macht des Klerus wuchs besonders im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts. Zu dieser Zeit war er so stark, daß er eine zweite Regierung in Persien bildete, die öfters der wirklichen Regierung über den Kopf wuchs. Die Macht der Geistlichkeit stieg im selben Maße, wie sich ihr Grundbesitz vermehrte. Dieser Besitz heißt in mohammedanischen Ländern „Vakuf". Diese Vakufgüter hatten schon unter der Herrschaft Nadirs und Agha Mohammed Khans die Gier der Schahs erregt. Ja wir wissen aus der persischen Geschichte, daß die oben erwähnten Schahs einen Teil der Moscheengüter einzogen und Staatsdomänen daraus machten. Trotzdem wuchs der Grundbesitz

der Moscheen immer mehr. Jeder Mohammedaner muß auf dem Totenbett ein Viertel seiner beweglichen und unbeweglichen Habe der Moschee vermachen. Wie reich die Moscheen sind, die dem hohen Klerus unterstehen, können folgende Ziffern zeigen. Nach M. L. Tomara beliefen sich die jährlichen Einkünfte einer Moschee in Meschhed 1890 auf 60000 Tomans (1 Toman = 4 Mark) und auf 3000 Tonnen Korn. Die Einkünfte aus den Vakufgütern und das von den Gläubigen vermachte bewegliche Gut sollten nach der Tradition hauptsächlich unter die Familien der Armen und unter die Waisen verteilt werden.

Aber je mehr der Reichtum der Geistlichkeit wuchs, um so mehr sah sie sich gezwungen, sich ein Gegengewicht gegen die Eifersucht der Schahs und der Fürsten zu schaffen. Anstatt seine Einkünfte unter die Armen zu verteilen, begann der Klerus, sich davon bewaffnete Banden zu halten, die sich aus Talabas (Theologiestudenten) zusammensetzten und die Interessen des Klerus auf der Straße verteidigten. Die Geistlichkeit war so stark geworden, daß sie die Befehle der Staatsregierung durch einen Wink umstoßen konnte. Im selben Maße wie die politische und ökonomische Macht des Klerus wuchs auch seine Gerichtsbarkeit. Das machte den Regierungsvertretern ernstliche Sorge. Die persischen Gerichte waren reiche Einnahmequellen für sie, während sich das Volk zu den geistlichen Gerichten drängte. Ein wenn auch schwerer Kampf entbrannte zwischen Regierung und Geistlichkeit, in dem die letztere aus einer Position nach der anderen verdrängt ward.

Wie wir oben gesehen haben, mußten natürlich in Ermanglung einer Kontrolle die Einkünfte der Moscheen in die Taschen der hohen Geistlichen und ihrer Kreaturen wandern. Aber die hohe Geistlichkeit ließ es nicht dabei bewenden, sich diese Einkünfte anzueignen, sie vergriff sich auch am Grundbesitz der Moscheen selbst. „Eine der größten kirchlichen Domänen, die 380 Dörfer umfaßt — sie war der Moschee von einem gewissen Zahrie vor zweihundert Jahren vermacht worden —, ist jetzt fast völlig in die Hände von Privatleuten übergegangen, und nur noch 12 bis 15 Dörfer sind den Moscheen unterstellt" (Atrpet, Mahmed Ali Schah, S. 44). Doch nicht genug damit. Der hohe Klerus entblödete sich nicht, nach dieser Annexion der Moscheendörfer, wodurch er seinen Besitz erhöhte, sich den Vereinigungen der großen Feudalherren zur Erhöhung der Lebensmittelpreise anzuschließen, um das Volk durch künstliche Hungersnot bis auf den letzten Heller auszusaugen.

„Als das Volk im Jahre 1895 Hungers starb und für seine Kinder kein Brot zu finden war, lagen in den Scheuern des Muchtayid Seyid Nizam ul Ulema 10000 Khalwars (1 Khalwar = 588 Kilogramm) Getreide und in denen Seyid Mortesas 8000 Khalwars. Das Volk überfiel ihre Häuser und plünderte ihr Korn und ihre Güter" (Atrpet, Mahmed Ali Schah, S. 140).

Der Gegensatz zwischen Regierung und Geistlichkeit vertiefte sich, je mehr die Regierung den Klerus aus seinen Positionen verdrängte und so, wenn auch auf indirektem Wege, der europäischen Kultur das Eindringen in Persien erleichterte.

Unter Muzaffer ed Dins Regierung kamen die hauptsächlichsten Staatseinrichtungen wie Zölle, Post, Paßwesen unter russische Kontrolle, denn die Einkünfte daraus mußten dazu herhalten, die russische Anleihe zu amortisieren. Belgische Beamte ersetzten die alten Pachtherren. Die persische Sprache wurde aus diesen Einrichtungen verbannt.

Der persische Kaufmann, in ständiger Beziehung mit den europäischen Industriellen, fühlte immer mehr das Bedürfnis, sich fremde Sprachen anzueignen; außerdem arbeitete die russische Regierung am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts mit fieberhaftem Eifer daran, den russischen Kapitalisten in Persien möglichste Vorteile zu verschaffen. Sie baute Straßen, gründete Banken, Verkehrsbureaus usw. Jedermann war bestrebt, fremde Sprachen zu lernen, besonders die Intellektuellen und die neue Generation. Nach und nach wurden Elementarschulen nach neuen Systemen eröffnet, wo die jungen Perser das erste Mal neben fremden Sprachen auch Geschichte, Geographie, Naturwissenschaften usw. lernten, ohne mit den langweiligen, geisttötenden Dogmen des Koran geplagt zu werden. Der Klerus mußte zusehen, wie vor seinen Augen seine ideologische Herrschaft zusammenstürzte. Man kann sich die Unzufriedenheit der Geistlichkeit denken, die seit altersher nicht nur die religiösen Vorstellungen, sondern überhaupt das geistige Leben der Perser repräsentierte. Auseinanderzusetzen, warum im Orient und speziell in Persien geistige Entwicklung und Kult zusammengingen, fällt nicht mehr in den Rahmen unserer Darlegungen.

VIII.

Während sich das soziale und wirtschaftliche Leben Persiens zu einer neuen Phase entwickelte, blieb der politische Aufbau des Landes derselbe. Mit dem Absolutismus waren die breitesten Schichten der Bevölkerung unzufrieden: die Industrie- und Handelsbourgeoisie, die Bauern, die Handwerker und die Arbeiter. Auch der Klerus war unzufrieden, nur mit dem Unterschied, daß dieser reaktionären Bestrebungen huldigte, während der dritte Stand fortschrittliche Ziele verfolgte.

Wir müssen uns auch noch mit der Laienintelligenz beschäftigen. Zwar hat die persische Revolution keinen Montesquieu, keinen Holbach und keine Enzyklopädisten aufzuweisen, auch hat sich diese Klasse der nichtkirchlichen Intelligenz erst in neuester Zeit gebildet, aber seit ihrer Entstehung war diese Klasse oppositionell durchaus. Die persischen Intellektuellen verdanken ihren Ursprung dem Niedergang des Feudalwesens. Der kleinere und mittlere Adel sah angesichts des Ruins seine Rettung in der Bildung seiner Kinder. Diese wurden nach Europa geschickt, wo sie eine militärische Ausbildung genossen, um einen Posten in der persischen Armee erhalten zu können. Doch die Hoffnungen der ruinierten Adligen und ihrer gebildeten Kinder erwiesen sich als trügerisch; das Vaterland zeigte sich den Intellektuellen gegenüber wenig gastlich. Wenn die Korruption bei der Bewerbung um ein Amt die erste Rolle spielt und Begabung und Bildung ganz in den Hintergrund tritt, so mußten natürlich die Intellektuellen leer ausgehen. Vor der Revolution führte die Intelligenz einen schweren Kampf gegen die Regierung, indem sie auf administrativem und legislativem Gebiet Reformen verlangte. Melkom Khan und Mostacher Dauleh können als die glänzendsten Vertreter der kämpfenden Intelligenz angesehen werden. Der erste wurde von Nassr ed Din nach Europa verbannt, weil er ihm sein Reformprogramm überreicht hatte, und der andere starb im Gefängnis.

Die Beziehungen dieser Klassen zur Regierung blieben gespannt bis zum Ausbruch des Russisch-Japanischen Krieges. Dieser erweckte lebhaftes Interesse in Persien. Mit Begeisterung sprach man von den Siegen der Japaner. Die Intellektuellen und die Bourgeoisie schrieben diese Siege der japanischen

Regierung zu, die für den ökonomischen und intellektuellen Fortschritt Japans gearbeitet hätte.

Auf den Russisch-Japanischen Krieg folgte 1905 die russische Revolution, die ihrerseits wieder einen großen Einfluß auf die Volksmassen in Persien hatte. Die Agitation setzte ein. In den Cafés, in den Moscheen, an allen öffentlichen Plätzen sprach man laut von der Konstitution. Die Schahs, die Fürsten, die Wesire waren demgegenüber nicht gleichgültig. Sie besoldeten ein Heer von Spionen, die ihnen täglich Nachrichten brachten.

Zur selben Zeit begannen die Angriffe der Intellektuellen, die im Ausland lebten: die Zeitung „Habl ul Matin“, die in Kalkutta erschien, verdoppelte ihre Energie und entschleierte unbarmherzig vor dem Volke die Armseligkeit der persischen Regierung.

Im Sommer 1906 waren Geistlichkeit und Volk auf den Beinen. Der Klerus gab den ersten Anstoß zur Bewegung und verlangte gerichtliche und politische Reformen, da er dadurch seine eigene Stellung zu festigen hoffte. Es kam zum ersten Zusammenstoß zwischen den Aufständischen und der Regierung, bei dem beide Teile Verluste hatten. Aber dieser Zusammenstoß öffnete dem Volke die Augen über die Schwäche der Regierung. Die Soldaten gingen ohne Zaudern zum Volke über; sie rekrutierten sich aus den Bauern, die von dem Adel schon so lange ausgesogen wurden. Dies bestimmte die Regierung zum Nachgeben. Als sich das Volk von der Schwäche der Regierung überzeugt hatte, da genügten ihm natürlich die von der Geistlichkeit vorgeschlagenen Reformen nicht mehr, sondern es verlangte, unter dem Eindruck frischer Nachrichten aus dem revolutionären Rußland, eine Verfassung auf dem Wege des Generalstreiks. Der Klerus widersetzte sich anfangs nicht, da er überzeugt war, das Volk würde für ihn stimmen. Muzaffer ed Din unterzeichnete die Verfassung. Diese, in Persien mit dem Namen Kanun-Assassi bezeichnet, erfüllte sämtliche Wünsche der revolutionären Bourgeoisie Persiens. Der Medschlis, das Parlament, wurde zum einzigen Gesetzgeber in Persien; die alte Finanzwirtschaft wurde abgeschafft. Kanun-Assassi befreite das Eigentum der Bourgeoisie von den widerrechtlichen Eingriffen der großen und kleinen Despoten Persiens; das Gerichtswesen wurde von Grund aus nach den neuen Anschauungen abgeändert; die Peschkaschs, Trinkgelder, die man geben mußte, und die Fronden wurden beseitigt; die einst so willkürlichen und mächtigen Minister wurden nun vor der Kammer und dem Senat verantwortlich. Was den König angeht, „er kann nicht den Thron besteigen, ehe er nicht vor Kammer und Senat den Treueid geleistet hat“ (Kanun-Assassi, S. 14, § 39). Der Souverän war zwar unverantwortlich, aber „kein Ferman (Dekret) im Reiche ist ausführbar, wenn es nicht die Gegenzeichnung der Minister führt“ (a. a. O. S. 16, § 45).

Der Kanun-Assassi garantierte dem Volke Rede- und Preßfreiheit. Der erste Medschlis setzte die Ausgaben des Hofes herunter und beschloß, Ausländern keine Konzessionen zu erteilen, außer bei Zustimmung der Majorität im Medschlis.

Die Endschumen, die revolutionären Klubs, bildeten Provinzialausschüsse, die vom Volke gewählt, die Macht hatten, für schnelle und exakte Ausführung der Gesetze zu sorgen und über das Wohlergehen der Provinz zu wachen.

Der erste Medschlis hatte indessen kein langes Leben. Bald nach seiner Eröffnung überzeugte sich der Klerus endgültig davon, daß er angesichts der neuen sozialen Ordnung nicht auf eine Verwirklichung seiner Hoffnungen rechnen

könne. Wenn er sich auch darin nicht getäuscht hatte, daß das Volk für ihn stimmen würde, so hatte er sich in der Annahme getäuscht, das Volk leicht befriedigen zu können. Die Preß- und Versammlungsfreiheit war der Kirche nicht minder gefährlich als der Regierung. „Sur-Israfil“, „Mussawat“, „Habl ul Matin“ und „Molla Nasreddin“, sie alle geißelten die Geistlichkeit mit derselben Erbitterung. Der hohe Klerus bemerkte endlich die Kluft, die ihn vom Volke schied und die viel tiefer war als der leichte Gegensatz zwischen ihm und der Regierung. Wenn dieser Gegensatz durch gegenseitige Kompromisse ausgelöscht werden konnte, so mußte die Kluft zwischen der hohen Geistlichkeit und dem Volke unüberbrückbar werden. Der Klerus konnte nicht länger mit dem Volke gehen und sein Umfall mußte offenkundig werden. Diese reinliche Scheidung vollzog sich im Medschlis, der nach seiner Eröffnung zuerst energisch das ausländische Kapital bekämpft und die Abberufung der belgischen Zoll- und Postbeamten verfügt hatte, dann aber, als er zu den Reformen im Innern kam, die Hände in den Schoß legte. Das Volk hatte den Rückzug des Klerus bemerkt, ein Rückzug, der ihn in kürzester Zeit der ärgsten Reaktion in die Arme warf.

Wer das soziale und politische Leben Persiens in den letzten Jahren etwas aufmerksamer verfolgt hat, dem mußte der Zynismus auffallen, mit dem sich dieser Rückzug vollzog.

Die reaktionären Bestrebungen der Geistlichkeit, die die Urheberin des Aufstandes gewesen war, gab der persischen Reaktion neuen Mut; und jetzt, kurz nach seinem Eide auf die Verfassung, organisierte der neue Schah Mohammed Ali seine Söldnerbanden und ließ das erste persische Parlament bombardieren. Die Verzweiflung war allgemein, die Reaktion war Herrin der Situation. Doch das Volk blieb nicht lange untätig. Es erhob sich, um die Reaktion endgültig zu stürzen, die Reaktion des großen Adels und der hohen Geistlichkeit. Zur selben Zeit, wo der neue Schah den Medschlis in Teheran bombardierte, erklärte das Volk in Persiens zweiter Hauptstadt, in Täbris, dieser Hochburg der persischen Demokratie, dem Schah den Krieg.

Mit der Bombardierung des Parlamentes und dem Ausbruch der Revolution in Täbris tritt die persische Revolution in ihre zweite Phase. Die Gegensätze der Klassen traten nun scharf zutage. Die hohe Geistlichkeit, einst die Urheberin der Revolution, hatte diesmal alle reaktionären Elemente der Stadt um sich geschart: die Großgrundbesitzer, die hohen Beamten, die Mollahs usw. Das Wiedererwachen der Revolution in Täbris wurde verhängnisvoll für die Reaktion. Nach einem erbitterten Kampfe, der ein Jahr lang währte, griff das Volk fast in sämtlichen Provinzen Persiens zu den Waffen, die revolutionäre Streitmacht bemächtigte sich Teherans, dieses Hortes der Reaktion — Kanun-Assassi hatte gesiegt.

IX.

Der Sturz des orientalischen Absolutismus und der alten Anschauungen, die unter dem ancien régime geboren wurden, bildete eine Epoche für Persien. Doch dürfen wir die Erfolge der persischen Revolution nicht überschätzen. Es ist wahr, die Revolution brach ganz unerwartet los, aber die Bourgeoisie, die klassenbewußteste Schicht unter den Revolutionären, konnte sich sofort der Leitung der Bewegung bemächtigen. Wenn die Volksmassen sich später instinktiv erhoben, wenn bei ihnen die Ziele nicht klar ausgesprochen waren, so hatte die persische Bourgeoisie es wohl verstanden, ihre Klasseninteressen wahrzunehmen. Sie konnte alle unzufriedenen Elemente um sich versammeln, und

ihre eigenen Forderungen wurden zu denen des Volkes. Der dritte Stand in Persien war wenig verschieden von dem der klassischen Revolution von 1789. Obwohl nach der Revolution in Frankreich neue Klassen und damit auch neue Ideen aufgetaucht waren, so waren doch diese neuen Ideen für die Perser eine terra incognita geblieben.

Die Bourgeoisie kämpfte für Freiheiten, aber nur für gemäßigte Freiheiten. Die Konstitution garantiert zwar den Bürgern Persiens Preß- und Versammlungsfreiheit, wer jedoch auf irgend eine Weise den Islam zu kritisieren wagte, der würde hart bestraft werden. Am Tage vor der Einnahme Teherans wurden zwei persische Journalisten, Redakteure an den Zeitungen „Habl ul Matin“ und „Sebat“, verhaftet und ins Gefängnis gesetzt, weil sie Artikel veröffentlicht hatten, die die Religion kritisierten und die Ideen der Frauenemanzipation verbreiteten. Dasselbe gilt für Versammlungen. Es sind nur solche erlaubt, die nicht die moralischen Anschauungen des Islam gefährden und nicht die öffentliche Ordnung stören (das heißt natürlich die Ordnung der Bourgeois. Anm. d. Verf.). Die Verfolgungen sind schon vorauszusehen, die die Arbeiterorganisationen ebenso wie ihre Literatur durchzumachen haben werden.

Außer von Persern und Tataren ist Persien von Armeniern, Kurden, Chaldäern, Parsen oder Gebern (Feueranbetern), Juden usw. bewohnt. Jede dieser Nationalitäten ist im Parlament durch einen Abgeordneten vertreten, obgleich es einige gibt, die ein Recht auf mehrere hätten.

Wir sehen in Persien keine so heftige Krise in der Agrarfrage wie in Rußland. Aber werden die Bauern, die die Steuern verweigern und sich die Äcker und Liegenschaften der Großgrundbesitzer angeeignet haben, werden sie mit rein politischen Reformen zufrieden sein? Das muß uns schon die nächste Zukunft lehren.

Täbris, im November 1909.

Zum Elsässer Oktroistreit.

Von **Jean Martin** (Mülhausen i. E.).

In Nr. 28 der „Neuen Zeit“ vom 8. April 1910 sind die Parteidifferenzen besprochen worden, die in Elsaß-Lothringen anläßlich der Oktroiabschaffung zu Anfang dieses Jahres ausbrachen. Unterdessen fährt Genosse J. Peirotes in Straßburg, wie der Bericht in dem von ihm geleiteten Straßburger Parteiblatt über ein in einer Parteiversammlung zu Kolmar i. E. gehaltenes Referat zeigt, fort, die „Oktroiabschaffung im gegenwärtigen Moment“ als „Mittelstandspolitik“ zu bekämpfen, „bei welcher die Arbeiter die Kosten zu tragen haben“. Und zwar geschieht dies beiläufig unter Berufung „auf Ausführungen der Genossen Wurm und Lindemann, welche besagen, daß wir wohl in die Lage kommen können, sogenannte direkte Steuern, welche die Arbeiter belasten, abzulehnen, jedoch indirekte zum Teil befürworten zu müssen“. Die Genossen Wurm und Lindemann kommen damit wohl zu ihrer eigenen Überraschung in die Lage, in welche von derselben Seite auf der sozialdemokratischen Gemeindevertreterkonferenz vom 20. Februar in Kolmar schon Genosse Kautsky gebracht wurde, nämlich als Stützen zu dienen für die in der Partei, wie es mir scheinen will, ganz neue Forderung, die Parteigrundsätze als Richtschnur

für die steuerpolitische Tätigkeit unserer Vertreter in den Gemeindeparlamenten auszuschalten. Genosse Peirotes stellt diese Forderung allen Ernstes in Nr. 12 der „Kommunalen Praxis" (vom 19. März 1910) am Schlusse zweier Artikel auf, die sich mit der Abschaffung des Oktrois befassen. Er schreibt dort wörtlich:

„Mit obigen Darlegungen will ich keineswegs den grundsätzlichen Kampf gegen das indirekte Steuersystem aufgeben. Ich verlege ihn lediglich dorthin, wo er hingehört, in die gesetzgebende Körperschaft. Im Parlament haben unsere Vertreter den Kampf gegen das indirekte Steuersystem zu führen. Dort ist auch der Ort, wo sie für eine einigermaßen gerechte Art der Steuererhebung wirken können. In der elsaß-lothringischen Gemeinde ist das nicht der Fall. Da sie kein Steuerrecht besitzt, deshalb muß sich hier auch der sozialistische Gemeindevertreter auf den Boden der Tatsachen stellen, die Nachteile des Oktrois mit den Nachteilen der sogenannten direkten Steuern vergleichen und darf sich nur für dasjenige System erklären, das der Arbeiterschaft den geringsten Schaden zufügt."

Wenn nun die Genossen außerhalb Elsaß-Lothringens bei Beurteilung unserer Oktroidifferenzen sich wirklich auf den Boden der Tatsachen stellen wollen, was auch ich begreife, so haben sie in erster Reihe zu berücksichtigen, daß das Wahlrecht zum elsaß-lothringischen Landesausschuß, der hier in kümmerlicher Weise die Stelle der gesetzgebenden Körperschaft vertritt, so unter aller Kritik ist, daß die Sozialdemokratie seit dem Bestehen des Landesausschusses nur in den Jahren 1903 bis 1906 einen Vertreter in diesem Notabelnparlament sitzen hatte, nämlich den Genossen Emmel von Mülhausen, während wir jetzt wie vordem wieder ohne alle Vertretung darin sind. Und doch wurden bei den Reichstagswahlen 1907 im Lande 81589 Stimmen (23,7 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen) auf die Namen der Parteikandidaten vereinigt. Noch im vergangenen Herbst ist die Erwartung, daß Genosse Peirotes selber mit Unterstützung liberaler Stimmen — nachdem die Liberalen kurz zuvor bei den Bezirkstagswahlen die sozialdemokratische Stichwahlunterstützung erhalten hatten — in den Landesausschuß einziehen könnte, bitter getäuscht worden. Schon die so gerne angerufenen praktischen Gründe empfehlen uns also dringend, auf den Vorschlag des Genossen Peirotes nicht einzugehen, wenn wir nicht bei Abwägung der Nachteile und Vorteile der von ihm in der „Kommunalen Praxis" empfohlenen Taktik in diesem Punkte der Arbeiterschaft vorerst gar nichts bieten wollen. Wenn die Kommune in Elsaß-Lothringen „kein Steuerrecht" im Sinne der Einführung ganz neuer Steuern besitzt, wie dies übrigens auch sonst im Reiche gemeinhin der Fall sein dürfte, so hat sie doch einen großen Spielraum in der Ersetzung indirekter Steuern durch direkte und umgekehrt, und die eifrige, nachdrückliche Ausnutzung dieses Spielraums im Interesse der Arbeiterklasse ist unsere ernste Pflicht. Es hieße nicht nur die Parteigrundsätze auf einem wichtigen und weiten Gebiet preisgeben, es hieße auch das Unpraktischste der Welt tun, wollte man den Arbeitervertretern in den Gemeinderäten Elsaß-Lothringens im Ernste zurufen: Ihr habt den Kampf gegen die indirekten Steuern im Gemeinderat aufzugeben, denn dieser Kampf gehört in den Landesausschuß, wo wir — keinen Vertreter haben! ... Die Arbeiter würden uns bei solcher Rede davonlaufen — und mit Recht.

Wir müssen also der Forderung des Genossen Peirotes in der „Kommunalen Praxis", den grundsätzlichen Kampf gegen die indirekten Steuern in den

Gemeinden aufzugeben und ihn in die gesetzgebende Körperschaft des Landes zu verlegen, gerade vom Standpunkt der reellen Tatsachen aus, die er dabei zu Ehren bringen will, auf das entschiedenste widersprechen. Nun sagt Genosse Peirotes allerdings auch in diesem Artikel, die Zuschläge zu den direkten Staatssteuern, die an die Stelle des Oktrois treten müssen, seien „ein recht zweifelhaftes Geschenk an die minderbemittelte Bevölkerung“, und es sei ein „Scheinargument“, wenn man ihm einwende: Ja, aber die Besserbemittelten werden doch noch durch höhere Zuschläge getroffen. Um seinen Standpunkt zu stützen, behauptet Genosse Peirotes schlankweg, daß gerade beim elsaß-lothringischen Steuersystem, das keine eigentliche Progression kennt, eine allgemeine Steuererhöhung sicher auf die Minderbemittelten abgewälzt werden kann und wird.

Dem muß doch widersprochen werden. Ein recht zweifelhaftes Geschenk ist zweifellos *jede* Art von Steuer, aber die Partei hielt bisher mit Recht dafür, daß die Steuer, deren Höhe aus dem Steuerzettel ersichtlich ist, schon dieserhalb dem System der indirekten Steuern vorzuziehen sei, das die Lebensmittel und Gebrauchsartikel des Volkes in einem Maße belastet, welches sich der Kontrolle des einzelnen mehr oder weniger entzieht. Die Steuerabwälzung durch die Besitzenden, die der Genosse Peirotes von der allgemeinen Erhöhung der direkten Steuern befürchtet, ist beim Oktroi zum System erhoben: der Arbeiter, der durch höhere Warenpreise Oktroi zahlt, sieht nicht ohne weiteres, daß er dabei Steuern für den Reichen zahlt; und *je weniger die Steuer der großen Masse der Bevölkerung zum Bewußtsein kommt, desto geringer der Widerstand der Masse gegen die steuerpolitische Ausbeutung*. Als Klassenkampfpartei müssen wir daher schon aus agitatorischen Gründen das System vorziehen, welches *durch bestimmte Zahlen des Steuerzettels jede Steuererhöhung dem einzelnen unmittelbar zum Bewußtsein bringt*. Das Bekenntnis Bismarcks für die Aufbringung aller Mittel aus indirekten Steuern muß uns ein Fingerzeig sein, wie wir es *nicht* machen sollen. Nun beschuldigt aber Genosse Peirotes die direkten Steuern in Elsaß-Lothringen, daß sie gar keine direkten Steuern seien und daß bei diesem System, das keine eigentliche Progression kennt, „eine allgemeine Steuererhöhung sicher auf die Minderbemittelten abgewälzt werden kann und wird“. Wie stellt sich Genosse Peirotes denn diese Abwälzung vor? Da ist zum Beispiel die Lohn- und Besoldungssteuer, die von 20000 Mark Jahresgehalt ab volle 1,9 Prozent des Gehaltes beträgt, während die Steuer dank der eingeführten Degression bei 5000 Mark nur die Hälfte, bei 2000 Mark nur ein Viertel, bei 1300 Mark nur ein Fünftel, bei 700 Mark nur ein Zehntel dieser 1,9 Prozent des Lohnes oder Gehaltes beträgt; und da ist die Kapitalsteuer, die von 4000 Mark Jahresrente ab volle 3½ Prozent beträgt, während infolge der auch hier bestehenden Degression zum Beispiel bei 800 Mark Jahresrente nur die Hälfte dieser 3½ Prozent erhoben wird — wie soll hier die Abwälzung auf die Schultern der Ärmsten ohne weiteres vor sich gehen? Genosse Peirotes verweist auf die Gebäude- und die Gewerbesteuer und meint:

„Tritt eine Erhöhung dieser Steuern in dem angedeuteten Umfang und gleichmäßig bei allen Hausbesitzern und Gewerbetreibenden ein, so ist doch tausend gegen eins zu wetten, daß sie sich durch eine Erhöhung der Mieten, durch eine Preissteigerung der Waren schadlos halten. *Wird das Oktroi auf Baumaterialien aufgehoben, so werden die bestehenden Wohnungen nicht billiger.* Er-

höht sich jedoch die Gebäudesteuer, so werden die Wohnungen sicher teurer."

Bei solcher Art von Betrachtung muß das Oktroi natürlich immer recht haben, und es ist nicht wohl einzusehen, wie Genosse Peirotes oder der Leser der „Kommunalen Praxis", der für seinen Standpunkt gewonnen ist, bei so viel Pessimismus gegenüber den direkten Steuern auch selbst im Landesparlament noch einen „grundsätzlichen Kampf gegen das indirekte Steuersystem" führen will. Denn die Grundsteuer, die Gebäudesteuer und die Gewerbesteuer will Genosse Peirotes, wie er auf der elsässischen Gemeindevertreterkonferenz vom 20. Februar als Referent über sozialdemokratische Steuerpolitik erklärt hat, nicht etwa abschaffen, sondern den Gemeinden überweisen, indem sie „besser ausgebaut werden, weil die Grundbesitzer und Unternehmer von den Einrichtungen der Gemeinden größere Vorteile haben". Werden diese Steuern aber besser ausgebaut und geht die Abwälzung auf die Nichtbesitzenden und Nichtgewerbetreibenden so leicht vor sich, wie Genosse Peirotes oben annimmt, so wäre es in der Tat gehopst wie gesprungen, ob wir Oktroi haben oder diese Ertragsteuern — es sind immer nur die Nichtbesitzenden, die sie zu tragen haben. Man sieht: Genosse Peirotes glaubt an die behauptete Leichtigkeit der Abwälzung dieser Ertragsteuern auf die Masse der Nichtbesitzenden selbst nicht, sonst könnte er nicht deren „besseren Ausbau" unter Überweisung der Steuererträge an die Gemeinden fordern.

In seinem kuriosen Bestreben, das System der direkten Steuern in Elsaß-Lothringen als äußerst bedenklich im Vergleich zu dem anscheinend weit unbedenklicheren Oktroisystem hinzustellen, operiert Genosse Peirotes in der „Kommunalen Praxis" zu Nutz und Frommen des Oktrois aber auch mit ganz unzutreffenden Zahlen. Er schreibt:

„In Straßburg zum Beispiel würde die Aufhebung des Oktrois eine Erhöhung der Zuschläge um mindestens 150 Prozent zur Folge haben. Mit den jetzt schon zu leistenden Zuschlägen für Gemeinde und Bezirk würde das gerade 300 Prozent ausmachen. Ein Arbeiter mit 1000 bis 1300 Mark Lohn würde dann etwa 40 Mark an direkten Steuern zu entrichten haben."

Die Summe der Gemeindezuschläge, welche durch die gänzliche Aufhebung des Oktrois in Straßburg am 1. April 1910 erforderlich geworden wären, ist um dieselbe Zeit, in welcher Genosse Peirotes seinen Artikel für die „Kommunale Praxis" schrieb, nämlich anfangs März, von einem bürgerlichen Gemeindefinanzpolitiker in Straßburg (Dr. Bruno Weil in der „Straßburger Neuen Zeitung") auf 122 berechnet worden. Inzwischen hat der Gemeinderat der Stadt Straßburg am 21. März den Oktroitarif abgeändert, zum teilweisen Ersatz für den durch den § 13 des Zolltarifgesetzes hervorgerufenen Ausfall neue Oktroipositionen geschaffen und alte erhöht und schließlich die Zahl der Gemeindezuschläge auf die direkten Staatssteuern von 77 auf 91 Prozent erhöht. Bei Berücksichtigung der damit eingetretenen Veränderungen würden jetzt in Straßburg nicht ganz 98 sogenannte Zuschlagspfennige erforderlich sein, um den Reinertrag des Oktrois zu decken. Das sind 52 weniger, als Genosse Peirotes — bei anderen Voraussetzungen — Mitte März in der „Kommunalen Praxis" angegeben hat. Aber selbst wenn man die Zahl von 300 Prozent als Gesamtbetrag der Gemeinde- und Bezirkszuschläge auf die direkten Staatssteuern für Straßburg nach erfolgter Oktroiabschaffung mit Peirotes als richtig annehmen wollte, so wäre die Angabe von Peirotes, daß

dann ein Arbeiter mit 1000 bis 1300 Mark Lohn etwa 40 Mark an direkten Steuern zu entrichten haben würde, absolut falsch. Der steuerpflichtige Mittelbetrag von 1000 bis 1300 Mark ist 1150; der Steuer von 1,90 Prozent unterliegen nach dem Degressionstarif (Gesetz über die Lohn- und Besoldungssteuer vom 13. Juli 1901) hier 20 Prozent des Mittelbetrags, das sind 230 Mark. Der gesetzliche Grundbetrag der Steuer (das sogenannte Steuerprinzipal) für die Stufe von 1000 bis 1300 Mark Lohn ist somit 4,37 Mark. Bei einem Zuschlag von 300 Prozent (4 × 4,37 Mark) ergeben sich 17,48 Mark, nicht „etwa 40 Mark", wie Genosse Peirotes in der „Kommunalen Praxis" den mit den elsaß-lothringischen Steuergesetzen nicht vertrauten Lesern versichert. Der Unterschied ist so erheblich, daß, wenn Peirotes mit seiner Angabe recht hätte und die Last der direkten Steuer für die genannten Arbeitereinkommen mehr wie doppelt so schwer wäre, als sie tatsächlich ist, eine andere Beurteilung und Stellungnahme gegenüber dem Oktroi bei der Arbeiterschaft wohl erklärlich sein könnte. Man darf annehmen, daß die Mehrheit der Markircher Parteigenossen bei ihrer Entscheidung für die Beibehaltung des Oktrois unter dem Einfluß solch falscher Berechnungen gestanden hat und daß die widerspruchsvolle Verteidigung, die ihre Entschließung nachträglich findet, psychologisch daraus zu erklären ist.

Tatsächlich geht eine in Nr. 92 des Straßburger Parteiblatts vom 21. April 1910 erschienenen Zuschrift aus Markirch, welche das Votum für Beibehaltung des Oktrois zahlenmäßig zu rechtfertigen versucht, davon aus, daß die Summe der Zuschläge auf die direkten Staatssteuern, welche die Aufhebung des Oktrois am 1. April 1910 erforderlich gemacht haben würde, unter Zugrundelegung der Durchschnittserträge des Oktrois in den letzten drei Jahren zu ermitteln ist. Dabei ist die Lücke in den Einnahmen, die durch das Inkrafttreten des § 13 des Zolltarifgesetzes gerissen wird, nicht berücksichtigt. So kommt es, daß die Zuschrift eine Oktroieinnahme von 77000 Mark auch für das Jahr 1910 voraussetzt, während das Budget der Stadt Markirch für 1910 nur eine Oktroieinnahme von insgesamt 57000 Mark vorsieht. Die Differenz von 20000 Mark würde in Markirch 16 Gemeindezuschläge mehr bedeuten. Nach genauer Berechnung würde die Oktroiabschaffung in Markirch, wie schon früher hervorgehoben, nicht ganz 32 Zuschläge erfordert haben, die Gemeindezuschläge würden sich jetzt statt auf 56 auf etwa 88 belaufen, und der Steuerzettel würde unter Zurechnung der Bezirkszuschläge usw. alles in allem für die jetzt in Markirch dank dem Oktroi von der direkten Steuer befreiten unteren Stufen der Lohnsteuer von 700 bis 1000 Mark 5 bis 9 Mark an direkter Steuer aufgewiesen haben. Die Belastung an indirekten Steuern durch das Oktroi hingegen beträgt in Markirch pro Kopf der Bevölkerung 4,61 Mark, für die fünfköpfige Arbeiterfamilie 23,05 Mark!... Aber in Markirch scheinen manche Genossen bereits zu glauben, daß das Oktroi die — Fabrikanten zahlen.

Vom „grundsätzlichen Kampfe gegen das indirekte Steuersystem" ist bei dieser Oktroirettungskampagne, wie sie in unserem Straßburger Parteiblatt — allerdings unter dem Widerspruch eines großen Teiles der dortigen Genossen — geführt wird, wenig mehr zu spüren. Die Kritik im führenden wissenschaftlichen Organ der Partei nötigt sich bei solchen Erscheinungen auf. Es muß sich an der Partei rächen, wenn gegenüber den indirekten Steuern in der Gemeinde eine andere Politik verfolgt wird als im Reiche. Und der Augenblick, solche steuerpolitische Extratouren zu tanzen, ist weniger denn je

gegeben jetzt, wo der Steuerblock der Junker und Pfaffen durch den Halbmilliardensegen von 1909 das Volk weit über die Grenzen der kämpfenden Arbeiterklasse hinaus in flammende, weiter und weiter fressende Empörung hineingetrieben hat. Jetzt mehr denn je müssen unsere Vertreter in den Gemeinderäten und müssen unsere Parteiorgane sich in acht nehmen, Rückzugssignale zu geben im Augenblick, da unter dem Drucke der allgemeinen Bewegung im Reiche selbst die oft so borniert rückständigen Mittelschichten der Kleinhändler und Kleingewerbetreibenden die Fahne zum Sturme gegen die veraltete Institution des Oktrois erheben. Daß die Oktroiabschaffung der Masse der Konsumenten, wenn nicht besondere Umstände ausnahmsweise entgegenwirken, tatsächlich zugute kommt, zeigte sich am vergangenen 1. April und seit diesem Tage gleichsam an einem typischen Beispiel in dem oberelsässischen Städtchen Thann, wo der mit starker Mehrheit gefaßte Aufhebungsbeschluß des Gemeinderats die Genehmigung der Regierung fand. (In Gebweiler, wo der Beschluß nur mit einer Stimme Mehrheit gefaßt wurde und wo eine Anzahl großkapitalistischer Interessenvertreter den Beschluß sofort mit der Amtsniederlegung beantwortete, wurde mit Berufung auf das widerspruchsvolle Verhalten eines Mitglieds bei der Abstimmung die Genehmigung versagt!) Alsbald mit dem Inkrafttreten des Aufhebungsbeschlusses sanken in Thann die Warenpreise um den Betrag des Oktrois und — dank der frisch einsetzenden Konkurrenz — zum Teil darüber hinaus. So wird verkauft: Zucker das Fünfpfundpaket 10 Pfennig billiger, Petroleum, Brennspiritus das Liter 4 Pfennig billiger, Salatöl das Liter 8 Pfennig billiger, Essig das Liter 4 Pfennig billiger, Teigwaren das Kilo 8 Pfennig billiger, getrocknete Früchte das Kilo 16 Pfennig billiger, getrocknetes Obst das Kilo 12 Pfennig billiger, Weißwein das Liter 8 Pfennig billiger usw. Auch das Bier, die Brennmaterialien, die Möbel usw. gingen entsprechend zurück. Und selbst die Fleischpreise sind in mehreren Gemeinden trotz der allgemein steigenden Tendenz und trotz der mit der Aufhebung des Oktrois Hand in Hand gegangenen Erhöhung der Schlachtgebühren bei den gewöhnlicheren Fleischsorten ermäßigt worden. Übrigens: Warum helfen die Gemeindeverwaltungen dort, wo es nicht sofort geschehen ist, nicht ein wenig nach durch die Einrichtung von Gemeindeschlächtereien?... Wo dies geschieht, wird auch die festeste Innungsorganisation der Metzger zum Nachgeben gezwungen oder — gesprengt. Und damit ist auch hier der Weg bezeichnet, den unsere Genossen in den Gemeindevertretungen zu gehen haben.

Technisch-wirtschaftliche Rundschau.

Professorengelehrsamkeit. — Der Nationalismus in der Technik. — Arbeiterverdrängung am Hafen.

Auf den technischen Hochschulen ist es ebenso wie auf anderen staatlich-akademischen Lehranstalten Sitte, daß der Geburtstag des Kaisers gefeiert wird.

Die letzte Rektoratsrede anläßlich einer solchen Gelegenheit hielt auf der Technischen Hochschule zu Berlin Professor Mathesius. Er sprach über die Entwicklung der Eisenindustrie in Deutschland, von dem jetzt die Unternehmerpresse mit Vergnügen Notiz nimmt, weil er über die Arbeiterfrage folgendes zum besten gab:

„Die fortschreitende Mechanisierung unserer industriellen Betriebe differenziert die moderne Arbeiterschaft. Den gelernten industriellen Arbeiter trennt in all

seinem Denken und Fühlen eine weite Kluft von dem Manne, der nichts weiter gelernt hat, als etwa mit Hacke und Spaten die Kraft seiner Arme zu betätigen; er wird in seiner Berufstätigkeit Tag für Tag zu fortschreitender geistiger Anspannung gezwungen, er muß von Jahr zu Jahr unter steigender eigener Verantwortung seine Arbeit verrichten; er wird durch sie zu geistiger Selbständigkeit erzogen. Es kann auch nicht ausbleiben, daß diese Entwicklung auch auf diejenigen Gebiete hinübergreift, die mit der Berufstätigkeit des einzelnen nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Der Arbeiter, der in seinem Beruf selbständig zu denken und zu entscheiden gelernt hat, wird auch bei seiner Betätigung auf allgemeinen Gebieten, zum Beispiel bei Ausübung einer Wahlhandlung, sich selbst nicht mehr zum gedankenlosen Nachbeter dessen erniedrigen, der ihm in agitatorischer Weise seine Anschauungen von der Welt und den sie bewegenden Kräften aufdrängen will; er empfindet auch hier mehr und mehr das Verlangen, selbst zu urteilen und selbst zu entscheiden.

„Diese Arbeiterkreise erkennen heute schon, daß sie einen Vorteil davon nicht erwarten können, wenn ein unverantwortlicher Volksbeglücker als erstrebenswerten Idealzustand eine Arbeitsordnung hinstellt, die allen Arbeitern unterschiedslos gleichen Stundenlohn gewährt. Sie wissen ganz gut, daß dann dieser Lohn sich höchstens auf der Höhe von 2 Mark täglichen Arbeitsverdienstes bewegen könnte. Sie haben heute bereits erkannt, daß diese Utopie für ihre Lebenshaltung nicht einen Fortschritt, sondern einen gewaltigen Rückschritt bedeuten würde. Dieser Teil unserer Arbeiterschaft ist deshalb heute schon in seinem innersten Herzen umstürzlerischen Ideen abhold, und er wird dies in um so stärkerem Maße werden, je mehr geistige Allgemeinbildung innerhalb seiner Kreise sich ausbreitet."

Welch professorale Weisheit! Zwei Mark Tagelohn für alle Arbeiter — das ist genau nach dem Rezept von Eugen Richters Teilphantastereien berechnet!

Aber damit nicht genug! Rektor Professor Mathesius verherrlicht gleichzeitig in seinem Vortrag die Opferwilligkeit der Eisenindustrie auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung. In Zahlen und Schaubildern werden die Summen von ihm fixiert, die von den Eisenindustriellen für die Zwecke der Arbeiterversicherung „aufgebracht" werden mußten. Ausgerechnet kommt man uns hier mit der Wohlfahrtspolitik der Firma Krupp, des Bochumer Vereins, der Phönix A.-G., der Union Dortmund.

Der Typ des deutschen Professors hat sich immer durch eine gewisse Weltfremdheit ausgezeichnet. Das ist auch hier der Fall. Der Rektor einer unserer ersten technischen Hochschulen entwickelt geradezu naive Ansichten über die Arbeiterfrage und über das Gedankenleben der eisenindustriellen Arbeiterschaft. Er erbringt damit den Beweis, daß er fremd und fern dem praktischen Industrieleben gegenübersteht. Augenscheinlich beschränkt sich Professor Mathesius nur darauf, im Hörsaal den Studenten die Konstruktionsformen der Maschinen seines Fachgebiets rein theoretisch vorzuführen, ohne Beziehungen zu der Welt der Arbeit anzuknüpfen, in der die Maschinen ihre Wirksamkeit entfalten. Er weiß nicht, wie es im Arbeitssaal aussieht, sonst würde es ihm zum Beispiel klar sein, daß hier jeder technische Fortschritt das Arbeitstempo steigert. Der kapitalistische Unternehmer gliedert immer größere und kostspieligere Maschinenanlagen dem Produktionsprozeß ein. Diese neuen Arbeitsmaschinen und Produktionsmethoden sind durch den konstruktiven Wettbewerb stetigen Veränderungen unterworfen. Die einmal investierten Betriebskapitalien müssen daher rationell ausgenutzt werden, jeder Stillstand und jedes Leerlaufen der Maschinen bedeutet für den Unternehmer Gewinnausfall, und so kennzeichnet sich auch überall der moderne maschinenwirtschaftliche Betrieb durch ein intensives Arbeitstempo. Im Bergbau, in der Eisenhütte, in der Werft und am Hafen, im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Fabrik, überall bestimmt die Arbeitsweise der Maschine auch das Tempo der industriellen Arbeit an sich. Dr. Oskar Stillich hat das einmal sehr hübsch zum Ausdruck gebracht. Er stand

auf der Hängebank eines modernen Kohlenbergwerkes und ließ das Bild dieser Arbeitsstätte auf sich einwirken. „Mit Eilzugsgeschwindigkeit saust der Förderkorb mit vier beladenen Wagen aus einer Tiefe von 500 Meter in die Höhe. Auf der Höhe angekommen, wird die Schachttür von zwei kräftigen Männern aufgeschlagen, der Wagen erfaßt, heruntergerissen und weitergerollt. Schon sind die leeren Wagen auf das Gestell geschoben. Es ist das Werk eines Augenblicks. Die Tür fällt zu. Ein Signal ertönt, und der Korb rast wieder in die Tiefe zurück, um nach einigen Momenten wieder zu erscheinen. Das alles in einem Höllenlärm, in einer von tausend Kohlenstäubchen geschwängerten Atmosphäre, in dem Dienste eines einzigen Gedankens: Fördern! Es ist einem, als ob jede Minute mit Gold aufgewogen würde!“[1]

Durch diese Steigerung des Arbeitstempos im modernen Maschinenbetrieb vermehren sich naturgemäß auch die Gefahrenquellen für den Arbeiter, noch dazu, wenn die Unternehmer ungeschulte Arbeitskräfte an die Maschinen stellen. Jedes Gewerkschaftskartell und jedes Arbeitersekretariat könnte den Herrn Professor darüber belehren, wie groß die Opfer sind, welche die heutige Arbeitsweise an Leben und Gesundheit der Arbeiter fordert. Die Referenten und Diskussionsredner auf dem Gewerkschaftskongreß, der jüngst in Berlin stattfand, haben darüber sehr erschöpfendes Material gebracht. Auch das lehrt die Praxis der Arbeiterversicherung, daß die Entschädigungsverpflichtungen der Unternehmer total unzureichend sind. Ist zum Beispiel im Betrieb ein Arbeiter zum Krüppel geworden, muß erst ein zäher Kleinkrieg mit der Berufsgenossenschaft und mit anderen Behörden geführt werden. Der Kampf um die Rente geht unter großen Schwierigkeiten vor sich, und „Rentenquetschen“ nennt daher der Arbeiter auch alle jene Einrichtungen, die ihn gegen Krankheit und Unfall „versichern“ sollen. Aber davon schweigt die Kaisergeburtstagsrede des Herrn Rektor Professor Mathesius.

In der technischen Fachpresse macht sich in neuerer Zeit immer stärker das Bedürfnis geltend, über den Rahmen reiner Facharbeit hinaus die Zusammenhänge der Technik mit den Grenzgebieten zu erkennen und zu behandeln. Technik und Wirtschaft, Technik und Kunst, Technik und Geschichte sind für literarische Arbeiten sehr beliebte Themen geworden. So erfreulich die Beschäftigung mit diesen Fragen vor allen Dingen für den Techniker selbst ist, so werden doch jetzt schon in die allgemeine Diskussion Theorien eingeschmuggelt, deren Beweiskraft auf sehr schwachen Füßen steht. Das gilt besonders von der These über die sozialen Wirkungen der technischen Fortschritte auf die Arbeiterklasse.

So selbstverständlich die Erkenntnis ist, daß die Technik als mächtige Triebkraft auf die Kulturentwicklung der Menschheit eingewirkt hat, so sicher die Lebensformen und Lebensmöglichkeiten für den einzelnen sowohl wie für die Gesamtheit durch die technischen Fortschritte unserer Zeit kulturell gehoben wurden, so wollen wir uns doch die Tatsache nicht verschleiern lassen, daß die Entwicklung der industriellen Technik jenseits aller sozialen Gefühlswerte vor sich geht. Der kapitalistische Unternehmer geht nicht mit den modernen Maschinen zum Arbeiter, um ihn zu „befreien“, um seine Arbeit zu „vergeistigen“, sondern er hebt die alte Arbeitsweise auf, weil der Maschinenbetrieb rationeller ist. In der technischen Fachpresse mehren sich jetzt die Siegesberichte, daß es gelingt, mit China und Japan eine Industrialisierung vorzunehmen. Wenn wir diese beiden Staaten also in gewissem Sinne als Morgenländer der kapitalistischen Kultur bezeichnen dürfen, so fällt es dem Techniker dort nicht ein, an dem japanischen und chinesischen Kuli ein soziales Befreiungswerk zu verrichten, vielmehr ist es rationell geworden, selbst diese billigen und tiefstehenden Produktionsgebilde durch moderne Arbeitsformen zu überwinden. Die Entwicklungstendenzen in der heutigen Technik können wir daher nur verstehen, wenn wir auf den Grund der Dinge sehen, nämlich auf die zahlenmäßig bestimmbaren Wirtschaftsberechnungen.

---

[1] Kohlenbergwerk, von Stillich-Gerke. Leipzig, Voigtländers Verlag. S. 5.

Wie wenig der technische Fortschritt durch Rücksichten auf die soziale Lage der Arbeiter aufgehalten wird, das zeigt gegenwärtig die Arbeiterverdrängung am Hafen. Die konstruktive Weiterbildung der Hebezeuge am Hafen bringt die gleichen Entwicklungstendenzen hervor wie in den übrigen großbetrieblichen Produktionsstätten, in denen eine maschinelle Lastenbeförderung eine große Rolle spielt. Die heutige Hebemaschine soll große Hubleistungen ausführen können, dann aber in ihrer Steuerung und Regulierbarkeit sich dem Arbeitsprozeß möglichst schmiegsam anpassen. Erstrebt wird weiterhin eine Verminderung der Hilfsarbeiter und eine Verkürzung der Arbeitszeit, die zum An- und Abhängen der Last notwendig ist.

Die älteren Hebemaschinen haben für das Befestigen und Lösen der Last von dem Aufhängehaken der Krankette je nach der Art der Last im Durchschnitt vier bis acht geübte Hilfsarbeiter notwendig gemacht. Um diese Arbeitslöhne zu ersparen, ging man bei Lasten, die nur aus gleichmäßigen Stücken bestehen (Kohle, Erz, Sand und dergleichen), zu folgenden technischen Hilfsmitteln über: Man führte Fördergefäße ein, die durch einen Bügel festgehalten werden und von selbst umkippen, wenn von dem Arbeiter der Bügel ausgeklinkt wird. Nach der Entleerung geht der Kübel wieder in seine erste Lage zurück, weil im Boden ein Gegengewicht eingelassen ist, das das leere Gefäß wieder senkrecht stellt und der Bügel dadurch sich von selbst wieder einklinkt. Aber auch diese Konstruktion ist unzureichend, da die Last mit der Hand, beziehungsweise mit der Schaufel erst wieder eingeschaufelt werden muß. Um dafür die notwendigen Hilfsarbeiter zu ersparen, sind dann die sogenannten Selbstgreifer konstruiert worden. Das Fördergefäß besteht aus zwei Hälften, die aufklappbar sind. Die Unterkanten der Schaufel hat man mit Schneiden oder Zähnen aus gehärtetem Stahl ausgerüstet und gräbt sich der Förderkorb durch sein Eigengewicht in den Kohlenhaufen, Sandberg usw. ein. Beim Anziehen der Kette schließen sich die beiden Hälften und halten das Fördergut so lange fest, bis wiederum die Schaufeln vom Führerstand aus entkoppelt werden.

In der Praxis aber haben sich nun bald die Nachteile dieser Selbstgreifer gezeigt. Weil sich der Förderkorb mit einer gewissen Wucht eingraben muß, kann der Boden des Ladeschiffes leicht beschädigt werden, diese Typen sind daher auch nicht ganz gefahrlos im Betrieb. Die Amerikaner haben deshalb zuerst Stielgreifer eingeführt, die sich von den früheren Konstruktionen dadurch unterscheiden, daß der Förderkorb nicht an einer Kette, sondern an einem starren Hebelarm hängt. Die Stielgreifer haben oft den Vorzug leichter Regulierbarkeit.

Aber nicht nur Kohle, Sand, Erz usw. werden im Hafen verladen, sondern auch Stückgüter (Säcke, Fässer usw.). Für diese Zwecke bemühen sich daher die Konstrukteure, ihre Selbstgreifer zangenförmig je nach Art des Förderguts auszubilden. So kehrt in diesem Maschinentyp am klarsten die Urform des Werkzeugs wieder: das äußerste freie Ende eines gewaltigen Armes läuft in eine Riesenhand aus, deren Finger selbsttätig die Fördergüter ergreifen, heben und weitertransportieren.

Dann wären noch die Getreideheber zu erwähnen. Hier setzt die neueste Entwicklung der Hebetechnik am Hafen ein. Auch diese Konstruktionen sind aus Amerika zu uns herübergekommen, die deutschen Ingenieure für Hebezeuge haben entweder selbst amerikanische Betriebe besichtigt oder die nachhaltigsten Anregungen aus der amerikanischen Fachliteratur erhalten. In die Laderäume der großen Getreideschiffe wird das Getreide in Körnern verladen; so gefüllt kommen die Getreideschiffe zum Beispiel in dem Hamburger Hafen an. Die Getreidekörner werden nun nicht etwa geschaufelt, sondern durch Druckluft gehoben. Der Getreideheber ist im Prinzip ein riesiges transportables Rohr, dessen unteres Ende als Saugrüssel bis zu dem Boden des zu entladenden Schiffes hinunterreicht. Durch maschinell getriebene Luftpumpen werden die Getreidekörner angesaugt, gehoben, an einer automatischen Wage vorbeigeführt, gewogen und das Gewicht registriert.

Die abgewogenen Getreidemassen fallen dann durch ein Abflußrohr in die Entladeschiffe oder in die Behälter, in denen das Getreide weiterverfrachtet werden soll.

Daß die Einführung dieser Getreideheber eine Gefahr für die Hafenarbeiter bedeutet, ist ohne weiteres klar. Der „Hafenarbeiter“, das Gewerkschaftsorgan dieser Berufsgruppe, war in der Lage, darüber sehr interessantes Material zu veröffentlichen. Der Sektionsleiter der Speditionsarbeiter hat die jetzige Situation durch folgende Ausführungen gekennzeichnet. Nach einem kurzen Überblick über die Wirkungen der Krise auf die Lage der Speditionsarbeiter heißt es dort wörtlich:

„Noch trostloser haben sich die Verhältnisse in der Getreide- und Ladungskontrolle sowie in der Kornumstecherbranche gestaltet. An der Getreidekontrolle sind 14 Firmen beteiligt, welche vor Einführung der Getreidehebemaschinen an 200 Mann beschäftigten, jetzt aber die Zahl ihrer Angestellten auf 80 bis 100 eingeschränkt haben. Durch die Einführung der Heber ist mit dem alten System gebrochen und kann die Arbeit auch bei guter Konjunktur von etwa 80 bis 100 Mann bewältigt werden. Früher waren von den Kornakkordschauerleuten durchschnittlich 50 Gänge (je 7 Mann) erforderlich, für jeden Gang war eine Wagschale und Kasten zum Einschütten des Getreides notwendig; oft wurde von 7, 8 und 9 Gängen an einem Schiffe gearbeitet; für jeden Gang war ein Wäger, Kastenaufzieher und Probemacher erforderlich, das heißt wenn 50 Gänge in Tätigkeit waren, im ganzen für jeden Gang nur 3 Getreidearbeiter gerechnet, 150 Mann. Bei den 10 Getreidehebern, die je nur eine Schale haben, sind heute, wenn alle 10 in Tätigkeit, für jede Schale und Kasten nur 3 Mann mit dem Probemacher, zusammen 30 Mann, erforderlich. Auf dem Silospeicher, der jetzt von der Hebergesellschaft übernommen ist, kommen 6 Wagschalen in Frage, so daß bei voller Tätigkeit nur 48 Mann benötigt werden. Die Löschung des losen Getreides wird auch nur ausschließlich von den Hebern bewältigt.“ Richard Woldt.

Notizen.

Was kann der Arbeiter für Bildungszwecke aufwenden? In einem so betitelten Artikel in Nr. 13 der „Neuen Zeit“ will Genosse J. Heiden durch Statistiken nachweisen, „daß die große Masse der Arbeiter gar nicht imstande ist, für Zwecke der Weiterbildung, insbesondere für Bücher, von den geringen Einkommen Aufwendungen zu machen“. Genosse Heiden stützt seinen Beweis in der Hauptsache auf die „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche“, bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte.

Die Erhebung erstreckt sich über 852 Haushaltungen, davon 701 in Großstädten; das ist aber ein Verhältnis, welches der Verteilung der Bevölkerung in Groß-, Mittel-, Kleinstädte und dem platten Lande nicht entfernt entspricht. Dazu kommt, daß von den 522 Arbeiterhaushaltungen sich nur 40 in Städten unter 100000 Einwohnern befinden. Überwiegen also in den behandelten Haushaltungen der Großstädte die Arbeiter, so in denen der kleineren Städte die Privatangestellten, Lehrer und Beamten, welche mit 321 Familien beteiligt sind, so daß die Arbeiterschaft ganz bedeutender Industrien nicht in genügendem Maße berücksichtigt ist. Ein Bergarbeiter ist überhaupt nicht an der Erhebung beteiligt, von den Textilarbeitern sind nur 10 erfaßt, dagegen zum Beispiel 26 Schriftsetzer, Buch- und Steindrucker. Nur durch eine derartige Zusammenstellung ist es möglich gewesen, einen Durchschnitt der Ausgaben der Arbeiter für geistige und gesellige Bedürfnisse von 72,70 Mark zu erzielen, wie auch im Handumdrehen eine Ausgabe von jährlich 1835,06 Mark pro Arbeiterfamilie erzielt wurde — auf dem Papier.

Die Arbeiterfamilien gaben 51,47 Mark für Zeitungen, Bücher und Vereine aus, und zwar in ständiger Steigerung von 38,99 Mark bei einer Gesamtausgabe

von 1200 bis 1600 Mark (Genosse Heiden hätte mit mehr Recht diese Zahlen seinem Artikel zugrunde legen können, um sich nicht zu weit von der Wirklichkeit zu entfernen) auf 65,61 Mark bei einer Ausgabe von 3000 bis 4000 Mark. Die Ausgaben für Vergnügungen steigen in noch bedeutenderem Maße von 12,10 Mark auf 57,73 Mark.

Aber auf die vom Genossen Heiden gestellte Frage geben diese Zahlen eine herzlich schlechte Antwort, da es unmöglich ist, zu sehen, wie groß der Anteil für Gewerkschafts-, Partei- und Vereinsbeiträge oder für Bücher ist, wieviel der Ausgaben für Vergnügungen, also Konzerte, Theater, Bälle usw., für Bildungszwecke aufgewendet wurden. Die „Erhebung" versagt demnach für den Zweck des Genossen Heiden, und sie mußte schon aus den vorhin angeführten Gründen versagen, wenn auch wirklich diese Ausgaben spezialisiert wären.

Mit den anderen Statistiken des Genossen Heiden sieht's noch windiger aus. Die Nürnberger Erhebung verzeichnet zum Beispiel bei einem Einkommen von 1250 bis 1500 Mark 6 Mark an Ausgaben für Bücher, bei 1500 bis 1750 Mark nur noch 3,44 Mark. Die Frankfurter Erhebung „beweist" gar, daß die Arbeiter überhaupt keine Bücher kaufen.

Mit den Statistiken ist also nicht viel anzufangen, was auch gerade kein übergroßes Unglück ist. Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß die deutschen Arbeiter nicht viel Geld für Bildungszwecke ausgeben können (trotzdem doch heute eine Tageszeitung, ein Buch, ein Theaterbesuch zu den notwendigen Lebensbedürfnissen gehören), die Wirklichkeit redet schon eine deutliche Sprache. Genosse Heiden hat daher unbedingt recht, wenn er schreibt, „daß hier die öffentliche Bibliothek eine Aufgabe zu erfüllen hat, die ohne sie ungelöst bleibt". Aber sein Zahlenmaterial ist nicht beweiskräftig, da es einerseits die Verhältnisse zu rosig, andererseits zu schwarz färbt! -kl-

---

Fünfundzwanzig Jahre Lithographen- und Steindruckerorganisation. Die Geschichte einer Arbeiterorganisation ist immer ein Stück Erlebnis der Arbeiterbewegung. Stets sind es dieselben Richtlinien, die sich in der Entwicklung der einzelnen Organisationen erkennen lassen. Die soziale Schichtung der Berufsangehörigen, der Entwicklungsgang der in Frage kommenden Produktion gibt nur das besondere Kolorit.

Zu den Arbeitern, unter denen der Organisationsgedanke rasch Wurzeln trieb, gehören die Lithographen und Steindrucker nicht. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war dieser Beruf nicht nur eine junge, sondern auch eine verhältnismäßig wenig gebrauchte Kunst. Die proletarische Lage der Berufsangehörigen hat allerdings schon damals zu verschiedenen Malen Anlauf zu Verbandsbewegungen erzeugt, aber ebensoviele Male versumpften diese zu Nurunterstützungseinrichtungen. 1848 wurde in Hamburg ein Unterstützungsverein gegründet. Berlin sah den ersten schon 1838, es war eine Kranken- und Sterbekasse mit Reiseunterstützungseinrichtung. Nach dem Kriege 1870/71 kam die überraschende Blüte der deutschen Industrie, mit ihr tauchte der Organisationsgedanke auch im graphischen Gewerbe von neuem auf. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinsführer gründeten in allen Berufen Arbeiterorganisationen. Es war schon damals der in das Wirtschaftliche übertragene Kampf gegen die aufstrebende Sozialdemokratie. Die gute Zeit mit ihren sprunghaft gestiegenen Löhnen — im Öldruck wurde damals in Berlin ein Durchschnittsverdienst von 10 bis 15 Taler pro Woche erzielt — blieb nicht für immer. Schon Ende 1872 hatte sich die damalige Berliner Unternehmerorganisation schwarze Listen geleistet. Die Antwort war der Versuch zur Gründung einer Arbeiterorganisation. Von Berlin aus sollte der Weg zu einem einheitlichen Reichsverband führen. Von anderen Städten kamen ähnliche und andere Wünsche. 1873 kam es in Würzburg zu einem Kongreß, der Senefelderbund wurde ge-

gründet. Der Hirsch-Dunckersche Verband schickte seinen ersten Vorsitzenden; Dr. Max Hirsch sandte einen großen Schreibebrief, es half aber nichts, die Leitung der neuen Organisation erhielt Christian Meyer aus Nürnberg, ein überzeugter Sozialdemokrat Eisenacher Richtung. Seine Entschiedenheit war sein Verderben, der „Sozialdemokratismus“ erschien den Berufskollegen von damals noch recht unbehaglich. Später kam dann der Senefelderbund auf die schiefe Ebene. Der in Berlin bestehende Ortsverein war immer prinzipientreu Eisenacher Richtung geblieben, solange Ferd. Erhardt an der Spitze war. Neben ihm waren es Paul Möhring und H. Meysel. Möhring bekannte sich offen als Sozialdemokrat, sein Einfluß war in der Gewerkschaftsbewegung dieser Berufe lange Jahre sehr groß. Heute hat er die neue Zeit so wenig verstanden, daß er gegen die Verschmelzung des Senefelderbundes mit der Gewerkschaftsorganisation des Bundes war, sogar die von den Unternehmern gegründete gelbe Unterstützungsorganisation wurde ihm zum Mittel gegen den Verband. 1876 kam andere Luft aus Sachsen. Das Polizeiregiment wurde lebendig. Das Sozialistengesetz spielte dem Senefelderbund ebenfalls arg mit. 1881 hatte er nur noch 187 Mitglieder. Inzwischen waren aber Veränderungen anderer Art vor sich gegangen. Die Pflege lediglich des Unterstützungswesens konnte natürlich auf die Dauer nicht genügen. Die Verhältnisse drängten wieder zur Gründung von Gewerkschaften, die — das Sozialistengesetz war noch in Kraft — zunächst nur als örtliche Fachvereine neu aufleben konnten. Den Anfang machten wieder die Berliner Kollegen, die im Jahre 1885 den „Fachverein der Steindrucker und Lithographen“ gründeten. Die wesentlichste Ursache war die wirtschaftliche Depression dieser Jahre. Die lithographische Schnellpresse hatte eine scharfe Umwälzung der Produktionstechnik mit sich gebracht. Anfang der siebziger Jahre wurden die ersten Schnellpressen eingeführt, und schon im Jahre 1885 liefen in Berlin 270. Heute sind es 600 mit doppelt so großen Formaten wie damals; Amerika hat sich aber schon mit der lithographischen Rotationsschnellpresse den technischen Vorrang vor Deutschland erobert. Die Einführung der Schnellpresse bedeutete einen scharfen Rückgang der Löhne; die durch Überarbeitszeit ausgedehnte Arbeitszeit währte meist von morgens 7 bis abends 10 Uhr, vereinzelt sogar bis nachts 12 Uhr, ohne daß ein Überstundenzuschlag gezahlt wurde. Die deswegen geführten Streiks gingen wegen der zahlreichen Streikbrecher stets verloren. Charakteristisch ist nun, daß nach Schluß einer stark besuchten Versammlung des Senefelderbundes in Berlin die Anwesenden einige Kollegen mit der Einberufung einer öffentlichen Versammlung zum Zwecke der Agitation für eine wirtschaftliche Interessenvereinigung beauftragten. In der dann verwirklichten Versammlung hielt der damalige Stadtverordnete Fr. Görki das Referat. Es wurde beschlossen, einen Fachverein zu gründen. Hervorzuheben ist, daß die vorbereitenden Kommissionssitzungen unter polizeilichem „Schutze“ tagten. Damals mußte ja jede „offizielle“ gewerkschaftliche Vorstandssitzung polizeilich angemeldet werden. Lustig war, daß der kontrollierende Wachtmeister als früherer Lithograph sich selbst an der Statutenberatung durch „gute Winke“ beteiligte. So wurde 1885 der Fachverein gegründet! Allerdings nicht, ehe der Polizeipräsident das Statut einmal zu ändern gezwungen hatte. Damals wurde schon der Genosse Otto Sillier in den Vorstand gewählt, heute ist er seit zwei Jahrzehnten der Vorsitzende der Zentralorganisation. In sozialistengesetzlicher Zeit blieben die Schikanen natürlich nicht aus. Verbote von Aufrufen gegen die Lehrlingsausbeutung, Auflösung von Versammlungen usw. waren an der Tagesordnung.

Ein Jahrzehnt und noch länger kämpfte die Organisation ohne sichtbare Erfolge. Die Streiks gingen verloren, die Gewerkschaft wollte nicht stärker werden. 1890 kam es zur Gründung des Zentralverbandes für ganz Deutschland. Auch damit hatte Berlin die Bahn der gewerkschaftlichen Erfolge noch nicht erreicht. Gegensätze innerhalb der zusammengehörigen Berufe traten immer wieder zutage. Die Lithographen fühlten sich als nicht zu den proletarischen Steindruckern gehörig.

Es kam zu manch innerem Zwist und verschiedene Male zur direkten Trennung. Der bekannte Christian Tischendörfer, damals noch Lithograph, prägte das Wort derer „vom anderen Holze". Der Name Tischendörfer umschließt eine ganze Episode in der Entwicklung des Berliner Verbandes, sie hat bei all ihren Sonderheiten für die Kollegen viel Gutes gebracht. 1890 brach Tischendörfer die streikbegeisterte Stimmung der Berliner Kollegen, als er in der entscheidenden Versammlung gegen den Streik sprach, nachdem er schon vorher hinter dem Rücken der Streikkommission mit den Unternehmern verhandelt hatte. Die Bewegung wurde so in ihren Anfängen erstickt. Einige Jahre später kam es zu dem berühmt gewordenen Referat Bebels über die Neutralität und die Gewerkschaften. Tischendörfer verlor sich später aus den Reihen der freiorganisierten Arbeiter.

Beachtenswert erscheint nun, daß erst mit dem Jahre 1904 für die Organisation die Zeit der gewerkschaftlichen Erfolge gekommen war. Von diesem Moment an haben die Kollegen mit kurzen Unterbrechungen immer im Kampfe gestanden. Heute ist die Organisation stark und mächtig, konnte sie doch erst vor kurzem trotz der wirtschaftlich äußerst ungünstigen Zeit eine Gesamtaussperrung der Unternehmer glatt abwehren. Die Arbeiter siegten bei der Riesenaussperrung auf der ganzen Linie.

So liegen die Dinge heut. In Berlin ist die entscheidende Mehrzahl der Kollegen organisiert, die Kassen sind glänzend ausgebaut, die Unterstützungseinrichtungen bedeuten jetzt kein Hemmnis für die Kampfesfähigkeit der Organisation mehr. Sie selbst nimmt fortgesetzt verwandte Berufe in sich auf. Chemigraphen, Lichtdrucker, Kupferdrucker, Photographen, Formstecher und Tapetendrucker sind schon in ihr vereinigt. Und alle Reden der Vertreter verwandter Organisationen deuteten bei der Jubelfeier in Berlin darauf hin, daß der nächste Schritt die graphische Einheitsorganisation sein wird.

Wenn dies alles auch nicht zu einem falschen Optimismus führen darf, auf jeden Fall kann gesagt werden, daß die Gewerkschaft der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, die von Berlin aus mit ihren stärksten Anstoß erhalten hat, heute im Beruf den mitbestimmenden Faktor darstellt, den die Arbeiterorganisation darstellen soll. Kurt Heinig, Berlin.

Die Arbeiterverhältnisse in Australien. Den Lockrufen gegenüber, die die australische Regierung allüberall in Europa erschallen läßt, um Proletarier zur Auswanderung nach Australien zu bewegen, ist es dringend notwendig, auf die wahren Zustände hinzuweisen, die in diesem Weltteil herrschen. Mag auch für den kapitalistischen Einwanderer Australien das Land bedeuten, wo Milch und Honig fließt, so ist es doch für den Arbeiter und Bauern dort nicht um ein Haar besser als in jedem anderen unter kapitalistischer Herrschaft stehenden Lande. Dieselbe Lohnsklaverei wie überall! Die Arbeitszeit ist nur in einigen Berufen etwas kürzer, weil die Intensität der Arbeit eine ungeheure und daher sehr anstrengend ist; elende Wohnungsverhältnisse, sehr hohe Mietpreise, alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände ein Drittel, wenn nicht doppelt so teuer als in Europa, die Reise sehr kostspielig. Vier Fünftel der ganzen Bevölkerung sind in den Großstädten Sydney, Melbourne, Adelaide, Brisbane zusammengepfercht, die alle abscheulichen Merkmale der Großstädte überhaupt an sich tragen.

Gewissenlose Agenten im Bunde mit Regierungsbeamten haben sich der Spekulation mit Grund und Boden bemächtigt und die Preise hochgetrieben; der Staat plündert nun im Verein mit den privaten Bodenwucherern alle die armen Opfer, die leichtgläubig ihr letztes Scherflein zum Ankauf von Land hergaben.

Abgesehen von ganz wenigen günstigen Orten ist es für den Ansiedler unmöglich, zu heiraten, denn die Lebensbedingungen sind durchaus ungeeignet, Kinder zu erziehen. Bei der Schafschur, Landbestellung und Bergarbeit werden diese als lästiges Hindernis empfunden. Eine kürzlich in der Londoner „Times" veröffentlichte leidenschaftliche Kontroverse der australischen Regierung und verschiedener

Auswandererkommissäre mit dem australischen Korrespondenten dieser Zeitung, der auf die Schmach hinwies, daß jungen Einwanderern das Heiraten und Kinderkriegen direkt untersagt oder doch unmöglich gemacht wird, beweist, wie recht jener mit seinen Behauptungen hatte und in wie hohem Grade unangenehm es den offiziellen Behörden war, daß er in dieses Wespennest stach. Denn Regierungsbeamte, Kolonialämter, Schiffahrtsgesellschaften, private Agenten im Verein mit Arbeitsvermittlungsbureaus stecken alle unter einer Decke und bieten alles auf, um die nötigen „Hände“ herbeizuschaffen. Jedes nach Europa heimkehrende Schiff hat 20, 30, ja 50 Prozent enttäuschter, mißvergnügter und oft gänzlich ruinierter Ansiedler und Auswanderer an Bord. Eine riesige Arbeitslosenarmee in jeder Stadt erschwert das Fortkommen der Einwanderer. So vermochten die Unternehmer die streikenden Kohlenarbeiter in Sydney binnen wenigen Tagen durch eine gleiche Anzahl von Streikbrechern zu ersetzen. Nur die Schafscherer sind einigermaßen organisiert; die Goldgräber besitzen keine nennenswerte Organisation und sind infolgedessen sehr niedrig entlohnt. Die Löhne in Australien sind nur 10 bis 20 Prozent höher als in England. Dagegen stellt sich der Lebensunterhalt um 25 bis 50 Prozent höher, die Eisenbahnfahrten kosten 25 Prozent mehr und bieten vergleichsweise kaum die Hälfte an Komfort wie in England.

Die Landarbeiter müssen außergewöhnlich schwer arbeiten und sind stets nur Saisonarbeiter.

Die Schafscherer sind Wanderarbeiter, die ein nomadisches Dasein führen; ihre Bezahlung schwankt zwischen 25 und 20 Schilling pro 100 Schafe.

Die Kohlenarbeiter sind etwas höher bezahlt als in England bei bedeutend teurerer Lebensweise.

Die Goldgräber arbeiten nach dem sogenannten „Tributsystem“, das heißt es ist ihnen ein bestimmter Anteil an ihren Funden garantiert, und darin besteht die ganze Bezahlung für ihre Arbeit. Sie müssen sich den bestehenden Verordnungen fügen, die bestimmte Arbeitszeit einhalten, und arbeiten daher oft monatelang nur zum Nutzen des Unternehmers und ohne jeden Lohn.

Maschinenarbeiter, Schreiner, Mechaniker, Bauarbeiter sind fast alle nicht seßhafte Wanderarbeiter, von denen 5 bis 25 Prozent ständig arbeitslos oder nur die halbe Zeit beschäftigt sind.

Transport- und Verkehrsarbeiter sind schlecht bezahlte Gelegenheitsarbeiter; bei dauernder Beschäftigung sind die Löhne niedrig.

In Schneiderei, Drechslerei und Holzbearbeitung machen die Chinesen den Weißen ernstliche Konkurrenz, und da ihre Lebenshaltung in jeder Hinsicht eine unglaublich niedrige ist, so können die Weißen nicht gegen sie aufkommen. Ebenso steht es in der Kunst- und Gemüsegärtnerei. Das Schwitzsystem steht in Blüte, und die „Schiedsgerichte“, die sich aufgetan haben, um zwischen Arbeitern und Schwitzmeistern zu intervenieren, bedeuten nichts als einen Krebsschaden für die Organisationen. Sie setzen sich aus Philanthropen und allen möglichen Sorten von Sozialreformern und Ethikern zusammen, sind vor dem Gesetz nicht verantwortlich und haben nur das eine Bestreben, allen Konflikten die Spitze abzubrechen und alle Streitigkeiten in dem Sinne beizulegen, daß sie stets für möglichst niedrige Löhne eintreten.

Die Zahl der Geburten ist niedrig, die der Kindersterblichkeit hoch. Verheiratete Männer und Frauen und ganze Familien, die aus den Großstädten vertrieben werden, können in den ländlichen Gebieten keine Arbeit finden. Und doch ziehen die Einwanderungsagenten immer neues Menschenmaterial herbei, um die bestehenden Löhne noch herabzudrücken und zugunsten der Kapitalistenklasse eine möglichst große Reservearmee zu schaffen. Es sind denn auch schon eine ganze Reihe von Millionären entstanden, besonders in der Warenhausbranche, die ihre Handlungsgehilfen noch schlechter entlohnen, als dies in England geschieht. Die Kapitalistenklasse hat sich auch bereits aller großen Einrichtungen bemächtigt, die den

Handel und Wandel des Landes beeinflussen. Ihr gehören Grund und Boden, alle Verkehrsmittel, der Bergbau, die Viehzucht und die Fleischversorgung und sämtliche Fabriken.

Wenn die Einwanderer das nötige Reisegeld hätten, so würden sicherlich 90 Prozent von ihnen nach einigen Monaten in die alte Heimat zurückkehren. Jeder neue Schub von Einwanderern dient nur dazu, auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit das Land zu verbessern und durch Elend und Armut den Mehrwert der Kapitalisten zu vergrößern.

Fabrikinspektion und Unfallversicherung existieren in Australien nicht; Menschenleben sind dort buchstäblich wertlos. Bei Streiks wird gegen die Arbeiter auf das schonungsloseste vorgegangen; die Polizei schießt die Leute kurzerhand nieder, auch wenn sie ganz friedlich auftreten.

Die Gewerkschaften wenden sich unaufhörlich gegen die Einwanderung; sie bemühen sich auch, Armengesetze oder staatliche Unterstützung der Notleidenden zu erreichen.

Australien ist also das Land der Monopole, des Schwitzsystems, des Elends; seine Ausbeuterklasse kann sich kühnlich an die Seite jeder anderen stellen. Der Volksmund nennt jene zahllosen, einsamen, trostlosen, weltverlassenen Orte der Ausbeutung mit ironischem Schmerze „The never, never land“, was sich etwa mit „Kehrniewiederland“ am besten wiedergeben läßt.

Wir entnehmen diese Schilderungen einem Briefe, den unser alter englischer Genosse und bewährter Gewerkschafter Ben Tillet uns zur Veröffentlichung sandte. Da auch in Deutschland vielfach Arbeiter zur Auswanderung nach Australien gesucht werden, wird unsere Parteipresse gewiß den hier mitgeteilten Warnungen Tillets die weiteste Verbreitung geben. l. k.

Zeitschriftenschau.

„Der Kampf“ vom März bringt einen Artikel von Otto Bauer: **„Gefahren des Reformismus“.** In weiten Kreisen des österreichischen Proletariats herrscht Mißmut und Enttäuschung: „Jetzt haben wir das allgemeine Wahlrecht und 88 Sozialdemokraten im Parlament, und doch geschieht nichts gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit“, so klagen sie. Die älteren Genossen wissen zwar, wie eine jahrzehntelange Vorarbeit zu jenen Erfolgen nötig war; aber die jüngeren erinnern sich nur des letzten Sturmes, nicht der vorhergehenden langen Belagerung. Sie haben den Grundgedanken des Sozialismus, daß trotz aller Versuche zur Linderung die Ausbeutung immer wächst und daher der Sturz des Kapitalismus das einzige Ziel sein muß, noch nicht verstanden. Sie sind enttäuscht, da sie nun die Schranken sehen, die der Kapitalismus dem Aufstieg des Proletariats in den Weg stellt. Immer waren Zeiten der Krise und der Teuerung auch Zeiten revolutionärer Erhebung; das steigende Elend rüttelt die Massen zum energischeren Vorgehen auf. Nur in Österreich hat die Krise die Massen enttäuscht und entmutigt, und viele ziehen sich hoffnungslos aus der Bewegung zurück. Daran sehen wir eben die Gefahren des Reformismus. Die alten Kerntruppen sind natürlich fest geblieben; aber die Hunderttausende, die in dem Wahlrechtskampf erobert und in den Lohnkämpfen der letzten Jahre mitgerissen wurden, sahen in der Partei nur die große Reformpartei; sie setzten überschwengliche Hoffnungen in das Parlament und werden jetzt bei den zahllosen Hindernissen der Reformarbeit im Parlament ungeduldig. Sie glauben, es sei nur eine falsche Taktik der Partei, die uns um die Erfolge des Wahlrechtskampfes bringe. Sie glauben, man brauche nur wieder in derselben Weise wie damals vorzugehen, um wieder reiche Früchte zu ernten. Sie gebärden sich äußerst radikal, aber dieser Radikalismus ist nichts als einfachster Reformismus. In dieser Erscheinung liegt die Mahnung, noch mehr wie bisher durch intensive Aufklärung

die Massen mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu erfüllen; sie sollen nicht ihre Hoffnungen auf ein demokratisches bürgerliches Parlament stellen, sondern wir müssen ihnen die wahre große Hoffnung der Arbeiterklasse zeigen, die großen Umwälzungen der Zukunft, deren Vorboten bereits überall sichtbar werden. „Wir müssen in unseren Zeitungen und unseren Versammlungen etwas weniger von Ministern und Abgeordneten sprechen, etwas mehr von den allgemeinen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Welt, von den großen Tatsachen des proletarischen Klassenkampfes."

Daß der Kapitalismus mit den Bedürfnissen des Proletariats unvereinbar ist, und diese nur durch die soziale Revolution, die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln ihre Befriedigung finden können, ist der Grundsatz des Sozialismus. Wohl kämpfen alle sozialistischen Parteien für Verbesserungen der Lage der Arbeiter, aber sie erklären zugleich, daß diesen Verbesserungen unter dem Kapitalismus stets enge Grenzen gezogen sind. Sie kämpfen für die Demokratie, aber sie lehren das Volk zugleich, daß auch der demokratische Staat ein Herrschaftsinstrument der besitzenden Klassen bleibt, solange die Arbeiter nicht die politische Macht erobert haben. Die Erkenntnis der Grenzen aller Reformarbeit innerhalb des Kapitalismus scheidet den Sozialismus von allen sozialen Reformparteien. Daher sind die Zeiten, worin diese Grenzen sichtbar werden, zugleich die Zeiten größter Werbekraft für den Sozialismus.

Auch die nationalen Probleme bekommen durch die reformistische Denkweise eine gefährliche Form. Lernen die Arbeiter alles vom Standpunkt der unmittelbaren kleinen Vorteile besehen, so betrachten sie auch die nationalen Kämpfe in dieser Weise und lassen sich leicht durch nationalistische Phrasen mitreißen. Der revolutionäre Sozialismus sieht in den nationalen Kämpfen nur Teile der allgemeinen ökonomischen Umwälzung der Welt, ein Symptom der revolutionären Entwicklung, und wir suchen hinter den kleinen Streitigkeiten diese tieferliegenden Kräfte. Dann ändert sich auch die Wertschätzung der Einzelfragen. Die polnisch-ukrainische Frage, das südslawische Problem, das auf den Balkan hinübergreift, das italienische Problem, das die Gruppierung der Großmächte beeinflußt, erweisen sich dann als viel wichtiger, als der deutsch-tschechische Streit in den Sudetenländern, der das politische Leben Österreichs beherrscht.

Martin Rapoldi behandelt **„Wirtschaftliche und politische Umwälzungen in Tirol"**. Bis vor kurzem stand Tirol wirtschaftlich auf der primitivsten Stufe. Die Produktion fand hauptsächlich für den Selbstbedarf statt. Nur so viel verkaufte der Bauer, als für die Steuern und einige andere Ausgaben nötig war. Sein Gut war sein Königreich; alles da draußen war ihm gleichgültig. Ausgenommen in Innsbruck und Bozen, die als Durchgangsstationen einigen Verkehr hatten, spielte sich selbst das städtische Leben monoton ab. Die ideologische Form entsprach dieser Wirtschaftsweise; der strenge Katholizismus herrschte unbeschränkt. Einigkeit im Glauben, Einigkeit in der Politik war das Merkmal des Landes. Nicht der demagogische Klerikalismus einer modernen, ökonomisch unterwühlten kleinbürgerlichen Welt, sondern der finsterste, rückständigste Klerikalismus vertrat dieses Land politisch.

Dann kam aber die neue rücksichtslose Macht des Kapitalismus, untergrub die alten Verhältnisse und riß sie auseinander. Die Industrie zog ein, wenn auch zuerst nur als Fremdenindustrie. Die Landwirtschaft fand darin einen wichtigen Markt für Molkereiprodukte; die Bauern produzieren jetzt nur für diesen Markt, sie sind ganz zur Molkereiwirtschaft übergegangen und bauen kaum noch Getreide. Ihre Lebensmittel müssen sie jetzt kaufen, und jede Preissteigerung des Getreides drückt sie nicht weniger als die städtischen Arbeiter. Eine zweite Wirkung ist die Steigerung der Bodenpreise: bis über 20 Prozent in zehn Jahren. Da aber viel Boden gekauft und verkauft wird und bei Besitzwechsel die Kinder mit ihrem Erbteil abgefertigt werden müssen, gerät der Bauer in Schulden. Was Milch, Käse

und Eier mehr einbringen, geht an den steigenden Getreidepreisen weg. Auch andere Industrie kommt durch die Benutzung der Wasserkräfte empor. Neue gesellschaftliche Klassen stehen einander gegenüber und kämpfen um die Macht. Daher ist auch in der Politik ein Umschwung eingetreten. Der verschuldete Bauer sucht in der Politik jetzt etwas mehr als Hochhaltung der Religion; er will auch Linderung der irdischen Not. Die alte konservative klerikale Partei, die alles Neue bekämpfte, aber nichts dagegen zu tun wußte, konnte sich nicht behaupten. Auf dem Lande traten die Christlichsozialen, in den Städten Liberalismus und Sozialdemokratie auf. Die Christlichsozialen versprachen unter Führung von Schraffl und Dr. Schöpfer den Bauern alles, was sie wünschten, Aufhebung der Steuerlast, der Gutsverschuldung, der drückenden Dienstpflicht, des Privilegienwahlrechtes. Und da sie zugleich die Religion hochhielten, konnte die konservative Partei, die nur die Religion auf ihrer Fahne hatte, nicht gegen sie aufkommen. Die Wahlen zum Reichsrat von 1907 fegten die ganze konservative Macht weg, und 1908 nahmen die Christlichsozialen ihnen auch für den Landtag alle Landgemeinden ab; in den Städten faßten die Sozialdemokraten Fuß.

Es ist aber fraglich, ob diese christlich-soziale Herrschaft von Dauer sein wird. Die Tiroler halten noch etwas auf Treu und Glauben, und sie werden bald enttäuscht werden. Dadurch wird der Boden für unsere Partei geebnet; die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeitet uns vor, und wenn wir auch nicht auf rasche große Erfolge zu rechnen haben, wird eine rastlose Aufklärungs- und Organisationsarbeit doch gute Früchte tragen.

Über **„Die Besteuerung der geistigen Getränke“** schreibt Arnold Holitscher: Die wissenschaftliche Erkenntnis, daß alkoholische Getränke auch bei mäßigem Gebrauch giftig und schädlich sind und dem Menschen gar nicht notwendig, wird unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft allgemein anerkannt. Daher ist es kein Wunder, daß sie auch, wo sie dazu imstande sind — in Finnland, Schweden, Norwegen — politisch gegen den Alkohol auftreten, sogar scharfen Verboten ihre Unterstützung geben. Geistige Getränke sehen wir nicht als notwendige Konsumartikel an. Nun sind wir gegen indirekte Steuern auf Konsumartikel, weil sie den Verbrauch erschweren; wie stellen wir uns da zu der Besteuerung des Alkohols? Hier wäre eine Erschwerung des Konsums gerade erwünscht; also läßt sich der allgemeine Satz, daß wir gegen jede Konsumsteuer sind, hier nicht dogmatisch anwenden, und muß diese Frage für sich geprüft werden.

Ist die Besteuerung alkoholischer Getränke ein wirksames Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus? Die Erfahrung hat gezeigt, daß sie dazu ein zweifelhaftes unsicheres Mittel ist, dem viele Mängel anhaften. Der Verbrauch steigt und fällt nicht mit dem Preise; vielleicht einen Augenblick, aber nicht dauernd, denn das Bedürfnis nach dem gewohnten Genußgift, das viel lebhafter als das Bedürfnis nach anderen Dingen wirkt, macht sich doch wieder geltend. Finanzminister und Alkoholkapitalisten wissen ganz gut, daß der Konsum nicht bei Preissteigerung sinkt, sonst zögerten sie wohl mit der Preiserhöhung. Was an Alkohol mehr, wird an guten Lebensmitteln weniger ausgegeben; so wird die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtert. Dabei wird der Staat zum großen Alkoholinteressenten, der von einer wirklichen Bekämpfung des Trinkens nichts wissen will. Daher müssen unsere Genossen sich der Besteuerung der geistigen Getränke immer entschieden widersetzen; fort mit diesen Steuern, und dafür planmäßige Tätigkeit zur Eindämmung des Alkoholgenusses durch Aufklärung, Verringerung der Lizenzen und der Schankzeit, durch Gemeindeverbotsrecht usw. Dringen sie hiermit nicht durch, dann sollen sie jedenfalls fordern, wie die Genossen im deutschen Reichstag es schon machten, daß ein Teil des Mehrertrags zur Bekämpfung des Alkoholismus bestimmt wird.

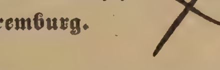
Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Die Neue Zeit

2. Band Nr. 35 Ausgegeben am 27. Mai 1910 28. Jahrgang

Ermattung oder Kampf?



Von **Rosa Luxemburg.**

I.

Ich komme infolge meiner mündlichen Agitation mit erheblicher Verspätung dazu, dem Genossen Kautsky zu antworten. Wenn aber mein Artikel über den Massenstreik und meine Agitation im April auch nichts anderes erreicht hätten, als daß eine eingehende Diskussion über Probleme der Taktik in der Partei Platz gegriffen hat, daß das Verbot der Diskussion über den Massenstreik namentlich auch in unserem theoretischen Organ, der „Neuen Zeit", durchbrochen ist, so könnte ich vollauf zufrieden sein. Es handelte sich nämlich in erster Linie darum, dem unbegreiflichen Versuch entgegenzutreten, eine öffentliche Diskussion in der Parteipresse über Fragen zu unterbinden, die das Interesse der weiten Parteikreise aufs tiefste erregen. War doch mein Artikel über den Massenstreik nicht nur von unserem Zentralorgan „Vorwärts", sondern auch von der „Neuen Zeit", wo er zuerst akzeptiert und sogar schon gesetzt war, zuletzt aus dem Grunde abgelehnt worden, weil eine Diskussion über den Massenstreik in der Parteipresse nicht erwünscht wäre.

Das Verkehrte dieses Versuchs tritt erst dann im rechten Lichte hervor, wenn man in Betracht zieht, daß es sich durchaus nicht um eine vom Zaune gebrochene Diskussion, nicht um den Einfall einer einzelnen Person handelt, wie es der Genosse Kautsky hinstellt, indem er in seinem ganzen Artikel ausschließlich von mir und meiner Agitation spricht und seinen Artikel mit dem Satze beginnt: „Die Genossin Luxemburg hat durch einen Artikel in unserem Dortmunder Parteiorgan die Frage des Massenstreiks zur Diskussion gestellt." Ehe ich noch überhaupt mit meinem Artikel hervorgetreten bin, war die Frage des Massenstreiks bereits in einer ganzen Reihe wichtiger Parteizentren und Parteiblätter auf die Tagesordnung gestellt. Die Genossen in Halle, der Hessen-Nassausche Agitationsbezirk hatten in formellen Anträgen dem Parteivorstand die Befassung mit der Frage des Generalstreiks nahegelegt. Die Genossen in Königsberg, in Essen, in Breslau, in Bremen hatten beschlossen, Vorträge mit Diskussion über den Massenstreik zu veranstalten. In Kiel und in Frank-

furt a. M. waren ja bereits halbtägige Demonstrationsmassenstreiks mit schönem Erfolg durchgeführt worden. Genosse Pokorny vom Bergarbeiterverband hatte in einer öffentlichen Versammlung in Essen den Massenstreik in Aussicht gestellt und die Hoffnung ausgesprochen, daß in den kommenden großen politischen Kämpfen den Bergarbeitern die führende Rolle zufallen würde; selbst unsere Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus hatten bereits mit dem Massenstreik gedroht. Wie sehr die Erörterung des Massenstreiks einfach der Stimmung und dem Bedürfnis der großen Masse der Parteigenossen entsprach, beweist der Umstand, daß mein Artikel so ziemlich von der gesamten preußischen Parteipresse und noch von einigen Blättern außerhalb Preußens nachgedruckt worden ist, beweist ferner der Umstand, daß in den sechzehn großen Versammlungen, die ich im April in Schlesien, in Kiel, in Bremen, in Frankfurt a. M., im rheinisch-westfälischen Industriebezirk und am 1. Mai in Köln abgehalten habe, die Losung des Massenstreiks überall ohne Ausnahme die stürmischste Zustimmung fand. Nur noch eine Losung ruft jetzt in den Parteimassen in Deutschland — wie ich feststellen konnte — eine gleich stürmische Zustimmung hervor: es ist dies die scharfe Betonung unseres republikanischen Standpunktes, einer Losung, mit der man leider gleichfalls weder im „Vorwärts“ noch in der „Neuen Zeit“ an die Öffentlichkeit treten kann, während ein Teil unserer Provinzpresse — von der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ bis zur „Breslauer Volkswacht“ — auch in dieser Beziehung ihre Schuldigkeit tut.

So besteht also in den breitesten Massen der Partei eine so starke Kampfstimmung, ein so entschlossener Wille, nötigenfalls durch Massendruck auf der Straße den begonnenen Wahlrechtskampf zum Siege zu führen, und ein so gespanntes Interesse für die Idee des Massenstreiks, wie noch nie bis jetzt in Deutschland. Von dieser Stimmung im Lande ist nur ein Parteiblatt bis jetzt gänzlich unberührt geblieben — unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, der bis auf den heutigen Tag nicht mit einer Silbe von der ganzen Massenstreikdebatte in der Parteipresse Notiz genommen hat, und eine Parteimitgliedschaft ist darüber in gänzlicher Unwissenheit — die Berliner Genossen, die ja durch den „Vorwärts“ von der Stimmung und dem Geistesleben der Partei im Lande informiert werden sollen. Ja, das Zentralorgan geht in seiner strikten Befolgung der erhalten Direktive so eifrig zu Werke, daß es selbst aus Berichten über Versammlungen, die in Berlin abgehalten werden, jedes Wörtchen vom Massenstreik streicht; ist doch auch in der Einsendung, die der „Vorwärts“ über die Massenversammlung in Frankfurt a. M. vom 17. April gebracht hatte — derselbe Bericht erschien offenbar „unredigiert“ in anderen Parteiblättern —, bezeichnenderweise der Satz: „Die Referentin löste mit der Propagierung des Massenstreiks stürmische Zustimmung der Versammelten aus“, sorgsam gestrichen worden. Aus dem „Vorwärts“ schöpfte wohl auch der Genosse Kautsky seine Information über die Ansichten der Parteikreise im Lande, da er es für möglich hielt, unter solchen Umständen eine öffentliche Diskussion über den Massenstreik zu unterbinden.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß der Versuch gemacht wird, die öffentliche Erörterung des Massenstreiks zu verbieten, und schon das jedesmalige Scheitern dieser Versuche bis jetzt hätte meines Erachtens das Zwecklose eines solchen Beginnens genügend dartun sollen. Der Kölner Gewerkschaftskongreß hatte ja im Jahre 1906 die „Propagierung des Massenstreiks“ in Deutschland untersagt. Die Vorkonferenz der deutschen Parteigenossen in Österreich vor

dem Salzburger Parteitag im Jahre 1904 hatte gleichfalls beschlossen, daß die Losung des Massenstreiks auf dem Parteitag nicht erörtert und nicht erwähnt werden solle. Beide Beschlüsse sind aber an dem einfachen Umstand gescheitert, daß die Sozialdemokratie keine Sekte ist, die aus einer Handvoll gehorsamer Schüler besteht, sondern eine Massenbewegung, in der Fragen, die sie im Innern erregen, so oder anders an die Öffentlichkeit treten müssen, ob man es will oder nicht.

Nicht der Versuch selbst, die Diskussion über den Massenstreik zu unterbinden, ist es also, was im gegebenen Falle betrübend erscheint — dergleichen Verbote sind meines Erachtens eher mit heiterer Seelenruhe als mit Entrüstung aufzunehmen —, sondern die allgemeine Auffassung vom Massenstreik, die jenem Versuch zugrunde liegt. Hört man nämlich die Argumente, womit die Schädlichkeit einer öffentlichen Erörterung des Massenstreiks im gegenwärtigen Moment begründet wird, so könnte man glauben, die Lehren der russischen Revolution, der ganze reiche Schatz der Erfahrungen jener Periode, die für die Beurteilung des Massenstreiks und der proletarischen Kampftaktik überhaupt epochemachend war, seien spurlos vorübergangen und wir befänden uns noch in den schönen Zeiten der Debatten mit Domela Nieuwenhuis und Cornelissen.

„Geschieht das" — nämlich die Erörterung des Massenstreiks, sagt Genosse Kautsky — „in der Öffentlichkeit, so ist das gleichbedeutend damit, daß man dem Gegner die schwachen Punkte der eigenen Position mitteilt. Die ganze Diskussion wäre ebenso zweckmäßig, als wollte man einen Kriegsrat darüber, ob man dem Gegner eine Schlacht liefern soll, in Hörweite des Feindes abhalten."

Der Massenstreik wäre demnach ein schlau ersonnener Coup, der vom „Kriegsrat" der Sozialdemokratie — also etwa vom Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften — im verschlossenen Stübchen geheim ausgeheckt und womit der Feind — hier die bürgerliche Gesellschaft — überrumpelt wird. Gegen diese Auffassung habe ich bereits im Jahre 1906 meine ganze im Auftrag der Hamburger Genossen geschriebene Broschüre über den Massenstreik gerichtet, und ich kann nur wiederholen:

„Auf demselben Boden der abstrakten unhistorischen Betrachtungsweise stehen heute diejenigen, die den Massenstreik nächstens in Deutschland auf dem Wege eines Vorstandsbeschlusses auf einen bestimmten Kalendertag ansetzen möchten, wie auch diejenigen, die, wie die Teilnehmer des Kölner Gewerkschaftskongresses, durch ein Verbot des ‚Propagierens' das Problem des Massenstreiks aus der Welt schaffen wollen. Beide Richtungen gehen von der gemeinsamen rein anarchistischen Vorstellung aus, daß der Massenstreik ein bloßes technisches Kampfmittel ist, das nach Belieben und nach bestem Wissen und Gewissen ‚beschlossen' oder auch ‚verboten' werden könne, eine Art Taschenmesser, das man in der Tasche ‚für alle Fälle' zusammengeklappt bereit halten oder auch nach Beschluß aufklappen und gebrauchen kann."

Auf die aus dieser Auffassung geborenen Befürchtungen des Genossen Kautsky, die öffentliche Erörterung des Massenstreiks würde dem Feinde „die schwachen Punkte" unserer Position verraten, kann ich nicht besser antworten als mit den Worten des Genossen Pannekoek, der die meisten schwachen Punkte der Kautskyschen Position bereits in der „Bremer Bürgerzeitung" beleuchtet hat:

„Wie irreführend“ — schrieb Pannekoek — „dieser kriegstechnische Vergleich ist, beweist die Tatsache, daß die Partei nie etwas anderes getan hat, als vor der vollen Öffentlichkeit ihre starken und schwachen Punkte zu diskutieren. Das war nicht anders möglich, weil die Sozialdemokratie keine kleine geschlossene Gruppe, sondern eine Massenbewegung ist. Da ist mit geheimen Plänen nichts zu machen. Die Kraft und die Schwäche hängen hier von allgemeinen politischen und sozialen Verhältnissen ab, von denen nichts geheim zu halten ist, die durch Geheimhaltung nicht zu vergrößern oder zu verringern sind. Wie könnten wir da dem Feinde unsere Schwächen verraten? Er kennt sie so gut wie wir. Und wenn er sie nicht kennt, wenn er sich über unsere und seine Kraft einer Täuschung hingibt, so liegt auch dies in notwendigen historisch-sozialen Verhältnissen begründet, woran taktische Geheimhaltung nichts ändern kann.“

Aber Genosse Kautsky deutet noch andere schädliche Wirkungen einer öffentlichen Debatte an. „Ich würde es sehr bedauern“ — schreibt er —, „wenn der Artikel der Genossin Luxemburg den Erfolg hätte, in der Parteipresse eine Diskussion zu entfachen, in der die eine Seite ihre Gründe für die augenblickliche Aussichtslosigkeit eines Massenstreiks auseinandersetzte. Sie mögen recht oder unrecht haben, anfeuernd zur Aktion wirkt eine derartige Erörterung auf keinen Fall.“ Dies ist nun ein Standpunkt, der mir vollkommen unbegreiflich ist und den die Sozialdemokratie bis jetzt noch nie vertreten hat. Wir haben die „Anfeuerung zur Aktion“ noch nie durch Illusionen und durch Vertuschung des wahren Sachverhalts vor den Massen zu erzielen gesucht. Haben die Gegner des Massenstreiks mit ihren Gründen für die Aussichtslosigkeit einer solchen Aktion recht, so ist es durchaus heilsam und notwendig, daß wir ihre Gründe hören und ihnen beipflichten. Haben sie unrecht, so ist es ebenso heilsam und notwendig, daß ihre Gründe öffentlich als unstichhaltig erkannt werden. Die eingehendste Erörterung kann da nur von Nutzen sein und zur Selbstklärung der Partei beitragen, uns auf die Schwächen unserer Bewegung aufmerksam machen, uns die dringendsten praktischen Aufgaben der Agitation oder Organisation vor die Augen führen.

Hatte aber Genosse Kautsky hier gar die Gefahr im Auge, daß durch meine schriftliche und mündliche Agitation die Gewerkschaftsführer auf den Plan gerufen und ihre großen Kanonen gegen die Idee des Massenstreiks auffahren würden, so lag in dieser Befürchtung meines Erachtens eine Überschätzung der Macht der Führer, die wieder nur durch die etwas mechanische Auffassung des Massenstreiks als eines vom „Generalstab“ ausgeheckten und kommandierten Überrumpelungsplans erklärt werden kann. In Wirklichkeit sind die Gewerkschaftsführer gar nicht imstande, eine Massenstreikbewegung zu unterbinden, wenn diese sich aus den Verhältnissen, aus der Zuspitzung des Kampfes, aus der Stimmung der proletarischen Massen ergibt. Treten in solchen Situationen die Gewerkschaftsführer gegen die Bestrebungen der Masse auf, dann ist es nicht um die Stimmung der Masse, sondern um die Autorität der Gewerkschaftsführer geschehen. Tatsächlich herrscht bereits jetzt eine so lebhafte Kampfstimmung in der Arbeiterschaft, daß das öffentliche Auftreten des gewerkschaftlichen Generalstabs im Sinne des Bremsens nichts anderes zur Folge gehabt hätte, als das Erwachen der Kritik und des Protestes in den eigenen Reihen der Gewerkschaftsgenossen. Im Interesse der „Anfeuerung zur Aktion“ konnte also nichts wünschenswerter sein, als daß

die Gewerkschaftsführer endlich mit ihren „großen Kanonen“ auf dem Plane erschienen, damit man sich ihre Argumente bei Lichte besehen und damit konstatiert werden konnte, wie sehr die Führer in ihrem Fühlen und Denken hinter den Massen zurückgeblieben sind. Daß Genosse Kautsky den Gewerkschaftsführern diese peinliche Mühe abgenommen hat, indem er selbst sich zuerst gegen die öffentliche Diskussion sträubte und, als dies vergeblich war, öffentlich auftrat, um seinerseits als Theoretiker des Radikalismus die Gedanken und das Interesse vom Massenstreik auf die kommenden Reichstagswahlen abzulenken, das wird sicher die lebhafte Genugtuung der Generalkommission der Gewerkschaften hervorgerufen haben. Ob es aber geeignet war, „anfeuernd auf die Aktion“ zu wirken, erscheint mir zweifelhaft.

Was hat also den Genossen Kautsky eigentlich veranlaßt, seinen Warnungsruf ertönen zu lassen? Welche Gefahren waren es, vor denen es die Partei zu retten galt? Dachte vielleicht irgend jemand daran, von heute auf morgen einen Massenstreik zu kommandieren, oder aber bestand die Gefahr, daß man in der Partei grundlose Illusionen in bezug auf die wundertätige Wirkung des Massenstreiks erweckte und damit die Massen leichtfertig in eine Aktion trieb, von der sie die Lösung aller Fragen mit einem Schlage erhofften? Mir ist nichts Derartiges in den Versammlungen oder in der Presse bekannt geworden. Meinerseits ließ ich jedenfalls gar keine Zweifel nach dieser Hinsicht zu.

„Ein aus der Pistole geschossener, durch einfaches Dekret der Partei eines schönen Morgens ‚gemachter‘ Massenstreik“, schrieb ich, „ist bloß kindische Phantasie, anarchistisches Hirngespinst. Ein Massenstreik aber, der sich nach einer monatelangen und an Dimensionen zunehmenden Demonstrationsbewegung gewaltiger Arbeitermassen ergibt, aus einer Situation, in der eine Dreimillionenpartei vor dem Dilemma steht: entweder um jeden Preis vorwärts, oder die begonnene Massenaktion bricht erfolglos in sich zusammen, ein solcher an dem inneren Bedürfnis und der Entschlossenheit der aufgerüttelten Massen und zugleich aus der zugespitzten politischen Situation geborener Massenstreik trägt seine Berechtigung wie die Gewähr seiner Wirksamkeit in sich selbst.

„Freilich ist auch der Massenstreik nicht ein wundertätiges Mittel, das unter allen Umständen den Erfolg verbürgt. Namentlich darf der Massenstreik nicht als ein künstliches, sauber nach Vorschrift und nach Kommando anwendbares einmaliges mechanisches Mittel des politischen Druckes betrachtet werden. Massenstreik ist bloß die äußere Form der Aktion, die ihre innere Entwicklung, ihre Logik, ihre Steigerung, ihre Konsequenzen hat, im engsten Zusammenhang mit der politischen Situation und ihrem weiteren Fortgang. Der Massenstreik, namentlich als ein kurzer einmaliger Demonstrationsstreik, ist sicher nicht das letzte Wort der begonnenen politischen Kampagne. Aber er ist ebenso sicher ihr erstes Wort im gegenwärtigen Stadium. Und wenn der weitere Verlauf, die Dauer, der unmittelbare Erfolg, ja die Kosten und die Opfer dieser Kampagne sich auch unmöglich mit dem Bleistift auf dem Papier im voraus, wie die Kostenrechnung einer Börsenoperation, aufzeichnen lassen, so gibt es nichtsdestoweniger Situationen, wo es politische Pflicht einer Partei, die Führerin von Millionen ist, mit Entschlossenheit die Parole zu geben, die einzig den durch sie begonnenen Kampf weiter vorwärts treiben kann.“

Und zum Schlusse sagte ich ganz deutlich, worauf es meines Erachtens ankommt:

„Jedennoch darf keinesfalls erwartet werden, daß eines schönen Tages von der obersten Leitung der Bewegung, vom Parteivorstand und von der Generalkommission der Gewerkschaften, das ‚Kommando‘ zum Massenstreik ergeht. Körperschaften, die

eine Verantwortung für Millionen tragen, sind in ihren Entschlüssen, die doch andere ausführen müssen, von Hause aus naturgemäß zurückhaltend. Überdies kann der Entschluß zu einer unmittelbaren Aktion der *Masse* nur von der Masse selbst ausgehen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein — dieser wegweisende Satz des Kommunistischen Manifestes hat auch noch die Bedeutung im einzelnen, daß auch innerhalb der Klassenpartei des Proletariats jede große entscheidende Bewegung nicht aus der Initiative der Handvoll Führer, sondern aus der Überzeugung und Entschlossenheit der Masse der Parteianhänger herrühren muß. Auch der Entschluß, den gegenwärtigen preußischen Wahlrechtskampf gemäß dem Worte des preußischen Parteitags „*mit allen Mitteln*", also auch durch das Mittel des Massenstreiks zum Siege zu führen, kann nur durch die breitesten Parteischichten gefaßt werden. Es ist Sache der Partei- und Gewerkschaftsgenossen, *in jeder Stadt und jedem Bezirk zu den Fragen der gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen* und ihrer Meinung, ihrem Willen in klarer und offener Weise Ausdruck zu geben, *damit die Meinung der organisierten Arbeitermasse als Ganzes sich Gehör verschaffen kann*. Und ist das geschehen, dann werden auch unsere Führer sicher auf dem Posten sein, wie sie bis jetzt stets gewesen sind."

Die Hauptsache also, worum es sich handelte, war, daß die Massen sich mit der Frage des Massenstreiks befassen und dazu Stellung nehmen. Ob ein Massenstreik möglich, angebracht, notwendig, würde sich dann aus der weiteren Situation und aus der Haltung der Masse ergeben. Das Auftreten des Genossen Kautsky dagegen erscheint nun gerade vom Standpunkt der Marxschen Auffassung merkwürdig. Genosse Kautsky selbst baut seine ganze Theorie von der „Ermattungsstrategie" darauf, daß wir zwar nicht jetzt, aber nach den Reichstagswahlen im nächsten Jahre in die Zwangslage kommen können, den Massenstreik anzuwenden. Genosse Kautsky gibt ferner selbst zu, daß „irgend ein plötzliches Ereignis, sagen wir ein Blutbad nach einer Straßendemonstration" den Massenstreik ganz spontan notwendig machen kann. Ja, er schreibt selbst zum Schlusse: „Seit dem Bestand des Deutschen Reiches waren die sozialen, politischen internationalen Gegensätze niemals so gespannt wie jetzt — — Nichts leichter möglich als Überraschungen, die noch vor den nächsten Reichstagswahlen zu gewaltigen Entladungen und Katastrophen führen, in denen das Proletariat zum Aufgebot aller seiner Kräfte und Machtmittel hingerissen wird. Ein Massenstreik unter *solchen* Umständen könnte sehr wohl imstande sein, das bestehende Regime hinwegzufegen."

Ist dem aber so, ist auch nur eine Möglichkeit vorhanden, daß der Massenstreik in nächster Zukunft in Deutschland in Anwendung kommt, dann ergibt es sich von selbst, daß es unsere Pflicht ist, auch den Massen alle diese Eventualitäten vor die Augen zu stellen, jetzt schon in möglichst breiten Kreisen des Proletariats Sympathie für diese Aktion zu wecken, damit die Arbeiterschaft nicht überrumpelt wird, damit sie nicht blindlings, nicht unter einem Affekt, sondern mit vollem Bewußtsein, in sicherem Gefühl der eigenen Kraft und in möglichst gewaltigen Massen in die Aktion eintritt. Die Masse selbst soll eben für alle politischen Eventualitäten reif sein und selbst ihre Aktionen bestimmen, nicht aber „im gegebenen Moment" auf den Taktstock von oben warten, „vertrauend ihrem Magistrat, der fromm und liebend schützt den Staat durch huldreich hochwohlweises Walten", während es der Parteimasse stets geziemt, „das Maul zu halten". Die Marxsche Auffassung besteht ja gerade in der Beachtung der Masse und ihres Bewußtseins als des bestimmenden Faktors bei allen poli-

tischen Aktionen der Sozialdemokratie. Im Geiste dieser Auffassung ist auch der politische Massenstreik — wie der ganze Kampf um das Wahlrecht — schließlich doch nur ein Mittel zur Klassenaufklärung und Organisation der breitesten Schichten des Proletariats. Wie man also an die Ausführung solcher Aktionen möglicherweise in der nächsten Zukunft denken und zugleich der Masse verbieten kann, sich mit diesem Problem zu befassen, als wenn es sich um das Spielen mit dem Feuer handelte, vor dem die Masse bewahrt werden müßte, ist gerade vom Standpunkt der Marxschen Lehre ganz rätselhaft, und alle moderne und antike Kriegsstrategie vermag dieses Rätsel nicht zu erklären.

II.

Im engsten Zusammenhang mit dieser Auffassung vom Massenstreik, als einer nach dem Taktstock des Generalstabs kommandierten Aktion, steht auch die peinliche Unterscheidung, die Genosse Kautsky in bezug auf die diversen Spielarten: Demonstrationsstreik, Zwangsstreik, ökonomischer Streik, politischer Streik durchführt. Genosse Kautsky fordert, daß man sie streng auseinanderhalte, denn bei ungenügender Klarheit der Propaganda könnten die Massen uns falsch verstehen und anstatt des von uns beabsichtigten Demonstrationsstreiks unversehens einen unangebrachten „Zwangsstreik" ausführen, die Vermengung aber ökonomischer Forderungen und sogar einer Bewegung für den Achtstundentag mit der Wahlrechtsbewegung könne diese letztere nur schädigen.

Nun mögen solche strengen Rubrizierungen und Schematisierungen des Massenstreiks nach Arten und Unterarten auf dem Papier gut bestehen und auch für den gewöhnlichen parlamentarischen Alltag ausreichen. Sobald jedoch große Massenaktionen und politische Sturmzeiten beginnen, werden diese Rubriken vom Leben selbst durcheinandergeworfen. Dies war zum Beispiel in höchstem Maße in Rußland der Fall, wo Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks unaufhörlich abwechselten und wo die unaufhörliche Wechselwirkung der ökonomischen und der politischen Aktion gerade das Charakteristische des russischen Revolutionskampfes und die Quelle seiner inneren Kraft ausmachte. Genosse Kautsky lehnt freilich das Beispiel Rußlands ab, weil „in Rußland damals die Revolution herrschte". Da die russischen Vorgänge unter die Rubrik „Revolution" gehören, sollen die Lehren der russischen Kämpfe für andere Länder keine Geltung haben. Aber je mehr wir auch in Deutschland Zeiten stürmischer Auseinandersetzungen des Proletariats mit der herrschenden Reaktion entgegengehen, um so mehr gelten auch die Erscheinungen der revolutionären Situation für unsere Verhältnisse.

Doch brauchen wir nicht einmal nach Rußland zu blicken, um das Unzutreffende jenes leblosen Schemas einzusehen. Genau dasselbe zeigt uns nämlich auch die Geschichte des Wahlrechtskampfes in Belgien, wo weder Krieg noch Revolution stattfanden. Genosse Kautsky meint, „das Leben sei bisher so pedantisch gewesen", den ökonomischen und den politischen Kampf streng auseinanderzuhalten, wenigstens „in den Wahlrechtskämpfen Westeuropas wäre bisher das ökonomische und das politische Moment streng geschieden" gewesen. Genosse Kautsky befindet sich im Irrtum.

Die belgische Wahlrechtsbewegung nahm ihren Anfang im Jahre 1886, und zwar von einem ganzen Sturm wirtschaftlicher Kämpfe. Zuerst war es ein elementarer Streik der Bergarbeiter, der das Signal zur Erhebung gab. Dem Bergarbeiterstreik folgten fast in allen Städten und Branchen andere Streiks,

in denen Lohnforderungen im Vordergrund standen. Aus diesen rein gewerkschaftlichen Kämpfen war in Belgien die Massenbewegung für das allgemeine Wahlrecht geboren. Den Lohnforderungen wurde bald überall die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zugesellt und unter Benutzung der großen Erregung des wirtschaftlichen Kampfes konnte die junge belgische Sozialdemokratie am 15. August 1886 ihre erste Massendemonstration für das allgemeine Wahlrecht in Brüssel veranstalten. Dasselbe wiederholte sich auch später. Der große politische Massenstreik des Jahres 1891, der die Wahlrechtsvorlage der Regierung erzwungen hatte, ist im Zusammenhang mit dem Kampfe um den Achtstundentag, nämlich unter dem unmittelbaren Anstoß der Maifeier entstanden und war das Produkt einer Reihe gewerkschaftlicher Aktionen. Es war wieder ein großer Lohnkampf der Bergarbeiter, dem Streiks in den Eisen- und Stahlwerken, sodann Streiks der Tischler, Zimmerer, Hafenarbeiter und anderer folgten. Aus diesen Branchenstreiks bildete sich unter der kühnen und festen Leitung der damaligen belgischen Parteiführer der erste Wahlrechtsmassenstreik, der auch den ersten Sieg errungen hat. Nachdem dieser politische Massenstreik angesichts der Konzession der Regierung beendet war, setzten die Bergarbeiter in Charleroi ihren Streik noch fort, um eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung zu erringen. Das ganze Jahr 1892 hindurch dauerte in der belgischen Industrie eine latente Krise, die eine große Erregung unter der Arbeiterschaft, mehrere Streiks zur Abwehr von Lohnreduktionen und Ende des Jahres eine umfangreiche Arbeitslosigkeit erzeugte. Am 8. November 1892, dem Tage der Kammereröffnung, organisierte die Partei in Brüssel in sämtlichen Fabriken einen Demonstrationsmassenstreik. Im Dezember aber desselben Jahres nahm sich die belgische Sozialdemokratie der Sache der Arbeitslosen an und veranstaltete einige grandiose Demonstrationen der Arbeitslosen. So wurde in beständiger Wechselwirkung der Demonstrations- und der „Zwangsstreiks", der wirtschaftlichen und der politischen Aktion der folgende große Wahlrechtsmassenstreik und der entscheidende Kampf im Jahre 1893 vorbereitet. Wenn Genosse Kautsky jetzt seltsamerweise auch diesen Sieg zu verkleinern sucht, indem er darauf hinweist, daß ja „Belgien bis heute noch nicht das gleiche Wahlrecht besitzt", so wäre diese allgemein bekannte Tatsache nur gegen den ein Argument, wer den politischen Massenstreik als ein wunderwirkendes Allheilmittel zur Erringung aller Siege mit einem Schlage, etwa nach anarchistischem Rezept, anpreisen würde. Vorläufig handelt es sich aber um die Tatsache, daß der Massenstreik jedenfalls ein vorzügliches Mittel war, dem belgischen Proletariat überhaupt den Zutritt zum Parlament und gleich bei den ersten Wahlen die Eroberung eines Fünftels aller Mandate zu ermöglichen, und daß bei dieser Wahlrechtsbewegung wirtschaftliche Kämpfe die hervorragendste Rolle gespielt, den Ausgangspunkt und die Basis des politischen Massenstreiks gebildet haben.

Aber auch unsere eigenen bisherigen Erfahrungen widersprechen der Annahme des Genossen Kautsky. Wir haben in diesem Augenblick den großen Kampf im Baugewerbe. Nach dem obigen Schema müßten wir diesen wirtschaftlichen Kampf von unserer Wahlrechtsbewegung streng scheiden, und am liebsten hätte ja dieser Kampf als schädlich im Interesse der Wahlrechtsbewegung womöglich vermieden werden sollen. In Wirklichkeit läßt sich jene Scheidung gar nicht durchführen, und sie wäre so ziemlich das Törichteste, was wir beginnen könnten. Im Gegenteil kommt man naturgemäß in jeder Wahl-

rechtsversammlung auf die Aussperrung im Baugewerbe zu sprechen, die Ausgesperrten bilden in jeder Versammlung und Demonstration einen Teil unseres Publikums, und unter dem Eindruck der Brutalität des Kapitals im Baugewerbe weckt jedes Wort der Kritik an den bestehenden Zuständen ein lebhafteres Echo in den Massen. Mit einem Worte: die Kraftprobe im Baugewerbe trägt dazu bei, die Kampfstimmung für das Wahlrecht zu erhöhen, und umgekehrt kommt die allgemeine Sympathie, die allgemeine Erregung der Massen im Wahlrechtskampf den Bauarbeitern zugute.

Desgleichen haben wir uns eigentlich schon gegen das Schema versündigt, indem wir den Wahlrechtskampf mit der Maifeier, also mit dem Kampfe um den Achtstundentag verknüpft haben, indem wir die Maifeier direkt zu einer Wahlrechtsdemonstration gestaltet haben. Allein jedermann versteht, daß diese Verknüpfung ein einfaches Gebot der sozialdemokratischen Taktik war, und daß gerade durch die Verbindung mit den Mailosungen des internationalen Sozialismus unser preußischer Wahlrechtskampf seinen richtigen Rahmen als proletarischer Klassenkampf erhalten hat.

Hier liegt eben der Schwerpunkt der Frage. Wollen wir unsere preußische Wahlrechtsbewegung im Sinne des bürgerlichen Liberalismus und in Bundesgenossenschaft mit ihm als einen nur politischen Verfassungskampf führen, dann ist allerdings eine strenge Scheidung dieser Bewegung von allen ökonomischen Kämpfen mit dem Kapital am Platze. Dann ist aber auch der streng politische Massenstreik von vornherein als eine halbe Maßregel zum Fiasko verurteilt, wie dies die Schicksale des belgischen Massenstreiks im Jahre 1902 dartun, die dem Genossen Kautsky vielleicht erklären können, warum „andererseits Belgien bis heute noch nicht das gleiche Wahlrecht besitzt“. Wollen wir hingegen den Wahlrechtskampf im Sinne rein proletarischer Taktik, das heißt als eine Teilerscheinung unseres allgemeinen sozialistischen Klassenkampfes führen, wollen wir ihn durch eine umfassende Kritik der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Klassenverhältnisse begründen und auf die eigene Macht und Klassenaktion des Proletariats allein stützen, dann ist es klar, daß eine „strenge Scheidung“ von wirtschaftlichen Interessen und Kämpfen des Proletariats zweckwidrig, ja unmöglich erscheint. Es hieße dann die Kraft und den Schwung der Wahlrechtsbewegung künstlich lähmen, ihren Inhalt ärmer machen, wollten wir nicht alles in ihr aufnehmen, sie nicht von allem tragen lassen, was die Lebensinteressen der Arbeitermassen berührt, was in den Herzen dieser Masse lebt.

Genosse Kautsky redet hier gerade jener pedantisch-engherzigen Auffassung der Wahlrechtsbewegung das Wort, die uns ohnehin bereits geschadet hat. Als wir im Jahre 1908 und 1909 den ersten Demonstrationssturm in der preußischen Wahlrechtsbewegung erlebten, bekam die Arbeiterschaft eben die Schrecken der wirtschaftlichen Krise zu kosten. Eine grauenhafte Arbeitslosigkeit herrschte in Berlin und äußerte sich in erregten Arbeitslosenversammlungen und Demonstrationen. Anstatt nun diese Arbeitslosenbewegung mit in den Strudel des Wahlrechtskampfes zu lenken, anstatt den Ruf nach Arbeit und Brot mit dem Rufe nach gleichem Wahlrecht zu verbinden, wurde umgekehrt die Sache der Arbeitslosen von der Sache des Wahlrechtes auf das strengste geschieden, und der „Vorwärts“ gab sich alle Mühe, die Arbeitslosen von den Rockschößen der Wahlrechtsbewegung öffentlich abzuschütteln. Nach dem Schema des Genossen Kautsky war dies ein weises Stück „Ermattungsstrategie“, nach meiner Auffassung war es ein Verstoß gegen die elementarste Pflicht einer

wirklichen proletarischen Taktik und mit ein Mittel, die damalige Demonstrationsbewegung bald zum Stillstand zu bringen.

Indem Genosse Kautsky jetzt wieder die strenge Trennung der Wahlrechtsbewegung von den großen wirtschaftlichen Massenkämpfen befürwortet, stützt er theoretisch gerade jenen Geist in der Partei, aus dem heraus sich die Neigung unserer führenden Parteikreise erklärt, am liebsten Demonstrationen nur mit Organisierten zu veranstalten, jenen Geist, der die ganze Wahlrechtsbewegung als ein unter strengem Kommando der oberen Instanzen nach genauem Plane und Vorschrift ausgeführtes Manöver auffaßt, statt in ihr eine große historische Massenbewegung, ein Stück des großen Klassenkampfes zu sehen, der aus allem seine Nahrung schöpft, was den heutigen Gegensatz zwischen dem Proletariat und dem herrschenden Klassenstaat ausmacht.

Mit einem Worte, Genosse Kautsky stützt theoretisch just die Vorurteile und Beschränktheiten in der Auffassung unserer leitenden Kreise, die ohnehin jeder größeren und kühneren politischen Massenaktion in Deutschland im Wege stehen, und die zu überwinden das dringende Interesse der jetzigen Wahlrechtsbewegung gebietet. (Schluß folgt.)



Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

Von **Algernon Lee.**

1. Die Fortschritte der Sozialistischen Partei.

Das letzte Jahr war in politischer wie in ökonomischer Beziehung nicht ohne wichtige Vorkommnisse in der Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten. Vielleicht am wichtigsten wurden für uns die Gemeindewahlen in Milwaukee am 7. April, durch die die Sozialistische Partei zum ersten Male die Verwaltung einer amerikanischen Großstadt in ihre Hand bekam.

Milwaukee hat ungefähr 350000 Einwohner und steht unter den Städten der Vereinigten Staaten an dreizehnter Stelle. Es ist zwar nicht politisch, aber der Bedeutung nach die Hauptstadt von Wisconsin. Dieser Staat liegt im mittleren Norden unseres Landes am Michigan- und Oberen See und am Oberlauf des Mississippi. Er besitzt ausgedehnte Fichtenwälder, Eisen- und Kupferbergwerke, und besonders im Nordwesten wird viel Weizen angebaut. Die Stadt ist berühmt durch ihre Bierbrauereien, doch finden sich auch manche andere wichtige Industriezweige dort, da Milwaukee der Mittelpunkt eines regen Handelsverkehrs ist, sowohl durch Eisenbahnen wie durch Dampfboote auf den großen Seen.

Die Stärke des deutschen Elementes unter der Bevölkerung und vor allem die Organisation der Brauereiarbeiter bildete schon früh einen kraftvollen Kern für eine sozialistische Bewegung. Doch hat diese neuerdings alle Schranken der Nationalität überschritten und erstreckt sich jetzt auf alle Teile der Arbeiterbevölkerung der Stadt.

Es gelang der Sozialistischen Partei in Milwaukee schon vor Jahren — besser als in den meisten anderen Städten Amerikas —, feste und freundliche Beziehungen mit den Gewerkschaften anzuknüpfen und sie aufrechtzuerhalten, zum großen Vorteil beider Teile. Die Stimmenzahl der Sozialisten stieg beständig in Milwaukee und auch, obzwar etwas langsamer, in den übrigen Teilen des Staates. Seit einigen Jahren hatten wir ein paar

sozialistische Vertreter im Stadtrat von Milwaukee, im Kontrollausschuß (County Board of Supervisors) und in beiden gesetzgebenden Häusern von Wisconsin. Sie zeichneten sich nicht durch besonders glänzende und hervorragende Aktionen aus, sondern durch ein unermüdliches und erfolgreiches Eintreten für die Interessen der Arbeiterklasse wie für die allgemeinen sozialen Interessen der Bevölkerung überhaupt gegenüber den Anstrengungen der Kapitalisten und ihrer Werkzeuge, der Geschäftspolitiker der alten Parteien. Es gelang ihnen zwar nur in einigen weniger wichtigen Punkten, positive Reformen in sozialistischem Sinne durchzusetzen. Doch vermochte ihre lebhafte Opposition manchen Anschlag der korrumpierten Elemente der Reaktion zunichte zu machen. Ihre mühsame Arbeit ist jetzt endlich von Erfolg gekrönt worden.

Die Sozialisten eroberten in den Wahlen dieses Frühlings die vier Hauptverwaltungsämter der Stadtregierung — Bürgermeister, Kontroller, Schatzmeister und Stadtanwalt —, 21 von den 35 Sitzen des Stadtrats, 11 von den 16 Sitzen des Kontrollausschusses, zwei von den niedrigeren Richterstellen und einige kleinere Ämter. Niemals vorher hat die Sozialistische Partei in irgend einer Stadt von Amerika die volle Verwaltungsgewalt in Händen gehabt; und nie vorher hat sie auch nur einen nennenswerten Anteil an der Verwaltung in einer größeren Stadt besessen. Haverhill, Brockton und die anderen Orte, die die Sozialisten wenigstens vorübergehend erobert hatten, sind alles Städte mit weniger als 50000 Einwohnern.

Die Befugnisse der städtischen Verwaltung werden in den Vereinigten Staaten sehr eingeengt durch die Verordnungen der Städteverfassungen (City charters), durch die Gesetze des betreffenden Staates und des ganzen Bundes und auch durch das Gewohnheitsrecht, wenigstens nach der Auslegung der höheren Gerichtshöfe. Trotzdem können unsere Genossen, die in Milwaukee gewählt worden sind, während der zwei Jahre ihrer Amtsdauer viel wertvolle Arbeit leisten. Ja, man kann auch erwarten, daß im nächsten November zu den sozialistischen Abgeordneten in der Wisconsin State Legislation noch einige dazu kommen werden, und vielleicht vermag Milwaukee sogar einen oder zwei Sozialisten in den Kongreß der Vereinigten Staaten zu entsenden

Der Sieg in Milwaukee ist nicht nur von lokaler Bedeutung. Er hat die Sozialisten von ganz Amerika mit frischem Mute beseelt, von denen manche durch das langsame Anwachsen der sozialistischen Stimmenzahl seit 1904 etwas niedergeschlagen waren. Kaum weniger wichtig ist es, daß dieser Sieg wahrscheinlich die Bildung einer Arbeiterpartei auf nationalem, das heißt den ganzen Staatenbund umfassenden Boden, die der jetzigen Sozialistischen Partei vielleicht feindlich gegenüberstehen würde, in weite Ferne gerückt hat, während noch vor wenigen Wochen diese Gründung mehr als wahrscheinlich war.

Am 15. Mai findet in Chicago ein Parteitag der amerikanischen Sozialisten statt.[1] Dies ist etwas Ungewöhnliches in der Geschichte unserer Bewegung. Sonst trat der Parteitag nur alle vier Jahre einmal zusammen, um über die Aufstellung des Präsidenten und Vizepräsidenten zu beraten. Die Wahl dieser Kandidaten und die Vorbereitungen für eine Wahlkampagne drängten jedesmal alle anderen Fragen in den Hintergrund und verhinderten den Parteitag, sich ernstlich mit der eigentlichen und schließlich auch wichtigeren Aufgabe der Partei zu beschäftigen. Es steht zu hoffen, daß dieser

[1] Der letzte fand im Mai 1908 statt. Die Redaktion.

Parteitag eine neue Epoche in der Geschichte des Sozialismus der Vereinigten Staaten einleiten, daß er die richtige Stellung der Partei festlegen wird sowohl gegenüber allzu opportunistischen Tendenzen, die in einigen Kreisen herrschen, wie auch gegenüber dem „Impossibilismus“ und der revolutionären Phrase, mit denen auf der anderen Seite gearbeitet wird. Er soll ein verständiges Programm der nächsten Forderungen aufstellen, die Parteiorganisation stärken und ihre Aktionsmethoden in mancher Hinsicht vervollkommnen. Es wird indessen besser sein, über all das lieber einige Wochen später, nach dem Kongreß zu berichten, als jetzt (2. Mai) zu versuchen, den Propheten zu spielen.

Die Anzahl der organisierten Parteigenossen wächst beständig, wenn auch nicht mehr ganz so schnell wie in den zwei Jahren vor den letzten großen Wahlen. Auf dem Parteitag im Mai 1904 konnte der Parteisekretär eine Mitgliederanzahl von 16000 feststellen. Nach dem Bericht, der dem Parteitag vom Mai 1908 vorlag, ist diese Zahl in vier Jahren auf ungefähr 41000 gestiegen. Aus der Summe der Organisationsbeiträge von 1909 und dem ersten Viertel von 1910 ergibt sich eine Summe von 43811 organisierten Genossen. Auf dem Parteitag im Mai wird der Parteisekretär sicher mitteilen können, daß rund 50000 Genossen wirklich in die Organisationslisten eingetragen sind und regelmäßig Beiträge zahlen, denn gerade in den letzten Monaten war das Anwachsen der Organisationen ziemlich bedeutend.

Daß die Sozialistische Partei Amerikas auch nicht ganz auf ihre Pflichten gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung vergessen hat, beweisen ihre Geldbeiträge für ausländische Zwecke. In den letzten fünfzehn Monaten hat das Parteisekretariat dem Fonds zum Schutze von russischen und mexikanischen Flüchtlingen, die den Henkern von Nikolaus II. und Diaz entgangen sind, 1416 Mark überwiesen; dem Fonds für die Hinterbliebenen der Opfer des Erdbebens in Kalabrien, der von unseren italienischen Genossen gegründet war, 296 Mark; 1268 Mark für die Hinterbliebenen der Opfer der spanischen Reaktion; und schließlich für den schwedischen Generalstreik 26484 Mark. Natürlich sind bei diesen Zahlen nicht die verschiedenen Beiträge mitgerechnet, die von Lokalorganisationen der Partei oder von Organisationen, die zwar mit der Partei sympathisieren, aber ihr nicht angehören, direkt gesandt wurden, und die die Gesamtsumme beträchtlich erhöhen würden, besonders bei den Fonds für die Russen und Mexikaner.

2. Die Unzufriedenheit im Volke und das Projekt der Arbeiterpartei.

Die steigenden Lebensmittelpreise haben eine immer stärker werdende Unzufriedenheit unter den ärmeren Bevölkerungsschichten wachgerufen, besonders unter den Lohnarbeitern, deren Löhne nicht im selben Verhältnis wie die Preise für fast alle Verbrauchsgegenstände gewachsen sind. Ein Teil der Farmer (keineswegs aber alle) konnte aus dem Steigen der Preise für ländliche Produkte einigen Gewinn ziehen. Gleichwohl sind die Preise, die sie erhielten, in den meisten Fällen nicht so sehr gestiegen wie jene, welche die Konsumenten für dieselbe Ware zu zahlen hatten. Die Differenz kommt als Extraprofit den Kapitalisten zugute, die den Handel und Transport in Händen haben und zwischen den Produzenten und den Konsumenten der Lebensmittel stehen. Der Farmer ist einerseits abhängig von den Eisenbahngesellschaften, den Korn- und Baumwollspekulanten, dem Fleisch- und Tabaktrust, den großen Butter-, Käse- und Milchgesellschaften, denen er seine Produkte verkaufen muß, andererseits

wieder von dem Kapitalisten, von dem er Maschinen und Ersatzteile, Kleidung, Hausgerät und alle Arten von Fabrikaten bezieht.

An der Preissteigerung ist sicher vor allen Dingen das Sinken des Goldwertes schuld. Dies bringt die Arbeiter in eine schwierige Lage, da sie, während sie ihre Konsummittel 40 bis 60 Prozent teurer bezahlen müssen, nur 20 bis 30 Prozent mehr Lohn einnehmen als vor zehn Jahren. Die Konzentration der kapitalistischen Macht in allen Industriezweigen verschärft noch die Situation, da sie in manchen Fällen eine Preissteigerung hervorruft, deren Gewinn stets in die Taschen der großen Kapitalisten fließt. Alles außer den Finanzmagnaten wird unruhig, und es stellt sich immer mehr heraus, daß dem Übel mit kleinlichen Reformen, wie sie die bürgerlichen Parteien durchführen wollen, nicht beizukommen ist.

Die Demokratische Partei hat sich völlig unfähig gezeigt, die Gunst des Augenblicks auszunutzen. Die vernichtende Niederlage bei den Präsidenten- und Kongreßwahlen 1908 hat die Reihen ihrer Anhänger sehr entmutigt. Ihre Führer sind uneins, manche böse kompromittiert. Ihre Fraktion im Kongreß hat sich mehr dadurch ausgezeichnet, daß sie die reaktionärsten, republikanischen Elemente in kritischen Momenten unterstützte, als daß sie der Regierung eine einigermaßen konsequente Opposition entgegenstellte. Die Frage: „Was ist ein Demokrat?", ist ein schlechter Witz geworden. Keiner weiß eine Antwort auf dieses Preisrätsel.

Der republikanischen Regierung ist es gelungen, die ganze Masse der Wähler gründlich zu enttäuschen, die für Taft und das republikanische Programm in dem Glauben gestimmt hatten, er und seine Partei seien verpflichtet, Roosevelts Politik fortzuführen. Die Republikaner sind heute in zwei Lager gespalten, die sich heftig befehden, die „Regulären" und die „Insurgenten". Letztere bilden die eigentliche Opposition im Kongreß und haben eine starke Anhängerschaft in der Bevölkerung hinter sich, während jene dadurch im Vorteil sind (was in den Vereinigten Staaten weit wichtiger ist als in jedem anderen Lande), daß sie die Parteiorganisation in der Hand haben.

Unter dem Drucke der teuren Preise und der zunehmenden Intensität der Arbeit sahen sich die Arbeiter veranlaßt, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten zu fordern. Die Arbeiterbewegung beginnt sich langsam von den schweren Folgen der Krise von 1907/08 zu erholen, und sie ist von einem fortschrittlicheren Geiste beseelt als in den Jahren kurz vor dieser Krise. Gerade als die Arbeiterbewegung wieder aufzuleben begann, wurde sie schwer durch eine Reihe von ungünstigen Gerichtsurteilen betroffen (besonders in dem Prozeß der Bucks Stove Company gegen die Leiter der American Federation of Labor und in dem von D. Lowe & Co. gegen den Hutmacherverband), und weder bei Demokraten noch bei Republikanern, bei den „Insurgenten" so wenig wie bei den „Regulären", konnten die Arbeiter Hilfe und Unterstützung finden. Der Gedanke einer selbständigen politischen Aktion hat daher in den Reihen der organisierten Arbeiter während der letzten zwei Jahre große Fortschritte gemacht.

Freilich gab diese Idee noch nicht den Anstoß zu einer bestimmten Aktion. Welche Form sie annehmen wird, das wird hauptsächlich davon abhängen, welchen Kurs die Sozialisten in der nächsten Zukunft verfolgen. Wenn es der Partei nicht gelingt, in diesem Jahre eine größere Zahl organisierter Arbeiter als bisher für unsere Sache zu gewinnen, und wenn sie nicht bei den Staats- und Kongreßwahlen im November einen erheblichen Stimmenzuwachs auf-

zuweisen hat, so ist ernstlich zu befürchten, daß uns bald eine Arbeiterpartei gegenübersteht ohne festes politisches Programm, halb sozialistisch und halb bürgerlich, ohne Klarheit, ohne Zusammenhalt und demokratische Disziplin, den großen kapitalistischen Parteien gegenüber verhältnismäßig ohnmächtig, aber doch stark genug, um die sozialistische Partei den Proletariern zu entfremden, ihren Fortschritt aufzuhalten und lange Jahre innerer mörderischer Kämpfe über uns zu verhängen. Diese Gefahr müssen die amerikanischen Sozialisten dadurch abzuwenden suchen, daß sie ihre Partei zum energischen und wirksamen Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse machen, der augenblicklichen sowohl wie der fernsten; zu gleicher Zeit muß sie sich aber auch davor hüten, daß sie sich dadurch jene sehr erhebliche Zahl von Elementen in ihren eigenen Reihen entfremdet, die, von einem tiefen Mißtrauen gegen die amerikanischen Gewerkschaften und von großer Feindseligkeit gegen jeden Opportunismus erfüllt, dazu neigen, jedes Betonen unserer unmittelbaren Forderungen, jeden Versuch, unsere Grundsätze auf konkrete, aktuelle Fragen anzuwenden, als ein Abirren von der sozialistischen „Orthodoxie" zu betrachten.

Eine sogenannte „Union Labor Party" existiert seit ungefähr sieben Jahren in Kalifornien. Dreimal siegte sie in den Munizipalwahlen in San Franzisko, das mit 400000 Einwohnern die größte Stadt des fernen Westens und die neuntgrößte in den Vereinigten Staaten überhaupt ist. Diese Partei ist ein merkwürdiges Gemisch von mehr oder weniger fortschrittlichen Arbeitern und von Industrierittern und Abenteurern aus den Reihen der bürgerlichen Geschäftspolitiker. Man glaubte, sie hätte einen tödlichen Schlag dadurch erhalten, daß Eugen Schmitz, den sie zweimal zum Bürgermeister von San Franzisko gewählt hatte, der Bestechung und Erpressung überführt wurde und einige andere Führer mit ihm schwer kompromittiert waren. Indessen war die Partei doch imstande, die Wahlen im vorigen Jahre wieder erfolgreich zu bestehen und Patrick H. Mc Cartly an Stelle des diskreditierten Schmitz als Bürgermeister zu wählen. Unter ihren Führern sind ein paar sehr tüchtige, energische Gewerkschafter, und sie kann eine große Menge organisierter Arbeiter an der Pazifischen Küste zu den Ihren zählen. Ihre Erfolge haben Versuche ähnlicher Art in anderen Teilen des Landes begünstigt.

Ein anderes Zentrum für diese Bestrebungen ist Chicago. Dies ist mit über 2000000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt von Amerika. Es ist die Hauptstadt des mittleren Westen. Es beherbergt die verschiedensten Industriezweige in gewaltiger Ausdehnung, und ist der Mittelpunkt für die Bahnlinien des ganzen Landes und der Markt, wo die Industrie- und Ackerbauprodukte von ganz Amerika zusammenfließen und ausgetauscht werden. Alle charakteristischen Züge einer rapiden Entwicklung und des zügellosesten Kapitalismus finden sich in Chicago am schärfsten ausgeprägt — seine grausame Gier, sein vulgäres Protzentum, seine schamlose Korruption, seine gesetzlose Brutalität — und sie finden ihr Widerspiel in dem energischen, aber unstäten und konfusen Charakter der Arbeiterbewegung dieser Stadt. Als 1904 die Demokratische Partei ein Spielball entschieden reaktionärer Elemente wurde, gab Chicago für die Sozialisten 45000 Stimmen ab. Indeß verloren sie schon im nächsten Jahre zwei Drittel ihrer Wähler, und die Stimmenzahl der Sozialisten schwankte seither zwischen 15000 und 20000. Die Stadt hatte mehrere große Streiks durchzumachen — die Fleischarbeiter, Fuhrleute und Bauarbeiter traten in den Ausstand —, die ein starkes Klassenbewußtsein erweckten, denen aber leider die

besonnene Disziplin und Standhaftigkeit einer reifen sozialdemokratischen Bewegung nur zu sehr fehlte. Im letzten Jahre hat die Federation of Labor von Chicago — der Zentralausschuß, in dem sämtliche Gewerkschaften der Stadt vertreten sind — bei mehr als einer Gelegenheit Resolutionen angenommen, die auf die Notwendigkeit einer selbständigen politischen Aktion der Arbeiterklasse hinwiesen und die amerikanische Federation of Labor aufforderten, die Initiative zur Bildung einer Arbeiterpartei auf nationaler Grundlage zu ergreifen.

In Pennsylvanien haben diese Bestrebungen noch weiter geführt. Während des Generalstreiks — es war ein Sympathiestreik für die Straßenbahner — im Februar und März in der Stadt Philadelphia wurde der Gedanke an die Gründung einer Arbeiterpartei eifrig diskutiert. Als der Streik zu Ende war, wurde eine Zusammenkunft abgehalten, an der sich Vertreter von fast allen Gewerkschaften der Stadt beteiligten. Diese Zusammenkunft glänzte nicht gerade durch Harmonie. Einige der konservativeren Gewerkschaften wollten von der Idee einer Arbeiterpartei von vornherein nichts wissen, ebenso wie einige, die mehr sozialistisch gefärbt sind. Trotzdem wurde die Gründung einer Arbeiterpartei beschlossen, in der Erwartung, daß sie sich über den übrigen Staat ausdehnen und daß eine ähnliche Bewegung auch in den anderen Teilen der Vereinigten Staaten platzgreifen werde.

Nach ein paar Wochen, am 21. April, wurde eine zweite Besprechung abgehalten, bei der ein Parteiprogramm angenommen wurde, das eine große Zahl Einzelforderungen enthielt. Einige von ihnen stimmen mit Forderungen des sozialdemokratischen Programms überein, während andere mehr nach bürgerlichem Radikalismus riechen. Einige Delegierte machten den Vorschlag, ein rein sozialistisches Programm an dessen Stelle zu setzen, doch wurde er von einer großen Majorität zurückgewiesen. Es ist jetzt noch zu früh, um feststellen zu können, ob diese Labor Party in Pennsylvanien lebensfähig ist, ob in ihr die wirklichen Arbeiterelemente am Ruder bleiben können oder ob sie doch wieder ins Fahrwasser der bürgerlichen Politiker einlenken wird. Es wäre indessen unnütz, ihre Bedeutung zu verkleinern. Sie ist zum mindesten bezeichnend für die weite Verbreitung des Strebens nach einer Arbeiterpartei, mit dem, welche Gestalt immer es annehmen möge, die sozialistische Partei zu rechnen hat.

Weder in Chicago noch in Philadelphia standen die Sozialisten in den Gewerkschaften der Bildung einer Labor Party freundlich gegenüber; sie hätten natürlich eine offene Anerkennung der existierenden sozialistischen Partei lieber gesehen. Auf der anderen Seite fand die Arbeiterpartei eine erbitterte Opposition bei den älteren, konservativeren Führern in den Gewerkschaften, besonders von seiten der Freunde der Gompersschen Verwaltung der amerikanischen Federation of Labor. Manche von ihnen stehen auch in mehr oder weniger einträglichen Beziehungen, öffentlichen oder geheimen, zu den Demokraten oder Republikanern, und müssen einen Verlust ihres Prestiges befürchten, wenn diese Beziehungen zerrissen werden. Andere sind fest davon überzeugt, daß eine selbständige politische Aktion der Arbeiterklasse unmöglich ist und daß sie, ohne Erfolg zu haben, nur die Gewerkschaften spalten und schwächen würde. Es gibt aber zwischen diesen beiden Extremen, den Konservativen und Sozialisten, doch immer noch genug anständige Gewerkschafter mit fortschrittlicher Gesinnung und Kampfeslust, die jedoch nicht genügend politisch geschult sind, um das ganze sozialistische Programm anzunehmen und denen die Sozia-

listen als eine doktrinäre Sekte erscheinen, deren Politik für amerikanische Verhältnisse unmöglich sei. Es wäre verfehlt, die Zahl dieser Elemente zu unterschätzen oder an ihrer Ehrenhaftigkeit und Intelligenz zu zweifeln. Andererseits stehen da unsere bewährten Vorkämpfer, die jahrelang ihre volle Kraft dafür ausgaben, die sozialistische Bewegung auszubauen, denen die Hindernisse wohlbekannt sind, die sie zu überwinden hatte, die die hinreißende Gewalt sozialistischer Begeisterung und Parteidisziplin kennen, die schließlich die glänzenden Aussichten sehen, die sich dem Sozialismus jetzt eröffnen; man kann nicht erwarten, daß sich diese Männer leichten Herzens dazu verstehen werden, alle Errungenschaften der Partei aufs Spiel zu setzen durch eine Verbindung mit jenen unerfahrenen und oft haltlosen Elementen, die augenblicklich in einer Arbeiterpartei an die Spitze kommen würden.

Die Lage wird noch verwickelter dadurch, daß die vorgeschlagene Bewegung keine rein proletarische sein soll. In den letzten Jahren sind, hauptsächlich im mittleren Westen, zwei mächtige Organisationen der Farmer entstanden — die Farmers' Educational and Cooperative Union und die American Society of Equity. Diese Organisationen umfassen Tausende kleiner Farmer, Pächter wie arbeitende Eigentümer, die alle ein gemeinsames Interesse haben im Gegensatz zu den Bahngesellschaften und den großen industriellen Trusts, und die, wenigstens augenblicklich, zusammen mit den Industriearbeitern gehen wollen. Höhere Preise für ihre ländlichen Erzeugnisse zu erzielen, ist das Hauptziel dieser Gesellschaften, das sie dadurch zu erreichen hoffen, daß sie direkte Verbindungen zwischen dem ländlichen Produzenten und dem Konsumenten in der Stadt anbahnen, teils durch Genossenschaften, teils durch Gesetze, die, wie sie hoffen, die Frachtspesen auf den Bahnen heruntersetzen und die Macht des Trusts brechen sollen.

Anfang Februar tagte eine Geheimkonferenz in Chicago, bei der Beamte der Ackerbaugesellschaften mit hervorragenden Gewerkschaftsführern zusammentrafen und über eine gemeinsame politische Aktion diskutierten. Samuel Gompers, der Präsident der American Federation of Labor, war bei dieser Konferenz zugegen, und es ist bekannt, daß er gegen diesen Vorschlag eintrat, daß er aber nicht imstande war, die Förderer der Aktion von ihrem Vorhaben abzubringen. Einige Wochen später nahm die Federation of Labor von Chicago eine Resolution an, die sich offen mit der vorgeschlagenen Einigung zwischen Arbeitern und Farmern auf dem Gebiet der Politik einverstanden erklärte, und diese Resolution fand ein Echo an manchen anderen Orten im mittleren Westen. Gerade jetzt soll eine öffentliche Konferenz in St. Louis stattfinden, von der man die Vereinigung der beiden Farmerbünde erhofft und auf der Präsident Gompers und andere Beamte der American Federation of Labor mit den Führern der Farmer über den Plan zur gemeinsamen politischen Aktion beraten wollen. Der Ausgang dieser Zusammenkunft wird mit begreiflichem Interesse erwartet.

Wenn Gompers sich allen Plänen einer Arbeiterpartei widersetzt, sei es in Verbindung mit den ackerbauenden Elementen oder nicht, so braucht man doch nicht anzunehmen, wie manche Sozialisten tun, er lasse sich dabei von dem Wunsche leiten, der Kapitalistenklasse oder ihren Parteien zu dienen. Es ist kein ausreichender Grund vorhanden, Gompers der Korruption oder wirklicher Unehrlichkeit zu beschuldigen, so nachdrücklich man auch betonen muß, daß er ungeeignet ist, die amerikanische Arbeiterbewegung zu führen. Er ist

beschränkt und eigensinnig, aufgeblasen und dabei feig; doch glaubt er zweifellos aufrichtig an die Kraft des unpolitischen Nurgewerkschaftertums und ist ebenso aufrichtig von der Verderblichkeit einer politischen Aktion des Proletariats überzeugt. Seine alte Fehde mit den Sozialisten hat ihn noch in dieser Haltung bestärkt. Denn er ist schlau genug, einzusehen, daß wenn eine unabhängige Arbeiterpartei gegründet werden würde, sie entweder eine mehr oder weniger sozialistische Tendenz aufweisen oder aber zu einem willenlosen Werkzeug in den Händen der schlimmsten kapitalistischen Geschäftspolitiker werden müßte — und beides scheint ihm gleich unheilvoll zu sein. Ferner fürchtet er, die Anteilnahme an politischen Aktionen könnte die Gewerkschaften spalten und desorganisieren und ihre Arbeit auf ökonomischem Gebiet beeinträchtigen, die er ja für das Höchste hält. Schließlich haben die Erfahrungen des Jahres 1908 seinen Widerstand gegen politische Tätigkeit noch mehr befestigt. In diesem Jahre übernahm er gegen seinen Willen, aber gedrängt von anderen Arbeiterführern und widrigen Ereignissen (Einhaltsbefehle, ungünstige Gerichtsurteile usw.), die nominelle Führerschaft in einem sehr mattherzigen Unternehmen gegen die politische Tätigkeit der Gewerkschaften. Im Namen der American Federation of Labor appellierte er an den republikanischen Parteikongreß, in sein Programm einige den Arbeiterorganisationen günstige Forderungen aufzunehmen. Als dieser Antrag verächtlich abgewiesen wurde, wandte er sich mit derselben Sache an die Demokraten. Und als deren Parteivorstand eine wenig warme und sehr verklausulierte Zustimmung gab, da genügte das Gompers, die organisierten Arbeiter des ganzen Landes zur Unterstützung der Demokraten aufzurufen. Sie sollten „ihre Freunde belohnen und ihre Feinde bestrafen" dadurch, daß sie für den Demokraten stimmten. Wie viele von ihnen seiner Anweisung folgten, läßt sich nicht feststellen, aber die Stimmenzahl muß doch verhältnismäßig gering gewesen sein. Die überwältigende Niederlage der Demokraten zeugt genügend von der lächerlichen Ohnmacht dieser Sorte von Politikern. Gompers steht jedoch auf einem Standpunkt, daß ihn das Scheitern dieser feigen und feilen Politik noch in seiner Ansicht bestärkte, es sei für die Arbeiterklasse unmöglich, aus eigener Kraft eine Partei aufzubauen.

Sollte in der nächsten Zukunft in den Vereinigten Staaten eine Arbeiterpartei gegründet werden, so wird dies dadurch veranlaßt werden, daß das unbestimmte, instinktive Klassenbewußtsein der organisierten Arbeiter die Opposition der konservativen Arbeiterführer überwunden hat und daß es die Sozialistische Partei nicht verstanden hat, zu den Massen zu dringen, um sie politisch aufzuklären und sie zur Überzeugung zu bringen, sie bilde in Wahrheit die Partei der arbeitenden Klassen.

Die spanischen Wahlen.

Von **Mario Antonio.**

Die letzten Wahlen in Spanien sind in verschiedener Hinsicht höchst interessant. Waren es doch die ersten Wahlen, die nach der Diktatorenherrschaft Mauras, nach dem Kriege von Melilla, nach den Ereignissen der tragischen Juliwoche und nach all den weithin vernehmlichen Protesten Europas gegen die Meuchelung Ferrers stattgefunden hatten. Auch der Umstand, daß diese

Wahlen unter einer sogenannten demokratischen Regierung sich vollzogen und dabei zum ersten Male in Spanien Republikaner und Sozialisten geeinigt gegen den gemeinsamen monarchistischen und reaktionären Gegner vorgingen, war geeignet, besonderes Interesse einzuflößen. Wir müssen daher gleich vorausschicken, daß das Resultat weit hinter den Erwartungen zurückbleibt und daß die neue Kammer im Grunde nichts anderes ist als eine schwach verbesserte Neuauflage der vorhergehenden.

Der angebliche Demokrat Canalejas hat nämlich auch dieses Mal trotz seiner gegenteiligen Versicherungen bei den Wahlen zur neuen Kammer dieselben schmachvollen Mittel angewendet, die seit jeher zu den charakteristischen Merkmalen der spanischen Politik gehören. Obgleich in Spanien das geheime und direkte allgemeine Wahlrecht besteht und jeder Bürger vom fünfundzwanzigsten Lebensjahr ab das Wahlrecht besitzt, so ist und bleibt doch jede Wahl in Spanien die reine Komödie. In den meisten Gegenden, so hauptsächlich in Andalusien, Estremadura, Murcia, in Neu- und Altkastilien und in einem Teile Arragoniens sind die Wähler ganz teilnahmlos oder wählen ganz nach dem Willen der „Kaziken“, einer Art politischer Führer, deren Herkunft man in die mittelalterliche Zeit des Feudalismus zurückdatieren muß und deren Einfluß von der regierenden Klasse sehr hoch eingeschätzt wird. Das Parlament ist denn auch trotz der durch die Verfassung in Spanien gewährleisteten parlamentarischen Regierungsform nicht Schöpfer der Regierung, sondern im Gegenteil: Kammer und Senat sind Geschöpfe der Regierung. Diese ist daher im vorhinein wohl informiert über die Wahlergebnisse, insbesondere ist der große Wahlmacher, der Minister des Innern, genau orientiert. Mit dem Führer jener monarchistischen Partei, die sich jeweils zu Wahlzeiten eben in der Opposition befindet, setzt der Herr Minister die Zahl der Mandate fest, die an Liberale und Konservative vergeben werden sollen, und manches Mal bekommen auch karlistische und sogar republikanische Kandidaten auf diese offiziöse Art Sitze in der Kammer zugeteilt (encasillados).

Nur in den vier katalonischen Provinzen Barcelona, Tarragona, Lérida und Gerona sowie in einigen größeren Städten wie Madrid, Valencia, Bilbao und mehreren weniger bedeutenden Orten vollziehen sich die Wahlen ehrlich und ordnungsgemäß. Nur dort gibt es eine wirkliche öffentliche Meinung und organisierte Parteien, die trotz des Druckes der Regierung darüber wachen, daß die Stimmenabgabe sich in vollster Ordnung vollzieht, und die sich für den Kampf der Geister interessieren und erwärmen. Das Wahlresultat in solchen Städten übt denn auch einen großen Einfluß auf die Regierung und die öffentliche Meinung aus und trägt in entscheidender Weise dazu bei, die politische Physiognomie des Landes zu bestimmen.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, hatten die letzten Wahlen einen entschieden fortschrittlichen und vorgeschrittenen Charakter. In Madrid vereinigten sich auf die republikanisch-sozialistische Liste 42000 Stimmen, während die Monarchisten nur 31000 Stimmen erhielten. In Barcelona bekamen die radikalen Republikaner 30000, die Republikaner der katalanischen Linken 23000, die Katalanisten 15000 und die Katholiken 9000 Stimmen. Ebenso triumphierten die Republikaner in Valencia, wo die republikanischen Unionisten 12000, die radikalen Republikaner 9000 und die Monarchisten 13000 Stimmen erhielten. Auch in Bilbao, Alicante, Malaga, Santander, Tarragonien, Lerida, Oviedo und in der Mehrzahl der katalonischen Gebiete errangen die Republikaner den

Sieg. Es folgen hier zum Vergleich die Ziffern, aus denen die Parteien sich in der früheren und in der jetzigen Kammer zusammensetzen:

	1909	1910
Konservative	237	100
Liberale	77	208
Republikaner	28	39
Katalanisten	18	7
Karlisten	13	9
Integristen	3	7
Sozialisten	0	1
Unabhängige	8	5
	384	376
Erledigte Mandate	20	0
Bis zur Stunde unbekannte Wahlresultate	0	28
	404	404

Charakteristisch an dieser Tabelle ist die Zahl von 39 Deputierten der republikanischen Minorität, die sich vielleicht noch auf 42 steigern wird, und die Anwesenheit eines sozialistischen Abgeordneten, unseres Genossen Pablo Iglesias. Seit der bourbonischen Restauration ist dies die stärkste republikanische Minorität, die Spanien je gesehen, und es ist das erste Mal, daß ein Sozialist die Kammer — den congreso — betritt.

Wenn man nun auch die Tragweite dieser beiden Ereignisse nicht zu unterschätzen braucht, so darf man sie auch andererseits nicht allzu hoch einschätzen, sondern man muß sie auf ihren wahren Gehalt untersuchen.

Die rund vierzig Deputierten der republikanischen Minorität spalten sich in etwa sechs Gruppen: Angehörige der republikanischen nationalen Union unter der Führung von Sol y Ortega; Anhänger der sogenannten katalanischen Linken, deren Leiter Pedro Corominas ist; dann die radikale Gefolgschaft von Lerroux, sowie die radikalen Parteigänger Sorianos, ferner die Progressisten unter Führung von Dr. Esquerdo, und endlich die Föderalisten, deren Haupt Pi y Arsuaga ist. Man könnte sogar noch von anderen Gruppen sprechen, da es auch noch eine alte republikanische Union gibt, über deren Ziele und Führer sich jedoch nichts Genaues sagen läßt.

Alle diese Gruppen sind, auch abgesehen von den persönlichen Streitigkeiten der Führer, weit von Einigkeit entfernt. So haben sich in Barcelona die Radikalen der Lerrouxschen Richtung und die katalanische Linke bis aufs Messer bekämpft. Und in Valencia standen sich die Kandidaten der alten republikanischen Union und die Anhänger Sorianos gegenüber. Auch in mehreren Städten Kataloniens gab es Kämpfe unter den verschiedenen republikanischen Fraktionen.

Was läßt sich aber von Republikanern erhoffen, die nicht einmal in solchen hochwichtigen, entscheidenden Momenten ihre inneren Streitigkeiten zu vergessen vermochten, sondern sich weiter bekämpften, statt ihre ganze Kraft auf den Kampf gegen die Monarchie zu konzentrieren?

Was kann man von republikanischen Führern erwarten, die vor und während der Wahlschlacht kaum von dem Kriege in Melilla und von der ungesetzlichen Verschickung der Reservisten nach dem Kriegsschauplatz sprachen, sich weder mit den Ereignissen in Barcelona, noch mit der Gewaltherrschaft Mauras und der Ermordung Ferrers beschäftigten, sondern einzig und allein ihre Streitigkeiten untereinander auszufechten trachteten? Hätten die republikanischen Führer

Spaniens sich loyal und rückhaltlos geeinigt, hätten sie ein gemeinsames, klares Wahlprogramm aufgestellt, so hätten sie das ganze Land in Erregung gebracht und hätten trotz aller Umtriebe und Fälschungen der Regierung mehr als hundert Deputierte in die Kammer gebracht, die statt einer ungeschulten Herde eine feste geschlossene Wählermasse hinter sich hätten, welche wohl imstande wäre, der unheilvollen Monarchie des Königs Alphons ein Ende zu bereiten.

Wir können also die letzten Wahlen durchaus nicht als einen Sieg der Republikaner begrüßen. In Anbetracht dessen, daß das spanische Volk antimonarchisch gesinnt ist, erscheinen sie uns weit eher als eine Niederlage, denn sie haben nicht energisch genug gegen die Monarchie Front gemacht. Es wäre ein leichtes gewesen, die antimonarchischen Regungen durch die Erinnerung an die Diktatur Mauras zu schüren, so daß sie in heißen Flammen emporgelodert wären. Statt dessen haben Unfähigkeit, böser Wille und Egoismus der republikanischen Führer sie erstickt.

Nun noch ein Wort zu dem Eintritt unseres tapferen Genossen Iglesias, des ersten Sozialisten, in die spanische Kammer. Diese Wahl hat in ganz Spanien die freudigste Zustimmung gefunden, aber man darf sie nicht bloß als Sieg des sozialistischen Gedankens ansehen. Der Führer der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei ist mit Hilfe republikanischer Stimmen auf Grund einer gemischten republikanisch-sozialistischen Liste gewählt worden. Zweifellos wird Pablo Iglesias in der Kammer einen bedeutenden Einfluß ausüben; aber es wird des Aufbietens größter Entschiedenheit und Klarheit bedürfen, soll die Verbindung, die die spanische Arbeiterpartei mit den Republikanern einging, nicht ein Resultat zeitigen, das trotz alles guten Willens und aller guten Vorsätze den Erwartungen unserer Freunde von der Arbeiterpartei schnurstracks zuwiderläuft.

Ich hoffe noch Gelegenheit zu haben, diese heikle Frage ausführlicher erörtern zu können.

Teuerung und proletarische Politik.

Von Dr. **Max Adler.**

Von **Otto Bauer**-Wien ist kürzlich eine neue Schrift erschienen, deren Titel „**Die Teuerung.** Eine Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie" weitaus nicht zureicht, auf den gedankenvollen und bedeutsamen Inhalt dieser Arbeit aufmerksam zu machen. Denn während dieser Titel und die bescheidene Ausstattung des Büchleins[1] eine bloße Gelegenheitsschrift erwarten lassen, wie sie momentane Bedürfnisse der Agitation verlangen, wird der Leser mit angenehmer Überraschung und von Seite zu Seite steigendem Interesse gewahr, daß er es zwar sicher mit einer Agitationsbroschüre zu tun hat, aber nur mit einer solchen, deren Agitation nicht auf Augenblicksbedürfnisse gerichtet ist, sondern allein darin besteht, das wissenschaftliche Verständnis der sozialen Welt den breitesten Schichten des Volkes, vor allem dem Proletariat zugänglich zu machen. Agitationsschrift ist Bauers Broschüre nur, weil sie gemeinverständlich sein will, was ihr auch trefflich gelungen ist. Und

[1] Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignatz Brand & Co., 1910. 100 Seiten. Preis 80 Heller.

Agitationsschrift ist dieses Buch, weil es in überall klarer und anschaulicher Weise das Denken des Lesers von den unmittelbaren Erscheinungen und Vorgängen der kapitalistischen Gegenwart auf die große sozialistische Zukunft richtet und so die revolutionäre Kulturbedeutung der Sozialdemokratie in das hellste Licht setzt. Daß es dies aber tut nicht etwa bloß mit der Leidenschaft des Agitators, auch nicht mit dem bedenklichen Verzicht auf ernsthafte Beweisführung, die eine falsche Popularität so häufig sich erlauben zu dürfen glaubt, sondern daß sich dieser Ausblick auf den Sozialismus an so vielen Stellen des Buches überall nur als die fast selbstverständliche Konsequenz der theoretischen Gedankenentwicklung ergibt, darin liegt die große Bedeutung der Bauerschen Arbeit, die so direkt zu einer neuartigen Begründung des Sozialismus wird, zu einer Begründung von der Seite der Praxis her, die also aus den Aufgaben einer proletarischen Politik herauswächst.

Die Teuerung, diese vielseitige und immer noch vielseitiger werdende Bedrohung der Lebenshaltung des Proletariats und breiter Volksschichten darüber hinaus ist in der Tat sehr geeignet, der Ausgangspunkt für eine Darstellung einer proletarischen Politik in dem Sinne zu sein, um an ihr nicht nur das eigentliche Wesen einer sozialdemokratischen Politik zu erläutern, sondern damit zugleich auch ihre abgrundtiefe Scheidung von allen Zielsetzungen einer anderen, wenn auch noch so demokratischen bürgerlichen Politik ins Bewußtsein zu rücken. Denn die Teuerung ist ja nur der Ausdruck der Tatsache, daß die Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Gestalt dem Zwecke nicht mehr genügen kann, den alle ihre Glieder von ihr erfüllt verlangen: ein Mittel für die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse, ja darüber hinaus auch ihrer Kulturbedürfnisse zu sein. In der Teuerung, sobald sie einmal begriffen ist nicht als eine bloß vorübergehende Erscheinung schlechter Zeiten oder als eine bloß lokale Kalamität, sondern als das notwendige Resultat der kapitalistischen Weltwirtschaft auf dem modernen Standpunkt ihrer Entwicklung, wird nun am deutlichsten sowohl der Widerspruch sichtbar, in welchen diese Wirtschaftsordnung mit ihren eigenen Kräften und Mitteln geraten ist, als auch die Unzulänglichkeit aller Versuche der Abhilfe, die sich innerhalb dieser Wirtschaftsverfassung bewegen.

Dies bringt die Bauersche Schrift zu überaus eindringlicher Darstellung. Sie zeigt im ersten Abschnitt die internationalen Ursachen der Teuerung auf. Sie stellt also von vornherein das Problem der Teuerung in den umfassenden Zusammenhang des Weltmarktes und Weltverkehrs und weitet so den Blick dafür, zu erkennen, wie die aktive Solidarität der Proletarier aller Länder nur die notwendige und bewußte Konsequenz aus der Tatsache ist, daß schon vorher die Solidarität ihrer Leiden durch diese wirtschaftliche Verflochtenheit aller Länder begründet wurde. In diesem Weltzusammenhang geht Bauer nun den Ursachen der Teuerung nach und zeigt sie auf in der technischen Rückständigkeit der Landwirtschaft und Viehzucht, die wieder eine Folge des unrationellen Betriebs auf den Latifundien und insbesondere der Zersplitterung des Bodens in zahllose leistungsunfähige Zwergbetriebe ist. Er zeigt diese Ursachen weiters auf in der Anarchie der Produktion, die durch die große Ausdehnungsmöglichkeit der Industrie, welcher die Urproduktion nicht mit gleicher Beweglichkeit folgen kann, mit jeder Hochkonjunktur zu einer Disproportionalität der gesellschaftlichen Güterversorgung führen muß, die allemal eine rapide Preissteigerung der Erzeugnisse der Urproduktion hervor-

ruft, um schließlich in einer wirtschaftlichen Krise mit Produktionsstockung und Arbeiterentlassung zu enden. Zu diesen alten Teuerungstendenzen treten als gewaltige neuere Ursachen die Kartelle und Trusts, in deren Richtung auch der Großhandel wirkt, wo er imstande ist, die Produzenten von sich in Abhängigkeit zu bringen und die Industrie von sich aus zu kartellieren. Schließlich werden noch in Zwischen- und Detailhandel, in dem sinkenden Geldwert und in dem steigenden Weltbedarf, der einerseits einer unökonomischen und vielfach direkt ungenügenden Produktion, andererseits aber, wie besonders im Militarismus, einer Vergeudung gesellschaftlicher Kräfte gegenübersteht, ebenso viele weitere und mächtige Ursachen der Teuerung bloßgelegt, welche alle die kapitalistische Gesellschaft nicht beseitigen kann, ohne sich selbst aufzuheben.

An diese Darstellung der Ursachen der Teuerung schließt sich im zweiten Teile eine Erörterung und Kritik der kapitalistischen Zoll- und Handelspolitik, die mit ihrem System von Agrar- und Kartellschutzzöllen, mit ihren Verkehrstarifen und Ausfuhrbegünstigungen wieder neue und umfassend wirkende Bedingungen der Teuerung setzt. Die genaue Aufdeckung dieser verderblichen Wirkungen zeichnet auch den Weg einer proletarischen Politik in der Bekämpfung dieses kapitalistischen Zoll- und Finanzwesens vor, um freilich zugleich deutlich erkennbar zu machen, wie diese Politik den erbittertsten Widerstand des kapitalistischen Staates, sei es auf agrarischem, industriellem oder kommerziellem Gebiet hervorrufen muß, der niemals kapitulieren kann.

Im dritten und letzten Teile seiner Schrift behandelt Bauer das Verhältnis von Arbeitslohn und Warenpreis und tritt hier dem landläufigen bürgerlichen Vorurteil, das oft auch besser unterrichtete Leute teilen, kräftig entgegen, daß die Teuerung eine Folge der höheren Löhne und kürzeren Arbeitszeit, also der Arbeiterbewegung sei. Indem Bauer nachweist, wie in einer solchen Ansicht, welche die Arbeiter mit der Vorstellung der Nutzlosigkeit ihres Kampfes zu schrecken sucht, eine Verfälschung der Tatsachen unterläuft, hebt er doch andererseits den nicht zu übersehenden Umstand hervor, daß die Teuerung als eine mit der modernen Gestalt des Kapitalismus unvermeidliche Erscheinung allerdings der Arbeiterschaft einen großen Teil der Errungenschaften raubt, die sie ihren Gewerkschaften verdankt. Damit rührt Bauer an die Schranken, die innerhalb des Kapitalismus dem gewerkschaftlichen Kampfe gezogen sind, dessen Aufgabe er an einer früheren Stelle dahin bezeichnet hat: „die Höhe der Geldlöhne dem veränderten Werte des Geldes anzupassen,“ das heißt, den Sachlohn der Arbeit unversehrt zu erhalten und womöglich zu erhöhen. Es ist dies eine große Aufgabe, die, obgleich sie innerhalb der Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft liegt, gleichwohl von revolutionärem Geiste erfüllt sein *kann*, wenn sie von der Erkenntnis geleitet wird, in der Bauers Schrift ausmündet, daß die wirkliche Bekämpfung der Teuerung, das heißt aber der Lebens- und Kulturbedrohung des Proletariats, nur in der Beseitigung dieser Gesellschaftsordnung gelegen sein kann.

Und dies ist der große Wert der Bauerschen Arbeit, daß sie diesen revolutionären Geist, der zugleich doch nichts anderes ist als die letzte Konsequenz klarer theoretischer Erkenntnis, von jeder Seite seines Buches auf den Leser einströmen läßt. Von den alltäglichsten Aufgaben der Zeitpolitik ausgehend, von den Fragen der Veterinär- oder Verkehrspolitik, der Zölle und Handelsverträge gelangt Bauer in streng logischer Geschlossenheit der Gedankenführung überall zu jener Höhe, von der sich immer die gleiche Alternative ergibt: ent-

weder Fortdauer und Verschärfung der Zustände, unter denen das Proletariat leidet, oder Abschaffung dieser Welt von Klassengegensätzen. So wächst die sozialdemokratische Forderung, das sogenannte Endziel, als der ganz unumgänglich immanente, immer gegenwärtige Geist aller Gegenwartspolitik hervor, wenn diese wirklich eine sozialdemokratische sein soll, und es wird klar, was nie hätte unklar sein dürfen, daß der bloße Klassenstandpunkt noch keine sozialdemokratische Politik ist, wenn ihm diese stete Bezugnahme auf das Endziel nicht geistig lebendig ist und eine innere Bereitschaft für eine neue Welt bewirkt. Und in diesem Sinne gibt Bauers Schrift mehr als bloß eine Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie. Sie ist vielmehr eine Hinausführung aus dem engen Horizont der bürgerlichen Welt, obgleich sie sich nur mit den Dingen dieser Welt beschäftigt, sie ist eine Darlegung und Rechtfertigung der revolutionären Politik, die allein nicht nur die Zukunft des Arbeiters herbeiführen, sondern auch seine Gegenwart geistig veredeln kann. Und deshalb sollte dieses Büchlein in keines Arbeiters Hand fehlen.

Literarische Rundschau.

Johannes Gaulke, **Im Zwischendeck.** Ein Kulturbild aus dem Auswandererleben. Berlin-Tempelhof 1909, Freier literarischer Verlag. 256 Seiten. Preis 2,50 Mark.

In lebhaft anschaulichen Bildern führt dieses Buch das Leben deutscher Auswanderer an uns vorüber. Die verschiedensten Menschentypen lernen wir kennen, wobei die Schilderung niemals einen novellistischen Charakter annimmt.

Gaulke zeigt uns zuerst das furchtbare Elend, welches das Zwischendeck eines Auswandererschiffes birgt. Das armselige Proletariat, das dort für die Überfahrt nach Amerika eingepfercht ist, wird von dem alles beherrschenden Obersteward in zwei Teile gesondert, denen sein souveräner Wille den Charakter einer Ober- und Unterklasse verleiht. Die „Schlowaken" — so nennt er alle, die aus dem Osten Europas kommen — bilden die Klasse der Ausgestoßensten der Ausgestoßenen, während die „anderen Kerls", das heißt die Passagiere aus Mittel- und Westeuropa, mit etwas gemilderter Verachtung behandelt werden. Aber die Qualen der Zwischendeckexistenz sind so groß, daß die Bevorzugten ihrer Privilegien nicht froh werden und die am meisten Verachteten den Druck vermehrter Mißhandlung kaum noch fühlen. Nachdem der Kampf um jeden Fingerbreit Raum und jeden Bissen der abscheulichen Nahrung, der am ersten Tage der Reise entbrennt, durch ein notgedrungenes Kompromiß beigelegt ist, entsteht bald eine Art trauriger Solidarität zwischen all diesen Leidensgenossen, die durch jede besondere Unbill, wie Sturmwetter mit seinem Gefolge von Seekrankheit und Todesangst verstärkt wird, die aber auch sogleich wieder schwindet, sobald der amerikanische Hafen erreicht ist und jeder einzelne von der Sorge um die erste Unterkunft in dem unbekannten Lande befallen wird.

Wie groß auch die Schrecken des Zwischendecks sind, dieser Hölle, in die kapitalistische Profitgier den menschlichen Abfall europäischen Wirtschaftslebens zwängt, das Schicksal der armen Auswanderer, die in New York und Chicago Arbeit suchen, erscheint dem Autor nicht minder hart. Er zeigt uns das Treiben in einer deutschen Einwandererkneipe, dem „Café Germania", deren geriebener Wirt seine Landsleute zu beschützen und zu begönnern vorgibt und ihnen dabei die letzten Pfennige abzupressen weiß, ebenso wie die Skrupellosigkeit amerikanischer Geschäftsleute, die sich die Hilflosigkeit der fremden Einwanderer zunutze machen, um aus ihrer Verzweiflung erhöhten Profit zu ziehen.

überall stößt der Hoffende nur auf Enttäuschung, Kälte, Härte und Gleichgültigkeit. Der Mensch ist dem Menschen nichts in diesem Lande höchstentwickelter kapitalistischer Ausbeutung; er gilt nur als Anhängsel zweier arbeitsfähiger Hände, die man nach Bedarf anziehen oder abstoßen kann.

Man merkt den pessimistischen Schilderungen wohl an, daß der Autor unter dem unmittelbaren Eindruck der furchtbaren wirtschaftlichen Krise stand, von der die Vereinigten Staaten heimgesucht waren, aber das macht die Einblicke, die er uns gewährt, nicht weniger wertvoll.

Sehr interessant ist die Schilderung einer Demonstration der Arbeitslosen. Sie gibt uns einen ungefähren Begriff von der Roheit gewisser Schichten der Bevölkerung von Chicago.

Ein findiger Gastwirt vermietet um einen relativ hohen Preis die Sitzplätze in seinem an der Landstraße gelegenen Restaurationsgarten, von denen aus man den Aufzug des Elends würde beobachten können. Wie nun dieser Zug länger ausbleibt, als man erst erwartet hat, nimmt das Publikum, das sich schon um die erhoffte Sensation betrogen glaubt, eine so drohende Haltung an, daß der geängstigte Wirt sich gezwungen sieht, mittlerweile ein Feuerwerk zu veranstalten, um die Ungeduldigen zu zerstreuen. So ziehen denn die aufgelösten Reihen der Ausgehungerten und Erschöpften, als sie nach mehrstündigem Marsche endlich nahen, unter bengalischer Beleuchtung vorüber oder werfen sich ermattet auf die Rasenplätze nieder.

Eine eigenartige Erscheinung zeigt uns Gaulke in dem „Sekretär" für Militärangelegenheiten, einem durchtriebenen Burschen, der von weit und breit schwächliche und krüppelhafte junge Leute anwirbt, um sie mit den Dokumenten stellungspflichtiger deutscher Einwanderer versehen zur Rekrutierung aufs deutsche Konsulat zu schicken. Sobald die Untauglichkeit zum Militärdienst attestiert ist, erhält der Rekrut ein paar Dollar Entschädigung, nur einen kleinen Teil der Summe, die der „Sekretär" von dem Stellungspflichtigen fordert und die jedesmal nach der Zahlungsfähigkeit des Kunden bemessen wird.

Die Gestalt eines Anarchisten, den uns Gaulke vorführt, eines halb irrsinnigen Schwärmers, der am Proletariat und am Sozialismus verzweifelt und alles von einer gewaltsamen Zerstörung des Bestehenden erwartet, hat nichts an sich, das ausschließlich durch amerikanische Verhältnisse bedingt wäre, doch mag dieser Typus dort besonders häufig anzutreffen sein, wo wie in den nordamerikanischen Staaten die zielbewußte Arbeiterbewegung in ihrer Entwicklung mit der des kapitalistischen Systems noch nicht Schritt zu halten vermag und wo darum das schmerzhafte Gefühl der Ohnmacht, das den einzelnen anwandelt angesichts der zermalmenden Macht des Kapitals, nicht besänftigt wird durch das Kraftbewußtsein, das ihm aus dem Zusammenschluß der Massen zuströmen sollte.

Statt aber in dem Anwachsen der sozialdemokratischen Arbeiterorganisation die Kraft zu erkennen, die berufen ist, all dem Elend abzuhelfen, das in der neuen Welt fast noch krasser zutage tritt als in der alten, findet Gaulke schließlich keinen anderen Trost als den Hinweis auf den in völliger Abgeschlossenheit und ohne jedes Kulturbedürfnis dahinlebenden Farmer, der „seine Lebensaufgabe in der Schweinezucht gefunden hat". Das sentimentale Verlangen nach „Rückkehr zur Natur" ist ja längst charakteristisch geworden für die Hilflosigkeit des in bürgerlichen Anschauungen befangenen Menschenfreundes. Therese Schlesinger.

Notizen.

Die Ersatzwahl in Posen. In Nr. 31 der „Neuen Zeit" beleuchtet Genosse Kliche die Bedeutung der Ersatzwahl in Posen, wobei er auch gegen einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung" über dasselbe Thema polemisiert. Es sei mir erlaubt, um so mehr als ich der Verfasser der kritisierten politischen Übersicht der „Leipziger Volkszeitung" bin, kurz auf die Vorgänge zurückzukommen.

Die Ersatzwahlen in Posen waren ein sehr charakteristisches Symptom der Verschiebung im politischen Leben Posens, und sie trugen ihrerseits dazu bei, die schon begonnene Entwicklung zu beschleunigen. Der Kampf um das Mandat für einen nationaldemokratischen oder konservativen Arbeiterkandidaten war eine Erscheinungsform des Aufstiegs des polnischen Kleinbürgertums und gleichzeitig eine Probe, die Arbeiterklasse politisch für dasselbe auszunutzen. Bisher befand sich die politische Repräsentation der polnischen „Gesellschaft" in den Händen des Adels und der mit ihm koalierten Klerisei. Als unter der Führung des Redakteurs Szymanski das Kleinbürgertum einen Teil des politischen Einflusses für sich reklamierte, verstanden die polnischen Junker es, zurückzudrängen, denn sie waren nicht nur ökonomisch die Stärkeren und hielten das Kleinbürgertum in materieller Abhängigkeit von sich — es bestand doch größtenteils aus Krämern und Kleinhandwerkern, die auf die „hohe" Kundschaft nicht verzichten können — sie verkörperten nicht nur die Traditionen des politischen Lebens in Preußisch-Polen, sondern fanden auch eine treffliche Stütze in der famosen preußischen Polenpolitik, die es ihnen erlaubte, jeden ihrer Widersacher als Zerstörer der polnischen Einheit angesichts der nationalen Gegner zu denunzieren. Dieses Übergewicht des Junkertums war so groß, daß selbst seine direkten Techtelmechtel mit der Regierung zur Zeit des neuen Kurses — wo Herr Koscielski selbst beim Kaiser ein gnädiges Ohr fand — ihn nicht schwächen konnten.

Die von den einflußreichsten polnischen Institutionen und Gruppen gewählten Provinzialdelegiertentage und Wahlkomitees waren gänzlich in den Händen der Junker und Pfaffen, und keiner, der ihnen ungenehm war, konnte in den Land- oder Reichstag hineinkommen. Durch die Fraktionssolidarität wußten sie einem jeden Eindringling den Mund zu stopfen. Die Probe aufs Exempel gelang, als Kulerski, Brejski, Korfanty, vom Kleinbürgertum und der „national" gesinnten Arbeiterschaft gewählt (teilweise, wie Kulerski, gegen den Willen der Wahlkomitees) in den Reichstag kamen; obwohl „Demokraten", tanzten sie am Bande der nationalen Solidarität, wie die Junker pfiffen. So war es zuletzt auch bei der Reichsfinanzreform.

Aber wie in vielen anderen Teilen Deutschlands, so ging der Kampf um die Finanzreform nicht ohne Einfluß auf die polnische Bevölkerung vorüber. Die schändliche Preisgabe aller Volksinteressen und die gänzliche Auslieferung des polnischen Kleinbürgertums und der Arbeiter an die Junker durch die polnische Fraktion rief eine große Gärung nicht nur unter der polnischen Arbeiterschaft von Berlin, in Rheinland-Westfalen, sondern auch in dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft im Posenschen hervor.

Diese Gärung im Kleinbürgertum wurde dem Junkertum um so gefährlicher, weil das Kleinbürgertum selbst in den letzten Jahren sichtlich erstarkt ist, was in erster Linie in der schnellen Entwicklung der kleinbürgerlichen Genossenschaften zutage tritt. Die nationale Unterdrückung erlaubte dem Kleinbürgertum durch den Ruf: Kauft nur bei den Polen! sich die Kundschaft der Arbeiter und Bauern zu versichern, den Handel in eigenen Händen zu konzentrieren (selbst die Juden ziehen im Kampfe mit dem polnischen Kleinbürgertum den kürzeren und emigrieren aus dem Posenschen); die nationale Verfolgung und die von ihr hervorgerufene Stimmung führt die Tatsache herbei, daß der polnische Arbeiter, der in Westfalen arbeitet, und der polnische Bauer seine Spargroschen in den Erwerbs- und Kreditgenossenschaften des polnischen Kleinbürgertums anlegt, und so verfügen die 234 Genossenschaften, die im Jahre 1908 dem Verband angehörten — dies sind die letzten veröffentlichten Zahlen —, bei 105793 Mitgliedern und 19 Millionen Mark Anteilen über 148 Millionen Mark Depositen.[1]

---

[1] Wir entnehmen die Zahlen einem instruktiven Artikel im Warschauer „Ekonomista", 4. Quartalheft 1909, S. 283.

Die beigefügte Tabelle möge zeigen, wie dieser Anstieg allmählich stattfand:

Jahr	Zahl der angeschlossenen Genossenschaften	Deren Mitgliederzahl	Anteile der Mitglieder Mark	Depositen Mark
1873	43	7660	623486,79	2600869,95
1880	57	13440	1249107,23	5219266,42
1890	71	26553	2683444,11	12523183,30
1900	126	53505	7354505,68	37787515,34
1907	225	98230	17263220,74	123004212,96
1908	234	105793	19230397,—	148371892,—

Eine sich im Aufschwung befindende Klasse tritt auch selbstverständlich auf politischem Gebiet energischer auf als eine stagnierende. Und so sehen wir in den letzten Jahren das Entstehen einer kleinbürgerlichen Partei, der Nationaldemokratie, die eine Politik der schärferen Tonart der Regierung gegenüber und einer größeren Berücksichtigung der Interessen des handeltreibenden und produzierenden Kleinbürgertums der agrarischen Politik der polnischen Fraktion gegenüber vertritt. Die Tatsache, daß aus den Söhnen des Kleinbürgertums sich eine Schicht der freien Berufe, Ärzte, Rechtsanwälte usw. ausbildet, fördert diesen Prozeß, denn bis jetzt litt das Kleinbürgertum daran, daß ihm politische Führer fehlten. Die Nationaldemokratie kennt natürlich viel besser als die Junker oder Landpfaffen die Stimmung unter dem Kleinbürgertum und der „nationalen“ Arbeiterschaft, und so bemerkte sie die Aufregung in diesen Kreisen wegen der Haltung der Reichstagsfraktion bei der Reichsfinanzreform. Um diese Stimmung einerseits als Wind in den eigenen Segeln zu fangen und andererseits das Abschwenken eines Teiles der Arbeiterschaft in das Lager der Sozialdemokratie zu verhindern, schob sie bei den Ersatzwahlen nach dem Rücktritt des Abgeordneten Chrzanowski die Kandidatur des Posener Gewerkschaftssekretärs Nowicki vor. Die Person Nowickis — er ist ein verspießerter Schriftsetzer mit ganz bürgerlichen Auffassungen — war für sie eine Garantie, daß das Experiment keinen für sie unangenehmen Ausgang nehmen konnte. Die Junker aber sahen mit scharfem Instinkt die Bedeutung dieser Kandidatur: sie sahen in ihr einen Vorstoß der kleinbürgerlichen Partei und die Einführung eines neuen Elementes in die polnische Reichstagsfraktion: der Arbeiterschaft. Wie unangenehm ihnen dies war, so wollten sie dies dem Kleinbürgertum nachmachen, standen doch die polnischen Gewerkschaften bis jetzt unter der Führung der Junkergarde, der Pfaffen. Und so wählten die Junker zu ihrem Kandidaten den Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaftsvereinigung für ganz Deutschland, Sosinski, der auch für das ihm angebotene Mandat zur Junkerfahne schwor, indem er in einem Offenen Briefe ihre Politik bei der Reichsfinanzreform guthieß. Der Schachzug der Junker war sehr schlau; aber er hatte den Fehler, durch den jede Schlauheit Massenstimmungen gegenüber versagt: er verkannte die Tatsache, daß das Kleinbürgertum und die Arbeiterschaft gegen die Junker aufgebracht waren und daß das sich erst zu regen beginnende Selbständigkeitsgefühl der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter darin sich äußert, daß für sie eine Arbeiterkandidatur nur dann von Bedeutung ist, wenn sie nicht als Junker- und Pfaffenkandidatur erscheint, denn dieses Selbständigkeitsgefühl ist bis jetzt größtenteils erst eine Unzufriedenheit der jungen Gewerkschaftsbewegung mit der Wirtschaft der geistlichen Patrone. Diese Momente verursachten den Bruch der nationalen Solidarität durch die Posener Arbeiter und Kleinbürger, den Fall des junkerlichen Kandidaten bei den Wahlen. Dies durch die Agitation der Nationaldemokratie zu erklären, wie es Genosse Kliche tut, ist ebenso richtig, wie die Niederlage der deutschen Junker in Lyk-Oletzko durch die Agitationsmethoden der Nationalliberalen zu erklären. Obwohl den polnischen Junkern der Landrat nicht zur Seite steht, verfügten sie über viel größere Agitationsmittel als die Nationaldemokraten, und wenn es sich um die Verlogenheit in der Agitation handelt, so sind sie gewiß dieselben Meister wie die Nationaldemokraten, wie es der Kampf ihrer Presse gegen die Sozialdemokratie

zeigt. Das Gesagte beweist genügend, daß sich Genosse Kliche sehr irrt, wenn er schreibt, „symptomatische Bedeutung habe der Vorgang nicht“, denn „alles war ein persönlicher Zank und Streit“.

Die Frage, inwieweit die sogenannte Nationale Demokratie eine andere Politik als die Junker treiben würde und inwieweit sie demokratisch ist, steht auf einem ganz anderen Blatte. Die Nationaldemokratie ist ganz gewiß ebensowenig demokratisch, wie es auf der jetzigen Stufe der sozialen Entwicklung überhaupt kleinbürgerliche Parteien sind. Trotzdem wäre es ganz verfehlt, die Politik der Nationaldemokraten in einen Topf mit der der konservativen Hofpartei zu werfen. Das würde nur uns schädigen, weil man, um eine Politik bekämpfen zu können, ihre Eigenart würdigen muß. In der Wirtschaftspolitik wird sich die Nationaldemokratie bemühen, die Interessen des Kleinbürgertums zu vertreten, und sich den Anschein geben, als vertrete sie die Arbeiterklasse — und das erfordert unsererseits eine andere Art der Bekämpfung.

Was die Frage betrifft, welchen Einfluß dieser Kampf auf die Entwicklung der polnischen Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie hat, so befindet sich Genosse Kliche auch hier im Irrtum. Die Nationaldemokratie ist gewiß für uns durch ihr Spielen mit Arbeiterpolitik augenblicklich gefährlicher als die Pfaffen und Konservativen, um so mehr als sie viel rühriger, volkstümlicher ist als diese. Trotzdem arbeitet sie für uns, indem sie, um ihre Position den Junkern gegenüber zu stärken, an das Selbständigkeitsgefühl der Massen appellieren muß und, wenn die Junker nicht gehörig nachgeben, ihre Politik bekämpfen wird. Heute haben die Junker nachgegeben und das Mandat Nowickis anerkannt; ob sie es auch ferner tun werden, ist mehr als zweifelhaft. Und die Politik Korfantys in Oberschlesien kann auch kein Beweis dafür sein, daß die Nationaldemokratie den Kampf gegen die Junker nicht (natürlich in ihrer Weise) führen wird, denn in Oberschlesien ist die Front Korfantys nur gegen die Sozialdemokratie gewendet, seinen einzigen ernsten Feind, da es dort keine konservative Partei gibt, während im Posenschen die Nationaldemokratie sich nur im Kampfe gegen die Junker behaupten kann. Und daß uns dieser Kampf zunutze kommen wird, braucht man nicht näher auseinanderzusetzen. Schon sein Bestehen muß im Vergleich mit dem bisherigen Idyll im Sumpfe als Fortschritt angesehen werden. Karl Radek.

Das fünfundzwanzigjährige Bestehen des Bäcker- und Konditorenverbandes. Vor fünfundzwanzig Jahren, am 5. Juni 1885, wurde, nach einem vorausgegangenen Kongreß der Bäckereiarbeiter Deutschlands in Berlin, der „Deutsche Bäckerverband“ gegründet. Die Zentralorganisation entstand hier viel später als bei einer Reihe anderer Berufe, obgleich schon vor Jahrhunderten die Bäckergesellen sich organisiert hatten. Wie die Unternehmer im Bäckergewerbe schon im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert sich in Zünften vereinigten, so die Gesellen in Bruderschaften; diese gingen mit den Zünften zugrunde.

Bis zum Jahre 1848 gibt es mit wenig Ausnahmen keine Gesellenvereinigung. Aber im Revolutionsjahr streikten in Frankfurt a. M. die Gesellen, weil ihren Forderungen, in Betten zu schlafen und eine Feiernacht alle vierzehn Tage, nicht stattgegeben, sondern in einer öffentlichen Erklärung der Arbeitgeber das Verlangen abgelehnt wurde. Nach zwanzig Jahren, 1868, versuchten die Berliner Gesellen in eine Lohnbewegung einzutreten, zu deren Durchführung kam es jedoch nicht. Im gleichen Jahrzehnt erfolgte die Gründung einiger Lokalorganisationen, aber sie verschwanden bald wieder. Nun folgte eine organisationslose Zeit, die vom Unternehmertum weidlich zur Ausbeutung und Entrechtung der Bäckergesellen ausgenützt wurde. Streiks, die aus plötzlich sich Luft machender Empörung daraus entstanden, endeten mit Niederlagen.

1874 organisierten sich die Meister im Zentralverband Deutscher Bäckerinnungen, erst elf Jahre später folgten die Gesellen, denn die Aufklärungsarbeit war mit

unsäglichen Schwierigkeiten verknüpft. Die mörderisch lange tägliche Nachtarbeit und die siebentägige Arbeitswoche übt auf die Beschäftigten unbeschreibliche Verwüstungen an Geist und Körper aus. Die wenigen freien Stunden wurden in den schmutzigsten Spelunken bei Spiel und bei Dirnen verbracht; für die Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse war kein Interesse vorhanden. Der allgemein gebräuchliche Kost- und Logiszwang gab den Unternehmern die Möglichkeit an die Hand, die Bevormundung und Aufsicht der Gesellen auch außerhalb der Arbeit zu behalten.

In den ersten zehn Jahren war von einem nennenswerten Fortschritt in der Organisation keine Rede. Hauptsächlich wurde in dieser Zeit die Agitation gegen die unmenschlich lange Arbeitszeit aufgenommmen. Genosse Bebel unterstützte den Verband in besonders hervorragender Weise. Das von der Organisation gesammelte Material wurde 1889 in der Broschüre „Zur Lage der Bäckereiarbeiter" von Genossen Bebel der Öffentlichkeit unterbreitet. In der Anklage gegen die unmenschliche Ausbeutung wurde festgestellt, daß in 48,5 Prozent der Betriebe die tägliche Arbeitszeit 13 bis 15 Stunden dauerte und in 28,7 Prozent der Betriebe wurde täglich 16 bis 20 Stunden gefrondet. Erst daraufhin fühlte sich die Regierung bemüßigt einzugreifen, und sie legte die Arbeitszeit in einer Bundesratsverordnung auf täglich 12 Stunden fest. Von dieser Zeit an ist auch ein rüstiges Vorwärtsschreiten des Verbandes zu bemerken.

1895 wird die Zentralleitung von Berlin nach Hamburg verlegt. Der Verband zählte damals 186 Mitglieder; am Schlusse des ersten Quartals 1910 musterte die Organisation einschließlich 2400 weiblicher rund 22000 Kämpfer! Vor drei Jahren erfolgte die Fusion mit dem Konditorenverband, der bis dahin als Zentralverband für die Konditoren und der Beschäftigten in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie bestanden hatte.

Durch die Innungsarbeitsnachweise und die vom Innungsverband eingeführten Arbeitsbücher waren den Unternehmern Mittel in die Hand gegeben, um alle unliebsamen Gesellen arbeitslos zu machen. Maßregelungen und Aussperrungen sollten die Organisation zertrümmern, demselben Zwecke dienten ein Zentralarbeitsnachweis zur Streikbrechervermittlung, die Gründung eines Arbeitgeberverbandes und Aushaltung der „Gelben" mit Innungsgeldern. Die Fabrikanten der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie sind in zwei Arbeitgeberverbänden unter Anschluß an die Streikversicherungsgesellschaft vereinigt. Als Zweck des Zusammenschlusses wird im Statut vornehmlich „die Förderung der Interessengemeinschaft der Fabrikanten gegenüber den Koalitionen ihrer Arbeitnehmer" bestimmt.

Trotz all diesen Schwierigkeiten erkämpfte sich die Arbeiterorganisation eine achtunggebietende Stelle. Seit der Reorganisation von 1895 ist eine Einnahme von 2⅓ Millionen zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 2,1 Millionen gegenübersteht. Ende Dezember 1909 betrug der Kassenbestand 214210 Mark oder pro Mitglied 10,94 Mark.

An Lohnkämpfen wurden in dieser Periode 109 Streiks und Aussperrungen, sowie 212 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen geführt. Das Resultat der Kämpfe ist: Arbeitszeitverkürzung für 18479 Personen von 73325 Stunden pro Woche, Lohnerhöhung für 35200 Personen pro Woche 62176 Mark. Der Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber wurde für 15407 Beschäftigte beseitigt. Mit den Unternehmern sind 169 korporative Arbeitsverträge abgeschlossen worden. Für die Lohnkämpfe wurden rund 302000 Mark verausgabt. Die eingeführten Unterstützungszweige verursachten eine Ausgabe von 648974 Mark oder 27,9 Prozent der Gesamteinnahmen.

Außer diesen Vorteilen, welche die Organisation für die Berufsangehörigen erreichte, ist sie seit ihrem Bestehen bestrebt, die Interessen der Brotkonsumenten wahrzunehmen. Durch Aufdeckung der großen Mißstände bei der Erzeugung des hauptsächlichsten Nahrungsmittels, war die Regierung gezwungen, über

die innere Einrichtung der Betriebe zum Schutze der Beschäftigten wie der Konsumenten Bestimmungen zu erlassen, durch die der Unreinlichkeit einigermaßen vorgebeugt wird. So hat der Bäcker- und Konditorenverband im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens ein Kulturwerk vollendet, mit dem er sich würdig der Gesamtarbeiterbewegung zur Seite stellen kann.

Die wirtschaftliche Umwälzung im Gewerbe, die immer höher sich auftürmenden Klassengegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer werden in den kommenden Jahren die Abseitsstehenden der Organisation zuführen, um diese noch schlagfertiger und machtvoller zu gestalten. A. Lankes, Hamburg.

Zur gewerkschaftlichen Agitation. Wie schwer es den gewerkschaftlichen Organisationen in kleineren Orten wird, Erfolge zu erzielen, zeigt als lehrreiches Beispiel die 32000 Einwohner zählende Stadt Lüdenscheid i. W. Sie beherbergt seit Jahren durchschnittlich 100 organisationsfähige Holzarbeiter, die aber sehr schwer zu organisieren sind, weil sie meist in Kleinbetrieben beschäftigt und, falls sie nicht von auswärts, nicht zu der Einsicht zu bringen sind, daß sie die Berufsorganisation nötig haben. Sind einmal viel Auswärtige am Orte beschäftigt, so ist auch die Organisation stark. Der Wechsel dieser „Fremden“ ist im Sommer enorm, da dann viel Arbeit ist. Zwischen 25 und 65 schwankte die Zahl der Mitglieder in der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes.

Auf dem sechsten Holzarbeiterverbandstag in Köln 1906 — der nächste ist im Juni dieses Jahres in München — war der Beschluß gefaßt worden: „Die Gauvorstände zu beauftragen, in den rückständigen Gegenden mehr Agitation zu entfalten, damit auch dort die Kollegen der Organisation zugeführt und hierdurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Gegenden bessere werden.“ Lüdenscheid und seine ganze weitere Umgebung gehört nun ohne Zweifel für uns Holzarbeiter zu den rückständigen Gegenden. Es hat auch noch niemals an Agitation gefehlt, um die nichtorganisierten Holzarbeiter zu organisieren, neuerdings versuchen die „Christen“, dem Holzarbeiterverband Konkurrenz zu machen. Die Zahlstelle Lüdenscheid meines Verbandes besteht seit dem Jahre 1893, also seit Beginn des Verbandes selbst.

Die Erfolge oder richtiger die bestehenden Verhältnisse — da Lohnbewegungen nicht geführt wurden — sind für Lüdenscheid folgende:

Durchschnittl. Arbeitszeit:		Durchschnittl. Wochenverdienst:	
1893	63 Stunden pro Woche	1893	19,— Mark
1897	61,7 " " "	1897	19,16 "
1902	63,2 " " "	1902	22,30 "
1906	60,5 " " "	1906	25,80 "
1910	60,5 " " "	1910	24,50 "

Diese Resultate würden noch geringer sein, wenn in der Statistik auch die Unorganisierten, die noch dazu die große Mehrheit bilden, einbezogen wären und das horrende Steigen der Lebensmittel, der Wohnungsmieten, Steuern usw. in Vergleich gestellt würde. Aber auch hierüber lassen sich diese „Einheimischen“ nicht so leicht aufklären, da sie allzusehr „spießbürgerlich“ denken. Wir sind der Meinung, daß es in Deutschland wohl noch recht viele Orte gibt wie Lüdenscheid. Manche Submissionsblüten werden verständlich, wenn man die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in solch rückständigen Gegenden näher kennen lernt. Mehr Agitation könnte dort mit Erfolg entfaltet werden, sobald nur ein Holzarbeiterverband auf moderner Grundlage bestände und wirkte und nicht noch Zimmerer-, Glaser-, Böttcher-, Bildhauerverband usw. daneben. Unsere Zahlstelle braucht sehr wenig Gelder, denn sobald sich ein Mitglied in der Werkstätte mehr als dem Unternehmer lieb ist, bemerkbar macht, wird es gemaßregelt, bekommt am Flecken keine Arbeit wieder, geht mithin der Zahlstelle verloren und an den miserablen Zuständen kann

nichts geändert werden. In großen Zahlstellen brauchen Organisierte sich nicht das bieten zu lassen, wie in kleinen, wo obendrein die Unorganisierten die Mehrheit bilden. Daher muß Zusammenlegung der Verbände oder Bezirksangestellte für kleine Orte der gleichberuflich respektive verwandten Gewerbe die Losung sein! Dann nur können die rückständigen Gegenden nicht nur mit fortgerissen, sondern auch hochgebracht und hochgehalten werden in der Organisation, die doch nur in gewisser Stärke stabile und nach und nach bessere Verhältnisse für alle Berufsangehörige schaffen kann.

Der betreffende Kölner Beschluß könnte auch in München wieder gefaßt werden, denn in den rückständigen Gegenden liegen die Verhältnisse heute genau noch so, vielleicht vielfach schlimmer als wie vor zwei Jahren! Daß eine Reihe Zahlstellen und zahlreiche Kollegen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen erreichten, wird niemand bestreiten, es fragt sich nur auf wie lange das im Einzelfall zutrifft. Und es ist doch auch nicht unwichtig zu erfahren, wie viele Berufsgenossen keine Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen bekommen haben. Darum fortdauernd „mehr Agitation", es bedarf noch sehr vieler Arbeit, ehe wir durchweg Errungenschaften verzeichnen können.

Bruno Kühn, Lüdenscheid.

Zeitschriftenschau.

„La revue socialiste", die reformistische französische Zeitschrift, hat sich zu Anfang 1910 mit der von Albert Thomas redigierten „Revue syndikaliste" vereinigt und heißt jetzt „La Revue Socialiste, syndicaliste et cooperative". In ihrem ersten Hefte, vom Januar 1910, bringt sie einen Aufsatz von dem als Agrartheoretiker bekannten Genossen E. Tarbouriech über **„Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen"** (La cooperation agricole). Es gibt bürgerliche Autoren, die von den Agrargenossenschaften die völlige Lösung der Agrarfrage erwarten. Gerade umgekehrt erwarten viele Genossen von ihnen nichts mehr, als daß die Bauern durch die Praxis der Kooperation andere Anschauungen bekommen und den sozialistischen Ideen zugänglicher werden, weil sie dann den Gedanken des kollektivistischen Staates als einer riesigen Genossenschaft verstehen und würdigen lernen. Demgegenüber meint Tarbouriech, daß die Agrargenossenschaften neben ihrer Wirkung auf die Bauernköpfe auch das Wirtschaftsleben beeinflussen, namentlich einen Anfang zur Organisation der Produktion und Zirkulation schaffen können. Diese Auffassung, die auch von der Agrarkommission der französischen Partei übernommen wurde, bringt mit sich, daß solchen Genossenschaften selbst bestimmte Bedingungen und Direktiven auferlegt werden. Sie müssen sich als Klassenorganisationen betrachten und sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen. Die heutigen Genossenschaften werden meist von den Großbauern beherrscht. Deshalb empfahl auch die Agrarkommission in einer Resolution den Landarbeitern, Kleinbauern und Kleinpächtern, sich nicht für die Genossenschaften der Großbauern einfangen zu lassen, die diese zum eigenen Nutzen errichten, sondern eigene Genossenschaften gegen das Kapital und den Grundbesitz zu bilden.

Nun hat sich gezeigt, daß sich zwischen den Agrargenossenschaften und den Arbeiterkonsumvereinen ein scharfer Gegensatz entwickelt. Die Bauern, die sich zum gemeinsamen Verkauf ihrer Produkte zusammenschließen, suchen nichts als den eigenen Vorteil; sie haben Interesse an hohen Preisen und kommen also mit den Interessen der Arbeiter in Widerspruch. Das hat sich schon bei den Winzervereinen des Südens gezeigt, und in dieser Weise könnte ein immer schärferer Gegensatz zwischen den Proletariern des Landes und denen der Stadt entstehen. Die Produktivgenossenschaften leiden überhaupt schon lange unter dem Dilemma:

entweder mittellos zu bleiben, oder zu kapitalistischen Unternehmungen auszuarten, die den Arbeitern genau so gegenüberstehen wie jeder Arbeitgeber. Der einzige Ausweg ist, daß die Produktivvereine zu Unterabteilungen der Konsumvereine werden, die ihnen einen festen Absatzmarkt bieten und sie außerdem mit Kapital versehen. Daher erklärte die Agrarkommission sich gegen die Autonomie der Agrargenossenschaften und empfahl eine enge Verbindung mit den Konsumvereinen, wodurch ihre Leitung im Sinne des Klassenkampfes und des Proletariats gesichert wird. Schon fängt der Großeinkaufsverein an, sich mit Produzentenvereinen auf dem Lande zu verbinden und Vorschläge, Bauernhöfe zu mieten oder zu kaufen werden in einigen Konsumvereinen schon praktisch erwogen. Damit wird allmählich eine Annäherung und Verständigung zwischen den städtischen und den Landproletariern angebahnt.

Die sozialistische Partei fordert die Nationalisierung der Unternehmungen, die einen großen Betrieb erheischen, der Bergwerke und des Handels mit Bergwerkprodukten, der Fabrikation und des Verkaufs von Alkohol und Zucker, und daneben die Munizipalisierung des Vieh- und Fleischhandels, des Obst- und Milchverkaufs. Alle solche Monopole können sich vorteilhaft der Mitarbeit der Genossenschaften bedienen, da ihnen der Verkehr mit schon vorhandenen Vereinen von Kleinbauern viel bequemer ist als mit jedem einzelnen. Die Staatsforsten könnten dem Syndikat der Holzhacker in Regie übergeben werden, wie es jetzt schon in Yonne geschieht. Alle Zirkulation der Agrarprodukte würde einfacher vor sich gehen. Die Partei hat schon die Forderung erhoben, daß die Überreste des alten bäuerlichen Kommunismus überall geschont und vor Vernichtung bewahrt bleiben sollen, im Interesse der armen Teilhaber. Daneben soll sie aber fordern, daß die neuen kommunistischen Organe, die Genossenschaften, aufgebaut und geschützt werden sollen, und daß durch Versuche mit der Exploitation landwirtschaftlicher Betriebe durch Vereine von Landarbeitern ihre Zweckmäßigkeit erprobt und ausgebildet wird.

Im Februarheft derselben Zeitschrift findet sich ein Aufsatz von P. G. La Chesnais: **„Die Vorzüge der Proportionalwahl für die sozialistische Partei“.** Die sozialistische Partei hat sich in ihrer Mehrheit für die Proportionalwahl ausgesprochen. Nicht weil sie davon einen Zuwachs an Stimmen oder Mandaten erwartet. Es könnte sogar umgekehrt kommen, weil viele Stimmen von Linksrepublikanern jetzt auf einen Sozialisten als „Linken“ fallen, die nur gegen die Reaktion gemeint sind und einen Linksbürgerlichen bevorzugen würden. Aber eben diese Unklarheit ist die Klage der Sozialisten. Sie wollen ihre eigenen Wähler aus der Masse der Linkswähler herausheben, und dazu dient die Proportionalwahl. Das ist vor allem in Frankreich nötig, wo die 60000 Parteimitglieder nur einen kleinen Teil aller sozialistischen Stimmen (870000) bilden. Natürlich kommt hinzu, daß die zerstreuten Minoritäten, die besonders bei unserer Partei zahlreich sind, dann erst zur Geltung kommen werden. Aber die Hauptsache ist die Klärung der Politik. Gerade deshalb ist zum Beispiel Breton dagegen, weil er prinzipiell die Politik der zwei großen Koalitionen, der Rechten und der Linken, bevorzugt. Seine Ausnahmestellung zeigt daher noch klarer, daß die Proportionalwahl dem heutigen politischen Leben mit seinen vielen Parteien am besten angepaßt ist. Für Wahlabkommen wird immer noch Gelegenheit bleiben, da die Proportionalwahl, wenn überhaupt, von den Radikalen nicht für größere Einheiten als die Departements eingeführt werden wird. In Belgien hat sich auch unter diesem System die Praxis des Wahlkartells zwischen Liberalen und Sozialisten eingebürgert. Übrigens werden die sich ergebenden politischen Resultate an Taktik und Gepflogenheiten von den Einzelbestimmungen des Gesetzes abhängen.

Für uns ist die Hauptsache, daß die sozialistische Wählermasse, diese gut 800000, sich scharf von den anderen Wählern abgrenzen. Jetzt weiß man nicht, wo sie steht. Die Partei darf nicht auf ihre Mitglieder allein als die echten Sozialisten hinstarren. Jetzt steht draußen eine Masse, die mehr oder weniger verschwommen

etwas für sie fühlt, und aus irgend welchen Gründen für ihre Männer stimmt. Dann steht neben den Mitgliedern eine Masse, die unsere Partei wählt und bevorzugt vor anderen Parteien. Sie dürfen als Sozialisten zweiten Grades betrachtet werden, als die unorganisierten Sozialisten, denen man Rechnung tragen kann.

Aber auch auf andere Parteien wird die Einführung der Proportionalwahl einen günstigen Einfluß ausüben. Das ist für uns wichtig wegen der Rückwirkung auf die allgemeine Politik. Wir sehen, daß sich in den letzten Jahren immer mehr eine radikale Partei organisiert, die ihren Einfluß auf die Deputierten allmählich geltend macht. Auch die liberale (reaktionäre) und die klerikale Partei organisieren und konsolidieren sich. Das bedeutet ein gewaltiges Stück politische Selbsterziehung der Wähler, die uns vielleicht zuerst Nachteile bringen mag, aber uns als eine Gesundung des politischen Lebens, als ein Anfang des Selbstdenkens der Massen erfreuen muß. Was in dieser Masse von elf Millionen geschieht, ist wichtiger als viele inneren Angelegenheiten der 60000 Parteimitglieder. Die Proportionalwahl fördert diesen Prozeß der großen Parteibildung; an Stelle der Personen treten die Parteien mit ihren Programmen und die jetzt herrschende Unverantwortlichkeit der Deputierten hört auf. Wir werden besser die feindlichen Parteien unterscheiden, während wir jetzt gegen Personen kämpfen müssen. Dabei wird unsere Partei selbst mehr erzogen werden; und sie braucht das, sie braucht vor allem mehr Disziplin und mehr Mitglieder. Die Wirkung der Proportionalwahl ist eine demokratische, da sie die unmittelbare politische Direktive in die Massen legt, statt sie den Deputierten zu überlassen.

„Die Arbeitskonföderation in Italien“ wird von Roberto Foa behandelt. Im Jahre 1900 bestanden nur die lokalen Arbeitskammern; dann haben sich allmählich die nationalen Verbände gebildet; inzwischen war 1901 eine Föderation der Arbeitskammer gegründet worden, die bis 1906 die Bewegung führte, Verbände und Arbeitskammern gründete und Streiks leitete. Im Jahre 1906, als sich viele nationale Verbände gebildet hatten, und eine Arbeiterbewegung sich scharf abzeichnete, wurde sie zur Arbeitskonföderation umgestaltet, die nun seit drei Jahren die Leitung der Bewegung in den Händen hat. Von den 7787000 Arbeitern, die es 1901 in Italien gab (3129000 in der Industrie und 4658000 in der Landwirtschaft), waren 1908 546541 (7 Prozent) organisiert (im Jahre 1907 gar nur 387384), von denen 306957, also 57 Prozent, der Konföderation angehörten; diese verteilten sich auf 177000 Industrie- und 130000 Landarbeiter (die letzten waren größtenteils im letzten Jahre hinzugekommen); die Provinz Reggio-Emilia hat den größten Teil der Mitglieder, an 100000.

Vorher wurden alle großen und politischen Bewegungen des italienischen Proletariats von der sozialistischen Partei geleitet. Jetzt ist an ihre Stelle die Konföderation getreten; die Arbeiterbewegung ist autonom geworden, hat sich von jener Vormundschaft befreit, und entwickelt eine eigene Klassenpolitik. Sie stellt kein einziges Prinzip im voraus fest; die Klassenlage ihrer Mitglieder ist ihr Daseinsgrund; sie stützt sich auf jede Partei, die ihr nützlich sein kann, vor allem auf die sozialistische und die republikanische Partei, und befolgt im allgemeinen eine reformistische Taktik. Die Syndikalisten hatten sich 1906 nicht der Konföderation angeschlossen. Nach drei Jahren heftigen Kämpfens haben sie kürzlich beschlossen, sich der Konföderation anzuschließen und deren Programm anzuerkennen. Die Wirkung der Konföderation bestand hauptsächlich in der Regelung der Unterstützung bei Streiks; die Notwendigkeit dieser Regelung war die erste Ursache ihres Gegensatzes zu der sozialistischen Partei, die schließlich zu einem Abkommen führte, wobei die Partei alles, was sich auf Streiks bezieht, der Konföderation überließ.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 36 Ausgegeben am 3. Juni 1910 28. Jahrgang

Das Begräbnis.

✗ Berlin, 28. Mai 1910.

Schmählich gelebt und schmählich gestorben: dies ist die Grabschrift, die dem Ungetüm gebührt, das gestern unter kläglichen Zuckungen ausgeatmet hat, oder wenn man ihm die Ehren eines borussischen Pathos angedeihen lassen will, so mag man seine Lebensgeschichte in den Worten Treitschkes zusammenfassen: „Die gespannte Teilnahme, womit der Weltteil die Kämpfe verfolgte, stand dem Mitleid näher als der Bewunderung. Kein Schimmer einer Idee durchleuchtete diesen dumpfen Kampf um den Besitz der Macht."

Es ist nicht mehr nötig, die Einzelheiten des trostlosen Spektakels zu rekapitulieren, die in diesen Blättern wiederholt vom Genossen Block in trefflichster Weise dargestellt worden sind. Was sich wie ein roter Faden durch sie hindurchzieht, ist der geistige, moralische und politische Bankrott aller bürgerlichen Parteien, die im deutschen Staatsleben eine herrschende Stellung beanspruchen oder auch einnehmen. In ihnen allen ist der letzte Schimmer der Idee erloschen; keiner von ihnen galt das nationale Interesse auch nur einen Pfifferling; die wilde Jagd um einige Mandate mehr oder weniger war der einzige Trieb, der sie bewegte.

Eine treffliche Illustration zu dem jahrzehntelangen Gejammer, daß die Arbeiterklasse, unbekümmert um das nationale Wohl, nur ihre eigenen Interessen kenne und verfechte! Als ob das Wohl und Wehe einer Nation nicht zusammenfiele mit dem Wohl und Wehe ihrer ungeheuren Mehrheit! Aber auch für die Blinden und Tauben hat der alberne Vorwurf den letzten Rest seiner Zugkraft verloren durch die Tragikomödie der letzten Monate. Man mag lange in den Jahrbüchern der Geschichte suchen, ehe man ähnliche Beispiele einer eigensüchtigen und engherzigen Interessenpolitik findet. Es sei denn in der Geschichte von Staaten, die unwiderruflich dem Untergang geweiht sind. So konnten die herrschenden Klassen des alten Frankreich nicht von ihren giftigen und schmutzigen Katzbalgereien lassen, als für alle sehenden Augen schon die Revolution an die Tore pochte.

Niemand kann von den herrschenden Klassen beanspruchen, daß sie dem proletarischen Klassenkampf anders als mit äußerster Feindseligkeit gegenüberstehen. Er bedroht ihre Existenz, und sie haben ganz recht, wenn sie annehmen, daß es sich um keine leere Drohung handelt. Nicht aus ihrem Widerstande gegen die Arbeiterbewegung läßt sich deshalb das Maß ihrer inneren Auflösung erkennen, wohl aber aus der Art ihres Widerstandes. Fühlen sie sich noch einigermaßen sicher, oder haben sie, was auf dasselbe hinausläuft, noch einiges historische Recht zur Herrschaft, so werden sie von dem Instinkt der Macht niemals so gänzlich verlassen sein, um ihrem gemeinsamen Klasseninteresse nicht einen gewissen Vorrang vor den Sonderinteressen ihrer einzelnen Schichten einzuräumen. So sehr sie die Arbeiterbewegung hassen und bekämpfen, so wird ihr Haß sie niemals so völlig verblenden, um zu verkennen, daß sie dem Feinde, der in geschlossenen Reihen anrückt, auch geschlossene Reihen entgegenstellen müssen. Sie werden den Kampf niemals so führen, daß er notgedrungen sie selbst verschlingt.

Noch ist es niemals in der Geschichte dagewesen — und es widerspricht zu sehr der Natur der Dinge, um je dasein zu können —, daß herrschende Klassen aus freiem Antrieb das Los der unterdrückten Klassen mildern. Sie tun es, wenn sie es tun, im eigenen Interesse oder weil sie den Zorn der Unterdrückten fürchten oder aus beiden Gründen zugleich. So wirkte beides zusammen, als sich der moderne Absolutismus um die Emanzipation der bäuerlichen Klasse bemühte oder als die moderne Industrie sich zur Arbeiterschutzgesetzgebung bequemte. Es ist allemal die reine Heuchelei, wenn die herrschenden Klassen sich in solchen Fällen anstellen, als handelten sie aus reinem Edelmut, aber sie wissen, daß sie auf diese Weise noch am ehesten ihre Herrschaft befestigen. Immer unter der Voraussetzung, daß ihre Herrschaft noch historische Wurzeln hat, daß sie demgemäß noch den Instinkt der Macht besitzen.

Auch der Anlauf zu einer Reform des preußischen Wahlrechtes war ebenso durch die eigenen Interessen der herrschenden Klassen wie durch den Ansturm des proletarischen Klassenkampfes geboten. Dies Wahlrecht oder vielmehr Wahlunrecht siechte an seinem inneren Widersinn dahin, und sobald es zum Gegenstand einer die Massen bis auf den tiefsten Grund aufwühlenden Bewegung wurde, waren seine Tage gezählt. Von vornherein war ausgeschlossen, daß die herrschenden Klassen sich alsbald zum allgemeinen Wahlrecht bekehren würden, trotz des platonischen Bekenntnisses des ohnmächtigen Freisinns, der, als er noch das preußische Abgeordnetenhaus beherrschte, die Dreiklassenwahl ebenso zärtlich gestreichelt hat, wie es heute die Junker tun. Aber irgend eine nette Abschlagszahlung mußten die herrschenden Klassen leisten, wenn sie sich überhaupt ans „Reformieren" machten, und die Nationalliberalen waren in ihrer Weise nicht ganz übel beraten, wenn sie wenigstens die direkte und geheime Wahl forderten. Das hätte immerhin nach etwas ausgesehen und, solange die Wurzel des Übels blieb, die Ungleichheit der Wahl, hätte es den herrschenden Klassen noch nicht wehe getan.

Statt dessen das Gefauche und Gezanke um die eigenen kleinen Profitchen, das wir seit Monaten schaudernd mit erlebt haben! Um des elendesten Man-

datsschachers willen, um die jämmerliche Frage, ob diese Sorte Reaktionäre ein halbes Dutzend Mandate mehr, oder jene Sorte Reaktionäre ein halbes Dutzend Mandate weniger erhalten könne, mißhandelten alle Sorten von Reaktionären ihr gemeinsames Klasseninteresse, unbekümmert darum, ob sie dadurch ihren Todfeinden ein seltenes Gaudium bereiteten. Unter diesen Mißhandlungen hauchte schließlich der traurige Wechselbalg seine arme Seele aus und von dem verscharrten Leichnam schlich sich eine Schar zerprügelter Hunde zum Friedhof hinaus.

Ob dieser Ausgang für die proletarischen Interessen günstiger ist oder ob es noch günstiger für sie gewesen wäre, wenn die Mißgeburt irgendwie ein künstliches Leben erlangt hätte, das ist im Grunde eine Doktorfrage. Möglich, daß im zweiten Falle die Verräterei der Nationalliberalen sich noch drastischer offenbart hätte, aber auch so haben wir schon genug davon erlebt, und der rein negative Ausgang wirkt drastischer und schneidet alle Mogeleien der herrschenden Parteien gründlicher ab. Je klarer ihre völlige Impotenz vor aller Welt Augen liegt, um so nachdrücklicher kann und wird die proletarische Wahlbewegung einsetzen.

An dieser Impotenz hat auch die Regierung ihr gerüttelt und geschüttelt Teil. Es ist sogar wahrscheinlich, daß auf Herrn v. Bethmann Hollweg zumeist als den allgemeinen Sündenbock eingeschlagen werden wird, und irgendwelches Mitleid mit seiner traurigen Gestalt wäre gewiß am unrechten Platze. Aber historisch und politisch wäre es völlig verkehrt, in seinen persönlichen Unzulänglichkeiten, so groß sie sein mögen, die Ursachen des furchtbaren Krachs zu suchen. In ihnen spiegelt sich eben auch nur die innere Auflösung der herrschenden Klassen wider, die kein Genie mehr weder erzeugen noch ertragen können. An der tatsächlichen Lage der Dinge ändert das Bleiben oder das Gehen des gegenwärtigen Reichskanzlers nichts.

Die Entscheidung der Dinge liegt ganz wo anders, vor allem in der Hand des Proletariats. Selbst in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes haben ihm die Sterne kaum so günstig geleuchtet, wie gegenwärtig, und unaufhaltsam rückt der Tag heran, wo ihm eine reichere Ernte winkt, als jemals früher. Dem Niedergang der herrschenden Klassen entspricht der Aufstieg der arbeitenden Klassen. So will es das eherne Gesetz der Geschichte.

Ermattung oder Kampf?

Von Rosa Luxemburg.

(Schluß.)

III.

Kommen wir zur Hauptsache.

Genosse Kautsky sucht die Frage, ob jetzt in Deutschland an einen Massenstreik gedacht werden könne, auf die breite Basis einer allgemeinen Theorie über Strategien zu stellen. Bis zum Pariser Kommuneaufstand sei für die revolutionären Klassen die „Niederwerfungsstrategie“ maßgebend gewesen, seitdem aber sei die „Ermattungsstrategie“ an ihre Stelle getreten. Dieser Ermattungsstrategie verdankte die deutsche Sozialdemokratie ihr ganzes Wachs-

tum und ihre bisherigen glänzenden Erfolge, und wir hätten keinen Grund, jetzt mit einem Massenstreik diese siegreiche Strategie zu verlassen, um zur Niederwerfungsstrategie überzugehen. Die Auseinandersetzungen des Genossen Kautsky über die zwei Strategien und die Vorteile der Ermattungsstrategie sind offenbar der wichtigste Pfeiler seiner Argumentation. Namentlich verleiht Genosse Kautsky seiner Stellungnahme dadurch die größte Autorität, daß er seine „Ermattungsstrategie" direkt zum „politischen Testament" Friedrich Engels' erklärt. Leider beruht hier die ganze Argumentation auf einem neuen Worte, einer neuen Etikette für alte, wohlbekannte Dinge. Legt man aber diesen neuen und irreführenden Namen auf die Seite, dann hat die Streitfrage mit Friedrich Engels sehr wenig zu tun. Was steckt, konkret gesprochen, hinter jener angeblichen „Ermattungsstrategie", die Genosse Kautsky so preist und der die deutsche Sozialdemokratie ihre bisherigen glänzenden Erfolge verdankt? Die Ausnutzung der parlamentarischen Mittel des bürgerlichen Staates zum täglichen Klassenkampf, zur Aufklärung, Sammlung und Organisation des Proletariats. Für diese „neue Strategie" waren übrigens nicht erst seit der Pariser Kommune die Grundlagen gelegt, sondern namentlich in Deutschland schon fast ein Jahrzehnt früher durch die Agitation Lassalles, der darin, wie Engels sagt, nur ein Vollstrecker der Weisungen des Kommunistischen Manifestes war. Diese Taktik empfiehlt und begründet in der Tat Friedrich Engels in seinem berühmten Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich". Anstatt indes wie Genosse Kautsky allgemeine Schemata über Strategien aufzustellen, sagt Engels ganz deutlich, worin die von ihm empfohlene Taktik besteht, namentlich aber — gegen welche andere Taktik sie gerichtet ist. „Alle bisherigen Revolutionen liefen hinaus auf die Verdrängung einer bestimmten Klassenherrschaft durch eine andere; alle bisherigen herrschenden Klassen waren aber nur kleine Minoritäten gegenüber der beherrschten Volksmasse. Eine herrschende Minorität wurde so gestürzt, eine andere Minorität ergriff an ihrer Stelle das Staatsruder und modelte die Staatseinrichtungen nach ihren Interessen um." Da alle diese Umwälzungen eigentlich Minoritätsrevolutionen waren, so kamen sie auf dem Wege von Überrumpelungen zustande. Auf demselben Wege einer Überrumpelung durch eine revolutionäre Minorität hoffte man 1848 die sozialistische Umwälzung einleiten zu können.

„Die Geschichte", sagt Engels, „hat uns und allen, die ähnlich dachten, unrecht gegeben. Sie hat klar gemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion", daß es „1848 unmöglich war, die soziale Umgestaltung durch einfache Überrumpelung zu erobern". Es wurde klar, daß erst im langen Entwicklungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft die objektiven Grundlagen für die sozialistische Umwälzung und in einem langen zähen täglichen Klassenkampf die Vorbereitung des Proletariats zu seiner Mission bei dieser Umwälzung erreicht werden könne. „Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es

gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt." Und nun hebt Engels als hervorragendste Waffe in diesem Sinne — die Benutzung des allgemeinen Stimmrechtes hervor. „Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechtes war — eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus." Auf der anderen Seite zeigt Engels, wie sich gleichzeitig die Chancen für revolutionäre Überrumpelungen alten Stils auch äußerlich verschlechtert hätten. „Denn auch hier hatten sich die Bedingungen des Kampfes wesentlich verändert. *Die Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden*, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab, war bedeutend veraltet." Nachdem Engels die militärtechnische Seite des Barrikadenkampfes in den modernen Bedingungen beleuchtet hat, sagt er: „Dies Wachstum — der deutschen Sozialdemokratie, wie sie es dank der Ausnutzung des allgemeinen Wahlrechtes aufweist — ununterbrochen im Gange zu halten, bis es dem herrschenden Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst, das ist unsere Hauptaufgabe. Und da ist nur ein Mittel, wodurch das stetige Anschwellen der sozialistischen Streitkräfte in Deutschland momentan aufgehalten und selbst für einige Zeit zurückgeworfen werden könnte: ein Zusammenstoß auf großem Maßstab mit dem Militär, ein Aderlaß wie 1871 in Paris." Daher sucht die verzweifelte Bourgeoisie uns zu einem solchen zu verleiten. Beweis: die Umsturzvorlage.

Dies das „politische Testament" von Friedrich Engels, wie es vor fünfzehn Jahren im Moment, wo die Zuchthausvorlage erschien, veröffentlicht wurde. Klar, deutlich, konkret kritisiert er den vormärzlichen utopischen Sozialismus, der durch einen Barrikadenkampf die Verwirklichung des Endziels einzuleiten gedachte, und stellt ihm den modernen sozialdemokratischen Tageskampf entgegen, der namentlich den Parlamentarismus ausnutzt.

Und nun frage ich: Was hat dieses „Testament" von Engels in aller Welt mit der heutigen Situation und mit unserer Frage vom Massenstreik zu tun? Hat denn irgend jemand an eine plötzliche Einführung des Sozialismus durch den Massenstreik gedacht? Oder ist es irgend jemand eingefallen, auf einen Barrikadenkampf, auf „einen Zusammenstoß mit dem Militär auf großem Maßstab" hinzuarbeiten? Oder endlich gedachte vielleicht irgend ein Mensch, gegen die Benutzung des allgemeinen Wahlrechtes, gegen die Ausnutzung des Parlamentarismus zu eifern?

Es ist klar: indem Genosse Kautsky das Engelssche „Testament" gegen die Losung des Massenstreiks im heutigen preußischen Wahlrechtskampf ins Feld führt, ficht er wiederum siegreich in der Luft gegen ein *anarchistisches Gespenst* vom Massenstreik, und es sind offenbar die eingefrorenen Trompetentöne Domela Nieuwenhuis', die ihn plötzlich zu seinem Feldzug aufgescheucht haben.[1] Andererseits wendet sich aber das Engelssche „Testament", sofern es

[1] Es ist übrigens interessant, die Stellung der heutigen Anarchisten zum Massenstreik in Deutschland kennen zu lernen. Auf ihrer jüngsten Tagung in Halle während des Pfingstfestes — es scheint, daß noch einige Dutzend von dieser Sorte in Deutschland existieren — haben sie nach dem Bericht des „Berliner Tageblatts" folgende Weisheit verzapft:

> Nach der im Anarchismus vorherrschenden Meinung ist ein bloßer *Demonstrationsstreik* absolut *verwerflich*. Ein ernsthaft unternommener *politischer Massenstreik*, bei dem die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werden dürfe, als bis das gesteckte Ziel erreicht sei, bedeute aber den Anfang zur großen *Revolution*. Diese würde aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein *Unglück* für das gesamte Proletariat

die veraltete Taktik der Überrumpelungen kritisiert, höchstens gegen den Genossen Kautsky selbst, der ja den Massenstreik als einen vom „Kriegsrat“ geheim ausgeheckten Überrumpelungsstreich auffaßt.

Wie wenig die vom Genossen Kautsky verteidigte „Ermattungsstrategie“ in Wirklichkeit mit dem „politischen Testament“ von Engels zu tun hat, beweist ein heiterer Umstand. Gleichzeitig mit dem Genossen Kautsky tritt in den „Sozialistischen Monatsheften“ Ed. Bernstein gegen die Losung des Massenstreiks in der gegenwärtigen Situation auf. Mit denselben Argumenten, stellenweise in fast wörtlicher Übereinstimmung mit Genossen Kautsky, will Bernstein den Demonstrationsstreik vom „Zwangsstreik“ ebenso wie den gewerkschaftlichen Streik vom politischen streng geschieden wissen und wettert gegen jene „Spieler“, die die gefährliche Losung eines „Zwangsstreiks“ jetzt in die Massen werfen. Eine solche Taktik sei nicht angemessen „für Vertreter der Bewegung der Arbeiterklasse, die die Gewißheit ihres sozialen Aufstiegs in sich trägt, für die aber als das sicherste Mittel zur Verwirklichung dieses Aufstiegs sich in Deutschland die unablässige Organisationsarbeit bewährt habe“. Auf die Gefahren eines Massenstreiks ankommen zu lassen, „liege wahrhaftig kein Grund vor, wo die deutsche Arbeiterbewegung auf dem bisher von ihr beobachteten Wege vielleicht langsam, aber stetig und sicher Schritt für Schritt vorwärts gekommen sei“. Bernstein, nicht Engels, verteidigt hier die „Ermattungsstrategie“ des Genossen Kautsky. Diese Ermattungsstrategie bedeutet aber ganz etwas anderes als das Engelssche Testament.

Der Massenstreik, wie er gegenwärtig im preußischen Wahlrechtskampf zur Debatte steht, war und ist von keinem Menschen als Gegensatz zum Parlamentarismus, sondern als seine Ergänzung, ja, als Mittel, parlamentarische Rechte zu erringen, gedacht. Nicht als Gegensatz zum täglichen Werke der Schulung, Aufklärung und Organisierung der Massen, sondern als ein hervorragendes Mittel, gerade die Schulung, Aufklärung und Organisierung der proletarischen Massen zu fördern. Da Genosse Kautsky nun diesem so gedachten Massenstreik unsere altbewährte Taktik des Parlamentarismus entgegenstellt, empfiehlt er in Wirklichkeit vorläufig und für die gegenwärtige Situation einfach Nichtsalsparlamentarismus; nicht im Gegensatz zum utopischen Barrikadensozialismus, wie Engels, sondern im Gegensätz zur sozialdemokratischen Massenaktion des Proletariats zur Erringung und Ausübung politischer Rechte.

In der Tat weist uns Genosse Kautsky — dies der Grundpfeiler seiner Ermattungsstrategie — mit Nachdruck auf die kommenden Reichstagswahlen

---

bedeuten; denn die herrschenden Klassen schlafen nicht. . . . Soweit würde es aber kaum kommen, denn zum ernsthaften Massenstreik fehle es der Sozialdemokratie eben an Menschenmaterial, da die Generalkommission für den ernsthaften Massenstreik nicht zu haben sei, und was diese nicht wolle, könne die Partei nicht durchführen.

. . . Sämtliche Delegierten waren sich darüber klar, daß ein ernsthafter Massenstreik zurzeit nur eine Verschlechterung der sozialen Lage des Proletariats bringen könne, während ein Demonstrationsstreik den Grundsätzen des Anarchismus widerspreche.

Man sieht, es ist das Typische das Raisonnement der Anarchisten: der Massenstreik als ein einmaliger großer Streik, die „große Revolution“, seine Ausführung abhängig davon, ob „die Generalkommission“ für ihn „zu haben ist“ oder nicht. Und von einer solchen Auffassung kommt man eben heute dazu, zu erklären, der Massenstreik wäre „ein Unglück“ für das Proletariat.

hin. Von diesen Reichstagswahlen sei alles Heil zu erwarten. Sie bringen uns sicher einen überwältigenden Sieg, sie werden eine ganz neue Situation schaffen, sie geben uns eine breitere Basis zum Kampfe, sie können allein die Bedingungen herstellen, unter denen wir an eine „Niederwerfungsstrategie“, will sagen einfach an eine Massenaktion denken können, sie werden „eine Katastrophe des ganzen herrschenden Regierungssystems“ bringen, sie geben uns jetzt schon „in der Tasche den Schlüssel zu dieser gewaltigen historischen Situation“. Mit einem Worte, der Himmel der kommenden Reichstagswahlen hängt für uns Sozialdemokraten so voller Geigen, daß wir sträflich leichtsinnig wären, angesichts eines so sicher „in der Tasche“ steckenden zukünftigen Sieges durch den Wahlzettel jetzt an einen Massenstreik zu denken.

Ich glaube nicht, daß es gut und angebracht ist, unseren künftigen Sieg bei den Reichstagswahlen in gar so leuchtenden Farben der Partei vorzumalen. Ich glaube vielmehr, daß es ratsamer wäre, uns auf die Reichstagswahlen, wie immer, mit allem Eifer und aller Energie, aber ohne übertriebene Erwartungen vorzubereiten. Wenn wir siegen und in welchem Maße wir siegen, werden wir ja erleben. Im voraus künftige Siege auskosten, liegt so gar nicht im Wesen ernster revolutionärer Parteien, und ich bin ganz der Ansicht des Genossen Pannekoek, daß es besser wäre, solche phantastische Perspektiven, wie eine Verdoppelung unserer Stimmenzahl, gar nicht erst zu erwähnen.

Aber vor allem: was hat der künftige Reichstagswahlsieg mit der Frage des preußischen Wahlrechtskampfes heute zu tun? Genosse Kautsky meint, der Ausfall der Reichstagswahlen würde „eine ganz neue Situation“ schaffen. Worin jedoch diese neue Situation bestehen soll, ist zunächst unklar. Wenn wir nicht der phantastischen Hoffnung leben, daß wir plötzlich die Mehrheit der Mandate kriegen, wenn wir auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben und selbst die Annahme von einem Wachstum unserer Fraktion auf etwa 125 Mann ins Auge fassen, so ist damit zunächst noch durchaus keine Umwälzung in den politischen Verhältnissen gegeben. Wir bleiben immer noch eine Minorität im Reichstag, der eine geschlossene reaktionäre Mehrheit entgegensteht, und daß unser Wahlsieg auf die preußische Reaktion so überwältigend wirken würde, daß sie uns plötzlich das gleiche Wahlrecht in Preußen aus freien Stücken konzediert, glaubt Genosse Kautsky wohl selbst nicht. Die ganz „neue Situation“ kann also nur in einem bestehen — im Staatsstreich, in der Kassierung des Reichstagswahlrechtes. Dann, meint Genosse Kautsky, werden wir mit allen Mitteln, auch mit dem Massenstreik vorgehen. Die „Ermattungsstrategie“, die gegen eine größere Massenaktion für heute eifert, ist verknüpft mit einer Spekulation auf den Staatsstreich, der uns erst zu großen Aktionen befähigen soll. Nun hat diese Spekulation auf die Zukunft mit allen derartigen Spekulationen das gemein, daß sie eben — Zukunftsmusik ist. Tritt der Staatsstreich nicht ein, sondern wird das bisherige Fortwursteln im Zickzackkurs fortgesetzt — und Genosse Kautsky muß selbst zugeben, daß *dieses* Ergebnis der Reichstagswahlen das allerwahrscheinlichste ist —, so fällt auch die ganze Kombination mit der „neuen Situation“ und unseren großen Aktionen in sich zusammen. Suchen wir freilich unsere Taktik nicht auf die Reichstagswahlen und den Staatsstreich zuzuspitzen, wollen wir uns überhaupt nicht auf bestimmte Zukunftskombinationen einrichten, dann kann uns die Frage, ob wir mehr oder weniger Mandate bei den nächsten Wahlen erobern, ob der Staatsstreich dann erfolgt oder nicht,

ziemlich kühl lassen. Tun wir nur in jedem Moment in der Gegenwart unsere Pflicht, um in jeder gegebenen Situation das Höchstmaß an Aufrüttelung und Aufklärung der Massen zu leisten und auf der Höhe der Situation und ihrer Anforderungen zu sein, dann werden wir bei jedem weiteren Gange der Ereignisse unsere Rechnung finden. Will man hingegen, wie Genosse Kautsky, eine ganze „Ermattungsstrategie" für heute mit einer Aussicht auf Großtaten der „Niederwerfungsstrategie" im nächsten Jahre begründen, wobei diese letztere auch noch erst von einem eventuellen Staatsstreich abhängig ist, dann bekommt unsere „Strategie" eine leichte Ähnlichkeit mit derjenigen der kleinbürgerlichen Demokraten in Frankreich, die Marx im „Achtzehnten Brumaire" so genial charakterisiert hat: Über die eigenen Halbheiten und Niederlagen in der Gegenwart pflegten sie sich mit der Hoffnung auf Großtaten bei der nächsten Gelegenheit zu trösten. „Über den 13. Juni vertrösteten sie sich mit der tiefen Wendung: Aber wenn man das allgemeine Wahlrecht anzugreifen wagt, aber dann! Dann werden wir zeigen, wer wir sind. Nous verrons" ...

IV.

Andererseits kommt der Protest des Genossen Kautsky im Namen der „Ermattungsstrategie", die alle ihre Hoffnungen auf die kommenden Reichstagswahlen setzt, reichlich spät. Nicht erst gegen die jetzige Erörterung des Massenstreiks hätte er seinen Mahnruf richten sollen, sondern bereits gegen die Straßendemonstrationen, ja gegen den ganzen Zuschnitt der Wahlrechtsbewegung in Preußen, wie sie durch den preußischen Parteitag im Januar eingeleitet worden ist. Auf diesem Parteitag schon ist der leitende Gesichtspunkt der ganzen Wahlrechtskampagne mit Nachdruck formuliert worden, nämlich, daß die preußische Wahlreform nicht durch parlamentarische Mittel — also weder durch die Tätigkeit innerhalb des Parlaments, noch durch noch so glänzende Parlamentswahlen — erreicht werden könne, sondern einzig und allein durch eine scharfe Massenaktion draußen im Lande. „Es gilt eine Volksbewegung größten Stiles auf den Plan zu rufen," erklärte dort der Referent unter lebhaftem Beifall, „sonst werden die Entrechteten kläglich geäfft und betrogen werden. Und was noch schlimmer ist, wir selbst würden uns die Schuld daran zuzuschreiben haben, daß das Volk so betrogen wird."

Dem Parteitag lagen bereits fünf Anträge — aus Breslau, Berlin, Spandau-Osthavelland, Frankfurt a. M. und Magdeburg — vor, die die Anwendung schärferer Mittel, der Straßendemonstrationen und des Massenstreiks, forderten. Die Resolution, die dann einstimmige Annahme fand, stellt die Anwendung im Wahlrechtskampf „aller zu Gebote stehenden Mittel" in Aussicht, und der Referent gab ihr folgenden Kommentar in seiner Rede: „Meine Resolution hat ausdrücklich davon Abstand genommen, Straßendemonstrationen oder den politischen Massenstreik zu erwähnen. Aber diese Resolution soll bedeuten — ich wünsche, daß der Parteitag sie auch so auffaßt —, daß wir entschlossen sind, alle uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden." Wann diese Mittel zur Anwendung kämen, das hängt immer ab „von dem Grade der Entflammung, der durch unsere Aufklärung und Aufrüttelung in den Massen hervorgerufen wird. Wir müssen das Hauptgewicht darauf legen, daß wir vor allem für diese Entflammung der Massen im Wahlrechtskampf zu arbeiten haben."

Die Demonstrationen, die seit dem preußischen Parteitag einsetzten, waren somit von vornherein im Zusammenhang mit der Losung eines eventuellen

Massenstreiks gedacht, als Mittel, jenen Grad der „Entflammung der Massen" zu erreichen, bei dem die schärfsten Mittel zur Anwendung kämen. Diese Demonstrationen fielen also bereits bedenklich aus dem Rahmen der „Ermattungsstrategie" ins Gebiet der „Niederwerfungsstrategie" heraus und leiteten zu dieser letzteren direkt hinüber.

Dies auch noch aus einem weiteren Grunde. Gehört es zur „Ermattungsstrategie", daß man im Sinne des Engelsschen Testaments vom Jahre 1895 jede Eventualität eines Zusammenstoßes mit der Militärmacht vermeidet, dann sind die Straßendemonstrationen allein und mehr noch als der Massenstreik bereits ein Bruch mit jener „Strategie". Um so seltsamer erscheint nun, daß Genosse Kautsky seinerseits doch Demonstrationen befürwortet, ja er gibt zu, daß es notwendig sei, „vor allem die Straßendemonstration weiter zur Anwendung zu bringen, darin nicht zu erlahmen, sie im Gegenteil immer machtvoller zu gestalten". Aber er will Demonstrationen ohne Steigerung, ohne Zuspitzung. Die Demonstrationen sollen „immer machtvoller" sein, sie sollen aber nicht „um jeden Preis vorwärts" gehen, sie sollen „nicht erlahmen", sich aber nicht zuspitzen. Mit einem Worte: die Demonstrationen sollen nicht vorwärts und nicht rückwärts gehen.

Dies ist nun eine rein theoretische Auffassung der Demonstrationen, der Massenaktion überhaupt, die mit den wirklichen praktischen Bedingungen, mit der lebendigen Wirklichkeit nicht viel rechnet. Wenn wir große proletarische Massen auf die Straße zur Demonstration rufen; wenn wir ihnen erklären, die Situation sei eine derartige, daß einzig und allein durch ihre eigene Massenaktion, nicht durch parlamentarische Aktionen, der Zweck erreicht werden könne; wenn es uns gelingt, immer mehr die Massen zu entflammen; wenn die Straßendemonstrationen immer mächtiger und der Elan, die Kampfstimmung, immer größer, zugleich die unvermeidliche Verschärfung der Verhältnisse mit der Staatsmacht, die Möglichkeit der Zusammenstöße mit der Polizei und dem Militär immer größer wird, dann ersteht in den Massen von selbst die Frage: Was weiter? Die Demonstrationen bringen ja die Lösung nicht; sie sind der Anfang, nicht das Ende der Massenaktion; sie schaffen zugleich von selbst eine Zuspitzung der Lage. Und wenn die von uns entfachte Massenbewegung nach weiteren Direktiven, weiteren Aussichten ruft, so müssen wir ihr diese weiteren Aussichten zeigen, oder — wenn wir das aus diesem oder jenem Grunde nicht imstande sind — dann bricht auch die Demonstrationsbewegung über kurz oder lang zusammen, sie muß zusammenbrechen.

Genosse Kautsky bestreitet dies. Er beruft sich auf Österreich: „Über ein Dutzend Jahre hat dort der Wahlrechtskampf gedauert; schon 1894 wurde die Anwendung des Massenstreiks von den österreichischen Genossen erwogen, und doch vermochten sie bis 1905 ihre glänzende Massenbewegung ohne jede Steigerung und Zuspitzung im Gange zu halten. — Nie sind die Genossen Österreichs in ihrem Wahlrechtskampf über Straßendemonstrationen hinausgegangen, und doch verschwand nicht ihr Elan, brach ihre Aktion nicht zusammen."

Genosse Kautsky irrt sich in bezug auf die Tatsachen in Österreich, wie er sich in bezug auf die Tatsachen des belgischen Wahlrechtskampfes geirrt hat.

Die Genossen in Österreich vermochten so wenig über ein Dutzend Jahre „ihre glänzende Massenbewegung" im Gange zu halten, daß diese Massenbewegung vielmehr von 1897 bis 1905, also etwa acht Jahre lang, vollständig daniederlag. Darüber haben wir ein zuverlässiges Zeugnis — in der Gestalt

sämtlicher Parteitage der österreichischen Genossen für diese Zeit. Seit 1898 bis 1905 bilden nämlich die Klagen über den Zusammenbruch der Massenaktion, über das Daniederliegen des Wahlrechtskampfes eine ständige herrschende Note aller Parteitage. Schon auf dem Parteitag in Linz im Jahre 1898 bemängelt Genosse Winarsky, daß im Referat über die Parteitaktik „über das allgemeine Wahlrecht fast gar nichts gesprochen" wurde und erklärt: „es müsse wieder ein Sturm auf diese Bastion unternommen werden". Dieselben Forderungen und Klagen wurden laut auf dem Parteitag in Brünn 1899. Auf dem Parteitag in Graz im Jahre 1900 konstatiert Emmerling: „Seit dem Jahre 1897 haben wir den Kampf für das allgemeine Wahlrecht vollständig eingestellt." Skaret meint, „daß es heute an uns sein wird, aus dem Parteitag heraus eine Wahlrechtsbewegung zu machen". Pölzer teilt mit: „Die Genossen sagen: seitdem wir die fünfte Kurie haben, ist es so, als ob die Generale hypnotisiert wären, es rührt sich nichts mehr. Ich meine also, es müssen überall Demonstrationsversammlungen für das allgemeine Wahlrecht abgehalten werden." Bartel erklärt: „In dem Manifest der Parteivertretung und des Verbandes wurde ein schüchterner Aufruf zum Wahlkampf erlassen. Wir haben in der Provinz aufgeatmet, weil wir meinten, endlich werde etwas geschehen. Es geschah aber nichts und wir stehen dort, wo wir vor dem Manifest standen." Sämtliche Redner äußerten sich in demselben Sinne. Dieselben Klagen wiederholen sich auf dem Parteitag in Wien 1901, in Aussig 1902 und wieder in Wien 1903. Auf dem Parteitag in Salzburg im Jahre 1904 endlich gab es einen ganzen Sturm des Unwillens über den Stillstand in der Wahlrechtsbewegung. Pölzer rief: „Ja, was wird denn eigentlich geschehen? — Genossen, das geht nicht weiter. Wenn wir Drohungen aussprechen, müssen wir sie verwirklichen, — eingreifen gilt es mit aller Macht, denn lange genug haben wir bloß gedroht." Schuhmeier konstatiert: „Es läßt sich nicht leugnen, daß in unseren Reihen die Stimmung abgeflaut ist, daß das Feuer der Kampfesbegeisterung nachgelassen hat." So groß war die allgemeine Gedrücktheit, der Elan so gering, daß Schuhmeier in Salzburg — ein knappes Jahr vor dem siegreichen Sturm im November 1905 — erklären konnte: „Ich bin heute überzeugt, daß wir vom allgemeinen Wahlrecht weiter entfernt sind als je." Freundlich stellt fest, „es herrsche in den Massen eine Hoffnungslosigkeit und Teilnahmlosigkeit gegenüber dem politischen Leben, wie sie in diesem Umfange noch nicht beobachtet worden sei". Pernerstorfer meinte, nicht einmal Straßendemonstrationen wären mehr zustande zu bringen: man fordere, „daß wir auf die Straße gehen, daß wir die Parteigenossen auffordern, eine Art Demonstration zu beginnen, wie sie ja auch schon einmal gemacht worden sind, — nun meinen wir aber ganz ernstlich, daß wir mit einer solchen Aktion jetzt ein Fiasko erleben würden". Winarsky sagt ausdrücklich: „Wir haben sieben Jahre gewartet, und ich glaube, es ist endlich notwendig, daß diese Zeit des Wartens im Interesse der Partei ein Ende nehme."

Mit der „glänzenden Massenbewegung", die in Österreich zwölf Jahre lang im Fluß erhalten wurde, und dem Elan, der nicht nachließ, sah es also ziemlich dürftig aus. Freilich lag die Schuld nicht an der Parteileitung. Die wirkliche Ursache hat Adler schon in Linz erschöpfend nachgewiesen — indem er sagte: „Sie verlangen — man möge eine Wahlrechtsbewegung ins Werk setzen, — offenbar eine Bewegung, die mit derselben Entschiedenheit auftritt, wie die, die wir vor mehreren Jahren hatten. Demgegenüber erkläre ich

Ihnen: Heute können wir das nicht tun, vielleicht müssen wir es morgen tun, ich weiß es nicht. Daß wir es aber heute nicht tun können, das ist klar. Solche Bewegungen werden nicht ins Werk gesetzt, weil man sie machen will, solche Bewegungen müssen sich als innere Notwendigkeit aus den Verhältnissen ergeben." Und seitdem mußte dasselbe auf jedem Parteitag wiederholt werden, denn das „Morgen", an dem eine Massenbewegung für das Wahlrecht in Österreich wieder möglich wurde, ergab sich erst — im Jahre 1905, als unter dem unmittelbaren Eindruck des siegreichen Massenstreiks in Rußland, der das Verfassungsmanifest des 30. Oktober erzwungen hatte, die auf dem Parteitag versammelten Genossen die Verhandlungen abbrachen, um auf die Straße zu steigen, entschlossen, „russisch zu reden", wie sie zehn Jahre früher entschlossen waren, „belgisch" zu reden.

Während also das Proletariat in Österreich tatsächlich nur in den zwei stürmischen Anläufen der Massenbewegung die Wahlreform durchgesetzt hat, die es anfangs der neunziger Jahre unter dem Anstoß des belgischen Massenstreiks und 1905 unter dem Anstoß des russischen Massenstreiks genommen hatte, lehnt Genosse Kautsky sowohl das belgische wie das russische Beispiel für Preußen ab, um uns als Muster auf jene dazwischenliegende achtjährige Periode in Österreich zu verweisen, in der die Wahlrechtsbewegung als Massenaktion in Wirklichkeit völlig daniederlag. Und in beiden Fällen, sowohl bei der Erringung der Taaffeschen Kurie des allgemeinen Wahlrechts wie bei der Erringung der jüngsten Wahlreform, war die Massenbewegung in Österreich mit der Entschlossenheit zum Massenstreik fest verknüpft. Im Jahre 1905 waren ja, wie Genosse Kautsky wohl weiß, sogar die Vorbereitungen zum Massenstreik in ernstester Weise getroffen. Es kam zum Massenstreik nur deshalb nicht, weil in beiden Fällen die der Wahlreform zugeneigte Regierung sehr bald die Konzession machte. Bezeichnenderweise tauchte auch in Österreich, als in der tristen Zwischenzeit nach Mitteln gesucht wurde, die Massenbewegung zu beleben, jedesmal wieder — die Losung des Massenstreiks auf. In Graz wie in Salzburg verwandelte sich die Debatte über die Wahlrechtsbewegung in eine Debatte über den Massenstreik. Die Genossen fühlten nämlich alle, was Resel in Graz ausgesprochen hat: „eine Wahlrechtsbewegung könne man nur dann einleiten, wenn man sie bis zum Äußersten durchzuführen entschlossen sei." Freilich genügt die Entschlossenheit allein nicht, denn weder Massenstreiks noch Massendemonstrationen lassen sich künstlich aus dem Boden stampfen, wenn die politische Situation einerseits und die Stimmung der Massen andererseits nicht eine entsprechende Steigerung erfahren haben. Man soll sich aber keinen Illusionen hingeben, daß man umgekehrt eine Massenbewegung, daß man Demonstrationen jahrelang ohne Steigerung und ohne die Entschlossenheit zum schärfsten Kampf aufrechterhalten könne.

Wie wenig dies möglich ist, beweist der bisherige Verlauf unserer eigenen Wahlrechtsbewegung in Preußen. Daß vor zwei Jahren die begonnene erste Demonstrationsbewegung nach kurzer Zeit eingestellt wurde, obwohl der Elan der proletarischen Masse durchaus nicht im Abflauen begriffen war, ist ja eine bekannte Tatsache. Aber auch in diesem Jahre verrät die Bewegung in gewisser Hinsicht dieselben Züge. Bei jeder großen Demonstration, die in Berlin veranstaltet wurde, hatte man das deutliche Gefühl, daß sie mit dem inneren Gedanken unternommen wurde: „Nun aber Schluß!" Nach der großartigen Demonstration im Tiergarten am 6. März,

die ein großer Schritt vorwärts war von der Demonstration des 12. Februar, war die Stimmung der Massen in Berlin so gehoben, daß sich für die Partei, wenn es ihr wirklich darum zu tun war, die Demonstrationen „immer mächtiger“ zu gestalten, die Pflicht ergab, eine nächste passende Gelegenheit zu ergreifen, um eine neue noch wirksamere Demonstration zu veranstalten. Eine solche Gelegenheit bot sich aber, und eine glänzende — am 18. März oder wenigstens am nächsten Sonntag nach dem 18. März. Anstatt dessen, und um dieser Demonstration aus dem Wege zu gehen, wurden am 15. März jene drei Dutzend Versammlungen in Berlin angeordnet, die angesichts der Stimmung der Massen und nach dem 6. März einen kläglichen Rückzug bedeuteten. Der 18. März aber — ein Datum, das in diesem Jahre für die Massenbewegung eine Bedeutung und Aktualität erlangt hatte, wie noch in keinem früheren Jahre, der Jahrestag der deutschen Revolution und der Pariser Kommune, der sich für die Aufrüttelung der Massen, für politische Rückblicke und geschichtliche Analyse, für unbarmherzige Kritik der bürgerlichen Parteien glänzend verwerten ließ — der 18. März wurde in Berlin überhaupt nicht gefeiert. Weder eine Demonstration, noch auch nur Massenversammlungen, noch eine Gedenkschrift — ein matter Leitartikel im „Vorwärts“, und keine Zeile in der „Neuen Zeit“ — das war die Art, wie man die ausgezeichnete Gelegenheit und die ausgezeichnete Stimmung der Massen zu „immer machtvolleren Demonstrationen“ wahrgenommen hat. Und dies ist ganz natürlich. Geht man nicht an die Demonstrationen mit der klaren Entschlossenheit heran, die Bewegung immer weiter zu treiben und vor ihren Konsequenzen nicht zurückzuschrecken, dann ergibt sich jene Zaghaftigkeit, die der Möglichkeit jeder stürmischeren Demonstration lieber aus dem Wege geht.

Die Versammlungen des 15. März in Berlin, die den 18. März totgeschlagen haben, waren ein direkter Schritt zurück, gemessen an der Stimmung der Massen in Berlin und — der Parteigenossen in der Provinz. Wäre hier, wo die Genossen auch den 18. März nach Möglichkeit ausgenutzt haben und wo die Losung des Massenstreiks immer lauter wurde, die Kampfstimmung und die Entschlossenheit nicht so groß gewesen, so hätten wir sicher nicht die Demonstration des 10. April bekommen. Wie sehr dies zutrifft, beweist ein weiterer Umstand. Kaum hatten wir in Berlin am 10. April den großen Sieg über die Reaktion, das Recht auf Straßendemonstrationen durchgedrückt, was wieder einen Schritt vorwärts über den 6. März hinaus bedeutete, wie es zweifellos die Frucht des 6. März war, so ergab sich für die Partei die klare Pflicht, falls sie überhaupt die Demonstrationen weiter führen und sie „immer machtvoller“ gestalten wollte, das neuerrungene Recht auf die Straße aufs Äußerste auszunutzen. Die nächste Gelegenheit dazu war — der 1. Mai. Hier erlebten wir aber die befremdende Tatsache: während im ganzen Lande auch die kleinsten Orte am 1. Mai in dieser oder jener Weise Straßendemonstrationen veranstaltet haben, während in größeren Zentren — in Dortmund, in Köln, in Magdeburg, in Frankfurt a. M., in Solingen, in Kiel, Stettin, Hamburg, Lübeck — die Straßendemonstrationen des 1. Mai an Umfang und Stimmung alle vorhergehenden übertroffen haben und ein wirklicher Schritt vorwärts waren, sowohl in der Wahlrechtsbewegung wie in der Maifeier, hat in Berlin gar keine Straßendemonstration stattgefunden — weder eine erlaubte, noch eine unerlaubte,

noch auch ein Versuch zu einer solchen. Ein Schock Versammlungen war alles, worin man wieder die prächtige Kampfstimmung der Berliner Arbeiterschaft zersplittert hat.

Während die parlamentarische Behandlung der Wahlrechtsvorlage — das Hinundher zwischen dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus — noch eine monatelange Frist und Gelegenheit zu Demonstrationen bietet, und während die Stimmung der Massen nicht das geringste Abflauen zeigt, hat es gar sehr den Anschein, als gingen wir einer schönen „Sommerpause" entgegen, in der uns schon andere Sorgen plagen — Genosse Kautsky weist uns ja auf die kommenden Reichstagswahlen hin, — und in der die Demonstrationsbewegung ruhig aber sicher zum Schlaf gebettet wird. Das ist die unvermeidliche Logik der Dinge. Nicht durch meine sträfliche Agitation wird die Partei vor ein Dilemma gestellt, wie Genosse Kautsky meint, sondern durch die objektive Sachlage. Entweder will man „eine Volksbewegung größten Stils" hervorrufen, die Losung „keine Ruhe in Preußen" wahr machen, die Demonstrationen immer mächtiger ausgestalten, dann muß man mit der Entschlossenheit an die Sache herantreten, bis zum Äußersten zu gehen, der Zuspitzung der Situation, die sich ergeben kann, nicht ausweichen, alle großen wirtschaftlichen Konflikte für die politische Bewegung ausnutzen, und dann muß man auch die Losung des Massenstreiks auf die Tagesordnung stellen, sie in den Massen populär machen, denn nur auf diese Weise wird die Sicherheit, die Kampffreude und der Mut der Massen auf die Dauer erhalten. Oder aber will man nur ein paar Demonstrationen als kurze Parade nach dem Schnürchen und nach dem Kommando ausführen, um dann vor einer Verschärfung des Kampfes zurückzuweichen und sich schließlich auf die altbewährte Vorbereitung zu den Reichstagswahlen über ein Jahr zurückzuziehen, dann sollte man lieber nicht von einer „Volksbewegung größten Stils" reden, die Anwendung „aller zu Gebote stehenden Mittel" auf dem Parteitag ankündigen, im „Vorwärts" im Januar ein ohrenbetäubendes Säbelgerassel inszenieren und selbst im Parlament mit dem Massenstreik drohen. Dann darf man sich aber auch keiner Täuschung hingeben, daß wir die Demonstrationen auf die Dauer erhalten und immer mächtiger gestalten werden. Sonst kommen wir in die Gefahr, wiederum ein wenig an die Schilderung der französischen Demokratie im „Achtzehnten Brumaire" zu erinnern, von der Marx sagt: „Die revolutionären Drohungen der Kleinbürger und ihrer demokratischen Vertreter sind bloße Einschüchterungsversuche des Gegners. Und wenn sie sich in eine Sackgasse verrannt, wenn sie sich hinlänglich kompromittiert haben, um zur Ausführung ihrer Drohungen gezwungen zu sein, so geschieht es in einer Weise, die nichts mehr vermeidet als die Mittel zum Zweck und nach Vorwänden zum Unterliegen hascht. Die schmetternde Ouvertüre, die den Kampf verkündete, verliert sich in ein kleinlautes Knurren, sobald er beginnen soll, — und die Handlung fällt platt zusammen, wie ein luftgefüllter Ballon, den man mit einer Nadel sticht."

V.

Wie ist denn die Sachlage im ganzen? Zum erstenmal haben wir in Deutschland endlich eine lebhafte Massenbewegung bekommen, zum erstenmal sind wir über die bloßen Formen des parlamentarischen Kampfes hinausgegangen und haben es fertig gebracht, den Acheron in Bewegung zu setzen. Umgekehrt, wie es in Österreich fast ein Jahrzehnt lang der Fall war, sind

wir nicht vor die harte Aufgabe gestellt, eine Massenaktion mitten in der allgemeinen Apathie mit aller Gewalt heraufzubeschwören, sondern wir haben nur die dankbare und natürliche Aufgabe, die kampffreudige, erregte Stimmung der Massen auszunutzen, um ihr die politischen Losungen zu geben, um sie in politische, sozialistische Aufklärung umzuprägen, um den Massen wegweisend voranzugehen, sie vorwärts zu führen. Aus dieser Situation heraus ergibt sich auch auf die natürlichste Weise, daß die Losung des Massenstreiks in den Vordergrund getreten ist, und es ist Pflicht der Partei, sie offen und klar zu erörtern, als ein Mittel, das sich früher oder später aus der anschwellenden Demonstrationsbewegung und dem hartnäckigen Widerstand der Reaktion ergeben muß. Nicht darauf kommt es an, plötzlich von heute auf morgen einen Massenstreik in Preußen zu kommandieren oder für die nächste Woche zum Massenstreik „aufzufordern", sondern im Zusammenhang mit der Kritik aller bürgerlichen Parteien und der Beleuchtung der ganzen Situation in Preußen-Deutschland geschichtlich, ökonomisch, politisch den Massen klarzumachen, daß sie nicht auf bürgerliche Bundesgenossen und nicht auf die parlamentarische Aktion, sondern bloß auf sich selbst, auf die eigene entschlossene Klassenaktion angewiesen sind. Die Losung des Massenstreiks ergibt sich dabei nicht als ein ausgeklügeltes patentiertes Mittel zur Erfechtung von Siegen, das angepriesen wird, sondern als die Formulierung, die Zusammenfassung der politischen und historischen Lehren der heutigen Verhältnisse in Deutschland.

Eine so geartete Agitation für den Massenstreik gibt die Möglichkeit, die ganze politische Situation, die Gruppierung der Klassen und Parteien in Deutschland in schärfster Weise zu beleuchten, die politische Reife der Massen zu steigern, ihr Kraftgefühl, ihre Kampffreude zu wecken, an den Idealismus der Massen zu appellieren, neue Horizonte dem Proletariat zu zeigen. Dadurch wird die Erörterung des Massenstreiks zum hervorragenden Mittel, indifferente Schichten des Proletariats aufzurütteln, proletarische Anhänger der bürgerlichen Parteien, namentlich des Zentrums, zu uns herüberzuziehen, die Massen für alle Eventualitäten der Situation bereit zu machen und endlich in wirksamster Weise auch für die Reichstagswahlen vorzuarbeiten.

Wenn nun Genosse Kautsky gegen diese Agitation den Feldzug eröffnet, die Erörterung des Massenstreiks für gefährlich erklärt und die ganze Wahlrechtsbewegung auf die kommenden Reichstagswahlen als den einzigen Zielpunkt zu richten sucht, so heißt das einfach, die bereits auf neuen Bahnen erfreulich vorgeschrittene Parteibewegung wieder in die alten ausgetretenen Geleise des reinen Parlamentarismus zurückschrauben.

Aber Genosse Kautsky trägt wieder Eulen nach Athen, wenn er uns in Deutschland parlamentarischen Optimismus und parlamentarische Aktion predigt. Wir haben ohnehin schon seit Jahrzehnten unser Parteileben auf die Reichstagswahlen als die Hauptaktion eingerichtet, und unsere Taktik wird ohnehin mehr wie genug von Rücksichten auf die Parlamentswahlen beeinflußt. Mit dem Hinweis auf bevorstehende Reichstagswahlen werden periodische Auseinandersetzungen über die Taktik gerügt. Aus Rücksicht auf die Reichstagswahlen ward im Jahre 1907 die völlig verkehrte Politik vom „Vorwärts" befolgt, alle Kanonen gegen den Liberalismus zu richten und das Zentrum, weil es sich parlamentarisch in der Opposition befand, aus dem Spiele zu lassen. Nur weil unsere Provinzpresse, namentlich im westlichen Bezirk, diesem Beispiel nicht gefolgt war und das Zentrum rücksichtslos bekämpft hat, ist es gelungen,

unsere Position zu behaupten. Auf die Reichstagswahlen ist ja ohnehin das Hauptaugenmerk unserer Parteileitung gerichtet, und während zum Beispiel bei jeder Reichstagswahl es als selbstverständlich gilt, daß im ganzen Lande eine unermüdliche Agitation entfaltet wird, sämtliche Redner aufgeboten, in jeder Stadt und jedem Städtchen zahllose Versammlungen abgehalten werden, wird jetzt, während der Wahlrechtsbewegung, nichts Derartiges getan. Die in Versammlungen und Flugschriften geleistete Agitation ist allerminimalst. Aus parlamentarischen Gesichtspunkten ist unter anderem der 18. März in diesem Jahre für die Agitation ungenützt geblieben: die für den 15. März angeordneten Berliner Versammlungen sollten an die dritte Lesung des preußischen Abgeordnetenhauses, statt an die Revolution anknüpfen. Endlich aus Rücksicht auf den Parlamentarismus und aus parlamentarischen Gewohnheiten wird bei uns die republikanische Agitation so sehr vernachlässigt, die jetzt dringender erforderlich ist wie je.

War es also wirklich eine noch größere Zuspitzung unserer ganzen Taktik auf die Reichstagswahlen, eine noch größere Faszinierung der Massen durch Parlamentswahlen, was uns gerade jetzt in Deutschland not tat?

Ich finde es nicht. Irgendwelche „Gefahren", gegen die es aufzutreten galt, konnten nur in der Einbildung derjenigen existieren, die sich von den anarchistischen Vorstellungen über den Massenstreik nicht losmachen können. Der wirkliche Effekt des Auftretens des Genossen Kautsky ist also nur der, daß er eine theoretische Schirmwand für die Elemente in der Partei und in den Gewerkschaften geliefert hat, die sich bei der weiteren rücksichtslosen Entfaltung der Massenbewegung unbehaglich fühlen, sie im Zaume halten und sich am liebsten so schnell wie möglich auf die alten bequemen Bahnen des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Alltags zurückziehen möchten. Indem Genosse Kautsky unter Berufung auf Engels und den Marxismus diesen Elementen für ihr Vorgehen eine Gewissensberuhigung gebracht hat, hat er zugleich ein Mittel geliefert, um derselben Demonstrationsbewegung wieder für die nächste Zeit das Genick zu brechen, die er immer machtvoller gestalten möchte.

Es ist aber klar, daß die weiteren Aussichten der Wahlrechtsbewegung jetzt, umgekehrt, gerade eine Fortsetzung und machtvollere Entfaltung der Massenaktion erfordern. Der parlamentarische Zusammenbruch der Wahlrechtsvorlage bedeutet den Bankrott der Regierung wie des konservativ-klerikalen Blocks. Die Aktion der Gegner ist vorläufig mit ihrem Latein zu Ende, die Aktion des Proletariats muß um so nachdrücklicher einsetzen. Der Gegner befindet sich auf dem Rückzug, uns gebührt die Offensive. Nicht tröstliche Erwartungen auf die grandiose Revanche in anderthalb Jahren an der Wahlurne, sondern Schlag auf Schlag jetzt schon, nicht Ermattung, sondern Kampf auf der ganzen Linie, das ist es, was uns not tut. Und ich wiederhole: Wenn die Masse der Parteigenossen dies begreift und empfindet, dann werden auch unsere Führer auf dem Posten sein. „Die Menge tut es."

Zum Schlusse eine kleine historische Reminiszenz, die aber nicht ohne artige Parallelen mit der Gegenwart ist. Genosse Kautsky lehnt die Beispiele anderer Länder, in denen der Massenstreik in der letzten Zeit in Anwendung gekommen ist, für Preußen ab. Rußland tauge als Beispiel nicht, auch nicht Belgien und selbst nicht Österreich. Überhaupt „gehe es nicht an, sich für die

gegenwärtige Situation in Preußen auf das Vorbild anderer Länder zu berufen". Genosse Kautsky selbst geht aber, um das richtige Muster für unsere Taktik zu holen, auf die alten Römer und Hannibal zurück. Hier findet er das Beispiel, an dem sich das deutsche Proletariat erbauen soll, in Fabius dem Zauderer mit seiner angeblich siegreichen „Ermattungsstrategie". Mir scheint es etwas weit ausgeholt, auf die antiken Römer zurückzugreifen, da aber Genosse Kautsky dies nun einmal tut, so möchte ich immerhin konstatieren, daß auch hier die Tatsachen nicht ganz zutreffen. Die Fabel von der notwendigen und siegreichen Strategie des Cunctators hat schon Mommsen zerstört, indem er nachwies, daß „die natürliche und richtige Verwendung" der römischen Streitmacht von Anfang an ein entschlossener Angriff gewesen wäre, und daß die zaudernde Haltung des Fabius, die Mommsen das „methodische Nichtstun" nennt, nicht die Äußerung irgend eines tiefen und durch Umstände gebotenen strategischen Planes, sondern ein Ausfluß der ganzen konservativen, greisenhaften Politik des Senats war. „Quintus Fabius", sagt Mommsen, „war ein hochbejahrter Mann, von einer Bedachtsamkeit und Festigkeit, die nicht wenigen als Zauderei und Eigensinn erschien; ein eifriger Verehrer der guten alten Zeit, der politischen Allmacht des Senats und des Bürgermeisterkommandos, erwartete er das Heil des Staates nächst Opfern und Gebeten von der methodischen Kriegführung." „An einem leitenden, die Verhältnisse im Zusammenhang beherrschenden Staatsmann muß es gefehlt haben", sagt er an einer anderen Stelle; „überall war entweder zu wenig geschehen oder zuviel. Nun begann der Krieg, zu dem man Zeit und Ort den Feind hatte bestimmen lassen; und im wohlbegründeten Vollgefühl militärischer Überlegenheit war man ratlos über Ziel und Gang der nächsten Operationen." Der Angriff in Spanien und Afrika war das erste Gebot der Taktik, „allein man versäumte das Gebot des Vorteils nicht minder wie das der Ehre". „Daß durch jene Zögerung die spanischen Bundesgenossen Roms zum zweitenmal aufgeopfert wurden, konnte man ebenso sicher vorhersehen, als die Zögerung selbst sich leicht vermeiden ließ." „So weise es war, sich römischerseits verteidigend zu verhalten und den Haupterfolg von dem Abschneiden der Subsistenzmittel des Feindes zu erwarten, so war es doch ein seltsames Verteidigungs- und Aushungerungssystem, bei welchem der Feind unter den Augen einer an Zahl gleichen römischen Armee ganz Mittelitalien ungehindert verwüstet und durch eine geordnete Fouragierung im größten Maßstab sich für den Winter hinreichend verproviantiert hatte." „Endlich, was das römische Heer anlangte, so konnte man nicht sagen, daß es den Feldherrn zu dieser Kriegführung nötigte; es bestand wohl zum Teil aus einberufener Landwehr, aber doch seinem Kerne nach aus den dienstgewohnten Legionen von Arminum, und weit entfernt, durch die letzten Niederlagen entmutigt zu sein, war es erbittert über die wenig ehrenvolle Aufgabe, die sein Feldherr, ‚Hannibals Lakai', ihm zuwies, und verlangte mit lauter Stimme, gegen den Feind geführt zu werden. Es kam zu den heftigsten Auftritten in den Bürgerversammlungen gegen den eigensinnigen alten Mann." In diesem Sinne geht es bei Mommsen eine ganze Strecke weiter. „Nicht der ‚Zauderer' hat Rom gerettet", sagt er mit dürren Worten, „sondern die feste Fügung seiner Eidgenossenschaft und vielleicht nicht minder der Nationalhaß, mit dem der phönizische Mann von den Okzidentalen empfangen ward." Dies war so offenkundig, daß schließlich sogar „die Majorität des Senats trotz der Quasilegitimation, welche die letzten Ereignisse dem Zaudersystem des

Fabius gegeben hatten, doch fest entschlossen war, von dieser den Staat zwar langsam aber sicher zugrunde richtenden Kriegführung abzugehen.“ [1]

So sieht es mit der siegreichen „Ermattungsstrategie“ des Fabius Cunctator aus. Tatsächlich ist sie eine Legende, die auf unseren Schulen den Gymnasiasten gepredigt wird, um sie im konservativen Geiste zu drillen und vor „Überstürzung“ und „Umstürzlern“ zu warnen, ihnen als Geist der Weltgeschichte das Motto einzubläuen, nach dem der Landsturm marschiert: „Immer langsam voran.“ Daß diese Legende nun für das revolutionäre Proletariat gelten soll, heute, in dieser Situation — das ist eine von den unerwarteten Fügungen des Schicksals.

Wie dem auch sei, ist jedenfalls das Element des edlen Quintus Fabius, der nächst Opfern und Gebeten von der methodischen Kriegführung das Heil des Staates erwartete, in unserem obersten Senat der Partei und der Gewerkschaften, wie mich dünkt, hinlänglich vertreten. An einem Mangel des Zauderns, an jugendlichem Übermut und Überstürzung haben wir in unserer Parteileitung, soviel ich weiß, noch nicht viel gelitten. Wie Genosse Adler auf dem Deutsch-Österreichischen Parteitag in Graz gesagt hat: „Die Peitsche tut immer gut, und ich gestehe, daß mir Äußerungen auf dem Parteitag, die sich beklagen, daß zu wenig geschehe, weit lieber sind als solche, die zur Klugheit und Besonnenheit raten. Die Besonnenheit besorgen schon wir, vielleicht in zu großem Maße. Zum Bremsen brauchen wir Sie nicht.“ So ungefähr, denke ich, ist es auch bei uns. Daß Genosse Kautsky seine Feder und sein historisches Wissen der Befürwortung der Cunctator-Strategie lieh, war zum mindesten eine Verschwendung. Zum Bremsen, Genosse Kautsky, brauchen wir Sie nicht.

Die Lage des industriellen Proletariats in Ungarn.

Von **Eugen Varga.**

Wie alljährlich fand auch heuer zu Ostern der Kongreß der ungarländischen sozialdemokratischen Partei in Budapest statt. Wir wollen die Gelegenheit benutzen und eine weitergehende Darstellung der Verhältnisse des ungarischen industriellen Proletariats versuchen. Die Tätigkeit der Partei kann nur auf dieser Grundlage richtig beurteilt werden.

Zahl und Verteilung der industriellen Arbeiter.

Ungarn ist ein Agrarland, welches jedoch in ziemlich rascher Industrialisierung begriffen ist.

Ein bestimmtes Maß für den Fortschritt der Industrialisierung und die Zahl der industriellen Arbeiter ist schwer widerzugeben. Die letzte Volkszählung fand im Jahre 1900 statt; die amtlichen Spezialstatistiken sind nicht besonders verläßlich; den Gewerkschaften ist es bisher nicht gelungen, eine eigene Statistik herzustellen: die ausgeschickten Fragebogen kommen infolge der mangelhaften Schulung der Arbeiter unausgefüllt oder mit unbrauchbaren Daten versehen an das Gewerkschaftssekretariat zurück. Nachstehende Daten können daher auf absolute Genauigkeit nicht Anspruch erheben. Sie beziehen sich, wo wir nicht das Gegenteil bemerken, nur auf Ungarn, mit Ausschluß Kroatiens und Slawoniens.

---

[1] Römische Geschichte von Theodor Mommsen, 1. Band, 3. Aufl., 1856, S. 551 bis 577.

Die industrielle Bevölkerung Ungarns (Bergbau und Hüttenbetriebe, Industrie, Handel und Verkehr zusammen) betrug:[1]

	Im Jahre 1890	
Erwerbstätige .	1103575	42,5 Prozent
Erhaltene . . .	1494549	57,5 "
Zusammen	2598124	100,0 Prozent
In Prozent der Gesamtbevölkerung	17,1	

	Im Jahre 1900	
Erwerbstätige .	1430325	41,0 Prozent
Erhaltene . . .	2060899	59,0 "
Zusammen	3491224	100,0 Prozent
In Prozent der Gesamtbevölkerung	20,7	

Die Gesamtbevölkerung Ungarns betrug 1900: 16838255 Seelen.

Der Bevölkerungszuwachs betrug:[2]

Zwischen 1880 bis 1890 . . . . . 10,3 Prozent
" 1890 " 1900 . . . . . 10,3 "

Nehmen wir für die Periode 1900 bis 1910 rund 10 Prozent Zuwachs an, so würde die Bevölkerung Ungarns Ende dieses Jahres 18522081 Seelen betragen.

Die Steigerung des Prozentanteils der industriellen Bevölkerung belief sich zwischen 1890 bis 1900 auf 3,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß der Fortschritt der Industrialisierung in den letzten zehn Jahren ebenfalls kein geringerer war. Wir wollen trotzdem nur eine rund 23 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachende industrielle Bevölkerung für das laufende Jahr annehmen. Dies würde eine industrielle Bevölkerung von 4260083 Seelen ausmachen.

Trotz der fortschreitenden Industrialisierung ist der Prozentsatz der industriellen Bevölkerung kleiner als in allen westeuropäischen Ländern, ja kleiner als in Rußland.

Auf die rasche kapitalistische Entwicklung der Industrie deuten folgende Zahlen hin:

Der Prozentsatz der Selbständigen und Beamten betrug 1890 46,5 Prozent, 1900 39,7 Prozent; der der Hilfskräfte 1890 53,5 Prozent, 1900 60,3 Prozent.[3]

Wir können also für den gegenwärtigen Zeitpunkt eine Verteilung von 35 Prozent zu 65 Prozent ruhig annehmen. Bei dieser Annahme hätten wir gegenwärtig eine industrielle Arbeiterzahl von 1135310 Seelen (Frauen und jugendliche Arbeiter eingerechnet). Unter „industrieller" Arbeiterschaft verstehen wir immer auch die im Bergbau, Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiter im Hauptberuf.

Für die Richtigkeit unserer Annahmen spricht die Statistik der Krankenkassen. Am 31. Dezember 1908 betrug die Mitgliederzahl der Landeskrankenkasse[4] 780828 Personen. In dieser Zahl sind die privatversicherten Grubenarbeiter und Tabakfabrikarbeiter (zusammen zirka 110000) nicht enthalten. Ziehen wir in Betracht, daß die im Winter nicht beschäftigten Bau-, Ziegelei- und Erdarbeiter ebenfalls in dieser Zahl nicht enthalten sind, ferner daß der

[1] Statistische Mitteilungen, 27. Band (Neue Folge), 1909, S. 155. [2] Ebenda, S. 34
[3] Ebenda, S. 229.
[4] Bericht der Landeskrankenversicherungskasse 1907/08.

Zeitpunkt zwei Jahre hinter dem von uns berechneten zurückliegt; endlich daß Ende 1908 infolge der Krise die Arbeitslosigkeit sehr groß war, so können wir die oben berechnete Zahl von 1135000 industrieller Arbeiter für richtig annehmen.[1]

In neuerer Zeit veröffentlicht die Krankenkasse auch ihren monatlichen Mitgliederstand, jedoch mit großen Verspätungen. Die Zahl der Versicherten betrug:

1909	Männer	Frauen	Zusammen
Juli	824527	128300	952827
August	848265	131297	979562
September	849798	129445	979243
Oktober	853151	127264	978634
November	843126	123521	966647

Der geringere Stand des Monats Juli ist dem Umstand zuzuschreiben, daß viele Arbeiter Erntearbeiten verrichten, daher der Versicherungspflicht enthoben sind.

Die Verteilung der industriellen Hilfskräfte zeigt folgende Tabelle für das Jahr 1900:[2]

	Beamte eingerechnet		Ohne Beamte	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Bergbau und Hüttenwesen	54880	1001	53724	993
Eigentliche Industrie	540496	103692	530634 (Eigentliche Industrie, Haus- und Volksindustrie, Wanderindustrie zusammen)	106063 (zusammen)
Haus- und Volksindustrie	4608	4588		
Wanderindustrie	552	147		
Handel und Kreditwesen	91210	18166	67590	15947
Verkehr	102297	5377	86842	1059
Zusammen	794043	132971	738790	124062

Eine ähnliche Verteilung angenommen, hätten wir gegenwärtig zirka 970000 männliche und 165000 weibliche industrielle Hilfskräfte, Beamte nicht eingerechnet.

Für die Beurteilung der Entwicklung des Kapitalismus ist es von großer Wichtigkeit, welche Größe die Betriebe haben, in welchen die Arbeiter beschäftigt sind.

Das Verhältnis zwischen Selbständigen und Hilfskräften stellte sich im Jahre 1900 wie folgt:[3]

	Selbständige		Hilfskräfte	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
Bergbau und Hüttenwesen	543	1,0	55881	99,0
Industrie	348682	35,1	644188	64,9
Handel und Kreditwesen	100586	47,9	109376	52,1
Verkehr	18187	14,5	107674	85,5
Zusammen	503311	35,2	927014	64,8

[1] Zu bemerken ist, daß in dieser Zahl auch die in der Industrie beschäftigten ganz ungelernten Arbeiter, Taglöhner, mit eingerechnet sind.

[2] Statistische Mitteilungen, Neue Folge, 27. Band, S. 238 und 180. [3] Ebenda, S. 166.

Diese Zahlen zeigen die starke Kapitalkonzentration im Bergbau und Hüttenwesen sowie im Verkehr, dagegen die noch immer geringe Kapitalisierung in der Industrie. Im Handel zeigt sich gar, daß beinahe so viel Selbständige als Hilfskräfte beschäftigt waren, was durch die starke Zersplitterung des Kleinhandels verursacht ist.

Der Fortschritt der Kapitalanhäufung in der eigentlichen Industrie zeigt sich nicht in der Abnahme der Betriebe, sondern darin, daß fortschreitend eine größere Zahl Arbeiter in den großen Betrieben Beschäftigung findet. Dies beweisen folgende Tabellen.[1]

Von den industriellen Betrieben arbeiteten mit Hilfsarbeitern:

Keinem		1		2		3 bis 5		6 bis 10		11 bis 20		über 20	
Gehilfen in Prozent													
1890	1900	1890	1900	1890	1900	1890	1900	1890	1900	1890	1900	1890	1900
62,0	61,6	21,1	20,1	8,8	8,6	6,2	6,8	1,5	1,7	0,5	0,6	0,4	0,6
Von den Hilfskräften arbeiteten in den Betrieben obiger Größe in Prozent der Gesamtzahl													
—	—	18,5	13,8	14,6	11,8	19,6	16,8	9,7	8,6	6,5	6,3	31,1	42,7

Den Fortschritt der Kapitalanhäufung zeigt der Umstand, daß im Jahre 1890 noch 68,9 Prozent der Arbeiter in Betrieben mit weniger als 20 Hilfskräften arbeiteten, im Jahre 1900 nur mehr 57,3 Prozent. In 0,6 Prozent der Betriebe arbeiteten bereits 42,7 Prozent der Arbeiter, was einen ziemlichen Grad der Betriebsgröße bedeutet.

Von den Hilfskräften entfallen auf Betriebe mit Hilfskräften:

21 bis 50	51 bis 100	101 bis 500	501 bis 1000	über 1000
38606 = 18 %	29670 = 14 %	70565 = 33,3 %	23910 = 11,2 %	49346 = 23,8 %

Zusammen 212097 Arbeiter.

Die Zunahme der in obigen Größenkategorien beschäftigten Arbeiter zwischen 1890 und 1900 betrug in Prozent:

47,2	74,8	68,7	102,5	205,9

Neuere Daten über die Größe der Betriebe stehen uns nur für die sogenannte Fabrikindustrie zur Verfügung. Unter einer Fabrik versteht man in der ungarischen Statistik jeden Betrieb, in dem ein mit Elementarkraft betriebener Motor arbeitet, oder welcher mehr als 20 Arbeiter, wenn auch ohne Motorbetrieb, beschäftigt. Diese Begrenzung ist zum Zwecke der Unfallversicherung und der Gewerbeinspektion gemacht. Am 1. Oktober 1906 wurde eine Statistik der Fabriken aufgenommen. Es waren im Betrieb:[2]

Fabriken	Beschäftigte Arbeiter
457	1 bis 5
444	6 „ 10
712	11 „ 20
1109	21 „ 50
555	51 „ 100
617	100 „ 1000
40	über 1000
3934	

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt pro Betrieb 90; die Konzentration ist in den Maschinenfabriken usw. die größte.

[1] Statistische Mitteilungen, Neue Folge, 27. Band, kombiniert von S. 170 bis 171.

[2] Statistik der Fabrikbetriebe Ungarns. Herausgegeben vom Handelsministerium.

Der Arbeitslohn.

Bei der letzten Volkszählung wurde versucht, eine Arbeitslohnstatistik aufzunehmen. Der Versuch mißlang so sehr, daß die Daten überhaupt nicht ausgearbeitet und veröffentlicht werden können. Auch die Gewerkschaften scheiterten bisher mit ihren Versuchen, eine Lohnstatistik herzustellen.

Für einen Teil der industriellen Arbeiterschaft, für die zirka 300000 Arbeiter, welche in den „Fabriken" — im oben angegebenen Sinne — arbeiten, besitzen wir eine Lohnstatistik vom 1. Oktober 1906.[1]

Lohn pro Woche	Männer	Frauen	Lehrlinge	Zusammen	Prozent
Gar keinen	—	—	2362	2362	0,8
Unter 10 Kronen . .	28195	37823	9167	75185	24,8
10 bis 14 „ . . .	43770	20510	—	65228	21,5
14 „ 20 „ . . .	64478	8112	—	72776	24,0
20 „ 30 „ . . .	51561	2662	—	54223	17,9
30 „ 40 „ . . .	22142	166	—	22308	7,3
40 „ 50 „ . . .	7455	12	—	7467	2,5
50 „ 60 „ . . .	1999	—	—	1999	0,7
60 „ 70 „ . . .	735	—	—	735	0,2
über 70 „ . . .	468	—	—	468	0,1
Der Arbeitslohn war unbekannt bei				754	0,2
				303508	100,0

Berechnet wurde der Wochenlohn der am 1. Oktober 1906 in Arbeit stehenden Arbeiter, wobei für diejenigen, welche weniger als 10 Kronen Wochenlohn haben, 6 Kronen im Durchschnitt angenommen werden.

	Zahl der Arbeiter	Prozent	Wochenlohn	Verdienst
10 Kronen	75185	24,8	6	451110
10 bis 14 Kronen . .	65228	21,5	12	782736
14 „ 20 „ . .	72776	24,0	17	1237192
20 „ 30 „ . .	54223	17,9	25	1355575
30 „ 40 „ . .	22308	7,3	35	780780
40 „ 50 „ . .	7467	2,5	45	336015
50 „ 60 „ . .	1999	0,7	55	109945
60 „ 70 „ . .	735	0,2	65	47775
über 70 „ . .	468	0,1	75	35100
	300389	—	—	5136222

Der Durchschnittswochenlohn ist daher 17,10 Kronen; wird 1 Krone zu 86 Pfennig berechnet, so beträgt der Arbeitslohn 14,71 Mark!

Die Daten wurden durch Fragebogen von den Fabrikleitern beschafft, sind daher eher zu hoch als zu niedrig angegeben. Die Löhne in den kleinen Betrieben, im Handwerk sind noch bedeutend niedriger. Zur Kontrolle diene die Statistik der Krankenkassen. Der Stand der Versicherten betrug am 31. Dezember 1908 780828 Arbeiter. Hiervon entfielen auf Betriebe mit über 5 Arbeitern 620044 Arbeiter, auf Betriebe mit weniger als 5 Arbeitern 160784 Arbeiter.

Die Arbeiter waren in folgende Wochenlohnkategorien angemeldet:

	6 Kr.	9 Kr.	15 Kr.	21 Kr.	27 Kr.	33 Kr.	39 Kr.	45 Kr.	Zusammen
In den Betrieben mit weniger als 5 Arbeitern .	66839	45155	30704	12305	3924	1359	357	151	160784
In Prozenten	41,6	28,1	19,1	7,7	2,4	0,8	0,2	0,1	100,0
In den Betrieben mit mehr als 5 Arbeitern . . .	86829	182097	167985	91631	45280	27287	10431	8504	620044
In Prozenten	14,1	29,3	27,1	14,8	7,4	4,4	1,6	1,3	100,0
Prozente der Gesamtzahl .	19,7	29,1	25,4	13,6	6,3	3,7	1,4	1,1	—

[1] Statistik der ungarischen Fabrikindustrie. Herausgegeben v. ungarischen Handelsministerium.

Die Prozentzahlen decken sich beinahe vollkommen mit denen der vorigen Statistik.

Bis 17 Kronen Lohn hatten in den Fabrikbetrieben 70,3 Prozent der Arbeiter, bis 15 Kronen hatten laut der Krankenkasse in den Betrieben mit mehr als 5 Arbeitern 70,2 Prozent. Es scheint sogar eine Verschiebung nach unten stattgefunden zu haben, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß dort die Löhne eher höher, hier eher niedriger angegeben wurden.

Der Verdienst der ungarländischen Arbeiter ist also entsetzlich niedrig, besonders in den Kleinbetrieben; verdienen doch hier 41,6 Prozent aller Arbeiter zirka 5 Mark wöchentlich, weitere 28,1 Prozent nicht ganz 8 Mark wöchentlich.

Zur richtigen Beurteilung der Lage der Arbeiter muß noch bemerkt werden, daß die Preise der Lebensmittel in Ungarn gegenwärtig höher sind als in Deutschland, Frankreich oder England. Davon kann sich jedermann durch Vergleichung der Notierungen der Brotfrüchte an der Börse in Berlin und Budapest überzeugen.[1] Niedrige Löhne und hohe Wohnungs- und Lebensmittelpreise kennzeichnen die gegenwärtige Lage der Arbeiter in Ungarn.

Die Arbeitszeit.

Über die Länge der Arbeitszeit besitzen wir auch nur für die Fabrikindustrie Daten; doch können wir ruhig behaupten, daß die Arbeitszeit in den handwerksmäßigen Betrieben keinesfalls kürzer ist als in den Fabrikbetrieben.

Die Arbeitszeit betrug im Jahre 1906 nach Abzug der Pausen:[2]

	Winter		Sommer		Winter		Sommer	
	Zahl der Betriebe	Proz.	Zahl der Betriebe	Proz.	Arbeiter	Proz.	Arbeiter	Proz.
Mehr als 14 Stunden	7	0,2	31	0,8	164	0,0	816	0,2
14 Stunden	8	0,2	42	1,1	43	0,0	893	0,3
13½ "	4	0,1	19	0,5	26	0,0	917	0,3
13 "	21	0,6	71	1,9	371	0,1	2657	0,9
12½ "	21	0,6	75	1,9	865	0,3	2197	0,8
12 "	112	3,2	279	7,4	2202	0,8	11412	3,9
11½ "	68	1,9	148	3,9	2796	1,0	6912	2,4
11 "	303	8,5	422	11,2	21871	7,7	26189	8,9
10½ "	536	14,9	597	15,8	48268	17,0	47653	16,3
10 "	1113	31,1	1168	30,8	115967	40,9	122673	41,9
9½ "	333	9,3	306	8,1	16418	5,8	17107	5,8
9 "	483	13,5	403	10,6	30819	10,9	25266	8,6
8½ "	185	5,2	88	2,3	10962	3,9	8094	2,8
8 "	207	5,8	99	2,6	20271	7,1	14247	4,9
Weniger als 8 Stunden	177	4,9	40	1,1	12796	4,5	5812	2,0
	3578	100,0	3788	100,0	283839	100,0	292845	100,0

Im Sommer arbeiten noch immer 6,4 Prozent aller industriellen Arbeiter 12 bis 14 Stunden täglich, 69,7 Prozent 10 bis 11½ Stunden und nur

[1] Über die Ursachen dieser Erscheinung siehe Otto Bauer, Die Teuerung. Wien, Volksbuchhandlung Ign. Brand.

[2] Statistik der ungarländischen Fabrikindustrie, S. 100 ff.

23,6 Prozent weniger als 10 Stunden; die Arbeitszeit eines kleinen Bruchteils ist unbekannt. Im Winter ist die Arbeitszeit etwas kürzer: dies ist dem Umstand zuzuschreiben, daß in Ungarn die primitiven Industriezweige, in denen nur bei natürlicher Beleuchtung gearbeitet wird (Holzsägewerke, Ziegeleien usw.), in großer Zahl vorhanden sind.

Nachtarbeit gab es in 1055 Betrieben; die Arbeitszeit bei Nachtarbeit betrug:

12 Stunden und darüber . . .	in 17,1	Prozent der Betriebe
11 bis $11^1/_2$ Stunden	" 38,3	" " "
10 " $10^1/_2$ "	" 26,0	" " "
Weniger als 10 Stunden	" 18,6	" " "

In den letzten drei Jahren haben zwar diejenigen Kategorien der Arbeiter, welche gewerkschaftlich gut organisiert sind, Verkürzungen der Arbeitszeit erreicht; im wesentlichen aber decken sich die obigen Angaben noch mit den gegenwärtigen Verhältnissen.

Frauen- und Kinderarbeit.

Dem Fortschritt des Kapitalismus entspricht die steigende Beteiligung der Frauen und Kinder in der Industrie.

23,9 Prozent sämtlicher Arbeiter der Fabrikindustrie, 74341, sind weiblichen Geschlechts. Das größte Kontingent stellt die Textilindustrie, wo 47 Prozent der Arbeiter Frauen sind, ferner die Tabakfabriken. Auch in den Zündhölzchenfabriken arbeiten 1147 weibliche Arbeiter, wobei zu bemerken ist, daß das Verbot des Gebrauchs von weißem Phosphor in Ungarn noch nicht besteht!

14,5 Prozent sämtlicher Arbeiter der Fabrikindustrie sind jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren. Der Prozentsatz war im Jahre 1901 nur 13,1. Darunter gibt es sogar Kinder mit unter 12 Jahren! Die Zahl derselben ist zwar in der Statistik als sehr gering angegeben, doch besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Fabrikleitungen geringere Zahlen angegeben haben, als wirklich in Betracht kommen.

Über die Ursachen und Wirkungen der Zunahme der jugendlichen Arbeiter sagt die offizielle Statistik folgendes:[1]

„Die häufige Verwendung 14- bis 15jähriger, ja selbst noch jüngerer Arbeiter ist auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen: unsere arme Arbeiterbevölkerung, besonders in Oberungarn, ist in hohem Maße darauf angewiesen, daß alle Mitglieder der Familie ihr tägliches Brot selbst verdienen sollen. Der Fehler liegt nicht in dem, daß jugendliche Arbeiter — oft sogar Kinder — in unseren Fabriken verwendet werden: diese Beschäftigung ist meistens segenbringend, weil sie eine bessere Ernährung und im allgemeinen eine entsprechendere Lebensweise sichert. Es kann (?) aber für eine sehr ungünstige Erscheinung gehalten werden, daß jugendliche Arbeiter oft eine ihrer Entwicklung und physischer Kraft nicht entsprechende Arbeit verrichten und in der schweren Arbeit ihren schwachen, sich entwickelnden Körper zugrunde richten."

Über die rechtswidrige Verwendung der Kinder in den Fabriken legen die Berichte der Gewerbeinspektoren dahin Zeugnis ab, daß es genügt, wenn der Fabrikant sich auf die Gefährdung seiner Konkurrenzfähigkeit beruft, um ihm Straflosigkeit zu sichern.

Die Ergebnisse der Gewerkschaftsbewegung.

Die Lage des ungarländischen industriellen Proletariats ist, wie schon aus diesen nicht sehr verläßlichen und unvollständigen Daten hervorgeht, eine recht schlechte. Hierzu kommt, daß Regierung und Behörden jeder Arbeiterbewegung

[1] Statistik der ungarländischen Fabrikindustrie, S. 70 ff.

entschieden feindlich gegenüberstehen, die Gewerkschaften unterdrücken, hingegen die Arbeitgeberverbände auf jede Weise unterstützen. Die völlige politische Rechtlosigkeit verschlechtert ebenfalls die Lage der Arbeiter: nicht nur das Parlament, sondern auch die Lokalbehörden sind in Händen der Grundbesitzerklasse; das Bürgertum ist schwach, politisch ohne Einfluß, von feudaler Ideologie beherrscht. Wir müssen behaupten, daß es kaum ein Land gibt, wo die Arbeiterbewegung größere Hindernisse zu überwinden hätte! Wir wollen nunmehr versuchen, ein Bild der Organisation und Stärke der Arbeiterbewegung zu geben.

Da müssen wir vor allem darauf hinweisen, daß Partei und Gewerkschaften in Ungarn im innigsten Zusammenhang stehen. Dies geschieht dadurch, daß jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter als solcher auch Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist; er bezahlt den Parteibeitrag an die freie Gewerkschaft, welche ihn an die Parteikasse abführt. Alle hauptstädtischen Organisationen führen ihre Parteisteuer unmittelbar an das Zentralsekretariat ab. Die gewerkschaftlichen Organisationen im Lande sind von verschiedener Art; es gibt solche, die ihre Zentralorganisationen in Budapest haben und ihre Parteisteuer dorthin abführen; es gibt wieder andere Branchen, deren lokale Gruppen in den Provinzstädten zusammen die eigentliche Parteiorganisation bilden; von den eingezahlten Parteisteuern wird ein Teil für die lokale Agitation verwendet, der andere Teil an die Parteizentrale nach Budapest eingeschickt.

Eigentliche Parteiorganisationen, nach Art der Wahlvereine, wo also Arbeiter aus verschiedenen Berufen vereinigt sind, gibt es nur seit der jüngsten Zeit, und auch nur in der Hauptstadt. Die politischen Aktionen der Partei (Demonstrationen, Volksversammlungen usw.) werden durch die freien Gewerkschaften, welche in jedem Beruf neben den mit behördlicher Genehmigung bestehenden Gewerkschaftsorganisationen bestehen, geleitet, ebenso wie die wirtschaftlichen Kämpfe, da den behördlich anerkannten Gewerkschaften das Sammeln eines Streikfonds, die Unterstützung der in Lohnkämpfen stehenden Genossen, verboten ist. Die Partei besteht also eigentlich aus der Vereinigung der freien Gewerkschaften, aus den neuen politischen Bezirksorganisationen, und aus einzelnen, keinem gewerkschaftlich organisierten Berufe angehörenden Genossen.

Diese Organisationsform, sowie die starke Konzentration der Industrie in der Hauptstadt hat zur Folge, daß Budapest die ganze Parteibewegung dominiert. Auf dem diesjährigen Kongreß zum Beispiel waren doppelt soviel Budapester als Provinzdelegierte anwesend; in der Parteileitung finden wir stets die führenden Männer der stärksten Gewerkschaften. Daher gilt auch bei uns die Entwicklung der Gewerkschaften für die Entwicklung der Partei. Die Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen gibt der von der Partei herausgegebene „Wegweiser der Gewerkschaftsbewegung" folgendermaßen an:

Jahr	Mitgliederzahl	Einnahmen	Ausgaben
1901	9999	Die Daten fehlen	
1902	15270		
1903	41138	273880	201189
1904	53169	846820	706520
1905	71173	1131987	878367
1906	129332	1680059	1330208
1907	130120	1944233	1819480
1908	102054	1762106	1932224

Über das Jahr 1909 fehlen noch die endgültigen Daten. Laut den Mitteilungen des Sekretärs der ungarischen Gewerkschaftszentrale Jassai, im

„Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands" (Nr. 5, 1910), hat im Jahre 1909 ein weiterer Rückgang stattgefunden, welcher beiläufig 20 Prozent betragen dürfte. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dürfte daher Ende 1909 80000 betragen haben. Seither ist ein langsames, aber stetiges Erstarken der Organisationen zu bemerken.

Betrachten wir die Entwicklung der Zahl der Mitglieder, so finden wir eine rasche und gleichmäßige Zunahme in den ersten fünf Jahren; ein sprunghaftes Anschwellen im Jahre 1906, ein Stagnieren im Jahre 1907 und einen starken Rückgang in den Jahren 1908 und 1909.

Die Gründe dieser Erscheinung sind teils wirtschaftlicher, teils politischer Natur. Ein Teil des Aufschwungs und des Rückgangs fällt auf Rechnung der Hochkonjunktur und der Krise. Zum Unglück fiel die wirtschaftliche Krise zusammen mit der Koalitionsregierung, welche die Organisationen der Arbeiter mit brutaler Gewalt verfolgte.

Welch großen Anteil die politische Verfolgung an diesem Rückgang hat, beweisen folgende Zahlen: Der Gesamtrückgang der Gewerkschaften 1907 bis 1908 beträgt 28000; von dieser Zahl entfallen nicht weniger als 8300 auf die Landarbeiter, deren Organisationen mit Gewalt vernichtet wurden, und 11000 auf die Organisationen der Eisenbahnarbeiter, deren Fachverein aufgelöst wurde. Die Stagnation der Mitgliederzahl im Jahre 1907 ist ebenfalls auf die riesigen Verluste zurückzuführen, welche die Organisation der Landarbeiter infolge der behördlichen Verfolgungen erlitten hat. Mitte 1907 hatte die Organisation der Landarbeiter 72000 Mitglieder. Ende des Jahres nur mehr 11910.

Von dem beiläufig 20000 Mitglieder betragenden Rückgang des Jahres 1909 entfällt wiederum ein sehr großer Teil auf die Eisen- und Metallarbeiter: vom 31. Dezember 1908 an war die Tätigkeit dieser Gewerkschaft durch einen Gewaltakt des Ministers des Innern suspendiert — außer der Zentrale 100 Ortsgruppen. Die Lokale wurden gesperrt, die Bücher mit Beschlag belegt. Als die Tätigkeit des Vereins nach vier Monaten wieder freigegeben wurde, mußte die Organisationsarbeit wieder ganz von vorn angefangen werden.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beträgt daher keine 10 Prozent der industriellen Arbeiter, was jedenfalls ein sehr schwaches Ergebnis ist. Doch ist hierbei in Betracht zu ziehen, daß es unter den am Anfang unseres Artikels ausgerechneten 1135000 industriellen Hilfskräften große Arbeiterkategorien gibt, welche der gewerkschaftlichen Organisation unzugänglich sind, darunter etwa 90000 Bergbau- und Hüttenarbeiter,[1] etwa 70000 staatliche Eisenbahner; beide Kategorien können wegen des brutalen Widerstands der Behörden nicht organisiert werden.

Ferner gibt es darunter große Massen ganz ungelernte Arbeiter (25000 Ziegeleiarbeiter, 30000 Waldarbeiter bei Dampfsägen), 15 Prozent = 160000 jugendliche Arbeiter, Kinder und Lehrlinge; eine unbestimmte Anzahl der Organisation absolut unzugänglicher Frauen; endlich eine kaum schätzbare, aber unbedingt ziemlich große Zahl Dorfhandwerksgesellen, welche das Heimatdorf überhaupt nicht verlassen und jeder Organisation unzugänglich sind; wie groß diese Zahl ist, können wir uns einen Begriff dadurch machen, daß es im Jahre 1900 63604 industrielle Betriebe mit nur einer Hilfskraft gab! Ziehen

[1] Im Jahre 1908 gab es Arbeiter im Bergbau und Hüttenwesen: 76200 Männer, 1619 Frauen, 5848 Kinder; zusammen 83587. Statistisches Jahrbuch 1908; herausgegeben vom ungarischen Handelsministerium, S. 148.

wir all diese Umstände in Betracht, so reduziert sich die für die gewerkschaftliche Organisation zugängliche Arbeiterschaft — von den Landarbeitern abgesehen — auf zirka 500000; die Zahl der Organisierten beträgt daher zirka 20 Prozent der Zugänglichen.

Welches sind nun die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Organisation? Unsere Gewerkschaften haben erst seit dem Jahre 1905 eine Streikstatistik; die Ergebnisse sind folgende (1 Krone = 0,86 Mark):[1]

Jahr	Streiks	Aussperrungen	Zahl der Arbeiter	Lohnerhöhung erhielten		Arbeitszeitverkürzung		Auf einen Arbeiter kommt Lohnerhöhung pro Woche	Auf einen Arbeiter kommt Arbeitszeitverkürzung pro Tag
				Arbeiter	Kronen pro Jahr	Zahl der Arbeiter	Stunden pro Tag	Kronen	Stunden
1905	346	36	58512	39798	3081183	32418	60038	1,49	1,5
1906	652	70	60780	79333	6639066	65115	63097	1,61	1,—
1907	488	133	44276	75282	5680241	19587	13962	1,45	0,7
1908	251	71	19414	7415	415445	5333	4246	1,08	0,8
	1837	310	182982	201828	15815935	122453	141343	1,50	1,10

Die Statistik der Lohnbewegungen im Jahre 1909 liegt noch nicht vor; doch werden sie an Größe diejenigen des Jahres 1908 kaum erreichen, weder was die Zahl der Arbeiter, noch was die Ergebnisse anbelangt.

Das Ergebnis der vierjährigen Lohnkämpfe ist also die Erhöhung des Arbeitslohns von 200000 Arbeitern um 1,50 Kronen pro Woche; Verkürzung der Arbeitszeit von 122000 Arbeitern um 1 Stunde und 10 Minuten täglich — wobei es natürlich gleichgültig bleibt, ob Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung in aufeinanderfolgenden Jahren dieselben Arbeiter öfter errungen haben; wir suchen nur das allgemeine Ergebnis.

Wenn wir die gesamte Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung auf die gesamte industrielle Arbeiterschaft beziehen, so kommt auf jeden Arbeiter — die Zahl derselben auf rund eine Million angesetzt — eine Wochenlohnerhöhung von 0,30 Kronen und eine tägliche Arbeitszeitverkürzung von zirka einer Viertelstunde. Natürlich ist diese Berechnung nicht ganz zutreffend, weil die durch die Gewerkschaftskämpfe errungenen Vorteile, wenn auch in verkleinertem Maßstab, auch auf die Löhne und die Arbeitszeit derjenigen Arbeiter, welche der Gewerkschaftsbewegung fernstehen, von Einfluß sind.

Sicher ist jedoch, daß selbst wenn die Lohnsteigerung von 1,50 Kronen pro Woche allen industriellen Arbeitern gleichmäßig zugefallen wäre, was doch keineswegs anzunehmen ist, die so entstandene zirka 15prozentige Lohnerhöhung das Steigen der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren durchaus nicht wett gemacht hätte!

Stand und Ergebnisse der politischen Bewegung.

Über die Stärke der sozialdemokratischen Partei in Ungarn ist es schwer, bestimmte Daten anzugeben. Da in Ungarn im ganzen 38000 Arbeiter bei dem jetzigen Wahlrecht Wähler sind, kann die bei den Wahlen abgegebene Stimmenzahl keinen Maßstab liefern. Die rein politischen Organisationen sind ganz neu; über dieselben gibt der Parteibericht folgenden Ausweis:

[1] Wegweiser der Gewerkschaftsbewegung, S. 25.

Ausweis über die Tätigkeit der hauptstädtischen Bezirks-Parteiorganisationen.

Bezirk	Die Lokalparteisteuer (2 H.) haben bezahlt	Agitationsgruppen sind tätig	Zahl der Hausvertrauensmänner	Abgehaltene öffentliche Versammlungen	Organisationskonferenzen	Vorlesungen	Népszavatage	Zahl der an den Népszavatagen beteiligten Genossen	Neue Abonnenten wurden gesammelt	Eingeflossene Lokalparteisteuer		In die Kasse des hauptstädtischen Exekutivkomitees eingezahlt	
										K.	H.	K.	H.
I.	45	2	—	2	25	14	2	12	65	20	—	10	—
II.	35	—	—	8	12	—	—	—	—	40	—	20	—
III.	35	3	—	8	10	15	2	11	?	15	46	7	73
V.	200	2	37	22	58	14	4	40	350	47	20	23	60
VI.	620	8	113	117	580	54	4	120	746	100	—	50	—
VII.	320	4	?	60	50	45	4	50	220	72	32	36	16
VIII.	209	—	—	19	52	23	3	26	169	113	74	56	87
IX.	62	3	28	21	42	6	4	37	206	38	—	19	—
X.	40	—	—	6	18	10	5	4	140	6	—	3	—
	1566	—	—	263	874	181	—	—	1896	452	72	226	36

Einen besseren Maßstab würde die Verbreitung der sozialdemokratischen Parteipresse geben. Es erscheinen: ein ungarisches Tagblatt, drei deutsche Blätter, davon eines wöchentlich dreimal in Preßburg, eines wöchentlich zweimal in Temesvar, eines wöchentlich einmal in Budapest; ferner zwei ungarische, ein serbisches, ein italienisches und ein slowakisches Wochenblatt in der Provinz; zwei rumänische Organe monatlich einmal, endlich das monatlich einmal erscheinende wissenschaftliche Organ der Partei in ungarischer Sprache.

Wie groß die Auflage dieser Organe ist, läßt sich aus dem Parteibericht nicht feststellen; aus den Einnahmen des Zentralorgans „Nèpszava“ läßt sich eine tägliche Auflage von zirka 16000 bis 17000 Exemplaren ausrechnen; nehmen wir für die anderen Organe zusammen eine doppelt so große Auflage an (was die wirkliche Zahl stark übertreffen dürfte), so haben wir eine Abonnentenzahl von zirka 50000. Die Stärke der sozialdemokratischen Partei ist also, wie immer wir dieselbe ermitteln wollen, recht gering: doch muß betont werden, daß es sicherlich das Mehrfache der oben ausgewiesenen Zahlen an Leuten in Ungarn gibt, die unter dem Drucke der Behörden, der Arbeitgeber und der großen Armut darauf verzichten müssen, ein Blatt zu abonnieren oder einer Organisation beizutreten! Als bezeichnend wollen wir noch anführen, daß laut dem Parteibericht im Berichtsjahr, dem letzten Jahre der Koalitionsregierung, folgende Urteile gegen die Genossen gefällt wurden:

Prozesse in der Zeit vom 16. März 1909 bis zum 1. März 1910.

Wegen Aufwiegelei	in	2 Fällen
„ Aufreizung	„	29 „
„ Gewalttätigkeiten gegen Behörden und Private	„	91 „
„ Verleumdung und Ehrenbeleidigung	„	11 „
„ Verherrlichung und Unterstützung sträflicher Handlungen sowie Aufforderung zum Ungehorsam	„	5 „
„ Erpressung	„	21 „
„ Politisierens ohne Blattkaution	„	3 „
Verwaltungsgerichtliche Urteile	„	181 „
Zusammen	in	343 Fällen
Konfiskation von Zeitungen und Preßerzeugnissen	in	10 Fällen

An Freiheitsstrafen wurden verhängt:

Staatsgefängnis	4 Jahre	4 Monate	— Tage
Gefängnis	5 „	1 „	11 „
Kerker	18 „	3 „	4 „
Zusammen	27 Jahre	8 Monate	15 Tage

Summe der Geldstrafen: 11740 Kronen.

In allerjüngster Zeit ist eine Wendung in der Behandlung der politischen Prozesse eingetreten; der neue Justizminister ließ auf einen Schlag 148 politische Prozesse einstellen.

Das brutale Regiment der Agrarier war also bis jetzt eines der Haupthindernisse der Entwicklung der Arbeiterbewegung. Dies hatte zur Folge, daß die Partei seit Jahren ihr Hauptbestreben auf die Wahlreform richtete. In unseren früheren Artikeln[1] gaben wir eine Schilderung der ungarischen Parteibildungen und Klassenkämpfe. Hier wollen wir nur bemerken, daß die in unserem letzten Artikel angekündigte Vereinigung der agrarischen Elemente auch diesmal nicht vollständig gelungen ist. Die Partei der Magnaten, die sogenannte Verfassungspartei, löste sich auf; aber nur ein Teil der früheren Mitglieder schloß sich dem neuen Ministerpräsidenten an. Die geistigen Führer der Partei hingegen erklären, daß sie sich von dem politischen Leben zurückziehen, oder treten mit parteilosem Programm in den Wahlkampf.

In der neuen Regierungspartei zeigen sich jetzt schon scharfe Gegensätze in der Frage der Wahlreform. Während die rein agrarische Fraktion, an deren Spitze Graf Tisza steht, einer radikalen Wahlreform feindlich gegenübersteht und ein Wahlrecht propagiert, welches nur einem geringen Teile der industriellen Arbeiter, die einen „sozialen Zensus“ besitzen (schriftkundig, gedienter Soldat, zwei Jahre ununterbrochen bei demselben Arbeitgeber beschäftigt, verheiratet), das Wahlrecht gibt und die Landarbeiter ganz ausschließt, will die um den Ministerpräsidenten stehende Gruppe das allgemeine gleiche Wahlrecht. Der Gegensatz dieser zwei Gruppen ist so scharf, daß die Festlegung der „offiziellen“ Kandidaten unmöglich erscheint und die Feststellung der Liste derselben fortwährend verschoben wird.

Das vorläufige Schicksal der Wahlreform hängt also davon ab, welche von diesen Fraktionen in der Partei und bei den Wahlen die Oberhand gewinnt. Die Aktion der Partei kann sich unter diesen Umständen nur darauf beschränken, von allen Kandidaten der bürgerlichen Parteien eine klare Stellungnahme in der Frage der Wahlreform zu erzwingen und gegen die Wahlrechtsfeinde durch Demonstrationen, Verhinderung der Agitation usw. vorzugehen.

Diese Taktik wird gegenwärtig mit recht gutem Erfolg angewandt. Es ist gelungen, einer großen Anzahl von zukünftigen Abgeordneten das Versprechen abzuzwingen, für das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht einzutreten.

Der Ausfall der Wahlen wird über das vorläufige Schicksal der Wahlreform und damit über die Entwicklung der Arbeiterbewegung entscheiden. Die Wahlreform bedeutet für Ungarn die Möglichkeit, aus einem agrarfeudalen Staat ein modern-bürgerliches Staatswesen zu werden; es bedeutet für die Arbeiter nicht nur politischen Einfluß, sondern auch die Möglichkeit

[1] „Neue Zeit“, 17. Oktober 1909 und 11. Februar 1910.

einer erfolgreicheren gewerkschaftlichen Organisation: denn politische Gewalt war es, welche in den letzten zwei bis drei Jahren die Entwicklung der Gewerkschaften verhinderte. Die Arbeiter Ungarns müssen sich erst die politische Gleichberechtigung erkämpfen, um erfolgreich um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfen zu können.

Der erste Plurallandtag in Sachsen.

Von **Herm. Fleißner.**

Die Ende Oktober vorigen Jahres unter dem neuen Vierstimmenwahl„recht“ vollzogene Wahl zur Zweiten Kammer des sächsischen Landtags wurde kurz danach in der „Neuen Zeit“[1] bereits gewürdigt. Nach der amtlichen Wahlstatistik ergibt sich, daß die damals nach Berechnung bürgerlicher Blätter angegebenen Stimmenzahlen den bürgerlichen Parteien etwas zu günstig, der Sozialdemokratie aber ein wenig zu ungünstig berechnet sind. Nach den Angaben in der „Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamts“ entfielen auf die einzelnen Parteien Stimmen:

Konservative und Bund der Landwirte	281 804
Freikonservative (1 Mandat)	5 605
Mittelstandsvereinigung und Antisemiten	55 502
Nationalliberale	336 541
Freisinnige	100 804
Sozialdemokraten	492 522
Zersplittert	1 220
Zusammen	1 273 998

Die Sozialdemokratie hat also selbst unter dem Vierstimmenwahlrecht von allen Parteien die weitaus größte Stimmenzahl auf sich vereinigt, nämlich 38,66 Prozent, während auf die Nationalliberalen und Konservativen 26,42 beziehungsweise 22,12 Prozent der abgegebenen Stimmen fielen.

Den rechten Maßstab für die Bedeutung dieser Wahl darf man aber nicht in der Zahl der Stimmen, sondern man muß ihn in der Zahl der Wähler suchen. Wir schrieben damals, es sei sehr wahrscheinlich, daß die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit aller Wähler für sich bekommen hat. Die amtliche Statistik bestätigt das!

Von den Wählern stimmten für:

Konservative und Bund der Landwirte	103 517
Freikonservative	2 036
Mittelstandsvereinigung und Antisemiten	20 249
Nationalliberale	125 157
Freisinnige	41 857
Sozialdemokraten	341 396
Zersplittert	523
Zusammen	634 735

Von sämtlichen Wählern des Landes stimmten 53,79 Prozent für die Sozialdemokratie, während auf die Nationalliberalen nur 19,72, die Konservativen gar nur 16,31 Prozent der Wähler entfielen. Dabei ist zu be-

[1] 28. Jahrgang, 1. Band, S. 233.

achten, daß die Ausübung des Wahlrechtes an eine Anzahl erschwerender Bedingungen gebunden ist, die fast nur den sozialdemokratischen Wählern hinderlich sind. Hätten wir nach dem Reichstagswahlrecht gewählt, die Niederlage der Bürgerlichen wäre eine furchtbare geworden!

Das größte Kontingent für unsere Partei stellen natürlich die Einstimmenwähler: 77,60 Prozent. Aber auch die Zweistimmenwähler brachten uns noch die (sogar über die Gesamtzahl hinausgehende) absolute Mehrheit mit 54,12 Prozent; von Dreistimmenwählern entfielen 26,46, von den Vierstimmenwählern 8,26 Prozent auf die sozialdemokratischen Kandidaten. Die verhältnismäßig große Zahl sozialdemokratischer Wähler aus den letzten beiden Gruppen ist den Besitzenden besonders auf die Nerven gefallen.

* * *

Der Landtag wurde am 11. November 1909 unter einer für die Zweite Kammer völlig veränderten Situation eröffnet. Das seit 1896 geltende Dreiklassenwahlsystem hatte nach und nach alle Sozialdemokraten aus dem Landtag gedrängt. 1901 wurden die letzten vier hinausgeworfen; von da bis 1907 war die Zweite Kammer völlig sozialistenrein. 1907 bekam die Sozialdemokratie wieder ein einziges Mandat. Seit Jahrzehnten haben die Konservativen bis zum vorigen Landtag mit absoluten, längere Zeit hindurch sogar mit Zweidrittelmehrheiten dominiert. Es ist oft genug dargetan worden, daß an diesem in einem Lande wie Sachsen unerhörten Zustand die Nationalliberalen die Hauptschuld trugen. Mit ihrer Hilfe wurde das Dreiklassenwahlsystem geschaffen, und auch sonst haben sie in allen wichtigen Fragen aus Angst vor der Sozialdemokratie gemeinsame Sache mit den ultrareaktionären Agrarkonservativen im sächsischen Landtag gemacht. Die Sozialdemokratie hat nach zwölf Jahre lang geführtem energischen Wahlrechtskampf schließlich einen Sieg davongetragen, dessen Bedeutung nicht nur in den Mandaten, sondern vielmehr noch in dem ungeheuren Gewicht der Wählermassen und der ganzen Stimmung im Lande liegt.

Die Zahl der Mandate ist um 9 vermehrt, von 82 auf 91. Die konservative Fraktion (mit 2 Hospitanten) und die nationalliberale (mit 1 Hospitanten) zählten je 29 Abgeordnete. Die sozialdemokratische Fraktion war 25 Mann stark (bisher hatten — 1895 — höchstens 15 Sozialdemokraten der Zweiten Kammer angehört!), und die freisinnige zählte 8 Mitglieder. Zwischen den beiden größten Fraktionen entbrannte ein heftiger Kampf um den Präsidentensitz, den seit Menschengedenken stets ein Konservativer geziert hatte. Die Konservativen beriefen sich angesichts der gleichen Fraktionsstärke gegenüber den Nationalliberalen auf die Tradition, die unter diesen Umständen entscheidend sei. Die Nationalliberalen aber hatten von vornherein auch die Freisinnigen auf ihrer Seite. Und da ganz ausgeschlossen war, daß die Sozialdemokraten einer konservativen Präsidentschaft zustimmen würden, war die nationalliberale sicher, selbst wenn wir uns an dieser Wahl nicht beteiligt hätten. Die Konservativen machten zuletzt noch den kuriosen Vorschlag, auszulosen, welche von beiden Fraktionen die Priorität habe. Sie hatten damit natürlich kein Glück, ihr Ansinnen zeigte aber, was sie glaubten den Nationalliberalen zumuten zu können. Die sozialdemokratische Fraktion stellte sich gegenüber der Wahl des Direktoriums lediglich auf den Standpunkt parlamentarischen Brauches, nach dem das Stärkeverhältnis der Fraktionen für die Besetzung dieser Ämter maßgebend ist. Demnach billigten sie den Nationalliberalen

den Präsidenten, den Konservativen den ersten Vizepräsidenten zu und machten selbst Anspruch auf den zweiten Vizepräsidenten und einen Sekretär. Die Konservativen lehnten den Eintritt von Sozialdemokraten ins Direktorium ab, hatten aber nicht die Macht, das zu verhindern, wenn nicht die Nationalliberalen in geradezu heimtückischer Weise Handlangerdienste geleistet hätten. Sie erkannten zwar die Ansprüche unserer Genossen an, machten aber die Wahl eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten davon abhängig, daß er auch die höfischen Verpflichtungen mit übernehme beziehungsweise bei der „feierlichen“ Eröffnung des Landtags unter altmodischem Pomp mit ins Schloß gehe. Die Herren Liberalen suchten sich mit diesem Verlangen auf die Verfassung zu stützen. Darin steht kein Wort von höfischem Formelkram, sondern nur, daß der König den Landtag zu eröffnen hat. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte das Ansinnen entschieden ab, erklärte aber, daß ihr Vizepräsident alle wirklich verfassungsmäßigen Verpflichtungen übernehme. Wenn die Nationalliberalen nur einen Funken Loyalität und parlamentarischen Anstandes gegenüber der stärksten Partei des Landes besessen hätten, konnten sie sich mit dieser Erklärung zufrieden geben. Die Verantwortung für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtung braucht wahrlich nicht ihre Sorge zu sein. Doch der „Männerstolz vor Königsthronen“ dieser politischen Weichtiere ist ganz eigener Art. Sie bestanden auf ihrem Schein. Der sozialdemokratische Vizepräsident wurde nicht gewählt, worauf die sozialdemokratische Fraktion auch den ihr angebotenen Sekretärsposten ablehnte. Wenn eine Vertretung der Sozialdemokratie im Direktorium der Kammer für ihre parlamentarische Mitarbeit recht zweckmäßig und an sich wünschenswert sein mag — so wichtig ist sie nicht, daß die Sozialdemokratie sich deshalb auf derartige ihrer ganzen Auffassung widerstrebende Vorschriften einlassen könnte. Die Nationalliberalen aber zeigten gleich zu Anfang, wes Geistes Kind sie — geblieben sind.

Die Thronrede, mit der der Landtag eröffnet wurde, war auffallend inhaltlos. Sie kündigte einige Gesetzesvorlagen an, sprach wie seit Jahren von der „Schwierigkeit“, das Gleichgewicht des Etats herzustellen, registrierte einige Fürstenbesuche und militärische Jubiläumsfeiern. Unter anderem enthielt sie aber auch folgenden bezeichnenden Satz: „Insbesondere wird Meine Regierung es nach wie vor als ihre ernsteste Aufgabe ansehen, dem Volke die Religion zu erhalten. Möge der Geist des Glaubens und der Zucht nicht nur in den Familien, sondern auch in den Schulen Meines Landes lebendig bleiben und, wo es not tut, zu neuem segenbringenden Leben erwachen.“ Der Satz sollte sicher mehr sein wie eine dekorative Redensart — er bedeutet eine Kriegserklärung an die Mehrheit der gewiß nicht radikalen sächsischen Lehrerschaft in der Frage der Reform des Religionsunterrichtes. Nach Inhalt und Form gleich mittelalterlich, ist er nicht von einem einzigen bürgerlichen Abgeordneten angefochten worden. An „Königsworten zu deuteln“, dazu fehlt den Herren das gehörige bißchen Mut. Nur die Sozialdemokraten nahmen Gelegenheit, den in dem Religionssatz zum Ausdruck kommenden Standpunkt der Regierung zu bekämpfen und diesem Programm das ihre: Keine Religion in der Volksschule! entgegenzustellen. Es kam dieserhalb wiederholt zu lebhaften Zusammenstößen mit dem Kultusminister, der für einen ehemaligen Oberbürgermeister der Arbeiter- und Industriestadt Chemnitz ein erstaunliches Maß von Staatsreligionsfanatismus entwickelte. Von ihm hat das sächsische Volk in dieser Frage — die Volks-

schulreform kommt wahrscheinlich an den nächsten Landtag — nicht viel zu erwarten. Die Konservativen stehen auf seiner Seite, die Liberalen werden elend versagen und die wirklich moderne Geistesrichtung im Parlament wird allein auf die Sozialdemokratie angewiesen sein.

Bei den allgemeinen Vorberatungen zum Etat sprachen für die sozialdemokratische Fraktion drei Redner. Bis in die neueste Zeit war es im sächsischen Landtag Usus, daß dabei nur zum Etat gesprochen werden durfte. Unter solchen Umständen verloren diese Reden von vornherein jedes allgemeine Interesse. In den letzten Jahren wurden Versuche auf Änderung dieser Methode gemacht, und man ließ etwas freieren Spielraum. In diesem Landtag aber stellten sich die Fraktionen, besonders auf Betreiben unserer Genossen, auf den Standpunkt, daß — wie im Reichstag — bei diesen Beratungen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im allgemeinen besprochen werden dürften. Unsere Genossen machten davon ausgiebigen Gebrauch. Sie übten nicht nur scharfe Kritik an dem Etat und an der sächsischen Finanz- und Wirtschaftspolitik, an dem Verhalten der Regierung im Bundesrat, sondern sie betonten auch scharf unsere grundsätzliche Stellung zum bürgerlichen Staat und zu den politischen Parteien. Ihre „positive Mitarbeit" stellten sie in Aussicht unter der Bedingung, daß Regierung und bürgerliche Parteien auch zu wirklich ernsten Reformen bereit seien. Im anderen Falle würden sie uns in der schärfsten Opposition finden.

Im Verlauf der Session hat sich gezeigt, daß die Nationalliberalen, die für wirkliche Reformbestrebungen die Mehrheit herbeiführen können, weder die Kraft noch den Willen haben, das zu tun. Sie machen gouvernementale Politik, sie wollen die Konservativen ausstechen, um Regierungspartei zu werden, und sind gerade so „liberal", als der Regierung angenehm ist. Man kann sich vorstellen, was dabei herauskommt! Bemerkenswert ist ein Vorfall bei den Etatsberatungen. Der nationalliberale Redner, ein Herr Landgerichtsdirektor Dr. Hettner, hatte ein liberaleres Regiment unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse gefordert. Darauf antwortete der Finanzminister Dr. v. Rüger, ein alter, in stockkonservative Anschauungen verbissener Herr, ganz trocken, man solle ihm doch erst einmal sagen, was man unter liberal zu verstehen habe, mit derartigen „allgemeinen Phrasen" sei es nicht getan. Wenn das eine Ironisierung des Liberalismus der Nationalliberalen sein sollte, dann hatte Rüger es fein getroffen. Ton und Form dieser Polemik aber waren in einem Parlament unerhört; auch unsere Genossen mußten solche provokatorische Überhebung mißbilligen. Es gab eine Szene, wie sie sich ähnlich später noch einige Male wiederholte. Konsequenzen haben aber die Nationalliberalen daraus nicht gezogen, oder die verkehrten. Einige ihrer mehr links stehenden Heißsporne (mit ihnen ist es inzwischen zum Krach gekommen, der Fabrikant Merkel, der auch Reichstagsabgeordneter ist, trat aus der Landtagsfraktion) wurden mit Worten etwas grob gegen die Regierung — dann war's wieder gut. Und als es in einer Stenogrammangelegenheit beinahe zu einer Präsidentenkrise gekommen wäre, waren es die Sozialdemokraten im Seniorenkonvent, die dem Herrn Hettner das Rückgrat zugunsten des nationalliberalen Präsidenten steifen mußten. Sonst wären die Herren auch in diesem Falle im Interesse der Regierung zu Kreuze gekrochen. Ein anderes Mal erklärte auf eine Anzapfung hin der Minister des Innern, Graf Vitzthum v. Eckstädt, den Staatsbeamten würden zwar formell

keine Vorschriften über ihre politische Gesinnung gemacht, soweit es sich um liberal oder konservativ handelt. Da die Konservativen aber noch staatserhaltender seien als die Liberalen, ergebe sich von selbst, daß die Beamten meist konservativ wären. Die Nationalliberalen begnügten sich auch hier mit einigen schmollenden Bemerkungen. Selbstverständlich finden auch sie es, daß ein Staatsbeamter nicht Sozialdemokrat sein darf. Er hat vielmehr nationalliberal zu wählen, dann ist alles in Ordnung.

Die Herren „Liberalen" sind in dieser Beziehung aber noch weiter gegangen. Die sächsische Regierung verbietet den Staatsarbeitern (Eisenbahnern) bei Strafe sofortiger Entlassung das gewerkschaftliche Koalitionsrecht. Während der Landtag beisammen war, wurden sogar in Chemnitz vierzehn Eisenbahner lediglich deshalb aufs Pflaster geworfen, weil sie eine öffentliche gewerkschaftliche Versammlung besucht hatten. Die sozialdemokratische Fraktion brachte eine Interpellation ein und nahm außerdem noch einige Male Gelegenheit, das Verhalten der Regierung scharf zu bekämpfen und für das unbeschränkte Koalitionsrecht aller Staatsarbeiter einzutreten. Die sächsische Regierung stützt sich auf das formale Recht, indem sie eine Bestimmung der Gewerbeordnung ganz willkürlich in ihrem Sinne auslegt und anwendet. Arm in Arm mit den Konservativen gaben die sogenannten Liberalen der Regierung recht, sie billigten die brutalen Maßregelungen, obwohl sie vor der Wahl in Eisenbahnerversammlungen für das unbeschränkte Koalitionsrecht aller Eisenbahnarbeiter eingetreten waren! Kein Wort wußten sie zur Erwiderung, als ihnen von unseren Genossen diese skandalöse Haltung vorgeworfen wurde. So könnte noch durch viele Einzelfälle bewiesen werden, daß momentan nicht davon die Rede sein kann, es werde in Sachsen mit Hilfe der Liberalen der erste Versuch freiheitlicher und sozialpolitisch fortschrittlicher Zustände möglich. Allein der Druck der Massen von untenauf kann hier Wandel schaffen, wie er in der neueren Zeit im Vergleich mit früheren Zuständen bereits einige Besserung herbeigeführt hat. Diesen Druck, diese Macht stärken — das ist es, worauf es ankommt.

Recht klug und vorsichtig muß die Art bezeichnet werden, wie sich die Konservativen mit der veränderten, für sie so ungünstigen Situation abzufinden, sich ihr anzupassen versuchten. Man hätte ihnen eine derartige Reserve kaum zugetraut. Sie stellten sich nicht in den Schmollwinkel, hüteten sich aber auch vor allzu großer Aggressivität. Sie glauben offenbar, daß ihre Zeit wiederkommen wird, und rechnen dabei wohl nicht mit Unrecht auf ihre „staatserhaltenden" nationalliberalen Freunde. Geradezu auffällig war das Verhalten der Konservativen gegenüber den Sozialdemokraten, wenn man es mit früher vergleicht. Sie vermieden ganz geflissentlich schärfere Konflikte mit unseren Genossen, und auch die lebhaftesten Auseinandersetzungen blieben in den Formen politischen Anstandes. Dieser Vorgang zeigt ebenfalls die erzieherische Wirkung des sozialdemokratischen Einflusses in der öffentlichen Meinung. In allen Fällen verhielten sich die Konservativen in der Defensive; sie ließen die Dinge an sich herankommen. Über ihren wahren Charakter kann natürlich das von politischer Berechnung diktierte Verhalten uns niemals täuschen. Im allgemeinen wurde die Politik und Taktik der Konservativen im Landtag wohl bestimmt von dem Willen, der Regierung gegen etwa zu üppige liberale Forderungen die Stange zu halten. Viel gab es da aber nicht

zu tun. — Größere Betriebsamkeit jedoch entwickelte die konservative Presse. Sie hat das Möglichste an boshaften Hetzereien gegen das liberale Präsidium und die Arbeitsfähigkeit der Zweiten Kammer geleistet. Die Angegriffenen sind darüber mehr als nötig nervös geworden. Und die Liberalen vergessen ganz, daß sie es früher den Konservativen gegenüber genau so gemacht haben, wie ihnen jetzt auf ihre Heulmeierei mit berechtigtem Sarkasmus der konservative Führer Opitz geantwortet hat. Die beiden Gruppen haben sich ganz gewiß nichts vorzuwerfen. Und insoweit die Sozialdemokratie von dieser Hetzerei betroffen ist, wird sie sich ihrer Haut ohne unangebrachte Sentimentalität zu wehren wissen. Mit weinerlichen Klagen kommt man im politischen Gewühl nicht weit.

Die acht Freisinnigen suchten die Qualität ihrer parlamentarischen Arbeit durch die Quantität zu ersetzen. Ihre Anträge und Reden waren aber wiederholt alles andere als wirklich liberal. Und wenn es galt, einem sozialdemokratischen Antrag die Zähne auszubrechen, dann war Herr Günther da. Der Herr ist auch Reichstagsabgeordneter und maßgebend in der kleinen Landtagsfraktion. Dort sitzen einige Leute mit etwas festerem Freisinn. Aber der korrumpierende Einfluß des Reichstagsfreisinns tut hier seine Wirkung. Günther ist ein Mann, der von Programmen und großzügiger Politik keine Ahnung hat, nur in den engen Grenzen spießbürgerlicher Bierbankweisheit eine Rolle spielen kann, weiter draußen zur absoluten Bedeutungslosigkeit verurteilt ist. Er sucht seit einigen Jahren im Landtag eine Rolle zu spielen; nun ihn ein starkes Kontingent Sozialdemokraten dem verdienten Fluche der Lächerlichkeit preisgibt, wird er wütend. Er war es, der als einziger bürgerlicher Abgeordneter der sozialdemokratischen Fraktion mit einer überaus lächerlichen Bemerkung in den Rücken fallen wollte, da sie das Gesamtbudget ablehnte. Trotz alledem sind die Freisinnigen in strittigen Punkten mehrfach mit unseren Genossen gegangen; in allen wichtigen aber haben sie uns im Stiche gelassen, entgegen ihren freisinnigen „Prinzipien“.

* * *

Diese Ausführungen bezwecken nicht, eine ins einzelne gehende Darstellung der Tätigkeit des Landtags zu geben. Auch die der sozialdemokratischen Fraktion soll nur im allgemeinen skizziert sein. Sie war insofern gegen früher verschieden, als unsere Abgeordneten entsprechend ihrer Stärke in allen Kommissionen Vertretung erhielten. Die stärkste und wichtigste Seite sozialdemokratischer Tätigkeit in den Parlamenten des kapitalistischen Staates mit bürgerlichen Mehrheiten ist die Kritik der bestehenden Zustände, das Drängen nach Einrichtungen des modernen und sozialen Kulturfortschrittes im Sinne proletarischer Forderungen. Man muß aber auch den Weg zeigen und die Mittel schaffen, mit denen Besseres an Stelle des Bekämpften zu schaffen ist. Das ist die sogenannte positive Arbeit, ein Schlagwort, das einen Begriff einschließt, der im Parlament sehr leicht auf ins Uferlose gehende Abwege leitet und einer klaren, prinzipiellen Politik der Sozialdemokratie gefährlich werden kann. Das bekannte Wort von dem Konzessionsschulzen hat seinen tiefen ernsten Sinn. Für uns Sozialdemokraten gibt es eine Grenze der „positiven Arbeit“. Wo man uns mit lächerlichen Lappalien abspeisen will, wird immer schärfste Kritik die beste Methode bleiben.

Ob die sozialdemokratische Landtagsfraktion hier immer das Richtige getroffen hat, werden in erster Linie die sächsischen Genossen zu beurteilen haben.

Die feste Absicht war jedenfalls vorhanden. — Die wichtigste Frage im Staate ist und bleibt die des Wahlrechtes. Und da das in Sachsen zurzeit alles andere als gut ist, hatten unsere Genossen den üblichen Wahlrechtsantrag eingebracht. Er ist leider nicht verhandelt worden! Man wird kaum fehlgehen, wenn man bei den Bürgerlichen wie bei der Regierung Absicht annimmt. Unsere Fraktion hat wiederholt gedrängt; ein geschäftsordnungsmäßiges Mittel zur Erzwingung der Verhandlung gibt es aber nicht.

Wir hatten ferner die Verpflichtung, zur Durchführung unserer vielen sozialen und kulturellen Forderungen die nötigen Mittel zu beschaffen. Das geschah durch einen Antrag auf radikale Steuerreform, den man gegen die sozialdemokratischen Stimmen ablehnte. Wir forderten ferner die Beseitigung der Ersten Kammer, die ein wesentlicher Stützpunkt reaktionärer Politik ist. Die bürgerlichen Parteien brachten drei verschiedene Anträge auf Reform der Pairskammer ein, worauf wir uns nicht einließen. Keiner der Anträge hat eine Mehrheit gefunden. Weiter hat die sozialdemokratische Fraktion eine ganze Reihe sozialpolitischer Anträge eingebracht. Sie forderte mehr staatlichen Arbeiterschutz, Berggesetzreform zugunsten der Arbeiter, staatliche Arbeitslosenfürsorge, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Staatsarbeiter usw. Diese Anträge wurden meist abgelehnt, zum Teil stark verwässert, so daß nur wenig Positives dabei herausgekommen ist. Das war auch nicht zu erwarten. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung sind aber gezwungen worden, Stellung zu nehmen, Farbe zu bekennen. Das Volk kann urteilen! Gegen das Ende des Landtags brachte die Regierung noch einen Nachtragsetat, der 1½ Millionen Ausgaben für Aufbesserung der Löhne und Pensionsverhältnisse der Eisenbahner enthielt. Es ist kein Zweifel, daß dieses Entgegenkommen hauptsächlich der Kritik und den Forderungen der Sozialdemokraten zuzuschreiben ist. Die tatsächlichen Angaben sprachen doch zu aufreizend. Auch zwei Interpellationen wurden eingebracht, eine wegen der Chemnitzer Eisenbahnermaßregelung, die andere wegen der Aussperrung der Bauarbeiter. Außerdem haben die sozialdemokratischen Abgeordneten durch Anträge und Anregungen beim Etat in unserem Sinne zu wirken versucht. Dabei sind hier und da Verbesserungen erzielt worden. Die Tatsache zum Beispiel, daß in Zukunft im Königlichen Opernhaus, das ärmeren Kreisen sonst ganz unzugänglich ist, billige und gute Volksvorstellungen veranstaltet werden sollen, ist lediglich eine Folge sozialdemokratischer Initiative. — Soweit von bürgerlicher Seite fortschrittliche Anregungen kamen, wurde ihnen von unserer Seite natürlich zugestimmt. Den Gesamtetat lehnte die sozialdemokratische Fraktion in der letzten Sitzung mit einer entsprechenden prinzipiellen Erklärung ab.

Der Landtag ist am 13. Mai geschlossen worden; er hat ziemlich sieben Monate getagt. Der Rest der Arbeit mußte im Hetztempo, bei Tag und Nacht, erledigt werden. Die Zweite Kammer wollte über Pfingsten hinaus tagen, die Erste und die Regierung aber hatten es satt. Und so wurde geschlossen. Bevor der Landtag wieder zusammentritt, geht es in den Reichstagswahlkampf, den die sächsischen Genossen bereits energisch vorbereiten.

Literarische Rundschau.

Gottfried Schaub, **Die Arbeit, das Grundproblem unserer Zeit.** Bern 1910, Verlag von G. Grunau. 292 Seiten.

Dem Beobachter des gesellschaftlichen Lebens konnte es nicht entgehen, daß der Sozialismus immer mehr in die Kreise proletarischer Schichten eindringt, die noch kürzlich ihm ganz fremd gegenüberstanden. So gewinnt der Sozialismus unter anderem unter den Volksschullehrern immer neue Anhänger. Mögen Reaktionäre aller Schattierungen, offen oder unter der Maske etwa des Bremer Liberalismus, noch so sehr dagegen wüten, es wird ihnen nie gelingen, diesen Geist zu vernichten. In der Stellung der Volksschullehrer ist nämlich eine tiefe Änderung vor sich gegangen; es wird immer mehr zwischen den Lehrern aus den oberen und denen aus den unteren Volksklassen unterschieden. Die letzteren müssen immer Volksschullehrer bleiben, während die ersteren bei höheren Anstellungen bevorzugt werden. Wichtiger noch ist, daß die Lehrer in unmittelbare Berührung mit den Volksmassen kommen und durch sie früher oder später angesteckt werden müssen.

Wenn nun die Bremer Lehreraffäre ein Kampf sozialistischer Lehrer um ihr Recht war, so zeigt der Baseler Lehrer G. Schaub den Werdegang, wie ein Lehrer Sozialist wird. In seinem Werke behandelt er sehr viele Fragen: Staat und Arbeit, Kirche und Arbeit, Schule und Arbeit; und behandelt sie „oberflächlich, das heißt idealistisch", wie sich in solchen Fällen Genosse Plechanoff treffend ausdrückt. In Schaubs Abhandlung spürt man aber das soziale Leiden des Volkes, sein Sehnen nach einer besseren Zukunft. Der Autor bekennt sich offen zum Sozialismus. Aber das ist ein eigenartiger, rein schweizerischer Gefühlssozialismus. Der Sozialismus ist für ihn ein „Kampf gegen den Zufall". „Alles Zufällige ist unsozial", erklärt er, „und alle unsere heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen stehen unter der Herrschaft des Zufalls. Ich erinnere nur an die drei hauptsächlichsten dieser Institutionen — an unsere Rechtssatzungen, an unsere Schule und Kirche. ..." Man hört hier das Notgeschrei gegen den Kapitalismus von einem, der die Hoffnung auf den „Zufall" aufgegeben, aber noch nicht gelernt hat, in dem „Zufall" Gesetzmäßigkeit zu entdecken. Daher kann für ihn der Sozialismus noch nicht eine bestimmte Zukunft sein, sondern bloß irgend eine bessere Zukunft. „Das Empor ist das Soziale, Allgemeingültige", ruft er aus. Da nun „jeder das Empor will", so „ist jeder in diesem echten (?) Sinne Sozialist." Andererseits gibt er zu, daß „der Kampf gegen den gemeinsamen Feind der Hauptsache nach nur von dem Proletariat ausgefochten werden muß und wird".

Marx ist für ihn Prophet — „der erste, große Prophet des ‚neuen Bundes'. Was die Alten", fügt er hinzu, „lernten: ‚Tut Buße — bekehrt euch — ihr seid am Ende — das Gericht ist nahe!' — — das lehrte auch Marx. ..." „Nur mit ein bißchen anderen Worten!" möchten wir ihm darauf antworten. Wenn Herr Schaub glaubt, der Marxismus genüge nicht mehr, so wollen wir ihm raten, zuerst den Marxismus etwas näher kennen zu lernen.

Wie dem aber auch sei, Schaubs Arbeit im ganzen ist ein Zeichen der Zeit für die Strömung unter den Lehrern, die immer deutlicher hervortritt. M. N.

Ferdinand Dubief, **L'apprentissage et l'enseignement technique.** Paris 1910, Verlag von Girard & Brière. 506 Seiten. 8°.

Jede Wirtschaftsstufe hat notwendigerweise ihr eigenes System der gewerblichen Erziehung. Die mittelalterliche Produktion brachte die Meisterlehre zur Entfaltung. Den Lehrling zur selbständigen Verfertigung eines Gegenstandes zu erziehen, war das Ziel dieser Lehre. Als dann Arbeitsteilung und technische Entwicklung die Arbeit spezialisierten, mußte die Meisterlehre vielfach überflüssig werden. Wohl erhielt sie sich noch in vielen Berufen, aber ihr Dasein verdankt sie nur dem Umstand, daß in den tastenden Versuchen nach einem neuen Lehrsystem noch kein

Reformvorschlag siegreich durchzudringen vermochte. Die Reformer sind sich wohl darin einig, daß der bestehende Zustand unhaltbar sei, — „man erkannte an, daß das Lehrlingswesen in Frankreich im Verfall ist,“ sagte Dubief —, aber man vermochte sich bis nun nicht darüber zu einigen, wie die notwendige Reform beschaffen sein soll.

Dubief, der Vizepräsident der französischen Kammer und ehemaliger Handelsminister der Republik, versucht in seinem soeben erschienenen Werke über die Lehre und die technische Erziehung den ihm für Frankreich gangbar erscheinenden Weg der Reform zu zeichnen. Die Ursachen des gegenwärtigen betrüblichen Zustandes scheinen ihm darin zu liegen, daß erstens das Bedürfnis der Arbeiterfamilien, ihr mageres Budget zu erhöhen, die Kinder zur unqualifizierten Arbeit in die Fabriken treibe. Zweitens sei die nicht seltene Arbeitslosigkeit in den qualifizierten Berufen nicht danach angetan, die Lust zur Erlernung eines solchen Berufs wachzurufen. Und schließlich ermögliche ja die Arbeitsteilung vielen Unternehmern, auch mit unqualifizierten Kräften das Auslangen zu finden. Die Reformen, die nun einzusetzen hätten, müßten darin bestehen, einesteils die praktische Meisterlehre zu verbessern, sie mit obligatorischen theoretischen Unterricht zu verknüpfen, andererseits staatliche und private Schulen für Handel und Industrie, mit Umgehung der Meisterlehre, zu schaffen. Vor allem soll aber eine Umformung der höheren Volksschulklassen in Lehrschulen, das heißt in Schulen des praktischen Unterrichtes erfolgen.

Dubiefs Vorschläge, die er seinerzeit auch in einem Gesetzesvorschlag zusammengefaßt dem französischen Parlament vorlegte, sind Kompromißvorschläge. Als das Ziel der Entwicklung schweben ihm offenbar die Staatslehrwerkstätten vor. Weil diese, als eine obligatorische Einrichtung, natürlich jetzt nicht durchzusetzen sind, sucht er durch allgemeinen theoretischen Unterricht die Meisterlehre zu ergänzen und sie dort, wo es angängig ist, schon jetzt durch die Errichtung staatlicher oder privater Handwerkerschulen zu ersetzen. Dubief ist kein radikaler Umstürzler, er ist im Gegenteil ein ziemlich konservativer Herr, aber die Logik der Entwicklung drängt ihn zu Vorschlägen, die die allmähliche Beseitigung der Meisterlehre vorbereiten. Der Kapitalismus ist über die Meisterlehre bereits hinausgewachsen.

Das Buch enthält viel lesenswertes Material über den gegenwärtigen Zustand der technischen Erziehung in Frankreich und den anderen Industrieländern. Angenehm fällt es auf, daß Dubief sentimentale Redensarten über die gegenwärtigen Vorteile besserer technischer Ausbildung für die Arbeiter möglichst vermeidet. Ihm kommt es darauf an, den Unternehmern, „der Industrie“, Vorteile zu sichern. Es sollen Arbeiter geschaffen werden, „die fähig sind, uns den Sieg in den ökonomischen Kämpfen zu sichern“. Das heißt: wir brauchen eine bessere Ausbildung der Arbeiter, damit diese „fähig werden, den Sieg in den ökonomischen Schlachten“ mit dem Ausland für die Kapitalisten zu erfechten. Julius Deutsch.

Notizen.

Zu den Erhebungen von Haushaltungsrechnungen. Die Notiz von Genosse -kl- in Nr. 34 gibt mir den Anlaß, nochmals mit einigen Worten auf die „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche“ und die „320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern“ einzugehen. Denn die Notiz zeigt, in welcher Richtung Mißverständnisse bei der Bewertung derartiger Unternehmungen möglich sind. Diese Mißverständnisse gilt es zu vermeiden.

Es ist selbstverständlich, daß die durchschnittliche Gesamtausgabe eines Arbeiterhaushalts von jährlich 1835 und 1856 Mark, wie sie die beiden Erhebungen aufweisen, nicht die durchschnittliche Ausgabe des deutschen Arbeiters überhaupt ist! Das Durchschnittseinkommen in den Erhebungen ist höher als den Lohnstatistiken

entsprechen sollte, weil unter den erfaßten Haushalten nach der Reichserhebung die besser bezahlten Metallarbeiter mit 20 Prozent vertreten sind. Das Durchschnittseinkommen als Ausgabe des deutschen Arbeiters **überhaupt** zu erfassen, ist aber auch gar nicht der Zweck derartiger Erhebungen. Wie aus der Besprechung der beiden Erhebungen in Heft 32 und 33 ohne weiteres ersichtlich ist, liegt ihr Schwerpunkt darin, daß sie uns einen Einblick gewähren in die Art und Weise, wie der Arbeiter mit seinem Einkommen haushalten kann und wie er das nötige Minimum aufbringt. Diese Momente sollen durch die Erhebung von Haushaltungsrechnungen in verschiedenen Einkommensgruppen aufgedeckt werden. Natürlich würde die Genauigkeit einer derartigen Untersuchung gewinnen, wenn sie nach demselben Prinzip vorgenommen würde wie manch andere statistische Erhebung, nämlich daß sämtliche Arbeiterhaushalte erfaßt würden. Das ist aber praktisch unmöglich, und man kann darum nicht anders verfahren, als daß man eine möglichst ausgedehnte Stichprobe macht und eine beschränkte Reihe von Haushaltungen erfaßt. Daß auf diese Weise ein vortrefflicher Einblick in den Betrieb des Arbeiterhaushalts getan wird, zeigen die beiden letzten großzügigen Erhebungen des Reiches und des Metallarbeiterverbandes doch zur Genüge. An der Hand der Ergebnisse einer Erhebung von Haushaltungsrechnungen läßt sich dann auch der Betrieb eines jeden typischen Arbeiterhaushaltes beurteilen, indem man ihn — entsprechend seinem Gesamteinkommen — in eine der erfaßten Einkommensgruppen eingliedert.

Was die Ausgaben für Bildung betrifft, so scheinen uns die Ausführungen von Genosse Heiden in Heft 13 der „Neuen Zeit", „daß die große Masse der Arbeiter gar nicht imstande ist, für Zwecke der Weiterbildung, insbesondere für Bücher, von den geringen Einkommen Aufwendungen zu machen," durch die Metallarbeiterstatistik doch ihre Bestätigung zu finden. Es genügt der erneute Hinweis, daß bei einer Ausgabe von insgesamt 1850 Mark 73 Pfennig für Bildung und Unterhaltung (und Vergnügungen) in der Woche ausgegeben werden. Würde man hier die Ausgaben für Bücher und Broschüren für sich herausgreifen, so würden sich wohl kaum höhere Zahlen ergeben, als in den kleineren Erhebungen in Frankfurt (von Dr. Conrad) und Nürnberg (von Dr. Braun). Lipschütz.

Zeitschriftenschau.

„The Social Domocrat" vom April bringt einen Aufsatz von H. Quelch über **„Sozialdemokratie und industrielle Organisation"**. Die Prinzipien der Sozialdemokratie sind fest und für die ganze kapitalistische Gesellschaft die gleichen; die praktisch anzuwendenden Mittel dagegen nach Ort und Zeit verschieden. Daher herrscht in praktischen Fragen große Meinungsverschiedenheit und die jährlichen Konferenzen der Partei dienen dazu, sich darüber auseinanderzusetzen. Es ist zu bedauern, daß nicht überall alle sozialistischen Organisationen daran teilnehmen, sondern ein Teil wegen des Bündnisses mit nichtsozialistischen Organisationen fernbleibt. In der Mitte der Meinungsverschiedenheiten steht der Parlamentarismus. In allen Ländern zeigt sich immer mehr eine Auflehnung gegen den wachsenden Einfluß des Parlamentarismus. Natürlich wissen wir, daß die soziale Entwicklung sich nicht dem Schritt der bürgerlichen Gesetzgebung anpassen wird; und es liegt zum Teil an der Wichtigtuerei der Parlamentarier selbst, daß die Opposition gegen den Parlamentarismus immer stärker wird. Deshalb soll aber die politische Aktion nicht verachtet werden; als Mittel zur Bekämpfung des Kapitalismus ist sie unersetzlich. Die antiparlamentarische Tendenz will jetzt zu den alten Methoden des proletarischen Kampfes zurückkehren, die industrielle Organisation an die Stelle der politischen und den Generalstreik an die des Parlamentarismus stellen. Als Sozialdemokraten sind wir für beide Organisationen und beide Mittel. Aber unsere

Aufgabe ist die Organisation einer politischen Partei; die industrielle Organisation ist Aufgabe der Gewerkschaften. Natürlich kann und soll man dabei einander unterstützen. Man hat uns Sozialdemokraten einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir die Arbeiterpartei verließen, anstatt unseren Sozialismus zu vertuschen. Wenn aber Sozialisten und Gewerkschafter sich zu einem politischen Ziel vereinigen, dann soll die politische Organisation die Führung haben; ähnlich wie die Partei sich bei der Unterstützung eines Streiks der Führung der Gewerkschaft unterordnet und zum Beispiel nicht fordert, daß der Streik in erster Linie zu sozialistischer Propaganda benutzt wird. Die Aufgaben von Sozialdemokratie und Gewerkschaft sind verschieden, und es ist töricht zu behaupten, unsere Partei stehe den Gewerkschaften feindlich gegenüber, weil sie sich ihnen nicht unterordnen will. Keine Partei hat je die Gewerkschaften so kräftig unterstützt als wir, und ihre Entwicklung ist zum Teil eine Folge unseres Wirkens. Ursprünglich eine engherzige Aristokratie der Arbeit, sind sie jetzt demokratisiert und vertreten sie alle Arbeiterschichten; wenn sie trotzdem nur eine Minorität aller Arbeiter umfassen, so liegt das in anderen Ursachen. Aber ihre Anzahl wächst fortwährend, bisweilen wie im Jahre 1890 sprungweise. Von 1688000 Ende 1898 ist die Mitgliederzahl Ende 1907 auf 2406000 gestiegen. Und zugleich sind Zunftgeist und gegenseitige Eifersucht einer steigenden Klassensolidarität gewichen, während die Neigung zur Bildung großer Industrieverbände wächst. Natürlich sind die alten Fehler oft noch mächtig, aber im ganzen bewegen sich die Gewerkschaften auf dem richtigen Wege und kommen die von den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei seit zwanzig Jahren propagierten Prinzipien immer mehr zum Durchbruch.

„Sozialismus und Politik“ ist ein Aufsatz von W. G. Veals im selben Heft. In England ist die sozialistische Bewegung als politische Macht noch jung, und die Politik wird ganz von den anderen Parteien beherrscht, von denen der Schriftsteller Thorold Rogers einmal sagte, daß sich die Engländer für die Politik nicht erwärmen, weil sie der Ansicht sind, daß sie nur ein Spiel zweier erblicher Parteien darstellt und es gleichgültig sei, wer gewinne. Begeisterung für die Whig- oder die Torypartei kommt nicht vor; ein Kandidat gewinnt den Sitz, weil er reich ist und angesehen, Reichtum zur Schau stellt oder ein bekannter Sportsman ist. Hier findet sich der Sozialist sofort in einer ungünstigen Lage; er wird nach der herkömmlichen Tradition beurteilt und als ein Mann befunden, der nichts besitzt und nichts bieten kann. Trotz aller schönen Versammlungserfolge bleibt immer die Frage: wie einen Sitz gewinnen? Während die Männer mit den besten Ideen über positive Arbeit an den Straßenecken reden müssen, halten die alten Parteien die Machtpositionen inne. Die Masse wird noch von Ideen aus alter Zeit beherrscht, die von der kapitalistischen Entwicklung schon längst überholt sind. Allerdings, ein Fortschritt ist unverkennbar; wir zählen viele Tausende Anhänger, in Gemeinden und im Parlament sitzen einige Sozialisten, und daneben viele Arbeiterparteiler. Aber es ist nötig, daß diese fester und unabhängiger gegenüber den alten Parteien auftreten als bisher. Das muß betont werden, weil der Parlamentarismus die Hauptwaffe des Proletariats ist und durch den Massenstreik nicht ersetzt, sondern höchstens in besonderen Fällen ergänzt werden kann. Andererseits besteht eine noch größere Gefahr darin, daß man allzu politisch wird. Nie ist eine herrschende Klasse durch die Logik und die Bescheidenheit der Unterdrückten für den Fortschritt gewonnen worden. Die Helden der Vergangenheit haben sich um das Wahren guter Formen nie gekümmert. Ihre Kraft lag in der Notwendigkeit dessen, was sie vertraten, als eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. Diese Entwicklung hat jetzt bewirkt, daß zwischen Liberalen und Tories nur noch untergeordnete Differenzen bestehen und ihr Kampf vor allem ein Spiel ist, um die Aufmerksamkeit der Unterdrückten abzulenken. Eine Arbeiterpartei, die dieses Spiel nicht durchschaut und sich täuschen läßt, verliert damit jede Kraft. Eine Arbeiterpartei hat die Aufgabe, das Parlament zu zwingen, den schlimmen Leiden der Arbeiter Beachtung zu

schenken. Weitgehende, tiefeinschneidende Reformen können nicht von Männern errungen werden, die sich vor allem hüten, die Ohren der Machthaber nicht durch scharfe Worte zu verletzen. Die Arbeiterklasse darf nicht ins Parlament gehen, um leise einige Reformen zu erbitten; sie muß mit allen Mitteln sich Gehör verschaffen, sie muß, sei es durch Obstruktion, noch mehr Macht ausüben, als ihrer Anzahl entspricht. Nur dadurch kann sie den Enthusiasmus der Masse wecken; durch eine solche Taktik ist das Volk zu gewinnen. Unsere Politik darf nicht Politik der gewöhnlichen herkömmlichen Art sein.

Wir sind jetzt in England so weit, daß wir eine eigene Arbeiterpartei im Parlament haben. Sie ist das höchste, wozu die organisierten englischen Arbeiter es gebracht haben, und sie ist diesen Arbeitern weder voraus, noch steht sie hinter ihnen an Einsicht zurück. Unsere Aufgabe ist es, diese Arbeiterbewegung mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Keinem Sozialisten wird es einfallen, der Arbeiterpartei entgegenzutreten, damit sie geschlagen oder vernichtet wird. Aber es ist töricht, zu glauben, man könne unsere Prinzipien darin verbreiten, indem man sie selbst verwässert oder vertuscht. Nichtsozialisten kann man nicht dadurch zu Sozialisten machen, daß man zu ihrem Standpunkt hinuntersteigt. In der heutigen Lage wäre eine kleine entschlossene Fraktion im Parlament, die dort für die Volkssache mit allen Mitteln kämpft, für die Propaganda des Sozialismus von allerhöchstem Werte.

In Nr. 13 von „La Vie Ouvrière" (5. April) wird unter dem Titel **„Ein richterliches Verbrechen"** über einen Streikprozeß in Limoux, im Süden Frankreichs, berichtet. Dort war ein Kampf in der Hutfabrikation ausgebrochen, und der Delegierte des Hutmacherverbandes, Roux, war den Unternehmern besonders verhaßt, weil er den Ausstand organisierte und eine Genossenschaft zur Unterstützung der Ausständigen gründete. Daher wurde er vor das Gericht geschleppt unter der Anklage, er habe die Gendarmen durch ein Schimpfwort beleidigt. Das sollte geschehen sein, als 27 Kinder von Streikenden, von ihren Eltern begleitet, nach einem andern Orte in der Nähe zogen. Die Gendarmen wollten dabei sein, begleiteten den Zug und trieben mutwillig ihre Pferde in den Menschenzug hinein. Roux, der die Aufregung der Arbeiter ob dieser Provokation bemerkte, bat die Gendarmen, etwas mit den Pferden zurückzuhalten; diese antworteten jedoch: wir haben von dir keine Befehle zu empfangen. Dann soll er ihnen das Schimpfwort zugerufen haben, wofür er angeklagt wurde.

Vor Beginn des Zeugenverhörs ließ der Präsident mit besonderem Nachdruck den Entlastungszeugen die Gesetzesartikel vorlesen, worin die Strafe für falsches Zeugnis angegeben wird. Nachdem die Gendarmen ihre Aussage gemacht hatten, erzählte ein Zeuge, der Gendarm habe seiner Weigerung ein Schimpfwort gegen Roux folgen lassen, und dann habe Roux ihm dasselbe Wort zurückgegeben. Als der Zeuge auf wiederholtes Befragen dabei bleibt, daß der Gendarm zuerst beleidigt habe, läßt ihn der Staatsanwalt sofort verhaften. Ein zweiter Zeuge sagt genau so aus; er wird ebenso verhaftet; gleichfalls ein dritter und vierter. Der Verteidiger, Advokat Aureol, protestiert energisch gegen diese unerhörte Art, die Zeugen einzuschüchtern, und es kommt zu heftigen Zusammenstößen zwischen ihm und dem Präsidenten. Schließlich sind zwölf Zeugen festgenommen und von Gendarmen umringt. Der Staatsanwalt fordert die höchste Strafe für den Anstifter eines so völlig ungerechtfertigten Streiks und erklärt alle Zeugen, mit Ausnahme der Gendarmen, für unglaubwürdig. Der Präsident bietet den festgenommenen Zeugen noch Gelegenheit, ihre zu Protokoll gegebenen Aussagen umzuändern, aber alle beharren bei ihren Aussagen. Schließlich hat das Gericht es doch nicht gewagt, weiter zu gehen; die Zeugen wurden alle freigelassen, aber Roux trotzdem zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Das ist die französische Justiz der freien demokratischen Republik.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 37 Ausgegeben am 10. Juni 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Das andere Mal.

↗ Berlin, 4. Juni 1910.

Nach der schmählichen Niederlage, die Herr v. Bethmann Hollweg mit seinem Wechselbalg von „Wahlrechtsreform" erlitten hat, sucht er sich zu rehabilitieren, indem er dem preußischen Landtag eine Vorlage zugehen läßt, die eine Erhöhung der Zivilliste um 3½ Millionen Mark verlangt.

Es ist sicherlich ein origineller Gedanke, indes hat ihn Herr v. Bethmann Hollweg doch nicht aus eigenem Busen geschöpft. Er ahmt nur ein Vorbild nach, wenngleich kein Vorbild aus der preußischen Geschichte. Was der König Friedrich in seinem Testament sagt: „Ich habe die Einkünfte des Staates immer als die Bundeslade betrachtet, die keine unheilige Hand berühren dürfe. Ich habe die öffentlichen Einkünfte nie zu meinem besonderen Nutzen verwendet. Meine Ausgaben haben nie in einem Jahre 220000 Taler überstiegen" — das ist für den tiefsinnigen Philosophen, der augenblicklich den Posten eines deutschen Reichskanzlers und eines preußischen Ministerpräsidenten bekleidet, viel zu trivial. Immerhin ahmt er ein Vorbild aus der deutschen Geschichte nach, insoweit bleibt er wenigstens ein teutscher Mann.

Es war im Herbste 1756, als der König Friedrich von Preußen das Kurfürstentum Sachsen mitten im Frieden überfiel, um es in freundnachbarlicher Gesinnung in die eigene Tasche zu stecken. Im letzten Augenblick gelang es jedoch dem Kurfürsten von Sachsen, der zugleich König von Polen war, sich mit seinen Truppen ins Felsenlager von Pirna zu retten, wo er alsbald von den Preußen belagert wurde. Bald wurden die eingeschlossenen Sachsen die Beute quälenden Hungers; nur der König August nebst seinem Hofgeschmeiß litt nicht darunter, denn er bedang sich von dem preußischen König aus, daß ihm täglich die ausgesuchtesten Leckerbissen geliefert würden, und König Friedrich war pfiffig genug, ihm diesen Wunsch zu gewähren.

In den loyalen Geschichtsbüchern kann man heute noch die Flamme sittlicher Entrüstung über dies Verhalten des sächsischen Kurfürsten lodern sehen.

Aus guten Gründen wollen wir nur ein paar von diesen Stimmen anführen, und zwar solche, die sich noch am mildesten äußern. So schreibt Carlyle in seiner Biographie Friedrichs: „Die eigene Tafel der polnischen Majestät wird ad libitum versorgt, aber dem gemeinen Soldaten werden sofort kleinere Rationen, die immer kleiner werden, verabreicht. Das $1^{1}/_{4}$ Pfund Brot täglich war auf die Hälfte dieser Portion herabgesunken, die 2 Lot Fleisch in der Woche waren verschwunden oder Pferdefleisch von der äußersten Magerkeit geworden." Und Bernhardi schreibt: „Auch im Lager von Pirna dachte dieser Kurfürst-König nicht entfernt daran, etwa wie Karl XII. von Schweden, Mangel und Gefahren mit seinen Soldaten teilen zu wollen; er dachte nicht einmal daran, sich das Ansehen zu geben, als wolle er das. Infolge einer besonderen Konvention kamen während der Blockade seine wohlversorgten, mit dem gewähltesten Küchenmaterial ausgestatteten Küchenwagen täglich durch die preußische Stellung und die preußische Vorpostenkette in sein einstweiliges ‚Hoflager' in dem eingeschlossenen Lager angefahren. Die Zeit nahm daran keinen sonderlichen Anstoß. Am Dresdener Hofe herrschte damals, wie selbst noch in Zeiten, die uns sehr viel näher liegen, entschiedener sogar als in den meisten anderen, die Ansicht, die in einem Staate nur den Landbesitz sah, der bestimmt sei, dem regierenden oder vielmehr besitzenden Hause die Mittel einer fürstlichen Existenz zu gewähren, und in diesem fürstlichen Dasein selbst den Zweck aller Dinge." Es mag an diesen Stimmen genug sein; andere Patrioten drücken sich viel kräftiger aus und trösten sich höchstens damit, daß so etwas nur einmal in teutschen Landen passiert sei.

Herr v. Bethmann Hollweg jedoch sorgt für das andere Mal. Während für die breiten Massen des Volkes, dank der fluchwürdigen Junkerpolitik, die Rationen an Brot und Fleisch immer kleiner werden, während die Mittel nicht aufzubringen sind, den Invaliden des deutschen Heeres ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, verlangt er eine Erhöhung der Zivilliste, die jetzt schon $15^{3}/_{4}$ Millionen jährlich beträgt, um $3^{1}/_{2}$ Millionen.

Sehen wir uns indessen etwas näher die Gründe an, die er für seine Forderung vorbringt. Zunächst feiert er die „Selbstlosigkeit" der preußischen Krone — wobei er einen gar nicht liebenswürdigen Seitenblick auf die „meisten anderen" deutschen Kronen wirft —, weil sie die eigenen Interessen hinter die Interessen des Staates habe zurücktreten lassen und „bereits durch königliche Verordnung vom 17. Januar 1820 die sämtlichen Domänen und Forsten gegen eine feste Rente von $2^{1}/_{2}$ Millionen überlassen habe". Herr v. Bethmann Hollweg verschweigt hier schamhaft, wem die Krone die Domänen und Forsten überlassen habe. Nämlich den Staatsgläubigern.

Die Domänen und Forsten sind niemals privates Eigentum der Krone gewesen, auch nicht nach den Anschauungen des alten Absolutismus, der in ihnen vielmehr, wie wir eben durch den alten Fritz hörten, eine Bundeslade sah, an die keine unheilige Hand rühren dürfe. Allerdings wurde aus ihrem Ertrag auch der Unterhalt der königlichen Familie bestritten, aber eben nur so wie andere Staatsausgaben auch. Nun hatten die preußischen Könige Friedrich Wilhelm II und Friedrich Wilhelm III mit der „Bundeslade" sehr „unheilig"

gewirtschaftet, so daß der preußische Staat 1820 vor dem Bankrott stand. Er entging ihm dadurch, daß die Krone sich den Staatsgläubigern gegenüber verpflichtete, keine neuen Anleihen ohne Zustimmung von Reichsständen aufzunehmen, und daß sie ihnen sämtliche Domänen und Forsten verpfändete, „mit Ausnahme der Domänen, welche zur Aufbringung des jährlichen Bedarfs von 2½ Millionen Talern für den Unterhalt der königlichen Familie notwendig sind“. Also die Krone sicherte sich durch die Verordnung vom 17. Januar von 1820 für den Fall des Bankrotts, an dessen Rand ihre Politik den Staat geführt hatte, was Herr v. Bethmann Hollweg dahin erläutert, daß sie die Interessen des Staates ihren Interessen vorgezogen habe. Als Logiker steht er leider nicht ganz so hoch wie als Philosoph.

Bei dieser wirklichen Lage der Dinge ist es natürlich der reine Nonsens, wenn Herr v. Bethmann Hollweg weiter folgert, da der Wert der Domänen seit 1820 beträchtlich gestiegen sei, so müsse auch die Abfindungssumme beträchtlich gesteigert werden. Und diese Schlußfolgerung würde selbst dann ein Nonsens bleiben, wenn die Krone wirklich ein Eigentumsrecht an den Domänen besessen hätte. Mit demselben Rechte könnten, wie der „Vorwärts“ sehr richtig sagt, die Bauern, deren Großväter und Urgroßväter bei der sogenannten Bauernbefreiung einen Teil ihres Grundbesitzes für Ablösung der Fronden an die Junker abtreten mußten, von den jetzigen Junkern den Wertzuwachs einfordern.

Ferner macht Herr v. Bethmann Hollweg für seine Vorlage die allgemeine Steigerung der Lebensmittelpreise geltend, wobei er nur vergißt, zu erzählen, daß diese Steigerung durch dieselbe Junkerpolitik verursacht worden ist, die den gewaltigen privaten Grundbesitz der Krone um ein Gewaltiges profitabler gemacht hat. Welch ausgleichende Gerechtigkeit, die den größten Grundbesitz Deutschlands noch entschädigt für die allgemeine Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse, durch die der ganze Großgrundbesitz seine Schäfchen schert!

Dann beruft sich Herr v. Bethmann Hollweg auf die Vermehrung der prinzlichen Hofhaltungen. Auch hier geht er weit hinter den alten Absolutismus zurück, der, so sehr er für seine illegitime Nachkommenschaft zu sorgen pflegte, doch in seinem eigenen Interesse sowohl wie im Interesse des Staates seine legitime Nachkommenschaft in gewissen Schranken zu halten pflegte. Der alte Fritz sah in den Prinzen „unglückliche, unbefriedigte Zwitterwesen, eine Art Amphibien“, die man nicht über Gebühr vermehren dürfe, und es war ein Hausgesetz der preußischen Krone, daß nur die Söhne und Brüder von Königen „standesgemäß“ heiraten dürften, womit gesagt war, daß ihre Haushaltungen von Staats wegen unterhalten werden müßten; alle entfernteren Verwandten blieben auf morganatische Ehen angewiesen. In den letzten Jahrzehnten aber ist dies Hausgesetz oft durchbrochen worden; selbst die Urenkel von Königen, wie der Prinz Friedrich Leopold, der mit einer Schwester der Kaiserin verehelicht ist, haben schon „standesgemäß“ geheiratet, und wenn das so weitergeht, wie Herr v. Bethmann Hollweg verheißt, so eröffnen sich für die preußischen Steuerzahler freilich liebliche Aussichten.

Endlich steift sich der philosophische Staatsmann auf — künstlerische Interessen. Von den 3½ Millionen, die er fordert, sollen 1½ Millionen für

die Hoftheater verwandt werden. Daß die preußischen Hoftheater als wahrer Krebsschaden an der Kunst zehren, das ist seit Jahrzehnten eine allgemein bekannte und beklagte Tatsache; um nur ein Item anzuführen, so sei erwähnt, daß Herr Paul Lindau, nachdem er als Leiter eines Privattheaters künstlerischen Bankrott gemacht hatte, zum Leiter des Königlichen Schauspielhauses ernannt wurde und heute noch dieses Amtes waltet. Wir wollen indes auf das traurige Kapitel nicht näher eingehen, sondern uns abermals darauf beschränken, zu zeigen, wie der alte Absolutismus in diesem Punkte dachte. Der alte Fritz, so große Freude er am Theater hatte, schrieb doch, als die Zeiten schlecht wurden, an seinen Lindau, einen gewissen Arnim: „Die gegenwärtige Lage der Dinge bereitet auf ernste Szenen vor. Man kann deshalb sehr wohl auf komische verzichten, und aus diesem Grunde entziehe ich allen Schauspielern und Schauspielerinnen meines Theaters ihre Gehälter und Pensionen. Die Ihrigen sind darin einbegriffen, und nachdem Sie alle Schauspieler verabschiedet haben, wird es von Ihnen abhängen, sich ganz Ihren Liebschaften zu widmen.“ Das war die Art des alten Absolutismus, die mindestens für die Steuerzahler ihre entschiedenen Vorzüge hatte vor der Art des Herrn v. Bethmann Hollweg.

Aber freilich — jedes Volk hat die Minister, die es verdient, und wenn Bernhardi von dem einen Mal des sächsischen Kurfürsten-König sagte: „Die Zeit nahm keinen sonderlichen Anstoß daran,“ so gilt das gleiche von dem andern Mal des preußischen Ministerpräsidenten. Er ist mit seiner sauberen Bescherung erst ans Tageslicht gerückt, als er sich hinter den Kulissen mit allen bürgerlichen Parteien verständigt und ihrer aller Zustimmung erhalten hatte: auch der biedere Freisinn hat sein Ja und Amen genickt, und binnen acht Tagen wird der Streich gelungen sein. Nur in der heimlichen Hast, womit er betrieben wurde, verriet sich die Scheu des bösen Gewissens.

Der einzige Fortschritt seit den Tagen des Felsenlagers von Pirna besteht darin, daß die Arbeiterklasse an solchen Dingen allerdings „sonderlichen Anstoß“ nimmt. Unsere Genossen im preußischen Landtag werden der Katze die Schelle anzuhängen wissen, auch wenn darüber der Leutnant mit zehn Mann in glorreiche Erscheinung treten sollte. Und den Rest werden die Reichstagswahlen besorgen. Wenn man sieht, wie die bürgerlichen Parteien jeden Tag für ihren künftigen Ruin sorgen, so ist man fast versucht, zu sagen: Allzuviel der Güte!

Eine neue Strategie.

Von **K. Kautsky.**

1. Ein Erfolg.

In ihrer Erwiderung hat mich die Genossin Luxemburg vor allem durch eines überrascht: durch eine Bescheidenheit, die den Durchschnitt dessen weit übersteigt, was man bei einem Normalmenschen zu finden gewöhnt ist.

Man bedenke: Anfangs März schrieb die Genossin Luxemburg einen Artikel, in dem sie ausführte, das Mittel der Straßendemonstrationen sei überholt:

„Die Straßendemonstrationen haben schon nach ihrem ersten Anlauf in den letzten Wochen durch ihre innere Logik eine Stimmung bei den Massen ausgelöst und zugleich objektiv eine Situation auf dem Kampfplatz geschaffen, die über sie hinausführt, die über kurz oder lang weitere Schritte, schärfere Mittel unumgänglich notwendig macht."

Wir müßten uns besinnen, was unser „nächstes Kampfmittel" sein wird. Es könne kein anderes sein als der Massenstreik, „sicher nicht das letzte Wort der begonnenen politischen Kampagne. Aber ebenso sicher ihr erstes Wort im gegenwärtigen Stadium."

Wir stünden vor dem Dilemma: entweder um jeden Preis vorwärts, oder die begonnene Massenaktion breche erfolglos in sich zusammen. Da sei es die politische Pflicht der Partei,

„mit Entschlossenheit die Parole zu geben, die einzig den durch sie begonnenen Kampf weiter vorwärts treiben kann".

So stand am 14. März in der „Dortmunder Arbeiterzeitung". Derselbe Artikel, nur etwas ausführlicher gehalten, war früher — noch vor dem 6. März — der „Neuen Zeit" angeboten. Ich darf mich hier auf ihn beziehen, weil mir die Genossin Luxemburg jetzt die Zurückweisung dieses Artikels zum Vorwurf macht. Darüber weiter unten noch mehr. Hier genügt die Tatsache, daß die Genossin Luxemburg auch heute noch alles unterschreibt, was sie damals ausführte. Dort hatte es noch geheißen:

„Die Lage der Partei im gegenwärtigen Augenblick ist in dem einfachen Dilemma gegeben: Entweder wird die Massenaktion bald über die bloßen Versammlungen und Straßendemonstrationen hinaus vorwärts getrieben — und der Massenstreik ist hier das einzige Mittel, das sich aus der Situation ergibt —, oder aber die ganze Aktion gelangt auf einen toten Punkt und wird nach einiger Zeit unvermeidlich in nichts zerrinnen. Eigentlich hat eine Partei, die das Ansehen und die Verantwortlichkeit der deutschen Sozialdemokratie besitzt, gar keine Wahl mehr. Nachdem sie selbst die Massen auf den Plan gerufen hat, kann sie unmöglich zum Rückzug blasen. Das Mundspitzen genügt nun nicht mehr, es muß gepfiffen werden. Die Partei kommt somit in die Lage, zum ersten Male ihren vor fünf Jahren in Jena gefaßten Beschluß in bezug auf den Massenstreik zur Anwendung zu bringen."

Alle diese Ausführungen konnten nur einen Sinn haben: den, eine gewaltige Bewegung zu entfesseln, die alle Widerstände niederwarf, um baldigst einen kolossalen Massenstreik hervorzurufen.

Seitdem sind fast drei Monate vergangen. Davon, einen Massenstreik als nächsten Schritt unserer Bewegung hervorzurufen, ist aber im gegenwärtigen Moment weniger die Rede als zu der Zeit, in der die Genossin Luxemburg ihren Artikel schrieb. Vor diesem Artikel hatten in Frankfurt und Kiel Ansätze zu Demonstrationsstreiks stattgefunden. Nach dem Erscheinen des Artikels der Genossin Luxemburg kam es nicht einmal mehr zu solchen Ansätzen.

Genossin Luxemburg erklärt trotzdem jetzt in ihrer Entgegnung, sie sei mit dem, was ihr Artikel erreicht, „vollauf zufrieden".

Als sie auszog, rief sie: Wir sind verloren, wenn nicht sofort der Massenstreik ins Werk gesetzt wird.

Ein Vierteljahr später versichert sie triumphierend, vollauf erreicht zu haben, was sie wollte, weil vom Massenstreik — geredet wird.

Ich denke, bescheidener kann man nicht sein.

Freilich wird diese enorme Bescheidenheit nur möglich gemacht durch eine auffallende Vergeßlichkeit. Sie weiß jetzt absolut nicht mehr, was sie mit ihren Artikeln im März bezweckte. Ihr kommt es jetzt so vor, als habe sie bloß deshalb das Wort über den Massenstreik ergriffen, um — zum Worte zu kommen, und als bestehe ihr großer Sieg darin, daß ihr dies gelang. Damit habe sie erreicht,

„das Verbot der Diskussion über den Massenstreik in unserem theoretischen Organ, der ‚Neuen Zeit', zu durchbrechen".

In Wirklichkeit ist es mir natürlich nie eingefallen, das Diskutieren des Massenstreiks „verbieten" zu wollen. Was ich im März für unzweckmäßig erklärte, war die Diskussion darüber, ob der Moment des Massenstreiks gegeben sei. Die Diskussion darüber ist nicht durch mein „Verbot", sondern durch die Verhältnisse mausetot geschlagen worden. Genossin Luxemburg selbst macht heute nicht die mindeste Miene, sie wieder aufzunehmen. Ja, schon die Aufnahme ihres Artikels muß ihr gezeigt haben, daß sie den Zeitpunkt für ihre Diskussion schlecht gewählt hatte. Sie hatte sich nach der Veröffentlichung ihres Artikels in der Dortmunder „Arbeiterzeitung" aufgemacht, um in zahlreichen Versammlungen über den Massenstreik zu reden. Aber das geschah in ganz anderer Weise wie in ihrem Artikel. Sie beruft sich jetzt auf den stürmischen Beifall, den sie in jenen Versammlungen fand. Ich kann ihr verraten, daß ich in jenen Beifall aus vollem Herzen eingestimmt hätte. Ihr Frankfurter Vortrag ist jetzt als Broschüre erschienen unter dem Titel: „Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren." Eine treffliche Broschüre, die ich gern empfehle, in der aber von alledem, was unsere Differenz bildete, kein Wort steht. Nichts von der Parole, daß der Massenstreik unseren nächsten Schritt zu bilden habe, daß die Form der Straßendemonstration überholt und der Moment gekommen sei, den Jenaer Beschluß über den Massenstreik in Kraft zu setzen. Wir finden da nur noch den Hinweis darauf, daß

„*einmal* auch in Preußen, in Deutschland der Moment kommen muß, wo die Reaktion vor der Macht des proletarischen Massenstreiks im Staube liegen wird. ... Nicht *ewig* wird die Blindheit dieser genasführten Proletarier dauern. ... Ist es mit der Macht des Zentrums vorbei, ist das Proletariat in Deutschland geeinigt und kampfbereit, *dann* gibt es keine Macht, die sich uns *auf die Dauer* widersetzen kann" (S. 13 und 14).

Wer wird solchen Worten nicht stürmischen Beifall zollen? Wer wird aber glauben, daß die Redaktion der „Neuen Zeit" sich je einer Propagierung des Massenstreiks in *dieser* Weise widersetzt hätte?

Jene Art der Propagierung, die ich für unzweckmäßig erklärte und der ich mich widersetzte, hat die Genossin Luxemburg nur in *einem* Artikel versucht und dann nicht weiter fortgesetzt. Sie hat sie *freiwillig* aufgegeben zugunsten einer Art der Diskutierung des Massenstreiks, zu der ich ihr *selbst* riet. Am Schlusse meines Artikels „Was nun?" wendete ich mich wohl dagegen, eine Agitation zu entfachen,

„die darauf angelegt ist, in den arbeitenden Massen die Erwartung wachzurufen, sie könnten darauf rechnen, daß wir in den *nächsten Wochen* schon zu immer schärferen Mitteln greifen und versuchen werden, den Widerstand der Regierung durch Massenstreiks zu brechen. ... Sollte die Genossin Luxemburg mit ihrer Anregung eine Agitation in *diesem Sinne* herbeiführen wollen, dann könnten wir ihr nicht folgen.

„Anders wäre es, wenn sie nur beabsichtigte, den Massen die Beschäftigung mit der Idee des Massenstreiks nahezulegen und sie mit dieser vertraut zu machen. Sie hätte dafür freilich eine sehr unglückliche, mißverständliche Form gewählt, aber das brauchte uns nicht zu hindern, ihr in diesem Sinne zuzustimmen."

Denn, führte ich weiter aus, die gegebene politische Situation sei so gespannt, daß die Bedingungen eines politischen Massenstreiks, die zurzeit noch nicht gegeben seien, jeden Moment eintreten könnten.

Was jetzt Genossin Luxemburg tut, ist im Grunde nichts anderes, als daß sie die Position aufgibt, die sie zuerst einnahm, und sich in die Position begibt, auf die ich sie hinwies. Kampflos gibt sie ihre ursprüngliche Position auf, denn mit keinem Worte kommt sie nochmals darauf zu sprechen, daß in den letzten Monaten alle Bedingungen eines erfolgreichen Massenstreiks gegeben waren. Sie kann nichts mehr darüber sagen, weil die Tatsachen seitdem zu deutlich gezeigt haben, daß sie die Gunst der Situation überschätzt hatte. Sie fordert nicht mehr eine sofortige Aktion, die zum Massenstreik führt, sondern diskutiert ihn nur theoretisch.

Aber gibt sie ihre Position ohne Kampf auf, so doch nicht ohne große Kanonade, in der nicht mit rauchlosem Pulver geschossen wird, in der die Entwicklung von massenhaftem Rauch vielmehr die Hauptsache ist. Dieser soll den Wechsel der Position maskieren, auf daß es nicht bemerkbar werde, wie das große Viktoriageschrei, das sie anstimmt, einen Rückzug abschließt.

Das ist freilich nicht Ermattungsstrategie, aber auch nicht Niederwerfungsstrategie, sondern eine besondere Art Strategie, für die es in der Kriegswissenschaft noch keinen Namen gibt. Vielleicht könnte man sie Verblüffungsstrategie nennen.

2. Die Sünden der Redaktion der „Neuen Zeit".

Der Ausgangspunkt der Diskussion ist also aus ihr völlig verschwunden. Noch rascher als der Halleysche Komet hat sich der für dieselbe Zeit als unerläßlich angekündigte Massenstreik verflüchtigt. Zu meinem Leidwesen. Ich wollte, ich hätte diesmal falsch prophezeit und die siegreiche Massenaktion wäre jetzt schon gekommen.

Wenn nun die Genossin Luxemburg die Diskussion auf ein ganz neues Geleise zu schieben versucht, so muß ich insofern dagegen protestieren, als sie den Anschein erwecken will, die jetzige Diskussion sei diejenige, die ich „verbot". Erörterungen, wie jenen, die Genossin Luxemburg jetzt vorbringt, hätte ich nie etwas in den Weg gelegt. Eine Diskussion dieser Art scheint mir um so mehr am Platze, als sich herausgestellt hat, daß sich unter uns Befürwortern der Idee des Massenstreiks recht verschiedenartige Anschauungen über ihn finden. Eine Klärung darüber kann sicher nichts schaden.

Ich will versuchen, eine solche herbeizuführen. Ehe ich aber auf diese sachlichen Differenzen eingehe, muß ich noch die Spitzen einiger persönlichen Partherpfeile abbrechen, durch die Genossin Luxemburg ihren Rückzug zu decken sucht.

Genossin Luxemburg beklagt sich über die schlechte Behandlung, der sie bei der Redaktion der „Neuen Zeit" begegnete, die ihren Artikel über den Massenstreik, der dann gekürzt in der Dortmunder „Arbeiterzeitung" erschien, anfangs akzeptierte, sogar absetzen ließ, schließlich aber ablehnte.

Daß ich das getan, ist richtig. Ich schwankte eine Zeitlang gegenüber dem Artikel, ob ich ihn veröffentlichen solle oder nicht, aber ich ließ die Genossin

Luxemburg keinen Moment darüber im unklaren, daß ich seine Veröffentlichung für einen Fehler hielt. Ich erklärte ihr von vornherein, wenn sie ihn veröffentliche, zwinge sie mich zu einer Polemik mit ihr.

Aber wozu war es notwendig, dem Artikel der Genossin Luxemburg entgegenzutreten? Durfte man nicht ruhig abwarten, ob es ihm gelang, jene Massenaktion zu entfesseln, die er als nächsten Schritt in Aussicht stellte?

Nein, das durfte man nicht.

Zur Zeit, als die Genossin Luxemburg ihren Artikel schrieb, war die Erregung der Massen wohl noch lange nicht ausreichend zu einer so energischen Aktion, die allein einen Massenstreik zu einem siegreichen Ausgang führen kann, aber sie war groß genug, daß die Anregung der Genossin Luxemburg sehr wohl vereinzelte Versuche, Experimente in der Richtung des Massenstreiks hervorrufen konnte, Versuche, die nach der Sachlage fehlschlagen und dadurch das Ansehen der Partei in den Massen schwer schädigen mußten. Wer das einsah, war verpflichtet, den Anschauungen der Genossin Luxemburg eine nüchternere Auffassung entgegenzusetzen.

Für mich gab es aber noch einen persönlichen Grund dazu. Ich war einer der ersten, die in Deutschland die Idee des Massenstreiks propagierten und ihr zum Durchbruch verhalfen. Um so mehr glaubte ich verpflichtet zu sein, einer Anwendung dieser Idee entgegenzutreten, die meines Erachtens verfehlt war, sie und ihre Anhänger kompromittieren mußte.

Die Genossin Luxemburg meint, die Erregung der Massen sei so stark gewesen, daß sie alle ihre Führer beiseite geschoben hätte, die es wagten, dem Massenstreik entgegenzutreten. Aus dieser unangenehmen Situation hätte ich die Gewerkschaftsführer gerettet. Aber wenn jene Erregung stark genug war, sämtliche Gewerkschaftsführer über den Haufen zu rennen, wieso kommt es, daß sie vor mir, einem einzelnen Theoretiker, Halt machte?

In Wirklichkeit wird umgekehrt ein Schuh daraus. Ich habe nicht die Gewerkschaftsführer davor gerettet, eine Niederlage durch die Genossin Luxemburg zu erleiden, sondern ich bemühte mich, die Idee des Massenstreiks vor der Niederlage zu behüten, die ihr die Gewerkschaftsführer beigebracht hätten, wenn die Auffassung der Genossin Luxemburg vom Massenstreik als die einzig mögliche ins Land ging.

Wenn sie sprach, *mußte* ich ihr widersprechen — und das war der einzige praktische Erfolg, den sie mit ihrem Artikel erzielen konnte. Sie konnte nichts erreichen, als daß wir Marxisten uns gegenseitig in die Haare gerieten — wenn ich mit einer dichterischen Lizenz so sagen darf. Das wollte ich vermieden wissen und auch *deshalb* suchte ich das Erscheinen ihres Artikels zu verhindern.

Die Genossin Luxemburg findet es sonderbar, daß ich ihren Artikel akzeptierte, ja absetzen ließ und schließlich doch ablehnte. Ich muß ihr verraten, daß noch mehr geschehen war: Ich hatte auch schon eine *Antwort* auf ihren Artikel fertig. Der Gedanke, diese Antwort zu veröffentlichen, öffentlich zum Gaudium unserer zahlreichen gemeinsamen Gegner der Genossin Luxemburg entgegenzutreten, widerstrebte mir aber so sehr, daß ich den Versuch machte, das Erscheinen meiner Polemik gegenstandslos zu machen und Genossin Luxemburg zu veranlassen, auf das Erscheinen ihres Artikels zu verzichten.

Nun, sie erlebt jetzt den Triumph, mich zur Polemik gegen sie gezwungen zu haben, und sie erklärt, mit diesem Resultat, dem einzigen, das ihr Artikel

erreicht, „vollauf zufrieden zu sein". Ob sie dazu Ursache hat, müssen die Leser unserer Ausführungen entscheiden.

Nur noch eine ihrer Bemerkungen über meine Redaktionsführung muß ich richtigstellen. Genossin Luxemburg schreibt über

„die scharfe Betonung unseres republikanischen Standpunktes, einer Losung, mit der man leider gleichfalls weder im „Vorwärts" noch in der „Neuen Zeit" an die Öffentlichkeit treten kann, während ein Teil unserer Provinzpresse — von der Dortmunder „Arbeiterzeitung" bis zur „Breslauer Volkswacht" auch in dieser Beziehung ihre Schuldigkeit tut."

Genossin Luxemburg ist hier sehr im Irrtum. Ich selbst habe stets den republikanischen Charakter unserer Partei betont; erst vor einem Jahre in meinem „Weg zur Macht", und ich sollte diese Betonung in der „Neuen Zeit" verbieten wollen? Das fällt mir gar nicht ein.

Was Genossin Luxemburg zu ihrer Anklage veranlaßt, ist folgendes:

In ihrem Artikel über den Massenstreik, den sie zuerst in der „Neuen Zeit" veröffentlichen wollte, fand sich ein Passus über die Republik, dessen Fassung mir unzweckmäßig schien. Daß wir auf diesem Gebiet aus den verschiedensten Gründen vorsichtig sein müssen, ist klar. Die Genossin Luxemburg hat ihren Artikel dann in der Dortmunder „Arbeiterzeitung" veröffentlicht, die in bezug auf die Betonung des republikanischen Standpunktes „ihre Schuldigkeit tut". Aber vergebens wird man in diesem Artikel jenen Passus über die Republik suchen, über dessen Beanstandung durch mich jetzt Genossin Luxemburg öffentlich Beschwerde führt.

Ich habe auch nicht gefunden, daß sie diesen Passus irgendwo anders veröffentlicht hätte. In ihren Reden, zum Beispiel dem Frankfurter Vortrag, betont sie den republikanischen Gedanken in der harmlosen Form, daß sie den Liberalen vorwirft, sie hätten 1848 nicht die deutsche Republik gemacht. Da habe ich schon stärkere Betonungen des republikanischen Gedankens in der „Neuen Zeit" veröffentlicht.

Die feige Prinzipienverhüllung, die uns die Genossin Luxemburg vorwirft, reduziert sich also darauf, daß wir einen Passus ihres Artikels beanstandeten, dessen Veröffentlichung sie selbst seitdem freiwillig unterlassen hat.

Solche Strategie ist kein Heldenstück, Oktavia!

3. Verschiedene Streikarten.

Soviel über die mehr persönliche Seite der Sache. Wenn wir nun zur Frage des Massenstreiks selbst übergehen, müssen wir vor allem versuchen, festzustellen, wie die Genossin Luxemburg darüber denkt. Das ist nicht leicht.

In der Dortmunder „Arbeiterzeitung" hatte Genossin Luxemburg erklärt, die Äußerungen des „Massenwillens" müßten sich stets „steigern, zuspitzen, neue, wirksamere Formen annehmen. ... Dieselbe Erfahrung bestätigen die Beispiele analoger Kämpfe in Belgien, Österreich-Ungarn, Rußland, die gleichfalls jedesmal die unvermeidliche Steigerung, das Fortschreiten der Massenaktion aufwiesen und erst dank dieser Steigerung einen politischen Effekt erzielten." Und dann weiter wurde unter den Staaten, die dem Massenstreik ihre großen Erfolge zu danken haben, neben Belgien, Italien, Schweden, Rußland auch Österreich genannt.

Darauf fragte ich, wieso Österreich in diese Liste gelange. In Österreich sei es zum Massenstreik gar nicht gekommen, und gerade Österreich beweise,

daß die rasche und stete Zuspitzung der Äußerungen des Massenwillens kein notwendiges Gebot der proletarischen Massenaktion unter allen Umständen sei.

„Nie sind die Genossen Österreichs in ihrem Wahlrechtskampf über Straßendemonstrationen hinausgegangen, und doch verschwand nicht ihr Elan, brach nicht ihre Aktion zusammen."

Demgegenüber heißt es in der Erwiderung meiner Freundin:

„Genosse Kautsky irrt sich in bezug auf die Tatsachen in Österreich. ... Seit 1898 bis 1905 bilden nämlich die Klagen über den Zusammenbruch der Massenaktion, über das Daniederliegen des Wahlrechtskampfes eine ständige, herrschende Note aller Parteitage."

Zuerst weist also die Genossin Luxemburg auf Österreich hin als ein Beispiel dafür, wie dort die Massenaktion glänzend geglückt sei, weil sie sich ständig zuspitzte und steigerte. Jetzt hören wir dagegen, daß die Massenaktion in Österreich elend verunglückt sei, weil sie sich nicht ständig zuspitzte und steigerte.

Das eine ist das Gegenteil des andern. Merkwürdigerweise ist aber beides gleich falsch.

Richtig ist, daß seit 1898 eine Zeitlang die Wahlrechtsbewegung ruhte. Das rührte aber nicht von einem Zusammenbruch her, sondern von einem Siege. Die erste Wahlrechtsbewegung hatte es erreicht, daß dem österreichischen Proletariat zunächst wenigstens die Konzession der fünften Kurie des allgemeinen Stimmrechtes gemacht wurde. Die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlsystem fanden 1897 statt. Es ist ganz natürlich, daß die Aufmerksamkeit der Massen nun zunächst ganz auf die Wahlkämpfe sowie auf die Kämpfe im Parlament konzentriert wurde und es unmöglich war, sie gleich wieder zu einer energischen Massenaktion für Gewährung des vollen gleichen Wahlrechtes zu gewinnen. Das ist eine Erscheinung, die nach jedem größeren Siege eintritt, die man aber gewöhnlich nicht als ein „Zusammenbrechen" der Aktion zu bezeichnen pflegt. Mit dem Absehen vom Massenstreik hat dieser „Zusammenbruch" nicht das mindeste zu tun.

Das neue Wahlrecht der fünften Kurie mußte erst die Massen enttäuscht und seine Unzulänglichkeit aufs krasseste gezeigt haben, ehe es möglich war, sie wieder zu einer energischen Aktion zugunsten einer neuen Wahlreform zu bewegen.

Doch dies nur nebenbei. Wichtiger ist folgendes.

Die Genossin Luxemburg hatte erklärt, der nächste Schritt der preußischen Wahlrechtsbewegung müsse der Massenstreik sein. Darauf hatte ich gefragt, wie sie sich diesen Streik denke, ob als bloßen Demonstrationsstreik oder als Zwangsstreik. Sie hatte ferner auseinandergesetzt, das Zusammenfallen eines politischen Massenstreiks mit einem ökonomischen Riesenstreik, zum Beispiel einem Bergarbeiterstreik, sei für beide Teile von Vorteil, was ich in Frage stellte.

Welche Antwort erhalte ich jetzt auf diese Fragen? Gar keine. Sie erklärt einfach:

„Solche strenge Rubrizierungen und Schematisierungen des Massenstreiks nach Arten und Unterarten mögen auf dem Papier gut bestehen und auch für den gewöhnlichen parlamentarischen Alltag ausreichen. Sobald jedoch große Massenaktionen und politische Sturmzeiten beginnen, werden diese Rubriken vom Leben selbst durcheinandergeworfen. Dies war zum Beispiel in höchstem Maße in Rußland der Fall, wo Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks unaufhörlich abwechselten

und wo die unaufhörliche Wechselwirkung der ökonomischen und politischen Aktion gerade das Charakteristische des russischen Revolutionskampfes und die Quelle seiner inneren Kraft ausmacht" (S. 263).

Ich hatte freilich auf Westeuropa hingewiesen, aber, sagt Genossin Luxemburg, auch in der Zeit des belgischen Wahlrechtskampfes, der 1886 begann und sich viele Jahre lang hinzog, vollzogen sich viele wirtschaftliche Kämpfe.

Ja, meint sie weiter, wir in Deutschland erlebten jetzt, zur Zeit des Wahlrechtskampfes, einen großen Kampf im Baugewerbe. Der müßte nach meinem „Schema" schädlich für die Wahlrechtsbewegung sein; er fördere sie aber.

Es sei eine höchst „pedantisch-engherzige Auffassung der Wahlrechtsbewegung", die ich bekunde.

So die Genossin Luxemburg. Aber wann habe ich je geleugnet, daß ökonomische und politische Aktion einander stützen, wann habe ich gesagt, zur Zeit eines Wahlrechtskampfes seien wirtschaftliche Kämpfe als schädlich zu meiden? Gerade in meiner Erwiderung gegen die Genossin Luxemburg habe ich betont, daß der Wahlrechtskampf aus ökonomischen Gegensätzen und Kämpfen seine stärkste Kraft ziehe, und speziell im Hinblick auf die erwartete Bauarbeiteraussperrung erklärt:

„So erwarten wir von den Gewerkschaftskämpfen dieses Jahres auch eine Steigerung der Erbitterung und eine Verstärkung des Wahlrechtskampfes" (S. 70).

Mit ihren Ausführungen darüber rennt also Genossin Luxemburg offene Türen ein. Nicht darum handelt es sich, ob während der Jahre eines Wahlrechtskampfes nicht ökonomische Kämpfe vorkommen und auf jenen zurückwirken können, sondern darum, welcher Art der bestimmte nächste Massenstreik sein soll, den die Genossin Luxemburg erwartet. Das ist di Frage, um die es sich handelt. Will sie behaupten, daß in Westeuropa irgendwo ein bestimmter Streik vorkam, der gleichzeitig mit politischen Forderungen der Gesamtheit des Proletariats an Regierung und Parlament auch ökonomische Sonderforderungen einzelner Arbeiterschichten an einzelnen Kapitalistengruppen durchzusetzen suchte?

Andererseits ist die Erkenntnis, daß mitunter Demonstrationsstreiks und Zwangsstreiks einander folgen, wohl unleugbar richtig, bietet aber denjenigen, die nun die „Parole" des nächsten Massenstreiks ausgeben sollen, gerade nicht allzuviel Aufschluß darüber, welcher Art diese Parole zu sein hat.

Die Genossin Luxemburg hat freilich noch einen triftigen Grund entdeckt, sich um die Beantwortung dieser Frage herumzudrücken: Bernstein unterscheidet nämlich auch zwischen Zwangsstreik und Demonstrationsstreik — also darf ein guter Marxist sich auf solche Unterscheidungen nicht einlassen. Nun glaube ich, daß für die Bewertung einer Idee kein Ursprungszeugnis notwendig ist, und mitunter findet ja auch ein blindes Huhn einen ganz fetten Regenwurm. Ich sehe hier ganz davon ab, daß Bernstein in der Frage des Wahlrechtskampfes eine Taktik vertritt, die der von mir verfochtenen noch weit mehr widerspricht als die der Genossin Luxemburg.

Gerade bei unserer jetzigen Auseinandersetzung ergäben sich aber besonders heitere Situationen, wollte einer dem andern seine unfreiwilligen Bundesgenossen vorwerfen. Denn in der Frage des Massenstreiks laufen die verschiedensten Richtungen durcheinander. Haut sie meinen Bernstein, so haue ich ihren Zepler, der im „Demokrat" eine Artikelserie zugunsten der Luxemburgschen Auffassung des Massenstreiks veröffentlicht.

Und wenn sie Bernstein ablehnt, so wird sie gegen Freund Pannekoek nichts einzuwenden haben. Stimmt sie doch seinen Artikeln gegen mich in der „Bremer Bürgerzeitung“ zu. Was sagt aber dort Pannekoek? In seinem zweiten Artikel heißt es:

„Nichts ist wichtiger, als die Formen, die in Deutschland eine Massenstreikbewegung im weiteren Verlauf der Entwicklung annehmen wird, einigermaßen klar zu erkennen.“

Sehr richtig, aber in schroffem Gegensatz zu der Genossin Luxemburg, die gerade das Unterscheiden der Formen als „lebloses Schema“, als „pedantisch-engherzige“ Unterscheidung verwirft.

In seinem dritten Artikel schrieb dann Pannekoek gegen mich:

„Wir müssen von vornherein jene Idee ausschalten, daß es sich um einen großen Zwangsstreik zur Erringung der Staatsgewalt handelt. Es handelt sich bloß um die praktische Frage eines Demonstrationsstreiks.... Kautsky geht über die unmittelbare praktische Frage, um die es sich handelt, mit Stillschweigen hinweg. Diese Frage ist: wäre es notwendig, nützlich oder schädlich, die Straßendemonstrationsbewegung durch Demonstrationsstreiks zu stärken und zu steigern? Diese Frage behandelt er gar nicht, sondern an die Worte der Genossin Luxemburg anknüpfend, daß eine solche Aktion einmal angefangen, sich stetig steigern muß, geht er sofort zu der Behandlung großer Zwangsstreikbewegungen über, die einen Entscheidungskampf, eine „Niederwerfung“ der Regierung bezwecken sollen. Deshalb sei nochmals bemerkt, nicht darum handelt es sich, sondern um den Gewinn oder Schaden, die die Anwendung einfacher Demonstrationsstreiks unserer Bewegung bringen würden, und darüber erfahren wir bei Kautsky nichts.“

Nein, lieber Pannekoek, darüber erfährt man bei der Genossin Luxemburg nichts. Ich verlangte von ihr ausdrücklich, sie solle uns genau sagen, ob der Massenstreik, den sie meine, ein Demonstrationsstreik sein solle oder nicht. Erst wenn wir das wüßten, könnte die Diskussion ein bestimmtes Resultat ergeben. Die Genossin Luxemburg war es, die der Beantwortung der Frage auswich mit der Erklärung, nur eine beschränkte Seele oder ein Bernsteinianer könne derartige Unterschiede machen, für einen richtigen Marxisten laufe alles durcheinander, politischer und ökonomischer Streik, Demonstrationsstreik und Zwangsstreik.

Es ist aber auch nach Pannekoeks Erklärung noch sehr fraglich, ob er die Anschauung der Genossin Luxemburg richtig wiedergibt.

Manches von dem, was sie vom Massenstreik sagt, paßt gar nicht auf den Demonstrationsstreik.

Überhaupt ist das Bild, das sie vom Massenstreik entwirft, nicht übermäßig klar und etwas widerspruchsvoll. Sie spricht von Massenstreiks im Kohlenbergbau, amerikanischen Sympathiestreiks, ebenso wie vom belgischen Massenstreik und von Demonstrationsstreiks. Wie Faust mit dem Hexentrank im Leibe Helenen sieht in jedem Weibe, so unsere Genossin in jeder Art Streik ein Muster des kommenden Massenstreiks. Andererseits führt sie aus, ein Massenstreik lasse sich nicht von oben herab kommandieren, er müsse aus der Erregung der Masse geboren werden, „die selbst ihre Aktionen bestimmt“, alles mit sich fortreißt, die Führer der Arbeiterschaft selbst, wenn sie sich ihr entgegenstemmen wollen, hinwegschwemmt. Den Anstoß zur Massenaktion können nicht die Leitungen der proletarischen Organisationen geben, sondern nur die Massen selbst:

„Der Entschluß zu einer unmittelbaren Aktion der Masse kann nur von der Masse selbst ausgehen."

Diese selbe Massenaktion soll aber nach der Genossin Luxemburg ganz davon abhängen, daß dazu der Masse von der Partei „die Parole ausgegeben wird, die einzig den durch sie begonnenen Kampf weiter vorwärts treiben kann".
Wird im „gegebenen Moment" diese Parole nicht gegeben, dann bemächtigt sich der Masse eine Enttäuschung, „die Aktion bricht in sich zusammen".
Auf der einen Seite kann also der Massenstreik nicht gemacht werden; er entsteht von selbst. Auf der anderen Seite wird er durch eine Parole der Partei gemacht. Zuerst ist die Masse der Ursprung und Träger der ganzen Aktion. Dann wieder vermag die Masse gar nichts, wenn ihr nicht die Parole zugerufen wird. (Fortsetzung folgt.)

Die englische Krone.

Von **Th. Rothstein.**

„Der britische Sozialismus hat sich bis jetzt vom festländischen dadurch unterschieden, daß er fast einstimmig Anhänger des monarchischen Prinzips war. Da ein Volksoberhaupt als nationaler Vertreter bei öffentlichen Zeremonien und dem Empfang auswärtiger Gäste notwendig ist, so sagten wir uns, eine dazu erzogene und berufsmäßig eingeübte Person sei in vieler Hinsicht passender als ein Dilettant; und als wir die bei den Präsidentenwahlen in Frankreich und Amerika vorkommenden Intrigen und Schikanen betrachteten, so kamen wir zur Überzeugung, daß ein erbliches Königsamt, wie albern es auch in der Theorie sei, in der Praxis, unter den englischen Bedingungen, ein Vorteil ist."
So schrieb einmal der sozialistische „Clarion"[1] — sogar als er noch nicht in der Person seines Chefredakteurs Robert Blatchford mit der „Daily Mail" verbunden war. Die Worte bildeten eine ungeheuere Verleumdung des englischen Sozialismus, denn sowohl die S. D. P., wie auch der größte Teil der I. L. P. sind prinzipiell republikanisch. Sie waren aber auch für jene Kreise der heutigen bürgerlichen Demokratie, zu denen die Trabanten des „Clarion", die Fabianer und sonstige „Sozialisten" eigentlich gehören, nicht ganz zutreffend, zumal diese ihre durchaus unbestreitbare Anhängerschaft (wohlbemerkt Anhängerschaft, nicht etwa passive Akzeptierung!) an das monarchische Prinzip von der besonderen Gewandtheit eines Königs von Beruf bei Zeremonien und Festlichkeiten ableiteten. Sicherlich könnte ein so äußerlicher Vorteil, wenn an ihm wirklich einer Demokratie gelegen ist, eine so grundsätzliche Umwälzung in den politischen Anschauungen der englischen bürgerlichen Demokratie nicht herbeigeführt haben, wie ihre während des letzten halben Jahrhunderts ganz bestimmt stattgefundene Durchmauserung vom Republikanismus zum Monarchismus. Zwar sagt der „Clarion" auch weiter:
„Diese Ansicht hatte immer zur Voraussetzung, daß der britische König die rein-symbolische Auffassung seiner Position und seiner Pflichten annehme. Wir haben nie auf das Lebensprinzip verzichtet, daß alle Ausführungsbefugnisse und alle Macht auf der Grundlage der demokratischen Wahl beruhen

[1] The King and Parliament, „Clarion" vom 3. Juli 1908.

müssen. Wir waren darauf eingegangen, von dem göttlichen Rechte des Volkes Abstand zu nehmen, nur unter der Bedingung, daß auch der König alle Ansprüche des göttlichen Rechtes auf den Thron fallen läßt."

Allein auch diese näheren Erklärungen sind unzulänglich, zumal sie höchstens nur beweisen, wieso es dazu kam, daß die Demokratie von ihrer Bekämpfung der Monarchie Abstand genommen hat, nicht aber warum sie jetzt zu ihrer Anhängerin geworden ist.

Tatsächlich hat der Schreiber im „Clarion" zwei verschiedenartige Stellungen des englischen Volkes zur Monarchie verwechselt, die auch zu zwei verschiedenen Perioden der englischen Geschichte gehören. Eigentlich war das englische Volk — das Bürgertum und sogar die Arbeiterklasse — nie, auch nicht in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als die Wogen der republikanischen Gesinnung unter dem Einfluß der reaktionären Palmerstoneschen Politik einerseits und der Lehren und des Wirkens von Mazzini und Garibaldi anderseits, besonders hoch schlugen — gegen die Monarchie. Mit Ausnahme eines Häufleins verbissener Republikaner — „rote", wie Julian Harney, und bürgerliche, wie Joseph Cowen — führte niemand eine aktive Agitation gegen die Monarchie, derer Trägerin, Viktoria, teils von ihrem persönlichen Temperament geleitet, teils von den Umständen belehrt, es verstanden hatte, sich aus der politischen Arena, wo die Großbourgeoisie diktatorisch waltete und das Prinzip vom Staatsnihilismus proklamierte, zurückzuziehen und eben auf die Repräsentativfunktionen zu beschränken. Der Republikanismus wurzelte bei den meisten bloß in dem Gefühl der Nutzlosigkeit der Monarchie, die sich nur noch bei Festlichkeiten verwerten ließ, sonst aber für das Gute wie für das Böse ohnmächtig war, und dokumentierte sich hauptsächlich in lustigen Späßen über die Königin und ihre Familie und in halb ernsten und halb scherzhaften Klagen über das schöne Gold, mit dem das Land diese Ausschmückung der Verfassung zu bezahlen hat. Da zur selben Zeit auch die Theorie der friedlichen Entwicklung immer populärer wurde, so nahm der damalige Republikanismus die Form der Erwartung an, daß die Monarchie, wie übrigens alle anderen archaischen Überbleibsel der politischen Ausgestaltung der englischen Staatsordnung (die Lordskammer eingeschlossen), sich allmählich ausleben und im Lethe versinken würden. Eben aus jener Zeit — aus der Zeit der Zurückhaltung und des anscheinend zunehmenden Absterbens der Monarchie wie der Lordskammer — stammt jene Gleichgültigkeit diesen rückständigen politischen Formenstücken gegenüber die sich noch heute selbst innerhalb der Arbeiterklasse geltend macht und sie verhindert, von der prinzipiellen Verwerfung zur tätigen Bekämpfung überzugehen. Wenn eine Einrichtung so ohnmächtig ist, wie die Monarchie, wozu noch Zeit und Mühe vergeuden, ihr Ende näher zu bringen?

Dieser — wie man ihn nennen kann — negative Republikanismus herrschte bis in die achtziger Jahren hinein. Dann kam unmerklich eine Wendung. Die Großbourgeoisie entdeckte wieder die Notwendigkeit des Staates als Werkzeug der Verteidigung der kapitalistischen Interessen, und mit ihm auch die der Monarchie. Als 1877 Lord Beaconsfield seine Königin zur Kaiserin von Indien proklamierte, da konnten sich selbst die Höflinge des ironischen Lachens nicht erwehren, aber als genau zehn Jahre später das goldene Jubiläum der Regierung Viktorias gefeiert wurde, da war schon die Stellung der herrschenden Klassen eine ganz andere. Die Königin wurde als das ehrwürdige Haupt

des mächtigen britischen Reiches und als die symbolische Einheit der Völker und Rassen, die es bewohnen, verherrlicht. Noch weitere zehn Jahre, und das 60jährige Jubiläum gestaltete sich zu einer Kundgebung zur Ehre des Monarchen, wie ihresgleichen England nie in seiner langen Geschichte vorher gesehen hat. Groß- und Kleinbourgeoisie und die Arbeiterklasse eiferten untereinander, um der Greisin, die so würdig und mit solcher Treue zur Verfassung drei Menschenalter lang das britische Reich regiert hatte, den Tribut der Ehrerbietung zu zollen, und mit dem Republikanismus war es vorbei. Gerade jene negativen Eigenschaften der englischen Monarchie, die sie um die Mitte des Jahrhunderts in den Augen der breiten Schichten der Bevölkerung so minderwertig erscheinen ließ, haben sie nach Verlauf der weiteren Dezennien eben mit diesen Schichten ausgesöhnt und somit den Boden vorbereitet, auf dem die Popularität der Monarchie sich auch positiv entwickeln konnte.

Und das geschah unter dem Sohne Viktorias, Eduard VII. Er war keine außergewöhnlich begabte Persönlichkeit. Er war klug, gewandt, kannte gut die Welt, hatte manche sonderbare Erfahrungen durchgemacht, war mit der ganzen Finanzwelt intim bekannt, interessierte sich für Theater, Sport, leichte Literatur, las wahrscheinlich kein einziges ernstes Buch während seines ganzen Lebens, verfolgte aber die politischen Zeitungen, und besaß dabei ein lebensfrohes Temperament. Er war Bourgeois vom Scheitel bis zur Sohle und außerdem ein Kenner und Freund Europas, wie es nur ganz wenige in England gibt. Hätte er den Thron unter anderen Umständen oder in einer anderen Zeit bestiegen, so hätte er sich ausgezeichnet amüsiert, aber von einem historischen Wirken hätte er kein Spur hinterlassen. Zu seinem Glück aber lagen die Dinge in England jetzt so, daß er gerade kraft seiner Eigenschaften eine historische Rolle spielen konnte. Die Monarchie in England war nicht mehr die verschmähte oder im besten Falle ignorierte Einrichtung, wie sie einst gewesen war. Das Volk hat vor ihr, dank den persönlichen und konstitutionell politischen Eigenschaften Viktorias, eine gewisse Ehrfurcht bekommen, während die herrschenden Klassen beim Auftauchen ihrer imperialistischen Anschauungen in ihr ein gutes Mittel zur Verknüpfung der verschiedenen Teile des britischen Reiches erblickten. Jeder König, der es verstand, die zurückhaltende Stellung der Krone in inneren Angelegenheiten mit einer maßvollen Pflege des neuen imperialistischen Kultus zu verquicken, hätte auf diesem Wege viele Lorbeeren ernten können, wenn der Imperialismus nicht gerade zu jener Zeit eine so scheußliche Form, wie der Burenkrieg, angenommen hätte. Allein das Gesicht des Imperialismus war damals häßlich, und Eduard selbst war, wie gesagt, ein Europäer, der viel mehr auf die Macht und das Ansehen Englands in Europa, als auf das pomphafte und teilweise utopistische Geschwätz von der Verbindung mit den Kolonien Wert legte. Deshalb konnte und wollte er diesen Weg zur Popularität nicht wählen. Vielmehr war es seine erste Sorge, dieser schändlichen Episode, dem Burenkriege, ein Ende zu machen, was ihm auch ohne große Schwierigkeit und sogar mit Ruhm gelang, da selbst die Imperialisten, von den Liberalen und der Arbeiterklasse ganz abgesehen, des ungeschickten Krieges herzlich müde waren. Wenn aber nicht diesen, wo konnte er einen anderen Weg zur Erhaltung und Steigerung des Prestiges der Krone finden? Gab es einen solchen überhaupt? Das historische Schicksal wollte, daß ein solcher für Eduard sich gerade zu jener Zeit öffnete: der Weg der auswärtigen beziehungsweise europäischen Politik.

Die auswärtige Politik gehört zu jenen Gebieten, wo auch in England der Einfluß der Krone sogar in den Tagen ihres moralischen Niederganges sich mehr oder weniger geltend machte, und zwar aus dem Grunde, weil sie, auf Intrigen und Perfidie, kurz gesagt auf Diplomatie aufgebaut, seit jeher der Kontrolle des Parlaments entzogen ist und in den geheimen Kabinetten betrieben wird, wo den verschiedenartigsten persönlichen Einwirkungen Spielraum gewährt ist. Besonders aber wurde in den letzten Jahren der Krone die Möglichkeit geschaffen, eine tätige Rolle auf diesem Gebiet zu spielen. Die emporsteigende Seemacht Deutschlands hat in der auswärtigen Politik Englands eine neue Orientierung erheischt, und zwar in einer Richtung, die für die Engländer immer als eine eminent „nationale“ galt. Es war nämlich die Frage der Erhaltung der britischen Seeobermacht. Während langer Jahrhunderte war diese Frage in allen seinen auswärtigen Beziehungen für England die maßgebende, und nicht nur die direkten Angriffe gegen Spanien, Holland und Frankreich, sondern auch die gesamte Politik der Bündnisse und der Rivalitäten auf dem Festlande, die England seit jeher getrieben, waren durch sie diktiert. Jetzt, am Anfang des 20. Jahrhunderts, nachdem die französische Gefahr eigentlich schon lange ausgeschieden war, galt es angesichts des Auftauchens der deutschen Gefahr, den alten Kampf wieder aufzunehmen, aber auf der Grundlage einer ganz neuen Orientierung. Es galt, die alten Rivalitäten mit Frankreich beizulegen, Freundschaft mit den mittelländischen Mächten zu schließen, und dann, von hinten gesichert, die ganze Aufmerksamkeit und die gesamte Flotte auf die Nordsee zu konzentrieren. Wahrscheinlich waren sich die beiden bürgerlichen Parteien in ihrer Auffassung der Bedeutung dieser politisch-strategischen Bewegungen nicht ganz einig. Vermutlich erblickten die Liberalen in diesem Plane hauptsächlich ein Defensivmittel, während die Konservativen, die damals am Ruder standen, sich in letzter Linie auch einen tatsächlichen Vormarsch gegen Deutschland versprachen. Allein über die Notwendigkeit der Bewegungen selbst waren die Liberalen und Konservativen unter sich vollkommen einverstanden, wodurch die auswärtige Politik über die Parteien erhoben wurde und jenen „nationalen“ Charakter bekam, der auch das Mitwirken der Krone erlaubte, ohne den konstitutionellen „Anstand“ allzu scharf zu verletzen. Wie die „Times“ im vorigen Jahre bei einer Gelegenheit schrieb,[1] „ein Monarch kann Lob für den Erfolg der auswärtigen Politik seines Landes nicht bekommen ohne Gefahr zu laufen, falls diese Politik mißglückt, auch dafür getadelt zu werden; allein in bezug auf die auswärtige Politik gibt es bei uns ein Sicherheitsmittel, das für die inneren Angelegenheiten nicht existiert — nämlich unsere auswärtige Politik ist glücklicherweise eine stetige (continuous) geworden, so daß die Politik, die der Monarch in diesem oder jenem Augenblick ausführen hilft, nicht nur die Politik seiner gegenwärtigen Minister, sondern auch ihrer Nachfolger ist. In anderen Worten, er handelt hier an Stelle der Nation.“

Und gerade Eduard war für diese Situation wie geschaffen. Man sagte, er liebte die Deutschen nicht. Sicher war es, daß er die Franzosen liebte und außerordentlich gut kannte. Abgesehen aber davon, war er durch seine Rührigkeit, Gescheitheit und intime Kenntnis der bürgerlichen Welt gut dazu geeignet, den Plänen seiner Minister entgegenzukommen und sie mit Liebe,

---

[1] Leitartikel vom 14. Oktober 1909.

Interesse und Geschick, wie einen hübschen Sport auszuführen. Und er löste seine Aufgabe wirklich mit Glanz, wie es wahrscheinlich kein Berufsdiplomat vermocht hätte. Und da Eintracht mit Frankreich seit jeher der heißeste Wunsch der bürgerlichen und Arbeiterdemokratie gewesen war, so gewann ihm seine Arbeit auch im Volke eine außerordentliche Popularität und den Ruhm — in vollem Unverständnis des angestrebten Endziels — eines „Weltfriedenmachers". Selbst die spätere Annäherung an Rußland und die Bündnisse mit den gehaßten Herrschern von Spanien und Portugal vermochten diese Popularität und diesen Ruhm nicht zu vermindern: das Publikum tadelte die Regierung — hauptsächlich Sir Edward Grey, mit dem König aber hatte es nur Mitgefühl.

So stieg das Ansehen des Königsamtes während der kurzen Zeit der Regierung Eduards auf eine noch nie dagewesene Höhe. Es war mit ihm — um eine kleine Analogie anzuführen — wie mit dem Kolonialamte unter Chamberlain und dem Handelsamte unter Lloyd George: dank der Persönlichkeiten ihrer Inhaber, die die Möglichkeiten ihrer Stelle zu richtiger Zeit erkannt hatten, stiegen sie aus ihrer früheren Nichtigkeit in den ersten Rang empor. So viel hängt in den Wandlungen der Geschichte noch immer von der Persönlichkeit ab! Ein rechter Mensch, an geeigneter Stelle, zur rechten Zeit — und er wird zum Träger des geschichtlichen Schicksals, das auch anders nicht verwirklicht werden kann.

Damit aber ist gesagt, was wir früher bemerkt haben, nämlich daß die Zunahme des Ansehens und des Einflusses der englischen Krone überhaupt eine historische Notwendigkeit war, der nur Eduard äußerst geschickt gedient hat. Freilich war dieser Einfluß hauptsächlich auf das Gebiet der auswärtigen Politik beschränkt, wo die Krone am besten den konstitutionellen Anstand bewahren konnte. Allein es fehlte schon nicht an Anzeichen, daß, hätte Eduard länger gelebt, dieser Einfluß auch in den innerpolitischen Angelegenheiten immer mehr an Boden gewonnen hätte. Schließlich ist der Träger der Krone eine psychologische Einheit wie jeder Mensch, und wenn er sich einen Einfluß und ein Ansehen auf einem Gebiet erwirbt, so strebt er, sie auch auf die anderen Gebiete auszudehnen. Schon der Umstand, daß er auf seinen ausländischen Reisen, wo er mit den fremden Mächten verhandelte, nicht von dem verantwortlichen Minister begleitet wurde, deutete auf eine Neigung zur Selbstherrlichkeit hin, die sonst in England unbekannt gewesen war, und derselbe Zug offenbarte sich bei der Bestätigung Asquiths im Amte des Premierministers, als er ihn zu sich nach Biarritz kommen ließ, statt, wie es der konstitutionelle Usus fordert, selbst sich nach England zu begeben und auf britischem Boden diesen wichtigen Staatsakt zu vollziehen. Es lag eine gewisse Anmaßung auch in dem bekannten Zwischenfalle vor etwa zwei Jahren, als der König aus der Liste der nach Windsor eingeladenen Mitglieder des Parlaments die Namen derjenigen ausstrich, die gegen seine Reise nach Reval protestiert hatten. Die Einladung im gegebenen Falle galt nicht den Personen, sondern den Mitgliedern des Parlaments, und die Handlung des Königs verletzte sozusagen das „erworbene" Recht des Parlaments. Endlich steht es auch fest, daß er in den Kampf der beiden bürgerlichen Parteien über das Budget zweimal eingegriffen hat und nicht nur mit seinen offiziellen Ratgebern, den Ministern, sondern auch mit den Führern der Opposition und anderen privaten Personen konferierte.

Kleinigkeiten sind diese Vorgänge alle, aber so fremd waren sie dem Geiste und der Praxis der Verfassung, daß sie jedesmal irgendwelchen Protest selbst der bürgerlichen Parteien hervorgerufen haben. So protestierten die Radikalen gegen den Windsor-Zwischenfall und gegen die ausländischen Reisen ohne Minister, und selbst die „Times“[1] erhob heftigen Einspruch gegen die Fahrt Asquiths nach Biarritz. Sie nannte die Handlung des Königs „eine sehr weite Abweichung von einem bisher ununterbrochenen Gebrauche“, und sagte, daß „jeder, der mit unserem politischen System vertraut ist, hoffen muß, daß so etwas nie wieder vorkommen werde“. Allein wie es scheint, nahm der König nicht viel Notiz davon und beging eine Verletzung gegen den konstitutionellen Anstand nach der anderen, als ob er damit beweisen wollte, daß für ihn, den Grandseigneur (und als solcher, bei all seiner Bonhomie und Volkstümlichkeit, spielte er sich immer auf), diese Pedantereien nicht geschaffen sind. Tatsächlich war, trotz dieser Proteste, das Publikum höchst entzückt über diese „Selbständigkeit“ des Königs und sagte sich mit Stolz: „Unser Neddy ist ein Mann!“ Was darin steckte, kam bei einer Gelegenheit in einer Rede zum Ausdruck, die Herr Haldane, der Kriegsminister und Hegelianer, öffentlich hielt.[2] Es gebe, erklärte er, keinen größeren Irrtum, als zu glauben, dem Monarchen gehöre keine Initiative in den Staatsgeschäften. Ganz im Gegenteil. „Je besser, je größer der Monarch, um so mehr Initiative weist er auf.... Unser König ist in hohem Maße an der Volksbildung, an der Armee und Flotte, an auswärtigen Angelegenheiten und an allen Staatsangelegenheiten interessiert, und in allen diesen Dingen ist es seine große Eigenschaft, die Initiative zu ergreifen und in Übereinstimmung mit seinen Ministern, dem Parlament und dem Volke zu handeln.... Die Gesetze unserer Verfassung sind ungeschriebene, aber doch reale, und sie gewähren Freiheit der Initiative dem Manne, der es versteht, mit dem Ganzen und das Ganze mit sich zu identifizieren. In dem Maße, wie es einem Monarchen gelingt, wird er groß, und wir hatten niemals einen größeren König als den, der zurzeit auf dem Throne sitzt.“

Das waren merkwürdige Worte, passend etwa für einen Bolingbroke oder — einen deutschen Reichskanzler, aber sie stießen kaum irgendwo auf einen Widerstand. Und das war von einem Minister der Krone gesprochen, der die Verantwortlichkeit für jede Handlung des Königs trägt und der unter gewissen Umständen für diese Handlungen auch angeklagt werden kann! Angesichts solcher Theorien von einem „patriotischen König“ à la Bolingbroke kann man sich kaum wundern, daß ein Seddon oder ein Edwards, Vertreter der Arbeiterpartei und jener sogar Sozialist aus der I. L. P., sich bei Gelegenheiten in solchen royalistischen Rhapsodien ergehen können, wie sie es unlängst getan haben.[3] Es unterliegt keinem Zweifel, daß wenn er nicht so früh ge-

---

[1] Vom 9. April 1908.

[2] „Times“, 17. Dezember 1907.

[3] Herr Seddon sprach bei der dritten Lesung der Vetoresolutionen gegen die Lords am 14. April wie folgt: „Es war sehr ungeschickt, daß die Krone in diese Debatten hineingezogen wurde. Das gegenwärtige Verhalten des Landes, besonders der arbeitenden Klassen, zur Krone ist von der tiefsten Liebe diktiert, und das ist nicht durch die Prärogative der Krone hervorgerufen, sondern von dem jetzigen erlauchten (illustrious) Inhaber des Thrones und seiner erlauchten Mutter, durch ihr Interesse und ihre herzlichen Sympathien für die Mühen, Leiden und die Wohlfahrt des Volkes geschaffen und entwickelt worden. Das Volk erkennt

storben wäre, Eduard manch bedeutsame Prärogative der Krone wieder ins Leben gerufen hätte.

Er ist aber gestorben. Ist damit der Prozeß, den er so geschickt geleitet hat, zu Ende gekommen? Wir glauben nicht. Im Gegenteil, wir glauben, daß unter dem neuen König die Entwicklung der englischen Krone zur Macht erst recht jene Form annehmen wird, die ihr entspricht. Wie die Idee des Imperialismus zuerst eine Art Spielzeug in den Händen des kleinbürgerlichen Liberalismus wie in jenen des großkapitalistischen Konservatismus war, um nachher eine mächtige Waffe in den Händen des letzteren zu werden, so wird auch der Monarchismus, mit dem jetzt selbst die bürgerliche Demokratie liebäugelt, seinen richtigen Platz im Kampfe der beiden bürgerlichen Lager früher oder später finden. Das Großkapital, das nach der Diktatur wie nach außen so auch im Innern strebt, verlangt nach der Erstarkung der unverantwortlichen Elemente der Verfassung, und wie sehr auch seine Leiborgane zurzeit die Heranziehung der Krone in die parteipolitischen Kämpfe verurteilen, wird es doch, wenn es seines Bodens sicherer sein wird, keinen Augenblick zögern, auch die Krone als Waffe im Kampfe zu gebrauchen. Und dafür wird sich der neue König ganz gut eignen. Er besitzt keine der Eigenschaften seines Vaters und wird wahrscheinlich unter dem Volke nie populär sein. Er ist auch kein Europäer, der in der weiten Welt und in der auswärtigen Politik eine Rolle spielen könnte. Er ist aber Imperialist, er kennt und liebt die englischen Kolonien, und wird sich leicht dazu verleiten lassen, eine imperialistische Politik zu treiben. Uns dünkt, daß Genosse Barnes in seiner veröffentlichten und später widerrufenen Unterredung mit dem Vertreter eines deutschen Blattes recht hatte, als er unter dem neuen König eine Verschlechterung der inner- und außerpolitischen Lage erwartete. Der neue König wird sich in den Dienst der konservativen Partei stellen, und wenn ein Kampf zwischen den Verehrern der Monarchie und ihrer Gegner ausbricht, werden wir wissen, daß in diesem Falle, wie in dem der Lordskammer, es sich um die wirtschaftlichen Interessen zweier Schichten des Bürgertums unter der Form eines Verfassungskampfes handelt.

---

an, daß die Monarchie eine viel bessere Form für sein Glück ist als irgendwelche andere Regierungsform."

Herr Enoch Edwards, Führer der Bergarbeiter, die jetzt der Arbeiterpartei angeschlossen sind, sprach am 11. Mai im Unterhaus aus Anlaß des Todes Eduards: „Nie konnte der Verlust eines Monarchen das Leben der Volksmassen so tief berühren wie der Verlust, den die Nation in diesen letzten Tagen erlitten hat. Der König hat durch sein edles Leben, seine heroischen Dienste den großen Massen der Arbeiter das Verständnis dafür geschaffen, daß die Leute an der Spitze des Staates ihre große Macht dazu benutzt haben, um das Los der Arbeiter glücklicher zu machen.... Ich bin sicher, daß es am heutigen Tage in allen Ecken und Winkeln des Landes nur ein Gefühl geben wird, und das ist, daß sie, die Massen, einen ihrer besten Freunde verloren haben" usw. usw. Herr Edwards erklärte in seiner Rede, er spreche im Namen der Arbeiterpartei. Es ist sehr sonderbar, daß die Arbeiterpartei diesen Ausbruch des Byzantinismus nicht desavouiert hat!

Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

Von **Algernon Lee.**

(Fortsetzung.)

3. Die Solidarität unter den Bergarbeitern.

Manche Zeichen deuten auf ein Anwachsen des Solidaritätsgefühls in den Reihen der amerikanischen Arbeiter hin. Mit am bemerkenswertesten ist die Annäherung, die sich allmählich zwischen dem Westlichen Bergarbeiterverband einerseits und der American Federation of Labor sowie den mit ihr verbundenen Gewerkschaften andererseits anbahnt.

Die Leser der „Neuen Zeit" werden mit dem Namen des Westlichen Bergarbeiterverbandes (Western Federation of Miners) wohl vertraut sein, denn seine Führer, Moyer, Haywood und Pettibone, waren die Hauptpersonen in dem größten Kampfe, den jemals der Kapitalismus gegen die Arbeiter vor amerikanischen Gerichten ausgefochten hat. Dieser Verband umfaßt die große Masse der Bergarbeiter im Westen — in den Rocky Mountains und an der pazifischen Küste — und dringt nordwärts bis in die kanadischen Provinzen von Britisch-Kolumbien vor, während er im Süden nach Mexiko hinübergreift. Die meisten seiner Mitglieder sind in Gold-, Silber-, Kupfer- und Bleibergwerken beschäftigt, doch arbeiten auch eine große Zahl in Kohlengruben, besonders in Kolorado und Britisch-Kolumbien.

Die Western Federation of Miners ist ein Industrieverband (industrial union), der sich von den Fachverbänden (trade unions) insofern unterscheidet, als er nicht nur die Bergarbeiter, sondern sämtliche Lohnarbeiter zu umfassen sucht, die in oder bei den Bergwerken beschäftigt sind, zum Beispiel in den Schmelzöfen und ähnlichen Einrichtungen. Diese Körperschaft, die jetzt 70000 Mitglieder zählt, war ehedem ein Zweig der American Federation of Labor, doch vor ungefähr vierzehn Jahren trennten sich die beiden. Gegen Ende der neunziger Jahre fing sie an, sich sozialistischen Tendenzen zuzuneigen. Niemals bestand die Mehrzahl ihrer Mitglieder aus ausgesprochenen Sozialisten, die bei den Wahlen für den sozialistischen Kandidaten stimmten; doch seit ungefähr einem Jahrzehnt liegt die Verwaltung des Verbandes größtenteils in den Händen von Sozialisten, nicht weil diese durch Intrigen oder Gewaltmaßregeln die Leitung an sich rissen, sondern weil sie die fähigsten und eifrigsten Führer lieferten, die das größte Vertrauen der Organisation gewannen. Der Verband hat auch als solcher die Sozialistische Partei moralisch und finanziell unterstützt.

Vor ungefähr zehn Jahren versuchte man, im Westen eine allgemeine Vereinigung der Gewerkschaften unter Führung der Western Federation of Miners herbeizuführen, unabhängig von der American Federation of Labor. Der neue Verband hieß zuerst Western Labor Union. Er umfaßte Organisationen von Arbeitern vieler anderer Industrien außer den Bergarbeitern. Aber in keinem dieser Industriezweige fand die neue Vereinigung ein völlig freies Feld. Es gab überall schon Gewerkschaften, die mit der American Federation of Labor verbunden waren; natürlich kam es zu hitzigen Kämpfen zwischen den neuen und den alten Verbänden, was weder die Kapitalisten noch die bürgerlichen Politiker auszunutzen verabsäumten. 1902 trat die American Federation of Labor an die Western Federation of Miners und die anderen Gewerkschaften des Westens mit dem Antrag heran — der allerdings nicht allzu dringend, aber doch ernstlich gemeint war —, sich mit der

Mehrheit der Arbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten zu vereinen. Dieser Vorschlag wurde schroff abgewiesen, vor allem wegen der konservativen Tendenzen und Organisationsmethoden der American Federation. Diese wollte von der Form des Fachverbandes an Stelle des Industrieverbandes nicht abgehen, zeigte Gleichgültigkeit, ja Abneigung gegen die politische Tätigkeit. Besonders abstoßend wirkte die Verbrüderung einiger der hervorragendsten Führer der American Federation mit einer Gruppe von Millionären, die in der Civic Federation die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigten. Anstatt die Einladung der American Federation of Labor anzunehmen, änderte die Western Labor Union ihren Namen, nannte sich fortan American Labor Union, nahm ausdrücklich das Programm der Sozialistischen Partei an und schickte sich an, ihr Aktionsfeld vom Westen auf die ganzen Vereinigten Staaten auszudehnen, mit anderen Worten, sie erklärte der American Federation of Labor offen den Krieg. Eine Zeitlang schien es, als ob ihre Pläne einigermaßen von Erfolg begleitet wären. Einige kleine Verbände im Osten trennten sich von der American Federation of Labor und schlossen sich der American Labor Union an; ein paar neue Gewerkschaften wurden unter den Auspizien des neuen Verbandes organisiert. Man versuchte auch, die Sozialistische Partei zur Anerkennung der American Labor Union zu bewegen und in den Kampf gegen die alte Arbeiterorganisation zu verwickeln. Die Partei vermied es indessen, irgend einen derartigen Schritt zu tun, und erklärte, sie müsse die Autonomie der Gewerkschaften respektieren und es ihnen überlassen, ihre Streitigkeiten unter sich auszufechten, sie könne nur die Arbeiter zur Solidarität gegenüber dem Kapitalismus ermahnen. In ein bis zwei Jahren zeigte es sich, daß der Plan gescheitert war, die American Federation of Labor zu sprengen oder ihr in der American Labor Union einen ebenbürtigen Gegner im Lande zu schaffen. Die American Labor Union siechte dahin, die Western Federation of Miners, die immer den Hauptstamm gebildet hatte, sagte sich von ihr los, und die Überbleibsel vereinten sich zu der phantastischen Parodie einer Arbeiterorganisation unter dem pompösen Namen der „Industriearbeiter der Welt" (Industrial Workers of the World). Sie wurden bald eine Beute, dann ein Opfer der Machenschaften Daniel De Leons, des Papstes der kleinen, nicht mehr lebensfähigen Sonderorganisation, die den Namen „Sozialistische Arbeiterpartei" (zum Unterschied von der „Sozialistischen Partei") führt.

Ungefähr zur selben Zeit, 1903 und in den folgenden Jahren, wurde die Western Federation of Miners in einen riesenhaften, verzweifelten und langwierigen Kampf mit den organisierten Bergwerksunternehmern der Rocky Mountainsstaaten verwickelt. Den äußeren Anlaß zu dem Streit bildete die Durchführung des Achtstundentaggesetzes in und bei den Bergwerken, Quarzmühlen und Schmelzöfen von Kolorado. Tatsächlich war jedoch der Verband der Bergwerksbesitzer (Mine Owners Association) gesonnen, den Bergarbeiterverband mit Stumpf und Stiel auszurotten, während dieser sich wohl bewußt war, daß er um sein Leben selbst kämpfte. Der Mittelpunkt des Kampfes lag in Kolorado, wo Metall- und Kohlengräber beteiligt waren. Die Gewerkschafter wurden ausgesperrt, Einhaltsbefehle wurden erlassen, die sie verhindern sollten, sich mit den Arbeitswilligen in Verbindung zu setzen, die importiert wurden, um an ihre Stelle zu treten, der Belagerungszustand wurde erklärt, und viele Angestellte oder Freunde der Gewerkschaften wurden willkürlich verhaftet, wochen-, ja monatelang ohne gerichtliche Untersuchung in

Haft gehalten oder aus dem Staate ausgewiesen mit der Warnung, sie seien ihres Lebens nicht sicher, wenn sie es wagten, zurückzukehren. Die Sozialistische Partei im ganzen Lande unterstützte die Western Federation of Miners in ihrem Kampfe, indem sie die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten aufrüttelte und Geld für die Angehörigen der Opfer sammelte. Zur Ehre der organisierten Arbeiterschaft sei es gesagt, daß trotz der heftigen Fehde zwischen der American Federation of Labor und dem Bergarbeiterverband eine ganze Reihe der der ersteren angehörenden Gewerkschaften sich den Sozialisten in der Unterstützung der Bergarbeiter anschloß. Der Kampf endete mit dem Siege der Bergarbeiter. Aber kaum war er errungen, da versuchten die Unternehmer die Gewerkschaften an einer neuen Seite zu packen, nämlich sie durch einen Justizmord an dreien ihrer angesehensten Führer einzuschüchtern. Nun folgten zwei Jahre unermüdlicher Agitation im ganzen Lande, bei der die Sozialistische Partei die Führung übernahm, an der sich aber auch die konservativsten Gewerkschaften und schließlich sogar die Federation of Labor selbst beteiligten. Sie wurde von Erfolg gekrönt, denn Haywood wurde im Juli 1907, Pettibone im Januar 1908 freigesprochen und Moyer ohne Urteil aus der Haft entlassen.

Der fünfjährige Kampf hatte in den verschiedensten Richtungen Gutes gezeitigt. Wohl erschöpfte er die Kräfte der Western Federation of Labor aufs äußerste und schlug ihr Wunden, die selbst heute noch nicht verheilt sind, aber dabei lehrte er doch die Arbeiter des ganzen Landes eine große Lehre, weckte in ihnen kriegerischen Trotz, dessen sie früher ermangelt hatten, und zeigte ihnen klarer als je die Notwendigkeit der Einigkeit und der politischen neben der ökonomischen Aktion gegen ihre Ausbeuter. Die Früchte dieser Erfahrungen sind jetzt noch nicht alle geerntet. Augenblicklich ist es sehr wahrscheinlich, daß als eine späte Frucht dieser furchtbaren Kraftprobe die lange feindliche Trennung zwischen der Federation of Labor und der Western Federation of Miners endlich ihren Abschluß finden wird.

Augenblicklich steht die Western Federation in Unterhandlungen, die eine Vereinigung mit den United Mine Workers of America anstreben, der Organisation der Kohlengräber, die der American Federation of Labor angehört. Die United Mine Workers bilden den größten einzelnen Arbeiterverein in der ganzen Welt. Er umfaßt 262000 Kohlengräber, hauptsächlich in den Ost-, Mittel- und Südstaaten. Er ist auch ein Industrieverband, der alle Arten von Arbeitern in und bei den Kohlenbergwerken einschließt. Die United Mine Workers sind als Körperschaft nicht sozialistisch, doch wurde vor einem Jahre von ihrem Verbandstag eine Resolution angenommen, die, freilich in etwas allgemeinen Ausdrücken, erklärt, die letzte Lösung der Arbeiterfrage bilde das Gemeineigentum (Public ownership) an den Produktionsmitteln. Unter den Mitgliedern der Organisation sind nicht wenige Sozialisten, deren Zahl seit dem großen Anthrazitkohlenstreik von 1902 beständig wächst. Die große Masse der Kohlengräber ist instinktiv klassenbewußt und kampflustig, wenn sie auch vielleicht an politischer Erziehung hinter dem Durchschnitt in anderen Gewerben zurücksteht. John Mitchell, ihr Präsident während des großen Streiks und eine Zeitlang der einflußreichste Arbeiterführer in den Vereinigten Staaten, hat seitdem bedeutend an Ansehen unter den Kohlengräbern verloren, besonders wegen seiner Verbindung mit der Civic Federation und seines Widerstandes gegen den Sozialismus. Die Verwaltung der

United Mine Workers liegt augenblicklich in den Händen von Männern, die, wenn auch nicht Sozialisten, doch geneigt sind, den Unternehmern gegenüber eine mehr aggressive Haltung einzunehmen und den übrigen Arbeitern gegenüber eine engere Solidarität zu bekunden als die alten Führer. Sie werden weder von der Civic Federation noch von den führenden Beamten der Federation of Labor gern gesehen. In der zweiten Reihe der Führer der United Mine Workers, das heißt unter den Präsidenten und Sekretären der einzelnen Distrikte, die jeder ungefähr 10000 bis 50000 Mann umfassen, sind einige ausgesprochene Sozialisten, von denen manche einen großen Einfluß ausüben, nicht nur in ihrem Distrikt, sondern auch in der Gesamtorganisation.

Die Verhandlungen wegen der Vereinigung der Western Federation of Miners mit den United Mine Workers bieten mancherlei Schwierigkeiten, und es kann noch lange dauern, ehe sie zu einem befriedigenden Abschluß führen. Vor etwas mehr als einem Jahre wurde ein Abkommen getroffen, nach dem die beiden Organisationen gegenseitig ihre Mitgliedskarten anerkennen, und von Zeit zu Zeit werden Beratungen unter ihren Beamten abgehalten, um Reibungen zu vermeiden und sie instand zu setzen, den Kapitalisten in Zeiten der Not gemeinsam die Spitze zu bieten. Ausschüsse, die zu diesem Zwecke auf den letzten Jahresversammlungen der beiden Gewerkschaften gewählt wurden, haben einen Einigungsplan entworfen, der den Mitgliedern beider Organisationen unterbreitet werden und zur Durchführung gelangen soll, wenn in jeder der beiden die Mehrheit dafür ist. Der Bericht der beiden vereinigten Ausschüsse beantragt: 1. die Vereinigung der beiden Verbände zu einem; 2. bis diese Vereinigung vollzogen, soll die augenblickliche gegenseitige Anerkennung der Mitgliedskarten beibehalten werden; 3. es sollen bis dahin regelmäßig Konferenzen stattfinden, um einheitliche Aktionen durchzuführen; 4. die Western Federation of Miners soll sich wegen ihrer Wiederaufnahme an die American Federation of Labor wenden, der die United Mine Workers bereits angehören; endlich 5. soll die American Federation of Labor aufgefordert werden, eine eigene Abteilung (Department) für den Bergbau zu bilden, in derselben Weise, wie bereits solche besondere Abteilungen für die Bauarbeiter und Metallarbeiter bestehen, um so die Organisationen des Bergbaus in feste Verbindung miteinander zu bringen und es ihnen zu ermöglichen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.

Augenblicklich wird von den Mitgliedern der Western Federation über die Frage abgestimmt, ob man die Wiederzulassung bei der American Federation of Labor verlangen solle. Dies ist natürlich eine notwendige Vorbedingung für die vollständige Verschmelzung mit den United Mine Workers. Man kann erwarten, daß sich eine bedeutende Majorität für diesen Schritt aussprechen und daß die Wiederaufnahme dann ohne weiteres erfolgen wird. Freilich ist noch viel Haß auf beiden Seiten lebendig, der in den langen Jahren der Trennung und des oft mörderischen Bruderkampfes seine Wurzel hat. Indessen kann die American Federation of Labor eine so machtvolle Organisation wie die Western Miners schwerlich zurückweisen, wenn sie die Aufnahme fordern. Die Bergleute aus dem Westen sind ihrerseits zur Erkenntnis gekommen, daß sie doch einmal den tätigen Beistand der Arbeiter des ganzen Landes brauchen könnten und daß es für beide Teile sicherer und nützlicher sei, wenn sie ihren Platz in der allgemeinen Organisation der Arbeiterverbände der Vereinigten Staaten einnähmen.

Man schätzt die Zahl der Kohlengräber in den Vereinigten Staaten auf ungefähr 600000 und die der Metallgräber auf 260000; das macht zusammen eine Summe von 860000 Bergleuten. Von diesen werden, wenn die Einigung vollzogen ist, 332000 einer einzigen Organisation angehören — ungefähr 40 Prozent der ganzen Zahl. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Begeisterung über eine solche Einigung es ermöglicht, noch Tausende in die Organisationen zu ziehen, besonders von den Eisengräbern, die bisher nur schwach organisiert sind, und den Kupfergräbern, deren Organisation keineswegs so stark ist, wie es wohl zu wünschen wäre. Zwei Umstände machen die geplante Einigung der Bergarbeiterverbände besonders erfreulich: erstens hat sich eine Anzahl von früher unabhängigen Kupferbergwerksgesellschaften dem Kupfertrust angeschlossen. Infolgedessen wird die Kupferindustrie sehr bald dieselbe vorgeschrittene Stufe kapitalistischer Konzentration erreicht haben, auf der die Stahl- und Eisenindustrie und einige andere bereits stehen; und es ist von äußerster Wichtigkeit, daß wenn diese Zeit kommt, die Arbeiter in den Kupferminen und Schmelzwerken gut organisiert und durch starke Bande mit den Arbeitern in anderen Zweigen der Mineindustrie und anderen Industrien verbunden sind. Der zweite wichtige Punkt bei dieser Vereinigung ist der, daß die American Federation of Labor in einen entscheidenden Kampf zugunsten der Eisen- und Stahlarbeiter gegen den Stahltrust eingetreten ist; die Schmiedung eines starken Bandes zwischen den Kohlen- und den Eisengräbern kann von großer strategischer Bedeutung in diesem Kampfe werden.

Literarische Rundschau.

S. P. Altmann, **Finanzwissenschaft.** Band 306 der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt". Leipzig 1910, Verlag B. G. Teubner.

In seinem Vorwort sagt der Autor, Fr. List zitierend: „Sollen in Deutschland die Nationalinteressen durch die Theorie der politischen Ökonomie gefördert werden, so muß sie aus den Studierstuben der Gelehrten, von den Kathedern der Professoren, aus den Kabinetten der Staatsbeamten herabsteigen, mit einem Worte: sie muß Gemeingut aller Gebildeten in der Nation werden." Eine populäre Schrift über die Finanzwissenschaft ist in der Tat notwendig. Aber eine wenn auch leichtverständliche Wiedergabe der Tatsachen und kurze Definitionen der einzelnen Begriffe machen noch keine „Wissenschaft" aus. Das schwierigste und wichtigste finanzpolitische Problem — die Steuerüberwälzung — wird in dem vorliegenden Schriftchen kaum gestreift, ja die Einteilung in direkte und indirekte Steuern wird überhaupt nur nebenbei vorgenommen.

Ebenso ist es kiessinnig, wenn Herr Altmann bemerkt, „internationale Vergleiche sind aus vielen Gründen mit größter Vorsicht anzustellen", ohne selber diese Vergleiche zu machen noch die Gründe anzugeben, die dem im Wege stehen. Ja, was bleibt denn dann zu popularisieren, wenn man alle theoretischen Probleme vorsichtig vermeidet?

Auch die wirtschaftliche und politische Seite der Steuerfragen wird kaum berührt. Bloß die technischen Fragen sind ziemlich klar dargestellt. Einige flüchtige Bemerkungen zeigen, daß der Autor die Probleme, die in den modernen Staaten mit der Finanzfrage verbunden sind, sehr wohl kennt. Aber er läßt den unkundigen Leser ganz in Unklarheit darüber.

Eine äußerst interessante Frage wirft er auf, auf die er aber keine Antwort gibt noch geben kann. Er sieht in den Rüstungsausgaben eine notwendige „natio-

nale Versicherung“ (sic!), fragt aber, ob deren „Entwicklung sich ohne schwere Schädigung der wirtschaftlichen Kräfte dauernd fortsetzen läßt“, und zitiert in einer Anmerkung den englischen Minister des Auswärtigen, der am 29. März 1909 gesagt hat, daß bei diesem Tempo der Ausgabesteigerungen der Bankrott der Staaten eintreten müsse. Was zu tun wäre, um dieser Gefahr entgegenzusteuern, darüber schweigt Herr Altmann.

Nur in dem Sinne ist diese Schrift brauchbar, daß sie eine Fülle von Tatsachen bringt, und da sie, wie erwähnt, die technische Seite der Steuerfragen ebenfalls kurz und gut beleuchtet, so kann sie denjenigen empfohlen werden, die Wurms Schrift über die Finanzgeschichte des Reiches schon kennen. M. N.

Martin Hartmann, **Unpolitische Briefe aus der Türkei.** Der islamitische Orient, 3. Band. Leipzig, Verlag von Rudolf Kraft. 262 Seiten. Preis 8 Mark.

Der bekannte Orientalist weilte zuletzt vierzig Tage in Saloniki und Konstantinopel, um sich das Antlitz der neuen Türkei — die alte war ihm von mehreren Reisen her wohl bekannt — anzusehen. Bei seiner tiefen Kenntnis der Geschichte des Landes auf allen Gebieten und seinem eindringenden, von kapitalistischen Profitinteressen nicht geblendeten und von ideologischer Schwärmerei nicht geschwächten Blicke hatte er in dieser Zeit wahrhaftig sehr viel gesehen und erzählt uns in seiner anspruchslosen Weise von den Veränderungen im Geistes-, politischen und wirtschaftlichen Leben der Türkei. Die Wandlungen im literarischen und religiösen Leben stehen natürlich an erster Stelle, und die bezüglichen Erzählungen Hartmanns sind wohl das Vorzüglichste, was in deutscher Sprache darüber geschrieben worden ist: sie vertiefen und verändern unser Urteil über die Stagnierung der türkischen Nation unter der absolutistischen Regierung, das man sich aus dem Studium der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gebildet hat. Die wenig tröstliche Darstellung der Wandlungen auf politischem und ökonomischem Gebiet, die Hartmann gibt, ist reich an Einzelheiten, die in anderen Berichten fehlen, und dabei umweht von einem humanitär-demokratischen Geiste, den man in den üblichen deutschen Reisewerken nicht oft trifft. Für uns Sozialdemokraten haben ein spezielles Interesse die an mehreren Stellen des Buches zerstreuten Nachrichten über die junge sozialistische Bewegung in der Türkei, die Hartmann gleicherweise als Beobachter wie auch als Menschen ehren.

Wir können unser Urteil über dieses Buch Hartmanns mit der gleichen Bemerkung schließen, mit der wir sein vortreffliches Büchlein über den Islam den Lesern empfohlen haben: es ist gleichfalls für den Politiker wie für die kulturgeschichtlich interessierten Leser aufs wärmste empfehlbar. Karl Radek.

M. Liepmann, Professor des Strafrechts in Kiel, **Die Beleidigung.** Band II und III von „Das Recht, Sammlung von Abhandlungen für Juristen und Laien“. Berlin 1909, Puttkammer & Mühlbrecht. 132 Seiten. Preis 3,60 Mark.

Zu den wichtigsten Streitpunkten bei der — man darf wohl trotz der Jämmerlichkeit der bestehenden Zustände sagen: drohenden — Strafrechtsreform gehören die Strafbestimmungen über die Beleidigung. Anstatt diese Bestimmungen einzuschränken, die unter der Flagge des Ehrenschutzes Bütteldienste leisten bei der Bekämpfung des freien Wortes und politischer sowie sozialer Gegner, wird von der Regierung im trauten Verein mit allen Reaktionären eine arge Verschlimmerung jener Paragraphen vorgeschlagen. Da darf eine Monographie über die Beleidigung auf Interesse rechnen, um so mehr, wenn sie, wie die vorliegende, in wichtigen Punkten für den von der Sozialdemokratie eingenommenen Standpunkt plädiert.

Eine alte Forderung der Sozialdemokratie vertritt der Verfasser, wenn er sich energisch gegen die jetzige Praxis wendet, die auf Grund der Wahrnehmung berechtigter Interessen zugebilligte Straflosigkeit einzuschränken auf die Fälle,

in denen der „Beleidiger“ nur seine eigenen egoistischen Interessen verfolgt. Mit Recht wirft er deswegen der Rechtsprechung des Reichsgerichts vor: „Sie hat aus krimineller Reizbarkeit das Recht der freien Meinungsäußerung namentlich bei Preßäußerungen engherzig eingegrenzt, sie hat den Philisterstandpunkt sanktioniert, das wir nur da zu löschen hätten, wo es uns selbst brenne, daß wir uns nicht um fremdes Wohl und Wehe zu bekümmern oder für das Wohl des Gemeinwesens in die Schranken zu treten hätten.“ (S. 118.) „Dazu kommt, daß die Judikatur des Reichsgerichts die besonderen Existenzbedingungen der Presse gründlich verkennt. Die Presse kann ihre Aufgaben gar nicht anders erfüllen, als daß sie fremde Interessen wahrnimmt: ihre Macht besteht darin, daß sie Sprachrohr und zugleich Mundstück für Wünsche und Forderungen in der Öffentlichkeit ist.“ (S. 39.) Insbesondere wendet sich der Verfasser scharf gegen die beliebte Praxis, dem angeblichen Beleidiger die Wahrnehmung berechtigter Interessen zuzubilligen und ihm doch die Straflosigkeit auf Grund der vagen Formel zu versagen, daß sich aus der Form der Äußerung das Vorhandensein einer Beleidigung ergebe. An diesem vom Verfasser scharf gegeißelten Zustand würde auch durch den neuen Strafgesetzentwurf nichts geändert werden.

Der genannte Entwurf hat sich bekanntlich das reaktionäre Verlangen, die „Verhältnisse des Privatlebens“ unter besonderen strafrechtlichen Schutz zu stellen, und in betreff derselben den Wahrheitsbeweis auszuschließen, zu eigen gemacht. Sehr richtig führt Liepmann zu diesen Bestrebungen aus: „Das bedeutet nicht einen Schutz der Anständigen gegen Klatsch, sondern in sehr vielen Fällen eine rücksichtsvolle Verdeckung schmutziger Verhältnisse auf Kosten reinlich denkender und mutiger Männer.“ (S. 104.) Freilich beeinträchtigt es den Wert seiner Haltung, daß sich der Verfasser gegen die angeblich laxe Haltung der Gerichte wendet, weil diese den Wahrheitsbeweis mitunter nicht streng auf die behaupteten Tatsachen beschränkten.

Wenn der Verfasser sich ferner gegen die Ausdehnung der Strafbestimmungen über die Beleidigung Verstorbener wendet, und wenn er energisch das Märchen bekämpft, als ob in Deutschland Beleidigungen zu milde bestraft würden, und wenn er, besonders auch unter Hinweis auf die viel milderen Strafen anderer Länder, gegen die angestrebte Erhöhung der Freiheitsstrafen für Beleidigung Front macht, so kritisiert er damit gleichzeitig die einschlägigen Bestimmungen des bei Erscheinen der Schrift noch nicht veröffentlichten Strafgesetzentwurfs.

Sehr annehmbar ist der Vorschlag Liepmanns, bei freiwilligem Widerruf in der mündlichen Verhandlung Beleidigungen, die auf Grund irrtümlicher Information erfolgt sind, für straflos zu erklären. Eine solche Bestimmung würde freilich viel zu viel Einsicht, insbesondere in das Wesen der Presse, verlangen, als daß man ernstlich auf ihre Einführung rechnen könnte.

Wenn der Verfasser verlangt, daß der Beleidigte auch im Offizialverfahren stets uneidlich zu vernehmen sei, so fordert er damit eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit. Dennoch ist nicht anzunehmen, daß sich unsere Herrschenden die Möglichkeit beschränken wollen, auf Grund eidlicher Zeugnisse von Polizisten, Streikbrechern und ähnlichen beleidigten Stützen des Staates ihre Gegner in schwere Strafen zu nehmen.

Im Gegensatz zu der sonstigen anerkennenswerten Haltung des Verfassers steht es freilich, daß er sich dem reaktionären Verlangen nach Beschränkung der Öffentlichkeit anschließt, und daß er sich mit einer Erhöhung der Geldstrafen auf Beleidigung einverstanden erklärt.

Die Schrift, die außer dem deutschen Recht das österreichische und teilweise auch dasjenige der anderen europäischen Länder berücksichtigt, dürfte in dem Kampf um die Strafrechtsreform von Wert sein. Ihr Preis muß freilich ein unbescheidener genannt werden.

Siegfried Weinberg.

Notizen.

Die Fachtechnik und die Gewerkschaftspresse. In Nr. 32 der „Neuen Zeit“ behandelt Genosse J. Kliche die Fachtechnik in der Gewerkschaftspresse — aber leider hat er das Thema nicht erschöpfend behandelt. Die Absicht, die seiner Arbeit zugrunde liegt, ist gewiß anerkennenswert. Aber die Aufzählung der Gewerkschaftspresse, die fachgewerbliche Artikel bringt, ist unvollständig, und dann unterläßt er jede Angabe über den beabsichtigten Zweck, der mit der Aufzählung und Schilderung dieser Gewerkschaftsorgane erstrebt wird, jede Schlußfolgerung, die aus der fachtechnischen Fortbildung zu ziehen ist. Der letzte Absatz des Artikels scheint allerdings die Quintessenz der Arbeit zu sein, wenngleich die darin zum Ausdruck gebrachte Ansicht eine glatte Desavouierung der eingangs anerkannten Zweckmäßigkeit der fachgewerblichen Bildung ist und das dort Gesagte vollständig über den Haufen wirft.

Die eigenartigen Ansichten, zu denen Kliche in seinen Schlußsätzen kommt, veranlassen auch die „Holzarbeiter-Zeitung“, zu dem Artikel Stellung zu nehmen. Bevor sie sich nun mit dem Artikel selbst befaßt, hält sie es für notwendig, sich erst an der „Neuen Zeit“ zu reiben. Sie schreibt nämlich in ihrer Nr. 20 nach einer kurzen Einleitung:

„Der ganze Artikel legt Zeugnis davon ab, daß der Schriftsteller Josef Kliche in unstillbarem Betätigungsdrang sich an Dinge heranwagt, die er nicht versteht; man könnte über seine Leistung ruhig zur Tagesordnung übergehen, wenn es nicht gerade die ‚Neue Zeit‘ wäre, die ihm ihren Raum zum Abladen seiner Weisheit zur Verfügung gestellt hat. Es könnte der Arbeiterbewegung nur zum Vorteil gereichen, wenn das wissenschaftliche Organ der deutschen Sozialdemokratie an die Gewerkschaftskritiker, die sich bei ihr zum Wort melden, einen schärferen Maßstab der Kritik anlegen würde, als es hier der Fall war.“

Die „Neue Zeit“ kann es nun einmal gewissen zart empfindenden Seelen nie recht machen. Auf früheren Parteitagen, so in Lübeck und besonders in München, wurde der Redaktion der „Neuen Zeit“ vorgeworfen, daß sie keine andere Ansicht als die ihrige aufkommen lassen will, daß sie zu sehr zensiere und den Großinquisitor spiele. Ob zu Recht oder Unrecht, sei hier dahingestellt. Jetzt will die „Holzarbeiter-Zeitung“ die Rolle des Großinquisitors spielen und der „Neuen Zeit“ vorschreiben, was sie bringen soll. Man merkt die Absicht — — —

Kliche nennt als Blätter, die die Fachtechnik pflegen, das vom Holzarbeiterverband herausgegebene „Fachblatt für Holzarbeiter“ sowie den „Zeitgeist“ des Metallarbeiterverbandes. Die letztere Zeitschrift ist aber kein Fachblatt, wie Kliche ja selbst anführt. Statt dessen hätte er die fachtechnische Beilage des „Deutschen Maschinisten und Heizer“, des Verbandsorgans des Maschinisten- und Heizerverbandes, anführen müssen. Früher füllten bei diesem alle vierzehn Tage erscheinenden Organ die fachtechnischen Artikel fast zwei Drittel des ganzen Blattes, wodurch der allgemeine Teil des Blattes tatsächlich zu kurz kam. Seit der Generalversammlung dieses Verbandes im Jahre 1908 werden die fachtechnischen Artikel und Fragen in einer eigenen, monatlich einmal erscheinenden Beilage gebracht, die dem Verbandsorgan beigelegt wird; die mit Illustrationen versehene Fachschrift ist sehr inhalts- und lehrreich. Sie kann zweifellos zu den besten fachtechnischen Schriften der Gewerkschaften gezählt werden.

Sehr gepflegt wird die fachtechnische Ausbildung im Verband der Buchdrucker, und zwar in den sogenannten Sparten. Zwar geht die fachgewerbliche Fortbildung von den Mitgliedern selbst und nicht von der Verbandsleitung aus. Dies kommt jedoch bei Behandlung dieser Frage nicht in Betracht. Von den Sparten der Buchdrucker, die eigentlich zur Erörterung der einzelnen berufstechnischen Fragen gebildet wurden, geben die Maschinensetzer und die Stereotypeure und Schriftgießer eigene Mitteilungen heraus, in denen die jeweiligen fach-

technischen Fragen behandelt werden. Die Korrektoren und Maschinenmeister pflegen die Fachausbildung in Vorträgen. Die letztgenannte Sparte hält sogar Fachunterrichtskurse ab. Nun befaßt sich Kliche allerdings nur mit der Fachausbildung durch die Gewerkschaftspresse. Sonderbarerweise; denn das ist eben nur halbe Arbeit. Wird schon einmal die Zweckmäßigkeit der fachtechnischen Fortbildung besprochen, dann soll man sie auch vollständig und in ihren ganzen Konsequenzen behandeln. Um so mehr, wenn man zu solch bedeutungsvollen Schlußfolgerungen kommt, wie Kliche am Ende seiner Ausführungen. Der Vollständigkeit halber wäre noch zu erwähnen, daß — soweit mir noch bekannt ist — neben den von Kliche angeführten Gewerkschaftsblättern der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer", die „Metallarbeiter-Zeitung", der „Steinarbeiter", sowie die „Textilarbeiter-Zeitung" bei passenden Gelegenheiten fachtechnische Artikel und Feuilletons bringen. Zweifellos brächten noch verschiedene Gewerkschaftsblätter mehr fachtechnische und fachwissenschaftliche Artikel oder Beilagen, wenn sie die dazu nötigen Mitarbeiter bekommen könnten! So hat zum Beispiel die Redaktion der „Schmiede-Zeitung" jahrelang an verschiedene Stabs- und Oberstabsveterinäre — als die berufensten Fachmänner auf dem betreffenden Gebiet — wegen Lieferung von Artikeln über das Hufbeschlagwesen geschrieben, um — eine einzige Antwort zu erhalten und diese lautete, daß es dem aktiven Soldat verboten sei, Mitarbeiter einer politischen Zeitung zu sein. Für die Fachblätter und Verbandsorgane der Unternehmer können die Herren aber ungeniert schreiben.

Über die Zweckmäßigkeit der fachtechnischen Weiterbildungsbestrebungen — der theoretischen wie der praktischen — brauchen wohl keine langen Ausführungen gemacht werden. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß im Berufe tüchtige Arbeiter überhaupt, besonders aber im Kleingewerbe, viel größeren Einfluß in allen Fragen haben. Dem Unternehmer sowohl, als auch der Arbeiterschaft gegenüber. Bei der Frage der Berufsbildung handelt es sich vorwiegend um Weiterbildung. Die technische Entwicklung bringt in allen Berufen Neuerungen, Umwälzungen, in Theorie und Praxis. Daß die Gewerkschaftsmitglieder mit allen Neuerungen vertraut sind, liegt auch im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder selbst. Schon heute ist es eine feststehende Tatsache, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die tüchtigsten im Berufe sind. Wenn dies noch im vermehrten Maße der Fall wird, kann dies den Gewerkschaftsorganisationen nur von Vorteil sein.

Die fachtechnische Weiterbildung der Mitglieder liegt auch insofern im Interesse der Gewerkschaften, als sie dadurch ein weiteres Propagandamittel zur Gewinnung indifferenter Arbeiter haben.

Es ist ein Zeichen der Stärke der Gewerkschaften, wenn sie noch für andere Zwecke Zeit und Geld übrig haben als bloß für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Und je mehr sie sich auch auf anderen Gebieten des Wirtschaftslebens Einfluß und Geltung verschaffen können, um so wichtiger, bedeutungsvoller und einflußreicher werden sie.

Nun ist es richtig, daß — wie auch Kliche findet — die fachgewerbliche Bildung der Arbeiter auch den Unternehmern zugute kommt. Das ist aber selbstverständlich kein Grund, sie zu unterlassen. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiter davon Vorteile haben. Die Gewerkschaften kommen bei der Durchführung ihrer Aufgaben — das ist Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse — noch öfters in die Lage, mit den Unternehmern zusammen bestimmte Aktionen ausführen zu müssen. Es sei hier nur an die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz erinnert, die bei den Buchdruckern sowie bei den Töpfern in München zu dem sogenannten Organisationsvertrag geführt hat. Zweifellos könnten auch die kleineren Unternehmer im Buchdruckgewerbe höhere Arbeitslöhne und kürzere Arbeitszeit gewähren, wenn die Preise für Abonnements, Inseraten und Druckaufträgen nicht so herabgedrückt und so hohe Rabattsätze gegeben würden. Und wenn im Töpfergewerbe Arbeiter und

Unternehmer durch eine Vereinbarung, durch Leistung nur solider Arbeit und möglichster Vervollkommnung des Produktes das Gewerbe gehoben und die Existenz auch für den kleinen Unternehmer gebessert haben, so ist dies kein Schaden für die organisierte Arbeiterschaft. Für sie ist die Hauptsache, daß für die Arbeiter durch die Vereinbarung geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Dadurch wird am Wesen des Klassenkampfes nichts geändert, ebensowenig das gewerkschaftliche Prinzip verletzt. K. Schmidt, Würzburg.

Englands Geldkapital. Das Land, das noch vor einem halben Jahrhundert die Werkstatt der Welt sein wollte, wird industriell durch Amerika und Deutschland immer mehr zurückgedrängt. Um so mehr aber wird es der Geldschrank der Welt.

Dem englischen Geldmarkt wurde in den letzten zwei Jahren von folgenden Ländern die nachstehend verzeichneten Summen entnommen:

	1908		1909	
Großbritannien	50051700	Pfd. Sterl.	18681400	Pfd. Sterl.
Britische Kolonien				
Indien und Ceylon	13146200	" "	15336100	" "
Südafrika	6209700	" "	11291500	" "
Kanada	27827400	" "	26814200	" "
Australien	4028200	" "	11380300	" "
Andere britische Besitzungen	7438800	" "	9936100	" "
	58650300	Pfd. Sterl.	74758200	Pfd. Sterl.
Fremde Länder				
Rußland	3810500	Pfd. Sterl.	9472500	Pfd. Sterl.
Finnland	—	" "	2328400	" "
Dänemark	2121000	" "	487500	" "
Schweden	2940000	" "	881000	" "
Norwegen	—	" "	381100	" "
Vereinigte Staaten	21472000	" "	15905400	" "
Brasilien	12991600	" "	9218600	" "
Argentinien	15012500	" "	21738100	" "
Chile	1298800	" "	4098000	" "
Mexiko	8113500	" "	9109600	" "
Zentralamerika	14600	" "	1591700	" "
Andere amerikanische Republiken	4225600	" "	2615800	" "
China	5031100	" "	740000	" "
Japan	2920000	" "	4723600	" "
Andere fremde Länder	3550500	" "	5625900	" "
	83501700	Pfd. Sterl.	88917200	Pfd. Sterl.
	192203700	Pfd. Sterl.	182356800	Pfd. Sterl.

England entnahm also seinem Geldmarkt im vergangenen Jahre nur ein Zehntel des Kapitals, das ihm überhaupt entnommen wurde — rund 400 Millionen von 4000 Millionen Mark. Der Rest ging vornehmlich in Agrarländer, um dort Eisenbahnen zu bauen, Fabriken und Bergwerke in Betrieb zu setzen.

Auffallend ist der geringe Betrag, den China in Anspruch nahm. Nicht einmal 1 Million Pfund Sterling, bloß 15 Millionen Mark. Es sucht seinen eigenen Kapitalismus zu entwickeln, sich industriell und finanziell auf eigene Füße zu stellen. Den Löwenanteil nahm Amerika in Anspruch, über 90 Millionen Pfund Sterling, rund 2000 Millionen Mark. k.

Zeitschriftenschau.

„Der Kampf“ vom April bringt einen Aufsatz von F. Austerlitz: **„Wandlungen des Parlamentarismus“.** Die Klage über den Niedergang des Parlamentarismus ist nicht auf Österreich beschränkt, sondern ist ganz allgemein. Das Überwuchern der lokalen Angelegenheiten, die Unfruchtbarkeit der Gesetzgebung, die Laxheit in der Kontrolle der Verwaltung, der Leichtsinn beim Geldausgeben, das Übergewicht der Mandatsinteressen über Staatsinteressen wird dem französischen Parlament mit gleicher Emphase vorgeworfen; auch der deutsche Reichstag ist nicht frei davon, und das englische Unterhaus hat zulassen müssen, daß seine Suprematie immer mehr von anderen Organen eingeschränkt wird. Die Ursache liegt darin, daß seit seiner Entstehung das Wesen des Parlamentarismus sich völlig umgewandelt hat. Früher bedeutete das Parlament den Kampf des Volkes gegen den Absolutismus. Sein Ziel war, die politische Macht für das Volk zu erobern. Zwar bestand das Volk aus mehreren Klassen, aber da sie in diesem Ziele zusammengingen, konnte das Parlament als einheitliche Vertretung des Volkes erscheinen. Mit der ökonomischen Entwicklung fand dieser Kampf sein Ende; die Volksherrschaft entschleierte sich als Klassenvorrecht, und die Bourgeoisie machte aus Furcht vor den nachrückenden Klassen ihren Frieden mit Adel, Dynastie und Klerus. Jetzt wird der Inhalt des Parlamentarismus ein anderer, ein Kampf der Klassen um die Macht. „Der Kampf um die Konstitution wird von dem Kampfe um das Wahlrecht abgelöst; die Frage, welche Macht dem Parlament zufallen soll, wandelt sich in die Frage um, wem das Parlament gehören soll.“ Parlamente, die darin rückständig sind, verfallen dem Siechtum, der technischen Unfähigkeit oder der allgemeinen Verachtung. Mit dieser Umwälzung verschwindet das ästhetisch-schöne Schauspiel, das früher die Zeitgenossen entzückte und das Parlament volkstümlich machte. Das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes bringt die wirklichen Klassenkämpfe im Volke zum Ausdruck; der Kampf der Parteien beherrscht seine Taten, und die Abstimmungen werden vom Klassenbewußtsein diktiert. Begeisterung und überschwängliche Gefühle kann es nicht auslösen; der ernste Kampf der Klassen, der ein düsterschweres Leben, kein ästhetisch-harmonisches Schauspiel ist, drückt ihm seinen Stempel auf. Das gilt schon für jedes Parlament, aber für das österreichische in doppeltem Maße, weil hier zu dem Klassengegensatz noch der Gegensatz der Nationen kommt. Zwar ist überall allgemeines Staatsinteresse eine Phrase, da nur die Klasseninteressen herrschen; aber in Österreich wirkt die nationale Kraft, die anderswo fördernd sein könnte, noch besonders lähmend. Weil die Wähler, als die Erscheinung der Nation, das Wirkliche bilden, im Gegensatz zu dem abstrakten Staate, erscheint hier ein Zurückstellen der Staatsinteressen gegen das Interesse der Wähler als eine lobenswerte nationale Tat. Die Unnatur dieses schrecklichen Staates macht ein fruchtbares Wirken der Demokratie unmöglich.

Die treibende Kraft der Politik in Österreich ist die Demagogie. Auch anderswo herrscht sie, aber hier herrscht sie unbeschränkt. Vom Anfang der Sitzung an beherrscht den Abgeordneten nur die einzige Frage, wie er das nächste Mal wieder gewählt wird. Das bestimmt all sein Handeln und daher alle Politik. Daher die bis ins Unsinnige gesteigerten nationalen Phrasen und Forderungen; jeder fürchtet, wenn er nicht radikal genug auftritt, vor den Wählern des nationalen Verrats bezichtigt zu werden und zu fallen. Allerdings steckt hinter dem Vorwurf, die Abgeordneten lassen sich zu wenig von Staatsinteressen leiten, oft nur der Wunsch, sie sollen noch glatter neue Steuern und neue Rekruten bewilligen. Aber es ist immerhin richtig, daß die demagogische Politik sie zwingt, für ihre Wähler gegen den Staat auch in anderen Fällen einzutreten. Sie müssen ihren Wählern zeigen, wie tätig und eifrig sie sind; das politische Brot wird jetzt schwer verdient — deshalb spricht jeder zu jedem Thema, bringt jeder Initiativanträge und Interpellationen ein; und die Folge dieser Massenproduktion ist, daß nur wenige Gesetze zum Abschluß kommen, daß keine Initiativanträge erledigt und keine Interpellationen beantwortet werden.

So lähmt die demagogische Politik die Arbeitsfähigkeit des Hauses. Natürlich ist hier mit Klagen und Ratschlägen, die Abgeordneten sollen diese Politik aufgeben, nichts zu machen; wer sich bessern ließe, könnte nur zu leicht zum Düpierten werden. Die Demagogie ist eine natürliche Folge der Umstände; die staatsbürgerliche Einheit fehlt, die Parteien haben sich kaum entwickelt und sind nur erst Parteiströmungen, und schließlich kommt die Jugend des allgemeinen Wahlrechtes hinzu, wodurch alles noch im Flusse ist.

Unter dem Titel **„Wachstumsschmerzen“** behandelt Otto Bauer den Kampf, der innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft um die Frage: Nationale oder gemeinsame zentralisierte Gewerkschaften? entbrannt ist. Die Deutschnationalen folgern aus diesem Kampfe zwischen „Autonomisten“ und „Zentralisten“, daß anders als die deutschen Sozialisten die tschechischen Genossen noch nationales Empfinden haben. Daran ist nur so viel Wahrheit, daß die allgemeine Grundstimmung der tschechischen Arbeiter dem Sozialismus gegenüber etwas anders ist. Der Deutsche weiß, daß seine nationale Kultur reich und angesehen in der Welt ist, und braucht sie deshalb nicht zu betonen; die Tschechen haben sie erst seit kurzem, in schweren Kämpfen erworben, und müssen daher ihre Nationalität stark betonen, wollen sie sie nicht verlieren. Der tschechische Arbeiter findet sich vom deutschen Bourgeois ausgebeutet, vom deutschen Staatsbeamten beherrscht; deutsche Schulen für seine Kinder werden ihm aufgezwungen; daher haßt er das Deutschtum und wird der nationaltschechischen Propaganda zugänglich. Der Sozialismus tritt diesen nationalen Vorurteilen entgegen; während dabei aber der deutsche Arbeiter über eine reiche sozialistische Literatur verfügt, die ihn international denken und empfinden lehrt, muß die kleine tschechische Arbeiterschaft sich eine solche Literatur erst schaffen. Der wissenschaftliche Sozialismus, der uns am besten aus dem engen Österreichertum hinaushebt und in die Weite der europäischen Klassenkämpfe führt, ist in die tschechische Partei viel weniger eingedrungen. Es ist fraglich, ob eine noch schroffere Betonung der Internationalität in unserer Propaganda nicht besser gewesen wäre als unsere an sich gerechtfertigte Anerkennung der nationalen Forderungen. So ist es erklärlich, daß vor allem die Massen, die in den letzten Jahren zuströmten, nur ungenügend aufgeklärt wurden, und daher äußert sich der Prozeß der allmählichen Assimilierung jetzt in schmerzhaften Formen.

Seitdem eine Gruppe tschechischer Genossen austrat und einen Konkurrenzverband neben dem Metallarbeiterverband gründete, wird, vor allem in Brünn, unter den tschechischen Gewerkschaftern ein heftiger Kampf, oft mit unschönen Mitteln, über die Form der Gewerkschaft geführt. Die tschechischen Separatisten behaupten, sie wollen doch international bleiben; die verschiedenen nationalen Gewerkschaften sollen sich föderativ verbinden. So weit sind auch bürgerliche Vereine schon. Was Kautsky als zukünftige Gliederung der Menschen ansah: nach Wirtschaftsgebieten für wirtschaftlich-technische, nach Nationen für kulturelle Zwecke, dazu vermögen sich hier organisierte Arbeiter noch nicht einmal aufzuschwingen. Die alten, mit schwerer Arbeit und Mühe aufgebauten Organisationen werden zerrissen, ihre Kraft zur Erringung von Verbesserungen wird gelähmt, ihre Werbekraft auf die abseits stehenden Arbeiter geschwächt, und daneben wird durch die Argumente des Kampfes die nationale Feindschaft gestärkt. Während die Bekämpfung des Nationalismus die Pflicht jedes Genossen sein sollte, wird er hier durch rücksichtslose Kampfargumente geschürt. Natürlich ist dieser Brünner Streit nur eine Episode, die unser Wachstum bezeugt; in allen Ländern hat die Partei sich durch schwere innere Kämpfe emporarbeiten müssen. Hier kann der Ausgang nicht zweifelhaft sein: die Einheitlichkeit der Klassenorganisation wird sich durchsetzen. Dabei müssen aber die zweckmäßigen Formen gesucht werden, wie unter Wahrung des einheitlichen Vorgehens den nationalen Gruppen eine möglichst weite Selbstbestimmung gegeben wird. Vom europäischen Standpunkt ist der tschechische Bruderzwist nur der Irrtum eines Augenblicks.

Über **„Die Revolution der Kunst und ihr Einfluß auf das Gewerbe“** schreibt Karl Richter: Die Kunstgewerbe werden von der sogenannten hohen Kunst befruchtet; die wechselnde Kunstrichtung bestimmt ihr Aufkommen und Verblühen. Davon bietet die Vergolderei ein Beispiel. Von alters her angesehen, erreichte sie

erst im achtzehnten Jahrhundert ihren Höhepunkt. Alles, Möbel, Wände, Bildhauerarbeit, jeder Gebrauchsgegenstand wurde vergoldet. Wien und Paris gaben den Ton an. Diese Kunstrichtung blieb bis in die neueste Zeit, als in den neunziger Jahren der Ruf „Zurück zur Natur" ertönte. Materialechtheit und Naturtreue waren die neuen Prinzipien, wozu die Vergolderei nicht mehr paßte. In dem Maße, wie die neue Richtung (Sezession, Jugendstil) sich durchsetzte, ging das Vergoldergewerbe immer mehr zurück. Die Zahl der Vollarbeiter verringerte sich in Wien von 541 im Jahre 1898 auf 322 im Jahre 1908, also um 40 Prozent. Die meisten der arbeitslos Gewordenen, sowie die in dieser Zeit freigesprochenen Lehrlinge haben sich anderen Beschäftigungen zugewandt. Die Zahl der Meister hielt sich ungefähr auf der früheren Höhe, aber sie sind stark heruntergekommen. Allerdings ist auch die Technik hinzugekommen, die in dem Bronzepulververfahren einen billigeren Ersatz für die Blattvergoldung schuf.

Bibliographie des Sozialismus.

Adler, Dr. Max, **Der Sozialismus und die Intellektuellen.** Wien, Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co. 80 S.

A Szindikalismus. Kiáltvány magyarország munkásságához. Budapest, Kiadja a szindikalista propaganda csoport. 15 S. 10 Heller.

Broda, Dr. R., Paris, und Deutsch, Dr. Jul., Wien, **Das moderne Proletariat.** Eine sozialpsychologische Studie. Berlin, Georg Reimer. 226 S. 5 Mk.

Die Verhandlungen der Konferenz der internationalen Gewerkschaftsorganisationen Mährens. Abgehalten am 3. und 4. April 1910 in Brünn (Arbeiterheim). Wien, A. Huber, Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts". 40 S.

Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes und seiner Vorläufer. Bearbeitet im Auftrag des Verbandsvorstandes von Emil Kloth. Erster Band. Berlin, Deutscher Buchbinderverband. 246 S.

Independent Labour Party. Report of the eighteenth annual conference London 1910. London, Independent Labour Party, 23, Bride Lane, Fleet Street, E. C. 114 S. 3 Pence.

Kautsky, Karl, und Schoenlank, Bruno, **Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie.** Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 63 S. 50 Pf.

Kautsky, Karl, **Le chemin du pouvoir.** Traduit de l'allemand par A. P. Paris, V. Giard & E. Brière. 176 S. 2 Fr.

Kautsky, Karl, **Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft.** 50. Band der Internationalen Bibliothek. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. VIII und 268 S. Broschiert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

Laufenberg, Dr. H., **Hamburg und sein Proletariat im achtzehnten Jahrhundert.** Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. 125 S. 80 Pf.

Leone, Enrico, **La revisione del marxismo.** Roma, Divinire sociale. 290 S. 4 Lire.

Luxemburg, Dr. Rosa, **Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren.** Vortrag, gehalten am 17. April 1910 im Zirkus Schumann zu Frankfurt a. M. Frankfurt a. M., Verlag der Buchhandlung Volksstimme. 16 S. 10 Pf.

Maier, Gustav, **Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung.** Vierte Auflage. 2. Bändchen „Aus Natur und Geisteswelt". Leipzig, B. G. Teubner. 152 S. Gebunden 1,25 Mk.

Mater, André, **Le socialisme conservateur ou municipal.** (Collection des doctrines politiques. XIV.) Paris, V. Giard & E. Brière. 626 S. 6 Fr.

Mehring, Franz, **Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters.** Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende. Erster Teil. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 123 S. Broschiert 1,25 Mk.

Pashitnoff, R. A., **Einige Resultate und Perspektiven aus der Arbeiterfrage in Rußland.** Petersburg 1910.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der sozialdemokratischen Partei Preußens, abgehalten zu Berlin vom 3. bis 5. Januar 1910. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 285 S. 1,20 Mk.

Racovski, C., **La Roumanie des Boyards.** (Contribution à l'Histoire d'une Oligarchie.) Première Partie. Paris, V. Giard & E. Brière. Bucarest, Cercul de Editura Socialista. 96 S.

Spargo, J., **The substance of socialisme.** New York, Benjamin W. Huebsch. 162 S. 1 Dollar.

St. Ledger, A., **Australian socialism,** an historical sketch of its origin and developments. New York, The Macmillan Company. 365 S. 1,50 Dollar.

Stoddart, Jane T., **The new socialism an impartial inquiry.** London, Hodder & S. 280 S. 5 Schilling.

Tschitschwaritsch, Kosta, **Idealisam ili Materialisam.** Belgrad, Druckerei Serbia. 72 S. 1 Denar.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 38 Ausgegeben am 17. Juni 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Eine ertragreiche Woche.

↗ Berlin, 11. Juni 1910.

Auch in dieser Woche hat der Schnapsblock gute Arbeit geliefert, die ihm die Anerkennung selbst seiner Todfeinde sichern muß. Er hat die Lohnerhöhung der Krone mit 3½ Millionen Mark durchgesetzt und zugleich in der Debatte über die Borromäus-Enzyklika des Papstes eine abgeschmackte Komödie gespielt, wie sie sogar in den Jahrbüchern des preußischen Abgeordnetenhauses nicht alle Tage zu verzeichnen ist.

Allerdings wagte er nicht, die Erhöhung der Zivilliste so schnell durchzupeitschen, als ursprünglich beabsichtigt war. Er mimte eine Vorberatung in der Budgetkommission, in der natürlich die sozialdemokratische Fraktion nicht vertreten war, und hier soll der Finanzminister v. Rheinbaben die Notlage der Krone so beweglich dargestellt haben, daß alle bürgerlichen Parteien in tiefer Rührung dahinschmolzen. Eigentümlich illustriert wurde diese Notlage dadurch, daß genau an demselben Tage eine Hochzeit im königlichen Hause stattfand, die einen beträchtlichen Teil der neu bewilligten Millionen vorwegnimmt, um ein junges Ehepaar zu apanagieren, von dem nicht abzusehen ist, was seine Existenz, wir sagen gar nicht mit den Interessen des Staates, sondern nur mit den Interessen der Monarchie zu tun hat.

Wenn nach Ansicht des alten Fritz die Prinzen von Geblüt nur dazu da sind, für die Fortpflanzung des Herrscherhauses zu sorgen, und darüber hinaus die Vermehrung dieser „Zwitterwesen", die nach den preiswürdigen Grundsätzen der Monarchie all ihr Lebtag zu einem geschäftigen Müßiggang verurteilt sind, dem Ansehen der Krone nicht dient, so ist dieser einzige Zweck prinzlichen Daseins augenblicklich schon durch die sechs Söhne und wir wissen nicht wie viele Enkel des Kaisers reichlich gesichert. Dazu kommen nun noch verschiedene prinzliche Nebenlinien, so daß die „ebenbürtige" Verheiratung eines entfernten Verwandten des Kaisers, eines Vetters im zweiten Grade, just an demselben Tage, wo den hungernden Massen ein neuer Tribut von

3½ Millionen Mark auferlegt wird, um der notleidenden Krone aufzuhelfen, in einem recht eigentümlichen Lichte erscheint.

In um so eigentümlicherem Lichte, als dieselben Blätter, die im vorderen Teile rührselige Tränen vergossen über die kolossalen Apanagen, die die Krone an die Prinzen und Prinzessinnen zu zahlen habe, ihre Schmockgewohnheiten nicht genug zu bändigen wußten, um nicht in ihrem hinteren Teile zu erzählen, daß sich in dieser Hochzeit nicht nur zwei unvergleichlich liebenswürdige Persönlichkeiten, sondern auch zwei unvergleichlich mächtige Geldsäcke umarmten. Der Bräutigam sei, von seiner Großmutter, einer holländischen Prinzessin, her, unermeßlich reich, und der Vater der Braut, der Herzog von Ratibor, gehöre zu den größten Grundbesitzern in Preußen. Die Tatsachen sind ganz richtig, und es wird gewiß für die hungernden Massen ein Trost sein, daß ein beträchtlicher Teil der 3½ Millionen, die ihnen von neuem auferlegt worden sind, dazu verbraucht werden wird, den Haushalt eines so blutarmen Pärchens zu bestreiten.

Doch das ist schließlich nur ein beiläufiges Item aus diesem patriotischen Schauspiel, das hoffentlich noch seinen Historiker finden wird, ehe die Reichstagswahlen herankommen, wobei denn auch die Geschichtsklitterungen des Herrn v. Rheinbaben ihre gebührende Würdigung finden müßten. Den Schauspielern selbst war offenbar unheimlich zumute, und sie beeilten sich, aus der Lakaienlivree in die Toga der Kulturpaukerei zu schlüpfen, die, zerschlissen wie sie ist, die Blöße ihrer Glieder erst recht nicht deckt.

Die Vermutung liegt nahe, daß der Spektakel über die Borromäus-Enzyklika des Papstes von vornherein angezettelt worden war, um die Aufmerksamkeit der Massen von der Plünderungstätigkeit des Schnapsblocks abzulenken. Immerhin ist wahrscheinlicher, daß der Vatikan bei der Abfassung dieses Aktenstückes gar keinen Hintergedanken gehabt hat. Er spricht darin von der Reformation so, wie der Papst davon sprechen muß, und was er über die Rolle der Fürsten in der reformatorischen Bewegung des sechzehnten Jahrhunderts sagt, trifft namentlich auf die damaligen Hohenzollern allesamt Punkt für Punkt zu, ist sogar eher zu milde als zu scharf ausgedrückt. Sicherlich war mit den damaligen Päpsten auch kein Staat zu machen, aber die protestantischen Päpstlein haben mit ihnen auch nie Staat gemacht. Das schlimmste, was in der Borromäus-Enzyklika steht, ist lindes Säuseln beispielsweise gegen Luthers Schrift über das „vom Teufel gestiftete Papsttum", wie er den Papst ziemlich hundertmal als Ew. Höllischheit anredet, ihn einen „verfluchten Antichrist", einen „verzweifelten Spitzbuben und Bösewicht", einen „unersättlichen, grundlosen Geizwanst", eine „epikurische Sau, wie alle Päpste, deine Vorfahren", einen „groben Esel, einen Papstesel" schimpft, worin er von allen Päpsten sagt, sie seien „durchtriebene Ertzspitzbuben, Mörder, Verräter, Lügner, und die rechte Grundsuppe aller bösesten Menschen auf Erden", der Papst sei „Gottes und der Menschen Feind, der Christenheit Zerstörer und des Satans leibhaftige Wohnung" usw. usw. Schließlich empfiehlt Luther, dem Wappen des Papstes eine Ehre anzutun, die wir lieber nicht bei Namen nennen, und das alles schrieb er beiläufig nicht in der Hitze des Kampfes, sondern in seinem Todesjahre, als er längst gesiegt hatte und protestantischer Gegenpapst geworden war.

Dieser, wie Knuten-Oertel sagen würde, „Sauherdenton" ist von jeher herkömmlich gewesen zwischen den verschiedenen Konfessionen der Religion, die sich die Religion der Liebe nennt, und wenn man darüber eine Rechnung aufmachen wollte, so würde sie vielleicht ergeben, daß die Gescheitelten ein ungleich schwerer belastetes Konto haben als die Geschorenen. Indessen kommt es darauf nicht an, und nur im Vorbeigehen möchten wir auch bemerken, daß wir die Ansicht einzelner Parteiblätter nicht zu teilen vermögen, die, gestützt auf Janssen, bei dieser Gelegenheit die Ansicht ausgesprochen haben, bei einem Zank über die Reformation hätten die katholischen Pfaffen eine günstigere Position als die protestantischen. Janssen hat freilich eine Unzahl protestantischer Legenden zerstört, aber wer, in der protestantischen Schule von Kindesbeinen an mit diesen Legenden genährt, an ihn herankommt, unterliegt leicht der Gefahr, ihn zu überschätzen: tatsächlich ist er von seinem Standpunkt aus ein ebenso leichtfertiger oder auch bösartiger Geschichtsklitterer wie seine protestantischen Antipoden. Wie die herrschenden Klassen des Reformationszeitalters sich hüben und drüben nichts vorzuwerfen hatten, so sind heute die Pfaffen hüben und drüben aufs Schimpfen angewiesen; um die Schäflein in die eigene Hürde zu locken, gebieten ihnen die einfachsten Gesetze des unlauteren Wettbewerbes, die Konkurrenten möglichst schlecht zu machen.

Also war an der Borromäus-Enzyklika des Papstes gar nichts Auffallendes und Neues, und so scheint man auch im Vatikan durch das Theatergerassel, das sie hervorgerufen hat, einigermaßen verblüfft worden zu sein. Es will uns nicht recht wahrscheinlich dünken, daß die Junker aus freiem Antrieb die Gelegenheit ergriffen haben, um die Patrone des „konfessionellen Friedens" und der „protestantischen Gewissensfreiheit" zu spielen. Sie sind zu verschmitzt, um nicht vorherzusehen, daß dies Abenteuer kläglich enden würde. Aber ihre getreuesten Helfershelfer, die protestantischen Pfaffen, waren durch die päpstliche Enzyklika in ihren heiligsten Gefühlen verletzt, und dann schürten auch die nationalliberalen Kulturpauker, die einmal wieder den alten Phrasenschatz vom Kampfe gegen Rom verhökern wollten. So konnten die Junker nicht länger schweigen, und da sie einmal wohl oder übel daran mußten, so suchten sie aus der Not eine Tugend zu machen und ihre doch vielfach kopfscheu gewordenen Wähler dadurch einzuseifen, daß sie taten, als verteidigten sie die himmlischen Güter auch gegen das Zentrum, mit dem sie in den irdischen Gütern gemeinsame Rappuse machen.

Der schale Schwindel ist ihnen schlecht bekommen; es genügte schon, daß ein freisinniger Redner ihn ein wenig unter die Lupe nahm, um den Schnapsblock mit feiger Angst zu schlagen, so daß er durch einen brutalen Gewaltakt dem sozialdemokratischen Redner das Wort abschnitt. Er blamierte sich damit zwar vor dem ganzen Lande, aber offenbar zog er dies trübselige Schicksal noch der Gefahr vor, seine elenden Machenschaften vor allem Volke aufgedeckt zu sehen. Ein zweites Mal wird er sich auf diesem fahlen Pferde schwerlich betreffen lassen; seine nackte Interessenpolitik läßt sich durch kein ideologisches Mäntelchen mehr verkleiden. Und das ist sicherlich ein Fortschritt, wenn auch nicht für ihn.

Als eine kleine Schlappe wird er es auch wohl empfinden, daß der letzte Mann der Ära Bülow das sinkende Schiff verläßt, mit der imposanten Geste dazu: Ich verlasse euch, weil ihr sterben werdet! Weder die Konservativen noch die Ultramontanen haben Herrn Dernburg geliebt, und die Zeit, wo sie ihn abhalfterten, wäre wohl nicht fern gewesen, allein daß er das Prävenire gespielt hat, das ist ihnen doch fatal. Herr Dernburg hat sich auch bei dieser Gelegenheit als ein geschickter Geschäftsmann erwiesen, und wir haben nichts gegen den kleinen Streich einzuwenden, den er dem Schnapsblock gespielt hat; auch erkennen wir es bis zu einem gewissen Grade als Fortschritt an, daß er die bureaukratisch-feudale Wirtschaft in den Kolonien durch die kapitalistische Wirtschaft ersetzt hat. Dafür gebührt ihm gewiß auch die feurige Bewunderung aller kapitalistischen Interessenten. Aber wenn das mit ihm versippte „Berliner Tageblatt" nunmehr verlangt, daß wir dem Macher der Hottentottenwahlen und Hauptträger der liberalen Blockpolitik als einem Moses folgen sollen, der das unglückliche Volk aus der feudalen Wüste ins gelobte Land der Freiheit führen werde, so scheint uns das eine etwas harte Zumutung zu sein.

Bleiben wir lieber auf dem Boden der nüchternen Tatsachen und erinnern wir uns, welch traurige Rolle der Freisinn, zu dem angeblich Herr Dernburg gehört, eben in den Verhandlungen über die Erhöhung der Zivilliste gespielt hat. Sein Redner, Herr Fischbeck, scheute selbst davor nicht zurück, seine und seiner Freunde monarchische Gesinnung gegenüber der sozialdemokratischen Opposition wie ein seidenes Tuch herauszustreichen. Es gäbe keine Dankbarkeit in der Welt, wenn dafür beim nächsten Ordensfest nicht ein paar rote Piepmätze angeflattert kämen.

Inzwischen nach diesem ersten Streiche der neugeeinten Fortschrittlichen Volkspartei kann alsbald ihr zweiter folgen. Bei der Stichwahl in dem Reichstagswahlkreis Usedom-Wollin hat sie demnächst zwischen dem Kandidaten des Junkertums und der Sozialdemokratie zu entscheiden. Die Junker setzen ihr die Pistole auf die Brust und wir, wir hoffen, gemäß der sozialdemokratischen Politik gegenüber dem Freisinn, auf die längst das Wort Schillers zutrifft: Am Grabe noch pflanzt sie die Hoffnung auf.

Jedoch wir können uns diese Seligkeit im Vertrauen gönnen, der das Sprichwort sonst bedenkliche Folgen nachsagt. Denn ob so oder so — die Gewinner sind wir allemal.

Eine neue Strategie.

Von **K. Kautsky.**

(Fortsetzung.)

4. Streikbedingungen in Rußland.

Wir haben gesehen, wie wir in ein Netz von Widersprüchen geraten, sobald wir versuchen, der Parole für den Massenstreik, deren Diskutierung die Genossin Luxemburg verlangt, eine bestimmte Form zu geben. Das muß sicher bei einer sonst so scharfsinnigen und klaren Denkerin wie Genossin Luxemburg überraschen. Aber es verliert den Anschein der Rätselhaftigkeit,

wenn wir von den Ideen zu den Dingen zurückgehen, denen sie entspringen. Wir finden dann, daß die Widersprüche in der Auffassung vom Massenstreik bei unserer Freundin bloß die Widersprüche zwischen den Bedingungen des Massenstreiks in Rußland und in Deutschland reflektieren.

Immer wieder weist uns die Genossin Luxemburg auf die russische Revolution hin, deren Lehren wir zu beherzigen hätten. Ich bin der letzte, der die Bedeutung dieser riesenhaften Katastrophe unterschätzen und der leugnen möchte, daß wir alle aus ihr lernen können und viel zu lernen haben.

Aber lernen heißt nicht einfach nachahmen. Die gewöhnliche Auffassung der Geschichte als Lehrmeisterin ist die, daß sie eine Sammlung von Erfolgen und Mißerfolgen darstellt; daß ihre bloße Betrachtung uns die Wege zeigt, die zum Erfolg führen, und die Abwege, die zu vermeiden sind. Nichts verkehrter, ja verderblicher, als diese Auffassung. Sie wäre nur dann berechtigt, wenn die Geschichte wirklich, wie viele Leute glauben, die stete Wiederholung derselben Vorgänge wäre, wenn bloß die Namen, die Sprache und die Kostüme der Akteure wechselten, ihre Rollen und der Verlauf des Stückes sich gleich blieben. In Wirklichkeit macht die Gesellschaft eine stete Entwicklung zu immer komplizierteren Formen durch, eine Folge der fortschreitenden technischen Entwicklung, wiederholen sich also nie völlig die gleichen Bedingungen der ökonomischen und politischen Kämpfe, die die Geschichte ausmachen, und werden diese immer mannigfaltiger. Zu den verschiedenen Zeiten und in den verschiedenen Ländern haben daher sehr verschiedene Methoden Erfolge gehabt, und es ist kaum eine Methode des Kampfes, kaum eine politische Einrichtung denkbar, für die sich nicht Belege ihrer Vorzüglichkeit in der Geschichte finden ließen, für jakobinischen Terrorismus und christliche Ergebung, für die aufs Ganze gehende Revolution und die schrittweise vordringende Reformation, für Republik und Monarchie, Föderalismus und Zentralismus usw.

Auf diesem Wege kann man aus der Geschichte beweisen, was man will, und wird dabei nur zu leicht genarrt sein, denn die Vergangenheit wiederholt sich nicht und hinter äußerlichen Ähnlichkeiten verschiedener Zeiten stecken oft die größten sozialen Verschiedenheiten.

Besonders gefährlich ist es, sich auf revolutionäre Vorbilder zu berufen. Ein so gewaltiges Ereigniß, wie eine große Revolution, hinterläßt die tiefsten Eindrücke, die Generationen lang fortwirken. Die Wege, auf denen sie ihre gewaltigen Erfolge erzielte, gelten lange als die einzig richtigen. Ein solches Ereigniß erweckt aber auch immer in enthusiastischen Seelen große Erwartungen, die es nicht erfüllt, um so größere Erwartungen, je riesenhafter es selbst ist. Nimmt die Revolution zum Schluß einen anderen Verlauf, als jene begeisterten Jünger erhofft, dann gilt das als eine Folge von „Fehlern“, die man gemacht, und die man das nächstemal vermeiden will. So erscheint gerade eine Revolution immer höchst fruchtbar an „Lehren“, die zeigen sollen, wie weitere Revolutionen zum Siege zu führen sind und vor welchen Fehlern man sich dabei zu hüten hat.

Aber eine solche große Revolution kann nicht vorübergehen, ohne die Bedingungen, die sie vorfand und unter denen sie sich abspielte, von Grund aus zu verändern. Sie hält nicht immer das, was viele von ihr erhoffen und erwünschen, aber sie wälzt stets die politischen und sozialen Verhältnisse um, die sie vorfindet, und schafft neue, die neue Methoden des Kampfes und der Propaganda notwendig machen, so daß wir ganz irregeführt werden,

wenn wir nach der Revolution die Lehren ihrer Erfolge und Mißerfolge ohne weiteres auf unsere Praxis anwenden wollen.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß wir nicht aus der Geschichte und namentlich aus der von Revolutionen lernen können und sollen. Aber was wir ihr zu entnehmen haben, ist nicht eine Sammlung erfolgreicher und fehlerhafter Methoden, sondern die Erkenntnis kausaler Zusammenhänge. Indem wir die kausalen Zusammenhänge der gesellschaftlichen Vorgänge einer bestimmten Periode untersuchen, erkennen und mit denen anderer Perioden sowie unserer Zeit vergleichen, wird uns die Erkenntnis der letzteren erleichtert; wird es uns ermöglicht, die wesentlichen Faktoren ihrer Entwicklung von den oberflächlichen und zufälligen Erscheinungen zu trennen, die einzelnen Faktoren zutreffender zu bewerten und aus ihrer Untersuchung sicherere Schlüsse auf die Zukunft und damit auf unsere Aufgaben in der Gegenwart zu ziehen, als wir sonst vermöchten.

Wer etwa die französische Revolution daraufhin ansieht, welche Vorteile die Methode des Jakobinismus gewährt oder die des Zusammenwirkens von Bauern, Bürgern, Proletariern unter der anfeuernden Wirkung der ethischen Formeln der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wird zu Resultaten kommen, die für die Gegenwart nur zu leicht irreführen. Es ist einer der Mängel des französischen Sozialismus, daß die „Lehren" der großen Revolution in ihm immer noch nachwirken. Dagegen ist eine Untersuchung der Rolle, welche die verschiedenen Klassen in der Revolution spielten, für die Erkenntnis des Wesens dieser Klassen und ihrer Verhältnisse zueinander sehr wichtig; namentlich wenn man sie in Vergleich setzt mit späteren Entwicklungsformen, etwa von 1848, 1871 und jetzt. Wir sehen dann klar, was das Proletariat von den Intellektuellen, den großen industriellen Kapitalisten, den Kleinbürgern, den Bauern heute noch zu erwarten hat; inwieweit es mit ihnen zusammenwirken kann oder ihnen entgegentreten muß. Die Ergebnisse der politischen und ökonomischen Erfahrungen unserer Zeit werden vertieft und geklärt durch ihren Vergleich mit den Erfahrungen der Vorzeit.

Und ähnliches gilt von dem Vergleich der Erfahrungen verschiedener Länder miteinander. Jedes Land kann und soll von den anderen Ländern lernen. Aber nicht dadurch, daß es einfach deren Methoden nachahmt, sondern dadurch, daß es seine Erfahrungen mit denen anderer Länder vergleicht, deren Erfolge und Mißerfolge auf ihre Ursachen zurückführt und untersucht, inwieweit die gleichen Ursachen bei uns bestehen, bestanden oder im Kommen begriffen sind und daher gleiche Wirkungen für uns mit sich bringen oder erwarten lassen.

Die Genossin Luxemburg weist uns immer wieder auf das Beispiel der russischen Massenstreiks hin, die die Revolution von 1905 einleiteten und herbeiführten. Unter welchen Umständen vollzogen sie sich?

Sie setzten zu einer Zeit ein, wo die russische Regierung zur schwächsten Regierung der Welt geworden war. Keine Klasse stand mehr hinter ihr, allen Klassen, auch den Grundbesitzern und den Kapitalisten, erschien sie als die Ursache des Ruins Rußlands, als der Fluch des Landes, als ein verderbliches Raubtier, das zur Strecke gebracht werden müsse. Die Fülle von Korruption, die wahnsinnige Verschwendung der Mittel des Landes, die völlige Unterbindung seiner ökonomischen Entwicklung, die Desorganisation der ganzen Verwaltung war auf das krasseste zutage getreten in einem Kriege, der auf

das leichtfertigste herbeigeführt worden war, gegen Gegner, die man verlacht und verspottet und die nun der Armee eine furchtbare Niederlage nach der anderen beibrachten, wodurch sie nicht nur diesen letzten Halt der Regierung zerbrachen, sondern sogar ihn zu einem Mittel der Rebellion gestalteten. Die Offiziere waren in allgemeine Verachtung bei den gemeinen Soldaten geraten, die sie höhnten und mißachteten. Und zu den erbittertsten Gegnern der Regierung gesellten sich von den Offizieren selbst alle Elemente, die noch Ehrgefühl, Kraft und Intelligenz besaßen.

Neben der Armee war bis dahin die festeste Stütze des Zarismus die Bauernschaft gewesen, die in dem Zaren ein höheres Wesen verehrt hatte, einen Gott, allmächtig und allgütig, von dem sie immer wieder Hilfe in ihrer trostlosen Lage erwartete. Diese Stimmung hatte 1905 völlig aufgehört. Ein Bauernaufstand jagte den anderen.

Das war die Situation, in der die Massenstreikbewegung gedieh und schließlich zu unwiderstehlicher Kraft anschwoll.

Auf der anderen Seite finden wir zu jener Zeit in Rußland ein Proletariat, das in manchen Städten schon sehr zahlreich war, dabei aufs äußerste gedrückt und erbittert, dem aber jede Möglichkeit legaler Organisation, legaler Betätigung, legaler Aufklärung vorenthalten wurde. Wollten sich die Proletarier zusammenfinden, wollten sie ihre Forderungen kundgeben, gegen ihr Elend protestieren, dann blieb ihnen nur ein Mittel: der S t r e i k. Andererseits kamen gerade durch den Streik die vereinzelten Arbeiter in Fühlung miteinander; sie gewannen durch ihn das Kraftgefühl, das die Masse über den einzelnen erhebt; sie schöpften daraus Begeisterung, ihre Hoffnungslosigkeit schwand, sie wurden neuen Ideen zugänglich, die sie begierig aufnahmen.

So wurde der Streik für den russischen Arbeiter eine Lebensnotwendigkeit; es war schon die bloße Tatsache des Streiks, die ihn belebte, ohne Rücksicht darauf, ob er ein Demonstrationsstreik war oder ein Kampfstreik, ob er sich gegen Kapitalisten richtete oder gegen die Regierung. Die Tatsache, daß gestreikt wurde, war für sich schon ein Erfolg, ein Sieg. Die Forderungen und Ziele des Streiks traten dahinter zurück und kamen oft nicht einmal deutlich zum Ausdruck. Und andererseits wurde jeder Streik, welches immer sein sonstiger Charakter, von vornherein zu einer Empörung gegen die Gesetzlichkeit, zu einer revolutionären Aktion.

Das war bereits in den letzten Jahren vor der Revolution so gewesen. Der Krieg, der Zusammenbruch der Regierung, die ökonomische Krise, die Not stachelten nun die Arbeiter immer öfter zu Streiks auf, die immer mehr einen politischen Charakter des Protestes gegen das ganze Regierungssystem annahmen, damit aber auch immer mehr Sympathien in den Kreisen der bürgerlichen Opposition gewannen.

Die Eigenart dieser Streikbewegung wurde noch verstärkt durch die ungeheure Ausdehnung des Reiches und sein mangelhaftes Kommunikationswesen, seinen Mangel an Eisenbahnen, Postverbindungen, Zeitungen. Noch bildet Rußland nicht eine ökonomische Einheit, es zerfällt in zahlreiche Gebiete, die voneinander ökonomisch völlig unabhängig, deren Proletariermassen ohne Fühlung miteinander sind. Gestaltete sich die Streikbewegung im Laufe des Jahres 1905 allenthalben immer mehr zu einer Kampfbewegung gegen den Zarismus, so war sie doch entfernt davon, in allen Punkten einheitlich zu

sein. Sie brach nicht überall zu gleicher Zeit los, sondern heute in Lodz in Polen und morgen in Baku jenseits des Kaukasus; dann vielleicht im Ural, in Petersburg, in Odessa, später in Riga, endlich am Don. Diese Zersplitterung schädigte aber zunächst die Bewegung nicht; sie sorgte vielmehr dafür, daß sie nicht zur Ruhe kam, daß das ganze Reich während des ganzen Jahres in beständiger Bewegung erschien, daß die Regierung sich nirgends sicher fühlte, ihre Machtmittel nirgends konzentrieren konnte, überall zersplittern mußte und schließlich zusammenbrach, als im Oktober die gewaltige Bewegung zu einem Sturme anschwoll, der das ganze Reich gleichzeitig durchbrauste.

Besonders glänzend hatten sich dabei die Arbeiter Russisch-Polens gehalten. Dies Land ist das industriellste Gebiet des Reiches, dessen Arbeiter intellektuell am höchsten entwickelt sind (abgesehen von Finnland), dabei aber womöglich noch schlimmerem Drucke unterworfen als die des eigentlichen Rußland und mehr als diese zur Rebellion geneigt, da ihre Nation auf eine Reihe kraftvoller Insurrektionen gegen den Zarismus zurückblickt.

Die revolutionäre Streikbewegung in Russisch-Polen gehört sicher zu den heroischsten und großartigsten Leistungen im bisherigen Emanzipationskampf des europäischen Proletariats. Ich werde der Genossin Luxemburg durchaus nicht widersprechen, wenn sie die Arbeiter ihrer Heimat als die Preisfechter des Sozialismus unserer Tage betrachtet.

Aber meine Hochachtung und Bewunderung für diese Helden kann mich nicht veranlassen, einfach den deutschen Arbeitern zuzurufen: Gehet hin und tuet desgleichen. Schon Cervantes wußte, daß, was Heldentum unter bestimmten Verhältnissen ist, unter geänderten Verhältnissen zur Donquichotterie wird.

5. Streikbedingungen in Preußen.

Im heutigen Preußen ist die Situation eine ganz andere als die in Rußland vor fünf Jahren. Hier haben wir es mit der stärksten Regierung der Gegenwart zu tun. Nirgends sind Armee und Bureaukratie so straff diszipliniert, vielleicht nirgends ist die Zahl der Staatsarbeiter größer; sicher stehen sie nirgends in solcher „gottgewollten Abhängigkeit", nirgends werden sie durch einen schlimmeren Kadavergehorsam im Zaume gehalten wie in Deutschland und besonders in Preußen. Über dieser terrorisierten Masse stehen aber Ausbeuter von einer Kraft und Brutalität, die ihresgleichen suchen. Alle diese großen Ausbeuter stehen geschlossen hinter der Regierung, um so geschlossener, je hartnäckiger sie am Bestehenden festhält. Und unterstützt wird sie als Hüter des Bestehenden gegen jeden Umsturz durch große Massen Bauern und Kleinbürger.

In Rußland 1905 war die Regierung völlig isoliert. In Preußen von heute ist das Proletariat bei jeder Aktion isoliert, in der es energisch den bestehenden Zuständen an den Leib rücken will.

Und war 1905 in Rußland die Regierung in einem leichtfertigen Kriege gegen eine kleine Macht schmählich zusammengebrochen, so wird die preußische seit bald einem Jahrhundert von dem Glanze beständiger Siege getragen, Siege über die stärksten Großmächte der Welt.

Auf der anderen Seite sind aber auch die Lebensbedingungen des deutschen Proletariers keine so verzweifelten wie die des russischen bis zur Revolution. Für ihn bildet keineswegs der Streik die einzige Möglichkeit der Betätigung als Klasse, die einzige Möglichkeit, sich zu seinen Kameraden zu gesellen, mit ihnen vereint zu protestieren, Forderungen zu erheben, Kraft zu entfalten.

Vereine, Versammlungen, Presse, Wahlen aller Art beschäftigen ihn vollauf. Unter diesen Bedingungen erhält für ihn der Streik eine ganz andere Bedeutung.

War in Rußland schon die Tatsache eines Streiks ein Sieg, welches immer sein praktischer Ausgang sein mochte; war der Streik an sich schon ein Mittel der Organisation, der Aufklärung, der Anfeuerung, so ist das bei uns keineswegs der Fall. Wir haben andere Mittel, das zu erreichen. Zum Streik greift der Arbeiter in Deutschland — und in Westeuropa überhaupt — nur als Kampfesmittel, wenn er die Aussicht hat, dadurch bestimmte Erfolge zu erzielen. Bleiben diese Erfolge aus, dann hat der Streik seinen Zweck verfehlt. Und entspringt die Erfolglosigkeit schlechter Führung, die entweder den Zeitpunkt des Streiks unglücklich wählte oder die Machtmittel der eigenen oder der gegnerischen Organisation falsch einschätzte oder sonst verkehrt operierte, so kann der Streik sehr leicht das Gegenteil dessen erzielen, was er bezweckte, niederdrückend auf die Arbeiter wirken.

Daher überlegt man vor einem Streik genau seine Chancen, und es wird eine wichtige Aufgabe der Streikleitung, schon bei seinem Beginn die Forderungen genau zu formulieren, die durchgesetzt werden sollen. Von ihrer Gestaltung hängt zum großen Teile der Erfolg ab. Sie dürfen nicht zu geringfügig sein, soll nicht der Elan der Kämpfenden versagen. Sie dürfen aber auch nicht zu weit über das Maß dessen hinausgehen, was bei den gegebenen Machtverhältnissen durchzusetzen ist, sollen sie nicht einen Sieg von vornherein unmöglich machen.

Was vom Standpunkt des amorphen, primitiven Streiks des revolutionären Rußland eine überflüssige, pedantisch-engherzige Unterscheidung sein mochte, ist in Westeuropa eine wesentliche Bedingung jeder rationellen Streikführung. Sicher kann eine Streikbewegung sich mit einer anderen kreuzen, sicher kann auch eine Streikbewegung in ihrem Verlauf verschiedene Formen annehmen, die nicht vorherzusehen sind. Aus einem Demonstrationsstreik kann eine Aussperrung oder ein Zwangsstreik werden, ein ökonomischer Einzelstreik kann die Dimensionen eines Sympathiemassenstreiks annehmen und schließlich politische Bedeutung erlangen. Ein siegreicher politischer Massenstreik kann einzelne ökonomische Ausläufer nach sich ziehen. Alles das hindert nicht, daß es sehr verschiedene Arten des Streiks gibt, und daß unter unseren Verhältnissen jedesmal bei Beginn eines Streiks dessen Wesen und Art, sowie die Ziele und Zwecke, die man ihm setzen will, genau erwogen sein müssen.

Die Bedingungen des Streikens sind also in Westeuropa und speziell in Deutschland sehr verschieden von denen des vorrevolutionären und revolutionären Rußland. Eine Streiktaktik, die sich dort bewährt hat, braucht deshalb noch lange nicht hier am Platze zu sein.

Schon beim bloßen Demonstrationsstreik machen sich Unterschiede bemerkbar. Es dürfte viel schwerer sein, in Deutschland einen Demonstrationsstreik von solcher Ausdehnung zustande zu bringen, wie er in Rußland öfter durchgeführt wurde, daß er das ganze Straßenbild ändert und dadurch auf die gesamte bürgerliche Welt wie auch auf die indifferentesten Schichten des Proletariats den tiefsten Eindruck macht.

Über südrussische Demonstrationsstreiks vom Juli 1903 schrieb damals die Genossin Wera Sassulitsch in der „Iskra“:

„So etwas hat Rußland, und ich glaube sogar auch Westeuropa, noch nie gesehen. Als etwas Neues in der Weltgeschichte erscheint hier die absolute Solidarität

aller Arbeiter ohne Unterschied von Beruf und Nationalität. Es streiken wie ein Mann alle Arbeiter von den gutsituierten Berufsklassen herab bis auf die niedrigsten Schichten der Lastträger. Es stockt der Dampfschiff- und der Eisenbahnverkehr, die elektrische und Gasbeleuchtung ist ausgelöscht, es streiken die Handlungsgehilfen der großen Magazine, es streikt die Straßenbahn, die Zeitungen erscheinen nicht, Brot und Lebensprodukte steigen rapid im Preise, die Bauten ruhen; in Baku ist die Wasserversorgung zum Stillstand gebracht. In Westeuropa sind solche Streiks noch nie dagewesen, trotz eines halben Jahrhunderts der Geschichte der sozialistischen Bewegung, der sozialdemokratischen Organisation und der politischen Freiheit." (Zitiert bei Tscherewanin, Das Proletariat und die russische Revolution, S. 15.)

Sicher, Demonstrationsstreiks dieser Art sind in Westeuropa noch nicht dagewesen. Und sie werden auch so leicht nicht kommen, nicht trotz, sondern wegen des halben Jahrhunderts sozialistischer Bewegung, sozialdemokratischer Organisation und politischer Freiheit. Sie bilden die Eigentümlichkeit eines Zustandes, in dem ein modernes Massenproletariat, mit dem Beispiel eines halben Jahrhunderts sozialistischer Bewegung und politischer Freiheit in Westeuropa vor sich, selbst jeglicher legalen Bewegungsmöglichkeit entbehrt.

In Westeuropa sind infolge des halben Jahrhunderts proletarischen Klassenkampfes nicht nur die proletarischen Organisationen, sondern auch die kapitalistischen Organisationen zur Unterdrückung des Proletariats weit stärker entwickelt, und sie treten auch bei einem bloßen Demonstrationsstreik viel eher und kraftvoller in Aktion. Andererseits haben dank der politischen Freiheit die Arbeiter so reichliche Gelegenheit, ohne Risiko ihre Anschauungen kundzutun, daß selbst bei außerordentlichen Anlässen nur die kraftvollsten und vorgeschrittensten unter ihnen das Risiko eines Streiks auf sich nehmen werden, wenn dieser eine bloße Demonstration bleiben soll.

Angesichts der eisernen Disziplin in den staatlichen, städtischen und privaten großen Monopolbetrieben und angesichts des strammen Zusammenhaltens von Regierung und Kapital ist gar nicht daran zu denken, daß bei uns in einem Demonstrationsstreik gegen die Regierung Stadtbahnen, Straßenbahnen, Gaswerke zum Stillstand kommen. Aber auch in vielen anderen Betrieben wird ein sehr starker Antrieb erforderlich sein, sollen die Arbeiter in einen bloßen Demonstrationsstreik eintreten, sobald sie auf Seite der Unternehmer Widerstand finden. Ist doch der Streik für sie nicht die einzige mögliche Form politischer Betätigung und politischen Protestes, ja ein bloßer Demonstrationsstreik nicht einmal die eindrucksvollste. Eine siegreiche Reichstagswahl macht weit größeren Eindruck. Es dürfte kaum möglich sein, ohne einen gewaltigen Anlaß einen Demonstrationsstreik, der eine wirkliche Massendemonstration wird, für das ganze Reich machtvoll durchzuführen, wenn er einer Sache gilt, die nicht sofortige Abwehr erheischt, sondern bloßen Protest gegen ein Unrecht bekunden soll, das schon mehr als ein halbes Jahrhundert besteht. Eher sind lokale Demonstrationsstreiks als Protest gegen ein augenblickliches, tiefempfundenes Unrecht denkbar, das momentan die Massen erregt und nach sofortiger Abwehr schreit, die nicht etwa bis zur nächsten Wahl verschoben werden kann. In meinem Artikel „Was nun?" habe ich auch der Erwartung Ausdruck gegeben, daß solche Demonstrationsstreiks, wie wir sie schon in Kiel und Frankfurt hatten, sich wiederholen und steigern würden, wenn die Polizeibrutalitäten sich wiederholten und steigerten. Vorher diskutieren lassen sich aber solche Streiks nicht. Sie entspringen von selbst aus bestimmten Situationen.

Eine weitertragende politische Wirkung könnte von solchen lokalen Demonstrationen nicht ausgehen, wenn sie auch auf den Fortgang der Bewegung belebend wirken müssen. Um politisch zu wirken, müßte der Demonstrationsstreik eine größere Ausdehnung haben. Genossin Luxemburg meint sogar, der Massenstreik im jetzigen Wahlrechtskampf, den sie im Auge hat, was immer sie darunter verstehen mag, müsse nicht bloß Preußen, sondern ganz Deutschland umfassen.

Auch ein solcher Streik wäre keineswegs unmöglich, aber, wie schon erwähnt, er stieße auf große Schwierigkeiten, könnte nur bei einem Zusammentreffen höchst günstiger Momente gelingen und würde doch kaum mehr bewirken als etwa eine Reichstagswahl.

Mit Demonstrationsstreiks sollte es denn auch nach der Anschauung der Genossin Luxemburg nicht abgetan sein. Sie spricht von einer sich stets steigernden und zuspitzenden Massenaktion, die vielleicht durch einen „kurzen, einmaligen Demonstrationsstreik" *eingeleitet* wird.

Deutlicher als die Genossin Luxemburg in ihrem Artikel spricht sich Genosse Pannekoek aus. Er sagt in seinem zweiten Artikel:

„Der Massenstreik als politisches Zwangsmittel gegen die Regierung kann hier, in dem Kampfe um die Regierung, nicht ein *einziger Akt* sein, sondern nur ein *längerer Prozeß*. Er kann nur ein langes, zähes Ringen sein; das kann dann nicht ein lang andauernder einziger Streik sein — das halten die Arbeiter selbst nicht aus —, sondern es muß eine auf- und abflutende kolossale Streikbewegung sein, wobei bald hier, bald dort die Kämpfer pausieren, Atem schöpfen müssen, bevor sie sich wieder in den Kampf stürzen, wobei sie möglichst alle Kräfte zu einem gleichzeitigen Streik vereinigen, bisweilen vielleicht auch sich wieder in Einzelgefechten trennen."

Diese Auffassung ist ganz der russischen Streikgeschichte entnommen. In der Tat sagt Pannekoek selbst vorher:

„Nichts ist wichtiger, als die Formen, die in Deutschland eine Massenstreikbewegung im weiteren Verlauf der Entwicklung annehmen wird, einigermaßen klar zu erkennen. Dabei können uns aber die Beispiele aus Westeuropa am wenigsten dienen, denn hier ging es niemals um die ganze Herrschaft der regierenden Klasse. *Eher könnte die russische Streikbewegung als Beispiel dienen.* Allerdings ist auch dieses Beispiel nicht ohne weiteres zu gebrauchen — nicht aus dem Grunde, wie Kautsky meint, daß in Rußland die Revolution herrschte und hier nicht, denn die russische Revolution bestand gerade in der Massenstreikbewegung, und die deutsche Revolution hat mit dem preußischen Wahlrechtskampf im Grunde schon begonnen. Sondern der Unterschied liegt in der gewaltigen Organisationsmacht des deutschen Proletariats, wie sie in einem solchen Kampfe noch nie gesehen wurde, und die ihm eine ungeheure Wucht geben wird."

Also nicht auf Westeuropa beruft sich Pannekoek, sondern auf Rußland. Freilich fügt er gleich selbst hinzu, daß zwischen den russischen und deutschen Verhältnissen ein Unterschied bestehe, aber er sieht ihn nur in der „gewaltigen Organisationsmacht des deutschen Proletariats" und meint, dieser Unterschied könne nur dazu führen, die Wucht des Kampfes zu vermehren.

Ich bin anderer Ansicht.

Diese gewaltige Organisationsmacht des deutschen Proletariats ist eine Folge der gewaltigen Konzentration des Kapitals und der nicht minder gewaltigen Entwicklung des Verkehrs, die alle Gebiete des Reiches immer mehr in die engste ökonomische und geistige Verbindung miteinander bringt, aber

auch nicht bloß die Organisationen der Proletarier, sondern ebenso die der Unternehmer und der staatlichen Gewalt immer mehr zentralisiert und einheitlicher gestaltet.

Damit werden die Kämpfe zwischen diesen Organisationen ebenfalls immer mehr zentralisiert und konzentriert. Sie gewinnen dadurch sicher, wie Pannekoek bemerkt, an Wucht, aber sie werden damit auch — immer seltener. Man überlegt sich's da lange, ehe man sich auf einen Kampf einläßt, ist er aber einmal entbrannt, dann gewinnt er sofort die weiteste Ausdehnung und muß durchgefochten werden mit allen Machtmitteln entweder bis zum Siege oder völliger Erschöpfung der Kräfte auf der ganzen Linie.

Ein solcher Kampf läßt sich so schnell nicht wiederholen, um so weniger schnell, je gewaltiger seine Ausdehnung gewesen, je mehr die gesamte Masse des Proletariats daran beteiligt war. Die Vorstellung einer Periode der Massenstreiks, die zunächst keinen praktischen Erfolg haben, aber sich immer wieder erneuern, nach kurzen Pausen des Atemschöpfens, bis der Gegner zur Strecke gebracht ist, findet einigen Halt in der russischen ökonomischen Rückständigkeit, sie widerspricht völlig den Kampfbedingungen eines hochentwickelten Industrielandes mit weitgetriebener Konzentration des Kapitals und Zentralisation der Kampfesorganisationen sowohl der Proletarier wie der Unternehmer und ihrer Regierung.

Andererseits entsprang es aus der politischen Rückständigkeit Rußlands, daß dort jeder Streik, auch ein rein ökonomischer, zu einem Akte revolutionärer Politik wurde, so daß man dahin kommen konnte, eine Periode von Streiks aller Art — darunter vorwiegend lokale und ökonomische — als eine Periode „des Massenstreiks" oder gar als „den Massenstreik" anzusehen.

In diesem Sinne sagte die Genossin Luxemburg in ihrer Schrift über „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften":

„Es ist gänzlich verkehrt, sich den Massenstreik als einen Akt, eine Einzelhandhandlung zu denken. Der Massenstreik ist vielmehr die Bezeichnung, der Sammelbegriff einer ganzen jahrelangen, vielleicht jahrzehntelangen Periode des Klassenkampfes. Von den unzähligen verschiedenen Massenstreiks, die sich in Rußland seit vier Jahren abgespielt haben (seit 1902), paßt das Schema des Massenstreiks als eines rein politischen, nach Plan und Absicht hervorgerufenen kurzen Einzelaktes lediglich auf eine, und zwar untergeordnete Spielart: auf den reinen Demonstrationsstreik. . . . Alle übrigen großen und partiellen Massenstreiks und Generalstreiks waren nicht Demonstrations-, sondern Kampfstreiks, und als solche entstanden sie meistens spontan, jedesmal aus spezifischen lokalen, zufälligen Anlässen, ohne Plan und Absicht, und wuchsen sich mit elementarer Macht zu großen Bewegungen aus, wobei sie nicht einen ‚geordneten Rückzug' antraten, sondern sich bald in ökonomischen Kampf verwandelten, bald in Straßenkampf, bald von selbst zusammenfielen" (S. 29).

Es ist offenbar, daß nach einem „halben Jahrhundert sozialdemokratischer Organisation und politischer Freiheit" Streiks ein anderes Aussehen gewinnen als diese russischen Streiks, daß das für uns in Deutschland nicht der Streik der Zukunft ist. Bei uns ist der Streik eine ganz legale Betätigung, er kann frei besprochen und organisiert werden, hat an sich noch keine Spitze gegen die Regierung, und der Streik völlig unorganisierter Massen „ohne Plan und Absicht" verschwindet immer mehr. Streiks werden in der Regel vor ihrem Ausbruch genau erwogen, fallen dann nicht schließlich „von selbst zusammen" und verwandeln sich auch nicht „in Straßenkampf". Wenn sich zu gewissen

Zeiten Streiks häufen, wird es bei uns niemand einfallen, eine derartige Streikperiode mit dem Sammelbegriff „des Massenstreiks“ bezeichnen zu wollen, und ebensowenig wird jemand glauben, daß eine derartige Periode ökonomischer und lokaler Streiks schon eine revolutionäre Aktion sei, die zum Umsturz der Regierung führe. Wenn heute bei uns die Bergarbeiter im Ruhrrevier streiken und nach einem halben Jahre die Bauarbeiter in Berlin und wieder nach einem halben Jahre die Textilarbeiter in Crimmitschau zur Erreichung höherer Löhne, so wird niemand erwarten, das sei der Massenstreik, der die preußische Regierung auf die Knie zwinge.[1]

Soll bei uns eine Aktion als ein politischer Massenstreik wirken, dann darf sie nicht lokal, ohne Absicht und Ziel sein, dann muß sie von vornherein nach Plan und Absicht als ein politischer Streik auflodern, und dieser muß es bis zu seinem Ende bleiben. Er muß den ganzen Staat umfassen, darf nicht ein „partieller“, „lokaler“ Massenstreik sein, und er führt zu einer empfindlichen Niederlage, wenn er sich ohne politisches Resultat „in einen ökonomischen Kampf verwandelt, in Straßenkampf, oder von selbst zusammenfällt“.

Nur unter der völligen Unfreiheit Rußlands konnte eine jahrelange Periode aufeinander folgender Streiks meist lokaler und ökonomischer Natur einen derart revolutionären Charakter annehmen, daß man sie als „den Massenstreik“ bezeichnen durfte, ohne dem Begriff allzu großen Zwang anzutun.

Wenn aber die Genossin Luxemburg meinte, eine solche Streikperiode ließe sich ins Ungemessene jahrzehntelang ausdehnen, so hat seitdem die Erfahrung gezeigt, daß das auch unter russischen Verhältnissen nicht möglich war.

Schließlich mußte auch das russische Proletariat durch die stets wiederkehrenden Streiks erschöpft werden und es kam der Moment, wo es vor dem Dilemma stand, entscheidend zu siegen oder für lange Zeit niedergeworfen zu werden. Daß der Streik das Proletariat organisiert, aufklärt, stärkt, ohne Rücksicht darauf, ob er in sich zusammenfällt oder niedergeworfen wird oder siegt, galt selbst unter den russischen Verhältnissen nur eine Zeitlang. Je mehr die russische Streikperiode den Charakter eines wirklichen politischen Massenstreiks annahm, desto mehr näherte sie sich dem Moment, in dem es hieß: Siegen oder untergehen.

Ich sage das nicht etwa, um mich jenen Sicherheitskommissären anzuschließen, die heute dem russischen Proletariat weise Lehren über die Verwerflichkeit seiner Gewaltpolitik halten. Seine Massenstreikaktion war ein elementares Ereignis, von niemand gemacht. Die Aufgabe der Sozialisten war es, in dieser Aktion, wie in jeder Massenaktion des Proletariats, sich an ihre Spitze zu stellen, welches immer das voraussichtliche Resultat sein mochte. Und es war keineswegs von vornherein klar, daß der Zarismus noch einmal siegen müsse.

Endlich, wenn auch diese Massenaktion nicht erreicht hat, was wir alle wünschten, umsonst ist sie nicht gewesen. Sie hat ein anderes Rußland hinter sich gelassen, als sie vorfand.

---

[1] Da scheine ich wieder einmal falsch prophezeit zu haben. Als ich das schrieb, hatte ich noch nicht das Referat im „Vorwärts“ über die Rede gelesen, die Genossin Luxemburg in Charlottenburg am 7. Juni hielt. Dort erklärte sie, wenn das Referat richtig ist:

„Wir haben ja jetzt auch ein Stück Massenstreik: die Aussperrung im Baugewerbe.“

Gehört auch eine Aussperrung dazu, dann wird wohl alles, was innerhalb der Arbeiterbewegung passiert, „ein Stück Massenstreik“. Am Ende stehen wir schon seit einem halben Jahrhundert in dem „Massenstreik“, der unser nächster Schritt zu sein hat.

Aber damit hat sie vielleicht sogar für Rußland selbst jene Verhältnisse beseitigt, die es ermöglichten, daß man eine jahrelange Streikperiode als „den Massenstreik" bezeichnen konnte. Sobald in Rußland wieder eine Arbeiterbewegung kraftvoll einsetzt, und das wird hoffentlich bald der Fall sein, kann sie Bedingungen vorfinden, die den „Streik ohne Plan und Absicht", den Streik, der ein Gewinn ist, ob er „im Straßenkampf endet" oder „in sich zusammenfällt", als einen Rückfall in veraltete Methoden erscheinen lassen. Dann wird wohl auch in Rußland die „pedantische" Scheidung der Streiks nach Plan und Absicht notwendig sein und wird ein politischer Massenstreik ebenso wie in Westeuropa ein einmaliger Akt werden, dessen Bedingungen von denen des ökonomischen Streiks streng geschieden sind.

Aber wie dem auch sein möge, für deutsche Verhältnisse paßt jedenfalls das Schema des russischen Massenstreiks vor und während der Revolution nicht.

Hier, in dieser Auffassung, liegt der tiefste Grund der Differenzen über den Massenstreik, die zwischen meinen Freunden und mir bestehen. Sie erwarten eine *Periode der Massenstreiks*, ich vermag mir unter Verhältnissen, wie sie in Deutschland bestehen, einen politischen Massenstreik nur als ein einmaliges Ereignis vorzustellen, in den das ganze Proletariat des Reiches mit seiner ganzen Macht eintritt, als einen Kampf auf Leben und Tod, als einen Kampf, der unsere Gegner niederringt oder die Gesamtheit unserer Organisationen und unsere ganze Macht für Jahre hinaus zerschmettert oder mindestens lähmt.

Natürlich stelle ich mir dies einmalige Ereignis nicht als einen „aus der Pistole geschossenen" isolierten Akt vor. Auch ich erwarte eine Ära erbitterter Massenkämpfe und Massenaktionen, aber den Massenstreik als die *letzte* Waffe, die dabei ins Gefecht geführt, diejenige, mit der der entscheidende Schlag geführt wird; ich halte es für unmöglich, unter deutschen Verhältnissen den ganzen Kampf von Anfang an mit dieser Waffe zu führen und diese immer und immer wieder in Anwendung zu bringen, deren Wucht unsere eigenen Arme zu rasch erlahmen ließe.

Man führt nicht Vorpostengefechte mit schwerer Artillerie.

(Schluß folgt.)

Die ungarischen Wahlen.

Von **Eugen Varga.**

Es geschehen noch Zeichen und Wunder! Vor vier Monaten wurde ein Mann zum Ministerpräsidenten von Ungarn ernannt, der keinen einzigen Parteigänger im ungarischen Parlament hatte, der selbst nicht Mitglied des Reichstags war. Heute gebietet derselbe Mann, *Graf Khuen*, über eine riesige Partei, welche die absolute Majorität des Parlamentes bildet. Alle Gegner sind zu Boden geschlagen. Von den 250 Mitgliedern der Unabhängigkeitsparteien, welche die Majorität des gewesenen Reichstags bildeten, kehren kaum 90 Mann zurück. Die klerikale Partei verliert mehr als die Hälfte ihrer Mandate; die Nationalitäten (das heißt die nichtma yarischen) werden über keine zehn Mandate gebieten. Dieselben Wähler, die vor vier Jahren die Majorität der Unabhängigkeitspartei schufen, schicken heute eine noch größere Partei der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit mit Österreich ins Parlament. Es geschehen noch Zeichen und Wunder!

Für ausländische Beobachter ist dieses Ergebnis ein kaum lösbares Rätsel. Auch unsere heimischen Politiker rechneten nicht auf diesen Ausfall der Wahlen. Man muß tief in die Verhältnisse der ungarischen Wähler eindringen, um eine Erklärung dieses Ergebnisses zu finden.

* * *

Wer sind aber diese ungarischen Wähler, deren Sinn sich so rasch wandelt?

Es gab in Ungarn im Jahre 1907 auf eine (berechnete) Bevölkerung von 18048106 Köpfen 1097829 Wähler = 5,9 Prozent der gesamten Bevölkerung.[1]

Für das Jahr 1910 besitzen wir keine Daten; die Verhältniszahl der Wähler wird sich ein wenig gehoben haben; wir können sie auf 6 Prozent schätzen.

Die Zahl der männlichen Bevölkerung im Alter von über 20 Jahren betrug im Jahre 1904 4322960 Köpfe.

Von diesen waren

Magyaren	2248168 Köpfe
Nichtmagyaren	2074792 "

Von den Wählern im Jahre 1904 waren

Magyaren	542417 = 56,2 Prozent
Nichtmagyaren	428424 = 43,8 "

Wir können uns vorstellen, was in Ungarn an Wahlkreisgeometrie und Wahlmache geleistet werden muß, wenn 43,8 Prozent der nichtmagyarischen Wähler niemals mehr als 6 Prozent der Abgeordneten, diesmal nur 2 Prozent stellen können! In der Gesamtbevölkerung macht die Zahl der Nichtmagyaren 48,6 Prozent aus, nach der amtlichen Statistik, die unbedingt zugunsten der Magyaren gefärbt ist.

Die soziale Gliederung der Wählerschaft ist ganz eigenartig: das Wahlrecht besaßen im Jahre 1908 auf Grundlage von

Grundbesitz	62,9 Prozent
Haus mit Grund	4,8 "
Einkommensteuer	22,1 "
Intelligenz	7,4 "
Alte Rechte und Diverse	2,8 "
	100,0 Prozent

Während aber die Rechtstitel der Intelligenz und der Einkommensteuer für das ganze Land einheitlich geregelt und festgestellt sind, so daß die Wähler dieses Rechtstitels eine halbwegs einheitliche Schicht der Bevölkerung bilden, steht es bei den Wählern des Grundbesitzes ganz anders. In jeder Gemeinde ist nämlich ein Minimum der direkten Grundsteuer festgestellt, das ein Bauer zahlen muß, soll er Wähler sein können. Dieses Minimum ist aber in einzelnen Gemeinden hundertmal größer als in anderen; die auf Grundlage der Grundsteuer Wählenden bilden daher in verschiedenen Gemeinden des Landes, ja desselben Wahlbezirkes ganz verschiedene soziale Schichten!

Zur Illustrierung mögen folgende Zahlen dienen.

[1] Die Daten sind dem Wahlrechtsgesetzentwurf des Grafen Julius Andrassy entnommen; weichen sie von der Wahrheit ab, dann sicherlich in einer für das gegenwärtige System günstigen Richtung! Seite 13.

Landesteil	Niedrigstes Minimum der Grundsteuer, um Wähler zu sein		Höchstes Minimum der Grundsteuer, um Wähler zu sein	
	Gemeinde	Kronen	Gemeinde	Kronen
Links der Donau	Nagyborove	1,24	Kural	63,52
Zwischen Donau und Theiß	Apostag	2,88	Bàcsfekeete Regy	86,86
Rechts der Theiß	Pusztaháza	—,68	Mezökövesd	44,76
Zwischen Theiß und Maros	Kishalmágy	1,44	Zàdorlak	87,17

Von Wahlbezirk zu Wahlbezirk, ja gemeindeweise ändert sich der Steuerzensus. Neben Wahlbezirken, in denen je nach der Gemeinde das Minimum des Zensus zwischen 68 Heller und 6,44 Kronen schwankt, finden wir Bezirke, wo die Gemeinde mit dem kleinsten Zensus noch 14,42 Kronen fordert, alle anderen Gemeinden aber bedeutend mehr.[1] Wenn wir in Betracht ziehen, daß in den an Zahl überwiegenden Wahlkreisen des flachen Landes 80 Prozent der Wähler und mehr auf Grundlage der Grundsteuer wählen und der Zensus derartige Verschiedenheiten aufweist, wird es verständlich, warum es speziell in Ungarn so schwer ist, die Aussichten irgend einer Partei zu beurteilen.

Endlich wollen wir noch bemerken, daß 19,9 Prozent der Wähler des ganzen Landes im Jahre 1904 nicht lesen und schreiben konnten: in einzelnen von den Nationalitäten bewohnten Komitaten steigt die Zahl der des Lesens und Schreibens unkundigen Wähler bis auf 76,5 Prozent. Von einer Wahlagitation im westeuropäischen Sinne kann unter solchen Umständen natürlich keine Rede sein!

* * *

Zum Verständnis der ungarischen Wahlen gehört noch die Kenntnis der Rolle, die Gewalt und Bestechung spielen.

Viele Wochen, diesmal vier Monate, vor der Wahl beginnt die Agitation. Fahnen mit dem Namen des Kandidaten werden auf den Häusern der Wähler gehißt, bunte Federn mit dem Namen des Kandidaten an den Hüten getragen. Die Wirtshäuser werden belebt; die Agitatoren der Kandidaten, die „Kortes“, lassen Wein, Bier, Schnaps und Champagner — je nach der sozialen Stellung der Wähler — aufmarschieren. So geht es Tag um Tag, Woche für Woche.

Die Überzeugung wird in klingende Münze verwandelt. Im ganzen Bezirk ist es ein offenes Geheimnis, wie viel die verschiedenen Kandidaten den Wählern pro Kopf bieten; das Gesetz selbst sanktioniert diesen Unfug, indem es gestattet, den Wählern unter dem Titel „Fuhrlohn“, „Verfassungsmäßige Unkosten“ Gelder zu geben.

Da ereignen sich nun ganz eigenartige Sachen.

In vielen Gemeinden versammeln sich die Wähler, 100 bis 300 an der Zahl, bei Beginn der Wahlbewegung und beschließen, welche Summe sie für ihre Stimmen haben wollen; dies teilen sie den Kandidaten ohne Unterschied der Partei mit.

Bei der gegenwärtigen Wahl kam es sogar vor, daß die Vorsteher einer großen Gemeinde, die den Ausschlag bei der Wahl gab, die zwei Kandidaten aufforderten, ihre Angebote der Kaufsummen einzureichen, die sie für die Stimmen zu geben geneigt seien. Die Kandidaten waren aber klüger. Statt

---

[1] Die Gründe dieser verschiedenen Höhe des Zensus sind überwiegend historische: die verschiedene Größe und Güte der Hufen, die verschiedene Stellung der Bauern vor der Bauernbefreiung (Freibauern, Kolonisten, Hörige) usw. Eine weitere Darlegung liegt außer dem Rahmen unseres Artikels.

die Wähler zu kaufen, kaufte der Reichere einfach und zu billigerem Preise seinen Gegenkandidaten! Dieser trat während der Abstimmung zurück, und der andere mußte gewählt werden! Solche Fälle kommen bei jeder Wahl dutzendweise vor.

Der seit Jahrzehnten übliche Stimmenkauf hat schon eine ganz eigene Ideologie entwickelt. In einem Bezirk der Hauptstadt wurde ein Wähler aufgefordert, seine Stimme für einen der Kandidaten abzugeben; der Mann ist mehrfacher Hausbesitzer, verlangte aber trotzdem 200 Kronen gleich 170 Mark für seine Stimme. Und als der Kortes ihm vorhielt, daß er es doch nicht notwendig habe, seine Stimme zu verkaufen, er stehe auf die 200 Kronen doch nicht an, gab er die klassische Antwort: „Wenn die Stimme jedes Hungerleiders 20 Kronen wert ist, so ist meine Stimme, der ich ein unabhängiger Herr bin, doch wohl 200 Kronen wert!"

Oft kommt es vor, daß die Wähler einer Gemeinde das Geld für ihre Stimmen nehmen und am Wahltag mit fliegenden Fahnen in das gegnerische Lager übergehen: dank der öffentlichen Abstimmung läßt sich das genau feststellen. Um sich gegen solchen „Verrat" zu schützen, lassen die Kandidaten von den Wählern Schuldscheine über die erhaltenen Summen unterfertigen. Als Kuriosum teilen wir den Wortlaut eines solchen gedruckten Schuldscheins mit, der bei der letzten Wahl in Lovrin, einem Bezirk mit überwiegend deutscher Bevölkerung, im Gebrauch war:

Quittung.

„Unterfertigter **verpflichte mich und gebe mein Ehrenwort,** daß ich auf der am 1. Juni 1910 in Lovrin stattfindenden Abgeordnetenwahl **auf Dr. Johann Varoß stimmen werde,** und bestätige, daß ich für gesetzlich erlaubte Fahrspesen .... **K.** .... **H. bekommen habe.**

Für den Fall, daß ich aus was für einem Grunde immer bei der Wahl nicht erscheinen oder meine Stimme auf Dr. Johann Varoß nicht abgeben sollte, verpflichte ich mich, obige Summe innerhalb 24 Stunden zurückzuzahlen.

.............................., den .... 1910.

....

Zeuge Unterschrift

....

Zeuge

Unter solchen Umständen ist es natürlich, daß nur reiche Leute Abgeordnete werden können!

Neben den nur mit viel Geld zu erobernden Bezirken gibt es zirka 150 Bezirke, über die jede Regierung verfügen kann, mag sie welcher Parteirichtung immer angehören. Es sind dies zum Teil Landstädtchen mit 200 bis 800 Wählern, nach Art der englischen Rottenboroughs im vorigen Jahrhundert, in denen die von der Regierung direkt oder indirekt abhängigen Elemente den Ausschlag geben: zum Teil Bezirke mit unwissender slawischer Bevölkerung, die von den Behörden nach Gutdünken dirigiert werden; die Siebenbürger Sachsen beherrschen zwei Dutzend Bezirke und halten immer ohne Ausnahme zu der jeweiligen Regierung usw. Die jeweilige Regierung braucht also nur 80 bis 100 Mandate mit Geld oder Gewalt zu erobern, um die Majorität im Parlament zu haben!

Die Abstimmung sämtlicher Wähler des Wahlbezirkes an einem einzigen Orte bietet die Handhabe zu tausenderlei Mißbräuchen und Gewaltakten. Die

Wähler der verschiedenen Gemeinden müssen oft einen Weg von 50 Kilometer, meistens per Wagen, zurücklegen, um abstimmen zu können. Gehören sie zur Opposition, dann werden sie unterwegs von der Gendarmerie oder vom Militär aufgehalten und gezwungen, zurückzukehren und einen anderen Weg zu benutzen; bis sie anlangen, hat der Wahlleiter bereits die Abstimmung geschlossen, sie können nicht mehr abstimmen. — Oppositionelle Wahlstimmen werden auch vom Präsidenten unter den nichtigsten Vorwänden zurückgewiesen. — Ist es notwendig, so läßt man im Orte der Wahl Feuer anlegen, und die Gendarmerie zwingt die oppositionellen Wähler zu Löscharbeiten; unterdessen stimmen die Wähler des Regierungskandidaten ab, der Präsident schließt den Wahlakt und erklärt den Kandidaten der Regierung für gewählt. — Immer wieder werden neue Kniffe ersonnen. Der Vizegespan (Departementsvorsteher) einer oberungarischen Gemeinde verfiel bei den gegenwärtigen Wahlen auf den Einfall, das Auftreten von Trachom (ansteckende Augenentzündung) in einer großen oppositionellen Gemeinde feststellen zu lassen und die Wähler dieser Gemeinde von der Teilnahme an der Wahl wegen Ansteckungsgefahr auszuschließen! Wahlkreisgeometrie, ungleicher Zensus, Bestechung, Pression, Gewalt ... das sind die Mittel, durch welche sich die Regierungen in Ungarn ihre Majorität verschaffen!

* * *

Mit Recht könnte aber jemand einwenden, daß bisher jede Regierung diese Mittel bei jeder Wahl angewendet hat; dieselben könnten also zur Erklärung des Wahlergebnisses nicht ausreichend sein!

Indessen muß bemerkt werden, daß es in der parlamentarischen Geschichte Ungarns bisher nur ein einziges Mal vorkam, daß eine Regierung bei den Wahlen unterlegen wäre: im Jahre 1905.

Die Ursachen der damaligen Niederlage — die Regierungspartei erhielt immerhin 160 von 413 Mandaten — war die wachsende Unzufriedenheit der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Wähler mit ihrer ökonomischen Lage.[1] Diese Unzufriedenheit machte sich in massenhaftem Anschluß an die Unabhängigkeitspartei geltend. Dies hätte aber zur Niederlage der Regierung nicht genügt. Den Ausschlag gab, daß sich die Großgrundbesitzer gegen die Regierung wendeten, sich offen oder geheim der Opposition anschlossen.

Der Einfluß der Großgrundbesitzer gibt aber den Ausschlag bei den Wahlen. So wie jedwede Regierung über 150 Mandate verfügt, haben auch die Unabhängigkeitsparteien einen unbedingt sicheren Besitzstand von 80 bis 100 Mandaten. Die Großgrundbesitzer entscheiden dann meistens darüber, welche Richtung in den unsicheren Bezirken die Oberhand gewinnt.

Die Großgrundbesitzer üben teils durch ihre ökonomische Übermacht einen Druck auf die bäuerlichen Wähler aus. Die Bauern, denen es an Land fehlt, brauchen die Weide, den Wald, die Pachtfelder usw. des Grundbesitzers. Es gibt in Ungarn nicht wenige Bezirke, die von einigen Magnaten unbedingt beherrscht werden, auch gegen den Willen der Regierung. Noch wichtiger ist vielleicht der Einfluß, den die Großgrundbesitzer durch die Beherrschung der lokalen Verwaltung, der Komitate ausüben.

Die Beamten der Komitate, wie auch die Präsidenten der Wahlen werden nämlich, direkt oder indirekt, durch die Komitatsausschüsse gewählt. Diese Ausschüsse bestehen aber zur Hälfte aus den höchsten Steuerzahlern des Komitats,

---

[1] Nähere Ausführungen siehe „Neue Zeit" 1909, Nr. 51; 1910, Nr. 20.

also natürlich aus Großgrundbesitzern; die andere Hälfte aus gewählten Mitgliedern, unter welchen sich wiederum eine große Zahl Grundbesitzer befinden. Die Lokalverwaltung ist also in der Hand der Großgrundbesitzer! Nun genügt freilich die Macht der Komitate nicht, der Regierung offenen Widerstand zu leisten; dies zeigt die Geschichte des „nationalen Widerstandes". Aber die Regierung kann die Lokalverwaltung beim „Machen" der Wahlen unmöglich entbehren: ein geheimer Widerstand dieses Apparats genügt schon, um der Regierung eine Niederlage beizubringen. Dies geschah im Jahre 1905.

Die späteren Ereignisse sind bekannt. Die Parteien der Opposition gegen die Regierung koalierten sich und übernahmen im Jahre 1906 die Regierung. Drei Umstände hatten die Agrarier dazu bewogen, dieser Koalition beizutreten: 1. Die Handelsverträge waren abgeschlossen, die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Zollgebiets gesichert. 2. Die von der unparlamentarischen Féjérváry-Regierung den Landarbeitern gewährte Koalitionsfreiheit bedrohte die Möglichkeit der schrankenlosen Ausbeutung. 3. Die angekündigte Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechtes bedrohte die politische Herrschaft der Großgrundbesitzer. Dies sollte verhindert werden!

Die Neuwahlen des Jahres 1906, welche die Koalitionsregierung leitete, ergaben ein Parlament, in dem es außer den 27 Abgeordneten der Nationalitäten und einigen Wilden keinerlei Opposition gab: die Unabhängigkeitspartei zog 250 Mann stark ins neue Haus.

Drei Jahre dauerte die Herrlichkeit. Die Herrschaft der Agrarier wurde auf der ganzen Linie befestigt: die Koalitionsfreiheit der Landarbeiter und ihre Organisationen vernichtet, dieselben durch neue Gesetze geknebelt. Eine bisher ungeahnte Mißwirtschaft, eine riesige Korruption inauguriert, Freunde, Verwandte mit Stellungen versorgt usw.

Es ist nur selbstverständlich, daß, trotzdem die Unabhängigkeitspartei in der absoluten Majorität war, an den mit Österreich gemeinsamen Institutionen nicht gerüttelt werden konnte. Dagegen konnte der König bewogen werden, die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes fallen zu lassen.

Indessen dauerte die Herrlichkeit nicht lange. Der kleinbürgerlich-bäuerliche Flügel der Unabhängigkeitspartei, der bei der Verteilung der Beute betrogen wurde, dessen Wähler mit der parlamentarischen Wirksamkeit der Partei unzufrieden waren, sprengte durch die Forderung der selbständigen Bank zuerst die Koalition, dann die Unabhängigkeitspartei, machte jede parlamentarische Arbeit unmöglich. Die Koalitionsregierung gab ihre Demission; mit ihrem Verschwinden wurde auch ihre Mißgeburt, der Gesetzentwurf zur Einführung des Pluralwahlrechtes zu Grabe getragen.

Nach einer Reihe von erfolglosen Versuchen, mit der kleinbürgerlichen Unabhängigkeitspartei eine Regierung zu bilden, ernannte der König Khuen zum Ministerpräsidenten, ohne Partei, ohne ein Programm. Sein ganzes Programm bestand aus Verneinungen: Wahlreform ohne Pluralität; kein Rütteln an den gemeinsamen Institutionen, kein Hader mit dem König usw. Jedermann wurde in der Partei der Regierung willkommen geheißen, wenn er keine staatsrechtliche Opposition trieb, mochte er sonst was immer sein!

Wie war es nun möglich, auf Grundlage dieses nichtssagenden Programms eine Majorität, einen so großen Wahlerfolg zu erringen?

Wie jede Regierung konnte auch Khuen auf die 150 „amtlichen" Bezirke sicher rechnen! Weiter *schlossen sich die Agrarier der neuen Partei* —

mit ganz geringen Ausnahmen — willig an. Das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht stand als drohendes Gespenst vor ihnen; sie wollten Frieden mit dem Hof um jeden Preis; sie wollten ein arbeitsfähiges Parlament, das die Wünsche des Hofes glatt befriedigt, um den König von einer Änderung des Wahlrechtes abzubringen. Das führende Organ der Agrarier spricht dies jetzt nach den Wahlen offen aus.[1]

Zudem kam aber eine schreckliche Ernüchterung über die Wähler der Unabhängigkeitspartei. Jahrzehntelang hatten die guten Bauern und Kleinbürger gehofft, durch den Sieg ihrer Partei ihre ökonomische Lage zu bessern. Was hatten ihre Führer ihnen nicht alles versprochen! Magyarisches Militär, Steuernachlässe, Felder, goldene Berge! Jetzt war ihre Partei in der Majorität und alles blieb beim alten. In ihren Hoffnungen getäuscht, von der Korruption angeekelt, wendeten sich die überzeugtesten Anhänger der Unabhängigkeitspartei von der Politik ab! Die Wahlbeteiligung war, von Ausnahmen abgesehen, im allgemeinen eine minimale! Statt um Prinzipien wurde um 10 Kronen mehr oder weniger Bezahlung für jede Stimme gestritten. Der Bauer dachte sich: nützt mir der Sieg meiner Partei so wie so nichts, so will ich aus den Herren Kandidaten das Mögliche herausschlagen.[2] Und das ließ sich von ihrem Standpunkt aus sehr wohl begreifen.

Der Kampf galt in erster Linie dem kleinbürgerlich-bäuerlichen Flügel der Unabhängigkeitspartei; diese schrumpfte von 140 Mitgliedern auf 40 bis 50 zusammen; der agrarische Flügel unter Führung Kossuths wurde ein wenig geschont; er behält die gute Hälfte seiner Mandate. Die Klerikalen verlieren die Hälfte, die Nationalitäten zwei Drittel ihrer bisherigen Mandate.

* * *

Die Arbeiter interessiert vor allem das Schicksal der Wahlreform. Die Pluralität ist gefallen. Dagegen wollen die Agrarier der Regierungspartei ein neues Zensuswahlrecht, welches die oberen Schichten der industriellen Arbeiterschaft aufnehmen, die Landarbeiter aber ausschließen würde, mit öffentlicher Abstimmung. Die neue Majorität ist in dieser wichtigsten Frage absolut nicht einig. Neben den reaktionären Agrariern gibt es darin aufgeklärte Vertreter des Bürgertums, die eine ehrliche Wahlreform fordern. Der Justizminister selbst hat sich wiederholt für das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht erklärt!

---

[1] „Die jetzigen Wahlen beweisen, daß unser Wahlsystem gut und zweckentsprechend ist. ... Se. Majestät der König, der das allgemeine Wahlrecht wünschte und den die österreichischen Erfahrungen von dieser Idee abgebracht haben mögen, sieht jetzt oder kann es sehen, daß seine Vertrauensmänner auch auf Grundlage unseres alten Wahlrechtes siegen können, und er wird es verstehen, daß ein Versuch, der heute nur Demagogen und den nationalistischen Lagern zum Schlachtruf dient, für die Dynastie und die Nation mehr Gefahren birgt, als es rätlich ist, heraufzubeschwören." („Budapesti Hirlap" vom 3. Juni.)

[2] Das agrarische Organ des gewesenen Ministers des Innern, Andrássy, schreibt:

„Nach dem Urteil der Sachverständigen waren dies die teuersten Wahlen seit 40 Jahren. Dies ist kein Wunder. Vor diesen Wahlen hat die Wählerschaft zweimal ohne Geld gewählt, aus begeistertem Patriotismus. Seitdem ist sie ein wenig enttäuscht, ein wenig bitterer und berechnender geworden und hat bei dieser Wahl die zweimal unterbliebenen verfassungsmäßigen Spesen mit Zinsen eingetrieben. Und daß sich die Wage so auf jene Seite geneigt hat, wo das Geld mehr und sicherer war, ist natürlich." („Magyar Hirlap" vom 4. Juni.)

Man schätzt die Kosten der Wahl auf oppositioneller Seite auf 30, in Wiener Blättern auf 12 Millionen Kronen!

Das Schicksal der Wahlreform hängt jetzt von drei Faktoren Ungarns ab:

1. Wie stark die fortschrittliche und wie stark die agrarisch-reaktionäre Fraktion in der neuen Regierungsmajorität sein wird. Dies läßt sich vorläufig nicht bestimmen.

2. Wie scharf der Kampf der niedergeschlagenen Justhpartei (des kleinbürgerlichen Flügels der Unabhängigkeitspartei) im neuen Hause um die Änderung des Wahlrechtes sein wird; die Partei hat sich während des Wahlkampfes für das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht erklärt!

3. Welchen Druck die Arbeiterschaft und die radikalen bürgerlichen Elemente von außen auf das Parlament werden ausüben können. —

Endlich gibt es noch einen außerhalb Ungarns wirkenden Faktor, der zurzeit dort mächtiger ist als alle anderen: der Wille des Hofes in Wien!

Die Änderung des gegenwärtigen Wahlrechtes steht nach wie vor im Mittelpunkt des politischen Lebens in Ungarn; daran hat dieser unerwartete, aber leicht erklärbare Ausfall der Wahlen nichts geändert.

Die Konsumgenossenschaften und der Sozialismus.

Von **Siegmund Kaff.**

Der Kopenhagener Kongreß soll sich, der Tagesordnung zufolge, welche das Internationale Sozialistische Bureau vorschlägt, an erster Stelle mit den Beziehungen zwischen den Genossenschaften und den politischen Parteien beschäftigen. Diese Tatsache — an und für sich ein Beweis für die wachsende Bedeutung des Genossenschaftswesens — wird alle diejenigen mit Genugtuung erfüllen, welche die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Assoziation für den Klassenkampf des Proletariats erkannt haben und von der Notwendigkeit überzeugt sind, daß auf dem verbreiterten Kampffeld einheitliche taktische Regeln zur Anwendung kommen müssen, wenn Störungen und Überraschungen vermieden, Erfolge und Vorteile gesichert werden sollen.

Selbstverständlich können unter den Genossenschaften nur die Konsumvereine verstanden sein; sie allein oder doch in erster Linie sie kommen für das Proletariat in Betracht, indes die einst so hochgehaltenen Produktivassoziationen sowie die meisten übrigen Genossenschaften — die Wohnungsgenossenschaften allenfalls ausgenommen — dem Proletariat zunächst versagt sind, weil sie einen Besitz von Produktionsmitteln voraussetzen, der bei der Arbeiterklasse nicht vorhanden ist. Darum waren die Produktivgenossenschaften Lassalles von vornherein eine Totgeburt, und diejenigen, die sich danach bildeten und bestehen blieben, wandelten sich mehr und mehr in kapitalistische Unternehmungen um, auch wenn sie die genossenschaftliche Form noch beibehielten; oder sie erstarrten und wurden von der industriellen Entwicklung überholt, so daß sie teils zur Liquidation, teils zur Verschmelzung mit Konsumgenossenschaften gezwungen waren, was — wie die Erfahrung in England zeigt — noch als das Zweckmäßigste erscheint, weil der ewige Kapitalmangel, dessen Stillung Lassalle vergebens vom Staate erhofft hatte, nur durch den gesicherten Absatz kompensiert werden kann.

Da die Produktivassoziationen der Arbeiter nicht emporzukommen vermochten, wendete sich die Aufmerksamkeit der Arbeiter den Konsumvereinen zu. Das Lohneinkommen der Konsumvereinsmitglieder wurzelt zwar in der

kapitalistischen Privatwirtschaft, aber das war ja mangels eines gesicherten Absatzes auch bei den Produktivassoziationen der Fall. Dafür bot die von den Kapitalisten verschmähte Sicherung des Absatzes durch die Konsumenten selbst gerade den Arbeitern mannigfache wirtschaftliche Vorteile und sogar eine auch für den Klassenkampf nicht zu unterschätzende Waffe. Waren es selbstverständlich in erster Linie jene Vorteile, die den Besitzlosen in die Augen stachen, so konnte es auf die Dauer nicht fehlen, daß die weiterblickenden Vorkämpfer der Arbeiterklasse die Frage erwogen, ob und inwiefern sich der organisierte Konsum für den Emanzipationskampf des Proletariats überhaupt verwerten läßt. Indirekt steht er zweifellos heute schon im Dienste der proletarischen Schichten, indem er die lokalen Marktpreise zu ihren Gunsten beeinflußt und den überwuchernden Detailhandel zurückdrängt, zum Teil sogar auf den großen Zwischenhandel und die Engrosmärkte übergreift. Mit der wachsenden Ausbreitung der konsumgenossenschaftlichen Organisation, die sich immer mehr Produktions- und andere Betriebe angliedert, ist nun die Frage entstanden, die das Brüsseler Internationale Sozialistische Bureau aufwirft und die da lautet: Müssen die Genossenschaften neutral unabhängig von den politischen Parteien oder mit diesen durch ein persönliches Band verknüpft oder schließlich an die Partei geschlossen sein?

Diese Fragestellung zeichnet sich weder durch besondere Präzision noch durch besondere Prägnanz aus, und auch die Begründung: daß die den Konsumvereinen angehörigen Parteigenossen gern Angaben über die beste Art der Leitung ihrer jungen Organisation zu erhalten wünschen, ist weder sachlich berechtigt noch taktisch klug. Aber diese Fragen umschließen ein anderes Problem: das Verhältnis zwischen (Konsum-)Genossenschaften und Sozialismus beziehungsweise und Sozialdemokratie. Ist dieses klargestellt, dann können obige Fragen je nach dem Stande der Entwicklung in den einzelnen Ländern leicht beantwortet werden.

Für die Klarstellung aber sind hauptsächlich drei Momente heranzuziehen, und zwar das der wirtschaftlichen Ursachen, die zur Bildung von wirtschaftlichen Assoziationen, speziell der Konsumvereine, drängten; dann die historische Abstammung der Genossenschaften und drittens ihre ökonomische Stellung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Erst wenn diese Fragen geprüft sein werden und wenn das Ergebnis der Untersuchung die Tendenzen der genossenschaftlichen Entwicklung aufgedeckt haben wird, erst auf Grund dieses Ergebnisses wird sich feststellen lassen, ob und welche Beziehungen zwischen Konsumvereinen und Partei hergestellt werden können oder hergestellt werden müssen. Daß es sich dabei nur um die sozialdemokratische Partei handeln kann, soll nicht vorweggenommen werden, wenn es auch bezeichnend ist, daß selbst die größten Gegner jeder Annäherung an eine Partei nur die Sozialdemokratie im Auge haben, wobei neutrale Genossenschafter und bürgerliche Konsumvereinsfeinde einträchtig Hand in Hand gehen und Schulter an Schulter kämpfen.

Es bedarf aber dieses Fingerzeigs nicht, um die Tatsache zu begründen, daß die Genossenschaften im allgemeinen und die Konsumvereine im besonderen dem Bedürfnis der besitzlosen Volksklassen entsprungen sind, sich der Umschlingungen durch den Kapitalismus zu erwehren. Bürgerliche Wirtschaftspolitiker versuchten hierbei den Handwerkern und Arbeitern einzureden, daß es ihnen im Wege der genossenschaftlichen Selbsthilfe — und nur dieser — ge-

lingen werde, den Kapitalismus selbst zu entwurzeln, und selbst heute spukt dieser an sich ganz nette Gedanke noch unter Genossenschaftern herum. Die Illusionen verflogen aber alsbald, zerdrückt unter der Wucht der kapitalistischen Entwicklung, die rasch einen Vorsprung gewann, der nicht mehr eingeholt werden konnte, eine Entwicklung, die heute noch nicht abgeschlossen ist, und selbst dort, wo sie bereits in langsamerem Tempo marschiert — in England —, von der rasch ausgreifenden Genossenschaftsbewegung nichts zu fürchten hat, obgleich letztere in England frühzeitig genug einsetzte und von der Arbeiterschaft ganz einseitig forciert wurde. Wenn heute noch dort Genossenschafter sich der Täuschung hingeben, daß die wirtschaftliche Assoziation ein ausreichendes Gegengewicht gegen die Anarchie des Kapitalismus und seine Kartelle darstellen, so entspringt diese Täuschung dem Irrtum, daß die freie Konkurrenz das elementarste Grundgesetz der bürgerlichen Wirtschaft ist. Wäre dies der Fall, würde nur oder vorzugsweise dieses eine Gesetz unser Wirtschaftsleben beherrschen, dann allerdings könnte es sich im wesentlichen bloß darum handeln, durch Schaffung möglichst vieler und starker Organisationen die Herbeiführung eines Gleichgewichtes anzubahnen. Allein die bisherigen Erfahrungen lehren, daß die Kartelle und Trusts — statt die Wiederkehr von Krisen und Konjunkturschwankungen hintanzuhalten — die Gegensätze nur verschärfen, weil sie in der Hand des Großkapitals nichts anderes sind als Instrumente zur Steigerung und Potenzierung des Profits.

Das gleiche gilt auch von den landwirtschaftlichen Assoziationen, die nur der Form nach Genossenschaften, in Wirklichkeit jedoch Assoziationen des Grundkapitals mit Kartellzwecken sind, wie überhaupt die genossenschaftliche Form von den kapitalistischen Klassen gerne für Profitzwecke mißbraucht wird. Daß unter solchen Umständen die Konsumvereine, die eine nicht nur von den Kapital-, sondern auch von den Personalassoziationen grundverschiedene Aufgabe zu erfüllen haben, im striktesten Interessengegensatz zu den letzteren stehen, liegt auf der Hand. Diese Aufgabe besteht in der Ausschaltung des Profits, zuerst des Handels-, dann auch des Produktionsprofits. Natürlich kann diese Ausschaltung nur teilweise vor sich gehen, und sie wird auch im allergünstigsten Falle — siehe England! — stets nur bis zu einer gewissen Grenze erfolgen können. Zu groß ist die Distanz zwischen den kapitalistischen und den genossenschaftlichen Unternehmungen, und niemals wird sie — innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — ganz zum Verschwinden gebracht werden können. Mag sie auch noch so abgekürzt, mag die Entfernung noch so gering werden, die unübersteigbare Schranke für die Entwicklung ist gegeben: eben die kapitalistische Produktionsweise, die sich auf dem Privateigentum an den Arbeitsmitteln aufbaut.

Das spricht natürlich keineswegs gegen den Wert der Wirtschaftsgenossenschaften, so wenig deshalb die Gewerkschaften an Wert verlieren, weil sie immer nur Teilerfolge erzielen. Aber die Grenze, bis zu welcher die antikapitalistische Funktion der Konsumvereine wirken kann, ist damit ziemlich deutlich markiert. Das wirtschaftliche Leben läßt sich durch Kartelle und Trusts oder andere Kapitalassoziationen nicht „regulieren“, und dabei kommt bloß die Produktion in Betracht; ebensowenig ist dies durch Konsum- und andere Genossenschaften möglich, obzwar uns von bürgerlichen Genossenschaftern und solchen, die noch in ihren Ideologien befangen sind, immer wieder vordeklamiert wird, daß „die Genossenschaft der Friede“ ist, daß alle Menschen

als Konsumenten gleiche Interessen haben, weil ja doch alle essen müssen. Als ob ein gewisses physiologisches Minimum an Eiweiß, Fett und Kohlehydraten über die wirtschaftlichen Interessen zu entscheiden und die bloße Stillung des Hungers die Kluft zwischen den proletarischen Klassen und jener Minderheit, die über die Produktionsmittel und damit auch über die Verteilung des Arbeitsertrags sowie über die Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses entscheidet, überbrückt werden könnte! Die bürgerlichen Genossenschafter sowie jene, die in der wirtschaftlichen Assoziation das Mittel zur „Aushöhlung" des Kapitalismus erblicken, übersehen, daß dieser mit den übrigen Grundlagen der kapitalistisch organisierten Gesellschaft so eng verflochten und seiner zahlreichen politischen Machtmittel so sicher ist, daß er der Anstrengungen der Konsumvereine spotten kann.

An dieser Tatsache ändert auch der Klassenhaß der bürgerlichen Konsumvereinsfeinde nicht das geringste. Denn nicht die Unterminierung des Kapitalismus fürchten die Gegner — so weit denken sie gar nicht —, vielmehr genügt ihnen der momentane Entgang an Profitmöglichkeiten vollständig, um die Konsumvereine in Grund und Boden zu verwünschen. Der Entgang an Profit tritt in der wirtschaftlichen Stärkung der organisierten Konsumenten sichtbarlich in Erscheinung, und da dies zu vier Fünfteln Arbeiter sind, die so auch ihre gesellschaftliche Position stärken, ist der Haß doppelt so groß. Da ein Mittelstand nur bestehen kann, wenn eine große Menge Proletarier die Existenzgrundlage bietet, hat sich das Kleinbürgertum von allem Anfang an gegen die Genossenschaften der Arbeiter gewendet. Damit steht der Umstand, daß gerade von bürgerlicher Seite den Arbeitern der Weg der Selbsthilfe gepredigt wurde, nicht im Widerspruch. Schulze-Delitzsch verstand darunter die Errichtung kleiner Konsumvereine für die Arbeiter unter bürgerlicher Oberleitung. Je bescheidener die Dimensionen dieser Assoziationen waren, desto lieber hat er sie gehabt. V. Am. Huber, der die englischen Kooperativwerke kennen gelernt hatte, ging schon etwas weiter und forderte die Ausgestaltung der Arbeitergenossenschaften zur vollen Leistungsfähigkeit, weil er ihnen eine große sozialreformatorische Mission zuschrieb. Lassalle wollte das Problem noch gründlicher angepackt wissen. Er ging von der richtigen Voraussetzung aus, daß der Kapitalprofit nur durch Produktivgenossenschaften beseitigt werden könne, wodurch die Arbeiter selbst zu Unternehmern würden. Erst wenn das Lohnverhältnis aufgehoben und ein reichliches Einkommen gesichert erscheint, ist auch für einen genügenden Verbrauch Sorge getragen. Denn dieser hängt von jenem ab, und der Irrtum der bürgerlichen Wirtschaftspolitiker bestand eben darin, daß sie mit der besseren statt mit der vollen Befriedigung des Bedarfes durch Verbilligung der Verteilungskosten die „soziale Frage lösen" wollten. Die Konsumvereine konnten dieser Aufgabe um so weniger entsprechen, als — wie Lassalle und (in seiner Schrift über die Wohnungsfrage) Engels nachwies — die Konsumvereine für die Arbeiter die Gefahr heraufbeschworen hätten, daß die Unternehmer jede Hebung der Kaufkraft des Arbeitslohns durch eine Senkung desselben wettgemacht haben würden. Daß diese Gefahr keine eingebildete war und das sogenannte eherne Lohngesetz in diesem Sinne Geltung hatte, läßt sich nach den bisherigen Erfahrungen nicht mehr ernstlich bestreiten, zumal es damals Gewerkschaften noch nicht oder nur in geringer Anzahl gab und die Arbeiter wehrlos den Ausbeutungsmethoden der Unternehmer preisgegeben waren. Vollzieht sich

doch heute der umgekehrte Prozeß, indem die Agrarier jede effektive Erhöhung des Arbeitslohns, die die Gewerkschaften bewirken, durch eine Preissteigerung für sich zu fruktifizieren verstehen, was infolge der noch unzureichenden Entwicklung des Proletariats gerade auf genossenschaftlichem Gebiet derzeit noch möglich ist.

Lassalles Standpunkt war also durch die Sachlage durchaus gerechtfertigt, und der ganze Streit, ob Staatshilfe oder Selbsthilfe, erhielt seinen tieferen Sinn durch die Tatsache, daß es sich in Wirklichkeit um die Frage handelte, ob die Arbeiter im Wege der Verringerung des Handelsprofits bloß eine Erleichterung oder durch die Inangriffnahme der Produktion eine Befreiung von der Lohnsklaverei sich verschaffen sollen. Als organisierte Konsumenten bleiben sie nach wie vor die Ausbeutungsobjekte des Kapitalismus, als selbständige Produzenten können sie sich des Zwischenhandelswuchers leichter erwehren.

Bekanntlich mußten aber die Träume der genossenschaftlichen Selbsthilfler, sowohl derjenigen, die für Konsumvereine, als auch derjenigen, die für Produktivassoziationen schwärmten, in der rauhen Luft der politischen Kämpfe zerfließen. Lassalle zeigte den Arbeitern, daß sie sich vor allem die Vorbedingungen aller sozialen Reform: politische Freiheit mittels des allgemeinen gleichen Wahlrechtes, erobern müssen, und Karl Marx lehrte sie, daß der auf die Beherrschung der Staatsgewalt gerichtete Klassenkampf nicht bloß aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch zu wirtschaftlichen Zwecken geführt werden müsse. Und das deutsche Proletariat hat zum Glücke diese Notwendigkeiten begriffen! In seinem dunklen Drange war es sich des rechten Weges — vielleicht nicht immer in der gleichen Stärke, aber doch — bewußt und hat in gewaltigem Ringen die Bahn zur Vervollständigung seiner wirtschaftlichen Rüstungen freigelegt. So wie es sich politisch aus dem bürgerlichen Kielwasser herausschwang, so tat es dies auch gewerkschaftlich und ließ die Harmoniedusler rechts liegen. Später folgten die Konsumvereine: die Schultze und Crüger waren ja ebensowenig wie die Hirsch und Duncker einen Schuß Pulver wert, und die Abwerfung der bürgerlichen Kuratel mußte sich früher oder später auch auf genossenschaftlichem Gebiet vollziehen. Proletarische Interessen vertragen nun einmal keinerlei Bevormundungen, weder Staat noch Kirche noch Bourgeoisie vermögen ihren Klassenstandpunkt gegenüber dem Proletariat aufzugeben, ohne auf Privilegien und Vorteile zu verzichten, die sie sonst — wenn auch nicht unangefochten — genießen. Es ist daher nicht bloß eine grobe Selbsttäuschung, zu glauben, daß irgend eine bürgerliche Partei den Genossenschaften der Arbeiter jemals freundlich oder auch nur tolerant gesinnt sein könnte, und das ganze Wohlwollen einzelner Ausnahmsunternehmer — die aber nur die Regel bestätigen — beschränkt sich darauf, die Konsumvereine ihren berüchtigten „Wohlfahrtseinrichtungen" einzureihen, die der Knebelung der Arbeiter dienen, indes die überwiegende Mehrheit — siehe den famosen Hansabund — sich mit den Kleinkaufleuten *gegen* die Konsumvereine verbündet.

Was unter solchen Umständen der geringe Prozentsatz bürgerlicher Elemente, die den Konsumvereinen angehören, für eine Bedeutung haben kann, läßt sich leicht erraten: gar keine. Auf diese Rücksicht zu nehmen ist daher nur eine Selbstfopperei, und die Furcht, daß sonst die übrigen kleinbürgerlichen Konsumenten — die freilich auch essen müssen, wenn sie am Leben bleiben wollen — vor den allerwertesten Flachkopf gestoßen werden könnten,

erscheint einfach läppisch. Denn entweder diese Konsumenten haben als solche mit den Arbeiterkonsumenten gleiche Interessen — dann müssen sie sich mit ihnen solidarisch fühlen und mit dafür sorgen, daß die genossenschaftliche Wirtschaftspolitik stets eine ausgesprochen antikapitalistische sei; oder das kleinbürgerliche Konsumenteninteresse ist ein anderes als das proletarische — dann ist es sinnlos, ihm zuliebe die Leistungsfähigkeit und Stoßkraft der Konsumvereine abzuschwächen, beziehungsweise zu zügeln. Antikapitalistisch ist aber nur die sozialistische Wirtschaftspolitik! Nur dann, wenn die Konsumvereine eine solche machen; wenn sie durch Ansammlung kollektiver Vermögensbestände dem privaten Kapital in Handel und Gewerbe möglichst Abbruch tun und die fiskalischen und agrarischen wie überhaupt alle Attentate auf die wirtschaftlichen Interessen der Konsumenten mit Eifer abwehren, beziehungsweise den Abwehrkampf derselben dort, wo er am intensivsten und rückhaltlosesten erfolgt — im klassenbewußten Proletariat — entschieden unterstützen und fördern; nur dann werden sie ihrer Aufgabe gerecht und erfüllen sie wirklich ihren Zweck. Ob man dies Anlehnung oder Anschluß an die Sozialdemokratie nennt und darob die Genossenschafter denunziert, ist ganz gleichgültig im Verhältnis zu der andernfalls unvermeidlichen Entwertung des Genossenschaftswesens für die Arbeiter. Mögen nur die Gegner zetern: die zielbewußten Genossenschafter werden sich nicht irre machen lassen! Sie erschrecken vor ihren drohenden Gebärden nicht, weil sie wissen, daß — so wie jene nicht ihren Klassenstandpunkt verlassen — ebensowenig die Konsumvereine ihre antikapitalistische, das heißt sozialistische Wirtschaftspolitik aufgeben können, ohne sich selbst, ohne ihre Zukunft preiszugeben.

Die Notwendigkeiten der genossenschaftlichen Entwicklung werden nur durch eine sozialistische Wirtschaftspolitik erfüllt und befriedigt. Eine solche Politik erfordert naturgemäß Sozialisten als Genossenschafter. Nur sie haben die erforderlichen Vorkenntnisse und neben den Fähigkeiten auch den Willen, in sozialem Geiste zu handeln. Und das ist das Entscheidende. So wenig echte Gewerkvereine, so wenig können echte Genossenschaften der sozialistischen Führung und Leitung entbehren, wollen sie nicht zu bürgerlichen Pseudogenossenschaften herabsinken. Das Proletariat — nur dieses, nicht etwa auch das Kleinbürgertum — bedarf der doppelten Front gegen den Kapitalismus; wenigstens ist der Grad dieses Bedürfnisses bei der Arbeiterschaft ungleich stärker als bei Angehörigen des Mittelstandes, die trotz aller Besitzlosigkeit doch nur bürgerliche Interessen haben. Diese doppelte Wehr bieten die Koalition und Assoziation. Beide aber sind für das Proletariat nur zu gebrauchen, wenn sie in sozialistischem Sinne angewendet werden. Je uneingeschränkter dies geschieht, desto nützlicher für die Interessen des Proletariats. Daß damit direkt und indirekt seinem Klassenkampf gedient wird, ist nur ein Grund mehr, neben den Gewerkvereinen auch die Konsumgenossenschaften zu pflegen. Wie dies im einzelnen möglich und durchführbar ist, hängt freilich von den jeweiligen politischen Verhältnissen des betreffenden Landes ab. Wo — wie in England — sich der Staat zu völliger Neutralität gegenüber den Genossenschaften aufgeschwungen hat, mag es begreiflich sein, daß auch diese sich politisch eine gewisse Reserve auferlegen, aus der sie allerdings erforderlichenfalls ganz furchtlos hervortreten. In anderen Staaten, wo die herrschenden Klassen die Assoziation des Proletariats — und nur diese — anfeinden, ist es einfach absurd, sich des kräftigsten, ja einzigen

Schutzes zu begeben, den die Sozialdemokratie bietet — die Partei, die allein Konsum und Produktion in Einklang bringen will und kann. Besteht die Neutralität darin, daß die Konsumvereine den Kapitalismus schonen sollen, dann zum Teufel mit der „Neutralität“! Wer aber dieses nicht will, darf vor der Verletzung der Neutralität, die doch nur im kapitalistischen Interesse liegt, nicht zurückbeben. Wer A sagt, muß auch B sagen. Die sozialistische Wirtschaftspolitik legt den Genossenschaften sozialistische Pflichten auf, und die können nur durch eine entsprechende Fühlung mit der Sozialdemokratie erfüllt werden. Jede Neutralität, die die Genossenschaften in diesem natürlichen Zusammenhang zu stören unternimmt, ist Heuchelei, dumme Vogelstraußpolitik, gleich schädlich für die Arbeiter wie für die Genossenschaften. Nicht so steht die Frage, ob die Sozialdemokratie die Konsumvereine braucht — das ist nicht der Fall —, sondern ob diese die Sozialdemokratie brauchen. Und Ursprung, Geschichte sowie Stellung der Konsumvereine in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung bezeugen es, daß die Genossenschaften des Proletariats — also die Konsumvereine — auf die sozialdemokratische Partei angewiesen sind. Die übrigen Genossenschaften, die Assoziationen der kapitalistischen Klassen, die fast ausschließlich auf den Erwerb ausgehen, halten sich an die bürgerlichen Parteien; für die Konsumvereine wäre dieser Schirm verderblich. Nicht das Parteiinteresse der Sozialdemokraten, sondern das genossenschaftliche Interesse verlangt die Kooperation mit der Partei des klassenbewußten Proletariats. Wenn aber gesagt wird, die Sozialdemokratie habe sich bisher den Konsumvereinen gegenüber ablehnend verhalten und geringes Verständnis für ihre Bedeutung an den Tag gelegt, so ist dies im allgemeinen eine unbegründbare Beschuldigung. Aus allen Schriften unserer Vorkämpfer von Owen bis Karl Marx leuchtet die hohe Wertschätzung der wirtschaftlichen Kooperation der Arbeiter hervor. Ebensowenig haben Bebel und Kautsky die Bedeutung der Genossenschaften verkannt. Einzelne einschränkende Bemerkungen, die zusammenhanglos zitiert werden, haben nur gewisse Überschätzungen im Auge gehabt, denen insbesondere diejenigen Genossenschafter zu verfallen geneigt sind, welche sich und anderen von der assoziativen Selbsthilfe alles Heil versprachen und die Teilung der Arbeit so mißverstehen, daß sie glauben, ihre Aufgaben ohne jeden Zusammenhang mit den übrigen Faktoren der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung vollführen zu können. Nein, der Marxismus steht dem genossenschaftlichen Sozialismus nicht im Wege, und umgekehrt steht letzterer nicht im Gegensatz zum Marxismus. Dieser war es, der das Geheimnis aufdeckte, wodurch und wie der Mehrwert entsteht; er ist es, der den Genossenschaften die Wirtschaftspolitik zu machen ermöglicht, die ihnen das Klasseninteresse ihrer Mitglieder diktiert; der ferner all die scheinbaren Widersprüche beseitigen hilft, in die die Konsumvereine mit ihren sozialistischen Entwicklungstendenzen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geraten müssen. Die Arbeitsteilung aber, die immerhin zwischen Partei und Genossenschaften eingehalten werden soll, ist gewiß nicht so aufzufassen, daß diese losgelöst von allen politischen Erfordernissen nach bürgerlichen Ideologien darauf loswirtschaften können, ohne dem Klasseninteresse der Mitglieder zu schaden. Indem sie den Sozialismus vorbereiten helfen, handeln sie nur im übertragenen Wirkungskreis und tun nichts, was etwa die Partei von ihnen begehren würde, sondern nur, was ihr eigener Daseinszweck verlangt und ihre Existenzberechtigung ausmacht.

Jene, die sich einbilden, die gesamte Menschheit mittels des Konsumenteninteresses einfangen zu können, werden durch eine Illusion geblendet, die sie übersehen läßt, daß das Eigentum an den Produktionsmitteln die Menschheit in zwei Lager trennt, die keine Brücke — auch keine genossenschaftliche — verbindet.

Literarische Rundschau.

Hans Driesch, **Zwei Vorträge zur Naturphilosophie.** Leipzig 1910, Verlag von Wilhelm Engelmann. 38 Seiten.

Der erste der beiden Vorträge ist in einer Versammlung des famosen Keplerbundes gehalten, der zweite ist die Wiedergabe einer öffentlichen Vorlesung zur Erlangung der venia docendi für „Naturphilosophie" an der Universität Heidelberg, wo Driesch als Zoologe tätig ist. Wenn hier über Drieschs Vorträge referiert wird, so bloß, um an einem schönen Beispiel zu zeigen, weß Geistes Kind die teleologisch-vitalistische Denkweise ist, die in der modernen Biologie immer wieder hervortritt.

In seinem ersten Vortrag über „Die logische Rechtfertigung der Lehre von der Eigengesetzlichkeit des Belebten" geht Driesch davon aus, „daß jede Art ‚mechanistischer' Auffassung der Lebensvorgänge falsch ist, daß das Leben seine Eigengesetzlichkeit, seine Autonomie besitzt, daß — mit anderen Worten — Biologie nicht angewandte Physik und Chemie ist, sondern etwas ganz anderes, eine Sache für sich. Als Vitalismus ist eine solche Lehre von jeher bezeichnet worden." Nachdem Driesch in früheren Arbeiten auf dem Wege der Erfahrung aus dem Gebiet der Biologie „die vitalistische Lehre geradezu zu beweisen versucht" hatte, will er nun die logische „Rechtfertigung" des Vitalismus aufdecken.

Drieschs Erfahrungen auf dem Gebiet der Biologie haben ihn die hervorragende Tat der Neuentdeckung der Aristotelischen „Entelechie" vollbringen lassen, eines „Naturagens", das „sich mit dem vorhandenen Bewegungs- oder Energiequantum abfinden" kann, indem es dieses „lenkt". Doch die Entelechie, die Driesch neu entdeckt hat, kann noch viel mehr: „Auch eine Neuschöpfung von Energie seitens der Entelechie würde nichts Denkunmögliches bedeuten, denn der Satz von der Erhaltung der Energie ist nur dann bejahungsnotwendig oder aprioristisch, wenn lediglich räumliche, materielle Kausalität im Spiel ist." Großer Gott, der du Entelechie heißest und bist, auf welche Bahnen hast du das Denken deines Jüngers Driesch gelenkt!

Doch die Spitze der Konfusion wird erreicht, wo Driesch an die „logische Rechtfertigung" des Vitalismus geht. Auch hier hat er wieder eine gewaltige Entdeckung gemacht: bei Kant „fehlt eine ganz wesentliche, wohl begründbare Kategorie" im System der reinen Denkformen, die „Kategorie der Individualität", denn der Geist „denkt auch über den Begriff des Ganzen im Verhältnis zu seinen Teilen". Damit ist „unsere neue Kategorie" der Individualität genügend begründet, und „wie auf Grund der Kategorien Substanz und Kausalität gewisse Naturkonstituenten geschaffen werden, nämlich die Begriffe Materie, Kraft, Energie usw., so werden auf Grund der Kategorie Individualität andere Naturkonstituenten, wie zum Beispiel die Entelechie, geschaffen." Im Verein mit den aus der Erfahrung gewonnenen „Beweisen" bringt diese logische Rechtfertigung das System des Vitalismus zum Abschluß: „so kommt alles zum Zusammenschluß." Trotzdem hält es Driesch wohlweislich für geboten, noch auf weiteren acht (von insgesamt zwanzig) Seiten „die Lehre von der Eigengesetzlichkeit des Lebens positiv zu rechtfertigen", auf einem logischen Wege, von dem Driesch selbst sagt, daß er „schwieriger gangbar als der erste" ist. Derart schwierig, daß es mir leider nicht

gelungen ist, dem Verfasser auf diesem Wege zu folgen, trotzdem ich mir die ehrlichste Mühe hierbei gegeben habe.

Was Driesch „über Aufgabe und Begriff der Naturphilosophie" in seinem zweiten Vortrag denkt, zu ergründen, war mir aus demselben Grunde nicht möglich, wie ich offen gestehen muß; wobei als mindernder Umstand in Betracht kommen dürfte, daß Driesch die Aufgaben der Naturphilosophie durch die Forderungen einer Logik begründet, deren Ursprung „nicht in einer ‚Eigenschaft' meiner Seele gesucht, sondern bewußtermaßen im Dunkel, ja im mystischen Dunkel gelassen wird; die Forderungen werden einfach hingesetzt." Hingepappt und fertig. . . . Lipschütz.

Notizen.

Die Fachtechnik in der Gewerkschaftspresse. Gegen den von mir in Nr. 32 der „Neuen Zeit" vertretenen Standpunkt, daß die Pflege der fachgewerblichen Bildung der Organisationsmitglieder nicht eigentlich zu den Aufgaben der Gewerkschaftspresse gehöre, haben die „Holzarbeiterzeitung" und das „Korrespondenzblatt der Generalkommission" Stellung genommen. Wenn das letztere die kulturelle Bedeutung der fachtechnischen Belehrung durch die Organisation betont, so sagt es mir damit nichts Neues, denn in meinem Artikel heißt es wörtlich: „. . . Es ist ohne Zweifel ein Verdienst um die heranwachsenden Berufsgenossen und an der Gesamtkultur, wenn die Organisationen versuchen, ihre Mitglieder beruflich zu schulen." Es ist doch recht auffallend, daß die Redaktion des „Korrespondenzblatt" diese Ausführungen totschweigt. Die „Holzarbeiterzeitung" wendet sich dagegen, daß ich sage: „Das, was früher der erfahrene Kollege dem an seiner Seite stehenden Lehrling während der Arbeitszeit begreiflich machen konnte, kann heute nur noch außerhalb des Werkplatzes und der Arbeitszeit geschehen, andernfalls würden die kapitalistischen Räder beide, Junge wie Alte, überrollen und aus der Fabrik hinausbesorgen." Die „Holzarbeiterzeitung" nennt dies eine „starke Übertreibung". Dabei steht doch fest, daß heute, wo in allen Berufen an die quantitative Leistung jedes einzelnen immer höhere Anforderungen gestellt werden, bei Zeitlohn dem Gesellen keine Zeit mehr bleibt, den Lehrling anzulernen, und für den Unternehmer ist das intensive Arbeiten des im Zeitlohn arbeitenden Gesellen von bedeutend größerem Interesse als die Schulung des Lehrlings, weil ja heute die Entschädigungen der Lehrlinge — wenn überhaupt solche erfolgen — fast überall so minimal sind, daß der Unternehmer schon bei zwei- oder dreistündiger durchaus nicht intensiver Arbeitszeit des Lehrlings auf seine Kosten kommt. Deshalb hat sich ja gerade die Massenzüchtung von Lehrlingen in solch unheimlicher Weise entfaltet, daß sowohl der Staat als auch die Organisationen dagegen einschreiten mußten. Ist der Geselle aber im Akkordlohn beschäftigt, dann hat er selbst das lebhafteste Interesse daran, durch keine belehrende Unterhaltung mit dem Lehrling in seinem Schaffen behindert zu werden, denn Zeit ist Geld, und die Akkordsätze nehmen auf Lehrlingsbelehrung keine Rücksicht. Ausnahmen bestätigen die Regel. Die „Holzarbeiterzeitung" aber erklärt:

„So wenig wir die großen Mängel in der heutigen Lehrlingsausbildung verkennen, so gebietet es doch die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß *recht kräftige Ansätze für eine Reform des Lehrlingswesens vorhanden sind.* Werkstellen, in welchen die Lehrlinge planmäßig sowohl in der Praxis als auch in der Theorie ausgebildet werden, *sind allerdings nur ganz vereinzelt anzutreffen.*"

Von dem, was hier im ersten Satze behauptet wird, ist außerhalb der Redaktion der „Holzarbeiterzeitung" nichts bekannt, denn unsere übrige Gewerkschaftspresse hat noch nichts davon gemeldet. Freilich in der Redaktion der „Holzarbeiterzeitung" weiß man es besser.

Sie schreibt:

„Durch die Vermittlung des Fachwissens hebt sich das geistige Niveau des Arbeiters und zugleich sein Selbstbewußtsein. Er strebt danach und gewinnt auch mit der Zeit die Fähigkeit, seinem Arbeitsprodukt den Stempel seines Geistes aufzudrücken. Dazu bietet sich auch heute noch Gelegenheit. Denn trotz der Ausbildung der Maschinentechnik ist die Spezialisierung der Arbeit insbesondere in der Tischlerei noch nicht so weit entwickelt, daß sich der Arbeiter in jedem Falle als Teil der Maschine fühlen mußte."

Welch kühne — aber leider vergebliche Hoffnungen! Die Entwicklung der Technik räumt unbarmherzig mit der selbständigen Tätigkeit des Arbeiters auf. Wir empfehlen den allzu hoffnungsseligen Schwärmern die Lektüre der „Technisch-wirtschaftlichen Rundschau" des Genossen Woldt in der „Neuen Zeit".

Übrigens gibt das „Korrespondenzblatt" selbst zu, die fachliche Schulung sei nur deshalb nötig, um unsichere Mitglieder zu halten. Nun ist es wohl richtig, daß der einzelne Arbeiter meint, wenn er sich in seiner beruflichen Fertigkeit vervollkommt, er auch einen Nutzen davon haben müsse. Das trifft aber nur theoretisch zu. Denn den eigentlichen Nutzen hat fast immer nur der Unternehmer. Als Beweis ein paar Zahlen. Im Berliner Baugewerbe erhielten vor fünf Jahren die Akkordmaurer für das Verarbeiten von 1000 Mauersteinen 7 und 7,50 Mark, seit anderthalb Jahren steht der Lohn auf 4 und 4,50 Mark. Bei den Rabitzputzern wurde 1894 für den Quadratmeter Putz 1,20 Mark bezahlt, heute wird dieselbe Arbeit für 60 Pfennig geliefert. Bei den Rabitzspannern wurden vor sechs Jahren für den Quadratmeter Geflecht 40 Pfennig bezahlt, heute wird die gleiche Arbeit für 20 Pfennig hergestellt. Der Arbeitgeber hat sich die erlangte Fertigkeit der Arbeiter eben zunutze gemacht. Bei den genannten Berufen aber sind die Stundenlöhne in derselben Zeit teilweise bis zu 50 Prozent gestiegen. Was half das? Der Unternehmer verstand es, das Schwergewicht auf die Akkordarbeit zu legen!

Nun sagt das „Korrespondenzblatt": „Wir wissen wohl, daß diese Einrichtungen den Unternehmern Nutzen bringen, aber es wäre eine dumme Politik, wenn wir deshalb auf sie verzichten sollten." Den Beweis für diese Behauptung bleibt das „Korrespondenzblatt" aber schuldig — das ist seine ganze Klugheit. Auch der inzwischen in der „Neuen Zeit" erschienene Aufsatz des Genossen Schmidt-Würzburg hat meines Erachtens keine stichhaltigen Gegengründe angeführt. Wenn Genosse Schmidt meint, ich hätte in meinem Artikel durch meine radikalen Schlußfolgerungen das Erstgesagte wieder über den Haufen geworfen, so muß ich dem widersprechen. Es ist durchaus logisch und konsequent, wenn man die Vermittlung der Fachbildung durch die Arbeiterpresse als eine Kulturtat bezeichnet, sie aber trotzdem nicht für unsere Aufgabe hält. Daß ich die Organe der Buchdrucker, Metall-, Textil- und Steinarbeiter nicht als solche Blätter aufgeführt habe, die ab und zu ein fachgewerbliches Feuilleton bringen, ist doch ganz belanglos und die Registrierung unangebracht, weil es ja in meinem Artikel heißt: Es befinden sich darunter die Organe der usw. Die Fachbeilage der Maschinisten und Heizer aber zeugt gerade dafür, daß hier bereits der Schwerpunkt auf das Fachgewerbe gelegt ist. Denn dort hat man es noch nicht für nötig gehalten, das reguläre Verbandsorgan achttägig erscheinen zu lassen, vorerst erscheint es immer noch vierzehntägig, aber jeder zweiten Nummer liegt die starke Fachbeilage bei. Bei der heutigen Stärke der deutschen Arbeiterbewegung kann man doch auf solche Propagandamittel verzichten. Ferner sieht Schmidt in den Aufwendungen für den genannten Zweck „ein Zeichen der Stärke der Gewerkschaften". Wir sind doch aber bei jedem größeren Lohnkampf gezwungen, öffentliche Sammlungen zu veranstalten, weil die vorhandenen Mittel nicht ausreichen. Und was für die Fachbildung ausgegeben wird, muß eben an anderer, wichtigerer Stelle abgespart werden!

Nach wie vor halte ich die fachgewerbliche Belehrung der Organisationsmitglieder durch die Gewerkschaftspresse für eine Konzession an den Indifferentismus — dieses ist auch von den genannten drei Seiten zugegeben und als einziger in ihrem Sinne stichhaltiger Grund für die Fachbeilagen angeführt worden.

Josef Kliche.

Zeitschriftenschau.

„The Social Democrat" vom Mai enthält einen Aufsatz von H. Quelch über **„Sozialistische Politik und Gewerkschaftsbewegung"**. Während einige Sozialisten die Neigung haben, die Bedeutung des Parlamentarismus zu verkleinern, versucht man andererseits, gemeinschaftliche Komitees zur Erzielung sozialistischer Wahlen zu gründen oder gar ein Nationalkomitee nach der Art des Komitees der Arbeiterpartei. Solche Komitees sind geeignet, Organisationen mit weit auseinandergehenden Grundanschauungen zu einer zeitweiligen praktischen Aktion zusammenzufassen. So war es bei der Gründung des Komitees für Arbeitervertretung, aus dem nachher die Arbeiterpartei entstand. Hier hatte man Vereine mit den verschiedensten Anschauungen, die sich miteinander verbanden, um Arbeitervertreter ins Parlament zu schicken. Gerade umgekehrt liegt die Sache bei den sozialistischen Organisationen. Diese sind in ihren Grundprinzipien, ihren Zielen einig, aber sie unterscheiden sich durch ihre Taktik, ihre unmittelbaren Methoden; Zusammenschluß für einen unmittelbaren praktischen Zweck ist hier also unangebracht. Zwar sind sie darin einig, daß sie den Parlamentarismus anwenden. Aber die Gründung eines Komitees, um sozialistische Vertreter ins Parlament zu schicken, würde die Wahlen zu sehr als Hauptobjekt der Partei in den Vordergrund schieben. Zwischen sozialistischen Organisationen muß ein engeres Band möglich sein, und das wird durch die gelegentlichen lokalen Wahlbündnisse schon angebahnt.

Nun begegnen wir dabei einer neuen Strömung, die sich gegen die Wertschätzung und die Anwendung des Parlamentarismus auflehnt, namentlich in den romanischen Ländern, wo diese Richtung nur eine neue Form des Anarchismus ist. Ihr Predigen der Wahlenthaltung hat in Frankreich das Ansteigen der sozialistischen Stimmen nicht verhindern können; in der Tat ist diese Richtung auch mehr eine theoretische, die von Schriftstellern gebildet wird, als eine wirkliche Macht innerhalb der Arbeiterbewegung. In England und Amerika nimmt sie die Gestalt einer Kritik an, nicht nur des Parlamentarismus, sondern auch der heutigen Gewerkschaftsbewegung. Sie setzt voraus, daß die Arbeiter nichts lieber wollen als sofort Revolution machen, aber durch veraltete enge Formen der Organisation und furchtsame reaktionäre Führer am Handeln verhindert werden; und daß diese alten dummen Formen bloß durch den neuen Unionismus beseitigt zu werden brauchen, um den raschen Vormarsch zur Befreiung siegreich zu beginnen. Diese Theorie ist ja sehr verlockend, aber leider trifft sie nicht zu. Nur eine ganz kleine Minorität ist revolutionär gesinnt, während die Masse nicht die geringsten Opfer für die Verbesserung der Gesellschaft bringen will. Das sehen wir gerade an der Arbeiterpartei. Ihre Gründung entsprach den Wünschen der Masse der Gewerkschafter. Trotzdem sehen wir die Arbeitervertreter im Parlament mit Energie für die Aufhebung des Richterspruchs kämpfen, der verbot, Gelder aus den Gewerkschaftskassen für die Wahlen zu benutzen. Weshalb? Weil sie sehr gut wissen, daß sie auf freiwillige Beiträge der Mitglieder für die Wahlen nicht rechnen können. Bei dieser Minorität der englischen Arbeiter (1½ Millionen Organisierte von 8 Millionen Arbeitern) ist also nicht einmal auf 20 Pfennig jährlich pro Kopf als Beitrag für eine Parlamentsvertretung zu rechnen. Nur 100000 zeigen dadurch, daß sie einer sozialistischen Organisation angehören, ihre Bereitwilligkeit, dafür etwas zu opfern. Die große Masse der Arbeiter wählt nicht einmal den Arbeitervertreter; wie wäre da zu erwarten, sie würde für ihre Befreiung etwas zahlen, oder gar streiken oder rebellieren?

Die Geistesverfassung der Massen wird nicht dadurch umgewälzt, daß man den alten Organisationen neue Formen und Namen gibt. Auch die bestehenden Organisationsformen sind notwendige Folgen der bestehenden ökonomischen Verhältnisse, sie sind ihnen angepaßt, und wenn man sie durch eine „Allgemeine Universale Internationale Föderation aller Ausgebeuteten der Welt“ ersetzte, würde diese doch notwendig dieselben Formen annehmen müssen. Das ist die Lehre aller Erfahrung. Der „neue Unionismus“ der neunziger Jahre hat nur soweit Dauerndes geschaffen, als er die Methoden des alten Unionismus übernahm. Daher müssen die Sozialisten vor allem Geduld haben. Wir sehen einen wenn auch langsamen Fortschritt; die Gewerkschaften erkennen die Notwendigkeit der unabhängigen Politik an und kommen schon zu neuen Methoden. Mögen ihnen noch so viele Fehler anhaften, die Gewerkschafter bilden nicht mehr eine isolierte Aristokratie, sondern sie sind die Blüte des Proletariats. Mögen sie apathisch, beschränkt, reaktionär sein, so steht doch dies eine fest: sind sie nicht für den Sozialismus zu gewinnen, so ist der Sozialismus überhaupt unmöglich.

„The International Socialist Review“ vom Mai bringt einen Aufsatz von J. Keir Hardie über **„Die englische Arbeiterpartei“**, der die Taktik dieser Partei gegen mehrere Kritiken in derselben Zeitschrift, namentlich von Hyndman in der Februarnummer (vergl. „Neue Zeit“, Nr. 29, S. 94) verteidigt. Die Behauptung, die Arbeiterpartei habe sich mit den Liberalen verständigt, ist unrichtig und wird durch die Tatsache widerlegt, daß fast alle Kandidaten der Arbeiterpartei einen dreieckigen Wahlkampf, sowohl gegen Liberale wie gegen Tories, zu führen hatten. Die Arbeiterpartei hat ihre eigene Organisation und führt ihren Kampf völlig unabhängig von anderen Parteien. Der einzige Versuch, zu einem Kompromiß mit den Liberalen zu gelangen, ging von Hyndmans Freund Quelch aus, wurde aber von den Liberalen zurückgewiesen. Der zweite Vorwurf Hyndmans besteht in unserer Unterstützung des Budgets. Wir unterstützten aber bloß die Besitzsteuern und lehnten die Besteuerung der Volksmassen ab. Der Finanzminister brauchte 360 Millionen Mark für Sozialreformen und den größten Teil dieser Summe wollte er durch neue Besitzsteuern auf die hohen Einkommen und die Einkommen, die nicht aus Arbeit fließen, aufbringen lassen. Diese Steuern waren sozialistische Steuern und würden der Gemeinschaft ein Teil dessen, was ihr genommen war, zurückgeben. Die Konservativen wollten durch Zölle die Volksnahrung besteuern. Wir mußten zwischen diesen beiden wählen. Hyndman selbst hätte, wäre er Parlamentsmitglied gewesen, in diesem Falle für das Budget gestimmt; und er hat selbst in der Wahlkampagne erklärt, für das Budget zu stimmen, wenn er gewählt werden sollte.

Die Unabhängige Arbeiterpartei wird durch ihr Bündnis mit den anderen Organisationen gar nicht in der Agitation für ihre Prinzipien eingeengt. Jede Organisation behält ihre volle Selbständigkeit. Jede an die Arbeiterpartei angeschlossene Organisation trägt zu den Kosten bei und hat das Recht, Kandidaten auf die Liste der Arbeiterpartei zu bringen; diese Kandidaten sind nur verpflichtet, nicht mit Kandidaten einer anderen Partei zusammenzugehen, und sich der Arbeiterfraktion anzuschließen. Die Frage, ob es in Amerika zweckmäßig wäre, eine Arbeiterpartei zu gründen, läßt sich von England aus nicht beurteilen. Die Auffassung, eine Arbeiterpartei und eine sozialistische Partei könnten nebeneinander ihre Abgeordneten wählen lassen, die dann zusammenzuarbeiten hätten, erscheint weniger zweckmäßig, da daraus Reibungen und gegenseitige Bekämpfung entstehen könnte. Besser wäre es, sich im voraus über die gemeinsamen Kandidaten zu verständigen. Eine Arbeiterpartei bietet uns nicht, was wir als Sozialisten wünschen, aber sie ist eine urwüchsige proletarische Bewegung, die in der Lage ist, durch eigene Erfahrung die Schwäche und mangelnde Einsicht, aus der sie entstand, zu verbessern.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Feuilleton der Neuen Zeit

Nummer 28 ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ Ausgegeben am 17. Juni 1910

Ferdinand Freiligrath.

Geboren 17. Juni 1810.

Von **Karl Korn.**

Die zünftigen Literarhistoriker, die Ferdinand Freiligraths Lebenswerk von der Warte ihres Katheders einzuschätzen haben, finden sich heute wie vor einem Menschenalter in einer kuriosen Situation. Was groß an ihm ist und lebendig in unseren Tagen wie nur je in den vierziger und fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, seine Revolutionsdichtung, dürfen sie bloß „historisch" anerkennen, dieweil Leben und Größe für ihre Klasse selber nur ein Kapitel der Vergangenheit, bestenfalls eine wehmütige schwarzrotgoldene Jugenderinnerung, bedeutet. Aber auch für das Vergängliche seiner Dichtung fehlt ihnen das Gleichnis, da ihnen trotz aller historischen Pose die Einsicht in die elementarste Bedingtheit jeder, auch der geistigsten Einzelpersönlichkeit, den Zusammenhang zwischen Individuum und Klasse, durch ihre ideologische Befangenheit sozusagen von Amts wegen verschlossen ist.

So finden sie ihr Genüge daran, des Dichters Leben und Leistungen säuberlich in Perioden einzuteilen und jede Periode durch eine mehr oder minder zutreffende Spitzmarke abzutun. Wüstenpoesie, politische Tendenzdichtung und nationaler Heldensang heißen bekanntlich die Schlagworte, unter denen Freiligraths Schaffen ein für allemal in die offizielle Literaturgeschichte verarbeitet ist, und ebenso endgültig wird die eine „Periode" belächelt, die andere verdammt, und die letzte als späte, aber um so erfreulichere Rückkehr des Dichters zu seinem besseren Selbst gepriesen. Daneben wird, gewissermaßen als Anmerkung hinterm Text, von seiner glänzenden Übersetzungskunst, die sich durch alle drei Perioden hinzieht, hochachtungsvoll Notiz genommen.

Daß bei solcher Einschlachterei sogar das leitende Prinzip aller ideologischen Kritik, die Persönlichkeit mit den angeblich souveränen Gesetzen ihres Wesens und Werdens, rettungslos im kritischen Hexenkessel verschwindet, liegt auf der Hand. Aber nicht nur ihren Helden, auch die unbestreitbarsten Tatsachen seiner Wirkung vergewaltigt diese Betrachtungsmethode. Freiligrath war in allen drei Perioden seiner Dichtertätigkeit der Liebling weiter Schichten des literarisch interessierten zeitgenössischen Publikums. Seine ersten dichterischen Versuche, die er in Soester und Mindener Lokalblättern veröffentlicht, verschaffen ihm die Bekanntschaft und das Interesse von Männern wie Grabbe und Immermann, Uhland, Chamisso und Schwab, Menzel und Gutzkow. Bald stehen dem jungen Handlungskommis die führenden literarischen Zeitschriften offen. Der von Schwab und Chamisso herausgegebene Musen-

almanach enthält vom Jahre 1835 ab zahlreiche Beiträge aus seiner Feder, ebenso das Stuttgarter Morgenblatt, das im Feuilleton von Schwab redigiert wird und in dem der Literaturpapst Menzel die kritische Fuchtel schwingt. Die angesehenste Verlagsfirma Deutschlands, Cotta in Stuttgart, erbietet sich zur Herausgabe seiner gesammelten Dichtungen.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung dieser seiner ersten Sammlung mit ihrer Wüste, ihren Löwen und Mohren, findet sich Freiligrath von der zeitgenössischen Kritik und vom Publikum als einer unserer ersten Lyriker begrüßt. Die Auflagen jagen sich, und wenn man nicht die Angaben auf dem Titelblatt, sondern die Zahl der gedruckten Exemplare berücksichtigt, so ist nach des Dichters eigener Feststellung bis in die siebziger Jahre hinein Jahr für Jahr eine ausgewachsene Auflage Freiligrathscher Wüstenpoesie begehrt und konsumiert worden.

Die Wirkung seiner politischen Gedichte war vielleicht nicht so ausgebreitet, aber dafür um so tiefer, denn es war die geistige Elite der Nation, Bürger wie Arbeiter, die in dem Jahrzehnt von der Mitte der vierziger bis zur Mitte der fünfziger Jahre Freiligrath als den berufensten dichterischen Wortführer ihrer Hoffnungen, ihrer Kampfesenergien und — ihrer Enttäuschungen auf den Schild erhob.

Dagegen ist gerade der Erfolg seiner patriotischen Poesie, die allein noch Gnade vor der offiziellen Literaturgeschichte findet, eine ziemlich problematische Sache, denn im Blutrausch von „Siebenzig" wurde auch das Bänkelsängerlied von Kutschke und Napolium als nationaler Heldensang empfunden, wie es denn andererseits notiert werden muß, daß die Nationalspende, die unserem Dichter die Anerkennung seiner Zeitgenossen am sinnenfälligsten attestierte, drei volle Jahre *vor* seiner angeblich patriotischen Periode eingesammelt wurde, also zu einer Zeit, da als letztes dichterisches Gesinnungsbekenntnis Freiligraths immer noch bloß die unversöhnlich-revolutionären Dichtungen vom Anfang der fünfziger Jahre vorlagen und überdies allgemein bekannt war, wie entrüstet er wiederholt die Aufforderung, um Amnestie nachzusuchen, zurückgewiesen hatte. Die Legende von einem Gesinnungswechsel Freiligraths war es also jedenfalls nicht, die dem bürgerlichen Publikum die Goldfüchse entlockt hat.

Nein, es gibt keine „Perioden" in diesem langen Dichterleben, keine Perioden der äußeren Wirkung und noch weniger Perioden im Wesen seines Schaffens. Und so ist es auch kein Zufall, bedeutet es kein Versiegen der dichterischen Kraft, daß die Freiligrathsche Poesie im letzten Drittel seines Lebens in Gelegenheitsdichterei zu versanden scheint, dergestalt, daß im weiten Bereich seiner Sippschaft und Freundschaft keine Hochzeit gefeiert, kein Menschenskind ans Licht der Welt befördert oder aus ihr herausgetragen werden konnte, ohne daß der alternde Dichter mit einer mehr oder minder rührseligen Reimerei sich einstellte. Freiligraths Dichtung war eben *immer* Gelegenheitsdichtung. 1838 so gut wie 1848 und 1870. Ihre Gelegenheiten aber waren die großen historischen Erlebnisse seiner Klasse.

Von seiner politischen und nationalen Periode ist das ohne weiteres einleuchtend. Aber was war schließlich auch seine vorpolitische, exotische Dichtung anderes als der Reflex der großen *verpaßten* Gelegenheit seines Volkes, *seine* Art Romantik, in der er die politische und wirtschaftliche Stagnation der zwanziger und dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts

dichterisch zu „überwinden" bemüht war, wobei es sich nachgerade von selbst versteht und nicht mehr angemerkt zu werden braucht, daß die ideologische Überwindung eines Wirklichkeitsbestandes in der Praxis die Kapitulation und die Resignation vor dieser Wirklichkeit nicht ausschließt. Aber jedenfalls war die Freiligrathsche Wüstenpoesie eine ungleich gemeinverständlichere Art Romantik, als was sonst in Philosophie und Literatur auf diesem Gebiet produziert wurde, war in eminentem Maße Romantik fürs Volk, für das literarisch interessierte Volk, die Mittelklasse, deren hausbackenem Menschenverstand auch die Flucht aus der Wirklichkeit nur möglich ist in eine andere Wirklichkeit, nicht in die verstiegene Welt der Spekulation und der vierten Dimension, deren Sprache, geschweige denn Sinn ihr damals wie heute vollkommen absurd vorkommen mußte. Romantik als geographischer Begriff, als Exotik, war die Zauberformel, mit der Freiligraths vorpolitische Dichtung der profanen Masse den Weg in jenes Exil der deutschen Kultur eröffnete, in das sich die führenden Geister aus dem Elend der ersten Jahrzehnte längst geflüchtet hatten und aus dem sie unverstanden ihre Lockrufe erschallen ließen. Daher die Popularität auch seiner Wüstenperiode: er war damals wie stets der Dichter seiner Klasse.

Und wie er immer in der Vorhut der deutschen Mittelklasse marschierte, so war er eigentlich auch zeitlebens Romantiker, und gerade als Romantiker Mann der Vorhut, wenn anders die Geschichte des deutschen Bürgertums im neunzehnten Jahrhundert bis in die siebziger Jahre, wo es endlich in der kapitalistischen Wirklichkeit des Geschäftes sich selber zu finden begann, als ein langer Ausklang, als eine politische Verballhornung der romantischen Spekulation und Dichtung aufgefaßt werden muß.

Aber letzten Endes ist er der große Gelegenheitsdichter seiner Klasse doch nur, weil die große Gelegenheit die psychologische Voraussetzung seines Schaffens ist. Voraussetzung in doppelter Hinsicht, insofern die große Gelegenheit, das Pathos der Situation, seine dichterischen Energien am vollständigsten auslöste und weil andererseits die grandiose Situation die Form war, in der seine Gestaltungskraft die kongenialste Ausdrucksmöglichkeit fand.

Diese Dichtung scheint bloß auf Gipfeln einherzuschreiten und nur von Abenteuern und Gewaltsamkeiten zu leben. In der geographischen und historischen Romantik ihrer Jugend ist ihr die Wüste mit ihrem Samum, ihren Löwen und Beduinen, die Südsee mit ihren Piratenschlachten, der Orient mit seinen Serailintrigen und seidenen Schnüren, der Mississippi, der Kongo das vertrauteste Terrain. Historisch schwelgt sie in den Merowingergreueln und in den Geusenkämpfen. Und wenn sie in die Heimat und in die Gegenwart herabsteigt, so ist ihr in der Heimat deren romantischster Bezirk, der Rhein, mit seinen Burgen und Rebenhügeln der liebste Tummelplatz, und in der Gegenwart pflanzt sie die rote Fahne auf hoch auf der Barrikade, oder sie reitet bei Gravelotte mit verhängten Zügeln die Todesattacke der Magdeburger Kürassiere mit.

Aber die Exotik und Romantik, wenn sie auch von den Zeitgenossen sofort als typisch für die Freiligrathsche Poesie empfunden wurde, ist doch nicht das wesentliche Moment seiner Gestaltungskraft, sondern charakteristisch ist noch viel mehr das Anschauliche, Bildliche, Pointierte, in gutem Sinne Anekdotische dieser Phantasie. Alles gipfelt in einer Situation, einer Vision, einem zur Katastrophe vorwärts gepeitschten Vorgang. Und für Bild wie Handlung ist

immer das berückendste Symbol bereit: der Löwe, der Proletariermaschinist, die stolze Rebellenleiche der „Neuen Rheinischen Zeitung“, die geborstene Trompete von Gravelotte.

Das hebt ja gerade Freiligrath als Revolutions- und Freiheitsdichter hoch über die politischen Dichter des Vormärzes und der achtundvierziger Zeit empor, daß er uns die Freiheit und die Revolution nie in Deklamationen vorführt, sondern immer in Aktion und in hinreißender, zum Sprunge ausholender Pose. Sogar der Grimm über die verpfuschte Revolution singt ihm „kein Klagelied, kein Thränenlied“, sondern allmächtig springt er auf und

> Gehobnen Armes, wehenden Haars, dasteht er wild und prächtig!
> Die rost'ge Büchse legt er an, mit Fensterblei geladen . . .

So wird unserem Dichter überall der Begriff zur Anschauung und noch lieber zur lebenstrotzenden Persönlichkeit, die Handlung zur sich überstürzenden Situation, und wäre es nötig, für diesen unerreicht plastischen Charakter seiner Phantasie weitere Belege zu erbringen, fast jedes einzelne Stück der Ça ira-Lieder und der Neueren politischen und sozialen Gedichte von 1849 und 1851 könnte von der ersten bis zur letzten Strophe als Beispiel dienen.

Weil Freiligraths wertvollstes Schaffen Gelegenheitsdichtung war und die gewaltigste Gelegenheit seines Lebens die 1848er Erhebung, deshalb lebt er auch als Revolutionsdichter fort. Nicht im Andenken der Bürgerklasse, der das Jahr 1848 eine Episode, eine jugendliche Verirrung war, aber im Herzen des Proletariats, das im Konkurs der bürgerlichen Ideale auch die zerschossene Fahne ihres feurigsten Sängers übernommen hat und in Ehren hält.

Gewiß fällt es keinem klassenbewußten Arbeiter unserer Tage ein, Freiligrath als Sozialist, geschweige denn als Sozialdemokrat zu reklamieren, vielmehr wird der Ideengehalt seiner politischen und sozialen Dichtungen durch so verschwommene utopische Formeln, wie Freiheit und Revolution, begrifflich vollkommen zutreffend erfaßt. Aber wenn seine bürgerlichen Biographen, wie zuletzt wieder der Herausgeber der Hesseschen Sammlung, der „roten Internationalen“ das Recht absprechen wollen, „Freiligrath für sich zu beanspruchen“, weil er als ein „Versöhnter“ gestorben sei, so hat es mit dieser Versöhnung seine eigene Bewandtnis. Die Buchnersche Ausgabe seiner Briefe ist gewiß auf diese schöne Legende hin siebenmal gesiebt, aber fest steht doch, daß Freiligrath nach seiner Rückkehr nicht riskiert hat, sich am Rhein niederzulassen, von wegen der Preußen. Und aus mehr als einer der dort mitgeteilten vertraulichen Äußerungen geht hervor, daß er sich im Schwabenland so fern seiner Heimat fühlte wie nur je im Schweizer und Londoner Exil. Was aber seine „packenden Dichtungen des Jahres 1870“ anlangt, so hat er vier Jahre später, als der Rausch verflogen war, Berthold Auerbach gegenüber den Überschwang von 1870 verdammt trocken kommentiert, als er schrieb: „Ich akzeptiere die Dinge, wie sie sind, als eine zeitweilige Notwendigkeit, aber ich begeistere mich nicht dafür.“

Fremdwörter übersetzen ist gewiß eine löbliche Sache. Aber die unverkennbare Resignation, die solche Äußerungen atmen, heißt auf deutsch zehnmal eher Katzenjammer als Versöhnung. Und wenn Freiligrath jetzt auch noch historisch heimatlos geworden ist, wer anders, zum Teufel, sollte ihn „beanspruchen“, als die deutsche Arbeiterklasse, für die das Jahr 1848 keine verpaßte Gelegenheit bedeutet, sondern eine Parole, die in die Zukunft weist?

Der Fabrikbau und die Kultur.

Von **Joseph Aug. Lux.**

Sentimentalität, die Krankheit unseres Jahrhunderts, hat auch auf die Entwicklung des Bauwesens einen gewissen Einfluß ausgeübt. Das Heimatliche, Trauliche, Kleinstadtmäßige ist gewissermaßen eine ästhetische Forderung für die Architektur geworden, sehr zum Nachteil einer konsequenten modernen Entwicklung. Man verlangt das Malerische, wo das Konstruktive zu fordern wäre; man wünscht Gewohnheitsbilder wieder erstehen zu sehen, wo man aus innerer Zweckmäßigkeit das Neue erwarten müßte; man betont die Stimmung, wo man besser auf den Geist sehen sollte. Aber dieses Malerische, diese Stimmung, diese Gewohnheitsbilder können nur aus der Vergangenheit geschöpft werden als Kulturformen, die nicht mehr die unserigen sind. Dieser Umstand zwingt, zu einer Anzahl von Fälschungen zu greifen, die zwar sentimentalen Gemütern Befriedigung geben, jedoch recht übel sind.

Ich bestreite nicht die Segnungen der sogenannten Heimatkunst, die, aus England zu uns herüberkommend, viel Gutes gewirkt hat. Im Landhaus, auf dem Dorfe, in der Kleinstadt, wo noch die Verhältnisse und Lebensgewohnheiten der alten Zeit herrschen, ist sie an ihrem Platze. Sie ist der Stil der Vergangenheit, nicht der unserige. Das moderne Leben hat eine große Menge von neuen Bauorganismen hervorgerufen, die nicht im Stil der Vergangenheit gelöst werden können, weder in einem historischen Stil, noch im Sinne der Heimatkunst, sondern die neue Formen bedingen, Formen, die aus dem Wesen der Sache, aus der Bestimmung des Bauwerkes und aus den konstruktiven Beschaffenheiten geschöpft werden müssen. Charakteristisch ist der oberste Grundsatz moderner Baukunst. Große Bauwerke, die Lebensformen unserer Zeit darstellen, wie Banken, Bahnhöfe, Theater, Warenhäuser, Fabriken, können nicht im Stil der Heimatkunst gebaut werden, es sei denn, daß, wie es in solchen Fällen immer geschieht, die entlehnten heimatlichen Motive zur leeren Dekoration herabsinken, zu einer Schablone oder einem Schema, das mit dem inneren Gefüge keine Beziehung unterhält, und daher als bloße Stimmungsmacherei verstimmend wirkt, wie jede Lüge und Maskerade.

So sehe ich das berühmte hohe Dach, dem Bauernhaus entlehnt, auf großstädtischen Warenhäusern, sechs Stockwerke hoch, wiederkehren, obschon es hier durch die innere Anlage solcher Bauten nicht mehr zu rechtfertigen ist. Ich sehe die traulichen grünen Fensterläden auf städtischen Mietkasernen im dritten und vierten Stockwerk, aber sie sind, wie begreiflich, nicht zum Schließen eingerichtet, sondern als Zierat an den Pfeilern zwischen den Fenstern festgenagelt. Es gibt noch verhängnisvollere Irrtümer der Heimatkunst. So sehe ich Fabriken entstehen, die nicht aussehen dürfen wie Fabriken. Sogar in lokale Bauvorschriften hat sich dieses Mißverständnis eingeschlichen, so daß in gewissen Gegenden, die für Landhausbebauung vorgesehen sind, nur Fabrikanlagen geduldet werden, die „Villencharakter" haben. Eine holländische Kakaofirma, die bei Wien eine Fabrik gründete, hat sich einer solchen pseudo-heimatkünstlerischen Vorschrift fügen müssen, wenngleich sie die Verlegenheit zum Besten zu wenden verstanden hat.

Es wundert mich nicht, wenn Laien die Sache der Heimatkunst so weit mißverstehen, daß sie die Verschönerung des Landes in solchen Verschleierungen

oder Vortäuschungen erblicken. Denn es werden auch von ganz ernsten Architekten Mißgriffe dieser Art häufig genug gemacht. Fabriken mit Dampf- und Maschinenbetrieb, großindustriell angelegt, entstehen und bemühen sich, als Rittergut zu erscheinen in Form eines riesig vergrößerten Bauernhauses. Wasserwerke werden gebaut, die, in der Ferne gesehen, ebenfalls wie ein durch optische Luftwirkungen vergrößertes Bauerngehöft aussehen. Nur die Feueresse ist ein böser Verräter, eine immerwährende Verlegenheit für den mit der Vergangenheit liebäugelnden Erbauer. Ein Kurort hat sich jedoch zu helfen gewußt, indem er den Schornstein eines Elektrizitätswerkes in einen Kirchturm umwandelte, damit sich der ästhetische Sinn der Kurgäste nicht beleidigt fühle. Daß aus dem Kirchturm fortwährend dicker Rauch qualmt, war keine Beleidigung des ästhetischen Sinnes!

Trotzdem dürfen uns die Vertreter dieser Richtung sagen, daß sie eine Wendung zum Besseren herbeigeführt haben. Waren nicht vorher, in den früheren Jahrzehnten, die Fabriken, Nutzbauten und andere Arbeitsstätten der Industrie mit dem Stempel einer abschreckenden Häßlichkeit gezeichnet? Sind Fabrikorte nicht gefürchtet als Stätten des Elends, des Schmutzes und der Roheit? Obgleich diese Industriebezirke die eigentlichen Schöpfer der modernen Kultur sind? Die Heimatkunst hat insofern eine Besserung herbeigeführt, als sie die Pflicht für die Verschönerung des Landes von neuem einprägte und, weil kein schönerer Gegensatz zur Hand war, auf die Lieblichkeiten der alten Orte und Provinzen hinwies, die den Segen der Industrie noch nicht kannten. Der Vergleich mit diesen alten Beispielen hat dazu geführt, daß man die neuen Schöpfungen in ein altes oder altertümlich scheinendes Gewand steckte, weil für die niedere Baupraxis, die immer Muster braucht, keine besseren Vorbilder zur Hand waren.

Aber mag die Heimatkunst in diesen Dingen manches gebessert haben, sie ist trotzdem eine Sackgasse. Sie bedeutet einen Rückschritt der Baukunst, zumindest jedoch keine Lösung moderner Probleme. So ist trotz der Verbesserungen im einzelnen der Fabrikbau immer noch ein Problem geblieben.

Wie bei allen Werken der Baukunst, so muß namentlich auch hier das moderne Leben der Ausgangspunkt für die Lösung sein. Die Form muß aus der Besonderheit der Aufgabe gefunden werden. Im Wesen der Charakteristik liegt es, daß das Gebäude seine Bestimmung klar ausdrücke. Es hat sich zwar seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts ein besserer Fabriktypus herausgebildet, der der Hauptsache nach aus ein paar tragender Gebäuderippen oder Pfeilern besteht, deren Zwischenräume verglast sind. Mehrere Stockwerksabteilungen im Innern bilden zusammen mit dieser einfachen Konstruktion die wesentliche Struktur des Gebäudes. Es hat sich aber ergeben, daß diese Schablone unzugänglich ist, wie alle Schablonen. Erstens können nur bestimmte Fabrikationszweige mit einem so einfach organisierten Gebäudetypus auskommen, die meisten brauchen Wandflächen, während hier keine vorhanden sind. Zweitens bringen die großen Abkühlungen der Glasflächen im Winter, oder die Erhitzung im Sommer, sowie die ungünstige Belichtung von unten her schwere Nachteile mit sich. Es ist nicht zu viel gesagt, daß gerade der Fabrikbau nicht leicht einer Schematisierung unterworfen werden kann. Es stellt sich heraus, daß kaum eine moderne Bauaufgabe existiert, die so verschiedenartige Ansprüche an den Architekten stellt, so daß jeder neue Bau fast von Grund aus eine neue Schöpfung bedeutet.

Es sind nicht nur von Fall zu Fall geschickte ökonomische Raum- und Grundrißlösungen zu suchen, sondern es ist eine große Menge von organisatorischen, sozialen, technischen und sonstigen Voraussetzungen zu erfüllen, die in der Eigenart des Betriebes liegen und von Fall zu Fall studiert werden müssen. Daß in sozialer und hygienischer Beziehung alles vorgesehen sein muß, was aus allgemein kulturellen Gründen zu fordern ist, wie neben den Schutzvorkehrungen entsprechende Garderoberäume, Speisesäle, Ambulantenzimmer, Apotheke, Hausbibliothek und ähnliche Einrichtungen, die das Fabrikleben zu einem kulturellen Mikrokosmus ausgestalten, versteht sich von selbst, zumal da große Industriefirmen in Deutschland mit gutem Beispiel vorangegangen sind. Dazu gehören die Forderungen der guten Belichtbarkeit, Heizbarkeit, Lüftbarkeit, alles, was die gesteigerten hygienischen Ansprüche verlangen, und endlich aus arbeitstechnischen Gründen die Möglichkeit einer guten Kontrolle, die von einem Punkte aus sämtliche Arbeitskräfte an ihren Plätzen beobachten kann. Das sind Umstände, die eine solche Bauaufgabe schon außerordentlich komplizieren können, wobei aber insbesondere zu bedenken ist, was der Betrieb selbst an mannigfaltigen Raumerfordernissen begehrt, wie Heizhaus, Maschinenhaus, Arbeitsräume verschiedenster Art, die oft nicht nur Stockwerke, sondern verschiedene Gebäudegruppen umfassen, Lagerräume, Packräume, Ladehöfe, Gleisanschluß, Schuppen, Stallungen usw., Bauteile, die gemäß dem Arbeits- oder Herstellungsprozeß organisch ineinandergreifen müssen, Zeit, Entfernung und Raum sparen sollen, und solcherart ein sehr geistreiches, durchdachtes und in formaler Hinsicht äußerst dankbares Gebilde darstellen können.

In formaler Hinsicht entscheidet, daß dieses innere Gefüge nach außen hin klar zum Ausdruck komme. Sodann entscheidet das Konstruktionsprinzip, die Natur des Baustoffes, die technische Seite der Angelegenheit. Und drittens die Rücksicht auf die Umgebung, auf die Lage in der Landschaft oder im Stadtbild. Im allgemeinen, man kann, um weit auszugreifen, nur Allgemeines sagen, wird die Form schön sein, wenn sie in guter Ausführung groß und einfach dasteht. Hier, wo kein Ornament am Platze ist, muß die Architektur durch ihre eigentliche künstlerische Gesetzmäßigkeit wirken, durch das Geheimnis schöner Proportionen. Es ist Sache des Genius, den Einigungspunkt zu finden, wo die künstlerischen, technischen und praktischen Forderungen zusammenwirken. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, dann hat der Künstler keine stilistische Rücksichten zu üben, als jene, die in der Natur der Sache und in ihren Notwendigkeiten liegen. Nicht die Nachahmung vergangener Formen entscheidet hier, sondern die inneren Erfordernisse der Konstruktion, der Technik, des Betriebes. Die neuen Weiten, die neuen Linien und die neuen Höhen, die durch die Eisenkonstruktion erzeugt sind, harren noch des künstlerischen Adels; wir bewundern sie wegen ihrer Kühnheit und räumen ihnen von vornherein das ästhetische Heimatrecht ein. In konstruktiver und technischer Hinsicht wird der Künstler in den neuen Stoffen nicht etwa eine Verlegenheit oder eine Störung seines vorgefaßten Stilbegriffes erblicken, sondern Anreger und freundliche Helfer zu neuen konsequenten und berechtigten Ausdrucksweisen. So werden sich durch neue, vereinfachte Eisenkonstruktionen sowie durch den modernsten Baustoff, das Betoneisen, überraschende Wirkungen ergeben. Die Leerform beim Stampfbeton kann durch dekorativ beherrschte Auflager schon ornamentalen Absichten dienen; das Sparrenwerk beim Eisenbeton, entsprechend zum Ausdruck gebracht, ist an und für sich schon eine technisch-stilistische Neuheit.

Und was endlich das rhythmische Gesetz der Raumwirkung betrifft, das Symphonische des Gesamtbildes, die beherrschende künstlerische Form, so ist dies ein persönliches Eigentum des Künstlers, der die Ahnung des Gesamtbildes in sich trägt und das Zusammenspiel der Teile untereinander und im Zusammenhang voraussieht. Er sieht es nach jeder Richtung hin voraus, worunter auch das Praktische gemeint ist, denn seine künstlerische Form ist nicht hineingetragen oder aufgezwängt, sondern der natürliche geistige Ausdruck dessen, was innerlich notwendig war. Auf dieser sachlichen Grundlage können auch Fabriken den Stempel moderner Schönheit tragen, und in der Zukunft wird das Kulturideal erreicht werden, wonach auch Fabrikorte zu dem werden, was sie sein sollen: die gern aufgesuchten und gepriesenen Orte der Schönheit und Fruchtbarkeit, bewohnt von glücklichen und schaffungsfreudigen Menschen, deren Glück und Freude in allen Häusern, Wohnungen, Gärten, Werkstätten usw. sichtbar wird, als Sauberkeit, Vortrefflichkeit aller Einrichtungen, und unablässiges Walten eines hochentwickelten Schönheitssinnes, der nichts Unzweckmäßiges, nichts Häßliches, nichts Geschmackwidriges oder Gesundheitsschädliches duldet.

Bücherschau.

Wir sind die Kraft! Auswahl politischer und proletarischer Gedichte von Ferdinand Freiligrath. Gedächtnisausgabe zum hundertsten Geburtstag des Volksdichters. Mit einer biographischen Skizze von Konrad Haenisch. Dortmund 1910, Druck und Verlag von A. Gerisch. 48 Seiten. Preis 15 Pfennig.

Obgleich diese vortreffliche Auswahl aus Freiligraths Gedichten schon in den Tageszeitungen der Partei reichlich angezeigt worden ist, glauben auch wir unsere Leser darauf aufmerksam machen zu sollen. Sie ist in ihrer Art musterhaft, nicht nur in der Zusammenstellung der Gedichte, sondern auch in der frischen, kräftigen Einleitung, die vom Genossen Haenisch verfaßt und durchaus geeignet ist, das Bild des Dichters wie des Mannes der Arbeitermasse in festen und klaren Umrissen einzuprägen. Nur ein beiläufiger Irrtum hat sich in sie eingeschlichen. Genosse Haenisch überschätzt den Opfermut der Bourgeoisie, wenn er den Ertrag der Sammlung, die sie für den alternden Dichter veranstaltete, auf 600000 Mark angibt. Es waren noch nicht ganz 60000 Taler.

Wir wünschen dem Schriftchen, das, an sich schon sehr billig, für Arbeiterorganisationen zu 10 Pfennig abgelassen wird, die weiteste Verbreitung.

Georg Büchner, **Gesammelte Schriften.** In zwei Bänden. Herausgegeben von Paul Landau. Berlin 1909, verlegt bei Paul Cassirer. 254 Seiten und 207 Seiten.

Über dem literarischen Erbe Georg Büchners hat von jeher ein seltsamer Unstern gewaltet. Einer Sammlung seiner Schriften, die Gutzkow gleich nach dem Tode Büchners plante, widersetzte sich die Familie, und als der Bruder Ludwig im Jahre 1850 die Ehrenschuld abtrug, gab er gerade die beiden Arbeiten, an die sich vornehmlich das Andenken Georg Büchners knüpft, den „Hessischen Landboten" und „Dantons Tod", in arg verstümmelter Form heraus.

Möglich, daß sie zur Zeit, wo die Gegenrevolution in ihrer Sünden Blüte stand, nicht anders herauszubringen waren. Aber als nun in des neudeutschen Reiches Herrlichkeit die Verlagshandlung eine vollständige Ausgabe plante und mit ihrer Besorgung K. E. Franzos beauftragte, jagte das Sozialistengesetz diesem

Braven einen solchen Schreck ein, daß er seine Einleitung mitten im Satze abbrach und der Verlagshandlung allein das Risiko der Veröffentlichung überließ, das sie denn auch in einem „Vorbericht“ übernahm.

Gegen diese Ausgabe ist die neueste, die Herr Paul Landau besorgt hat, nun wieder ein Rückschritt. Sie stützt sich im wesentlichen auf Franzos, bringt aber nicht nur weniger, wenn auch das, was sie fortläßt, nicht allzu wichtig ist, sondern potenziert dessen Hauptfehler, nämlich die — wenn der Ausdruck gestattet ist — Verbelletristung des Revolutionärs Büchner. Lessings Wort: „Welcher dramatische Dichter aus allen Zeiten und Nationen hätte in seinem vierundzwanzigsten Jahre sterben können, ohne die Kritik über seine wahren Talente zweifelhaft zu lassen“, ist für Herrn Landau nicht geschrieben. Büchners poetische Bruchstücke sind nur an Shakespeare und Byron, Goethe und Schiller zu messen; Büchner war „ein viel reicherer Geist“ als Hebbel und enthält im Keime schon die Hauptmann, Holz und Schlaf.

In seltsamem Widerspruch mit dieser ästhetischen Verstiegenheit, die sich schließlich in die banalsten Phrasen auflöst, oder vielmehr in holdem Einklang mit ihr steht das langweilig-triviale Gerede über Büchners revolutionäre Tätigkeit. Doch hat es keinen Zweck, dabei zu verweilen.

So ist die von Franzos besorgte Ausgabe von Büchners Schriften noch die verhältnismäßig beste.

Cesare Castelli, **Das dritte Rom.** Übersetzung von Stefania Goldenring. Berlin 1910, Verlag Kontinent. 405 Seiten.

Der Roman, dessen italienische Ausgabe schon vor mehreren Jahren erschienen ist, gibt ein Kulturbild Roms während der letzten zwei Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts. Zunächst zeigt Castelli das der Baukrise und dem großen Bankkrach zusteuernde Rom, die Zeit des Gründerwahnsinns, in der man die Stadt gewaltsam nach allen Richtungen auszudehnen strebte und überall Riesenbauten errichtete, als ob sie mit einem Schlage zur Millionenstadt werden sollte. Wir sehen jene Periode erstehen, in der Rom aus allen Teilen Italiens Arbeitskräfte an sich zog, ohne sie zu assimilieren, so daß sein Straßenbild den buntesten Wirrwarr der Landestrachten bot und das wirtschaftliche Leben jenen schnellen Pulsschlag aufwies, den das Hasten nach leicht erworbenem Reichtum in den oberen, der schwere verzweifelte Kampf ums tägliche Brot in den unteren Schichten auslöst. Dann zeigt der Autor den Augenblick, wo das ganze fieberhafte Getriebe ins Stocken gerät: die Zukunft, von der man die Verwertung der zahllosen Neubauten erwartete, läßt sich nicht herbeizaubern; die Zahlungsverpflichtungen der Stunde leiden keinen Aufschub; das Kapital, das die Verheißung eines Riesenprofits angezogen hatte, wird stutzig und zieht sich zurück. Große Baufirmen brechen zusammen und reißen die kleineren in ihren Ruin mit. Eine ungeheure Entmutigung lagert sich über die ganze Stadt.

Der zweite Teil führt unter verändertem Namen den Fall der Banca Romana vor. Falsche Spekulationen und die von der Baukrise herrührende Überlastung mit nicht zu verkaufenden Grundstücken bringen die Hypothekenbank, in die der Vatikan zu der Zeit, wo sie die höchsten Profite versprach, 20 Millionen gesteckt hat, an den Rand des Abgrundes. Ein Humbugprojekt, das riesige Wasserkräfte nach Rom ziehen soll, soll die Regierung zur Sicherstellung von 100 Millionen, die die Bank emittieren will, veranlassen: die Bestechung bearbeitet Presse und Parlament, und der Vatikan zahlt, um seine wankenden Kapitalien zu retten. Ein Geschäftsgegner des Bankdirektors enthüllt den Schwindel in zwölfter Stunde, und das ganze von der Spekulation gebaute Kartenhaus des Wohlstandes und Reichtums bricht kläglich zusammen.

Diese Ereignisse bilden den Hintergrund für die Lebensgeschichte einer Familie, an die sich, mehr oder weniger lose verknüpft, Episoden aus dem Großstadttreiben anreihen. Paolo Santi ist Bauunternehmer, und wir lernen ihn als reichen Self-

mademan kennen, hart gegen die Arbeiter und hart gegen sich selbst. Die Baukrise macht ihn zum Bettler, aber ein Neffe, den er in seinem Hause erzieht, sichert durch seine Arbeit seiner Adoptivfamilie eine bescheidene Existenz. Der junge Mann wird zum Militär einberufen, und die Familie lebt nun kümmerlich von der Arbeit der einzigen Tochter Ida, die in der Familie des Direktors der Hypothekenbank Gesellschafterin ist. Die Not führt Paolo Santi unter jenes unterirdische großstädtische Lumpenpack, das in den Spielhöllen, auf den Rennplätzen und unter allem erdenkbaren physischen und moralischen Schmutz sein Leben fristet. Er sinkt von Stufe zu Stufe und wird schließlich ein Säufer, der seine Frau mißhandelt und sein Kind ausbeutet. Ein gütiges Geschick läßt die Mutter wegsterben, ehe es zum Äußersten kommt. Mario, der Neffe, der heimlich mit Ida verlobt ist, kommt auf Urlaub vom Militär, und seine Braut klagt ihm, daß ein Neffe der Dame, bei der sie in Stellung ist, ein Kavallerieoffizier, sie mit Liebesanträgen verfolge. Der Soldat hört diesen Offizier im Café zynisch über sein Mädchen sprechen und fällt in blinder Wut über ihn her. Es folgt ein Militärprozeß, bei dem kein Zeuge Marios zugelassen wird und der mit der Verurteilung des als „Anarchisten" angesehenen Soldaten zu drei Jahren Gefängnis endet. Ida verläßt ihre Stelle, gerät in äußerste Not, der sie sich durch Selbstmord zu entziehen sucht. Gerettet, sucht sie bei ihrem Vater Schutz und fällt, als dieser sie brutal fortweist, demselben Manne zum Opfer, der ihren Bräutigam zugrunde gerichtet hat. Schließlich endet sie durch Selbstmord, den sie gemeinsam mit Mario begeht, der aus dem Militärgefängnis entflohen ist. Der betrunkene Vater, der schon so weit gekommen war, von der Schande seiner Tochter zu leben, schläft seinen Rausch vor dem Zimmer aus, in dem das junge Mädchen mit dem Manne ihrer Liebe sich den Tod gibt.

In dem Buche, das an Milieuschilderung reich ist, fehlt jede psychologische Ausschattierung der Persönlichkeiten. In der Entwicklung finden sich Sprünge, die wohl schwerlich bei einer das Innenleben berücksichtigenden Behandlung überbrückt worden wären: mir wenigstens erscheint es eine psychologische Unmöglichkeit, daß sich ein Mädchen wie Ida unter den geschilderten Umständen einem Manne hingibt, den sie verabscheut. Aber das Buch will in großen Zügen das Leben des dritten Rom zeichnen, und die einzelnen Lebensschicksale sind nur die Fäden, auf die die wechselnden Bilder aufgereiht sind. An Milieuschilderungen sind besonders einige Elendsepisoden aus dem Agro Romano durch ihre Lebhaftigkeit und Plastik bemerkenswert. Wer Rom kennt oder kennen lernen will, wird in dem anregend geschriebenen Buche viele Elemente finden, die ihm das Leben der „ewigen Stadt" näher rücken und viele seiner Anomalien aus der jüngsten, noch nicht Geschichte gewordenen Vergangenheit verständlich machen.

Was die Übersetzung betrifft, so trägt sie durchaus den Charakter des durch Grammatik und Wörterbuch, nicht durch den lebendigen Gebrauch erlernten Italienisch. So ist Giovane mit Jüngling übersetzt. Der Agro Romano gar, für den dies Wort beibehalten werden mußte, mit Romanischer Acker. Das Wort Firma, gleich Unterschrift, mit Firma; das Wort Palast finden wir immer wieder falsch angewendet und ähnliches mehr. Die Sprache ist korrekt und im ganzen frei von Unarten, aber auch frei von Eigenart. Oda Olberg.

John Henry Mackay, **Max Stirner. Sein Leben und sein Werk.** Mit vier Abbildungen, mehreren Faksimiles und einem Anhang. Zweite, durchgesehene und um eine Nachschrift: Die Stirner-Forschung der Jahre 1898 bis 1909 vermehrte Auflage. Treptow bei Berlin 1910, Bernhard Zacks Verlag. 298 Seiten. Preis 6 Mark, gebunden 7 Mark.

Die erste Auflage dieses Buches erschien vor etwa zehn Jahren und ist damals von Bernstein an dieser Stelle besprochen worden: mit lebhafter Anerkennung des Fleißes und der Sorgfalt, die der Verfasser an seine Aufgabe gesetzt hat, aber auch mit nicht minder lebhaftem, kritischem Vorbehalte gegen seine Ergebnisse.

Seitdem hat Stirner eine Art Wiederauferstehung erlebt, was sich namentlich durch die zehn Übersetzungen seines Werkes in sieben Sprachen bekundet; es ist je einmal ins Dänische, Englische, Holländische und Italienische, je zweimal ins Französische, Russische und Spanische übertragen worden; auch hat es manche neue Beleuchtung erfahren, unter anderem hat Herr Viktor Basch, Professor an der französischen Universität Rennes, eine umfassende Arbeit über Stirner als Vater des individuellen Anarchismus veröffentlicht.

Die Ankündigung, daß Herr Mackay die zweite Auflage seiner Biographie um eine Nachschrift über „Die Stirner-Forschung der Jahre 1898 bis 1909" vermehrt habe, veranlaßte uns, auch diese zweite Auflage durchzusehen, in der Annahme, daß es sich dabei um eine kritische Übersicht dessen handle, was im letzten Jahrzehnt über Stirner veröffentlicht worden ist. Allein diese Annahme erwies sich leider als eine Täuschung. Für Herrn Mackay ist Stirner der ragende Genius, mit dessen „tieferer Auffassung" die profane Menschheit einstweilen noch genug zu tun hat, so daß alle Versuche, ihn kritisch zu würdigen — mit einem Lieblingsausdruck Mackays —, „keiner ernsthaften Erwähnung wert" sind. Der einzige „ernsthafte" Versuch, Stirners Herrlichkeit zu ergründen, ist von Viktor Basch gemacht worden, aber er ist „nicht durchweg gelungen"; er ist auch nur erst ein „Versuch", noch keine „Ergründung".

Die Kritik Stirners aber durch Marx und Engels, die vor einigen Jahren in den „Dokumenten des Sozialismus" veröffentlicht wurde, ist „sicherlich das Äußerste an alberner und leerer Wortspielerei, was die dialektischen Kämpfe seinerzeit hervorgebracht" haben.

Zu diskutieren ist also mit Herrn Mackay über Stirner nicht; er verlangt gläubige Anbetung, und insofern ist es auch ganz konsequent, daß er selbst die Gründe, die ihn veranlassen, in Stirner den erhabensten Denker aller Zeiten zu verkünden, im Schrein seines Busens verbirgt. Glauben und Wissen verträgt sich ja nicht miteinander. Unter „Stirner-Forschung" versteht Herr Mackay nur die Aufdeckung der Spuren, die der Heiland auf Erden hinterlassen hat. Deren hat er in seiner zweiten Auflage einige mehr gefunden als in der ersten, so zum Beispiel daß Stirners Eltern um eines Erbonkels willen von Bayreuth nach Kulm gezogen sind, daß Stirner das Erbe, ein Haus in Kulm, noch vor dem Tode seiner Mutter für deren Todesfall verkauft und darauf eine Anzahlung von tausend Talern erhalten hat, daß Stirner aber vor seiner Mutter gestorben ist, nach deren Tode dann ihre sonstigen Erben, Neffen und Nichten, mit dem Käufer des Hauses in einen Erbschaftsprozeß geraten sind, dessen Akten aufzufinden und zu veröffentlichen wohl das nächste Ziel der „Stirner-Forschung" sein wird. Einstweilen entschädigt uns Herr Mackay durch drei Stammbäume, von Stirners Vater, von seiner Mutter und endlich von seinem Stiefvater, was sicherlich, um die Einzigkeit des Einzigen zu erhärten, notwendig war, da die Evangelien nur zwei Stammbäume Jesu enthalten, und obendrein beide nur von väterlicher Seite her.

Es tut uns leid, kein günstigeres Urteil über diese zweite Auflage fällen zu können, da die mühsame Arbeit, die Herr Mackay an seine Aufgabe setzt, bei alledem etwas sehr Sympathisches hat. Aber wir haben darin nichts anderes, für die Geschichte der Philosophie Bewerkenswertes gefunden, als etwa die kleine Notiz, daß jener Szeliga, der eine Zeitlang unter den Berliner Junghegelianern spukte und von Marx in der „Heiligen Familie" als philosophischer Ausleger Eugen Sues verspottet worden ist, Zychlinski hieß und im Jahre 1900 als General der Infanterie in Berlin gestorben ist.

Sammlung kulturgeschichtlicher Publikationen. I. Das galante Preußen gegen das Ende des achtzehnten Jahrhunderts. Sammlung kulturgeschichtlich wertvoller Teile aus selten gewordenen Pamphleten und Satiren. Ausgewählt, sowie mit Anmerkungen, Einleitung und Bibliographie versehen von Artur Schurig.

Mit 6 Porträts und Bildern und einer Beilage. Berlin und Leipzig 1910, Verlagsgesellschaft Berlin. 322 Seiten. Preis 20 Mark.

Der opulent ausgestattete Band ist „als Privatdruck" hergestellt und soll „ausschließlich für einen wissenschaftlich interessierten Leserkreis" bestimmt sein. Er zerfällt in drei Abschnitte, von denen der erste sich mit der Gräfin Lichtenau, der berufensten Mätresse des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II., der zweite mit einer „ganz besonders exquisiten historischen Persönlichkeit" beschäftigt, der Madame Schuwitz, „der einzigen Bordellwirtin, der es, seitdem die sündhafte schöne Welt besteht, gelungen ist, die Unsterblichkeit zu erlangen", der dritte endlich an der Hand zeitgenössischer Zeugnisse ein anschauliches Bild von den sittlichen Zuständen in Berlin gegen das Ende des achtzehnten Jahrhunderts geben soll.

Der Herausgeber sagt selbst, daß kaum eines der Pamphlete, aus denen er Bruchstücke mitteilt, literaturgeschichtlichen oder künstlerischen Wert beanspruchen dürfe; die preußische Satire sei geistlos und plump, namentlich im Vergleich mit der ähnlichen gleichzeitigen Literatur in Frankreich. Das ist unbedingt richtig. Aber wenn er hinzufügt, daß ihr kulturgeschichtlicher Wert dadurch steige und sie um so besser den Geist der Zeit kennzeichne, so ist das freilich auch richtig, aber er hat des Guten oder des Schlechten allzuviel getan, indem er diesen widerlichen Schmutz in eintöniger Breite auseinanderstreut.

Das Beste an dem Bande ist die sorgfältige Bibliographie der damaligen Pamphletliteratur, die „wissenschaftlich interessierten Kreisen" ein bescheidenes Hilfsmittel sein mag. Irgend einen Versuch, selbst seinen Gegenstand „wissenschaftlich" zu behandeln, was wenigstens beim ersten und namentlich beim dritten Abschnitt des Bandes möglich gewesen wäre, macht der Herausgeber nicht. Mit der Lichtenau steht es ähnlich wie mit der Pompadour; beide verdanken ihren bösen Ruf nicht sowohl ihren Sünden, als vielmehr dem „niedrigen Stande", worin sie geboren waren. Die ekelhaften Pamphlete auf die Lichtenau hatten ihren ekelhaften Ursprung in dem Neide des Adels auf den Einbruch der „Rotüre" in sein altes einträgliches Privileg, die Dirnen der Fürsten zu stellen, einem Neide, der um so zehrender wurde, als der wiederholte Versuch der uckermärkischen Granden, die Lichtenau durch Mätressen aus ihrer eigenen Mitte zu verdrängen, eine Gräfin Voß, eine Gräfin Dönhoff usw., stets scheiterte. Ähnlich wie die Pompadour war die Lichtenau ihres plebejischen Ursprunges nie ganz uneingedenk; wenn die Pompadour die Enzyklopädie vor dem Scheiterhaufen schützte, so verhöhnte die Lichtenau ihrem königlichen Galan ins Gesicht die Rosenkreuzerei, durch die ihn die Junker verdummten.

Am ärgsten versah es die Lichtenau aber, indem sie dem Junkertum die Preise verdarb, also den kitzlichsten Punkt der Junkerehre unsanft berührte. Sie hat sich nie von fremden Mächten bestechen lassen und sich auch nie an dem polnischen Güterraube beteiligt, den das Junkertum, selbst der nationale Held Blücher betrieb. Friedrich v. Coelln, der hervorragendste der Pamphletisten, die nach der Niederlage von 1806 auftraten, schreibt über die Lichtenau: „Den König hat sie nie zu großen Ausgaben verleitet, und was sie erhielt, war wahrlich für einen königlichen Verschwender, der hundert Millionen aus dem Fenster geworfen hat, eine Bagatelle. Einige Güter in der Mark, ein paarmal hunderttausend Taler Juwelen, und fünfmalhunderttausend Taler, um die sie der Minister Struensee geprellt hat, waren das Ganze." Über diesen unlauteren Wettbewerb ergrimmten die Junker und ließen die Lichtenau durch ihre literarischen Soldknechte mit Pamphleten überschütten, von deren bodenloser Gemeinheit man sich aus der Sammlung des Herrn Schurig überzeugen kann.

Unter dem eben angedeuteten Gesichtspunkt mögen diese Dokumente einen gewissen kulturgeschichtlichen Wert haben, aber ihr Herausgeber hat davon keine Ahnung; er denkt nicht daran, dem Leser einen orientierenden Weg durch den Sumpf zu bahnen, durch den zu wandern schließlich auch für robuste Nerven un-

erträglich wird. Was von dem ersten Abschnitt gilt, das gilt auch für die beiden anderen, doch können wir darauf nicht näher eingehen. Nur sei noch bemerkt, daß man das Kapitel über die Madame Schuwitz ungleich fesselnder und würdiger in dem Roman von Wilibald Alexis: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, lesen kann, woher beiläufig Otto Erich Hartleben seine Erzählung vom Gastfreien Pastor entnommen hat.

Lose Blätter.

Von Hamburg nach Neapel. Als Schiller vor mehr als hundert Jahren dichtete: „Die Welt ist vollkommen überall, Wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual", ahnte er wenig, wie herrlich das kapitalistische Zeitalter dies Wort erfüllen würde. Vor der Qual des Kapitalismus rettet weder das Hochgebirge mehr, noch das Weltmeer.

In einem furchtbaren Schneesturm, der auf den Höhen des Montblanc tobte, erbrachen einige Bergsteiger, um dem sonst sicheren Tode zu entgehen, das Observatorium, das sich ein Pariser Professor auf dem Gipfel des höchsten Alpenberges eingerichtet hat. Sie verbrauchten einige Lebensmittel und ein wenig Heizungsmaterial, verschlossen das Gebäude aber wieder sorgfältig, nachdem sie ein Protokoll hinterlassen hatten, worin sie die Gründe ihres Einbruchs darlegten und sich zu jedem Schadenersatz erboten. Ein gleiches Protokoll legten sie bei der Behörde nieder, als sie ins Tal von Chamonix zurückgekehrt waren, und ein drittes Exemplar sandten sie an den Pariser Professor, worin sie dringend seine Verzeihung erbaten. Gleichwohl denunzierte sie dieser fanatische Vorkämpfer des heiligen Eigentums wegen Einbruchsdiebstahls und fand auch wirklich einen Staatsanwalt — wofür fände sich kein Staatsanwalt? —, der die angeblichen Einbrecher als solche anklagte. Glücklicherweise gelangte der Fall vor französische und nicht vor deutsche Gerichte und endete mit der Freisprechung der Angeklagten.



So auch schwingt der Kapitalismus sein Zepter über die See. Wie unendlich sind die Zauber des Meeres, die man vom Strande doch nicht völlig genießen kann! Erst auf dem Meere lernt man das Meer kennen: vom ersten Morgensonnenstrahl, der über die aufschauernde Wasserwüste gleitet, bis die Sterne am Himmel aufziehen und in der weißen Furche, die das Schiff durch die dunkle Fläche zieht, phosphorische Funken aufleuchten. In jeder Stunde des Tages ein neues Bild, und wie unendlich die Farbenspiele in Luft und Wasser wechseln mögen, immer sind sie schön, und niemals kann man sich satt an ihnen sehen. Der Weg des Schiffes allein — oben wie weiße, kunstvoll gesponnene Spitzenschleier, darunter aber die blaugrünen Farben des Gletschereises wie verzauberte Kunde von den Wundern der Tiefe. Wenn die Sonne sich hinter Wolken birgt, jedoch ihre Strahlen am Horizont ungehindert das Meer erreichen, glänzt es in der Ferne wie geschmolzenes Silber; bei klarem Wetter verklärt sich die wogende Flut zum feinsten und reichsten Blau. Dann liegt der weite Spiegel wie schlummernd im tiefsten Frieden, bis sich eine frische Brise erhebt, die Wellen mit weißem Schaume sich krönen und unaufhaltsam, unaufhörlich herandrängen wie die flatternden Fähnlein stürmender Geschwader. Und wie sie sich tiefer und tiefer aufwühlen, werfen sie jede lichte Farbe ab und pochen in grauem Gewand an die Wände des Schiffes, wie die Hand der Sorge an die Tür der Menschen klopft. Was sich dem Sonnenauge eines Goethe einst an den dünnen Fäden des Staubbachs bei Lauterbrunnen enthüllte, das drängt sich auch dem Menschen, der kein Sonntagskind ist, auf dem Ozean mit bannender Macht auf: Seele des Menschen, wie gleichst du dem Wasser! Schicksal des Menschen, wie gleichst du dem Wind!

Aber das Schiff selbst ist nur ein Mikrokosmos der kapitalistischen Gesellschaft: von der Bequemlichkeit und Üppigkeit und selbst dem gespreizten Luxus der

Promenadendecks bis zu dem traurigen Lose der Heizer und Kohlenzieher in den unteren Regionen. Im engen Raume zeigen sich die Klassengegensätze nur um so schroffer, auch wenn sie durch keine äußere Scheidewand getrennt sind. Wie jammervoll ist die Lage der Stewards auch auf den Reichspostdampfern, wo sie bei sechzehn- oder achtzehnstündiger Arbeitszeit gar nicht oder so ungenügend entlohnt werden, daß sie im wesentlichen auf die Almosen der Passagiere angewiesen sind, dabei aber für allen Bruch und sonstigen Schaden des Materials aufkommen müssen, der bei der riesigen Gläser- und Tellerwirtschaft eines großen Dampfers, in der schon ein unerwarteter Windstoß die größten Verheerungen anrichten kann, natürlich nicht gering ist. Selbstverständlich soll das nicht vom Standpunkt des Philisters aus gesagt sein, der bei allem Abscheu vor Prinzipien sich doch krampfhaft an das „Prinzip" klammert, keine oder möglichst schäbige Trinkgelder zu zahlen; es wäre nicht der Rede wert, davon zu reden, wenn es sich nur darum handeln würde, daß Leute, die in der glücklichen Lage sind, eine Erholungs- oder Vergnügungsreise zu machen, einen Bruchteil ihres Reisegeldes armen Mitmenschen opfern sollen, die sich bis aufs Blut plagen müssen, um ihnen das Reisen angenehm zu machen.

Das Entwürdigende und Erniedrigende dieses Trinkgelderunfugs liegt nicht auf Seite der Geber, sondern der Empfänger, die auf Gnade angewiesen sind, wo sie ein Recht haben, zu fordern, und die dabei allen demoralisierenden Wirkungen unterliegen, welche mit der völligen Unsicherheit des Einkommens verbunden zu sein pflegen. Bei dem verwickelten Trinkgeldersystem, wie es sich an Bord der Reichspostdampfer ausgebildet hat, ist auch der gutwillige Trinkgeldgeber nicht immer in der Lage, zu entscheiden, ob er jedem gibt, was jedem nach seiner Arbeitsleistung zukommt, wenn er sich zum Abschied mit den Bade-, den Deck-, den Salon-, den Kabinen-, den Musik-, den Speisezimmer-, den Rauchzimmer- und welchen Stewards sonst noch freundschaftlich auseinanderzusetzen hat.

Die Reichspostdampfer der Wörmanlinie brauchen für die Fahrt von Hamburg nach Neapel sechzehn Tage, von welcher Zeit ein großer Teil für den Aufenthalt in den Häfen abgeht: in Rotterdam, Southampton, Lissabon, Tanger und Marseille. Der Lärm des Aus- und Einladens, der den ganzen Tag über und manchmal auch durch die Nacht währt, macht dann das Leben auf dem Schiffe mehr oder weniger unerträglich, während die Zeit doch nicht ausreicht für halbwegs ergiebige Ausflüge ins Land. Am einfachsten ist die Sache in Rotterdam, von wo man nur einen Katzensprung hat zur Galerie des Haags mit ihren herrlichen Potters und Rembrandts; am schwierigsten in Lissabon, wo deutsche Reisende gemeiniglich durch die Unkenntnis der portugiesischen Sprache auf Schritt und Tritt behindert sind und sich anfangs schwer in die seltsame Währung finden (1000 Reis gleich 4,50 Mark). Man tut aber klüger daran, sich auf eigene Faust durchzuschlagen — denn schließlich spricht das Portemonnaie alle Sprachen —, als sich den Herdenausflügen anzuschließen, die von den Dampferagenturen zur Unterhaltung der Passagiere veranstaltet zu werden pflegen, und die nicht nur viel langweiliger, sondern auch viel kostspieliger sind. Ihr Knalleffekt ist ein angebliches Maurenschloß in Zintra und danach ein Stiergefecht in Lissabon; das eine wie das andere kann jedoch nur als Talmiware gelten. Das angebliche Maurenschloß ist eine kümmerliche Imitation aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts, und das Stiergefecht würde ein dummer Humbug sein, wenn es schließlich nicht doch eine widerliche Tierquälerei wäre. Die Stiere sind wehrlos gemacht und können weder Mensch noch Pferd töten; dafür kommen auch sie mit dem Leben davon, aber durch die Pfeile mit Widerhaken, die ihnen die sogenannten Stierkämpfer in den Nacken zu stoßen bemüht sind, werden sie arg mißhandelt. Sie sind denn auch nichts weniger als kampflustig, sondern suchen möglichst schnell vom Kampfplatz zu entkommen, wodurch sie immerhin den für sie günstigen Eindruck hervorrufen, als seien sie die einzigen vernünftigen Wesen in der tobenden Arena.

Lissabon ist gewissermaßen der Ausgangspunkt der modernen Touristik geworden, seitdem Byron seinen Childe Harold mit der Schilderung der Stadt eröffnete:

> Lisboa, welche Reiz' entfaltet sie!
> Wie schwimmt ihr Bild in jener stolzen Flut,
> Der einst die Sag' ein goldnes Bett verlieh!

Ohne gerade hervorragende Bauwerke zu besitzen, mit der einen, freilich großartigen Ausnahme des Klosters Betlem, wo die beiden berühmtesten Portugiesen, Camoëns und Vasco de Gama, ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, ist Lissabon reich an herrlichen Blicken, und so auch muß man die königlichen Schlösser aus Zintra wegstreichen, um den vollen Reiz dieser Landschaft zu empfinden, wie ihn Byron empfand:

> Der graue Korkwald, der die Schlucht umzäunt,
> Die Klostermauern, die vom Felsen scheinen,
> Der Berge Moos, vom Himmelsbrand gebräunt,
> Die Kluft, wo sonnenlose Sträucher weinen,
> Der Schimmer goldner Frücht' in grünsten Heinen,
> Der wellenlosen Bucht azurnes Blau,
> Der Gießbach, der ins Tal springt von den Steinen,
> Die Rebe droben, unten Weidengrau —
> All diese Pracht verschmilzt zu einer Wunderschau.

Von Lissabon nach Tanger fährt der Dampfer einen Tag, und hier verweilt er einige Stunden auf der Reede, die von den Passagieren benutzt zu werden pflegen, sich ans Land rudern zu lassen. Die Stadt liegt malerisch am Abhang eines kahlen Kalkgebirges und bietet in ihrer engen, aber vom regsten Handelsverkehr durchfluteten Hauptstraße ein ungemein fesselndes Bild der allerverschiedensten Volkstypen: beturbante Araber, vermummte Maurinnen, Juden in Kaftan und gelben Pantoffeln, Neger, Wasserträger mit klappernden Trinkgefäßen und mancherlei anderes Volk drängen sich durcheinander. Es versteht sich, daß die Passagiere, die auf einige Stunden ans Land kommen, von dem Völkchen als willkommenes Strandgut betrachtet werden. Manche wissen deutsch zu radebrechen, und alle bekunden eine besondere Vorliebe für deutsche Münze, im Gegensatz zur französischen, was den deutschen Patriotismus angenehm kitzelt, aber seinen profanen Grund darin hat, daß eine Mark — mit Kupfer und Nickel befassen sich die stolzen Söhne des Propheten überhaupt nicht — um ein Fünftel mehr gilt als der Frank. Sehr nett ist auch der sogenannte „Harem des Pascha", eine verfallene Baracke, etwas entfernt von der Stadt, mit ein paar geputzten Dämchen garniert, zugänglich für jedes ungläubige Weiblein gegen eine Mark bar, worauf sie auch alle gläubig genug hineinfallen.

So schön aber das Panorama der Häfen von Lissabon, Tanger und Marseille sein mag, so werden sie alle weit übertroffen durch den Golf von Neapel. Und wie sich dem Nordländer in ihm erst alle höchsten Reize der italienischen Natur erschließen, so ist Neapel auch die am meisten italienische Stadt geblieben, der gegenüber Venedig, Florenz und Rom fast schon als internationale Karawansereien erscheinen. Freilich hat auch Neapel schon beträchtliche Ansätze zu einer Fremdenstadt gemacht, namentlich in seinen westlichen Stadtteilen, nach dem Positipp zu, und auch im Osten ist schon eine breite Straße, der Corso Umberto, durch das enge Straßengewirr gebrochen, so daß man das alte Neapel in seiner unverfälschten Echtheit eigentlich nur noch in der Gegend um die Piazza del Mercato findet, wo Konradins Haupt unterm Beile fiel und der Aufstand Masaniellos ausbrach. Aber dennoch hat sich Neapel und seine Bevölkerung einen durchaus eigenartigen Charakter bewahrt.

Und zwar, wenn man den Reisehandbüchern und denen, die ihnen nachplappern, glauben will, einen nicht durchaus empfehlenswerten. Die Faulheit der Lazzaroni,

ihre Bettelei, die Gaunerei mit falschem Gelde, die Unvermeidlichkeit, trotz aller Vorsicht geprellt zu werden — alles das und ähnliches betet eines dem andern nach, während im Grunde nichts davon wahr oder das Wenige, was daran wahr sein mag, unendlich übertrieben ist. Falsches Geld kursiert in Italien nicht mehr als anderswo, nur daß man sich, wenn man die Augen offen hat, viel leichter davor schützen kann. Es handelt sich wesentlich nicht um falsches, sondern außer Kurs gesetztes Geld, um geringe Kupfermünzen aus den Tagen der bourbonischen oder päpstlichen Herrschaft, oder um an sich vollwertige französische Zehncentimes- oder schweizerische Zwanzigcentimesstücke, die in Italien nicht als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Meistens geht das „falsche Geld" unbesehen von Hand zu Hand, aber wenn es dann einmal in der Hand eines Fremden von einem Einheimischen zurückgewiesen wird, so ist der Lärm da.

Ähnlich steht es mit der Prellerei, der man in Neapel nicht mehr oder gar weniger ausgesetzt ist als in Berlin oder Hamburg. Als wir vom Hamburger Bahnhof zum Hafen fuhren, mit ein paar leichten Handkoffern, in etwa zwanzig Minuten, forderte der Droschkenkutscher 5 Mark und wurde sackgrob, als wir einen leisen Zweifel an der tarifmäßigen Berechnung dieser Forderung äußerten, so daß wir uns nur durch die schleunigste Befriedigung seiner Wünsche retten konnten. In Neapel überfordert zunächst zwar auch jeder Droschkenkutscher, aber einmal in ungleich bescheideneren Grenzen, und dann — wenn er sieht, daß er mit einem Pratico zu tun hat, so ist es ein wahres Vergnügen, mit ihm zu schachern, bis der Tarif anerkannt und mit ein paar Soldi Trinkgeld Friede geschlossen und Freundschaft verbürgt wird. In den Hotels und Pensionen Neapels lebt man, unter der Voraussetzung gleicher Preise, angenehmer, bequemer und reichlicher, als in den Pensionen des Harzes oder des Schwarzwaldes; was aber in italienischen Herbergen an Prellerei vorkommen mag, reicht nicht entfernt auch nur an die greuliche und noch dazu gesundheitsgefährliche Prellerei heran, die in einer Unzahl von deutschen Gasthöfen mit dem Wein getrieben wird.

Es ist nicht ohne Interesse, daß schon Goethe dieses deutsche Pharisäertum bekämpft hat, das sich in den Reisehandbüchern seiner Zeit eben so breit machte wie in den heutigen. Vor allem wandte er sich gegen das Märchen von den vielen tausend Faulenzern, die in Neapel herumlungern sollen, und wies bis ins einzelne hinein nach, daß und wie die angeblichen Faulenzer tätig seien. Diese Tatsache, meinte er, würde noch klarer hervortreten, wenn jemand ein ausführlicheres Gemälde von Neapel zu schreiben unternehmen sollte, wozu denn freilich kein geringes Talent und manches Jahr Beobachtung erforderlich sein würde. „Man würde alsdann im ganzen vielleicht bemerken, daß der sogenannte Lazzarone nicht um ein Haar breit untätiger ist als alle übrigen Klassen, zugleich aber auch wahrnehmen, daß alle in ihrer Art nicht arbeiten, um bloß zu leben, sondern um zu genießen, und daß sie sogar bei der Arbeit des Lebens froh werden wollen.... Man bemerkt bei dem geringen Volke in Neapel wie bei frohen Kindern, denen man etwas aufträgt, daß sie zwar ihr Geschäft verrichten, aber auch zugleich einen Scherz aus dem Geschäft machen." Aus diesen Worten Goethes erklärt sich auch, weshalb es selbst ihm nicht gelungen ist, das Vorurteil gegen das neapolitanische Volksleben auszurotten, weshalb sich dies Vorurteil vielmehr um so fester eingewurzelt hat. Denn wenn man zu Goethes Zeit wenigstens noch arbeitete, um zu leben, so darf der moderne Arbeiter nach dem strengen Dogma des Kapitalismus überhaupt nur leben, um zu arbeiten, und arbeiten, um zu genießen, ist die oberste aller Todsünden.

Es ist dieser sonnige Charakter des Volkes, fast mehr noch als die sonnige Natur, der das Leben in Italien für den Nordländer so frei, so glücklich, so leicht macht, und der dem alten Goethe den Seufzer erpreßte, seit seiner Heimkehr aus Rom habe er keinen glücklichen Tag mehr gesehen.

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.



2. Band Nr. 39 Ausgegeben am 24. Juni 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Aussichten.

✗ Berlin, 18. Juni 1910.

Die Wahl in Usedom-Wollin ist gestern erfolgt und hat der Partei einen neuen Sieg eingetragen. Inwieweit sie ihn fortschrittlicher Stichwahlhilfe zu danken hat, wird sich erst mit einiger Sicherheit sagen lassen, wenn die Stimmenverhältnisse aus den einzelnen Wahlbezirken vorliegen; soweit sich die Sache heute schon übersehen läßt, scheinen die fortschrittlichen Wähler etwa zur Hälfte für den junkerlichen, zur Hälfte für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt zu haben. Die Fortschrittliche Volkspartei hätte sich dann gelähmt und die sozialdemokratische Partei aus eigener Kraft den Sieg über das Junkertum erfochten.

Offiziell hat die Fortschrittliche Volkspartei die alte, schon von Eugen Richter eingeführte Taktik beobachtet, ihren Wählern die Stimmabgabe freizugeben. So haben die fortschrittlichen Vereine des Wahlkreises Usedom-Wollin beschlossen, nachdem ihr eigener Kandidat versucht hatte, sie zur Abstimmung für den Junker zu verleiten, und die Berliner Parteileitung hat es abgelehnt, einzugreifen, da sie dazu kein statutenmäßiges Recht habe. Dies statutenmäßige Recht ist nun freilich gerade bei der Einigung der drei freisinnigen Fraktionen ausgeschlossen worden, um die Parteileitung der politischen Verantwortlichkeit für Fälle wie den vorliegenden zu entheben. Es ist so, als wenn ein Mensch, um nicht Holz hacken zu müssen, sich die Hand abhaut, und wenn er nun doch Holz hacken soll, voll sittlicher Entrüstung oder tragischer Resignation ausruft: Wie kann ich arbeiten, da mir die Hand fehlt!

Die Taktik selbst zeugt weder von Klugheit noch von Mut, aber immerhin von einer gewissen Pfiffigkeit. Eugen Richter wußte natürlich sehr gut, daß er mit ihr hüben und drüben anstieß, aber er sagte sich: In den Wahlen erhitzen sich in dem scharfen Kampfe zwischen Reaktion und Revolution die Gemüter so, daß sie in den Stichwahlen trotz alledem lieber einem dritten den Sieg gönnen als dem Gegner, mit dem sie eben auf Leben und Tod gerungen

haben. Wenn er dann dafür sorgte, daß die angebliche Freigabe der freisinnigen Stimmen unter hundert Malen neunundneunzigmal den Junkern zugute kam, so war das auch einer ganz pfiffigen und obendrein für die Sozialdemokratie sehr schmeichelhaften Berechnung geschuldet. Er sagte sich: Den Arbeitern geht schließlich ihre Sache über alles, und wenn sie bis zur Unerträglichkeit auf die Hühneraugen getreten werden, so entscheiden sie sich im letzten Augenblick doch immer für das „kleinere Übel", dagegen ist den Junkern in diesem Punkte nicht zu trauen; ärgert man diese rabiate Rasse zu sehr, so schiert sie sich schließlich den Teufel um die heiligsten Güter der Nation und kriegt es fertig, aus Rache am Freisinn einem Sozialdemokraten durchzuhelfen.

Immerhin hatte Eugen Richter eine Art wenn nicht Entschuldigungs-, so doch Erklärungsgrund für diese Stichwahltaktik. Mehr als einmal sind einzelne seiner näheren Parteifreunde, von Reu' und Scham übermannt, mit der Forderung an ihn herangetreten, mit der Bitte, doch endlich auch die Stimme der politischen Ehre und Pflicht zu hören, aber sie erhielten von ihm regelmäßig die Antwort: Und wenn wir die Stichwahlparole für die Sozialdemokratie ausgeben, so laufen unsere Leute auseinander wie die Schafe, in deren Hürde der Wolf bricht. Daran war unstreitig etwas Wahres. Der fortschrittliche Kleinbürger sieht nicht so weit über seine vier Pfähle hinaus, um zu begreifen, daß er in seinem eigenen Interesse handelt, wenn er in der Wahl zwischen einem Junker und einem Arbeiter sich für diesen entscheidet. Innerhalb seiner vier Pfähle aber wird er durch die wachsende Ungebärdigkeit seiner Gesellen und Lehrlinge, seiner Knechte und Mägde, genug der Volksschichten, an deren Ausbeutung er doch auch sein bescheidenes Teil haben will, Tag für Tag viel zu sehr angeärgert, als daß er sich entschließen könnte, für die dreimal vermaledeite Partei zu stimmen, die für ihn die Urheberin aller dieser Ungelegenheiten ist.

Das eigentliche Interesse an der Wahl in Usedom-Wollin lag nun nicht in der Frage, ob die offiziellen Instanzen der Fortschrittlichen Volkspartei an der alten Stichwahltaktik festhalten würden, sondern vielmehr in der Frage, ob sich unter den fortschrittlichen Wählern selbst ein Umschlag zur politischen Vernunft zeigen würde. In jener Beziehung war von vornherein nichts zu erwarten; es wäre ja auch ein naturgeschichtliches Wunder, wenn aus einem Bunde von drei Schwindsuchtskandidaten ein gesunder Mensch entstehen könne. Viel eher ließ sich erwarten, daß die Skorpionen, womit der Schnapsblock die Volksmassen und nicht zuletzt auch das Kleinbürgertum gezüchtigt hat, die braven Spießer aufrütteln würden.

Diese Erwartung hat den Ausfall der Wahl in Usedom-Wollin nicht völlig enttäuscht, aber schließlich doch mehr enttäuscht als erfüllt. Die freisinnigen Wähler sind nicht in hellen Haufen zur Reaktion hinübergelaufen, wie so oft früher in ähnlichen Fällen, aber sie sind ebensowenig mit energischem Ruck nach links abgerückt, sondern haben sich gespalten, womit der Reaktion nicht geschadet und der Sozialdemokratie nicht geholfen wird. Wenn sie es selbst jetzt, wo die Wunden noch frisch bluten, die ihnen der Schnapsblock geschlagen hat, nur zu dieser schwächlichen Politik bringen, dann wird erst recht nichts

zu erwarten sein für die allgemeinen Wahlen des nächsten Jahres. Hingen ihre Aussichten davon ab, daß die bürgerliche Linke sich aufrafft, so wären diese Aussichten sehr trübe, aber zum Glück haben andere Leute darüber zu entscheiden, und die werden es nicht an sich fehlen lassen.

Neben der Wahl in Usedom-Wollin war der Enzyklikarummel und der Notenwechsel zwischen Berlin und Rom das Ereignis dieser Woche. Wenn die gesinnungstüchtige Presse aus der Nachgiebigkeit der römischen Kurie einen großen Erfolg des Reichskanzlers zurechtbasteln möchte, so haben die sozialdemokratischen Tagesblätter dieser tendenziösen Mache mit Recht widersprochen. Aber man würde zu weit gehen, wenn man in dem Verzicht des Vatikans auf die kirchenamtliche Veröffentlichung der Enzyklika in den preußischen Diözesen ein alltägliches Ereignis sehen wollte. Unseres Wissens ist der Vatikan auf den Protest einer protestantischen Regierung hin noch nie so schnell und so weit zurückgewichen; mindestens wenn man sich erinnert, mit wie zäher Hartnäckigkeit er zur Zeit der Kölner Bischofswirren und auch zur Zeit des Kulturkampfes seine Position zu verteidigen wußte, so kann man sich der Tatsache nicht verschließen, daß er in diesem Falle sehr auffallend von seinen alten Überlieferungen abgewichen ist.

Natürlich haben das nicht die diplomatischen Künste des Herrn v. Bethmann Hollweg bewirkt; da ist der Vatikan noch mit ganz anderen Leuten fertig geworden. Ebensowenig oder womöglich noch weniger werden ihm die lärmenden Protestversammlungen imponiert haben, die in Berlin und anderen Orten zum Gaudium derer, die nicht alle werden, abgehalten worden sind. Wenn man die wirklichen Gründe sucht, die die Taktik des Vatikans bestimmt haben, so fällt einem unwillkürlich das geflügelte Wort Lothar Buchers ein, daß heutzutage göttliches Recht, historische Tradition und theologische Phrasen sich zähneknirschend unter eine Position des Tarifs beugen müßten. Mit anderen Worten: Was sich der Vatikan in den dreißiger und selbst in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts noch leisten konnte, das kann er sich heute nicht mehr leisten: er kann nicht, unbekümmert um die Klassenkämpfe der Gegenwart, seine Blitze schleudern, wenn er nicht die Gefahr laufen will, daß sie ihm selbst das Haus überm Kopfe anzünden.

Die Herrschaft des Zentrums in Deutschland ist heute nur noch aufrechtzuerhalten im engen Zusammenhang mit der Existenz des Schnapsblocks; seine Rolle als Vorkämpfer für „Wahrheit, Freiheit und Recht" ist seit der deutschen Reichsfinanzreform und der preußischen Wahlrechtsfrage für immer ausgespielt. Auf sein Bündnis mit den Konservativen aber mußte die Enzyklika wie ein Sprenggeschoß wirken. Nicht als ob die Junker und Pfaffen untereinander sich nicht mit einem Augurenlächeln darüber verständigt hätten, allein die agitatorische Ausnützung der päpstlichen Flüche durch die politischen Gegner der holden Zwillinge hätte eine schwere Gefahr für ihre saubere Freundschaft bedeutet. Die feige Brutalität, womit sie den sozialdemokratischen Rednern in der Debatte des Abgeordnetenhauses über die Enzyklika das Wort abschnitten, war ein beredtes Zeugnis für ihre Angst. Die Enzyklika mußte um jeden Preis aus der Welt geschafft werden, und es sind ohne Zweifel die flehenden Bitten

der deutschen Bischöfe und Zentrumsführer gewesen — in erster Reihe wird Kardinal Kopp als Vermittler genannt —, die den Vatikan bewogen, sich in der für ihn neuen Rolle des Zurückhufens zu üben.

Ein anderer Grund für seine Nachgiebigkeit ist schlechterdings nicht zu finden, und insofern eröffnet der an sich herzlich gleichgültige Zwischenfall ganz erfreuliche Aussichten. Das Zentrum hat Angst; der vielgerühmte Turm bebt in seinen Grundfesten. So gut wird es uns gewiß nicht werden, ihn schon in den nächsten Wahlen zusammenstürzen zu sehen, aber wenn ihm auch nur einige Steine ausgebrochen werden könnten, so wäre damit schon viel gewonnen. Um die Herrschaft einer Partei zu brechen, die äußerlich sehr fest verankert ist, aber die innerlich alle Stützen verloren hat, ist gewöhnlich nur der Anfang schwer.

Das wissen die schlauen Politiker des Zentrums besser als irgend wer, und so läßt das Pater peccavi des Heiligen Vaters auf eine sehr verstörte Stimmung in ihrem Kämmerlein schließen.

Eine neue Strategie.

Von **K. Kautsky**.

(Schluß.)

6. Bedingungen des politischen Massenstreiks.

Die Anschauung, die ich hier entwickle, ist nicht etwa ein Produkt des Bedürfnisses, zu bremsen, das Genossin Luxemburg an mir entdeckt und tadelt. Ich entwickelte diese Anschauung schon vor mehr als sechs Jahren in der „Neuen Zeit" in einer Artikelserie: „Allerhand Revolutionäres", deren dritter Artikel sich speziell mit dem Massenstreik beschäftigte (XXII, 1, S. 685 ff). Der Ausgangspunkt der Artikel bildete auch damals eine Polemik mit einem polnischen Genossen, der mich wegen meiner „Zaghaftigkeit", meines „Bremsens" in der Sache des bewaffneten Aufstands tadelte. Nur gehörte mein damaliger Gegner zur P. P. S. Es scheint mir nicht überflüssig, den Gedankengang jenes Artikels zu wiederholen und jene Punkte herauszuheben und mit einigen Bemerkungen zu versehen, auf die es bei unserer jetzigen Diskussion ankommt.

Ich war schon damals so engherzig und pedantisch, die verschiedenen Arten des Streiks zu unterscheiden und die verschiedenen Bedingungen ihres Erfolges zu untersuchen. Ich fand, daß die Bedingungen des ökonomischen Streiks ganz andere sind als die des politischen.

> „Alle ökonomischen Faktoren, die den Erfolg der Arbeiter begünstigen, bestehen bei einem Massenstreik um so weniger, je mehr er ein allgemeiner, ein Generalstreik wird" (S. 688).

Nichts irriger als die Meinung, der Massenstreik erziele seine Wirkung dadurch, daß er die Kapitalisten aushungere. Sicher leben diese von der Arbeit des Proletariats. Aber nicht sie allein. Die Proletarier selbst leben ebenfalls davon. Und wenn es ans Hungern kommt, trifft das die wenig Bemittelten früher als die Bemittelten.

Nicht die Aushungerung der Besitzenden vermag den Massenstreik zum Erfolg zu führen, sondern nur die Desorganisation der Regierungsgewalt durch die proletarische Organisation. Es ist die letzte und höchste Form des

Kampfes zwischen der auf der Disziplin des selbstlosen Enthusiasmus beruhenden freiwilligen Organisation des Proletariats und der auf der Disziplin des Terrorismus beruhenden Zwangsorganisation des Staates; er wird die entscheidende Kraftprobe zwischen beiden.

Der Massenstreik wirkt dadurch, daß er die Staatsgewalt zu der außerordentlichsten Machtentfaltung zwingt und gleichzeitig ihre Machtmittel möglichst lähmt. Dies bewirkt er schon durch seine Massenhaftigkeit. Er wirkt um so stärker, je mehr die Lohnarbeiterschaft über die anderen arbeitenden Klassen überwiegt und je mehr die gesamte Lohnarbeiterschaft in ihn eintritt; nicht bloß in den Großstädten und den Industriegegenden, sondern auch in abgelegenen Fabrikorten. Besonders wirksam würde er, wenn auch die Landarbeiter auf den großen Gütern in ihn einträten.

Den Ausgangspunkt werden freilich stets die großen Städte bilden müssen — aber eine der Bedingungen seines Erfolges bildet es, daß er von solcher allgemeinen Erregung des Volkes ausgeht und sie so sehr steigert, daß wenige Tage des Bestehens des Streiks hinreichen, ihn auch auf die abgelegenen Gegenden überspringen zu lassen.

Je allgemeiner der Streik, desto verbreiteter und hochgradiger die Befürchtungen der großen Besitzer, der Herren des Staates und der Regierung, für ihr Eigentum und ihr Leben, desto ungestümer rufen sie nach militärischem Schutz. Nun soll plötzlich jedes Herrenhaus, jede Scheune, jede Fabrik, jede Telegraphenleitung, jede Eisenbahnstrecke militärisch bewacht werden. Dazu reicht das Heer nicht aus. Die Soldaten kommen nicht zur Ruhe, werden von einem Punkte zum andern gesandt, überall hin, wo sich gefährliche Ansammlungen bilden; sie sind bald erschöpft, ohne irgend einen großen Kampf und Sieg, der sie anfeuern könnte, denn wo sie hinkommen, zerstiebt die Menge, um sich überall zu sammeln, wo sie noch nicht hinkamen oder eben waren.

Noch früher als auf die Soldaten wird der Streik auf viele städtische und staatliche Arbeiter wirken, die in innigem Zusammenhange mit der Masse der Proletarier stehen, aus ihnen kommen, unter ihnen wohnen, mit ihnen bekannt, befreundet, verwandt sind. Je schwankender die Macht der Regierung erscheint, desto mehr verliert ihr Terrorismus seine Schrecken. Gas- und Elektrizitätswerke hören auf zu funktionieren, Straßenbahnen zu verkehren. Schließlich werden selbst Post und Eisenbahn vom Streikfieber ergriffen; zunächst streiken die Werkstättenarbeiter, dann auch die jüngeren Betriebsbeamten, indeß unter den anderen mindestens passive Resistenz einreißt.

Die Staatsgewalt sucht sich zu helfen durch Einberufung von Reservisten, aber das ist ein zweischneidiges Schwert, denn damit verleibt sie dem Heereskörper die gegen den inneren Feind am wenigsten verläßlichen Elemente ein, die schon vom Streikfieber ergriffen sind und es nun in die Kaserne einschleppen.

Sie treffen dort auf Soldaten, die erschöpft sind durch ewigen Wachdienst, hin- und hergehetzt durch die widersprechendsten Befehle, was ebenso erbittert, wie es den Respekt vor der Obrigkeit herabdrückt. Die Lockerung der Disziplin tritt um so leichter ein, je weniger die Situation das Zusammenwirken in großen Truppenkörpern erlaubt, je mehr sie es notwendig macht, die Truppen zur Bewachung aller der zahllosen bedrohten Punkte in kleinste Detachements zu zersplittern, die stunden-, ja tagelang keinen höheren Offizier

zu sehen bekommen, dagegen stets umgeben sind von friedlichen Mitbürgern, die auf sie in mannigfachster Weise einzuwirken vermögen.

Tritt in dieser Situation Kopflosigkeit der Regierung und ihrer höheren Vertreter ein, dann ist sie verloren. Und wie leicht kommt es jetzt dazu. Von ihren Anhängern wird sie teils angstvoll bestürmt, nachzugeben, dem Volke Konzessionen zu machen, um es zu besänftigen und das Äußerste zu verhüten; teils bestürmt, die Kanaille niederzumetzeln und den Ausstand im Blute zu ersticken. Einmal hierhin, einmal dorthin gezerrt, den Launen und Stimmungen von oben preisgegeben, die mit den wechselnden Nachrichten jäh wechseln, vermag sie heute Öl ins Feuer zu gießen durch Veranlassung eines Massakers harmloser Neugieriger, um morgen zusammenzuklappen auf die Nachricht, daß dieses oder jenes Regiment anfange, schwierig zu werden, daß hier und da Soldaten mit den Streikenden fraternisieren, Eisenbahner streiken, erbitterte Landarbeiter dies oder jenes Schloß gestürmt haben, dem kein militärischer Schutz zu bringen war.

Das alte Regime wird unhaltbar und ein neues tritt an dessen Stelle.

So ungefähr stellte ich mir schon vor der *russischen Revolution* die Formen vor, die ein Massenstreik annehmen müsse, solle er unter den Verhältnissen eines modernen zentralisierten Militärstaats dem Proletariat zum Siege verhelfen können.

Ein derartiger Streik ist also keine einfache Sache und erfordert eine ganze Reihe von Vorbedingungen. Genossin Luxemburg sagt in ihrer Broschüre über den preußischen Wahlrechtskampf, S. 10:

„Die Welt vermag nicht vierundzwanzig Stunden zu existieren, wenn die Arbeiter einmal die Arme kreuzen.“ (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

In der Tat ist es ein erhebendes Bewußtsein, der Träger der Welt zu sein, aber das darf uns darüber nicht täuschen, daß zum Gelingen eines Massenstreiks noch mehr gehört, als bloßes „Kreuzen der Arme“.

Die Bedingungen eines solchen Streiks werden aber teils durch die ökonomische Entwicklung, teils durch unsere Tätigkeit immer mehr gegeben und damit die Aussichten auf einen Sieg im Massenstreik immer mehr verbessert.

Die ökonomische Entwicklung vermehrt die Zahl der Proletarier und konzentriert sie. Unsere Tätigkeit in den Parteiorganisationen, in den Gewerkschaften, in der Presse, den gesetzgebenden und städtischen Körperschaften organisiert die Arbeiter, verleiht ihnen Kraftgefühl und Disziplin, aber auch politische Aufklärung, Einsicht in die Organisationen unserer Gegner.

Während eines Massenstreiks wird sich's nicht bloß darum handeln, die Arme zu kreuzen, sondern den organisatorischen Zusammenhang des Proletariats im ganzen Reiche zu wahren. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß alle unsere Vertreter beim Beginn eines solchen Streiks verhaftet, unsere Blätter unterdrückt werden. Die sogenannten „Unteroffiziere“ werden dann den Kampf zu leiten haben. Sie müssen dafür sorgen, daß die einzelnen Gruppen in Fühlung bleiben und einheitlich vorgehen; daß sich die Masse nicht provozieren läßt zu Straßenschlachten, aber auch nicht einschüchtern durch trotzdem vorkommende Gewalttaten. Sie müssen genau wissen, welches unsere Forderungen sind, dürfen nicht zum Rückzug blasen, ehe diese erfüllt sind, müssen aber auch dahin wirken, daß der Kampf sich nicht in Einzelkämpfe um lokale Beschwerden auflöst.

Alles das setzt voraus, daß in der Masse eine Fülle von Selbstzucht, von politischem Verständnis, von Einheitlichkeit des Denkens und Handelns vorhanden ist, die nur in langer politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit erlangt werden kann.

Auf der anderen Seite setzt das Gelingen des Massenstreiks voraus, daß die Desorganisation unter den Massen, auf die sich die Regierung stützt, schon ziemlich weit vorgeschritten ist. Das braucht sich nicht, wie in Frankreich, in offenen Meutereien zu äußern. Der militärische Terrorismus vermag solche Äußerungen des Mißvergnügens zu unterdrücken. Um so tiefer frißt es, um so mehr wird der militärische Gehorsam bloße Heuchelei, die man um so rascher und überraschender abwirft, wenn einmal die Machtstellung der Kommandierenden bedroht erscheint.

Dem in der bäuerlichen patriarchalischen Familie oder in der Rechtlosigkeit und Hilflosigkeit des Landarbeiters aufgewachsenen jungen Manne mag der militärische Gehorsam als etwas Selbstverständliches in Fleisch und Blut übergehen. Die jungen Leute der Großstadt, namentlich die Industriearbeiter, sind an eine ganz andere Freiheit der Lebensführung gewöhnt, wenn sie zum Militär kommen. Von ihnen wird der Kadavergehorsam nur unwillig ertragen, wenn auch gerade sie zu klug sind, offen dagegen aufzumucken, solange es nichts nutzt. Ein Massenstreik bietet dagegen reichliche Veranlassungen dazu.

Je mehr die industrielle Entwicklung fortschreitet, desto geringer aber die Zahl der aus der Landwirtschaft stammenden, also einigermaßen gegen den inneren Feind verläßlichen Rekruten. Ich verwies in meinem erwähnten Artikel vom Februar 1904 auf eine Statistik aus dem Jahre 1902, die unter anderem folgende Zahlen zeigte:

Armeekorps	Taugliche	In der Landwirtschaft beschäftigte Taugliche	
		Absolut	Prozent
1. bayerisches (Oberbayern, Niederbayern, Schwaben)	11041	4560	41,5
7. preußisches (Westfalen, Rheinprovinz)	34959	5810	16,6
2. sächsisches (Leipzig, Chemnitz, Zwickau)	11884	1847	15,5

Man sieht, wie ungeheuer in manchen Armeekorps bereits die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung überwiegt.

Andere Ursachen treiben dazu, die Unzufriedenheit der Staatsarbeiter zu mehren. Gerade ihre Unfreiheit muß von ihnen immer drückender empfunden werden. Sie würden sich vielleicht dafür entschädigt fühlen, wenn ihre ökonomische Lage sich verbesserte. Aber das stößt immer mehr auf Widerstände in dem Maße, in dem die Finanznot wächst und die staatlichen Betriebe zur „Sparsamkeit“ getrieben werden, viele von ihnen, wie Eisenbahnen, Post, Bergwerke, durch reichlicheren Ertrag das Defizit decken sollen. Gerade die stramme militärische Disziplin, die jede Kritik von unten im Keime erstickt, macht gleichzeitig den ganzen ungeheuren Komplex der Staatsbetriebe immer schwerfälliger, aber auch immer unübersichtlicher, immer mehr der Korruption zugänglich, was ihre Rentabilität vermindert und wieder die oberen Stellen dazu drängt, durch vermehrten Druck nach unten und vermehrte Ausbeutung hereinzuholen, was durch die Schuld des Systems verloren geht.

So wächst auch unter den Staatsarbeitern die Unzufriedenheit, und es bedarf nur einer plötzlichen Lähmung des Terrorismus von oben, um diese Unzufriedenheit hell auflodern zu lassen.

Wie aber gleichzeitig oben Kopflosigkeit, Haltlosigkeit, Einsichtslosigkeit wächst, dafür gibt die Geschichte der letzten Jahre Beweise genug. Auch dies Wachstum ist kein Zufall. Die Gegensätze innerhalb der Staaten sowie zwischen den Staaten spitzen sich immer mehr zu, es wachsen die Rüstungen, die Finanznot wird immer größer. Andererseits wächst mit der Zunahme der kapitalistischen Ausbeutung nicht bloß die Lebenshaltung der großen Kapitalisten, sondern es wachsen damit auch die Ansprüche der großen Ausbeuter des Staates, die es den großen Kapitalisten an Genuß und Glanz gleichtun wollen. Die Ansprüche der Höflinge und Junker an den Staat wachsen gleichzeitig mit den Rüstungen und bringen den Staat immer mehr in eine verzweifelte finanzielle Lage. Ein Staatsmann von Intelligenz und Charakter müßte damit beginnen, den ganzen staatlichen Parasitismus zum Teufel zu jagen und von den besitzenden Klassen große Opfer zu fordern, um den Staat wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Aber die Aufgabe, die einem Staatsmann heute von den Herren des Staates gestellt wird, ist gerade die, dem staatlichen Parasitismus neue Geldquellen zu eröffnen und alle Widerstände dagegen zu überwinden. Kein Staatsmann von Intelligenz und Charakter wird sich dazu hergeben, immer mehr werden nur gewissenlose Streber dafür zu haben sein, denen die Zukunft des Staates gleichgültig ist, wenn nur für den Augenblick der Anschein des Erfolges erweckt wird; oder Einfaltspinsel, die von den Schwierigkeiten der Situation keine Ahnung haben, oder gedankenlose Lakaien, die gehorsam jeden Auftrag erfüllen, der ihnen zuteil wird. Immer geringer der Respekt der Bevölkerung und des Beamtenapparats selbst vor der Regierung, immer größer die Aussicht, daß ein Massenstreik gerade solche Elemente an der Regierung vorfindet, die der Situation absolut nicht gewachsen sind und sofort den Kopf verlieren, stets verkehrt handeln, sowohl wenn sie Maßregeln der Unterdrückung, wie wenn sie solche der Beschwichtigung ins Werk zu setzen suchen.

Alle diese Bedingungen eines erfolgreichen Massenstreiks wenden sich im Laufe der Entwicklung und der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Organisations-, Aufklärungs- und praktischen Reformarbeit immer mehr zugunsten des Proletariats. Soll aber ein Massenstreik unter preußischen Verhältnissen zum Siege führen, dann ist es vor allem notwendig, daß er von vornherein mit überwältigender Wucht auftritt, in einer Massenhaftigkeit und einer Begeisterung, die alles mit sich fortreißt, die ganze arbeitende Bevölkerung ergreift, sie mit wildestem Ingrimm und tiefster Verachtung für das bestehende Regime erfüllt.

Nichts irriger, als der Massenstreik werde erst dann möglich, wenn das gesamte Proletariat organisiert sei. Das hieße seine praktische Unmöglichkeit anerkennen, denn zur Organisierung aller Schichten des Proletariats wird es kaum je kommen. Aber der Massenstreik wird nur dann möglich, wenn die Masse des Proletariats sich wie ein Mann erhebt, um alles einzusetzen zur Lähmung und Desorganisierung des herrschenden Regimes.

Ist nicht die Gesamtheit des Proletariats organisiert, dann wird eine derartige einmütige Erhebung des Proletariats im ganzen Reiche, in Nord und Süd, Stadt und Land nur möglich unter dem Drucke eines gewaltigen Er-

eignisses, das plötzlich das gesamte Proletariat aufs tiefste erbittert, ihm den Sturz des herrschenden Regimes als eine Lebensnotwendigkeit aufzwingt. Es muß ein Sturm sein, der vor allem jeden Widerstand im eigenen Lager hinwegfegt.

Die Genossin Luxemburg stellte die Frage zur Diskussion, ob die Situation reif sei für einen Massenstreik. Aber schon die Tatsache, daß man darüber diskutiert, zeigte, daß die Situation diese Reife noch nicht erlangt hat. So lange man noch streiten und untersuchen kann, ob der Massenstreik am Platze sei oder nicht, so lange ist das Proletariat als Gesamtmasse noch nicht von jenem Maße Erbitterung und Kraftgefühl erfüllt, die notwendig sind, soll sich der Massenstreik durchsetzen. Wäre die nötige Stimmung dafür im März vorhanden gewesen, dann mußte eine abmahnende Stimme wie die meine von einem Protest tosender Entrüstung erstickt werden. Mir ist kein erfolgreicher Massenstreik bekannt, der mit einer Diskussion in einer Zeitschrift darüber, ob er am Platze sei, eingeleitet wurde. Das Unerwartete, Plötzliche, Elementare des Massenstreiks ist eine der Bedingungen seines Erfolges.

Aber wenn dem so ist, welchen Zweck hat es, den Massenstreik zu diskutieren, dessen Kommen ja nicht von uns abhängt?

Sicher, der Zeitpunkt seines Kommens hängt nicht von uns ab, wohl aber, wenn er einmal ausgebrochen ist, sein Sieg. Nur dann wird dieser möglich, wenn eine starke organisierte proletarische Macht vorhanden ist, die weiß, um was es sich handelt, was sie will, die dem ungestümen Strome der Volkswut, der von selbst losbricht, sein Bett gräbt und ihn dorthin leitet, wo er befruchtende politische Wirkung üben kann, der sonst nach mannigfacher Zerstörung erfolglos im Sande verliefe.

Je mehr die organisierten Proletarier mit der Idee des Massenstreiks vertraut sind, je mehr sie überlegt haben, wodurch er am kräftigsten wirkt, wohin sie seine Kraft zu lenken haben, um so eher dürfen wir erwarten, daß sie sich den ungeheuren Anforderungen an ihre Klugheit, ihre Einsicht, ihren Zusammenhalt, ihre Ausdauer, ihre Selbstzucht, ihre Kühnheit gewachsen zeigen, die eine derartige unerhörte Situation an sie stellt.

Das theoretische Diskutieren ist in diesem Falle um so notwendiger, weil der politische Massenstreik als äußerstes, letztes Mittel des Klassenkampfes keines ist, das sich leicht wiederholen läßt. Aus der Praxis lernen hieße hier, zu teures Lehrgeld zahlen. Da gilt es, die nötige Erkenntnis soweit als möglich durch theoretische Arbeit zu gewinnen.

Noch von einem anderen Standpunkt aus ist es nötig, die Idee des Massenstreiks zu diskutieren. Die Politik der Massen, aber auch die unserer Gegner wird eine ganz andere, wenn diese wie jene wissen, daß das Proletariat nicht wehrlos jeder Gewalttat gegenübersteht, daß auch heute noch wie ehedem eine Grenze hat Tyrannenmacht. Die Idee des Massenstreiks verleiht dem Proletariat erhöhtes Kraftbewußtsein und vermag den Übermut seiner Gegner zu dämpfen, freilich unter Umständen auch ihre Angst und Nervosität zu vermehren. Sind ihnen Konzessionen auf friedlichem Wege abzuringen, dann am ehesten dort, wo die Idee des Massenstreiks im Proletariat lebendig ist.

Aus den verschiedensten Rücksichten ist die Diskutierung der Idee des Massenstreiks sehr nützlich, ja unerläßlich, soll der proletarische Klassenkampf im jetzigen Stadium seine volle Kraft und Klarheit gewinnen. Aber ganz verkehrt scheint es mir, den Zeitpunkt eines Massenstreiks durch eine theore-

tische Diskussion in der Presse herausfinden zu wollen. Jene hohe Begeisterung und Erbitterung, die allein einem Massenstreik zu siegreichem Durchbruch verhelfen kann, ist so wenig eine Pökelware, daß sie keine Woche Lagerns verträgt. Sie müßte längst verraucht sein, ehe die Diskussion nur erst in Gang gekommen wäre.

Dies der Standpunkt, den ich vor sechs Jahren entwickelte. Wenn ich heute noch ihn vertrete, geschieht es, weil mir seitdem keine Tatsachen oder Argumente bekannt wurden, die ihm widersprachen, wohl aber sehr viele, die ihn bestätigten. Keineswegs verfocht ich ihn deswegen, weil mich jetzt eine Laune packte, zur Abwechslung einmal zu bremsen.

Der Genossin Luxemburg erscheint es als ein perverses Gelüste, wenn ein Marxist einmal bremst. Sie lobt sich die Peitsche.

Aber abgesehen davon, daß es auch der schärfste Radikale nicht für nötig halten wird, die Genossin Luxemburg anzupeitschen — als Peitsche der Peitsche zu fungieren —, muß ich gestehen, daß ich gewohnt bin, meine Überzeugung zu vertreten, ohne mich darum zu kümmern, ob sie jeweilig als Bremse wirkt oder als Peitsche.

Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß mich die Verfechtung meines Standpunktes in der Frage des Massenstreiks zur Zeit der russischen Revolution in Konflikt mit Eisner und Stampfer brachte. Wenn ich jetzt darob in Konflikt mit einer Genossin komme, mit der ich so manchen gemeinsamen Kampf ausgekämpft habe, so ist mir das durchaus unerwünscht. Aber ich kann deshalb meine Anschauungen nicht ändern. Amicus Plato, magis amica veritas. Die Sache steht über der Person.

7. Ermattungsstrategie und Wahlkampf.

Und nun noch ein paar Worte über die Ermattungsstrategie. Der Leser braucht nicht zu fürchten, daß ich den 14 Seiten der Genossin Luxemburg darüber noch weitere 14 Seiten entgegensetzen werde. Sie höhnt mich, daß ich — freilich nur nebenbei — eine Bemerkung über die römische Ermattungsstrategie mache, bringt dann aber selbst darüber mehr als eine Seite lang Zitate aus Mommsen, die für unsere Diskussion gar nichts beweisen, aber freilich für die Genossin Luxemburg den unschätzbaren Reiz haben, zu einer Reihe wegwerfender Bosheiten über den Parteivorstand, die Generalkommission und mich Gelegenheit zu geben. Sollte die Genossin Luxemburg darüber hinaus für die Frage der römischen Zauderstrategie wirkliches sachliches Interesse empfinden, dann sei sie auf den im Jahre 1901 erschienenen ersten Band von Delbrücks „Geschichte der Kriegskunst“ hingewiesen, wo auf Grund der neuesten Forschungen im Gegensatz zum alten Mommsen diese Strategie gerechtfertigt wird.

Wichtiger wäre es, sich mit der Genossin Luxemburg über unsere jetzige Taktik auseinanderzusetzen. Aber auch das verspricht nicht sehr fruchtbringend zu werden, da sie ja die Diskussion von vornherein auf ein falsches Geleise schiebt, indem sie einfach bemerkt, unter der „Ermattungsstrategie“ verstehe ich bloßen „Nichtsalsparlamentarismus“ im Gegensatz zu jeder Massenaktion. Woher sie zu dieser Ansicht kommt, weiß ich nicht, ich habe nie etwas Derartiges geäußert.

Als Ermattungsstrategie bezeichnete ich die Gesamtheit der bisherigen Praxis des sozialdemokratischen Proletariats seit dem Ende der sechziger Jahre. Ich

glaubte, diese sei genug bekannt, um nicht erst ausführlich erläutert werden zu müssen. Diese Praxis geht dahin, den Krieg gegen den bestehenden Staat und die bestehende Gesellschaft in einer Weise zu führen, die das Proletariat beständig stärkt, seine Gegner beständig schwächt, ohne sich dabei zu einer Entscheidungsschlacht provozieren zu lassen, solange wir die Schwächeren sind. Uns dient alles, was unsere Gegner desorganisiert und ihr Ansehen wie ihr Kraftgefühl untergräbt, ebenso alles, was das Proletariat organisiert, seine Einsicht und sein Kraftgefühl hebt, das Zutrauen der Volksmasse zu seinen Organisationen mehrt. Dazu gehört nicht bloß der Parlamentarismus, dazu gehören auch glücklich ausgefochtene Lohnbewegungen und Straßendemonstrationen.

Gerade die jüngste Demonstrationskampagne war ein Muster erfolgreicher Ermattungsstrategie. Wenn wir uns stets als Peitsche fühlen sollten, hätten wir nach dem Verbot der Versammlung im Treptower Park am 6. März die Massen auffordern müssen, dem Verbot zu trotzen, bewaffnet zu erscheinen und gewaltsam die Abhaltung der Versammlung zu erzwingen. Das wäre Niederwerfungsstrategie gewesen. Ermattungsstrategie war es, dem Feinde dort auszuweichen, wo er uns erwartete, ihn zu überlisten durch ein Manöver, das die Überlegenheit unserer Organisation über die des Gegners ins glänzendste Licht setzte. Das Selbstbewußtsein der Massen wie die Bestürzung der Gegner wurde dadurch erheblich gesteigert.

Ich bin also weit entfernt davon, „Nurparlamentarismus" zu predigen. Aber das ist kein Grund, die Bedeutung des Parlamentarismus zu unterschätzen. Es wird unter den gegebenen politischen Verhältnissen kaum ein Mittel geben, außer einem siegreichen Massenstreik, das so große moralische Wirkung übt wie ein großer Wahlsieg.

Eine der Hauptaufgaben unserer Strategie besteht darin, das Kraftgefühl des Proletariats und das Zutrauen der Masse zu uns zu steigern. Das wird erreicht durch sichtbare Erfolge. Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg, sagt ein englisches Sprichwort. Je stärker unsere Partei den Massen erscheint, desto eifriger werden sie ihr zuströmen, desto größer ihre Ansprüche, ihre Kühnheit, desto mehr werden sie schließlich der Partei nicht bloß folgen, sondern sie vorwärts drängen.

Es gibt aber wenig Erfolge, die so sinnenfällig der Masse unsere steigende Kraft dokumentieren, wie Wahlsiege, wie die Eroberung neuer Mandate. Die Massen treiben nicht Statistik, sie können nicht immer die ökonomische und politische Entwicklung genügend verfolgen. Die Parteipresse ist ihnen oft unzugänglich und die gegnerische Presse lügenhaft. Aber wie immer sie lügen und fälschen mag, gewonnene Mandate kann sie nicht umlügen.

Wie jedes Streben nach Erfolg, kann freilich auch das nach Mandaten irreführen, zur Anwendung von Mitteln veranlassen, die dem Erfolg des Augenblicks den der Zukunft opfern. Gegen solches Streben muß man natürlich stets auftreten, das hindert aber nicht, daß jedes ehrlich, in prinzipieller Agitation erfochtene Mandat ein großer Erfolg ist, der die Volksmasse belebt, anfeuert, unsere Sache fördert. Wohl müssen wir in die Wahlkämpfe eintreten, um unsere Prinzipien zu propagieren und die der Gegner zu widerlegen, nicht minder aber auch, um Wahlkreise zu erobern und dadurch unseren wachsenden Einfluß im Volke zu dokumentieren und weiter an Einfluß zu wachsen.

Die gegenwärtige Situation ist nun eine solche, die es uns ermöglicht, wenn wir unsere Schuldigkeit tun, einen Wahlsieg von einer Wucht zu erkämpfen, die ihn zu einer Katastrophe für das herrschende Regierungssystem gestaltet.

Diese Anschauung begegnet natürlich wieder gewaltigem Hohn der Genossin Luxemburg! Sie meint: „Wenn wir siegen und in welchem Maße wir siegen, werden wir ja erleben. Im voraus künftige Siege auskosten, liegt so gar nicht im Wesen ernster revolutionärer Parteien"; derartiges passiert nur Leuten, die so wenig ernst sind, so allen revolutionären Empfindens bar wie unsereins.

Und weiter fragt Genossin Luxemburg, was sich Erhebliches ändert, wenn wir wirklich 125 Mandate eroberten? Wir bleiben eine Minorität, und es ändert sich nichts, wenn unsere Gegner sich nicht zu einem Staatsstreich hinreißen lassen. Es kann also

> „die Frage, ob wir mehr oder weniger Mandate bei den nächsten Wahlen erobern ... uns ziemlich kühl lassen".

Das ist eine sehr strenge Sittenpredigt. Aber auch der strengste Sittenprediger kann einmal sündigen. In dem Artikel der Dortmunder „Arbeiterzeitung", der unsere Diskussion hervorrief, erklärte unsere ernste revolutionäre Genossin, die Massen könnten einen Grad von Aufklärung und Stimmung erreichen,

> „der die kommenden Wahlen zu einem betäubenden Waterloo für das herrschende System gestalten wird".

Das ist genau dieselbe „Auskostung künftiger Siege", für die ich meine Strafpredigt erhielt. Nur drückt sich mein Abraham a Santa Rosa noch drastischer aus.

Damit ist freilich nicht gesagt, daß wir in diesem Punkte ganz einig seien. Die Genossin Luxemburg erwartet den nötigen Grad von Aufklärung und Stimmung der „breitesten Massen", der die Reichstagswahlen zu einem „betäubenden Waterloo" gestalten soll, von einem Massenstreik, der vor ihnen ausgefochten wird. Und das zu begreifen wird mir schwer. Entweder siegt der Massenstreik, und dann muß dieser zu einem so „betäubenden Waterloo" für unsere Gegner werden, daß keine Reichstagswahl es mehr übertrumpfen kann. Oder der Massenstreik siegt nicht, und dann wird er zu einem „betäubenden Waterloo" für uns, und es gehört sehr viel „revolutionärer Ernst" dazu, um aus einer solchen Niederlage entspringende „künftige Siege" vorher „auszukosten".

Damit sind wir wieder zu dem Ausgangspunkt der Diskussion zurückgekehrt. Er sei nochmals mit kurzen Worten zusammengefaßt, da er über der Fülle von Einzelheiten, die auftauchten, verloren gehen konnte.

Die Genossin Luxemburg erklärte anfangs März, die Straßendemonstrationen seien überholt, schärfere Mittel müßten in Anwendung gebracht werden. Die Zeit zur Anwendung des Jenaer Beschlusses sei gekommen.

Darauf erwiderte ich ihr, daß das Maß der Erregung, das unzweifelhaft unter den Massen herrsche, noch nicht jene Höhe erreicht habe, die allein unter deutschen Verhältnissen einen siegreichen Massenstreik erwarten lasse. Sei ein solcher aber unter den gegebenen Umständen nicht zu erwarten, dann gebe es nur ein Mittel, die Aktion über das erreichte Stadium hinauszutreiben, die nächsten Reichstagswahlen. Diese fänden unter den besten Aussichten für uns statt. Auf sie hätten wir unsere Aufmerksamkeit und Kraft jetzt schon hinzulenken. Die Neuwahlen würden eine ganz neue Situation schaffen, die

sich heute noch nicht bestimmen lasse. Immerhin würde ein großer Wahlsieg ein so gesteigertes Kraftgefühl der Masse, eine so gesteigerte Nervosität der Gegner ergeben, daß daraus eher eine Massenaktion entspringen könne, die in einem Massenstreik ende, für dessen siegreichen Ausgang dann die Vorbedingungen weit günstiger lägen als heute.

Da ich den Massenstreik als eine Aktion betrachte, die dem spontanen Druck der Masse entspringt, habe ich natürlich nicht, wie man nach manchen Ausfällen der Genossin Luxemburg annehmen könne, den Massenstreik für jetzt abbestellt, um ihn für die Zeit nach den Wahlen anzukündigen. Ich betrachte ihn als ein Elementarereignis, dessen Eintreten nicht nach Belieben herbeizuführen ist, das man erwarten, nicht aber festsetzen kann.

Die Genossin Luxemburg hat meinen Hinweis auf die Reichstagswahlen mit Hohn abgetan. Aber soviel sie dagegen sagte, vergeblich suche ich nach einer anderen greifbaren Parole, die sie heute der meinen entgegensetzt. Sie forderte im März von uns eine „Parole" für den „nächsten Schritt", den wir zu unternehmen haben und der der Massenstreik sein solle. Heute spricht sie nur noch von der Notwendigkeit der *Erörterung* des Massenstreiks, welche Erörterung zum

> „hervorragenden Mittel wird, indifferente Schichten des Proletariats aufzurütteln, proletarische Anhänger der bürgerlichen Parteien, namentlich des Zentrums, zu uns herüberzuziehen, die Massen für alle Eventualitäten der Situation bereit zu machen und endlich in wirksamster Weise auch die Reichstagswahlen vorzubereiten."

Das heißt, sie spricht nicht mehr von der Notwendigkeit der *Aktion* durch den Massenstreik als nächstem Schritt vor den Reichstagswahlen, sondern von der Notwendigkeit der *Agitation* zur *Vorbereitung der Reichstagswahlen*, wobei auch der Massenstreik zu behandeln ist.

Ist das die Parole, die sie jetzt ausgibt, dann frage ich, womit sie die Verachtung für meinen Standpunkt rechtfertigt?

Oder will sie jetzt noch den Standpunkt vertreten, den sie in ihrem Artikel für die „Neue Zeit" anfangs März vertrat, daß die Zeit für die Anwendung des Jenaer Beschlusses gekommen sei? Oder will sie behaupten, damals, anfangs März, sei der richtige Zeitpunkt dafür gewesen, und nur der Redakteur der „Neuen Zeit" habe die Revolution im Keime erstickt, indem er sich weigerte, seine „Schuldigkeit zu tun" und den Artikel der Genossin Luxemburg abzudrucken?

Auf alles das haben wir in ihrer Erwiderung keine Antwort bekommen, ebensowenig wie auf die Frage, in welcher Weise sich die Genossin Luxemburg einen Massenstreik unter den deutschen Verhältnissen vorstellt. Als Ergebnis ihrer neuen Strategie bleibt nichts übrig als ein Bündel Fragezeichen.

Die Wahlen in Belgien.

Von **Louis de Brouckère.**

Der Ausfall der letzten Wahlen hat unsere Antiklerikalen arg enttäuscht, deren ganze Politik nur ein Ziel kennt, den Sturz der konservativen Regierung. Dagegen scheint dieser Wahlausfall sehr ermutigend für jene Sozialisten zu sein, die entschlossen sind, auf dem Boden des Klassenkampfes zu bleiben, und die Bildung einer starken, klassenbewußten Arbeiterpartei als

Schlüssel zu den notwendigen Reformen und als Unterpfand für die Revolution ansehen.

Die belgische Kammer wird alle zwei Jahre zur Hälfte neugewählt. Die Zahl der Abgeordneten, deren Mandatsdauer am 22. Mai ablief, betrug 49 Katholiken, 22 Liberale und 12 Sozialisten, während die andere Hälfte, deren Mandate 1912 ablaufen, aus 38 Katholiken, 21 Liberalen, 1 freien christlichen Demokraten (democrate chrétien libre) und 23 Sozialisten besteht. Diesmal war es also eine starke Majorität der Regierung, die zur Wahl kam, und sie ist ihr verblieben. Tatsächlich haben sämtliche Parteien in allen Wahlkreisen genau dieselbe Zahl ihrer Sitze behalten, die sie vor der Wahl inne hatten. Nur eine Ausnahme gibt es von dieser Regel: im Wahlkreis Nivelles ist ein Katholik durch einen liberalen Bankier verdrängt worden, einen Herrn May. Aber dieser „Sieg" wurde unter so besonderen Umständen davongetragen, daß man ihm keine ernstliche politische Bedeutung zuschreiben kann. Die katholische Partei beschuldigt den freisinnigen Geldmann vor der Öffentlichkeit, er habe sich die nötige Stimmenzahl ganz einfach zusammengekauft. Nach ihrer Behauptung habe eine Untersuchung von ein paar Tagen genügt, um in 160 Fällen Wahlschwindeleien ganz klar nachzuweisen. Die liberale Presse hat andererseits bis heute kaum einen Versuch gemacht, ihren Mann zu verteidigen; sie begnügte sich mit der Antwort, daß auch die Katholiken, wie männiglich bekannt, im ganzen Lande Stimmenkauf betrieben hätten. Es scheint, als ob der Wechsel des Mandats in Nivelles nicht einer Meinungsänderung, sondern bloß einer Kapitalienverschiebung zu danken sei. Der einzige Schluß, den man aus dieser Wahl ziehen kann, ist der, daß die Beeinflussung der Wähler und die Wahlschwindeleien in einem Lande wie dem unseren blühen, wo die Proletarier besonders arm und ihre Herren und Meister besonders reich sind.

Sonst reichte, wie ich schon gesagt habe, die Veränderung der Stimmenzahl nirgends aus, um auch nur einen einzigen Sitz in die Hände irgend einer anderen Partei gelangen zu lassen. Die Gründe für eine so außergewöhnliche politische Stabilität sind verschiedener Art. Manche sind in unserem Wahlgesetz begründet. Diese will ich zuerst behandeln. Doch sie reichen nicht aus, um alles zu erklären, und so muß man noch nach anderen Gründen suchen, worunter der wichtigste die falsche Wahltaktik der Opposition.

I.

Bei dem System der Einzelwahl mit Majoritätenvertretung schwankt die Zusammensetzung des Parlamentes gewöhnlich viel mehr als die der Wählerschaft. Ging nicht in England bei einer Stimmenverschiebung, die kaum 7 Prozent betrug, mehr als die Hälfte aller Mandate von rechts nach links über? Nichts Ähnliches kann sich unter der Herrschaft des Proportionalsystems vollziehen, das im Gegensatz zum ersten die Schwingungen des politischen Pendels zu verlangsamen sucht. Das belgische System erschwert Veränderungen noch ganz besonders. Unsere Wahlkreise besitzen eine ganz verschiedene Ausdehnung, so wählt Brüssel 22 Abgeordnete, Virton dagegen nur 2; das Gewöhnliche sind 4 bis 6 Abgeordnete pro Wahlkreis. Die Wahlbezirke sind zu ausgedehnt, als daß lokale Meinungsverschiebungen stärker zur Geltung kommen könnten, wie es bei der Einzelwahl gewöhnlich vorkommt. Andererseits sind sie wieder zu klein, als daß eine mäßige Änderung in der

Stimmenverteilung genügte, einer Partei einen neuen Sitz zu verschaffen. In einem Wahlkreis mit vier Mandaten zum Beispiel erhält die Partei, die mehr als 40 Prozent der Stimmen bekommt, zwei Sitze, will sie aber drei erringen, so muß sie über 60 Prozent der Wähler unter ihren Fahnen versammeln, wenn sämtliche Gegner sich gegen sie vereint haben, was gewöhnlich bei uns zutrifft. Unser Wahlmechanismus gestattet ihnen dies, ohne daß sie ein Wahlbündnis im engeren Sinne zu schließen brauchten. Innerhalb dieser ausgedehnten Grenzen kann die Stimmenzahl einer Partei zu- oder abnehmen, sie kann vom Volke begünstigt werden oder die öffentliche Meinung gegen sich haben, das Schicksal ihrer Kandidaten wird davon nicht im geringsten berührt. Wäre der Wahlkreis so ausgedehnt, daß 20 Abgeordnete auf ihn kämen, dann würde schon eine viermal geringere Stimmenänderung notwendigerweise den Verlust oder Gewinn mindestens eines Mandats nach sich ziehen. Man kann die Wahlen als ein Instrument betrachten, die Kraft der politischen Ansichten im Lande zu bemessen. Bei uns scheint man bestrebt zu sein, dies Wahlinstrument möglichst unempfindlich zu machen, ein Ziel, das zur Genüge erreicht zu sein scheint.

* * *

Aber unser Proportionalwahlsystem wirkt nicht nur Mandatsverschiebungen entgegen, sondern auch Veränderungen in der Zahl der Stimmen, die auf jede Partei entfallen. Darüber ist man in Belgien ziemlich einig. Die Parteien wissen ganz gut, daß sie bei einer Wahl viel Sitze weder gewinnen noch verlieren können, und das praktische, unmittelbare Interesse an diesen Befragungen des Volkes ist infolgedessen sehr gering. In einem Lande wie dem unserigen, das nur zu sehr zu erschreckender Gleichgültigkeit in politischen Dingen neigt, wo der Kampf für eine Zukunftsidee ohne Aussicht auf unmittelbaren Gewinn die Massen nur schwer in Fluß bringen kann, da ist es klar, daß die Wahlkampagnen sehr an Lebhaftigkeit verlieren.

Ihre jedesmalige praktische Bedeutung für die Parteien nimmt also ab. Dagegen ist sie freilich sehr groß für einige der Kandidaten. Wenn in einem Wahlkreis nur eines der Mandate gefährdet ist, so braucht das die Kraft und den parlamentarischen Einfluß der Partei nicht zu bedrohen, der in demselben Wahlkreis vielleicht vier Mandate sicher sind. Dagegen läuft jener ihrer Kandidaten, der auf der Parteiliste an letzter Stelle steht, Gefahr, sein Mandat ganz zu verlieren. Das Interesse, das sich an den Ausfall der Wahlen knüpft, ist im großen und ganzen beim Proportionalwahlsystem viel mehr persönlicher Natur als beim Einzelwahlsystem. Und das ist vielleicht die schlimmste Seite des Wahlsystems, dem wir unterworfen sind. Der politische Kampf sinkt bei uns nur zu oft zu einer Nebenbuhlerschaft zweier Männer um die Popularität herab. Es ist bemerkenswert, daß die Gegner des Proportionalwahlsystems in Belgien diesem fast genau denselben Vorwurf machen wie die französischen Proportionalisten dem Einzelwahlrecht.[1] Es soll nämlich die Abgeordneten in einer Weise degradieren, daß es aus ihnen eine Art Agenten macht, die durch ihre Wahl verpflichtet sind, einigen einflußreichen Wählern kleine persönliche Gefälligkeiten zu erweisen. Sie werden ganz von den Schritten in Anspruch genommen, die sie zum Nutzen ihrer Wähler in den Ministerien und Verwaltungsstellen tun müssen, von ihrer Korrespondenz, von

[1] Man vergleiche die sehr interessante Studie des Genossen Destrée, die als Vorrede zu dem neuen Werke des Genossen Breton über das Proportionalwahlsystem erschienen ist.

Geschäften aller Art, die sie auf sich nehmen, so daß sie weder Zeit noch Lust haben, sich mit den großen politischen Fragen abzugeben, die ihrer Hut anvertraut sind. Daß sich diese Klagen so hartnäckig immer wiederholen und so wohlbegründet sind unter so verschiedenen Wahlsystemen wie denen Belgiens und Frankreichs, beweist zur Genüge, daß das Übel, über das man klagt, nicht ausschließlich auf diesem oder jenem Wahlrecht beruht, sondern daß es eines der traurigsten Symptome der Krise des Parlamentarismus in den demokratischen Staaten darstellt. Freilich muß man zugeben, daß das Proportionalsystem diesem Übel im Gegensatz zu den Hoffnungen seiner theoretischen Verfechter nicht nur nicht abgeholfen, sondern es sogar noch verschärft hat.

Diese kleinliche, persönliche und im ganzen außerpolitische Tätigkeit manches Kandidaten kann bei den Wahlen nicht den Eifer erzeugen, den der Mangel an allgemeinerem Interesse ihnen genommen hat. Am allerwenigsten wird von Eifer in den zahlreichen Wahlkreisen die Rede sein, wo jeder Mandatswechsel praktisch unmöglich ist.

Ein Kreis mit sechs Abgeordneten würde in einem Lande mit Einzelwahlen in sechs Wahlkreise geteilt sein, und mindestens zwölf Kandidaten würden mit der größten Erbitterung um den Sieg kämpfen. Bei uns dagegen gibt es auf demselben Areal unter den Kandidaten kaum zwei, die letzten auf den beiden Kandidatenlisten, die ein Interesse daran hätten, so erbittert zu kämpfen. Der Kampf ist mindestens sechsmal schwächer.

Aus all diesen Gründen, politischen wie anderen, werden bei uns heutzutage die Wähler weniger umworben als vor Einführung des Proportionalwahlsystems, und leider ist die Propagierung der Idee fast ganz verschwunden vor der persönlichen Propaganda. Übrigens hat der Wähler selbst, der ja weiß, daß die Bedeutung der Stimme, die er abgibt, praktisch gleich Null, oder doch jedenfalls sehr gering ist, wohl kaum große Lust, sich ernster mit Wahlfragen zu beschäftigen. Er stimmt eben ganz einfach so wie bei der vorigen Wahl oder wie sein Vater gestimmt hat. Und man versinkt so allmählich in politischen Marasmus.

Unser Pluralwahlrecht trägt noch zu dieser Stagnation bei. Ich will es meinen Lesern nicht antun, sie mit einer detaillierten Schilderung dieses verrückten Systems zu plagen, dessen Merkwürdigkeiten sogar gewiegte Kenner, die sich speziell damit beschäftigt haben, aus dem Geleise bringen. Es genügt zu wissen, daß jeder Bürger von fünfundzwanzig Jahren eine Stimme hat, und daß er noch eine zweite und dritte dazu bekommen kann, wenn er eine Menge komplizierter Bedingungen erfüllt, die in letzter Linie fast alle auf Vermögen oder Stellung beruhen. Die Kommunalbehörden, die die Listen aufstellen, haben eine sehr schwierige Aufgabe zu lösen, die große Sorgfalt erheischt. Selbst beim besten Willen können da viele Irrtümer vorkommen, und es ist leicht, wenn man solche absichtlich begeht, die Fälschungen zu verheimlichen. Man kann sich denken, daß unter diesen Verhältnissen die Behörden konservativer Gemeinden, die der Nachsicht der vorgesetzten Behörde sicher sind, die Listen zum Vorteil ihrer Partei herrichten. Die politischen Vereine üben ja eine gewisse Kontrolle über die Verwaltungsarbeit aus, aber sie können doch nur dann zu einem ernsthafteren Resultat kommen, wenn sie eine enorme Arbeit und beträchtliche Kosten nicht scheuen. Nur die Katholischen waren imstande, eine in dieser Hinsicht vollkommene Organisation zu

schaffen; sie konnten infolgedessen ihren Freunden einen Haufen Stimmen widerrechtlich zuschanzen, während sie ihren Gegnern eine Menge legitimer Stimmen raubten.

Munizipalbeamte und Beamte der konservativen Vereine begingen natürlich ihre Betrügereien mit um so größerer Hingabe, je mehr vom Ausgang der Wahlen der Bestand der Regierung abhing. In der Tat vermehrten sich die zusätzlichen zweiten und dritten Stimmen auffallend in den Wahlkreisen, in denen den Klerikalen ein Verlust von Sitzen drohte. Die Rechte kann so eine Menge Wähler verlieren, ohne daß sich die Ziffern ihrer Stimmen im selben Maße verringern. Die Meinungsverschiebungen, die schon an und für sich gering sind, werden, so wie sie sich zeigen, durch Mogeleien fast völlig am Erscheinen verhindert. Belgien gibt uns daher seit einigen Jahrzehnten das Beispiel einer Beständigkeit des Wahlausfalls, wie sie wohl in keinem anderen Lande vorkommt.

II.

Die Liberalen und auch ein Teil der Sozialistischen Partei waren vor dem 22. Mai fest davon überzeugt, daß die bevorstehenden Wahlen trotz aller dieser Umstände den endlichen Sturz der klerikal-konservativen Majorität herbeiführen würden, die schon seit 26 Jahren im Lande regiert. Ich werde gleich die Gründe dieses Optimismus auseinandersetzen. Zunächst begnüge ich mich damit, ihn festzustellen. Diese bloße Feststellung wird es dem Leser erleichtern, sich über die augenblickliche politische Situation in Belgien und die Haltung der Parteien klar zu werden.

In sechs kleineren Wahlkreisen, in Roufselaere, Brügge, Turnhout, Mecheln, Löwen und Nivelles waren bei der früheren Wahl die katholischen Stimmen nur um ganz wenig, nur um dreitausend und etliche hundert Stimmen über das hinausgegangen, was unumgänglich nötig zur Erhaltung ihrer Mandate war. In den größeren Kreisen, Brüssel und Antwerpen, die 22 bezw. 13 Abgeordnete wählen, mußte, eben wegen der großen Zahl ihrer Abgeordneten, schon eine geringe Verschiebung der Stimmenzahlen genügen, dem Gegner ein Mandat zu entreißen und die konservative Vertretung zurückzudrängen. Man glaubte, nach allen Anzeichen diesmal den Gewinn von 8 Sitzen erwarten zu dürfen, was eine Verschiebung von 16 Stimmen in der Wagschale der Parteien bedeutet hätte.

Die Majorität der Rechten war seit 1908 auf 8 Stimmen reduziert. Seit 1902 sinkt sie, obzwar langsam, aber doch beständig. Sie betrug 1902 26, 1904 20, 1906 12 und 1908 8 Stimmen. Es hätte genügt, daß diese langsame Verschiebung, die seit so langer Zeit begonnen hatte, sich in gleichem Tempo fortsetzte, um unter so günstigen Verhältnissen, wie ich sie eben geschildert habe, die Konservativen bei der Wahl vom 22. Mai in die Minorität zu drängen.

Nun waren die Antiklerikalen ganz allgemein der Überzeugung, daß die öffentliche Meinung sich diesmal mit mehr Energie als früher gegen die Konservativen aussprechen werde: man rechnete darauf, daß das Ministerium in Mißkredit geraten sei; die Klerikalen, sagte man, hätten sich bei der Regierung abgenutzt; sie seien gelähmt durch Uneinigkeit, auf einem Punkte, wo ihre Regierung nichts mehr zu unternehmen wage aus Furcht, von ihren eigenen Anhängern im Stiche gelassen zu werden; sie besäßen nur mehr einen Schatten von Macht und hielten sich nur noch durch ein Wunder im labilen Gleichgewicht; der geringste Anstoß reiche aus, um sie zu Fall zu bringen; wie

könnten sie in einer so gefährdeten Lage die Skandale überdauern, die Schlag auf Schlag von der Opposition veröffentlicht wurden?

Die Opposition hatte tatsächlich in den letzten Monaten vor der Wahl eine Reihe von Skandalen aufgedeckt, wobei einige Minister und Parteiführer der Rechten bös kompromittiert wurden. Am schwersten wurde der Kolonialminister Renkin bloßgestellt. Zur Zeit der Kongoübernahme hatte die Kammer beschlossen, sämtliche Passiva zu übernehmen, mit denen der alte Kongostaat belastet war, ohne eine Rechnungslegung über irgend etwas zu fordern, und zwar auf die feierliche Versicherung des Ministers hin, man habe ihm die Mittel an die Hand gegeben, sich von der absoluten Richtigkeit aller Rechnungen zu überzeugen. Man konnte nun seither unwiderleglich beweisen, daß Leopold II., wie viele unserer Genossen schon damals behaupteten, sich ohne jegliche Berechtigung für mindestens 30, vielleicht jedoch auch für 60 Millionen Kongorente angeeignet hatte, die die Passiva in betrügerischer Weise belasteten, und von denen er sich vorbehielt, daß er sie nach Belieben verwenden könne. Der Minister mußte zugeben, daß er niemals eine Untersuchung vorgenommen, trotzdem er sein Wort verpfändet, und daß er in einer so wichtigen Sache die Kammer hinters Licht geführt habe!

Der Justizminister wiederum wurde überführt, als Wohnungszuschuß 18000 Franken widerrechtlich zu beziehen. Die Stellung des Ministers der öffentlichen Arbeiten wurde dadurch in ein recht schiefes Licht gesetzt, daß bekannt wurde, er belaste sein Budget mit den Kosten für die Unterhaltung von fünf Automobilen, die beinahe ausschließlich für seinen Privatgebrauch bestimmt seien. Ähnlicher Machenschaften wurde der klerikale Senator Dupré überführt, der belgischer Generalvertreter auf der Mailänder Ausstellung war. Endlich enthüllte Genosse Terwagne in der Kammer in einer sensationellen Interpellation die Umtriebe des konservativen Parteihäuptlings von Antwerpen, des Abgeordneten und Gemeinderats Coremans, der dafür, daß er für die Tramwaykonzession gestimmt, einen Gewinn einheimste, den er selbst auf 150000 Franken schätzte und dessen Zahlung er mit einem unglaublichen Zynismus auf dem Rechtsweg betrieb!

* * *

Dieser peinlichen Situation der Majorität stellte man gern die günstigen Bedingungen gegenüber, unter denen die Opposition den Kampf begann. Man sprach von „der Opposition“ und nicht von „den Oppositionsparteien“, denn man war in den verschiedensten Kreisen zu der Ansicht gelangt, daß Sozialisten und Liberale einander zu nahe ständen, um nicht einen Block gegen die klerikalen Gegner zu bilden. Gerade auf die Festigkeit dieses Blockes gründete man die größten Hoffnungen. Die „Kartell“politik schien ihn endgültig gefestigt zu haben. In unserem Politikerjargon nennt man „Kartell“ ein Wahlabkommen. Mitunter nimmt es die Gestalt eines förmlichen Bündnisses an, wobei die Kandidaten von beiden Parteien gemeinsam aufgestellt werden; mitunter, und zumeist, führt es nur zu einer einfachen „Aneinanderreihung“ (Juxtaposition) der Kandidatenlisten. Das ist ein Kunststück, das nirgends sonst etwas Ähnliches hat und das ersonnen worden ist, um einige Eigentümlichkeiten unseres Wahlsystems auszunutzen. Bei einer derartigen Aneinanderreihung der Listen stimmen sowohl Liberale wie Sozialisten für ihre eigenen Kandidaten, aber da diese erklärt haben, eine einzige Liste bilden zu wollen, so folgt daraus, daß der Überschuß an Stimmen der einen Partei — das heißt die Stimmen-

zahl, die sie außer dem Minimum an Stimmen erhält, das ihr dieselbe Anzahl Mandate einbringen würde — der verbündeten Partei zugute kommt und ihr manchmal den Gewinn eines Sitzes verschafft. Das erinnert, wie man sieht, ein wenig an die Stichwahl unter der Einzelwahl, freilich mit zwei merklichen Unterschieden. Der erste besteht darin, daß die Aneinanderreihung formell und endgültig schon zu Anfang der Wahlkampagne vollzogen wird. Der zweite rührt daher, daß der Wähler trotz der Übereinkunft der Parteien eine für alle Kandidaten gemeinsame Stimme abgeben kann, ohne unter ihnen einen bestimmten auszuwählen. Diese beiden Umstände bieten natürlich leichter und öfter Gelegenheit zu Annäherungen und Verschmelzungen.

Freilich ist es um die „Aneinanderreihung" im allgemeinen ebenso wie um andere Vorgänge dieser Art bestellt. Ihre wirkliche Tragweite hängt ganz von der Art und Weise ab, wie sie angewendet wird. Ihre Gestalt ist immer die gleiche, aber ihre Folgen für die Politik können unendlich mannigfach sein. Manchmal hindert sie die betreffenden Parteien durchaus nicht, ihre Unabhängigkeit voll zu wahren und sich sogar gegenseitig zu bekämpfen: es ist schon dagewesen, daß sie heftiger einander als dem gemeinsamen Gegner Stimmen streitig machten. In anderen Fällen wieder kommt es bloß zu Scheingefechten zwischen den Blockbrüdern, die Unabhängigkeit der beiden Parteien ist eine leere Redensart: Liberale und Sozialisten führen den Wahlkampf parallel, man verständigt sich, damit die Propaganda der einen Partei nicht der der anderen in die Quere kommt, man organisiert gemeinsame Versammlungen und man vereinbart, daß alle Kandidaten gleichlautende Erklärungen erlassen sollen, man verteilt dieselben Flugblätter, man schlägt dieselben Plakate an. Kurz und gut, Sozialisten und Liberale vereinen ihre „unabhängigen" Aktionen so gut miteinander, daß die Öffentlichkeit schließlich keinen Unterschied mehr sieht und nur die Eingeweihten bemerken können, daß es sich nicht um eine einzige Partei handelt.

Ich habe zwei extreme Typen beschrieben. Beide sind Ausnahmen. Aber man muß doch zugeben, daß man sich im Laufe der letzten Jahre viel öfter dem zweiten als dem ersten zugewandt hat, und diese Tendenz der Einigung zwischen sozialer Demokratie und bürgerlichem Antiklerikalismus hat man eben „Kartellpolitik" getauft.

Man verkündete nun, daß diese Verschmelzung, diese Bildung des Blocks auf das Land einen tiefen Eindruck machen würde. Wenn man die Anhänger der neuen Politik hörte — oder sagen wir besser dieser Wiedererweckung der Politik einer Zeit, in der der Sozialismus noch nicht aufgetreten war —, so hatte Belgien nur deshalb nicht schon früher das klerikale Joch abgeschüttelt, weil es nichts an dessen Stelle zu setzen hatte. Es gab, wie sie sagten, keine Regierung zum Ersatz der Klerikalen, solange Sozialisten und Liberale getrennt blieben, jede Partei für sich allein zu schwach, um die Regierung zu übernehmen. Aber die wachsende Herzlichkeit und Innigkeit des Verhältnisses zwischen den beiden Kartellparteien, die immer vollkommenere Übereinstimmung der beiden Parteien der Linken in den Parlamentsdebatten zeigten zur Genüge, daß die „antiklerikale Armee" jetzt den nötigen Zusammenhalt und die nötige Disziplin erlangt habe, um gemeinsam zu regieren.

Man stellte also der altersschwachen, zerrissenen Partei der Klerikalen, die ruhmlos dahinvegetierte, ohne sich zur geringsten Reform aufzuraffen, die durch sensationelle Skandalprozesse demoralisiert und kompromittiert war, eine jugendliche, einige, starke, von Begeisterung und Selbstvertrauen beseelte Partei der

Vereinigten Linken gegenüber. Sie verfügte über ein glänzendes Regierungspersonal, denn neben den liberalen Größen zählte man einige der hervorragendsten unter unseren Genossen, die als Minister dem Lande Vertrauen und Beruhigung einflößen sollten. Unter solchen Umständen wollte der Block sämtliche Reformen durchführen, die er für notwendig hielt, zwar mit „Vorsicht", um die Bourgeoisie nicht in Aufregung zu bringen, aber doch auch genügend „fortschrittlich", um dem Proletariat Genüge zu tun. Mußte die Nation nicht der demokratischen Trilogie Beifall klatschen, die ihr endlich von einer Vereinigung vorgeführt werden sollte, der die Kraft innewohnte, sie zu verwirklichen?

Die demokratische Trilogie ist das Programm der Linken, die Zusammenfassung aller Vorschläge des Blocks zur Lösung der dringendsten politischen Probleme. Sie umfaßt die drei Forderungen des allgemeinen Stimmrechtes, des Schulzwanges, der Heeresreform, außerdem noch den Arbeiterschutz, denn die drei Reformen der Trilogie sind eigentlich vier, wie die drei Musketiere. Aber von der vierten spricht man nur wenig und nur in sehr unbestimmten Ausdrücken.

Die Trilogie kommt freilich denen sehr dürftig vor, die wissen, wie wenig Realität in diesen Formeln wohnt und wie namentlich das Versprechen des allgemeinen Stimmrechtes im Programm illusorisch und trügerisch ist. Man war jedoch ganz ernstlich der Überzeugung, die Wählerschaft sei durch dieses „Programm" aufs tiefste aufgewühlt und würde endlich aus ihrem langen Schlummer erwachen, sie werde endlich die Ketten der klerikalen Herrschaft abschütteln.

Aber am Wahltag zeigte es sich, daß die Wählerschaft nicht im geringsten aufgerüttelt war, daß sie nicht einmal den Versuch gemacht hatte, eine abgelebte Regierung, die ihr nicht im mindesten sympathisch war, durch eine funkelnagelneue zu ersetzen. Was sage ich, sie blieb nicht einmal ihrer alten Gewohnheit treu, der Regierung ein paar Mandate abzunehmen: die Opposition hat diesmal nur ein einziges gewonnen, wenn anders man ein Mandat überhaupt als gewonnen betrachten kann, das einem Bankier unter den obengenannten Umständen zufiel. Wenn sich auch alles vereinte, um die Stellung der Majorität unhaltbar zu machen, wenn auch ihre Existenz nur mehr an einem Faden hing, so war die Begeisterung, auf die man im Lande spekulierte, nicht einmal stark genug, um dieses Fädchen zu zerreißen. Die Rechte hat sogar weniger Stimmen verloren als bei den vorigen Wahlen: die Regierung, die vor vier Jahren 56,2 Prozent der Gesamtstimmenzahl bekommen hatte, die in den Provinzen für die drei großen Parteien abgegeben wurde, bekam diesmal immer noch 54,8 Prozent. Und in den Wahlkreisen, wo es ein „Kartell" gab, ist ihr Verlust noch weniger zu merken: er beträgt dort nicht einmal 1 Prozent. Selten hat man so große Hoffnungen so jämmerlich zu Wasser werden sehen.

III.

Ich weiß nicht, wie es die Lobredner des Blocks in Zukunft anstellen werden, um uns zu überzeugen, daß das Land seine Befreiung nur von jenen Methoden erwartet, die sie uns anpreisen, und von der Regierung, die sie herausstreichen. Es sollte mich aber doch sehr wundern, wenn sie auf dies schwierige Unternehmen verzichten sollten. Es wird sicher noch mehr als ein mißglückter Versuch nötig sein, bis sie ihre Fehler einsehen.

Wenn sie jedoch das Ergebnis der Wahl einigermaßen objektiv studieren würden, so könnten sie viel Nützliches dabei lernen. Vor allem könnten sie erkennen, daß unsere Wähler, so gleichgültig sie der Lehre von der antiklerikalen Konzentration gegenüberstanden, Sympathie für die Taktik und die Ideen des Sozialismus zeigten, überall wo es ihnen möglich war, dies durch ihre Stimme kundzutun.

Besonders in drei Wahlkreisen fand der Kampf unter Bedingungen statt, die weder zu einer Verschmelzung noch zu Zweideutigkeiten Anlaß gaben: in Brüssel, Antwerpen und Courtray. In den beiden ersteren hatten sich unsere Genossen geweigert, ein Kartell zu schließen und sich offen gegen jede antiklerikale Politik der Annäherung an die Liberalen sowie gegen jede gemeinsame Regierung mit den Liberalen ausgesprochen. Und obwohl die Mehrzahl unserer Kandidaten darin dem Standpunkt der Arbeiterorganisationen entgegengesetzt war, so muß man doch anerkennen, daß die Wahlagitation hier mit großer Energie und Entschiedenheit geführt wurde. Andererseits hatten wir in Courtray ein Kartell mit aneinandergereihten Listen, doch schadete das dort nur unbedeutend. Genosse Debunne hat hier mit einem Feuer und einer Begeisterung agitiert, der niemand seine Hochachtung versagen kann. Sein Interesse an der Wahl veranlaßte ihn übrigens ebenso wie seine Überzeugung, keine der bürgerlichen Parteien zu schonen, denn er hatte mindestens ebensoviel Aussicht, den bisher von den Liberalen behaupteten Sitz zu erobern wie das Mandat siegreich gegen die Klerikalen zu verteidigen, das er bei den vorigen Wahlen gewonnen hatte. Man braucht nur seine Wahlflugblätter zu lesen, nur seine Propagandaschriften durchzugehen, um sich zu überzeugen, daß keine Verschmelzung der Oppositionsparteien in Courtray stattgefunden hat. Jeder, der die Bevölkerung dieses Wahlkreises kennt, weiß übrigens, daß eine Verschmelzung der Parteien der Linken nur einen unheilvollen Einfluß auf den Ausgang gehabt hätte.

Hier einige Zahlen über die sozialistischen Stimmen in den drei Kreisen in den Jahren 1906 und 1910:

	1906	1910
Brüssel	57720	68604
Antwerpen	14503	16720
Courtray	6282	14911
	78505	100235

Ein ganz anständiger Gewinn! Er erscheint besonders befriedigend, wenn man bedenkt, daß unser Wahlsystem einer Stimmenverschiebung sehr entgegenwirkt. Besonders in Courtray ist der Zuwachs bemerkenswert, er erinnert an die großartige Ausdehnung des Sozialismus in Belgien im Jahre 1894. Bei einer einzigen Wahl nahmen wir damals den Liberalen beinahe ein Drittel ihrer Stimmen, indem wir gleichzeitig den Klerikalen ernstlich zusetzten.

Was besagen diese Ziffern anderes, als daß ein sozialistischer, ein rein sozialistischer Wahlsieg bei uns möglich ist, wie auch manche Genossen darüber denken mögen, bei uns übrigens wie in jedem anderen Lande, wo ein zahlreiches Proletariat sich um die Fabrikschornsteine zusammenschart. Wenn man zu den Arbeitern von ihren Interessen spricht, wenn man ihnen all das zeigt, was sie sich durch einen mannhaften Kampf gegen die Gewalten der kapitalistischen Welt erobern können, wenn man sie an die großartige Aufgabe erinnert, die auf den Schultern ihrer Klasse ruht, die sich organisiert und um eine neue Welt kämpft, dann kann man sicher sein, den Weg zu ihrem Herzen zu finden und ihre Begeisterung und ihre Energie zu wecken. Die in den drei

eben erwähnten Wahlkreisen gewonnenen sozialistischen Stimmenzahlen, in einem Moment errungen, wo die größte Partei des Landes in dem gefährlichen Dunkel der antiklerikalen Annäherungspolitik herumtappt, bilden einen scharfen Kontrast zu der allgemeinen Niederlage der Blockpolitik und beweisen von neuem in erhebender Weise die sieghafte Kraft der Klassenpolitik.

* * *

Es ist sehr schwer, genaue und vollständige Daten über den Fortschritt oder den Rückgang der Parteien in den übrigen Wahlkreisen zu geben. Das Kartell macht es oft unmöglich, eine genaue Scheidung zwischen liberalen und proletarischen Stimmen vorzunehmen. Die Gestalt der Wahlbündnisse schwankt außerdem von Wahl zu Wahl, so daß eine Vergleichung nur unsichere Resultate gibt. Wir können daher nur einzelne Zahlen bruchstückweise anführen.

In einigen kleinen Wahlkreisen verzichteten die Sozialisten von vornherein auf einen Kampf, da ihre Bedeutung hier praktisch gleich null war, und sie beschlossen, den Liberalen ihre Stimme zu geben. In einigen anderen Kreisen, besonders in Brügge, Turnhout, Mecheln und Arlon, ließ das Wahlbündnis unseren Genossen genügend freie Hand, aber ihre mangelhafte Organisation und die wenig günstige wirtschaftliche Lage ließ nicht auf ein allzu glänzendes Ergebnis hoffen. Unsere Stimmenzahl wuchs jedoch in dreien dieser Kreise, zwar, um die Wahrheit zu sagen, nur sehr bescheiden, da sie kaum 3 oder 4 Prozent sämtlicher abgegebenen Stimmen beträgt. In Mecheln gingen wir dagegen sogar etwas zurück, ohne Zweifel unter dem leidigen Einfluß von Streitigkeiten, die sich in dem Wahlkreis abspielten.

In Löwen behielten wir, ebenfalls unter den Auspizien eines Wahlbündnisses, unsere alte Stimmenzahl ohne wesentliche Änderung.

In den noch übrigen Kreisen von Nivelles, Namur und Dinant-Philippeville ist die Zahl der sozialistischen Wähler ziemlich bedeutend und das Bündnis mit den Liberalen besonders innig. Hier kann man am besten die Annäherungspolitik an eine bürgerliche Partei studieren.

In Dinant-Philippeville verloren wir an Stimmen, wir fielen von 16828 auf 13890. Das ganze liberal-sozialistische Kartell verliert an Kraft gegenüber den Klerikalen. 1906 erhielten Sozialisten und Liberale dort zusammen 29564 Stimmen gegen 35319 klerikale. Diesmal vereinten sie 30034 Stimmen auf ihre Kandidaten gegen 38484 der Regierungspartei (31096 stimmten für die offizielle katholische Liste und 7388 für einen katholischen Wilden). Die konservative Mehrheit stieg also in den letzten vier Jahren von 5755 auf 8450 Stimmen. Manche meiner Freunde behaupten freilich, der Wilde hätte auch antiklerikale Stimmen bekommen, und sie versuchen, durch eine komplizierte Rechnung nachzuweisen, daß die Majorität der Regierungspartei bloß 5674 Stimmen beträgt. Aber auch die größten Optimisten versteigen sich nur zur Behauptung, daß der Block nicht zurückgegangen ist, während sie den Rückgang der Sozialisten eingestehen müssen.

In Namur, wo bei den zwei letzten Wahlen Liberale und Sozialisten gemeinsam stimmten, kann man deshalb keine Scheidung der Stärken der einzelnen Parteien vornehmen, noch mit Bestimmtheit sagen, ob der Sozialismus Fortschritte gemacht hat oder zurückgegangen ist, wie viele Genossen annehmen. Der Wahlblock hat sicher auch hier keinen Erfolg gehabt. Seine Majorität sank von 4764 auf 4492 Stimmen; ja sie beträgt sogar nur mehr 3570, wenn man der Regierung noch die 922 Stimmen des katholischen Wilden gutschreibt.

Bloß in Nivelles machte der Block bemerkenswerte Fortschritte. Seine Majorität stieg von 9556 auf 16762 Stimmen. Der Herr Bankier May weiß, was das gekostet hat! Aber auch hier macht sich ein starker Rückgang des Sozialismus bemerkbar. Unsere Genossen werden dort ständig zurückgedrängt, seitdem sie ihr Geschick mit dem der antiklerikalen Bourgeoisie verknüpft haben. 1902 kämpften sie noch allein und erhielten 20037 Stimmen, heute dagegen nur 16799. In derselben Zeit stiegen die liberalen Stimmen von 16629 auf 22462. Außerdem erhielt das Kartell noch 6998 Stimmen ohne Unterschied der Partei. Und da während dieser Zeit die Klerikalen ihre Stimmenzahl von 27610 auf 29497 steigen sahen, so folgt daraus, daß allein die Sozialisten einen absoluten Rückgang in diesem Wahlkreis zu verzeichnen haben, in dem sie einstmals so glänzend vorwärtsschritten.

Diese Tatsachen zeigen uns aufs eindringlichste die zweifache Wahrheit: Die Blockpolitik drängt die Klerikalen nicht zurück und fügt ihnen höchstens ganz geringfügige Verluste zu; wohl aber schwächt sie die sozialistische Streitmacht zum Vorteil ihrer liberalen „Bundesgenossen".

* * *

Das Versagen der Blockpolitik, das Versagen des Sozialismus überall dort, wo er Blockpolitik betrieb, werden den nicht in Erstaunen setzen, der sich klar ist über die Notwendigkeit der rein proletarischen Aktion. Sie bilden ein wichtiges Argument für die Genossen, die sich bei uns bemühen, die Partei zu bewegen, die alte kraftvolle Klassenaktion wieder aufzunehmen, die ihr so lange den Erfolg gesichert hat. Wird man auf ihre Stimme hören? Später wird dies ja sicher einmal der Fall sein, aber anzunehmen, daß diese Warnung jetzt schon die antiklerikale Zukunftsmusik übertönen werde, dazu gehört doch ein gesunder Optimismus. Die Ursachen, die die Partei in ihre heutige Lage gebracht haben, sind tief eingewurzelt. Sie können eine furchtbare Krise hervorrufen, auf die die Partei lostreibt, ohne daß sie es zu bemerken scheint. Ich hoffe, später noch Gelegenheit zu haben, den Lesern der „Neuen Zeit" die Eigenart der politischen Situation auseinandersetzen zu können, vor der wir stehen. Ihr Studium kann den Genossen anderer Länder sehr nützlich werden.

Der Aufstand in Albanien.

Von **Karl Radek**.

1. Albanien.[1]

Es ist noch kein Jahr her, als nach dem vernichtenden Zuge Djawid Paschas durch Altserbien die türkische Presse versicherte, Albanien sei „beruhigt". Heute steht Albanien in einem Kampfe, der, wie auch sein Ausgang sein mag, lange dauern wird und, indem er alle Kräfte der Türkei in Anspruch nimmt, große internationale Verwicklungen nach sich ziehen kann. Dies genügt, um die albanesische Frage interessant zu machen; aber auch ohne

[1] Die Literatur über das albanesische Problem ist keinesfalls reich. Ein vollständiges Verzeichnis bringt Die Albanesische Bibliographie von Manek, Pekmetzi und Stolz. Die wichtigsten Arbeiten über Albanien, die nach dem grundlegenden Werke von Hahn: Albanesische Studien (Wien 1854) erschienen sind, enthält das Sammelwerk Zur Kunde der Balkanhalbinsel, das von Karl Patsch in Sarajewo bei D. A. Kajon

diese aktuelle Bedeutung ist sie wert, besprochen zu werden: ist doch ein Blick in die Lebensverfassung eines Volkes, das in Europa bis jetzt fast auf der Stufe der Naturalwirtschaft verblieb, an und für sich lehrreich. Die Eigenart Albaniens hängt in erster Linie von seiner geographischen Lage ab. Nur an seinen Rändern (am Adriatischen Meer und in Altserbien) Flachland, ist es größtenteils ein wildes Hochland, dessen zerrissene Schluchten und Höhen nur für gute Kenner des Landes und waghalsige Bergsteiger passierbar sind. Das hat zur Folge, daß nicht nur den Globetrottern Albanien unbekannt geblieben ist, sondern daß auch sein nomineller Besitzer, die Türkei, nicht viel von ihm weiß. Auch die wirtschaftliche Verfassung Albaniens wird durch seine geographische Lage bestimmt. Nur am Küstenland konnte sich nennenswerter Ackerbau entwickeln, während er in den Bergen spärlich ist und das Hauptgewicht dort in der Viehzucht liegt. Der Ackerbau — größtenteils ist es Maisbau — steht auf der niedrigsten Stufe der Entwicklung: die Fruchtwechselwirtschaft ist noch unbekannt. Die geographische Lage bestimmt auch die Eigentumsverhältnisse Wie in Deutschland zuerst in „den engen Tälern, wie im Bergischen, auf schmalen, flachen Höhenrücken, zwischen Sümpfen, wie in Westfalen . . . die Felder aus der Gemeinschaft ausgeschlossen und den einzelnen Bauern erblich zugeteilt waren" (Engels: Die Mark, S. 58, von der Utopie zur Wissenschaft), so ging es auch in Albanien, wenn überhaupt jemals — wie es nicht feststeht — bei ihnen Gemeineigentum geherrscht haben sollte. Bei dem individuellen Besitz waren sie jedoch von jeher voneinander sehr abhängig, weil sie im Kampfe mit der Natur und den sie bedrängenden Gegnern zusammenhalten mußten. Und so existiert in Albanien bis heute in den Bergen die Stammesverfassung. Jeder Stamm hat seinen Bannerträger, den Bairaktar, der den Stamm einige Male im Jahre zur Besprechung gemeinsamer Angelegenheiten zusammenruft, an der die Häuptlinge der Sippen (Giobar), der Verbände einiger Sippen (Krue) und die Oberhäupter der Familie teilnehmen. Dem Stamme gehören die Familien an, die als Blutverband zusammenhalten. Die Funktion des Bairaktars ist erblich. Obwohl die wirtschaftlichen Verhältnisse wenig differenziert sind, hat — wahrscheinlich dank den vielen Kriegen, an denen die Albanesen teilnahmen — eine gewisse soziale Differenzierung stattgefunden und wir sehen an vielen Orten Albaniens das Bestehen verschiedener Adelsgeschlechter. Wie abgeschlossen auch die Stämme leben und wie klein an Zahl der Mitglieder sie sind, entstand doch bei ihnen ein kompliziertes Sittengesetz, das alle soziale Beziehungen regelt, — das Kanun Lek Dukadschin (das Gesetz Alexander Dukadschins), das von einem mythischen Volksheros stammen soll. Das Gesetz basiert auf der Blutrache, die, wie schrecklich und barbarisch sie auch ist — sie vernichtet an einzelnen Orten 40 Prozent der erwachsenen Männer —, das stärkste soziale Band im Lande bildet und allein, da eine zentrale Gewalt gänzlich fehlt, die Ausführung des

---

und später bei Hartleben in Wien erscheint; es sind bis jetzt zehn Hefte (à 2,50 Mk.), unter denen die Arbeiten von Steinmetz die wichtigsten sind: „Eine Reise durch Hochländergaue Oberalbaniens" (Wien 1907), „Ein Vorstoß in die Nordalbanischen Alpen" (Wien 1905). Auf Grund der erwähnten Arbeiten und eigener Anschauung ist die Arbeit von Paul Siebertz: Albanien und die Albanesen (Wien, Verlag der Manzschen Buchhandlung, Preis 9 Mk.) geschrieben. Alle hier angeführte Literatur enthält nur rohes Material; den Verfassern fehlt infolge ihres Mangels an soziologischen Kenntnissen die Möglichkeit einer Verallgemeinerung und des Verständnisses für verwickeltere Zusammenhänge.

Gewohnheitsrechts garantiert.[1] Obwohl sie schon im Mittelalter unter dem Einfluß Venedigs standen, haben die Albanesen doch bis weit ins neunzehnte Jahrhundert die Naturalwirtschaft bewahrt. Erst seitdem Griechenland und noch mehr Mazedonien (seit dem Krimkriege) in den Bann der Warenproduktion hineingezogen worden waren, kann man eine gewisse Einwirkung der Geldwirtschaft selbst im Hochland Albaniens bemerken. Mit Geld wird die Braut gekauft, durch Geld sucht man der Blutrache zu entgehen; alljährlich wandern Zehntausende von Albanesen nach Griechenland, Mazedonien und selbst nach Amerika aus, wo sich stets dreißigtausend Albanesen aufhalten, um 100 bis 150 Mark zu verdienen und sie nach Hause zu bringen. Aber das Fundament des wirtschaftlichen und sozialen Lebens im Hochland ist noch heute die Naturalwirtschaft, was sich in dem sehr hohen Zinsfuß, der in Albanien üblich ist, äußert. In den albanesischen Grenzländern, wo viele albanesische Auswanderer sich dauernd niederließen, hat der Einfluß des eindringenden Geldes sich in sehr eigenartiger Weise im Stammesleben gezeigt. Die albanesischen Auswanderer gehören nämlich den verschiedensten Stämmen an und können keine sozialen Verbände auf Grund der Verwandtschaft bilden; da stellt sich das Geld als einigendes Band ein: ein Albanese, der darüber verfügt, kauft 100 Martinigewehre und borgt sie gegen Zins aus; diejenigen, die durch ihn mit Waffen versehen sind, bilden einen Stamm. Eine unvergleichlich höhere Stufe der ökonomischen Entwicklung haben die Albanesen in Südalbanien (Epirus) erreicht, wo sie sich selbst an Handel und Industrie beteiligen.[2]

Diese wirtschaftliche Verfassung bestimmt das Verhältnis Albaniens zur türkischen Macht, wie auch in diesem Verhältnis die Eigenart des Staates klar zutage tritt. Seit dem Jahre 1497 zur Türkei nominell gehörend, war Albanien niemals türkisches Land selbst in dem Sinne, wie es Mazedonien ist und war. Die ganze Türkei klagte unter dem Hamidischen Regime über Korruption der Bureaukratie. Albanien hatte keinen Grund zum Klagen, denn es kam mit der türkischen Bureaukratie sehr wenig in Berührung. In Skutari und anderen Städten der Adriaküste, wie auch an dem an Mazedonien grenzenden östlichen Saume Albaniens, gab es türkische Beamte; im Hochland sind sie nicht da. Und diese letzte Ursache verurteilt die türkische Bureaukratie zur Ohnmacht auch dort, wo sie sich schon festsetzte. Ins Hochland einzudringen, ist sie nicht imstande, und das Hochland gibt den Albanesen in den Städten, in denen die Vertreter des türkischen Staates walten, Widerstandskraft. So weigerten sich die Albanesen in Skutari, sich zählen zu lassen, selbst dann, als der Wali im vorigen Jahre Kanonen gegen die Stadt auffahren ließ. Die Albanesen im Hochlande zahlen keine Steuer, selbst die des muselmanischen Glaubens dienen nicht auf Grund der Militärpflicht, die sich auf

---

[1] Über die Blutrache schreibt ein berühmter Theologe, Professor Dr. Alois Musil, in seinem von der Wiener Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Werke *Arabia Petraea* (Wien 1907): „Die Institution der Blutrache gehört in den Gebieten, die einer festen Staatsmacht entbehren, zu den *größten Wohltaten*. Denn wenn man keinen Rächer hinter sich hätte, wäre man einzig auf Gott und sich selbst angewiesen und darum in ständiger Gefahr, das Leben gewaltsam zu verlieren. Hat man aber einen Rächer, so kann man des Lebens sicher sein und sich auch in der Wüste so sicher fühlen wie in der belebtesten Straße einer europäischen Großstadt.“ (III. Bd., S. 359. Zitiert bei Siebertz.) Wie wir sehen, ist der Wirklichkeitssinn des frommen Forschers größer als sein Zutrauen zu Gott.

[2] Hartmann, Unpolitische Briefe aus der Türkei. Leipzig 1910. S. 74.

alle Muselmänner erstreckt, sondern nur auf Grund spezieller Abmachungen. Aber es gibt Stämme, wie die Miriditen, die selbst formell keinem türkischen Kaimakan unterliegen, sondern einen freigewählten Führer haben und sich nur für den Kriegsfall zur Heeresfolge verpflichtet fühlen. Dieses Verhältnis zum türkischen Staate wurde gar nicht verändert durch die Tatsache, daß viele albanesische Häuptlinge, nachdem sie sich in türkischen Kriegen ausgezeichnet hatten, führende Stellen im türkischen Heere und der türkischen Verwaltung einnahmen; diese Tatsache bezeugte nur, daß zwischen den Zuständen Albaniens und der Türkei kein so großer Unterschied besteht. Und hier kommen wir zum springenden Punkt in der Frage des Verhältnisses Albaniens zur Türkei. Der türkische Staat war als sozialer Organismus nicht viel mehr entwickelt als Albanien, und darum hatte er keine Kraft, die Widerstände, die ihm die geographische Lage Albaniens bot, zu überwältigen, wie er sie in Kurdistan und Arabien ebenfalls nicht überwältigen konnte. Die weiter fortgeschrittene soziale Differenzierung Mazedoniens und Kleinasiens, wie auch die Anleihen an den europäischen Börsen, deren er sich in den letzten dreißig Jahren zu bedienen begann, erlaubten ihm eine freilich schlecht funktionierende Verwaltung und ein Militär zu unterhalten, die das Reich der Aussaugung seitens der Regierung preisgaben. Von der Erfüllung irgendwelcher sozialer Funktionen, die ein moderner Staat sonst erfüllt, war bei der Türkei keine Rede, kein Wunder also, daß sie, nur auf die Waffengewalt gestützt, das durch seine Lage geschützte Land dem Reiche nicht einverleiben konnte. Dies ließ sich nur durch soziale Einflüsse erreichen, die wirtschaftlich die beiden Länder verknüpften. Weil es an diesem Bande fehlte, mußten die bisherigen Versuche der sultanischen wie auch der jungtürkischen Regierung, durch Feuer und Schwert Albanien mit der Türkei zusammenzuschweißen, fehlschlagen.

2. Der Aufstand.

Solange die jungtürkische Regierung nicht den festen Willen zeigte, Albanien der Türkei einzuverleiben, waren, wenn nicht die Albanesen überhaupt, denen der Unterschied zwischen den Jungtürken und der alten Regierung wohl bis in die letzte Zeit unklar blieb, so doch die aus Albanien stammenden türkischen Offiziere und die albanesischen Geistlichen Freunde der jungtürkischen Bewegung, weil diese ebenso von der Regierung verfolgt war wie die junge, in Albanien erst entstehende albanesische nationale Bewegung.

Der Fall des Absolutismus wurde von der dünnen Schicht der albanesischen aufgeklärten Bevölkerung mit großer Freude begrüßt, weil auch die angesehensten albanesischen Familien, wenn sie in Regierungsdienste eintraten, niemals vor der Ungunst der Regierung sicher gewesen waren. Aber nicht lange dauerte der Freudentaumel. Die jungtürkische Regierung war dazu verurteilt, durch ihre Aktion gegen die parasitischen Elemente, die das alte Regime großgezogen hatte, deren Gegenaktion zu entfachen, wobei den Reaktionären die Mißstimmung der türkischen Bevölkerung durch verschiedene notwendige, aber harte Maßregeln (wie die rücksichtslose Aushebung der Rekruten und die Einführung eines viel mehr anstrengenden Militärunterrichts) zugute kam. Aber dabei handelte es sich nur um Übergangserscheinungen; selbst eine kurze Wirkungszeit der besseren jungtürkischen Verwaltung, selbst die kurze Arbeit zur Hebung der Produktivkräfte des Landes, die die Jungtürken trotz der prekären finanziellen Lage anfingen, zeigte dem türkischen

Volke in Kleinasien, daß das jungtürkische Regime doch besser ist als das Abdulhamidische. Wenn auch der Zentralismus der Jungtürken, ihre Unduldsamkeit den nationalen Erfordernissen der slawischen Bevölkerung Mazedoniens gegenüber auf die Dauer eine ernste Gefahr für das Bestehen der jungtürkischen Herrlichkeit bildet, augenblicklich konnte die Türkei die von ihrer Regierung als notwendig angesehenen Reformen in Mazedonien durchführen. Der nationale Kampf der Slawen Mazedoniens hat zwar seine Wurzeln in den ökonomischen Umwandlungen Mazedoniens, aber sein stärkstes Förderungsmittel waren die Expansionsbestrebungen Bulgariens und Serbiens und die Abwehraktion Griechenlands, und diese sind aus Gründen, auf die ich hier näher nicht eingehen kann, seit dem österreichisch-serbischen Konflikt geschwächt, was der mazedonischen Frage das brennend Aktuelle nimmt. Anders ist die Lage in Albanien. Hier war jede Maßregel der jungtürkischen Regierung ein Stoß ins Herz der albanesischen Bevölkerung.

Albanien ist ein sehr armes Land. Das Gefühl der Armut sitzt tief im Gemüt der Bevölkerung.[1] Bis jetzt zahlten die Albanesen keine Steuer. Der erste Schritt der jungtürkischen Regierung aber war auf Steuererhebung gerichtet. Die noch fast auf der Stufe der Naturalwirtschaft stehenden Albanesen sehen in den Steuern — und das mit Recht — ein Mittel der Proletarisierung, und alle anderen Maßregeln der jungtürkischen Regierung betrachten sie als Vorarbeiten zur Steuererhebung. Darum widersetzen sie sich jeder Feststellung der Bevölkerungszahl, jedem Versuch, den albanesischen Grund und Boden aufzunehmen. Das Bestreben der jungtürkischen Regierung, die sozialen Funktionen eines Staates — in erster Linie die Gerichtsbarkeit — zu übernehmen, muß ebenfalls auf Widerstand stoßen. Die Blutrache war durch das Fehlen eines staatlichen Zusammenhanges und einer regulierten Gerichtsbarkeit entstanden. Ihre Entfernung läßt sich aber nicht im Handumdrehen durch Einführung türkischer Gerichte herbeiführen, weil sie zu einer traditionell eingebürgerten Macht des albanesischen Lebens geworden ist. Und die Tatsache, daß die jungtürkische Regierung, um die Blutrache aus der Welt zu schaffen und dabei die Widerstandsmacht der Albanesen zu schwächen, eine allgemeine Entwaffnung durchführen will, erweckt bei den Albanesen die ganz berechtigte Vermutung, daß es sich der Regierung nicht so sehr um den Ersatz einer niedrigeren Art der Gerichtsbarkeit durch eine höhere handelt, als um die Beseitigung der albanesischen Freiheit.[2]

Die Versuche der Jungtürken, Albanien dem Reiche einzuverleiben, stoßen auf einen um so gewisseren Widerstand, weil sich die Albanesen wohl dessen

---

[1] Steinmetz gibt die Übersetzung eines albanesischen Liedes, in dem die Armut des Landes in folgenden beredten Worten geschildert wird:

„O übet Gnade, die Not ist groß,
O mildert Albaniens trübes Los!
Der Reichste besitzt nur ein Stückchen Feld,
Vier Schafe, vier Ziegen der Reichste sich hält.
Aus Felsen man wenig Futter gewinnt,
Für sieben Häuser ein Tragtier dient.
Im Sturm und Schnee trägt ohne Rast
Entblößt und nackt der Mann seine Last;
Die Flinte bei sich, bloß Salz zum Brot,
Wird stets er von Todesgefahr bedroht."

[2] Wie sehr die Blutrache in Albanien eingebürgert ist, beweist die Tatsache, daß das Christentum gegen sie gar nicht zu kämpfen wagt. „Wozu hat uns denn die göttliche Vorsehung die Gewehre gegeben," antwortete ein Albanese dem Albanienforscher Baron Nopcza, als dieser ihm den Gegensatz zwischen der christlichen Lehre und der Blutrache vorhielt. Die einzige Errungenschaft der katholischen Kirche auf diesem Gebiet ist, daß am Tage der Kirchweih der Albanese Abstand von der Blutrache nimmt.

bewußt sind, daß sie in der Türkei keinen Ersatz für die verlorene Freiheit in einer größeren Arbeitsgelegenheit finden können. Wenn ein kapitalistischer Staat die kulturell niedriger stehenden und darum widerstandsloseren Gebiete, die er sich einverleibt, pauperisiert, dann verwandelt er gleichzeitig die verarmte Bevölkerung in Lohnarbeiter und weist ihnen einen Platz im Produktionsprozeß an. Die Türkei ist dazu nicht imstande, weil ihre Einverleibungsversuche nicht ein Konsolidationsprozeß eines bereits kapitalistischen Staates sind, sondern eines Staates, der sich konsolidieren will, um kapitalistisch werden zu können.

Es wurde viel in der Presse davon gefaselt, der albanesische Aufstand sei ausgebrochen, weil die Jungtürken den Albanesen die türkische Schriftsprache aufdrängen wollten. Bei der fast allgemeinen Unkenntnis der hohen Kunst des Schreibens, die die Albanesen auszeichnet, ist es natürlich ausgeschlossen, daß diese Maßregel die Massen näher berührte. Daß aber die albanesische Intelligenz, die nach langen Kämpfen sich erst 1908 darauf einigte, das lateinische Alphabet anzunehmen, durch das Bestreben der jungtürkischen Regierung, das arabische Alphabet einzuführen, einen Vorgeschmack der jungtürkischen Regierungsart bekommt, die sie für die Jungtürken nicht begeistern kann, ist ohne weiteres klar. Die Erbitterung aus diesem Grunde ist aber nur ein kleiner Teil der aus allgemeinen sozialen Gründen fließenden. Der albanesische Aufstand wird für die türkische Regierung eine sehr harte Nuß bilden, obwohl es nur ein Märchen ist, daß die Albanesen gute Schützen sind. Obwohl sie alle bewaffnet sind und von Jugend an von dem Gewehr sich nicht trennen, schießen sie schlecht, weil sie ihre Armut nötigt, die Patronen möglichst zu schonen. Ihre Zerklüftung in Stämme, die sich einander bekämpfen, und ihre religiöse Zerklüftung ist auch ein Element der Schwäche, weil sie dadurch gehindert werden, eine einheitliche Aufstandsarmee zu schaffen. Aber diese Schwäche der Albanesen wird von der Eigenart des Kampfterrains ausgeglichen. Bis jetzt befindet sich der Kampfplatz nicht auf dem eigentlichen albanesischen Terrain: das Dreieck zwischen Ipek-Prizrend-Diakowo wird von einer Bahn durchschnitten, gibt also der türkischen Armee die Möglichkeit der Verproviantierung, hat gangbare Wege und ist der türkischen Armee wohl bekannt, anders ist es mit Nordalbanien, wohin der Kampf nach eventuellen und sehr möglichen Siegen der türkischen Armee auf dem bisherigen Kampfplatz übertragen werden muß. Nordalbanien hat keine Wege, die für die Geschütze und den ganzen Verproviantierungsmechanismus passierbar wären. Und diese Lage des zukünftigen Kriegsterrains öffnet keine erfreulichen Aussichten für die Türkei. Die Jungtürken haben zweifellos vieles zur Hebung der Militärkraft des Reiches getan,[1] und die Armee, die sie jetzt gegen die Albanesen ins Feld schicken, ist der türkischen Armee der Abdulhamidischen Regierung sehr wenig ähnlich. So schreibt der Korrespondent der Kölnischen Zeitung (vom 21. April 1910) vom Kriegsschauplatz:

„Wenn man früher bei derartigen Anlässen die Soldaten sah, mußte man unwillkürlich Mitleid mit den zum Teil barfuß laufenden, schlecht gekleideten Mannschaften empfinden, die durch ihr Äußeres schon die mangelhafte Verpflegung verrieten. Mißmutig und unwillig führten die Leute die Befehle ihrer Vorgesetzten

---

[1] Siehe darüber: Generaloberst von Golz: Die Wahrheit über die türkischen Kriegsrüstungen („Tag", vom 20. Februar 1910); H. Alberstall: Die Verjüngung der türkischen Armee und ihr erstes Manöver (Militärwochenblatt 1910, Nr. 10, 11, 12); der letzte Verfasser ist der Referent in „v. Löbels Jahresberichten" über die Armeen der Balkanstaaten.

aus. Meistens waren es auch Landwehrbataillone, die bei Unruhen mobil gemacht wurden. Kein Militärzug konnte rechtzeitig abgehen, soviel Mühe sich die Beamten auch gaben; Verspätungen von mehreren Stunden standen auf der Tagesordnung, da die Mannschaften einfach die Wagen verließen und sich in der Stadt zerstreuten, wo man sie mit großer Mühe zusammensuchen mußte. Das lebensgefährliche Schnellfeuer bei der Abfahrt wurde bereits erwähnt. Es blieb nie aus und war das einzige, worauf man rechnen konnte. Heute ist es ein Vergnügen, die gut gekleideten Leute zu sehen. Niemand verläßt ohne Befehl den Wagen. Mit vergnügten Gesichtern, singend, erwarten die Soldaten die Abfahrt, pünktlich, ruhig, ohne Geräusch wird jeder Befehl ausgeführt, es herrscht strengste Zucht, und zur festgesetzten Zeit setzt sich der Zug in Bewegung. Zwischen früher und jetzt liegen kaum zwei Jahre, die doch auch recht stürmisch waren. An dem Unterschied kann man ermessen, welche Riesenarbeit in der kurzen Zeit von der türkischen Armee geleistet worden ist. Fährt man so fort, so kann ein großer Erfolg nicht ausbleiben."

Diese Vorzüge des neuen türkischen Heeres könnten aber nur auf dem bisherigen Schauplatz zutage treten. In den Gebirgen, wo die Armee in kleine Abteilungen zerteilt wird, wo es auf die Intelligenz und Erfahrung jedes einzelnen Soldaten ankommt, wird sie einen schweren Stand haben. Da die Geschütze nur wenig angewandt werden können, wird sie nicht einmal das große Übergewicht der Ausrüstung haben. Denn fast alle Aufständischen sind mit Mannlichergewehren bewaffnet.[1] Zieht man dies alles in Betracht, so kann man den Optimismus eines Teiles der Presse über die schnelle Niederdrückung des albanesischen Aufstandes keinesfalls teilen. Es wäre kein Grund zum Optimismus auch für den Fall, wenn in Mazedonien, in Kurdistan, in Arabien alles still bliebe und es zu keinen Konflikten mit Griechenland kommen würde. Die steigende Konjunktur, die den Balkanstaaten die Aufnahme von Anleihen erschwert, kann für die nächste Zukunft wohl lähmend auf ihre schürende Tätigkeit in Mazedonien wirken. Andererseits befindet sich jedoch so viel Zündstoff im Innern der Türkei, daß bei einer längeren Dauer des albanesischen Aufstandes mit dem Ausbruch des Feuers in allen Ecken der Türkei gerechnet werden muß.

3. Der Aufstand und der italienisch-österreichische Gegensatz.

Wir zeigten die Gründe des Aufstandes, sprachen von seinen Aussichten, aber erklärten noch nicht sein Ziel — und zwar deshalb, weil die Aufständischen kein konkretes Ziel haben. Denn was die Presse immer wieder als albanesische Wunschzettel auftischt, das sind Kombinationen von Journalisten oder außerhalb ihres Landes lebender Albanesen, die in keiner Verbindung mit dem albanesischen Aufstand stehen. Die Albanesen kämpfen um die Beibehaltung ihrer bisherigen Stellung in der Türkei, die sie unter dem Namen der Autonomie fixieren, obwohl es eigentliche Unabhängigkeit ist. Gelingt es den Türken, in kurzer Zeit Albanien zu erobern, es durch Bahnen zu durch-

[1] Die Quelle, aus der sie die Waffen bezogen haben, wird in der Berliner „Germania" (vom 17. Mai) von diplomatischer österreichischer Seite erklärt: Während der serbisch-österreichischen Krise, in der Montenegro sich auf die Seite Serbiens stellte, meldeten die Albanesen, die mit Montenegro alte Rechnungen haben, „in Wien ihre Bereitwilligkeit, einen eventuellen montenegrinischen Einfall zu paralysieren". Österreich ging auf den Vorschlag ein und lieferte den Albanesen die Waffen, die jetzt gegen die Türkei knattern. Die Geschichte ist sehr glaubwürdig; aus der „Germania" und der „Kölnischen Volkszeitung" kann man sich oft über die Interna der österreichischen auswärtigen Politik besser orientieren als aus der österreichischen Presse.

queren — dies scheint bei der Lage Albaniens und der Finanznot der Türkei fast unmöglich —, gelingt es ihnen, sich in Albanien festzusetzen, so werden wir das Verschwinden des albanesischen Volkes erleben; teilweise Emigration nach Italien und Mazedonien, teilweise Ausrottung und die Verwandlung einer kleinen Zahl der reichsten Familien in Ackerbauer, das ist die Zukunft, die die Albanesen für den Fall eines endgültigen Sieges der Türken erwartet. Wir zeigten jedoch bereits, wie unwahrscheinlich dieser Sieg ist, und müssen also auch die Möglichkeit eines langen Kampfes und seiner Konsequenzen in Betracht ziehen: und diese heißen europäische Intervention. Ihre Möglichkeit, die in dem italienisch-österreichischen Gegensatz auf der Adria liegt, führte schon in der englischen und russischen bürgerlichen Presse zu dem Gerücht, Österreich stehe hinter dem albanesischen Aufstand, während in Wirklichkeit der albanesische Aufstand der österreichischen Regierung sehr unzeitgemäß gekommen ist.

Worin besteht der österreichisch-italienische Gegensatz in der Balkanpolitik, dessen Knoten sich in Albanien befindet?[1] Aus Tunis durch die Franzosen verdrängt, in Abessinien aufs Haupt geschlagen, hat Italien seine Augen nach dem Westbalkan gewendet, mit dem es seit der Zeit Venedigs durch viele Bande verbunden war und über dessen eventuelle Bedeutung für Italien seit dem Jahre 1880 in der italienischen Presse Diskussionen gepflogen wurden. Der italienische Imperialismus, der mit der wirtschaftlichen Erstarkung Italiens in den letzten fünfzehn Jahren den Kopf immer höher erhebt, schielt nach dem Balkan. Im Osten der Balkaninsel ist natürlich nicht viel zu holen, weil doch die wirtschaftliche und politische Entwicklung Bulgariens, des zukunftsreichsten slawischen Balkanstaats, dort jede politische Möglichkeit für einen europäischen Staat abschneidet. Der Balkan ist auch geographisch Italien als Brücke zum Orient am nächsten. Der Drang nach dem Orient mündet in der Losung: die Adria muß ein italienischer Binnensee werden. „Dieses Meer", schrieb im Jahre 1900 die offiziöse „Tribuna", „welches ein italienischer See sein sollte, ist durch unsere ökonomische und politische Nachlässigkeit schon teilweise unserem Einfluß entzogen und würde uns definitiv an dem Tage verloren gehen, an welchem in Durazzo und Valona die österreichisch-ungarische oder russische Flagge flattern würde. Im Falle einer Auflösung der Türkei könnte Italien seinerseits nie zugeben, daß auf jenem Territorium (Albanien) ein anderer als eigener Einfluß erstehe und sich geltend mache." Österreichs Imperialismus macht erst die ersten Schritte; nicht nur das Handels- und Industriekapital, sondern selbst das von Hause aus abenteuerlustige Bankkapital Österreichs verrät noch sehr wenig Wagelust, und nicht so seine jetzigen, wie seine zukünftigen Interessen sind es, die die österreichische Regierung bei ihrer Balkanpolitik im Auge behält. In der albanesischen Frage handelt es sich für Österreich

[1] Was darüber A. Ular in seinem Buche „Der erlöschende Halbmond" (Frankfurt 1909) erzählt, ist nicht nur unkontrollierbar, sondern phantastisch. Die am besten über den österreichisch-italienischen Gegensatz in der Balkanpolitik orientierende Arbeit ist das Buch des österreichischen Imperialisten Leopold Freiherr v. Chlumetzky, „Österreich-Ungarn und Italien". Wien 1907, Deuticke (2. Auflage). Chlumetzky widmet zwar der Darstellung der ökonomischen Seite der Frage zu wenig Platz, aber er gibt dem Leser die Möglichkeit, durch eine ausführliche Wiedergabe der entsprechenden italienischen Literatur sich ein selbständiges Urteil über die Frage zu bilden.

darum, ob die beiden Küsten der Adria sich in italienischen Händen befinden sollen; würde dieser Fall eintreten, dann läge es in den Händen Italiens, den österreichischen Seeverkehr wie in einem Sacke zuzuschließen. „Die kühle Abwägung realer Faktoren zwingt uns“ — schreibt Chlumetzky — „die Erkenntnis auf, daß wir sogar eher noch ein russisches Konstantinopel als ein italienisches Valona oder Saloniki dulden können. Denn letzteres wäre gleichbedeutend mit einer wirtschaftlichen Katastrophe der Monarchie“ (l. c. S. 156).

Dies in den Augen behaltend, entwickelten beide Staaten eine energische Tätigkeit in Albanien, um sich die Herzen der Bevölkerung zu gewinnen. Schulen, Spitäler beider Staaten wie ökonomische Unternehmungen an den albanesischen Gestaden der Adria sollen die Herrschaft der beiden Staaten dort vorbereiten, welche Umtriebe wir hier aus Raumrücksichten nicht näher schildern können. Aber eben dieser Gegensatz bringt es mit sich, daß man jetzt weder von österreichischen noch von italienischen Machinationen in Albanien sprechen kann. Österreich ist jetzt im Begriff, eine Flotte zu bauen, die, wenn sie auch nicht geeignet ist, wie es die schwarzgelben Flottenschwärmer neuesten Datums erzählen, den Frieden an der Adria zu garantieren, so doch erst gebaut sein muß, bevor Österreich eine Lösung der Frage herbeizuführen imstande ist. Italien rüstet jetzt auch zu See und Land, und weil es zu Land Österreich noch nicht gewachsen ist, sehnt es sich gewiß nicht nach einer schnellen Austragung des Gegensatzes. Wie albern indes die Märchen von den Hetzereien Italiens oder Österreichs in Albanien im gegenwärtigen Augenblick sind, das Bestehen des italienisch-österreichischen Gegensatzes in der Adria kann den albanesischen Aufstand in eine Gefahr für den europäischen Frieden verwandeln. Denn ruft Albanien die Intervention eines Staates herbei und kommt es nicht zu einem aufschiebenden Einverständnis zwischen Italien und Österreich, dann verschärft sich der Gegensatz, und seine Entwicklung befindet sich dann nicht mehr in den Händen der beiden Regierungen.

Die Gefahr, die der Aufstand bei seiner längeren Dauer für den europäischen Frieden in sich birgt, liegt auch in dem großen Aufwand der Energie, die er von der Türkei erfordert, in den Schlappen, die er ihrem Heere noch beibringen kann und die auf andere separatistische Bewegungen anfeuernd wirken müssen, auf Bewegungen, in denen verschiedene Mächte ihre Händchen im Spiele haben, wie das, was die arabische Bewegung betrifft, nicht nur einmal bewiesen worden ist.

So ist die Lage, deren Lösung durch verschiedene Momente verschleppt werden kann, die aber auf die Dauer unhaltbar geworden ist und gelöst werden muß, wobei dann diese Möglichkeiten, die wir hier kurz geschildert haben, eine aktuelle Bedeutung bekommen werden.

Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

Von **Algernon Lee.**

(Fortsetzung.)

4. Das Erwachen der Eisen- und Stahlarbeiter.

Keine andere Industrie in den Vereinigten Staaten, die große Massen von Lohnarbeitern beschäftigt, ist in dem Maße vertrustet wie die der Eisen- und Stahlproduktion.

Die United States Steel Corporation — bekannter unter dem Namen des Stahltrustes — verfügt über ein Kapital von über einer Milliarde Dollar

und steht völlig unter dem Einfluß der Morgan, Rockefeller und Carnegie. Mehr als zwei Drittel der gesamten Stahlproduktion der Vereinigten Staaten liegt in ihren Händen, und einige Zweige der Eisenindustrie hat sie fast vollständig monopolisiert. Der Stahltrust besitzt und bearbeitet ausgedehnte Eisenbergwerke in Wisconsin und Minnesota, sowie Kohlengruben in Pennsylvanien, Ohio, Indiana, Tennessee und Alabama; auf diese Weise hat er die Lieferung des Rohmaterials für seine Fabrikunternehmungen ganz in seiner Hand. Er besitzt und betreibt eine Dampferlinie auf den Großen Seen und eine Reihe von Eisenbahnlinien, die seine Quellen von Rohmaterial mit seinen Fabrikanlagen verbinden. Seine Fabrikunternehmungen produzieren Roheisen, Stahlblöcke, Stahlschienen, Eisen- und Stahlträger, Pfeiler, Gitter usw. für Brücken und Häuser, Panzerplatten für Kriegsschiffe, Weißblech und viele andere Erzeugnisse.

Nach dem Jahresbericht für 1909 betrug die Durchschnittszahl der Arbeiter des Stahltrusts während dieses Jahres über 193000. 37000 davon waren in den Bergwerken beschäftigt, 17000 beim Transport und 139000 in den Schmelzwerken, den Hochöfen, Gießereien, Eisen- und Stahlhämmern und den übrigen Fabrikwerken. Die ausgedehntesten seiner Fabrikanlagen sind in oder bei Pittsburg in Pennsylvanien; aber auch in Gary in Indiana, in Loraine in Illinois und anderwärts besitzt der Trust fast ebenso große Anlagen.

Vor zwanzig Jahren war der Vereinigte Verband der Eisen-, Stahl- und Weißblecharbeiter (Amalgamated Association of Iron-, Steel- and Tin Plate Workers) eine mächtige Arbeiterorganisation, die fast alle gelernten Arbeiter dieser Industrie umfaßte. Dennoch haftete ihr eine Schwäche an, die alle älteren amerikanischen Gewerkschaften hatten. Sie beschränkte nämlich ihre Aufgabe praktisch darauf, die gelernten und besser bezahlten Arbeiter zu schützen, die einen Teil der „Arbeiteraristokratie“ bildeten, während sie sich um die Handlanger und ungelernten Arbeiter nicht bekümmerte. In den achtziger und noch Anfang der neunziger Jahre war sie sehr erfolgreich. Damals herrschte starke Konkurrenz in der Eisen- und Stahlindustrie, und für keine der beteiligten Gesellschaften wäre es von Vorteil gewesen, den Forderungen der Gewerkschaften entgegenzutreten, deren Mitglieder Löhne von 5 bis 10 Dollar pro Tag, ja noch mehr erhielten, und daher über eine wohlgefüllte Kasse verfügten, die sie in Stand setzte, wenn es darauf ankam, viele Wochen lang zu streiken, ohne sehr darunter zu leiden.

Doch 1892 erlitten sie eine schwere Niederlage. Der Streik in den Carnegiewerken in Homestead bei Pittsburg — damals die größten Eisenwerke der Welt — wurde von beiden Seiten mit der größten Erbitterung ausgefochten, wobei alle Beteiligten, Streikende wie Streikbrecher und das Militär, sehr gewalttätig vorgingen. Das Militär war aufgeboten worden, um die „Ordnung aufrechtzuerhalten“, was auf das ganze Land, auf alle Klassen einen tiefen Eindruck machte. Die öffentliche Meinung sympathisierte mit den Streikenden; doch Carnegie war gewillt und imstande, im Notfall Millionen daranzuwenden, um sich die absolute Herrschaft über die Arbeiter zu sichern. Er siegte, während der Verband eine Niederlage erlitt, von der er sich niemals wieder erholt hat. Die Krisis in der Industrie, die im nächsten Jahre einsetzte und bis 1897 dauerte, schwächte die Gewerkschaft noch mehr, die neun Jahre lang nach dem Streik von Homestead keinen Kampf mehr wagte.

Im Jahre 1901 bildete sich der Stahltrust. Man zweifelte ganz allgemein daran, daß sich ein so ausgedehntes Unternehmen auf die Dauer halten könne.

So mancher große Trust hatte sich im Laufe des letzten Jahrzehnts gebildet, nur um sich nach wenigen Jahren wieder aufzulösen, und dasselbe Schicksal prophezeite man Morgans Billionenseifenblase, wie man den Trust spöttisch benannte.[1] Die Eisen- und Stahlarbeiter mögen diesen Wahn geteilt haben. Jedenfalls unternahm die Amalgamated Association wenige Monate nach der Bildung des Trustes einen ausgedehnten Ausstand, um ihr Ansehen wiederherzustellen. Dieser Streik endete mit einer Niederlage. In vielen Eisenwerken wurde das System des „open shop“, der „offenen Werkstatt“ (das heißt die Beschäftigung unorganisierter Arbeiter) eingeführt, in denen bis dahin Gewerkschafter als gelernte Arbeiter angestellt waren. Viele von den Mitgliedern des Verbandes verloren ihre Stellung und waren nicht mehr imstande, wieder Arbeit in ihrer Branche zu finden. Die Amalgamated Association nahm rapid an Mitgliederzahl und Einfluß ab. Nur in den Weißblechwerken konnte sie sich eine gewisse Stärke bewahren bis zum vorigen Jahre, wo auch das letzte dieser Werke zum „open shop“ erklärt wurde.

Hauptsächlich schuld an dem Niedergang der Gewerkschaft ist natürlich die Konzentration des Unternehmertums in den Händen einer einzigen Körperschaft von Kapitalisten seit der Gründung des Stahltrusts. Doch vielleicht ebenso wichtig ist die Unterlassungssünde des Verbandes, der es versäumte, ungelernte Arbeiter zu organisieren und zu schützen. Der Trust zögerte natürlich nicht, aus dieser veralteten, kurzsichtigen Politik der Gewerkschaft Vorteil zu ziehen. „Diese verfluchten Narren wissen nicht, was gut für sie ist“ (The damned fools do not know what is good for them), rief Morgan grimmig aus, als die Amalgamated Association 1901 den Streik proklamierte. Der Trust aber zeigte fortwährend, daß er wenigstens wußte, was für ihn gut sei. Er führte viele technische Erfindungen ein, durch die der Bedarf an gelernten Arbeitern eingeschränkt wurde, und beschäftigte unausgebildete Arbeiter zu Schundlöhnen bei Arbeiten, die früher die Erfahrung und Geschicklichkeit eines gelernten Mechanikers erfordert hatten. Die Organisation der „Arbeiteraristokraten“ wurde weiterhin dadurch geschwächt, daß systematisch die Mitglieder der Gewerkschaft zurückgesetzt wurden, während jene begünstigt wurden, die einen Teil ihres Lohnes zum Ankauf von Stahltrustaktien verwendeten und so an dem Nutzen der Unternehmer mitinteressiert wurden. Andererseits stieß der Stahltrust bei der Rekrutierung seines Riesenheers von ungelernten Arbeitern die irischen und amerikanischen Elemente, die er bis dahin beschäftigt hatte, nach und nach ab und ersetzte sie durch Neger aus dem Süden und durch Italiener, Ungarn, Slowaken, Polen, Litauer und seit neuestem auch durch Russen, die von Einwanderungsagenten in Europa durch das Versprechen ständiger Beschäftigung, hoher Löhne und aller Vorteile, die das Leben in einem „freien Staate“ bietet, verführt werden, übers Meer zu kommen. Diese Leute arbeiten für niedrigere Löhne, als sich ein amerikanischer Arbeiter jemals entschließen könnte anzunehmen. Ihre Rassenvorurteile und die Verschiedenheiten in Sprache, Religion und Sitten machen es furchtbar schwer, sie zum Widerstand zu organisieren. Armut und Unkenntnis der Sprache und der Verhältnisse ihres neuen Vaterlandes erschweren es ihnen, ihre Stellung zu verlassen und anderswo Arbeit zu suchen. Vor allem brauchten die Unternehmer, da diese Leute weder Familien noch Freunde hier haben, keinerlei

[1] Der Amerikaner nennt eine Milliarde eine Billion. Die Redaktion.

Rücksichten auf sie zu nehmen; denn es kostet sie wenig oder gar nichts, wenn ein solcher Arbeiter in der Fabrik getötet oder schwer verletzt wird.

Die Stahl- und Eisenwerke wurden zu wahren Schlachthäusern, wo Blut und Schweiß der Arbeiter in Strömen vergossen wurde, um den unersättlichen Profithunger der Stahlkönige zu stillen. War es in dieser Hinsicht schon früher schlimm genug bestellt gewesen, so wurde es jetzt noch immer ärger. Von jeher war die Arbeit schon so wahnsinnig anstrengend gewesen, daß nur wenige Arbeiter fähig waren, sie über das Alter von vierzig oder fünfundvierzig Jahren hinaus zu leisten, vorausgesetzt, daß sie überhaupt so glücklich waren, so lange ohne Unfall davonzukommen. Aber früher waren die Gefahren und Anstrengungen der Arbeit wenigstens einigermaßen durch relativ hohe Löhne aufgewogen worden; je mühsamer und gefährlicher jedoch die Arbeit wurde, desto stärker gingen die Löhne für gelernte wie für ungelernte Arbeiter herunter. Im besten Falle blieben sie auf der alten Stufe, während die Lebensmittelpreise von Jahr zu Jahr stiegen.

Im Frühsommer 1909 wurde die Lage ganz unerträglich. Mit geschwächter Organisation, und vielfach überhaupt nicht organisiert, versuchten damals viele der Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Dieser Kampf dauert wie ein krampfartiger Zustand noch heute an. Bald brachen hier, bald dort in den verschiedenen Stahltrustanlagen unter gelernten wie ungelernten Arbeitern Streiks aus. Streikbrecher von Profession wurden herbeigerufen; auf beiden Seiten kam es zu Gewalttaten, was immer dann der Fall ist, wenn die Streikenden nicht gut organisiert sind. In einigen Fällen errangen die Leute einen teilweisen Erfolg; man machte ihnen Konzessionen, doch wurden sie nicht immer eingehalten. Im großen und ganzen kann man von einem Mißerfolg der Arbeiter sprechen. Die alte Amalgamated Association verlor ihre letzte Position in dem Augenblick, wo die Weißblechwerke zu „open shops" erklärt wurden — was in der Praxis bedeutet, daß man die Gewerkschafter so schnell als möglich von der Arbeit ausschließt. Die Arbeiter kämpften in getrennten Gruppen, so daß der Trust, der seine Kraft konzentrierte, sie einzeln zerschmettern konnte.

Es verdient übrigens erwähnt zu werden, daß es Russen waren, die zumeist die Führerschaft in den heißesten Kämpfen der Arbeiter übernahmen. Diese hatten wenigstens einen Hauch revolutionären Geistes in ihrer Heimat verspürt und hatten 1905/06 einige revolutionäre Erziehung bekommen; nach dem Siege der Reaktion in Rußland waren sie dann nach Amerika entflohen.

Die „Industrial Workers of the World" haben in diesen Kämpfen eine gewisse Rolle gespielt. Diese Organisation hat eigentlich wenig Bedeutung außer auf zwei Gebieten, nämlich bei den Eisen- und Stahlarbeitern von Pennsylvanien und bei den Papierarbeitern in den Staaten Maine, Vermont und New York. Ihre unversöhnliche Feindschaft gegen die älteren Organisationen ist zwar zu bedauern, dennoch kann sie in gewissen Fällen einen günstigen Einfluß ausüben, indem sie die Gewerkschaften zwingt, sich auch der ungelernten und schlechtbezahlten Arbeiter kräftiger anzunehmen, um die sie sich früher viel zu wenig kümmerten.

Natürlich nahm sich die sozialistische Presse der Sache der streikenden Stahlarbeiter an und wies auf die Übelstände hin, unter denen sie zu leiden haben. Ferner wurde die öffentliche Aufmerksamkeit durch die Enthüllungen einer soziologischen Untersuchung, der sogenannten „Pittsburg Survey", wachgerufen

und besonders auf die erschreckende Häufigkeit von Unglücksfällen hingelenkt, die das Leben der Proletarier in diesem größten Industriezentrum der Welt auf das empörendste bedrohen.

Bald nach Beginn dieses Kampfes berief das Exekutivkomitee der American Federation of Labor eine Sonderkonferenz ein, an der die Beamten der Amalgamated Association und anderer Verbände teilnahmen, die mit der Eisen- und Stahlindustrie in Verbindung stehen. Es wurde hier beschlossen, systematisch gegen den Stahltrust zugunsten der Arbeiter aller Arten vorzugehen. Was an diesem Beschlusse am sympathischsten berührt, ist die Erklärung, daß die Amalgamated Association künftighin ihre Bestrebungen nicht mehr wie früher nur auf die gelernten Arbeiter beschränken, sondern sich auch die Organisierung und den Schutz der schlechtbezahlten Arbeiter angelegen sein lassen will. Wenn sie dieser Politik treu bleibt, so läßt sich viel für die Bewegung erhoffen. Die Schwierigkeiten, die sich dabei bieten werden, sind durchaus nicht zu unterschätzen. Die Mannigfaltigkeit der Rassen und Sprachen bildet ein großes Hindernis; und außerdem hegen manche Arbeiter eine tiefgewurzelte Abneigung gegen die Amalgamated Association und die American Federation of Labor, die eine Folge der engherzigen Politik sind, die diese beiden Institutionen bisher verfolgt haben, und sind daher wenig geneigt, deren neuen Plänen viel Vertrauen zu schenken.

Der geplante Feldzug der American Federation of Labor bezweckt nicht nur die Organisierung der Arbeiter des Stahltrusts. Sie greift auch den Stahltrust öffentlich durch die Presse und durch Vorstellungen bei der Regierung und Kongreßmitgliedern an. Diese Angriffe haben auch schon positive Resultate ergeben. Am 1. Mai erhöhte der Stahltrust seinen sämtlichen Arbeitern „aus freien Stücken“ die Löhne. Daß das dringend nötig war, beweisen die Statistiken des Trusts selbst. Nach dem Bericht für 1909 wurden in den Lohnlisten durchschnittlich 193000 Mann verzeichnet, und es wurden pro Mann und Jahr durchschnittlich 3000 Mark an Löhnen und Gehältern gezahlt. Wenn man die Zahl der Kranken, Arbeitslosen usw. noch so gering veranschlagt, so müßte man doch die tatsächliche Gesamtzahl an verschiedenen Arbeitern in allen Betrieben auf mindestens 215000 beziffern, worauf sich als jährlicher Durchschnittslohn nur 2700 Mark ergäbe. Nun kommt aber noch eine große Anzahl von Werkführern, Aufsichts- und anderen Beamten in Betracht, deren jährliche Gehälter in die Tausende und Zehntausende von Dollars gehen. Zieht man alles das in Erwägung, so kann man ruhig sagen, daß das Durchschnittseinkommen eines wirklichen Lohnarbeiters, ob gelernt oder ungelernt, nicht einmal 2500 Mark im Jahre beträgt, und daß zwei Drittel des gesamten Arbeiterheeres durchschnittlich nur 1800 Mark erhalten. Nach europäischen Begriffen mögen 1800 Mark ein ganz annehmbarer Arbeitslohn sein. Um aber seine Bedeutung für Amerika zu verstehen, müssen wir die dortigen unverhältnismäßig höheren Preise in Rechnung ziehen. Die elendeste Wohnung kostet 400 bis 600 Mark pro Jahr. Das schlechteste Fleisch kostet 88 Pfennig bis 1,23 Mark pro Kilo, die Milch 25 bis 36 Pfennig pro Liter, und so verhält es sich mit allen andern Waren. Außerdem zwingen die Lebensbedingungen in Amerika den Arbeiter, wenn er nur halbwegs als Kulturmensch leben und wenn er bei der wahnsinnig anstrengenden Arbeit in der amerikanischen Fabrik nur einigermaßen seine Körperkraft erhalten will, sich mit manchen Dingen zu versorgen, die einem europäischen Arbeiter als

überflüssiger Luxus erscheinen mögen. New-Yorker Autoritäten auf dem Gebiet der Armenfürsorge haben kürzlich festgestellt, daß 3500 Mark das mindeste Einkommen ist, das eine fünfköpfige Familie bei der größten Einschränkung braucht, um physisch leistungsfähig zu bleiben. In ländlichen Distrikten und Kleinstädten mag ja auch eine kleinere Summe genügen, aber in Pittsburg und anderen Zentren der Stahlindustrie stehen die Kosten des Arbeiterhaushalts denen von New-York kaum nach. Infolgedessen kann die große Masse der Eisen- und Stahlarbeiter mit den gebräuchlichen Löhnen ihre Bedürfnisse nicht decken. Ledige Männer können damit auskommen und können sogar, wenn sie sich aufs äußerste einschränken, ein paar Mark jährlich zurücklegen, allerdings nur in der traurigen Erwartung, diese Ersparnisse durch Unfall, Krankheit oder Arbeitslosigkeit wieder aufzubrauchen. Verheiratete Männer, die für solche Löhne arbeiten müssen, sind zur tiefsten Erniedrigung und zum äußersten Pauperismus verurteilt.

Die Lohnerhöhung, zu der sich der Stahltrust herbeigelassen hat, ist nicht gerade sehr großartig. Man schätzt sie auf durchschnittlich 50 Pfennig täglich pro Arbeiter. Gleichzeitig aber weigert sich der Trust hartnäckig, die Arbeitszeit zu reduzieren, die in manchen Fällen unerträglich lang ist. Tausende müssen zwölf Stunden täglich, sieben Tage in der Woche arbeiten, wenn die Werke beschäftigt sind, und feiern dann wochen-, ja monatelang, wenn die Arbeit flau ist.

Zugleich mit der Lohnerhöhung verkündigte der Trust, er wolle ein System einrichten, um Leuten, die in seinem Betriebe verunglückten, und den Witwen und Waisen derer, die im Dienste der Gesellschaft ums Leben gekommen seien, Schadenersatz zu leisten. Seit einigen Jahren existiert schon ein derartiges System wenigstens für einen Teil der Arbeiter, wobei indessen die Arbeiter regelmäßig Beiträge für einen Fonds zahlen mußten, zu dem auch der Trust beisteuerte und zu dessen Hüter er sich selbst machte. Unter dem neuen System soll nun der Schutz auf alle Arbeiter ausgedehnt werden, und die Gesellschaft soll sämtliche Kosten tragen. Im Falle zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit, die aus einem Betriebsunfall hervorgeht, soll das Opfer 35 Prozent seines Lohnes, wenn er Junggeselle, und 50 Prozent erhalten, wenn er verheiratet ist. Wenn ein Verheirateter infolge eines Betriebsunfalls stirbt, so bezahlt der Trust der Witwe den Lohn des Verunglückten für achtzehn Monate aus, und im Falle dauernder Arbeitsunfähigkeit soll die Zahlung einen bestimmten Bruchteil der Summe betragen, die im Todesfalle bezahlt würde. In allen Fällen kommt noch eine unbedeutende Zahlung für jedes Kind unter sechzehn Jahren hinzu und ein weiterer Zusatz wird gezahlt, sobald der Verunglückte länger als fünf Jahre vor dem Unfall dauernd in den Diensten der Gesellschaft gestanden hat.

Diese Zahlungen werden freiwillig von der Gesellschaft geleistet. Das Schadenersatzversprechen wird nicht kontraktlich festgelegt, so daß es nicht angängig ist, die Hilfe der Gerichte anzurufen, wenn die Gesellschaft sich weigert zu zahlen. Ist das Opfer eines tödlichen Unfalls ein Ausländer, dessen Familie nicht in Amerika lebt, so kann man mit Sicherheit voraussagen, daß weder die Gesellschaft seine Witwe in irgend einem ungarischen oder russischen Nest suchen lassen und ihr das Geld schicken, noch daß es der Witwe möglich sein wird, das Geld zu verlangen. Da diese Voraussetzungen auf einen großen Prozentsatz der Arbeiter zutreffen, so ist das Anerbieten der Gesellschaft nicht so großartig, wie es zuerst wohl scheinen mag. Auch ist die Zahl der

Arbeiter, die länger als fünf Jahre ununterbrochen in den Diensten der Gesellschaft gestanden haben, sehr gering, zumal unter den Handlangern. Sobald diese eine amerikanische Lebenshaltung annehmen und eine Lohnerhöhung fordern, aber keine Organisation hinter sich haben, die ihre Ansprüche durchdrückt, so werden sie auf die Straße gesetzt, und neue Einwanderer treten an ihre Stelle. Die Gesellschaft hofft indessen, daß die Bestimmung der fünfjährigen Dienstzeit die Wirkung haben wird, die Leute mehr mit ihrer jetzigen Lage zu versöhnen und von Streiks abzuschrecken, durch die sie um die versprochene Vergünstigung kommen.

Als die Lohnerhöhung und die neue Art des Schadenersatzes bekannt gegeben wurde, schrieb die „New York Times", das angesehenste amerikanische Blatt zur Vertretung der kapitalistischen Interessen: „Diese Konzessionen bildeten einen Teil der Politik des Stahltrusts, der seine Arbeiter dadurch zur Unterwürfigkeit erziehen und die wirklichen und eingebildeten Beweisgründe des Sozialismus und der Gewerkschaften entkräften wolle." Es fügte hinzu: „Alle diese Konzessionen zusammen werden, wie man in Wall-Street glaubt, die American Federation of Labor entwaffnen, die sich an die maßgebenden Stellen in Washington gegen den Stahltrust gewendet hat, und gleichzeitig der Gesetzgebung über die Haftpflicht der Unternehmer einen Riegel vorschieben." Es ist wohltuend, wenn von so zuständiger Seite die Erfolge der sozialistischen und gewerkschaftlichen Agitation so hoch eingeschätzt werden, daß aus Furcht vor ihnen der größte Unternehmer der Welt sich gezwungen sieht, Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen zuzugestehen. Dennoch bezweifeln wir, ob diese Konzessionen die beabsichtigte Wirkung haben werden oder ob nicht vielmehr die Eisen- und Stahlarbeiter durch sie ermutigt werden, noch höhere Forderungen zu stellen und sie noch nachdrücklicher zu vertreten.

Literarische Rundschau.

Dr. H. Lindemann und Dr. A. Südekum, **Kommunales Jahrbuch.** Zweiter Jahrgang. Jena 1909, Gustav Fischer. Erster Teil: 646 Seiten. Zweiter Teil: 679 Seiten. Preis 14 Mark, gebunden 15 Mark.

Der zweite Jahrgang ist um mehr als 400 Seiten umfangreicher als der (in Nr. 30 des 27. Jahrganges der „Neuen Zeit" besprochene) erste Jahrgang. Die riesige Fülle von Einzelheiten der kommunalen Tätigkeit versuchen die Herausgeber durch einige Tabellen übersichtlicher zu machen, zum Beispiel über die Löhne der städtischen Arbeiter, die öffentlichen Bäder, die Schlacht- und Viehhöfe. Eine nützliche Neuerung sind die Einleitungen, die aber erst bei einigen Kapiteln einen Überblick über die Fortschritte auf dem behandelten Gebiet gewähren, so besonders die von Professor Pfeiffer-Hamburg über den Stand der Bekämpfung der Krankheiten, Dr. Fritz-Charlottenburg über Volksbildungswesen. In dieser Weise müßte bei jedem Abschnitt dargelegt werden, welche Maßnahmen bereits allgemein getroffen sind, und welche als notwendige Neuerungen gefordert werden. Freilich wäre dann nicht zu vermeiden, daß auch auf die politische Richtung der Antragsteller und ihrer Gegner hingewiesen wird. Aber schließlich hilft doch alles „neutrale" Versteckenspielen nichts: in den Gemeindevertretungen platzen die wirtschaftlichen Gegensätze ebenso aufeinander wie in den Landes- und Reichsparlamenten, und ein kommunales Jahrbuch, als Spiegelbild der Vorgänge, müßte diese Gegensätze erkennen lassen. Das ist nun leider bei dem vorliegenden Werke nicht der Fall; die Partei-

stellung derer, welche Fortschritte befürworten oder bekämpfen, wird nicht erwähnt. Da die allgemeinen Übersichten zum Teil von Vertretern bürgerlicher Parteien geschrieben werden, ist unvermeidlich, daß die sozialdemokratischen Bestrebungen zu kurz kommen, das heißt nicht einmal Erwähnung finden. So wird auf die prinzipielle Streitfrage, ob Arbeitslosenzählungen durch Bureauzählung oder hausierende Zählung vorgenommen werden sollen, in dem Referat von Dr. H. Wolff-Halle gar nicht hingewiesen, obwohl es deshalb in Berlin zu scharfen Konflikten zwischen der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und deren sozialdemokratischen Mitgliedern wie der Gewerkschaftskommission kam. Wenn Streitfragen — und wir könnten noch eine große Reihe anderer anführen — nicht mit ihrem Für und Wider erwähnt werden, kann das Jahrbuch als einseitige Quelle der Information nur bei denjenigen vollen Beifall finden, denen die Existenz der Sozialdemokratie in den Gemeinden so unangenehm ist, daß sie sie am liebsten totschweigen.

Der erste Band enthält noch eine Abhandlung von Dr. Elisabeth Altmann-Gottheiner-Mannheim: Die Frau in der Gemeindevertretung, eine gut informierende Übersicht über den jetzigen Stand dieser mit Recht als besonders wichtig hervorgehobenen Frage. Der zweite Band bringt eine Übersicht über die Einrichtungen der deutschen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern. Bei Besprechung des vorigen Jahrganges hatten wir den Wunsch ausgesprochen, der zweite Band möge als Separatband erscheinen; das ist auch geschehen, aber der erste Band ist trotzdem nicht separat käuflich — und darauf kommt es uns an. Denn obwohl diesmal der zweite Band eine vollkommenere Übersicht gibt als im Vorjahr, so ist diese doch nur für einen kleinen Interessentenkreis von Wert, verteuert dagegen allen den Preis des Werkes. Und wenn dieser zweite Teil gar nicht erschiene, würde sein Fehlen auch keine Lücke hinterlassen. Eine systematische, zusammenfassende Übersicht über die Gemeindeetats und die besonders wichtigen Einrichtungen würde weit nützlicher sein als die bloße Aneinanderreihung der Etats der einzelnen Gemeinden.

Trotz der von uns hervorgehobenen Mängel können wir aber das Kommunale Jahrbuch auch unseren Genossen zur Anschaffung empfehlen. Jede Bibliothek unserer Gemeindefraktionen müßte es besitzen, da es das einzige Nachschlagebuch auf kommunalem Gebiet ist. ew.

Zeitschriftenschau.

In der „Revue Socialiste, Syndicaliste et Cooperative“ vom März behandelt Jacques Debriis unter dem Titel **„Für die Kapitalisierung“** (Pour la Capitalisation) die Auffassung in der Partei, die über die Altersversicherung die Mehrheit fand. Die Partei hat in ihrer Resolution von Nimes nicht bloß die Abgeordneten beauftragt, für den Entwurf der Regierung zu stimmen, sondern sich dabei ausdrücklich für das Prinzip der „Versicherung“ ausgesprochen. Worin besteht die Versicherung? Darin, daß man sich durch Beiträge im voraus gegen künftige Gefahr sichert, in diesem Fall gegen die Gefahr, im hohen Alter mittellos zu sein. Nach der Statistik erreichen 54 Prozent aller Personen über achtzehn Jahre das fünfundsechzigste Lebensjahr; mögen die Chancen dabei für andere Klassen auch günstiger sein als für Arbeiter, so gibt es doch sehr viele alte Arbeiter. Bei der Methode der Verteilung zahlen alle Arbeiter zwischen achtzehn und fünfundsechzig Jahren (10800000 Personen) alljährlich 18 Franken, also sind 194 Millionen jährlich zu verteilen; da es nach der Statistik 1353000 alte Arbeiter gibt, unter die jene Summe zu verteilen wäre, so könnte jeder jährlich eine Pension von 144 Franken bekommen. Das ist die Methode der Verteilung, die im Grunde gar keine Versicherung ist, denn keiner erhält von dem Gelde, das er bezahlt hat, etwas zurück, sondern die jungen Arbeiter unterhalten durch ihre Beiträge ihre alten Klassen-

genossen. Jede Änderung der äußeren Umstände wirft die Berechnungen um, und eine Herabsetzung der Altersgrenze auf sechzig Jahre würde eine Erhöhung der Beiträge oder eine Verringerung der Renten mit sich bringen. Nun fordern die Gewerkschaften Zuschüsse vom Staate; aber diese bilden keine „Verteilung“ mehr, sondern einfach eine Armenunterstützung. Und jede Schwierigkeit des Staates (Krieg, Steuerausfall, Krise) kann bewirken, daß er seine Unterstützung verringern muß. Es besteht keine Sicherheit, man lebt von der Hand in den Mund, weil keine Reserven, keine Kapitalien da sind. Die Kapitalisation beruht auf einem anderen Prinzip; wenn 100000 Leute von achtzehn Jahren 18 Franken zahlen, das Geld mit 3 Prozent verzinsen, und so alljährlich ihren Beitrag weiter zahlen, während nichts ausgegeben wird, und das Kapital durch Zinseszinsen wächst, so steht den 54000 Überlebenden im fünfundsechzigsten Lebensjahre ein Kapital von 178 Millionen zur Verfügung, und jeder kann daraus eine Rente von 354 Franken bekommen, nahezu zweieinhalbmal soviel wie bei der Verteilungsmethode. Hier hat man eine wirkliche Versicherung; man hat eine Sicherheit durch das zusammen ersparte und verzinste Kapital, woran auch die inzwischen Verstorbenen mitgezahlt haben.

Nun werfen die Gegner dieses Systems ihm vor, ihm fehle jede Bürgschaft für die richtige Verwendung der Kapitalien. Sie fürchten, der Staat könne diese Kapitalien zu anderen Zwecken verwenden. Der Staat spielt aber nur die Rolle des Verwalters und der Oberaufsicht; den Versicherten stehen außer den unmittelbar vom Staate verwalteten Kassen noch viele private, örtliche oder Verbandskassen offen, wobei der Staat nur finanzielle Kontrolle ausübt. Jeder Versicherte erhält alljährlich eine Abrechnung auf Grund mathematischer Rechnungen aufgestellt. Kann man größere Sicherheit verlangen?

Nun wird offen die Furcht ausgesprochen, es sei schwierig, für 200 Millionen jährlich eine sichere Anlage zu finden. Die englischen Versicherungsgesellschaften wissen aber ganz andere Summen unterzubringen. Man könnte sie nach dem Vorschlag Millerands in Staatsunternehmungen unterbringen; dann käme es aber auf die alte Verteilung hinaus, da die Renten aus den Staatseinkünften bezahlt werden würden. Und kein Privatmann wird für sein ganzes Kapital an einer einzigen Stelle Anlage suchen. Auch verlangte Millerand es, daß man Handel und Industrie diese Millionen zur Verfügung stellte, statt sie brach liegen zu lassen. Wer garantiert uns aber, daß sie dann nicht nach Rußland gehen für russische Staatsanleihen? Besser wäre die Verwendung dieser Kapitalien für soziale Unternehmungen. In Deutschland sind die Versicherungskapitalien etwa so angelegt: 239 Millionen Mark für Arbeiterwohnungen, 95 Millionen für Agrarkredit, Hypotheken, Lokalbahnen usw., 340 Millionen für Spitäler, Sanatorien, Kolonien und Asyle verschiedener Art; 54 Prozent der Kapitalien, aus denen die Unfallrenten bezahlt werden, sind in solchen sozialen Unternehmungen untergebracht und bringen dieselben Zinsen wie andere Unternehmungen. Nun fordert die sozialistische Partei immer die Verstaatlichung der Naturschätze, wie der Uenzaerzlager und der Wasserkräfte der Alpen. Wenn es richtig ist, daß der Staat diese besser und sicherer als Private ausbeuten kann, weshalb dafür dann nicht die Kapitalien der Altersrenten verwenden? Und schließlich könnte das Genossenschaftswesen durch die Pensionskassen mit Kapitalien versehen werden; was wäre schöner, als daß die Beiträge der Arbeiter für ihre Altersrenten zugleich ihren Großeinkaufsgesellschaften die nötigen Mittel verschafften? So dringt das Proletariat selbst in den kapitalistischen Mechanismus ein und lernt ihn zu gebrauchen.

„The Socialist Review“ vom Mai enthält einen Aufsatz von S. V. Doraiswami über **„Die Ursache der Unzufriedenheit in Indien“**. Die Bewegung in Indien, die immerfort tiefer geht, findet ihren unmittelbaren Anlaß in der Teilung Bengalens im Jahre 1905, die ein Willkürakt des Vizekönigs Lord Curzon war. Als neulich Morley Reformen für Indien ankündete, sagte ein Erzbureaukrat, Lord

Macdonell, daß diese vier Jahre zu spät kämen und nichts helfen würden, wenn nicht jene Teilung Bengalens, der größte Mißgriff seit der Eroberung durch Clive, wieder rückgängig gemacht würde. Lord Curzons Prinzip war der Imperialismus; nur das Interesse der europäischen Staaten gilt und die Völker des Ostens sollten ohne Murren gehorchen und sich als eine Viehherde behandeln lassen. Dadurch stieg die Unzufriedenheit immer mehr, bis schließlich die Teilung Bengalens die Empörung auf die Spitze trieb. Die alte Provinz Bengalen mit 85 Millionen Einwohnern, 63 Millionen Hindus (wovon 30 Millionen Bengalis) und 21 Millionen Mohammedaner, wurde in zwei Teile getrennt, und aus der Osthälfte zusammen mit Assam eine neue Provinz gebildet. Dadurch wurde das Volk der Bengalis, das schon ein einheitliches Nationalbewußtsein entwickelte, zerrissen und in der Osthälfte zu einer einflußlosen Minorität gegen die dort wohnenden 12 Millionen Mohammedaner gemacht. Die Absicht bei der Teilung ging eben dahin, die Macht der rückständigen, England ergebenen Mohammedaner zu vergrößern, die Bedeutung Kalkuttas als Zentrum politischen Lebens zu verringern, und mehr Stellen für die Bureaukratie zu schaffen, also kurz, die Macht des Fortschritts zu brechen. Dieser Charakter tritt auch darin zutage, daß die Maßnahme zuerst geheim gehalten wurde und dann plötzlich die öffentliche Meinung überraschte. Ganz Indien, bis in seine gemäßigten Schichten, wendete sich dagegen; fünfhundert Protestversammlungen wurden durch ganz Indien abgehalten, eine von 60000 Personen gezeichnete Adresse wurde an das Parlament geschickt, aber es half nichts. Dem Übelstand, daß die Provinz zu groß für die Verwaltung geworden war, hätte in anderer Weise abgeholfen werden können, ohne die Einheit der Bengalis zu zerstören. Daß es gerade auf diese Zerstörung abgesehen war, beweisen die Argumente des Vizekönigs, daß es nicht gut für ein Volk sei, wenn die öffentliche Meinung, oder was dafür gilt, in einem Zentrum von wenigen Personen gemacht wird; und daß die Entstehung mehrerer Zentren unabhängigen Denkens mit lokalen Aspirationen gefördert werden muß, damit nicht das erwachende Intellekt Bengalens zu früh in eine starre Form gepreßt wird. Darin wird die machiavellistische Absicht klar ausgesprochen. Von der liberalen Regierung Bannermans wurde erwartet, sie werde jene Zerstücklung Bengalens aufheben; aber Minister Morley, obgleich er anerkannte, daß sie den Wünschen der Bevölkerung widersprach, weigerte sich, sie aufzuheben. Er zeigte sich gleichfalls als Autokrat, indem er es ablehnte, eine Deputation von indischen Intellektuellen, Unternehmern und Grundbesitzern zu empfangen. Bei der Debatte am 30. Juni 1908, wobei Curzon sich verteidigte, hat sich gezeigt, daß England nicht mehr die weitblickenden Politiker besitzt, die es von unheilvollem Wege zurückhalten könnten. Es handelt sich hier nicht um eine Kleinigkeit, sondern um ein Prinzip, um den Kampf zwischen der Bureaukratie und dem Volke, das seine Geschäfte selbst verwalten will. Die Regierung engt die Rechte und Freiheiten des Volkes immer mehr ein; durch ungerechte Bestimmungen drückt sie den Einfluß der Hindus gegenüber dem der Mohammedaner herunter. Die natürliche Folge ist die Entstehung einer radikalen Partei, die alles Zutrauen zu England verloren hat, und die gewaltsame Unterdrückung, die Knebelung der Presse, die Verbannung angesehener Führer hat dann anarchistische Methoden emporkommen lassen. Vor allem war es der Leutnant Curzons, Sir Joseph Fuller, der als Gouverneur Ostbengalens wütete wie ein Stier in einem Porzellanladen, bis er schließlich abberufen werden mußte. Andere Ursachen der Unzufriedenheit kamen hinzu; das Schulgesetz brachte keine Verbesserungen des Schulwesens, auch nicht den heiß verlangten technischen Unterricht, sondern bloß Einschränkung der Unabhängigkeit der höheren Schulen. Aber die Hauptsache für die liberale Regierung, will sie die Empörung Indiens beschwichtigen, bleibt die Aufhebung der Zerstücklung Bengalens, womit England seine besten Freunde in bittere Feinde verwandelt hat.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 40 Ausgegeben am 1. Juli 1910 28. Jahrgang

Der Gang der Geschichte.

↗ Berlin, 25. Juni 1910.

Und wieder ein Sieg! Die Wahl in Friedberg-Büdingen hat zum erstenmal die rote Fahne über einem Wahlkreis aufgepflanzt, der bisher lange Jahre durch einen als Nationalliberaler verkleideten Agrarier vertreten war. Es darf als ein besonders günstiges Zeichen betrachtet werden, daß diesmal der Freisinn seine politische Schuldigkeit getan und in einer ehrlichen Erklärung von vornherein die in seinem wie im nationalen Interesse einzig richtige Wahlparole ausgegeben hat: nämlich Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten. Wir wissen wohl, daß eine Schwalbe noch lange keinen Sommer macht, aber es liegt auch kein Anlaß vor, einen ersten Schritt der Besserung zu verkleinern.

Der sozialdemokratische Sieg ist um so erfreulicher, als die Bündler mit den gemeinsten Waffen gekämpft, unter anderem die Sozialdemokratie als Anstifterin eines Bombenattentats und Raubmordversuchs denunziert haben, dessen Schauplatz in den Tagen der Wahl das Städtchen Friedberg war. Knuten-Örtel und seinesgleichen schweigen sich über diese Heldentat aus; um so gesprächiger sind sie in ihrer Wut über den „Verrat des Freisinns" und hecken den schamlosen Plan aus, durch ein organisiertes Spionagesystem die geheime Abstimmung bei den Reichstagswahlen zu beseitigen. Natürlich ist nichts dagegen einzuwenden, daß sie aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen; je offener sie ihr wahres Gesicht enthüllen, um so abschreckender ist die Wirkung, und nichts kann uns willkommener sein, als daß sie das Grauen offenbaren, womit sie das Steigen der roten Flut erfüllt.

Gegenüber den fröhlichen Vorboten des nahenden Gerichtes macht das Geraune und Gerede über den Wechsel, der kürzlich im preußischen Ministerium stattgefunden hat, einen recht kläglichen Eindruck. Ob Herr v. Moltke durch Herrn v. Dallwitz im Ministerium des Innern oder Herr v. Arnim durch Herrn v. Schorlemer-Lieser im Ministerium für Landwirtschaft ersetzt worden

ist, was liegt daran? Und was liegt daran, daß die nationalliberale Fraktion durch ihr offizielles Organ, eben dieser Ministerernennungen willen, eine geharnischte Kriegserklärung an Herrn v. Bethmann Hollweg richtet? Daraus spricht ja doch nur die Wut darüber, daß die ewigen Ministerhoffnungen der Fraktion Drehscheibe wieder getäuscht worden sind, und wenn sie wirklich erfüllt worden wären, was läge daran? Die paar Nationalliberalen, die je, mit Herrn Miquel an der Spitze, auf einen Ministersessel gekommen sind, haben sich stets als die ergebensten Junkerknechte bewährt.

All das Kulissengeschwätz darüber, weshalb die einen gegangen und die anderen gekommen sind, ist keinen Pfifferling wert. Bedeutet es an sich schon die reine Utopie, daß ein einzelner Minister an dem alten Gebäude des preußischen Junker-, Militär- und Polizeistaats irgend etwas ändern könne, selbst wenn er wollte, so hat in unseren Tagen jede Befürchtung oder Hoffnung dieser Art nicht einmal so viel wirkliches Gewicht wie ein Spinnwebe. Verglichen mit den Ministern, die heute kommen und gehen, wie das Laub am Baume grünt und welkt, waren selbst die vormärzlichen Minister noch eine Art von Charakteren, oder sie hatten doch wenigstens Physiognomien, die sich voneinander abhoben, während von den nahezu hundert Ministern, die unter der Regierung des gegenwärtigen Kaisers verbraucht worden sind, sich mindestens neunzig so wenig voneinander unterschieden wie die Blätter eines Baumes.

Es wäre voreilig, daraus zu folgern, daß die Minister vor sechzig Jahren ihren Nachfahren an Charakter und Geist überlegen gewesen seien. Das wäre für jene eine unverdiente Schmeichelei und für diese eine unverdiente Herabsetzung. Vielmehr erscheinen die Älteren und die Neueren nur unter verschiedener Beleuchtung. Der Schwerpunkt der historischen Entwicklung hat sich von oben nach unten, von den regierenden Personen in die regierten Massen verschoben; aus der Tiefe bricht das Licht der Zeit, worin die sogenannten Spitzen von Gesellschaft und Staat grau und schattenhaft erscheinen. In etwas abweichendem Sinne beginnt sich das bekannte Wort Johann Jacobys zu erfüllen; es kommt mehr darauf an, was in dem kleinsten Arbeiterverein, als was in sämtlichen Ministerien des preußischen Staates geschieht. Und aller Wechsel von Personen in den Ministerien bedeutet nicht mehr als die Unruhe eines Kranken, der sich bald auf die eine, bald auf die andere Seite wälzt, weil er das Herannahen des Endes in allen Gliedern spürt.

Von einer anderen Seite her ist es nur dieselbe Sache, wenn heute das Junkertum als eigentlicher Beherrscher des preußischen Staates viel heller beleuchtet dasteht als ehedem, beleuchtet eben durch das Licht aus der Tiefe. Vor hundert Jahren war es erst eine sehr spärlich gesäte Erkenntnis, wenn Chamisso sang: Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut, oder der Professor Kraus in Königsberg, der Nachfolger Kants, meinte, Preußen sei gar keine Monarchie, sondern nur eine etwas verschleierte Aristokratie. Noch in der Revolution von 1848 hat die Mißachtung und Verkennung der junkerlichen Macht eine manchmal sehr verhängnisvolle Rolle gespielt, und sogar in sozialdemokratischen Kreisen konnte man noch vor einigen Jahrzehnten das

Wort Eugen Richters wiederholt hören: Wenn die Regierung ihre Hand von den Junkern zöge, so kämen ihrer nicht so viele, wie eine Droschke zu fassen vermöge, in den Landtag.

Heute täuscht sich niemand mehr so über die wirkliche Lage der Dinge. Heute beginnt auch dem blödesten Philister die Erkenntnis zu dämmern, wo eigentlich der Feind steht. Davon ist das Junkertum schwerlich sehr erbaut. Es war ja viel bequemer, wenn es den „geheiligten Willen des Königs von Gottes Gnaden" als Vorspann für seine eigensichtigen Pläne benutzen, wenn es die Krone in den Vordergrund schieben konnte, sobald die Gefahr drohte, daß Prügel einzuheimsen waren. Das ist nun vorbei; die Junker müssen selbst für die Zeche aufkommen, die sie gemacht haben, und wie wenig wohl ihnen dabei zumute ist, zeigt ihre Wut über die sozialdemokratischen Wahlerfolge, eine Wut, die ihnen manchmal schon den Verstand zu rauben droht. Sie werden sicherlich mit Nägeln und Zähnen um ihre Herrschaft kämpfen, und um sie zu erhalten vor keiner noch so giftigen und schmutzigen Waffe zurückschrecken; aber sie sind wirklich nicht mehr recht gescheit, wenn sie Pläne ausplaudern, die zunächst doch keine andere Wirkung haben können, als den Zorn der Massen, der sie bedroht, ins Ungemessene zu steigern.

Solange sie ihrer Sache noch sicher waren, haben sie wohl gewußt, daß man von reaktionären Streichen nicht schwatzen darf, solange man noch nicht in der Lage ist, sie auszuführen. Die holden Träume der Bismarck und Hammerstein, die Arbeiterbewegung in einem Blutbad zu ersticken, sind erst lange nach dem Tode dieser genialen Staatsmänner ans Tageslicht gekommen. Die erleuchteten Denker vom Schlage des Knuten-Örtel jedoch sind nicht so vorsichtig mehr und drohen, das öffentliche Leben durch ein infames Spionagesystem zu vergiften, falls die Massen dem Schnapsblock nicht willige Gefolgschaft leisten. So hörbar hat dieser Block in seinem inneren Gefüge noch nicht gekracht und geknarrt; schließlich ist doch schon fürs Tollhaus reif, wer seine Gegner damit einzuschüchtern droht, daß er sich selbst die Kehle abzuschneiden droht.

Begreifen kann man bei alledem die Empfindung der Junker, daß für sie Matthäi am Letzten ist. Das Junkertum ist eine ökonomisch längst bankrotte Klasse: oft ist prophezeit worden und auch mit Recht, daß es sich nur durch immer tiefere und unverschämtere Griffe in den allgemeinen Säckel an der Herrschaft erhalten könne und somit einmal ein Ende mit Schrecken nehmen müsse.

Aber der Zeitpunkt dieses Endes ist nicht minder oft mit allzu voreiligem Optimismus berechnet worden; nach jedem neuen Attentat der Junker hoffte man, daß nunmehr auch die Geduld des guten Bürgers erschöpft sein werde, und immer hoffte man vergebens. Nun aber scheint das Faß am Überlaufen zu sein; ein sozialdemokratischer Wahlsieg nach dem anderen steigt am Himmel der Junker als drohendes Menetekel auf, und diese edle Rasse weiß sehr gut, daß sie dies Spiel am letzten Ende verlieren muß, trotz aller Kraftstreiche, die sie noch wagen mag. Auf die Dauer läßt sich kein großes Volk von einer bankrotten Klasse ausplündern, und selbst den Schlotjunkern der großen Industrie, soviel innere Wahlverwandtschaft sie mit den Landjunkern

verbinden mag, werden die Soldansprüche dieser Prätorianergarde nachgerade unerschwinglich.

Lassen wir also die Dallwitz und Schorlemer-Lieser ihr Fliegendasein führen, wie es der Tag gebiert und endet; der große Gang der Geschichte zeigt seine Flammenspur in den wachsenden Siegen der Arbeiterklasse.



Zur Parteilage in Italien.

Von **Oda Olberg** (Rom).

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß in den italienischen Parteikreisen eine weitgehende Unzufriedenheit herrscht. Der Parteitag von Florenz hat alle Parteiorgane, sowohl den Parteivorstand als den „Avanti“, den Reformisten zugeführt, die ohne Minderheitsvertretung nach ihrem Belieben schalten und walten konnten. Für die Reformisten war so gleichsam eine Ära des Weltfriedens angebrochen, da die kleinen Reste der intransigenten Fraktion sich in den Schmollwinkel der Tatenlosigkeit zurückzogen, während die Syndikalisten außerhalb der Partei ihre Entwicklung zum Anarchismus oder zum bürgerlichen Individualismus vollendeten und damit ihren Rückhalt in der Arbeiterklasse und die politische Bedeutung einbüßten, die sie eine Zeitlang zweifellos gehabt haben. Wie hat nun der reformistische Flügel diese fast zweijährige Periode seines absoluten Übergewichtes benutzt? Hat er irgend eine der für seine Anschauungen charakteristischen Forderungen verwirklicht, hat er die praktischen Früchte gezeitigt, die er dem Proletariat verheißen?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir zunächst versuchen, uns Rechenschaft über die Merkmale abzulegen, die für den italienischen Reformismus charakteristisch sind. Da ist ein Charakteristikum, von dem sich alle anderen ableiten lassen: die Reformisten sind vor allem Empiriker. Sie sind Feinde der vorgefaßten Formel und haben kaum mehr als ein mitleidiges Lächeln für jene zukünftige Gesellschaft, die als sozialistisches Ideal die Massen begeistert hat. Eine Partei, die sich durch die Erfahrungen des Augenblicks und Einzellebens meistern läßt, ist aber natürlich den Ereignissen des Tages in ganz anderer Weise ausgeliefert als eine solche, die ihre Leitsätze der geschichtlichen Erfahrung der Jahrhunderte entnimmt und ihren Blick auf Ziele richtet, die einer ganz anderen Perspektive bedürfen, als sie unsere Tagespraxis zuläßt. Als Empiriker leben die Reformisten taktisch von der Hand in den Mund. Sie legen sich nicht fest, sie binden sich nicht: sie schwimmen mit dem Strome. Und sie tun das nicht, weil der Strom sie fortreißt, sondern weil sie in der Anpassung die höchste politische Weisheit sehen und einer Formel vom „geringsten Kraftaufwand“ huldigen, deren Anwendung besonders dann leicht erscheint, wenn man die Quantität des Aufwandes für ausschlaggebender ansieht als das durch ihn erreichte Resultat. Charakteristisch für den Empiriker ist eben jene Hingabe an die Tatsache, deren Ergebnis sich nicht in dem äußert, was man leistet, sondern in dem, was man erwischt. Nicht in dem, was man aus sich macht, sondern in der Stellung, die man den anderen gegenüber einzunehmen versteht. Fast wäre man versucht, zu sagen, daß das Charakteristische hier gerade darin liegt, nichts Charakteristisches zu haben.

Wenn man aber den Reformisten näher in ihr Programm leuchtet, so findet man doch auch einige positive Merkmale. In erster Linie die Auffassung, daß

der berufene Träger der sozialistischen Bewegung die Gewerkschaften und die Genossenschaften seien. Daneben, wenn auch in merkwürdigem Widerspruch zu dieser Auffassung — Erfahrung ist nicht konsequent und braucht es auch nicht zu sein —, die Ansicht, daß die parlamentarische Aktion große Bedeutung für das Proletariat hat, nicht als eine Form des Ausdrucks proletarischer Macht, sondern als eine Macht an sich, die durch geschicktes Fördern und Hemmen der im Parlament zur Geltung kommenden Interessenströmungen für das Proletariat Vorteile erringen kann, welche Vorteile für die Massen eben nur jenen „geringsten Kraftaufwand" erfordern, einen sozialistischen Abgeordneten zu wählen, der dann nach eigenem Ermessen, fern vom Verständnis der ungebildeten Menge, deren Interessen vertritt und deren Kämpfe kämpft. Ferner ist es für die italienischen Reformisten bezeichnend, daß sie wohl die Grenze nach links sehr scharf, die nach rechts aber möglichst undeutlich zu ziehen suchen. Wenn man — um uns über die Ortsbestimmung zu verständigen — die Ablehnung der heutigen Zustände und Institutionen, die in den Anarchisten den höchsten Grad erreicht, als äußersten linken Punkt annimmt, so daß die Sozialisten zu ihrer Linken die Anarchisten und Syndikalisten, zu ihrer Rechten die Republikaner und Radikalen hätten, so finden wir bei den Reformisten stets das Bestreben, sich gut mit ihren Nachbarn zur Rechten und möglichst schlecht mit denen zur Linken zu stellen. Weiter halten sich die Reformisten für die berufenen Sachwalter der Interessen der Beamtenschaft, und wenn wir die Parteifraktion je einen größeren Kraftaufwand machen sehen, so handelt es sich stets, wie bei der jüngsten Rede Turatis bei der Diskussion über das Budget des Innern, um Interessen der Beamtenschaft. Die Auffassung, daß der Sozialismus die Interessen der produzierenden Klasse gegen die der parasitären zu wahren hat, macht hier einer anderen Platz, die in dem Sozialismus den Verteidiger der Schwachen gegen die Starken, der Mageren gegen die Fetten sieht. Hier tritt jener philanthropische Charakter des Reformismus hervor, der sich unfehlbar einstellt, sobald der Klassencharakter zurücktritt.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß man den Reformismus als Ganzes nicht richten kann und nicht das Recht hat, zu sagen, daß die Ereignisse ihn bestätigt oder verworfen hätten. Denn um ein Ganzes zu sein, müßte den Reformismus eine einigende Idee beseelen, er müßte ein theoretisches Rückgrat, einen doktrinären Umriß haben, den er nicht hat. Da er sich in tausendfältiger prinzipieller Anpassung zerfasert, kann man das Fazit seiner Erfolge und Mißerfolge einzig dadurch ziehen, daß man das von ihm im Einzelfall Erreichte an dem im Einzelfall Gewollten mißt.

Was ist auf dem Gebiet des Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften erreicht worden? Die größte Zentralorganisation der italienischen Gewerkschaftsbewegung, die Konföderation der Arbeit, liegt in Händen von Vollblutreformisten. Eine Haupterrungenschaft des Parteitags von 1908 sollte es sein, ein beständiges und regelmäßiges Einvernehmen zwischen Konföderation und Partei herzustellen, ein gegenseitiges Unterstützen durch Rat und Tat und solche schönen Dinge mehr. Fast schien es, als hätte man den Gewerkschaften ein allzu großes Entscheidungsrecht in Parteisachen eingeräumt. In der Praxis hat sich die Sache so gestaltet, daß ein Einvernehmen zwischen Parlamentsfraktion und Konföderation nicht einmal angebahnt wurde, so daß Genosse Morgari feststellen mußte, daß zwischen den Sekretariaten der beiden Körperschaften kaum irgend eine Beziehung, geschweige denn ein regelmäßiger Meinungsaustausch

stände. Differenzen haben sich ergeben, soweit es irgend möglich war, so bei Gelegenheit der Demonstration gegen den Zarenbesuch, und das „Einvernehmen“ hat schließlich seinen Höhepunkt in dem Vorschlag erreicht, der von gewerkschaftlicher Seite ausging, in Italien eine Arbeitspartei nach dem Muster der englischen Labour Party ins Leben zu rufen. Die Gewerkschaften haben also das Werben des Reformismus nicht mit Gegenliebe beantwortet. Sie zeigen vielmehr durch die Sympathie, mit der sie den Plan der Gründung einer eigenen Gewerkschaftspartei aufnehmen, daß sie von den Reformisten nichts verlangen und auch nichts erwarten. Man lese hierüber das Urteil, das die Confederazione del Lavoro dem Vorschlag der neuen Parteigründung folgen läßt:

„Niemandem kann die Wichtigkeit der aufgeworfenen Frage entgehen. Der Gedanke, eine Parlamentsfraktion der Arbeit zu gründen, ist uns oft durch den Kopf gegangen und kehrt jedesmal wieder, wenn wir beklagenswerten Schauspielen des Politikantismus beiwohnen. Eine Parlamentsfraktion, die direkt von der Konföderation abhinge, würde im Grunde nur den Ausbau des Programms darstellen, das sich die Konföderation von Anfang an vorgezeichnet hat. Wie man die direkten Vertreter der Gewerkschaften in die technischen und beratenden Körperschaften des Staates beruft, so sollte man sie auch in das Parlament wählen. . . . Gründe zugunsten dieser These gibt es im Überfluß; sie springen einem in die Augen, und die Parteien der äußersten Linken tun ihr möglichstes, um stets neue beizubringen. Trotzdem sind wir immer vorsichtig gewesen in der Äußerung zu dieser Frage, weil es uns Pflicht schien, uns auf unsere eigene Reife zu prüfen. Wer leistet uns Gewähr dafür, daß die Gewerkschafter anders oder besser sein werden als die politischen Parteien? Ach, die Antwort war bis jetzt wenig ermutigend! Wieviel organisierte Arbeiter sind heute die wärmsten Verfechter einer reinen Parteipolitik an Stelle weitsichtiger Klassenpolitik. Und dies sowohl in der sozialistischen wie in der republikanischen Partei.“

Als Quittung für zwanzig Monate langes Hinschmelzen der Reformisten zum Besten der Gewerkschaftsbewegung ist dieses Dokument nicht eben erfreulich. Wenn sich die Reformisten trotzdem darüber freuen, so spricht das für eine hochgradige Genügsamkeit. Die Konföderation sagt doch im Grunde in ziemlich deutlichen Worten, daß sie mit der Art, wie die sozialistische Partei die politischen Interessen der Arbeiter vertritt, nicht zufrieden ist. Darin liegt entweder der Vorwurf, daß die Partei ihre Pflicht nicht getan hat, oder der andere, daß es der Partei nicht gelungen ist, in der organisierten Arbeiterschaft das Bewußtsein und die richtige Einschätzung der derzeitigen Machtmittel der sozialistischen Partei und die Einsicht in ihre taktischen Wege zu wecken. Der „Avanti“ fühlt diesen Vorwurf gar nicht, beleuchtet gefällig den neuen Plan und scheint es einfach selbstverständlich zu finden, wenn die Gewerkschaften über die sozialistische Partei zur Tagesordnung übergehen.

Denselben stillbescheidenen Sinn müßten die Reformisten an den Tag legen, wenn sie mit ihrer parlamentarischen Aktion zufrieden sein wollten. Seit die neuen Wahlen die sozialistische Kammerfraktion von 26 auf 42 erhöht haben, ist auch nicht ein einziges der Gesetze durchgedrungen, die Turati vor dem Wahlkampf für dringend und wichtig erklärt hat. Kein Arbeiterschutzgesetz, nicht einmal die so kümmerliche Mutterschaftsversicherung, mit der die Regierung seit fast fünf Jahren schwanger geht. Freilich soll ja die goldene Zeit der Ernte erst jetzt hereinbrechen, wo die ganze Kammer sich in einen großen Mehrheitssumpf verwandelt hat; aber selbst wenn dieser Schlamm eine reiche Vegetation sozialer Gesetze hervorbringen sollte, so könnte doch kein

Mensch mit normalem Verstand irgend einen Teil des Verdienstes unserer Parteifraktion zusprechen, die man gar nicht braucht, deren Stimmen überflüssig sind, die kaum eine andere Funktion erfüllt als die, die übergroße Mehrheit Luzzattis politisch zu kompromittieren und in die neue bürgerliche Ära der Bruderliebe die störende Erinnerung an eine Kampfpartei hinüberzuleiten. Daß die Sozialistische Partei heute in der Kammer mehr Prestige genießt als in früheren Jahren, glaubt sie selbst nicht. Um nur ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, hat die Mehrheit ihr noch den auf den Namen Andrea Costas eroberten Vizepräsidentensitz abgenommen. Dem „geringsten Kraftaufwand“ entspricht hier der geringste Erfolg. Wie wenig die Arbeiterschaft durch diese Taktik ihre Interessen gewahrt glaubt, sieht man ja aus dem Vorschlag, eine Arbeitspartei zu schaffen.

Was nun die Stellung zu den „verwandten Parteien“ betrifft, so ist hier der Mißerfolg der reformistischen Taktik sogar den Reformisten selbst zum Bewußtsein gekommen. Wohl hat die Partei bei den Wahlen eine ausgiebige Bündnispolitik getrieben, aber das hat keineswegs die Republikaner der Romagna gehindert, bei Stichwahlen ihre Stimmen dem bürgerlichen Kandidaten zuzuführen und ihm gegen den Sozialisten zum Siege zu verhelfen. In der Kammer selbst ist ein Bündnis und Einvernehmen der äußersten Linken nicht zustande gekommen. Radikale, Republikaner und Sozialisten gehen alle ihre eigenen Wege, und als in das Kabinett Luzzatti zwei Radikale als Minister und zwei als Unterstaatssekretäre eintraten, da war nicht davon die Rede, daß die äußerste Linke als Ganzes über die Bedingungen befragt würde, unter denen die Radikalen in ein konservatives Kabinett eintraten. Die Radikalen, die bei anderen Gelegenheiten die Bedingung gestellt hatten, den Militäretat nicht weiter zu erhöhen, haben sich diesmal fast bedingungslos zur Teilnahme an der Regierung bereit gefunden. Jener Block der Demokratie, den die Reformisten träumen, ist trotz all ihres Entgegenkommens und der Willigkeit ihrer Hingabe nicht zustande gekommen.[1]

Sehen wir uns zuletzt an, wie es mit der Fürsorge der Fraktion für die Beamtenschaft bestellt ist, so kommen wir freilich in ein Gebiet größerer Tätigkeit und besserer Erfolge. Für die Beamtenschaft hat die sozialistische Fraktion zweifellos viel getan, sie kümmert sich ungemein um die Leistungsfähigkeit der Bureaukratie und fährt auch in jener Kontrolle der öffentlichen Verwaltung fort, die seinerzeit im Prozeß Nasi ihre Triumphe gefeiert hat und die notwendigerweise dazu beitragen muß, den Verwaltungsorganismus des Staates zu stärken. Wenn die Arbeiter mit der Parteifraktion unzufrieden sind, so können es die Beamten unmöglich sein. Wären sie es, so zeigten sie schnöden Undank. Der Beamte sieht in Italien im Sozialismus geradezu seine Partei, die natürliche Stätte, an der er gegen Übergriffe seiner Vorgesetzten Beistand findet, den Anwalt, an den er sich in allen Schwierigkeiten wendet.

So können wir sagen, daß die Reformisten sich im Sinne ihres Programms nur da betätigen konnten, wo es sich um die Vertretung der Beamtenschaft handelt. Auf der ganzen übrigen Linie, in ihrer Beziehung zu den Gewerkschaften, in der parlamentarischen Aktion, in der Stellung zu Republikanern und Radikalen sind lediglich Mißerfolge geerntet worden.

---

[1] Dieser Mißerfolg bezieht sich übrigens nur auf die parlamentarische Aktion. Bei den kommunalen Wahlen dieses Jahres sind die Blockbildungen sehr zahlreich und haben auch Siege zu verzeichnen.

Ist aber dieser einzige Sieg, der zu verzeichnen bleibt, nicht eine Niederlage? Ist es der Aufgabe der Sozialistischen Partei gemäß, die Vertretung von Schichten zu übernehmen, die durch die Schwerkraft der Dinge selbst Interesse an der Erhaltung des heutigen Klassenregimes haben?[1] Gewiß hat der Beamte, der Lehrer, der Arzt eine wichtige Aufgabe in der heutigen Gesellschaft und wird sie auch in der künftigen haben. Gewiß sind die hier betrachteten Kategorien von Staat und Gemeinde ausgenutzt, und sie würden auch dem Proletariat gegenüber besser ihre Pflicht erfüllen, wenn sie in angemessener Weise bezahlt würden. Gewiß ist jede Ungerechtigkeit empörend und verdient an die Öffentlichkeit gezogen zu werden, gleichgültig ob sie gegen einen Arbeiter oder gegen einen Beamten verübt wird. Aber wenn es wahr ist, daß der Klassenkampf nicht nur eine objektive Tatsache, sondern auch eine parteitaktische Formel ist, gleichzeitig eine Richtschnur und eine Grenze unserer Aktion, so sollte sich daraus ergeben, daß nicht jede gerechte Sache unsere volle Kraft erheischt, nicht jedes zertretene Recht von unserer Partei gewahrt werden kann. Und das einmal, weil der Druck, mit dem unsere Gesellschaftsordnung auf dem Proletariat lastet, so übermächtig und gewaltig ist, daß unsere Kraft noch lange nicht ausreicht, um jedem Unrecht auch nur Stimme zu verleihen. Dann, weil es in der Natur der Sache liegt, daß die Berufstätigen des mittleren und kleinen Bürgertums unschwer Vertreter ihrer Interessen finden,[2] eben weil es sich hier um Interessen handelt, deren Vertretung keineswegs die Ablehnung unserer Gesellschaftsordnung voraussetzt. Gerade dieser letzte Umstand verleiht der Vertretung der Beamtenschaft und der bürgerlichen Berufe jenen philanthropischen Charakter. In sie spielt der Klassenkampf nicht hinein oder doch nur in ganz mittelbarer Weise, insofern eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Bureaukratie das heutige Staatsregime stärkt und jede Besserstellung der Beamtenschaft diese immer mehr an der Aufrechterhaltung der heutigen Ordnung interessiert. Indem die Sozialistische Partei sich mit Feuereifer die Vertretung der Beamtenschaft und einiger freien Berufe angelegen sein läßt, konsolidiert sie also ein Regime, das sie stürzen will, ein Einwurf, den die Reformisten dahin beantworten, daß keiner ein Haus einreißt, in dem er nun einmal wohnen muß. Gerade dieser Einwand sollte ihnen klar machen, daß sie nur anderen die Arbeit abnehmen, denn in der Tat würde die Bourgeoisie das Haus, in dem sie und das Proletariat wohnen, vor Einsturz zu retten wissen und mit ganz anderem Eifer an die Sache gehen wie das Proletariat, da sie wesentlich angenehmere und wohnbarere Teile des Gebäudes inne hat. Die Frage, ob die Syndikalisten recht haben, wenn sie meinen, daß dem Proletariat um so besser gedient wäre, je mehr der bürgerliche Staat durch die Schlamperei, Untüchtigkeit und Unzufriedenheit seiner Bureaukratie seine eigene Festigkeit gefährde, will ich hier gar nicht berühren. Nicht darum handelt es sich, ob Energie auf den Schutz der Beamteninteressen und auf die Leistungsfähigkeit der Bureaukratie ver-

[1] Selbstverständlich ist hier nicht die Rede von den Staatsarbeitern, Eisenbahnern, dem subalternen Postpersonal, die in Italien mächtige, auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Organisationen haben.

[2] Gerade in Italien haben das Kleinbürgertum und die freien Berufe in der republikanischen und radikalen Partei Vertreter ihrer Interessen, denen die Sozialisten Zuzug leisten können, denen sie aber nicht die Arbeit abnehmen sollten, solange sie nicht ihrer spezifischen Aufgabe, der Vertretung der proletarischen Interessen, zu genügen vermögen.

wendet werden soll oder nicht, sondern nur darum, ob gerade die Sozialisten diese Energie aufbringen sollen. Gibt es doch andere Parteien, denen diese Dinge viel mehr am Herzen liegen müssen, und wenn je eine Arbeitsteilung sich aus der inneren Logik der Dinge ergibt, so ist es jene, die die Sozialisten auf die Vertretung der proletarischen Interessen beschränkt. Freilich gibt es ein neutrales Bereich der Philanthropie, in dem sich nur ein entfernter Rückschlag der Woge des Klassenkampfes fühlbar macht. Hier können gelegentlich bürgerliche Parteien für Arbeiterforderungen und die proletarische Partei für Beamtenforderungen eintreten, aber aus der Wahrung von Beamteninteressen eine Hauptaufgabe zu machen, widerspricht der geschichtlichen Aufgabe der Sozialistischen Partei.

Als erste praktische Folge ergibt sich daraus, daß die proletarischen Interessen vernachlässigt werden und das Proletariat aus der Aktion seiner eigenen Partei nicht mehr klug wird.

Daß dieses Resultat tatsächlich erreicht worden ist, zeigt die weitgehende Mißstimmung in der Partei. Und auch die Reformisten sind mit sich selbst unzufrieden. Der ultrareformistische Parteivorstand hat nach langer Beratung über das Votum der Fraktion zugunsten des Ministeriums Luzzatti die folgende Tagesordnung angenommen:

„Nach Kenntnisnahme der Gründe, die die sozialistischen Abgeordneten für und gegen das jüngste Vertrauensvotum der Parteifraktion geltend gemacht haben, gibt der Parteivorstand der Überzeugung Ausdruck, daß die Haltung der Fraktion einer aufrichtigen, wenn auch übertriebenen Bewertung der für das Proletariat, besonders in Sachen der Wahlreform, zu erwartenden positiven Resultate entsprungen sei. Obwohl der Parteivorstand trotz der Teilnahme der Radikalen an der Regierung und der von ihnen erhaltenen Versprechungen nicht alle Hoffnungen teilt, die die Fraktionsmehrheit auf das gegenwärtige Kabinett setzt, und seinerseits an seiner früheren Erklärung festhält, nach der die heutige Kammer unfähig ist, mit irgend einem aus ihr hervorgegangenen Ministerium wirklich demokratische Reformen und wirkliche Vorteile für die Arbeiterklasse durchzusetzen, ist er der Meinung, daß die Partei — auch in Gemäßheit der Autonomie der Parlamentsfraktion — dieser freistellen solle, auf eigene Verantwortlichkeit das begonnene Experiment zu vollenden, ohne übertriebene Hoffnungen darauf zu bauen, aber auch ohne ein absolutes Mißtrauen zu zeigen, das in gewisser Weise die Energien der Fraktion lähmen könnte. Der Parteivorstand betont schließlich die Notwendigkeit, daß die Partei den Kampf für das allgemeine Wahlrecht fortsetzen und verstärken müsse, im Verein mit der Propaganda der sozialistischen Grundsätze und Ziele und ihre Stimme mit der des Vorstandes vereinen, um den sozialistischen Abgeordneten klar zu machen, daß sie den Kampf für das allgemeine Wahlrecht nicht nur gegenüber der Regierung und Kammermehrheit aufrechterhalten müssen, sondern auch die Pflicht haben, tatkräftig an der Agitation teilzunehmen, die der Parteivorstand zugunsten dieser grundlegenden Reform durchführt."

So sieht die der Fraktion günstige Tagesordnung Ciotti aus, die mit 5 gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Die andere des Genossen Modigliani war ein regelrechtes Mißtrauensvotum. Also auch der Parteivorstand empfindet die Unzulänglichkeit der Fraktion, in der doch der Reformismus den höchsten Ausdruck und den eigentlich berufenen Führer der Bewegung sieht! Und angesichts dieser Unzulänglichkeit fällt ihm etwas ganz Unreformistisches, etwas ganz Veraltetes ein, die unzählige Male verhöhnte Propaganda der sozialistischen Grundsätze und Ziele! Wer erinnert sich nicht des Hohnes, den

Turati periodisch in der „Critica Sociale" über die „Katecheten des Sozialismus", über die „evangelische Propaganda" und über diejenigen ausschüttet, die an solche Ammenmärchen und ihre Wirksamkeit noch glauben? Wie kommt es, daß sich der Parteivorstand den von der höheren Bildung überwundenen Stadien des Ursozialismus zuwendet? Doch wohl, weil jene Ära, die durch offizielle Abschaffung der Parteipropagandisten eingeleitet wurde, auch im reformistischen Sinne nicht die Resultate ergeben hat, die man von ihr erwartete, weil die Lektion der Tatsachen sich nicht als Lektion sozialistischer Erziehung herausgestellt hat.

Wenn wir einerseits die Reformisten mit Wohlwollen auf den Vorschlag blicken sehen, der ihrer Partei die Ablösung durch eine Arbeitspartei verheißt, wenn wir sie andererseits zurückkehren sehen zu jenen sozialistischen Grundsätzen und Idealen, die sie längst in das Vorstadium des praktischen Reformismus verwiesen hatten, so dürfen wir hierin wohl eine Bankrotterklärung des Reformismus durch seine eigenen Vertreter sehen. Nicht von außen, sondern von innen, aus den Reihen der Reformisten selbst kommt die Kritik. Ja, sie beweist gerade darum so viel, weil die Reformisten in ihrem Einfluß auf die Partei heute ganz unter sich sind, weil niemand ihnen die Arbeit verdirbt, weil auf niemand die Verantwortung für das Mißlingen ihres Experimentes abgewälzt werden kann.

Welche Stellung nehmen aber die Intransigenten ein, was tun sie, um die Lehre der letzten anderthalb Jahre den Massen einzuprägen? Die Antwort ist schnell gegeben: Sie tun nichts, aber auch gar nichts. Die Fraktion, die in Bologna (1904) mit der Tagesordnung Ferri den Sieg über die Reformisten davontrug, in Rom der integralistischen Koalition erlag, die noch einen Teil der intransigenten Grundsätze beibehalten hatte, um in Florenz (1908) ganz von den Reformisten verdrängt zu werden, ist heute aus dem italienischen Parteileben so gut wie verschwunden. Einzig in einigen Wochenblättern der Provinz und in der „Avanguardia", dem Zentralorgan der Jugendorganisation, erhebt sie noch manchmal ihre Stimme. An der heutigen Demolierung des praktischen Reformismus hat sie keinen Anteil und kein Verdienst: das haben die Reformisten im Bunde mit ihren geliebten Tatsachen ganz allein besorgt. Für diese Trägheit und Schlaffheit der Intransigenten mag es Entschuldigungsgründe geben. Einmal haben die Syndikalisten vor und nach ihrer Sezession diesem Flügel geschadet, weil sie einen Teil seiner Grundsätze verzerrten und die Intransigenten nötigten, sich scharf von den Syndikalisten zu differenzieren, was in den Massen den Eindruck förderte, daß man unter Sozialisten in allem Wesentlichen eines Sinnes wäre, die Kluft zwischen Reformisten und Intransigenten überbrückt, oder doch belanglos sei gegenüber der viel größeren und tieferen, die die Sozialisten von den Syndikalisten schied. Dann hat natürlich das Verhalten Ferris die intransigente Fraktion sehr diskreditiert. Daß ein Mann, der einen überragenden persönlichen Einfluß ausübte, vom Antiministerialismus zum Ministerialismus überging, war befremdend genug: daß er es aber unter antireformistischen Erklärungen tat, daß er dabei seine Trennung von den Reformisten aufrechterhalten wollte, das mußte zu einer heillosen Verwirrung Anlaß geben. Auch eine kraftvollere Fraktion, als es die Intransigenten waren, hätte darunter leiden müssen, daß sich ihr Führer zum Kinderspott machte. Das Unheilvolle des Persönlichkeitskultus hat der Fall Ferri recht deutlich dargetan.

Aber das sind Milderungsgründe, die die Schuld nicht aufheben. Die Intransigenten rühren sich nicht, tun nichts, um den Reformisten das Feld streitig zu machen. Ja, sie scheinen kaum so viel Energie aufzuwenden, um auch nur jenen Boden zu besetzen, den diese verlassen. Wenn das Proletariat unzufrieden mit den heutigen Parteiverhältnissen und mit dem Ausfall des reformistischen Experimentes ist, so ist dies ein — freilich unbeabsichtigter — Erfolg der reformistischen Wirksamkeit. Die Intransigenten haben nichts getan, um in der Erkenntnis der Massen einen Zusammenhang herzustellen zwischen den reformistischen Grundsätzen und Methoden und den vielfältigen Mißerfolgen und der Ziellosigkeit der sozialistischen Bewegung. Sie haben weder durch Kritik zerstört, noch durch Propaganda aufgebaut. Gewiß hat man ihnen alle Mittel genommen, ihre Grundsätze durch Parteiorgane und im Rahmen der Partei zu vertreten. Aber es ist eine alte Geschichte, daß, wer sich mundtot machen läßt, dadurch zeigt, daß er es nicht besser verdient. Werden die Intransigenten in den vier Monaten, die uns noch vom Parteitag trennen, sich auf sich selbst und auf ihre Pflichten gegen das Proletariat besinnen?

Die Konsumvereine und die Einheit der Arbeiterbewegung.

Von **Ernst Lenz.**

Auf der Tagesordnung des diesjährigen Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen steht als erster Punkt der Gegenstand: Die Beziehungen zwischen den Genossenschaften und den politischen Parteien. Ein Rundschreiben des Internationalen Sozialistischen Bureaus bemerkt dazu: „Der erste Punkt der Tagesordnung ist ein Vorschlag, der veranlaßt ist durch den Punkt der Stuttgarter Tagesordnung: Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien. Die Genossenschaftsbewegung entwickelt sich in gewissen Ländern immer mehr, und die Parteigenossen möchten gern Angaben über die beste Art der Leitung ihrer jungen Organisationen erhalten. Müssen die Genossenschaften selbst neutral, unabhängig von den politischen Parteien oder mit diesen durch ein persönliches Band verknüpft oder schließlich an die Partei angeschlossen sein? Dies sind die verschiedenen Gesichtspunkte des Problems."

Dieser Beratungsgegenstand des Kongresses hat nicht die Billigung der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" gefunden. Das Organ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine schreibt in seiner Nummer vom 2. April: „Uns scheint, als sei ein internationaler Sozialistenkongreß kaum der geeignete Ort, um ‚Angaben über die beste Art der Leitung' einer Genossenschaft zu machen. Aber es ist verfrüht, jetzt schon diese Frage zu erörtern. Wenn der Internationale Sozialistenkongreß gesprochen hat, haben die Genossenschaften am Ende auch noch etwas zu der Angelegenheit zu sagen."

Und uns scheint, als habe die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" das Rundschreiben des Internationalen Bureaus nicht ganz richtig aufgefaßt. Bezögen sich die Worte von der besten Art der Leitung auf Details der Vereinsverwaltung, etwa auf die Methoden des Wareneinkaufs und -verkaufs, dann freilich hätte die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" mit ihrer Glosse recht; derartige Fragen sind nicht geeignet, einen internationalen Sozialistenkongreß zu beschäftigen. Aber kann jemand im Ernst diesen Punkt der Tagesordnung so auffassen? Es ist doch klar, daß mit jenen Worten etwas ganz anderes gemeint ist, daß es sich um den Geist handelt, in dem die Genossenschaftsbewegung geleitet werden soll, um die großen Richtlinien der genossenschaftlichen Politik, um das Verhältnis zwischen Arbeiter-

partei und Genossenschaften. Und dieses Problem ist zweifellos ein der Beratungen des Arbeiterweltparlamentes ebenso würdiger Gegenstand wie seinerzeit die Frage der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften.

Freilich wird auch so verstanden dieser Gegenstand der Tagesordnung nicht die Billigung der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" und der derzeitigen Leitung der deutschen Konsumvereinsbewegung finden. Das ist bei den hier herrschenden Anschauungen ganz außer Zweifel. Die heute tonangebenden Genossenschafter sind ja bekanntlich sehr erpicht auf genaue Kompetenzabgrenzung. Hie Genossenschaften, hie Gewerkschaften, hie politische Partei! so wird fein säuberlich geschieden. Ein jedes hat sein Ressort, in das ihm die anderen nichts dreinzureden haben. Eifersüchtig hütet man die Grenzen, eifersüchtig wehrt man jede Kompetenzüberschreitung ab. Das ist echt bureaukratisch, wird man finden. In der Tat, Bureaukratismus gibt es nicht nur im Staate, Bureaukratismus gibt es auch in der Genossenschaftswelt. Und wie sollte der Genossenschaftsbureaukrat anders geartet sein als alle anderen? Wie sollte er nicht auch seine Schemata haben, in die man die Tatsachen des vielgestaltigen Lebens sauber einreihen kann? Daß in der Wirklichkeit ineinander verfließt, was sich begrifflich auch noch so reinlich scheiden läßt, was tut's? Der Bureaukrat hält sich lieber an das gewohnte Schema als an das reale Leben. Und so trägt er die Genossenschaft auf dem A-Blatt ein, die Gewerkschaft auf dem B-Blatt, die Partei auf dem C-Blatt, und dann tut er einen Umschlag herum, auf dem steht „Neutralität", und ist hoch erfreut, daß die Dinge sich so schön rubrizieren lassen.

Nun hat natürlich der Genossenschaftsbureaukrat — der tüchtige, versteht sich — sein gutes Recht auf Existenz wie irgend einer. Der Mann, der am Schreibtisch treu seine Pflichten erfüllt und ganz in den beschränkten Interessen seines Berufs aufgeht, eben dadurch freilich auch eine Beschränkung seines Gesichtskreises erfährt, der ist auch in der Genossenschaftsbewegung eine nützliche und notwendige Kraft, wenn er an seinem Platze steht. So schätzbar der Bureaukrat auf mehr subalternem Posten ist, so ungeeignet ist er, Führer zu sein. Wie ein Gamaschenknopf nicht die Stelle des Feldherrn, ein Akten erledigender Staatsbureaukrat nicht die Stelle des schöpferischen Staatsmanns, so kann auch ein Genossenschaftsbureaukrat nicht die Stelle des Genossenschaftspolitikers ausfüllen. Die in der relativen Beschränktheit bestehende Tugend des ersteren wird bei dem letzteren zum Laster. Der genossenschaftliche Politiker, der Leiter und Lenker, darf nicht in die berufliche Enge gebannt sein, er darf nicht am Kleinlichen haften, er muß über die Grenzen der Genossenschaftsbewegung hinaussehen können, kurz er darf nicht dem „genossenschaftlichen Kretinismus" verfallen sein, von dem der Neutralitätswahn ein wesentlicher Bestandteil ist.

Was sehen wir aber? In der Leitung der deutschen Konsumvereinsbewegung macht sich heute ödeste Nurgenossenschafterei breit. Je nachdem, wie es sich mit dem Schema verträgt, sieht man Dinge, die gar nicht existieren, wie die Einheit und Wesensgleichheit aller Genossenschaftsarten, und sieht andererseits die augenfälligsten Tatsachen nicht wie die, daß die Konsumvereinsbewegung die erdrückende Mehrzahl ihrer Mitglieder aus der Arbeiterklasse rekrutiert, also faktisch eine Klassenbewegung des Proletariats, ein Teil der modernen sozialen Bewegung ist. Diese Tatsache, die jede weiterblickende Genossenschaftspolitik richtig abzuschätzen wüßte und als ersten Faktor in ihre Rechnung stellen würde, wird heute mit dem „Argument" abgetan, daß wir alle Konsumenten sind und der Zutritt in die Konsumentenorganisationen den Angehörigen aller Klassen offen stehe.[1]

---

[1] Diese Behauptung gehört zu den Grundlagen der offiziellen deutschen Genossenschafts-„theorie", die überhaupt etwas Kostbares ist! Man kann sich ja beiläufig denken, was herauskommt, wenn ein „Bureaukrat mit theoretischen Interessen" Theorien spinnt. „Heinrich, mir graut vor dir", denkt der Leser und blättert rasch weiter. Auf diesen Zweig der genossenschaftlichen Eigenproduktion würden wir gern verzichten.

Wir haben an dieser Stelle schon einmal auf die Klassenzugehörigkeit der deutschen Konsumgenossenschafter hingewiesen.[1] Die neueren Zahlen zeigen wieder, wie sehr das Arbeiterelement unter ihnen überwiegt. Dem Bericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über das Jahr 1908 entnehmen wir folgende Zahlen:

	1903	1904	1905	1906	1907	1908
I. Selbständ. Gewerbetreibende und Landwirte	46878	53902	58450	61494	67201	71903
II. Angehörige der freien Berufe, öffentliche Beamte	22593	30085	27897	29488	32122	35456
III. Gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen	405412	371331	450548	502207	583280	666635
IV. Personen ohne bestimmten Beruf (Privatiers, Altersrentner usw.)	24123	36318	40597	45260	55255	64079
Summe	499006	491636	577474	638449	737858	838073

In Prozenten:

	1903	1904	1905	1906	1907	1908
I. Selbständ. Gewerbetreibende und Landwirte	9,39	10,96	10,12	9,63	9,11	8,58
II. Angehörige der freien Berufe, öffentliche Beamte	4,53	6,12	4,83	4,62	4,35	4,23
III. Gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen	81,25	75,53	78,02	78,66	79,05	79,54
IV. Personen ohne bestimmten Beruf (Privatiers, Altersrentner usw.)	4,83	7,39	7,03	7,09	7,49	7,65

Es gehören also 80 Prozent der Mitglieder unzweifelhaft der Arbeiterklasse an. Erwägt man aber, daß die letzte Gruppe in Gestalt der Altersrentner und der Frauen ein überwiegend proletarisches Kontingent stellt — Rentiers werden ja nicht gar viele darin zu finden sein —, weiter, daß die „Selbständigkeit" der Gewerbetreibenden und Landwirte eine sehr fragwürdige Sache ist, indem eine Unmenge dieser „Selbständigen" bekanntlich Hausindustrielle und sonstige Kapitalshörige sind, die mit der Arbeiterschaft gleich gerichtete Interessen haben, schließlich daß unter den Angehörigen der freien Berufe eine schwere Menge proletarischer Existenzen zu finden ist, so kann man beruhigt sagen, daß neun Zehntel der Konsumgenossenschafter dem Proletariat angehören und vom Rest ein großer Teil dem Proletariat in Lebenshaltung und Interessen nahesteht. Und aus inneren Gründen kann es auch gar nicht anders sein.[2]

Aber was bekümmern solche handgreifliche Tatsachen den Bureaukraten? Was kümmert es ihn auch, daß sein Verhalten nicht die Billigung der Masse der Ge-

[1] „Neue Zeit", XXVI, 1, S. 295 ff.

[2] Dem erst nach Abschluß dieses Artikels erschienenen Bericht des Zentralverbandes für das Jahr 1909 entnehmen wir folgende Zahlen: Selbständige Gewerbetreibende und Landwirte: 72639 (8,33 Prozent), Angehörige der freien Berufe: 35075 (4,02 Prozent), gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen: 707433 (81,31 Prozent), Personen ohne bestimmten Beruf: 55162 (6,34 Prozent). Also eine neuerliche Bestätigung unserer obigen Darlegungen!

nossenschafter findet? Er bleibt doch bei seiner hundertmal wiederholten Redensart, die Konsumvereine seien Organisationen der unterschiedslosen Konsumentenmasse und könnten nie und nimmer Klassenorganisationen sein, und er betont mit besonderem Nachdruck die Neutralität gerade der Klassenbewegung des Proletariats gegenüber.

Ganz anders wird der genossenschaftliche Politiker vorgehen, sobald er die berufliche Zusammensetzung der von ihm vertretenen Bewegung überblickt und erkannt hat, mit welchen realen Kräften für oder gegen seine Sache er zu rechnen hat. Er wird weniger darauf bedacht sein, gegen die Arbeiterbewegung die Neutralität hervorzukehren, als darauf, mit ihr in bestem Einvernehmen zu leben, weniger darauf, bei den bürgerlichen Parteien nur ja keinen Anstoß zu erregen, als darauf, die wertvolle Bundesgenossenschaft der Arbeiterpartei zu finden, die das Vertrauen von neun Zehnteln der Genossenschafter besitzt; der Politiker wird weniger von der imaginären „Einheit und Wesensgleichheit“ aller Genossenschaftsarten reden, aber er wird die Einheit und Wesensgleichheit aller Zweige der Arbeiterbewegung erkennen, er wird weniger pathetisch die schönen Sprüchlein: „Die Genossenschaft ist der Friede“, „Einigkeit macht stark“ und dergleichen tiefsinnige Wahrheiten mehr zitieren,[1] aber er wird an die lebendige Kraft der proletarischen Klassensolidarität appellieren, er wird weniger von der Gleichheit aller Konsumenteninteressen reden, aber er wird den Klassencharakter der gegen die Konsumvereine gegebenen und geplanten Ausnahmsgesetze erkennen, er wird die Gegner weniger mit schweren Folianten beschießen und in Strömen von Druckerschwärze ertränken wollen,[2] aber er wird gegen die gesetzesbrecherischen Vexationen der herrschenden Klassen und ihrer Diener den schärfsten Kampf zu entfesseln trachten. Unpolitisch kann, das lehren schon die unaufhörlichen Verfolgungen der Konsumvereine, die Genossenschaftsbewegung in einer von Klassenkämpfen so durchtobten Zeit wie unserer nicht sein. Auch die englischen Genossenschaften haben ihr parlamentarisches Komitee, und auch von der proletarischen Genossenschaftsbewegung Belgiens könnte die deutsche noch manches Gute lernen. Daß die Politik der Arbeiterkonsumvereine in Deutschland einzig die der Sozialdemokratie sein kann, ist selbstverständlich. Nur nicht diese falsche Furcht vor dem Verlust einiger Mitglieder! Die wenigen, die aus politischen Gründen abfallen können, werden bald reichlich ersetzt sein, und der Gewinn, der für die Konsumvereine entstehen muß, wenn sie als innerlich geschlossene, mit den übrigen Arbeiterorganisationen Schulter an Schulter kämpfende Armee dastehen werden, kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Wer könnte dieser Phalanx auf die Dauer widerstehen?

Doch so weit sind wir noch nicht, und darum ist es gerade im Hinblick auf die deutschen Verhältnisse zu begrüßen, daß der Internationale Kongreß in Kopenhagen — und nach ihm, den auf dem Leipziger Parteitag gegebenen Anregungen folgend, hoffentlich auch der deutsche Parteitag — sich mit dem Verhältnis von Partei und Genossenschaft beschäftigen wird. Es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß er nicht nur unseren theoretischen Standpunkt zur Genossenschaftsbewegung präzisieren, sondern daß er — unter selbstverständlicher Rücksichtnahme auf die nationalen Eigenarten — der Arbeiterschaft Direktiven für die der Genossenschaftsbewegung, dieser durch und durch proletarischen Bewegung, gegenüber zu beobachtende Politik geben und die Pflichten der den Konsumvereinen angehörenden Parteigenossen deutlich feststellen wird.

---

[1] Von dem Bureaukratenpathos nur ein Pröbchen aus dem vorletzten „Jahresbericht“: „Durch das Brausen des herannahenden Völkerfrühlings aber ertönt immer lauter, alles bezwingend und immer tiefer in alle Herzen dringend, wie Glockengeläute und Orgelton, der Klang des hehren Wortes: Die Genossenschaft ist der Friede!“ — —?

[2] Die heutige bureaukratische Vielschreiberei geht schon ins Aschgraue. Das letzte Jahrbuch des Zentralverbandes zum Beispiel besteht aus zwei dicken Bänden von 974 und 999 Seiten! Lieber weniger Akten und mehr Aktion!

Die Konsumvereinsbewegung ist ein so bedeutungsvoller und für die Arbeiterschaft so fruchtbarer Zweig der sozialen Bewegung geworden, daß die Partei sich auf die Dauer nicht darauf beschränken kann, sie freundlichen Auges anzusehen, im übrigen aber gehen zu lassen, wohin sie geht. Das ist ja so ungefähr der Standpunkt der Hannoverer Resolution, der Standpunkt der wohlwollenden Neutralität, der aber doch wohl kein Definitivum sein kann. Der unnatürliche Zustand wird nicht länger ertragen werden können, daß ein wichtiger Teil des Kampfes der Arbeiterschaft nicht unter dem Banner des Sozialismus ausgefochten wird.

An das Lassallesche Wort von der verdammten Bedürfnislosigkeit der Arbeiter möchte man auch hier erinnern. Könnte es möglich sein, daß das Proletariat in Bescheidenheit zusieht, wie seine Organisationen in fremden Händen sind und nicht in seinem Geiste geleitet werden, und daß es sich einreden ließe, die Genossenschaftsbewegung habe ihre ganz besonderen, eigenartigen Entwicklungsgesetze und habe mit der sozialen Bewegung nichts gemein? Nein, ein Kräutchen Rühr-mich-nicht-an kann uns das Genossenschaftswesen nicht sein.

Und wenn der Nichts-als-Genossenschaftsmensch sagt: „Nur keine Zersplitterung der Genossenschaften durch politische Parteinahme! In ihrer Einigkeit liegt ihre Stärke, darum sind wir für die Neutralität", so erwidern wir als Sozialisten: „Jawohl, nur keine Absplitterung von der Armee des Proletariats, dessen Stärke in seiner Einigkeit liegt! Darum sind wir gegen die Neutralität und für die Einheit der sozialen Bewegung." Wir wissen, daß eine engere Verbindung mit der Arbeiterbewegung den Genossenschaften nicht schaden kann, sondern daß sie, je stärker sie mit diesem ihrem Mutterboden verbunden sind, um so größere Kraft aus ihm ziehen. Die Form dafür wird sich schon finden, ohne daß der Selbstverwaltung der Genossenschaften irgendwie nahegetreten wird und auch ohne daß die durch Gesetz und neudeutsche Gesetzesanwendung gezogenen Grenzen überschritten werden.

Uns ist um die Entwicklung nicht bange. Der gesunde Sinn der Arbeiterschaft und die verfolgungssüchtige Dummheit unserer Gegner sind sichere Bürgschaften für die Zukunft. Fahren diese in ihrem blindwütigen Toben gegen die Konsumvereine so fort wie bisher, dann werden sie bald den letzten Neutralitätsanhänger eines Besseren belehrt und die annoch getrennten Teile der Arbeiterbewegung zu einer festen Einheit zusammengeschweißt haben. Aber ist es nicht rühmlicher, wenn die Arbeiterschaft selbst die Initiative dieses Fortschrittes ergreift?

Das neue Kaligesetz.

Von **L. Emmel.**

I.

In nahezu zwölfstündiger Schlußsitzung des diesjährigen Tagungsabschnittes peitschte der deutsche Reichstag den „Entwurf eines Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen" in zweiter und dritter Lesung durch, das „Kaligesetz", wie es kurzweg genannt wird, das nach mancher Richtung ein vollständiges Novum in der deutschen Gesetzgebung ist.

Deutschland besitzt ein natürliches Monopol in Kalisalzen. Ist es schon das salzreichste Land der Welt, so ist es vor allem bis jetzt das einzige Land der Welt, in dem sich große Lager hochprozentiger Kalisalze vorfinden. Gesteinsschichten, die geringe Mengen (etwa 6 bis 8 Prozent) Kali enthalten, findet man überall, doch ist das in ihnen enthaltene Kali sehr schwer löslich. Die löslichen Kalisalzlager, die bis 1907 ermittelt waren, wurden damals von der Königlichen Geologischen Landesanstalt auf 10 790 Millionen Kubikmeter geschätzt, davon lagern 9360 Millionen Kubikmeter bis zu einer Tiefe von 1200 Meter,

sind also sehr gut abzubauen, 1054 Millionen Kubikmeter liegen in der Tiefe von 1200 bis 1500 Meter und der Rest von 376 Millionen Kubikmeter mit unbestimmter Tiefe. Über 10000 Millionen Kubikmeter sind also in gut abbauwürdiger Lage. Hierzu kommen noch die im Oberelsaß festgestellten Lager, die nicht in die Ermittlung einbegriffen sind. Dieselben werden auf annähernd 200 Millionen Kubikmeter geschätzt. Die Ausbeutung dieses riesigen deutschen Nationalschatzes erfolgt zumeist durch private Kapitalisten- und Spekulantengruppen, die jahrzehntelang sehr hohe Überschüsse aus den Kaliwerken zogen. Dies hatte zur Folge, daß immer neue Kapitalien zur Anlage in der Kaligewinnung strömten. Da die Kuxe und Aktien der alten Werke in festen Händen waren, wurden immer neue Werke gegründet. So kam es, daß trotz steigenden Konsums die Rentabilität eines Teiles der Werke zweifelhaft zu werden begann. Dies führte unter tätiger Mitwirkung des preußischen Bergfiskus als großem Kaliwerksbesitzer zur Gründung einer die Produktion nach bestimmten Grundsätzen verteilenden und die Preise regelnden Vereinigung, dem Kalisyndikat. Eine Zeitlang konnte das Syndikat durch Herabsetzung der prozentualen Beteiligungsziffer der einzelnen Werke den neu förderungsfähig werdenden Werken eine noch rentable Förderungsmöglichkeit gewähren und diese Werke dadurch in das Syndikat locken. Mit jedem neuen Werke wurde das schwieriger, weil die alten Werke sich gegen die fortwährende Verwässerung ihrer Quote wehrten. Der Ablauf der Vertragsdauer des Syndikats wurde dadurch ein Tag des Schreckens für die schwächeren Elemente im Kalibergbau, dagegen ein Tag des Triumphes für diejenigen, die es verstanden hatten, sich noch ein oder das andere Tausendstel des Gesamtabsatzes mit der Drohung, Außenseiter zu werden, zu erpressen. Ein Bild der Entwicklung gibt nachstehende Tabelle. Die Kalisalzmengen sind auf Doppelzentner reines Kali berechnet.

Jahr	Gesamtabsatz Menge Doppelzentner	Gesamtabsatz Wert Mark	Zahl der Werke am Jahresschluß	Durchschnittlicher Absatz auf ein Werk Menge Doppelzentner	Durchschnittlicher Absatz auf ein Werk Wert Mark
1900	3036099	56230316	15	202407	3748688
1904	4301406	74077764	28	153621	2645634
1908	5915760	97813218	50	118315	1956264

In acht Jahren ist also die Menge des abgesetzten Kali durchschnittlich bei einem Werke um 41,5 Prozent und der Wert desselben um 47,8 Prozent gesunken. Am Schlusse des Jahres 1909 hatte sich die Zahl der Werke auf 58 erhöht, dazu kamen 8 Werke, die vertraglich dem Syndikat angegliedert waren, deren Quote jedoch noch nicht endgültig festgestellt war, 3 Werke, die in provisorischem Lieferungsverhältnis mit dem Syndikat standen, und 26 im Bau begriffene Werke, das sind insgesamt 95 Werke, gegen 15 Werke im Jahre 1900. Der Absatz hatte sich in dieser Zeit trotz reger Propaganda nur etwas mehr als verdoppelt. Infolgedessen ging bei den Kaliwerken die Rentabilität gewaltig zurück und drohte noch weiter zurückzugehen, wie aus der dem Reichstag vorgelegten Abrechnung zweier dem preußischen Fiskus gehörenden Werke — der Salzwerke zu Staßfurt und zu Bleicherode — hervorgeht.

Die Anlagekosten haben sich verzinst mit

Jahr	Salzwerk zu Staßfurt	Salzwerk zu Bleicherode
1900	29,4 Prozent	— Prozent
1904	17,8 "	42,1 "
1906	7,3 "	12,9 "
1908	8,3 "	1,8 "

Wenn auch nicht überall ein gleich starker Rückgang des Ertrags stattfand, so doch ein starkes Zurückweichen der Profitrate bei allen Werken.

Die Vertragsdauer des letzten alle Werke umfassenden Kalisyndikats endete am 30. Juni 1909 nachts 12 Uhr. Bis zur letzten Minute hatte der Kampf um die Verteilung der Tausendstel der Beteiligungsziffer gedauert, eine Einigung war nicht erzielt worden. Da erhob sich der Vertreter des preußischen Bergfiskus, um zu erklären, daß die dem preußischen Fiskus gehörigen Werke sich nicht mehr gebunden erachteten und freihändige Verkäufe abschließen würden. Während der Vertreter des preußischen Bergfiskus hierauf der Nachtruhe pflegte, schloß die sogenannte Schmidtmanngruppe mit dem Vertreter der drei großen amerikanischen Düngertrusts, die den Düngervertrieb in Amerika monopolisiert haben, einen Lieferungsvertrag ab, demzufolge der weitaus größte Teil des amerikanischen Kalibedarfs von dieser Gruppe zu decken ist. Der vereinbarte Preis war freilich nur ungefähr halb so hoch, als er bis dahin an das Syndikat gezahlt werden mußte. Die Schmidtmanngruppe — die Werke Aschersleben, Sollstedt und Einigkeit — konnte aber trotz dieser Preisherabsetzung noch ein Geschäft machen, weil sie infolge der amerikanischen Lieferungsverträge in der Lage ist, ihre volle Leistungsfähigkeit auszunutzen und dadurch die Generalunkosten auf größere Produktionsmengen zu verteilen, so daß trotz des niederen Preises ein rentabler Betrieb möglich ist. Die Produktionseinschränkung durch das Kalisyndikat hatte nach den amtlichen Feststellungen in der Kalikommission 80 Prozent der Leistungsfähigkeit bei den preußischen Kaliwerken betragen. Es konnte also nur ein Fünftel dessen gefördert werden, was produziert werden konnte. Ähnlich war es bei allen anderen Werken gewesen. Es ist daher begreiflich, daß das Bekanntwerden der riesigen Verkäufe der Schmidtmanngruppe wie eine Bombe in die Interessentenkreise einschlug. Der preußische Bergfiskus, der mit seiner Drohung, selbständige Verkäufe vorzunehmen, einen letzten Druck zugunsten der Wiedergeburt des Syndikats auszuüben glaubte, hatte das Gegenteil erreicht. Drei Werke, in denen das amerikanische Großkapital sich vorher einzunisten gewußt hatte, die nur etwa 62 Tausendstel des Gesamtabsatzes nach dem Syndikatsvertrag zu beanspruchen hatten, rissen ungefähr ein Sechstel des Gesamtabsatzes an sich und ließen den übrigen Werken das Nachsehen. Diese schlossen sich sofort zu einem Rumpfsyndikat zusammen, um den Kampf gegen die Außenseiter gemeinsam zu führen. Diesen Kampf durch Unterbietung der Preise zu führen, war aussichtslos, da die Außenseiter sehr leistungsfähig sind und durch ihre Lieferungsverträge gedeckt waren. Kleine Schikanen, wie die Wegmietung der Elbladeplätze, die Wegkaperung der Eisenbahnwaggons usw., waren auch nicht wirkungsvoll. Da blieb nichts anderes übrig, als ein Einschreiten der Gesetzgebung zu fordern, was williges Gehör fand, weil Preußen, Anhalt und mehrere andere Bundesstaaten, eine Reihe einflußreicher Fürstlichkeiten und verschiedene namhafte Politiker und Parteiführer als Kaliinteressenten an dieser Frage lebhaft persönlich interessiert sind. Das preußische Ministerium ergriff die Initiative und veröffentlichte schon am 17. Dezember 1909 einen Gesetzentwurf, bevor er noch dem Bundesrat vorgelegen hatte. Das in diesem Entwurf vorgesehene Verbot, neue Kaliwerke zu errichten, wurde vom Bundesrat beseitigt. Der dem Reichstag im Januar 1910 zugehende Gesetzentwurf stellte sich als gesetzlich festgelegtes Zwangssyndikatsstatut dar. Irgend ein neuer Gedanke war nicht darin enthalten. Das Statut des Syndikats war mit Zwangsbeitrittsbestimmungen ergänzt.

Bei der ersten Lesung im Plenum des Reichstags zeigte es sich, daß niemand von der Vorlage befriedigt war, dessenungeachtet aber alle Parteien, mit Ausnahme der Freisinnigen, ein gesetzliches Eingreifen für nötig hielten. Hinter den Kulissen wurde von den verschiedenen Interessentengruppen scharf gegeneinander gearbeitet. Sehr bald gab die Regierung ihren Entwurf preis; die Konservativen und das Zentrum verhandelten mit den Vertretern des Kalirumpfsyndikats und die Regierung beteiligte sich an diesem Kuhhandel; alle Zwischenentwürfe wurden von Regierungsvertretern gesetzestechnisch bearbeitet. Schließlich bildete die Unterlage für die Kommissionsberatungen ein Antrag, der unter der Firma v. Damm-Kölle segelte; er hatte mit der Regierungsvorlage nur noch Nebensächliches gemein; alles Grundsätzliche des Entwurfes war beseitigt und durch andere Grundsätze der Kaliinteressenten ersetzt. So blieb es auch bei der Verabschiedung des Gesetzes im Plenum des Reichstags. Aus dem Gesetz für ein Zwangskaliwerksyndikat wurde ein Gesetz, das eine Kontingentierung des Kaliabsatzes festlegt und zwecks Verteilung der Mengen an die einzelnen Werke eine Verteilungsstelle schafft, gegen deren Festsetzungen Rekurs an eine Berufungskommission eingelegt werden kann. Die Verteilungsstelle besteht aus drei vom Bundesrat zu ernennenden und vier von den Kaliwerkbesitzern zu wählenden Mitgliedern. Die Berufungskommission wird ganz vom Bundesrat bestellt. Das Gesetz enthält dann eine Festsetzung des Höchstpreises für den Inlandabsatz, der gleichzeitig Minimalpreis für das Ausland ist. Der Inlandpreis ist derart festgelegt, daß die bisherigen Preise um mindestens 10 Prozent ermäßigt sind. Zur Verhinderung einer Kontingentsüberschreitung hat man eine besondere Abgabe eingeführt, die jede Mehrproduktion unrentabel macht. Für jeden Doppelzentner reines Kali beträgt diese Straffsteuer 10 bis 17 Mark. Die Bestimmung richtet sich in der Hauptsache gegen die Amerikaverträge der Gruppe Schmidtmann. Es ist die Form der allgemeinen Abgabe für Überkontingent gewählt; sie macht die Erfüllung der Schmidtmannverträge nicht unmöglich, aber unrentabel. Gegen sonstiges Überkontingent würde die vorgesehene Ordnungsstrafe von 10000 Mark genügen.

Eine weitere Abgabe von 60 Pfennig für den Doppelzentner reines Kali ist zur Deckung der dem Reiche aus der Ausführung des Gesetzes entstehenden Kosten und zur Hebung des Kaliabsatzes bestimmt. Die Einnahmen und Ausgaben sind, in Verfolg eines sozialdemokratischen Antrags, in den Reichshaushaltsetat einzustellen. Hohe Geldstrafen, im Wiederholungsfall Gefängnis bis zu sechs Monaten, sichern die Zahlung der Abgaben. Ordnungsstrafen bis zu 10000 Mark können wegen aller Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz verhängt werden. Um das Entstehen neuer Werke einzuschränken, hat man eine Karenzzeit für neu lieferungsfähig werdende Werke eingeführt, die eine staffelförmige Beteiligung derartig vorsieht, daß solche Werke erst nach fünf Jahren die ihnen zustehende volle Quote erhalten. Kaliwerke, die sich im Eigentum und Betrieb des Reiches oder eines Bundesstaats befinden oder an denen dieselben mindestens zu einem Drittel beteiligt sind, unterliegen diesen Beschränkungen nicht. Bei gleichen Voraussetzungen darf bezüglich der Gewährung von Rabatten eine unterschiedliche Behandlung nicht stattfinden, und alle Abnehmer dürfen sich zwecks Erlangung günstiger Rabattsätze zu Vereinigungen zusammenschließen. Diese eigentlich nur Selbstverständliches enthaltenden Bestimmungen waren nötig, da die landwirtschaftlichen Verbände bisher ihren Einfluß mit Erfolg dahin geltend gemacht hatten, daß durch das Syndikat

den Händlern eine Vereinigung untersagt und sie bezüglich der Rabatte wesentlich schlechter gestellt waren als die landwirtschaftlichen Organisationen.

Die gewünschte Wirkung, die bestehenden Kaliwerke in ihrer Rentabilität dauernd zu sichern, wird dieses Gesetz nicht haben. Der Zuwachs an neuen Werken übersteigt weit die Absatzsteigerung. Die Karenzbestimmungen mögen wohl die Errichtung neuer Werke erschweren, unmöglich machen sie dieselbe nicht. Ja — in dem Gesetz liegt geradezu ein Anreiz zur Gründung neuer Werke, weil jedem neuen Werke nach der Karenzzeit seine volle Quote garantiert ist. Die Gültigkeitsdauer des Gesetzes ist bis 1925 festgesetzt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß schon lange vorher gründliche Änderungen vorgenommen werden müssen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat der Kontingentierung des Absatzes und, in logischer Konsequenz dessen, der Abgabe für das Überkontingent zugestimmt, weil ein gesetzlicher Eingriff auch im Interesse der Kaliarbeiter nötig und für einen besseren Weg der Gesetzgebung eine Mehrheit nicht zu haben war. Die Preisfestsetzung mußte im Interesse der Konsumenten erfolgen, da sonst das Gesetz unfehlbar ein neues Syndikat zur Folge gehabt haben würde, das die Konsumenten hätte bluten lassen.

Außer der Rücksicht auf die Konsumenten, Händler und sonstigen Interessenten kamen aber für die sozialdemokratische Fraktion eine Reihe sozialpolitischer Gesichtspunkte in Frage.

II.

Daß als wirkliches Heilmittel im Kalibergbau nur die Verstaatlichung der gesamten Betriebe in Frage kommen könne, brachte der sozialdemokratische Fraktionsredner sofort bei der ersten Lesung des Gesetzes zum Ausdruck. In der Kommission stellten die sozialdemokratischen Mitglieder einen Verstaatlichungsantrag und konnten bei dessen Begründung darauf verweisen, daß im Jahre 1894 das preußische Ministerium dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegte, welcher dasselbe Ziel für Preußen im Auge gehabt hatte. Die Regierung aber sowohl als die bürgerlichen Parteien erklärten, damals sei das noch möglich gewesen, jetzt sei das unmöglich wegen der ganz horrenden Kosten der Verstaatlichung und wegen des Risikos, obwohl die Monopolstellung Deutschlands auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit ein Risiko ausschließt. Hinter diesen Ausreden versteckte sich das privatkapitalistische Profitinteresse. Die Konservativen, die früher für die Verstaatlichung eingetreten waren, haben sich eines anderen besonnen, seit der Bund der Landwirte die Gruben Alleringersleben und Ummendorf-Eilsleben erworben hat. Nach Ablehnung des Verstaatlichungsantrags beantragten unsere Genossen Schaffung eines Reichshandelsmonopols. Es wurde abgelehnt mit der Begründung, es finde sich im Reichstag keine Mehrheit dafür. Das Resultat des Kuhhandels, der Antrag v. Damm-Kölle, berührte mit keinem Worte den Schutz der Arbeiter in den Kaliwerken, die bei der voraussetzlichen Produktionseinschränkung schweren Nachteil erleiden mußten. Hiergegen beantragten unsere Genossen eine Reihe von Bestimmungen.

Der Bundesrat sollte verpflichtet werden, den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitern und den Kaliwerkbesitzern auf der Grundlage eines Minimallohns und eines Maximalarbeitstags für die einzelnen Arbeitergruppen zu fördern. Streitigkeiten über die Einführung, den Inhalt und die Auslegung der Tarifverträge sollte die im Gesetz vorgesehene Berufungskommission entscheiden. Anträge an diese sollten innerhalb einer Ausschlußfrist von einem

Monat von den Beteiligten oder deren Beauftragten gestellt werden. In einem Zusatzantrag forderten unsere Genossen, daß, solange die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen nicht erfolgt, der 1909 gezahlte Lohn mit einem Aufschlag von 10 Prozent bei unverlängerter Arbeitszeit gezahlt werden müsse. Zur Begründung der letzten Forderung wurde darauf hingewiesen, daß das Kalirumpfsyndikat in einem Schreiben an die Kommissionsmitglieder deutlich hatte durchblicken lassen, bei der Höhe der beabsichtigten Preisfestsetzung würden die bisherigen Löhne für Arbeiter und Beamten nicht mehr gezahlt werden können, also die Preisherabsetzung auf die Arbeiter abgewälzt werden. Der sozialdemokratische Tarifvertragsantrag wurde abgelehnt. Das Zentrum stimmte getrennt, zum Teil für den Antrag, zum Teil dagegen. Hätte das Zentrum geschlossen für den Antrag gestimmt, so wären — wie vor der Abstimmung in der Kommission konstatiert wurde — von den 28 Kommissionsmitgliedern 16 Stimmen dafür abgegeben worden. Das Zentrum trägt daher die Verantwortung für diese Ablehnung.

Die Regierung hatte im Verlauf der Diskussion eingesehen, daß etwas zugunsten der Arbeiter geschehen müsse, wenn das Gesetz zustande kommen solle. Deshalb brachte der Konservative v. Brockhausen einen von der Regierung ausgearbeiteten Antrag ein, der nach Verbesserung durch mehrere sozialdemokratische Zusatzanträge in dem Gesetz Aufnahme fand. Danach tritt eine Kürzung der Beteiligungsziffer an der Produktion im selben Verhältnis — mindestens aber von 10 Prozent — ein, in dem eine Lohnminderung oder Arbeitszeitverlängerung im Verhältnis zum Jahresdurchschnitt von 1907 bis 1909 vorgenommen wird. Bei neuen Kaliwerken wird der Jahresdurchschnitt gleichartiger Werke zur Beurteilung zugrunde gelegt. Die gekürzte Menge wird an die anderen Werke verteilt; ausgeschlossen bleiben die Werke, denen aus obigem Grunde die Beteiligungsziffer gekürzt wurde. Auf Grund eines Zentrumsantrags wurde hier dem abgelehnten Tarifvertragsantrag ein Grabstein gesetzt. Es wurde beschlossen, daß obige Bestimmungen auf diejenigen Kaliwerke keine Anwendung finden, bei denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch besondere Verträge, welche die Zustimmung der Mehrheit der beteiligten Arbeiter und der Werkbesitzer gefunden haben, geregelt sind. In der zweiten Lesung im Plenum wurde bestimmt, daß die Zustimmung in geheimer Abstimmung erfolgen muß. Auf Antrag unserer Genossen wurde noch hinzugefügt, daß die Verträge keine Bestimmungen enthalten dürfen, die das Vereinigungsrecht der Arbeiter behindern oder verbieten. Da über die Kürzung der Beteiligungsziffer die Verteilungsstelle zu befinden hat, so beantragten unsere Genossen, daß bei solchen Entscheidungen an Stelle zweier der vier von den Kaliwerkbesitzern gewählten Beisitzer der Verteilungsstelle zwei Beisitzer mitwirken, die von den Arbeitervertretern der Knappschaftsberufsgenossenschaft aus den beim Kalibergbau beschäftigten Arbeitern gewählt werden. Dieser Antrag wurde angenommen. In allen Fragen, bei denen direkte Arbeiterinteressen in Frage kommen, wirken nun drei vom Bundesrat ernannte, zwei von den Kaliwerkbesitzern gewählte Vertreter und zwei Kaliarbeiter mit.

Die Quotenübertragung erfuhr ebenfalls infolge der Anregung unserer Genossen eine halbwegs befriedigende Lösung. Sie beantragten, daß bei der Übertragung von 25 Prozent der Beteiligungsziffer die Genehmigung der Landeszentralbehörde nachzusuchen ist — die versagt werden muß, wenn die beteiligten Gemeinden widersprechen. Ferner sollten die beschäftigungslos wer-

denden Arbeiter und Beamten mit übernommen und ihnen die Übersiedelungskosten erstattet werden. Nach langen Verhandlungen kam ein Kompromiß zustande, nach dem die infolge einer Quotenübertragung beschäftigungslos werdenden Beamten und Arbeiter, wenn sie eine ihren Fähigkeiten entsprechende andere Arbeit nicht finden, auf die Dauer von 26 Wochen den entstehenden Einnahmeausfall von dem Werkbesitzer ersetzt erhalten. Bei Streitigkeiten aus diesen Bestimmungen sind die Gewerbegerichte zuständig, wo solche vorhanden. Übersteigt die Übertragung die Hälfte der Quote, so bedarf sie der Genehmigung der Landeszentralbehörde, welche vorher die beteiligten Gemeinden zu hören hat. Die Erteilung ist von einer ausreichenden Sicherstellung für die Entschädigungsansprüche der Arbeiter und Beamten abhängig zu machen.

Im Verfolg ihres Verstaatlichungsantrags bestrebten sich die Sozialdemokraten, eine Bevorzugung der staatlichen Werke herbeizuführen. Sie beantragten, daß der jährliche Zuwachs des Gesamtabsatzes so lange allein den fiskalischen und den mindestens zu 51 Prozent im Besitz eines Bundesstaats befindlichen Werken zugeteilt werde, bis diese Werke ihre volle Leistungsfähigkeit ausnützen können. Der preußische Handelsminister erklärte, er sei wohl zufrieden, wenn der Reichstag so beschließe, aber im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes halte er die Annahme des Antrags doch für bedenklich. Die Kommission lehnte auch die sozialdemokratischen Anträge ab; nur ein ganz schwacher Rest des Verstaatlichungsgedankens blieb in dem Gesetz, indem bestimmt wird, daß die Karenzzeit auf staatliche Werke keine Anwendung findet.

Die Sozialpolitiker des Zentrums in der Kommission bestrebten sich, ihre sozialdemokratischen Kollegen in den Schatten zu stellen und beantragten, eine Beteiligung der Arbeiter am Gewinn gesetzlich festzulegen. In dem ersten Antrag wollten sie von dem Reingewinn auf das eingezahlte Kapital 5 Prozent Dividende berechnen und dann von dem verbleibenden Rest ein Drittel an die während des Jahres beschäftigten Arbeiter im Verhältnis ihrer Jahreslohnsumme ausgezahlt haben. Sehr bald aber berichtigten sie ihren Vorschlag dahin, daß erst 6 Prozent Dividende in Abzug gebracht werden, nachdem die regelmäßigen Abschreibungen erfolgt sind, dann soll von dem verbleibenden Rest ein Drittel an die Arbeiter verteilt werden. 5 Prozent Dividende und zwei Drittel des verbleibenden Reingewinns wäre auch gar zu wenig gewesen für die armen Kaliwerkbesitzer! Unsere Genossen beantragten sofort, daß durch die Gewinnbeteiligung den Arbeitern keinerlei Einschränkungen ihres Koalitionsrechtes, der Freiheit ihrer gewerkschaftlichen oder politischen Betätigung oder ihres Wohnrechtes auferlegt werden dürften.

Die große Zentrumsaktion nahm ein klägliches Ende. Die Sozialdemokraten erklärten, trotz sehr gewichtiger Bedenken für den Antrag zu stimmen. Alle anderen Parteien, mit Ausnahme der Freisinnigen Volkspartei, und die Regierung aber erklärten sich dagegen, zum Schlusse selbst der Zentrumsagrarier Herold. Bei der Abstimmung stimmten die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und die Herren Schiffer, Erzberger und Müller-Fulda für den Zentrumsantrag, während die Zentrumsleute Herold, Schüler und Pauly-Kochem dagegen stimmten und der bayerische Bauern-Doktor Heim und der Zentrumsgraf Oppersdorf fehlten.

In dritter Lesung stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für das ganze Gesetz. Sie tat es nicht, weil sie in dem Gesetz etwas Vollkommenes erblickte, sondern obwohl sie in sehr vielen Dingen mit den durch das Gesetz

geschaffenen Zuständen durchaus nicht einverstanden ist. Wenn sie trotzdem dafür eintrat, so einmal weil im Interesse der Arbeiter und Gemeinden, der Händler und Konsumenten eine Beseitigung der nur von den Agrariern beeinflußten, sonst unbeschränkten schikanösen Herrschaft des Syndikats geboten war; dann aber, weil in dem Gesetz bezüglich des Schutzes der Arbeiter ganz neue Wege gewandelt werden, die bei späteren Gesetzen außerordentlich ausgebaut werden können, nachdem das Prinzip einmal Eingang in die Gesetzgebung gefunden hat, und endlich, weil hier zum erstenmal in der Praxis mit dem Grundsatz gebrochen wird, daß die Berggesetzgebung alleinige Sache der einzelnen Bundesstaaten, keinesfalls Sache des Reiches sei. Seit vielen Jahren verlangen die Sozialdemokraten ein Reichsberggesetz. Diese Forderung wurde immer zurückgewiesen mit der Begründung, das gehe das Reich nichts an. Jetzt haben wir ein Reichsberggesetz. Wenn es auch nur für einen kleinen Teil des Bergbaues gilt, so erscheinen aber auf Grund dieses Gesetzes bestimmte Einnahmen und Ausgaben im Reichshaltetat, die eine alljährliche Kritik der ganzen Verhältnisse im Kalibergbau ermöglichen und zu deren Würdigung eine vergleichsweise Heranziehung der Verhältnisse im Kohlen- und Erzbergbau nicht verhindert werden kann.

Wohl haben Regierung und bürgerliche Parteien feierlichst erklärt, daß aus ihrer Stellungnahme in diesem Falle keine Schlüsse gezogen werden könnten für ihr zukünftiges Verhalten. Aber das Kaligesetz ist und bleibt der erste Schritt zu einem Reichsberggesetz, und darin liegt seine Bedeutung.

Technisch-wirtschaftliche Rundschau.

Das Vordringen der Maschinenwirtschaft in der Feinmechanik und Uhrmacherei. — Die Owensmaschine und die Glasarbeiter. — Maschinenwirtschaft in der Eisenhütte gegen Arbeitermangel.

Die moderne Maschinenwirtschaft ersetzt im Produktionsprozeß nicht nur die Muskelkraft des Arbeiters, sondern macht auch in solchen Industriegebieten Fortschritte, in denen bisher eine hochqualifizierte Handgeschicklichkeit notwendig war. Das ist zum Beispiel in der Feinmechanik und in der Uhrmacherei der Fall.

Die wichtigen Erfindungen am Ausgang des letzten Jahrhunderts, die neuen Aufgaben der exakten naturwissenschaftlichen Forscherarbeit haben auch neuartige Apparate und Instrumente entstehen lassen. Zur Herstellung dieser Gegenstände wurde eine besondere Berufsgruppe gelernter Handarbeiter notwendig. Die Feinmechaniker hatten eine sehr sorgfältige Lehre durchzumachen, da die vorhandene Arbeitsweise ein hohes Maß von Handgeschicklichkeit erforderte. Die Meßinstrumente, Mikroskope, Fernrohre, Laboratoriumsapparate waren noch nicht Fabrikware, sondern Einzelfabrikation. Die mechanischen Hilfsmittel, Drehbänke und Werkzeuge, konnten nur verhältnismäßig unvollkommen die Handarbeit unterstützen und ersetzen. Deshalb haben lange Zeit die Feinmechaniker sich eine gewisse Sonderstellung schaffen können, wegen ihres Künstlerstolzes wurden sie auch von den übrigen Kollegen der Metallarbeiterschaft als die „weißen Westen“ spöttisch bezeichnet.

Aber auch hier ist die großbetriebliche Entwicklung eingedrungen und hat nachhaltige Veränderungen hervorgerufen. Selbst dort, wo der Klein- und Mittelbetrieb sich noch verhältnismäßig lebenszäh behaupten konnte, weil der Verbrauch bestimmter Spezialinstrumente keine Massenproduktion zuließ, haben doch die allgemeinen Fortschritte im Werkzeugmaschinenbau den Herstellungsprozeß in der Metallverarbeitung mechanisiert. Das erforderliche Maß von Handgeschicklichkeit ist herabgedrückt worden.

Wo die Voraussetzung für Massenfabrikation aber gegeben war, sind auch Großbetriebe entstanden. So für die Herstellung photographischer Apparate und die Apparateerzeugung für die elektrotechnische Praxis.

Vor ungefähr zwanzig Jahren war ein erstklassiger photographischer Apparat mit gutem Momentverschluß und Zubehör für eine mechanische Werkstätte noch ein sauberes Stück Arbeit, heute sind die einzelnen Armaturen zu diesen Artikeln dank der großbetrieblichen Herstellungsweise beinahe zur Pfennigware herabgesunken. Damals hatte auch Siemens in seine Säle hochqualifizierte Arbeitskräfte hineingezogen, und in seinen Briefen und Lebenserinnerungen beklagt er sich häufig über den Mangel an wirklich tüchtigen Mechanikergehilfen. Denn die Räder und Triebteile für die ersten Bogenlampenkonstruktionen, die ersten Meßinstrumente, Telegraphenapparate usw. waren feinmechanische Produkte. Wie ganz anders sieht der Herstellungsprozeß heute aus! Die Einzelteile werden auf der automatisch arbeitenden Maschine, durch Frauenhände bedient, gestanzt, gelocht, geschnitten, die Montagearbeiten werden ebenfalls von Frauen ausgeführt, und selbst aus der letzten Domäne der „weißen Westen", dem Eichraum, sind die Mechaniker verdrängt worden. Das Unglaubliche in dieser Beziehung ist jetzt erreicht. Fast in allen größeren elektrotechnischen Werken werden die fertigen Meßinstrumente, Bogenlampenuhrwerke usw. unter Leitung eines Kolonnenführers nach sehr scharfsinnig ausgeklügelten Meßmethoden durch weibliche Arbeiterinnen justiert und ausprobiert. Dieses gewiß sehr interessante Wirtschaftsgebiet harrt noch der kundigen wissenschaftlichen Bearbeitung; den Versuch dazu hat Dr. Cl. Heiß in einer neueren Arbeit über „Die Entlohnungsmethoden in der Berliner Feinmechanik"[1] gemacht. Ich habe mich schon an anderer Stelle mit dem Verfasser darüber auseinandergesetzt, weshalb ich seine Arbeit für mißlungen halte, hier kommt es nur darauf an, die Tatsache zu registrieren, daß die moderne Maschinenwirtschaft mit allen ihren Folgeerscheinungen selbst in solchen Wirtschaftszweigen wie die Feinmechanik an Terrain gewinnt, obwohl der Arbeitsprozeß eine ganz besondere Sauberkeit und Präzision voraussetzt.

Ein paralleles Gebiet der Feinmechanik ist die Uhrmacherei. Auch hierüber ist neuerdings eine größere literarische Arbeit erschienen. Im 11. Band der „Technisch-volkswirtschaftlichen Monographien"[2] beschäftigt sich Dr. P. Dienstag mit der technischen Entwicklung und volkswirtschaftlichen Bedeutung der deutschen Uhrenindustrie.

An der Hand einer sehr fleißig durchgearbeiteten Materialsammlung schildert er, wie der technische Fortschritt auch hier die Kleinbetriebe zerschlagen hat, wie die Mittelbetriebe zurückgedrängt wurden und die modernen Großbetriebe auch hier sieghaft sich durchsetzen. Allerdings hatte der Großbetrieb in der Uhrmacherei ganz andersgeartete Widerstände zu überwinden wie der Großbetrieb in der Feinmechanik. Handelt es sich bei der letzteren um einen modernen Wirtschaftszweig, herausgeboren aus den Bedürfnissen der neueren technisch-industriellen Entwicklung, so schlägt die Uhrmacherei ihre Wurzeln zurück bis in die Zunftverfassung des Mittelalters. Meßinstrumente, Mikroskope usw. in größeren Mengen benötigte man erst im Ausgang des letzten Jahrhunderts; der Vater der Uhrmacherkunst, Peter Heinlein, hat bereits im Jahre 1505 seine erste Federzuguhr gebaut. Von da ab beginnt schon ein regelrechtes Uhrmacherhandwerk, dem dann im Laufe des letzten Jahrhunderts eine immer weiter ausgedehnte Hausindustrie sich beigesellte. So hatte denn auch im Gegensatz zur feinmechanischen Fabrik der Großbetrieb in der Uhrmacherei im zähen Ringen alle tiefeingewurzelten Produktionsformen des Handwerkes und der Hausindustrie zu überwinden.

Noch ein anderer Faktor verdient bei der Arbeit von Dienstag unser Interesse. Der Amerikaner hat mit seiner hochentwickelten Technik fördernd auf die maschinelle Uhrenerzeugung in Deutschland eingewirkt. Aus Amerika bezog man die ersten Werkzeugmaschinen, von dem amerikanischen Maschinenkonstrukteur hatte man sich die ersten

---

[1] Berlin, Verlag L. Simion. [2] Leipzig, Verlag Klinkhardt.

entscheidenden Anregungen geholt, um auch hier den Produktionsprozeß zu mechanisieren. Da es sich in meiner Rundschau nur um die Erörterung technisch-organisatorischer Fragen handelt, gehe ich auf die sozialpolitischen Ansichten des Verfassers hier nicht ein, zu denen allerdings von unserem Standpunkt aus manches zu sagen wäre.

* * *

Auch in der Glasindustrie macht sich das Vordringen der Maschinenwirtschaft bemerkbar. Naturgemäß kommen hier jene Arbeitsgebiete zunächst in Frage, in denen eine Massenproduktion einsetzen kann, zum Beispiel in der Flaschenerzeugung. Die Versuche, den Produktionsprozeß zu mechanisieren, hat der Ingenieur Owens durch seine Maschine jetzt bis zu einem gewissen Abschluß gebracht. Die Aufgabe war auch hier gestellt, die Maschine in ihren Konstruktionselementen dem bisherigen Arbeitsprozeß anzupassen. Die ältere Flaschenerzeugung setzte sich aus folgenden Arbeitspositionen zusammen: Je ein Junge (der sogenannte Anfänger), ein Gehilfe (der Külbelmacher), ein Meister (der Glasmacher) bilden eine Arbeitskolonne. Der Junge nimmt am Kopfe eines langen Blasrohrs, der sogenannten Pfeife, etwas Glas aus dem Schmelzgefäß auf. Dabei dreht er das eiserne Rohr behende zwischen den Fingern, bis schließlich nach öfterem Abkühlen und Eintauchen ein zwiebelförmiger weicher Klumpen an der Pfeife kleben bleibt. Das angefangene Glas bearbeitet der Gehilfe zu einem Külbel (Kölbchen) vor, um die weiche Masse — unter Einblasen von etwas Luft — so zu verarbeiten, daß Hohlraum und Wandstärke bei der späterhin zu formenden Flasche die rechten Maße bekommen. Er wälzt nämlich die Zwiebel zunächst zum Kegelstumpf, bläst etwas Luft nach, wärmt ein, wälzt und bläst wieder, bis schließlich durch Anwärmen und darauffolgendes Drehen und Blasen an der senkrecht gehaltenen Pfeife das fertige Külbel hängt. Der Meister vollendet die Arbeit des Gehilfen. Er treibt das Külbel hängend und schwankend zum luftgefüllten „Darm“ auf, den er dann rasch in die eiserne Form taucht und (unter stetem Drehen um die Achse der Pfeife) zur fertigen Flasche aufbläst.

Zunächst ging man dazu über, die Lungenkraft des Arbeiters durch andere Hilfsmittel zu ersetzen. Es wurden Flaschenblasemaschinen konstruiert, von denen die Blasarbeit durch ein Preßluftgebläse geleistet werden konnte. Die bewegende Kraft wurde entweder durch Dampfmaschinen oder auf elektrischem Wege hervorgebracht. Immerhin hatte bei dieser Maschinenanwendung der Arbeiter selbst das Glas aus dem Ofen zu schöpfen und in die Form einzugießen, den Luftzutritt zu regulieren und die fertige Flasche wieder herauszunehmen. Dieses System machte daher auch den gelernten Arbeiter noch nicht überflüssig, da lange Übung und Vertrautheit mit der Behandlung geschmolzenen Glases nötig war, um gerade die richtige Menge Glas in die Form einzufüllen. Die später konstruierten Maschinen gingen wieder einen Schritt weiter und übernahmen auch die Regulierung des Luftzutrittes, so daß dem Arbeiter nur das Aufnehmen des Glases verblieb. Die Stärke des Luftdruckes wurde dabei durch ein Manometer und die Zeitdauer durch ein Uhrwerk erkenntlich gemacht. Das System Owens hat auch die Arbeit des Glasaufnehmens der Maschine übertragen, so daß nun ein vollkommen automatischer Betrieb eingerichtet ist. So ist denn ein „sechsarmiges Ungeheuer“ daraus geworden, „das die flüssige Glasmasse automatisch aufsaugt, durch ein Messer abschneidet, in die ausgewechselte Flaschenform ausbläst, abtrennt, in der Muffel verschmilzt, in den Kühlofen transportiert, und daraus echt amerikanisch in Kisten verpackt.“ ... „Der Reihe nach tauchen die sechs eisernen Rüssel in die glutflüssige Masse, lutschen sich voll, pusten den feurigen Teig in Formen aus und kühlen sich, während alles im Kreise herumläuft, wieder ab.“ „Tag und Nacht arbeitet der unermüdliche Automat, der jeder Menschenkraft spottet, und von drei Jungen bedient wird. Innerhalb eines Tages speit sie 15000 Flaschen aus.“[1]

[1] Zschimmer, Die Glasindustrie in Jena. Jena, Verlag Diederichs. Siehe auch: Großmann, Die technische Entwicklung der Glasindustrie in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung. Sinzheimers Monographien, Band III. Leipzig, Verlag W. Klinkhardt.

Über die Brauchbarkeit der Owensmaschine gehen die Meinungen sehr auseinander. Zschimmer und Großmann urteilen verhältnismäßig sehr optimistisch über die neue Arbeitsmethode. Auch in der besonders dabei interessierten Fachpresse wird die Anwendung der Owensmaschine als rationell bezeichnet. Demgegenüber betont die Gewerkschaft der Glasarbeiter, daß die Maschine durchaus noch nicht so betriebssicher und billig arbeitet, um die älteren Arbeitsmethoden überflüssig zu machen. Im Gegenteil haben sich praktisch mancherlei Hindernisse und Schwierigkeiten gezeigt. So wird betont, daß die automatische Zubereitung der flüssigen Glasmasse in der Wanne unzuverlässig und der Anschaffungspreis der Maschine noch zu hoch sei, um sich gut verzinsen zu können, daß häufig Reparaturen vorgenommen werden müßten usw. Die Arbeiter machen ferner geltend, daß die Arbeitgeber absichtlich gefärbte Berichte über die Brauchbarkeit der neuen Maschine lanzieren, um auf die Arbeiter bei Lohnforderungen einen Druck ausüben zu können.

Sicher werden die Einwendungen der Gewerkschaften nicht unbegründet sein. Die industrielle Praxis hat fast bei jeder wichtigen maschinentechnischen Umwälzung gezeigt, daß nicht gleich die Maschine vollendet und gebrauchsfertig auf den Plan getreten ist, sondern daß die ersten Unternehmer Lehrgeld zahlen mußten. Eine Maschine mag konstruktiv richtig durchgeführt sein, in ihren Einzelheiten wird sie zunächst immer Mängel aufweisen, die erst durch den praktischen Gebrauch erkannt und beseitigt werden können. Haben wir also alle Veranlassung, die Berichte aus der Unternehmerfachpresse sehr kritisch aufzunehmen, so zeigt doch die gegenwärtige Situation, daß auch in der deutschen Glasindustrie die Möglichkeiten großbetrieblicher Arbeit unter steigender Anwendung der Maschinen vorhanden sind. Daran läßt auch der „Fachgenosse“, das Gewerkschaftsblatt der Glasarbeiter, keinen Zweifel, daß entscheidende Kämpfe zwischen Arbeiter und Maschine hier bevorstehen.

* * *

Um in bergbaulichen Betrieben in Zeiten der Überproduktion, bei zeitweilig auftretendem Wagenmangel, bei Betriebsstörungen in den Aufbereitanlagen und dergleichen nicht die normale Förderung einschränken zu müssen, ist man in neuerer Zeit dazu übergegangen, Vorrichtungen zu bauen, welche derartige Zwischenfälle unabhängig machen sollen.

Die auf jeder Grube vorhandenen Haldenplätze werden mit geeigneten Stürzvorrichtungen zur Lagerung der Kohle in Haufen bebaut. Durch maschinelle Hilfsmittel werden im Bedarfsfalle die abgelagerten Kohlenhaufen wieder gehoben und auf mechanischem Wege der Aufbereitungsanlage oder der Verladestelle unmittelbar zugeführt.

Eine solche Verladeanlage ist kürzlich für die dem Grafen Henckel von Donnersmarck gehörige Radzionkaugrube in Oberschlesien gebaut worden. Darüber berichtet sehr ausführlich Professor Buhle-Dresden in einer der letzten Nummern der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure.[1] Auf die technisch-konstruktiven Einzelheiten kann hier natürlich nicht eingegangen werden, nur nachfolgende Zahlen mögen den Fachmann über die Größenverhältnisse informieren: Nutzgröße des Haldenplatzes 33000 Quadratmeter, Fassungsvermögen der Halde 180000 Kubikmeter, Anlagekosten rund 280000 Mark; erforderliche Mannschaften beim Stürzen 4, beim Rückverladen 8; Höchstleistung beim Stürzen 300 Tonnen pro Stunde, beim Rückverladen 100 Tonnen pro Stunde; Betriebskosten (bei großen Leistungen) zeitweise bis herab auf 0,048 Mark pro Tonne (also $4^4/_5$ Pfennig pro Tonne Kosten).

Die „Vorzüge“ dieser Verladeanlage kennzeichnet Professor Buhle mit folgenden Worten: „Derartige Verladeanlagen machen die Förderung vollkommen unabhängig vom Versand. Während man früher bei Absatzmangel und insbesondere bei dem zuweilen sehr plötzlich auftretenden Wagenmangel gezwungen war, eine große Anzahl von Bedienungsmannschaften, die (weil sie in den meisten Fällen nur ganz vorübergehend beschäftigt werden konnten) schwer zu beschaffen waren, anstellen

[1] Nr. 19, Jahrg. 1910, S. 748 ff.

mußte, kann man heute mit nur wenigen Leuten die ganze Förderung jederzeit auf die Halde stürzen. Noch günstiger liegen die Verhältnisse bei plötzlich eintretender starker Nachfrage. Mit Hilfe derartiger Anlagen ist man ohne weiteres imstande, mit nur einigen wenigen Arbeitern in ganz kurzer Zeit viele hundert Tonnen auf den Markt zu werfen, also die augenblickliche Wirtschaftslage in hervorragender Weise auszunutzen. Das scheiterte früher oft daran, daß man niemals die zum Verladen erforderlichen Leute (150 und mehr) im entscheidenden Augenblick zur Verfügung hatte."

Ferner wird der soziale Gesichtspunkt betont, der bei dem Bau derartiger Anlagen mitspricht, indem die Förderung bei Versandeinschränkung nicht mehr herabgesetzt zu werden braucht, und dadurch die Arbeiter unter Tage vor wirtschaftlichen Verlusten geschützt werden können.

Wie wenig in Wirklichkeit diese „sozialen Gesichtspunkte" eine Rolle spielen, zeigen die weiteren Ausführungen unseres Professors, mit denen er die Einführung der Verladeanlage empfiehlt: „Man ist in der Lage, bei Streikgefahr bedeutende Kohlenmengen auf die Halde zu stürzen, die nach Streikausbruch durch nur wenige Leute (nötigenfalls sogar durch Beamte der Grube) verladen werden können. Daß durch diese Möglichkeiten ein abschwächender Einfluß auf eine auftauchende Streikbewegung ausgeübt werden könnte, ist nicht unwahrscheinlich."

Ganz richtig werden in diesen letzten Sätzen die Gesichtspunkte erörtert, die für den Unternehmer jeden maschinentechnischen Fortschritt wünschenswert machen: Der Betrieb mird mechanisiert, wird möglichst unabhängig von dem Einfluß der Arbeiterschaft gehalten. Entstehen doch Differenzen, so müssen die geistigen Lohnsklaven, die Angestellten, Streikbrecherdienste leisten. Richard Woldt.

Literarische Rundschau.

Hedwig Lemberger, **Der Zehnstundentag in den fabrikmäßigen Betrieben der Textil- und Bekleidungsindustrie Österreichs.** Wien 1909. 71 Seiten.

In Österreich besteht der elfstündige Maximalarbeitstag. Die Verfasserin untersucht in der vorliegenden Schrift, die sie zum Teil der vierten Delegiertenversammlung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Luzern 1908) unterbreitete, ob die Reduktion des Arbeitstags auf zehn Stunden „ohne Schädigung der Industrie" möglich ist. Eigentlich ist die Antwort schon in den Angaben über die bestehende Arbeitszeit gegeben. Nach den Berichten der Fabrikinspektoren hatten nämlich im Jahre 1906 bereits 66,7 Prozent aller in der österreichischen Textilindustrie beschäftigten Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit als die gesetzlich zulässige. Das haben sich die Arbeiter durch ihre Organisation erkämpft. Daraus folgt der bündige Schluß: wenn ein großer Teil der Betriebe bei dieser Reduktion konkurrenzfähig ist, so liegt kein Grund vor, warum die übrigen nicht eine solche Reduktion ertragen könnten. Sie können nur deshalb ihre Arbeiter noch volle elf Stunden schinden, weil nicht überall die Arbeiter sich organisieren und den Kampf aufnehmen konnten. Hervorzuheben ist, daß wie überall auch in Österreich die Bestimmungen über den gesetzlichen Maximalarbeitstag in hohem Grade illusorisch gemacht werden durch Bewilligung von „Arbeitszeitverlängerungen". Im Jahre 1906 wurden zum Beispiel 29302 Arbeiter gezwungen, länger als elf Stunden zu arbeiten und die geleisteten Überstunden betrugen 1831306.

Die Verfasserin hat nun eine Umfrage bei den Unternehmern veranstaltet, bei der sich ergab, daß nachteilige Folgen von einer gesetzlichen Reduktion auf zehn Stunden nicht befürchtet werden. Das ist nicht weiter zu verwundern: in der Regel geben nur besser geleitetete Unternehmungen auf derartige Fragen Antwort, und in diesen Betrieben haben dann eben die Arbeiter sich bereits erlaubt, die Korrektur der gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen. Die betreffenden Unternehmer haben

denn auch gar keinen Grund, an dem Gesetze festzuhalten, das ihren Konkurrenten in rückständigen Gegenden erlaubt, noch volle elf Stunden arbeiten zu lassen.

Was die Herren im übrigen der Verfasserin mitgeteilt haben, sind „olle Kamellen“. So zum Beispiel erzählt sie ein langes und breites darüber, daß mit Verringerung der Arbeitszeit die Intensität der Arbeit wohl steigt bei rein manueller Arbeit, aber nicht oder nur sehr wenig in Fällen, wo es sich „nur um die Bedienung der Maschine“ handelt. Seit den Untersuchungen von Raë und Abbe sind das längst widerlegte Dinge. Es gibt keine Maschine, die in der Hand eines leistungsfähigen Arbeiters nicht in der gleichen Zeit mehr liefert, als in der Hand eines übermüdeten und niedergedrückten Arbeiters. Die unabhängig vom Arbeiter „selbsttätig“ arbeitende Maschine existiert nur in der Phantasie von Leuten, die die Fabrikarbeit bloß vom Hörensagen kennen.

Für die Arbeiterschaft gilt es den Achtstundentag, und kein Sachverständiger zweifelt, daß er heute schon durchgeführt werden kann, ohne Verringerung der Produktionsmengen. Allerdings würden dabei eine Anzahl minder leistungsfähiger Betriebe zugrunde gehen, was indessen vom Standpunkt des sozialen Fortschrittes kein Schaden wäre. Für die sozialen Quacksalber aller Art ist die Durchführbarkeit des Zehnstundentags noch „eine Frage“. Das Buch von Hedwig Lemberger ist nur ein weiterer Beleg für die Hilflosigkeit, mit der sie der Sache gegenüberstehen. J. Karski.

F. Zietsch, **Kommunale Arbeitslosenfürsorge.** Heft 10 der Sozialdemokratischen Gemeindepolitik. Kommunalpolitische Abhandlungen, herausgegeben unter Leitung von Paul Hirsch. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 80 Seiten. 50 Pfennig.

Eine sehr willkommene Übersicht über die seit der letzten Krise immer mehr in den Vordergrund tretenden sozialpolitischen Aufgaben, deren Bedeutung wie Lösung noch so lebhaft umstritten wird. Genosse Zietsch überschätzt sie nicht; er weiß, daß die industrielle Reservearmee untrennbar mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft ist. Aber er zeigt auch, daß und wie weit der Verelendung der Massen Einhalt geboten werden kann und untersucht, wem diese Aufgabe zufällt. Bei der Erörterung der bisher eingeführten Arbeitslosenversicherungen im In- und Auslande sind auch die auf dem letzten belgischen Gewerkschaftskongreß erhobenen Angriffe gegen das Genter System und die Befürwortung des Lütticher Systems berücksichtigt, die voraussichtlich auf dem Kopenhagener internationalen Kongreß bei Erörterung der Arbeitslosenversicherung eine große Rolle spielen werden; das Lütticher System selbst wird von Zietsch erläutert und ein Bild der in Deutschland gemachten Versuche mit dem Genter System und der Forderungen unserer Partei entworfen. ew.

Alexander v. Peez, **England und der Kontinent.** Wien 1910, Verlag Karl Fromme. Preis 1,25 Mark.

Die kleine, knapp, fast aphoristisch geschriebene Arbeit des bekannten österreichischen Politikers, die in der bürgerlichen Presse aller Richtungen über den grünen Klee gelobt wird — Friedjung sieht in ihr eines der besten politischen Essays der deutschen Literatur —, ist ein so charakteristisches Beispiel bürgerlicher politischer Publizistik, daß es wert ist, bei ihrer starken Verbreitung — in einem Jahre drei Auflagen — ihr einige Worte zu widmen.

Wie einst Urquhart hinter allen Vorfällen der Welt die russische Hand suchte und Zusammenhänge aufdeckte, die jetzt beim Durchblättern seiner Arbeiten direkt wie eine Groteske wirken, so sucht jetzt der bürgerliche deutsche Schriftsteller hinter allem, was in der Welt vorgeht, England. Um aber den englischen Gottseibeiuns zu erklären, greift man zur Analyse des englischen Charakters, die mit Zitaten aus Kant geschmückt, alles erklären soll und eigentlich erst selbst erklärt werden muß. Wenn zum Beispiel Peez die Stetigkeit der englischen Politik zu erklären sucht

durch die Tatsache, daß die englische Politik seit jeher festgelegte Ziele hat und daß die Engländer ein gehorsames Volk sind, weil sie als Seefahrer die Bedeutung des Gehorsams dem Kapitän gegenüber gelernt haben, so kann man dazu nur lächeln. Die Stetigkeit der Ziele der englischen Politik läßt sich in viel einfacherer Weise erklären. England treibt Weltpolitik länger als alle anderen Staaten, hat also einen alten Komplex von Interessen, die es stets zu verteidigen gilt. Der Feudalismus wurde in England früher als anderswo niedergeworfen, die auswärtige Politik wurde in England früher als irgendwo den Interessen des Bürgertums dienstbar gemacht, sie ist jetzt konsequenter kapitalistisch als in anderen Ländern, und darum hat sie einen steteren Charakter als in anderen Ländern. Diese natürliche Erklärung macht alle tiefsinnigen Betrachtungen über den Charakter der Engländer und ihre teuflischen Pläne überflüssig. Das oben angeführte Beispiel war nur eine Stichprobe, die man dutzendfach vermehren könnte. Dieses Buch, für das solch große Reklame gemacht wird, ist ein Beispiel, wie vorsichtig man die politische bürgerliche Publizistik benutzen muß. Karl Radek.

Notizen.

Die amerikanischen Gewerkschaften. Als im vorigen Jahre auf seiner europäischen „Studienreise" der Präsident der American Federation of Labor, Samuel Gompers, in öffentlicher Rede in Hamburg erklärte, daß den europäischen organisierten Auswanderern die amerikanischen Gewerkschaften offen stehen, sammeln unsere amerikanischen Genossen Material, um zu zeigen, wie schwer es ist, Mitglied einer amerikanischen Union zu werden, welche Eintrittsgebühren bezahlt werden müssen, welche Bedingungen zu erfüllen sind, welche Prüfungen zu bestehen, ob und in welchem Maße europäische Gewerkschaftsbücher anerkannt werden, wie die Beiträge respektive die Aufnahmegebühren bezahlt werden müssen und welche Leistungen die amerikanischen Gewerkschaften den Mitgliedern bieten. Eine offizielle Statistik der Bundesregierung existiert darüber nicht. Und was von den Einzelstaaten gemacht wird, ist unzulänglich und unzuverlässig. Die amerikanischen Statistiker sind ja berüchtigt, daß sie politisch tendenziös oder für Interessengruppen färben und fälschen. Werden doch auch diese Ämter für politische Dienste vergeben! Fähigkeiten sind nichts weniger denn ausschlaggebend. Wenn daher Genosse Fehlinger in Nr. 5 der „Sozialistischen Monatshefte" die Angaben des Arbeitsamtes von New York und Massachusetts benutzt, so muß ich sagen, daß ersteres nachgerade berüchtigt ist und das zweite ersterem nicht nachsteht.

Es ist eine Eigenheit der englischen Gewerkschaften überhaupt, nicht nur der amerikanischen, daß sie ein zünftlerisches Unwesen treiben. Man wird sich noch der Kritik des holländischen Delegierten auf dem letzten internationalen Gewerkschaftskongreß gegenüber den englischen Unions erinnern. Und der Abgesandte Englands erklärte sich außerstande, etwas zu tun, da einheitliche Bedingungen an der Autonomie der einzelnen Verbände zerschellen. Schon Engels erörtert vor gerade zwanzig Jahren diese zünftlerische Haltung der Trades Unions und spricht von Narren und Zopfbrüdern, welche sich durch hohe Eintrittsgebühren und andere Pedanterien abschließen und sich eine Armee von Blacklegs (Streikbrecher) schaffen. Dieses Urteil paßt vorzüglich noch heute auf die Zustände und auf die amerikanischen Unions besonders. Insbesondere sind es die sogenannten „besseren" Berufe, bei denen manuelle Fähigkeiten erforderlich sind, die nicht das geringste Bestreben haben, alle Berufsangehörigen in ihre Organisation zu bringen. Ja einzelne Gewerkschaften gehen so weit, während bestimmter Perioden oder wenn sie sich für stark genug halten, die Bücher zu schließen und keine Aufnahmen vorzunehmen.

Es soll nicht geleugnet werden, daß verschiedene Probleme, vor allem die Massenemigration, mitbestimmend für diese Umstände sind, doch bedeuten obige

Maßregeln, welche viele, die sich organisieren wollen, davon abhalten, ein vollständiges Fiasko. Belege hierzu sind in Hülle und Fülle vorhanden, und jetzt beim Generalstreik in Philadelphia zeigte es sich wieder, daß sehr viele unorganisierte Arbeiter mitstreikten, die keine Gelben zu nennen sind, denen es aber unmöglich gemacht wurde, einer Gewerkschaft beizutreten. An den hohen Eintrittsgebühren und schweren Bedingungen sind in erster Linie die Bauarbeiter beteiligt, sodann die gelernten Berufe, Musiker und Bühnendarsteller mit inbegriffen. Bei den in der Montanindustrie beschäftigten Arbeitern dagegen ist ein großer Unterschied, die Gebühren sind niedrig und der Formalitäten wenig. Die Minenarbeiterunions haben viele Organisatoren, um möglichst alle Berufsangehörigen in die Gewerkschaften zu bekommen. Desgleichen sind die Gebühren und Bedingungen der jüdischen Gewerkschaften liberal, und ebenso jene der den Industrial Workers of the World angeschlossenen Verbände. Fehlingers Zahlen beziehen sich nur auf zwei Staaten. Die nordamerikanische Union hat aber 46 und 4 Territoren außer den Kolonien, in denen auch Gewerkschaften existieren und auch der Föderation angeschlossen sind.

Ich selbst habe an der Quelle vor Jahren schon darüber Material gesammelt, das jetzt ergänzt werden kann durch die Zahlen, welche die „New Yorker Volkszeitung“ gesammelt hat. Die Redaktion unseres Bruderorgans wandte sich an die Sekretäre aller amerikanischen Nationalverbände. Und sie machte dabei wie andere die Erfahrung, daß mancher dieser Gewerkschaftsfunktionäre es für überflüssig hält, zu antworten. Der größte Teil allerdings hat ausführlich und zuvorkommend die verlangten Fragen beantwortet. Von 90 Verbänden liegen ausführliche Zahlen vor, die ein vollkommenes Bild ergeben.

Einheitliche, innerhalb der Verbände geltende Gebühren und Bedingungen sind nicht vorhanden. Ihre Festsetzung bleibt der lokalen Gewerkschaft vorbehalten. An die Zentralkasse muß pro Kopf ein gewisser Betrag abgeliefert werden. So rangieren daher die Gebühren innerhalb einiger Verbände zwischen 5 bis 50 Dollar und darüber, in anderen betragen sie 1 bis 25 Dollar. Wieder in anderen Unions werden diese Gebühren nach dem Alter fixiert und auch nach der Lohnhöhe. Einige Verbände haben Minimal- und Maximaltarife. Bei anderen muß derjenige, der um Aufnahme nachsucht, Bürger der Vereinigten Staaten sein, was bedingt, daß er mindestens 5 Jahre im Lande sich befinden muß. Auch das sogenannte erste Bürgerpapier, das jeder Einwanderer bekommen kann, wenn er sich darum bemüht, wird noch von einem Teile der Verbände verlangt. Andere Verbände hinwiederum nehmen erst dann die Bewerbung an, wenn der Bewerber eine bestimmte Zeit im Lande sich befindet — von drei Monaten bis zu einem Jahre. Über Lehrzeiten muß man sich ausweisen können, und werden solche in einem großen Teile von Berufen von 2½ bis 5 Jahren als Bedingung gestellt. Bei den Papiermachern werden sogar 6 Jahre verlangt. An verschiedenen Orten muß der Berufausübende eine Lizenz haben, so Barbiere, Installateure, Maschinenwärter, Heizer und andere mehr.

Unter den höchsten Eintrittsgebühren figurieren vor allem die Glasbläser, die nicht weniger als 500 Dollar fordern, wovon 100 Dollar gleich bezahlt werden müssen und der Rest mit der Hälfte des Lohnes; 5 Jahre nachweisbare Lehrzeit sind eine weitere Bedingung. Dann kommen zunächst, soweit offizielle Zahlen vorliegen, die Photograveure und Modelltischler. Erstere Gewerkschaft erhebt 200, letztere 125 Dollar, die gleich bezahlt werden müssen. Ausländische Gewerkschaftsbücher werden nicht angenommen. Damit sind aber die Unions, die 100, 200 Dollar und darüber verlangen, noch nicht erschöpft. Unter den Gewerkschaften, die ein Eintrittsgeld von 200 und 100 Dollar fordern, sind eine ganze Anzahl, so die Kachelleger, Elektriker, Brückenbauer, Gardinenweber, Bühnenarbeiter, Musiker usw. Bei manchen Unions sind diese Gebühren zur Hälfte sofort zu bezahlen. Gewerkschaftskarten werden nicht anerkannt, und wo ja, müssen doch die Eintrittsgebühren bezahlt werden, so bei den Gardinenwebern. Mehrjährige Lehrzeiten, Prüfungen, eine bestimmte Aufenthaltsdauer im Lande, Altersgrenze und erste Bürgerpapiere sind weitere Forderungen an den Bewerber. Unter den bis zu

75 Dollar Eintritt erhebenden Gewerkschaften können unter anderen die Zementarbeiter, Anfangsmonteure, Gipser, Maschinenwärter und Metallblecharbeiter genannt werden. Die Anstreicher, Appreteure, Köche und Schankkellner, Schlachthausarbeiter, Maschinenführer, Holzarbeiter, Maurer, Tapezierer, Steinhauer, Stereotypeure, Kohlengräber, Lithographen, Eisenarbeiter, Brauer, Buchbinder, Ziegeleiarbeiter, Mützenmacher usw. haben bis zu 25 Dollar zu entrichten. Selbstverständlich gelten auch hier alle bereits angeführten weiteren Bestimmungen. In manchen der zuletzt genannten Gewerkschaften werden nur Weiße zur Mitgliedschaft zugelassen. Das Eintrittsgeld spielt bei vielen hier genannten Gewerkschaften das am wenigsten ausschlaggebende respektive erschwerende Moment für den organisationswilligen Kandidaten. Man muß die spezifischen Verhältnisse kennen, von der Anmeldung des Kandidaten bei einem Gewerkschaftsfunktionär bis zur Prüfung und Aufnahme desselben, um diese Hindernisse würdigen zu können. Nicht nur für die Eingewanderten, sondern auch für die einheimische Bevölkerung gilt dies. Für einen „Händedruck“ kann man allerdings auch hier manches umgehen und leichter machen. Bei vielen Gewerkschaften, die Prüfungen vornehmen, ist noch eine besondere Gebühr zu erlegen, die verfällt, falls der Kandidat durchfällt. Berufe wie die Frachtverlader, Streckenarbeiter, Wäschereiarbeiter, Steinbrucharbeiter, Eisenbahnarbeiter, Weichensteller, Erzgräber, Kutscher usw. haben nur bis zu 5 Dollar betragende Eintrittsgelder. Man kann also aus den bis jetzt angeführten Tatsachen ersehen, wie rosig die Verhältnisse sind. Reaktionäre Maßregeln seitens der amerikanischen Gewerkschaften, um die Einwanderer — und zwar handelt es sich hier nur um die organisierten — von den Organisationen möglichst fernzuhalten, sind nichts Seltenes. So beschäftigten sich mit solchen vom „nackten materiellen Egoismus diktierten Bedingungen“ der letzte internationale Hutarbeiterkongreß, der im August 1909 in Wien tagte, mit dieser Frage, desgleichen die letzte internationale Konferenz der Tabakarbeiter in Antwerpen. Von den eingewanderten organisierten Tabakarbeitern wollte man 200 Dollar Eintrittsgelder verlangen! B. Rudner.

Zeitschriftenschau.

„Der Kampf“ vom Mai bringt eine Anzahl Artikel zu der separatistischen Bewegung unter den tschechischen Gewerkschaftern, zum Teil Beiträge aus anderen Ländern, die alle in dasselbe Resultat ausmünden: auch in sprachlich gemischten Ländern kann nur eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung Erfolge erzielen, und nirgends findet sich eine Trennung der Gewerkschaften nach Nationen, wie sie ein Teil der tschechischen Gewerkschafter befürworten. Bekanntlich haben diese Artikel nicht die Mehrheit des tschechischen Parteitags davon abhalten können, sich für die Separatisten auszusprechen. Wir geben hier von einigen dieser Artikel eine Übersicht. Adolf Braun schreibt unter dem Titel: **„Nationale oder internationale Gewerkschaften?“** Die Kapitalisten sorgen immer mehr für eine Vereinheitlichung der Wirtschaftsbedingungen; Münze, Maß, Tarif, Recht, Arbeitsbedingungen, Preise, alles wird durch Gesetz oder Übereinkunft einheitlich geregelt. Unterschiede von Nation oder Abstammung zählen nicht mit. Das Wirtschaftsleben drängt überall nach Vereinheitlichung und Zentralisation; und das Streben der tschechischen Separatisten zeugt von einer Unterschätzung dieser wirtschaftlichen Tatsachen gegen politisch-organisatorische und nationale Motive. Die heutige Zeit zeigt eine Verschärfung des Klassengegensatzes zwischen kapitalistischen und Arbeiterorganisationen, die in großen Aussperrungen zum Ausdruck kommt. Daher gilt es auch, gewerkschaftlich stark zu sein und die indifferenten Arbeiter zu organisieren. Wie kann man diese aber zur Organisation bringen, wenn mehrere Organisationen miteinander konkurrieren? Die Zersplitterung der Gewerkschaftsorganisation bringt für sie viele Nachteile mit sich. Jede kann weit weniger Verwaltungsstellen haben als eine große Organisation, und dadurch wird praktisch die Freizügigkeit der Arbeiter

verringert. Um Kämpfe vorzubereiten und durchzuführen, sind große einheitliche Organisationen nötig. Bei einer Spaltung wird Agitationskraft, Zeit, Raum im Fachblatt, Geld und Energie vergeudet in dem Bruderstreit der Organisationen, und viele Arbeiter wenden sich mißmutig ab. In Amerika sehen wir nicht nur Tschechen, sondern Angehörige aller Nationen in den internationalen Trade Unions vereinigt; ähnlich in Deutschland. In Österreich besteht dieselbe Notwendigkeit; überall wohnen und arbeiten Tschechen, Deutsche, Ruthenen, Slowenen, Italiener, Mazedonier und andere neben- und miteinander. Ihr Gemeinsames ist dieselbe Fabrik, dasselbe Interesse des Kampfes gegen denselben Unternehmer vereinigt sie und überbrückt alle Unterschiede. Wirtschaftsgebiet und Gewerkschaftsorganisation müssen zusammenfallen. Daher werden die Arbeiter auch nicht nach dem Beruf, den sie erlernt haben, sondern nach der Unternehmung, in der sie beschäftigt sind, zusammengefaßt. Das Streben nach dem Industrieverband, nach der Konzentration der Gewerkschaften entspricht der Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Durch die Zersplitterung der Gewerkschaften wird das Feststellen des einheitlichen Willens und der Kampfmethoden erschwert. Jede Aktion wird verlangsamt, wenn über das Aufstellen der Forderungen zuerst viele Vereine gehört werden müssen; die Einhelligkeit wird erschwert und die Aussichten des Unternehmers werden günstiger. Wenn nicht nur, wie jetzt, drei oder fünf Zentralorganisationen in Frage kommen, sondern vier- oder fünfmal so viele nationale Gewerkschaften, so ist jede praktische Aktion unmöglich geworden.

Man hat daher territoriale Gliederung vorgeschlagen, wobei in jedem Territorium eine der nationalen Organisationen die Führung haben soll. Aber dies ist praktisch durch das Durcheinanderwohnen unausführbar und eine Quelle endloser Grenzstreitigkeiten und Schwierigkeiten. Nur die internationale Organisation, die über Kräfte aller Nationen verfügt, kann überall den nötigen Schutz und die nötige Macht aufbringen. Dabei kommt auch in Betracht, daß die Verantwortlichkeit für die Geldausgabe mit der Entscheidung über die Verwendung der Gelder zusammengeht.

Die Separatisten weisen auf Deutschland hin, aber mit Unrecht. Daß die Metallarbeiter in Stuttgart, die Bauarbeiter in Hamburg ihren Zentralsitz haben, hat nichts mit Dezentralisation oder Territorien zu tun. Auch in Österreich gibt es Zentralverbände, die nicht in Wien ihren Sitz haben. Gerade die Entwicklung in Deutschland zeigt uns eine allmähliche Überwindung alles Partikularismus durch die Schaffung starker Zentralverbände. Die Separatisten behaupten nun, daß sie den Internationalismus pflegen und predigen wollen; aber dies ist ganz etwas anderes, als ihn als lebendige Kraft wirken zu lassen. Durch die separatistische Bewegung wird der tschechische Arbeiter von seinen Klassengenossen getrennt, der internationalen Bewegung entfremdet, und die Kraft gegen das Unternehmertum geht verloren.

Julius Deutsch behandelt in einem Aufsatz **„Vom Landesverein zum Reichsverband“** die Entstehung der zentralen Verbände mit ihrem Sitz in Wien. In den Argumenten der Separatisten spielt eine Art Zentralismus eine Rolle, den sie sich nach dem Muster des Staatszentralismus zurechtzimmern. So wie die Deutschen im Staate herrschen und durch seine zentrale Verwaltung die anderen Nationen unterdrücken, so denken sie sich auch die zentralen Verbände als Herrschaftsmittel deutscher Gewerkschaftsführer, die dadurch ihre Herrschaft den Arbeitern anderer Nationen aufzwangen. Die geschichtliche Entwicklung zeigt es ganz anders. Die Zentralverbände sind das gemeinsame Produkt beider Nationen, die sie zusammen errichteten. Zu Anfang der neunziger Jahre, als neue Kampflust emporkam, wurde überall das Ungenügende der neuen Verbände erkannt. Gerade die tschechischen Gewerkschafter waren es da, die mit Kraft für die Zentralisation eintraten, weil die lokalen und die Provinzvereine finanziell zu schwach waren, um große Kämpfe führen zu können. Dabei kam es oft vor, daß die Wiener Genossen versuchten, die Zentralleitung von sich abzuschieben, aber sie schließlich doch übernehmen mußten, weil sonst nirgends die Kräfte vorhanden waren. Die Entwick-

lung vom Landesverein zum Reichsverband hat die Provinzvereine finanziell gekräftigt, ihnen höhere Löhne errungen und es dadurch ermöglicht, daß sie ihre Mitglieder kulturell erziehen konnten.

„La vie ouvrière" Nr. 14 vom 20. April enthält einen Artikel von L. Jouhaux über **„Der revolutionäre Syndikalismus bei den Staatsarbeitern"**. Weil sehr oft die Notwendigkeit und Nützlichkeit von revolutionär vorgehenden Gewerkschaften für Staatsarbeiter verneint wird, ist es gut, die Geschichte der Föderation der Zündholzarbeiter zu betrachten. Unter den Staatsarbeitern haben sie die höchsten Löhne und die meiste Freiheit; die Organisation umfaßt 98 Prozent aller Berufsangehörigen und macht stets ihren Einfluß geltend. Diese Resultate wurden dadurch erzielt, daß immer die Methode der direkten Aktion angewandt wurde; und weil man stets kampfbereit war, brauchte man nicht immer zu kämpfen.

Anfang 1890 übernahm der Staat das Monopol der Zündhölzchenfabrikation. Die Lage der Arbeiter war elend; die Arbeitsdauer unbeschränkt, bisweilen bis 10 Uhr abends; die Löhne stiegen kaum über 5 oder 5½ Franken pro Tag; gesundheitliche Fürsorge war unbekannt. Die Phosphornekrose wütete schlimm unter den Arbeitern. Der Staat tat dagegen nichts, denn sein einziges Ziel bei der Übernahme war der Profit. Aber die Arbeiter organisierten sich; 1890 bis 1892 bildeten sich in vier Fabriken Organisationen, die sich 1892 zu einer Föderation zusammenschlossen, und durch ihre Agitation folgten 1893 bis 1896 die übrigen zwei Fabriken. Inzwischen war 1894 das Gesetz aufgehoben, das die Organisation der Staatsarbeiter verbot, an das sich die Arbeiter ja doch nicht gekehrt hatten. Als sie noch klein an Mitgliederzahl war, warf sich die junge Organisation schon in den Kampf; sie stellte Lohnforderungen und bekam 1893, nach einem Streik von elf Tagen, eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Im Jahre 1895 kam es zu einem größeren Kampfe; die Hauptforderung war jetzt die Beseitigung des weißen Phosphors, jenes schrecklichen Giftes, das die Arbeiter verstümmelte. Der Streik währte 35 Tage; alles streikte, aber man hatte zuerst mit dem Widerstand des Publikums zu tun, das in den Streikenden Vergeuder von Staatsgeld sah. Der Streik hatte Erfolg; die Direktion versprach, die Fabrikationsmethode zu ändern; Lohnerhöhungen fanden statt, die zugleich eine allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit mit sich zogen. Von jetzt an konnten die Arbeiterdelegationen auch ihren Einfluß geltend machen, um durch Verhandlung die stetigen kleinen Differenzen und Schikanen zu beseitigen. Die Phosphornekrose wurde, unter dem Drucke der Agitation der Gewerkschaft, als Berufskrankheit anerkannt, für die Unterstützung gezahlt werden mußte; und von nun an wirkten diese Ausgaben dahin, daß die Direktion selbst Interesse an der Beseitigung des Giftes bekam und sie schließlich durchführte. 1902 fand noch ein allgemeiner Streik statt wegen der Entlassung einer Arbeiterin, der gleichfalls zugunsten der Arbeiter endete.

Um die Macht der Arbeiter zu brechen, plante die Direktion seit 1895 die Einführung von arbeitsparenden Maschinen; sie wollte eine Fabrik mit denselben einrichten und die Arbeiter so lange hungern lassen. Durch einen Streik wußten die Arbeiter diese Absicht zu durchkreuzen; eine gemischte Kommission von Beamten und Arbeitern wurde eingesetzt, um die Umänderung der Produktionsbedingungen zu überwachen, wobei die Arbeiterdelegierten in steter Fühlung mit den Arbeitern als ihren Auftraggebern blieben. In dieser Weise gelang es, die Neuerungen durchzuführen, ohne daß die Arbeiter dadurch Schaden litten. Die Arbeiter stellen sich der Verbesserung der Technik nicht entgegen; sie wollen aber, daß durch die Einführung des Achtstundentags und das Aufhören des Ankaufs von billigen Zündhölzchen in Belgien die Anzahl der Arbeiter nicht verringert, sondern die Produktion erweitert wird. Die Geschichte dieser Organisation zeigt, daß besser als durch Petitionen an das Parlament die Staatsarbeiter ihre Interessen durch Organisation und eigenen Kampf fördern können.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 41 Ausgegeben am 8. Juli 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ministerstürzerei.

✗ Berlin, 2. Juli 1910.

Herr v. Bethmann Hollweg mag sonst die preußischen Traditionen hochhalten, aber dem Grundsatz des alten Fritz, daß man mit Flöten, Hunden und Ministern sparsam umgehen müsse, huldigt er jedenfalls nicht. In der vergangenen Woche ist noch ein Minister gestürzt und ein Staatssekretär dazu. Wenngleich an der allgemeinen Lage der Dinge dadurch auch noch nichts geändert worden ist, so handelt es sich dieses Mal doch um Persönlichkeiten von einigermaßen ausgeprägten Zügen, nicht um bloße Nullen, von denen die eine genau so aussieht wie die andere.

Herr v. Schön, der als Staatssekretär des Auswärtigen scheiden muß, um als Botschafter nach Paris zu gehen, hatte bei allen vernünftigen Leuten einen Stein im Brett, seitdem ihn die alldeutschen Kriegsschreier zum Opfer einer wilden Hetze gemacht hatten. Er hat bei verschiedenen Anlässen gezeigt, so namentlich bei der Mannesmannaffäre, daß er die auswärtigen Geschäfte als besonnener Geschäftsmann zu behandeln verstand; wenn damit in zivilisierten Ländern nicht allzuviel Gutes gesagt wäre, so ist es im neudeutschen Reiche des Lobes genug. Herr v. Kiderlen-Wächter, der nunmehrige Staatssekretär des Auswärtigen, ist, soweit seine bisherigen Affären ein Urteil über ihn gestatten, entschieden kein Wechsel zum Besseren. Er war ehedem der Intimus Holsteins und als amüsanter Plauderer steter Begleiter des Kaisers auf dessen Reisen, bis er wegen irgendeines höfischen Verstoßes auf den bescheidenen Gesandtenposten in Bukarest verbannt wurde, wo er zehn lange Jahre fern der Gnadensonne weilen mußte. Nun ist er wieder erlöst worden, angeblich wegen seiner strammen Haltung in der Novemberkrise. Er machte sich damals zwar vor dem profanen Volke lächerlich, als er, provisorisch ins Auswärtige Amt berufen, dessen Schlampereien in hohem Tone vorm Reichstag als musterhafte Ordnung verteidigte, aber deshalb mögen tiefer blickende Augen desto wohlgefälliger auf ihm geruht haben.

Kam die Entlassung Schöns nach der Hetze den alldeutschen Patrioten nicht allzu unerwartet, so wirkte es mit dem vollen Reize einer Überraschung, als die „Kreuzzeitung“ eines schönen Morgens verkündete, daß der preußische Finanzminister v. Rheinbaben seinen Abschied erbeten und erhalten habe. Rheinbaben war der eigentliche Eckstein des Junkertums im preußischen Ministerium und galt als gefährlicher Nebenbuhler ehedem Bülows und nunmehr Bethmann Hollwegs. Offiziell gilt als Grund seines Scheidens sein eigener Wunsch, sich nach den Anstrengungen einer zehnjährigen Ministertätigkeit in dem behaglichen Oberpräsidium der Rheinprovinz auszuruhen, das durch Schorlemers Berufung ins landwirtschaftliche Ministerium frei geworden ist. Daran glaubt nun zwar niemand, was man auch niemandem verdenken kann, aber weshalb Rheinbaben eigentlich gegangen ist, das weiß auch niemand, was man wiederum niemandem verargen kann.

Soweit es uns gelungen ist, uns in dem Stimmengewirr der Geberdenspäher und Geschichtenträger zurechtzufinden, gibt es vier Lesarten über die Frage, weshalb Herr v. Rheinbaben gegangen ist. Erstens soll er seinen Abschied gefordert haben, als Ultimatum, um die Krone zur Entscheidung zwischen ihm und dem Reichskanzler zu drängen. Zweitens soll er gegangen sein, weil er den Krach Bethmanns vor der Tür sieht, sich nicht dahinein verwickeln lassen, sondern für bessere Zeiten aufsparen will. Drittens soll er geopfert worden sein, um seinen Platz einem Liberalen einzuräumen und auf diese Weise die Sammlung aller bürgerlichen Parteien um das reaktionäre Banner zu ermöglichen. Viertens soll er als nachträgliches Opfer der Novemberkrise gefallen sein, in der er sich mit Bülow solidarisch erklärt hatte; die Rache ist bekanntlich ein Gericht, das kalt genossen werden muß.

Von diesen Lesarten wird die dritte dadurch unterstützt, daß Herr v. Rheinbaben einen sogenannten Liberalen zum Nachfolger erhalten hat, Herrn Lentze, den bisherigen Oberbürgermeister von Magdeburg, daß die offiziösen Trompeter, voran der Obertrompeter der „Frankfurter Zeitung“, zum Sammeln blasen, und daß die Nationalliberalen nach ihrem kühnen Vorstoß gegen Bethmann Hollweg sachte wieder einlenken. Mit dieser dritten Lesart ließe sich die vierte verbinden, insofern als sie erklären würde, daß gerade der besondere Liebling des Junkertums aus dem Ministerium scheiden muß. „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ können ihren Grimm darüber nur mühsam verhehlen, aber da ihnen sonst aller Wille geschieht, und der „Liberalismus“ des Herrn Lentze für sie alles andere als fürchterlich ist, so müssen sie schon ein kleines Zugeständnis in der Personenfrage machen. Das ist alte Junkerpolitik; der einzelne Junker muß daran glauben, wenn nur das Junkertum das Heft in der Hand behält.

Bei alledem ist auch durch diesen Ministerwechsel an den Dingen selbst nichts oder wenig geändert; selbst wenn er eine mittelparteiliche Sammelpolitik einleiten sollte, so würde er nur, nach der Ansicht der offiziösen Blätter, die ihn in diesem Sinne auslegen, eine Folge der sozialdemokratischen Wahlsiege sein. In ihm liegt nach wie vor der Schwerpunkt der politischen Lage. Über solche Ministerwechsel beginnen sich jetzt auch schon bürgerliche Blätter ähnlich

auszulassen, wie es vor acht Tagen an dieser Stelle geschehen ist; es bleibe bei dem alten Regiment, gleichviel ob Schulze oder Müller Minister seien, die man kaum mehr voneinander unterscheiden könne. Das Traurige an der Sache ist nur, daß die bürgerlichen Parteien, denen diese Blätter dienen, gar kein Empfinden mehr für die Schmach eines so verrotteten Systems haben und trotz des gelegentlichen Spottes ihrer Presse keinen Augenblick ernsthaft daran denken, dies System zu stürzen.

Immerhin ist anzuerkennen, daß die Ministerstürzerei Bethmann Hollwegs in würdiger Weise den hundertsten Todestag der Königin Luise feiert, der in die nächste Zeit fällt, und von den preußischen Schulen, ehe sie in die Sommerferien gingen, bereits mit großem Gepränge begangen worden ist. Wenn der alte Fritz noch sparsam mit Ministern umging, so war es, weil er selbst mit einigen Schreibern von seinem Kabinett aus regierte und die Minister nur kostspielige Statisten vorstellten; nachdem diese Kabinettsregierung in dem großen Krach des Jahres 1806 zertrümmert worden war und ein verantwortliches Ministerium im modernen Sinne des Wortes eingesetzt werden sollte, begann auch die Ministerstürzerei von hinten herum; Herr v. Bethmann Hollweg kann sich darauf berufen, daß er in den letzten Wochen nur praktiziert habe, was hundert Jahre vor ihm von der Königin Luise, dem preußischen Schutzgeist, wie diese Dame offiziell heißt, exekutiert worden ist.

Um den Herren Dircksen und Kreth, die im Reichstag die Verhimmelung der Königin Luise gewerbsmäßig betreiben, nicht patriotische Krämpfe zuzuziehen, wollen wir ihrer Heldin weiter nichts nachsagen. Schlecht erzogen und mangelhaft unterrichtet, was ja nicht ihre Schuld, sondern die Schuld ihrer Eltern war, die unseres Wissens noch nicht in den preußischen Heiligenkalender aufgenommen worden sind, war sie ein lustiges Kind, kokett und oberflächlich, aber gutmütig und im letzten Grunde doch liebenswürdig, so daß Alexander v. Humbold sie entschieden zu scharf beurteilt hat, wenn er sagte, sie sei äußerst selbstsüchtig, verschlagen und verstockt gewesen. Alles das lag nicht in dem Wesen dieses niedlichen Dämchens, das eher offenherzig und opferfähig war, wenigstens für die ihm Nahestehenden, und zumal auf Regimentsunkosten; weder die Liederlichkeit ihrer Schwestern noch die Feigheit ihrer Brüder konnten eine gütigere Patronin finden als die Königin Luise.

Ihr größtes Verdienst aber war, mit einem so unglaublichen Trottl, wie dem König Friedrich Wilhelm III., fertig zu werden. Man kann es ihr nicht so sehr verargen, wenn sie sich gelegentlich kleine Extratouren erlaubte, erst mit dem Prinzen Louis Ferdinand und dann namentlich mit dem Zaren Alexander, zumal da sie aus diesen Fährnissen ihre „anatomische Unschuld“ gerettet zu haben scheint. Es blieb immer eine staunenswerte Leistung, mit einem Gatten dieses Kalibers sechzehn Jahre hausgehalten und ihm zehn Kinder geboren zu haben.

Lobenswert war auch, daß die Königin Luise sich nur um ihre höfischen Vergnügungen, aber keineswegs um Politik kümmerte, natürlich unter dem Vorbehalt, daß die Politik nicht ihre Vergnügungen störe. Dann freilich sagte diese Freundin Alexanders: Ja, Bauer, das ist ganz was anderes. Als der

Minister v. Stein nach der zerschmetternden Niederlage von Jena, zu einer Zeit, wo der Würgengel des Hungers Tausende und aber Tausende ins Grab streckte, auf eine Einschränkung der verschwenderischen Hofhaltung drängte, erklärte die Königin Luise in gerechtem Unwillen, daß sie doch nicht von der Luft leben könne. Und als der Minister v. Stein sich weigerte, öffentliche Gelder, die für die Wiederherstellung der verheerten Provinz Ostpreußen bestimmt waren, anzugreifen für die Unkosten einer prunkhaften Vergnügungsreise, die die Königin Luise an den Hof ihres „einzigen Alexanders" plante, da verband sie sich mit dem gemeinsten Pack von Bureaukraten und Junkern, um den unpatriotischen Minister von hinten herum zu stürzen, was ihr denn auch gelang.

Diese Methode der Ministerstürzerei, die der preußische Schutzengel vor hundert Jahren begann, hat sich seitdem in dem gesegneten Rechtsstaat Preußen fortgesetzt bis auf Herrn v. Bethmann Hollweg. Vielleicht sagt dieser erleuchtete Staatsmann, unter den Ministern, die er aus heimlichen Gründen habe über die Klinge springen lassen, sei kein Stein gewesen, und einer von ihnen habe ja eben mit Händen und Füßen für die Erhöhung der königlichen Zivilliste gefochten, zur Zeit, wo abermals das Gespenst des Hungers im Lande umgehe. Das ist gewiß richtig, allein bewiesen wird dadurch doch nur, daß die elende Methode seit hundert Jahren noch weit elender geworden ist.

Jedoch, wenn mit ihr die neue Sammelpolitik gegen die sozialdemokratischen Wahlsiege eingeleitet werden soll, so wäre es der reine Selbstmord, wenn wir etwas dagegen einwenden wollten.

Die russische Arbeiterbewegung in den Zeiten der Reaktion.

Von **Alexandra Kollontay.**

Es gab eine Zeit, in der das russische Proletariat das eigentliche Herz des internationalen Proletariats bildete, und je lebhafter es in Rußland zuging, je mächtiger die revolutionäre Bewegung die alten verhaßten Regierungsformen angriff, desto mutiger waren auch die ausländischen Genossen in ihren Kämpfen.

Diese Tage sind vorüber. Und je größer die Erwartung gewesen, desto größer ist nun die Enttäuschung. Die Reaktion erhielt die Oberhand. Und wenn die „absolutistisch-konstitutionelle Regierung", diese neue eigenartige, den Geist der Juristen in Verwirrung setzende staatswissenschaftliche Kategorie, bis zur Auflösung der zweiten Duma am 3./16. Juni 1907 eine diplomatische Komödie zu spielen pflegte und sich mit dem europäischen Mäntelchen einer scheinkonstitutionellen Politik zu verhüllen versucht hatte, so zeigt sie sich seitdem in aller Pracht und Nacktheit ihrer auf Bajonette und Galgen gestützten Macht. Schritt für Schritt werden die aktiven revolutionären Kräfte vom offenen Kampfesfeld verdrängt. Hinrichtungen, Verbannungen, Verhaftungen, eilige Abschaffung der Oktobererrungenschaften — darin äußert sich die blutige Beruhigungspolitik Stolypins, eine „konstitutionelle Politik", die die „reinabsolutistische" durch Grausamkeiten weit zu übertreffen sucht. Nach dem mächtigen revolutionären Aufschwung der Jahre 1905 und 1906 scheint es mit

einem Male in Rußland mäuschenstill geworden zu sein. Ist das aber wirklich der Fall? Täuschen uns nicht die äußeren Erscheinungen: das Jubelgeschrei der Reaktionäre, das grausame, rachsüchtige Verfahren des noch immer geängstigten Zarismus?

Wohl ist es nicht zu leugnen: eine gewisse Schicht der Bevölkerung, das „liberale Bürgertum“, das noch jüngst radikal, ja sogar revolutionär auftrat, predigt gegenwärtig „Ruhe“ und „Mäßigung“. Auch die Bauern, die ihre Unzufriedenheit in immer gewaltsameren Formen zu äußern begonnen hatten, sind jetzt in „geheimnisvoller“ Ruhe und scheinen sich krampfhaft an die illusorischen Agrarreformen zu klammern. Und das Proletariat, diese treibende, schaffende Kraft der Revolution? Ist die Arbeiterbewegung in Rußland wirklich besiegt? Liegt sie wirklich tot am Fuße des russischen Zarenthrons? Freilich, wenn wir den Maßstab der revolutionären Periode anlegen, wenn wir noch immer an die 2863173 streikenden Arbeiter des Jahres 1905,[1] an die 245555 Arbeiter umfassende Gewerkschaftsbewegung vom Anfang des Jahres 1907[2] denken, so können wir wohl leicht in Pessimismus verfallen. Aber einen Maßstab, der unter ganz außergewöhnlichen Verhältnissen entstanden ist, darf man nicht im alltäglichen Leben anwenden. Nein, man muß den gegenwärtigen Zustand mit dem, was in Rußland vor der Revolution vorhanden war, vergleichen. Und dann schwindet auch unser Pessimismus.

Es ist doch nicht zu leugnen, daß vor 1905 keine Massenorganisation in Rußland bestand. Die verfolgte, gehetzte, ins Gefängnis und in die Verbannung geschickte Sozialdemokratie tat ihr möglichstes, die Massen aufzuklären, sie im stillen, geheimen zu organisieren, ihnen Kampfesmut einzuflößen. Aber unzählige, unüberwindliche Hindernisse standen ihr im Wege. Die „Bewegung“ war wohl da (man denke nur an die Massenausstände im Süden Rußlands 1902 und 1903), aber eine geschlossene Massenorganisation der Arbeiterklasse, die nicht nur die Elite des Proletariats, sondern die breiteren Schichten umfaßt, sie war noch nicht vorhanden. Den eigentlichen Wendepunkt der Arbeiterbewegung in Rußland brachte der „blutige Sonntag“, der 22./9. Januar 1905. Er wurde zum Grundstein der Massenorganisation der russischen Arbeiterklasse. Die Grenzen der geheimen politischen Organisation, zu der der Zutritt durch notwendige Vorsichtsmaßregeln den breiteren Schichten aufs äußerste erschwert war, schienen mit einem Male zu eng geworden zu sein. Es wird für das Koalitionsrecht gekämpft, das Vereinsrecht wird tatsächlich noch vor seiner gesetzlichen Bestätigung praktisch erobert. Mit Leidenschaft verteidigen nun die Arbeiter diese unvollständige Errungenschaft der Revolutionszeit.[3] Und nun, da die Massenorganisation einmal ins Leben gerufen ist, kann man sie nicht wieder so leicht schwinden lassen. Ungeachtet all der Schwierigkeiten, der Hindernisse, die ihr im Wege stehen, gewinnt die Arbeiterbewegung in Rußland doch an innerer Stärke, Schulung und politischer Reife.

Zwei unbestreitbare Errungenschaften hat der revolutionäre Sturm der russischen Arbeiterklasse hinterlassen: ein klareres Klassenbewußtsein und einen unwiderstehlichen Drang zur Organisation. Und wenn man die Verhältnisse,

---

[1] Offizielle Statistik der Arbeiterstreiks für die Jahre 1906 bis 1908. S. 3.

[2] W. Grinewitsch, Gewerkschaftliche Bewegung in Rußland.

[3] Das unvollständige, mit engen Grenzen versehene Vereins- und Versammlungsgesetz des 4./17. März 1906 wird noch durch „Ergänzung“ seiner Paragraphen seitens der höheren Justizbehörde und durch beständiges Eingreifen der Polizei fast illusorisch gemacht.

in denen sich die gegenwärtige Arbeiterbewegung Rußlands abspielt, sich vor Augen hält, so muß man wirklich staunen, wie diese kostbare Erbschaft jetzt noch unverletzt bestehen kann.

Denn nicht nur die Drangsalierungssucht der Regierung, sondern eine Reihe wirtschaftlicher Momente wirken verhängnisvoll und hemmend auf die weitere Entwicklung der Massenbewegung des russischen Proletariats. In erster Linie die dauernde wirtschaftliche Depression, die auch zurzeit noch nicht überwunden ist. Die Krise, welche am Anfang nur die mit wahrer väterlicher Fürsorge der absolutistischen Regierung großgezogene Metallindustrie traf, dehnte sich allmählich von einem Industriezweig auf den anderen aus. Die noch im Jahre 1906 blühende Textilindustrie spürte schon im Jahre 1907, wie durch die niedrige Kaufkraft der Bevölkerung der Absatz zurückging, und hatte schwer unter Überproduktion zu leiden.[1] Die übrigen Branchen der Industrie wurden eine nach der anderen von demselben „Elend" getroffen.

Eine Arbeitslosigkeit, deren Dimensionen infolge mangelnder Statistik zwar nicht richtig beurteilt werden kann, die aber nichtsdestoweniger ihre peinliche Wirkung auf die proletarischen Massen ausübt, war die unvermeidliche Begleiterscheinung der Krise. Im Jahre 1908 zählten die Metallarbeiter wenigstens 27 Prozent Arbeitslose. Von 59 Eisengießereien, die im Uralgebiet vorhanden sind, stockten im Jahre 1908 bereits 27; die mechanischen Fabriken in Riga und Polen arbeiteten zumeist nur eine halbe Woche. Die größten Metallfabriken und mechanischen Werkstätten im Zentrum Rußlands (Charkoff, Moskau) gingen zum Einschichtsystem über, verminderten die Zahl ihrer Arbeiter oder schlossen sogar gänzlich ihre Werkstätten. Die Textilfabriken Moskaus, Polens, des Wolgagebiets und St. Petersburgs arbeiteten in den Jahren 1908 bis 1909 nur vier bis fünf Tage pro Woche. Auch die Nahrungsmittelindustriebranche wurde von der Krise getroffen: riesige Mühlen am Wolgagebiet, Zuckerfabriken im Süden Rußlands stellten die Arbeit ein.

Im engen Zusammenhang damit steht die enorme Steigerung der Nahrungsmittelpreise. Selbst das Organ der Unternehmer, die „Handels- und Industriezeitung", stellt fest, daß von 1897 bis 1908 die Löhne um 13 Prozent, die Preise der Lebensmittel aber um 20,8 Prozent gestiegen sind. Die Löhne befinden sich seit dem Siege der politischen Reaktion in beständigem Sinken. In der Revolutionszeit war es gelungen, den Lohn bis 25 Prozent zu steigern; zurzeit ist er um 30 und mehr Prozent herabgedrückt. In einigen Gebieten (zum Beispiel im Westen) erreicht der Lohn ein so niedriges Niveau, daß die Arbeiter die Fabriken verlassen und zur landwirtschaftlichen Arbeit greifen. Eine eigenartige wirtschaftliche Erscheinung bringt die Herabsetzung der Löhne mit sich: die Metallkönige am Ural schließen ihre Werkstätten und

---

[1] Die Versuche der Großkapitalisten, in nähere Beziehungen zur Kadettenpartei zu treten, ihre „liberalere" Redeweise bei den Kongressen der Industriellen scheinen zu beweisen, daß die Vertreter der Großindustrie sich nach etwas mehr „konstitutioneller" Politik zu sehnen beginnen. Es muß aber berücksichtigt werden, daß nicht alle Industriezweige im selben Maße unter den gegenwärtigen Zuständen in Rußland leiden. Wenn einerseits die Textil-, chemische, Baugewerbe- und andere Industrien von der Kaufkraft der Bevölkerung abhängig sind und infolgedessen die Hebung des „wirtschaftlichen Wohlstandes" der Bevölkerung, der Bauern insbesondere, als Bedingung ihres eigenen Wohles voraussetzen, so findet andererseits die Metall-, die Bergwerk-, die mechanische und andere Industrien noch immer einen Ausweg durch die väterliche Fürsorge der zarischen Regierung.

geben die Arbeit an die sogenannten „Kustari“ ins Haus. Sogar in der Petersburger Provinz (Jamburg) wird eine große Trikotagenfabrik geschlossen und die Arbeit ins Haus übertragen.

Freilich benutzen die Kapitalisten die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, Depression und Arbeitslosigkeit zu ihrem Vorteil. In aller Eile greifen die „bedrohten“ Herren zur Organisation, bilden Vereine, Unternehmerstreikkassen, um sich gegen das Andrängen der Proletarier zu wehren. Die Unternehmerverbände beginnen auch in Rußland festen Fuß zu fassen.[1] Massenaussperrungen, die einen besonders großen Umfang in Polen und im westlichen Rußland erreichten, „Schwarze Listen“, die gewöhnlich die aufgeklärtesten, in der Bewegung tätigen Elemente brandmarken — das sind die Waffen, mit denen die Arbeiterbewegung immer wieder gelähmt und geschwächt wird. Und dieselbe Regierung, die auf grausamste Weise die Arbeitervereine verfolgt und zerstört, begrüßt freundlich die Versuche der Unternehmer, sich „gesetzlich“ zu organisieren. Kapital und Bureaukratie marschieren Hand in Hand! Schritt für Schritt werden die so schwer in der revolutionären Zeit auf dem wirtschaftlichen Gebiet erkämpften Errungenschaften den Proletariern entzogen. Hier wird die Arbeitszeit bis zu 10 und 11 Stunden verlängert, dort der Lohn herabgedrückt, hier die Auszahlung des Wohnungsgeldes (zum Beispiel in den Textilfabriken an der Wolga) entzogen, da die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Von einem Achtstundentag, von einer Sonntagsruhe, zum Beispiel bei den Druckereiarbeitern, ist keine Rede mehr. „Es ist nicht mehr ein Kampf“, behauptet sogar ein Kadettenorgan, „es ist vielmehr eine Verfolgung und Vernichtung der flüchtenden Armee des besiegten Feindes durch die Unternehmer.“[2]

Und in dieser Atmosphäre der siegesbewußten politischen Reaktion, der wirtschaftlichen Anarchie, kann da noch eine Arbeiterbewegung bestehen? Tatsächlich muß viel revolutionärer Sinn, viel Mut und Energie vorhanden sein, um ungeachtet all dieser ungünstigsten Bedingungen die Bewegung aufrechtzuerhalten! Deshalb — mögen die Zahlen auch noch so gering sein, die Versuche, Arbeiterorganisationen ins Leben zu rufen, noch so bescheiden, dienen sie doch als Beweis, als erfreuliches Symptom, daß durch Galgen und Bajonette die Bewegung nicht vernichtet werden kann. Der revolutionäre Geist der russischen Arbeiter ist nicht tot. Denn in Rußland praktische Arbeit zu verrichten, für die täglichen Interessen zu sorgen, die zahmste Organisation ins Leben zu rufen — heißt gleichzeitig für den revolutionären Kampf tätig sein.

Abgesehen von der geheimen sozialdemokratischen Partei, deren Vertreter in der Duma 17 Sitze haben, für deren offene Zugehörigkeit aber der russische Staatsbürger vors Gericht gezogen wird, sind es die folgenden Formen der legalen Arbeiterorganisationen, die gegenwärtig in Rußland vorhanden sind: Gewerkschaften, Arbeiterbildungsvereine (Arbeiterklubs genannt) und Konsumvereine. Die Arbeiterbildungsvereine gedeihen besonders in St. Petersburg. Es gibt immer 10 bis 16 Arbeiterklubs, deren Zahl aber wechselnd ist, da die polizeiliche Willkür immer wieder eingreift und bald den einen, bald den

[1] Charakteristisch ist es, daß der erste Unternehmerverband, dessen Zweck es war, sich gegen das Andrängen der Arbeiter zu schützen und gegenseitige Hilfe zu leisten, anfangs November 1905 gebildet wurde, in derselben Zeit, als die Großkapitalisten auf politischem Gebiet am radikalsten auftraten.

[2] „Moskauer Wochenblatt“, 1909, Nr. 5.

anderen Klub unter verschiedenen Gründen auflöst. In Moskau wurde mit großem Erfolg ein derartiger Arbeiterbildungsverein, der ungefähr 1000 Mitglieder umfaßte, im Frühling des Jahres 1909 gebildet, aber seiner „zu lebhaften" Tätigkeit wurde jüngst polizeilich ein Ende gemacht.[1] Die Zahl der Klubmitglieder in St. Petersburg ist sehr verschieden, in einigen Klubs gibt es 150 bis 200 Mitglieder, in den anderen 500 und mehr. Im ganzen zählt man in den Arbeiterbildungsvereinen in St. Petersburg bis 4000 Arbeiter. Die Hauptaufgabe der Klubs ist die Aufklärungsarbeit der Massen im Sinne der Sozialdemokratie, soweit es die engen Grenzen der polizeilichen Willkür möglich machen. In den Klublokalen werden Kurse über wissenschaftliche und soziale Fragen abgehalten, Bibliotheken und Lesehallen eingerichtet, wissenschaftliche Exkursionen für die Mitglieder des Klubs und Vergnügungsabende organisiert. Freilich ist die Arbeit durch das beständige Eingreifen der Polizei aufs äußerste erschwert. Vorträge werden verboten, Haussuchungen im Klublokal sind Alltäglichkeiten geworden, ein Referent nach dem anderen wird von der Polizei als „unzuverlässig" gestempelt und erhält keine Erlaubnis zu Vorträgen. Und doch verlieren die in der Klubbewegung tätigen Arbeiter nicht den Mut und die Hoffnung, die Bewegung aufrechtzuerhalten. Und sobald ein Klub geschlossen wird — entsteht ein anderer an seiner Stelle.

Die Beiträge der Mitglieder schwanken von 15 bis 45 Kopeken pro Monat (30 bis 90 Pfennig). Der begrüßenswerte Kern dieser Form der russischen Arbeiterbewegung besteht darin, daß die Initiative zur Bildung dieser Vereine, die Leitung der ganzen Klubarbeit in den Händen nicht der Intellektuellen, Studenten, Studentinnen, Lehrerinnen, Advokaten, Schriftsteller usw., sondern der Proletarier selbst ruht. Und obwohl eine Zeitlang ein etwas syndikalistisches Vorurteil gegen die Intellektuellen in den Klubs herrschte, hat die rein proletarische Leitung der Klubarbeit doch einiges zur Entwicklung der Selbsttätigkeit der breiteren Massenschichten und zur Ausbildung geschulter Führer beigetragen.

Die zweite und freilich auch bedeutendere Form der Bewegung sind die Gewerkschaften. Am Ende des Jahres 1909 gab es in St. Petersburg 20 Gewerkschaften, die ungefähr 10000 Mitglieder umfaßten. Zu den größeren Gewerkschaften zählen die Metallarbeiter mit 3500 Mitgliedern, von denen aber nur ungefähr 2000 regelmäßig die Beiträge zahlen, Druckereiarbeiter, deren Organisation Ende 1909 auf 1219 Mitglieder (1137 regelmäßig zahlende) gestiegen war,[2] Textilarbeiter mit ungefähr 800 Mitgliedern,[3] Holzarbeiter mit 434 Mitgliedern, von denen aber nur etwa 100 zahlungsfähig sich erwiesen. Die kleineren Gewerkschaften: Kartonnagearbeiter, Bäcker, Schneider und Schneiderinnen, Konfektfabrikarbeiter, Gold- und Silberarbeiter usw. umfassen 100 bis 300 Mitglieder.

Die folgende, zwar etwas veraltete Tabelle gibt doch ein Bild von der Stärke der Gewerkschaften in Zeiten der schwersten politischen Reaktion, das heißt am 1. Januar 1909, in St. Petersburg:[4]

---

[1] In Baku (Gebiet der Naphthaindustrie) besteht auch ein Arbeiterbildungsverein, der ganz rege Tätigkeit entfaltet und am 1. April 1910 bis 837 zahlende Mitglieder umfaßte.

[2] „Woschroschdenje", 1910, Nr. 6, S. 64.

[3] Fabrikleben", Organ der Textilarbeitergewerkschaft, 1910, Nr. 3.

[4] Gewerkschaftsbote", 1909, Nr. 22.

Benennung der Fachorganisationen	Durchschnittliche Zahl der zahlenden Mitglieder für 1908	Einkommen in Rubel	Ausgaben in Rubel	Kassenbestand am 1. Jan. 1909 in Rubel
Metallarbeiter	4252	20483,57	19828,39	18343,47
Textilarbeiter	1646	3339,36	3334,45	1014,75
Druckereiarbeiter . . .	506	3310,45	2685,87	624,55
Bäcker	435	4339,36	4462,17	231,16
Holzarbeiter	396	1919,68	2649,57	126,96
Gold- und Silberarbeiter	335	2391,25	1779,97	1239,17
Kartonnagearbeiter . .	321	1847,94	1347,43	1513,03
Lederarbeiter	127	825,40	740,13	238,35
Insgesamt	7418	38591,61	36227,98	23331,44

Seither haben sich einzelne Zahlen geändert, aber indem sie bei einigen Gewerkschaften sanken, sehen wir wieder eine Hebung der Zahlen bei den anderen. Am schwersten haben am Beginn der politischen Reaktion und der wachsenden Krise die Metall-, Textil-, Druckereiarbeiter, aber auch die Bäcker, Schneider und Schneiderinnen usw. gelitten. Die Metallarbeitergewerkschaft umfaßte zum Beispiel noch Anfang 1908 etwa 10000 Mitglieder. Nur allmählich in der letzten Zeit ist ein Wiederaufleben der Organisationen dieser Berufe zu spüren. Aber der „tote Punkt" scheint überwunden zu sein. In gut besuchten, öffentlichen Versammlungen mit 1000 und mehr Teilnehmern, einberufen von den großen Gewerkschaften, wurden Gewerkschaftsangelegenheiten, aber auch prinzipielle Fragen erörtert. Auch machen die Beiträge der Mitglieder einen immer größeren Teil des Gesamteinkommens der Gewerkschaften aus, was auf die wachsende Stetigkeit und Reife der Organisation hinweist. „Das Budget der Gewerkschaften stützt sich viel mehr als früher auf ein regelmäßiges, nicht auf ein wie vordem zufälliges Einkommen, was den Boden für ein planmäßiges Arbeiten der Gewerkschaften vorbereitet und daran gewöhnt, die Tätigkeit der Gewerkschaften nach ihrem Kassenbestand zu richten," bestätigt das Zentralorgan der Gewerkschaften. Das Ab- und Zuströmen der Mitglieder, das in der Revolutionszeit stattfand, ist durch größere Beständigkeit ersetzt worden. Quantitativ kannten die Gewerkschaften schon bessere Tage, qualitativ aber haben sie gewonnen.

Auch in Moskau bestehen gegenwärtig 16 Gewerkschaften mit etwa 7000 organisierten Arbeitern. Im Vergleich zu dem, was in Moskau im März 1907 vorhanden war, als 32 Gewerkschaften 71566 Mitglieder umfaßten, sind die gegenwärtigen Zahlen freilich sehr bescheiden. Aber man darf nicht die besonderen Schwierigkeiten, die in Moskau seit dem blutigen Dezemberaufstand 1905 bestehen, außer acht lassen. Von 368000 Moskauer Arbeitern ist 170000 Arbeitern faktisch das Recht der Organisation entzogen worden. Diese Maßregel trifft besonders die Arbeiter der Großindustrie. Infolgedessen finden wir auch, daß die Gewerkschaftsbewegung in den Branchen festen Fuß faßt, die gewöhnlich am schwersten zu organisieren sind: die Handlungsgehilfen zählten im Jahre 1909 2000 Mitglieder,[1] die Köche 1700, die Kellner 1000. Ihnen folgt der Stärke nach die Druckereiarbeitergewerkschaft, die am 1. Januar 1910 bis 1689 Mitglieder zählte, von denen aber nur 668 regelmäßig Beiträge

[1] Gegenwärtig polizeilich aufgelöst.

lieferten. Die kleineren Gewerkschaften, Textilarbeiter, Schneider und Schneiderinnen, Hutmacher usw., umfassen höchstens ein paar hundert Mitglieder.

In der Provinz stehen der Bewegung noch ärgere Hindernisse im Wege. Fast jede Provinz stellt eine Satrapie vor, deren Gesetze von den Gouverneuren gemacht werden. Das Vorgehen der Generäle Tolmatschoff (Odessa), Dumbadze (Krim) usw. hat ja Weltruhm erlangt und greift oft ins Humoristische hinein.[1] Ohne weiteres werden da die Gewerkschaften aufgelöst, die Arbeiterpresse verboten, die Führer ins Gefängnis gesteckt. Viel Energie und Mut muß man besitzen, um der unerhörten Willkür Widerstand leisten zu können. Und doch hat die tobende Reaktion den Gewerkschaftskampf nicht vernichtet. Vom nördlichen Wologda bis zum südlichen Kaukasus, vom westlichen Polen und den Baltischen Provinzen bis zum östlichen Ural werden immer erneute Versuche gemacht, die Organisation der breiteren Massen aufrechtzuerhalten.

Im März 1909 bestand in Wilna eine starke Gewerkschaft der Druckereiarbeiter (bis 1200 Mitglieder) und kleinere Gewerkschaften der Metall- und Lederarbeiter, der Handlungsgehilfen und andere. In Polen sind es die Druckerei-, Metall-, Textilarbeiter- und Maurergewerkschaften, die den Klassenkampf aufrechterhalten: im Sommer verteidigten die Druckereiarbeiter Bjalostoks den Achtstundentag, im September 1909 erkämpften die Maurer den Achtstundentag in Warschau usw. Im Kaukasus bestehen im Gebiete der Naphthaindustrie Naphtha- und Metallarbeitergewerkschaften. Sogar in Odessa führten noch im Sommer 1909 die Schneider mit Hilfe der lokalen Gewerkschaft einen mutigen Kampf gegen die Ausbeuter. Auch dort, unter der Herrschaft des berühmten Generals Tolmatschoff, sehen wir eine ganze Reihe kleinerer Gewerkschaften: Tapezierer, Druckereiarbeiter und Lithographen, Lederarbeiter usw., deren Existenz zwar beständig bedroht wird, die aber doch nicht zugrunde gehen. Bescheidene, doch symptomatisch wichtige Versuche, die gewerkschaftliche Bewegung aufrechtzuerhalten, finden wir auch in Jekaterinoslaff, Elisabetgrad, Tula, Kiew, Riga, Cherson, Perm usw.

Ungeachtet der vielen Schwierigkeiten seitens der Zensur und Polizei besteht auch in Rußland eine „legale" Gewerkschaftspresse, die den breiteren Arbeiterschichten viel zugänglicher ist als die „illegale", „geheime", und infolgedessen öfters erfolgreicher wirkt. Im Laufe des Jahres 1909 erschienen 216 Nummern der 34 Gewerkschaftsblätter; 15 wurden in der Provinz, 15 in St. Petersburg, 4 in Moskau herausgegeben. Im Jahre 1909 erschienen drei allgemeine Gewerkschaftsblätter (in St. Petersburg der „Gewerkschafts-Bote", in Baku und Charkoff) und 10 bis 12 Fachblätter, deren genaue Zahl schwer festzustellen ist, da die Blätter immer wieder konfisziert und verboten werden und dann von neuem unter anderem Namen erscheinen.[2] Der harte Kampf, den die Gewerkschaftspresse gegen den Druck der Regierungsmacht zu führen hat, erschwert freilich ihre Arbeit. Öfters gehen die Fachblätter infolge des wiederholten Verbots aus Mangel an Geld zugrunde. Und doch werden

---

[1] Es genügt, daran zu erinnern, wie der General Tolmatschoff nach einem Todesfall, der in der Klinik bei der Anwendung eines neuen anästhesierenden Stoffes eingetreten war, eine Vorschrift erscheinen ließ, in der er den Ärzten ausdrücklich befahl, nur „erprobte" medizinische Mittel anzuwenden. . . .

[2] Außer der im Ausland „illegal" erscheinenden Parteiliteratur gibt es gegenwärtig in Rußland zwei „marxistische" Zeitschriften, von denen die in Moskau erscheinende besonders gern von den Arbeitern gelesen wird.

immer neue Versuche gemacht, die Arbeiterpresse in Rußland aufrechtzuerhalten.

Von der schroffen, ungesetzlichen Weise, in der die Gewerkschaften seitens der zaristischen Regierung behandelt werden, braucht hier nicht gesprochen zu werden — in der ausländischen Presse der Bruderparteien werden genügend Beispiele davon beigebracht. Wenn auch nur ein einziges Mitglied einer Gewerkschaft in Verdacht kommt, sofort wird die Organisation aufgelöst: die „zu rege Tätigkeit“ der Gewerkschaft paßt dem Geschmack des Satrapen nicht. Wenn kein passender Grund vorhanden ist, steckt man mit Hilfe von Spitzeln Bomben ins Gewerkschaftslokal und die mit Mühe und Sorgfältigkeit aufgebaute Organisation geht zugrunde, die Mitglieder aber erhalten dazu noch schwere Strafen. In den letzten Monaten des Jahres 1908 wurden 80 Gewerkschaften aufgelöst und 27 Gewerkschaftsblätter verboten. Die ungesetzliche Willkür der Regierung gegenüber den Arbeiterorganisationen gibt oft Anlaß zu Interpellationen in der Reichsduma seitens der sozialdemokratischen Fraktion.

Selbstverständlich ist es, daß bei den gegebenen Verhältnissen die Gewerkschaften nur eine bescheidene Tätigkeit entfalten können. Ausbildung des Hilfskassenwesens, Einrichtung von Bibliotheken, von Aufklärungskursen, Veranstaltung von Enqueten usw. — darin besteht ihre Haupttätigkeit. Doch sinken die russischen Gewerkschaften nicht zu zahmen, farblosen Hilfskassen herab — das kann in Rußland nicht der Fall sein, dafür sorgt die Polizei, deren Vorgehen die Gemüter immer wieder revolutioniert. Ob man will oder nicht, es muß „Politik getrieben“ werden. Wollen die Gewerkschaften oder die Klubs zum Beispiel gemeinsame Tätigkeit entfalten, so stehen ihnen gesetzliche Vorschriften im Wege. Wollen sie als Vertreter des Proletariats auf einen zahmen Kongreß (zum Beispiel zur Bekämpfung des Alkohols) gehen, so werden ihre Delegierten verhaftet usw. Eine „legale“, in den Grenzen des Gesetzes gehaltene Tätigkeit muß immer durch „halblegale“ und geheime Arbeit ergänzt werden. Daher sehen wir, daß die russischen Gewerkschaften von sozialistischem Geiste erfüllt sind, und wo immer sie im öffentlichen Leben auftreten, stehen sie auch auf dem Boden des Klassenbewußtseins und sind von proletarischen Idealen begeistert.

Daß dem russischen Proletariat der rebellische, kampfeslustige Sinn auch jetzt nicht fremd geworden ist, daß er durch die Henkerarbeit nicht vernichtet werden kann, beweisen die Zahlen der Arbeitseinstellungen während der Reaktion. Im Jahre 1908, das heißt in der schlimmsten Zeit, als die Stimmung der Arbeiter ganz besonders stark gedrückt war, wurden in Rußland 892 Arbeitseinstellungen mit 176101 Teilnehmern durchgeführt, also von fast einem Zehntel der Gesamtarbeiter Rußlands.[1] Die größten Streiks fanden in der Metall-, Textil- und Nahrungsindustriebranche statt. Die durchschnittliche Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage auf je eine Fabrik erreicht die Zahl von 969, auf je einen streikenden Arbeiter von 4,9.

Freilich sind es meistenteils keine Angriffs-, sondern Abwehrstreiks, mit deren Hilfe die Arbeiter die Errungenschaften der Jahre 1905 bis 1906 aufrechtzuerhalten versuchen. Doch charakteristisch für die Gesinnung der russischen Arbeiterklasse ist das folgende Ergebnis: es sind politische Gründe, die noch immer Anlaß zu Arbeitseinstellungen geben. Summieren wir die bei Streiks

---

[1] Im Jahre 1909, von Juni bis November, fanden 89 Streiks mit 20246 Teilnehmern statt, von denen aber nur 10 einen günstigen Ausgang für die Arbeiter hatten.

wiederholten Forderungen, so finden wir, daß den politischen Arbeitseinstellungen der erste Platz eingeräumt sein muß (Offizielle Statistik der Streiks für die Jahre 1906 bis 1908, S. 38):

Forderungen politischen Charakters	462
„ wegen Lohnverhältnissen	442
„ „ Arbeitsverhältnissen	187
„ „ Länge des Arbeitstags	141
übrige Forderungen	92

Noch deutlicher tritt diese Erscheinung hervor, wenn wir die gesamte Zahl der Streiks, die einen politisch-demokratischen Charakter tragen, mit den rein ökonomischen vergleichen.

So gab es im Jahre 1908 politische Demonstrationsstreiks 462 mit 92604, reinökonomische Streiks 428 mit 83407 Teilnehmern.

Ist das kein schlagender Beweis, daß der „politisch-rebellische" Geist noch über Rußland schwebt, daß das „rote Gespenst" wohl gefesselt, aber nicht tot am Boden liegt? Und das Auftreten der Arbeiter auf den vielfachen Kongressen — „Volksuniversitätskongreß", „Frauenkongreß", „Fabrikärzte", „Zur Bekämpfung der Prostitution", „Antialkoholkongreß" usw., welche die Stimmung der russischen Gesellschaft und die Beziehungen zwischen Klassen und Parteien so deutlich abspiegeln —, ist das nicht auch eine Bestätigung, daß der sozialdemokratische, revolutionäre Sinn tief in die Massen gedrungen ist und ihre Bestrebungen auf den richtigen Weg gelenkt hat? Die Taktik, die Reden, die Forderungen und Resolutionen der Vertreter der Arbeiterbildungsvereine und Gewerkschaften auf den Kongressen, waren immer in streng sozialdemokratischem Sinne gefaßt. Und wenn diese Kongresse einen „oppositionellen" und sogar „revolutionären" Charakter trugen, so war es meistenteils der Arbeiterdelegation zu verdanken.

Mit derselben Begeisterung, mit der die Sozialdemokratie während des großen revolutionären Aufschwunges den kühnen Kampf der Volksbefreiung geführt hatte, scheut sie sich jetzt nicht, die alltägliche „Kleinarbeit", die zum Ziele hat, die Massen aufzuklären, sie zum Sozialismus zu gewinnen, durch verschiedene Organisationsformen zum großen, proletarischen Kampfe zu schulen, zu übernehmen und unermüdlich und energisch die Bewegung vorwärts zu bringen.

Die Stimmung der Bauern mag noch so zahm sein, das Bürgertum mag aus Furcht vor dem „roten Gespenst" die Hände immer wieder flehend zum Zaren erheben — die weitere Entwicklung der Produktionskräfte wird einen Konflikt zwischen der bureaukratischen Macht und den Interessen der ganzen wirtschaftlich tätigen Elemente unvermeidlich mit sich bringen. In diesem kritischen Moment muß aber die Arbeiterklasse zum Kampfe gerüstet sein. Das kann jedoch nur dann geschehen, wenn die Arbeiterbewegung breitere proletarische Schichten umfaßt, wenn die Arbeitermasse durch alltägliche politische und gewerkschaftliche „Kleinarbeit" zum Klassenbewußtsein und Klassenkampf erzogen wird. Und nur dann kann die Sozialdemokratie ihr in Feuer und Flammen der russischen Revolution begonnenes politisches Werk siegreich zu Ende bringen.

Der Sieg des russischen Proletariats auf dem politischen Gebiet führt aber auch das internationale Proletariat einen Schritt näher zum Sozialismus.

Sozialdemokratie und Jugendbewegung.

Von **Heinrich Schulz.**

Vor einigen Wochen hat eine Konferenz der Jugendausschüsse stattgefunden. Es ist vorher nicht viel Wesens von ihr gemacht worden, weil es den Veranstaltern nicht um das äußere Drum und Dran einer Konferenz und auf das Aufsehen, das sie in der Öffentlichkeit hätte erregen können, ankam, sondern lediglich auf eine interne und intensive Verständigung der Beteiligten. Und nach der Konferenz ist trotz des Berichtes, der in der gesamten Parteipresse veröffentlicht worden ist, keine öffentliche Diskussion entstanden. Das läßt darauf schließen, daß der Zweck der Konferenz erreicht worden ist, und daß für eine öffentliche Erörterung kein Bedürfnis vorhanden war.

Wenn ich trotzdem an dieser Stelle auf die Konferenz zurückkomme, so leitet mich hierbei der Wunsch, daß die „Neue Zeit“, die von Anfang an eine wohlwollende und eifrige Förderin der proletarischen Jugendbewegung gewesen ist, an dieser wichtigen Etappe nicht stumm vorübergehen möge.

Die Konferenz der Jugendausschüsse war von 125 Delegierten aus allen Gegenden Deutschlands, von Königsberg bis Pforzheim, von Bant bis Breslau, besucht, und zwar waren nicht nur die älteren Mitglieder der Jugendausschüsse delegiert worden, sondern auch die jüngeren Elemente waren zahlreich vertreten. Was der Diskussion über die bisherige Tätigkeit der Zentralstelle ihren Stempel aufdrückte, war der jugendlich belebte Eifer, mit dem eine Anzahl der jüngeren Delegierten eine noch regere Tätigkeit der Zentralstelle wünschten. Es wäre um den proletarischen Nachwuchs traurig bestellt, wenn sich solcher Eifer nicht gezeigt hätte. Die Zentralstelle wird sich diesem Drängen gewiß nicht widersetzen, soweit ihr ein rascheres Tempo überhaupt möglich ist; auf jeden Parteigenossen konnte es nur erfrischend und herzerfreuend wirken, zu beobachten, wie die jungen Arbeiter selbst mit Ernst und mit ungeduldigem Ungestüm an den Ketten rütteln, in denen sie vom Unverstand und von der bösen Absicht des Klassenstaats gehalten werden. Andererseits wurde schon auf der Konferenz mit Fug und Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Zentralstelle keinen Nürnberger Trichter zur Verfügung habe, und daß sie auch keine allgewaltige bureaukratische Zentralbehörde sein könne oder wolle. Das eigentliche Leben in der proletarischen Jugendbewegung kann nur durch die lebhafte Anteilnahme der Jugendlichen selbst und durch die Tätigkeit der lokalen Jugendausschüsse erzeugt werden. Die Form, in der die Jugendbewegung der einzelnen Orte und der größeren Bezirke und Landesteile sich betätigt und entwickelt, ist nicht die Hauptsache. Durch die Beschlüsse der Parteitage und des Gewerkschaftskongresses ist allen Formen Bewegungsfreiheit gelassen worden mit der einzigen Einschränkung, daß überall Jugendausschüsse einzusetzen sind, die den Mittelpunkt und die nächste verantwortliche Instanz für die örtliche Jugendbewegung zu bilden haben. Nun möge man darüber hinaus diejenige Form der Betätigung wählen, die den besonderen Verhältnissen am besten entspricht, und diese Form möge man mit dem rechten Inhalt, mit einer frischen, fröhlichen Jugendbewegung erfüllen! Die Zentralstelle wird es nach wie vor nicht an Unterstützung fehlen lassen; die „Arbeiter-Jugend“ aber, das Organ der proletarischen Jugendbewegung, die sich jetzt bereits je länger je besser zum geistigen Mittelpunkt der ganzen Bewegung entwickelt hat, wird zugleich

um alle einzelnen Zweige und Organisationsformen ein festes geistiges Band schlingen.

Die Konferenz hat aber nicht nur einen kritischen Blick auf die eigene Arbeit geworfen, sie hat auch der gegnerischen Jugend die nötige Beachtung geschenkt. Genosse Korn, der Redakteur der „Arbeiter-Jugend", hatte ein reiches Material über die Organisationsformen und über die Ziele der bürgerlichen Jugendbewegung zusammengetragen. Auf der Konferenz konnte er nicht alle Einzelheiten behandeln, aber er wird den Gegenstand demnächst in einer besonderen Schrift eingehender darlegen. Das ist mit Freuden zu begrüßen, denn vielen Arbeitern ist noch gar nicht klar, welche Bedeutung, welchen Umfang, welche Gliederung und welche Betätigungsformen die bürgerliche Jugendagitation hat. Wenn wir aber Wert darauf legen, unsere eigene heranwachsende Jugend vor der bürgerlichen „Verführung" zu schützen, und wenn wir außerdem zugeben, daß man unter Umständen auch vom Gegner lernen kann, so ist es notwendig, daß wir den Gegner und seine Methoden gründlich kennen.

Die *bürgerliche Jugendbewegung* gibt sich besonders in ihrer neuesten Form, in der staatlich geförderten, interkonfessionellen, die sich auf der Fortbildungsschule aufbaut, äußerlich harmlos und wohlwollend; in Wirklichkeit aber ist diese Form die gefährlichste, weil sie ihre letzten Ziele verschleiert. Diese letzten Ziele laufen lediglich auf eine Bekämpfung der Sozialdemokratie hinaus. Selbst die Verhandlungen der letzten deutschen Lehrerversammlung in Straßburg über Jugendfürsorge standen teilweise, bewußt oder unbewußt, im Dienste dieser Bestrebungen. Die eigentliche Seele der „*Fürsorge für die schulentlassene männliche Jugend, namentlich im Anschluß an die Fortbildungsschule*"[1] ist die Zentralstelle für Volkswohlfahrt; unter ihrer Flagge „arbeiten" Pfarrer, Lehrer, Regierungsräte, Stadträte, Generäle, Fortbildungsschuldirektoren, Universitätsprofessoren, ja sogar ein leibhaftiger abgehalfterter Minister, der „lange" Möller, an dem „Wohle" der jugendlichen Arbeiter. Einer der maßgebenden Herren dieses Kreises, der Unitätsdirektor Bauer aus Herrnhut, will die Notwendigkeit der Arbeit an den Jugendlichen „nicht eigentlich aus dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie" ableiten, er will auch „deren Besiegung nicht als bestimmenden Zweck" setzen, aber er erhofft „*gleichwohl ihre innere Überwindung als Erfolg*". Das zeugt zwar von einer gründlichen Verkennung der inneren Beziehungen zwischen Arbeiterjugend und Sozialdemokratie, es ist zudem ganz vorsichtig und milde in der Form ausgedrückt; aber den eigentlichen Zweck der bürgerlichen Jugendbewegung läßt es deutlich genug erkennen. Noch vorsichtiger, beinahe entgegenkommend ist ein anderer Agitator der interkonfessionellen Jugendbewegung, Dr. Franz Recke. Er ist nicht so naiv, die sozialdemokratische Jugendbewegung von vornherein als ein Erzeugnis der Verhetzung hinzustellen, er hat eine Ahnung ihrer tiefer liegenden sozialen Ursachen. Und da möchte er der Bewegung ihre eigentliche Kraft, ihr Rückgrat nehmen, indem er — ihr ein Plätzchen unter dem großen Hute der interkonfessionellen Jugendbewegung einräumen will! Freilich muß sich die Arbeiterjugend vorher erst gründlich bessern. Wie sich Herr Recke das denkt, geht aus der folgenden

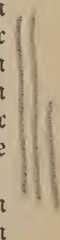
---

[1] Heft 3 der neuen Folge der Schriften der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen. Berlin 1909, Karl Heymanns Verlag.

Stelle seines Referats auf der dritten Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt hervor: „Energisch bekämpfen müssen wir die Hereinzerrung der Jugend in die gewerkschaftlichen und politischen Kämpfe, die trotz Vereinsgesetz doch geschieht; die Arbeiterjugend wird schon früh genug einseitig und verbittert. Bedauern müssen wir ihre Überfütterung mit Phrasen, die einseitige Betonung der materialistischen Geschichtsauffassung, die damit zusammenhängende kritiklose Herunterreißung der Vorgänge und Persönlichkeiten der vaterländischen Geschichte und schließlich die von einzelnen Radikalen offiziell verkündete Prostituierung jeden Bildungsbetriebs. ... Wünschen möchten wir schließlich, daß sich die Arbeit der Jugendorganisationen beziehungsweise Bildungsausschüsse auf das neutrale Gebiet von Fortbildungskursen, von Museumsbesuchen usw., ferner auf die Pflege von Turnen, Spiel und Sport richten beziehungsweise beschränken möge — ohne die im Arbeiterturnerbund doch mal vorhandene politische Unterströmung; schließlich daß auch in der Praxis die antialkoholische Propaganda getrieben werde, was durchaus nicht immer der Fall ist. Wenn nach Berücksichtigung aller dieser Ausstellungen und Forderungen noch etwas Besonderes übrig bleibt von der spezifisch sozialdemokratischen Jugendbewegung, nun, dann könnte man sich vom allgemeinen Standpunkt der Jugendarbeit vielleicht darüber freuen, daß hier für Zehntausende von jungen Menschen, die sonst eventuell in Bummelei, Roheit, Gemeinheit versinken würden, überhaupt eine sammelnde und anregende Tätigkeit entfaltet wird, dann könnte man vielleicht mit ihr zusammenarbeiten. Aber das liegt wohl noch im weiten Felde, wenn nicht in Utopia."

So malt sich in diesem Kopfe die Welt! Solche geradezu kindliche Verständnislosigkeit für Wesen und Wollen der modernen Arbeiterbewegung und ihrer ringenden und strebenden Jugend verrät ein Mann, ein Sozialpolitiker, der zweifellos einer der besten Kenner der bürgerlichen Jugendbewegung ist! Es wäre grausam von uns, wenn wir die elegische Prophezeiung des Herrn Recke enttäuschen wollten; möge er seine utopistischen Zukunftsträume fortspinnen, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gehen lächelnd über den kuriosen Vorschlag zur Tagesordnung über, sich des besten Teiles ihres Kämpfens und Hoffens zu entäußern und dafür der Aufnahme in das Sammelsurium bürgerlicher Jugendarbeit gewürdigt zu werden.

Neben den interkonfessionellen bürgerlichen Jugendbestrebungen verliert die konfessionelle Jugendbewegung, die katholische wie die evangelische, langsam an Bedeutung. Die konfessionellen Jünglings- und Jungfrauenvereine sind im übrigen der proletarischen Jugendbewegung nicht sonderlich gefährlich. Gegenüber der religiösen Indifferenz der großen Masse der Arbeiter haben sie von vornherein einen schweren Stand. Dazu kommt, daß die Volksschüler während der Schulzeit die „Religion" mit ihrem aufreizenden Übergewicht im Lehrplan so in ihr Herz geschlossen haben, daß selbst in religiös gesinnten Schichten, auch in bürgerlichen, die Konfirmation nur als Schlußpunkt unter einem Lebensabschnitt betrachtet wird, von dem man sich durch einige Jahre kirchlich-religiöser Totalabstinenz erholen zu müssen glaubt.



Die Bildungsarbeit bildet den wichtigsten Zweig der proletarischen Jugendbewegung. Aber es kommt darauf an, welcher Art die Bildung sein soll, die den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen gereicht wird. Der Verfasser dieses Artikels, der auf der Konferenz die Bildungsbestrebungen in

der Jugendbewegung zu behandeln hatte, ging davon aus, daß das Proletariat in den Jugendlichen nicht Unmündige sehen dürfe, die dem Wesen und Streben der Arbeiterklasse fremd gegenüberstehen. Die Jugendlichen sind die demnächstigen Kollegen und Mitkämpfer im gewerkschaftlichen und politischen Kampfe. Deshalb darf auch für die Jugendlichen keine andere Bildung in Betracht kommen als für die Erwachsenen. Wohl wird der Stoff und besonders die Methode hier und da anders sein, Ziel und Wesen der Bildung aber ist bei erwachsenen und jugendlichen Arbeitern gleich. Mit den bürgerlichen Bildungsidealen, die auf Herrschaft und Ausbeutung hinauslaufen, vermag die Arbeiterklasse nichts anzufangen; das Bildungsziel des Sozialismus kommt für die unmittelbare praktische Betätigung in der Gegenwart noch nicht in Betracht; wenn wir deshalb heute von Arbeiterbildung reden, für die wir unmittelbar tätig sein wollen, so meinen wir die Bildung, der das Proletariat heute in seinen gegenwärtigen Kämpfen und Nöten bedarf, die den einzelnen Arbeiter und damit auch die ganze Klasse zur möglichst erfolgreichen und energischen Führung des Klassenkampfes befähigt. Ob die bürgerlichen Herren in einer solchen Auffassung eine „Prostituierung des Bildungsbetriebs" sehen, läßt uns vollkommen kalt. Wir wissen, daß die Bildung von jeher als Mittel zum Zwecke, als Waffe im Kampfe ums Dasein, als Hebel für den sozialen Fortschritt benutzt worden ist. Was anderen Klassen bisher recht war, ist für die Arbeiterklasse um so mehr billig, als die Arbeiterklasse ihre besondere Arbeiterbildung dazu benutzen will, für die Zukunft endlich einmal mit dem unerhörten Mißbrauch der Bildung zu Zwecken der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft ein Ende zu machen.

Die proletarische Jugendbewegung hatte von Anbeginn an einen starken wirtschaftlichen Zug. Besonders der norddeutsche Zweig der Bewegung mit seiner Berliner Leitung nahm mit Recht viele Rücksichten auf die Stellung der Jugendlichen im Produktionsprozeß als Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter. Besonders schlimme Lehrlingsausbeuter wurden an den Pranger gestellt, die Gewerkschaften wurden ersucht, sich bedrängter Lehrlinge anzunehmen, die Gesetzgebung wurde zu Maßnahmen im Interesse der jugendlichen Arbeiter aufgefordert, die Stellung der jugendlichen zu den erwachsenen Arbeitern wurde gestärkt. Letzteres war — und ist! — selbst bei organisierten Arbeitern oft genug bitter notwendig.

Es ist ganz selbstverständlich, daß auch die neue Organisation der proletarischen Jugendbewegung durch Partei und Gewerkschaft die sozialpolitische Seite gebührend pflegen muß. Die Konferenz hörte das Referat eines guten Kenners der sozialpolitischen Materie über den Jugendschutz, Genosse Robert Schmidt trug in übersichtlicher Weise vor, was bisher schon von der Gesetzgebung für den Schutz der Jugendlichen geschieht. Es ist wenig genug, besonders sind es die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Kinderschutzgesetzes. Diese mageren Bestimmungen werden von den profitlüsternen Unternehmern noch nach allen Regeln der Kunst umgangen. Da ist es Pflicht der gewerkschaftlichen Organisationen, sich der Jugendlichen anzunehmen.

Um den jugendlichen und allen übrigen Arbeitern, die sich des wirtschaftlichen Schutzes der Jugendlichen annehmen wollen, eine schnelle Orientierung über die gesetzlichen Bestimmungen zu ermöglichen, soll das Referat des Genossen Schmidt als Broschüre veröffentlicht werden.

Für den Arbeiter der kapitalistischen Produktion gibt es ein „Heim“ im alten Sinne, so wie es sich bürgerliche Ideologie und Sentimentalität ausmalt, nicht mehr. Wie soll sich ein „Heim“ gestalten, wenn der Vater tagsüber in der einen, die Mutter in der anderen und die Kinder schließlich in einer dritten Fabrik arbeiten? Vor der rauhen kapitalistischen Wirklichkeit zerstiebt die rührselige Phrase von der bescheidenen, aber friedlichen Häuslichkeit des einfachen, aber zufriedenen Arbeiters wie ein Häuflein Asche vor einem Windstoß. Erst die gewaltige Kulturarbeit, die von den Organisationen des Proletariats auch für die Lebenshaltung des einzelnen geleistet wird, hat auch in die engen und öden Räume des Arbeiters einen Strahl aus dem Sonnenmeer der Schönheit geleitet; aber alle Arbeit auf diesem Gebiet kann in der Zeit der kapitalistischen Ausbeutung immer nur bescheidenes Stückwerk bleiben, das im günstigsten Falle die Sehnsucht nach dem Schönen, nach allem, was dem Arbeiter heute vorenthalten wird, wachhält und anfeuert. Wirkliche Heime können sich die Arbeiter heute nur durch gemeinsame Tätigkeit in größeren Gemeinschaften schaffen. Es ist erfreulich, daß bei der Erbauung und Einrichtung von Gewerkschafts- und Volkshäusern, von Bibliotheken, Lesesälen, gewerkschaftlichen und anderen Bureaus und Aufenthaltsräumen die Ästhetik in wachsendem Maße zu Hilfe gerufen wird. Kann der Arbeiter in seinen eigenen vier Wänden — oft genug sind die „vier Wände“ wörtlich zu nehmen — mit ihrer Enge, ihrer Überfüllung, ihren verschiedenen Zwecken als Wohn-, Koch- und Schlafraum, ihrer äußerlichen Verlotterung, für die die Profitgier des Hauswirtes in ausreichendem Maße sorgt, wenig oder nichts tun, um sich ein behagliches „Heim“ zu schaffen und seinen eigenen künstlerischen Sinn und den seiner Kinder zu pflegen, so geben ihm die selbstgeschaffenen Sammelplätze der gewerkschaftlichen, politischen und bildenden Betätigung dafür einen Ersatz.

Aus diesen Tatsachen erwächst der proletarischen Jugendbewegung ein wichtiges Problem. Wollen wir die Jugendlichen zur äußeren und inneren Sammlung, zur Weckung ihres Klassengefühls und zur Bildung ihres Charakters und Geistes zusammenberufen, so brauchen wir dazu Räume. Sollen wir sie aber in die rauchgeschwängerten, alkoholduftenden Nebenräume der Gasthäuser ziehen? In Lokalitäten, die vielen anderen Zwecken dienen und die deshalb auf die Besonderheiten der Jugendlichen und ihrer Bestrebungen nur wenig Rücksicht nehmen können? Leider wird das in den Anfängen der Bewegung noch oft genug als Notbehelf notwendig sein. Aber das Ziel muß doch die S c h a f f u n g v o n J u g e n d h e i m e n sein. Es müssen behagliche Räume eingerichtet werden, in denen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen zwanglos zusammenkommen können, wenn die Fron der täglichen Arbeit ein Ende hat, die engen Räume des Elternhauses oder des Lehrherrn aber keinen Anreiz zu behaglichem Verweilen bieten. Und mehr noch als bei den sonstigen Lokalitäten der Arbeiterschaft ist bei den Jugendheimen auf freundliche und ästhetisch wirkende Ausstattung Wert zu legen. Die Errichter der beiden ersten Jugendheime in Berlin, der Rixdorfer und der Berliner Jugendausschuß, haben recht getan, als sie für die Innenausstattung den Rat und die Hilfe tüchtiger Künstler in Anspruch nahmen. Beide Heime laden schon rein äußerlich zur Wiederkehr ein, und ihre künstlerisch erziehende Wirkung auf die zahlreichen jugendlichen Besucher wird sicherlich nicht ausbleiben.

Die Beschaffung und Einrichtung von Jugendheimen kostet Geld. Nun lassen sich bescheidene und kleine Räume zwar schon für ein Geringes schaffen;

aber die kleinen Heime kommen auch fast nur für die kleinen Orte in Betracht, in denen kleine Organisationen mit geringen finanziellen Mitteln bestehen, so daß die Schwierigkeiten in kleinen und großen Orten relativ die gleichen sind. Die Konferenz hat in einem besonderen Beschluß einen Appell an die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gerichtet, wonach sie mehr als bisher für die Errichtung von Jugendheimen tätig sein sollen. Das Geld, das für solche Zwecke angelegt wird, trägt später reichen Gewinn.

Der letzte Punkt, der die Konferenz beschäftigte, betraf die Bedeutung von Sport und Spiel für die proletarische Jugendbewegung. Es wäre eine gefährliche Unterlassungssünde, wenn wir den wichtigen Faktor der körperlichen und gesellschaftlichen Erfrischung außer acht lassen wollten. Erfreulicherweise hat sich ganz allgemein die Anschauung über Sport, Spiel, Turnen, Wandern und andere Mittel der körperlichen Kräftigung im Laufe der letzten zehn bis fünfzehn Jahre geändert. Man hat erkannt, daß man es dem eigenen Körper und der Gesamtheit schuldig ist, die belebenden Wirkungen der freien Natur nach besten Kräften für sich auszunutzen. Freilich ist die Arbeiterschaft auch hierbei wie in allen anderen Dingen des Lebens gegen die begüterte Gesellschaft stark benachteiligt. Aber wir wollen doch nicht verkennen, daß die Arbeiter auch heute schon an Sonn- und Feiertagen mehr als bisher für ihre Erholung und Kräftigung tun könnten: durch Wanderungen (bei denen die Wirtshäuser in weitem Bogen zu umgehen sind), durch ungebundenes Spiel in Wald und Feld, durch Baden in Luft und Wasser und durch die vielen sonstigen Mittel, die der Aufenthalt in der freien Natur kostenlos bietet. Leider steht vielen erwachsenen Arbeitern die Gewohnheit im Wege. Für sie besteht ein Ausflug darin, daß sie mit der Eisenbahn oder mit der Elektrischen möglichst nahe an ein Gartenlokal fahren und dort bei Bier und Zigarren am Tisch hocken und wohl gar Karten spielen.

Da ist es notwendig, bei den jugendlichen Arbeitern solche Gewohnheiten nicht erst einreißen zu lassen. Sie müssen angehalten werden, die freien Stunden, die ihnen ihre sonstigen Pflichten lassen, nach Möglichkeit im Freien und mit gesunden Leibesübungen auszufüllen. Glücklicherweise lockt die Freude, die das ungezwungene Spiel, die muntere Bewegung der Gliedmaßen, die sangesfrohe Kameradschaft, die Erprobung körperlicher Ausdauer und Geschicklichkeit mit sich bringen, ohne viel Aufforderung zur ständigen Wiederholung. Sind die Ausflüge der Jugendlichen doch schon zur festen Einrichtung geworden, und mancher Erwachsene ist durch das belebende Beispiel der jungen Garde aus Bequemlichkeit und Lässigkeit aufgerüttelt worden; er marschiert in gleichem Schritt und Tritt mit und fühlt sich wieder jung mit den Jungen.

Es wurde als selbstverständlich betrachtet, daß die Jugendausschüsse soweit wie möglich kameradschaftlich Hand in Hand mit den Arbeiterturnvereinen arbeiten; aber es wurde auch darauf aufmerksam gemacht, daß die Teilnahme an einem Turnverein den einzelnen leicht mit einseitigem Eifer für die Turnerei erfüllen könne. Das Turnen darf immer nur als ein Teil der gesamten Jugendbewegung betrachtet werden, dem sich derjenige widmen kann, dem seine sonstigen Pflichten gegen die Allgemeinheit dazu noch die nötige Zeit lassen, oder den besondere Neigung zum Turnen treibt.

Die erste Konferenz deutscher Jugendausschüsse endete mit einem harmonischen Schlußakkord. Der Vorsitzende der Zentralstelle, Genosse Ebert, fand freundliche und wohlwollende Worte, durch die er bewies, daß er für

den jugendlichen Übereifer, der sich am ersten Tage besonders in der Kritik der Zentralstelle geäußert hatte, volles Verständnis besitzt. In der proletarischen Jugendbewegung vereint sich das Feuer und die vorwärtstreibende Tatkraft der Jugend mit der Ruhe und der Erfahrung der älteren Generation. Und alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Vereinigung einen guten Klang gibt, und daß die Jugendbewegung in Zukunft noch rascher vorwärts eilen wird als bisher.

Verpflegungsstationen und Wanderarbeitsstätten.

Von **H. Backhaus** (Frankfurt a. M.).

In Nr. 6 der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt" werden die Verpflegungsstationen und Wanderarbeitsstätten als außerordentlich segensreich für alle Beteiligten gerühmt. Dieser einseitigen Lobhudelei gegenüber erscheint es notwendig, daß auch wir uns einmal eingehend mit der Frage der Arbeitslosenfürsorge beschäftigen, um so mehr als unsere Genossen in den Gemeindevertretungen vielfach gezwungen sind, sich für oder gegen sie zu entscheiden.

Die Verpflegungsstationen und Wanderarbeitsstätten sind keineswegs aus Fürsorge für die wandernden Arbeiter entstanden, sondern sie sollen die eingesessene Bevölkerung vor Belästigungen durch Bettler schützen. Dieser Zweck wird in sämtlichen Artikeln des „Arbeitsmarkt" mehr oder weniger offen ausgesprochen. Für den Wandernden aber sei es unter allen Umständen der größte Segen, um jeden Preis wieder in einer Arbeitsstelle untergebracht zu werden.

Schon diese Voraussetzung ist eine falsche. Denn abgesehen davon, daß es Unternehmer gibt, die ihre Arbeiter so schlecht entlohnen, daß diese nicht imstande sind, ihre bescheidensten Bedürfnisse zu befriedigen, wird auch der bildende Wert des Wanderns völlig verkannt. Im Mittelalter bis ins achtzehnte Jahrhundert hinein bestand die Pflicht für den Handwerksgesellen, auf die Wanderschaft zu gehen; letztere gehörte mit zur beruflichen Ausbildung. Auf der Reise lernte der junge Handwerker Welt und Menschen kennen und vervollkommnete seine beruflichen Kenntnisse durch Arbeiten an verschiedenen Orten. Trotz der sittlichen und moralischen Gefahren ist dieser Wert des Wanderns auch heute noch nicht zu unterschätzen. Aber das Wandern wird jetzt, wo der Wanderzwang nicht mehr besteht, größtenteils allein durch die wirtschaftlichen Verhältnisse verursacht. Wohl gehen auch noch viele junge Leute auf die Reise, nur um sich anderswo umzuschauen; doch immer mehr schwindet die Lust dazu; die billigeren Verkehrsmittel ermöglichen ja leichter wie früher, von Ort zu Ort zu *fahren*. Die Poesie des Landstraßenlebens verschwindet immer mehr; die Zahl derjenigen, die aus Vergnügen auf die Walze gehen, wird geringer. *Meistens zwingt erst die Arbeitslosigkeit den Arbeiter zum Wandern.* Sind die Arbeitsaussichten an einem Orte schlecht, dann versucht er an einem anderen sein Glück, und es ist ehrenhafter, von Ort zu Ort, wenn es sein muß, auch mal bettelnd, zu ziehen, als am Orte zu bleiben und Eltern oder sonstigen Verwandten zur Last zu fallen.

Gewiß sind Einrichtungen, die dem Wandernden es ermöglichen, sich ohne Betteln ehrlich durchzuschlagen, zu begrüßen. Sollen sie aber wirklich für ihn von Segen sein, dann müssen sie von allem lästigen Zwange befreit sein und

dürfen nichts Drückendes an sich haben. Die Arbeitslosigkeit kann selbstverständlich nicht durch Wanderarbeitsstätten aus der Welt geschafft werden. Ihre Schäden sind in der heutigen Gesellschaft nur zu mildern durch allgemeine Hebung der Arbeiterklasse — wie höhere Löhne, welche Ersparnisse ermöglichen, Ausbau der Arbeitslosenversicherung und bessere Bildungsmöglichkeiten. Ist in dieser Beziehung eine Besserung gegen früher eingetreten, dann ist sie vor allem auf das Konto der immer stärker werdenden Gewerkschaften zu setzen, die dem wandernden Arbeiter durch Reiseunterstützung bessere Dienste leisten als die Wanderarbeitsstätten. Wanderer, die von ihrer Gewerkschaft eine regelmäßige Reiseunterstützung beziehen, werden sich selten dem Zwange der Wanderarbeitsstätten unterwerfen; für sie ist aber ebenfalls die Notwendigkeit vorhanden, andere Hilfe zeitweilig in Anspruch nehmen zu müssen, ohne dauernd auf sie angewiesen zu sein. Sie können sich auch nicht der Zwangsroute unterwerfen, die von den Wanderarbeitsstätten verschiedentlich vorgeschrieben ist, weil die Gewerkschaften ebenfalls darüber Vorschriften haben, die eingehalten werden müssen, wenn letztere auch nicht von so engherzigem Geiste diktiert sind wie die Zwangsrouten der Wanderarbeitsstätten. Engherzig ist es aber, wenn Pastor Bodelschwingh, einer der eifrigsten Befürworter der Wanderarbeitsstätten, forderte: „Umschau und zweckloses Umherschweifen ist verboten; das Wandern geschieht nur auf bestimmten, vorgeschriebenen Routen mit dem Ziele der Feststellung, ob Arbeit in geregelter Weise zu haben ist.“ Solange nicht alle Arbeitsstellen durch die Arbeitsnachweise besetzt werden, was in absehbarer Zeit ausgeschlossen und auch nur dann zu erreichen ist, wenn die am Orte befindlichen Arbeitslosen ebenfalls nicht umschauen, wird dem wandernden Arbeiter das Arbeitsuchen durch das Umschauverbot erschwert. Und was kann alles unter „zwecklosem Umherschweifen“ verstanden werden? Soll ein Arbeiter, der durch eine schöne Gegend wandert, sich nicht auch freuen dürfen an der Natur; soll er auf Freuden, die ihm Naturschönheiten oder Sehenswürdigkeiten, die vielleicht durch kleine Umwege leicht zu erreichen sind, zu bieten vermögen, verzichten nur deshalb, damit er ja zur vorgeschriebenen Zeit in der nächsten Wanderarbeitsstätte eintrifft? Auch unter den reisenden Handwerksburschen gibt es viele, die aus Freude an der Natur zum Wanderstab griffen, die von ihrer Heimat fortzogen, um die Welt zu sehen, und die nur dieses Mittel haben, um ihre Sehnsucht zu befriedigen. Für den jungen Arbeiter ist die Reisezeit eine Zeit der Lehre für das fernere Leben. Gewiß ist es für einen jungen Arbeiter nicht unbedingt notwendig, auf die Reise zu gehen. Wer von den Arbeitern aber selbst gereist ist, wer den erzieherischen Wert des Reisens selbst empfunden hat, wer weiß, daß diejenigen Arbeiter, die gereist sind, im allgemeinen auch die fortgeschrittensten und weitsichtigsten sind: der empfiehlt jedem jungen Arbeitskollegen, es ihm nachzutun und ebenfalls seine jungen Jahre zu benutzen, um die Welt und Menschen kennen zu lernen.

Wer mit der Absicht, seine Kenntnisse und sein Wissen zu bereichern, auf die Wanderschaft geht, ist nicht mit dem „Stromer“ auf eine Stufe zu stellen. Zwar ist es auch bei diesen nicht immer Hang zur Faulheit, die sie immer wieder auf die Landstraße treibt; jeder einzelne von ihnen hat seine besondere Geschichte und die wirtschaftlichen Verhältnisse sind meistens an ihrem Elend schuld. Manche sind auch unrettbar für regelmäßige Arbeit verdorben; viele werden auch wegen ihres Alters von keinem Unternehmer mehr eingestellt.

Solange es ihnen möglich ist, sich durch Betteln durchs Leben zu schlagen, wird dieser Teil der Wanderburschen die Arbeitsstätten meiden. Diejenigen aber, die von ihnen Gebrauch machen, sind darum noch lange nicht die besten Elemente unter den Wandernden. Wer über kleine Ersparnisse verfügt oder von seiner Gewerkschaft Unterstützung bezieht, wird vorziehen, frei seines Weges zu gehen. Was können ihm auch diese Arbeitsstätten bieten? Sehen wir uns nur die Bestimmungen der von Herrn Oberbürgermeister Quentin im „Arbeitsmarkt" so sehr gelobten Wanderarbeitsstätte in Herford, die mit anderen westfälischen Stationen in Verbindung steht, etwas genauer an. Für den Wanderschein muß der Wanderer schon 50 Pfennig opfern oder 4 Stunden, nach den neueren Bestimmungen sogar 1½ Tage arbeiten, das heißt 8 + 4 = 12 Stunden für 50 Pfennig und die Kost — ein Lohn, der noch niedriger als der von den Agrariern bezahlte ist. Dann hat er auf seine Freiheit vollständig zu verzichten, und da soll er diejenigen, die ihm diese nehmen, noch als seine Wohltäter betrachten? Jede Arbeit, die ihm zugewiesen wird, hat er anzunehmen; sein freies Selbstbestimmungsrecht wird also völlig illusorisch gemacht. Lehnt er eine Arbeit ab, vielleicht deshalb, weil der Arbeitgeber nicht den üblichen Lohn zahlen will, dann wird ihm der Wanderschein abgenommen. Das Verlassen der Herberge ist streng verboten. Morgens hat der Wanderer 4 Stunden lang für die magere Kost zu arbeiten, muß dann weitere 4 Stunden, in denen er vielleicht mal etwas freier aufatmen könnte, wie ein Sklave den Weg zur nächsten Station zurücklegen, darf sich die Stadt oder am Wege liegende Sehenswürdigkeiten nicht ansehen, sondern muß sich flugs wieder in der Verpflegungsstätte melden, die er wie ein Gefängnis nicht verlassen darf. Eventuell wird ihm auch noch vorgeschrieben, wohin er gehen soll. Und dies alles deshalb, weil ihm dafür als Äquivalent magere Kost und Quartier geboten wird. Wenn sich trotz dieser für den Arbeiter ungünstigen Bestimmungen der Besuch dieser Station nach den Angaben des genannten Herrn gegen 1904/05 um mehr als das Doppelte gehoben hat, so ist dies eben allein, wie in der tabellarischen Zusammenstellung bemerkt ist, auf die schlechte wirtschaftliche Konjunktur zurückzuführen. Waren nun diese Bestimmungen schon nicht günstig, so sind die erst vor kurzem eingeführten neuen Bestimmungen für diese Wanderarbeitsstätten derart, daß von einer im Interesse der Wandernden geschaffenen Einrichtung erst recht nicht mehr die Rede sein kann. Die Festsetzung einer 12stündigen Arbeitszeit (8 + 4 Stunden) stempelt die Wanderarbeitsstätten zu Ausbeutungsinstituten schlimmster Art. Man denke: 12 Stunden Arbeit nur für die Gewährung von Kost und Quartier!

Nun könnte man entgegnen, daß die Art der Arbeit und die häufig vorhandene Ungeübtheit der Wandernden keine große Ausnutzung zulassen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß unter den alten Verhältnissen keine besonders hohen Aufwendungen für die Stationen gemacht wurden. Jedenfalls aber sind die gewährten Zuschüsse nicht derartig hoch, daß die Ausdehnung der Arbeit um das Dreifache zu rechtfertigen wäre. Auch wird dadurch den eingesessenen Arbeitern Lohn und Brot genommen, mindestens aber die Bewertung ihrer Arbeit herabgedrückt.

Sämtliche Artikel im „Arbeitsmarkt" gehen von der Ansicht aus, daß das Wandern der Arbeiter eine unerfreuliche Erscheinung sei und seine Ausrottung der größte Segen wäre. Man will das Betteln unmöglich machen: das ist

der Kern der hochgepriesenen Wanderfürsorge. Man will nicht belästigt werden und deshalb so tun, als wenn man etwas täte.

Das Bestreben, die wandernden Arbeiter wieder in Arbeit zu bringen, darf auch nicht so weit gehen, wie es in Elsaß-Lothringen angestrebt wurde, worüber Herr J. Weydmann (Straßburg) in einem Artikel berichtet. Es heißt da:

„Das ganze Land wird mit einer Anzahl nicht zu weit voneinander entfernt liegenden Naturalverpflegungsstationen überzogen. Der hilfesuchende Wanderer wird, mit dem Allernotwendigsten versehen, von der Ortsarmenbehörde, bei der er vorstellig geworden, auf dem kürzesten Wege — möglicherweise mit der Eisenbahn — nach der nächstgelegenen Station verbracht. ... Auf der Station bekommt der Wanderer Wohnung und Obdach gegen eine bestimmte, seinen Kräften angemessene ernste Arbeitsleistung. Den Arbeitsfähigen wird von hier aus durch möglichst raschen Nachweis von Arbeit zu helfen gesucht, sie werden auf alle Fälle nur kurze Zeit auf der Station beschäftigt und verpflegt. Bei dem gut durchgeführten und unter der Führung des Straßburger Arbeitsamtes ausgezeichnet funktionierenden Zusammenarbeiten der reichsländischen Arbeitsnachweise dürfte in normalen Zeiten eine rasche Unterbringung nicht schwer fallen, besonders wenn ein starker Bruchteil der Arbeitslosen der Landwirtschaft, der es — im Sommer wenigstens — doch immer an Arbeitskräften mangelt, zugeführt werden kann. Die Naturalverpflegungsstationen sind also zunächst Auffaugestellen zur Säuberung der Landstraßen. Gelingt es nicht, den eingelieferten Arbeitslosen innerhalb 3 bis 4 Tagen in Stellung zu bringen, so wird er nach der nächstgelegenen größeren Sammelstelle, der eigentlichen Wanderarbeitsstätte, gebracht.... Die normalen Fälle werden da bald bis auf einen kleinen Rest ‚erledigt' sein. Es bleiben schließlich nur noch die schwierigen Elemente übrig, die körperlich oder geistig Minderwertigen. ... Hier wird man auch bald die Arbeitswilligen von den Arbeitsscheuen unterschieden haben und die Arbeitsfähigen dann anders behandeln als die Kranken, Alten, Ganz- und Halbinvaliden. Die letzteren sind als Unterstützungsbedürftige im engeren Sinne des Wortes den Armenbehörden zu überweisen. Wer von den auch jetzt noch übrig bleibenden nicht in Stellung gebracht werden kann — meist wird es sich bloß noch um minderwertige Arbeiter handeln —, wird der Landesarbeiterkolonie überwiesen."

Dieser schöne Plan ist nicht zur Durchführung gekommen, und dadurch ist — die Lösung der sozialen Frage verhindert worden! Wie schön wäre doch auf diese Weise die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen; die Landwirte, die immer über Leutenot zu klagen haben, würden mit genügend Arbeitskräften versorgt und das „arbeitsscheue Gesindel" oder kranke, beziehungsweise invalide Arbeiter von der Landstraße fortgebracht! Ob die Arbeiter für die ihnen zugewiesene Arbeit tauglich oder überhaupt gewillt sind, außer ihrem erlernten Beruf zu arbeiten, scheint bei der ganzen Frage keine Rolle gespielt zu haben. Der Arbeiter ist nichts als der Repräsentant der Ware Arbeitskraft, sie sobald als möglich zu verkaufen ist die Hauptsache. Die erwerbsbeschränkten Arbeiter sollten einer zu errichtenden Landesarbeiterkolonie überwiesen werden, die gedacht war als landwirtschaftlicher Betrieb, verbunden mit einfachen industriellen Anlagen. Die Landesarbeiterkolonie sollte ferner „gleichzeitig als Arbeitshaus für diejenigen Elemente dienen, die vermittelte Stellen immer wieder verlassen und alle paar Tage in einer anderen Station auftauchen, um sich verpflegen zu lassen". Daß diese Leute als Arbeitsscheue zu gelten haben und in strenge Zucht zu nehmen seien, ist bei dieser beschränkten Auffassung der ganzen Frage nicht weiter verwunderlich.

In ähnlicher Weise wie in Westfalen ist die Frage der Wanderarbeitsstätten in **Württemberg** geregelt worden, worüber Dr. **Hausmann** (Stuttgart) berichtet. Danach hat schon im Jahre 1906 das württembergische Ministerium des Innern die Amtskörperschaften des Landes auf die Bestrebungen zur Verbesserung der Wanderarmenfürsorge durch Einrichtung von Wanderarbeitsstätten aufmerksam gemacht und sie zur Prüfung ihrer Durchführbarkeit auch in Württemberg aufgefordert. Den im Erlaß ausgesprochenen Gedanken und Anregungen gegenüber verhielt sich die große Mehrzahl der Amtskörperschaften ablehnend. Trotzdem wurde der Versuch unternommen, wozu die Regierung Mittel zur Verfügung stellte. Es sind am 1. Oktober 1909 27 Wanderarbeitsstätten in Württemberg eröffnet worden. Aufnahme können unter anderem nur solche Wanderer finden, die nicht mehr als 1 Mark in barem Gelde besitzen und an Ort und Stelle keine Arbeit finden können. Nachzuweisen hat der Aufnahmesuchende, daß er innerhalb des letzten Vierteljahres gearbeitet hat, oder er hat durch Krankheitsbescheinigung glaubhaft nachzuweisen, daß er während dieses Zeitraums zur Übernahme von Arbeit außerstande war. Die Möglichkeit, daß ein Arbeiter länger als ein Vierteljahr arbeitslos sein könnte, wird also ohne weiteres ausgeschaltet. Ähnlich wie in Westfalen dürfen auch hier die Arbeiter nur mit besonderer Erlaubnis die Station verlassen. Als Arbeitsleistung ist eine vierstündige vorgesehen. Der Wanderer hat eine ihm durch den Arbeitsnachweis vermittelte Arbeitsstelle, „die für ihn nach seinen Kräften passend ist“, anzunehmen. Berichtet wird ferner, daß in einzelnen Wanderarbeitsstätten Gewerbetreibende sich in den Dienst der Sache gestellt und einfache Arbeiten durch die Gäste verrichten lassen. Sollte das nicht in den meisten Fällen nur deshalb geschehen, um **billig** diese Arbeiten hergestellt zu bekommen?

Eine Folge der Einrichtung von Arbeitsstätten ist das schärfere Vorgehen gegen die Bettler und Landstreicher. Darunter hat mancher zu leiden, der gern arbeiten möchte, aber nur in seinem erlernten Beruf. Die polizeilichen Verfolgungen werden auch neben der allgemeinen wirtschaftlichen Not die Ursache der starken Benutzung der Wanderarbeitsstätten sein; es nahmen 27361 Wanderer im letzten Vierteljahr die in Württemberg bestehenden 27 Wanderarbeitsstätten in Anspruch.

Im Gegensatz zu dem von den drei genannten Herren geschilderten sogenannten **westfälischen System** der Wanderfürsorge weist das **Liegnitzer** nicht so scharfe Bestimmungen auf, wie Herr Regierungsrat v. **Prott** in einem weiteren Artikel berichtet. Das hat zum Teil seine Ursache darin, daß es sich hier um ein kleineres Gebiet handelt. Es wird keine besondere Legitimation verlangt und jeder Arbeitsfähige, der sich zur Leistung der vorgeschriebenen Arbeit verpflichtet, aufgenommen. Da die bestehenden acht Wanderarbeitsstätten zum Teil zu weit auseinander liegen, verbietet sich das Vorschreiben einer bestimmten Reiseroute von selbst.

In einem anderen Artikel „Wandererfürsorge und Arbeitsnachweis in großen Städten“ weist Stadtrat Dr. **Luppe** (Frankfurt a. M.) darauf hin, daß die Fürsorge für die wandernden Arbeitslosen fast ausnahmslos das Bild großer Zersplitterung zeige, namentlich in großen Städten. Er betont die Notwendigkeit eines besseren Ausbaus der Arbeitsnachweise, um dadurch eine wesentliche Einschränkung des „ziel- und nutzlosen Hin- und Herwanderns“ herbeizuführen. Das Problem der Wandererfürsorge sei nur lösbar durch all-

gemeine Arbeitslosenversicherung mit zentralisiertem Arbeitsnachweis und, solange nur mit Anfängen auf beiden Gebieten zu rechnen sei — und das werde leider wohl noch recht lange der Fall sein —, bleibe nichts übrig, als die bestehenden Wandereinrichtungen nach Möglichkeit auszubauen, ganz abgesehen davon, daß sie für einen nicht unerheblichen Bruchteil der arbeitenden Bevölkerung wohl nie entbehrlich sein würden. Als dem Ideal am nächsten kommend werden in dem Artikel ganz richtig die Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften bezeichnet, aber auch die Gewerkschaften müßten bei der Mangelhaftigkeit des Arbeitsnachweises in großem Maße ihre jüngeren Mitglieder mit Reiseunterstützungen auf die Walze schicken und für Herbergsgelegenheit sorgen. Das ist gewiß kein Unglück. Auch der beste Arbeitsnachweis wird es nicht ermöglichen, das Wandern überflüssig zu machen, denn die Arbeitsvermittlung nach entfernteren Orten stößt vielfach auf Schwierigkeiten, weil die nachgewiesene Arbeit vielleicht nur kurze Zeit dauert, und deshalb die Annahme wegen der mit der Übersiedlung verbundenen Unkosten für den Arbeiter oft unmöglich wird. In vielen Berufen hat das Aushilfswesen einen solchen Umfang angenommen, daß es mitunter schwer wäre, genügend Aushilfskräfte zu bekommen, wenn nicht durch die Wandernden ein Ausgleich geschaffen würde. Wenn Herr Dr. Luppe meint, daß kein Arbeitgeber ohne Not einen wandernden Gesellen nehmen werde, so trifft das wohl nicht zu; denn eine große Anzahl von Arbeitgebern bevorzugt gerade auswärtige Arbeiter. Dies bestätigt Herr Dr. Luppe auch selbst durch die Behauptung, daß viele Arbeitgeber auf den städtischen Arbeitsnachweisen ausdrücklich Zugereiste verlangen.

Die Frage der Errichtung von Wanderarbeitsstätten wird voraussichtlich immer mehr Gemeindevertretungen beschäftigen. Deshalb ist es gut, die jetzt schon bestehenden Einrichtungen zu prüfen, und dafür bieten die Artikel im „Arbeitsmarkt" schätzbares Material. Wir haben aber alle Ursache, uns dagegen zu wenden, daß durch Zwangsbestimmungen unseren reisenden Kollegen das Dasein noch mehr erschwert wird, als es ohnehin schon jetzt durch die Polizeiorgane geschieht. Diese Gefahr liegt aber meines Erachtens dann vor, wenn die Wanderarbeitsstätten allgemein eingeführt würden. Jeder, der sich ihrer dann nicht bediente, käme in Gefahr, als Landstreicher behandelt zu werden. Das schwierige Problem der Wanderfürsorge für mittellose Wanderer ist allein von den Gewerkschaften und nur dadurch zu lösen, daß sie eine einigermaßen ausreichende Reiseunterstützung gewähren, die es ermöglicht, den notwendigsten Lebensunterhalt zu bestreiten. Soll von Staatswegen etwas geschehen und will man bei Gewährung von Verpflegung nicht auf Arbeitsleistung verzichten, dann muß ein richtiges Verhältnis zwischen Verpflegung und Arbeitsleistung vorhanden sein. Jeden Zwang und alle Polizeimaßregeln haben wir dabei auf das entschiedenste zu bekämpfen.

Die Unterstützungsfrage — das Grab der Maifeier?

Von **H. Salzmann.**

Wer Gelegenheit hatte, den Verhandlungen beizuwohnen, die infolge der Resolution des Leipziger Parteitags wegen Schaffung der Bezirks-Maifeierfonds stattfanden, wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß jene Genossen anscheinend recht behalten haben, die den Kassandraruf erschallen

ließen, daß die Regelung der Unterstützungsfrage in dieser Richtung das Grab der Feier bedeute.

Auch ich bin von meinem Optimismus kuriert. Wenn ich auf dem Leipziger Parteitag der Maifeierresolution des Parteivorstandes das Wort redete, so deshalb, weil in ihr der Satz steht: „Die Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden." In bezug auf die Unterstützungsregelung in den Bezirken glaubte ich den festen Willen aller an dieser Aufgabe Beteiligten voraussetzen zu dürfen. Doch die Enttäuschung ist nur zu schnell eingetreten. Die Verhandlungen haben gezeigt, auf der Grundlage freiwilliger Beiträge können auch nur einigermaßen zureichende Fonds *nicht* zustande kommen. Da die Generalkommission sich gegen die Einführung *obligatorischer* Beiträge gesträubt und diese zu Falle gebracht hat, ist den Fonds das Lebenslicht ausgeblasen.

Doch damit ist nicht bewiesen, daß die Unterstützungsfrage an sich das Grab der Feier sein muß. Nein, im Gegenteil. Vielmehr haben die Verhandlungen in den Bezirken nur das eine ergeben, daß zur Bildung von zureichenden Fonds *obligatorische* Beiträge eingeführt werden müssen.

Der Einwand, daß Gewerkschafter in schwarzen Gegenden, die eben erst der Organisation zugeführt sind und nicht imstande wären, die Maifeier zu begehen, nicht verpflichtet werden könnten, für Maiausgesperrte in Berlin oder Hamburg zu bezahlen, ist ganz hinfällig, denn dieselben Gewerkschaftsbeiträge werden doch auch zu Streiks in Hamburg oder Berlin mitverwendet, und so wie die Lohnbewegungen der großen Städte rückwirkende Kraft auf die Lebenslage der Arbeiter in entfernteren Gegenden ausüben, so auch der demonstrative Charakter der Maifeier, der Maigedanke.

Aus welchen Mitteln setzt sich der freiwillige Fonds zusammen? Zunächst aus den Beiträgen derjenigen Genossen, die entsprechend der Nürnberger Resolution am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden. Das bringt aber nicht viel. Ferner kommen die Überschüsse der Feiern als solcher in Betracht. Aber bezeichnenderweise werden diese nicht einmal *ganz* an die Fonds abgeführt, sondern meist nur zu einem Prozentsatz. Äußerst windig sieht es mit den freiwilligen Beiträgen aus. Entsprechend dem Verhalten der Gewerkschaftszentralen beziehungsweise der Generalkommission sträuben sich die Gewerkschaftsbeamten in den Bezirken gegen jede Verpflichtung. Ja, sie lehnen es sogar ab, für winzige Beiträge von 25 Pfennig pro Kopf und Jahr irgend eine Garantie der Einziehung oder irgend eine Verpflichtung ihrer Kassen zu übernehmen. Sie wollen nur dahin ihren Einfluß ausüben, daß die Gelder eingezogen werden. Wie es aber mit der Beitreibung auf so unsicherer Grundlage bestellt ist, zeigt die Erfahrung: das Geld kommt auf die Dauer nicht ein. Es bleibt dann die Sammlung auf Listen übrig. Daß auf diesen nicht viel zusammenkommen wird, hat ebenfalls die Erfahrung gezeigt.

Alles in allem, mit diesen *Bezirksfonds* ist es nichts. Es bleiben deshalb für die Regelung der Unterstützung nur die in den einzelnen Gewerkschaftsverbänden vorgesehenen *Gemaßregeltenunterstützungen* und das in der Resolution vorgesehene *Umlageverfahren* übrig.

Ob sich das letztere bewähren wird und nicht unerquickliche Scherereien entstehen, muß abgewartet werden. Soweit die Situation jetzt zu übersehen ist, erwarten die Gegner der Arbeitsruhe, die Unterstützungsregelung werde so viele Schwierigkeiten verursachen, daß die Feier am 1. Mai endgültig begraben wird.

Und tatsächlich wird diese Folge nicht abzuwehren sein, wenn nicht Zwangsbeiträge eingeführt werden. Über ihre Höhe kann man streiten; die Praxis wird wie bei allen derartigen Fragen schon das Richtige bringen. Zunächst wird man mit möglichst kleinen Beiträgen den Anfang machen müssen. Zweifel kann man hegen, ob ein einheitlicher Zentralfonds oder viele Bezirksfonds am Platze sind. Entsprechend dem Zentralisationsprinzip würde der erstere vorzuziehen sein. Doch darauf braucht man sich nicht zu versteifen. Es wäre beispielsweise zu überlegen, ob nicht zunächst die Abrundung der Bezirke gemäß den politischen Bezirksorganisationen der Partei vorzuziehen ist. Aber auch hier wird die Praxis Lehrmeisterin sein müssen.

Aus der starken Beteiligung der diesjährigen Feier, die auf einen Sonntag fiel, erheben die Feinde der Arbeitsruhe die alte Forderung auf ständige Verlegung. Das würde aber der Anfang vom Ende der Maifeier sein. Die heurige Massenbeteiligung ist nicht darauf zurückzuführen, daß das Maifest auf einen Sonntag fiel, sondern auf die andauernde jährliche Propaganda für die Feier und auf ihren bisherigen revolutionären Charakter, der in der Arbeitsruhe liegt. Darum nahmen dieses Mal alle jene an der Feier teil, die wochentags nicht in der Lage sind, zu feiern. Hinzu kam die augenblickliche erregte Situation infolge der Wahlrechtsbewegung.

In demselben Moment aber, wo die Maifeier ein für allemal auf einen Sonntag verlegt wird, wird das Interesse an ihr schnell abnehmen. Man wird sie nicht mehr beachten wie jedes andere beliebige Fest auch, wenn nicht zufällig ein besonderer Anlaß sie momentan neu belebt. Um die Maifeier lebensfähig zu erhalten, hat sie den Ansporn zur Arbeitsruhe nötig.

Wenn in letzter Zeit Genossen, die bisher Anhänger der Arbeitsruhe waren, zu Gegnern geworden sind und aus dem Grunde, daß bei der Vielseitigkeit der gewerkschaftlichen und besonders der politischen Aufgaben es an Zeit und Geld für die Maifeier mangele, so ist das insoweit richtig, als die agitatorische und Verwaltungsarbeit in Partei und Gewerkschaften immer mehr zunimmt. Damit ist aber die Maifeier nicht überflüssig, wohl gar Ballast geworden. Im Gegenteil. Der revolutionäre Elan der Feier gibt den aufreibenden Tagessorgen neuen Impuls. Daß uns die Folgen in unserer ruhigen fortschreitenden Organisationsarbeit und in unseren sonstigen Aktionen stören, ist ein Trugschluß. Das Kapital hat es jederzeit in der Hand, dem Vordringen des Proletariats entgegenzutreten; es braucht nicht auf die Maifeier zu warten. Es scheint manchmal nur, als ob die Maifeier den Anlaß zum Vorstoß des Kapitals gab, aber der Kampf wäre auch ohne sie losgebrochen, sobald das Kapital den geeigneten Augenblick für gekommen hält. Was man aber für die Bedeutung des 1. Mai so leicht übersieht, ist die Internationalität. In rückständigen Ländern, in Ländern des Absolutismus ist die Maifeier fast die einzige Gelegenheit, die Ideale des Sozialismus zu propagieren, die Massen für diesen zu interessieren. Aber nicht die Sonntagsfeier, sondern jene durch Arbeitsruhe. Natürlich kostet das Opfer, ohne die keine umwälzende Idee möglich ist.

Ich hoffe deshalb, der internationale Kongreß wird ein gewichtiges Wort sprechen, daß die Maifeier nicht ihrer Bedeutung entkleidet, sondern ihr neues, frisch pulsierendes Leben zugeführt wird. Und das deutsche Proletariat, das bislang die Führung in der Internationale hatte, soll auch in dieser Frage weiter voranmarschieren. Das allein ist einer so starken, gut organisierten Partei würdig.

Literarische Rundschau.

Technische Monatshefte. Zeitschrift für Technik, Kultur und Leben. Herausgegeben von Friedrich Kahl und Diplomingenieur Dr. Adolf Reitz. Heft 1 bis 2. Stuttgart, Franckhsche Verlagsbuchhandlung. 48 Seiten. Vierteljährlich (mit Buchbeilage) 1,75 Mark.

In einer Literaturbesprechung über zwei neuere Geschichtswerke der Technik[1] habe ich zu skizzieren versucht, weshalb der Einfluß des Technikers auf die heutige Literatur so gering gewesen ist. Der technische Wissenschaftler ist in demselben Maße Zunftmensch geworden wie der Fachgelehrte der anderen Wissensgebiete. Er wurde als Arbeitsmensch vom Kapital eingespannt, hatte zu konstruieren und zu bauen. Der deutsche Techniker hat den deutschen Industrialismus mit einer wunderbar ausgebildeten Maschinenwirtschaft ausgestattet, hat aber nicht die Zeit gefunden, sich über die Wirkung seiner Arbeit klar zu werden. Kammerer hat das als Einleitung seiner bereits zitierten historischen Studie sehr zutreffend charakterisiert: „Dem Steuermann eines Schiffes gleich muß der Ingenieur, der inmitten des rastlos pulsenden Getriebes der modernen Welt steht, seine Augen unablässig auf das gerichtet halten, was vor ihm liegt. Was überwunden hinter ihm bleibt, entschwindet auch bald aus seiner Erinnerung."

Das gleiche Bild nüchterner Facharbeit zeigt die technische Zeitschriftenpresse. Die Vereinszeitschriften der akademischen Fachverbände werden ganz vorzüglich redigiert, sind aber nur Informationsquellen für den Fachmenschen. Die Zeitschriften zweiten und dritten Grades führen wohl eine etwas gemeinverständlichere Sprache, werden dafür aber recht mittelmäßig redigiert und von weniger tüchtigen Mitarbeitern bedient.

Ihrer ganzen Art nach können diese Zeitschriften keine sorgfältig zusammengestellten Situationsbilder über den Gang der technisch-industriellen Entwicklung geben, ganz abgesehen davon, daß sich auch hier das Bearbeitungsgebiet auf rein technisch-konstruktive und technisch-wirtschaftliche Fachfragen beschränkt.

Ein ganz neuartiges Unternehmen soll die Herausgabe der vorliegenden „Technischen Monatshefte" darstellen. Wie es in dem Programm heißt, sollen „Techniker und Laien in den ‚Technischen Monatsheften' Anregung und Belehrung finden. Der Ingenieur, der Architekt, der Beamte, der Industrielle und Kaufmann wie auch jeder andere gebildete Laie wird hier in anregender Form das dargestellt finden, was als notwendige Kenntnis in den Rahmen seiner Bildung gehört. Und technische Kenntnisse gehören heute in unserem Zeitalter zur elementaren Bildung." Außerdem wird in dem Programm noch mehr versprochen: Die Technik soll in ihren Wirkungen auf die Grenzgebiete Wirtschaft, Geschichte, Kunst untersucht werden.

Es bleibt abzuwarten, ob das Programm erfüllt werden kann. Schließlich ist die innere Entwicklung einer jeden Zeitschrift auch von dem Mitarbeiterkreis abhängig, der sich ihr zur Verfügung stellt. Bringt die deutsche Technikerschaft schon genügend befähigte Köpfe hervor, die produktiv und anregend in dem Sinne wirken können, wie sich das die Herausgeber denken? Ich möchte diese Frage vorläufig verneinen. Die alten Herren in ihren Fachverbänden werden, unternehmertreu und strebsam, bei ihrer bisherigen Facharbeit bleiben und die tüchtigsten Kräfte der jüngeren Generation werden noch auf Jahre hinaus eingeschirrt von der sozialen Bewegung der technisch-industriellen Beamten, die jetzt immer lebhafter einsetzt und zu gewerkschaftlicher Kampftaktik mit den Unternehmern führen muß.

Aber der Versuch mit einer solchen Zeitschrift mußte einmal gemacht werden und den Herausgebern ist deshalb für ihr Unternehmen der beste Erfolg zu wünschen.

Richard Woldt.

---

[1] Matschoß, Die Entwicklung der Dampfmaschine; Kammerer, Die Technik der Lastenbeförderung einst und jetzt. „Neue Zeit", XXVII, 2, S. 765.

Dr. Franz Erich Junge, **Amerikanische Wirtschaftspolitik**, ihre ökonomischen Grundlagen, ihre sozialen Wirkungen und ihre Lehren für die deutsche Volkswirtschaft. Berlin 1910, Verlag von J. Springer. 300 Seiten.

Herr Dr. Junge schildert das amerikanische Leben sehr düster. Das wäre wohl sehr zutreffend, wenn es nicht die Folie abgäbe, von der sich eine rosenrote Schilderung des sozialen Deutschlands abhebt. Was Dr. Junge über die sozialen Zustände Amerikas sagte, ist beachtenswert. Seine Ausführungen stützen sich in vielen Fällen auf offizielle Untersuchungen (er benutzt aber auch Zeitungsnotizen und ähnliche Quellen, denen er in bezug auf die Verhältnisse in Deutschland weniger Zutrauen schenken würde). Eigentlich sagt er nicht viel Neues. So wenn er auf Grund der bekannten Lohnstatistik und der Statistik der Arbeitseinstellungen folgert, daß der Kampf der Arbeiter immer schwieriger wird.[1] Oder wenn er darauf hinweist, daß etwa 20 Prozent der Bevölkerung in den Industriestaaten Amerikas in Dürftigkeit leben und daß allein in den Industrien (also Bergbau und Eisenbahnen ausgenommen) jährlich 200000 Unfälle zu verzeichnen sind, von denen 5000 tödlich verlaufen. Das sind allerdings himmelschreiende Tatsachen, die indes dem Autor noch kein Recht geben, im Vergleich zu Amerika Deutschland als Musterstaat hinzustellen. Was er als Auswüchse des amerikanischen Kapitalismus betrachtet, ist die naturnotwendige Begleiterscheinung jeder kapitalistischen Wirtschaft. Man lese beispielsweise, was er über „die sozialen Wirkungen des Maschinenzeitalters" sagt: „Die Konzentration technischer Betriebskräfte", sagt er, „hat Veranlassung gegeben zur Erweiterung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit ... und zu all den Problemen, mit denen wir in allen Industrieländern mehr oder weniger zu rechnen haben: einseitige Entwicklung des nationalen Arbeitskörpers, Entgeistung der Arbeitenden durch automatische Betätigung, Schädigung der technischen Intelligenz des industriellen Nachwuchses, Ersetzung der Männer- durch Frauen- und Kinderarbeit. ... Begünstigung sozialer Ungleichheit, Aufsaugung großer Kapitalmengen in Privathänden und Beeinflussung der wirtschaftlichen Konjunktur durch Privatmonopole in nationalschädlicher Weise." Hier haben wir eine Charakteristik des Kapitalismus, wie wir sie mit geringen Änderungen auch in den sozialdemokratischen Programmen fast aller Länder lesen. Dr. Junge gibt zu, daß diese Zustände überall zu finden sind, sieht aber nicht, daß sie den Boden schaffen, auf dem die „sozialen Mißstände" üppig gedeihen, die er bloß in Amerika zu finden glaubt.

Ebenso bestätigen seine Ausführungen über die Klassenjustiz Amerikas die Schilderung dieser Zustände durch den Genossen Boudin. Aber wiederum sehen wir nicht ein, welcher Unterschied es für den unschuldig abgeurteilten Arbeiter ist, ob der Richter so handelt, weil er zu „einer höheren Kaste" gehört und weil seine Rede „durch den Geist der Ahnen gemodelt ward" oder weil er von den Geldherren abhängig ist? Absolut falsch ist es aber, daß dem deutschen Richter nur der Vorwurf der „Sozialjustiz" gemacht werden kann, die Schwächeren gegen die Stärkeren schützen zu wollen.

Die Krone der ganzen zugunsten Deutschlands höchst tendenziösen Schrift bildet die Schlußfolgerung, daß Amerika den Bankrott der Demokratie bezeugt, während „unser völkischer Idealismus ... in dem preußisch-paternalen Regierungssystem eine zweckentsprechende, wenn auch keineswegs vollkommene Ausdrucksform gefunden hat" (S. 65).

Marx hat einmal gesagt, daß er in England es vorzieht, den Engländern die Deutschen entgegenzustellen. Dr. Junge zieht es vor, von New York aus den Deutschen zu schmeicheln, für die Deutschen über die deutschen Zustände falsche Berichte zu schreiben. ...

---

[1] Nebenbei sei bemerkt, daß Herr Junge, der Ingenieur in New York ist, die vielbestrittene amerikanische Lohnstatistik als eines der zuverlässigsten Dokumente betrachtet.

Bemerkenswert ist in der Schrift die Konstatierung der Tatsache, daß die Kapitalkonzentration hemmend auf den Fortschritt wirkt. Dr. Junge ist Ingenieur von Beruf, und man kann ihm in dieser Beziehung wohl glauben, wenn er schreibt, daß der technische Fortschritt unter dem Einfluß der Kapitalkonzentration immer mehr gehemmt wird.

„Der Großbetrieb", sagt er, „hat in der Tat mehr Geld für Neuerungen auszuwerfen als der Kleinbetrieb; aber die Forderung der Aktionäre nach Erzielung hoher Dividenden, also augenblicklicher Vorteile, drängt das Verlangen nach fortschreitender technischer Vervollkommnung, wie es den Besitzer eines kleinen Betriebs wohl beseelt, in den Hintergrund und schreibt dem Direktorium die Richtlinien seiner Operation vor. . . . Es scheint auch", fügt er dem hinzu, „als ob die wirklich umwälzenden Erfindungen alle zu einer Zeit gemacht wurden, da von technischer (kapitalistischer! M. N.) Konzentration im modernen Sinne noch nicht die Rede war."

Er führt dann einige Beispiele an, die überzeugend beweisen, daß die „Sucht nach augenblicklicher Erzielung hoher Dividenden . . . die Fortschritte der Technik nicht zulasse". So fand ein neues Telegraphensystem keinen Eingang, mit dem man 1000 Worte in der Minute über einen Draht zu befördern imstande sein würde.

Wie die Eigentumsverhältnisse zu Fesseln der Produktivkräfte geworden sind, so verursachen sie auch eine geradezu unglaubliche Verschwendung dieser Produktivkräfte. Es genügt, nur darauf hinzuweisen, daß die Reklamekosten in Amerika jährlich die gewaltige Summe von 600 Millionen Dollar ausmachen, um den Widersinn des Kapitalismus augenfällig zu machen.

So hat Dr. Junge, der auszog, die amerikanische Wirtschaftspolitik zu verurteilen, um das preußische Junkerregime zu loben, Waffen gegen den Kapitalismus in seiner Gesamtheit geliefert. M. N.

Dr. Alfons Paquet, **Asiatische Reibungen.** Politische Studien. München 1909, Verlag Sutter. 112 Seiten. Preis 2,50 Mark.

Der durch seine inhaltsvollen ostasiatischen Artikel — sie erscheinen in der „Frankfurter Zeitung" — bekannte Verfasser gibt uns in dreizehn politischen Skizzen ein interessantes, wenn auch nicht systematisches und nicht volles Bild der Wandlungen Ostasiens, speziell Chinas nach dem Russisch-Japanischen Kriege: die russische Kolonisationsarbeit in Sibirien, das Eindringen des ausländischen Kapitals in diese Gebiete, die Mongolei und Mandschurei nach 1905, der Interessenkampf der Großmächte in diesen Ländern werden neben einer Anzahl speziellerer Fragen von Paquet mit der Frische besprochen, mit der man persönlich gesehene Sachen schildert.

Daß der Verfasser sich von dem persönlich Erblickten manchmal zu sehr beeinflussen läßt, zeigt sich zum Beispiel bei seiner zu sehr optimistischen Beurteilung der Aussichten der russischen Kolonisation in Sibirien: speziell was das Amurland betrifft, so schiebt unlängst eine von den Semstwoorganisationen in russischer Sprache ausgegebene Sammelarbeit jedem Optimismus einen Riegel vor. Wenn auch der Verfasser diese Arbeit nicht benutzen konnte, so gaben die Arbeiten Kaufmanns und das in den russischen Monatsrevuen zerstreute Material genügend Argumente gegen seinen Optimismus. Ich spreche mich darüber etwas weitläufiger aus, weil von der Ansicht über die sibirischen Kolonisationsunternehmungen Rußlands auch die Beurteilung der Aussichten der Stolypinschen Agrarreform abhängt.

Einem anderen Fehler fällt der Verfasser zum Opfer in der Beurteilung der japanischen Emigration. Trotz des beachtenswerten Materials, das er dem Leser unterbreitet, scheint mir seine Behauptung von dem Einfluß der japanischen Regierung auf diesen Massenprozeß zu bestimmt. Auf den Gang der Emigration versucht wohl die Regierung Einfluß zu üben, aber diesen Prozeß ausschließlich als

Werk der Regierung zu betrachten, ist etwas zu gewagt. Zum Schlusse sei bemerkt, daß in die neuen politischen Strömungen, die die Massen Ostasiens beleben, das Büchlein keinen Einblick gibt, was jedoch nicht verhindert, anzuerkennen, daß es eine ganz brauchbare Arbeit ist. Da es viel Material über die jüngsten Ereignisse und Wandlungen enthält, kann es sehr gut als Ergänzung der hier schon besprochenen Arbeit von Dehn dienen. Karl Radek.

Zeitschriftenschau.

Über das **„Votum der Sozialisten für das Kabinett"** schreiben in der „Critica Sociale" vom 16. Mai Genosse Alessandro Schiavi, ein Anonymus und Genosse Turati.

Schiavi führt aus, daß die sozialistische Partei nur ein einziges Mal ein Vertrauensvotum gegeben hat, und zwar im Jahre 1901 dem Ministerium Zanardelli-Giolitti, das von der Reaktion bedroht war und nur durch die Stimmen der Sozialisten gerettet wurde. Die heutige Situation sei in keiner Weise mit der damaligen zu vergleichen. Was sollen die Massen von einer Haltung denken, die die sozialistische Fraktion mit den Klerikalen, mit den Großindustriellen, mit den Militaristen in einen Topf wirft? Nur die am meisten Entwickelten, die seit zwanzig Jahren in den Genossenschaften, in den Stadtverwaltungen usw. zum Erfassen der technischen Probleme der Politik Erzogenen würden vielleicht die Haltung verstehen. Aber wie könnte man hoffen, den fundamentalen Klassengegensatz durch die Lösung technischer Fragen aufzuheben? Der ganze Sozialismus verlöre seine Werbekraft, wenn man ihm die Ideale der Zukunft und die Kampfstimmung der Gegenwart nähme. Die Partei und die Fraktion seien heute so praktisch geworden, so besorgt um tägliche Errungenschaften, so schüchtern gegenüber der Möglichkeit, die Gunst einer Situation zu beeinträchtigen, daß all dieses beiseite gelegt werde. Ist die Partei etwa zu alt geworden, um revolutionär zu sein, ist sie schon eine Regierungspartei? Vielleicht, meint Schiavi, wäre es am besten, einige der Leute, die heute anscheinend die Partei führen, kämen wirklich zur Regierung. Dies würde eine wohltätige Reaktion zur Folge haben, vielleicht eine Spaltung, die für alle Teile gut wäre. Nur dadurch würde die Partei zur Masse zurückkehren.

Der Anonymus — er nennt sich Ω, hat aber nichts mit dem unter diesem Zeichen schreibenden römischen Korrespondenten der „Wiener Arbeiterzeitung" zu tun — begrüßt das Vertrauensvotum, das dem Ministerium des „sozialen Pantheismus" gewährt wurde, als einen Anlaß zu prinzipiellen Diskussionen in der Partei und meint, daß wenn bis heute nur die römische Parteifraktion sich mit dem Votum beschäftigt hätte, dies wohl nur der Erstarrung zu danken sei, in die man vor Erstaunen verfallen ist. Wie hat man es fertig gebracht, ein Vertrauensvotum zu geben, nachdem man vier Wochen vorher beschlossen hatte, jedes Ministerium zu bekämpfen, das nicht das allgemeine Stimmrecht gewähre? Der „Avanti" hätte freilich berechnet, daß die Luzzattische Wahlrechtserweiterung etwa zwei Millionen neuer Wähler schaffen würde. Aber welche Garantie hätte man, daß das Gesetz wirklich im November eingebracht würde? Der Autor meint, daß die Regierung, nachdem sie sich durch den Ministerialismus der Sozialisten gefestigt hätte, im November ein Wahlgesetzchen einbringen würde. Senat und Kammer würden daran zurechtstutzen, bis so gut wie gar nichts mehr übrig bliebe, und schließlich wären die Sozialisten die Genasführten. Die Fraktion hätte den Stützpunkt des Klassenkampfes verloren. Nach langem Marasmus hätte man den Kampf für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes, der neue Energien entfesselte, aufgenommen: jetzt wären durch das Votum der Fraktion auch diese letzten Hoffnungen zuschanden geworden.

Diesen beiden Anklägern folgt Turati als Verteidiger. Er wäre unter den neun Abgeordneten gewesen, die sich gegen das Vertrauensvotum ausgesprochen hätten.

In der Fraktion wäre man sich darüber einig gewesen, daß die Gründe für das Ja und Nein einander ungefähr das Gleichgewicht hielten. Deshalb hätte man sich gesagt: wenn wir für das Kabinett stimmen, so muß unser Redner dagegen sprechen, und wenn wir dagegen stimmen, so muß er dafür sprechen. Turati selbst hätte sich für ein ablehnendes Votum ausgesprochen, aus Besorgnis, die Partei zu disorientieren. Aber dies sei ein Kriterium, das man mit Vorsicht benutzen müsse, denn indem man sich dem Niveau der weniger Vorgeschrittenen anpaßte, mache man sich der Demagogie schuldig. Im übrigen sei ein so verklausuliertes Votum kein Vertrauensvotum. Wer im Parlament sei, könne nicht die Aktion derer einhalten, die das Parlament verachten. Die Aufgabe der Partei und die der Fraktion seien miteinander verknüpft, aber von Grund aus verschieden: die Fraktion hätte den Staat im Auge und die Vorteile, die sie der Regierung abgewinnen könnte; die Partei orientierte sich im Sinne der geschichtlichen Entwicklung. Was opportun sei, sei im Parlament Pflicht, während es im Lande ein Mißgriff sein könnte. Wenn wirklich Marasmus in der Partei bestehe, so könnte man dafür die Fraktion nicht verantwortlich machen. Die Ursachen des Übels lägen in der Partei selbst, und in der Partei selbst wären auch die Heilmittel zu finden. Wer sie wo anders sucht, betrügt sich selbst.

Unter dem Titel **„Militärische Geldvergeudung unter sozialistischem Beistand"** behandelt Sylva Viviani, ein Pseudonym, unter dem sich ein Oberst und angesehener Militärschriftsteller versteckt, in den „Pagine libere" vom 15. Mai die Frage der italienischen Militärausgaben und ihr Verhältnis zu den Gesamteinnahmen des Staates. Die Nettoeinnahmen des Staates beliefen sich im Budgetjahr 1908/09 auf 1461991000 Lire, denen 1426711000 Lire an Ausgaben gegenüberstehen. Von diesen Ausgaben werden 515 Millionen, also weit mehr als ein Drittel für Militärkosten verwendet, 501 Millionen für Staatslasten, das heißt vorwiegend für die Verzinsung der Staatsschuld; übrig bleiben 411 Millionen für alle anderen Dienstleistungen des Staates. Dieser Rest verteilt sich wie folgt: für Unterrichtswesen 60 Millionen oder 1/23 des Ganzen, für Ackerbau, Industrie und Handel 11 Millionen oder 1/140, für öffentliche Arbeiten, mit Ausnahme der Eisenbahnen, 81 Millionen oder 1/17, für Gesundheitswesen 3½ Millionen, für Wohltätigkeit 10 Millionen. Betrachtet man die Militärausgaben im Verhältnis zu der Summe, die nach Abzug der Staatsschuldzinsen übrig bleibt, so bilden sie über 55 Prozent, während alle übrigen Ressorts sich in den Rest teilen müssen. Der Autor analysiert dann im einzelnen die Verwendung der Militärausgaben. Unter den Einzelheiten, die er hervorhebt, verdient das Gesetz Casana-Spingardi Beachtung. Viviani gibt an, daß die auf Grund dieses Gesetzes hergestellten Kanonen absichtlich nach falschem Muster gemacht worden seien. Man hatte lediglich im Auge, die staatlichen Artilleriewerke mit Arbeit zu versorgen. Der Minister Spingardi vermehrte dann die Zahl der Offiziere um 1200, bildete 18 neue Artillerieregimenter mit 29 neuen Batterien, ein Ingenieurregiment und veranschlagte für all das nur 6 Millionen unter den gewöhnlichen und 4 Millionen unter den außergewöhnlichen Ausgaben! Nun weist Viviani nach, daß allein die Offiziere und die Pferde der Batterien 6 Millionen im Jahre Mehrkosten erfordern, so daß für die 19 neuen Regimenter, soweit sie aus Soldaten und Unteroffizieren bestehen, gar nichts übrig bleibt. Ebenso steht es mit den 4 Millionen der außergewöhnlichen Ausgaben: davon sollen 1700 Pferde mit Geschirr angeschafft, 19 Kasernen gebaut, kurz eine Ausgabe bestritten werden, die Viviani auf 40 Millionen veranschlagt. Ähnliche Rechnungen werden für die Marine aufgestellt. Die Folge dieses Systems ist, daß die Gesetzesentwürfe von der völlig unkritischen Kammer bewilligt werden, weil die finanziellen Anforderungen gering erscheinen. Nachher beweist man dann den weisen Volksvertretern teelöffelweise, daß das ausgeworfene Geld nicht reicht und holt so das Vierfache oder Fünffache der ursprünglichen Summe aus der Staatskasse heraus. Es wäre wünschenswert, daß sich die Parteipresse und die Fraktion mit den wichtigen Enthüllungen dieses Artikels befaßten.

Im „Divenire Sociale“ vom 1. Mai schreibt Genosse A. Renda über **„Die psychologischen Characteristica des Armen“.** Der Autor meint, daß man die Armen psychologisch in drei Gruppen teilen müsse, die auch für eine rationelle soziale Hilfeleistung von Bedeutung sind.

Die erste Gruppe ist die der „disagiati“, was sich etwa mit „nicht Wohlhabenden“ übersetzen läßt. Ihre Notlage hängt nicht von ihrer Individualität ab, sondern von der Stellung, die sie im sozialen Organismus einnehmen. Ihr Elend ist Klassenelend und findet seinen psychologischen Ausdruck in der Erhöhung der Bedürfnisse und der Schwierigkeit, sie zu befriedigen. Diese Form von Armut besteht überall, wo es soziale Konflikte gibt.

Gelegentliche Arme nennt Renda die, deren Notlage einem Zufall entspringt. Ihre Not ist weder Klassennot, noch hängt sie von ihrer Individualität ab: sie ist ganz und gar zufälligen Umständen zur Last zu legen und verschwindet mit diesen. In diese Gruppe rechnet Renda außer den Arbeitsunfähigen die Greise, wobei allerdings die Betrachtung des Alters als Zufall befremden muß.

Der gewohnheitsmäßige Arme charakterisiert sich einmal durch die Beständigkeit seiner Notlage, dann durch deren innige Verbindung mit seiner Individualität. Während die vorige Gruppe die Not, die sie fühlt, zu verbergen sucht, strebt diese danach, eine Not zur Schau zu stellen, die sie nicht empfindet. Diese Misere ist nach Renda ein Zustand, eine Form der Lebenshaltung, nicht ein sozialer Mißstand und nicht ein Mißgeschick.

Die erste Gruppe geht die öffentliche Wohltätigkeit nichts an, und der Autor bezeichnet es als einen Irrtum, wenn man beim Studium des Pauperismus diese Gruppe einbegreift, deren ungünstige Lage Folge ihrer Klassenstellung ist. Vom moralischen Standpunkt ist hier die Wohltätigkeit schädlich, vermengt Recht und Mitleid und stumpft das Gerechtigkeitsgefühl ab. Für die gelegentlichen Armen bleibt der Wohltätigkeit am meisten zu tun. Hier ist praktischer Erfolg am leichtesten zu erzielen. Über die gewohnheitsmäßigen Armen sagt Renda ganz richtig, daß die Wohltätigkeit deshalb nichts für sie tun kann, weil ihr Leben und ihr Wesen uns ganz und gar unbekannt sind. Die Gesellschaft hat sich nie die Mühe gegeben, sie kennen zu lernen, weil ihr keine Bedrohung aus ihnen erwächst, wie aus den Verbrechern und Irren. Weil die Gesellschaft sie nicht kennt, nimmt sie an, daß die Notlage dieser Leute rein wirtschaftliche Ursachen habe, während sie zum großen Teile in der anormalen Beschaffenheit des Individuums begründet ist. Der gewohnheitsmäßige Arme erwartet alles von anderen, von den Menschen oder von Gott, und ersehnt gar nicht, seine Lage zu ändern, sondern erstrebt nur die Befreiung von seiner augenblicklichen Not, es sei dieses Hunger, Krankheit, Frost usw. Sein psychisches Leben dehnt sich in keiner Weise in die Zukunft aus. Ihm fehlen auch alle sozialen Interessen. Wenn diese Leute Verbrecher werden, so geschieht es mehr, weil sie fremdem Willen keinen Widerstand leisten können, als aus eigener Initiative. Sie haben eine psychologisch und sozial verkümmerte Persönlichkeit.

Nach dieser Darlegung des Charakters des gewohnheitsmäßigen Armen, der jeder Kenner dieses Milieus eine gewisse Richtigkeit zusprechen muß, befremdet es ungemein, den Autor für sie eine Wohltätigkeit fordern zu hören, die „eine erziehliche und anregende Kraft hat“. Er meint, die Gesellschaft müsse versuchen, diese Elemente, die heute unnötig sind, zu assimilieren, da sie sie nicht ausstoßen kann. Sie müsse daher dem psychologischen und sozialen Elend dieser Leute auch durch geistige Nahrung abhelfen. Die vorbeugende Erziehung, von der Renda spricht, müßte man meiner Ansicht nach bei den Eltern der kommenden Geschlechter anfangen. Ganz richtig hat Renda hervorgehoben, daß das Elend dieser Schicht nicht im Milieu liegt. Um in der Individualität wurzelndes Elend auszurotten, muß man eben die Erzeugung derartig mißglückter Individuen verhüten. Oda Olberg.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 42 Ausgegeben am 15. Juli 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Nemesis der Klassenjustiz.

↗ Berlin, 9. Juli 1910.

Die Dinge haben immer ihre eigene Konsequenz in sich, und auch die Klassenjustiz kann nicht über ihren Schatten springen. Sie wuchert fort und fort, und jeder neue Tag bezeugt ihr wirkendes Leben. Am schlimmsten aber fährt sie, wenn sie wirklich einmal zeigen will, daß sie ein bloßes Phantom sei, wie die abgestempelten Patrioten behaupten.

Zweimal hat sie in den letzten Jahren versucht, hochgestellte Sünder oder Sünderinnen mit der Schärfe des Schwertes heimzusuchen, und beide Male ist es ihr gänzlich mißlungen. So sehr mißlungen, daß schließlich selbst ihre heftigsten Gegner riefen: Nun laß es genug sein des grausamen Spiels! Sowohl der Prozeß gegen den Fürsten Eulenburg wie der Prozeß gegen die Frau v. Schoenebeck ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Fürst Eulenburg lebt trotz der Anklage des Meineids, die über ihm schwebt, gemächlich in seinem Schlosse, und Frau v. Schoenebeck siedelt trotz der Anklage, die wegen Anstiftung zum Morde gegen sie erhoben worden ist, eben in ein behagliches Sanatorium über, wo sie in Ruhe abwarten kann, bis sich die Wasser verlaufen haben.

Darüber trauert niemand, denn es ist eben auch nur Klassenjustiz, die an diesen Frevlern geübt worden ist. Sie sollten in die Wüste geschickt werden, beladen mit den Sünden ihrer Klasse, auf daß diese wieder frisch aufatmen könne, nach der alten Litanei, daß sie mit raschem Entschluß ein brandiges Glied von sich zu trennen wisse, sobald es als brandig erwiesen sei. Fürst Eulenburg fiel, nicht wegen seiner angeblichen oder wirklichen perversen Neigungen, die ihn nicht gehindert hatten, die höchsten Ehrenstellen im Staate zu erklimmen, sondern weil er, als Haupt einer höfischen Clique, einer anderen höfischen Clique unbequem geworden war, und Frau v. Schoenebeck mußte vor die Geschworenen, um den Schmutz abzuwaschen, der durch die Allensteiner

Mordaffäre auf das Offizierkorps gefallen war, was der Vorsitzende des Schwurgerichtshofs wiederholt mit dankenswerter Offenheit als Zweck der langwierigen Verhandlungen hervorhob.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen war für den unbefangenen Beobachter kein anderes, als daß die Frau, bei allem, was man ihr sonst vorwerfen mag, an der Straftat, wegen deren sie angeklagt wurde, vollkommen unschuldig war. Mag man sie eine Dirne nennen, so hatte sie gerade als Dirne nicht den geringsten Anlaß, den bequemen Ehemann, der ihr als seiner Gattin und der Mutter seiner Kinder das Leben einer Dirne gestattete, um die Ecke zu bringen, um dafür einen eifersüchtigen und unbequemen Liebhaber einzutauschen. Das einzige Zeugnis gegen sie war, wie der Vorsitzende mit unerquicklichem Pathos sagte, die „Stimme aus dem Grabe", die Bezichtigung des feigen Mörders, der, nachdem er die Hoffnung aufgeben mußte, sein elendes Leben zu retten, wenigstens noch die Ehre der Uniform retten wollte, und ehe er sich den Hals abschnitt, nach bekanntem Muster die „Frau", die ihn bis zur Sinnlosigkeit betört habe, als die Anstifterin des Mordes verleumdete.

Die Ehre der Uniform zu retten, damit sie nicht „von ausländischen und sozialdemokratischen Blättern" besudelt werde, wie der Kriminalkommissar Wannowsky wiederum mit erfreulicher Offenheit sagte, das war der rote Faden, der sich durch die Verhandlungen in Allenstein zog. Ein ganzes Heer von Offizieren war geladen, um als Zeugen den Hauptmann v. Goeben trotz seines hinterlistigen Mordes für einen makel- und tadellosen Ehrenmann zu erklären, und sie alle, alle legten dies Zeugnis ab. Erst als sich im Laufe der Verhandlungen herausstellte, daß Goeben von jeher ein eitler Prahler und Schwindler gewesen sei, der seine Aufschneidereien bis in die historischen Werke des Generalstabs zu schmuggeln gewußt habe, erst da fanden sich einige dieser Zeugen bemüßigt, zu erklären, daß sie sich entweder in Goeben getäuscht hätten oder daß Goeben den Mord im Wahnsinn begangen haben müsse, während andere dieser Zeugen auch jetzt, nach allen niederschmetternden Enthüllungen über Goeben, den Gentleman noch über das Grab hinaus ihrer „freundschaftlichen Gesinnungen" versicherten.

Die Ehre der Uniform ist in diesem Prozesse nicht gerettet worden, ganz im Gegenteil! Eher daß die Angeklagte, wenn auch nicht als Siegerin, so doch als ein gemartertes Opfertier, dem sich ein gewisses Gefühl des Bedauerns und des Mitleids nicht versagen läßt, aus den Verhandlungen hervorgegangen. Schon als halbes Kind, bei krankhaften Anlagen, von einem schuftigen Pfaffen angetastet, dann schlecht erzogen, in all der Oberflächlichkeit und aufs Äußerliche gerichteten Dressur der „vornehmen Stände", endlich an einen älteren Mann verschachert, so ist sie geworden, was sie war, und wenigstens dies Eine darf man an ihr loben, daß sie „der Heuchelei dürftige Maske" verschmähte. Viel tiefer als sie standen die Männer, mit denen sie zu schaffen hatte: der biedere Gatte von Major, der, um ihr Vermögen zu behalten, mit Augen, die sahen, aber nicht sehen wollten, aus seinem Hause ein Bordell machen ließ, seine Kameraden, die sich wie geile Böcke dazu drängten, sein eheliches Lager zu beschmutzen, und gar der letzte Liebhaber, der im Schatten

des Todes, der auch den verhärtetsten Sünder zu erschüttern pflegt, die Geliebte dem Henker denunzierte, alles zur höheren Ehre der Uniform!

Eine saubere Ehre in der Tat! Hätte einer der Offiziere, von denen Allenstein wimmelte, den Major v. Schoenebeck auf den Skandal aufmerksam gemacht, den die Spatzen von den Dächern pfiffen, so hätte er nach dem albernen Ehrenkodex vor die Pistole des „beleidigten Ehemannes“ müssen, und so schwiegen alle. Der biedere Goeben drohte sogar ganz öffentlich, jeden niederzuknallen, der ihn eines unerlaubten Verhältnisses zur Frau v. Schoenebeck bezichtige, und keiner sprach. Dank der Vorsorge, die Öffentlichkeit vor gewissen Partien des Prozesses auszuschließen, ist nur ein geringer Teil der Allensteiner Skandale bekannt geworden, aber was davon bekannt geworden ist, genügt reichlich und überreichlich, auch wenn man nur die bescheidensten Ansprüche an die Ehre der Uniform stellt.

Die Sorge um diese Ehre beherrschte den Vorsitzenden des Schwurgerichtshofs so, daß die unparteiische Leitung des Prozesses — natürlich ohne daß er sich dessen bewußt wurde — einigermaßen darunter litt. Er selbst hat sich mit wehleidiger Miene — namentlich als einmal sein „hoher Vorgesetzter“ anwesend war — darüber beklagt, daß ihm der Vorwurf gemacht würde, die Angeklagte allzu höflich und zuvorkommend zu behandeln, ein Vorwurf, der gewiß ungerecht war, wenngleich er sich dadurch erklären läßt, daß die profane Welt aus den „niederen Ständen“, wenn sie das Unglück hat, auf die Anklagebank zu kommen, sich gemeiniglich nicht einer ähnlichen Aufmerksamkeit zu erfreuen hat. Jedoch dadurch ließ sich der Vorsitzende seinen Blick für die kriminalistische Seite der Sache nicht trüben, und man kann ihn irgend einer Voreingenommenheit zugunsten der Angeklagten nicht zeihen. Er hat ihr nichts von ihrem Sündenregister geschenkt; nur freilich wurde dadurch sein anerkennenswertes Bestreben, allen Schmutz von der Armee zu entfernen, einigermaßen vereitelt. Denn je tiefer die Angeklagte in den Sumpf gestoßen wurde, um so höher spritzte dieser Sumpf an den Offizierskreisen in Allenstein empor.

Eins freilich bleibt der Ehre der Uniform zum Troste. So sehr der tote Gatte und der tote Liebhaber diese Uniform entehrt haben, so erscheinen sie fast noch in einer Art von tragischem Schimmer, wenn man sie mit dem gegenwärtigen Gatten der Angeklagten vergleicht, einem Herrn Weber, Schriftsteller seines Zeichens, der sein Talent bisher in Satiren auf Ehemänner erprobt hat. Er hat für seine bisher unbekannt gebliebenen Werke durch seinen Verleger, der ominöserweise seinen eigenen Namen trägt und ihm anscheinend sehr nahe steht, heftige Reklame machen lassen, unter Berufung darauf, daß er sich an den Allensteiner Skandal angeheiratet habe. Wenn er sich nun gar gehorsam aus dem Gerichtssaal trollte, sobald ihm der Vorsitzende sagte: Herr Weber, wollen Sie nicht das Lokal verlassen, es kommen Sachen vor, die für Sie als Ehemann gar zu genierlich sind, so bewies er zwar seine hervorragende Befähigung für eine satirische Auffassung des Ehestandes, aber er bestätigte zugleich die alte Erfahrung, daß, wenn es einen mildernden Umstand für adlige Fäulnis gibt, die bürgerlichen, sagen wir, Ehrenmänner, die es noch ärger treiben, solch mildernder Umstand sind.

Und dieselbe Erfahrung zeigt sich auch in dem grotesken Nachspiel des Allensteiner Prozesses. Es begreift sich leicht, daß Herr Maximilian Harden, der, wie die Made im Speck, in der Fäulnis der herrschenden Klassen vegetiert, sich auf diesen Skandal stürzte, zumal da der Eulenburgskandal schon bis zur Bewußtlosigkeit von ihm ausgeschlachtet worden ist. Er veröffentlichte in seiner „Zukunft" vor vierzehn Tagen einen Artikel über „Schoenebecks", der in seinem perversen Gedankengang und Stile vielleicht das Gemeinste und Schmutzigste ist, was je in deutscher Sprache veröffentlicht worden ist. Statt aber die Aburteilung des Sünders der Öffentlichkeit zu überlassen, ließ die Staatsanwaltschaft leider, nach ihrer verkehrten Manier, den Artikel mit Beschlag belegen, auf Grund von § 184 des Strafgesetzbuchs, der die Verbreitung unzüchtiger Schriften mit Geld- und Gefängnisstrafe bedroht. So schien es, als ob Herr Harden gar zum Märtyrer der Preßfreiheit werden sollte für eine Leistung, die noch tief unter dem Allensteiner Niveau stand.

Glücklicherweise ist diese Gefahr abgewandt worden. Im „Lokalanzeiger" flehte Herr Harden oder flehten seine Spießgesellen den Staatsanwalt an, keine Anklage zu erheben, da Herr Harden sonst mit fürchterlichen Skandalen hervorbrechen werde, was sich ja bei all dem Stank, womit die Schatzkammern der „Zukunft" bis zum Bersten gefüllt sind, ganz glaubhaft anhörte. Jedoch ist dem Staatsanwalt alle Mühewaltung erspart worden, da gestern die achte Strafkammer des Landgerichts I die Beschlagnahme aufgehoben hat, weil Herrn Hardens Artikel nicht gegen den § 184 verstoße und bei der geistigen Höhe, auf der die Leser der „Zukunft" ständen, auch keinen Anstoß errege.

Natürlich besteht kein Zusammenhang zwischen diesem Beschluß der Strafkammer und den unverhüllten Drohungen des „Lokalanzeigers", die sich ja auch nur an den Staatsanwalt richteten, für den sie durch den Beschluß der Strafkammer erledigt sind. Es ist rein objektiv nichts als die Nemesis der Klassenjustiz, die man auch in diesem Satyrspiel walten sieht.

Die Interessenkämpfe in Südwestafrika.

Von **G. Ledebour.**

Während der jüngsten Auseinandersetzungen im Reichstag über die südwestafrikanische Politik wurde deren Verlauf in der liberalen Presse fortgesetzt als eine Kette glänzender Triumphe des Staatssekretärs Dernburg ausposaunt. Leuten, die das für bare Münze genommen haben, muß die plötzliche Amtsniederlegung dieses gefeierten Kolonialpolitikers höchst überraschend gekommen sein. Einer eingehenden Prüfung hält jener Reklame-Tamtam indes nicht stand. Da die südwestafrikanische Kolonialpolitik ein gutes Spiegelbild der kapitalistischen Kolonialpolitik überhaupt liefert und gleichzeitig zur Erläuterung der sozialdemokratischen Haltung ihr gegenüber dient, soll hier näher darauf eingegangen werden.

Um die Vorgänge, die sich im Reichstag abgespielt haben, richtig würdigen zu können, muß man sich die Zustände vergegenwärtigen, die durch die deutsche Okkupation in Südwestafrika geschaffen worden sind.

Ehe die deutsche Flagge dort gehißt wurde, war das heute Deutsch-Südwestafrika genannte Gebiet im Besitz einer Anzahl unabhängiger Eingeborenenstämme. Der Süden des Landes, nahezu die Hälfte des ganzen Gebiets, wurde von Hottentottenstämmen bewohnt, die Mitte von den Herero, die zu den Bantunegern gehören, der kleinste nördliche Teil, der ein nahezu tropisches Klima hat, von dem Bantustamm der Ovambo. Letztere trieben Ackerbau, während die Herero und Hottentotten auf ihren dürren Hochebenen fast ausschließlich von Rindviehzucht lebten. Zwischen den Herero eingesprengt fanden sich auch noch Reste des Damarastamms, nach dem jenes mittlere Gebiet auch Damaraland genannt wird. Alles in allem wurde die Eingeborenenbevölkerung auf nicht mehr als 200000 Personen geschätzt. Sie verteilen sich auf ein Gebiet von 835100 Quadratkilometer, das also anderthalbmal so groß ist wie das Deutsche Reich. Seit Jahrzehnten schon waren unter ihnen christliche Missionare tätig gewesen, während Handelsleute europäischer Abkunft von der Küste und dem englischen Kapland aus unter den Eingeborenen Handel trieben. Der Zugang zu dem Lande wurde dadurch erschwert, daß die langgestreckte Küste von dem Binnenland durch einen etwa 100 Kilometer breiten Wüstengürtel getrennt war.

Die Engländer hatten sich damit begnügt, nur auf einigen spärlich der Küste vorgelagerten Inseln sowie an der einzigen größeren Bucht des Damaralandes, der Walfischbai, ihre Flagge zu hissen. Dadurch, daß 1884 der Bremer Kaufmann Lüderitz von den Hottentotten die Herrschaftsrechte über den südlichen Küstenstrich in der Breite von 20 geographischen Meilen mit sehr fragwürdigen Mitteln „erwarb" — er hat dafür 10000 Mark bar und 60 Gewehre bezahlt —, wurde die deutsche Reichsregierung veranlaßt, über das Gebiet der heutigen Reichskolonie Südwestafrika die Reichshoheit zu proklamieren.

Als Rechtsnachfolger des früh verstorbenen Herrn Lüderitz übernahm unter deutscher Herrschaft die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika seinen Besitz. Der überwiegende Teil der neuen Kolonie kam im Laufe der Zeit durch ähnliche Mittel, wie sie Herr Lüderitz anwandte, oder durch „Schenkung" der Reichsregierung in die Hände anderer Landgesellschaften. Der leitende Gedanke der Reichsregierung bei der Vergebung solcher Landgerechtsame war der, daß diese kapitalistischen Gesellschaften durch Verwendung von Kapitalien das Land kulturell und wirtschaftlich erschließen und die Besiedlung durch Weiße anbahnen sollten. Die Gesellschaften, teils deutschen, teils englischen Ursprungs, erfüllten diese Erwartungen nur in höchst dürftiger Weise. Ihre Kapitalaufwendungen waren winzigster Art. Sie machten es wie die Bodenspekulanten in der Nachbarschaft europäischer Großstädte: sie legten die Hände in den Schoß und warteten ab, bis die wirtschaftliche Entwicklung, bis die Geldopfer der deutschen Steuerzahler den Bodenpreis so in die Höhe getrieben haben würden, daß sie ihre Ländereien im einzelnen mit gutem Profit losschlagen können. Nur eine geringe Anzahl von Farmen war so bis zur Jahrhundertwende von europäischen Ansiedlern besetzt und nach dem Vorbild der Eingeborenen zur Rindviehzucht verwendet worden. Nur im Norden des Damaralandes hatte infolge der Entdeckung reicher Kupfererze eine Erwerbsgesellschaft ein bedeutenderes industrielles Unternehmen, die Otavibergwerke, ins Leben gerufen. Gleichzeitig vollzog sich aber der Prozeß der Eingeborenenenteignung durch die Aktion der europäischen Händler, die, die

Geschäftsunkenntnis der Eingeborenen ausnutzend, sie in Schulden brachten und dann mit Hilfe der deutschen Verwaltung ihnen Land und Vieh zwangsweise versteigerten.

Es ist bekannt, daß diese Praktiken es hauptsächlich waren, die den Stamm der Herero und im Anschluß daran auch die meisten Hottentottenstämme in einen großen Aufstand hineintrieben. Erst nach mehrjährigem Ringen unter dem Opfer von mehr als 2000 deutschen Soldaten und über 500 Millionen Mark Kosten konnte der Aufstand niedergeschlagen werden. In barbarischer Weise war dabei durch die Ausrottungsstrategie des Generals Trotha der Hererostamm bis auf ein Viertel seines Bestandes reduziert, aber auch die Hottentotten etwa um die Hälfte vermindert worden. Das Vieh hatten die aufständischen Stämme eingebüßt, das Land wurde ihnen durch Dekret der Reichsregierung völlig weggenommen. Nur engbegrenzte „Reservate" wurden ihnen belassen.

Das „Regierungsland" sucht die Regierung seit jener Zeit in einzelne Farmen verteilt an Ansiedler zu verkaufen. Bedeutende Fortschritte sind damit aber bisher noch nicht erzielt worden. Auch der Landverkauf durch die Gesellschaften kommt nicht recht vorwärts. Das Haupthindernis für die Besiedlung des Landes liegt in dem Wassermangel. Abgesehen von den spärlichen Quellen und Teichen mit dauerndem Wasser führen die Flußläufe Wasser nur in der dreimonatigen Regenzeit. Dann versickert das Wasser und läßt sich nur durch Brunnen in den Flußläufen erbohren. Mit noch größeren Kosten muß an anderen Stellen durch artesische Brunnen Wasser erschlossen werden. So läßt sich dort eigentlich nur extensivste Weidewirtschaft mit Erfolg treiben. Die normale Größe einer Farm wird auf 10000 Hektar eingeschätzt. Die Regierung selbst warnt davor, daß Leute mit einem geringeren Kapital als 30000 Mark sich an ein solches Unternehmen heranmachen. Selbst für die sogenannten Kleinbetriebe wird ein Kapital von 10000 bis 15000 Mark angefordert. Alle solche sogenannten „Kleinsiedler" werden also nach europäischem Maßstab als mittlere Grundbesitzer anzusehen sein. Das entscheidende Merkmal für die soziale Stellung der südwestafrikanischen Farmer ist denn auch, daß sie ihre Betriebe samt und sonders mit Eingeborenen bewirtschaften. So gab der famose Herr Schlettwein, der bei den Hottentottenwahlen als südwestafrikanischer Musterbauer in Deutschland umherreiste, auf Befragen an, er verwende sieben bis acht männliche Eingeborene mit ihren Familien auf seiner Farm.

Die südwestafrikanischen Farmer sind also Viehzüchter, die von der kapitalistischen Ausbeutung der Eingeborenenarbeit ihre Profite machen. Die Versuche mit Gartenkultur in der Nähe der wenigen größeren Ortschaften sind infolge der Ungunst bisher völlig fehlgeschlagen und kommen, selbst wenn sie künftig hier oder dort etwas günstiger ausfallen sollten, für die Beurteilung der Bewirtschaftungsmöglichkeiten im großen und ganzen überhaupt nicht in Betracht.

Aus dem Ausbeutungsinteresse der Ansiedler europäischer Abkunft in Südwestafrika erklärt sich denn auch deren lebhafte Gier nach billigen und willigen eingeborenen Arbeitskräften. Damit hapert es aber bedenklich. Die ruchlose Ausrottungsstrategie hat die verfügbaren Eingeborenen enorm reduziert. Nach den statistischen Angaben der letzten amtlichen Denkschrift betrug am 1. Januar 1909

+) dieses Scheusal hat auf einmal 40,000 Hereros (Männer, Frauen & Kinder) ermordet, indem er sie in die Wüste trieb & dort verhungern & verdursten ließ.



die gesamte farbige Bevölkerung (ausschließlich Ovamboland und Caprivizipfel):

Rasse	Männer	Frauen	Kinder	Zusammen	Am 1. Januar 1908	Mehr bezw. weniger
Ovambo	896	48	44	988	1790	— 802
Herero	6171	7748	4468	18387	16363	+2024
Bergdamara	4833	5400	5604	15837	16471	— 634
Nama (Hottentotten)	4567	5697	4095	14359	13114	+1245
Buschleute	2847	2909	1760	7516	6910	+ 606
Mischlinge	1324	1386	1574	4284	3539	+ 745
Betschuanen	116	116	85	317	297	+ 20
Kapjungen	1247	22	6	1275	592	+ 683
Krujungen	60	—	3	63	66	— 3
Sonstige	60	14	17	91	71	+ 20
Zusammen	22121	23340	17656	63117	59213	+3904
Dagegen im Vorjahr	19904	21037	18272	59213	—	—
Zunahme (+), Abnahme (—)	+2217	+2303	—616	+3904	—	—

Dazu ist zu bemerken, daß die hier aufgeführten Ovambo meist zugewanderte Arbeiter sind aus dem zwar im Schutzgebiet gelegenen, aber der deutschen Verwaltung bisher nicht unterstellten Ovambolande im Norden, dessen Bevölkerung auf etwa 60000 Personen geschätzt wird. Die „Kapjungen" (schlechte Übersetzung von: Cape boys) sind zugewanderte Neger aus dem Kaplande, die „Krujungen" (Kroo boys) von der Guineaküste. Die starke Vermehrung der Herero und Hottentotten erklärt sich aus der teilweisen Heimkehr der in das Wüstengebiet der Kalahari geflohenen Aufständischen. Dabei ist eine höchst bedenkliche Erscheinung der außerordentliche Rückgang der Kinder unter den Herero und Buschleuten. Letztere sterben vor der eindringenden „Zivilisation" aus. Der Rückgang der Kinderzahl der sonst widerstandsfähigen Herero mag als Nachwirkung der Entbehrungen während der Kriegsjahre eine vorübergehende Erscheinung sein. Aber auch so bleibt sie ein Denkmal für die Segnungen der deutschen Okkupation. Das starke Anwachsen der Mischlingsbevölkerung erklärt sich natürlich daraus, daß auch noch neben dem seit langer Zeit abgesondert lebenden, aus dem Kaplande eingewanderten Bastardstamm von Rehoboth noch überall neue Mischlinge heranwachsen, die der Vermischung der deutschen Soldaten und Ansiedler mit eingeborenen Frauen entstammen. Das machte den amtierenden Kolonialpolitikern schwere Sorge. Um dem Anwachsen der Mischlingsbevölkerung zu steuern, verfielen deshalb der echtchristliche Gouverneur v. Schuckmann und der nicht minder christliche Staatssekretär Dernburg auf den Gedanken, die Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen zu verbieten und den Weißen, die mit Eingeborenen im Konkubinat leben, gewisse staatsbürgerliche Rechte zu entziehen. Die Wirkung ist naturgemäß die, daß nunmehr an Stelle der Ehe oder des Konkubinats vollständig der ungeregelte Geschlechtsverkehr tritt, da nun einmal die beiden Musterchristen Dernburg und v. Schuckmann durch kaiserliche Verordnungen die Naturtriebe nicht ausrotten können. Eheschließungen zwischen weißen Männern und Frauen sind aber bisher der überwiegenden Zahl der in Südwestafrika lebenden Weißen unmöglich gewesen, da es an der erforderlichen Anzahl weißer Frauen

mangelt. Nach der Statistik betrug nämlich am 1. Januar die Zahl der erwachsenen weißen Männer, verglichen mit dem Vorjahre: 8010 (5295), der erwachsenen weißen Frauen 1826 (1491), der Unerwachsenen 1955 (1427). Es erhellt daraus, daß das Mißverhältnis zwischen erwachsenen weißen Männern und Frauen noch immer zunimmt — trotz der Bemühungen der Kolonialpatrioten, teutsche Jungfrauen auf Heiratsspekulation nach Südwestafrika zu verlocken. Die Eingriffe der Dernburg und Schuckmann in den Geschlechtsverkehr erhalten noch eine besonders pikante Färbung dadurch, daß Herr v. Schuckmann, ehe er als amtlicher Kulturträger nach Südwestafrika auszog, eine Säule der inneren Mission war und im preußischen Abgeordnetenhaus als konservativer Abgeordneter eine donnernde Strafpredigt über das sündhafte nächtliche Treiben in der Friedrichstraße in Berlin hielt. Daß der nämliche Mann, unter Beihilfe des Herrn Dernburg, dann ein Jahr später in Südwestafrika durch Verbot der christlichen Ehe und des Konkubinats mit eingeborenen Frauen die Weißen in den ungeregelten Geschlechtsverkehr mit den eingeborenen Frauen hineintreibt, ist ein klassischer Beweis dafür, wie rasch die äußere Tünche der Christlichkeit und Humanität bei diesen Vertretern kapitalistischer Kultur unter dem Einfluß des Klasseninteresses einer Herrschaftskaste abschilbert.

Die deutschen Südwestafrikaner haben übrigens schon die logische Konsequenz aus der Ehepolitik der Dernburg und Schuckmann gezogen, indem sie im Bundesrat die Einrichtung von staatlichen Bordellen, die mit eingeborenen Frauen zu besetzen sind, verlangt haben. Schade, daß die Herren Dernburg und Schuckmann selbst nicht mehr auch diesen edeln Wunsch verwirklichen können! Sie würden dabei der stillschweigenden Billigung der bürgerlichen Parteien des Reichstags ebenso sicher sein wie bei der Erörterung des Eheverbotes. Denn als von uns diese skandalöse Geschichte im Frühjahr 1909 im Reichstag zur Sprache gebracht wurde, drückte sich Herr Dernburg ebenso um die Verantwortung herum, wie der gleichfalls anwesende Herr v. Schuckmann, ohne daß aus der Mitte der bürgerlichen Parteien auch nur ein Wort zur Unterstützung der sozialdemokratischen Kritik laut wurde.

Noch mehr tritt der Ausbeutungscharakter der Dernburgschen Eingeborenenpolitik hervor in der Landlosmachung und dem Viehhaltungsverbot.

Es wurde bereits angeführt, daß die gesamte weiße Bevölkerung ein lebhaftes Interesse an der Proletarisierung der Eingeborenen hat. Je weniger die Eingeborenen die Möglichkeit haben, sich in selbständigen Wirtschaftsbetrieben ihren Lebensunterhalt zu erwerben, um so widerstandsloser, um so billiger müssen sie sich der Ausbeutung durch die weißen Unternehmer preisgeben. Die Weißen brauchen aber die schwarze Arbeitskraft für alle ihre Betriebe, besonders für den Farmbetrieb, die Rindviehzucht im großen. Kein Wunder, daß die weiße Ausbeuterschaft in Südwestafrika unverhohlen auf Rechtlosmachung und Wehrlosmachung der Eingeborenen hinarbeitet.

Diesem Streben hat denn auch Herr Dernburg vollauf ein verständnisvolles Entgegenkommen gezeigt. Der Aufstand gab den erwünschten Vorwand, den aufständischen Stämmen alles Land zu nehmen. Als seine eigene Ruhmestat hat Herr Dernburg selbst diese Begünstigung kapitalistischer Ausbeutung noch in den letzten Verhandlungen des Reichstags in sehr charakteristischen Worten angepriesen. Den Hinweis darauf, daß auch die Engländer den Minenbesitzern im Transvaal eine Kriegssteuer auferlegt hätten und daß

man nach diesem Vorbild doch auch die Mineninteressenten in Südwestafrika nachträglich zu den Kriegskosten heranziehen müsse, glaubte er widerlegen zu können durch die Worte:

„Und ich kann mich durch die Beweisführung des Herrn Abgeordneten Erzberger, daß England einem Lande wie dem Transvaal, welches es nach vierjährigem scharfen Kampfe erobert hat, eine Kriegskontribution auferlegt hat, nicht überzeugen lassen, daß es richtig ist, denjenigen Leuten, die wir von den Herero befreit haben, dasselbe zu tun. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir haben nicht gegen die Deutschen dort gekämpft, sondern gegen die Herero. Denen haben wir alles weggenommen, was sie hatten, Land und Rechte." (Hört, hört! und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

In dem Kopfe dieses „liberalen Staatsmanns" malt sich also die teilweise Ausrottung der Herero und die völlige Beraubung der armseligen Reste dieses Stammes als eine „Befreiung" der Ausbeuter von den Herero. Es fehlt nur noch, daß seine nationalliberalen und freisinnigen Bewunderer diesen genialen Mann in patriotischen Geschichtsfibeln verherrlichen als „Dernburg, der Befreier".

Selbverständlich hat die Sozialdemokratie sich bemüht, den volkversklavenden Wirkungen dieser „Befreiungstat" nach Möglichkeit entgegenzuarbeiten. Die sozialdemokratische Fraktion hatte deshalb bereits im Jahre 1908 den Antrag gestellt:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, durch welche den Eingeborenenstämmen im Schutzgebiet Südwestafrika, denen infolge des Aufstandes ihr Land genommen wurde, aus den der Regierung zur Verfügung stehenden Ländereien so viel Land zurückgegeben wird, daß sie darauf ihren Lebensunterhalt in der den Landesverhältnissen entsprechenden Wirtschaftsweise in selbständigen Betrieben gewinnen können.

Dieser Antrag wurde vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmte nur die Rechte. Doch enthielten ihre Vertreter sich vorsichtig jedweden Versuchs einer Widerlegung der eingehenden, auf Gründe der Gerechtigkeit und Menschlichkeit sich stützenden sozialdemokratischen Darlegungen. Aber auch das Zentrum und die Liberalen schwiegen sich aus. Das nachträgliche Verhalten dieser Parteien hat gezeigt, daß ihr Schweigen nur die innerliche Gleichgültigkeit für das Schicksal der Eingeborenen verdeckte. Sie wagten nicht, durch ihre Abstimmung sich mit ihrer stets betonten Christlichkeit und Humanität in Widerspruch zu setzen, aber sie gaben nicht einen Pfifferling dafür, daß der Reichstagsbeschluß auch ausgeführt werde.

Die Antwort auf diesen im Jahre 1908 gefaßten Beschluß ließ anderthalb Jahre auf sich warten. Sie wurde mit einem anderen Haufen von Entscheidungen des Bundesrats auf Beschlüsse des Reichstags publiziert und lautete:

„Den Eingeborenen ist volle Freiheit gewährt, ihren Lebensunterhalt selbständig zu erwerben. Infolge der Nachwirkungen des Krieges sind sie hierzu nur in Ausnahmefällen imstande und daher in der Regel auf die Arbeit bei den Weißen angewiesen. Die Zuteilung eigenen Landes würde an diesem Zustand nichts ändern, da sie zum Betrieb von Viehzucht, die im wesentlichen für sie in Betracht kommt, wegen Mangels an Vieh nicht imstande sind. Die Bildung selbständiger Viehzuchtunternehmungen seitens der Eingeborenen muß der weiteren Ent-

wicklung überlassen bleiben. Die Reservate bleiben für die Eingeborenen wie früher vorbehalten."

Nun liegt es schon auf der Hand, daß diese Antwort die Frage, um die es sich handelt, auf den Kopf stellt. Denn die Verfügung über Land, gepachtetes oder eigenes, ist die Vorbedingung für Viehzucht überhaupt in Afrika wie in Deutschland. Aber die Antwort, die Herr Dernburg dem Bundesrat suggeriert hat, ist noch etwas Schlimmeres als ein logischer Schnitzer. Sie verschweigt nämlich die Tatsache, daß Dernburg, der Befreier, in seiner rührenden Fürsorge für die uneingeschränkte Ausbeutung der unterworfenen Eingeborenen ihnen die Haltung von Großvieh hat verbieten lassen. Sie dürfen nur Kleinvieh (Schafe und Ziegen) halten, mit deren Wartung sie bisher wenig vertraut waren. Will ein Mitglied der unterworfenen Stämme sich Großvieh halten, so bedarf es dazu in jedem einzelnen Falle der Genehmigung des Gouvernements. Der Zweck dieser Verfügung ist ja sonnenklar. Die Eingeborenen, die Herero im besonderen, sind gute Viehzüchter. Zitiert doch der Missionar Irle eine unter den Herero früher umlaufende Redensart: „Wenn ich nur zwei Kühe und einen Bullen übrig behalte, so bin ich nach zehn Jahren doch wieder ein reicher Mann." Durch das Viehhaltungsverbot sollen also diese Leute dauernd als wehrlose Ausbeutungsobjekte für die weißen Unternehmer niedergehalten werden.

Das Skandalöse an der Bundesratsantwort ist nun, daß der Nichtbesitz von Rindvieh, der durch jenes Viehhaltungsverbot erst zu einer dauernden Einrichtung gemacht wird, als Grund für die Ablehnung des Reichstagsbeschlusses vorgeschützt wird.

Diese Tatsache habe ich nicht weniger als viermal in der Budgetkommission und im Plenum des Reichstags vorgebracht, ohne daß der sonst so redselige Herr Dernburg einen Versuch der Rechtfertigung gemacht hat. Die Reichstagsmehrheit aber, die dem sozialdemokratischen Antrag seinerzeit zugestimmt hat, schwieg gleichfalls zu dieser Verhöhnung des Reichstags durch Herrn Dernburg, und die bürgerliche Presse hat sich an der Totschweigetaktik beteiligt. Das wird aber nichts helfen. Wir werden in der kommenden Session diese schmachvollen Dinge abermals zur Sprache bringen.

Was die Eingeborenenpolitik anbetrifft, so hatte also die Ausbeutersippe in Südwestafrika allen Grund, mit Herrn Dernburg zufrieden zu sein. Ist sie schließlich dennoch mit ihm auseinandergeraten, so ist das auf die Interessengegensätze zurückzuführen, die sich zwischen den verschiedenen kapitalistischen Interessentengruppen infolge der Entdeckung der Diamantfelder herausgebildet haben. (Schluß folgt.)

Das Ende des Unternehmerkampfes zur Aushungerung der deutschen Bauleute.

Von **August Bringmann** (Hamburg).

Am Schlusse meines letzten Artikels (Heft 33 vom 13. Mai) verwies ich darauf, daß dem Unternehmerbund für das Baugewerbe ein Ende mit Schrecken lieber sei als ein Schrecken ohne Ende. In der Tat schien ein Ende mit Schrecken in greifbare Nähe zu rücken. Die versprochene finanzielle Hilfe von seiten der Industriellen, die in den Reihen der Bauunternehmer so große Zugkraft geübt

hatte, blieb aus. Die Industriellen hatten nach einem Schreiben des Architekten Fritz in Essen vom 6. Mai an den Kommerzienrat Menck in Altona[1] ihre Unterstützung von einem bestimmten Umfang der Aussperrung abhängig gemacht. Fritz schreibt, „daß in der Ausschußsitzung (des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände) am 19. April und in der darauffolgenden Besprechung in kleiner Kommission zwischen Hauptstelle und Verein (deutscher Arbeitgeberverbände) ausdrücklich gesagt wurde, daß, wenn es sich um eine Aussperrung von 150000 bis 200000 Arbeitern handeln würde, man die Aussperrung als gelungen ansehen könnte". Da diese Zahl bekanntlich nicht erreicht worden ist, hatte sich der Bauunternehmerbund große Mühe gegeben und keinerlei Terrorismus gescheut, um das Fehlende einzuholen. Er wirkte auf die Stukkateur-, Dachdecker-, Bauklempner-, Bauschlosser- und Bauschreinergeschäfte ein, damit auch sie aussperrten, und dann berichtete der Vorstand des Bauunternehmerbundes am 24. April, „daß die Aussperrung bereits eine Höhe von 186000 erreicht hatte und daß sie während der Zeit nicht nur stabil geblieben, sondern daß weitere 10000 bis 20000 Arbeitnehmer nachträglich ausgesperrt wurden, so ... daß die runde Zahl von 200000 erreicht ist". Fritz richtete darob die „dringende Bitte" an Menck, „bei der Hauptstelle" deutscher Arbeitgeberverbände vorstellig zu werden „und nunmehr der Öffentlichkeit gegenüber die finanzielle Unterstützung in Zahlen zu kleiden, welche den Beweis liefern ..., daß die Erklärung vom 19. April (die Aussperrung voll und ganz zu unterstützen) auch in die Tat umgesetzt ist. Ein Zurückziehen der Industrie, wie es seitens der Hauptstelle (deutscher Arbeitgeberverbände) in der letzten Kartellausschußsitzung der Fall zu sein schien, dürfte nicht nur dem Baugewerbe, sondern auch der Industrie für die Folge großen Schaden bringen". Genug, „ein Ende mit Schrecken" stand bevor.

Nun machte die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände 130000 Mark locker; 100000 Mark „zur Unterstützung wirklich notleidender" Bauunternehmer oder helfender Fuhrleute, Ziegler usw., und 30000 Mark für Agitationszwecke „zur Verallgemeinerung der Aussperrung". Alles in allem: Ein kleiner Tropfen auf einen heißen Stein! Und diese winzigen Geldsummen wurden unter sehr schwierigen Bedingungen verteilt.[2]

Obgleich nach einer Berliner Korrespondenz in den „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 6. Mai im Herbst vorigen Jahres aus dem Reichsamt des Innern führenden Berliner Arbeitgebern mitgeteilt worden war, „ein amtliches Eingreifen in einem etwa ausbrechenden Kampfe werde nicht erfolgen", und trotz des brüsken Verhaltens der Unternehmer am 6. April, wo das Reichsamt des Innern zu vermitteln suchte, warf man in genanntem Blatte nun doch die Frage auf, „ob jetzt nicht die Zeit gekommen sei, wo das Reichsamt des Innern seine Vermittlungsaktion wieder aufnehmen sollte". Gewerbegerichtsdirektor Dr. Prenner in München wandte sich darob mit einer Eingabe an das bayerische Staatsministerium, in der er ausführt, daß wohl die Wahrscheinlichkeit bestehe, der Kampf werde sich auf unabsehbare Zeit hinausziehen, ohne daß schließlich weder von einem Sieger noch von einem Besiegten gesprochen werden könne. „Aber auch wenn ein Teil vollständig die Oberhand gewinnen sollte, so könnte

[1] Abgedruckt im „Grundstein" Nr. 22 vom 28. Mai 1910.

[2] Die „Vorschriften für die Einreichung von Unterstützungsgesuchen" sind abgedruckt im „Zimmerer" Nr. 22 vom 28. Mai, und die „Formulare für Verpflichtungsscheine", die empfangene „Unterstützung" zurückzuzahlen, im „Zimmerer" Nr. 23 vom 4. Juni 1910.

dies nur auf dem Wege der Zertrümmerung oder doch der wesentlichen Schwächung einer Organisation, sei es auf Arbeitgeber-, sei es auf Arbeitnehmerseite, geschehen. Ein derartiges Ergebnis wäre aber vom Standpunkt des im Tarifvertrag verwirklichten sozialen und wirtschaftlichen Einvernehmens keineswegs wünschenswert; es würde dies auch nicht im Interesse des obsiegenden Teiles gelegen sein, da mangels einer mächtigen Gegenorganisation die unbedingt notwendige Garantie für die Durchführung der Verpflichtungen seitens der einzelnen Mitglieder fehlen würde." Am Schlusse der Eingabe wird das bayerische Staatsministerium gebeten, dahin wirken zu wollen, daß das Reichsamt des Innern in kürzester Frist den beteiligten Zentralorganisationen der Arbeitgeber und Arbeiter seine Vermittlung zur Beilegung des Kampfes im Baugewerbe anbiete. Nicht lange darauf griff das Reichsamt des Innern ein. Am 27. Mai begannen bereits im Reichstagsgebäude zentrale Verhandlungen unter Leitung von drei Unparteiischen, Oberbürgermeister Dr. Beutler aus Dresden, Vortragender Rat im Reichsamt des Innern Dr. Wiedfeldt und Gewerbegerichtsdirektor Dr. Prenner aus München, die sich indessen selbst nicht als Unparteiische bezeichneten, sondern als Vertreter des öffentlichen Interesses.

Die zentralen Verhandlungen schleppten sich zwei Tage hin, ohne daß sich die Parteien dabei näher kamen. Das Unternehmertum schien der Auffassung zu sein, daß es Aufgabe der Vertreter des öffentlichen Interesses sei, die Arbeiter einzuseifen und den Absichten der Scharfmacher zum Siege zu verhelfen. Die Matadore des Unternehmerbundes und seiner verschiedenen Abteilungen hatten kurz vor den Verhandlungen nochmals mit allen Kräften den Schleifstein gedreht, „um die Niederlage der Gewerkschaften zu einer endgültigen zu machen". Aber die Arbeitervertreter ließen sich keinen Augenblick ins Wanken bringen. Als die zweitägigen Verhandlungen nicht von dem toten Punkte herunterzubringen waren, formulierten die Unparteiischen am 31. Mai Vorschläge, bestehend aus einem „Hauptvertrag", einem Formular zum Abschluß örtlicher Tarifverträge, „Protokollarische Erklärungen" und einem „Mantel" zu ihren Vorschlägen, die den Parteien zur beiderseitigen Annahme empfohlen wurden. Diejenige Partei, die sie ablehnte, konnte gewiß sein, daß sie auf der Strecke blieb! Insbesondere wurde den Unternehmervertretern vom Reichsamt des Innern im Ernst angedeutet, daß hinter den Vorschlägen die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden ständen. Allein auch den Gewerkschaften wäre es schwer gefallen, die Vorschläge abzulehnen. Sie anzunehmen fiel ihnen hingegen nicht schwer. Alle jene prinzipiellen Forderungen des Unternehmerbundes, welche die Knebelung der Arbeiter bezweckten und die Gewerkschaften offen zum Vollstrecker des Unternehmerwillens machen sollten, fielen dabei unter den Tisch. Der Rechtsweg bei Tarifstreitigkeiten wurde ausgeschlossen; auch soll „die Geltendmachung irgendwelcher vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Vertrag ausgeschlossen sein". Damit ist die Absicht des Reichsgerichtsurteils, das ich in Heft 23 vom 4. März dieses Jahres anführte, hinfällig geworden. Alle Veränderungen, die das neue Vertragsformular gegenüber dem alten aufweist, bedeuten für die Arbeiter Verbesserungen. Den Vorschlägen der Unparteiischen wurde fristgerecht (6. Juni) von beiden Parteien zugestimmt.

Nun sollten nach den angenommenen Vorschlägen „die Verhandlungen über den Abschluß der örtlichen Verträge sofort beginnen" und bis zum 13. Juni

beendet sein. Wo bis dahin in einem Vertragsgebiet kein Vertrag zustande käme, sollten die Anträge beider Parteien einem Schiedsgericht unterbreitet werden, das am 13. Juni zusammentreten und endgültig entscheiden sollte. Spätestens am 15. Juni war hiernach die Aussperrung aufzuheben.

Hatten bis dahin die Unternehmervertreter sowohl wie die Unternehmerorgane immer vorgegeben, auf ein paar Pfennige Lohnerhöhung komme es gar nicht an, sondern der Unternehmer wolle nur „Herr im Hause" sein, so hintertrieben sie nun systematisch die örtlichen Verhandlungen und wollten nirgends etwas von angemessenen Lohnerhöhungen wissen. Vereinbarungen kamen, von ganz untergeordneten Ausnahmen abgesehen, nirgends zustande. Die Tausende von Streitfragen, die sich naturgemäß ergaben, kamen vor das Schiedsgericht. Konsequenterweise hätte dieses auf der Aufhebung der Aussperrung am 15. Juni bestehen und die Streitfragen allesamt zu örtlichen Verhandlungen zurückverweisen müssen, weil es gar nicht in der Lage war, sie zu lösen. Damit wäre der Unternehmerknäuel, der sich im Baugewerbe gebildet, auf Jahre hinaus durchhauen worden. Diese Konsequenz besaß aber das Schiedsgericht nicht. Es ließ sich vielmehr von der Absicht, Einzelschiedssprüche zu fällen, abdrängen und ging zu einem generellen Schiedsspruchverfahren über. Dieses Verfahren fand in der Zeit vom 14. bis 17. Juni in Dresden statt. Am 16. Juni wurde vom Schiedsgericht die Aufhebung der Aussperrung verkündet und damit sollte der Kampf sein Ende erreicht haben.

* * *

Die zentrale Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist für die Arbeiter eine recht mißliche Sache; sie wirkt mehr empörend als befriedigend, weil sie es, selbst wenn der gute Wille vorhanden ist, niemandem recht machen kann. Die Gestaltung des Arbeitsvertrags ist eben zu verschieden, als daß sie von einer Zentralstelle aus diktiert werden könnte. Nun gar erst die Lohnsätze und die täglichen Arbeitszeiten im Baugewerbe! Nach einer Statistik des Zimmererverbandes vom Jahre 1906, welche über die Stundenlöhne von 78763 Zimmerern Auskunft gibt, wurden 107 verschiedene Lohnklassen festgestellt, die Stundenlohnsätze schwankten zwischen 15 Pfennig und 1,20 Mark.[1]

Die bis zum Jahre 1907 zustandegekommenen Tarifverträge der Zimmerer,[2] die auf lokaler Grundlage basierten, boten in bezug auf Lohnhöhe das nachstehende statistische Bild:

Stundenlöhne	Tarife	Geltungsbereich		
		Orte	Betriebe	Zimmerer
unter 30 Pfennig	1	1	2	24
30 bis 40 Pfennig	144	617	945	9423
41 „ 50 „	165	999	1716	12657
51 „ 60 „	72	1053	2459	16918
61 „ 70 „	19	144	562	4225
71 „ 80 „	6	47	263	2969
29 bis 80 Pfennig	407	2861	5947	46216

[1] „Organisationsverhältnisse, Arbeitszeit und Stundenlöhne im deutschen Zimmerergewerbe." Hamburg 1908. — [2] „Der Tarifvertrag im deutschen Zimmerergewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Tarifbewegung im Jahre 1908." Hamburg 1908.

Diese großen Verschiedenheiten, die übrigens auch die tägliche Arbeitszeit aufwies, empörten nirgends, weil sie sich an die örtlichen Verhältnisse anschmiegten.

Aber nun kommt der generelle Schiedsspruch vom 16. Juni dieses Jahres und bestimmt von zentraler Stelle aus:

Die gegenwärtigen tariflichen Löhne werden während der Vertragsdauer allgemein um 5 Pfennig erhöht. In Orten, die nach der letzten Volkszählung (1905) weniger als 5000 Einwohner hatten, werden die tariflichen Löhne um 4 Pfennig erhöht; gehören solche Orte nach ihrem letzten Tarifvertrag zum Vertragsgebiet eines größeren Ortes, so tritt auch bei ihnen eine Lohnerhöhung um 5 Pfennig ein.

Die Lohnerhöhung ist in folgender Weise durchzuführen: wo 5 Pfennig gewährt werden, sofort 1 Pfennig, am 1. April 1911 2 Pfennig, am 1. April 1912 2 Pfennig; wo 4 Pfennig gewährt werden, sofort 1 Pfennig, am 1. April 1911 2 Pfennig, am 1. April 1912 1 Pfennig. In den Orten, wo bisher kein Tarif bestanden hat, gelten diese Bestimmungen entsprechend.

In Frankfurt a. M., Offenbach, Mannheim, Ludwigshafen und Wiesbaden wird die Arbeitszeit auf 9½ Stunden am 1. April 1911 herabgesetzt. Die Lohnerhöhung ist in folgender Weise durchzuführen: in Frankfurt a. M., Mannheim und Ludwigshafen sofort 2 Pfennig, am 1. April 1911 4 Pfennig, am 1. April 1912 2 Pfennig; in Offenbach und Wiesbaden sofort 2 Pfennig, am 1. April 1911 3½ Pfennig, am 1. April 1912 2 Pfennig.

In Orten, wo die Arbeitszeit mehr als 10½ Stunden beträgt, wird sie am 1. April 1911 auf 10½ Stunden und am 1. April 1912 auf 10 Stunden herabgesetzt. In Orten, wo sie 10½ Stunden oder weniger beträgt, wird sie am 1. April 1911 auf 10 Stunden herabgesetzt.

Beträgt in einem Orte, der nach der letzten Volkszählung (1905) unter 10000 Einwohner hatte, die hiernach während der Vertragsdauer eintretende Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, so tritt der übliche volle Lohnausgleich hier ausnahmsweise nur zur Hälfte ein.

In München wird die Arbeitszeit am 1. April 1911 auf 9½ Stunden herabgesetzt. Der Lohn wird sofort um 2 Pfennig, am 1. April 1911 um 4 Pfennig, am 1. April 1912 um 2 Pfennig erhöht. Im übrigen gilt für die örtlichen Zusätze der frühere Vertrag unverändert weiter.

In Nürnberg werden die Löhne der Maurer und der Zimmerer sofort um 1 Pfennig, am 1. April 1911 um 2 Pfennig, am 1. April 1912 um 1 Pfennig, der Lohn der Bauhilfsarbeiter sofort, am 1. April 1911 und am 1. April 1912 um je 2 Pfennig erhöht. Hinsichtlich der besonderen Zuschläge für gewisse schmutzige Arbeiten bleibt es bei der früheren vertraglichen Regelung. Die Streitfrage über den Vorsitz im örtlichen Schiedsgericht und die Arbeitszeit ist durch den Hauptvertrag geregelt.

In Bremen werden nach Vereinbarung im Schiedsgericht die Löhne der Maurer und der Zimmerer sofort um 1 Pfennig, am 1. Oktober 1910 um 1 Pfennig, am 1. April 1911 um 2 Pfennig, am 1. April 1912 um 2 Pfennig, die Löhne der Bauhilfsarbeiter sofort um 1 Pfennig, am 1. Oktober 1910 um 1 Pfennig, am 1. April 1911 um 3 Pfennig, am 1. April 1912 um 2 Pfennig erhöht.

Was der Schiedsspruch, als Ganzes genommen, in bezug auf Lohnerhöhung bietet, ist entschieden mehr als in den letzten drei Jahren von den baugewerblichen Gewerkschaften erreicht ist. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit, die er anordnet, kann der in früheren Jahren erreichten zur Seite gestellt werden, wenn sie auch keineswegs darüber hinausragt. Man kann auch sagen, daß auf dem Wege des Kampfes in den nächsten drei Jahren nicht mehr erreicht worden wäre, als der Schiedsspruch — immer als Ganzes genommen — bringt.

Sobald man aber seine tatsächliche Wirksamkeit im einzelnen zu erfassen sucht, dann kommt man zu anderen Schlüssen und wird gewahr, daß er nirgends befriedigen kann. Es ist nämlich nur richtig, daß der Schiedsspruch vielen Orten mehr bringt, als mit dem Gewerkschaftskampf in den nächsten drei Jahren erreicht werden könnte, das heißt allen jenen Orten, wo ein Regerwerden der Bautätigkeit nicht in Aussicht steht, und solchen, wo die Gewerkschaften noch nicht stark genug sind, die Konjunktur voll auszunutzen. Aber an diesen Orten steht die Verbesserung der Löhne und der Arbeitszeit, die der Schiedsspruch verheißt, vielfach nur „in Gottes Hand". Es ist fraglich, ob sie von den Unternehmerorganisationen durchgeführt wird. Tatsächlich verlautet jetzt schon, daß örtliche Unternehmerverbände aus ihrem Bunde austreten, um den Schiedsspruch nicht durchführen zu müssen.

An gar nicht ganz wenigen Orten hätte in den nächsten drei Jahren jedoch mehr errungen werden können, als der Schiedsspruch bietet. Während sich aber an solchen Orten, wo der Schiedsspruch mehr bietet, als auf dem Wege des Gewerkschaftskampfes errungen werden konnte, die Unternehmer ihren Verpflichtungen leicht entziehen können, ist es in jenen Orten, wo auf dem Wege des Kampfes mehr hätte durchgesetzt werden können, als der Schiedsspruch bringt, kaum noch möglich, mehr herauszuschlagen.

Der Schiedsspruch hat für solche örtliche Arbeiterorganisationen, die das versuchen wollten, in der nachstehenden Bestimmung gewissermaßen einen Galgen errichtet:

„Die Zentralorganisationen verpflichten sich, ihre örtlichen Organisationen zum Abschluß von Verträgen nach dem Vertragsmuster mit allen an diesen Verträgen beteiligten Gegenorganisationen anzuhalten und auf den Abschluß mit allen Mitteln wiederholt hinzuwirken. Kommt dessenungeachtet ein derartiger Vertrag durch Verhalten einer Organisation nicht zustande, so hat die Gegenorganisation volle Handlungsfreiheit; dabei darf die den Vertragsabschluß ablehnende Organisation von ihrer Zentralorganisation in keiner Weise unterstützt werden.

Die Organisationen können daneben mit anderen als den an diesen Verträgen beteiligten Organisationen gleichartige Verträge schließen; dies gilt auch, wenn mit den beteiligten Organisationen kein Vertragsabschluß zu erzielen ist."

Wie gestalten sich die Lohnsätze und täglichen Arbeitszeiten aber nach Durchführung des Schiedsspruchs? Es ist natürlich nicht möglich, auf diese Frage heute schon eine erschöpfende Antwort zu geben. Ich kann hier nur ein flüchtiges Bild von den Großstädten, das heißt von den Orten mit mehr als 100000 Einwohnern bieten. Es fehlen darunter Bremen, Köln und Düsseldorf, wo die Zimmerer nicht unter den Schiedsspruch fallen, weil die Bremer Zimmerleute vor dem 31. März 1910 weder unter Tarifvertrag standen, noch mit ausgesperrt wurden, und in Köln und Düsseldorf Tarifverträge mit Zimmermeisterinnungen bestehen, die in diese Tarifbewegung nicht mit einbezogen waren.

Die übrigen 38 Großstädte sind in nachstehender Tabelle in alphabetischer Ordnung aufgeführt. In der fünften Spalte wird angegeben, an welcher Stelle sie in der Ordnung nach der Einwohnerzahl stehen, in der sechsten Spalte, an welcher Stelle sie in der Ordnung nach dem Stundenlohnsatz stehen, in der siebenten Spalte, an welcher Stelle sie nach der geographischen Ordnung von Nord nach Süd, und in der achten Spalte, an welcher Stelle sie in der geographischen Ordnung von West nach Ost stehen.

Stadt	Einwohnerzahl am 1. 12. 1905	Tägliche Sommerarbeitszeit in Stunden	Stundenlohn in Pfennigen	Reihenfolge			
				nach der Einwohnerzahl	nach der Lohnhöhe	von Norden nach Süden	von Westen nach Osten
Aachen	144095	10	54	29	38	29	1
Altona	168320	9	85	20	1	5	18
Barmen	156080	9½	65	26	12	25	7
Berlin	2040148	9	80	1	3	7	29
Bochum	118464	10	60	34	21	18	6
Braunschweig	136397	9½	60	32	22	13	21
Breslau	470904	9½	60	6	23	24	36
Cassel	120467	10	59	33	30	21	16
Charlottenburg	239559	9	80	13	4	8	30
Chemnitz	244927	10	55—58	11	34	28	28
Crefeld	110344	10	60	36	24	23	2
Danzig	159648	10	58	25	31	3	37
Dortmund	175577	10	61	18	19	16	9
Dresden	516996	9	65	4	13	27	33
Duisburg	192346	10	60	17	25	20	3
Elberfeld	162853	9½	65	24	14	26	8
Essen	231360	10	61	14	20	19	4
Frankfurt a. M.	334978	9½	63	7	15	32	14
Gelsenkirchen	147005	10	60	28	26	17	5
Halle a. S.	169916	10	62	19	17	15	25
Hamburg	802793	9	85	2	2	6	19
Hannover	250024	9½	69	9	9	12	17
Karlsruhe	111249	10	55	35	36	35	12
Kiel	163772	9	75	22	7	2	20
Königsberg	223770	10	60	16	27	1	38
Leipzig	503672	9	71	5	8	22	27
Magdeburg	240633	9½	58—61	12	29	14	24
Mannheim	163693	9½	68	23	10	33	13
München	538983	9½	67	3	11	38	23
Nürnberg	294426	9½	63	8	16	34	22
Plauen i. V.	105381	10	55	37	37	30	26
Posen	136808	10	58	31	32	11	35
Rixdorf	153513	9	80	27	5	9	31
Schöneberg	141010	9	80	30	6	10	32
Stettin	224119	9½	60	15	28	4	34
Straßburg i. E.	167678	10	58	21	33	37	10
Stuttgart	249286	10	61—63	10	18	36	15
Wiesbaden	100953	9½	56	38	35	31	11

Wer sich der Mühe unterzieht, in diese Tabelle einzudringen, wird finden, daß sich in keiner Richtung eine Regel ergibt, daß in jeder Richtung große Widersprüche sich ergeben. Das ist aber nicht nur erklärlich, sondern selbstverständlich. Die die Lohnsätze und Arbeitszeiten bestimmenden Faktoren waren bisher die Konjunktur und die Kraft der Gewerkschaftsorganisation. Beide Faktoren wirkten keineswegs immer in gleicher Weise, und sie waren auch keineswegs immer an allen Orten gleich stark. Was die Tabelle zeigt, ist die kapitalistische Entwicklung im Baugewerbe! Bei der völlig freien Ausnutzung der kapitalistischen Entwicklung im Baugewerbe würden die großen Ungleich-

heiten, welche die Tabelle andeutet, vielleicht etwas ausgeglichen; vielleicht wären sie noch größer geworden, aber zweifellos wären im Laufe der Jahre Verschiebungen vorgekommen, denn die Gewerkschaftsorganisation, die selbst in vielen Großstädten lange gefehlt, sich in vielen Großstädten erst im letzten Jahrzehnt allmählich oder sprunghaft entwickelt hat, ist jetzt in allen Großstädten annähernd gleich stark. Was die kapitalistische Entwicklung im Baugewerbe aber auch gebracht hätte, eine Ausgleichung oder Vergrößerung der Unterschiede oder Verschiebungen, immer wäre es zugunsten der Arbeiter ausgefallen. Nun kommt der generelle Schiedsspruch von zentraler Stelle, bietet in drei Jahren 5 Pfennig Lohnerhöhung, an einigen wenigen Orten auch eine halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit und kommandiert im übrigen: Halt! Daß ein solches Experiment nicht befriedigen kann, muß selbst jenen einleuchten, welche die soeben angedeuteten Zusammenhänge nicht kennen. Zudem sind es die Hochburgen der Arbeiterbewegung, jene Orte, wo unsere Genossen seit einem Menschenalter die großen und schweren Opfer getragen haben, die zum Kampfe gegen die Verelendung der Arbeitermassen notwendig zu bringen waren, die in dem Schiedsspruch nun sehr mager bedacht worden sind. Sie sind nirgends darüber neidisch, daß die kleineren und zurückgebliebenen Orte etwas weniger mager bedacht worden sind; sie gönnen es ihren Berufsgenossen sicher von Herzen, aber sie empfinden gerechten Zorn darüber, daß sie ein zentraler Schiedsspruch hindern soll, von der kapitalistischen Entwicklung im Baugewerbe das abzubekommen, was sie ohne diesen generellen Schiedsspruch abbekommen hätten.

Gewiß, das liegt nicht an den Schiedsrichtern, nicht an den Unparteiischen oder Vertretern des öffentlichen Interesses und sicher nicht an den Gewerkschaftsführern, die im Schiedsgericht mitgewirkt haben, Bömelburg, Schrader, Behrendt und Wiedeberg, sondern es liegt im letzten Grunde an dem Vorhandensein von Unternehmerverbänden. Aber dieser Umstand ist keineswegs dazu angetan, den gerechten Zorn unserer viel zu kurz gekommenen Genossen zu dämpfen, er steigert ihn vielmehr. Da soll man nicht, wie es oft geschieht, sagen: „Das sind ja alte, feste Organisationen, sie gehören zum eisernen Bestande, die machen wohl eine Weile Krach, aber dann arbeiten sie auch auf der neuen Grundlage kräftig mit." Der gerechte Zorn unserer Genossen richtet sich nicht nur gegen den mageren Schiedsspruch, sondern in weiten Kreisen bewußt und in anderen Kreisen unbewußt gegen die nichtswürdige Politik der Unternehmerverbände. Dahin müssen die Unternehmerverbände gebracht werden, daß sie bei dem Abschluß von Tarifverträgen mindestens das bewilligen, was voraussichtlich im Laufe der Vertragsdauer auf dem Wege des örtlichen Gewerkschaftskampfes erreicht werden kann. Und es ist gut, daß unsere Genossen gerechten Zorn darüber empfinden, daß sie an vielen Orten und sicher in ihrer großen Masse diesmal nicht das erreicht haben, was sie auf Grund der kapitalistischen Entwicklung hätten erreichen müssen. Dieser Zorn richtig erfaßt und richtig geleitet, wird die Gewerkschaftsbewegung in der Zukunft zu befriedigenderen Erfolgen führen!

Nach der Statistik des Zimmererverbandes über das vierte Quartal 1909 zählten wir in den Orten mit mehr als 100000 Einwohnern 24971 Verbandsmitglieder, in den Orten mit 20000 bis 100000 Einwohnern 11890 Verbandsmitglieder, in den Orten mit 5000 bis 20000 Einwohnern 9841 Verbandsmitglieder, in den Orten mit 2000 bis 5000 Einwohnern 4655 Verbandsmitglieder und in den Orten mit unter 2000 Einwohnern 2364 Verbands-

mitglieder. In den anderen Organisationen der deutschen Bauleute verteilen sich die Mitglieder ebenso. Was soll es bei dieser Sachlage anders bedeuten, wenn ein Ausgleich in den Lohnsätzen und täglichen Arbeitszeiten dadurch geschaffen werden soll, daß man für die kleinen und zurückgebliebenen Orte eine befriedigende Verbesserung bewilligt und die Bauleute der Groß- und Mittelstädte mit wenigen Pfennigen abspeist, als: die ganze Arbeiterklasse wird betrogen!

Bei der Wertung des pekuniären Erfolges darf man aber auch die Opfer nicht übersehen, die gebracht worden sind. In den Jahren 1903 bis 1907 standen alljährlich im Durchschnitt 7193 Zimmerer 15,6 Tage im Kampfe, und bei dem gewaltigen Kampfe in diesem Jahre rund 16000 neun Wochen hindurch. Ein bürgerliches Blatt, die „Münchner Neuesten Nachrichten", berechnet in seiner Nummer vom 18. Juni den Lohnausfall der deutschen Bauleute während des Kampfes auf 48 Millionen Mark, und der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Nürnberg teilte unterm 20. Juni dem „Fränkischen Kurier" mit, die Durchführung des Schiedsspruches „bedeutet für die Bauenden eine Mehrbelastung von 30 Millionen Mark", also eine Erhöhung des Lohneinkommens der deutschen Bauleute in gleicher Höhe. Danach sind die Lohnausfälle bei dem gewaltigen Kampfe in drei Jahren noch lange nicht gedeckt. Die früheren Kämpfe waren zumeist freiwillige; diesmal wurden die Arbeiter aufs Straßenpflaster geworfen. Das alles löst in Arbeiterkreisen große und gerechte Erbitterung aus, auch wenn es nirgends geschrieben stände, jeder Arbeiter, der die Sache mitgemacht hat, fühlt, wie grausam die Frivolität des Ausbeutertums mit ihm umgeht.

* * *

War der Ausgang des Kampfes eine Niederlage oder ein Sieg der deutschen Bauleute?

Nichts wäre unsinniger, als von einer Niederlage der deutschen Bauleute in diesem gewaltigen Kampfe zu reden! Es handelt sich vor allem um zwei Phasen des Kampfes, in der ersten Phase um die Niederkämpfung der unverschämten Forderungen der Scharfmacher, aus den Bollwerken der Arbeiter, den Gewerkschaften, Exekutivorgane zur Vollstreckung des Willens der Unternehmerverbände zu machen, und in der zweiten Phase um die Umwertung des Erfolges in klingende Münze und Verkürzung der Arbeitszeit.

Die erste Phase des Kampfes hat mit einem schönen Siege der deutschen Bauleute abgeschlossen. Die unverschämten Forderungen der Scharfmacher, um welche der Kampf geführt wurde, dürften endgültig niedergerungen sein. Um so mehr, da im Unternehmerbunde für das Baugewerbe selbst eine Propaganda betrieben wird, die auf eine anders geartete Politik hinwirkt und die vom Berliner Unternehmerverband ausgeht, der bekanntlich nicht mit ausgesperrt hatte.[1] Allein der Sieg ist keineswegs derart, daß wir nun die Waffen ablegen und auf dem Siegeslorbeer ausruhen könnten. Denn selbst wenn die vom Berliner Unternehmerverband propagierte Politik im gesamten Unternehmerbunde herrschend würde, so würde das keineswegs bedeuten, daß in Zukunft mit allgemeinen Kämpfen nicht mehr zu rechnen sei, sondern nur, daß um so unsinnige Forderungen, wie diesmal, keine allgemeine Aussperrung mehr stattfände.

Wenn der Sieg nicht noch glänzender war, so liegt es einmal daran, weil die Regierung mit ihrem Eingriff in den Kampf in der Tat ihre Hand schützend

[1] „Die Stellung Berlins zu dem Tarifkampf des deutschen Baugewerbes im Jahre 1910." Herausgegeben von dem Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten. Berlin 1910.

über den Unternehmerbund hielt und weil die finanzielle Anspannung der gesamten Arbeiterklasse zur Unterstützung der Kämpfenden manches zu wünschen übrig ließ. Am 22. Juni, also nach der neunten Kampfwoche, quittierte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über 655591,58 Mark Sammelgelder.[1] Bei einer längeren Dauer des Kampfes wäre der Unternehmerbund in Frage gestellt gewesen. Doch das kann den tatsächlichen schönen Sieg nicht trüben, sondern in der Hauptsache nur Bedeutung für die Strategie und Taktik der Zukunft haben.

Allein diese Umstände waren auch für die zweite Phase des Kampfes mitbestimmend. Wenn in dieser Phase nicht das errungen ist, was die Denkschrift der vier Vorstände der baugewerblichen Gewerkschaften als Forderungen vertritt[2] und wenn es wiederum zu einem generellen Schiedsspruch gekommen ist, so liegt das im Grunde genommen daran, weil der Unternehmerbund für das Baugewerbe nicht genug geschwächt worden war. Immerhin bedeutet eine allgemeine Lohnerhöhung von 4 bis 5 Pfennig pro Stunde und die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde für mehrere tausend Bauleute selbstverständlich keine Niederlage, sondern, wenn man von den Absichten des Unternehmerbundes ausgeht, der bekanntlich unter keinen Umständen eine allgemeine Lohnerhöhung und unter keinen Umständen eine Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden bewilligen wollte, ebenfalls ein schöner Sieg. Weshalb er in Arbeiterkreisen so wenig befriedigt, ist bereits auseinandergesetzt. Diese Unzufriedenheit mit dem Schiedsspruch in unseren Genossenkreisen gibt der Unternehmerwelt nichts zu lachen, denn das Schönste an dem Siege in beiden Kampfesphasen ist, daß er in den Reihen der deutschen Bauleute nachhaltige Kampfesstimmung ausgelöst hat, die zu großen Hoffnungen berechtigt. Die Scharte von 1908 ist ausgewetzt! (Schluß folgt.)

Die Alkoholiker in der Krankenstatistik.

Von **A. Ellinger.**

Ein kürzlich vom Kaiserlich-Statistischen Amt (Abteilung für Arbeiterstatistik) herausgegebenes vierbändiges Tabellenwerk „Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend" enthält neben sehr interessanten Zahlen über die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter aller Berufe auch einen Anhang, in dem die Gesundheitsverhältnisse der Alkoholiker besonders behandelt sind. Das Werk, zu dessen Gelingen die Leipziger Ortskrankenkasse durch die Herausgabe ihrer Personal- und Krankenkarten in dankenswerter Weise beigetragen hat, ist auf Anregung des „Ausschusses zur Vorbereitung der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900" entstanden, nachdem der Reichstag im Jahre 1903 zu seiner Ausführung 325000 Mark bewilligt hatte.

Die Arbeit ist mit großer Sorgfalt gemacht worden. Die Beobachtungen erstrecken sich über einen Zeitraum von 18 Jahren (1887 bis inklusive 1904). In dieser Zeit wurden alle Tage, an denen Personen unter dem Versicherungs-

[1] „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" Nr. 25 vom 25. Juni 1910.

[2] „Denkschrift über die Tarifbewegung im deutschen Baugewerbe im Jahre 1910." Hamburg 1910.

risiko der Kasse standen, zusammengezählt und zu Risikojahren umgerechnet. Insgesamt wurden 468870003 Risikotage festgestellt, was auf Risikojahre umgerechnet bedeutet, daß 1284576 Personen je ein Jahr unter dem Versicherungsrisiko der Kasse standen. Davon waren 952674 männliche Pflichtmitglieder, von denen in der Statistik wieder 4847 = 0,52 Prozent als „Alkoholiker" bezeichnet werden, das heißt diese Zahl ergibt sich, wenn die 1769038 Tage, an denen Alkoholiker der Kasse angehörten, auf Mitgliedschaftsjahre umgerechnet werden. Die wirkliche Zahl der „Alkoholiker-Einzelpersonen" betrug 630, die durchschnittlich je 2808 Tage oder 7,7 Jahre unter dem Versicherungsrisiko der Kasse standen.

Wenn hier von Alkoholikern gesprochen wird, so sind damit selbstverständlich nicht alle diejenigen gemeint, welche im Gegensatz zu den Abstinenten Alkohol genießen, sondern nur solche, auf deren Krankenkarten vom Arzt entweder ein „P" (= Potator, Trinker) oder die Angabe „chronische Trunksucht", „Delirium tremens", „Säuferwahnsinn" gesetzt war. Auch Personen, bei denen eine gewerbliche oder akute Alkoholvergiftung in der Karte verzeichnet stand, sind von der Gruppe „Alkoholiker" ausgeschlossen.

Sind so einerseits sicherlich nur übermäßige Trinker in Betracht gezogen, so muß andererseits doch berücksichtigt werden, daß die Allgemeinheit der Kassenmitglieder neben den Abstinenten auch die große Masse der mäßigen Alkoholverbraucher, ja selbst die als Alkoholiker Gezählten mit enthält. Ferner muß beachtet werden, daß für jede einmal als Alkoholiker bezeichnete Person die ganze Dauer der Kassenmitgliedschaft als Alkoholiker-Beobachtungszeit gerechnet wurde, weil ja keine Möglichkeit vorlag, festzustellen, wann der einzelne Alkoholiker die Gewohnheit des übermäßigen Trinkens zuerst angenommen hatte.

Wurden dadurch die dem Alkoholismus eigentümlichen Merkmale zweifellos abgeschwächt, so ist trotzdem der Unterschied der Gesundheitsverhältnisse der Alkoholiker gegenüber denen der Allgemeinheit außerordentlich groß. Schon das Verhältnis der Beitragstage zu der Zahl der Risikotage ist für die Alkoholiker sehr ungünstig. Auf 100 Risikotage entfielen bei der Allgemeinheit der Kassenmitglieder 93,2, bei den Alkoholikern aber nur 85,7 Beitragstage, ein Beweis, daß diese durch Krankheit und Arbeitslosigkeit sehr oft unter dem Versicherungsrisiko der Kasse stehen, ohne Beiträge zu zahlen. Umgekehrt kommen bei der Allgemeinheit der männlichen versicherungspflichtigen Kassenmitglieder auf 100 Beitragstage nur 2,5, bei den Alkoholikern dagegen 8,8 Krankheitstage; das ist ein Mehr von 6,3 Krankheitstagen oder 252 Prozent bei den Alkoholikern.

Ähnlich ungünstig ist das Verhältnis für die Alkoholiker, wenn man die Zahlen der auf 1000 Personen entfallenden Krankheitsfälle, Krankheitstage und Todesfälle betrachtet. Auf 1000 männliche versicherungspflichtige Personen entfallen bei der Allgemeinheit 396,5, bei den Alkoholikern aber 1167 Krankheitsfälle, das sind 770,5 oder 194,3 Prozent mehr. Krankheitstage entfallen auf 1000 ein Jahr beobachtete Personen: bei der Allgemeinheit 8549, bei den Alkoholikern aber 27450, das sind 18901 oder 221 Prozent mehr. Die Zahl der Todesfälle beträgt bei der Allgemeinheit auf 1000 Personen 7,65, bei den Alkoholikern aber 26,20, das sind 18,55 oder 242,5 Prozent mehr. Bei der Allgemeinheit kam ein Todesfall auf 51,7 Krankheitsfälle und 1117 Krankheitstage, bei den Alkoholikern dagegen schon auf 44,5 Krankheitsfälle und 1047 Krankheitstage.

Auch in der Unfallstatistik stehen die Alkoholiker äußerst ungünstig. Auf 1000 je ein Jahr lang beobachtete männliche versicherungspflichtige Personen entfallen bei der Allgemeinheit 82,0, bei den Alkoholikern aber 229,6 Unfälle (einschließlich Betriebsunfälle) bis zu 28 Tagen Dauer; das sind auf die Alkoholiker 147,6 oder 180 Prozent Fälle mehr. Unfälle mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 15,4, auf die Alkoholiker 53,4, das sind auf die Alkoholiker 38 oder 246,7 Prozent Fälle mehr. Ferner kamen Betriebsunfälle mit bis zu 28 Tagen Dauer auf 1000 ein Jahr beobachtete Personen: bei der Allgemeinheit 32,1, bei den Alkoholikern 86,2, das sind auf die Alkoholiker 54,1 oder 168,5 Prozent Fälle mehr. Betriebsunfälle mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf die Allgemeinheit 9,6, auf die Alkoholiker 30,1, demnach auf letztere 20,5 oder 213,5 Prozent Fälle mehr.

Bei den Unfällen bis zu 28 Tagen Dauer kamen auf 1000 ein Jahr beobachtete Personen der Allgemeinheit 927, auf 1000 Alkoholiker dagegen 2698 Krankheitstage, das ist auf die Alkoholiker ein Mehr von 1771 Tagen oder 191 Prozent. Bei den Unfällen mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 857, auf 1000 Alkoholiker aber 3095 Krankheitstage, das ist auf die Alkoholiker ein Mehr von 2238 Tagen oder 261,1 Prozent. Bei den Betriebsunfällen bis zu 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 393, auf die Alkoholiker 1083 Krankheitstage, demnach auf die Alkoholiker ein Mehr von 690 Tagen oder 175,3 Prozent. Bei den Betriebsunfällen mit über 28 Tagen Dauer entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 548, auf die Alkoholiker aber 1794 Krankheitstage, das ist ein Mehr von 1246 Tagen oder 227,4 Prozent.

Über 13 Wochen dauernde Betriebsunfälle entfielen auf 1000 ein Jahr lang beobachtete Personen: bei der Allgemeinheit 1,98, bei den Alkoholikern 6,4, das sind auf die Alkoholiker 4,42 oder 223 Prozent über 13 Wochen dauernde Unfälle mehr. Tödliche Betriebsunfälle entfielen auf 1000 je ein Jahr lang beobachtete Personen: bei der Allgemeinheit 0,25, bei den Alkoholikern 0,41, bei den Alkoholikern also 0,16 oder 64 Prozent mehr.

Verteilt man die Alkoholiker auf bestimmte Altersklassen, so zeigt sich, daß der höchste Prozentsatz von ihnen auf die Jahre des reifen Mannesalters entfällt. Von 100 beobachteten Alkoholikern standen 4,4 im Alter von 15 bis 24, 25,4 im Alter von 25 bis 34, 39,3 im Alter von 35 bis 44, 22,2 im Alter von 45 bis 54, 7,4 im Alter von 55 bis 64 und 1,3 im Alter von 65 Jahren und darüber.

Der prozentuale Anteil der einzelnen Altersklassen an Krankheitsfällen, Krankheitstagen und Todesfällen ist sehr verschieden, und zwar findet von den niederen zu den höheren Klassen eine außerordentlich starke Steigerung statt. So entfallen zum Beispiel in der ersten Altersklasse auf 100 beobachtete Personen 65,7, in der zweiten 97,3, in der dritten 119,6, in der vierten 127,0, in der fünften 149,0 und in der sechsten 209,0 Krankheitsfälle. Auch bei der Allgemeinheit tritt zwar bei den höheren Altersklassen eine Steigerung ein, doch ist hier die niederste Zahl nur 36,4 und die höchste 71,3. Die Alkoholiker weisen demnach an Krankheitsfällen in der niedersten Klasse das 1,8fache, in der höchsten aber das 2,93fache der Allgemeinheit auf, ein Beweis, daß sich die gefährlichen Wirkungen des Alkoholmißbrauchs mit der Dauer dieses Mißbrauchs fortgesetzt steigern. Bei den Krankheits-

tagen entfällt auf die Alkoholiker in der untersten Altersklasse das 1,48fache und in der höchsten das 2,6fache der Allgemeinheit. Bei den Todesfällen haben die Alkoholiker zwar an und für sich auch noch eine starke Steigerung; im Vergleich zur Allgemeinheit nimmt diese aber ab, und zwar beträgt sie in der untersten Altersklasse das 2,3fache, in der höchsten dagegen nur noch das 1,3fache der Allgemeinheit.

In der Statistik werden 335 Krankheitsformen und Todesursachen mit weit über 200 Ergänzungen in 16 Krankheitsgruppen beziehungsweise Untergruppen eingeteilt, so daß es möglich ist, bei jeder Krankheitsgruppe die auf die Alkoholiker entfallenden Zahlen den auf die Allgemeinheit entfallenden Zahlen gegenüberzustellen. Um zu zeigen, wie verschiedenartig bei den einzelnen Krankheitsgruppen das auf die Alkoholiker entfallende Mehr an Krankheitsfällen, Krankheitstagen und Todesfällen ist, geben wir nachstehend eine genaue zahlenmäßige Darstellung für die zehn wichtigsten Krankheitsgruppen.

Es entfallen auf 1000 je ein Jahr lang beobachtete versicherungspflichtige männliche Personen bei den Infektions- und parasitären Krankheiten (Scharlach, Masern, Diphtherie, fibrinöse Lungenentzündung, Tuberkulose aller Art, akuter Gelenkrheumatismus, Gonorrhöe, Syphilis usw.):

	Krankheitsfälle	Krankheitstage	Todesfälle
Bei den Alkoholikern	81,9	1861	3,92
Bei der Allgemeinheit	50,1	1423	2,76
Bei den Alkoholikern mehr . . .	31,8	438	1,16
Mehr in Prozenten	63,5	30,8	42,0

Bei der Gruppe der „Sonstigen allgemeinen Krankheiten" (Gicht, Alkoholvergiftung, Krebs, Karzinom usw.):

	Krankheitsfälle	Krankheitstage	Todesfälle
Bei den Alkoholikern	46,4	1149	2,89
Bei der Allgemeinheit	9,0	266	0,14
Bei den Alkoholikern mehr . . .	37,4	883	2,75
Mehr in Prozenten	415,5	331,9	1964,3

Bei den „Krankheiten des Nervensystems" (Gehirnschlag, Kongestionen, Gehirnanämie, einfache Seelenstörung, Rückenmarkschwindsucht, Neuritis, Neuralgie, Lähmung der peripheren Nerven, Fallsucht, Krämpfe, Neurasthenie usw.):

	Krankheitsfälle	Krankheitstage	Todesfälle
Bei den Alkoholikern	72,0	2424	2,48
Bei der Allgemeinheit	13,3	456	0,47
Bei den Alkoholikern mehr . . .	58,7	1968	2,01
Mehr in Prozenten	441,3	431,6	427,6

Bei den „Krankheiten der Atmungsorgane" (Kehlkopfentzündung, Luftröhrenkatarrh, akute und chronische Bronchitis, Lungenemphysem, Lungenentzündung, Lungenkrankheit, Blutsturz, Brustfellentzündung usw.):

	Krankheitsfälle	Krankheitstage	Todesfälle
Bei den Alkoholikern	157,0	4720	7,63
Bei der Allgemeinheit	56,2	1489	1,51
Bei den Alkoholikern mehr . . .	100,8	3231	6,12
Mehr in Prozenten	179,3	216,9	405,3

Bei den „Krankheiten der Kreislauforgane" (alle Arten von Herzkrankheiten, Arterienverstopfung und -verkalkung, Aderbruch, Venenentzündung, Blutgefäßverstopfung usw.):

	Krankheitsfälle	Krankheitstage	Todesfälle
Bei den Alkoholikern	26,6	864	1,44
Bei der Allgemeinheit	10,1	312	0,65
Bei den Alkoholikern mehr . . .	16,5	552	0,79
Mehr in Prozenten	163,3	176,9	121,5

Bei den „Krankheiten der Verdauungsorgane“ (Hämorrhoidalknoten, Halsentzündung, Magenkatarrh, Magenkrampf, Magengeschwür, Darmkatarrh, Durchfall, Leberentzündung, Gelbsucht, Leberleiden, Gallensteine usw.):

	Krankheitsfälle	Krankheitstage	Todesfälle
Bei den Alkoholikern	197,4	4153	1,44
Bei der Allgemeinheit	60,2	917	0,59
Bei den Alkoholikern mehr . . .	137,2	3236	0,85
Mehr in Prozenten	227,9	352,9	144,1

Bei den „Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane“:

	Krankheitsfälle	Krankheitstage	Todesfälle
Bei den Alkoholikern	10,9	375	0,41
Bei der Allgemeinheit	4,9	128	0,16
Bei den Alkoholikern mehr . . .	6,0	247	0,25
Mehr in Prozenten	122,4	192,9	156,2

Bei den „Krankheiten der äußeren Bedeckungen“ (Krätze, Hautausschläge, Furunkel, Zellgewebsentzündung usw.):

	Krankheitsfälle	Krankheitstage	Todesfälle
Bei den Alkoholikern	71,8	1424	0,21
Bei der Allgemeinheit	36,1	583	0,02
Bei den Alkoholikern mehr . . .	35,7	841	0,19
Mehr in Prozenten	98,9	144,2	950,0

Bei den „Krankheiten der Bewegungsorgane“ (Muskel-, Sehnen-, Gelenk- und Knochenentzündung, Muskel- und Gelenkrheumatismus usw.):

	Krankheitsfälle	Krankheitstage	Todesfälle
Bei den Alkoholikern	202,2	4290	0,41
Bei der Allgemeinheit	49,1	995	0,11
Bei den Alkoholikern mehr . . .	153,1	3295	0,30
Mehr in Prozenten	311,8	331,1	272,7

Bei den „Verletzungen und anderweitigen äußeren Einwirkungen“:

	Krankheitsfälle	Krankheitstage	Todesfälle
Bei den Alkoholikern	275,0	5616	2,27
Bei der Allgemeinheit	92,8	1695	0,52
Bei den Alkoholikern mehr . . .	182,2	3921	1,75
Mehr in Prozenten	196,3	231,3	336,5

Auch bei allen anderen Krankheitsgruppen — soweit diese berücksichtigt sind — kommen die Alkoholiker ungünstiger und zum Teil viel ungünstiger weg als die Allgemeinheit. Dagegen stehen sie, wenn man nicht die Krankheitsgruppen, sondern die Einzelkrankheitsformen betrachtet — von denen in der Statistik allerdings nur ein Teil behandelt ist — bei einigen Krankheitsformen günstiger als die Allgemeinheit, so bei Halsentzündung und — so sonderbar das klingen mag — bei Tuberkulose. Von der Halsentzündung entfallen auf 1000 Personen der Allgemeinheit 16,46 Krankheitsfälle und rund 160 Krankheitstage, auf 1000 Alkoholiker dagegen nur 13,0 Krankheitsfälle und 150 Krankheitstage. Von der Tuberkulose entfallen auf 1000 Personen

der Allgemeinheit 7,7 Krankheitsfälle und 620 Krankheitstage, auf 1000 Alkoholiker aber nur 6,6 Krankheitsfälle und 384 Krankheitstage.

Es wäre nun freilich verkehrt, wenn man annehmen wollte, das günstige Resultat bei diesen beiden Krankheitsformen und insbesondere bei Tuberkulose sei auf die günstige Wirkung des Alkohols zurückzuführen. Im Textband des Werkes wird denn auch mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß das Resultat für die Alkoholiker dadurch günstig beeinflußt wird, daß die meisten Alkoholiker Berufen angehören, die eine große Körperkraft erfordern und denen sich schwächliche Personen gar nicht oder doch nur in geringem Maße zuwenden. Dadurch wird in diesen Berufen eine Selbstauslese kräftiger Personen erzielt, die der Tuberkulose erfahrungsgemäß weniger unterworfen sind als der Durchschnitt. So entfielen von den 630 Alkoholikereinzelpersonen auf die Hilfsarbeiter im Maurergewerbe 87, auf die Maurer 56, auf die Schlosser und Eisendreher 33, auf die Steinsetzer 32, auf die Straßenarbeiter, Eiser usw. 38, auf die Arbeiter in Abbruchgeschäften sowie die Ausläufer, Abträger und Markthelfer 30, auf die Former, Gußputzer und Arbeiter in Eisenwerken 28, auf die Zimmerer und Dachdecker 27, auf die Fuhrleute, Kutscher und Straßenbahner 25 Alkoholiker usw.

Diese Zahlen geben natürlich über den prozentualen Anteil, den die einzelnen Berufe im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl an Alkoholikern stellen, keinen Aufschluß. Betrachtet man das Verhältnis zwischen Alkoholikern und Beruf, so stehen die Steinsetzer mit 0,35 Prozent der Mitgliederzahl dieses Berufs an erster Stelle; ihnen folgen die Arbeiter in Abbruchgeschäften mit 0,34, die Hilfsarbeiter im Maurergewerbe mit 0,24, die Straßenarbeiter, Eiser usw. mit 0,23, die Arbeiter in Gärtnerei und Landwirtschaft mit 0,16, die Brauer und Branntweinbrenner mit 0,15, die Fuhrleute, Kutscher usw. mit 0,12, die Hilfsarbeiter im Gastwirtsgewerbe mit 0,11 und die Zimmerer und Dachdecker mit 0,10 Prozent. Alle anderen hauptsächlich in Betracht kommenden Berufe haben weniger als 0,10 bis herab zu 0,02 Prozent der Mitglieder dieser Berufe.

Alles in allem gibt das großangelegte Tabellenwerk so erschreckende Beweise von der Gefährlichkeit des übermäßigen Alkoholgenusses, daß die Arbeiterorganisationen alle Ursache haben, im Kampfe gegen den Alkoholismus nicht zu erlahmen. Wer die Zahlen dieses Werkes studiert hat, der muß zugeben, daß der Kampf gegen den Alkoholmißbrauch eine Kulturbewegung ersten Ranges ist.

Nochmals „Hinaus aufs Land!“

Von Dr. **Wilhelm Grumach.**

Mein kurzer Artikel „Hinaus aufs Land“ in Nr. 31 dieser Zeitschrift muß der agrar-konservativen „Danziger Allgemeinen Zeitung“ schwer auf die Nerven gefallen sein, denn sie widmet ihm in ihrer Ausgabe vom 21. Mai eine zwei Spalten lange Besprechung. Ob ihm diese Ehre auch von anderen ähnlichen Blättern zuteil geworden ist, weiß ich nicht; aber es genügte mir, den ängstlichen Widerhall meines Rufes aus denjenigen Kreisen zu hören, aus deren Kenntnis heraus ich sprach, den westpreußischen. — Heimatsklänge! — Habe

ich doch auch daraus feststellen können, daß in den letzten fünf Jahren in diesen Kreisen Logik und soziales Verständnis nicht zugenommen haben.

Das Blatt spricht von den Schwierigkeiten, welche meiner Ansicht nach sich unserer Agitation auf dem Lande entgegenstellen, und sagt dazu, auf dem Lande könne man sich „diese sozialdemokratischen Ausstellungen zum Ruhme anrechnen“. Ja, welche denn? Etwa das Zerstreutwohnen der Landproletarier? Oder die Paschawirtschaft der ländlichen sogenannten Selbstverwaltungsbeamten? Oder gar die Rückständigkeit der Landbevölkerung?

Übrigens scheint die „Danziger Allgemeine Zeitung“ von der Rückständigkeit der Landbevölkerung nicht überzeugt zu sein, tut wenigstens so, denn das Wort Rückständigkeit setzt sie in Gänsefüßchen. Nun — kann man es zum Beispiel anders nennen, wenn eine Frau einen Arbeiter allen Ernstes wegen Beleidigung verklagt (es kam sogar zur Hauptverhandlung, und ich war medizinischer Sachverständiger), weil er ihr nachgesagt hatte, sie habe ihm einen chronischen Darmkatarrh angehext? Oder wenn man erzählt, es werde Krieg geben, weil ein Kaiser dem anderen „ens ver de Freß“ geschlagen habe? Sollten aber diese Exempel ostelbischer Kulturhöhe, welche sich leicht vermehren ließen, der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ zur Beurteilung nicht ausreichen, die Rückständigkeit läßt sich durch geradezu erschreckende amtliche Zahlen nachweisen, die Zahlen der Analphabeten. Daß die Bildung der Städter überall ziemlich dieselbe ist, wird nicht bestritten werden können; so fällt die Zahl der Analphabeten nur der Landbevölkerung zur Last. Nun konnten nach S. 21 des letzten „Statistischen Jahrbuchs für Preußen“ im Jahre 1908 von 1000 Eheschließenden, also Personen im jugendlichen Alter, ihren Namen unter die Heiratsurkunde nicht schreiben:

in der Rheinprovinz	1,9	in Schlesien	7,6
in Westfalen	3,3	in Ostpreußen	29,0
in Berlin	2,7	in Posen	39,6
in Brandenburg	2,5	in Westpreußen	40,3
in Pommern	6,5		

Also je weiter nach Osten, desto schlimmer! Daß nicht das Sprachengewirr in den östlichen Provinzen die Ursache ist, wird dadurch bewiesen, daß Posen prozentual doppelt so viel Polen hat als Westpreußen, trotzdem aber weniger Analphabeten.

Von unserem Agitationsplan macht sich die „Danziger Allgemeine Zeitung“ ein phantasievolles Bild. Vorerst kann ich ihr verraten, daß ich in dem Artikel gar nicht vorhatte, einen Agitationsplan zu entwerfen. Das kann ich nicht, dazu mangelt mir die Erfahrung, und außerdem werde ich mich doch hüten, so etwas in der Öffentlichkeit zu tun, damit unsere Gegner sofort wissen, wie sie uns lahmlegen können. Nein, ich wollte nur zu einer und zwar einer geschlossenen Konferenz darüber anregen, und alles, was ich vorschlug, sollte nur der Vorbereitung zu einer solchen dienen. In der Parteiliteratur soll durch Zustandsschilderungen ein der Besprechung zugrunde zu legendes Material geschaffen werden. Die „Danziger Allgemeine Zeitung“ sieht darin rote Agitationsschriften, mit denen die Landproletarier überschüttet werden sollen. Besonders aber hat ihre Phantasie erregt, daß ich erwähnte, wir müßten uns über die Fragen der Behandlung der Religion, des Militarismus und ähnlicher Dinge einigen. Sie folgert daraus, die „Genossen“ würden „demnach in gewohnter Verkleidung (?) auf dem Lande erscheinen. Es wird ihnen nicht

darauf ankommen, sich als religiöse, militärbegeisterte, königstreue Leute aufzuspielen." Nein, so kindisch werden wir es sicher nicht machen. Solche Heuchelei widerspricht unseren Grundsätzen und würde nur das Gegenteil von dem erreichen, was wir wollen.

Wir haben solche Mittel auch gar nicht nötig. Die Agrarier selbst sorgen ja durch die elenden Zustände, unter denen sie ihre Arbeiter leben lassen, dafür, daß diese endlich erwachen und fühlen müssen, daß und wie schlecht es ihnen geht. Und wenn sie dann erfahren, was wir ohne jede Verkleidung wollen, dann können die „ländlichen Besitzer auf ihrem Posten" sein, soviel sie wollen, die Landarbeiter werden uns mit offenen Armen empfangen. Unsere ganze Landagitation bezweckt ja nichts weiter, als die Landarbeiter aufzurütteln, daß sie sich auf sich selbst und ihre Menschenwürde besinnen. Zum Sozialismus kommen sie dann von selbst. Das fühlen die Agrarier auch selbst. Gerade davor, daß die Landarbeiter erwachen, um sich als Menschen zu fühlen und sich nicht weiter als freudlose Arbeitstiere benutzen zu lassen, davor haben die Agrarier ja die Heidenangst, und da wir diejenigen sind, die sie wecken wollen, darum diese Gruseligmacherei vor uns.

Die ganze Angst vor unserer Aufklärung spricht aus der besorgten Mahnung am Schlusse: „Die Verkleidung zu durchschauen, müssen sich die Landbewohner sehr aufmerksam angelegen sein lassen und sich alle diejenigen, die mit Lockungen und Versprechungen sich heranmachen, sehr genau ansehen." Weshalb diese Mahnung, wenn man nicht fürchtete, die Saat unserer Aufklärung könnte auf fruchtbaren Boden fallen? Gerade diese Mahnung zeigt uns, daß wir auf richtigem Wege sind, wenn wir jetzt eine energische Landagitation beginnen, daß es in der Tat nur äußere Schwierigkeiten sind, die uns entgegenstehen, daß aber der Boden selbst reif ist. Somit hat uns die „Danziger Allgemeine Zeitung" einen großen Dienst erwiesen, und wir können ihr dafür nur dankbar sein, denn mit um so größerem Selbstvertrauen können wir jetzt an die Arbeit gehen.

Literarische Rundschau.

H. Freese, **Die konstitutionelle Fabrik.** Jena 1909, Verlag G. Fischer. 170 Seiten, geh. 1,50 Mark, geb. 2,50 Mark.

„Es waren am 3. August dieses Jahres fünfundzwanzig Jahre seit dem Tage verflossen, an dem ich in meiner Fabrik durch Einberufung einer Arbeitervertretung zum konstitutionellen System übergegangen bin. Die ersten Anläufe dazu liegen schon fünf Jahre weiter zurück." Mit diesen Worten wird vom Verfasser das vorliegende Buch eingeleitet. Freese schildert dann ausführlich das Verfassungsleben seiner Fabrik und dessen Erfolg, um dann die Nutzanwendung zu besprechen, welche die Unternehmer aus diesem durchgeführten Experiment ziehen sollten.

Freese, bekanntlich Jalousiefabrikant in Berlin, wollte als Unternehmer den Versuch machen, in seinen Betrieben den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeiter auszusöhnen. Er begeisterte sich für die Einführung einer besonderen Art von Gewinnbeteiligung, hielt es für wichtig, Fabriksparkassen zu gründen, brachte dem Arrangement von gelegentlichen Landpartien und Fabrikfesten ein großes Interesse entgegen und was dergleichen Dinge mehr sind. Vor allem aber suchte er eine Fabrikverfassung zu schaffen, die sich für alle Beteiligten rentiert. Er will Ruhe und Frieden in seinen Fabriken haben, weil er weiß, daß jeder innere Kampf auch die Aktionskraft des Unternehmens selbst schädigt. Deshalb bemüht er sich, alle

Konflikte mit seinen Arbeitern zu umgehen und ihnen soweit wie möglich entgegenzukommen. Er respektiert ihr Koalitionsrecht und verhandelt ruhig und vernünftig mit ihnen über ihre Lohnforderungen.

Es wäre unrecht, wollte man nicht Freese zugestehen, daß er ein Maß von sozialem Verständnis gezeigt hat, das man sonst nur in den allerseltensten Fällen bei unseren Unternehmern findet. Was hat nun Freese mit seiner fünfundzwanzigjährigen Reformarbeit erreicht? Gewiß kann er feststellen, daß es in seinen Fabriken zu verhältnismäßig geringen Auseinandersetzungen zwischen Unternehmer und Arbeiter gekommen ist; aber Freeses Ehrgeiz ging doch höher. Er wollte über die Grenzen seines Betriebes hinaus als Sozialreformer wirken, wollte seine Berufsgenossen zu den gleichen Anschauungen bekehren und ein Bahnbrecher des konstitutionellen Fabriksystems werden.

Bei einer Besprechung von Freeses neuestem Buch drängt sich daher ganz von selbst eine höchst zeitgemäße Betrachtung auf über die Veränderungen, die der sozialpolitische Kurs bei uns in Deutschland innerhalb zweier Jahrzehnte erfahren hat.

Als Freese zum erstenmal mit seinen Reformgedanken an die Öffentlichkeit trat, war die Periode der sozialpolitischen Ära angebrochen. Berlepsch wurde Minister und die bürgerlichen Ideologen glaubten der Erfüllung ihrer schönsten Blütenträume nahe zu sein. Ein Mann wie Freese, der als Unternehmer solche Reformgedanken aussprach, mußte die Aufmerksamkeit der Sozialpolitiker auf sich lenken. Daß diese Ära nur ein flüchtiger Rausch war, ist bekannt. Berlepsch mußte gehen und die Minister nach ihm haben sich vor solchen Seitensprüngen gehütet. Je nachdrücklicher die späteren Minister für Sozialpolitik gegen die Sozialpolitik gearbeitet haben, um so besser konnten sie sich behaupten und sich die Zufriedenheit der maßgebenden Leute in Industrie, Handel und Landwirtschaft erwerben.

Aber der Gedanke des konstitutionellen Fabriksystems hatte doch bestimmte Kreise bürgerlicher Sozialreformer so tief erfaßt, daß er nicht mehr ganz verschwand. Da die Aussicht immer geringer wurde, diese Ideen in die Praxis umsetzen zu können, flüchtete man sich in das Reich der Literatur. In Zeitschriften und Büchern wurde nun unendlich viel darüber geschrieben. Man kann die Formel aufstellen, daß die Literatur über dieses Thema umgekehrt proportional zu den praktisch ausgeführten Fällen angewachsen ist. So haben denn auch die wirklichen Fachleute unter den bürgerlichen Sozialpolitikern, die sich ernsthaft und gründlich mit diesen Dingen beschäftigen konnten, darüber keinen Zweifel gelassen. Geradezu vernichtend ist die Abrechnung, die L. Bernhard in seinem Handbuch der Löhnungsmethoden mit Freese und Genossen in der Frage der Gewinnbeteiligung, die ein wichtiger Bestandteil des konstitutionellen Fabriksystems ist, unternimmt. Er kommt, indem er die praktischen Fälle auf ihre wirkliche Bedeutung untersucht, zu dem Fazit, daß die Geschichte der Gewinnbeteiligung zwar reich ist an Begeisterung, aber arm an Erfolgen.[1] Zu einem ähnlichen Resultat kommt auch Wilhelm Stiel, der kürzlich in einer Rundschau die Bibliographie über die Gewinnbeteiligung der letzten fünf Jahre zusammengestellt hat und dabei konstatiert, daß trotz des kolossalen Anwachsens dieser Literatur die praktische Verwirklichung der Gewinnbeteiligungsgedanken keine Fortschritte gemacht hat.[2]

Das Urteil von Stiel ist deshalb bemerkenswert, weil er selbst ein fleißiger Arbeiter in diesem Weinberg gewesen ist. Anläßlich eines wirtschafts-wissenschaftlichen Preisausschreibens der technischen Hochschule Berlin schrieb Stiel eine Studie

---

[1] Handbuch der Löhnungsmethoden. Eine Bearbeitung von David F. Schloß' Methods of Industrial Remuneration, von L. Bernhard. Verlag Duncker & Humblot. Kapitel 17. Seite 225.

[2] Jahrbuch für die soziale Bewegung der Industriebeamten. Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Technisch-Industriellen Beamten. 3. Jahrgang, 3. Heft. Berlin, Industriebeamtenverlag.

über die Gewinnbeteiligung der Arbeit, die später im Verlag von Böhmert, Dresden, herausgegeben wurde. Nicht mit Unrecht hat einmal ein Kritiker diese Arbeit wegen der umfangreichen Materialzusammenstellung eine „Ameisenburg" genannt. Stiels Urteil ist aber noch aus dem Grunde zu beachten, weil hier die Ansicht eines geistigen Führers aus der Technikerbewegung wiedergegeben wird.

Der Gedanke nach einem konstitutionellen Fabriksystem schien nämlich eine kurze Wiederholung zu feiern, als ein neues Organisationsleben in der Technikerschaft entstand. Die Techniker gingen zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe über, sie wollten aktiv teilnehmen an den sozialen Kämpfen der Zeit. Die Sozialpolitiker hofften, daß, wenn die Techniker für die Forderung nach einem konstitutionellen Fabriksystem interessiert werden, die Frage damit wieder in Fluß kommen könnte. Denn gerade der Techniker ist derjenige industrielle Mittelsmann, der am besten über die innere Organisation des Fabrikbetriebs orientiert sein kann. Nun haben die Techniker am eigenen Leibe gespürt, was es mit dem Fabrikparlamentarismus im Ernstfalle auf sich hat. Um die elementarsten Grundrechte ihrer Koalitionsfreiheit mußten sie kämpfen, und alle Zeichen sprechen dafür, daß auch hier der Aufstieg zur Gewerkschaftsbildung nur unter schweren Auseinandersetzungen vor sich gehen wird. Haben die Arbeiter sich durch das Phantom eines konstitutionellen Fabriksystems in ihrer Organisationsarbeit nicht aufhalten lassen, so müssen auch die Angestellten mehr und mehr die alten Harmonielehren überwinden. Mögen sie auch vorläufig noch mancherlei Schlagworte als Papierforderungen auf ihre Programme schreiben.

An den harten Tatsachen wird auch dadurch nichts geändert, daß die Harmonieapostel selbst noch an die Verwirklichung ihrer Pläne glauben. So schließt Freese sein Buch mit den Worten: „Ich hoffe, daß die guten Erfahrungen, die ich mit diesen Mitteln gemacht habe, für meine Berufsgenossen nicht ohne Wert sein werden. Nicht daß ich erwarte, daß sich in der Industrie alsbald ein Umschwung vollziehen, daß an Stelle der hergebrachten Fabrikverfassung überall eine andere treten wird und daß dem Streite die Eintracht, dem Mißtrauen gegenseitiges Verstehen folgen werden.

„Ich glaube aber, daß meine Mitteilungen die Zahl der Betriebe, in denen Tarifverträge, Selbstverwaltung und Gewinnbeteiligung eingeführt werden, vermehren und daß sie etwas dazu beitragen werden, dem konstitutionellen Gedanken wie in den Staaten und Gemeinden auch in der Industrie zum Siege zu verhelfen."

Ein unglaublicher Optimismus spricht aus diesen Zeilen. Kennt Freese die Psyche der deutschen Unternehmer so wenig, daß er glaubt, sie würden in nennenswerter Zahl freiwillig von ihren Herrschaftsrechten etwas abgeben? Oder glaubt Freese, daß die Regierung den Mut haben wird, durch gesetzgeberische Maßnahmen die Stellung des Unternehmers zu verändern?

Viel weniger Optimismus haben in dieser Beziehung die führenden Kreise der Unternehmer selbst an den Tag gelegt. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" kommt in einer Besprechung des Freesebuchs zum Schlusse, daß die bisher erzielten Resultate keineswegs derartig sind, um, „abgesehen von einzelnen Idealisten, die ebenso wie Freese die Schattenseiten nicht sehen *wollen*, andere Arbeitgeber veranlassen zu können, in die Fußtapfen des Herrn Freese zu treten" („Deutsche Arbeitgeberzeitung", 1910, Nr. 3).

Die These von der konstitutionellen Fabrik ist eben eine glatte Utopie. Der kapitalistische Betrieb kann ebensowenig eine konstitutionelle Verfassung erhalten wie der Militärstaat einen wirklichen Parlamentarismus. Der oberste Endzweck eines kapitalistischen Betriebs ist die Erzielung eines möglichst hohen Profits, ihm werden alle anderen Faktoren untergeordnet. Aus jeder einzelnen Arbeitskraft muß durch die restlose Ausnutzung ihrer ganzen Leistungsfähigkeit der höchste Nutzeffekt herausgewirtschaftet werden. Der kapitalistische Unternehmer hat also ein schrankenloses Erwerbsinteresse. Er müßte seine ganze innere Wesensart aufgeben, wollte er sich

durch eine noch so zahme Fabrikverfassung irgendwelche Schranken auferlegen lassen. Deshalb hat der Mißerfolg der ganzen sozialreformerischen Bewegung um das konstitutionelle Fabriksystem seine letzten Ursachen in der Wesensart des kapitalistischen Unternehmers, in den inneren Bewegungsgründen der heutigen Wirtschaftsverfassung. So erklärt sich denn auch das Schicksal, das dem neuen Freesebuch beschieden ist. Entweder wird es mit mitleidigem Spotte aufgenommen oder, was beinahe noch schlimmer ist, es wird totgeschwiegen. Über das konstitutionelle Fabriksystem diskutiert man heute in der Praxis nicht mehr, diese Fragen haben sich erledigt. Hüben und drüben rüsten sich die Heere zu immer schärfer werdenden Klassenkämpfen. Jede Bestimmung des Arbeitsvertrags wird hart umkämpft und umstritten, und die Tarifverträge werden nicht aus dem sozialen Frieden, sondern aus dem sozialen Krieg herausgeboren. Jene soziale Friedensschalmei von Freese paßt daher recht schlecht in unsere heutige Situation hinein, in der Maschinengewehre und Zwangsarbeitsnachweise diejenigen Hilfsmittel bilden, die „das Recht der Persönlichkeit im Fabrikbetrieb“ wahren sollen. Richard Woldt.

Graf Posadowsky, **Die Wohnungsfrage als Kulturproblem.** Vortrag, gehalten in München am 5. Januar 1910 in einer öffentlichen Versammlung des Bayerischen Landesverbandes für Wohnungsförderung. München, Ernst Reinhardt. 32 Seiten. 50 Pfennig.

Daß Minister im Exil weiterblicken — oder rücksichtsloser sprechen als im Amte, beweist wieder einmal dieser Vortrag Posadowskys. Er, der einst als Staatssekretär des Reichsschatzamts auch die Forderungen der Kolonialpolitik vertrat, legt hier das Bekenntnis ab: In der besten unserer Kolonien, Südwestafrika, die wir nun schon seit sechsundzwanzig Jahren besitzen, befinden sich doch nur 6210 ansässige Deutsche, einschließlich der Beamten, während sich unsere Bevölkerung in derselben Zeit um fast 18 Millionen vermehrt hat. „Auch die wärmsten Vertreter einer starken Kolonialpolitik werden hiernach die Hoffnung kaum mehr aufrecht erhalten können, daß unsere Kolonien imstande wären, einen irgendwie nennenswerten Teil unserer wachsenden Bevölkerung aufzunehmen.“ Posadowsky wendet sich auch dagegen, daß wir überhaupt einen entbehrlichen Bevölkerungsüberschuß hätten. Nicht an Übervölkerung leide Deutschland, sondern an einer ungleichen und hierdurch ungünstigen Verteilung der Bevölkerung. „Wenn wir daher unseren bestehenden Kulturzustand auch nur aufrecht erhalten wollen,“ müssen für den jährlichen Bevölkerungszuwachs von einer Million Menschen fortgesetzt neue, in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung genügende Wohnstätten geschaffen werden. Jetzt seien überfüllte Massenquartiere vorhanden, aus denen Verbrecher hervorgehen, da sie unter Verhältnissen aufwachsen, die jedes Gefühl der Scham und der Schicklichkeit abstumpfen müssen. Mindestens vier Fünftel der Stadtbevölkerung leben in sogenannten Kleinwohnungen von zwei bis drei Räumen; aber nur in sehr großen Entfernungen von ihrer Arbeitsstelle können sie sie finden „zum Schaden ihrer Arbeits- und Nachtruhe und ihres Familienlebens“. Dabei ist je geringer das Einkommen, um so größer der Prozentsatz, der hiervon auf die Miete verwendet werden muß. Posadowsky zitiert aus dem Bericht des Westfälischen Vereins zur Beförderung des Kleinwohnungswesens: Bis zu 63 Prozent der Bevölkerung leben in Zwei- bis Dreizimmerwohnungen. In einzelnen Orten sind sie bis zu 59 Prozent mit zwei, ja sogar mit drei und vier Schlafgängern belegt, was „die kaum glaubliche Zerrüttung des Familienlebens in den Arbeiterfamilien“ erkläre. Aus der Statistik der Militärtauglichkeit zeigt er, daß mit der Dichtigkeit des Zusammenwohnens der Bevölkerung die körperliche Tauglichkeit entsprechend sinkt, so daß gesetzliche Abhilfe dringend nötig sei. Verständigerweise erklärt er eine gesetzliche Beschränkung der Freizügigkeit als „völlig ausgeschlossen“. Von Umsatz- und Wertzuwachssteuern befürchtet er noch eine Steigerung der Mietpreise und damit des Elends der Bevölkerung. Die Ursache der Wohnungsnot sieht er darin, „daß

man den Grund und Boden durch seine unbeschränkte Verschuldbarkeit zu einer Marktware gemacht hat". Für den landwirtschaftlich benutzten ebenso wie den städtischen Grundbesitz müsse eine gesetzliche Verschuldungsgrenze eingeführt werden, da er nicht wie die meisten Marktwaren beliebig vermehrt werden könne. Vor allem empfiehlt er die Ausgestaltung des Erbbaurechts, das durch das bürgerliche Gesetzbuch eingeführt, aber noch sehr wenig benutzt werde. Dazu gehöre eine durch neue Gesetzesbestimmungen herbeizuführende Sicherung der Hypotheken. Ferner müsse durch gesetzliche Bestimmungen vorgeschrieben werden, daß in gewissen Stadtteilen nur Gebäude mit Kleinwohnungen errichtet werden dürften. Ein in allen deutschen Staaten zu erlassendes Wohnungsgesetz und eine geordnete Wohnungsaufsicht müsse „unhaltbare Wohnungszustände, wie sie besonders in Industriestädten so vielfach bestehen", beseitigen.

Graf Posadowsky erklärt ferner, daß Staat und Gemeinden eine andere Wohnungspolitik einschlagen müssen. „Bisher war es Grundsatz staatlicher und städtischer Finanzverwaltung, keine Grundstücke auf Vorrat zu kaufen.... Von dieser engen finanzwirtschaftlichen Auffassung müssen im Hinblick auf die wachsenden Bedürfnisse Staat und Gemeinde abgehen ... und Vorsorge durch rechtzeitigen reichlichen Ankauf von Grund und Boden treffen."

Aber Graf Posadowsky weiß auch, was diesen Maßnahmen im Wege steht. Offen heraus erklärt er: „Einer kräftigen und vorsorgenden Bodenpolitik im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung stellt sich leider vielfach das Übergewicht des Grundbesitzerstandes in den städtischen Vertretungen entgegen."

Sehr richtig! Und wenn Graf Posadowsky noch nicht a. D. wäre, die Kreise, deren Interessen er als Minister vertreten hat, würden ihn nach dieser Rede schonungslos wegjagen. Doch freilich, als er noch im Amte war, hat er an den geheiligten Privilegien der Kapitalisten nicht gerüttelt — und wenn er jetzt einige bekämpft, so ist dies nur deshalb interessant, weil es zeigt, wie den Förderern der kapitalistischen Entwicklung vor deren Segnungen zu grauen beginnt. Gelöst kann die Wohnungsfrage freilich weder durch Begünstigung des Erbbaurechts werden noch allein durch Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs in den Gemeindeverwaltungen. Aber eine Milderung der Not könnten entsprechende Gesetzesmaßnahmen wohl schaffen, es fehlt nur eine Kleinigkeit dazu: der gute Willen der Regierungen wie der Kapitalisten.

Zeitschriftenschau.

„Der Kampf" vom Juni enthält einen Aufsatz von Heinrich Weber über **„Das Wesen des Internationalismus"**. Der Kampf zwischen Zentralisten und Separatisten unter den tschechischen Gewerkschaftern hat zu einer lebhaften Erörterung des Wesens des Internationalismus geführt. Die tschechischen Separatisten verstehen darunter die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Nationen. Daher fordern wir für alle Völker die Gleichberechtigung. Wir bekämpfen jede nationale Fremdherrschaft und verlangen für alle Völker, für die Tschechen wie für die Deutschen, nationale Autonomie. Unser Kampfziel ist die Selbstbestimmung für alle Nationen, und dieses Ziel ist international. Wo die alte naturrechtlich-demokratische Anschauungsweise nicht mehr die Begründung abgibt, wird dieser Internationalismus aus dem Klasseninteresse des Proletariats abgeleitet. Aber auch dann bleiben seine Gebote erfüllt, wenn jedes Volk dem anderen zugesteht, was es selbst verlangt. Auf diese Auffassung berufen sich die Separatisten; sie wollen für sich autonome Gewerkschaften und gestehen allen anderen Nationen dasselbe Recht zu.

Nun verfechten wir tatsächlich die Gleichberechtigung aller Nationen. Aber die Internationalität unserer Bewegung hört damit nicht auf, sondern bedeutet noch mehr. Das zeigt sich vor allem bei einer historischen Betrachtung. Historisch wurzelt

der proletarische Internationalismus in der Erkenntnis der proletarischen Klassen-interessen, die an keiner Landesgrenze aufhören, andererseits in den internationalen Ideen der französischen Aufklärung, der deutschen Philosophie und der englischen Ökonomie, die der Sozialismus dann zu neuen Formen umwandelte. Engels zeigte schon 1845 und 1847, wie die Bourgeoisie zentralisierend auftrat, die lokalen Eigentümlichkeiten und den Provinzialismus niederriß, die großen Nationen als gleichartige Massen mit gleichen Interessen schuf; wie aber die Bourgeoisie über die Schranke der Nation nicht hinauskommen konnte, während das Proletariat in dieser Richtung weitergeht und nicht nur die Nation, sondern die ganze zivilisierte Welt, alle Länder zusammen zentralisieren muß. Diesen Gedankengang entwickelt auch das Kommunistische Manifest. Dort wird gezeigt, daß die Bourgeoisie zum Verdruß aller Reaktionäre die Unterschiede innerhalb einer Nation verschwinden macht, wie daraus aber nicht der Weltfrieden, sondern der Weltkampf der Nationen entsteht. Die Herrschaft des Proletariats wird dann die nationalen Gegensätze der Völker noch mehr verschwinden lassen; nur durch vereinigte Aktion kann es sich befreien; mit der Ausbeutung der Individuen wird auch die Ausbeutung einer Nation durch die andere aufgehoben, und damit fällt die feindliche Stellung der Nationen zueinander weg. In dieser Auffassung zeigt sich nichts von irgend einem Naturrecht oder einer „Gleichberechtigung der Nationen“, sondern tritt die notwendige Entwicklung zu einer internationalen Volksgemeinschaft als Frucht der ökonomischen Entwicklung hervor.

Die Kämpfe von 1848 bis 1878 brachten den Sozialismus in enge Berührung mit den nationalen Bewegungen; das Streben der Nationen nach Freiheit und Einheit fand immer die Unterstützung der proletarischen Vorkämpfer. Aber sie vergaßen nicht, dabei immer das Gesamtinteresse der Bewegung über die Einzelinteressen zu stellen und zu vertreten. Das große Interesse der proletarischen Befreiung, der Sieg der europäischen Demokratie über die Reaktion stand bei ihnen an erster Stelle und bestimmte ihren Standpunkt. Sie hegten keine nationalistische Sentimentalität und wußten, daß der eherne Schritt der Geschichte bisweilen über das Leben ganzer Nationen hinweggeht. Sie kämpften für Deutschlands Einheit, bekämpften aber Bismarck, der diese Einheit in reaktionärer Weise verwirklichte. Marx und Engels standen auf der Seite des nationalen Italien, setzten große Hoffnungen in die Serben und verteidigten die Sache der Tschechen; aber sie stellten sich den „Befreiern“ Louis Napoleon und dem Zaren entgegen und bekämpften die Tschechen, als diese sich mit der Konterrevolution verbanden. Wo eine Nationalbewegung der Gesamtbewegung widersprach, haben Marx und Engels sie rücksichtslos bekämpft. Keinem Volke sprachen sie das Recht zu, seine nationalen Ziele auf Kosten der Gesamtentwicklung der Menschheit zu verfechten. Von ihnen können wir lernen, daß der proletarische Internationalismus sich nicht in der Forderung der Gleichberechtigung aller Völker auflöst, sondern diese Forderungen begrenzt. Er bedeutet die Unterordnung der nationalen Ziele unter das Gesamtinteresse des Proletariats. Er fließt aus der Wirklichkeit des proletarischen Lebens selbst hervor, worin die materielle Not und die Ausbeutung unendlich schwerer wiegen als die Sprache der Straßentafeln.

Daher soll auch jetzt alles Handeln durch diese Erkenntnis bestimmt werden, daß das allgemeine proletarische Interesse über den nationalen Interessen steht. Der Sozialismus verficht die nationale Demokratie, aber er stellt die Forderung der internationalen Gemeinschaft über sie. In dieser Überordnung und nicht in Sympathie und Geldsendungen nach dem Ausland liegt das Wesen des Internationalismus. Wir sehen, wie durch die Entwicklung das Wirtschaftsleben sich immer mehr vereinheitlicht und zentralisiert, während das Kulturleben sich reicher gestaltet und differenziert. Einheit im Wirtschaftsleben, Autonomie im Kulturleben ist die Tendenz der Entwicklung, und ihr passen wir unsere Taktik an. Zu ihr setzen sich die tschechischen Separatisten wie zu dem wirklichen Wesen des Internationalismus in Widerspruch.

„Der Krieg der Mandate" ist ein Artikel von Fritz Austerlitz überschrieben. Im österreichischen Parlament fällt am meisten die Aufgeregtheit auf, bei der eine ruhige Sitzung, in der sachlich debattiert wird und lange und sachliche Reden gehalten werden, eine Ausnahme bildet. Nicht gute gesetzgeberische Arbeit leisten, ist dort das Ziel; die Sucht nach Aktionen und die Lust an Affären beherrscht die Abgeordneten; der Ton ist auf ein unechtes Pathos gestellt, es wird immerfort geschrien, die Reden sind Selbstzweck und die nervöse Agitation wird noch erhöht durch die Journalisten, die auf der Lauer nach Nachrichten liegen, aus denen sie die „Lage" konstruieren. Zum Teil ist diese resultatlose, rastlose Tätigkeit eine Folge der Kompliziertheit dieses Parlamentes; wo es acht Nationen gibt, die sich alle äußern müssen, und jede Nation aus Klassen besteht, die jede wieder in viele Parteiteile zerfallen, ist des Redens über eine Vorlage kein Ende und muß der Geschäftsgang außerordentlich schleppend werden; und zugleich können die Verhandlungen durch die endlosen, inhaltlosen Reden, worin die selbstverständlichsten Sachen immer wieder abgeleiert werden, kein Interesse erwecken. Ein Hauptcharakter dieses Zustandes liegt in dem Kriege der Mandate, der während der ganzen Legislaturperiode währt. Der Abgeordnete, der scheinbar nur zu einer bestimmten Sache redet, redet hauptsächlich um sein Mandat. Die Wahlpolitik steht immer auf der Tagesordnung. Daher stammt die Demagogie, die den Personen und den Parteien ihre innere Freiheit nimmt. Namentlich die Christlichsozialen fallen von einer Demagogie in die andere und lösen darin alle Gegensätze auf. Alle demagogischen Künste und Sprünge erklären sich aus diesem ewig marternden Gedanken: Wie erhalte ich mein Mandat, wie gewinne ich die Wähler?

Natürlich liegt mehr als bei den Abgeordneten die Schuld bei den Wählern. Sie sind politisch noch nicht sehr entwickelt, haben sich erst zu einem Teile in das feste Gefüge der Partei als politischer Ausdruck ihrer Klasseninteressen hineingefunden und sind daher der Masse nach noch wechselnden Einflüssen und Strömungen unterworfen, ein Objekt der Demagogie.

Die Ursache liegt hauptsächlich in dem System der Bezirkswahl. Wo jeder Kreis einen Abgeordneten wählt, wird dieser Abgeordnete der Sklave der Kirchturmsinteressen; die allgemeinen Interessen treten gegen Gunst oder Ungunst einflußreicher Bezirksgrößen zurück. Daher kann die Parlamentsdemagogie nur überwunden werden durch die Einführung der Listenwahl und des Proportionalwahlsystems. Damit würde die Blendung der Wähler durch „Betätigung" des Abgeordneten im Parlament verschwinden. Der einzelne Abgeordnete versinkt vor den Augen der Wähler und an seine Stelle tritt die Partei, der er angehört, die für ihn den Wahlkampf kämpft und die Verantwortung für ihn trägt. Die Wahlkreispolitik wird ersetzt durch die Klassenpolitik der Parteien. Der Wettbewerb um die Stimmen der Wähler wird dann zu einem großen politischen Kampf um Programme und Prinzipien. Auch die Wähler werden erzogen werden; da es keine Unmenge von Listen, sondern nur einige bürgerliche Listen neben der sozialdemokratischen geben würde, müßten sie sich über ihre allgemeine politische Zugehörigkeit entscheiden. Eine weitere wichtige Folge wäre die Verbesserung in der Qualität des Abgeordnetenmaterials. In den bürgerlichen Parteien bilden die Nullen einen betrüblichen Haufen, während hervorragende Talente äußerst selten sind. Die sozialdemokratische Fraktion steht in dieser Hinsicht weit über den bürgerlichen Parteien. Nicht weil die bürgerlichen Klassen über weniger Talente verfügen, sondern weil diese für die Kirchturmsdemagogie nicht zu verwenden sind und unsere Partei die einzige ist, die bisher immer den Wahlkampf als großzügige allgemeine Klassenpolitik führte. Natürlich setzt die Listenwahl eine vorherige nationale Abgrenzung der Wahlbezirke voraus; eine solche demokratische Wahlreform muß vorangehen, bevor der verwüstende Krieg der Mandate aufhören kann.

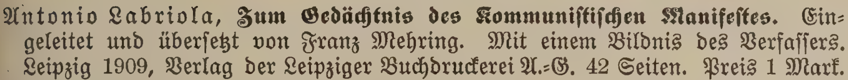
Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Feuilleton der Neuen Zeit

Nummer 29 ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ Ausgegeben am 15. Juli 1910

Historischer Materialismus.

Von **Franz Mehring.**



Antonio Labriola, **Zum Gedächtnis des Kommunistischen Manifestes.** Eingeleitet und übersetzt von Franz Mehring. Mit einem Bildnis des Verfassers. Leipzig 1909, Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G. 42 Seiten. Preis 1 Mark.

Hermann Gorter, **Der historische Materialismus.** Für Arbeiter erklärt. Aus dem Holländischen übersetzt von Anna Pannekoek. Mit einem Vorwort von Karl Kautsky. Stuttgart 1909, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. 128 Seiten. Preis broschiert 75 Pfennig, gebunden 1 Mark (Vereinspreis 50 Pfennig).

G. Plechanow, **Die Grundprobleme des Marxismus.** Autorisierte Übersetzung von M. Nachimson. Stuttgart, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. 112 Seiten. Preis broschiert 75 Pfennig, gebunden 1 Mark (Vereinspreis 50 Pfennig).

Diese drei Schriften haben das Gemeinsame, daß sie — obgleich nur eine von ihnen es schon im Titel ausspricht — knapp und kurz gefaßte Darstellungen des historischen Materialismus oder genauer der historisch-materialistischen Methode sind. Sie sind alle auf denselben Grundton gestimmt und von demselben Geiste beseelt, aber sie unterscheiden sich auch, nicht nur darin, daß jeder der Verfasser einer anderen Nation angehört, sondern auch darin, daß jeder eine eigene Individualität ist und die Dinge mit seinen eigenen Augen ansieht. Es ist ein mehrstimmiges Konzert, das in voller Harmonie ausklingt, ein überzeugendes Gegenstück zu dem eintönigen Singsang von der „Schablone", die angeblich der historische Materialismus sein soll.

I.

Die Schrift Labriolas ist die älteste von den dreien; sie ist schon im Jahre 1895 verfaßt worden, als eine Gedenkschrift zum fünfzigsten Geburtstag des Kommunistischen Manifestes, der damals in drei Jahren bevorstand. Sie ist aber nichts weniger als eine Gelegenheitsschrift, obgleich der Verfasser selbst sie dafür zu erklären schien, indem er sagte, daß er weder eine Analyse noch einen Kommentar der weltgeschichtlichen Urkunde geben wolle. Indem er die Entstehungsgeschichte des Manifestes schilderte und zugleich dessen Wirkungen in den Kreis seiner Darstellung zog, gab er doch beides, sowohl eine Analyse wie einen Kommentar. Als leicht faßliche und durchsichtig klare Einführung in die Gedankenwelt des Manifestes ist Labriolas Arbeit eine vortreffliche Ergänzung zu der Schrift von Engels über die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Dieser sachliche Wert der Schrift hat mich in erster Reihe dazu veranlaßt, sie zu übersetzen, wozu der Wunsch kam, auch der deutschen Parteiliteratur eine Schrift des Mannes einzuverleiben, der in den Jahrbüchern des internationalen Sozialismus fortleben wird als der Besten einer von denen, die

das Werk von Marx und Engels fortgeführt haben. Neben Paul Lafargue, den wir das Glück haben, noch rüstig schaffen zu sehen, hat Labriola das größte Verdienst daran, die Schranken niedergerissen zu haben, die der Ausbreitung des internationalen Sozialismus durch die Unterschiede der überlieferten Denk- und Sprachformen zwischen dem deutschen Volke und den romanischen Nationen gezogen sind.

Niemand war sich über die Schwierigkeit dieser Aufgabe klarer als Labriola selbst, eben weil er, den auch bürgerliche Blätter bei seinem Hinscheiden als „den eifrigsten und kenntnisreichsten Vermittler deutschen Geisteslebens in Italien" rühmten, am fähigsten war, sie zu lösen. Die Erläuterung der Werke von Marx und Engels wollte er den Deutschen überlassen wissen; wenn Marx und Engels auch internationale Geister gewesen seien, so sei doch die Form ihrer Gehirne, der Gang ihrer Produktion, die Organisation ihrer Art, zu sehen, ihre wissenschaftliche Bildung und ihre Philosophie die Frucht und das Resultat deutscher Kultur. Schon die bloße Übersetzung ihrer Werke in romanische Sprachen hielt Labriola für halb unmöglich; was im Deutschen voll Kraft und Klarheit sei, erscheine zum Beispiel im Italienischen kalt, ohne Relief und manchmal selbst als reiner Gallimathias. So hat auch Engels gelegentlich von der „Verflachung" gesprochen, die der erste Band des „Kapital" in der französischen Übersetzung erlitten habe, obgleich diese von Marx selbst durchgesehen worden ist. Daß die eigentliche Schwierigkeit mehr noch in der Verschiedenheit der Denk- als der Sprachformen liegt, dafür scheint auch die Tatsache zu sprechen, daß der zweite und der dritte Band des „Kapital" von einem Deutschen, dem Genossen Julian Borchardt, ins Französische übersetzt worden sind.

Nichts aber wäre törichter, als daraus eine Überlegenheit der deutschen Kultur über die Kultur der romanischen Nationen zu folgern. Im sechzehnten Jahrhundert hat sich die deutsche Kultur an der italienischen, im achtzehnten Jahrhundert an der französischen Kultur emporgerankt. Wenn man in Lessing den Schöpfer unserer modernen Prosa erblickt, so sind die Diderot und Voltaire seine Lehrmeister gewesen. Es waren Zustände des traurigsten Verfalls, die die deutsche Kultur zwangen, eine letzte Zuflucht in Denk- und Sprachformen zu suchen, die sich durch einen tiefen Abgrund von den Denk- und Sprachformen der romanischen Nationen schieden. Ist dieser Abgrund ausgeglichen, so können die Deutschen von den Franzosen und Italienern ebensoviel lernen, wie umgekehrt die Franzosen und Italiener von den Deutschen. Lessing bewunderte schon an den französischen Denkern, wie sie immer den guten Geschmack zu wahren wüßten, ohne je mit ihrer Gelehrsamkeit zu prahlen, und wenn man einen Aufsatz Labriolas oder Lafargues neben Aufsätze deutscher Sozialisten über ähnliche Themata legt, so ist man manches Mal versucht, das Wort Labriolas umzukehren: drüben Klarheit und Kraft, hüben scheinbar der reine Gallimathias.

Unter diesem Gesichtspunkt scheint es mir nützlich zu sein, solche Arbeiten, wie Labriolas Schrift, auch den deutschen Genossen zugänglich zu machen. In ihrem Kern ist sie eine Abhandlung über den historischen Materialismus; mit Recht sagt Labriola: „Der Nerv, das Wesen, der entscheidende Charakter des Kommunistischen Manifestes sind ganz in der neuen Geschichtsauffassung enthalten, die es beseelt. Dank dieser Auffassung hörte der Kommunismus auf, eine Hoffnung, eine Sehnsucht, eine Erinnerung, eine Vermutung, ein

Ausweg zu sein, und fand zum ersten Male seinen angemessenen Ausdruck in dem Bewußtsein seiner Notwendigkeit, das heißt in dem Bewußtsein, daß er das Ende oder die Lösung der gegenwärtigen Klassenkämpfe sei.“ Labriola hat den historischen Materialismus, wie ihn Marx und Engels entwickelt haben, vollkommen durchdrungen, aber er reproduziert ihn als selbständiger Denker.

So kann seine Schrift, wie ich meine, auch dazu beitragen, die Bande des internationalen Sozialismus fester zu knüpfen.

II.

An Gorters Schrift muß man, wenn man ihr gerecht werden will, einen anderen Maßstab anlegen, als an die Arbeit Labriolas. Sie will, wie sie schon in ihrem Titel sagt, den Arbeitermassen den historischen Materialismus erklären, und sie versucht diesen Zweck zu erreichen, indem sie an einer Reihe leicht faßlicher, keine besonderen historischen Kenntnisse voraussetzender Beispiele die Abhängigkeit der Wissenschaften, der Erfindungen, des Rechtes, der Politik, der Sitte und Sittlichkeit, der Religion und Philosophie, der Kunst von der ökonomischen Produktionsweise darlegt.

Die Notwendigkeit dieser Aufgabe liegt auf der Hand, aber nicht minder die Schwierigkeit, sie zu lösen. Der Stoff des historischen Materialismus ist nun einmal die Historie, und eine historische Forschungsmethode zu erklären, ohne die Voraussetzung historischer Kennntnisse, scheint ein Widerspruch in sich selbst zu sein. In der Tat aber kennen die Arbeiter, so arm sie an historischen Kenntnissen sein mögen, doch historische Zustände, und die wichtigsten dazu, nämlich die historischen Zustände, in denen sie selbst leben, und an ihnen läßt sich der historische Materialismus allerdings aufzeigen, wenn auch keineswegs in erschöpfender Weise. Denn die historischen Zustände, in denen die modernen Arbeiter leben, sind selbst nur das Produkt einer historischen Entwicklung, die sich ohne historische Kenntnisse nicht verstehen läßt.

Es mag deshalb fraglich sein, ob sich den Arbeitern das Verständnis der materialistischen Geschichtsauffassung nicht doch leichter erschließen läßt durch Darstellungen eines bestimmten Stückes Geschichte, wo sie dem Stoff selbst die Methode absehen können, als durch die agitatorisch-diskussive Form, die unser holländischer Genosse gewählt hat. Nehmen wir als Beispiel den Deutschen Bauernkrieg von Engels, so wird ein Arbeiter, der ihn aufmerksam liest, viel mehr vom historischen Materialismus und namentlich auch dem Zusammenhang ökonomischer mit religiösen Fragen begreifen, als wenn ihm Genosse Gorter in dem Kapitel über Religion und Philosophie auseinandersetzt, daß mit dem Emporkommen der modernen kapitalistischen Warenproduktion auch die protestantische Religion, das bürgerliche Selbstbewußtsein aufgekommen sei. So individualistisch der Bürger, so individualistisch sei seine Religion, so einsam wie er sei sein Gott geworden.

In diesem Kapitel setzt das Büchlein denn auch ganz bedeutende historische Kenntnisse voraus, um nicht einmal nur verstanden, sondern überhaupt um nicht gründlich mißverstanden zu werden. Um zu zeigen, wie das Bild Gottes immer mehr vereinsamt und immer mehr vergeistigt worden sei, als Bild des individualistischen, bürgerlichen Menschen, sagt Genosse Gorter, bei den großen Philosophen des siebzehnten Jahrhunderts, Descartes, Spinoza, Leibniz, sei Gott zu einem riesigen Wesen geworden, innerhalb dessen alles, außerhalb

dessen nichts sei. Bei Spinoza sei Gott ein Riesenkörper mit einem Riesengeist, außer dem nichts sei und der immerfort frei sich bewege und denke. Man schalte einmal aus seinem Kopfe aus, was man von Descartes, Leibniz und Spinoza weiß, und versuche, sich aus diesen Sätzen eine Vorstellung dieser Philosophen zu machen, und man wird zugeben, daß auf solche Weise den Arbeitern der historische Materialismus nicht klar gemacht werden kann.

Jedoch gebietet die Gerechtigkeit anzuerkennen, daß dies Kapitel über Religion und Philosophie und daneben etwa noch das Kapitel über die Kunst, das übrigens noch nicht ganz eine Druckseite füllt, die anfechtbarsten Teile der Schrift sind, und daß, wenn der Verfasser in ihnen seinem Gegenstand nicht ganz gerecht geworden ist, dies Mißlingen nicht sowohl seinem Können und Wollen, als der Sache selbst zuzuschreiben ist. In den übrigen Kapiteln hat er meist mit großem Geschick verstanden, seiner Aufgabe gerecht zu werden, so wie er sie sich einmal gesteckt hat.

Allen Arbeitern, die sich zunächst einmal im allgemeinen orientieren wollen, was es mit dem historischen Materialismus auf sich hat, kann die Schrift Gorters durchaus empfohlen werden; sie werden reiche Anregung daraus schöpfen.

III.

Die Schrift Plechanows ist zuerst in einer russischen Zeitschrift erschienen; sie ist, wie der Übersetzer in seinem Vorwort hervorhebt, eine Streitschrift gegen verschiedene Richtungen des russischen Geisteslebens, woraus sich ergibt, daß sie manche Fragen, die für russische Leser interessanter sind als für deutsche, gründlicher behandelt, andere Fragen wieder, die für deutsche Leser interessanter sind als für russische, flüchtiger streift.

Jedoch wird der Wert der Schrift dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt. Sie ist ein außerordentlich lehrreiches Kompendium des historischen Materialismus, in dessen Literatur die Schrift einen dauernden Platz behaupten wird. Man muß staunen, welch gewaltiges Material unser russischer Genosse, dank seiner ausgebreiteten Belesenheit in der Literatur aller Kulturvölker und dank seiner konzentrierten Denkfähigkeit, auf dem engen Raume von kaum hundert kleinen Druckseiten lichtvoll zusammenzufassen und dadurch den unaufhaltsamen Siegeslauf des historischen Materialismus darzustellen gewußt hat. Eine leichte Lektüre, wie Gorters und in gewissem Sinne selbst Labriolas Schrift, ist die Arbeit Plechanows freilich nicht, aber es lohnt sich, sie zu durchackern.

Ihre gedrängte Darstellung macht es unmöglich, ihren Inhalt in wenigen Sätzen zusammenzufassen, und ich bescheide mich, bei einem Punkte zu verweilen, dessen Aufklärung gegenwärtig besonders notwendig ist, aber auch in der Darstellung Plechanows meines Erachtens nicht völlig aufgeklärt oder, wie ich vielleicht richtiger sagen sollte, zwar völlig aufgeklärt worden ist, aber dann doch wieder durch einige minder genaue Sätze Plechanows zum Gegenstand neuer Zweifel werden kann.

Es handelt sich um die Manie, den Marxismus „nach seiner philosophischen Seite hin zu ergänzen", dieselbe Manie, gegen die ich mich vor einigen Monaten an dieser Stelle gewandt habe. Ganz unabhängig voneinander — denn als Plechanow seine Aufsätze für die russische Zeitschrift schrieb, konnte er von meinem noch nicht geschriebenen Aufsatze nichts wissen, während ich, als ich diesen Aufsatz schrieb, bei meiner Unkenntnis der russischen Sprache nichts von seinen Essays wußte — sind wir zu demselben Ergebnis gekommen. Marx

und Engels sind immer auf dem philosophischen Standpunkt Feuerbachs geblieben, soweit sie ihn nicht durch die Überleitung des Materialismus aufs historische Gebiet erweitert und vertieft haben; sie sind, um die Sache klipp und klar auszudrücken, auf naturwissenschaftlichem Gebiete ebenso mechanistische Materialisten gewesen, wie auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiete historische Materialisten. Plechanow hat jedoch diesen Nachweis weit eingehender geführt als ich, und zwar so gründlich, daß darüber kein Wort mehr verloren zu werden braucht.

Feuerbachs Materialismus führt am letzten Ende auf Spinoza zurück, der zuerst unter den modernen Philosophen die Einheit von Denken und Sein und die Gesetzmäßigkeit alles Geschehens vertreten hat, wenn auch nur erst auf theologischem Standpunkt oder — um den Genossen Stern nicht zu sehr zu kränken — in theologischer Form. In den landläufigen Geschichten der Philosophie pflegen als seine Gegenfüßler einerseits die französischen Materialisten und andererseits Leibniz und dessen deutsche Nachfolger genannt zu werden. Nun hat Plechanow schon in früheren Schriften nachgewiesen, daß viele französische Materialisten, und gerade die hervorragendsten unter ihnen, nichts als enttheologisierte Spinozisten gewesen seien, während schon Lessing gesagt hat, Leibniz sei „im Grunde Spinozist" gewesen. Leibniz vertheologisierte Spinozas Lehre von der Einheit des Denkens und Seins durch die „prästabilierte Harmonie", durch die Annahme, daß die Übereinstimmung von Geist und Materie, von Seele und Leib von Anbeginn durch einen überirdischen Ratschluß angeordnet worden sei, ein Zugeständnis an den Herrn aller Heerscharen, das bis auf den heutigen Tag sehr beliebt ist, nur daß sich die „prästabilierte Harmonie" noch etwas zungenbrecherischer in „psychophysischen Parallelismus" umgetauft hat.

Die Behauptung, daß Marx und Engels den mechanischen Materialismus abgeschworen haben sollen, erinnert nun aufs lebhafteste an den alten Streit darüber, ob Lessing Leibnizianer oder Spinozist gewesen sei. Lessing war in seiner Jugend unzweifelhaft ein Leibnizianer, so daß er in Spinoza nur einen „berufenen Irrgläubigen" sah. Als er dann zu seinen Jahren kam, sagte er der Metaphysik ab: „Der Mensch ward zum Handeln und nicht zum Vernünfteln geschaffen." Gleichwohl trat er für Leibniz gegen die seichten Aufklärer ein; jedoch als Moses Mendelssohn — der „Urtyp eines Seichtbeutels", wie Marx ihn einmal nennt — auf den famosen Einfall kam, die „prästabilierte Harmonie" sei schon bei Spinoza zu finden, antwortete ihm Lessing — dem Sinne nach — mit köstlicher Ironie: „Freilich ist Leibniz durch Spinoza auf die Spur gekommen, aber die ‚prästabilierte Harmonie' ist doch seine eigene Weisheit. Denken Sie sich zwei Wilde, die sich zum ersten Male im Spiegel erblicken, und nachdem die erste Verwunderung vorbei ist, darüber philosophieren. Das Bild in dem Spiegel macht dieselben Bewegungen wie der Körper und macht sie in der nämlichen Ordnung. Folglich, schließen beide, müssen die Bewegungen des Körpers und des Bildes dieselbe Ursache haben. Aber über diese Ursache können sie sich nicht einigen. Der eine sagt: es ist nur eine Bewegung, die sich zweimal darstellt, der andere aber: Bild und Körper bewegen sich, jeder für sich, aber sie sind durch eine verborgene Macht so eingerichtet, daß ihre Bewegungen übereinstimmen." Nun hat es Lessing für überflüssig gehalten, zu sagen, welche dieser beiden Meinungen er für die richtige halte, und so haben sehr gelehrte Leute sehr gelehrte Abhandlungen

darüber geschrieben, daß er durch dies Gleichnis sich für Leibniz und gegen Spinoza habe erklären wollen.[1]

Blicken wir auf Marx, so war er, wie bekannt, in seiner Jugend Hegelianer. Als er zu seinen Jahren kam, sagte er dann in seinen Thesen über Feuerbach dem Sinne nach: „Der Mensch ist zum Handeln und nicht zum Vernünfteln erschaffen.“ Deshalb hat er doch Hegel immer gegen die seichte Aufklärung vertreten, und zwar wiederholt — im Nachwort zur zweiten Auflage des „Kapital“ und in seinen Briefen an Kugelmann — unter Berufung auf den Streit Mendelssohns und Lessings über Spinoza. Marx hat sich ebensowenig wie Lessing in seinen reifen Jahren mit philosophischen Systemen eingelassen, sondern wo er auf Philosophie zu sprechen kommt, sie nach ihrer Stellung im historischen Leben gewürdigt. Wenn er aber mit dieser und jener Wendung von der abstrakten Einseitigkeit des mechanischen und naturwissenschaftlichen Materialismus gesprochen hat, so hat er es immer nur getan, um die Notwendigkeit des historischen Materialismus zu begründen, freilich ohne das Selbstverständliche noch erst weitläufig auseinanderzusetzen, was seine Art so wenig war wie die Art Lessings. Daraus haben dann philosophische Köpfe in der Partei gefolgert, daß er den mechanischen Materialismus überhaupt verworfen habe.

Diese Parallele zwischen Lessing und Marx läßt auch sonst manche praktische Nutzanwendung zu. Wenn anders Lessings Leben ein Kampf für die Emanzipation der bürgerlichen Klasse gewesen ist, so zeigt sie, daß der Klassenkampf den Blick für den realen Untergrund der Philosophie zwar schärft, aber ihn abstumpft für alle philosophischen Hirnwebereien, ja für diese mitunter auch trübt; es ist ja nicht zu bestreiten, daß zum Beispiel Engels in seiner Schrift über Feuerbach mit seinem an historischen Horizonten geschärften Blick die Spinnweben übersehen hat, die um Kants kostbares „Ding an sich“ gewoben sind.

Man könnte danach einige Sorge empfinden, wenn in einer Partei, die so ganz und gar auf den Kampf um äußerst greifbare Dinge gestellt ist, Zweifel darüber auftauchen, ob diese Dinge Phänomena oder Noumena sind, oder wenn eine beliebige Modephilosophie, wie der Neu-Lamarckismus, eingeladen wird, sich als würdiger Genosse neben dem Marxismus niederzulassen, auf dem Stuhl, den der mechanische Materialismus räumen soll.

Aber indem diese philosophischen Anläufe gänzlich im Sande verrinnen, sind sie doch eine negative Probe auf die innere Gesundheit der Partei.

IV.

Damit komme ich auf den Genossen Plechanow zurück. In seiner Schrift finden sich einige Sätze, die die Propaganda für den Neu-Lamarckismus innerhalb der Partei zu fördern geeignet sind, und so ungefährlich diese Propaganda sein mag, so wäre es doch nicht erwünscht, daß sie sich auf die Autorität des

[1] Beiläufig möchte ich dies Gleichnis Lessings der Aufmerksamkeit des Genossen Stern empfehlen, der in seiner ausgezeichneten Monographie Spinozas den Unterschied zwischen Materialismus und Spinozismus meines Erachtens viel zu scharf betont, dagegen gelegentlich von einem „psychophysischen Parallelismus“ Spinozas spricht und sich dabei auf Wundt beruft. Wundt ist von der ersten bis zur zweiten, dreißig Jahre später erscheinenden Auflage seiner „Vorlesungen über die Menschen- und Tierseele“ vom Standpunkt Spinozas auf den Standpunkt Leibnizens übergegangen, was Häckel, so wenig mit dessen Philosophie sonst Staat zu machen sein mag, doch mit Recht als einen totalen Prinzipienwechsel und gewaltigen Rückschritt auffaßt.

Genossen Plechanow berufen könnte. Eben weil ich diese Autorität sehr hoch stelle, halte ich für notwendig, ihr zu widersprechen, wo sie meines Erachtens irrt.

Nachdem Genosse Plechanow auf Seite 42 seiner Schrift die Mutationstheorie von de Vries (die Lehre von der sprunghaften Entwicklung der Arten) besprochen hat, fährt er wörtlich fort (die gesperrten Worte sind auch bei ihm gesperrt):

> Es sei dem noch hinzugefügt, daß sich in der modernen Naturwissenschaft, hauptsächlich unter den Neu-Lamarckisten, die Lehre von der Beseeltheit der Materie verbreitet, das heißt die Lehre, daß die Materie überhaupt und die organische Materie im besonderen stets einen gewissen Grad der Empfindlichkeit besitzt. Diese Lehre ist von manchen (so bespielsweise von R. H. Francé in dem sonderbaren Werke: Der heutige Stand der Darwinschen Fragen, Leipzig 1907) als der direkte Gegensatz zum Materialismus aufgefaßt worden. In Wirklichkeit, wenn man sie nur richtig versteht, ist sie dagegen die Übertragung der materialistischen Lehre Feuerbachs von der Einheit von Sein und Denken, von Objekt und Subjekt in die Sprache der modernen Naturwissenschaft. Man darf wohl mit Sicherheit behaupten, daß Marx und Engels, die diese Ansicht Feuerbachs geteilt haben, die erwähnte Richtung in der Naturwissenschaft mit dem größten Interesse verfolgt hätten, die allerdings vorläufig noch ungenügend entwickelt ist.

In diesen Sätzen sind verschiedene Gesichtspunkte durcheinandergeworfen, die streng auseinandergehalten werden müssen. Es ist bekannt, daß sich seit zehn Jahren und länger auf naturwissenschaftlichem Gebiet eine starke Opposition gegen die darwinistische Theorie von der natürlichen Zuchtwahl als erklärendem Prinzip für die Entstehung und Umwandlung der Arten geltend macht, und daß diese Opposition vielfach auf Lamarck zurückgeht, der jenes erklärende Prinzip in der aktiven Anpassung der Organismen an ihre Außenwelt gefunden hatte. Bei diesem Streite handelte es sich um rein naturwissenschaftliche Kontroversen, die sachlich von hohem Interesse, grundsätzlich aber von verhältnismäßig geringer Bedeutung waren. Der gemeinsame Boden blieb der mechanische Materialismus, durch den erst Lamarck und nach ihm Darwin zu ihrer Abstammungslehre gekommen waren, und auch der Streit um ihre verschiedenen Erklärungsprinzipien wurde keineswegs so geführt, als ob dabei sich ausschließende Gegensätze ins Spiel kämen. Gerade der Gelehrte, den man als Typ des einseitigen Darwinismus anzusehen gewohnt ist, gerade Häckel hat schon vor 42 Jahren den Namen Lamarcks einer unverdienten Vergessenheit entrissen, und Häckel hat stets das Erklärungsprinzip Lamarcks als sehr wichtig, wenn auch nicht als ausreichend anerkannt, während umgekehrt die eifrigsten Parteigänger Lamarcks die Selektionstheorie Darwins nicht als völlig hinfällig, sondern auch nur als nicht ausreichend bekämpft haben. Dieser ganze Streit trug also alle Vorbedingungen einer fruchtbaren Diskussion in sich, und Marx und Engels würden ihn, falls sie noch lebten, allerdings wohl mit lebhaftem Interesse verfolgt haben, so zum Beispiel die Mutationstheorie von de Vries, die übrigens der darwinistischen Theorie eine wichtige Stütze nur fortschlägt, um sie durch eine noch viel festere Stütze zu ersetzen.

Nun ist weiter die „Beseeltheit der Materie“ keineswegs eine besondere Eigentümlichkeit Lamarcks. Im Gegenteil hat Lamarck nicht nur der anorganischen Materie „einen gewissen Grad von Empfindlichkeit“ abgesprochen, sondern auch den Pflanzen, speziell den sogenannten Sinnpflanzen, wo die Sache sozusagen auf der Hand liegt, wie bei der Mimosa pudica. Vielmehr geht die „Beseeltheit der Materie“, wie ja Genosse Plechanow am besten weiß,

auf Spinoza zurück, dessen Gedanken Genosse Stern treffend so erläutert: „Es ist völlig unerklärlich, daß in der Tierzelle die Empfindung wie aus der Pistole geschossen erscheint, sondern es muß notwendig geschlossen werden, daß auch dem Anorganischen eine freilich minimale und einfache psychische Qualität anhaftet, die sich auf der Skala der Lebewesen mehr und mehr potenziert und sublimiert.“ Diese „Beseeltheit der Materie“ erkennen aber auch, wie Plechanow schon vor Jahren nachgewiesen hat, viele französische Materialisten an, während gerade Lamarck sie nicht anerkennt.

Deshalb und auch aus anderen Gründen nennen sich die Neu-Lamarckisten, eine Gruppe von Privatdozenten und Professoren (Francé, Pauly, Ad. Wagner, J. G. Vogt und andere), die sich seit ein paar Jahren in der „Zeitschrift für den Ausbau der Entwicklungslehre“ ein eigenes Organ geschaffen haben, nach Lamarck nur mit demselben Rechte, womit sich Herr Sombart und ähnliche Geister nach Marx benennen. Diese Neu-Lamarckisten verwerfen die darwinistische Theorie ganz und gar; ihre kühnsten Geister nennen sie sogar eine „Biertischwissenschaft“.[1] An ihre Stelle setzen sie eine neue Auflage der alten Lehre von der Lebenskraft, so daß es nicht „sonderbar“, wie Plechanow meint, sondern vielmehr sehr logisch ist, wenn sie den Materialismus widerlegen zu können glauben. Ihre Lehre will in erster Reihe Philosophie sein; als solche steht sie aber in schreiendem Gegensatz zur Philosophie Feuerbachs; sie reiht sich vielmehr würdig jenen Philosophien an, die aus dem Bedürfnis geboren sind, den lieben Herrgott samt seinem Gefolge von „kundigen Staatenlenkern“, von Rittern und Heiligen wieder ins Universum einzuführen. Sie ist eine entartete Tochter Schopenhauers und eine echte Schwester Eduard v. Hartmanns, den die Neu-Lamarckisten denn auch als glorreichen Überwinder Darwins und bedeutendsten Philosophen der Gegenwart preisend auf den Schild heben.

Immerhin beweist diese sonderbare Blüte am Baume der Menschheit, von der Kehrseite her, weshalb Marx und Engels für die Naturwissenschaft stets am mechanischen Materialismus festgehalten haben. Deshalb mag sie im nächsten Hefte ein wenig genauer betrachtet werden. Für heute will ich nur noch bemerken, daß ich natürlich weit entfernt bin, den Genossen Plechanow für diese Philosophie verantwortlich zu machen. Sie widerspricht aufs schroffste allem, was er je geschrieben hat. Wenn er sie in den Sätzen, die ich bekämpfe, zwar nicht ohne ein gewisses unheimliches Gefühl, aber doch anerkennend erwähnt, so erklärt es sich wohl daraus, daß er seine Essays zu einer Zeit geschrieben hat, wo sich der Neu-Lamarckismus noch im Keimzustand befand, sich eben erst aus der an sich zunächst fruchtbaren Diskussion zwischen Darwinismus und Lamarckismus entwickelte.

Ist es doch kaum ein Jahr her, seitdem Herr Adolf Wagner, Privatdozent an der Universität Innsbruck, alle holden Geheimnisse dieser Philosophie mit schellenlauter Naivität aufgedeckt hat.

---

[1] „Aber der Darwinismus? Die Selektionslehre? Sie ist künstliche Entwicklungslehre, sogar mehr: gekünstelte Entwicklungslehre. Der große Anhang, den diese Lehre, vielleicht eben ihrer Oberflächlichkeit wegen, in der großen Menge hat, beweist nichts. Der kundige Staatenlenker sieht verächtlich auf die Äußerungen der sogenannten Biertischpolitik herab und weiß die Kannegießerei zu würdigen. Es gibt auch eine Biertischwissenschaft.“ Ad. Wagner, Privatdozent an der Universität Innsbruck, Geschichte des Lamarckismus, als Einführung in die psycho-biologische Bewegung der Gegenwart. Franckhsche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, Seite 115.

Ein Drama aus dem Bauernkriege.

„Es wird Licht! — Es will Licht werden! — Es steigt ein Strahl in unsere Gruft! — O herzbetrübtes Herzeleid ... ich kann's nicht glauben! ..."
Thomas Münzer, von Walter Lutz.

Der große Bauernkrieg des Jahres 1525 hat in der deutschen Literatur bisher keine ansehnliche Rolle gespielt. Zu dieser Vernachlässigung einer Geschichtsperiode, deren kühne Ziele, deren urwüchsige, derbe und gewaltige Gestalten an sich zu einer historischen oder künstlerischen Bearbeitung wohl reizen möchten, haben ganz verschiedene Ursachen beigetragen.

Einmal ist es bei einer so in Grund und Boden hinein gescheiterten Revolution, wie sie der Bauernkrieg schließlich vorstellte, nur natürlich, daß bei ihrer Beschreibung fast nur die Sieger zum Worte kamen, um so mehr als ihre Partei: Fürsten, Geistliche und die patrizische Ehrbarkeit der Städte, von vornherein zwei für jede Überlieferung wichtige Voraussetzungen, nämlich Bildung und Besitz, fast als Monopol besaßen. Und ebenso begreiflich ist, daß diese drei Verbündeten, denen der Boden unter den Füßen so furchtbar gezittert hatte, nachher alles taten, um den gebändigten Rebellen das Brandmal nicht nur des Sklaven, sondern auch des Verbrechers auf die Stirn zu drücken. Diese Tendenz mußte alle Urkunden, die sich auf den Bauernkrieg bezogen, stark beeinflussen, und sie hat auch bewirkt, daß ein glaubhaftes und unbefangenes Gesamtbild der großen Bewegung erst in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts erstehen konnte. Erst mit dem Werke Zimmermanns war eine dank seinem ausgedehnten Quellenstudium solide Grundlage geschaffen, auf der alle späteren Bearbeiter — Historiker und Dramatiker — einen festen Stand hatten.

Indessen, daß eben diese Bearbeiter so lange auf sich warten ließen, hatte damals nicht nur im Fehlen eines den ganzen Stoff umgreifenden Werkes seinen Grund; auch der Stoff selbst mußte einer früheren Geschichts- und Kunstauffassung zu spröde und unpersönlich scheinen, als daß sie gern länger bei ihm verweilt hätte. Eine Massenaktion, die sich unmöglich nach der hergebrachten Methode auf eine einzelne Persönlichkeit als ihren Erreger zurückführen ließ, deren Häupter keine wirklich überragenden Geister gewesen zu sein schienen und die weder für sich noch für ihre in gewissem Sinne reaktionären Ziele die ideelle Unsterblichkeit erkämpft hatten, eine Massenaktion, die nur zu zerstören, aber nicht mehr zu bauen Zeit gefunden hatte, die schließlich wie ein Ungeheuer in ihrem eigenen Blute erstickt wurde, wie hätte eine solche ehemals allgemeineres Interesse erwecken können? Ziel und Taktik des Bauernkriegs glichen bei äußerem Zusehen einem eruptiven Sklavenaufstand, der, ob in seinen Ursprüngen berechtigt oder nicht, durch seine Kulturfeindlichkeit, die jeder Revolution von unten in einem bestimmten Stadium anhaftet, die Sympathien der Gebildeten auf lange hinaus verscherzt hatte.

Wurden doch die höheren Ziele der Bewegung im Bauernkriege selbst nur sehr unklar ausgesprochen, ihre politischen Forderungen waren trotz aller Artikelbriefe so ungenau und uneinheitlich gefaßt, daß schon aus dieser programmatischen Vieldeutigkeit an einem Punkte eine tausendköpfige Zersplitterung erwachsen mußte. So wurde zum Beispiel das Verfahren wider die allernächsten Gegner, wider Adel und Geistlichkeit, nur ganz inkonsequent, einmal als Totschlag, dann wieder als Verbrüderung gehandhabt. Von einer eigentlichen Taktik der Bauern läßt sich unter diesen Umständen überhaupt nicht reden. Sobald man, wie es Zimmermann unternahm, an die Einzelheiten dieses „Krieges" herantritt, erscheint er nur noch als eine Kette von Guerillas, als eine Häufung von Putschen, von kühnen Anläufen, die verpuffen mußten, sobald sie irgend ein kleines Ziel, die Eroberung einiger festen Punkte, die Ausraubung einiger fetten Klöster erreicht hatten.

Die Führer des Bauernkriegs waren dem Charakter nach so gut wie gar nicht, dem persönlichen Schicksal nach mit ein paar kümmerlichen Daten, in ihrer histo-

rischen Rolle oft nur annäherungs- und vermutungsweise gekennzeichnet. So ist zum Beispiel die Stellung, die seine besten Köpfe, ein Wendel Hipler, ein Florian Geyer, zum Heilbronner Verfassungsentwurf oder zum Weinsberger Spießjagen, jener radikalen Bluttat, die seit bald vierhundert Jahren stets gleich übertrieben gegen die Bauern ausgeschlachtet wird, einnahmen, heute noch nicht mit Sicherheit bestimmt. Persönliche Nachrichten, authentische Belege von der Hand, Reden aus dem Munde der Führer sind bis auf ein paar Kampfschriften und Volkspredigten Thomas Münzers und anderer, ein paar Sendschreiben, Fehde-, Droh- und Gnadenbriefe, schließlich eine Anzahl Urgichten, Bekenntnisse, die den Besiegten unter Folterqualen schier mit der Zunge zugleich aus dem Leibe gerissen wurden, so gut wie gar nicht auf uns gekommen, während die Kanzlisten der Fürsten und die Schreiber der Städte später Zeit genug hatten, die Chroniken in ihrem Sinne auszumalen. Die sichtbaren Spuren ihres Tuns und Wollens aber, die die Bauern in Mittel- und Süddeutschland bis auf den heutigen Tag hinterließen, waren noch weniger dazu angetan, ihr Gedächtnis vor dem Haß und Fluch der Vergessenheit zu bewahren.

Der deutschen Romantik hätte es an sich am nächsten gelegen, sich mit dem Bauernkriege zu beschäftigen. Aber gerade bei ihrer ausgesprochenen Liebhaberei für Rittertum, Burgen und mittelalterliches Wesen, das sie zudem mit einem Hauche von schwärmerischer Sentimentalität umgab, konnten der Romantik die melancholischen Reste, die eben der Bauernkrieg von der einstigen Herrlichkeit übrig gelassen hatte, die baumüberwachsenen Ruinen und verfallenden Gewölbe, kaum etwas anderes als einen adligen Zorn oder eine zarte Schwermut über jenen Lauf der Dinge vermitteln. Um in einem geborstenen Turme und in einer geschleiften Mauer die freudigen Zeugen einer irdischen Gerechtigkeit zu erblicken, dazu fehlte der romantischen Literaturperiode die revolutionäre Gesundheit, die echte Volkstümlichkeit und, um ein Wort von Börne gegen Heine zu gebrauchen, die tiefe Zuneigung zur deutschen Freiheit, auch wenn sie mit Mist bedeckt ist. Die ausgesaugten und ausgemergelten Männer des Bauernkriegs aber, denen Not und Haß die Mistgabeln in die Hand gedrückt hatten, konnten nicht wohl anders als nach ihren Viehställen riechen, und dieser Dunst mußte sich bei ihnen auch gelegentlich in Akten von reinstem Vandalismus entladen. Für eine moderne Beurteilung kommt freilich dieser Ausfluß der bäuerischen Atmosphäre viel weniger in Betracht gegenüber einem anderen, an dem der Bauernkrieg schließlich nicht zum wenigsten zugrunde gegangen ist: jene Stallatmosphäre, die den einzelnen gefangen hielt, jener Bauernhofhorizont, jener ländliche Partikularismus, der aus dem engen Gesichtskreis des an seine Scholle gefesselten Landmanns erwuchs und der den Zusammenfluß der einzelnen Haufen in eine stoßkräftige Heersäule unmöglich machte. Diese Unfähigkeit zur Organisation läßt auch angesichts der barbarischen Niederwerfung des Aufstandes weniger das natürliche Mitleid mit einem verblutenden Kämpfer, als die dumpfe Beklemmung aufkommen, die uns bei der Schlachtung eines wehrlosen Stückes Vieh ergreift.

Also nicht von individualistischen Gesichtspunkten aus, die zugleich die Gesichtspunkte der Romantik gewesen sind, ist die Bauernrevolution von Anno 1525 zu erfassen und zu genießen. Nur als Massenbewegung genommen, besitzt sie eine geschichtliche Logik, eine große Linie, die herauszumeißeln den Historiker wie den Dramatiker gleichermaßen locken kann, die aber freilich erst klar zutage trat, nachdem der Mechanismus dieses Gesellschaftsprozesses als ein Klassenkampf mit allen seinen Verwicklungen und Konsequenzen erkannt war. Zu dieser Erkenntnis finden sich in dem Zimmermannschen Werke, obschon unter den allgemeinen Freiheitshymnen des demokratischen Historikers gelegentlich auch eine realistischere Betrachtungsweise hervorleuchtet, nur verstreute Anläufe. Erst die kleine Schrift von Engels aus dem Jahre 1850 hat hier Wandel geschaffen; sie bildete einen gedrängten Auszug aus dem älteren Werke, dessen umfangreiches Rohmaterial zu höherer Reinheit der allgemeinen Auffassung geklärt wurde. Trotzdem bleibt das Buch Zimmer-

manns durch seine Vollständigkeit, seine behagliche Kraft der Anschauung, seinem altväterischen, schwäbisch-schweren Stil, der zu den schweren Figuren des Bauernkriegs trefflich paßt, und durch die edle Wärme der Gesinnung noch heute unüberholt. Diese Wärme hat dem Verfasser auch die Hand geführt, als er, ein paar Jahre vor der achtundvierziger Revolution, seinem Buche die sophokleischen Worte voranstellte: „Ich wag's, ein Grab dem heißgeliebten Bruder aufzuwerfen."

Was in den dreihundert Jahren vorher über den Bauernkrieg geschrieben wurde und von ihm in die deutsche Literatur überging, ist verschwindend wenig. Die ihm zugrunde liegende Idee einer Bauernemanzipation, die den Landmann wieder in eine Art von unabhängigem germanischen Urzustand zurückversetzen und Deutschland in einen möglichst dezentralisierten, fürsten- und herrenfreien Agrarstaat unter dem Zepter eines Volks- und Bauernkaisers verwandeln wollte, war nach dem Kriege eigentlich noch gründlicher ausgerottet als die Vertreter dieser Idee selbst, von denen man doch beim besten Willen nur einen Bruchteil mit Kopfabschlagen, Händeabhauen und Augenausstechen wieder zum Gehorsam bringen konnte. Das Prinzip des Sklavenaufstandes selbst aber war damit so endgültig ertötet, daß, nachdem der Kampf und Krampf, dem so viele kleinere Vorläufer vorangegangen waren, einmal ausgetobt hatte, ihm auch nicht die leiseste Zuckung mehr nachfolgte. Und mit dem Tode der Idee schien auch ihre lebendige literarische Überlieferung so gut wie erloschen zu sein.

Luthers brutale Parteischrift, mit der der große Reformator und kleine Reformer den Revolutionären in den Rücken fiel, kommt in diesem Zusammenhang nicht in Betracht. Man darf sie, weil die Kirche doch schon einen guten Magen hat, getrost zur theologischen Literatur stellen. Merkwürdig ist, daß in den deutschen Volksliedern, wo so manche Raubritter, Krippenreiter, Lanzknechte, Schwartenhälse und Störtebecker neben historischen Figuren ihre epische Verherrlichung fanden, der Bauernkrieg so gut wie keinen Widerhall hinterlassen hat, trotz der zahlreichen Vaganten und fahrenden Schüler, die zeitweise den Bauernhaufen anhingen und die Feder wohl noch besser als das Schwert handhabten. Erst ein paar Jahrhunderte später hat es Goethes „Götz von Berlichingen" gewagt, den verfemten Boden des Bauernkriegs wenn auch nur flüchtig wieder zu betreten. Bewegung, Leben und Ton der Zeit waren in ihm auch ohne großen Aufwand an historischen Forschungen meisterlich getroffen. Zum ersten Male wieder wurden die alten Harnische mit Gestalten von lebendigem Fleisch und Blut erfüllt. Aber trotz allen volkstümlichen Lebens, das im Götz pulsiert, blieb Goethes Ritterstück doch fast ausschließlich in den Kreisen des untergehenden Feudaladels haften, in dessen Bezirk die brennenden Dörfer und Schlösser des Bauernkriegs nur auf Augenblicke einen flackernden Lichtschein werfen. Von den eigentlichen Zeitproblemen, den Forderungen der aufgestandenen Bauernschaft hatte der junge Goethe bei seinem Mangel an historischem Interesse und revolutionärem Gefühl kaum eine Ahnung. In der ersten Bearbeitung des Götz: „Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand, dramatisiert", wußte er den Bauernkrieg überhaupt nur durch eine im Ugolinostil gehaltene Erzählung der Weinsberger Affäre zu charakterisieren, und auch bei der späteren Abfassung des „Schauspiels", wo die Greuel dieser Moritat etwas gemildert wurden, hat er nicht viel weiter in die Tiefe gegraben.

Der junge Wilhelm Hauff ließ dann in seinem gefälligen hyperromantischen Lichtenstein einen Vertreter des „Armen Konrad", eines Vorläufers der großen Bauernrevolution, als Pfeifer vom Hardt auftreten, der jedoch, denkbar unhistorisch, mit den sentimentalen Tugenden herzoglich württembergischer Lehenstreue so aufdringlich geschmückt ward, daß er dem Gedächtnis jener kräftigen Bauernrevolte nur zur Unehre gereicht.

Die kühnsten nnd großgesinntesten Gestalten des Jahres 1525 waren unstreitig Florian Geyer und Thomas Münzer. Jenen hat Gerhart Hauptmann schon vor geraumer Zeit zum Helden eines Dramas gemacht, worin er durch minutiöse Aus-

malung des Hintergrundes die Prinzipien seiner Milieuschilderung auch auf das historische Gebiet übertrug. Er zeichnete Florian Geyer als Mitkämpfer Huttens und Sickingens um die Wiedervereinigung der zerberstenden deutschen Nation zu einem Kaiserreich auf volkstümlicher Grundlage. Aber wenn er auch mit den kleinen Mitteln ausführlicher Detailschilderung ein getreues Zeitgemälde entwarf und darin mit vielem Fleiß die kräftigsten Zoten und schönsten Flüche von ehemals und heute zusammentrug, gelang es ihm doch nicht, der großen Bewegung wirklich auf den Grund zu kommen. Wohl läßt er die Personen in hellen Haufen auftreten und den Ritter Florian Huttens eiserne Rüstung tragen, aber aus all dem resultiert schließlich doch nur die Lehre, daß auch ein naturwahr gezeichneter Jahrmarkt doch immer noch kein lebendiges Drama abgibt.

Den zweiten Stürmer und Dränger des Bauernkriegs, Thomas Münzer, hat kürzlich Walter Lutz in den Mittelpunkt eines Erstlingswerkes gerückt und damit verschiedene dichterische Probleme aufgeworfen, zu deren Lösung er selbst bereits einen guten Schritt getan hat.[1]

Wenn einer, so hat Thomas Münzer, der großangelegte Makkabäer des Bauernkriegs, eine dramatische Auferstehung, eine posthume Genugtuung verdient. Die Reaktion des Jahres 1525 hat sich nicht damit begnügt, den lebendigen Leib des Besiegten zu zerfleischen, sie hat, allen voran sein erfolgreicherer Nebenbuhler Luther, auch das Andenken des Toten so schmählich verzerrt, daß überhaupt erst das Zimmermannsche Werk in seiner Beurteilung einen Wechsel anzubahnen wagte. Und bis auf den heutigen Tag wird die Reinheit seines Bildes durch diese systematische Verdunkelung beeinträchtigt.

Thomas Münzer war ein Feuergeist, in dem der Funke der kirchlichen Reformation und der Funke der Bauernemanzipation mit gleicher Stärke gezündet hatte Er wurzelte mit allen Fasern seines Wesens in dem dunkeln, aufgewühlten, blutgedüngten Boden seiner Zeit, deren religiöse und mystische Strömungen in ihm mächtig waren. Sie bestimmten die äußere Form seines Auftretens, seine Wirkungsweise auf die Massen und die Grundlinien seiner kirchlichen Reformen. Aber eben mit diesen war es einem so tief verinnerlichten, auf die Erneuerung des ganzen Menschen und der ganzen Menschheit gerichteten Geiste noch nicht zur Hälfte getan. Münzer strebte zugleich mit allen Fasern seiner Seele über die engen Möglichkeiten dieser Zeit hinaus, in waghalsigen Zukunftsträumen, die ihn, über dreihundert Jahre hinweg, selbst in die Nachbarschaft des Sozialismus führten und ihm bis auf den heutigen Tag den Titel eines Schwarmgeistes eingetragen haben. An der Unlösbarkeit dieses Dilemmas hat er sich noch in seinen Jünglingsjahren verblutet.

Wer sich das Auftreten Münzers zum Gegenstand eines Dramas wählt, beweist damit politischen Geschmack und einen offenen Blick für ursprüngliche Kraft, aber er legt sich auch Verpflichtungen auf, über deren Größe ihm nur tiefgreifende historische Untersuchungen über die Münzersche Epoche im weitesten Sinne Aufschluß geben können.

Walter Lutz hat die besonderen Schwierigkeiten seiner Aufgabe durchaus nicht übersehen und nicht unterschätzt; sie waren es im Gegenteil, die ihn reizten, einen viel breiteren Vorwurf als das tragische Einzelschicksal eines isolierten Bahnbrechers dramatisch zu gestalten. Einige kurzgefaßte Bemerkungen, die der Verfasser seinem Buche beigegeben hat, beweisen, daß er sich über die Ausdehnung und Kompliziertheit des gesteckten Zieles vollkommen klar gewesen ist, daß es für ihn galt, in der Wirksamkeit Münzers die Mechanik eines ganzen Gesellschaftsprozesses darzustellen. Lutz hat den sozialen Vorgang, der dem Verlauf des Bauernkriegs und der Laufbahn Münzers zugrunde lag, sehr genau studiert und ist dabei zu Resultaten gekommen, die mit der materialistischen Auffassung der Schrift von

---

[1] Thomas Münzer. Drama in drei Akten. Stuttgart, Verlag Robert Lutz.

Engels über das Wesen des Bauernkriegs übereinstimmen. Ob er Engels gekannt hat oder ganz selbständig vorgegangen ist, läßt sich nicht ersehen und ist auch unbeträchtlich. Jedenfalls bleibt es sein Verdienst, sich an ein großes und zukunftsreiches Problem, die Eroberung eines ganzen Gesellschaftsprozesses für die Bühne, mit ehrlichem Mute herangewagt zu haben.

Das Drama begleitet Thomas Münzer von dem Höhepunkt seines Einflusses, der sein Hauptquartier, die freie Reichsstadt Mühlhausen, zum Zentrum der thüringischen Bauern- und Proletarierrevolution machte, bis zu der Schlußkatastrophe bei Frankenhausen. Hier wurde der schon längst zerbröckelnde Kern der Aufständischen, die durch Zwiespältigkeit ihrer Interessen einstweilen vom Angriff in die Defensive gedrängt waren, zusammengepfercht in einer Wagenburg, von den vereinigten sächsischen und hessischen Fürsten endgültig zerschmettert. Lutz gibt von diesem Verlauf der Ereignisse in drei Akten mit je einem Szenenwechsel ein vollständiges und plastisches Bild, das sich bis auf die in Wirklichkeit erst später erfolgte Gefangennahme Münzers, selbst in dessen Reden, der größten historischen Treue befleißigt. Es ist klar, daß bei dem Bestreben des Dichters, die „unterirdischen Mächte und Vorgänge" zu schildern, die „Münzers Schicksal hoben und senkten", die individuelle Gestalt des Mannes nicht allzu stark hervortreten durfte. Lutz hat seine Figur in den ersten Teilen des Dramas wohl ziemlich bewußt in den Hintergrund gedrängt. Immerhin hätte Münzer vielleicht an Eigenart gewonnen, ohne daß der historischen Wahrheit Abbruch getan wäre, wenn Lutz die mystisch-fanatischen Partien seines Charakters, die ihm die sprunghafte Anknüpfung an moderne Proletarierideen gestatteten, noch stärker betont hätte, oder sein alttestamentarisches Richterbewußtsein, das sich immer mächtiger in ihm auswuchs und beim allgemeinen Zusammenbruch den ganzen Mann fast ins Gigantische erhob. Seinen letzten Drohbrief an den ihn schier erdrückenden Feind schlossen die Worte: „Wir werden unverzüglich tun, was uns Gott befohlen hat, tu auch Du Dein Bestes! Ich fahre daher! Thomas Münzer mit dem Schwert Gideons."

Aus der Vielschichtigkeit jener „unterirdischen Mächte", denen Lutz nachspürt, erwuchs für ihn die schwierige Aufgabe, Vorgänge, Strömungen bühnengemäß und dialogweise darzustellen, in denen eben nicht der einzelne das große Wort führt, sondern Massenbewegungen zum Ausdruck kommen. Ihre Lösung mußte um so schwerer fallen, als Lutz wohl aus Rücksichten der Aufführbarkeit sich in der Szenenzahl ziemlich beschränkt. Sicherlich hat der von Shakespeare überkommene häufige Szenenwechsel, der auch im „Götz" und in „Dantons Tod" von Büchner geübt wird, den Vorzug größter Lebendigkeit und ermöglicht es dem Dichter am ehesten, durch eine Reihe realistischer Momentaufnahmen, die dem Auge rasch vorüberziehen, den Eindruck von Massenaktionen zu erzielen. Aber die lockere Szenenführung birgt auch die Gefahr zu zersplittern in sich, und für Lutz, der in dem Prozeß des Bauernkriegs eben einen einheitlichen Mechanismus erkannt hatte, mußte schon deshalb eine strengere Konstruktionsform näher liegen.

Am besten scheint uns Lutz sein Ziel, Strömungen und sogar gegenläufige Strömungen zu schildern, in der „Bauernversammlung auf einem Kirchhof" erreicht zu haben, die den ersten Teil des zweiten Aktes einnimmt. Hier kreuzen sich die einzelnen Titel der berühmten „Zwölf Artikel", welche die sozialen Forderungen der Bauernschaft enthielten, nach Art eines Responsoriums mit den von Wallfahrern gesungenen Versen eines alten Marienlieds in eindrucksvollster Weise; die ganze Szene atmet Leben und Charakteristik, das Auftreten Münzers, das den Bauernforderungen zum Siege über den Prozessionsgesang verhilft, wirkt äußerst wuchtig. Übrigens sind nicht alle Partien des Dramas ganz gleichwertig. Während der Anfangsteil des ersten Aktes im Tone noch etwas unsicher scheint, gehört dessen zweite Szene mit zum Besten des ganzen Stückes. Das Milieu des Hofadels, das Leben am Fürstenhof, der Charakter und vor allem die Politik der sächsischen und hessischen Landesherren, denen Münzer schließlich zum Opfer fiel, ist geschickt und

geistreich dargestellt. Sowohl die Münzersche Strategie, die ihr Spiel anfänglich mit, später gegen die Fürsten spielen wollte, als die entsprechende der Fürsten, die dem Kampfe gegen Kloster und Junkerburg eine Zeitlang ruhig zusah, um schließlich selbst die Ernte einzuheimsen, ist glücklich analysiert. Philipp von Hessen, der einundzwanzigjährige Draufgänger, Friedrich der Weise, Luthers kluger Schirmherr, der einzige, der die Situation politisch überblickt und für seine Zwecke ohne Sentimentalität zu nützen weiß — er wird von Lutz mit leisem Humor gezeichnet —, der brutale Herzog Georg von Sachsen, eine grobstupide Physiognomie, wie sie im Dreißigjährigen Kriege erst recht geläufig wurde, sie alle können mit den kurzen Worten, die ihnen in den Mund gelegt sind, kaum besser charakterisiert werden. Aus dem eingehenden Studium, das Lutz der Klassenschichtung und Parteigruppierung des Bauernkriegs angedeihen ließ, ergab sich die überlegte Wahl typischer Nebenfiguren, die im Detail manche Feinheit aufweisen. Sie sind keine zufälligen Statisten, sondern eben jene wichtigen Faktoren, aus deren wechselnder Konstellation sich Münzers Aufstieg und Sturz ergeben mußte. Sein besonderes Schicksal entsprach in seinen einzelnen Phasen durchaus der allgemeinen Revolutionskurve. So ist das noch unentwickelte, aber in seinen Zielen extreme städtische Proletariat durch Münzer, seinen Freund Pfeifer und den Flickschuster Jonas, die Masse der Bauern durch ein paar kräftige Hauptmannsgestalten, der städtische Mittelstand, dessen Zunftmeisterschaft nur kurze Zeit im Strome des Aufstandes mitschwimmt, um sich alsbald wieder auf den festen Boden bürgerlicher Ruhe zu flüchten, und selbst das Lumpenproletariat mit einigen „Kunden" typisch vertreten.

Was Lutz in seinem Beiwort ausspricht: „Dem Abfall des Mittelstandes von dem städtischen Proletariat, welches die Führung hatte, aber kommunistischen Zielen nachging, folgte der Abfall der Bauern, die in ihrer großen Masse Grundbesitzer waren oder es dringend werden wollten und deshalb vom Kommunismus und Brüderlichkeit ebensowenig wissen mochten. In diesem Zusammenbruch fanden Münzer und seine Getreuen den Untergang. Es war den Territorialfürsten, die nun aus ihrer abwartenden Stellung hervortraten, ein leichtes, die Trümmer der Revolutionsarmee zu vernichten", diese Idee hat Lutz in seinem Schauspiel folgerichtig durchgeführt. In diesem Zusammenhang wird auch der Einsturz der brennenden Ritterburg (Schluß des zweiten Aktes), der die plündernden Bauern vor Münzers Augen unter sich begräbt, vom Theatereffekt zur tieferen Wirklichkeit einer historischen Allegorie gesteigert.

Die Katastrophe des letzten Aktes leitet mit richtigem Gefühl ein stimmungsvolles Bild der Münzerschen Dachstube in Mühlhausen ein, wo Weib und Kind auf den zu Felde Gezogenen warten: auf dem mittelalterlichen Gemach mit seinem Ausblick über die Giebel der Stadt hinweg in den Abendhimmel liegt die Stille und die dumpfe Beklemmung vor dem Gewitter. Münzers Verhältnis zu seiner Frau ist durch einen feinen Zug von Zurückhaltung und geistiger Askese allerdings richtig und glaubhaft, das junge Weib selbst aber doch etwas konventionell gezeichnet. Im „Brand" hat Ibsen ähnliche Fäden zu einem noch innerlicheren Knoten zu verschlingen gewußt.

Bei der Schilderung der Schlußkatastrophe, deren Hereinbrechen nicht in allen Teilen gleich anschaulich wirkt, hat sich Lutz von der historischen Überlieferung etwas entfernt, ohne daß diese Lizenz dem Stücke selbst zugute gekommen wäre. Nach Zimmermann war die Situation so: Die verbündeten Fürsten verhießen den in der Frankenhauser Wagenburg eingeschlossenen Bauern durch den Herold Hans v. Werter Generalpardon, falls sie ihren falschen Propheten Thomas Münzer samt seinem Anhang gutwillig ausliefern wollten. In der Diskussion darüber im Bauernlager wagte es ein Priester und ein Edelmann — vermutlich ein in die „evangelische Brüderschaft" gezwungener —, für die Annahme des Vorschlags zu reden. Münzer aber ließ beide sofort in den Ring führen und enthaupten; ein kühner Akt von Terrorismus, wie er einem großen Revolutionär am Ende seiner Bahn wohl ver-

stattet ist. Übrigens hat Münzer noch auf der Folter daran festgehalten, daß die Hinrichtung des Edelmanns nach Kriegsrecht und Urteil der ganzen Gemeinde geschehen sei.

Anders bei Lutz. Hier wirft sich Münzer selbst, und zwar dem Herold, der vom Zwiespalt im Bauernlager schon zuviel gehört habe, an die Gurgel und bohrt ihm den Dolch in den Hals. Gegen die Eigenhändigkeit der Münzerschen Diktatur im Drama wäre gar nichts einzuwenden, wenn Lutz nicht an die Stelle eines beliebigen Edelmanns eben jenen Herold gesetzt hätte. Dieser extreme Bruch allen Kriegsbrauchs wirkt aber um so unwahrscheinlicher, als ein solcher im Bauernkrieg allerdings eine gewisse Rolle gespielt hat, aber immer nur vom Adel gegen die Insurgenten geübt wurde, weil er in ihnen keinen rechtmäßigen Feind anerkennen wollte. So ließ noch die Weinsberger Ritterschaft auf die bäuerlichen Abgesandten, die zur Übergabe aufforderten, schießen, und hat damit ihre eigene Hinrichtung zum guten Teile veranlaßt. Übrigens hat Lutz diese für den Adel spezifische Praktik sehr wohl gekannt und sie im vorhergehenden Akte glaubwürdig dargestellt.

Die Sprache im „Thomas Münzer" ist gedrungen und kräftig, eher wortkarg, frei vom Übermaß archaistischer Vermummungen, nach denen zum Beispiel Gerhart Hauptmann die alten Museen und Zeughäuser so emsig geplündert hat. Nur läßt Lutz seine natürliche Prosa an vielen Stellen in den jambischen Rhythmus überspringen, ein Versuch, den schon Goethe im Egmont unternahm, während der Götz in völlig ungebundener Sprache einhertappt. Dieser Unterschied bei Goethe ist sicher kein Zufall, wenn er auch für keinen späteren Dichter vorbildlich sein kann. Egmont spielt in einer viel gebildeteren, vornehmeren und zeremonielleren Sphäre als der Götz, nämlich in den Kreisen der holländischen Aristokratie und Bourgeoisie. Dort weiß man Brüsseler Spitzen zu tragen und die Worte zierlich zu setzen. Der Thomas Münzer aber steht eher dem Götz parallel, mit dem er den derben volkstümlichen Boden teilt. In ihm wirkt daher der gelegentliche Jambus zwar nicht vornehm, wohl aber pathetisch. Ein Schillersches, deklamatorisches Element kommt in die realistische Unterhaltung, wenn die Wirtin zum Hecht in Mühlhausen einem alten Bauern sagt: „Die Unruh hetzt uns noch die Seele aus dem Leib!... Zieht Neues so mit Unrast her, lob' ich das Alte!" Vollends eine Sentenz wird durch den heroischen Rhythmus im Munde einer einfachen Wirtin auf allzu tönerne Füße gestellt.

Indessen, das sind Einzelheiten. Ihrer ungeachtet bleibt dieser Thomas Münzer doch ein tüchtiger Beweis dafür, wieviel auch die Dichtkunst dabei gewinnt, wenn sie den geschichtsmaterialistischen Apparat für ihre Zwecke in Bewegung setzt.

Diefenbach.

Bücherschau.

F. A. Lange, **Die Arbeiterfrage.** Neu bearbeitet und herausgegeben von A. Grabowsky. Leipzig, Alfred Kröner Verlag. 92 Seiten. Preis 1 Mark.

Wenn wir diese neue Ausgabe von Langes Arbeiterfrage anzeigen, so geschieht es nicht, um sie zu besprechen, sondern um einen literarischen Skandal festzunageln, wie er unseres Wissens noch nicht dagewesen ist. Herr Grabowsky läßt sich nicht etwa daran genügen, aus den drei verschiedenen Auflagen von Langes Schrift einen Heringsalat nach eigenem Geschmack herzurichten, sondern er will auch durch Verbesserungen und Zusätze von eigener Hand das Werk im einzelnen mit den fortgeschrittenen Erkenntnissen der Zeit „versöhnen" und sagt darüber: „Naturgemäß konnte dabei nicht mit philologischer Würde vorgegangen werden. Wo eine Lichtung gemacht werden soll, fallen viele Bäume. Der Herausgeber kann auch nicht weitläufig erörtern, an welchen Stellen er gerodet und geändert hat, und warum dort überall." „Selbstverständlich" hat Herr Grabowsky seine „persön-

liche Meinung“ bei seinen Änderungen „nicht ganz unterdrücken“ können, seine „politische Ansicht, die von der Friedrich Albert Langes sehr verschieden ist“. Während er das Kapitel über Marx ganz fortläßt, schiebt er einen Abschnitt aus Langes Geschichte des Materialismus ein, aber auch diesen „mit besonders starken Streichungen und ein paar belangvolleren Veränderungen“. Dabei gibt der Herr nirgends auch nur mit der leisesten Andeutung an, wo er in den Text Langes, um in seiner eleganten Sprache zu reden, „hineinkomponiert“ hat.

Den Gipfel der Dreistigkeit erreicht er schließlich, wenn er schreibt: „Auch stilistisch war nicht alles zu halten. So wundervoll anschaulich Lange schreibt, zumal wenn sich seine volle Begeisterung entladet, so merkt man doch häufig genug die Stilverwahrlosung der sechziger und siebziger Jahre, die ja überhaupt für unsere künstlerische Kultur einen wahren Zusammenbruch bedeuteten. ... Auf einem anderen Felde steht wieder die Vorliebe Langes für Kraftausdrücke. Er redet gern in Superlativen, was sich ja in Volksversammlungen, wo er häufig genug gesprochen hat, immer ganz gut macht, im Buche aber manchmal die besten Wirkungen verfehlt. Hier habe ich also gerade nur der Wirkung wegen einiges abgeschwächt.“

Der Abscheu vor Superlativen sollte diesen famosen Herausgeber übrigens nicht so sehr beunruhigen. Es gibt keinen Superlativ der deutschen Sprache, der ausreichen würde, um sein Attentat auf das Andenken Langes gebührend zu brandmarken.

Lose Blätter.

Gedankenspäne von Waldeck Manasse. Wenn die Hohen der Erde etwas Menschliches oder etwas Unrechtes durchsetzen wollen, so verteidigen sie es mit dem allerhöchsten Befehl des Himmels, als eine Gott gefällige Sache. —

Im Namen des Gottes der Liebe wurde mehr Menschenblut vergossen, als alle heidnischen Völker zusammengenommen aus religiösem Fanatismus geopfert haben. —

Die offiziellen Patrioten gleichen mehr Kaufleuten, die nicht aus, sondern mit Patriotismus handeln. Beweis: die steifnackigen, bedingt königstreuen Agrarier auf Kündigung und die Staatskrippenmänner, die rückgratlos ihr Vaterland lieben, damit es sie wieder liebe. —

Wenn ein Volk in das Schwitzbad der Reaktion gezwungen war, dann ist die Revolution der natürliche Dampf, der deutlich zeigt, daß die Geduld des Volkes den hundertgradigen Siedepunkt überschritten hat. —

Es gibt aber auch partielle Kesselexplosionen, wie in den Novembertagen 1908. Da war es eine allgemeine letzte Modesitte, auf den Monarchen zu schelten, den man so lange umnebelt hatte. Tapferer waren diejenigen, die einst für jedes freie Wort Gefängnis und Verfolgung litten. Zu deren Ehren hätte man sich im Reichstag von den Sitzen erheben sollen. Wie schnell ist aber der Wind umgeschlagen, und nun treiben neue Weihrauchwolken zum Throne empor. —

Wo nie der Sonnenstrahl von Mutterliebe und Vatertreue ein Kinderherz erwärmten, wo Tyrann Roheit und Dämon Alkohol tägliche Vorbilder und Begleiter waren, da kann keine Kindesknospe sich zu echter Menschlichkeit entfalten. —

Wie nahe oder wie entfernt auch meine letzte Arbeitsstunde sein mag, so ist der sehnlichste Wunsch an mein Glück, daß sie auch zusammenfallen möge mit meiner letzten Lebensstunde.[1] —

---

[1] Wir entnehmen diese Aphorismen den „Lebensfragen“ des Genossen Waldeck Manasse, die im Verlag von Otto Roth in Berlin erschienen sind und als nachdenksame Lektüre — zumal bei ihrem billigen Preise von 20 Pfennig — warm empfohlen werden können.

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.



2. Band Nr. 43 Ausgegeben am 22. Juli 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Kanton Badisch.



↗ Berlin, 16. Juli 1910.

Als vor einigen Wochen der hundertste Geburtstag Freiligraths gefeiert wurde, glaubte auch die bürgerliche Presse sich daran beteiligen zu müssen, und es versteht sich, daß die Huldigungen, die sie dem Dichter des Proletariats darbrachte, etwas absonderlich ausfielen. So behauptete das „Berliner Tageblatt", Freiligrath habe sich in dem berühmten Abschiedslied der „Neuen Rheinischen Zeitung" selbst als „stolze Rebellenleiche" verherrlicht. Aber dem echten Patrioten müssen alle Dinge zum Besten dienen, und heute darf dasselbe Blatt mit Recht seinen Freiligrath zitieren: „Seht, wie mit der Rede Stahl Badens Männer streiten."

Diese Bewunderung ist um so bewundernswerter, als sie keineswegs irgendwelchen freisinnigen Gevattern, sondern der sozialdemokratischen Fraktion des badischen Landtags gilt. Diese hat entgegen dem Beschluß des Nürnberger Parteitags für das Budget gestimmt und sich dazu in einer Reihe von Huldigungen an den Großherzog von Baden erschöpft, die den roten Adler auf der Brust jedes wackeren Mugdanesen begrüßen könnten. Nachdem schon vor Jahren ein badischer Landtagsabgeordneter der Partei — oder waren es gar ihrer zwei? —, um mit unserem Bremer Parteiblatt zu sprechen, „seinen Lassallekopf mit einem Zylinder und Trauerflor bewaffnet hatte und also in dem höfischen Leichenzug eines Großherzogs einhergeschritten war, in der holden Illusion, daß Bruder Großherzog dermaleinst auch hinter seiner Bahre einherschreiten werde", hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion den lebenden Großherzog zu seinem 53. Geburtstag beglückwünscht, auch schon ein paar ihrer Mitglieder beauftragt, sich im September bei der Gratulationscour zur silbernen Hochzeit des großherzoglichen Paares im Karlsruher Schloß einzufinden, und was dieser mehr loyalen als anmutigen Scherze sonst noch sein mögen.

Nun mag das „Berliner Tageblatt" sich an diesen „politischen Taten" noch so sehr begeistern, aber mit seiner Annahme, daß „gewisse Berliner radikale

Kreise" dadurch stark verstimmt seien, ist es auf dem Holzweg. Sicherlich haben die badischen Vorkommnisse eine sehr ernste Seite. Es ist tief bedauerlich, daß die badische Landtagsfraktion in einem Augenblick, wo die Aussichten der Partei so günstig stehen wie noch nie, einen so schweren Disziplinbruch begeht, wie er ebenfalls noch nie in der Partei dagewesen ist, und dazu schweigen kann und wird die Gesamtpartei gewiß nicht. Der Parteivorstand hat denn auch bereits diese „schwere Verfehlung gegen die Einheit der sozialdemokratischen Partei" gebührend gekennzeichnet, und der Parteitag wird der Wiederholung ähnlicher Dinge einen Riegel vorzuschieben wissen. Allein die Partei wird sich ihre frohe Kampfstimmung nicht durch diese Episode trüben lassen. Soweit sich bisher die Parteipresse darüber geäußert hat, ist es mit derselben überlegenen Ruhe geschehen, womit Engels die Krähwinkeleien des „Kanton Badisch" zu betrachten pflegte.

Man mag gern anerkennen, daß wenn sich die badische Landtagsfraktion für ihre Seitensprünge auf die „besonderen Verhältnisse" ihres Ländchens beruft, solche Verhältnisse wirklich bestehen. Baden ist von jeher die eigentliche Heimstätte jenes heiteren Partikularismus gewesen, der die Republik will, aber den Großherzog auch. Und der, wenn er je überall in Deutschland geherrscht hätte, der deutschen Nation als solcher den Garaus gemacht haben würde. Freilich kann dieser heitere Partikularismus auch einmal ein sehr trauriges Ende nehmen, wie gerade auch die Geschichte Badens beweist.

Im achtzehnten Jahrhundert bestand das damalige Markgrafentum Baden nur aus einigen Flecken deutscher Erde, die, von der Schweizer Grenze bis über Karlsruhe hinab zerstreut, kaum dreißig Quadratmeilen umfaßten und zum Reichsheer ganze 95 Mann stellten. Erst als Napoleon sich durch einige süddeutsche Mittelstaaten feste Stützen seiner Fremdherrschaft schaffen wollte, wurde die bescheidene Fläche fast verzehnfacht. Napoleon schüttete das rechtsrheinische Ufergelände von Konstanz bis Mannheim, ein unabsehbares Gewirr von geistlichen, fürstlichen, gräflichen, reichsritterschaftlichen und reichsstädtischen Territorien, zum Großherzogtum Baden zusammen, das, sechzig Meilen am Rhein hingedehnt, an seiner schmalsten Stelle nur zwei Meilen breit, fast ganz aus Grenzbezirken bestand.

Die konstitutionellen Verfassungen, womit die süddeutschen Fürsten nach dem Sturze Napoleons vorgingen, entsprangen der Sorge um den Zusammenhalt ihrer künstlich konstruierten Staaten. Die kleinfürstliche Souveränität lief dabei keine Gefahr; im Gegenteil erhielt sie sich auf diese Weise stärker, als sie sich auf irgend eine andere Weise hätte erhalten können. Wurden ihr die Kammern zu aufsässig, so stützte sie sich auf den Bundestag; bedrängte sie der von Österreich und Preußen beherrschte Bundestag, so stützte sie sich auf die Kammern. Da Baden der am künstlichsten konstruierte dieser Staaten war, so erhielt er die liberalste Verfassung, und in dem Selbstbewußtsein des konstitutionellen Musterländles verschmolzen die tausend Trümmer, aus denen das Großherzogtum Baden zusammengeflickt worden war. Überall in Deutschland feierte der vormärzliche Liberalismus die badischen Kammerhelden, wie Rotteck und Welcker und Itzstein, als die Vorhut der bürgerlichen Freiheit,

in denselben überschwenglichen Tönen, die das „Berliner Tageblatt“ heute den Genossen Frank und Kolb widmet.

Der Ursprung des badischen Konstitutionalismus ergab aber seine völlige Nichtigkeit. Die einander folgenden Fürsten des Landes, die sich nur dadurch unterschieden, daß bei den einen mehr die Böswilligkeit, bei den anderen mehr der Stumpfsinn überwog, benutzten die Verfassung zu dem Gaukel- und Schaukelsystem, das sie notwendig gemacht hatte, und je mehr der badische Konstitutionalismus seinen eigentlichen Zweck als Werkzeug der fürstlichen Souveränität erfüllte, um so mehr verflüchtigte sich sein Zweck als Werkzeug der Volksinteressen. Die vormärzliche Reaktion wirtschaftete in dem Ländchen trotz aller schöner Kammerreden ebenso ungeniert oder noch ungenierter als anderswo. Erst als sich die Vorboten der Revolution meldeten, mußte sie ihre sich hochmütig blähenden Segel ein wenig einziehen.

Nun aber zeigte der badische Konstitutionalismus, daß er keineswegs der unentwegte Vorkämpfer der bürgerlichen Freiheit war, den die Mitwelt in ihm bewundert hatte. Gerade seine klügeren Köpfe, wie die Bassermann und Mathy, bekundeten eine sehr patriotische Neigung, mit der trätabel gewordenen Reaktion profitable Geschäftchen zu machen, Geschäftchen, die sich nicht einmal, wie die der rheinischen Liberalen, mit materiellen Klasseninteressen entschuldigen ließen, denn eine große Industrie gab es in Baden noch so gut wie gar nicht. Andere Kammerhelden blieben freilich standhafter, und sie nannten sich sogar „Sozialdemokraten“, wie die Brentano und Struve, aber sie waren es nicht einmal in der damaligen kleinbürgerlich-demokratischen Bedeutung des Wortes. Vielmehr, wenn die nunmehrige Scheidung der badischen Opposition in Liberale und Radikale den Sinn hatte, daß die Liberalen sich als mehr oder weniger ehrgeizige Streber und rücksichtslose Stellenjäger entpuppten, so waren die Radikalen zwar ihrer eigenen Meinung nach revolutionäre, aber tatsächlich kleinbürgerlich beschränkte Politiker, die, als ihnen die Erhebung der Masse im Frühjahr 1849 das Heft in die Hand gab, ihre ganze Politik danach einrichteten, daß sie sie vor dem durch die Massen aus dem Lande gejagten Großherzog bei seiner etwaigen Rückkehr verantworten könnten.

Was bei dieser famosen Taktik herauskam, hat Engels in seinen Aufsätzen über die Reichsverfassungskampagne drastisch geschildert. Die Republik mit dem Großherzog an der Spitze erwies sich, schön wie dies politische Ideal in patriotischen Träumen erscheinen mochte, als eine äußerst klägliche Wirklichkeit, die ihre historische Weihe nur durch das Blut schuldloser Männer erhielt, das der „Kartätschenprinz“ in ruchloser Grausamkeit verschüttete, und durch den Mut anderer Männer, wie Friedrich Engels, Josef Moll, Johann Philipp Becker, Wilhelm Liebknecht, die freilich nie den Zylinder aufgestülpt haben, um einen toten Großherzog zur Gruft seiner Väter zu geleiten oder einer lebenden Großherzogin die silberne Myrte zu überreichen.

Vergegenwärtigt man sich die badische Geschichte, die hier natürlich nur in ganz großen Umrissen gezeichnet werden konnte, so wird man über die Vorgänge, die sich gegenwärtig, zum Gaudium aller Parteigegner, im badischen Landtag abgespielt haben, noch am mildesten urteilen. Man mag nun freilich

einwenden, seit sechzig Jahren habe sich das Blatt gewendet, seitdem sei auch Baden mehr und mehr in den großen Strom des Weltverkehrs gerissen worden. Das kann sich nun aber gerade nicht in seinen Kammern geltend machen! Denn mit dem badischen Konstitutionalismus ist heute noch nicht mehr los als vor sechzig Jahren.

Dagegen werden allerdings diese Jahrzehnte an der Bevölkerung des Ländchens nicht spurlos vorübergegangen sein, und so ist die Hoffnung gestattet, daß die proletarischen Wähler in Baden die Politik ihrer Erwählten zu berichtigen wissen werden. Sollte diese Hoffnung dennoch trügen, so wird der badische Zweig der Sozialdemokratie zwar auch die Gesamtpartei, aber noch viel mehr sich selbst schädigen; der Baum kann eher eines Zweiges entbehren, als ein Zweig des Baumes. Aber wir glauben nicht daran, daß die badischen Parteigenossen noch nach bald vierzig Jahren das bisher nur lächerliche Hohnwort Treitschkes zur traurigen Wahrheit machen werden: „Das Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit dem Partikularismus berechtigt uns zu guten Erwartungen; eine der Zukunft sichere Macht verbündet sich nicht mit einem Leichnam."

Über die Illusion der bürgerlichen Presse nun gar, als könne die Taktik der badischen Landtagsfraktion irgendwie auf die Taktik der Gesamtpartei einwirken, lohnt es sich nicht, ein ernsthaftes Wort zu verlieren. Der Wunsch ist hier wieder einmal der Vater des Gedankens. Oder bildet diese Presse sich wirklich ein, daß — um einen Vergleich aus einer ihr verständlichen, also aus der bürgerlichen Sphäre zu wählen — die Krupp und Stumm ihre Politik einrichten könnten nach den Bedürfnissen und Neigungen der ehrsamen Bürger von Schilda?

In kleinen Landparzellen, durch die nach Lassalles Wort die Zugluft der Geschichte nicht streicht, entscheiden sich die Geschicke des proletarischen Klassenkampfes niemals.

Die Theorie und die Praxis.[1]

Von **Rosa Luxemburg.**

I.

Die erste Frage, die in unserer gegenwärtigen Auseinandersetzung das Interesse der Parteikreise beansprucht, ist die, ob der Diskussion über den Massenstreik in der Parteipresse, namentlich im „Vorwärts" und in der „Neuen Zeit", Hindernisse in den Weg gelegt worden sind oder nicht. Genosse Kautsky

---

[1] Das unerwartete Pronunziamento in Baden macht in einer Reihe Parteigenossen und uns selbst den Wunsch rege, in der „Neuen Zeit" alles zurückzuschieben, was als Streit im eigenen Lager des Marxismus erscheint. Wir haben ferner die Empfindung, daß unter dem Eindruck der badischen Vorkommnisse das Interesse unserer Leser für eine Diskussion wie die vorliegende nur ein geringes sein kann. Aus diesen Gründen hielten wir es für rätlich, den Abdruck des Artikels der Genossin Luxemburg zu verschieben, und schlugen ihr vor, dies mit folgender Erklärung der Redaktion zu motivieren, der sich die nachfolgende Ehrenerklärung Kautskys anschließen sollte:

> An unsere Leser! Es ist uns eine ausführliche Erwiderung der Genossin Luxemburg in der Frage des Massenstreiks zugegangen, deren erster Teil in der vorliegenden

bestreitet dies, indem er behauptet, „es sei ihm natürlich nie eingefallen, das Diskutieren des Massenstreiks ‚verbieten‘ zu wollen“. Genosse Kautsky will mich da mißverstehen. Es handelte sich selbstverständlich nicht um ein Verbot des Genossen Kautsky — ein einzelner Redakteur kann nichts „verbieten“ —, sondern um ein Verbot der „höheren Instanzen“, dem Genosse Kautsky in seinem Machtbereich, in der „Neuen Zeit“, gefolgt war, entgegen seiner ursprünglichen Aufnahme meines Artikels. Was die andere Frage — die Propagierung der Republik — betrifft, so stellt Genosse Kautsky auch hier in Abrede, daß er mir Hindernisse in den Weg gelegt hatte. „Das falle ihm gar nicht ein.“ Es hätte sich bloß um einen Passus über Republik in meinem Massenstreikartikel gehandelt, „dessen Fassung“ der Redaktion der „Neuen Zeit“ „unzweckmäßig schien“. Ich hätte dann selbst meinen Artikel in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ veröffentlicht. „Aber vergebens wird man in diesem Artikel jenen Passus über die Republik suchen.“ Genosse Kautsky hat auch „nicht gefunden“, daß ich diesen Passus irgendwo anders veröffentlicht hätte. „Die feige Prinzipienverhüllung, die uns die Genossin Luxemburg vorwirft“, schließt er, „reduziert sich also darauf,

---

Nummer erscheinen sollte und schon abgesetzt war. Im Einvernehmen mit der Genossin Luxemburg stellen wir diese Erwiderung zurück, da es in dem gegenwärtigen Moment, angesichts der unerhörten Provokation eines Teiles der sozialistischen Landtagsfraktion Badens, ihres frivolen Bruches der Parteidisziplin und ihres Byzantinismus Aufgabe aller revolutionären und wirklich republikanisch gesinnten Elemente in unserer Partei ist, einheitlich zusammenzustehen und alle Differenzen gegenüber einem Opportunismus beiseite zu schieben, dem die gute Meinung der Nationalliberalen höher steht als die Willensmeinung und die Achtung des sozialdemokratischen Proletariats Deutschlands. Die Redaktion.

* * *

Anschließend daran fühle ich mich veranlaßt, heute schon einen Irrtum zu berichtigen, der in dem zurückgestellten Artikel der Genossin Luxemburg klargestellt wird. Der Passus über die republikanische Agitation, der meine Bedenken erregte, ist nicht, wie ich annahm, unveröffentlicht geblieben, sondern mit einer neuen Einleitung und neuem Schlusse versehen als besonderer Artikel in der Breslauer „Volkswacht“ erschienen. Meine Schlußfolgerungen, die ich an die vermeintliche Nichtveröffentlichung knüpfte, werden damit hinfällig.

An unseren sachlichen Differenzen ändert das nichts. Aber diese auszutragen, muß aus den oben angeführten Gründen auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben werden.

K. Kautsky.

* * *

Die Genossin Luxemburg weigert sich, einer Verschiebung ihres Artikels zuzustimmen. Ihre Angelegenheit erscheint ihr so ungeheuer wichtig, daß sie nicht den mindesten Aufschub duldet. Wäre ihr Widerpart nicht Redakteur der „Neuen Zeit“ selbst, so würden wir uns durch den Widerspruch der Genossin Luxemburg nicht abhalten lassen, einen Artikel zurückzustellen, der im gegenwärtigen Moment der Sache des Proletariats nur schaden kann. Denn er vermöchte, wenn er jetzt überhaupt beachtet würde, nur zu bewirken, daß die Aufmerksamkeit der Genossen zersplittert wird, die sich im Moment einmütig auf die badischen „Insurgenten“ konzentrieren muß. Und er stellt sich die Aufgabe, den Parteivorstand, den „Vorwärts“, überhaupt jene Elemente zu diskreditieren, hinter denen wir jetzt den Disziplinbrechern gegenüber geschlossen stehen müssen.

In eigener Sache wollen wir jedoch auch nicht einmal eine bloß aufschiebende Entscheidung treffen. Die Genossen werden aber begreifen, daß Kautsky es für einen Fehler hielte, der Genossin Luxemburg jetzt zu antworten. Jetzt gilt es andere Fragen zu entscheiden. Eine gründliche Abrechnung mit ihr, Zurückweisung falscher Behauptungen und Beleuchtung ihrer Zitiermethoden soll der Genossin Luxemburg nicht erspart bleiben. Dafür wird aber der geeignete Moment erst gekommen sein, nachdem der badische Vorstoß zurückgewiesen ist. Im Augenblick gibt es Wichtigeres zu tun. Die Redaktion.

daß wir einen Passus ihres Artikels beanstandeten, dessen Veröffentlichung sie selbst seitdem freiwillig unterlassen hat. Solche Strategie ist kein Heldenstück, Oktavia!" Genosse Kautsky ist in dieser für mich so blamablen Darstellung der Tatsachen das Opfer seltsamer Irrtümer geworden. In Wirklichkeit handelte es sich gar nicht um „einen Passus" und die etwaige Gefährlichkeit seiner „Fassung", es handelte sich um den Inhalt, um die Losung der Republik und die Agitation dafür, und Genosse Kautsky muß mir schon gestatten, daß ich in der prekären Lage, in die er mich mit seiner Darstellung des Sachverhaltes versetzt hat, ihn selbst zum Kronzeugen und Retter in der Not anrufe. Genosse Kautsky schrieb mir nämlich, nachdem er meinen Massenstreikartikel erhalten:

„Dein Artikel ist sehr schön und sehr wichtig, ich bin nicht mit allem einverstanden und behalte mir vor, dagegen zu polemisieren. Heute habe ich keine Zeit, das brieflich zu tun. Genug, ich nehme den Artikel gerne, wenn Du die Seiten 29 bis Schluß streichst. Die kann ich auf keinen Fall bringen. Schon ihr Ausgangspunkt ist falsch. In unserem Programm steht kein Wort von der Republik. Nicht aus Versehen, nicht wegen einer redaktionellen Liebhaberei, sondern aus wohlerwogenen Gründen. Auch das Gothaer Programm sprach nicht von der Republik, und Marx, so sehr er dies Programm verurteilte, erkannte an, daß es nicht anginge, offen die Republick zu fordern, in seinem Briefe (‚Neue Zeit', IX, 1, S. 573). Über die gleiche Angelegenheit im Erfurter Programm sprach Engels (‚Neue Zeit', XX, 1, S. 11). Ich habe nicht die Zeit, Dir die Gründe, die Marx und Engels, Bebel und Liebknecht als stichhaltig anerkannten, auseinanderzusetzen. Genug, was Du willst, ist eine völlig neue Agitation, die bisher stets abgelehnt worden war. Diese neue Agitation ist aber der Art, daß es nicht gut angeht, sie öffentlich zu diskutieren. Du würdest mit Deinem Artikel auf eigene Faust, als einzelne Person, eine völlig neue Agitation und Aktion proklamieren, die die Partei stets verworfen hat. In dieser Weise können und dürfen wir nicht vorgehen. Eine einzelne Persönlichkeit, wie hoch sie stehen mag, darf nicht auf eigene Faust ein fait accompli schaffen, das für die Partei unabsehbare Folgen haben kann."

Im gleichen Sinne ging es noch etwa zwei Seiten lang.

Die „völlig neue Agitation", die für die Partei „unabsehbare Folgen" haben konnte, hatte folgenden Wortlaut:

„Das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für alle Erwachsenen ohne Unterschied des Geschlechtes ist das nächste Ziel, das uns die begeisterte Zustimmung der breitesten Schichten im gegenwärtigen Moment sichert. Aber dieses Ziel ist nicht das einzige, das wir jetzt predigen müssen. Indem wir in Beantwortung der infamen Wahlreformstümperei der Regierung und der bürgerlichen Parteien die Losung eines wahrhaft demokratischen Wahlsystems proklamieren, befinden wir uns immer noch — die politische Situation im ganzen genommen — in der Defensive. Gemäß dem alten guten Grundsatz jeder wirklichen Kampftaktik, daß ein kräftiger Hieb die beste Verteidigung ist, müssen wir die immer frecheren Provokationen der herrschenden Reaktion damit beantworten, daß wir in unserer Agitation den Spieß umdrehen und auf der ganzen Linie zum scharfen Angriff übergehen. Dies kann aber am sichtbarsten, deutlichsten, sozusagen in lapidarster Form geschehen, wenn wir diejenige politische Forderung klar in der Agitation vertreten, die den ersten Punkt unseres politischen Programms ausmacht: die Forderung der Republik. In unserer Agitation hat bisher die republikanische Parole eine geringe Rolle gespielt. Dies hat seine guten Gründe darin gehabt, daß unsere Partei die deutsche Arbeiterklasse vor jenen bürgerlich- oder richtiger kleinbürgerlich-republikanischen Illusionen bewahren wollte, die zum Beispiel für die Geschichte des französischen Sozialismus so verhängnisvoll waren und bis heute noch geblieben sind. In Deutschland wurde der proletarische Kampf von Anfang an konsequent und entschlossen nicht gegen diese

oder jene Formen und Auswüchse des Klassenstaats im einzelnen, sondern gegen den Klassenstaat als solchen gerichtet, er zersplitterte nicht in Antimilitarismus, Antimonarchismus und anderen kleinbürgerlichen „Ismen“, sondern gestaltete sich stets zum Antikapitalismus, zum Todfeind der bestehenden Ordnung in allen ihren Auswüchsen und Formen, ob unter monarchischem oder republikanischem Deckmantel. Durch vierzig Jahre dieser gründlichen Aufklärungsarbeit ist es denn auch gelungen, die Überzeugung zum ehernen Besitz der aufgeklärten Proletarier in Deutschland zu machen, daß die beste bürgerliche Republik nicht weniger ein Bollwerk der kapitalistischen Ausbeutung ist wie eine heutige Monarchie, und daß nur die Abschaffung des Lohnsystems und der Klassenherrschaft in jeglicher Gestalt, nicht aber der äußere Schein der „Volksherrschaft“ in der bürgerlichen Republik die Lage des Proletariats wesentlich zu verändern vermag.

„Allein gerade weil in Deutschland den Gefahren republikanisch-kleinbürgerlicher Illusionen durch die vierzigjährige Arbeit der Sozialdemokratie so gründlich vorgebeugt worden ist, können wir heute ruhig dem obersten Grundsatz unseres politischen Programms in unserer Agitation mehr von dem Platze einräumen, der ihm von Rechts wegen gebührt. Durch die Hervorhebung des republikanischen Charakters der Sozialdemokratie gewinnen wir vor allem eine Gelegenheit mehr, unsere prinzipielle Gegnerschaft als eine Klassenpartei des Proletariats zu dem vereinigten Lager sämtlicher bürgerlicher Parteien in greifbarer, populärer Weise zu illustrieren. Der erschreckende Niedergang des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland äußert sich ja unter anderem besonders drastisch in dem Byzantinismus vor der Monarchie, in dem das liberale Bürgertum noch das konservative Junkertum um einige Nasenlängen schlägt.

„Doch nicht genug. Die ganze Lage der inneren wie der äußeren Politik Deutschlands in den letzten Jahren weist auf die Monarchie als den Brennpunkt oder zum mindesten die äußere sichtbare Spitze der herrschenden Reaktion hin. Die halbabsolutistische Monarchie mit dem persönlichen Regiment bildet zweifellos seit einem Vierteljahrhundert, und mit jedem Jahre mehr, den Stützpunkt des Militarismus, die treibende Kraft der Flottenpolitik, den leitenden Geist der weltpolitischen Abenteuer, wie sie den Hort des Junkertums in Preußen und das Bollwerk der Vorherrschaft der politischen Rückständigkeit Preußens im ganzen Reiche bildet, sie ist endlich sozusagen der persönliche geschworene Feind der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie. Die Losung der Republik ist also in Deutschland unendlich mehr als der Ausdruck eines schönen Traumes von dem demokratischen „Volksstaat“, oder eines in den Wolken schwebenden politischen Doktrinarismus, sie ist ein praktischer Kriegsruf gegen Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Weltpolitik, Junkerherrschaft, Verpreußung Deutschlands, sie ist nur eine Konsequenz und drastische Zusammenfassung unseres täglichen Kampfes gegen alle diese Teilerscheinungen der herrschenden Reaktion. Insbesondere aber weisen nach derselben Richtung gerade die Vorgänge der jüngsten Zeit: es sind dies die absolutistischen Staatsstreichdrohungen des Junkertums im Reichstag und die frechen Attacken des Reichskanzlers gegen das Reichstagswahlrecht im preußischen Landtag, sowie die Einlösung des „königlichen Wortes“ in Fragen des preußischen Wahlrechts durch die Bethmannsche Reformvorlage.“

Ich kann diese „völlig neue Agitation“ um so ruhigeren Gewissens hierher setzen, als sie bereits im Druck erschienen ist, ohne daß die Partei den geringsten Schaden an Leib und Seele genommen hätte. Ich habe nämlich, nachdem mir Genosse Kautsky, trotz der Zustimmung, die ich zwar mit Achselzucken, aber mit Resignation zur Streichung des Kapitels über die Republik gegeben, doch schließlich den ganzen Artikel über den Massenstreik retourniert hatte, die von ihm verpönten Seiten „29 bis Schluß“, ohne ein Wort daran zu ändern, mit Einleitung und Abschluß versehen und als selbständigen Artikel

unter dem Titel „Zeit der Aussaat“ in der „Breslauer Volkswacht“ vom 25. März veröffentlicht, worauf er von einer Reihe von Parteiblättern, soviel ich mich erinnere, in Dortmund, Bremen, Halle, Elberfeld, Königsberg und in thüringischen Blättern, nachgedruckt worden ist. Das alles war sicher kein Heldenstück von mir, es ist bloß mein Pech, daß Genosse Kautsky ebenso flüchtig die Parteipresse in jener Zeit las, wie er die Stellung der Partei zur Losung der Republik überlegte. Hätte er nämlich reiflicher die Sache überlegt, so konnte er unmöglich in der Frage der Republik Marx und Engels gegen mich ins Feld führen. Der Engelssche Aufsatz, auf den Genosse Kautsky verweist, ist die Kritik des vom Parteivorstand ausgearbeiteten Entwurfes des Erfurter Programms vom Jahre 1891. Hier sagt Engels im Kapitel II „Politische Forderungen“:

„Die politischen Forderungen des Entwurfes haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin. Wenn alle diese zehn Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst.“

Die dringende Notwendigkeit, diese „Hauptsache“ der politischen Forderungen der Sozialdemokratie klarzustellen, begründet Engels mit dem Hinweis auf den „in einem großen Teile der sozialdemokratischen Presse einreißenden Opportunismus“. Dann fährt er fort:

„Welches sind nun diese kitzlichen, aber sehr wesentlichen Punkte? Erstens. Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten, wie Miquel. Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehen, daß man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis Philippe in Frankreich ebenso zulässig war wie jetzt in Italien. Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemütlich friedlichem Wege die Republik einrichten, und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft. Indes kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung. Und das würde einstweilen genügen, wenn man nicht weiter gehen kann. Zweitens. Die Rekonstitution Deutschlands. — — Also einheitliche Republik. — — Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen. Ich erwähne sie auch hauptsächlich, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen, wo so etwas zu sagen nicht angeht, und damit gleichzeitig die Selbsttäuschung, die solche Zustände auf gesetzlichem Wege in die kommunistische Gesellschaft überführen will. Und ferner, um dem Parteivorstand in Erinnerung zu bringen, daß es noch andere politische Fragen von Wichtigkeit gibt als die direkte Gesetzgebung durch das Volk und die unentgeltliche Rechtspflege, ohne die wir am Ende auch vorankommen. Bei der allgemeinen Unsicherheit können diese Fragen von heute auf morgen brennend werden, und was dann, wenn wir sie nicht diskutiert, uns nicht darüber verständigt haben?“

Man sieht, Engels erblickt „einen großen Fehler“ des Parteiprogramms darin, daß es nicht die Forderung der Republik enthält, nur auf die kategorischen Vorstellungen aus Deutschland hin, daß dies aus polizeilichen Gründen „nicht angehe“, entschließt er sich mit sichtlichem Unbehagen und einigen

Zweifeln, in den sauren Apfel zu beißen und sich „allenfalls" an der Forderung der Republik „vorbeizudrücken". Was er aber ganz unumwunden für notwendig erklärt, ist die Erörterung der Losung der Republik in der Parteipresse:

„Ob es sonst noch möglich ist," sagt er nochmals, „in bezug auf die soeben diskutierten Punkte Programmforderungen zu formulieren, kann ich hier nicht so gut beurteilen, als Ihr dort. Aber wünschenswert wäre es, daß diese Fragen innerhalb der Partei debattiert würden, ehe es zu spät ist." [1]

Dieses „politische Testament" von Friedrich Engels wird allenfalls in eigentümlicher Weise vom Genossen Kautsky ausgelegt, indem er die Erörterung der Notwendigkeit einer Agitation für die Republik als „völlig neue Agitation", die angeblich „stets von der Partei verworfen wurde", aus der „Neuen Zeit" verbannt.

Was aber Marx betrifft, so ging er in seiner Kritik des Gothaer Programms so weit, daß er erklärte: habe man nicht die Möglichkeit, offen die Republik als oberste politische Programmforderung aufzustellen, dann dürfe man auch nicht all die anderen demokratischen Detailforderungen im Programm aufzählen. Er schreibt über das Gothaer Programm:

„Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der alten weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr usw. — — Aber man hat eins vergessen. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb ‚des heutigen nationalen Staates', also ihres Staates, des preußisch-deutschen Reiches, zu bewegen — — so durfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich, daß alle jene schönen Sächelchen auf der Anerkennung der sogenannten Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer demokratischen Republik am Platze sind. Da man nicht in der Lage ist — und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht (Notabene, Marx schrieb dies vor fünfunddreißig Jahren, in der Ära Tessendorf, als das Sozialistengesetz seine Schatten vorauswarf) —, die demokratische Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und unter Louis Napoleon taten, so hätte man auch nicht zu der . . . Finte flüchten sollen (die Punkte ersetzen ein burschikoses Adjektiv von Marx), Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staate zu verlangen, der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflußter, bureaukratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist. Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das hundertjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist, selbst sie steht noch berghoch über solcher Art Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und des logisch Unerlaubten." [2]

Also auch Marx führte eine ganz andere Sprache in puncto Republik. Marx wie Engels ließen — auf Versicherungen aus Deutschland hin — kurz vor und gleich nach dem Sozialistengesetz allenfalls noch gelten, daß es vielleicht nicht anginge, die Forderung der Republik im Programm in aller Form aufzustellen. Daß aber diese Forderung heute, ein Vierteljahrhundert später, in der Agitation — und nur um diese handelte es sich ja — als etwas „völlig Neues" und Unerhörtes gelten sollte, davon ließen sich die beiden sicher nicht träumen.

---

[1] „Neue Zeit", XX, 1, S. 11 bis 12.
[2] „Neue Zeit", IX, 1, S. 573.

Genosse Kautsky beruft sich freilich darauf, daß er in der „Neuen Zeit“ schon „ganz anders“ die Republik propagiert habe, als ich es in meiner harmlosen Art jetzt tue. Er muß es ja besser wissen, mich läßt mein Gedächtnis in diesem Falle etwas im Stich. Bedarf es aber eines überzeugenderen Beweises, daß in dieser Hinsicht auf Schritt und Tritt in der Praxis nicht das Nötige getan wird, als die Vorgänge der jüngsten Tage? Die Erhöhung der preußischen Zivilliste bot wiederum die denkbar glänzendste Gelegenheit und schuf zugleich für die Partei die unabweisbare Pflicht, die Losung der Republik scharf und klar hervorzukehren und für ihre Propaganda zu sorgen. Die freche Herausforderung, die in dieser Regierungsvorlage unmittelbar nach dem schmählichen Ende der Wahlrechtsvorlage lag, hätte unbedingt mit der Aufrollung der politischen Funktion der Monarchie und des persönlichen Regiments in Preußen-Deutschland beantwortet werden müssen, mit der Hervorhebung ihres Zusammenhanges mit dem Militarismus, Marinismus, dem sozialpolitischen Stillstand, mit der Erinnerung an die berühmten „Reden“ und „Aussprüche“ von der „Rotte von Menschen“, der „Kompottschüssel“, mit der Erinnerung an die Zuchthausvorlage, mit der Beleuchtung der Monarchie als des sichtbaren Ausdrucks der ganzen reichsdeutschen Reaktion. Die rührende Einmütigkeit sämtlicher bürgerlichen Parteien bei der byzantinischen Behandlung der Vorlage zeigte wieder einmal drastisch, daß die republikanische Losung in dem heutigen Deutschland zum Erkennungswort der Klassenscheidung, zur Parole des Klassenkampfes geworden ist. Nichts von alledem ist in der „Neuen Zeit“ wie im „Vorwärts“ geschehen. Nicht von politischer Seite, sondern hauptsächlich als Geldfrage, als Frage des Einkommens der Familie Hohenzollern ist die Erhöhung der Zivilliste behandelt und mit mehr oder weniger Witz breitgetreten, nicht mit einer Silbe aber ist die republikanische Losung in unseren beiden leitenden Organen vertreten worden.

Genosse Kautsky ist ein berufenerer Marxkenner als ich, er wird besser wissen, mit welchem punktierten Adjektiv Marx wohl *diese* „Finte“ belegen würde und *diese* Art Republikanertum „innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und politisch Unerlaubten“.

Bei alledem befindet sich Genosse Kautsky im Irrtum, wenn er sagt, ich „beklage mich“ über die „schlechte Behandlung“ seitens der Redaktion der „Neuen Zeit“. Ich finde, daß Genosse Kautsky nur sich selbst schlecht behandelt hat.

II.

Und nun zum Massenstreik. Um seine unerwartete Stellungnahme gegen die Losung des Massenstreiks in der jüngsten preußischen Wahlrechtskampagne zu erklären, hatte Genosse Kautsky eine ganze Theorie von den zwei Strategien, der Niederwerfungs- und der Ermattungsstrategie, geschaffen. Jetzt geht Genosse Kautsky noch weiter und baut ad hoc wieder eine ganz neue Theorie über die Bedingungen des politischen Massenstreiks in Rußland und in Deutschland. Wir hören da zunächst allgemeine Betrachtungen darüber, wie verfänglich geschichtliche Beispiele seien, wie man bei mangelnder Vorsicht aus der Geschichte so ziemlich für alle Strategien, Methoden, Richtungen, Institutionen und Dinge der Welt treffende Belege finden könne — Betrachtungen, die in ihrer Allgemeinheit und Breite eher harmloser Natur sind, deren weniger harmlose Tendenz und Spitze aber dahin formuliert ist, daß es

„besonders gefährlich sei, sich auf revolutionäre Vorbilder zu berufen“. Diese Warnungen, die ihrem Geiste nach etwa wie väterliche Ermahnungen des Genossen Frohme anmuten, richten sich namentlich gegen die russische Revolution. Darauf folgt eine Theorie, die uns den völligen Gegensatz zwischen Rußland und Deutschland aufzeigen und dartun soll, daß die Bedingungen für den Massenstreik wohl in Rußland, nicht aber in Deutschland gegeben seien.

In Rußland hätten wir die schwächste Regierung der Welt, in Preußen die stärkste, in Rußland einen unglücklichen Krieg gegen ein kleines asiatisches Land, in Deutschland den „Glanz bald eines Jahrhunderts beständiger Siege über die stärksten Großmächte der Welt“, in Rußland ökonomische Rückständigkeit und ein Bauerntum, das bis zum Jahre 1905 an den Zaren wie an einen Gott glaubte; in Deutschland die stärkste ökonomische Entwicklung, bei der die konzentrierte Macht der Unternehmerverbände die Arbeitermasse durch äußersten Terrorismus niederhält; in Rußland gänzlicher Mangel an politischen Freiheiten, in Deutschland politische Freiheit, die den Arbeitern vielerlei Formen für ihren Protest und ihren Kampf „ohne Risiko“ verschafft, so daß sie „Vereine, Versammlungen, Wahlen aller Art vollauf beschäftigen“. Und das Ergebnis dieser Kontraste ist: in Rußland war das Streiken die einzig mögliche Form des proletarischen Kampfes, deshalb war das Streiken an sich schon ein Sieg, wenn es auch planlos und ergebnislos war, ferner war jeder Streik an sich schon politische Tat, weil die Streiks verboten waren, in Westeuropa hingegen — hier erweitert sich das Schema Deutschlands auf ganz Westeuropa — sind solche „amorphe, primitive“ Streiks eine längst überwundene Sache, hier streike man nur noch, wenn ein positiver Erfolg zu erwarten sei. Die Moral aus alledem ist die, daß die lange revolutionäre Periode der Massenstreiks, in denen die ökonomische und politische Aktion, die Demonstrations- und die Kampfstreiks beständig einander ablösten und ineinanderspielten, ein spezifisches Produkt der russischen Rückständigkeit darstellt. In Westeuropa und speziell in Deutschland sei sogar ein Demonstrationsmassenstreik nach der Art der russischen äußerst schwierig, fast unmöglich, „nicht trotz, sondern wegen des halben Jahrhunderts sozialistischer Bewegung“, der politische Massenstreik als Kampfmittel könne hier nur als ein einmaliger letzter Kampf „auf Leben und Tod“ in Anwendung kommen, wo es sich nur noch darum für das Proletariat handeln könne, zu siegen oder zugrunde zu gehen.

Ich will nur im Vorbeigehen darauf hinweisen, daß die Schilderung, die Genosse Kautsky von den russischen Verhältnissen gibt, in den wichtigsten Punkten fast total verkehrt ist. Das russische Bauerntum zum Beispiel fing nicht erst 1905 plötzlich an zu rebellieren, sondern seine Aufstände ziehen sich seit der sogenannten Bauernbefreiung im Jahre 1861 — mit alleiniger Ruhepause zwischen 1885 und 1895 — wie ein roter Faden durch die innere Geschichte Rußlands, und zwar sowohl Aufstände gegen die Gutsbesitzer wie tätlicher Widerstand gegen die Regierungsorgane; ist doch dadurch das bekannte Rundschreiben des Ministers des Innern vom Jahre 1898 veranlaßt worden, das die gesamte russische Bauernschaft unter Belagerungszustand gestellt hat. Das Neue und Besondere des Jahres 1905 war nur, daß die chronische Rebellion der Bauernmasse zum ersten Male eine politische und revolutionäre Bedeutung erlangte, als Begleiterscheinung und Ergänzung einer zielklaren revolutionären Klassenaktion des städtischen Prole-

tariats. Noch verkehrter aber ist womöglich die Auffassung des Genossen Kautsky von dem Hauptpunkt der Frage — von der Streik- und Massenstreikaktion des russischen Proletariats. Das Bild von den chaotischen „amorphen, primitiven" Streiks der russischen Arbeiter, welche einfach vor Verzweiflung streikten, nur um überhaupt zu streiken, ohne Ziel und Plan, ohne Forderungen und „bestimmte Erfolge", ist eine blühende Phantasie. Die russischen Streiks der revolutionären Periode, die eine sehr beträchtliche Erhöhung der Löhne, vor allem aber eine fast allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10, vielfach auf 9 Stunden durchgesetzt haben, die in Petersburg mehrere Wochen hindurch in zähestem Kampfe den Achtstundentag aufrecht zu erhalten vermochten, die das Koalitionsrecht nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Staatsangestellten bei den Eisenbahnen und Posten erkämpft und — solange die Konterrevolution nicht Oberhand gewonnen hatte — gegen alle Angriffe verteidigt haben, die es fertig gebracht haben, das Herrenrecht des Unternehmers zu brechen und in vielen größeren Unternehmungen Arbeiterausschüsse zur Regelung aller Arbeitsbedingungen zu schaffen, die sich die Abschaffung der Akkordarbeit, der Heimarbeit, der Nachtarbeit, der Fabrikstrafen, die strikte Durchführung der Sonntagsruhe zur Aufgabe stellten, diese Streiks, aus denen in kurzer Frist hoffnungsvolle Gewerkschaftsorganisationen fast in allen Gewerben aufkeimten, mit regstem Leben, mit strammer Leitung, Kassen, Statuten und einer ansehnlichen Gewerkschaftspresse, diese Streiks, aus denen eine so kühne Schöpfung wie der berühmte Petersburger Rat der Arbeiterdelegierten geboren wurde zur einheitlichen Leitung der ganzen Bewegung in dem Riesenreich — diese russischen Streiks und Massenstreiks waren so wenig „amorph und primitiv", daß sie vielmehr an Kühnheit, Kraft, Klassensolidarität, Zähigkeit, materiellen Errungenschaften, fortschrittlichen Zielen und organisatorischen Erfolgen jeder „westeuropäischen" Gewerkschaftsbewegung ruhig an die Seite gestellt werden dürfen. Freilich ist der größte Teil der ökonomischen Errungenschaften nach der Niederlage der Revolution zusammen mit den politischen nach und nach wieder verloren gegangen. Aber das ändert offenbar nichts an dem Charakter der Streiks, solange die Revolution dauerte.

Nicht „gemacht" und deshalb „planlos", „von selbst" wuchsen sich diese ökonomischen, partiellen und lokalen Konflikte alle Augenblicke zu allgemeinen politischen und revolutionären Massenstreiks aus, wie sie aus diesen wieder aufsprossen dank der revolutionären Situation und der hohen Spannung der Klassensolidarität in den proletarischen Massen. Nicht „gemacht" und elementar war auch der Verlauf und der jeweilige Ausgang einer solchen allgemeinen politisch-revolutionären Aktion, wie er es in Massenbewegungen und in stürmischen Zeiten allezeit und überall bleiben wird. Will man aber den fortschrittlichen Charakter der Streiks und die „rationelle Streikführung" an ihren unmittelbaren Erfolgen messen, wie dies Genosse Kautsky tut, dann hat die große Streikperiode in Rußland in den paar Jahren der Revolution an wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolgen verhältnismäßig mehr durchgesetzt als die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz. All dies ist freilich weder einem besonderen Heldentum noch einer besonderen Kunst des russischen Proletariats zu danken, sondern einfach den Vorteilen des Sturmschritts einer revolutionären Periode im Vergleich mit dem langsamen Gange der ruhigen Entwicklung im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus.

Wie sagte doch Genosse Kautsky in seiner „Sozialen Revolution", 2. Auflage, S. 63:

„Gegen diese ‚Revolutionsromantik' gibt es nur noch einen Einwand, der freilich um so häufiger vorgebracht wird, nämlich den, daß die Verhältnisse in Rußland nichts für uns in Westeuropa bewiesen, da sie von diesen grundverschieden seien. Die Verschiedenheit der Verhältnisse ist mir natürlich nicht unbekannt, wenn man sie auch nicht übertreiben darf. Die jüngste Broschüre unserer Genossin Luxemburg beweist klar, daß die russische Arbeiterklasse nicht so tief steht und so wenig erreicht hat, als man gewöhnlich annimmt. Wie die englischen Arbeiter es sich abgewöhnen müssen, auf das deutsche Proletariat als ein rückständiges Geschlecht herabzusehen, so müssen wir in Deutschland uns das gleiche gegenüber dem russischen abgewöhnen." Und noch weiter: „Die englischen Arbeiter stehen als politischer Faktor heute noch tiefer als die Arbeiter des ökonomisch rückständigsten, politisch unfreiesten europäischen Staates: Rußland. Es ist ihr lebendiges, revolutionäres Bewußtsein, was diesen ihre große praktische Kraft gibt; es war der Verzicht auf die Revolution, die Beschränkung auf die Interessen des Augenblicks, die sogenannte Realpolitik, was jene zu einer Null in der wirklichen Politik machte."

Doch lassen wir vorläufig die russischen Verhältnisse beiseite und wenden uns der Schilderung zu, die Genosse Kautsky von den preußisch-deutschen Verhältnissen gibt. Merkwürdigerweise vernehmen wir auch hier Erstaunliches. Bis jetzt ist es zum Beispiel das Vorrecht des ostelbischen Junkertums gewesen, dem erhebenden Bewußtsein zu leben, daß Preußen „die stärkste Regierung der Gegenwart" besitze. Wie hingegen die Sozialdemokratie dazu kommen sollte, eine Regierung in allem Ernst als „die stärkste" anzuerkennen, die „nichts anderes, als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflußter, bureaukratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist", das zu begreifen fällt mir etwas schwer. Das läppische Jammerbild des Bethmann Hollwegschen „Kabinetts", eine Regierung, die reaktionär bis auf die Knochen, dabei ohne Plan, ohne jede Richtlinie der Politik, mit Lakaien und Bureaukraten statt Staatsmännern, mit einem schrullenhaften Zickzackkurs, im Innern der Spielball einer ordinären Junkerclique und eines frechen Intrigenspiels des höfischen Gesindels, in der auswärtigen Politik der Spielball eines unzurechnungsfähigen persönlichen Regiments, vor wenigen Jahren verächtlicher Stiefelputzer der „schwächsten Regierung der Welt", des russischen Zarismus, gestützt auf eine Armee, die zu einem enormen Teil aus Sozialdemokraten besteht, mit dem stupidesten Drill, den infamsten Soldatenmißhandlungen der Welt — dies die „stärkste Regierung der Gegenwart"! Jedenfalls ein eigentümlicher Beitrag zur materialistischen Geschichtsauffassung, die bis jetzt die „Stärke" einer Regierung nicht aus ihrer Rückständigkeit, Kulturfeindlichkeit, dem „Kadavergehorsam" und dem Polizeigeist ableitete. Nebenbei hat Genosse Kautsky für diese „stärkste Regierung" noch ein übriges getan und sie sogar mit dem „Glanz bald eines Jahrhunderts beständiger Siege über die stärksten Großmächte der Welt" umwoben. In den Kriegervereinen hat man bis jetzt nur von dem „glorreichen Feldzug" von 1870 gezehrt. Um sein „Jahrhundert" des preußischen Glanzes zu konstruieren, hat Genosse Kautsky offenbar auch schon die Schlacht bei Jena mitgenommen, sowie den Hunnenfeldzug nach China mit unserem Waldersee an der Spitze und den Sieg Trothas über die Hottentottenweiber und Kinder in der Kalahari, die dieses Scheusal [40,000] aller Scheusale verhungern & verdursten ließ.

Wie hieß es doch in dem schönen Artikel des Genossen Kautsky „Die Situation des Reiches" im Dezember 1906 zum Schluß einer langen und detaillierten Schilderung:

„Man vergleiche die glänzende äußere Lage des Reiches bei seinem Beginn mit der heutigen Situation und man wird zugeben, daß nie ein glänzendes Erbe an Macht und Prestige rascher vertan ward, — — niemals seit seinem Bestand war des Deutschen Reiches Stellung in der Welt schwächer und nie hat eine deutsche Regierung gedankenloser und launenhafter mit dem Feuer gespielt, wie in der jüngsten Zeit."[1]

Damals galt es allerdings den glänzenden Wahlsieg auszumalen, der uns bei den Wahlen 1907 erwartete, und die gewaltigen Katastrophen, die sich daraus nach Genossen Kautsky mit derselben Notwendigkeit ergeben sollten, mit der er sie jetzt auf die nächste Reichstagswahl folgen läßt.

Auf der anderen Seite konstruiert Genosse Kautsky auf Grund seiner Schilderung der ökonomischen und politischen Verhältnisse Deutschlands und Westeuropas eine Streikpolitik, die — an der Wirklichkeit gemessen — eine geradezu erstaunliche Phantasie ist. „Zum Streik", versichert uns Genosse Kautsky, „greift der Arbeiter in Deutschland — und in Westeuropa überhaupt — nur als Kampfesmittel, wenn er die Aussicht hat, dadurch bestimmte Erfolge zu erzielen. Bleiben diese Erfolge aus, dann hat der Streik seinen Zweck verfehlt." Genosse Kautsky hat mit dieser Entdeckung ein hartes Urteil über die Praxis der deutschen und „westeuropäischen" Gewerkschaften gesprochen. Denn was zeigt uns zum Beispiel die Statistik der Streiks in Deutschland? Von den 19766 Streiks und Aussperrungen, die wir insgesamt seit 1890 bis 1908 hatten, sind ein ganzes Viertel (25,2 Prozent) völlig erfolglos, fast ein weiteres Viertel (22,5 Prozent) nur teilweise erfolgreich und weniger als die Hälfte (49,5 Prozent) ganz erfolgreich gewesen.[2] Ebenso kraß widerspricht diese Statistik der Theorie des Genossen Kautsky, wonach infolge der machtvollen Entwicklung der Arbeiterorganisationen wie der Unternehmerorganisationen „die Kämpfe zwischen diesen Organisationen ebenfalls immer mehr zentralisiert und konzentriert" und deshalb „immer seltener" werden. In dem Jahrzehnt 1890 bis 1899 hatten wir in Deutschland insgesamt an Streiks und Aussperrungen 3772, in den neun Jahren aber 1900 bis 1908, in der Zeit des größten Wachstums der Unternehmerverbände wie der Gewerkschaften, 15994. Die Streiks werden so wenig „immer seltener", daß sie vielmehr im letzten Jahrzehnt viermal zahlreicher geworden sind, wobei im ganzen in dem vorhergehenden Jahrzehnt 425142 Arbeiter an den Streiks beteiligt waren, in den letzten neun Jahren 1709415, wiederum viermal soviel, also im Durchschnitt pro Streik ungefähr die gleiche Zahl.

Nach dem Schema des Genossen Kautsky hätten ein Viertel bis die Hälfte aller dieser gewerkschaftlichen Kämpfe in Deutschland „ihren Zweck verfehlt". Allein jeder gewerkschaftliche Agitator weiß sehr wohl, daß der „bestimmte Erfolg" in Gestalt von materiellen Errungenschaften durchaus nicht der einzige Zweck, nicht der einzige maßgebende Gesichtspunkt bei den wirtschaftlichen Kämpfen ist und sein darf, daß die Gewerkschaftsorganisationen „in Westeuropa" vielmehr auf Schritt und Tritt in die Zwangslage kommen, den Kampf auch mit geringen Aussichten auf „bestimmten Erfolg" aufzunehmen,

[1] „Neue Zeit", XXV, 1, S. 427.

[2] „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften", 1909, Nr. 7, Statistische Beilage.

wie dies namentlich die Statistik der reinen Abwehrstreiks zeigt, von denen in den letzten neunzehn Jahren in Deutschland ganze 32,5 Prozent völlig erfolglos verliefen. Daß solche „erfolglose“ Streiks indes nicht bloß „ihren Zweck“ nicht „verfehlt“ haben, sondern daß sie zur Verteidigung der Lebenshaltung der Arbeiter, zur Aufrechterhaltung der Kampfenergie in der Arbeiterschaft, zur Erschwerung künftiger neuer Angriffe des Unternehmertums eine direkte Lebensbedingung sind, das gehört ja zu den elementarsten Grundsätzen der deutschen Gewerkschaftspraxis. Es ist ferner allgemein bekannt, daß außer dem „bestimmten Erfolg“ an materiellen Errungenschaften und auch *ohne* diesen Erfolg die Streiks „in Westeuropa“ das vielleicht wichtigste Ergebnis haben, als Ausgangspunkt der gewerkschaftlichen *Organisation* zu dienen, und daß es namentlich in zurückgebliebenen Orten und in schwer zu organisierenden Arbeitszweigen meist solche „erfolglose“ und „unüberlegte“ Streiks sind, aus denen immer wieder die Fundamente der Gewerkschaftsorganisation entstehen. Die Kampf- und Leidensgeschichte der Textilarbeiter im Vogtland, deren berühmtestes Kapitel der große Crimmitschauer Streik bildet, ist ein einziger Beleg dafür. Mit der „Strategie“, die sich Genosse Kautsky jetzt zurechtgelegt hat, läßt sich nicht bloß keine große politische Massenaktion führen, sondern nicht einmal eine gewöhnliche Gewerkschaftsbewegung.

Aber das obige Schema für die „westeuropäischen“ Streiks hat noch eine andere klaffende Lücke, und zwar gerade in dem Punkte, auf dem der wirtschaftliche Kampf für die Frage der Massenstreiks, also für unser eigentliches Thema in Betracht kommt. Dieses Schema schließt nämlich ganz die Tatsache aus, daß gerade „in Westeuropa“ je länger je mehr gewaltige Streiks ohne viel „Plan“ wie ein Elementargewitter auf solchen Gebieten ausbrechen, wo eine große ausgebeutete Masse von Proletariern der konzentrierten Übermacht des Kapitals oder des kapitalistischen Staates gegenübersteht, Streiks, die nicht „immer seltener“, sondern immer häufiger werden, die meist ganz ohne „bestimmte Erfolge“ verlaufen, trotzdem aber oder vielmehr gerade deshalb von größter Bedeutung sind, als Explosionen eines tiefen inneren Gegensatzes, der direkt auf das politische Gebiet hinüberspielt. Hierher gehören die periodischen Riesenstreiks der *Bergarbeiter* in Deutschland, in England, in Frankreich, in Amerika, hierher gehören die spontanen Massenstreiks der *Landarbeiter*, wie sie in Italien, in Galizien stattgefunden haben, ferner die Massenstreiks der *Eisenbahnarbeiter*, die bald in diesem, bald in jenem Staate ausbrechen. Wie hieß es doch in dem trefflichen Artikel des Genossen Kautsky über „Die Lehren des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier“ im Jahre 1905:

> „Nur auf diesem Wege lassen sich erhebliche Fortschritte für die Bergarbeiterschaft erzielen. Der Streik gegen die Grubenbesitzer ist aussichtslos geworden; der Streik muß von vornherein als *politischer* auftreten, seine Forderungen, seine Taktik müssen darauf berechnet sein, die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen. Diese neue gewerkschaftliche Taktik“, fährt Genosse Kautsky fort, „die des *politischen Streiks*, der Verbindung von gewerkschaftlicher und politischer Aktion, ist die einzige, die den Bergarbeitern noch möglich bleibt, sie ist überhaupt diejenige, die bestimmt ist, die gewerkschaftliche wie die parlamentarische Aktion neu zu beleben und der einen wie der anderen erhöhte Aggressivkraft zu geben.“

Es könnte scheinen, daß hier unter „politischer Aktion“ vielleicht nur die parlamentarische Aktion und nicht etwa politische Massenstreiks zu verstehen sind. Genosse Kautsky zerstreut jeden Zweifel, indem er klipp und klar erklärt:

„Die großen entscheidenden Aktionen des kämpfenden Proletariats werden immer mehr durch die verschiedenen Arten des politischen Streiks auszufechten sein. Und die Praxis schreitet da schneller vorwärts wie die Theorie. Denn während wir über den politischen Streik diskutieren und nach seiner theoretischen Formulierung und Begründung suchen, entbrennt spontan, durch Selbstentzündung der Massen, ein gewaltiger politischer Massenstreik nach dem anderen — oder wird jeder Massenstreik zu einer politischen Aktion, gipfelt jede große politische Kraftprobe in einem Massenstreik, sei es bei den Bergarbeitern, sei es unter den Proletariern Rußlands, den Landarbeitern und Eisenbahnern Italiens usw." („Neue Zeit", XXIII, 1, S. 780).

So schrieb Genosse Kautsky am 11. März 1905.

Hier haben wir „die Selbstentzündung der Massen" und die gewerkschaftliche Leitung, ökonomische Kämpfe und politische Kämpfe, Massenstreiks und Revolution, Rußland und Westeuropa im schönsten Durcheinander, alle Rubriken des Schemas in lebendigem Zusammenhang einer großen Periode heftiger sozialer Stürme verschmolzen.

Es scheint, daß „die Theorie" nicht bloß langsamer „vorwärts schreitet" als die Praxis, sie macht leider zuweilen auch noch Purzelbäume nach rückwärts.

III.

Wir haben die tatsächliche Unterlage der neuesten Theorie des Genossen Kautsky über Rußland und Westeuropa kurz geprüft. Das Wichtigste an dieser jüngsten Schöpfung ist jedoch ihre allgemeine Tendenz, die dahin geht, einen schroffen Gegensatz zwischen dem revolutionären Rußland und dem parlamentarischen „Westeuropa" zu konstruieren und die hervorragende Rolle, die der politische Massenstreik in der russischen Revolution gespielt hat, als ein Produkt der ökonomischen und politischen Rückständigkeit Rußlands hinzustellen.

Hier ist aber dem Genossen Kautsky das Unangenehme passiert, viel zu viel bewiesen zu haben. Etwas weniger wäre in diesem Falle entschieden mehr gewesen.

Vor allem hat Genosse Kautsky nicht bemerkt, daß seine jetzige Theorie seine frühere Theorie von der Ermattungsstrategie umbringt. Im Mittelpunkt der Ermattungsstrategie stand der Hinweis auf die kommenden Reichstagswahlen. Mein unverzeihlicher Fehler lag ja darin, daß ich schon im gegenwärtigen Kampfe um das preußische Wahlrecht den Massenstreik für angebracht hielt, während Genosse Kautsky erklärte, daß erst unser künftiger gewaltiger Sieg bei den Reichstagswahlen im nächsten Jahre die „ganz neue Situation" schaffen werde, die den Massenstreik notwendig und angebracht machen dürfte. Nun hat aber Genosse Kautsky jetzt mit aller wünschenswerten Klarheit bewiesen, daß für eine Periode politischer Massenstreiks in ganz Deutschland, ja in ganz Westeuropa überhaupt die Bedingungen fehlen. „Wegen des halben Jahrhunderts sozialistischer Bewegung, sozialdemokratischer Organisation und politischer Freiheit" seien in Westeuropa sogar einfache Demonstrationsmassenstreiks von dem Umfang und der Wucht der russischen fast unmöglich geworden. Ist dem aber so, dann erscheinen die Aussichten auf den Massenstreik nach den Reichstagswahlen ziemlich problematisch. Es ist klar, daß all die Bedingungen, die den Massenstreik in Deutschland überhaupt unmöglich machen: die stärkste Regierung der Gegenwart und ihr glänzendes Prestige, der Kadavergehorsam der Staatsarbeiter, die unerschütterliche trotzige Macht der Unternehmerverbände, die politische Isolierung des Proletariats,

daß all das nicht bis zum nächsten Jahre plötzlich verschwinden wird. Liegen die Gründe, die gegen den politischen Massenstreik sprechen, nicht mehr in der momentanen Situation, wie es noch die Ermattungsstrategie wollte, sondern gerade in den Resultaten des „halben Jahrhunderts sozialistischer Aufklärung und politischer Freiheit", in dem hohen Entwicklungsgrad des ökonomischen und politischen Lebens „Westeuropas", dann erweist sich die Verschiebung der Erwartungen auf einen Massenstreik von jetzt auf das nächste Jahr nach den Reichstagswahlen bloß als ein bescheidenes Feigenblatt der „Ermattungsstrategie", deren einziger reeller Inhalt demnach in der Empfehlung der Reichstagswahlen besteht. Ich habe in meiner ersten Antwort darzulegen gesucht, daß die „Ermattungsstrategie" in Wirklichkeit auf „Nichtsalsparlamentarismus" hinausläuft. Genosse Kautsky bestätigt dies jetzt selbst durch seine theoretischen Vertiefungen.

Noch mehr. Genosse Kautsky verschob zwar die große Massenaktion auf die Zeit nach den Reichstagswahlen, er mußte aber gleichzeitig selbst zugeben, daß der politische Massenstreik bei der jetzigen Situation „jeden Augenblick" notwendig werden könne, denn „seit dem Bestand des Deutschen Reiches waren die sozialen, politischen, internationalen Gegensätze niemals so gespannt wie jetzt". Wenn nun aber allgemein die sozialen Bedingungen, der geschichtliche Reifegrad in „Westeuropa" und namentlich in Deutschland eine Massenstreikaktion unmöglich machen, wie kann dann auf einmal „jeden Augenblick" eine solche Aktion ins Werk gesetzt werden? Eine brutale Provokation der Polizei, ein Blutvergießen bei einer Demonstration können plötzlich die Erregung der Massen sehr steigern und die Situation verschärfen, sie können aber offenbar nicht jener „stärkste Anlaß" sein, der plötzlich die ganze wirtschaftliche und politische Struktur Deutschlands umstülpt.

Genosse Kautsky hat aber noch weiter etwas Überflüssiges bewiesen. Sind die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in Deutschland derartige, daß sie eine Massenstreikaktion in der Art der russischen unmöglich machen, und ist die Ausdehnung, die der Massenstreik in der russischen Revolution angenommen hatte, das Ergebnis der spezifisch russischen *Rückständigkeit*, dann ist nicht bloß die Anwendung des Massenstreiks im preußischen Wahlrechtskampf, sondern der Jenaer Beschluß überhaupt in Frage gestellt. Bis jetzt wurde der Beschluß des Jenaer Parteitags als eine so hochbedeutsame Kundgebung im In- und Ausland betrachtet, weil er offiziell den Massenstreik als politisches Kampfmittel dem Arsenal der russischen Revolution entlehnte und der Taktik der deutschen Sozialdemokratie einverleibte. Freilich wurde dieser Beschluß formell so gefaßt und von manchen ausschließlich so ausgelegt, daß die Sozialdemokratie erklärte, nur im Falle der Verschlechterung des Reichstagswahlrechtes den Massenstreik anwenden zu wollen. Jedenfalls gehörte aber Genosse Kautsky früher nicht zu jenen Formalisten, denn er schrieb ja schon im Jahre 1904 ausdrücklich: „Lernen wir vom belgischen Beispiel, dann werden wir zur Überzeugung kommen, es wäre für uns in Deutschland ein verhängnisvoller Fehler, wollten wir uns auf die Proklamierung des politischen Streiks für einen bestimmten Termin, *etwa für den Fall der Verschlechterung des gegenwärtigen Reichstagswahlrechtes*, festlegen."[1] Die Hauptbedeutung, der eigentliche Inhalt des Jenaer Beschlusses lag in der Tat nicht in dieser formalistischen „Festlegung", sondern in der Tatsache, daß die deutsche Sozial-

---

[1] Allerhand Revolutionäres, „Neue Zeit", XXII, 1, S. 736. Von mir unterstrichen.

demokratie grundsätzlich die Lehren und das Beispiel der russischen Revolution akzeptierte. Es war der Geist der russischen Revolution, der die Tagung unserer Partei in Jena beherrschte. Wenn nun Genosse Kautsky gerade die Rolle des Massenstreiks in der russischen Revolution aus der Rückständigkeit Rußlands ableitet und damit einen Gegensatz zwischen dem revolutionären Rußland und dem parlamentarischen „Westeuropa" konstruiert, wenn er vor Beispielen und Methoden der Revolution nachdrücklich warnt, ja wenn er andeutungsweise sogar die Niederlage des Proletariats in der russischen Revolution der grandiosen Massenstreikaktion, durch die das Proletariat „schließlich erschöpft werden mußte", auf das Schuldkonto schreibt — kurz, wenn Genosse Kautsky jetzt klipp und klar erklärt: „Wie dem auch sein möge, für deutsche Verhältnisse paßt jedenfalls das Schema des russischen Massenstreiks vor und während der Revolution nicht", dann erscheint offenbar von diesem Standpunkt als eine unbegreifliche Verirrung, wenn die deutsche Sozialdemokratie offiziell gerade von der russischen Revolution als neues Kampfmittel den Massenstreik entlehnte. Die jetzige Theorie des Genossen Kautsky ist im Grunde genommen eine grausam-gründliche Revision des Jenaer Beschlusses.

Um seine einzelne schiefe Stellungnahme in der letzten preußischen Wahlrechtskampagne zu rechtfertigen, gibt so Genosse Kautsky Schritt für Schritt die Lehren der russischen Revolution für das deutsche und westeuropäische Proletariat, die bedeutendste Erweiterung und Bereicherung der proletarischen Taktik im letzten Jahrzehnt preis. (Schluß folgt.)

Die Interessenkämpfe in Südwestafrika.

Von **G. Ledebour.** (Schluß.)

Um die Besiedlung und wirtschaftliche Ausnutzung des Schutzgebiets Südwestafrika durchzuführen, waren einer Anzahl Aktiengesellschaften große Konzessionen gewährt worden. Da aber diese südwestafrikanischen Landgesellschaften nur in höchst dürftiger Weise ihre Aufgaben erfüllt hatten, während ihnen doch durch die Aufwendungen aus Reichsmitteln zur Erschließung des Schutzgebiets große Vorteile zuflossen, gewann immer mehr im Reichstag die Ansicht Boden, daß gegen sie vorgegangen werden müßte. Zwei Gesichtspunkte traten dabei besonders hervor. Es wurde gefordert, daß die Gesellschaften, denen auch aus der Niederwerfung des Eingeborenenaufstandes materielle Vorteile erwachsen waren, zu den enormen Kriegskosten heranzuziehen seien. Darüber hinaus wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht die Gesellschaften ganz oder teilweise durch Nichterfüllung der übernommenen Erschließungsverpflichtungen ihre Nutzungsrechte überhaupt verwirkt hätten. Solche Erwägungen verdichteten sich schließlich zu Anträgen auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission.

Am 17. Februar 1905 wurde in der Budgetkommission ein Antrag gestellt, zur Prüfung der Rechte und Pflichten und der bisherigen Tätigkeit der Land- und Bergwerksgesellschaften in Südwestafrika eine Kommission zu berufen, zu welcher vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstags und koloniale Sachverständige zuzuziehen seien.

Auch die Sozialdemokraten waren mit diesem Antrag durchaus einverstanden, nur verlangten sie, daß die Kommission zur wirksamen Durch-

führung ihrer Aufgaben die Befugnis der zeugeneidlichen Vernehmung der Interessenten haben müsse, sowie daß die Vertreter dieser Interessenten nicht als Mitglieder der Kommission fungieren dürften. Darauf wollten indes weder die bürgerlichen Parteien noch die Regierung sich einlassen. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt und dann der oben angeführte Antrag sowohl in der Kommission wie im Plenum auch mit unserer Zustimmung angenommen. Der spätere Verlauf der Kommissionsverhandlungen hat aber gezeigt, wie wertvoll die zeugeneidliche Vernehmung gewesen wäre, denn in Ermanglung dieses Informationsmittels floß als Prüfungs- und Beratungsmaterial der Kommission nach ihrer Konstituierung nur zu, was die Gesellschaften und die Regierung ihr mitzuteilen beliebten.

Ein weiterer im Laufe der Verhandlungen zur gründlicheren Durchführung der Kommissionsaufgaben gestellter sozialdemokratischer Antrag hatte ein sehr charakteristisches Schicksal. Er bezweckte, die Rechtmäßigkeit des ursprünglichen Erwerbes des Gesellschaftslandes einer Prüfung zu unterziehen, und verlangte deshalb zunächst eine Darlegung der Rechtsverhältnisse der Eingeborenen durch einen Sachverständigen. Da die südafrikanischen Eingeborenen vor der europäischen Okkupation das Land nur als Stammesbesitz besaßen, hätte jene Prüfung voraussichtlich zu dem Ergebnis geführt, daß die Häuptlinge überhaupt gar nicht berechtigt waren, das Stammesland an irgendwelche Privatpersonen zu „verkaufen", ganz abgesehen davon, daß die sogenannten Kaufpreise durch ihre Winzigkeit beweisen, daß das ganze Geschäft auf eine Beschwindelung der Eingeborenen hinausgekommen ist.

Die Landkommission, in der anfangs noch der Erbprinz zu Hohenlohe als Kolonialdirektor den Vorsitz führte, nahm zunächst mit großer Mehrheit den sozialdemokratischen Antrag an. Die Regierung schob jedoch dessen Durchführung auf die lange Bank. Als dann aber im Jahre 1906 Herr Dernburg die Leitung des Kolonialamtes übernommen hatte, zielte eine seiner ersten Aktionen in der Kommission darauf ab, die Prüfung des Ursprunges der Landerwerbungen zu vereiteln. Er vertrat die Auffassung, daß unter keinen Umständen die Rechtsbeständigkeit des Landerwerbes angefochten werden dürfe, und beantragte deshalb, die Vernehmung der Sachverständigen auf unbestimmte Zeit zu vertagen und damit tatsächlich überhaupt zu beseitigen. Dieser Antrag wurde denn auch von sämtlichen bürgerlichen Mitgliedern der Kommission gegen die zwei Sozialdemokraten angenommen. Einer jener Herren tat dabei den bezeichnenden Ausspruch, sie hätten sich „in einer schwachen Stunde" zur Annahme des sozialdemokratischen Antrags verleiten lassen.

Der Vorgang ist deshalb so interessant, weil er einen Einblick gestattet in die kapitalistische Eigentumsmoral. Herr Dernburg hatte eine feine Witterung dafür, daß die Ursprünge der Kapitalsbildung überhaupt keine Nachprüfung nach rechtlichen oder moralischen Grundsätzen vertragen. Die bürgerlichen Kommissionsmitglieder hatten sich vorübergehend durch ihre moralischen und politischen Ideologien bewegen lassen, den Raub als Raub, den Schwindel als Schwindel zu behandeln, oder doch wenigstens zu untersuchen, ob da Raub und Schwindel bei der Aneignung des Eingeborenenlandes durch Vertreter des europäischen Kapitalismus vorgekommen war. Als der börsianisch geschulte Herr Dernburg eine solche Prüfung als Sünde gegen den Geist des Kapitalismus entlarvte, da warfen jene Herren schleunigst die Ideologien der Christlichkeit, der Humanität, des Liberalismus in den Müll-

kasten und folgten fügsam dem Banner kapitalistischer Kolonialpolitik, das ihnen Herr Dernburg vorantrug. In der Tat, was sich da in Südwestafrika vollzogen hat und noch vollzieht, zeigt nur, zeitlich zusammengedrängt, wie in einem Hohlspiegel ein Bild der kapitalistischen Akkumulation überhaupt. Sind doch von jeher die brutalsten, unmenschlichsten Methoden kapitalistischer Aneignung und Ausbeutung in den Kolonien praktiziert worden.

Da also die Kommission von einer Vorprüfung der Rechtsbeständigkeit des ursprünglichen Landerwerbes der Gesellschaften Abstand nahm und obendrein ohne das einzig wirksame Mittel zur Ermittlung unbequemer Wahrheiten, die zeugeneidliche Vernehmung, arbeiten mußte, konnte nur wenig bei ihrer auf Akten gestützten Untersuchung herauskommen. Den sehr unbestimmten Verpflichtungen waren die Gesellschaften formal meist nachgekommen. Nur eine einzige, die Hanseatische Minen- und Landgesellschaft, hatte selbst diesen bescheidenen Ansprüchen nicht genügt. Es konnte deshalb am 31. Dezember 1907 die ihr erteilte Konzession für verfallen erklärt werden; doch wurde den Aktionären die Vergünstigung zuteil, daß sie als „Hanseatische Minengesellschaften" gewisse Vorrechte auf bergmännische Ausbeute des Gebiets von Rehoboth (also ohne Landzuteilung) auf eine Reihe von Jahren überwiesen erhielten.

Was die übrigen Gesellschaftsgebiete anbetrifft, so wurde das Kolonialamt ersucht, in Verhandlungen mit den einzelnen Landgesellschaften einzutreten, um auf diese Weise die Verfügungsrechte über das Land in die Hände der Verwaltung zu bringen. Das ist denn auch bis zu einem gewissen Grade gelungen. Nur die englische Gesellschaft „South African Territories", die große Gebiete im Hinterland von Lüderitzbucht, zwischen Keetmanshoop und Warmbad, in Händen hat, verhielt sich nach einigen Spiegelfechtereien tatsächlich ablehnend. Sie fühlt sich offenbar sicher, weil bei einem gesonderten Vorgehen gegen eine englische Gesellschaft im deutschen Schutzgebiet die Gefahr internationaler Verwicklungen zu besorgen ist.

Als das Endergebnis der Verhandlungsbemühungen mit den übrigen Landgesellschaften ist nun erreicht worden, daß ein Teil der Konzessionsländereien von ihnen zurückgegeben wurde, ein anderer Teil in ihrem Besitz verblieb. Soweit aber nicht einzelne Farmen von den Gesellschaften in eigenen Wirtschaftsbetrieb genommen werden, haben die Gesellschaften die Aufteilung und den Verkauf ihrer Ländereien an Ansiedler der Kolonialverwaltung auf zehn Jahre überlassen. Die Verwaltung lieferte dann den Kaufpreis nach Abzug der Kosten an die Gesellschaften ab. Durch dieses Abkommen soll erreicht werden, daß nicht die Gesellschaften das Terrain auf Spekulation liegen lassen. Die Verwaltung hat dann ihre Verkaufsbefugnisse derart angewandt, daß sie zunächst das Gesellschaftsland zu verkaufen sucht und erst in zweiter Reihe das fiskalische Land. Es wird auch versucht, das fiskalische Land in Erbpacht zu vergeben. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Es kommen für diese Betrachtung hauptsächlich die Verhältnisse der „Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika" in Betracht, da auf ihrem Gebiet nach der Vertragsschließung die Diamanten entdeckt wurden und dadurch neue und tiefergehende Interessengegensätze zwischen den Ausbeutergruppen hervorgerufen wurden.

Mit der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika wurde durch die Verwaltung am 2. April 1908 ein Abkommen erzielt, der sogenannte „Berg-

rezeß", der die Berggerechtsame der Gesellschaft ausdrücklich bestätigt, aber für das Gebiet der Gesellschaft die allgemeine Schürffreiheit ausbedingt. Es konnte danach also jedermann auf Mineralien schürfen, Felder zur bergmännischen Ausbeutung belegen usw. Er hatte nur bestimmte Schürfgebühren zu entrichten, die Verwaltungsfunktionen auf Grund der Berghoheit übernahm jedoch der Fiskus, der die eingezogenen Schürfgebühren nach Abzug der Verwaltungskosten an die Gesellschaft abzuführen hatte.

Nach Abschluß dieses Bergrezesses waren nun im Frühjahr 1908 in dem Gebiet der Gesellschaft, und zwar in dem Wüstengürtel der Namib, die sich etwa 100 Kilometer breit längs der Küste hinzieht, Diamanten entdeckt worden. Der Entdecker war ein beim Eisenbahnbau beschäftigter Kapneger, der früher in den Diamantfeldern von Kimberley gearbeitet hatte und daher die rohen Diamanten kannte. Den Vorteil von der Entdeckung hatte natürlich nicht der Schwarze, sondern zunächst sein weißer Vorgesetzter, dem er Kenntnis davon gegeben. Der Oberbahnmeister Stauch und eine Anzahl anderer Leute belegten schleunigst in aller Stille Schürffelder für sich. Als die Geschichte ruchbar wurde, strömten sofort Haufen von Diamantsuchern in dem Wüstengebiet zusammen. Es zeigte sich, daß in den Längstälern der Dünen bis zum Oranjefluß hinunter Diamanten vorkommen.

Der Fiskus hatte sich zunächst einige Schürffelder selbst gesichert. Dann aber wurde durch die Verwaltung das gesamte Gebiet vom 26. Breitengrad hinunter bis zum Oranjefluß für Diamantsucher gesperrt, und zwar zugunsten der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika. Es durften nunmehr also Privatpersonen keinerlei neue Schürffelder in dem Sperrgebiet mehr belegen. In Verbindung mit dieser Maßregel wurde die Regie eingerichtet: alle in Südwestafrika durch den Fiskus, durch die Kolonialgesellschaft und die bereits begründeten Schürfgesellschaften gewonnenen Diamanten mußten einer von der Regierung errichteten Zentralverkaufsstelle in Berlin ausgeliefert werden. Durch die Abgaben, die dabei erhoben wurden, steigerte sich der Anteil des Landesfiskus an dem Diamantenerlös auf etwa 50 Prozent. Im Zusammenhang mit der Sperre und der Regie steht nun ein neues Abkommen, das die Regierung mit der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika getroffen hatte. Es lief darauf hinaus, daß die Gesellschaft als Ersatz für die Vergünstigungen, die ihr aus der Sperre zu ihren Gunsten erwachsen, nahezu ihren gesamten Landbesitz bis auf einige Grundstücke in den Hafenorten sowie einige bereits in Betrieb genommene Farmen an den Fiskus abtrat. Sie wurde so eine reine Bergbaugesellschaft mit Berggerechtsamen im Gebiet des früher ihr gehörigen Landgebiets. Diese Landabtretung ist indes trotz der Größe des Gebiets gegenüber den Bergrechten nur von geringem Wert, da der ganze hundert Kilometer breite Küstenstrich — fast ausschließlich Sandwüste — für landwirtschaftlichen oder auch nur Weidebetrieb nur an vereinzelten Stellen in Betracht kommt. Welche ungeheuren Gewinne der Gesellschaft aus dem Glückszufall der Diamantfunde und der Haltung der Regierung erwachsen, geht klärlich daraus hervor, daß die Kurse ihrer Aktien von etwa 150 auf 2000 gestiegen waren.

Gegen diese Maßregeln der Regierung erhob sich nun eine scharfe Opposition in Südwestafrika selbst. Sie ging von den privaten Diamantensuchern aus, die sich in der Möglichkeit, ferner Schürffelder zu belegen, behindert sahen. Nicht angefochten wurde die Einrichtung der Regie, also der Zentralisation des Diamantenverkaufs in Berlin. Es wurde anerkannt, daß diese Maßregel

notwendig war. Auch die Sperre wurde hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt bekämpft, daß sie zugunsten der Kolonialgesellschaft erlassen war.

Zur Sprache kam die Sache zunächst im Januar in der Budgetkommission auf Grund einer telegraphischen Eingabe einiger Lüderitzbuchter Interessenten, an deren Spitze der Bürgermeister Kreplin stand. In der Depesche wurde gegen den Staatssekretär Dernburg der Vorwurf erhoben, daß er völlig unberechtigterweise das Diamantengebiet zugunsten der Kolonialgesellschaft gesperrt habe. Es hieß in der Depesche:

„Der Staatssekretär vergab das Sperrgebiet als Geschenk an die der Entwicklung des Landes seit ihrer Gründung schädlichste Landgesellschaft und machte sogar den Versuch, die Konzession zu einer dauernden zu machen, indem er Behörden des Schutzgebiets, die pflichtgemäß Einspruch erhoben, aufforderte, diesen Einspruch fallen zu lassen."

Das war also der schwerwiegende Vorwurf der pflichtwidrigen Verschenkung von Gerechtsamen an Privatpersonen. Auch wurde ihm der Vorwurf geflissentlicher Täuschung des Reichstags gemacht. Die Kommission kam nach eingehender Prüfung der Sache zu dem Urteil, daß diese Vorwürfe unbegründet seien. Sie ging deshalb über die Eingabe zur Tagesordnung über. Die Fassung dieser Zurückweisung war von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagen worden. Weitergehendere Anträge anderer Parteien waren zurückgezogen worden, um einen einmütigen Beschluß auf Grund des sozialdemokratischen Antrags zu ermöglichen. Nachträglich ist dieser Beschluß in der liberalen Presse als ein „Vertrauensvotum" für Herrn Dernburg ausposaunt worden. Trotzdem später im Plenum die Widersinnigkeit dieser Behauptung nachgewiesen wurde, beharrten die Dernburgfreunde bei ihrer irreführenden Auslegung. Eigentlich müßte es für jedermann verständlich sein, daß die Zurückweisung einer falschen Beschuldigung kein Vertrauensvotum ist. Tatsächlich befand sich die Budgetkommission gegenüber dieser Eingabe in der Lage eines Gerichtshofs, der zu prüfen hat, ob eine bestimmte Anschuldigung gerechtfertigt ist oder nicht. Die Anschuldigung ging dahin, Herr Dernburg habe Bergrechte „verschenkt". Nun war den Mitgliedern der Kommission vollauf bekannt, daß die Bergrechte der Kolonialgesellschaft schon vor den Diamantfunden durch die Verwaltung anerkannt waren. Das Berggesetz vom 2. April 1908 spricht ihr ausdrücklich die Berggerechtsame zu. Es gründet sich auf die amtliche Anerkennung der Lüderitzerwerbungen, die alle Land- und Bergrechte in dem fraglichen Gebiet umfassen. Wir Sozialdemokraten hatten allerdings die Rechtmäßigkeit dieses Landerwerbs aus den früher bereits erwähnten Gründen angefochten, da er nur durch eine Täuschung der Eingeborenen und unter Nichtachtung ihrer Landbesitzrechte zustande gebracht war. Mit dieser Auffassung waren wir aber allein geblieben. Die bürgerlichen Parteien hatten sich durchweg auf den Standpunkt der Regierung gestellt, daß die Lüderitzerwerbungen zu Recht bestehen. Auf Grund dieser Auffassung hatte dann die Regierung mit der Rechtsnachfolgerin des Herrn Lüderitz, der Kolonialgesellschaft, jenen Vertrag abgeschlossen, der der Gesellschaft ausdrücklich die Bergrechte zuspricht. Die Regierung würde nunmehr der Kolonialgesellschaft gegenüber gegen Treu und Glauben gehandelt haben, wenn sie, nachdem auf dem fraglichen Gebiet Diamanten gefunden wurden, plötzlich den kurz vorher von ihr abgeschlossenen Vertrag zerrissen hätte. Herr Dernburg konnte sich obendrein für seine Rechtsauffassung auf ein Gutachten des Reichsjustizamtes berufen.

Aus allen diesen Gründen mußte also die Budgetkommission zu dem Schlusse kommen, daß der Vorwurf der Lüderitzbuchter, Herr Dernburg habe die Berggerechtsame in dem Sperrgebiet an die Kolonialgesellschaft für Südwestafrika „verschenkt", vollkommen unbegründet ist und deshalb unzweideutig zurückgewiesen werden mußte. Mit diesem Beschluß hat aber die Kommission in keiner Weise ein Vertrauensvotum für Herrn Dernburgs Politik überhaupt oder auch nur für seine Diamantpolitik im besonderen ausgesprochen. Es gehörte wirklich ein hoher Grad von Schamlosigkeit und Verlogenheit dazu, wenn fortgesetzt in der Öffentlichkeit mit einem solchen „Vertrauensvotum" für den Staatssekretär Dernburg Propaganda gemacht wurde.

Ganz anders steht es mit der Frage, ob in dem neuen Abkommen vom Januar 1909 nicht der Kolonialgesellschaft zu günstige Bedingungen zugestanden seien. Die Kritik, die da im Plenum des Reichstags und in der Budgetkommission einsetzte, hat dazu geführt, daß das Abkommen seitens der Regierung nicht ratifiziert wurde, daß vielmehr neue Verhandlungen eingeleitet wurden, die dann zu einem neuen dem Fiskus günstigeren Abkommen führten. Dieses zweite Abkommen lag den letzten Verhandlungen des Reichstags im April zugrunde. Nach den Angaben der Regierung selbst erhält danach der Fiskus eine erhöhte Beteiligung an dem Reingewinn aus dem Diamantenvertrieb. Nach einer Berechnung im amtlichen „Kolonialblatt" würde bei einer Jahresförderung von 200000 Karat der Gesellschaft 1029000 Mark, dem Fiskus 2881000 Mark zufließen, also etwa 74 Prozent vom Gesamtgewinn. Das ist eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem ersten Abkommen vom Januar 1910. Das neue Abkommen ist denn auch am 7. Mai 1910 ratifiziert worden und damit in Kraft getreten.

Von anderen Einzelheiten dieses Vertrags, insbesondere von den Sonderabmachungen wegen einzelner Gebiete, kann hier Abstand genommen werden. Es kam hier nur auf den Hinweis an, daß durch die Kritik im Reichstag und in der Kommission die Regierung zu einem für den Fiskus ersprießlicheren Abkommen mit der Gesellschaft angetrieben wurde. Damit ist denn aber auch das zweite Schwindelmanöver der Dernburgfreunde hinlänglich widerlegt, als ob der Kolonialsekretär bei den Auseinandersetzungen über die Diamantenpolitik durchweg recht behalten und eine Kette glänzender parlamentarischer Triumphe erfochten hätte.

Den kapitalistischen Interessenkämpfen, die aus diesem Anlaß im Reichstag ausgefochten wurden, steht die Sozialdemokratie völlig objektiv gegenüber. Ob die großkapitalistische Aktiengesellschaft, die von Herrn Dernburg begünstigt wurde, oder ob die kleinkapitalistischen Unternehmer an Ort und Stelle in Südwestafrika, als deren Wortführer die agrarischen Parteien im Reichstag auftraten, den Hauptteil der Profite aus dem Diamantengewinn schlucken, ist für das Proletariat und seiner parlamentarischen Vertretung, die Sozialdemokratie, vollkommen gleichgültig. Sie hat nur darauf zu achten, daß der Fiskus, also das Interesse der deutschen Steuerzahler, dabei nicht zu kurz kommt. Von diesem Gesichtspunkt ließ sich unsere Partei denn auch leiten bei Erörterung einer dritten Frage, die im Zusammenhang mit den Diamantfunden auftauchte, bei der Frage der Heranziehung der Interessenten in Südwestafrika zu den enormen Kriegskosten.

Die Landkommission hatte in ihrer Schlußsitzung vom 13. Dezember 1909 eine Anzahl Vorschläge formuliert, die auf eine weitgehende Besteuerung der

Leute abzielen, denen aus der Okkupation Südwestafrikas Vorteile erwachsen sind. Es wird da zunächst darauf hingewiesen, daß Ansätze zu einer solchen Besteuerung bereits in Südwestafrika vorhanden sind:

„Es sind Vorkehrungen getroffen, daß die Gesellschaften im Hinblick auf die durch die Verwaltungstätigkeit und durch den letzten Krieg herbeigeführte Steigerung ihrer Konzessionswerte dem Fiskus einen Anteil an der Wertsteigerung durch Grund- und Umsatzsteuer, durch Beitragsleistungen zu den Kosten des Bahnbaues, durch erhöhte Bergbauabgaben gewähren."

In dem folgenden Satze wird von der Grundsteuer gesprochen, die in Südwestafrika einzuführen sei. Dann heißt es:

„Die Wertzuwachssteuer ist für die Gemeinden und Bezirksverbände in Aussicht genommen."

Im § 4 wird ferner verlangt:

„Die Kolonialverwaltung muß eine weitere steuerliche Heranziehung des Schutzgebiets zur gegebenen Zeit im Auge behalten. Es kann dies durch eine erhöhte Besteuerung, zum Beispiel durch eine progressive Einkommensteuer erreicht werden."

Schließlich wird gesagt:

„Sollten bei den bestehenden Gesetzen und Abkommen infolge veränderter Verhältnisse die Interessen des Fiskus zu wenig berücksichtigt sein, so sind weitere Maßnahmen zu treffen, die Interessen der Allgemeinheit zu sichern, insbesondere eine erhöhte Grundsteuer auf unbenutzten Grund und Boden einzuführen."

Daß diese Empfehlungen nicht auf dem Papier stehen bleiben, liegt jedenfalls im allgemeinen Interesse, insbesondere der deutschen Steuerzahler. Eine Gelegenheit, jenen Forderungen nachzukommen, bot sich bei dem Nachtragsetat für Südwestafrika vom 24. Februar 1910. Er enthielt zur Deckung der Kriegskosten eine Nachforderung von 23700000 Mark, die im Wege des Kredits flüssig gemacht werden sollten. Wenn man überhaupt ernstlich darangehen wollte, die südwestafrikanischen Profitinteressenten zu den auf mehr als 400 Millionen Mark angeschwollenen Kriegskosten heranzuziehen, so hatte der Reichstag hier die letzte Gelegenheit, die Regierung zu einer solchen Maßregel zu nötigen. Es war deshalb an sich vollkommen gerechtfertigt, daß der Abgeordnete Erzberger in der Budgetkommission einen solchen Versuch machte, indem er beantragte, in den Gesetzentwurf eine Bestimmung hineinzuarbeiten, durch welche als Kriegskostenbeitrag in Südwestafrika eine Vermögenssteuer im Gesamtbetrag von 80 Millionen Mark in sechs Jahresraten auf die großen Vermögen (über 300000 Mark) erhoben werden solle. Aus dem Veranlagungsmodus geht schon hervor, daß damit nicht die kleineren Unternehmer, sondern nur die großen, insbesondere die Aktiengesellschaften getroffen werden sollten. Gegen Einzelbestimmungen dieses Vorschlags ließ sich sachlich viel einwenden. In der Dernburgpresse wurde die Sache aber sofort unter dem Gesichtspunkt behandelt, der Antrag bezwecke den „Sturz Dernburgs". Ob dieser Gedanke bei dem Antragsteller und seinen Freunden mitgespielt hat, läßt sich schwerlich einwandfrei feststellen. Das ist für unsere Beurteilung des Antrags an sich aber auch völlig gleichgültig. Auf die Person des Staatssekretärs kommt es der Sozialdemokratie nicht an. Wir treiben keine Politik persönlicher Rankünе, haben aber sicher auch keinen Anlaß, sachlich richtige Forderungen zurückzustellen, weil sie irgend einem der ministeriellen Handlanger in dem kapitalistischen Regierungsbetrieb unbequem sind. Die prinzipielle Berechtigung einer Heranziehung der kapitalistischen Interessenten zu den Kriegskosten anerkennend,

konnten wir jedoch für den Erzbergerschen Antrag nicht eintreten, da er die Sache am verkehrten Ende anfaßt. Er wurde von Herrn Dernburg hauptsächlich mit dem Nachweis bekämpft, daß damit einzelnen kapitalistischen Betrieben das Lebenslicht ausgeblasen und das Kapital überhaupt aus Südwestafrika fortgescheucht würde. Herr Erzberger selbst zog sich deshalb, nachdem sein Antrag in der Kommission gefallen war, auf den Antrag des Antisemiten Lattmann zurück, der den angeforderten Ertrag der Vermögenssteuer auf 36 Millionen Mark reduzierte. Die Sozialdemokratie brachte dagegen zunächst in der Kommission, dann im Plenum einen Antrag ein, die Inkraftsetzung des Gesetzes abhängig zu machen von einer Vereinbarung zwischen Regierung und Reichstag über folgende Punkte:

1. Die Kosten der Niederwerfung des Aufstandes, soweit sie aus Anleihemitteln gedeckt worden sind, werden als eine Schuld des Südwestafrikanischen Schutzgebiets gegenüber dem Reiche festgestellt.
2. Zur Verzinsung und Amortisierung dieser Schuld dienen in erster Reihe die Erträge aus einer Wertzuwachssteuer für das Südwestafrikanische Schutzgebiet.

Dieser Vorschlag war prinzipiell deshalb richtiger als der Erzbergersche, weil er dem berechtigten Einwand begegnet, daß unterschiedslos das in die Kolonie hineingeleitete Kapital ebenso besteuert werden solle, wie der dort erzielte Kapitalzuwachs. Der sozialdemokratische Antrag wollte dagegen zur Deckung der Kriegskosten nur diesen Kapitalzuwachs treffen. In der Begründung wurde auch unsererseits ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es nur darauf ankomme, prinzipiell die Verpflichtung der Kolonie zur Kostendeckung gesetzlich festzulegen, daß aber die Zinsrate und Amortisationsquote völlig der Leistungsfähigkeit der Kolonie angepaßt werden könne. Trotzdem wurde, nachdem vorher der Antrag Lattmann abgelehnt war, auch der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. Selbstverständlich haben die Sozialdemokraten dann auch gegen das ganze Gesetz gestimmt, das von den bürgerlichen Parteien angenommen wurde.

Auch die Ablehnung der Interessentenbesteuerung wurde von der Dernburgpresse als ein großer Triumph des Staatssekretärs ausposaunt. Tatsächlich lassen die Verhandlungen deutlich erkennen, daß Herr Dernburg für seine großkapitalistische Interessenpolitik nur der Unterstützung der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei sicher war, während nicht nur Zentrum und Antisemiten, sondern auch die Konservativen mit den kleinkapitalistischen Unternehmern und Farmern in Südwestafrika sympathisierten. Die Sozialdemokratie steht diesen beiden Gruppen ablehnend gegenüber. Sie will keine auf Kosten der anderen begünstigen, sondern vertritt das Interesse der deutschen Steuerzahler gegenüber den Profitjägern jeder Art. Dann aber sucht sie als Verfechterin der Unterdrückten, sich auch in Südwestafrika der dorthin verschlagenen weißen Proletarier wie der unterjochten und rücksichtslos ausgebeuteten Eingeborenen anzunehmen. Bisher allerdings leider nur mit geringem Erfolg! Denn auch in diesem Kampfe hat die Sozialdemokratie die gesamten kapitalistischen Parteien gegen sich, wie stark auch sonst deren Interessengegensätze in Deutschland und Südwestafrika einander widerstreiten.

Anmerkung. In dem ersten Teile dieses Artikels in Nr. 42 muß es auf Seite 520, Absatz 2, Zeile 3 statt „Bundesrat" heißen: Landesrat. (Gemeint ist nämlich der Landesrat für Südwestafrika, ein aus den Ansiedlern gewählter Beirat des Gouverneurs.)

Das Ende des Unternehmerkampfes zur Aushungerung der deutschen Bauleute.

Von **August Bringmann** (Hamburg). (Schluß.)

Aus dem gewaltigen Kampfe im Baugewerbe dürften sich manche Lehren für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen ergeben. Allein der Kampf ist zu Ende, aber die Bewegung noch nicht. Das Schiedsgericht hatte der Beendigung eine Frist bis zum 15. Juli gesetzt, aber die Bewegung ist auch jetzt noch nicht abgeschlossen, und im Augenblick ist ihr Ende auch noch nicht abzusehen; bis ein völlig abschließender Überblick gewonnen werden kann, werden noch Monate vergehen.

Sagen läßt sich indes schon jetzt, daß man seinen Gegner nicht von vornherein unterschätzen soll. Wer sich bei diesem gewaltigen Kampfe auf die Berichterstattung unserer Tagespresse verlassen hat, der konnte zu der Auffassung kommen, daß die Aussperrung von vornherein ein Schlag ins Wasser war, dann immer mehr abflaute und daß zuletzt der Unternehmerbund niedergerungen am Boden lag. Wenn eine solche Berichterstattung auch den Zweck verfolgt, Mißmut im Kreise der Gegner zu erregen, den Glauben an den Sieg des Gegners zu erschüttern, in diesem Kampfe ist das nicht gelungen, sondern der Unternehmerbund und seine Getreuen haben um so mehr Eifer aufgewandt, um ein Abflauen der Aussperrung nicht Platz greifen zu lassen; es wurde zu immer schärferem Terrorismus gegriffen. Die höchste Zahl der unterstützten Ausgesperrten wurde im Zimmererverband in der fünften Aussperrungswoche erreicht, sie betrug 16377. In der neunten Aussperrungswoche betrug die Zahl der unterstützten Ausgesperrten 15299; also rund 1100 weniger. So lag die Sache auch in den anderen an der Aussperrung beteiligten Organisationen, und da kann man weder von einem „Schlag ins Wasser" noch von einem Abflauen reden. Denn daß die Zahl der Ausgesperrten langsam zurückging, lag nicht etwa daran, daß Unternehmer in nennenswerter Zahl von der Aussperrung abfielen, sondern die Ausgesperrten haben sich vielfach andere Arbeit gesucht. Mit der irreführenden Berichterstattung hat man aber viel dazu beigetragen, daß die Sammlungen in der Arbeiterschaft für die Kämpfenden zu wünschen übrig ließen. In weiten Kreisen griff sogar die Auffassung Platz, daß die kämpfenden Gewerkschaften die zu Unterstützenden mit Leichtigkeit aus ihren regelmäßigen Beiträgen befriedigen könnten, kaum ihre Reservefonds anzugreifen brauchten.

Es ist auch nicht angebracht, mit einem Erfolg, wie er in diesem Kampfe erzielt worden ist, eine Art Hurrastimmung zu erwecken. Teils hat sich gerade hierdurch erst der Zorn in unseren Genossenkreisen über die Nichterfüllung berechtigter Wünsche Luft gemacht. Und als man daran ging, mit der Schürung der Hurrastimmung die durchaus berechtigte Opposition zu ersticken, griff der Unternehmerbund geschickt zu und stand im Begriff, aus dem Siege der Arbeiter eine Niederlage zu machen, indem er seinen Unterverbänden die weiteren Verhandlungen zum Abschluß örtlicher Tarifverträge untersagte und zum 30. Juni seine Hauptversammlung nach Halle a. S. berief, um „weitere Maßnahmen" zu beschließen. Er machte in seinen Organen und in der bürgerlichen Tagespresse ein großes Geschrei, daß sich in der Arbeiterbewegung eine starke Opposition bemerkbar mache, die mit den „großen Zugeständnissen", die der Schiedsspruch

den Arbeitern bringe, und „trotz ihrer einsichtigen Führer“ nicht zufrieden sei und mehr erkämpfen wolle. Dabei war er hübsch ruhig darüber, daß in seinen Unterverbänden die Opposition darüber, daß der Schiedsspruch zu weit gehe, weit größer war als die Opposition in der Arbeiterbewegung. Er wurde an seinem Vorhaben gehindert, scheinbar wiederum von der Reichsregierung.

Im übrigen muß schon jetzt davor gewarnt werden, aus der abgewehrten Aussperrung die kühnsten Schlüsse zu ziehen. Sie gibt nur Fingerzeige für die Abwehrstrategie und -taktik. Man sollte nicht daraus schließen, daß sich die Dinge auch bei einem gewerkschaftlichen Generalstreik so gestalten müßten, wie sie sich bei der beabsichtigten Generalaussperrung gestaltet haben. Bei einem solchen würde sich sicherlich alles das gegen uns kehren, was bei dieser Aussperrung für uns wirksam war.

Nichtsdestoweniger ist der Verlauf und das Resultat dieser Aussperrung dazu angetan, auch die gewerkschaftliche Angriffsstrategie und -taktik wieder zu beleben. Man braucht das Initiativbegehren der einzelnen Arbeitergruppen nicht mehr so niederzuhalten, wie es besonders in den letzten Jahren immer mehr und schärfer um sich gegriffen, weil man Gefahr lief, daß auf jeden noch so unbedeutenden Angriff eine Generalaussperrung folgen könnte, von der man glaubte, ihr nicht gewachsen zu sein. Dieser gewaltige Kampf hat dargetan, daß die Scheu — wenn man nicht sagen will Furcht — vor großen Aussperrungen übertrieben war. Man wird den einzelnen Arbeitergruppen im Gewerkschaftsleben also wieder mehr Aktionsfreiheit und Selbstbestimmungsrecht einräumen können, nachdem eine große Aussperrung so glänzend abgewehrt worden ist. Und man wird das tun müssen, wenn bei solchen Siegen in Zukunft der materielle Erfolg ein größerer werden soll, als er es in diesem Falle war. Damit wäre ja nur wenig, kaum Nennenswertes erreicht, wenn wir uns alle drei bis fünf Jahre wollten einmal aussperren lassen, um die Aussperrung dann abzuwehren und hintennach den Ausbeutern bei einigen Pfennigen Lohnerhöhung für drei bis fünf Jahre einen billigen, für viele Arbeitergruppen sogar unbilligen Frieden zu garantieren. So kann es nicht weitergehen, und so braucht es nicht weiterzugehen.

Der Verlauf des gewaltigen Kampfes und sein materieller Erfolg, der für sehr viele Arbeiter kein Erfolg ist, sondern tatsächlich eine Bindung, die sie hindert, die kapitalistische Entwicklung auszunutzen, zeigt drastisch, daß wir uns in der Gewerkschaftsbewegung mit der Einpferchung immer mehr verschiedener Berufsgruppen in nur einer Organisation und mit der immer weiteren Einschränkung der Aktionsfreiheit und Selbstbestimmung der örtlichen Organisationen nicht auf dem richtigen Wege befinden. Aber wenn uns das alles nicht zu dieser Erkenntnis führen sollte, dann blicken wir einmal in die kapitalistische Welt, dort pfeifen es die Spatzen von den Dächern. Kurz vor Beginn der Aussperrung hielt der Professor von der Frankfurter Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, Dr. Philipp Stein, in Düsseldorf vor einem Kreise von Leitern und Angestellten in der Industrie Vorlesungen, und zwar auch über das Wesen der Gewerkschaften und der Tarifverträge. Über die Gewerkschaften führte er aus:

„In den ersten Jahrzehnten waren sie auf Kämpfe angewiesen, aber in den letzten Jahren haben die Streiks nachgelassen. Die großen Gewerkschaften wachsen und werden auch Millionäre, und das wird niemand ungestraft. Die großen Gewerkschaften sind Großbetriebe geworden, die ihre Beamten besonders ausbilden

müssen. Wir haben auf diesem Gebiet heute weit mehr als 3000 Arbeiterbeamte, eine große Arbeiterbeamtenbureaukratie. Als Großbetriebe unterliegen diese Gewerkschaften auch den Gesetzen des großen Betriebs, sie sind immer zentralistischer geworden. Mehr und mehr beginnt in den großen Gewerkschaften die zentrale Gewalt Einfluß auf alles zu besitzen, und mehr und mehr wird der Einfluß der unteren Organe ausgeschaltet. Das zeigt sich auch beim Streik. Durch die Organisation der Unternehmer hat sich auch das ganze Leben der Gewerkschaften geändert; die Organisationen der Arbeitgeber haben sie gezwungen, zentralistisch zu werden und Millionen zu sammeln. Die großen Gewerkschaften haben auch das Wort vom „Herrn im Hause" unter sich selbst geltend gemacht und den einzelnen, der sich nicht fügen will, ausgemerzt. Es wird kein Brückenbau von der Regierung so im einzelnen vorbereitet, wie heute von den Gewerkschaften ein Angriffstreik. Und rückschauend führte der Redner kurz aus: Der geistige Kampf gegen die Sozialdemokratie, von dem im Anfang der neunziger Jahre nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes so viel die Rede war, ist recht wenig wirksam gewesen. Im politischen und im öffentlichen Leben ist allein ausschlaggebend die Macht. Und für die Gesundung und Ernüchterung der Auffassung der Arbeiter über ihre Macht und die ihnen gegenüberstehende Wirtschaftsordnung haben die Organisationen der Arbeitgeber großen Einfluß ausgeübt und gezeigt, daß die Arbeitnehmerorganisationen es bei den Unternehmern nicht mit einer zermürbten Schicht der wirtschaftlichen Welt, sondern mit einer mindestens gleichberechtigten und gleichwertigen Macht zu tun haben."[1]

Was Dr. Stein hier der Macht der Unternehmerorganisation andichtet, ist nichts weiter als theoretische Schwäche der Gewerkschaften. Anstatt aus den Theorien für die politische Arbeiterbewegung den Geist zu holen, damit aber die Tatsachen selbst zu werten, um zu erfolgreichen Methoden zu kommen, holt man aus den Theorien der politischen Arbeiterbewegung die Methoden und erfüllt sie mit anderem Geiste. Man hat für diesen sonderbaren Geist noch keine Bezeichnung gefunden. Dr. Stein hilft uns in vorstehendem aus der Verlegenheit. Er sagt uns mit dürren Worten: es ist der kapitalistische Geist, der in euren Gewerkschaften die Dinge leitet. Leugne, wer kann! Der sozialistische Geist bäumt sich dagegen auf, bei jedem Abschluß einer Aktion droht er, sich zu entladen, und vor einigen Wochen standen die Organisationen der Bauleute auf dem Spiele. Es ist hohe Zeit, daß die Gewerkschaften ihm Rechnung tragen.

Über das Wesen der Tarifverträge führte Dr. Stein aus:

„Das ist jetzt das Eigentümliche, daß nicht mehr wie seit Jahren die Arbeiter die Angreifenden sind, sondern daß sie in die Defensive gedrängt wurden. An Stelle der blutigen Konflikte hat man sich auf diplomatisches Handeln eingelassen. Aus diesem Grunde hat sich auch auf beiden Seiten ein Beamtentum, eine Bureaukratie entwickelt, und das Diplomatisieren hat dazu geführt, den Abschluß eines Kampfes in Form eines friedlichen Vertrags niederzulegen. Diese Friedensabkommen sind das, was man als Tarifgemeinschaft bezeichnet hat. Wenn man von einem Tarifvertrag spricht, denkt man, daß er eine Einigung oder Festlegung über Lohnverhältnisse bedeutet und daß darin feste Tarife für die Löhne aufgestellt seien. Das ist ein begreiflicher Irrtum. Es gibt heute Tausende von Tarifverträgen, man schätzt sie auf 5000; namentlich das Baugewerbe und die damit zusammenhängenden Gewerbe sind die eigentlichen Gebiete der Tarifverträge. Viele haben gar keine, die meisten nur allgemeine Bestimmungen über die Löhne. Der Lohn ist Sache des einzelnen Arbeitsvertrags. Der Tarifvertrag ist vergleichbar mit der Arbeitsordnung des Unternehmers. Wie diese nicht an die Stelle der einzelnen Arbeitsverträge tritt, sondern nur das Gewohnheitsrecht des Arbeitsvertrags enthält, die Grenzen,

---

[1] „Kölnische Zeitung" vom 16. April 1910.

innerhalb deren der Unternehmer mit den Arbeitern Verträge abschließen will, so ist der Tarifvertrag in gewissem Sinne nur eine Fortführung dessen, was in der Arbeitsordnung des einzelnen Betriebs festgestellt ist. Der Tarifvertrag ist nichts anderes als eine offizielle Vereinbarung zwischen den Organen der Arbeitnehmer und des Unternehmertums, was als Regel zu gelten hat für ein bestimmtes Unternehmen, für einen Berufszweig oder für die Grenzen eines ganzen Landes. Innerhalb der Grenzen dieses Tarifvertrags schließt nun der Arbeitgeber mit seinen Arbeitern den Arbeitsvertrag ab. Dieser Arbeitsvertrag darf über den Tarifvertrag hinausgehen, aber nicht darunter bleiben. Deshalb hat man auch vorgeschlagen, diesen Vertrag nicht Tarifvertrag, sondern Tarifnorm zu nennen. Im Baugewerbe zum Beispiel soll jetzt in den Tarifvertrag hineinkommen, daß Akkordarbeit zulässig ist, daß die Akkordarbeit nicht mehr von den Arbeiterorganisationen bekämpft werde. Wie aber die Akkordverhältnisse im einzelnen geregelt werden, wird in dem Tarifvertrag nicht gesagt, das bestimmt der Arbeitsvertrag mit den Arbeitern. Schroff ablehnend verhielten sich früher auch die Arbeitnehmerorganisationen gegen die Tarifverträge; sie sahen darin eine Bindung, und in den Arbeiterkreisen ist immer noch eine Strömung gegen Bindung, besonders gegen langfristige Bindung vorhanden. In ihrer rechtlichen Natur sind die Tarifverträge heute noch gar nicht faßbar; rechtlich ist der Tarifvertrag ein Zwitter. Das Reichsgericht hat den Tarifvertrag einmal als eine Koalition bezeichnet. Die Organe der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer müssen hier durch die Entwicklung der Tarifverträge die Rechtsbildner werden. Auch muß es dahin kommen, daß diese Vereinbarungen von Organisationen geschlossen werden, die fähig und willens sind, sie auch zu halten. Unsere Arbeiterorganisationen müssen dahin gebracht werden, daß sie nachher ihre Bevollmächtigten nicht im Stiche lassen. Das sind harte und langwierige Entwicklungen, aber ohne sie kann man nicht zu geregelten Verhältnissen kommen. Die Tarifverträge sind, solange die Gegensätze bestehen, nicht Friedensinstrumente, sondern Waffenstillstandsinstitute. Sie sind Schöpfungen des bewaffneten Friedens, sie setzen aber an die Stelle der vielen kleinen Reibungen und Vereinbarungen große Abmachungen. Sie schieben die Konflikte hinaus und erweitern die Konflikte. Je größer aber die Massen sind, die sich gegenüberstehen, und je größer und komplizierter die zu entscheidenden Fragen sind, desto schwerer ist es, in den Konflikt hineinzugehen, und desto mehr wird man sich auf diplomatische Verhandlungen einlassen. Allmählich tritt an die Stelle des Streites und des Kampfes ein diplomatisches Verhandeln."[1]

Mit diesen Ausführungen verrät Dr. Stein, daß er das Tarifvertragsmuster, welches der Unternehmerbund für das Baugewerbe durchsetzen wollte, voll erfaßt hat. Es ist gefallen, das alte Tarifmuster ist in etwas besserer Form wieder zur Geltung gekommen. Eine andere Tendenz, wie sie Dr. Stein in seinen vorstehenden Ausführungen umschreibt, ist damit aber noch nicht in die Tarifverträge gebracht. Es gehört noch sehr viel dazu, das zu vollbringen. Vor allem gehört dazu mehr Sozialismus in die Gewerkschaften! In den Gewerkschaften wird auf energische Betätigung, um nicht sich dem Milieu, sondern das Milieu seinen eigenen im Interesse der Höherentwicklung notwendigen Bedürfnissen anzupassen, hingewirkt werden müssen. Das ist ganz was anderes, als die immer wiederkehrenden Redensarten: „Wir müssen mit den Verhältnissen rechnen, uns der Entwicklung anpassen." In der Theorie der politischen Arbeiterbewegung sind hiermit bestimmte Begriffe verbunden; in der gewerkschaftlichen Agitation sind solche Redewendungen aber schlimmer als Schall und Rauch, wenn sie zu nichts weiter führen, als den Kapitalsinteressen den weitesten Spielraum zu gewähren.

---

[1] „Kölnische Zeitung" vom 18. April 1910.

Wo trieben wir denn hin, wenn das so fortgeht? Trotz der abgewehrten Aussperrung besteht auch für das Baugewerbe in der Zukunft ein einheitlicher Ablauftermin für alle mit Unternehmerverbänden abgeschlossenen Tarifverträge. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände, dem alle Unternehmerbünde, die Tarifverträge abschließen, angehören, faßte am 19. April d. J. den Beschluß, daß seine Mitglieder dafür sorgen müssen, „daß sämtliche Tarifverträge im Verein deutscher Arbeitgeberverbände an demselben Tage ablaufen". Was das bedeutet, braucht man an dieser Stelle nicht mehr zu erklären. Außerdem wurde zur gleichen Zeit der Beschluß gefaßt, „daß innerhalb der Verbände des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände Arbeitsnachweise, welche von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam verwaltet werden, nicht neu errichtet werden dürfen und die Beseitigung der bestehenden angestrebt werden soll". Solche Beschlüsse sind „Verhältnisse" und ihre Durchsetzung ist „Entwicklung". Sollen wir nun mit den ersteren rechnen und der letzteren uns anpassen? Ach nein, solchen Verhältnissen und Entwicklungen müssen die Gewerkschaften den kräftigsten Widerstand leisten und sie überwinden. Das ist übrigens auch der Sinn des Rechnens mit den Verhältnissen und der Anpassung an die Entwicklung in der Theorie der politischen Arbeiterbewegung. Gewiß geht das nicht von heut auf morgen. Mit dem Kopfe durch die Wand kann man nicht, aber unser Streben muß dahin gehen, wir dürfen uns nicht auf den Rücken legen und uns von den Verhältnissen treiben lassen!

Zeitschriftenschau.

Die holländische Revue „De Nieuwe Tyd" bringt in ihrer Mainummer einen Aufsatz von Joh. Vischer, der sich unter dem Titel **„Koloniale Straußpolitik"** mit der internationalen Lage der holländischen Kolonien beschäftigt. Die holländische Bourgeoisie, die sich aus dem indischen Inselreich ungeheure Schätze holt, wiegt sich in der ruhigen Sicherheit, daß die alten Verhältnisse immer fortdauern werden, und daß, trotzdem sie selbst militärisch machtlos ist, Indien ihr durch die gegenseitige Eifersucht der Großmächte gesichert bleibt. Sie achtet nicht darauf, daß die internationale Lage sich allmählich geändert hat. Das holländische Proletariat hat viele Jahre Van Kol als Kenner Indiens in das Parlament geschickt, der dort gegen die Unterdrückung der Einwohner Indiens durch das holländische Großkapital auftrat. Aber diese Politik behielt einen philanthropischen Charakter; eine Verbindung zwischen Kolonialpolitik und Arbeiterinteresse wurde nicht hergestellt; sie gipfelte in dem Vorschlag Van Kols, einen Teil Indiens zu verkaufen. Trotzdem haben die indischen Fragen auch für die Arbeiterklasse Interesse, aber auf dem Umweg der Weltpolitik. Die internationale Lage Hollands, worin indische Fragen eine Hauptrolle spielen, bringt steigende Rüstungen, steigende Steuern, weniger Sozialreformen und daher eine Zuspitzung der Klasseninteressen. Die ausländischen Kapitalisten suchen in Indien ein Anlagefeld für ihre Kapitalien. Viel Boden liegt dort, der für gewinnbringende Plantagenhalter verwendbar ist. Aber dieser Boden gehört zum Teil den Eingeborenen, und ist dann keine verkäufliche Ware; andere Teile sind Gemeindebesitz, den die Regierung zu erhalten sucht, während sie bei der zeitweiligen Verpachtung dieses Bodens die Ausländer ausschließt. Dem fremden Kapital wird der Zugang zu dem indischen Boden erschwert; darin liegt für die Großmächte ein Grund, durch Verträge ihren Einfluß auf Indien geltend zu machen, damit holländische Expeditionen, von holländischen Arbeitern bezahlt, die Interessen englischer, deutscher oder amerikanischer Kapitalisten verfechten.

Durch die Eroberungszüge der vorigen Jahrhunderte ist der ganze südöstliche Teil Asiens, mit Ausnahme Siams, unter die Herrschaft Europas geraten. Als Resultat vieler Kriege hat schließlich England das Festland, Holland die Inseln behalten. Wiederholt hatte England sich auf den Inseln festgesetzt (so von 1811 bis 1816 sogar auf Java), aber immer zog es sich wieder zurück. Die Ursache lag darin, daß England nur als Kaufmann auftrat, nichts suchte als Märkte, um seine Industrieprodukte zu verkaufen, und sich vor bloßem Länderbesitz wegen der damit verbundenen Kosten scheute. Die Inseln Indiens konnten keine Rohstoffe für die Industrie Englands liefern, und der Absatz seiner Waren fand hauptsächlich auf dem Festland Europas statt; nur mit Widerwillen wurde daher Geld für unproduktive Ausgaben, wie das Besetzen von Stützpunkten in fremden Weltteilen, ausgegeben, was freilich nicht ganz vermieden werden konnte. Von 1870 ab kommt der Umschwung, und nun sucht England immer mehr sein Weltreich zu vergrößern und abzurunden. Jetzt wundert sich der Engländer, weshalb seine Großväter so dumm waren, den Holländern ohne Entschädigung Java zurückzugeben; er ahnt nicht, daß die Großväter damit nur im eigenen damaligen Interesse handelten. Indien war nur während der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts eine Goldquelle für die Holländer gewesen, und um 1800 mehr eine Last als eine Lust. Die Engländer besetzten 1811 Java nur aus Furcht, Napoleon könne dort einen Stützpunkt gewinnen; Raffles, der es dauernd behalten wollte, fand keine Zustimmung, denn England wünschte nichts als Handelsfreiheit, während andere die Kosten der Verwaltung tragen sollten.

Seitdem hat sich die Lage geändert. Erstens suchen die englischen Kapitalien immer begieriger Anlage in dem reichen Niederländisch Indien. Daneben wächst die militärische Bedeutung dieser Inseln. Vorher wurde Englands Politik durch die Furcht vor Rußlands Vordringen bestimmt; daher stärkte es sich und dehnte sich nach Nordwesten aus, nach Kaschmir, Afghanistan und Beludschistan. Nach der Vernichtung der russischen Macht und der Entente mit Frankreich sind Deutschland, Amerika und Japan die gefährlichen Nachbarn; jetzt droht die Gefahr für das englische Indien nicht von Nordwest, sondern von Südost. Dort liegt Insulinde, das indische Inselreich, als ein Stützpunkt für jede Flotte, die das Herz des englischen Weltreichs, Britisch Indien, angreifen will. Es verbindet Vorderindien und Hinterindien; nach Norden liegt Französisch Indien, nach Nordosten liegen die Philippinen Amerikas und das Japanische Reich, nach Osten die Stützpunkte Deutschlands in Polynesien, nach Südosten liegt die künftige Großmacht Australien. Alle widerstreitenden und kämpfenden Interessen lagern sich dort um die indischen Inseln, die Brücke zwischen Asien und Australien, die, mit einer endlosen Menge der vorzüglichsten Häfen und Seearme, mit fruchtbaren Ebenen und reichen Kohlenminen versehen, strategisch von höchster Wichtigkeit ist; und diese Inseln befinden sich im Besitz eines militärisch völlig machtlosen Kleinstaates. England ist daher immer weiter vorgedrungen; Singapore ist zum Malta des Ostens geworden und durch ein ungeteiltes Küstengebiet mit Kalkutta verbunden. Vielleicht hat England schon lange mit Holland einen ähnlichen Geheimvertrag wie mit Siam abgeschlossen, daß keine andere Macht auf diesen Inseln eine Flotten- oder Kohlenstation erwerben darf; jedenfalls betrachten die englischen Blätter Sumatra als einen Teil der britischen Einflußsphäre, und auch ohne einen solchen Vertrag ist Englands Einfluß in der holländischen Kolonialregierung groß. In dem Maße, wie der Stille Ozean zu einem Hauptträger des Weltverkehrs wird und um ihn herum sich große Weltreiche (Kanada, Amerika, Japan, China, Australien) entwickeln, rückt das indische Inselreich in den Brennpunkt der großen internationalen Konflikte.

Natürlich wird Holland nicht imstande sein, darin irgendwelche Rolle mitzuspielen; es wird dem ersten, der seine Besitzungen okkupiert, weichen müssen. Trotzdem wird die holländische Bourgeoisie sich einbilden, daß sie den Versuch des Widerstandes machen und sich dazu rüsten muß. Oder sie wird sich mit England und Deutschland über die Neutralität verständigen wollen, aber auch dabei wird

sie ihre Militärkraft vergrößern müssen. In jedem Falle ist das Resultat: schwerere militärische Lasten, mehr Steuern für die Arbeiter, während von Sozialreformen, die etwas kosten, nichts kommen wird. Sache der Arbeiter ist es also, sich dieser bürgerlichen Politik energisch zu widersetzen. Und geht Indien der holländischen Bourgeoisie verloren, so ist das im Interesse des Proletariats nur zu begrüßen; denn dabei werden die Kapitalien im Inland selbst produktiv angelegt werden müssen und die ökonomische Entwicklung des eigenen Landes fördern.

„La vie ouvrière“ Nr. 17 vom 5. Juni enthält einen Aufsatz von Abel Martin über **„Die russische Gaunerei“** (L'escroquerie russe), der an eine Artikelreihe von Lysis in einer bürgerlichen Zeitschrift („La grande revue“) anknüpft. „La vie ouvrière“ behandelt wohl meist Lohnfragen, Streiks und Aussperrungen, aber damit erschöpft sich ihre Aufgabe nicht; sie kämpft zugleich für allgemeine Interessen, und deshalb widmet sie den russischen Anleihen eine Betrachtung. Der bürgerliche Autor Lysis kommt, weil er das allgemeine Interesse der Kapitalisten über das Interesse einzelner stellt, aus rein finanziellen Erwägungen zu Schlüssen, die uns dienen können. Die großen Banken wagen ohne Bedenken die ihnen anvertrauten Kapitalien dort, wo ihnen persönlich die größten Vorteile winken, und sie werden bei dieser Gaunerei von Regierungen und Diplomaten unterstützt. Ein Privater, der Geld braucht, aber keine Sicherheit bieten kann, muß hohe Zinsen zahlen; bei dem Verleiher drängt die Gier dann die Vorsicht zurück. Eine Regierung, die Geld braucht, muß sich an die Banken wenden; ein zahlungsfähiger Staat braucht keine hohen Zinsen zu bieten, sondern nur hohe Maklerlöhne zu bezahlen, die um so höher sind, je riskierter die Anleihe ist. Daher ist aber das Interesse der Bank dem der kleinen Geldbesitzer, die ihr Geld für die Anleihe hergeben sollen, entgegengesetzt; sie muß ihnen die schlechtesten Kapitalanlagen empfehlen, weil sie selbst dabei das beste Geschäft macht. Daher alle großen und kleinen Panamas!

In fünfzehn Jahren hat Rußland bei der französischen Bourgeoisie 16 Milliarden geliehen. Was sind dagegen die 5 Milliarden, die Deutschland uns 1871 „raubte“? Oder die kleine Milliarde der Kongregationen, die Duez und seine Freunde verpulverten? Daß diese 16 Milliarden dazu dienten, ein blutiges Henkerregiment aufrecht zu erhalten, das die besten Kräfte Rußlands vernichtete, wird den kleinen Rentiers wenig Sorge machen. Moral sucht man bei ihnen nicht, aber immer noch etwas Vernunft. Das Schlimmste für sie ist, daß ihr Geld Gefahr läuft. Fast alles ist unproduktiv verausgabt; um einigermaßen die Hilfsmittel eines zivilisierten Landes zu bekommen, wären nach Witte für Rußland noch einmal 15 Milliarden nötig. Bisher wurden die Zinsen aus dem Verkauf der Ernte, aus dem Alkoholverkauf des Staates und aus neuen Anleihen bezahlt. Aber dabei gehen das Land und sein Ernteertrag immer mehr zurück; die beiden Euter des russischen Budgets, die Hungersnot und der Alkoholismus, sind nicht unerschöpflich.

Die Tatsache ist also einfach diese: die französischen Kleinkapitalisten ruinieren sich selbst, während sie zugleich ein großes Volk ruinieren, das ohne ihr Gold sich zur Zivilisation emporgehoben hätte. Die Bankiers und die ihnen ergebene Bande von Journalisten sind die einzigen, die dabei gewinnen. Die Politiker, die diese Gaunerei unterstützen, sagen, daß wir uns dabei die militärische Hilfe unseres großen Alliierten sichern. Das ist Unsinn; erstens hat der Krieg in der Mandschurei bewiesen, was die russische Armee wert ist, und zweitens würde Rußland einen Krieg nur führen können, wenn wir ihm alle Kosten vorschießen wollten, wobei unsere alten 16 Milliarden zugleich in die Luft verduften würden. Die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse sind nicht die großen Unternehmer, die uns direkt gegenüberstehen und gegen die wir gute Kampfmittel besitzen. Aber wir sind machtlos gegenüber der Dummheit der kleinbürgerlichen Massen, die durch ihren blinden Egoismus ein großes Volk in Sklaverei halten und die ökonomische Entwicklung Frankreichs aufhalten.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Feuilleton der Neuen Zeit

Nummer 30 o o o o o o o o o o Ausgegeben am 22. Juli 1910

Neu-Lamarckismus und mechanischer Materialismus.

Von **Franz Mehring.**

I.

Wenn ich im vorigen Hefte sagte, daß Lamarck sich zu dem mechanischen Materialismus bekannt habe, den die Neu-Lamarckisten aufs heftigste bekämpfen, so genügt es, zum Beweis folgende Sätze aus Lamarcks Zoologischer Philosophie zu zitieren:

Das Leben ist nur ein physikalisches Phänomen. Alle Lebenserscheinungen beruhen auf mechanischen, auf physikalischen und chemischen Ursachen, die in der Beschaffenheit der organischen Materie selbst liegen. Die einfachsten Tiere und die einfachsten Pflanzen, die auf der tiefsten Stufe der Organisationsleiter stehen, sind entstanden und entstehen noch heute durch Urzeugung. Alle lebendigen Naturkörper oder Organismen sind denselben Naturgesetzen wie die leblosen Naturkörper oder die Anorgane unterworfen. Die Ideen und Tätigkeiten des Verstandes sind Bewegungserscheinungen des Zentralnervensystems; der Wille ist in Wahrheit niemals frei; die Vernunft ist nur ein höherer Grad von Entwicklung und Verbindung der Urteile.

Ja noch mehr, Lamarck selbst hat schon den Neu-Lamarckismus abgetan, indem er schrieb:

Die alten Philosophen haben sich eine Lebenskraft gedacht, eine Seele der Tiere, haben auch selbst den Pflanzen eine Seele zugeschrieben; anstatt positiver Kenntnisse haben sie so bloß Worte zuwege gebracht, mit denen man nur unbegründete und unbestimmte Begriffe verbinden kann. Jedesmal aber, wenn wir die Natur verlassen, um uns den phantastischen Eingebungen der Einbildungskraft hinzugeben, verlieren wir uns ins Unbestimmte und in Irrtümer. Die einzigen Kenntnisse, die wir erlangen können, sind und werden immer nur diejenigen sein, die wir aus dem beharrlichen Studium der Naturgesetze schöpfen.

Wie können sich nun aber angesichts solcher Zeugnisse, die sich bei vorhandenem Raume leicht vermehren ließen, die Neu-Lamarckisten auf Lamarck berufen?

Sie antworten auf diese Frage mit einem jener Fechterstreiche, an denen alle Afterphilosophien unerschöpflich reich sind, mit einem „dialektischen Kunstgriff“, durch den sie, wie Schopenhauer gerade auch an einer anderen Verdrehung Lamarckscher Gedanken nachweist, nur „verraten, daß sie sich im stillen bewußt sind, unrecht zu haben.“ Sie sagen: Ja freilich hat Lamarck materialistische Grundsätze bekannt, aber er hat sich auch auf den „erhabenen Schöpfer“ der Welt berufen. Eins ist gemogelt wie das andere. Lamarck wollte es weder mit der herrschenden naturwissenschaftlichen Richtung verderben, noch wollte er sich eine zu starke kirchliche Gegnerschaft auf den Hals laden. Das

ist heute ja auch noch nicht viel besser, fügt Herr Adolf Wagner als intimer Kenner deutscher und österreichischer Universitätszustände hinzu.

Um sich auf Lamarck berufen zu können, machen die Neu-Lamarckisten aus ihm einen xbeliebigen Professor oder Privatdozenten, der sein Mäntelchen dreht, je nachdem der Wind weht! Damit vergleiche man die schönen Worte, durch die Lamarck von Häckel als genialer und kühner Forscher gefeiert wird, um zu erkennen, wo das Andenken Lamarcks besser aufgehoben ist, bei der „Biertischwissenschaft" oder bei den Neu-Lamarckisten. Will man überhaupt über deren Fechterstreich ein ernstes Wort verlieren, so ist einfach zu sagen, daß Lamarck, wenn er gelegentlich einmal vom Schöpfer spricht, es ganz in der herkömmlichen Weise der französischen Materialisten tut, die Lamettrie noch im Sterben eine façon de parler genannt hat, als von einem alten Herrn, der irgendwo im Weltall ein behagliches Altenteil haben mag, aber sich nicht erlauben darf, auch nur das kleinste Rädchen in seiner Schöpfung zu verrücken, in der vielmehr alles nach mechanischen Gesetzen zugeht. Nun gar die Unterstellung, daß im Jahre 1809, wo die Zoologische Philosophie Lamarcks erschien, die materialistische Weltanschauung eine tyrannische Herrschaft in Frankreich ausgeübt habe, der Lamarck wider seiner Überzeugung die ausschweifendsten Zugeständnisse habe einräumen müssen, beweist nichts, als daß die Neu-Lamarckisten bei ihren Ausflügen ins Gebiet der Geschichtswissenschaft ebenso keck, aber auch ebenso unglücklich sind wie bei ihren Ausflügen ins Gebiet der Naturwissenschaft.

Ihren Anküpfungspunkt an Lamarck suchen die Neu-Lamarckisten nun in der Lehre von der aktiven Anpassung der Organismen an die Außenwelt. Nach Lamarck haben schwimmende Vögel und Säugetiere erst dadurch, daß sie beim Schwimmen die Zehen auseinanderstrecken, allmählich Schwimmhäute erhalten; Sumpfvögel bekamen infolge ihres Watens lange Beine; Hornvieh kämpfte, ohne taugliches Gebiß, nur mit dem Kopfe, und diese Kampflust erzeugte allmählich Hörner oder Geweihe; die Schnecke war anfangs, wie andere Mollusken, ohne Fühlhörner, aber aus dem Bedürfnis, die vor ihr liegenden Gegenstände zu betasten, entstanden solche allmählich; das ganze Katzengeschlecht erhielt erst aus dem Bedürfnis, die Beute zu zerfleischen, mit der Zeit Krallen, und aus dem Bedürfnis, diese beim Gehen zu schonen und zugleich nicht dadurch gehindert zu werden, die Scheide der Krallen und deren Beweglichkeit; die Giraffe, im dürren, graslosen Afrika, auf das Laub hoher Bäume angewiesen, streckte Vorderbeine und Hals so lange, bis sie ihre wunderliche Gestalt erhielt. Jede Änderung in den Verhältnissen, in denen eine Tierart lebt, führt zu einer Änderung ihrer Bedürfnisse; um diesen Bedürfnissen zu genügen, werden andere Tätigkeiten und folglich Gewohnheiten nötig; so ändern sich die Organe der Tiere, indem die einen häufiger gebraucht werden, sich allmählich vergrößern und verstärken, andere weniger oder gar nicht gebraucht werden, dadurch verkümmern und endlich ganz verschwinden.

Lamarck erklärte diese Entwicklung aus dem Selbsterhaltungstrieb der Tiere. Daraus macht sich Herr Adolf Wagner folgendes Verslein zurecht: „Wer wie Lamarck das ‚Bedürfnis' als Quelle aller Anpassung ansieht, der denkt durch und durch psychistisch, mag er dabei in seinen Definitionen noch so ungenau, ja selbst irrig sich ausdrücken; daß das ‚Bedürfnis' ein psychisches Moment darstellt, wird nicht zu leugnen sein, und wer alles Geschehen von diesem ‚Bedürfnis' ableitet, der faßt die Natur psychistisch auf." In der Tat, wer kann

daran zweifeln, daß der Hunger aus der Seele und nicht etwa aus dem Magen kommt?

Andere Neu-Lamarckisten sind vorsichtiger als dies Schreckenskind ihrer Schule, aber im Wesen der Sache bleibt es dieselbe Methode. Bei dem damaligen Entwicklungsstand der Naturwissenschaften hat Lamarck seine bahnbrechenden Gedanken oft nur in einer krausen und wunderlichen Form entwickelt; indem die Neu-Lamarckisten seine klaren und unzweideutigen Sätze durch dialektische Kunstgriffe beseitigen, wie wir deren einen kennen gelernt haben, suchen sie aus Lamarcks „irrigen und ungenauen Definitionen“ ihren „Neo-Vitalismus“ oder „Psychismus“ oder „Psycho-Vitalismus“ abzuleiten.

Der alte Vitalismus nahm eine besondere Lebenskraft an, wodurch er die organische von der anorganischen Natur losriß und, wie gerade auch Lamarck treffend hervorgehoben hat, sich vom Boden der Wissenschaft entfernte, um „phantastischen Eingebungen der Einbildungskraft“ nachzujagen. Dagegen vertrat der mechanische Materialismus die Einheitlichkeit der anorganischen und organischen Natur, indem er sagte, daß die Lebenserscheinungen sich nur mechanisch von den Erscheinungen der anorganischen Natur unterschieden. Der Neo-Vitalismus will nun zwar die Brücke zwischen organischer und anorganischer Natur nicht gleich abbrechen; er gibt zu, daß sich in den Organismen keine anderen physiko-chemischen Wirkungsweisen entdecken ließen, als in der anorganischen Natur vorhanden seien, aber er fügt hinzu, bei der belebten Natur zeige sich doch eine Sondergesetzlichkeit, die noch „irgend ein näher zu Bestimmendes“ voraussetze, ein „Lebensprinzip“, das unmöglich als physikalisch gedacht werden könne. Dies Lebensprinzip brauche nicht von vornherein als ein Sonderbesitz der organischen Natur betrachtet zu werden; vielmehr lasse die Einheitlichkeit der anorganischen und organischen Natur die Möglichkeit offen, daß es sich um ein der ganzen Natur immanentes Wirksamkeitsprinzip handle.

Oder um die Sache in der kernigen Kürze des Herrn Adolf Wagner darzustellen: „Für den älteren Vitalismus ist eine prinzipielle Verschiedenheit zwischen organischer und anorganischer Natur vorhanden. Für die Mechanistik ist ein einheitliches Verständnis der ganzen Natur von vornherein selbstverständlich, und sie erklärt dieses als erreichbar von unten nach oben. Für den Neo-Vitalismus endlich ist das einheitliche Verständnis der Natur eine Möglichkeit, deren Erreichung aber nur von oben nach unten erzielt werden kann.“ Der „Psychismus“ besteht also darin, daß man von der Seele des Menschen ausgehen muß, um die Erscheinungen der Natur zu erklären.

II.

Wenn danach der Neu-Lamarckismus mit Lamarck nichts gemein hat, es sei denn, daß er das Lebendige an ihm durch dialektische Kunstgriffe zu töten und das Tote an ihm durch ebensolche Kunstgriffe zu beleben versucht, so schwebt er deshalb keineswegs wurzellos in der Luft. Er ist vielmehr ein echt deutsches Gewächs, und seine Ahnentafel läßt sich mit einer urkundlichen Genauigkeit herstellen, die selbst das königlich preußische Heroldsamt befriedigen würde.

Die darwinistische Theorie ist ihrem Wesen nach eine revolutionäre Theorie, mag auch Darwin kein Revolutionär und mögen manche Darwinisten selbst Reaktionäre gewesen sein; hat doch sogar Häckel dem Junker Bismarck auf offenem Markte seine Verehrung bezeugt. Aber unheimlich bleibt der Darwinismus, der alle überirdischen Mächte so gründlich ausschaltet, bei alledem den

herrschenden Klassen, die dem Volke die Religion erhalten wollen; von den Gelehrten der „Kreuzzeitung“ bis zu weiland Herrn Virchow waren und sind sie ein Herz und eine Seele darüber, daß der Darwinismus am letzten Ende zu Attentaten auf hohe Häupter, zu Pariser Kommunen und ähnlichen entsetzlichen Sachen führen müsse. Auf naturwissenschaftlichem Wege ist aber dagegen nichts zu machen, denn selbst wenn es gelänge, den Darwinismus durch Zurückgehen auf Lamarck zu beseitigen, so bliebe die Geschichte für die herrschenden Klassen gleich unheimlich; so sehr sie die Abstammungslehre bekümmert, so gänzlich gleichgültig ist es ihnen, wie sie naturwissenschaftlich begründet wird. Und da mit der Theologie kein Hund mehr vom Ofen gelockt werden kann, so muß die Philosophie helfen, so gut es noch geht.

Es ist denn auch nicht von ungefähr, daß in dem halben Jahrhundert, das der Darwinismus hinter sich hat, ziemlich jedes Jahrzehnt eine neue Philosophie aufgetaucht ist, um ihn zu widerlegen. Schopenhauer erklärte die darwinistische Theorie für „platten Empirismus“; Eduard v. Hartmann entdeckte, daß sich das darwinistische Prinzip, in seinen Konsequenzen verfolgt, immer selbst aufesse; der große Nietzsche sah in Darwin einen „achtbaren, aber mittelmäßigen Geist“ von einer gewissen Enge, Dürre und fleißiger Sorglichkeit, während der Könnende in großem Stile, der Schaffende möglicherweise ein Unwissender sein müsse, und wie der Neu-Lamarckismus mit dem Darwinismus umspringt, ist schon im vorigen Hefte gezeigt worden.

Schopenhauer war der erste Neo-Vitalist, der sich in seiner Weise auch auf Lamarck bezog. Die materialistische Polemik gegen die Annahme einer Lebenskraft verwarf er als „nicht nur falsch, sondern geradezu dumm“, als „höchsten Gipfel der Absurdität“, als „frechen Unsinn“. Er taufte diese Lebenskraft auf den Namen Wille, der bei ihm freilich ganz etwas anderes bedeutet als die „sogenannte Seele“, die er als „Lebensprinzip“ in entschiedenster Weise ablehnte. Sein Wille ist auf der untersten Stufe, in der anorganischen Natur, ein „blinder Drang“, ein „finsteres dumpfes Treiben“, das nur auf mechanische Ursachen reagiert, als Schwere, als Elektrizität, als chemische und physikalische Eigenschaften usw. wirkt. In der Pflanzenwelt „objektiviert“ der Wille sich schon deutlicher, bleibt aber noch völlig erkenntnislos und reagiert erst auf äußere Reize. Erst in der Tier- und Menschenwelt zündet der Wille sich ein Licht der Erkenntnis an und verliert seine instinktive Unfehlbarkeit. Der Wille ist das Ursprüngliche, die Erkenntnis das Abgeleitete; erst aus der Verbindung beider entsteht die Seele.

Noch mehr unterscheidet sich Schopenhauer von den Neu-Lamarckisten dadurch, daß er seinen Willen in die Metaphysik versetzt. Der Wille ist für Schopenhauer das Ding an sich, das Substrat der ganzen Natur, jenes uns unmittelbar Bekannte und genau Vertraute, das wir im Innern unseres eigenen Selbst finden, aber zugleich Unerklärliche, an dem die Naturwissenschaft ihre Grenze hat; Ausdrücke wie Lebenskraft, Naturkraft, Bildungstrieb usw. sagen nicht mehr als x y z. So ist Schopenhauer weit entfernt, an dem „unvergeßlichen Lamarck“ irgend etwas „Psychistisches“ zu entdecken; er sagt im Gegenteil, daß Lamarck als Naturforscher eine sehr richtige und tiefe Auffassung der Natur bekundet, jedoch nur einen „genialen Irrtum“ produziert habe, aus Unkenntnis der Metaphysik.

Lamarck habe im ganzen Ernste behauptet und sich bemüht, ausführlich darzutun, daß die Gestalt, die eigentümlichen Waffen und nach außen wir-

kenden Organe jeder Tierart keineswegs bei ihrem Ursprung schon vorhanden gewesen, sondern erst infolge der Willensbestrebungen des Tieres, welche die Beschaffenheit und Lage seiner Umgebung hervorgerufen habe, durch seine eigenen Anstrengungen und daraus entsprungenen Gewohnheiten allmählich im Laufe der Zeit und durch die fortgesetzte Generation entstanden seien. Das heiße aber die Dinge auf den Kopf stellen. Vielmehr habe der Wille des Tieres, auf diese Weise zu leben, auf solche Art zu kämpfen, die dazu passenden Organe geschaffen; dieser Wille habe die Erkenntnis erzeugt, nicht aber, wie Lamarck meine, die Erkenntnis den Willen. So sonderbar diese Ansicht erscheinen mag, so war Schopenhauer in seiner Weise konsequent, indem er sagte, sein Wille habe nichts mit der Naturwissenschaft, sondern nur mit der Metaphysik zu tun, und indem er anerkannte, daß Lamarck nichts mit der Metaphysik, sondern nur mit der Naturwissenschaft zu schaffen habe.

Mit seinem Willen als dem schlechthin unerklärlichen Substrat der ganzen Natur hatte Schopenhauer eine Bresche in den kausalen Zusammenhang der Naturerscheinungen gelegt. Er kündete dem mechanischen Materialismus, den „Herren vom Tiegel und der Retorte“, unversöhnliche Fehde an und wurde so der erste Modephilosoph der herrschenden Klassen. Aber dauernd genügte er ihren Bedürfnissen nicht. Er war nicht nur ihr erster Modephilosoph, sondern auch der letzte unserer großen Philosophen. Selbst seiner Naturphilosophie, ein so buntes Durcheinander sie darstellt, fehlte es nicht an einzelnen Lichtblitzen; in seiner Weise hat er schon vor sechzig Jahren die Mutationstheorie von de Vries vertreten. Sein Wille ließ ihn zum Opfer manches spiritistischen Schwindels werden, aber die Pfaffen hielt er sich durch seine urwüchsigen Grobheiten an die Adresse des „Judengottes“ kräftig vom Leibe, und noch viel gründlicher rechnete er mit der Kathederphilosophie ab, die im Interesse der Regierungen das Volk verdumme.

Trotz aller reaktionären Schrullen blieb Schopenhauer ein unbequemer Geselle, der sich nie dazu erniedrigte, seine Philosophie den jeweiligen Machtbedürfnissen der herrschenden Klassen anzupassen. Auch die pessimistischen Schlußfolgerungen, die er aus seiner Lehre vom Willen zog, paßten der Bourgeoisie nicht in den Kram, die bekanntlich die beste der Welten geschaffen hat.

III.

Diesen beklagenswerten Schwächen der Schopenhauerschen Philosophie half nun Eduard v. Hartmann mit seiner Philosophie des Unbewußten ab. Er milderte den grimmigen Pessimismus Schopenhauers zum „Juchhe-Pessimismus“, der es zwar für die Kanaille beim „Weltelend“, beim „wahnwitzigen Karneval der Existenz“ beließ, aber denen, die die nötigen Moneten besitzen, keineswegs verbot, die guten Dinge dieser Welt mitzunehmen, wenn es nur mit „stiller Hoheit der Resignation“ und „erhabener Trauer“ geschähe, in dem sie ganz erfüllenden Gedanken, dadurch „den Entwicklungsprozeß der Menschheit zu fördern und seinem Ziele näher zu führen“.

Den herrschenden Klassen erwies sich Hartmann als gefügiger Handlanger, indem er philosophisch sogar die Notwendigkeit des Sozialistengesetzes nachwies; den Pfaffen machte er noch den besonderen Spaß, über die „Selbstzersetzung des Christentums“ zu orakeln, während er neue Munition in ihr Lager karrte, so daß sie sagen konnten: Sehet da, wie dieser Feind des Christentums als naturwissenschaftlicher Denker gezwungen ist, das Walten

überirdischer Mächte anzuerkennen. Mit der ganzen gespreizten Eitelkeit eines Modephilosophen schrieb Hartmann schon wenige Jahre nach seinem ersten Hervortreten: „Aus diesem Grunde“ — nämlich weil er „die modernen Naturwissenschaften in den Idealismus einfügen“ wolle — „beginnt seit einiger Zeit selbst die Theologie einen wertvollen Bundesgenossen in mir zu schätzen, obschon wohl kaum jemand in schärferer Form als ich seine Überzeugung ausgesprochen hat, daß das Christentum kein lebendiger Faktor unserer Kulturentwicklung mehr ist und alle seine Phasen bereits durchlaufen hat.“ Dazu würde Schopenhauer sagen: Pfui Teufel; Julius Duboc, ein Schüler Feuerbachs, meint nicht mit Unrecht, daß Schopenhauer die Philosophie des Unbewußten, wenn er sie noch erlebt hätte, mit der Rute gestraft und in die Ecke gestellt haben würde. Das ist ebenso begreiflich, wie es begreiflich ist, daß der lauteste Trompeter des Neu-Lamarckismus, eben unser Herr Adolf Wagner, sich von einem Bewunderer Schopenhauers zu einem Bewunderer Hartmanns entwickelt hat.

Über die Philosophie des Unbewußten selbst sei gestattet, zwei Historiker der Philosophie abzuhören, denen man alles andere eher vorwerfen kann, als einseitige Vorliebe für den Materialismus. Karl Vorländer schreibt in seiner Geschichte der Philosophie:

Sie stellt eine „neuromantische Reaktion gegen den Realismus der Naturwissenschaft“ (Höffding) dar. Nimmt Hartmann auch Atomkräfte als letzte Elemente der Materie an, so verstehen wir doch diese letzten Kräfte nach seiner Meinung erst dann, wenn wir sie als hervorgegangen aus einem unbewußten Wollen und Vorstellen auffassen. Überall, wo Hartmann eine Lücke in der wissenschaftlichen Erklärung, von der er ausgehen will, zu finden meint, setzt er — zwar nicht die Allmacht des Schöpfers, wohl aber das Zaubermittel des Unbewußten ein. „Die bewußte Vernunft ist nur negierend, kritisierend, kontrollierend, korrigierend, messend, vergleichend, kombinierend, ein- und unterordnend, ... aber niemals schöpferisch, produktiv, niemals erfinderisch.“ Hierin hängt der Mensch vielmehr „ganz vom Unbewußten“ ab, dem „Quell seines Lebens“, und „wehe dem Zeitalter, das es gewaltsam unterdrückt“! Darwins Prinzip der natürlichen Auslese zum Beispiel ist nur ein mechanisches Mittel in der Hand des von dem englischen Gelehrten übersehenen Unbewußten. Das Unbewußte herrscht nicht bloß in der „Leiblichkeit“, das heißt im Instinkt, den Reflexwirkungen, der Naturheilkraft, den organischen Gebilden, sondern auch im menschlichen Geiste, in der geschlechtlichen Liebe, in dem Gefühl, dem Charakter, dem ästhetischen Urteil und der künstlerischen Produktion, der Sprache, dem Denken, ja auch in der Geschichte, wo es die einzelnen ohne ihr Wissen im Dienste der großen Weltzwecke arbeiten läßt. Und zwar ist das Unbewußte ein einziges, allumfassendes, wenn auch unpersönliches Individuum; den Namen Gott vermeidet unser Philosoph, weil er alle anthropomorphen Vorstellungen fern halten will.

F. A. Lange aber sagt in seiner Geschichte des Materialismus, daß Hartmanns Philosophie, indem sie mechanische Arbeit aus nichts schaffe und damit den Kausalzusammenhang der Natur vernichte, vollständig auf den Standpunkt des Köhlerglaubens und der rohesten Naturvölker herabsinke. Könne man die vollständige Erklärung einer Naturerscheinung nicht finden, so sei devil devil im Spiele. Er fährt dann fort:

Dem Naturforscher freilich ziemt es, in solchen Fällen einfach zu sagen, daß die physische Ursache noch nicht entdeckt sei, und in der ganzen Geschichte seiner nie rastenden Wissenschaft wird er den Impuls finden zu neuen Forschungen, die

ihn dem Ziele um einen Schritt näher führen. Der Australneger aber und der Philosoph des Unbewußten machen da halt, wo ihr Vermögen natürlicher Erklärung aufhört und schieben den ganzen Rest auf ein neues Prinzip, mit welchem alles durch ein einziges Wort höchst befriedigend erklärt ist. Die Grenze, bei welcher die physische Erklärung aufhört und der Spuk dafür eintritt, ist bei beiden verschieden, die wissenschaftliche Methode aber dieselbe. Dem Australneger zum Beispiel ist der Funke der Leydener Flasche wahrscheinlich devil devil, während Hartmann ihn noch natürlich erklären kann, allein die Methode des Überganges von dem einen Prinzip zum anderen ist durchaus dieselbe. Das Blatt, welches sich zur Sonne wendet, ist für Hartmann, was die Leydener Flasche für den Australneger ist. Während die Unermüdlichkeit der Forscher gerade auf diesem Gebiet täglich neue Entdeckungen hervorbringt, welche alle darauf hinweisen, daß auch diese Erscheinungen ihre mechanische Ursache haben, hat der Philosoph des Unbewußten mit seinen botanischen Studien hier zufällig an einem Punkte halt gemacht, welcher das Mysterium noch in voller Unverletztheit bestehen läßt, und hier ist nun natürlich auch die Grenze, wo der phantastische Reflex der eigenen Unwissenheit, die „geistige Ursache" eintritt und dasjenige ohne weitere Mühe erklärt, was noch unerklärlich ist.

An die Stelle der „geistigen Ursache" setze man die „psychische Ursache" und man hat ein treffendes Bild des Neu-Lamarckismus, mit der einzigen Einschränkung, daß die Sache, je häufiger sie sich wiederholt, um so geistreicher wird. Um bei dem Beispiel Langes zu bleiben, so sagt Schopenhauer: die Ursache, die das Blatt zur Sonne wendet, ist sein Wille, der erkenntnislos auf äußere Reize reagiert; Hartmann aber sagt: das Unbewußte wendet das Blatt zur Sonne, so sicher wie es die Schlacht bei Leipzig geschlagen hat; der Neu-Lamarckismus endlich sagt: die Ursache, die das Blatt zur Sonne wendet, ist seine Seele.

Von dieser Pflanzenseele entwirft Herr Francé, eine Hauptleuchte der Schule, ein ergreifendes Bild. „Das seelisch wirkende Prinzip in der Pflanze hat sich bisher immer und immer wieder als von sehr beschränkten Kräften herausgestellt." Ihr „Hauptkennzeichen" ist die „Enge ihres Urteils, anders gesagt, die vielen Unzulänglichkeiten und die mannigfachen Dummheiten, die sich im Leben der Pflanze finden". Deshalb muß sie „eine Menge Ungemach über sich ergehen lassen", ohne sich helfen zu können. Der Mensch mit seinem Denken kann die Pflanze „leicht täuschen", dank ihrer „geistigen Unbildung". „Die Arme kann eben nur mit Körperzellen denken, sie hat kein spezialisiertes Denkorgan — daher wurde sie in der Lebensschule auf den letzten Platz gesetzt." Vom lieben Gott doch hoffentlich, und nicht vom devil devil.[1]

---

[1] Es ist schon gesagt worden, daß sich der Neu-Lamarckismus am allerwenigsten mit der „Pflanzenseele" auf Lamarck berufen darf. Wohl aber darf er sich damit — und das beleuchtet auch seine Konfusion — auf den schroffsten Gegner von Lamarcks Abstammungslehre berufen. Cuvier schreibt in seiner Geschichte der naturwissenschaftlichen Fortschritte: „Die Pflanzen haben gewisse, anscheinend von selbst entstandene Bewegungen, die sie unter gewissen Umständen zeigen, und die den Bewegungen der Tiere so ähnlich sind, daß man wohl ihretwegen den Pflanzen eine Art Empfindung oder Willen beilegen möchte. . . . So streben die Wipfel der Bäume stets nach der senkrechten Richtung, es sei denn, daß sie sich nach dem Lichte beugen. Ihre Wurzeln gehen dem guten Erdreich und der Feuchtigkeit nach und verlassen, um diese zu finden, den geraden Weg. Aus dem Einfluß äußerer Ursachen sind diese verschiedenen Richtungen nicht erklärlich, wenn man nicht auch eine innere Anlage annimmt, die erregt zu werden fähig und von der bloßen Tätigkeitskraft in den anorganischen Körpern verschieden ist."

Bei alledem aber kann die Pflanze noch von Glück sagen, daß sie sich nur mit einer Seele abrackern muß, während die höheren Tiere und der Mensch nach Herrn Francé mit deren zwei oder, genau genommen, mit deren drei geplagt sind. Zunächst ist jede Zelle des tierischen oder menschlichen Körpers „ein kleines seelisches Einzelwesen" mit bescheidenen Kräften und bescheidener Urteilskraft, das zunächst für sich allein agiert und „egoistische Sonderinteressen" verfolgt, aber das doch auch „gemeinsame Interessen" mit seinen Mitzellen hat und somit zu „altruistischen Verbrüderungen" mit ihnen gezwungen ist.

Diese Art seelischen Doppelwesens nennt Herr Francé die Körperseele, die noch „ein gar beschränktes, hinfälliges Ding ist, das sich nie zu komplizierter Tätigkeit aufschwingen kann". Jedoch über ihr thront — als Oberster von's Ganze, wie der Berliner sagt — die Gehirnseele, die dazu berufen ist, mit ihrer „höheren Urteilskraft" die „Dummheiten" der Körperseele zu durchschauen. „Die Gehirnzellen haben es gelernt, weil sie von Anfang an nie etwas anderes gemacht haben, als sich im Urteilen und Denken zu üben, während die Körperzellen als gemeine Arbeiterschar auch ihren vielfachen Handwerken nachgehen mußten." So Herr Francé!

Man kann seine geistvollen Ausführungen nicht lesen, ohne daß sich einem immer wieder der Gedanke aufdrängt: Was für ein Esel war doch jener Menenius Agrippa, der die römischen Plebejer mit der plumpen Fabel vom Magen einseifte, den die Glieder ernähren müßten, weil sie ohne ihn nicht leben könnten. Wie viel geist- und namentlich seelenvoller hätte er sich ausgedrückt, wenn er den Neu-Lamarckismus gekannt hätte! Die Pflanzenseelen von Sklaven, die von wegen angeborener Dämlichkeit auf den letzten Platz in der Lebensschule gesetzt sind. Die Körperseelen von Plebejern, die auch noch keiner komplizierten Tätigkeit fähig sind und nur Dummheiten machen, zumal da sie als gemeine Arbeiterschar ihren vielfachen Handwerken nachgehen müssen. Endlich die Gehirnseelen von Patriziern, die nie etwas anderes tun, als im Interesse des Gemeinwohls denken und urteilen.

Ja, die Zeiten schreiten fort, und wenn ein moderner Menenius Agrippa die Klassenherrschaft im allgemeinen und die preußische Dreiklassenwahl im besonderen auf eherne Naturgesetze gründen will, so hat er es leichter als sein biederer Vorfahr, dank dem Neu-Lamarckismus.

IV.

In ihrem Kampfe gegen den Darwinismus verwenden die Neu-Lamarckisten entweder naturwissenschaftliche oder „psychistische" Waffen. Die ersten sind aber nicht von ihnen geschmiedet worden, und die zweiten sind nicht Schwerter, sondern Strohhalme.

So will Herr J. G. Vogt den Darwinismus lächerlich machen, indem er unterstellt, die ganze Menschheit sei ausgestorben, dagegen seien ihre Kulturwerke erhalten, und nun solle ein Darwinist erklären, wie sich das Ruderschiff auf dem Wege der natürlichen Auslese zum Segelschiff und das Segelschiff auf demselben Wege zum Dampfschiff entwickelt habe. Die plumpe Sophistik liegt auf der Hand, wenngleich man zugeben mag, daß zwar nicht der Darwinismus, aber diejenigen Darwinisten, die die Entwicklungsgesetze der Natur ohne Vorbehalt auf die menschliche Gesellschaft übertragen haben, dabei mit ihrem eigenen Fette beträufelt werden. Immerhin käme der Darwinist mit

der ihm zugemuteten Aufgabe noch näher ans Ziel als Herr J. G. Vogt, der die Entwicklung der Ruder- zu Segel- und der Segel- zu Dampfschiffen mit der leeren Phrase erklärt, daß „der treibende Menschengeist der wahre innere Entwicklungsfaktor“ gewesen sei.

Doch ist es ganz überflüssig, auf solche Einzelheiten einzugehen, da sie alle aus demselben Prinzip entfließen und das Prinzip zunächst der entscheidende Punkt in dem Streite zwischen Darwinismus und Neu-Lamarckismus ist. Bisher galt die strenge Durchführung des Kausalitätsprinzips, unter Beseitigung aller unklaren Annahmen, die aus bloßen Begriffen abgeleitet werden, als der leitende Gesichtspunkt für das gesamte Feld der Naturwissenschaften; es galt noch immer, was F. A. Lange vor vierzig Jahren aussprach, „daß keine Bekämpfung des Darwinismus naturwissenschaftlich berechtigt ist, welche nicht in gleicher Weise wie der Darwinismus selbst von dem Prinzip der Erklärbarkeit der Welt unter durchgehender Anwendung des Kausalitätsprinzips ausgeht“. Wollen nun die Neu-Lamarckisten ihr „psychistisches Prinzip“ als leitenden Gesichtspunkt für die Naturwissenschaften aufstellen, so haben sie vor allen Dingen diese „unklare Annahme“ zu erläutern.

Herr J. G. Vogt sagt: „Es existiert etwas, es gibt ein absolutes Sein, aber dieses in seiner wahrhaftigen Existenz unantastbare Etwas offenbart sich nur in meinem Ich, in meiner subjektiven Welt; nur in der letzteren kann ich es erfassen, nur in ihr existiert es.“ Das ist, mit etwas anderen Worten, die Erklärung, die Schopenhauer von seinem Willen gab, nur daß Schopenhauer das „absolute Sein“, das er „Ding an sich“ nannte, für metaphysisch erklärte, für an sich unerklärlich, während die Neu-Lamarckisten sich gegen nichts heftiger sträuben als gegen den Einwand, daß sie „Metaphysiker“ seien; bei all ihrer Philosophie wollen sie mit ihrem „psychistischen Prinzip“ auf physischem Boden bleiben.

Mit dieser Behauptung hört aber die Erklärung ihres Prinzips überhaupt auf. Herr Francé sagt zwar, daß seine Pflanzen-, Körper- und Gehirnseelen reiches Licht nach allen Seiten würfen, aber er fügt hinzu: „die Natur des Psychischen ist nicht erklärt damit.“ Am forschesten geht natürlich wieder unser Freund Wagner ins Zeug. Er meint, es handle sich gar nicht darum, was das Psychische sei. Man solle ihn doch mit der „ewigen Erklärungsmanie“ verschonen, die schon soviel Verwirrung angerichtet habe. „Wir“ wollen zwar „hoffen“, aber „es kümmert uns heute nicht, ob die Zukunft in experimenteller und theoretischer Arbeit zu einer befriedigenden und endgültigen Analyse der Psyche kommen“ werde. Man könne nicht alles erklären, jedenfalls das nicht, was man als Grundlage der übrigen Erklärungen nehme; die Mechanistik wisse auch nicht, was ihr „Stoff“, ihre „Materie“, ihre „Kraft“ und „Energie“ sei.

Dieser Hieb gegen die Mechanistik geht nun aber wieder völlig daneben. Der mechanische Materialismus behauptet keineswegs, alles erklären zu *können* oder gar alles erklärt zu *haben*; er beansprucht nur, „als Grundlage der übrigen Erklärungen“, ein klares Prinzip zu haben, das ihm gestattet, mehr und mehr wissenschaftlich von den Naturerscheinungen zu erklären, selbst wenn er für immer darauf verzichten müßte, alles zu erklären. Und wenn man sagt, dies Prinzip, die Erklärbarkeit der Natur unter strenger Durchführung des Kausalitätsgesetzes, sei auch nur eine „Hypothese“ oder „Voraussetzung“, nun, so erprobt sich auch hier der Pudding im Essen. Ist anders das Bibelwort

richtig: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!, so ist der mechanische Materialismus in all seiner Gottlosigkeit ein wahrer Milliardär an biblischen Leistungen, während der „Psychismus“ an naturwissenschaftlicher Erkenntnis noch nicht eines roten Hellers Wert produziert hat.

Hier ist das Rhodus, wo getanzt werden muß. Kann der „Psychismus“ sein eigenes Prinzip nicht erklären, so muß er sich schon bescheiden, daß er, um noch einmal F. A. Lange zu zitieren, an die Stelle eines noch unvollständigen, aber wirklichen Begreifens einen Lappen stopft aus einer Weltanschauung, in welcher nach ihren Grundlagen nur ein schwaches Analogon des Begreifens, nur eine Ordnung der Erscheinungen nach leeren Begriffen und plumpen anthropomorphen Phantasien möglich ist.

Der mechanische Materialismus ist auf naturwissenschaftlichem Gebiet das wissenschaftliche Forschungsprinzip, wie es auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiet der historische Materialismus ist. Behaupten, daß Marx und Engels, indem sie dem mechanischen Materialismus sein Recht auf dem Gebiet der Geschichte bestritten, ihm auch sein Recht auf dem Gebiet der Natur bestritten hätten, heißt diese Männer aus dem Bereich wissenschaftlichen Denkens in das Gebiet des Aberglaubens verweisen, auf dem devil devil der Australneger, die Philosophie des Unbewußten und des „Psychismus“ der Neu-Lamarckisten ihr unholdes Wesen treiben.

Kunsterziehung und Kunstverständnis.

Von **L. Radlof.**

Seit einigen Jahren versendet der Dürerbund in Dresden an die Ortskartelle der deutschen Gewerkschaften ein Rundschreiben, worin er diese auf von ihm veranstaltete Wandschmuckausstellungen aufmerksam macht. Es sind zwei Formen von Ausstellungen, die der Dürerbund anbietet. Die eine stellt sich dar als Wanderausstellung von meist eingerahmten Bildern, die in Kisten verpackt gegen Deckung der Frachtkosten (bei weiteren Entfernungen etwa 20 Mark) zu beziehen, die zweite enthält vom Dürerbund bestimmtes Bildermaterial, das von den Verlegern direkt zu beziehen ist. Die Verleger bieten bei etwaigem Absatz finanzielle Vorteile in Form von erhöhtem Rabatt. Die Ausstellungen werden um so billiger, je mehr Kartelle sich an dieser schönen Sache beteiligen. Soweit ich sehe, haben eine ganze Anzahl von Kartellen von diesem verhältnismäßig billigen Anerbieten des Dürerbundes oder der Verleger Gebrauch gemacht. Die Wünsche der Kartelle liefen beim Dürerbund so zahlreich ein, daß sie nur schwer befriedigt werden konnten. Man muß anerkennen, daß der Dürerbund durch solche Wandschmuckausstellungen eine ungemein fruchtbringende Arbeit in die Wege geleitet hat. Mit sicherem künstlerischen Instinkt ist hier eine Arbeit begonnen worden, die von der organisierten Arbeiterschaft weiter ausgestaltet werden muß.

Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß auch unsere Großstädte sich an diesem Unternehmen beteiligt haben, wo doch diese selbst aus sich heraus imstande wären, eine Wandschmuckausstellung zu veranstalten. Das liegt nicht allein daran, daß der Dürerbund hübsche Anleitungen für den Aufbau und die Zusammenstellung der Ausstellung beifügte, sondern vor allem auch daran, daß in der Ausstellung alles beieinander ist, was man sonst auch in der Großstadt nur zerstreut sehen kann. Dazu beherrschte die Bildungsausschüsse und die die Ausstellung besuchenden Arbeiterfamilien das Gefühl, daß es sich um ihr ureigenstes Werk handle, an dem sie mit treuer Liebe gearbeitet haben. Besonders da, wo mit der Wandschmuck-

ausſtellung eine von der Kolportage- oder Parteibuchhandlung veranſtaltete Bücherausſtellung verbunden war, ſahen wir die Begeiſterung ins Große wachſen und ſich widerſpiegeln in den freudeglänzenden Geſichtern.

Jedoch bei allem Lobe, das wir den Dürerbundausſtellungen ſpenden dürfen, können wir uns nicht verhehlen, daß dem Unternehmen nicht geringe Mängel anhaften. Zunächſt wirken die Ausſtellungen einſeitig und eintönig, wenn ſie nicht in zweckentſprechender Weiſe ergänzt werden. Eine derartige Ausſtellung muß — wenn ſie Eindruck machen ſoll — vielſeitig ſein. Sie muß dem Arbeiter zeigen, wie ein Haushalt heute vielfach iſt und wie er ſein kann und muß, ohne weſentlich mehr Geldmittel als ſonſt aufzuwenden. Eine nach künſtleriſchen Geſichtspunkten geordnete und wirkende Ausſtellung darf ſich nicht auf Wandſchmuck beſchränken, ſondern muß den vielen kleinen, in einem Arbeiterhaushalt anheimelnd wirkenden Gegenſtänden wie Vaſen, Skulpturen uſw. mehr Intereſſe zuwenden. Das Auge des ſich bildenden Arbeiters braucht dann nicht lediglich auf den Bildern zu verweilen, ſondern es kann ſich auch einmal ausruhen und am ausliegenden Kinderſpielzeug erfreuen, kann mit naivem Gemüt ein Stück Kindheitserinnerung wieder heraufbeſchwören und ſo das greuliche Einerlei des Tages vergeſſen. Wenn der Arbeiter dann auch wieder ſeine Blicke auf ein Bild richtet, wie etwa den „Streik“, das zuerſt von mir vor Jahren im Neuen Welt-Kalender geſehen wurde und einen bezwingenden Eindruck auf mich machte, wie der Mann im Arbeitskittel, die Mütze in der Hand, mit zuſammengebiſſenen Zähnen und Groll im Auge daſteht, hinter ihm ſein Weib in gebeugter Haltung mit wehem Geſicht und auf dem Arme ihr kleines Kind, der wird nimmermehr vergeſſen, daß es eine hohe und heilige Kunſt gibt.

Dieſe von mir gemeinten Ausſtellungen ſollen den Beſuchern viel mehr bieten als die vom Dürerbund veranſtalteten Wandſchmuckausſtellungen. Ich möchte ſie mit dem Namen Zimmerſchmuckausſtellung bezeichnen, weil ſie alles umfaſſen, was in einem Wohnraum Schönes ſein kann und muß. Wer die Freude hatte, eine derartige Zimmerſchmuckausſtellung mit aufbauen zu helfen und den inneren Jubel miterlebt hat, den die beſichtigenden Arbeiter an den Kunſtwerken haben, der wird nie das wachſende Verſtändnis vergeſſen, das unſere Arbeiterſchaft der künſtleriſchen Kultur darbringt. Gerade deshalb iſt es aber auf das peinlichſte zu beachten, daß alle Ausſtellungsgegenſtände daraufhin geprüft werden müſſen, ob ſie auch dem Verſtändnis der Arbeiterſchaft näher gebracht werden können, ſeien es nun Bilder, Vaſen, Skulpturen, Kinderſpielzeug oder ſonſt was.

Eine nicht wegzuleugnende Unzulänglichkeit iſt es, daß der Dürerbund die Ausſtellungsgegenſtände faſt nur zum Weihnachtsfeſt verſendet. Er rechnet mit der Möglichkeit, daß gerade dann die Neigung zum Kaufe in viel höherem Maße vorhanden iſt als ſonſt. Und das mit Recht. Auf der anderen Seite halte ich es aber für erforderlich, daß ſolche Ausſtellungen zu jeder Jahreszeit veranſtaltet werden. Insbeſondere die Arbeiterſchaft in den Großſtädten muß ihr Augenmerk darauf richten, dauernde Ausſtellungen zu veranſtalten, die zu jeder Zeit an jedem Tage den Maſſen zugänglich ſind, um ſich im Geſchmack zu bilden. In Hamburg hat der Verein für Kunſtpflege eine derartige Einrichtung geſchaffen und ſie erfreut ſich weiteſtgehender Beachtung. Hinzufügen will ich, daß dieſe Ausſtellung zwei regelrechte Arbeiterwohnungen darbietet (alte und neue Richtung), um die grundverſchiedenen Geſchmacksrichtungen aufzuzeigen. Das muß auch in anderen Städten geſchehen.

Wenn man ſich die Sache weiter überlegt, muß noch dafür geſorgt werden, daß die Ausſtellungen ſtets von ſachverſtändigen Führern erklärt werden, damit die Beſucher das Weſentliche vom Unweſentlichen unterſcheiden lernen und einen allmählich ſich ſchärfenden Blick für das Charakteriſtiſche gewinnen. Am beſten iſt es, wenn ſich den Dauerausſtellungen von Zeit zu Zeit und zu beſtimmten Tagesſtunden Vorträge anſchließen, um neue Seelen der Kunſt zu erſchließen. Ich weiß

wohl die Schwierigkeiten zu würdigen, die sich meinem Wunsche entgegenstellen. Indes haben wir diese noch immer in glücklichster Weise zu überwinden vermocht und ich sehe nicht ein, weshalb wir nicht auch auf diesem Gebiet Fortschritte machen können. Die Referentenfrage ist so schwierig wie bedeutsam, schon deshalb, weil uns in kunstgewerblichen Fragen nicht viele Kräfte zur Verfügung stehen, die das ganze Stoffgebiet beherrschen. Die Bildungsausschüsse sollten deshalb Verbindungen anzuknüpfen versuchen mit Lehrern, die sich für unsere Sache interessieren und den proletarischen Bildungsbestrebungen Sympathie entgegenbringen. Aus Hamburg weiß ich zu berichten, daß eine ganze Anzahl bureaukratisch nicht verknöcherter Lehrer in uneigennütziger Weise auf diesem Gebiet tätig sind. Nicht nur daß sie in Gewerkschaften und Abteilungen der Jugendorganisation bildende Vorträge halten, sondern sie fördern besonders auch die künstlerischen Bestrebungen innerhalb der organisierten Arbeiterschaft auf alle nur mögliche Weise. So gut es unsere Aufgabe sein muß, den Nachwuchs an Lehrkräften aus den proletarischen Reihen zu gewinnen, so wenig dürfen wir auf den Zustrom aus bürgerlichen Kreisen verzichten, wenn nur sonst diese Lehrkräfte der Arbeiterbewegung sympathisch gegenüberstehen. Die Bildungsausschüsse in den Großstädten sollten sich sogar nicht scheuen, eine den Verhältnissen angemessene Besoldung zu gewähren, denn was schließlich den Massen unseres Volkes an Bildung zugeführt wird, das wird tausendmal aufgewogen durch das dem Lehrer bewilligte Honorar.

Auf die Dauer können wir uns unentgeltliche Lehrkräfte nicht leisten, weil der Kreis der Tätigkeit zu groß wird und eine Vernachlässigung dieser Bestrebungen sich schwer rächen kann. Eine beispiellose Aufklärung auf künstlerischem Gebiet hat ja der Direktor der Hamburgischen Kunsthalle, Professor Dr. Lichtwarck, geleistet. Leider fanden die allsonntäglich stattfindenden Vorträge einen starken Zustrom nur aus bürgerlichen Kreisen. Insbesondere waren es Privatschulen und Gymnasien, die ihre Schüler in die Vorträge sandten und senden. Immerhin sahen wir auch manchen gutgekleideten Proletarier, den der Wissensdurst zu diesen Vorträgen lockte.

Man wird einsehen, daß hier noch ein unübersehbares Feld der Beackerung harrt und daß die Bildungsausschüsse vielleicht gemeinsam mit dem Zentralbildungsausschuß auf einer Konferenz den Einzelheiten des hier erörterten Projekts näher treten. Ich weiß wohl, daß beide Arten von Körperschaften stark belastet sind, aber sollte sich nicht auch auf dem Gebiete der Bildungsbestrebungen eine gewisse Dezentralisation erzielen lassen, um allen Zweigen der Bildung gerecht zu werden?

Es erübrigt sich schließlich zu betonen, daß die Ausstellungen für jedermann unentgeltlich sein müssen.

Bücherschau.



Goethe, **Wilhelm Meisters theatralische Sendung.** Mitteilungen über die wiedergefundene erste Fassung von Wilhelm Meisters Lehrjahren. Von Gustav Billeter. Zürich 1910, Verlag von Rascher & Komp. 111 Seiten.

Die Goethegesellschaft, die in diesem Sommer ihren fünfundzwanzigsten Geburtstag feierte, mußte bei dem festlichen Anlaß manch unliebsames, aber deshalb nicht unverdientes Wort der Kritik hören. Sie hat in der Tat viel weniger dazu beigetragen, das Leben und die Werke Goethes im Gedächtnis der Nation lebendig zu erhalten, als vielmehr die Freude an dem Schaffen des Genius durch alexandrinische Wortklauberei zu ersticken. Aber eine Genugtuung ist ihr doch geworden; gleichsam zum Angebinde ihres Festtages hat Herr Gustav Billeter, Professor am Züricher Gymnasium und Privatdozent an der Züricher Universität, eine Abschrift des ersten Entwurfs von Goethes Wilhelm Meister aufgefunden, und dies „seit

Jahrzehnten wichtigste literaturhistorische Ereignis“, wie eine bekannte literarische Zeitschrift den Fund nennt, bietet den Goethephilologen eine willkommene Gelegenheit, ihren abgetriebenen Gaul frisch aufzuzäumen.

Vorläufig freilich müssen sie sich noch gedulden. Um das Urheberrecht an dem aufgefundenen Manuskript hat sich ein weitläufiger Streit entsponnen, aus dem ein Sanitätsrat Vulpius als Sieger hervorgegangen ist. Es kennzeichnet beiläufig die Goethekenntnis der bürgerlichen Presse, daß sie — vom „Berliner Tageblatt“ bis zur „Deutschen Tageszeitung“ — diesen Herrn zu einem „direkten Nachkommen von Goethes Frau“ macht und es ausgerechnet dem „Vorwärts“ überläßt, den richtigen Sachverhalt anzugeben. Goethes und seiner Frau direkte Nachkommen sind seit einem Vierteljahrhundert ausgestorben; Herr Sanitätsrat Vulpius ist ein Enkel oder gar schon Urenkel des berüchtigten Schauerromanfabrikanten Vulpius, der durch seine Schwestern mit Goethe verschwägert war, aber mit unserer klassischen Literatur keinen anderen Zusammenhang hat, als daß ihn Schiller in einem seiner Briefe an Körner lustig schildert: „eine kleine dürre Figur in weißem Frack und grüngelber Weste, krumm und sehr gebückt“, von devotem und untertänigem Wesen.

Dieses Wesen muß der Verfasser des Rinaldo Rinaldini auf seine Nachkommen vererbt haben. Denn Herr Sanitätsrat Vulpius, dem dank der Verrücktheit des kapitalistischen Erbrechts die Verfügung über den sogenannten Ur-Meister zugefallen ist, hat bestimmt, daß dessen Veröffentlichung in der sogenannten Sophienausgabe von Goethes Werken erfolgen solle, die schon mehr als 125 Bände umfaßt, gegen tausend Mark kostet und in einzelnen Bänden nicht abgegeben wird, also vom profanen Volk nicht gekauft werden kann. Aber sie ist getauft auf den Namen einer Großherzogin, die ihre Sorge für dies Patenkind dadurch betätigt hat, daß sie ihm aus höfischer Prüderie herrliche Dichtungen Goethes fern hält, und so muß denn wohl ein echter Reichspatriot, wie Herr Sanitätsrat Vulpius zweifellos ist, seinen kostbaren Schatz unter den Schutz eines so erlauchten Namens stellen.

Im Zweifel, ob man über die Komödie weinen oder lachen soll, darf man sich immerhin für den heiteren Teil der Alternative entscheiden. So gar wichtig ist die ganze Sache nicht. Wenn auch der Genuß des Ur-Meisters, zu dessen Herausgeber der Züricher Universitätsprofessor Harry Maync bestimmt ist, nur denen beschieden sein wird, die reich mit irdischen Glücksgütern gesegnet sind, so hat doch Herr Billeter, der Entdecker des Manuskripts, als Finderlohn die Erlaubnis erhalten oder sich genommen, einige Kosthäppchen daraus zu veröffentlichen.

Es ist begreiflich, daß er möglichst großes Wesen daraus macht; er sagt, mit diesem Manuskript habe nicht nur die deutsche, sondern die Weltliteratur „eine der köstlichsten Schöpfungen wieder erhalten“; nur Einer habe so erzählen können, und auch er nur einmal in seinem Leben; Herr Billeter fragt unmutig, wie Goethe dies „wunderliebliche Gebilde“ habe zerstören können usw. Man mag ihm, wie gesagt, solche überschwengliche Redensarten hingehen lassen, aber deshalb brauchen unbefangene Urteiler kein Hehl daraus zu machen, daß nach diesen Proben der Ur-Meister, wie inzwischen auch Herr Maync erfreulicherweise in einem Vortrag anerkannt hat, eben nur der erste, noch sehr unvollkommene Entwurf eines künstlerischen Werkes ist und sich mit diesem Werke selbst nicht entfernt vergleichen läßt.

Ob es im Sinne Goethes gehandelt heißt, eine vorläufige Skizze, die er selbst verworfen hat, nun noch nachträglich herauszugeben, ist eine Frage, die verschieden beantwortet werden wird, von denen, die den Dichter Goethe bewundern, ehren und lieben, und von denen, die in Goethe eine wehrlose Beute philologischer Kleinkrämerei erblicken. Jedoch wenn es den Goethepedanten trotz allen heißen Bemühens noch nicht gelungen ist, den Dichter der Nation zu entfremden, so steht zu hoffen, daß der Spektakel über den „Ur-Meister“ auch keine allzu nachteiligen Folgen haben wird. Goethe kann ja manchen Puff aushalten.

Hat er doch auch schon den einzigen, wenn nicht Entschuldigungs-, so doch Erklärungsgrund der Goethephilologie geahnt:

„Sage, wie es dir nur gefällt,
Solch zerstückeltes Zeug zu treiben?"
Seht nur hin: für gebildete Welt
Darf man nichts anders beginnen und schreiben.

Und nun gar, wo Besitz und Bildung sich paaren, da müssen die Goethe sich bescheiden und die Vulpius haben ihr unveräußerliches Patriotenrecht: in ihrer schwarz-weiß-roten Tracht noch viel mehr, als ehedem in ihrer weiß-grün-gelben.

Alfons Petzold, **Trotz alledem!** Gedichte. Wien 1910, Wiener Volksbuchhandlung Ign. Brand & Co. 32 Seiten. Preis 1 Krone.

Ein Bändchen, das nicht viel mehr als zwei Dutzend durchaus eigenartiger Gedichte enthält. Der Zorn des Enterbten und der Mut des Kämpfers sprechen laut aus dem größten Teile dieser fast allzu schlichten und ein wenig ungelenken Verse, die im Leser die Empfindung wecken, daß sie nicht all die Phantasie und Leidenschaft, die den Dichter bewegen, zum Ausdruck bringen.

Aus dem Geleitwort, das Josef Luitpold dem Büchlein gegeben hat, erfahren wir, daß Petzold nicht nur ein Proletarier, sondern ein Kind des tiefsten Elends ist, ja daß Unglück und Krankheit seine treuen Weggenossen geblieben sind. Daher begreift sich, daß der junge Dichter trotz seiner originellen Gedanken und obgleich er, wie Luitpold berichtet, viel Gutes gelesen hat, doch noch nicht Herr einer „gebildeten Sprache ist, die für ihn dichtet und denkt".

Wenn heute so viele Gymnasiasten und höhere Töchter, getragen vom Gefühlsüberschwang der Entwicklungsjahre und begünstigt durch ein literarisch gerichtetes Milieu und eine vorwiegend schöngeistige Bildung, mit schwungvollen Versen scheinbar vielversprechend beginnen, um dann sehr bald wieder den erborgten Königsmantel abzustreifen und im ödesten Dilettantismus unterzugehen, so vollzieht sich die Entwicklung dieses proletarischen Talentes langsam von innen heraus.

Petzolds Ausdruck bewegt sich in den verhältnismäßig engen Grenzen, die den Sprachschatz des gebildeteren Arbeiters umschließen, und alle Kraft der Empfindung vermag diese Abgrenzung noch nicht zu durchbrechen, die Dichtung noch nicht zu beflügeln. Sie schreitet gerade dann wie mit gebundenen Gliedern einher, wenn der Gegenstand höheren epischen Schwung oder dramatische Bewegtheit gebieterisch erfordert.

Die weitaus schönsten unter Petzolds Gedichten sind die rein lyrischen. Was bei Gedichten sozialen Inhaltes als Mangel zutage tritt, wird hier zum Vorzug: die unnachahmlich einfache Technik. Einige dieser Gedichtchen haben die zarte Stimmung und den schlicht-innigen Ton des Volkslieds. Die folgenden zwei mögen für sich selber sprechen.

Mein Acker.

Rings um mich dehnt sich mein Ackerland,
Leer von Samen seh' ich meine Hand.

Scholl' um Scholle auf den Feldern spricht:
Warum säst du, junger Sämann, nicht?

Ich soll säen? Seht, die Hand ist leer,
Habe keine Saatenkörner mehr.

Was die Hand an Körnern hat errafft,
Nahm der Sturmwind meiner Leidenschaft.

Warf es irgendwo in Meer und Sand,
Arm steh' ich nun hier im Ackerland.

Ahnung.

Es wird ein Sternlein fallen
In einer stillen Nacht,
Es wird ein Ton verhallen
Ganz sacht — — ganz sacht — —

Ein Ringlein wird zerspringen
Eh' du's, mein Lieb, gedacht.
Hörst du die Stunden singen:
Gib acht! — — Gib acht!

Auf seinem Knochenpferde
Sprengt einer durch die Nacht,
Wirft an mein Fenster Erde
Ganz sacht — — ganz sacht — —

Der bleiche Sensenreiter
Grüßt mich und winkt und lacht.
Ihr meine trauten Begleiter,
Gebt acht! — — Gebt acht! — —

Möchte es doch diesem vielversprechenden Dichtertalent gegönnt sein, die schweren Hemmnisse zu besiegen, die bisher seiner Entwicklung entgegenstanden, und so zur vollen Reife zu gelangen. Therese Schlesinger.

Lose Blätter.

Wendelin Weißheimer. Seit 1862 Hans v. Bülow auf Lassalles Wunsch Herweghs „Bet' und arbeit'" als Kampflied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Musik gesetzt hatte, fehlte es jahrzehntelang an Komponisten für den Kampf des Proletariats. Die Dichtungen, die sein Streben zum Ausdruck brachten, mußten sich an bekannte Melodien anschmiegen, und erst nach dem Entstehen größerer Arbeitergesangvereine erklangen auch neue Weisen zum neuen Text. Einer der bedeutendsten Komponisten sozialistischer Lieder war der am 16. Juni verstorbene Wendelin Weißheimer, der seinen reichen Lebensabend ganz in den Dienst des Arbeitergesanges gestellt hat — getreu dem Grundzug seines Wesens, das ihn bereits als Jüngling hintrieb zu allem, was vorwärtsstürmte.

Am 16. Februar 1838 in Osthofen (Rheinhessen) geboren, schloß er sich als Musikstudent in Leipzig der damals verfemten „neuen Richtung" begeistert an. 1858 lernte er Richard Wagner kennen, bald darauf auch Franz Liszt, der ihn unter seine auserwählten Schüler aufnahm. Weißheimer wurde der getreue Freund Wagners und der sorgliche Helfer in all den kleinen wie großen Nöten, mit denen sich jener herumschlagen mußte: Die stete Geldmisere, die Wagners Schaffenskraft zu lähmen drohte, konnte Weißheimer, der aus wohlhabender Familie stammte, wiederholt lindern. Vor allem aber mühte sich Weißheimer, die Werke Wagners bekannt zu machen, denn die Theater- wie Konzertdirektoren sträubten sich zumeist, sie aufzuführen. Namentlich war Leipzig der Sitz der Opposition. Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten konnte Weißheimer ein Konzert im Leipziger Gewandhaus arrangieren, aber trotz der erstmaligen Wiederanwesenheit Wagners in Sachsen und in seiner Geburtsstadt, trotzdem er seine neueste Komposition, das Vorspiel zu den Meistersingern, selbst dirigierte — ein fast leerer Saal. Statt Wagners Taschen zu füllen, mußte Weißheimer schleunigst seinen Vater zu Hilfe rufen, damit nur das Defizit gedeckt wurde. Abfällige bösartige Kritiken waren der einzige Erfolg, der sich auch auf Weißheimers Kompositionen erstreckte, obwohl oder weil sie Wagners Beifall gefunden hatten.

Weißheimer hat diese schwere Zeit der Not sehr anschaulich geschildert in seinem 1898 bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschienenen Buch: „Erlebnisse mit Richard Wagner, Franz Liszt und vielen anderen Zeitgenossen, nebst deren Briefen". Zu diesen Zeitgenossen gehörte auch Ferdinand Lassalle. Weißheimer hatte dessen Schriften gelesen und suchte seine Bekanntschaft, als Lassalle am 3. Juli 1864 in Frankfurt a. M. sprach. Lassalle und die Gräfin Hatzfeldt besuchten ihn in Osthofen, wo ihnen Weißheimer seine Oper „Theodor Körner" vorspielte. Sie begeisterte Lassalle so, daß er, wie Weißheimer schreibt, „vom Sofa aufschnellte, mich vom Klavierstuhl riß, im Nu mich stürmisch umarmte und küßte und in die Worte ausbrach: ‚Eine solche Musik- und Deklamationsgewalt wie die Ihre

würde mir für die Agitation hochwillkommen sein. Vor Ihrem Können die allergrößte Hochachtung! Wollen Sie, daß ich Ihnen einen meinen Absichten und Ihren Fähigkeiten entsprechenden Operntext ausarbeite, so bin ich mit Vergnügen dazu bereit.' Selbstverständlich ging ich freudig darauf ein, und sofort machten wir uns an die Stoffwahl. Vom Bauernkrieg kamen wir auf Florian Geyer und Thomas Münzer und zuletzt auf den Böhmen Ziska, welchen Lassalle für den Geeignetsten hielt. Er versprach, gleich nach seiner Ankunft in der Schweiz ans Werk zu gehen." Bald darauf war Lassalle im Duell gefallen und Wagner aus seiner Misere durch Ludwig von Bayern errettet.

In einem Jubelbrief meldet Wagner „das unbeschreibliche Glück" seinem „liebsten Wendelin". „Ich bin durch die Liebe des jungen Königs für alle Zeiten gegen jede Sorge geschützt, kann arbeiten, habe mich um nichts zu bekümmern, keinen Titel, keine Funktion, keine Art von Verpflichtung. . . . Der junge König ist für mich ein wundervolles Geschenk des Schicksals. Wir lieben uns, wie nur Lehrer und Schüler sich lieben können. Er ist selig, mich zu haben und ich ihn." Aber Wagners Glück brachte für Weißheimer bittere Enttäuschungen. Jetzt, wo Wagner ihn fördern konnte, versagte Wagner. Weißheimers innigster Wunsch, seine Oper „Theodor Körner" in München aufgeführt zu sehen, erfüllte sich nicht. Hans v. Bülows Frau Cosima, die damalige Freundin, spätere zweite Gattin Wagners, schrieb 1868 an Weißheimer im Auftrag des Meisters eine Absage: „Er glaubt, daß der Text das Werk für Hofbühnen unmöglich macht, da es in friedlichen Zeiten der aufrührerischen Tendenz wegen alle möglichen Unannehmlichkeiten von außen zuziehen könnte." Die persönlichen Beziehungen erloschen gänzlich. Wie Weißheimer annahm, war dies Frau Cosimas Werk, der er nicht die überschwengliche Bewunderung gezollt hatte, die ihr sonst von Wagners Verehrern entgegengebracht wurde. Darüber sollte Näheres mitteilen ein von der Fränkischen Verlagsanstalt in Nürnberg bereits angekündigter zweiter Band der „Erlebnisse" Weißheimers: „Bayreuther Ränkespiele — Wagnerrache" — aber die Erben haben von der Herausgabe Abstand genommen!

Weißheimer war später Kapellmeister an den Theatern in Mainz, Zürich, Straßburg, leitete in Baden-Baden die großen Kurhauskonzerte und komponierte eine dramatische Oper „Meister Martin und seine Gesellen", die zuerst in Karlsruhe 1879 aufgeführt wurde. Als Musikschriftsteller lebte er dann jahrelang am Comer See, bis ihn seine Gesinnung wie persönlichen Beziehungen in immer engere Verbindung mit unserer Partei brachten. Er komponierte mehrere Männerchöre, die im Verlag von J. H. W. Dietz, Stuttgart, erschienen sind; ferner für den Mainzer Parteitag Herweghs „Bet' und arbeit'" — Bülows Komposition ist verschollen —, das er selbst einstudierte und dirigierte, ebenso wie er den Mannheimer Parteitag mit der Komposition des „Empor zum Licht" beschenkte, das auf dem Parteitag zu Nürnberg wiederholt wurde. Und hier fand nun Weißheimer ein Feld der Tätigkeit, wie er es sich schon lange gewünscht und das er nun trotz seines Greisenalters mit Jugendeifer bearbeitete: Organisation des Massengesangs von Arbeiterchören.

Große Chorwerke zu schaffen, wie ihm dies schon in jungen Jahren mit dem „Grab im Busento" gelungen, war sein Ziel. Nürnbergs große kunstfreudige Arbeitersängerschar nahm seine Anregungen begeistert auf. Weißheimers Plan war, in Nürnberg einen großen gemischten Volkschor zu gründen von 1300 Männern und ebensoviel Frauen und Kindern, entsprechend den Massenkundgebungen und Riesenfesten der gewaltigen Arbeiterpartei. Als Komponist wie als Dirigent widmete er dieser Aufgabe seine ganze Kraft. Trotz seiner zweiundsiebzig Jahre leitete er dreißig Proben für das am Pfingstfest dieses Jahres abgehaltene Bayerische Sängerfest. Während er noch für den von ihm begründeten neuen Frauenchor Freiligraths „O lieb, solang du lieben kannst" komponierte, bereitete ein Schlaganfall dem Schaffen des Unermüdlichen ein jähes Ende. An seinem Grabe trauern alle Freunde des Arbeitergesanges. Emanuel Wurm.

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.



2. Band Nr. 44 Ausgegeben am 29. Juli 1910 28. Jahrgang

Der Kampf gegen die Monarchie.

↗ Berlin, 23. Juli 1910.

Die Art, wie im „Vorwärts“ und an dieser Stelle die Erhöhung der preußischen Zivilliste besprochen worden ist, hat im vorigen Hefte der „Neuen Zeit“ einen herben Tadel erfahren. Es ist gesagt worden, nicht von der politischen Seite, sondern hauptsächlich als Geldfrage, als Frage des Einkommens der Familie Hohenzollern sei die Erhöhung der Zivilliste behandelt und mit mehr oder weniger Witz breitgetreten; nicht mit einer Silbe sei die republikanische Losung in unseren beiden leitenden Organen ausgegeben worden. Und man hat daran die Frage geknüpft, mit welchem punktierten Adjektiv Karl Marx wohl diese „Finte“, diese Art Republikanertum „innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und politisch Unerlaubten“ belegt haben würde.

Glücklicherweise ist die Antwort auf diese Frage sehr leicht. Hätten der „Vorwärts“ und die „Neue Zeit“ die Erhöhung der preußischen Zivilliste benützt, um die republikanische Losung auszugeben, hätten sie die Kostspieligkeit der Monarchie als Feldgeschrei für die Republik ausgemünzt, etwa am französischen oder nordamerikanischen Staatshaushalt verglichen, was unsere dreißig und mehr Duodezvaterländer zahlen müssen, um verwaltet und gemaßregelt zu werden, so würde Marx von den „polternden Ausbrüchen einer eingebildeten Demagogie“ gesprochen haben.

Nämlich um mit Heine zu reden: „Das alles, meine Süße, ist uns schon einmal geschehn.“ Zur Zeit, wo Karl Heinzen die Parole ausgab: „Ihr wollt den Akzent der Zeit auf soziale Fragen legen, und ihr seht nicht ein, daß es keine wichtigere soziale Frage gibt, als die nach Königtum und Republik.“ Ohne Zweifel war Marx Republikaner und ohne Zweifel ist die deutsche Sozialdemokratie republikanisch gesinnt, woraus jedoch noch nicht folgt, daß sie die Monarchie vom verkehrten Ende zu bekämpfen braucht. Ebensowenig wie man einem Reiter, der sein Pferd nicht am Schwanze aufzäumen mag, deshalb den Vorwurf machen darf, daß er nicht reiten will.

Der „Vorwärts" und die „Neue Zeit" haben die Erhöhung der Zivilliste allerdings auch von der politischen Seite bekämpft: als eine neue Belastung der ohnehin bis auf Haut und Knochen ausgepowerten Volksmassen, als einen Anspruch der Monarchie, der sie diesen Massen um so unerträglicher macht. Aber darüber hinaus sind sie nicht gegangen, aus dem einfachen Grunde nicht, um die Ziele des proletarischen Klassenkampfes nicht zu verschleiern, um nicht den trügerischen Anschein hervorzurufen, als ob es sich bei der Frage: Monarchie oder Republik? darum handle, daß jene etwas kostspieliger und diese etwas wohlfeiler wirtschaftet. Dies Problem war wohl geeignet, die vormärzlichen Biedermänner à la Karl Heinzen aufzuregen, die, um mit Marx zu sprechen, jenem idiotischen Kaufmann glichen, der die Kaufmannsbriefe seines reichen Rivalen kopieren wollte, um durch diese Kopie auch in den Besitz des beneideten Reichtums zu gelangen, aber für den proletarischen Klassenkampf ist es ganz nebensächlich.

Indem Marx und Engels schon vor der Märzrevolution ablehnten, sich in diese nebensächliche Frage zu verbeißen, wurden sie von Heinzen und Genossen beschuldigt, daß sie „den Fürsten eine revolutionäre Fontanelle sichern" wollten. Darauf antwortete Marx: „Die deutschen Arbeiter wissen sehr wohl, daß die absolute Monarchie keinen Augenblick schwankt oder schwanken kann, sie im Dienste der Bourgeoisie mit Kanonenkugeln und Peitschenhieben zu begrüßen. Warum sollten sie also die brutale Plackerei der absoluten Regierung mit ihrem halbfeudalen Gefolge der direkten Bourgeoisherrschaft vorziehen? ... Die Arbeiter wissen, daß die Abschaffung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse nicht herbeigeführt wird durch die Erhaltung der feudalen. Sie wissen, daß durch die revolutionäre Bewegung der Bourgeoisie gegen die feudalen Stände und die absolute Monarchie ihre eigene revolutionäre Bewegung nur beschleunigt werden kann. Sie wissen, daß ihr eigener Kampf erst anbrechen kann an dem Tage, wo die Bourgeoisie gesiegt hat. Trotz alledem teilen sie die bürgerlichen Illusionen des Herrn Heinzen nicht. Sie können und müssen die bürgerliche Revolution als eine Bedingung der Arbeiterrevolution mitnehmen. Sie können sie aber keinen Augenblick als ihren Endzweck betrachten." Wenn also Marx, da er einmal zum Schiedsrichter über den „Vorwärts" und die „Neue Zeit" aufgerufen worden ist, anders recht hat, so besteht das Verbrechen dieser armen Sünder darin, daß sie sich keinen „bürgerlichen Illusionen" darüber hingegeben haben, *wie* der Kampf gegen die Monarchie zu führen ist.

Nun soll „die rührende Einmütigkeit sämtlicher bürgerlichen Parteien bei der byzantinischen Verhandlung der Vorlage (über die Zivilliste) wieder einmal drastisch gezeigt haben, daß die republikanische Losung in dem heutigen Deutschland zum Erkenntniswort der Klassenscheidung, zur Parole des Klassenkampfes" geworden sei. Wenn dem so sein sollte, so ist die sozialdemokratische Partei allerdings von jeher auf Irrwegen gewandelt. Denn diese „rührende Einmütigkeit sämtlicher bürgerlichen Parteien" besteht schon sehr lange. Hören wir auch darüber Marx, der ja nun einmal Schiedsrichter sein soll: „Außer durch persönliche Vorurteile sind den Fürsten die Hände gebunden durch eine ganze Zivil-, Militär- und Pfaffenbureaukratie — Bestandteile der absoluten Monarchie, die ihre herrschende Stellung keineswegs mit einer dienenden gegen

die Bourgeoisie vertauschen wollen. Andererseits halten die feudalen Stände zurück, bei denen es sich um Sein oder Nichtsein, das heißt um Eigentum oder Expropriation handelt. Es ist klar, daß der absolute Monarch trotz aller servilen Huldigungen der Bourgeoisie auf Seite dieser Stände steht." Die Bureaukratie und die feudalen Klassen bewilligen der Monarchie als ihrem Werkzeug gern ein paar Milliönchen jährlich mehr, und die liberale Bourgeoisie tut das gleiche, aus „serviler Huldigung", in der kindischen Hoffnung, die Monarchie dadurch für sich zu gewinnen.

Von dieser „servilen Huldigung" haben wir eben jetzt ein erbauliches Stückchen erlebt. Vor einigen Wochen war an dieser Stelle die preußische Königin Luise erwähnt worden: mit ausdrücklicher Zurückweisung der übertriebenen Anschuldigungen, die Alexander v. Humboldt gegen ihren Charakter gerichtet, aber unter Anerkennung der historischen Tatsache, daß sie sich mit dem gemeinsten Pack von Bureaukraten und Junkern verbunden hat, um den Reformminister v. Stein zu stürzen, weil er sich geweigert hatte, öffentliche, für die Wiederherstellung der Provinz Ostpreußen bestimmte Gelder anzuweisen für die Unkosten einer prunkhaften Vergnügungsreise, die die Königin nach Petersburg, an den Hof ihres „einzigen Alexanders" plante. Diese Tatsache ist ganz unanfechtbar, dutzendfach bezeugt gerade durch preußische Patrioten, wie dem Feldmarschall v. Boyen; aber trotzdem beeilt sich die „Nationalliberale Korrespondenz", das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, unter einer Flut gemeiner Schimpfworte, die wir der edlen Vorkämpferin für Besitz und Bildung gern schenken, die „Neue Zeit" dem Staatsanwalt wegen „Beleidigung des preußischen Königshauses" zu denunzieren.

Auf eine ähnliche Denunziation eines liberalen oder gar freisinnigen Blattes hin, auch der besagten Luise wegen, wurde vor einiger Zeit der Genosse Marckwald von der „Königsberger Volkszeitung" zu einer unglaublich hohen Strafe verurteilt, wenn wir nicht irren, zu fünfviertel Jahren Gefängnis. Gegenwärtig steht Genosse Marckwald wieder vor den richterlichen Schranken, weil er in den Debatten über die Erhöhung der Zivilliste den ganz harmlosen und, wie uns scheinen will, recht zweckmäßigen Vorschlag gemacht hat, daß wenn fünfzehn Millionen Mark jährlich nicht ausreichten, um eine wachsende Zahl verheirateter Prinzen zu unterhalten, diese erlauchten Persönlichkeiten ja eine produktiv nützliche Tätigkeit entfalten könnten, sei es auf dem Gebiet der Wissenschaft — einer von ihnen hat ja wohl seinen Doktor gemacht, und noch dazu mit einer rühmlichen Geschwindigkeit, die kein profaner Sterblicher je erreicht hat —, sei es auf dem Gebiet der Industrie, denn daß alle preußischen Prinzen ein Handwerk lernen müssen, ist uns allen schon als Beweis für die Zweckmäßigkeit ihrer Existenz auf den Schulbänken eingepaukt worden. Ob Genosse Marckwald auch in diesem Falle das Opfer einer liberalen Denunziation geworden ist, wissen wir im Augenblick nicht; immerhin hielten wir es für nötig, auch diesen Fall mit heranzuziehen, da unseres Erachtens bisher die Parteipresse noch nicht genügend Alarm geschlagen hat über einen Akt bureaukratischer Verfolgungssucht, den wir unerhört nennen würden, wenn überhaupt noch etwas in der preußischen Bureaukratie unerhört sein könnte.

Also die rührende Einstimmigkeit, womit sich alle bürgerlichen Parteien um die Monarchie und deren reichliche Versorgung scharen, ist eine sehr alte Geschichte, wenn sie auch immer neu bleiben mag. Sie beweist aber nicht, daß die Klassengesellschaft um die Monarchie als ihren Schwerpunkt kreist, sondern nur, daß die Monarchie je nachdem das bequemste Werkzeug der Klassenherrschaft ist. Wo immer die Monarchie besteht, ist sie — und je stärker sie ist, um so mehr — die Gefangene der herrschenden Klassen, und wenn sie je einmal nach Art eines Gefangenen an ihren Ketten rüttelt, so sind die herrschenden Klassen die ersten, den Heiligenschein zu zerstören, den sie, um die beherrschten Klassen zu nasführen, durch die schnurrigsten Legenden und die verwogensten Majestätsbeleidigungsprozesse um die Monarchie zu weben pflegen.

Indem wir den Kampf gegen die Klassenherrschaft führen, führen wir auch den Kampf gegen die Monarchie, aber wer den Kampf gegen die Monarchie führt, braucht deshalb noch lange nicht den Kampf gegen die Klassengesellschaft zu führen. Aus diesem einfachen und klaren Grunde ist es ein taktischer Fehler, die Monarchie zur Parole des Klassenkampfes zu machen, und eben aus diesem Grunde hat Marx die Heinzen und Genossen weidlich verspottet.

Wer ein verfallenes Gemäuer niederreißt, sorgt hinlänglich dafür, daß der Adler, der auf dessen First horstet, sich wo er sonst mag eine neue Stätte suchen muß. Aber das ganze Geschütz auf das Nest des Adlers konzentrieren, heißt mit Kanonen auf, nun ja auf Adler schießen.

Der Aufstand in Baden.

Von K. Kautsky.

I.

Die neuesten „positiven“ Leistungen unserer badischen Landtagsfraktion sind bereits von unserer gesamten Parteipresse eingehend gewürdigt und fast einstimmig verurteilt worden — wenigstens jenseits der Mainlinie. Aber auch südlich des Mains haben sie uneingeschränkte, sachliche Zustimmung außerhalb der badischen Parteipresse fast nirgends gefunden. Höchstens sucht man nach Entschuldigungen, die die Verurteilung abschwächen sollen: Parteitagsbeschlüsse seien schon früher durchbrochen worden, das sei nicht so tragisch zu nehmen. Und die Sechsundsechzig hätten schon in Nürnberg erklärt, daß der bekannte Parteitagsbeschluß sie nicht binde, folglich binde er sie nicht! Endlich, jetzt, vor den Wahlen, heiße es nicht streiten, sondern einig sein. Da müsse man über kleine Verfehlungen ein Auge zudrücken. Alle die Entschuldigungen sind von vornherein äußerst fadenscheiniger Natur.

Wenn das Durchbrechen von Parteitagsbeschlüssen nicht tragisch zu nehmen ist, wozu dann die Parteitage?

Tatsache ist, daß bisher Durchbrechungen von Parteitagsbeschlüssen stets sehr ernst genommen wurden. Die Verfechter der Disziplinlosigkeit berufen sich gewöhnlich auf den bekannten Beschluß des Kongresses von St. Gallen von 1887, der 1890 vom Zentralwahlkomitee durchbrochen wurde; den Beschluß, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten sollten wir uns unbedingt der Stimmen enthalten. Im Gegensatz dazu empfahl das Zentral-

wahlkomitee bei den Wahlen 1890, wir sollen bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten jenen von ihnen mit unseren Stimmen unterstützen, der sich gegen jede Verlängerung des Sozialistengesetzes ausspreche.

Das war sicher die Verletzung eines Parteitagsbeschlusses, sie wurde daher auch von niemand leicht genommen. Das Zentralwahlkomitee entschloß sich auf Antrag Liebknechts, den Parteitagsbeschluß außer Kraft zu setzen, weil die Verhältnisse sich seit St. Gallen in unerwarteter Weise völlig geändert hatten. 1890 handelte es sich nicht wie sonst um ein paar bloße Mandatsverschiebungen; der Ausfall der Hauptwahl zeigte die Möglichkeit, den Sturz des Sozialistengesetzes und des Bismarckschen Regimes herbeizuführen, wenn wir bei den Stichwahlen für die bürgerliche Opposition stimmten. Die Notwendigkeit, unter diesen Umständen die Stichwahlparole zu ändern, war so dringend, daß das Zentralwahlkomitee sicher war, dabei die große Mehrheit der Partei hinter sich zu haben. Deren Ansicht einzuholen war aber kurz vor den Stichwahlen keine Zeit. Wie richtig das Zentralwahlkomitee die Anschauungen der Genossen beurteilt hatte, bewiesen die Verhandlungen des Kongresses zu Halle, wo das Verfahren des Wahlkomitees nachträglich mit großer Mehrheit gebilligt wurde.

Ganz anders liegt die Sache mit der Budgetbewilligung in Baden. Das ist eine Frage, die seit einem Jahrzehnt schon wiederholt aufs eingehendste erörtert und von den Parteitagen mit großer Mehrheit stets im gleichen Sinne entschieden wurde. Hier kann man weder von einer unerwarteten Situation sprechen, noch liegt der mindeste Zweifel vor, daß die große Mehrheit der Partei das Vorgehen der badischen Fraktion entschieden verwirft. Dies Vorgehen bedeutet nicht eine taktische Wendung, die durch einen plötzlichen Situationswechsel notwendig gemacht und für die man der nachträglichen Zustimmung der Mehrheit der Parteigenossen gewiß ist; es bedeutet vielmehr eine bewußte Auflehnung gegen die Mehrheit der Partei; hier wird erklärt: Die Partei kann beschließen, was sie will, wir pfeifen drauf.

Wir bestreiten ganz entschieden, daß ein derartiger Disziplinbruch einer ganzen Parlamentsfraktion, nicht einiger untergeordneter Stänker, in der Partei bisher vorgekommen ist, geschweige denn, daß sie jemals ein derartiges Verfahren als Kleinigkeit betrachtet hätte, über die sich nur „Prinzipienreiter" und „Dogmatiker" aufregen, indes weise Häupter mit überlegenem Lächeln darüber hinwegsehen.

Daß das Vorgehen der badischen Fraktion eine Auflehnung gegen die Mehrheit der Partei bedeutet, wird sie selbst nicht leugnen. Aber die Badenser und ihre Freunde glauben förmlich ein Recht auf Disziplinbruch zu haben. Der „Rechtsboden" solle für sie die Erklärung sein, welche die Sechsundsechzig in Nürnberg abgaben, die zu Protokoll genommen wurde und damit von der Partei als gültig anerkannt worden sein soll!

Daß eine Erklärung, die nicht debattiert, über die nicht abgestimmt, sondern bloß ins Protokoll genommen wird, die Wirkung haben soll, einen Parteitagsbeschluß aufzuheben, ist etwas Neues, namentlich dann, wenn es die Erklärung einer Minorität von 66 unter 369 Kongreßmitgliedern ist.

Noch wackliger wird aber der Rechtsboden des Disziplinbruchs, wenn man die Fassung der Erklärung ansieht, die zu Protokoll gegeben wurde. Dort heißt es sehr unverbindlich:

„Wir sind der Ansicht . . ., daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß."

Eine Ansicht wurde hier ausgesprochen, nicht etwa ein Protest, eine Weigerung, dem Parteitagsbeschluß nicht Folge zu leisten, sondern nur die bescheidene Bemerkung, man sei anderer Ansicht als die Majorität. Natürlich hat jeder Genosse das Recht auf seine eigene Ansicht. Durch Mehrheitsbeschluß wird niemand auf bestimmte Ansichten, wohl aber auf bestimmtes Handeln verpflichtet. Die badischen Landtagsabgeordneten haben das Recht zur Ansicht, die Budgetbewilligung im Landtag sei nicht Sache des Parteitags, sondern der Landtagsfraktion. Aber sie haben nicht das Recht, das Budget tatsächlich zu bewilligen, solange der Parteitagsbeschluß besteht, der das verbietet. Solches Tun ist grober Disziplinbruch und Parteiverrat.

Und dieser Verrat wird nicht besser durch seine Begleiterscheinungen und seine Begründung, sowie durch die Situation, in der er erfolgt.

II.

Ein Teil unserer badischen Landtagsabgeordneten begnügt sich nicht damit, der Regierung das Budget zu bewilligen, sie versuchen sich auch gleichzeitig an die Monarchie anzubiedern. Sie nehmen an Huldigungen für den Großherzog teil und entsenden eine Deputation, die zur Gratulationscour beim Feste der silbernen Hochzeit des großherzoglichen Paares gehen, also die Funktion von Hofschranzen oder demütigen Untertanen ausüben soll — denn als Familienmitglieder werden sie nicht zum Familienfest kommen, sondern als huldigende Diener zum gnädigen Herrn. Dürfen wir uns da noch über die Verkommenheit der Bourgeoisie entrüsten, die ihre demokratischen Ideale preisgibt, um vor hohen Herren zu schweifwedeln?

Es ist richtig, in unserem Programm steht nicht ausdrücklich die Republik. Aber daran ist doch nicht zu zweifeln, daß man nicht ein guter Sozialdemokrat sein kann, wenn man nicht ein guter Republikaner ist. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, in welcher Weise wir unseren republikanischen Standpunkt am zweckmäßigsten zum Ausdruck bringen. Aber gerade weil republikanische Propaganda in Deutschland so viele Hindernisse findet, müssen wir um so sorgfältiger alles vermeiden, das in den Massen den Glauben erwecken könnte, als hätten wir unsere republikanischen Überzeugungen abgelegt oder gar wir erwarteten von der Monarchie eine Förderung proletarischer Ziele. Oder sind unsere Abgeordneten in Baden schon so weit, derartiges selbst zu glauben? Dann mögen sie es doch offen bekennen, daß sie auch schon ihren demokratischen Anschauungen aus „Taktik" und im Interesse „positiven Wirkens" den Laufpaß gegeben haben. Solange sie sich nicht offen als Monarchisten bekennen, solange sie als Republikaner gelten, ist jede Beteiligung an höfischen Huldigungen eine Würdelosigkeit.

Schon im Interesse ihrer Manneswürde müßten sozialdemokratische Abgeordnete sich von jeder monarchistischen Huldigung fernhalten.

Monarchistische Demonstrationen sind aber auch keine Privatsache sozialdemokratischer Abgeordneter. Sie sind unvereinbar mit der Demokratie, also mit unserem Programm.

Das empfindet unsere Partei so tief, daß sie es in ihrer Dresdener Resolution ablehnte, Posten im Präsidium des Reichstags mit ihren Kandidaten zu besetzen, wenn daran höfische Verpflichtungen geknüpft würden, obwohl die Verpflichtungen eines Vizepräsidenten des Reichstags noch nicht als Huldigungen betrachtet werden müssen und nicht freiwillige, sondern vorgeschriebene sind. Für diese Resolution, die heute noch gilt, stimmten auch Kolb und Frank.

Heute sind sie dafür, daß sozialdemokratische Abgeordnete ohne irgendwelche Veranlassung an Veranstaltungen teilnehmen, die nicht etwa bloß die Monarchie als einen tatsächlich bestehenden politischen Faktor anerkennen, sondern entweder ehrliche persönliche Begeisterung für den Monarchen oder elende Heuchelei darstellen, auf keinen Fall etwas bedeuten, wobei ein Demokrat Ehre einlegt.

Unsere Partei ist es ihren demokratischen Grundsätzen wie ihrer Ehre in gleicher Weise schuldig, jede Teilnahme an höfischen Huldigungen aufs strengste zu verbieten, die sie auf das Niveau der Hurrakanaille herabdrücken würden, wenn sie sich wiederholten und Nachahmung fänden. Gibt es sozialdemokratische Abgeordnete, deren republikanisches Empfinden und deren Mannesstolz nicht genügend entwickelt ist, sie vor solchen Fehltritten zu bewahren, dann muß unsere Partei ihnen ausdrücklich Schranken setzen.

III.

Das Vorgehen unserer Fraktion im badischen Landtag ist entschieden zu verurteilen. Darüber ist wohl die große Mehrheit der Genossen einig.

Aber es genügt nicht, sie zu verurteilen. Wir müssen auch versuchen, sie zu begreifen, sie zu erklären. Denn das ist ja selbstverständlich, aus purem Übermut oder reiner Gedankenlosigkeit haben die badischen Genossen ihren Disziplinbruch und ihre Verleugnung der Demokratie nicht begangen. Sie mußten glauben, damit etwas zu erreichen, sonst hätten sie es nicht getan.

Was sie zu erreichen suchten, ist freilich nicht so leicht zu erfassen. Am 4. Juli hatte die Fraktion den Beschluß gefaßt, es sei mit ihrer politischen Ehre unverträglich, für das Budget zu stimmen, da der Minister Bodman die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie ablehne. Einige Tage später aber hieß es im Karlsruher „Volksfreund“, es sei Pflicht der Fraktion gewesen, für das Budget zu stimmen, weil sie die Aufgabe hatte, den Minister Bodman vor dem Sturze zu bewahren!

Woher diese Sprünge? Dafür finden wir in dem zitierten Parteiorgan auch eine Erklärung:

„Herr v. Bodman ist, wie Genosse Dr. Frank einmal sagte, eine komplizierte Natur. . . . Zwar schleppt er das Bleigewicht veralteter Traditionen am Bein, aber schon mehr wie einmal hat er ein überraschendes Verständnis für die moderne gesellschaftliche Entwicklung und die in ihr wirkenden Kräfte bewiesen. So passiert es ihm, einmal nach links und einmal nach rechts anzustoßen.“

Stößt er nach links an, dann ist es mit der politischen Ehre unvereinbar, ihm das Budget zu bewilligen. Stößt er nach rechts an, dann muß es ihm bewilligt werden, um ihn vor dem Sturze zu bewahren.

Man denke, welch unersetzlicher Verlust für die Menschheit es wäre, wenn ein Minister der eben beschriebenen Art, ein Vertreter des unzuverlässigsten Zickzackkurses stürzte. Da versetzt man lieber der Parteidisziplin eine schallende Ohrfeige und sagt der Mehrheit der Genossen den Krieg an, als daß man einen solchen Musterminister gefährdete!

Und man denke, eine Fraktion, die ihre Stellung zur Regierung nicht nach deren Gesamthaltung festsetzt, sondern nach der letzten ihrer zufälligen Schwenkungen. Da es Herrn Bodman zufällig passierte, daß der letzte Anstoß vor der Budgetabstimmung, den er bewirkte, nicht nach links, sondern nach rechts ging, wurde der Gesamtregierung das Budget bewilligt, das ihr sonst verweigert worden wäre.

Offenbar ist Herr v. Bodman ein Schlaumeier, der seine Pappenheimer kennt. In seinen Taten „schleppt er das Bleigewicht veralteter Traditionen

am Bein", ist er sozialistenfeindlich, er verweigert der Sozialdemokratie die Gleichberechtigung. Aber seine Redensarten weiß er so zu drechseln, daß naive Gemüter daraus ein „überraschendes Verständnis für die moderne gesellschaftliche Entwicklung" heraushören. Und es genügt, daß er ein paar solcher Redensarten äußert, die zu nichts verpflichten, und sofort ist in unserer Fraktion aller Groll vergessen und Herr v. Bodman der Mann, der um jeden Preis, auch um den des Disziplinbruchs gehalten werden muß!

Die französischen Ministerialisten verlangten doch praktische Konzessionen, Ämter für sich und ihre Freunde. Die badischen Ministerialisten lassen sich schon durch leere Redensarten ködern.

Aber wozu der monarchistische Taumel? Wozu eben jetzt das geflissentliche Hervorkehren der Untertanentreue, das Wettrennen mit den bürgerlichen Parteien um die großherzogliche Gunst? Dafür wird uns nicht einmal der Versuch einer Erklärung gegeben. Wir müssen nach einer solchen selbst suchen.

Da gibt es nur eine, die einen Sinn hat und auch die Budgetbewilligung weit besser motiviert, als das Bedürfnis, die Dienste des so wechselvollen Herrn v. Bodman dem badischen Volke zu erhalten: diese Erklärung liegt in der Großblockpolitik, in dem Streben, mit den Nationalliberalen zusammen eine Regierungspartei auszumachen und diese Politik aus Baden auf das Reich zu übertragen. Auch das deutet der Artikel des Karlsruher „Volksfreund" an. Er sagte, es handelt sich darum, der Reaktion „eine aktionsfähige Mehrheit entgegenzustellen. Dies ist in Baden mit dem Großblock erstmals gelungen, und zwar mit einem Erfolg, der weit über die Grenzen Badens hinaus von großer Bedeutung ist".

Hier haben wir selbst den Hinweis darauf, daß wir es in der badischen Aktion nicht mit einem lokalen Vorkommnis zu tun haben, das die Genossen im übrigen Deutschland nichts angeht, sondern mit einem Vorkommnis, das „weit über die Grenzen Badens hinaus von großer Bedeutung ist".

Gleichzeitig mit der Budgetbewilligung erschienen in den „Monatsheften" Artikel, die für die Blockpolitik im Reiche eintraten als Mittel, „der Reaktion eine aktionsfähige Mehrheit entgegenzustellen", ein Mittel, das bei den nächsten Reichstagswahlen zur Anwendung kommen soll, wo die Sozialdemokratie Arm in Arm mit den Nationalliberalen vor die Wähler treten müsse, um für Deutschland die Freiheit zu erobern, für die die Nationalliberalen bekanntlich seit jeher bereit waren, ihr Herzblut hinzugeben.

Nur als Vorbereitung für die Wahlpolitik ist der badische Disziplinbruch zu verstehen. Nur daher auch das plötzliche Hervorkehren der Untertänigkeit der badischen Republikaner. Es gilt, sich bei den Nationalliberalen lieb Kind zu machen, ihnen zu beweisen, daß die Sozialdemokratie bereit ist, alle ihre Prinzipien an den Nagel zu hängen, wenn ihr dafür von den Nationalliberalen gnädigst erlaubt wird, in dem von ihnen kommandierten „Großblock" mitzutun.

Das ist des Pudels Kern. Und deshalb jetzt, vor dem Eintritt in die Agitation für die Reichstagswahlen, der Vorstoß.

IV.

Die Idee des Blocks von Bassermann bis Bebel sieht auf den ersten Blick ganz vernünftig aus: zersplittert sind wir nichts, vereint sind wir eine Macht. Und die nächsten Interessen der Liberalen wie der Sozialdemokratie sind die

gleichen: „die Überführung Deutschlands aus einem bureaukratischen Feudalstaat in einen verfassungsmäßigen, parlamentarisch geleiteten, liberal und industrialistisch geleiteten Staat". Stellen wir also alles zurück, was uns trennt, die Revolution und das Endziel, heben wir die gemeinsamen Aufgaben hervor, dann werden wir im Bunde mit den Liberalen einen gewaltigen Wahlsieg erfechten, der doch die Bourgeoisie nicht erschreckt, sondern an uns fesselt, so daß wir mit ihr gemeinsam einen „regierungsfähigen Block der Linken schaffen, der Zentrum und Konservative auf die Dauer in der Minderheit hält und durch seine positiv-fruchtbare Politik vor allem Volke den Beweis zu liefern vermag, daß ihm die Zukunft des deutschen Volkes auf die Dauer anvertraut werden darf".

Dies der Weg zur Macht, den Maurenbrecher vorschlägt und den die Badenser offenbar bereits eingeschlagen haben.

Die Gangbarkeit dieses Weges hängt davon ab, ob es möglich ist, das zurückzustellen, was uns trennt, ob unser nächster Weg in derselben Richtung geht, wie der des Liberalismus. Das erweist sich sofort als unmöglich, wenn man die politische Entwicklung nicht als rein parlamentarische auffaßt, nicht die Parteien ins Auge faßt, sondern die Klassen, die hinter ihnen stehen. Da zeigt sich's, daß die ökonomischen Interessen der Kapitalisten und die der Proletarier nicht erst in der fernen Zukunft, sondern bereits in der Gegenwart auf Schritt und Tritt auseinandergehen.

Und das „Endziel" selbst, ist es ein bloßer Traum der fernen Zukunft, der auf unsere Praxis nicht den mindesten Einfluß hat? Das Endziel ist nicht eine Forderung, die man nach Belieben aufstellt oder beiseite schiebt. Es entspringt der Erkenntnis, daß die kapitalistische Gesellschaft auf der Ausbeutung des Proletariats begründet ist und daß sich das Proletariat in dieser Gesellschaft zu keiner Lage erheben kann, die es befriedigt. Daß alle Verbesserungen seiner Lebens- und Arbeitsbedingungen durch Gewerkschaften und Sozialpolitik den auf seiner Ausbeutung beruhenden Klassengegensatz nicht verringern; daß ihre soziale Bedeutung vielmehr darin ruht, die Kampffähigkeit des Proletariats zu vermehren. Daß es daher die politische Macht nur dazu benutzen kann, der kapitalistischen Ausbeutung durch die Expropriation der Kapitalisten für immer ein Ende zu machen; daß es jeden Bruchteil politischer Macht, den es erringt, dazu benutzen muß, die Macht des Kapitals einzuschränken.

Das ist eine Erkenntnis, die, einmal gewonnen, nicht wieder verloren gehen kann. Und wenn wir selbst diese Erkenntnis verdunkeln wollten, würde dies bloß auf das Proletariat zurückwirken, nicht auf die Bourgeoisie. Diese hat ein zu ausgebildetes Klassenbewußtsein, als daß sie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit und die Gefahr der politischen Macht des Proletariats nicht schon frühzeitig begriffen hätte — lange vor Marx. Seit den Tagen der französischen Revolution hat jeder wirkliche Machtzuwachs des Proletariats die Bourgeoisie erschreckt und ins Lager der Reaktion getrieben, indes er gleichzeitig die Anforderungen des Proletariats an den Staat steigerte. Die Arbeiterklasse hat bisher noch keinen großen Sieg errungen, der nicht die Kluft zwischen ihr und der gesamten Bourgeoisie erweitert hätte. Nichts anderes kann auch die Folge der nächsten Reichstagswahl sein, wenn sie wirklich für unsere Partei den großen Sieg bringt, den alle Welt erwartet.

Sollte es aber nächste „gemeinsame Aufgaben“ von Liberalismus und Sozialismus geben, so großartiger Natur, daß sie die Gegensätze zwischen beiden Parteien wenigstens vorübergehend zu überwinden vermöchten?

Die eine dieser Aufgaben soll darin bestehen, Deutschland in einen „industrialistisch regierten Staat“ zu verwandeln. Das ist eine jener nationalsozialen Phrasen, die Maurenbrecher seinem Lehrer Naumann nachschwätzt, eine schillernde Seifenblase, die platzt, sobald man sie berührt. Leidet das deutsche Volk etwa unter einem Mangel an Industrialismus? In keinem Lande der Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, hat sich in den letzten vierzig Jahren der industrielle Kapitalismus so gewaltig entwickelt wie in Deutschland. Die Verwandlung des jetzigen Deutschland aus einem Feudalstaat in einen Industriestaat zu fordern, ist eine Sinnlosigkeit. Soll Deutschland etwa kein Industriestaat sein, weil die preußischen Junker noch solche Macht haben? Da könnte man ebensogut England einen Feudalstaat nennen, wo der Großgrundbesitz und das Haus der Lords mindestens ebenso fest wurzeln wie in Preußen das Junkertum. Die Macht der preußischen Junker beruht heute nicht auf ihrer Beherrschung der Kapitalisten, sondern auf ihrer Unterstützung durch die Kapitalisten. Das Junkertum selbst ist völlig dem Feudalismus entwachsen, durch und durch industrialisiert und kapitalisiert und an der weiteren Industrialisierung Deutschlands aufs lebhafteste beteiligt.

Was heißt aber überhaupt „industrialistisch“ regieren? Doch nicht die Industrie künstlich stärker entwickeln als die Landwirtschaft? Daran denkt niemand. Tatsächlich handelt es sich aber auch den industriellen Kapitalisten ebensowenig um die Industrie wie den Grundbesitzern um die Landwirtschaft. Das sind schöne Worte, um die Interessenpolitik für die naive Masse zu verstecken. Die Kapitalisten treiben Industrie um des **Profits** willen, wie die Grundbesitzer Landwirtschaft treiben oder, beim Pachtsystem, treiben lassen um der **Grundrente** willen. Die einen sagen, sie wollen die Ernährung des deutschen Volkes sicherstellen, und verstehen darunter die Erhöhung der Grundrente durch Verteuerung der Lebensmittel. Die anderen erklären, sie wollen dem deutschen Volke Beschäftigung geben, und verstehen darunter die Erhöhung des Profits durch vermehrte Ausbeutung der Arbeiter. Ein industrialistisch regiertes Deutschland ist für sie ein Deutschland, in dem die Staatsgewalt für den Profit der Kapitalisten besorgt ist.

Sollte die Sorge für den industriellen Profit wirklich eine gemeinsame Aufgabe sein, die Arbeiter und Kapitalisten zusammenkettet und aus ihnen eine eherne Phalanx gegenüber den Grundbesitzern macht?

Und die andere Aufgabe, die Ersetzung des persönlichen und bureaukratischen Regimes durch ein parlamentarisches, also Unterwerfung der Regierung unter das Parlament? Das ist sicher eine der wichtigsten Aufgaben für die **Sozialdemokratie**. Aber seit wann ist es eine für die **Nationalliberalen**? Sie ist es heute weniger als je.

In dem Maße, in dem das Proletariat politische Fortschritte macht, schwindet in den besitzenden Klassen das Bedürfnis, im Parlament die oberste Macht des Landes zu besitzen, wächst in ihnen das Bedürfnis nach Erstarkung der Regierungsgewalt gegenüber dem Parlament. Das sehen wir in England, wo das Königtum in den letzten Jahren eine Macht erlangt hat, wie es sie schon lange nicht besaß. Wir sehen es in der Republik

Amerika, wo Roosevelt die Stellung eines ungekrönten Königs einnimmt. Wir sehen es in Frankreich, wo der neue Autokrat ausgerechnet ein ehemaliger Apostel des Generalstreiks ist. Und gerade jetzt sollten die Nationalliberalen in Deutschland, die so unendlich viel feiger sind als die Liberalen Englands, Frankreichs, Amerikas, entschlossen sein, die Macht der deutschen Regierungen zu brechen, und dazu die Hilfe der Sozialdemokratie anrufen?

Die Gratulationscour bei der silbernen Hochzeit des Großherzogs soll wohl den gemeinsamen Kampf der beiden Verbündeten gegen die Regierungen feierlich eröffnen?

Es kann nichts Lächerlicheres geben als den Glauben, ein Bündnis mit den Nationalliberalen zu einem „regierungsfähigen Block“ sei der Weg, der das Proletariat zur Macht führt. Selbst wenn wir alle unsere Grundsätze über Bord würfen, aus Sozialdemokraten Nationalsoziale würden, was sich Maurenbrecher offenbar ebenso einfach vorstellt wie die Verwandlung aus einem Nationalsozialen in einen Sozialdemokraten; selbst wenn wir kaisertreue Kolonialschwärmer und Flottenpatrioten würden, erhöhte Zivillisten und Kriegsrüstungen mit Begeisterung votierten, um unsere „Regierungsfähigkeit“ zu erweisen, würde das „herzliche Einvernehmen“ mit den Nationalliberalen schon an der Frage des preußischen Wahlrechts scheitern. Wollen sie es doch noch plutokratischer gestalten, als es ohnehin schon ist!

„Der wichtigste Schritt“, sagt Maurenbrecher, „auf dem Wege zur Macht ist, daß es uns gelingt, im kommenden Reichstag die liberal-sozialdemokratische Abwehrmajorität gegen die Konservativen auch zu einer positiv-fruchtbaren Arbeitsmajorität auszugestalten.“

Man nenne uns eine, aber auch nur eine einzige „positive“ Arbeit zugunsten des Proletariats, die von dieser „Arbeitsmajorität“ zu erwarten wäre.

Die Nationalliberalen und selbst der größte Teil der Freisinnigen sind ebenso unsere Gegner, ebenso geneigt, jegliche Reaktion mitzumachen, wie der schwarzblaue Block. Nur eines verbündet uns mit ihnen: die momentane gemeinsame Gegnerschaft gegen das Zentrum.

Diese beruht aber bei uns auf ganz anderen Motiven wie bei ihnen und erfordert bei uns eine ganz andere Art der Bekämpfung. Nicht einmal bei der Propaganda gegen das Zentrum dürfen wir mit den Nationalliberalen ins gleiche Horn blasen.

Das erfordert eine kleine Erläuterung.

Die Gegensätze der Parteien sind in letzter Linie zurückzuführen auf die Gegensätze der Klassen, die sie vertreten. Jede Partei sucht die Staatsmacht zu erobern, um sie den Interessen bestimmter Klassen dienstbar zu machen, dadurch Staat und Gesellschaft in bestimmtem Sinne zu gestalten. Die Ziele ihres politischen Kampfes legt sie in einem Programm nieder.

Aber bei den bürgerlichen Parteien sehen wir, daß sie sich im Laufe der Entwicklung einander immer mehr nähern, ihre programmatischen Gegensätze immer mehr abstumpfen oder ihr Programm immer mehr aus den Augen verlieren. Sie werden eben immer mehr konservativ, Staat und Gesellschaft sind im wesentlichen bereits ihren Interessen gemäß eingerichtet, ihre kleinen Gegensätze treten immer mehr zurück hinter den großen Gegensatz zum Proletariat, von dessen Ausbeutung sie alle leben; und ihr Bedürfnis, den Staat noch

mehr als bisher in ihrem Sinne umzugestalten, tritt zurück hinter das Bedürfnis, ihn so zu erhalten, wie er ist, um ihn vor der Umgestaltung durch das Proletariat zu behüten.

Aber diese Tendenz zur Annäherung der bürgerlichen Parteien aneinander wird immer wieder durchbrochen durch neue Tendenzen, die nach stets wachsender Entzweiung der Parteien streben.

Dahin wirkt vor allem der „neue Mittelstand", der an Stelle des versinkenden alten tritt, die Scharen der Intellektuellen und ihrer Handlanger, die sich aus dem Nachwuchs des alten Mittelstandes, überschüssigem Nachwuchs der Kapitalistenklasse und einzelnen aufsteigenden Spitzen der Arbeiterklasse rekrutieren.

Diese Scharen wachsen rasch an, weit rascher als die Nachfrage nach ihren Diensten. Auch in ihren Reihen bildet sich Überproduktion. Um so wichtiger wird für sie der Staat. Dessen Bedarf an Hilfskräften aller Art, hohen und niederen Beamten, wächst einesteils infolge der Zunahme der Funktionen des Staates, andererseits auch infolge der Ausdehnung des Staatsgebiets durch die Kolonialpolitik: der Staatsdienst gewinnt so für den neuen Mittelstand immer größere Bedeutung. Zugleich auch die Staatslieferungen immer größere Bedeutung für die verschiedensten Warenproduzenten.

Indes, so groß die Staatskrippe ist und so sehr sie ununterbrochen wächst — sie reicht doch nicht aus, aller Nachfrage nach Stellen zu genügen, alle zu versorgen, die versorgt sein möchten. Ein Teil bleibt von der Krippe ausgeschlossen. Die Regierung aber ist es in letzter Linie, die entscheidet, wer an die Krippe darf, wer nicht. Ihre Freunde werden zugelassen, ihre Gegner ausgeschlossen.

So ersteht für die einzelnen Parteien ein zweites Motiv, nach der Staatsgewalt zu streben, neben dem, die Macht zur Durchführung ihres Programms zu erringen: das, die Verfügung über alle die unzähligen Posten und Pöstchen zu erlangen, die von der Regierung besetzt werden. Vom Beginn des modernen Staates an war dieses Bestreben bei den bürgerlichen Parteien vorhanden. Es tritt jedoch in dem Maße in den Vordergrund, in dem das andere Motiv zurücktritt. Je weniger ernst es den Parteien ist, die Regierung zu gewinnen, um ihr Programm durchzuführen, um so ernster wird für sie die Gewinnung der Regierung zur Ausnutzung des Staates für ihren Anhang als Versorgungsanstalt. Der Weg zur Macht erhält so für sie eine eigenartige Bedeutung. Die Macht, die sie anstreben, ist schließlich nicht mehr die Macht, den Staat umzugestalten, sondern nur noch die, den Staat auszubeuten.

In den verschiedenen Staaten sind je nach ihrer historischen Entwicklung die Kriterien sehr verschieden, nach denen die Zulassung zum Staatsdienst oder das raschere Fortkommen in ihm bestimmt wird. In Österreich bildet die Zugehörigkeit zu bestimmten Nationalitäten dabei eine große Rolle. Im Deutschen Reiche die Religion. Es macht einen gewaltigen Unterschied im Fortkommen, ob man Protestant, Katholik oder Jude ist.

Die Parteien, welche die bisher im Staatsdienst begünstigten Kategorien vertreten, kämpfen mit Nägeln und Zähnen dafür, dies Privileg aufrechtzuerhalten. Die Vertreter der zurückgesetzten oder gar ganz ausgeschlossenen Kategorien kämpfen ebenso wütend dafür, selbst zur Macht zu kommen, um das Privileg zu brechen. Obwohl die Prinzipienkämpfe der bürgerlichen Parteien immer mehr aufhören, tritt doch nicht Friede unter ihnen ein, sondern

ihre Kämpfe werden oft noch erbitterter als bisher, gerade deswegen, weil sich's dabei nicht mehr um große, weltbewegende Ideen, sondern um bloße Geldgeschäfte handelt. So groß kann die Wut der Kämpfenden werden, daß manche unter ihnen dabei sich schließlich dazu versteigen, im Kampfe um den Futtertrog die Unterstützung sogar der Sozialdemokraten anzurufen, von denen man doch durch eine tiefe Kluft getrennt ist.

Die gewöhnliche Methode ist das freilich nicht, schon deshalb nicht, weil ja die Sozialdemokraten noch nicht über die Regierungsgewalt verfügen, und wenn sie einmal darüber verfügten, allem Ausbeutungsunwesen ein Ende machen würden. Der nächste und gangbarste Weg ist der, sich dem Herrn der Regierungsgewalt als verwendbare Diener anzubieten, ihm zu zeigen, daß man alle Prinzipien als schädlichen Ballast betrachtet und bereit ist, dem Herrn ebensogut zu dienen und noch billiger als die eben im Amte befindliche Konkurrenz, daß man als Demokrat bereit ist, jede Erhöhung der Zivilliste und des Militärbudgets mit Hurra zu bewilligen.

Indes das genügt nicht immer, um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Man muß auch zeigen, daß man bequemeres Regieren verheißt als sie, das heißt, man muß trachten, sie im Parlament in die Minorität und sich selbst in die Majorität zu bringen.

Dazu gibt es zwei Wege. Einmal den, sich mit anderen Parteien zu verbinden, wenn man allein nicht über die Mehrheit verfügt. Das war ehedem nicht leicht, solange die Parteien noch für Programme und Prinzipien fochten. Nur einander verwandte Parteien konnten sich verbünden. Heute geht das einfacher. Man verbündet sich ja nicht, um irgend ein Programm durchzuführen, sondern um „regierungsfähig" zu werden, das heißt Zutritt zur staatlichen Versorgungsanstalt zu erlangen. Sobald man sich mit anderen Mitstrebern darüber verständigt hat, liegt dem Zusammentreten zu einer „positivfruchtbaren Arbeitsmajorität" nichts mehr im Wege. Der Bülowblock hat gezeigt, daß sogar eine Koalition zwischen Freisinnigen und Konservativen nicht mehr zu den Unmöglichkeiten gehört.

Störend wirkt dabei nur eins: Jede der Cliquen möchte so viel als möglich aus dem Staate herausholen, das setzt aber voraus, daß vorher auch recht viel hineingetan wird. Darüber, daß die jetzigen Ausgaben des Staates in ihrer bisherigen Höhe verbleiben müssen und die Masse der arbeitenden Schichten zu ihrer Deckung aufkommen muß, sind sie alle einig. Aber die Belastung der Volksmassen findet ihre Grenzen, wird auch immer gefährlicher. Die Besitzenden müssen schließlich ebenfalls zu den Staatslasten zugezogen werden — jeder will aber so viel als möglich nehmen, so wenig als möglich geben. Jede Clique sucht das Zahlen den anderen zuzuschieben, wenn einmal die Besteuerung der Besitzenden unvermeidlich wird. Darüber entspinnen sich oft die wütendsten Kämpfe. Dieselben Elemente, die mit größter Gemütsruhe den arbeitenden Klassen die größten Lasten auferlegen, geraten außer sich und erklären die heiligsten Güter der Menschheit für bedroht, sobald ihnen eine neue, wenn auch noch so unbedeutende Steuer zugemutet wird. In Geldsachen hört leicht nicht nur alle Gemütlichkeit, sondern auch alle Blockpolitik auf.

Außer durch Bündnisse mit anderen Parteien kann man auch durch Veränderungen des Wahlrechts die Stärke der eigenen Partei vermehren. Neben dem wachsenden Ansturm der Sozialdemokratie ist dies einer der Gründe, warum in den verschiedensten Ländern und Gemeinden Wahlrechtsänderungen

in letzter Zeit vorgenommen werden. Aber auch hier handelt es sich bei den bürgerlichen Parteien nicht mehr um Prinzipien und Programme, sondern nur noch um Mandate.

Nur die Sozialdemokratie verficht in dieser wie in jeder anderen Sache stets den gleichen prinzipiellen demokratischen Standpunkt. Die Forderungen und Bestrebungen jeder einzelnen bürgerlichen Partei, selbst der bürgerlichen Demokratie, wechseln dagegen mit den Umständen. Wo es profitabel ist, tritt nicht bloß der Freisinn, sondern auch das Zentrum fürs allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ein. Neben der Sozialdemokratie waren es die Ultramontanen in Süddeutschland wie in Österreich, die die letzten Wahlreformen machten. Aber derselbe Freisinn, der in Preußen anscheinend eine Verbesserung des Wahlrechts fordert, verschlechtert das Wahlrecht, wo ihm die Sozialdemokratie auf den Fersen ist, und dasselbe Zentrum, das in Bayern die Wahlreform förderte, hindert sie in Preußen. Nirgends ein großzügiges Programm, überall nur kleinliche Berechnung des nächstliegenden Augenblicksvorteils.

Auch bei dieser Rauferei um die Mandate gibt es oft lebhafte Kämpfe zwischen den bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokratie muß natürlich alle Zwistigkeiten zwischen ihren Gegnern zu ihren Gunsten auszunützen suchen, mögen deren Differenzen auch nicht mehr, wie ehedem, prinzipiellen Gegensätzen, sondern nur noch dem Hunger nach Ämtern und Liebesgaben und der Abneigung vor der Tragung von Staatslasten entspringen. Sie muß jeweilig einzelne Parteien gegen andere unterstützen, wie sie es seit jeher getan. Aber sie kann das nur tun, um dabei bestimmte einzelne Erfolge zu erreichen, etwa eine bestimmte Wahlreform durchzusetzen, die schon beraten wird, oder eine bestimmte Steuer abzulehnen, die vorgeschlagen ist. Dagegen wäre es schlimmer als zwecklos, wollte sie sich mit einzelnen bürgerlichen Parteien zu einer längeren Aktion oder gar zu einer festen, dauernden Regierungsmehrheit vereinigen. Derartiges erwies sich schon undurchführbar zu der Zeit, wo die bürgerlichen Parteien noch feste, weithinschauende Programme hatten. Selbst damals, als der deutsche Liberalismus noch etwas an sich hatte, das nach revolutionärem Charakter aussah, wurde er die Furcht vor der politischen Macht des Proletariats und den Gegensatz des Kapitalisten zum Arbeiter nicht los. Heute aber ist auf keine der bürgerlichen Parteien in irgendeiner der Fragen, die das Proletariat interessieren, irgendwie ein Verlaß möglich.

Man spricht von einem liberal-sozialdemokratischen Block zur Bekämpfung der Reaktion des Zentrums und der Konservativen. Jedoch gestern erst mußten unsere Genossen in Süddeutschland mit dem Zentrum Hand in Hand gehen, um den liberalen Widerstand gegen die Wahlreform zu überwinden, und gestern erst fanden sich die Freisinnigen mit den Konservativen in Preußen zusammen, um eine „positiv-fruchtbare Arbeitsmajorität“ zu bilden.

Sicher müssen wir heute das Zentrum bekämpfen wegen seiner reaktionären Politik. Aber die Liberalen bekämpfen es nicht aus dem gleichen Grunde. Sie waren bereit und sind bereit, mit den Konservativen gemeinsame Politik zu machen. Was sie gegen das Zentrum erbittert, das ist die Tatsache, daß es den Konservativen ermöglicht, reaktionäre Politik ohne Liberale zu treiben, daß der Platz an der Futterkrippe durch klerikale Streber besetzt wird, auf den die liberalen Streber Anspruch erheben. Die liberalen und klerikalen Streber gleichzeitig zu befriedigen, geht schwer an, dazu ist der Ausbeutungsorganismus des

Staates noch nicht groß genug. Die Liberalen hassen die Klerikalen, aber sie sind stets bereit, um sie zu ersetzen, an ihrer Stelle reaktionäre Politik zu machen.

Und das sind die Bundesgenossen, die wir uns suchen sollen, um derentwillen wir alles aufgeben sollen, was unsere Sache groß und siegreich macht!

Man muß alles sozialistische Empfinden verloren haben, muß alles prinzipielle Denken verlernt oder nie besessen haben, muß sich ganz vom bürgerlichen Beispiel, von dem Vorbild der jetzigen, nicht ehemaliger bürgerlicher Politik beherrschen lassen, um die Kühnheit aufzutreiben, unserer Partei zu raten, sich mit den Nationalliberalen zu einer Regierungsmehrheit in gleicher Weise zusammenzutun, wie es die Freisinnigen mit den Konservativen taten.

Der Karlsruher „Volksfreund" hat recht, wenn er erklärt, die „Prinzipienreiterei" komme bei der Großblocktaktik „nicht auf ihre Kosten". Allerdings, wenn er hinzufügt, die „Prinzipienreiterei" sei ein „ebenso leichtes wie bequemes Vergnügen", so beweist er damit, daß er nicht weiß, was ein Prinzip ist, auf welche Weise man sich zu Grundsätzen durchringt, in welcher Weise man unter ihrer Leitung kämpft. Er scheint unter Prinzipien leere Redensarten zu verstehen. Jeder urteilt über Prinzipien nach denjenigen, die er hat.

Wenn unsere Partei sich soweit kastrieren würde, daß sie selbst die Gegnerschaft der Nationalliberalen in Zutrauen verwandelte, so würde sie doch dabei nicht einmal vorübergehend gewinnen — weder sie noch das Proletariat, denn das gemeinsame Arbeiten wäre ja nur dadurch möglich, daß unsere Partei alles vermiede, was bei den Liberalen Anstoß erregen könnte, wie ja auch schon das badische Beispiel beweist, wo unsere Genossen im Landtag sich gezwungen sahen, die neue Gemeindeordnung, die das Dreiklassenwahlsystem verewigt und die Arbeiter dauernd hindert, zur Mehrheit in der Gemeindevertretung zu gelangen, als demokratische Errungenschaft zu preisen. Denn um ihre nationalliberalen Bundesgenossen nicht abzustoßen, durften sie nicht eine Agitation für das gleiche Wahlrecht zur Gemeindeordnung im Lande entfalten.

Der ganze Effekt der Großblockpolitik, wenn sie im Reich überhaupt möglich wäre, könnte höchstens der sein, daß wir den Liberalen als Stufe dienten, über die sie zur Staatskrippe hinaufstiegen, um dieselbe reaktionäre Politik mit einigen unbedeutenden Variationen zu machen, die jetzt gemacht wird: Weltpolitik, Flottenpolitik, Vermehrungen der Landarmee, Erhöhung der Zivilliste, Fortsetzung der Schutzzollpolitik, Verschleppung der preußischen Wahlreform. Geändert hätte sich nichts als eine Kleinigkeit: Wir hätten uns selbst mattgesetzt, wären nicht mehr imstande, alledem entgegenzutreten, ja wir würden sogar die Mitschuldigen an allen diesen Dingen werden. Freilich, ein nationalsoziales Herz würde das nicht schwer empfinden und wir gewönnen dafür die unschätzbare Genugtuung, daß einmal am Ende selbst ein deutscher Reichskanzler unsere Bewegung als eine Kulturbewegung bezeichnete!

War die Idee des Blocks der Linken von Bassermann bis Bebel stets eine Torheit — vom sozialdemokratischen, nicht vom bürgerlichen Standpunkt —, so nie mehr als im jetzigen Moment. Alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme sind moralisch bankrott. Die Teuerung, die Steuererhöhungen, das Wettrüsten, der wachsende Notstand von Volk und Reich, das alles erregt steigende Erbitterung in allen unteren Volksschichten, weit über die eigentliche Arbeiterklasse hinaus, eine Erbitterung, die sich gegen alle Parteien richtet, deren Mitschuld an dem bestehenden Regierungssystem außer Frage ist, nicht bloß gegen

die Parteien des schwarzblauen Blocks, sondern auch gegen die des Bülowblocks.

Nur zur Sozialdemokratie haben die Massen noch Zutrauen, weil sie die einzige Partei ist, die dem herrschenden Regime in unversöhnlicher Feindschaft gegenübersteht, die einzige, die mit ihm nicht paktiert, die nicht ihre Grundsätze für Ämter verkauft; die einzige, die energisch gegen den Militarismus, das persönliche Regime, das Dreiklassenwahlsystem, die Hungerzölle zu Felde zieht.

Darauf beruht die ungeheure Werbekraft, die unsere Partei heute ausübt. Daher die blasse Furcht unserer Gegner vor den nächsten Wahlen, daher der große Erfolg, den sie uns versprechen. Wie weit sie uns einen Mandatsgewinn bringen, das läßt sich heute nicht berechnen, da die gegenwärtige Situation ganze große Volksschichten uns zugewandt hat, die uns bisher ferne standen. Sicher aber ist ein großer Zuwachs an Stimmen — wenn wir bleiben, was wir waren, die Todfeinde des bestehenden politischen und sozialen Zustandes, der die Massen immer quälender bedrückt, dessen Überwindung sie immer heißer herbeisehnen.

Treten wir dagegen in den Wahlkampf, Arm in Arm mit den Freisinnigen oder gar mit den Nationalliberalen, machen wir uns zu ihren Mitschuldigen, erklären wir uns bereit zu der gleichen Erbärmlichkeit, deren sich die Freisinnigen schuldig machten durch ihr Eintreten in den Bülowblock, so enttäuschen wir die Massen; wir stoßen sie von uns ab und ertöten das politische Leben. Denn wenn selbst die Sozialdemokratie als Oppositionspartei versagt, wenn selbst sie bereit ist, ihre Grundsätze zu verraten, sobald sie dadurch „regierungsfähig" wird, dann verlieren alle von den heutigen Zuständen Bedrängten das Zutrauen, durch politischen Kampf vorwärts zu kommen; dann säen wir auf der einen Seite die Saat der politischen Gleichgültigkeit und auf der anderen die des anarchistischen Syndikalismus.

V.

Die Großblockpolitik bei den Reichstagswahlen wäre schlimmer als ein Verbrechen, sie wäre eine ungeheure Dummheit. Es ist auch ganz sicher, daß die überwiegende Mehrheit der Genossen sie ohne weiteres entschieden ablehnt. Das wissen die Verfechter dieser Politik selbst. Aber sie geben die Hoffnung nicht auf. Können sie die Partei nicht veranlassen, die Großblocktaktik zu machen, so erwarten sie doch, durch ein „kluges" Vorgehen es dahin zu bringen, daß die Partei die Taktik des Blocks der Linken dort duldet, wo diese Taktik Gläubige findet. Dazu soll die Durchbrechung der Parteidisziplin dienen. Es handelt sich darum, die Bahn frei zu machen für eine Wahlpolitik unter dem Zeichen des Blocks der Linken nicht bloß in Baden, sondern „weit über die Grenzen Badens hinaus".

Darum auch der Disziplinbruch gerade im jetzigen Moment. Es erscheint unerklärlich, wie Genossen es fertig bringen können, gerade jetzt, vor den Reichstagswahlen, die diesmal von entscheidendster Bedeutung werden, wo wir die Einigkeit notwendiger brauchen als je, ohne Not einen Zankapfel in unsere Reihen zu werfen, der sie mit der schlimmsten Zerklüftung bedroht. Es wäre unerklärlich, wenn es nicht gerade die Aufgabe des Zankapfels wäre, jene Zerklüftung für die Wahlbewegung zu schaffen.

Die Badenser Abgeordneten wollen freie Bahn gewinnen, um den Wahlkampf im Namen und im Sinne des Blocks der gesamten Linken zu führen.

Sie rechnen darauf, daß unmittelbar vor den Wahlen der Parteitag es nicht wagen wird, energisch gegen ihren Disziplinbruch vorzugehen, sondern sich mit einiger Entrüstung begnügen wird.

Wäre es aber nicht doch möglich, daß ihre Spekulation auf die Zwangslage der Partei sich als falsch erweist? Wenn man sagt: nur keinen Streit am Tage vor der Schlacht, so darf man wohl mit der Frage antworten: wann ist es mehr geboten, die Disziplin aufrecht zu halten, als am Tage vor der Schlacht?

Der große moralische Wert der Disziplin, der sie unschätzbar für jeden Kampf großer Massen macht, beruht in der Tatsache, daß unter ihr jeder Kämpfende sich auf alle Mitkämpfer fest verlassen kann, er sicher ist, daß sie alle in gleicher Hingebung gegen den gleichen Feind der gleichen Parole folgen und dadurch den Erfolg sichern.

Man kann nicht mit voller Zuversicht kämpfen, wenn man neben sich Kameraden weiß, die bereit sind, aus den Reihen zu treten, um mit dem Feinde zu paktieren. Wir müssen, ehe der Wahlkampf beginnt, der vollsten und aufrichtigsten Disziplin aller unserer Genossen sicher sein. Wir können nicht mit Elementen zusammenkämpfen, die sie uns verweigern.

Man glaube ja nicht, daß es sich bei der badischen Budgetbewilligung um ein Ding der Vergangenheit handelt. Nein, der Disziplinbruch hängt aufs engste zusammen mit dem kommenden Wahlkampf. Läßt man ihn hingehen, erklärt die Partei, sie sei wegen der Nähe des Wahlkampfes nicht imstande, die Befolgung der Parteidisziplin zu erzwingen, so öffnet sie damit Tür und Tor allen Disziplinbrüchen mitten im Wahlkampf selbst. Dann haben wir statt eines einheitlichen Wahlkampfes das greulichste Chaos, dann kämpfen die einen Wahlkreise unter dem Zeichen des Blocks der Linken und die übrigen unter dem Zeichen der Gegnerschaft gegen alle bürgerlichen Parteien. Welche Gegnerschaft natürlich nicht ausschließt — das sei hier bemerkt, um Mißverständnissen vorzubeugen —, daß wir wie stets bei Stichwahlen für das kleinere Übel stimmen, und daß diesmal wohl überall das Zentrum als der Übel größtes erscheint. Das ist ja selbstverständlich, schließt aber nicht aus, daß unsere Agitation allen bürgerlichen Parteien die Maske vom Gesicht reißt, keine schont.

Wird die badische Großblocktaktik konsequent weiter entwickelt, dann muß es auch noch dahin kommen, daß die Sozialdemokratie davon absieht, eigene Kandidaten in Wahlkreisen aufzustellen, wo sie selbst keine Aussicht hat und die Wahl eines Liberalen gefährdet; daß schon für die Hauptwahlen von Nationalliberalen und Sozialdemokraten gemeinsame Kandidaten aufgestellt werden. Unser Darmstädter Kandidat Quessel befürwortet das bereits ganz offen.

Wer so denkt wie die Mehrheit der badischen Landtagsfraktion, der ist von solcher Wahltaktik nicht entfernt, und in einem Jahre kann ja der badische Großblock noch nette Früchte bringen.

Gerade die Notwendigkeit der Einheit im Wahlkampf mahnt uns also aufs dringendste, die Dinge nicht einfach laufen zu lassen, sondern jeder Möglichkeit eines Disziplinbruchs einen festen Riegel vorzuschieben.

Die Theorie und die Praxis.[1]

Von Rosa Luxemburg.

(Schluß.)

IV.

Im Lichte der Konsequenzen, die sich aus der neuesten Theorie des Genossen Kautsky ergeben, kommt erst deutlich zutage, wie sehr diese Theorie von Grund aus verfehlt ist. Die in der Geschichte der modernen Klassenkämpfe beispiellose Massenstreikaktion des russischen Proletariats aus der sozialen Rückständigkeit Rußlands ableiten, heißt mit anderen Worten die hervorragende Bedeutung, die führende Rolle des städtischen großindustriellen Proletariats in der russischen Revolution durch die „Rückständigkeit" Rußlands erklären, heißt also die Dinge direkt auf den Kopf stellen. Es war nicht die ökonomische Zurückgebliebenheit, sondern gerade die hohe Entwicklung des Kapitalismus, der modernen Industrie und des Verkehrs in Rußland, was jene grandiose Massenstreikaktion ermöglicht und bedingt hat. Nur weil das städtische Industrieproletariat in Rußland bereits so zahlreich, in großen Zentren zusammengefaßt, von dem Klassenbewußtsein so stark ergriffen, nur weil der echt moderne kapitalistische Gegensatz so weit gediehen war, konnte der Kampf um die politische Freiheit in entschlossener Weise nur von diesem Proletariat geführt, als solcher aber kein reiner Verfassungskampf nach liberalem Rezept, sondern ein echter moderner Klassenkampf in seiner ganzen Breite und Tiefe werden, in dem sowohl um ökonomische wie um politische Interessen der Arbeiter gestritten wurde, gegen das Kapital wie gegen den Zarismus, um den Achtstundentag wie um die demokratische Verfassung. Und nur weil die kapitalistische Industrie und die mit ihr verbundenen modernen Verkehrsmittel bereits zur Existenzbedingung des wirtschaftlichen Lebens des Staates geworden, konnten die Massenstreiks des Proletariats in Rußland

---

[1] Der ebenso unmotivierte wie scharfe Angriff der Redaktion der „Neuen Zeit" in der letzten Nummer und ihre Behauptung, daß mein Artikel „im gegenwärtigen Moment der Sache des Proletariats nur schaden könne", zwingen mich zur folgenden Erwiderung:

1. Ich weise mit aller Entschiedenheit die Behauptung der Redaktion zurück, als handle es sich in der vorliegenden Diskussion um „meine Angelegenheit", die mir „so ungeheuer wichtig" erscheine. Die Frage des preußischen Wahlrechtskampfes und der in ihm anzuwendenden Taktik ist nicht „meine" Angelegenheit, sondern die der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands.

2. Die Wahlrechtsfrage steht auf der Tagesordnung des Parteitags in Magdeburg, ist auch nach dem Vorfall in Baden von der Tagesordnung nicht abgesetzt worden. Es besteht deshalb für die Parteipresse, in erster Linie für das theoretische Diskussionsorgan der Partei, die einfache Pflicht, die Debatten des Parteitags durch allseitige Klärung der Frage vorzubereiten.

3. Die Anklage, ich entfache „Streit im eigenen Lager des Marxismus", ist unbegründet. Der Marxismus ist nicht eine Clique, die es nötig hätte, ernste sachliche Meinungsdifferenzen vor der Welt zu vertuschen. Er ist eine große geistige Bewegung, die wir nicht mit uns paar Leuten identifizieren dürfen, eine Weltanschauung, die im offenen freien Ideenkampf groß geworden ist und nur in ihm sich vor Verknöcherung zu bewahren vermag.

4. Die Erklärung der Redaktion, mein Artikel „stelle sich die Aufgabe, den Parteivorstand, den ‚Vorwärts', überhaupt jene Elemente usw. zu diskreditieren", läuft auf die Behauptung hinaus, daß wer die leitenden Parteiorgane und die von ihnen befolgte Politik kritisiert, dabei nur die Absicht haben könne, sie zu „diskreditieren". Das ist wörtlich dasselbe Argument, womit bis jetzt die Gewerkschaftsführer jede Kritik an der Politik der Gewerkschaften, insbesondere auch die Kritik des Redakteurs der „Neuen Zeit", abzuwehren suchten. Die Redaktion eines theoretischen Diskussionsorgans der Partei sollte die allerletzte

eine so erschütternde, ausschlaggebende Wirkung erzielen, daß die Revolution mit ihnen ihre Siege feierte und mit ihnen unterlag und verstummte.

Ich finde momentan keine genauere Formulierung derjenigen Momente, auf die es hier ankommt, als die ich schon einmal in meiner Schrift über den Massenstreik aus dem Jahre 1906 gegeben:

„Wir haben gesehen", schrieb ich dort, „daß der Massenstreik in Rußland nicht ein künstliches Produkt einer absichtlichen Taktik der Sozialdemokratie, sondern eine natürliche geschichtliche Erscheinung auf dem Boden der jetzigen Revolution darstellt. Welche sind nun die Momente, die in Rußland diese neue Erscheinungsform der Revolution hervorgebracht haben?

„Die russische Revolution hat zur nächsten Aufgabe die Beseitigung des Absolutismus und die Herstellung eines modernen bürgerlich-parlamentarischen Rechtsstaats. Formell ist es genau dieselbe Aufgabe, die in Deutschland der Märzrevolution, in Frankreich der großen Revolution am Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts bevorstand. Allein die Verhältnisse, das geschichtliche Milieu, in dem diese formell analogen Revolutionen stattfanden, sind grundverschieden von denjenigen des heutigen Rußland. Das Entscheidende ist der Umstand, daß zwischen jenen bürgerlichen Revolutionen des Westens und der heutigen bürgerlichen Revolution im Osten der ganze Zyklus der kapitalistischen Entwicklung abgelaufen ist. Und zwar hatte diese Entwicklung nicht bloß die westeuropäischen Länder, sondern auch das absolutistische Rußland ergriffen. Die Großindustrie mit allen ihren Konsequenzen, der modernen Klassenscheidung, den schroffen sozialen Kontrasten, dem modernen Großstadtleben und dem modernen Proletariat, ist in Rußland die herrschende, das heißt in der sozialen Entwicklung ausschlaggebende Produktionsform geworden. Daraus hat sich aber die merkwürdige, widerspruchsvolle geschichtliche Situation ergeben, daß die nach ihren formellen Aufgaben bürgerliche Revolution in erster Reihe von einem modernen klassenbewußten Proletariat ausgeführt wird

---

sein, die zu kleinlichen Verdächtigungen der Kritiker innerhalb der Partei greift, auch wenn sie sich zufällig selbst unter den Kritisierten befindet.

5. Die mir von der Redaktion aus Rücksicht auf die badische Budgetabstimmung zugemutete Abbrechung der Diskussion über den preußischen Wahlrechtskampf bedeutete, daß wir die Fragen des Kampfes gegen die bürgerlichen Gegner auf unbestimmte Zeit zurückstellen, um uns ausschließlich für den Kampf in den eigenen Reihen zu sammeln. Da die Vorstöße von opportunistischer Seite seit einem Dutzend von Jahren gar nicht aufhören, so hieße es die Partei einfach unter Belagerungszustand durch den Opportunismus erklären, wollte man alle ernsten Debatten über die Taktik, alle Probleme der Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Kampfweise jedesmal an den Nagel hängen, wenn es unseren Revisionisten beliebt, einen neuen Streich zu spielen. Ein so aufgeregtes Getue widerspricht auch den eigenen Worten der Redaktion an einer anderen Stelle. Die badische Angelegenheit muß mit Energie und Konsequenz erledigt werden. „Allein" — lesen wir im Leitartikel des Genossen Mehring in derselben Nummer der „Neuen Zeit" — „die Partei wird sich ihre frohe Kampfstimmung nicht durch diese Episode trüben lassen. Soweit sich bisher die Parteipresse darüber geäußert hat, ist es mit derselben überlegenen Ruhe geschehen, womit Engels die Krähwinkeleien des ‚Kanton Badisch' zu betrachten pflegte." Ich wünsche der Redaktion der „Neuen Zeit" etwas von dieser „frohen Kampfstimmung" und dieser „überlegenen Ruhe".

Rosa Luxemburg.

* * *

Mit jener „überlegenen Ruhe", die Genossin Luxemburg von uns fordert, drucken wir neben den dreißig Seiten ihres Artikels auch noch diese Erklärung ab und überlassen ruhig unseren Lesern das Urteil darüber, ob eine Polemik von der Art der vorliegenden im jetzigen Moment am Platze ist und ob das heftige Sträuben der Genossin Luxemburg gegen jede Zurückschiebung ihrer Antwort um einige wenige Wochen nicht eine Überschätzung der Wichtigkeit ihrer eigenen Ausführungen bedeutet.

Die Redaktion.

und in einem internationalen Milieu, das im Zeichen des Verfalls der bürgerlichen Demokratie steht. Nicht die Bourgeoisie ist jetzt das führende revolutionäre Element, wie in den früheren Revolutionen des Westens, während die proletarische Masse, aufgelöst im Kleinbürgertum, der Bourgeoisie Heerbanndienste leistet, sondern umgekehrt, das klassenbewußte Proletariat ist das führende und treibende Element, während die großbürgerlichen Schichten teils direkt konterrevolutionär, teils schwächlich-liberal, und nur das ländliche Kleinbürgertum nebst der städtischen kleinbürgerlichen Intelligenz entschieden oppositionell, ja revolutionär gesinnt sind. Das russische Proletariat aber, das dermaßen zur führenden Rolle in der bürgerlichen Revolution bestimmt ist, tritt selbst frei von allen Illusionen der bürgerlichen Demokratie, dafür mit einem stark entwickelten Bewußtsein der eigenen spezifischen Klasseninteressen, bei einem scharf zugespitzten Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, in den Kampf. Dieses widerspruchsvolle Verhältnis findet seinen Ausdruck in der Tatsache, daß in dieser formell bürgerlichen Revolution der Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft zum Absolutismus von dem Gegensatz des Proletariats zur bürgerlichen Gesellschaft beherrscht wird, daß der Kampf des Proletariats sich mit gleicher Kraft gleichzeitig gegen den Absolutismus und gegen die kapitalistische Ausbeutung richtet, daß das Programm der revolutionären Kämpfe mit gleichem Nachdruck auf die politische Freiheit und auf die Eroberung des Achtstundentags sowie einer menschenwürdigen materiellen Existenz für das Proletariat gerichtet ist. Dieser zwiespältige Charakter der russischen Revolution äußert sich in jener innigen Verbindung und Wechselwirkung des ökonomischen mit dem politischen Kampfe, die wir an der Hand der Vorgänge in Rußland kennen gelernt haben und die ihren entsprechenden Ausdruck eben im Massenstreik findet.

„So erweist sich der Massenstreik also nicht als ein spezifisch russisches, aus dem Absolutismus entsprungenes Produkt, sondern als eine allgemeine Form des proletarischen Klassenkampfes, die sich aus dem gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Entwicklung und der Klassenverhältnisse ergibt. Die drei bürgerlichen Revolutionen: die große französische, die deutsche Märzrevolution und die jetzige russische, bilden von diesem Standpunkt eine Kette der fortlaufenden Entwicklung, in der sich das Glück und Ende des kapitalistischen Jahrhunderts spiegelt.... Die heutige Revolution realisiert somit in der besonderen Angelegenheit des absolutistischen Rußland zugleich die allgemeinen Resultate der internationalen kapitalistischen Entwicklung und erscheint weniger ein letzter Nachläufer der alten bürgerlichen wie ein Vorläufer der neuen Serie der proletarischen Revolutionen des Westens. Das zurückgebliebenste Land weist, gerade weil es sich mit seiner bürgerlichen Revolution so unverzeihlich verspätet hat, Wege und Methoden des weiteren Klassenkampfes dem Proletariat Deutschlands und der vorgeschrittensten kapitalistischen Länder."

Aus derselben historischen Perspektive betrachtete früher auch Genosse Kautsky die russische Revolution. Im Dezember 1906 schrieb er in vollkommener Übereinstimmung mit meiner Auffassung: „Wir dürfen der russischen Revolution und den Aufgaben, die sie uns stellt, am ehesten dann gerecht werden, wenn wir sie weder als bürgerliche Revolution im herkömmlichen Sinne noch auch als sozialistische betrachten, sondern als einen ganz eigenartigen Prozeß, der sich an der Grenzscheide zwischen bürgerlicher und sozialistischer Gesellschaft vollzieht, die Auflösung der einen fördert, die Bildung der anderen vorbereitet und auf jeden Fall die ganze Menschheit der kapitalistischen Zivilisation um ein gewaltiges Stück in ihrem Entwicklungsgang vorwärts bringt." [1]

---

[1] Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution. „Neue Zeit", XXV, 1, S. 333.

Faßt man aber so die wirklichen sozialen und historischen Bedingungen, die der Massenstreikaktion, der spezifischen neuen Kampfform der russischen Revolution, zugrunde liegen — und eine andere Auffassung ist nicht gut möglich, wenn man sich nicht den tatsächlichen Verlauf dieser Aktion frei aus der Luft zusammenphantasiert, wie Genosse Kautsky dies jetzt mit seinen „amorphen, primitiven Streiks“ tut —, dann wird es klar, daß die Massenstreiks als Form der revolutionären Kämpfe des Proletariats für Westeuropa noch mehr in Betracht kommen als in Rußland, in dem Maße, als der Kapitalismus in Deutschland zum Beispiel viel höher entwickelt ist.

Gerade alle die Bedingungen, die Genosse Kautsky gegen den politischen Massenstreik ins Feld führt, sind ebenso viele Momente, die die Massenstreikaktion in Deutschland noch viel unvermeidlicher, umfangreicher und gewaltiger machen müssen.

Die trotzige Macht der Unternehmerverbände, auf die sich Genosse Kautsky jetzt beruft und die „ihresgleichen sucht“, sowie der Kadavergehorsam, in dem die enorme Kategorie der Staatsarbeiter in Deutschland gehalten wird, sind es ja gerade, die eine ruhige, ersprießliche Gewerkschaftsaktion für das Gros des Proletariats in Deutschland immer schwieriger machen, immer gewaltigere Kraftproben, Explosionen auf wirtschaftlichem Gebiet provozieren, deren elementarer Charakter wie Massenumfang je länger je mehr politische Bedeutung annehmen.

Gerade die politische Isolierung des Proletariats in Deutschland, auf die sich Genosse Kautsky beruft, gerade die Tatsache, daß die gesamte Bourgeoisie bis ins Kleinbürgertum hinein wie eine Mauer hinter der Regierung steht, bringt es mit sich, daß jeder große politische Kampf gegen die Regierung sich zugleich zum Kampfe gegen die Bourgeoisie, gegen die Ausbeutung gestaltet. Und dieselben Umstände bürgen uns dafür, daß jede energische revolutionäre Massenaktion in Deutschland nicht die parlamentarischen Formen des Liberalismus oder die ehemaligen Kampfformen des revolutionären Kleinbürgertums, die der kurzen Barrikadenschlacht, sondern die klassische proletarische Form, die des Massenstreiks, annehmen wird.

Und endlich gerade weil wir in Deutschland „ein halbes Jahrhundert sozialistischer Aufklärung und politischer Freiheit“ hinter uns haben, muß die Aktion des Proletariats, sobald die Situation so weit reif ist, daß die Massen auf dem Plan erscheinen, aus Anlaß jedes politischen Kampfes alle veralteten Rechnungen mit der privaten und staatlichen Ausbeutung aufrollen und dem politischen einen wirtschaftlichen Massenkampf zugesellen. Denn, schrieb Genosse Kautsky im Jahre 1907, „wir haben auch nicht den mindesten Grund, anzunehmen, daß der Grad der Ausbeutung des deutschen Proletariers ein geringerer ist als in Rußland. Im Gegenteil, wir haben gesehen, daß mit dem Fortschreiten des Kapitalismus die Ausbeutung des Proletariats steigt. Ist der deutsche Arbeiter vielfach noch besser gestellt als der russische, so ist dafür die Produktivität seiner Arbeit auch eine viel größere und sind seine Bedürfnisse entsprechend der allgemeinen Lebenshaltung der Nation viel höhere, so daß der deutsche Arbeiter das kapitalistische Joch vielleicht noch schmerzlicher empfindet als der russische.“[1] Genosse Kautsky, der jetzt so farbenprächtig ausmalt, wie der deutsche Arbeiter mit „Vereinen, Versammlungen, Wahlen aller Art vollauf beschäftigt“ ist, hat in diesem Moment die ganzen

---

[1] Die soziale Revolution, 2. Auflage, S. 60.

enormen Sklavenscharen der preußisch-deutschen Staatsarbeiter, der Eisenbahner, der Postangestellten sowie der Landarbeiter vergessen, die leider in sehr geringem Maße das Vergnügen haben, von „Vereinen, Versammlungen und Wahlen aller Art“ beschäftigt zu sein, dieweil ihnen das Koalitionsrecht rechtlich oder faktisch fehlt. Er hat vergessen, daß diese enormen Kategorien politisch wie wirtschaftlich mitten in der königlich preußischen Freiheit in echt „russischen“ Zuständen leben, daß also gerade diese Kategorien — von Bergarbeitern gar nicht zu reden — bei einer politischen Erschütterung unmöglich den Kadavergehorsam bewahren und nicht auch ihre Sonderrechnungen in Form von riesigen Massenstreiks präsentieren.

Doch blicken wir auf „Westeuropa“. Genosse Kautsky, der dies alles bestreitet, müßte sich noch mit einer anderen Opponentin als ich auseinandersetzen, mit der Wirklichkeit. Was sehen wir nämlich hier, wenn wir nur die wichtigsten Massenstreiks der letzten zehn Jahre hervorheben?

Die großen belgischen Massenstreiks, die das allgemeine Wahlrecht errungen hatten, stehen noch isoliert in den neunziger Jahren als kühnes Experiment da. Seitdem aber welche Fülle und Mannigfaltigkeit!

Im Jahre 1900 der Massenstreik der Bergarbeiter in Pennsylvanien, der nach dem Zeugnis der amerikanischen Genossen mehr für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen getan hat als zehn Jahre Agitation, 1900 gleichfalls Massenstreik der Bergarbeiter in Österreich, 1902 Massenstreik der Bergarbeiter in Frankreich, 1902 Generalstreik in der gesamten Produktion in Barcelona zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter, 1902 Demonstrationsmassenstreik in Schweden für das allgemeine gleiche Wahlrecht, 1902 Massenstreik in Belgien für das allgemeine gleiche Wahlrecht, 1902 Massenstreik der Landarbeiter in ganz Ostgalizien (über 200000) zum Schutze des Koalitionsrechtes, 1903 im Januar und April zwei Massenstreiks der Eisenbahner in Holland, 1904 Massenstreik der Eisenbahner in Ungarn, 1904 Demonstrationsmassenstreik in Italien als Protest gegen die Metzeleien in Sardinien, im Januar 1905 Massenstreik der Bergarbeiter im Ruhrrevier, im Oktober 1905 Demonstrationsmassenstreik in Prag und Umgegend (100000 Arbeiter) für das gleiche allgemeine Wahlrecht zum böhmischen Landtag, im Oktober 1905 Demonstrationsmassenstreik in Lemberg für das allgemeine gleiche Wahlrecht zum galizischen Landtag, im November 1905 Demonstrationsmassenstreik in ganz Österreich für das allgemeine gleiche Wahlrecht zum Reichsrat, 1905 Massenstreik der Landarbeiter in Italien, 1905 Massenstreik der Eisenbahner in Italien, 1906 Demonstrationsmassenstreik in Triest für das allgemeine gleiche Wahlrecht zum Landtag, der die Reform auch siegreich erzwungen hat, 1906 Massenstreik der Hüttenarbeiter in Wittkowitz (Mähren) zur Unterstützung von 400 wegen der Maifeier entlassener Vertrauensmänner, siegreich beendet, 1909 Massenstreik in Schweden zur Verteidigung des Koalitionsrechtes, 1909 Massenstreik der Postangestellten in Frankreich, im Oktober 1909 Demonstrationsmassenstreik sämtlicher Arbeiter in Trient und Rovereto als Protest gegen politische Verfolgungen der Sozialdemokratie, 1910 Massenstreik in Philadelphia zur Unterstützung der Trambahnangestellten im Kampfe um das Koalitionsrecht und in diesem Augenblick Vorbereitungen zum Massenstreik der Eisenbahner in Frankreich.

So sieht die „Unmöglichkeit“ der Massenstreiks, insbesondere der Demonstrationsmassenstreiks in „Westeuropa“ aus, die Genosse Kautsky so schön

schwarz auf weiß nachgewiesen hat. Genosse Kautsky hat theoretisch wie auf flacher Hand die Unmöglichkeit der Vermengung politischer und ökonomischer Streiks, die Unmöglichkeit allgemeiner imposanter Demonstrationsmassenstreiks, die Unmöglichkeit der Massenstreiks als einer Periode wiederholter Einzelkämpfe erwiesen, und er hat vergessen, daß wir seit zehn Jahren in einer Periode von ökonomischen, politischen, Kampf- und Demonstrationsmassenstreiks leben, einer Periode, die sich mit auffallender Übereinstimmung fast auf alle „westeuropäischen Länder" sowie auf die Vereinigten Staaten erstreckt, auf kapitalistisch zurückgebliebenste wie Spanien und auf die fortgeschrittensten wie Nordamerika, auf Länder mit schwächster Gewerkschaftsbewegung wie Frankreich und auf solche mit strammen sozialdemokratischen Gewerkschaften wie Österreich, auf das agrarische Galizien und auf das hochindustrielle Böhmen, auf halbfeudale Staaten wie die habsburgische Monarchie, auf Republiken wie Frankreich und auf absolutistische Staaten wie Rußland. Neben den aufgezählten steht nämlich noch die grandiose Massenstreikaktion Rußlands 1902 bis 1906, die gezeigt hat, wie die Bedeutung und der Umfang des Massenstreiks erst zusammen mit der revolutionären Situation und der politischen Aktion des Proletariats wachsen.

„Denn während wir über den politischen Streik diskutieren und nach seiner theoretischen Formulierung und Begründung suchen, entbrennt spontan durch Selbstentzündung der Massen ein gewaltiger politischer Massenstreik nach dem anderen, oder wird jeder Massenstreik zu einer politischen Aktion, gipfelt jede große politische Kraftprobe in einem Massenstreik, sei es bei den Bergarbeitern, sei es unter den Proletariern Rußlands, den Landarbeitern und Eisenbahnern Italiens usw." [1]

Demnach scheint es beinahe, als wenn Genosse Kautsky durch seine neueste Theorie von der Unmöglichkeit einer Periode politischer Massenstreiks in Deutschland nicht einen Gegensatz zwischen Rußland und Westeuropa, sondern vielmehr einen Gegensatz zwischen Deutschland und der übrigen Welt, eingeschlossen Westeuropa wie Rußland, nachgewiesen hätte. Preußen müßte in der Tat eine Ausnahme unter allen kapitalistischen Ländern sein, wenn das wahr wäre, was Genosse Kautsky über die Unmöglichkeit selbst kurzer allgemeiner Demonstrationsmassenstreiks in Preußen ausführt. Es soll „gar nicht daran zu denken" sein, daß bei uns in einem Demonstrationsstreik gegen die Regierung „Stadtbahnen, Straßenbahnen, Gaswerke zum Stillstand kommen", daß wir in Deutschland einen Demonstrationsstreik erleben, der „das ganze Straßenbild ändert und dadurch auf die gesamte bürgerliche Welt wie auch auf die indifferentesten Schichten des Proletariats den tiefsten Eindruck macht". Dann müßte aber in Deutschland undenkbar sein, was in Galizien, in Böhmen, in Italien, in Ungarn, in Triest, Trient, in Spanien, in Schweden sich als möglich erwiesen hat. In allen diesen Ländern und Städten haben glänzende Demonstrationsstreiks stattgefunden, die „das Straßenbild" gänzlich veränderten. In Böhmen herrschte am 20. November 1905 eine absolut allgemeine Arbeitsruhe, die sich selbst auf die Landwirtschaft erstreckte, was man in Rußland noch nicht erlebt hat. In Italien haben im September 1904 die Landarbeiter, die Trambahnen, Elektrizitäts- und Gaswerke gefeiert, sogar die gesamte Tagespresse hatte ihr Erscheinen einstellen müssen. „Es ist wohl

[1] K. Kautsky, Die Lehren des Bergarbeiterstreiks, „Neue Zeit", XXIII, S. 781.

der vollständigste Generalstreik gewesen" — schrieb die „Neue Zeit" —, „den die Geschichte kennt: man hatte drei volle Tage die Stadt Genua ohne Licht und Brot und Fleisch gelassen, man hatte das ganze wirtschaftliche Leben unterbunden."[1] In Schweden waren in der Hauptstadt Stockholm sowohl 1902 wie 1909 in der ersten Woche sämtliche Verkehrsmittel — Straßenbahnen, Droschken, Rollfuhren, kommunale Arbeiten — stillgelegt. In Barcelona ruhte 1902 das gesamte wirtschaftliche Leben mehrere Tage.

Wir bekämen so schließlich in dem Preußen-Deutschland mit seiner „stärksten Regierung der Gegenwart" und seinen besonderen „deutschen Verhältnissen", die allerlei Unmöglichkeiten der proletarischen Kampfweise erklären sollen, die in der ganzen übrigen Welt möglich sind, ein unerwartetes Gegenstück zu jenen besonderen „bayerischen" und „süddeutschen" Verhältnissen, die Genosse Kautsky seinerzeit mit uns anderen so weidlich auslachte. Namentlich aber machen sich diese deutschen „Unmöglichkeiten" schön angesichts der Tatsache, daß wir ja gerade in Deutschland die stärkste Partei, die stärksten Gewerkschaften, die beste Organisation, die größte Disziplin, das aufgeklärteste Proletariat und den größten Einfluß des Marxismus haben. Wir kämen ja auf diese Weise tatsächlich zu dem eigentümlichen Resultat, daß je stärker die Sozialdemokratie, um so ohnmächtiger die Arbeiterklasse ist. Ich meine aber, sagen, daß in Deutschland heute Massenstreiks und Demonstrationsstreiks unmöglich sind, die in verschiedenen anderen Ländern möglich waren, heißt, dem deutschen Proletariat ein Armutszeugnis ausstellen, das es noch durch nichts verdient hat.

V.

Was bleibt eigentlich von der Massenstreiktheorie des Genossen Kautsky übrig, nachdem er alle die „Unmöglichkeiten" nachgewiesen hat? Der eine, „letzte" rein politische Massenstreik, der nur ein einziges Mal, losgelöst von ökonomischen Streiks, aber ganz zum Schluß, wie ein Donner aus heiterem Himmel einschlägt. „Hier, in dieser Auffassung," sagt Genosse Kautsky, „liegt der tiefste Grund der Differenzen über den Massenstreik, die zwischen meinen Freunden und mir bestehen. Sie erwarten eine Periode der Massenstreiks, ich vermag mir unter Verhältnissen, wie sie in Deutschland bestehen, einen politischen Massenstreik nur als ein einmaliges Ereignis vorzustellen, in den das ganze Proletariat des Reichs mit seiner ganzen Macht eintritt, als einen Kampf auf Leben und Tod, als einen Kampf, der unsere Gegner niederringt oder die Gesamtheit unserer Organisationen und unsere ganze Macht für Jahre hinaus zerschmettert oder mindestens lähmt."

Zu diesem Bilde des „letzten Massenstreiks", wie es dem Genossen Kautsky vorschwebt, ist nun vor allem zu sagen, daß es jedenfalls eine ganz neue Schöpfung ist, die nicht nach der Wirklichkeit, sondern aus reiner „Vorstellung" gezeichnet ist. Denn es paßt nicht nur zu keinem russischen Vorbild; auch nicht ein Massenstreik unter den vielen, die in „Westeuropa" oder den Vereinigten Staaten stattgefunden haben, ähnelt annähernd dem vom Genossen Kautsky für Deutschland erfundenen Exemplar. Keiner von den bisher bekannten Massenstreiks war ein „letzter" Kampf „auf Leben und Tod", keiner hat zum völligen Siege der Arbeiter geführt, keiner aber auch „die Gesamtheit der Organisationen" und „die ganze Macht" des Proletariats „auf Jahre hinaus

[1] Oda Olberg, Der italienische Generalstreik, „Neue Zeit", XXIII, 1, S. 19.

zerschmettert". Der Erfolg war meist nur ein teilweiser und ein mittelbarer. Die Riesenstreiks der Bergarbeiter endeten gewöhnlich unmittelbar mit einer Niederlage, im weiteren Gefolge hatten sie aber wichtige soziale Reformen durch ihren Druck erzielt: in Österreich den Neunstundentag, in Frankreich den Achtstundentag. Der belgische Massenstreik im Jahre 1893 hat als hochwichtiges Ergebnis die Eroberung des allgemeinen ungleichen Wahlrechts gehabt. Der schwedische Massenstreik des vorigen Jahres hat formell mit einem Kompromiß abgeschlossen, im Grunde genommen eine Generalattacke des koalierten Unternehmertums auf die schwedischen Gewerkschaften abgewehrt. Die österreichischen Demonstrationsstreiks haben die Wahlreform mächtig gefördert. Die Massenstreiks der Landarbeiter haben, bei ihrer formellen teilweisen Ergebnislosigkeit, die Organisation unter den Landarbeitern in Italien und Galizien gestärkt. Alle Massenstreiks, ob ökonomische oder politische, demonstrative oder Kampfstreiks, haben das gehalten, was die Genossin Oda Olberg so treffend in ihrer Bilanz des italienischen Eisenbahnerstreiks seinerzeit in der „Neuen Zeit" schrieb: „Die Errungenschaften des politischen Streiks sind nicht einzuschätzen: je nach dem Grade des proletarischen Klassenbewußtseins wechselt ihr Wert. Ein mit Kraft und Solidarität durchgeführter politischer Streik ist immer unverloren, weil er das ist, was er bezweckt, eine Machtentfaltung des Proletariats, bei der die Kämpfenden ihre Kraft und ihr Verantwortungsgefühl stählen und die herrschenden Klassen der Stärke der Gegner bewußt werden.[1]

Hat aber bis jetzt noch jeder Massenstreik ohne Ausnahme, in „Westeuropa" wie in Rußland, im strikten Gegensatz zum neuesten Schema des Genossen Kautsky, weder völligen Sieg noch die Zerschmetterung des Proletariats gebracht, sondern umgekehrt, fast immer eine Stärkung der Organisationen, des Klassenbewußtseins und des Machtgefühls der Arbeiter, so entsteht auf der anderen Seite die Frage: Wie kann in Deutschland jener große und „letzte", jener apokalyptische Massenstreik, bei dem die stärksten Eichen krachen, die Erde berstet und die Gräber sich öffnen, überhaupt zustande kommen, wenn die Masse des Proletariats nicht vorher durch eine ganze lange Periode von Massenstreiks, von ökonomischen oder politischen Massenkämpfen dazu vorbereitet, geschult, aufgerüttelt wird? In diesen „letzten" Massenstreik soll sich ja nach dem Genossen Kautsky „das ganze Proletariat des Reichs" und noch dazu „mit seiner ganzen Macht" stürzen. Wie sollen aber plötzlich die preußisch-deutschen Staatsarbeiter, die Eisenbahner, Postbeamten usw., die heute im „Kadavergehorsam" erstarrt sind, die Landarbeiter, die kein Koalitionsrecht und keine Organisation haben, die breiten Schichten der Arbeiter, die noch in gegnerischen Organisationen, in christlichen, in Hirsch-Dunckerschen, gelben Gewerkschaften stecken, kurz, die ganze große Masse des deutschen Proletariats, die bis jetzt weder unserer gewerkschaftlichen Organisation noch der sozialdemokratischen Agitation zugänglich war, mit einem Sprunge für einen „letzten" Massenstreik „auf Leben und Tod" reif sein, wenn sie nicht durch eine vorherhergehende Periode stürmischer Massenkämpfe, Demonstrationsstreiks, partieller Massenstreiks, wirtschaftlicher Riesenkämpfe usw., nach und nach aus ihrer Starrheit, ihrem Kadavergehorsam, ihrer Zersplitterung losgelöst und der Gefolgschaft der Sozialdemokratie angegliedert wird?

---

[1] „Neue Zeit", XXIII, 2, S. 385.

Das muß wohl auch Genosse Kautsky einsehen. „Natürlich" — sagt er — „stelle ich mir dies einmalige Ereignis nicht als einen ‚aus der Pistole geschossenen' isolierten Akt vor. Auch ich erwarte eine Ära erbitterter Massenkämpfe und Massenaktionen, aber den Massenstreik als die letzte Waffe." Allein, welche „Massenkämpfe und Massenaktionen" hat denn Genosse Kautsky im Sinne, die jenem „letzten" Massenstreik vorausgehen und die selbst nicht aus Massenstreiks bestehen sollen. Sollen es Straßendemonstrationen sein? Aber man kann nicht jahrzehntelang bloße Straßendemonstrationen machen. Und allgemeine, eindrucksvolle Demonstrationsstreiks sollen ja nach dem Genossen Kautsky in Deutschland eben ausgeschlossen sein; es sei ja „gar nicht daran zu denken, daß bei uns in einem Demonstrationsstreik gegen die Regierung Stadtbahnen, Straßenbahnen, Gaswerke zum Stillstand kommen". Wirtschaftliche Massenstreiks können gleichfalls jene Vorbereitungsarbeit für den politischen Massenstreik nicht verrichten, sie sind ja nach dem Genossen Kautsky vom politischen Massenstreik streng fernzuhalten, sie seien ihm gar nicht förderlich, sondern geradezu schädlich. Worin sollen also schließlich jene „erbitterten" Massenkämpfe und Massenaktionen der Vorbereitungsära bestehen? Etwa in „erbitterten" Reichstagswahlen oder in Versammlungen mit Protestresolutionen? Aber jene gewaltigen Schichten des nichtorganisierten oder gegnerisch organisierten Proletariats, auf die es beim „letzten" Massenstreik ankommt, bleiben ja leider unseren Versammlungen fern. Und so ist es schlechterdings nicht abzusehen, wie wir eigentlich das „ganze Proletariat des Reiches" für den letzten Kampf „auf Leben und Tod" gewinnen, aufrütteln und schulen werden. Ob Genosse Kautsky es will oder nicht, sein letzter Massenstreik kommt eben, da er eine Periode von Massenstreiks wirtschaftlichen und politischen Charakters ausschließt, einfach aus der Pistole geschossen.

Schließlich muß man sich aber fragen: Was ist das eigentlich für ein „letzter" Massenstreik, der nur einmal kommt und in dem das ganze Proletariat des Reiches mit seiner ganzen Macht auf Leben und Tod ringt? Soll darunter ein periodischer „letzter" Massenstreik verstanden sein, der in jeder großen politischen Kampagne, also etwa um das preußische Wahlrecht, um das Reichstagswahlrecht, zur Verhinderung eines verbrecherischen Krieges usw., zum Schluß die Entscheidung gibt? Aber man kann nicht periodisch und mehrmals „auf Leben und Tod" kämpfen. Ein so ausgemalter Massenstreik, in dem „das ganze Proletariat" und obendrein „mit ganzer Macht" „auf Leben und Tod" ringt, kann nur jener Kampf sein, wo es sich um die ganze politische Macht im Staate handelt, das kann offenbar nur jener „letzte" Kampf auf „Leben und Tod" sein, in dem das Proletariat um seine Diktatur ringt, um dem bürgerlichen Klassenstaat den Garaus zu machen. Der politische Massenstreik für Deutschland verschiebt sich auf diese Weise immer weiter; erst wurde er durch die Ermattungsstrategie nach den Reichstagswahlen im nächsten Jahr erwartet, jetzt entschwindet er als der „letzte", der einzige Massenstreik unseren Blicken und neckt uns gar aus bläulicher Ferne der — sozialen Revolution.

Erinnern wir uns jetzt noch an die Bedingungen, die Genosse Kautsky in seinem ersten Artikel „Was nun?" an die Ausführung des politischen Massenstreiks knüpfte: die strengste Geheimhaltung der Vorbereitungen vor dem Feinde, Beschlußfassung durch den obersten „Kriegsrat" der Partei, möglichste Überrumpelung der Gegner, — und wir bekommen unversehens ein Gedanken-

bild, das eine starke Ähnlichkeit mit dem „letzten, großen Tag“, dem Generalstreik nach anarchistischem Rezept hat. Die Idee des Massenstreiks verwandelt sich aus einem geschichtlichen Prozeß der modernen proletarischen Klassenkämpfe in ihrer jahrzehntelangen Schlußperiode in einen Kladderadatsch, in dem das „ganze Proletariat des Reichs“ plötzlich mit einem Ruck der bürgerlichen Gesellschaftsordnung den Garaus macht.

Wie schrieb doch Genosse Kautsky 1907 in seiner „Sozialen Revolution“, 2. Auflage, Seite 54:

„Das ist unsinnig. Ein Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeiter eines Landes auf ein gegebenes Zeichen die Arbeit niederlegen, setzt eine Einmütigkeit und eine Organisation der Arbeiter voraus, die in der heutigen Gesellschaft kaum je erreicht werden kann, und die, wenn einmal erreicht, so unwiderstehlich wäre, daß sie des Generalstreiks nicht erst bedürfte. Ein solcher Streik würde aber mit einem Ruck nicht bloß die bestehende Gesellschaft, sondern überhaupt jede Existenz unmöglich machen, die der Proletarier noch eher als die der Kapitalisten, er müßte also unfehlbar gerade in dem Moment zusammenbrechen, in dem er seine revolutionäre Wirksamkeit zu entfalten begänne. Der Streik als politisches Kampfmittel wird kaum je, sicher nicht in absehbarer Zeit, die Form eines Streiks aller Arbeiter eines Landes annehmen. — — Wir gehen einer Zeit entgegen, wo gegenüber der Übermacht der Unternehmerorganisationen der isolierte, unpolitische Streik ebenso aussichtslos sein wird, wie gegenüber dem Druck der von den Kapitalisten abhängigen Staatsgewalt die isolierte parlamentarische Aktion der Arbeiterparteien. Es wird immer notwendiger werden, daß beide sich ergänzen und aus ihrem Zusammenwirken neue Kräfte saugen. Wie der Gebrauch jeder neuen Waffe, so muß auch der des politischen Streiks erst gelernt werden.“

So hat Genosse Kautsky, je mehr er zur Rechtfertigung seiner Stellungnahme im preußischen Wahlrechtskampf zu breiten theoretischen Verallgemeinerungen ausholte, um so mehr die allgemeinen Perspektiven der Entwicklung des Klassenkampfes in Westeuropa und in Deutschland aus dem Auge verloren, die zu zeichnen er selbst in den letzten Jahren nicht müde wurde. Er hat wohl auch selbst das unbehagliche Gefühl der Inkongruenz seiner jetzigen mit seinen früheren Gesichtspunkten gehabt und war deshalb so zuvorkommend, im letzten, dritten Teil seiner Replik gegen mich seine Artikelserie aus dem Jahre 1904 „Allerhand Revolutionäres“ ausführlich zu reproduzieren. Der krasse Widerspruch ist freilich dadurch nicht aus der Welt geschafft, er hat nur den chaotischen, schillernden Charakter jenes letzten Artikelteils verursacht, der den Genuß bei dessen Lektüre so ungemein beeinträchtigt.

Doch nicht jene Artikelserie allein bildet eine schrille Dissonanz mit dem, was Genosse Kautsky jetzt ausführt. In seiner „Sozialen Revolution“ lesen wir von einer ganzen langen Periode revolutionärer Kämpfe, in die wir eintreten werden und in denen der politische Massenstreik „sicher eine große Rolle spielen wird“ (S. 54). Die ganze Broschüre „Der Weg zur Macht“ ist der Schilderung derselben Perspektiven gewidmet. Ja, hier sind wir bereits in die revolutionäre Periode eingetreten. Hier revidiert Genosse Kautsky das „Politische Testament“ von Friedrich Engels und erklärt, die Zeit der „Ermattungsstrategie“, die ja in der gesetzlichen Ausnutzung der gegebenen staatlichen Grundlage besteht, sei bereits vorüber:

„Anfangs der neunziger Jahre“ — sagte er — „habe ich anerkannt, daß eine ruhige Weiterentwicklung der proletarischen Organisationen und des proletarischen Klassenkampfes auf den gegebenen staatlichen Grundlagen das Proletariat in der Situation jener Zeit am weitesten vorwärts bringe. Man wird mir also nicht vorwerfen können, es sei das Bedürfnis, mich in Rrrevolution und Rrradikalismus zu berauschen, wenn mich die Beobachtung der heutigen Situation zu der Anschauung führt, daß die Verhältnisse seit dem Anfang der neunziger Jahre gründlich geändert sind, daß wir alle Ursache haben, anzunehmen, wir seien jetzt in eine Periode von Kämpfen um die Staatseinrichtungen und die Staatsmacht eingetreten, Kämpfe, die sich unter mannigfachen Wechselfällen durch Jahrzehnte hinziehen können, deren Formen und Dauer vorläufig noch unabsehbar sind, die aber höchst wahrscheinlich bereits in absehbarer Zeit erhebliche Machtverschiebungen zugunsten des Proletariats, wenn nicht schon seine Alleinherrschaft in Westeuropa herbeiführen.“ Und weiter: „In dieser allgemeinen Unsicherheit sind aber die nächsten Aufgaben des Proletariats klar gegeben. Wir haben sie bereits entwickelt. Es kommt nicht mehr vorwärts ohne Änderung der staatlichen Grundlagen, auf denen es seinen Kampf führt. Die Demokratie im Reich, aber auch in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen und Sachsen, aufs energischste anzustreben, das ist seine nächste Aufgabe in Deutschland, seine nächste internationale Aufgabe der Kampf gegen Weltpolitik und Militarismus. Ebenso klar wie diese Aufgaben, liegen auch die Mittel zutage, die uns zu ihrer Lösung zu Gebote stehen. Zu den bisher schon angewandten ist noch der Massenstreik getreten, den wir theoretisch bereits anfangs der neunziger Jahre akzeptierten, dessen Anwendbarkeit unter günstigen Umständen seitdem wiederholt erprobt wurde.“[1]

In seiner „Sozialen Revolution“, im „Weg zur Macht“, in der „Neuen Zeit“ predigte Genosse Kautsky den deutschen Gewerkschaften den „politischen Streik“ als die „neue Taktik“, die immer mehr geboten sei, angesichts der Tatsache, daß der rein gewerkschaftliche Streik durch die Unternehmerverbände immer mehr zur Erfolglosigkeit verurteilt werde. Diese Auffassung war es ja, die ihm im vergangenen Jahre die erbitterte Fehde mit dem „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften eingetragen hat.

Jetzt will Genosse Kautsky ökonomische Streiks von politischer Aktion streng scheiden, jetzt erklärt er, daß alle Streiks in Westeuropa unbedingt „bestimmte Erfolge“ erreichen, sonst haben sie „ihren Zweck verfehlt“, und zu Mitteln, welche „das Proletariat organisieren, seine Einsicht und sein Kraftgefühl heben und das Zutrauen der Volksmasse zu seinen Organisationen mehren“, zählt er nur „glücklich ausgefochtene Lohnbewegungen“. Jetzt brauchen wir überhaupt nichts dringender, als „sichtbare Erfolge“, um den Massen zu imponieren. Es gibt aber „wenig Erfolge, die so sinnenfällig der Masse unsere steigende Kraft dokumentieren, wie Wahlsiege, wie Eroberung neuer Mandate“. Also Reichstagswahlen und Mandate! — das ist Moses und die Propheten.

Jetzt hören wir, daß der deutsche Arbeiter nur für Kundgebungen „ohne Risiko“ zu haben ist, daß „ein bloßer Demonstrationsstreik nicht einmal die eindrucksvollste“ Form des politischen Protestes ist, „eine siegreiche Reichstags-

---

[1] Der Weg zur Macht, S. 53 u. 101. Unterstrichen von mir.

wahl macht weit größeren Eindruck"! Und endlich „eine wirkliche Massendemonstration", die einer Sache gelten soll, „die nicht sofortige Abwehr erheischt, sondern bloßen Protest gegen ein Unrecht bekunden soll, das schon mehr als ein halbes Jahrhundert besteht", ein solcher Demonstrationsstreik sei in Deutschland „ohne einen gewaltigen Anlaß" kaum möglich. Genosse Kautsky hat bloß nicht bemerkt, daß er mit dieser Argumentation im Vorbeigehen die schönste theoretische Begründung für — die Abschaffung der Maifeier geliefert hat.

Mit vollem Rechte verweist Genosse Kautsky darauf, daß er „schon vor der russischen Revolution", in seinem Artikel „Allerhand Revolutionäres", eine genaue Beschreibung der Wirkungen eines politischen Massenstreiks gegeben hatte. Doch kommt es, wie mir scheint, nicht bloß darauf an, revolutionäre Kämpfe und deren äußeren Verlauf in der theoretischen Abstraktion, sozusagen im Nirgendwo zu schildern, ihr allgemeines Schema zu entwerfen, sondern ebensosehr darauf, in der Praxis jeweilig diejenigen Losungen zu geben, die das Maximum an revolutionärer Energie des Proletariats auslösen, die Situation am meisten und am raschesten vorwärts treiben können. Freilich hat Genosse Kautsky in seinen zahlreichen Artikeln, in seinen Broschüren das Bild der revolutionären Kämpfe der Zukunft mit zwingender Klarheit gegeben, bei der Beschreibung des Massenstreiks zum Beispiel schon 1904 geschildert, wie „jedes Herrenhaus, jede Scheune, jede Fabrik, jede Telegraphenleitung, jede Eisenbahnstrecke militärisch bewacht werden", wie die Soldaten überall gegen die Menge hingeschickt werden und wie es doch nirgends zur Schlacht kommt, „denn wo sie hinkommen, zerstiebt die Menge, um sich überall zu sammeln, wo sie noch nicht hinkamen oder eben waren", wie zuerst „Gas- und Elektrizitätswerke aufhören zu funktionieren, Straßenbahnen zu verkehren, schließlich werden selbst Post und Eisenbahn vom Streikfieber ergriffen; zunächst streiken die Werkstättenarbeiter, dann auch die jüngeren Betriebsbeamten" — kurz, alles mit einer Plastik, Lebendigkeit und einem Realismus, die um so bewundernswerter sind, als es sich um Vorgänge in der blauen Luft handelt. Als aber die Frage aus dieser luftigen Höhe, wo die Theorie wie ein Aar ruhig ihre Kreise zog, zum ersten Male auf die platte Erde der preußischen Wahlrechtskampagne herniederstieg, da verwandelte sich plötzlich die kopflose und ratlose preußische Regierung in einen Rocher de bronce, die zur sozialen Revolution („Hurra Marsch Marsch") fertigen deutschen Verhältnisse, wie sie der „Weg zur Macht" schildert, in ein starres Land, wo „gar nicht daran zu denken ist", daß die staatlichen Werkstättenarbeiter und die Betriebsbeamten, seien es jüngere oder ältere, an einer Demonstration mittun, und die „revolutionäre Ära, die anhebt", verwandelte sich in eine fleißige Vorbereitung zu den Reichstagswahlen, denn „es gibt wenige Erfolge, die so sinnenfällig der Masse unsere Kraft dokumentieren" wie — Reichstagsmandate.

Himmelstürmende Theorie und „Ermattung" in der Praxis, revolutionärste Perspektiven in den Wolken und Reichstagsmandate als einzige Perspektive in der Wirklichkeit. Genosse Kautsky hat seinen Feldzug gegen mich mit der dringenden Notwendigkeit erklärt, die Idee des Massenstreiks vor einer Kompromittierung zu retten. Ich fürchte beinahe, es wäre sowohl für die Idee des Massenstreiks wie für den Genossen Kautsky besser gewesen, wenn diese Rettungsaktion unterblieben wäre.

VI.

Kehren wir nach Preußen zurück.

Ich habe anfangs März angesichts der begonnenen Wahlrechtskampagne und der steigenden Demonstrationsbewegung erklärt, die Partei müsse, wenn sie die Bewegung weiter vorwärts führen wolle, die Losung des Massenstreiks auf die Tagesordnung stellen, wobei ein Demonstrationsmassenstreik „der erste Schritt in der gegenwärtigen Situation“ sei. Ich meinte, die Partei stehe vor einem Dilemma: entweder wird sie die Wahlrechtsbewegung zu schärferen Formen steigern, oder aber die Bewegung wird, wie schon 1908, nach kurzer Zeit wieder einschlafen. Dies war es ja, was den Genossen Kautsky gegen mich auf den Plan gerufen hat.

Und was sehen wir? Genosse Kautsky weist darauf hin, daß wir ja, mir zum Trotz, keine Spur von Massenstreik erlebt hätten, er triumphiert, daß meine Anregung von den Verhältnissen „mausetot“ geschlagen worden sei. Nun, Genosse Kautsky hat scheint's im polemischen Eifer ganz übersehen, daß damit leider noch etwas anderes „mausetot“ geschlagen wurde: nämlich die Demonstrationen und mit diesen die Wahlrechtsbewegung selbst. Genosse Kautsky bewies gegen mich, daß eine Steigerung der Demonstrationen gar nicht nötig sei, daß kein Dilemma für die Partei bestehe, die Hauptsache sei, „vor allem die Straßendemonstration weiter zur Anwendung zu bringen, darin nicht zu erlahmen, sie im Gegenteil immer machtvoller zu gestalten“.[1] Nun, die Straßendemonstrationen haben seit April gänzlich aufgehört. Und zwar nicht etwa aus Mangel an Stimmung und Kampflust bei den Massen, sie sind nicht etwa an innerer Erschöpfung eingeschlafen. Nein, die Straßendemonstrationen sind einfach von den leitenden Parteiinstanzen abbestellt, entgegen den Anstrengungen und Versuchen der Parteigenossen in der Provinz, wie der 1. Mai gezeigt hat, wie noch im Mai die Demonstrationen in Braunschweig, in Breslau gezeigt haben, mit Vorbedacht abbestellt worden. Genau wie ich bereits in meiner ersten Replik in der „Neuen Zeit“ schrieb, hatte man schon Ende März — ohne den weiteren Gang der Ereignisse und die Situation abzuwarten — die Demonstration zum 10. April, unter dem Drucke der Stimmung in der Provinz, mit dem Gefühl festgesetzt: Nun aber Schluß! Und Schluß ist gemacht worden. Keine Demonstrationen, nicht einmal Versammlungen befassen sich mehr mit der Wahlrechtsfrage, die sturmatmende Rubrik des Wahlrechtskampfes ist aus der Parteipresse verschwunden. Und als sicherstes Symptom, daß die Sache einstweilen vorbei und nicht mehr aktuell ist, kann der Umstand dienen, daß unser leitendes Zentralorgan sich mit der Taktik im Wahlrechtskampf zu befassen begann. „Die Volksbewegung größten Stils“ ist vorläufig nach Hause geschickt worden.

Was sagt Genosse Kautsky dazu? Wagt er, der gegen mich „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“ ins Treffen führte, auch nur ein Wort des leisesten Tadels gegen die „obersten Behörden“, die entgegen seiner Mahnung, ja „in Straßendemonstrationen nicht zu erlahmen“, der Demonstrationsbewegung einfach den Garaus gemacht haben? Im Gegenteil, hier ist Genosse Kautsky voller Bewunderung, er findet nur Worte der Begeisterung für „die jüngste Demonstrationskampagne“, die „ein Muster erfolgreicher Ermattungsstrategie war“. Ganz richtig. So sieht eben in der Praxis die

---

[1] Was nun? „Neue Zeit“ vom 15. April 1910, S. 71.

Ermattungsstrategie aus, die nach zwei kühnen Schritten sich „ermattet“ auf den Lorbeeren ausruht und die schmetternde Ouvertüre der „Volksbewegung größten Stils“ im kleinlauten Knurren der Vorbereitungen für die Reichstagswahlen auslaufen läßt.

Die Wahlrechtsbewegung ist also wieder auf ein, vielleicht zwei Jahre zum Stillstand gebracht, und zwar in einem so geschickt ausgewählten Moment, daß damit der Regierung der größte Dienst erwiesen worden ist, den man ihr überhaupt hätte erweisen können.

Die Zurückziehung der Wahlrechtsvorlage durch Bethmann Hollweg war der entscheidende Moment. Die Regierung befand sich gänzlich in der Klemme. Die parlamentarische Flickarbeit an der Wahlreform, der parlamentarische Kuhhandel war bankrott. Die Gegner standen am Ende ihres Lateins. Wollte man wirklich mit dem „Wahlrechtssturm“, mit der Losung: „Keine Ruhe in Preußen“, mit den großen Worten des preußischen Parteitags Ernst machen, dann war der Zusammenbruch der Regierungsvorlage der gegebene Moment, um sofort auf dieses Fiasko der parlamentarischen Aktion unter dem Rufe: Her mit einer neuen Vorlage! mit einem allgemeinen grandiosen Vorstoß, mit Straßendemonstrationen im ganzen Lande einzusetzen, die dann weiter zum Demonstrationsmassenstreik geführt und den Kampf mächtig vorwärts getrieben hätten. Genosse Kautsky, der mir gütigst vorschlägt, solche Einfälle, wie zum Beispiel das „bewaffnete“ Erscheinen im Treptower Park als die Anwendung meiner „Strategie“ anzuerkennen, hat hier ein deutliches Beispiel dessen, was „meine Strategie“ in Wirklichkeit will. Nicht kindische Donquichotterien, wie die vom Genossen Kautsky mir zugemutete, sondern politisches Ausnutzen der Niederlagen des Gegners wie der eigenen Siege, was übrigens nicht sowohl die Erfindung irgend einer „neuen Strategie“ als vielmehr das Abc jeder revolutionären, ja jeder ernsten Kampftaktik ist, das war die Aufgabe der Partei. Ich will damit nicht etwa die unbedingte Pflicht der Partei aussprechen, alle Montag und Donnerstag mal eine „revolutionäre Periode“ einzuleiten. Aber ich meine: *wenn* die Partei eine Aktion beginnt, wenn sie einmal Sturm geläutet und ihre reisigen Völker auf den Plan gerufen hat, wenn sie von einer „Volksbewegung größten Stils“, vom Sturm „mit allen Mitteln“ gesprochen, dann darf sie nicht nach zwei Anläufen sich plötzlich hinter dem Ohr kratzen, gähnen und erklären: Es war nichts, für diesmal war's nicht ernst gemeint, gehen wir nach Hause. . . . Eine solche Sturmmacherei auf Probe und Kommando ist meines Erachtens der Größe der Partei und des Ernstes der Situation unwürdig und geeignet, die Partei in den Augen der Massen zu diskreditieren. Die begonnene Wahlrechts- und Demonstrationsbewegung war ferner eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Aufrüttelung, Aufklärung der indifferenten Massen, zur Gewinnung gegnerisch gesinnter Arbeiterkreise, wie es die regelmäßige Agitation entfernt nicht zu tun imstande ist. Die Partei hat mit dem absichtlichen Abbrechen der Bewegung diese glänzende Gelegenheit nach schönstem Anfang ungenutzt gelassen.

Vor allem kommen aber noch politische Gesichtspunkte in Betracht. Es ist höchst kurzsichtig, die Frage der preußischen Wahlreform von der Frage des Reichstagswahlrechtes mechanisch zu trennen und zu erklären: aus Anlaß des preußischen Wahlrechtskampfes sollen unsere großen Kanonen nicht ins Feld rücken, die wollen wir aufsparen für den Fall, daß nach den Reichstagswahlen das Reichstagswahlrecht kassiert wird. Man muß sich geradezu die

Augen vor den wirklichen Zusammenhängen absichtlich verschließen, um nicht einzusehen, daß in der heutigen Situation der Kampf um die preußische Wahlreform im Grunde genommen nichts anderes als Kampf um das Reichstagswahlrecht ist. Es ist klar, daß eine kräftige und siegreiche Kampagne für das preußische Wahlrecht der sicherste Weg ist, einen Schlag wider das Reichstagswahlrecht im voraus zu parieren. Die entschlossene und konsequente Fortsetzung des Wahlrechtskampfes wäre also zugleich eine Abwehraktion gegen Staatsstreichgelüste der Reaktion gewesen, eine Aktion, die alle Vorzüge der Offensive vor einer erzwungenen Defensive gehabt hätte.

Genosse Kautsky wendet nun ein — und das ist sein letzter Trumpf —, daß, da der Massenstreik doch, wie wir sehen, nicht ausgebrochen ist, dies am besten beweise, wie wenig er sich aus der Situation ergab und wie verfehlt mein Standpunkt war. „Schon die Tatsache" — sagt er —, „daß man darüber diskutiert, zeigte, daß die Situation diese Reife noch nicht erlangt hat. Solange man noch streiten und untersuchen kann, ob der Massenstreik am Platze sei oder nicht, so lange ist das Proletariat als Gesamtmasse noch nicht von jenem Maße Erbitterung und Kraftgefühl erfüllt, die notwendig sind, soll sich der Massenstreik durchsetzen. Wäre die nötige Stimmung dafür im März vorhanden gewesen, dann müßte eine abmahnende Stimme wie die meine von einem Protest tosender Entrüstung erstickt werden." Genosse Kautsky zeigt hier ein interessantes Pendeln zwischen Extremen: bald ist der Massenstreik ein sorgsam im geschlossenen Zelte des Kriegsrats ausgeheckter Coup, der flüsternd im geheimen vorbereitet wird, bald ist er „ein Elementarereignis, dessen Eintreten nicht nach Belieben herbeizuführen ist, das man erwarten, nicht aber festsetzen kann". Ich meine, daß die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei und ihrer Leitung weder im geheimnisvollen Aushecken von „großen Plänen" noch im „Warten" auf Elementarereignisse besteht. Massenstreiks können — wie ich deutlich in meinem ersten Artikel in der Dortmunder „Arbeiterzeitung" schrieb — nicht auf Kommando der obersten Instanzen „gemacht" werden, sie müssen aus der Masse und ihrer fortschreitenden Aktion sich ergeben. Aber diese Aktion politisch im Sinne einer energischen Taktik, einer kräftigen Offensive so vorwärts führen, daß die Masse sich ihrer Aufgaben immer mehr bewußt wird, das kann die Partei und das ist auch ihre Pflicht. Die Sozialdemokratie vermag nicht künstlich eine revolutionäre Massenbewegung zu schaffen, sie kann aber wohl unter Umständen durch ihre schwankende, schwächliche Taktik die schönste Massenaktion lähmen. Den Beweis liefert der mißlungene oder vielmehr gleich nach Beginn abkommandierte Wahlrechtsmassenstreik in Belgien im Jahre 1902. Wie wirksam die Partei einen Massenstreik, dieses „Elementarereignis", unter Umständen durch Bremsen verhindern kann, selbst wenn die Massen in hohem Grade kampfbereit sind, das hat Genosse Kautsky selbst über Österreich berichtet. „Trotzdem", erzählte er uns, „trotzdem die Verhältnisse in Österreich den Massenstreik weit mehr begünstigen als bei uns, und trotzdem die Massen in Österreich zeitweise zu einer Erregung gelangt waren, von der wir in Deutschland weit entfernt blieben, zu einer solchen Erregung, daß sie nur durch das äußerste Aufgebot aller Kräfte von dem Eintritt in den Massenstreik abgehalten werden konnten, trotzdem endlich wiederholt und in der positivsten Weise mit dem Massenstreik gedroht worden war, haben die für die Taktik verantwortlichen Genossen bisher auf das stärkste gebremst und den

Massenstreik verhindert."[1] Daß diese hemmende Rolle der Parteileitung am wirksamsten in Deutschland in die Erscheinung treten kann, ist selbstverständlich angesichts des außerordentlich ausgebildeten Organisationszentralismus und der Disziplin in unserer Partei.

„In einer Partei", schrieb ich schon in meinem Artikel „Was weiter?", „wo, wie in der deutschen, das Prinzip der Organisation und der Parteidisziplin so beispiellos hochgehalten wird, wo infolgedessen die Initiative unorganisierter Volksmassen, ihre spontane, sozusagen improvisierte Aktionsfähigkeit — ein so bedeutender, oft ausschlaggebender Faktor in allen bisherigen großen politischen Kämpfen — fast ausgeschaltet ist, da liegt der Partei die unabwendbare Pflicht ob, den Wert dieser so hoch entwickelten Organisation und Disziplin auch für große Aktionen, ihre Verwendbarkeit auch für andere Kampfformen als für parlamentarische Wahlen nachzuweisen."

Das bisherige Schicksal der preußischen Wahlrechtsbewegung scheint beinahe zu beweisen, daß unser Organisationsapparat und unsere Parteidisziplin sich einstweilen noch besser im Bremsen als im Führen großer Massenaktionen bewähren. Wenn man schon im voraus die Straßendemonstrationen nur zaghaft und widerwillig ausführt, wenn man jeder gebotenen Gelegenheit zur Potenzierung der Demonstrationen, wie der 18. März, wie der 1. Mai eine war, peinlich ausweicht, wenn man eigene Siege, wie die Eroberung des Rechtes auf die Straße am 10. April, und ebenso die Niederlagen der Gegner, wie die Zurückziehung der Regierungsvorlage, gänzlich ungenutzt läßt, wenn man schließlich die Demonstrationen überhaupt an den Nagel hängt und die Massen nach Hause schickt, kurz wenn man alles tut, um die Massenaktion zurückzuhalten, zu lähmen, die Kampfstimmung abzustumpfen, dann kann selbstverständlich auch nicht aus der Masse heraus jene stürmische Bewegung entstehen, die sich in einem Massenstreik Luft machen muß.

Natürlich vermag die hemmende Wirkung einer so gearteten Leitung am ehesten dann den Ausschlag zu geben, wenn die Massenaktion erst in ihren Anfangsstadien ist, wie dies bei uns in Deutschland der Fall, wo sie noch die ersten Schritte tut. Ist die revolutionäre Periode erst in ihrer vollen Entfaltung, gehen die Wogen des Kampfes bereits hoch, dann wird kein Bremsen der Parteiführer viel auszurichten imstande sein, dann schiebt die Masse ihre Führer, die sich dem Sturm der Bewegung widersetzen, einfach auf die Seite. So kann es auch einmal in Deutschland kommen. Aber ich finde es im Interesse der Sozialdemokratie weder notwendig noch wünschenswert, dahin zu steuern. Wenn wir mit dem Massenstreik in Deutschland unbedingt warten wollen, bis die Masse mit „tosender Entrüstung" über ihre bremsenden Führer hinwegstürmt, so kann dies offenbar nur auf Kosten des Einflusses und des Prestiges der Sozialdemokratie geschehen. Denn dann könnte sich leicht herausstellen, daß der komplizierte Organisationsapparat und die strenge Parteidisziplin, auf die wir mit Recht stolz sind, leider nur für den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Alltag ein ausgezeichneter Notbehelf, daß sie aber bei der gegebenen Beschaffenheit unserer leitenden Kreise ein *Hindernis* für die Massenaktion großen Stils sind, wie sie die kommende Ära der stürmischen Kämpfe erfordert. Und noch ein besonderer schwacher Punkt unserer Organisationsverhältnisse könnte dabei verhängnisvoll wirken. Wären

[1] „Neue Zeit", XXIV, 2, S. 856.

nämlich die Gewerkschaftsführer allein in der jüngsten Wahlrechtskampagne gegen die Losung des Massenstreiks öffentlich aufgetreten, so hätte dies nur zur Klärung der Situation, zur Schärfung der Kritik bei den Massen geführt. Daß sie dies nicht nötig hatten, daß sie vielmehr durch das Medium der Partei und mit Hilfe des Parteiapparats die ganze Autorität der Sozialdemokratie zum Bremsen der Massenaktion in die Wagschale werfen konnten, das hat die Wahlrechtsbewegung zum Stillstand gebracht, — Genosse Kautsky hat bloß die theoretische Musik dazu gemacht.

Freilich geht unsere Sache trotz alledem vorwärts. Die Gegner arbeiten für uns so unablässig, daß es kein besonderes Verdienst ist, wenn unser Weizen bei jedem Wetter blüht. Doch ist es ja schließlich nicht die Aufgabe der Klassenpartei des Proletariats, lediglich von den Sünden und Fehlern ihrer Gegner trotz eigener Fehler zu leben, sondern durch eigene Tatkraft den Gang der Dinge zu beschleunigen, nicht das Minimum, sondern das Maximum an Aktion und Klassenkampf in jedem Moment auszulösen.

Und wenn in Zukunft die Massenaktion wieder anheben wird, dann wird die Partei genau vor demselben Problem stehen, wie schon vor zwei Jahren und wie im letzten Frühjahr. Nach diesen zwei Versuchen müssen die breiten Kreise unserer Parteigenossen sich von vornherein darüber klar sein, daß eine wirkliche Massenaktion großen Stils sich nur dann entfachen und auf die Dauer erhalten läßt, wenn man sie nicht als eine trockene Exerzierübung nach dem Taktstock der Parteileitung behandelt, sondern als einen großen Klassenkampf, in dem alle bedeutenden wirtschaftlichen Konflikte ausgenutzt, alle Momente, die die Masse erregen, in den Strudel der Bewegung geleitet werden müssen und in dem man nicht einer steigenden Verschärfung der Situation und entscheidenden Kämpfen ausweicht, sondern ihnen mit einer entschlossenen konsequenten Taktik entgegengeht. Vielleicht wird die jetzige Diskussion dazu ihr Teil beitragen.

Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

Von **Algernon Lee.**

(Fortsetzung.)

5. Ein Streik von dreißigtausend Frauen.

Der Streik der New Yorker Blusenmacherinnen verdient, in dieser Übersicht über die jüngste Geschichte der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten erwähnt zu werden, nicht allein wegen seiner Größe, sondern vor allem auch deshalb, weil er ein wichtiges Bindeglied zwischen der Arbeiterbewegung und der Bewegung für bürgerliche und politische Gleichstellung der Geschlechter bildet, die rapid an Stärke und Zielbewußtheit gewinnt.

New York ist das Hauptzentrum für Bekleidungsindustrie in den Vereinigten Staaten; ein sehr wichtiger Zweig dieser Industrie ist die Herstellung von Frauenblusen, wobei über dreißigtausend Personen allein in dieser Stadt beschäftigt sind, fast ausschließlich junge Frauen oder Mädchen, von denen manche erst sechzehn, ja sogar erst vierzehn Jahre alt sind. Die meisten von ihnen sind Jüdinnen, die aus Rußland, Polen, Österreich, Ungarn und Rumänien eingewandert oder die Töchter von Einwanderern sind. Man findet aber auch Amerikanerinnen unter ihnen und seit neuester Zeit eine große Anzahl von Italienerinnen.

Gearbeitet wird in etwa vierhundert Werkstätten. In der größten sind ungefähr 500 Personen beschäftigt und in einigen anderen 100 bis 300; in den meisten arbeiten jedoch weniger als fünzig. Fast alle Unternehmer sind Juden. Dies hindert sie natürlich nicht, ihre Glaubensgenossinnen mitleidlos auszubeuten oder gegen sie die religiösen und Rassenvorurteile der Amerikanerinnen und Italienerinnen ins Feld zu führen. Es gibt da ein System von Kontrakten und Nebenkontrakten, das den sogenannten Fabrikanten aller Verantwortlichkeit für die Arbeitsbedingungen oder sogar für die Zahlung der Löhne entbindet und die kleineren Unternehmer zum hitzigsten Wettbewerb mit den anderen antreibt, wenn auch unter der schändlichsten Ausbeutung ihrer Arbeiterinnen.

Es wurde oft versucht, diese zu organisieren, aber bisher nur mit geringem Erfolg. Einige Jahre lang existierte ein Verband, aber bis zum letzten Jahre hatte er nie mehr als ein paar hundert Mitglieder und war kaum imstande, einen nennenswerten Einfluß auf die Arbeitsbedingungen auszuüben. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, Überarbeit in der Geschäftssaison, sonst unfreiwillige Muße — alle diese Übel wurden noch durch die ungesunde Lage der Werkstätten und die nichtswürdige Tyrannei der Unternehmer und Vorarbeiter verschlimmert. Nach dem Ausbruch der Industriekrise im Spätherbst 1907 wurde die Lage noch schlechter, und beim Aufleben des Gewerbes im Sommer 1909 begann ein aufrührerischer Geist unter den Blusenmacherinnen zu erwachen. Die Mitgliederzahl des Verbandes wuchs, in zwei der größten Werkstätten schlossen sich ihm die Arbeiter an. Als die Unternehmer dies bemerkten, entließen sie die Verbandsmitglieder und besetzten die leergewordenen Stellen mit unorganisierten Arbeiterinnen, besonders Amerikanerinnen und Italienerinnen, bis zu denen der Verband noch nicht hatte vordringen können. Deshalb wurde ein Streik und ein Boykott gegen diese Werkstätten beschlossen, und der Kampf brach auf einmal mit voller Wut los.

Der Blusenmacherverband wurde von der „Woman's Trade Union League" unterstützt, einer Gesellschaft, die sich wenige Jahre vorher gebildet hatte, um die Organisation der arbeitenden Frauen zu fördern, und die in ihren Reihen nicht nur Mitglieder der bestehenden Frauengewerkschaften zählt, sondern auch Frauen aus der Klasse der Intellektuellen, die mehr aus Sympathie als aus materiellem Interesse sich der Bewegung angeschlossen haben: einige der tätigsten von ihnen sind Sozialistinnen. Das jüdisch-sozialistische Organ, der „Daily Forward", unterstützte die streikenden Blusenmacherinnen energisch, ebenso taten dies die jüdischen Arbeiterorganisationen im Osten von New York, die mit den United Hebrew Trades verbunden sind. Auf der anderen Seite stellten sich die vierhundert Blusenfabrikanten der Stadt, die in einem Unternehmerverband organisiert waren, hinter die gewerkschaftsfeindlichen Unternehmer; die Polizei und die niederen Gerichte wurden zu ihren Diensten in der schamlosesten Weise aufgeboten. Subjekte, die im Dienste der Arbeitgeber standen, durften die Streikenden straflos beleidigen, ja mißhandeln, während die Mädchen unter den fadenscheinigsten Vorwänden verhaftet wurden, sogar schon, wenn sie auf der Straße an einer streikenden Werkstatt nur vorbeigegangen waren. Trotz alledem nahm der Verband den Kampf unverzagt auf, und fast jeden Tag verließen einige von den neu Angestellten in den streikenden Werkstätten ihre Arbeit und schlossen sich dem Verband an.

So ging das fünf bis sechs Wochen lang, die Streikenden harrten standhaft aus trotz aller Verfolgungen, aber sie konnten doch die Meister nicht

zum Nachgeben zwingen. Am Abend des 22. November wurden gleichzeitig mehrere Massenversammlungen in verschiedenen großen Sälen veranstaltet, an denen Tausende von Blusenmacherinnen aus nicht streikenden Werkstätten teilnahmen, sowie viele, die nicht zu dem Gewerbe gehörten, aber mit den Streikenden sympatisierten. Während der Reden wurde plötzlich aus den Reihen der Zuhörer in der größten Versammlung der Vorschlag gemacht, sämtliche Blusenmacherinnen der ganzen Stadt sollten auf einmal die Arbeit niederlegen, um einheitliche Bedingungen in der ganzen Branche zu schaffen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Er wurde auch in den anderen Versammlungen zur Sprache gebracht und mit Begeisterung aufgenommen. Am Morgen kam die Nachricht in die Werkstätten, und am Mittag waren alle geschlossen, während die Arbeiterinnen in die Hauptquartiere des Verbandes strömten, um sich in die Organisation einschreiben zu lassen, ihr Scherflein zum Streikfonds beizusteuern und ihre Dienste für Streikpostenstehen, Agitation usw. anzubieten.

Es hat bisher in den Vereinigten Staaten, vielleicht sogar in der ganzen Welt noch nie einen Streik gegeben, an dem 30000 Frauen und Mädchen beteiligt waren. Und noch nie wurde ein Streik tapferer und entschiedener geführt als von diesen Frauen und Mädchen, die drei Monate lang wacker ausharrten. Sie trotzten dem Winter, ohne einen Pfennig Geld in der Tasche, während sie das organisierte Kapital, eine brutale Polizei und knechtselige Richter gegen sich hatten. Aber sie hielten treu zusammen, und schließlich siegten sie.

Fünf Wochen nach Beginn des Streiks veröffentlichte der „Call“ ein statistisches Resümee, aus dem hervorging, daß 653 Streikende verhaftet (von diesen wurden 190 wieder entlassen, gewöhnlich erst nach einer beschimpfenden Strafpredigt des Richters), 248 zu Geldstrafen, 19 zu fünf oder zehn Tagen Haft im Arbeitshaus verurteilt worden waren zusammen mit Diebinnen und Prostituierten (unter diesen Verhafteten waren einige kaum fünfzehn Jahre alt), während 196 noch auf das Verhör warten mußten. Die Geldstrafen, die aus der Verbandskasse bezahlt wurden, beliefen sich auf über 5000 Mark. Außerdem mußte der Verband an Kautionsgeldern im ganzen über 10000 Mark für Mitglieder bezahlen, die verhaftet waren und nur gegen Bürgschaft oder das Versprechen freigelassen wurden, „Frieden zu halten“. Aber derselbe Bericht zeigte auch, daß während dieser Zeit 271 Unternehmer aus dem Unternehmerverband austreten und die Forderungen der Streikenden erfüllen mußten, so daß 22000 von diesen die Arbeit wieder aufnahmen mit einer Lohnerhöhung von 10 bis 20 Prozent, eine Reduktion der Arbeitszeit auf 52 Stunden in der Woche, einer radikalen Verbesserung der Werkstattanlagen und vor allem der Anerkennung des Verbandes; 134 Unternehmer kämpften noch gegen den Verband. Nach sieben weiteren Wochen, also um Mitte Februar, endete der Streik mit einem völligen Siege der Arbeiter auf der ganzen Linie.

Auch in anderen Städten waren die Blusenmacherinnen in diesen Kampf mit verwickelt worden. New Yorker Fabrikanten hatten versucht, ihre Arbeit in Philadelphia, Hartford, Yonkers und anderweitig ausführen zu lassen. Überall, wo die Blusenmacherinnen dies bemerkten, weigerten sie sich, für New Yorker Aufträge zu arbeiten, und traten gegebenenfalls lieber in Ausstand, als daß sie als Verräter gehandelt hätten. Gleichzeitig überreichten sie in Philadelphia ihre eigenen Forderungen, und es folgte ein ausgedehnter Streik, der in allen seinen Phasen dem New Yorker ungemein ähnelt, aus-

genommen daß die Zahl der Streikenden nur ungefähr ein Viertel so groß war. Das Resultat bildete, in New York wie auch anderswo, eine wirkliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen in dieser Branche, eine erhebliche Stärkung des Blusenmacherverbandes und ein starker Ansporn für die Organisation der arbeitenden Frauen in anderen Industriezweigen. Der Blusenmacherverband zählt jetzt mehr als 10000 Mitglieder nach Abzug derjenigen, welche ihm während des Streiks beigetreten waren, um nach seiner Beendigung sofort auszutreten. Diese jungen Mädchen und Frauen sind Feuer und Flamme für die Arbeiterbewegung, und man kann in künftigen Kämpfen auf ihre tatkräftige Hilfe rechnen. Viele, die früher außer für ihre kleinen persönlichen Angelegenheiten kein Interesse gezeigt hatten, sind jetzt tätige Mitglieder der Sozialistischen Partei oder der Frauenstimmrechtsorganisationen oder auch aller beider.

Dieser Kampf ist natürlich vor allem bezeichnend für das Erwachen der arbeitenden Frauen Amerikas. Das war nicht nur eine Lohnarbeiterrevolte; nein, das war gleichzeitig auch eine „Revolte der Frau". Als Lohnarbeiterstreik fand er Unterstützung bei den Gewerkschaften; als Frauenstreik bei den Frauenorganisationen jeder Art und sogar bei einigen reichen Damen, die niemals das geringste Interesse für die Arbeiterbewegung an den Tag gelegt hatten. Was die meisten dieser Damen anbelangt, so war freilich ihr Interesse nur ein momentanes. Ihre Hilfe, besonders ihre Geldbeiträge waren wertvoll; aber bald machten sich doch die Klassengegensätze geltend, die streikenden Mädchen waren durchaus nicht willens, sich Vorschriften machen zu lassen, wenn auch von einer noch so noblen Gönnerin. Diese hinwiederum, die meistens nur ein sentimentales Interesse für die Streikenden gehegt hatten, fanden bald ein neues Feld für ihre Betätigung, das ihnen mehr zusagte. Indessen beeinflußte der Streik die Frauenstimmrechtsbewegung als Ganzes sehr tief. Die Frauenrechtler lernen allmählich, daß sie die wirksamste Unterstützung bei der Arbeiterklasse finden werden, sobald sie deren Vertrauen sich erwerben können. Sie verstehen, daß die Forderung der „Frauenrechte" nicht in sentimentalen Gemeinplätzen oder in abstrakten Theorien über „Naturrechte" ihre Erfüllung findet, sondern in den Tatsachen der industriellen Entwicklung. Diese versetzt die Frauen in dieselbe Umgebung, in der sich die Männer der verschiedensten Klassen befinden, und erweckt in ihnen dieselben Gedanken, Gefühle und Wünsche, die bis heute im allgemeinen nur die männliche Hälfte der Menschheit gehegt hat. Das natürliche Ergebnis dieser Faktoren und ihrer klaren Erkenntnis ist die Spaltung der Frauenbewegung in zwei Flügel: der eine bürgerlich in seinem Wesen, beschränkt in seinen Begriffen und konservativ oder gar reaktionär in allen anderen Fragen außer dem gleichen Stimmrecht; der andere dagegen proletarisch und fortschrittlich. Diese Spaltung wird sich natürlich noch verschärfen, aber den proletarischen Flügel der Bewegung stärken und ihn in immer engere Beziehung zu den Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei bringen.

Als beides, als Lohnarbeiterstreik wie als Frauenstreik, verdiente und empfing der Blusenmacherinnenstreik warme Hilfe von den Sozialisten in New York und den östlichen Staaten. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die sozialistischen Frauen für ihr energisches und tatkräftiges Wirken in diesem Kampfe. Sie sammelten Geld; sie veranstalteten eine Extraausgabe des „Call" und verkauften 47000 Nummern auf der Straße; sie standen zusammen mit

den streikenden Frauen Streikposten und wurden auch in einigen Fällen mit ihnen zusammen verhaftet; sie organisierten öffentliche Meetings; sie verwandten ihre Erfahrung dazu, im Dienste des Verbandes die Tausende von Mädchen zu organisieren, die niemals daran gedacht hätten, dem Verband beizutreten, und ihnen bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu helfen; und durch all dieses zeigten sie den jungen Mädchen, die am Kampfe beteiligt waren, daß der Sozialismus keineswegs nur eine abstrakte Theorie oder ein Zukunftstraum ist, sondern ein lebendiger Teil des heutigen Kampfes gegen Elend und Unterdrückung. Ihr Wirken hat sicher viel dazu beigetragen, das Ansehen der Sozialistischen Partei bei denen zu heben, an die sich die sozialistische Bewegung vor allem wendet.

Seit dem Streik der Blusenmacherinnen werden die Woman's Trade Union League und die Zentralstellen der Arbeiterorganisationen mit Anträgen bestimmt, auch in anderen Zweigen die Arbeiterinnen organisieren zu helfen — Kellnerinnen, Wäscherinnen, Verkäuferinnen und Fabrikmädchen jeder Branche. Wahrscheinlich werden wir im nächsten Jahre ein erhebliches Anwachsen der Zahl organisierter Frauen und vielleicht auch weitere große Streiks von Arbeiterinnen erleben. (Fortsetzung folgt.)

Literarische Rundschau.

Maxim Anin, **Die Nationalitätenprobleme der Gegenwart.** Wien, Verlag Schnakenburg. Preis 1 Krone.

Es ist sehr gut, daß die Herren „sozialistischen“ Zionisten gerade vor dem Internationalen Kongreß den ausländischen Genossen die Möglichkeit gewähren, diese Partei näher kennen zu lernen. Denn sie wird den Kongreß gewiß wiederum beschäftigen, da sie Anspruch auf die Zulassung zu ihm macht. Man muß deshalb Herrn Anin dankbar sein, daß er selbst klar hervorhebt, was diese sogenannte zionistisch-sozialistische Partei von den anderen sozialistischen Parteien unterscheidet. In einer Abhandlung: Der jüdische Sozialismus und seine Strömungen, sagt Herr Anin, „daß bei den in selbständigen politischen Gebilden organisierten Nationen der Klassenkampf des Proletariats einen ganz anderen Inhalt und ganz andere Bedeutung hat, als bei einer staatslosen und dabei noch exterritorialen Nation, wie es die Juden sind“. Der jüdische sozialdemokratische Arbeiterbund bestreitet es natürlich, daß der „Inhalt des Klassenkampfes“ von dem Territorium des Volkes abhängt. Er sieht keinen Unterschied zwischen dem Klassenkampf des jüdischen Proletariats und dem anderer Nationen. Anders aber die Partei Anins. Nun fragt es sich, was hat sie dann Gemeinsames mit den anderen sozialistischen Parteien, die einen Klassenkampf ganz anderen Inhalts führen. „Das Proletariat,“ sagt Anin weiter, „hat hier (bei den staatlich-organisierten Nationen) in erster Linie einen Kampf zu führen für die weitmöglichste Anpassung der Staatstätigkeit an seine spezifischen Klasseninteressen.“ Also auch bei den territorial-organisierten Nationen handelt es sich bloß um die „Anpassung der Staatstätigkeit“, keineswegs aber um die Eroberung der politischen Macht? Woher nur Anin diese Weisheit schöpft? Aus den sogenannten „sozialistischen“ Monatsheften, deren eifriger Mitarbeiter er ist? Sehen wir zu, was Anin daraus folgert.

Eine exterritoriale Nation, erklärt Anin, kann den Staat nicht „ausnutzen“ und muß deshalb danach streben, zuerst die „normalen Bedingungen eines historisch erfolgreichen und sozialschöpferischen Klassenkampfes“ zu schaffen. Nun, dann mögen die jetzigen Zionisten und zukünftigen „Sozialisten“ abwarten, bis sie, auf einem nationalen Territorium angesiedelt, einen richtigen Klassenkampf führen werden, um dann in der Internationale eine Vertretung zu fordern. . . .

Um die „Notwendigkeit“ eines Territoriums für die Juden zu begründen, hat Anin seine angeführte Schrift verfaßt. Sein flüchtiger Überblick über die Nationalitätenprobleme in den westeuropäischen Ländern dient ihm bloß dazu, um seinen Schluß zu begründen, daß ein Territorium für die Juden notwendig ist, um „alle Seiten ihres nationalen Daseins, vor allem aber eine ungestörte sozial-ökonomische Entwicklung“ entfalten zu können (S. 87). Allerdings geht aus den selbst von Anin angeführten Definitionen der Nation als Kulturgemeinschaft etwas ganz Entgegengesetztes hervor. Es ist überhaupt absurd, zu sagen, daß die ökonomische Entwicklung jeder Nation (nicht jedes Staates) anders ist, oder zu behaupten, daß die Anomalien im sozial-ökonomischen Bau des jüdischen Lebens ihren „letzten Grund in der Exterritorialität der jüdischen Nation haben“ (S. 96). Auf diesen Unsinn braucht man gar nicht näher einzugehen. Dagegen mag noch erwähnt werden, daß Anin selbst zugibt, die Erreichung des zionistischen Zieles sei keineswegs sicher, sondern bloß möglich.

Allerdings bestreitet er auch die objektive Notwendigkeit des Sozialismus. Auch darüber wollen wir mit ihm nicht streiten. Nur hat er kein Recht, sich dabei auf Engels und Kautsky zu berufen, die gerade das Gegenteil behaupten. Weder Engels noch Kautsky trennen das Subjekt vom Objekt: die subjektive Notwendigkeit ist für sie nur der Ausdruck der objektiven Notwendigkeit. Herr Anin scheint überhaupt den Marxismus in der Schule der „sozialistischen“ Monatshefte gelernt zu haben. Auf diesen „Marxismus“ mag er sich meinetwegen auch stützen. M. N.

Dr. R. Broda und Dr. Jul. Deutsch, **Das moderne Proletariat, eine sozialpsychologische Studie.** Berlin 1910, Georg Reimer. 226 Seiten.

Das Buch stellt einen sehr beachtenswerten Versuch dar, die sich vielfach kreuzenden Tendenzen und Gegentendenzen, durch welche die psychologische Entwicklung des modernen Proletariats in verschiedenen Ländern und je nach dem Entwicklungsgrad des dort herrschenden Produktionssystems bestimmt wird, systematisch darzustellen und zu zeigen, wie sich trotz der so verschiedenen Gegenströmungen doch eine einheitliche Richtungslinie beobachten läßt.

In dem überaus interessanten Kapitel „Prozeß der Organbildung“ wird die Entstehung und Eigenart der vier verschiedenen Organisationsformen des Proletariats: politische Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft und Bildungsorganisation, in ihrem historischen Werdegang gezeigt und dargetan, in welcher Weise jede einzelne von ihnen die Psyche des Arbeiters beeinflußt. Die Geschichte jeder Kulturnation wirkt auf die Bildung dieser Organisationsformen verschiedenartig ein und verursacht es, daß hier die eine und dort die andere in den Vordergrund tritt und auf Kosten der übrigen erstarkt. Dadurch allein aber werden schon dem Denken und Fühlen der organisierten Arbeiter in verschiedenen Ländern oft eigenartige Merkmale aufgedrückt und bewirkt, daß sie zu der speziellen Schulung und Erkenntnis, die durch jede einzelne Organisationsform großgezogen werden, in verschiedener Reihenfolge und zu verschiedenen Zeiten gelangen.

Schließlich untersuchen die Autoren eingehend die psychische Verfassung desjenigen Teiles des Proletariats, der als der am weitesten geistig vorgeschrittene die Merkmale einer speziell proletarischen Psychologie am deutlichsten aufweist. Dabei stützen sie sich vorwiegend auf mehrere im Laufe der letzten Jahre von Proletariern publizierte Autobiographien und auf eine Reihe von Skizzen, die auf ihre Anregung hin von Männern und Frauen der Arbeiterklasse verfaßt wurden, und die dem Buche als Anhang beigegeben sind.

Die Bedeutung des Buches liegt weniger in dem Ergebnis, zu dem die Genossen Broda und Deutsch gelangen, als vielmehr darin, daß sie schon bekannte Tatsachen in ein übersichtliches System gebracht und dadurch der künftigen Forschung manchen nützlichen Fingerzeig gegeben haben. Therese Schlesinger.

Bibliographie des Sozialismus.

Bauer, Otto, **Krieg oder Friede in den Gewerkschaften?** Wien, Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co. 20 S. 25 Pf.

Berthold, Aimé, **P. J. Proudhon et la propriété.** Un socialisme pour les paysans. (Bibliothèque socialiste internationale publiée sons la direction de Alfred Bonnet. XIII.) Paris, V. Giard & E. Brière. 237 S. 3 fr.

Cathrein, Viktor, S. J., **Der Sozialismus.** Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit. Zehnte, bedeutend umgearbeitete und vermehrte Auflage. (21. bis 23. Tausend.) Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. 520 S. 4,50 Mk., gebunden 5,20 Mk.

Cullen, Alexander, **Adventures in socialism; New Lanark establishement and Orbiston Community.** New York, The Macmillan Company. 330 S. 2 Dollars.

Danneberg, Robert, **Das sozialdemokratische Programm.** Eine gemeinverständliche Erläuterung seiner Grundsätze. Wien, Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co. 104 S. 40 Heller = 40 Pf.

Ensor, R. C. K., **Modern socialism, as set forth by socialists in their speeches, writings, and programmes.** Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage. London, Harper. 444 S. 1 sh.

Fournière, Eugène, **La sociocratie.** Essai de politique positive. Collection des doctrines politiques, publiée sons la direction de A. Mater. XVI. Paris, V. Giard & E. Brière. 220 S. 2,50 fr.

Hillquit, Morris, **History of Socialism in the United Staates.** Fünfte, revidierte und vermehrte Auflage. New York und London, Funk & Wagnalls Company. 389 S. 1,50 Dollar.

Kampffmeyer, Paul, **Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland.** Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 230 S. 2 Mk.

Kautsky, Karl, **Zelsch us waru.** (Der Weg zur Macht.) Lettische Übersetzung. Brüssel, Ausländisches Komitee der Sozialdemokratie Lettlands. 80 S. 40 Kopeken.

Labriola, Arturo, **Storia di dieci anni** (1899—1909). Mailand, Verlagshaus „Il Viandante", Via Pietro Verri 16. 329 S. 3 Lire.

Lange, F. A., **Die Arbeiterfrage.** Ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. Neu bearbeitet und herausgegeben von Dr. A. Grabowsky. Leipzig, Alfred Kröner. 80 S. 1 Mk.

Lewinski, Wladimir, **Selianstwo i Socialdemokratia.** (Die Bauern und die Sozialdemokratie.) In serbischer Sprache. Agrarprogramm der Sozialdemokratischen Partei. Lemberg, Semlja i wolja. 112 S. 1,40 K.

Lüdke, Emil, **Müssen wir die Idee des Generalstreiks propagieren?** Mit einem Vorwort von Henriette Roland-Holst. Berlin-Treptow, Selbstverlag des Verfassers, Baumschulenstraße 74. 23 S. 15 Pf.

Marxstudien. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Max Adler und Dr. Rudolf Hilferding. Dritter Band: Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus. Tatiana Grigorovici, Die Wertlehre von Marx und Lassalle. Wien, Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co. 575 S., broschiert 8,40 Mk. (Separatausgaben: Hilferding, gebunden 9,70 Mk. Grigorovici 2 Mk.)

Myers, Gustavus, **History of the great american fortunes.** Band III: Great fortunes from railroads. Chicago, Charles H. Kerr & Co. 412 S.

O schkoli, uciteljima i ucenicima sa socialdemokratskog gledista. (Schule, Lehrer und Schüler vom sozialdemokratischen Standpunkt.) Verfaßt von Rad. K. Tassics, Woj. N. Mladenowics, Mich. M. Joroanowics und Drag. M. Michailowics, Volksschullehrer. Jagodina (Serbien), Verlag: Klub der sozialdemokratischen Volksschullehrer und Lehrerinnen. 80 Pf.

Parvus, **Der Staat, die Industrie und der Sozialismus.** Dresden, Kaden & Co. 192 S. 3 Mk.

Parvus, **Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reich.** Dresden, Kaden & Co. 68 S. 50 Pf.

Pawlowski, Auguste, **La confédération générale du travail.** Les origines, son organisation, ses tendences, ses moyens d'action et son avenir. Avec une préface de J. Bourdeau. Paris, Felix Alcan. 155 S. 2,50 fr.

Plechanow, G., **Die Grundprobleme des Marxismus.** Autorisierte Übersetzung von Dr. M. Nachimson. (Siebtes Bändchen der Kleinen Bibliothek.) Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. 112 S. Broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk., Vereinspreis 50 Pf.

Sozialdemokratische Flugschriften. **V. Die Sozialdemokratie und das Heer.** Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 16 S. 10 Pf.

Spargo, John, **Karl Marx: His life and work.** New York, B. W. Huebsch. 360 S. 2,50 Dollars.

Villiers, Broùgham, **The socialist movement in England.** Siebte Auflage. Mit einer neuen Vorrede. London, T. Fisher Unwin. 356 S. 2 sh. 6 p.

Weinberg, Dr. Siegfried, **Die Arbeiterklasse und der Strafgesetzentwurf.** Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf. 46 S. 75 Pf.; Vereinsausgabe 40 Pf.

W Sprawie Zjednoczenia socjalistycznego. Polske partije socjalistyczna. P. P. S. Wydawnictwo Warszawskiego komiteta robotniczega P. P. S. Krakau, Mysli Socialistycznej. 56 S. 60 Heller.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 45 Ausgegeben am 5. August 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Vorspiele der Reichstagswahlen.

↗ Berlin, 30. Juli 1910.

Einen kläglicheren Anblick als in den letzten Wochen hat die bürgerliche Presse lange nicht geboten, sowenig sie in dieser Hinsicht die Mitwelt verwöhnt haben mag. War das ein Gegacker um die famose Großblockidee im allgemeinen und Herrn Bassermann im besonderen, der seine edelste Kraft daran setzte, den fürchterlichen Krach der „Niederdeutschen Bank“ aufzuhalten, während sich die bürgerlichen Staatsmänner anstellten, als hinge das Heil der Welt davon ab, ob er eine Kandidatur für den nächsten Reichstag annehme oder nicht.

Wirklich — man kann eine aufrichtige Sehnsucht nach den Bennigsen und Miquel verspüren, wenn man diesen Spektakel um Herrn Bassermann hört: um den würdigen Sohn des würdigen Vaters, der in vormärzlicher Zeit im badischen Musterländle das Banner der Freiheit mit nerviger Faust schwang, aber sofort ins reaktionäre Lager abschwenkte, als ein ernsthafter Kampf um die Freiheit entbrannte, der sich in diesem Kampfe durch die Karikatur eines Witzblatts so erschrecken ließ, daß er das sich eben dem Novemberstaatsstreich unterwerfende Berlin als ein revolutionäres Sodom und Gomorra voll königsmörderischer „Gestalten“ denunzierte. Eine ebenso erhebende Rolle spielte der Sohn Bassermann, als er bei den parlamentarischen Gewaltstreichen, mit denen der Hungertarif im Reichstag durchgesetzt wurde, den Brotwucherern gehorsam die Schleppe trug. Und um diesen Helden wurden zahllose Leitartikel verbrochen, als stände die Zukunft der Nation auf dem Spiele, wenn er im Reichstag nicht fürderhin die liberalen Grundsätze verraten könne. Selbst die Hundstagshitze vermag solche Delirien nicht völlig zu erklären.

Eher könnte man die Angst vor der ansteigenden „roten Flut“ als zureichende Ursache einer so traurigen, geistigen Verheerung betrachten. Sie bringt die bürgerlichen Gehirne außer Rand und Band, so daß sie die tollsten Phantasien gebären. Auch die glorreiche Großblockidee ist weniger vom Haß gegen den Schnapsblock, als von dem Wunsche, die Sozialdemokratie einzu-

seisen, aus der Taufe gehoben worden. Wie wäre es sonst zu erklären, daß zum Beispiel das „Berliner Tageblatt“ sich im Schweiße seines Angesichts abmüht, die Differenzen, die durch den badischen Disziplinbruch innerhalb der Partei entstanden sind, nach Kräften zu schüren? Einen Bundesgenossen, mit dem man es ehrlich meint, sucht man doch nicht am Vorabend des Kampfes zu schwächen. Da schaut der Pferdefuß gar zu deutlich hervor.

Ehrlicher ist die „Vossische Zeitung“, wenn sie offen heraussagt, wie sie sich den Großblock denkt, an dessen Herrlichkeit sie, eben weil sie aus ihrem Herzen keine Mördergrube macht, nicht zu glauben vermag. Sie will sich auf den Schwindel nur einlassen, wenn bei den nächsten Reichstagswahlen den Heersäulen der Arbeiterpartei die roten Vögel der Mugdanesen voranflattern. Sie geht klipp und klar mit den Bedingungen heraus, unter denen der Freisinn für den Großblock zu haben wäre, indem sie fragt: Wird die Sozialdemokratie „unserem“ Kämpf sein Mandat gönnen, das letzte, das der Freisinn in Berlin noch besitzt, oder wird Genosse Haase darauf verzichten, „unserem“ Gyßling das Königsberger Mandat wieder zu entreißen? Hierauf wagt die „Vossische Zeitung“ nicht zu hoffen, und dadurch erweist sich die gute Tante wirklich als ahnungsvoller Engel. Sie kann ruhig Gift darauf nehmen, daß, soweit es auf die Sozialdemokratie ankommt, weder „unser“ Gyßling noch „unser“ Kämpf den nächsten Reichstag zieren werden.

Ob selbst unter den Bedingungen, die die „Vossische Zeitung“ voraussetzt, auf irgendwelche Gegenleistungen des Freisinns zu rechnen wäre, das wollen wir aus Höflichkeit dahingestellt sein lassen. Immerhin ist es ein Verdienst dieses biedermännischen Organs, der wirklichen Lage der Dinge ins Gesicht, wenn auch nicht geschaut, so doch geblinzelt zu haben. Bei den anscheinend viel großartigeren Plänen des „Berliner Tageblatts“ hat man immer zu bedenken: Trau, schau, wem? Bei dem Halsausrecken nach der Taube des Großblocks, die irgendwo in der blauen Luft schweben soll, kommt der Spatz ganz in Vergessenheit, den man schon in der Hand hat oder doch jeden Augenblick haben kann, wenn man nur will. Ein Wahlbündnis zwischen Freisinn und Sozialdemokratie ist nur auf der Grundlage möglich, daß beide Parteien sich in den Stichwahlen unterstützen; wer es in dieser Beziehung bisher an sich hat fehlen lassen, braucht nicht erst gesagt zu werden. Diejenigen Blätter des Freisinns, denen es wirklicher Ernst ist mit der Bekämpfung des Schnapsblocks, können nichts Besseres und Dringlicheres tun, als aus den Köpfen der Philister die lächerliche Angst vor dem roten Gespenst zu fegen; wenn sie statt dessen die Prinzipien, an denen die große Mehrheit der sozialdemokratischen Partei nun einmal festhält, mit wenig Witz und viel Behagen zu karikieren versuchen, so wissen sie entweder selbst nicht, was sie tun, oder es liegt der dringendste Anlaß vor, an ihrer Ehrlichkeit zu zweifeln.

Ein Stichwahlbündnis der beiden Parteien würde auch, natürlich unter der Voraussetzung, daß der Freisinn endlich einmal Fuß beim Male hält, vollkommen hinreichen, den Schnapsblock zu stürzen. Seine Organe wissen das sehr gut, denn für diesen Fall sparen sie die Drohungen an die Adresse des Freisinns nicht, während sie über den Großblock nur mehr oder minder

gute Witze machen, meist sogar ganz gute, denn an dieser kolossalen Zielscheibe der Satire schießen auch schlechte Schützen nicht leicht vorbei. Aber das Stichwahlbündnis zwischen Freisinn und Sozialdemokratie suchen sie allen Ernstes zu verhindern, und da sie ihre Pappenheimer kennen, so schwingen sie den roten Lappen mit einer Energie, die bisher noch niemals ihre Wirkung auf die Hasenherzen der liberalen Spießbürger verfehlt hat.

Ganz wohl ist ihnen dabei auch nicht, allein soweit sich aus ihren Andeutungen und gelegentlichen unbedachten Äußerungen schließen läßt, denken sie bis zu den nächsten Wahlen noch nicht mit ihrem schweren Geschütz vorzurücken. Sie rechnen mit dem, was man in der Strategie den „Kulminationspunkt" des Siegens zu nennen pflegt, mit der alten Erfahrung, daß wenn ein Heer einen großen Sieg erfochten hat, alsbald eine rückläufige Bewegung einzutreten pflegt. Eine solche Bewegung bietet ihnen vorteilhaftere Aussichten, als wenn sie die augenblicklich frisch lodernde Empörung der Volksmassen mit reaktionären Streichen ersticken wollten, die sehr leicht ihren Urhebern am gefährlichsten werden könnten. Ganz anders, wenn die Sozialdemokratie in den nächsten Wahlen einen überwältigenden Erfolg erringt und der neue Reichstag etwa nicht für eine neue Militärvorlage zu haben sein würde; dann könnte mit ganz anderer Aussicht auf Erfolg ein bonapartistisches Plebiszit vom Kaliber der berüchtigten Faschingswahlen inszeniert werden.

Unter diesem Gesichtspunkt erklärt es sich denn auch, daß die reaktionären Blätter, ganz gegen ihre sonstige Gewohnheit, der Sozialdemokratie gar nicht genug Mandate für die nächsten Wahlen prophezeien können; unter 120 tun sie es schon gar nicht. Sehr mit Recht erinnert unser Dortmunder Parteiblatt daran, daß man diese Danaer doppelt fürchten müsse, wenn sie Geschenke bringen. Es ist vielleicht noch das wenigste, daß sie die proletarischen Wähler mit der vorzeitigen Eskomptierung des künftigen sozialdemokratischen Wahlerfolges in trügerische Sicherheit wiegen wollen; viel gefährlicher wäre es, wenn es ihnen gelänge, in der Partei Illusionen darüber zu erwecken, wie sich bei der Eroberung möglichst zahlreicher Mandate Mittel und Zweck zueinander verhalten.

Es trifft durchaus zu, wenn die „Arbeiterzeitung" in Dortmund schreibt: „Die Spekulation auf 120 Mandate steht und fällt mit der Hoffnung auf die Mitläufer. Kein Zurechnungsfähiger wird behaupten, daß die Zahl der überzeugten Sozialdemokraten sich seit 1907 verdreifacht habe. Und hieraus erwächst nun die schwere Gefahr, daß wir aus Sehnsucht nach den 120 Mandaten uns verleiten lassen könnten, Taktik und Agitation auf die Gewinnung der Mitläufer einzustellen." Vor dieser Gefahr kann allerdings nicht dringend genug gewarnt werden. Je größer die Zahl der Mitläufer bei den nächsten Wahlen sein wird, um so mehr wächst die Aussicht der Reaktion, den sozialdemokratischen Wahlerfolg alsbald durch irgendwelche reaktionäre Streiche wieder zu beseitigen; hieraus erklärt sich die Bereitwilligkeit der reaktionären Propheten, den roten Teufel, den sie an die Wand malen, mit parlamentarischen Mandaten zu überschütten. Mehr noch als für jeden früheren Wahlkampf ergibt sich für die nächsten Reichstagswahlen die Notwendigkeit, in der Wahlagitation die prinzipiellen Ziele der Sozialdemokratie mit rücksichtsloser Schärfe zu vertreten.



Zwischen Baden und Luxemburg.

Von K. Kautsky.

1. Die Republik.

Wir hatten die Genossin Luxemburg ersucht, im Interesse einmütiger Abwehr des badischen Disziplinbruchs der Verschiebung ihrer Antwort zuzustimmen, weil diese geeignet war, das Interesse der Genossen von den badischen Dingen abzulenken. Was zu erwarten war, ist rascher eingetroffen, als wir geglaubt. Der Karlsruher „Volksfreund" beruft sich bereits triumphierend auf die Genossin Luxemburg. Kurt Eisner ist es, der sie dort dem Disziplinbruch dienstbar macht.

In einem Artikel, betitelt: „Das Große und das Kleine", führt er aus: Was bedeute Baden gegenüber Preußen? Nichts Wichtigeres gebe es im Moment, als den preußischen Wahlrechtskampf.

„Die neuerliche bedeutsame preußische Frage, ob der Wahlrechtskampf mit der notwendigen Entschiedenheit und den richtigen Mitteln geführt worden ist, das heißt die Frage des proletarischen Lebensinteresses und der deutschen, ja der europäischen Politik hat so sehr den Vorrang, daß daneben der kleine Badenerstreit ganz zurücktreten muß."

Und früher schon heißt es in dem Artikel:

„Genossin Luxemburg hat mit Fug denn doch die Diskussion über den preußischen Kampf für wichtiger gehalten, und ihrer zähen Energie ist es zu verdanken, daß (in der ‚Neuen Zeit') — der Wertordnung gemäß — das preußische Problem ausführlich im Text erörtert und die badische Episode mit einer Fußnote abgetan wird."

Und in seinem Beginn erklärt er:

„Wird von einer so einflußreichen und in ihren Anregungen und Ratschlägen mit Recht so beachteten Genossin, wie Rosa Luxemburg, behauptet, daß die Lebensaufgabe der deutschen Politik, die preußische Wahlrechtsbewegung, von der Partei durch falsche Behandlung verpfuscht worden sei, so wird damit eine Frage von solchem Ernst und solcher Tragweite aufgeworfen, daß es Wichtigeres für die Gesamtpartei gar nicht geben kann und daß uns in diesem Augenblick wahrhaftig das Tun und Lassen der sonst gewiß sehr geschätzten Badenser völlig gleichgültig wird."

Nicht immer wurden die Anregungen und Ratschläge der Genossin Luxemburg im Karlsruher „Volksfreund" so kolossal hoch eingeschätzt wie eben jetzt. Aber dieser hat in der Tat alle Ursache, der Genossin Luxemburg zu danken, die als Schutzengel über dem „Kanton Badisch" schwebt, bemüht, das Donnerwetter von ihm ab und nach Berlin zu lenken.

Natürlich wiederholt Eisner im „Volksfreund" alle Anklagen, die Genossin Luxemburg gegen uns geschleudert hat, so auch die des „Verbots" der Betonung des republikanischen Standpunktes:

„Heute wirft man den Badensern Versäumnis republikanischer Pflichten vor, obwohl doch gerade hier die Auffassung Mehrings zutrifft: auch für die Republik wird nicht in den Kleinstaaten gekämpft ... in Berlin ist der Platz für republikanische Agitation, die durchaus nicht schon in schweigender Stimmenthaltung, in Unterlassungen erfüllt wird, und in Preußen wie im Reiche läßt gerade die ‚Neue Zeit' solche Propaganda als unvereinbar mit der Parteitradition nicht zu."

Wenn ich anfangs auf die Anwürfe der Genossin Luxemburg nicht sofort antworten wollte, geschah es, um nicht ebenso wie sie die Aufmerksamkeit von

den Badener Vorgängen abzulenken. Der nächste Parteitag wird nicht unter dem Zeichen des Massenstreiks stehen, sondern unter dem der Reichstagswahlen. Diese, nicht der Massenstreik beschäftigen jetzt die gesamte Partei. Und im Zusammenhang mit den Wahlen der Disziplinbruch, der eine so schwere Bedrohung des kommenden Wahlkampfes ist. Insofern könnte auch heute noch die Beantwortung der Luxemburgschen Ausführungen warten.

Was aber nicht mehr warten kann, sind die Anwürfe, namentlich wegen des angeblichen Verbots der Betonung des republikanischen Standpunktes, die Genossin Luxemburg gegen mich schleuderte, denn diese werden von den badischen Hofgängern jetzt für sich ausgenutzt, und ich mache den Genossen, die den wahren Sachverhalt nicht kennen, eine Zurückweisung der badischen Ausnutzung der Luxemburgschen Angriffe unmöglich, solange ich diese nicht richtigstelle.

Jetzt darf ich nicht mehr schweigen.

Über den Eisnerschen Artikel selbst brauche ich kein Wort weiter zu verlieren, nur als Kuriosum sei sein Satz zitiert:

„Uns schien das Beispiel der revolutionären Jungtürken immer erzieherischer zu sein als das der revolutionären Russen."

Eisner, dessen revolutionäres Ideal die jungtürkische Offiziersverschwörung ist, als dritter im Bunde mit Rosa Luxemburg, der Verfechterin des Massenstreiks um jeden Preis und Kolb, dem Verfechter der Budgetbewilligung und der Hofgängerei: ein sonderbares Kleeblatt!

Und nun zur Republik.

Genossin Luxemburg hatte behauptet, in der „Neuen Zeit" könne man mit „der Losung der Republik nicht an die Öffentlichkeit treten".

Das bezog sich darauf, daß ich von ihr gefordert hatte, in ihrem Artikel über den Massenstreik, den sie mir sandte, einen Passus über republikanische Agitation zu streichen. Ich bemerkte, ich hätte ihn zurückgewiesen, nicht weil er den republikanischen Standpunkt betonte, sondern aus anderen Gründen. Sie hätte die Berechtigung dieser Gründe anerkannt, indem sie den Passus selbst nicht veröffentlichte.

Mit dieser letzteren Behauptung hatte ich mich allerdings geirrt, wie ich schon zugegeben habe.

Das Versehen rührte daher, daß der Passus nicht in seinem ursprünglichen Zusammenhang erschien, sondern fast zwei Wochen nach dem Erscheinen ihres Artikels über den Massenstreik, den die Dortmunder „Arbeiterzeitung" gebracht hatte, in der Breslauer „Volkswacht", die mir nicht zuging.

Aber selbst wenn mir der Artikel der „Volkswacht" zu Gesicht gekommen wäre, hätte ich ihn nicht wieder erkannt. Er trägt jetzt einen ganz anderen Charakter. Rosa Luxemburg erklärt, sie habe ihn veröffentlicht, „ohne ein Wort daran zu ändern". Ich habe den Passus vor fast fünf Monaten nur einmal gelesen, kann also nichts darüber sagen, ob das buchstäblich zu nehmen ist. In meiner Erinnerung jedoch machte er einen weit weniger harmlosen Eindruck wie jetzt.

Das mag aber bloß daher rühren, daß er jetzt nicht mehr in seinem alten Zusammenhang steht. In diesem Zusammenhang, als Schluß des Artikels, der zum Massenstreik aufforderte, erklärte er, die Agitation für das freie Wahlrecht genüge nicht mehr. Es gelte jetzt die Agitation für die Re-

publik. Und da meinte ich allerdings, republikanische Agitation in Verbindung mit Massenstreikaktion, das wäre eine völlig neue Agitation und Aktion, die für die Partei unabsehbare Folgen haben könne, die nicht ein einzelner auf eigene Faust proklamieren dürfe, die aber auch nicht gut öffentlich diskutiert werden könne. Selbst so gute Republikaner wie Marx und Engels hätten anerkannt, daß bei der republikanischen Agitation in Deutschland Vorsicht walten müsse.

Diese Auffassung vertrete ich auch heute noch, und Rosa Luxemburg hat ihre Berechtigung indirekt anerkannt, freilich nicht in der Weise, wie ich's annahm, daß sie auf die Veröffentlichung des Passus vollständig verzichtete, wohl aber in der Weise, daß sie ihn aus dem Zusammenhang herausnahm, in dem ich ihn beanstandete, und ihn für sich allein erscheinen ließ, wo er ein viel harmloseres Gesicht annahm.

Wenn Rosa Luxemburg behauptete, ich hätte ihr in meinem Briefe die „scharfe Betonung des republikanischen Standpunktes verboten“, so steht davon in meinem Briefe keine Silbe.

Es wäre auch in der Tat sehr sonderbar, wenn ich das getan hätte, da ich, wie bereits erklärt, „schon stärkere Betonungen des republikanischen Gedankens in der ‚Neuen Zeit‘ veröffentlichte“ wie die harmlose Bemerkung in der Broschüre der Genossin Luxemburg, die Liberalen verdienten Vorwürfe, weil sie 1848 nicht die deutsche Republik gemacht. Genossin Luxemburg kann sich nicht entsinnen, republikanische Erklärungen in der „Neuen Zeit“ gelesen zu haben. Zwei Zitate mögen genügen, ihr Gedächtnis zu stärken.

Im Beginn meiner Artikelserie über „Republik und Sozialdemokratie in Frankreich“ erklärte ich:

„Zunächst kann ich nur wiederholen, was ich in der ‚Neuen Zeit‘ (XXII, 2, S. 675) gesagt:

„‚Wir sind schon deswegen Republikaner, weil die demokratische Republik die einzige dem Sozialismus entsprechende politische Form ist. Die Monarchie kann nur bestehen auf der Grundlage von Klassenunterschieden und Klassengegensätzen. Die Aufhebung der Klassen bedingt auch die Aufhebung der Monarchie.‘“ („Neue Zeit“, XXIII, 1, S. 260.)

Im zwölften Jahrgang der „Neuen Zeit“ hatte ich auseinandergesetzt:

„Wir sind Revolutionäre, und zwar nicht bloß in dem Sinne, in dem die Dampfmaschine ein Revolutionär ist. Die soziale Umwälzung, die wir anstreben, kann nur erreicht werden mittels einer politischen Revolution, mittels der Eroberung der politischen Macht durch das kämpfende Proletariat. Und die bestimmte Staatsform, in der allein der Sozialismus verwirklicht werden kann, ist die Republik, und zwar im landläufigsten Sinne des Wortes, nämlich die demokratische Republik.“ (XII, 1, S. 368.)

Das sind nicht etwa „olle Kamellen“, sondern diesen Passus druckte ich erst im vorigen Jahre in meinem „Weg zur Macht“ ab. Er wird demnächst in neuer Auflage dort erscheinen.

Ist der Genossin Luxemburg hier der republikanische Standpunkt nicht scharf genug betont? Ist er da nicht stärker betont als in ihrer Frankfurter Rede, die sie jüngst hielt? Und ich sollte Genossin Luxemburg gehindert haben, unseren republikanischen Standpunkt scharf zu betonen, also dasselbe zu tun, was ich tat?

Wenn sie behauptete, in der „Neuen Zeit“ dürfe man „mit der Losung der Republik nicht an die Öffentlichkeit treten“, so hat sie die Genossen damit irre-

geführt. Nicht deswegen wies ich den fraglichen Passus zurück, weil darin der republikanische Charakter unserer Partei betont wurde, sondern deshalb, weil darin ein einzelner auf eigene Faust eine neue Art republikanischer Agitation proklamierte. Nicht politische Rücksichten kamen dabei ins Spiel, sondern juristische, die schon so gute Republikaner wie Marx und Engels anerkannten.

Das will Genossin Luxemburg freilich nicht zugeben, aber sie bestreitet meine Behauptung, die auf Mangel an „reiflicher Überlegung“ beruhe, unter Anwendung einer Zitiermethode, auf die ein Blick geworfen sei, weil Zitate in ihrer jetzigen Polemik eine große Rolle spielen.

Genossin Luxemburg behauptet, Engels verlangte die „Erörterung der Notwendigkeit einer Agitation für die Republik“ in der Parteipresse. Sie beweist dies durch folgende Worte, die sie von ihm zitiert:

„Zweitens Rekonstituierung Deutschlands. . . . Also einheitliche Republik. . . . Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen.“

Aber, heißt es dann weiter in dem Zitat, es sei notwendig, sich darüber zu verständigen, darüber zu debattieren.

Ich will davon absehen, daß hier nur von Verständigen, nicht von Agitieren die Rede ist. Auf jeden Fall muß man nach diesem Zitat annehmen, unter „allen diesen Sachen“ verstehe Engels die Republik. Aber der Schein trügt. Diesen trügerischen Schein fabriziert Rosa Luxemburg dadurch, daß sie aus einem Absatz von ungefähr einer Druckseite, in dem „diese Sachen“ erörtert werden, nur ein Wort, ein einziges Wort zitiert: einheitliche Republik! In Wirklichkeit erörtert Engels dort die Frage der Konstituierung Deutschlands, die Fragen der Kleinstaaterei, der Reservatrechte, des Partikularismus, worunter ihm als der gefährlichste der preußische erscheint, des Bundesstaats und Einheitsstaats. Letzteren müßten wir anstreben. „Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt . . . also einheitliche Republik.“ Aber nicht nach französischem Muster. Kein Bureaukratenstaat, sondern weiteſtgehende Selbstverwaltung der Provinzen und Gemeinden.

Das waren die Fragen, die zu diskutieren Engels für notwendig hielt, weil sie „von heute auf morgen brennend werden können, wenn wir sie nicht diskutiert und uns nicht darüber verständigt haben“. Von alledem zitiert Genossin Luxemburg nur das in der Mitte des Absatzes stehende Wort: Republik und behauptet, unter „allen diesen Sachen“ habe Engels die Republik verstanden. Das ist doch etwas — nun seien wir galant und sagen wir: kühn.

Mir wirft sie vor, ich hätte diese Stelle zu flüchtig gelesen, nicht „reiflich überlegt“. Hat sie sie „reiflich“ überlegt, ehe sie an ihre Zurichtung ging, dann um so schlimmer.

Der Gedanke, der Engels durch die Zurechtrichtung des Zitats von Genossin Luxemburg unterschoben wurde, lag ihm ganz fern. Im Jahre 1891, als er ihn niederschrieb, glänzten noch nicht die Quessel, Kolb und Frank am Parteihimmel und es galt für selbstverständlich, daß jeder Sozialdemokrat Republikaner war. Es wäre Engels nie eingefallen, es zu betonen, daß wir uns über die Frage der Republik „verständigen“ müßten. Wohl aber über die Fragen des Partikularismus und des Einheitsstaats. Daß diese Fragen dringend einer Verständigung bedürften, daß sie sonst einmal über Nacht höchst gefährliche Formen für unsere Agitation und Organisation annehmen

könnten, das war es, worauf er 1891 hinwies und womit er nur zu sehr recht behalten hat, wie wir eben jetzt merken.

Die monarchischen Sozialdemokraten dagegen sah er nicht voraus, und darüber wird auch heute noch nicht eine tiefergehende Diskussion notwendig werden. Selbst bei jenen Genossen, die dem Partikularismus Konzessionen machen, wird der Kolb-Quesselsche Monarchismus keinen Anklang finden.

Die Begriffe Sozialdemokrat und Republikaner bleiben identisch.

2. Streikbedingungen.

Hand in Hand mit der Anklage, ich hätte die Betonung des republikanischen Standpunktes in der „Neuen Zeit" verboten, marschiert die andere, ich hätte den Artikel über den Massenstreik nicht aus eigener Überzeugung, sondern infolge eines „Verbots" der „höheren Instanzen" abgelehnt. Anders ist wohl die Behauptung der Genossin Luxemburg nicht aufzufassen, die allerdings in sehr verzwickter Form vorgebracht wird:

> „Es handelte sich natürlich nicht um ein Verbot des Genossen Kautsky, ... sondern um ein Verbot der ‚höheren Instanzen', dem Genosse Kautsky in seinem Machtbereich, der ‚Neuen Zeit', gefolgt war."

Das faßt auch Eisner in seinem erwähnten Artikel so auf, als hätte ich mich „den Erwägungen des Parteivorstandes *unterworfen*".

Ich habe darauf nur zu bemerken, daß ich von einem solchen Verbot nichts weiß; daß mir weder diesmal noch sonst jemals von irgend einer „höheren Instanz" der Partei ein Gebot oder auch nur ein Wunsch zuging, irgend etwas nicht zu veröffentlichen. Die Motive meiner schließlichen Ablehnung habe ich schon in meinem früheren Artikel, S. 335, 336, dargelegt, ich habe ihnen nichts hinzuzufügen. Das Verbot der „höheren Instanzen", das an mich ergangen sein soll, ist eine Halluzination.

Nachdem Rosa Luxemburg meine moralische Minderwertigkeit als Redakteur und Republikaner dargetan, geht sie dazu über, meine intellektuelle Minderwertigkeit zu zeigen, darzutun, daß ich über russische und deutsche Verhältnisse ebenso wie über Streikpolitik „ohne reifliche Überlegung" urteile, wobei ich einmal so und einmal wieder das Gegenteil davon sage.

Die Frage, um die es sich hier handelt, ist äußerst wichtig: die Bedingungen des Streikens sind in den verschiedenen Staaten je nach der Höhe ihrer ökonomischen Entwicklung und der Gestaltung ihrer politischen Verhältnisse sehr verschieden. Wie weit unterscheiden sich russische Streikbedingungen von deutschen, wie weit kann der russische Massenstreik vorbildlich sein für den deutschen?

Man sollte annehmen, das sei eine Frage, die man in aller Ruhe und Sachlichkeit sollte erörtern können und erörtern müssen. Ich habe mich wenigstens bemüht, dies zu tun, und ebenso mein Gegenpart in dieser Frage, Genosse Pannekoek. Genossin Luxemburg dagegen ist aufs tiefste gekränkt und gereizt, sieht in meinen Ausführungen eine Beleidigung des russischen Proletariats, eine Herabsetzung der russischen Revolution und ihrer Erfolge. Wer meinen Artikel unbefangen liest, wird darin nichts Derartiges finden. Ich habe nie behauptet, daß die russischen Streiks keine Erfolge erzielten; bloß gesagt, unter den russischen Bedingungen sei jeder Streik an und für sich schon eine erhebende Tat, ein Sieg gewesen, „welches immer sein prak-

tischer Ausgang sein mochte". Den großen Erfolg des Massenstreiks während der Revolution, die glänzende Haltung der russischen Arbeiter habe ich ausdrücklich anerkannt. Das ist denn doch etwas anderes. Wenn daher Rosa Luxemburg glaubt, mich zu schlagen, wenn sie die Erfolge der Streiks während der Revolution aufzählt und meine Mahnung aus der Schrift über die soziale Revolution zitiert, das russische Proletariat nicht zu unterschätzen, so trifft sie mich damit nicht. Daß aber alle die Unterschiede zwischen Rußland und Deutschland bestehen, die ich dargelegt und die hier eine andere Streiktaktik hervorriefen als dort, das vermag Genossin Luxemburg doch nicht zu leugnen. Daß Streiks von Arbeitern, deren Volksbildung vernachlässigt ist, die vielfach eben vom Dorfe kommen, die jeglicher Presse, jeglicher Organisation entbehren, formlos und primitiv sind im Gegensatz zu den Streiks wohlorganisierter und geschulter Arbeiter, ist doch nur die Konstatierung einer Tatsache und keine Beleidigung. Am Ende beleidigte Engels in seinem Buche über die Lage der arbeitenden Klasse in England die englischen Proletarier seiner Zeit, deren Streiks auch als primitive gegenüber modernen erscheinen.

Rosa Luxemburg erklärt zwar, daß meine Darstellung der russischen Verhältnisse in den wichtigsten Punkten „fast total verkehrt" ist, aber sie hütet sich, einen Satz meiner Darstellung wörtlich zu zitieren, um seine „Verkehrtheit" zu erweisen. Was sie mich über die russischen Arbeiter sagen läßt, ist, wie schon bemerkt, eine „Verkehrung" dessen, was ich wirklich gesagt. Daneben hebt sie aber von allen den „wichtigsten Punkten" meiner „fast total verkehrten" Darstellung bloß meine Bemerkung über die Bauernunruhen heraus. Sie belehrt mich: „Das russische Bauerntum zum Beispiel fing nicht erst 1905 plötzlich an zu rebellieren, sondern seine Aufstände ziehen sich seit 1861 wie ein roter Faden durch die innere Geschichte Rußlands." Neu sei 1905 nur das Zusammentreffen des Bauernaufstandes mit der Erhebung des städtischen Proletariats gewesen. Als wenn ich irgendwo etwas anderes behauptet hätte! In meinem Artikel über „neue Strategie" steht kein Wort davon, daß es vor 1905 keine Bauernaufstände in Rußland gab. Im Februar 1905, also noch vor dem Ausbruch der Revolution, veröffentlichte ich in der „Neuen Zeit" einen Artikel über die „Bauern und die Revolution in Rußland", in dem ich unter anderem sagte:

„Bauernaufstände sind in Rußland nichts Ungewöhnliches. Fast jedes Jahr sieht ein paar Bauernrevolten, die so regelmäßig wiederkehren wie die Donnerwetter im Hochsommer, aber unter normalen Verhältnissen auch nicht viel mehr Schaden anrichten, mit leichter Mühe niedergeschlagen werden" (XXIII, 1, S. 673).

Diesmal aber, „prophezeite" ich, werde es anders kommen:

„Wir dürfen erwarten, daß zu den ständigen Unruhen der Städte sich in wenigen Wochen oder Monaten ausgedehnte Unruhen auf dem Lande gesellen" (S. 674), „die städtische Revolution wird dadurch unwiderstehlich" (S. 675).

Diese „Prophezeiungen" sind pünktlich eingetroffen. Worüber Rosa Luxemburg mich heute von oben herab belehrt, um meine „fast total verkehrte" Darstellung der russischen Unruhen zu berichtigen, das sagte ich voraus, ehe es noch eingetroffen war.

Aber Rosa Luxemburg hält es für notwendig, mich nicht bloß über russische, sondern auch über deutsche Verhältnisse zu belehren. Sie bestreitet, die preußische Regierung sei die stärkste der Welt. Es würde zu weit führen, sie

überzeugen zu wollen, ist auch nicht nötig, da sie sich hütet, eine andere Regierung zu nennen, die über so starke Machtmittel so unbeschränkt verfügte wie die preußische. Es ist auch hier wieder bezeichnend, daß sie selbst die offenkundigsten Tatsachen nicht gelten lassen will, wie jene, daß die preußische Armee ein größeres Prestige hat als jede andere, weil sie die einzige Armee einer europäischen Großmacht ist, die seit einem Jahrhundert keine Niederlage erlitt, sondern „seit bald einem Jahrhundert von dem Glanze beständiger Siege getragen wird". Sie bemerkt dagegen: „In den Kriegervereinen hat man bis jetzt nur von dem ‚glorreichen Feldzug' von 1870 gezehrt."

Ich stehe also offenbar noch unter einem Kriegervereinler, bin noch patriotischer als diese. Soll ich im Ernst an die Feldzüge von 1813 bis 1815, von 1864 und 1866 erinnern?

Wichtiger als diese Kleinigkeit, die nur die polemische Methode der Genossin Luxemburg kennzeichnet, sind ihre Ausführungen über die Streiktaktik. Hier kommen wir auf ein Gebiet, auf dem eine fruchtbringende Auseinandersetzung möglich wäre.

In drei wichtigen Punkten differieren wir. Ich erkläre, bei entwickelter gewerkschaftlicher Organisation, weitgehender kapitalistischer Konzentration und Möglichkeit offener Massenagitation greift der Arbeiter zum Streik nur, „wenn er die Aussicht hat, dadurch *bestimmte Erfolge* zu erzielen". Das Abwägen der Aussichten des Kampfes und der Forderungen, die durch ihn erreicht werden sollen, vor seinem Ausbruch wird jetzt sehr wichtig. Damit wird aber auch die Konzentration des Kampfes auf diese Forderungen bedingt, das strenge Auseinanderhalten von Kämpfen für politische und für ökonomische Forderungen. Endlich werden mit zunehmender Zentralisation und Konzentration der Betriebe wie der Organisationen der Arbeiter und Unternehmer die Kämpfe zwischen ihnen wohl immer wuchtiger, aber auch immer seltener.

In allen diesen Punkten steht Rosa Luxemburg im Gegensatz zu meiner Auffassung, die sie „eine geradezu erstaunliche Phantasie" nennt. Die Frage nach den Aussichten des Kampfes verwirft sie als krämerhafte Beschränktheit. Der Kampf stärkt stets das Proletariat. „Gesunde, kräftige Organisationen ... erstehen aus *jeder* Kraftprobe mit erneuten Kräften. ... Verluste werden bei einer gesunden, großen, kühnen Massenaktion stets von Gewinnen überwogen werden." Ferner sei es von Vorteil, Aktionen zu politischen und solche zu ökonomischen Zwecken miteinander zu verquicken. So könne das Zusammentreffen eines Wahlrechtsstreiks mit einem Bergarbeiterstreik für Bergarbeiterforderungen oder mit einer Bauarbeiteraussperrung für den politischen wie für den wirtschaftlichen Kampf nur von Nutzen sein.

Endlich behauptet sie, daß mit dem Fortschreiten der ökonomischen und organisatorischen Entwicklung Streiks nicht immer seltener, sondern immer häufiger werden, so daß wir uns immer mehr dem Stadium des chronischen Massenstreiks nähern, der jahrzehntelang dauert und das Mittel ist, das Proletariat zum Siege zu führen. Wenn ich anderer Ansicht bin, so rührt das einfach daher, daß ich von der ökonomischen Wirklichkeit keine blasse Ahnung habe.

O du ahnungsvoller Engel!

Daß gewerkschaftlich organisierte und geschulte Arbeiter aus freien Stücken, also nicht in einer Zwangslage, nur dann streiken, wenn sie Aussicht auf bestimmte Erfolge haben, glaubt Rosa Luxemburg durch die Streikstatistik der

deutschen Gewerkschaften widerlegen zu können, aus der hervorgeht, daß im Zeitraum von 1890 bis 1906 ein Viertel der Streiks erfolglos war. Was das gegen mich beweisen soll, weiß ich nicht. Ich habe nicht behauptet, daß die Arbeiter nur dann streiken, wenn sie den Sieg in der Tasche haben. In solchem Falle kommt es kaum zum Streik, da gibt der Unternehmer von selbst nach. Ich habe bloß gesagt, bei entwickelter gewerkschaftlicher Organisation kämpft man nicht bloß um des Kampfes willen, erscheint nicht der Streik an sich schon als Sieg, sondern streikt man für bestimmte Forderungen, überlegt die Aussichten des Streiks und streikt nur, wenn diese günstig. Wenn man bedenkt, daß Engels von den Streiks der Anfänge der englischen Arbeiterbewegung noch bemerkt, die Streiks seien „unglaublich häufig", es vergehe „fast kein Tag" ohne Streik, aber sie seien „eine lange Reihe von Niederlagen, unterbrochen von wenigen einzelnen Siegen", so ist es jedenfalls ein gewaltiger Fortschritt der gewerkschaftlichen Organisation, wenn sie die Zahl der Niederlagen auf 25 Prozent reduziert. Noch geringer ist deren Zahl, wenn man bloß die Angriffstreiks in Betracht zieht. Sie beträgt bei ihnen bloß 18 Prozent, bei den Abwehrstreiks und Aussperrungen dagegen 33 Prozent. Bei diesen sind aber die Arbeiter oft in einer Zwangslage, sie müssen vielfach streiken, wollen sie Schlimmeres verhüten, auch wenn sie von vornherein wissen, daß sie einen augenblicklichen materiellen Erfolg nicht erreichen. Das beweist nichts dagegen, daß bei entwickelter gewerkschaftlicher Organisation die Aussichten jedes Streiks vor seinem Beginn reiflich erwogen werden und erwogen werden müssen und daß die Aktion je nach dem Ergebnis dieser Erwägungen eingerichtet wird. Vor allem gilt das natürlich vom Angriffstreik. Ein solcher hätte aber auch der beabsichtigte Wahlrechtsmassenstreik sein sollen. Er gehörte doch nicht in die Kategorie der Abwehrstreiks, bei denen die Arbeiter keine Wahl haben als zu kämpfen oder sich bedingungslos zu unterwerfen.

Auch im Kriege werden oft belagerte Festungen ohne Aussicht auf Erfolg bis zum äußersten verteidigt. Das stößt nicht den Satz um, daß man Schlachten nur führt, um zu siegen, und daß man jeder Schlacht ausweicht, in der ein Sieg von vornherein aussichtslos ist.

Darum aber handelt es sich bei unserer Diskussion. Man verlangte von den Befürwortern des Massenstreiks nicht den Nachweis, daß sein Erfolg zweifellos, sondern daß er in der gegebenen Situation möglich sei. Rosa Luxemburg wich diesem Nachweis mit der Fanfare aus: wie immer der Erfolg sein möge, er müsse unseren Vormarsch beschleunigen. Sie begründete die Forderung des sofortigen Ausbruchs des Massenstreiks nicht mit dem Nachweis, daß die Situation ihn aussichtsreich, sondern daß sie ihn wünschenswert mache. Sie verpönt jetzt das Forschen nach den Aussichten eines Streiks in einer gegebenen Situation mit dem Hinweis darauf, daß 25 Prozent aller Streiks erfolglos seien und die Streiks im allgemeinen uns doch vorwärts bringen!

Ich glaube nicht, daß sie mit dieser Argumentation in Partei und Gewerkschaft viel Glück haben wird, trotz ihrer Berufung auf „jeden gewerkschaftlichen Agitator", der mich über die Grundsätze des Klassenkampfes belehren könne. Diese „gewerkschaftlichen Agitatoren" werden nach wie vor die Aussichten eines jeden Streiks vor der Aktion genau erwägen und ihre Taktik danach einrichten.

Erfolgreicher scheint sich die Genossin Luxemburg der Streikstatistik zu einem anderen Zwecke zu bedienen. Sie wendet sich gegen meine Behauptung, daß mit der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation der Betriebe und der Organisationen die Streiks immer seltener werden. Man sollte meinen, das zeige schon der bloße Augenschein. Ein Riesenkampf, wie er zum Beispiel jetzt im Baugewerbe tobte, läßt sich so schnell nicht wiederholen. Durch ihn tritt ein einziger Kampf an Stelle Hunderter kleiner lokaler Kämpfe. Die Genossin Luxemburg beruft sich wohl darauf, daß wir alle Augenblicke von Riesenstreiks der Bergarbeiter, Eisenbahner usw. hören, viel öfter als ehedem. Das ist richtig, rührt aber daher, daß das Gebiet der kapitalistischen Ausbeutung ungeheuer rasch wächst. Da hören wir heute von einem Streik in Italien, morgen in Amerika, übermorgen in Australien usw. Aber wir bekommen ein anderes Bild, wenn wir in der gleichen Gegend die Riesenstreiks großer gewerkschaftlicher Verbände verfolgen. In Deutschland haben die Bergarbeiter des Ruhrgebiets seit 1905 nicht gestreikt; in Frankreich hatten wir einen Massenstreik der Bergarbeiter nicht mehr seit 1902, in Österreich nicht seit 1900, in England nicht seit 1893. An Eisenbahnerstreiks hatten wir 1903 einen in Holland und in Italien, 1904 in Ungarn. Sie haben sich dort seitdem nicht wiederholt. Nach „chronischem" Streiken sieht das nicht aus.

Aber die Statistik! wird mir Genossin Luxemburg einwerfen. Die scheint doch unwiderleglich zu zeigen, daß die Streiks nicht seltener, sondern häufiger werden, daß es im letzten Jahrzehnt in Deutschland viel mehr Streiks gab als im Jahrzehnt vorher.

Darauf ist zunächst zu erwidern, daß in der deutschen Streikstatistik der Einfluß der Organisation auf das Seltenerwerden der Streiks noch wenig zutage treten kann, weil die deutschen Gewerkschaften noch jung und in raschem Wachstum begriffen sind. Die Zahl der neuen Elemente, die ihnen zuströmen, war bisher sehr groß. Gerade der Übergang vom unorganisierten zum organisierten Stadium ist aber in der Regel mit den lebhaftesten Kämpfen, indes auch mit den raschesten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen verknüpft.

Dann aber ist die deutsche Streikstatistik sehr unvollkommen. Die Reichsstatistik taugt nichts. Die Statistik der Gewerkschaften war anfänglich auch nicht vollständig, wurde erst im Laufe der Jahre zuverlässiger. Je besser sie wurde, desto mehr der vorgekommenen Streiks verzeichnete sie. Ein Teil der Zunahme ihrer Zahl ist also bloß der Verbesserung der Statistik zuzuschreiben. Dann aber umfaßt diese Statistik nur jene Streiks, an denen die Zentralverbände beteiligt sind. Die Zahl solcher Streiks kann zunehmen, sobald die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften wächst, ohne daß die Streiks im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter häufiger werden. Es ist ja klar, daß von 100000 Mitgliedern weniger Streiks berichtet werden als von 1000000.

Nehmen wir die Zahlen des letzten Dutzend Jahre — 1900 wurde die gewerkschaftliche Streikstatistik reorganisiert und verbessert —, dann können wir nach den Zahlen der gewerkschaftlichen Statistik folgende Tabelle aufstellen:

	Streiks und Aussperrungen	Mitglieder der Verbände	Zahl der Mitglieder pro Streik
1896	483	329230	681
1897	578	412359	713
1898	985	493742	501
1899	976	580473	594

	Streiks und Aussperrungen	Mitglieder der Verbände	Zahl der Mitglieder pro Streik
1900	852	680427	798
1901	727	677510	931
1902	861	733206	851
1903	1282	887698	692
1904	1625	1052108	648
1905	2323	1344803	576
1906	3480	1689709	485
1907	2792	1865506	669
1908	2052	1831731	892

Man sieht, von einer relativen Zunahme der Zahl der Streiks keine Spur. Absolut vermehrt sich allerdings die Zahl der *verzeichneten* Streiks in dem Dutzend Jahre etwa um das Vierfache. Aber trotzdem ein Teil dieser Zunahme ein scheinbarer ist, der Verbesserung der Statistik geschuldet, zeigen selbst diese Zahlen kein relatives Wachstum, eher eine Abnahme der Zahl der Streiks im Verhältnis zur Mitgliederzahl. Im Jahre 1896 kam ein Streik schon auf 681 Mitglieder, heute nur auf 892. Natürlich wechselt die Häufigkeit der Streiks mit der Konjunktur. Wir finden ihre größte Häufigkeit im Verhältnis zur Mitgliederzahl 1898 und dann wieder 1906.

Indes hatte ich in erster Linie nicht deutsche Zahlen im Auge, als ich den Satz von der Verminderung der Streiks durch das Anwachsen der Organisationen schrieb, sondern das Land, in dem die Gewerkschaften schon seit viel längerer Zeit wirken, und die Zahl ihrer Mitglieder, die im Übergangsstadium vom unorganisierten in den organisierten Zustand stehen, weit geringer ist und die Aktion der Gewerkschaften weniger beeinflußt; wo endlich eine amtliche, vollkommen zuverlässige Streikstatistik besteht, die alle Streiks umfaßt.

Dort zählte man:

	Streiks und Aussperrungen		Streiks und Aussperrungen
1889	1211	1899	719
1890	1040	1900	648
1891	906	1901	642
1892	700	1902	442
1893	782	1903	387
1894	1001	1904	355
1895	876	1905	358
1896	926	1906	486
1897	864	1907	601
1898	711	1908	382

Man sieht, die Zahl der Arbeitskämpfe schwankt erheblich mit dem Wechsel von Prosperität und Krise. Aber im ganzen und großen ist sie in entschiedenem Zurückgehen begriffen, nicht bloß relativ, sondern absolut, trotzdem sich offenbar die Zahl der Arbeiter und Betriebe beständig vermehrt.

Daß das Wachstum der Organisationen die Tendenz hat, die Streiks seltener zu machen, ist nicht etwa eine neue Entdeckung von mir, das wurde vor mir schon von anderen gesehen. Die bürgerliche Ökonomie irrt nur, wenn sie aus dieser Beobachtung schließt, die Klassengegensätze milderten sich, der soziale Friede rücke heran. Die Streiks werden vielmehr intensiver, zäher, erbitterter.

Man sieht, die Tatsachen der Streikstatistik geben mir nicht die geringste Veranlassung, meine Anschauungen über Streikpolitik zu revidieren.

Bleibt der eine Punkt, das Unterscheiden des Streiks für ökonomische und des Streiks für politische Forderungen. Hier scheint es Genossin Luxemburg am einfachsten zu haben. Sie schlägt mich durch mich selbst. Sie zitiert meinen „trefflichen Artikel" aus dem Jahre 1905 über die Lehren des Bergarbeiterstreiks, in dem ich angeblich dieselbe Vereinigung von politischem und ökonomischem Streik für notwendig erkläre, die sie verkündet und die ich jetzt ablehne. Triumphierend jubelt sie:

„Genosse Kautsky zerstreut jeden Zweifel, indem er klipp und klar erklärt:

„‚Die großen entscheidenden Aktionen des kämpfenden Proletariats werden immer mehr durch die verschiedenen Arten des politischen Streiks auszufechten sein. Und die Praxis schreitet da schneller vorwärts wie die Theorie. Denn während wir über den politischen Streik diskutieren und nach seiner theoretischen Formulierung und Begründung suchen, entbrennt spontan, durch Selbstentzündung der Massen, ein gewaltiger politischer Massenstreik nach dem anderen — oder wird jeder Massenstreik zu einer politischen Aktion, gipfelt jede große politische Kraftprobe in einem Massenstreik, sei es bei den Bergarbeitern, sei es unter den Proletariern Rußlands, den Landarbeitern und Eisenbahnern Italiens usw.' (‚Neue Zeit', XXIII, 1, S. 780).

„So schrieb Genosse Kautsky am 11. März 1905.

„Hier haben wir ‚die Selbstentzündung der Massen' und die gewerkschaftliche Leitung, ökonomische Kämpfe und politische Kämpfe, Massenstreiks und Revolution, Rußland und Westeuropa im schönsten Durcheinander, alle Rubriken des Schemas in lebendigem Zusammenhang einer großen Periode heftiger sozialer Stürme verschmolzen.

„Es scheint, daß ‚die Theorie' nicht bloß langsamer ‚vorwärts schreitet' als die Praxis, sie macht leider zuweilen auch noch Purzelbäume nach rückwärts."

In der Tat, welch ein theoretischer Hanswurst bin ich, solche Purzelbäume zu machen, daß ich einmal das „schönste Durcheinander" von Streiks zu politischen und von Streiks zu ökonomischen Zwecken predige und dann wieder ihre sorgfältige Trennung verlange!

Ich begreife das Entzücken der Genossin Luxemburg über meine Purzelbäume nach rückwärts. Es wirkte so überwältigend auf sie, daß sie es unterließ, auch nur ein einziges Sätzchen des „trefflichen" Artikels weiter zu lesen. Denn ich fahre dort unmittelbar nach dem zitierten Satze fort:

„Dabei ist freilich der Streik um rein politische Machtfragen *wohl zu unterscheiden* von dem Streik, der die Gesetzgebung zu einer sozialpolitischen Tat drängen will. *Jede dieser Streikarten erfordert eine andere Taktik*, ist an *andere Bedingungen geknüpft*; bei dem einen wird die gewerkschaftliche, bei dem anderen die politische Leitung in den Vordergrund treten müssen; der eine ist eine Aktion, die sich des öfteren wiederholen kann, der andere bleibt ein *letztes Auskunftsmittel verzweifelter Situationen*; bei dem einen gilt es, die Regierung zu einer Tat zu drängen, bei dem anderen, die Regierung zu stürzen; der eine gelingt um so besser, je planmäßiger er vorbereitet ist, der andere um so eher, je spontaner er losbricht, Freund und Feind überraschend usw."

Das ist es, was ich 1905 in dem Artikel sagte, den Rosa Luxemburg jetzt gegen mich zitiert, um zu beweisen, daß ich im Gegensatz zu meiner jetzigen Haltung damals ebenso wie sie jetzt gegen die „pedantische" Unterscheidung der Streikarten und für ihr Durcheinander eintrat. In Wirklichkeit erklärte ich 1905 genau dasselbe wie jetzt. Den Schein des Gegenteils erreicht Rosa Luxemburg nur durch eine Prozedur von unglaublicher Keckheit.

Wir haben schon oben bei dem Zitat aus Engels über die Republik gesehen, daß Rosa Luxemburg es in einer Weise für ihre Bedürfnisse herrichtete, die innerhalb der Grenzen des *polizeilich* Erlaubten sein mag, nicht aber innerhalb der Grenzen des politisch und moralisch Erlaubten bleibt. Hier wiederholt sie dasselbe Manöver. Da liegt System drin. Aber sie wiederholt es unter erschwerenden Umständen. Dort sucht sie durch Weglassung von Wesentlichem Engels eine Ansicht aussprechen zu lassen, die er nicht aussprach. Hier sucht sie durch die Weglassung von Wesentlichem mich eine Ansicht aussprechen zu lassen, von der ich ausdrücklich in dem Weggelassenen das *gerade Gegenteil behaupte*!

Ich begnüge mich damit, dieses Verfahren festzustellen. Das Urteil überlasse ich den Parteigenossen.

3. Sollen wir russisch oder belgisch reden?

Mich weiter mit der Genossin Luxemburg zu beschäftigen, ist überflüssig! Man wird nicht von mir verlangen, daß ich noch auf eine Polemik eingehe, die nur den Zweck verfolgt, mir durch gefälschte und verdrehte Zitate Anschauungen unterzuschieben, die ich nie gehegt, um diese Anschauungen dann mit Leichtigkeit lächerlich zu machen. Kaum eines der Zitate aus meinen Schriften, mit denen sie hantiert, hat im Zusammenhang den Sinn, den sie ihm beilegt. Aber es wäre zu langwierig, das ausführlich darzutun, und unnütze Arbeit, denn es brächte keine neue Erkenntnis. Wer der Sache weiter nachgehen will und wem die vorgeführten Beispiele Luxemburgscher Zitierkunst nicht genügen, den bitte ich, die Zitate, die sie vorbringt, in ihrem Zusammenhang nachzulesen.

Damit halte ich natürlich nur die *persönliche* Seite der Streitfrage für erledigt, die Genossin Luxemburg in ihren letzten beiden Artikeln so sehr in den Vordergrund geschoben hat. Nach der *sachlichen* Seite läßt sich wohl noch manches sagen, aber dazu ist der jetzige Zeitpunkt sicher nicht der geeignetste. Ich will nur noch, ehe ich die sachliche Diskussion für jetzt schließe, versuchen, mit kurzen Worten ihren wirklichen Kern aus dem Wust von Verdrehungen loszuschälen, der um ihn gelagert wurde. Ich werde dies nicht in polemischer Form tun.

Die Streitfrage ist die, welches die besonderen Bedingungen eines erfolgreichen Massenstreiks zu politischen Zwecken in Deutschland sind. Natürlich hängt die Form, die einmal ein derartiger Massenstreik annehmen wird, von den Verhältnissen ab, nicht von den Vorstellungen, die wir uns von ihm machen. Wohl aber wird unsere Taktik vor dem Massenstreik und in seinen Anfängen um so zweckmäßiger sein, je näher das Bild, das wir uns von ihm entwerfen, dem Verlauf kommt, den er wirklich nimmt. Deshalb die Notwendigkeit, zu bestimmten Anschauungen über ihn zu kommen.

Wie immer kann auch hier unsere Erkenntnis nur aus der Erfahrung stammen, aus der Praxis der politischen Massenstreiks, die bisher schon vorgekommen sind. Wenn man untersucht, inwieweit die Formen und Erfolge dieser Streiks mit den besonderen Bedingungen zusammenhängen, unter denen sie entsprangen, und wenn man diese Bedingungen wieder mit den besonderen Bedingungen unseres Staates und unserer Zeit vergleicht, wird man zu einem Bilde des bei uns möglichen Massenstreiks gelangen, das der Wirklichkeit ziemlich nahe kommen kann.

Bei dieser Untersuchung finden wir zwei Typen des Massenstreiks zu politischen Zwecken: den belgischen und den russischen, die beide voneinander sehr verschieden sind.

In Belgien war jeder der beiden großen Wahlrechtsstreiks ein Ereignis, das mit einem Male gleichzeitig im ganzen Lande vor sich ging, einer ganz bestimmten politischen Forderung und nur ihr allein ohne jede Verquickung mit ökonomischen Forderungen diente, den Abschluß einer bestimmten politischen Aktion bedeutete und, einmal beendet, sich so bald nicht wiederholte. Der erste belgische Wahlrechtsstreik fiel in das Jahr 1893, der zweite neun Jahre später. Er hat keine Aussicht, so bald erneuert zu werden.

Unter dem Einfluß dieser belgischen Vorgänge bildeten sich unsere Anschauungen vom Massenstreik als Mittel, politische Forderungen durchzusetzen.

Eine neue Form des politischen Massenstreiks zeigte dann 1905 die Revolution in Rußland: lokale Streiks ohne zentrale, das ganze Reich umspannende Leitung, die bald hier, bald dort ausbrachen, mitunter rein ökonomisch, mitunter ökonomische und politische Forderungen gleichzeitig verfechtend, die oft nach wenigen Tagen endeten, ohne einen bestimmten Erfolg aufzuweisen, sich bald wieder erneuerten, aus sich selbst neue Kraft schöpften und schließlich solche Dimensionen annahmen und sich so häuften, daß sie im Verein mit der gleichzeitigen Erhebung der Bauernschaft und dem Versagen der Armee den Absolutismus aufs tiefste erschütterten und vorübergehend sogar zur Kapitulation brachten, daneben auch ökonomische Forderungen durchsetzten.

Keine Frage, niemals vorher hat der Massenstreik so tiefgehende Wirkungen geübt, nie vorher gezeigt, wie umwälzend er wirken kann, und insofern haben die russischen Vorkommnisse auch für uns in Westeuropa große Bedeutung.

Aber bezeugen sie, daß das Bild des Massenstreiks, wie er bei uns möglich wäre, das wir nach dem belgischen Muster gestaltet hatten, nun umzuwandeln ist, daß wir erwarten müssen, nicht nach belgischem, sondern nach russischem Muster sei der Massenstreik bei uns möglich?

Diese Frage ist erst jetzt aufgetaucht, sie wurde nie früher erörtert. Die Art ihrer Beantwortung ist für unsere Praxis höchst wichtig. Unsere Taktik wird eine ganz andere, wenn wir annehmen, der Massenstreik habe nicht am Ende der Wahlrechtsaktion, sondern schon in ihren Anfängen zu stehen, als wenn wir zu der gegenteiligen Auffassung kommen. Wo wir annehmen, der Streik sauge aus sich selbst neue Kraft, wirke anfeuernd und belebend, auch wenn er keinen Erfolg aufweise, so daß es müßig sei, nach seinen Aussichten zu fragen, und es nur darauf ankomme, einmal anzufangen, da wird sich unsere Taktik ganz anders gestalten als dort, wo wir von der Überzeugung geleitet werden, wenn der Massenstreik erfolglos ende, bedeute er eine Niederlage, die unsere Partei für lange hinaus lähme. Unsere Taktik wird anders sein dort, wo wir jedes Zusammenfallen der politischen Aktion mit einer ökonomischen für eine Beeinträchtigung beider halten, und anders dort, wo wir erwarten, das Durcheinander beider verstärke ihre Kraft usw.

In Jena wurde entschieden, daß wir die Waffe des Massenstreiks unserem Arsenal einverleiben. Über die Bedingungen und die Art der Anwendung dieser Waffe wurde dort nicht entschieden, nicht einmal diskutiert. Jetzt hat aber die politische Situation plötzlich zwei schroff entgegengesetzte Anschauungen über die in Deutschland mögliche Form des politischen Massenstreiks zum Vor-

schein gebracht, deren Gegensatz sich auf die Frage reduzieren läßt: Sollen wir russisch reden oder belgisch?

Diese Frage müssen wir mit aller Ruhe und Voreingenommenheit erörtern, denn von ihrer richtigen Beantwortung kann der Erfolg oder Mißerfolg einer ganzen großen Aktion abhängen. Meine Untersuchungen lassen mich an dem belgischen Beispiele festhalten, das mir für Deutschland schon vor den russischen Ereignissen vorbildlich geworden war. Aber ich lasse mich gern eines Besseren belehren, wenn mir überzeugende Argumente für die gegenteilige Ansicht vorgebracht werden. Ich bin auf das belgische Muster ebensowenig eingeschworen wie auf das russische.

Indes bisher ist mir noch nichts entgegengehalten worden, was mir Veranlassung gäbe, meine Auffassung zu revidieren.

Wenn ich mich für das belgische Vorbild entscheide, so heißt es natürlich auch hier nicht einfach nachahmen. Die deutschen Verhältnisse sind nicht den belgischen völlig gleich. Da gilt es, wie immer bei Analogieschlüssen, die Verschiedenheiten gehörig zu berücksichtigen.

So finden wir, daß Deutschland weit größer ist als Belgien, seine Regierung über weit stärkere Machtmittel verfügt, die besitzenden Klassen viel geschlossener hinter sich hat als die belgische. Daher erscheint mir ein belgischer politischer Massenstreik wie der zweite, der auf einen bestimmten Termin von vornherein angesetzt war, bei uns undurchführbar. Es bedarf in Deutschland der Wucht eines gewaltigen Ereignisses, das die ganze Nation aufs tiefste aufwühlt, soll ein politischer Massenstreik möglich werden, der alle arbeitenden Schichten des ganzen Reichs, auch die abhängigeren, die Arbeiter des Staats, der Gemeinden, der Monopolbetriebe mit sich fortreißt. In Deutschland kann ein politischer Massenstreik nur siegreich ausgehen, der der Selbstentzündung der Massen entspringt, wie der erste belgische Wahlrechtsstreik von 1893.

Dabei ist aber ein weiterer Unterschied in Betracht zu ziehen, der zwischen dem Belgien von 1893 und dem heutigen Deutschland besteht. Jenem fehlte das allgemeine Wahlrecht, dieses besitzt das allgemeine, direkte, geheime und — abgesehen von der Wahlkreiseinteilung — auch gleiche Wahlrecht zum Reichstag. Das macht die politischen Bedingungen hier und dort sehr verschieden. Bisher haben wir gefunden, daß jene allgemeine und tiefgehende Erregung der Massen, die sich im politischen Massenstreik entlädt, nur in Staaten eintritt, die des allgemeinen und gleichen Wahlrechts entbehren; in Staaten, in denen dem Proletariat die gesetzlichen Mittel abgeschnitten sind, politische Macht im Parlament und durch das Parlament zu gewinnen. Und die politischen Massenstreiks galten auch alle der Gewinnung eines dem Proletariat genügenden Wahlrechts, natürlich auch eines Parlaments, wo ein solches noch fehlte. Je demokratischer in einem Lande die Verfassung, desto weniger sind die Bedingungen eines Massenstreiks gegeben, desto weniger ist er für die Massen notwendig, desto weniger sind sie für ihn zu haben. Wo ein dem Proletariat genügendes Wahlrecht besteht, ist ein Massenstreik nur als Mittel der Defensive zu erwarten, als Mittel zum Schutz des Wahlrechts, oder zum Schutz des Parlaments, das etwa eine starke sozialistische Vertretung aufweist, gegen eine Regierung, die sich weigert, dem Willen der Volksvertretung zu gehorchen.

Das ist auch einer der Gründe, warum die Massen im preußischen Wahlrechtskampf ihr Interesse zunächst den Reichstagswahlen zuwandten, nicht dem

Massenstreik, und warum ein solcher bei uns eher bei einem Kampf zur Verteidigung des Reichstagswahlrechts als bei einem Kampf zum Umsturz des preußischen Dreiklassenwahlrechts zu erwarten ist.

Auf jeden Fall schließen ein politischer Massenstreik und ein Wahlkampf einander völlig aus. Jede dieser beiden Aktionen ist nur dort und dann möglich, wo die zweite nicht möglich ist. Einen Wahlkampf mit einem Massenstreik einleiten zu wollen, ist ein Unding.

Der politische Massenstreik ist ein Ergebnis politischer Rechtlosigkeit des Proletariats. Andererseits setzt aber der politische Massenstreik, wie jeder Massenstreik, eine gewisse Höhe der ökonomischen Entwicklung, des Verkehrswesens, der kapitalistischen Konzentration voraus. Je mehr der Kapitalismus sich entwickelt, desto massenhafter werden die einzelnen Streiks, desto zahlreicher die Massenstreiks, aber desto geringer die Zahl der Streiks überhaupt. Und je größer die Dimensionen eines Streiks, je ökonomisch wichtiger die streikende Arbeiterschaft für die ganze Gesellschaft, desto mehr berührt auch der rein ökonomische Streik den Staat, nimmt er insofern politischen Charakter an und übt er eine Pression auf den Staat in sozialpolitischem Sinne.

Treffen diese entwickelten ökonomischen Bedingungen zusammen mit politischen Zuständen, die das Proletariat rechtlos machen oder mit Rechtlosigkeit bedrohen, dann lassen sie in ihm den Gedanken erstehen, die Waffe des Massenstreiks nicht bloß zur Erringung ökonomischer und sozialpolitischer Vorteile, sondern auch zur Gewinnung oder Verteidigung politischer Rechte zu gebrauchen.

Je nach der Höhe der ökonomischen und politischen Bedingungen wird sich dann der eventuell eintretende Massenstreik mehr dem russischen oder mehr dem belgischen Typus nähern.

Unter den eigenartigen Verhältnissen Deutschlands, wo auf der einen Seite die Machtmittel der politischen und ökonomischen Unterdrückung besonders stark sind und dabei das Proletariat doch politisch nicht völlig rechtlos ist, haben wir, wie gesagt, einen politischen Massenstreik von siegreicher Wucht nur zu erwarten unter dem Eindruck eines überwältigenden Ereignisses, vielleicht nur unter Verhältnissen, bei denen es gilt, bestehende politische Rechte gegen ihre Vergewaltigung zu schützen.

Die Aufgabe unserer Partei ist da eine sehr schwierige. Sie hat nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht, ihre Organisation zu benutzen, um alle Versuche eines vorzeitigen Massenstreiks, der fehlschlagen müßte, nicht aufkommen zu lassen. Auf der anderen Seite aber wäre es verhängnisvoll, sobald die Erregung der Massen eine so gewaltige geworden ist, daß sie alles mit sich fortreißt, wenn die Sturmflut eine planlose würde, wenn nicht unsere Partei sich an ihre Spitze stellte und ihre Leitung in der Hand behielte. Denn nur unter dieser Bedingung kann der Massenstreik bei deutschen Verhältnissen zum Siege gelangen. Gegen die machtvollen Organisationen, die sich uns entgegenstellen, kann sich nicht ein regelloses „Durcheinander", sondern nur eine starke Organisation behaupten.

Wann der richtige Moment für den Massenstreik gekommen ist, wann es gilt, nicht mehr zu bremsen, sondern sich vielmehr an die Spitze zum Angriff zu stellen, das kann die Theorie nicht von vornherein bestimmen, ebensowenig als die Kriegswissenschaft von vornherein dem Feldherrn sagen kann, wann in der Schlacht der Moment zur entscheidenden Attacke gekommen ist.

Den richtigen Moment zu finden und ohne Zögern auszunutzen, das bildet die Größe und Sieghaftigkeit des praktischen Kämpfers. Dabei kann ihm die Kenntnis der Theorie behilflich sein; aber was die Theorie darüber zu sagen hat, kann sie selbst nur aus vorhergehender Praxis schöpfen.

Auf keinen Fall aber, das darf man mit voller Sicherheit sagen, hat unsere Partei in der Frage des Massenstreiks bisher irgend etwas versäumt. Ich weiß nicht, ob es heute noch ein Dutzend Leute in Deutschland geben wird, die behaupten werden, im März sei der Termin gewesen, den Massenstreik ums Wahlrecht zu entfesseln, und dadurch, daß das nicht geschehen, sei eine kostbare Gelegenheit versäumt worden. Und es wird auch nicht mehr Leute geben, die behaupten wollten, weil es damals nicht zum Massenstreik kam, sei der preußische Wahlrechtskampf zusammengebrochen.

Wohl macht er sich im Moment nicht bemerkbar, aber nur deshalb, weil an Stelle dieses Kampfes ein anderer, nicht minder sieghafter getreten ist, der Wahlkampf zum Reichstag. Kein Bremsen und Abwiegeln hat diese Verschiebung des Interesses bewirkt, sondern Siege, machtvolle Siege bei den Nachwahlen zum Reichstag, die in der ganzen Masse des deutschen Proletariats das Bewußtsein erweckten, der nächste Wahlkampf werde eine große Entscheidung bringen, und die sein vollstes Interesse jetzt schon darauf konzentrierten.

Nichts ist mehr imstande, unseren stolzen Vormarsch in diesem Kampfe zu stören, als innerer Zwist. Die Verärgerung der Genossin Luxemburg darüber, daß unser sieghaftes Fortschreiten nicht in der von ihr vorgeschriebenen Weise vor sich geht, ist freilich ungefährlich; dieser Gemütszustand wird nur lästig dadurch, daß er Zeit und Kraft zu Diskussionen in Anspruch nimmt, die in der Weise, wie sie sie führt, unfruchtbar bleiben müssen.

Weit bedenklicher sind die Vorgänge in Baden. Aber auch damit wird unsere Partei fertig werden. Sie wird zwischen Baden und Luxemburg zum Siege marschieren.

Wenn wir auf der Landkarte die Großherzogtümer Baden und Luxemburg ansehen, finden wir, daß zwischen ihnen Trier liegt, die Stadt, aus der Karl Marx hervorging. Geht man von dort nach links über die Grenze, so kommt man nach Luxemburg. Geht man stark nach rechts bis über den Rhein, so erreicht man Baden. Die Lage auf der Landkarte ist heute ein Symbol der Lage der deutschen Sozialdemokratie.

Die Budgetbewilligung in Baden.

Von **G. A. Lehmann** (Mannheim).

Der Schluß des badischen Landtags hat genau wie vor zwei Jahren der gesamten sozialdemokratischen Partei eine recht schrille politische Dissonanz gebracht. Damals wie jetzt hat sich die große Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Fraktion mit ihrem Votum für das Staatsbudget in Widerspruch mit den Beschlüssen früherer Parteitage gesetzt. Das wurde vor zwei Jahren zum größten Teil bestritten, und es wurde der Lübecker Resolution von den Budgetbewilligern eine entsprechende Interpretation gegeben. Das ist nun diesmal nicht mehr möglich, denn der Nürnberger Parteitag hat inzwischen die Stellung der Partei zur Budgetfrage unzweifelhaft festgelegt, so daß der früher erhobene Einwand auch unter Anwendung kühnster Auslegungskunst nicht mehr gemacht werden kann und

— wie anerkannt werden soll — auch gar nicht gemacht worden ist. Dahingegen behaupten unsere badischen Parlamentarier — soweit sie für das Budget gestimmt haben —, daß der Nürnberger Beschluß die besonderen badischen Verhältnisse nicht berücksichtige und daher nicht unter allen Umständen befolgt werden könne. Man wollte nicht gegen den Parteibeschluß verstoßen, aber man sei durch die politische Situation dazu gezwungen worden.

Vor zwei Jahren war es ein anderer Grund, den unsere Genossen für ihre Haltung anführten. Damals erklärte der Sprecher der Fraktion, Genosse Dr. Frank:

> „Mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Finanzgesetz. Diese Abstimmung soll kein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik des Ministeriums wird vielmehr, wie bisher, von der Fraktion energisch bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat, wie zum Beispiel im Falle des Eisenbahnarbeiters Schäufele, den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verletzte und durch ihre Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksinteressen schädigte. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengesetze nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung derjenigen Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtetats zum Ausdruck zu bringen."

Die Erklärung vom 14. Juli 1910 aber war viel knapper und allgemeiner. Sie lautete:

> „Es liegt nahe, bei Abschluß des Finanzgesetzes Protest dagegen zu erheben, daß die sozialdemokratischen Staatsbürger noch immer nicht gleichberechtigt sind. Mit Rücksicht auf die besonderen, in den letzten Tagen veränderten politischen Verhältnisse haben meine Freunde sich aber entschlossen, von einer Demonstration abzusehen und dem Gesetz ihre Zustimmung zu erteilen."

Diese besonderen politischen Verhältnisse sollen durch die veränderte Stellung gegeben sein, die der Minister des Innern v. Bodman in einer Rede vor der Ersten Kammer unserer Partei gegenüber bekundete. Um bei den Herrenhäuslern die von der Regierung zur Gemeindeordnungsreform geforderte Sechstelung bei der Bildung der Wählerklassen durchzudrücken, hatte der Minister erklärt, daß das starke Anwachsen der Sozialdemokratie zurückzuführen sei einmal auf die starke Industrialisierung Badens und zum zweiten darauf, daß die bürgerlichen Parteien sich nicht rechtzeitig besonnen, sondern sich gegenseitig zerfleischt hätten.

> „Die Sozialdemokratie schlechthin als Krankheit zu bezeichnen, geht nicht an. Sie ist zu verwerfen, soweit sie die Monarchie und die Staatsordnung bekämpft, andererseits ist sie aber eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes, und da verdient sie Entgegenkommen."

Daß diese reservierte und auf ein bestimmtes Gebiet eingeschränkte Anerkennung unserer Bestrebungen unsere Genossen im badischen Landtag veranlaßte, nun alle vorausgegangenen entgegengesetzten Äußerungen des Ministers zu vergessen und für das Budget zu stimmen entgegen einem bereits gefaßten Beschluß und trotz der zum Greifen naheliegenden Gefahr scharfer parteischädigender Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, dies ist nur zu erklären, wenn man annimmt, daß der Fraktionsmehrheit die ihr durch den Nürnberger Parteitag aufgedrängte oppositionelle Stellung unbehaglich war und sie nach einer Gelegenheit ausspähte, um aus dieser ihr unbequemen Situation, der sie sich in letzter Zeit etwas entwöhnt hatte, herauszukommen: Die Großblockpolitik und der gerecht denkende Minister sollten gerettet

werden! Das war das Ziel, das sie sich gesteckt hatten. Man darf sich wohl fragen, ob selbst vom Standpunkt rechtsrevisionistischer Auffassung das zu erstrebende Ziel das zu bringende Opfer wert war. Wird die erreichte Anerkennung der liberal-bürgerlichen Kreise nicht zehn- und vielleicht hundertfach aufgewogen durch vermindertes Vertrauen in den Arbeiterkreisen? Um die ganze Situation richtig würdigen zu können, sei hier in gedrängter Kürze ein Bild der Situation gegeben.

Die Wahlen von 1909 hatten uns im ersten Wahlgang zehn Sitze gebracht und die Stichwahlen erhöhten die Zahl auf zwanzig. Damit waren wir stärker geworden als die Nationalliberalen, die stärkste Partei des Großblocks. Denn der Großblock bestand weiter und funktionierte gleich bei der Präsidentenwahl. Dadurch, daß das Zentrum den ihm angetragenen Posten eines ersten Vizepräsidenten nicht annahm, nachdem man ihm, obwohl es die stärkste Fraktion war, den Präsidentenposten vorenthalten hatte, wurde einer der Unserigen erster Vizepräsident. Die Hoffnung des ausgeschalteten Zentrums, daß die Weigerung unseres Genossen, bei Hofe sich vorzustellen, ihm Schwierigkeiten im erforderlichen geschäftlichen Verkehr mit der Regierung bereiten, oder daß die Vorstellung erfolgen und daß dann ein Parteiskandal einsetzen würde, ist gründlich zu Wasser geworden. Das Präsidium hatte nämlich — was übrigens kein Kunststück war — herausgefunden, daß man dem Großherzog von der Wahl des Präsidiums auch schriftlich Mitteilung machen könne. Auch an der feierlichen Eröffnung des Landtags im November vorigen Jahres hat keiner unserer Genossen teilgenommen. Und selbst dasjenige Mitglied, das durch das Los bestimmt worden war, nebst sieben bürgerlichen Abgeordneten den Großherzog nebst Gefolge an der Schwelle des „Hohen Hauses" zu empfangen und an den Thron zu begleiten, ist in der richtigen Erkenntnis, daß ihn seine republikanische Überzeugung höher stehen müsse als die antiquierten Bestimmungen der Geschäftsordnung, geichfalls der feierlichen Eröffnung ferngeblieben.

Um so verwunderlicher muß es darum erscheinen, daß dieselben Leute, die damals mit diesem Verstoß gegen die Geschäftsordnung einverstanden waren, jetzt beschlossen haben, die zwei dem Kammervorstand angehörenden Genossen zum Großherzog zu schicken, um ihm in Gemeinschaft mit einer gewählten Deputation zu seiner silbernen Hochzeit zu gratulieren, weil die Geschäftsordnung das verlange. Die Liberalen hatten jenen Verstoß gegen die Geschäftsordnung damals ruhig hingenommen, mußten ihn ruhig hinnehmen, weil sie uns nötiger gebrauchten als wir sie. Ja, die bürgerlichen Gegner haben dieser unserer Stellungnahme sicherlich ihre Achtung nicht versagt. Die Zentrumspresse hat damals unser Verhalten als antimonarchisch bezeichnet und uns die Regierungsfähigkeit abgesprochen, während sie jetzt in Beziehung auf uns von einem moralischen Tiefstand in der Politik spricht, den wir in unserem Bestreben, Regierungspartei zu werden oder zu bleiben, an den Tag gelegt hätten.

Ebenso unverständlich ist es auch, daß zur Schlußfeier neun Mitglieder der Fraktion, sicherlich sehr zum berechtigten Erstaunen der Gegner, im üblichen schwarzen Feierkleid erschienen sind. Um diesen Vorgang richtig würdigen zu können, muß man noch wissen, daß die Zweite Kammer ihre Schlußsitzung schon am Tage vorher gehabt hatte, in der die Übersicht über die Tagung gegeben, der Dank an das Präsidium usw. erstattet und der Ständische Ausschuß gewählt war. Was in aller Welt, so muß man fragen, hat unsere Parteigenossen zu einer solchen Änderung ihrer Taktik bewogen? Niemand hätte sie vermißt, wenn sie der Schlußfeier ferngeblieben wären. Nun, sie wollten auch hier ihre gute Lebensart beweisen; sie wollten zeigen, daß sie wissen, was sich schickt, und wollten damit vor allem einen weiteren Stein des Anstoßes auf dem Wege zur Einigung mit dem Liberalismus — von Bassermann bis Bebel heißt diese politische Formel im Reich — beseitigen.

Daß es gerade Herr v. Bodman war, für den unsere Genossen als Blockminister glaubten eintreten zu müssen, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Denn gerade Herr v. Bodman ist es gewesen, der bei den letzten Wahlen zwischen Haupt- und Stichwahl in der „Karlsruher Zeitung" einer Einigung zwischen Zentrum und Nationalliberalen **gegen** die Sozialdemokraten sehr entschieden das Wort geredet und ausgeführt hatte, daß die Nationalliberalen mit dem Zentrum gegen die Sozialdemokraten mindestens ebensoviel Gewinn hätten, als wenn sie umgekehrt mit den Sozialdemokraten gegen das Zentrum gingen. „Jedenfalls", so hieß es, „soll hier nochmals betont werden, **daß es tief bedauerlich wäre, wenn bürgerliche Parteien der Sozialdemokratie durch Wahlhilfe Vorschub leisten würden.**"

Derselbe Minister hat aber auch öffentlich in der Zweiten Kammer einige Monate vorher mit Nachdruck erklärt, daß ein Beamter nicht Sozialdemokrat sein dürfe, denn er habe seinem Großherzog den Treueid geleistet. Desgleichen hat er zugegeben und es als selbstverständlich hinzustellen beliebt, daß die staatlichen Bezirksämter die Personalien der Militärrekruten an die Militärbehörden ausliefern, damit denen, die sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig sind, besser auf die Finger gesehen werden könne.

Nun soll neben der „Schwenkung" des Ministers in bezug auf seine Anschauungen über die Sozialdemokratie auch der Umstand, daß das Zustandekommen der Gemeindeordnungsreform gefährdet gewesen sei und deren Fall auch den Sturz des Ministers zur Folge gehabt haben würde, unsere Genossen zu der plötzlichen Änderung ihrer Stellungnahme in der Budgetfrage veranlaßt haben. Hätten unsere Genossen — so wird argumentiert — gegen das Budget gestimmt, so hätte die Erste Kammer die Gemeindeordnung fallen lassen, und mit ihr wäre auch der Minister gestürzt, weil er dann kein wichtiges Gesetz durchgebracht hätte und mit leeren Händen dagestanden wäre.

Eine merkwürdige Logik, denn man kann aus den Vordersätzen mit demselben Scheine von Recht auch den entgegengesetzten Schluß ziehen. Nach dem Vorausgegangenen ist der Minister vom sozialdemokratischen Standpunkt aus nicht viel wert, jedenfalls ist er höchst unzuverlässig. Fiel er, weil die Vorlage fiel, so war also von unserem Standpunkt aus nichts verloren. Sein Nachfolger hätte unserer Partei nicht minder Rechnung tragen müssen, wie das schon unter Bodmans Vorgänger Dr. Schenkel der Fall gewesen war, der sogar einmal offen erklärte, er möchte die Sozialdemokraten im Landtag nicht missen.

Und dabei ist noch lange nicht ausgemacht, ob dem Minister Bodman das Eintreten unserer Genossen für ihn wirklich etwas beim Großherzog genutzt hat, denn er ist ja nicht Blockminister, wie Dr. Schenkel es war, der bei den Wahlen im Jahre 1905 einen den Stichwahlgroßblock empfehlenden Artikel in die „Karlsruher Zeitung" lanciert hatte, sondern Bodman hatte, wie wir gesehen haben, das gerade Gegenteil getan.

Man müßte nun glauben, daß die neue Gemeindeordnung, um welche der Kampf geführt worden sein soll, einen besonders großen Wert für die Arbeiter besitzt. Statt dessen ist der Vorteil, den das neue Gesetz bringt, gar sehr bescheiden, denn das Klassenwahlrecht ist geblieben, nur ein wenig gemildert, und der Kreis der Wahlberechtigten wurde nur dadurch um ein Geringes erweitert, daß das wahlfähige Alter vom sechsundzwanzigsten auf das fünfundzwanzigste Lebensjahr herabgesetzt wurde. Welche unwesentliche Verschiebung durch die Einführung der Sechstelung anstatt der für die Städte mit mehr als 4000 Einwohnern bisher bestandenen Zwölftelung herbeigeführt werden wird, mag folgendes Beispiel zeigen.

Die Wählerzahl in der Stadt Mannheim betrug zum Reichstag 37450 und zur letzten Stadtverordnetenwahl im Oktober 1908 nur 25524.

Die Verteilung der Wähler auf die einzelnen Klassen stellt sich folgendermaßen:

	Letzte Stadtverordnetenwahl (1908)	Neues Wahlgesetz
Erste Klasse	2127	4255
Zweite „	4254	8510
Dritte „	19143	12759

Rechnet man die 11900 Reichstagswähler, die überhaupt kein Kommunalwahlrecht besitzen, zu den 12700, die auch nach dem neuen Gesetz noch in der dritten Klasse rangieren, so haben die 12700 Wähler der ersten und zweiten Klasse trotz aller Reform immer noch doppelt so viel Recht wie die 24600 erwachsenen männlichen Personen über 25 Jahren, die entweder die dritte Klasse bilden oder, trotzdem sie Reichstagswähler sind, überhaupt kein Gemeindewahlrecht besitzen.

Das neue Wahlgesetz enthält also noch immer ein Pluralwahlrecht höchst bösartiger Natur.

Der Kampf in der Ersten Kammer um dieses Wahlrecht war nur der um eine geringfügige Milderung des bisherigen Zustandes. Mit einer Stimme Mehrheit war die Sechstelung zuerst abgelehnt worden. Sie durchgesetzt zu haben, war das Verdienst des Herrn v. Bodman. Daß es kein großes Verdienst ist, ergibt sich aus den oben mitgeteilten Zahlen. Dabei hat noch die Erste Kammer die von der Zweiten Kammer beschlossene Erweiterung des Wählerkreises durch die Bestimmung, daß das Wahlrecht nicht mehr von der Führung eines eigenen Haushaltes abhängig sein sollte, zu Fall gebracht und die „Volkskammer“, wie die Zweite Kammer von gewisser Seite gerne genannt wird, hat sich diesem Beschluß gefügt! Auch unsere Parteigenossen glaubten, die Einigkeit nicht dadurch stören zu dürfen, daß sie aus der Reihe tanzten und die Aufrechterhaltung der für die Arbeiter so wichtigen Bestimmung verlangten. Wie außerordentlich wichtig die Erweiterung des Wahlrechtes auf die sogenannten Unselbständigen aber gewesen wäre, das lehrt die oben gemachte Gegenüberstellung der Zahl der Wahlberechtigten zum Bürgerausschuß und zum Reichstag. Mannheim, die größte Stadt des badischen Landes, zählte bei der letzten Reichstagswahl 37450 Wähler und bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1908 nur 25524 Gemeindewähler. Selbst wenn man die Tatsache unberücksichtigt läßt, daß die Gemeindewählerliste ein und ein halbes Jahr später aufgestellt worden ist als die Liste für die Reichstagswahl, und eine Zunahme der Bevölkerung mittlerweile eingetreten war, so ergibt sich trotzdem das verblüffende Resultat, daß von den Reichstagswählern nur 68,2 Prozent das Gemeindewahlrecht besaßen. Die Bestimmung über selbständige Lebensstellung in Verbindung mit der weiteren Vorschrift, die einen zweijährigen Aufenthalt am Orte als Vorbedingung für die Erlangung des Wahlrechtes aufstellt, trifft fast ausschließlich diejenigen Personen, die zur dritten Wählerklasse gehören.

Der arbeiterfeindliche Charakter des badischen Gemeindewahlrechtes kommt aber nicht nur in der Einteilung der Wähler nach Klassen, in der Forderung einer zweijährigen Ortsansässigkeit und einer selbständigen Lebensstellung zum Ausdruck, sondern auch in der Bestimmung, daß auch derjenige als selbständig angesehen wird und das Wahlrecht hat, der jährlich mindestens 17 Mark (bisher 20 Mark) an „direkten ordentlichen“ Staatssteuern bezahlt. Da dieser Staatssteuerbeitrag einem Jahreseinkommen von 1400 bis 1600 Mark entspricht und die Arbeiter mit ihrem Einkommen unter diesem Satze bleiben, so haben sie von dieser Vergünstigung keinerlei Nutzen. Kein Wunder, daß die Erste Kammer, nachdem die „Volkskammer“ die Bestimmung über selbständigen Haushalt wieder eingeführt hatte, dem Entwurf mit großer Mehrheit zustimmte. Denn das neue Gesetz ist, was die Beschränkung der Wählerzahl durch die Bestimmung über selbständigen Haushalt anbetrifft, sogar noch schlechter als das preußische. Nach einer von der Zentral-

stelle des Deutschen Städtetags gemachten Aufstellung entfielen auf 100 Einwohner in Mannheim 13,7, in Freiburg i. Br. 10,8, dagegen in Rixdorf 18,2 und in Spandau 18,08 Gemeindewähler. Einen geringen Fortschritt bringt es, daß die Proportionalwahl sowohl für die Stadtverordnetenwahlen wie für die von den Stadtverordneten vorzunehmenden Stadtratswahlen eingeführt wird. Durch den Proporz wird erreicht, daß die bürgerlichen Parteien in den Industrieorten auch in der dritten Wählerklasse und wir dafür in der zweiten Wählerklasse Vertretungen erhalten. Eine nennenswerte Verschiebung in dem bisherigen Besitzstand wird allgemein nicht erwartet. Einen Fortschritt bringt das Gesetz weiter nach der Richtung, daß die einzelnen Fraktionen ihrer Stärke entsprechend im Stadtrat vertreten sein werden.

Wenn unsere Fraktion angesichts dessen, daß ihre Versuche zur Erweiterung des Wahlrechtes fehlgeschlagen sind und daß auch der erreichte bescheidene Fortschritt von den Herrenhäuslern wieder beseitigt war, schließlich gegen die Vorlage gestimmt und die Verantwortung den bürgerlichen Parteien überlassen hätten, so würde das sicherlich von den Arbeitern besser verstanden worden sein, als wenn sie, wie das jetzt geschieht, ihre Zustimmung zum Budget mit der Sorge um das Zustandekommen der Gemeindewahlreform zu begründen versuchen.

Daß eine Partei, die da glaubt, sich nicht ausschalten zu dürfen, damit die Regierung nicht auf eine andere Partei angewiesen sei, oftmals in eine unhaltbare Stellung gerät, zeigt deutlich das Verhalten unserer Genossen in der badischen Kammer bei Gelegenheit der Beratung des Einkommensteuergesetzes. Die sozialdemokratischen Anträge auf stärkere Heranziehung der großen Vermögen waren in der Kommission abgelehnt worden. Desgleichen war auch ein Antrag des Zentrums gefallen, der die Einkommen von 1300 bis 3000 Mark um ein Geringes entlasten und die über 10000 Mark entsprechend mehr heranziehen wollte. Da die Regierung diesen im Plenum der Kammer wieder eingebrachten Antrag für unannehmbar erklärte und unsere Genossen sich an die in der Kommission gefaßten Beschlüsse gebunden glaubten und weder die Regierung noch die liberalen Freunde vom Großblock in Ungelegenheiten bringen wollten, halfen sie den Zentrumsantrag mit niederstimmen. Wenn man die beliebte Taktik immer mit der Notwendigkeit zu begründen sucht, praktische Erfolge zu erzielen, so dürften wir zu unserem Schaden bald gewahr werden, daß unsere hier eingenommene Stellung auch taktisch höchst unklug war, weil wir dem Zentrum und den Konservativen damit eine Waffe in die Hand gegeben haben, die uns sicherlich doppelt so viel Schaden bringt, wie die Zustimmung zum Budget nach Ansicht der Mehrheit der Fraktion überhaupt nur bringen kann.

Mit dem Einwand, daß die besonderen badischen Verhältnisse eine Politik positiver Mitarbeit erforderten, läßt sich so ziemlich jede Zustimmung begründen. Als im Jahre 1904 das neue, jetzt geltende Wahlrecht eingeführt wurde, ist es unserer damaligen Fraktion nicht im Traume eingefallen, deshalb aus Dankbarkeit für das Budget zu stimmen. Nein, sie stimmte auch gegen die Wahlrechtsvorlage, weil sie für die in ihr enthaltenen Erweiterungen der Rechte der Ersten Kammer nicht die Verantwortung übernehmen wollte. Diese Stellung unserer Fraktion ist, wie unsere Erfolge bei den Wahlen im darauffolgenden Jahre gezeigt haben, sehr wohl verstanden worden.

Nun wird noch gesagt, man habe, um dem Zentrum zu zeigen, daß man seiner zur praktischen Arbeit nicht bedürfe, also aus sogenannten „höheren Gründen“ die liberalen Großblockbrüder nicht auf die Gnade der schwarzen Herrschaften anweisen können. Um den Großblock nicht zu gefährden, habe man zustimmen müssen. Nun, mit ähnlichen Argumenten haben die Freisinnigen im Reichstag zur Blockzeit ihr Verhalten zu rechtfertigen versucht.

Aber trotzdem sie beim Vereinsgesetz den Sprachen- und den Jugendparagraphen geschluckt hatten, ist ein Jahr später der Block doch jämmerlich zusammengebrochen. Auch der Kampf gegen das Zentrum überbrückt nicht alle Gegensätze, die zwischen uns und den bürgerlich Liberalen bestehen. Es sei hier nur an das weite Gebiet des Arbeiterschutzes, des Versicherungswesens und der Steuergesetze erinnert. Die harten Tatsachen haben übrigens den badischen Großblock schon einmal gesprengt. Die Biersteuer zu erhöhen haben unsere Genossen als Gegner der indirekten Besteuerung selbstverständlich abgelehnt und haben es klugerweise den Nationalliberalen überlassen, sich mit dem Zentrum über die Einzelheiten der Bestimmungen zu einigen und allein die Verantwortung zu tragen. Würde sie bei der Gemeindewahlreform und beim Einkommensteuergesetz denselben Standpunkt eingenommen und sich dem Beschluß des Nürnberger Parteitags gefügt haben — für dessen Beseitigung oder Milderung in Wort und Schrift zu wirken ja einem jeden unbenommen bleibt —, so ständen wir jetzt als eine machtvoll geschlossene Phalanx den Gegnern gegenüber, während dieser innere Kampf wertvolle Kräfte — wenn auch nur vorübergehend — absorbiert und die Schwungkraft unserer Propaganda lähmt.

Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

Von **Algernon Lee.**

(Fortsetzung.)

6. Der erste Generalstreik in den Vereinigten Staaten.

Der Streik der New Yorker Blusenmacherinnen war kaum beendet, als die allgemeine Aufmerksamkeit auf einen anderen Kampf gelenkt wurde, der in Philadelphia, der Nachbarstadt New Yorks, ausgefochten wurde und von gleicher Bedeutung für die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung war — der Generalstreik in den verschiedensten Branchen und Industriezweigen, die mit den streikenden Straßenbahnern in dieser Stadt sympathisierten.

Es war dies der erste Generalstreik, der in den Vereinigten Staaten stattgefunden hat, in dem eigentlichen Sinne, den der Ausdruck „Generalstreik" in den Diskussionen der letzten Jahre in der Internationale angenommen hat.

Wir haben schon manchen großen Streik erlebt, an dem große Arbeitermassen beteiligt waren, der sich über weite Gebiete erstreckte und lange Zeit andauerte — vielleicht am bemerkenswertesten in dieser Hinsicht war der Streik der Anthrazitkohlengräber im Jahre 1902, wo 140000 Arbeiter einmütig die Arbeit niederlegten und ungefähr vier Monate ruhen ließen. Dieser Streik unterschied sich jedoch von den gewöhnlichen nur durch die enorme Zahl der Teilnehmer. Sehr gewöhnlich sind bei uns auch Sympathiestreiks, bei denen Arbeiter irgend einer Branche die Arbeit niederlegen, ohne eigene Forderungen aufzustellen, einfach nur, um Arbeitern in einem anderen Zweige derselben Branche einige Vorteile gewinnen zu helfen. Diese Art der Aktion ist besonders im Baugewerbe vorzüglich entwickelt, wo die einzelnen Fachverbände immer bereit sind, zur Unterstützung der anderen zu streiken — die Maurer den Zimmerleuten, die Klempner den Stukkateuren zu helfen usw. Etwas weniger systematisch und seltener wird der Sympathiestreik im Buchgewerbe, der Metallindustrie, Bekleidungsindustrie und anderen mehr angewendet, aber doch allmählich immer öfter und wirksamer, so daß Präsident Taft, die Civic Federation und andere „Arbeiterfreunde" es neulich für notwendig befunden haben, mit Emphase zu erklären, daß sie, wenn sie auch nichts gegen eine „anständige"

Gewerkschaft hätten und sogar die Notwendigkeit eines Streiks, natürlich nur bei ganz seltenen Gelegenheiten, nicht in Abrede stellen wollten, doch Sympathiestreik und Boykott als „unamerikanisch, unchristlich, unmenschlich" usw. verdammen müßten. Indessen war bisher jeder Streik, auch der sogenannte „Sympathiestreik", immer nur auf einen speziellen Industriezweig beschränkt und gegen bestimmte Unternehmer in ihm gerichtet gewesen. Er diente zur Unterstützung gewisser Forderungen, die die Unternehmer als solche erfüllen konnten, und zum unmittelbaren Nutzen der Streikenden selbst oder doch eines Teiles derselben. Der letzte Streik in Philadelphia aber wich von all diesen Streiks ab; er erinnerte an die politischen Streiks, die in manchen Ländern Europas in den letzten zwanzig Jahren stattgefunden haben, insofern er ein Streik der gesamten Arbeiterklasse war oder doch sein wollte, ohne Unterschied des Gewerbes, gegen die Kapitalisten als Klasse und die Staatsbehörden als Vertreter dieser Klasse. Dies gibt dem Ausstand in Philadelphia eine historische Bedeutung, ganz abgesehen von seiner Größe und Dauer.

Philadelphia ist die drittgrößte Stadt der Vereinigten Staaten mit einer Bevölkerung von ungefähr anderthalb Millionen. Sie ist wesentlich Industriestadt mit großen Schiffswerften, Lokomotivenfabriken, Eisenwerken, Teppich- und Wollwebereien und anderen Fabriken. Sie hat aber in sozialer Hinsicht eher den Charakter eines ungeheuren Dorfes als den einer großen industriellen Hauptstadt. Die Einwohner stehen, und nicht zu Unrecht, im Rufe, die stumpfsinnigsten und zurückgebliebensten Leute in ganz Amerika zu sein. Trotz der hohen industriellen Entwicklung der Stadt sind die Löhne doch niedriger als in den meisten anderen amerikanischen Großstädten, und die Arbeiterbewegung in Philadelphia war immer (von gewissen Zeiten abgesehen) von geringer numerischer Stärke und fortschrittlichen Gedanken wenig zugänglich. Schon vor vielen Jahren gelang es der sozialistischen Partei, hier Fuß zu fassen, doch machte sie lange Zeit hindurch nur geringe Fortschritte. Auf derselben tiefen Stufe wie die Arbeiterbewegung steht auch das allgemeine öffentliche Leben. Das Volk unterwirft sich willenlos Jahr für Jahr der Herrschaft einer republikanischen Clique, die Orgien an Bestechungen und Unterschlagungen feiert, deren sich sogar die Tammany Hall von New York oder der demokratische Klüngel, der Chicago regiert, schämen würde. Von all den korrumpierten Stadtverwaltungen, die die amerikanischen Gemeindeverwaltungspraktiken in der ganzen Welt berüchtigt gemacht haben, ist die von Philadelphia ganz sicher die allerschlimmste.

Zum Teil mögen diese Eigentümlichkeiten daher stammen, daß Philadelphia eine besonders alteingesessene amerikanische Bevölkerung hat mit einem viel geringeren Prozentsatz an Ausländern als irgend eine andere Großstadt in den Vereinigten Staaten. In noch größerem Maße sind sie aber auf die hier vorherrschende Bauweise zurückzuführen. Während in New York, Chicago und vielen anderen Städten ein großer Teil der Bevölkerung, zumal der arbeitenden, in riesigen Mietskasernen zusammengedrängt wohnt, liegt Philadelphia über ein großes Areal ausgebreitet; es besitzt ausgedehnte Vorstädte, und der größte Teil der Bevölkerung wohnt in kleinen, separaten Häuschen. Diese Zerstreuung der Leute über ein weites Gebiet beeinträchtigt die Stärke der Organisation und rückt jene individualistischen Lebensgewohnheiten und Ansichten in den Vordergrund, die so charakteristisch für eine Bevölkerung alteingesessener Amerikaner sind.

Diese Ausbreitung über ein großes Territorium macht auch den Straßenbahndienst zu einem viel wichtigeren als in den anderen Industriezentren. Die Straßenbahngesellschaften zusammen mit jenen, denen die Gas- und Elektrizitätswerke und die Telephonsysteme gehören, bilden den mächtigsten Faktor bei der Korruption der amerikanischen Gemeindepolitik. Die „Philadelphia Rapid Transit Company" beherrscht Philadelphia, sie unterstützt die beiden alten Parteien und verschafft bei den Wahlen die Stadtverwaltungsstellen entweder Leuten, die direkt am Straßenbahnmonopol beteiligt sind, oder Politikern von Profession, die leicht dazu bestochen werden können, den Wünschen der Gesellschaft nachzugeben. Der augenblickliche Bürgermeister der Stadt, John E. Reyburn, ist Aktionär der Gesellschaft, ebenso der Polizeipräsident Henry Clay. Vor ungefähr einem Jahr traten die Straßenbahner in Philadelphia in den Ausstand. Sie verlangten Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung und Anerkennung ihres Verbandes, eines lokalen Zweiges der Amalgamated Association of Street and Electric Railway Employees. Da nun Munizipalwahlen unmittelbar bevorstanden, legten sich die führenden republikanischen Politiker ins Mittel und führten eine Einigung zwischen der Gesellschaft und ihren Angestellten herbei, denn sie mußten befürchten, daß, wenn der Kampf zu lange dauere, er auch auf das Gebiet der Politik übergreifen könne. Es wurde ein Kompromiß in betreff des Lohnes und der Arbeitszeit geschlossen, während die dritte Frage, die Anerkennung des Verbandes, noch offen blieb. Die Gesellschaft versprach, keinerlei Schritte gegen Mitglieder des Verbandes zu unternehmen; andererseits aber bestand sie darauf, in ihren Betrieb ungefähr 300 Streikbrecher einzustellen, die sie vor der Übereinkunft herbeigerufen hatte.

Als die Wahl vorüber und die Kreaturen der Straßenbahngesellschaft glücklich zu den Ämtern gewählt waren, da begann die Gesellschaft auf einmal, sich nicht mehr an ihre Versprechungen zu halten. Den ganzen Winter über nahm die Reibung zu. Am 10. Februar dieses Jahres weigerte sich die Gesellschaft, einen Vertrag mit ihren Angestellten zu unterschreiben — so lange war die endgültige Entscheidung über das Übereinkommen des vorigen Sommers hinausgeschoben worden —, obwohl diese sich bereit erklärt hatten, die sogenannte Keystone Union, die durch Agenten der Gesellschaft aus den 300 Streikbrechern gebildet worden war, als gleichberechtigt mit ihrem eigenen Verband anzuerkennen. Acht Tage später erfolgte ein zweiter Gewaltstreich der Gesellschaft: 174 alte Angestellte wurden ohne weiteres entlassen, Leute, die am Streik von 1909 teilgenommen hatten, ohne daß ein anderer Grund angegeben wurde als das Interesse des Dienstes.

Dies sah der Verband als offene Kriegserklärung gegen sich an. Ohne einen formellen Befehl ihres eigenen Exekutivkomitees abzuwarten, traten die 6000 Straßenbahner am nächsten Morgen in den Ausstand und überließen es der Gesellschaft, allein mit ihren 300 „anständigen Arbeitern" den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Gesellschaft versuchte, auf jeder Strecke ein paar Wagen laufen zu lassen, und dies gab den Anstoß zu lärmenden Demonstrationen, an denen die Streikenden nicht mehr beteiligt waren als Tausende von anderen Arbeitern und selbst Leute aus dem niederen Mittelstand, die sicher weit entfernt davon waren, die Arbeiterbewegung ständig unterstützen zu wollen, aber gern die günstige Gelegenheit ergriffen, um ihrem Hasse gegen den Straßenbahnklüngel Luft zu machen, dem sie durch ihre eigene politische

Unfähigkeit und Ängstlichkeit erlaubt hatten, die Herrschaft in der Stadt an sich zu reißen.

In den Vereinigten Staaten hat ein Streik der Straßenbahner, mag er stattfinden wo er will, mit tödlicher Sicherheit Gewalttaten zur Folge. Wenn auch die Führer Ordnung zu halten versuchen, so sind ihre Bemühungen vergeblich. Jedermann, mit Ausnahme der paar hundert Aktionäre, haßt die Straßenbahngesellschaft. Jedermann hat Ungelegenheiten durch die Einstellung des Betriebs und ist darauf erpicht, seinem Unmut Luft zu machen. Dann kann ein Straßenbahnwagen nicht dem Bereich der Volkswut entzogen werden; er bietet ein verführerisches Ziel für Stöcke und Steine, und die Menge wird von einer Art Zerstörungsmanie ergriffen, wenn so ein Wagen in Sicht kommt. Dann sind auch eingeborene Amerikaner, da sie wenig empfänglich sind für Organisation und Disziplin, viel eher zu raschen, gewalttätigen Handlungen bereit als die meisten unserer eingewanderten Mitbürger. Die Straßenbahner setzen sich in Philadelphia fast ausschließlich aus eingeborenen Amerikanern zusammen (viele davon freilich von deutscher oder irischer Abkunft). Schlecht behandelt, beständig angetrieben und zur Verantwortung gezogen einerseits durch Beschwerden ungeduldiger Passagiere, andererseits durch strenge Vorschriften der Unternehmer und schließlich in völliger Hoffnungslosigkeit gegenüber dem unpersönlichen Ungeheuer, für das sie schuften und Profit anhäufen müssen — das macht sie gewalttätig und rücksichtslos. Alle diese Vorbedingungen für eine allgemeine Empörung trafen in dem Streik von Philadelphia zusammen.

Nach den Bestimmungen des Freibriefs der Gesellschaft und der Gesetze von Pennsylvania hatten die Behörden von Philadelphia die Befugnis, wenn sie wollten, die Gesellschaft zu zwingen, sich einem Schiedsspruch oder wenigstens einer formellen, öffentlichen Untersuchung der Streitpunkte zu unterwerfen. Der Bürgermeister Reyburn und seine Kollegen zogen es aber vor, sich dieser Befugnis nicht zu bedienen. Die Berechtigung der Beschwerden der Arbeiter und der Wortbruch der Gesellschaft waren so sonnenklar, daß das Schiedsgericht eine Entscheidung hätte fällen müssen, die sicherlich den Streikenden zugute gekommen wäre. Außerdem hätte die Untersuchung eine Menge Mogeleien der Gesellschaft und ihrer Freunde in der Stadtverwaltung ans Licht gebracht, die allen Grund hatten, die Öffentlichkeit zu scheuen.

Daher beschloß Bürgermeister Reyburn, den Streik mit brutaler Gewalt niederzuschlagen. Er billigte, daß 4000 Polizisten angeworben wurden, nur um den 3500 regulären Schutzmännern beizustehen. Der Polizeiknüppel wurde von Anfang an eifrig benutzt. Die Gesellschaft importierte Streikbrecher aus New York und anderswoher. Unter diesen waren manche anständige, nur verführte Arbeiter, die gerade arbeitslos waren und die, da sie nie einer Organisation angehört hatten, gar nicht fühlten, daß sie eine schimpfliche Tat begingen, wenn sie Streikende ersetzten. Jedoch die Mehrzahl der Streikbrecher rekrutierte sich wie gewöhnlich aus der tiefstehenden Hefe der Gesellschaft — Diebe, schwere und leichte Verbrecher aller Sorten, Zutreiber der Politiker niedrigster Sorte, Zuhälter und Spieler. Diese wurden mit Revolvern auf Kosten der Gesellschaft bewaffnet; und die Behörden verboten dies nicht nur nicht, sondern halfen selbst dabei mit.

Die Öffentlichkeit sympathisierte ohne allen Zweifel mit den Streikenden. Aber diese öffentliche Meinung war unorganisiert und verhältnismäßig ohn-

mächtig. Der Aufruhr dauerte fort, und die Streikbrecher übertrafen mit Hilfe der Polizei die Streikenden und ihre Anhänger weit an Gewalttätigkeiten. Charles O. Pratt, den die Street Railway Employees' Association mit der Organisation des Streiks betraut hatte, wurde mit mehreren anderen Führern zusammen verhaftet. Pratts Verhaftung erregte jedoch einen derartigen Entrüstungssturm, daß er schleunigst gegen Bürgschaft wieder in Freiheit gesetzt wurde. Am 21. Februar wurden vier Kompanien Bundestruppen aufgerufen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, und innerhalb weniger Tage wurden noch größere Truppen herbeidirigiert.

Um die Unbequemlichkeiten für das Publikum auf ein Minimum einzuschränken, hatte der Verband Vorsorge getroffen, daß hinreichend Leute bei der Arbeit blieben, um die Beförderung von Post und Zeitungen aufrechtzuerhalten. Die Gesellschaft zeigte aber ihren festen Willen, mit den Arbeitern zugleich auch das Publikum zu strafen, indem sie die Verbandsmitglieder aussperrte und ihre Wagen nur unter der Führung von Streikbrechern laufen ließ.

Am 24. Februar erklärte sich die Gesellschaft bereit, die Streitfragen einem Schiedsgericht anheimzustellen, alle außer einer: sie wollte nicht den Verband anerkennen. Da dies der wichtigste Punkt war, so konnten die Streikenden den Vorschlag natürlich nicht annehmen, was ja die Gesellschaft auch ganz gut gewußt hatte, als sie den Vorschlag machte.

Am 27. Februar fand eine Versammlung der Central Labor Union statt, an der Delegierte von ungefähr dreihundert Lokalorganisationen der verschiedensten Gewerbe und Branchen teilnahmen. Einstimmig (wenn vielleicht auch nicht unter voller Billigung sämtlicher Delegierten) wurde eine Resolution angenommen, die erklärte, wenn der Streik nicht binnen einer Woche beendet sei, würde dies den Generalstreik sämtlicher Arbeiter von Philadelphia zur Folge haben.

Diese Drohung war etwas ganz Neues in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung. Das merkwürdigste bei der Sache war, daß der Vorschlag nicht von jenen Verbänden ausging, die mehr oder weniger sozialistisch gefärbt sind, sondern von Elementen, die von den Sozialisten bisher als hoffnungslos konservativ betrachtet wurden.

Waren die Sozialisten im Irrtum mit ihrer früheren Ansicht über diese Leute? Oder stand die augenblickliche Aktion in vollem Einklang mit den Gründen, die zu dieser Meinung geführt? Beide Fragen kann man wohl nicht so ohne weiteres mit einem klaren Ja oder Nein beantworten. Die konservativen Führer, die sich zugunsten des Generalstreiks aussprachen, handelten nicht nach irgend einem bestimmten Prinzip oder einer Theorie. Sie handelten unter dem Drucke unvorhergesehener Ereignisse und einer heftigen Erregung, die in den Reihen ihrer Anhänger herrschte. Die Erklärung zugunsten des Streiks bewies noch keineswegs, daß diese Leute bewußt revolutionär in irgend einem Sinne geworden seien. Von ihrem Standpunkt aus handelten sie, wie die Amerikaner gewöhnlich, in einem rein empirischen Sinne — wie sie sagen würden, „als Praktiker, nicht als Theoretiker". Ihre neue Politik war viel eher mit jener Politik von Aufruhr und Gewalttat verwandt, die für die niedrigsten Stufen der Arbeiterbewegung charakteristisch ist, als mit einer revolutionären, die sich auf eine wissenschaftliche Analyse der sozialen Bedingungen und Tendenzen stützt. Der amerikanische Arbeiter ist, solange er nicht durch den Sozialismus aufgeklärt und geschult ist, ungemein individua-

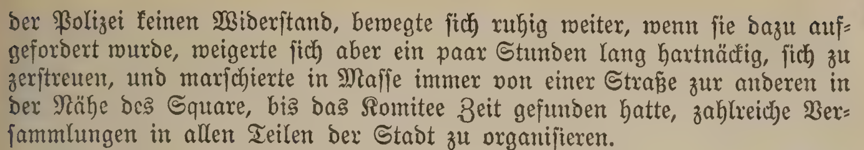
listisch. In seinem Beruf ist er sehr lange unterwürfig und geduldig gegenüber Bedrückung und Beleidigung. Reißt ihm aber schließlich die Geduld, dann drängt er nach einem schnellen Entscheidungskampf. Früher zeigte sich diese ungestüme Wut im allgemeinen in bloßen Tumulten, jetzt aber kam noch der Generalstreik dazu.

Jene Sozialisten sind indes im Irrtum, die glauben, daß ein größerer Teil der amerikanischen Arbeiter — selbst der Führer der konservativen Verbände — hoffnungslos reaktionär ist. In Wahrheit sind die amerikanischen Arbeiter noch unreif, ungeschult und politisch zu wenig entwickelt; aber im großen und ganzen sind sie weder feig noch korrumpiert. Der Generalstreik von Philadelphia bezeugt, daß sie begeisterungsfähig, opferwillig und entschlossen sind. Er zeigte aber auch, daß der Sozialismus noch viel zu tun hat, um sie aufzuklären und sie an Selbstbeherrschung und konsequentes Handeln zu gewöhnen, und daß er Wege finden muß, um dies in wirksamerer Weise zu tun als in akademischen Predigten und mit hochfahrendem Tadel. Es ist erfreulich, sagen zu können, daß zur selben Zeit, wo sich die amerikanische Arbeiterbewegung zu einer fortschrittlichen Aktion aufzuraffen scheint, der Sozialismus in den Vereinigten Staaten zur Ansicht zu kommen scheint, daß er mit den Gewerkschaften in innigere Beziehungen zu treten hat als bisher, und zwar soll das Verhältnis das einer Waffenbrüderschaft in dem heutigen Klassenkampf sein und nicht das eines Professors gegenüber gleichgültigen oder gar widerspenstigen Schülern.

Doch fahren wir fort in der Erzählung der Ereignisse. In den folgenden Tagen versuchten verschiedene hervorragende Finanzleute, Geistliche und andere hochstehende Persönlichkeiten unter Aufbietung ihres ganzen Einflusses einen Vergleich zustande zu bringen. Leider waren sie in dem Wahne befangen, es gäbe so etwas wie ein „uninteressiertes, unparteiisches Publikum" — ein Publikum, das weder auf der Seite der Kapitalisten noch auf der der Arbeiter stehe, dessen Ansehen aber von beiden Teilen respektiert werden müßte. Die Straßenbahngesellschaft *wollte* die Wünsche dieses harmlosen „Publikums" nicht berücksichtigen, und die Straßenbahner *konnten* es nicht, wenigstens nicht in der Weise, wie man es erwartete — sie sollten ihre Forderung der Anerkennung des Verbandes aufgeben und die Arbeit wieder aufnehmen, während die Schlichtung der übrigen Streitpunkte einem Schiedsgericht anheimgestellt werden sollte, und dies ohne weitere Bürgschaft als das Wort der als wortbrüchig bekannten Straßenbahnmagnaten, daß der Spruch der Schiedsrichter befolgt werden würde, auch wenn er für die Arbeiter günstig sei.

Am 3. März trat der Stadtrat zusammen. Arbeiter und Geschäftsleute drängten sich zu Tausenden um das Rathaus in der Hoffnung, den Beschluß des Rates beeinflussen zu können, aber sie wurden in der brutalsten Weise von der Polizei zerstreut. Der Bürgermeister Reyburn erklärte, der Rat habe kein Recht, zu intervenieren, und der Rat nahm diese Erklärung an.

Am 5. März begann der Generalstreik. Der Polizeipräsident erließ einen Ukas, durch den die Abhaltung der Riesenversammlung verboten wurde, die die Arbeiterorganisationen am Independence Square abhalten wollten. Die Massen kamen zu Zehntausenden, aber ein Heer von 4500 Polizisten verhinderte sie eine reguläre Versammlung abzuhalten. Das Streikkomitee, das über einen in aller Eile organisierten Stab von Hilfskräften verfügte, verwandelte die Versammlung in eine „schweigende Massendemonstration". Die Menge leistete



der Polizei keinen Widerstand, bewegte sich ruhig weiter, wenn sie dazu aufgefordert wurde, weigerte sich aber ein paar Stunden lang hartnäckig, sich zu zerstreuen, und marschierte in Masse immer von einer Straße zur anderen in der Nähe des Square, bis das Komitee Zeit gefunden hatte, zahlreiche Versammlungen in allen Teilen der Stadt zu organisieren.

Man kann unmöglich genau sagen, wie viele Arbeiter am Generalstreik teilgenommen haben. Die Polizei berichtete nach einer angeblichen Schätzung, die Zahl gehe nicht über 18000 hinaus. Mitglieder des Streikkomitees gaben eine Höhe von 139000 an. Die erste Schätzung ist geradezu lächerlich niedrig, während die zweite wohl etwas übertrieben sein dürfte. Leute, die Gelegenheit hatten, die Bewegung zu beobachten, und deren Urteil Gewicht hat, versicherten mich, daß an 100000 die Arbeit niederlegten aus Sympathie mit den streikenden Straßenbahnern. Freilich verharrten nicht alle von ihnen während der ganzen Periode des Generalstreiks im Ausstand. Zwei oder drei Tage nach dem Ausbruch des Generalstreiks mußten die meisten Teppich- und Wollwebereien und die Kleidungsgeschäfte den Betrieb einstellen. Einige Tausend, fast alle noch unorganisiert, traten in den Baldwinschen Lokomotivenwerken, den Crampschen Schiffswerften und anderen Großbetrieben in den Ausstand. Die Bauarbeiter „kreuzten die Arme" bis auf wenige Ausnahmen. Die Buchdrucker dagegen weigerten sich, mitzumachen. Ebenso die Bierbrauer, obwohl ein großer Teil von ihnen sozialistisch ist. Sie hatten alle Ursache, ihre übermäßige Vorsicht zu bereuen, denn viele Arbeiter in Philadelphia trinken jetzt seit dem Generalstreik lieber „unorganisiertes" (Non Union) Bier als solches, das von Gewerkschaftern gebraut ist, die im kritischen Augenblick des Solidaritätsgefühls ihren Klassengenossen gegenüber ermangelten. Im Gegensatz hierzu schlossen sich die Bäcker der Bewegung in Scharen an, obwohl sie damals nur sehr schwach in Philadelphia organisiert waren.

Drei Wochen vergingen. Am Ende der ersten war es klar geworden, daß der Generalstreik noch keine Wirkung geübt habe und daher zum Scheitern verurteilt sei. Von da an kehrten die Arbeiter Tag für Tag zu Hunderten und Tausenden zur Arbeit zurück, und am 27. März wurde der Streik formell für beendet erklärt.

Diese drei Wochen verliefen viel stiller als die Zeit vor dem Generalstreik. Hauptsächlich vielleicht dank der Anwesenheit Tausender von Polizisten und Soldaten, aber doch auch zum Teil dank des lebhaften Bewußtseins der Arbeiter von der Größe und dem Ernst der Bewegung. Die Behörden zeigten sich natürlich willkürlich und brutal bis zum Äußersten. Versammlungen unter freiem Himmel wurden verboten, selbst solche, die auf privatem Grund und Boden abgehalten werden sollten, zum Beispiel im großen Baseballpark, den das Streikkomitee zu diesem Zwecke gemietet hatte. Einige Streikende und noch mehr Unbeteiligte wurden von der Polizei und von den bewaffneten Verbrechern im Dienste der Straßenbahngesellschaft niedergeknüppelt oder niedergeschossen. Ungefähr ebenso viele, besonders Kinder, wurden überfahren und getötet, da die Straßenbahnwagen von ganz ungeübten und nachlässigen Leuten geführt wurden, die als Streikbrecher angeworben waren.

Die Erregung griff auch auf andere Teile von Pennsylvanien und sogar auf andere Staaten über. In einigen Städten streikten die Straßenbahner, und die Gesellschaften beeilten sich, ihre Forderungen zu erfüllen, um nicht in einen ähnlichen Kampf wie der von Philadelphia verwickelt zu werden.

Es war die Rede davon, den Sympathiestreik auf ganz Pennsylvanien auszudehnen und sogar auf New Jersey. Die Federation of Labor für den Staat Pennsylvania hielt ihren jährlichen Parteitag in New Castle in der ersten Woche des Generalstreiks ab und beschloß, wenn nötig, den Streik in jedem Gewerbe im ganzen Staate zu beginnen. Man muß ja zugeben, daß dies etwas gewesen zu sein scheint, was der Amerikaner einen „Bluff“ nennt, das heißt eine Drohung, deren Urheber wohl weiß, daß er sie nicht ausführen kann, aber an die, wie er hofft, die Gegner glauben. Praktisch wichtiger war der Aufruf, den die Föderation des Staates an alle Gewerkschaften im ganzen Staate ergehen ließ, die Streikenden von Philadelphia finanziell zu unterstützen — dieser Aufruf fand reichen Erfolg; und ebenso wichtig war die Annahme von Resolutionen, die alle Arbeiter des Staates aufforderten, anzuerkennen, daß die beiden alten Parteien ihre Feinde seien, und darüber nachzudenken, wie sie am besten der Stimme der Arbeiter auf dem politischen Kampfplatz Gehör verschaffen könnten. Der Parteitag wandte sich auch an alle Funktionäre der American Federation of Labor und der Gewerkschaften im ganzen Bundesgebiet mit der Bitte, Organisatoren nach Philadelphia zu senden, um der Streikleitung zu helfen und die Menge der Unorganisierten, die am Kampfe teilnahmen, zu neuen Verbänden zu organisieren oder sie den schon bestehenden Verbänden ihres Faches anzugliedern. Dies geschah, und die Organisationen von Philadelphia gingen in einer Stärke aus dem Kampfe hervor, die sie nie zuvor besessen hatten. In vielen Betrieben benutzten die Neuorganisierten die Gelegenheit, um höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit zu fordern, bevor sie die Arbeit wieder aufnahmen. Dies hatte den doppelten Zweck, einerseits zu erreichen, was sich in diesem Augenblick für die Streikenden in allen Gewerben erreichen ließ, und dann, einen Druck auf die Unternehmer auszuüben und sie zu veranlassen, ihren Einfluß auf die Straßenbahngesellschaft zur Erzielung eines Vergleichs zu verwenden. Freilich in der zweiten Hinsicht waren die Bemühungen vergeblich; die Gesellschaft war taub gegen alle Vorstellungen, mochten sie von den Arbeitern selbst oder von den Kaufleuten und Fabrikanten kommen, deren Geschäfte schwer unter der allgemeinen Unterbrechung der Gewerbstätigkeit litten. Andererseits gewannen die Arbeiter in vielen Branchen Lohnerhöhung und Stundenkürzung, die aus Sympathie mit den Straßenbahnern in den Ausstand getreten waren.

Als am 27. März der Generalstreik zu Ende war, machte die Central Labor Union energische Anstrengungen, einen Fonds für die Straßenbahner zu gründen, deren Reihen noch ungebrochen waren. Reiche Spenden flossen zusammen; ein großer Teil der Bevölkerung von Philadelphia half den Streikenden auch dadurch, daß er sich weigerte, Wagen der Straßenbahn zu benutzen, die von Streikbrechern geführt wurden.

Schließlich bequemte sich die Gesellschaft zu Einigungsvorschlägen; ein Kompromiß wurde geschlossen, und am 21. April nahmen die Leute die Arbeit wieder auf, wenn auch nicht in allen Punkten siegreich, so doch sicher nicht als Besiegte. Sie gewannen eine erhebliche Lohnerhöhung und eine noch willkommenere Verkürzung ihrer außergewöhnlich langen Arbeitszeit. Ihr Verband fand die Anerkennung der Gesellschaft, allerdings nicht ausschließlich, sondern neben dem sogenannten „Keystoneverband“. Dies ist die schwache Seite des Übereinkommens und kann in ein bis zwei Jahren zu neuen

Kämpfen führen. Aber andererseits war die Gesellschaft damit einverstanden, mit den Vertrauensmännern der Gewerkschaft in Streitfällen zu verhandeln und im Falle einer Entlassung einen Appell zu gestatten und unter gewissen Umständen die Sache einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Sämtliche Streikende, die 178 mit inbegriffen, deren Entlassung im Februar den Konflikt heraufbeschworen hatte, wurden wieder in die Lohnlisten der Gesellschaft aufgenommen; denen, die nicht sofort wieder eingestellt werden konnten, wurde ein „Wartegeld“ von 2 Dollar, 8 Mark, pro Tag zugebilligt.

Was der eigentliche Erfolg dieses dramatischen Konfliktes sein wird, läßt sich jetzt unmöglich voraussagen. Viel wird dabei von dem Taktgefühl und der Energie der Sozialisten von Philadelphia und Pennsylvania überhaupt abhängen. Unter den Gewerkschaftsführern, die eine hervorragende Rolle im Generalstreik spielten, sind einige, denen die Sozialisten, und zwar mit Recht, wenig Vertrauen schenken können. Die große Masse der Arbeiter ist natürlich eher geneigt, ihren Gewerkschaftsführern zu folgen als den Wortführern der Sozialistischen Partei, die sie als „nicht zum Bau gehörig“ und vielleicht als unpraktische Schwärmer ansehen. Die Aufgabe ist sehr schwer. Die Wahlen im November werden ja bis zu einem gewissen Grade zeigen, wieviel dauernd Gutes geschaffen worden ist.

Eines ist sicher: die Arbeiter von Philadelphia, die lange Zeit als „Schlafmützen“ verlacht wurden und die sogar in diesen Spott auf ihre Kosten mit einstimmten, sind jetzt wenigstens halb aus ihrem Schlafe erwacht. In allen Branchen gewinnen die Verbände von Woche zu Woche neue Mitglieder, sie ringen den Unternehmern neue Konzessionen ab oder schicken sich an, Forderungen aufzustellen. Auch die Sozialistische Partei in Philadelphia wächst seit dem Generalstreik viel, viel schneller als je zuvor.

Amerika hat seine ersten Erfahrungen mit dem Generalstreik machen können. Wünscht es noch mehr davon? Vielleicht nicht. Wahrscheinlich aber doch. Und wenn es im fieberheißen Chicago oder im verzweifelten Pittsburg in nächster Zeit dazu kommen sollte anstatt im schläfrigen Philadelphia, so wird die Sache weit ernsthafter werden. (Schluß folgt.)

Die Konsumvereine und die Einheit der Arbeiterbewegung.

Von **F. Staudinger.**

In Nr. 40 der „Neuen Zeit“ hat Herr Ernst Lenz einen Aufsatz über obiges Thema gebracht, zu dem ich mir, wenn die Redaktion der „Neuen Zeit“ mir freundlich Raum dazu gewähren will, einige vielleicht zur Verständigung dienende Worte erlauben möchte. Ich gehöre allerdings auch zu denjenigen Genossenschaftern, welche „sehr erpicht auf genaue Kompetenzabgrenzung“ sind. Der Vorwurf, das sei „bureaukratisch“, kann dabei denjenigen am wenigsten schrecken, welcher gerade seinerseits überzeugt ist, hier mehr „über die Grenzen hinausgehen“ zu können als der, welcher vielleicht betreffs der politischen Parteifrage „eine Beschränkung seines Gesichtspunktes erfährt“. Notabene, ich bringe diese Anführungen — nur eine kleine Probe aus den die „Nurgenossenschafter“ herabsetzenden Ausdrücken des Artikels — nicht, um die Vorwürfe zurückzugeben, sondern nur um zu zeigen, wie wenig mit solcher Vorwurfsweise gesagt wird.

„Nurgenossenschafter?“ Ich dächte, das wäre doch nur derjenige, welcher glaubt, die Genossenschaft allein sei das Feld, auf dem sich der Mensch zu be-

tätigen habe. Wer aber, wie doch wohl die weitaus meisten unserer Genossenschafter, der Überzeugung ist, daß Politik und Berufsvereinigung und Erziehungs- und Aufklärungsarbeit und noch manch anderes genau ebenso wichtig sind, kann doch wohl kaum „Nurgenossenschafter" heißen. Vielleicht hat jemand triftige Gründe zu der Überzeugung, daß zwar die verschiedenen Lebensaufgaben ineinandergreifen, aber keineswegs alle unter einen Hut gebracht werden können, und daß, wie die Dinge heute liegen, eine politische Produzentenpartei, und habe sie noch so weitgehende und allgemeine Ziele, doch jedenfalls nicht der Hut sein kann, welcher sich über die Konsumentenbestrebungen stülpen kann, ohne damit die Genossenschaft auf das allerempfindlichste zu schädigen.

Wohl, die Mitglieder der Konsumvereine sind heute, darin hat Herr Lenz recht, zum größten Teile sozialdemokratische Arbeiter. Möge das aber auch für absehbare Zeit der Fall sein, und mögen sie wirklich neun Zehntel des Mitgliederbestandes bilden, wie folgt denn daraus, daß diese neun Zehntel Maßregeln zu ergreifen haben, welche das übrige Zehntel unbedingt aus den Konsumvereinen hinaustreiben müßten? Droht wirklich von dem einen Zehntel die Gefahr, daß die Konsumvereine „in fremde Hände" geraten? Was begründet die Tendenz, daß die Partei die ohnehin heute so beschränkte Werbekraft der Konsumvereine in nichtproletarischen Kreisen völlig lahmlegen sollte?

Bekanntlich wird schon bisher mit der bis jetzt grundlosen Behauptung, die Konsumvereine des Zentralverbandes seien parteipolitisch, eine Menge von Leuten abgeschreckt. Damit aber werden sie auch der sozial verbindenden und erzieherischen Wirksamkeit der Konsumvereine ferngehalten. Einflußreiche Kreise versuchen heute mit Erfolg, die Konsumvereine, welche sie nicht mehr hindern können, wenigstens dadurch wirtschaftlich zu schwächen, daß sie sie zu spalten streben. Gerade sie haben das lebhafteste Interesse daran, die sozialdemokratischen Mitglieder in den Vereinen zu isolieren, um dann mit dem Scheine von Recht auf den Parteicharakter der Vereine hinweisen zu können. Ist es wirklich im Interesse der sozialdemokratischen Partei gelegen, diese Tendenz auch noch ihrerseits fördern zu helfen? Welchen Nutzen kann sie sich davon für ihre Parteiinteressen versprechen? Diese Fragen zu entscheiden steht mir nicht zu, aber sie aufzuwerfen bin ich doch vielleicht berechtigt.

Dagegen darf ich ganz ruhig sagen, daß der Konsumgenossenschaftsbewegung schon mit dem Versuch einer Parteimonopolisierung der schwerste Schaden zugefügt werden und daß trotzdem dieser Versuch nicht so leicht glücken dürfte. Denn man kann wahrnehmen, daß sehr viele Sozialdemokraten, welche mit gleichen oder ähnlichen Ansichten wie Herr Lenz in die Konsumvereine treten — ich möchte glauben die meisten —, nach wenigen Jahren ihre Ansicht in dieser Hinsicht völlig umwandeln. Ohne ihrer Partei im geringsten untreu zu werden, betonen oft gerade sie am energischsten die parteipolitische Neutralität der Genossenschaften als solcher, natürlich nicht die parteipolitische Neutralität der Genossenschaftsmitglieder. Sie kommen zu der Einsicht, daß hier ein Feld ist, wo die Mitglieder verschiedener Parteien, das heißt wesentlich verschiedener Produzenteninteressen, doch als Konsumenten zu einem Ziele zusammenwirken können, und so sind zuweilen sie am eifrigsten dabei, auch Mitglieder anderer Parteien heranzuziehen und, wenn sie tüchtig sind, ihre Aufnahme in die Verwaltung zu befürworten. Mir ist ein charakteristischer Fall bekannt, wo ein in einer Gegenpartei eifrig tätiger Mann, den noch vor wenigen Jahren viele sozialdemokratische Mitglieder aus der Verwaltung der Genossenschaft „rausschmeißen" wollten, nicht lange danach bei der Neuwahl die höchste Stimmenzahl unter allen Kandidaten erhielt. Die überwiegend sozialdemokratischen Mitglieder des Vereins wählten ihn also fast einstimmig. Nach Herrn Lenz würde dieser Mann, der der Genossenschaft in hingebendster und großzügigster Weise gedient hat, nebst gar vielen anderen einfach ausscheiden müssen, falls die Genossenschaft parteipolitisch monopolisiert würde. Er würde vielleicht

Führer einer Gegengenossenschaft werden müssen oder dem sozialen Interesse ganz entfremdet werden. Denn es ist doch nicht zu erwarten, daß irgend eine wirkliche Persönlichkeit anderer politischer Überzeugung in einem Verein bliebe, in dem sie nicht als gleichberechtigtes, sondern höchstens als stillschweigend geduldetes Mitglied arbeiten könnte. Ob also die Tendenz der Parteimonopolisierung wirklich mehr „das reale Leben" als „das gewohnte Schema" berücksichtigt, darf wohl etwas in Frage gestellt werden.

Welcher noch so blindwütige Konservative würde es sich wohl einfallen lassen, aus einem landwirtschaftlichen Verein, in dem neun Zehntel Konservative und ein Zehntel Andersdenkende säßen, dieses eine Zehntel durch Parteimonopolisierung heraustreiben zu wollen? Und wenn — wäre das nachahmenswert? Die Berufung von Herrn Lenz, daß auch die englischen Genossenschafter ein parlamentarisches Komitee haben, trifft nicht die Sache; denn das ist kein Parteikomitee. Die Berufung auf Belgien aber war wirklich nicht sehr glücklich. Denn gerade hier wie in Frankreich ist nachweislich der Genossenschaftsbewegung durch die Parteimonopolisierung kein guter Dienst erwiesen worden. Und in Frankreich kann man wohl sagen, daß da die neutralen Genossenschaften mehr und mehr Zugkraft auch bei den sozialdemokratischen Arbeitern gewinnen. Hat mir doch vor nicht sehr langer Zeit ein Beamter der sozialdemokratischen Genossenschaften rundweg erklärt, daß er es mit vielen seiner Freunde sehr begrüßen würde, wenn seine Genossenschaften sich mit der dortigen neutralen Genossenschaftsbewegung nach deren Grundsätzen vereinigen könnten.

Auf andere von Herrn Lenz angeschnittene Fragen, wie die der Gleichwertigkeit der verschiedenen Genossenschaftsarten, die ich für mein Teil zum Teil sogar für polar entgegengesetzt, aber auch zum Teil für polar zusammengehörig halte, sei, da es zu weit führte, nicht eingegangen. Hier nur noch das: Jedenfalls werden und dürfen die Genossenschafter vom Standpunkt „weiterblickender Genossenschaftspolitik", wenn das Wort Politik in diesem übertragenen Sinne zulässig ist, auch kein Titelchen von dem Grundsatz aufgeben, „daß wir alle Konsumenten sind und daß der Zutritt in die Konsumentenorganisationen den Angehörigen aller Klassen offen stehe". Offen stehe in dem Sinne, daß sich jeder ohne Beengung seines sonstigen Standpunktes hier als Gleichberechtigter muß fühlen können. Deshalb steht gar nichts im Wege, daß der sozialdemokratische Arbeiter ebenso die Dreiheit „Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft" für sich proklamieren kann, wie ein anderer vielleicht Fürst und Kirche, Vaterland, Partei, Berufsverein usw. neben die Genossenschaft in sein Feldzeichen schreibt. Daß er die Genossenschaft richtig verstehe und handhabe, darauf kommt alles an. Daraus, daß heute die Arbeiter das zu verstehen und oft sogar besser zu verstehen beginnen als manch andere, folgt noch keineswegs, daß sie nun durch die Partei, welcher sie zumeist angehören, die Genossenschaften monopolisieren und treue, achtbare Mitglieder anderer Parteien austreiben oder in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzen lassen sollten.

Das vom Standpunkt der Genossenschaft. Über den Standpunkt der Partei hat nur sie selbst zu entscheiden. Ich kann nur fragen, was die Partei veranlassen könnte, den heutigen Zustand abzuändern und damit schwere Konflikte, vermutlich auch in den eigenen Reihen, heraufzubeschwören, die doch schwerlich jemand anderem zu Frommen und Freude dienen, als gerade denen, welche sowohl die Partei wie auch die Konsumgenossenschaft bekämpfen zu müssen glauben. Könnte die Partei nicht ruhig der Genossenschaft diejenige Unterstützung zuteil werden lassen, die sie im Interesse ihrer Mitglieder und von ihrem Rechtsstandpunkt aus für angemessen erachtet, dagegen aufs peinlichste alles vermeiden, was nach Monopolisierung der Genossenschaft durch die Partei auch nur riechen möchte? Ich werde damit freilich manch eifrigem Parteimann nicht nach dem Herzen reden, aber vielleicht darf ich doch bitten, die gestellten Fragen noch einmal ohne Voreingenommenheit gerade an der Hand der sogenannten „materialistischen" Geschichtsauffassung erwägen zu wollen.

Literarische Rundschau.

Helene Deutsch, **Die Entwicklung der Seidenindustrie in Österreich 1660 bis 1840.** 3. Heft der Studien zur Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte, herausgegeben von Dr. Karl Grünberg. Wien 1909, Karl Konegen. 210 Seiten.

Die Gegenreformation und der Dreißigjährige Krieg hatten die Bevölkerung Österreichs dezimiert und verelendet. Die Steuerkraft in Stadt und Land war tief gesunken. Den Bemühungen der Regierung, das Gewerbe zu heben, stand der konstante Geldmangel im Staatshaushalt und zugleich die Abgeschlossenheit der einzelnen Kronländer und insbesondere deren Abgrenzung durch Zollschranken gegenüber, die jeden Verkehr innerhalb des Gesamtstaats unendlich erschwerten.

Um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts traten die ersten Befürworter des Merkantilismus mit ihren Vorschlägen an die Regierung heran. In seinem 1668 erschienenen Werke propagierte besonders Johann Joachim Becher die Gründung einer Handelskompanie, und als ein Mittel, das besonders geeignet scheine, das Geld, das bisher ins Ausland geflossen sei, dem Staatswesen zu erhalten, empfahl er die Einführung und Förderung der Seidenindustrie.

Dieser ist auch fernerhin eine ganz besondere Sorgfalt von seiten der Regierung zugewendet worden. Die Nähe Italiens, wo diese Industrie im siebzehnten Jahrhundert bereits in Blüte stand und von wo man daher leicht hochqualifizierte Arbeitskräfte ins Land ziehen konnte, andererseits das südliche Klima einiger österreichischer Provinzen, das sich dem Anbau der Maulbeerbäume günstig erwies, gaben der Entwicklung der Seidenindustrie einen bedeutenden Ansporn.

1666 wurde das von Becher vorgeschlagene Kommerzkollegium gegründet, in dessen erster Sitzung ein Spezialprivilegium für eine Seidenkompanie entworfen und die Erbauung eines Manufakturhauses in Wien beschlossen; und wenn auch diese Einrichtungen später nicht aufrechtgehalten werden konnten und das Manufakturhaus 1683 bei der Türkenbelagerung in Brand geschossen und gänzlich zerstört wurde, so blieb doch eine belebende Wirkung auf die Seidenindustrie zurück. 1702 gab es bereits in Wien 20 steuerzahlende („bürgerliche") Seidenweber. Diese bemühten sich um Einreihung in eine Zunft. Dagegen aber leisteten die Kaufleute heftigen Widerstand, die es vorteilhafter fanden, selbst Webstühle aufzustellen und auf eigene Rechnung betreiben zu lassen. 1709 kam ein Kompromiß zustande. Die Kaufleute, die Fabriken eingerichtet hatten, sollten diese zwar lebenslänglich betreiben dürfen, aber es sollte künftig keinem mehr die Errichtung einer Fabrik gestattet werden. Die bürgerlichen Seidenweber aber wurden in einer Zunft vereinigt, die auf 24 bis 30 Meister mit je 6 Stühlen beschränkt bleiben sollte.

Doch wurden diese Satzungen nicht eingehalten, sondern tatsächlich die Seidenindustrie in Österreich niemals rein zünftlerisch betrieben. In einem Erlaß vom 9. April 1714 wird der Handelsstand zur Errichtung von Fabriken aufgefordert, und um dieselbe Zeit wurden ausländische Manufakturisten unter Zusicherung ziemlich weitgehender Unterstützungen ins Land gerufen. Ausfuhrverbote für Rohmaterial und Einfuhrverbote für fertige Seidenwaren begleiteten diese Maßnahmen.

1719 wurde die Kaiserliche Privilegierte Orientalische Kompanie ins Leben gerufen, welche den Handel auf der Donau monopolisieren sollte, nachdem schon 1718 ein Handels- und Schiffahrtsvertrag mit dem Osmanischen Reiche abgeschlossen worden war. Triest und Fiume wurden zu Freihäfen erklärt. Aber auch solche kolonialpolitische Maßnahmen konnten den Handel nicht in die Höhe bringen, solange er durch Zollschranken im Innern des Landes gehemmt war. Erst Maria Theresia schuf ein einheitliches Zollgebiet, indem sie 1749 ein Kommerzdirektorium für den Gesamtstaat errichten ließ.

Zwei Jahre später wurde die Seidenindustrie durch eine Qualitätenordnung geregelt. Breite und Schwere der Seidenzeuge wurden genau bestimmt, Beschaumeister angestellt und auch Arbeitszeit und Löhne fixiert. Daß die Festsetzung der

Arbeitslöhne auf eine „Mäßigung“ derselben hinauslief, läßt sich schon daraus erkennen, daß zugleich Strafbestimmungen für den Fall getroffen wurden, daß die Gesellen durch „Zusammenrottung“ und Unruhen auf die Neuregelung antworten sollten. Tatsächlich gelang es aber den Meistern nicht, die Löhne auf das in der Qualitätenordnung festgesetzte Maß herabzudrücken. Als im Jahre 1756 die Behörde neuerliche Anstrengung machte, um die Einhaltung des festgesetzten Lohntarifs zu erzwingen, traten die Gesellen in einen Streik ein, und trotzdem einige von ihnen inhaftiert wurden, konnte die Regierung ihren Willen nicht durchsetzen.

Ein wirksameres Mittel aber zur Herabsetzung der Löhne fand man in der Verwendung der Frauenarbeit. Dieser wurde anfangs von den Gesellen kein ernster Widerstand entgegengesetzt, da noch alle Arbeiter der Seidenindustrie Beschäftigung fanden, und als später zur Zeit geschäftlicher Depression dann die Arbeiter Petition um Petition an die Hofkanzlei richteten und sich in ihren Klagen über die Konkurrenz durch Frauenarbeit auf die alte Qualitätenordnung beriefen, fanden sie taube Ohren.

Wirksamer als die frühere kam die Regierung Maria Theresias der Seidenindustrie durch materielle Unterstützung zu Hilfe, insbesondere förderte sie die Ausbildung der Lehrlinge und am meisten die der „Lehrmägdlein“. Auch eine „Dessinateurschule“ wurde errichtet, in der Meistersöhne und später auch Gesellen und Lehrlinge im Zeichnen von Dessins unterrichtet wurden. Den Gesellen wurde Befreiung vom Militärdienst gewährt.

Trotz alledem und trotz der Einfuhrverbote überstieg 1763 die Einfuhr von Seidenzeugen die inländische Produktion noch immer um ein Beträchtliches.

Als sich während des Siebenjährigen Krieges die Krise immer mehr fühlbar machte, wurden besondere Anstrengungen von seiten der Regierung gemacht, um die Seidenindustrie auf dem flachen Lande einzuführen, wobei das stärkste Gewicht auf die Ausnutzung der Frauenarbeit gelegt wurde. 1768 wurde eine Manufakturordnung für das flache Land erlassen, in der hauptsächlich das Verhältnis zwischen Fabrikant und Zwischenmeister und das zwischen Unternehmer und Arbeiter geregelt wird.

Manche Bestimmungen muten uns recht modern an. So wird eine Krankenversicherung für alle Kategorien von Arbeitern vorgesehen, und das Lehrlingsverhältnis wird genau geregelt, sowohl was Probezeit, Aufdingung und Freisprechung betrifft, als auch in bezug auf die Leistung und Entlohnung der Lehrlinge. Die Verpflegung, Bekleidung und Entschädigung für Überarbeit wurde genau bestimmt. Die Lehrjungen und -mädchen zu außergewerblichen Arbeiten zu verwenden, war untersagt und jede Mißhandlung streng verboten und mit erheblichen Geldstrafen bedroht. Auch ist in der Manufakturordnung bestimmt, daß der Zwischenmeister dem Gesellen zwei Drittel des Lohnes zu zahlen habe, den er für dessen Arbeit erhält. Wohl mit Recht bemerkt die Verfasserin der Abhandlung hierzu, daß diese Vorschriften, die in mehr als einer Hinsicht das übertreffen, was die Arbeiter mancher Textilbranchen bis heute erreichen konnten, wahrscheinlich immer nur auf dem Papier geblieben sein dürften.

Sehr häufig wurden die Meister durch Kost- und Kleiderbeiträge aus der Staatskasse ermuntert, möglichst viele Lehrlinge heranzubilden, besonders junge Mädchen vom dreizehnten Jahre an.

Bei der nun wachsenden Ausdehnung der Seidenindustrie wurde die alte Qualitätenordnung immer mehr als Hemmnis empfunden. Insoweit sie noch eingehalten wurde, hinderte sie die österreichischen Fabrikanten, mit den Preisen des Auslandes zu konkurrieren, daß diese sich aber in der Regel nicht hemmen ließen, beweisen die zahlreichen Klagen der Zunftmeister über die Schleuderkonkurrenz durch die Fabriken, die bei der Hofkanzlei einliefen. Das veranlasse aber die Kaiserin nur, eine Abänderung der Qualitätenordnung vorzunehmen, die auch die Verfertigung leichterer und schmälerer Ware gestattete, zugleich aber auch die Festsetzung der Arbeitslöhne

aufhob, und es ist bezeichnend für die lohnsenkende Wirkung der Frauenarbeit, die sich mittlerweile geltend gemacht hatte, daß die Gesellen nunmehr um die Aufrechterhaltung der Lohnbestimmungen petitionierten, und während sie um zwei Jahrzehnte früher in den Streik getreten waren, um gegen diese Bestimmungen zu remonstrieren, nun wieder in den Streik traten, in der Absicht, deren Aufhebung zu hindern.

Josef II. brach dann der freien Konkurrenz in der Seidenindustrie vollends Bahn. Er hob die Qualitätenordnung auf, entließ die Beschaumeister, hob die Einfuhrverbote auf und begünstigte in jeder Weise die Neugründung von Fabriken, wobei er es sich besonders angelegen sein ließ, ausländische Manufakturisten ins Land zu ziehen und sie mit Geld und Überlassung von Gebäuden zu unterstützen. Durch alle diese Maßnahmen und besonders durch die schrankenlose Ausnutzung der Kinderarbeit gelangte man endlich an das heißersehnte Ziel, die österreichische Seidenindustrie exportfähig zu machen.

Gleich nach Josefs Regierungsantritt war die allgemeine Schulpflicht der Kinder vom sechsten bis zum zwölften Jahre eingeführt worden, freilich mit der Einschränkung, daß die „werktätigen" Kinder nur durch zwei Jahre die Schule besuchen müßten. Die Seidenfabrikanten wollten sich aber mit der Ausbeutung der Kinder vom achten Jahre an offenbar nicht begnügen, denn sie wendeten sich an den Kaiser mit einer Petition um Aufhebung jeglicher Schulpflicht, und trotz des energischen Protestes von seiten der Hofstudienkommission wurde der für gewerblich tätige Kinder obligate Unterricht auf den Sonntag beschränkt.

1768 suchte ein Fabrikant, der schon ausgiebig aus Staatsmitteln unterstützt worden war, um eine neuerliche Zuwendung nach, indem er sich auf sein Verdienst berief, in seiner Fabrik hundert Waisenkinder und andere arme Kinder dem Müßiggang und dem Verderben zu entziehen. Er wurde abgewiesen mit dem Bedeuten, daß man wisse, wie reichlich sich solche Wohltaten selber lohnen.

Mit der steigenden Entwicklung der österreichischen Seidenindustrie wurde der Kampf zwischen Groß- und Kleinbetrieb ein immer erbitterterer, und wenn es auch den Zünftlern hier und da gelang, die Regierung zu einer von ihnen geforderten Schutzmaßregel zu bestimmen, so konnte dieser Kampf doch nur mit dem Untergang der Kleinbetriebe enden, da die Wiener Seidenindustrie schon in den ersten Dezennien des achtzehnten Jahrhunderts eine so hohe technische Entwicklung erreicht hatte, daß noch vor Anwendung der Wasser- oder Dampfkraft drei Personen acht Webstühle in Gang erhalten konnten. Dazu mußten natürlich komplizierte Maschinen verwendet werden, deren Anschaffung den Kleinbetrieben unmöglich war. Im Jahre 1840 gab es infolgedessen nur mehr fabrikmäßige Betriebe.

Leider sagt uns die Autorin nichts darüber, ob und inwieweit bis zu diesem Zeitpunkt die Produktivität der österreichischen Seidenindustrie den Industrien des Auslandes überlegen war und wie sich ihr Konkurrenzkampf mit diesen auf dem Weltmarkt gestaltete, doch dürfen wir hoffen, daß Helene Deutsch diese Lücke noch nachträglich in einem zweiten Werke über die Entwicklung der österreichischen Seidenindustrie bis in unsere Tage, das sie uns in der Vorrede zu diesem Buche in Aussicht stellt, ausfüllen wird.

Der Grund, weshalb sie ihre sehr interessante Arbeit mit dem Jahre 1840, also an der Schwelle der eigentlichen großindustriellen Entwicklung, abschließt, liegt darin, daß um diese Zeit die staatliche Fürsorge für die Seidenindustrie aufhörte und diese Fürsorge und deren Wirksamkeit zu schildern die eigentliche Aufgabe war, welche sich Helene Deutsch gestellt hatte.

Das Buch verschafft uns nicht nur einen genauen Einblick in den Werdegang eines der wichtigsten Zweige der österreichischen Industrie, sondern es zeigt uns auch viele Züge, die den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung auf allen Gebieten charakterisch sind, in trefflicher Beleuchtung und kann darum als ein wertvoller Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte bezeichnet werden. Therese Schlesinger.

Pierre Chasles, **Le parlement russe** (Das russische Parlament). Son organisation. Les raports avec l'Empereur. Avec une préface du Anatole Leroy-Beaulieu. Paris 1910. XV und 218 Seiten.

Die russische Reichsduma ist ebenso wie das preußische Abgeordnetenhaus die Frucht eines Staatsstreichs. Wie auch der König von Preußen hat der russische Zar zweimal die Volksvertretung auseinandergejagt, die ihm von der Revolution aufgezwungen worden war, ehe er sich entschließen konnte, offen seinen Eid zu brechen. Aber in Preußen sind seit dem Staatsstreich bereits zwei Menschenalter vorübergegangen, haben mehrere Monarchen gewechselt, sind die Urheber der Verschwörung gegen das Volk ins Grab hinabgestiegen, nachdem sie die Früchte ihres Verfahrens ihren Nachkommen überliefert hatten. In Rußland aber lebt noch alles, leben noch alle. Es ist noch der gleiche Zar, der auf dem geschändeten Throne sitzt; derselbe Stolypin steht an der Spitze der Regierung; der große Zuschneider des Staatsrechtes, der frühere rote Radikale Kryshanowski, ist noch immer die rechte Hand Stolypins, und Gutschkow, das Haupt der Oktobristen, hat noch nicht Zeit gehabt, das dritte Paar Schuhe auszutreten, seit er durch den Staatsstreich vom 3. (16.) Juni 1907 zum Führer der Dumamajorität geworden ist. Die Verletzung des Verfassungsmanifestes vom 17. (30.) Oktober 1905 ist mit dem 3. Juni nicht zu Ende. Weitere Einschränkungen der ohnehin nichtigen Rechte der Duma wurden auch weiterhin durch kleine Staatsstreiche vollzogen. Und nun hat schließlich im Laufe der letzten Frühjahrssession diese Duma, selbst durch einen Staatsstreich geboren, die Rolle der Hebamme bei dem Staatsstreich in Finnland gespielt.

Unter diesen Bedingungen ein staatsrechtliches System von Rußland als ein juridisches Ganzes zu konstruieren, ist eine Aufgabe, die weder leicht noch einfach ist. Jeden Augenblick öffnet sich in dem Pergament des Verfassungsbriefes ein gähnendes Loch, durch das der Absolutismus seinen Soldatenstiefel steckt.

Pierre Chasles unternimmt den gewiß nicht leichten Versuch, in seinem Buche die rechtswissenschaftliche Zeichnung der russischen Staatsmaschine zu entwerfen. Er führt diese Arbeit mit Sachkenntnis und mit jener technischen Eleganz aus, welche die französischen Rechtsgelehrten auszeichnet. Die Organisation und die Funktionen des „russischen Parlamentes", das heißt der Reichsduma und des Reichsrats in ihrem gegenseitigen Verhältnis, sowie in ihrem Verhältnis zum Zaren, sind sehr gewissenhaft geschildert, das Wahlsystem für die Duma, „im Vergleich zu dem alle Systeme der Welt, sogar das ungarische mit inbegriffen, einfach erscheinen" (S. 73), ist mit voller Anschaulichkeit dargestellt. Aber diese rein deskriptive Seite des Werkes enthält auch seinen ganzen positiven Gehalt. Sofern Chasles es versucht, die Teile des Ganzen durch allgemeine Rechtsprinzipien miteinander zu verbinden, wird er das Opfer der Tücke des Objektes: nicht Rechtsprinzipien waren es, die die Schere Kryshanowskis lenkten, sondern das Bestreben, in der Duma eine Majorität des Großgrundbesitzes und des Großkapitals sicherzustellen. Die „Prinzipien" des Herrn Chasles selbst sind übrigens auch von recht problematischem Charakter: er hat einen gerechten und vernünftigen und einen ungerechten und unvernünftigen Zensus.

Wenn man die Probe aufs Exempel macht, stellt sich heraus, daß H. Chasles die Wahlprivilegien des Großgrundbesitzes um einiges vermindern und die Privilegien des Handels- und Gewerbekapitals um einiges vergrößern möchte. Im großen und ganzen aber erklärt er sich sowohl mit der „traurigen Notwendigkeit" des Staatsstreichs vom 3. (16.) Juni einverstanden, als auch mit der dritten Duma, aus deren Schoße nach seiner Berechnung der Baum der russischen Freiheit hervorwachsen muß. Jedoch sind diese politischen Sympathien und Hoffnungen Chasles', die von dem Verfasser des Vorwortes, Anatole Leroy-Beaulieu, geteilt werden, für niemanden bindend. Trotzky.

Dr. R. Lenz, **Der Kupfermarkt unter dem Einfluß der Syndikate und Trusts.** Berlin 1910, Verlag für Fachliteratur, G. m. b. H. 157 Seiten.

Der Einfluß der Kartelle und Trusts auf unser Wirtschaftsleben macht sich immer fühlbarer. Allerdings im Gegensatz zu den Erwartungen einiger Optimisten führt dieser Einfluß nicht zur größeren Stetigkeit und Sicherheit in der Produktion, sondern umgekehrt: die Trusts sind ein krisebildender Faktor geworden. Durch Hochhalten der Preise fördern sie eine Überproduktion und hemmen den Konsum, so daß Wirtschaftskrisen jetzt häufiger als je geworden sind. Noch bedeutsamer ist vielleicht der Umstand, daß mit der Kartellierung der Produktion die Herrschaft der Banken und der Börse noch verstärkt wird, und die Produktion unter den Einfluß der Börsenspekulation kommt. Die Preise und die Produktion selbst müssen sich mehr den Interessen der auf der Börse kämpfenden Parteien anpassen als den Erfordernissen des Warenmarktes. Selbstverständlich rächt sich der Warenmarkt für seine Mißachtung, und so haben wir an Stelle der Organisation der Produktion eine vielleicht noch nie dagewesene Desorganisation, die selbst ein Mittel geworden ist, die Macht einzelner Unternehmer wie der Rockefeller, Morgan usw. noch zu festigen.

All diese Vorgänge kann man an der Hand eines Beispiels, des Einflusses der Trusts auf dem Kupfermarkt, in der angeführten Schrift von Dr. Lenz verfolgen. Der Kupfermarkt wird vorläufig noch nicht ganz von der Standard Oil Co. beherrscht; ein bedeutender Teil der Kupfergewinnung befindet sich unter der Kontrolle von Morgan. Außerdem sind noch vier bedeutendere und kleinere Gesellschaften vorhanden.

In der letzten Zeit (Ende 1909) soll zwischen Morgans und der Standard Oil-Gruppe ein Zusammenschluß erfolgt sein, so daß sie beide über fast zwei Drittel der nordamerikanischen und damit über rund siebzig Prozent der Weltkupferproduktion gebieten werden. Dennoch liegen die Verhältnisse in der Kupferproduktion nicht so günstig für ein Monopol wie in der Petroleumgewinnung. Kupfer wird an sehr vielen Stellen gewonnen; die Transportkosten fallen hier ebenfalls weniger ins Gewicht. Das hielt aber die neuzeitigen Gewaltherrscher von dem Versuch nicht zurück, die Kupfergewinnung oder wenigstens den Kupferhandel zu monopolisieren. Diese Versuche waren es nun, die gewaltige Erschütterungen auf dem Kupfermarkt hervorgerufen und die noch 1907 den Ausbruch der allgemeinen Krise in bedeutendem Maße beschleunigt hatten.

Herr Dr. Lenz sieht die Gefahren eines Kupfermonopols; es könnte für die kupferverarbeitende Industrie, vor allem für die Elektrizitätsindustrie verhängnisvoll werden. Aber seine Vorschläge, Deutschland möge sich an den amerikanischen Kupferminen beteiligen oder die Kupferproduktion in den eigenen Kolonien ausbilden, haben keinen Wert. Das Beispiel der österreichischen und rumänischen Naphthaindustrie, die mit Staatsunterstützung großgezogen wurde und die jetzt im Begriff ist, sich mit der Standard Oil Co. zu vereinigen, zeigt, daß das Übel nicht in der Vorherrschaft des amerikanischen Kapitals, sondern in der Herrschaft des Privatkapitals an und für sich liegt. Herr Lenz ist voll giftigen Zorns gegen die Standard Oil Co., aber auch er selbst berichtet über das französische Secrétan-Syndikat, das die gleiche Politik wie die amerikanischen Trusts seinerzeit verfolgt hatte. Es liegt also im Wesen der Syndikate, mehr Gewicht auf die Spekulationsgewinne als auf die Organisation der Produktion zu legen, und dagegen läßt sich nicht durch Anbau von einigen Kupferminen in den Kolonien ankämpfen.

Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß die Darstellung des Dr. Lenz etwas zu sehr in die Breite gedehnt ist. Für wen können die vielen Einzelheiten von Interesse sein? M. N.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 46 Ausgegeben am 12. August 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Auch ein Arbeitswilliger.

Von K. Kautsky.

1. Parteidisziplin.

Einer der beliebtesten Vorwürfe unserer Gegner ist der, daß die Sozialdemokratie nicht „positive“ Arbeit leistet. Wie lächerlich dieser Vorwurf ist, wenn man unter „positiver“ Arbeit die moralische, intellektuelle und physische Hebung des Proletariats versteht, wurde schon oft genug nachgewiesen. Aber unsere Gegner verstehen etwas anderes unter „positiver“ Arbeit.

Wir haben in Deutschland kein parlamentarisches Regime. Die Regierungen werden nicht von der Mehrheit des Parlamentes eingesetzt, sondern vom Monarchen. Das Parlament zwingt der Regierung nicht die Gesetze auf, sondern es vereinbart sie mit ihr. Bestimmungen, die die Einzelregierung im Staate oder die verbündeten Regierungen im Reiche ablehnen, werden nicht Gesetz, selbst wenn eine erdrückende Mehrheit für sie im Parlament vorhanden ist.

Zu alledem kommen in den Einzelstaaten noch die Ersten Kammern.

Vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien scheint es da, als könne im Parlament positive Arbeit, das heißt die Schaffung von Gesetzen, nur geleistet werden im Einvernehmen mit den Regierungen. „Positiv arbeiten“, nennen sie mit der Regierung zusammen als Regierungspartei — nicht als regierende Partei — arbeiten. Selbst den so harmlosen und so sehr nach der Regierungsgunst lüsternen Freisinnigen wird vorgeworfen, sie seien eine rein negierende Partei, wenn sie einmal nicht anders können, als Opposition zu machen, um sich nicht zu blamieren.

Die Sozialdemokratie hat es bisher stets abgelehnt, in dieser Art „positive“ Arbeit zu leisten. Sie fand stets, die wirksamste Methode, Reformen durchzusetzen — soweit solche bei den gegebenen Machtverhältnissen überhaupt durchzusetzen sind —, sei die, an die Massen zu appellieren, bei allgemeinem gleichem Wahlrecht an die Wähler, und durch die Furcht vor diesen den Regierungsparteien und Regierungen so viele Konzessionen abzupressen als möglich. Jetzt haben sich aber Genossen gefunden, die die bürgerliche Argu-

mentation annehmen, die der Partei vorwerfen — ebenso wie es unsere Gegner tun —, sie weigere sich, positive Arbeit zu leisten, und die im Gegensatz zur großen Mehrheit der Partei ihre Bereitwilligkeit erklären, im Sinne der bürgerlichen Parteien und Regierungen positive Arbeit zu leisten.

Wie bei anderen Arbeitswilligen, so geht es auch bei diesen positiv Arbeitswilligen ohne Disziplinbruch nicht ab. Die Badener Budgetbewilliger sind im Grunde nichts anderes als politische Streikbrecher.

Zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise hat jetzt einer dieser Arbeitswilligen, Genosse Kolb, ein kleines Schriftchen herausgegeben unter dem Titel: „Die Taktik der badischen Sozialdemokratie und ihre Kritik" (Karlsruhe, Buchdruckerei Geck, 40 Seiten).

Er gibt zu, daß die badischen Budgetbewilliger einen Disziplinbruch begangen haben, aber daran sei nur der Nürnberger Beschluß schuld, der ihnen Unmögliches zumute und „den zulässigen Begriff der Disziplin überschreite" (S. 22). Er beruft sich auf David, der in Nürnberg erklärt hatte:

„Die Disziplin kann nur bis zu der Grenze gehen, wo die Überzeugung anfängt, daß ein Beschluß der Sache schaden könnte. Wenn Sie etwas anderes konstruieren wollen, dann nennt man das nicht Disziplin, sondern **Kadavergehorsam.**"

Dies Wort gefällt Kolb so gut, daß er es fett drucken läßt und noch mehrmals wiederholt, wobei er hinzufügt:

„Niemals darf eine Partei den Disziplinbegriff so auf die Spitze treiben, daß dadurch einem großen Teil ihrer Anhänger das politische Rückgrat gebrochen und ihnen eine bewußte Heuchelei zugemutet wird."

Danach hört also die Disziplin dort auf, wo sie mit der Überzeugung in Widerspruch kommt. Haben unsere Disziplinbrecher überlegt, welche Konsequenzen dieser Grundsatz nach sich zöge?

Nehmen wir an, in einem Industriezweig einer Stadt breche ein Streik aus. In einer Fabrik sind die Arbeiter der Überzeugung, der Streik sei unzweckmäßig, sie würden mehr erreichen, wenn sie sich mit ihrem Unternehmer auf guten Fuß stellten. Will Kolb behaupten, ihre Überzeugung enthebe jene Arbeiter ihrer disziplinarischen Pflichten und erlaube ihnen den Streikbruch?

Aber vielleicht wird er sagen, ja, das möge für das gewerkschaftliche Gebiet gelten, nicht aber für das politische. Folgen wir ihm auf dieses.

Die Mehrheit der Genossen im Wahlkreis stellt einen revisionistischen Kandidaten auf, etwa Kolb oder Quessel. Die Minderheit ist der „Überzeugung", daß dieser Kandidat „der Sache schadet". Also hat sie nach Kolb das Recht, für diesen Kandidaten nicht zu stimmen, ja sogar, ihm einen Gegenkandidaten entgegenzustellen. Denn von Radikalen verlangen, einen Revisionisten zu wählen, hieße doch, ihnen „das politische Rückgrat brechen und eine bewußte Heuchelei zumuten".

Ebenso steht es aber mit der Parteipresse. Ist irgendwo eine Minderheit mit der Haltung ihres Parteiorgans unzufrieden, hat sie die „Überzeugung", daß es „der Sache schadet", dann steht ihr nach Kolb das Recht zu, ein Gegenorgan zu gründen, denn dies „schädliche Organ" zu unterstützen, wäre doch „bewußte Heuchelei".

In der Tat sind wir in Frankreich schon so weit gekommen. Zuerst verlangten die Abgeordneten für sich die Unabhängigkeit von der Disziplin, das

Recht, ihre Überzeugung höher zu stellen als die Disziplin, dann ging das aber auch auf ihre Wähler über. Neben den Parteikandidaten traten „unabhängige" Sozialisten als Kandidaten auf, und neben der Parteipresse gaben unabhängige Sozialisten besondere Blätter heraus.

Auf diese Weise kommt die Partei zur Auflösung, wenn es ihr nicht gelingt, wie es in Frankreich ja schließlich zum großen Teil gelungen ist, der Parteidisziplin wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Sicher ist es schlimm, wenn Überzeugung und Disziplin in Widerspruch miteinander geraten, aber daraus folgt nicht, daß die Überzeugung das Recht haben soll, die Disziplin zu durchbrechen, sondern vielmehr, daß ein ersprießliches Zusammenarbeiten auf die Dauer innerhalb einer Partei nur für Leute möglich ist, die in den wesentlichen Dingen der gleichen Überzeugung sind.

Das Wort Kadavergehorsam auf die Parteidisziplin anzuwenden, ist aber lächerlich. Der militärische Kadavergehorsam unterscheidet sich in zwei sehr wesentlichen Punkten von der Parteidisziplin.

Einmal darin, daß niemand gefragt wird, ob er Soldat sein und bleiben will. Er muß. Dagegen wird niemand gezwungen, unserer Partei anzugehören. Sie zwingt also auch niemand zu bewußter Heuchelei. Bewußte Heuchelei begeht nicht derjenige, der der Parteidisziplin entsprechend handelt, sondern derjenige, dessen Überzeugung unvereinbar ist mit der der Partei und der doch in ihr bleibt.

Bei den Budgetbewilligern liegt indes die Sache weit weniger gefährlich. Die Forderung der Budgetverweigerung ist eine Forderung, die bloß an die Parlamentarier gestellt wird. Der Nürnberger Beschluß verlangt von den Parlamentariern, die unserer Partei angehören, daß sie das Budget ablehnen, er verlangt aber nicht, daß der Genosse Kolb Parlamentarier sei. Kommt ein sozialdemokratischer Abgeordneter zur Überzeugung, die Budgetverweigerung bedeute einen tiefgehenden Schaden für unsere Sache, so stellt ihn das noch nicht vor das Dilemma des Disziplinbruchs oder des Ausscheidens aus der Partei, sondern nur vor das Dilemma des Disziplinbruchs oder des Verzichtes auf sein Mandat.

Glaubt ein sozialdemokratischer Abgeordneter nicht die Verantwortung für die Befolgung des Nürnberger Beschlusses tragen zu können, dann gibt ihm das keineswegs das Recht, die Einheitlichkeit der Partei zu durchbrechen und die Partei dadurch aufs tiefste zu schädigen. Es legt ihm nur die Pflicht auf, vor die Genossen seines Wahlkreises zu treten und zu erklären: Unter diesen Bedingungen bin ich nicht der richtige Vertreter für euch. Sucht euch einen anderen Vertreter, dessen Überzeugung mit dem Parteitagsbeschluß besser harmoniert.

Das ist die einzige Antwort, die ein sozialdemokratischer Abgeordneter oder Vertrauensmann der Partei überhaupt zu geben hat, wenn ein Parteibeschluß ihm Pflichten auferlegt, die er glaubt, nicht erfüllen zu können oder zu dürfen.

Die Partei verlangt von niemand ein Opfer seiner Überzeugung, sie bricht niemand sein politisches Rückgrat, mutet niemand politische Heuchelei zu. Aber die Beachtung ihrer Beschlüsse muß sie von jedem verlangen, der ihr angehört und so lange er ihr angehört. Und von ihren Abgeordneten darf sie erwarten, daß sie der Masse der Genossen mit gutem Beispiel vorangehen, sich nicht über die Beschlüsse der Partei erhaben dünken.

Das ist noch lange kein Kadavergehorsam, sondern freiwillige Disziplin, weil ja die Zugehörigkeit zur Partei und die Annahme eines Mandats keine Sache des Zwanges ist.

Aber noch in einem zweiten Punkte unterscheidet sich die Parteidisziplin bei aller Strenge vom Kadavergehorsam: durch das Recht der Kritik. Jeder muß den Parteibeschlüssen nachkommen, solange sie bestehen, aber jeder hat das Recht, an ihnen Kritik zu üben und dahin zu wirken, daß sie geändert werden. Mögen die badischen Genossen die Mehrheit der Genossen von der Richtigkeit ihrer Taktik überzeugen, und kein Parteitag wird ihnen mehr etwas in den Weg legen.

Auch Genosse Kolb versucht in der hier besprochenen Broschüre die Parteigenossen zu überzeugen. Aber er scheint von vornherein kein großes Zutrauen zur Überzeugungskraft seiner Argumente zu haben, denn er erklärt: beschließt was ihr wollt, wir fügen uns nicht, wenn der Beschluß gegen uns ausfällt.

Anders ist es nicht aufzufassen, wenn er sagt:

„Was wir fordern und worauf wir bestehen müssen, ist die Beseitigung eines Beschlusses (des Nürnberger), der gleichermaßen für die Disziplin wie für die Einheit der Partei gefährlich ist“ (S. 26).

Und früher schon erklärte er,

„daß die badische Landtagsfraktion sich in dieser Frage **nicht unterwerfen kann** (im Original fett gedruckt. K.), weil sie sich damit unrettbar lächerlich und politisch unmöglich machen würde.... Die Partei darf und kann keinen Beschluß aufrechterhalten, der große und wichtige Teile ihrer parlamentarischen Vertretung zur Heuchelei und zur Preisgabe ihrer Überzeugung zwingt. Man treibe endlich in solchen Situationen keine Sentimentalität mehr. Hier ist es Pflicht jedes einzelnen, mannhaft und unerschütterlich zu seiner Überzeugung zu stehen, und wenn es nicht anders geht, mit ihr zu fallen.“

Angesichts dieser Sprache wird sich der Parteitag wohl vor allem genötigt sehen, festzustellen, daß seine Beschlüsse unter allen Umständen für jeden bindend sind, der als Parteigenosse betrachtet werden will. Es wäre ja zwecklos, Beschlüsse irgendwelcher Art zu fassen, wenn sie bloß für die Mehrheit verbindlich wären und die Minderheit das Recht hätte, zu erklären, sie widersprächen ihrer Überzeugung und darum könne sie sich ihnen „nicht unterwerfen“.

Es wäre nichts verkehrter, als wollte man Disziplin und Einheit der Partei durch Unterwerfung unter die Diktate Kolbs und seiner Freunde retten. Es hieße die Einheit und Disziplin dadurch retten zu wollen, daß man diejenigen frei gewähren läßt, die an ihrer Auflösung arbeiten.

2. Die Monarchie.

Aus den Worten Kolbs spricht eine verzweifelte Stimmung: so unentbehrlich erscheint ihm die Budgetbewilligung, so unermeßlich der Schaden der Budgetverweigerung, daß ihm nicht bloß einmaliger Disziplinbruch, sondern selbst Zersplitterung der Partei noch weniger schädlich erscheint. Da darf man einigermaßen neugierig sein, durch welche unerhörte Tatsachen eine so unerhörte Auffassung begründet wird. Und was von der Budgetbewilligung, gilt ebenso von der Hofgängerei, die ebenfalls allen bisherigen Anschauungen unserer Partei ins Gesicht schlägt.

Wer nun erwartet, in der Schrift Kolbs Tatsachen oder Erwägungen kennen zu lernen, die eine auch nur einigermaßen einwandfreie, geschweige

denn eine zwingende Begründung des Disziplinbruchs und der Hofgängerei enthalten, wird schwer enttäuscht werden. Man darf annehmen, daß Kolb in seiner Broschüre alles vorbrachte, was die badische Fraktion zu ihren Gunsten vorzubringen weiß. Es ist auffallend dürftig. Noch mehr. Die einzelnen Argumente widersprechen sich, schlagen einander gegenseitig tot.

Einmal behauptet Kolb, der Disziplinbruch erkläre sich aus den ganz eigenartigen Verhältnissen Badens, die außerhalb Badens nur schwer zu begreifen seien und die eine besondere parlamentarische Taktik erheischten. Dann aber sagte er, die parlamentarische Taktik der Badener Landtagsfraktion sei die einzig rationelle, die auch in den anderen Staaten und im Reich zum Durchbruch kommen müsse, wenn wir Fortschritte machen wollen — und doch soll dieselbe Taktik niemand verstehen können, der nicht in alle Mysterien des badischen Ländchens eingeweiht ist!

Und ebenso geht's mit der Hofgängerei. Die Akte, die man der badischen Fraktion vorwirft, werden einmal als einfache Höflichkeitsakte oder von der Geschäftsordnung auferlegte Bedingungen hingestellt — leere Zeremonien ohne jede Bedeutung. Dann aber wird auf ihre hohe Bedeutung hingewiesen und bemerkt, daß sie vorbildlich für unsere Haltung zur Monarchie in den anderen Staaten seien, welche Haltung wir einer gründlichen Revision zu unterziehen hätten. Da erfahren wir, welch tiefer Sinn in dem kindischen Spiele liegt.

Betrachten wir zunächst die Argumente zugunsten der Hofgängerei. Da haben wir einmal die Gratulationscour. Kolb schreibt: Jedesmal, wenn wir in ein Präsidium eintraten, haben wir, auch im Reichstag, uns bereit erklärt, alle in der Verfassung und der Geschäftsordnung vorgesehenen Bedingungen zu erfüllen.

„Die Geschäftsordnung der Zweiten badischen Kammer enthält in dem § 74 die Bestimmung, daß der Landtag an den Großherzog eine Deputation senden kann, die aus den Mitgliedern des Präsidiums und etwa noch ausgelosten weiteren Mitgliedern der Zweiten Kammer besteht. Nun hat die Zweite Kammer beschlossen, dem Großherzog anläßlich seiner silbernen Hochzeit ihre Gratulation zu übermitteln und damit das Präsidium auf Grund des § 74 der Geschäftsordnung beauftragt. Wollten wir nicht **wortbrüchig** werden, dann blieb nichts übrig, als daß unsere Vertreter im Präsidium sich ebenfalls bereit erklärten, den von der Zweiten Kammer ihrem Präsidium erteilten Auftrag mit auszuführen."

Und Kolb fragt weiter, was man denn sonst hätte tun können?

Es ist mir leider bisher noch nicht gelungen, dieser famosen Geschäftsordnung habhaft zu werden und den Wortlaut des § 74 zu erfahren. Das was Kolb darüber mitteilt, zwingt niemand, an einer Gratulationscour bei Hofe teilzunehmen. Der § 74 hat offenbar den Zweck, der Zweiten Kammer die Entsendung von Deputationen an den Großherzog zu **politischen Zwecken** zu ermöglichen, etwa um ihn mit Forderungen der Kammer bekannt zu machen. Unsere Fraktion hatte da nicht nur das Recht, sondern die **Pflicht**, energisch dagegen zu protestieren, daß dieser Paragraph dazu mißbraucht werde, das Präsidium zur Staffage bei **unpolitischen Familienfesten** zu degradieren. Es war ihre Pflicht, zu erklären, bei einem derartigen Mißbrauch der Geschäftsordnung zu byzantinischen Zwecken würden sie nicht mittun.

Aber merkwürdig, dieselben Leute, die mit dem Disziplinbruch gegenüber der **Partei** so rasch bei der Hand sind, um ihre Überzeugung nicht zu gefährden, sie vermeiden ängstlich auch nur den entferntesten Schein eines

Bruchs der Geschäftsordnung und nehmen lieber an jedem Mißbrauch derselben teil, mag auch ihre republikanische Überzeugung dadurch noch so sehr verletzt werden. Da empfinden sie plötzlich den „Kadavergehorsam“ als ihre heiligste Pflicht — unseren Gegnern gegenüber.

Ebensolchen Kalibers sind die Gründe für die Teilnahme am Hoch auf den Großherzog bei der Schlußfeier:

„Daß wir bei diesem Hoch aufgestanden sind, entspricht nicht den Tatsachen, die ganze Versammlung hatte sich schon zuvor von den Sitzen erhoben. Allein das ist ja ohne jede Bedeutung, denn daß man, wenn man schon an solchen Akten teilnimmt, bei einem Hoch aufsteht, entspricht den einfachsten Regeln des Anstandes und des in der ganzen kultivierten Welt üblichen Taktes. Wenn auf unseren Parteitagen ein Hoch auf unsere Partei ausgebracht wird, erheben sich die anwesenden Gegner auch, wenigstens diejenigen, die Anstand gelernt haben“ (S. 30).

Also sie sind nicht aufgestanden, sind aber doch aufgestanden, weil bei solcher Gelegenheit jeder anständige Mensch aufsteht, also auch unsere badischen Aufständischen — „wenn man schon an solchen Akten teilnimmt“. In diesem Sätzchen liegt des Pudels Kern. Wer zwang unsere Genossen, an jenem Akt teilzunehmen? Sie wußten, daß die Schlußfeier eine Huldigung für den Großherzog mit sich bringe, sie waren ihr entsprechend festlich gekleidet erschienen — und dann wollen sie uns weismachen, das Ganze sei einfach ein bedeutungsloser Akt des „einfachsten Anstandes“.

Daß das nicht stimmt, verrät uns Kolb in seinem Eifer selbst:

„In der Politik gibt es Imponderabilien, Dinge, die man nicht wägen und nicht messen kann, deren Beachtung oder Nichtbeachtung doch auch manchmal nicht ohne Bedeutung ist. Wo die Taktik unserer parlamentarischen Vertretung ausschlaggebend in die Wagschale fällt, sind auch solche an sich belanglose Dinge (wie die Teilnahme an Huldigungen K.) nicht ganz ohne Bedeutung. Ob unsere Teilnahme an der Schlußfeier aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit geboten war oder nicht, darüber können wir jedenfalls ein zutreffenderes Urteil fällen als jene Genossen, die unsere Beteiligung so abfällig kritisieren. Auch hier handelt es sich um eine Frage der Taktik. Für die Taktik gibt es aber sehr oft Gründe, die man nicht an die große Glocke hängt. Es ist doch sicher kein Zufall, daß die Zentrumspresse gerade auch über unsere Beteiligung an der Schlußfeier im höchsten Grade entrüstet ist und in allen Tonarten über uns herfällt. Die Herrschaften des schwarzblauen Blocks haben instinktmäßig begriffen, daß dieser an sich, wie gesagt, bedeutungslose Vorgang für die badische Politik nicht so bedeutungslos ist, als unsere norddeutschen Parteiorgane annehmen. Früher hat sich die Zentrumspresse über unser Fernbleiben entrüstet und es politisch ausgeschlachtet, jetzt versucht sie in ohnmächtigem Grimm das Gegenteil, genau wie bei der Budgetabstimmung“ (S. 29, 30).

Dem Zentrum werden wir es nie recht machen, so oder so. Um so weniger beweist die jetzige Entrüstung des Zentrums über die sozialdemokratische Teilnahme an der Schlußfeier etwas dafür, daß diese Teilnahme am Platze gewesen sei. Wohl aber zeigt der ganze Passus, wie alles, was uns über die Bedeutungslosigkeit der verschiedenen Akte der Hofgängerei gesagt wird, daß sie nur durch Rücksichten auf Geschäftsordnung und Anstand erzwungen worden seien, nichts ist als leere Flausen.

Man will eine politische Wirkung mit diesen Huldigungen erzielen — sie waren „durch Gründe der politischen Zweckmäßigkeit geboten,“ sagt Kolb selbst, wobei er geheimnisvoll hinzufügt, diese Gründe dürfe er nicht „an die

große Glocke" hängen. Seine intimen Kenntnisse der höfischen Strömungen darf er uns nicht verraten, ob er auf die „Imponderabilien" des Großherzogs selbst spekuliert oder des Erbgroßherzogs oder irgend einer seiner Tanten oder Basen, deren Einfluß „nicht ganz ohne Bedeutung" ist. Aber so viel läßt er uns doch erraten, daß die Hofgängerei zu dem Zweck unternommen wurde, bei Hofe eine günstige Meinung von der Sozialdemokratie — oder vielmehr von dieser Art Sozialdemokratie — hervorzurufen und dadurch die parlamentarische Stellung der Fraktion zu stärken.

Es wäre ein bedenkliches Zeichen, wenn diese Art Politik beim badischen Proletariat Anklang fände. Höfische Hintertreppenpolitik ist nie eine großartige Sache. Höfische Hintertreppenpolitik von Vertretern einer proletarischen, republikanischen Politik betrieben, kann diese Politik nur verächtlich machen, auch bei denen, um deren Gunst sie sich untertänig bemüht.

Kolb ist indes nicht zufrieden damit, die Hofgängerei als ein bedeutungsvolles Produkt schlauer Taktik aus den besonderen badischen Verhältnissen zu erklären und sie gleichzeitig als politisch bedeutungslose Konsequenz bloßer Geschäftsordnungsbestimmungen und allgemeinen Anstandes hinzustellen, den die Gegner auch für uns an den Tag legen. Er fügt zu diesem Widerspruch noch den hinzu, daß er einmal die Hofgängerei als ein Produkt badischer Eigenart hinstellt, dann aber erklärt, sie sei eine Notwendigkeit für die monarchischen Länder überhaupt!

Er fragt die Gegner seiner Taktik:

„Glauben sie wirklich, daß Sozialdemokratie und monarchische Staatsform unter allen und jeden Umständen sich gegenseitig ausschließende Begriffe sind? Notabene, es handelt sich also nicht um Sozialismus und Monarchie. Eine sozialistische Gesellschaftsordnung mit monarchistischer Spitze ist undenkbar. Bei der Frage, die ich aufwerfe, handelt es sich um etwas anderes, um eine Sache, die in parlamentarisch regierten Monarchien über kurz oder lang für unsere Partei akut wird.

„Zunächst will ich aber auf deutsche Verhältnisse exemplifizieren, denn die liegen uns näher. Gesetzt den Fall, in irgend einem Bundesstaat erobert unsere Partei die relative oder gar die absolute Mehrheit im Parlament. Sie wird dann nicht umhin können, nicht nur den ersten Präsidenten zu stellen, wenn sie sich nicht für politisch bankrott erklären will. Glaubt man nun im Ernst, daß in einem solchen Falle der sozialdemokratische Präsident den Landesfürsten, der verfassungsmäßig nicht nur der Repräsentant des Staates, sondern ein mitbestimmender Faktor der Gesetzgebung ist, einfach ignorieren kann? Das ist doch schlechterdings ausgeschlossen."

Kein Zweifel, der Fall, den Kolb hier im Auge hat, bietet große Schwierigkeiten. Dank unserem Partikularismus ist es möglich, daß die Sozialdemokratie in irgend einem deutschen Einzelstaat die Mehrheit in der Kammer erobert, indes im Reich die Sozialdemokratie noch in der Minderheit ist. Die Mehrheit in jenem Einzelstaat wird da in die schwierigsten Verhältnisse versetzt, alle Aufgaben einer sozialdemokratischen Mehrheit werden ihr zugewiesen, indes ihr gleichzeitig die Macht vorenthalten wird, diesen Aufgaben gerecht zu werden.

Aber die Frage, wie sich der sozialdemokratische Präsident zum Landesfürsten stellt, wird dann die geringste unserer Sorgen sein. Sie ist völlig bedeutungslos gegenüber der Frage, wie sich die Mehrheit zur Regierung und deren Anforderungen stellen wird! An der Zivilliste zum Beispiel wird dem

Regenten weit mehr gelegen sein als an der persönlichen Vorstellung des Präsidenten. Und sollen wir das Kultusbudget bewilligen, die politische Polizei, die Gehälter von Beamten, die das Recht brechen, um das Proletariat in seinem Klassenkampf zu hindern?

In einem solchen Land muß es dann zu einer Periode tiefgehender Konflikte kommen, in denen unsere Vertreter den größten Scharfsinn, die größte Zähigkeit und Unerschrockenheit werden aufbieten müssen, um sich zu behaupten. Sie verlieren aber das Spiel von vornherein, wenn ihre erste Sorge die ist, die Gunst des Landesherrn zu gewinnen, wenn sie das Unmögliche möglich machen wollen, gleichzeitig für das Proletariat und für die Monarchie zu arbeiten.

Das aber ist nach Kolb zunächst ihre Aufgabe. Schon früher in seiner Schrift behauptet er:

„Wenn wir heute in irgend einem Staate die Mehrheit erhalten, das heißt die politische Macht erobern, so haben wir damit noch keineswegs die Macht, die Monarchie und die Klassen zu beseitigen, das heißt also die sozialistische Gesellschaft zu ‚errichten‘."

Das dient zur Bekräftigung des Satzes:

„Die kapitalistische Gesellschaft läßt sich nicht durch politische *Demonstrationen* aus der Welt schaffen, sondern *nur dadurch*, daß wir uns in steigendem Maße Einfluß *auf alle in ihr wirkenden Entwicklungskräfte verschaffen*" (S. 11, 12).

Hier ist die Hofgängerei nicht mehr ein bedeutungsloser Ausfluß eines Zwanges des § 74 der Geschäftsordnung der badischen Zweiten Kammer, sondern ein Ausfluß der *einzigen* Methode, die Kolb kennt, um die *ganze kapitalistische Gesellschaft* zu bekämpfen. Diese Methode heißt: Einfluß *auf alle* in ihr wirkenden Entwicklungskräfte gewinnen, auf Monarchen, Bureaukraten, Kapitalisten ebenso wie auf das Proletariat. Das ist die einzige Methode praktischer Politik, die er kennt, alles andere ist leere „Demonstration". Klassengegensätze und Klassenkampf existieren für ihn nicht, er findet sie nicht in der Wirklichkeit, sondern nur in den „verknöcherten Dogmen" der Theoretiker.

Wie kann aber die Sozialdemokratie Einfluß gewinnen auf jene „Entwicklungskräfte", die durch die Ausbeutung und Beherrschung des Proletariats existieren? Ich gewinne nicht Einfluß auf Elemente, die ich bekämpfe, sondern nur auf Elemente, deren Interessen ich entweder wirklich oder doch dem Anschein nach vertrete. Sicher kann auch der Sklave Einfluß auf seinen Herrn gewinnen und durch diesen Einfluß eine gewisse Macht ausüben. Manche Sklaven der römischen Kaiser beherrschten das Reich. Aber der Sklave kann zu solcher Herrschaft nur gelangen als Anwalt der Interessen seines Herrn, durch völligen Verzicht darauf, die Sklaverei aufzuheben oder auch nur einzuschränken.

Die Kolbsche Methode ist die Methode des Sklaven, der sich innerhalb der Sklaverei möglichst bequem einzurichten sucht, der darauf verzichtet, auf Beseitigung der Sklaverei hinzuwirken, der sich seinem Herrn durch den großen Nutzen, den er ihm schafft, unentbehrlich zu machen sucht. Es ist nicht die Methode des Kämpfers, der seine und seiner Genossen Ketten zu brechen sucht.

Die Kolbsche Methode ist nicht nur nicht sozialdemokratisch, sie ist nicht einmal mehr demokratisch. Sie ist nationalliberal.

3. Parlamentarismus.

Aus dem Gesagten erhellt schon, daß auch die badische parlamentarische Taktik nicht das Ergebnis besonderer badischer Verhältnisse ist, die der Nichtbadenser nicht versteht, sondern das Produkt von Anschauungen, die von der Sozialdemokratie überhaupt wegführen.

Vergeblich sucht man in der Broschüre nach der Darstellung der besonderen badischen Eigentümlichkeiten, die es unmöglich machten, dem Parteitagsbeschluß von Nürnberg zu folgen.

Wie liegt die Situation in Baden? Die Nationalliberalen waren bisher die Regierungspartei. Aber sie haben gründlich abgewirtschaftet, da sie sich jedem Fortschritt widersetzten. Auch in Baden wie in Bayern wurde die Wahlreform von der Sozialdemokratie und dem Zentrum gemacht. Durch diese Reform von 1905 verloren die Nationalliberalen ihre ausschlaggebende Stellung, Sozialdemokratie und Zentrum kamen in die Höhe, es erstand sogar die Möglichkeit, daß das Zentrum die absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer gewann. Unsere Genossen waren mit Recht der Ansicht, daß sie suchen müßten, das zu hindern, sie stimmten 1905 wie 1909 in den Stichwahlen gegen das Zentrum.

Dadurch wurde erreicht, daß keine der bürgerlichen Parteien die Mehrheit gewann, die Sozialdemokratie das Zünglein an der Wage bildete. Zentrum und Konservative zusammen verfügen über 30 Stimmen, Nationalliberale und Demokraten über 23, unsere Partei über 20.

So weit ging es ganz gut. Aber was nun? In dieser Situation glaubte unsere Fraktion sich verpflichtet, ihre „Isolierung", das heißt ihre Selbständigkeit aufgeben und mit Nationalliberalen und Demokraten zusammen den „Großblock" bilden zu müssen.

Bildeten die Nationalliberalen wirkliche und zuverlässige Freunde des Fortschritts, dann wäre das nicht nötig gewesen. Dann verstand es sich von selbst, daß die Nationalliberalen und die mit ihnen verbundene Regierung Gesetze im Interesse der Volksmassen einbrachten und wir sie unterstützten.

Aber so stand die Sache nicht. Die Nationalliberalen wollen nicht liberale Politik machen, sondern Regierungspartei bleiben, um jeden Preis. Und die Regierung wünscht, daß sie mit einer anderen Partei zusammen die Mehrheit bilden, weil für sie keine Partei so bequem ist und den Neigungen der Machthaber besser entspricht, als die Nationalliberalen. Mit wem aber sollten diese zusammengehen, um eine Mehrheit zu bilden? Sie hatten bloß die Wahl zwischen Zentrum und Sozialdemokraten. Da kam es ihnen sehr gelegen, daß die Sozialdemokraten das Bedürfnis in sich fühlten, sich mit dem Zentrum in eine Konkurrenz um die Gunst der Regierung und der Nationalliberalen einzulassen, wobei der Mindestfordernde siegte. Und das war die Sozialdemokratie. Sie erwies sich für die Regierung als noch fügsamer und anspruchsloser als das Zentrum.

So kam der „Großblock" für die „positive Arbeit" zustande. Aber dieser Block ist ein Koloß auf tönernen Füßen. Die Nationalliberalen sind höchst unsichere Kantonisten. Und in der Regierung gibt es auch „komplizierte Naturen". Schon während der Wahlen waren Stimmen laut geworden, die an Stelle des Großblocks der Linken ein Bündnis zwischen Nationalliberalismus und Zentrum befürworteten. Der katholische Adel in der Umgebung des Großherzogs wirkt ebenfalls in dieser Richtung. Bei dem leisesten Anstoß, den die

Sozialdemokratie in diesen Kreisen erregt, muß sie erwarten, daß ihre Bundesgenossen sie mit einem Fußtritt verabschieden und sich zum Zentrum gesellen. So fühlt sich die sozialdemokratische Fraktion genötigt, um des Großblocks willen sich so klein als möglich zu machen; daher die Hofgängerei, die freilich niemand begreifen kann, der nicht die badischen Verhältnisse kennt und nicht weiß, wie beim Großherzog gegen die Genossen Kolb und Frank zu deren tiefem Schmerze intrigiert wird. Daher die Budgetbewilligung, denn lieber läßt man es auf eine Spaltung der Partei oder auf eine Ausschließung aus der Partei ankommen als auf eine Ausschließung aus der Mehrheit der Regierung!

Hat diese Taktik der fortschreitenden Selbsterniedrigung sich etwa durch große praktische Erfolge bezahlt gemacht? Nicht einmal das!

Vergeblich sucht man in der Kolbschen Schrift nach der Aufzählung der großen praktischen Errungenschaften, die diese Politik dem Proletariat gebracht hat. Nur ein Erfolg wird immer und immer triumphierend hervorgehoben:

„Durch die Taktik der Sozialdemokratie hat das mit allen Wassern gewaschene Zentrum die größte und schwerste Niederlage erreicht, die man ihm zufügen konnte, es wurde politisch völlig schachmatt gesetzt" (S. 18).

Das heißt, die Sozialdemokratie hat das Zentrum verhindert, Regierungspartei zu werden; sie hat es den Nationalliberalen erspart, sich mit dem Zentrum zu verbünden, um Regierungspartei zu bleiben; sie hat das Zentrum für die Regierung und die Nationalliberalen entbehrlich gemacht, indem sie selbst ihnen jene Dienste leistete, die sie beanspruchten. Ist das wirklich die Aufgabe der Sozialdemokratie?

Sicher ist heute das Zentrum unser gefährlichster Feind, aber nicht wegen des Einflusses, den es auf die Regierungen, sondern wegen des Einflusses, den es auf die arbeitenden Volksmassen übt. Das Zentrum ist die einzige bürgerliche Partei, die heute in Deutschland noch über einen namhaften Anhang aus Arbeiterkreisen verfügt. Ihm diesen Anhang zu entreißen, bildet unsere wichtigste Aufgabe. Das ist aber sehr schwer dort, wo das Zentrum in der Opposition gegen die Regierung steht. Die Klassenlage des Proletariats treibt dieses stets in die Opposition gegen jede bürgerliche Regierung, weil jede die Aufgabe hat, das Proletariat niederzuhalten. Als Oppositionspartei ist das Zentrum groß und stark geworden und hat es seine Macht über die Gemüter der Arbeiter erlangt. Diese Macht muß es rasch verlieren, wenn es Regierungspartei wird und die Mitschuld an allem Steuerdruck, Polizeidruck und sonstigen Schönheiten des bestehenden Regimes übernimmt.

Sicher wollen und müssen wir trachten, das Zentrum lahmzulegen, aber wir wollen dies erreichen durch seine Überwindung bei den Wahlen, indem wir ihm die Massen abspenstig machen, nicht durch Intrigen bei und mit der Regierung. Wir haben das Zentrum „politisch schachmatt" zu setzen dadurch, daß wir es an Arbeiterfreundlichkeit und demokratischem Empfinden, nicht dadurch, daß wir es an Regierungsfreundlichkeit und monarchischem Empfinden übertreffen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß wir durch energische Betonung unserer Forderungen die Nationalliberalen in die Arme des Zentrums treiben, besteht allerdings, aber wo soll darin eine Gefahr für uns liegen? Nichts könnte Zentrum und Nationalliberale vor ihren Wählern gründlicher kompromittieren, als ein

Bündnis beider. Es müßte auch dem Vertrauensseligsten ihrer Anhänger die Augen darüber öffnen, daß alle ihre Redensarten hier von Religion, dort von Kultur und Fortschritt keinen Schuß Pulver wert sind, daß sich dahinter nichts birgt, als die nackte Gier nach Ausbeutung der Staatsgewalt zu ihren Sonderzwecken.

Im Jahre der Borromäusenzyklika ein Großblock von Zentrum mit Nationalliberalen! Wer den Zentrumsturm gesprengt sehen will, muß dies Ereignis herbeisehnen. Es ist das beste Mittel, das Zentrum politisch schachmatt zu setzen — freilich zunächst nur bei den Wählern, nicht bei den Regierungen. Unsere badische Fraktion sieht aber nur die Rückwirkung des Blocks auf die Regierung und glaubt daher, die höchste staatsmännische Weisheit zu entwickeln, wenn sie allen ihren Grundsätzen ins Gesicht schlägt und die Einheit der Partei gefährdet, nur um zu verhindern, daß Nationalliberale und Zentrum sich durch ihre Paarung prostituieren.

Kolb kommt sich vielleicht wie eine zweite Judith vor, wenn er sich dem nationalliberalen Holofernes hingibt, um das badische Bethulien zu retten. Aber er schlägt diesem Holofernes nicht den Kopf ab, sondern bewilligt ihm das Budget.

Aus gleichen Erwägungen wie unsere badischen Abgeordneten haben die Freisinnigen im Reich den Bund mit den Konservativen geschlossen; auch nur, um das Zentrum bei der Regierung und den Konservativen „auszuschalten“ und „matt zu setzen“. Man weiß, wie sehr den Freisinn diese Paarung zwischen „Karpfen und Kaninchen“ kompromittierte. Er gewann die vorübergehende und nichtssagende Gunst der Regierung, aber auch die dauernde und nachdrückliche Mißgunst der demokratischen Volksmassen, die sich zu völliger Nichtachtung gesteigert hätte, wenn das Blockexperiment auch nur ein halbes Jahr länger dauerte.

Aber zwischen Freisinnigen und Konservativen bestehen noch mehr Berührungspunkte als zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten. Jene beiden Parteien sind Parteien Besitzender, die von der Ausbeutung des Proletariats leben. Hier dagegen sollen Ausbeuter und Ausgebeutete in schönster Harmonie zusammenstehen.

Das ist nur möglich, wenn die Sozialdemokraten alles aufgeben, was sie zu Vertretern des proletarischen Klassenkampfes macht. In der Tat ist es den badischen Nationalliberalen gelungen, die badische Fraktion unserer Partei völlig auf ihr Niveau herabzudrücken.

Die „Kölnische Zeitung“ betont,

> „daß die Sozialdemokratie bei Beratung des Gesetzentwurfes über die Gemeindeverfassung *große Opfer* gebracht hat. ... Die Nationalliberalen sind in den letzten sieben Monaten um kein Jota nach links abgerückt, geschwankt haben lediglich die Sozialdemokraten.“

Die Sozialdemokraten schwankender als die Fraktion „Drehscheibe“!

Im „Berliner Tageblatt“ wird von einem badischen liberalen Abgeordneten unsere badische Fraktion gerühmt, weil ihr „Umsturz“ der Art sei, daß der badische Thronfolger

> „sich auf die Seite des ‚Umsturzes‘ stellte und die Sozialdemokratie mit einem befreienden Rucke den Nachweis lieferte, daß in ihr *die gleichen staatserhaltenden Tendenzen liegen*, die die *Reaktionäre* in Erbpacht zu haben glaubten“ (Leitartikel vom 2. August).

Das sind die „positiven" Ergebnisse des sozialdemokratisch-nationalliberalen Großblocks!

Der Block, den wir brauchen, den wir mit vollster Kraft anstreben müssen, das ist ein Block ganz anderer Art. Es ist der Block des gesamten Proletariats; die Loslösung aller Proletarier, die noch dem Zentrum oder dem Liberalismus nachlaufen, von diesen Parteien, ihre Vereinigung unter unserer Fahne.

Je energischer und erfolgreicher wir diese Blockpolitik betreiben, um so stärker werden wir sein, um so mehr Konzessionen werden wir den herrschenden Klassen abringen können, um so mehr wahrhaft positive Arbeit werden wir leisten.

Die badische Blockpolitik führt dagegen dahin, den proletarischen Block zu sprengen. Sie bricht die Disziplin der Partei, um das Recht zu bekommen auf Verleugnung der Grundsätze der Partei durch eine Politik, die nicht einmal Augenblickserfolge erzielt, die der Rede wert wären, und die agitatorische Kraft unserer Partei zur Gewinnung der uns noch fernstehenden proletarischen Massen schließlich völlig lahmlegen muß.

Jene Blockpolitik, die den Disziplinbruch entschuldigen soll, ist noch schlimmer als der Disziplinbruch selbst.

Innere Kämpfe in der österreichischen Sozialdemokratie.

Von **Otto Bauer.**

Die österreichische Gewerkschaftskommission hat dem Internationalen Bureau in Brüssel eine Beschwerde über das Verhalten der tschechischen Sozialdemokratie überreicht, die dem Internationalen Kongreß in Kopenhagen vorgelegt werden wird. Mit den großen Fragen des proletarischen Klassenkampfes, die die letzten Internationalen Kongresse beschäftigt haben, können die eigenartigen Probleme der österreichischen Arbeiterbewegung gewiß nicht verglichen werden; doch wird die Internationale auch diesen kleineren Fragen ihre Aufmerksamkeit nicht versagen. Die österreichische Sozialdemokratie ist nach der deutschen und neben der französischen Partei der stärkste Zweig der Internationale; was sie bedroht, muß als ernste Gefahr für die internationale Gesamtbewegung betrachtet werden. Die Schwierigkeiten, die heute den Vormarsch der österreichischen Arbeiterschaft hemmen, werden auch der Arbeiterklasse Rußlands, Ungarns, der Balkanländer kaum erspart bleiben; für den ganzen Osten Europas ist das Problem, wie die Einheit des proletarischen Klassenkampfes in einer Welt kämpfender Nationen erhalten werden kann, eine Lebensfrage der Sozialdemokratie. Darum verdient der Kampf, der heute innerhalb der österreichischen Arbeiterschaft geführt wird, das Interesse der Internationale.

Der Kampf in den Gewerkschaften.

In allen kapitalistischen Ländern führt die Arbeiterklasse denselben Klassenkampf; in allen Ländern bestimmen dieselben großen wirtschaftlichen Tatsachen das Denken, Fühlen, Wollen des Proletariats. Aber die Einheit im großen schließt die Verschiedenheit im einzelnen nicht aus. Wohl steht die ganze proletarische Internationale der kapitalistischen Welt als eine geschlossene Masse

gegenüber; aber innerhalb der Internationale ist doch die deutsche Sozialdemokratie von der französischen, die russische von der englischen sehr verschieden. Diese Verschiedenheiten erschweren den gemeinsamen Kampf nur wenig, solange die Arbeiter jeder Nation ihren Befreiungskampf innerhalb des eigenen Volkes, von den anderen Nationen durch die Staatsgrenzen geschieden, führen. Ganz andere Schwierigkeiten entstehen im Nationalitätenstaat, wo die Arbeiter verschiedener Nationen einen gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner führen müssen.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich vereinigt deutsche, tschechische, polnische, italienische, ruthenische und südslawische Arbeiter in ihrem Lager. Zwischen der Arbeiterschaft dieser Nationen bestehen nun trotz der Gemeinsamkeit des proletarischen Klasseninteresses reale Verschiedenheiten, die nicht viel weniger groß sind als die Verschiedenheiten zwischen der deutschen und der französischen Sozialdemokratie. Innerhalb jeder Nation verteilt sich die Arbeiterschaft in anderer Weise auf Stadt und Land, auf Großstadt und Kleinstadt, auf Industrie und Landwirtschaft, auf Großbetriebe und Kleinbetriebe. Die Klassengegensätze sind bei den wirtschaftlich höher entwickelten Nationen schärfer ausgeprägt als bei den rückständigen Völkern. Jede dieser Nationen steht unter dem Einfluß einer anderen historischen Überlieferung, einer anderen Literatur, anderer Parteigliederung, anderer Einflüsse des Auslandes. Innerhalb eines jeden Volkes führt die Arbeiterklasse ihren politischen Kampf gegen andere Parteien, gegen andere Programme, gegen andere Ideologien. Die realen psychischen Verschiedenheiten, die aus den Verschiedenheiten des sozialen Daseins selbst hervorgehen, werden nur schwer ausgeglichen, da die Verschiedenheit der Sprache den Verkehr zwischen den Arbeitern der verschiedenen Nationen erschwert, Presse und Literatur über die Sprachgrenze schwer hinüberdringen.

In der Tat ist die Arbeiterbewegung innerhalb jeder dieser Nationen selbständig erwachsen. Doch ist es gelungen, alle diese Ströme in ein Bett zu leiten: solange die Sozialdemokratie in Österreich noch den Kampf um das Recht auf das Dasein zu kämpfen hatte, wurden die nationalen Verschiedenheiten leicht überwunden, die Arbeiter aller Nationen konnten leicht in einer einzigen Partei vereinigt werden. Je größer aber die Partei wurde, je vielseitiger ihre Tätigkeit, desto deutlicher traten die nationalen Verschiedenheiten hervor. Schon in den neunziger Jahren drohten sie die Einheit der Partei zu sprengen. Da entschloß man sich, dem Zwange der Not folgend, die einheitliche Organisation den realen Verschiedenheiten innerhalb des Proletariats anzupassen: seit 1897 gliedert sich die österreichische Gesamtpartei in die deutsche, die tschechische, die polnische, die ruthenische, die italienische und die südslawische Sozialdemokratie. Doch sollte diese Gliederung die Einheit der Partei nicht aufheben: die deutsche und die tschechische Sozialdemokratie sollten sich zur österreichischen Gesamtpartei verhalten wie die preußische und die bayerische Sozialdemokratie zur sozialdemokratischen Partei des Deutschen Reiches.

Im Jahre 1897 betrat die Sozialdemokratie zuerst den Boden des Parlamentes. Unzählige Einzelfragen des bürgerlichen Staates, die der Arbeiterschaft vollständig fremd gewesen waren, stürmten nun auf uns ein. Und dies in einer Zeit, in der die nationalen Kämpfe der Bourgeoisien ungeheuer verschärft wurden, die nationale Obstruktion acht Jahre lang alle

Arbeit im Parlament lähmte. In dieser überaus schwierigen Lage waren deutsche und tschechische Sozialdemokraten über die Stellung zu den Einzelfragen, die der Chauvinismus Tag für Tag aufwirft, und über das taktische Vorgehen nicht immer einer Meinung. Blieb die Einheit der Partei auch unberührt, so prägten sich doch die nationalen Individualitäten innerhalb der Gesamtpartei immer schärfer aus. Auf dem Parteitag im Jahre 1905 trat die Verschiedenheit bereits als bewußter Gegensatz hervor; aber der große Wahlrechtskampf, der mit diesem Parteitag begann, verdeckte die inneren Schwierigkeiten vollständig. Dieser große Kampf führte uns nun mit einem Male Hunderttausende zu, die uns früher völlig fremd gegenübergestanden waren. Im Wahlrechtskampf und durch ihn wurden Zehntausende für unsere politischen, Hunderttausende für unsere gewerkschaftlichen Organisationen gewonnen, die zu schulen und zu erziehen im Lärme des Kampfes unmöglich war; diese ungeschulten Massen brachten mit all ihren Vorurteilen auch die nationalen in unsere Organisation: kein Wunder, daß die nationalen Verschiedenheiten innerhalb der Arbeiterpartei nun noch deutlicher hervortreten mußten.

Aber nicht nur unser Wachstum, auch der Kampf gegen die Gegner förderte den nationalen Differenzierungsprozeß. In Österreich, wo seit 1848 acht Nationen einen erbitterten Kampf um die Macht führen, war der Vorwurf, daß die internationale Sozialdemokratie den großen Sorgen der Nation teilnahmlos und verständnislos gegenüberstehe, stets die gefährlichste Waffe der Bourgeoisie. Sie wurde nun doppelt eifrig gebraucht, da das Erstarken unserer wirtschaftlichen Organisationen und unsere Siege im Wahlrechtskampf und im Wahlkampf das Bürgertum zu kräftigerer Abwehr unserer Angriffe aufpeitschten. Insbesondere die nichtdeutschen Genossen litten schwer darunter, daß ihre nationalen Gegner ihnen unablässig vorwarfen, daß sie von der deutschen Sozialdemokratie abhängig seien und sich dem „Wiener Kommando“ unterwerfen müßten. Zur Abwehr solcher Angriffe bemühten sich nun unsere Genossen, zu beweisen, daß die wahren Interessen ihrer Nation bei ihnen in guter Hut seien; und sie hielten es für notwendig, ihre Selbständigkeit gegenüber der deutschen Partei recht deutlich zu betonen. Man hörte sie immer seltener von der österreichischen Gesamtpartei, immer häufiger von der tschechischen, der polnischen, der südslawischen Sozialdemokratie reden.

Seit dem Jahre 1905 wurde kein Gesamtparteitag mehr einberufen, da die Gesamtexekutive, die sich aus den Parteivertretungen der sechs nationalen Gruppen zusammensetzt, befürchtete, daß ein solcher Parteitag das Gefüge der Gesamtpartei nur lockern würde, statt es zu festigen. Als sich im Jahre 1907 der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten konstituierte, wurde auf Wunsch der tschechischen Genossen beschlossen, daß der Verband zwar in allen wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen Angelegenheiten als eine Einheit nach dem Beschluß der Mehrheit seiner Mitglieder handeln solle, daß aber in allen nationalen Angelegenheiten jede nationale Gruppe autonom sei.[1] So wurde die Einheit der Partei immer mehr gelockert. Aus der national gegliederten einheitlichen Partei entwickelte sich ein Bund selbständiger nationaler Parteien.

---

[1] Der Verband besteht aus 52 deutschen, 24 tschechischen, 6 polnischen, 4 italienischen und 2 ruthenischen Genossen.

Zunächst beschränkte sich diese Entwicklung auf die politische Organisation. Unsere wirtschaftlichen Organisationen, die Gewerkschaften und die Konsumvereine, blieben einheitliche internationale Gebilde. Bald tauchten aber auch hier nationale Probleme auf. Zuerst forderten die nichtdeutschen Genossen die Befriedigung ihrer sprachlichen Bedürfnisse. Die Gewerkschaften mußten neben dem deutschen Fachblatt auch Fachblätter in den anderen Sprachen herausgeben,[1] alle Formulare, Drucksachen, Geschäftsbücher in den verschiedenen Sprachen herstellen lassen. Dann forderten die nichtdeutschen Arbeiter größeren Einfluß auf die Verwaltung, stärkere Vertretung im Vorstand und im Beamtenkörper der Organisationen. So berechtigt diese Forderungen waren, forderten sie doch von den Gewerkschaften große Opfer; ganz ohne Reibung konnte also ihre Erfüllung nicht geschehen. Solche Konflikte — ausgekämpft in einer Zeit, in der die Bourgeoisie die heftigsten nationalen Kämpfe führte — haben natürlich die nationalen Instinkte in der Arbeiterschaft geweckt und gereizt. Doch haben die Gewerkschaften und die Konsumvereine kein Opfer gescheut, die Bedürfnisse der nichtdeutschen Arbeiter zu befriedigen. Heute sind insbesondere die tschechischen Genossen im Vorstand und im Beamtenkörper der meisten Zentralorganisationen vertreten, und mit Fachblättern ist die tschechische Mitgliedschaft verhältnismäßig reicher ausgestattet als selbst die deutsche! Aber einem Teile der tschechischen Genossen genügte all das nicht. Sie erklärten, da Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft nur verschiedene Teile desselben Körpers seien, müßten sie sich auch in derselben Weise gliedern. Wie in der Partei, so müßte auch in den Gewerkschaften und in den Genossenschaften an die Stelle der internationalen Union eine lose Föderation selbständiger nationaler Organisationen treten. Unter der Mitwirkung der von Genossen Steiner geleiteten tschechischen Gewerkschaftskommission in Prag wurden tschechische Sonderorganisationen gegründet und die tschechischen Arbeiter zum Austritt aus den internationalen Zentralverbänden aufgefordert.

Es bedarf wohl keines ausführlichen Beweises, daß die nationale Zersplitterung den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats weit gefährlicher wird als den politischen. Der politische Kampf wird naturgemäß national abgesondert geführt: die tschechischen Genossen führen, von den tschechischen Minderheiten im deutschen Sprachgebiet abgesehen, ihren Kampf in einem anderen Gebiet und gegen andere bürgerliche Parteien, als die deutschen. Dagegen ist der wirtschaftliche Kampf notwendig einheitlich: es sind dieselben Unternehmerverbände, sehr oft dieselben Firmen, die im deutschen und im tschechischen Gebiet Fabriken haben, und gerade in den größten

[1] Von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden werden herausgegeben:

	Erscheinungszeit					Auflage der einzelnen Nummern
	Wöchentlich	Vierzehntäglich	Dreimal monatlich	Zweimal monatlich	Einmal monatlich	
Deutsche Fachblätter	7	5	3	20	15	318 700
Tschechische "	7	4	1	18	5	118 380
Polnische "	3	1	1	2	3	21 350
Italienische "	—	—	—	2	3	6 200
Slowenische "	—	—	—	2	1	3 800
Ruthenische "	—	—	—	—	1	1 000

Im ganzen werden jährlich 1190 deutsche und 988 tschechische Blätter ausgegeben — für die Tschechen ein überaus günstiges Verhältnis, da auf 1000 deutsche Leser 371 tschechische entfallen!

Industriegebieten, in Wien, in Deutschböhmen und Deutschmähren, arbeiten deutsche und tschechische Arbeiter in derselben Fabrik. Könnte man die Wirkungsgebiete der nationalen Gewerkschaften, die die tschechischen Separatisten anstreben, wenigstens räumlich gegeneinander abgrenzen, dann hätten wir zwar statt einer leistungsfähigen internationalen Gewerkschaft in jeder Industriegruppe sechs kleinere, weit weniger leistungsfähige nationale Organisationen, aber so könnten wenigstens die deutschen und die tschechischen Organisationen in ihrem Gebiet ungestört arbeiten; die polnischen, ruthenischen, italienischen und südslawischen Organisationen wären freilich so schwach, daß sie einen wirksamen Kampf überhaupt nicht führen könnten. In Wirklichkeit aber ist eine solche räumliche Scheidung sehr schwer möglich, und sie wird von den Separatisten auch gar nicht gewünscht: jeder tschechische Arbeiter soll, wo immer er arbeitet, Mitglied der „tschecho-slawischen" Gewerkschaft sein. Da nun Zehntausende tschechischer Arbeiter in deutschen Städten und Industrieorten arbeiten, hätten wir überall in jedem Beruf zwei Organisationen. Wenn heute in einer großen Fabrik vier Berufsorganisationen zusammenwirken, so sollten dann, da an die Stelle jeder internationalen Berufsorganisation zwei nationale Berufsorganisationen treten sollen, acht Organisationen gemeinsam den Kampf gegen den Unternehmer führen! Diese Organisationen würden um jeden Arbeiter miteinander kämpfen; denn im Mischgebiet gibt es viele, die beider Sprachen mächtig sind und der einen Nation so gut wie der anderen zugerechnet werden können. Und solche konkurrierende nationale Organisationen sollen den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner führen in einer Atmosphäre, die durch nationale Kämpfe vergiftet ist und in der die Arbeiter selbst bei internationaler Organisation nicht leicht von nationaler Empfindlichkeit und nationaler Eifersucht freizuhalten sind!

Nicht weniger unzweckmäßig ist die nationale Zersplitterung der Konsumvereine. Jeder Kaufmann kann seine Ware deutschen und tschechischen Kunden verkaufen; und internationale Sozialdemokraten sollten das nicht können? Wir sollen in derselben Stadt einen besonderen deutschen und einen besonderen tschechischen Konsumverein und statt einer Großeinkaufsgesellschaft deren sechs haben! Man muß wohl in Österreich herangewachsen sein, wo das Denken der Menschen durch sechs Jahrzehnte wilder Nationalitätenkämpfe verwüstet wurde, um solchen Widersinn auch nur erklärbar zu finden!

Der Kampf um die Gestalt der wirtschaftlichen Organisation hat nun im letzten Jahre immer weitere Gebiete ergriffen. Hatten die Separatisten ihre Bemühungen bisher auf die kleingewerbliche Arbeiterschaft konzentriert, so griffen sie nun auch in das Gebiet der Großindustrie ein, wo das Bedürfnis nach starker einheitlicher Organisation natürlich weit stärker ist als dort: die Verbände der Metallarbeiter, der Textilarbeiter, der Holzarbeiter wurden im letzten Jahre gespalten. War der Kampf bisher auf Böhmen beschränkt, so wurde er nun auch nach Mähren getragen, das bisher den Zentralorganisationen treu geblieben war.

Zunächst versuchten der Landtagsabgeordnete Vanek[1] und Tusar, der Redakteur der „Rovnost", des Brünner tschechischen Parteiorgans, die An-

[1] Da der Streit um die Persönlichkeit des Bürgers Vanek in dem Konflikt eine große Rolle spielt, scheint uns ein Detail erwähnenswert, das die Verhältnisse in der tschechischen Partei grell beleuchtet. Der Bürger Vanek hat es nämlich mit der Stellung eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten vereinbar gefunden, unter dem Titel „Reklama" ein

hänger der internationalen Organisationen aus den Vertrauensstellungen der tschechischen Partei zu verdrängen. Nun beschloß eine Plenarversammlung der Vertrauensmänner der Brünner Gewerkschaften, die tschechische Parteivertretung aufzufordern, sie möge Vanek und Tusar von Brünn abberufen, da ihre Anwesenheit den Frieden in der Partei gefährde. Die „Rovnost" antwortete mit einem Feldzug gegen die internationalen Gewerkschaften; sie scheute sich nicht, in diesem Kampfe Mittel zu gebrauchen, wie sie sonst nur von den gehässigsten Feinden der Arbeiterbewegung gebraucht werden. Sie hetzte die Arbeiter gegen die „bezahlten Sekretäre". Sie beschuldigte die Gewerkschaften, daß sie gerade die Interessen der mährischen Arbeiterschaft stets vernachlässigt, daß sie die Brünner Arbeiter bei einem Lohnkampf vor elf Jahren verraten, daß sie da einen Arbeiter in den Tod gejagt hätten und dort einen Vertrauensmann hätten verhungern lassen. Die Leitung des internationalen Konsumvereins wurde öffentlich der Bilanzfälschung beschuldigt. Die tschechische Partei ließ ihr Organ ungestört diesen Kampf führen. Ja, während man früher stets erklärt hatte, über Fragen der gewerkschaftlichen Organisation könnten nur die Gewerkschaften selbst entscheiden, die Partei müsse neutral bleiben, stellte sich die tschechische Parteivertretung nun offen an die Seite der Separatisten. Die besten Männer der tschechischen Partei eigneten sich den separatistischen Jargon an. Genosse Nemec verglich den Kampf, den die Separatisten gegen die internationalen Gewerkschaften führen, mit dem Kampfe Finnlands gegen den Zarismus. Genosse Soukup scheute sich nicht, von dem „deutschen Despotismus" in den Gewerkschaften zu reden. Die Zentralisten setzten sich nun natürlich zur Wehr. Die Gewerkschaften geben in Brünn ein tschechisches Blatt heraus, das der Abwehr der Angriffe des Parteiblatts dienen soll. Die Gründung dieses Blattes wurde von der tschechischen Partei als ein feindseliger Akt behandelt. Der Kampf nimmt immer schärfere Formen an. Die tschechischen Zentralisten werden Tag für Tag in den tschechischen Parteiblättern und in Versammlungen als Judasse, die ihre Nation verraten, ihre Überzeugung verkaufen, die von Wiener Geld bezahlt, von den Deutschen gekauft sind, hingestellt. Der Redakteur des Brünner Organs der Zentralisten wurde aus der Partei ausgeschlossen, die Zentralisten werden ihrer Vertrauensstellungen in der politischen Organisation entkleidet, ganze politische Organisationen, in denen die Zentralisten die Mehrheit hatten, wurden von der Partei aufgelöst. Natürlich sind die Zentralisten, die ja immer noch mehr als 100 000 tschechische Arbeiter vertreten, über dieses Vorgehen der Partei furchtbar erbittert. Sie antworten mit heftigen Angriffen auf die Partei und ihre Vertreter.

Wie weit die Macht der beiden Gruppen reicht, ist noch nicht deutlich zu erkennen. In der politischen Organisation haben die Separatisten zweifellos die Mehrheit. In der gewerkschaftlichen Organisation ist das Verhältnis umgekehrt. Nach den letzten Berichten haben die Prager „tschecho-slawischen"

Inseratenblatt herauszugeben, das in öffentlichen Lokalen gratis verbreitet und aus den Inseratengebühren erhalten wird. Die „ideelle" Bedeutung dieses Blattes soll in der Förderung der unter dem Schlagwort „Svuj k svému" (Jeder zu den Seinen!) betriebenen Agitation liegen; die Aufgabe dieser Agitation ist, das tschechische Publikum dazu zu erziehen, daß es nur bei tschechischen, nicht bei deutschen Kaufleuten einkaufe, damit auf diese Weise das tschechische Kapital gestärkt werde. Da die Herausgabe dieses Blattes auch von tschechischen Genossen gerügt wurde, übertrug Vanek das Blatt seiner Gattin.

Organisationen 40145 Mitglieder, während von den 415256 Mitgliedern der internationalen Zentralorganisationen 118380 tschechische Fachblätter beziehen. Jedenfalls ist die Masse der tschechischen Zentralisten zu groß, als daß sie die Behandlung, die die tschechische Partei ihr widerfahren läßt, ertragen könnte. Tatsächlich teilt heute schon eine breite Kluft die tschechische Arbeiterschaft in zwei feindliche Lager. Wenn es nicht gelingt, diese Kluft zu überbrücken, dann ist die Einheit der tschechischen Arbeiterbewegung in ernster Gefahr. Bisher sind alle Verständigungsversuche mißlungen. Ein Versuch der Gesamtexekutive der Partei scheiterte daran, daß die Separatisten erklärten, allen Verhandlungen müsse die Anerkennung der separatistischen Organisationen vorausgehen. Ein Verständigungsvorschlag, den ich in einer kleinen Broschüre den Gewerkschaftern unterbreitet habe, ist von den Genossen Soukup und Tayerle sofort für undiskutierbar erklärt worden. So geht der Kampf weiter.

Der Kampf in der Partei.

Der Kampf in den Gewerkschaften gefährdet nicht nur die Einheit der tschechischen Arbeiterbewegung; er zerrt auch an dem Bande, das die tschechische Arbeiterschaft mit der deutschen verknüpft. Wenn die Separatisten die tschechische Arbeiterschaft zum Austritt aus den internationalen Organisationen bewegen wollen, müssen sie ihr natürlich einzureden versuchen, daß ihre Interessen nicht gewahrt werden können, solange sie mit den deutschen Arbeitern in einer Organisation vereinigt bleibt. Wir können daher den tschechischen Separatisten ihre Angriffe auf die deutschen Genossen gar nicht verübeln; mit anderen Argumenten läßt sich ja der Separatismus überhaupt nicht verteidigen. So führen denn die Separatisten einen Feldzug gegen die deutschen Genossen. Sie fingen mit der Kritik der deutschen Gewerkschafter an und steigerten sie allmählich in der Hitze des Kampfes bis zu den häßlichsten Schmähungen und Entstellungen. Sie gingen dann dazu über, auch die deutsche Partei anzugreifen. So wird Mißtrauen, ja Haß gegen die deutsche Sozialdemokratie gesät; und daß dann auch in der deutschen Arbeiterschaft, die durch die Zerstörung der gemeinsamen Organisationen gereizt und erbittert wird, nationale Stimmungen zu keimen beginnen, ist unvermeidlich. Diese Stimmungen der Massen auf beiden Seiten sind die bedauerlichste Wirkung der separatistischen Aktion.

Sind die Dinge einmal so weit gediehen, dann ist es unvermeidlich, daß der Konflikt, der von den Gewerkschaften ausgeht, auch auf das politische Gebiet übergreift. Das ist in der Tat schon geschehen. Zwar ist es auch früher einige Male vorgekommen, das deutsche und tschechische Sozialdemokraten im Parlament gegeneinander gestimmt haben. Da sich die tschechischen Genossen in nationalen Fragen der Entscheidung der Mehrheit des internationalen Gesamtverbandes nicht unterwerfen wollen, vielmehr auf ihr Verlangen jede nationale Gruppe des Verbandes über solche Fragen autonom entscheidet, ist es nicht zu vermeiden, daß unsere Abgeordneten zuweilen getrennt stimmen. Während aber früher in solchen Fällen Deutsche sowohl wie Tschechen es vermieden haben, den anderen Teil wegen seiner Abstimmung anzugreifen, hat in den letzten Wochen, da die Gemüter durch den Gewerkschaftskonflikt bereits gereizt waren, eine solche Abstimmung zu lebhaften Erörterungen und gehässigen Angriffen geführt. Es handelte sich zunächst um einen belanglosen Resolutionsantrag, dessen Annahme oder Ablehnung nichts bewirkt und nichts bedeutet; aber in dem Streite birgt sich doch ein ernstes Problem, dessen Darstellung

den ausländischen Genossen am besten zeigen wird, mit welchen Schwierigkeiten die österreichische Partei heute zu kämpfen hat.

Zum besseren Verständnis wollen wir einige Zahlen über die nationalen Siedelungsverhältnisse im Gebiet des deutsch-tschechischen Streites vorausschicken. Nach der Volkszählung vom Jahre 1900 wohnten in den einzelnen Teilen des Kampfgebiets:[1]

	Deutsche	Tschechen
Im deutschen Gebiet		
In den deutschen Bezirken Böhmens . . .	2001962	148051
" " " " Mährens . . .	463509	144437
" " " " Schlesiens . . .	209596	2955
" Niederösterreich	2713923	132968
Im tschechischen Gebiet		
In den tschechischen Bezirken Böhmens . . .	335051	3782042
" " " " Mährens . . .	211983	1582833
" " " " Schlesiens . .	47637	62832

Nun ist es in Österreich selbstverständlich, daß jede Nation in ihrem Gebiet, das heißt in dem Gebiet, in dem ihr die Mehrheit der Bevölkerung angehört, Schulen besitzt, in denen ausschließlich ihre Sprache als Unterrichtssprache gebraucht wird. So besitzt auch die tschechische Nation ein hochentwickeltes Schulwesen. Im Jahre 1900 lebten in Österreich 5955397 Tschechen. Für die Bedürfnisse dieses Teiles der Bevölkerung bestehen 1 Universität, 2 Technische Hochschulen, 51 Gymnasien, 41 Realschulen, 24 Lehrerbildungsanstalten, 76 Handelsschulen, 5 höhere Gewerbeschulen, 35 gewerbliche Fachschulen, 7 Handwerkerschulen, 396 gewerbliche Fortbildungsschulen, 75 Land- und Forstwirtschaftsschulen, 474 Bürgerschulen, 5104 allgemeine öffentliche Volksschulen. An diesen Lehranstalten wird ausschließlich die tschechische Sprache als Unterrichtssprache gelehrt. Von nationaler Vergewaltigung, wie sie Preußen und Rußland an den Polen verüben, ist also in Österreich keine Rede. Im Verhältnis zu ihrer Volkszahl ist die tschechische Nation in Österreich an Bildungsanstalten immer noch etwas weniger reich als die deutsche, aber reicher als alle anderen Nationen Österreichs. In der Tat steht das tschechische Volk auf einem hohen Bildungsniveau. Von je 10000 Tschechen im Alter von mehr als fünf Jahren können 9377, von je 10000 Deutschösterreichern derselben Altersstufe nur 9184 lesen und schreiben.

Bestritten ist in Österreich nur die Frage der Minderheitsschulen. Sollen auch in Gemeinden, in denen die Deutschen die Mehrheit, die Tschechen nur die Minderheit der Bevölkerung bilden, öffentliche Schulen mit ausschließlich tschechischem Unterricht gegründet werden? Ins Preußische übersetzt: daß die Polen in den Regierungsbezirken Allenstein, Posen, Bromberg, Oppeln öffentliche Schulen mit polnischer Unterrichtssprache fordern können, ist für uns selbverständlich; bestritten ist nur, ob auch in Berlin, in Charlottenburg, in Westfalen öffentliche Schulen, an denen nur die polnische Sprache gelehrt wird, errichtet werden sollen. Indessen ist auch diese Frage im größten Teile des Kampfgebiets gelöst: auch die deutschen Gemeinden im deutschen Gebiet Böhmens und Mährens sind verpflichtet, Schulen mit ausschließlich tschechischer Unterrichtssprache zu errichten und zu erhalten, wenn im Umkreis von 4 Kilo-

[1] Vergl. Rauchberg, Der nationale Besitzstand in Böhmen. Leipzig 1905. — Herz, Der nationale Besitzstand in Mähren und Österreichisch Schlesien. „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, 65. Jahrgang.

metern 40 tschechische Kinder im schulpflichtigen Alter wohnen, deren Eltern die Errichtung einer tschechischen Schule verlangen. Nur in Niederösterreich sind die Gemeinden nach der Ansicht der Gerichte zur Errichtung tschechischer Schulen nicht verpflichtet. Für die Bedürfnisse der tschechischen Minderheit in Wien sorgen nur Privatschulen, die der tschechische Verein „Komensky" erhält. Die österreichische Sozialdemokratie konnte nun natürlich an der Frage nicht vorübergehen, ob sie die Forderung der tschechischen bürgerlichen Parteien, daß auch in Wien öffentliche Schulen mit tschechischer Unterrichtssprache errichtet werden sollen, unterstützen wolle oder nicht.[1] Unser Nationalitätenprogramm vom Jahre 1899, das auf dem Boden des „Territorialprinzips" steht, gibt auf diese Frage keine Antwort. Es sind daher, solange kein Parteitag die Frage entschieden hat, verschiedene Ansichten zulässig.

Die tschechische Sozialdemokratie setzt sich sehr entschieden für das Recht der nationalen Minderheitsschulen ein. Da die tschechischen Minderheiten in den deutschen Städten vornehmlich aus Arbeitern bestehen, halten unsere tschechischen Genossen die Errichtung tschechischer Schulen für die Minderheiten für ein Bedürfnis des Proletariats. Der Kampf um die Minderheitsschulen hat unsere tschechischen Genossen immer weiter getrieben: sie agitieren jedes Jahr in der Zeit des Schulbeginns unter der Parole „Das tschechische Kind gehört in die tschechische Schule" gegen die nützliche Gewohnheit der tschechischen Arbeiter, ihre Kinder ein paar Jahre lang in die deutsche Schule zu schicken, damit sie neben ihrer Muttersprache auch die deutsche Sprache erlernen. Sie haben sich in Mähren für ein Gesetz ausgesprochen, das den Eltern geradezu verbieten will, ihre Kinder in die Schulen der anderen Nation zu schicken. Einigen tschechischen Sekretären der internationalen Gewerkschaften wird in der tschechischen Parteipresse immer wieder der Vorwurf gemacht, sie seien „gar keine richtigen Tschechen", da sie so — charakterlos seien, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken. So haben sich die tschechischen Genossen im Kampfe für die nationalen Minderheitsschulen allmählich in die Vorstellung hineingeredet, der wahre Internationalismus bestehe in — der völligen nationalen Absonderung. Wenn ein Tscheche in der deutschen Stadt allmählich ein Deutscher wird oder doch seine Kinder Deutsche werden, sei das eine Eroberung der deutschen Nation auf Kosten der tschechischen; und da die internationale Sozialdemokratie alle nationalen Eroberungen bekämpft, müsse sie jeder Nation ihre Volksgenossen zu erhalten suchen, wohin immer sie die Not der Arbeitsuche verschlägt.

In der deutschen Sozialdemokratie in Österreich bestehen über diese Frage zwei einander schroff entgegengesetzte Ansichten.

Die eine Richtung argumentiert: Die Sprache ist nichts anderes als ein Verständigungsmittel. Die Sprache, die dem Zwecke der Verständigung, des Verkehrs am besten dient, also die Sprache der Mehrheit der Bevölkerung des Gebiets, ist zu fördern. Besondere Schulen für die nationalen Minderheiten erschweren nur die zweckmäßige Anpassung an die Mehrheit. Die Konservierung nationaler Minderheiten führt nur zu nationalen Kämpfen, die den Klassenkampf stören. Also: keine deutschen Schulen in Prag, keine tschechischen in Wien. Höchstens sind für die Kinder der nationalen Minderheit Übergangs-

---

[1] In Wien haben sich bei der letzten Volkszählung 1 386 115 Personen zur deutschen, 102 974 zur tschechischen Umgangssprache bekannt.

klassen zu errichten, in denen sie die Sprache der Mehrheit erlernen sollen, um dann in die Schulen der Mehrheit übernommen zu werden.

Dieser Richtung steht eine andere gegenüber. Sie sagt: Das Problem der Minderheitsschulen ist als ein pädagogisches Problem zu behandeln. Der Unterricht in der Muttersprache wird in der Regel größere Erfolge erzielen als der Unterricht in einer dem Schüler fremden Sprache. Es sind also für die nationalen Minderheiten Schulen zu errichten, in denen ihre Sprache als Unterrichtssprache gebraucht werden muß. Andererseits erfüllt die Schule ihre Aufgabe nicht, wenn die Kinder nicht auch die Sprache der Bevölkerungsmehrheit erlernen. Diese Sprache ist also an den Minderheitsschulen als Unterrichtsgegenstand zu lehren, auf den höheren Unterrichtsstufen bei dem Unterricht einiger Lehrgegenstände auch als Unterrichtssprache zu gebrauchen.

Diese letztere Ansicht dürfte in der deutschen Partei das Übergewicht erlangt haben; sie wurde auch vom Genossen Adler in seiner Budgetrede vertreten. Adler erkannte ganz ausdrücklich die Forderung, daß tschechische Schulen, in denen allerdings auch die deutsche Sprache in genügendem Ausmaß gelehrt werden muß, auch in Wien errichtet werden sollen, als berechtigt an. Auch das Zentralorgan der deutschen Partei hat sich dieser Forderung angeschlossen.

Nun ist die Frage der Errichtung solcher öffentlicher Schulen allerdings nicht aktuell. Die Wiener Tschechen müssen sich vorläufig mit Privatschulen begnügen. Sie fordern nun, daß der Staat diesen Privatschulen wenigstens Subventionen gewähre. Die tschechische Sozialdemokratie unterstützt diese Forderung. Die deutsche Sozialdemokratie hat sie nur mit einer Einschränkung als berechtigt anerkannt. Bisher ist nämlich die Frage der Errichtung der nationalen Minderheitsschulen dem Einfluß des Reichsparlamentes entzogen; sie wird von den Gemeinden, den Schulbehörden, den Gerichten entschieden. Gibt der Staat aber einer einzelnen nationalen Minderheitsschule eine Subvention, dann werden alle solche Schulen denselben Anspruch erheben: ein paar hundert lokale Nationalitätenfragen kommen dann vor das Parlament. Die Belastung des Parlamentes mit diesen Fragen würde den parlamentarischen Nationalitätenkampf furchtbar verschärfen. Darum schlagen unsere Genossen einen anderen Weg vor, der den Minderheitsschulen die Staatshilfe nicht verweigert, ihre Gewährung aber dem Streite entrückt. Nach dem vom Genossen Adler eingebrachten Antrag soll das Problem in folgender Weise gelöst werden: Der Staat gewährt für die Unterstützung nationaler Minderheitsschulen einen Betrag von 3 Millionen Kronen; dieser Betrag wird auf die Nationen nach ihrer Volkszahl verteilt; die Abgeordneten jeder Nation bilden eine nationale Abteilung, die selbständig beschließt, welchen Schulen der ihrer Nation für diesen Zweck zugefallene Betrag zugewendet werden soll. So soll — auf der Grundlage der nationalen Selbstbestimmung — den Minderheiten ihr Recht werden, ohne daß der nationale Kampf dadurch verschärft wird. Diesen Antrag hat Adler im Namen des Gesamtverbandes eingebracht. Als nun der tschechische Agrarier Stanek den Antrag stellte, die Regierung aufzufordern, sie möge in den nächsten Etat eine Subvention von 100000 Kronen für die tschechische Privatschule in Wien einstellen, haben die deutschen Sozialdemokraten unter Hinweis auf Adlers Antrag gegen, die tschechischen für den Antrag Stanek gestimmt, während sich die polnischen und die italienischen Genossen der Abstimmung enthielten. Praktisch war die Abstimmung ganz bedeutungslos, die Komenskyschule hätte die 100000 Kronen auch dann nicht bekommen, wenn

die deutschen Sozialdemokraten für den Antrag Stanek gestimmt hätten. Prinzipiell war der Gegensatz zwischen den deutschen und den tschechischen Genossen nicht groß, da auch die deutschen durch den Antrag Adler ihre Bereitwilligkeit bewiesen hatten, den tschechischen Minderheitsschulen Staatshilfe zu gewähren. Im Grunde reduzierte sich der Gegensatz auf die Frage, ob die Sozialdemokratie die Unterstützung der Minderheitsschulen um jeden Preis, auch um den der erbittertsten nationalen Kämpfe oder nur auf einem den nationalen Frieden nicht bedrohenden Wege erringen will. Trotzdem führte diese Abstimmung zu Erörterungen in der Partei, wie wir sie noch nicht erlebt haben.

Zunächst stürzte sich die ganze tschechische Parteipresse auf die deutschen, die polnischen und die italienischen Genossen. Sie hätten den tschechischen Arbeitern ihre Schulen verweigert, mit den Deutschnationalen gemeinsame Sache gemacht, die internationale Solidarität gebrochen. In Volksversammlungen wurde gegen die deutschen Genossen demonstriert. Die tschechischen Arbeiter, die in deutschen Wahlbezirken wohnen, wurden gegen die von ihnen gewählten Abgeordneten mobilisiert. Ganz unverhüllt wurde mit der völligen Spaltung der Partei, mit dem Austritt aus dem Verband gedroht. Mit dieser Hetze verglichen, waren alle reichsdeutschen Parteidiskussionen vor und nach dem Dresdener Parteitag harmloses Kinderspiel. Wie weit die tschechischen Genossen gegangen sind, mag eine Resolution der Brünner tschechischen Organisation beweisen.

Die tschechische politische Organisation Brünn-Stadt beschloß:

„1. Wir verurteilen das unfreundschaftliche, gegen die kulturellen Interessen der tschechischen Nation, insbesondere der tschechischen Arbeiter in Wien gerichtete Vorgehen der deutschen, polnischen und italienischen sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Abstimmung über die Subventionierung der Komenskyschule in Wien und über die Gleichberechtigung auf den Bahnen. Dieses Vorgehen widerspricht unserem nationalen Programm, und wir sprechen jenen Abgeordneten mit Entrüstung unser allergrößtes Mißfallen aus. 2. Wir fordern den Klub der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten auf, aus diesem Verhalten der deutschen Sozialdemokraten die richtigen Konsequenzen zu ziehen und vollständig aus dem Wiener Adlerkarren auszuspannen. 3. Wir fordern die tschechische sozialdemokratische Arbeiterschaft sowohl in Wien wie in den deutschen Teilen Böhmens auf, bei den Wahlen in den Reichsrat eigene tschechische Kandidaten aufzustellen und die Mandatspolitik der deutschen sozialdemokratischen Chauvinisten nicht zu unterstützen."

Diese Sprache war selbst dem Zentralorgan der tschechischen Partei zu arg. Es warnte vor solcher Ausdrucksweise. Indes unterschied sich die Haltung des „Právo lidu" nur in der Ausdrucksweise, nicht im Geiste von dieser Resolution. Daß ein solcher Konflikt bei solchem Anlaß überhaupt möglich gewesen ist, beweist zur Genüge, wie sehr die nationalen Empfindlichkeiten durch den Gewerkschaftskonflikt gereizt worden sind. Den Separatisten aber war dieser Konflikt natürlich hochwillkommen, und sie nützen ihn weidlich aus. Wie kann auch der tschechische Arbeiter mit dem deutschen gemeinsam seinen Klassenkampf führen, wenn ihre Vertreter über — die Resolution Stanek verschiedener Meinung sind?

Lösen wir aber aus all den Entstellungen und Übertreibungen den wahren Inhalt des Konfliktes zwischen der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie in Österreich heraus, dann gelangen wir allerdings zu einem sehr

ernsten Gegensatz, der in den Verschiedenheiten der Daseinsbedingungen des deutschen und des tschechischen Proletariats wurzelt.

Die deutschen Arbeiter wissen, daß die nationalen Kämpfe in Österreich seit dem Jahre 1848 ein furchtbares Hindernis des politischen und sozialen Fortschritts gewesen sind. Sie erfahren Tag für Tag, daß der endlose Kampf um die albernsten Sprachenfragen ihren Klassenkampf erschwert, verdunkelt, durchkreuzt, alle ernsten wirtschaftlichen und sozialen Fragen in den Hintergrund drängt, die Armee des Proletariats selbst spaltet. Darum erfüllt sie der Anblick aller nationalen Kämpfe mit Abscheu, mit Verachtung. Als ihr höchstes Interesse erscheint ihnen der nationale Friede.

Die tschechischen Arbeiter sind in anderer Lage. Sie gehören einer Nation an, die zwar nicht unterdrückt, geknechtet ist wie die Polen in Rußland und Preußen oder wie die Nationalitäten in Ungarn,[1] die aber vom Staate zweifellos weniger begünstigt ist als die Deutschen und die Polen, und die nun, reich, gebildet und mächtig geworden, auch die letzten Reste der alten nationalen Ungleichheit und Fremdherrschaft sehr schwer erträgt. Auch die Arbeiter sind in dieser Hinsicht sehr empfindlich: wo der tschechische Arbeiter deutschen Unternehmern und deutschen Bureaukraten gegenübersteht, erscheint ihm der nationale Kampf seines Volkes als ein Teil seines sozialen Kampfes gegen den Kapitalismus und gegen den Klassenstaat. Die nationale Gerechtigkeit, die nationale Gleichberechtigung erscheinen ihm nun als Ziele seines Kampfes.

Wenn wir vom Internationalismus reden, so denkt der deutsche Arbeiter an den nationalen Frieden, der tschechische Arbeiter an die nationale Gerechtigkeit. Das sind nun keine Gegensätze im Programm: denn der Friede ist nur auf der Grundlage des Rechtes möglich, und das Recht ist nur im Friedensschluß zu erlangen. Wohl aber erwachsen aus diesem Gegensatz verschiedene Maximen der Taktik: der deutsche Arbeiter will den Frieden nicht opfern, auch wenn der Kampf einer an sich berechtigten Forderung gilt; der tschechische Arbeiter will seine nationalen Forderungen nicht preisgeben, mag der Kampf um ihre Erfüllung den Frieden noch so sehr gefährden. Sehr anschaulich zeigt gerade der gegenwärtige Konflikt diesen Gegensatz. Im Programm sind die beiden Parteien voneinander nicht weit entfernt: auch die deutsche Partei fordert tschechische Minderheitsschulen, auch die tschechische Partei wird schließlich zugestehen müssen, daß an diesen Schulen auch die deutsche Sprache gelehrt werden soll. Um den Weg zu diesem Ziele geht der Kampf: die deutschen Genossen wollen, wie der Antrag Adler zeigt, den Minderheitsschulen die Staatshilfe nur unter der Bedingung gewähren, daß

[1] Die tschechische Bourgeoisie hat die Gemeinde- und Bezirksvertretungen im tschechischen Sprachgebiet in der Hand. Sie verfügt über die Mehrheit im böhmischen und im mährischen Landtag und Landesausschuß. Von den 516 Abgeordneten des Reichsrats sind 108 Tschechen. In der Beamtenschaft sind die Tschechen sehr stark, im Offizierkorps schwächer vertreten. Auch im Ministerium sitzen stets Tschechen. Seit November 1908 bekämpfen die tschechischen bürgerlichen Parteien das Ministerium Bienerth, weil der Ministerpräsident nur zwei tschechische Abgeordnete in die Regierung berufen wollte, während die tschechische Bourgeoisie die Ernennung von drei tschechischen Ministern forderte. Es ist richtig, daß die Deutschen den Tschechen gegenüber immer noch in mancher Hinsicht begünstigt sind; aber ist es zulässig, daß der tschechische Sozialdemokrat Hudec im Parlament sagt, die russische Duma könnte mit demselben Rechte gegen die Vergewaltigung der Slawen in Österreich protestieren, wie wir gegen die Vergewaltigung Finnlands protestiert haben?

sie dem parlamentarischen Nationalitätenkampf entrückt wird; die tschechischen Genossen wollen, indem sie den Antrag Stanek unterstützen, die Staatshilfe für die Minderheitsschulen unbedingt, selbst um den Preis, daß nun hundert lokale Schulfragen die erbittertsten nationalen Kämpfe im Parlament herbeiführen. Dieser Gegensatz wurzelt in der realen Verschiedenheit der Bedürfnisse des deutschen und des tschechischen Proletariats; er ist nicht zu beseitigen, solange es sich nur um Demonstrationen, nur um Bekenntnisse, nicht um die Erledigung eines zur Lösung reifen nationalen Problems handelt. Er wird erst beseitigt werden, wenn die objektiven Bedingungen des Kampfes uns einmal erlauben werden, unsere Macht für einen Friedensschluß in die Wagschale zu werfen, der das nationale Recht verbürgt. In einem solchen Augenblick werden wir gewiß einig sein.

So müssen wir leider damit rechnen, daß Meinungsverschiedenheiten über nationale Fragen der österreichischen Sozialdemokratie auch in Zukunft nicht erspart bleiben werden. Unter diesen Umständen ist es unsere wichtigste Aufgabe, darauf zu achten, daß die Verschiedenheit der Ansichten über einzelne nationale Fragen die Einheit des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kampfes der Arbeiterklasse nicht störe. Diese Gefahr ist leider sehr groß. Unsere tschechischen Genossen gewähren der Erörterung nationaler Fragen in ihrer Agitation und in ihrer Presse weit mehr Raum, als der Besprechung der wichtigsten sozialen Probleme; sie behandeln ihre nationalen Sorgen mit weit mehr Eifer und Leidenschaft als die größten Aufgaben der ganzen Arbeiterklasse. Die Parteien sind weit auseinandergeraten, die Einheit der Gewerkschaften und der Genossenschaften ist gefährdet, mit der Auflösung des Verbandes im Parlament wird täglich gedroht. Die maßlosen Angriffe auf die deutsche Partei erzeugen in der tschechischen Arbeiterschaft eine Stimmung, die die gemeinsame Arbeit sehr erschwert. Dieser Zustand ist unhaltbar. Die Arbeiterklasse hat schließlich noch andere Sorgen als die Schulen des Komensky-Vereins; und wegen einer Meinungsverschiedenheit über ein paar lokale Fragen, die zu dem großen internationalen Befreiungskampf des Proletariats doch nur in sehr entfernter Beziehung stehen, darf die Einheit der Arbeiterbewegung nicht gefährdet werden. Die tschechische Sozialdemokratie muß sehr nachdrücklich daran erinnert werden, daß die Einheit des proletarischen Klassenkampfes erhalten werden muß, mögen auch die einzelnen Teile des Proletariats über ein paar nationale Einzelfragen verschiedener Ansicht sein.

Wir hoffen, daß der Internationale Kongreß zu Kopenhagen es nicht unterlassen wird, die tschechische Arbeiterschaft in dieser Erkenntnis zu bestärken. Wohl gibt es einzelne tschechische Parteimitglieder, die sich über das Urteil der Internationale sehr leichtfertig hinwegsetzen. „Man hat uns aus der Nation hinausgeworfen, uns mit der Hölle gedroht und die heilige Monstranz gegen uns ausgestellt; wir haben alles überdauert und sind dabei gesund geblieben. Wir werden auch nicht erschrecken, wenn man uns aus der Internationale ausschließt", sagte am 20. Juni Genosse Tusar in Brünn. Aber so denkt gewiß nicht die Mehrheit des tschechischen Proletariats. Das Urteil der Internationale wird die von der Partei verfolgten und verketzerten Zentralisten stärken, die Separatisten einem billigen Frieden geneigt machen. Vielleicht ist die Hoffnung nicht allzu optimistisch, daß Kopenhagen der österreichischen Partei bringen werde, was Amsterdam der französischen gebracht hat.

Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

Von **Algernon Lee.**

(Schluß.)

7. Der sozialistische Parteitag.

Das erste Mal seit der Gründung der amerikanischen sozialistischen Partei wurde dieses Jahr ein Parteitag zu einer Zeit abgehalten, wo keine Präsidentenwahl bevorstand. Unsere Genossen in den verschiedenen Ländern Europas pflegen jährliche Parteitage abzuhalten, und es ist vielleicht schwer verständlich, warum die Sozialisten in den Vereinigten Staaten ihrem Beispiel bisher nicht gefolgt sind. Dies liegt in der mächtigen Ausdehnung unseres Landes begründet. Die Entfernungen vom Norden zum Süden, vom Osten zum Westen unseres Landes sind so groß wie die von Moskau nach Lissabon und von Kopenhagen nach Neapel. Infolgedessen legt die Abhaltung einer solchen Tagung den Parteigenossen eine schwere finanzielle Last auf. Es ist ein Zeichen der wachsenden Reife der amerikanischen sozialistischen Bewegung, daß die Partei die Notwendigkeit erkannt hat, häufiger Parteitage des ganzen Landes abzuhalten, und daß sie beschlossen hat, die Kosten dafür zu tragen, um statt wie früher alle vier nun alle zwei Jahre zusammenzutreten.

Auch der Parteitag selbst legte, besonders mit denen früherer Zeiten verglichen, Zeugnis ab von dem Reiferwerden der Partei. Weniger Phrasen und Schönrednerei als je zuvor, weniger Parteihader und persönlicher Zwist, dafür aber ruhigere und gehaltvollere Diskussion ernster Fragen, Parteitaktik und Organisations- und Propagierungsmethoden.

Der Parteitag trat in Chicago am 15. Mai zusammen und dauerte bis zum 21. 107 ordentliche Delegierte nahmen teil, die die Parteiorganisationen sämtlicher Staaten und Territorien mit Ausnahme zweier vertraten. Außerdem waren noch Abgeordnete von zehn Organisationen fremdsprachiger Genossen anwesend — Böhmen, Finnen, Ungarn, Italiener, Juden, Letten, Litauer, Polen, Skandinavier und Südslawen. Diese hatten das Recht, an den Debatten teilzunehmen, durften aber nicht mitstimmen, da die Genossen, die sie vertraten, auch Mitglieder der gewöhnlichen Parteiorganisationen sind und als solche die Delegierten der verschiedenen Staaten mitgewählt hatten. Unter den ordentlichen Delegierten waren natürlich auch einige fremder Herkunft, indessen bestand die Mehrzahl aus eingeborenen Amerikanern.

Der Bericht, den der Parteisekretär Barnes der Versammlung vorlegte, zeigte, daß die Mitgliederzahl in der letzten Zeit sehr rasch gestiegen ist und jetzt ungefähr 53000 beträgt — ein Plus von 25 Prozent seit dem Parteitag von 1908. In derselben Zeit wuchs die Zahl der Lokalorganisationen von 1900 auf 3200. Nur im Süden will es immer noch nicht recht vorwärts gehen. In den vierzehn Südstaaten, dem alten Gebiet der Negersklaverei, haben wir noch nicht einmal 3000 Genossen, und ihre Zahl wächst nur sehr, sehr langsam. Selbst in den Teilen des Südens, wo Fabrik- und Bergwerkindustrie in den letzten Jahren einige Bedeutung gewonnen haben, wird der Fortschritt unserer Bewegung durch die allgemeine Unwissenheit der Bevölkerung gehemmt, vor allem aber dadurch, daß die Negerfrage den Angelpunkt des ganzen öffentlichen Lebens bildet, was sich ja oft genug in den stupidesten und brutalsten Akten des Rassenkampfes kundgibt. Mit Ausnahme dieser Gegend ist der Sozialismus überall in rapidem Wachstum begriffen,

nicht nur in dem altindustriellen Osten, sondern auch in den Ackerbaudistrikten des Westens und den Bergarbeiter- und Holzfällergemeinden des Nordwestens und der Rocky Mountainstaaten. Die Partei hat auch einige Lokalorganisationen in Alaska, auf Hawai, den Philippinen, in Mexiko, der Panamakanalzone, auf Kuba und Porto Rico unter ihren Schutz genommen, indem sie so vom Standpunkt des Proletariers die Expansionsgelüste des amerikanischen Kapitalismus reflektiert, der die ganze westliche Halbkugel und die halbe östliche dazu beherrschen will.

Die Einnahmen der Parteikasse betrugen während der letzten dreieindrittel Jahre vom 1. Januar 1907 bis zum 30. April 1910 nach dem Bericht des Parteisekretariats ungefähr 750000 Mark. 330000 Mark entstammten den regelmäßigen Beiträgen, 38000 Mark Extrabeiträgen, 75000 Mark dem Verkauf von Parteiliteratur und Drucksachen (Mitgliedskarten usw.), während ungefähr 300000 Mark der Freigebigkeit von Parteimitgliedern oder Leuten, die mit ihr sympathisierten, zu verdanken waren — eine schöne Antwort auf manchen Aufruf.

Außerdem wurden 25000 Mark ausgegeben, um in kritischen Zeiten auch außerhalb des Landes eingreifen zu können, wie in Schweden, Rußland, Italien, Spanien und Mexiko; 45000 Mark, um der Western Federation of Miners zu helfen; 11000 zur Unterstützung von Parteizeitungen; 45000 für die Kosten des Parteitags von 1908 und die Konferenzen des Exekutivkomitees und der Rest für die mannigfachen Ausgaben bei der Organisation und Propaganda.

Die sozialistische Presse besteht nach diesem Bericht aus 9 Tageszeitungen — 3 englischen, 2 deutschen, 2 tschechischen, je 1 polnischen und jiddischen —, 43 Wochen- oder Halbmonatsschriften — 22 englischen, 4 deutschen, 3 finnischen, 2 lettischen, 2 dänisch-norwegischen und je 1 russischen, polnischen, slowakischen, slowenischen, kroatischen, ungarischen, italienischen, französischen, schwedischen und jiddischen (jüdischen Jargons) — und 10 Monatsschriften — 9 englischen und 1 jiddischen. Hier sind freilich auch die Blätter einiger Lokalorganisationen und Privatveröffentlichungen mitgerechnet, die der Partei nicht direkt unterstehen, sich aber zu ihren Grundsätzen bekennen und sie unterstützen.

Die Einheit zwischen der Sozialistischen Partei Amerikas und der Internationale wurde durch die Anwesenheit zweier wohlbekannter ausländischer Genossen betont, die Ansprachen an den Parteitag hielten und enthusiastisch begrüßt wurden. Es waren dies Frau Dora B. Montefiore, früheres Mitglied des Verwaltungsausschusses der englischen Sozialdemokratischen Partei, und L. Guiterrez de Lara, einer der mutigsten Vorkämpfer der mexikanischen Bewegung für politische Freiheit und Organisierung der Arbeiter, jetzt ein Flüchtling, der keinen Augenblick seines Lebens sicher wäre, sollte er wieder der mexikanischen Regierung in die Hände fallen. In einer Resolution verpflichtete sich die Partei, den Genossen in Mexiko in ihrem Kampfe zu helfen und sich jedem Versuch zu widersetzen, den die Regierung der Vereinigten Staaten etwa machen würde, um zur Unterstützung des Diazschen Regimes im Falle eines Volksaufstandes in der benachbarten Republik zu intervenieren. Auch schloß sich der Kongreß dem Protest der Sozialisten aller Länder gegen den Versuch der Russifizierung Finnlands an. Morris Hillquit-New York und Viktor L. Berger-Wisconsin wurden wieder mit der Vertretung Amerikas im Internationalen Sozialistischen Bureau betraut.

Im Zusammenhang hiermit mag erwähnt werden, daß die acht Delegierten, die die amerikanischen Sozialisten zum Internationalen Kongreß nach Kopenhagen schicken, durch direkte Stimmenabgabe sämtlicher Parteimitglieder gewählt worden sind. Aus der Zahl von achtundzwanzig Kandidaten wurden folgende gewählt: Viktor L. Berger, William D. Haywood, Robert Hunter, Morris Hillquit, Lena Morrow Lewis, John Spargo, May Wood Simons und Luella Twining. Die Wahl dreier Frauen unter den acht Genannten spricht für die wachsende aktive Teilnahme der Frauen an der sozialistischen und der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Frau Lewis ist im ganzen Lande als Volksrednerin bekannt, die schon manches Jahr als Organisatorin im Dienste der Partei tätig ist. Frau Simons ist die Gattin von A. M. Simons-Chicago, der als Delegierter in Stuttgart war; seit mehr als einem Jahrzehnt ist sie ebenso wie ihr Mann in der Partei unermüdlich und erfolgreich tätig als Übersetzerin, Schriftstellerin, Herausgeberin, Rednerin und Organisatorin. Frl. Twining ist vor allem Organisatorin; sie leistete anerkennenswerte Dienste in der Agitation für die Verteidigung der Angestellten der Western Federation of Miners, sie nahm an Hunderten von Gewerkschaftsversammlungen teil und hielt öffentliche Versammlungen ab in allen Teilen des Landes; vor kurzer Zeit war sie in Philadelphia tätig, sie organisierte die Arbeiterfrauen zur Unterstützung der Gewerkschaften und der Partei. Berger, Haywood, Hunter, Hillquit und Spargo sind den Lesern der „Neuen Zeit" sicher zu gut bekannt, um hier noch einer Einführung zu bedürfen.

Doch um auf den Parteitag zurückzukommen, so muß hier erwähnt werden, daß der internationale Charakter der amerikanischen sozialistischen Bewegung noch in ganz anderer Hinsicht bedeutungsvoll hervortrat. Zwei von den Fragen, deren Diskussion die meiste Zeit des Parteitags in Anspruch nahm, resultierten aus dem eigentümlichen Charakter Amerikas als Einwandererstaat. Erstens handelte es sich um die Frage, wie die Sozialisten in unserem Lande zu organisieren seien, die die englische Sprache nicht verstehen, ferner, wie man den Sozialismus unter den zahlreichen fremden Elementen unserer Bevölkerung propagieren solle. Zweitens handelte es sich darum, welche Haltung die Partei gegenüber der gesetzlichen Beschränkung der Einwanderung, besonders asiatischer Arbeiter, einnehmen sollte.

Die Größe der ersten Aufgabe kann man sich ungefähr vorstellen, wenn man bedenkt, daß seit dreißig Jahren die Zahl der Einwanderer in den Vereinigten Staaten niemals unter 230000 im Jahr herunterging und daß sie im Durchschnitt während dieser ganzen Zeit über 600000 pro Jahr betrug, während in den letzten fünf Jahren allein über 5000000 Personen zu unseren Gestaden gekommen sind. Von den Einwanderern der letzten paar Jahre kam ungefähr ein Viertel aus Österreich-Ungarn — nur sehr wenig Deutschösterreicher, hauptsächlich Tschechen, Magyaren, Kroaten, Slowaken, Slowenen und galizische Juden —, ungefähr ein Fünftel aus Rußland: Juden, Polen, Finnen, Letten, Litauer, Russen usw.; ein Fünftel ungefähr aus Italien; 6 Prozent aus dem Balkan und aus Kleinasien — Türken, Syrer, Armenier, Griechen, Rumänen, Bulgaren, Serben usw.; der Rest strömte aus allen Ländern der Erde zusammen. Ungefähr 47 Prozent der Einwanderer schätzt man als ungelernte Arbeiter, 10 Prozent als Dienstpersonal, 15 Prozent als gelernte Arbeiter, 24 Prozent als beschäftigungslos — hauptsächlich Kinder — und die übrigen 4 Prozent als Kaufleute, Priester, Lehrer, Schauspieler,

Musiker, Ärzte usw. Im Jahre 1900 waren fast 14 Prozent aller Einwohner der Vereinigten Staaten ausländischer Herkunft; die Volkszählung von 1910 wird wahrscheinlich eine Steigerung auf mindestens 16 Prozent zeigen. Vor zehn Jahren überstieg die Anzahl der ausländischen Einwohner im Osten 22 Prozent, im mittleren Westen 15 und im fernen Westen 20 Prozent, während sie im Süden immer unbedeutend blieb. Von den 161 Städten, die damals 25000 Einwohner und darüber hatten, war in 87 der Anteil der Ausländer größer als 20 Prozent der Gesamtbevölkerung; in 30 schwankte er zwischen 30 und 40 Prozent und in 9 Städten zwischen 40 und 50 Prozent. An denjenigen Orten, an denen sie in größerer Anzahl beieinander wohnen, lernen manche Einwanderer nicht die Sprache ihres neuen Vaterlandes, sie wohnen in besonderen Kolonien oder „Vierteln“, sie haben ihre Zeitungen, Kirchen, Gesellschaften, ihre Stellungsnachweise, die in ihrer Muttersprache geleitet werden und dem Interesse von Ausbeutern dienen, die sie in dieser Isolierung und dadurch abhängig erhalten wollen. Nicht nur New York, Chicago und die anderen wirklichen Großstädte, sondern auch viele kleinere Industriezentren haben alle ihre Fremdenviertel — nicht etwa ein Fremdenviertel für jede Stadt, nein, ein polnisches, ein jüdisches, ein ungarisches, ein italienisches Viertel und vielleicht noch ein halb Dutzend anderer. Die Volksschulen tun natürlich viel zur Aufklärung und Assimilation dieser fremden Elemente, wenigstens in der zweiten Generation; freilich stoßen sie dabei in vielen Fällen auf den hemmenden Einfluß der Priester und noch mehr der Armut der Eltern, die meist ihre Kinder natürlich möglichst früh auf Arbeit, zum Verdienen schicken wollen.

Wie man sieht, steht die sozialistische und die Arbeiterbewegung, in Anbetracht dieser heterogenen Elemente in der Arbeiterbevölkerung der industriellen Teile unseres Landes, vor einer Aufgabe, die ihresgleichen nur in den Gebieten der Habsburger und Romanows findet, wenn sie natürlich auch Züge aufweist, die den beiden Ländern fremd sind.

Die Wogen der deutschen Einwanderer in dem Dezennium nach 1848 und dann wieder unter dem Sozialistengesetz und der Strom der jüdischen, die in immer wachsender Zahl aus Rußland und Polen seit Alexanders III. Thronbesteigung geflohen sind, haben den Sozialismus und die Arbeiterbewegung in Amerika eher gestärkt als geschwächt. In den letzten zehn Jahren dagegen bestand ein immer größerer Prozentsatz der immer mehr wachsenden Gesamtsumme der Einwanderer aus Bauern Ost- und Südeuropas, Menschen einer Klasse und aus Ländern, wo revolutionäre Bestrebungen bisher den geringsten Rückhalt gefunden haben und wo Aberglaube, Unwissenheit, eine klägliche Lebenshaltung und Unterwürfigkeit der Willkür gegenüber zusammenwirken, um einem kräftigen Fortschritt die größten Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Glücklicherweise finden sich unter der Masse einfacher Bauern, die durch die lügenhaften Versprechungen der Einwanderungsagenten hierher gelockt werden, eine wenn auch beschränkte Anzahl politischer Flüchtlinge, Leute, die in ihrer Heimat an der sozialistischen Bewegung teilgenommen haben. Diese machen energische Anstrengungen, in ihren Landsleuten den Trieb nach Verbesserung ihrer Lage und den Geist proletarischer Solidarität und proletarischen Klassenbewußtseins zu wecken, sie aufzuklären und zu organisieren zu gemeinsamer Aktion auf dem Kampffeld der Arbeit und zu einer vernünftigen

Benutzung des Wahlrechtes, sobald sie es bekommen haben. Daher kommt es, daß wir nicht weniger als zehn verschiedene sozialistische Organisationen ebenso vieler fremder Nationalitäten (nur die Deutschen haben keine besondere nationale Organisation) und sozialistische Zeitungen in nicht weniger als vierzehn Sprachen außer der englischen haben. Die meisten dieser Blätter haben verzweifelt um ihre Existenz zu kämpfen; die Organisationen haben eine dreifache schwere Aufgabe: ihre Blätter zu erhalten, Unterstützungen für die Bewegung in ihrer Heimat zu sammeln und ihre Pflichten in der amerikanischen Partei zu erfüllen.

Der Parteitag mußte allen diesen Punkten Rechnung tragen und nahm es auf sich, die ausländischen Genossen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Einerseits gab er den Organisationen eine bestimmte Form und sorgte dafür, daß die Mitglieder der fremden Organisationen auch Mitglieder der ordentlichen Parteiorganisationen wurden; an jedem Orte, wo sich eine genügende Anzahl fremdländischer Genossen befindet, können sie eine besondere nationale Zweigorganisation bilden, die indessen den Beschlüssen der allgemeinen Partei untersteht; doch sollen diese lokalen Zweige nur den Zweck haben, die Presse, die in ihrer fremden Sprache erscheint, zu unterstützen und zu beaufsichtigen und Propaganda unter ihren Landsleuten zu treiben; die ordentlichen Organisationen jedes Staates werden ersucht, den fremdsprachigen Zweigorganisationen die Hälfte ihrer Mitgliederbeiträge zukommen zu lassen; die Landesorganisation übernimmt es, auf Ansuchen eines fremdsprachigen Verbandes, der mindestens 500 beitragzahlende Mitglieder aufweist, ein besonderes Übersetzungssekretariat zu besolden, das als Bindeglied zwischen dem Zweigverband und dem Parteivorstand dienen soll. Dies Vorhaben wird natürlich die Partei finanziell schwer belasten. Wenn alle zehn der jetzigen Sonderorganisationen diesen Vorschlag annehmen, so wird das außer den Beiträgen, die ihre Mitglieder jetzt bezahlen, mindestens 20000 Mark jährlich erfordern. Aber wenn sich die Sache als zweckmäßig erweist, so wird sie sicher in absehbarer Zeit zu einem erheblichen Wachstum der Partei mit beitragen und ihr eines der schwierigsten Probleme lösen helfen.

Die Einwanderungsfrage war bereits auf dem Kongreß von 1908 ausführlich diskutiert und eine Resolution angenommen worden, es sei die Pflicht der Partei, „sich jeder Einwanderung entschieden zu widersetzen, die durch den Kapitalismus angeregt oder unterstützt werde". Für den Augenblick vermied man es auch, „die Partei in irgend eine Stellung zu bringen gegenüber einer Ausnahmegesetzgebung zum Ausschluß bestimmter Rassen", und betrieb die Wahl eines Spezialkomitees „zur Untersuchung der ganzen Einwanderungsfrage, nicht nur vom Rassen-, sondern auch vom ökonomischen Standpunkt aus, worüber dann dem nächsten Parteitag berichtet werden solle".

Selbstverständlich drehte sich diesmal der Hauptstreit um die Stellungnahme zur Ausschließung der asiatischen Arbeiter. Sollte sich die Partei gegen das Ausschließungsgesetz der Chinesen und die diplomatische Abmachung wenden, durch die die Einwanderung japanischer Arbeiter eingeschränkt wird; sollte sie die Ausdehnung des Gesetzes befürworten, um neben den Chinesen auch Japaner, Koreaner, Philippinos, Kanaken, Malaien und Hindus auszuschließen; sollte sie einen Mittelweg einschlagen oder die ganze Frage unberücksichtigt lassen? Die Partei hat nie auch nur einen Augenblick eine

Politik in Erwägung gezogen, die sich gegen die Einwanderung überhaupt gewendet oder andere Rassen außer den asiatischen ausgeschlossen hätte. Einige unserer im Ausland geborenen Genossen scheinen freilich geglaubt zu haben, daß die Anhänger des Ausschlusses der Asiaten demnächst auch den Ausschluß anderer Völker befürworten würden — vielleicht der Juden, Polen oder Italiener — und vielleicht die Sozialistische Partei in eine reaktionäre „nativistische" Sekte verwandeln würden. Die Gegensätze prallten mitunter scharf aufeinander.

Der Bericht der Majorität des Komitees, den Ernest Untermann dem Parteitag vorlegte und Joshua Wanhope und Viktor L. Berger unterstützten, hat zum mindesten das Verdienst, eine ernsthafte und konkrete Untersuchung darzustellen, was man auch über ihre Schlußfolgerungen denken mag. Diese Genossen hielten es für wünschenswert, daß sich die Partei für die Ausschließung der asiatischen Einwanderer erklären solle. Sie begründeten diese Empfehlung nicht allein mit wirtschaftlichen Erwägungen — die asiatischen Arbeiter, die in die Vereinigten Staaten kommen, seien anerkanntermaßen praktisch unorganisierbar und bildeten eine schwere Gefahr für die amerikanische Arbeiterbewegung —, sondern auch mit den Rasseneigentümlichkeiten. Die Unterschiede in Sprache, Sitten, Gewohnheiten und sozialer Psychologie zwischen den amerikanisch-europäischen und den süd- und ostasiatischen Völkern seien so einschneidend, daß auf eine harmonische Assimilation der beiden nicht zu rechnen sei; asiatische Einwanderer würden immer einen Fremdkörper in der amerikanischen Gesellschaft bilden, und ihre Zulassung würde im Westen nur wieder eine neue „Rassenfrage" schaffen, die vielleicht noch verhängnisvoller für die politische Freiheit, für ein gesundes Staatsleben und sozialen Fortschritt sein würde als die Negerfrage, die jetzt den Süden lähmt.

John Spargo berichtete für die Minorität und erklärte, die Ausschließung bestimmter Rassen würde sich rechtfertigen, ohne gegen das fundamentale sozialistische Prinzip vom Klassenkampf zu verstoßen, wenn der Einfluß einer besonderen eingewanderten Rasse nachweislich eine ernste Gefahr für die Arbeiterbewegung bilde und ihre schädlichen Wirkungen nicht dadurch paralysiert werden könnten, daß man die betreffenden Einwanderer organisiere. Er wollte nicht leugnen, daß dieser Fall einträte, wenn asiatische Arbeiter in größeren Mengen nach Amerika kämen. Aber er fügte hinzu, daß augenblicklich die asiatischen Arbeiter in Amerika tatsächlich keine Rolle spielten, daß ihre Zahl verhältnismäßig klein und nur in langsamem Wachstum begriffen sei und daß sich die moderne Industrie so rasch in Asien entwickle, daß die asiatische Einwanderung bald aufhören werde, eine Gefahr für die amerikanische Arbeiterbewegung zu bilden. Aus diesen Gründen sei er gegen die Ausschließung.

In Erwiderung des Spargoschen Berichtes führten einige Abgeordnete aus dem Westen an, daß Japaner, Koreaner und Hindus wirklich in großen Mengen herüberkämen und daß die offiziellen Angaben hierüber nicht glaubwürdig seien; und sie gaben der Befürchtung Ausdruck, daß wenn die Regierung der Vereinigten Staaten dem Drängen der Kapitalisten an der pazifischen Küste nachgäbe und die Politik der partiellen Ausschließung, die sie jetzt verfolge, aufgäbe, die Einwanderung oder Einfuhr billiger Arbeitskräfte aus Asien sehr bald beunruhigende Dimensionen annehmen werde.

Morris Hillquit befürwortete eine Resolution, die sich im wesentlichen an die Stuttgarter Resolution von 1907 hielt und den Ausschluß besonderer Rassen mißbilligte, während er auf die Notwendigkeit energischer Maßnahmen gegen eine künstlich hervorgerufene Einwanderung und den Import von Streikbrechern und Kontraktarbeitern hinwies. Nach einer fast zweitägigen Debatte wurde Hillquits Antrag mit 55 gegen 50 Stimmen angenommen. Immerhin beschloß der Kongreß, daß das Komitee seine Untersuchungen fortsetzen und den Erfolg dem Parteitag von 1912 unterbreiten solle.

Ebenso ausführlich wurde die Frage der Stellung der Partei zu den Farmern diskutiert. Dieser Gegenstand hatte schon auf dem Kongreß von 1908 die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Das Komitee, dem der damalige Parteitag die Untersuchung der Frage anvertraut hatte, war zu keiner Einigung gelangt. Die Mehrheit hatte einen Bericht vorgelegt, in dem es unter anderem hieß: „Was die besondere Anpassung des Sozialismus an die Landwirtschaft betrifft, so müssen sich die ersten Schritte des sozialistischen Programms gegen die großen Industriezweige wenden, die reif für die Vergesellschaftung sind und schon jetzt alles monopolisieren. Der Trust der Ackerbaumaschinenfabriken, der Rübenzuckertrust, der Öltrust, die Bodenmonopol- und jede andere private Monopolgesellschaft, die in dieser landwirtschaftlichen Sphäre entstehen kann, müssen zuerst dem Sozialismus zugeführt werden. Und was den Grundbesitz der kleinen Landwirte anbelangt, so ist es keine Grundforderung des sozialistischen Programms, irgend einen Bauern seines Landes zu enteignen, das er selbst besitzt und bebaut.“ Gegen diesen Schlußsatz war besonders die Minorität des Ausschusses gewesen. Der Hauptpunkt ihrer Ausführungen gipfelte in folgendem: „Die Sozialistische Partei sichert den Kleinbauern Schutz zu durch die Sozialisierung der Industrien im Lande, die zum Gebrauch und nicht zum Profit produzieren sollen. Wir halten es daher für gut, wenn der Bauer die Vorteile des Genossenschaftswesens gegenüber dem System der freien Konkurrenz kennen lernt und seine politische Bedeutung im Kampfe um die Existenz zugunsten der Partei, die seine Klasse vertritt, in die Wagschale wirft. Aber wir bestehen darauf, daß jeder Versuch, dem Bauern etwas anderes als völlige Sozialisierung der nationalen Produktion zuzusichern, als unsozialistisch zu verwerfen ist.“

Der Bericht der Minderheit war auf dem Parteitag von 1908 mit 99 gegen 51 Stimmen angenommen worden. Am selben Tage war damals dieselbe Frage noch einmal aufgetaucht, in Verbindung mit der Formulierung der „unmittelbaren Forderungen“. Als ersten Punkt in der Aufstellung der augenblicklichen Forderungen schlug das „Programmkomitee“ folgendes vor: „Gemeineigentum an Eisenbahnen, Telegraphen, Telephon, Dampfern und allen anderen Verkehrs- und Transportmitteln.“ Es wurde beantragt, diese Forderung noch zu erweitern durch Einfügung der Worte „dem gesamten Grund und Boden“ vor dem Worte „Eisenbahnen“; dieses Amendement wurde angenommen. Ferner wurde beantragt, noch einen anderen Paragraphen zu ergänzen durch die Einfügung der Worte: „Besiedlung (occupancy) und Bearbeitung des Landes sollen die einzigen Rechtstitel für seinen Besitz (possession) bilden“; dieser Antrag wurde aber abgelehnt.

Durch drei verschiedene Abstimmungen erklärte sich also der Parteitag von 1908 für die Nationalisierung des gesamten Grundbesitzes, ja er rechnete sie sogar zu seinen dringendsten Forderungen und lehnte es ab, diese Erklärung

durch eine Versicherung zu mildern, die Partei dächte gar nicht an die Enteignung der Kleinbauern, die ihren Grund und Boden mit eigener Hand beackern. Der Parteitag war freilich allem Anschein nach nicht ganz befriedigt von seiner eigenen Behandlung der Sache. Deshalb wählte er einen Ausschuß, um den Stoff gründlich zu prüfen und darüber dem Parteitag von 1910 zu berichten.

Nach ungefähr einem Jahre sah sich die Partei durch ein besonderes Referendum, das von einigen Lokalorganisationen in verschiedenen Teilen des Landes eingebracht war, veranlaßt, durch Abstimmung das Wort „dem gesamten Grund und Boden" aus dem ersten Paragraphen der „unmittelbaren Forderungen" auszumerzen und folgenden Paragraphen in das Parteiprogramm (Declaration of Principles) aufzunehmen: „Es kann keinen rein privaten Anspruch auf Grundbesitz geben. Alle Privatansprüche müssen sich den Ansprüchen der Allgemeinheit unterordnen. Die Sozialistische Partei will verhindern, daß der Grund und Boden zum Zwecke privater Ausbeutung und Spekulation dient. Sie fordert gemeinschaftliches Eigentumsrecht und gemeinschaftliche Bearbeitung des Landes in einem Umfang, der nötig ist, um dieses Ziel zu erreichen. Sie ist nicht gegen die Besiedlung und den Besitz von Land durch Leute, die es in nützlicher Weise ohne Ausbeutung benützen."

So stand die Frage zu Beginn des letzten Parteitags. Der Ausschuß von 1908 — A. M. Simons, Carl D. Thompson und Algernon Lee waren die einzigen Mitglieder, die an dieser Arbeit teilgenommen hatten — kam, als er den Gegenstand genauer prüfte, zu der Ansicht, daß die Sache schwieriger und verwickelter sei, als vorauszusehen war. Deswegen entschlossen sie sich, nur einen vorläufigen Bericht vorzulegen, um eine weitere Diskussion anzuregen und um Verlängerung ihrer Amtsdauer für weitere zwei Jahre zu bitten.

Der Ausschuß vertrat in seinem Bericht die Ansicht, daß es jetzt nicht darauf ankäme, die Stellung der Partei zu der Form des Bodenbesitzes im Zukunftsstaat zu definieren. In Übereinstimmung mit dem Sinne des Referendums von 1909 gingen sie von dem Standpunkt aus, daß das Recht der Gesellschaft natürlich über privaten Eigentumsrechten stände, aber daß sich noch nicht voraussagen ließe, in welchem Umfang Allgemeinbesitz an Stelle des Privatbesitzes an Grund und Boden treten solle, sondern daß sich dies im Laufe der Zeiten durch die technische Entwicklung auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion ergeben müsse. Die Partei müsse jetzt festzustellen suchen, wodurch wir am besten der Ausbeutung der landwirtschaftlichen Produzenten begegnen und ihre Interessen mit denen der Lohnarbeiter in Einklang bringen, natürlich mit Rücksicht auf den allgemeinen Fortschritt des Sozialismus.

Wie der Bericht zeigte, läuft die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion nicht ganz der der Industrie parallel. Das Entstehen von ausgedehnten Latifundien, die von Lohnarbeitern zum Nutzen des nicht selbst produzierenden Eigentümers bearbeitet werden, ist nur eine von verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten und nicht einmal die wichtigste. Die Zahl der kleinen Besitzungen wächst bedeutend rascher als die der ganz großen, und ein immer mehr steigender Prozentsatz der Landgüter wird von Pächtern bearbeitet, die ihre Pacht entweder in Geld oder in einem Teil ihres Ertrags ausbezahlen. In den verschiedenen Teilen des Landes und den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft herrschen ganz verschiedene ökonomische Bedingungen. Die Aufgaben der Weizenbauer von Dakota zum Beispiel decken sich natürlich nicht mit denen, die

die Zuckerrüben- oder Halfa-(Luzernen-)Bauern von Nebraska zu bewältigen haben oder die Tabakpflanzer von Kentucky, die Baumwollpflanzer von Georgia, die Obstzüchter von Florida oder Kalifornien oder schließlich die Milchproduzenten und Gemüsegärtner in den dichter bevölkerten Staaten. Im allgemeinen kann man sagen, daß heute eine größere Summe von Kapital und Arbeit erforderlich ist als je zuvor, um ein Landgut von einer gewissen Größe anzulegen und zu erhalten; daran ist teils der wachsende Bodenpreis schuld, teils die Notwendigkeit, mit vervollkommneten Maschinen, künstlicher Bewässerung usw. zu arbeiten. In einigen landwirtschaftlichen Zweigen sind die Bauern in Wirklichkeit abhängig von einem einzigen Käufer ihrer Ernte, so zum Beispiel vom Rübenzucker-, vom Tabak-, vom Fleischtrust usw.; in allen Zweigen sind sie abhängig von den Eisenbahngesellschaften, da diese ihre Produkte zum Markte transportieren. Andererseits haben sich auch die Industrien, die die Landwirte mit Werkzeugen und Geräten versorgen, in Trusts zusammengeschlossen; die Trusts für landwirtschaftliche Maschinen, für Bewässerung usw. können von ihnen Monopolpreise erpressen für alles, was die Farmer bei ihnen kaufen müssen.

Endlich nimmt die Beschäftigung von Lohnarbeitern in manchen Zweigen immer größere Proportionen an, während in anderen die notwendige Arbeit durch die übermäßige Plackerei des Kleinbauern selbst, seines Weibes und seiner Kinder geleistet wird. Das sind die Erscheinungen der Arbeiterausbeutung auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion, die von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden müssen — ebensogut die Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer, die Geldleute und Wucherer, die Transport- und Lagergesellschaften, durch die industriellen Trusts, die einesteils ihr Rohmaterial von den Landwirten beziehen, andernteils sie aber mit ihren Erzeugnissen versorgen, wie wieder die Ausbeutung der Landarbeiter durch die Grundbesitzer, ihre Auftraggeber. Einige dieser Fragen könnten ganz gut von der nationalen Gesetzgebung behandelt werden, zum Beispiel die Verstaatlichung der Eisenbahnen und der großen industriellen Trusts. Andere würden besser von den Einzelstaaten aufgenommen werden. Der Ausschuß bat um Zeit, um diese Fragen im einzelnen prüfen und einen Plan für die staatliche Gesetzgebung ausarbeiten zu können; dann lenkte er auch die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Rolle, die die Genossenschaften bei richtiger Leitung für die Lösung einiger dieser Fragen spielen können.

Der Bericht wurde auf dem Parteitag ziemlich ausführlich diskutiert. An der Diskussion nahm auch eine Anzahl von Farmern teil, die als Vertreter von Oklahoma, North Dakota und anderen westlichen Staaten zugegen waren. Fast einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, den Ausschuß von neuem zu ernennen, ihn um sechs Mitglieder zu verstärken und den Gegenstand auf die Tagesordnung des Parteitags von 1912 zu setzen.

Noch eine andere Frage wurde eingehender behandelt, nämlich die Stellung der sozialistischen Frauen zu den nichtsozialistischen Frauenvereinen.

Frauen sind natürlich immer zur Partei zugelassen worden, und zwar unter denselben Bedingungen wie die Männer. Aber bis in die jüngste Zeit blieb die Zahl der Frauen in den Parteiorganisationen nur gering, ihre Tätigkeit und ihr Einfluß auf die Angelegenheiten der Partei war nur sehr schwach, und die Partei begnügte sich im allgemeinen mit der platonischen Erklärung zugunsten der Gleichberechtigung der Geschlechter, machte aber nur geringe An-

strengungen, dieses Ideal in Wirklichkeit umzusetzen. Die letzten drei, vier Jahre haben indessen unter großen Massen von Frauen in den ganzen Vereinigten Staaten einen bemerkenswerten Aufschwung gebracht, und dieser Wandel hat auch die sozialistische Bewegung nicht unberührt gelassen. Frauen schlossen sich der Partei in größerer Zahl an und spielten eine größere Rolle in ihr; die männlichen Parteimitglieder kamen zur Erkenntnis, daß ihre Pflicht in diesem Punkte nicht durch die gelegentliche Annahme einer Resolution erfüllt sei.

Der Parteitag von 1908 hatte dem Gegenstand mehr Beachtung geschenkt, als dies zuvor geschehen. Er schuf einen ständigen Ausschuß — die ersten Mitglieder waren die Frauen May Wood Simons, Winnie Branstetter, Meta L. Stern, Dr. Antoinette Konikow und Margarete Prevey —, der die Aufgabe hat, den Sozialismus unter den Frauen zu propagieren und sie zu organisieren, und der natürlich dem Parteivorstand untersteht. Ebenso sorgte er dafür, daß die Partei wenigstens eine Frau in ihrem Stabe von reisenden Referenten und Organisatoren beschäftige, deren Aufgabe es sein solle, „die Propaganda für gleiche bürgerliche und politische Rechte zu fördern und die Partei und die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen zu unterstützen, die arbeitenden Frauen zu organisieren und auszubilden".

Auf dem letzten Parteitag legte das National Women's Committee einen Bericht über seine zweijährige Tätigkeit vor, der mit sichtlichem Interesse aufgenommen wurde. Die Zeit ist vorüber für Amerika, wo diese Frage entweder völlig vernachlässigt oder oberflächlich behandelt werden konnte.

Der Bericht besagte, daß Frau Prevey, die als erste zur Organisatorin gewählt worden war, während der Wahlkampagne von 1908 eine sehr erfolgreiche Tournee durch Kolorado, Wyoming, Idaho und Utah unternommen hatte, durch die vier Staaten, in denen die Frauen bereits volles Stimmrecht genießen; ferner daß Frl. Anna Maley, ihre Nachfolgerin, bis dahin 152 größere und kleinere Städte besucht hatte, in denen sie öffentliche Versammlungen über das Frauenstimmrecht von sozialistischem Standpunkt aus hielt und viele Frauen dazu brachte, tätige Mitglieder der Parteiorganisationen zu werden. Bis zu der Zeit, wo der Bericht verfaßt wurde, hatten die Genossinnen an 125 Orten ständige Lokalausschüsse gebildet, die zusammen mit den Lokalorganisationen der Partei und in ständiger Verbindung mit dem Parteivorstand arbeiten; in vielen dieser Orte haben die Frauen und Mädchen in großer Anzahl auch Klubs und Zirkel zum Studium des Sozialismus gebildet. Das National Women's Committee hat zwei Flugblätter herausgegeben, die weite Verbreitung gefunden haben, und es war eben mit der Veröffentlichung einer Broschüre beschäftigt, in der die Stellung des Sozialismus zur Frauenfrage beleuchtet werden sollte, und einer zweiten, die einen Studienplan für die sozialistischen Sonntagsschulen, wo solche existierten, enthielt. Unter der Leitung des National Women's Committee setzten die sozialistischen Frauen im ganzen Lande ihre Energie dafür ein, Unterschriften von Männern wie von Frauen für die Riesenpetition zu sammeln, die die National Woman Suffrage Association dem Kongreß der Vereinigten Staaten unterbreiten wollte, um darin eine Erweiterung der Staatsverfassung, die Verleihung der Bürgerrechte an die Frauen zu verlangen. Das National Women's Committee hat mit der Zustimmung des Parteivorstandes den letzten Sonntag im Februar als „Frauentag" (Woman's Day) festgesetzt; 1909 und 1910 wurde

dieser Tag in Hunderten von Städten durch die Abhaltung von Versammlungen und die Verteilung von Schriften gefeiert. In einer wachsenden Zahl von Fällen haben die Lokalausschüsse der Frauen auch noch andere gute Dienste geleistet. Sie halfen den arbeitenden Frauen, Gewerkschaften zu organisieren, in Streikzeiten unterstützten sie sie durch die Sammlung von Fonds, sie standen Streikposten und machten die Öffentlichkeit zu ihren Gunsten mobil; in einigen Fällen erwarben sie sich sogar den Dank „männlicher" Gewerkschaften, indem sie ihnen vor allem Boykotts durchführen halfen und zugunsten der gewerkschaftlichen „Kontrollmarke" agitierten.

In diesem Bericht wurde vorgeschlagen, den Ausschuß auf sieben Mitglieder zu erweitern, ihm größere Mittel zur Verfügung zu stellen und ihm größere Aktionsfreiheit zu gewähren, immer natürlich unter Wahrung des Rechtes der Partei, ihn in allen wichtigen Angelegenheiten beaufsichtigen zu dürfen; dann, die Delegierten zum Kopenhagener Kongreß zu beauftragen, dort vorzuschlagen, daß der „Woman's Day", wie er in den Vereinigten Staaten besteht, als dauernde Institution des internationalen Sozialismus in allen Ländern eingeführt werden solle; ferner, die Parteiorganisationen der Einzelstaaten aufzufordern, weibliche Organisatoren in größerer Anzahl zu beschäftigen; schließlich, die Genossinnen aufzufordern, der Women's Trade Union League (über die ich in einem früheren Artikel gesprochen habe) überall dort beizutreten, wo sie Unterabteilungen unterhält, und ihr bei Streiks und Boykotts nach Möglichkeit zu helfen. Einige allgemeinere Vorschläge schlossen den Bericht.

Alle diese Anträge wurden vom Parteitag angenommen; es wurde bestimmt, daß das National Women's Committee hinfort aus sieben Genossinnen bestehen solle, die durch allgemeine Abstimmung der Parteimitglieder auf zwei Jahre gewählt werden sollten.

Nur in einem einzigen Punkte kam es zu Meinungsverschiedenheiten. Der Ausschuß empfahl, die Agitation für das Frauenstimmrecht „unter Leitung der Partei zu führen und sie von sozialistischen Rednerbühnen aus zu vertreten". Einige der weiblichen Delegierten faßten dies als einen Versuch auf, die sozialistischen Frauen oder ihre Organisationen an der Zusammenarbeit mit den nichtsozialistischen Frauenstimmrechtsgesellschaften zu verhindern; daher beantragten sie, dem Bericht noch einen Absatz hinzuzufügen, der aus Genossen Hillquits Bericht über die Organisationsmethoden stammt:

„In unserem Lande ist praktisch keine Bewegung für ein beschränktes Wahlrecht im Gange" — das heißt keine Bewegung für die Verleihung des Stimmrechtes nur an die besitzenden Frauen. „Die amerikanische Frauenstimmrechtsbewegung strebt im großen ganzen nach der Verleihung der vollen politischen Rechte an die Frauen ohne Unterschied der Klasse oder des Vermögens. Wir haben deshalb weniger Veranlassung, eine besondere Aktion in dieser Linie einzuleiten, als unsere Genossen in Europa, wo die Stimmrechtsbewegung bis zu einem gewissen Grade sich innerhalb der Klassengrenzen abspielt. Wenn die Sozialistische Partei sich auch in anderen Fragen nicht mit anderen Parteien identifizieren kann, so dürfen wir uns doch nicht freiwillig isolieren, wo die Grundsätze und Wünsche unserer Partei völlig mit denen anderer Organisationen übereinstimmen. Wir werden den Frauen Amerikas gern in ihrem Kampfe um die bürgerliche Freiheit helfen. In diesem wie in manchen

anderen Fällen muß der Sozialismus die engen Parteigrenzen durchbrechen und muß die Volksmassen als lebende und lebenspendende Kraft durchdringen."

Das vorgeschlagene Amendement wurde eingehend diskutiert, zum Schluß aber abgelehnt. Der Ausschuß erklärte aber, daß sein Bericht nicht darauf hinausgehe, die Zusammenarbeit mit anderen Frauenstimmrechtsgesellschaften zu verhindern, wenn dies nicht eine Verschleierung der sozialistischen Prinzipien oder das Aufgeben der Selbständigkeit unserer Partei nach sich zöge, sondern daß er den Zweck habe, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Gründe für das Frauenstimmrecht bei jeder Gelegenheit vom sozialistischen Standpunkt aus zu vertreten. Aus dem Verlauf der Debatte ging hervor, daß in manchen Teilen des Landes die maßgebenden Elemente in der National Woman Suffrage Association dem Sozialismus direkt feindlich gegenüberstehen und nicht gesonnen sind, Gelegenheit zum Ausdruck auch der sozialistischen Ansichten zu gewähren, während andernorts das Gegenteil der Fall ist, so daß dort ein kräftiges Zusammenarbeiten möglich ist.

Platzmangel verbietet uns, einen ausführlichen Bericht über die übrigen Leistungen des Parteitags zu geben. Die Parteiorganisation wurde in unbedeutenden Einzelheiten revidiert. Ausschüsse wurden gewählt, um zwei Fragen zu prüfen und dann dem nächsten Parteitag vorzulegen, Fragen, die in den Vereinigten Staaten immer mehr an Bedeutung wachsen: Einmal die fachliche Ausbildung in öffentlichen und privaten Schulen und ihre Beziehungen zum Gedeihen der Arbeiterbewegung; zweitens die Veränderung unserer Stadtverwaltungen, die bekanntermaßen ebenso untätig und undemokratisch wie korrupt sind. Die Lokalorganisationen sowie die der Einzelstaaten wurden angewiesen, besondere Anstrengungen zu machen, um Haftpflichtgesetze für Betriebsunfälle durchzusetzen und womöglich zusammen mit den Gewerkschaften auf dieses Endziel hinzuarbeiten.

Mit Zweidrittelmehrheit wurde die Erklärung von 1908 von neuem bestätigt (die sich in Wirklichkeit mit denen von 1900, 1901 und 1904 deckt), die die Haltung der Partei zu den Gewerkschaften festlegt: Die Partei lehnt es ab, in irgendwelchen Streitigkeiten Partei zu ergreifen, die innerhalb der Gewerkschaften über Organisationsformen oder Aktionsmethoden bestehen mögen, sie will aber allen Gewerkschaften in ihren Kämpfen gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung tätige Mithilfe gewähren.

Nach einer Woche angestrengtester Tätigkeit kehrten die Delegierten nach Hause zurück mit dem Bewußtsein, daß die sozialistische Partei Amerikas zum erstenmal eine wirklich beratende Zusammenkunft abgehalten und angefangen habe, sich auch mit der Lösung konkreter Fragen zu beschäftigen, und zwar auf eine Weise, die wohl einen Vergleich mit den besonnenen und wirksamen Methoden unserer Genossen in europäischen Ländern aushalten kann.

Literarische Rundschau.

A. v. Witte, **Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland.** Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen. Karlsruhe i. B. 1909. Preis 2 Mark.

Eine Geschichte der russischen Arbeiterbewegung auf 73 Seiten! Nicht allein die Gewerkschaftsbewegung, sondern die ganze Geschichte der russischen Arbeiterkämpfe wird hier vom hohen Stuhle des Landgerichtspräsidenten a. D. verurteilt!

Ein allerdings etwas kühnes Unternehmen, aber mit um so größerer Leichtigkeit macht sich der Autor daran. . . .

Eine Geschichte der russischen Arbeiterbewegung ist überhaupt noch unmöglich zu schreiben: die meisten und vielleicht wichtigsten Materialien liegen im Polizeidepartement. Was an die Öffentlichkeit gelangt, ist lückenhaft und zuweilen aus verschiedenen Ursachen unvollständig. Nur wer innerhalb der Arbeiterbewegung tätig ist und die Tendenzen der modernen Arbeiterbewegung kennt, der darf es wagen, die Vorarbeiten für eine derartige Geschichte vorzunehmen. Solche Werke besitzt auch die russische Literatur aus der Feder von Grinewitsch und Dimitrieff. Was kümmert sich aber unser Autor darum, wenn die offiziellen Erklärungen des ehemaligen Finanzministers Witte für ihn genügend sind, um von einem „patriarchalischen Verhältnis“ zwischen den russischen Arbeitern und Unternehmern in der vorrevolutionären Epoche zu sprechen. Rußland ist ein ungeheuer ausgedehntes Land, das in seinen Teilen ungleich entwickelt ist. Man muß daher sehr vorsichtig mit Verallgemeinerungen umgehen. Herr v. Witte bringt es aber fertig, irgendwelche Bemerkungen über die Rückständigkeit einiger Arbeiter gewisser Fabriken oder Städte dazu zu benutzen, die ganze Arbeiterbewegung Rußlands herabzusetzen. Auf dieselbe Weise fertigt er auch die Tätigkeit der Sozialdemokratie ab. Diese habe anfangs der neunziger Jahre „Verschwörergruppen“ gegründet, dann wiederum sich von der Arbeiterschaft losgelöst und „Organisationen von Berufsrevolutionären“ ins Leben gerufen. Dabei scheut sich der Autor nicht davor, durch entstellte Zitate seinen Gegnern absolut unmögliche Gedanken zuzuschreiben. So zitiert er eine Stelle aus der Zeitschrift „Proletarier“ (ohne natürlich die Nummer anzugeben), wo Lenin die Notwendigkeit einer straffen Parteidisziplin angeblich dadurch bewies, daß „die Arbeiter an Unterwürfigkeit gewöhnt sind“.

Brauchen wir an dieser Stelle die russischen Genossen etwa gegen solche Beschuldigungen zu verteidigen? Wir würden die ganze Schrift, die in keiner Weise beachtenswert ist, gar nicht erwähnt haben, wenn wir nicht fürchteten, sie könnte zur Bekämpfung der Sozialdemokratie neue Waffen liefern. Denn es kann nicht unwidersprochen bleiben, wenn in einer Schrift, die die Firma der badischen Hochschulen trägt, über die Sozialdemokratie gesagt wird, daß sie das „Bestreben der Arbeitermassen, ihre wirtschaftliche und soziale Lage in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft möglichst zu heben, als etwas Verwerfliches, ‚Bourgeoises‘ zurückweist“ (S. 73).

Wie leichtfertig Herr v. Witte in bezug auf die geschichtlichen Tatsachen verfährt, mit seinen „eigenen Gedanken“ steht es noch schlimmer. Es scheint, daß die ganze Arbeit nur den Zweck hat, die Arbeiterfreundlichkeit des ehemaligen Finanzministers Witte zu betonen. So lobt Herr v. Witte die berüchtigten Arbeiterstarostwos — das Polizeiwerk des Herrn v. Plehwe — als eine soziale Tat des Grafen v. Witte.

Ohne im einzelnen die vielen Fehler dieser Schrift anzuführen, begnügen wir uns nur mit der Bemerkung, daß dieses Schriftchen nicht einmal als Materialiensammlung benutzt werden kann: so unvollständig sind die Tatsachen wiedergegeben.

M. Nachimson.

Gisela Michels-Lindner, **Geschichte der modernen Gemeindebetriebe in Italien.** (Der „Gemeindebetriebe“ dritter Band, zweiter Teil, im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik herausgegeben von C. J. Fuchs.) Leipzig 1909, Duncker & Humblot. 255 Seiten.

In dieser objektiven und fleißigen Arbeit behandelt Genossin Michels die Munizipalisationsbewegung in Italien in ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrer heutigen Ausdehnung. Das Buch würdigt nacheinander die Gemeindebetriebe in der Lebensmittelindustrie, im Markt- und Schlachthauswesen, die der Volkshygiene und der Bekämpfung von Krankheiten dienenden Betriebe, die Beleuchtungs- und

Verkehrsanlagen sowie vereinzelte Betriebe auf anderen Gebieten. Die Vorgeschichte des heutigen Gesetzes über die Munizipalisierung ist sehr klar und übersichtlich gezeichnet.

Aus dem Rückblick auf die Geschichte der kommunalen Brotbereitung verdient das Beispiel von Palermo hervorgehoben zu werden, das in das siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert fällt. Auch der Mißerfolg von Catania findet Berücksichtigung, die vielleicht etwas zu wohlwollend ausgefallen ist. Sie schließt sich hier dem Ergebnis einer offiziellen Enquete an, die das Resultat der vom Genossen De Felice in ziemlich autoritärer Weise durchgeführten Munizipalisation der Brotbereitung dahin zusammenfaßt: 1. Das Brot wurde billiger geliefert als von privaten Bäckereien. 2. Die Lage der Bäckereiarbeiter besserte sich erheblich. 3. Es bestand Aussicht, die finanziellen Ergebnisse (vom 5. April 1903 bis 9. Juli 1904 85594 Lire Defizit) sich in Zukunft bessern zu sehen. Es bestehen zurzeit in Italien elf kommunale Brotbäckereien, von denen nur die von Palermo einige Bedeutung hat, nämlich eine Tagesproduktion von 200 Doppelzentnern und einen jährlichen Reingewinn von über 40000 Lire. Die Autorin hebt hervor, daß dieser Betrieb technisch nicht auf der Höhe steht.

Die kommunalen Schulküchen, die in Italien dadurch, daß der Volksschulunterricht sich über die Mittagszeit ausdehnt, eine viel größere Bedeutung haben als in Deutschland, finden eine eingehende Behandlung, für die Genossin Michels so gut wie gar keine Vorarbeit vorgefunden haben dürfte. Es bestehen in 33 Gemeinden kommunale Schulspeisungen. Die Stadt Mailand speist unentgeltlich 47734 Kinder, 27 Prozent der die Volksschulen besuchenden. Am höchsten ist der Prozentsatz der Gespeisten in dem hochindustriellen Vorort von Genua, Sampierdarena (78,3), und in Brescia (71,7).

Von sanitären Anstalten ist im Vergleich zu anderen Ländern recht wenig zu berichten. Turin hat ein eigenes Institut zur Herstellung von Pockenlymphe, weiter ein solches zur Bereitung Beringschen Serums und ein Pasteursches Institut. Kommunale Apotheken besaßen 12 Gemeinden; fast alle wurden erst nach dem Gesetz vom Jahre 1904 geschaffen, das alle Gemeinden zur unentgeltlichen Lieferung von Arzneimitteln an Unbemittelte verpflichtet. Eigene Gaswerke finden wir in 13 Gemeinden; das Buch gibt eine Statistik der Produktion und des Anlagekapitals, sowie der Produktionskosten und des Preises. Jeder, der sich mit der Frage beschäftigt, wird in dem Buche reiches Material finden; aber nur, wer in Italien lebt, wird voll die Summe von Arbeit zu würdigen verstehen, die das Sammeln der Angaben gekostet haben muß. Ein Vorzug der Arbeit ist es, daß all die Elemente Berücksichtigung finden, die den betrachteten Unternehmungen durch gesetzliche Bestimmungen oder Landesbrauch einen spezifisch italienischen Charakter geben. Die Arbeit ist von einer warmen, fast möchte ich sagen zu warmen Sympathie für italienische Verhältnisse getragen. Oda Olberg.

Zeitschriftenschau.

In der „Revue socialiste, syndicaliste et cooperative“ vom April ist ein Artikel von H. Langerock über **„Die Gewerkschaftsfrage in Amerika“** enthalten. Die sonderbarste Situation in der letzten Zeit war wohl die warme Begrüßung von Samuel Gompers durch die syndikalistische Arbeitskonföderation in Paris. Denn die Gewerkschaftsbewegung Amerikas, deren Haupt Gompers ist, zeigt zwei Hauptmerkmale: sie ist reaktionär und korrumpiert. Ähnlich wie die englische Gewerkschaftsbewegung ist die amerikanische älter als die politische Klassenpartei. Karl Marx sah mit einem bei so kritischem Denker ungewöhnlichen Optimismus in den englischen Trade Unions Organe des Klassenkampfes. Er ahnte nicht, daß diese sich zu Versicherungsgesellschaften entwickeln würden, die den

Gruppenegoismus an die Stelle des persönlichen Egoismus stellten; und erst allmählich, vor allem durch die Taff-Vale-Entscheidung aufgerüttelt, betreten sie den Weg einer fortschrittlichen Politik. Aber in Amerika hat es schon Hunderte von Taff-Vale-Entscheidungen gegeben, ohne die amerikanischen Gewerkschaften zu belehren. Sie werden mit Strafen überhäuft und müssen ihre Kassen für Entschädigungen an die Unternehmer leeren, aber sie bilden noch immer keine politische Partei. Um diese reaktionäre Unbeweglichkeit zu verstehen, muß man zuerst die Psychologie des amerikanischen Gewerkschafters kennen.

Die europäischen Arbeiter, die nach Amerika kamen, zogen immer bald nach dem Westen, wo die Löhne hoch waren und sie unabhängig, vielleicht Kleinmeister werden konnten. Die Verhältnisse des Mittelalters fanden sich hier reproduziert, und dazu paßte der alte kleinbürgerliche Geist, den sie mitbrachten. Diesen Geist bewahrten sie, als sie zum Kampfe gegen das gewaltig emporschießende Großkapital gezwungen waren; von Gesetzen der ökonomischen Entwicklung wissen sie nichts, und ihr Ziel war, ihre wirkliche oder erhoffte Lage als Kleinbürger zu behalten. Hinzu kam das freie Land im Westen und noch mehr die Illusion von freiem Land im Westen, die von den Bodenspekulanten absichtlich genährt wurde; danach schien immer noch die Möglichkeit zu bestehen, selbständig zu werden. Infolgedessen wurden die Organisationen nur eine erweiterte Form des persönlichen Egoismus. Die Gewerkschaft sucht das Angebot von Arbeitskräften künstlich zu beschränken; daher erhebt sie hohe Eintrittsgebühren und empfängt die aus Europa zuwandernden Kollegen wenig freundlich. Sie anerkennt die Lohnarbeit als ständige Erscheinung und sucht als Hauptziel Tarifverträge abzuschließen. Die A. F. L. gehört der Civic Federation an, die, vom Finanzmann Belmont geleitet, jetzt einen systematischen Feldzug gegen den Sozialismus eröffnet. Unter ihrem Druck werden die Gewerkschaften immer nach Washington geschickt, um dort für die Interessen ihrer Ausbeuter, zum Beispiel bei Zollberatungen, aufzutreten. Im Namen des gemeinsamen Interesses von Unternehmern und Arbeitern protestierten dort zum Beispiel die Eisenbahner gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die Arbeiter der Getränkeindustrie gegen Mäßigkeitsgesetze. Immer gilt das Gruppeninteresse am höchsten, und dafür werden die Gemeininteressen im Stiche gelassen. Neulich versuchten die Zimmerleute in Denver, für einige Pfennige Erhöhung des Stundenlohns im Interesse der Unternehmer die Bauarbeiterföderation zu zertrümmern. Durch die verschiedenen Termine der Tarifverträge können die Arbeiter verschiedener Berufe, die nebeneinander arbeiten, nicht zusammen kämpfen. Am schlimmsten sind die gegenseitigen Fehden der Gewerkschaften wegen Grenzstreitigkeiten; diese werden hauptsächlich noch verschlimmert durch die materiellen Interessen der Gewerkschaftsbureaukratie.

Diese Bureaukratie ist für die amerikanischen Gewerkschaften zugleich eine Quelle der Kraft wie der Schwäche. Sie bilden eine feste Organisation, die vor den Verfolgungen der Unternehmer, denen unbesoldete Funktionäre zum Opfer fallen würden, sicher ist. Aber diese besoldeten Beamten behandeln ihr Amt genau in derselben Weise wie ein kapitalistischer Beamter. Sie fühlen sich nicht als Diener und Sachwalter der Mitglieder, sondern gebrauchen ihr Amt für ihre persönlichen Interessen. In ihren Kongressen und Versammlungen reden sie über „ihre" Gewerkschaft, wie ein Kaufmann über sein Geschäft redet, als ein Besitztum. Das Gewerkschaftsamt ist für die Fähigsten nur eine Vorstufe, um höher zu steigen, ein Mittel, den Kapitalisten ihre Fähigkeit zu zeigen und ein gut besoldetes öffentliches oder privates Amt zu bekommen. In dieser Bureaukratie bildet sich eine Gruppensolidarität aus, unter der die Mitglieder am meisten leiden. Der amerikanische Gewerkschaftsbeamte ist käuflich und oft unehrlich; er benutzt seinen Einfluß, einen Streik zu bewirken oder zu beenden, zur Erpressung. Diese Tatsache, die europäische Leser kaum glauben werden, erklärt sich ganz aus der Psychologie der reaktionären Gewerkschafter.

Dieser reaktionäre Teil wird von den alten, verheirateten, fest eingesessenen Arbeitern gebildet, die in den lokalen Gruppen die Stimmenmehrheit bilden, während die jüngeren, wandernden Elemente fortschrittlicher sind. Oft sind Kleinmeister Mitglieder der Gewerkschaft, die sie dann für ihre Interessen gegen die großen Unternehmer benützen. Für diese reaktionären, orthodox religiösen Elemente, die die Gewerkschaft beherrschen, entsprach es völlig allen Anschauungen, daß sie bei den Wahlen für Bryan stimmen sollten. Langsam keimen unter den Schlägen der Gerichte einige Ideen über die Verwendung der Politik zum Arbeiterkampf, aber zuerst nur in der negativen Gompersschen Form der Belohnung der Freunde und Strafe für die Feinde. Das Wesentliche ist, daß die Führer sich nicht politisch festlegen wollen, damit sie ihren Einfluß möglichst teuer verkaufen können. Selbstverständlich geht die Bedeutung der Gewerkschaft dabei allmählich verloren. Wo die Trusts über die finanzielle Konzentration hinaus zu industriellen Monopolen geworden sind, verschwinden die Gewerkschaften, wie zum Beispiel im Gebiet des Stahltrusts; nur machtlose Vereine, die nicht mehr kämpfen, werden da geduldet. Natürlich entsteht unter dem Proletariat immer mehr Auflehnung gegen diese Zustände. Der industrielle Unionismus ist emporgekommen, und würde er nicht den französischen Syndikalismus nachahmen, so wäre er schon zu einer viel bedeutenderen Macht geworden. Die alte Föderation von Gompers läßt sich wohl etwas mitschleppen, aber sie denkt mit dem Bauch statt mit dem Kopf, versteht die sozialistische Entwicklung nicht und stirbt deshalb langsam ab.

„Frauenstimmrecht“ ist ein Artikel von L. M. Compain überschrieben, der die neuesten Fortschritte in Frankreich behandelt. Schon 1879 wurde ein feministischer Verein gegründet, der aber keine raschen Fortschritte machte. Damals stand das Wahlrecht nicht in der ersten Reihe der Forderungen, sondern die Eroberung der bürgerlichen Rechte und die Zulassung zum Studium. Jetzt sind die Frauen überall, in alle Schulen und Ämter eingedrungen; überall zeigen sie ihre Fähigkeit, aber die Wahlurne bleibt ihnen verschlossen. Bürgerliche Rechte haben sie kaum errungen, als einziges das Verfügungsrecht der verheirateten Frau über ihr Gehalt (durch das Gesetz vom 28. Juli 1907); die Feministen sehen immer klarer, daß das Wahlrecht den Schlüssel zu allen anderen Rechten bildet, und daher tritt die Frage des Wahlrechtes für sie immer mehr in den Vordergrund.

Es ist wichtig, daß die Wahlrechtskommission der Deputiertenkammer 1906 einen Vorschlag Dussaussoy annahm, den Frauen das Wahlrecht für die städtischen und Bezirkskörperschaften zu geben. Neulich hat im Namen dieser Kommission Ferdinand Buisson der Kammer eine dahingehende Gesetzesvorlage unterbreitet, die mit zahlreichen Materialien über das Frauenwahlrecht in anderen Ländern belegt war. Überall, wo die Frauen in gesetzgebende Körperschaften gewählt sind (Amerika, Kanada, Finnland, Norwegen, Schweden, Neuseeland, Australien), haben sie einen günstigen Einfluß ausgeübt. Die Furcht, sie würden dem Klerikalismus zum Siege verhelfen, hat sich dabei als nicht stichhaltig erwiesen.

Zugleich ist die öffentliche Meinung für das Frauenwahlrecht aufgerüttelt worden. Im März 1909 wurde die Union française gegründet, in der Kämpferinnen der verschiedensten Richtung (Republikaner, Sozialisten, Klerikale) zusammen tätig sind und die eine Zeitung und Agitationsschriften herausgibt. Anfangs 1910 hielt im Auftrag der Gruppe Solidarité Dr. Madeleine Pelletier eine große Versammlung ab, worin sie auch die klerikale Gefahr behandelte und zu dem Schlusse kam, daß diese angebliche Gefahr des Frauenwahlrechtes illusorisch und jedenfalls vorübergehend sei. Bald nachher wurde ein großes Meeting von mehreren Gruppen veranstaltet, wo Wortführer der verschiedensten Richtungen sich für das Frauenstimmrecht aussprachen. Der Erfolg dieses Meetings zeigt, daß die Sache des Frauenwahlrechtes in Frankreich rasch vorwärtsschreitet.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 47 Ausgegeben am 19. August 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Bismarck und Cavour.

Berlin, 13. August 1910.

Vor einigen Tagen, am 10. dieses Monats, kehrte der hundertste Geburtstag Camillo Cavours wieder. Er ist in Italien festlich begangen worden, und auch einzelne Blätter in Deutschland haben des Tages gedacht, wobei es nahe lag, einen Vergleich zwischen Bismarck und Cavour zu ziehen. Es war gar nicht so übel, wenn eine freisinnige Zeitung meinte, Cavour habe noch auf seinem Sterbebett jeden für einen Esel erklärt, der nur mit dem Belagerungszustand regieren könne, während Bismarck eigentlich nie ohne Belagerungszustand ausgekommen sei.

In der Tat war von den beiden Ministern, deren einer nach der landläufigen Vorstellung die deutsche, der andere die italienische Einheit geschaffen haben soll, Cavour der ungleich feinere, freiere, vornehmere und namentlich modernere Geist. Geboren in dem Königreich Piemont, das aus dem italienischen Leben halb herausgewachsen war, wie das Königreich Preußen halb aus dem deutschen Leben, war Cavour der Sproß eines bigotten und reaktionären Junkergeschlechtes, das seinen reichlichen Anteil hatte an dem Fluche, den der deutsche Dichter auf Piemont schleuderte:

> Unglückseliges Land, wo stets militär-jesuitisch
> Söldner und Pfaffen zumal saugen am Marke des Volks.

Die Ähnlichkeit mit dem edlen Preußentum springt auch hier in die Augen. Der junge Cavour hat sich aber früh von den Überlieferungen seiner Familie und seiner Klasse zu emanzipieren gewußt, viel früher und namentlich viel gründlicher als Bismarck. In dem Lebensalter, wo dieser noch auf den väterlichen Sandbüchsen in Hinterpommern, verkommen wie sie waren, ein müßig-wildes Leben führte, trieb Cavour, obschon er als jüngerer Sohn nur mäßig bemittelt war, auf seinem Landgut Leri bereits Landwirtschaft in großem Stile, versuchte neue Untergrundpflüge, pflanzte Riesenspargel, errichtete Düngerfabriken und Zuckersiedereien, half die Paketbootfahrt auf dem Lago

Maggiore gründen. So wurde er ein reicher Mann, ohne je auf Dotationen aus dem Säckel der Steuerzahler oder auf patriotische Sammlungen angewiesen zu sein.

Cavour kannte die klassischen Ökonomen Englands, die Adam Smith und Ricardo, aus dem Grunde und wußte sehr genau, von woher die Quellen des bürgerlichen Reichtums fließen. Das waren böhmische Dörfer für Bismarck, dem volkswirtschaftliche Bildung immer fremd geblieben ist. Sicherlich war auch Cavour ein Gegner des Sozialismus, von dem er nichts verstand; „der kommunistische Grundbesitz eurer Bauern ist uns gefährlicher als alle eure Heere“, sagte er noch in seinen reiferen Tagen einmal zum russischen Gesandten. Ein freundliches Geschick hat ihm erspart, die Tage zu erleben, wo seine liberale Gesinnung auf eine härtere Probe gestellt worden wäre, als durch die Sorge um den russischen Bauernkommunismus. Möglich, daß er dann auch gestrauchelt wäre; sicher, daß er auf einem anderen Gebiet, auf dem Bismarck auch nur mit Ausnahmegesetzen wirtschaften konnte, sich davon vollkommen freigehalten hat.

Er hat nie der unvergleichlichen Torheit gehuldigt, die katholische Kirche mit Gendarmen bekämpfen oder gar unterwerfen zu können. „Wo ist die Freiheit,“ meinte er, „die keine bitteren Früchte bringt? Ist es den Klerikalen einst, da sie über die weltliche Gewalt geboten, nicht gelungen, den Triumph der liberalen Ideen zu verhindern, um wieviel minder heut, da wir sie mit der Schule, der Presse und dem freien Worte bekämpfen können?“ Wobei man dann auch nicht vergessen darf, daß die kirchlichen Fragen mit ganz anderer, mit viel unheimlicherer Glut auf dem Haupte Cavours brannten als auf dem Haupte Bismarcks.

Die italienische Einheit soll Cavour aber nur durch die Hilfe des Auslandes, durch schwere Opfer an auswärtige Despoten, auf rohen und tumultuarischen Wegen herzustellen gewußt haben. Als ob Bismarck in diesen Dingen eine weiße Weste gehabt hätte! Er war doch auch mit dem Ausland verbindet, als er im Jahre 1866 den deutschen Bruderkrieg entzündete; er hat bei Bonaparte ebenso antichambriert wie Cavour, nur daß er den Dezembermann, wenn auch nicht geschickter, so doch glücklicher zu prellen gewußt hat. Er hat sich die Bissen, die er dem gierigen Wolfe hinhielt, nicht aus der Hand schnappen lassen, wie es das Los Cavours war. Cavour hat schließlich Savoyen und Nizza herausrücken müssen, während Bismarck Mainz und die Rheinpfalz vor dem bonapartistischen Appetit schließlich zu sichern verstand. Aber Bismarck hatte alle Machtmittel eines großen und siegreichen Staates hinter sich, während Cavour an der Spitze eines Mittelstaats stand, der die Aristokratie Italiens eben erst zu verspeisen begonnen hatte. Solche Gaunereien mit dem Ausland sind sicherlich alles andere eher als schön, aber wenn man sie einmal nach den heiligen Überlieferungen der Diplomatie als gottgegebene Notwendigkeiten ansieht, so ist es schließlich Hose wie Jacke, ob der eine dabei mehr Verstand als Glück, oder der andere mehr Glück als Verstand gehabt hat.

Mit den „rohen und tumultuarischen Wegen“, auf denen Cavour zur italienischen Einheit gelangt sein soll, im Gegensatz zu der, wie Treitschke und Genossen sich auszudrücken belieben, „geordneten politischen Aktion“ Bismarcks

hat es nun vollends seine guten Wege. Cavour hat mit der revolutionären Partei seiner eigenen Nation sich einzurichten verstanden, während Bismarck durch revolutionär klingende Redensarten die Böhmen und Ungarn zum Hochverrat an den gottgegebenen Rechten ihres Souveräns von Gottes Gnaden aufzustacheln versuchte; man stelle sich nur das Gebrüll unserer abgestempelten Patrioten vor, wenn einmal ein russisches Heer in die Provinz Posen mit wörtlich demselben Manifest an die polnische Bevölkerung einrücken wollte, womit Bismarck 1866 beim Einmarsch der deutschen Truppen in Böhmen die tschechische Bevölkerung harangierte. Am letzten Ende hat Cavour ein einiges Italien geschaffen, als Monarchie zwar nur, aber doch ohne alle Untersatrapen und nur mit dem Verlust von ein paar hunderttausend meist französischer „Untertanen" seines angestammten Königshauses an Frankreich, während Bismarck einen großen Teil Deutschlands in die preußische Kaserne gesperrt hat, mit Beibehaltung von zwei oder drei Dutzend Mittel- und Kleinstaaten und mit Opferung von acht oder zehn Millionen Deutscher an die slawischen Mehrheitsvölker in Österreich. Man bilanziere die Rechnung wie man will, es bleibt immer ein erhebliches Plus auf der Seite Cavours.

Nur freilich — in einem gewichtigen Punkte schwankt die Wage wieder. Es ist eine schiefe Voraussetzung, daß der eine die deutsche und der andere die italienische Einheit gemacht; wie alle Menschen hingen auch sie mehr von den Umständen wie von ihrem Willen ab, und es ist nicht ausschließlich Cavours Verdienst, daß er vernünftiger, und nicht ausschließlich Bismarcks Schuld, daß er unvernünftiger vor dem Urteil der Geschichte erscheint. Wenn heute dies und jenes angeärgerte Freisinnsblatt seine ganz witzigen Bemerkungen über die verschiedene Stellung der beiden Minister zum Belagerungszustand und sonstigen Staatsstreicheleien macht, so muß man ihm ehrlicher- und gerechterweise antworten: Vous l'avez voulu, George Dandin! Hätte Cavour mit einer so feigen und kurzsichtigen Bourgeoisie zu schaffen gehabt wie Bismarck, so hätte er sich vielleicht auch zu einem „Säkularmenschen" ähnlichen Kalibers ausgewachsen; hätte Bismarck sich mit einer Bourgeoisie abzufinden gehabt, wie sie sich in den italienischen Einheitskämpfen bewährt hat, so wäre ihm nimmermehr die Verpreußung der deutschen Nation gelungen.

Dies ist schließlich der entscheidende Gesichtspunkt, sintemalen nicht die Könige ihre Völker, sondern die Völker ihre Könige machen. Wenn Bismarck niemals aus seiner Junkerhaut heraus konnte, so war das sein persönliches Pech, aber daß sich dies persönliche Pech zu einem nationalen Unglück auswuchs, das hat in erster Reihe die liberale Bourgeoisie verschuldet. Was für ein elender Abklatsch des italienischen Nationalvereins war jenes deutsche Gewächs gleichen Namens, das einige Jahre hindurch halb allgemeine Heiterkeit und halb allgemeine Verachtung hervorrief. Als das Volk von Florenz im Jahre 1859 den Großherzog von Toskana, der persönlich ein ganz achtbarer Mann und jedenfalls nicht, wie etwa der König von Hannover und andere deutsche Potentaten, mit Eid- und Verfassungsbrüchen besudelt war, zum Teufel jagte, stellte sich der Führer der Liberalen, Baron Ricasoli, an seine Spitze, indem er die provisorische Regierung übernahm, und diese ent-

schlossene Haltung schaffte ihm solch Ansehen, daß er nach dem Tode Cavours zum leitenden Minister des Königreichs Italien ernannt wurde. Als Bismarck aber im Jahre 1866, von der Not gedrängt, dem Führer der hannöverschen Liberalen, der zugleich erster Vorsitzender des Nationalvereins war, Herrn v. Bennigsen, die provisorische Regierung des Königreichs Hannover antrug, lehnte dieser heroische Politiker fürsichtiglich ab, was ihm den tragikomischen Lohn bescherte, daß er trotz jahrzehntelanger heißer Bemühungen nie zum preußischen Minister avancieren konnte, da der alte Wilhelm meinte, daß ein Mann, dem einmal angeboten werden konnte, an die Stelle seiner Obrigkeit von Gottes Gnaden zu treten, dadurch schon verdächtig genug geworden sei.

Es ließe sich noch eine ganze Reihe solcher Gegensätze anführen, die in ein blendend klares Licht stellen, daß die deutsche Bourgeoisie ein gerüttelt und geschüttelt Teil der Schuld, ja die Hauptschuld daran trägt, daß Bismarck historisch in ungleich ungünstigerem Lichte steht als Cavour. Nach solchen Proben, wie ich deren eine oben angeführt habe, war es psychologisch nur zu erklärlich, daß Bismarck die Bourgeoisie verachten konnte als eine Rotte von Feiglingen, die schon beim Runzeln seiner Augenbrauen das Hasenpanier ergriffen. Und so wuchsen sich seine ostelbischen Junkerinstinkte immer maßloser aus.

Auch er ist nur ein Opfer der Verhältnisse gewesen, die er mit unumschränkter Machtvollkommenheit zu beherrschen wähnte; an den Lasten der Sklaven ist der Sklavenvogt dahingesiecht. Wie es auf der anderen Seite das Verdienst der italienischen Bourgeoisie ist, wenn sie das Andenken ihres Helden ohne Reue und Scham feiern darf.

Japanisch-amerikanische Probleme.

Von **S. Katayama** (Tokio).

1. Die ersten Beziehungen zwischen Japan und Amerika.

Japan verdankt Amerika seine Einführung in den Bereich der westlichen Kultur. Es war Amerika, das zuerst in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Handelsbeziehungen mit Japan anknüpfte.

Allerdings wurde jene Bestimmung der Extraterritorialität,[1] die Japan während fast eines halben Jahrhunderts aufs tiefste demütigte, von dem amerikanischen Konsul Townsend Harris entworfen und eingeführt; trotzdem betrachteten die Japaner Amerika als treuen Freund und Berater. In der Tat begegnen die Japaner unter den Amerikanern vielen warmen und treuen Freunden; der Schreiber dieses selbst fühlt sich Amerika und vielen Amerikanern für freundliche und warme Aufnahme in ihrem Lande verpflichtet. Er dankt Amerika seine Erziehung, und viele Japaner fühlen gleich ihm. Es ist unser aufrichtiger und ernster Wunsch, daß das Verhältnis zwischen den beiden Ländern so freundschaftlich und herzlich bleibe, wie es in der Vergangenheit war.

---

[1] Nach der Bestimmung der ersten Verträge unterstanden die Europäer und Amerikaner, die in Japan lebten, weder der Gerichts- noch der Administrativgewalt dieses Landes (Anmerkung der Redaktion).

Amerika ist von unserem Lande nur durch den Stillen Ozean getrennt, und die Entfernung wird fortwährend durch die Entwicklung der Transportmittel verringert.

Die Japaner gehen gern nach Amerika zum Zwecke der Ausbildung, des Studiums, und zur Benutzung der Hilfsmittel, die dieses Land in so überreichem Maße besitzt. Zahlreiche Japaner besuchten in jungen Jahren amerikanische Colleges und Akademien, um sich für die Anforderungen des modernen Lebens vorzubereiten, und viele von diesen nehmen heute in Japan leitende Stellungen in der Politik ein.

Dies waren die ersten Beziehungen, die sich zwischen den beiden Ländern herausbildeten.

2. Das Problem der Einwanderung.

Vor etwa fünfundzwanzig Jahren, als die Chinesen aus den Vereinigten Staaten ausgeschlossen wurden, trat längs der Küsten des Stillen Ozeans ein Mangel an Arbeitskräften auf. Damals gab es erst wenige Japaner in den Vereinigten Staaten. Insbesondere war es den Eisenbahnunternehmern darum zu tun, den Platz der vertriebenen Chinesen mit neuem Arbeitermaterial zu füllen, und so kamen viele Tausende Japaner zum Eisenbahnbau ins Land. Auch heute noch arbeiten an den Eisenbahnlinien westlich von Chicago Zehntausende von Japanern. Sie treten dabei in Wettbewerb mit Griechen und Italienern.

Doch gaben sich die Japaner in Amerika nicht mit den rohen Erdarbeiten beim Eisenbahnbau zufrieden, sondern sie wandten sich auch dem Landbau und der Obstkultur, insbesondere dem Anbau von Erdbeeren und später auch von Kartoffeln und Sellerie zu. In der Kultur von Gemüse, Zuckerrüben und Blumen sind viele Tausende von Japanern auf Hunderttausenden Acres Land beschäftigt. Außerdem stellen sie ein zahlreiches Kontingent von Dienstboten.

Seit ungefähr zehn Jahren verbietet die japanische Regierung aus Furcht vor internationalen Verwicklungen Arbeitern, insbesondere Fabrikarbeitern, die Auswanderung nach Amerika. Daher kommt es, daß es unter den mehr als hunderttausend Japanern in den Vereinigten Staaten so wenige gelernte Arbeiter gibt.

3. Die Schulfrage in Kalifornien.

Eine japanerfeindliche Bewegung hat es, schon lange bevor die Schulfrage von 1904/05 auftauchte, gegeben, sie war aber auf die Kreise der Gewerkschaften beschränkt. Seit dem letzten Kriege traten die Japaner in Amerika selbstbewußter auf, und zugleich erlangten einige Russen, indem sie sich die Bigotterie mancher Gewerkschafter zunutze machten, Einfluß auf die damals von den Gewerkschaften beherrschte Verwaltung von San Francisco. Daß einige Japaner, welche die Elementarschulen in San Francisco besuchten, über das schulpflichtige Alter hinaus waren, gab den Vorwand zu einem Gesetz, das alle Japaner, auch die in Amerika geborenen, von den öffentlichen Schulen ausschloß. Infolgedessen kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Kabinetten von Tokio und Washington. Um wenigstens nach außen hin die nationale Ehre und Würde davor zu bewahren, daß japanische Kinder prinzipiell von den Schulen ausgeschlossen würden, mußte die japanische Regierung der amerikanischen versprechen, daß sie gegen ein Gesetz, das eine

Einwanderung der Japaner nach Amerika von Hawai oder von den Philippinen aus verbietet, keine Einwendungen erheben und daß sie selbst ihren Untertanen nicht gestatten würde, nach den Vereinigten Staaten auszuwandern. Die in dieser Zusicherung enthaltene Erniedrigung ist allerdings weit ärger, als es die Ausschließung einiger Schulkinder von den Schulen der Weißen gewesen wäre. Wie immer dem sei, die japanische Diplomatie schlug diesen Weg ein, und jenes damals gegebene Versprechen besteht heute noch zu Recht und wird auf japanischer Seite mit größter Genauigkeit eingehalten. Tatsächlich wird keinem Japaner, sei er Arbeiter oder Student, selbst nicht den Verwandten der in Amerika wohnhaften Landsleute, nur mit Ausnahme der Gattinnen, die Auswanderung dorthin gestattet. Selbst Kaufleuten wird diese Erlaubnis nicht leicht erteilt. Nur den Japanern, die schon *vor* jenem Abkommen in Amerika seßhaft waren, ist die jedesmalige Rückkehr in dieses Land gestattet, und die Kontrolle darüber wird von der amerikanischen Regierung mit allen möglichen Schikanen und Belästigungen ausgeübt.

4. Japanische Arbeit auf den Zuckerplantagen von Hawai.

Zum Verständnis der Frage der Einwanderung japanischer Arbeiter in Amerika ist es nötig, mit wenigen Worten auf die Geschichte der Zuckerarbeiter in Hawai einzugehen.

Vor etwas mehr als dreißig Jahren kamen die ersten japanischen Arbeiter nach jenen Zuckerplantagen, als das Inselreich noch unter der Herrschaft seines eignen Königs Kalakawa stand. Die Pflanzer waren schon damals fast durchweg Amerikaner. Japan sandte seine armen Söhne nach Hawai, damit sie dort gleich Sklaven arbeiteten, und die japanische Regierung sandte ihnen selbst ihre Polizisten nach, um sie zu überwachen, natürlich nicht in ihrem eigenen Interesse, sondern in dem ihrer kapitalistischen Ausbeuter.

Mit der Annexion Hawais durch die Vereinigten Staaten änderte sich die Lage dieser armen Sklaven. Sie konnten nun nach den Vereinigten Staaten auswandern, und viele taten dies auch. Als dann die japanische Regierung ihren Untertanen verbot, nach den Vereinigten Staaten direkt auszuwandern, gestattete sie es ihnen, wissentlich oder nicht, auf dem Umweg über Hawai.

Nun sandte die amerikanische Regierung, in Wirklichkeit aber eigentlich die Zuckerpflanzer von Hawai, Agenten, meist Ärzte, nach den japanischen Häfen, und diese untersuchten dort die nach Hawai bestimmten Auswanderer. Von diesen wählten sie aber vorsätzlich stets nur die Dümmsten und Unwissendsten aus, mit besonderer Vorliebe stämmige Bauernburschen. Sie taten das mit der Absicht, den Zuckerpflanzern ein möglichst williges Sklavenmaterial zu verschaffen. So wurde es in Japan bald zur stehenden Redensart: „Um die ärztliche Untersuchung beim amerikanischen Konsulat in Yokohama oder Kobe zu bestehen, braucht man nur schmutzige Kleider anzulegen und dumm dreinzuschauen. Denn die Plantagenbesitzer von Hawai brauchen nur Sklaven, die wie die Maultiere arbeiten, ohne zu murren." So gehörten die japanischen Arbeiter, die bis zur Erlassung des oben erwähnten Verbots von Hawai nach den Vereinigten Staaten auswanderten, zu den zurückgebliebensten und tiefststehenden Japans.

In dem hawaischen Inselreich leben jetzt mehr als 70000 japanische Arbeiter. Nach der Annexion durch die Vereinigten Staaten mußten ihre Löhne etwas erhöht werden, um sie von der Auswanderung nach Amerika

abzuhalten. Als ihnen diese aber gesetzlich verboten wurde, setzten die Pflanzer sofort die Löhne herab und behandelten ihre Arbeiter wieder wie Sklaven. Daraufhin traten diese in Streik um bessere Behandlung und höhere Löhne. Nach dreimonatigem heldenhaften Kampfe wurden sie jedoch von den Pflanzern mit Hilfe der Regierungen von Amerika, Japan und Hawai niedergerungen. Es ist eine sonderbare, aber bezeichnende Tatsache, daß sie dabei weder von den amerikanischen Gewerkschaften noch auch von der Sozialistischen Partei die geringste Hilfe erhielten. Ja, beide Organisationen ließen es ruhig geschehen, daß Streikbrecher von Amerika nach Hawai gingen und daß direkt unter den Augen der Bundesbehörden Kontraktarbeiter dort eingeführt wurden. Bezüglich der Gewerkschaften darf man sich nicht viel wundern, da sie die Japaner überhaupt als Lohndrücker und Arbeiterfeinde betrachten. Es ist aber nicht zu begreifen, daß auch die Sozialistische Partei und die sozialistische Presse nichts zur Unterstützung eines Streiks taten, der mit solcher Geschicklichkeit und solchem Heldenmut geführt wurde.

Die Pflanzer in Hawai hatten nun zu ihrem Schrecken erfahren, daß sich die japanischen Arbeiter trotz Regierung und Militärgewalt nicht wie Sklaven behandeln ließen, und so gingen sie darauf aus, sie durch Einfuhr von Arbeitskräften anderer Nationalität zu ersetzen. Zuerst machten sie den Versuch mit Philippinos, und als dieser fehlschlug, versuchten sie es mit Russen, abermals ohne Erfolg, und endlich mit Portugiesen. Hier in Hawai war das Einwanderungsgesetz außer Kraft gesetzt und es verhinderte nicht den Import von Kontraktarbeitern; die amerikanischen Gewerkschaften aber schweigen dazu wie das Grab.

Die Amerikaner und die Hawaier, die Bundes- und die Lokalregierung sind einig in der Propaganda für die Vertreibung der japanischen Arbeiter aus dem Inselreich. Dabei gibt es unter den 70000 Japanern in Hawai viele, die schon vor der Annexion dort lebten; mehr als 10000 Japaner sind dort geboren, und viele Tausende betrachten Hawai als ihre Heimat. Ihnen verdankt Hawai größtenteils seine heutige Blüte. Und trotz alledem will man sie nun vertreiben, nur weil man sich fürchtet, sie könnten um höhere Löhne und bessere Behandlung streiken und sich mit der Lebensweise von Sklaven nicht zufrieden geben. Es bleibt allerdings fraglich, ob dieser Ausschluß gelingen wird, trotz des brutalen Vorgehens Roosevelts und seiner Anhänger. Durch ein schweigendes Übereinkommen zwischen der amerikanischen und der japanischen Regierung ist es heute jedem Japaner verwehrt, nach Hawai zu gehen. Es ist aber klar, daß sich die japanische Regierung nur durch den schwersten Druck der amerikanischen zu dieser Selbsterniedrigung zwingen ließ. Ein solch gespanntes Verhältnis birgt schwere Gefahren in sich.

5. Rechte der Japaner in Amerika.

Japan besitzt einen Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten so wie mit anderen Staaten. Tatsächlich aber genießen die Japaner in Amerika nicht dieselben Rechte wie andere Ausländer. Die Ursache davon ist, daß es ihnen nicht möglich ist, in den Vereinigten Staaten das Bürgerrecht zu erlangen. Diese Benachteiligung ist auf eine Interpretation der Verfassung zurückzuführen, die Präsident Roosevelt von seinem getreuen Generalanwalt durchführen ließ. Die Absicht dabei war zweifellos Stimmenfang an den pazifischen Küsten. In diesem Vorgehen hat sich Roosevelts Japanerhaß wieder gezeigt,

wie schon vordem in seiner Rede von New-Port und in dem „Outlook"-Artikel kurz vor seiner Abreise nach Afrika. Diese Erklärung Roosevelts wurde von den Staaten der pazifischen Küste sofort ausgenutzt, und die Japaner wurden um verschiedene Rechte gebracht und mannigfach geschädigt, bloß deshalb, weil sie nicht Bürger werden können. Selbst Gewerkschaften stellen sich auf den Standpunkt, daß Japaner als Mitglieder nicht aufzunehmen sind, weil ihnen das Bürgerrecht der Vereinigten Staaten nicht zugänglich ist.

Vor Roosevelts Erklärung konnten die Japaner in verschiedenen Staaten die Naturalisation erlangen, und viele taten das auch; durch jene Erklärung wurde aber ihr Bürgerrecht wieder aufgehoben. Dieser Rechtszustand ist für sie eine Quelle von Demütigungen und Benachteiligungen der verschiedensten Art geworden.

6. Die japanerfeindliche Bewegung in Amerika.

In politischer Hinsicht ist das Zentrum der japanerfeindlichen Bewegung Washington und insbesondere Mr. Roosevelt. Ihr Hauptbetätigungsgebiet aber findet sie an den pazifischen Küsten. Dort macht sie sich im sozialen und industriellen Leben am stärksten fühlbar. Der Stimmenfang in diesen Gebieten läßt auch die Demokratische Partei ebenso wie die Republikanische dieser japanerfeindlichen Stimmung schmeicheln.

Als Gründe für die japanerfeindliche Bewegung werden hauptsächlich angeführt: erstens: die Japaner arbeiten billiger als die Weißen; zweitens: die Japaner leben billiger als jene; drittens: die Japaner assimilieren sich nicht der westlichen Zivilisation und sind zu chauvinistisch gesinnt, um jemals richtige Amerikaner zu werden, und viertens endlich: die Japaner sind ein unmoralisches Volk.

Alle diese Anschuldigungen sind vollständig unberechtigt. Man muß bedenken, daß aus den oben angeführten Gründen die Mehrheit der nach Amerika eingewanderten respektive von den Eisenbahngesellschaften und Einwanderungsagenten früher importierten Japaner einem ziemlich niedrigen Arbeitertypus angehört und ihnen überdies der Eintritt in die Gewerkschaften verwehrt ist, sie also geradezu verhindert werden, ihre Lebenshaltung zu heben. Allerdings arbeiten die Japaner billiger als die Weißen im allgemeinen; das tun aber auch die Italiener und Griechen. Andererseits sind aber die Löhne japanischer Arbeiter bei der Obsternte und in der Zuckerindustrie bedeutend höher als die der Weißen. Es geht also wohl nicht an, die niedrigeren Löhne als Argument gerade gegen die Japaner auszuspielen.

Es mag wahr sein, daß die Japaner billiger leben als die Weißen, denn sie sind an diese Lebenshaltung gewöhnt. Man wird aber finden, daß der Aufwand der Japaner nicht geringer ist als der der Weißen, sobald sie die gleichen Löhne erhalten. Wir haben in Japan ein Sprichwort: „Kein Arbeiter behält seinen Lohn über Nacht." Das heißt, daß unsere Arbeiter alles ausgeben, was sie verdienen.

Die Japaner sollen unfähig sein, sich der amerikanischen Zivilisation zu assimilieren! Bekanntlich sind die Japaner das anpassungsfähigste Volk der Welt. Die alten Japaner entlehnten ihre Zivilisation und Literatur den Chinesen und den alten Holländern. Seit fünfzig Jahren übernehmen die Japaner alle möglichen Errungenschaften des Westens und haben gezeigt, daß sie sie wohl zu verwerten wissen. In Amerika selbst haben sich die Japaner

die Kultur des Landes zu eigen gemacht, und nun kommen die Amerikaner und stempeln sie als Asiaten zu einer minderen Menschengattung. Unter diesem Vorwand und weil die Japaner vom Bürgerrecht ausgeschlossen sind, versagt man ihnen alle Rechte und Vorteile, die Italiener, Griechen und Armenier ohne weiteres genießen. Würde man die Japaner den Weißen gleichstellen und ihnen dieselben Aussichten und Möglichkeiten bieten wie jenen, so würden sie sich ihnen auch als gleich und ebenbürtig erweisen. So aber gebrauchen die Amerikaner dasselbe Argument gegen die Japaner, das die Feinde des Frauenwahlrechtes gegen die Frauen ins Treffen führen.

Ebensowenig berechtigt ist der Vorwurf, die Japaner seien zu chauvinistisch, um sich amerikanisieren zu lassen. Bisher hat man ja den Versuch noch nicht gemacht, sondern ihnen vielmehr die Naturalisation in Amerika verboten. Wenn die Japaner einmal Amerika als ihre Heimat werden betrachten dürfen, dann werden sie auch Patriotismus für dieses Land empfinden.

„Die Japaner haben keine Moral." Dieser Ruf wurde gegen die Japaner in Amerika zuerst von eifrigen Christen in San Francisco erhoben und dann von der Anti-Japanese-League weiter verbreitet, und nun erschallt dieser Ruf gegen die Japaner über ganz Amerika. Diese Beschuldigung ist so völlig unbestimmt, daß es unmöglich ist, sie durch Tatsachen zu widerlegen. Irgendwelche bestimmte Anklagen werden gar nicht erhoben, aber dieser allgemeine Vorwurf muß stets herhalten, wenn alle anderen versagen, er bietet das Stichwort für die japanerfeindliche Bewegung.

Es wird behauptet, daß die Arbeit der Japaner die Löhne der Weißen herabdrücke. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Denn während der letzten zehn Jahre haben sich, wie die Statistik beweist, die Arbeitslöhne an den Küsten des Pazifischen Ozeans stetig gehoben. Die Arbeitsverhältnisse sind dort bedeutend besser als zum Beispiel in Philadelphia oder Pittsburg, wie Spargo auf dem Sozialistenkongreß, der kürzlich in Chicago stattfand, nachgewiesen hat.

Die Japaner haben zur Entwicklung der pazifischen Küstenstaaten ihr reichlich Teil beigetragen, und auch heute noch sind hunderttausend oder mehr Japaner an dem Aufbau der Industrie an den pazifischen Küsten beteiligt. Es besteht nicht die Spur eines Beweises, daß die Japaner bisher der amerikanischen Zivilisation irgendwie geschadet haben, und ebensowenig besteht eine Gefahr, daß sie das jemals tun würden.

7. Die Sozialistische Partei und die Einwanderungsfrage.

Zu meinem größten Bedauern muß ich feststellen, daß viele Sozialisten in Amerika stark von Vorurteilen gegen die japanische Einwanderung beherrscht werden. Das hat sich bei den internationalen Kongressen von Amsterdam und Stuttgart sowie bei dem nationalen Parteitag, der vor zwei Jahren in Chicago abgehalten wurde, gezeigt, noch deutlicher aber bei dem kürzlich im Mai abgehaltenen Kongreß von Chicago, als dieser den Bericht des Komitees entgegennahm, das vor zwei Jahren zur Untersuchung der Frage der asiatischen Einwanderung eingesetzt worden war. Die von der Mehrheit des Komitees vorgeschlagene Resolution verlangte die völlige Ausschließung der Japaner, Koreaner und Chinesen. Tatsächlich handelt es sich aber nur um die Japaner, da derzeit die Chinesen gänzlich ausgeschlossen sind und die Koreaner überhaupt nicht in Betracht kommen. Bei den hitzigen Debatten, die über diese Frage auf dem Chicagoer Parteitag geführt wurden,

überschütteten die Befürworter der Majoritätsresolution die Japaner geradezu mit Ausdrücken des Hasses und der Verwünschung. Diese Stimmung beherrschte auch die Majoritätsresolution selbst sowie die Rede, mit der Unterman, der Vorsitzende des Komitees, ihre Annahme dem Kongreß empfahl. Ich will einige besonders charakteristische Stellen aus dieser Rede anführen.

„Indem wir die Politik der Einschränkung der Einwanderung oder selbst der Ausschließung bestimmter Rassen befürworten, setzen wir uns nicht notwendig in Widerspruch mit dem Prinzip der Solidarität der Arbeiterklasse.“

„Jede Maßregel, welche nicht den unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten dient, ist fruchtlos und reaktionär.“

„Die gegenwärtige Lage zwingt uns, eine wichtige Ausnahme (von der Stuttgarter Resolution) in Sachen der Einwanderung bestimmter Nationen zu machen; diese Ausnahme bezieht sich auf die Masseneinwanderung von Chinesen, Japanern, Koreanern und Hindus nach den Vereinigten Staaten. Wir empfehlen die unbedingte Ausschließung dieser Rassen, nicht als Rassen an sich — nicht als Völker mit bestimmten physiologischen Merkmalen —, sondern aus dem offensichtlichen Grunde, daß diese Völker Teile der Erde bewohnen, in denen sie so weit hinter der allgemeinen modernen Entwicklung der Industrie und der Wirtschaft überhaupt zurückgeblieben sind, daß sie ein Hindernis und zugleich eine Drohung bilden für den Fortschritt der angriffslustigsten und tatkräftigsten Elemente unserer Arbeiterschaft.“

„Wir senden“, rief Unterman mit Emphase, „Millionen an Kapital nach China und Japan zur Förderung ihrer Industrien, und was schicken sie uns als Entgelt? — Streikbrecher und Kontraktarbeiter.“

Viktor Berger von Wisconsin sprach sich ebenfalls für die Ausschließung der Asiaten aus, indem er dem Parteitag empfahl, sich von jedem dogmatischen Fanatismus fernzuhalten. Er wies auf die S. L. P. und die I. W. W. als Beispiele für die Folgen eines solchen Fanatismus hin und erklärte, die Sozialistische Partei müsse sich für die Ausschließung der Asiaten aussprechen, da diese von den amerikanischen abweichende Sitten hätten und sich amerikanischem Leben nicht anpassen könnten.

„Ich glaube an das Wort von Karl Marx: ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch‘, aber das bedeutet nicht, daß wir uns in Chicago, in Milwaukee oder in New York vereinigen müssen.“ So Viktor Berger.

„Es ist dies“, fuhr er fort, „hauptsächlich eine Frage der Zivilisation. Wir haben eben eine verschiedene Lebenshaltung. Der Mongole kommt hierher, lebt billig und erwirbt bald Eigentum. Die Folge ist, daß wir einen gelben Mittelstand bekommen. Einen Vorschlag, der mich in die Lage versetzen würde, von 50 Cents im Tage leben zu müssen, werde ich bekämpfen wie ein Tiger. Ich hoffe, Sie alle werden das gleiche tun.“

Unterman, der Vorsitzende des Einwanderungskomitees, zog einen Vergleich zwischen Amerika und Europa, indem er Amerika als Einwanderungsland, Europa als Gebiet der Auswanderung bezeichnete.

„Revolutionäre Phrasen“, meinte er, „haben bei uns keine Geltung. Hier kommt es auf vernünftiges Handeln an. Das Gesetz der Selbsterhaltung kann uns zwingen, Schritte zu tun, die bei den Sozialisten Europas keine Zustimmung finden mögen. So wie die Lebensbedingungen sich wandeln, so müssen es auch die Anschauungen und Aktionen der Sozialistischen Partei.“

Zum Beweis dafür, daß die sozialistischen Parteien oder zumindest die besten Denker in den verschiedenen sozialistischen Parteien nicht jederzeit von den gleichen Anschauungen beherrscht sein können, berief sich Unterman auf die erregte Debatte zwischen Bebel und Hervé über die Frage des Antimilitarismus.

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch", fuhr Unterman fort, „heißt nicht, daß die Arbeiter der ganzen Welt nach einem Lande auswandern sollen."

Gegen diese Argumente wandte sich Spargo im Namen der Minorität des Komitees. Er wies darauf hin, daß den 6 Staaten, die für die Beschränkung der Einwanderung sind, 36 andere gegenüberstehen, die durch sie nicht berührt werden.

„Wenn das Verlangen nach Ausschließung der Chinesen und Japaner", sagte er, „damit begründet wird, daß ihre Lohnansprüche geringer sind als die der amerikanischen Arbeiter, so gilt derselbe Einwand gegenüber den Juden und Italienern."

Zum Beweis dafür schilderte er die schauderhaften Zustände im Ghetto und im Italienerviertel von New York.

„Die Gewerkschaften", fuhr er fort, „trifft die Verantwortung dafür, daß so viele Ausländer ihnen nicht beitreten und so in hilfloser Vereinzelung bleiben. Aber auch der Sozialistischen Partei ist in dieser Hinsicht, wenn auch in geringerem Grade, ein Vorwurf nicht zu ersparen. Auf einem großen Bau in Chicago arbeiten Japaner Seite an Seite mit anderen Rassen, sie erhalten die gleichen Löhne und führen die gleichen Gewerkschaftsmarken."

„Die Sozialistische Partei", schloß Spargo, „kann und darf nicht für die Ausschließung irgend einer Rasse eintreten."

Der schwedische Delegierte Holm machte sich über die Argumente der Befürworter der Majoritätsresolution lustig. Obwohl der Bericht angeblich das Ergebnis zweijährigen Studiums der Frage sein sollte, meinte er, enthalte er tatsächlich nichts als leere Worte.

Gegenüber dem gegen die Asiaten erhobenen Vorwurf der Unreinlichkeit wies er auf den Schmutz hin in den Werkstätten für Konditoreiwaren und in den Schwitzbuden der Ghettos in den großen amerikanischen Städten im Gegensatz zu der in den japanischen Restaurants herrschenden Reinlichkeit.

Delegierter Merrick von Pittsburg wandte sich gegen die Majoritätsresolution mit dem Hinweis auf die Kriegsgefahr, die sie mit sich bringe.

Kennedy von Pennsylvanien wandte gegen die Majoritätsresolution ein, daß die Arbeitslöhne gerade in seinem Staate, wo es Japaner überhaupt nicht gebe, am niedrigsten seien.

Ein weiterer Kommentar zu diesen beiderseitigen Argumenten erübrigt sich wohl, sie sprechen für sich selbst. Unterman und Berger interpretieren jenes edelste Prinzip des internationalen Sozialismus: „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch" ebenso wie die Amerikaner die sogenannte Monroedoktrin, ganz nach ihren eigenen Vorurteilen und Wünschen.

Schließlich wurde ein von Hillquit eingebrachter Kompromißvorschlag mit 55 gegen 50 Stimmen angenommen und so die Ehre des amerikanischen Sozialismus noch gewahrt.

Soweit ich berechtigt bin, im Namen meines Volkes zu sprechen, kann ich sagen, daß wir uns, wenigstens was Erziehung und Industrie betrifft, mit

dieser Zusammenwerfung mit Chinesen und Koreanern keineswegs einverstanden erklären können. 97 Prozent der japanischen Kinder im schulpflichtigen Alter besuchen während zehn Monaten im Jahre die Elementarschule. In industrieller Hinsicht hat sich Japan in den letzten vierzig Jahren mächtig emporgearbeitet, und heute zählt die eigentliche Fabrikarbeiterschaft 800000 Köpfe.

Die amerikanischen Sozialisten wie Berger, Unterman, Lee und Hunter, die für die Ausschließung eintreten und dabei noch behaupten, sich ganz in Übereinstimmung mit der Stuttgarter Resolution und dem Kommunistischen Manifest zu befinden, kennen die wirklichen Verhältnisse an den pazifischen Küsten gar nicht, wo die japanischen Einwanderer größtenteils leben. Sie gehen von Phantasiegemälden ihrer eigenen Konstruktion aus. Neuere Untersuchungen aber haben gezeigt, daß die Löhne der Japaner gar nicht so viel niedriger sind als die der Weißen. Obwohl die Gewerkschaften japanische Arbeiter nicht aufnehmen, sind die japanischen Schuhmacher in eigenen Vereinen gut organisiert, sie haben ihren eigenen gewerkschaftlichen Lohntarif und haben schon wiederholt, aber stets vergebens bei der American Federation of Labor um Aufnahme angesucht, und auch heute geht die Organisationsarbeit der japanischen Arbeiter in Amerika vorwärts. Japanische Kontraktarbeiter gibt es in Amerika heute überhaupt nicht. Auch die strengsten und oft barbarischen Untersuchungen durch die Einwanderungsbehörden waren nicht imstande, in den letzten Jahren einen einzigen Fall nachzuweisen, der der Kontraktarbeit auch nur verdächtig gewesen wäre. Unter den 100000 oder mehr Japanern an den pazifischen Küsten gibt es 200 oder 300 Zimmerleute, die aber mit ihren weißen Berufsgenossen gar nicht in Konkurrenz treten. Auch dort, wo sie bei weißen Unternehmern arbeiten, werden sie nur zum Bau japanischer Teehäuser oder anderer japanischer Häuser verwendet, eine Arbeit, die auszuführen amerikanische Zimmerleute gar nicht imstande sind. Überhaupt gibt es vergleichsweise nur sehr wenige Arbeiter, die mit den Mitgliedern der amerikanischen Gewerkschaften in Wettbewerb treten. Die meisten sind im Landbau, bei der Obsternte, im Gemüsebau oder bei der Waldarbeit oder endlich als Hausdienerschaft tätig. Die Vorwürfe von sozialistischer Seite sind daher völlig unberechtigt.

8. Die künftigen Beziehungen zwischen Japan und Amerika.

Will man wirklich, wie es alle Gewerkschaften und ein großer Teil der Sozialisten verlangen, die Japaner für immer von Amerika ausschließen? Werden sich diese stets einer so erniedrigenden Behandlung fügen?

Heute sind die 100000 Japaner in Amerika fortwährenden Mißhandlungen und Verfolgungen ausgesetzt. Oft werden sie von Pöbelhaufen überfallen und mißhandelt, die Fenster ihrer Wohnungen werden zertrümmert, ihr Eigentum beschädigt, sie werden auf den Straßen angespien, geprügelt und mit Steinen beworfen. Japanische Läden werden von den Gewerkschaften boykottiert und ihr Geschäft in jeder Weise gestört. Vor wenigen Tagen erst brachte der Draht uns die Nachricht, daß in einem Dorfe die Japaner von ihren weißen Mitbürgern mit Waffengewalt verjagt, daß einige dabei schwer verletzt wurden und alle ihre Habe verloren. Die Japaner werden heute von den Amerikanern ebenso behandelt wie die Juden von den Russen. Soll diese brutale, unmenschliche Behandlung der friedlichen Japaner ewig dauern? Diese Verfolgungen werden meist angeregt von Arbeiterführern und, wie ich gezeigt habe, von

Sozialisten von internationalem Rufe gebilligt. Es tut mir leid, dies feststellen zu müssen, aber es ist eine Tatsache, die wir nicht ignorieren dürfen und an der wir als Sozialisten nicht ruhig vorbeigehen können.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Frage der japanischen Einwanderung Roosevelt und den Staatsmännern von Washington als Vorspann dienen mußte zur Durchsetzung ihrer Flottenforderungen. Heute besitzen die Vereinigten Staaten bereits eine riesige Flotte, und zugleich werden in aller Eile Hawai, die Philippinen und die pazifischen Küsten mit mächtigen Befestigungen ausgestattet, und schon spricht man in Washington von der Befestigung des Panamakanals. Was ist der Zweck aller dieser Kriegsvorbereitungen und jingoistischen Reden und Artikel? Dr. Herron hat dies unlängst in einem Artikel des „New-Age" (London) ausgesprochen. Er verkündet und beweist mit großer Schärfe, daß Roosevelt, der Führer der japanerfeindlichen Bewegung, bald Amerika zu einem Kriege mit Japan um den chinesischen Markt führen wird. Dr. Herron betet, daß seine Prophezeiung nicht eintreffen möge. Ich aber wende mich an das Urteil und an das Gewissen der Sozialisten der Welt.

Die Vereinigten Staaten sind heute im Besitz einer gewaltigen Flotte, der nächsten im Range nach der Deutschlands. Japan kommt erst an fünfter Stelle. Die Vereinigten Staaten haben eine Einwohnerschaft von 90 Millionen und unbeschränkte Hilfsmittel, die einer habgierigen Kapitalistenklasse zur freiesten Verfügung stehen. Japan, mit weniger als 50 Millionen Einwohnern, ist ein armes Land, am Rande des Bankrotts. Amerika vermag also Japan zu besiegen. Wird ihm dies aber leicht werden? Wird es nicht auch selbst schwere Opfer und Verluste an Menschenleben zu erleiden haben?

Leider tut auch Japan sein Äußerstes zur Verstärkung von Flotte und Landheer, hier gibt es aber keine Arbeiterbewegung, die beim Ausbruch von Mißhelligkeiten zwischen Japan und Amerika dem Chauvinismus entgegentreten könnte. Hier liegen daher die Verhältnisse ganz anders als zwischen England und Deutschland. Dort sind die Arbeiter der beiden Länder miteinander befreundet, und einträchtig bekämpfen sie die Kriegsgefahr. Keinesfalls wollen sie dem Wunsche gieriger Kapitalisten nach neuen Absatzmärkten Vorschub leisten. Bei uns liegen die Dinge ganz anders. Unsere Arbeiterschaft ist nicht organisiert, unsere Sozialisten sind gering an Zahl und ohne Einfluß und bei dem Mangel freiheitlicher Gesetze von der Regierung fast erdrückt. Wir sind daher darauf angewiesen, daß die *amerikanischen* Sozialisten die Bewegung gegen den Krieg durchführen. Die Arbeiter in Amerika sind intelligent und gut organisiert, und so wären sie in der Lage, einem möglichen Kriege mit Japan vorzubeugen. In erster Linie wäre es die Aufgabe der Sozialisten, der bevorstehenden Gefahr durch eifrigste Agitation vorzubeugen. Statt aber mit aller Macht die japanerfeindliche Stimmung unter den Arbeitern zu bekämpfen, unterstützen und begünstigen viele von ihnen sogar noch diese Bewegung. Sie geben sich damit zu Agenten kapitalistischer Habgier her, die nach den chinesischen Märkten lüstern ist, und tragen damit nur zur Beschleunigung des japanisch-amerikanischen Krieges bei.

Ich appelliere an die amerikanischen Sozialisten, von dieser verkehrten Handlungsweise abzustehen, und an die Sozialisten der ganzen Welt und insbesondere an ihre Delegierten, die im

August in Kopenhagen zusammentreten, diese Frage in ernsteste Erwägung zu ziehen. Der Krieg zwischen Japan und Amerika wird unermeßliches Elend, Leiden und Opfer über die Arbeiter beider Länder bringen. Sie werden keinesfalls aus dem Kampfe irgendwelchen Vorteil ziehen. Wir hatten ja eben erst Gelegenheit, dies zu erfahren.

So appelliere ich an euch alle, arbeitet für den Frieden der beiden Länder! Wir vertrauen euch unsere Sache an. Die Ausschließung der Japaner mag heute für die Arbeiter der Vereinigten Staaten einen momentanen Vorteil bedeuten; sollte sie aber zum Kriege führen, dann wird sie auch ihnen nur Elend und Jammer bringen und keinen Gewinn.

Zur Genossenschaftsfrage.

Von **Helma Steinbach.**

„Aber, liebe Genossin, wir sind ja ganz mit Ihnen einverstanden; wir wissen ja, daß Sie das Allerbeste wollen — nur — wir werten das nicht so hoch wie Sie!"

Das antwortete mir vor längerer Zeit mal einer unserer hervorragenden Parteiführer, als ich ihn in der mir angeborenen Schüchternheit bat, doch in eine der sieben „Volksversammlungen" zu kommen, in denen ich in Berlin über das Thema „Praktischer Idealismus im proletarischen Klassenkampf" referieren sollte. Mein in aller Bescheidenheit vorgebrachtes Argument: „Wenn ich irgend etwas Verkehrtes sage, da ist es für Sie doch ein Kleines, mich zu berichtigen — Sie, der große ..... — ich, die kleine Steinbach!" Alles umsonst! Er kann nicht! Die Führer der Partei — „werten" die „Organisation der Konsumtion" noch nicht!

Wenn ich, was mehrfach geschehen, von „wohlwollenden" „sozialgesinnten" Bürgerlichen in unverkennbarer Absicht um diese bedenkliche Erscheinung interpelliert worden bin, dann konnten die Leute mich natürlich nicht in Verlegenheit bringen. Auf die bedenkliche Frage, wie es doch zu erklären sei, daß die an der Spitze der deutschen Sozialdemokratie stehenden geistigen Führer für diese praktische Machterweiterung des kämpfenden Proletariats so unempfindlich seien, konnte ich den hämischen Fragern auftrotzen mit einer Reihe von „Erklärungen", welche diesen Herrschaften den Mund stopften. Ich brauchte ja nur hinzuweisen auf den Ursprung der meisten bisherigen Konsumvereine aus dem im demokratischen Fahrwasser segelnden „Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverband" Schultze-Delitzscher Observanz, die mit ihrer kraß ausgearbeiteten Dividendenseuche so rein kapitalistische Tendenzen kultivierten, daß wir heute noch eine Herkulesarbeit zu verrichten haben, um dieses Gift auszurotten. „Da sei es doch nicht so verwunderlich, daß die Führer der modernen Arbeiterbewegung unsere ideale Sache nicht mit dieser unsittlichen, kleinbürgerlichen Profitmacherei beschmutzen möchten!" usw. usw.

Ganz, ganz anders aber wird diese Frage zu beantworten sein, wenn sie mahnend aus unseren eigenen Reihen heraus an das Ohr der „Verantwortlichen" ertönt!

Daß das Ringen der Genossenschaftsbewegung um ihre Anerkennung als gleichberechtigter Faktor im Emanzipationskampf des Proletariats innerhalb der Arbeiterpartei sich nicht ebenso beschämend lange und erbittert gestalten wird, wie das bei den jahrzehntelangen Kämpfen der Gewerkschaftsbewegung, bis Jena und Mannheim, leider der Fall gewesen, das steht heute schon fest.

Der Umstand, daß mit jedem Machtzuwachs der Konsumentenorganisation zugleich die Ausbreitungsmöglichkeit derselben auf dem Gebiet der Eigenproduktion wächst, erhöht in steigendem Maße ihre Bedeutung als Rückenstärkung in den unausweichlichen Kämpfen der Gewerkschaften. Wo es sich aber bei beiden Organisationen um denselben Mitgliederkreis, besonders aber auch um in sozialistischem Geiste geschulte Massen handelt (diese Schulung ist Aufgabe der Partei), da bedarf es heute keiner großen Prophetengabe, wenn man für die Zukunft ein rasches Anwachsen der Genossenschaften erwartet.

Daß der Zuwachs fast ausnahmslos aus Arbeiterkreisen kommt, ist eine natürliche Erscheinung. Rekrutieren sich die Mitglieder des „Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften“ doch heute bereits zu fast neun Zehnteln aus dem Proletariat!

Unter allen Umständen dünkt mich diese Tatsache hinreichend als Grund dafür, daß zum ersten Male die Frage: „Sozialismus und Genossenschaftsbewegung“ — und zwar als erster Punkt — auf die Tagesordnung eines internationalen Parteitags gesetzt ist.

Ich gehöre nicht zu den kleingläubigen Schwarzsehern, welche befürchten, daß in Kopenhagen für die Entwicklung des Genossenschaftswesens schädliche oder hemmende Beschlüsse gefaßt werden können.

Wenn einige unserer internationalen Bruderparteien bei sich mit den Konsumgenossenschaften allerlei „sozialistische“ Experimente riskieren und dabei mehr oder minder gute Erfolge erzielt haben, so findet das seine Begründung in den speziellen politischen Verhältnissen der betreffenden Länder. Bei uns war das für die verantwortlichen Führer der Partei wohl gerade ein wesentlicher Grund zu kühlster Reserve gegenüber allen wirtschaftlichen Gründungen einzelner Parteigruppen. Jedes Mißlingen derselben würde ja auch eine Schädigung der Gesamtpartei bedeuten (siehe Berliner Parteitag 1893, Hannoverscher Parteitag, Molkenbuhr und andere). Deshalb sind in diesem Punkte auch alle irgendwie maßgebenden Kreise in der deutschen Genossenschaftsbewegung von jeher vollkommen einverstanden gewesen mit der Neutralität der politischen Partei den Genossenschaften gegenüber. Leider bieten nun aber etliche sogenannte „führende“ Personen in der Partei zum Gaudium der uns umlauernden gesamten Gegnerschaft Stoff zu Hohn und Hetze, indem sie, natürlich aus Unverstand, unaufhörlich gegen die prinzipiellen Vertreter striktester Neutralität der Genossenschaften jedweder Parteipolitik gegenüber in Wort und Schrift Übelwollen und Mißtrauen unter der Masse der Parteigenossen zu schüren suchen.

Es scheint doch notwendig, daß man diesem Treiben gegenüber einmal etwas gründlich zufaßt.

Da sind zunächst diejenigen, welche von den geschäftlich prosperierenden Genossenschaften, weil Leiter, Angestellte und Mitglieder durchgehends Parteigenossen sind, verlangen, daß die erzielten Überschüsse, mindestens aber ein „entsprechender“ Prozentsatz davon, an die Parteikasse abgeliefert werden, also zu sozialdemokratischen Parteizwecken verwendet werden müßten.

Ich stecke mich nicht gerade, was ja in der Regel geschieht, hinter den Paragraphen des deutschen Genossenschaftsgesetzes, der „jede Verwendung von Mitteln der Genossenschaft zu nicht in dem Statut vorgesehenen Zwecken“ verbietet — bei Strafe der Auflösung —, ich appelliere einfach an die gesunde Vernunft derjenigen, welche heute die Genossenschaften als „Milchkühe“ aufzüchten möchten für die Parteikasse, wie es zu Anfang der Arbeiterbewegung nicht wenig Genossen und Genossinnen gegeben hat, die derartiges auch von den damaligen Gewerkschaften als „selbstverständlich“ gefordert haben. Heute denkt daran in Deutschland kein vernünftiger Genosse mehr.

Auch unsere französischen Genossen haben gerade eben (15. bis 16. Juli) in Paris — anläßlich der Genossenschaftsdebatten auf ihrem Parteitag — mit großer Mehrheit eine Resolution für den internationalen Kongreß in Kopenhagen angenommen, welche entgegen einer von Jules Guesde eingebrachten verlangt, daß mit dem System gebrochen werden müsse, die Mittel der Konsumgenossenschaften zu direkten Unterstützungszwecken für die Partei zu verwenden.

Wollten die von Sozialdemokraten gegründeten und geleiteten Genossenschaften ihre Mittel zu parteipolitischen Zwecken verwenden, wer dürfte dann etwas dagegen haben, wenn in allen Orten, wo wir einen Konsumverein gründen, daneben auch das „Zentrum“, die „Hirsch-Dunckerisch Freisinnigen“, die „Deutschnationalen“ usw. gleichfalls für ihre Anhänger Konkurrenzvereine errichten und deren „Erträgnisse“ für ihre Parteizwecke verwenden wollten? Ob bei einer solch verrückten Zersplitterung überhaupt von geschäftlicher Prosperität die Rede sein könnte, mag die gesunde Vernunft entscheiden. In Belgien, Holland, Frankreich besteht diese tolle Zersplitterung tatsächlich zum Schaden der gesamten Bewegung! Besonders schlimm blüht dieser Unfug in Rußland.

Das sind krankhafte Schwächezustände.

Dagegen aber steht eines fest — überall dort, wo es heute noch den Feinden des Proletariats gelingt, größere Massen mit dem „roten Lappen“ vom Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung abzuscheuchen, da gibt es kein sichereres Mittel, uns zunächst einmal Respekt zu schaffen, als daß wir diesen im Nebel des Wahnes hinvegetierenden Kollegen und Kolleginnen durch die lebendige, gute Tat praktischen Anschauungsunterricht geben!

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt nun, daß bei uns in Deutschland bis in die kleinsten Nester hinein, in Dörfern und Städten ein förmliches Drängen nach Konsumentenorganisationen Platz greift. Sogar das Wort vom „antikollektivistischen Bauernschädel“ scheint in diesem Falle nicht mehr wahr zu sein.

Wo ein gut geleiteter Konsumverein errichtet wird, ist die erste sicht- und fühlbare Folge, daß er gegenüber der Privathändlerschaft preisregulierend wirkt. Die Mitglieder haben es in der Hand, auf Grund ihrer Erfahrung in der genossenschaftlichen Geschäftspraxis eine ständige Kontrolle zu führen über die zahllosen schwindelhaften Manipulationen des privatkapitalistischen Händlertums. Ein Beispiel für tausend: Uns hat ein Lagerarbeiter der „Produktion“ mitgeteilt, daß er in seiner früheren Stellung sieben Jahre lang Mehl zu drei verschiedenen Preisen aus einem Sacke hat verkaufen müssen.

Welch ein Segen für die darbenden Massen ist nicht schon die Errichtung einer großen modernen Genossenschaftsbäckerei an einem Orte, wo sonst die Herren Bäckermeister allein den Preis und die Größe des Brotes festsetzen konnten! Damit ist's dann vorbei! Ganz zu schweigen von dem Einfluß auf Lohn- und Arbeitsbedingungen der dort beschäftigten Bäckereiarbeiter.

Hier will ich nun zu einer — nein, zu der Kardinalfrage Stellung nehmen.

Was heißt eine gut geleitete Genossenschaft?

Wer da zum Beispiel glaubt, zur Leitung einer Arbeitergenossenschaft, egal ob Produzenten- oder Konsumentengenossenschaft, eigne sich am besten ein überzeugungstreuer, opferfreudiger Sozialdemokrat — denn „kapitalistische Gerissenheit“ und viel sogenannte „Schläue“ braucht er ja nicht —, der ist genau so weit von der Wirklichkeit entfernt wie derjenige, welcher denkt, der Leiter eines derartigen großen Betriebs muß in erster Linie, ja eigentlich allein, ein Branchenkundiger, die Marktverhältnisse, alle Kniffe der „kaufmännischen Usancen“ usw. beherrschender Geschäftsmann sein.

Ja, da liegt in erster Linie die ungeheure Schwierigkeit! Und in der Überwindung dieser muß es sich gerade zeigen, wie weit wir heute schon reif sind zu demokratischer Selbstverwaltung! Auf keinem anderen Gebiet können wir den Beweis erbringen.

Als Lassalle seinerzeit die Massen gegen die liberalen Fortschrittler in Bewegung bringen wollte, da glaubte er kein besseres Agitationsmittel finden zu können, als daß er vom bürgerlichen Klassenstaat 100 Millionen Mark forderte, um mit dieser hübschen Summe Geldes allerlei Produktivgenossenschaften zu gründen, in welchen dann — doch wohl auf „sozialistische Art" — „Werte geschaffen" werden sollten — denn „nicht als Konsumenten, sondern als Produzenten muß den Arbeitern geholfen werden!" Lassalle ist jung gestorben, wenn er lange gelebt hätte, wäre er wahrscheinlich bald dahinter gekommen, daß dazu etwas mehr gehört, als dem Bourgeoisstaat 100 Millionen abzuknöpfen. Es ist mir überhaupt immer schwer verständlich gewesen, daß der scharfe Denker im Ernst an diese Utopie selber geglaubt haben soll.

Wenn aber andererseits auf dem Berliner Parteitag 1893, anläßlich der Debatte über die Genossenschaftsfrage, der verstorbene Genosse Auer von den Verfechtern der Produktivgenossenschaften höhnend erklärte: „Dann legen sie ihren ‚Unbesitz' zusammen und gründen eine Produktivgenossenschaft und wenden sich dann an die Partei um Unterstützung", so hat auch er doch nur bedingungsweise recht gehabt. Ich denke hier an die Gründung der Hamburger Tabakarbeitergenossenschaft. Die hatte weder einen „Staatskredit", noch wurde sie von der Partei „unterstützt" — im Gegenteil, es wurde lange Zeit im wahrsten Sinne des Wortes ganz unverantwortlich auf ihr herumgetrampelt —, das sind unvergeßliche Tatsachen!

Und was ist trotzdem daraus geworden? Nach zirka zwanzigjährigem, langsamem Aufstieg ist sie, nach freiem Beschluß ihrer Mitglieder, mit einem eigenen Vermögen von nahezu einer Viertelmillion Mark, als ein Zweig der Eigenproduktion einer höheren Genossenschaftsform, in die „Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine" übergegangen.

Ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung!

Allerdings hat die Leitung der Tabakarbeitergenossenschaft tapfer aller Versuchung widerstanden, aus diesem Arbeiterunternehmen, das der gesamten Organisation der Kollegenschaft einen Stützpunkt im Kampfe gegen das Unternehmertum bilden sollte, eine „Filiale des Zukunftsstaats", gleichsam eine „Insel der Seligen" im wogenden Meere der übrigen kapitalistischen Produktion zu machen. Nach demokratischem Prinzip haben die Mitglieder zugleich mit den Arbeitern der Genossenschaft selber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so weit erhöht, daß der Bestand der Genossenschaft die Konkurrenz mit der Privatindustrie aushalten konnte.

Wie ungeheuer viel mehr aber hätte diese Genossenschaft noch für den Emanzipationskampf gegen die jammervollen Verhältnisse der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen leisten können, wenn — ja wenn man von jeher den „praktischen Idealismus etwas höher gewertet hätte"!

Und die vielen, vielen anderen Versuche auf dem Gebiet der Produzentengenossenschaften, meistens doch aus verlorenen Arbeiterkämpfen erstanden — welche Unsumme an opferfreudiger, begeisterter Arbeit ist verloren gegangen, wie viel Kummer, wie viel verzweifeltes Ringen bis zum bitteren Ende hätte vermieden werden können, wenn rechtzeitig die Bedeutung der genossenschaftlichen Produktion und Konsumtion und ihre Werbekraft für unsere große, allgemeine Bewegung erkannt und zielklar gefördert worden wäre!

Nun gar die Organisation des Konsums!

Bestehen bei der Gründung und Durchführung von Produktivgenossenschaften, was kein Kenner der Verhältnisse bestreiten wird, ungeheure Schwierigkeiten, so heißt es doch nahezu an dem gesunden Menschenverstand verzweifeln, wenn man die Kaufkraft, die in dem so schwer erworbenen Arbeitsertrag von Millionen Proletariern steckt, heute und auch in Zukunft noch all den kapitalistischen

Parasiten überläßt, ihnen geradezu die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit schafft, welche in Reich, Staat und Gemeinde mit ihrem Stimmzettel denen zum Siege verhelfen, die uns die schandbarsten Gesetze aufzwingen!

Auch hier bedurfte es eines ebenso dummen wie frivolen Gewaltstreichs unserer Gegner, um im eigenen Lager eine „höhere Wertung" dieses „Palliativmittelchens" zu erreichen.

Den Mannheimer Konsumverein wollte Herr Dr. Crüger, der „Gewaltige", nicht in den Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverband aufnehmen, weil er in seinem Statut einen Passus hatte, daß beim Einkauf von bestimmten Waren Rücksicht auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hersteller dieser Waren genommen werden solle! Als sich das die übrigen, auf dem Boden der modernen Genossenschaftsbewegung stehenden Vereine nicht gefallen lassen wollten, vollzog der „freisinnige" Reichstagsabgeordnete, der Herr „Genossenschaftsanwalt" (!!), den bekannten Kreuznacher Rausschmiß von 99 Konsumgenossenschaften!

Ich erwähne diese „olle Kamelle" nur noch aus einem bestimmten Grunde.

Anläßlich der vielfachen „Preßpräludien" zu den bevorstehenden nationalen und internationalen Kongreßdebatten über den Punkt „Sozialismus und Genossenschaftsbewegung" rütteln einige unserer „ultraradikalen" Genossen, die sich noch dazu „historisch-ökonomisch" nennen, sogar an unserem herrlichen Altmeister Marx, weil er in seiner „Inauguraladresse" die Genossenschaftsbewegung als „eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft" bezeichnet! Und diese selben „Radikalen", wenn sie weiter nichts an den Genossenschaften zu verurteilen wissen, dann machen sie darauf aufmerksam, daß die in Genossenschaften Beschäftigten doch auch nur „ganz minimale Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen" — natürlich der kapitalistischen Konkurrenz wegen. Und was etwa über den Einfluß der Genossenschaften auf die Arbeitsverhältnisse in den Fabriken, aus denen sie Waren beziehen, gesagt werden mag, so sei derselbe bisher doch nur minimal!

Ja — aber bitte — woran liegt es denn, daß wir bisher noch nicht, wie ja auch unsere Mannheimer in ihrem Statut verlangen, Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse beim Einkauf der Waren ausüben können? Daß wir selber, bei aller „sozialistischen Erkenntnis", nicht imstande sind, unseren Angestellten und Arbeitern noch höhere Löhne, noch bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, als die Gewerkschaften der in Betracht kommenden Kategorien sie in den mit den Genossenschaften abgeschlossenen Sondertarifen schon erzielt haben gegenüber dem, was sie bei der Privatkonkurrenz herauszuholen vermochten?

Wer erhält denn der Konkurrenz die Massen der Abnehmer?

Wer ist denn mitschuldig, daß „die Konsumgenossenschaften doch nur für den engen Kreis ihrer Mitglieder (über eine Million sind es übrigens schon allein im Deutschen Zentralverband) Vorteile schaffen konnten"? (Die kolossale preisbildende Wirkung auf die Privatkonkurrenz wird da vollständig ignoriert!)

Ich appelliere hier wieder an die gesunde Vernunft. Sie mag auf diese Frage antworten.

Wenn jetzt aber gar „leitende" Personen aus der Partei, die bisher vollständig die ungeheure Bedeutung des organisierten Konsums unbeachtet gelassen haben, selber vielleicht nicht mal Mitglied einer Genossenschaft sind, die ihre eigene „Kundschaft" noch den Gegnern ins Haus getragen haben, auf dem internationalen Kongreß „in Zungen reden" wollen und, wie in Berlin in Aussicht gestellt worden ist, jetzt der Genossenschaftsbewegung „neue Bahnen" (!!!) weisen wollen, dann werden diejenigen, die seit Jahren außer den beiden anderen Waffen im proletarischen Klassenkampf, der Partei und der Gewerkschaftsorganisation, dieser dritten Waffe ihre Lebenskraft gewidmet haben, ihnen ganz energisch zurufen: „Hands off!" Unterwühlt nicht das Gebäude, an dem ihr, blind abseits stehend, nicht mitgebaut habt! Schädigt nicht die Sache, indem ihr

Haß und Mißachtung gegen ein paar Menschen schürt, die aus irgendwelchen persönlichen Gründen oder weil sie das im Interesse der Sache, welcher sie dienen, für zweckmäßig halten, eine „Überneutralität“ betonen, mit welcher sie unter 90 Prozent der Mitglieder vollständig isoliert stehen und die sie ja doch auch lediglich innerhalb der offiziellen Genossenschaftsangelegenheiten beobachtet wissen wollen, die aber, was den Anschauungsunterricht im Aufbau anbelangt, gewissenhaft und tapfer „ihren Mann“ stehen, die darin unendlich viel mehr soziales Empfinden an den Tag gelegt haben als viele ihrer Kritiker! Ich darf wohl an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß wir sogar in Parteigeschäften, wenn auch nur vereinzelt, Leute beschäftigen, die nicht gezwungen werden können, offiziell der Partei anzugehören, was man von den paar „Überneutralen“ im „Zentralverband“ nicht mal behaupten kann. Warum den paar Leuten solche Bedeutung beimessen?!

Was alles in bezug auf den „gesunden Menschenverstand“ möglich ist, davon wissen wir Hamburger Genossenschafter ein „erbaulich Liedlein“ zu singen!

Im Jahre 1903, also vor sieben Jahren, habe ich in der „Neuen Zeit“ mit einem Artikel „Wir am Aufbau!“ Platz gefunden; in demselben habe ich mich bemüht, an der Hand der Tatsachen den Lesern ein Bild zu entwerfen von dem, was wir in unserem Hamburger Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ aufzubauen in der Lage waren und welche Tendenzen und Ziele für uns maßgebend sind — wie gesagt vor sieben Jahren!

Seitdem ist unsere Genossenschaft gewachsen und gewachsen — es ist in der ganzen Genossenschaftsbewegung ohne Beispiel, was da in so kurzer Zeit erstanden ist; 1903 hatten wir nach vierjährigem Bestehen 17000 Mitglieder, heute 41875; der Umsatz stieg im letzten Jahre auf 10045936 Mark. Aus dem „Notfonds“ — der für jedes Mitglied obligatorisch von dem auf sein Umsatzkonto fallenden Reingewinn bis zu 100 Mark angesammelt und mit 4 Prozent verzinst wird — sind während der elfwöchigen Aussperrung der Bauhandwerker im vorigen Sommer an diese, soweit Mitglieder der „Produktion“ in Frage kamen, 59457 Mark und aus der Sparkasse (die heute nahezu 4½ Millionen Mark umfaßt) während dieser Zeit abgehoben von den ausgesperrten Bauarbeitern 534962 Mark, zusammen also in zirka drei Monaten 594400 Mark rund!

Ich beabsichtige nicht, hier eine Aufzählung alles dessen zu geben, was unsere „Produktion“ bis heute aufgebaut hat. Worauf es mir ankommt, ist, mit Erwähnung der obigen Zahlen zu beweisen einerseits, daß es absolut nicht unmöglich ist, immer größere Massen zum „praktischen Idealismus“ zu erziehen, das heißt sie aus Vernunftgründen zu zeitweiligem Verzicht auf die „alleinseligmachende Dividende“ zu bewegen — und andererseits halte ich es im Interesse der Sache für angezeigt, an dieser Stelle, in dem wissenschaftlichen Organ unserer Partei der Wahrheit gemäß darzulegen, daß es, trotzdem die „Produktion“ vom Hamburger Gewerkschaftskartell, das heißt also von den organisierten Arbeitern gegründet ist und wiederholt es zum Beschluß erhoben ist, daß es Pflicht aller organisierten Genossen sei, dem Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ als Mitglied beizutreten, sogar in der „Hochburg der Sozialdemokratie“ heute noch speziell unter den „Führenden“ Leute gibt, die diese unter ihren Augen geschmiedete dritte Waffe im Kampfe der Arbeit gegen das immer verderblicher anstürmende Kapital „nicht so hoch werten“. Ja ja, der „gesunde Menschenverstand“!

Daß durch den Zusammenschluß der Kräfte auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens für alle einzelnen Vorteile entstehen, die sonst den Privatkapitalisten zugute kommen, kann ja selbst der Dümmste und Verbohrteste nicht mehr bestreiten; daß aber darin zugleich eine enorme Werbekraft auch auf die uns heute noch Fernstehenden geübt wird, packender und vor allem fesselnder als die hinreißendsten revolutionären Reden, das beweisen die Tatsachen.

Man denke sich aber das, was gegen die unerhörtesten Widerstände in Hamburg aufgerichtet ist, in allen Orten, wo die Millionen organisierter Proletarier leben, in gleich zielbewußter Richtung aufgebaut — dann erst können wir vom Generalstreik reden!

Und nun noch ein Wort als Frau! Wo hätten die Männer eine bessere Gelegenheit, der leider nicht wegzuleugnenden politischen Indifferenz ihrer Frauen entgegenzuwirken, sie an der Hand des persönlichen, praktischen Erfolges über den Zusammenhang der Dinge aufzuklären als dadurch, daß sie sie tagtäglich, selbsttätig mitarbeiten lassen an dem großen sich vollziehenden Umwälzungsprozeß!

Natürlich: den Mund auftun müssen die „Herren der Schöpfung“!

Zum Schlusse will ich nun noch den schönen Spruch hier anführen, den am 28. Juni dieses Jahres unsere liebe Genossin Klara Zetkin anläßlich einer Besichtigung der „Produktion“ in unser sogenanntes „Goldenes Buch“ eingeschrieben hat:

„Die ‚Produktion‘ ist ein wundervolles Schulbeispiel von der Produktivität der Arbeit, von der Fülle geistiger und organisatorischer Talente, idealer Hingabe und Willenskraft des Proletariats! Sie ist ein Stück seiner Aufwärtsbewegung!“

Möge der internationale Kongreß in Kopenhagen der Genossenschaftsbewegung endlich die ihr zukommende Bewertung bringen!

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Ein nationalistischer Vorschlag.

Von **W. Medem.**

Sobald eine Angelegenheit in Frage kommt, die irgendwie das nationale Problem streift, fehlt es nie an bizarren Einfällen. Ist es doch ein höchst kompliziertes Problem, das auch in den sozialistischen Kreisen noch lange nicht genügend erörtert worden ist. Nun wollen gewisse Herren, selbst außerhalb der Internationale stehend, die letztere mit ihren Vorschlägen beglücken. Das Vorhaben ist um so mehr auffallend, als es den Herren selbst möglich machen soll, sich in die Internationale den Weg zu bahnen, der ihnen bisher verschlossen war. Es handelt sich nämlich um die sogenannten Arbeiterzionisten, die sich in der letzten Zeit der gütigen Protektion der „Sozialistischen Monatshefte“ erfreuen und denen das gastfreundliche Blatt neulich wieder seine Spalten zur Verfügung stellte, um einen sonderbaren Antrag ans Licht zu bringen. Im Heft Nr. 14 der genannten Zeitschrift wird eine umfassende Reform der proletarischen Internationale geplant.[1] Indem zurzeit die sogenannten „nationalen“ Sektionen, in welche die Internationale zerfällt, abgesehen von einigen Ausnahmen, staatliche Einheiten darstellen, soll nunmehr jede Nationalität (nicht als Staats-, sondern als Kulturgemeinschaft begriffen) eine selbständige Sektion bilden, also ohne Rücksicht auf die bestehenden Staats- und Landesgrenzen. Die „nationalen“ Sektionen sollen wirklich national werden, und tatsächlich geht ja auch die Internationale „immer mehr zur Anerkennung des Nationsbegriffs in seiner modernen Richtung über, die vom Staatsbegriff grundsätzlich verschieden ist“. Und das „muß man schließlich auch offiziell aussprechen“. So weit der Antragsteller.

Nun muß man allerdings sagen, daß, insofern es sich um die theoretische Definition des Nationsbegriffs handelt, der zitierte Autor etwas ganz Selbst-

---

[1] M. Anin, Das Nationalitätsprinzip in der sozialistischen Internationale.

verständliches ausspricht. Es ist ja zweifellos, daß der bestehende Wortgebrauch, dem wir in den Statuten der Internationale begegnen, nichts weniger als richtig ist. Indem nämlich von den „nationalen Sektionen“ gesprochen wird, erklären die besagten Statuten folgendes: „Als Nation wird jede Gruppe von Individuen anerkannt, die einer Regierung unterworfen ist.“ Das ist die altgewohnte Terminologie, die namentlich in den romanischen Ländern gang und gäbe ist und die Begriffe „nationale“ und „staatliche“ Einheit ohne weiteres identifiziert. Die Fehlerhaftigkeit dieser Bezeichnung liegt auf der Hand, und es genügt, auf den Ausdruck „Nationalitätenstaat“ hinzuweisen, der ja das volle Bürgerrecht erworben hat, um klar zu machen, wie weit der moderne Wortgebrauch von dem überlieferten entfernt ist. Und es wäre ein recht unglücklicher Versuch, wollte man diese veraltete Terminologie verteidigen.

Nun aber ist es vollends verkehrt, wenn in den terminologischen Auseinandersetzungen das Wesen der Frage verloren geht. Daß die Statuten der Internationale unter den „Nationen“ (Rußland, Österreich, Ungarn usw.) nicht die Nationalitäten im modernen Sinne des Wortes verstehen, daß sie darunter etwas anderes meinen, ist ja ohne weiteres klar. Die Organisation der Internationale ist aber eben auf Grund dieses „Anderen“ und nicht auf Grund des exakten Wortsinnes aufgebaut. Und die Frage ist die: ob das Organisationsprinzip dem Worte angepaßt werden soll, oder umgekehrt. Wohl ist das Wort falsch, noch falscher aber wäre es, das Wort dadurch rechtfertigen zu wollen, daß die Organisation verdreht und verzerrt wird. Das gerade Gegenteil wäre eher am Platze.

Lassen wir aber die Wortklauberei beiseite, so ist die Frage ziemlich klar. Die Organisation der Internationale muß möglichst genau die faktischen Verhältnisse und die faktischen Gruppierungen der Arbeiterorganisationen wiedergeben. Genau so, wie die Arbeiterschaft zu Hause gegliedert ist, so soll sie auch auf dem Kongreß und im Internationalen Bureau erscheinen. Jede andere Gruppierung wäre erkünstelt und unnütz. In dem Sinne betonten auch die österreichischen Delegierten im Internationalen Bureau, als die Frage im Jahre 1906 erörtert wurde, daß die Gliederung der Internationale sich den bestehenden politischen Organisationen des Proletariats anpassen müsse.

Nun ist es allerdings wahr, daß in den politischen Organisationen der Arbeiterschaft nicht nur dem staatlichen, sondern auch dem nationalen Prinzip Rechnung getragen wird. In Österreich wie in Rußland existieren bekanntlich nationale sozialdemokratische Organisationen, die sich einer mehr oder weniger breiten Autonomie erfreuen und auf dieser Autonomie begreiflicherweise bestehen. Es muß aber hervorgehoben werden, daß auch hier das nationale Prinzip dem staatlichen untergeordnet ist. Die sechs nationalen Arbeiterparteien Österreichs bilden doch eine Gesamtpartei, die das Proletariat des ganzen Reiches umfaßt. Ebenso steht es auch in Rußland, wo das nationale Prinzip zwar nicht so allgemein wie in Österreich anerkannt wird, wo aber die Gesamtpartei tatsächlich auch aus nationalen Sektionen besteht. Wenn also die nationale Einheit des Proletariats als Organisationsprinzip anerkannt wird und anerkannt werden muß, so gilt sie doch bloß innerhalb der Grenzen jedes gegebenen Nationalitätenstaates, also nicht als ein interstaatliches, sondern als ein innerstaatliches Prinzip. Die Arbeiterschaft der Welt zerfällt aber im großen und ganzen genommen vor allem in „Staatsparteien“. Dieses ist ja auch ganz verständlich, denn es handelt sich in erster Linie um politische

Parteien, und es ist klar genug, daß das Tätigkeitsgebiet einer politischen Partei durch die staatliche Einheit mitbedingt wird, die auch zur politischen Einheit der Arbeiterschaft gebieterisch drängt. Man kann sehr wohl die Einverleibung dieser oder jener Nation in einen fremden Staatskörper als ein Unrecht betrachten — Rechnung tragen muß man ihr jedenfalls, will man eben nicht auf die einheitliche politische Aktion verzichten. Deshalb finden wir auch nirgends interstaatliche politische Parteien, und es würde einfach komisch klingen, würde man zum Beispiel den deutsch-österreichischen Genossen zumuten, sie sollen zusammen mit den Reichsdeutschen eine gemeinsame Partei bilden.

Wenn also die Grenzpfähle, welche die selbständigen Arbeiterparteien voneinander scheiden, im großen und ganzen mit den Staatsgrenzen zusammenfallen, und erst innerhalb dieser Grenzen die Gesamtpartei in nationale Unterparteien zerfällt (autonome, aber nicht unabhängige, also der Gesamtpartei untergeordnete), so haben wir keinen Grund, die Internationale auf einem anderen Prinzip aufzubauen, anstatt daß sie diese faktische Gliederung des Proletariats widerspiegelt. So wie die Arbeiterklasse der Welt, ebenso muß auch die Körperschaft ihrer Vertreter organisiert werden: staatliche Sektionen und nationale Untersektionen.

Nun ist ja das Staatsprinzip im großen und ganzen, wenn auch nicht offiziell anerkannt, so doch de facto im Bau der Internationale durchgeführt. Die bestehenden Ausnahmen — Polen, Böhmen — können dem Prinzip keinen Abbruch tun: im Gegenteil, ist doch die polnische Sektion als Demonstration zugunsten der Unabhängigkeit Polens entstanden, wodurch der Kongreß die staatliche Selbständigkeit dieses Landes sozusagen vorweggenommen hat; und wenn auch die Idee des polnischen Staates in den letzten Jahren von den meisten ihrer Anhänger aufgegeben ist, so würde doch die Abschaffung der polnischen Sektion eine Gegendemonstration bedeuten, die taktlos wäre. Hierzu kam noch ein zweites. Da bis vor kurzem jeder Sektion nur zwei Stimmen zustanden, war es einfach unmöglich, die nationalen Untersektionen zu konstituieren, da ja in den vielsprachigen Staaten die zwei Stimmen nicht genügen konnten, um den Anforderungen der verschiedenen Nationalitäten Rechnung zu tragen. So waren nun die nationalen Organisationen gezwungen, sich durch spezielle Sektionen Geltung zu verschaffen. Seitdem aber die neue Stimmenverteilung eingeführt worden, die jeder Sektion mehrere Stimmen verleiht, ist dieses Hindernis aus dem Wege geräumt. Ein letztes Hindernis wäre noch zu beseitigen: wenn nämlich auf dem Kongreß selbst jede Sektion mehrere Stimmen hat, so bleibt doch für das Internationale Bureau der alte Modus der „Zweistimmigkeit" in Kraft. Es wäre zu empfehlen, auch das Bureau dem Kongreß analog zu organisieren.

Zum Schlusse noch eine Bemerkung. Der Herr Anin erzählt, es wäre von der Zionistisch-sozialistischen Partei ein Beschluß gefaßt, „gemeinsam mit den anderen jüdischen sozialistischen Parteien mit der Forderung einer selbständigen jüdischen Sektion vor die Internationale zu treten". Das ist ja auch der Schwerpunkt der ganzen von Herrn Anin geplanten Reform. Es muß nun betont werden, daß unter den „jüdischen sozialistischen Parteien", die sich mit dieser Forderung solidarisch erklären, ausschließlich zionistische Gruppen gemeint sind. Der „Allgemeine Jüdische Arbeiterbund" (der „Bund"), den die Internationale als langjährigen Vertreter der jüdischen Arbeiterschaft kennt, hat mit dem erwähnten Vorhaben nichts zu tun.

Würde der Kongreß (was wohl ausgeschlossen ist) die bestehende Organisationsform zugunsten des nationalen Prinzips aufgeben wollen, um nationale (im modernen Sinne des Wortes) Sektionen einzuführen, so wäre es freilich durchaus logisch und gerecht, auch eine jüdische Sektion zu errichten. Unter den Nationen wollen auch die Juden als Nation gelten. Wir betrachten aber diese Umgestaltung der Internationale weder als möglich noch als wünschenswert. Und unter den gegenwärtigen Umständen würde die Einführung einer selbständigen jüdischen Sektion, welche die jüdischen Arbeiter der Alten und Neuen Welt zusammenzufassen suchte, nichts anderes als eine Manifestation zugunsten des Zionismus bedeuten. Das eben wollen die Antragsteller. Und indem sie das Staatsprinzip zugunsten des Nationalitätsprinzips bekämpfen, streben sie eigentlich danach, die Idee des Judenstaats durch die Internationale sanktionieren zu lassen.

Ein Riesenkampf auf den deutschen Seeschiffswerften.

Von **Gustav Becker** (Berlin).

Hamburg, 12. August 1910.

Die Augen der deutschen Arbeiterschaft sind gegenwärtig mit gespanntester Aufmerksamkeit nach den Hafenplätzen gerichtet, wo ein Kampf begonnen hat, der an Bedeutung demjenigen der deutschen Bauarbeiter nicht nachsteht, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er auch den gleichen Umfang annehmen wird. Dabei ist dieser Kampf so grundverschieden von demjenigen der Bauarbeiter, daß es sich verlohnt, zunächst darüber einige Worte zu sagen. Im Kampfe mit den Bauarbeitern kam in Betracht, daß in diesem Gewerbe schon seit einer ganzen Reihe von Jahren Tarifverträge in Geltung waren, die zwischen den auf beiden Seiten vorhandenen Organisationen zum Abschluß gebracht wurden. In diesen Verträgen waren für die einzelnen Orte die Löhne und Arbeitszeit festgelegt. Die Unternehmer hatten also den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seit geraumer Zeit eingeräumt und wollten nun durch die Macht ihrer Organisation eine Korrektur dieser Verträge zu ihren Gunsten vornehmen. Die ungünstigen Bedingungen, die den Arbeitern aufgezwungen werden sollten, wollte man auf eine Reihe von Jahren festlegen, und die Arbeiterorganisation sollte Bütteldienste leisten, damit die Arbeiter unter diesen vertraglich festgelegten ungünstigen Bedingungen arbeiteten. Man verlangte also ausdrücklich die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen beim Abschluß der Verträge und erklärte sich ausdrücklich bereit, bestimmte Regeln für das Arbeitsverhältnis festzulegen. Wenn die Unternehmer diese Regeln für sich möglichst günstig zu gestalten suchten, ist das ein Vorgang, der bei allen anderen Lohnkämpfen auftritt, wo es sich um den Neuabschluß von Tarifverträgen handelt. Daß es im Baugewerbe zu einem derartig ausgedehnten Kampfe schon in diesem Jahre kommen mußte, daran tragen vielleicht die Arbeiter ein Teil Schuld mit, weil sie den gleichen Ablaufstermin für alle in den letzten Jahren abgeschlossenen Verträge ohne Widerstand zugegeben hatten.

Ganz anders liegen die Verhältnisse auf den deutschen Seeschiffswerften. Die Unternehmer sind organisiert im „Verband deutscher Metallindustrieller“ und bilden als Unterverband den „Verein deutscher Seeschiffswerften“. Diese Organisation hat bisher ein Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen überhaupt abgelehnt. Aber auch Verhandlungen mit der Arbeiterschaft des Betriebs gab es nicht. Es gab bisher nur „Anordnungen“ und „Befehle“ der Direktion respektive der Betriebsleitung, und wer diesen „Befehlen“ nicht ohne weiteres nachkam, wurde un-

weigerlich bestraft. Auf der letzten Konferenz der Werftarbeiter wurden einige besonders krasse Fälle dieser Art bekannt gegeben. So wurden zum Beispiel auf einer Werft in einer Woche 120 Überstunden geleistet. Daß bei einer derartigen Arbeitsdauer der Körper der Arbeiter zusammenbrechen muß, ist allzu begreiflich, vor allen Dingen wenn man bedenkt, wie schwer die zu leistende Arbeit ist, daß Hitze und Rauch in der Regel im Übermaß vorhanden sind und die Luft geradezu verpestet ist. Wer aber, weil seine Körperkräfte versagten, die Überstunden verweigerte, wurde in Strafe genommen. In vielen Fällen beträgt diese einen halben Tagesverdienst, aber auch die Entlassung aus diesem Anlaß ist keine Seltenheit.

Auf den Werften sind die verschiedenen Lohnsysteme in Geltung. In bunter Reihenfolge wechseln Lohnarbeit, Lohnakkord und Akkordarbeit miteinander ab. Die Lohnsätze, die Akkordsätze und die Einstellungslöhne werden von der Betriebsleitung — den Meistern und Ingenieuren — ohne Anhörung der Arbeiter festgesetzt. Den Arbeitern ist es freigestellt, sich gegen die Anordnungen der Meister und des Kalkulationsbureaus bei der Direktion zu beschweren. Die Beschwerden müssen durch die Arbeiterausschüsse vorgebracht werden. Wehe aber dem Mitglied des Arbeiterausschusses, das sich erlaubt, die Interessen seiner Kollegen energisch zu vertreten und den Sachverhalt wahrheitsgemäß zu schildern, das sich sogar beikommen läßt, Mißstände im Betrieb zur Sprache zu bringen, vielleicht darauf verweist, wie seitens der Meister oder Ingenieure mit dem Material geludert wird — die Entlassung ist ihm sicher. Die Arbeiterausschüsse auf einer ganzen Anzahl Werften sind aus diesem Grunde mit Leuten besetzt, die eine energische Vertretung der Arbeiterinteressen vermissen lassen. Über die vorgebrachten Beschwerden entscheidet die Direktion selbständig. Eine Abänderung der Entscheidungen gibt es nicht, damit nicht etwa der Gedanke auftauchen könnte, als wenn man den Arbeitern auch nur im geringsten nachgegeben hätte. Die wegen der Beschwerden entlassenen Arbeiter werden sechs Wochen lang von anderen Werften nicht eingestellt, wenn sie nicht als „Hetzer" von der Einstellung dauernd ausgeschlossen bleiben. Das Kontrollmittel bieten die Maßregelungsinstitute, genannt „Arbeitsnachweise" der Industriellen. Jeder Arbeiter, der eingestellt wird, muß in Hamburg den berüchtigten „Krayenkamp-Arbeitsnachweis" passieren, und auch die anderen Seeschiffswerften stellen einen Arbeiter nur dann ein, wenn er einen Schein vom Industriellennachweis erhält. Wer sich „unbotmäßig" gezeigt hat, erhält einen Schein nicht und ist darum von der Einstellung ausgeschlossen. Bei Vergebung der Arbeiten werden diejenigen mit der lohnendsten Arbeit bedacht, die sich liebedienerisch erweisen. Wenn jemand im Geruch steht, organisiert zu sein, und es sind nichtorganisierte Leute vorhanden, welche die besser bezahlte Arbeit irgendwie leisten können, dann darf er sicher sein, diese nicht zu bekommen. Die Speichelleckerei wird systematisch gezüchtet. Es sei nur darauf verwiesen, mit welchem Eifer die Werftgewaltigen sich die Gründung von gelben Organisationen angelegen sein ließen. In Kiel ging man sogar so weit, diesen den Arbeitsnachweis zu übertragen. Im Reichstag wurde diese Mißwirtschaft zur Sprache gebracht, weil auch die kaiserliche Werft daran beteiligt war. Die Erregung der Arbeiterschaft über alle diese Dinge steigerte sich immer mehr und machte sich seit einer Reihe Jahre in einer ganzen Anzahl unüberlegter Arbeitseinstellungen Luft. In jedem dieser Fälle drohte der „Verein der Seeschiffswerften" die sofortige Aussperrung aller organisierten Arbeiter an. Gelegentlich der Streikbewegungen einzelner Branchen in Bremen, Bremerhaven und Stettin wurde diese auch zum großen Teile durchgeführt. Die Organisation der Arbeiter auf den Werften ließ aber bis in die jüngste Zeit sehr zu wünschen übrig, und die Organisationsleitungen mußten darum befürchten, daß eine allgemein durchgeführte Aussperrung — durch welche die Werftbesitzer die Zertrümmerung der Organisation erreichen wollten — die Arbeiter wieder für eine ganze Reihe Jahre zur Machtlosigkeit verurteilen würde. Man mußte darum wohl oder übel die einzelnen Arbeiterkategorien

zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen, um hierdurch die Aussperrungen rückgängig zu machen. In vielen Fällen machten die beteiligten Arbeiter den Organisationsleitungen aus diesen Anlässen den Vorwurf, daß ihnen der gute Wille fehle, die Verhältnisse der Werftarbeiter zu verbessern, und wurde hierdurch der weitere Ausbau der Organisationen noch weiter erschwert. Bei erster bester Gelegenheit machte sich dann der Mißmut der Arbeiter durch neue Arbeitseinstellungen bemerkbar.

Der gegenwärtige Kampf der Werftarbeiter dreht sich nun darum, bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen überhaupt ein Wort mitreden zu dürfen, er dreht sich darum, überhaupt zunächst einmal eine gewisse Regelung in die Verhältnisse zu bringen. Daß dieses nicht so leicht ist bei einem Unternehmertum, das den krassesten Standpunkt des „Herrn im Hause" vertritt, ist verständlich. Es gehörten darum erhebliche Vorarbeiten dazu.

In erster Linie mußten die Organisationen ausgebaut werden, wenn man auf einen Erfolg überhaupt rechnen wollte. In allen anderen Industrien ist die Agitationsmöglichkeit besser gegeben wie auf den Werften, weil hier sehr viele Berufe vertreten sind und demzufolge eine große Anzahl Organisationen in Frage kommt. Die hauptsächlichsten sind die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Fabrikarbeiter, Schiffszimmerer, Heizer und Maschinisten, Schmiede und Kupferschmiede. Um die Agitation zu fördern und die Vorbereitung taktischer Maßnahmen zu erleichtern, wurde vor einigen Jahren eine Zentralkommission für die Werften eingesetzt und wurden Richtlinien für das Zusammenarbeiten der Organisationen geschaffen. Der Ausbau der Organisationen hatte inzwischen derartige Fortschritte gemacht, daß im Jahre 1907 beschlossen wurde, einen Vorstoß zur Verbesserung der Lage der beteiligten Arbeiter zu unternehmen. Bis dahin war auf den Werften noch allgemein die 60stündige wöchentliche Arbeitszeit üblich. Es gelang denn auch für Hamburg die 56stündige und für die anderen beteiligten Orte die 57stündige Arbeitszeit und 2 bis 4 Pfennig Lohnerhöhung zu erreichen. Die Hamburg-Amerika-Linie verweigerte die Verkürzung der Arbeitszeit und konnte, weil inzwischen die Krise eingesetzt hatte und auch die Organisation in diesem Betriebe zu wünschen übrig ließ, nichts unternommen werden, um dort die kürzere Arbeitszeit zu erreichen. Eine allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den übrigen Werften durchzusetzen, war ebenfalls nicht möglich. Seitens des Vereins der Seeschiffswerften sagte man eine Milderung der Strafbestimmungen, eine gewisse Regelung der Einstellungslöhne, die Zahlung eines Aufschlags für Überstunden bei Akkordarbeit und einiges weitere zu, doch waren diese Zusagen in solch loser Form gehalten, daß sich damit in Wirklichkeit nichts anfangen ließ. Die Garantie bestimmter Einstellungslöhne, die Garantie eines bestimmten Lohnsatzes bei Akkordarbeit, wie jede feste Abmachung in anderer Richtung wurde entschieden abgelehnt. Die „Verhandlungen" wurden in der Weise geführt, daß die Unternehmer aus ihren Betrieben ihnen geeignet erscheinende nichtorganisierte Arbeiter neben den organisierten heranzogen und die Organisationsvertreter nur „gehört" wurden. Diesen wurden dann auch nur die Beschlüsse der Unternehmer mitgeteilt, und es hieß alsdann, diese im ganzen Umfang akzeptieren oder ablehnen. Eine Abänderung des einen oder anderen Punktes wurde von den Werftbesitzern verweigert. Wohl oder übel mußten die Arbeiter sich mit dem Gebotenen abfinden. Die Krise setzte dann auch auf den Werften mit verheerender Schärfe ein. Wenn bei der Hochkonjunktur rund 40000 Arbeiter beschäftigt wurden, ging deren Zahl im Jahre 1908 auf 19000 in denselben Betrieben zurück, um bei dem im letzten Jahre sich bessernden Geschäftsgang sich nach und nach wieder zu steigern, so daß gegenwärtig 35000 Arbeiter beschäftigt werden. Bei dem besseren Geschäftsgang versuchten die Arbeiter verschiedener Werftbetriebe entsprechend den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung durch Eingaben eine Lohnaufbesserung zu erreichen. Dieses wurde jedoch kurzerhand abgelehnt. Worauf am 10. Juli eine Konferenz der deutschen Werftarbeiter die Aufstellung allgemeiner Forderungen beschloß, und zwar: Einführung

der wöchentlichen 53stündigen Arbeitszeit, neben dem Lohnausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Prozent, Schaffung und Festlegung von Einstellungslöhnen für die einzelnen Berufe, Sicherung eines bestimmten Verdienstes bei Akkordarbeit und Lohnakkord, gleichmäßige Verteilung des Akkordüberschusses, Festsetzung der Abschlagszahlungen und der Zahlungstermine, Festsetzung der Aufschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie bei Wechselschicht. Endlich wurde gefordert, Arbeiter sollten nicht gezwungen werden können, länger als 18 Stunden hintereinander zu arbeiten!

Die Antwort der Unternehmer war eine ablehnende. Begründet wurde sie folgendermaßen:

„Die Lage des deutschen Schiffsbaues ist nicht derart, daß er irgendwelche Beunruhigung oder Maßnahmen vertragen kann, welche geeignet sind, seine Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Wir weisen insbesondere darauf hin, daß noch in der letzten Zeit die für Neubauten erzielten Preise im Kriegsschiffbau wie im Handelsschiffbau so niedrig sind, daß eher eine Ermäßigung als eine Erhöhung der Löhne daraus resultieren sollte", und „die anderen Punkte Ihrer Vorlage haben den Werften keine Möglichkeit gegeben, denselben zuzustimmen".

Man erklärte sich aber bereit, wenn „in der Arbeiterschaft der Wunsch besteht", die Ablehnung der Forderungen mündlich begründet zu hören, mit ihren Vertretern zusammenzukommen.

Die Art der Ablehnung der Forderungen kam einer Provokation gleich, und die Arbeiter verzichteten begreiflicherweise darauf, eine solche auch noch persönlich entgegenzunehmen.

Eine weitere Werftkonferenz stellte es dann den Hamburger Werftarbeitern frei, zur Durchführung der Forderungen gegebenen Falles in den Streik zu treten.

Das ist inzwischen geschehen, und es befinden sich in Hamburg seit einer Woche rund 9500 Arbeiter im Kampfe. Als Antwort hierauf haben die Unternehmer beschlossen, 60 Prozent der Werftarbeiter in den Orten Bremen, Bremerhaven, Vegesack, Einswarden, Flensburg, Kiel, Lübeck, Rostock und Stettin auszusperren. Dieser Beschluß wurde mit Ausnahme von Kiel, wo erst am 13. August die Aussperrung erfolgte, am 11. dieses Monats überall durchgeführt, und die nicht ausgesperrten Arbeiter haben sich ihren Kameraden sofort angeschlossen.

So befinden sich denn seit gestern rund 33000 Arbeiter im Kampfe, um der Willkür der Werftgewaltigen ein Paroli zu bieten. Sie kämpfen um das Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sie kämpfen um die Menschenrechte gegen brutalste Unterdrückung und Ausbeutung. Ob der Kampf eine weitere Ausdehnung nehmen wird, läßt sich heute noch nicht absehen. Möglich ist, daß die Machtgelüste des Metallindustriellenverbandes es zu einer umfangreichen Aussperrung auch im Binnenlande treiben, wenn sie sehen, daß die Arbeiter der Werften nicht zu Kreuze kriechen, und das werden sie nicht! Geschlossen wie ein Mann stehen sie zusammen, die Werke ruhen vollständig. Die wenigen Arbeitswilligen und Lehrlinge werden zum Aufräumen verwandt. Die bürgerliche Presse steht vollständig auf Seite der Werftgewaltigen und keine Stimme aus dem bürgerlichen Lager erhebt sich zugunsten der Arbeiterschaft. Diese weiß aber, daß das deutsche Proletariat geschlossen hinter ihr steht in ihrem Kampfe für mehr Freiheit und Brot. Und möge der Kampf ausgehen wie er will, er wird in Tausende Gehirne aufs neue die Erkenntnis einprägen: es gibt keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit!

Löhne, Krankengeld und Preissteigerung.

Von J. Fräßdorf.

Die rapide Preissteigerung der Lebens- und Genußmittel, des Heizungsmaterials und anderer wichtiger Gebrauchsgegenstände hat im letzten Jahrzehnt nicht nur die Lebenshaltung der gesunden, sondern auch der kranken Arbeiter und deren Familien vielfach herabgesetzt. Denn noch weniger als die Löhne ist das Krankengeld den gesteigerten Preisen entsprechend erhöht worden. Die häufigere Arbeitslosigkeit der letzten Jahre und die dadurch bedingte Minderung der Jahreseinkommen hat auf den Haushalt vieler Arbeiterfamilien in den letzten Jahren geradezu verheerend gewirkt. Das Krankengeld der Versicherten beträgt selten mehr als 50 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes, in vielen Fällen noch weniger.

Den Zwangskassen ist es versagt, einen höheren Tagesverdienst als 5 Mark der Versicherung ihrer Mitglieder zugrunde zu legen. Dadurch werden die höher entlohnten Arbeiter schwer geschädigt.

Der dem Reichstag vorliegende Entwurf zu einer Reichsversicherungsordnung bringt in dieser Hinsicht nicht die geringste Verbesserung. Da auch in Zukunft mit steigenden Lebensmittelpreisen zu rechnen ist, wird ein solcher Zustand für die Kranken verhängnisvoll. Dieselbe Erscheinung haben wir auch bei den Unfall-, Invaliden- und Altersrenten, die in ihrem Betrage, entgegen der steigenden Tendenz der Lebensmittelpreise, gleichfalls konstant bleiben.

Die Ortskrankenkasse zu Dresden (zirka 118000 Mitglieder), die seit vielen Jahren mustergültige und vielseitige Geschäftsberichte herausgibt, hat ihrem Bericht über das Geschäftsjahr 1909 neben sehr wichtigem statistischen Material auch eine vergleichende Tabelle über die Preise wichtiger Lebensmittel und der Kohlen in den Jahren 1899 und 1909 beigefügt, die den Angaben des Dresdener Statistischen Amts entstammen. Für einige der wichtigsten Bedarfsartikel gestalteten sich die Preise folgendermaßen:

		1899	1909	Teurer um Prozent
Rindfleisch, Kochfleisch (Brust und Bauch)	pro Kg.	135,2	144,6	6,9
Schweinefleisch	„ „	154,2	189,5	22,2
Speck, geräuchert	„ „	168,5	200,0	18,7
Schweineschmalz	„ „	163,3	199,4	22,1
Vollmilch	pro Ltr.	17,8	20,3	14,0
Magermilch	„ „	8,4	9,8	16,6
Butter	pro Kg.	261,8	295,6	12,9
Margarine	„ „	139,0	167,6	20,5
Schellfisch	„ „	81,0	98,4	21,0
Kartoffeln	pro 50 Kg.	283,9	297,9	5,0
Bohnen	pro Kg.	33,7	41,2	22,3
Erbsen, geschälte	„ „	38,5	51,6	34,0
Graupen	„ „	48,9	51,4	5,1
Roggenmehl, Hausbacken	„ „	29,3	36,0	22,9
Weizenmehl, Grießlerauszug	„ „	35,3	45,2	28,1
Brot (Durchschnitt)	„ „	25,0	28,6	14,4
Steinkohlen	pro Hl.	167,2	190,3	13,8
Braunkohlen	„ „	90,7	118,8	31,0

Die durchschnittliche Steigerung sämtlicher hier angeführten Waren beträgt zirka 17,5 Prozent, so daß etwa in dieser Höhe die Haushaltungskosten gestiegen sein werden.

Wie aber verhielten sich in derselben Periode die Arbeitsverdienste in Dresden? Die Vergleichsjahre 1899 und 1909 zeigten, wie der Geschäftsbericht der Krankenkasse hervorhebt, „wirtschaftlich ähnliche Verhältnisse. Das Jahr 1899 stand noch unter der Einwirkung des wirtschaftlichen Hochstandes der vorausgegangenen günstigen Jahre, konnte sich aber der damals beginnenden Krise nicht ganz entziehen. Dagegen befand sich das Jahr 1909 noch unter dem Drucke wirtschaftlichen Tiefstandes, zeitigte jedoch im allgemeinen überaus günstige Ergebnisse im Erwerbsleben gegen die Vorjahre."

Die Zahl der männlichen versicherungspflichtigen Mitglieder stieg von 52890 auf 62645, die der weiblichen von 22878 auf 39827. Von der Gesamtzahl der männlichen versicherungspflichtigen Personen bezogen 1899 etwa ein Drittel einen Tagesverdienst von 3,76 Mark und mehr pro Tag, 1909 dagegen 56,4 Prozent; der Durchschnittsverdienst steigerte sich von 3,10 Mark auf 3,67 Mark, also um 18,4 Prozent.

Weit größer aber ist die Verminderung der Tagesarbeitsverdienste von 1,76 Mark bis 3,75 Mark; die Zahl der zu dieser Lohnklasse gehörigen sank von 56 auf 29,6 Prozent. Der Bericht sagt hierüber: „Die Aufbesserung der unter 3,76 Mark gelohnten Personen haben demnach mit der in die darüber hinausgehenden Löhne überführten Versicherten nicht Schritt gehalten, und läßt sich insbesondere daraus, daß die Löhne von 1,25 Mark und weniger im Jahre 1909 noch 10,6 Prozent der gesamten Beobachtungsfälle gegen 7,7 Prozent im Jahre 1899 austragen, durch die bedauerliche Tatsache der Lohnverminderung bei einem Teile der Kassenmitglieder schließen."

Bei den weiblichen Mitgliedern läßt sich „ein mehr gleichmäßiges Aufrücken in die höheren Verdienstsätze feststellen, insbesondere kann nicht die Meinung teilweiser verminderter Arbeitsentlohnung wahrgenommen werden, wie dies bei den männlichen Versicherten der Fall ist".

Und der Bericht kommt zu dem Endergebnis, „daß die Preissteigerungen den Lohnsteigerungen in den letzten zehn Jahren vorausgeeilt sind."

Zur Richtigstellung.[1]

Von **Rosa Luxemburg.**

Da ich in der Sache selbst nicht mehr in der „Neuen Zeit" zum Wort kommen kann, so bleibt mir nur übrig, eine Anschuldigung abzuwehren, die niemand auf sich sitzen lassen darf. Genosse Kautsky hat schon in der redaktionellen Fußnote in der Nr. 43 meine „Zitiermethoden" zu beleuchten versprochen, in seinem Artikel „Zwischen Baden und Luxemburg" spricht er direkt von „gefälschten" und „ver-

[1] An demselben Tage, an dem uns die Genossin Luxemburg diesen Artikel sandte, veröffentlichte sie in der „Leipziger Volkszeitung" eine Beschwerde über uns, weil wir nicht alles veröffentlichen, was sie uns einsendet. Wir konstatieren demgegenüber, daß die Genossin Luxemburg in den Monaten Juni und Juli ein Fünftel des gesamten Raumes der „Neuen Zeit" mit ihren Einsendungen ausfüllte. Danach sich über Mundtotmachung zu beschweren, ist zum mindesten originell, namentlich dann, wenn man gleichzeitig den Raum dieser „intoleranten" Zeitschrift noch weiter in Anspruch nimmt. Die Redaktion.

drehten" Zitaten, durch die ich ihm „Anschauungen unterschiebe", die er nie gehegt. Als Beweismaterial dafür führt Genosse Kautsky zwei Beispiele an.

Erstes Beispiel. Es bezieht sich auf das Zitat aus Engels über die Programmforderung der Republik. Genosse Kautsky schreibt:

> Genossin Luxemburg behauptet, Engels verlangte die „Erörterung der Notwendigkeit einer Agitation für die Republik" in der Parteipresse. Sie beweist dies durch folgende Worte, die sie von ihm zitiert:
>
> „Zweitens Rekonstituierung Deutschlands. . . . Also einheitliche Republik. . . . Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen."
>
> Aber, heißt es dann weiter in dem Zitat, es sei notwendig, sich darüber zu verständigen, darüber zu debattieren.
>
> Ich will davon absehen, daß hier nur von Verständigen, nicht von Agitieren die Rede ist. Auf jeden Fall muß man nach diesem Zitat annehmen, unter „allen diesen Sachen" verstehe Engels die Republik. Aber der Schein trügt. Diesen trügerischen Schein fabriziert Rosa Luxemburg dadurch, daß sie aus einem Absatz von ungefähr einer Druckseite, in dem „diese Sachen" erörtert werden, nur ein Wort, ein einziges Wort zitiert: einheitliche Republik! In Wirklichkeit erörtert Engels dort die Frage der Konstituierung Deutschlands, die Fragen der Kleinstaaterei, der Reservatrechte, des Partikularismus, worunter ihm als der gefährlichste der preußische erscheint, des Bundesstaats und Einheitsstaats. Letzteren müßten wir anstreben. „Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt . . . also einheitliche Republik." Aber nicht nach französischem Muster. Kein Bureaukratenstaat, sondern weitestgehende Selbstverwaltung der Provinzen und Gemeinden.
>
> Das waren die Fragen, die zu diskutieren Engels für notwendig hielt, weil sie „von heute auf morgen brennend werden können, wenn wir sie nicht diskutiert und uns nicht darüber verständigt haben". Von alledem zitiert Genossin Luxemburg nur das in der Mitte des Absatzes stehende Wort: Republik und behauptet, unter „allen diesen Sachen" habe Engels die Republik verstanden. Das ist doch etwas — nun seien wir galant und sagen wir: kühn.
>
> Mir wirft sie vor, ich hätte diese Stelle zu flüchtig gelesen, nicht „reiflich überlegt". Hat sie „reiflich" überlegt, ehe sie an ihre Zurichtung ging, dann um so schlimmer.
>
> Der Gedanke, der Engels durch die Zurechtrichtung des Zitats von Genossin Luxemburg unterschoben wurde, lag ihm ganz fern. Im Jahre 1891, als er ihn niederschrieb, glänzten noch nicht die Quessel, Kolb und Frank am Parteihimmel und es galt für selbstverständlich, daß jeder Sozialdemokrat Republikaner war. Es wäre Engels nie eingefallen, es zu betonen, daß wir uns über die Frage der Republik „verständigen" müßten. Wohl aber über die Fragen des Partikularismus und des Einheitsstaats.

Es ist also klar: die „Zurechtrichtung" des Engelsschen Zitats durch mich soll darin bestehen, daß ich Engels die Ansicht imputierte, es sei notwendig, über die Republik sich zu verständigen, während Engels — wie Genosse Kautsky aufdeckt — lediglich die Verständigung über die Fragen des Partikularismus und des Einheitsstaats für nötig hielt. Über die Republik sich zu verständigen, dies lag ihm „ganz fern" und „wäre ihm nie eingefallen".

Diese Frage völlig und ausführlich klar zu legen, ist nicht bloß aus Rücksicht auf meine „Zitiermethoden" notwendig, sondern weil es hochwichtig ist, daß die Genossen genau erfahren, was Engels' wirkliche Meinung war.

Wenden wir uns an den Artikel von Engels.

In der „Neuen Zeit", XX, 1, S. 9 ff. heißt es:

„Die politischen Forderungen des Entwurfes haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden soll, steht nicht drin. Wenn alle diese zehn Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische

Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst. . . . Daran zu tasten ist aber gefährlich. Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist gerade jetzt der in einem großen Teile der sozialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallenen voreiligen Äußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. . . . Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schickt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind. . . . Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ‚ehrlich‘ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der ‚ehrliche‘ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen. Welches sind nun diese kitzlichen, aber sehr wesentlichen Punkte?

„Erstens. Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik.“

Hier erfährt der Leser aus eigenem Munde von Engels, worauf es ihm ankam. Klipp und klar spricht er da von der künftigen Ratlosigkeit der Partei, von der Unklarheit und Uneinigkeit über die entscheidendsten Punkte, „weil diese Punkte nie diskutiert worden sind“, stellt dann selbst die Frage: „Welches sind nun diese kitzlichen, aber sehr wesentlichen Punkte?“ und beantwortet sie selbst: Erstens: die demokratische Republik. Dann folgt der von mir zitierte Passus über die Eventualität, „an der Republik sich allenfalls vorbeizudrücken“ und die Form, wie sie im Programm wenigstens anzudeuten wäre; dann folgt „Zweitens. Die Rekonstituierung Deutschlands“, wo Engels die Abschaffung der Kleinstaaterei, die Zertrümmerung der Vorherrschaft Preußens im Detail behandelt und zusammenfassend sagt: „Kleinstaaterei, spezifisches Preußentum sind die beiden Seiten des Gegensatzes, worin Deutschland jetzt gefangen liegt und wo immer die eine Seite der anderen als Entschuldigung und Existenzgrund dienen muß. Was soll an die Stelle treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen. Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im ganzen eine Notwendigkeit . . . sie wäre ein Fortschritt in England . . . sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden. . . . Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt.“ Dann folgen noch neun Druckzeilen, die dies im einzelnen ausführen, und darauf die Zusammenfassung: „Also einheitliche Republik.“

Der Leser sieht: Engels stellt als jene „entscheidendsten“ Punkte, über die diskutiert werden müßte, erstens, also in erster Linie, vor allem: die Forderung der Republik, zweitens, also in zweiter Linie: die Abschaffung der Kleinstaaterei und an ihrer Stelle die Forderung der einheitlichen Republik. Die zweite Forderung ist somit nur die Ausführung der ersteren im Detail. Es ist nicht eine andere Frage, sondern es ist dieselbe Frage der Republik, deren Ausführung im einzelnen: nicht die Föderativrepublik, sondern die einheitliche Republik, dem ersten Punkt zur natürlichen Ergänzung dient.

Ich habe demnach, als ich aus dem zweiten Punkte der Engelsschen Kritik die Worte „Also einheitliche Republik“ zitierte, im genauesten Sinne Engels' Ausführungen wiedergegeben, indem ich die Äußerung ausführte, in der dieser selbst seine Ausführungen zusammenfaßt, resumiert. Engels spricht „erstens“ von der Republik, „zweitens“ von der einheitlichen Republik, er spricht die ganze Zeit von der Forderung der Republik, die er im Detail ausführt und auf diese, auf nichts anderes bezieht sich die Äußerung, eine Verständigung, eine Diskussion in der Presse sei notwendig, auf diese, auf nichts anderes bezieht sich die Klage über den „ehrlichen Opportunismus“, der diese „großen Hauptgesichtspunkte“ vergißt und verdeckt.

An meinem Zitat ist also nicht zu deuteln und zu rütteln. Da kann keine Maus etwas davon abbeißen. Und wenn Genosse Kautsky angesichts der angeführten Worte von Engels erklären kann, „es lag ihm (Engels) fern“, es „wäre ihm nicht eingefallen“, über die Republik eine Verständigung für nötig zu halten, so — enthalte ich mich jedes Urteils darüber.

Zweites Beispiel. Ich hatte aus dem Artikel des Genossen Kautsky vom Jahre 1905 über den Bergarbeiterstreik einen Passus zitiert, in dem der „politische Streik“ als die „neue gewerkschaftliche Taktik“ proklamiert und der Massenstreik als die Vereinigung der politischen und ökonomischen Aktion gefeiert wird. Darauf sagt jetzt Genosse Kautsky:

> In der Tat, welch ein theoretischer Hanswurst bin ich, solche Purzelbäume zu machen, daß ich einmal das „schönste Durcheinander“ von Streiks zu politischen und von Streiks zu ökonomischen Zwecken predige und dann wieder ihre sorgfältige Trennung verlange.
>
> Ich begreife das Entzücken der Genossin Luxemburg über meine Purzelbäume nach rückwärts. Es wirkte so überwältigend auf sie, daß sie es unterließ, auch nur ein einziges Sätzchen des „trefflichen“ Artikels weiter zu lesen. Denn ich fahre dort unmittelbar nach dem zitierten Satze fort:
>
> „Dabei ist freilich der Streik um rein politische Machtfragen wohl zu unterscheiden von dem Streik, der die Gesetzgebung zu einer sozialpolitischen Tat drängen will. Jede dieser Streikarten erfordert eine andere Taktik, ist an andere Bedingungen geknüpft; bei dem einen wird die gewerkschaftliche, bei dem anderen die politische Leitung in den Vordergrund treten müssen; der eine ist eine Aktion, die sich des öfteren wiederholen kann, der andere bleibt ein letztes Auskunftsmittel verzweifelter Situationen; bei dem einen gilt es, die Regierung zu einer Tat zu drängen, bei dem anderen, die Regierung zu stürzen; der eine gelingt um so besser, je planmäßiger er vorbereitet ist, der andere um so eher, je spontaner er losbricht, Freund und Feind überraschend usw.“
>
> Das ist es, was ich 1905 in dem Artikel sagte, den Rosa Luxemburg jetzt gegen mich zitiert, um zu beweisen, daß ich im Gegensatz zu meiner jetzigen Haltung damals ebenso wie jetzt gegen die „pedantische“ Unterscheidung der Streikarten und für ihr Durcheinander eintrat. In Wirklichkeit erklärte ich 1905 genau dasselbe wie jetzt. Den Schein des Gegenteils erreicht Rosa Luxemburg nur durch eine Prozedur von unglaublicher Keckheit.

Wenn es „unglaubliche Keckheit“ sein soll, das Zitat aus einem fremden Artikel an unpassender Stelle abzubrechen, wie soll man es nennen, wenn ein Zitat aus dem eigenen Artikel an unpassender Stelle abgebrochen wird? Der Absatz ist nämlich mit dem „usw.“ in dem Artikel des Genossen Kautsky nicht zu Ende. Es folgt noch ein „Aber“ und fünf Zeilen. Diese Zeilen haben folgenden Wortlaut:

> „Aber bei allen Unterschieden beider Streikarten, des politischen Streiks einer bestimmten Arbeiterkategorie, um eine soziale gesetzgeberische Reform durchzusetzen, und des politischen Streiks des ganzen empörten Proletariats, um ein feindseliges Regime zu stürzen oder einen Staatsstreich zu parieren — haben beide Streikarten das miteinander gemein, daß sie eine Vereinigung der politischen und gewerkschaftlichen Aktion darstellen.“

Das heißt, Genosse Kautsky hebt zum Schlusse allen Unterscheidungen zwischen politischem und ökonomischem Streik gegenüber ihre Vereinigung hervor als die Hauptsache, als denjenigen Gesichtspunkt, auf den er den Nachdruck legt. Und dies ist gerade der Gesichtspunkt, den auch ich bei ihm durch die zitierte Stelle hervorhob, es ist genau dasselbe, was ich unterstrich, nochmals durch den Genossen Kautsky selbst unterstrichen. Also auch an diesem Zitat ist nicht zu deuteln und zu rütteln.

Dies sind aber die einzigen Beispiele, wo Genosse Kautsky seine schwere Anschuldigung überhaupt durch Beweise zu stützen versucht hat. Demnach ist auch seine summarische Behauptung über alle meine sonstigen Zitate, sie stimmen dem Sinne nach nicht, in dem ich sie gebrauche, vollkommen aus der Luft gegriffen.

Schlußwort.

Von **K. Kautsky.**

Nach der Debatte die „persönlichen Bemerkungen“.

Um die Affäre vollends zu erledigen, lasse ich auf die „Richtigstellung“ der Genossin Luxemburg gleich das folgen, was ich daran richtigzustellen habe.

Zuerst das Engelssche Zitat. Ich hatte der Genossin Luxemburg vorgeworfen, sie habe es derartig zugerichtet, daß es einen anderen Sinn bekam, als der Autor ihm habe geben wollen. Das sucht die Genossin Luxemburg dadurch zu entkräften, daß sie dasselbe Verfahren wiederholt. Abermals stellt sie Bruchstücke von Zitaten zusammen und fabriziert mit ihnen einen falschen Schein.

Um den Lesern zu zeigen, worum es sich Engels an der von der Genossin Luxemburg und mir umstrittenen Stelle wirklich handelt, bleibt mir nichts übrig, als diese selbst zum Abdruck zu bringen, ohne Weglassungen und ohne Unterstreichungen anderer Art, als sie im Original zu finden sind.

Das Verfahren ist etwas umständlich, denn es handelt sich um eine Stelle, die im Original fast drei Druckseiten umfaßt. Aber es gibt keinen anderen Weg, die Streitfrage zur Entscheidung zu bringen, und meine Bedenken werden besiegt dadurch, daß die Stelle so prächtig und instruktiv ist und gerade heute in der Zeit der badischen Vorkommnisse so aktuell, daß ich überzeugt bin, unseren Lesern mit dem Wiederabdruck einen Genuß zu bereiten, auch jenen, die der Frage der Richtigkeit der Zitierung gleichgültig gegenüberstehen.

Bevor wir an den Abdruck gehen, aber noch ein Wort über die Streitfrage.

Ich hatte die Genossin Luxemburg darauf hingewiesen, daß wir — nicht bei der Betonung unseres republikanischen Standpunktes — der kam nicht in Frage —, sondern bei der Forderung einer besonderen, verstärkten Form der republikanischen Agitation vorsichtig sein müßten, nicht aus politischen, sondern juristischen Gründen, wie auch Marx und Engels anerkannt.

Daraufhin erwiderte die Genossin Luxemburg, daß in dem Passus, auf den ich mich bezog, Engels vielmehr gerade die „Notwendigkeit einer Agitation für die Republik“ betonte.

Demgegenüber erklärte ich, diese Auslegung des Passus habe die Genossin Luxemburg nur dadurch möglich gemacht, daß sie bloß jene Stellen heraushob, die von der Republik handeln, und die Zwischenglieder wegließ. Das bestreitet sie jetzt, sie behauptet, Engels spricht „die ganze Zeit von der Forderung der Republik, die er im Detail ausführt, und auf diese, auf nichts anderes bezieht sich die Äußerung, eine Verständigung, eine Diskussion in der Presse sei notwendig; auf diese, auf nichts anderes bezieht sich die Klage über den ‚ehrlichen Opportunismus‘, der diese großen Hauptgesichtspunkte vergißt und verdeckt“.

So Genossin Luxemburg. Hören wir nun Friedrich Engels.

„Die politischen Forderungen des Entwurfes haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin. Wenn alle diese zehn Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst. Die Reichsverfassung ist in der Abmessung der dem Volke und seiner Vertretung überwiesenen Rechte ein purer Abklatsch der preußischen Verfassung von 1850, einer Verfassung, worin die äußerste Reaktion in Paragraphen gefaßt ist, worin die Regierung alle wirkliche Macht besitzt und die Kammern nicht einmal das Steuerverweigerungsrecht haben; einer Verfassung, die in der Konfliktszeit bewies, daß die Regierung mit ihr machen konnte, was sie wollte. Die Rechte des Reichstags sind genau dieselben wie die der preußischen Kammer, und daher nannte Liebknecht diesen Reichstag das Feigenblatt des Absolutismus. Auf Grundlage dieser Verfassung und der von ihr sanktionierten Kleinstaaterei, auf Grundlage eines Bundes zwischen Preußen, Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein, wovon das eine so viel Quadratmeilen hat als das andere Quadratzoll, auf solche Grundlage die ‚Umwandlung aller Arbeitsmittel in Gemeineigentum‘ durchführen zu wollen, ist augenscheinlich sinnlos.

„Daran zu tasten ist aber gefährlich. Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist gerade jetzt der in einem großen Teile der sozialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft des Gesetzes gefallenen voreiligen Äußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. Man redet sich und der Partei vor, ‚die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein‘, ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse, diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse wie der Krebs die seine; als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fesseln der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe. Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle anderen Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden.

„Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schickt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind. Soll es wieder gehen wie seinerzeit mit den Schutzzöllen, die man damals für eine nur die Bourgeoisie angehende, die Arbeiter nicht im entferntesten berührende Frage erklärte, wo also jeder stimmen konnte wie er wollte, während jetzt mehr als einer ins entgegengesetzte Extrem verfällt und aus Gegensatz gegen die schutzzöllnerisch gewordenen Bourgeois die ökonomischen Verdrehungen von Cobden und Bright neu auflegt und als reinsten Sozialismus predigt — das reinste Manchestertum?

„Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um

der Gegenwart der Bewegung willen, mag ‚ehrlich‘ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der ‚ehrliche‘ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen.

„Welches sind nun diese kitzlichen, aber sehr wesentlichen Punkte? Erstens. Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten, wie Miquel.

„Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehen, daß man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis Philippe in Frankreich ebenso zulässig war wie jetzt in Italien. Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemütlich friedlichem Wege die Republik einrichten, und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.

„Indes kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung. Und das würde einstweilen genügen, wenn man nicht weiter gehen kann.

„Zweitens. Die Rekonstitution Deutschlands. Einerseits muß die Kleinstaaterei beseitigt werden — man revolutioniere doch die Gesellschaft, so lange es bayerisch-württembergische Reservatrechte gibt und die Karte von Thüringen zum Beispiel das gegenwärtige Jammerbild bietet. Andererseits muß Preußen aufhören zu existieren, muß in selbstverwaltende Provinzen aufgelöst werden, damit das spezifische Preußentum aufhört, auf Deutschland zu lasten. Kleinstaaterei, spezifisches Preußentum sind die beiden Seiten des Gegensatzes, worin Deutschland jetzt gefangen liegt und wo immer die eine Seite der anderen als Entschuldigung und Existenzgrund dienen muß. Was soll an die Stelle treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen. Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im ganzen eine Notwendigkeit, obgleich sie im Osten bereits ein Hindernis wird. Sie wäre ein Fortschritt in England, wo vier Nationen auf den beiden Inseln wohnen und trotz eines Parlamentes schon jetzt dreierlei Gesetzsysteme nebeneinander bestehen. Sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden, erträglich nur, weil die Schweiz sich damit begnügt, ein rein passives Glied des europäischen Staatensystems zu sein. Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt. Zwei Punkte unterscheiden den Bundesstaat vom Einheitsstaat, daß jeder verbündete Einzelstaat, jeder Kanton seine eigene Zivil- und Kriminalgesetzgebung und Gerichtsverfassung hat, und dann, daß neben dem Volkshaus ein Staatenhaus besteht, worin jeder Kanton, groß oder klein, als solcher stimmt. Das erste haben wir glücklich überwunden und werden nicht so kindisch sein, es wieder einzuführen, und das zweite haben wir im Bundesrat und können es sehr gut entbehren, wie denn überhaupt unser ‚Bundesstaat‘ schon den Übergang zum Einheitsstaat bildet. Und wir haben nicht die 1866 und 1870 gemachte Revolution von Oben wieder rückgängig zu machen, sondern ihr die nötige Ergänzung und Verbesserung zu geben durch eine Bewegung von Unten.

„Also einheitliche Republik. Aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nichts ist als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bureaukratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik und noch heute Australien, Kanada und die anderen englischen Kolonien. Und eine solche

provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonalregierungen ernennen Bezirksstatthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß und die wir uns ebenso höflichst in Zukunft verbeten haben wollen, wie die preußischen Landräte und Regierungsräte.

„Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen. Ich erwähne sie auch hauptsächlich, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen, wo so etwas zu sagen nicht angeht, und damit gleichzeitig die Selbsttäuschung, die solche Zustände auf gesetzlichem Wege in die kommunistische Gesellschaft überführen will. Und ferner, um dem Parteivorstand in Erinnerung zu bringen, daß es noch andere politische Fragen von Wichtigkeit gibt als die direkte Gesetzgebung durch das Volk und die unentgeltliche Rechtspflege, ohne die wir am Ende auch vorankommen. Bei der allgemeinen Unsicherheit können diese Fragen von heute auf morgen brennend werden, und was dann, wenn wir sie nicht diskutiert, uns nicht darüber verständigt haben?“

Soweit Engels.

Genossin Luxemburg nun zitiert die letzten sechs Absätze in der Weise, daß sie die drei Absätze, die „Erstens“ behandelten, vollständig abdruckt, ebenso den letzten. Die zwei dazwischenliegenden, die längsten, die „Zweitens“ behandeln, dagegen zitiert sie in der Form:

„Zweitens. Die Rekonstitution Deutschlands.... Also einheitliche Republik....“

Das war alles, damit, behauptet sie, habe sie den wesentlichen Inhalt dieser zwei Absätze wiedergegeben, und wenn ich gegen diese unerhörte Art zu „zitieren“ protestiere, ist sie darüber noch moralisch entrüstet.

Wollen wir aber nicht bloß die letzten sechs Absätze allein in Betracht ziehen, sondern die ganze Auseinandersetzung, auf die sich Genossin Luxemburg bezieht, dann frage ich, wo erklärt hier Engels, nichts sei dringender notwendig, als „die Erörterung der Losung der Republik in der Parteipresse“? Ich frage, wer wird nach der Lesung dieses ganzen Passus noch behaupten wollen: „auf die Republik, auf nichts anderes bezieht sich die Äußerung, eine Verständigung, eine Diskussion in der Presse sei notwendig; auf die Republik, auf nichts anderes bezieht sich die Klage über den ‚ehrlichen Opportunismus‘, der diese ‚großen Hauptgesichtspunkte‘ vergißt und verdeckt“?

Weit entfernt davon, über die Frage der Republik eine Verständigung, eine Diskussion für notwendig zu halten, erklärt Engels:

„Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik.“

Kein Wort davon, daß der Opportunismus an dieser Tatsache zweifle. Was er diesem vorwirft, ist etwas ganz anderes:

„Die Illusion, als könne man dort (in Deutschland) auf gemütlich friedlichem Wege die Republik einrichten und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.“

Das, die Illusion des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus und nicht die „Losung der Republik“, ist eine der großen Hauptfragen, über die wir uns zu verständigen haben. Die andere ist die, ob Bundesstaat oder Einheitsstaat, wobei auch wieder die Republik als etwas Selbstverständliches vorausgesetzt wird. Das ist es, was Engels hier ausführt.

Diese Auffassung entspricht auch den tatsächlichen Verhältnissen. Selbst heute, wo in manchen Teilen Deutschlands der „ehrliche Opportunismus“ weit stärker ist als zu Engels' Zeit, wird der republikanische Charakter unserer Bewegung ernstlich nicht in Frage gestellt. Sogar in Baden und sogar in den Reihen der Anhänger der Budgetbewilligung hat die Hofgängerei starken Tadel gefunden, und die

Hofgänger selbst wagen es nicht, sich als Monarchisten hinzustellen. Kein Mensch, der die deutsche Sozialdemokratie kennt, wird behaupten wollen, die „Losung der Republik“ gehöre zu jenen Punkten, über die in ihren Reihen „Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind“, zu jenen Punkten, „wo jeder stimmen kann wie er will“, von denen Engels spricht. Was umstritten ist, worüber eine Diskussion und Verständigung notwendig, sind die Fragen des Einheitsstaats und des friedlichen Hineinwachsens in den Zukunftsstaat, gerade jene Punkte, die Engels hier hervorhebt und die praktisch darauf hinauslaufen: sollen wir dem Partikularismus Konzessionen machen oder ihn bekämpfen? Und vor allem die Frage, sollen wir in den Volksmassen die Illusion großziehen, es sei möglich, ohne schwere Kämpfe, ganz unmerklich, durch Entgegenkommen an die bestehenden Machtfaktoren der „fast allmächtigen Regierung“ ihre Macht zu nehmen und „alle politische Macht in den Händen der Volksvertretung zu konzentrieren“?

Es heißt vom Charakter unserer Bewegung wie von dem Gedankengang, den Engels hier entwickelt, einen ganz falschen Schein erwecken, wenn man einzelne Sätze seiner Darlegung so zusammenstellt, daß sie aussehen, als hätte er den republikanischen Charakter unserer Bewegung für bedroht gehalten und eine Verständigung darüber für unsere Hauptaufgabe erklärt.

Wenn dieser falsche Schein erweckt wird zu dem Zwecke, meine Berufung auf Engels lächerlich zu machen, habe ich ein Recht, das aufzudecken und zurückzuweisen.

Und nun zu dem zweiten Zitat.

Da kann ich mich zum Glück weit kürzer fassen, da liegt die Sache klarer.

Um mir theoretische „Purzelbäume“, das heißt haltloses Hin- und Herschwanken zwischen den größten Gegensätzen, nachzuweisen, hatte Genossin Luxemburg ein Zitat aus einem Artikel gebracht, in dem ich anscheinend das Gegenteil von dem sagte, was ich jetzt gegen sie geltend mache. Das Erwecken dieses Anscheins erreichte sie, wie ich erklärte, nur dadurch, daß sie nicht weiter zitierte, denn in den folgenden Sätzen gebe ich dem Vorhergehenden eine Deutung, die vollkommen meinem jetzigen Standpunkt entspricht. Das kann Genossin Luxemburg nicht leugnen. Aber, sagt sie, es gibt ein Aber. Auf die von ihr weggelassenen, von mir zitierten Sätze folgen in meinem Artikel wieder fünf Zeilen, die ich nicht zitierte, und die gerade das sagen sollen, was die Genossin Luxemburg jetzt im Gegensatz zu mir verficht.

Sonderbar, höchst sonderbar! Zuerst erkläre ich in dem fraglichen Artikel also das, was die Genossin Luxemburg gerne hört. Dann das Gegenteil und dann — wieder das erstere! Wäre das richtig, dann zeigte das ja die tollsten theoretischen „Purzelbäume“ nicht im Vergleich von 1910 und 1905, sondern innerhalb desselben Artikels. Und doch erklärte ihn die Genossin Luxemburg für einen „trefflichen Artikel“.

Das Rätsel löst sich dadurch, daß die Genossin Luxemburg ununterbrochen zwei Erscheinungen durcheinander wirft, die einige Namensähnlichkeit haben, aber sehr verschiedener Natur sind, und die man streng auseinanderhalten muß, soll man nicht größter Konfusion verfallen.

Diese zwei verschiedenen Erscheinungen sind die Verbindung gewerkschaftlicher und politischer *Aktion* zur Erreichung einer bestimmten *Forderung*, und die Verbindung gewerkschaftlicher und politischer *Forderungen* in einer bestimmten *Aktion*.

Von diesen beiden Erscheinungen halte ich die erste, die Verbindung gewerkschaftlicher und politischer Aktion, unter Umständen für nützlich, ja unvermeidlich, und ich nehme an, daß diese Umstände um so leichter eintreten, je stärker das Proletariat und seine Organisationen werden. Die zweite Erscheinung, die Verbindung des Kampfes für politische Rechte mit dem Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen zu einer gemeinsamen Aktion, halte ich dagegen für verkehrt, und zwar um so mehr, je entwickelter die politische und gewerkschaftliche Organisation ist.

Die Genossin Luxemburg meint dagegen, beide Erscheinungen seien gleich notwendig und nützlich, und sie will nachweisen, daß ich ehedem derselben Ansicht ge-

wesen sei. Zu diesem Zwecke beruft sie sich auf meinen Artikel, in dem ich zuerst die erste Erscheinung akzeptiere, dann ausdrücklich die zweite ablehne, um schließlich nochmals für die erste einzutreten.

Die Genossin Luxemburg identifiziert einfach die erste Erscheinung mit der zweiten, zitiert das, was ich über die erste sage, als auch für die zweite gültig und unterschlägt meine ausdrückliche Ablehnung der zweiten. Darob zur Rede gestellt, kann sie die Unterschlagung nicht leugnen, sie behauptet jedoch, diese werde wett gemacht dadurch, daß ich die Fortsetzung nicht zitierte! Aber in dieser weggelassenen Fortsetzung steht nichts, als daß ich schließlich nochmals für die erste Erscheinung eintrete, die sie kaltblütig abermals mit der zweiten identifiziert.

Ihre „Richtigstellung" bedeutet also auch beim zweiten Zitat nichts als eine Wiederholung des Verfahrens, wodurch sie es ursprünglich fälschte.

Ob diese Fälschung eine berechnete war oder einem Unvermögen entsprang, klar zu sehen, um was es sich handelt, ist für die Sache gleichgültig.

Auf jeden Fall habe ich keine Ursache, von dem, was ich gesagt, auch nur ein Wort zurückzunehmen.

Literarische Rundschau.

Gilles, P., **Die Elektrizität als Triebkraft in der Großindustrie und die Frage der Kraftversorgung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.** Berlin 1910, Verlag R. Trenkel. 78 Seiten. 3 Mark.

Der Industrialismus drängt auch in seinen Kraftzentralen nach Betriebskonzentration. Die Antriebskräfte für die Arbeitsmaschinen sollen möglichst billig erzeugt und möglichst rationell ausgenutzt werden. Deshalb wird auch auf diesem Gebiet technisch-konstruktiv fleißig gearbeitet, die Maschineneinheiten werden erhöht, die Erzeugungskosten pro Krafteinheit herabgedrückt.

Die großindustrielle Kraftversorgung stand zuerst unter dem Zeichen der Dampfmaschinenperiode und zwar speziell die Kolbendampfmaschine hat einem ganzen wirtschaftlichen Zeitalter sein fabrikorganisatorisches Gepräge gegeben, hat in der ersten Etappe des aufkommenden Industrialismus der Maschinenwirtschaft erst die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten schaffen müssen.

Aber auch der Dampfbetrieb ist heute nicht mehr die höchste und idealste Kraftversorgung. Gegenwärtig befinden wir uns in einem Übergangsstadium. Die Kolbendampfmaschine wird verdrängt durch die Dampfturbine und die Grosgasmaschine. Vor allen Dingen aber hat die elektrische Betriebskraft an Terrain gewonnen. Gerade die elektrischen Kraftmaschinen können sich durch die leichte Regulierbarkeit, Verteilung, Übertragfähigkeit des elektrischen Stromes, der großindustriellen Arbeitsweise in hohem Maße anschmiegen. Dem Bau und der zweckmäßigen Einrichtung der Elektrizitätswerke haben die Fachleute ihre Aufmerksamkeit zugewendet und stellt in dieser Entwicklungsreihe jetzt bekanntlich die Überlandzentrale die höchste Form dar.

Die Arbeit von Gilles beschäftigt sich mit einer der interessantesten Formen neuerer Wirtschaftsgründungen, nämlich mit der Entwicklung zum privatgemeinwirtschaftlichen Unternehmen.

In Rheinland-Westfalen ist es bei der Gründung von Elektrizitätswerken zu folgenden Komplikationen gekommen: Für die großen Bergwerke und Eisenhütten sind Werkzentralen geschaffen worden, die den elektrischen Strom für die jeweiligen Werke zu erzeugen haben. Bei dem wechselnden Beschäftigungsgrad der einzelnen Unternehmungen ließ es sich bisher nicht vermeiden, daß die Betriebsmaschinen verschieden belastet wurden. Konnten in Zeiten übergroßer Beschäftigung die Maschinen kaum die notwendigen Strommengen erzeugen, so mußten in geschäftlich stillen Zeiten einzelne Maschinengruppen still stehen. Gegen das heiligste Gesetz der kapitalistischen Wirtschaftsweise wurde also verstoßen, indem die Betriebsfaktoren nicht restlos ausgenutzt werden konnten. Die Industriegewaltigen in Rheinland-

Westfalen sannen daher auf Abhilfe und gingen zur Finanzierung der sogenannten Verbandselektrizitätswerke über.

Diesen Zentralen wurden die Funktionen von „Elektrizitätsbanken" übertragen. Die Verbandswerke geben elektrischen Strom an die Werkzentralen ab, wenn dort in Zeiten erhöhter Beschäftigung die Maschinen den Bedarf nicht decken können, im umgekehrten Fall wird der Überschuß an elektrischer Energie von den Werkzentralen dem Verbandswerk zugeführt. Durch Gegenseitigkeitsverträge festgelegt, erhalten die Großindustriellen bei dem Einkauf und Verkauf von Strom günstige Preise zugebilligt. Die Überschüsse der im Verbandswerk vorhandenen Strommengen werden an Stadtverwaltungen, Straßenbahngesellschaften, Gewerbetreibende usw. verhandelt. Die Großindustriellen, die durch reiche Kapitalmittel sich an dem Unternehmen einen genügenden Einfluß gesichert haben, machen dabei das beste Geschäft, sie kaufen Reservestrom billig auf, stoßen ihre Überschüsse zum Verkauf günstig ab und „stabilisieren" sich dadurch in ihren Werkzentralen die Betriebsmaschinen.

Einen Extraprofit macht dabei noch Hugo Stinnes. Die Technik hat den Hüttenmagnaten gelehrt, aus ihren Hochöfen die durch den Verbrennungsprozeß erzielten Abgase nicht nutzlos durch den Schornstein entweichen zu lassen. Vielmehr können diese Abgase für den Betrieb der neueren Gasmaschinen noch Verwendung finden. So entfalten denn die modern geleiteten Hüttenwerke Betriebskräfte weit über ihren eigenen Bedarf und Verbrauch.

Wohin damit? Stinnes verkauft die Abgase seiner Werke an die Verbandszentralen und so muß auch hier dem Großkapitalismus alles zum besten dienen.

Dieser privat-gemeinwirtschaftliche Betrieb stellt also eine neuartige Wirtschaftsform dar, und es bleibt abzuwarten, unter welchen Verhältnissen sich außer in Rheinland-Westfalen ähnliche Gründungen vollziehen werden. Die Angaben, die Gilles über den ersten Versuch macht, können als instruktives Studiummaterial zu dieser Frage dienen. Richard Woldt.

Zeitschriftenschau.

„The Socialist Review" vom Juni bringt einen Aufsatz von F. C. Constable über **„Sozialismus und das Überleben der Passendsten"**. Darwins Theorie beruht auf der Grundlage, daß im Kampf ums Dasein nur die Passendsten am Leben bleiben. Mit diesen Passendsten meint Darwin nicht die moralisch oder intellektuell höchstwertigen, noch diejenigen, die über materielle Mittel am meisten gebieten. Er meint einfach diejenigen, die am besten den Verhältnissen, der Umgebung angepaßt sind, ohne zu fragen, weshalb und woher diese Verhältnisse derart beschaffen sind. Die Geschichte der Menschheit zeigt uns ein Überleben der Passendsten, aber nicht der moralisch oder intellektuell Hochstehenden. Der Mensch ist aber nicht einfach ein Sklave seiner Umgebung; denn er gestaltet in seiner Entwicklung selbst die Verhältnisse, worunter er und seine Nachkommen leben müssen. Damit wird eine neue Tatsache geschaffen, die in der tierischen Entwicklung noch nicht vorhanden ist. Die sozialen und gesetzlichen Verhältnisse der Menschen werden von ihnen, zum Teil mit bewußter Überlegung geschaffen. So groß ist die Macht des Menschen, daß er sogar durch die Zuchtwahl neue Lebensformen gestaltet. Die natürlichen Verhältnisse, die als blinde Kräfte die Evolution der Tierwelt bestimmen, weichen neuen Faktoren, die in der Macht des Menschen liegen. Und zwar in seiner bewußten Absicht; die neuen Verhältnisse, in denen jetzt die Millionen von Japanern aufwachsen, sind von diesem Volke mit Bewußtsein so geschaffen worden. Diese Erkenntnis ist sehr wichtig. Solange wir glauben, daß ein Gott oder eine mächtige Natur über unseren Willen, über die Entwicklung der Menschheit gebietet, tragen wir keine Verantwortlichkeit, und nehmen wir unser Elend als unabänderlich an. Sehen wir jedoch ein, daß die Menschheit selbst ihre eigene Umgebung schaffen kann, so lastet eine schwere Verantwortung auf uns. Die Auffassungen der Menschen,

ihr Gewissen, ihre Idee über Recht und Unrecht wird zu neun Zehntel durch ihre individuelle Lage bestimmt. Aber jetzt wächst ein neues Bewußtsein, ein öffentliches Gewissen auf; es entwickelt sich ganz naturgemäß aus dem engeren Zusammenhang aller Menschen und Länder und aus der zunehmenden Bildung. Die Macht des Menschen, seine Umgebung zum eigenen oder zu seiner Klasse Vorteil zu ändern, wird zur Macht, die Weltverhältnisse zum Vorteil aller zu ändern. Das ist die natürliche Evolution des Sozialismus; er ist das kollektive Ergebnis des überlebens der Passendsten. In den heutigen Grundherren, die sozial völlig überflüssig geworden sind, findet sich zwar nichts von einem solchen sozialen Gewissen. Wir können sie aber nicht einfach abschneiden, wie ein Arzt den Blinddarm; im Grunde sind wir alle mit derselben Krankheit angesteckt, auch der Arbeiter, der gern viel verdienen möchte und nichts tun. Daher müssen wir vor allem langsam vorwärts. Wir haben noch nicht gelernt, unsere Freiheit vernünftig zu verwenden, und müssen uns langsam erziehen und in dem Aufbau der gleichen Gelegenheit für alle nicht ungeduldig werden.

So zu lesen in dem Organ der „Independant Labour Party"!

über **„Die sozialistische Bewegung in Amerika"** schreibt Walter Thomas Mills aus Milwaukee. Es ist schwer, den englischen Lesern die Schwierigkeiten der amerikanischen Bewegung klar zu machen. Das Land ist so groß, daß man einander persönlich kaum kennen kann; zu einer Landeskonferenz muß man eine Woche fahren und dazu als Fahrgeld ein Jahreseinkommen verwenden. Man muß zwanzig Sprachen kennen; die Politiker haben einflußreiche Leute aller Nationen in ihrem Dienste, wodurch alle Stimmen jener Nationen ihnen zufallen. Jede große Bewegung war in Amerika nur mit Hilfe der Bauern möglich, die vierzig Prozent aller Stimmen bilden. Diese Bauern wissen ganz gut, daß sie für den Transport ihrer Produkte völlig von den großen Trusts abhängig sind und von diesen ausgebeutet werden. Während sie selbst also wissen, daß sie nicht freie Produzenten sind, versuchen viele Wortführer der Arbeiterpartei, die das nicht wissen, sie als ausbeutende Kapitalisten hinzustellen und einen künstlichen Gegensatz zwischen ihnen und dem Proletariat zu schaffen. Zurzeit als die Grundlagen der europäischen Arbeiterbewegung gelegt wurden, tobte in Amerika der Bürgerkrieg, und erst nach dessen Beendigung konnte die Arbeiterbewegung beginnen. Zuerst war es die Organisation der Ritter der Arbeit, die die Arbeiter aller Gewerbe und Nationen, auch die Frauen, organisierte und für Arbeiterschutz, geheime Wahl und Achtstundentag eintrat. Mit den Bauern zusammen bildete sie die Populistenpartei. Die Unmöglichkeit, mit gemischten Vereinen Gewerkschaftskämpfe zu führen, vernichtete sie. Darauf erhob sich die A. F. L., die Amerikanische Arbeitsföderation, die jetzt die Hälfte der nahezu vier Millionen organisierten Arbeiter umfaßt. Ihre Organisation nach Berufsarten, die jetzt in Widerspruch zu der großkapitalistischen Vereinigung der Arbeiter verschiedenster Berufe in einer Fabrik steht, und durch die Tarifverträge mit verschiedenen Endterminen einen gemeinsamen Kampf verhindert, ist die Ursache, weshalb die Agitation für Industrieverbände so viel Einfluß hat. Die Eisenbahnerorganisation von Debs zeigte, wie mächtig eine als Industrieverband organisierte Gewerkschaft ist; sie ging aber zugrunde, weil sie keinen Frieden mit den anderen Organisationen halten konnte. Gerade die Erinnerung an diese gegenseitigen Kämpfe hemmt das Vorwärtskommen der Form des Industrieverbandes. Trotzdem macht sie Fortschritte: die Westliche Minenarbeiterföderation ist als Industrieverband organisiert; auch der alte Bergarbeiterverband entwickelt sich rasch dahin, wie auch die Union der Brauereiarbeiter; und der Streik in den Stahlwerken in McKees Rocks, der erste siegreiche Streik auf diesem Gebiet, wurde nach denselben Prinzipien geführt. Die Bauarbeiter und die Druckereiarbeiter schließen sich ebenfalls einheitlicher zusammen; und in Milwaukee besteht schon lange ein festes Band, ein Kartell, das alle Gewerkschaften zusammenhält und gemeinsam arbeiten läßt.

Aus dieser bunten Verschiedenheit ist zu ersehen, wie schwierig es sein muß, diese Arbeiter auf ein politisches Programm zu einigen. Die Populistenpartei, die

es auf zwei Millionen Stimmen brachte, ging bald nach den Arbeitsrittern zugrunde, als sie in die Gefolgschaft der Demokraten geraten war. Jetzt hat die Sozialdemokratische Partei, die im Jahre 1901 organisiert wurde, eine Organisation in fünfzig Staaten und Territorien und zählt 50000 Mitglieder, die jedes 12½ Mark jährlichen Beitrag zahlen. Ihre Stimmenzahl hat sich stetig vergrößert; die geringe Vermehrung bei der letzten Wahl ist nur Schein, weil das vorige Mal viele unzufriedene Demokraten für Debs stimmten, die jetzt auf Bryan zurückfielen. Obgleich die Partei am meisten in den Großstädten agitiert, hat sie in den Kleinstädten und auf dem Lande am stärksten zugenommen. Damit hängt auch ein allmählicher innerer Umschwung zusammen. Früher bildeten die Einwanderer, die mit radikalrevolutionären Ideen erfüllt waren und von den amerikanischen Verhältnissen nichts wußten, den Kern der Bewegung. Jetzt ist eine urwüchsige amerikanische Bewegung entstanden, die Stein für Stein die neue Gesellschaft mit den vorhandenen Mitteln aufbauen will. Das Zentrum dieser Bewegung ist Milwaukee und ihr Haupt ist Viktor Berger. Hier sind sozialistische und gewerkschaftliche Bewegung zu einer festen Einheit verbunden; hier dringen wir in alle Ämter ein, um praktisch zu zeigen, wie wir es machen, und dabei machen wir keine Kompromisse. Dieses Beispiel findet immer mehr Nachfolger, und alle Versuche der Befürworter einer anderen Taktik, Viktor Berger aus dem Generalrat der Partei zu drängen, schlugen fehl. Damit kommen wir dem steigenden Bedürfnis der Gewerkschafter nach politischer Betätigung entgegen; in Wisconsin hört man nie über eine neue Arbeiterpartei reden, denn dort ist die sozialistische Partei die Arbeiterpartei. Uns wird die wachsende Empörung gegen die Monopole und die politische Korruption zugute kommen; viele Großstädte haben sich schon eine demokratische Verfassung gegeben, wobei die Verwaltung in den Händen mehrerer direkt gewählter Kommissare liegt und die Bürger das Recht der Initiative, der Urabstimmung und der Zurückrufung haben (jeder Beamte muß sich auf eine von einem Viertel der Wähler gezeichnete Petition hin einer Neuwahl unterwerfen). Überall sieht die Zukunft unserer Bewegung hoffnungsvoll aus, und wenn die Partei in dieser Weise sich weiter entwickelt, wird sie bald hundert Städte und ein Dutzend Staaten beherrschen.

Über **„Eine wirkliche Gewinnbeteiligung“** schreibt Ben Turner, der Präsident des Textilarbeiterverbandes. Unter den vielen Unternehmungen, in denen das System der Gewinnbeteiligung mehr oder weniger durchgeführt ist, bildet das beste Beispiel die Fabrik wollener Stoffe von Thomson & S. in Huddersfield. Thomson fertigt nur vortreffliche Qualitäten aus reinstem Rohstoff an und versieht sie mit einem Herkunftstempel. Als Freund und Anhänger Ruskins führte er die Gewinnbeteiligung ein. Bei einer Krise im Jahre 1883 blieben seine Arbeiter beschäftigt und er unterstützte auch die aus anderen Fabriken entlassenen; im Jahre 1886 richtete er die Fabrik auf genossenschaftlicher Grundlage ein. Das hat sich als ein moralischer und ein finanzieller Erfolg erwiesen. Die alte Frage: Werden die Arbeiter auch die Verluste tragen wollen? wurde hier beantwortet, indem die Arbeiter sie willig trugen; sie votierten sogar den Aktionären die Höchstdividende von fünf Prozent, die die meisten dieser Aktionäre aus demselben Geiste der Brüderlichkeit heraus nicht annehmen wollten. Die Zahlung pro Stück ist abgeschafft; jeder Arbeiter bekommt seinen festen Wochenlohn nach achtundvierzigstündiger Arbeit. Die Arbeiterin, die sich verheiratet, scheidet aus, bekommt einen Zuschuß und behält ihren Gewinnanteil. In der Fabrik sieht man kein Hasten, kein Antreiben durch Werkmeister, keinen Neid und keine Sorge, ob ein anderer genügend arbeitet. Und in den halbjährlichen Versammlungen sieht man keine profitgierigen murrenden Aktionäre, sondern Freunde, die gemeinsam über das Wohl der ganzen Unternehmung beraten. Die Arbeiter wählen einige Direktoren, und auch die Gewerkschaft und die Aktien besitzenden Genossenschafter sind in der Direktion vertreten. So bildet diese Huddersfielder Wollfabrik ein Musterbeispiel genossenschaftlichen Betriebes.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 48 | Ausgegeben am 26. August 1910 | 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Das gleiche Urteil.

↗ Berlin, 20. August 1910.

Mit der vierzigsten Wiederkehr der Tage, in denen der Deutsch-Französische Krieg entbrannte, tauchen mannigfache Erinnerungen an die schicksalsreiche Zeit auf, und der alte Streit erhebt sich von neuem, wer die Schuld an dem Kriege getragen habe. Eifriger noch jenseits als diesseits der Vogesen, und mit gutem Fug, denn die Franzosen sind auf diesem Gebiet in siegreichem Vorschreiten; an die holde Mär von dem unschuldigen Lamm Bismarck, das unvermutet von dem gierigen Wolfe Bonaparte überfallen worden sei, glaubt selbst der deutsche Philister nicht mehr.

Die Franzosen sind auch insofern in günstigerer Lage, als sie beim Enthüllen der historischen Wahrheit keine zerbrechlichen Prestigen zu schonen brauchen. Es kann ihnen ganz gleich sein, ob Bonaparte etwas besser oder etwas schlechter abschneidet als Bismarck; sie sind weder mit dem Erbe des einen noch des anderen belastet. Deshalb ist es gerade kein hochherziger, aber doch ein sehr vernünftiger Entschluß der französischen Regierung, rückhaltlos ihre Archive über den Deutsch-Französischen Krieg und seine diplomatischen Vorspiele zu eröffnen. Der erste Band dieser umfangreichen Publikation, der sich erst auf mehrere Monate um die Jahreswende von 1863 auf 1864 erstreckt, ist bereits erschienen. Bis der letzte Band das Licht der Öffentlichkeit erblickt, mag wohl noch manches Jahr ins Land gehen, aber ein dankenswerter Anfang ist gemacht, und das ist mehr als die preußische Regierung von sich rühmen kann. Sie wagt ja noch nicht einmal die Archive über den Ursprung des Siebenjährigen Krieges zu öffnen, selbst nicht einmal den loyalsten Forschern.

Weshalb die Franzosen den sommerlichen Katastrophen des Jahres 1870 unbefangen gegenüberstehen, haben wir schon angedeutet; will man den Grund in möglichst kurzen Worten zusammenfassen, so muß man sagen: weil sie ihre Dezemberbande los sind, während die Deutschen noch immer unter dem Alp

des ostelbischen Junkertums ächzen. Denn dies waren hüben und drüben die eigentlichen Kriegsinteressenten und deshalb auch die eigentlichen Kriegsschürer. Die Dezemberbande sah ihren Untergang vor Augen und riß aus diesem Grunde den Dezembermann, der sich immerhin wie das Kalb vor der Schlachtbank sträubte, in den Krieg, der ihr vielleicht noch eine Galgenfrist verschaffen konnte; das ostelbische Junkertum aber betrieb durch seinen Mandatar Bismarck den Krieg, weil es keine andere Möglichkeit hatte, das südliche Deutschland zu verspeisen und dennoch all seine Schönheit unversehrt zu erhalten. Wenn Bismarck später einmal gesagt hat, nur durch das Schwert seien die süddeutschen Staaten zu gewinnen gewesen, so hatte er ganz recht: vom junkerlichen Standpunkt aus, wenn auch nicht vom nationalen.

Es war für jedermann klar, daß der Genuß, europäische Mächte zu spielen, den der Prager Frieden den süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden, sowie dem halben Hessen-Darmstadt gewährt hatte, nicht von ewiger Dauer sein werde; über kurz oder lang, und vermutlich über kurz, mußten sie sich mit dem Norddeutschen Bunde wieder zusammenschließen; dafür sorgte schon der Zollverein. Auf der anderen Seite war nicht minder klar, daß Bonaparte diesen Zusammenschluß nicht dulden konnte, ohne um den letzten Rest seines europäischen Prestiges zu kommen. Allein mit seiner Herrlichkeit ging es ohnehin unaufhaltsam zu Ende; es war kaum noch eine Frage von Jahren, sondern nur noch von Monaten, daß er unter inneren Schwierigkeiten zusammenbrach. Dann aber hätte sich die deutsche Einheit, soweit sie nach dem Ausschluß des deutschen Österreichs überhaupt noch zu erreichen war, ebenfalls unaufhaltsam vollzogen, ohne daß ein Tropfen Blutes zu fließen brauchte, aber freilich auch unter Bedingungen, die der ostelbischen Junkerherrlichkeit weit schwerere Opfer auferlegt hätten, als sie ohnehin schon mit innerem Brummen und Knurren der Verspeisung des norddeutschen Staatengewimmels gebracht hatte.

Die Dezemberbande drüben und das ostelbische Junkertum hüben wollten den Krieg, den weder die Interessen der deutschen, noch die Interessen der französischen Nation geboten. Sie haben ihn denn auch mit Mitteln herbeigeführt, die ihrer durchaus würdig waren; auf ein Haar wäre Bismarck selbst in der plumpen Falle der spanischen Thronkandidatur hängen geblieben; er entging diesem beschämenden Schicksal nur durch die Umredigierung der Emser Depesche, die auch ein ungleich größeres Maß von Fingerfertigkeit als von Genie erheischte. Jedoch es ist ihm gelungen, die Junkerherrschaft so fest zu begründen, daß sie noch nach vierzig Jahren nicht gebrochen worden ist, und das ist freilich in ihrer Art eine historische Leistung.

Gleichwohl wäre Bismarck nicht an sein Ziel gelangt, wenn er nicht Mitschuldige gehabt hätte, deren man in diesen Erinnerungstagen auch gedenken sollte. Der eine dieser Mitschuldigen war die deutsche Bourgeoisie, die, selbst wenn man von ihren früheren Sünden ganz absehen will, mindestens nach den Tagen von Sedan den Triumph des Junkertums noch hätte hindern können, falls sie halbwegs ihrer nationalen Pflichten eingedenk gewesen wäre. Statt dessen ließ sie sich zum Hetzhunde für die junkerlichen Interessen mißbrauchen; es war eine Schar bürgerlicher „Notabilitäten“, die zuerst — natürlich

im angeblichen Namen des deutschen Volkes — die Annexion Elsaß-Lothringens forderten und damit den nackten Eroberungskrieg einweihten, der allem junkerlichen Begehren freie Bahn schuf.

Ein anderer Mitschuldiger Bismarcks war der süddeutsche Partikularismus. Nur einmal ist diesem seltsamen Helden vergönnt gewesen, in den großen Welthändeln mitzutun, aber diese eine Gelegenheit hat er schmählich vertan. Was die süddeutschen Staaten zu tun hatten, wenn sie sich der Umklammerung des preußischen Junkertums entziehen wollten, lag nach dem Jahre 1866 auf der Hand; sie mußten im eigenen Hause moderne Zustände herstellen. Wenn ihre Regierungen sich dazu nicht aufraffen konnten oder mochten, so hätten sie unter dem Schutze der Eifersucht von ganz Europa sie zwingen können, die inneren Bedingungen einer dem Norddeutschen Bunde durch geistige Kraft überlegenen politischen Existenz zu schaffen. Aber davon war nach ihrer Niederlage im Jahre 1866 nicht einmal so viel zu spüren, wie selbst im preußischen Staate nach seiner Niederlage im Jahre 1806. Die moralischen Kräfte fehlten, und an ihre Stelle traten verletzte Eitelkeit und ohnmächtige Rachsucht; ein abgeschmackter Preußenhaß blieb die einzige Triebfeder der süddeutschen Politik.

Mit Recht warnte damals ein deutscher Demokrat, der diesen Namen wirklich verdiente, im Gegensatz zu den süddeutschen Partikularisten, die nur mit demokratischen Redensarten um sich warfen, man solle doch nicht darauf rechnen, sich mit äußeren Mitteln an einem Gegner zu rächen, der gerade in solchen Mitteln überlegener sei als jemals früher; man solle doch nicht immer nach Österreich schielen, wo nach 1866 eine kümmerliche Bourgeoispolitik eingesetzt hatte. In dieser Beziehung war die Verblendung des süddeutschen Partikularismus so groß, daß er noch immer für die freiheitliche Regeneration Österreichs schwärmte — unter Beust, dem Totengräber von Waldheim —, als man in Österreich schon ein Vereinsgesetz gemacht hatte, das ein im Sinne polizeilicher Willkür dreifach verschlimmerter Abklatsch des Manteuffelschen Machwerks war, ein Wehrgesetz, das die unantastbare Kontingentierung auf eine längere Reihe von Jahren noch weiter trieb als das Wehrgesetz des Norddeutschen Bundes, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, das jeden Gedanken an eine ernsthafte Anwendung verspottete, und ein Gesetz über den Ausnahmezustand, das die wichtigsten Bürgschaften der bürgerlichen Freiheit durch Ministerialbeschluß aufzuheben gestattete. In den Jahren von 1866 bis 1870 hatte Bismarck allen Anlaß zu seinem Hohnwort: wir Preußen seien für die Süddeutschen noch viel zu liberal.

Dadurch wurde ihm außerordentlich erleichtert, die süddeutschen Artischocken auf einmal zu verspeisen. Er hatte gar nichts dagegen, daß die süddeutschen Regierungen sich in den Verträgen von Versailles eine Reihe von partikularistisch-reaktionären Reservatrechten sicherten, denn der preußische und der süddeutsche Partikularismus stützen sich gegenseitig. Allein darin waren beide einig, daß auch nicht ein Titelchen eines Rechts für die Nation abfiel, die ihr Blut in Strömen auf den französischen Schlachtfeldern vergossen hatte. Möglich wurde dieser schnöde Undank nur durch die Sünden sowohl der norddeutschen Bourgeoisie als auch des süddeutschen Partikularismus.

Sich diese historischen Zusammenhänge zu vergegenwärtigen, ist auch heute noch ratsam, ja ratsamer vielleicht als zu mancher anderen Zeit. Die satten Prozentpatrioten speisen die Invaliden des großen Krieges mit dem Rate ab, sich zur Feier ihrer Siege den Hungerriemen etwas enger zu schnallen und dafür den glitzernden Tand ihrer Orden auf die Brust zu hängen. Dieser blutige Hohn entfließt demselben Geiste, von dem Bismarck und seine Mitschuldigen vor vierzig Jahren beseelt waren, und ihnen allen gebührt das gleiche Urteil.

Der Kongreß von Kopenhagen.

Von **K. Kautsky.**

1. Die Genossenschaften.

Wenn man nach der Tagesordnung urteilen wollte, die das Internationale Bureau für den nächsten Kongreß der Internationale vorschlägt, dann durfte man erwarten, er werde der stillste seiner Art werden. Kaum eine Frage, über die große Meinungsverschiedenheiten unsere Reihen erregen.

Die Austragung solcher Meinungsverschiedenheiten ist die wichtigste Aufgabe unserer nationalen und internationalen Kongresse. Es sind nicht bloße Demonstrationszusammenkünfte, wie die Katholikentage, aber auch nicht bloße Diskutierklubs, in denen mit glänzenden Rednerturnieren alles abgetan ist. Gerade auf internationalen Kongressen ist die Diskussion notwendigerweise sehr beschränkt. Die eigentliche Diskussion der Fragen der Tagesordnung muß vorher stattfinden. Auf dem Kongreß selbst werden die einzelnen Reden vor dem Plenum, abgesehen von den Referaten, selten viel mehr sein können als Motivierungen der Abstimmung.

Diese ist der entscheidende Akt. Es handelt sich darum, zu erfahren, auf welcher Seite bei großen, tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten die Mehrheit steht. Klarheit darüber zu erhalten, ist für jeden wichtig, mag er hüben stehen oder drüben. Solche Klarheit zu bringen, ist die wichtigste Funktion der sozialdemokratischen Kongresse.

Auf der Tagesordnung der Kopenhagener Zusammenkunft stehen keine Fragen, über die große Meinungsverschiedenheiten herrschen, die das Proletariat tief erregen.

Die Fragen der Arbeitslosigkeit (Punkt 2) und des Arbeiterschutzes (Punkt 4) sind sicher höchst wichtig. Es wird sehr wertvoll sein, wenn die Praktiker darüber ihre Erfahrungen mitteilen; aber große Differenzen werden dabei nicht zum Vorschein kommen. Noch weniger wird das der Fall sein bei Beratung der Organisierung einer internationalen Kundgebung gegen die Todesstrafe (Punkt 5). Die Organisation der internationalen Solidarität (Punkt 7) wird sich auf das Aussprechen von Empfehlungen und Wünschen beschränken müssen, in denen wir alle einig sind, deren Realisierung bei den verschiedenen Nationen zu sichern aber jede Grundlage mangelt.

Das gleiche gilt von dem Punkt 6, der von dem Verfahren handelt, das zu rascher Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse einzuschlagen wäre. Gemeint ist die Ausführung der Stuttgarter Resolution über den Krieg. Der Wille, diese Resolution durchzuführen, ist sicher bei

der Sozialdemokratie in jedem Staate vorhanden. Der Weg, auf dem die Partei eines besonderen Landes im gegebenen Falle die Durchführung versucht, kann nicht von außen und nicht von vornherein festgesetzt werden. Das hängt von der jeweiligen Lage der Partei, der Regierung, der Stimmung der Bevölkerung und noch von zahlreichen anderen Umständen ab, über die man vorher und außerhalb des Landes nichts weiß. Jede Bindung an ein bestimmtes Verfahren könnte nur beitragen, die ohnehin schwierige Lage der Partei in solchem Falle noch schwieriger zu gestalten. Mehr als die feste Entschlossenheit, alle Kräfte aufzubieten, um der Kriegsgefahr entgegenzuwirken, kann keine Partei mit voller Sicherheit für jeden Fall versprechen.

Größere Meinungsverschiedenheiten wird vielleicht der erste Punkt bringen, der über die Beziehungen zwischen den Genossenschaften (im wesentlichen Konsumgenossenschaften) und der Sozialdemokratie handelt. Aber an deren Ergebnis sind die Genossenschaften weit mehr interessiert als die Partei.

Den größten Nutzen kann die Partei aus den Konsumgenossenschaften dort ziehen, wo sie mit ihr organisatorisch verbunden sind und dieser einen Teil ihrer Überschüsse zuführen. Aber eine derartige organisatorische Vereinigung von Partei und Genossenschaften ist nicht überall gesetzlich möglich und dort, wo sie die Gesetze gestatten, nicht immer leicht durchführbar.

Aber auch wenn sie in zweckmäßiger Weise durchgeführt ist, haben wir nicht zu wünschen, daß die Genossenschaft in der Partei überwiegt und ihre Beiträge das finanzielle Rückgrat der Partei bilden. Die Sozialdemokratie hat den Proletarier zu persönlicher Opferwilligkeit zu erziehen, aber auch zu beständiger Beschäftigung mit allen Fragen des Klassenkampfes und des öffentlichen Lebens überhaupt, zu beständiger Tätigkeit in der Partei und ständiger aufmerksamer Lektüre wenigstens der Zeitungen der Partei. Je besser dies Ziel erreicht wird, um so mehr müssen die Einnahmen der Partei aus den Mitgliedsbeiträgen und der Parteipresse steigen und die aus den Genossenschaften relativ dagegen zurücktreten. Und umgekehrt, je mehr man in der Partei die Agitation für den Ausbau der Parteiorganisation, die Vermehrung der Zahl ständiger, regelmäßig zahlender Mitglieder und die Agitation für die Parteipresse in erster Linie betreibt, desto besser wird die Arbeit der Erziehung des Proletariats zum Klassenkampf vor sich gehen können.

Dazu kommt noch ein anderes Moment.

Es ist nicht richtig, daß die Konsumgenossenschaft an sich schon sozialistischen Geist einflößt. Sie entwickelt nicht einmal immer genossenschaftlichen Geist, sondern oft nur den Geist der Profitsucht, der Dividendenjägerei, also kapitalistischen Geist, der um nichts besser wird dadurch, daß er sich in kleinen und kleinlichen Verhältnissen äußert.

Aber auch dort, wo sie genossenschaftlichen Geist entwickelt, ist dieser zunächst nichts anderes als das Interesse für die eigene, kleine Genossenschaft, was sehr verschieden ist von dem sozialistischen Geiste, dem Interesse für die Umwandlung des ganzen kapitalistischen Gesellschaftsorganismus.

Die Konsumgenossenschaft allein erweitert nicht, sondern verengt den Sinn des Proletariers. Das spricht noch nicht gegen die Konsumgenossenschaft, wohl aber dagegen, sie in unserer Bewegung in den Vordergrund zu stellen. Nur wo sie im Verein mit einer starken sozialistischen Bewegung auftritt, wo diese und nicht die Genossenschaft den Geist des Proletariers beherrscht, da kommt der Krämergeist nicht zur Entfaltung, den sonst die Konsumvereine zu leicht

erzeugen. Da entwickeln sie nur ihre guten Seiten für den Klassenkampf des Proletariats: Hebung seiner Lebenshaltung durch Verschaffung billigerer oder besserer Lebensmittel, Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen in manchen Betriebszweigen, namentlich der Bäckerei, endlich Unterstützung kämpfender Proletarier, zum Beispiel durch Unterbringung Gemaßregelter oder durch Gewährung von Kredit an Streikende usw.

Namentlich die letzteren dieser Vorteile kann die Genossenschaft dem Proletariat nur dort bringen, wo sie von sozialistischem Geiste erfüllt ist, in diesem Geiste geleitet wird.

Wo dies nicht der Fall ist, hat die Sozialdemokratie nicht das mindeste Interesse an der Genossenschaftsbewegung. Sie steht ihr da ganz anders gegenüber wie der Gewerkschaftsbewegung. Diese ist für die Sozialdemokratie stets von größtem Interesse, auch dort, wo sie nicht mit sozialistischem Geiste erfüllt ist. Sie muß einen derartigen Mangel an sozialistischem Geist bedauern, muß trachten, durch ihre Agitation dem entgegenzuwirken, aber sie kann der Gewerkschaftsbewegung selbst dort, wo diese direkt von antisozialistischen Tendenzen beherrscht wird, nicht mit Gleichgültigkeit oder gar Feindseligkeit gegenübertreten.

Das Proletariat kann ohne Konsumgenossenschaften existieren und vorwärtskommen, nicht aber ohne Gewerkschaften.

Umgekehrt haben dagegen die Genossenschaften alles Interesse, von der Sozialdemokratie gefördert zu werden. Man spricht gern von der Neutralität der Konsumvereine, die daraus hervorgehen soll, daß alle Konsumenten die gleichen Interessen haben. Die Klassengegensätze sollen nur auf dem Gebiet der Produktion zum Vorschein kommen, nicht auf dem des Konsums. Aber auf dem Warenmarkt kann niemand kaufen — außer den sozialen Parasiten —, der nicht vorher eine Ware verkauft hat, und die Ware Arbeitskraft ist eine Ware ganz eigener Art, deren Besitzer nicht nur im Produktionsprozeß, sondern auch auf dem Markte in einem Interessengegensatz zu den Besitzern der anderen Waren stehen, so daß die Arbeiter auch als Käufer eine besondere Klasse für sich bilden. Aber ganz abgesehen davon bildet jeder Mensch ein einheitliches Wesen, und der Konsument läßt sich vom Produzenten nicht trennen. Selbst bei so harmlosen und gänzlich unpolitischen Beschäftigungen wie Turnen, Radeln, Singen usw. sondern sich die Arbeiter von anderen Gesellschaftskreisen ab und bilden besondere Vereinigungen mit besonderem Charakter. In Ländern, in denen eine starke sozialistische Bewegung besteht, bleiben auch diese „unpolitischen" Vereine davon nicht unberührt. Diese muß auf alle Arbeitervereinigungen zurückwirken. Ein Hüben und Drüben nur gilt. Kein Arbeiter von Intelligenz kann der Sozialdemokratie gegenüber neutral bleiben. Und ebensowenig ein Arbeiterverein. Seine Tätigkeit mag, den Polizeivorschriften gemäß, eine solche sein, die von der Polizei als unpolitisch betrachtet wird. Aber wie sehr die Polizeivorschriften die öffentliche Tätigkeit der Vereine einschnüren mögen, ihren Geist können sie nicht fesseln, und für den Geist, der in einem Arbeiterverein lebt, ist dort, wo eine starke Sozialdemokratie besteht, keine Neutralität möglich. Die Neutralität ist da entweder Illusion oder Heuchelei und in der Regel nur ein Übergangsstadium zur Erfüllung mit sozialistischem oder antisozialistischem Geiste.

Durch die Neutralität will man erreichen, daß die Konsumvereine rascher wachsen, daß ihnen Mitglieder beitreten, die Gegner des Sozialismus sind und sich in einem von sozialistischem Geiste getragenen Milieu nicht wohl fühlen.

Aber es sind nur wenige und meist recht unsichere Kantonisten, die man auf diese Weise anzieht. Und diesen Zuwachs erkauft man durch eine Haltung, die das Mißtrauen, ja sogar die Abneigung der energischsten und intelligentesten Mitglieder unserer Partei hervorruft.

Wo die Sozialdemokratie stark ist, kann aber ein Arbeiterkonsumverein nicht gedeihen ohne ihre moralische Unterstützung. Es ist ein Unglück für die deutsche Konsumvereinsbewegung, daß sie in ihren Anfängen als Mittel zur Lahmlegung der Sozialdemokratie auftrat. Dadurch versperrte sie sich selbst den Weg zu den arbeitenden Massen. Erst unter dem Sozialistengesetz gelang es, namentlich in Sachsen, ein freundschaftliches Verhältnis der beiden Bewegungen zueinander herzustellen, was den Konsumvereinen zu raschem Aufblühen verhalf. Jetzt macht sich aber in einem Teile der leitenden Kräfte der Genossenschaftsbewegung Deutschlands ein Geist bemerkbar, der unter dem Namen der Neutralität in Gegensatz zum sozialistischen Geiste im Genossenschaftswesen tritt. Das kann den Aufschwung des letzteren bei uns nur hemmen. Viel mehr im Interesse des Wachstums der Genossenschaften als in dem des Organismus unserer Partei liegt es, daß der Internationale Kongreß durch seine Beschlüsse ihre Entwicklung in sozialistischem Geiste fördert.

2. Abrüstung.

Man durfte ursprünglich erwarten, die Erörterung des Verhältnisses zwischen Partei und Genossenschaft werde die wichtigste des Kongresses werden. Jetzt scheint es aber, als sollten dessen Interesse sich auf Fragen konzentrieren, die, so verschiedenartig sie sind, doch alle das miteinander gemein haben, daß sie das Verhältnis der Staaten und Nationen zueinander behandeln.

Der dritte Punkt der Tagesordnung betrifft die Frage der Abrüstung und internationaler Schiedsgerichte. Eine Frage von äußerster Wichtigkeit, die heute nicht bloß in sozialistischen Kreisen aufs lebhafteste diskutiert wird, über die man aber anfangs keine erregten Debatten auf dem Kongreß erwarten durfte. Jetzt scheint es doch zu solchen kommen zu wollen, angesichts der Propaganda, die einige unserer Freunde in England für die Verstärkung der Seerüstungen ihres Landes unternommen haben.

Wenn Hyndman sich gegen die bürgerliche Friedensbewegung wenden will, von der sich so viele der englischen Sozialisten ködern lassen, so ist er in vollem Rechte. Diese Friedensbewegung geht von Grundsätzen aus, die unvereinbar sind mit denen des Sozialismus: von den Grundsätzen des Manchestertums, der Ansicht, daß die Gegensätze der Nationen wie die der Klassen in der kapitalistischen Produktionsweise nur scheinbare sind, auf Mißverständnissen oder der Böswilligkeit einzelner Scharfmacher beruhen, durch eine unbefangene Aussprache überwunden werden können. Es ist eine Utopie, zu glauben, durch bürgerliche Friedenskongresse und Besuche der Friedensfreunde bei den Regierungen fremder Länder sei es möglich, die Kriegsgefahr zu bannen, die Abrüstung und die Unterwerfung unter internationale Schiedsgerichte herbeizuführen.

In der bürgerlichen Welt der Konkurrenz sind die nationalen Gegensätze ebensowenig zu überwinden wie die sozialen. Nur innerhalb des Proletariats herrscht internationale Solidarität und nur soweit die Kraft des Proletariats reicht, ist der Friede gesichert.

Das erkennt auch Hyndman, aber leider hat er zu dieser Kraft kein Zutrauen. Er meint, das deutsche Proletariat sei nicht stark genug, die deutsche

Regierung am Kriege gegen England zu hindern. Zum Schutze der englischen Freiheit vor preußischem Despotismus bleibe also nichts anderes übrig, als ausreichende und stets wachsende Rüstungen Englands.

Er irrt dabei in zwei Punkten. Einmal darin, daß es dem deutschen Despotismus nicht einfällt, die englische Demokratie antasten zu wollen. Wenn der russische Zar in der französischen Republik und der englischen Demokratie seine energischsten Freunde findet, braucht auch der deutsche Despotismus diese Demokratie nicht zu fürchten. Der Gegensatz zwischen beiden wird nicht durch Fragen der inneren Politik hervorgerufen, sondern der Weltpolitik. Bei einem Kriege zwischen Deutschland und England steht nicht die Demokratie, sondern die Weltherrschaft, das heißt die Ausbeutung der Welt in Frage. Das ist keine Frage, in der Sozialdemokraten auf Seite der Ausbeuter ihrer Nation zu stehen hätten.

Der zweite Punkt, in dem Hyndman irrt, ist der: Gewiß besitzt das deutsche Proletariat heute noch ebensowenig als das eines anderen Landes die politische Herrschaft. Es kann nicht versprechen, unter allen Umständen einen Krieg gegen England zu verhindern. Aber es ist denn doch schon ein gewaltiger politischer Faktor, und es ist keine leichte Sache mehr für eine deutsche Regierung, im Gegensatz zu ihm Krieg zu führen. Wenn Deutschland trotz seiner kolossalen militärischen Macht seit vierzig Jahren keinen großen Krieg mehr geführt hat, so ist das nicht zum mindesten der Rücksicht auf die energische Friedensstimmung des deutschen Proletariats zu danken.

Jedenfalls ist die internationale Solidarität des Proletariats der einzige Faktor von Bedeutung, der heute den Weltfrieden garantiert. Diesen Faktor gilt es mit allen Mitteln zu stärken. Eine Agitation wie die Hyndmans und Blatchfords kann aber, wenn sie überhaupt eine Wirkung erzielt, nur die haben, diesen Faktor zu schwächen und damit den Weltfrieden zu gefährden — ohne jeden praktischen Nutzen für die Sicherheit Englands selbst. Oder glaubt er, wenn England noch mehr Dreadnoughts baut, Deutschland könne nicht auch noch mehr bauen? Das Wettrüsten ist doch bekanntlich eine Schraube ohne Ende, die keiner Seite eine dauernde Überlegenheit sichert, die aber auf jeder Seite eine wachsende Belastung nach sich zieht, immer unerträglicher wird und schließlich gerade das herbeiführt, was sie verhindern soll: den Ausbruch des Kriegs, oder vorher schon, infolge der wahnsinnigen Steuerlast, den Ausbruch der Empörung der bedrückten Volksmassen.

Diese Empörung muß schließlich der Sozialdemokratie zugute kommen und ihre Kraft mächtig anschwellen lassen, wenn sie die einzige Partei ist, die dem Rüstungswahnsinn energisch entgegentritt. Macht sie sich, wie Hyndman will, zum Mitschuldigen an diesem Wahnsinn, dann bedroht der schließliche Zusammenbruch des Wettrüstens auch sie mit einem moralischen Bankrott.

Hyndman und Blatchford meinen freilich, nur die englischen Sozialisten sollten vermehrte Seerüstungen fordern, nicht die deutschen. Sie sehen nicht, daß sie das wirksamste Mittel ergreifen, unserer Partei den Kampf gegen die Rüstungen des eigenen Landes zu erschweren, wenn Sozialdemokraten im Ausland für vermehrte Rüstungen gegen Deutschland agitieren.

3. Der Ausschluß der Asiaten von der Einwanderung.

Die Agitation Hyndmans und Blatchfords ist jedoch nicht die einzige, die der internationalen Sozialdemokratie den Kampf gegen die allgemeinen Kriegsrüstungen erschwert. In gleicher Richtung wirkt auch eine andere Agitation

einzelner Genossen, nicht in England, wohl aber in Amerika, die den Klassenkampf durch den Rassenkampf ergänzen will und die Ausschließung der Asiaten aus Amerika verficht. Das heißt nichts anderes als Asien den Krieg erklären, als eine Stimmung schaffen, die früher oder später zu einem wirklichen Kriege führen muß. Denn weder Japan noch China werden auf die Dauer die Demütigung ruhig hinnehmen, daß ihre Einwohner gleich unreinen oder gefährlichen Tieren von der Landung in Amerika ausgeschlossen werden, indes die Amerikaner vollste Freizügigkeit in Japan und China verlangen. Aber auch England ist zu sehr dabei interessiert, seine indischen Untertanen zu beruhigen und ihnen als Schutzmacht zu erscheinen, als daß es ihrer Ächtung gleichgültig zusehen könnte.

Wer in Amerika den Kampf gegen die Asiaten predigt, treibt zum Kriege gegen sie und ihre Verbündeten und muß, wenn er konsequent sein will, auch die Kriegsrüstungen bewilligen.

Schon in diesem Zusammenhang dürfte die Frage der Ausschließung der Asiaten eine der Fragen bilden, die den Kongreß beschäftigen werden. Es wird überdies von der Sozialdemokratischen Partei Großbritanniens vorgeschlagen, die Frage der Einwanderung als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen.

Es werden ihm nur zwei Möglichkeiten bleiben, diese Frage zu entscheiden: er muß entweder die Politik der Ausschließung der Asiaten ablehnen oder aber die Asiaten auch aus der Internationale ausschließen, erklären, das Wort „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ gelte nur für die europäische Rasse. Sind die Argumente richtig, die für die Ausschließung der Asiaten aus Amerika geltend gemacht werden, dann muß man sie auch von der Gesamtorganisation des Proletariats fern halten, denn diese Argumente reduzieren sich im Grunde alle auf die Behauptung, die Asiaten seien weder zu organisieren noch aufzuklären noch zum Gefühl einer Interessensolidarität mit den Proletariern Europas und Amerikas zu bringen.

Wenn konservative Bourgeois so reden würden, die über die gegebenen Zustände hinaus nicht denken können, so wäre es schon sonderbar, denn tatsächlich haben asiatische Arbeiter bereits genug Proben von Intelligenz, Solidarität und Organisationsfähigkeit abgelegt. Wahrhaft niederdrückend aber wirkt es, wenn jene Argumente in der Partei der Zukunft geäußert werden, gerade zu einer Zeit, zu deren auffallendsten und großartigsten Erscheinungen das Erwachen des Orients gehört, der alle Welt durch seine kühnen Leistungen und raschen Fortschritte überrascht.

Und nicht sehr erbaulich ist es, wenn man als Beweis der Minderwertigkeit der japanischen Arbeiter das augenblickliche Daniederliegen ihrer gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen vorführt, wie das in letzter Zeit nicht selten geschehen ist. Als wenn diese Organisationen aus innerer Schwäche zusammengebrochen wären, als wenn sie nicht die brutale Faust eines Polizeiregimes niedergeschlagen hätte, das an Kraft und Rücksichtslosigkeit seinesgleichen sucht und vielleicht nur noch in Rußland findet! Mit solcher Energie, wie sie in Japan gegen die junge Arbeiterbewegung aufgewendet wird, bekämpft man nur einen Gegner, den man fürchtet. Gerade diese erbarmungslose Verfolgung ist der bündigste Beweis dafür, daß die herrschenden Klassen Japans im aufstrebenden Proletariat ihres Landes eine ernstliche Gefahr für ihr Ausbeutungssystem erblicken.

Wir leben in einer Zeit, in der die Völker Asiens machtvoll emporstreben, wobei sie, und namentlich ihre Proletarier, auf die stärksten Hindernisse bei den Ausbeutern des eigenen Landes und des Auslandes stoßen. Die Haltung, die das Proletariat Europas und Amerikas jetzt gegenüber den Asiaten einnimmt, kann für Jahrzehnte hinaus den Gang der proletarischen Bewegung im Orient aufs tiefste beeinflussen, damit aber auch den Gang der proletarischen Bewegung der Welt, denn Asien verflicht sich von Jahr zu Jahr inniger mit dem gesamten kapitalistischen Produktionssystem. Nie war der Augenblick günstiger, nie war es mehr geboten als jetzt, den Proletariern Asiens die Bruderhand zu reichen, sie in ihren schweren Kämpfen zu stützen und zu fördern. Wenn wir die Sozialisten Amerikas veranlassen können, sich mit den Proletariern Asiens solidarisch zu erklären, so wird das dieselbe Bedeutung gewinnen wie die Solidarität, die Bebel und Liebknecht vor vierzig Jahren mitten im wildesten Kriegslärm zwischen den Proletariern Deutschlands und Frankreichs proklamierten. Das war nicht minder kühn, damit widersprachen sie nicht minder der allgemeinen augenblicklichen Strömung der Volksmassen, als wenn die amerikanischen Sozialisten jetzt die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen weißen und gelben Arbeitern proklamierten und die Aufklärung und Organisierung der letzteren in die Hand nähmen, soweit sie ihnen zugänglich sind. Was für den Augenblick in Deutschland verderblich schien, ist im weiteren Verlauf eine Quelle von Kraft und Gedeihen für den deutschen wie für den französischen Sozialismus geworden, und das gleiche wird in Amerika für die amerikanische wie die asiatische Arbeiterbewegung der Fall sein. Wenn heute noch der Sozialismus und die gewerkschaftliche Organisation in Japan verpönt sind, in China keine Stätte finden, so müßte Amerika um so eher der Boden werden, auf dem japanische und chinesische Arbeiterorganisationen erwachsen und gedeihen, die dann imstande sein werden, gewerkschaftliche wie sozialistische Agitatoren nach Japan und China zu entsenden und die dortigen schwachen Anfänge der Bewegung zu unterstützen.

4. Der Separatismus in Österreich.

Noch in anderer Weise wird die Ergänzung des Klassenkampfes durch den Rassenkampf den Internationalen Kongreß beschäftigen, da wahrscheinlich der Versuch, die gewerkschaftlichen Organisationen Österreichs national zu spalten, in Kopenhagen zur Sprache kommt. Dieser Versuch hat mehr als lokale Bedeutung. Ähnliches kann in jedem Lande vorkommen, in dem Arbeiter verschiedener Sprache wohnen, es ist nicht bloß im Interesse der österreichischen Arbeiterbewegung gelegen, daß der Kongreß sich grundsätzlich über die Frage nationaler gewerkschaftlicher Sonderorganisationen äußert.

Die Unzweckmäßigkeit solcher Sonderorganisationen ist so groß, die Schwächung der gewerkschaftlichen Kraft, die sie bewirken, ist so bedeutend, daß man erwarten darf, der Separatismus werde in Kopenhagen keine Ermunterung finden. Es ist aber auf das dringendste zu wünschen, daß daraus nicht ein Kampf gegen die tschechischen Genossen als solche wird. Das wäre noch verhängnisvoller als der Separatismus selbst.

Die tschechischen Genossen selbst sind in der Frage des Separatismus gespalten. Andererseits ist die Auffassung der Nationalität und Internationalität, die zum Separatismus führte, nicht auf tschechische Sozialisten beschränkt. Sie findet sich auch bei manchen deutschen, polnischen, italienischen Sozialisten Öster-

reichs. Wenn es gelingt, den Kampf gegen den Separatismus in einen Kampf gegen diese Auffassung von nationalen und internationalen Pflichten zu verwandeln, ist viel gewonnen, ist es möglich, daß der österreichischen Sozialdemokratie die nationale Spaltung erspart wird.

Nirgends hat sich die Sozialdemokratie mehr davor zu hüten, daß das bürgerliche nationale Denken sich in ihr breit macht als in Österreich, denn nirgends ist es mächtiger und nirgends beruht die Kraft der Sozialdemokratie so sehr auf ihrer internationalen Geschlossenheit.

Die bürgerliche Auffassung der Nationalität wird bestimmt durch die Bedingungen der Warenproduktion, die auf der freien Konkurrenz freier und gleicher, voneinander unabhängiger Individuen mit verschiedenen Interessen beruht. Die Konsequenz dieser Auffassung ist der Anarchismus, die der brave Bourgeois freilich nie zieht, nicht bloß deswegen, weil er in Wirklichkeit die gesellschaftlichen Zusammenhänge doch nicht durchbrechen kann, die seine Theorie ignoriert, dann aber auch deshalb, weil er die Hilfe des Staates, der sein Eigentum schützt, nicht zu entbehren vermag. Diese Beschränkungen gelten ihm aber nicht für das Verhältnis der Nationen untereinander, das er als ein Konkurrenzverhältnis voneinander unabhängiger Individuenkomplexe auffaßt, welche Komplexe verschiedene Interessen haben und einander in voller Freiheit und Unabhängigkeit gegenüberstehen sollen. Geht man von dieser Auffassung aus, dann besteht die Internationalität darin, daß man den anderen Nationen dieselbe Freiheit und Unabhängigkeit zugesteht, die man für die eigene verlangt, jede als besonderes souveränes Wesen betrachtet, das seine besonderen, von denen der anderen verschiedenen Interessen hat. Der Zustand, den der Anarchist für die Verhältnisse der Individuen zueinander anstrebt, erscheint dem bürgerlichen Internationalisten als der Idealzustand des Verhältnisses der Nationen zueinander.

Anders sieht die Sache vom proletarischen Standpunkt aus. Das Proletariat gedeiht nicht durch die freie Konkurrenz der Individuen, sondern durch den solidarischen Zusammenschluß der Individuen zu einer Gesamtheit. Nur die Überwindung der freien Konkurrenz durch die Solidarität in der Gesellschaft vermag diese den proletarischen Interessen gemäß zu gestalten. Und schon in der heutigen Gesellschaft vermag der Proletarier sich nur zu behaupten und Kraft zu gewinnen durch die Solidarität, durch die Vereinigung mit seinen Genossen, die alle die gleichen Interessen haben. Das gilt aber nicht bloß für die Proletarier der gleichen Nation, sondern für die Proletarier der verschiedensten Nationen. Sie haben nicht wie die Bourgeois verschiedene, gegensätzliche nationale Interessen, die sie trennen. Sprachverschiedenheiten sind innerhalb ihrer Reihen kein Mittel der Zurücksetzung oder Ausbeutung der einen, der Bevorzugung oder Herrschaft der anderen, sie sind bloß eine Unbequemlichkeit, die ihre Verständigung hemmt.

Nationalität und Internationalität bekommen da eine ganz andere Bedeutung. Der Zusammenschluß der Nationsgenossen gegenüber den Genossen anderer Nationalitäten hört jetzt auf, ein Mittel zur Wahrung besonderer Interessen zu sein, er kann ein Mittel werden, die Wahrung der großen, gemeinsamen Interessen zu erschweren. Die Internationalität besteht jetzt nicht mehr in der Anerkennung der Gleichheit und Unabhängigkeit aller Nationen, von denen jede in ihrem Gebiet souverän ist und nichts über sich kennt; die Internationalität besteht jetzt in der Zusammenfassung der Proletarier der verschiedenen

Nationen zu einem Gesamtkörper, dem sie alle zu dienen haben, dem sie gegenüberstehen wie die Teile dem Ganzen. Das Verhältnis der Teile zum Ganzen wird aber bestimmt durch die Zwecke, die das Ganze sich setzt. Es sind Gründe der Zweckmäßigkeit für die internationale Gesamtheit, die nun das Verhältnis der Proletarier verschiedener Sprachen zueinander bestimmen.

Die Zwecke der neuen proletarischen Internationale können mitunter mit denen des bürgerlichen Internationalismus zusammenfallen. Der Zweck der proletarischen Organisation ist Aufhebung jeder Ausbeutung und Unterdrückung eines Individuums durch ein anderes, also auch eines Individuenkomplexes durch einen anderen. Das schließt jede nationale Unterdrückungspolitik ebenso aus, wie etwa jede kirchliche. Diese Zwecke bringen auch die Autonomie der Nationen ebenso mit sich wie die der Gemeinden und Provinzen. Aber nur die Autonomie im Sinne der Selbstverwaltung, nicht im Sinne der Souveränität; die Autonomie unter Regeln, in Grenzen und zu Zwecken, die von der Gesamtheit festgesetzt nach ihren allgemeinen, obersten Zwecken gestaltet werden.

Man sieht, die nationale Autonomie des proletarischen Internationalismus ist bei allem Verzicht auf nationale Unterdrückung etwas ganz anderes als die des bürgerlichen Internationalismus. Und auch wo beide sich in einzelnen Forderungen begegnen, ist der Geist, der sie beherrscht, ein ganz anderer. Denn der bürgerliche Internationalismus geht stets von seiner Nation als dem Mittelpunkt seiner Welt aus, sieht sie stets gefährdet durch fremde Konkurrenz, ist eifersüchtig, mißtrauisch, fanatisch. Der proletarische Internationalismus sieht die gemeinsame Sache aller Proletarier als den Mittelpunkt an, um den sich sein ganzes Denken und Fühlen dreht, ihm ist seine Nation nicht teurer als die anderen, er steht ihr nur insofern näher, als er sich mit den Genossen seiner Sprache besser verständigen kann wie mit anderen und als ihm die moderne Kultur in der Sprache seiner Nation vermittelt wird. Die Sprache aber ist ihm nur Verständigungs-, nicht Herrschaftsmittel, ihre Anwendung und die Regelung der Sprachenverhältnisse reine Sache der Zweckmäßigkeit.

Wir müssen alle wünschen, daß dieser Standpunkt auch in der Frage der gewerkschaftlichen Separatisten zur Geltung kommt. Ob die gegenwärtige gewerkschaftliche Organisation Österreichs die zweckmäßigste ist, das zu entscheiden vermag das Ausland nicht. Was die Internationale aber zu entscheiden vermag, das ist die Frage, ob für die gewerkschaftliche Organisation eines Landes noch andere Gesichtspunkte maßgebend sein dürfen, als die ihrer zweckmäßigsten Formung für die Zwecke des proletarischen Klassenkampfes. Ob es gestattet ist, unter dem Hinweis auf besondere nationale Interessen und unveräußerliche nationale Sonderrechte diese Formung zu stören.

Man sieht, es werden über die ursprüngliche Tagesordnung hinaus sehr wichtige und heiß umstrittene Probleme sein, die den Kopenhagener Kongreß beschäftigen. Durch ihre zweckmäßige Lösung wird er unsere Sache mächtig fördern.

Im allgemeinen kann man jetzt schon sagen, daß der diesjährige internationale Kongreß nach der Art der Probleme, die ihm vorliegen, mit dem Stuttgarter Kongreß übereinstimmen wird. Er bildet mit diesem zusammen eine besondere, die dritte Phase der neuen Internationale. Ihre ersten Kongresse galten vor allem ihrer Organisation, der Zusammenfassung der zusammengehörenden, der Ausscheidung der fremdartigen Elemente. Weder das eine noch das andere war leicht. Die verschiedenen Organisationen standen sich

anfangs oft noch recht fremd, ja mitunter feindselig gegenüber — der erste Kongreß zu Paris 1889 fand noch einen Gegenkongreß. Auf der anderen Seite suchten die Anarchisten immer wieder Zutritt zum Kongreß.

Die Kämpfe, die sich darob entspannen, fanden erst auf dem Londoner Kongreß von 1896 ihren Abschluß.

Die zweite Phase galt der Festsetzung der Taktik gegenüber den bürgerlichen Parteien, namentlich der Anteilnahme der Sozialdemokratie an einer bürgerlichen Koalitionsregierung. Diese Frage beschäftigte die Kongresse von Paris und Amsterdam.

In Stuttgart endlich waren es nicht mehr unsere Verhältnisse zu den bürgerlichen Parteien, sondern unsere Stellung gegenüber den Kämpfen der Staaten und Nationen, die unsere Aufmerksamkeit in erster Linie erheischten. Die Kriegsfrage bildete den Mittelpunkt des Kongresses, neben ihr trat die Frage in den Vordergrund, wie die Proletarier gesellschaftlich höher entwickelter Nationen sich zu den Arbeitern rückständiger Nationen zu verhalten haben; ob sie ihnen als gleichberechtigten Brüdern entgegentreten sollen oder als unmündigen Kindern in den Kolonien, wo wir zu ihnen kommen; als gefährlichen Feinden, wenn sie als Einwanderer zu uns kommen.

Wie in Stuttgart, versprechen auch in Kopenhagen die Verhältnisse der Staaten und Nationen zueinander den Mittelpunkt der Verhandlungen zu bilden. Wie immer diese sich gestalten mögen, wir dürfen überzeugt sein, auch in Kopenhagen wird sich die neue Internationale wie stets bisher als die machtvollste Bürgschaft des Friedens zwischen den Staaten und Nationen bewähren — nicht nur im Sinne ihrer gegenseitigen Duldung, sondern in dem ihrer gemeinsamen Solidarität.

Die politische Lage in Dänemark.

Von **Gustav Bang**.

Die recht verworrene, an Überraschungen reiche, dem Fremden schwer verständliche politische Geschichte Dänemarks in dem letzten Jahre leitet eine neue Phase in dem Klassenkampf ein, insoweit sich dieser auf der parlamentarischen Arena widerspiegelt. Die Reaktion hat ihre Kräfte konzentriert, um dem Fortschreiten des Sozialismus Einhalt zu tun. Es ist die „reaktionäre Masse", die sich mit raschen Schritten ihrer Verwirklichung nähert.

Bis vor kurzem war es die Zersplitterung der reaktionären Kräfte, die sich immer mehr geltend machte. Die bürgerlichen Parteien schieden sich in beständig neue Gruppen, die einander heftig bekämpften, wenn sie sich auch der Sozialdemokratie gegenüber oft zur gemeinsamen Aktion vereinigen konnten. Die Rechte teilte sich in zwei Fraktionen, eine altkonservative, die hauptsächlich die Interessen der städtischen Bourgeoisie vertrat und eine scharfe, jedoch ganz haltlose Opposition gegen das agrarische Regime führte, und eine freikonservative, die sich besonders auf die Gutsbesitzer stützte und mit der großbäuerlichen Linken gemeinsame Sache führen wollte. Die Linke ihrerseits war bis vor einem Monat in drei verschiedene Parteien geteilt, eine Teilung, die jeder prinzipiellen Begründung entbehrte und nur aus Traditionen von früheren Zeiten und — besonders — von persönlichem Hader unter den Führern herrührte. Endlich schied sich aus der Linken eine radikale Partei aus, die den

schnöden Verrat an der alten demokratischen und antimilitaristischen Politik nicht mitmachen wollte und sich um ein neues Programm sammelte, dessen Hauptpunkte die absolute Durchführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes in Staat und Kommune und eine starke Herabsetzung der Militärausgaben sind; die radikale Partei wird besonders aus der „Intelligenz“ rekrutiert, hat aber zugleich eine, wenn auch, wie es sich bei den Wahlen gezeigt hat, recht begrenzte Verbreitung unter den Kleinbauern; ihr politisches Programm ist ausgeprägt demokratisch, ihr soziales Programm dagegen, wie man aus ihrer ideologischen Gesellschaftsauffassung leicht erraten wird, eine unklare Mischung von Sozialismus, Bodenreform und allerlei anderen Bestandteilen.

Unter diesen Umständen war es der Sozialdemokratie nach und nach gelungen, den herrschenden Klassen recht bedeutende Einräumungen auf dem Gebiet der praktischen sozialen Gesetzgebung abzuringen: Alterspensionen für alle unbemittelten, über sechzig Jahre alten Personen, Staatssubventionen zu Arbeiterkrankenkassen und zu Arbeitslosigkeitsversicherungskassen, welche letztere sich meistens in Wirklichkeit, wenn auch nicht formell, mit den Gewerkschaften decken, ein Schutzgesetz für fremde (polnische, galizische und russische) Wanderarbeiter usw. Auch hat die Auflösung der alten Parteien und ihre immer mehr zutage tretende Demoralisierung der Sozialdemokratie den Weg in der Bevölkerung geebnet; nicht nur in den größeren Städten sind fast alle Schichten der industriellen Arbeiterklasse gewonnen, sondern auch auf dem Lande, unter den Taglöhnern und den Kleinbauern sind wir in dem letzten Jahrzehnt ganz gut vorwärts gekommen, was für unsere Gegner natürlich eine Quelle steigender Unruhe bildet.

So wurde in den kapitalistischen und großbäuerlichen Kreisen das Bedürfnis einer Verschmelzung der verschiedenen antisozialistischen Parteien, einer „konservativen Sammlung“, um mit vereinten Kräften die Sozialdemokratie bekämpfen zu können, immer mehr fühlbar. Und als Deckmantel dieser Zusammenrottung der besitzenden Klassen gegen die Besitzlosen sollte der Militarismus dienen. Bei den Wahlen im Mai 1909 hatte man die Militärfrage in den Vordergrund gerückt. An die naivsten, sentimentalsten patriotischen Gefühle wurde mit wahrhaft genialer Perfidie appelliert, um die Radikalen und natürlich ganz besonders die vaterlandslosen Sozialdemokraten zu verleumden. Für eine positive Lösung der Frage wurde zwar keine Majorität zuwege gebracht; die Sozialdemokraten, die Abrüstung forderten und statt des stehenden Heeres die obligatorische Einübung des Volkes im Waffengebrauch, erlangten 24 Sitze im „Folkething“ (der Zweiten Kammer des Reichstags); die Radikalen, deren Programm die Reduzierung des Heerwesens auf eine Grenzwache und die Herabsetzung der Militärausgaben auf etwa die Hälfte bildete, erlangten 20 Sitze; der von dem früheren Premierminister Christensen geleitete Flügel der Linken, der bedeutende Erweiterungen des Militarismus anstrebte, erlangte 27, und die übrigen Fraktionen der Linken im Verein mit der Rechten, die noch weiter gehen wollten, insgesamt 43 Sitze. Jedoch der sachliche Inhalt der verschiedenen Militärprogramme war an und für sich der Mehrheit der reaktionären Parteien ziemlich gleichgültig; die ganze Militärkampagne war ja — wie es nachher von einem reaktionären Politiker offenherzig zugestanden wurde — nur aus parteipolitischen Motiven geführt worden; es galt also, eine Aussöhnung der Differenzen zu finden, um die so heiß ersehnte konservative Sammlung

vollbringen zu können. Und das Ziel wurde im letzten Sommer erreicht. Ein Kompromiß, der hauptsächlich auf das Christensensche Programm begründet ist, wurde hinter den Kulissen abgeschlossen und angenommen; dagegen stimmten die Sozialdemokraten und die Radikalen und andererseits die äußerste Rechte, die noch viel weitergehende Rüstungen anstrebte, und die sich übrigens, als ihre Stimmen überflüssig waren, ohne Schaden für die konservative Sammlungspolitik eine solche Kühnheit erlauben konnten — nachher sind sie ohne Ausnahme zur Verteidigung desselben Kompromisses, den sie früher mit den heftigsten Worten gebrandmarkt, in die Schranken getreten. Die neue Militärordnung, die den Rahmen des Heeres erweitert und eine teilweise Befestigung von Kopenhagen durchführt, wird von allen Sachverständigen als Wahnsinn charakterisiert, als vernunftwidrig und gefahrdrohend und schlechter als gar nichts. Sie ist schlecht, aber nicht billig; die einmaligen Ausgaben werden auf etwa 35 Millionen Mark veranschlagt, die jährlichen Neuausgaben auf etwa 3 bis 4 Millionen; und schon jetzt sind unsere Militärausgaben recht hoch — sie verschlingen ein Drittel der gesamten Staatseinnahmen und sind eine Hauptursache der schlimmen ökonomischen Misere, die in kurzer Zeit die Staatsschulden fast verdoppeln und die Steuerlast beträchtlich erhöhen wird. Es war aber der Preis, den das Land notwendig bezahlen mußte, um die Verschmelzung der reaktionären Parteien in einem festen antisozialistischen Block ins Werk zu setzen.

Der Himmel hing voller Geigen; alles schien in der glücklichsten Weise in Ordnung zu sein; da trat plötzlich im Herbst, unerwartet für alle, eine ganz neue Situation ein. Infolge der unglaublichen Dummheit eines konservativen Abgeordneten, der in Zank mit dem Premierminister geriet, wurde die Rechte in die höchst peinliche, aber unabweisbare Notwendigkeit gebracht, ihr Mißtrauen dem Ministerium gegenüber auszusprechen. Mehrere Mißtrauensvota wurden eingebracht; das von der Sozialdemokratie sowie das von der konservativen Seite eingebrachte wurde verworfen; das von den Radikalen vorgeschlagene dagegen angenommen. Das Ministerium demissionierte, und es waren die Radikalen, die die Bildung des neuen Ministeriums auf sich nahmen. Natürlich war dies ein ganz abnormer Fall; das radikale Ministerium hatte in dem Folkething nur 20 Anhänger, konnte außerdem auf die Unterstützung der 24 Sozialdemokraten rechnen, solange es eine ehrliche demokratische Arbeit tat, hatte aber nicht weniger als 70 Mann als Gegner.

Seine einzige Existenzberechtigung war die Aufgabe, eine Neueinteilung der Wahlkreise vorzubereiten und möglichst rasch durchzuführen, um dann unmittelbar nachher das Folkething aufzulösen und neue Wahlen nach der neuen Wahlkreisordnung auszuschreiben. Die bestehende Einteilung der Kreise rührt von 1894 her und ist infolge des Wachstums der städtischen Bevölkerung immer schiefer, immer ungerechter geworden; es gibt Kopenhagener Wahlkreise, die fünf- bis zehnmal soviel Einwohner wie viele agrarische Wahlkreise haben; um nur ein Beispiel der Konsequenzen dieser Verrücktheit zu nennen: die Christensensche Gruppe der Linken hatte 45000 Stimmen und bekam 27 Mandate, während die Sozialdemokratie mit ihren 93000 Stimmen nur 24 Mandate gewann. Seit langem haben Sozialdemokraten und Radikale für eine neue Kreiseinteilung mit gleichzeitiger Einführung des Stichwahlsystems gearbeitet; die agrarischen Parteien haben unter allerlei Vorwänden die Sache in die Länge gezogen, um ihr politisches Monopol nicht preiszugeben; und die Rechte

ist ihnen treulich folgsam gewesen, um nicht der konservativen Sammlung Hindernisse zu bereiten. Auch diesmal scheiterte der Versuch; die Reform wurde unter den feierlichsten Sympathieerklärungen erdrosselt; und die letzten Wahlen, im Mai dieses Jahres, mußten noch immer nach der alten Kreiseinteilung stattfinden.

Die zwei wichtigsten Fragen, die bei den Wahlen entschieden werden sollten, waren die Frage der Herabsetzung der militärischen Ausgaben und, was schließlich noch viel mehr bedeutete, die Frage der Verfassungsreform. Die neue Militärordnung war zwar von dem vorigen Reichstag beschlossen worden; brachten aber die Wahlen eine Majorität von Sozialdemokraten und Radikalen, die die nötigen Mittel zur Ausführung der neuen Rüstungen verweigerten, dann konnte sie sistiert und damit zugleich der Weg für eine weitere Begrenzung des Militärwesens angebahnt werden. Dies war aber nur möglich, wenn die Erste Kammer des Reichstags, das „Landsthing“, gründlich reformiert wurde — und so war die Verfassungsfrage logisch mit der Militärfrage aufs innigste verknüpft. Das Landsthing, in dem die besitzenden Klassen und ganz besonders ihre agrarischen Elemente eine dominierende Stellung einnehmen — die Hälfte der Wahlmänner werden von dem allgemeinen Wahlrecht, die andere Hälfte von den größten Steuerzahlern nominiert —, ist natürlich durch und durch reaktionär und wird sich mit allen Kräften nicht nur jeder Einschränkung des Militarismus, sondern auch jeder ferneren demokratischen und sozialen Reform widersetzen. Die Durchführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zum Landsthing sowohl wie zum Folkething mit gleichzeitiger Herabsetzung des Wahlrechtsalters vom 30. zum 25. Jahre und die Ausdehnung des Wahlrechtes auf Frauen und das Gesinde wurde also die politische Forderung, die sich in allererster Linie geltend machte und die die Basis eines Zusammenwirkens der sozialdemokratischen mit der radikalen Partei bildete. Die praktische Durchführung dieser Forderung war natürlich schwer, schien aber doch innerhalb der Grenzen der Möglichkeit zu liegen; hätten die Wahlen der Sozialdemokratie und den Radikalen eine sichere Mehrheit gebracht, dann wäre das radikale Ministerium, von der Sozialdemokratie unterstützt, in der Lage gewesen, eine kräftige Aktionspolitik führen zu können; die Widerstandskraft des Landsthings, dem aller moralischer Rückhalt in der Bevölkerung fehlt, wäre außerordentlich schwach gewesen; und wir hätten im Laufe weniger Jahre eine wirklich demokratische Verfassung erreichen können.

Sowohl auf dem sozialdemokratischen wie auf dem radikalen Parteitag, die beide im April abgehalten wurden, wurde mit diesen Erwägungen als Motiv ein Wahlbündnis fast einstimmig beschlossen. Wir betrachteten die Wahlen, die am 20. Mai stattfinden sollten, als Stichwahlen im Verhältnis zu den Wahlen vom 25. Mai des vorigen Jahres und richteten uns danach ein. Überall, wo früher Sozialdemokraten und Radikale einander gegenübergestanden hatten, kandidierte nur die eine der Parteien, jene Partei nämlich, die die größte Zahl der Stimmen aufgebracht hatte; jedoch war es die bestimmte Voraussetzung, daß die Sozialdemokratie auf allen Wahltribünen ihr besonderes Programm im Gegensatz zu dem der Radikalen stark und scharf betonen sollte. Durch ein solches Verfahren schien es möglich, die vierzehn Sitze zu erobern, die der sozialdemokratisch-radikalen Allianz die Majorität verschaffen sollten, und wir hätten dann eine radikale Regierung gehabt, die nicht nur zur energischen Arbeit für die Herabsetzung der Militärausgaben und die

Abschaffung des privilegierten Wahlrechts schreiten mußte, sondern auch, weil sie nur mit unserer Hilfe hätte wirtschaften können, zu allerlei sehr wichtigen Konzessionen uns gegenüber verpflichtet gewesen wäre. Der Wahlkampf wurde mit großer Energie geführt und das Übereinkommen durchgängig von beiden Seiten in loyalster Weise respektiert. Nichtsdestoweniger wurde das Ergebnis eine Enttäuschung; sowohl wir als die Radikalen behaupteten die frühere Stärke, kamen aber nicht weiter vorwärts; von den vierundzwanzig sozialdemokratischen Kreisen gingen fünf, alle überwiegend ländliche Kreise, verloren, während fünf andere, meist städtische, neu erobert wurden. Unsere Stimmenzahl wuchs von 93000 auf 98000 und beträgt jetzt wie früher etwa 29 Prozent der Gesamtzahl.

Die Ursache dieses wenig befriedigenden Resultats war allein die Furcht vor dem Sozialismus. Die reaktionären Parteien, von der Christensenschen Linken bis zur äußersten Rechten, die die „rote Allianz" mit der „schwarzen Allianz" beantwortet hatten und fast in allen Kreisen die Wahlkampagne gemeinsam führten, schoben die Militärfrage, die Verfassungsfrage, kurz alle politischen Fragen zur Seite, um nur gegen den Sozialismus ihre Agitation zu konzentrieren. Die Sozialdemokraten wollen „expropriieren" — wenn sie ans Ruder kommen, wird also der Kleinbauer von seinem Eigentum vertrieben werden, seine letzte Kuh wird ihm geraubt werden, seine Familie wird durch einen Machtspruch von dem sozialistischen Hauptquartier aufgelöst werden, und wir alle werden in die Zwangsarbeitsanstalt eingesperrt werden —, das war die Melodie, die überall im Lande gespielt wurde. Eine ungeheure Menge von entstellten, manchmal positiv gefälschten Zitaten aus sozialistischen Zeitungen, Kongreßprotokollen, Zeitungen des Aus- und Inlandes wurde in Schrift und Rede produziert, um Entrüstung hervorzurufen; die Publikationen des deutschen Reichsverbandes sollen dazu wertvolles Material geliefert haben. Der Komet stand am Himmel mit Blausäure im Schwanz und der letzte Tag war nahe. In den Städten und in den Gegenden des Landes, wo wir seit längerer Zeit eine intensive Aufklärungsarbeit getrieben hatten, erregte all dies natürlich nur Lachen; aber besonders in den entfernteren und weniger kultivierten agrarischen Distrikten erfüllte es seine Mission. Eine Reserve der rückständigsten, unintelligentesten Bauern, die früher der Politik interesselos gegenübergestanden hatten, wurde diesmal durch die Gespenstergeschichten aufgeschreckt; sie gingen an die Wahlurnen und gaben den Ausschlag.

Noch dauerte es eine Weile, ehe das neue Ministerium hergestellt werden konnte. Man mußte erst das Urteil des Reichsgerichts abwarten in der Sache gegen die zwei ehemaligen Minister Christensen und Berg, die wegen ihres Verhaltens zu Alberti angeklagt waren. Das Urteil wurde Mitte Juni gefällt; der ganz unbedeutende Berg wurde zu einer Geldbuße verurteilt; der einflußreiche Christensen wurde freigesprochen, ging aber stark kompromittiert aus der Affäre hervor: sein Benehmen wurde in der Begründung des Urteils als „unverantwortlich" gekennzeichnet, doch konnte er wegen mildernder Umstände nicht von dem Strafgesetz getroffen werden. Sein Eintritt in die Regierung war nach dem Urteil unmöglich; er hält sich also vorläufig zurück, trägt aber sicherlich das Messer im Ärmel, um sich bei der ersten gegebenen Gelegenheit den Weg zur Macht zu bahnen.

Während der Vorbereitungen zur Bildung des neuen Ministeriums wurde die Verschmelzung der drei Parteien der Linken in eine einzige Partei voll-

zogen; gleichzeitig schieden die Freikonservativen formell aus der Partei der Rechten aus, um volle Freiheit zum innigen Zusammenwirken mit der Linken zu erhalten — sie haben gleich bei der Neueröffnung des Reichstags auf demonstrativste Weise diese Absicht kundgegeben. Die siebenundfünfzig Mitglieder der Linken im Verein mit den sechs Freikonservativen bilden von jetzt an eine kompakte, homogene Majorität. Die Zusammensetzung des Ministeriums trägt dieser Situation Rechnung; alle die früheren Nüancen der Linken sind in ihm vertreten, und man hat es durch einige der Rechten nahestehende Personen ergänzt. In der konservativen Sammlung, die jetzt eine vollbrachte Tatsache, sind also fast alle Elemente des Antisozialismus chemisch miteinander verbunden.

So wenig befriedigend der Wahlausfall auch war, so nützlich ist die Lehre, die wir daraus ziehen können. Unser Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre liegt uns jetzt klar vor Augen. Wir haben gelernt, daß besonders auf dem flachen Lande eine noch viel gründlichere sozialistische Agitation getrieben werden muß, daß wir die Tagelöhner und Kleinbauern nicht nur über die sozialdemokratische Tagespolitik, sondern vor allem über das Wesen des Sozialismus, über das Ziel unserer Bewegung aufklären müssen. Das ist die Aufgabe, von deren Lösung unsere Zukunft abhängt. Das städtische Proletariat ist fast ganz gewonnen; das ländliche Proletariat kann und muß in seiner großen Mehrheit gewonnen werden. Die Erfahrungen von vielen Gegenden des Landes haben gezeigt, daß der Kleinbauer, der durchgängig eine höhere intellektuelle Stufe als der Großbauer einnimmt, dem Sozialismus recht wohl zugänglich ist, und daß er, wenn er erst gelernt hat, seine eigene Klassenlage unter sozialistischem Gesichtswinkel anzuschauen, ein unerschütterlich treuer Genosse, ein energischer und begeisterter Kämpfer wird. Eine große, planmäßig betriebene sozialistische Agitations- und Aufklärungsarbeit steht vor uns und wird alle unsere Kräfte in der nächsten Zeit beanspruchen — sie ist aber schon jetzt in vollem Gange.

Der Parteitag von Chicago und die Kulifrage.

Von Gustav Eckstein.

Auf dem amerikanischen Parteitag, der im Mai dieses Jahres in Chicago abgehalten wurde, gelangte nach langen und heftigen Debatten über die Frage der Einwanderung von Asiaten nach den Vereinigten Staaten folgende von Hillquit vorgeschlagene Resolution mit 55 gegen 50 Stimmen zur Annahme:

„Die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten begünstigt alle gesetzlichen Maßnahmen, welche dahin wirken, die Einwanderung von Streikbrechern und Kontraktarbeitern und den Massenimport von Arbeitern aus dem Ausland zu verhindern, der von der Unternehmerklasse zu dem Zwecke ins Werk gesetzt wird, die Organisation der amerikanischen Arbeiter zu schwächen und die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter herabzudrücken.

„Die Partei ist gegen den Ausschluß irgendwelcher Einwanderer auf Grund ihrer Rasse oder Nationalität und verlangt, daß die Vereinigten Staaten jederzeit allen Männern und Frauen eine Freistätte bieten, die von

der Regierung ihrer Heimat aus Gründen der Politik, der Religion oder der Rasse verfolgt werden."

Die Knappheit der Majorität, die diese Resolution erlangte, sowie die Dehnbarkeit ihrer Bestimmungen, die voraussichtlich sehr bald zu sehr abweichenden Auslegungen führen wird, müßten allein schon wahrscheinlich machen, daß dieser Beschluß die Erörterung der Kulifrage in Amerika nicht beenden wird. Zudem wurde schließlich die Kommission beauftragt, die Frage neuerdings zu studieren und darüber an den Parteitag von 1912 zu berichten. Jedenfalls haben die Befürworter der Ausschließung der Asiaten den Kampf noch durchaus nicht aufgegeben.

Schon während der Verhandlungen in Chicago kündigte Genosse Berger, der heftigste Gegner der gelben Einwanderung, an, daß er einen Beschluß, der diese Einwanderung freigeben würde, bekämpfen wolle „wie ein Tiger". Und in seinem Parteitagsbericht[1] erklärt er ausdrücklich: „Daß die Frage damit nicht erledigt ist, liegt auf der Hand, denn die amerikanischen Arbeiter werden sich die asiatische Einwanderung einfach nicht gefallen lassen — können sich dieselbe nicht gefallen lassen, was die Phrasen unserer impossibilistischen Sozialisten auch darüber sagen mögen."

Allerdings, für sein Teil hat Berger die Frage bereits zu seiner Zufriedenheit gelöst. Punkt 7 der „Platform der Sozialdemokratischen Partei von Wisconsin"[2] lautet:

„Wir fordern von der Regierung die Annahme von Maßregeln, die geeignet sind, der Einführung von asiatischen Arbeitern Einhalt zu gebieten, weil solche importierte Arbeiter hiesige Löhne bedrohen und die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter gefährden."

Die „Autonomie" der Partei in den Einzelstaaten ermöglicht derartige Widersprüche, und die „New Yorker Volkszeitung" erklärt nach bewährter Methode, daß diese Frage „keine prinzipielle, sondern im Grunde nur eine taktische" sei. Jedenfalls geht aber aus all dem klar hervor, daß die Verhandlungen und Beschlüsse von Chicago den Streit durchaus nicht beendet haben, und wie aus verschiedenen amerikanischen Blätterstimmen hervorgeht, wird diese Frage auch den bevorstehenden Kongreß von Kopenhagen beschäftigen.

Es ist daher gewiß nicht überflüssig, sich mit diesem ernsten Problem nochmals eingehender zu beschäftigen, dem große prinzipielle Bedeutung innewohnt und über dessen Lösung auch bei uns durchaus keine Einhelligkeit herrscht, wie unter anderem die Ausführungen Paeplows in der Einwanderungskommission des Stuttgarter Kongresses bewiesen. Diese zeigen zugleich, daß es sich hier um Dinge handelt, die auch die europäischen Staaten sowohl als Länder der Auswanderung wie auch als solche der Einwanderung praktisch aufs höchste interessieren müssen.

Für kein anderes Land ist aber diese Frage so bedeutungsvoll und ihre Beantwortung für die Partei so dringend wie für Amerika, nirgends hat sie solche Dimensionen wie dort. Es ist also notwendig, speziell die amerikanischen Verhältnisse ins Auge zu fassen.

---

[1] Vergl. „Wahrheit" (Wisconsin) vom 28. Mai dieses Jahres.

[2] Die bedeutendste Stadt des Staates Wisconsin in den Vereinigten Staaten ist Milwaukee, die Heimat und Hauptwirkungsstätte des Genossen Berger.

Das Problem ist so umfassend, daß es nicht möglich wäre, es in einem Artikel auch nur annähernd umfassend zu behandeln. Ich will mich deshalb auf die Betrachtung einer Seite beschränken, die bisher noch fast gar nicht in die Diskussion gezogen wurde, die mir aber als die wichtigste erscheint. Vom Standpunkt der japanischen Arbeiterschaft und des japanischen Sozialismus hat eben erst Genosse Katayama die Frage behandelt. Unter dem Gesichtswinkel der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse erscheint mir ihre Beantwortung nicht zweifelhaft. Keinesfalls kann man sich über diesen Punkt mit einem Bierwitz wie dem Bergers hinwegsetzen, daß sich die Proletarier aller Länder ja nicht gerade in New York oder in Milwaukee vereinigen müßten. Doch davon will ich hier, so wenig ich die Bedeutung dieses ideellen Moments unterschätzen möchte, zunächst absehen und nur die Frage der voraussichtlichen Rückwirkung von Ausschließungsgesetzen auf die Arbeiterbewegung Amerikas selbst betrachten.

Es mag zweifellos sein, daß es für die Arbeiterschaft Amerikas weitaus besser und vorteilhafter wäre, wenn es eine Einwanderung asiatischer Arbeiter überhaupt nicht gäbe. Wie immer man aber über diesen Punkt denken mag, es ist Tatsache, daß viele Tausende gelber Männer heute darauf angewiesen sind, ihr kärgliches Brot in der Fremde zu finden, und daher Beschäftigung im reichen Amerika suchen. Die Befürworter der gesetzlichen Ausschließung der Asiaten glauben nun, daß durch den Erlaß eines solchen Gesetzes ein Zustand hergestellt würde, als existierten die chinesischen und japanischen Auswanderer überhaupt nicht. Das ist aber ein schwerer und verhängnisvoller Irrtum.

Zunächst ist zu berücksichtigen, daß es auch heute bereits eine ziemliche Anzahl von gelben Auswanderern auf dem Boden der Union gibt. Die Zahl der Japaner allein wird auf mindestens 100000 geschätzt, doch ist es ziemlich sicher, daß fortwährend chinesische und auch japanische Arbeiter auf Umwegen und durch die Nachsicht bestochener Hafenbeamter ins Land kommen. Durch Annahme einer Resolution, welche die Ausschließung der gelben Einwanderung verlangt, stößt die Partei diese Elemente von vornherein von sich. Die Forderung, daß die bereits ansässigen Chinesen und Japaner wieder aus dem Lande getrieben werden sollen, wird wohl selbst Genosse Berger nicht öffentlich vertreten wollen. Heute ist, wie ja auch Genosse Katayama so anschaulich schildert, die Situation die, daß die gelben Arbeiter besonders in Kalifornien von den Weißen in jeder Hinsicht geschädigt und mißhandelt werden. Tatsächlich wird nicht nur jedes Lokal boykottiert, in dem ein Gelber angestellt ist, diese selbst werden auf den Straßen angefallen und mißhandelt, ihre Häuser werden in Brand gesteckt, sie selbst ihrer dürftigen Habe beraubt.

Nun erklärt allerdings die Resolution, die von der Majorität des zur Untersuchung der Einwanderungsfrage eingesetzten Komitees vorgeschlagen wurde, daß die Chinesen, Japaner und Koreaner nicht wegen ihrer Rassenzugehörigkeit ausgeschlossen sein sollen, sondern wegen ihrer der Arbeiterschaft Amerikas schädlichen Eigenschaften. Aber mit Recht wurde bereits auf dem Kongreß von verschiedenen Seiten, so auch von Hillquit in seiner Schlußrede, darauf hingewiesen, daß diese Unterscheidung nur auf ein Spiel mit Worten hinauslaufe. Berger und seine Anhänger haben sich denn auch mit offener Entschiedenheit auf den Rassenstandpunkt gestellt. Sollte nun dieser, verkappt oder offen ausgesprochen, für den amerikanischen Sozialismus maßgebend

werden, dann wären die Folgen unabsehbar. Um die ganze Größe dieser Gefahr zu beurteilen, braucht man sich nur an einige charakteristische Vorkommnisse der letzten Zeit zu erinnern.

Daß man ein Mädchen ermordet im Zimmer ihres Geliebten findet, kommt auch in Europa vor. Der bekannte Fall des Fräulein Sigel erregte aber in ganz Amerika einen Sturm des Unwillens, nicht etwa gegen jene jungen Damen der Gesellschaft, die heuchlerisch den Deckmantel religiöser Mission dazu benutzen, um sich ungestört den Freuden des ungebundenen Geschlechtsverkehrs hingeben zu können, sondern gegen die Landsleute des mutmaßlichen Mörders, Leute, von denen auch nicht im entferntesten angenommen werden konnte, daß sie mit dem Morde in irgend einem Zusammenhang ständen. Viele von ihnen wurden damals öffentlich mißhandelt nur deshalb, weil sie Chinesen waren. Und als endlich der des Mordes verdächtige Geliebte des getöteten Mädchens festgenommen war, da berichteten die amerikanischen Zeitungen des langen und breiten über die raffinierten Martern, denen der Angeschuldigte unterworfen wurde, um ein Geständnis von ihm zu erpressen, Methoden, die den verbrecherischen Polizeibütteln Rußlands oder Spaniens alle Ehre gemacht hätten. Während aber die Greuel von Orel und Montjuich wenigstens Abscheu und Empörung erregten, blieb die „öffentliche Meinung" hier vollkommen ruhig.

Als unlängst ein schwarzer Boxkünstler in Reno seinen weißen Rivalen in einem lange vorher angekündigten Wettkampf besiegte, wurden aus diesem Anlaß in New York und in anderen Städten Neger mißhandelt und erschlagen, ihre Häuser in Brand gesteckt.

Ich führe diese bekannten Fälle nicht an, um gegen die in ihnen zutage tretenden Brutalitäten an das Gefühl der Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu appellieren. Genosse Berger und seine Freunde lieben die „Phrasen" nicht, und die Sozialistische Partei ist ja für diese Scheußlichkeiten nicht verantwortlich. Aber diese Tatsachen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie tief der Rassenhaß im Gemüt des Durchschnittsamerikaners verankert ist, wie gefährlich es ist, dieser Bestie in ihm nachzugeben und sie noch zu begünstigen.

Der Haß und die Verachtung gegenüber den Schwarzen, die einen so großen Teil der Gesamtbevölkerung und auch des Proletariats in den Vereinigten Staaten ausmachen, beschränkt sich nicht auf die Südstaaten und nicht auf die Bourgeoisie, er beherrscht alle Schichten der amerikanischen Gesellschaft, und hier liegt eine ungeheure verborgene Gefahr für die Höherentwicklung des amerikanischen Proletariats. Die europäische Auswanderung nach Amerika, die sich früher zum großen Teile aus den kulturell fortgeschrittensten Ländern, aus England und Deutschland rekrutierte, hat sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr auf die südlichen und östlichen Länder beschränkt. Von dort ziehen Scharen von halb verhungerten, an die niedrigsten Lebensansprüche gewöhnten Proletariern nach den Vereinigten Staaten, Sizilianer, Albanesen, Slowaken, Ruthenen, russische und polnische Juden, Mazedonier und Griechen, Menschen, die an wirtschaftlicher Schulung und an Kultur tief unter dem amerikanischen Durchschnitt stehen, und die Verachtung für diese „Dagos" und „Huns" [1] ist bei den amerikanischen Gewerkschaften nicht viel geringer als die für den schwarzen oder gelben Mann. Wie tief dieser Zwie-

[1] Unter „Dagos" versteht man in Amerika die romanischen Einwanderer aus dem Süden Europas, als „Huns" (Hunnen) werden die einwandernden Slawen aus Rußland und dem Balkan usw. verstanden. Beide Bezeichnungen drücken alles eher als Achtung aus.

spalt geht, hat sich besonders deutlich bei dem berühmten Streik in Mc. Kees Rocks gezeigt, wo die amerikanischen Gewerkschaften dem heldenhaften Kampfe der schamlos ausgebeuteten „Huns“ und „Dagos“ mit demselben untätigen Gleichmut zusahen wie kurz vorher dem Streik der japanischen Zuckerarbeiter in Hawai.

Natürlich lassen sich die Unternehmer diese Schwäche der Arbeiterschaft nicht entgehen. Während der Lohnkämpfe ziehen sie nicht nur Ausländer, Slawen und Süditaliener usw., als Streikbrecher heran, sie verbreiten zu vielen Tausenden Flugschriften, in denen auf den Fremden- und Rassenhaß hingewiesen wird, der die amerikanische Arbeiterbewegung beherrscht. Genosse Berger, der diese Tatsache mitteilt, empfiehlt als Abwehrmittel gegen diese Agitation der Unternehmer die möglichste Verbreitung der sozialistischen Presse. Ich bezweifle aber sehr, ob zum Beispiel die Lektüre der Rede, die Genosse Hunter auf dem letzten Kongreß gehalten hat, in der er sich gegen die Einwanderung der Italiener, Polen usw. in heftigster Weise ausspricht,[1] diese Proletarier davon überzeugen dürfte, daß sie in der Sozialistischen Partei einen warmen Anwalt finden würden. Stehen doch diese Äußerungen nicht isoliert da. Auf dem Chicagoer Kongreß von 1908 wurde mit derselben Heftigkeit gegen die Griechen gesprochen, und wenn Bergers „Wahrheit“ auch wiederholt erklärt, ihre Argumente gegen die gelbe Rasse ließen keine Anwendung auf die europäische Einwanderung zu, so ist doch das Mißtrauen der Rassen sehr begreiflich, die in ihrer Lebenshaltung kaum oder gar nicht höher stehen als die mit solchem Hasse verfolgten Japaner, und man begreift die Heftigkeit, mit der zum Beispiel Genosse Meyer-London, der Delegierte des jüdischen Proletariats, auf dem Parteitag gegen die vorgeschlagene Majoritätsresolution Stellung nahm. Er wies dabei darauf hin, daß gegen die Aufstellung des jüdischen Genossen Hillquit als Kandidaten für den Kongreß (das Unterhaus der Vereinigten Staaten) in New York eingewendet wurde, daß die Juden, wenn sie einen Sozialisten in den Kongreß schickten, zu gewärtigen hätten, durch strenge Handhabung des Einwanderungsgesetzes von Amerika ganz ausgeschlossen zu werden.[2]

Diese Begünstigung des Rassendünkels und des Rassenhasses ist nirgends so gefährlich wie in Amerika mit seinem aus den verschiedensten Völkern und Rassen zusammengewürfelten Proletariat. Aber das wäre vielleicht noch nicht die schlimmste Folge eines Beschlusses der Sozialistischen Partei zugunsten des Absperrens der Grenzen gegen die asiatische Einwanderung.

Diese findet heftige Gegner in den amerikanischen Gewerkschaften, besonders der Federation of Labor. Dies ist auch einer der Hauptgründe, die für die Ausschließung der Gelben auf dem Parteitag ins Treffen geführt wurden. So fragte Berger, wie die Sozialisten den Gewerkschaften entgegentreten könnten, wenn es nach dem großen Siege von Milwaukee ihr erstes wäre, die Zulassung der Einwanderung von chinesischen, japanischen und koreanischen Arbeitern zu verlangen?

Es ist nicht zu verkennen, daß das Verhältnis gegenüber den Gewerkschaften gerade in Amerika für die Sozialistische Partei von der allergrößten

[1] Vergl. Bericht im Wochenblatt der „New Yorker Volkszeitung“ vom 28. Mai 1910.

[2] Vergl. den Bericht in „The Chicago Daily Socialist“ vom 18. Mai 1910. Dieses Blatt enthält den ausführlichsten Kongreßbericht. Ein offizielles Protokoll wird meines Wissens überhaupt nicht veröffentlicht.

Bedeutung ist, ja es ist sehr wahrscheinlich, daß eine sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten überhaupt erst dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn es ihr gelingt, zunächst in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft festen Fuß zu fassen. Nun ist es ja vom Standpunkt des gewerkschaftlichen Tageskampfes sehr begreiflich, daß die A. F. L. und die ihr angeschlossenen Vereine nicht nur gegen die Einwanderung von Lohndrückern sind, sondern daß sie sich auch speziell für den Ausschluß der Asiaten einsetzen. Daraus geht aber noch nicht hervor, ob diese Politik wirklich im wohlbedachten Interesse der Gewerkschaften liegt.

Die amerikanische Arbeiterschaft hat als solche bis heute politisch fast gar keinen Einfluß. Die Sozialistische Partei brachte es bei der letzten Präsidentschaftskampagne auf kaum mehr als eine halbe Million Stimmen, im Kongreß gibt es keine sozialistische Partei, vom Senat gar nicht zu reden. Auf der anderen Seite hat die Schwanzpolitik von Samuel Gompers gerade bei der letzten Präsidentschaftswahl in ebenso kläglicher wie lächerlicher Weise Schiffbruch gelitten. Wenn also heute die Arbeiterschaft Gesetze zur Ausschließung der gelben Einwanderer befürwortet, so wendet sie sich dabei an eine Regierung und an eine Kammer, die nicht nur rein bürgerlich sind, sondern fast ganz unter dem Kommando der großen Unternehmerverbände stehen. Es ist nun eine sonderbare Utopie, zu glauben, daß diese ein Gesetz erlassen und aufrecht erhalten würden, das ihnen wirklich schädlich wäre, nur zum Vorteil einer Klasse, deren Organisationen auf sie politisch wenigstens vorläufig keinen merkbaren Druck üben können. Durch nichts ist ja wohl diese völlige Ohnmacht klarer bewiesen worden als durch das Scheitern der mit so viel Lärm angekündigten Politik Gompers', „die Freunde der Arbeit zu belohnen und ihre Feinde zu strafen". Wenn aber die Behauptung, daß die gelbe Einwanderung die Löhne der weißen Arbeiter mehr drücke als die Einwanderung aus Südeuropa und Rußland, wahr wäre, dann wäre es ein dringendes Interesse der amerikanischen Unternehmerschaft, diese Einwanderung mit allen Mitteln zu begünstigen.

Nun besteht heute ein provisorisches Übereinkommen mit der japanischen Regierung, die die Einwanderung japanischer Arbeiter hemmt,[1] und ein Staatsvertrag mit China, der die chinesische Einwanderung verbietet. Dieser Vertrag erlischt in wenigen Jahren. Wird er dann erneuert werden? Das Abkommen mit Japan ist überhaupt nicht eigentlich rechtsverbindlich, es besteht nur so lange in Kraft, als der Druck von Washington auf die Regierung in Tokio dauert. Wie lange wird das der Fall sein? Das sind Fragen, die für die Gewerkschaften wie für die Arbeiterbewegung überhaupt von sehr großer Bedeutung sind. Aber die amerikanischen Unternehmer haben es nicht einmal nötig, die bestehenden Verträge zu ändern. Schon heute werden Klagen laut, daß zahlreiche Chinesen und Japaner ins Land geschmuggelt werden. Sobald aber das Bedürfnis nach diesen Arbeitskräften wächst, wird auch dieser Schmuggel bei der bekannten Bestechlichkeit der amerikanischen Beamten und bei ihrer Abhängigkeit von der gerade herrschenden Parteiregierung enorm wachsen. So hat die jeweils herrschende Partei das Mittel in der Hand, den Gewerkschaften plötzlich und unvermittelt eine Konkurrenz auf den Hals zu schicken, der diese dann wehrlos gegenüberstehen; denn diese gelben Ein-

---

[1] Vergl. die Darstellung in dem Artikel Katayamas, „Neue Zeit" Nr. 47.

wanderer kommen dann als Feinde der weißen Arbeiter, gerufen von den Unternehmern, die ihnen endlich die Pforten des lang ersehnten Landes öffnen; sie stehen im vollsten Gegensatz zu den weißen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, die sie bis dahin gewaltsam ferngehalten haben, sie sind ihren Unternehmern als „Wohltätern" verpflichtet, die ihnen Arbeit geben.

Die Gewerkschaften können gegen diese Gefahr nicht blind bleiben, sie sehen sie voraus, und so müssen sie davor zittern, die Unternehmerschaft zu diesem Äußersten zu treiben. Die Furcht vor den Gelben zwingt sie unter das Kommando derer, die über die Ausschließung und Zulassung der Einwanderer praktisch allein zu entscheiden haben. Auf diese Weise wird jener Geist in den Gewerkschaften großgezogen, der sich selbst eine Interessensolidarität mit dem Kapital einredet, um mit diesem mächtigen Gegner nicht kämpfen zu müssen, jener Geist, der das Proletariat spaltet nicht nur in eine sozialistische und eine dieser feindlich gegenüberstehende gewerkschaftliche Bewegung, sondern zugleich in eine exklusive Arbeiteraristokratie, die mit dem Unternehmertum gemeinsame Sache macht, und in den gemeinen Haufen der ungelernten Arbeiter, die ohne Hilfsquellen, ohne Rückhalt und ohne Führung der Ausbeutung durch das Kapital völlig schutzlos ausgesetzt sind. Dabei ist jene Arbeiteraristokratie selbst natürlich auch immer die betrogene. Denn ohne die Verbindung mit der großen Reservearmee, die gegen ihre Stellungen andrängt, ist sie bald nicht mehr imstande, ihre Stellung in den fortwährenden Revolutionen der Technik zu behaupten, die sie ständig zu verdrängen bestrebt ist. Dieser Umschlag zeigt sich jetzt gerade in Amerika sehr deutlich, wo die Gewerkschaften sich immer weniger fähig zeigen, ihre alte Politik der Ausschließung der fremden Arbeiter aus ihren Reihen und damit aus den unter ihrem Einfluß stehenden Betrieben durchzuführen.

Die Ausschließung der Asiaten, die vom gewerkschaftlichen Standpunkt zunächst als so einfaches Mittel der Abwehr von Lohndrückern erscheint, entpuppt sich also als eine schwere Gefahr für die Selbständigkeit, für den Bestand der Gewerkschaften selbst. Bisher aber war es stets der Stolz des Sozialismus, daß sein Blick nicht in den Problemen der unmittelbaren Gegenwart, in den Fragen der Tagespolitik befangen blieb, sondern daß er diese im großen Zusammenhang der Entwicklung erfaßte, daß er deshalb auch nicht nötig hatte, den Stimmungen und Vorurteilen jeder Fraktion des Proletariats in jedem Augenblick Rechnung zu tragen, sondern darauf vertrauen durfte, daß das Fortschreiten der ökonomischen und politischen Entwicklung seiner prinzipiellen Politik schließlich recht geben müsse. Als im Jahre 1870 die Sozialisten Deutschlands und Frankreichs dem hurrapatriotischen Chauvinismus die Stirn boten und gegen den brudermörderischen Krieg protestierten, da setzten sie ihre Popularität aufs Spiel, da schienen sie die junge Bewegung aufs schwerste zu gefährden, an deren Spitze sie standen. Und hat sich nicht ihre prinzipielle Politik in glänzendster Weise gerechtfertigt? Hat sich jene mannhafte Behauptung des Prinzips nicht sowohl für die Arbeiterbewegung der beiden Länder als auch für deren politische Beziehungen und dadurch für den Weltfrieden als höchst fruchtbar erwiesen?

Nicht darum handelt es sich also, den momentanen Stimmungen in der Arbeiterschaft immer Rechnung zu tragen, sondern das Interesse des Proletariats zu erkennen und dieses selbst für die Politik zu gewinnen, die seinem dauernden Vorteil und nicht seinem momentanen Impuls entspricht. Dies

ist schon deshalb notwendig, weil sich in die Ideologie des Proletariats vielfach Elemente aus der Geistessphäre anderer Klassen, besonders des Kleinbürgertums, einschleichen.

Diese spielen auch zweifellos in der Kulifrage in Amerika eine große Rolle. Es ist ja sehr auffallend, daß sich die Abwehr der amerikanischen Arbeiter so viel stärker gegen die Einwanderung der Asiaten richtet als gegen die von weißen Arbeitern, die auf keiner höheren Kulturstufe und in ihren Lohn- und Lebensansprüchen ebenfalls nicht höher stehen als jene.[1] Eine wichtige Rolle spielt sicherlich dabei, daß sich die gelbe Einwanderung gerade nach Gebieten hoher Löhne, an die Westküste wendet, wohin der große Strom der europäischen Einwanderung nur mehr spärliche und schwache Wellen wirft. Dazu kommt aber nicht nur der Rassenhaß, der in Amerika infolge des Imports und der nachherigen Emanzipation der Schwarzen besonders entwickelt ist und nun in der fremdartigen Lebensweise der Gelben neue Nahrung findet, sowie der Umstand, daß der Asiate in Amerika stets politisch rechtlos bleibt und daher das geeignetste Objekt politischer Demagogie abgibt, dazu trägt schließlich auch sehr wesentlich der Umstand bei, daß der gelbe Mann seinen Konsum soviel wie möglich nicht beim weißen Krämer und Handwerker deckt, sondern beim Landsmann, daß sich sehr bald neben dem asiatischen Proletariat ein asiatisches Kleinbürgertum festsetzt, das nun den weißen Konkurrenten auch bei seinen eigenen Landsleuten aus dem Felde schlägt. Es ist daher sehr begreiflich, daß gerade das Kleinbürgertum und die Kleinfarmerschaft Kaliforniens die wütendsten Feinde der gelben Einwanderung stellt. So wie nun das niedergehende, vom Kapitalismus expropriierte Kleinbürgertum an den Küsten des pazifischen Ozeans in den asiatischen Einwanderern ebenso wie seine europäischen Leidensgefährten in den Juden einen Prügeljungen findet, so auch die Lohnarbeiterschaft dieser Länder, die bis vor kurzem eine Ausnahmsstellung einnahm, während jetzt die allgemeine Teuerung auch ihre Lebenshaltung herabdrückt.

So begreiflich daher der Wunsch der Gewerkschaften nach Ausschließung der Asiaten, so wäre es doch eine sehr kurzsichtige Politik der Sozialistischen Partei, wenn sie sich diesem Wunsche anschließen würde. Denn diese Politik führt notwendig zur Verstärkung und Verschärfung des Rassenkampfes und gefährdet zugleich die Unabhängigkeit der Gewerkschaften.

---

[1] So heißt es zum Beispiel in einem japanerfeindlichen Artikel des „Phil. Tageblatt" (zitiert in „Wahrheit", Wisconsin) vom 14. Mai 1910: „Seitdem jährlich eine Million Menschen aus Europa auswanderte, der größte Teil davon aus dem südlichen und östlichen Teil des Kontinents, gibt es hier ‚billige Hände' genug. Für weniger als $12^1/_2$ Cents pro Stunde, wie bei Schwab in Bethlehem, arbeitet auch ein Chinese nicht. Das Verlangen der amerikanischen Kapitalisten nach asiatischen Arbeitern hat also so ziemlich aufgehört oder beschränkt sich auf einen kleinen Strich der Pazifikküste." Ebenso erwähnt zum Beispiel eine Korrespondenz des „Weekly People" vom 4. Juni 1910, daß die japanischen Arbeiter bei der Obsternte in Kalifornien erheblich höhere Löhne erhielten als die Pastoren der Methodistengemeinde. Auch auf dem Parteitag von Chicago wurden Beispiele dafür angeführt, daß die Löhne der Japaner nicht niedriger sind als die vieler Weißen. Der Arbeitskommissär von Kalifornien gibt („Wahrheit" vom 18. Juni 1910) den Durchschnittstagelohn japanischer Arbeiter in der Frucht- und Gemüseindustrie mit 1,50 Dollar (6,50 Mark) an, doch werde behauptet, daß sie im Kontrakt von 5 bis 7 Dollar (21 bis 29,40 Mark) täglich verdienen. Wieweit diese Angaben richtig sind, kann ich nicht beurteilen; jedenfalls beklagt sich der Arbeitskommissär bitter über die Höhe der Löhne für japanische Arbeit.

Was die amerikanische Arbeiterbewegung in erster Linie verhindert, die Macht und den Einfluß zu gewinnen, die ihr nach der industriellen Entwicklung des Landes zukämen, das ist der Mangel an Klassenbewußtsein, die geistige Befangenheit in den Banden der politischen Tradition und hauptsächlich in der Ideologie des kleinbürgerlich-zünftlerischen Gedankens. Es müßte also die Aufgabe der Sozialistischen Partei sein, gerade den Gedanken des Klassenkampfes und der Solidarität der Arbeiterschaft als Klasse in den Vordergrund zu rücken. Tatsächlich sucht sich aber die Sozialistische Partei für ihren mangelnden Anhang unter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft am Kleinbürgertum und namentlich an den Farmern schadlos zu halten. Besonders ist das Programm der „Sozialdemokratischen Partei von Wisconsin" fast ganz von dieser Gedankenrichtung beherrscht. In diesem Programm heißt es zum Beispiel: „In den Lohnarbeitern der Städte und den Farmern erkennen wir den Typus der produzierenden Elemente." Unter den Gegenwartsforderungen figuriert dann allerdings die Ausschließung der asiatischen Arbeiter; aber die eigentlichen Forderungen des Proletariats sind ziemlich spärlich vertreten. Die Hauptrolle spielen die Forderungen nach städtischer Autonomie und nach Unterstützung der Farmer. Insbesondere wird man aber von all jenen Forderungen des Arbeiterschutzes, die in der Resolution von Stuttgart den Ländern der Einwanderung empfohlen wurden, im allgemeinen Programm der Sozialistischen Partei sehr wenig, in dem der Partei von Wisconsin fast nichts finden, obgleich beide Programme erst nach dem Stuttgarter Kongreß aufgestellt wurden und obwohl diese Forderungen fast durchwegs von den sozialistischen Parteien Europas vertreten werden und ihre Durchsetzung in Amerika noch notwendiger wäre als bei uns.

Es ist nämlich nicht richtig, wie es von den amerikanischen Blättern und auch auf dem Parteitag von Chicago dargestellt wurde, daß die vom Internationalen Kongreß in Stuttgart beschlossene Resolution einfach alle Beschränkungen der Einwanderung aufhebt und keine Mittel angibt, wie den Gefahren, die daraus entstehen, zu begegnen sei. So verlangt Punkt I 2. „gesetzlichen Arbeiterschutz durch Verkürzung des Arbeitstags, Einführung eines Minimallohnsatzes, Abschaffung des Sweatingsystems, Regelung der Heimarbeit, strenge Aufsicht über die Wohnungsverhältnisse." Punkt I 3. verlangt Erleichterung der Naturalisation und Befreiung der Einwanderer von polizeilicher Willkür.

In der Rede, mit der Genosse Ellenbogen die Annahme dieser Resolution empfahl, zeigte er, wie die Schäden der Einwanderung billiger Arbeitskräfte schon durch diese Reformen wesentlich gemildert, ja größtenteils beseitigt werden. Die Ausbeutung solcher Arbeitskräfte lohnt sich nur, wo die ungemessene Ausdehnung der Arbeitszeit den Mangel an Intensität der Arbeit durch Raubbau an der Lebenskraft der Arbeiter zu ersetzen gestattet, und wo zugleich die Zusammendrängung dieser Arbeiter in schmutzige, ekelhafte Wohnräume ihre Ansprüche auf einem Gebiet herabdrückt, das für die Kultur, die Sitte und die Hygiene des Landes zu den wichtigsten gehört. Bei achtstündiger Arbeitszeit wird der amerikanische Unternehmer einen japanischen oder griechischen, einen chinesischen oder slowakischen Arbeiter nur dann rentabel beschäftigen können, wenn er es ihm durch hohe Löhne ermöglicht, an Intensität seiner Arbeitsleistung seinem amerikanischen Gefährten gleichzukommen.

Von all diesen Forderungen, die die amerikanische Arbeiterschaft nicht nur vor der Konkurrenz der Asiaten, sondern auch vor der ebenso gefährlichen der

Süd- und Osteuropäer schützen würden, noch dazu ohne diese Proletarier zu benachteiligen, ja zu ihrem eigenen Schutze, steht in den Programmen der Sozialistischen Partei Amerikas fast nichts.

Von besonderer Bedeutung ist aber noch Punkt III der Stuttgarter Resolution, der Reformen in der Beförderung der Einwanderer verlangt, die nicht nur vom Standpunkt der Menschlichkeit dringendst geboten sind, sondern die es zugleich dem Kapital sehr erschweren würden, billige Schleuderkonkurrenz auf den Arbeitsmarkt zu werfen.

Freilich scheint mit der Mißachtung dieser Bestimmungen die amerikanische Partei nicht allein dazustehen. Der Stuttgarter Kongreß hat das Internationale Sozialistische Bureau beauftragt, „Vorschläge zur Neuregelung dieser Materie" auszuarbeiten. Diese Vorschläge sollten den Parteileitungen behufs legislativer Verwendung sowie zur Propaganda mitgeteilt werden. Seither sind drei Jahre ins Land gegangen, an die Öffentlichkeit ist aber von der Ausführung dieses Beschlusses nichts gedrungen.

Auch von diesen Forderungen ist in den Programmen der Sozialistischen Partei Amerikas mit keinem Worte die Rede. Allerdings müßten alle diese Forderungen des Arbeiterschutzes dem mächtigen Kapital in zähem Kampfe abgetrotzt, abgerungen werden, vom Proletariat allein im Kampfe mit allen bürgerlichen Schichten der Gesellschaft, und sie würden zugleich auch auf den Widerstand einer Arbeiteraristokratie stoßen, die sich wenigstens vor einiger Zeit noch hinter den Mauern ihrer zünftlerisch abgeschlossenen Gewerkschaften gegen den Druck des übermächtigen Kapitals gesichert wähnte und eine Ideologie hochhält, die jedes Gesetz als staatlichen Eingriff in das freie Selbstbestimmungsrecht verurteilt. Zeigt sich dieser Standpunkt schon heute in Amerika immer mehr unhaltbar, so muß er gerade in der Kulifrage erst recht scheitern. Heute findet das Verlangen der Kuliausschließung noch eine starke Stütze am Kleinbürgertum und an den Farmern, besonders des Westens, während die großen Unternehmerverbände wenig Gewicht auf den Massenimport von Arbeitskräften legen, auf die gerade sie, die Herren der Riesenetablissements mit der höchsten Arbeitsintensität, am wenigsten angewiesen sind, während ihnen die ständige Drohung mit der Öffnung der Grenzen als Waffe gegen die Gewerkschaften die besten Dienste leistet. Aber diese Situation ändert sich jetzt rapide. Der Punkt, an dem Trusts und Kartelle am empfindlichsten sind, ist der auswärtige Markt, und besonders der chinesische Absatzmarkt gewinnt für die Industrie Amerikas immer größere Bedeutung. Aber China schläft nicht mehr, auch dort ist das nationale Selbstgefühl erwacht, verstärkt durch Profitinteressen des einheimischen Handelskapitals, und schon mehren sich die Stimmen, die einen Boykott amerikanischer Waren durch die chinesischen Kaufleute androhen, falls die Ausschließung der chinesischen Einwanderung auch im neuen Handelsvertrag aufrechterhalten werden sollte. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben zur Genüge gezeigt, daß solche Drohungen nicht leicht zu nehmen sind. Zugleich gerät aber auch der sogenannte Mittelstand in immer größere Abhängigkeit von den Kapitalmagnaten, von dieser Seite hat daher die Arbeiterschaft immer weniger Beistand zu erwarten.

Sollte die amerikanische Sozialistische Partei auf die abschüssige Bahn geraten, auf die sie die Politik der Ausschließung der gelben Arbeit drängte, dann würde sie schon in wenigen Jahren einer Krise entgegengehen, der sie nicht gewachsen wäre. Vergegenwärtigen wir uns einen Augenblick die in diesem Falle voraus-

sichtliche Situation beim Abschluß der neuen Handelsverträge: die Sozialistische Partei ist ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung für den Ausschluß der Asiaten eingetreten, sie hat, um diesen durchzusetzen, in der Arbeiterschaft, unter den Farmern und im Kleinbürgertum die regste Agitation entfaltet, die sich vor Abschluß des neuen Vertrags natürlich noch steigern mußte. Ihre Hauptwaffe in diesem Kampfe mußte die Nährung des Rassenhasses sein, weil sie mit anderen Mitteln auf die Mittelschichten überhaupt nicht einwirken konnte. Im Gegensatz dazu sind die kapitalistische Presse und die Wortführer des Großkapitals in den gesetzgebenden Versammlungen pathetisch für die Völkerverbrüderung eingetreten, sie haben die Gefahren eines Krieges mit Japan, der Stillegung zahlreicher Betriebe durch einen chinesischen Boykott und der daraus folgenden Arbeiterentlassungen an die Wand gemalt und zugleich die Neger, die Juden der großen Ghettos von New York usw., die „Dagos“ und „Huns“ auf den Rassenhaß, auf die Exklusivität der amerikanischen Arbeiterbewegung, besonders der Gewerkschaften hingewiesen. Nachdem diese Kämpfe das ganze Land in die höchste Aufregung versetzt, wird endlich der neue Handelsvertrag nach dem Diktat der großen Unternehmerverbände, die allein den Senat und fast allein den Kongreß beherrschen, abgeschlossen, die Grenzen sind den Gelben geöffnet.

Genosse Berger verkündet für diesen Fall die soziale Revolution. Will er wirklich Seite an Seite mit Samuel Gompers an der Spitze der A. F. L. gegen die ungeheure Macht der Unternehmerverbände marschieren, die in diesem Falle die weit überwiegende Menge des Proletariats, die Schwarzen und Gelben, die „Dagos“ und „Huns“ auf ihrer Seite haben? Will er die Fahne der sozialen Revolution vorantragen zum Rassenkampf? Kindliche Utopien des „Realpolitikers“!

Sollte es je so weit kommen, was ich nicht hoffen, nicht glauben will, dann würde sich zeigen, wie recht Genosse Spargo hatte, als er auf dem Parteitag von Chicago den Befürwortern des Ausschlusses von Chinesen, Japanern und Koreanern aus der Union zurief: „Ich sage euch, wenn ihr den Sozialismus in Amerika zum Bankrott führen wollt, so tut es, indem ihr die Majoritätsresolution annehmt.“

Parteiverhältnisse und Parteikämpfe in Holland.

Von **Henriette Roland-Holst.**

1. Die Spaltung und ihre allgemeinen Folgen für die Arbeiterbewegung.

In der „Neuen Zeit“ habe ich seinerzeit die Ursachen auseinandergesetzt, die zum Ausschluß eines Teiles der Marxisten aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und damit zur Spaltung in der holländischen Sozialdemokratie führten.[1] Den Grund des Ausschlusses bildete, wie der Leser sich vielleicht erinnern wird, die Weigerung der Redakteure der „Tribune“ — eines unabhängigen marxistischen Wochenblatts —, die Forderung des außerordentlichen Parteitags zu erfüllen und ihr Organ eingehen zu lassen, das durch seine scharfe — das heißt nach der Meinung vieler Marxisten in der Form allzu scharfe —

[1] Siehe die „Neue Zeit“ vom 26. März 1909, Die Spaltung in der holländischen Sozialdemokratie.

Kritik die opportunistisch-reformistische Parteileitung (Parlamentsfraktion, Redaktion des Zentralorgans und Parteivorstand) aufs höchste gereizt hatte. Mit der Forderung des Eingehens der „Tribune" verband der Parteitag den Beschluß zur Herausgabe eines neuen Wochenblatts, das als Beilage des Zentralorgans unter der unabhängigen Redaktion von F. M. Wibaut und H. Roland-Holst erscheinen und den Marxisten die Gelegenheit bieten sollte, ihre prinzipiellen und taktischen Anschauungen zu verbreiten, auch wo diese von jenen der Parteimehrheit abwichen. Dieser Beschluß brachte einen Teil der Marxisten dazu, in der Partei zu bleiben, trotz des Ausschlusses der „Tribune"-Redakteure, worin auch sie eine unentschuldbare Verletzung der Demokratie erblickten: sie hofften, durch das neue Blatt die Propaganda für ihre Anschauungen unter den 10000 in der S. D. A. P. organisierten Arbeitern erfolgreich führen zu können.

Es scheint uns jetzt, gut anderthalb Jahre nach den oben kurz skizzierten Ereignissen, angebracht, für den Leserkreis der „Neuen Zeit" über die Entwicklung zu berichten, welche die Dinge seitdem in Holland genommen haben, besonders auch weil der Moment naht, wo der internationale Sozialismus vielleicht Veranlassung hat, sich über unsere Parteiverhältnisse auszusprechen.

Der erste Punkt, der uns dabei beschäftigen wird, sind die Geschicke der beiden ungleichen Teile, in die die holländische Sozialdemokratie nach dem Deventer Parteitag auseinanderfiel. Fangen wir mit einem kurzen Bericht über die S. D. P., die neugegründete marxistische Organisation, an. Trotz des Feuereifers der kleinen Schar ihrer Propagandisten, trotz ihrer unermüdlichen schriftlichen und mündlichen Agitation hat sich ihre Mitgliederzahl nur unbeträchtlich erhöht: nur Schritt für Schritt gelingt es ihr, unter den Massen vorwärts zu dringen; als politischer Faktor kommt sie heute noch kaum in Betracht. Und dies kann uns nicht wundern, wenn wir bedenken, daß die in den modernen Gewerkschaften organisierten geschulten Arbeiter von reformistischen Tendenzen erfüllt sind, die nichtorganisierten Massen der ungeschulten Arbeiter aber entweder hoffnungslos indifferent oder syndikalistischen Neigungen ergeben. Holland mit seinen noch immer rückständigen Verhältnissen, seinem Überwiegen des kolonialen und Geldkapitals sowie des Klein- und Mittelbetriebs in der Sphäre der Industrie, seiner schlechten Schulbildung des Proletariats, seiner schwachen Entwicklung des Klassenbewußtseins — Holland kann einer Partei, die den Klassenkampf in seiner schroffsten, intransigentesten Form führen will, keinen Spielraum für eine schnelle Entwicklung gewähren. Die Zukunft mag — wovon die Genossen der S. D. P. felsenfest überzeugt sind — der marxistischen Partei gehören: die Gegenwart gehört der reformistischen.

Man würde jedoch unrecht tun, die Bedeutung der S. D. P. nur nach ihrer Mitgliederzahl und ihrem geringen politischen Einfluß abzumessen. Diese liegt unseres Erachtens zurzeit unzweifelhaft in der verhältnismäßig bedeutenden sozialistischen Bildungsarbeit, die sie leistet; eine Arbeit, die in den letzten Jahren von der alten Partei — mit einigen Ausnahmen — leider stark vernachlässigt wurde.

Was diese letzte betrifft, so hat die Spaltung ihr äußeres Wachstum nicht im geringsten gestört: im Gegenteil, dieses war während des letzten Jahres ziemlich beträchtlich, was wohl hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben ist, daß im Sommer 1909 die allgemeinen Wahlen stattgefunden haben.

Schlimme Folgen jedoch hatte die Spaltung für die innere Entwicklung der Partei. Die Wahrheit gebietet, zu erklären, daß seit dem Deventer Parteitag in ihr ein ununterbrochener Niedergang des Geistes des revolutionären Sozialismus und eine Verdunkelung des Klassenbewußtseins stattgefunden hat, womit selbstverständlich ein offeneres Auftreten des äußersten Revisionismus, der zielbewußt auf eine Allianz mit den Liberalen hinarbeitet, sowie vor allem ein starkes Wachstum jenes haltlosen Opportunismus zusammengeht, der von der Hand in den Mund lebt und in kleinen Tageserfolgen statt in der Erfüllung der Massen mit sozialistischem Bewußtsein die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Politik sieht. Als Äußerung dieses Niederganges — wovon wir immer noch hoffen wollen, daß er nur eine zeitliche Verirrung bedeutet — nenne ich die parlamentarische Taktik der Fraktion — worüber noch ausführlicher gesprochen werden wird — in der vorigen Parlamentssitzung; die offene Rebellion mancher Parteivertreter im Norden gegen den Beschluß des Haager Parteitags von 1905, der in unserem Programm den Satz über die Förderung von kleinbäuerlichen Betrieben strich; ferner die (allerdings fehlgeschlagenen) Versuche, ebenfalls im Norden, zu Abmachungen mit den Liberalen bei den Wahlen für die Provinzialstaaten, die im Laufe dieses Sommers stattfanden, sowie das völlige Einschlafen der Wahlrechtsbewegung und der traurige Indifferentismus der organisierten Massen überhaupt.

Gewiß findet dieser Niedergang teilweise seinen Grund in der Schwächung des Marxismus in der S. D. A. P., welche die erste Folge des Deventer Beschlusses war. Wie bekannt, führte der Ausschluß der „Tribune“-Redakteure zum Austritt weiterer 400 bis 500 Genossen, unter denen sich manche der eifrigsten, kampfesfreudigsten und tüchtigsten Marxisten befanden. Durch diese Schwächung bekamen die reformistischen Elemente freiere Hand, und mit ihrer Macht wuchs ihr Selbstbewußtsein. Jedoch es sind vor allem psychologische Zusammenhänge, welche diesen Niedergang verschulden und das Fehlschlagen der Hoffnungen jener in der alten Partei verbliebenen Marxisten erklären, durch das neue ihnen oktroyierte Organ, das „Weekblad“, die Genossen für ihre prinzipiellen und taktischen Anschauungen zu gewinnen. Die nähere Erörterung der Umstände, die sich dem Wollen und Können der einzelnen übermächtig entgegenstellten, wird uns jetzt beschäftigen.

2. Ein Jahr der Parteikämpfe.

Durch die Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei, die naturgemäß — wollte sie sich nicht darauf beschränken, als sozialistischer Bildungsverein aufzutreten — die alte in ihren Machtstellungen unaufhaltsam angreifen und daraus zu verdrängen versuchen mußte, wurde der Marxismus in den Augen der übergroßen Mehrheit der Genossen zu einem Feinde, der die Organisation, die ihnen lieb war, schwächen wollte und die Führer, an denen sie hingen, schonungslos herunterriß. Die Wirkungen dieser unerfreulichen Tatsache wurden noch verschlimmert durch den Umstand, daß es sich für die neue Partei, die als Gegensatz zu der alten auftrat, nicht wohl vermeiden ließ, die Richtigkeit ihrer Anschauungen und Methoden nicht in erster Reihe an der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, sondern an den opportunistischen Verirrungen der S. D. A. P. zu demonstrieren, denn diese bildeten ja ihren Daseinsgrund. Ob die führenden Genossen der S. D. P.

dabei nicht manchmal des Guten zu viel getan und das Maß immer innegehalten haben, das eine kluge Politik erforderte, mag hier unerörtert bleiben. Jedenfalls mußte diese ihnen von den Umständen mehr oder weniger aufgedrungene Taktik die S. D. P. in den Augen großer Teile der Arbeiterschaft als eine Partei erscheinen lassen, die ihre Angriffe nicht so sehr gegen den Kapitalismus als gegen die sozialdemokratische Organisation richtete. Das verletzte ihren gesunden proletarischen Instinkt, der nach Einheit drängt, und diesen ihnen günstigen Umstand gebrauchten die Reformisten und Opportunisten aller Schattierung, wie wohl nicht anders zu erwarten, um ihre eigene Macht zu vergrößern und zu befestigen, indem sie die Massen in erster Reihe gegen die „Eintrachtstörer", gleichzeitig jedoch auch gegen die Elemente in den eigenen Reihen aufbrachten, die sich zu den gleichen taktischen Anschauungen bekannten. „Drückt die Eintrachtstörer zu Tode!" wurde das von Genossen Troelstra geprägte, bald populäre Losungswort, das von den dem Banner der S. D. A. P. folgenden Massen wohl schwerlich anders übersetzt werden konnte als: „Gegen die S. D. P. ist alles erlaubt; sie ist der Feind, den es zu vernichten gilt!"

Es kann nicht wundernehmen, daß in einer solchen geistigen Atmosphäre der Haß gegen die als Feind und Konkurrent auftretende Partei des Marxismus auch auf die Marxisten in der eigenen Partei übertragen wurde, besonders auf solche, die ihre Übereinstimmung in den Fragen des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes mit den „Eintrachtstörern" hervorhoben.

Die großen Fragen und Gegensätze, die den Kampf der Richtungen vor Deventer beherrschten — die erste Frage: Opportunistische oder prinzipielle Politik der Parlamentsfraktion, Einschränkung unserer Forderungen zum Zweck der möglichen Gewinnung kleiner Vorteile oder rücksichtsloser Kampf? die zweite: Mehr oder weniger festes Zusammengehen mit den Liberalen oder selbständige Politik? die dritte: Eine unabhängige Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der Gewerkschaftsbewegung? — diese großen Gegensätze und Fragen bliebe natürlich auch nach der Spaltung in der S. D. A. P. bestehen. Die Situation stellte die in ihr verbliebenen Marxisten vor folgende Alternative: Entweder sie führten den Kampf um die richtige Taktik in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den Gesinnungsgenossen der S. D. P., wenn auch der Form nach weniger schroff, weiter und gebrauchten das neue Organ, wie es ihr gutes Recht und in Deventer ausdrücklich stipuliert war, als eine Waffe in diesem Kampfe. Dann aber war es unvermeidlich,[1] daß es dem Opportunismus gelingen würde, sie bei der Masse der Genossen als „Vorposten des Feindes im eigenen Lager" verdächtig zu machen und auf diese Weise eine Stimmung des Argwohns und der äußersten Unduldsamkeit gegen sie wachzurufen, die ihnen jede Möglichkeit einer erfolgreichen Propaganda raubte und den Boden unter den Füßen entzog.

Oder aber: sie paßten sich der augenblicklichen Situation mehr oder weniger an und versuchten sich in den neuen Verhältnissen so gut als möglich einzurichten, statt ihnen zu trotzen. Dies heißt: sie hielten mit der Kritik im allgemeinen zurück, besonders aber dort, wo sie Grund zur Meinung hatten, diese würde die führenden Genossen aufbringen, oder sie trugen ihre kritische Bedenken erst vor, wenn der betreffende Fall erledigt war und die Kritik

[1] Diese Unvermeidlichkeit wurde der Verfasserin selbstverständlich erst im Laufe der Entwicklung klar.

keinen Einfluß mehr auf die Gestaltung der Dinge ausüben konnte. Sie beschränkte sich in ihrem Blatte auf die Erörterung theoretischer Fragen sowie solcher Punkte, die in der Partei kein Gegenstand des Streites waren oder kein aktuelles Interesse beanspruchten. Kurz, sie verzichteten darauf, auf die Praxis, auf das Handeln unmittelbar einzuwirken. Bei einer solchen Haltung — jedoch nur bei einer solchen — war dem neuen Organ der Weg gebahnt, nicht wie ein Fremdkörper in der Partei empfunden und von dieser nicht nur bloß „geduldet", sondern dem Parteileben in normaler Weise einverleibt zu werden. Nur wenn der Marxismus sich, wenigstens zeitweilig, seines kämpfenden Charakters entäußerte, unpolitisch und friedfertig wurde, konnte er die Verbitterung der Parteimehrheit entwaffnen und ihr Ohr gewinnen.

Forderte die Klugheit nicht, diese „taktische Wendung" zu vollziehen? Schien es nicht geboten, zuerst durch „Mäßigung" und Zurückhaltung einen Stützpunkt in der Partei zu gewinnen, statt die kämpfende und kritische Seite herauszukehren und dadurch unvermeidlich neue Parteikämpfe heraufzubeschwören, in denen die Marxisten, wie wir oben klarlegten, sich von vornherein in einer äußerst ungünstigen Position befanden?

Manche unter dem kleinen Kreis von Genossen, die sich um das „Weekblad" scharten, waren geneigt, diese Frage zu bejahen: der Weg der „friedlichen Durchdringung" schien ihnen jetzt der richtige.

Aber den Vorteilen, die das Verfolgen dieses Weges brachte, standen meines Erachtens größere Nachteile gegenüber. Durch ein Auftreten, wie oben angegeben, wurde der Marxismus von der herrschenden Parteirichtung auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt. Er mußte sich hauptsächlich mit theoretischer Propaganda begnügen und darauf verzichten, die Konsequenzen seiner Prinzipien in der tagtäglichen Praxis zu ziehen. Und er mußte damit faktisch die Grundanschauung des Marxismus selbst aufgeben, jene Anschauung, die Marx schon in den „Thesen über Feuerbach" niedergelegt hat und die das Handeln unmittelbar mit dem Denken verbindet. Er mußte sich damit zufriedenstellen, die Welt zu interpretieren, statt dahin zu streben, sie zu verändern, die treibende Kraft in der Arbeiterbewegung zu sein.

Nein, zu einer solchen Rolle durfte der Marxismus sich nie und nimmer hergeben. Er durfte dem Opportunismus nie und nimmer die Praxis, das Handeln überlassen, um sich in die ruhigen Gefilde der Theorie zurückzuziehen. Er durfte nicht durch sein eigenes Auftreten den vom Opportunismus in den Massen gezüchteten verhängnisvollen Irrtum stärken, daß *Theorie und Bewegung unabhängig voneinander seien*.

Wenn auch bei den Unterschieden der Anlage, des Temperaments und des Charakters unter den Redakteuren und Mitarbeitern des „Weekblad" selbstverständlich keine volle Einheitlichkeit in der Führung des Blattes erreicht werden konnte, so kann man doch im allgemeinen sagen, daß es während des ersten Jahres seines Bestehens zum kämpfenden Marxismus neigte. Besonders zeigte sich dies, als das Vorgehen der Fraktion während des Herbstes und Winters 1909/10 durch ihren weitgehenden Opportunismus und ihr beständiges Hinneigen zur liberalen Partei diese Kritik in hohem Maße herausforderte.

Des Raummangels wegen sind wir leider gezwungen, alle anderen Punkte, in denen diese Kritik einsetzte, zu übergehen, um uns auf den wichtigsten zu beschränken, das heißt auf den heißen Streit, der in der Frage der unentgeltlichen staatlichen Altersversorgung ausbrach.

Die unentgeltliche Altersversorgung ist seit Jahr und Tag von der Gesamtpartei ohne Unterschied der Richtung eifrig propagiert worden. Und wie vielleicht keine andere unserer Forderungen ist sie den Massen in Fleisch und Blut übergegangen. Noch bei den letzten Wahlen bildete sie nebst dem allgemeinen Wahlrecht und dem Zehnstundentag das Wahlprogramm der S. D. A. P., und dies gegen den Willen eines Teiles der Marxisten, die anläßlich der allgemeinen Situation die Aufstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für Männer und Frauen als alleinige Forderung für geboten erachteten. Scharf wurde damals im Zentralorgan die schwankende Haltung des Freisinns und die Zweideutigkeit der liberalen Partei gerügt, die, um die Arbeiter zu ködern, sich plötzlich für ein Altersrentengesetz, „vorzüglich in der Richtung der unentgeltlichen staatlichen Versorgung", erklärte.

Die Wahlen fielen zugunsten der christlichen Koalition aus. Unaufhörliche Fortsetzung der Agitation für die unentgeltliche staatliche Versorgung schien mehr denn je notwendig, um eventuellen Plänen der Regierung zur Einführung einer Zwangsversicherung vorzubeugen. Da äußerte Genosse Troelstra sich in der Parlamentssitzung des 18. November ganz unerwartet dahin, da nun einmal die Mehrheit der Wähler sich gegen die unentgeltliche staatliche Versorgung und für die Zwangsversicherung erklärt hatte, würde die Partei, „wenn auch prinzipiell auf ihrem Standpunkt verharrend", sich in der Praxis darauf beschränken müssen, für Befreiung der schlechtest entlohnten Arbeiter von der Prämienzahlung zu kämpfen. Im selben Sinne, jedoch noch bestimmter und schärfer, äußerte der politische Führer der S. D. A. P. sich im Zentralorgan sowie in einer großen Volksversammlung in Amsterdam.

Diese Äußerungen erregten ungeheures Aufsehen in weiten Kreisen. Der „Tribune" lieferten sie reichliches Agitationsmaterial zur Begründung ihrer Beschuldigung des opportunistischen Verfalls der S. D. A. P. Die Kritik im „Weekblad", wenn auch in der Form gemäßigter, hielt nicht mit ihrer Ansicht zurück, daß solche Äußerungen eine schwere Schädigung für die sozialistische Bewegung bedeuteten und eine solche Taktik des Entgegenkommens die denkbar schlechteste sei. Auch die Gewerkschaftspresse fing an, sich zu rühren. Im Organ des Diamantarbeiterverbandes erklärte Genosse Polak, die Fortsetzung der Agitation für die unentgeltliche staatliche Versorgung sei durch das Auftreten Troelstras gelähmt worden. Der Opportunismus schien über das Ziel hinausgeschossen zu haben. Als der Parteitag herannahte, zeigte sich die Beunruhigung der Partei in der verhältnismäßig großen Anzahl der Anträge in dieser Frage, von denen die meisten praktisch darauf hinausliefen, die Partei solle nach wie vor an der Forderung der unentgeltlichen staatlichen Versorgung festhalten. Da fingen die Redaktion des Zentralorgans sowie die Genossen Troelstra und Schaper eine heftige Gegenkampagne an, in der zu den alten Vorwürfen des starren Dogmatismus usw. gegen die marxistische Kritik sich der neue, wirksame gesellte: von der „Tribune" inspiriert zu sein.

Die zweite wichtige Frage, mit der der Parteitag sich befassen sollte, war die Agitation für das allgemeine Wahlrecht. Der Parteivorstand hatte im Einverständnis mit dem Vorstand des Verbandes der Gewerkschaften einen Antrag zur Absendung von Petitionen ausgearbeitet: Die Anwendung dieses neuen Mittels in der Wahlrechtsbewegung wurde von der S. D. P. äußerst abfällig beurteilt, sie sah darin eine Bettelei um ein Recht, das nur durch Kampf errungen werden konnte. Den S. D. A. P.-Marxisten schien dieser

Standpunkt zu absolut: durch das Mittel der Petitionen, hofften sie, ließ sich vielleicht die fast gänzlich eingeschlafene Agitation für das allgemeine Wahlrecht wieder in Gang bringen. Indes waren sich ihre radikaleren Elemente der Gefahr wohl bewußt, es könnte auf diesem Wege der Klassencharakter der Wahlrechtsbewegung leicht verdunkelt und die Tatsache vergessen werden, daß das Wahlrecht nur durch hartnäckigen Kampf gegen die ganze Bourgeoisie, nicht durch Zusammengehen mit der liberalen Partei zu erobern sei. Sie brachten deshalb zum Antrag des Parteivorstandes ein Amendement ein, das bezweckte, der geplanten Agitation eine gute theoretische Grundlage zu geben durch die Hervorhebung der Verschärfung der Klassengegensätze und der damit zusammenhängenden Notwendigkeit, die Massen für die Anwendung schärferer Kampfmittel zu schulen. Die so amendierte Resolution sollte ihnen die Möglichkeit gewähren, die Propaganda für den Massenstreik unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu führen, ohne gleich als halbe Arnarchisten oder revolutionäre Träumer verschrien zu werden. Die ganze Wahlrechtsfrage und ihr Zusammenhang mit der inneren und äußeren Politik wurde von den Marxisten in der Parteipresse, in Broschüren usw. eifrig erörtert.

Mit diesen taktischen Fragen waren jedoch die Angelegenheiten keineswegs erschöpft, die auf dem Parteitag Anlaß zu heftigen Debatten geben sollten. Mit dem Punkt „Redaktion des ‚Weekblad'" hingen nicht nur die oben erörterten taktischen Differenzen innerhalb der S. D. A. P., sondern auch, wie begreiflich, deren Stellung zur neuen Partei zusammen.

Ein Jahr lang hatte jetzt der Bruderzwist zwischen den beiden sozialistischen Parteien getobt, und es versteht sich, daß die Stellung der S. D. A. P.-Marxisten in diesem Kampfe keine beneidenswerte war und der Zwiespalt zwischen der Pflicht der Parteizugehörigkeit und jener der Gesinnungsgenossenschaft sie oft in eine schwierige Lage versetzte. Die Genossen jener Länder, wo die sozialistische Entwicklung ebenfalls den qualvollen Weg einer Spaltung eingeschlagen hat, wissen aus eigener Erfahrung, wie der Bruderzwist unvermeidlich unerquickliche Nebenerscheinungen hervorruft, wie Gehässigkeit, hämische Angriffe, eigene Überhebung und Ungerechtigkeit gegen den Gegner. Auch in unserem Lande geht es in diesem Kampfe nicht, ohne daß manche Äußerung fällt und manche Tat geschieht, die zwar aus der beiderseitigen Erbitterung erklärlich, aber deshalb moralisch noch nicht gerechtfertigt ist.[1]

Unter diesen Umständen hielt die Redaktion des „Weekblad" es für ihre Pflicht, gegen jede Ausartung des Kampfes — wie zum Beispiel die Vergewaltigung der Diskussionsredner der S. D. P. auf unseren Versammlungen —

[1] Es soll jedoch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß von der Seite der S. D. P., wenn wir ihr auch nicht zugeben können, den Kampf immer in ganz einwandfreier Weise geführt zu haben, doch durchgehend in der „Tribune" wie in Versammlungen versucht wurde, sachlich zu diskutieren, das heißt bei aller persönlichen Schärfe den Kampf als einen Kampf der beiden großen Richtungen in der internationalen Sozialdemokratie zu führen. Dies ist ja im Wesen des Marxismus begründet, der die Personen immer als Träger gesellschaftlicher Tendenzen und Strömungen auffaßt. Von revisionistischer und opportunistischer Seite dagegen wurde fast nur durch persönliche Angriffe gekämpft und nie freiwillig auf die tieferen sachlichen Differenzen eingegangen. Dies kann uns nicht wundern, wenn wir bedenken, wie der Opportunismus seiner Natur nach geneigt ist, das persönliche Moment hervorzukehren und zu übertreiben: auch in dieser Hinsicht zeigt sich seine Verwandtschaft mit der bürgerlichen Weltanschauung.

zu protestieren und immer wieder auf seine sachliche Führung zu dringen: sie meinte, damit der eigenen Partei den besten Dienst zu erweisen. So erhitzt waren jedoch die Gemüter, daß die einfache Forderung der elementarsten Gerechtigkeit dem Gegner gegenüber von der übergroßen Mehrheit der Genossen als unerträgliches „Einverständnis mit dem Feinde“ empfunden wurde. Als dann die Verfasserin es im November 1909 wagte, ein Schreiben an das Internationale sozialistische Bureau zu richten, in dem sie ihre Überzeugung aussprach, daß der S. D. P., als einer Partei, die völlig auf der Grundlage der internationalen Sozialdemokratie stehe, die Zulassung zum Bureau gebühre, wurde diese Tat von den Revisionisten und Opportunisten als ein ungehöriger Bruch der Disziplin dargestellt — von jenen selben Elementen also, die nicht zaudern, sich überall und allezeit, wo es ihnen gutdünkt, über Programmforderungen und Parteibeschlüsse hinwegzusetzen.[1]

Schließlich knüpfte sich noch an den Punkt „Redaktion des ‚Weekblad‘“ die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zur Gewerkschaftsbewegung. Im Laufe des Winters wurden die föderierten (syndikalistischen) Bauarbeiter zu Amsterdam wegen eines partiellen Streiks ausgesperrt. Der Verband der Gewerkschaften, der den Vorstoß der syndikalistischen Organisation als im Grunde gegen sich gerichtet betrachtete, hielt sich abseits vom Kampfe und forderte auch nicht zur Unterstützung der Ausgesperrten auf. Weder der Parteivorstand noch das Zentralorgan unserer Partei hatten zum Kampfe, der in der gesamten Arbeiterschaft viel Aufsehen erregte, Stellung genommen: Sie beschränkten sich auf einfache Berichterstattung. Die S. D. P. dagegen drang auf energische moralische und finanzielle Unterstützung der Ausgesperrten, wenn sie auch ausdrücklich erklärte, mit deren syndikalistischen Auffassungen keineswegs einverstanden zu sein. Auch das „Weekblad“ äußerte sich dahin, die Sozialdemokratie sollte sich der kämpfenden Arbeiter annehmen. Deren verkehrte Methoden und mangelnde Einsicht dürften angesichts des brutalen Vorgehens der Unternehmer für die Sozialdemokratie keinen Grund bilden, dem Kampfe als unbeteiligte Zuschauerin zuzusehen und somit an seinem eventuellen Mißlingen moralisch mitverantwortlich zu werden. Nicht durch ein Abseitsstehen, das nur den Unternehmern nützen und den Zwiespalt in der Arbeiterwelt verschlimmern konnte, sondern durch Verbreitung besserer Einsicht habe man die Syndikalisten für die Methode der modernen Gewerkschaftsbewegung zu erziehen.[2]

Wenn man bedenkt, daß die S. D. A. P. während der letzten Jahre immer mehr in geistige Abhängigkeit von dem Verband der Gewerkschaften geraten ist, dieser jedoch den Kampf der syndikalistischen Bauarbeiter als einen nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die moderne Gewerkschaftsbewegung gerichteten Angriff betrachtete und dementsprechend sein Verhalten einrichtete, dann wird es erklärlich, daß von allen gegen den kämpfenden Marxismus er-

---

[1] Da die marxistische Minorität im Parteivorstand sich mit der opportunistischen Majorität gegen die Zulassung der S. D. P. aussprach, war dies „individualistische“ Vorgehen unerläßlich, sollten die Vertreter der internationalen Sozialdemokratie nicht irrtümlich meinen, es seien alle holländischen Marxisten innerhalb der S. D. P. in diesem Falle einig mit der Parteimehrheit, welche die S. D. P. als eine bloße Gruppe von Störenfrieden betrachtete und ihr jede Existenzberechtigung absprach.

[2] Genosse Wibaut teilte diese Anschauung seiner Mitredakteurin nicht, hielt jedoch aus Solidarität mit ihr, die damals von allen Seiten angegriffen wurde, die Äußerung seiner abweichenden Meinung zurück, wie er auf dem Parteitag erklärte.

hobenen Vorwürfen der „Schädigung der Interessen der Gewerkschaftsbewegung" dieser vielleicht bei der übergroßen Mehrheit die unbedingteste Zustimmung fand.

3. Der Parteitag zu Leeuwarden.

Der Parteitag kam. Wie oft zuvor, war es auch diesmal den Bemühungen des einflußreichsten Wortführers der opportunistischen Richtung, Genossen Troelstra, sowie der Redaktion des Zentralorgans gelungen, die Kritiker der marxistischen Minorität dadurch zu diskreditieren, daß sie diese als von sektiererischem Geiste und dogmatischen Schrullen eingegeben darstellten. Das Auftreten des kämpfenden Marxismus in der Wahlrechtsfrage wurde kurz und gut für „parteiverderbend" erklärt und ihm unterschoben, er lasse sich bei seinen Vorschlägen nicht von den Interessen des Proletariats, sondern von der Rücksicht auf die eigene Stellung in der Partei leiten. Der Marxismus mußte wieder einmal nach allen Regeln abgeschlachtet werden.

Diese Stimmungsmache erreichte vollkommen ihren Zweck. Schon vor dem Parteitag war die Opposition in der Frage der Altersversorgung großenteils zusammengebrochen. Manche Ortsgruppen zogen ihre Anträge zurück, da sie bemerkten, daß diese der Fraktion unangenehm wären.

Leider wurde der Parteimehrheit ihr schon ohnehin gewisser Sieg dadurch erleichtert, daß die Opposition sich sowohl in dem Punkte der Wahlrechtsbewegung wie in jenem der Altersversorgung spaltete. In der letzten Angelegenheit hatte der Parteivorstand den folgenden Antrag gestellt:

„Der Parteitag beschließt, die Agitation für unentgeltliche staatliche Altersversorgung ungeschwächt weiterzuführen und spricht sein volles Vertrauen aus, daß die Fraktion auch ihrerseits mit unverminderter Kraft dafür eintreten wird."

Demgegenüber wurden von einigen Ortsgruppen Anträge eingebracht, welche die Äußerungen Troelstras unter anderem bedauerten, erklärten, sie seien geeignet, der Agitation zu schaden, und die Ablehnung jeder Zwangsversicherung seitens der Fraktion ausdrücklich verlangten.

Jedoch über keinen dieser Anträge wurde abgestimmt, weil der Parteitag sich mit großer Mehrheit (283 gegen 77) für einen Antrag aussprach, der der Fraktion volles Zutrauen ohne nähere Begründung aussprach.

Im Zusammenhang mit dem Inhalt der Diskussion bedeutete die Annahme dieses Antrags praktisch die Diktatur der Fraktion.

Was die Wahlrechtsbewegung betrifft, hatte der Parteivorstand einen Vermittlungsantrag eingebracht. Die kämpfenden Marxisten glaubten — angesichts der politischen Verhältnisse in Holland wie im Ausland, der Neigung unserer Partei, das Wahlrecht vom Siege der Liberalen zu erwarten, und der Abneigung der Gewerkschaftszentrale, die Agitation für den Massenstreik zu dulden, geschweige denn zu führen —, ihr Amendement einbringen zu müssen. Es wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Besonders in dieser so wichtigen Angelegenheit erschien das Auftreten des kämpfenden Marxismus als letzter, hoffnungsloser Versuch einer kleinen Gruppe, ohne nennenswerten Anhang in der Partei. Der kämpfende und der friedfertige Marxismus fielen offenbar auseinander, der erstere war auf ein kleines Häufchen zusammengeschrumpft, das mit Recht sagen konnte, alles verloren zu haben außer der Ehre.

Nur in der Sache der „Weekblad"-Redaktion hielten die Marxisten verschiedener Schattierung geschlossen stand und kämpften sie Schulter an Schulter. Hier errangen sie auch einen „moralischen Erfolg". Nicht nur, daß die alte

Redaktion mit denselben Befugnissen wieder eingesetzt wurde — was angesichts der unerhörten Heftigkeit, womit ein Teil der Revisionisten gegen den kriegerischen Marxismus vorging, und bei dem völligen Verlöschen aller Sympathien in der Partei für diese Richtung schon ziemlich bemerkenswert war, sie setzte sogar nach tumultuarischen Szenen einen Antrag durch, der erklärte, daß die Redaktion „sich bei ihrem Auftreten ausschließlich durch ihre Anschauungen vom Parteiinteresse hatte leiten lassen". Die Mehrheit des Vorstandes empfahl die Annahme dieser Resolution!

Der Grund dieses, nach all dem, was vorhergegangen war, ziemlich befremdlichen Geschehnisses lag darin, daß die Ablehnung dieser Resolution nicht nur die Weigerung der „Weekblad"-Redaktion, ihre Aufgabe weiterzuführen, sondern wahrscheinlich auch den Austritt sämtlicher Marxisten aus der Partei oder jedenfalls ihren Rücktritt vom öffentlichen Parteileben bedeutet hätte. Und zu diesem Äußersten wollte die Majorität es keineswegs kommen lassen. War es ihr doch weit günstiger, einen Teil der Marxisten in der Partei festzuhalten. Und gerade deshalb, weil die völlige Isoliertheit und Einflußlosigkeit des radikalen Flügels der Partei auf dem Parteitag ans Licht getreten war, konnte die Mehrheit sich die Annahme dieser Resolution gestatten. Nur die hitzigsten Elemente der Parteimehrheit, jene jungen Draufgänger des Reformismus, die offen auf ein Bündnis mit den Liberalen hinarbeiten wollten, widersetzten sich der Annahme.

Jedoch die Heftigkeit der vor wie auf dem Parteitag gegen das „Weekblad" erhobenen Vorwürfe und die von verschiedenen Seiten ausgesprochene Drohung, die Fortsetzung einer derartigen „maßlosen" Kritik um keinen Preis zu dulden, konnten der Redaktion keine Illusionen in betreff der Weiterführung ihrer Aufgabe lassen. Von *wirklicher* Freiheit der Kritik war in der S. D. A. P. keine Rede. Wenn die opportunistische Parteiführung dem Marxismus auch die materiellen Mittel in die Hand gegeben hatte, für die Verbreitung seiner Anschauungen zu wirken, so raubte sie ihm jedesmal, wo es ihr notwendig erschien, durch ihre geschickte, dem Entwicklungsgrad, den Vorurteilen und der Augenblicksstimmung der Massen angepaßte Demagogie jede Möglichkeit, diese Mittel auch erfolgreich anzuwenden. Zwar war dies schon seit dem Jahre 1905 regelmäßig geschehen; jedoch mit der Parteispaltung waren, wie wir schon ausgeführt haben, Umstände eingetreten, welche diese Taktik des Opportunismus außerordentlich begünstigten, und die Lage des kämpfenden Marxismus in der S. D. A. P. zu einer hoffnungslosen machten. Diese Auffassung drängte mich, die Redaktion des „Weekblad" niederzulegen.

* * *

Jedenfalls wird künftig, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreffen, der Kampf für die marxistische Taktik, das heißt für die volle geistige und politische Selbständigkeit des Proletariats und seine Durchdringung mit revolutionärem Bewußtsein am kräftigsten von der S. D. P. geführt werden. Und in diesem Umstand liegt die Antwort enthalten auf die Frage, unter welchem Gesichtspunkt der internationale Marxismus die holländischen Parteikämpfe beurteilen und wie er sich zu ihnen verhalten muß.

Die Verfasserin dieses Artikels hat den Weg, den die sozialistische Entwicklung in Holland genommen hat, nicht gewünscht und nicht gefördert. Im Gegenteil: sie hat sich dem Betreten dieses Wegs widersetzt, so lange der Kampf für die marxistische Taktik ihr in der S. D. A. P. nicht aussichtslos

erschien. Ihr schien der so langwierige und dornenvolle Weg, der der Spaltung des schon unter dem Banner des Sozialismus gesammelten Proletariats, nicht unbedingt geboten. Und heute noch steht sie auf dem Standpunkt, daß es besser gewesen wäre, wenn alle Marxisten zugestimmt hätten, das Experiment mit dem „Weekblad" zu versuchen. Wäre es auch mißlungen — und es ist heute offenbar, daß die Parteimehrheit die Kritik auf keinen Fall dulden will, auch wenn sie in gemäßigtester Form vorgebracht wird —, und wäre dann die Spaltung eingetreten, so wäre dabei die Einigkeit der Marxisten bewahrt geblieben.

Heute aber haben wir nicht mit frommen Wünschen, sondern mit historischen Tatsachen und Verhältnissen zu rechnen. Die S. D. P. ist nun einmal da; die Umstände haben sie zur kräftigsten Kämpferin für jene Methoden der politischen Praxis gemacht, in denen der Marxismus den kürzesten und sichersten Weg fürs Proletariat erblickt, ans Ziel zu kommen. Und aus dieser Situation erwächst für den internationalen Marxismus die Pflicht, die S. D. P. nach Kräften zu unterstützen. Er kann dies im Moment am besten dadurch tun, daß er für ihre Zulassung ins Internationale sozialistische Bureau, das heißt für ihre Anerkennung als ein Teil der internationalen Sozialdemokratie eintritt.

Dadurch, und dadurch allein, läßt sich im Augenblick für die künftige Wiederherstellung der sozialistischen Einigkeit in unserem Lande wirken. Diese wird — abgesehen von unvorhergesehenen Ereignissen in der ausländischen oder nationalen Politik — um so eher zustande kommen, je schneller es der S. D. P. gelingt, die Vorhut des bisher noch unorganisierten Proletariats, das verspricht, ihr bestes Arbeitsfeld zu werden, um sich zu sammeln und zu organisieren, in gleicher Weise, wie die S. D. A. P. die Vorhut der organisierten Arbeiterschaft um sich gesammelt hat. Ihre Anerkennung durch den Kopenhagener Kongreß als vollberechtigtes Mitglied der internationalen sozialistischen Familie würde der S. D. P. dies Streben wesentlich erleichtern. Möge sie ihr deshalb nicht verweigert werden.

Notizen.

Auch ein Beitrag zur Einwanderungsfrage. „Weekly People", das von De Leon redigierte Organ der S. L. P. (Sozialistische Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten, nicht zu verwechseln mit der S. P., der Sozialistischen Partei, die kürzlich ihren Kongreß in Chicago abgehalten hat) bringt in seiner Nummer vom 16. Juli dieses Jahres als Probe der Art, wie in Kalifornien gegen die „Gelben" agitiert wird, den Aufruf eines „Publikationskomitees der streikenden Arbeiter von Craigs Schiffbauanstalt". In diesem Aufruf, der sich an die Sympathie und das Wohlwollen („benevolence") der Bürger und Kaufleute von Long Beach wendet, heißt es: „Wir wollen uns vor der Öffentlichkeit von Long Beach in das richtige Licht setzen, damit unser Kampf keinen Mißverständnissen begegne. Wißt ihr, Bürger und Kaufleute von Long Beach, daß Craigs Schiffbauanstalt die einzige an den pazifischen Küsten ist, die Japaner beschäftigt? 90 Prozent der ungelernten Arbeiter bestanden vor Ausbruch des Streiks aus Japanern letzten Ranges, aus Leuten, die im Schiffbau zu unterrichten unmöglich wäre, selbst wenn sich jemand dazu hergäbe, das zu tun.

„Eine Reihe von Fragen wird den Sachverhalt aufklären: Wußte Mr. Craig, daß japanische Arbeiter zu einer Arbeit zehn Tage brauchten, die Weiße in zehn Stunden erledigen? Ja, er wußte es. (Diese Aufstellung enthält keine Übertreibung.) Versuchte nun Mr. Craig dem Übel dadurch abzuhelfen, daß er die Japaner entließ und dafür Weiße einstellte, die an Gehirn- und Muskelkraft zu dieser Art Arbeit besser qualifiziert sind? Nein, Mr. Craig tat das nicht. Was tat er also? Zur

Belohnung ihrer Unfähigkeit bezahlte er, Mr. Craig, seinen japanischen Arbeitern zwischen 25 und 50 Cents (1 bis 2 Mark) mehr pro Tag als seinen weißen Arbeitern für dieselbe Arbeit." (Der letzte Satz ist im Druck besonders hervorgehoben.)

An einer anderen Stelle desselben Aufrufs heißt es: „Wir haben zwei Arten ungelernter Hilfskräfte: den weißen freigeborenen amerikanischen Staatsbürger, der die glänzende Summe von 17½ Cents per Stunde erhält, während sein japanischer untüchtiger, unfähiger und auch nicht vertrauenswürdiger Konkurrent, diese Gefahr für das Gemeinwesen, das ihm Zuflucht gewährt, 22½ Cents per Stunde für dieselbe Art Arbeit empfängt, die der weiße Staatsbürger wirklich ausführt, während der Japaner bei ihr nur herumlungert."

Hier muß man sich wohl fragen, ob der selbstlose Japanerfreund Craig oder das „Publikationskomitee der streikenden Arbeiter" eher unter Kuratel zu stellen wären.

Die Verfasser dieses Aufrufs sind jedenfalls keine Angehörigen einer sozialistischen Partei, und es ist in dem Bericht auch nicht deutlich gesagt, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind, obgleich das sehr wahrscheinlich ist. Aber der Aufruf zeigt, wie weit die Hirnverkleisterung durch die „gelbe Gefahr" in Kalifornien schon vorgeschritten sein muß, daß man wagen kann, mit solchem Blödsinn vor die Öffentlichkeit zu treten.

Zum Glücke sind auch Anzeichen davon vorhanden, daß amerikanische Arbeiter zur Erkenntnis des richtigen Weges zur Bekämpfung der „gelben Gefahr" kommen. Der „Vorwärts" berichtet in seiner Nummer vom 30. Juli:

„Jüngst hat der Bund der Gewerkschaften im Staate Wyoming, ein Teil des amerikanischen Arbeiterbundes, mit 123 gegen 54 Stimmen beschlossen, 200 Chinesen und 500 Japaner, die in den Bergwerken von Rock Springs arbeiteten, in seine Reihen aufzunehmen. Diese Entscheidung erfolgte zur Anerkennung dafür, daß die Chinesen und Japaner sich nicht als Streikbrecher gebrauchen ließen, als die Weißen in einen Streik traten; sie legten sogar, was man nicht erwartet hatte, die Arbeit nieder und beteiligten sich am Streik." G. E.

Literarische Rundschau.

Eugen v. Philippovich, **Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideen im neunzehnten Jahrhundert.** Tübingen 1910, J. C. B. Mohr. 144 Seiten. Preis 1,60 Mark.

Der Verfasser gibt in fünf Vorträgen Ausblicke über die Entwicklung der Ideen des wirtschaftlichen Liberalismus, der Ideenwelt der Konservativen, des Sozialismus, der Bestrebungen der Sozialpolitiker und der Agrarier. Im abschließenden sechsten Vortrag teilt er uns seine eigene Auffassung der gegenwärtigen Lage mit.

Besonders die Abschnitte über die Agrarier und über die Sozialpolitiker, zu deren Führern der Verfasser gehört, sind interessant und enthalten eine Reihe wichtiger Daten in gedrängter und dabei doch lebendiger Darstellung. Weniger geglückt ist die Skizze des Sozialismus. So berührt die Behauptung sonderbar, „der Saint-Simonismus und Fourierismus enthielten bereits alle Ideen, welche das Programm der sozialistischen Parteien erfüllen" (S. 63). Allerdings betont Philippovich an anderer Stelle (S. 68) die Wichtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung und der Analyse des Kapitalismus von Karl Marx. Wie wenig er aber deren wahren Sinn zu erkennen oder wenigstens darzustellen weiß, geht daraus hervor, daß er den nachgerade etwas abgedroschenen Einwand erhebt, der Marxismus führe, streng genommen, zum Fatalismus, jede politische, insbesondere aber jede sozialreformerische Betätigung der Sozialdemokratie verstoße daher eigentlich gegen das Prinzip und sei eine Konzession an die bürgerliche Sozialpolitik. Der Sozialismus „kenne nicht Individuen als Persönlichkeiten mit Unterschieden in den Begehrungen, in der Lebensführung, mit individuellen Gestaltungen gesellschaftlicher Gruppen, er kenne die Individuen nur als Atome der einheitlichen Masse des

Volkes" (S. 92). „Die soziale Ordnung sei daher ausschließlich auf ideale, ethische Kräfte, wie Pflicht- und Gemeingefühl, oder auf die Zwangsgewalt der Majoritäten gestützt" (S. 142). Insbesondere aber sieht Philippovich dort, wo Marx notwendige Widersprüche des Kapitalismus aufzeigt, nur eine durch die Planlosigkeit der Produktion herbeigeführte Verschwendung von Kräften.

So ist es ihm möglich, seinen Standpunkt als Sozialpolitiker zu behaupten. Als Programm dieser Richtung zitiert er einen Ausspruch Steins aus dem Jahre 1842: „Es muß eine Form des gesellschaftlichen Lebens sich dem Denkenden ergeben können, in der der persönliche Besitz erhalten und dennoch der vollkommenen Entwicklung der Persönlichkeit durch ihn kein absolutes Hindernis gegeben wird."

Wie gut haben doch Marx und Engels die heutigen Sozialpolitiker vorausgeahnt, als sie im Kommunistischen Manifest den „konservativen oder Bourgeoissozialismus" charakterisierten! „Die sozialistischen Bourgeois ...", heißt es dort, „wollen die bestehende Gesellschaft mit Abzug der sie revolutionierenden und sie auflösenden Elemente. Sie wollen die Bourgeoisie ohne das Proletariat. ... Wenn der Bourgeoissozialismus das Proletariat auffordert, seine Systeme zu verwirklichen ..., so verlangt er im Grunde nur, daß es in der jetzigen Gesellschaft stehen bleibe, aber seine gehässigen Vorstellungen von derselben abstreife." Das Manifest führt Proudhon als typischen Vertreter dieser Richtung an; und Philippovich erklärt denn auch übereinstimmend mit diesem Apostel des Anarchismus, das Privateigentum sei anzuerkennen „nur so lange und in den Grenzen, in denen es vernünftigen Zwecken und den Interessen der Gemeinschaft dient" (S. 82).

Nun ist aber noch die Frage, welches Gewicht denn diese „Anerkennung des Privateigentums" durch die Sozialpolitiker hat. Hinter den Forderungen und Anschauungen der Sozialdemokraten, der Konservativen und Agrarier, der Liberalen stehen Klassen, deren Kampfparole sie sind. Hinter dem Banner der Sozialpolitik läuft aber niemand her als ein Häuflein Professoren. Wie wenig aber das Ansehen dieser Herren gerade bei den Besitzenden oft gilt, denen sie ins Gewissen reden wollen, das haben Herr Professor Wagner bei den Agrariern in Berlin und Professor v. Philippovich bei den Christlichsozialen in Wien, die den „konservativen Professor" anpöbelten, deutlich genug erfahren müssen.

Auf eine Klasse können sie sich also nicht stützen. Sie sind Offiziere ohne Armee. Natürlich muß es sich bei ihnen jetzt darum handeln, nachzuweisen, daß eine Armee zum Kriegführen auch gar nicht notwendig sei. Der Sieg folge nicht den größeren Bataillonen, sondern der erhabeneren, der gerechteren Idee. So erklärt es denn auch Philippovich bereits im Vorwort seiner Schrift als deren Zweck, zu zeigen, „daß die wirtschaftspolitischen Ideale nicht bloß in materiellen Interessen wurzeln, sondern als soziale Ideale von der allgemeinen Staats- und Gesellschaftsauffassung abhängig sind". Das ist gewiß richtig; es bleibt nur die kleine Frage, wieso sich denn gerade in einer bestimmten Zeit bestimmte allgemeine Staats- und Gesellschaftsauffassungen einstellen. Philippovich behauptet zum Beispiel, der Liberalismus entspringe „dem Verlangen des menschlichen Geistes, autonom zu sein, die eigene Persönlichkeit selbständig und nicht nach fremden Geboten zu entwickeln". Wieso ist aber dann dieses Streben zum Beispiel in Italien so viel früher zum Durchbruch gelangt als in Deutschland? Oder hat es vielleicht dem deutschen Raubrittertum des fünfzehnten Jahrhunderts an dem Verlangen gefehlt, „autonom zu sein, die eigene Persönlichkeit selbständig und nicht nach fremden Geboten zu entwickeln"?

Jedem der sechs Vorträge ist ein kurzes Verzeichnis empfehlenswerter Bücher zur näheren Orientierung über das betreffende Gebiet beigefügt. Sozialdemokratische Autoren finden sich dort nicht verzeichnet. Philippovich empfiehlt seinen Hörern, sich über das Wesen des Sozialismus außer bei Tugan-Baranowsky bei Schäffle, Koigen, Sombart, Herkner und Bourguin zu informieren. G. Eckstein.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 49 Ausgegeben am 2. September 1910 28. Jahrgang

Nationale Eigenart.

↗ Berlin, 27. August 1910.

Der glänzende Wahlsieg in Zschopau-Marienberg hat auf die bürgerlichen Parteien einen geradezu betäubenden Eindruck gemacht. Sie vermuteten zwar nichts Gutes, aber sie waren nicht auf eine Niederlage von solchem Umfang gefaßt. Die „rote Hochflut" fängt an, ihnen die bittersten Sorgen zu machen, zumal da sie allesamt nicht wissen, wie sie noch zu stauen sein möchte.

Einstweilen setzen sie ihren lieblichen Streit darüber fort, wer in der nun schon langen Kette sozialdemokratischer Wahlsiege die kräftigsten Schläge erhalten hat, die von der Rechten oder die von der Linken. Es wäre unhöflich, sich in diese intimen Diskussionen der Ordnungsfreunde zu mischen; der unbeteiligte Zuschauer wird sich mit der allgemeinen Betrachtung begnügen dürfen, daß beide Teile ganz zufrieden sein können mit den Quittungen, die ihnen die Wähler ausgestellt haben. Lassen wir also die Rechnungen auf sich beruhen, die die „Kreuzzeitung" auf der einen und die „Frankfurter Zeitung" auf der anderen Seite anstellen, um sich selbst möglichst herauszureden und den getreuen Nachbar möglichst herabzusetzen.

Die Konservativen schieben alle Schuld auf die liberale „Hetze" gegen die sogenannte Reichsfinanzreform, eine Hetze, die um so unehrlicher sei, als die Liberalen ja bereit gewesen wären, diese „Reform" zu vier Fünfteln mitzumachen und namentlich alle die indirekten Steuern zu bewilligen, die am meisten dazu beitragen, die Massen zu empören. Darin haben die Konservativen auch nicht unrecht, aber großmütig wie sie sind, wollen sie Gnade vor Recht ergehen lassen, wenn die Liberalen nur aufhören, den Schnapsblock zu bekämpfen und sich von diesem erhabenen Gebilde als gehorsames Stimmvieh gegen die Sozialdemokratie mißbrauchen lassen. Alle Liberalen, die sich dagegen sträuben, sollen endgültig als Reichsfeinde und Vaterlandsverräter in die Wolfsschlucht geschleudert werden.

Auf diesen Handel wollen sich nun aber die Liberalen, oder will sich wenigstens ein großer Teil von ihnen nicht einlassen, was ihnen wiederum

durchaus nicht verdacht werden kann. Unter schamhafter Verschweigung ihres patriotischen Anteils an der „Sanierung" der Reichsfinanzen möchten sie am liebsten im Trüben fischen und die Erbitterung der Massen über die neue Steuerlast gern für sich ausnützen, aber dabei das patriotische Heer bleiben, das nach seiner eigenen, weniger glaubwürdigen als pompösen Behauptung das stärkste Bollwerk gegen die dreimal vermaledeite Sozialdemokratie sein soll. Es sind nur einige wenige Blätter des Freisinns, die für ein ehrliches, vollkommen erreichbares und auch vollkommen genügendes Stichwahlbündnis mit der Sozialdemokratie eintreten, und selbst diese weißen Raben verderben ihr eigenes Spiel, indem sie ihre naseweisen Bemerkungen in die inneren Auseinandersetzungen der Sozialdemokratie über den badischen Budgetstreit krächzen. Treu und Glauben gehört nun einmal nicht zu den Vorzügen des Freisinns und des Liberalismus überhaupt.

Die unbedingte Zuverlässigkeit der Sozialdemokratie ist es in erster Reihe, die die unzufriedenen Wähler in dichten Massen unter die rote Fahne treibt. Gewiß kann auch dieser überreiche Gottessegen einmal eine Kehrseite entfalten, aber es bleibt ein unvergängliches Ehrenzeugnis der Partei, daß sie in den Zeiten der Not den Wählern als die einzige unzerbrechliche Stütze gilt. Auf die Dauer liegt hierin eine Bürgschaft des Sieges, die auch durch zeitweilige Rückschläge, wie bei den Faschings- und Hottentottenwahlen, wohl verdunkelt, aber nicht aufgehoben werden kann. Flut und Ebbe wechseln, aber nach jeder Ebbe dringt die Flut desto unaufhaltsamer vor, und der bürgerliche Trost über die Mitläufer, die heute kommen und morgen gehen, wird dadurch mehr oder minder illusorisch, daß ein immer wachsender Teil der Mitläufer zu zuverlässigen Parteigenossen wird.

Eine besonders erfreuliche Seite des Sieges, der eben in Zschopau-Marienberg erfochten worden ist, bildet die gänzliche Zerschmetterung des Antisemitismus, eine besonders erfreuliche Seite auch deshalb, weil gleichzeitig der Kronprinz als Rektor der Königsberger Universität eine Kundgebung in antisemitischem Stile vom Stapel laufen zu lassen für gut befunden hat. Der junge Mann, der bisher noch keine Gelegenheit gehabt hat, seine gewiß hervorragenden Gaben öffentlich zu betätigen, hielt sich durch den höfisch leeren Ehrentitel eines Rektors für berufen, den Professoren der Universität Königsberg Weisungen über Ziel und Zweck des akademischen Unterrichts zu erteilen, vor „Verdrossenheit" und „unfruchtbarer Kritik" zu warnen, endlich auch die „internationalisierenden" Bestrebungen zu verurteilen, die die „gesunde völkische Eigenart" zu verwischen drohten.

Der Vorgang ist in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Wollte der Kronprinz sich gerade in Königsberg über öffentliche Übelstände auslassen, so hätte es für ihn wohl am nächsten gelegen, eine — natürlich „fruchtbare" — Kritik an dem Urteil zu üben, das gerade in Königsberg kürzlich wegen angeblicher Prinzenbeleidigung gefällt worden ist. Da der Kronprinz sich schon als rein zeremonieller Rektor der Königsberger Universität hoch geehrt fühlt, so kann er unmöglich eine Ehrenkränkung in dem Ansinnen erblicken, sich auf dem Wege wirklichen Unterrichts sein Brot zu erwerben. Unter diesen Um-

ständen muß es für den Kronprinzen doch eine peinliche Empfindung sein, daß ein Staatsbürger, der ihm eben jenes Ansinnen gestellt hatte, deshalb wegen Beleidigung auf vier Monate ins Gefängnis spazieren soll; eine Verwahrung gegen jede Solidarität mit einem so himmelschreienden Urteil hätte ihm sicherlich kein vernünftiger Mann als unerlaubten Eingriff in die Rechtsprechung der Gerichte ausgelegt.

Auch war der Kronprinz doch nicht der nächste dazu, über „Verdrossenheit“ und „unfruchtbare Kritik“ zu klagen. Diese Erscheinungen ergeben sich aus der allgemeinen Not, in der sich die große Mehrheit der Nation befindet, und der Kronprinz, dem die Not des Lebens aus eigener Erfahrung bisher gänzlich unbekannt geblieben ist, kann kein zutreffendes Urteil in solchen Dingen haben. Am wenigsten im gegenwärtigen Augenblick und am allerwenigsten als der älteste Sohn eines Hauses, dessen an sich ja schon ganz stattliches Jahreseinkommen von etwa fünfzehn Millionen Mark eben jetzt um jährlich drei bis vier Millionen erhöht worden ist, aus den Taschen derselben Steuerzahler, deren Mehrheit aufs schwerste mit der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel zu ringen hat. Da der Kronprinz gewiß ein Verehrer unseres nationalen Dichters ist, so kennt er wohl auch dessen Wort: Vom sichern Port läßt sich gemächlich raten, womit Schiller unseres unmaßgeblichen Erachtens kein Lob aussprechen wollte. Die Königin Marie Antoinette sagte einmal, als man mit ihr von der Unerschwinglichkeit der Brotpreise für die Volksmassen sprach: Nun, so gebe man ihnen Kuchen. Natürlich ist der Kronprinz hoch erhaben über solche Frivolität, aber da er so reichlich mit Kuchen versehen ist, so kann er sich doch nicht in die Lage der Unzähligen versetzen, denen es schwer wird, selbst mit der sauersten Arbeit ein armseliges Stück Brot zu erwerben, und so kann sein Verdikt über die „Verdrossenheit“ und die „unfruchtbare Kritik“ nicht als ein erschöpfendes Urteil gelten.

An seinen Äußerungen über die „internationalisierenden Bestrebungen“, die unsere „gesunde völkische Eigenart zu verwischen drohen“, fällt zunächst die Sprache auf. Es ist eine geheiligte Überlieferung deutscher Fürsten, zwar nach allen Lorbeeren zu trachten, die Herrschaft verleihen kann, nur nicht nach dem Lorbeer, den die Herrschaft über die Sprache verleiht; das war immer so, seitdem Kaiser Sigismund,+) der Hußverbrenner, den Kaiser als höhere Instanz über der Grammatik etablierte, und Kaiser Karl V., der Lutherverfolger, die deutsche Sprache nur für brauchbar in der Unterhaltung mit Pferden erklärte: mit einzelnen Ausnahmen, die die Regel bestätigen, wie Friedrich Wilhelm IV., den Heine ja schon als solche Ausnahme besungen hat. Wir wollen deshalb ganz dahingestellt sein lassen, ob der Kronprinz sich mit dem neuen Verbum: internationalisieren als glücklicher Sprachschöpfer bewährt hat, aber wir glauben allerdings, daß er sich mit der „gesunden völkischen Eigenart“ nicht gerade an die richtige Schmiede gewandt hat. Die Worte: Völkisch und Volkheit sind, wie schon in der freisinnigen Presse ganz richtig hervorgehoben worden ist, österreichisches Antisemitengewächs und versündigen sich an dem Geiste der deutschen Sprache ebenso wie das Wort: diesbezüglich und ähnliches Unkraut aus der gleichen Gegend.

+) auf dem Konzil zu Konstanz: ich bin römischer König und über der Grammatik (Ego sum rex Romanus et supra grammaticam)

In der bürgerlichen Presse hat gerade dieser Satz des Kronprinzen — von den internationalisierenden Bestrebungen, die die gesunde völkische Eigenart zu verwischen drohen — ein ziemliches Halloh hervorgerufen: die Alldeutschen und die Antisemiten tun so, als hätten sich die Pforten des tausendjährigen Reiches aufgetan, während die liberalen Monarchisten mit aufrichtigem Kummer die Möglichkeit erwägen, daß der Thronfolger seine Bildung aus den unsterblichen Werken der Harden und Liman schöpfe, denn diese beiden hervorragenden Denker haben das Erbstück der österreichischen Antisemiten, die völkische Volkheit, in Erbpacht genommen. Uns scheint bei diesem Streite ganz zweckloserweise eine Unmasse von Druckerschwärze und Zeitungspapier verschwendet zu werden, denn einstweilen hat der Kronprinz „nix to seggen“, und wir würden es auch mit großer Fassung zu tragen wissen, wenn er in den Harden und Liman seine idealen Vorbilder erblicken sollte. Um so besser für unsere Zukunft!

In diesem Sinne ist es denn freilich bemerkenswert, daß im selben Augenblick, wo sich der Kronprinz in Schlagworten antisemitischen Ursprungs gefällt, die sozialdemokratischen Wähler in Zschopau-Marienberg dem antisemitischen Treiben einen vernichtenden Stoß versetzen. Und so soll es bleiben. Mag es mit der diesbezüglichen völkischen Eigenart stehen wie es will, nationale Eigenart des deutschen Volkes ist, für die Gegenwart wie für die Zukunft, die stärkste Arbeiterpartei der Welt zu besitzen, die im schroffsten Gegensatz zur Monarchie und allen monarchischen Einrichtungen steht.

Die Wahrheit über den badischen „Aufstand“.

Von **Ludwig Frank**.

I.

Genosse Kautsky begnügt sich nicht mehr damit, gegen die Meinungen und Handlungen der badischen Budgetbewilliger zu kämpfen, er ist dazu übergegangen, die persönliche Ehre seiner Gegner anzugreifen und zu beschmutzen. In der Zeitschrift, die wissenschaftliche Waffen gegen die wirtschaftlichen und politischen Feinde der Arbeiterklasse liefern sollte, vergleicht er 17 Abgeordnete der eigenen Partei mit „Arbeitswilligen“ und „Streikbrechern“. Das Motiv für diesen plumpen Kniff ist leicht zu erkennen. Weil er weiß, daß von solchen Demagogenworten immer etwas hängen bleibt, sucht er die Verachtung, die den gewerkschaftlich geschulten Proletarier gegenüber abtrünnigen Klassengenossen erfüllt, auf uns abzulenken. Es ist eine unehrliche Spekulation; denn Genosse Kautsky weiß, daß in Baden kein Genosse den Kameraden in den Rücken fallen wollte, er weiß, daß die Landtagsfraktion in ihrer Weise und mit den Mitteln, die sie für die richtigen hielt, der Partei zu dienen bemüht war, und er weiß auch, daß keine egoistischen Interessen von uns verfolgt wurden.

Wenn zur Erläuterung ein gewerkschaftliches Beispiel angeführt werden soll, so sind die badischen Abgeordneten mit Vertrauensleuten und Gewerkschaftsbeamten zu vergleichen, denen ihr Verbandstag den Auftrag erteilt, innerhalb einer gewissen Frist eine Lohnbewegung durchzuführen. Durchbrechen sie diesen Beschluß, weil sie ihn nach Prüfung der Verhältnisse für

unzweckmäßig oder undurchführbar halten, so sind sie dafür Rechenschaft schuldig, und der nächste Kongreß ihrer Berufskollegen wird sie zur Verantwortung ziehen — aber „Arbeitswillige“ und „Streikbrecher“ sind sie nicht.

II.

Und worin besteht unser „Disziplinbruch“? Es ist unbestritten, daß trotz der Nürnberger Resolution sozialdemokratische Abgeordnete einem Budget zustimmen dürfen, sobald sie in einem Parlament die Mehrheit haben. Wir wären in diesem Falle also bereit, dem Klassenstaat Mittel zu bewilligen — darunter Millionen für Heeresausgaben; denn die Ablehnung der Matrikularbeiträge wäre eine wirkungslose Kinderei, solange die deutsche Reichsverfassung noch in Kraft ist. Genosse Kautsky gibt diese Schwierigkeiten zu; aber er tröstet sich damit, daß wir wenigstens die Zivilliste, das Kultusbudget und die Gehälter der politischen Polizei streichen könnten. So einfach liegen die Dinge nicht. Diese Ausgabeposten beruhen mit wenigen Ausnahmen auf gesetzlichen oder vertragsmäßigen Verpflichtungen, und wenn die sozialdemokratische Majorität die Zahlung dieser laufenden Staatsschulden ablehnen würde, so hätten die Bezugsberechtigten leichtes Spiel: sie würden Klage bei den ordentlichen Gerichten erheben und mit den rasch erwirkten Urteilen die Einkünfte und das Vermögen des Fiskus pfänden lassen. Ich kann mir nicht denken, daß eine Fraktion so dumm wäre, es so weit kommen zu lassen. Vielmehr wird sich die Entwicklung ähnlich vollziehen wie in den zahlreichen Gemeinden, in deren Vertretung wir die Mehrheit haben. Auf Grund gesetzlichen Zwanges werden für militärische Zwecke (wie Aushebung der Rekruten oder Manövereinquartierung) öffentliche Gelder von unseren Parteigenossen bewilligt und ausgegeben. Ebenso sind wir oft genötigt, Aufwendungen für den Kultus zu machen. Ich kenne Gemeinden, in denen durch uralte Verträge den Ortskirchen das Recht gesichert ist, sich den Läutedienst oder einen Teil der Pfarrgehälter durch die politischen Gemeinden bezahlen zu lassen. Wir nehmen diese mißlichen Überreste der Vergangenheit nicht tragisch und lassen uns durch sie nicht abhalten, die Verantwortung für die Verwaltung der Kommunen zu übernehmen. Wir versprechen den Arbeitern keine Weltwende von unserem Siege in einem Dorfe oder einer Stadt; aber wir bringen ein modernes, unparteiisches Regiment auf das Rathaus und verwirklichen, soweit dies in der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist, die praktischen Forderungen unseres Programms. In den Einzellandtagen werden wir die Erhöhung der Zivilliste oder die Zuwendung freiwilliger Unterstützungen an die Kirchen durch unsere Mehrheit verhindern können. Demokratische und soziale Reformen werden, wenn auch gegen den Widerstand der Herrenhäuser, durchgesetzt werden. Eine unparteiische Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes wird sich erzwingen lassen. Die Ausbeutung der Proletarier werden wir dabei nicht abzuschaffen imstande sein. Aber das Koalitionsrecht der Arbeiter werden wir sichern und die Anwendung der sozialen Schutzgesetze streng überwachen. Wir können in einem einzelnen Staate durch unser parlamentarisches Übergewicht nicht unsere sozialistischen Endziele verwirklichen, aber Vorteile für den Kampf der Arbeiterklasse erringen. Wir bestimmen, trotz unserer Mehrheit, nicht selbständig den Inhalt des Budgets, aber wir haben Einfluß auf seine Gestaltung, und deshalb gestattet uns die Partei, das Budgetgesetz zu genehmigen.

Der Nürnberger Parteitag hat dagegen keine Anweisung gegeben für den Fall, daß eine sozialdemokratische Fraktion zwar nicht die Mehrheit, aber einen Teil einer parlamentarischen Arbeitsmehrheit bilde. Es war auch nicht nötig, für diese Möglichkeit Vorsorge zu treffen, weil sich bis dahin noch keine bürgerliche Partei gefunden hatte, die bereit und groß genug war, mit uns ein solches Bündnis zu schließen. Zum ersten Male in Deutschland bot sich nun für die badischen Genossen die Gelegenheit zum „Großblock", und wir hielten uns für berechtigt und verpflichtet, im Interesse unserer Bewegung darauf einzugehen. War aber dieses Zusammenarbeiten erlaubt, so mußte die notwendige Konsequenz die Zustimmung zum Budget sein, auf dessen Inhalt wir in monatelanger Arbeit Einfluß geübt hatten. Genosse Kautsky gelangt deshalb, von seinem Standpunkt aus folgerichtig, zur Verurteilung der Großblockpolitik, die uns zur Annahme des Budgets veranlaßte. Aber seine Kritik kommt fast ein Jahr zu spät — er hätte schon das Wahlbündnis verbieten müssen. Er versteht und billigt, daß wir 1909 im zweiten Wahlgang für die Liberalen gegen die Klerikalen und Konservativen gestimmt haben. Aber er übersieht oder vergißt, daß auch die Liberalen nach Abschluß eines schriftlichen Vertrags mit uns öffentlich zur Wahl sozialdemokratischer Kandidaten aufgefordert und für sie tatsächlich gestimmt haben. Eine Mehrheitsbildung war im Landtag nur möglich durch ein Zusammengehen des Zentrums oder der Sozialdemokraten mit den Liberalen. Unser Wahlbündnis wäre sinnlos gewesen, wenn wir die Liberalen gezwungen hätten, mit dem Zentrum wieder zusammenzuarbeiten. Die agitatorische Wirkung, die sich und uns Genosse Kautsky von dem Bündnis des Zentrums und der Liberalen verspräche, wäre sehr gering gewesen; denn nicht die Nationalliberalen, sondern die Sozialdemokraten, die diesen Bund herbeigeführt und verschuldet hätten, wären kompromittiert worden. Für Agitationsstoff sorgt die kapitalistische Wirtschaftsordnung genügend; wir brauchen ihn nicht erst künstlich zu schaffen.

III.

Genosse Kautsky verwirft grundsätzlich das Zusammengehen mit einer bürgerlichen Fraktion. Für seine Anschauung ist es deshalb gleichgültig, ob im Einzelfall die Sozialdemokratie bei diesem Geschäft Vorteile erringt oder ob der andere Kontrahent den Hauptnutzen hat. Trotzdem sucht er zu beweisen, daß die Budgetbewilliger „nicht einmal Augenblickserfolge erzielt" haben, „die der Rede wert wären", vielmehr sei die Fraktion auf das Niveau der Nationalliberalen herabgedrückt worden. Die wackelige Stütze dieser schweren Anklage besteht in einem armseligen Zitat aus der „Kölnischen Zeitung", in der irgend ein offiziöser Artikelschreiber zur Verteidigung der badischen Nationalliberalen behauptet, sie seien „um kein Jota nach links abgerückt". Wenn Genosse Kautsky auf das Urteil der bürgerlichen Presse so großen Wert legt, so hätte er doch auch erwähnen müssen, daß in Hunderten von Artikeln die konservativen, klerikalen und scharfmacherischen Blätter beklagt haben, die badischen Nationalliberalen seien durch den Großblock „radikalisiert" worden und in völlige Abhängigkeit von der sozialdemokratischen Fraktion gekommen. In Wahrheit kann nur aus Unwissenheit oder aus bösem Willen behauptet werden, wir hätten unsere Selbständigkeit preisgegeben oder die Grundsätze der Partei verleugnet. Bei unseren Interpellationen über die Maurerausssperrung und über die Beschäftigung

ausländischer Arbeiter, bei der Beratung unserer Anträge über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und gegen die Arbeitsnachweise der Unternehmer und bei jedem ähnlichen Anlaß haben wir rücksichtslos unsere Programmforderungen gegen Liberale und Zentrum vertreten. Wir haben uns niemals der Illusion hingegeben, Nationalliberale und Fortschrittler für sozialdemokratische Ziele begeistern zu können. Die erzieherische Wirkung des Großblocks zeigte sich vielmehr darin, daß die Nationalliberalen, die früher ganz wie ihre hessischen und preußischen Parteigenossen konservativ-agrarische Neigungen hegten, von uns dazu gedrängt wurden, liberale Politik zu machen.

Dafür ein paar Beispiele:

Auf dem vorigen Landtag brachten die Nationalliberalen den Antrag zu Fall, die paar noch bestehenden konfessionellen Lehrerseminare abzuschaffen — letztes Jahr dagegen stimmten sie geschlossen für diesen sozialdemokratischen Antrag. Früher traten die Nationalliberalen, die bisher in den meisten größeren Gemeinden die Rathausherrschaft besaßen, für jede reaktionäre Verschlechterung des Gemeindewahlrechtes ein. Jetzt unterstützten sie unseren Vorschlag, das Erfordernis der wirtschaftlichen „Selbständigkeit“ des Wählers aus der Gemeindeordnung zu streichen. Ein Teil ihrer Fraktion war mit uns für das Frauenstimmrecht in den Gemeinden — die Kommission lehnte es mit nur acht gegen sieben Stimmen ab, und mit nationalliberaler Hilfe setzten wir es wenigstens durch, daß in die wichtigen städtischen Kommissionen für das Schulwesen und das Armenwesen Frauen als Mitglieder gewählt werden müssen. Im Gegensatz zu der alten sozialpolitischen Unzuverlässigkeit ihrer Partei verhalfen sie dem sozialdemokratischen Antrag zur Annahme, daß in das nächste Budget 100000 Mark für die Förderung der Arbeitslosenversicherung einzustellen seien, ebenso unserem Antrag, daß Arbeiter für die staatliche Bauaufsicht verwendet werden sollten. Während jahrzehntelang die Nationalliberalen und Klerikalen die wichtigen Kommissionsberichte unter die Mitglieder dieser beiden Parteien verteilten, gelang es uns jetzt, diesen alten Mißbrauch abzuschaffen. Sozialdemokraten wurden nun die Referenten für das Volksschulwesen, die Fabrikinspektion, die Gemeindebesteuerung.

Ebenso unbegründet und ungerecht ist der auch von Kautsky gegen uns wiederholte Vorwurf, wir hätten uns benommen wie die Freisinnigen im konservativ-liberalen Bülowblock. Wir protestieren gegen diese Zusammenstellung. In der Blockära wurde dem Volke mit der rechten Hand genommen, was mit der linken gegeben war. Die paar Verbesserungen, die das Reichsvereinsgesetz manchen Bundesstaaten brachte, wurden aufgehoben durch die Entrechtung der Jugendlichen und durch die Knebelung der polnisch sprechenden Bevölkerung. Man soll doch den Grundsatz nennen, den wir verleugnet haben, oder auch nur eine einzige Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse, beschlossen in dieser Session. Dagegen haben wir bei jedem Gesetz, dem unsere Zustimmung gegeben worden ist, wichtige Reformen durchgesetzt. Die Schulnovelle brachte eine Erhöhung der Lehrergehälter, das achte Schuljahr für die Mädchen, die obligatorische Einführung der Schulärzte und — auf unseren Antrag — die gesetzliche Bestimmung, daß Kinder von Dissidenten gegen den Willen ihrer Eltern nicht zum Besuch des Religionsunterrichtes gezwungen werden können.



Die Neuregelung der Einkommensteuer in Staat und Gemeinde enthielt die bisher fehlende Progression der Steuersätze. Für die unteren Einkommen bis zu 1400 Mark erwirkten wir erhebliche Erleichterungen. Die neue Gemeinde- und Städteordnung brachte noch nicht das von uns vergeblich geforderte allgemeine direkte Wahlrecht, aber dafür andere große Verbesserungen, die uns mit einem Schlage fast in allen Orten eine Vertretung auf den Rathäusern und vielfach die Mehrheit garantieren. Die Regierung hat in Baden kein Bestätigungsrecht, weder bei den Bürgermeistern noch bei den Magistratsmitgliedern (Stadträten). Wir haben jetzt schon ein halbes Dutzend sozialdemokratischer Ortsvorsteher, die Zahl wird sich unter dem neuen Gesetz sofort stark vervielfachen. Jeder Deutsche, der zwei Jahre in einer Gemeinde gewohnt hat, erwirbt das Wahlrecht. Er braucht kein Einkaufsgeld zu zahlen und ist nicht genötigt, die badische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Aber er muß „selbständig" sein. Diese Voraussetzung ist gegeben, wenn jemand einen eigenen Hausstand besitzt. Da die Arbeiter früher heiraten als die Besitzenden, wirkt diese Bestimmung zu unseren Gunsten. Es ist uns aber gelungen, den Kreis der Wahlberechtigten noch zu erweitern. Das Alter, mit dem die Wahlberechtigung beginnt, wurde vom sechsundzwanzigsten auf das fünfundzwanzigste Jahr herabgesetzt. Während bisher durch den Wegzug aus einer Gemeinde das Wahlrecht erlosch, wurde auf unseren Antrag beschlossen, daß das Wahlrecht sofort wieder auflebt, wenn der Fortgezogene innerhalb zweier Jahre zurückkehrt. Diese Neuerung wird Tausenden von Arbeitern ihr Wahlrecht sichern, wenn sie in schlechten Zeiten vorübergehend, um Arbeit zu finden, ihren Wohnsitz aufgeben müssen. Das prozentuale Verhältnis der Wahlberechtigten zur ganzen Einwohnerzahl ist in keinem Bundesstaat so günstig wie in Baden.



Genosse Lehmann, der in seinem Artikel das Gegenteil beweisen will, kann zu seinem Ergebnis nur durch absichtliche Entstellung der Tatsachen gelangen. Er entnimmt seine Ziffern, vorsichtigerweise ohne Quellenangabe, aus dem Kommissionsbericht, den der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Winter in der badischen Ersten Kammer erstattet hat. Es sind dort die Zahlen für 32 preußische Städte genannt, von denen Spandau die günstigsten Verhältnisse hat. Es sind dort von 100 Einwohnern 18,8 wahlberechtigt. Diese Stadt greift nun Lehmann als typisch heraus und vergleicht sie mit Mannheim, wo die industrielle Bevölkerung besonders stark fluktuiert und wo deshalb die Verhältniszahlen viel niedriger sind als in fast allen anderen badischen Gemeinden. In Mannheim sind von 100 Einwohnern nur 13,7 wahlberechtigt. Aber Genosse Lehmann hätte doch auch berichten müssen, daß in der gleichen Tabelle folgende prozentuale Ziffern enthalten sind: Königsberg i. Pr. mit 11,5, Posen mit 11,1, Kassel mit 11, Kiel mit 10,1, Aachen mit 8,9, Altona und Breslau mit 7,5 und Hannover mit 4,2. Auch einige außerpreußische Städte sind dem Genossen Lehmann bei dem Studium dieser Übersicht entgangen: München mit 5,79, Nürnberg mit 5,55, Augsburg mit 4,99, Würzburg mit 4,65, wozu bemerkt werden muß, daß in Bayern nur die Bürger, in Baden die Einwohner das Wahlrecht haben. Von Interesse sind noch folgende sächsische Städte: Dresden mit 7,5, Chemnitz mit 6,8 und Leipzig mit 6,2. So zuverlässig wie die Zahlen des Genossen Lehmann sind auch die anderen Informationen, die unsere norddeutschen Kameraden zu Entrüstungsresolutionen gegen die badischen „Rebellen" aufpeitschen sollen.

Für die Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern werden von jetzt ab die Gemeinderäte nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht unter Anwendung des Proporzes gewählt. In einem Lande, das nur zwei Großstädte hat, bedeutet diese Reform einen gewaltigen Fortschritt für einen großen Teil des Volkes. Und wenn es uns auch noch nicht gelungen ist, für die großen Städte die Abschaffung der Klassenwahl zu erreichen, so ist wenigstens eine Milderung des Unrechtes geschaffen. Bisher waren in die erste Klasse ein Zwölftel, in die zweite Klasse zwei Zwölftel, in die dritte Klasse neun Zwölftel aller Wahlberechtigten (nicht des Steuerkapitals, wie beim preußischen Klassenwahlrecht) eingeteilt, künftig in die erste Klasse ein Sechstel, in die zweite Klasse zwei Sechstel, in die dritte Klasse drei Sechstel. Gleichzeitig wurde aber die Verhältniswahl für den Magistrat (Stadtrat) eingeführt, so daß wir, ohne von der Gnade bürgerlicher Parteien abhängig zu sein, überall entsprechend unserer Stärke an der Leitung der Städte beteiligt sein werden.

Es ist uns durch zähe Arbeit auch möglich gewesen, wie auf die Gesetzgebung so auf die Verwaltung Einfluß zu gewinnen. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist bei uns gesichert. Die Maidemonstrationszüge wurden im ganzen Lande erlaubt. Versammlungen unter freiem Himmel finden überall statt. Es erging ein einziges schikanöses Versammlungsverbot (von dem Bezirksamt Offenburg); das Ministerium hob auf unsere Beschwerde diese Verfügung auf, und der preußisch geschulte Polizeibeamte wurde versetzt. Das Koalitionsrecht der Eisenbahner wurde schon früher erkämpft. Auf diesem Landtag wurde auch die gewerkschaftliche Organisation der Waldarbeiter anerkannt, und die Regierung erklärte, daß sie denjenigen Arbeitern der Staatsforsten, die sich organisieren würden, nichts in den Weg legen werde. Ich erwähne diese Dinge nicht, um uns zu rühmen oder die Regierung zu loben. Man hat uns nicht Geschenke gewährt, sondern unser Recht bestätigt, und vieles bleibt noch zu erringen. Aber müssen unsere preußischen und sächsischen Genossen ehrlicherweise nicht zugeben, daß manche dieser Errungenschaften für sie noch in weiter Ferne schimmernde Ziele sind? Es ist ja sehr leicht, aus der Fülle eigener Unkenntnis über die „besonderen badischen Verhältnisse“ zu höhnen und den Vertrauensleuten der badischen Arbeiter die parteigenössische Ehre abzuschneiden. Schwerer und gewissenhafter wäre es, den „Kanton Badisch“ erst kennen zu lernen und dann erst zu entscheiden, ob wirklich dieser Zweig dem Stamme der Gesamtpartei abgeschnitten werden soll. In Berlin und Hamburg wurde der Vorschlag gemacht, zwei Dutzend Missionare nach Baden zu senden, die den verirrten Schäflein wieder auf den rechten Weg helfen sollen. In keiner Versammlung aber wurde dem Wunsche Gehör gegeben, einem der angeklagten Ketzer vor der Verurteilung das Wort zur Verteidigung zu geben.

IV.

Der Kasernengehorsam, den man uns aufzwingen will, unterscheidet sich von der freiwilligen Disziplin, die wir als unentbehrlich anerkennen, in folgendem Punkte: Der Soldat muß seinen Dienstbefehl, auch den als unsinnig erkannten, ohne Widerrede ausführen. Er hat nach dem Vollzug das Recht der Beschwerde. Genau die gleiche Stellung möchte uns Genosse Kautsky zuweisen. Wir sollen eine Resolution befolgen, auch wenn wir unter

den Umständen, unter denen wir handeln müssen, die Partei zu schädigen glauben; dafür aber gibt er uns, wie den Musketieren und Dragonern, das Recht der nachträglichen Beschwerde an den vorgesetzten Parteitag. Ein Abgeordneter, der sich nach diesem bequemen Schema richten würde, müßte sich den Vorwurf der Pflichtverletzung gefallen lassen. Jeder Vertrauensmann der Partei, ob er im Parlament oder in einem Vorstandsbureau sitzt, muß im Rahmen des Programms nach freier Überzeugung wirken. Kein Parteitag kann ihm im voraus die Verantwortung abnehmen; wir können keinen Reichskriegsrat brauchen, der vom grünen Tische aus in grünem Hefte jeden Schritt unserer Bewegung vorzeichnet. Beschlüsse der Parteivertretung sind zu beachten; aber sie sind keine Dogmen, vielmehr ist ihre Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit an den Tatsachen zu messen. Muß einem Beschluß der Partei zuwidergehandelt werden, so sind dem nächsten Parteitag die Gründe darzulegen. Überzeugt sich dieser von der Zweckmäßigkeit der Maßregel, so spricht er seine Billigung aus, im anderen Falle beschließt er eine Rüge. Glaubt aber die Parteivertretung, daß eine parteischädigende Absicht vorlag, so sind die schuldigen Abgeordneten sofort von ihren Posten und aus der Organisation zu entfernen.

V.

Noch ein Wort zur monarchischen Frage, deren Bedeutung maßlos aufgebauscht wird. Wir waren und sind uns der Pflicht bewußt, die historischen Empfindungen und Empfindlichkeiten der Parteigenossen im Reiche nicht mutwillig zu verletzen. Die badischen Hofgänger sind deshalb noch nie bei Hof gewesen — keiner, auch nicht die Mitglieder des Kammerpräsidiums. Die Wahl des Vorstandes wird dem Großherzog in der Form angezeigt, daß die Präsidenten und Sekretäre sich gemeinsam in das Schloß begeben und in ein dort aufliegendes Buch einzeichnen. Unsere Genossen haben sich — in einer meines Erachtens zu weitgehenden Rücksicht — davon ausgeschlossen, weil die „Hofgänger" den unfehlbar einsetzenden Presseskandal vermeiden wollten. Die Verhandlungen des Landtags werden bei Beginn einer Session in der Regel durch den Großherzog eröffnet. Die Mitglieder beider Häuser versammeln sich in dem Sitzungssaal der Zweiten Kammer und werden dort, nachdem die Thronrede verlesen ist, vereidigt. Die „Hofgänger" sind diesem feierlichen Akte fern geblieben. Die Schließung des Landtags erfolgt in der gleichen Weise, und die Fraktion der „Hofgänger" beschloß, wieder fernzubleiben, wenn der Fürst selbst erscheine, dagegen die Teilnahme freizustellen, wenn der Minister die Thronrede verlese, weil dann das militärische und höfische Gepränge des Vorganges wegfalle. Das sind die Gelegenheiten, bei denen wir uns „byzantinisch" oder wie „Sklaven" oder „hündisch" benommen haben sollen. Aber Genosse Kautsky tadelt auch, daß die Fraktion nicht energisch dagegen protestiert habe, wenn die monarchisch gesinnte Kammermehrheit dem Großherzogspaar zu einem „unpolitischen Familienfest" durch das Präsidium gratulieren lassen wollte. Unser Kritiker hat doch selbst schmerzlich erfahren müssen, wie schwierig es ist, den richtigen Zeitpunkt für angeblich notwendige republikanische Propaganda zu bestimmen. Hat er sich nicht darauf berufen, daß im Erfurter Programm die Forderung der Republik nicht enthalten sei? Und trotzdem hält er sich für berechtigt, uns tyrannenfeindliche Tugenden zu predigen. Er hat den antimonarchischen Glaubensunterricht bei Genossin Rosa Luxemburg nicht ohne Nutzen genossen,

und mit dem schönen Eifer des Neubekehrten verlangt er von uns „Hofgängern“ Dinge, die bisher kein Mensch in der Partei gefordert oder getan hat. Im Reichstag, im preußischen Abgeordnetenhaus und in allen anderen deutschen Parlamenten erbittet sich der Präsident in öffentlicher Sitzung die Erlaubnis, beim Geburtstag des Kaisers oder der Kaiserin oder anderer Monarchen, bei der Hochzeit des Kronprinzen oder bei ähnlichen „unpolitischen Familienfesten“ die Glückwünsche der Volksvertretung zu überbringen. Wann und wo haben unsere berufenen Parteigenossen dagegen je „protestiert“? Welche flammenden Reden haben die Genossen in Sachsen und Preußen gegen diesen „Mißbrauch der Geschäftsordnung zu byzantinischen Zwecken“ gehalten? Wahrscheinlich wurde der richtige Moment in Dresden und Berlin überhört und verpaßt, so wie in früheren Jahren dort oft die Gelegenheit überhört und verpaßt wurde, durch Ablehnung des Budgets dem Klassenstaat Wunden zu schlagen.

Wir gehen mit gutem Gewissen nach Magdeburg.

Die deutschen Flottenrüstungen.

Von **Heinrich Ströbel.**

Während in der Presse die Frage der Einschränkung der Flottenrüstungen behandelt wird, ist es mehr als wahrscheinlich, daß uns demnächst wieder eine neue Flottenvermehrung bevorsteht. Nach dem gegenwärtig geltenden Flottengesetz würde allerdings vom Jahre 1912 ab für ein paar Jahre eine Einschränkung der Flottenbauten eintreten. Während in den letzten Jahren je 4 Schlachtschiffe — Linienschiffe und große Kreuzer — in Bau gegeben worden sind, würden 1912 und in den folgenden Jahren nur noch jährlich 2 solcher Schiffe auf Stapel zu legen sein. Aber daß Deutschland, um mit dem englischen Premierminister Asquith zu sprechen, mit seinen Flottenbauten im Jahre 1911 wirklich den „Gipfel der Welle“ erreicht haben und dann in das Wellental hinabgleiten werde, kann nur jemand annehmen, dem der Charakter unserer bisherigen Flottengesetze ein Buch mit sieben Siegeln ist. Wer diese Flottengesetze und die ihnen innewohnende Tendenz kennt, wird dagegen der festen Überzeugung sein, daß die demnächst fällige Flottenvorlage nicht lange mehr — vermutlich allerdings bis nach den Reichstagswahlen — auf sich warten läßt.

Unsere Flottengesetze sind allerdings selbst den meisten der politisch Tätigen eine etwas dunkle Materie. Es erfordert schon einen nicht unbedeutenden Müheaufwand, sich in die Geheimnisse unserer Flottenbaupläne hineinzuarbeiten. Und man kann den Verfassern unserer Flottengesetze nicht den Vorwurf ersparen, daß sie nicht das geringste dazu beigetragen haben, die Übersichtlichkeit über die Absichten der Gesetze zu erhöhen. Wozu auch? Ein je unbekannteres Ding unsere Rüstungspläne sind, desto besser für unsere Weltpolitiker! Sie können ihre künftigen Pläne ja um so leichter verschleiern, können bei Wahlen den Massen vorspiegeln, daß sie gar nicht an eine abermalige Flottenvermehrung dächten, um dann das ahnungslose Publikum plötzlich mit der Vorlage zu überrumpeln. Im übrigen sucht man ja Parlamentariern sowie sonstigen politischen Interessenten überhaupt die Durchdringung der Verhältnisse möglichst zu erschweren. Wie unübersichtlich sind noch immer unsere Etats. Um speziell in Preußen eine Übersicht der wirklichen Finanzlage zu erlangen, mußte man sich

den Nettoetat erst mühsam errechnen, was bei den riesigen Staatsbetrieben und den sowohl unter den Einnahmen wie Ausgaben gebuchten Betriebskosten ein hartes Stück Arbeit machte. Erst jetzt hat man sich dazu bequemt, durch Aufstellung des Nettoetats den Abgeordneten diese ganz überflüssige Arbeit zu ersparen.

Mit den Flottengesetzen ist es noch schlimmer. Aus dem Texte des Flottengesetzes vom 14. Juni 1900 ist es gar nicht möglich, sich ein Bild von den Absichten des Gesetzes zu machen. Da wird zum Beispiel nur gesagt, daß die Zahl der Linienschiffe 38, die der großen Kreuzer 14 betragen solle. Dann werden 27 Linienschiffe und 12 große Kreuzer aufgeführt, die bei Erlaß dieses Gesetzes auf den Sollbestand „in Anrechnung" kommen, und endlich wird uns noch mitgeteilt, daß und in welchen Jahren insgesamt 17 Ersatzbauten an Linienschiffen und 10 Ersatzbauten an großen Kreuzern vergeben werden sollen.

Das ist alles, was wir über die Linienschiffe und großen Kreuzer erfahren! Daß auch eine große Anzahl von Neubauten der beiden Schiffstypen erfolgen sollen, wird mit keiner Silbe erwähnt! Will man sich darüber sowie über den Namen der Schiffe informieren, die durch Ersatzbauten bis zum Jahre 1917 ersetzt werden sollen, so muß man schon den Entwurf des Gesetzes sorgfältig studieren. Aber dieser Entwurf, der eine Übersicht über den Gesamtbedarf an Schiffsbauten, über die geforderten Vermehrungsbauten, über die Verteilung der Ersatz- und Vermehrungsbauten auf die einzelnen Jahre usw. enthält, ist durch den Reichstag und das schließlich von ihm angenommene Gesetz so völlig umgemodelt worden, daß es erst langer, sorgfältiger Vergleiche bedarf, bevor man nunmehr ein klares Bild von dem Inhalt des Flottengesetzes selbst erhält.

Das Tableau über die Verteilung sämtlicher Schlachtschiffsbauten war nach dem Entwurf des Flottengesetzes folgendes:

Tabelle I.

Jahr	Linienschiffe	Große Kreuzer	
1901	2 Vermehrungsbauten	1 Ersatzbau	
1902	2 =	1 =	
1903	2 =	1 =	
1904	2 =	1 Vermehrungsbau	
1905	2 =	1 =	
1906	2 Ersatzbauten	1 =	
1907	1 Ersatzbau	2 Vermehrungsbauten	Für das Ausland
1908	1 =	2 =	
1909	1 Vermehrungsbau	1 Vermehrungsbau	
1910	1 Ersatzbau	2 Ersatzbauten	
1911	2 Ersatzbauten	1 Ersatzbau	
1912	2 =	1 =	
1913	2 =	1 =	
1914	2 =	1 =	
1915	2 =	1 =	
1916	2 =		
Summe	28 Linienschiffe	18 große Kreuzer	

Es sollten also — mit Ausnahme der Jahre 1909 und 1916 — jährlich drei Schlachtschiffe gebaut werden.

Das dagegen vom Reichstag schließlich beschlossene Gesetz sah folgenden Bauplan vor:

Tabelle II.
Bauplan des Flottengesetzes von 1900.

Etatsjahr	Linienschiffe		Große Kreuzer		Insgesamt
	Vermehrungsbauten	Ersatzbauten	Vermehrungsbauten	Ersatzbauten	
1901	2	—	—	1	3
1902	2	—	—	1	3
1903	2	—	—	1	3
1904	2	—	1	—	3
1905	2	—	1	—	3
1906	—	2	—	—	2
1907	—	2	—	—	2
1908	—	2	—	—	2
1909	1	2	—	—	3
1910	—	1	—	1	2
1911	—	1	—	1	2
1912	—	1	—	1	2
1913	—	1	—	1	2
1914	—	1	—	1	2
1915	—	1	—	1	2
1916	—	1	—	1	2
1917	—	2	—	—	2

Die Verschiedenheit rührt hauptsächlich daher, daß der Reichstag die in der Tabelle I verzeichneten 6 Auslandskreuzer abgelehnt hatte. Statt der 46 Schiffe waren also insgesamt nur noch 40 zu bauen. Und da diese 40 Bauten statt über 16 über 17 Jahre verteilt wurden, konnte natürlich auf das Jahr nicht mehr der Durchschnitt von 3 Bauten entfallen. Vom Jahre 1906 ab sollte sich die Zahl der Bauten auf jährlich 2 vermindern.

Der Hauptzweck des Regierungsentwurfes jedoch war erreicht! Durch die 28 Linienschiffsbauten wurde die Zahl der Linienschiffe im Jahre 1917 auf 38 gebracht. Dazu gehörten die 28 neuen Schiffe sowie die 10 „älteren" Schiffe, die noch nicht das Dienstalter von 25 Jahren erreicht hatten, nämlich die Schiffe der Kaiser- und der Wittelsbachklasse, von denen übrigens zu der Zeit, als das Flottengesetz beschlossen wurde, die 5 Schiffe der Wittelsbachklasse noch gar nicht vom Stapel gelassen waren!

Aber auch der vom Flottengesetz beschlossene Bauplan sollte nicht lange eingehalten werden. Im Jahre 1906 verlangte die Regierung in einer Novelle zum Flottengesetz von 1900 unter anderem auch die Bewilligung der vor sechs Jahren gestrichenen 6 Auslandskreuzer. Der Reichstag beeilte sich, die Forderung zu bewilligen. Diese 6 neuen großen Kreuzer wurden nun für die Jahre 1906 bis 1911 in Bau gegeben, so daß damit der Bau von je 3 Schlachtschiffen auf weitere 6 Jahre gesichert war.

Aber damit begnügte man sich noch nicht. Schon Ende 1907 forderte die Regierung in einer neuen Flottennovelle die Herabminderung des Dienstalters der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre. Das hatte den Effekt, daß nunmehr auch für 4 Schiffe der Kaiserklasse bis zum Jahre 1917 Ersatzbauten notwendig wurden. Auch diese Forderung wurde vom Reichstag bewilligt. Der Bauplan erhielt dadurch nunmehr folgende Gestalt:

Tabelle III.

Bauplan nach den Flottengesetzen von 1906 und 1908.

Etatsjahr	Linienschiffe		Große Kreuzer		Insgesamt	Insgesamt nach dem Flottengesetz von 1900
	Vermehrungsbauten	Ersatzbauten	Vermehrungsbauten	Ersatzbauten		
1906	—	2	1	—	3	2
1907	—	2	1	—	3	2
1908	—	3	1	—	4	2
1909	—	3	1	—	4	3
1910	—	3	1	—	4	2
1911	1	2	1	—	4	2
1912	—	1	—	1	2	2
1913	—	1	—	1	2	2
1914	—	1	—	1	2	2
1915	—	1	—	1	2	2
1916	—	1	—	1	2	2
1917	—	1	—	1	2	2
	—	—	—	—	34	25

Man sieht, daß man die Ersatzpflicht der 4 Schiffe der Kaiserklasse schleunigst dazu benutzte, um sogleich von 1908 ab jährlich 4 Schlachtschiffe zu bauen, 3 Linienschiffe und 1 großen Kreuzer.

Diese Zusammendrängung und Häufung der Bauten ist kein Zufall, sondern ein raffiniertes System.

Nach dem Flottengesetz für 1900 waren allein an Ersatzbauten 17 Linienschiffe und 10 große Kreuzer fällig. Nach den Nachweisungen des Entwurfes des Flottengesetzes wären nach dem Dienstalter der einzelnen Schiffe die Ersatzbauten in den nachfolgenden Jahren eingetreten (siehe Tabelle Seite 823).

Von 1901 bis 1913 wären also nur 10 Ersatzbauten fällig gewesen, von 1914 bis 1917 dagegen deren 17.

Man setzte jedoch in dem Flottengesetz von 1900 die Ersatzbauten so an, daß — abgesehen von den 11 Linienschiffsneubauten und den 2 Neubauten von großen Kreuzern — bis zum Jahre 1913 19 Ersatzbauten vorgesehen wurden, von 1914 bis 1917 nur 8.

Natürlich schob man allerhand praktische technische Gründe vor: eine solche Verteilung der Bauten ermögliche eine geregeltere Bautätigkeit. In Wirklichkeit wollte man aber die Bauten so zusammendrängen, daß recht bald eine Lücke im Bauplan entstand, die dann schleunigst ausgefüllt werden sollte. In den Jahren 1901 bis 1905 waren jährlich 3 Schlachtschiffsbauten vergeben worden. Im Jahre 1906 wären aber nur noch 2 solcher Bauten auf Stapel zu legen gewesen. Da schufen die Flottennovellen von 1906 und 1908 Rat.

Aber man begnügte sich nicht mit dem jährlichen Bau von drei Schlachtschiffen, sondern baute nun jährlich deren vier. Auch hier zeigte sich wieder das Streben, die Bauten möglichst zusammenzudrängen und zu häufen.

Die Ersatzbauten für die Schiffe der Kaiserklasse wären nach den Grundsätzen des Flottengesetzes erst 17 Jahre nach ihrem Stapellauf, also

Tabelle IV.

Jahr	Linienschiffe und Küstenpanzerschiffe	Große Kreuzer	Jährlich in Bau zu nehmende große Schiffe
1901 . .	Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden	König Wilhelm, Kaiser, Deutschland	7
1902 . .	—	—	—
1903 . .	—	—	—
1904 . .	—	—	—
1905 . .	—	—	—
1906 . .	Oldenburg	—	1
1907 . .	—	—	—
1908 . .	—	Kaiserin Augusta	1
1909 . .	—	—	—
1910 . .	—	—	—
1911 . .	—	—	—
1912 . .	Siegfried	—	1
1913 . .	—	—	—
1914 . .	Kurfürst Friedrich Wilhelm, Brandenburg, Weißenburg, Wörth, Beowulf, Frithjof	—	6
1915 . .	Hildebrand	Freya, Victoria Louise, Hertha, Fürst Bismarck .	5
1916 . .	Heimdall, Hagen	Vineta, Hansa	4
1917 . .	Ägir, Odin	—	2
Summe	17	10	27

erst in den Jahren 1913 bis 1917, fällig gewesen. Wäre es nun der Regierung mit ihrem Argument, man müsse die Bauzeit möglichst gleichmäßig verteilen, wirklich ernst gewesen, so hätte man diese 4 Ersatzbauten auf die Jahre 1912 bis 1915 verteilen müssen, weil ja dann an Stelle der zwei jährlichen Bauten — wie ja in den 6 vorhergehenden Jahren — deren 3 in Bau gegeben worden wären.

Aber das Argument der möglichst gleichmäßigen Verteilung war ja nur ein Scheingrund, ein Vorwand. Man drängte deshalb fortan die Bauten so zusammen, daß 1908 bis 1911 jährlich nunmehr 4 Schlachtschiffe auf Stapel gelegt wurden. Man begnügte sich sogar nicht einmal damit, die 4 erst 1913 bis 1917 fälligen neuen Ersatzbauten bereits in die Jahre 1908 bis 1911 zu verlegen, sondern man schob in diese Bauperiode auch eines der beiden Linienschiffe hinein, das nach dem Flottengesetz für 1900 erst im Jahre 1917 in Bau gegeben werden sollte!

Wenn man dafür dann andererseits die Ersatzbauten für je einen großen Kreuzer, die nach dem Flottengesetz von 1900 bereits von 1910 ab jährlich stattfinden sollten, erst vom Jahre 1912 ab beginnen ließ, so hatte das nicht das geringste zu bedeuten, da ja durch die Flottennovelle von 1906 für die Jahre 1910 und 1911 je ein Neubau von großen Kreuzern vorgesehen worden war!

So hatte man durch die Flottennovellen von 1906 und 1908 nichts geringeres erreicht, als daß von 1906 bis 1911 9 große Schlachtschiffe

— 5 Linienschiffe und 4 große Kreuzer — mehr gebaut werden, als nach dem Flottengesetz von 1900 vorgesehen war.

Eine Übersicht über den Ersatz der 21 ersatzpflichtigen Linienschiffe gibt folgende Tabelle:

Tabelle V.

Alte Schiffe	Ersatzbauten	Nach dem alten Flottengesetz vorzunehmen
Sachsen (1877)	1906	1906 bis 1907
Bayern (1878)	1906	
Württemberg (1878)	1907	
Baden (1880)	1907	
Oldenburg (1884)	1908	1910 bis 1914
Frithjof (1891)	1908	
Hildebrand (1892)	1908	
Heimdall (1892)	1909	
Hagen (1893)	1909	
Ägir (1895)	1909	
Odin (1894)	1910	
Beowulf (1890)	1910	
Siegfried (1889)	1910	
Brandenburg (1891)	1911	1915 bis 1917
Kurfürst Friedrich Wilhelm (1891)	1911	
Weißenburg (1891)	1912	
Wörth (1892)	1913	
Kaiser Friedrich III. (1896)	1914	Nach dem alten Flottengesetz überhaupt nicht zu ersetzen
Kaiser Wilhelm II. (1897)	1915	
Kaiser Wilhelm der Große (1899)	1916	
Kaiser Karl der Große (1900)	1917	

Diese Tabelle zeigt, wie sehr die Flottennovellen dazu benutzt worden sind, das Tempo der Schiffsbauten zu beschleunigen. Wobei wir bemerken wollen, daß wir in dieser letzten Tabelle die Schiffe der Kaiserklasse an letzte Stelle gerückt haben und dafür den Ersatz der alten Küstenpanzer Frithjof usw. entsprechend beschleunigen ließen. Es kommt das auf eins heraus, weil es ja bei den Ersatzbauten gar nicht darauf ankommt, ob das zu ersetzende Linienschiff älter oder jünger, kleiner oder größer war. Jedes neue Ersatzschiff nimmt eben entsprechend dem moderneren Typ immer gewaltigere Dimensionen an, einerlei, ob es den Ersatz der über 11000 Tonnen großen Schiffe der Kaiserklasse oder der noch nicht halb so großen Küstenpanzer gilt.

Nehmen wir Ersatz- und Neubauten zusammen, so stellt sich folgendes Bild des Bauprogramms heraus (siehe Tabelle Seite 825).

Aber noch einen Effekt hatte das Flottengesetz von 1908. Es bewirkte, daß Deutschland 1917 resp. 1919 nicht 38 moderne Linienschiffe besitzen wird, wie das Flottengesetz von 1900 verlangte, sondern nicht weniger als 42, da ja die durch die Herabsetzung des Dienstalters auf 20 Jahre ersetzten vier Schiffe der Kaiserklasse nach ihrem Ersatz keineswegs entwertet sind, sondern noch ebensogut als vollwertige Schlachtschiffe gelten können, wie der ja zu derselben Klasse gehörige „Barbarossa" und die 5 Schiffe der Wittelsbachklasse, die, wenigstens nach den zurzeit bestehenden Bestimmungen des Flotten-

Tabelle VI.

Jahr	Linienschiffe	Große Kreuzer	
1901 1902 1903 1904 1905	10 Vermehrungsbauten	2 Vermehrungsbauten 3 Ersatzbauten	15 Bauten
1906 1907 1908 1909 1910 1911	15 Ersatzbauten 1 Vermehrungsbau	6 Vermehrungsbauten	22 Bauten
1912 1913 1914 1915 1916 1917	6 Ersatzbauten	6 Ersatzbauten	12 Bauten

gesetzes, im Jahre 1917 noch zu der Zahl der als vollwertig anzurechnenden 38 Linienschiffe gehören.

Folgende Angaben über Größe, Armierung usw. beweisen das:

	Deplacement Tonnen	Panzerung Millimeter	Geschwindigkeit Knoten	Armierung	
Kaiserklasse	11150	300, 250, 150	18	4 24/40	14 15/40
Wittelsbachklasse . .	11800	225, 250, 150	18—18,1	4 24/40	18 15/40

Die Schiffe der Kaiserklasse sind also ebensoviel wert als die der Wittelsbachklasse.

Freilich: Unsere Flottenpolitiker werden wahrscheinlich umgekehrt sagen, die Schiffe der Wittelsbachklasse seien ebensowenig wert wie die der Kaiserklasse, sie müßten deshalb schon vor Ablauf des Flottengesetzes gleichfalls durch neue Schiffe ersetzt werden. In der Tat haben die Nationalliberalen ja auch, wie der „Vorwärts“ unlängst wiederum in detaillierter Weise der Öffentlichkeit in die Erinnerung zurückrief, bereits bei der Beratung der letzten Flottennovelle im Dezember 1907 in der Budgetkommission verlangt, daß auch „Barbarossa“ und die 5 Schiffe der Wittelsbachklasse ersetzt werden müßten!

So wird es auch zweifellos kommen! Schon damals erklärte Herr v. Tirpitz, daß er nur zu gern das Flottengesetz nach den Wünschen der Nationalliberalen und Freikonservativen erweitert sehen möchte, wenn dafür nur eine Mehrheit im Parlament zu erlangen sei. Diese Erweiterung unterblieb damals — kommen aber wird sie spätestens nach den Reichstagswahlen, denn unsere Reeder und Panzerplatteninteressenten, die bisher jährlich vier Schiffe auf Stapel legen konnten, werden schon dafür sorgen, daß für sie keine mageren Jahre eintreten, in denen sie nur je zwei Schiffe zu bauen haben.

Freilich könnten die Herren sich bis zu einem gewissen Grade daran genügen lassen, daß ja inzwischen die Dimensionen der Schiffe so ungeheuerlich gewachsen sind.

So sehen wir, daß die Kaiserklasse, die ja erst um die Jahrhundertwende gebaut wurde, erst wenig über 11000 Tonnen Deplacement hatte. Die 8 Jahre

später vom Stapel gelassenen Linienschiffe „Nassau“ und „Westfalen“ haben bereits 18500 Tonnen Deplacement und statt der vier 24-Zentimetergeschütze deren 12 von 28 Zentimeter Kaliber. Rascher noch sind die Ausmaße der großen Kreuzer gewachsen. Der 1900 erbaute „Prinz Heinrich“ hatte 8900 Tonnen Deplacement, der 1909 von Stapel gelassene „von der Tann“ dagegen 19000 Tonnen, dazu eine Armierung von acht 28-Zentimetergeschützen, während „Prinz Heinrich“ nur zwei 24-Zentimetergeschütze aufwies. Inzwischen sind weitere 11 Linienschiffe und 3 große Kreuzer teils von Stapel gelassen, teils in Bau gegeben worden, deren Dimensionen noch gewaltigere sein dürften — Angaben darüber fehlen selbst im neuesten „Nauticus“.

Daß wir aber mit einem noch weiteren Wachstum der Dimensionen und des Geschützkalibers zu rechnen haben, verraten folgende Mitteilungen über ausländische Flottenbauten, die wir dem Augustheft der „Flotte“, des Organs des Flottenvereins, entnehmen:

> England blieb mit den Nachfolgern des „Dreadnought“ zunächst noch bei 10 Kanonen von 30,5 Zentimeter, und auch die Schiffe der Vereinigten Staaten für 1908 haben noch eine gleiche Armierung, das Deplacement ist aber mit der Entwicklung dieses Typs, die wieder zu einer Mittelarmierung führte, auf fast 23000 Tonnen gestiegen.
>
> Dagegen sind bereits die für Brasilien in England gebauten, die von den Vereinigten Staaten 1909 in Bau genommenen und die in Frankreich für 1910 geplanten Schiffe, ferner 3 Japaner sowie der russische „Gangut“ und die Argentinier mit 12 Kanonen von 30,5 Zentimeter armiert; das Deplacement dieser Schiffe schwankt sehr; im Durchschnitt beträgt es 23000 bis 24000 Tonnen, bei einzelnen ist es aber beträchtlich kleiner, bei anderen dagegen auf über 26000 Tonnen gesteigert.
>
> Nun sind aber in England und Amerika Geschütze von 34 oder 35 Zentimeter geplant, wie man sagt weniger zu dem Zwecke, die Durchschlagkraft der Geschosse zu vergrößern, die schon für die 30,5-Zentimeterkanonen ausreichend erscheint, als vielmehr die Sprengwirkung der Geschosse durch Vergrößerung des Geschoßgewichts und die Lebensdauer der Rohre durch Verminderung der Geschoßgeschwindigkeit zu erhöhen; eine solche Verstärkung des Kalibers würde natürlich wieder eine beträchtliche Deplacementssteigerung zur Folge haben, und es standen hiermit wohl die Nachrichten über 32000-Tonnenschiffe in Verbindung, für die vielleicht 12 der neuen Geschütze bestimmt waren. Man ist jedoch in Amerika wieder auf 10- bis 35-Zentimetergeschütze zurückgegangen, und die neuen Schiffe von 1910 sollen ein Deplacement von etwas über 27000 Tonnen haben.

Mit den Dimensionen der Schiffe sind natürlich auch die Kosten enorm gewachsen. Die Kosten eines Linienschiffes wurden in dem Entwurf des Flottengesetzes vom Jahre 1900 auf 25 Millionen, die eines großen Kreuzers auf 18 Millionen beziffert. Heute schon werden sich die Kosten beider Typen pro Schiff auf nicht weniger als 50 Millionen belaufen, morgen vielleicht schon auf 60 Millionen.

Wie sehr der Marineetat in Wirklichkeit abweicht von den Berechnungen des erwähnten Entwurfs, beweisen folgende Zahlen:

	Marineetat		
	nach dem Entwurf	in Wirklichkeit (nach dem „Nauticus“ für 1910)	
1909	245,91 Millionen	402,56	+ 156,65 Millionen
1910	251,91 „	433,88	+ 181,97 „

Bekommen wir, was nach der ganzen Entwicklung unserer Flottenpolitik, nach der systematischen Gestaltung des bisherigen Bauprogramms außer allem Zweifel erscheint, eine neue Flottenvorlage, die vermutlich zunächst den Ersatz des „Barbarossa" und der Wittelsbachklasse enthalten wird, so haben wir damit bis zum Jahre 1917 jährlich 3 statt der 2 Schlachtschiffsbauten, die das Flottengesetz vorsieht. Von einer Verminderung der Flottenausgaben ist dann natürlich keine Rede. Eine solche Verminderung dürfte überhaupt niemals eintreten. Denn bei den 58 modernen Schlachtschiffen — den 38 Linienschiffen und 20 Kreuzern —, die wir 1917 haben werden, muß bei dem zwanzigjährigen Dienstalter jährlich ein Zwanzigstel erneuert werden.

Da haben wir die drei jährlichen Ersatzbauten für alle Ewigkeit!

Der Block der Linken und unsere Agitation.

Von **Ludwig Quessel.**

Wer die Betrachtungen unserer Parteipresse über die Idee, die badische Blockpolitik auf das Reich zu übertragen, unbefangen durchsieht, muß notwendigerweise zu der Überzeugung gelangen, daß dieser Gedanke lediglich dem Hirn einiger reformistisch gesinnter Parteischriftsteller entsprungen sei, die damit nichts anderes bezwecken, als Unruhe und Verwirrung in die Partei hineinzutragen. Wie liegt nun die Sache aber in Wirklichkeit? Der jammervolle Zusammenbruch der vom Fürsten Bülow ins Leben gerufenen konservativ-liberalen Blockpolitik in den Stürmen der Finanzreform brachte bekanntlich das ganze bürgerliche Parteiwesen in heftige Erschütterungen. In einflußreichen kommerziellen und industriellen Kreisen, die durch die Steuerpfuscherei des schwarzblauen Blocks in ihren kapitalistischen Erwerbsinteressen schwer geschädigt wurden, brach sich sehr bald die Überzeugung Bahn, daß das Schlimmste für Industrie und Handel zu befürchten sei, wenn Zentrum und Agrarier auch fürderhin eine herrschende Stellung im Reichstag behaupteten und die Regierung ihrem Machtgebot unterwürfen. Aber auch das Bürgertum gelangte durch Bülows Sturz teilweise zu der Erkenntnis, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie nach Reichsverbandsmanier nur die Wirkung gezeitigt habe, die Pfaffen und Junker in den Sattel zu helfen. Am greifbarsten machte sich dieser Gesinnungsumschwung bei den Nachwahlen für den Reichstag bemerkbar. Während die Sozialdemokratie bei elf Nachwahlen vor der Finanzreform nahezu 11000 Stimmen verlor, wuchsen ihre Wählerziffern nach dem Inkrafttreten des schwarzblauen Blocks in zehn Wahlkreisen um rund 20000 Stimmen. Natürlich konnten diese Vorgänge nicht ohne Einfluß auf das Denken der liberalen Politiker bleiben. Lange vor der Zeit als man anfing, dem Gedanken eines Blocks der Linken für das Reich in unserer Parteipresse Aufmerksamkeit zu schenken, beschäftigten sich linksliberale Redner in Hessen in öffentlichen Volksversammlungen mit dieser Frage und zwangen dadurch auch ihre Gegner, dazu Stellung zu nehmen.

Bei der Befürwortung des Blocks der Linken für das Reich gingen in Hessen die linksliberalen Redner in der Regel von den badischen Verhältnissen aus, wo es trotz des Widerspruchs des nationalliberalen Parteichefs Bassermann gelungen sei, Nationalliberale, Demokraten, Freisinnige und Sozialdemokraten in einer Front gegen Zentrum und Konservative zu vereinigen. Dies Beispiel, so meinten sie, sei besonders ermutigend für das Reich, weil hier der skandalöse Zustand zu konstatieren ist, daß der schwarzblaue Block, der 4,68 Millionen Wählerstimmen aufweist, über 247 Mandate zu verfügen hat, während die anderen Parteien, die 6,16 Millionen Wählerstimmen repräsentieren, nur 148 Mandate ihr eigen nennen. Die eigentliche

Ursache dieser ungeheuerlichen Erscheinung sei nicht einmal so sehr die ungleiche Wahlkreiseinteilung, als die fehlerhafte Stichwahltaktik der linken Parteien. Denn auch auf dem Boden der gegenwärtigen ungerechten Wahlkreiseinteilung bestehe die Möglichkeit, die konservativ-klerikale Mehrheit zu beseitigen, wenn die linken Parteien bei den Wahlen taktisch zusammenarbeiten. So sehr der Unverstand des Bürgertums, das leichter zu bewegen sei, seine Stimme einem anerkannten Reaktionär als einem Sozialdemokraten zu geben, zu bedauern sei, so sehr müsse man aber auch die Haltung der Sozialdemokratie tadeln, da bei den letzten Wahlen 22 Reaktionäre mit sozialdemokratischer Hilfe in der Stichwahl gegen Liberale gewählt worden sein *sollen*. Freilich sei es fraglich, ob eine vernünftige Stichwahlpolitik allein ausreichen werde, die konservativ-klerikale Mehrheit zu stürzen, ganz sicher ließe sich aber dieses Ziel erreichen, wenn für eine *nicht* große Zahl von Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie ohnehin keine Aussicht auf Erfolg habe, schon für den ersten Wahlgang Verabredungen getroffen würden, die sogenannte falsche Stichwahlen unmöglich machen, das heißt, die verhüten, daß die Parteien der Linken aus der Stichwahl gedrängt werden. Mit dem Sturz der schwarzblauen Mehrheit sei nun allerdings noch wenig für den politischen Fortschritt erreicht, wenn nicht auch in der Folge bei den linken Parteien der ernste Wille vorhanden sei, die Regierung dem Willen der neuen Mehrheit zu unterwerfen. Das persönliche Regiment beseitige man nicht durch Zeitungsartikel und Resolutionen, sondern durch eine geschlossene Mehrheit im Parlament, die es der Regierung unmöglich macht, sich Mehrheiten von rechts und links nach ihrem Belieben zu bilden.

Ich möchte hier namentlich die norddeutschen Parteigenossen darauf aufmerksam machen, daß in Hessen nicht leicht eine größere Wählerversammlung vorübergeht, ohne daß die Frage eines Blocks der Linken angeschnitten würde und die linksliberalen Redner ihre Bereitwilligkeit ausdrücken, im Kampfe gegen die schwarzblaue Reaktion mit der Sozialdemokratie taktisch bei den kommenden Wahlen und im Parlament zusammenzugehen. Wohl oder übel müssen daher die sozialdemokratischen Redner in gegnerischen Versammlungen zu dieser Frage Stellung nehmen und ihre Meinung darüber zum Ausdruck bringen. Man darf sich die Sache auch nicht so vorstellen, als ob es für einen sozialdemokratischen Redner in dieser Situation nur nötig wäre, die Haltung der liberalen Wähler bei Stichwahlen gegenüber der Sozialdemokratie zu geißeln, denn einmal hat sich darin seit der Finanzreform ein erfreulicher Wandel vollzogen, und zweitens wird von den linksliberalen Rednern diese Haltung des Bürgertums in den allerschärfsten Ausdrücken verurteilt, so daß für einen Sozialdemokraten in dieser Beziehung zu tun nicht mehr viel übrig bleibt. Selbst wenn es dem sozialdemokratischen Agitator unangenehm ist, wird er von den Gegnern doch genötigt, in eine sachliche Kritik des Blockgedankens einzutreten. Ich selbst wurde im vorigen Winter gezwungen, in zwei Versammlungen gegenüber Professor Hummel-Karlsruhe und Pfarrer Korell Stellung zu dieser Frage zu nehmen.

Ich meine nun, daß zunächst kein Sozialdemokrat bestreiten kann, daß auch auf dem Boden der heutigen Wahlkreiseinteilung die schwarzblaue Mehrheit beseitigt werden könnte, wenn Liberalismus und Sozialdemokratie bei den Stichwahlen loyal und taktisch geschickt operieren. Es läßt sich meiner Meinung nach auch nicht in Abrede stellen, daß eine kleine Anzahl von Wahlkreisen nur unter der Bedingung einer Einigung im ersten Wahlgang von der Linken erobert werden kann. Unrichtig wäre es auch, wollten wir leugnen, daß ein Block der Linken das persönliche Regiment beseitigen könnte, wenn dazu bei den Liberalen der ernste Wille vorhanden ist.

Indem ich in diesen hier angeführten Punkten meine Übereinstimmung mit dem linksliberalen Redner zum Ausdruck brachte, habe ich meine Kritik des linksliberalen Blockgedankens damit begonnen, zu zeigen, daß für einen Block der Linken, der auch für die Sozialdemokratie akzeptabel sein sollte, die auf agrarischem Boden stehenden

Nationalliberalen ausscheiden müßten, weil ein Paktieren der Arbeiterschaft mit Vertretern des Brot- und Fleischwuchers schlechterdings ausgeschlossen ist. Dagegen habe ich kein Bedenken getragen, dem linksliberalen Gegner gegenüber zu erklären, daß die Sozialdemokratie sich nicht scheuen würde, mit den Liberalen einen im Parlament herrschenden Block zu bilden, wenn letztere bereit sind, das persönliche Regiment zu bekämpfen, die Interessen der Konsumenten gegen die agrarischen Beutepolitiker ernsthaft zu schützen, Rüstungsbeschränkungen auf Grund internationaler Verträge vorzunehmen, eine gerechte Neueinteilung der Wahlkreise einzuführen und eine gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit auf mindestens zehn Stunden eintreten zu lassen.

Ob ich mich bei Aufstellung der Bedingungen, unter welchen sich die Sozialdemokratie an einem Block der Linken im Reichstag beteiligen könnte, in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Parteigenossen befinde, vermag ich nicht zu entscheiden. Meines Wissens ist diese Frage in der Parteipresse überhaupt noch nicht diskutiert worden und auch die Parteitage haben hierzu noch keine Stellung genommen. Der sozialdemokratische Redner, der, von dem Gegner gestellt, Rede und Antwort stehen muß, kann sich in dieser Frage auf keine Parteikundgebung berufen und muß — insbesondere wenn er Reichstagskandidat ist — seiner eigenen Anschauung Ausdruck geben. Was die erste Bedingung betrifft, so zweifle ich allerdings nicht, daß die Mehrheit der Parteigenossen sich meiner Anschauung anschließen wird. Für die Reichspolitik ist ein Block der Linken, der sich nicht energisch gegen den Fleisch- und Brotwucher wendet, ein Unding. Damit ist aber auch gegeben, daß die agrarischen Nationalliberalen einem Block, der nicht die Interessen der Großgrundbesitzer, sondern die der Konsumenten und kleinen Bauern vertritt, nicht angehören können. Auch in dem zweiten Punkte, daß es Aufgabe eines solchen Blocks sein müßte, das persönliche Regiment zu bekämpfen, glaube ich mich in Überein stimmung mit der Mehrheit der Parteigenossen zu befinden. Die Verfassungsanträge, die unsere Fraktion letzthin gestellt hat, zeigen ja, welche große Bedeutung die Sozialdemokratie gerade dieser Frage beimißt, wobei es natürlich allen Kennern des modernen Verfassungslebens bekannt ist, daß die von uns beantragten Verfassungsänderungen auch nur ein toter Buchstabe bleiben würden, wenn nicht eine im Parlament herrschende Koalition der linken Parteien ihnen in der Praxis des Staatslebens Anerkennung erzwingt. Nach den letzten Kundgebungen der führenden Parteipresse glaube ich annehmen zu können, daß auch die dritte der von mir aufgestellten Bedingungen allgemeine Zustimmung finden wird. Rüstungsbeschränkungen auf Grund internationaler Verträge mit den in Frage kommenden Staaten sind ein aktuelles Problem der deutschen Politik, das schon in allernächster Zeit eine Lösung finden muß, wenn dem wahnwitzigen Wettstreiten Schranken gesetzt werden sollen. Ebenso bin ich überzeugt, daß auch die enorme Wichtigkeit der vierten Bedingung von den Parteigenossen anerkannt werden wird. In der gegenwärtigen ungerechten Wahlkreiseinteilung liegen die starken Wurzeln der agrarischen Vorherrschaft in Deutschland. Für das Reich hat eine gerechte Neueinteilung der Wahlkreise ungefähr die gleiche Bedeutung wie die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen: sie würde der Sozialdemokratie eine ihrer Stimmenzahl annähernd entsprechende Vertretung im Reichstag sichern. Widerspruch kann eigentlich nur meine fünfte Bedingung insofern hervorrufen, als einzelne Parteigenossen die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf zehn Stunden als nicht ausreichend ansehen können. Ich gebe aber hier zu bedenken, daß unsere Fraktion noch im Jahre 1890 sich mit einem Normalarbeitstag von zehn Stunden für vier Jahre als Übergangsmaßregel zum Neunstundentag begnügen wollte. Als eine solche Abschlagszahlung und Übergangsmaßregel möchte auch ich meine fünfte Bedingung angesehen wissen und nicht etwa als einen Verzicht auf den Achtstundentag, der mir selbstverständlich völlig fern liegt. Ich meine nun, daß ein Block der Linken, der sich auf das von mir entwickelte Arbeitsprogramm einigen würde, das

deutsche Volk ein gutes Stück vorwärts bringen könnte, vorwärts sowohl in politischer wie auch in sozialer Beziehung.

Nun werden freilich viele Leser sofort mit dem Einwand bei der Hand sein, daß die Hoffnung auf einen solchen Block der Linken, der ein derartiges Arbeitsprogramm akzeptiert, völlig trügerisch sei. Mag sein, daß die Aussichten darauf zurzeit recht geringfügig sind. Ich halte es jedoch für keineswegs ausgeschlossen, daß die große Mehrheit der Reichstagswähler, gleichviel ob sie im liberalen oder sozialdemokratischen Lager steht, sich für ein derartiges, noch mehr oder weniger ausgebautes Arbeitsprogramm gewinnen ließe. Ich selbst bin bei meiner praktischen Agitation in gegnerischen Versammlungen mit den von mir aufgestellten Bedingungen bei den hessischen Linksliberalen auf einen prinzipiellen Widerstand nicht gestoßen. Man darf eben nicht vergessen, daß die bürgerlichen Parteien der Stimmung ihrer Wähler Rechnung tragen müssen. Für so ausgeschlossen ich es nun halte, daß die Wähler der nichtproletarischen Klassen unsere weitergehenden Forderungen akzeptieren könnten, für so möglich halte ich es, daß sie sich für jene Forderungen der praktischen Politik gewinnen lassen. Damit glaube ich auch die Frage des Genossen Kautsky beantwortet zu haben, der von den Anhängern der Idee eines Blocks der Linken verlangte, daß sie erklären möchten, welche positive Arbeit zugunsten des Proletariats sie von einer Arbeitsmajorität der Linken erwarten.

Ich hoffe, durch diese kurzen Darlegungen auch die norddeutschen Parteigenossen davon überzeugt zu haben, daß in Süddeutschland ein sozialdemokratischer Kandidat gar nicht umhin kann, zu der Frage eines Blocks der Linken Stellung zu nehmen. Wir sozialdemokratischen Agitatoren werden dazu gezwungen und müssen wohl oder übel Farbe bekennen. Dabei entsteht natürlich die Gefahr, daß man sich mit seinen Ausführungen in Widerspruch zu einer mehr oder minder großen Zahl von Parteigenossen setzt, weil ein Parteibeschluß darüber, welche Bedingungen von den Liberalen anerkannt werden müssen, wenn wir mit ihnen einen Block der Linken bilden sollen, noch nicht vorliegt. Ein solches Zusammenwirken ein für allemal als unmöglich hinstellen, hieße aber nur die Geschäfte des Reichsverbands zu besorgen, dessen Redner, die bei uns in keiner Versammlung fehlen, dann mit Recht erklären könnten, die Sozialdemokratie sei eine Partei der Negation, die jeden Fortschritt zu vereiteln sucht und nur auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung hinarbeitet. Ein Zusammengehen mit den linken Parteien prinzipiell verwerfen kann meiner Meinung nach nur ein Parteigenosse, der entweder einen Umschwung der deutschen Politik von einer revolutionären Erhebung des Proletariats erwartet oder sich der Hoffnung hingibt, daß die Sozialdemokratie bald die Mehrheit im deutschen Reichstag erringt. Die Spekulation auf eine baldige revolutionäre Erhebung halte ich für durchaus trügerisch; noch phantastischer scheint mir aber die Annahme, daß die Sozialdemokratie auf dem Boden der heutigen Wahlkreiseinteilung die Mehrheit im Reichstag erlangen und behaupten könnte. Soll daher in Deutschland das persönliche Regiment beseitigt und das parlamentarische Regierungssystem eingeführt werden, so müssen, da keine der Parteien über die absolute Mehrheit verfügt, die einander nahestehenden Parteien sich zu einem herrschenden Block zusammenschließen. Ein parlamentarisches Regierungssystem ohne einen herrschenden Block ist unmöglich, es sei denn, daß eine einzelne Partei über die Mehrheit im Parlament verfügt. Solange man mir nicht an Hand der parlamentarischen Praxis der demokratischen Staaten nachweist, daß ein parlamentarisches Regierungssystem auch ohne eine regierende Parlamentsmehrheit möglich ist, werde ich daher als guter und überzeugter Anhänger der sozialistischen Demokratie bei meiner früher geäußerten Anschauung beharren, daß in Deutschland nur auf dem Wege der Blockpolitik das persönliche Regiment und die Herrschaft der agrarischen Reaktion gebrochen werden kann.

Auch eine Nachwahlbetrachtung.

Von **Erich Roßmann** (Stuttgart).

Selten sind dem Liberalismus nach einer Nachwahl so viel Lehren gegeben worden, als nach dem Wahlausfall von Cannstatt-Ludwigsburg. Wochenlang hat dieser seit 1907 beispiellose Sieg der Sozialdemokratie die Presse in Atem gehalten. Dem Nationalliberalismus wurde in überflüssiger Aufdringlichkeit von der rechtsstehenden Presse geraten, er möge die „Steuerhetze" doch endlich aufgeben, da sie, wie Cannstatt-Ludwigsburg erneut und mit besonderer Deutlichkeit beweise, nur Wasser auf die Agitationsmühlen der Sozialdemokratie liefere. Diese Ratschläge wurden verknüpft mit mehr oder minder deutlichen Einladungen zum offenen Wiederanschluß der Nationalliberalen an die schwarzblaue Reaktion. Die Firma Heydebrand-Spahn-Bassermann soll ja nach einer Auslassung Erzbergers in Landau dem deutschen Volke schon einmal eine „fruchtbare politische Periode" gebracht haben. Herr Erzberger dachte da offenbar an die alte Zolltarifmehrheit, in der sich die Nationalliberalen zu allergetreuesten Schildknappen für jeden parlamentarischen Lumpenstreich hergaben. Es ist in der Tat nicht zuletzt das Zentrum, das sich danach sehnt, die Nationalliberalen wieder vollkommen in der Rolle politischer Lastesel für die Reaktion zu sehen. In dem Bassermannspektakel hat die „Kölnische Volkszeitung" dieser Sehnsucht in einer Weise Ausdruck gegeben, die jedes Mißverständnis ausschließt. Sie meinte, Herr Bassermann könne nach seinen „Wanderjahren" wohl noch einige „Meisterjahre" gebrauchen, um seine Partei wenigstens dann so zu verlassen, wie er sie angetroffen habe. Trotz aller Redensarten über die Unabhängigkeit der nationalliberalen Politik, in denen sich Herr Bassermann kürzlich noch gefiel, ist es doch ein offenes Geheimnis, daß der Anschluß an die alte Zolltarifmehrheit den Herzenswünschen des weitaus überwiegenden Teiles der nationalliberalen Partei entspricht.

Je offener aber dieses Bestreben zutage tritt, desto schwerer vermag die Fortschrittliche Volkspartei ihr „freundschaftliches Verhältnis" zum Nationalliberalismus zu begründen. Seit Monaten ist es eine Gepflogenheit der fortschrittlichen und nationalliberalen Presse, dieses „freundschaftliche Verhältnis" mit besonderer Betonung in den Vordergrund zu stellen. Die wahltaktischen Vereinbarungen, die beide Parteien bei verschiedenen Nachwahlen trafen, fielen daher noch weniger auf, als es unter anderen Umständen der Fall gewesen wäre. Eine Ausnahme machte Cannstatt-Ludwigsburg. Hier war das Abkommen zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern Gegenstand scharfer Anfechtungen in der nicht auf den Blockfreisinn eingeschworenen linksliberalen Presse. Besonders nach der Wahl wurde das Abkommen zur Grundlage eindringlicher Mahnungen und Lehren für die Fortschrittliche Volkspartei gemacht.

Die Schwere der Niederlage der liberalen Parteien in Cannstatt-Ludwigsburg bildet für diese Erscheinung keine hinreichende Erklärung. Die Ursachen liegen, wie wir sehen werden, viel tiefer. Die Führer des württembergischen Teiles der Fortschrittlichen Volkspartei haben vor Jahren noch manchen treffenden Beitrag zur Charakterisierung der schwachsinnigen Patriotenpolitik des Nationalliberalismus geliefert. Tausendfach hat die volksparteiliche Presse Württembergs bis in die Gegenwart hinein unwiderlegliche Beweise für die Tatsache geliefert, daß der offizielle schwäbische Nationalliberalismus eine besondere reaktionär-agrarische Spielart sei. Die „Frankfurter Zeitung" stattete den schwäbischen Nationalliberalismus noch 1907 mit dem schmeichelhaften Namen des „mißratensten Nationalliberalismus" aus, dessen nationales Feigenblatt ebenso zerschlissen sei wie das liberale, von dem sich „jeder ehrliche Politiker mit Ekel und Abscheu abwenden" müsse. Diese gallige Kritik hat natürlich die ehrlichen Politiker der schwäbischen Volkspartei nicht abgehalten, zur Niederhaltung der Sozialdemokratie schon zwei bis drei Wochen später die innigste Waffenbrüderschaft mit dem mißratensten Nationalliberalismus zu schließen. Da sich aber der württembergische Teil der Fortschrittlichen Volkspartei immer noch

viel auf seine demokratische Vergangenheit einbildet, so mußte der Eifer, mit dem er in Cannstatt-Ludwigsburg für den nationalliberalen Kandidaten ins Feuer ging, doch noch erhebliches Aufsehen erregen. Hat doch die Fortschrittliche Volkspartei die Hauptspesen der Agitation für den nationalliberalen Kandidaten bestritten! Man muß auf die Fusion des Linksliberalismus zurückgehen, um eine ausreichende Erklärung für diese Tatsache zu gewinnen.

Vor etwa Jahresfrist stand die Fusion des Linksliberalismus im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen. Während die Freisinnige Volkspartei damals in der Öffentlichkeit eine kühle Reserve mimte, wurden die Einigungsbestrebungen von der württembergischen Volkspartei unter der Führung Payers mit besonderem Eifer gefördert, obwohl den leitenden Personen doch nicht unbekannt sein konnte, daß ihre Partei, als diejenige unter den Fusionsparteien mit dem radikalsten demokratischen Programm, die meisten Programmforderungen werde unter den Tisch fallen lassen müssen.

Der Fusionseifer der württembergischen Volkspartei war also auffällig. Auffällig besonders angesichts der Bedingungen, die damals von Müller-Meiningen, der Mitglied des Einigungsausschusses war, für die Einigung formuliert wurden. Diese Bedingungen waren: Bedingungslose Angliederung an die Freisinnige Volkspartei, taktische Verständigung mit den Nationalliberalen bei den Wahlen. Diesen beiden Bedingungen hat sich die schwäbische Volkspartei ohne Murren gefügt. Die paar Mißvergnügten wurden scharf zurückgepfiffen. Alles Demokratische, das im Programm der Süddeutschen Volkspartei von 1895 aufzufinden war, wurde mit peinlicher Gewissenhaftigkeit aus dem neuen Katechismus der Fortschrittlichen Volkspartei ferngehalten. Preisgegeben wurden unter anderem folgende Forderungen: Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in den Gemeinden, die Einführung des Referendums, die Öffentlichkeit der Bundesratsverhandlungen, die Unentgeltlichkeit der Lernmittel, die Trennung von Staat und Kirche, die Abschaffung der Todesstrafe. Alles also unerläßliche Bestandteile eines jeden demokratischen Programms, alles wichtige Unterscheidungsmerkmale zwischen Liberalismus und Demokratie. Die bedingungslose Angliederung an die vom Berliner Kommunalfreisinn beherrschte Freisinnige Volkspartei wurde glatt vollzogen. Damit war aber auch ein Riesenschritt nach rechts und eine starke Annäherung an den Nationalliberalismus vollzogen, die von diesem mit Jubel und Entzücken begrüßt wurde. Der rechtsnationalliberale „Schwäbische Merkur" in Stuttgart schrieb damals:

> „Damit hat die alte schwäbische Demokratie, die Partei der Achtundvierziger, aufgehört zu existieren. Man gab sich zwar viel Mühe, den Wechsel zu verhüllen. Nur die Form — hieß es — ändere sich, der Geist bleibe der alte. Für Parteien ist aber auch die Form, in der sie erscheinen, nicht ohne Bedeutung. Aber es ist nicht nur die Form geändert, sondern ebenso der Inhalt des Programms. Alte Forderungen, die in der Geschichte der Volkspartei eine Rolle spielten, sind in die Versenkung gefallen. Aufgegeben ist die Forderung der Verkürzung der Legislaturperioden — welcher Sturm ging durch die demokratische Presse, als die Reichstagsperioden verlängert wurden! —, die Forderung des Referendums, ein altgeheiligtes Verlangen der echten Urdemokraten, der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, der Öffentlichkeit der Bundesratssitzungen, des Ersatzes der indirekten Steuern durch direkte; wesentlich verschoben die Stellung zur Wehrfrage, unausgesprochen das Verlangen nach dem allgemeinen direkten Wahlrecht auch für die Gemeinden. Niemand wird darüber eine größere Genugtuung empfinden als der gemäßigte Liberalismus, der in früheren Zeiten von der Volkspartei oft und scharf angegriffen worden ist, weil er hier nicht mitmachte. Der deutsche Liberalismus hätte diesen erfreulichen und für alle seine Teile ersprießlichen Zustand schon länger als ein Menschenalter haben können, wenn der Volkspartei die alten Eierschalen nicht so lange angeklebt hätten, die sie nun abzustreifen beginnt. Das ist mit ein

Verdienst der Blockära, in der die Volkspartei auch im Reiche praktische Politik zu treiben gelernt hat und nach deren Beendigung sich ihr die Überzeugung von der Notwendigkeit der Fusion und damit des Verzichtes auf so manche unfruchtbare alte Eigenbrödelei gebieterisch aufgedrängt hat."

Die schwäbische Demokratie hat freudig und willig die „demokratischen Eierschalen" abgestreift. Der auffällige Eifer, mit dem gerade sie auf die Fusion hinarbeitete, ließ doch erkennen, daß ihr diese ein willkommener Anlaß war, den demokratischen Ballast über Bord zu werfen. Die politische Praxis der schwäbischen Demokratie stand schon lange in einem starken Kontrast zu ihrem Programm. Ihr Weg ging unaufhaltsam nach rechts. Ein praktisches Ergebnis dieser Wandlung ist die wahltaktische Verständigung mit der nationalliberalen Partei. Die schwäbische Volkspartei unterwarf sich auch der zweiten Fusionsbedingung!

Die Volkspartei bildet sich ein, die Sozialdemokratie sei darüber verstimmt. Da irrt sie sich. Ein solches Zusammengehen schon im ersten Wahlgang schafft nur Klarheit. Klarheit kann uns die großen politischen Kämpfe, denen wir zusteuern, nur erleichtern. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, was du bist. Der schwäbische Nationalliberalismus aber ist reaktionär bis auf die Knochen. Ob ein Zusammengehen mit ihm den deutschen Liberalismus fördert, steht auf einem anderen Blatt. Es ist nicht Aufgabe der Sozialdemokratie, sich wegen der Zukunft des deutschen Liberalismus Sorgen zu machen. Tatsache aber ist: So oft Nationalliberale und Fortschrittler bisher bei Nachwahlen ihre Konkursmasse zusammenwarfen, hatte man nach der Wahl die Empfindung, als ob zwei leere Krüge ineinander gegossen worden wären. Mit dem Abrücken von allen Grundsätzen der Demokratie ist der schwäbischen Volkspartei auch jegliches Verständnis für die Volksseele abhanden gekommen. Sonst müßte ihren Führern doch der einfachste politische Verstand sagen, daß man in einer Zeit, in der sich ein starker Zug nach links bemerkbar macht, Programm und Taktik nicht nach rechts drehen darf. Ein solcher Widerspruch wird sich immer rächen. Die Wähler empfinden eine solche Taktik als Heuchelei. Sie sind es müde, sich als Schachfiguren behandeln zu lassen. Es gibt freilich auch eine Erklärung dafür, warum die schwäbische Volkspartei gerade in dieser Zeit die „demokratischen Eierschalen" abgestreift hat. Obwohl die politische Demokratie den wirtschaftlichen Interessen des Bürgertums zweifellos am meisten entspricht, ist das Bürgertum in Deutschland für die Demokratie doch völlig verloren. Das Bürgertum hat eine demokratische und liberale Forderung nach der anderen preisgegeben aus Furcht vor der anwachsenden Macht der Sozialdemokratie, durch die es das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit die Quelle seiner wirtschaftlichen Privilegien bedroht sieht. Das deutsche Bürgertum hat vergessen, daß es einst ebenso in seinem Klasseninteresse die wirtschaftlichen und politischen Privilegien des Feudalismus bedrohte. Der Besitz, der Kapitalismus haben das Bürgertum politisch reaktionär gemacht. Die Sorge um den Besitz führt es unter die Fittiche der alten Autoritäten Monarchie, Feudalismus und Militarismus zurück. Die Reaktion ist dem Bürgertum heute vielfach eine willkommene Polizeibehörde, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln und den kapitalistischen Mehrwert vor sozialistischen Einbrüchen schützt. Diese Furcht vor dem Sozialismus beherrscht das ganze deutsche Bürgertum. Sie wird nur hin und wieder durch politische Ereignisse von elementarer Gewalt unterbrochen, die das Bürgertum den gefährlichsten Klassengegner im Junkertum erkennen lassen. In solchen Zeiten wird der politische Liberalismus gezwungen, wenigstens zeitweise Miene zu machen, als kehre er seine Kampffront nach rechts, weil sonst ein Massenabfall der Wähler vom Liberalismus eintreten würde. Es ist gut, wenn die Sozialdemokratie unter dem Eindruck solcher Ereignisse die normale Entwicklungslinie der deutschen Bourgeoisie nicht aus dem Auge verliert, von der das Bürgertum trotz aller zum Teil vielleicht recht ernst gemeinten Nachwahllehren nicht dauernd abweichen wird.

Reformismus und Klassenkampf.

Zur Diskussion über Budgetbewilligung und Massenstreik.

Von einem Badener.

Unter verschiedenen Formen, aber mit einer in der Tiefe des Gegensatzes begründeten Regelmäßigkeit tritt der Kampf zwischen marxistischer Sozialdemokratie und Revisionismus immer wieder an die Öffentlichkeit. Wenn die neueste Phase dieses Kampfes sich nicht mehr als theoretische Auseinandersetzung, sondern bereits als bewußte Durchbrechung der so hoch bewerteten Einheitlichkeit der Parteiaktion äußert, so müssen die Unterschiede in der Auffassung von Ziel und Verlauf des proletarischen Emanzipationskampfes einen hohen Grad erreicht haben.

Es mag deshalb angebracht sein, die Ursachen dieses geistigen Gegensatzes innerhalb der internationalen Sozialdemokratie, der sich bald als Reformismus, bald als Syndikalismus äußert, zu beleuchten. Diesem Zwecke hoffen die nachstehenden Ausführungen zu dienen.

1. Die Grundlagen des Klassenkampfes.

Die Klassenkämpfe einer gegebenen geschichtlichen Periode samt ihren ideologischen Ausdrucksformen entsprechen der gleichzeitig erreichten wirtschaftlichen Entwicklungsstufe. Ihre Intensität bildet den Gradmesser für das Spannungsverhältnis zwischen der ökonomischen Struktur und den politischen Einrichtungen der Gesellschaft.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse besteht in der Ersetzung der kapitalistischen durch die sozialistische Produktionsweise. Zum Bewußtsein dieser Aufgabe kommt das Proletariat einerseits durch die Zuspitzung der Klassengegensätze, woraus das Bedürfnis nach gerechter Verteilung des Arbeitsprodukts entspringt, andererseits infolge der Erkenntnis der Unmöglichkeit, dieses Bedürfnis innerhalb des auf dem Privateigentum beruhenden Klassenstaats zu befriedigen. Daraus resultiert die Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung und die Forderung einer sozialen Neugestaltung. Je mehr dieses Verlangen nach grundsätzlicher Änderung seiner Klassenlage und die Überzeugung von der objektiven Möglichkeit seiner Durchführung im Proletariat verbreitet ist, desto mehr ist die psychologische Voraussetzung jenes Umwandlungsprozesses gegeben, desto befähigter aber auch die Arbeiterklasse zur Führung ihres reformatorischen Kampfes im Gegenwartsstaat. Die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins im schärfsten Gegensatz zur kapitalistischen Wirklichkeit ist daher für die Beurteilung des politischen Reifegrads der Arbeiterklasse entscheidend.

Der Revisionismus vertritt allerdings die als „wahren Marxismus“ deklarierte Auffassung, die Entfaltung der objektiven Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise, die Verwirklichung des bürgerlichen Rechtsstaats und, innerhalb dieser Grenzen, die Erstrebung einer gesteigerten Anteilnahme an den Kulturgütern bilde die Haupt-, wenn nicht alleinige Aufgabe der proletarischen Bewegung.[1] Daraus ergebe sich die Entwicklung zum Sozialismus von selbst, kraft der dem Kapitalismus eignenden Bewegungsgesetze.[2] Nichts irriger als dieser

---

[1] David und seine Freunde begründen die Notwendigkeit einer sozialistischen Kolonialpolitik damit, daß die Kolonien durch den Kapitalismus hindurch müßten; und Schippel rechtfertigt sogar die Sklaverei unter Berufung auf Marx!

v. Elm schrieb schon vor zehn Jahren („Neue Zeit“, XVIII, 2): „Die Veränderungen, welche eine neue Bewegung auf dem gesamten Gesellschaftsorganismus hervorgebracht hat, die Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen des Landes sind für mich das Entscheidende, und nach diesem Maßstab beurteilt, ist das englische Volk der Verwirklichung des sozialistischen Ideals näher als das deutsche.“

[2] In dem eben zitierten Artikel spricht Elm weiter die Hoffnung aus, daß die Neutralität „in nicht allzu ferner Zeit praktisch in den Gewerkschaften vollständig durchgeführt und damit die Basis gegeben wird zu rein proletarischen Kampfesorganisationen, in welchen

Frankfurter Zeitungs-Sozialismus. Die Entfaltung der Produktivkräfte und der bürgerlichen Grundfreiheiten in der kapitalistischen Gesellschaft bildet die geschichtliche Aufgabe der Kapitalistenklasse, die sie auch gründlich und gewissenhaft durchführt, solange und in soweit dies ihren Profitinteressen entspricht. Gewiß hat das Proletariat das größte Interesse am Bestehen wirtschaftlicher und politischer Freiheit, weil diese die günstigen Bedingungen für die Führung eines Klassenkampfes bildet. Das Maß vorhandener Bewegungsfreiheit bestimmt die Formen, die Taktik und beeinflußt das Tempo des proletarischen Kampfes. Keinesfalls vermag es jedoch dessen Inhalt, das bewußte Erstreben des sozialistischen Endziels, zu ersetzen. Auch der proletarische Klassenkampf bildet einen psychologischen Prozeß, der die Loslösung von den Ideologien der herrschenden Klassen und die bewußte Aneignung der eigenen Klassenideologie umfaßt. Das aus der Erkenntnis der objektiven Entwicklungstendenzen erwachsende Ideal besitzt eine gewaltige Schöpferkraft, und es ist in dieser Begrenzung des Begriffs schon richtig, daß, wie die Völker, so auch die Klassen ihre Geschichte selbst machen.

2. Gewerkschaftlicher und parlamentarischer Possibilismus.

Die Revolution von 1848 brachte die Scheidung von Bourgeoisie und Proletariat; die Arbeiterschaft konstituierte sich als selbständige Klasse. Aber nur langsam konnte sich die proletarische Bewegung in der dumpfen Atmosphäre der Konterrevolution entwickeln. Fast 20 Jahre später entstand erst in der „Internationale" jene bedeutungsvolle Organisation, die den sozialrevolutionären Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital zusammenfaßte und auf höherer Stufenleiter einleitete.

Nach befand sich das moderne Industriekapital des Festlandes in seinen Anfangsstadien, weit entfernt von dem heutigen entscheidenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben samt dem es regulierenden Verwaltungsapparat. Dagegen hatte das Proletariat bereits ein verhältnismäßig starkes, wenn auch ungeklärtes Klassenempfinden entwickelt. Unter diesen Umständen erfocht der junge Riese, als er nach dem ersten Recken seiner Glieder die Macht der Klassensolidarität erfahren hatte, manch überraschenden Erfolg. Die Möglichkeit, die dem ersten Ansturm ratlos und furchterfüllt gegenüberstehende Bourgeoisie niederzuwerfen und somit der ökonomischen Unfreiheit ein Ende zu machen, erschien als eine Frage naher Zukunft.

Aber der in seinen kühnen Anfängen so verheißungsvolle Kampf läutete nicht sowohl die Sterbestunde des Kapitalismus, als vielmehr das Erwachen des modernen

---

Arbeiter aller religiösen und politischen Schattierungen brüderlich zusammenwirken — ausgesprochenermaßen lediglich und allein für die Verbesserung ihrer Lage unter den heutigen Verhältnissen, damit aber auch gleichzeitig — bewußt oder unbewußt — für die Verwirklichung des Sozialismus".

Und Oda Olberg zitiert („Neue Zeit", XXI, 1) die Äußerung eines Referenten auf dem Parteitag zu Imola: „Nicht unsere Propaganda, sondern die Macht der Tatsachen wird die Arbeiter, denen wir im wirtschaftlichen Kampfe beistehen, zu uns auf das rein politische Gebiet bringen." Zu dieser Abstinenz auf dem Gebiete der sozialistischen Erziehung, die inzwischen zur Aufhebung der Institution der Parteipropagandisten und sogar zum ernstlich diskutierten Vorschlag der Ersetzung sozialistischer Parteiabgeordneter durch professionelle Arbeiterdeputierte in Italien geführt hat, bemerkte Olberg damals treffend: „Der heutige Kultus der selbsttätigen Entwicklung des proletarischen Klasseninstinkts, den die Empiriker unserer Partei treiben, führt in seiner äußersten Konsequenz zur Verneinung der geschichtlichen Aufgabe der Partei. Wenn die italienischen Reformisten keine Parteileitung wollen, weil diese nutzlos sei, nur das Fazit der Bewegung ziehe und ihre Beschlüsse nur formalen Wert haben, wenn sie eine sozialistische Propaganda unter den Landarbeitern ablehnen, weil diese durch die Entwicklung selbst zum Sozialismus kommen, wenn sie keine Leitung und Kontrolle durch den Parteivorstand der Parteipresse und der Parlamentsfraktion gegenüber dulden wollen, weil das Proletariat aus eigenem Instinkt verwirft und billigt, ... so entspringt das alles einer ... Auffassung, nach der die Bewegung eine Art Naturerscheinung ist."

Proletariats ein. Die herrschenden Klassen und ihre Regierungsausschüsse erholten sich von ihrem ersten Schrecken, die Avantgarde des kämpfenden Proletariats wurde im Blutbad der Kommune erstickt. Die Bourgeoisie vollendete ihre nationale Konsolidierung und sicherte sich neben dem wirtschaftlichen Übergewicht auch die politische Macht. Es vollzog sich nun jene gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte, deren Gesetzmäßigkeit Marx erforscht und unserem Verständnis übermittelt hat. Noch lange nicht war der Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung erreicht, immer gewaltiger wuchs die Mehrwertaneignung und mit ihr die Konzentration des Kapitals.

Gemäß der veränderten Situation änderten sich auch die Kampfesmethoden des Proletariats. An eine Schlacht auf der ganzen Linie war angesichts der Rückständigkeit breiter Proletariermassen und der Übermacht des Kapitals nicht zu denken; so begann der Kleinkrieg in Werkstatt und Parlament. Um die Entscheidungsschlacht vorzubereiten, mußte der Tageskampf auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet geführt, mußte die Organisation der Arbeiterklasse auf breitester Basis durchgeführt werden.

Der internationale Klassenkampf differenzierte sich; die Organisationen wurden national und professionell. Die Auseinandersetzung in und mit der Gegenwart trat in den Vordergrund, sowohl in politischen wie wirtschaftlichen Kämpfen, für deren Durchführung sich selbständige, getrennte Organe bildeten. Das sozialistische Problem löste sich in Dutzende sozialpolitischer Fragen auf und die überwiegende Beschäftigung mit diesen ließ die Bedeutung des Zukunftsideals und einer prinzipiellen Propaganda in den Hintergrund treten. Die strategische Ausbildung im Tageskampf löste die theoretische Durchbildung ab.

Als natürliche Folge dieser Entwicklung verwischten sich die scharfen Grenzen zwischen bürgerlicher und proletarischer Sozialpolitik. Reformpolitik bedeutete nicht die Stärkung der proletarischen Kampfposition, sondern Reformierung der kapitalistischen Gesellschaft, ihre Umbildung und Aushöhlung im Sinne einer demokratischen Arbeiterpolitik. Ein großer Teil der zwischen den Klassen pendelnden Unentschiedenen war zur Unterstützung einer Politik bereit, die auf die Durchführung der sozialrevolutionären Ziele verzichtete. Dieser Zuzug aus dem bürgerlichen Lager verstärkte die reformistische Bewegung, die die Überwindung des Kapitalismus durch eine Politik des Entgegenkommens, des sofort Erreichbaren, kurz durch den Possibilismus erstrebte.

So entstand die Fiktion, daß die politische und wirtschaftliche Macht partiell, schrittweise erobert werden könne. Nicht nur die Arbeiterklasse erscheint an dem Demokratisierungs- und Sozialisierungsprozeß interessiert, der sich friedlich und unmerklich, zum Beispiel schon mit der Übernahme einer Straßenbahn oder eines Elektrizitätswerks in städische Regie, vollzieht, sondern gleichermaßen die wachsende Schicht des aufgeklärten Bürgertums. In Frankreich wird die „Solidarität der Klassen", in Deutschland das steigende „soziale Verständnis des Unternehmertums" entdeckt und damit die reformistische Methode gerechtfertigt. Zuerst bedarf es noch der Aufnahme eines „Sozialisten" ins Ministerium — in Frankreich besorgen zur Zeit sogar drei Minister, darunter ein Generalstreikler als Präsident, die Aushöhlung der kapitalistischen Gesellschaft, um die Illusion der Gleichberechtigung im Klassenstaat zu erwecken. Bei unseren gelbroten Revisionisten in Baden dagegen genügt schon eine unverbindliche Verbeugung eines gefährdeten Ministers, um die von ihm zuvor so übel zugerichtete Ehre zu reparieren, und ihnen die Vertrauensformel für den Ausbeutungsstaat abzuringen. Weshalb auch sollte der Reformist, der die Umbildung des kapitalistischen Staats in ein sozialistisches Gemeinwesen durch sozialreformerische Mittel, im Zusammenwirken mit bürgerlichen Schichten, für möglich hält, grundsätzlich gegen das Budget des Klassenstaats stimmen?[1]

[1] Für mich als Badener hat die Entwicklung der badischen Parteiverhältnisse einen besonderen Reiz. Ich entsinne mich noch der Situation in den 90er Jahren, als Sozialdemokratie und Zentrum brüderlich — zum Teil unter Aufstellung gemeinsamer Wahlmänner-

Die Unfruchtbarkeit dieser angeblich realistischen, in Wirklichkeit aber illusionären Politik ruft notwendig früher oder später eine Reaktion in der Arbeiterklasse hervor. Der parlamentarische Kretinismus findet sein Gegenstück im Anarchismus, welcher der mehr oder minder verklausulierten Anerkennung des kapitalistischen Staates dessen völlige Ignorierung sowie die Negation seiner Einrichtungen entgegensetzt.

3. Generalstreik und Antiparlamentarismus.

Schon zu den Zeiten, als der Einfluß der Internationale seinen Höhepunkt erreichte, bildete der Generalstreik als wichtigstes Mittel zur Niederwerfung der bürgerlichen Gesellschaft das Glaubensbekenntnis namentlich der romanischen Sektionen unter der Führung Bakunins. Hand in Hand damit ging die Verwerfung des politischen beziehungsweise parlamentarischen Kampfes. Wozu auch den langwierigen Prozeß der politischen Aufklärung der Massen durch tägliche Brandmarkung der kapitalistischen Kulturfeindlichkeit und Aufrollung aller sozialen Probleme im Parlament, wenn es genügt, das Proletariat für die ebenso einfache wie gewaltige Idee des Generalstreiks zu begeistern, um es auf immer seiner Fesseln zu entledigen?

Die Generalstreikpropaganda mußte in dieser Form und zumal in jenem frühen Stadium scheitern; völlig erloschen ist sie jedoch nie. Besonders in Ländern mit unentwickelteren Produktionsverhältnissen, in denen also die Sozialisierungstendenzen weniger scharf zum Ausdruck kamen, fand sie stets wieder fruchtbaren Boden. Die ökonomische Rückständigkeit förderte das Aufkommen eines Gefühlssozialismus, der weniger der Einsicht in die historischen Bedingungen des Klassenkampfes, als vielmehr der Empörung über die steigende Massenverelendung entsprang. Nicht die ökonomische Entwicklung, sondern die sittliche Empörung wurde als die primäre Ursache der sozialen Umgestaltung betrachtet, während als Gesellschaftsideal, entsprechend der kleinbürgerlichen Struktur, ein individualistischer Kommunismus erstrebt wurde. Bei dem Mangel einer kraft- und machtvollen industriellen Arbeiterklasse mußte der politisch-parlamentarische Kampf zur Überwindung der bürgerlichen Ordnung aussichtslos erscheinen, besonders wenn das Parlament den Tummelplatz kleinbürgerlicher Demagogie und großbürgerlicher Korruption bildete. An Stelle des Kampfes um die politische Macht trat die Propaganda der Befreiung der Persönlichkeit, die sich mittels eines ökonomisch-revolutionären Aktes der Ausbeutung und Unterdrückung entziehen sollte. Das Mittel der Befreiung bestand in der konsequenten Verweigerung der Persönlichkeit für die Zwecke des Ausbeutertums. In dem Maße, als diese Methode vom Proletariat angewendet werde,

---

listen — gegen die Nationalliberalen zu Felde zogen, um deren jahrzehntelange verderbliche Parteiherrschaft zu brechen. Für einen Nationalliberalen zu stimmen, galt als der Gipfel der Charakterlosigkeit. Erst als nach Inkrafttreten des neuen, ihnen abgetrotzten Wahlrechts die Nationalliberalen die Majorität im Landtag verloren und ohne die Unterstützung unserer Partei den Verlust des seit nun einem halben Jahrhundert besetzten Ministersessels sowie des Verwaltungsapparats riskierten, da änderten — nicht die Nationalliberalen, sondern unsere Genossen, wie das offizielle nationalliberale Parteiorgan treffend schrieb, ihre Haltung. Ob also „die besondere politische Situation" oder vielmehr das Segeln im bürgerlichen Fahrwasser die Veranlassung zum Disziplinbruch gab, mag danach beurteilt werden.

Zur Haltung unserer Genossen gegenüber der Monarchie mag die Tatsache angeführt werden, daß es keine grimmigere, bis ins hohe Alter bewahrte und jederzeit bekundete Gegnerschaft zu unserer Partei gab, als die des verstorbenen, von Frank und Kolb so innig betrauerten Großherzogs. Besonders delikat ist die Erinnerung daran, daß dieser nach dem sozialdemokratischen Reichstagswahlsieg in Mannheim die Stadt jahrelang demonstrativ mied, wahrscheinlich zum Zeichen seiner besonderen Hochachtung. Ein Grund mehr, die Gefühle des „Demonstrationen" so abholden Genossen Frank, des heutigen Vertreters von Mannheim, verständnisvoll zu schätzen.

würde die Funktion des Kapitalismus und seiner Herrschaftsmittel stillgelegt werden können.

Aber je mehr der Kreislauf der kapitalistischen Weltwirtschaft auch diese Länder erfaßte und damit die Grundlage für eine andere Taktik schuf, desto mehr wurde der Marxismus der Leitstern der internationalen Arbeiterbewegung. Erst mit dem Auftreten und Erstarken der reformistischen Tendenzen erfuhr die ökonomisch-revolutionäre Richtung einen abermaligen Aufschwung. Allerdings, entsprechend der inzwischen vollzogenen wirtschaftlichen Entwicklung stark verwandelt, in der Form des Syndikalismus, der die Notwendigkeit der proletarischen Organisation auf breitester Grundlage anerkennt, und im Grunde mehr eine Reaktion auf die Verbürgerlichungstendenzen des Reformismus, denn eine Verneinung des politischen Kampfes darstellt.

Reformisten und Syndikalisten stehen sich in scharfem Gegensatze gegenüber. Jene verkennen die Bedeutung der revolutionären Methoden, diese die ökonomische Bedingtheit des Klassenkampfes. Beide Richtungen negieren den dialektischen Charakter der kapitalistischen Entwicklung, die den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des Arbeitsproduktes auf die Spitze treibt und dadurch die psychologischen Bedingungen schafft, die das Proletariat zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung befähigen. Sozialreformatorische Betätigung und revolutionäres Streben, deren innige Wechselwirkung den Aufstieg des Proletariats und seine Befreiung bewirken, erscheinen ihnen als unüberbrückbare Gegensätze.

4. Gesetzlichkeit und Massenstreik.

Anders die marxistische Sozialdemokratie. Sie erkennt die historische Notwendigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise an. Sie bedient sich aller Kampfmittel, die die Bourgeoisie zur Sprengung der feudal-zünftlerischen Ordnung sich geschaffen hat. Wie der Kapitalismus selbst seinen Totengräber, das Proletariat, erzeugt, so liefert er ihm auch in den bürgerlichen Grundfreiheiten wichtige Werkzeuge seiner Emanzipation. Unter dem Einfluß der proletarischen Machtentfaltung verändert sich jedoch der Charakter und die Klassengliederung der bürgerlichen Parteien. Wichtige Teile der Bourgeoisie, vor allem die monopolistische Großindustrie, die vermöge ihres wirtschaftlichen Übergewichts einen mächtigen direkten Druck auf Gesetzgebung, Verwaltung und Exekutive wie auf die von ihr beherrschten Arbeiterschichten ausübt, verlieren das Klasseninteresse an diesen bürgerlichen Grundrechten, werden selbst zu ihren heftigsten Gegnern. Auf jedem Gebiete, auf dem die Arbeiterklasse, trotz aller ihr bereiteten Hindernisse, einen angemessenen Einfluß erlangt, sucht man ihr die gesetzmäßige Grundlage dieses Einflusses zu entziehen (Wahlrechtsraub, Angriff auf die Selbstverwaltung in der Arbeiterversicherung). Die politischen Grundfreiheiten der bürgerlichen Gesellschaft, bei deren „gesetzlicher" Ausnützung wir die bekannten „roten Backen" bekommen, werden unbedenklich beseitigt, wenn ihre Anwendung das Profitinteresse ernstlich verletzt.

Gewiß sind nicht alle Schichten des Bürgertums an der Ausbeutung und Niederhaltung des Proletariats in gleicher Weise interessiert. Noch müssen einzelne Parteien auf wichtige Bestandteile ihrer Wähler proletarischer Herkunft Rücksicht nehmen. Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Schichten der herrschenden Klassen vermindern andererseits zuweilen deren Aktions-, erhöhen unsere Angriffskraft. Diese Gegensätze gilt es auszunützen, bei der Abwehr von Anschlägen auf bestehende wie bei der Erkämpfung neuer Rechte.

Das vermag jedoch nicht darüber hinwegzutäuschen, daß wir uns bereits in einem Zustand heftiger Spannung zwischen Kapital und Arbeit befinden. Umfassende Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiet, die Entwicklung des preußischen Wahlrechtskampfes, der Ausfall der Reichstagswahlen, vermögen unerwartete Wirkungen auszulösen. Jedenfalls stehen dem Proletariat heftige Kämpfe bevor, in denen es sich

nicht auf die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft verlassen darf, wenn es auch auf diesem Gebiet jede Möglichkeit des Kampfes ausnützen muß. Wenn die herrschenden Klassen ihm den bürgerlichen Rechtsboden entziehen oder dauernd vorenthalten, so muß es sich jenes historischen Grundrechts bedienen, das in seiner Klassenstellung fest verankert ist, und das ihm kein Parlament, keine Klassenjustiz und kein Polizei- und Militäraufgebot zu rauben vermag, nämlich des politischen Massenstreiks.

Im Massenstreik sammeln sich alle Probleme des proletarischen Klassenkampfes: die Frage über Richtung und Tempo der sozialen Entwicklung, die des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft, die Frage nach der Rolle des Willens im Kampf um die politische Macht; der Proletarier als Kämpfer erhält tiefere Bedeutung. Seine Anwendung erfordert größten Opfermut und Disziplin, seine Propaganda stärkt daher den Gedanken der Organisation und Solidarität.

Die Diskussion des Massenstreiks in den breitesten Arbeiterschichten erscheint mir daher wohl geeignet, die Aktionskraft der Partei zu fördern. Revisionistische Hirnwebereien, wie die Frage der Budgetbewilligung, würden allerdings dabei kaum auf ihre Kosten kommen; dagegen könnte die Frage der Disziplin auch in diesem Zusammenhang eine nützliche Beleuchtung erfahren.

Literarische Rundschau.

Wilhelm Ostwald, **Energetische Grundlagen der Kulturwissenschaft** (Philosophisch-soziologische Bücherei, XVI. Band). Leipzig 1909, Dr. W. Klinkhardt. 184 Seiten. Preis 5 Mark, gebunden 6 Mark.

Wilhelm Ostwald will den alten Kampf zwischen Materialismus und Idealismus dadurch schlichten, daß er als Grundsubstanz der Welt weder Materie noch Kraft annimmt, sondern die in ihrer Menge unwandelbare Energie. Die Berechtigung und Fruchtbarkeit dieses Unternehmens soll hier nicht untersucht werden, sondern lediglich Ostwalds Versuch, vom Standpunkt der von ihm begründeten Energetik aus der „Kulturwissenschaft" Grundlagen zu geben.

Der Verfasser geht davon aus, daß es das Bestreben jedes Lebewesens sein müsse, möglichst viel Energie sich nutzbringend anzueignen. Dies kann sowohl in der Weise geschehen, daß der Vorrat von verfügbarer Rohenergie vermehrt wird, wofür schon die Anhäufung von Nahrungsmitteln ein Beispiel bietet, als auch durch bessere Ausnutzung der vorhandenen Energien, und dies geschieht am besten durch die Ausgestaltung von Werkzeugen. Während das Tier aber auf dieser Stufe stehen bleibt, wobei es für die Ausbildung der Werkzeuge auf die allmähliche Anpassung seiner Leibesorgane angewiesen ist, hat der Mensch nicht nur das eigentliche Werkzeug erfunden, sondern auch die Maschine im engeren Sinne, die ihm die Ausnutzung fremder Energien, von Sklaven, Tieren oder Kräften der anorganischen Natur ermöglicht. „Die gesamte Kulturarbeit läßt sich als die Bemühung bezeichnen, einerseits die Menge der verfügbaren Rohenergie tunlichst zu vermehren, andererseits das Güteverhältnis ihrer Umwandlung in Nutzenenergie zu verbessern" (S. 24).

Für Ostwald löst sich also die gesamte Kultur in die Entwicklung der Technik auf, für die tatsächlich die Heranziehung und möglichst zweckmäßige Ausnutzung der Energien das höchste Ziel ist. Auf die gesamte Kultur angewandt wäre dieser Maßstab aber völlig unzulänglich und irreführend. Vor allem würde er jede spielerische Betätigung der Kräfte und damit auch die Kunst von der Kultur ausschließen. Sombart könnte also dieses „ekelhafte Baumwollspinnerideal der möglichst hoch gesteigerten Produktivität", zu dem er selbst bis vor zehn Jahren sich bekannt zu haben gesteht, bei Ostwald finden und nicht, wie er glaubt, bei Marx. Es ist daher auch nur konsequent, wenn Ostwald zu der Behauptung kommt, „daß aller

Kulturfortschritt darauf gerichtet ist, die Schwankungen der Lebensbedingungen so klein wie möglich zu machen", eine Aussicht, die diese Kultur nicht gerade sehr verlockend erscheinen läßt.

Nun ist gewiß eine Untersuchung der Frage nicht ohne Wert, wie sich die verschiedenen Wirtschaftsverfassungen zur Aneignung und Nutzung der freien Energien, das heißt also zur Entwicklung der Technik verhalten, und diese Aufgabe ist auch schon wiederholt in Angriff genommen worden. Natürlich setzt sie zu ihrer Behandlung eine genaue Vertrautheit mit den wirtschaftlichen Tatsachen und Theorien voraus. Es ist daher sehr auffallend, daß Ostwald, der Vertreter der exakten Forschung auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, von dieser unerläßlichen Voraussetzung hier glaubt absehen zu dürfen. Die Kenntnis der Literatur über die soziologischen Theorien erklärt er selbst eher gemieden als gesucht zu haben. Aber auch seine Kenntnis der Tatsachen scheint über die des täglichen Lebens und gelegentlicher Zeitungslektüre keineswegs hinauszugehen. Von geschichtlichem Studium oder Verständnis ist überhaupt keine Rede.

Charakteristisch für die Kühnheit, mit der dieser Chemiker an gesellschaftliche Fragen herantritt, ist es zum Beispiel, daß er das Problem erörtert, ob die Gesellschaft ursprünglich durch einen Gesellschaftsvertrag oder durch Zwang eines Stärkeren zustande gekommen sei. Die Diskussion dieser Frage datiert ungefähr aus derselben Zeit wie die des Phlogiston in der Chemie. Was würde aber Ostwald dazu sagen, wenn heute etwa ein Ökonom ein Buch über die Grundlagen der Chemie schriebe, indem er die Tatsachen der Küche mit Hilfe der phlogistischen Theorien zu erklären suchte? In den Sozialwissenschaften aber soll ein solches Vorgehen nicht nur erlaubt sein, Ostwald hält es für höchst fruchtbar und zur Lösung der schwierigsten Fragen geeignet.

So macht er sich denn auch unentwegt an diese heran. Wert ist ihm gleichbedeutend mit Energie, und daraus folgert er eine neue Zinstheorie. Das Geld ist nämlich ein universales Werkzeug, das große Mengen Energie erspart und mithin die Produktivität erhöht, also Werte schafft. Der Zins ist daher vollkommen gerechtfertigt — solange das zinstragende Vermögen nicht zu groß ist. Ostwald findet es höchst unlogisch, daß der Staat, der keinem Privaten erlaubt, auch nur einige tausend Bewaffneter zu halten, „ohne Widerstand duldet, daß Riesenvermögen, deren Gewalt über die Mitbürger viel weiter geht als die einiger tausend bewaffneter Männer, nicht nur angesammelt werden", sondern auch vererbt. Es müßte daher „der Staat dafür sorgen, daß diese Konzentrationen, die eine Gefahr für seinen Bestand bilden, unterdrückt und den allgemeinen Zwecken zugeführt werden" (S. 162).

Hier kommt also der unverfälschte Kleinbürger zum Vorschein, und es ist eine eigentümliche Konvergenzerscheinung, daß Ostwald zu demselben sozialen Heilmittel gelangt wie einst der typische Kleinbürger Proudhon. Er schlägt nämlich vor, daß der Staat das Monopol des Geldverleihgeschäftes dadurch erwerbe, daß er das Privatkapital durch Anerbieten günstigerer Bedingungen an die Kreditnehmer niederkonkurriere.

Eine Erscheinung wie das Buch Ostwalds wäre unerklärlich, wenn nicht die bürgerlichen Ökonomen aus ihrer Wissenschaft schon längst ein Ragout trockener Tatsachen mit einem süßlichen Überguß ethischer Phrasen gemacht und sie dadurch völlig diskreditiert hätten.

Der Vertreter der exakten Naturforschung konnte daher leicht zu dem Glauben kommen, dieser noch völlig unentwickelten Wissenschaft einen großen Dienst zu erweisen, wenn er ihr eine naturwissenschaftliche Grundlage bot. So ist der verfehlte Versuch Ostwalds nur ein neuer Ausdruck der Impotenz der theoretischen bürgerlichen Ökonomie.

G. Eckstein.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Feuilleton der Neuen Zeit

Nummer 31 ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ Ausgegeben am 2. September 1910

Eine Geschichte des Sozialismus.

Von **K. Kautsky.**

Eine kurze, zusammenfassende und verständnisvolle Geschichte des neueren Sozialismus fehlte bisher, und das war ein großer Mangel. Wir begrüßten es daher mit Freuden, als F. Muckle eine „Geschichte der sozialistischen Ideen im neunzehnten Jahrhundert" veröffentlichte.[1]

Wir hatten schon einmal Gelegenheit, auf Muckle hinzuweisen als Verfasser einer Doktordissertation über St. Simon, der seitdem eine größere Arbeit über das gleiche Thema gefolgt ist. Für eine Doktordissertation bezeugte sie eine erstaunliche Sympathie und bedeutendes Verständnis nicht bloß für St. Simon, sondern auch für Marx. Muckle schien uns daher wohl geeignet, eine Geschichte der sozialistischen Ideen zu schreiben, und wir gingen mit großen Erwartungen an sein neues Buch heran.

Leider müssen wir von vorherein sagen, daß es das nicht hält, was wir uns von ihm versprachen.

Den Angelpunkt jeder Geschichte der sozialistischen Ideen des neunzehnten Jahrhunderts werden stets die Ausführungen über Marx bilden. Von dem Verständnis für Marx als dem Höhepunkt des sozialistischen Denkens des neunzehnten Jahrhunderts hängt es auch ab, ob seinen Vorgängern in der Entwicklungsreihe dieses Denkens der richtige Platz angewiesen und gerade das aus ihren Leistungen hervorgehoben wird, was sie zu jener Entwicklung beigetragen haben.

An Verständnis für die Marxschen Ideen fehlt es leider bei Muckle sehr, trotz allen guten Willens, der unleugbar vorhanden ist.

So sagt er zum Beispiel:

> Nach Marx ist durchaus nicht die Arbeit allein das werterzeugende Element, sondern Arbeitskraft und Erde sind die beiden Urbildner des Reichtums (II, S. 119).

Aber Reichtum und Wert sind ja für Marx zwei sehr verschiedene Dinge!

Unter variablem Kapital läßt er Marx die Arbeitskraft verstehen (II, S. 119). In Wirklichkeit versteht Marx darunter das Geld, das zum Kaufen der Arbeitskraft dient.

An anderer Stelle schiebt er Marx folgenden Gedanken unter:

> Es folgen Zeiten der Überproduktion, die für das an und für sich schon ausgebeutete Proletariat furchtbaren Zeiten der Absatzstockungen, der Krisen. Und

[1] F. Muckle, Die Geschichte der sozialistischen Ideen im neunzehnten Jahrhundert. Leipzig, B. G. Teubner. 2 Bändchen à 1 Mark (gebunden 1,25 Mark).

im Gefolge einer solchen Krisis, einer Katastrophe, wird sich unter der Leitung des Proletariats die Umbildung des Kapitalismus zur sozialistischen Gesellschaftsordnung vollziehen, die Marx mit wuchtigen Sätzen vorzeichnet (II, S. 126).

In Wirklichkeit hat Marx etwas Derartiges nie geschrieben. Wohl aber bezeichnete einmal Bernstein diese Auffassung, ohne jeden Grund, als die heute in unserer Partei herrschende. Muckle hat offenbar etwas davon läuten gehört und geht noch über Bernstein hinaus, indem er diese Auffassung als die Marxsche bezeichnet.

Ganz Bernsteinisch ist dann auch seine Kritik dieser sogenannten „Zusammenbruchstheorie", der Hinweis darauf, „daß die Produktionsanarchie gemildert werden kann durch das Eingreifen der Kartelle, die wachsende Ausbreitung der ebenfalls auf eine andere Produktionsregelung hindrängenden Konsumvereine und durch andere Umstände (Banken!)" (II, S. 132).

Wenn Bernstein vor dreizehn Jahren die Hoffnung, die Kartelle könnten den Krisen entgegenwirken, unbesehen von Brentano übernahm, so ist das doch kein Grund für Muckle, heute dasselbe zu tun, wo die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts die Hinfälligkeit dieser Hoffnung so deutlich auch für jene dokumentiert haben, denen ihre theoretische Einsicht nicht von vornherein die Verkehrtheit der ganzen Auffassung zeigte.

Komisch wirkt es auch, wenn Muckle gleich darauf meint:

> Ungeachtet dieser und hundert anderer Schwächen (Mehrwerttheorie!), wie sie die mit fieberhaftem Eifer betriebene Kritik des Marxismus herausgestellt hat, steht jedoch das System des Denkers einzigartig da in der Größe seiner Konzeption.

Auch wer die Mehrwerttheorie nicht anerkennt, wird sie nicht zu den nebensächlichen Schwächen des Marxschen ökonomischen Systems rechnen, sondern zu seinem Rückgrat, ohne das es nicht leben kann.

Alle diese Ausführungen zeigen, daß Muckle bei aller Sympathie für Marx ihn nicht zu begreifen vermag, weil ihm das Verständnis für ökonomische Dinge fehlt. Das trat in seiner Doktordissertation nicht zutage, die nicht von ökonomischen, sondern bloß von historischen und philosophischen Fragen handelte. In seinem jetzigen Werke macht es sich kraß geltend in den Ausführungen über Marx, beeinträchtigt aber auch, obwohl nicht in so hohem Grade, die Darstellungen der vormarxistischen sozialistischen Ideen, da sie ja mit der Entwicklung des ökonomischen Denkens eng verknüpft sind und ohne dieses schwer ausreichend begriffen werden können.

Nur so kann Muckle Urteile fällen wie folgendes:

> St. Simon, nicht Marx, wie man gesagt, ist zum Entdecker des Kapitalismus geworden (II, S. 55).

Diese Entdeckung soll er dadurch gemacht haben, daß er sah, wie Unternehmer ihre Arbeiter ausbeuten. Wurde dadurch der Kapitalismus entdeckt, dann geschah das schon lange vor St. Simon. Versteht man unter dieser Entdeckung mehr als das Aufzeigen der Tatsache, daß die Reichen die Armen schlecht behandeln; versteht man darunter die Erkenntnis der Eigenart des modernen Produktionsprozesses und der ökonomischen Rolle, die das Proletariat darin spielt, dann müssen wir sagen, daß diese Erkenntnis St. Simon völlig versagt blieb, da ihm der notwendige Klassengegensatz zwischen dem Proletarier und dem industriellen Kapitalisten nie klar wurde. Im Gegen-

teil, er forderte die Emanzipation des industriellen Kapitals, um durch die Herrschaft der Kapitalisten die Gesamtheit der arbeitenden Klassen zu befreien, deren Führer sie zu bilden hätten.

Angesichts dieser Auffassung ist es aber auch nicht wunderbar, warum Marx in seinen Jugendschriften nicht begeistert von St. Simon sprach. Das versteht Muckle nicht:

> Die Ideen St. Simons müssen für Marx geradezu Offenbarungen gewesen sein. Wer löst das Rätsel? (II, S. 116.)

Hier liegt gar kein Rätsel vor. Es ist eben ganz falsch, wenn man, wie Muckle wiederholt tut, Marx als „Schüler" oder „treuen Schüler" St. Simons hinstellt.

Sicher hat St. Simon manche Erkenntnis gebracht, die Marx zugute kam, aber deshalb war dieser noch lange nicht St. Simons Schüler. Da könnte man ihn ebensogut Fouriers Schüler nennen, dessen Kritik des Kapitalismus oft viel scharfsinniger ist als die St. Simons.

Von den vielen Bildungselementen, die auf Marx einwirkten, waren die Ideen St. Simons nur eines. Soweit diese Ideen Marx befruchteten, wurden sie ihm nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form, sondern schon weiter gebildet übermittelt. Andererseits machte aber Marx die Bekanntschaft der Ideen St. Simons erst, nachdem er in vielen Dingen über St. Simon hinausgewachsen war, so daß er diesem nicht als Schüler, sondern als Kritiker gegenübertrat. Und gerade in seiner Jugend mußte er diese kritische Seite hervorheben, da es galt, seinen eigenen, überlegenen Standpunkt gegenüber dem St. Simonistischen zur Geltung zu bringen, der noch so großen Einfluß übte.

Wenn Muckle von Marx als Schüler St. Simons spricht, hat er offenbar dessen Geschichtsauffassung im Auge. Aber was an dieser fruchtbar und wertvoll war, hatten seit St. Simon eine Reihe französischer Historiker weiterentwickelt, die den treibenden Faktor der Geschichte im Klassenkampf erkannten und zur Darstellung brachten. Bewaffnet mit der Dialektik Hegels und dem Materialismus Feuerbachs vermochte aber dann Marx seiner Geschichtsauffassung eine Tiefe und Einheitlichkeit zu geben, durch die sie jene St. Simonsche nicht nur übertraf, sondern auch ihr Gegenteil wurde.

Denn die Geschichtsauffassung St. Simons ist nichts weniger als einheitlich. Wohl erkannte er schon die Bedeutung des ökonomischen Unterbaus und der Klassenkämpfe, dabei war ihm aber die Triebkraft der Geschichte doch wieder die Entwicklung des Denkens, das drei Stadien durchläuft: das theologische, das metaphysische und das der positiven Wissenschaft.

Noch schroffer aber schied sich die Marxsche Geschichtsauffassung von der St. Simons, sobald es galt, sie praktisch anzuwenden, das Verständnis der Vergangenheit zum Verständnis der Gegenwart zu benutzen und damit eine wissenschaftliche Grundlegung des Sozialismus zu erreichen.

Da Marx ein halbes Jahrhundert später auftrat, nachdem sich St. Simons grundlegende Ideen gebildet, konnte er die ökonomische Grundlage der bestehenden Gesellschaft weit besser begreifen als dieser. Es wäre schlimm gewesen, wenn er nach Ricardo, im Zeitalter des Chartismus, ein bloßer Schüler St. Simons gewesen wäre. Dieser hatte keine Ahnung von der historischen Rolle des Proletariats, ja nicht einmal von dem unüberwindlichen Gegensatz

zwischen dem Proletariat und dem industriellen Kapital. Nicht aus dem Umsturz, sondern aus der Weiterentwicklung des industriellen Kapitalismus sollte der Sozialismus hervorgehen; die industriellen Kapitalisten selbst sollten durch ihre Herrschaft im Staate dies Ergebnis herbeiführen. Weit weniger als Owen und Fourier erkannte St. Simon den Gegensatz ihres sozialistischen Ideals zum Kapitalismus. Marx konnte darin von jenen mehr lernen als von diesem.

Dann aber kommen St. Simon doch wieder Bedenken, ob aus dem Ausbau des industriellen Kapitalismus jene Gesellschaft entspringen werde, die allem Elend ein Ende mache, und er weist die Aufgabe der Bildung dieser neuen Gesellschaft einer neuen, höheren Moral und Religion zu.

Angesichts alles dessen sollte man meinen, daß es fürwahr kein Rätsel ist, wenn Marx in seinen „Jugendschriften" St. Simons Ideen durchaus nicht als „Offenbarungen" betrachtet, sondern ihnen ebenso kritisch gegenübertritt wie den anderen Sozialisten jener Zeit. Erst als alle die besonderen Ideen St. Simons aufgehört hatten, auf das Proletariat bestimmend einzuwirken, als die Schriften St. Simons nur noch historische Bedeutung hatten, brauchte Marx nicht mehr jene ihrer Seiten hervorzuheben, die es zu überwinden galt, sondern vielmehr jene, die St. Simons Größe ausmachten. So erklärt es sich, wenn Engels sagt: „Später sprach Marx mit Bewunderung vom Genie und enzyklopädischen Kopfe St. Simons." Marx hatte dabei seinen Standpunkt gegenüber St. Simon nicht geändert. Was er im Kommunistischen Manifest über den utopischen Sozialismus schrieb, behielt nach wie vor seine Geltung, ebenso wie sein Urteil, das im dritten Band des „Kapital" (2, S. 144) abgedruckt ist. Es ist ganz unverständlich, wie Muckle behaupten kann, dies Urteil sei „einfach aus der Luft gegriffen". Man könnte höchstens sagen, es sei einseitig, indem es bloß eine Seite der St. Simonschen Gedankenwelt aufzeige. Aber jenes Urteil war auch nur eine gelegentliche Bemerkung, wollte durchaus nicht eine erschöpfende Darstellung des St. Simonschen Denkens und Wirkens bilden.

Wer freilich Marx als Schüler St. Simons betrachtet und nicht sieht, wie sich die Marxsche Denkweise im Gegensatz zu der St. Simons bildete, für den bleibt es ein Rätsel, wieso Marx einmal St. Simon „abtun" und dann wieder „bewundern" konnte.

Die Überschätzung St. Simons bildet einen der Grundfehler des Muckleschen Buches. Die Liebe zu diesem Autor, die einen Vorteil dort darstellt, wo er von ihm allein spricht, wird zum Nachteil, wenn sie hindert, anderen Autoren gerecht zu werden.

Namentlich Fourier kommt gegenüber St. Simon sehr schlecht weg. Seine Schrullen werden ungebührlich hervorgehoben; ja Anschauungen, die zu seiner Zeit keineswegs ungewöhnlich waren und mehr die Zeit als Fourier charakterisieren, werden direkt als spezifisch Fourierscher Wahnsinn bezeichnet.

So macht Muckle sich darüber lustig, daß Fourier sich als Messias fühlte, aber fühlte sich als solcher nicht auch St. Simon und manch anderer Sozialist jener Zeit? Diese Vorstellung ist doch nicht Wahnsinn, sie bezeugt nur auf der einen Seite, wie tief das christliche Denken damals noch in den Gemütern saß, und andererseits, welch hohe Bedeutung jene Neuerer ihren Ideen beimaßen, wie groß die Kraft ihrer Überzeugung war. Um damals als Sozialist etwas zu leisten, mußte man alles andere sein, nur kein Hamlet.

Dann wieder schreibt Muckle:

Auch in der Gesellschaft (wie in der Natur) — das ist Fouriers paradoxe, an Wahnsinn grenzende Behauptung — herrscht das Gesetz der Attraktion, das, vorausgesetzt, daß die Zivilisation mit ihrem die natürliche Eigenart des Menschen erstickenden Einfluß beseitigt ist, die ganze Vielgestaltigkeit menschlicher Triebe zusammenfließen läßt zu dem wundervollen Einklang einer reinsten Harmonie (I, S. 124).

Der „paradoxe Wahnsinn", daß in der Gesellschaft wie in der Natur Harmonie herrsche, die nur zeitweise durch besondere Verhältnisse gestört werde, bildete keine Eigentümlichkeit Fouriers. Diese Auffassung war im achtzehnten Jahrhundert weit verbreitet. Sie kennzeichnete Rousseau. Schrieb nicht auch Schiller:

Die Welt ist vollkommen überall,
Wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual

und meinte nicht Seume:

Wir Wilden sind doch bessere Menschen.

Waren das auch Wahnsinnige?

Es würde uns natürlich hier zu weit von unserem Wege abführen, wollten wir den Quellen dieser Auffassung nachspüren: der Gegensatz zur Theologie, der im achtzehnten Jahrhundert zum Durchbruch kam und der Auffassung von der angeborenen Sündhaftigkeit der Menschheit die optimistische Auffassung von der natürlichen Güte des Menschen entgegensetzte; dann die wachsende Kenntnis von den Resten des Urkommunismus, die der Weltverkehr aufdeckte; endlich eine naive Art der Kritik des erstehenden Kapitalismus. Es genügt, hier darauf hinzuweisen, daß selbst sehr nüchterne Leute noch im vorigen Jahrhundert meinten, in der menschlichen Gesellschaft würde ihrer Natur nach vollkommene Harmonie herrschen, sobald erst ein störendes Element aus ihr entfernt wäre. Fouriers Auffassung war jedenfalls tiefergehend und genialer, die das störende Element in der „Zivilisation", das heißt im gesamten Kapitalismus erblickte, als die der Manchestermänner, die da meinten, alles ginge gut, wenn nur der Schutzzoll nicht wäre, oder die Careys, der seinen „Grundlagen der Sozialwissenschaft" folgenden Satz Keplers als Motto vorsetzte — auch eines „paradoxen Wahnsinnigen":

Das Weltgebäude ist ein harmonisches Ganze und Gott ist dessen Seele. Er ist die höchste Harmonie, und allen Seelen hat er eine eigene innere Harmonie als sein Bild aufgedrückt. Die Zahlen, die Figuren, die Gestirne überhaupt harmonieren mit den Geheimnissen der heiligen Religion.

Diese ganze erhabene Harmonie wird für Carey nur durch eines gestört: den englischen Freihandel. Trotzdem hat noch niemand Carey zu den Wahnsinnigen gerechnet.

Statt den Gründen von Fouriers Auffassungen, wenn sie uns befremden, nachzuforschen, tut Muckle sie oft einfach als Wahnsinn ab. Dabei unterläßt er es, Fouriers wirklich große Gedanken gebührend hervorzuheben. So streift er nur flüchtig, was Fourier über die Abwechslung und Abkürzung der Arbeit ausführt, und empfindet für dessen „freie Liebe" so viel Entrüstung, daß er „mit deren Beurteilung den Leser verschonen will" (I, S. 132). Und dabei gehört das, was Fourier darüber und über die Frauenfrage überhaupt gesagt, zu den hervorragendsten und größten seiner Leistungen.

Bebel ist in seinem Buche über Fourier dem großen Utopisten viel mehr gerecht geworden als Muckle. Auffallenderweise erwähnt dieser es gar nicht in seiner Literaturangabe. Muckle weiß dem Leser, der sich näher über Fourier unterrichten will, gar kein deutsches Buch anzugeben, sondern nur eine französische Schrift von Bourgin.

Andere Teile der „Geschichte der sozialistischen Ideen" sind besser gelungen, so zum Beispiel die Ausführungen über Owen.

Ein Grundfehler aber, der sich durch die ganze Geschichte hindurchzieht und vielleicht die Hauptursache ihrer Schwächen bildet, ist der Plan der Arbeit, die Aufeinanderfolge, in der die einzelnen Systeme uns vorgeführt werden.

Muckle teilt die Sozialisten in zwei Klassen, die des „rationalen", wie er sie nach Sombart benennt, und die des „entwicklungsgeschichtlichen" Sozialismus. Jede dieser beiden Klassen zerfällt wieder in zwei Unterabteilungen, Zentralisten und Föderalisten.

Dank dem haben wir eine Einteilung, in der Proudhon überhaupt keinen Platz findet, und Cabet und Weitling vor St. Simon, Buchez und Louis Blanc nach Marx behandelt werden; eine ganz mechanische Einschachtelung ohne Entwicklung. Die sozialistische Bewegung wird als bloß literarische Bewegung aufgefaßt. Daher spricht Muckle nichts von Blanqui, nichts von den Männern des Chartismus, die das sozialistische Denken des neunzehnten Jahrhunderts so mächtig beeinflußten, aber freilich keine Buchschreiber waren.

Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß Muckle dem Klassenkampf des Proletariats keineswegs jene Beachtung schenkt und ihm nicht jene zentrale Stellung einräumt, die ihm in einer Geschichte der sozialistischen Ideen des neunzehnten Jahrhunderts gebührte. Nicht als bloße Gedankenspiele haben die sozialistischen Ideen der verschiedenen Denker historische Bedeutung gewonnen, sondern als richtunggebende Kraft des proletarischen Emanzipationskampfes. Ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung, die sie befruchten, durch die sie bestimmt werden, das ist der entscheidende Faktor für ihre geschichtliche Stellung, und nicht die Art ihrer Argumente oder die Art, wie sie den Organismus der sozialistischen Gesellschaft gestaltet wissen wollen. Gehen wir aber von diesem Verhältnis aus, dann ergibt sich eine ganz andere Einteilung als die von Muckle vorgenommene, eine Einteilung, in der auch Proudhon, Blanqui, die Chartisten ihren Platz finden und die chronologische Aufeinanderfolge zugleich zu einer logischen und organischen Entwicklung wird, die in engster Verbindung steht mit der gleichzeitig ökonomischen Entwicklung und dem Erstarken des Proletariats.

Wir haben auszugehen von dem Zustand, da der industrielle Kapitalismus sich rapid entwickelt und die Kräfte des Proletariats schrankenlos verwüstet, ohne daß das Proletariat imstande ist, sich dagegen zu wehren, indes aber gleichzeitig auch die Klasse der industriellen Kapitalisten noch eine revolutionäre Klasse bildet, die um ihre Anerkennung kämpft und deren Charakter noch nicht feststeht.

Da haben wir die drei größten Sozialisten, die, wie verschieden ihre Ausgangspunkte, ihre Argumente, ihre Bilder der Idealgesellschaft sein mögen, doch darin übereinstimmen, daß sie erkennen, das Elend des Proletariats könne nur durch Aufhebung des Proletariats und der Eigentumsordnung, der es entspringt, beseitigt werden, die zunächst aber von dem „aufgeklärten Absolutismus" des besten Teiles der Kapitalisten selbst Rettung erhoffen.

Die Bedingungen einer neuen Auffassung erstehen mit dem Erwachen des Proletariats, dem Beginn einer Arbeiterbewegung, die selbst wieder nur ein Teil ist des Wiedererstehens eines politischen Lebens, das in Frankreich an die Erinnerungen der großen Revolution anknüpft, in England als Kampf um eine Wahlreform auftritt.

Die gleichzeitige ökonomische Entwicklung zeigt immer deutlicher den unüberwindlichen Gegensatz zwischen den industriellen Kapitalisten und dem industriellen Proletariat. Wenn Owen, St. Simon, Fourier noch glaubten, Kapitalisten dem Sozialismus dadurch freundlich stimmen zu können, daß sie nachwiesen, welch ein gutes kapitalistisches Geschäft dieser sei, so hört das jetzt auf. Aber noch erscheint das Proletariat den Sozialisten nicht reif und kräftig genug, sich selbst zu befreien, was auch richtig war. Da sie nicht mehr auf die Kapitalisten rechnen, suchen sie jetzt nach einer Macht, die über den Kapitalisten und den Proletariern steht und diesen zu ihrem Rechte verhilft. Noch beherrschte das Kapital nicht ausschließlich Staat und Gesellschaft.

Je mehr das politische Leben an Lebhaftigkeit gewann und die Erinnerungen an die französische Revolution den Katzenjammer nach ihrem anscheinenden Zusammenbruch überwanden, desto mehr erschien die Staatsmacht als das Mittel, das Proletariat zu befreien. In Deutschland die Monarchie (L. v. Stein und Rodbertus), in Frankreich die demokratische, von Kleinbürgertum und Proletariat beherrschte Republik (Cabet, Louis Blanc). Die Arbeiterbewegung spielte dabei noch nicht die Rolle eines aufbauenden Faktors, sondern die eines Schreck- und Pressionsmittels, um die Gedankenträgheit der Machthaber zu überwinden.

Alle diese Sozialisten entsprangen den besitzenden Klassen oder den Intellektuellen. Aber gleichzeitig begann auch das Proletariat bereits selbst Elemente zu erzeugen oder solche unter den Intellektuellen zu sich herüberzuziehen, die sich zum Sozialismus durchrangen, dabei aber völlig auf den proletarischen Standpunkt stellten, nicht als teilnehmende Freunde von außen, sondern als Mitkämpfer des proletarischen Emanzipationskampfes auftraten. Diese erkannten sehr wohl den schroffen Gegensatz des Proletariats zu allen besitzenden und herrschenden Klassen, aber auch sie konnten sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß das Proletariat noch nicht reif genug sei, sich selbst zu befreien. Andererseits hatten ihnen die Erfahrungen der Revolution in Frankreich, der bürgerlichen Wahlreform in England gezeigt, welche Bedeutung die Staatsgewalt erlangt habe. Diese zu erobern, war unumgänglich. Woher aber die Kraft dazu nehmen?

Das Jakobinertum hatte gezeigt, daß auch eine Minderheit, wenn stramm organisiert und energisch, die Staatsgewalt erobern und durch terroristische Mittel eine Zeitlang behaupten kann. Die Eroberung der Staatsgewalt durch die Verschwörung geheimer Gesellschaften, die dann durch ihre Diktatur den Sozialismus der Gesellschaft aufzwingen sollten, das wurde nun die Idee proletarischer Kommunisten, unter deren Wortführern Blanqui und Weitling hervorragen.

Anders in England. Überall lehnt sich die Arbeiterbewegung in ihren Anfängen an bürgerliche Vorbilder an. Fand sie dies in Frankreich in der Revolution von 1793, so in England an der Wahlreform, die 1832 dem mittleren Bürgertum das Wahlrecht gegeben hatte. Die Proletarier fühlten sich in England in den vierziger Jahren bereits als die Mehrheit der Be-

völkerung. Man brauchte nur noch das allgemeine Wahlrecht, um den Sozialismus zum Durchbruch zu bringen und das Proletariat zu befreien.

Allen diesen Anschauungen trat Proudhon entgegen. Er erkannte, daß die Befreiung des Proletariats nur sein eigenes Werk sein könne; ebenso erkannte er, daß das Proletariat noch nicht imstande sei, die politische Macht zu erobern, weder durch einen Handstreich noch durch das Wahlrecht und den Parlamentarismus. Aber doch wollte er, wie alle anderen Sozialisten jener Zeit, das Proletariat sofort befreien; um das zu erreichen, blieb ihm beim Verzicht auf die Eroberung der politischen Macht nichts übrig, als solche Mittel der Emanzipation ausfindig zu machen, die weder die Machthaber beunruhigten, noch die schwachen Kräfte überstiegen, über die das Proletariat außerhalb der Politik verfügte. So wurde er trotz seines revolutionären Dranges zu einem Kultus der kleinlichsten Reformmittelchen; trotz seines proletarischen Standpunktes zu kleinbürgerlicher Beschränktheit getrieben; trotz seines Scharfsinns in unendliche Widersprüche verwickelt und schließlich in Gegensatz zu jeglichem Sozialismus und jeglichem proletarischen Klassenkampf gebracht.

In dieser Situation ersteht Marx. Wie Proudhon erkennt auch er, daß die Arbeiter sich selbst zu befreien haben; auch er erkennt, daß die Arbeiter nicht imstande seien, die politische Macht durch Verschwörungen zu erobern. Aber das führt ihn nicht zum Verzicht auf diese Eroberung, sondern zu der Anschauung, daß das Proletariat dazu heranreifen muß. Und das Werkzeug dieses Heranreifens erkennt er im Klassenkampf, im Kampfe um die tägliche Besserstellung und Behauptung der Existenz, der das Proletariat organisiert, moralisch und physisch kräftigt und schließlich zur Eroberung der politischen Macht fähig macht, aber auch zwingt. Damit ist die Einheit von Arbeiterbewegung und Sozialismus, von Reform und Revolution, vom Kampf um des Lebens Notdurft und Kampf um den Staat hergestellt. Zwischen alledem herrschte bis dahin ein unvermittelter Widerspruch und er herrscht noch in den Köpfen der vulgären Kritiker, die Marx nicht begriffen haben und glauben, eine tiefe Weisheit zutage zu fördern, wenn sie den Marxismus durch die Aufdeckung dieser Widersprüche „widerlegen“.

Innerhalb des Marxismus selbst ist aber auch noch eine Entwicklung zu verfolgen. Bis in den Anfang der fünfziger Jahre rechnete Marx mit einer großen bürgerlichen Revolution namentlich in Deutschland, die — ebenso wie die französische seit 1789 — eine lange Periode hindurch dauern werde, in deren Verlauf das Proletariat rasch die nötige Reife und Kraft gewinne. Als es sich herausstellte, daß diese Revolution nicht mehr zu erwarten sei, in Deutschland das bürgerliche Regime auf anderen Wegen seinen Einzug halten werde, erkannte er, daß die Erstarkung des Proletariats im Klassenkampf auf langsamerem Wege zu erfolgen habe. Den Gewerkschaften, deren Bedeutung er schon vor 1848 erkannt hatte, schenkte er jetzt erhöhte Aufmerksamkeit. Daneben gewannen für ihn große Bedeutung nicht bloß das allgemeine Wahlrecht, sondern auch die Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihm wenig wichtig erschienen war, solange er die Revolution vor der Türe wußte, die dann 1848 wirklich kam.

Bei allen diesen Wandlungen ist aber der Marxsche Standpunkt der gleiche, revolutionäre geblieben. Gewerkschaften, Wahlrecht, Arbeiterschutz erkannte er nicht als Mittel, das Proletariat mit der kapitalistischen Gesellschaft zu versöhnen, sondern es zu ihrem Umsturz fähig zu machen, wodurch allein das Proletariat aufgehoben und gesellschaftliche Harmonie herbeigeführt werden kann.

Alle diese Beziehungen zwischen der Arbeiterbewegung und den sozialistischen Ideen kommen bei Muckle nicht zur Geltung. So versagt sein Abriß gerade in den wichtigsten Punkten. Das ist sehr bedauerlich, nicht nur, weil für eine kurze Darstellung der sozialistischen Ideen des neunzehnten Jahrhunderts ein großes Bedürfnis besteht, sondern auch, weil Muckle durch seine ehrliche Sympathie für das Proletariat, seinen Fleiß, seine Intelligenz berufen ist, als Geschichtschreiber des Sozialismus Hervorragendes zu leisten.

Was ihm noch fehlt, ist ein gründliches Verständnis der Marxschen Ökonomie und ein klares Verhältnis zum proletarischen Klassenkampf.

Es wird uns sehr freuen, wenn wir bald einer Arbeit von ihm begegnen, die uns bezeugt, daß er diese Mängel erfolgreich überwunden hat.

Der Krieg gegen die Freien Volksbühnen.

Von **Franz Mehring.**

Herrn v. Jagow, den Berliner Polizeipräsidenten, haben die Lorbeeren, die er sich im Kampfe gegen die Wahlrechtskundgebungen erworben hat, nicht auf lange befriedigt; er dürstet nach neuem Ruhme gleich echten Kalibers, und so hat er sich die beiden Freien Volksbühnen dazu ausersehen, um einen Streich zu führen, der unzweifelhaft geeignet ist, den Glanz seines Namens zu mehren, wo immer edles Borussentum die Vorwacht russischer Barbarei hält.

Über die Freien Volksbühnen ist in diesen Spalten oft genug gesprochen worden. Sie haben nicht alle die Hoffnungen erfüllt, die vor zwanzig Jahren bei ihrer Gründung auf sie gesetzt wurden, aber das war nicht ihre Schuld, sondern die Schuld von Umständen, über die sie keine Macht hatten, und ob man ihren Wert für die Kultur der Volksmassen nun höher oder geringer einschätzen mag, so tritt dieser akademische Streit gänzlich zurück vor der Tatsache, daß sie sich seit zwanzig Jahren für die Massen als ein Kulturbedürfnis erwiesen haben. Sie haben vielen Tausenden die Kenntnis der großen Dramatiker aus alter wie aus neuer Zeit vermittelt, und es kann gar kein besserer Beweis für ihre ästhetisch und moralisch gleich erfreuliche Wirksamkeit erbracht werden, als daß sie mit ihrem klassischen Spielplan in demselben Maße gedeihen, worin das kapitalistische Theater mit seinen bloßen Amüsierbedürfnissen verfällt.

Kein Wunder aber auch, daß sie in gleichem Maße den Polizeistock reizten, zwischen sie zu fahren. Sicherlich waren sie ihm immer ein Gegenstand patriotischen Grolles, aber früher hatte dieser Groll wenigstens einen gewissen Sinn. Die Freien Volksbühnen waren mit dem Falle des Sozialistengesetzes entstanden, was sie in jeder Polizeiseele mit einer höchst ärgerlichen Erinnerung verknüpfte; sie hatten durch ihre Organisation als Vereine die Theaterzensur ausgeschaltet, um auch Dramen aufführen zu können, die das polizeiliche Mißfallen erregten, und so war es — immer in borussischem Sinne — begreiflich, daß Herr v. Köller im Jahre der seligen Umsturzvorlage auch die Freien Volksbühnen abzuwürgen versuchte, indem er ihre Vorstellungen für öffentlich und zensurpflichtig erklärte. Die Freien Volksbühnen lösten sich darauf freiwillig auf und klagten — wenigstens die eine, die in engerem Zusammenhang mit der Berliner Arbeiterbevölkerung stand, ob auch die andere, ist uns nicht

genau erinnerlich — gegen das Polizeipräsidium, wurden aber vom Oberverwaltungsgericht abgewiesen. Das Gericht erklärte damals, das Verhalten der Polizei sei so lange gerechtfertigt, als die Organisation des Vereins nicht geändert sei. Darauf taten sich die Freien Volksbühnen von neuem auf, indem sie alle Änderungen in ihrer Organisation vornahmen, die das Oberverwaltungsgericht für notwendig erklärt hatte.

Seitdem sind sie von der Polizei unbehelligt geblieben. Es gab dafür einen an sich freilich unerfreulichen Erklärungsgrund, nämlich die Dürre der dramatischen Produktion. Sie zeitigte keine Dramen, die durch ihren literarischen Wert die Ästhetiker des Alexanderplatzes in gerechten Zorn versetzt hätten, und der Streit um die Theaterzensur verlor jede praktische Bedeutung. Seit ihrem Wiederauftreten nach dem Köllerstreich haben die Freien Volksbühnen wohl durchweg Stücke aufgeführt, die auf den öffentlichen Bühnen die Zensur passiert hatten. Eben dadurch verloren sie einen Teil der Bedeutung, die sie hätten haben können, aber für den Verlust dieses Goldstücks schienen sie wenigstens den Bettelpfennig erworben zu haben, vor polizeilichen Querelen geschützt zu sein.

Allein Herr v. Jagow ist ein sorgsamer Haushalter und läßt auch Bettelpfennige nicht umkommen. Urplötzlich erließ er vor ein paar Wochen im schönsten Polizeistil an die Berliner Theaterdirektionen einen Ukas, worin sie aufgefordert wurden, Vorstellungen, die von den Freien Volksbühnen in ihren Theaterräumen veranstaltet würden, künftig als öffentliche zwecks Stellung des vollen Sicherheitsdienstes in der vorgeschriebenen Form anzumelden und die zur Aufführung bestimmten Theaterstücke rechtzeitig zuvor in zwei gleichlautenden Exemplaren zur Zensur einzureichen. Selbst hartgesottene Reaktionäre erschraken über diesen Geniestreich; wozu ohne die leiseste Aussicht auf irgend einen Profit immer neues Öl in das Feuer schütten, das unter den Gefäßen der edlen Brot- und Fleischwucherer schon lustig genug flackert? So verlor selbst Herr v. Jagow die stolze Haltung des altmärkischen Granden und verkündete einem Ausfrager der bürgerlichen Presse, nur die zärtliche Sorge um Leib und Leben der Volksbühnenmitglieder habe ihn zu seiner Verfügung veranlaßt, nur die Notwendigkeit des vollen Sicherheitsdienstes, zu dem denn freilich auch die Theaterzensur gehöre, auf die es ja aber gar nicht ankomme, da die Freien Volksbühnen seiner Erinnerung nach überhaupt keine zensurwidrigen Stücke aufgeführt hätten.

Es hat gewiß seinen eigenen Reiz, die unnahbare Würde eines Berliner Polizeipräsidenten sich in Redewendungen verlieren zu sehen, denen der Stempel der bitteren Verlegenheit aufgedrückt ist. Indessen würden die Freien Volksbühnen sehr töricht handeln, wenn sie sich dadurch beschwichtigen ließen und Herrn v. Jagow wegen seines Ukases nicht im Verwaltungsstreitverfahren belangten. Da er sich darauf stützt, daß die Freien Volksbühnen keine Vereine mit erkennbaren Grenzen seien, obgleich sie genau so organisiert sind, wie es das Oberverwaltungsgericht vor fünfzehn Jahren für notwendig erklärt hat, wenn sie die Rechte von Vereinen beanspruchen wollten, so wird Herr v. Jagow entweder eine Nase besehen oder das Oberverwaltungsgericht wird seine eigenen Gründe auffessen müssen. Auf das eine wie das andere können es die Freien Volksbühnen mit gutem Gewissen ankommen lassen. Aber auch sonst würden sie gegen ihre eigenen Kulturzwecke verstoßen, wenn sie um der praktisch geringen Bedeutung willen, die die Zensurfreiheit augenblicklich für sie hat,

des Dichterwortes vergäßen: Um einen Strohhalm groß sich regen, Steht Ehre auf dem Spiel.

Es ist nun aber der Berliner Polizeipräsident nicht allein, der einen Krieg gegen die Freien Volksbühnen führt. Würdig stellt sich ihm der Berliner Kommunalfreisinn an die Seite, der sogar die schwierige Aufgabe zu lösen weiß, an kulturschädlichen Tendenzen das altmärkische und hinterpommersche Junkertum noch zu übertreffen. Kann Herr v. Jagow immerhin noch den mildernden Umstand für sich geltend machen, daß er als Mitglied einer kulturfeindlichen Klasse nicht über seinen Schatten zu springen vermag, so schlägt der Berliner Kommunalfreisinn all seinen pompösen Redensarten von den Kulturzwecken, die er zu fördern vorgibt, mit plumper Faust ins Gesicht, indem er die Freien Volksbühnen einfach durch eine Steuer zu erdrosseln sucht. Hat die Theaterzensur augenblicklich keine praktische Bedeutung für die Freien Volksbühnen, so ist die Lustbarkeitssteuer, die der Berliner Kommunalfreisinn plant, allerdings fähig, sie einfach zu erschlagen.

Man kann in diesem Falle den Geldprotzen, die im Berliner Kommunalfreisinn das große Wort führen, ihre Heuchelei urkundlich bescheinigen. Im Februar 1905 faßte die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Beschluß, daß eine Lustbarkeitssteuer, jedenfalls eine Billettsteuer eingeführt werden solle, unter überwiegender Heranziehung der teuren Plätze im Zirkus und Theater, überhaupt bei Veranstaltungen, die von Fremden viel besucht würden, wobei kulturellen und gemeinnützlichen Bestrebungen in schonender Weise Rechnung zu tragen sei. Gleichviel, was sonst gegen eine solche Lustbarkeitssteuer einzuwenden sein mag, worauf es hier nicht ankommt, so war damit der Plan in ganz schlauer Weise eingefädelt, indem der Schein erweckt wurde, als solle nur reichen Leuten ein wenig von ihrem Überfluß abgezwackt werden, um den Stadtsäckel zu füllen. Dieser Schein wurde noch dadurch verstärkt, daß bei dem latenten Theaterkrach in Berlin die kapitalistischen Theaterdirektionen die Eintrittspreise in unsinniger Weise heraufschrauben, so daß man sagen konnte: wenn das reiche oder wohlhabende Publikum sich in dieser Weise von jedem beliebigen Theaterdirektor schröpfen läßt, weshalb soll der Geldbeutel dieses Publikums nicht noch um ein paar Groschen für das städtische Gemeinwohl erleichtert werden? Natürlich blieb die Resolution aber auf dem Papier; niemand donnerte heftiger gegen sie als der Moniteur des Magistrats, die „Vossische Zeitung“; sie erklärte, selbstverständlich aus den edelsten Beweggründen von der Welt, die Lustbarkeitssteuer für ein Ungetüm, das für immer vom Leben zum Tode gebracht und begraben werden müsse.

Trotzdem hatte diese Übung aber ihren praktischen Zweck. Nach fünf Jahren taucht das Ungetüm wieder auf unter der Begründung, daß sich die Stadtverordnetenversammlung ja schon grundsätzlich für eine Lustbarkeitssteuer ausgesprochen habe, und die biedere Tante Voß nickt dazu ehrwürdig mit ihrem greisen Haupte. Selbstverständlich ist jetzt nicht mehr die Rede „von der überwiegenden Heranziehung teurer Plätze“, von der Schonung „kultureller und gemeinnützlicher“ Bestrebungen, sondern gleich im ersten Paragraphen figurieren unter den „öffentlichen Lustbarkeiten“ solche, die „von Korporationen, Vereinen, geschlossenen Gesellschaften“ veranstaltet werden, also in erster Reihe die Freien Volksbühnen. Und nachdem sich Genosse Heimann in glänzender Rede gegen diese Barbarei erhoben hatte, kam ein Haupt des Kommunalfreisinns und erklärte mit zynischem Lakonismus: „Ich möchte

warnen, daß man gewisse Grenzen nicht überschreite, denn sonst würde sich die Steuer nicht lohnen; es wäre viel Geschrei und nichts dahinter." „Steuern, die rationell sind und etwas bringen", müssen nach der — vom kapitalistischen Ausbeuterstandpunkt aus ja auch ganz richtigen — Ansicht dieses Wackeren von den arbeitenden Klassen erhoben werden.

Einstweilen ruht der famose Entwurf in einem Ausschuß. Begraben wird er darin aber nicht bleiben, denn der Kommunalfreisinn, der für die nichtigsten byzantinischen Zwecke Hunderttausende aus dem Fenster zu werfen, aber für künstlerische Zwecke in seinem angeborenen Banausentum nichts übrig zu haben pflegt, trachtet nun einmal danach, die Freien Volksbühnen, die sich das Berliner Proletariat mit seinen Pfennigen aufgebaut hat, als die einzigen Lichtpunkte in der Berliner Theatermisere auszulöschen. Wie sollte es ihn auch nicht reizen, die Arbeiter ans geistige Hungertuch zu binden, nachdem der Schnapsblock sie ans leibliche Hungertuch gebunden hat!

Immerhin — da die Courage nicht unter seinen sonstigen Heldeneigenschaften mitzählt, so kann ihm vielleicht noch die Hölle so heiß gemacht werden, daß er auf seinen herostratischen Plan verzichtet. Und einheizen werden die Berliner Arbeiter ihm hoffentlich tüchtig.

Bücherschau.

Max Adler, **Der Sozialismus und die Intellektuellen.** Wien 1910, Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co. 80 Seiten.

Der Verfasser widmet seine Schrift der „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten in Wien zur Vollendung ihres fünfzehnten Vereinsjahres", und wir gehen wohl nicht irre mit der Annahme, daß sie aus einer Rede bei diesem festlichen Anlaß entstanden ist. Damit wollen wir ihren Wert keineswegs herabsetzen; Festreden haben ihre gute Berechtigung, zumal wenn sie so reich an Gedanken und so schön in der Form sind wie diese Arbeit Adlers.

Ihr Ursprung wird hier vielmehr nur erwähnt, um ihre Eigenart zu erklären. Die Schrift ist mehr aufs Erbauen als aufs Erkennen angelegt; nicht im Sinne irgend einer Phrasenmacherei, von der sie vollkommen frei ist, sondern indem sie den Sozialismus in erster Reihe als eine Kulturbewegung schildert, die die Intellektuellen — worunter Adler „alle Arten der geistigen Berufe" versteht, die für ihre Berufsarbeit eine größere Schulbildung als die Bildung der Volks- und Bürgerschule durchmachen mußten — in ihren mächtigen Strom reiße. Für alle, die schon mit dem wissenschaftlichen Sozialismus vertraut sind, sind die beredten Darlegungen Adlers ungemein lehrreich; einen kritischen Vorbehalt müssen wir nur gegen das machen, was Adler als den eigentlichen Zweck der Schrift bezeichnet, nämlich darzutun, daß der ökonomische Appell an das Intelligenzproletariat, das heißt die Berufung auf ökonomische Interessen, die die geistigen Arbeiter ebenso ins Lager des Sozialismus führen müsse wie die industriellen Arbeiter, von sehr zweifelhaftem Werte sei. Genosse Adler will die Intellektuellen an ihrer „Kulturbeziehung" packen; er meint, ihr Klasseninteresse sei weder ein bourgeoises noch ein proletarisches, sondern ein kulturelles.

Wir können hier nicht weitläufig untersuchen, ob der Appell an die ökonomischen Interessen der Intellektuellen wirklich so zweifelhaft ist, wie Adler annimmt, aber selbst wenn er recht haben sollte, so ist sein Appell an die Kulturinteressen der Intellektuellen nicht nur ein ebenso zweifelhaftes, sondern auch ein zweischneidiges Propagandamittel. Dieser Appell wirkt nur auf die, die schon überzeugt sind, aber er ist durchaus ungeeignet, selbst zu überzeugen, und zwar um

so ungeeigneter, je echter das „kulturelle Interesse“ der Intellektuellen ist. Sie sehen in jeder Massenbewegung, solange sie deren historisches Wesen nicht verstanden haben, nur eine tödliche Gefährdung der Kultur, und man predigt tauben Ohren, wenn man ihre „Kulturbeziehung“ anruft, um sie Massenbewegungen geneigt zu machen. Man tut damit den zweiten Schritt, ehe man den ersten getan hat.

Es gibt vielleicht keine Erfahrung der Geschichte, die so gar keine Ausnahme hat, wie diese. Die Humanisten, die das Banner moderner Kultur gegen die mittelalterliche Kirche erhoben, flüchteten in den Schoß eben dieser Kirche zurück, als die Massenbewegungen des Reformationszeitalters die tatsächlichen Vorbedingungen moderner Kultur zu schaffen begannen. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich, als Goethe und Schiller, denen niemand „kulturelles Interesse“ im höchsten Grade absprechen kann, mit Abscheu und Entsetzen auf die große französische Revolution blickten, und ganz ähnlich lag es mit den großen Utopisten. Auch in der deutschen Arbeiterbewegung gibt es Beispiele genug, daß gerade solche Männer, die am engsten mit den besten Überlieferungen der bürgerlichen Kultur verflochten waren, dennoch ein letztes Mißtrauen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht zu überwinden vermochten, bei allem aufrichtigen und tiefen Interesse, das sie sonst für sie empfanden; um nur Tote zu nennen, so sei an Albert Lange, Guido Weiß, Franz Ziegler erinnert.

Wie leicht man auf Irrwege gerät, wenn man das Kulturziel des Sozialismus in den Vordergrund schiebt, um die Intellektuellen zu gewinnen, zeigt Adler selbst, indem er im ersten und im letzten Kapitel seiner Schrift sich auf Fichte beruft. Sicherlich hat Fichte dasselbe Kulturziel verfolgt wie der Sozialismus, aber wenn Adler sagt, Fichte sei mit dem geschichtlichen Ruhme geschmückt, der erste deutsche Sozialist gewesen zu sein, er habe in einer von Pathetik sich geflissentlich fernhaltenden Weise die Notwendigkeit einer radikalen Neuordnung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen dargelegt, er habe die Grundlage dieser Neuordnung mit kritischer Schärfe und systematischer Ausführung in nichts anderem aufgezeigt als in einer strengen Beseitigung der Anarchie des herrschenden Wirtschaftssystems durch Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden und durch eine vollständige staatliche Regelung der Produktion und des Handels, welche Forderungen Fichte mit umfassendem Weitblick und rücksichtsloser Konsequenz durchführe, so sind damit eine Menge irreführender Vorstellungen erweckt.

Wenn Fichte ein Sozialist gewesen sein soll, so haben diejenigen Intellektuellen auch recht — und es gibt ihrer an preußischen Universitäten ja eine Unzahl —, die in dem alten Fritz das Urbild eines heroischen Sozialisten sehen. Der Geschlossene Handelsstaat Fichtes, auf den sich Genosse Adler bezieht, ist nichts als der idealisierte altpreußische Staat mit seiner strengen Scheidung der Stände und seiner ebenso strengen Abschließung gegen das Ausland. Und wenn Fichte das Privateigentum am Grund und Boden bekämpft, so sagt er zwar: „Ein Eigentum des Bodens findet nach unserer Theorie nicht statt“, aber er fügt hinzu: „Die Erde ist des Herrn; des Menschen ist nur das Vermögen, sie zweckmäßig anzubauen und zu benutzen“, und er sagt ausdrücklich, daß er mit dem Eigentum am Boden keineswegs das eigene und ausschließende Recht auf einen gewissen Gebrauch des Bodens ausschließen wolle.

Ob Fichte, wenn er eine proletarische Bewegung erlebt hätte, sie als den einzig möglichen Weg zur Erreichung seines Kulturziels erkannt haben würde, das ist eine Frage, die sich weder bejahen noch verneinen läßt. Aber eben auf diese Frage kommt es für die heutigen Intellektuellen an, und solange sie das historische Verständnis der modernen Arbeiterbewegung nicht gewonnen haben, wird es ein vergebliches Bemühen sein, sie an ihren kulturellen Interessen zu packen. Insofern können wir dem Genossen Adler nicht zustimmen. Aber für diejenigen Intellektuellen, die schon gewonnen sind, führt er den Nachweis, daß alle ihre Kulturinteressen im Sozialismus münden, in ausgezeichneter Weise.

Wilhelm Blos, **Badische Revolutionsgeschichten aus den Jahren 1848 und 1849.** Mannheim 1910, Verlag der Parteibuchhandlung. 168 Seiten.

Die vorliegende Schrift wird in ihrem Vorwort als eine „Ergänzung" zu dem Werke des Genossen Blos über die deutsche Revolution bezeichnet. Sie erhebt nicht den Anspruch, eine Geschichte der badischen Volksbewegungen in ihren Ursachen und Wirkungen zu sein; sie will nur in einer Reihe von Aufsätzen der heutigen Generation zeigen, wie unsere Väter ihre Freiheitskämpfe geführt haben, und sie will zugleich der historischen Wahrheit zu ihrem Rechte verhelfen gegenüber den Legenden, die sich namentlich an die süddeutsche Mairevolution gehängt haben.

In dem Rahmen, den der Verfasser sich selbst gezogen hat, erreicht seine Arbeit vollkommen ihre Zwecke. Sie ist eine Ergänzung nicht nur zu seinem größeren Werke, sondern auch zu dem bekannten Aufsatz von Engels über den badisch-pfälzischen Aufstand, der, so berechtigt er zu seiner Zeit war und so lehrreich er heute noch zu lesen ist, doch im einzelnen weder den Dingen noch den Personen immer gerecht wird. Nicht als ob Blos im wesentlichen eine andere historische Auffassung hätte als Engels, aber er bringt ein reicheres Material an Tatsachen bei, die manches in freundlicherem Lichte zeigen, als es bei Engels erscheint. Und dagegen würde am wenigsten Engels etwas einzuwenden haben.

Je breiter sich der Byzantinismus in den besitzenden Klassen macht, um so mehr sollten die arbeitenden Klassen die leider so spärlichen revolutionären Erinnerungen des Volkes pflegen. Darin sind wir ganz einig mit dem Genossen Blos, dessen Schrift in trefflicher Weise diesem Gebot der Pietät nachkommt.

Otto Krille, **Neue Fahrt.** Gedichte. Berlin, Johann Sassenbach. 54 Seiten. Preis 60 Pfennig.

Da die beiden früheren Gedichtsammlungen Krilles in diesen Spalten ausführlich besprochen worden sind, so können wir es bei der dritten mit wenigen Worten bewenden lassen, zumal da sie keinen neuen Zug enthält und, verglichen mit der zweiten, wenn auch gerade keinen Rückschritt, so doch auch keinen Fortschritt darstellt. Es sind etwa vierzig Lieder, die meist von Lenz und Liebe singen, ohne originelle Akzente; schwerlötiger sind einige Proletarierlieder, obgleich auch ihre Schwere mehr in der tapferen Gesinnung als in der dichterischen Kraft beruht. Es wäre sehr zu bedauern, wenn Krilles Talent, das wir nach wie vor anerkennen, allzu früh ans Ausruhen dächte; hoffentlich tritt es in einer neuen Sammlung wirklich eine neue Fahrt an.

Tierbau und Tierleben in ihrem Zusammenhang betrachtet von Professor Richard Hesse und Professor Franz Doflein. 1. Band: Der Tierkörper als selbständiger Organismus, von Professor Hesse. Leipzig 1910, B. G. Teubner. Preis gebunden 20 Mark.

Die Herausgabe dieses Buches ist keine zufällige Erscheinung, diktiert etwa durch das bloße Bedürfnis eines Verlegers, den deutschen Bücherschatz zu bereichern. Es kann darum in diesem Falle die Aufgabe des Referenten nicht allein in der üblichen Untersuchung bestehen, inwiefern das Bedürfnis des Verlegers dem Bedürfnis des lesenden und kaufenden Publikums entsprochen hat. Das neue Buch verdient viel mehr als diese triviale Betrachtung.

Die zoologische Forschung der letzten vier Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts hat ganz im Banne der gewaltigen Ideen gestanden, die an den Namen Darwins geknüpft waren. Es galt, ein ungeheures Material tatsächlicher Beobachtungen über den Bau der Tiere nach neuen Gesichtspunkten zu sichten, zu ordnen. Und man kann sagen, daß die Forschung den neuen Anforderungen gerecht geworden ist: die Zoologie hat heute ein ganz anderes Aussehen als vor Darwin. Eine ganz veränderte Betrachtung des Baues der Tiere ist uns heute in Fleisch und Blut übergegangen.

Die ganze Aufmerksamkeit der Forscher war nach Darwin auf die Form, auf den Bau der Tiere gerichtet, die es in ihrer Gesetzmäßigkeit zu erkennen galt, und die ersten Ansätze, die Lebensvorgänge, die Tätigkeiten des tierischen Organismus von allgemeinen, vergleichenden, also wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten, Ansätze, wie sie namentlich in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Physiologe Johannes Müller gemacht hatte, wurden ganz zurückgedrängt. Die Physiologie an den Universitäten wurde ausschließlich Physiologie des Menschen und der höheren ihm verwandten Tiere. Dazu verhalf noch die Entwicklung der Medizin, die dem Physiologen eine ganze Fülle von Problemen stellte, deren schneller Erledigung es für die Praxis der Medizin bedurfte.

Nachdem im Laufe der Jahrzehnte die Probleme, die die Bauverhältnisse der Tiere dem Forscher gestellt hatten, zum großen Teil erledigt waren, und nachdem andererseits die großartige Entwicklung der speziell medizinischen Forschung für die Bedürfnisse der praktischen Medizin eigene Stätten der Forschung geschaffen hatte, war die Zeit gegeben, wo Zoologie (Formenkunde) und Physiologie (Lehre von den Funktionen) sich auf der großen Heerstraße der biologischen Forschung aufs neue treffen konnten. Und mehr oder weniger wieder vereint gehen sie in den letzten beiden Jahrzehnten. Die Zahl der Zoologen, die Problemen der Funktion ihre Aufmerksamkeit zuwenden, mehrt sich allmählich.

Das Fazit aus diesem Zusammengehen von Zoologie und Physiologie wird in dem vorliegenden Bande von Hesse-Dofleins neuem Buche gezogen, das für weite Kreise der Gebildeten berechnet ist. Und es ist wirklich kein Zufall, wenn gleichzeitig mit diesem großangelegten populären Werke zum ersten Male auch ein großes „Handbuch der vergleichenden Physiologie“ für den Spezialisten in einem anderen Verlag unter Mitarbeit der besten Kräfte zu erscheinen beginnt.

Entsprechend dem oben gekennzeichneten Gesichtspunkt, daß die wissenschaftliche Erforschung des Lebens, der Lebensvorgänge, auf einer vergleichenden Untersuchung aller Tiergattungen beruhen muß, wird in dem neuen Buche das gesamte vorliegende Tatsachenmaterial über Bau und Tätigkeit der tierischen Organismen in den Kreis der Betrachtungen hineingezogen.

Das Werk ist auf zwei Bände berechnet, von denen der erste vorliegt. Er behandelt „das Tier, unabhängig von der Außenwelt, und in Hinsicht auf das Getriebe seines Organismus, auf den Zusammenhang von Bau und Funktion“, während der zweite Band „die Wirkung der äußeren Einflüsse und die Gegenäußerungen, zu denen der Organismus durch solche Einflüsse veranlagt wird,“ zum Gegenstand haben soll.

In der Einleitung bespricht Hesse „die Kennzeichen des Lebens“, „die Bedingungen und die Grenzen des Lebens“, Protoplasma, Zelle, Gewebe, die Frage nach den Unterschieden zwischen Pflanze und Tier und schließlich die Abstammungslehre.

Dann folgt ein Kapitel über „Statik und Mechanik des Tierkörpers“, in dem alle Arten der Bewegung tierischer Körper besprochen werden: Schwimmen, Gehen und Fliegen. Der Abschnitt über das Fliegen ist sehr reichhaltig und umfaßt mehr als dreißig Seiten.

Im nächsten Kapitel werden „der Stoffwechsel und seine Organe“ besprochen: Ernährung, Atmung, Exkretion (Ausscheidung), Blut- und Körpertemperatur.

Im dritten Kapitel folgen „Fortpflanzung und Vererbung“ und im vierten „Nervensystem und Sinnesorgane“. Hier ist namentlich der Abschnitt über das Sehen sehr bemerkenswert und reichhaltig. Es ist das eigentliche Arbeitsgebiet Hesses.

Den Schluß bildet ein kurzer Abriß über „das Ganze und seine Teile“, der den verständigen Leser sehr interessieren wird.

Das Buch umfaßt 768 Seiten Text und 20 Seiten Sachregister. Die Zahl der Abbildungen im Texte beträgt 480. Außerdem enthält das Buch noch 15 Tafeln

in Schwarz- und Buntdruck. Die äußere Ausstattung des Buches ist sehr gut. — Größeren Arbeiterbibliotheken sei die Anschaffung des Buches sehr empfohlen. Es kann viel dazu beitragen, die biologische Bildung weiter Kreise zu heben.

Lipschütz.

Lose Blätter.

Eine ehrbare Zunft. Wir erhalten folgende „Entgegnung": „In der Nummer vom 15. Juli der ‚Neuen Zeit' befindet sich eine Besprechung meiner Neuausgabe der ‚Arbeiterfrage' von Friedrich Albert Lange, die charakteristischerweise nicht mit Namen gezeichnet ist. Das heißt, eigentlich ist es gar keine Besprechung, da der Kritiker von vornherein darauf verzichtet hat, das Buch zu rezensieren. Er begnügt sich vielmehr im wesentlichen mit der Feststellung, es liege hier ein literarischer Skandal vor, wie er seines Wissens noch nicht dagewesen sei. Daß von extrem sozialistischer Seite meine Neuausgabe angegriffen werden würde, wußte ich im voraus, daß aber der Kritiker sich seine Aufgabe so leicht machen würde, darauf war ich doch nicht vorbereitet. Ich habe ja allerdings ein kolossales Verbrechen begangen, indem ich Friedrich Albert Lange nicht als radikalen Sozialisten aufmarschieren ließ, wie er sich in der ersten Auflage der ‚Arbeiterfrage' zeigt, sondern als sozialpolitisch gerichteten Liberalen, als den er sich in den späteren Auflagen dokumentiert. Dabei aber habe ich der Wirkung des Ganzen wegen den Elan der ersten Auflage möglichst beizubehalten gesucht. Das ist der ‚Heringssalat', den ich angerichtet habe. Aus einem völlig unlesbaren Buche habe ich ein lesbares gemacht. Das wäre aber natürlich vereitelt worden, wenn ich die einzelnen Stellen, an denen ich geändert habe, markiert hätte; so wäre ein philologisches Buch statt eines Volksbuches zustande gekommen. Die ‚Arbeiterfrage' war ferner in nicht wenigen Partien veraltet. Hätte ich wiederum ein philologisches Buch verbreiten wollen, so hätten diese Antiquitäten stehen bleiben müssen; da es mir darauf ankam, gelesen zu werden, verzichtete ich lieber auf das Lob textkritischer Schnüffler und modernisierte mit vorsichtiger Hand. Hierbei habe ich, da ich schließlich auch ein Mensch bin, natürlich meine subjektive Ansicht einfließen lassen. Dafür stehe ich aber auch im Gegensatz zu meinem nichtzeichnenden Referenten groß und breit als Bearbeiter auf dem Titelblatt. — Herr Franz Mehring, dem ich übrigens keineswegs die Autorschaft dieser Kritik zumuten will — das wäre eine schwere Beleidigung! — hat ja einen Neudruck der ersten Auflage der ‚Arbeiterfrage' angezeigt, ein meiner Ansicht nach nicht nur zweckloses, sondern auch hervorragend verkehrtes Vorhaben, denn ich kann doch einen Autor, der sich weiter entwickelt hat, nicht bei von ihm verworfenen Meinungen festhalten. Das ist in der Tat eine Fälschung! Herrn Franz Mehring, der aber, wie erwähnt, die besagte Kritik unmöglich geschrieben haben kann, waren einstmals Weiterentwicklungen über die Sozialdemokratie hinaus recht verständlich. Heute freilich bleiben sie ihm deutsche Dörfer; ich sage ‚deutsche' Dörfer, denn daß die böhmischen heute nicht mehr in den Gesichtskreis des Herrn Mehring fallen, dürfte nachgerade selbstverständlich sein. Dr. Adolf Grabowsky."

Da der Einsender nicht das geringste Tatsächliche gegen die Anzeige seines Machwerks vorzubringen vermag, so haben wir keine Verpflichtung, seine „Entgegnung" abzudrucken; auch läßt sich schwer verantworten, daß an den Gallimathias, den er über A. F. Lange verzapft, noch Druckerschwärze verwendet werden soll. Immerhin lassen wir ihn unverkürzt zu Worte kommen, da es ein gewisses Interesse bietet zu sehen, bis zu welcher Höhe der Dummdreistigkeit sich diese ehrbare Zunft von Buchmachern bereits zu versteigen weiß.

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.



2. Band Nr. 50 Ausgegeben am 9. September 1910 28. Jahrgang

Königsberg und Marienburg.

Berlin, 3. September 1910.

Nach dem Sohne der Vater, nach dem Kronprinzen der Kaiser, und dieser gleich mit zwei Reden innerhalb acht Tagen — das ist ein wenig viel, obgleich es vom sozialdemokratischen Standpunkt aus undankbar wäre, zu sagen, daß es zu viel wäre.

Einer jener urkonservativen Hinterwäldler, denen die „Kreuzzeitung" von Zeit zu Zeit ihre Spalten öffnet, macht seinem Leibblatt den sanften Vorwurf, daß es die Königsberger Rede des Kaisers nicht so treffend eingeschätzt habe wie der Genosse Bebel, der auf die Anfrage eines englischen Korrespondenten zurücktelegraphierte: „Die Hohenzollern ändern sich niemals." Man darf dies Kompliment an die Adresse Bebels aber auf die sozialdemokratische Presse ausdehnen; sie hat sich den neuesten Kundgebungen der kaiserlichen Beredsamkeit gegenüber monarchischer erwiesen als die Presse aller monarchischen Parteien, mit Ausnahme einiger freisinnigen Blätter.

Sie nahm nämlich an, daß wenn der Kaiser in einer feierlichen Kundgebung auf sein Gottesgnadentum und das eigene Recht poche, kraft dessen er die Krone trüge, wenn er mit schroffster Absichtlichkeit und in handgreiflichem Widerspruch mit der Verfassung den absolutistischen Standpunkt hervorkehre, etwas oder selbst viel dahinter stecke. Und zwar um so mehr, als der Kaiser mit diesem Hervortreten sich über die Abmachungen vom November 1908 hinwegsetzte, durch die angeblich all seinen selbstherrlichen und für das Staatswohl oft so gefährlichen Eingriffen in den Gang der Politik ein für allemal ein Riegel vorgeschoben sein sollte.

Nichts natürlicher also, als daß die proletarische und zum Teil auch die bürgerliche Opposition in der Königsberger Rede ein Sturmsignal sah und sich anschickte, den Kampf aufzunehmen, den der Kaiser so unverblümt ansagte. Darin lag, wenn auch gerade keine Huldigung an das monarchische Prinzip, so doch eine Würdigung dieses Prinzips als einer sehr bedeutenden und wich-

tigen Sache; die Sozialdemokratie hätte viel zu tun, wenn sie auf die Fanfare oder Fanfaronade irgend eines gleichgültigen Gegners hin sofort mobil machen wollte. Das ist auch sonst ihre Gewohnheit nicht, und wenn ihre Presse diesmal ein großes Gewicht auf eine monarchische Kundgebung legte, so lag darin eine Anerkennung der Monarchie, die vielleicht — und sei es auch nur als Ausnahme von der Regel — ihrerseits von den monarchischen Parteien anerkannt zu werden verdient hätte.

Aber es ist nun einmal unser Pech, es unseren Gegnern niemals recht machen zu können. Statt zu loben oder doch wenigstens nicht zu tadeln, daß wir diesmal dem Kaiser gegenüber nach dem Worte gehandelt haben: à tout seigneur tout honneur! verhöhnt sie uns, weil wir uns mit der Beachtung, die wir der Königsberger Rede geschenkt haben, auf eine Wildegänsejagd begeben haben sollen. Diese abgestempelten Monarchisten können ein mit so offensichtlichem Nachdruck vorgetragenes Regierungsprogramm des Kaisers gar nicht nebensächlich genug behandeln: sie rufen nach „Schluß der Debatte“, sprechen von einem „Donner ohne Blitz“ und freuen sich, daß „der Spuk“ nicht einmal eine Woche gedauert habe.

Unbillig, wie unsere Gegner gegen uns sind, wollen wir um so billiger gegen sie sein. Wir geben bereitwillig zu, daß wenn es sich nicht um das monarchische Prinzip handelte, die Königsberger Rede allerdings keine hervorragende Zensur beanspruchen könnte. Sie stellt den historischen Kenntnissen wie dem politischen Scharfblick ihres Urhebers kein unanfechtbares Zeugnis aus. Was soll dies Pochen auf die „Gnade Gottes“, auf das „eigene Recht“ gerade im Munde eines preußischen Königs gerade in Königsberg, der Hauptstadt derjenigen Provinz, die freilich dem ganzen Königreich den Namen gegeben hat, aber selbst nur durch einen Raub an der katholischen Kirche unter die weltliche Herrschaft der Hohenzollern gekommen ist? Bis vor nicht gar langer Zeit figurierte der preußische König im päpstlichen Staatskalender nur als Markgraf von Brandenburg, und wenn anders die eine Hälfte des Schnapsblocks weniger auf zeitliche Güter, als auf ihr ewiges Heil bedacht wäre, so hätte sie auf die Gottesgnadenrede, die von Königsberg in ihr Ohr tönte, als getreues Gefolge Seiner Heiligkeit des Papstes erwidern müssen: „Um Vergebung, Majestät, es war von des Teufels Gnade.“

Unter den monarchischen Staaten der Welt — obgleich keiner von ihnen durch den lieben Gott aus der Taufe gehoben worden ist — gibt es doch nur wenige, mit denen die Gnade Gottes so wenig zu schaffen gehabt hat, wie mit dem preußischen Staate, wenn anders man sich an den sonst herkömmlichen Gottesbegriff hält, der weder mit Streit noch mit Schacher etwas zu tun hat. Wir glauben gern, daß dem Kaiser die Entstehung und die Entwicklung des preußischen Staates von seinen höfischen Lehrern in einer Weise dargestellt worden ist, die ihn glauben läßt, daß die göttliche Vorsehung sich in diesem historischen Gebilde einen besonderen Liebling erkoren habe, aber mit dieser Auffassung steht er, bei der heutigen Ausbreitung historischer Kenntnisse in der profanen Welt, so ganz einsam, daß ihr in der Tat keine besondere Wichtigkeit beigelegt werden darf. Berührten ähnliche Kundgebungen seines

gleichdenkenden Großohms Friedrich Wilhelm IV. schon vor fünfzig Jahren die Mitwelt etwas — sagen wir — sonderbar, so kann man es heute den monarchischen Parteien nicht so sehr verdenken, wenn sie sagen, diese mittelalterliche Mystik sei mit einem beiläufigen Achselzucken abgetan.

Nicht anders als mit den historischen Kenntnissen steht es mit dem politischen Scharfblick der Königsberger Rede. Die Weltfremdheit, die sich in ihr kundgibt, ist wohl geeignet, zu überraschen, aber nicht zu überzeugen. Die kaum noch verhüllte Ankündigung neuer Marine- und Militärvorlagen steht in schreiendem Widerspruch mit den dringendsten Forderungen der Volksmassen, und die Ansichten über die Frauenfrage sind ein recht verspäteter Nachhall der Weisheitssprüche, die in den Spinnstuben unserer Urgroßmütter heimisch sein mochten. Eine weltgeschichtliche Erscheinung, wie die industrielle Frauen- und Kinderarbeit, die in ihren Konsequenzen die überlieferten Formen der Ehe und der Familie von Grund aus revolutioniert, macht sich jedem, der im wirklichen Volksleben steht, auf Schritt und Tritt so fühlbar, daß, wer nicht darüber stolpert, sich in vielleicht sehr erhabenen, aber ganz gewiß sehr luftigen Gedankenregionen bewegen muß.

Insofern mögen die monarchischen Parteien nicht unrecht haben, wenn sie darüber spotten, daß die sozialdemokratische Presse nach Schild und Schwert ruft, um nicht gegen Riesen, sondern gegen Windmühlen zu kämpfen. Indessen ist diesen Wackeren nun einmal nicht über den Weg zu trauen, und sie sprechen am Ende doch nur von Windmühlen, weil sie auf diesen Mühlen ihr Korn zu mahlen gedenken. Die Königsberger Rede erscheint ihnen so harmlos, weil sie in ihren Kram paßt, weil die herausfordernden Tendenzen des Absolutismus ihnen die Möglichkeit für allerlei Mogeleien bieten, mit denen namentlich der Schnapsblock den immer mächtiger anschwellenden Zorn der Massen zwar nicht zu beschwichtigen, aber doch irre zu leiten hofft. Seitdem nun gar der Königsberger Rede die Marienburger Rede gefolgt ist, in der die Sammelpolitik ihre, wir wissen nicht wievielte Auferstehung feiert, können nur noch, wenn anders die monarchische Presse recht hat, die abgefeimtesten Demagogen etwas an den kaiserlichen Reden auszusetzen haben.

Uns kann es recht sein, so oder so, wie es den Herren beliebt. Wir haben der Monarchie alle Anerkennung gespendet, die vom grundsätzlich republikanischen Standpunkt aus nur denkbar ist, indem wir das Königsberger Pronunziamento so ernsthaft nahmen, wie es genommen sein wollte; soll es durchaus nur ein „Spuk“ sein, nun, so wissen wir uns auch damit abzufinden, und müssen sogar anerkennen, daß die ewigen Reden von Gottes Gnaden, in denen sich vordem die Stuarts, Bourbonen und Welfen gefielen, wirklich zu manchem „Spuk“ geführt haben. Nur sollten die gewichtigen Männer, die so geringschätzig von Königsworten denken, uns nicht gleich die Marienburger Rede als lauteres Gedankengold aufreden. Ist die eine ein „Spuk“ und ein „Donnern ohne Blitz“, so ist's die andere erst recht.

Die famose Sammelpolitik hat nun bald ein Menschenalter hinter sich, und was sie erreicht hat, läßt sich dahin zusammenfassen, daß sie die bürgerlichen Parteien immer tiefer in die Bredouille gebracht, dem sozialdemokra-

tischen Vormarsch aber immer gründlicher den Weg geebnet hat. Dies ist auch leicht erklärlich. Denn da keine der bürgerlichen Parteien daran denkt, um des Gemeinwohles willen ihre besonderen Interessen zu opfern, so läuft die Sammelpolitik regelmäßig auf die Frage hinaus, welche der bürgerlichen Parteien ihre Genossin am gründlichsten über das Ohr zu hauen versteht. Das geht natürlich nicht ohne den giftigsten Hader hinter den Kulissen ab, der viel zerrüttender auf diese Parteien wirkt, als ihr offener und sozusagen prinzipieller Kampf nur immer wirken könnte, und so ist das Ende vom Liede der Sammelpolitik immer noch gewesen und wird auch immer wieder sein eine immer wachsende Zerrüttung des bürgerlichen Parteiwesens.

Bisher haben sich die Konservativen und die Ultramontanen am geschicktesten erwiesen, ihre Mitkämpfer für die heiligsten Güter der Nation übers Ohr zu hauen. Sie wollen auch jetzt nicht von dieser süßen Gewohnheit lassen, aber nach den famosen Leistungen des Schnapsblocks wird ihnen die Sache etwas saurer als sonst wohl. Es ist ihnen deshalb sehr willkommen, daß sie die kaiserlichen Reden für ihre erhabenen Zwecke ausnutzen können, und es scheint so, daß sie die Nationalliberalen, die bei allem Wankelmut doch nachgerade ein wenig kopfscheu geworden waren, schon wieder zu kirren beginnen. Nationalliberale Blätter flehen den Kaiser an, nicht bloß die Parole der Sammlung aus-, sondern auch den „Sammelplatz" anzugeben, in der treuherzigen Erwartung, daß dieser „Sammelplatz" auch einiges Futter für die Nationalliberalen enthalten wird. Und mit dieser kindlichen Hoffnung hat der Schnapsblock die Biedermänner schon da, wo er sie haben will.

Werden aber die kaiserlichen Reden in Königsberg und Marienburg mit Erfolg ausgenützt, um neues Wasser auf die Mühlräder des Schnapsblocks zu treiben, so kann uns das dreimal recht sein. Wir sind dann in der glücklichen Lage, mit jenem hohen Reichsbeamten übereinzustimmen, der auf die erste telegraphische Kunde aus Königsberg entsetzt ausgerufen haben soll: Das hat uns gerade noch gefehlt.

Allerdings haben diese kaiserlichen Reden der Sozialdemokratie gerade noch zur „lückenlosen Rüstung" für den Wahlkampf des nächsten Jahres gefehlt: sowohl die Königsberger wie die Marienburger Rede, und jede gleichviel in welcher Auslegung.

Die Entwicklungstendenzen der russischen Sozialdemokratie.

Von **N. Trotzky.**

I.

Der wissenschaftliche Sozialismus, wie ihn seine Schöpfer klarlegten, ist aus der materiellen und geistigen Entwicklung der fortgeschrittenen europäischen Länder abgeleitet worden. Vor den Führern der Arbeiterbewegung aber erstand er dann als fertige Doktrin, als Formel, die es galt in die Praxis umzusetzen. Jene inneren Widersprüche in den Konstruktionen des Sozialismus, die der Marxismus theoretisch überwunden hatte, kehrten bei der praktischen Anwendung des Marxismus in Form national-politischer

Widersprüche zurück. Selbst die beste soziale Doktrin, das heißt diejenige, die die Welterfahrung am richtigsten wiedergibt, kann die Erfahrung selbst nicht ersetzen. Jedes Land mußte und muß für sich aufs neue den Marxismus erwerben, um ihn zu besitzen. Der internationale Charakter der sozialistischen Bewegung zeigt sich nicht nur darin, daß jedes Land aus der Erfahrung des fortgeschritteneren Landes für sich Lehren zieht, sondern auch darin, daß es dessen Fehler wiederholt.

Der Kampf innerhalb der internationalen Sozialdemokratie ist im großen und ganzen die Widerspiegelung der Widersprüche des Anpassungsprozesses der sozialrevolutionären Klasse an die politischen Formen und rechtlichen Normen der kapitalistischen Staaten. Die Extreme, zwischen denen diese ganze Entwicklung sich bewegt, sind einerseits die anarchistische „Verneinung" jedes staatlich-rechtlichen Überbaues, die die ökonomische Basis in eine metaphysische Versteinerung verwandelt, der die Anarchosozialisten und Syndikalisten das Dynamit des reinen revolutionären Willens entgegenhalten; andererseits die reformistische Impotenz, für die alle Einschränkungen des proletarischen Klassenkampfes als etwas Absolutes erscheinen — aus dem einzigen Grunde, weil der böse Wille der Klassenfeinde des Proletariats jene Einschränkungen vorsorglich in „Gesetze" umgewandelt hat. Insofern diese Ausschweifungen in der Richtung des Anarchismus und des Reformismus auf jeder neuen Etappe des Klassenkampfes notwendig entstehen, indem sie die inneren Bedürfnisse der Arbeiterbewegung einseitig befriedigen, ist die sozialdemokratische Partei genötigt, aus Rücksichten der Selbsterhaltung sie theoretisch zu bekämpfen, sie praktisch zu unterwerfen, endlich ihre Anhänger aus der Partei auszuscheiden, falls durch sie die Aktionsfähigkeit der Partei bedroht wird.

Eine allgemeine Formel für diese Abirrungen gibt es nicht, eben weil diese aus der Anpassung der Formel an das Leben entstehen.

Der scheinbar durch die Internationale gänzlich überwundene Anarchismus feiert seine Auferstehung im Aufblühen des Syndikalismus wieder. Ebenso wie der vollständige Bankrott des sozialistischen Ministerialismus in Frankreich es nicht verhindern konnte, daß in einem anderen Lande der französischen Zunge, in Belgien, die ministerialistischen Tendenzen sich Geltung verschaffen.

Die Theorie kann die Erfahrung nicht ersetzen. In allen westeuropäischen Ländern aber erschien der Marxismus erst nach den bürgerlichen Revolutionen, die die Massen in ihren Wirbel mit hineingezogen, Parteigruppierungen hervorgebracht, Illusionen geschaffen und zerstört und so politische Erfahrungen gehäuft hatten. So arm an praktischen Ergebnissen die deutsche Revolution des Jahres 1848 war, bildete sie doch zugleich mit dem preußischen Verfassungskonflikt der sechziger Jahre die politische Vorbedingung für die Wirkung Lassalles und die Bildung der deutschen Sozialdemokratie. Sowohl Lassalle als Liebknecht sind aus der Schule des Jahres 1848 hervorgegangen.

In Rußland jedoch war die Mission des Marxismus in vielen Beziehungen schwieriger und komplizierter. Hier erschien er nicht nach dem Zusammenbruch einer nationalen Revolution, sondern nach dem Scheitern der primitiv ideologischen Anschauungen über die künftige Revolution (die Richtungen des „Narodnitschestwo", der „Narodnaja Wolja"). Er war nicht die Waffe der unmittelbaren politischen Selbstbestimmung des Proletariats, sondern die Waffe für die vorbereitende gesellschaftliche Orientierung der sozialistischen

Intelligenz in einem politisch unentwickelten Milieu, dem jede Tradition eines bewußten Massenkampfes fehlte.

Daß die revolutionäre Intelligenz Rußlands vollständig von der sozialistischen Ideologie beherrscht wurde, war die Folge der großen revolutionären Rolle des russischen Proletariats in einer Epoche des totalen Zerfalls der demokratischen Ideologie in Westeuropa. Gegenüber dem geschichtlich jungfräulichen Proletariat hatte die sozialistische Intelligenz den Vorzug des größeren politischen Verständnisses und des materiellen Verknüpftseins mit der vorrevolutionären bürgerlichen Gesellschaft. Diese Vorzüge gaben ihr den leitenden Platz in den sozialdemokratischen Organisationen. Indem sie aber in die Arbeiterpartei eintrat, trug sie ihre sämtlichen sozialen Eigenschaften: sektiererischen Geist, Intelligenzlerindividualismus, ideologischen Fetischismus in die Partei hinein; diesen ihren Besonderheiten paßte sie den Marxismus an, den sie verzerrte. So wurde für die russische Intelligenz der Marxismus das Mittel, jede Einseitigkeit bis zu ihrem äußersten Extrem zu treiben. Wer den historischen Sinn unserer inneren Parteikämpfe verstehen will, der darf die soziale Zusammensetzung der führenden Organisationen in unserer Partei vor und während der Revolution nicht außer acht lassen.

Innerhalb der internationalen Sozialdemokratie sind, wie gesagt, die Spaltungen und Reibungen durch die Schwierigkeiten hervorgerufen, die dem Anpassungsprozeß einer sozialrevolutionären Klasse an die begrenzten Bedingungen des Parlamentarismus, des gewerkschaftlichen Kampfes usw. entgegentreten. Jene Fraktionen aber, die bis jetzt die Spaltungen in der russischen Sozialdemokratie hervorgerufen hatten, entstanden in erster Linie durch die Anpassung der marxistischen Intelligenz an die Klassenbewegung des Proletariats. So begrenzt vom Standpunkt des sozialistischen Endziels der reale politische Inhalt dieses Anpassungsprozesses war, so unbändig waren seine Formen, so gewaltig die ideologischen Schatten, die er warf.

II.

Jedes neue Bedürfnis, das die Entwicklung der Arbeiterbewegung mit sich brachte, rief in Rußland eine besondere Fraktion ins Leben, die als Organ zur Befriedigung dieses Bedürfnisses diente — und zugleich als die Äußerungsform, in der sich die marxistisch denkende Intelligenz dem Gange der Arbeiterbewegung anpaßte; und diese Fraktion schuf ihrerseits ihre eigene Philosophie der gesamten Arbeiterbewegung. Der „Ökonomismus“ entstand auf dem Boden eines notwendig gewordenen wirtschaftlichen Kampfes zur Zeit des industriellen Aufschwunges, und die Aufgaben, die ihm dabei erwachsen sind, faßte er in der Weise auf, daß die Politik vollständig oder so weit als möglich aus der Bewegung auszuschalten sei. Als später die wirtschaftliche Krise einsetzte und politisches Leben sich im Lande regte, benutzten es die „Politiker“ ihrerseits, um die Ökonomisten (Nurgewerkschafter) ganz und gar zu verdrängen. Gleich danach jedoch teilten sie sich selbst in zwei Richtungen, die der Menschewiki und der Bolschewiki. Der Grund der Spaltung war die Verschiedenheit der Auffassung in der Organisationsfrage, das heißt eigentlich in der Frage des Verhältnisses der Parteiorganisation zu der Massenbewegung.

So scharf sich diese zwei Richtungen von Anfang an bekämpften, waren doch die sachlichen Unterschiede ursprünglich ganz unbedeutend. Da brach die

Revolution aus und rollte ihre Riesenprobleme auf. Sie nutzte sowohl den Bolschewismus wie den Menschewismus als zwei fertig vorhandene Organisationsformen aus, indem sie die beiden zwang, in verzweifeltem Kampfe gegeneinander den verschiedenen unaufschiebbaren Bedürfnissen der Bewegung zu dienen. Die politische Geschichte wurde nunmehr nach Monaten gemessen. Der Bolschewismus und der Menschewismus arbeiteten in kürzester Zeit jeder für sich zwei verschiedene Auffassungen der Revolution und zwei Taktiken aus.

Der Kampf um den Einfluß auf das politisch unreife Proletariat, der zwischen der marxistisch denkenden Intelligenz und der Intelligenz anderer Denkart tobte, sowie der Kampf zwischen den verschiedenen Gruppen untereinander trug in sich den Keim des Kampfes für die Emanzipation der sozialistischen Avantgarde des Proletariats von der Hegemonie der Intelligenz, soweit die Bedingungen für diese Emanzipation geschaffen wurden.

Die Bolschewiks erhoben die ursprüngliche primitive Organisation der Partei zum Prinzip und sahen in der politischen Unreife des Proletariats verbunden mit seiner revolutionären Stimmung die Ursache, warum die Arbeiterschaft am zweckmäßigsten durch die marxistische Intelligenz geleitet werde.

Die Menschewiks dagegen kritisierten aufs schärfste den zweistöckigen Aufbau der Partei, enthüllten die bürgerlich-jakobinische Natur der Intelligenz, die sich hinter dem Scheine des Marxismus versteckte und erklärten, daß sich hinter der Fahne der Diktatur des Proletariats die Diktatur über das Proletariat verberge. Der extreme Flügel der Menschewiks ging endlich bis zur Idee der heroischen Selbstverleugnung, indem er an die alte Partei die Forderung des Aufgehens in den Massen stellte. Die Ironie der Geschichte wollte es aber, daß die Menschewiks, während sie diese Selbstverneinungsidee immer deutlicher hervorhoben, selbst als Gegengewicht gegen den Bolschewismus, jedoch ganz nach dessen Art und Weise, eine fest geschlossene Fraktion bildeten, das heißt eine Organisation der Gleichgesinnten, die unter der Parole der Bekämpfung der Führung des Proletariats durch die Intellektuellen im allgemeinen in Wirklichkeit einen Kampf für ihre eigene Leitung der Arbeitermassen führte — ganz ähnlich jenen famosen Individualisten, die mitgliederreiche Vereine gründeten, um gemeinsam für die Einsamkeit zu schwärmen. Da die führende Rolle der Intelligenz in der russischen Sozialdemokratie keine Zufallserscheinung, sondern als eine Vorbedingung des Selbständigwerdens des sozialistischen Proletariats eine geschichtliche Notwendigkeit ist, und da sowohl die Bolschewiks wie die Menschewiks den Massen die revolutionären Losungen gaben und ihrem elementaren Bedürfnis nach einer starken revolutionären Organisation entsprachen, so gruppierten sich diese Massen je nach den zeitlichen und örtlichen Bedingungen bald um die Bolschewiks, bald um die Menschewiks. Die Massen entnahmen beiden Richtungen das, was für ihren Klassenkampf von Nutzen war, wodurch für eine Zeitlang die Illusion hervorgerufen wurde, als hätten beide Richtungen in den Tiefen des Proletariats feste Wurzel gefaßt.

III.

Die Zersetzung der Partei, die in den Jahren 1908 bis 1909 unaufhaltsam fortschritt, hatte zur Ursache: erstens die Verhältnisse und die Stimmung der Epoche der Konterrevolution, zweitens die allgemeine Disharmonie zwischen der alten Form der Parteiorganisation und den veränderten Bedürfnissen der Arbeiterbewegung.

Durch den Zusammenbruch der großen Hoffnungen gelähmt, durch die brutalen Schläge der Konterrevolution niedergeworfen, durch das Elend der zehnjährigen wirtschaftlichen Krise erschöpft, verließen die Arbeiter in Massen die Partei. Das war eine natürliche Reaktion nach der ungeheuren Kräfteanspannung der vorhergehenden Jahre. In seiner elementaren Notwendigkeit vollzog sich dieser Prozeß fast ohne ideologische Reflexe. Der rückständigste, nicht sehr umfassende Teil der Arbeiterschaft flüchtete sich vorübergehend in die Reihen der schwarzen Hundert. Ein anderer, ebenfalls ganz unbedeutender Teil schloß sich den mystischen Sekten an. Vereinzelte Hitzköpfe lösten sich von den Massen ab, um allein oder gruppenweise im Guerillakrieg gegen die Polizei und in sinnlosen expropriatorischen Unternehmungen ihr Leben zu verwirken. Andere suchten wieder ihrer Klasse zu entrinnen, sonderten sich ab, studierten, machten sich an die Algebra, bereiteten sich zum Abiturium vor. Die breiten Massen der Arbeiter aber verfielen in vollständige Apathie, ergaben sich dem Hasardspiel, dem Trunke und Ausschweifungen aller Art. Nur die mehr bewußten und charakterfesten Arbeiter suchten zusammenzuhalten — in Gewerkschaften, Bildungsvereinen usw.

In der demokratischen Presse wurde zu jener Zeit eine wilde Hetze gegen die Sozialdemokratie geführt. Die Partei, die in der vorrevolutionären Epoche der „gebildeten Gesellschaft" den Weg zum „Volke" gebahnt hatte, wurde jetzt beschuldigt, Zwietracht zwischen die Gebildeten und das Volk gebracht zu haben. Sie, die bloß die objektiven Tendenzen der Revolution in die Sprache politischer Losungen übertragen hatte, wurde — da sich die Gegensätze verschärften — naturgemäß beschuldigt, keinen Takt und kein Verantwortungsgefühl zu besitzen. Eben, weil die Sozialdemokratie an der Spitze der Revolution marschiert war, ist die Chronik der Niederlagen der Revolution zum Anklageakt gegen die Sozialdemokratie geworden. Die durch die Revolution hervorgerufene Verschärfung der Klassengegensätze, in ihrem letzten Ende nur von Vorteil für die Sozialdemokratie, versetzte ihr zunächst manchen schweren Schlag. Jene halbsozialistische Intelligenz, die erst gestern als fester Kreis Mitfühlender und Mittuender die Partei umschlossen hatte, kehrte in rascher Wendung zu den nährenden Brüsten ihrer Mutter Bourgeoisie zurück. Die ideologischen Formen dieses Frontwechsels sind eher ergötzlich als lehrreich: Der Syndikalismus, der Mystizismus, die sexuelle Anarchie, das Evangelium Johannis, die „Erinnerungen" der Wanda Sacher-Masoch, all das wurde gegen die sozialistische Verführung mobil gemacht.

Die besten Elemente der Partei, die Führer von 1905, waren zu dieser Zeit verstreut in den Gefängnissen, in der Verbannung, im Ausland. Die in den illegalen Organisationen verbliebene Intelligenz verlor vollständig die Fassung. Die politischen Aussichten wurden immer trüber. Unten zogen sich die Massen zurück, oben versiegten die Geldquellen, die ehedem der Partei aus den Reihen der bürgerlichen Demokratie zugeflossen waren. Die Parteiorganisationen gerieten in eine Sackgasse. Ihre Mitglieder sahen sich vor die gemeinen Fragen des Kampfes um die Existenz gestellt. Die Berufsrevolutionäre, Agitatoren, Organisatoren, Transporteure der illegalen Literatur, die vor kurzem nichts als die Verkörper abstrakter Parteikategorien gewesen waren, Asketen, verschwörerische Einsiedler, Leute ohne Bedürfnisse — das Bedürfnis nach einem falschen Paß ausgenommen — materialisierten sich sehr rasch in der konterrevolutionären Atmosphäre und wurden ganz weltlich. Es tauchten bei

ihnen die legalsten Bedürfnisse auf: Familie, Weib, Kind, Windel und Kindermilch. In fieberhafter Eile liquidierten sie ihre illegale Vergangenheit, kehrten sie in die Universitäten zurück, zogen den Advokatenfrack an, wurden Kommis, Sekretäre der Unternehmerverbände, besetzten die Redaktionstische der bürgerlichen Presse.

Ein Teil der alten Parteiintelligenz übertrug seine Tätigkeit — der Linie des kleinsten Widerstandes folgend — in die legalen Arbeiterverbände, die im Gegensatz zu den Parteiorganisationen noch das Wohlwollen des liberalen Bürgertums genossen. Es zeigte sich die Möglichkeit, in den Arbeiterklubs tätig zu sein, ohne mit der Polizei oder den liberalen Freunden der Arbeiterschaft in Konflikt zu geraten. Um sich jedoch diese Möglichkeit der Tätigkeit zu sichern, erschien es notwendig, die Arbeiterverbände davor zu schützen, daß sie durch ihre Verbindung mit der Partei kompromittiert würden. Nun bildete sich rasch eine neue politische Gestalt: die des heimlichen Sozialdemokraten, der öffentlich gegen die Sozialdemokratie kämpft.

In dieser Atmosphäre der Konfusion und des Niederganges fand die menschewistische Kritik, die sich gegen die Parteiführung durch die Intellektuellen richtete, begeisterten Widerhall — bei den Intellektuellen selbst. Die Partei, wie sie sich geschichtlich herausgebildet hatte, wurde nun als ein Unglück für die weitere Entwicklung des Proletariats proklamiert. Das Desertieren der Intelligenz aus der Partei auf Grund dieser Philosophie will nun nicht mehr als Renegatentum, sondern als eine politische Pflicht gelten.

Das also, was in unserem Parteijargon „Liquidatorentum" (der Drang, die Parteiorganisation zu „liquidieren") benannt wird, erweist sich als eine höchst komplizierte Erscheinung. Es umfaßt in erster Linie die Ideologie des politischen Desertierens mit ihrer praktischen Schlußfolgerung: „Nieder mit der Partei!" Es umfaßt weiter die Sehnsucht nach einem legalen Felde der Betätigung, welche Sehnsucht sich bis zur Bereitwilligkeit versteigt, den revolutionären Geist des Programms und der Taktik dafür zu opfern. Es umfaßt schließlich — und das ist der Grund für alles andere — die *politische Passivität* der Massen, als unmittelbare Folge der großen Niederlage.

Die Symmetrie der Entwicklung wahrend, ging parallel mit diesem Zerfall des Menschewismus ein Zerfall der Bolschewiksfraktion vor sich. Im Bestreben, den Einfluß über die aktiveren Elemente der Arbeiterschaft zur Zeit des Niederganges der Massenbewegung nicht zu verlieren, sanktionierte ein Teil des Bolschewismus im Namen der marxistischen Lehren die Taktik des Freibeuterkrieges, der Expropriationen usw., in der sich doch nur die anarchische Auflösung der revolutionären Psychologie äußerte. Auf dieser Basis gelangte jener Verschwörerzug, der der Partei in der Zeit vor der Revolution besonders der Fraktion der Bolschewiks eigen war, zur vollen Entfaltung. Hinter dem Rücken der Partei werden Dinge vollbracht, die mit dem politischen Leben der Massen nichts gemein haben und ihrem ganzen Wesen nach der Parteikontrolle nicht unterliegen können. In die Parteiorganisationen dringen abenteuerliche Elemente ein. Verantwortliche Parteistellungen wurden nicht selten Personen anvertraut, die ihre organisatorische Fähigkeit in einer Sphäre bekundeten, die außerhalb der Parteibewegung liegt. Die Unabhängigkeit von jeglicher Arbeiterorganisation, heroisches Spekulieren auf „gut Glück", Unternehmungen, die vor den Parteigenossen „zweiten Grades" geheim gehalten werden — dies alles entwickelt einen zügellosen Individualismus, Verachtung gegen die

„Konventionalitäten" des Parteistatuts und der Parteimoral, kurz — eine politische Psychologie, die der Atmosphäre der Arbeiterdemokratie innerlich vollständig fremd und feindlich ist. Während der Hamlet des menschewistischen Kritizismus, bedrängt durch die Widersprüche der politischen Entwicklung, die Existenzfrage der Partei mit seinem liquidatorischen „nicht Sein!" beantwortet, ist der autoritär-zentralistische Bolschewik unter dem Drucke des Selbsterhaltungstriebes bestrebt, die Partei von der Klasse, die Fraktion von der Partei, das Zentrum seiner Fraktion von ihrer Peripherie loszulösen, und er gelangt mit fataler Notwendigkeit dazu, seine ganze politische Praxis in die Stirnersche Formel „der Einzige und sein Eigentum" einzuzwängen.

Je tiefer die Welle der Massenerregung sinkt, je mehr die Desorganisation in den Reihen der Bolschewiks durch den unaufhaltsamen Rückzug der Intelligenz fortschreitet, desto schärfer das Mißtrauen einiger Elemente im Bolschewismus gegen alles, was außerhalb ihrer Fraktion liegt, desto deutlicher äußert sich die Tendenz, die Arbeiterorganisationen durch Verordnungen, Zurechtweisungen, Ultimativforderungen „im Namen der Partei!" in Subordination zu erhalten.

Diese Elemente, die sogenannten Ultimatisten, kennen nur eine Methode, die Dumafraktion oder die legalen Arbeiterorganisationen dem Einfluß der Partei zu unterstellen: die Drohung — ihnen den Rücken zu kehren. Die boykottistische Tendenz, die durch die ganze Geschichte des Bolschewismus geht — Boykottierung der Gewerkschaften, der Reichsduma, der Gemeindevertretungen usw. — das Produkt der sektiererischen Furcht vor dem „Aufgehen" in den Massen, der Radikalismus „der unversöhnlichen Enthaltsamkeit!" —, verdichtet sich zur Zeit der dritten Duma zu einer besonderen Strömung innerhalb des Bolschewismus, die ihrerseits verschiedene Schattierungen aufweist: von vollständiger, anarchistisch gefärbter Ablehnung jeder parlamentarischen Tätigkeit bis zu einer gewissen verächtlich nachlässigen Duldung dieser Tätigkeit.

Der unmittelbare Protest des revolutionären Empfindens gegen das Joch der Stolypinschen Gesetzlichkeit, unter das man sich nach der Sturm- und Drangperiode beugen mußte; der politische Formalismus, der die Vereinigung eines revolutionären Kampfes gegen das Regime des 16. Juni mit einer Tätigkeit in dem Parlament des 16. Juni für unmöglich hält; abergläubische Zuversicht, daß die revolutionäre Stimmung als Folge der unversöhnlichen Ablehnung der legalen Kampfesmöglichkeiten wieder auferstehen müsse; endlich — als Grund alles anderen — die Apathie der Arbeiter, die zur politischen Isolierung und Entkräftung der sozialdemokratischen Dumavertretung, sowie zur Herabdrückung der Stimmung in allen öffentlichen Arbeiterorganisationen führte — das sind die Elemente und Bestandteile jener verwandten Strömungen, die in unserer Parteisprache die Namen Ultimatismus und Otsowismus (Abberufertum)[1] führen.

Der Bolschewismus ließ sich jedoch vom Ultimatismus nicht beherrschen. Im Gegenteil, er trat gegen ihn entschieden oder richtiger ungestüm auf. Gleichzeitig geriet der Menschewismus in Konflikt mit dem Liquidatorentum. Die Unterschätzung der revolutionären Rolle der geschlossenen Partei, taktische Zerfahrenheit, mutlose Unterwerfung vor der Klasse bei jedem Stimmungswechsel der letzteren — alle diese Züge nahm das Liquidatorentum in sich

[1] Das Abberufertum besteht auf der Forderung, die Dumafraktion abzuberufen, respektive sie zur Mandatniederlegung zu veranlassen.

auf und eröffnete dadurch einen freien Weg allen revolutionären Elementen des Menschewismus. Eine Folge dieser Prozesse war die Annäherung beider alten Fraktionen; allerdings näherten sie sich zunächst noch sehr mißtrauisch, mit dem Gewehr in der Hand.

IV.

Die Spaltung bei den Bolschewiks in der Frage der Dumatätigkeit und bei den Menschewiks in der Frage der Haltung zur Partei war für beide Seiten psychologisch notwendig, um eine Vereinigung möglich zu machen — und das schon deshalb, weil die weitere fraktionelle Zerklüftung der Partei die Mechanik des Fraktionskampfes völlig ad absurdum geführt hätte. An und für sich aber stellte der Bildungsprozeß neuer Fraktionen innerhalb der alten nur einen weiteren Schritt vorwärts auf dem Wege des Zerfalls der Partei dar. Eine schöpferische Bedeutung hatten zwei ganz andere Arten von Erscheinungen: die Komplizierung der Formen und Methoden der Arbeiterbewegung und das Hervortreten eines neuen Parteitypus aus den Reihen der vorgeschrittenen Arbeiter. Das eine wie das andere ist ein direktes Erbteil der Revolution.

Vor der Revolution sehen wir amorphe, episodische Ausbrüche des ökonomischen und politischen Kampfes vor uns unter der Organisationsdiktatur geheimer Parteizirkel. Nach der Revolution sehen wir einen fortlaufenden, wenn auch langsamen Kristallisationsprozeß in den Massen selbst. Es entstehen verschiedenartige parteilose Arbeiterorganisationen, die eine selbständige Existenz führen. Die Arbeiter betreten den Weg eines planmäßigen Kampfes auf den Gebieten der Gewerkschaften, Genossenschaften, Gemeindevertretungen, des Antialkoholismus und rufen ein ganzes Netz von Bildungsvereinen ins Leben. Die Partei kann diese Organisationen von außen her nicht leiten, da sie deren Kleinarbeit ihre allgemeinen programmatischen Forderungen entgegensetzt. Sie muß erst lernen, diese Forderungen durch alle Windungen der Tagespraxis hindurchzuführen. Die Partei kann bei den neuen Tätigkeitsbedingungen nicht eine abgeschlossene Gesellschaft theoretischer Gesinnungsgenossen bleiben, ein kommandierendes Korps, das *über* allen Formen der Arbeiterbewegung steht. Sie muß selbst den Kern der Klasse bilden, sich in eine Massenorganisation verwandeln, die mit ihren Fühlorganen in die Tiefen aller proletarischen Vereinigungen eindringt und sie von innen heraus leitet. Für diese Arbeit erwiesen sich die Fraktionen der Menschewiki und Bolschewiki — ihrer bisherigen Ideen- und Organisationsstruktur nach — als vollkommen unfähig. Als bloße Vereinigungen von Genossen, die in den Grundfragen des Marxismus einig waren, besaßen beide Fraktionen auf dem Gebiet der parlamentarischen, munizipalen, gewerkschaftlichen Praxis weder bestimmte Anschauungen noch Erfahrungen und entsprechende Organe. Allerdings wurden alle diese Zweige der Tätigkeit stets und überall unter der Leitung einzelner oder in Gruppen vereinigter Sozialdemokraten ausgeübt, aber dies alles geschah außerhalb des Rahmens der Fraktionen, außerhalb ihrer organisatorischen Einwirkung.

Als erste strömten die Menschewiks der Betätigung in der Öffentlichkeit zu (die sozialdemokratischen Fraktionen aller drei Dumas, die Redaktionen der Gewerkschaftsorgane, die Vorstände der Arbeiterklubs usw. bestanden vorzugsweise aus Menschewiks). Aber die menschewistische Fraktion selbst zerfiel dabei, indem sie einzelne Gruppen ausschied, die in den Gewerkschaften, Klubs usw.

tätig waren. Die parteilosen Arbeiterorganisationen blieben isoliert: sie fanden zwar Führer in den Reihen der Partei, aber keine Führung durch die Partei. Es mangelte an einer vereinigenden Taktik. Selbst die einflußreichste legale Organisation, die sozialdemokratische Dumafraktion, in der die Menschewiks das Übergewicht haben, arbeitet vollkommen außerhalb der Kontrolle der menschewistischen Fraktion, beständig unterstützt von einzelnen sachkundigen Sozialdemokraten, die meistenteils außerhalb der Fraktionen stehen. Indessen erwies sich überall, wo einzelne Parteiorganisationen sich den Klassenaufgaben in ihrem ganzen Umfang gegenübergestellt sahen (Kampf um die Koalitionsfreiheit, Fragen der Sozialgesetzgebung in der Duma, Konflikte der Arbeitervertreter mit bürgerlichen Politikern auf verschiedenen Kongressen usw.), der Mangel einer koordinierenden Parteileitung als vollkommen unerträglich. In den Reihen der Menschewiks selbst erwachte das Bedürfnis nach der Partei.

Während vereinzelte Gruppen der Menschewiks sich in ihren legalen Positionen befestigten, verteidigten die Bolschewiks energisch den illegalen Parteiapparat gegen die Schläge der Reaktion; sie stellten die Verlagstätigkeit im Ausland wieder her und beriefen eine allrussische Parteikonferenz ein. Anfangs mochte es scheinen, als hätten beide Fraktionen zwei miteinander nicht in Berührung kommende Tätigkeitsgebiete gefunden und so die Spaltung auf unbestimmte Zeit dauernd gemacht. In Wirklichkeit jedoch traten sie eben auf diese Weise unmittelbar an das Problem der Parteieinheit heran.

In den illegalen Organisationen fühlten sich die Bolschewiks immer mehr isoliert. Die selbständigsten proletarischen Elemente der Fraktion folgten den Menschewiks in die Gewerkschaften, Klubs usw. Die revolutionäre Periode, die den Rahmen der Partei mit einem Schlage weit ausgedehnt hatte, hinterließ auf dem illegalen Tätigkeitsfeld ein furchtbares Erbteil in Gestalt einer weitverzweigten Lockspitzelei. Die Wirkung der letzteren wurde um so verheerender, je gedrückter die Stimmung der Massen wurde, je schwächer der Zufluß neuer Elemente in die Parteiorganisationen. Eine irgendwie bedeutende Agitation wurde fast nicht geführt. Rings um die illegalen Geheimorganisationen trat eine völlige Leere ein. Bei diesen Bedingungen trat für alle aktiven Elemente der bolschewistischen Fraktion mit greifbarer Deutlichkeit die Notwendigkeit zutage, das unterirdische Tätigkeitsfeld mit den öffentlichen Arbeiterorganisationen zu verknüpfen, die letzteren zu vereinigen und den Geheimorganisationen frisches Blut zuzuführen. In dem Rahmen der alten Parteiorganisation genommen, bedeutete diese Aufgabe vor allem eine taktische Verständigung der Bolschewiks mit den Menschewiks — zur gemeinsamen Reform der Parteiarbeit und der Reorganisation des Parteiapparats.

Für den neuen Apparat hatte die vorhergehende Entwicklung ein neues Personal geschaffen.

Vor der Revolution hatte die marxistische Intelligenz in der Partei die vorgeschrittenen Arbeiter vollkommen in den Hintergrund gedrängt. Die letzteren standen nicht bloß außerhalb des relativ kleinen Laboratoriums, in dem die theoretischen Formeln und politischen Losungen ausgearbeitet wurden, sondern überhaupt außerhalb irgend einer Organisation. Die Losungen und Formeln erhielten sie in fertiger Gestalt von der Partei, die über ihnen stand.

Die Anforderungen der revolutionären Aktionen hatten mächtige Organisationen geschaffen, die Hunderttausende von Arbeitern umfaßten. Das war die erste ernste Schule der Arbeiterdemokratie Rußlands. Aber die revolutio-

nären Organisationen waren nicht Teile der Parteiorganisation — nicht bloß formell, sondern auch selbst in dem Sinne, daß die politischen Lösungen in dieser Periode von der Partei, von ihrem Generalstab formuliert wurden, während die Arbeiterdelegiertenräte nur den Apparat darstellten, der diese Losungen verbreitete und in Wirklichkeit umsetzte. Die Partei galt für die Arbeitermassen auch jetzt als etwas Selbstverständliches, von vornherein und auf immer Gegebenes, das aber außerhalb ihres Kreises stand. Mit diesen Anschauungen über die Partei traten die Arbeiter den offenen Organisationen im Jahre 1906/07 bei. Sie hatten das Bewußtsein, Sozialdemokraten zu sein, das Parteigefühl saß ihnen in den Knochen — und da die sozialdemokratischen Arbeiter naturgemäß die einflußreichsten Mitglieder der Gewerkschaften und der Klubs wurden, so schien ihnen das eine genügende Garantie für den sozialistischen Gang der proletarischen Bewegung. Sie waren Sozialdemokraten ohne Sozialdemokratie. Erst später, im Jahre 1909, als die Partei fast aufgehört hatte, einen leitenden Einfluß auf sie auszuüben, und sie sich auf ihre eigenen, isolierten Kräfte angewiesen sahen, gelangten sie plötzlich — aber nun auch vollkommen und definitiv — zu der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Vereinigung durch die Partei. So entstand ein neuer sozialdemokratischer Typus. Das ist nicht mehr der des berufsmäßigen Revolutionärs, der über den Massen schwebt; das ist jetzt ein Schlosser oder ein Weber von Beruf, der stets mit den Massen lebt. Dieser Schlosser oder Weber war häufig schon vor der Revolution unter dem Einfluß der Partei und ihrer Fraktionen gestanden, aber er nahm von ihnen nur das an, was den Anforderungen der proletarischen Bewegung entsprach. Er machte die politische Schule der Revolution durch, eignete sich in den offenen Organisationen die unerläßlichen Methoden der Selbstverwaltung der Klasse an und gelangte durch den Gang des Kampfes selbst zur Erkenntnis der Notwendigkeit einer Vereinigung der legalen mit der illegalen Tätigkeit, des Gebrauchs der Dumatribüne und des revolutionären Flugblatts. Und da die Spaltung in die Fraktionen dem Wiederaufbau der Partei im Wege steht, so ist er nicht gut auf die Fraktionen zu sprechen. Er bedarf einer einigen und aktionsfähigen Partei.

Die vor anderthalb Jahren gegründete Arbeiterzeitung „Prawda", die sich außerhalb beider Fraktionen stellte und bestrebt war, die hervortretende allgemeinparteiliche Tendenz zum Ausdruck zu bringen, hatte eben diese neuen Parteielemente im Auge. Die hervortretenden Bedürfnisse des Kampfes zu formulieren, den vorgeschrittenen Arbeitern, gleichviel auf welchen Posten sie stehen, politische Fühlung zu vermitteln und dadurch die Überwindung des fraktionellen Zerfalls der Partei zu fördern — diese Aufgabe hat sich die „Prawda" seit ihrer Gründung gestellt.

V.

Die Kampfesmethode der Fraktionen — die verbitterte und verbitternde Polemik, der Appell an die Massen mit entgegengesetzten praktischen Losungen, der gegenseitige Boykott — dies alles war seinem Wesen nach auf die Vernichtung des Gegners innerhalb der Partei berechnet. Jede Fraktion sah in der anderen die personifizierte Irrlehre und stellte sich die künftige Partei ausschließlich aus sich allein bestehend vor. Hätten die Bolschewiks die Menschewiks oder diese die Bolschewiks besiegt — wie seinerzeit die „Politiker"

die „Ökonomisten“ besiegten —, so wäre das Resultat eine historische Rechtfertigung dieser Kampfesmethoden gewesen. Denn jene Methode ist gut, die zum Siege führt — und über den Sieger sitzt man nicht zu Gericht. Aber das Ergebnis war ein ganz anderes. Nach siebenjährigen Kämpfen, die auf die unmittelbare Vernichtung des Gegners gerichtet waren, sahen sich beide Fraktionen gezwungen, eine Vereinbarung abzuschließen. Das bedeutet, daß keine von ihnen alle Seiten der proletarischen Bewegung in sich verkörperte und daß nur durch ihre Zusammenfassung — durch Überwindung der Extreme — die sozialdemokratische Partei sich entwickeln kann. Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus der Tatsache der Vereinbarung selbst.

Der Inhalt der Vereinbarung besteht in folgendem: Das Zentralkomitee, als leitende Körperschaft, wird in vollem Bestand nach Rußland übertragen; die Emigration behält bloß die Möglichkeit der ideellen Beeinflussung. Die organisatorische und finanzielle Auflösung der Fraktionen in der Partei wird energisch gefördert. Das Zentralorgan wird in der Weise reorganisiert, daß die verschiedenen Strömungen in der Partei eine größere Freiheit erlangen und die fraktionellen Organe dadurch überflüssig werden. Zwischen der „Prawda“ und dem Zentralkomitee wird eine enge Verbindung hergestellt. Endlich wurde der Beschluß gefaßt, eine Parteikonferenz einzuberufen, auf der die legalen Arbeiterorganisationen in umfassendem Maße vertreten sein sollen.

Das grundlegende Dokument der Vereinigung ist die vom Zentralkomitee einstimmig angenommene taktische Resolution über die Aufgaben der Parteitätigkeit. Indem diese Resolution den an und für sich elementaren Grundsatz proklamiert, die Taktik der Sozialdemokratie bleibe sowohl in einer Periode revolutionärer Eruptionen wie in einer Epoche friedlicher „organischer“ Entwicklung in ihren prinzipiellen Grundlagen die gleiche, liquidiert sie die taktische Philosophie beider Fraktionen in radikaler Weise und führt sie auf den breiten Weg der Entwicklung der Partei.

Daß die dritte Duma eine schlechte parlamentarische Dekoration ist, hinter der sich der alte barbarische Zarismus verbirgt, unterliegt keinem Zweifel. Aber diese schlechte Dekoration ist kein einfacher politischer Kniff und keine Zufälligkeit — sie charakterisiert den Anpassungsprozeß des Zarismus an die Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung. Wie weit dieser Anpassungsprozeß fortschreiten wird oder mit anderen Worten: wann die auf diesem Wege angesammelten revolutionären Widersprüche zum Durchbruch gelangen werden — über diese Frage lehnt die Partei als solche es ab, Prophezeiungen abzugeben. Sie betrachtet es aber als obligatorisch, die dritte Duma und alle mit ihr in Verbindung stehenden Formen der legalen Gemeinschaft — das Vereinsgesetz, die legale Presse usw. — im Interesse der Konsolidation des Proletariats auszunutzen. Andererseits ist die Sozialdemokratie Rußlands als Partei, als politisches Ganzes, das die Tätigkeit aller seiner Organe in den neutralen Arbeitervereinen und in der Duma vereinigt, gezwungen, illegal zu bleiben. Eine planmäßige Kombinierung der legalen und illegalen Tätigkeitsmethoden, die bei den deutschen Genossen die Erinnerung an ihre eigene Taktik zur Zeit des Sozialistengesetzes wachrufen muß, wird von unserer Resolution in den Vordergrund gerückt. Die Preisgabe der organisierten Partei war aus dem Grunde, weil sie in dem Rahmen des legalen Stolypinschen Rußland keinen Raum findet, ebenso wie die angeblich revolutionäre Mißachtung der Dumatribüne und der übrigen legalen Möglichkeiten der Be-

tätigung, diese beiden Extreme werden von der angenommenen Resolution auf gleiche Weise beiseite geschoben. Die Taktik der Sozialdemokratie ist weder an die Barrikade noch an den Ladentisch des Konsumvereins gebunden. Sie benutzt alle Formen und Methoden der Tätigkeit, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu klären und sie zu einer selbständigen Organisation zusammenzuschweißen. Das ist die einzige wirkliche revolutionäre Arbeit, und die ist allein imstande, die Partei ein für allemal von allen Formen des sozialistischen Sektenwesens zu reinigen.

Wie verhält es sich aber mit der nächsten Zukunft? Steht die Vereinbarung selbst, die von den Vertretern der Fraktionen im Zentralkomitee abgeschlossen wurde, auf festem Boden? Ja und nein. Soweit sie auf einen persönlichen Vertrag, abgeschlossen zwischen den Vertretern einflußreicher Parteizirkel, hinausläuft — und in hohem Maße ist sie nicht mehr —, hängt sie von so unsicheren Faktoren ab, wie der gute Wille und die politische Einsicht einzelner Personen. Die Psychologie ist überhaupt der konservativste Faktor der historischen Entwicklung, und die Psychologie eines Zirkels, einer Sekte ist konservativer als jede andere.

Es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß sich die fraktionelle Vergangenheit jetzt, bei dem Fehlen einer breiten Arbeiterbewegung in Rußland, noch mehr als einmal bemerkbar machen wird, und daß Versuche sehr wohl möglich sind, die Forderungen der Parteieinheit zur Festigung der alten, zerfallenden Fraktionen oder zur Schaffung neuer auszunutzen. Aber wir sehen auch keinen Grund, selbst bei Rückfällen und abermaligen Ausbrüchen des Fraktionshaders in Verzweiflung zu geraten und die Hände sinken zu lassen. Die Tendenzen, die alle Gruppen zwangen, das Wort Parteieinheit laut auszusprechen, festigen sich mit derselben unbesiegbaren Kraft, wie die politische Selbständigkeit der proletarischen Avantgarde zunimmt. Gegen den Willen der zum Bewußtsein gelangten Schicht der Arbeiter wird keine Fraktion mehr die Massen hinter sich bekommen.

Kapitalskonzentration und Gewerkschaftskampf.

Ein Hinweis von **Wilh. Dittmann.**

Unter all den öffentlichen Betrachtungen, die der kürzlich beendete Kampf im Baugewerbe in den Reihen des Proletariats ausgelöst hat, nimmt die Schrift von Parvus „Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reiche“ die erste Stelle ein. Einmal schon wegen ihres Umfanges und ihrer Ausführlichkeit, dann aber auch wegen der großzügigen Anlage der Abhandlung, die den tiefsten Ursachen und Zusammenhängen des Kampfes nachspürt, sowie wegen der Perspektiven, die der Verfasser für die Gewerkschaftskämpfe der Zukunft gibt. Kein Gewerkschafter und kein Parteigenosse, der ins Vordertreffen des Klassenkampfes gestellt worden ist, sollte die Lektüre dieses Schriftchens versäumen, zu welcher anzuregen der Zweck dieser Zeilen sein soll.

Auf amtliches Material gestützt, weist Parvus zunächst nach, wie das Baugewerbe in den Großstädten und den Industriebezirken immer mehr den handwerksmäßigen Charakter verloren hat und zu einem vom Großkapital beherrschten Industriezweig geworden ist, in dem die Großbetriebe kombiniert sind mit Immobiliengesellschaften und Bankinstituten. Die Wirksamkeit dieser Terraingesellschaften veranschaulicht der Verfasser an einem Münchener und einem Düsseldorfer Beispiel. Im ersteren Falle handelt es sich um die vollständige Neu-

anlegung eines ganzen Stadtteils von München, im zweiten Falle um die Schaffung gewaltiger Verkehrs- und Industrieanlagen nebst Wohngelegenheiten für Beamte und Arbeiter zu beiden Seiten des Rheins bei Düsseldorf. „Was wir hier vor uns haben, geht über alle herkömmlichen Vorstellungen über Bautätigkeit und Bauunternehmungen hinaus; es sind Städtegründungen, vollkommen nach amerikanischem Muster durchgeführt. ... Diese ungeheuren kapitalistischen Kombinationen, die sich über alle Schranken des Besitzes und der Betriebe hinwegsetzen, alles zusammenfassen, Produktion, Verkehr, Bautätigkeit, Handel und Besitz durcheinandermengen, ebenso wandlungs- wie anpassungsfähig sind, sie schöpfen ihren Profit aus verschiedenen Quellen", als Bankiers, als Grundstücksspekulanten, als Bauunternehmer und Industrielle, als Materiallieferanten und schließlich als Mietherren und Hypothekargläubiger. „Diese Kapitalmagnaten im Gefühl ihres Reichtums, ihrer Industrien, ihrer Bahnen, Städte, Banken dünken sich den Arbeitern, folglich auch den Bauarbeitern gegenüber allmächtig, wie der Herrgott auf Erden. Weniger sicher, aber immerhin von kolossalem Machtbewußtsein erfüllt sind die übrigen Großunternehmer der Bauindustrie." So schildert Parvus die Matadore im Baugewerbe, deren Streben darauf hinausläuft, das ganze Gewerbe mitsamt all seinen Nebenindustrien in ihre Gewalt zu bringen, um wie die Könige des Eisens und der Kohle unerschütterte Monopolstellungen für das ganze Reich einnehmen zu können, und die deshalb die ganze Industrie der Baumaterialien kartelliert und syndiziert haben.

Aber der unentwickelte Stand des Baugewerbes in den mittleren und kleinen Provinzstädten sowie auf dem flachen Lande erwies sich als Hindernis für den Macht- und Profithunger der Baugewaltigen. Denn dort liegt das Baugewerbe noch immer zum wesentlichen Teile in den Händen mittlerer und kleinerer Unternehmer, deren Niederkonkurrierung teils noch nicht gelungen ist und teils sich auch kaum lohnt. Der Zahl der Betriebe wie der beschäftigten Arbeiter nach bilden die Mittel- und Kleinbetriebe noch immer die Mehrheit im deutschen Baugewerbe, so daß die schnelle Gewinnung der erstrebten Machtposition im ganzen Reiche für das Baugroßkapital nicht durch die Konkurrenz, sondern nur durch ihr Gegenteil, durch Solidarität, sich als möglich erwies. Solidarität aber ist nur den Arbeitern des Gewerbes gegenüber bei jedem Unternehmer, vom kleinsten bis zum größten, vorhanden. Und der Klassengegensatz war daher auch der Köder, mit dem das Baugroßkapital seine mittleren und kleineren Konkurrenten einfing und vor den Wagen seiner Macht- und Profitgelüste zu spannen suchte. Durch das Streben der Gewerkschaften nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fühlen sich besonders die kleinen und mittleren Unternehmer, die kaum konkurrenzfähig sind, bedrängt, und von dieser Bedrängnis versprachen nunmehr die Baugroßkapitalisten sie zu befreien durch große und starke Unternehmerorganisationen über das ganze Reich. So ist denn in den letzten Jahren systematisch nach dieser Richtung hin gearbeitet worden, so daß im Januar 1909 der „Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe" 521 Unterverbände mit 20930 Mitgliedern zählte, bei denen 250000 Arbeiter beschäftigt waren. Um die Kleinunternehmer in die Organisation hineinzuziehen und ihnen den Anschluß erstrebenswert erscheinen zu lassen, hat man ihnen seit einigen Jahren bei einer gewissen Stärke der Organisation eine große Aussperrung aller Bauarbeiter in Aussicht gestellt, durch welche die Macht der Gewerkschaften ein für allemal gebrochen und dauernde Ruhe vor den Lohnforderungen der Arbeiter geschaffen werden sollte. Um hierzu eine formelle Handhabe zu bekommen, befreundete sich der Arbeitgeberbund mit den Tarifverträgen und erstrebte einen einheitlichen Zentraltarif, der es ihm ermöglichte, mit einem Schlage im ganzen Reiche die Arbeiter aussperren zu können. Zum 1. April dieses Jahres glaubte der Arbeitgeberbund den Zeitpunkt für die geplante Kraftprobe gekommen.

So werden — in großen Umrissen wiedergegeben — von Parvus die Vorgeschichte und die Ursachen der Bauarbeiteraussperrung dargestellt. Es handelt sich demnach um einen Versuch des Großkapitals, mittels eines wirtschaftlichen Krieges in einem Industriezweig sowohl die Herrschaft über dessen Unternehmertum wie über dessen Arbeiterschaft zu erlangen und sich dabei der Arbeiter gegen die Unternehmer und der Unternehmer gegen die Arbeiter zu bedienen. Der Kampf selbst sollte das Feuer sein, in dem der eiserne Ring um das Unternehmertum endgültig und unlösbar geschmiedet und die Widerstandskraft der Arbeiterorganisationen vernichtet werden sollte.

Warum dieser verbrecherische Plan des von Macht- und Profithunger größenwahnsinnigen Kapitals fehlschlug, das wird in nicht minder anschaulicher und zwingender Weise von Parvus erklärt. Die Matadore im Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hatten sich dermaßen an ihrem eigenen Machtbewußtsein berauscht, hatten so unausgesetzt von ihrem „Willen zur Macht“, von der „Notwendigkeit einer großen Katastrophe“, von einer „Kraftprobe“ ihres Bundes geredet und auch so systematisch innerhalb ihres Machtbereichs auf den Konflikt hingearbeitet, daß sie blind und taub geworden waren für die allgemeine wirtschaftliche und politische Situation, in der sie ihn vom Zaune brachen. So wurde die „Machtprobe“ in einer äußeren Situation unternommen, in der alle Chancen des Gelingens gegen sie waren; daran ist sie denn auch gescheitert.

Das deutsche Wirtschaftsleben begann sich eben von einer schweren Krise zu erholen, die ganze Geschäftswelt sehnte sich nach möglichst schnellem Aufschwung der Konjunktur. Ein Kampf von so gewaltiger Ausdehnung, wie er im Baugewerbe ausbrach, mußte lähmend zurückwirken auf das gesamte Wirtschaftsleben und überall Mißstimmung gegen seine Urheber hervorrufen, als die sich die Baugewaltigen zunächst in ihrem protzenhaften Machtdünkel selber bekannten. So fehlte dem Vorgehen der Unternehmer von vornherein selbst in den kapitalistischen Kreisen, die nicht unmittelbar am Baugewerbe interessiert sind, jede Sympathie, und da die Arbeiterorganisationen es geschickt verstanden, zu verhindern, daß das Odium des Geschäftsverderbers und Friedensstörers von den Unternehmern auf sie übergewälzt wurde, so stand die gesamte öffentliche Meinung im Reiche gegen das Unternehmertum. Davon konnten gerade diejenigen Kreise nicht unbeeinflußt bleiben, deren Gewinnung letzten Endes der ganze Kampf galt: das mittlere und kleinere Unternehmertum im Baugewerbe, das ohnehin auch aus wirtschaftlichen Gründen den Zeitpunkt des Kampfes als ungünstig gewählt ansehen mußte. So fehlte auch im Baugewerbe selbst die rechte Stimmung zum Angriff, und die Aussperrung erfolgte bei weitem nicht in dem erwarteten und für die gewünschte Wirkung notwendigen Maße.

Ebensowenig wie die wirtschaftliche war auch die politische Situation im Reiche den Unternehmern günstig. Der Zusammenbruch des Bülow-Blocks und die Etablierung des schwarz-blauen Blocks, die Reichsfinanzreform mit ihren neuen Steuern und die preußische Wahlrechtsfrage haben in weite bürgerliche Kreise hinein die Erkenntnis getragen, daß der deutschen Entwicklung nicht von links, von der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung, sondern von rechts, von den Junkern und den Pfaffen her die Gefahr droht. So versagte auch der Trick des Unternehmertums, den von ihnen freventlich heraufbeschworenen Krieg als einen Abwehrkampf gegen die „Machtgelüste der Sozialdemokratie“ hinzustellen, die in den Bauarbeitern ihre Avantgarde habe. „Die eingebildeten Gefahren des sozialistischen Zukunftsstaats mußten verblassen vor den realen Tatsachen der agrarisch-konservativen Herrschaft und der ultramontanen Reaktion.“ Die von den Unternehmern mit ausländischen Arbeitgeberorganisationen abgeschlossenen Kartellverträge, nach denen die ausgesperrten Bauarbeiter im Ausland nicht in Arbeit gestellt werden sollten, vermochten natürlich den Unternehmerphrasen von einem

„Riesenkampf zwischen rot und national“ ebenfalls keine besondere Beweiskraft zu verleihen, sondern bewirkten vielmehr das Gegenteil.

So stand das aussperrungswütige Bauunternehmertum bald allein auf weiter Flur. Mit Gewalt, mittels Materialsperren, Konventionalstrafen und Drohungen mit späterem Boykott wurden die vielerorts widerstrebenden kleinen und mittleren Bauunternehmer zwar nach und nach in den Konflikt hineingepeitscht, ihnen auch die ideelle und materielle Hilfe der allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbände, besonders des Stahlwerksverbandes und des Kohlensyndikats, in Aussicht gestellt, aber das Fiasko war nicht mehr abzuwenden. Die formelle Führung des Kampfes wie der Bauunternehmerorganisation hatte das mit dem Industrie- und Bankmagnatentum liierte Baugroßkapital vorsichtigerweise den größeren Unternehmern der reinen Baugeschäfte, aus denen sich vor allem das fanatische Scharfmachertum gegenüber den Bauarbeitern rekrutiert, überlassen. So konnte es sich auch sofort von der Tete zurückziehen, als es merkte, daß die Sache schief gehen müsse und die blinde Draufgängerei des Scharfmachertums sich nicht mehr zügeln lasse. So schieden Berlin und Hamburg von vornherein, später auch Bremen und andere Plätze des Baugroßkapitals aus dem Kampfe aus. Dadurch verschlechterte sich natürlich die Position der Unternehmer wesentlich, weiter dadurch, daß die außerhalb der Unternehmerorganisation stehenden Bauunternehmer die Aussperrung benutzten, um ihren Geschäfts- und Kundenkreis zu erweitern. Es zeigte sich auch, daß die Unternehmer die Widerstandskraft der Arbeiterorganisationen stark unterschätzt hatten. In den Gemeindevertretungen kennzeichneten die sozialdemokratischen Vertreter das brutale Vorgehen der Unternehmer und zwangen durch den Druck der öffentlichen Meinung manche Stadtverwaltung, auf die Erfüllung der bei städtischen Bauten seitens der Unternehmer eingegangenen Bedingungen zu bestehen und keinen Aufschub zu gewähren. Gemeinnützige Vereine, Armenverwaltungen und ähnliche Institutionen bekundeten ebenfalls Sympathie für die zum Hungern verurteilten Arbeiter, die Gesamtarbeiterschaft setzte mit einer großen Unterstützungsaktion ein, die Reichsregierung bahnte Vermittlungen an und so wurde der Rückzug für das Unternehmertum unvermeidlich.

Auch diese Wiedergabe der Parvusschen Schilderung der Momente, die zum Mißlingen der Aussperrung führten, ist nur skizzenhaft und kann die Fülle und Anschaulichkeit seiner Darstellung nur andeuten. Das gilt in noch höherem Grade von den Lehren, die er aus dem Kampfe zieht und den Perspektiven, die er für die künftigen Gewerkschaftskämpfe aus ihm herleitet. Schon in der Aufdeckung der Ursachen für das Fehlschlagen der Aussperrung gibt Parvus ja bereits Hinweise, wie das Experiment ein anderes Mal für das Unternehmertum günstiger ausschlagen kann. Er sagt dann aber auch direkt, daß es leichtfertig wäre, die Aussperrungspolitik der Unternehmerverbände nunmehr ein für allemal für abgetan zu halten, denn der Konsolidationsprozeß der Unternehmerverbände wird weiter vor sich gehen und ebenso deren Beherrschung durch das konzentrierte Großkapital. Für das Unternehmertum handle es sich nicht um eine verlorene Generalschlacht, sondern nur um eine mißglückte Generalprobe auf die Generalschlacht. Am Kulminationspunkt einer Hochkonjunktur, wo ein provozierter Konflikt mit den Arbeitern die Unternehmer von überspannten Verpflichtungen befreien kann, ist die wirtschaftliche Situation von vornherein günstig für die Unternehmer. Eine günstige politische Situation dazu, in der es leicht ist, Stimmung gegen die Arbeiter zu machen, und das Unternehmertum hat große Chancen für seine Arbeiterknebelungspolitik. Die Regierung wird ihm dann nicht durch Vermittlungsversuche in den Arm fallen, die allgemeinen Arbeitgeberverbände und das gesamte kartellierte Großkapital werden ihm beispringen. So wird der Kampf weit über die Berufsgrenzen hinübergreifen und die ganze Gesellschaft erschüttern, zu einem unmittelbaren und akuten Klassenkampf zwischen dem Proletariat und dem konzentrierten Kapital sich auswachsen. Statt mit

Hunderttausenden Kämpfern wird die Arbeiterklasse dann vielleicht mit Millionen zu rechnen haben und das ganze Wirtschaftsleben, Industrie wie Handel und Verkehr, wird unterbunden werden.

Aus diesen Perspektiven leitet Parvus für die Gewerkschaften drei Notwendigkeiten ab. Zunächst die möglichst straffe Zentralisation der Gewerkschaften, so daß die Zentrale über die Glieder zu regieren vermag, dann den Zusammenschluß der einzelnen Gewerkschaften, um dem konzentrierten Großkapital besser ein Paroli bieten zu können, und drittens die Organisierung der gesamten Lohnarbeiterklasse in den Gewerkschaften, um der Kapitalmacht die Massenwirkung des Gesamtproletariats entgegensetzen zu können. Parvus legt bei diesem letzteren Punkt besonderes Gewicht auf die Bedeutung der Arbeiter als Konsumenten, die „nicht nur die schaffende Kraft, sondern auch die Auftraggeber der Industrie sind". Dieser Zusammenhang zwischen der Massenproduktion und dem Massenverbrauch müsse in den kommenden großen Gewerkschaftskämpfen ausgenutzt werden. Wie schon heute im kleinen Maßstab die kleinen Kaufleute der Arbeiterviertel bei Streiks und Aussperrungen den Arbeitern Kredit auf Lebensmittel gewähren müssen, so müßten künftig die Gewerkschaften für die Arbeiter Massenkredit bei den Konsumvereinen freimachen, wozu allerdings Vorbedingung sei, daß alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter den Konsumvereinen als Mitglieder angehören. Parvus meint, daß die Situation in Deutschland für die Gewerkschaften wie für die Konsumvereine jetzt so weit gediehen sei, daß eine solche gegenseitige Förderung zur Notwendigkeit geworden sei, und daß auch die politische Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, in ihrem eigenen wie im Gesamtinteresse der Arbeiterklasse dabei mitwirken müsse. Das schon allein deshalb, weil die Gewerkschaftskämpfe immer mehr politischen Charakter bekommen würden und die Kombination wirtschaftlicher und politischer Massenkämpfe für die Zukunft zur Regel werden müsse. Der Kampf um die Arbeitszeit sei bereits aus dem Stadium des Einzelgeplänkels herausgerückt zu einem allgemeinen, die ganze Gesellschaft berührenden Kampf in der Richtung auf den gesetzlichen Achtstundentag, so daß schließlich der einzige und wesentliche Inhalt der Gewerkschaftskämpfe der Lohnkampf bleiben werde. Je größer die konzentrierte Macht des Kapitals werde, je dringender sei es, in jedem Gewerkschaftskampf zugleich Forderungen an die Gesetzgebung zu stellen, um die Unternehmer durch die organisierte Staatsgewalt zu Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiet zu zwingen. Um einen solchen Druck auf den Staat ausüben zu können, sei die politische Aktion mit der wirtschaftlichen zu verbinden. Parvus schließt seine Betrachtungen, indem er sie in den folgenden lapidaren Satz zusammenfaßt:

> „Die Konzentration des Kapitals und die Entwicklung der Unternehmerverbände wirken als mächtiger Antrieb zur gewerkschaftlichen Organisation, dehnen ungemein die Tragweite der gewerkschaftlichen Kämpfe aus, verallgemeinern sie, verleihen ihnen einen politischen Charakter, zwingen die Arbeiter, alle sozialen Machtmittel in Bewegung zu setzen, und müssen am letzten Ende dazu führen, daß der Kampf um die Fabrikgewalt sich in einen Kampf um die Staatsgewalt, der Kampf um den Lohn sich in einen Kampf um den Besitz der Produktionsmittel verwandelt."

Wie man sich auch im einzelnen zu den Schlüssen stellen mag, die Parvus aus dem großen Kampfe im Baugewerbe zieht, die Richtigkeit seiner Allgemeinauffassung über die Gewerkschaftskämpfe im Zeitalter der Kapitalkonzentration wird niemand bestreiten können, der die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens aufmerksam verfolgt. Die Probleme, die er in seinem Schriftchen aufwirft, werden durch diese Entwicklung immer mehr in den Vordergrund der Diskussion unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gerückt, und es ist daher nur zu wünschen, daß seine Broschüre in Gewerkschafts- wie in Parteikreisen recht fleißig gelesen wird.

Nochmals die badische Taktik.

Eine Entgegnung und Ergänzung von **G. A. Lehmann** (Mannheim).

I.

Der Artikel des Genossen Frank in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“: „Die Wahrheit über den badischen ‚Aufstand‘“ veranlaßt mich, soweit er sich mit meinem Artikel über „Die Budgetbewilligung“ in Nr. 45 der „Neuen Zeit“ beschäftigt und soweit er spezifisch badische Verhältnisse erörtert, zu einer Erwiderung und knappen Ergänzung einiger Tatsachen.

Es ist nur natürlich, daß die Budgetbewilliger von ihrer Verteidigungsstellung aus versuchen müssen, ihre Erfolge möglichst glänzend hinzustellen, um ihren Verstoß gegen den Nürnberger Parteitagsbeschluß wenigstens einigermaßen zu rechtfertigen, während ihre Gegner in der Partei sich bei der Vertretung ihres Standpunktes eine viel größere Reserve auferlegen müssen. Denn es muß uns allen daran liegen, unsere parlamentarischen Erfolge, die doch auch eine sehr wesentliche agitatorische Bedeutung haben, nicht zu verkleinern oder gar zu behaupten, unsere Parlamentarier würden, wenn sie eine Sache geschickter angefangen und mit größerem Nachdruck vertreten hätten, mehr haben erreichen können.

Unsere Genossen im badischen Landtag stellen ihren Disziplinbruch als notwendige Folge des Zusammenarbeitens mit den Nationalliberalen und der dadurch für die Arbeiterklasse erzielten Erfolge hin und suchen nachzuweisen, daß die Vorteile dieser Politik den Disziplinbruch doppelt und dreifach aufheben. „War“, sagt Genosse Frank, „dieses Zusammenarbeiten erlaubt, so mußte die notwendige Konsequenz die Zustimmung zum Budget sein.“ Vor Tisch — das heißt vor der Rede des Ministers v. Bodman, wo er der sozialdemokratischen Bewegung unter allerlei Einschränkungen einige anerkennende Worte widmete — las man's bekanntlich anders. Da hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion beschlossen, gegen das Budget zu stimmen, unbekümmert um die Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen. Genosse Frank verläßt hier den bisher von der Mehrheit bei der Verteidigung ihrer Stellungnahme zum Budget eingenommenen Standpunkt und bringt einen neuen Grund für die Zustimmung. „Unser Wahlbündnis wäre sinnlos gewesen“, sagt er, „wenn wir die Liberalen gezwungen hätten, mit dem Zentrum wieder zusammenzuarbeiten.“

Nach dieser Theorie wäre unser erstes Wahlbündnis mit den Liberalen vom Jahre 1905 auch sinnlos gewesen, denn es ist uns damals nicht eingefallen, eine Arbeitsgemeinschaft mit unseren Stichwahlverbündeten einzugehen. Das hat natürlich nicht gehindert, daß wir in manchen Fällen, wie bei den Gesetzen über Landwirtschaftskammern und konfessionelle Lehrerseminare, mit den Liberalen zusammen gegen das Zentrum und umgekehrt (so bei der Aufhebung des Kanzelparagraphen) mit dem Zentrum gegen die Nationalliberalen gestimmt haben. Allerdings sind wir nicht oft in die Lage gekommen, das berühmte Zünglein an der Wage zu bilden, weil Zentrum und Nationalliberale sich fast immer auf der bekannten Mittellinie zusammenfanden. Aber ebensowenig hat man jetzt die Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalliberalen immer aufrechterhalten können, weil die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien nicht so stark sind als die, welche uns von der uns politisch am nächsten stehenden bürgerlichen Partei trennen, wobei nicht unberücksichtigt bleiben darf, daß jene bürgerlichen Parteien, die uns in rein politischen Fragen näher stehen als andere, in den Fragen des Arbeiterschutzes meist versagen.

Den besten Beweis, wie unmöglich es ist, eine dauernde Arbeitsgemeinschaft mit einer bürgerlichen Partei aufrechtzuerhalten, hat gerade die letzte Session des badischen Landtags erbracht. In Konsequenz der Reichsbiersteuererhöhung verlangte auch die badische Regierung eine Erhöhung der badischen Biersteuer,

weil sonst, um den erhöhten Ausgleich an das Reich zu decken, eine Erhöhung der direkten Steuern notwendig geworden wäre.

Dasselbe Zentrum, das im Reichstag der Biersteuererhöhung begeistert zugestimmt hatte, machte in Baden Schwierigkeiten und verzögerte die Erledigung der Vorlage. Das badische Zentrum gab sich damals den Anschein, als wollte es die Biersteuervorlage überhaupt ablehnen, weil es Sache der Regierungsparteien sei, der Regierung neue Steuern zu bewilligen und die Verantwortung hierfür zu übernehmen. Der neue sozialdemokratisch-nationalliberale Wahlblock solle zeigen, so wurde in der Zentrumspresse dargelegt, ob er die ihm gestellten Aufgaben zu lösen imstande sei. Das ausgeschaltete Zentrum halte es mit seiner politischen Ehre und Würde für unvereinbar, den Nothelfer zu machen und dann der Regierung in ihren Nöten beizuspringen, wenn der rote Blockbruder versage. Offenbar ist dieser ganze Lärm damals nur gemacht worden, um die sozialdemokratische Fraktion mit vor den Biersteuerwagen zu spannen; man hoffte, unsere Genossen würden mit der Begründung zustimmen, daß die Erhöhung der Biersteuer in Baden nur eine notwendige Konsequenz der Reichsgesetzgebung sei und die Verantwortung hierfür den Parteien zufalle, die die neuen Steuergesetze im Reichstag beschlossen hätten.

Nun, diese Spekulation hat sich als verfehlt erwiesen; unsere Genossen haben es dem Zentrum und den Liberalen allein überlassen, die angebliche Konsequenz aus der Reichsgesetzgebung zu ziehen. Auf diesen Vorgang spielt offenbar der Fraktionsvorsitzende der Nationalliberalen, Oberschulrat Rebmann, an, wenn er in einem in der „Nationalzeitung" veröffentlichten Artikel über das Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten sagt, daß die Mitarbeit der Sozialdemokraten „nicht ohne Zögern und Rückschläge" erfolgt sei. Leider kann er konstatieren, „daß das nachher anders geworden sei" und unsere Genossen für Gesetze stimmten, die keineswegs den von uns aufgestellten Forderungen entsprochen hätten.

Die Stellung unserer Fraktion zum Schulgesetz, wobei sie auf die Entfernung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan verzichtete, die Zustimmung zum Einkommensteuergesetz, trotzdem ihre auf größere Entlastung der geringen Einkommen zielenden Anträge abgelehnt worden waren, und zum Gemeindegesetz, trotzdem das Klassenwahlrecht aufrecht erhalten worden sei, werden als Beweis angeführt. Da auf das Zustandekommen des letzteren Gesetzes von unserer Fraktion großes Gewicht gelegt und die Zustimmung zum Budget auch mit den hierbei erreichten Vorteilen begründet und mir in dem Artikel Franks der Vorwurf gemacht wird, das badische Gemeinderecht und die bei seiner Änderung erzielten Fortschritte in meinem Artikel nicht gebührend gewürdigt zu haben, so soll im nachstehenden eine kurze Darstellung der teilweise ziemlich verzwickt liegenden Bestimmungen der badischen „Gemeinde- und Städteordnung" und der beschlossenen Änderungen gegeben werden. Damit soll der Beweis erbracht werden, daß die gebotenen Vorteile von den Budgetanhängern sehr überschätzt werden.

II.

Die badische Gemeindegesetzgebung verlangt, daß in Stadt- und Landgemeinden ein Stadt- respektive Gemeinderat gewählt wird. Derselbe besteht außer dem Bürgermeister aus mindestens drei, in größeren Gemeinden bis achtzehn und in den Stadtgemeinden aus noch mehr Mitgliedern. Die Wahl erfolgt nach dem alten Rechte in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern direkt. Diese Bestimmung wird jetzt nach dem neuen Gesetz auf die Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern ausgedehnt. Es kommen hier nach dem Badischen Statistischen Jahrbuch 867 Gemeinden mit 1077500 Einwohnern in Frage. In den über 4000 Einwohner zählenden 40 Gemeinden und Städten wird der Gemeinde- respektive Stadtrat indirekt von den Mitgliedern des Bürgerausschusses respektive den Stadtverordneten gewählt. Bürgerausschußmitglieder und Gemeinderat, in den Städten Stadtverordnete und Stadträte wählen den oder die Bürgermeister, wenn die Einwohnerzahl nicht über 2000 beträgt; in den Gemeinden unter 2000 Einwohnern erfolgt auch die Wahl der Bürger-

meister direkt. Hieran wird durch das neue Gesetz nichts geändert. Bei der indirekten Wahl, also in den Gemeinden über 4000 Einwohnern, wird nach den neuen Bestimmungen das Proportionalwahlverfahren angewendet.

Neben dem Gemeinderat und Stadtrat besteht noch ein Bürgerausschuß, wenn die Gemeinde mindestens 500 Einwohner zählt; solche Gemeinden bestehen in Baden 702 mit 203324 Einwohnern. An den Verhältnissen in diesen Gemeinden wird — abgesehen von der unten zu besprechenden geringen Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten — durch das neue Gesetz nichts geändert. Es folgen 455 Gemeinden, die zwischen 500 und 1000 Einwohner haben, deren Gesamteinwohnerschaft 320770 Seelen beträgt, die gleichfalls keinen Vorteil von dem neuen Gesetz haben; denn die Einteilung der Wählerklassen nach der Sechstelung, das heißt daß die Wähler der dritten Klasse eine, die der zweiten zwei und die der ersten Klasse drei Stimmen haben, eine Einteilung, die das neue Gesetz für alle Orte vorsieht, in denen ein Bürgerausschuß gewählt wird, besteht für diese Gemeinden bereits seit dem Jahre 1890. Also auch diese Gemeinden haben von dem neuen Gesetz keinen Vorteil. Die 281 Gemeinden von 1000 bis 2000 Einwohnern, deren Gesamteinwohnerschaft 390000 Seelen beträgt, haben jetzt zu den Bürgerausschußwahlen die Neuntelung, das heißt der Wähler erster Klasse hat fünf, der der zweiten Klasse drei und der der dritten Klasse eine Stimme. Die Einführung der Sechstelung statt der Neuntelung besteht darin, daß die Wahlstimme des Wählers erster Klasse von fünf auf drei und die des Wählers zweiter Klasse von drei auf zwei Stimmen heruntergesetzt wird. Einen nennenswerten Vorteil haben die 131 Gemeinden von 2000 bis 4000 Einwohnern, deren Gesamtbevölkerung 366728 Seelen beträgt. Bei ihnen wird die Neuntelung durch die Sechstelung ersetzt, und sie erhalten die direkte Wahl zum Gemeinderat und zum Bürgerausschuß. Bei der Wahl des letzteren kommt die Verhältniswahl zur Anwendung. Die 40 Gemeinden über 4000 Einwohner, die eine Gesamteinwohnerzahl von 729896 repräsentieren, erhalten an Stelle der Zwölftelung die Sechstelung; das indirekte Wahlverfahren zum Gemeinde- respektive Stadtrat ist beibehalten; dafür aber gilt für diese Gemeinden der Proporz sowohl zu den Gemeinde- als auch zu den Stadtrats- und Bürgerausschußwahlen.

Großen Wert legen die Verteidiger der beim Gemeindegesetz erzielten großen Erfolge auf die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten durch die Herabsetzung des Wahlalters. Mir ist vorgeworfen worden, daß ich bei Berechnung der jetzigen und zukünftigen Wählerzahl in der Stadt Mannheim die durch die Gesetzesänderungen herbeigeführte Zunahme der Wählerzahl nicht in Rechnung gestellt hätte. Das ist ein Irrtum, denn ich habe die Erweiterung des Wahlrechtes ausdrücklich hervorgehoben, aber ich habe, weil die badische Statistik hier versagt — das Alter der Bevölkerung wird nur nach Dezennien mitgeteilt — keine Zahlen beibringen können. Aber ich habe dafür auch die Zunahme der Bevölkerung, die in der Zeit zwischen der Aufstellung der Reichstagswählerliste im Dezember 1906 und derjenigen zum Bürgerausschuß im Sommer 1908 eingetreten ist, als Gegengewicht gleichfalls unberücksichtigt gelassen, was ich auch noch ausdrücklich hervorgehoben habe. Will man aber annähernd feststellen, wie diese Erweiterung des Wahlrechtes durch die Herabsetzung des Wahlalters für die Arbeiter wirkt, so muß man die Frage so stellen: Wieviel Arbeiter haben mit 25 Jahren schon einen eigenen Haushalt? Und da die Gründung des eigenen Haushaltes gewöhnlich mit der Verheiratung zusammenfällt, so geben die Eheschließungslisten der Standesämter für die Beurteilung dieser Frage eine sichere Grundlage. Nach einer vom Statistischen Amte der Stadt Mannheim gemachten Feststellung standen im Jahre 1908 von 1700 Eheschließungen nur 264 männliche Ehegatten im Alter zwischen 25 und 26 Jahren. Um diese Zahl würden sich rund 1 Prozent — vorausgesetzt natürlich, daß die jungen Ehemänner die sonstigen Bedingungen erfüllt gehabt, also zwei Jahre am Orte gewesen, ihre Steuer entrichtet hätten usw. — die 25524 Gemeindewähler der Stadt Mannheim erhöht haben.

Genosse Frank sagt in seinem Artikel: „Da die Arbeiter früher heiraten als die Besitzenden, wirkt diese Bestimmung zu unseren Gunsten.“ Wie

außerordentlich gering diese Wirkung ist, lehren die obigen Zahlen. Im Gegenteil wird die Herabsetzung des Wahlalters unter Beibehaltung aller bisherigen Kautelen zuungunsten der Arbeiterklasse wirken. Der Besitzende braucht keinen eigenen Hausstand zu haben, denn es ist wahlberechtigt, wer mindestens 17 Mark Staatssteuer entrichtet, was einer Einkommenversteuerung von 1400 bis 1600 Mark entspricht. Die Annahme, die Arbeiterschaft würde von dieser Bestimmung einen Vorteil haben, erweist sich als durchaus trügerisch. Das wird nicht einmal in den Großstädten mit den höheren Löhnen, geschweige denn in den kleineren Orten der Fall sein. Nach einer im vorigen Jahre herausgegebenen Denkschrift des Maurerverbandes betrug der Durchschnittsjahresverdienst eines verheirateten Maurers in Mannheim 1242 Mark, und nach den Erhebungen des Verbandes der Fabrikarbeiter stellt sich der durchschnittliche Wochenverdienst in Baden auf 22,63 Mark, also 1176,76 Mark im Jahre. In der großen Mehrzahl aller Fälle wird man den Wochenlohn aber auch nicht einmal mit 52 multiplizieren dürfen, weil Arbeitslosigkeit, Krankheit und sonstige Störungen das Einkommen noch heruntersetzen. Die Erhebungen der übrigen Gewerkschaften bestätigen, daß nur ausnahmsweise Arbeiter über 1400 Mark versteuern, und das sind dann jedenfalls keine, die nicht schon eigenen Hausstand haben, die also ohnehin schon wahlberecht sind. Bei Schaffung dieser Bestimmung hat man, wie das auch ausdrücklich hervorgehoben worden ist, nur die unverheirateten Beamten im Auge gehabt. Die Erste Kammer, die verschiedene Verschlechterungen an den Beschlüssen der Zweiten Kammer vorgenommen hat, würde die Herabsetzung von 20 auf 17 Mark sicher nicht beschlossen haben, wenn sie auch nur im entferntesten daraus eine Stärkung des Einflusses der sogenannten unteren Schichten hätte befürchten müssen. Aber selbst wenn man die Wirkungen aller kleinen Vorteile, die das Gesetz bringt, für die Arbeiterklasse noch so günstig einschätzt, so wird an der ungeheuerlichen Tatsache, daß in der Stadt Mannheim 11900 Reichstagswähler kein Gemeindewahlrecht haben, nichts Wesentliches geändert. Wir stehen vor der bedauerlichen Erscheinung, daß Sozialdemokraten, die die Klassenwahl nicht grundsätzlich ablehnten, nun bei der Verteidigung ihrer Stellungnahme auch eine gesetzgeberische Maßnahme mit verteidigen müssen, die sich direkt gegen die Arbeiterklasse richtet.

Die Behauptung Franks, daß in keinem Bundesstaat das Wahlrecht im Verhältnis zur Einwohnerzahl so günstig ist wie in Baden, beweist nichts und kann daher hier ununtersucht bleiben. Denn es ist doch noch niemand von uns eingefallen, die Wahlrechtszustände in anderen Bundesstaaten zu loben. Ich beschränkte mich eben nur auf den Nachweis, daß selbst in preußischen Städten das Verhältnis nach der Richtung hin günstiger ist als in Baden. Seit wann ist es denn in der Partei Brauch, daß einem Vorwürfe gemacht werden, wenn er Kritik an einem Klassenwahlrecht übt, und seit wann ist es Brauch, daß man jemand, der, wie ich, in meinem Artikel ausdrücklich erwähnt habe, daß die von mir mitgeteilten Zahlen über das Verhältnis der Wähler zur Einwohnerzahl einer Aufstellung der Zentralstelle des Deutschen Städtetags entnommen sei, vorwirft, ich hätte meine Quelle verschwiegen? Ich habe bei meinem Vergleich zwischen Mannheim und Spandau zwei Städte von ungefähr gleicher Größe und annähernd gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen ausgewählt. Hätte ich mich von dem Gedanken leiten lassen, dies Verhältnis für Baden möglichst ungünstig hinzustellen, so hätte ich die Großstadt Berlin, wo das Verhältnis der Wahlberechtigten 18,2 gegen 13,07 Prozent in Mannheim beträgt, zum Vergleich herangezogen. Daß ich nicht Städte, wo das Wahlrecht — wie in Bayern und Sachsen — eine ganz andere Grundlage hat, oder wo — wie in verschiedenen preußischen Städten — die liberalen Mehrheiten einen hohen Zensus eingeführt haben, oder wo — wie in der Bäderstadt Aachen — die weibliche Bevölkerung überwiegt, in Vergleich stellen konnte, liegt doch auf der Hand. Die Bayern berufen sich bekanntlich darauf, daß sie das Gemeindewahlrecht um deswillen nicht auf die Einwohnergemeinde ausdehnen können, weil Bayern nicht wie Preußen und Baden das Klassenwahlrecht hätte.

Der grundsätzliche Fehler der von der Mehrheit unserer Genossen im badischen Landtag beliebten Politik liegt darin, daß sie glaubten, sie dürften nicht gegen ein Gesetz stimmen, welches einigermaßen als ein Fortschritt angesprochen werden kann. Wer sich auf diesen Standpunkt stellt, wird höchst selten einmal in die Lage kommen, gegen ein Gesetz zu stimmen, weil die Entwicklung schließlich doch nicht rückwärts geht, und die Streitfrage, ob die Vorteile die Nachteile überwiegen, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt, sehr verschieden beurteilt werden kann. Hätte die Reichstagsfraktion beim Gesetz über die Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse und beim Vereinsgesetz sich auf den Standpunkt gestellt, den die Mehrheit der badischen Landtagsfraktion beim Gemeindegesetz mit dem Dreiklassenwahlrecht eingenommen hat, so hätte sie glatt für diese Regierungsvorlagen stimmen müssen. Denn das erstere Gesetz brachte überhaupt keine Nachteile und das zweite brachte nur einigen kleineren Bundesstaaten Verschlechterungen, die aber nach Ansicht der Freisinnigen durch die Vorteile, welche namentlich Preußen und Bayern hatten, doppelt aufgewogen worden sind. So hätte man argumentieren können. In der Tat hat der Abgeordnete v. Payer damals sein volksparteiliches Gewissen mit solchen Scheinargumenten beruhigt. Vom Sprachenparagraphen käme nur ein verhältnismäßig kleiner Teil in Betracht und der Jugendparagraph habe praktisch fast gar keine Bedeutung. Man sieht, wohin man kommt, wenn man den grundsätzlichen sozialdemokratischen Standpunkt verläßt und nicht die Beseitigung aller Standes- und Klassenvorrechte fordert.

Es ist offenkundig, und das ist ja auch verschiedentlich ausgesprochen worden: Unsere Genossen im badischen Landtag fühlen sich mehr oder weniger verpflichtet, gemeinsame Politik mit den Nationalliberalen zu machen. Sie erhoffen dadurch zu einem größeren Einfluß zu gelangen und die Nationalliberalen zu — bessern. Frank führt hierfür einige Beispiele an und sagt, daß die nationalliberale Fraktion durch unseren Einfluß jetzt für die Aufhebung der konfessionellen Lehrerseminare geschlossen gestimmt habe, während sie im letzten Landtag sich in der Frage gespalten habe. Er vergißt dabei eines. Damals stimmten von 23 nationalliberalen Abgeordneten 4 gegen und 19 für, während jetzt die ganze aus 17 Mann bestehende Fraktion dafür stimmte. Ob sie aber, wenn sie in ihrer alten Stärke noch im Landtag vertreten gewesen wäre, dafür gestimmt hätte, ist natürlich sehr zweifelhaft.

Die Nationalliberalen können sich in unserem Sinne nicht bessern, ob wir ihnen auch noch soviel Entgegenkommen zeigen und alle möglichen vermeintlichen gesellschaftlichen und höfischen Verpflichtungen erfüllen und für ein Klassenwahlrecht votieren. Der Klassenkampf trennt die Vertreter der Ausgebeuteten von den Vertretern der Ausbeuter. Das dürften unsere Genossen, die jetzt von dem falschen Gedanken beseelt sind, daß der Gegensatz zwischen Zentrum und Nationalliberalen nicht leicht zu überbrücken sei, beim Zusammenbruch auch des badischen Großblocks bald zu ihrem eigenen Heile erfahren.

Technisch-wirtschaftliche Rundschau.

Amerikanismus. — Das Akkordsystem. — Übergang zum Prämiensystem. — Die Ausbeutung der individuellen Arbeitskraft des Arbeiters. — Industrielle Wohlfahrtspolitik oder rationelle Betriebsorganisation.

Der deutsche Unternehmer amerikanisiert sich. Auf diese Tatsache ist auch hier häufig genug hingewiesen worden. Durch seine ganze Entwicklung hat eben der amerikanische Kapitalismus die Möglichkeit gehabt, die feinsten und raffiniertesten Formen in der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft anzuwenden; der deutsche Unternehmer sieht daher im amerikanischen Großbetrieb eine vorbildliche Organisation der Arbeit, der im Interesse des Profits nachgestrebt werden muß.

Ein Beispiel, von welcher Wesensart diese amerikanische Betriebsführung ist, gibt ein Beitrag, der kürzlich in einer amerikanischen Fachzeitschrift erschien und in

deutscher Übersetzung den deutschen Unternehmern zu Nutz und Frommen bekanntgegeben wurde.[1]

Bei uns in Deutschland hat sich das Akkordsystem als die weithin gebräuchlichste Entlohnungsform durchgesetzt. Zwar gibt es auch hier, theoretisch betrachtet, keine reine Stückarbeit, sondern nur eine Kombination zwischen Akkordlohn und Zeitlohn. Die reine Akkordentlohnungsform hat als Bemessungsgrundlage nur die Stückleistung, die Arbeitsmenge. Der Arbeiter A. müßte für eine bestimmte Mengenleistung, ohne Rücksicht auf die verbrauchten Arbeitszeiten, die gleiche Lohnsumme erhalten wie der Arbeiter B. Praktisch sieht die Sache jedoch so aus, daß bei jeder Stückarbeit die verbrauchte Zeit auch eine entscheidende Rolle spielt. Der Unternehmer hat ein Interesse daran, für einen bestimmten Arbeitsauftrag seine Maschinen und Betriebsräume über eine Maximalgrenze hinaus nicht amortisieren zu lassen. Der Arbeiter, der zu lange an einer Stückarbeit arbeitet, wird entlassen. Das reine Akkordsystem wird also kombiniert mit der Zeitbasis, mit dem Zeitlohnsystem.

Das Akkordsystem führt zu der Tendenz, die Leistungsfähigkeit des Arbeiters zu normalisieren. Eine bestimmte Arbeitsmenge soll zu einem gleichen Arbeitspreis in einer möglichst normalen Herstellungszeit angefertigt werden. Der Nachteil dieser Akkordlöhnung für den Unternehmer besteht nun darin, daß er nicht aus jedem Arbeiter die individuelle Höchstleistung herausholen kann. Deshalb ist man zu einer besseren Entlohnungsform übergegangen, zum Prämiensystem.

Jedes Prämiensystem ist eine Methode der individuellen Arbeitsausbeutung. Wohl wird für eine bestimmte Arbeitsquantität ein feststehender Lohnsatz fixiert. In dieser Beziehung kehrt in jedem Prämiensystem die Urform der Akkordlöhnung wieder. Aber die Herstellungszeit wird der individuellen Leistungsfähigkeit des Arbeiters, das heißt seiner Höchstleistung angepaßt. Mit dem Arbeiter wird vereinbart, nicht nur daß er nach Fertigstellung einer Arbeitsmenge die festgesetzte Akkordsumme erhält, sondern daß noch ein Zuschlag, eine Prämie gezahlt wird, deren Höhe sich nach der verbrauchten Zeit richtet. Je geringer die Herstellungszeit, desto höher die Prämie. Angenommen, für eine Arbeit im Betrag von 50 Mark wird eine Normalarbeitszeit von 100 Stunden vereinbart. Gebraucht der Arbeiter nur 80 Stunden, so erhält er zu den 50 Mark für die ersparten 20 Stunden pro Stunde noch einen Extrazuschlag. So wird der Erwerbssinn des Arbeiters künstlich aufgestachelt, sein Arbeitstempo zu einem Hetztempo zu steigern.

Am leichtesten konnte das Prämiensystem in der amerikanischen Werkstattpraxis an Boden gewinnen. Hier stand dem Unternehmer ein Arbeiter gegenüber, dessen Solidaritätsgefühl niemals hoch entwickelt war. An seinen Einzelegoismus konnte man mit Erfolg appellieren. An diesen Eigenschaften des Arbeiters mußte gerade in Deutschland die Verbreitung der Prämienentlohnung scheitern, im deutschen Arbeiter ist durch politische und gewerkschaftliche Erziehungsarbeit sein Gemeinsamkeitsempfinden genügend entwickelt worden, so daß er sich durch solche Hetzmethoden nicht ködern läßt.

Das Kernproblem eines jeden Prämiensystems ist auch hier immer die Frage der sichersten Kostenbestimmung der Arbeit. Für jeden Arbeitsauftrag ist die Lohnsumme, das heißt die notwendige Herstellungszeit mal Stundenlohn, genau kalkulativ vorher zu bestimmen. Die Amerikaner haben dafür das famose System des Schrittmachers, des Probearbeiters, gefunden. Der oben zitierte Artikel von Chamberlain giebt dafür ein sehr typisches Beispiel. Der Verfasser schlägt vor, bei der Ausbildung der Prämienarbeit eine Einteilung in fünf Arbeiterkategorien durchzuführen.

1. Der außergewöhnliche, flinke Arbeiter. 2. Der sehr flinke Arbeiter. 3. Der Arbeiter, der über dem Durchschnitt steht. 4. Der Arbeiter, der nur die Zeiterlaubnis erreicht. 5. Der langsame Arbeiter.

---

[1] Übergang von dem Akkord- zum Prämiensystem. Bei geschicktem Vorgehen läßt sich der Übergang leicht bewerkstelligen. Von L. Chamberlain. Zeitschrift für praktischen Maschinenbau, deutsche Ausgabe des „American Machinist". Heft 17 dieses Jahrgangs.

„Beim Festsetzen der Prämie wird auf Nr. 1 keine Rücksicht genommen. Man rechnet die Minimalzeit aus, während welcher Nr. 2 eine gute Arbeit liefern kann, addiert 50 Prozent hinzu, und diese Zeit gilt dann als die für die Arbeit erlaubte Zeit.

Bei der Festsetzung der „erlaubten" Zeit beabsichtigt und erwartet man nicht, daß sie es Nr. 4 und 5 ermöglicht, Prämien zu verdienen. Wenn Nr. 2 25 Prozent verdienen kann, so sollte Nr. 3 15 Prozent verdienen, man nimmt dann an, daß die erlaubte Zeit gerecht festgesetzt ist. Können Nr. 4 und 5 keine Prämien verdienen, so liegt die Schuld an ihnen und es bleibt dem Werkmeister überlassen, diese Leute zu behalten oder zu entlassen."

Damit nun die normale Arbeitszeit für jede Arbeitsleistung ausprobiert werden kann, bedient sich Chamberlain des Schrittmachers: Die Arbeit wird in Klassen eingeteilt, für jede Arbeitsklasse werden zwei Schrittmacher ausgesucht, Leute, „die durch ihre Geschicklichkeit und Ehrlichkeit bekannt sind". Diesen Schrittmachern wird, soweit als möglich, jede neue Arbeit übertragen. Sie haben das Arbeitstempo anzugeben, das nachher auch für die übrigen Arbeiter maßgebend sein soll.

Der Gedanke ist nicht neu. Er wurde auch im vorigen Jahr durch die deutsche Übersetzung von Fred. Taylors Buch „Shop management" den deutschen Unternehmern schon als nachahmungswert empfohlen. Taylor stellte dabei drei Grundregeln auf, die, sinngemäß übersetzt, lauten: 1. Jeder Arbeiter soll solche Arbeit zugewiesen bekommen, für die seine Kenntnisse, seine persönliche Geschicklichkeit, nicht zuletzt aber seine körperlichen Kräfte (!) eben noch ausreichen. 2. Der Arbeiter soll veranlaßt werden, das höchste zu leisten; als höchstes wird jene Menge von Arbeit zu bezeichnen sein, die ein allererster tüchtiger Mann seines Faches erreichen kann. 3. Der Arbeiter soll seiner erhöhten Leistung entsprechend 30 bis 100 Prozent höher bezahlt werden als sonst der Durchschnittsarbeiter seiner Branche.

Auch Taylor benützt den Schrittmacher, den Probearbeiter dazu, die Höchstleistung einer jeden Arbeiterkategorie zu ermitteln, er stellt sich sogar mit der „Stoppuhr" in der Hand neben den Arbeiter, um genau die einzelnen Arbeitszeiten, in Minuten und Sekunden berechnet, zu fixieren. So entsteht seine Zeitstudie, die auch hier als Grundlage für alle weiteren Kalkulationen genommen wird.

Bemerkenswert sind die Ratschläge, die Chamberlain den deutschen Unternehmern darüber gibt, wie sie die Arbeiter über die Vorteile der Prämiensysteme beschwatzen sollen.

„Der ganze Übergang vom Stück zur Prämienarbeit läßt sich deshalb kurz zusammenfassen in: ‚Gebrauche gesunden Menschenverstand und Takt'; im großen und ganzen erfordert die Leitung einer großen Fabrik nicht übermäßig viel Talent und Intellekt, denn wie jemand einmal sagt: Der Weg zum Erfolge im Geschäft ist unweigerlich der Weg des gesunden Menschenverstandes, und ‚gesunder Menschenverstand' ist nicht an irgend eine Klasse oder Stellung der Menschen gebunden."

Mit diesen Worten ist die Methode der modernen Werkstättenleitung sehr richtig gekennzeichnet. Auch in der deutschen Industriepraxis können wir die Entwicklung zum gesunden Menschenverstand im kapitalistischen Sinne, nämlich zur „rationellen Betriebsorganisation" sehr deutlich beobachten.

Die deutschen Unternehmer haben in den letzten Jahren ganz eigenartige Methoden angewendet, um für ihre Betriebe Ruhe und Frieden zu schaffen. Trotz aller Unterdrückungspolitik haben die verhaßten Gewerkschaften an Macht und Einfluß gewonnen, deshalb wurde es mit der Sozialpolitik der Wohlfahrtspflege versucht.

In den großen Werken ging man zur Einrichtung eines sozialpolitischen Ressorts über, dem ein „Sozialdirektor" übergeordnet wurde. Dieser hatte, soweit das literarisch möglich war, die neueren Vorgänge in der Arbeiterbewegung zu verfolgen, und danach sein sozialpolitisches Programm einzurichten. Es kam darauf an, durch Erfüllung von Scheinkonzessionen die Arbeiter in Fügsamkeit und Zufriedenheit zu erhalten. Die Arbeiterführer verlangten in ihrer Presse für den Arbeiter Mitbestimmungsrecht bei der Fixierung des Arbeitsvertrages und Vertrauensmännerwahlen zum Arbeiterausschuß. Ein Arbeiterausschuß wurde bewilligt. Nur war dann dafür zu sorgen, daß dieser Arbeiterausschuß zu einer Scheinvertretung wurde.

Als Aufgaben wurden die Zusammenstellung des Speiseprogramms für die Kantine, die Verwaltung von Fabriksparkassen, das Arrangement von Landpartien oder andere wichtige Funktionen bestimmt. Je mehr diese Einrichtungen in Wohlfahrtsrummel und Vereinsmeierei ausarteten, desto leichter war es möglich, den Ruf nach wirklichen Arbeiterforderungen zu unterdrücken. Die Arbeiter verlangten Anerkennung der Koalitionsfreiheit. Man gab ihnen das Recht, sich zu koalieren, und gründete — gelbe Gewerkschaften und vaterländische Arbeitervereine. Von einzelnen „Sozialdirektoren" ist in dieser Beziehung ziemlich geschickt gearbeitet worden. Trotzdem haben sich die Mißerfolge doch jetzt auf der ganzen Linie gezeigt.

Darüber ließe sich manch lustige Episode erzählen. So hatte ein großes Werk seine Arbeiter in die gelbe Organisation einer „Unterstützungsvereinigung" hineingepreßt. Laut Revers mußte sich jeder Arbeiter verpflichten, der Organisation beizutreten, sonst erfolge Entlassung. Die Mitgliederlisten füllten sich, bald waren alle „organisiert". Die Direktoren atmeten erleichtert auf. Dann kamen die Ausschußwahlen und die gelben Verbandsbrüder wählten alle die Kandidaten des — roten Metallarbeiterverbandes. Eine Katerstimmung herrscht daher jetzt bei den sozialpolitischen Drahtziehern der großindustriellen Werke.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, gehen wir einer neuen Etappe entgegen. Man scheint sich im Unternehmerlager darauf zu besinnen, daß sich auf die Dauer der deutsche Arbeiter von dieser industriellen Wohlfahrtspolitik doch nicht blenden läßt. Deshalb läßt man die Maske der Arbeiterfreundlichkeit wieder resigniert fallen. Man sucht nach neuen Mitteln verfeinerter Fabrikorganisation, scharfsinnig ausgeklügelten Hetz- und Kontrollsystemen, raffinierten Meßmethoden usw. In einer neueren Arbeit der „Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen", herausgegeben von Schmoller und Sering, schrieb ein gewisser Ernst Bernhard eine Studie über das Thema: Arbeitszeitverkürzung und Arbeitssteigerung. Er geht der Frage nach, wie der Unternehmer den Produktionsprozeß „verdichten" kann. Immer setzt sich, besonders in der Industrie, der Produktionsvorgang aus Maschinenfunktionen und Handfunktionen zusammen. Die Geschwindigkeitsgrenze der Maschinenfunktionen liegt in den technisch-konstruktiven Bedingungen der Maschine begründet, dagegen läßt sich das Arbeitstempo des Handarbeiters steigern. Darüber macht Bernhard teilweise sehr bemerkenswerte Angaben. Er zeigt, daß sich heute auch der deutsche Unternehmer immer sorgfältiger bemüht, schon vor Anfang der Arbeit Arbeitspensum und Arbeitstempo rechnerisch festzulegen. Durch geheime Beobachtungen des Arbeiters, oft sogar mit der „Knipsuhr" in der Hand, sind Tabellen über die kürzesten Arbeitszeiten zusammengestellt worden. Der Arbeiter wird nun angetrieben, seine Handgriffe möglichst schnell und behende auszuführen, um die Pausen der Maschinenarbeit zu verkürzen. Neben diesen personalen Voraussetzungen (der Ausbeutungsmöglichkeit des Arbeiters) aber kann der Unternehmer das Arbeitsmaß noch steigern, indem er eine Neuordnung der technisch-sachlichen Bedingungen (der Fabrikationsweise, der Anordnung der Maschinen und Betriebseinrichtungen, der Standardfabrikation, der Spezialisierung der Funktionen, der Vereinigung mehrerer Maschinen in eine Hand) vornimmt. Die rationelle Betriebsorganisation besteht also aus einem sehr fein ausgeklügelten System von Arbeitsmethoden, so daß auch von unserer Seite eine aufmerksame Beobachtung dieser Vorgänge geboten ist. Richard Woldt.

Literarische Rundschau.

Grete Meisel-Heß, **Die sexuelle Krise.** Eine sozialpsychologische Untersuchung. Jena 1909, verlegt bei Eugen Diederichs. 450 Seiten. 5,50 Mark.

Aus der großen Zahl der Veröffentlichungen über diese Frage hebt sich das Buch von Frau Meisel-Heß durch große und herbe Aufrichtigkeit sowie durch weitgehende Menschenkenntnis vorteilhaft ab. Wie Ellen Key setzt auch diese Autorin in ihrer Kritik bei dem seelischen Mißbehagen ein, das der heutige Zustand zeitigt,

und es fehlt ihr da natürlich nicht an Material, das förmlich danach schreit, an die Öffentlichkeit gebracht zu werden. Ohne die wirtschaftliche Bedingtheit der Sexualverhältnisse einer Zeit zu verkennen, wendet sich die Autorin doch in erster Linie an die Erkenntnis, vor der die heutigen Verhältnisse nicht mehr bestehen können, und von deren Umgestaltung sie, unseres Erachtens mit gewissem Rechte, wenigstens für das Einzelschicksal Besserung erwartet. Das hier besprochene Buch ist nur der erste Teil einer größeren Arbeit und ist der kritischen Darstellung der heutigen Zustände gewidmet. Das zweite Buch wird eine kritische Durchsicht der bisherigen Reformvorschläge enthalten, während das dritte eine systematische Darstellung einer neuen Sexualordnung, wie sie die Verfasserin aus den bestehenden Ansätzen ableiten zu können glaubt, bringen wird.

Dem ersten, beschreibend-kritischen Teil kann eine Besprechung, eben dieser Eigenschaften wegen, schwer gerecht werden. Zunächst wird natürlich die Ehe, als ausschließliches Gebiet anerkannten Geschlechtslebens, in ihrer Unzulänglichkeit dargestellt. „Eine Institution, die für Millionen tüchtiger, gesunder, liebestauglicher und zur Elternschaft fähiger Menschen eine saure Traube ist, hat nicht den Anspruch, als alleinige Form des gesellschaftlich erlaubten Geschlechtslebens anerkannt zu werden" (S. 3). Ganz richtig wird hervorgehoben, daß die heutige Belastung des Mannes durch die Ehe die Zuchtwahlverhältnisse ganz und gar verkehrt, indem das Fundamentalgesetz auf den Kopf gestellt wird, nach dem das durch die Begattung gefährdete Geschlecht das umworbene sein muß. „Nicht das eheliche Prinzip ist es, welches die ‚modernen Umstürzler' bekämpfen, sondern nur die Form, welche dieses Prinzip innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung angenommen hat, die zwangsmäßige Einschirrung, der die Individuen um seinetwillen unterworfen werden, und die Abhängigkeit der Fortpflanzungsmöglichkeit und damit der Auslese von dieser einen Form der Geschlechtsgemeinschaft. Diese Form, diese Einmündung des erotischen Lebens des Individuums in eine dauernde, sexualsoziale Verbindung mit einem Wesen des anderen Geschlechtes, ist unserer Auffassung nach diejenige, nach welcher das Individuum, Mann und Weib, ewig streben wird und soll. Aber gerade dieses Ziel kann, seinem innersten Sinne gemäß, nur nach Durchschreitung vielfältiger Lebensphasen erreicht werden. Dieser Wechsel auf Ewigkeit soll nicht erpreßt werden müssen" (S. 16).

Gut beobachtet und beherzigenswert ist, was über das freie Verhältnis, so wie es sich heute gestaltet, gesagt wird. Der Mangel eines gemeinsamen Heims, die Überspannung und Abspannung, die aus dem Aufeinanderwarten, aus der ganzen Unsicherheit, aus den vielen Heimlichkeiten des freien Verhältnisses folgen, gereichen beiden Teilen zur Qual und ermüden am leichtesten den Mann, der weder Zeit noch Energieüberschuß für das Gefühlsleben hat. Die Autorin möchte, daß jede Verbindung von Mann und Weib durch die einfache Anzeige der gemeinsamen Haushaltung gesellschaftlich vollgültig werde. Für die Kinder solle teils durch die gesetzliche Verpflichtung beider Eltern, teils durch das direkte Eingreifen der Gesellschaft als Vormund Sorge getragen werden.

Über die Prostitution heißt es, daß sie „aus der Monomanie der Kultur entstanden sei, die darin besteht, daß sie, wie überall, so auch in der Sexualbestimmung der Frauen Extreme aufrichtet. Die einen sollen gebären ins Grenzenlose, die anderen sollen entbehren ins Grenzenlose, und die dritten sollen gewähren ins Grenzenlose" (S. 187). Die verhängnisvollen psychischen Folgen des Doppellebens, das dem Manne durch die Benutzung der Prostitution aufgezwungen wird, werden gut und richtig gekennzeichnet. In dem, was die Autorin über das Vorurteil sagt, daß die freie Liebe durch den bloßen Umstand einer Geldunterstützung von seiten des Mannes zur Prostitution erniedrigt werde, ist ihr völlig zuzustimmen. Die verschiedene Wertung der materiellen Unterstützung in der anerkannten Ehe und in der freien Gemeinschaft beruht aber nicht nur auf einer Art fixen Idee, sondern auch auf der großen Überschätzung des Geldes, in dem ein Äquivalent von Menschheitswerten gesehen wird.

Merkwürdig ist an dem Buche das Bestreben, von der idealen Auffassung der Liebe als dem Größten und Furchtbarsten im Einzelschicksal herunterzugehen auf eine gefällige, heitere Tändelei ohne tragische Hintergründe. Vielleicht ist diese Auffassung — rein pädagogisch gesprochen — für das Glück des Einzellebens geeigneter, aber sie berührt eigenartig bei einer Frau, die dem Liebesleben eine so überragende Bedeutung zuspricht. In einer Zeit, wo alles so verkleinert und auf Bequemlichkeits- und Alltagskaliber zugeschnitten wird, kommt es mir wie eine Verkürzung vor, wenn man der Frau nun auch noch die Liebe aus einem ehrfurchtheischenden Mysterium, das die ganze Persönlichkeit fordert, verkleinert zu einer heiteren Genußmöglichkeit, zu einem vorübergehenden Schmucke müßiger Stunden. Die Verfasserin schreibt: „Eine andere sexuelle Lüge. Dem Weibe, das Achtung beansprucht, wird aufgedrängt, aufgezwungen, daß sie sich nur hingeben kann, wenn die ‚große Liebe‘, die in den Himmel oder in die Hölle führt, da ist. Daß sie sich auch hingeben kann aus einer schönen, heiteren, zärtlichen Stimmung des Gemüts, ohne dadurch dem Himmel oder der Hölle zu verfallen, will die Lüge nicht gelten lassen. Durch diese aufgedrungene Vorstellung bringt man sie aber wirklich dazu, sich mit ganzer Seele in die Beziehung zu einem Manne zu vergraben, sich hineinzuwühlen in dieses Erlebnis, um dann gewöhnlich desto grausamer daraus geschleift zu werden“ (S. 112, 113). Gewiß fällt man weniger tief, wenn man nicht hoch zu steigen wagte, aber es dürfte doch weniger ein soziales Erziehungsresultat als eine geschlechtspsychologische Eigenschaft der Frau sein, ihre ganze Persönlichkeit in eine Liebesleidenschaft hineinzugeben, um so vollständiger, je mehr die Frau Persönlichkeit ist. Auf demselben Mißverständnis des Spezifischen im Seelenleben der Geschlechter scheint mir die Behauptung zu beruhen, daß beim Manne im Gegensatz zum Weibe die individuelle Forderung in der Liebe vorherrschend sei. „Das Weib liebt mehr generell als individuell, weit mehr ist sie ‚Feld‘, der Gattung hingegebenes Land, das seiner Natur nach harrt und aufnimmt. . . . Die Frauen lieben fast bedingungslos und genießen das Surrogat, wenn es sich ihnen bietet, fast wie das ‚Ding‘ selbst“ (S. 131). Hier wird nach meiner Ansicht dem Weibe die spezifisch männliche Auffassung der Liebe zugeschoben. Wenn Grete Meisel-Heß recht hätte, so wären die heutigen Zuchtwahlverhältnisse, die die Wahl fast ausschließlich dem Manne lassen, weder den Interessen der Rasse noch denen des Einzelglücks so verhängnisvoll, wie sie es sind. Des längeren ausführen kann ich das hier nicht, aber die ganze Liebespraxis des Mannes, die sich viel freier entfalten konnte als die des Weibes, und also als Beweismaterial dienen darf, scheint mir dies zu bestätigen.

Überhaupt scheint die Verfasserin die Auffassung, daß die Liebe eben doch ein Naturtrieb ist, mit dem die Natur auf ganz bestimmte Zwecke hinaus will, nicht zu haben, denn sonst könnte sie nicht von „unerhörtem Hasard“ reden, der bei der legitimen Eheschließung darin liegen soll, „daß man in den wichtigsten Punkten, die zum Bestand der Ehe gehören, nichts voneinander weiß“. Das heißt doch, die Sicherheit des Triebes und seine physiologische Urwüchsigkeit ganz und gar verkennen.

„Anerkennung des Liebeslebens als des Zentralen einer jeden Menschenexistenz und somit der Gesellschaft selbst, gewährleisteter Respekt und Unantastbarkeit aller unschädlichen Formen des erotischen Lebens, zu deren Gebrauch die gesellschaftlichen Umstände und die subjektive Veranlagung die einzelnen veranlassen, muß gefordert werden.“ Mit der Forderung freier Betätigung, soweit kein Schaden erwächst (Notabene liegt in dieser Definition eine Reihe von Problemen, deren Lösung praktisch und theoretisch gleich schwer ist), wird jeder einverstanden sein. Ob aber das Liebesleben das Zentrale im Leben des einzelnen und der Gesellschaft sei, steht doch in Frage: der großen Bedeutung für die Fortpflanzung steht der Umstand gegenüber, daß es nur während einer relativ kurzen Spanne Zeit im Leben eine Rolle spielt. Von den beiden Kräften, die den Bau der Welt zusammenhalten, wirkt doch die andere, der Hunger, viel nachhaltiger und führt einen weit wuchtigeren Hammer als die Liebe.

So sehr man der Autorin beipflichten muß, wenn sie gegen das sinnlose Entsagen und Verzichten, gegen das Verkümmern ungezählter Frauen ohne Liebesleben und ohne Kinder Einspruch erhebt, so darf man doch nicht verkennen, daß ein Teil des Elends, das den Menschen aus der Liebe erwächst, nicht von den sozialen Verhältnissen, sondern direkt von der menschlichen Natur abhängt. Der Mensch ist ein sehr kompliziertes Wesen. Er kann innerlich Schiffbruch leiden, auch bei äußerer Freiheit, kann an furchtbaren Pflichtkonflikten leiden ohne äußere Hemmung, und hat schließlich in der verschiedenen Breite und Tiefe der Empfindung im Liebesleben die Möglichkeit zu unsäglichem Jammer, von der keinerlei Neuordnung des Geschlechtslebens ihn wird loskaufen können. Nun kann man gewiß gegen das, was dem Menschen als ein Stück seines Schicksals liegt, nicht von außen ankämpfen, und diese Seite der Frage ist also praktisch belanglos. Aber mir scheint, daß hinter den heutigen Konflikten, die sich oft im Gewand der sozialen Konvention zeigen, sehr oft nichts anderes steckt als das typisch Tragische, das der Mensch nun einmal als ein allgemein menschliches Erbteil mitbringt, in der Fähigkeit, vorwärts zu schauen, das Ende vorwegzunehmen und sich selbst Objekt zu sein. Je mehr wir äußere Schwierigkeiten beseitigen, werden wir dahinter kommen, wie viel Fähigkeit zum Unglücklichsein man aus sich selbst produzieren kann.

Daß das Buch die privatkapitalistische Bedingtheit der heutigen Geschlechtsverhältnisse anerkennt, ist schon gesagt worden. Es liegt in der Natur des Themas, daß es sich vorwiegend an die besitzenden Klassen wendet. Durch die Möglichkeit früher Eheschließung, das geringe Gewicht wirtschaftlicher Bedenken bei der Wahl und die ziemlich weitgehende Anerkennung freier Geschlechtsverhältnisse ist das Proletariat von einem Teil des Elends verschont geblieben, das das heutige Geschlechtsleben aufweist. Andererseits nimmt die überragende Bedeutung des Kampfes ums tägliche Leben dem Arbeiter zu viel Luft und Licht, als daß sich in ihm, von Ausnahmefällen abgesehen, das Liebesleben in seiner Schönheit und Furchtbarkeit voll entfalten könnte. Vielleicht sollte gerade die Beobachtung der Arbeiterschaft uns lehren, daß es vielleicht der Müßiggang ist, der manches wuchern läßt, das unter schärferem Daseinskampf von Anfang an zurückgeschnitten wird.

Was die technische Seite des Buches betrifft, so hätte ich ihm eine strengere Durcharbeitung und eine straffere Anordnung des Aufbaus gewünscht. Die Arbeit ist viel zu weitläufig und dadurch stellenweise ermüdend. Viele gute Bemerkungen und psychologische Feinheiten sind darin verstreut, aber sie sind eben verstreut, als wenn die Aufzeichnungen von Einfällen ohne weitere Überarbeitung in die Druckerei gewandert wären. Von der Sprache habe ich schon Proben gegeben. Sie ist reich und originell, aber nicht immer frei von Manier und in der Satzbildung manchmal recht gehackt und abgerissen. Die Titelvignette hätte sich die Autorin verbitten müssen. Eine unbedeutende Eva bietet da den ominösen Apfel einem Adam an, der geradezu den idealen Typus eines Kretins darstellt. Ob in der Stirnlosigkeit Adams ein tieferes Symbol steckt, vermag ich nicht zu erfassen. Mir scheint die Vignette scheußlich mit einem Stich ins Pornographische, und ich hätte dem tapferen, warmempfundenen, mit großer intellektueller Redlichkeit geschriebenen Buche wahrhaftig eine geeignetere Hülle gewünscht. Oda Olberg.

Zeitschriftenschau.

„The Social Democrat“ vom Juni bringt einen Artikel von Ernest E. Hunter: **„In Zeiten des Umschwunges“** (In days of change). Die alte Ordnung verschwindet; wir leben in einer Übergangszeit, wo alle alten Losungen umgewälzt werden. Der alte Liberalismus und der alte Torysmus nehmen neue Formen an, und die letzten Herolde des alten Individualismus sterben vereinsamt aus. Der Glaube der Väter wird von den modernen Politikern auf den Kehrichthaufen geworfen, und sie suchen eine neue Politik aufzubauen, die den

Sozialismus seines Schreckens berauben soll. Der neue Kapitalismus schafft eine neue Verteidigungslinie.

Früher wagten die bürgerlichen Parteien die große Frage der Arbeitslosigkeit nicht in Angriff zu nehmen. Neulich äußerte Mr. Beveridge sich dahin, daß eine industrielle Reserve notwendig sei; dieser Mr. Beveridge steht an der Spitze der öffentlichen Arbeitsnachweise, und das kennzeichnet schon den Zweck dieser Nachweise. Für die liberale Partei bilden sie ein Glied in ihrer Lösung der Arbeitslosenfrage. Nimmt man dazu die Zustimmung, die die Vorlage zur Feststellung des Rechtes auf Arbeit und der Minoritätsbericht der Kommission für das Armengesetz bei einem Teile der Liberalen fanden, so sieht man schon, in welcher Weise die Lösung durch ein Kompromiß zwischen diesen Vorlagen stattfinden wird. Die Strafbestimmungen in der Vorlage des Rechtes auf Arbeit werden in Zusammenhang mit dem öffentlichen Arbeitsnachweis gebracht. Schon jetzt ist dieser Arbeitsnachweis in den Kreisen der Gewerkschaften übel berüchtigt als Lieferant von Streikbrechern für Unternehmungen, wo Konflikte ausgebrochen sind. Das wird noch schlimmer werden, wenn er mit dem Arbeitslosengesetz in Verbindung gebracht wird. Ein Arbeitsloser wendet sich an die Behörde um Unterstützung; er wird zum Arbeitsnachweis geschickt; dieser bietet ihm Arbeit, meist in Unternehmungen, die keine Gewerkschaftstarife bezahlen wollen. Hat er etwas Stolz in sich, so weigert er sich. Dann wird er jedoch als Arbeitsscheuer betrachtet und bekommt keine Unterstützung. Die Strafbestimmung wird angewandt, bis der Trotz gebrochen ist. So wird die Sache sich abspielen. Die Herabsetzung der Löhne, die in dieser Weise möglich ist, wird ausreichend die Unterstützungskosten wieder einbringen. So wird der neue Liberalismus gegen den Sozialismus einen Schutzwall errichten.

Auch der Konservatismus sucht in der Garderobe des Sozialismus die Stücke, die er braucht, um sich neu aufzuputzen. Tarifreform ist die konservative Karikatur des Sozialismus. Die konservativen Wanderredner verkünden, daß Tarifreform zum Sozialismus führt, und sie hausieren mit Marx' Rede gegen den Freihandel. Es ist nicht unmöglich, daß auch der Liberalismus die Zollpolitik ausbauen wird, denn alles Gerede über Freihandel ist nur Demagogie, und Lloyd George hat praktisch schon Bedeutendes in Schutzgesetzgebung geleistet. Mit dem Schutzzoll kommt aber notwendig der Imperialismus und damit die Militärpflicht, die ihrerseits wieder eine Masse von Arbeitslosen absorbiert. So verschafft sich der neue Kapitalismus wieder eine Lebensfrist. Aber der Schutzzoll züchtet die Trusts heran, und damit wird die Überzeugung der Notwendigkeit der privaten Unternehmungen, die jetzt so stark in dem englischen Volke lebt, immer mehr verloren gehen und der Boden zum Sozialismus bereitet werden.

Rooseveldt sagte neulich, daß man etwas nicht ablehnen müsse, bloß weil die Sozialisten es befürworten. Darin besteht gerade der letzte Ausweg für diese Sorte Politiker: wenn sie sehen, daß die Verstaatlichung der großen Unternehmungen notwendig ist, wollen sie es selbst machen, statt es den Sozialisten zu überlassen. Soll die Industrie organisiert werden, so wollen sie die Organisatoren sein, und dabei ihr eigenes Interesse wahren. Aber zugleich wird die Demokratie immer mehr Feld gewinnen und die ganze Verwaltungsmaschinerie immer mehr beschlagnahmen. Der Staatssozialismus wird nur einen Übergangszustand bilden, worin die geistigen und körperlichen Qualitäten des Volkes sich entwickeln können. Unser ist die Aufgabe, die Massen über die Bedeutung des gemeinsamen Besitzes aufzuklären; die Kapitalisten arbeiten uns inzwischen vor, ohne zu wissen, zu welchem Zweck sie die Welt umgestalten.

„La revue socialiste, syndicaliste et cooperative“ vom Mai enthält einen Aufsatz von E. Fournière über **„Die Umwälzung der sozialistischen Anschauungen über die Genossenschaften“.** Die Grundprinzipien der Genossenschafter, die Rochdale als Muster nehmen — Vereinigung der Konsumenten gegen das Kapital, internationale Verständigung, fortschreitende Sozialisierung des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft —, decken sich mit den Forderungen des Sozia-

lismus, nur mit der Ausnahme, daß sie dem Klassenkampf die Verständigung aller Konsumenten gegenüber stellen. Die sozialistischen Genossenschafter wollen daher die Genossenschaften selbst zu einem Instrument des Klassenkampfes machen. Sehen wir, wie sich die Ideen der Sozialisten über die Genossenschaften entwickelt haben. Dabei scheiden die Utopisten aus, da das moderne Genossenschaftswesen nicht an sie, sondern an Rochdale anknüpft. Vorher wurde immer die genossenschaftliche Produktion in den Vordergrund geschoben, und auch die Internationale erklärte 1866 auf dem Genfer Kongreß die Produktionsgenossenschaften für die wichtigsten.

Lassalle stellte mit seinem ehernen Lohngesetz dem Vordringen der Konsumgenossenschaften ein theoretisches Hemmnis in den Weg. Zwar hat die marxistische deutsche Sozialdemokratie dieses Hemmnis bald weggeräumt; aber anderswo muß es noch immer herhalten. Guesde erklärte in Frankreich die Konsumvereine für unfähig, die Lage der Arbeiter zu heben; umgekehrt würde die Ausschaltung der kleinen Händler eine Unmasse Arbeitsloser auf den Arbeitsmarkt bringen, die den Lohn herunterdrücken würden. Und noch heute finden die Konsumvereine nur dann Gnade in den Augen der Marxisten, wenn sie mit ihren Überschüssen die Kosten der sozialistischen Agitation bezahlen. Aber vor den Tatsachen konnte diese starre Haltung nicht Stand halten. Die englischen Genossenschaften wuchsen trotz des ehernen Lohngesetzes, und vor allem übten die belgischen Produktionsgenossenschaften auf die Arbeiter ihren Einfluß aus. „Wir bombardieren die kapitalistische Festung mit Vierpfundbroten,“ dieses Wort Anseeles schlug überall ein. Die Gründer der großen Konsumvereine in Gent und Brüssel, Anseele, Bertrand und andere, gaben sich nicht der Illusion hin, mit ihnen könne man den Arbeitern den vollen Arbeitsertrag sichern. Aber nach ihrer Auffassung bildeten sie ein treffliches Mittel, die Arbeiter zu vereinigen und zu organisieren. Andere gingen noch weiter; Cäsar de Paepe und De Greef sahen in den Konsumvereinen eine Etappe auf dem Wege zum Sozialismus, der nichts anderes als eine riesige Genossenschaft darstellt. Von den französischen Theoretikern sprach sich nur Malon in diesem Sinne aus, nicht ohne zugleich die Eroberung der politischen Macht als Hauptsache zu betonen. Noch weniger beugten sich die deutschen Theoretiker den Tatsachen; aber allmählich wurden sie doch gezwungen. Die Übersetzung von Beatrice Potters Schrift über die englische kooperative Bewegung und die Berichte von Adele Gerhard über die belgische weckten die deutschen Arbeiter auf. In Deutschland kommt der Gedanke rasch, die Tat langsam; das ist besser als bei uns, wo es gerade umgekehrt geht. Kautsky trat 1897 mit der marxistischen Doktrin gewappnet auf und erklärte noch präziser als Malon, daß das Genossenschaftswesen früher oder später neben allen anderen Kampfmitteln seine Rolle in der Befreiung der Arbeiterklasse spielen würde.

Diese Frage nach ihrer Bedeutung für die Zukunft ist am klarsten von Bernstein behandelt worden. Nach ihm können die Konsumvereine ohne irgend welche Anwendung von Gewalt allmählich einen Teil des Reichtums in Besitz nehmen, der sonst den Ausbeutern zufällt. Diese Auffassung dringt auch immer mehr in die französischen Genossenschaften ein. Solange man nach Belgien blickte, dachte man vor allem an die Unterstützung der Arbeiterbewegung. Seitdem man etwas genauer mit dem englischen Genossenschaftswesen bekannt geworden ist, hat man sich höhere Ziele gesteckt. Wir müssen weiter gehen, als die Beseitigung der Kleinhändler, wir müssen immer mehr die Produktionsmittel selbst aus den Händen der Kapitalisten nehmen; nichts kann die Ausbreitung des kooperativen Gebiets hemmen, so redeten die Delegierten, die aus England zurückkehrten. Der nächste Kongreß sprach sich auch dafür aus, daß überall Produktionsgenossenschaften unter der Leitung der Arbeiterorganisationen gegründet werden sollten. Hier sieht man klar die Umwälzung der Ideen. Wenn man bedenkt, daß die englischen Genossenschaften schon zusammen für 300 Millionen Franken alljährlich selbst produzieren, wer kann dann die hohe sozialistische Bedeutung des Genossenschaftswesens als Selbstzweck bezweifeln?

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 51 Ausgegeben am 16. September 1910 28. Jahrgang

Wir den Teufel oder der Teufel uns?

↗ Berlin, 11. September 1910.

Der Parteitag in Magdeburg wird nicht der letzte sozialdemokratische Parteitag vor den nächsten Reichstagswahlen sein, aber ein freisinniges Blatt meint gleichwohl, auf ihm werde sich das Schicksal dieser Wahlen entscheiden. Wie das gemeint ist, ergibt sich mit genügender Klarheit aus den heißen Wünschen, die dasselbe Blatt für den Sieg des Revisionismus hegt. An diesen Sieg glaubt es nun freilich selbst nicht und tröstet sich mit dem geflügelten Worte des Genossen Kolb, die Mehrheit habe der Radikalismus hinter sich, aber sonst nichts mehr. Es fehlt nur noch das schöne Zitat aus Schillers Demetrius: „Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn! Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen." Aber eine demokratische Partei beruht nun einmal auf dem Prinzip der Mehrheit, und nicht minder beruht das allgemeine Wahlrecht darauf; von dem Willen der Mehrheit hängt der Ausfall der nächsten Wahlen ab und nicht von dem Verstand der wenigen, mögen sie selbst so erleuchtet sein wie das „Berliner Tageblatt" und der Genosse Kolb.

Die famose Großblockidee wird im Grunde durch niemanden so sehr kompromittiert als durch ihre eifrigsten Vorkämpfer. Soll die Herrschaft des Schnapsblocks durch ein gemeinsames Vorgehen des Liberalismus und der Sozialdemokratie gestürzt werden, so kann man die Sache doch wirklich nicht dümmer anfangen, als wenn der ungleich schwächere Teil dieser geplanten Koalition kein edleres Ziel kennt, als ihren ungleich stärkeren Teil innerlich zu zerrütten. Der Bluff, den die „Sozialistischen Monatshefte" vor jedem Parteitag mit einer sogenannten „Glanznummer" inszenieren, ist wieder mit endlosem Jubel gerade von der freisinnigen Presse begrüßt worden; sie hat wieder die Genossen Hildebrand und Maurenbrecher, die, seit sie bei den vorletzten Reichstagswahlen mit ihrer nationalsozialen Politik einen kläglichen Zusammenbruch erlitten haben, die Kuhpocken dieser Politik der sozialdemokratischen Partei ein=

zuimpfen versuchen, zu ihren Kalenderheiligen erklärt und damit aber- und abermals bekundet, daß die Politik ein Handwerk ist, von dem sie nun einmal nichts versteht.

Wir haben natürlich an sich nichts dagegen einzuwenden, daß der Freisinn die Genossen Hildebrand und Maurenbrecher für große Männer hält, hinter denen die Lassalle, Marx und Engels in wesenlosem Scheine verschwinden. Aber da die freisinnige Presse weiß und selbst offen ausspricht, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler einstweilen anders urteilt und sie auf deren Hilfe angewiesen ist, falls sie die Herrschaft des Schnapsblocks stürzen will, was hat es dann für einen Sinn, diese Mehrheit sozusagen mit der Nase auf den alten erprobten Grundsatz zu stoßen: Trau, schau, wem? Mit unehrlichen Finten leitet man doch nicht ein ehrliches Bündnis ein.

Die Freisinnigen sagen nun wohl: Ja, die Revisionisten wollen das Bündnis mit uns, aber die Radikalen nicht, also müssen wir den Sieg der Revisionisten innerhalb der sozialdemokratischen Partei befürworten. Das ist aber wieder nichts als eine unehrliche Finte. Es ist niemals einem Radikalen eingefallen, ein Bündnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf Gleich und Gleich gegenüber rückständigen Gesellschaftsklassen zu verschmähen. Das ist ja schon im Kommunistischen Manifest ausgesprochen, und der Zufall fügte es, daß wir dieser Tage in einem vom 28. September 1852 datierten Briefe von Marx an die „New York Tribune" lasen: „In der Politik mag man sich zur Erreichung eines Zweckes mit dem Teufel selbst verbünden; nur muß man gewiß sein, daß man den Teufel in der Hand hat, und nicht er uns." Um jedoch nicht in den ungerechten Verdacht einer übertriebenen Marxgläubigkeit zu gelangen, so wollen wir hinzufügen, daß aus diesem Satze durchaus kein besonderes Genie spricht, sondern nur der einfache gesunde Menschenverstand, der für jede Partei, die überhaupt etwas von Politik versteht, zum Abc ihrer Taktik gehört.

So zum Beispiel, als Bülow seinen Hottentottenblock in die Welt setzte, wurden „Kreuzzeitung" und „Deutsche Tageszeitung" nicht müde zu wiederholen: Schön und gut, wird sind von der Partie, vorausgesetzt, daß wir keinen Deut von unseren Prinzipien zu opfern brauchen. Das heißt mit anderen Worten: Wir wollen uns mit dem Teufel verbünden, aber so, daß wir ihn in der Hand haben und er nicht uns. Bekanntlich haben sie danach auch gehandelt und sind als Sieger auf dem Plan geblieben, während der Liberalismus unter dem Hohngelächter der ganzen Welt aus dem Block hinausflog.

Überhaupt läßt sich die ganze Geschichte des deutschen Liberalismus dahin zusammenfassen, daß er seit den Tagen der Märzrevolution immer Bündnisse mit dem Teufel geschlossen hat, wobei der Teufel ihn in der Hand hatte, aber er niemals den Teufel. Dabei und dadurch ist er im Laufe der Jahrzehnte gänzlich auf den Hund gekommen, und es ist ein Einfall von einer wahrhaft greisenhaften Kinderei, wenn er jetzt die Arbeiterklasse prellen will, wie er von jeher durch die Reaktion geprellt worden ist, wenn er ein Bündnis mit ihr eingehen möchte, bei dem er den pfiffigen und sie den dummen Teufel spielen soll. Er weiß wohl, daß es ihm so gut nicht werde, daß diese tolle Burleske

sich niemals abspielen wird, aber die Katze läßt das Mausen nicht, und sie schielt lieber nach der Taube auf dem Dache, als daß sie sich an dem Spatze genügen ließe, den sie mit einem Sprunge haschen könnte.

Auch die Streitfrage, um die in Magdeburg die Geister am heißesten aufeinander platzen werden, läßt sich auf die Frage zurückführen, ob der Teufel uns haben soll oder wir den Teufel. Es ist ja ein ganz hinfälliger Vorwurf, der unter Parteigenossen nicht laut werden sollte, daß die Mehrheit der Partei ein Bündnis mit den Liberalen zu dem Zwecke, die Herrschaft des Schnapsblocks zu stürzen, an und für sich verwirft. Die früheren Disziplinbrüche, auf die sich die badischen Disziplinbrecher berufen, sind einzig und allein begangen — und eben deshalb von der Partei genehmigt worden —, um bei den Reichstagsstichwahlen von 1890 und 1903 die Liberalen gegen die konservativen Kandidaten herauszupauken, so sehr es die Liberalen an Gegenleistungen fehlen ließen. Was den badischen Disziplinbruch von diesen früheren Fällen unterscheidet, ist eben dies, daß er nicht den Teufel vors Parteiinteresse spannt, indem er die Liberalen als Kanonenfutter vernutzt, sondern daß er die wichtigsten Parteiinteressen und Parteiprinzipien einer Politik opfert, bei der nach der leider nicht grundlosen Ruhmrederei der „Kölnischen Zeitung" die badischen Nationalliberalen die unentwegten Prinzipienmänner, die badischen Genossen aber die Fraktion Drehscheibe gebildet haben. Damit kann sich die Partei nun und nimmer einverstanden erklären, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will.

Der Versuch einer solchen Politik war nur möglich in einem entlegenen Kleinstaat, worin der proletarische Emanzipationskampf nach der historischen Lage der Dinge seine eigentümlichste und ursprünglichste Kraft nicht entfalten kann. Und selbst hier würde er binnen kurzem dasselbe Schicksal haben, das die unter ähnlichen Bedingungen geschlossenen Bündnisse der Liberalen mit den Konservativen gehabt haben. Wäre es sonst nur erlaubt, so möchte man fast wünschen, daß den badischen Genossen gestattet würde, ihr Experiment bis ans Ende zu führen. Es würde binnen Jahr und Tag Früchte zeitigen, die selbst die Genossen Kolb und Frank bekehren würden, wenn auch vielleicht nicht die Genossen Hildebrand und Maurenbrecher.

Ein helles Licht auf die augenblickliche politische Situation wirft die Haltung der junkerlichen Presse. Sie räsonniert auf die Revisionisten noch heftiger als auf die Radikalen, in der ganz richtigen Empfindung, daß der Sieg des Revisionismus dem Liberalismus, den das Junkertum so gründlich untergebuttert hat, einstweilen weiter auf die Beine helfen würde, hat aber heillose und sehr berechtigte Angst vor einem Wahlbündnis, wie es der Liberalismus jeden Tag von der Sozialdemokratie haben kann. Der Knuten-Örtel vergießt Tränen sympathischer Rührung über die „Würdelosigkeit", die dem Freisinn dadurch zugemutet würde, daß er sich mit der Sozialdemokratie ehrlich schlagen und vertragen soll, und die „Kreuzzeitung" beschwört in ellenlangen Leitartikeln den Schatten Eugen Richters als eines Helden und Märtyrers, der, wie dem konservativen Blatt zugegeben werden darf, seine Partei lieber um den letzten Schimmer von politischem Kredit bringen, als einen vernünftigen Gedanken

über die moderne Arbeiterbewegung hegen würde. Diese braven Blätter verlangen kurz und gut, daß der Freisinn dem Schnapsblock unbedingte Wahlhilfe im Kampfe mit der Sozialdemokratie leisten solle, was dann den Grundsatz, daß der Teufel nach ihrer Pfeife tanzen müsse und sie nicht nach seiner, auf die knappste und kürzeste Formel bringen heißt.

Ob der Freisinn auch noch darauf hineinfallen will, das ist schließlich seine Sache, und der Magdeburger Parteitag kann daran nichts ändern. Seine Aufgabe ist nicht, sich zu der Politik zu bekehren, die den Liberalismus seit sechzig Jahren von einer Niederlage zur anderen geführt hat, sondern aufs neue die Grundsätze zu bekräftigen, die die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung so reich an Ehren und Siegen gemacht haben, wie die Geschichte keiner anderen kämpfenden Klasse. Die Partei kann trotzdem irren, mag manchmal geirrt haben und mag auch wieder irren, aber was nicht in ihren Sternen geschrieben steht, ist das tragikomische Schicksal, von den ewig Geprellten des Junkertums sich prellen zu lassen.

Das ist für immer ausgeschlossen, und wenn der Teufel ein Bündnis von ihr haben will, so muß er ein für allemal darauf verzichten, sie am Narrenseile zu leiten. So viel kann der Freisinn aus den Verhandlungen in Magdeburg lernen, und insofern mögen diese Verhandlungen für sein Schicksal bei den nächsten Reichstagswahlen entscheidend sein. Auf alle sonstigen Gelüste aber mag er nur verzichten und sich mit dem Troste bescheiden, daß die Magdeburger Mehrheit ihre Freude daran haben wird, wenn die Lektion endlich einmal bei ihm anschlägt.

Der Parteitag in Magdeburg.

Von **Rudolf Hilferding.**

Die Tagungen des deutschen Proletariats sind Tage der Arbeit. Die oberste Aufgabe der höchsten Instanz der größten demokratisch verwalteten Organisation der Welt ist die Kritik ihrer Verwaltungsorgane und die Festsetzung ihrer Politik. Selbsterkenntnis ist ihre Tugend, und selbst die Rücksicht auf den Gegner weicht dem leidenschaftlichen Eifer, die eigenen Fehler zu erkennen, zu korrigieren und neue, richtigere Wege zu finden. Aber diese Stimmung nüchterner Selbstprüfung will diesmal nicht zur herrschenden werden. Sie wird überwältigt von einer anderen, die jeden von uns mit unwiderstehlicher Intensität erfüllt und die hervorgerufen ist durch das Bewußtsein: Es geht uns gut. Ein hinreißender Optimismus erfüllt heute unsere Reihen, und mühsam gezügelte Ungeduld erwartet Tage des Kampfes. Da ist wenig Lust zur Selbsteinkehr und Selbstkritik, und als Hemmnis wird empfunden und als lästige Pflicht, was sonst unsere leidenschaftlichste Sorge. Dem Gegner möchten wir lieber kämpfend ins Auge schauen, als den Blick in uns selbst versenken.

Wie könnte es auch anders sein! Wenn unser Parteitag zusammentritt, dann kann er zurückblicken auf die glänzende Reihe der Wahlsiege, die davon zeugen, daß in allen Teilen des Reiches die Zahl unserer Anhänger im raschen Steigen begriffen ist, daß eine Massenflucht der enttäuschten Wähler

ins Lager der Sozialdemokratie stattfindet. Mit noch größerer Befriedigung wird er die Tatsache verzeichnen, daß bei seinem Zusammentritt die Gewerkschaften die zweite Million Mitglieder vielleicht schon überschritten haben, die politische Organisation drei Viertelmillionen Anhänger zählt. Es ist die größte politische Organisation, die die Welt je gesehen hat. Ist die Aufforderung zur wirtschaftlichen Organisation immer auch begleitet von dem Appell an die unmittelbar persönlichen Interessen der zu Gewinnenden, denen unmittelbare materielle Vorteile geboten werden, was natürlich nicht ausschließt, daß die Gewerkschaften selbst Pflanzstätten der höchsten proletarischen Tugenden, des Solidaritätsgefühls, des Opfermuts, der Kampfesbereitschaft und der Disziplin sind, so zwingt selbst dem feindlichen Betrachter die Stärke unserer politischen Organisation noch viel mehr Bewunderung ab. Drei Viertelmillionen arbeitender Menschen, die mit jedem Groschen rechnen müssen, zahlen ihre Beiträge, geben einen Teil ihrer karg bemessenen freien Zeit, verrichten eine imponierende Summe zäher, unermüdlicher Arbeit für ihre politische Überzeugung! Gewiß ist es so, daß die Politik des Proletariats seinem Klasseninteresse entspringt, daß ihr Ziel mit der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft zugleich die Emporhebung der arbeitenden Menschen zu einer unendlich materiell und geistig gesteigerten Lebensführung bedeutet. Aber für jeden einzelnen Proletarier bedeutet die Zugehörigkeit zur politischen Organisation zunächst eine Reihe von Opfern. Daß diese Opferfähigkeit eine solche Massenerscheinung geworden, daß das Gefühl des Opfers völlig verschwindet und nur das Gefühl des Stolzes und der Begeisterung lebendig ist, dieser großen Gemeinschaft anzugehören, die der Befreiung der Klasse dient, das ist es, das die Bewunderung auslöst und den unermüdlichen Eifer weckt, jede erreichte Stufe nur als Ansporn für neue Arbeit an dem Ausbau der Organisation zu betrachten.

Aus dieser gewaltigen Größe der Organisation — bedeutet dies doch, daß fast jeder zweite sozialdemokratische Wähler gewerkschaftlich und etwa jeder fünfte politisch organisiert ist — ergibt sich die wichtige Folgerung, daß unsere Organisationen wahrhafte Massenorganisationen sind, daß zwischen der Masse und der Organisation — vielleicht von ganz ausnahmsweisen Verhältnissen abgesehen — kein Gegensatz besteht. Und dies bedeutet wiederum Doppeltes: einmal, daß die politische Stimmung in den Organisationen in der Regel der Ausdruck der Stimmungen in den Massen selbst sein wird, andererseits, daß in Deutschland immer mehr und in weit höherem Maße als heute noch in jedem anderen Lande die Massenaktionen zugleich organisierte Aktionen sein werden und sein müssen. Das schließt nicht aus, daß in manchen Perioden Gegensätze in den Anschauungen über Tempo und Intensität einer Bewegung zwischen den Leitern der Organisationen und den Massen entstehen können. Den Leitern der Organisation obliegt eine große Verantwortung, und das „Bremsen" ist geradezu eine ihrer Funktionen, denen als andere die Pflicht der Initiative gegenübersteht. Darüber hart urteilen kann nur, wer die große Verantwortung nicht mitzufühlen vermag, die auf den leitenden Personen lastet.

Daß aber eine etwa übertriebene Zurückhaltung der Leiter ihre Korrektur finde, dafür bietet die demokratische Verfassung der Partei eine in letztem Ende sich stets bewährende Garantie. Es sind auch in den Organisationen die Massen selbst, die ihre Politik bestimmen, trotz einer gewissen unvermeidlichen und not-

wendigen Ausbildung einer organisatorischen Bureaukratie. Wenn wirklich das „Bremsen“ Erfolg hat, so ist es in der Regel doch nur das Zeichen, daß die Stimmung der Massen eben dieses Bremsen ermöglicht und schon dadurch bis zu einem hohen Grade gerechtfertigt hat. Wer eine proletarische Massenbewegung und ihr Verhältnis zu wirklich leistungsfähigen und führenden Organisationen, wie sie allerdings in Rußland während der Revolution nur in einem sehr beschränkten Maße vorhanden waren, aus der Nähe studieren konnte, der weiß, wie unmöglich es ist, wollten sich die Leiter auch nur auf kürzere Zeit einer fortschreitenden Massenbewegung widersetzen. Sie würden nur riskieren, die Leitung völlig zu verlieren. Das danken wir in Deutschland dem so stark ausgeprägten proletarischen Charakter der Führung, den intimen Beziehungen, die die Genossen in der Leitung mit der Masse der Mitglieder verbindet.

Die politische Stimmung in Deutschland erinnert in gewissem Sinne an die Stimmung zu Beginn der neunziger Jahre, unmittelbar nach dem Falle des Sozialistengesetzes. Damals nach Beseitigung der gesetzlichen Fesseln erfuhr das Machtgefühl der Massen eine gewaltige Steigerung, und viele glaubten nach diesem ersten großen Erfolg der Partei schon eine ununterbrochene Reihe von Siegen erwarten zu müssen, die in steil hinanführendem Aufstieg die Partei auf den Gipfel der Macht bringen müsse. Notwendig sei nur eine kühne, alles an alles setzende Taktik, die sich durch keine parlamentarischen Bedenklichkeiten und kleinliche Befürchtungen von den staatlichen Gegenaktionen bestimmen lasse, sondern die Massen selbst auf den Plan rufe und ihre gesammelte Macht der Staatsgewalt entgegenstelle. Während aber die Befreiung von dem lastenden Drucke unten in den Massen solche Stimmungen auslöste, eröffneten sich oben auf den lichten Höhen, wo Parlamentarier wandeln, freundlichere Ausblicke. Die Partei hatte bewiesen, daß sie eine unmittelbar praktisch wirkende Macht sei; das bisherige politische System hatte Bankrott ansagen müssen. Könnte man diese Macht jetzt nicht benutzen, um durch eine entgegenkommende Politik die Regierung, die doch einsehen mußte, daß sie nicht mehr gegen die Sozialdemokratie in alter Weise fortregieren konnte, dazu zu bewegen, mit Unterstützung der Sozialdemokratie die Geschäfte so zu führen, daß für das Proletariat unmittelbare Vorteile erwachsen? Es war also kein Zufall, daß dieselbe Grundstimmung, dieselbe Siegeszuversicht auf der einen Seite die Opposition der Jungen, auf der anderen Seite die Empfehlung des Staatssozialismus hervorrief.

Nicht unähnlich liegt in mancher Hinsicht heute die politische Situation. Die Stimmung, die die Wahlniederlage von 1907 vorübergehend erzeugt hatte, ist der entgegengesetzten gewichen. Daß der Sieg der bürgerlichen Parteien 1907 ein Pyrrhussieg war, ist heute Gewißheit. Das künstliche System, dem Bülow seine Tageserfolge verdankte, ist völlig zusammengebrochen, die geschlossene Schlachtreihe der Gegner des Proletariats momentan gesprengt, und die Politik, die an die Stelle der an alle imperialistischen Instinkte appellierenden, in allen Farben schillernden Politik des gestürzten Kanzlers getreten ist, läßt die Reihen der Sozialdemokratie in stets steigendem Maße anschwellen. Das Machtgefühl der Massen aber hat eine starke Steigerung erfahren durch die moralischen Erfolge, die der preußische Wahlrechtskampf gebracht hat. Ein lange auf Deutschland lastender Bann ward gebrochen, die Massen selbst erschienen in einem bisher nicht gekannten Maße als unmittelbar in die Politik eingreifender Faktor, die polizeilichen Hindernisse wurden spielend überwunden,

der hohe propagandistische Wert der Straßendemonstrationen zeigte seine Wirksamkeit; die elementare Idee der politischen Rechtsgleichheit rüttelte Tausende bisher Indifferenter oder Lauer auf, die Sozialdemokratie beherrschte die innere Politik offensichtlicher und unleugbarer als je zuvor.

So ist es kein Wunder, daß sich heute wieder dieselben „Tendenzen“ geltend machen, die wir nach dem Falle des Sozialistengesetzes in der Partei auftauchen sahen. Aber zwischen 1890 und 1910 liegen zwanzig Jahre kapitalistischer Entwicklung und als ihre Folge das gewaltige Wachstum der Sozialdemokratie einerseits, die gewaltige ökonomische Konzentration und damit verbunden die Beherrschung der Staatsmacht durch das Finanzkapital andererseits. Es ist eine Entwicklung, die den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat zugleich außerordentlich verschärft und die ökonomische und politische Spannung zwischen den beiden feindlichen Klassen außerordentlich gesteigert hat. Wenn irgend etwas, so lehrt die Geschichte dieser zwanzig Jahre, daß sich die Entwicklung zum Sozialismus nicht in der Art vollzieht, daß das Proletariat stückweise sich immer mehr von der bürgerlichen Staatsmacht aneignet, sondern umgekehrt: mit dem Wachstum des Proletariats wächst auch der Gegensatz des kapitalistischen Staates zu seinen Forderungen. Daß die Macht des Proletariats zunimmt, sein Einfluß steigt, seine Forderungen trotz des Widerstandes nicht mehr ignoriert werden können, vollzieht sich nicht auf dem Wege der Unterstützung der bürgerlichen Regierungen durch das Proletariat, sondern durch den Kampf gegen diese. Und die Genossen, die so sehr für die „reformistische“ Taktik schwärmen, haben bisher nicht anzugeben gewußt, daß diese Taktik dem Proletariat anderer Länder größere Vorteile eingebracht hätte, als sie das deutsche Proletariat seinen gewaltigen Organisationen und seiner selbständigen Politik verdankt, die die bürgerlichen Parteien gerade auf sozialpolitischem Gebiet zu Konzessionen vorantreibt, aus Furcht, sonst ihre bisherigen Anhänger aus Arbeiterkreisen noch rascher an die Sozialdemokratie zu verlieren. Nichts falscher, als wäre die „positive Arbeit“ der deutschen Sozialdemokratie geringer als die irgend einer anderen Arbeiterpartei. In Wirklichkeit sind ihre Erfolge größer, und als wichtigster Erfolg und dauernde Garantie des Errungenen und des noch weit wichtigeren zu Erringenden muß die gewaltigste „positive Leistung“, die immer lückenlosere Zusammenfassung der Arbeiterklasse in ihren Organisationen betrachtet werden.

Es folgt daraus zugleich, daß die Situation von 1910 allerdings wesentlich fortgeschrittener ist, als sie es vor zwanzig Jahren war, und dieser Fortschritt äußert sich ja auch im Unterschied der Formulierungen in den beiden Tendenzen: Heute spricht man nicht mehr von einem „Staatssozialismus“, der dem Proletariat von Regierungs wegen ein paar sozialpolitische Konzessionen zukommen lassen soll, sondern von der Anteilnahme an der Regierung selbst. Und auf der anderen Seite glaubt man bereits den Zeitpunkt gekommen, um unmittelbar in die entscheidenden Massenkämpfe um die politische Macht eintreten zu können. So extrem die Formulierungen sind, sind sie gerade in dieser ihrer Schärfe ein Beweis für den großen Weg, den das Proletariat in den letzten zwei Dezennien zurückgelegt hat.

Daß diese zwei Tendenzen in Magdeburg klarer zum Ausdruck kommen als seit langem, erklärt sich also aus der politischen Situation und gerade aus der Gunst der Situation; sie sind aber in jeder Arbeiterbewegung vorhanden, die von marxistischem Geiste durchtränkt ist. Denn das Spezifische der marxistischen

Politik ist, daß in ihr die Einseitigkeit der rein reformerischen und der rein „revolutionären" Richtung aufgehoben ist. Der Marxismus sieht in dem unablässigen Kampfe um Reformen das Mittel, die proletarische Revolution zum Siege zu führen. Im Kampfe um die Reformen lernt das Proletariat seine Organisationen aufbauen, die Waffe des Parlamentarismus benützen, die gesamte Politik des kapitalistischen Staates mit dem Inhalt seines Klassenkampfes erfüllen. Im Kampfe um die Reformen begegnet aber das Proletariat in wachsendem Grade der Feindschaft der bürgerlichen Parteien; es lernt dadurch seine Gegner kennen, lernt, daß es nur auf seine eigene Kraft angewiesen ist und daß der Reform durch den unzerstörbaren Charakter der kapitalistischen Gesellschaft selbst bestimmte Grenzen gezogen sind, die nur überschritten werden können durch die Überwindung dieser Gesellschaft und ihre Umgestaltung zum sozialistischen Gemeinwesen. So weckt der Kampf um die Reformen die revolutionäre Einsicht und entzündet die Energie zur Revolution gerade an dem Kampfe um die Reform. Gerade wegen des leidenschaftlichen Eifers für die Reformtätigkeit, der von seiner Einsicht in die Gesetze der Klassenkämpfe diktiert ist, ist Marxismus und Arbeiterbewegung untrennbar verbunden, und indem er zugleich in dem Kampfe um die Reform den bedingten Wert jeder Reform und die Grenzen der Reformleistungen der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt aufweist, lehrt er die Arbeiterbewegung ihr sozialrevolutionäres Endziel erkennen, nicht indem er als Schulmeister, sondern indem er als Vorkämpfer der Arbeiterbewegung auftritt.

Reform und Revolution sind also für den Marxismus untrennbar verbunden wie Mittel und Zweck. Für seine Taktik folgt daraus, daß die Mittel nie dem Zweck widersprechen, daß die Erreichung einer Reform nicht erkauft werden kann mit der Preisgabe des Zweckes, dem sie zu dienen hat, wie er umgekehrt sich gegen alle Illusionen kehrt, die meinen, den Zweck erreichen zu können, ohne die Mittel zu wollen. Aber diese Verbindung ist nichts Festes. Sie muß immer aufs neue hergestellt werden, und seine Taktik unterliegt stets erneuter Prüfung. Zeiten politischer Erregung aber führen stets zu einer gewissen Lockerung dieser Verbindung. Auf der einen Seite die Reformer, die jetzt die Zeit gekommen glauben, die Herrschenden zur Nachgiebigkeit durch Entgegenkommen bringen zu können; auf der anderen diejenigen, die die politische Erregung unmittelbar in revolutionäre Kämpfe glauben umsetzen zu können. Die marxistische Politik wird von beiden Seiten zugleich angegriffen, den einen ist sie zu konservativ, den anderen zu revolutionär, beiden zu stetig. Sie erscheint als alte Taktik gegenüber den kühnen Neuerern.

Aber wir meinen, daß die Partei diese alte Taktik gerade in diesem Augenblick wird beibehalten wollen, weil sie damit sehr gut gefahren ist, wobei wir freilich meinen, daß eine Taktik, die im preußischen Wahlrechtskampf zu so gewaltigen Straßenkundgebungen gegriffen hat, die auch das Mittel des politischen Streiks durchaus in den Umkreis ihrer taktischen Möglichkeiten einbezieht, ihre Schmiegsamkeit genugsam erwiesen hat. Die Vorwürfe, die erhoben worden sind, richten sich auch nicht gegen die Grundsätze dieser Taktik. Sie gehen darauf hinaus, daß die Partei im März ihre Aktionen nicht gesteigert und Massenstreiks inszeniert habe. Da nun wohl darüber Einigkeit herrscht, daß zum Massenstreik vor allem der Wille der Massen gehört und dies eine Tatfrage ist, die besser als jedem anderen den Parteitagsdelegierten bekannt ist, so braucht darüber kein Wort verloren zu werden. Die Aussprache auf

dem Parteitag wird zeigen, ob wirklich der Wille zum Massenstreik vorhanden und wirklich erst durch die Autorität des Parteivorstandes und das pflichtwidrige Verhalten des Zentralorgans der Partei gebrochen, die Revolution verpaßt worden ist. Ebensowenig ist hier der Ort, auf die theoretischen Erörterungen über die Natur zukünftiger Massenstreiks einzugehen. Uns interessiert hier nur der Vorwurf, daß die Hinlenkung der Aufmerksamkeit auf die künftige Reichstagswahl eine Ablenkung von den eigentlichen revolutionären Aufgaben der Partei wäre.

Nun meinen wir nicht, daß hier eine Gefahr vorläge und daß die Darstellung, Karl Kautsky sei plötzlich ein Nurparlamentarier geworden, viel Glauben finden werde. Aber diese etwas skeptische Art, von den künftigen Wahlen zu sprechen, scheint zweierlei zu übersehen. Auch der Anhänger des Massenstreiks wird ihn nur dann empfehlen können, wenn die Massen ihn als einziges Mittel, das ihrer politischen Aktion zu Gebote steht, erkannt haben. Es ist aber sicher, daß heute die Aufmerksamkeit der Massen auf den künftigen Wahlsieg gerichtet ist. Das parlamentarische Mittel hat nicht nur noch nicht versagt, es verspricht diesmal in seiner Anwendung größere Durchschlagskraft als vorher. Die Meinung, daß es — wenn nicht ganz unvorhergesehene Ereignisse eintreten — vor den Wahlen zur Anwendung großer außerparlamentarischer Mittel kommen könne, übersieht gerade eines der wichtigsten Momente, die wirkliche psychologische Stimmung der Massen. Und nicht minder sicher ist es, daß diese Stimmung durchaus das Richtige trifft. Natürlich nicht in dem banalen Sinne, der den Verteidigern der alten Taktik unterschoben wird, als erwarteten sie wer weiß welche gesetzgeberische Erfolge von dem neuen Reichstag. Darüber Illusionen zu erwecken, wäre natürlich das Verkehrteste und liegt in niemandes Absicht. Aber die Wahlen werden aufs neue das Siegesbewußtsein und das Machtgefühl der Massen steigern und gerade dadurch jene Kampfesstimmung entstehen lassen, die notwendig ist, um auch der preußischen Wahlrechtsbewegung jene Wucht zu geben, die zur Durchsetzung unserer Forderungen unentbehrlich ist. Und umgekehrt wird die Willensäußerung des Volkes die Widerstandskraft unserer Gegner erschüttern. Die Folgen, die daraus entspringen können, heute zu bestimmen, ist weder nötig noch auch möglich. Sicher ist nur das eine, daß eine neue, für uns günstigere Situation geschaffen werden wird. Vor dem Eintritt dieser günstigen Situation, die wir mit Bestimmtheit erwarten dürfen, einen Kampf von unabsehbaren Folgen heraufzubeschwören, dazu würde kein Politiker raten, selbst wenn er der falschen Meinung wäre, daß es hätte gelingen können, die Aktionen im Wahlrechtskampf noch über die Grenzen hinauszutreiben, die sie bei dem Verschwinden der Wahlrechtsvorlage erreicht hatten.

Deshalb erwarten wir auch bei dem Punkte über die Wahlrechtsfrage keine allzu ausgedehnten Debatten; die Erörterung wird viel mehr davon getragen sein, das Signal zu künftigen Kämpfen zu geben, als die vorausgegangenen, mit denen die Partei wirklich zufrieden sein kann, zu kritisieren. Die Kritik, die von Seite der „revolutionären“ Tendenz einsetzen wird, wird beim Parteitag kaum ein starkes Echo finden.

Daß diese angeblich allein revolutionäre Tendenz in diesem Augenblick so geringen Widerhall findet, darf uns aber nicht darüber täuschen, daß sie eine ernste Mahnung bedeutet. Beide Tendenzen, die „reformistische“ wie die „revolutionäre“, bedingen sich gegenseitig, haben aber auch die Neigung, sich

immer schärfer zu formulieren, sich abzugrenzen und schließlich die Gefahr besonderer Fraktionsbildung innerhalb der Partei zu erzeugen. Diese Gefahr kann nur überwunden werden durch marxistische Politik, in der die feindlichen Gegensätze, die zunächst die Partei zu zerreißen drohen, aufgehoben werden. Es ist kein Zufall, daß die Einheit einer proletarischen Partei um so unerschütterlicher ist, je mehr sie von marxistischem Geiste beherrscht wird. Aber dies ist auch eine wichtige Aufgabe, die das Verantwortungsgefühl aller Parteigenossen anruft: die Einheit der Partei zu wahren gegen die Sonderungsgelüste einzelner Teile.

Und es ist dieser Gesichtspunkt, der dem badischen Falle seine besondere Bedeutung gibt. Nicht um die Frage der Meinungsfreiheit handelt es sich, die nach links und rechts gewahrt werden muß, und die gerade Marxisten, die glauben, daß die Bekämpfung des Marxismus sowohl von links als von rechts her unvermeidliche Begleiterscheinung seines führenden Einflusses sind, nicht allzu eng ziehen wollen. Was dem badischen Falle seine Wichtigkeit gibt, ist dies, daß hier zum ersten Male offen ein Beschluß der Gesamtpartei verletzt und der Gesamtpartei mehr oder weniger deutlich das Recht abgesprochen wird, über jene Angelegenheiten, die die Partei als gemeinsame und von ihr zu regelnde erkannt hat, eine Entscheidung zu treffen. Es ist möglich, daß unsere badischen Genossen dagegen einwenden werden, sie hätten nicht oder nicht nur als „Revisionisten" gehandelt, sondern als die berufenen Vertreter der besonderen Interessen des badischen Proletariats. Aber dieser Einwand kann nichts beweisen, wollte man ihm selbst eine gewisse Berechtigung zugestehen. Denn was heute den Führern einer Landtagsfraktion recht, müßte morgen erst gewiß den Führern von Parteifraktionen als billig zugestanden werden. Ist erst das Recht, daß in manchen Fragen — und die zu bestimmen soll ja der Parteitag selbst nicht einmal die Befugnis haben — Beschlüsse der Gesamtpartei keine Geltung haben, durch die Tat gesetzt, so ist die Einheit der Partei nicht mehr vorhanden. Dies ist der entscheidende Punkt, und dies hat die Partei auch klar erkannt. Schon heute läßt sich sagen, daß die überwältigende Majorität in den Gewerkschaften und in der Partei es ablehnt, in diesem Punkte „russisch" zu sprechen; daß sie die Verdichtung verschiedener taktischer Auffassungen zu verschiedenem Tun nicht dulden wird. Der Parteitag wird über diese Frage sehr deutlich „deutsch" sprechen und die Gefahr im Keime ersticken, daß die Partei in gegeneinander handelnde Gruppen zerfällt.

Gerade aber, weil diese Überzeugung in der Partei so allgemein ist, kann der Parteitag diese Debatte mit jener Ruhe führen, die das Bewußtsein gibt, in diesem Punkte die Parteigenossen geschlossen und einig hinter sich zu haben. Und eben deshalb wird sich seinem Votum, hinter dem die moralische Wucht der gesamten Partei stehen wird, kein Sozialdemokrat entziehen können. Nichts törichter als die Illusion der badischen Nationalliberalen, die sozialdemokratischen Parlamentarier könnten „nicht mehr zurück". Ganz abgesehen davon, daß eine Abstimmung für das Budget selbst dem opportunistischesten Sozialdemokraten wohl stets als Ausnahmefall erscheint und nicht als Regel, ist es für jeden Sozialdemokraten selbstverständlich, im Einklang mit der Partei zu bleiben, weil er anders eben aufhören müßte, Sozialdemokrat zu sein.

Von dieser Betrachtung des badischen Falles werden den Parteitag auch nicht die Ausführungen abbringen können, die die Verteidiger des Disziplin-

bruches gemacht haben. Umgekehrt, jede solche Verteidigung muß vielmehr den Parteitag nur um so mehr veranlassen, in diesem Punkte durch eine klare und entschiedene Willenskundgebung ein „Bis hierher und nicht weiter“ zu sprechen. Denn jede solche Verteidigung führt nur dazu, ein Recht auf Disziplinbruch weit über den Einzelfall hinaus in Anspruch zu nehmen. In der Tat hat die Verteidigung auch nur das Gegenteil von dem erreicht, was sie bezweckte.

Deshalb ist auch der Magdeburger Parteitag nicht in der Lage, auf die Frage der Budgetbewilligung selbst einzugehen. Denn dies hieße anerkennen, daß, um die Verhandlung eines strittigen Beschlusses zu erzwingen, Parteigenossen nur nötig hätten, gegen ihn zu verfehlen. Gewiß ist ein Teil unserer Genossen Gegner des Nürnberger Beschlusses, und gewiß wird man ihrem Wunsche, die Budgetfrage nochmals zu verhandeln, auf einem künftigen Parteitag Rechnung tragen können. Aber diese Verhandlung kann nicht als Konzession an einen Disziplinbruch erzwungen werden, sondern muß dem freien Entschluß der Partei entspringen. Der Disziplinbruch darf nicht einmal zum Schein als taktisches Mittel innerhalb der Parteipolitik anerkannt werden.

So dürfen wir auch in dem badischen Falle, der zuerst so bedrohlich schien, das Vertrauen hegen, daß der Parteitag diesen Vorstoß gegen die notwendigen Grundlagen jeder einheitlichen Parteiaktion mit Leichtigkeit abwehren wird. In dieser Frage haben die deutschen Arbeiter mit treffsicherem Instinkt ihre Meinung kundgegeben, und gerade die große Einmütigkeit, die dabei hervortrat, hat bewirkt, daß das, was zuerst eine ernste Gefahr für die Geschlossenheit der Partei zu werden drohte, schließlich zu ihrer Festigung und Stärkung beitragen wird.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung werden zu tiefergehenden Meinungsverschiedenheiten keinen Anlaß geben, um so mehr aber die Interessen der Partei fördern. Die Reichsversicherungsordnung soll das sozialpolitische Dekorationsstück des schwarzblauen Blocks für die nächsten Wahlen werden, soll insbesondere dem Zentrum bei seinen Arbeiterwählern als Entschuldigung für seinen Verrat bei der Finanzreform und der preußischen Wahlrechtsvorlage dienen. Die Verhandlungen werden den bureaukratischen Geist der Feindschaft gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter, der diese „Reform“ durchzieht, rücksichtslos aufzeigen und für die wichtigen Aufgaben unserer Fraktion bei den künftigen Verhandlungen im Reichstag gute Vorarbeit leisten.

Für die Debatte über das Genossenschaftswesen haben die Verhandlungen von Kopenhagen reiche Anregungen geboten. Der Parteitag wird ohne Zweifel zu dem Beschluß gelangen, die Organisation der Konsumenten dadurch kräftig zu fördern, daß er seine moralische Autorität für den Eintritt der sozialdemokratischen Arbeiter einsetzen wird. Damit wird zugleich der Überspannung des Neutralitätsbegriffs, die heute von einigen in der Konsumvereinsbewegung leitenden Personen beliebt wird, am wirksamsten entgegengetreten. Sind erst die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen in Massen in den Konsumvereinen, haben sie erkannt, daß auch diese Vereine im Emanzipationskampf des Proletariats gute Dienste leisten können, wenn in ihnen sozialistischer Geist und sozialistisches Feuer lebt, dann ist uns nicht bange, daß sie den Vereinen, unter voller Wahrung des unpolitischen Charakters und der nötigen Selbständigkeit der Konsumentenorganisationen, den gemeinsamen Grundcharakter der deutschen Arbeiterbewegung aufprägen werden.

Den Schluß der eigentlichen Parteitagsverhandlungen wird der Bericht vom Kopenhagener Kongreß bilden, den zu geben leider diesmal unserem Genossen Singer versagt ist. Der Referent wird von den großen Fortschritten der Internationale erzählen können, aber mit Fug und Recht darauf hinweisen dürfen, daß in keinem Lande der Welt die Sozialdemokratie kampffroher und siegesfreudiger ist als heute in Deutschland. Vom Magdeburger Parteitag hoffen wir, daß er diesen Kampfesmut erhöht, indem er der Partei die Gewißheit wiedergibt, daß sie in eiserner Geschlossenheit dasteht, wenn es den Kampf mit dem Feinde gilt, daß er die Siegesfreude stärkt, indem er den Genossen sagt, daß sie in dem vergangenen Jahre gut gearbeitet und nicht umsonst gearbeitet haben.

Kopenhagen.

Von J. Karski.

Was in Nr. 48 Genosse Kautsky über den voraussichtlichen Charakter des Kopenhagener Kongresses ausgeführt hat, ist ziemlich genau eingetreten: große prinzipielle Meinungsverschiedenheiten sind nicht zutage getreten, geschweige denn zum Austrag gebracht worden. Nicht daß über die Fragen, die auf der Tagesordnung standen, Einmütigkeit herrschte, aber es waren doch Meinungsverschiedenheiten, die stets nur gewisse Details betrafen, und niemand wäre wohl imstande, bei den Debatten in den Kommissionen und noch weniger in den Abstimmungen zwei verschiedene Richtungen zu unterscheiden, wie sie zum Beispiel auf dem Kongreß in Amsterdam so deutlich sich abzeichneten.

Bei einer Anzahl von Fragen, die auf der Tagesordnung standen, schied die Möglichkeit einer solchen scharfen Trennung von vornherein aus.

So zeigte sich bei der einen Frage, die eine unmittelbare, konkrete Bedeutung hatte, bei dem Konflikt um die Gewerkschaften in Österreich, eine vollständige Übereinstimmung bei allen Nationen. Die meisten der Delegierten bekamen wohl erst auf dem Kongreß selbst einen Begriff von der furchtbaren Erbitterung, mit der der Kampf zwischen den „Separatisten" und den „Zentralisten" geführt wird. Wie leicht erklärlich, ist die Zuspitzung am allerschärfsten unter den tschechischen Genossen selbst. Immer wieder brachen die gegenseitigen Anklagen hervor. Die „Zentralisten" tschechischer Nationalität beben vor Zorn, wenn sie davon sprechen, wie man sie in der Heimat als Verräter am eigenen Volke denunziert, wie man ihnen vorwirft, sie wären „deutsche Agenten" und „Knechte der Wiener Zentrale". Und von der anderen Seite fallen wiederum ebenso zornige Anklagen über die angebliche Schädigung der tschechoslawischen Partei durch die Zentralisten. Es war ein tief betrübendes Bild, das sich hier darbot, und jedem Beobachter muß sich die Überzeugung aufdrängen, daß dieser Bruderstreit, wenn er nicht in allernächster Zeit geschlichtet wird, auch die tschechoslawische sozialdemokratische Partei zerrütten muß. Es ist undenkbar, daß Männer, die in der Gewerkschaftsbewegung einander so haßerfüllt bekämpfen, in der politischen Bewegung erfolgreich Schulter an Schulter kämpfen können. Gerade weil die tschechische Sozialdemokratie so glänzende Siege erfochten hat, weil sie eine in mancher Hinsicht unübertreffliche Organisation geschaffen hat, muß die Gefahr, daß

ihr Vormarsch durch diesen Zwist aufgehalten wird, ihre Reihen in Verwirrung geraten, mit tiefster Besorgnis erfüllen. Die „Separatisten" blieben isoliert. Nicht eine Stimme erhob sich für sie im Arbeiterparlament der Internationale, und das muß ihnen eine ernste Mahnung sein.

Der Kongreß hat aber auch den Weg gewiesen, der aus der Wirrnis führen kann. Wir haben das internationale Sekretariat der Gewerkschaften, das berufen ist, in einer solchen Streitfrage zwar nicht zu entscheiden, aber zu vermitteln. Der Kongreß hat dies betont, indem er im Anschluß an die von der österreichischen Reichszentrale der Gewerkschaften vorgelegte Resolution, die er einstimmig (gegen die Stimmen der tschechischen Separatisten allein) akzeptierte, auf diese Rolle des internationalen Sekretariats hinwies. Noch dürfen wir daher die Hoffnung hegen, daß es dank dieser Vermittlung gelingt, die Einigkeit herzustellen. Sie bestand ja bisher, es haben jahrzehntelang die tschechischen Genossen in den Gewerkschaften zusammen mit den Genossen anderer Nationalitäten Österreichs gewirkt, und sie haben gerade auf diesem Wege ihre schönsten Erfolge erzielt. Es wirken auch heute die deutschen, die polnischen, die italienischen Gewerkschaften in Österreich gemeinsam unter zentraler Leitung und marschieren vorwärts. Deshalb ist es undenkbar, daß bei gutem Willen auf beiden Seiten — und an dem darf vorläufig niemand zweifeln — der Friede geschlossen werden kann. Wenn der Kopenhagener Kongreß dieses eine Resultat herbeiführt, seine Arbeit wäre herrlich gelohnt.

Die zweite Resolution, die die gewerkschaftliche Bewegung berührt, kann leider nicht befriedigen. Den Anlaß zu dem Beschluß gab das vollständige Versagen der englischen und auch der amerikanischen Gewerkschaften bei dem Generalstreik in Schweden. Auch den französischen Syndikaten wurde gründlich die Meinung gesagt, weil sie wohl sehr „revolutionäre" Worte für die Kämpfenden hatten, aber recht wenig Geld. Doch ist es ein recht platonischer Beschluß, wenn der Kongreß den engherzigen englischen Gewerkschaften den Rat erteilt, aus ihren Statuten die Satzungen zu entfernen, die es verhindern, daß die Leitung der Gewerkschaft über die Gelder zur Unterstützung der Kämpfe im Ausland verfügt (unter Berufung auf diese Satzungen wurde nämlich die Unterstützung verweigert). Worauf es ankommt, das ist nicht nur das Bestehen solcher Bestimmungen, sondern die traurige Tatsache, daß die englischen und amerikanischen Gewerkschaften nicht von dem Geiste des proletarischen Klassenkampfes durchdrungen sind. Wo dieser Geist fehlt, kann auch das Gefühl der internationalen Solidarität sich nicht betätigen.

Aber man muß eingestehen, daß bei dieser Resolution „über die internationale Solidarität" der Kongreß wie die Katze um den heißen Brei herumgegangen ist. Er hat es vermieden, die Frage, die hier am brennendsten ist, auch nur zu berühren, nämlich die Frage der Abschließung vieler Gewerkschaften in England, Australien und Amerika gegen die Ausländer. Diese Frage wird von Jahr zu Jahr brennender ganz besonders in Amerika, wo immer neue Scharen fremder Arbeiter von den Kapitalisten herbeigezogen werden und diese Scharen außerhalb der Organisationen bleiben, nicht weil sie unfähig zur Organisation sind, sondern weil man ihnen den Zutritt zur Organisation verweigert. Die Vertreter der Gewerkschaften auf dem Kongreß mögen der Meinung gewesen sein, daß man diese Frage erfolgreicher auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß behandeln kann, der im nächsten

Jahre in Budapest zusammentreten soll, aber sicher hatte auch der Internationale sozialistische Kongreß allen Anlaß, in dieser Frage sich zu äußern. Sein Votum würde jedenfalls einen gewissen Einfluß auf die Arbeiterschaft Englands und Amerikas ausüben, zumal für diese Arbeiterschaft selbst die Zustände sich in gefährlicher Weise zuspitzen. Fernhaltung der fremden Arbeiter von der Landesgrenze ist ein Ding der Unmöglichkeit, und die Anhäufung gewaltiger Arbeitermassen in Amerika und Australien, die außerhalb der Organisation bleiben, muß auf die Dauer die Gewerkschaften vollständig lahmlegen. Die Zeit drängt, die Gefahr wächst von Tag zu Tag!

Sehr stark hat abermals die Frage der Abrüstung und der Verhinderung von Kriegen die Geister erregt. Mehr denn je besteht die Gefahr, daß die Militärmächte zu einem Kriege gedrängt werden, der Imperialismus ist das herrschende Prinzip des modernen Kapitalismus. Und nicht nur der Gegensatz zwischen den Interessen der Großmächte spitzt sich zu einem Konflikt zu, besonders der Gegensatz zwischen Deutschland und England, an allen Ecken der Welt sind die Kriegsdrohungen permanent. Vor kurzem erst mußten die Proletarier Spaniens einen Verzweiflungskampf führen gegen die Kriegsgelüste ihrer Regierung, Österreich stand der Kriegsgefahr gegenüber, auf dem Balkan kann jeden Augenblick der Brand emporlodern, ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan war bereits vor kurzem in greifbare Nähe gerückt, und die Konflikte mehren sich weiter zwischen diesen beiden Staaten. Deshalb wird für das Proletariat der ganzen Welt die Frage des Krieges und Friedens zu einer der brennendsten. Aber die Einmütigkeit wurde wie bereits in Stuttgart gestört durch wenig überlegte Forderungen bei Festsetzung der Mittel und Wege zur Verhütung der Kriege und der Rüstungen.

Über den Vorschlag der Italiener, als nächste Forderung die Reduzierung der Rüstungen und der Ausgaben auf 50 Prozent aufzustellen, ist kaum ein Wort zu verlieren. Es ist so recht die rein parlamentarische Auffassung der ganzen Aufgabe, die Auffassung des „regierungsfähigen" Sozialismus: man würde fortan in den Parlamenten 50 Prozent bewilligen und würde vielleicht auch mit sich handeln lassen: 60 Prozent — 70 Prozent — 75 Prozent. Prozentsozialismus nannte es Ledebour, und es fand sich niemand, der diese Politik dem Proletariat empfohlen hätte. Das ist immerhin erfreulich, denn es beweist, daß auch dort, wo man bereit wäre, den italienischen Possibilismus zu akzeptieren, die Konsequenzen schrecken.

Ernster war die Kontroverse um das Amendement Keir Hardie-Vaillant, das den Massenstreik als das entscheidende Mittel nicht nur empfehlen, sondern gewissermaßen allen Parteien aufoktroyieren wollte. Schon in Stuttgart hat man darüber debattiert und ist zu dem Schlusse gekommen, daß es nicht angehe, ein derartiges imperatives Gebot aufzustellen, weil es nicht den Verhältnissen Rechnung trägt. Man wird es uns nicht verübeln, wenn wir sagen, daß wir wohl an den festen Willen Keir Hardies und seiner Parteifreunde glauben, den Krieg durch einen Massenstreik der Arbeiter, die an der Produktion und dem Transport von Kriegsmaterial beteiligt sind, unmöglich zu machen, aber sehr starke Zweifel hegen, ob ihr Einfluß auf die englische Arbeiterschaft stark genug wäre, um dieses Mittel auch wirklich in Anwendung zu bringen. Gerade nachdem eben erst die Engherzigkeit der englischen Trade Unions so scharf betont werden mußte, kommt der Glaube nicht auf,

daß die Trade Unions wirklich sich bereit finden würden, zu solch einem Radikalmittel zu greifen. Das aber steht außer Zweifel: die Entscheidung, ob ein solcher Streik begonnen und durchgeführt wird, liegt nicht bei den sozialistischen Führern, sondern bei den Gewerkschaften. Wenn man anläßlich der Unterstützung der Schweden den Franzosen zurief: „Weniger revolutionäre Worte, aber mehr Geld wäre besser gewesen", so muß man auch hier sagen: Weniger imperative Beschlüsse, aber mehr sozialistischer Geist ist notwendig.

Ist jedoch das Proletariat eines Landes von dem Geiste des Sozialismus, von dem Geiste des Klassenkampfes durchdrungen, dann kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses Proletariat auch alles daransetzen wird, die Weiterführung eines Krieges zu verhindern. Unter den Mitteln, die dazu dienen, wird zweifellos der Massenstreik das entscheidende sein. Das kam auch in den Debatten der Kommission zum Ausdruck. In der Tat ist ja die Lage heute so, daß für jeden Staat ein Krieg leicht zur Revolution führen kann, genau wie er dazu in Rußland geführt hat. Diese Revolution wäre eine proletarische Revolution, und für diese ist der Generalstreik das von selbst gegebene Ausdrucksmittel. Darüber besteht also kaum ein Streit. Nicht so klar jedoch liegt die Frage, ob ein Massenstreik schon heute dazu dienen kann, dem Kriege *vorzubeugen*, und darauf kommt es bei dem Amendement Keir Hardie-Vaillant schließlich an.

In vielen Fällen brechen Kriege plötzlich und unerwartet aus. Daher setzt die Anwendung eines Massenstreiks zur Vorbeugung des Krieges voraus, daß die Arbeiterorganisationen derart schlagfertig sind, daß es nicht einmal eines Kommandos, nicht einmal einer Anweisung bedarf. Es müßte sich dieser Massenstreik, wenn er Erfolg haben soll, ebenso prompt vollziehen wie die Mobilisierung der Armee.

Sind unsere Organisationen so weit? Dürfen wir hoffen, eine solche Mobilisierung des Proletariats durchzuführen? Das waren die Erwägungen, die den Delegierten der meisten Nationen geboten, nicht ohne weiteres dem Amendement zuzustimmen. Nicht daran besteht der Zweifel, ob dieses Mittel erwünscht, sondern daran, ob es durchführbar ist. Besteht aber ein solcher Zweifel, dann bleibt eben nur die Aufgabe, die Frage zu ergründen. Daher mußte der Kongreß logischerweise das Amendement dem Internationalen Sozialistischen Bureau zum Studium überweisen. Dieser Antrag wurde von den Vertretern Belgiens, Amerikas, Rußlands, Polens, Österreichs und — last not least — Deutschlands gestellt; der Kongreß erhob ihn einstimmig zum Beschluß. So ist wohl sicher, daß dieser Beschluß auch durchgeführt wird und der nächste Kongreß ein reiflich überlegtes Votum abgeben kann.

Dadurch, daß Genosse Ledebour bei dieser Gelegenheit das Wort „Budgetbewilligung" in die Debatte warf, wurde die juristisch-parlamentarische Definierungswut angefacht. In Deutschland dürfte nach den jahrelangen Debatten klar sein, was eigentlich gemeint ist: die Gegner der Budgetbewilligung klammern sich nicht an die Formalität, sondern es kommt ihnen darauf an, daß die parlamentarischen Vertreter des Proletariats der Regierung eines kapitalistischen Staates nicht durch die Bewilligung des Budgets das formelle und moralische Recht zugestehen dürfen, über das Vermögen des Volkes zu verfügen. Aber in anderen Ländern hat das Wort „Budgetbewilligung" kaum diese Bedeutung erlangt, und richtig antworteten die englischen Delegierten prompt, daß sie das Budget für Armee und Marine nicht bewilligen, da in England über die

Ausgaben für Zivilverwaltung und Wohlfahrtseinrichtungen und die Ausgaben für Heer und Marine gesondert abgestimmt wird. Inwieweit das richtig ist, braucht an dieser Stelle nicht untersucht zu werden. Aber auch wenn dem so wäre, ist diese Antwort nur ein Ausweichen. Nicht darauf kommt es an, ob die englischen Arbeitervertreter formal die Summen für die Panzerschiffe bewilligen oder nicht, sondern darauf, ob sie die bourgeoise Regierung im allgemeinen unterstützen oder nicht. Und so die Frage gestellt, ist doch wohl die Antwort nur in einem Sinne möglich: Eine Arbeiterpartei, die mit der Regierungspartei durch dick und dünn geht, sowohl bei den Wahlen als in der parlamentarischen Praxis, macht sich für das gesamte Gebaren dieser Regierungspartei mit verantwortlich, auch für die Politik der Rüstungen einer solchen Partei. Es geht wirklich nicht an, daß man dem Arbeiter zuruft: Im Kriegsfalle ist alles daranzusetzen, um den Krieg zu verhindern, da müßt ihr zu jedem Opfer bereit sein, — und daß man auf der anderen Seite davor zurückschreckt, den parlamentarischen Vertretern zu sagen: Eure erste Pflicht ist es, alles daranzusetzen, die Regierung an der Betätigung ihres Militarismus zu hindern. Die Teilnahme an den Parlamenten hat für eine sozialistische Partei unter anderem auch den Zweck, der Agitation und der Propaganda zu dienen, das Denken und Fühlen der Massen zu beeinflussen. Es ist aber zweifellos die wirksamste Propaganda für den Frieden, wenn im Parlament mit den schärfsten Mitteln gegen den Militarismus gekämpft wird. Solche Kämpfe, die die politischen Leidenschaften aufs äußerste erregen, wirken tiefer als die schönsten Reden gegen den Krieg. Das sollten die englischen Genossen vor allem beherzigen.

Der Beschluß des Kongresses, der die Stuttgarter Resolution von neuem bestätigt und die Aufforderung enthält, im Kriegsfall *alle* Mittel, also auch den Generalstreik anzuwenden, um den Krieg zu verhindern oder die Weiterführung eines bereits ausgebrochenen Krieges unmöglich zu machen, kann durchaus befriedigen. Welche Mittel in einer gegebenen Situation sich als die zweckmäßigsten erweisen, das zu entscheiden muß freilich Sache der Proletarier eines jeden Landes sein. Erfreulich ist, daß die Tagung in Kopenhagen erwiesen hat, wie stark das Gefühl ist bei den Proletariern aller Nationen, unter allen Umständen das Wort wahr zu machen: Krieg dem Kriege.

In den Fragen der *Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*, der Frage der *Arbeiterschutzgesetzgebung* sind Kontroversen nicht zutage getreten. Diese überaus wichtigen Fragen haben durch den Austausch der Erfahrungen der Kenner der einschlägigen Materie sicher eine weitere Klärung erfahren, und zweifellos werden die Anregungen, die die Teilnehmer am Kongreß nicht nur aus den Debatten, sondern vielleicht noch mehr außerhalb des Sitzungssaales im persönlichen Verkehr erfahren haben, gute Früchte zeitigen.

Auch die Resolution über das *Genossenschaftswesen*, die nach langen Kommissionsdebatten einmütig angenommen wurde, wird nicht ohne Wirkung auf die Weiterentwicklung dieser Organisationen bleiben. Man könnte wünschen, daß der Passus, in dem es heißt, die Genossenschaften helfen „die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten“, deutlicher gefaßt wäre, da er zu Mißverständnissen führen kann, aber die folgenden Sätze, die darauf hinweisen, daß die Genossenschaftsbewegung allein „niemals eine Befreiung der Arbeit herbeiführen kann“, jedoch eine Waffe im Klassenkampf sein soll, sind jedenfalls geeignet, Mißverständnissen vorzubeugen.

Daß die direkte Verbindung der Genossenschaften mit der Partei, wie in Belgien, Holland und Frankreich, nicht zur Verpflichtung für alle Länder gemacht wurde, liegt im Interesse der Partei wie der Genossenschaften. Da sich der deutsche Parteitag in Magdeburg noch eingehend mit dieser Frage beschäftigen wird, erübrigt sich hier ein weiteres Eingehen auf dieselbe; die Kopenhagener Resolution trifft auch für deutsche Verhältnisse das Richtige, indem sie einmal die Verschmelzung der Genossenschaften mit der Partei nicht aufzwingt, andererseits den Wert betont, den in allen Ländern die Konsumentenorganisationen als eines der Mittel, den Klassenkampf zu unterstützen, haben können, wenn sie von sozialistischem Geiste durchdrungen sind, und dieses Ziel ist sehr leicht zu erreichen, wenn die sozialistischen Arbeitermassen Mitglieder der Konsumvereine werden.

Eine Anzahl Resolutionen, so die gegen die Todesstrafe, die Sympathiekundgebungen für die Proletarier Finnlands, Japans, der Türkei sind vielleicht „Selbstverständlichkeiten“, aber sicher sind sie von großer moralischer Bedeutung, und einzelne von ihnen sind außerdem wertvoll zur Beleuchtung der Kluft zwischen bourgeoiser und proletarischer Weltauffassung. So ist ungemein charakteristisch, daß während die liberalen und demokratischen Schöngeister für die „Freiheitshelden“, die Jungtürken schwärmen, die proletarische Internationale sich gezwungen sieht, diese jungtürkische Regierung für ihre barbarische Verfolgung des Proletariats zu brandmarken. Es ist charakteristisch, daß während die bürgerliche Welt seit dem Siege Japans die japanische Bourgeoisie als heldenhafte Verteidigerin der nationalen Unabhängigkeit gegen russische Eroberungssucht feiert und über die Unterjochung Koreas achselzuckend zur Tagesordnung übergeht, auf der proletarischen Internationale Protest erhoben wird gegen die infame Politik dieser Bourgeoisie gegenüber dem eigenen Volke und gegen ihre Unterjochungsgelüste. Es kann das internationale Proletariat den Verfolgten und Geknechteten nicht unmittelbare, greifbare Hilfe leisten durch seine Kongreßbeschlüsse; aber es wird werktätige Hilfe im täglichen Leben von den einzelnen Parteien geleistet, indem sie sich der verfolgten Flüchtlinge annehmen und materielle Unterstützung im Befreiungskampf, Geld für Agitationsmittel gewähren. Jene Kongreßbeschlüsse, die manchen als platonischer Akt von geringer Bedeutung erscheinen, haben oft für die Proletarier, denen sie gelten, große Bedeutung. Es werden unsere Genossen in Finnland, in Japan, in der Türkei, in Indien, in Argentinien und in Rußland die Kopenhagener Resolutionen in ihrer Agitation als wertvolle Waffe zu benützen wissen.

Als ein Resultat des Kongresses hat sich auch ergeben, daß die Organisation dieser internationalen Kundgebungen vervollkommnet werden muß. Kein Zweifel, daß das Internationale Sekretariat dank der Erfahrungen und der staunenswerten Schaffenskraft der beteiligten Genossen, mit Huysmans an der Spitze, seinen Aufgaben mit jedem Kongresse in höherem Maße gerecht wird. Kein Zweifel auch, daß die dänischen Genossen alles aufgeboten haben, um die Arbeiten des Kongresses zu erleichtern, daß sie in bezug auf seine Organisation Glänzendes geleistet haben. Aber es liegen Umstände vor, die alle Bemühungen vergeblich machen, wenn nicht das Übel an der Wurzel angegriffen wird. Dieser Übel sind drei. Unsere Kongresse sollen nicht nur Demonstrationen sein, sie haben inhaltsvolle geistige Arbeit zu leisten. Das wird erschwert durch die Verhandlung in drei Sprachen, aber hieran

ist nichts zu ändern. Es tauchte bereits einmal der Gedanke auf, nur in zwei Sprachen zu verhandeln, aber er ist nicht durchführbar; die französische Sprache muß bleiben für die romanischen Länder, die englische für England und die meisten außereuropäischen Länder, die deutsche für die Deutschen, die Skandinavier und die Slawen, denen sie heute geläufiger ist als die französische. An Esperanto oder Ido glaubt wohl kaum jemand im Ernst. Müssen wir aber in drei Sprachen verhandeln, dann müssen wenigstens die übrigen Hindernisse auf ein Minimum reduziert werden. Es muß erstens noch viel, viel mehr Vorarbeit geleistet und es muß die Zahl der Delegierten mehr eingeschränkt werden. Wir hatten diesmal nur drei Tage Plenarverhandlungen, und trotzdem war es unmöglich, die Arbeiten in den Kommissionen rechtzeitig und gründlich zu besorgen, es mußten auch diesmal die Kommissionen in der Zeit der Plenarsitzungen arbeiten. Der einzige Ausweg wäre wohl nur, wenn aus den einzelnen Ländern eine beschränkte Zahl von Delegierten schon früher bestimmt würde für die Kommissionen; diese Delegierten könnten dann vor Beginn des Kongresses am Kongreßort eintreffen und in Ruhe arbeiten. Aber auch bei solcher Vorarbeit wird das Plenum nicht arbeitsfähig sein, wenn nicht die Zahl seiner Mitglieder reduziert wird. Es ist ausgeschlossen, daß über 800 Menschen gemeinsam schwierige Verhandlungen führen. Nach dem bestehenden Statut beträgt die Gesamtzahl der Stimmen, die von den einzelnen Delegationen abgegeben werden, 234. Ob diese Zahl zu reduzieren wäre, bleibt eine Frage, aber es wäre möglich durchzuführen, daß jede Nation nur doppelt so viel Delegierte entsendet, als sie Stimmen abgibt, also die Großstaaten je 40 Delegierte, die übrigen Länder entsprechend weniger. Das wären dann 468 Delegierte, und das ist das Maximum. Geht die Sache weiter wie bisher, so haben wir in drei Jahren in Wien über tausend Delegierte, und der Kongreß wird nicht mehr arbeiten können. Gewiß hat für das Land, wo der Kongreß stattfindet, die Tagung ihre agitatorische Bedeutung, und die Genossen dieses Landes sind stets sehr zahlreich vertreten, verfolgen die Verhandlungen mit großem Eifer, aber es ist nicht durchaus notwendig, daß sie Delegierte sind. Es wird der Zweck ebensogut erreicht, wenn man ihnen als Gästen Raum gewährt. Der Kopenhagener Kongreß hatte unter diesen Schwierigkeiten zu leiden. Besonders die Plenarsitzungen mußten zuweilen einen etwas chaotischen Eindruck machen. Es wäre sicher erwünscht, dies für die Zukunft zu vermeiden, um auch rein äußerlich die Tagung der Internationale imposanter zu gestalten.

Jedoch ist sicher, daß auch dieser Kongreß Zeugnis ablegt für die unverwüstliche Kraft der Idee der internationalen Solidarität des Proletariats. Die Tatsache, daß es heute selbstverständlich erscheint, einen scheinbar lokalen Streit, wie der um die Gewerkschaften in Österreich, vor das Forum der Internationale zu bringen, die Tatsache, daß der Internationale Kongreß mit Erfolg an die Beratung über so komplizierte Fragen wie die Genossenschaftsbewegung, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeitslosigkeit herangehen kann und daß eine Verständigung darüber möglich ist, diese Tatsachen, meinen wir, beweisen von neuem den Fortschritt der Idee. Sie ist kein bloßer Wunsch mehr, sie ist bereits den Proletariern aller Länder in Fleisch und Blut übergegangen.

Wohl ist es möglich, daß in Zukunft auf unseren Kongressen wieder scharfe Kämpfe ausgefochten werden. Doch ist es heute absolut sicher, daß das nie-

mals Kämpfe sein werden, bei denen sich die Proletarier einzelner Staaten und Länder gegenüberstehen, sondern es kann nur sein das geistige Ringen um die sichersten Mittel, die kürzesten Wege zur Erreichung des gemeinsamen Endziels unserer Bewegung, des Sozialismus. Für diese Einheit des proletarischen Klassenkampfes, für die Tatsache, daß das Proletariat als eine andere Welt der Welt der Besitzenden, der Ausbeutenden und Knechtenden gegenübersteht, legte der Kongreß zu Kopenhagen glänzendes Zeugnis ab. Darin besteht seine Bedeutung.

Die preußische Diskussion und die russische Erfahrung.

Von **L. Martoff.**

1. Das privilegium odiosum der russischen Sozialisten.

Viele russische Genossen werden aus dem letzten Artikel des Genossen Kautsky mit Genugtuung erfahren haben, daß Trier zwischen Baden und Luxemburg liegt. Sie haben das schon längst vermutet.

Der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen, ist auf dem Gebiet der politischen Geographie nicht weniger wichtig, wie auf jedem anderen Wissensgebiet. Aber es darf keine halbe Arbeit geleistet werden. Dem sozialistischen Proletariat kann es nur von Nutzen sein, daß es sich von allen Illusionen frei macht, mögen sie ihm noch so stark ans Herz gewachsen sein.

Die Diskussion zwischen dem Genossen Kautsky einerseits und den Genossen R. Luxemburg und Pannekoek andererseits wird hoffentlich einige Illusionen darüber zerstreuen, als ob man den unvermeidlichen Vernichtungsprozeß des Junkerregiments in Deutschland — die historische Bedeutung dieses Auflösungsprozesses kann der der Zertrümmerung des russischen Absolutismus an die Seite gestellt werden — künstlich beschleunigen könne.

Aber diese Diskussion läßt die Illusionen unberührt, die über die Ereignisse der jüngsten russischen Vergangenheit in den Sozialistenkreisen Westeuropas entstanden sind. Den Haupttrumpf der Beweisführung der Genossin Luxemburg — die russische Revolution — überlassen ihr ihre Opponenten, wie es scheint, zur alleinigen Nutznießung. Sie begnügen sich damit, daß sie die Luxemburgschen Hinweise auf Rußland damit abfertigen, daß die russischen Verhältnisse ganz besondere Verhältnisse sind.

Ein altes nationalistisches Sprichwort der Russen lautet: „Was für den Russen Leben ist — ist für den Deutschen Tod“. Den Sinn dieses Lieblingssprüchleins unserer Hurrapatrioten hört man nur allzuoft aus den Betrachtungen der westeuropäischen Sozialisten heraus.

Am Schluß seiner Diskussion mit der Genossin Luxemburg formuliert Genosse Kautsky das vor den deutschen Genossen stehende Problem mit den Worten: „Sollen wir russisch oder belgisch reden?“ und befürwortet die „belgische Redeweise“ gegenüber der russischen. Die Genossin Luxemburg wird dagegen die „russische“ Kampfestaktik verteidigen. Offen gestanden, sind wir von einer solchen Formulierung der Frage, von der Aufstellung eines solchen Dilemmas gar nicht entzückt.

„Das paßt für Rußland“ — diese Redensart klingt uns schon längst in den Ohren. Die westeuropäischen Genossen werden mich entschuldigen, wenn ich nach fünfzehnjährigen Versuchen, sie auf dem laufenden über die russische

Arbeiterbewegung und den russischen Sozialismus zu halten, geradeheraus sage, daß ich mich unwillkürlich daran gewöhnt habe, einer herablassenden Mißachtung der sogenannten „niederen Rasse“ gegenüber zu begegnen.

„Das paßt für Rußland“ — soll das etwas anderes bedeuten, als das Zugeständnis dessen, daß für die russischen politischen Bewegungen der Maßstab unanwendbar ist, den der sozialistische Gedanke auf Grund der Theorie und Welterfahrung für die politischen Bewegungen überhaupt festgestellt hat?

Das sind keine bloßen Behauptungen, ich werde hier einige feststehende Tatsachen anführen.

Wieviel Mühe und Not hatten wir russische Marxisten, um die westeuropäischen Genossen zu überzeugen, daß auch in Rußland, wie in jedem andern Lande, das in den Kreislauf der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hineingezogen worden ist, nur die politische Bewegung erfolgreich sein kann, die sich auf eine bestimmte Klasse stützt; daß auch in Rußland, wie überall, die politische Struktur nur durch die Kraft der Massen umgestaltet werden kann!

Alles das, was für andere Länder als etwas Selbstverständliches und als Gemeinplatz galt, wurde angezweifelt, wenn man von Rußland zu sprechen pflegte. Den Sturz des Absolutismus erwartete man nicht von der Bewegung der russischen Volksmassen — nicht von der Arbeiterbewegung —, sondern von einem Terroristensturm, von einem heldenmütigen Verschwörerkampf deklassierter „Intellektueller“; nicht von der politischen Macht der Massen, nicht von der revolutionären Propaganda, nicht von der ökonomischen Entwicklung, sondern von der mechanischen Kraft des Dynamits wurde dies erhofft. Genosse Kautsky wird sich wohl noch dessen erinnern, wie er, einer der ersten von den deutschen Genossen, die uns recht gegeben haben, noch zwei Jahre vor der russischen Revolution genötigt war, unsere Stellung gegen die Terrorismussympathien der damaligen Redaktion des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie zu verteidigen. In der belgischen, italienischen, schweizerischen, französischen, englischen und teilweise auch in der österreichischen sozialistischen Presse ist man noch viel später — und auch dann nicht völlig — dazu gekommen, die „europäischen“ Gesichtspunkte auch für die russische Gesellschaftsbewegung gelten zu lassen.

Während diese Genossen für ihren eigenen politischen Kampf Verschwörung, Dynamit, Putsche, Außerachtlassung des Klassenstandpunktes ablehnen, während sie in der sozialen Rückständigkeit ihrer eigenen Länder keine Gewähr für eine erleichterte Umwälzung sehen, sind sie bereit, dies alles Rußland gegenüber zuzugeben: „Das paßt für Rußland!“

Die Revolution des Jahres 1905 zeigte uns augenfällig diejenigen gesellschaftlichen Triebkräfte, die allein imstande waren, sich den Sturz der alten Ordnung zur Aufgabe zu machen. Seitdem, schien es, hat die Sache der russischen Sozialdemokratie bei den westeuropäischen Genossen gewonnen.

Nun stellt sich aber heraus, daß, wenn man auch zur Erkenntnis gelangt, daß die allgemeinen Normen und Gesichtspunkte der europäischen Sozialdemokratie auch auf die soziale Entwicklung des modernen Rußland anwendbar sind, trotzdem Spielraum genug für Illusionen über die „eigenartigen“ Aufgaben des russischen Proletariats zurückbleibt, die einen tiefen Abgrund zwischen der Methode des Klassenkampfes in Rußland und der „im Westen“ graben.

In ganz Westeuropa bemißt man die jeweilige politische Kraft des Proletariats nach dem Stärkegrad seiner Organisation, nach seiner politischen Reife und nach seiner zahlenmäßigen Stärke im Vergleich zur gesamten Volksmasse; nicht so für Rußland: hier betrachtet man den subjektiven „Willen zur Macht" der entwickelteren proletarischen Schichten, ja ihrer Ideologen allein, ihre Hingebung für das sozialistische Ideal als ein hinreichendes Unterpfand dafür, daß das russische Proletariat zur ausschlaggebenden Macht, ja zum zeitweiligen Diktator der Revolution wird.

In ganz Westeuropa betrachtet man die Bauernmassen in dem Maße für bündnisfähig, als sie die schweren Folgen der kapitalistischen Umwälzung der Landwirtschaft zu spüren bekommen und imstande sind, sich von den ideologischen und politischen Einflüssen der Bourgeoisie zu befreien; für Rußland aber malte man sich ein Bild aus, wie mit dem numerisch schwachen Proletariat sich die 100 Millionen Bauern vereinigen, die noch nicht oder fast nicht die „erzieherische" Wirkung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu kosten bekommen haben und infolge dessen auch noch nicht von der kapitalistischen Bourgoisie in die Schule genommen worden sind.

In ganz Westeuropa sehen nur die Anarchisten und Syndikalisten in der politischen Enthaltsamkeit das stärkste Mittel des Klassenkampfes — aber für das Rußland des Jahres 1906 schien es vielen als ganz natürlich, daß die russischen Sozialisten für Umsturz und Republik „kämpften", indem sie die Wahlen in die erste Reichsduma boykottierten.

Und so weiter. Und so weiter. Ja man ging soweit, daß man die Ausschreitung, die „Partisanen"angriffe auf das Eigentum der Kapitalisten und des Staates, die in der europäischen Arbeiterwegung vor 1848 vorgekommen waren, die sogenannten „Expropriationen", in Rußland als ganz normale Kampfesmittel *der Partei* gelten ließ. Die sogenannte „revolutionäre Fraktion der P. P. S." (Polnische sozialistische Partei), die diese Kampfesmittel offiziell anwendet, genießt noch bis auf den heutigen Tag die Anerkennung der ganzen Internationale.

„Alles das paßt für Rußland!"

Selbstverständlich geht man dabei von der Voraussetzung aus, daß die russischen Sozialisten und die russischen Arbeiter aus einem ganz anderen Holze geschnitzt sind als ihre europäischen Brüder, daß sie lauter Titanen, Helden sind, die imstande sind, auf ihre Rücken solche Lasten zu nehmen, unter denen gewöhnliche Sterbliche zusammenbrechen würden.

Mit einem Worte, die Ansicht über die Eigenartigkeit der russischen sozialistischen Bewegung ist für uns, als Teilnehmer an der großen Revolution, ungemein schmeichelhaft.

Tatsächlich erwiesen wir uns in allen Beziehungen als menschlich, allzumenschlich. Jedesmal, wenn wir in den Kampf ohne Patronen im Gewehr zogen, wurden wir geschlagen; wenn wir uns etwas zur Aufgabe stellten, das nicht durch die reellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse diktiert wurde, so sahen wir zu unserem Erstaunen, daß, während wir gestern an der Spitze dichtgedrängter Proletariermassen standen, wir heute ein Stab ohne Armee waren; wir mußten uns überzeugen, daß der russische Arbeiter, nicht minder als der deutsche und belgische Klassengenosse, nicht von der Begeisterung allein, sondern auch von dem sehr materiellen Brot lebt, dessen dauernder Mangel seine Kampfesenergie nicht vergrößert, sondern untergräbt; daß auch unter den

russischen Arbeitern eine Bewegung sich nicht künstlich nach einem im voraus festgestellten Plane in Szene setzen läßt, die unter anderen Bedingungen spontan hervorbrechen würde. Und uns überkam ein Gefühl, daß, indem man uns die Ehre des ausschließlichen Vollbringens von Heldentaten erweist, man uns in Wirklichkeit herabsetzt, und zwar dadurch, daß man uns die Fähigkeit, einen systematischen Klassenkampf in modernen entwickelten Formen zu führen, abstreitet.

Diese Erfahrung haben wir mit zahllosen Opfern und leider auch mit einer Reihe von Niederlagen bezahlt, denn, wie Hegel lehrt, fliegt die Eule der Minerva nur nachts; unsere Erfahrung ist aber endlich auch in den Gedankenkreis der hartnäckigsten Führer der „eigenartigen" Strömung in der russischen Sozialdemokratie aufgenommen worden. Kein anderer als Genosse Lenin sprach am Anfang des Jahres 1909 den Satz aus: „Bis jetzt haben wir französisch geredet (richtiger gesagt „blanquistisch". L. M.); es ist an der Zeit, daß wir deutsch reden lernen." Das war einige Monate bevor die Genossin Rosa Luxemburg an die deutschen Genossen den Ruf ergehen ließ, „russisch" zu reden.

Diese obenerwähnte Legende von unseren heldenhaften Eigenschaften, die vom „Westen" nach Rußland gelangte, machte nicht nur viele russische Sozialisten schwindelig, sondern sie erweckte in ihnen ganz falsche Vorstellungen darüber, wo der Weg „nach Trier" geht. Sie erschwerten dadurch die auch sonst nicht leichte Arbeit denjenigen russischen Marxisten, die auf dem unkultivierten, „eigenartigen" Boden einer unentwickelten Arbeiterbewegung eine Bahn für die Methoden der sozialdemokratischen Kultur freizumachen suchten. Ja noch mehr: diese Legende trug auch dazu bei, daß die Befürworter der „russischen" Redeweise in der westeuropäischen sozialistischen Presse gegen diejenigen systematisch Stimmung machen konnten, die für die „deutsche", richtiger gesagt, für die „allgemeinmenschliche" Methode der sozialistischen Arbeit in Rußland kämpften.[1]

Die russischen Marxisten, die genau wissen, daß Trier zwischen Baden und Luxemburg liegt, tun ihre Pflicht, auch wenn sie manchmal von denjenigen nicht moralisch unterstützt werden, die in den Augen der fortgeschrittenen russischen Arbeiter als ihre Lehrer und politischen Führer gelten; so tun sie auch weiter ihre Pflicht genau so wie sie es damals taten, als der russische Terrorismus bei der sozialistischen Internationale hoch im Ansehen war.

Dies alles und dazu noch die Tatsache, daß in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie die „russische Redeweise" erörtert wird, veranlassen mich, in einigen wesentlichen Punkten diejenigen Vorstellungen von dieser „Redeweise" zu korrigieren, die in Deutschland durch die Genossin Luxemburg kolportiert werden — dieselbe Genossin, die mit nicht minderem Erfolg ebenso stark subjektiv gefärbte Vorstellungen von der Tätigkeit, den Methoden und Prinzipien der deutschen Sozialdemokratie in Rußland und Polen verbreitet. Man vergleiche namentlich ihre Begrüßungsansprache an den Londoner Kongreß der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

[1] So schildert zum Beispiel der Genosse Radek systematisch in einigen deutschen sozialdemokratischen Blättern in herabsetzender Weise die Tätigkeit und die Ideen verschiedener Führer der jetzigen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Rußland. Genosse Radek hat weder das Talent noch die Kenntnisse der Genossin Luxemburg, aber um so vollkommener hat er sich ihre Art und Weise angeeignet, die Gegner zu zitieren.

2. Der Massenstreik in Rußland.

Wenn die Genossin Luxemburg über die russische Revolution berichtet, so gibt sie deren Tatsachen im großen und ganzen richtig wieder. Trotzdem muß auch hier — soweit es die Fragen berührt, die in der Diskussion zwischen ihr und dem Genossen Kautsky aufgetaucht sind — das ergänzt werden, was sie nicht bis ans Ende führt. Und vor allem muß der Entwicklungsgang des Massenstreiks als Kampfesmittel der Sozialdemokratie kurz geschildert werden.

Mit dem Jahre 1900 beginnt die russische Sozialdemokratie die Methode der Straßendemonstrationen im politischen Kampfe anzuwenden. Wenn diese ersten bedeutenden Äußerungen des politischen Kampfes des Proletariats auch keine verhältnismäßig großen Arbeitermassen erfaßt hatten, so hatten sie doch großen Erfolg und starke agitatorische Wirkung. Diese Straßendemonstrationen, die volle zwei Jahre, 1901 bis 1902, in Anspruch nahmen, förderten in erheblichem Maße das politische Bewußtsein des Proletariats und erhoben die russische Sozialdemokratie zum ersten Male zu einer gesellschaftlichen Macht.

Die russische Polizeiregierung ließ sich aber nur einmal überraschen, sie erholte sich bald, und dem Diktator Plehwe gelang es, durch rücksichtslose Unterdrückungen und eine gut organisierte Polizeispionage jeden Versuch neuer Straßendemonstrationen unmöglich zu machen. Als es aber dem Donschen Komitee unserer Partei gelungen war, die Rostower Polizei durch dieselbe Methode zu überlisten, durch die die Berliner Arbeiter dem Herrn Jagow unlängst ein Schnippchen schlugen, und am 1. März 1903 eine großartige Manifestation organisierten, überwies Plehwe 23 Sozialdemokraten dem Militärgericht und ließ drei von ihnen zur Todesstrafe verurteilen. Und bei jedem neuen Versuch, Kundgebungen zu veranstalten, wurden deren Teilnehmer auf die barbarischste Weise verprügelt.

So gerieten wir in einen fehlerhaften Kreis: das beste Mittel des politischen Kampfes konnten wir nur dann systematisch in Anwendung bringen, wenn es uns gelang, in die Manifestationen immer neue und neue Proletarierschichten hineinzuziehen, die durch die Wucht ihrer Masse imstande waren, jede Polizeigewalttat unmöglich zu machen. Aber eben diese Gewalttaten flößten den Arbeitern heillosen Schrecken ein und machten jede Demonstration immer mehr zunichte.

Dann wurde unseren Arbeitern der Rat erteilt, sie sollten diesen fehlerhaften Kreis dadurch durchbrechen, daß sie die bewährten Kampfesmethoden der europäischen Sozialdemokratie aufgaben und „russisch zu reden" anfingen. Es waren unsere „Sozialisten-Revolutionäre", die damals erklärten, daß die „friedlichen" Demonstrationen abgetan seien, daß jede Weiterführung derselben in ihrer früheren Form die Arbeiter nur „demoralisieren" würde und daß man zu einer „höheren" Kampfform übergehen müsse — zu den bewaffneten Demonstrationen.

Um dieser Auffassung, die auch sozialdemokratische Arbeiterkreise beeinflußte, entgegenzutreten, schlugen meine Freunde auf unserem zweiten Parteitag im August 1903 eine von mir verfaßte Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde. Diese Resolution wies auf die unbedingte Notwendigkeit hin, auch künftighin Straßendemonstrationen zu veranstalten, und drückte die Meinung aus, daß es uns durch eifrige schriftliche Agitation und energische

und sorgfältige Vorbereitung der Demonstrationen gelingen würde, für unsere Veranstaltungen immer größere Proletariermassen zu gewinnen.

Hier müssen wir folgendes bemerken: Bereits ein Jahr vor diesem Parteitag, im Herbst 1902, entwickelte sich in Rostow am Don ein Massenstreik, der den Charakter eines politischen Streiks annahm; gleichzeitig mit diesem Parteitag brach in Südrußland und auf dem Kaukasus der berühmte Massenstreik aus, der ebenfalls einen politischen Charakter gewann. Wir begriffen alle sehr wohl die Bedeutung dieser neuen Erscheinungen der russischen Arbeiterbewegung, aber wir zögerten absichtlich, wegen dieser neuen Kampfesformen auf diejenigen noch nicht völlig ausgenutzten Formen zu verzichten, durch die wir zwei Jahre lang politische Siege errungen hatten.

Die darauffolgenden Ereignisse gaben uns recht. Mit dem Beginn des Russisch-Japanischen Krieges bricht das alte Regiment immer schneller zusammen, und so gelingt es uns, von neuem erfolgreiche Straßenmanifestationen zu organisieren, an denen bereits ziemlich große Massen teilnehmen.

Dann beginnen hier und da die Arbeiter die Manifestationen mit eintägigen politischen Streiks zu verbinden. Wir waren schon damals genau so, wie jetzt Kautsky, „pedantisch" genug, diese Proteststreiks von den Pressionsstreiks des belgischen Typus zu unterscheiden, weshalb wir diesen eintägigen Arbeitsniederlegungen, genau wie den Manifestationen, nur einen agitatorischen Wert zuerkannten.

Zu gleicher Zeit waren wir uns über die Hauptursache im klaren, die es möglich machte, daß *diese* Form der Manifestationen, der politische Massenstreik, der gewöhnlich das ganze Proletariat einer Stadt oder eines Wirtschaftsgebiets erfaßte, zustande kommen konnte. Das war die immer stärker werdende oppositionelle Strömung in *breiten bürgerlichen Kreisen*, die immer klarer erkannten, welchen mächtigen Hebel zur Erlangung der politischen Freiheit die Arbeiterbewegung darstellt. Der Einfluß dieser großen Schichten der Bourgeoisie ging so weit, daß sie einerseits die Arbeiter zu politischen Streiks geradezu anreizten, andererseits es bei den Industriellen durchsetzten, daß diese jede Maßregelung ihrer streikenden Arbeiter unterließen und *ihnen die Löhne für die Tage des Streiks auszahlten*. Wir können mit Bestimmtheit behaupten, daß wir bei den damaligen Verhältnissen ohne diesen Druck der gesellschaftlichen Meinung weiter bürgerlicher Kreise unmöglich den „Proteststreik" so oft und so erfolgreich hätten anwenden können.

Dem berühmten 9. Januar folgten von neuem in verschiedenen Gegenden Rußlands Massenstreiks, die zum ersten Male die *Eisenbahner* in den revolutionären Kampf hineinzogen. In Petersburg selbst nahm die vom Popen Gapon geführte Bewegung den Charakter eines Pressionsstreiks an; es wurde immer klarer, daß die Zukunft dieser Form der Kampfestaktik gehört.

Aber gerade in dieser Zeit fand ein bedeutender Teil der russischen Sozialdemokratie heraus, daß der Massenstreik dieser Art bereits „ungenügend" sei. Der Massenstreik des Januar verlief resultatlos, da er an der noch nicht völlig geschwundenen Kraft der Regierung zerschellte. Nun wurden sofort Stimmen laut, die behaupteten, daß nicht mehr der Streik an der Reihe sei, sondern der „bewaffnete Aufstand", der allein dem Massenstreik Bedeutung verleihen könne. Anstatt die Organisations- und Agitationsarbeit zu stärken und sie dahin zu leiten, daß am nächstfolgenden Streik eine doppelte und

dreifache Arbeitermasse teilnahm — vom Januarstreik blieb ja das halbe Rußland unberührt —, fing man an, von Bewaffnung, von Kampfesbrüderschaften zu reden.

Der weitere Gang der Entwicklung hat uns jedoch gezeigt, daß bei den damaligen russischen Verhältnissen dem Massenstreik in seiner reinen Form — dem Pressionsstreik — die ganze Zukunft gehörte. Im Monat Oktober entfachte das russische Proletariat eine zwei Wochen lang andauernde Massenstreikaktion in bis dahin ungeahnten Dimensionen. Und dieser Streik der Millionen hatte teilweise Erfolg: er entriß der Hand des Zaren das Manifest vom 17./30. Oktober. Nun brach er ab, trotz der Warnungen der Sozialdemokratie, trotz des Ausbleibens reeller Garantie für die zarischen Versprechungen, trotz der bereits am 18. Oktober losgegangenen Pogroms der Schwarzen Hundert, die die konterrevolutionären Absichten der Regierung klar enthüllten.

Der Oktoberstreik mußte zweifellos deshalb auf halbem Wege stehen bleiben, weil die demokratischen Schichten, die bis dahin das Proletariat unterstützten, sich noch nicht von politischen Illusionen freigemacht hatten. Diese Schichten beeinflußten das Proletariat trotz der sozialdemokratischen Tätigkeit und schwächten seine Kampfesenergie. Eine einzige Schlußfolgerung war hier am Platze: die, daß die Sozialdemokratie die neu geschaffene Situation ausnutzen, ihre Organisationen stärken und erweitern mußte, um nun unter günstigeren Bedingungen den Kampf in den Formen fortzuführen, die jeweilig am zweckmäßigsten erscheinen würden. Der 17. Oktober, der Aussichten auf die Wahlen in die Reichsduma eröffnete und die Möglichkeit schuf, Versammlungen einzuberufen, Arbeitervereine zu gründen und sozialdemokratische Zeitungen herauszugeben, zeigte auch die Richtung, in der gearbeitet werden sollte.

Selbstverständlich wäre es kein leichtes gewesen, in dieser Zeit der allgemeinen fieberhaften Erregung, der elementar aufflackernden Bewegungen aller Art, der Schliche und Kniffe des Liberalismus und der Reaktion, diese Linie einzuhalten. Es ist auch möglich, daß bei den damaligen Verhältnissen es beim besten Willen nicht gelungen wäre, dieser Richtung treu zu bleiben. Aber was wir hier feststellen wollen, ist das, daß die damalige Mehrheit der russischen Sozialdemokratie diesen Weg gar nicht erkannt hat. Der „friedliche“ Massenstreik habe sich überlebt, meinten sie; wir stünden dicht vor dem bewaffneten Aufstand; das Proletariat werde den Liberalismus auf die Seite schieben und mittels der Bauernbewegung zur Herrschaft gelangen. Dieser Standpunkt führte dazu, daß die Organisations- und Agitationsarbeit in den Hintergrund gedrängt wurde und gegen die Wahlagitation zur Duma von vornherein der Boykott erklärt wurde. Jede „niedere“ Form des politischen Massenkampfes, wie zum Beispiel Straßendemonstrationen, wurde als eine bereits überholte Bewegungsform ignoriert. Die Idee der Möglichkeit einer „Ermattungsstrategie“ kam niemand in den Kopf. Die ganze Bewegung wurde künstlich auf einen ernsten und entscheidenden Zusammenstoß hingetrieben, den wir auch in der Form des Dezembermassenstreiks des Jahres 1905 erlebten; in diesem Massenstreik erlitt das Proletariat eine blutige Niederlage, bevor es gelungen war, die breiten Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft, mit denen die Sozialdemokratie rechnete, in die revolutionäre Aktion zu verwickeln.

Die darauf folgenden Ereignisse zeigten jedoch, daß die Kräfte des Proletariats noch lange nicht erschöpft waren. Man mußte sie nur in der neuen,

durch die Dezemberniederlage geschaffenen und etwas ungünstigeren Situation richtig ausnutzen können. Die Wahlen in die erste Reichsduma standen vor der Tür; dieselben Wahlen, deren Aussichten nicht ohne Einfluß auf das Verhalten der kleinbürgerlichen Massen während des Dezemberaufstandes blieben. Die Arbeiter erhielten ein Wahlrecht, zwar kein gleiches, kein direktes, kein allgemeines Wahlrecht, die Arbeiter der kleinen Betriebe wurden von den Wahlen überhaupt ausgeschlossen, jedoch war das ganze Wahlrecht so beschaffen, daß trotz aller polizeilichen Unterdrückungen die Sozialdemokratie die Möglichkeit erhielt, bei den Wahlen erfolgreich aufzutreten. Aber die Teilnahme an den Wahlen wurde als Verzicht auf das noch immer angestrebte Ziel aufgefaßt, als Verzicht auf den mit einem bewaffneten Aufstand kombinierten Massenstreik, als Abweichen von dem geraden Wege, den das Proletariat bis dahin gegangen sei. Deshalb entschloß sich die Mehrheit der Sozialdemokratie für den „Wahlboykott". Dieser Boykott äußerte sich hier und da in der Form glänzender Demonstrationen, aber er verhinderte keineswegs, daß die demokratischen Massen mit Begeisterung ihre Abgeordneten wählten, und führte dazu, daß die Sozialdemokratie zeitweise außerhalb der politischen Kampfeslinie blieb.

Die Vorstellung davon, daß das des Proletariats einzig würdige Kampfesmittel der Massenstreik sei, der unbedingt in einen bewaffneten Aufstand übergehen müsse, spukte auch fernerhin in den Köpfen der russischen Sozialdemokraten. In Wirklichkeit aber haben der mißlungene Dezemberaufstand, das Schwinden des allgemeinen Wohlwollens, mit dem den proletarischen Kundgebungen im Jahre 1905 begegnet worden war, die neue ökonomische Konjunktur und die neue politische Arena, die Reichsduma, das Verhalten der Massen dem politischen Streik gegenüber ganz wesentlich beeinflußt. Und so ist es gekommen, daß, als im Juni 1906 das Zentralkomitee unserer Partei den Aufruf zum Massenstreik ergehen ließ, um dadurch den Militäraufstand zu unterstützen, der nach der Auseinanderjagung der ersten Reichsduma ausbrach, dieser Aufruf nur bei einem kleinen Teile der Arbeiterschaft Widerhall fand. So ist auch für Rußland die Zeit vorbei, in der es ohne genügende Vorbereitung, ohne breite und starke Organisationen die Waffe des Massenstreiks in die Hand nehmen kann.

3. Die ‚Ökonomik' und die ‚Politik'.

Damit haben wir den Entwicklungsgang des Massenstreiks in Rußland kurz geschildert. Seine Geschichte bildet durchaus keine lückenlose Kette von Triumphen, in der sogar materielle Niederlagen zur Lebensquelle neuer politischer Macht und neuer intensiver Aktionen werden. Der Massenstreik als Mittel des aggressiven Kampfes, als Pressionsstreik, hat seine Rolle im Zeitraum vom 9. Januar bis November 1905 gespielt, und sein Erfolg während dieser Zeit trotz des Mangels an Massenorganisationen erklärt sich vollauf durch die besonders günstigen Bedingungen, in denen sich das Proletariat damals befand, und zu allererst dadurch, daß die Staatsgewalt völlig isoliert war.

Wie steht es nun mit dem Ineinandergreifen politischer und ökonomischer Streiks? Wie sieht diese Erscheinung aus, die die Genossin Luxemburg als ein charakteristisches Merkmal der Arbeiterbewegung während der Revolution auffaßt? Der Massenstreik im Januar 1905, der spontan ausbrach, vereinigte

in sich wirklich Momente des ökonomischen und politischen Kampfes. Diese Zusammenfassung der politischen und ökonomischen Fragen zu einer Zeit, als die Massen, die bis dahin in ihrem größten Teile kein Lebenszeichen gegeben hatten und nun in Bewegung gerieten, verlieh der Aktion einen mächtigen Schwung; selbst der Wirrwarr der Streikbewegung jener Zeit verstärkte nur die Desorganisation der Regierung, vergrößerte die Nervosität der Industriellen und zwang sie, den rein politischen Streik als das kleinere Übel hinzunehmen.

Aber gleich darauf machten es sich die fortgeschritteneren Arbeiter zur Aufgabe, den rein gewerkschaftlichen Kampf vom politischen Kampfe zu trennen, da deren dauernde Verschmelzung nur Schaden stiften konnte. Zu diesem Zwecke wurden im Frühling 1905 in Petersburg und Moskau eilends gewerkschaftliche Organisationen geschaffen. Im Oktoberstreik ist die „Politik" schon viel schärfer von der „Ökonomik" getrennt als in der Januarbewegung. Nachher verbreiten sich die gewerkschaftlichen Organisationen über ganz Rußland. Gerade zu dieser Zeit der allgemeinen Erregung der Arbeitermassen sehen wir wieder, wie die Genossin Luxemburg richtig bemerkt, die Tendenz entstehen, den Kampf für politische Freiheit mit dem gewerkschaftlichen Kampfe in eins zu verschmelzen. Aber entgegen der Meinung der Genossin Luxemburg äußerte sich darin nicht die starke, sondern die schwache Seite der damaligen Bewegung. Die politische Leitung der Petersburger Arbeiter, der Arbeiterdeputiertenrat, der sich mit dem systematischen Kampfe gegen die Regierung Witte-Durnowo befaßte, genehmigte nur unter dem Drucke der Massen die elementar ausgebrochene Bewegung, die den Achtstundentag erobern wollte. Es ist hier zu bemerken, daß die bestorganisierten Arbeiter — wie die Typographen und teilweise die Metallarbeiter — gegen diese Bewegung waren, da sie in ihr eine Schwächung der politischen Kampfesfähigkeit des Proletariats erblickten. Sie irrten sich auch nicht: die Regierung nutzte sehr geschickt die Situation aus, sperrte die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter aus; der Aussperrung der Regierung folgte gleich die Aussperrung der Privatunternehmer. 100000 Arbeiter wurden so auf das Pflaster geworfen, und auf die Bewegung für den Achtstundentag mußte verzichtet werden. Aber der durch diese ganze Aktion angerichtete Schaden war nicht mehr auszubessern, und während des Dezemberaufstandes machte sich die Desorganisation der Arbeiter ganz empfindlich bemerkbar. In derselben Richtung wirkte der allgemeine Streik der Post- und Telegraphenbeamten ganz Rußlands im November 1905. Im Frühling 1906 entstand in Petersburg eine starke Arbeitslosenbewegung. Der eigens dafür geschaffene „Arbeitslosenrat" hatte zuerst manchen Erfolg in seinen Forderungen an die Stadtverwaltungen aufzuweisen, die öffentliche Arbeiten veranstalten und überhaupt den Arbeitslosen energisch unter die Arme greifen sollten. Aber unseren revolutionären Romantikern gelang es, diese Bewegung in die Hand zu bekommen, und nun trugen sie sich mit dem Gedanken, diese rein ökonomische Bewegung den Aufgaben des noch immer erwarteten revolutionären Aufstandes anzupassen. Die ganze Arbeitslosenaktion wurde zur reinen Demagogie, und nur das energische Eingreifen der sozialdemokratischen Parteileitung vereitelte den wahnsinnigen Plan des Arbeitslosenrats, die Arbeitslosen auf die Straße zu führen in der Erwartung, daß die Weigerung der Regierung, die Forderungen der Arbeitslosen zu erfüllen, die Massen in den Aufstand treiben würde. Der Arbeitslosenrat verlor

nun das Vertrauen der Massen und erfüllte nicht die Aufgabe, die ihn ins Leben gerufen hatte.

Auch in Polen war man darüber erfreut, daß die „Politik“ und die „Ökonomik“ sich miteinander verschmolzen. Deshalb bemühte sich jede sozialistische Fraktion mit doppelter Energie, die sich auf allen Produktionsgebieten stark entwickelnde gewerkschaftliche Bewegung in ihre Hand zu bekommen. Die Polnische Sozialdemokratie (P. S. D.) gründete der Partei angegliederte Gewerkschaften, deren innere Angelegenheiten dem Veto der Parteileitung unterworfen waren. Selbstverständlich ließ sich in solche Gewerkschaften nur ein Bruchteil der fortgeschrittenen Arbeiter aufnehmen — andere Arbeiter gingen in die Gewerkschaften anderer revolutionärer Parteien, wieder andere in die neutralen Gewerkschaften. Die Auffassung, daß man den ökonomischen Kampf für die Interessen der allgemeinen politischen Bewegung ausnutzen müsse, führte dahin, daß die organisierte Minderheit mit allen Mitteln versuchte, an der Spitze jedes ökonomischen Konfliktes zu stehen. Und als die unparteiischen Elemente sich dagegen wehrten, kam es zu allerlei Ausschreitungen, die besonders in Lodz verderbliche Folgen hatten: ein großer Teil der Arbeiter schloß sich in „gelben“, „nationaldemokratischen“ und „christlichen“ Gewerkschaften zusammen und eröffnete einen brudermörderischen Kampf gegen die sozialistischen Arbeiter. Ein gegenseitiges Hinmorden dauerte längere Zeit. Dies alles führte dazu, daß bei den Wahlen in die zweite Reichsduma die Arbeiterkurie in Lodz eine im ganzen Reiche einzig dastehende Erscheinung bot: die Mehrheit ihrer Arbeiterwahlmänner waren keine Sozialdemokraten, wie in ganz Rußland, sondern reaktionäre „Nationaldemokraten“. Diese Kluft zwischen den beiden Teilen des polnischen Proletariats besteht noch bis heute.

Die Notwendigkeit, den ökonomischen und politischen Kampf auseinanderzuhalten, veranlaßte uns noch im Frühling 1906, auf dem Stockholmer Vereinigungskongreß der russischen Sozialdemokratie eine von Plechanow, Axelrod und Dahn unterschriebene Resolution vorzuschlagen, die die organisatorische Unabhängigkeit der Gewerkschaften befürwortete. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Aber gleich darauf wurden in der Partei Stimmen laut — unter ihnen auch die der Genossin Luxemburg —, daß diese Resolution zu eng gefaßt sei. Auf dem Londoner Parteitag wurde sie auch durch eine neue Resolution „ergänzt“, die der Partei angegliederte Gewerkschaften empfiehlt. Der Grund dieses Umschwunges ist darin zu sehen, daß ein Teil der Partei in dem immer mehr um sich greifenden aggressiven ökonomischen Kampfe eine Waffe zur Erneuerung der politischen Schlachten haben und sich deshalb der ökonomischen Bewegung bemächtigen wollte. Im Frühling 1907 begann ein Streik in der ganzen Textilindustrie Zentralrußlands. Diese aussichtsreiche Bewegung war die Folge einer zeitweiligen Besserung des Textilmarktes. Die dortigen Genossen unter der Leitung der Fraktion Lenins wollten nun diesen Streik der Textilarbeiter mit den revolutionären Kämpfen in eins zusammenfassen, die man im Herbst 1907 am Schlusse der Feldarbeiten in der Form neuer Bauernbewegungen erwartete. Dadurch wurde die Streikbewegung nur desorganisiert, und diese Genossen mußten nachher konstatieren, daß die Bauern im Herbst ganz ruhig blieben und daß in der Textilindustrie an Stelle der zeitweilig günstigen Konjunktur ein neuer Stillstand eintrat, wodurch auch der Streik ins Stocken geriet.

Wir haben hier gerade genug der Tatsachen angeführt, um die Behauptung der Genossin Luxemburg zu entkräften, als ob das Ineinandergreifen der ökonomischen und politischen Bewegungen nur von Vorteil für beide sein könne.

Bei jedem stürmischen Ausbruch des proletarischen Klassenkampfes kommen selbstverständlich beide Bewegungsarten zum Vorschein. Aber aus Zweckmäßigkeitsgründen und aus Gründen der Ökonomie der Kräfte muß dann die Sozialdemokratie die nicht immer gleich geartete Frage lösen, welche Momente in den Vordergrund geschoben, welche zurückgestellt werden müssen. Und in dieser Beziehung muß man noch mehr wie in jeder anderen Beziehung die Ereignisse der russischen Revolution nicht idealisieren, sondern man muß sie richtig verstehen und richtig bewerten.

4. Die Republik und die Sozialdemokratie.

Kaum war der Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen so weit, daß er die erfreuliche Form von Straßendemonstrationen anzunehmen begann, als die Genossin Luxemburg es für nötig fand, die Losung der Wahlreform in den Hintergrund zu schieben und an ihre Stelle die Parole der Republik zu setzen. Eines der Argumente, die sie zugunsten der „Revision" dieser Losungen ins Feld führt, besteht darin, daß die Stellung des Proletariats ganz streng von der des demokratischen Bürgertums getrennt sein müsse; sobald also die bürgerliche Demokratie sich dem Rufe nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht völlig anschließe, müsse die Sozialdemokratie ihr Augenmerk auf die Frage der Republik konzentrieren.

Uns Russen ist dieser Gedankengang längst bekannt. Wir wissen, was dahinter steckt: die „Lostrennung der Bewegung des Proletariats von der des Kleinbürgertums" soll nicht durch den politischen Kampf selbst, nicht durch den ganzen Inhalt unserer Agitation vollzogen werden, sondern durch verschiedene revolutionäre Losungen. Man will, daß das Proletariat möglichst weit von der Demokratie abrückt, aber in Wirklichkeit konzentriert man seine ganze Agitation bloß auf eine mehr extreme demokratische Losung und nimmt dadurch selber die Stellung der vulgären Demokraten ein.

Die russische Sozialdemokratie hat schon im Jahre 1901 in ihr Programm die Forderung der demokratischen Republik aufgenommen, wie das für eine Partei des Proletariats selbstverständlich ist.

Mit dem Ausbruch der Revolution stellten wir in den Mittelpunkt unserer Agitation mit einer bei uns seltenen Einmütigkeit die Forderung einer Konstituante, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen. Diese Forderung, die in kurzer Zeit sehr populär geworden war, stellten wir siegesbewußt der schablonenhaften Forderung des bürgerlichen Liberalismus nach einer vom Monarchen oktroyierten Verfassung entgegen. Im Herbst 1904 drangen überall unsere Arbeiter in liberale und demokratische Versammlungen und Bankette ein und veranlaßten nicht selten diese Herren, Resolutionen anzunehmen, die die Notwendigkeit einer Konstituante anerkannten. Die sozialdemokratischen Arbeiter bestanden auch darauf, daß diese Forderung in die Petition Gapons aufgenommen würde.

Im Sommer 1905 erlebten wir im ganzen Lande den höchsten Grad politischer Erregung. Die Linksliberalen, die wegen ihrer Halbheit von unserer Kritik verfolgt wurden, sahen die Notwendigkeit ein, sich dem Rufe nach einer Konstituante anzuschließen.

Es bestand wirklich keine große „Gefahr", daß die künftigen Kadetten und Oktobristen eine solche demokratische Forderung wie die der Konstituante annahmen und, was die Hauptsache ist, beibehielten. Aber unsere Anhänger der Methode der Genossin Luxemburg wurden unruhig. Wenn die bürgerlichen Demokraten von einer Konstituante reden, meinten sie, so müssen wir unsere Forderung vergrößern und in den Mittelpunkt unserer Agitation die Republik stellen, um dann mit aller Macht auf die Demokraten einzuhauen, weil sie diese Forderung nicht anerkennen, auf dieselben Demokraten, von denen wir gestern noch verlangten, daß sie unserer Forderung einer Konstituante beitreten.

Diejenigen Genossen, die diesen Weg nicht betreten wollten, gerieten selbstverständlich in den Verdacht, daß sie wegen ihrer guten Beziehungen zu den bürgerlichen Demokraten die Losungen „einschränken" wollen. So alte russische Revolutionäre wie Plechanow und Axelrod wurden des versteckten Monarchismus beschuldigt. Im Verdacht desselben Verbrechens stand auch der Schreiber dieser Zeilen, der nach dem 17. Oktober 1905 aus dem Exil zurückgekehrt eine der wenigen bei uns vorhandenen sozialdemokratischen Broschüren unter eigenem Namen veröffentlichte, die sich speziell mit der Propaganda der Republik befaßt („Die Arbeitersache in Rußland"), wofür ihn auch die „konstituonelle" Regierung den Gerichten überwies.

Dies alles war nur lächerlich. Aber gar nicht lächerlich war folgendes: Viele russische Genossen ergriff aus angeblich wichtigen Gründen eine so stürmische Leidenschaft für die republikanische Agitation, daß sie in vulgärster Weise die Republik der Monarchie als das Gute dem Bösen gegenüberstellten. So machte der „linke" Flügel unserer Partei dieselben Abweichungen von der sozialdemokratischen Position durch, deren Jaurès und seine Freunde von Bebel und Guesde auf dem Amsterdamer Kongreß bezichtigt wurden. Noch im Jahre 1907 mußte ich im Sammelwerk „Abklänge" das Thema „Republikaner oder Sozialdemokraten?" behandeln, da unsere Genossen in der Hitze des Kampfes gegen die monarchistischen Vorurteile der Massen sich von der rein demokratischen Phraseologie hinreißen ließen. Wir wiesen dann auf das große Beispiel der französischen Revolution hin, daß so extreme Demokraten wie Robespierre und Marat sich auf die Frage der Regierungsform erst dann konzentrierten, als die Bedingungen des revolutionären Kampfes so weit gediehen waren, daß diese Losung große Massen zu begeistern und um sich zu scharen vermochte.

Glücklicherweise und wie man es auch erwarten konnte, gingen die bürgerlichen Demokraten nicht so weit, daß sie uns die Forderung einer Konstituante „wegschnappten", so daß eben diese Forderung uns zur Scheidungslinie zwischen ihnen und uns diente. Deshalb stifteten die geschilderten Tendenzen keinen wesentlichen Schaden an. Aber es ist mehr als zweifelhaft, ob die in großem Maßstab betriebene republikanische Agitation dieser Art irgendwelchen merkbaren Einfluß auf das Verhalten der Massen in der Frage der Regierungsform ausgeübt hätte. Die Fragen der Unabhängigkeit und des demokratischen Charakters der Volksvertretung beherrschten aber im Verlauf der ganzen Revolution alle übrigen Fragen.

* * *

Die russische Revolution kann uns also nicht nur darüber belehren, was wir zu tun, sondern auch darüber, was wir zu unterlassen haben, wenn wir einem spontan ausbrechenden Klassenkampf nicht nachhinken, sondern ihn

bewußt und zweckmäßig gestalten wollen. Es ist an der Zeit, jener Legende ein Ende zu machen, die noch immer bei einem Teile der europäischen Sozialisten einigen Glauben findet. Nicht nur bietet uns die russische Revolution einen komplizierten Prozeß des Klassenkampfes dar, sondern innerhalb der Klassenbewegung des Proletariats kämpften unermüdlich während der ganzen Revolution verschiedene taktische Tendenzen gegeneinander. Diese Tendenzen erklären uns zwar nicht, warum die russische Revolution einen solchen und keinen anderen Verlauf genommen hat, warum sie so traurig geendigt hat — viel tiefere historische Ursachen bestimmten dies Ergebnis. Jedoch sind diejenigen taktischen Tendenzen, die in der russischen Revolution die Oberhand gewonnen haben, eine der Ursachen, warum nach dem Mißlingen der russischen Revolution die Organisationen des russischen Proletariats sich in einem so trostlosen Zustand befanden. Wenn zwei Jahre nach dem Entflammen der russischen Revolution unsere Reihen vollständig desorganisiert, wir von den Massen abgeschnitten wurden und wir uns bis jetzt nicht erholen können, so erklärt sich das durch den Sieg, den die blanquistische und anarchistische Unkultur über die marxistische Kultur davongetragen hat, die marxistische Kultur, die in der russischen Arbeiterbewegung von den besten Söhnen des russischen Proletariats gepflegt worden ist. Die russische Sozialdemokratie redete allzu eifrig „russisch" auch dann, als die gesellschaftlichen Verhältnisse Rußlands schon so weit fortgeschritten waren, daß sie „europäisch" reden konnte, während die anderen politischen Parteien ihre frühere Sprache beibehielten. Dies eine können wir die Genossin Luxemburg versichern: beim nächsten gesellschaftlichen Aufschwung in Rußland wird sie selber mit einer „belgischen" oder „deutschen" oder überhaupt „europäischen" Arbeiterbewegung zu tun haben. Diese neue Arbeiterbewegung wird ein für allemal und unwiderruflich alle die Methoden verwerfen, durch die sichere Niederlagen am besten organisiert werden.

Das Proletariat ist bestrebt, nicht nur zu kämpfen, sondern auch zu siegen.

Ein Vorschlag zur Budgetfrage.

Von **Otto Braun** (Königsberg i. Pr.).

Der schwere Disziplinbruch, den die Mehrheit der badischen Landtagsfraktion durch die Zustimmung zum Budget begangen hat, wird in der Partei — und nicht nur in Norddeutschland — allgemein scharf verurteilt. Handelt es sich doch um einen bewußten Vorstoß gegen den Nürnberger Beschluß. Daß dem so ist, bestreiten auch die badischen Budgetbewilliger nicht und geben damit zu, daß sie mit voller Überlegung und Absicht einen Vorstoß gegen die organisatorische Einheit und Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie unternommen haben.

Ein derartig disziplinwidriges Vorgehen kann sich keine Organisation, gleichviel ob gewerkschaftlicher oder politischer Art, gefallen lassen, will anders sie sich nicht selbst aufgeben. Eine Kampfpartei wie die unserige muß ihren zahlreichen und mächtigen Gegnern eine geschlossene Phalanx entgegenstellen. Diese Erkenntnis wurzelt so tief im klassenbewußten Proletariat Deutschlands, daß es nicht verwunderlich erscheint, daß das Vorgehen unserer Genossen in der badischen Zweiten Kammer nicht nur in Norddeutschland, sondern auch

in weitesten Parteikreisen Süddeutschlands Empörung ausgelöst und die schärfste Mißbilligung gefunden hat.

Diese wird noch erhöht durch den Umstand, daß auch die sachlichen Gründe, die für den Disziplinbruch ins Feld geführt werden, wenn solche überhaupt beachtenswert erscheinen, so äußerst wenig stichhaltig sind. Die Behauptung, die Genosse Kolb auf S. 26 seiner Rechtfertigungsbroschüre aufstellt, daß eine Beachtung des Nürnberger Beschlusses, also die Ablehnung des Budgets, „den glänzenden Erfolg einer jahrelangen mühevollen parlamentarischen und agitatorischen Arbeit, unseren ganzen politischen Einfluß mit einem Schlage vernichtet hätte", ist doch eine Übertreibung, die unmöglich ernst genommen werden kann; sie ist wohl auch weniger auf reife Politiker als auf Personen berechnet, die nicht in der Lage sind, sich über politische Vorgänge ein selbständiges Urteil zu bilden.

Doch darüber will ich mich nicht weiter auslassen, das ist von anderer, berufenerer Seite aus bereits ausreichend geschehen. Was mir die Feder in die Hand drückt, ist die Frage: Wie kann die Erörterung dieser Budgetfrage mit ihren für die Partei so nachteiligen Begleiterscheinungen für die Zukunft vermieden werden?

Bereits seit über sechzehn Jahren ist diese Frage Gegenstand erregter Erörterungen in der Partei, ohne daß eine Klärung erfolgt wäre.

Auf dem Nürnberger Parteitag erklärte Bebel in seiner Begründung der Vorstandsresolution, die später zum Beschluß erhoben wurde: „... Ich hatte geglaubt, daß, nachdem in Lübeck mit so großer Mehrheit, und zwar unter wesentlicher Zustimmung der süddeutschen Genossen, die damalige Resolution angenommen worden war, ein Weg gefunden worden sei, der es für die Zukunft überflüssig mache, uns noch einmal mit dieser Frage zu beschäftigen. ..."

Er hatte sich schwer getäuscht. Er führte dann weiter aus:

„... Ich kann euch sagen, ich habe an den drei Malen mehr als genug. Noch einmal dieselbe Debatte zu haben, da möchte ich dafür sorgen, daß das ein für allemal unmöglich ist. ..."

Wie wenig der Nürnberger Beschluß das unmöglich gemacht hat, beweist die Tatsache, daß wir jetzt zwei Jahre später bereits wieder vor einer Budgetdebatte auf dem Parteitag stehen, zu der die Ouvertüre in der Parteipresse und in den Versammlungen bereits recht kräftig ertönt, und zwar zum Teil wieder in Tönen, die dem Wohle der Partei nicht gerade dienlich sind. Und das in einer Zeit, in der es dringender denn je not tut, daß die Partei innerlich gefestigt und geschlossen dasteht.

Kein Zweifel, es stehen uns in Magdeburg wieder erregte Auseinandersetzungen bevor, es steht zu befürchten, daß manches Wort wieder ausgesprochen wird, was im Interesse der Werbekraft der Partei besser unausgesprochen bliebe; aller Voraussicht nach wird auch ein Beschluß gefaßt werden, aber dahinter steht sofort die bange Frage: Wird damit die Budgetfrage erledigt, dieser leidige, die Einheit der Partei gefährdende Streit beendet sein?

Ich fürchte: nein.

Mit regem Interesse habe ich alle die Berichte über die Versammlungen der Parteiorganisationen verfolgt, die sich mit der Frage beschäftigt und Anträge an den Parteitag beschlossen haben. Nirgends habe ich einen akzeptablen Vorschlag zur Lösung der Frage zu entdecken vermocht. „Der Partei-

tag in Magdeburg muß Mittel und Wege finden, derartige Vorkommnisse in Zukunft unmöglich zu machen", so enden dem Sinne nach fast alle Resolutionen. Welcher Art diese Mittel und Wege sein sollen, darüber vermißt man jegliche Angabe. Dieses Problem, das in den wochenlangen Polemiken und Erörterungen vor dem Parteitag nicht gelöst werden kann, soll der Parteitag in wenigen Tagen lösen, inmitten hitziger Debatten soll er die nötigen Mittel finden. Wer die Parteitagsverhandlungen über derartige Streitfragen, die Vor- und Zwischenberatungen dazu aus eigener Erfahrung kennt, weiß, wie schwer das ist. Die ruhige, von Stimmungen und Voreingenommenheit unbeeinflußte Überlegung, die dazu nötig ist, ist dann am wenigsten vorhanden. Darum ist es notwendig, daß diese „Mittel und Wege", die alle Resolutionen fordern, vor dem Parteitag gefunden werden.

Gewiß, in einigen wenigen Parteiorten haben die Genossen ja ein Mittel zur Erledigung genannt: den Ausschluß der siebzehn Budgetbewilliger aus der Partei wegen bewußtem Disziplinbruch. Einfach ist das Mittel, doch täuschen sich seine Befürworter wohl über die Wirkung, die seine Anwendung haben würde. Es handelt sich dabei nicht nur darum, siebzehn Genossen aus der Partei auszuschließen, das wäre gar nicht so bedenklich; wir haben schon mehr ausgeschlossen, wenn es galt, die Geschlossenheit der Partei gegen Untergrabung durch disziplinwidrige Seitensprünge einzelner zu schützen. Denn über der Person steht die Partei. Doch im vorliegenden Falle liegt die Sache insofern anders, als der Ausschluß der Siebzehn den Ausschluß der überwiegenden Mehrzahl der badischen Parteigenossen zur Folge haben würde, die, wie der badische Parteitag gezeigt hat, hinter ihren Abgeordneten steht.

Und damit nicht genug. Auch die bayerischen Genossen stehen in ihrer Mehrheit auf dem Standpunkt der Badener, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie auch im Falle des Ausschlusses zu ihnen halten, es also zu einer süddeutschen Sezession in der Partei käme. Natürlich ginge darüber die deutsche Sozialdemokratie nicht zugrunde, sie würde nach wie vor Mitglieder auch in Süddeutschland haben und durch rührige Agitation und Aufklärung auch noch weitere aus dem Lager der Sezessionisten zu sich herüberziehen. Ja, nicht lange, dann würde die Klassensolidarität auch der süddeutschen Arbeiterschaft, ihr proletarisches Zusammengehörigkeitsgefühl es dahin führen, daß die Führer zur Einigung gezwungen würden. Bis dahin können aber heftige Bruderkämpfe das Parteileben vergiftet und die Partei zum Gaudium ihrer Gegner, die bemüht sind, jeden Zwist in unseren Reihen zu schüren, erheblich geschwächt haben.

Das muß vermieden werden; jedenfalls muß alles versucht werden, um es zu vermeiden.

Natürlich muß der Magdeburger Parteitag den Disziplinbruch auf das schärfste mißbilligen. Es kann auch keine Rede davon sein, daß er den Anträgen aus Baden, Bayern und Hessen stattgibt und den Nürnberger Beschluß aufhebt; er wird und muß ihn zweifellos mit großer Mehrheit aufrechterhalten. Aber das dürfen wir uns nicht verhehlen: damit wären wir nicht einen Schritt weiter, als wir nach dem Parteitag in Nürnberg waren. Nach wie vor bliebe der leidige Budgetstreit auf der Tagesordnung.

Sollte es kein Mittel geben, das zu verhüten? Ich glaube wohl. Jedenfalls möchte ich einen Weg vorschlagen, den man unbefangen prüfen und dann einmal versuchen sollte, zu beschreiten.

Worum dreht sich der ganze Streit, welches ist die Differenz zwischen den Freunden der Budgetbewilligung und deren Gegnern über die Budgetfrage?

Die einen erklären sie für eine Frage der Taktik, die anderen für eine Frage des Prinzips.

Der zweite Differenzpunkt ist der: Die Gegner der Budgetbewilligung erklären, diese sei eine Vertrauenskundgebung für die Regierung des kapitalistischen Klassenstaats, eine Anerkennung ihrer Berechtigung; die Anhänger der Budgetbewilligung bestreiten, daß das in allen Fällen zutreffe.

Der dritte und letzte Differenzpunkt liegt darin, daß die Süddeutschen in ihrer Mehrheit in Konsequenz ihres bei den beiden oben dargelegten Punkten eingenommenen sachlichen Standpunktes die Budgetfrage als eine Landesangelegenheit betrachten, über die die Landesparteitage zu entscheiden hätten, während die Mehrheit in der Partei sie für eine grundsätzliche, für die Einheitlichkeit des politischen Kampfes wichtige Frage hält, die innerhalb der deutschen Partei durch Parteitagsbeschluß einheitlich geregelt werden müsse.

Das sind die Hauptdifferenzpunkte in dieser Frage. Die sonstigen Differenzen in der Auffassung über unsere Stellungnahme zu den bürgerlichen Parteien, zur Blockpolitik usw. lasse ich hier absichtlich unerwähnt, um die Fragen nicht unnötigerweise zu komplizieren.

Soll nun über diese Differenzen unter Parteigenossen, die allesamt das Beste der Partei wollen, die alle nach einem gemeinsamen Ziele streben, keine Einigung möglich sein? Fast scheint es so, denn in Jahren ist es nicht gelungen, sie herbeizuführen. Es hat sich leider die Prophezeiung Vollmars auf dem Frankfurter Parteitag: „... Parteigenossen, ich warne Sie davor, einen haltlosen Beschluß zu fassen, der nur die Quelle fortwirkender Zwietracht würde ...“ bewahrheitet.

Und doch muß versucht werden, in dieser Frage eine Regelung herbeizuführen, denn die Partei darf nicht länger ein Bild der Zerrissenheit in wichtigen politischen Fragen darbieten, sie darf nicht, soll anders sie nicht nachhaltigen Schaden leiden, weiter derartigen Budgetdebatten ausgesetzt werden, wie sie jetzt bereits wieder zur Freude unserer Gegner in der Parteipresse, in Versammlungen und nicht zuletzt auf den süddeutschen Landesparteitagen gepflogen worden sind und wie sie uns für Magdeburg noch bevorstehen.

Daß in Magdeburg diese Regelung ermöglicht werden wird, wage ich nicht zu hoffen, dazu sind die Gemüter bereits zu stark erregt worden. Wenn man erst anfängt, unter Parteigenossen von „norddeutschen Krakeelern“ zu reden, die von süddeutschen Verhältnissen nichts verständen, aber „in alles dreinreden und kommandieren“ wollten, von „Ausländern, die den badischen Genossen Vorschriften machen wollten“, dann hört eine ruhige, sachliche Erörterung auf, dann geht ein heftiges Aneinandervorbeireden los, dann wird nach rhetorischen und journalistischen Erfolgen gehascht, dann wird nicht mehr immer an den Verstand, sondern eher an das Gefühl appelliert, und zum Schlusse kommt dann ein Beschluß zustande, der nicht unerheblich von Stimmungen und Vorurteilen beeinflußt ist und durch den sich der unterlegene Teil vergewaltigt glaubt.

Um das in Magdeburg zu vermeiden, möchte ich folgende Resolution, die in der Versammlung in Königsberg, die sich mit der Budgetfrage beschäftigte, leider nicht angenommen wurde, hier den Parteigenossen unterbreiten. Sie lautet:

„Die Zustimmung eines Teiles der sozialdemokratischen Fraktion des badischen Landtags zum Budget verstößt gegen den Beschluß des Nürnberger Parteitags zur Budgetfrage und stellt sich als ein die organisatorische Einheit und Geschlossenheit der Partei untergrabender schwerer Disziplinbruch dar, der auf das schärfste zu mißbilligen ist.

„Um gleichen Vorkommnissen mit ihren für die Partei so nachteiligen Begleiterscheinungen tunlichst vorzubeugen, wird eine Kommission eingesetzt, die auf Grund des von den Genossen der einzelnen Bundesstaaten zu liefernden und in der ‚Neuen Zeit' zu veröffentlichenden Materials die Budgetfrage eingehend studiert und dem nächsten Parteitag eine Vorlage zur endgültigen Regelung unterbreitet, und zwar so frühzeitig, daß sie vorher in Versammlungen und in der Presse noch eingehend erörtert werden kann.

„Die Teilnahme der Genossen im badischen Landtag an höfischen Veranstaltungen und Ehrungen ist entschieden zu verurteilen, denn sie involviert eine Anerkennung der Berechtigung der Monarchie und steht somit im schroffen Widerspruch zu den demokratischen Grundsätzen unseres Parteiprogramms."

Ich glaube, daß Absatz 2 dieser Resolution einen gangbaren Weg zeigt, die Budgetdebatte in ein ruhigeres, sachlicheres Fahrwasser zu leiten und einen Beschluß vorzubereiten, der mit weniger Schein von Recht angefochten werden kann als die bisherigen. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn es der Partei nicht gelingen sollte, diese Frage, die sich nun fast zu einer Lebensfrage für die Partei ausgewachsen hat, zu lösen. Sie kann, meine ich, aber nur gelöst werden, wenn sachkundige und erfahrene Genossen sich zusammensetzen und, losgelöst von konkreten Vorkommnissen, wie die neuerliche badische Budgetbewilligung und unbeeinflußt durch die dadurch hervorgerufene Stimmung, in völliger Kenntnis allen Materials sie ruhig und sachlich erörtern. In einem Jahre muß es dann doch möglich sein, über die drei Fragen: 1. Ist die Budgetfrage eine Frage der Taktik oder des Prinzips? 2. Ist die Zustimmung zum Budget ein Vertrauensvotum für die Regierung oder braucht sie das nicht in allen Fällen sein? und 3. Ist es praktisch, ihre Regelung den Landesparteitagen zu überlassen oder muß eine Bindung auf dem deutschen Parteitag erfolgen? zu einer Verständigung zu kommen und einen Beschluß herbeizuführen, dem die Süddeutschen, wollen sie nicht den Vorwurf der frivolen Parteizersplitterung auf sich laden, nicht mehr ein „wir fügen uns nicht" entgegensetzen können. Zudem wird es inzwischen auch gelingen, die jetzt, nach den Debatten auf dem badischen Parteitag zu schließen, einseitig orientierten badischen Genossen über die wahre Bedeutung der Budgetfrage aufzuklären und so den Boden für eine verständnisvolle Beurteilung des Ergebnisses der Kommissionsarbeit und des sonach zu fassenden Parteitagsbeschlusses vorzubereiten. Die Veröffentlichung des Materials halte ich deshalb für notwendig, damit jede einseitige Darstellung durch die Öffentlichkeit korrigiert werden kann. Sie darf natürlich nicht den Charakter einer Polemik haben, sondern hat sich lediglich auf die Darlegung von Tatsachen zu beschränken.

Man könnte nun meinem Vorschlag noch entgegenhalten, daß er bis zu einem gewissen Grade den badischen Disziplinbruch insofern rechtfertige, als er anerkenne, daß der erst begangen werden mußte, um diese Kommissionsberatung herbeizuführen. Ich verhehle nicht, daß dieses Argument einiger Berechtigung nicht entbehrt. Man darf sich aber dadurch nicht in der Stellungnahme zu meinem Vorschlag beeinflussen lassen. Wie ich über den Disziplinbruch der Badener denke, bringt der erste Absatz meiner Resolution klar zum Ausdruck,

und ich kann dem nur noch hinzusetzen, daß ich das disziplinwidrige Verhalten unserer badischen Genossen auch nicht in einem milderen Lichte sehen würde, wenn die einzusetzende Kommission dahin gelangte, dem Parteitag eine Änderung des Nürnberger Beschlusses zu empfehlen.

Aber lassen wir uns doch nicht gar zu sehr von Eindrücken und Stimmungen leiten. Betrachten wir ruhig die Tatsachen — und nur diese, beurteilen wir sie ruhig und sachlich und fassen dann unsere Entschlüsse. Tatsache ist doch nun einmal, daß seit 16 Jahren in der Budgetfrage die Differenzen bestehen, daß die süddeutschen Parlamentarier der Partei behaupten — und sie tun das doch sicher nach bester Überzeugung —, den Nürnberger Beschluß nicht befolgen zu können, und daß der sich daraus ergebende leidige Streit die Einheit und Geschlossenheit der Partei auf das schwerste gefährdet. Sollte man da nicht, ohne Rücksicht darauf, welchen Eindruck es auf den einen oder den anderen Teil macht, den Weg einschlagen, der doch immerhin einige Aussicht bietet, aus der unhaltbaren Situation herauszukommen? Gewiß, es mag noch bessere Wege zu dem Ziele geben; nur ist bisher keiner bekannt geworden. Wir müssen aber in Magdeburg zu einem Beschluß kommen, der das feste Gefüge unserer Parteiorganisation, die wir in Leipzig neu gefestigt haben, ungelockert läßt und Budgetdebatten, wie wir sie jetzt wieder haben, tunlichst vorbeugt. Dazu dürfte mein Vorschlag wohl der ernstlichen Erwägung wert sein.

Nochmals: Die Konsumvereine und die Einheit der Arbeiterbewegung.

Von **Ernst Lenz.**

Herr Professor Staudinger hat in Nr. 45 der „Neuen Zeit" gegen meinen Aufsatz über die Neutralität der Konsumvereine Einwendungen erhoben, die nicht ohne Widerspruch bleiben können. Ich darf allerdings kaum hoffen, so schätzenswert es wäre, wenn es gelänge, Herrn Professor Staudinger von der Richtigkeit meiner Meinung zu überzeugen — dazu ist unser beiderseitiger Ausgangspunkt zu verschieden. Ich beurteile die Neutralität der Genossenschaftsbewegung einzig unter dem für den marxistischen Sozialisten selbstverständlichen Gesichtspunkt ihres Nutzens oder Schadens für die Arbeiterklasse. Ich frage: Ist die Neutralität der Genossenschaftsbewegung geeignet, die Macht der Arbeiterklasse — wohlgemerkt, Herr Professor, der Arbeiterklasse und nicht der Partei! — dauernd zu erhöhen oder nicht? Professor Staudinger dagegen fragt bei der Beurteilung der Neutralität allein nach ihrem Nutzen oder Schaden für die Genossenschaften. Nicht Förderung der Macht des Proletariats, sondern Förderung des Genossenschaftswesens ist sein höchstes Gesetz. Und diesen Standpunkt kann ich nun einmal nicht anders als den relativ beschränkten Standpunkt eines „Nurgenossenschafters" nennen. Ein „Nurgenossenschafter" nach Staudingers Begriff, das ist ein Mensch, der im Ernste meint, man dürfe sich nur auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens betätigen, existiert unter Gesunden doch hoffentlich überhaupt nicht.

Um eine ersprießliche Diskussion führen zu können, muß man auf einer gemeinsamen Basis stehen. Diese aber im vorliegenden Falle erst zu schaffen, uns über unsere Ausgangspunkte zu einigen, würde ins Uferlose führen. Nur darum handelt es sich hier, nachzuweisen, wie unstichhaltig Staudingers Argu-

mente für jeden, der auf dem Standpunkt der Arbeiterklasse steht, also für jeden Sozialdemokraten sind.

Dabei ist zunächst eines mit allem Nachdruck klarzustellen. Immer und immer wieder begegnet man der von Toren oder Demagogen aufgebrachten Unterstellung, als denke man heute — nicht etwa in Belgien, sondern in Deutschland! — ernsthaft daran, die Konsumgenossenschaften der sozialdemokratischen Partei dienstbar zu machen und unterzuordnen. Auch Professor Staudinger spricht diese Behauptung — wie wir nicht zweifeln, in gutem Glauben — nach. Er schreibt: „Vielleicht hat jemand triftige Gründe zu der Überzeugung, ... daß ... eine politische Produzentenpartei ... jedenfalls nicht der Hut sein kann, welcher sich über die Konsumentenbestrebungen stülpen kann." „Dagegen darf ich ganz ruhig sagen, daß der Konsumgenossenschaftsbewegung schon mit dem Versuch einer Parteimonopolisierung der schwerste Schaden zugefügt werden dürfte." „... Falls die Genossenschaft parteipolitisch monopolisiert würde." „Tendenz der Parteimonopolisierung." „Könnte die Partei nicht ... alles vermeiden, was nach Monopolisierung der Genossenschaft durch die Partei auch nur riechen möchte?"

Derartige Äußerungen ließen sich auch von anderen Vertretern der Neutralität scheffelweise beibringen. Es gibt Genossenschafter, die so tun, als beständen heute wirklich ernsthafte Tendenzen, die Konsumvereine der Partei anzugliedern, ja unterzuordnen, als stünde die Gefahr, daß die Konsumvereine ihre Selbständigkeit verlieren, schon vor der Tür. Nun ist es ja möglich, daß in dem vielhundertstimmigen Chor der Parteiöffentlichkeit sich einmal der oder jener in solchem Sinne geäußert hat. Aber ist es zulässig, sich nun so zu stellen, als ob man es mit verbreiteten und einflußreichen Bestrebungen zu tun hätte und als ob den Genossenschaften schon die größten Gefahren drohten? Kein Mensch kann im Ernste glauben, die Partei oder auch nur ein beachtenswerter Teil von ihr wäre so töricht und — gesetzesunkundig, um in Preußen-Deutschland die Konsumvereine der sozialdemokratischen Partei angliedern zu wollen. Es ist klar, gewisse Genossenschaftsbureaukraten malen Gespenster an die Wand; sie wollen den Konsumgenossenschaftern vor Gefahren, die nicht bestehen, bange machen, um die Bestrebungen gegen die Neutralität zu diskreditieren. Aber wer zu solchen Mitteln greifen muß, stellt sich damit nur selbst ein Armutszeugnis aus.

Es muß betont werden: Die gegen die Neutralität der Konsumgenossenschaften gerichteten Bestrebungen bezwecken nicht das „Interesse der Partei", sondern das Interesse des **Proletariats**. Beide sind ja nicht identisch. Das Interesse des Proletariats ist viel weiter, es ist nicht erschöpft mit den Interessen der politischen Arbeiterpartei; das Proletariat hat auch gewerkschaftliche und viele andere Interessen. Die politische Partei ist wie die Gewerkschaftsbewegung ein Werkzeug der Arbeiterklasse; und nicht darum handelt es sich, nun die Genossenschaften zum Werkzeug dieses Werkzeugs zu machen, sondern zum Werkzeug des Proletariats. Sind denn die Gewerkschaften, weil sie der Arbeiterschaft dienen, darum dem Diktat der Partei unterworfen? Stehen nicht vielmehr Gewerkschaften und Partei gleichberechtigt nebeneinander da? Ist eines dem anderen untertan, wenn sie in gegenseitigem Einvernehmen handeln? Welche Unaufrichtigkeit oder Gedankenlosigkeit, die Bestrebungen gegen die Neutralität als gleichbedeutend hinzustellen mit der Absicht, die Genossenschaften in Abhängigkeit von der Partei zu bringen! Wie oft wird man

es noch wiederholen müssen: Die Gegnerschaft gegen die Neutralität will nichts anderes, als daß sich die Konsumgenossenschaften, von denen Professor Staudinger zugeben muß, daß sie zum größten Teile aus Arbeitern bestehen, bewußt in den Dienst der Arbeitersache stellen, daß sie, die Klassenorganisationen sind, sich mit den anderen Organisationen des Proletariats als gleichberechtigter Faktor Unterstützung gebend und nehmend verbünden und so die Kraft der Arbeiterklasse mehren, daß sie mit Partei und Gewerkschaften, wo es nötig und nützlich ist, Hand in Hand vorgehen, kurz, den Emanzipationskampf der Arbeiterschaft, wo sie nur können, unterstützen. In wie vielfacher Weise sie das können, ohne ihren eigentlichen Zwecken entfremdet zu werden, braucht nicht erst ausgeführt zu werden, ebensowenig aber auch, daß die Konsumvereine dies nicht tun, solange sie von Bürgerlichen geleitet sind, womit übrigens ihr sonstiger Nutzen für die Arbeiter nicht geleugnet werden soll.

So denken wir uns die „Verbindung von Partei und Genossenschaften", nicht aber in der Weise, daß die Genossenschaften der Partei ihr Geld geben, mit ihr eine organisatorische Verbindung eingehen, daß in den Generalversammlungen sozialdemokratische Agitationsreden gehalten werden oder daß die deutschen Konsumvereine künftig statt vom Vorstand des Zentralverbandes vom Parteivorstand geleitet werden sollen.

Nun sagt aber Professor Staudinger: Wenn auch neun Zehntel der Mitglieder sozialdemokratische Arbeiter sind, folgt denn daraus, daß diese Maßregeln treffen sollen, die das übrige Zehntel aus den Vereinen hinaustreiben müssen? „Welcher noch so blindwütige Konservative würde es sich wohl einfallen lassen, aus einem landwirtschaftlichen Verein, in dem neun Zehntel Konservative und ein Zehntel Andersdenkende säßen, dieses eine Zehntel durch Parteimonopolisierung heraustreiben zu wollen?" Aber, aber, Herr Professor! Kennen Sie die Konservativen so schlecht, daß Sie im Ernst glauben, es könnte eine wirtschaftliche Organisation von nur einiger Bedeutung geben, deren Leitung die konservative Neunzehntelmehrheit dem restlichen Zehntel, sagen wir Nationalliberaler, überließe? Daß sich neun Zehntel Nationalliberale von einem Zehntel Konservativer regieren ließe, das wäre hingegen leicht möglich; aber Sie werden doch wohl selbst nicht nationalliberale Rückgratlosigkeit als nachahmenswertes Muster für klassenbewußte Arbeiter hinstellen wollen! Nein, was energische Interessenvertretung anlangt, wollen wir uns doch lieber die Konservativen als die Nationalliberalen zum Vorbild nehmen! Und wenn es die Konservativen sicherlich treffen werden, den besagten Verein zu leiten, wie es ihnen beliebt, ohne darum das restliche Zehntel hinauszutreiben, warum sollten sozialdemokratische Arbeiter in den Konsumvereinen das nicht auch treffen? Die Sache ist gewiß nicht so schwer. Glauben wir doch nicht, daß die kleine nicht aus Arbeitern bestehende Minderheit in den Genossenschaften lauter entschiedene wirtschaftliche und politische Gegner der Arbeiterschaft sind! Es ist gar kein Zweifel, daß sie viele Elemente ohne bestimmte Klasseninteressen, sowie viele mit uns politisch sympathisierende Elemente umfaßt; auch genug Indifferente mögen darunter sein, die gar keine Abneigung gegen Sozialdemokraten haben.

Aber selbst angenommen, nicht zugegeben, eine nähere Verbindung mit der Partei würde einen nennenswerten Abfall von bürgerlichen Genossenschaftern zur Folge haben, so würde dieser Verlust zehnmal aufgewogen werden durch den Gewinn aus Arbeiterkreisen. Professor Staudinger möge sich nur einmal in einem Lande mit nicht neutralen Arbeitergenossenschaften, in Österreich, er-

kundigen, welche Förderung die Konsumvereine durch die Freundschaft der Partei erfahren haben (eine Freundschaft, die naturgemäß nicht unerwidert geblieben ist). Das Wort der Sozialdemokratie ist eben von großem moralischen Gewicht in den Kreisen der Arbeiterschaft.[1] Professor Staudinger fragt, warum soll die Partei „die ohnehin heute so beschränkte Werbekraft der Konsumvereine in nichtproletarischen Kreisen völlig lahmlegen". Das Zugeständnis nehmen wir gern zur Kenntnis. Übrigens, wie kommt es denn, daß die Werbekraft bei den Bürgerlichen beschränkt ist? „Wir sind doch alle Konsumenten", nicht? Die Antwort auf Staudingers Frage jedoch ist sehr leicht. Tatsache ist, daß die Werbekraft der Konsumvereine unter den Bürgerlichen minimal ist; unzweifelhaft ist, daß die Freundschaft der Partei einen Strom von sozialdemokratischen Arbeitern in die Vereine leiten kann. Diesen Freundschaftsdienst ließen sich die Nurgenossenschafter auch gerne gefallen, nur dürfte ein Masseneintritt von Arbeitern in der Leitung der Konsumgenossenschaften keine Spuren hinterlassen. Da es aber nicht mehr ist als eine bloße Denkmöglichkeit, daß klassenbewußte Arbeiter auf einen Machtposten, den sie in Besitz nehmen können, einfach verzichten und die Leitung ihrer Organisationen in fremden Händen[2] lassen, und da es auch darüber keine Täuschung gibt, daß eine Aufforderung der Partei zum Eintritt in die Genossenschaften für deren zukünftige Verwaltung Folgen haben muß, gibt es nur die Alternative: Entweder gewinnen die Konsumvereine ein paar Bürgerliche mehr und verzichten auf sehr viele Arbeiter, oder sie nehmen einen starken Aufschwung durch Zustrom von Arbeitern, verlieren aber ein Handvoll Bürgerlicher. Die Wahl kann nicht schwer fallen. Ist es im Interesse der Genossenschaft nicht selbstverständlich, daß sie mit Freuden den Weg einschlägt, der sie mühelos zu erhöhter Stärke führt, und daß sie mit Jubel eine innigere Verbindung mit der Partei der Arbeiter begrüßt? Es ist ein Gebot der Ökonomie, die auch in der Agitation herrschen soll, und ein Gebot vernünftiger Politik, Anhänger nicht just in den Kreisen werben zu wollen, die nur mit großer Mühe zu gewinnen sind. Es ist doch natürlich, daß sich eine Bewegung in der Linie des geringsten Widerstandes fortpflanzt. Aber merkwürdig, gerade diese Bürgerlichen, die der Genossenschaftsbewegung so kühl gegenüberstehen, scheinen den Genossenschaftsbureaukraten ein so kostbares, unbedingt zu erhaltendes Besitztum zu sein, daß man zarteste Rücksicht auf sie nehmen zu müssen und ihren politischen Vorurteilen Rechnung tragen zu müssen glaubt. Vor die Wahl gestellt, 10 Bürgerliche und 90 Arbeiter zu gewinnen oder 5 Bürgerliche zu verlieren, dafür aber 150 klassenbewußte Arbeiter zu gewinnen — wollten Sie sich wirklich für das erstere entscheiden, Herr Professor?

Aber mag die Wertschätzung der Genossenschaftsbureaukraten für die bürgerlichen Genossenschafter noch so groß sein, es ist eine erstaunliche Zumutung, die man an die proletarischen Genossenschafter zu stellen wagt. Die über-

[1] Die Mehrheit der Genossenschafter weiß das auch und schätzt es. Soeben hat der Internationale Genossenschaftskongreß in Hamburg mit überwiegender Majorität eine Resolution angenommen, in der er den Aufruf des Internationalen Sozialistenkongresses zum Eintritt in die Konsumvereine begrüßt und erklärt, daß er davon eine wesentliche Stärkung der Genossenschaftsbewegung erwartet.

[2] Staudinger meint: „Droht wirklich von dem einen Zehntel die Gefahr, daß die Konsumvereine ‚in fremde Hände' geraten?" Gefahr? Geraten? Ja, ist denn die deutsche Genossenschaftsbewegung nicht schon zum größten Teile in solchen fremden Händen?

wiegende Mehrheit soll sich bescheiden an die Wand drücken, soll ihre Angelegenheiten von der kleinen Minderheit besorgen lassen, dieser ihre Mittel, ihre wirtschaftlichen Unternehmungen, ihre wirtschaftliche Macht anvertrauen, sie soll darauf verzichten, die Genossenschaftsbewegung in ihrem Geiste zu leiten, kurz, sie soll völlig abdanken — warum? Damit das bürgerliche Häuflein die Gnade habe, in den Genossenschaften zu bleiben. Wie wäre es, wenn man die Bescheidenheit, die man den neun Zehnteln predigt, lieber dem einen Zehntel predigen möchte?

Wir bezweifeln sehr, daß die Hochschätzung der Arbeiter für die bürgerlichen Elemente groß genug ist, um es auf die Dauer mit dem jetzigen Zustand bewenden zu lassen. Geht doch der Genossenschaftsbureaukratismus so weit, daß man nicht nur parteipolitische Neutralität, sondern sogar — englischer als die Engländer — politische Totalabstinenz beobachten will! Noch kann freilich Herr Professor Staudinger darauf hinweisen, daß selbst manche Sozialdemokraten die politische Neutralität der Genossenschaften verfechten. Kein Wunder! Historisch Gewordenes hat eben sein Gewicht und kann nicht ohne Schwierigkeit geändert werden. Wir übersehen auch keineswegs die Schwierigkeit, den Karren, der nun einmal auf dem falschen Geleise ist, wieder auf das richtige zu schieben. Dies wird noch einige Zeit dauern, zumal ja der Verzicht auf die Neutralität nur durch die Genossenschaften selbst vollzogen werden kann. Und insofern ist die ganze Frage der Neutralität für die Praxis eine Frage von übermorgen. Aber da nun einmal die Stellung der Partei zur Genossenschaftsbewegung auf der Tagesordnung steht, ist es nicht nutzlos, darauf hinzuweisen, welch fruchtbare Wirkungen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse ein genossenschaftsfreundlicher Beschluß der Partei in absehbarer Zukunft herbeiführen kann, von welch weittragender Bedeutung er also ist. Auf ihn kommt es gegenwärtig allein an. Um die Neutralität der Genossenschaften zu überwinden, muß vorerst die Neutralität der Partei überwunden werden. Der Internationale Sozialistenkongreß hat in der Genossenschaftsfrage einen denkwürdigen Beschluß gefaßt und erklärt, daß es im Interesse der Arbeiterklasse erforderlich ist, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen unbeschadet ihrer Selbständigkeit immer inniger werden, er hat alle Parteigenossen und Gewerkschaften dringend aufgefordert, tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden und in den Konsumvereinen im sozialistischen Geiste zu wirken. Die Hoffnung ist wohl nicht ganz unberechtigt, daß der in Kopenhagen angeschlagene Ton in Magdeburg weiterklingen wird. Ein Eroberungszug mit Pauken und Trompeten ist ausgeschlossen; dagegen kann durch die Parole: „Hinein in die Konsumvereine!“ der Keim künftiger reicher Saaten gelegt werden. Das Weitere wird sich schon finden. Die deutschen Arbeiter werden es schon verstehen, den Konservativismus der Genossenschaftsbureaukraten „von innen heraus“ „auszuhöhlen“, klug und vorsichtig die Konsumvereine mit ihrem Geiste zu erfüllen und ihren Klasseninteressen dienstbar zu machen. Sie werden es schon verstehen, ohne Konflikte zu provozieren, die richtigen Leute auszuwählen, und ohne sich in den Schlingen des Gesetzes zu fangen, ein brüderliches Verhältnis zu Partei und Gewerkschaften herzustellen und, wo es angezeigt erscheint, im Einverständnis mit diesen vorzugehen. Das erfordert unseres Erachtens ebensowohl das Interesse des Proletariats wie das richtig verstandene Interesse der Genossenschaften.

Zur Frage der Landagitation.

Von **Karl Marchionini** (Königsberg).

In Nr. 31 der „Neuen Zeit" ermahnt Genosse Dr. Wilhelm Grumach die Partei, aufs Land hinauszugehen und dort eine planmäßige Agitation zu betreiben, insbesondere Kleinarbeit zu verrichten. Der Genosse verkennt nicht, daß es bei der bekannten Zerstreuung der zu bearbeitenden Bevölkerung außerordentlich schwer ist, Erfolge zu erringen. Er weist auch sehr richtig auf die große Macht der Staatsgewalten hin, die bekanntlich in Ostelbien unumschränkt herrschen und sich über Recht und Gesetz hinwegsetzen, wenn es gilt, der Sozialdemokratie in den Weg zu treten.

Mit welchen Schwierigkeiten wir in Ostelbien zu rechnen haben, beweist allein unser Kampf um Einführung des Reichsvereinsgesetzes in die ländlichen Gefilde. Unsere Behörden tun so, als ob der Reichstag dieses Gesetz für Ostelbien gar nicht geschaffen hat. Nach wie vor werden Versammlungen unter den nichtigsten Einwänden verboten. Und hat ein Amtsvorsteher ein Verbot in der unsinnigsten Weise begründet, so wird es vom Landrat und Regierungspräsidenten nicht etwa aufgehoben, sondern *bestätigt*! Wie man uns das Versammlungsrecht streitig macht, darüber nur ein Beispiel: Auf dem Kleeacker eines Landwirtes in Ostpreußen sollte eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Der Amtsvorsteher genehmigte aber das Abhalten der Versammlung nicht, Landrat und Regierungspräsident schlugen in seine Kerbe; erst das Oberverwaltungsgericht erkannte an, daß das Verbot ungesetzlich sei. Als man nun wieder auf demselben Acker eine Versammlung abhalten wollte, verbot sie der Amtsvorsteher abermals ohne Angabe von Gründen. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes existierte eben für den ostelbischen Amtsvorsteher nicht. Und Landrat sowie Regierungspräsident dachten wiederum nicht daran, den Amtsvorsteher anzuweisen, die Versammlung zu genehmigen, so daß das Oberverwaltungsgericht in dieser Sache zum zweiten Male angerufen werden mußte.

Nun will Genosse Dr. Grumach das Interesse der großstädtischen Genossen für die Landagitation wecken. Er wünscht, daß die Parteipresse mehr Artikel über Landarbeiterfragen bringen soll. Es soll weiter auf Grund eines Agitationsfeldzugsplans Kleinarbeit verrichtet werden, sie soll die Hauptsache sein. Darin wird jeder mit Dr. Grumach übereinstimmen. Aber wie soll auf dem Lande Kleinarbeit verrichtet werden?

Unsere Gegner arbeiten im Osten nach wie vor sehr rührig. Alle Ordnungsstützen sind eifrig dabei, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Die Regierung zu Königsberg hat sogar einen Spielinstrukteur angestellt, der auch unter der *Landarbeiterjugend* das Spiel pflegen soll. Nicht nur mit Gesang und Gebet, sondern auch mit Wohlfahrtspflege und Sport will man die Landarbeiter ködern.

Daß mittels Kleinarbeit auf dem Lande etwas zustande gebracht werden kann, hat der „Bund der Landwirte" bewiesen. Seine Stärke beruht auf den Hunderttausenden Mitgliedern aus dem kleinen und mittleren Bauernstand. Und daher versucht auch der neugegründete Bauernbund die Bauern aus dem Bunde der Landwirte zu ziehen. Die Bauern sind durch mühselige Kleinarbeit für den Bund der Landwirte gewonnen worden. Dessen Wanderredner reisten von Gehöft zu Gehöft, von Dorf zu Dorf. In den Krugstuben wurde den Bauern das Evangelium des Bundes der Landwirte so lange verkündet, bis sie es glaubten. Und die Großgrundbesitzer, die Amtsvorsteher und Landräte unterstützten diese Agitation.

Nun können wir nicht diesen Weg wandeln, selbst wenn wir die Mittel dazu hätten. Uns empfangen die Amtsvorsteher und Großgrundbesitzer nicht mit offenen Armen auf dem Lande; und uns stehen nicht die Krugstuben zu Versammlungszwecken zur Verfügung. Wir haben auch nicht das Geld dazu, von den Großstädten aus eine gründliche und andauernde Hausagitation auf dem Lande zu entfalten, die sehr wohl Erfolg bringen würde. Aber trotzdem sind wir verpflichtet, Klein=

arbeit auf dem Lande zu verrichten. Aber wie? Die meisten unserer Schriften, die aufs Land gehen, versteht der Landarbeiter nicht. Daher ist es das beste, daß man zu ihm mündlich — möglichst in seiner Sprache — redet. Und das kann die großstädtische Bevölkerung nicht recht. Man muß sich da an andere Kreise wenden, und zwar an die Arbeiterschaft in den kleinen und mittleren Städten. Aus ihr müssen wir die Agitatoren fürs Land gewinnen.

Die Erfahrung in Ostpreußen hat gelehrt, daß in der Nähe der Städte, in denen wir gute politische Organisationen, aufgeklärte und opferfreudige Genossen haben, auch die Bewegung auf dem Lande Fortschritte macht. Die städtischen Genossen gehen an den Sonntagen aufs Land, verteilen Kalender, Flugblätter, treiben mündliche Agitation und versuchen die Landarbeiter zu Mitgliedern der politischen Organisation zu machen. In größeren Orten bildet sich mit der Zeit ein Stamm von Genossen, der das Einkassieren der Beiträge besorgt und selbst weiter in die indifferenten Kreise dringt. Nach dieser Richtung haben wir andauernd zu arbeiten. Das ist der einzige Weg, auf dem wir vorwärts kommen können. Dabei muß beachtet werden, daß die Agitation recht geräuschlos und unauffällig vor sich geht. Es ist völlig verfehlt, sofort mit den „Erfolgen" in der Öffentlichkeit zu prunken und zu erzählen, daß man in diesen oder jenen Ort eingedrungen ist, daß man in diesem oder jenem Dorfe einige Mitglieder gewonnen hat. Denn verraten wir, wie das leider noch oft zu unserem größten Schaden geschieht, unseren Gegnern, in welchen Ortschaften wir Verbindungen angeknüpft haben, so gehen sie sofort hin und zertrümmern mit roher Faust das mühsam Aufgebaute. Hat die Organisation aber erst Wurzeln gefaßt, so trotzt sie eher dem Ansturm.

Aber nicht nur an den Sonntagen, sondern ständig kann Kleinarbeit verrichtet werden, denn ein großer Teil der kleinstädtischen Bevölkerung steht mit den Landarbeitern in dauernder Verbindung. Die ländlichen Arbeiter und ihre Frauen kommen sehr oft nach der Stadt; sie haben hier Verwandte und Bekannte, die sie aufsuchen; sie machen in den Städten Einkäufe. Andererseits gehen viele städtische Handwerker und Arbeiter fast ununterbrochen aufs Land, um hier Arbeiten zu verrichten. Das gilt besonders von den Bauhandwerkern. Sind diese politisch aufgeklärt, wissen sie, daß es gilt, den Landarbeiter für den Sozialismus zu gewinnen, so werden sie auch Mittel und Wege finden, nach dieser Richtung auf dem Lande zu arbeiten. Gelegenheit findet sich dazu schon.

Man schaffe vor allem Stützpunkte in den Städten. Hier gilt es einzusetzen und für politische Aufklärung, für gute und schlagfertige Organisationen zu sorgen. Mit der politischen Schulung der städtischen Arbeiterschaft sieht es in Ostelbien noch recht traurig aus. Vor allem fehlt eine Presse. Die Tageszeitung, die von den Genossen in der Großstadt herausgegeben wird, ist vielen kleinstädtischen Arbeitern zu teuer. Die Landarbeiterzeitung, die nur jeden Monat oder höchstens alle vierzehn Tage einmal erscheint, bietet ihm wieder zu wenig. Auch ist sie meist gar nicht auf seine Verhältnisse zugeschnitten. Es fehlt also dringend ein sozialdemokratisches Wochenblatt, das der kleinstädtische Arbeiter am Sonnabend oder Sonntag für 5 Pfennig kaufen kann und das in gedrängter Kürze die politischen Ereignisse in unserem Sinne bespricht und die Ziele der Sozialdemokratie behandelt. Natürlich muß es auch von den provinziellen Vorgängen gebührend Notiz nehmen. Die westpreußischen Genossen gedenken ja auch in nächster Zeit ein derartiges Blatt herauszugeben. In Ostpreußen fehlt es, obwohl es städtische Genossen dringend gefordert haben. Dabei stehen die Wahlen vor der Tür. Der Arbeiter liest fast nur die kleine bürgerliche, meist konservative Provinzpresse, die ihm sehr billig geliefert wird. Hier findet er Tag für Tag Verleumdungen der Sozialdemokratie. Die Wahrheit erfährt er fast nie. Man wundere sich also nicht, wenn es in Ostelbien nicht vorwärts geht. Die Gegner haben längst erkannt, welch großen Nutzen sie von der Presse haben, die ihnen dient.

Nun muß auch den Gewerkschaften an der politischen Aufklärung der kleinstädtischen Bevölkerung viel gelegen sein. Die Gewerkschaften haben fast in jeder Stadt Mitglieder, und die Redakteure der Gewerkschaftspresse sollten ständig daran denken, daß ihre Blätter viel weiter vordringen als die politische Arbeiterpresse. Daher sollten sie die politischen Ereignisse in ihren Zeitungen würdigen und hauptsächlich auf die Bedeutung der Sozialdemokratie, auf das Wirken der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Arbeiterschaft hinweisen. Eine Reihe Gewerkschaftsblätter versäumt das auch nicht, andere freilich bringen fast nur Artikel und Notizen, die sich mit ihrem Beruf, mit der Technik, Naturwissenschaft, Geschichte und anderen Dingen befassen. Daß all diese Aufsätze nützlich sind, darüber besteht kein Zweifel, nur soll man dabei nicht ganz die Politik und die Bestrebungen der Sozialdemokratie für die Arbeiterklasse vergessen, sonst bekommt in rückständigen Gegenden mancher Gewerkschafter nur das über die Sozialdemokratie zu lesen, was ihm die Kreisblattpresse vorsetzt.

In größeren Orten, wo schon einige hundert Partei- und Gewerkschaftsmitglieder vorhanden sind, müßten von Zeit zu Zeit Bildungskurse veranstaltet werden. Können dazu Partei und Gewerkschaften am Orte die Mittel nicht aufbringen, so müßten die Zentralen helfend einspringen. Das angelegte Geld würde reichliche Zinsen tragen. Größere Gewerkschaften in den kleinen und mittleren Städten müßten allein Bildungsvorträge veranstalten. In den Großstädten wird darauf Wert gelegt, in den kleineren Orten wird dagegen nach dieser Richtung schwer gesündigt. Da begnügt man sich meist mit den Vorträgen, die alle zwei bis drei Monate der Gauleiter hält; im übrigen werden in den Versammlungen die Vereinsgeschäfte erledigt.

Ein weiteres sehr wichtiges Mittel, die Arbeiter in den kleineren Städten politisch zu schulen, ist die Beschäftigung mit der Kommunalpolitik. Wenn man nicht an den Wahlen teilnehmen kann — wo das irgend möglich ist, sollte man es tun —, sollte man wenigstens das Petitionsrecht gehörig in Anspruch nehmen. Es ist ja heute leider noch so, daß in den kleineren Städten des Ostens dem kommunalen Leben herzlich wenig Beachtung entgegengebracht wird. Der Arbeiter weiß vielfach nicht einmal, daß auch er das Recht hat, in der Kommune ein Wort mitzureden. Daher steckt auch die soziale Fürsorge in den meisten östlichen Gemeinden noch in den Kinderschuhen. Und deshalb kann man hier eine wirksame Tätigkeit entfalten. Werden von den Arbeitern Eingaben, Petitionen an die Stadtverwaltung gerichtet, so müssen sich die Stadtväter damit beschäftigen; sie müssen dazu Stellung nehmen und eine Antwort erteilen. Die Lokalpresse kann die Angelegenheit auch nicht totschweigen, sondern muß ihr einige Worte widmen. Die Spießbürger, die Arbeiter sprechen von der Petition. Auf diese Weise wird bei den Arbeitern das Interesse für die Kommunalpolitik geweckt. In den Großstädten hat man ja doch auch so angefangen. In den Orten, in denen die Arbeiter nicht recht wissen, wie sie es anfangen sollen, müssen die Parteisekretäre helfen. Diese müßten auf diesem Gebiet hauptsächlich die Initiative ergreifen.

Hat man es zu einem regen politischen Leben in den kleineren und mittleren Städten gebracht, so profitiert davon auch ganz naturgemäß das Land, und hier kann in der geschilderten Weise Agitation entfaltet werden. Den städtischen Genossen, die an den Sonntagen aufs Land gehen oder gelegentlich dorthin kommen, muß gesagt werden, wie sie zu agitieren haben. Sie müssen dazu mit Material versorgt werden, nicht nur mit Flugblättern, Kalendern usw., sondern hauptsächlich mit Material zur mündlichen Agitation. Die Genossen müssen imstande sein, den Landarbeitern klar zu machen, wie rechtlos sie im Gegensatz zu den städtischen Arbeitern sind. Das wirkt auf den Landarbeiter, und er wird selber erzählen, wie es ihm oder seinen Kameraden beim Amtsvorsteher oder auf den Gerichten gegangen ist, wenn sie Recht haben wollten. Die Landarbeiter wissen vielfach, daß sie eher in der Lotterie das große Los gewinnen, als daß sie bei den Behörden Recht be-

kommen, wenn sie mit ihren Arbeitgebern in Streitigkeiten geraten sind. Der Amtsvorsteher entscheidet fast immer nur nach den Angaben des Gutsbesitzers, ohne den Landarbeiter auch nur zu hören, und bis zu den Gerichten nach den Städten ist der Weg weit, beschwerlich, kostspielig und meist erfolglos.

Kurz vor den Reichstagswahlen erzählen die Herren Agrarier den Arbeitern ständig, wie gut sie es mit ihnen meinen und was sie alles für das Wohl des Arbeiters tun würden im Gegensatz zur Sozialdemokratie. In den Provinziallandtagen, Landwirtschaftskammern, landwirtschaftlichen Vereinen, ländlichen Berufsgenossenschaften singen die Herren ein ganz anderes Lied. Da wird beraten, wie man den Landarbeiter noch mehr knechten, noch rechtloser machen kann. Und diese Reden, diese Tätigkeit muß man dem Landarbeiter unterbreiten, dann werden ihm die Augen aufgehen. Natürlich darf nicht an den Taten der gesetzgebenden Körperschaften vorbeigegangen werden. Und da sind die neuen indirekten Steuern ein vorzügliches Agitationsmittel. Sie sind von denselben Leuten dem Volke auferlegt worden, denen die Landarbeiter ihre Stimme bei den Reichstagswahlen gegeben haben. Dabei muß man darauf hinweisen, daß die Landarbeiterfrau fast einen halben Tag beim Gutsbesitzer arbeiten muß, nur um die Steuer für ein Paket Streichhölzer aufzubringen!! Und ein ostpreußischer Kaufmann rechnete einem Junker vor, daß eine arme Frau, als sie für 1,25 Mark Waren kaufte, nicht weniger als 63 Pfennig Steuern an das Reich entrichten mußte. Derartige Beispiele lassen sich beliebig vermehren, und wenn man sie dem Landarbeiter vorträgt, wenn man ihm sagt, daß die Junker nicht einen Pfennig Erbschaftssteuer bewilligt haben, so wird er begreifen lernen, was ihm von den Konservativen, seinen Freunden, beschert worden ist. Und hierbei wird man auch das Ohr der Frau gewinnen, besonders wenn man ihr sagt, daß die Sozialdemokraten beschlossen haben, keinen Schnaps mehr zu trinken. In vielen Fällen ist die Frau intelligenter als der Mann; sie begreift die Steuerpolitik viel schneller als ihr Gatte, weil sie weit mehr Sorgen als dieser hat. Die Landarbeiterfrau ist überhaupt das geplagteste Geschöpf auf der Erde; und sie drängt auch vielfach auf die Abwanderung vom Lande, weil sie es nicht mehr aushalten kann, weil sie sich nicht ihr ganzes Leben lang unter den elendesten Verhältnissen abrackern möchte. Der Mann greift schließlich zum Schnapsglas; er geht in den Krug und sucht sich mit dem Junkerfusel zu betäuben. Die Frau aber muß „die Ohren steif halten“; sie muß mit den wenigen Pfennigen Arbeitsverdienst haushalten, und da verspürt sie am besten die Wirkung der indirekten Steuern. Sie schimpft auf den Mann, der den vergeblichen Versuch macht, die Sorgen im Alkohol zu ertränken. Und wenn man ihr sagt, daß die Sozialdemokratie gegen den Schnaps für Freiheit und Recht kämpft, daß sie die indirekten Steuern verwirft und eine Besteuerung der großen Einkommen, Vermögen und Erbschaften fordert, so wird sie schließlich erkennen, was die Sozialdemokratie für die Landarbeiterbevölkerung zu bedeuten hat.

Und dann die unmenschlich lange Arbeitszeit des Landarbeiters; sie ist es, die ihn abstumpft und ihm vorzeitig seine besten Kräfte raubt. Daß für ihn kürzere Arbeitszeit ein längeres Leben bedeutet, wird er einsehen und daher alle Bestrebungen der Sozialdemokratie begrüßen, die auf die Erringung eines Normalarbeitstags für alle Arbeiter gerichtet sind.

Nun wird man aber einwenden, daß der Landarbeiter „religiös und königstreu“ gesinnt und daher für uns nicht zu haben sei. Gewiß — ein erheblicher Teil der Landarbeiter ist zurzeit überhaupt noch nicht zu gewinnen. Bei übereifrigen Kriegervereinlern und Muckern wird auch der beste Agitator nichts ausrichten können. Meist haben solche Leute auch bevorzugte Stellen inne, sie stehen sich wirtschaftlich nicht ungünstig, und daher werden sie dem Sozialdemokraten sagen, er möge die Tür von draußen zumachen. Der größte Teil der Landarbeiter aber läßt sich mit unseren Genossen in ein Gespräch ein und wird auch für uns trotz seiner „Religiosität und Königstreue“

zu haben sein. Man soll ihm nur unsere wirkliche Stellung zur Religion und zum Monarchismus klarlegen. Mitunter wird der Landarbeiter durch die ganz unangebrachte Pfaffenfresserei von uns abgestoßen. Mit Schimpfen auf die Geistlichkeit und Kirche gewinnen wir auf dem Lande keine Anhänger. Und diese Taktik widerspricht auch den Grundsätzen unserer Partei. Nun wissen aber vielfach unsere Genossen nicht, wie sie sich nach dieser Richtung zu verhalten haben. Mit dem Sprüchlein „Religion ist Privatsache“ kommen sie meist nicht weit. Und eine leichtfaßliche, populäre Schrift über das Entstehen, Werden und Vergehen der Religionen vom Standpunkt des historischen Materialismus aus fehlt in unserer Literatur. Darüber den Landarbeiter aufklären und ihm nachweisen, daß heutzutage die Religion nur noch zur Beherrschung, Unterjochung des arbeitenden Volkes benutzt wird, ist unsere Aufgabe. Und wenn wir den Genossen darüber leichtverständliches Material zur Verfügung stellen, werden sie es im Parteiinteresse auszunutzen verstehen. Und mit der „Königstreue“ verhält es sich ähnlich. Hier muß dem Landarbeiter gesagt werden, daß er vor allem Treue zu seinen Arbeitsbrüdern pflegen soll. Das Volk sei mündig und könne sich selbst regieren; es brauche keine Beherrscher. Es könne und müsse seine Geschicke selber regeln. Und die Konservativen seien doch nur deshalb „begeisterte“ Anhänger der Monarchie, weil sie unter ihr das Volk am besten ausbeuten und ausplündern könnten. Würde das Volk regieren, so wäre es mit der Raubritterpolitik der Junker vorbei. Daher ihre „Königstreue“. Außerdem sei der Monarchismus ein Überbleibsel aus dem Mittelalter; moderne Staaten hätten mit ihm aufgeräumt, ohne daß davon die Gesellschaft irgendwelchen Schaden erlitten hätte. Im Gegenteil! Die Republiken dächten gar nicht daran, zum Monarchismus zurückzukehren. Man scheue sich also nicht, unter den Landarbeitern unsere Grundsätze zu propagieren. Wir haben nichts zu verschweigen. Alles, was wir fordern und erstreben, liegt im Interesse der Besitzlosen, der gesamten Arbeiterklasse und des Mittelstandes, zu dem der Kleinbauer in erster Linie gehört, und der sich nur mühsam aufrecht erhält, indem er sich und seine Familienangehörigen rücksichtslos ausbeutet und möglichst niedrige Ansprüche ans Leben stellt. Freilich, die Agitation unter den Kleinbauern ist noch weit schwieriger als unter den Landarbeitern. Und wir sollten erst alles daransetzen, um die kleinstädtische und ländliche Arbeiterbevölkerung für uns zu gewinnen.

Jugendausschüsse und Jugendabteilungen der Gewerkschaften.

Von **W. Sollmann.**

Wenn noch im August vorigen Jahres Genosse Kurt Rosenfeld in diesen Blättern für die vollständige Beseitigung der Jugendausschüsse plädierte, so läßt sich heute wohl sagen, daß an eine solche Maßnahme nicht mehr gedacht wird und nicht mehr gedacht zu werden braucht. In anderthalbjähriger Arbeit haben die Jugendausschüsse an den allermeisten Orten einen vollen Befähigungsnachweis erbracht, und selbst die Genossen, die den bekannten Resolutionen von Nürnberg und Hamburg skeptisch gegenüberstanden, werden inzwischen eingesehen haben, daß Partei und Gewerkschaften damit einer gesunden, innerlich kräftigen Jugendbewegung und planmäßigen Jugenderziehung Bahn gebrochen haben.

Freilich Schwierigkeiten, namentlich organisatorischer Art, sind noch genug zu lösen, und gerade die hier zur Debatte stehende Frage dürfte zurzeit in der Jugendbewegung zu den brennendsten zählen, denn es vergeht kaum eine Generalversammlung irgend einer Gewerkschaft mehr, die nicht zur Jugendfrage Stellung nimmt, und eben erst haben Holzarbeiter und Textilarbeiter die Gründung eigener Jugendabteilungen beschlossen. Die Frage, in welches Verhältnis Jugendausschüsse

und gewerkschaftliche Jugendabteilungen zueinander zu bringen seien, tauchte nicht nur neulich in den Diskussionen der Reichskonferenz in Berlin auf, sondern wird auch lebhaft in den östlichen Jugendausschüssen und deren provinziellen Konferenzen erörtert.

Es steht fest, daß zahlreiche Mitglieder der Jugendausschüsse die gewerkschaftlichen Jugendsektionen mit recht scheelen Blicken ansehen. Man befürchtet von diesen Neugründungen eine Zersplitterung der allgemeinen Jugendbewegung und durch die frühzeitige Scheidung in Berufsverbände eine Schwächung des Solidaritätsgefühls der Jugend. Bestenfalls sieht man der Gründung dieser gewerkschaftlichen Jugendabteilungen mit verschränkten Armen zu. Man erblickt in ihnen ein Übel, das man bei der Macht der Gewerkschaften nicht aufhalten kann, das zu fördern man aber gar keinen Grund sieht.

Mir scheint, daß dieser Standpunkt unberechtigt und kurzsichtig ist. Wie Genosse Robert Schmidt in seinem teilweise anfechtbaren Referat auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß betonte, ist für gewisse Gewerkschaften, wie zum Beispiel Transportarbeiter und Fabrikarbeiter, die Organisation der Jugendlichen eine Notwendigkeit. Sie *müssen* die jungen Arbeiter mit den Klammern ihrer Gewerkschaft umfassen, um ihrer im Falle einer Lohnbewegung sicher zu sein. Unmöglich kann die Gewerkschaft vor dem Streik etwa erst mit dem Jugendausschuß oder der allgemeinen Jugendorganisation verhandeln, um die jungen Berufsangehörigen zum Anschluß an die Lohnbewegung zu bringen. Abgesehen davon, daß ein solcher Weg für die Gewerkschaften ziemlich unwürdig und für den Jugendausschuß die Erfüllung des Wunsches fast unmöglich wäre, würde in solchem Falle den Jugendlichen zugemutet ohne Unterstützung, die weder Jugendausschuß noch Jugendorganisation leisten können, in die Bewegung einzutreten. Die einfache Notwendigkeit zwingt also diese Gewerkschaften, ihren Nachwuchs eng an *ihre* Organisation anzuschließen.

Das sollten die Jugendausschüsse allerorts bedenken und sich deshalb nicht zur widerwilligen Duldung, sondern zur *Förderung* der Jugendsektionen unserer Gewerkschaften aufschwingen. Denn schließlich ist doch ihr Ziel, sowohl der Partei wie den *Gewerkschaften* Streiter zuzuführen.

Die gewerkschaftlichen Jugendsektionen werden indes auch noch aus einem anderen Grunde zur gebietenden Notwendigkeit. Die Arbeiterbewegung hat angesichts der heißen Bemühungen all ihrer Gegner um die Jugend dringenden Grund, *alle* Netze auszuwerfen, um sich die junge Generation zu sichern. *Da wird die Agitation der immerhin noch tastend arbeitenden Jugendausschüsse allein nicht ausreichen.* In dem Augenblick, da eine Gewerkschaft an die Organisation der Jugend herantritt, werden viel tausend Kräfte mobil, die sonst bestenfalls der Jugendbewegung nur platonisches Interesse entgegenbringen. Rasch und leicht ziehen die Erwachsenen in Werkstätten und Fabriken ihre jungen Kollegen in den Verband. Wie die Erfolge der Metallarbeiter zum Beispiel in Dresden und Solingen bewiesen haben, lassen sich so in wenigen Monaten Tausende Jugendgenossen organisieren, an die der Jugendausschuß unendlich schwerer und nur mit größerem Kostenaufwand herangekommen wäre. Wenn dann die Gewerkschaften dazu übergehen, den jungen Kollegen kostenfrei die „Arbeiterjugend“, das Organ der gesamten Jugendbewegung, zu liefern, wie dies anscheinend schon fast überall geschieht, so ist damit zugleich ein Band zwischen gewerkschaftlicher und allgemeiner Jugendbewegung geschaffen.

Dieses lockere Band genügt aber nicht, wie die Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre beweisen, Reibungen und schädigende Eifersüchteleien zwischen Jugendausschüssen und Gewerkschaftssektionen zu hindern. Die Kompetenzstreitigkeiten beginnen sich zu mehren, obgleich sowohl die Resolution des Parteitags von Nürnberg wie die des Gewerkschaftskongresses von Hamburg deutlich die Tätigkeitsgebiete abgegrenzt hat. Beide weisen die gesamte *allgemeine* Bildungsarbeit (Vorträge, festliche Veranstaltungen, Sport und Spiel) *besonderen Kommissionen*, also den Jugendausschüssen, zu und nur die *wirtschaftliche* Interessenvertretung den Ge-

werkschaften. Ausdrücklich erklärte auch Robert Schmidt in seinem Referat: „Wir wollen also — das ist unsere Absicht mit der Resolution — zunächst einmal die Aufgaben der Jugendbildung zu lösen suchen durch besondere Kommissionen ...“ Da in der Resolution die Hinzuziehung der Partei- und Jugendvertreter vorgesehen ist, so können also nur die Jugendausschüsse damit gemeint sein.

Mit vollem Recht verlangen also die Jugendausschüsse, daß ihnen die gesamte Jugendbildungsarbeit, auch für die Gewerkschaftssektionen, überlassen bleibt, abgesehen von rein gewerkschaftstechnischen Fragen. Das muß betont werden, da neuerdings Gewerkschaften beginnen, in Berlin zum Beispiel, besondere unterhaltende Veranstaltungen für ihre jungen Mitglieder zu treffen, und der Deutsche Metallarbeiterverband in Solingen geht sogar soweit, die Verwirklichung des gesamten Programms unserer Jugendausschüsse (allgemeinbildende Vorträge, Spiel, Sport und Wanderungen) für sich in Anspruch zu nehmen („Berg. Arbeiterstimme“ Nr. 151). Greift diese Praxis um sich, und die Gefahr liegt nahe, so wäre allerdings eine Zersplitterung unserer Jugendbewegung die notwendige Folge und die jetzt durch die Jugendausschüsse als Zentralstelle gewährleistete große einheitliche Bewegung, die allein die große Ziele ins Auge fassende Jugend dauernd begeistern kann, ginge in lauter einzelne Abteilungen unter. Die Jugendausschüsse selbst würden überflüssig oder müssen ihre Tätigkeit auf den kleiner und kleiner werdenden Rest der Jugendlichen beschränken, deren Beruf noch keine gewerkschaftliche Jugendorganisation kennt.

Um dem vorzubeugen, müssen alle Jugendausschüsse mit aller Energie darauf dringen, daß ihr Tätigkeitsgebiet ihnen nicht verengert und zerrissen wird. Auch die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, in der die Urheber und Interpreten jener Resolutionen sitzen, sollte beizeiten dafür sorgen, daß die allgemeine Erziehung der jungen Gewerkschafter den Jugendausschüssen vorbehalten bleibt und die jungen Proletarier alle in einer Front marschieren; daß sie dem Einfluß der Partei und Gewerkschaften, wie dies die Zusammensetzung der Ausschüsse verbürgt, in gleicher Weise ausgesetzt werden.

Als praktischen Weg schlage ich vor, daß zu den Jugendausschüssen, in denen ja schon die Vertreter der Kartelle mit **beschließender** Stimme sitzen, noch je ein Mitglied der gewerkschaftlichen Jugendsektionen am Orte mit **beratender** Stimme hinzugezogen wird. Ich sehe keinen anderen Weg, eine enge Verbindung, wie sie so nötig ist, zwischen allen Trägern der Jugendbewegung herbeizuführen. In der gemeinsamen Arbeit werden sich leichter Mißverständnisse und Kompetenzkonflikte im Entstehen unterdrücken lassen. Ein vollständig getrenntes Arbeiten unter der Jugend aber muß zu Mißhelligkeiten führen.

Möge es denn bei den Resolutionen bleiben: Die politische Vertretung der Partei, die wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen den Gewerkschaften, die ganze allgemeine Erziehungsarbeit aber den Jugendausschüssen, in denen Partei, Gewerkschaften und Jugend gemeinsam arbeiten. Bleibt es dabei, dann Glückauf zu möglichst vielen gewerkschaftlichen Jugendsektionen. Ihre Gründung bedeutet dann für die freie Jugendbewegung nichts anderes als Signale zum Avancieren.

Der elsässische Oktroi-Wechselbalg.

Von **Jean Martin** (Mülhausen i. E.).

Die Anrufung des Magdeburger Parteitags zur Entscheidung im elsässischen Oktroistreit ist in einem Teile der Parteipresse zurückgewiesen worden mit der Begründung, der Parteitag sei nicht da, „auch Meinungsverschiedenheiten lokaler Art zwischen Parteigenossen auszutragen“. Die Mülhauser Genossen würden besser „auf die Einberufung einer allgemeinen deutschen Gemeindevertreterkonferenz dringen“,

sie sollten „aber nicht den Magdeburger Parteitag auch noch mit ihren Differenzen bepacken wollen, weil sich die Badener törichterweise auf sie berufen haben". Die badischen Parteiblätter von Mannheim und Karlsruhe haben nämlich, kurz zusammengefaßt, gesagt: Was man der badischen Landtagsfraktion vorwirft, Disziplinbruch und Prinzipienverstoß in der Frage der Budgetbewilligung, das hat die Mehrheit der elsaß-lothringischen Genossen auch getan, und zwar in der Oktroifrage. Will man uns zu Leibe, so beginne man mit den Elsaß-Lothringern, an die man aber merkwürdigerweise nicht heran will.

Diese Berufung der Badener ist nicht so töricht, als sie dem Fernstehenden erscheinen mag. Das Vorgehen der unterelsässischen Revisionisten steht mit dem der badischen, trotz der Verschiedenheit der Zustimmung, hier zu indirekten Gemeindesteuern, dort zum Staatsbudget, so sehr in ursächlichem Zusammenhang, daß auch die Hofgängerei der Badener bei den Unterelsässern eine Parallele findet. Eine Parallele insofern, als Ende vorigen Jahres die unterelsässischen Bezirkstagsmitglieder der Einladung des Bezirkspräsidenten zu einem Festessen folgten, obwohl sie in Würdigung aller Umstände annehmen mußten, daß die ihnen nach ihrer Angabe gewordene mündliche Zusicherung, mit Rücksicht auf ihre Anwesenheit würde das übliche Kaiserhoch unterbleiben, eine ganz gewöhnliche höfische Finte sei; dergestalt, daß sie dann beim wirklichen Hereinbruch des Kaiserhochs mit offenem Munde dastanden — nicht um mitzuschreien, wie sie glaubhaft versichern, aber aus Verwunderung. Die Beweggründe sind dieselben wie in Baden. Dort der Großblock, hier der Großblock — nämlich die Hoffnung, durch das hübsch sittsame Anteilnehmen an dem Bezirkstagsfestessen mit dem kaiserlichen Bezirkspräsidenten als Festgeber die Stimmen der Liberalen und „Unabhängigen" für den Landesausschußkandidaten der Partei besser zu sichern, als dies durch die Gegenleistung der sozialdemokratischen Stimmen für die liberalen Kandidaten doch eigentlich schon der Fall sein sollte. Der Erfolg war negativ — nicht für die liberalen Blockbrüder, trotz der perfiden Überrumpelung mit dem Kaiserhoch, aber für uns.

Die elsässischen Oktroidifferenzen sind keine „Meinungsverschiedenheiten lokaler Art", sonst würden sie auch auf einer allgemeinen deutschen Gemeindevertreterkonferenz wenig zu suchen haben; die schon Ende 1908 und Anfang 1909 in der „Neuen Zeit" gepflogene Auseinandersetzung über den gleichen Gegenstand zeigt, daß sie die Parteigenossen im ganzen Reiche angehen. Nur blieben die Differenzen 1908/09 auf die theoretische Erörterung beschränkt, während in Elsaß-Lothringen jetzt eine praktische Stellungnahme von sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern zugunsten der kommunalen Lebensmittelsteuern vorliegt und die Mehrheit einer Landeskonferenz der Partei (mit 29 gegen 16 Stimmen) einer Resolution zugestimmt hat, welche derartige Programm- und Prinzipienverstöße auch für die Zukunft ermöglichen und sie vor der Gesamtpartei decken soll. Und diese Verschiedenheit zwischen der heutigen Situation und der von 1908/09 macht es notwendig, daß der Parteitag in der Angelegenheit spricht und daß er möglichst bald spricht — sollen nicht die praktischen Versündigungen gegen unsere Parteigrundsätze im kommunalpolitischen Leben Elsaß-Lothringens sich häufen und weiterwirkend auch auf dem allgemeinpolitischen Gebiet die Partei und die Arbeiterbewegung schwer schädigen.

Unsere Gegner müßten Esel sein, wollten sie die Waffen nicht ausnützen, die auf der sozialdemokratischen Gemeindevertreterkonferenz vom 20. Februar dieses Jahres der Referent über „sozialdemokratische Steuerpolitik in der Gemeinde", Genosse Peirotes-Straßburg, für sie geschmiedet hat. Sie sind diese Esel nicht! Sie haben bei den am 12. und 19. Juni dieses Jahres in Gebweiler (Oberelsaß) stattgefundenen Gemeinderatsersatzwahlen weidlich davon Gebrauch gemacht! Den nur mit einer Stimme Mehrheit gefaßten Gemeinderatsbeschluß auf völlige Abschaffung des Oktrois vom 1. April 1910 ab hatten die Großindustriellen im

Gemeinderat ohne Unterschied der politischen Parteistellung, klerikal wie liberal und „unabhängig“, zu einem Appell an die Wähler benutzt, indem sie ihre Mandate niederlegten und dadurch Ersatzwahlen herbeiführten. Sie erzielten weiter dadurch, daß die Regierung, unter Berufung auf die geringe Mehrheit und die „Unklarheit“ bei der Abstimmung, dem Gemeinderatsbeschluß die gesetzlich erforderliche Genehmigung versagte. Schon diese „Unklarheit“, die darin bestand, daß ein dem Gemeinderat angehörender Metallarbeiter erst mit der sozialdemokratischen Fraktion, der er angehörte, für die Aufhebung des Oktrois, dann aber mit seinem Arbeitgeber gegen die eigene Fraktion für die Beibehaltung des Oktrois stimmte, führt zu dem Referat auf der Gemeindevertreterkonferenz vom 20. Februar zurück, denn dieser Exgenosse, der seitdem aus der Partei ausgetreten ist, berief sich später auf den Genossen Peirotes, dessen Ausführungen ihn von der ursprünglichen Oktroigegnerschaft geheilt hätten. Die Anwendung des schwersten wirtschaftlichen Druckes durch die Fabrikanten im Wahlkampf ist begreiflich, hatte doch der Bürgermeister sie durch die — durchaus richtige — Feststellung aufgepeitscht, daß zehn Bürger der Stadt, die zurzeit 68000 Mark Kapitalsteuer zahlen, im Falle der Abschaffung des Oktrois durch die dann erforderlich werdende Erhöhung der Zuschläge auf die direkten Steuern allein 28000 Mark mehr zahlen müßten als bisher. In ihrem wohlverstandenen Klasseninteresse sorgten diese Kapitalisten im Wahlkampf durch die Anwendung des brutalsten Terrorismus dafür, daß diese Steuerbeträge mittels des Oktrois auch fürderhin aus den Verbrauchsartikeln der Masse herausgezogen werden. Aber sie konnten sich, dank dem Referat des Genossen Peirotes auf der Gemeindevertreterkonferenz vom 20. Februar, auch auf „sozialdemokratische“ Argumente zu ihren Gunsten berufen. In dem Wahlaufruf der Fabrikanten von Gebweiler, der seine Spitze gegen die bei der Oktroiabschaffung drohenden neuen „Zuschlagspfennige“, das heißt gegen die direkten Steuern kehrt, heißt es nach bekanntem Rezept:

> „In der Theorie sind wir alle einig in dem Verlangen nach gänzlicher Abschaffung des Oktrois; es muß aber diese Frage wie kaum eine andere vom praktischen Standpunkt von Fall zu Fall unter sorgfältiger Prüfung der Lage jedes einzelnen Gemeindewesens erörtert werden. Dies ist der einzig **vernünftige Standpunkt, auf welchen sich selbst hervorragende Führer der sozialdemokratischen Partei stellen (siehe die veröffentlichten Erklärungen von Peirotes).**“

Wohl in Vorahnung dieser kapitalistischen Nutzbarmachung seines „Standpunktes“ hatte Genosse Peirotes als Vorsitzender der Landesorganisation den Genossen in Gebweiler bei Eintritt in den Wahlkampf den geistreichen Rat erteilt, die Oktroifrage in den Hintergrund zu stellen und im Wahlkampf die allgemeinen Parteigrundsätze zu betonen. Die Oktroifrage in den Hintergrund stellen, nachdem die Nachwahlen durch die Oktroifrage veranlaßt waren! ... Diese Ausschaltung der Oktroifrage probierten beim zweiten Wahlgang, nachdem im ersten nur Oktroifreunde gewählt worden waren, die von der Partei unter Anführung eines Parteisekretärs aus plötzlich erwachtem Antiklerikalismus auch ohne eigene Kandidaten mit Todesverachtung unterstützten Liberalen, fielen aber damit gebührend herein. Das Großkapital, das seine Sache unbekümmert um alle sonstigen politischen Differenzen, nur mit dem einen Ziele der Aufrechterhaltung des Oktrois, ohne Schwäche und ohne die Spur einer Absplitterung mit strenger Klassenlogik vertrat, siegte in beiden Wahlgängen.

Das Beispiel von Gebweiler zeigt schlagend, daß jedes Nachgeben in unserer bisher ganz entschiedenen Kampfstellung gegen die kommunalen Verbrauchssteuern die Position der in diesem Punkte ganz einigen einheimischen Geldsackaristokratie, der Nutznießer des Systems der indirekten Gemeindesteuern, stärkt und die Desorganisation in unsere Reihen trägt. Dieselben Auflösungserscheinungen zeigt unsere politische und gewerkschaftliche Organisation in dem Vogesenstädtchen Markirch, seitdem dort ein Teil der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder, die

erst für die gänzliche Abschaffung des Oktrois eintreten wollten, dank der von den Spitzen der Landesorganisation erhaltenen Belehrung die Stellung änderte und mit vier oder fünf Stimmen von Arbeitervertretern für die Beibehaltung des Oktrois den Ausschlag zugunsten der Aufrechterhaltung dieses Systems gab. Hier sind diese Parteigenossen so weit gegangen, zur teilweisen Deckung des am 1. April dieses Jahres durch das Inkrafttreten des § 13 des Zolltarifgesetzes von 1902 hervorgerufenen Einnahmeausfalls die städtischen Schlachtgebühren um das Zwei- bis Siebenfache zu erhöhen: die Gebühr für einen Ochsen beträgt nach dem Gemeinderatsbeschluß vom 16. März 1910, dem die Parteigenossen im Gemeinderat, ohne ein Wort zu verlieren, zustimmten, 3 Mark (statt 1,50 Mark), für eine Kuh 3 Mark (statt 1 Mark), für ein Kalb 1,50 Mark (statt 0,25 Mark), für ein Schwein 1,50 Mark (statt 0,60 Mark), für einen Hammel oder eine Ziege 1,50 Mark (statt 0,20 Mark). Diese zum Teil ganz ungeheuerlichen Verteuerungen der Schlachtung namentlich beim Kleinvieh müßten überraschen, selbst wenn sie von einer rein agrarischen Gemeindevertreterversammlung beschlossen worden wären. Die Zustimmung sozialdemokratischer Arbeitervertreter dazu ist nur erklärlich aus dem Seelenzustand heraus, der den Satz des Referenten auf der Gemeindevertreterkonferenz vom 20. Februar dieses Jahres in Kolmar geboren hat: „Mit dem § 13 des Zolltarifgesetzes hat man keine arbeiterfreundliche, sondern Mittelstandspolitik getrieben. Von den Arbeitern verlangt man, für die Aufhebung des Oktrois einzutreten, während auf der anderen Seite die Preise der Waren nicht herabgesetzt werden." Es ist die fixe Idee, daß alle Welt ohnmächtig sei gegenüber der Preisfestsetzung durch die Metzger. Darüber wird jede Anregung eines gemeindlichen Eingreifens durch eigene Schlächterei, die sofort preisregulierend wirken würde, vollkommen vergessen.

Der Zweck dieser Darlegung ist, die Parteigenossen außerhalb Elsaß-Lothringens auf die Folgen des programm- und grundsatzlosen, rein opportunistischen Hintreibens auf der schiefen Ebene der kommunalen Verbrauchssteuern hinzuweisen, um sie von der dringenden Notwendigkeit des Eingreifens der Gesamtpartei zu überzeugen. Denn eine Richtschnur gibt keineswegs die auf der Landeskonferenz vom 17. Juli dieses Jahres in Kolmar angenommene Resolution — dieser Wechselbalg, wie sie in der Debatte getauft wurde. Diese Resolution erklärt es zwar in ihrem ersten Absatz „als eine der vornehmsten Aufgaben der Partei, auf die Abschaffung dieser verkehrshemmenden und unsozialen Steuer (Oktroi) nach Kräften hinzuwirken". Sie öffnet aber schon im zweiten Absatz eine Hintertür zum Abrücken von dieser Aufgabe, indem sie sagt, die sofortige Abschaffung des Oktrois sei „insbesondere in denjenigen Gemeinden zu erwirken, in denen eine entsprechende Herabsetzung der Warenpreise zu erwarten ist und in deren Haushaltsetat der Oktroiertrag keine erhebliche Rolle spielt". „Was heißt erheblich?" fragte unmittelbar nach erfolgter Abstimmung schon auf der Landeskonferenz unter der Heiterkeit der niedergestimmten Delegierten des elsässischen Oberlandes gerade der Vertreter von Markirch, das den Mittelpunkt des Oktroistreits bildet. In der Tat ist die Rolle des Oktrois verhältnismäßig erheblich in jedem Gemeindehaushalt, wo es noch vorhanden ist, sonst würde es seine Erhebungskosten nicht mehr decken und von den Bürgermeistern und den Geldsackparteien selbst preisgegeben werden.

Eine entsprechende Herabsetzung der Warenpreise aber ist überall mit Sicherheit zu erwarten, wo die Arbeiterschaft durch Konsumgenossenschaften preisregulierend eingreift oder der Gemeinderat auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung selbst ein übriges tut.

Die Resolution weist in ihrem dritten Absatz auf die preisregulierenden gemeindlichen und konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen als Mittel der Oktroiabschaffung hin, wirft aber dann in ihrem vierten und letzten Absatz alle guten Vorsätze wieder über den Haufen, indem sie schließt:

„Andererseits (!) und **vor allem** (!) muß ein gerechtes Steuersystem herbeigeführt werden und die Gewähr bieten, daß das Oktroi durch wirklich direkte Steuern ersetzt wird und nicht — wie es bei dem **heutigen** Steuersystem **vielfach** (?) der Fall wäre — durch Zuschläge zu Steuern, die **nur dem Namen nach direkt**, in der Wirkung aber und tatsächlich **indirekt** sind. Der Kampf um ein gerechtes Steuerwesen, der nur ein Teil unseres großen allumfassenden Befreiungskampfes ist, ist deshalb **in erster Linie** im gesetzgebenden Parlament auszutragen und ermahnt somit besonders deutlich zur Eroberung der Rechte, die dem elsaß-lothringischen Volke immer noch vorenthalten werden."

Hier wird das bestehende System der direkten Steuern in Elsaß-Lothringen so schlecht gemacht, daß ein sozialdemokratischer Gemeindevertreter, der diese Anschauung teilt, direkt gewissenlos sein müßte, wenn er hernach noch mit der „vornehmsten Aufgabe der Partei", als welche der erste Absatz der Resolution die Abschaffung des Oktrois einrangiert, etwas zu tun haben wollte. So schlecht sind aber die direkten Steuern in Elsaß-Lothringen nicht! Bester Beweis die Energie und Geschlossenheit, mit welcher sich die Besitzer aller großen Vermögen und Einkommen trotz der verkehrshemmenden Tendenzen des Oktrois gegen dessen Ersetzung durch Zuschläge auf die direkten Steuern wehren. Wann und wo haben sich die besitzenden Klassen als die hahnebüchenen Dummköpfe erwiesen, die in einer so wichtigen Frage ihre politischen Interessen direkt mit Füßen treten?

Nein, mit diesem Wechselbalg können die Parteigenossen Elsaß-Lothringens nichts anfangen. Er ist ein revisionistisches Meisterstück, das alles sagt und nichts und in dessen Labyrinth die Arbeitervertreter, die sich im guten Glauben hineinwagen, unausweichlich auf die schlimmsten Abwege geraten.

Daher ist es Pflicht des Magdeburger Parteitags, falls ihm, was leider wohl möglich ist, der „badische Aufstand" keine Zeit zur erschöpfenden Erledigung der ganzen Streitfrage lassen sollte, wenigstens dem Scheindasein dieses Wechselbalges ein rasches und sicheres Ende zu bereiten — zur Verhütung weiteren Unheils.

Historischer Materialismus und neueste Statistik.

Von **Julian Borchardt.**

Jedem, der sich mit der neueren wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Volkes befaßt, ist es geläufig, daß sie hauptsächlich charakterisiert wird durch den Rückgang der Landwirtschaft zugunsten der Industrie und des Handels. Die drei deutschen Berufszählungen, die in den Jahren 1882, 1895 und 1907 stattfanden, haben ergeben, daß in diesen 25 Jahren die Zahl der Zugehörigen der Landwirtschaft von (rund) $19^1/_4$ auf $17^3/_4$ Millionen gesunken ist, indes die der Industrie von 16 auf 26 Millionen und die des Handels und Verkehrs von $4^1/_2$ auf $8^1/_4$ Millionen stiegen. Nimmt man statt der Berufszugehörigen nur die Erwerbstätigen, so ist zwar deren absolute Zahl in der Landwirtschaft etwas gestiegen, von (rund) $8^1/_4$ auf $9^3/_4$ Millionen, aber der Prozentsatz ist doch stark gesunken, nämlich von $43^1/_3$ auf $32^2/_3$ Prozent, weil Handel und Industrie sich viel stärker vermehrt haben.

Die gleiche Erscheinung findet sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen kapitalistischen Ländern. Der Privatdozent Dr. **Gerloff** bringt darüber in einer kürzlich erschienenen Studie[1] aus den Statistiken anderer Länder folgende Zahlen bei (die sämtlich von uns abgerundet worden sind).

---

[1] Veränderungen der Bevölkerungsgliederung in der kapitalistischen Wirtschaft. Berlin 1910.

In England und Wales betrug die Zahl der Erwerbstätigen:

	1881	Prozent	1901	Prozent
In der Landwirtschaft . .	1400000	12⅓	1150000	8
" " Industrie. . . .	6400000	57	8350000	58¼
" Handel und Verkehr .	980000	8¾	1850000	13

In den Vereinigten Staaten von Amerika sind die Zahlen der Erwerbstätigen die folgenden:

	1880	Prozent	1900	Prozent
Landwirtschaft	8000000	16	10400000	13¾
Industrie	3400000	6¾	7100000	9⅓
Handel und Verkehr . .	1900000	3¾	4800000	6⅓

Für Österreich gelten folgende Zahlen:

	1890	Prozent	1900	Prozent
Landwirtschaft	8500000	62½	8200000	58¼
Industrie	2900000	21¼	3100000	22¼
Handel und Verkehr . .	845000	6¼	1036000	7⅓

Für Ungarn:

	1890	Prozent	1900	Prozent
Urproduktion	5425000	70	6055000	68½
Industrie und Bergbau .	943000	12¼	1184000	13½
Handel und Verkehr . .	262000	3⅓	363000	4

Für die Schweiz:

	1888	Prozent	1900	Prozent
Landwirtschaft	488000	39¾	481500	32¾
Industrie und Bergbau .	543500	44⅓	699400	47½
Handel und Verkehr . .	128000	10½	203000	13¾

Endlich für Schweden:

	1880	Prozent	1900	Prozent
Landwirtschaft	3078000	67½	2757000	53¾
Industrie	810000	17¾	1480000	29
Handel und Verkehr . .	326000	7	544000	10½

Ausdrücklich sei betont, daß die Zahlen der verschiedenen Länder nicht miteinander verglichen werden können, weil die Einteilungen der Berufsklassen nicht überall gleich sind. Auch die Prozentsätze sind manchmal von den Erwerbstätigen, manchmal von der Gesamtbevölkerung gezogen. Nur die Zahlen jedes Landes für sich dürfen betrachtet werden.

Da zeigt sich denn, daß selbst in den Ländern, wo die Landwirtschaft an und für sich zugenommen hat — Deutschland, die Vereinigten Staaten, Ungarn —, ihre prozentuale Beteiligung am Wirtschaftsleben der Nation gesunken ist. Die Tendenz der Entwicklung ist überall dieselbe: Landwirtschaft und Industrie vertauschen allmählich ihre Rollen, und Hand in Hand damit geht der ständig zunehmende Umfang von Handel und Verkehr.

Eine allgemein auftretende Erscheinung muß auch allgemeine Ursachen haben. Sie kann nicht veranlaßt sein durch die besonderen Verhältnisse eines einzelnen Landes, sondern nur durch Umstände, die für alle Länder zutreffen. Welche sind das?

Gerloff geht in der erwähnten Studie den Ursachen nach und glaubt im wesentlichen zwei zu finden: die steigende Produktivität der Arbeit und die allgemeine Wohlstandssteigerung. Was zunächst die steigende Produktivität der Arbeit anbetrifft, so zeigt er sie zum Beispiel wie folgt für die Landwirtschaft (S. 50):

„Während die Zahl der landwirtschaftlich Erwerbstätigen im Deutschen Reiche von 1882 bis 1895 kaum eine Zunahme aufzuweisen hat und die Anbaufläche fast stabil geblieben ist, stieg die Nettoernte der Hauptgetreidearten um rund 50 Prozent. Gleichzeitig stieg die Kartoffelernte von rund 15 Millionen Tonnen auf rund 36 Millionen Tonnen. Die Gesamtsteigerung der Produktion der Ackerkultur wird für ungefähr den gleichen Zeitraum auf mindestens 66 Prozent geschätzt.“

Ähnliche Resultate seien in Frankreich, in den Vereinigten Staaten usw. festgestellt worden.

In der Industrie zeigt sich nach Gerloff die steigende Produktivität der Arbeit darin, daß die Produktion von Produktionsmitteln weit schnellere Fortschritte macht als die Produktion von Konsumartikeln. Wenn auch in all den genannten Ländern die gesamte Industrie allgemein zugenommen hat, so doch keineswegs gleichmäßig in allen Branchen. Bei einzelnen Branchen ist sogar ein ähnlicher Rückgang festzustellen wie bei der Landwirtschaft, während bei anderen die Zahl der Erwerbstätigen sprunghaft emporgeschnellt ist. So haben in fast allen Staaten die Textilindustrie und die Bekleidungsgewerbe relativ abgenommen, zum Teil auch die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. Nur langsam vermehrt haben sich auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie und die Lederindustrie. Mächtig angewachsen sind dagegen die schwere Industrie, die elektrische Industrie, die chemische Industrie usw. Den größten Aufschwung unter den deutschen Industriezweigen zeigt die Produktion von Maschinen und Apparaten. Sie nahm seit 1882 um 218 Prozent ihres Bestandes zu (gegenüber einer durchschnittlichen Steigerung der Erwerbstätigen um nur 52 Prozent). Ebenso liegen die Dinge in den anderen Ländern. In den Vereinigten Staaten nahm die Eisen- und Stahlindustrie anderthalbmal so stark zu wie die Gesamtzahl der Erwerbstätigen. In Großbritannien stieg die Bevölkerung 1891 bis 1901 um 9,8 Prozent, die Zahl der Berufstätigen in der Metall- und Maschinenindustrie um 28,9 Prozent. In Frankreich betrug die Bevölkerungszunahme 1896 bis 1901 nur 6,8 Prozent, hingegen das Wachstum der Zahl der Berufszugehörigen in der Grubenindustrie 17,4 Prozent, in der Metallbereitung 16,4 Prozent. In der Schweiz stieg die Bevölkerungsziffer 1888 bis 1900 um 13,6 Prozent, die Zahl der Berufstätigen in der Metall- und Maschinenindustrie um 44,4 Prozent, in der chemischen Industrie um 80,5 Prozent.

Gerloffs Gedankengang ist nun ungefähr dieser: Infolge der steigenden Produktivität der Arbeit genügt in der Landwirtschaft eine absolut geringere Zahl von Arbeitskräften, in der industriellen Herstellung von Konsumartikeln eine mindestens relativ geringere Zahl, um die nötigen Quanten zu produzieren. Die übrigen finden in diesen Gewerben keine Erwerbsmöglichkeit mehr und müssen sich denjenigen Industrien zuwenden, die Produktionsmittel fabrizieren und dadurch die Produktivität der Arbeit immer weiter steigern. Diesen Industrien ihrerseits scheint er eine unbegrenzte Ausdehnungsfähigkeit zuzuschreiben, und zwar wegen der von ihm angenommenen Steigerung des Wohlstandes. „Steigender Wohlstand beeinflußt den Verbrauch mehr qualitativ als quantitativ. . . . Die auf Verfeinerung der Bedürfnisse abzielende Richtung der Produktion erfordert immer mannigfaltiger werdende Verwandlungsprozesse der Güter, darunter auch solche, die den Genuß nur in entfernter Weise vorbereiten, wie Straßen, Transportmittel. . . . Die Durchführung dieser Verwandlungs-

prozesse verlangt ebenso wie die Steigerung der Produktion Hilfsmittel und Werkzeuge aller Art, kurz Produktionsmittel. . . . Aus dieser Tatsache erklärt sich die gewaltige Entfaltung jener Industriezweige, die Hilfsmittel der Produktion herstellen: die Industrie der Maschinen und Apparate, die chemische Industrie, das Baugewerbe usw."

Aus diesen Verschiebungen und diesem Wachstum der Industrie entstehen dann die völlig neuen Aufgaben des Handels und des Verkehrs, die Gerloff sehr anschaulich schildert, und die deren noch riesigeres Wachstum hervorgerufen haben.

Es versteht sich nun von selbst, daß wir keineswegs alle Einzelheiten des Gerloffschen Gedankengangs für richtig halten. Über den steigenden Wohlstand ließe sich mancherlei sagen, ebenso über die unbegrenzte Ausdehnungsfähigkeit der Produktion von Produktionsmitteln. Die Krisen, die Gerloff in dieser Schrift nicht erwähnt, reden da eine deutliche Sprache und zeugen von den sehr lebendigen inneren Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft. Indessen ist es heute nicht unsere Absicht, diese Dinge im einzelnen nachzuprüfen. Wir wollen vielmehr nur feststellen, daß Gerloff — und zwar wahrscheinlich ohne es selbst zu merken — sich vollständig in den Bahnen des historischen Materialismus bewegt. Faßt man nämlich seinen Gedankengang in eins zusammen, so ist es dieser: Ständige Volksvermehrung zwingt, die Produktivität der Arbeit zu steigern; die steigende Produktivität der Arbeit hat die Produktionsweise innerhalb der verschiedenen Berufe umgewälzt; daraus ergab sich die Notwendigkeit, die in diesen Berufen beschäftigten Menschen zu verschieben, aus einer Produktion in die andere hinüberzubringen; es entstand also eine andere Berufsgliederung, eine andere soziale Schichtung. Mit anderen Worten: infolge der wirtschaftlichen Änderungen haben sich soziale Änderungen teils schon durchgesetzt, teils sind sie im Werden begriffen. Zu allem Überfluß sagte er es auch noch ausdrücklich. So auf Seite 64: „Mit der wirtschaftlichen Umschichtung ist auch eine soziale verknüpft." Oder noch deutlicher auf Seite 67: „Das alles besagt nun nichts anderes, als daß die ökonomische Struktur der Gesellschaft eine andere geworden ist. Tiefgreifende Änderungen der materiellen Produktion haben zu einer Veränderung der Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens geführt." Und auf Seite 63: „Eine starke Volksvermehrung ist die Voraussetzung für diese Umbildung der Bevölkerungsgliederung."

Das hat Dr. Gerloff aus den neuesten Ergebnissen der amtlichen Statistik herausgelesen, und er betont ausdrücklich, daß es sich hier um einen internationalen Prozeß handelt, um einen „Umbildungsprozeß, der nicht nur West- und Mitteleuropa, sondern mehr oder weniger die Wirtschaftsverfassung aller Staaten bis nach Indien und Japan ergriffen hat."

Es ist dies aber genau dasselbe, was der historische Materialismus aus der Betrachtung der Vergangenheit herausgelesen hat.

Man vergleiche zum Beispiel folgenden Satz von Marx im „Elend der Philosophie", der wohl den wesentlichsten Teil des historischen Materialismus ausspricht:

„Les rapports sociaux sont intimement liés aux forces productives. En acquérant de nouvelles forces productives, les hommes changent leur mode de production, et en changeant le mode de production, la manière de gagner leur vie, ils changent tous leurs rapports sociaux."

Zu deutsch: „Die sozialen Verhältnisse sind eng verknüpft mit den Produktivkräften. Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse."

So sehen wir, wie die sorgfältige Beobachtung der tatsächlichen Vorgänge die bürgerliche Wissenschaft selbst, ohne daß sie es ahnt, zur Bestätigung des von ihr in der Theorie so bitter bekämpften historischen Materialismus führt.

Literarische Rundschau.

Karl Bücher, **Die Frauenfrage im Mittelalter.** Zweite, verbesserte Auflage. Tübingen 1910, Lauppsche Buchhandlung. 92 Seiten.

Ein zwingender Grund für die Neuauflage dieser im Jahre 1882 zuerst erschienenen Schrift ist aus ihrem Inhalt nicht zu ersehen. Was sie an Tatsachenmaterial enthält, ist uns seither in populären Schriften mehrfach viel ausführlicher mitgeteilt worden, und die christlichsoziale Verherrlichung des Mittelalters und insbesondere des Schutzes, dessen sich damals die Frauen zu erfreuen hatten, dürfte noch selten weniger stichhaltig begründet worden sein.

Daß das Los der zahllosen Frauen, die in Klöstern und Beginenhäusern Zuflucht vor Hunger und Gewalttaten fanden, ein beneidenswertes gewesen sei, wird uns in keiner Weise glaubhaft gemacht, dagegen aber spricht die Massenerscheinung weiblicher Vagabunden, Bettler und Abenteurer sowie die enorme Ausbreitung der Prostitution, von denen uns Bücher berichtet, sehr schlagend gegen seine Behauptung, daß es den verschiedentlichen Landesvätern und Stadtweisen des dreizehnten, vierzehnten und fünfzehnten Jahrhunderts gelungen sei, die Frauenfrage ihrer Zeit in befriedigender Weise zu lösen.

Wenn der Verfasser am Schlusse seiner Schrift voll Entsetzen fragt: „Sollte das wirklich das Endziel der Entwicklung unserer Kulturvölker sein, daß der Frau die Last der Produktion wieder aufgeladen würde, die ihr eine Entwicklung von zwei Jahrtausenden Stück für Stück abgenommen hat?" so müssen wir vor allem anderen darauf antworten, daß ein „Endziel der Entwicklung der Kulturvölker" überhaupt nicht abzusehen ist, wir aber so viel sicher wissen, daß die Überlastung der Frau mit dem größten Teile der Produktion, wie sie bei barbarischen Völkern häufig war, durchaus nicht auf die gleiche Stufe zu stellen ist mit der gegenwärtigen Ausbreitung weiblicher Erwerbsarbeit.

Ehemals war die so weit getriebene Überbürdung der Frau die Begleiterscheinung ihrer vollkommenen Versklavung durch den Mann, während heute die Erwerbsarbeit der Frau den Weg zu ihrer Befreiung aus wirtschaftlicher Abhängigkeit vom anderen Geschlecht bezeichnet. Richtig ist, daß, wie Bücher hervorhebt, diese Entwicklung eine immer größer werdende Zahl von Frauen vom Kapital abhängig macht, aber sie teilen diese Abhängigkeit nicht nur mit den Männern des Proletariats, sondern mit denen aller nicht großkapitalistischen Klassen. Die Frau hört immer mehr auf, der Protektion des Mannes zu bedürfen, und wird zu seiner Arbeitsgefährtin und Kampfesgenossin.

Die Befürchtung, die Bücher ausspricht, der Kampf zwischen Männer- und Frauenarbeit werde immer heftiger entbrennen und mit einem so vollständigen Siege der Frauenarbeit enden, daß die Zukunft nur mehr erwerbende Frauen und haushaltende Männer sehen werde, diese Befürchtung hätte zumindest nicht in die neue Auflage hinübergenommen werden sollen. Heute wissen wir, daß die Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit durchaus keine stetige ist, daß sie auf einzelnen

Gebieten vorschreitet, auf anderen aber zurückweicht, und daß ihr durchaus nicht immer die Tendenz anhaftet, Männerarbeit zu verdrängen.

In industriell hochentwickelten Ländern läßt die steigende Konjunktur, die alle verfügbaren männlichen Arbeitskräfte beschäftigt, mitunter die industrielle Frauenarbeit abnehmen, und die darauffolgende Krise pflegt dann nicht nur männliche, sondern auch weibliche Arbeiter auf das Pflaster zu werfen. Therese Schlesinger.

Dr. Rudolf Eisler, **Geschichte des Monismus.** Leipzig, Verlag Kröner. VIII und 204 Seiten. Preis 3 Mark.

Der Titel des Werkes ist vielversprechend. Wäre doch die wirkliche Geschichte des Monismus nichts anderes als die Darstellung des Weges, den die Naturwissenschaft und die Philosophie zurückgelegt haben, um die Materialität der Welt und damit ihre Einheit zu ergründen und zu beweisen. Aber so vielumfassend nimmt der Verfasser seine Aufgabe nicht. Er beschränkt sich vielmehr darauf, die Lehren der einzelnen Philosophen, die den Gedanken über die Einheit alles Seienden, sei es in der idealistischen, sei es in der materialistischen Färbung, vertreten haben, zur Darstellung zu bringen. Nun wäre auch diese Verengung des Themas an sich noch kein Fehler, hätte der Verfasser es verstanden, die geschichtlichen Fäden, die die Ideenwelt eines jeden noch so weltfremden Philosophen mit dem wirklichen Leben verbinden, bloßzulegen. Es scheint aber, daß ihm auch jedes Verständnis für die wirklich bestehenden geschichtlichen Zusammenhänge fehlt. So behandelt er die großartige Entwicklung der klassischen deutschen Philosophie, die ihren Ausgang in den Lehren Ludwig Feuerbachs und ihre Krönung im Marxismus gefunden, nach folgendem Schema:

„Mit einem idealistischen Monismus setzt die Bewegung ein, die von Fichte zu Hegel und Schopenhauer führt.... Die Reaktion gegen den schließlich allzu spekulativ gewordenen Idealismus bleibt nicht aus. Im Sensualismus Feuerbachs, im Naturalismus D. Fr. Strauß', im Materialismus Vogts, Moleschotts, Büchners und anderer ist sie zu finden" (S. 55).

Nun, die reaktionäre Philosophie Schopenhauers und die revolutionäre Fichtes in eine Entwicklungsreihe zu stellen, die Zersetzung der Hegelschen Schule auf eine philosophische Reaktion gegen die Kühnheiten der idealistischen Spekulation zurückzuführen — das ist wohl der philosophischen Geschichtschreibung letzter Schluß. Unter diesen Umständen ist es schon dem Verfasser als hohes Verdienst anzurechnen, daß er im allgemeinen ohne jede historische Erklärung auskommt und die Lehren der einzelnen Philosophen rein referierend darstellt, hauptsächlich in ihren eigenen Worten. Und so wird die „Geschichte des Monismus" zu einer als Nachschlagewerk vielleicht tauglichen Sammlung von Zitaten.

Im letzten Kapitel gibt der Verfasser eine kurze Darstellung seines eigenen idealistischen Monismus. Danach erkennen wir unmittelbar nur das eigene Ich und seine Erlebnisse; was wir von den Objekten kennen — das sind nur Zeichen, die uns unsere Sinne und Begriffe liefern. Diese Zeichensprache reicht aus, um uns die Möglichkeit zu geben, die Wirklichkeit theoretisch und praktisch zu beherrschen. Um aber den wahren Sinn der Wirklichkeit zu verstehen, dazu muß man sie „als organischen Zusammenhang eines dem unserigen analogen, freilich nur zum Teil selbständig bewußten und selbstbewußten, innerlich-zielstrebig sich entfaltenden seelischen Lebens erfassen und deuten". Was bei diesem Erfassen herauskommt, das sagt uns der Verfasser mit aller Deutlichkeit, indem er „die Natur als Körperwelt für die äußere Hülle des Geistes" und die „Welt für die Erscheinung des göttlichen Wirkens" gelten läßt. Mit einer solchen Weltanschauung mag man als Professor der Philosophie ganz gut auskommen; für eine Geschichtschreibung, welch bescheidener Art sie auch sei, reicht sie doch wirklich nicht aus. Th.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



2. Band Nr. 52 Ausgegeben am 23. September 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein Fürst der Gecken.

↗ Berlin, 17. September 1910.

> Ein Fürst der Gecken, der das Zeug hatte, in den Augen törichter, unaufrichtiger Personen zu glänzen, ein Mensch ohne Ehrfurcht für Wahrheit oder menschliche Vortrefflichkeit, der im Grunde gar nicht zu unterscheiden weiß, was wahr und was falsch, was vortrefflich oder was bloß auf der Höhe der Mode ist; ein scheinbar höflicher und bewanderter, innerlich aber ein unverschämter, obskurer und bloß modisch-geckischer Mensch, der, wenn er je dem Rhadamanthus in den Weg kommen sollte, eine Tracht Schläge davontragen würde.
>
> Thomas Carlyle.

Unter den zahllosen Humbugs der bürgerlichen Welt steht Herr Maximilian Harden, wenn nicht an erster Stelle, so doch in erster Reihe. Die Tatsache, daß seine „Zukunft" nun bald seit zwei Jahrzehnten die gelesenste Wochenschrift der deutschen Bourgeoisie ist, während eine im bürgerlichen Sinne wirklich gebildete Wochenschrift wie die „Nation" an Abonnentenschwindsucht dahinstarb, wird dermaleinst von den Historikern als ätzendes Brandmal für das betrachtet werden, was sich heute als „Bildung und Besitz" aufspreizt.

Es ist wahr, daß einzelne Organe der bürgerlichen Presse sich dagegen aufgelehnt haben. Die „Preußischen Jahrbücher" haben Herrn Harden wiederholt gestriegelt, wie sich gebührt; im „März" schreibt Herr Karl Kraus von Zeit zu Zeit ergötzliche Parodien auf das „Desperanto" der „Zukunft" und selbst das „Berliner Tageblatt" hat das perverse Gemauschel, das Herr Harden seinen „Stil" nennt, kürzlich zu tadeln gewagt, freilich nur unter tiefer Verbeugung vor dem Genius selbst. Indessen der „Stil" gehört zu Herrn Harden wie die Narrenkappe zum Hanswurst, und auf den Hanswurst kommt am Ende mehr an als auf seine Kappe.

Unwissend in allen historischen und politischen Dingen, weiß sich Herr Harden seinem „gebildeten" Publikum politisch dadurch interessant zu machen, daß er in den Schlafkammern prominenter Personen herumschnüffelt, mit

Nüstern, die sich um so weiter blähen, je perverser es darin zugeht, historisch aber dadurch, daß er im Staube der Bibliotheken nach alten, ganz oder halb vergessenen Scharteken kramt, aus denen er ellenlange Zitate seinen bewundernden Lesern um die Ohren schlägt. Welch ein Mann von stupender Gelehrsamkeit! sagt dann der gelehrige Professor der Historie in Leipzig, der die „Zukunft" mit seinen Beiträgen schmückt, und der naive Junker auf seiner hinterpommerschen Sandbüchse ruft nicht minder staunend: Ein verflixter Kerl, dieser Harden, der selbst noch S. M. an Kenntnis der Geschichte übertrifft. Und nicht bloß der naive Junker spricht so, sondern auch die nationalliberale Presse, die, als der Kaiser seine Königsberger Rede hielt, sofort ihre Boten an Harden sandte, um das Orakel über die „Gnade Gottes" usw. zu hören.

Als Autorität in monarchischen Sachen ist Herr Harden bekanntlich durch keinen Geringeren geweiht worden als durch Bismarck, der mit ihm die Flasche Steinberger ausstach, die der Kaiser als Versöhnungsspende nach Friedrichsruh gesandt hatte. Herr Harden ließ sich denn auch nicht lange bitten und entschied den Königsberger Fall: der Kaiser ist ein durch und durch konstitutioneller Fürst, aber — denn „pikant" muß die „Zukunft" bei aller Gottesfurcht und Königstreue sein — der alte Fritz drückte sich etwas anders aus als der Kaiser, indem er schrieb:

> Unser Haus hat, wie alle anderen, seine Achilles, seine Ciceros, seine Nestors, seine Blödsinnigen, seine gelehrten Frauen und bösen Stiefmütter und unstreitig auch seine verliebten Prinzessinnen gehabt. Wenn wir die vortrefflichen Eigenschaften unserer Vorfahren überzählen, so werden wir leicht einsehen, daß unser Haus seine Vergrößerung ihren Vorzügen gewiß nicht zu verdanken hat. Die meisten Fürsten aus unserem Hause haben sich nur schlecht aufgeführt; aber der ungefähre Zufall und die Umstände sind uns dienlich gewesen.... In Ansehung der königlichen Würde nimmt man alles, was man kriegen kann, und man hat niemals unrecht, als wenn man es wieder herausgeben muß.

Mit welchem diabolischen Grinsen Herr Harden diese Zeilen geschrieben haben mag, in dem Bewußtsein, daß er seinem „gebildeten" Publikum alles, aber auch alles bieten dürfe. Was er zitiert, hat nämlich der alte Fritz nie gesagt oder geschrieben, sondern es steht in einem alten Pamphlet, das jedem, der sich nur ein wenig in der preußischen Geschichte umgesehen hat, als eine der ihrer Zeit bekanntesten Schmähschriften auf den König Friedrich bekannt ist. Sie war betitelt: Matinées du roi de Prusse und enthielt unter der Form von Morgenunterhaltungen des Königs mit seinem Neffen und Thronfolger die bissigste Satire auf das friderizianische Regiment. Sie erschien zum erstenmal im Jahre 1766 ohne Angabe des Verfassers und des Druckortes und ist dann in verschiedentlichen Ländern verschiedentlich nachgedruckt worden, zuletzt in London 1863, ohne daß bis heute mit Sicherheit festgestellt worden ist, wer sie verfaßt hat. Die meiste Wahrscheinlichkeit spricht für einen gewissen Bonneville, nicht der Bonneville, der aus der französischen Revolution als Herausgeber des „Cercle social" und anderen revolutionären Blättern bekannt ist, sondern einen älteren Bonneville, der im Jahre 1750 als Sekretär des Marschalls von Sachsen nach Berlin gekommen war.

Man sagt vielleicht, bei der unglaublichen Unwissenheit des Herrn Harden in historischen Dingen habe er in gutem Glauben die Satire für echt gehalten. Aber wenn schon den von ihm zitierten Sätzen die Satire stark genug aufgeprägt ist, so müssen andere Sätze der Schrift auch die blindesten Augen öffnen, beispielsweise die folgenden Sätze, die der König Friedrich seinem Neffen eingeprägt haben soll: „Wir (die Hohenzollern) sind diese ganze Zeit hindurch auf dem Wege des gewandten Machiavellismus verfahren, als geschickte Spieler in den Geschäften dieser Welt und emsige Einsammler ihrer Güter, mit einem Worte als andächtige Verehrer Beelzebubs, des großen Ordners und Belohners der Sterblichen hienieden. Welchen Glauben wir, die Hohenzollern, befunden haben, und ich noch immer befinde, als den wahren; lerne auch du ihn, mein gescheiter Neffe, und mögen alle Menschen ihn lernen. Durch stetiges Daranfesthalten und Wirken in diesem Geiste früh und spät haben wir es so weit gebracht, wie du siehst; — und werden es auch noch weiter bringen, so Beelzebub will, der im allgemeinen gnädig ist denen, die ihm recht dienen.“ Nein dieser waschechte Monarchist, der an den Stufen des Thrones steht wie ein, Cherub mit flammendem Schwerte, hat sich einmal einen rechten Jux machen wollen mit der völkischen Eigenart der Volkheit, und siehe da! es ist ihm gelungen.

Seit acht Tagen harren wir vergebens, daß sich die Stimme eines monarchischen Blattes erhebt gegen das blasphemische Unterfangen des Herrn Harden, durch den Mund des borussischen Nationalheros der Teufel Obersten als Schutzherrn des Hauses Hohenzollern verkünden zu lassen. Weder jenes freisinnige Blatt in Königsberg hat sich gemuckt, das den Genossen Marckwald denunzierte, weil er einige historisch unanfechtbare Tatsachen über die Königin Luise veröffentlicht hatte, und ihm wirklich fünf Vierteljahre Gefängnis einbrachte, noch auch die monarchische Presse überhaupt, die sich vor sittlicher Entrüstung überschlug, als sich die „Neue Zeit“ vor einigen Wochen desselben Verbrechens schuldig machte wie Genosse Marckwald. Stille war's über des Wassers Rand, wo immer hohenzollernsche Monarchisten hausen. Treiben sie alle wie Harden Schindluder mit der Monarchie? Oder sind sie in der völkischen Geschichte so unerhört unwissend, daß sie die bissigste Satire auf das hohenzollernsche Regiment als das eigenste Bekenntnis der Hohenzollern betrachten? In jedem dieser Fälle ist der patentierte Prozentmonarchismus gerichtet, und deshalb haben wir bei diesem neuesten Streiche des Herrn Harden ein wenig verweilt.

Aber das Schönste kommt noch. Da selbst in unserer profanen Zeit mitunter noch Wunder geschehen, so gibt es auch unter den zehn- oder zwölftausend Lesern der „Zukunft“ noch einige, die sich nicht ganz willenlos einseifen lassen. Sie haben bei Herrn Harden angefragt, wo seine famosen Zitate zu finden seien, worauf ihnen in der neuesten Nummer der „Zukunft“ folgende Handvoll Sand in die schläfrigen Augen stiebt:

Ich glaube, sie sind noch nie veröffentlicht worden (kann's aber, da mir, fern von Berlin, Kosers Friedrichsbiographie nicht erreichbar ist, nicht sicher feststellen). Im preußischen Staatsarchiv muß ein Manuskript liegen, das man ein Vermächtnis

Fritzens an seinen Neffen (der als König Friedrich Wilhelm der Zweite und im Volke der dicke Wilhelm hieß) nennen könnte. Dieses Manuskript scheint der Sohn eines Pastors, der seine Pfarre königlicher Willkür zu danken hatte, abgeschrieben zu haben. „Der Stadt Anklam steht das Patronatsrecht an beiden Kirchen zu; sie hat es im Jahre 1633, gegen Zahlung von zweitausendfünfhundert Gulden, von dem Herzog Bogislaw dem Vierzehnten käuflich erworben. Im Jahre 1736 war, durch den Tod des Nikolaus Blocksdorf, die Stelle des Ersten Geistlichen an der Marienkirche erledigt. Die Kirchengemeinde schritt alsbald zur Wahl des Nachfolgers; allein der König-Herzog, Friedrich Wilhelm der Erste, befahl, daß die Stelle dem Feldprediger bei einem Fußregiment, Peter Gottlieb Bluth, gegeben werden solle: und der Rat der Stadt Anklam war schwach genug, seine und der Bürgerschaft Gerechtsame aufzugeben und den Schützling des Landesfürsten zu berufen, obwohl die Wahl der Bürgerschaft auf den Diakonus Johann Bähr gefallen war, der schon seit 1712 als Zweiter Geistlicher an der Marienkirche gewirkt hatte" (Berghaus, „Landbuch von Pommern und Rügen"). Der Sohn des durch einen Akt selbstherrischer Laune in sein Amt gebrachten Primarpastors Bluth war Beamter der Stadt Anklam und hinterließ ein dickes, 1784 begonnenes und 1828 abgeschlossenes Manuskript, das mit Kelch und Kreuz geziert ist und dessen erster Teil den Titel trägt: „Königliche Frühstunden; ein noch ungedrucktes Manuskript von Friedrich dem Großen." Kapitelüberschriften: Von der Lage meines Königreichs; von dem Grund und Boden meiner Staaten; von den Sitten der Einwohner; von der Religion; von der Gerechtigkeit; von der Politik; von der besonderen Politik; von den Schönen Wissenschaften; von besonderen kleinen Umständen; von den Ergötzlichkeiten; drei Grundsätze der Staatspolitik. Die Abschrift ist durch Vererbung in Privatbesitz gelangt, und der Eigentümer hatte die Güte, uns einiges daraus mitzuteilen.

Hier kann man trefflich die Mache studieren, wie sie der Humbug des Humbugs treibt. Kosers Friedrichsbiographie, Manuskript im preußischen Staatsarchiv, Vermächtnis Fritzens an seinen Neffen, Patronatsrecht der Stadt Anklam, Herzog Bogislaw der Vierzehnte, Nikolaus Blocksdorf, Feldprediger bei einem Fußregiment, Landbuch von Pommern und Rügen, Kelch und Kreuz usw. usw. — welch stupende Gelehrsamkeit, wird der gelehrte Professor sagen, und jeder junkerliche Brot- und Fleischwucherer wird schnalzend hinzufügen: Ein verflixter Kerl, dieser Harden!

Und so hat schließlich doch der Fürst der Gecken die Lacher auf seiner Seite, wenn er die Pritsche über diese mordsdämliche Gesellschaft schwingt.

Die Stellung des marxistischen Minderheitsorgans der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Holland.

Von **F. M. Wibaut** (Amsterdam).

Genossin Henriette Roland-Holst hat in Nr. 48 der „Neuen Zeit" die Gründe dargelegt, weshalb sie sich dem Kampfe für die marxistische Taktik in der holländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (S. D. A. P.), insbesondere der Redaktion des marxistischen Minderheitsorgans „Het Weekblad" entzieht.

Genossin Roland-Holst war bekanntlich die kräftigste Vorkämpferin der marxistischen Minderheit in der holländischen S. D. A. P. Ihr Rücktritt wird

lebhaft von der marxistischen Minderheit in Holland bedauert. Ihre Auffassung jedoch, der Kampf für die marxistische Taktik in der S. D. A. P. sei aussichtslos und hoffnungslos, wird von mir, der mit ihr die Redaktion des „Weekblad“ seit seiner Gründung geführt hat, nicht geteilt.

Das „Weekblad“ hat in den achtzehn Monaten seines Bestehens stetig für die marxistische Taktik in der Partei kämpfen müssen. Genossin Roland-Holst und ich haben in diesem Kampfe Seite an Seite gestanden. Es herrschte trotz verschiedener Veranlagung völliges Einverständnis zwischen uns in allen wichtigen Angelegenheiten, wo es auf prinzipielle Auffassung und daraus hervorgehende Taktik ankam. Nur der Rücktritt der Genossin Roland-Holst bringt die Trennung, da ich es nach wie vor für meine Aufgabe und meine Pflicht halte, die Redaktion des marxistischen Minderheitsorgans, des „Weekblad“, weiterzuführen. Weiterzuführen in voller Selbständigkeit, nur dem Parteitag verantwortlich.

Die Begründung meiner Auffassung gebe ich im Folgenden, wie ich sie im „Weekblad“ den Darlegungen der Genossin Roland-Holst gegenübergestellt habe.

* * *

Das aktive Parteileben hat man Genossin Roland-Holst unmöglich gemacht und es ist ihr unmöglich geworden. Unmöglich geworden durch die Folgen, welche die Spaltung in den achtzehn Monaten nach Deventer hatte. Namentlich durch die immer heftiger werdende Feindschaft zwischen der alten und der neuen Partei, der Sozialdemokratischen Partei (S. D. P.), deren Gründung sie nicht gebilligt hat, in der aber dennoch die ihren Auffassungen am nächsten stehenden Gesinnungsgenossen Mitglieder geblieben sind. Aber auch eine Folge der aus ihrem starken Temperament hervorgehenden, ihr eigentümlichen Kampfesweise. Unmöglich gemacht durch die ihr gegenüber angenommene Haltung der Parteimehrheit und deren Wortführer in den letzten Wochen vor dem Leeuwarder Kongreß und auf demselben.

Bloß dann, wenn gesagt werden könnte, daß die Haltung der Partei vor und auf dem Kongreß der in der Leeuwarder Resolution niedergelegten Charakterisierung der „Weekblad“-Opposition entsprochen habe, könnte von „unmöglich gemacht“ nicht geredet werden.

So lag aber die Sache durchaus nicht. Die Wirklichkeit ist, daß die „Weekblad“-Resolution der Haltung widerspricht, welche die Parteimehrheit gegenüber der „Weekblad“-Redaktion vor und auf dem Kongreß angenommen hat. Den Genossen, von denen man zugesteht, daß sie beim Führen der Opposition „sich ausschließlich durch ihre Auffassung vom Parteiinteresse haben leiten lassen“, begegnet man anders, als man es hier gegenüber der Führerin der Opposition tat. Dies muß jetzt gesagt werden, jetzt, da sich herausstellt, daß die vom Leeuwarder Kongreß angenommene Resolution es unserer kräftigsten Kämpferin nicht mehr ermöglicht, die so notwendige, von ihr mit übernommene Arbeit fortzusetzen: die Verbreitung und Stärkung des Marxismus in der Partei, die Durchdringung der Masse mit dem Bewußtsein, daß es notwendig ist, eine Taktik, wie sie durch die marxistische Erkenntnis geboten wird, in Anwendung zu bringen.

Die Umstände also, mußte Genossin Roland-Holst schließen, welche die Haltung der Parteimehrheit vor Leeuwarden bedingt, haben sich nicht geändert. Bei ähnlichem Vorgehen der Minderheit steht die gleiche Haltung der Mehrheit zu erwarten. Aber damit stand von vornherein für sie fest, daß ihr

Eintreten für die marxistische Taktik zur Fruchtlosigkeit verurteilt sein müsse. So war denn für sie das Aufgeben eines Kampfes geboten, der zwar ihre Kräfte übermäßig anstrengte, dagegen Vorteile und Fortschritte nicht brachte.

* * *

Die Ablehnung der „Weekblad“-Resolution, sagt Genossin Roland-Holst, würde nicht nur dazu geführt haben, daß die „Weekblad“-Redaktion ihre Arbeit niedergelegt hätte, sondern auch eine Anzahl Genossen würden sich aus dem öffentlichen Parteileben zurückgezogen haben.

Wir betrachten es als wahrscheinlich, daß in der Tat jene Ablehnung solche Folgen gehabt hätte. Denn die Zurückweisung der Resolution durch den Kongreß hätte mindestens bedeutet: Bekämpfung der Parteitaktik, Kritik an der Kammerfraktion wird, sobald diese Kritik nicht der Parteimehrheit gefällt, betrachtet und behandelt als eine parteifeindliche Tat. Die Marxisten, welche da meinen, der Partei nicht anders und nicht besser dienen zu können, als indem sie die marxistische Taktik verfechten und infolgedessen die reformistische Taktik, wo diese von der Parteimehrheit angewendet wird, fortwährend bekämpfen, hätten den Wink verstehen und beherzigen müssen. Für ihr Wirken innerhalb der Partei hätten sie keinen Platz mehr gesehen. Bestenfalls wären sie hinsichtlich des aktiven Parteilebens untätige Zuschauer geworden.

Aber die „Weekblad“-Resolution ist nicht abgelehnt worden. Die „Weekblad“-Resolution wurde angenommen. Genossin Roland-Holst handelt jedoch, als wäre diese Resolution abgelehnt worden und hat ihre Gründe für diese Auffassung mitgeteilt.

Für mich und meine Mitarbeiter aber ist die vom Kongreß angenommene Resolution die Grundlage für die Fortsetzung der von der Redaktion des „Weekblad“ bei der Gründung übernommenen Aufgabe, deren Erfüllung jetzt nicht weniger notwendig ist als damals, und die auch künftighin von mir und meinen Mitarbeitern volle Hingabe verdient und haben wird, solange uns die Erfüllung der Aufgabe auch weiterhin möglich gemacht wird.

Hier tritt also der Unterschied zwischen unserer früheren Mitredakteurin und uns zutage.

* * *

Folgendes sind die Meinungsverschiedenheiten, welche sich jetzt zwischen Genossin Roland-Holst und uns zeigen:

Wir sehen nicht, wodurch es ihr im Laufe der Entwicklung nach Deventer klar wurde, daß der Kampf für die marxistische Taktik in unserer Partei unvermeidlich von der Mehrheit unmöglich gemacht werden wird; wir sehen auch nicht, wodurch es ihr nach Deventer deutlich wurde, daß die Sozialdemokratische Partei jetzt die kräftigste Kämpferin ist oder wird für ein politisches Auftreten, wie es die marxistische Erkenntnis verlangt.

Wir sehen jetzt wie vor Deventer und auf dem Deventer Kongreß die Aufgabe der Marxisten in dem Wirken innerhalb der S. D. A. P.; zwischen „versöhnlichen“, „friedfertigen“ und „militanten“ oder „kämpfenden“ Marxisten in der S. D. A. P. sehen wir keinen anderen Unterschied als den, welcher aus Temperament, Stil und anderen persönlichen Eigenschaften hervorgeht. Einen Unterschied in prinzipieller Auffassung über die unserer Partei zu gebende taktische Richtung sehen wir bei diesen Varietäten nicht.

Er ist unseres Erachtens auch nicht zutage getreten in der Redaktion des „Weekblad“, so wenig im Jahre vor dem Leeuwarder Kongreß wie auf dem

Kongreß selbst. In der Frage der Wahlrechtsbewegung war der abgelehnte Antrag Zwolle nicht marxistischer als die angenommene „Vermittlungsresolution“ des Parteivorstandes. Beide Resolutionen fußen auf derselben Tatsache, daß das Wahlrecht nur durch den Kampf der Arbeiterklasse selbst erobert werden kann. Die Propaganda für die „schärferen Kampfmittel“, für den von Zwolle gewünschten Massenstreik, wird von der Resolution des Parteivorstandes durchaus zugelassen. Allerdings nicht mehr als zugelassen für diejenigen Genossen, welche diese Propaganda als notwendig erachten. Sie wird den anderen Genossen nicht vorgeschrieben, die der Meinung sind, daß die große Masse der holländischen Arbeiter, welche erst noch zum Klassenkampf erzogen werden müssen, noch nicht weit genug vorgeschritten sind zur Propaganda für den politischen Massenstreik.

Diese Resolution — dies wird mit Recht von Genossin Roland-Holst bemerkt — war ein Kompromiß. Aber da fragen wir, kann eine Minorität beim Abfassen von Resolutionen, welche die Taktik der Partei bestimmen, mehr verlangen, als daß ihre Auffassung der Dinge dabei zum Ausdruck gelangt? Die Wahlrechtsresolution gesteht mit großer Deutlichkeit den Klassencharakter des Wahlrechtskampfes zu, gibt also der Minderheit ausreichende Gelegenheit, den Kampf ihrer marxistischen Auffassung gemäß zu führen. Dieser Charakter der Resolution wurde übrigens von Genossin Roland-Holst selbst auf dem Kongreß anerkannt, indem sie ihr schließlich auch ihre Stimme nicht vorenthielt.

In der Angelegenheit der Altersversorgung haben „friedfertige“ und „militante“ Marxisten zusammen gekämpft so gut wie sie konnten. Zusammen haben sie verloren. Der Kongreß sprach mit großer Majorität seine Mißbilligung aus sogar über das Führen dieses Kampfes, welcher bloß volle Aufrechterhaltung dieser Forderung — die der unentgeltlichen staatlichen Altersversorgung — bezweckte. Die Mehrheit meinte, man habe für Aufrechterhaltung dieser Forderung nicht zu kämpfen brauchen. Diese Auffassung war für die „Weekblad“-Minderheit, welche den Kampf geführt hatte, wirklich nicht ermutigend. Aber daß in diesem Kampfe sich irgend eine Meinungsverschiedenheit — sei es auch eine noch so geringe — innerhalb der Minderheit sich gezeigt hätte, ist uns nicht bekannt.

Der Unterschied zwischen den „militanten“ und den „friedfertigen“ Marxisten wird nicht bestimmt durch die Frage: Soll man in der Partei für die marxistische Taktik kämpfen, ja oder nein? Durch den Rücktritt der Genossin Roland-Holst ist nicht ausgesprochen worden, daß das „Weekblad“ auf den Kampf für die marxistische Taktik verzichte.

Die Marxisten beider Schattierungen sind in dem Punkte vollkommen einverstanden, daß „Theorie und Bewegung unzertrennlich verbunden sind“, und daß das Verfechten der marxistischen Taktik im Alltagskampf die Hauptaufgabe des „Weekblad“ bleiben muß. In der Tat sehen wir zwischen den beiden Arten von Marxisten keinen anderen Unterschied als diesen, daß sie von ihrem Kampfe für die marxistische Taktik ungleiche Erwartungen hegen. Ungleiche Erwartungen hinsichtlich der Erfolge, welche eine Minderheit in der Partei zu erringen imstande ist. Die „Militanten“ brauchen baldige Siege, wollen wenigstens rasche Fortschritte zu verzeichnen haben. Sie verübeln es der Mehrheit, daß sie überhaupt Mehrheit ist. Die „Friedfertigen“ begnügen sich damit, den Kampf zu führen. In der Möglichkeit, den Kampf für die

marxistische Taktik in der Partei führen zu können, erblicken sie all das, was eine Minderheit überhaupt verlangen kann. Sie erwarten keineswegs irgendwelche Konzession der Mehrheit zugunsten der Auffassung der Minderheit. Die politische und die ökonomische Enwicklung — dessen sind sie gewiß — die damit parallel laufende Verschärfung der Klassengegensätze, wird die Richtigkeit der marxistischen Anschauungen, die einzige Zweckdienlichkeit der aus diesen notwendig hervorgehenden Kampfesweise immer schärfer zeigen. Diese Entwicklung wird die Anschauungen der Minderheit zu denen der Mehrheit machen. Rascher vielleicht, rascher höchstwahrscheinlich, als die Führer unserer Parteimehrheit es erwarten. Die „friedfertigen" Marxisten erblicken ganz wie die „militanten" in der Tatsache, daß die Mehrheit eben Mehrheit ist, ihren größten Fehler. Aber sie erkennen die Notwendigkeit an, sich einstweilen fügen zu müssen.

Es ist uns wahrlich nicht möglich, andere Unterschiede zu sehen als diejenigen persönlichen Charakters, persönlichen Temperaments und des daraus resultierenden verschiedenen Vorgehens.

Falls — das wollen wir sagen — nach dem Ausscheiden der Genossin Roland-Holst aus der Redaktion des „Weekblad" der Kampf für die marxistische Taktik nicht mehr oder nicht mehr so kräftig geführt wird, so muß dies nur dem Umstand zugeschrieben werden, daß meine Kräfte nicht ausreichen, meine Kräfte und die meiner Mitarbeiter, aber nicht, daß wir weniger als irgendwer überzeugt wären von der Notwendigkeit dieses Kampfes.

Und so sind wir noch immer der Meinung, daß für alle Arbeit, welche Marxisten überhaupt, auch die „militantesten", zu leisten imstande sind, in Holland die S. D. A. P. das Arbeitsfeld bietet, und das einzig mögliche Arbeitsfeld.

Das einzig mögliche Arbeitsfeld — ungeachtet der ab und zu wiederholten und ab und zu gelungenen Versuche der Wortführer unserer Parteimehrheit, das Vorgehen der Minderheit herabzusetzen und die Masse der Genossen im voraus für die Beweisführung der Minderheit unempfänglich zu machen. Denn wir halten die große Mehrheit der Genossen durchaus nicht für überzeugte Gegner der marxistischen Taktik. Im Gegenteil — die große Masse ist unseres Erachtens für die Kampfesweise auf marxistischer Grundlage sehr wohl zugänglich. Aber das Elend, in welchem die große Masse lebt, macht die Verlockungen des Reformismus stark. Wir sehen auch in den Führern unserer Parteimehrheit durchaus nicht Reformisten vom reinsten Wasser, keine überzeugten Gegner marxistischen Vorgehens. Auch für sie macht das Elend der Masse die Verlockungen des Reformismus groß und stark. Es ist nur die Aufgabe der Minderheit, fortwährend die wirkliche Hohlheit des Reformismus an den Pranger zu stellen. In dem Maße, in dem die Tatsachen — und das tun sie ja — beleuchten, daß den Reformen kein tatsächlicher wertvoller Inhalt verliehen werden kann, es sei denn, daß vorher die Arbeiterklasse eine Macht geworden ist, in demselben Maße gelangt auch die im Elend lebende Masse zur marxistischen Kampfesweise.

Und mit ihr, wenn nicht früher als sie, die Führer.

Wir haben den Reformismus als einen Irrtum zu betrachten. Aber als einen sehr verbreiteten, mit vielen scheinbar triftigen Gründen ausgerüsteten. Und wir wissen, daß er vor dem ersten Angriff, und sei er auch noch so heftig, nicht zurückweicht. Daher muß mit Ausdauer, dieser notwendigen

Eigenschaft einer kämpfenden Minderheit, für die marxistische Taktik gestritten werden. Es ist nichts weiter als eine Überschätzung des dauernden Einflusses der Führer, wenn eine Minderheit den Kampf aufgibt, weil die Führer der Mehrheit ihr im Kampfe Hindernisse in den Weg legen.

Durch die Annahme der „Weekblad"-Resolution hat der Kongreß den Wunsch ausgesprochen, dieselbe Redaktion dieses Minderheitsorgans möge fortfahren mit der Propaganda für ihre Anschauungen. Ohne Gegenbeweis muß angenommen werden, daß es die Parteimehrheit ernstlich meint mit diesem Wunsche. Der Ernst muß hervorgehen aus der Haltung der Parteimehrheit, falls bei einer wichtigen Meinungsverschiedenheit in betreff der Taktik der Kampf der Minderheit wieder zu einem mehr oder weniger ernsten Konflikt führen sollte. Die Minderheit wird einen solchen Konflikt nicht suchen dürfen. Aber ausweichen darf sie ihm ebensowenig, falls die Geschehnisse innerhalb der Partei ihn mit Notwendigkeit hervorrufen.

Solange dabei von der Partei eine Haltung eingenommen wird, welche der Resolution entspricht, gehört die marxistische Minderheit in die S. D. A. P.

Denn auch in dieser Beziehung sehen wir die Zustände anders an als die Genossin Roland-Holst: unsere Partei will nicht nur die organisierten Arbeiter um sich sammeln, sondern soll sich mit derselben Kraft auch an die nichtorganisierten wenden. Wir sehen sehr wohl in der Tatsache, daß enge Fühlung zwischen der Gewerkschaftszentrale, dem „Nederlandsch Verbond van Vakvereenigingen" (N. V. V.) und unserer Partei besteht, einen Umstand, der die Gefahr in sich birgt, daß unsere Propaganda unter den Nichtorganisierten nicht zur vollen, kräftigen Entfaltung gelangt. Aber hier liegt schon wieder für die Marxisten ein Grund vor, nicht sich der Parteitätigkeit zu entziehen, noch weniger die Partei zu verlassen, sondern, so kräftig es ihnen möglich ist, das Vorgehen der Partei so zu gestalten, daß auch die noch nicht organisierten Arbeiter sich am Kampfe ihrer Klasse beteiligen.

Hiermit ist auch schon gesagt worden, weshalb wir nur die S. D. A. P. als das einzig mögliche Arbeitsfeld betrachten für die Marxisten im Kampfe für die Taktik, und nicht die S. D. P. Für uns enthält die S. D. P. nichts, was ihr das Zeugnis ausstellen könnte, sie führe den Kampf für den Marxismus auf die beste Weise. Im Gegenteil — ihre Entstehung und ihre Zusammensetzung bedingen, daß sie für den wirklich kampftüchtigen Marxismus — wir meinen nicht kampffähig in Worten, sondern als kämpfende Kraft in der Arbeiterbewegung — hinter der S. D. A. P. weit zurückstehen muß.

Das Verfechten des Marxismus, das heißt der marxistischen Kampfesweise der Arbeiterklasse, geschieht nach unserer Meinung am besten im stritten Anschluß an jenen Teil der Arbeiter, der die Notwendigkeit des politischen Klassenkampfes schon erkannt hat.

Denn im Laufe der politischen Entwicklung wird die Arbeiterklasse nur Enttäuschungen vom Reformismus erfahren und die Notwendigkeit der marxistischen Kampfesweise einsehen. Diese Erfahrung muß für Nichtorganisierte dieselbe sein wie für Organisierte, kommt für jene höchstens etwas später. Doch sie wird nicht gewonnen außerhalb der politischen Partei. Die politische Organisation aber der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiter hat sich gebildet in der S. D. A. P. Die niederländischen ökonomischen Verhältnisse bieten nicht die Grundlage für eine politische Arbeiterpartei neben jener. Marxistisches Vorgehen außerhalb der S. D. A. P. kann vortreffliche theo-

retische Propaganda sein. Aber es entbehrt die Bedingungen, welche ihm die besten Aussichten gewähren, die politische Kampfesweise der Arbeiterklasse zu führen und zu lenken.

* * *

Die Position des „Weekblad“ — schließen wir — ist durch das Ausscheiden der Genossin Roland-Holst erheblich geschwächt worden. Aber seine Aufgabe ist unverändert dieselbe geblieben: der Kampf für die marxistische Taktik in der holländischen Arbeiterbewegung.

Wir werden nicht behaupten, daß für „militante“ Marxisten die Art und Weise, in der sie als Minderheit in der S. D. A. P. vorzugehen gezwungen sind, in hohem Maße befriedigend sei. Aber eine andere Art, dem Marxismus besser oder auch nur gleich gut zu dienen, gibt es unseres Erachtens nicht.

Wir erblicken in der Spaltung der Marxisten eine große Schädigung der niederländischen Bewegung, eine Verzögerung in der Machtbildung der Arbeiterklasse. Wir werden den Tag glücklich preisen, der uns die Fusion bringt. Doch wir schwanken nicht zwischen S. D. A. P. und S. D. P. Für den Kampf für die marxistische Taktik gibt es nur ein Gebiet: in der politischen Arbeiterbewegung. Und in Holland ist die Organisation der politischen Arbeiterbewegung: die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Probleme gewerkschaftlicher Taktik.

Von **Julius Deutsch.**

In der modernen Arbeiterbewegung aller Industrieländer nimmt die Gewerkschaftsorganisation einen hervorragenden Platz ein. Kein Glied der Arbeiterbewegung hat sich so rasch entfaltet und vermochte so bedeutsame Spuren im wirtschaftlichen Leben unserer Zeit zu hinterlasse als sie. Es kann da nicht wundernehmen, daß sich Freunde und Feinde des proletarischen Befreiungskampfes mit großem Interesse dem Studium der Gewerkschaftsbewegung hingeben.

Die Frage, die sich zuerst den Beobachtern aufdrängte, war die: Wie kleidet sich die Gewerkschaftsorganisation in den Rahmen der gesamten Arbeiterbewegung ein? Es erhoben sich die Männer der gut bürgerlichen Reform und dozierten: Die Gewerkschaften erstreben eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in der Gegenwart. Sie sind Organisationen für die soziale Reform, sie stehen mit beiden Füßen auf dem Boden der bestehenden, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Kein Weg führt von den sozialreformatorischen Gewerkschaften zum umstürzlerischen Sozialismus. Hier ständen sich vielmehr Gegensätze gegenüber, die heute mancherorts noch verdeckt seien, aber über kurz oder lang allen Augen sichtbar werden müßten.

Die wohlmeinenden Gewerkschaftsfreunde, die sich so ängstlich besorgt zeigten, den Gewerkschaften die wahre Erkenntnis ihres Daseinszwecks zu Gemüte zu führen, kamen nicht auf ihre Rechnung. In einzelnen Ländern und zu einigen Zeiten war das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zum Sozialismus wohl etwas getrübt, aber kein Mensch wird heute ernsthaft behaupten wollen, daß diese zeitweiligen Trübungen sich vermehrten oder daß sie gar die Tendenz zeigten, sich zu weittragenden Gegensätzen auszuweiten. Gewerkschaftsbewegung und Sozialismus haben praktisch erwiesen, daß ein recht enger Zusammen-

hang zwischen beiden besteht. Und wo bis nun Gegensätze bestanden, wie in England, wird die Tendenz des Näherrückens immer deutlicher.

Den Gelehrten von rechts stehen Phantasten von links gegenüber, die umgekehrt Gewerkschaftsbewegung und Sozialismus nicht nur in einen Zusammenhang, sondern in ein Kausalverhältnis zueinander bringen. Alle Kraft des Proletariats liegt nach dieser Ansicht einzig und allein in den Gewerkschaften. Sie sind die wahre und einzige Waffe im Befreiungskampf. Nichts wird und kann geschehen ohne Gewerkschaften, deren Macht so unbeschränkt ist wie die Gottvaters selbst. „Verschiedene sozialdemokratische Theoretiker reden dem Proletariat ein“, schreibt der anarchosozialistisch-syndikalistische Wortführer Pierre Ramus in seiner jüngsten Broschüre über „Generalstreik und direkte Aktion“, „daß die Gewerkschaftsmacht eine natürliche Grenze habe, über die hinaus sie nicht mehr genüge, um die Interessen des Proletariats wahrnehmen zu können. Das ist ganz unrichtig.“ ... „Die Macht der Gewerkschaftsbewegung, wenn revolutionär aufgebaut und revolutionär im Wesen, ist unbeschränkt und findet nur dort ihre ‚natürliche Grenze‘, wo Unreife und Mangel klarer Erkenntnis des Zieles und der Taktik selbst zu ‚natürlichen Grenzen‘ ihrer Macht werden.“ Das ist wohl nicht ganz klar, aber grob genug, um erkennen zu lassen, daß die fanatische Feindschaft gegen die politische Aktion des Proletariats zu einer ungeheuerlichen Überschätzung gewerkschaftlicher Erfolgmöglichkeiten führte.

Zwischen den beiden Extremen in der Auffassung des Wesens des Gewerkschaftskampfes, die beide mehr von Spekulationen als von der Beachtung des tatsächlich Bestehenden geleitet sind, schiebt sich eine vermittelnde Ansicht ein, die die wirklichen Zusammenhänge zwischen Gewerkschaftsbewegung und Sozialismus aufzuhellen bemüht ist. Wir sehen allerdings, daß die Gewerkschaften im Tageskampf stehen, und daß ihr unmittelbares Streben in erster Linie darauf gerichtet ist, in der bestehenden Gesellschaftsordnung den Arbeitern ein größeres Stück Brot zu erringen. Diese reformatorische Tätigkeit ist aber beileibe nicht ohne Zusammenhang mit dem Bestreben des Proletariats, das Ideal der sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen.

Die Zertrümmerung der kapitalistischen Welt und mehr noch der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung kann nicht von jeder Arbeitermasse vollbracht werden. Dieses große Werk erfordert eine Arbeiterschaft von ganz bestimmten Qualitäten. Die Arbeiterklasse, die den entscheidenden Kampf zu führen hat — gleichgültig ob dieser sich in einer langen Reihe einzelner Treffen auflöst oder ein einziger gewaltiger Zusammenstoß ist —, muß über bedeutsame Kampfesqualitäten verfügen. Die Gewerkschaftsbewegung ist es, die am meisten dazu beiträgt, die Arbeiter kampffähig zu machen. Jedes Scharmützel um höheren Lohn oder kürzere Arbeitszeit, jeder Waffengang für irgend eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist an sich, durch die bloße Tatsache, daß eben gekämpft wird, geeignet, die Kampfesqualität der Arbeiter zu erhöhen. Ebensoviel als die Lehren des Kampfes selbst bedeuten die Ergebnisse des Kampfes. Die Gewerkschaften sind nicht unmittelbar an dem Kampfe um die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse beteiligt, ihr nächstes Streben ist nicht und kann nicht darauf gerichtet sein, den Sozialismus zur Wahrheit zu machen. Was sie tun und tun können, ist, dafür zu sorgen, daß im Rahmen der bestehenden Gesellschaft die Arbeiterklasse auf ein höheres Niveau geführt wird. Es entbrennt, von den Gewerkschaften geführt, der Kampf um höhere Löhne.

Dem Kapitalisten soll ein Stück seines Mehrwertes abgejagt werden, damit dem Arbeiter die Möglichkeit gegeben ist, besser als bisher zu leben. Eine kräftigere Nahrung, gesündere Wohnung und ausreichende Kleidung, das soll der höhere Lohn dem Arbeiter und seiner Familie gewährleisten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wird in mühevollem Ringen dem Unternehmer abgetrotzt. Sie enthält eine Verminderung der Arbeitsqual, sie gibt die Möglichkeit der vermehrten Ruhe und Erholung. So bedeuten die Kämpfe der Gewerkschaften den Krieg um eine physische Kräftigung der Arbeiterklasse, sie sind ein Ringen um so viel Gesundheit und Kraft, als eben die kapitalistische Gesellschaft den Arbeitern zu geben imstande ist.

Die Erfolge, die der Tageskampf der Gewerkschaften erringt, sind aber beileibe nicht imstande, den Arbeiter mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auszusöhnen. Diese Erfolge bewahren ihn vor dem Versinken und Versumpfen im Elend. Sie richten ihn physisch und geistig auf. Und im Kampfe um ein größeres Stück Brot erwacht im Arbeiter die Lust und die Fähigkeit zum Kampfe für seine vollständige Befreiung.

Die Gewerkschaften verrichten also wohl zumeist eine Gegenwartsarbeit, aber diese Gegenwartsarbeit besitzt einen Zukunftszweck. Jeder Schritt nach vorwärts in der Gegenwart bedeutet eine Erhöhung der Kampfesfähigkeit für den Krieg der Zukunft. Es verbindet sich hier die soziale Reform mit der Revolution in der Weise, daß die letztere die erstere zur Voraussetzung hat.

In seinem Vortrag über „Lohn, Preis und Profit" faßte Marx die Gewerkschaften nur als „Zentren des Widerstandes gegen Übergriffe des Kapitals" auf. Aber auch in dieser beschränkten Wirksamkeit der Gewerkschaften erkannte Marx die große Bedeutung des Gewerkschaftskampfes für die Kampffähigkeit des Proletariats. Soll die Arbeiterschaft, so fragt er, selbst dann, wenn sie weiß, daß sie ihre wirtschaftliche Lage nicht dauernd verbessern kann, vom Widerstand gegen die Übergriffe des Kapitals abstehen? Und er antwortet: „Täte sie dies, so würde sie zu einer unterschiedslosen Masse rettungslos gebrochener Hungerarbeiter herabgedrückt werden." ... „Würde sie in ihren täglichen Konflikten mit dem Kapital feige nachgeben, so würde sie sich sicherlich selbst der Fähigkeit berauben, irgend eine größere Bewegung zu unternehmen."

Wenn wir in dieser Weise die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Zusammenhang mit dem Endziel des proletarischen Befreiungskampfes betrachten, gewinnen wir eine Basis zum Verständnis des gewerkschaftlichen Tageskampfes. Vor seiner Überschätzung bewahrt uns ein Blick auf die notwendigen Grenzen der Gewerkschaftsmacht, vor einer Unterschätzung die Einsicht in die aufrüttelnde, stählende Wirkung planmäßiger Tageskämpfe. Wir lernen aber aus der Betrachtung der Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation nicht nur die Grenzen ihrer Macht, sondern auch die Probleme ihrer Taktik würdigen.

* * *

Als die Gewerkschaftsbewegung in ihren Anfängen war, lag das Problem ihrer Taktik noch nicht darin, wie gekämpft werden solle, sondern darin, daß überhaupt gekämpft werde. Die Arbeiterschaft steckte noch in Unwissenheit und stumpfer Interesselosigkeit. Da mußte man sie vorerst über ihre traurige Lage aufklären und sie aus dem Banne knechtseliger Zufriedenheit erwecken. Ein Streik, ein Kampf um einen unmittelbaren Vorteil erschien als ein besonders geeignetes Mittel zur Aufrüttelung Indifferenter. Deshalb überlegte man

damals nicht lange, wenn es galt, irgendwo einen Streik zu inszenieren, weil man von ihm mit mehr oder weniger Recht eine Verstärkung der noch schwachen Gewerkschaft durch den Zuzug Indifferenter erwarten konnte. So streikte man, wenn es nur irgendwie möglich war, lustig darauf los. Alle moderne Gewerkschaftsgeschichte beginnt mit einer Art Streikfieber, eine Krankheit, die den ersten Gewerkschaftsgebilden nicht immer ungefährlich war. Die meist unvorbereiteten Streiks führten zu manchen Mißerfolgen und damit zum Abfall der eben erst neugewonnenen Mitglieder. Am Ende vieler Streiks stand man dann wieder dort, wo man vordem gestanden hatte. Diese Erfahrungen führten allmählich zu einer geordneteren Streikführung. Die Gewerkschaft strebte danach, sich nicht mehr selbst vom Streik beherrschen zu lassen, sondern suchte ihn zu beherrschen. Man achtete aufmerksamer auf das Schwanken der wirtschaftlichen Konjunktur, um den für die Arbeiter günstigsten Kampfmoment zu erhaschen. Man nahm Rücksicht auf die Konflikte in anderen Orten, um der gewerkschaftlichen Kraft keine übergroßen Anstrengungen zuzumuten. Es begann nun auch eine Regelung des Unterstützungswesens, das ja für jeden Streik von so großer Wichtigkeit ist.

Mit der geordneten Streikführung wuchsen die Erfolge der Arbeiter. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren — das vermag kein Einsichtiger zu leugnen — sehr bedeutsame Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Die Taktik des Kampfes war dabei noch immer verhältnismäßig einfach. Man pflegte die Lohnbewegungen in der Weise durchzuführen, daß man die Unternehmer der Reihe nach vornahm und sie einzelweise besiegte. Fühlte man sich stark genug, dann griff man alle Unternehmer eines Ortes auf einmal an, achtete aber wohl darauf, daß die Gewerkschaft nicht gleichzeitig an anderen Orten allzusehr engagiert werde.

In dieser Periode des Kampfes — sie dauerte vielfach bis in die letzte Zeit — waren die Gewerkschaften den Unternehmern entschieden über. Der große Vorteil für die Arbeiter lag vor allem darin, daß sie vermöge ihrer Organisation das Kampffeld *übersehen* konnten. Dieser Überblick über die Ereignisse ermöglichte eine Planmäßigkeit der Streikführung, der die einzelnen Unternehmer nicht gewachsen waren. Nun haben sich aber auch die Unternehmer des Vorteils der Organisation versichert. Ihre Organisationen schossen in den letzten Jahren gleich Pilzen aus dem Boden. Und es wäre töricht, wenn wir uns nicht zugestehen wollten, daß die Organisationen der Unternehmer denen der Arbeiter bereits in manchen Dingen voraus sind. Mehr noch, wir müssen darauf gefaßt sein, daß die Organisationen der Unternehmer in der nächsten Zukunft rascher wachsen werden als die der Arbeiter. An äußerem Umfang und vor allem aber an innerer Kraft nehmen die Unternehmerverbände in einer Weise zu, die von den Gewerkschaften schwerlich in der gleichen Zeit zu erreichen sein dürfte.

Wir beobachten nun eine sehr bedeutsame Wandlung der Kampfesformen. Bis jetzt haben es die Gewerkschaften in der Hand gehabt, den Umfang des Kampfes zu bestimmen. Ob im kleinen Streik oder im Massenkampf die Entscheidung herbeigeführt werden sollte, erwog die Gewerkschaft mit Rücksicht auf ihre eigenen Kräfte, ohne daß eine sonderliche Bedachtnahme auf gegnerische Organisationen nötig gewesen wäre. Je nachdem den *Gewerkschaften* der kleine oder der große Streik angemessen erschien, wandten sie diese Kampfmittel an.

Der kleine Streik bot den Vorteil, daß er lange hingezogen werden konnte, ohne die Kräfte der Gewerkschaft in allzu hohem Maße in Anspruch zu nehmen. Die Streikenden waren gut zu übersehen und dadurch leichter lenkbar. Vor allem aber konnte man damit rechnen, daß sich der angegriffene Unternehmer vor der Konkurrenz seines Branchengenossen fürchtete. So bedeutete der kleine Streik nur selten ein größeres Wagnis. — Unter gewissen Umständen empfahl sich aber doch die Anwendung des großen Streiks. Wann die Aussicht bestand, die Unternehmer im ersten Ansturm niederwerfen zu können, dann war der Großstreik am vorteilhaftesten. Er löste eine gewaltige Begeisterung unter den Arbeitern aus, die den ersten Angriff ungemein wuchtig gestaltete. Die Unternehmer gerieten in Verwirrung und gaben rasch nach. Im Großstreik war das Wirksamwerden der Konkurrenz der Unternehmer untereinander ausgeschaltet; dafür richtete der allgemeine Arbeiterausstand eine Verwirrung in der Produktion und damit in den Reihen der Kapitalisten an, die den Gewerkschaften oftmals den Sieg brachte.

Mit dem Emporwachsen der Unternehmerorganisation ist gerade an diesem Punkte eine entscheidende Wandlung eingetreten. Die organisierten Unternehmer geraten auch im Großstreik nicht leicht in Verwirrung. Seitdem sie sich ebenso planvoll auf die Kämpfe vorbereiten wie die Arbeiter, ermangelt den Gewerkschaften ihr stärkster Bundesgenosse: die händelsüchtige Uneinigkeit der Unternehmer. Die Kapitalisten treten als wohlformierte Phalanx auf den Plan, und damit wird es den Gewerkschaften unmöglich, den Großstreik als Verwirrung bringenden, überraschenden Überfall ins Werk zu setzen. Wenn aber der Großstreik nicht im ersten Ansturm siegen kann, pflegt es ziemlich schlecht um ihn bestellt zu sein. Die große Zahl der Streikenden kann unmöglich längere Zeit ausreichend unterstützt werden. Die Streikunterstützung ist aber, darüber täuschen wir uns nicht, eine der bedeutsamsten Streikwaffen. Versagt sie, dann hält es schwer, den Streik längere Zeit aufrechtzuerhalten. Wenn der Großstreik länger dauert, pflegt sich auch die Disziplin der Streikenden zu lockern. Die große Masse ist nicht mehr übersehbar. Bald flattern wilde Gerüchte in die Menge. Entsteht da irgendwo eine Verwirrung, dann kann sie leicht schlimme Folgen zeitigen.

Diese Erfahrungen haben die Gewerkschaften den Großstreik, der ihnen vormals bedeutsame Erfolge zu bringen vermochte, vorsichtiger zu beurteilen gelehrt. Man bemühte sich deshalb, wieder zur Kleinstreiktaktik zurückzukehren. Da mußten die Gewerkschaften aber auch hier eine Wandlung der Verhältnisse erkennen. Wenn sie, so wie in früherer Zeit, daran gingen, einzelne Unternehmer oder alle Unternehmer einzelner Orte anzugreifen, stellte sich ihnen nicht mehr allein der einzelne Kapitalist, sondern dessen starke Organisation gegenüber. Und diese drehte nun den Spieß um, indem sie erklärte: Wenn die Gewerkschaften mit einem Unternehmer anbinden, dann sollen sie den Kampf mit allen Unternehmern haben. Der Einzelkampf wird nicht mehr geduldet, der Massenkampf entscheide. . . .

Wer die wirtschaftlichen Konflikte der letzten Jahre beobachtete, mußte diese tief einschneidende Wandlung der Kampfesformen bemerken. In Schweden ebenso wie im Baugewerbe Deutschlands drängten die Unternehmer auf eine Ausbreitung der Kampflinie. Überall, wo sonst die Unternehmerorganisation bereits eine große Macht besitzt, tat sie desgleichen. Die Gewerkschaften suchten dem Massenkampf womöglich auszuweichen; es gelang ihnen nicht oder nur mit dem Verzicht auf weitergehende Forderungen.

John Dietz Tells Story.

Dietz, in his cell at Hayward, was
ant to-day, and as he told his story
battle it was plain to be seen he
... the ... of his wife and

UTLAW DIETZ, N JAIL, STILL DEFIES THE LAW

yward, Wis., Oct. 10.—John F. Dietz, outlaw of Cameron Dam, now, with wife and son, Leslie, occupying a cell e jail here, has only one regret as the me of the battle at his cabin fort in h he was compelled to surrender. That at the presence of his wife and chil- and the prospective new heir made nder necessary.

has no regret for the death of Dep- Sheriff Oscar Hart, killed during the t, nor for the wounds of two other ies. He is only sorry more were not or sent to the hospital.

ts and his wife talked freely of the battle at Cameron Dam, the woman ently pausing in her story to caress ittle daughter, Helen, who is allowed end most of her time with her mother. e were not expecting an attack that ing," she began. "We had no idea the deputies had crept so near us. It without a thought of what was about me upon us that I sent little Johnnie Helen out after the cows, which had ed over beyond the lumber pile. They ed out of the cabin without the test fear and I watched them cross lank over the Thornapple dam below house.

Son Walked Into Trap.

hen the children stayed too long I Leslie out after them. He went d the other way, over the hill, near umber pile. My God, he walked right he trap which the deputies had set. was in the yard and heard the shots whistling over the roof. I saw Leslie and start back toward the house. was more shooting and he turned in f the lumber piles.

ran for the house and got inside e my husband was with his loaded 'It has come, John, I cried. 'They come to kill us.'

et Leslie into the house,' was all he His teeth set down hard and I he was going to fight them.

was mightily afraid, but I went out e porch and yelled to Leslie to come at they would kill him if he stayed e he was.

got up from the lumber pile where as hiding and walked to the house. shot at him again and again, but rave boy wouldn't run. It was a le that they all missed him.

en the little ones came into the clear- I expected to see them shot down e bloodthirsty crew that surrounded thank God that the deputies had the to spare the little innocents.

en they began that awful shooting."

. Dietz put her hand over her eyes moment as if to shut out the thought e battle. When she looked up she with quivering lip:

ullets From All Directions.

t do you think of men who spend
shooting into a home where there
efenseless woman and her children
ve never harmed anyone?"

was no answer and she went on
e story.

ets seemed to come from every di-
They ripped through the windows
nd beds in the walls and furniture.
ud of them as they struck the logs
outer wall, was like the patter of

ll gathered in the living room, keep-
efully out of range of the windows.
led out the organ and a heavy bu-
e drawers of which were filled with
We crouched behind this barricade
the day.

ny trembled like a leaf and what
say to hearten him? Little Helen
fainted several times. The child
rly sick with fear. How I kept up
ot know, for I surely thought we
ll be murdered.

eslie Didn't Fire a Shot."

e was with me and the children the
day. He never fired a shot and
did I. It was John's battle. He
want us to help, only to keep out of

y in the battle I began to plead
m to give up the fight. Anything
better than that awful death from
lets. He called out to me that he
ing to make for the barn.
ayed with him not to go out. I
e he would be killed if he tried it.
f we had to die it was better that
die there together. I knew that
as wounded in the barn the depu-
uld never let me get to his side to
m. I heared him open the door
n slam it shut. He was gone.
hadn't been for the children I'd
inted then. It was all I could do
up. If the children had only cried
e I could have stood it better.
ere too frightened to cry, poor,
white-faced innocents. A bullet
rough the wall and passed within
of Johnny's body where he was
g behind the organ. Leslie picked
It was a steel-cased bullet. The
ouse now is littered with them.
next I remember was when John
taggering into the house. He had
e run from the barn.

"I've Been Hit, Mother."

been hit, mother,' he said, hold-
his hand, from which the blood
ipping.

suffering nerved me. I pulled open
n drawer and got out some ab-
cotton. I bandaged the wound
Then he went back to the fight.
I began to plead with him as
oman pleaded before. I asked him
sake of our unborn child to give
hopeless fight. It was hopeless.
were still raining on the walls and
the windows and we did not know
t minute they would rush us. I
to God to soften his heart and
im give up the fight.
e was moved first. He joined with
egging father to give it up. Final-
aid, 'Well, all right.' I started to
white flag to go out of the house

pulled me down and told me
ill me if I showed myself. Be-
new what he was about, he gave
to little Helen and she ran out
ouse waving it in the air.
the deputies came up with their
eled. They grabbed us and hand-
John and Leslie. Then they put
s on me. I begged them not to
d them that I had done nothing.
uld not listen. They brought me
er with my arms bound with steel.
they did not handcuff the children
were only ninety grown men with

Diese Ereignisse geben zu denken. Neuerlich erhebt sich die Frage nach den Grenzen der gewerkschaftlichen Macht, und sie ist diesmal aus der Betrachtung der gewerkschaftlichen Taktik selbst hervorgewachsen. Wir sind freilich nicht ängstlich und wissen sehr wohl, daß in den Konflikten der letzten Zeit die Unternehmer durch den Tiefstand der wirtschaftlichen Konjunktur nicht unerheblich begünstigt waren, trotzdem aber nicht immer allzugünstig abschnitten. Nichtsdestoweniger dürfen wir uns aber darüber nicht hinwegtäuschen, daß wir einer Periode wirtschaftlicher Kämpfe entgegengehen, wie sie weder in gleicher Ausdehnung, noch in gleicher Erbitterung vordem gekannt waren. In diesen Kämpfen ist nun die Position der Gewerkschaften weniger günstig als früher. Mit der Zuspitzung der Klassengegensätze schwinden die Interessenverschiedenheiten innerhalb der Kapitalistenklasse, die vordem den gewerkschaftlichen Kampf erleichterten. Die Gewerkschaften werden gewiß, daran ist nicht zu zweifeln, noch viele und große Erfolge erringen. Allmächtig sind die Unternehmerorganisationen beileibe nicht und werden es nie sein. Aber die bisherige verhältnismäßige Leichtigkeit des Kampfes ist den Gewerkschaften genommen; um jeden Schritt nach vorwärts wird mit Aufwendung aller Kräfte und trotz alledem nicht selten erfolglos gerungen werden müssen.

Daraus ergibt sich fast von selbst die Notwendigkeit, neben dem rein gewerkschaftlichen Kampfe die politische Aktion mit vermehrtem Eifer zu pflegen, ist doch der gewerkschaftliche Massenkampf selbst zu einem politischen Ereignis geworden. „Der Guerillakrieg der Gewerkschaften gegen den einzelnen Unternehmer", schreibt Hilferding sehr treffend in seinem großen Werke über das Finanzkapital (S. 465), „weicht den Massenkämpfen, die ganze Industriesphären betreffen, und, wenn sie die lebenswichtigsten Teile der durch die Arbeitsteilung aufeinander angewiesenen Produktion ergreifen, die gesamte gesellschaftliche Produktion mit Stillsetzung bedrohen. Der gewerkschaftliche Kampf wächst damit über seine eigene Sphäre hinaus und wird aus der Angelegenheit der unmittelbar betroffenen Unternehmer und Arbeiter zu einer allgemeinen Angelegenheit der Gesellschaft, das heißt zu einem politischen Ereignis." Nun ruft der Gewerkschaftskampf selbst nach einer Fortsetzung auf anderem Gebiet und mit anderen Kampfesmitteln. Die Schranken des Gewerkschaftskampfes bedeuten nur dann keine Einbuße im Aufstieg des Proletariats, wenn dieses seine anderweitigen Fortschrittsmöglichkeiten benutzt. In Deutschland gleichwie in Österreich ist diese Auffassung glücklicherweise Gemeingut der Gewerkschafter. Was dem Unternehmer nicht im direkten Kampfe abgetrotzt werden kann, wird auf dem Umweg über die Gesetzgebung erreicht. Nicht nur für den sozialpolitischen Arbeiterschutz gilt dies, sondern noch weit mehr für die Rechtsgrundlagen der Gewerkschaftstätigkeit, die einen fortschrittlichen Ausbau erfordern.

Aber noch von einer anderen Seite her weist die Entwicklung auf die Zusammenhänge zwischen gewerkschaftlicher und politischer Aktion hin. Die durch die Entwicklung der Unternehmerorganisation erschwerte Möglichkeit, größere Erfolge zu erringen, droht um so drückender zu werden, als seit einer Reihe von Jahren eine erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise anhält. Was die Arbeiter als Produzenten eroberten, haben sie zu einem Teile als Konsumenten wieder verloren. Es tauchte deshalb in der letzten Zeit die Frage auf, wie die Gewerkschaften die Lebensmittelteuerung am wirksamsten bekämpfen könnten. Im „Kampf" wurde vor einiger Zeit (vergleiche Heft 3, 5 und 7

des dritten Jahrganges dieser Zeitschrift) darüber diskutiert, ob es nicht möglich wäre, den heutigen Nominallohn mittels Vertragsabschlüssen zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen in einen Reallohn umzuwandeln. Wir vertreten allerdings die Ansicht, daß derartige Vereinbarungen auf gleitende Nominallöhne aus mannigfachen Ursachen den Arbeitern nicht förderlich sein können, verkennen aber keineswegs die große Bedeutung dieses Vorschlags der erweist, daß die bisherige Gewerkschaftstätigkeit auf Schranken gestoßen ist. Ob in oder neben oder mit den Gewerkschaften, jedenfalls muß jetzt der Kampf gegen die Teuerungsursachen, das ist gegen die durch Zölle geschützten agrarischen und industriellen Kartelle aufgenommen werden. Dieser Kampf ist ein vorwiegend politischer Kampf. Er ist für die Gewerkschaftsbewegung ungemein bedeutsam, nicht zumindest auch deshalb, weil er gewisse Grenzen der rein gewerkschaftlichen Erfolgmöglichkeiten erweist.

Der Gewerkschaftskampf erfährt auch eine Ergänzung auf genossenschaftlichem Gebiet. Bis nun war die Genossenschaft lediglich als Schutz der Konsumenten gedacht, jetzt wird sie zu einer Waffe im Gewerkschaftskampf. In der letzten Zeit konnte man mehrfach bemerken — so beim Tischlerstreik in Wien und den Kämpfen der italienischen Glasarbeiter —, daß die Gewerkschaft unmittelbar aus dem Kampfe heraus zur genossenschaftlichen Eigenproduktion kam. Diese Tatsache ist nicht minder eine bedeutsame Bereicherung der Genossenschaftsbewegung als eine beachtenswerte Ergänzung der rein gewerkschaftlichen Kampfmittel und hat als solche eine große Zukunft vor sich.

So sehen wir in der modernen Arbeiterbewegung sich Glied an Glied zu einer engen Kette schließen. In der frühen Jugend der Bewegung waren alle Arten der befreienden Tätigkeit in denselben Organisationen zu finden. Mit der Entwicklung des Kampfes trat eine Arbeitsteilung ein. Nun der Kampf auf der Höhe steht, führt eine eherne Notwendigkeit die einzelnen Armeen wieder zusammen.

Die Nurgewerkschafter, die die Gewerkschaften als eine reine Interessentenvertretung betrachten, wie dies etwa die christlichen und nationalen Standespolitiker tun, mögen die Ereignisse der letzten Monate mit einiger Besorgnis verfolgt haben. Von unserem Standpunkt aus glauben wir diese Besorgnisse nicht teilen zu müssen. Wir betrachten die Gewerkschaften nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit den anderen Teilen der modernen Arbeiterbewegung. Aus diesem Zusammenwirken aller Glieder der proletarischen Armee schöpfen wir die Gewißheit des endlichen Sieges. Die Gewerkschaften sind uns Organisationen zur Erhaltung der Kampffähigkeit des Proletariats. Und dieser Funktion vermag sie keine Unternehmerorganisation zu berauben.

Die Getreideeinfuhrscheine.

Von **Kurt Heinig** (Berlin).

Die Getreideeinfuhrscheine sind die gesetzliche Einrichtung eines besonderen Profits für die getreidebauenden Agrarier, ihre Geschichte ist mit der Hochschutzzollpolitik des Deutschen Reiches eng verknüpft. In ihrem Werte reihen sie sich vollgültig der Branntweinliebesgabe und anderen staatlichen Profitversicherungen des Großgrundbesitzes nicht nur ebenbürtig an, sie stehen in

ihrem materiellen Gewicht sogar noch über ihnen. Glänzende Ernten, wie die des Jahres 1908, führen nicht mehr zu einer Verbilligung des wichtigsten Nahrungsmittels der arbeitenden Klassen, sondern eher zu ihrer Verteuerung, indem künstlich geschaffene Abzugskanäle das reichlich vorhandene Getreide unter für den Agrarier günstigsten Umständen nach dem Ausland treiben. Ermöglicht wird dies durch die Einfuhrscheine. Der Ausführende erhält heute für jede Tonne Getreide als Prämie den vollen Betrag des Zolls für ein gleiches Quantum derselben Ware, der bei der Einfuhr gezahlt werden müßte, in Gestalt eines Einfuhrscheins, den er als bar Geld absetzen kann, dazu kommt noch, daß ihm die Eisenbahn bis zur Grenze außerordentlich günstige Exporttarife gewährt.

Wie hat sich das Einfuhrscheinsystem entwickelt?

In dem Moment, wo sich ein Staat Schutzzollgrenzen zieht, entsteht für den internationalen Handel, der nur durch wirtschaftliche Verhältnisse geschaffene Grenzen kennt, Gefahr. Benutzt er das durch Zoll „geschützte" Reich zur Durchfuhr, so muß er bei dem Überschreiten der nationalen Grenze Einfuhrzoll zahlen, sein Produkt ist, am Ziele angelangt, um den erhobenen Zollbetrag verteuert. Die Umgehung eines zollerhebenden Landes ist nicht immer möglich. Handelsstraßen sind durch Anpassung und Einrichtung für den Warenverkehr in gewissem Sinne festgelegt. Um den Durchfuhrverkehr nicht verloren gehen zu lassen, der mitunter außerordentlich großen Umfang annimmt — man denke zum Beispiel an die Ausfuhrhäfen Memel, Königsberg und Danzig, deren Hinterland das russische Reich ist, oder an Rotterdam, welches das deutsche Rheingebiet als Zufuhrland besitzt —, ist deshalb die Organisierung der Zollfreiheit für den Durchfuhrverkehr eine Ergänzung der Schutzzollpolitik.

Deutschland schuf mit dem Zolltarifgesetz vom 15. Juli 1879 sogenannte *Transit*-, Durchgangslager, ohne amtlichen Mitverschluß, in denen die Behandlung und Umpackung des ausländischen Getreides — auch seine Mischung mit inländischem — zugelassen wurde. Die „reinen" Transitlager dienen lediglich der Ausfuhr, die „gemischten" verkaufen daneben ihr Getreide auch nach dem Inland. Diese Lager konnten nun jedes Quantum ausländischen Getreides zollfrei einführen, wenn sie aus ihren Beständen *eine gleiche Menge derselben Getreidegattung ausländischer Herkunft* ausführten. Das den ausgeführten Quantitäten beigemischte inländische Getreide wurde vorerst bei Bestimmung der zollfrei auszuführenden Menge nicht angerechnet. Dieselbe Erleichterung wurde den *Mühlen* gewährt. Bei der Ausfuhr von Mehl wurde die Rückvergütung des Eingangszolls nach Maßgabe des Prozentsatzes an ausländischem Getreide, das zur Herstellung des Mehles verwendet worden war, berechnet. Es wurde also *unter Festhaltung der Identität* des Fabrikats die entsprechende Gewichtsmenge an ausländischem Getreide dem Mühleninhaber zollfrei abgeschrieben. Schon 1882 wurde dieses Gesetz zugunsten der Mühlen so umgeändert, daß der Eingangszoll für eine der Ausfuhr entsprechende Menge des zur Mühle gebrachten Getreides erlassen wurde. *Damit war der Anfang zur systematischen Ausnutzung der Berechtigung zur Zollrückvergütung gegeben.* Die Identität galt jetzt nicht mehr für die *Ware*, sondern für die *Person* des Ein- respektive Ausführenden. Stand nun der Inlandspreis nicht um die volle Höhe des Zolles über dem Weltmarktpreis, so ergab die Zollrückvergütung einen Profit in der Höhe, in welcher der Zoll im Inlandspreis nicht voll zum Ausdruck gekommen war. Dazu

kamen dann noch die besonderen Vorteile, die sich aus der Getreidemischung ergaben. Die besondere Beschaffenheit des nord- und ostdeutschen Brotkornes bedingt, um die speziell in seinem Ausfuhrgebiet, den nordischen Ländern, gewünschten Qualitäten zu schaffen, eine Mischung mit ausländischem Getreide. Dies geschieht besonders in den schon genannten Transitlagern.

Schon 1887 kamen weitere Wünsche der Interessenten.

Die Reichstagsvertreter der Seeausfuhrstädte Ostdeutschlands forderten die den Mühlen bewilligte Übertragung des Identitätsnachweises der Ware auf die Person auch für die Transitlager. Da aber aus den Kreisen der Landwirtschaft Protest erhoben wurde, kam es damals nicht zur Erfüllung dieses Wunsches. Jetzt wurden die Agrarier lebendig. Sie meinten, daß durch Alleingewährung von Vorrechten an Getreidehändler und Mühlenbesitzer die Gefahr bestünde, daß die mühsam hochgeschraubten inländischen Getreidepreise wieder sinken könnten, und deswegen verlangten sie für sich — noch mehr Vorteile, als Mühlen und Transitlagern zugestanden worden waren. Der Einemarkzoll hatte ihren Appetit geweckt; im Jahre 1885 wurde er auf 3 Mark erhöht, 1888 brachte ihnen den Fünfmarkzoll pro Doppelzentner.

In der durch den Zoll bewirkten Steigerung der Inlandspreise über den Weltmarktspreis hinaus ergab sich natürlich, daß der Absatz nach dem Ausland nicht mehr die alten, lohnenden Erträge lieferte. Für die Allgemeinheit bedeutete diese Entwicklung sicher nicht den schlechtesten Gang der Dinge, den nordöstlichen Agrariern war er sehr unerwünscht.

In dem größeren Teile des Reiches, speziell in Süd- und Westdeutschland, bleiben die Ernteerträge immer hinter dem Verbrauch zurück, es muß mit Zufuhr gerechnet werden, dagegen produziert insbesondere das nördliche und östliche Getreidebaugebiet regelmäßig namhafte Überschüsse. Die hier in normalen Jahren erzeugten Überschüsse müssen außerhalb des Produktionsgebiets untergebracht werden. Seit langem war die Ausfuhr nordostdeutschen Getreides besonders nach Dänemark, Schweden, Norwegen, Großbritannien, Belgien und Holland erfolgt, weil gerade in jenen Gegenden die nordostdeutschen Getreidesorten unvermischt, zum anderen auch mit ausländischem Korn durchsetzt, einen lohnenden Markt hatten. Als die Inlandspreise, durch die Zölle künstlich angeregt, immer weiter stiegen, entstand natürlich eine Differenz mit den Weltmarktpreisen, die für das Ausfuhrgetreide gezahlt wurden. Die Ausfuhr lohnte nicht mehr. Süd- und Westdeutschland dagegen, wo die Produktion den Bedarf lange nicht erreichte, so daß jedes Jahr den Rhein hinauf große Mengen ausländischen Getreides kamen, hatte Preise, die über den ost- und norddeutschen standen. In den südwestdeutschen Preisen kam die volle Zollerhöhung zum Ausdruck. Der Nordosten begann Interesse an einer Absatzmöglichkeit im Südwesten Deutschlands zu haben. Billigere Transportgelegenheit, so argumentierte man, würde dem einheimischen Produkt neben dem fremden, welches der Rhein brachte, Gelegenheit geben, an den um den Zollbetrag höher stehenden südwestdeutschen Getreidepreisen mit teilnehmen zu lassen, ohne dabei der südwestlichen Landwirtschaft eine besondere Konkurrenz zu machen. Es war die preußische Regierung, die sich nach einem gemeinsamen Antrag der beiden Häuser sehr bald entschloß, diesen Wünschen der Agrarier Rechnung zu tragen und der Frage einer Einführung von Staffeltarifen nach Süddeutschland näher zu treten. September 1891 wurden die Staffeltarife für den Getreidetransport nach den südwestlichen Gegenden

des Deutschen Reiches für Getreide- und Mühlenfabrikate in Kraft gesetzt. Sie gewährten dem nach diesen Gegenden transportierenden Agrarier je nach der weiteren Entfernung immer günstiger berechnete Frachtraten. Wenn auch die Durchführung dieser Maßnahme nur im Interesse der Agrarier erfolgte, so deckte sie sich doch in diesem Falle ausnahmsweise ziemlich mit den allgemeinen volkswirtschaftlichen Wünschen, war doch dadurch die Inlandsversorgung mit Inlandsprodukten gewährleistet. Wie in jenen Jahren die Entwicklung des Getreideexports nach dem Ausland und vom Norden nach dem Süden Deutschlands aussah, dies zeigen die nachfolgenden Tabellen I und II. Die Grundlage der Tabelle II ist die Statistik der Güterbewegung auf den deutschen Eisenbahnen. Unter nordöstlichem Produktionsgebiet sind da die Verkehrsbezirke Altpreußen, Pommern, Posen und Schlesien gemeint.

Tabelle I.

Es wurden aus Deutschland in Tonnen zu 1000 Kilogramm ausgeführt:

Im Jahre	Weizen	Roggen	Hafer
1880	178170	26587	43564
1885	14080	4021	12821
1886	8294	3198	16493
1887	2840	3138	8285
1888	1112	2262	1815
1889	758	608	328
1890	206	119	451
1891	337	134	373
1892	244	891	472
1893	293	270	276
1894	79190	49711	22759

Tabelle II.

Es wurden aus dem nordöstlichen Produktionsgebiet per Bahn nach dem südwestlichen Konsumtionsgebiet in Tonnen zu 1000 Kilogramm gesandt:

Jahr	Weizen	Hafer	Jahr	Weizen	Hafer
1885	58	112	1890	102	21
1886	41	264	1891	61	173
1887	137	401	1892	102	3821
1888	446	841	1893	527	15212
1889	34	101	1894	171	4066

Es entbrannte nun ein agrarischer Kampf[illegible]der bis Mitte 1894 — da fielen die Staffeltarife — dauerte. Die vorsteher[illegible]en Tabellen geben von dem wirtschaftlichen Untergrund der Differenzen zwischen den nordöstlichen und den südwestlichen Landwirten ein [illegible]es Spiegelbild. Die Ausfuhr schwand in jenen Jahren völlig, die nor[illegible]n Getreideproduzenten sind dabei an erster Stelle beteiligt, sie schafften [illegible] Getreide nach dem südwestdeutschen Konsumtionsgebiet, wo schon Au[illegible]andszufuhren und Angebote des eigenen Produktionsgebiets vorhanden waren. Die Folge war, daß die Preise nach unten wichen, sicher im Interesse der [illegible]emeinheit. Aber die Agrarier — es war die Zeit der Bo[illegible]bundsgründ[illegible]ng und der klassischen Kriegserklärungen gegen die Regie[illegible] — waren damit nicht zufrieden. Dazu kam noch, daß in jenen Jahren [illegible]ge Male anormale Verhältnisse in der Getreideproduktion entstanden, daz[illegible]erschoben sich die handelswirtschaftlichen Grundlagen mit anderen Ländern, besonders mit Rußland. Von den Seehandelsstädten kamen

liberale Vertreter in den Reichstag und klagten über den verloren gegangenen Auslandshandel.

Zur Beschwichtigung der Stürme, die immer wieder aus der Landwirtschaft kamen, jetzt auch mit aus dem Süden und Westen, weil dort die Staffeltarife drückten, ergriff die Regierung in der Zeit, wo der russische Handelsvertrag beraten wurde, selbst die Initiative und bot den einen die Abschaffung der Staffeltarife, den anderen die Aufhebung des Identitätsnachweises, das heißt des Nachweises der Identität des ausgeführten Getreides mit dem eingeführten. Die Wünsche der Kardorff, Kanitz und Konsorten wurden verwirklicht!

Das am 1. Mai 1894 in Kraft getretene Gesetz betreffend die Abänderung des alten Zolltarifs legte fest, daß „bei der Ausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer, Hülsenfrüchten, Gerste, Raps und Rübsaat, wenn die ausgeführte Menge wenigstens 500 Kilogramm beträgt, Einfuhrscheine erteilt werden, die den Inhaber berechtigen, innerhalb einer vom Bundesrat zu bemessenden Frist eine dem Zollwert der Einfuhrscheine entsprechende Menge der nämlichen Warengattung ohne Zollentrichtung" einzuführen. Dem analoge Bestimmungen erfolgten für die Transitlager, sie waren der Art, daß nur noch die Aus- und Einfuhren von den beiden entsprechenden Konten der Durchfuhrlager abgeschrieben respektive verzollt wurden. Für die Mühlen wurde dieselbe Einrichtung geschaffen. Der Bundesrat erließ dann noch Vorschriften über die Benutzungsmöglichkeit der Scheine, legte deren Dauer auf zehn Monate fest und bestimmte, daß auch bei der Einfuhr anderer Waren, wie Südfrüchte, Kaffee, Petroleum, Heringe, Kaviar, Austern, Schildkröten, mineralische Schmieröle usw., der Zoll durch Einfuhrscheine beglichen werden könne.

Vergeblich hatte die sozialdemokratische Fraktion bei den Beratungen des Gesetzes ihren Sprecher, den Genossen Schippel, darauf hinweisen lassen, daß die Aufhebung des Identitätsnachweises eine Verteuerung des Brotes unbedingt mit sich bringen müsse.

Mit jenem Gesetz waren die Agrarier wieder obenauf. Die Ausfuhr stieg rapid. Noch das Jahr 1894 brachte einen Sprung der Ausfuhrziffer nach oben, wie Tabelle I zeigt. Der Abfluß des Getreides aus dem Osten erfolgte wieder nach dem Ausland, die Inlandspreise stiegen nicht nur im Süden, sondern auch im Osten. Die Ausfuhr brachte den östlichen Agrariern keine Verluste mehr. An der Grenze erhielten sie ja für jede Tonne Getreide den vollen Zollbetrag, der bei seiner Einfuhr zu zahlen gewesen wäre, in Gestalt des Einfuhrscheins.

Es wird nun immer behauptet, daß hierdurch absolut kein Schaden für das Inland entstehen könne. Einmal steht aber doch fest, daß durch die Ausfuhr des östlichen Getreides der Markt künstlich entblößt wird, die Inlandspreise müssen steigen. Kommt nun auf Einfuhrscheine Getreide wieder herein, so ist zwar ziffernmäßig dieselbe Versorgung da, als wenn das östliche Getreide nicht ausgeführt worden wäre; der Unterschied ist aber der, daß die Wiedereinfuhr nur zu dem um den vollen Zollbetrag erhöhten Preise erfolgt und so sich die Preise steigern, während die Inlandsversorgung sie zu einer gewissen Senkung gebracht hatte. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß das Einfuhrscheinsystem dazu beigetragen hat, die deutschen Inlandspreise um den vollen Zollbetrag über den Weltmarktspreis zu erhöhen. Dies hinderte allerdings die Regierung nicht, ihren

Entwurf 1894 mit der Begründung zu verteidigen, daß eine Verteuerung des einheimischen Verbrauchs „unwahrscheinlich" sei.

Die Entwicklung vollzog sich nun durchaus im Sinne der Wünsche der nördlichen und östlichen Landwirtschaft. Schon im Herbst 1894 berichtete das Vorsteheramt der Kaufmannschaft in Königsberg dem Oberpräsidenten, daß der Preisunterschied zwischen inländischem und unverzolltem russischen Brotgetreide infolge des Gesetzes fast durchweg höher als der Zoll sei. Auch in den Preisen für inländische Gerste, Hafer und Hülsenfrüchte komme der Zoll nunmehr voll zum Ausdruck. Der Absatz nach Westdeutschland habe fast ganz aufgehört. Soweit sich im Laufe der nächsten Jahre herausstellte, daß hier und da an diesem vorzüglichen Apparat zur inländischen Preissteigerung noch kleine Mängel waren, sorgte die agrarische Regierung dafür, daß diese beseitigt wurden. Den Schlußstein bildeten die Änderungen, die mit dem berüchtigten Zolltarif vom Jahre 1902 durchgingen, sie traten am 1. März 1906 in Kraft.

Zu den schon genannten Bestimmungen ist damit auch noch für Buchweizen die Aufhebung des Identitätsnachweises und die Einführung der Einfuhrscheine gekommen. Des weiteren sind jetzt die Einfuhrscheinbesitzer berechtigt, eine beliebige Gattung der in das System einbezogenen Waren einzuführen; die frühere Beschränkung der Einfuhrscheine auf die Getreideart, für die sie ausgestellt worden waren, ist damit beseitigt. Die Scheine gelten jetzt nur noch sechs Monate, ihre Verwendbarkeit ist außer auf die Getreidearten, die ihre Ausstellung zulassen, nur noch für Kaffee- und Petroleumeinfuhr möglich. Für die Transitlager und die Ausfuhrmühlen ist selbstverständlich der Identitätsnachweis in demselben Maße wie für die direkte Ausfuhr weggefallen. Um den Wert des Einfuhrscheins seinem Nominalwert möglichst nahe kommen zu lassen, hat man 1902 den Agrariern noch den Gefallen getan, Zollkredit nur mit 4 Prozent Zinsen zu gewähren. Dies gilt auch für die in den Zollagern vorhandenen ausländischen Getreidemengen, soweit sie in den Inlandsverkehr kommen und das Konto des Postens an heimischem Getreide überschreiten. Diese den Getreideverkehr beschränkenden Vorschriften bedeuten eine weitere Verstärkung des Zollschutzes. Zugleich ist den Transitlagern damit ein kleiner Denkzettel dafür verabreicht worden, daß sie sich erlauben, bei drohenden Hungersnotpreisen Zuflußkanäle für Getreide zu sein.

Die Schäden des Einfuhrscheinsystems, so wie es heute besteht, lassen sich dahin zusammenfassen:

1. Verteuerung des Brotgetreides für den heimischen Verbrauch,
2. schwere Benachteiligung der Reichsfinanzen,
3. Schädigung der Müllerei durch Erschwerung des Bezugs der Rohstoffe und Erleichterung der Getreidekäufe für die ausländischen Grenzmühlen und
4. Schädigung der Pferdehaltung durch den starken Abfluß von Hafer.

Zu Punkt 1 erklärt nun die in diesem Frühjahr erschienene Regierungsdenkschrift:

„Der Weltmarktspreis wäre, abgesehen von den Versendungskosten des Getreides, für die Preisbildung im Inland allein maßgebend, wenn Getreidezölle bei uns nicht beständen. Sieht man als den Zweck der Einführung und Erhöhung von

Schutzzöllen für Getreide an, die inländische Getreideerzeugung durch Gewährleistung höherer Preise zu fördern, so kann dieser Zweck nur dann als erreicht betrachtet werden, wenn der inländische Preis sich neben den Versendungskosten zusammensetzt aus dem Weltmarktspreis und dem deutschen Zolle. Es muß, mit anderen Worten, der Zoll im Inlandspreis voll zum Ausdruck kommen."

Bei einer Betrachtung der inländischen und ausländischen Getreidepreise ergibt sich, daß dies durch die deutsche Zollgesetzgebung anfänglich nur für Süd- und Westdeutschland gelungen war; durch die Aufhebung des Identitätsnachweises wurde es möglich, auch den ostelbischen Agrariern einen um den vollen Zoll erhöhten Getreidepreis zu sichern. Die Denkschrift gesteht unumwunden zu: „Dies war Zweck und Absicht der Gesetzgebung von 1894."

Die Einfuhrscheine sind also heute Exportprämien! Der Syndikus des Vorsteheramtes der Königsberger Kaufmannschaft, der in einer 1909 erschienenen Schrift[1] warm für die Erhaltung des heutigen Einfuhrscheinsystems eintritt, gibt offen zu:

„Immerhin kann man jeden übermäßig hohen Schutzzoll — ein solcher liegt ja bei Getreide in Deutschland vor — gewissermaßen als einen starken Anreiz zu einer Steigerung der Erzeugung über den heimischen Bedarf hinaus, und zwar zu künstlich gesteigerten Preisen, bezeichnen. Diese Art indirekter Exportprämie liegt aber bei allen im Inland produzierten Waren mit sehr hohem Schutzzoll vor."

Der Verein der Berliner Getreide- und Produktenhändler[2] wies mit schärfster Betonung auf die Exportprämiierung hin. In den östlichen Provinzen ist seit 1906 der Weizenbau immer weiter zurückgedrängt worden, man baut Roggen und schafft ihn mit der Exportprämie nach dem Ausland, wo er natürlich willig und gern zu gutem Preise genommen wird, denn einmal brauchen die Verkäufer den Preis nicht allzu hoch zu stellen, die deutsche Regierung zahlt ihnen ja schon an der Grenze bei der Ausfuhr für jede Tonne 50 Mark, und zum anderen bringen sie nur die besten Getreidesorten auf den Weltmarkt. Die agrarische Presse behauptet oft, das Ausland bekäme nur die minderwertigeren Getreidesorten, dies ist aber durchaus unwahr. In einer agrarischen „Denkschrift über die zur Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen", die 1896 als Sonderdruck aus der „Post" erschien, heißt es ganz ehrlich: „Nach den bisher gemachten Erfahrungen hat sich diese Bestimmung (daß nur marktgängige Getreidesorten ausgeführt werden dürfen) bewährt, da das ausgeführte Getreide durchgängig nicht nur von zweifellos marktfähiger, sondern sogar von durchaus guter Beschaffenheit gewesen ist." Und dies wird aus neuester Zeit auch durch den schon genannten Syndikus der Königsberger Kaufmannschaft bestätigt. Aus Müllerkreisen wurde vor einiger Zeit einmal dem „Berliner Tageblatt" geschrieben: „Das gute Getreide führen sie aus, das schlechte lassen sie uns hier."

Der Eisenbahnzentralrat hat dabei seit Jahren diese wahnwitzige Ausfuhrsucht noch unterstützt, indem er Ausfuhr- respektive Exporttarife schuf, deren Unterschiede gegen den sonstigen Frachtsatz außerordentlich groß

---

[1] F. Simon, Die Getreideeinfuhrscheine. Eine Kritik der Reichstagsverhandlungen vom 22. April 1909.

[2] Jahrbuch über die Ernten und den Handel mit Getreide 1908.

sind. Die Fracht für 10 Tonnen Weizen oder Roggen kostet von Posen bis Danzig 146 Mark, der Exporttarif rechnet nur 85, Gumbinnen-Königsberg rechnet sonst 65 Mark, der Exporttarif lautet auf 40, für die Strecke Leipzig-Kufstein (Ausfuhr nach Österreich!) ist das Verhältnis 259 und 161 Mark, für die Strecke Leipzig-Basel (Ausfuhr nach der Schweiz!) lauten die beiden Ziffern 333 und 203 Mark. Dieser seit 1895 bestehende Spezialtarif I stellt eine starke, weitere Anreizung zur Getreideausfuhr dar. Es ist klar, daß bei solchen ungesunden Verhältnissen für die ostelbischen Agrarier insbesondere die Sehnsucht in nichts weiter besteht, als möglichst große Getreidemengen zu bekommen. Fieberhaft werden die Anbauflächen vergrößert, Weizenböden zum Roggenbau benutzt, die Wiesenkultur eingeschränkt. Dieses Weiterschreiten zu stets minderwertigeren Böden in der Getreidefruchtproduktion hat natürlich zusammen mit dem Intensiverwerden der Bebauung dazu geführt, daß die Produktionskosten höher geworden sind; die Güterpreise sind mit dadurch so riesig gestiegen. Natürlich ist dies wieder die beste Handhabe, um strengen und hohen Zollschutz der so teurer werdenden Inlandsproduktion zu verlangen.

Die Ausfuhr von Getreide ist besonders im Frühjahr und Herbst unglaublich stark. Sie war nach der glänzenden Roggenernte des Jahres 1908, die zeitlich mit einer schwachen Versorgung des Weltmarktes durch Rußland und andere Getreide exportierende Staaten zusammenfiel, so stark, daß von verschiedenen Eisenbahndirektionen, wie Danzig und Stettin, zeitweise die Annahmesperre für Getreide verhängt werden mußte. 1907 und 1908 war der Osten Deutschlands zeitweilig so völlig von Getreide entblößt, daß die Mühlen ihren Betrieb einstellten. So schrieb damals die bekannte Königsberger Walzmühle A.-G. in ihrem Geschäftsbericht: „Wir konnten ... von Januar bis Juni nur den Tagesbetrieb aufrecht erhalten und stellten Anfang Juli bis zum Beginn der Ernte — Medio August — den Betrieb ganz ein!"

Wie die Schäden dieser Politik aussehen, dies zeigt die folgende Tabelle III, die ausweist, wie sich die Ein- und Ausfuhr bei Roggen und Hafer seit dem Erntejahr 1906/07 verhalten hat.[1] Sie beweist, daß der Ausfuhrüberschuß gegenüber der Einfuhr, zumal bei Roggen, immer größer wird!

Tabelle III.

Ein- und Ausfuhr von Roggen und Hafer in Erntejahren seit 1906/07.

Roggen				
Erntejahr Juli-Juni	Einfuhr Tonnen	Ausfuhr Tonnen	Mehr (+) oder weniger (—) in Tonnen	Mehr (+) oder weniger (—) Zollwert in 1000 Mark
1906/07	661564	289476	+372088	+18604
1907/08	485520	234292	+251228	+12561
1998/09	243535	843082	—599547	—29977
1909/10	299960	639923	—348963	—17448

[1] Wir bringen nur die Nachweisungen für diese beiden Getreidearten, bei Weizen usw. überwiegt die Einfuhr trotz der immer größer werdenden Ausfuhr.

Hafer				
Erntejahr Juli-Juni	Einfuhr Tonnen	Ausfuhr Tonnen	Mehr (+) oder weniger (—) in Tonnen	Zollwert in 1000 Mark
1906/07	357044	321967	+ 35077	+ 1753
1907/08	291502	514834	—223332	—11166
1908/09	433836	299768	+134068	+ 6703
1909/10	484954	540668	— 55714	— 2785

Die Regierung hat zwar stets — auch wieder in ihrer Denkschrift — behauptet, daß sie sofort Maßnahmen ergreifen würde, sowie die Staatskasse durch das Einfuhrscheinsystem geschädigt würde, jetzt, da dieser Fall eingetreten ist, hat sie nichts weiter zu sagen, als daß die Agrarier sämtlich mit diesem System zufrieden sind. Wenn einmal angenommen wird, daß wirklich jeder für Roggen oder Hafer oder irgend eine andere Sorte Getreide ausgestellte Einfuhrschein benutzt würde, um anderes Auslandsgetreide (oder auch dasselbe) auf dem Seeweg wieder einzuführen — Tabelle IV zeigt, daß dies nicht der Fall ist —, so bleibt immer noch die Tatsache bestehen, daß die Einfuhrscheine, die für Roggen allein in den beiden letzten Jahren 47 Millionen Mark ausmachen, und die 2,8 Millionen Mark, die dies Erntejahr wieder für Hafer mehr ausgegeben als eingenommen worden sind, reine Exportprämien, Liebesgaben in ausgeprägtester Form sind!

Nun wird aber, wie Tabelle IV zeigt, nur ein Teil der Einfuhrscheine zur Wiedereinfuhr von Getreide benutzt.

Tabelle IV.

Der Zoll wurde durch Einfuhrscheine beglichen:

Jahr	Insgesamt für in 1000 Mark	Davon für andere Waren als Getreide in 1000 Mark
1894	6756	—
1895	7124	—
1896	7540	—
1897	10900	325
1898	15932	1196
1899	20130	—
1900	22199	—
1901	15038	—
1902	14933	3879
1903	21357	5316
1904	31381	14289
1905	38519	16578
1906	56744	10879
1907	53956	5950
1908	99262	17133
1909	100372	17805
1910 bis Ende Juni	58523	9783
	580666 seit 1894	102833 seit 1902

Seit 1902 sind bis Ende Juni dieses Jahres rund 103 Millionen Mark Einfuhrscheine dazu benutzt worden, um den Einfuhrzoll für Kaffee, Petroleum usw. zu decken! Dies ist reiner Verlust der

Reichskasse. Seit dem Bestehen des heutigen Einfuhrscheinsystems (1894) bis Ende Juni 1910 hat die Zollbehörde für rund 583 Millionen Mark Scheine ausgestellt. Diese sind den Agrariern zugute gekommen, sie profitieren in allererster Linie und am ausgiebigsten von der damit vom Staate bezahlten Brotverteuerung innerhalb des Deutschen Reiches. Durch Roggeneinfuhrzoll hat die Regierung seit 1908 nicht nur nichts mehr eingenommen, sondern sogar noch 47 Millionen Mark bares Geld zugesetzt! Der Haferzoll hat der Regierung 1907/08 und 1909/10 ebenfalls nichts eingebracht, sondern noch 14 Millionen Mark gekostet!! Bei Weizen und den anderen zu Einfuhrscheinen berechtigten Getreidesorten wird natürlich die Zolleinnahme ebenfalls geschädigt, weil, wenn auch die Einfuhr größer ist als die Ausfuhr, ein erheblicher Bruchteil der ausgestellten Einfuhrscheine gar nicht zur Einfuhr derselben Ware benutzt wird. Die 102 Millionen Einfuhrscheine, mit denen seit 1902 der Zoll für andere Waren als Getreide gedeckt worden ist, ebenso die 61 Millionen Mark, die für Roggen und Hafer in den letzten Jahren mehr ausgegeben als eingenommen worden sind — letztere soweit sie nicht in der erstgenannten Summe schon einmal als Verluste erscheinen —, stellen direkte Verluste der Reichskasse dar!

Die Verluste der Reichskasse sind Liebesgaben für die Agrarier, die sie neben den Gewinnen aus den künstlich hoch gehaltenen Getreidepreisen einstecken. Am schändlichsten ist bei dieser ganzen Frage die Haltung des Zentrums. Bei der Beratung des Zolltarifs veranlaßt es durch Anträge — dem Drucke der Sozialdemokraten folgend — den § 15, der bestimmt, daß ein Teil der Einnahmen aus den höheren Zöllen auf Weizen und Roggen und einige andere Produkte für eine Witwen- und Waisenversicherung zurückgelegt werden müsse. Das Zentrum wollte damit seine unzufrieden werdenden Wähler beschwichtigen. Aber dank dem famosen Einfuhrscheinsystem, welches das Zentrum miteingeführt hat und auch jetzt noch verteidigt, ward noch nicht ein Zehntel von dem angesammelt, was das Zentrum in Aussicht gestellt hatte!

Die Agrarier aber behaupten trotzdem, das Einfuhrscheinsystem schädige die Reichskasse nicht im geringsten. Graf Kanitz sagte noch am 22. April 1909 im Reichstag, daß ja die Gesamtausfuhr an Getreide erst 12½ Prozent der Getreideeinfuhr ausmache und deswegen noch lange kein Schaden entstünde! Der Zentrumsredner Speck kam dem Kern der ganzen Frage schon näher, als er davon sprach, daß man mit der Aufhebung des Identitätsnachweises beabsichtigt habe, „bei Überproduktion (?) das allzu tiefe Sinken der Getreidepreise zu verhüten". Ein Schaden der Reichskasse besteht ja gar nicht: „... soweit es sich um Brotgetreide handelt, Weizen und Roggen, ist lediglich der Witwen- und Waisenfonds beteiligt." Heuchlerisch bedauerte er dann noch, um auch der anderen Wählerrichtung „gerecht" zu werden, daß durch die starke Getreideausfuhr dem Witwen- und Waisenfonds hätte nichts zugeführt werden können.

Daß die östliche Getreideausfuhr nur den Zweck habe, auf billigem Wasserweg über Rotterdam wieder den Rhein herauf in deutsches Konsumgebiet zu kommen, ist durchaus unwahr. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung" hat vor einiger Zeit eingestanden, es sei für ihre Leute rentabler, das Getreide nach dem ausländischen Osten zu verkaufen, als es an den nordischen Ländern „vorbei spazieren zu fahren". Es ist aber nicht allein die ostelbische Landwirtschaft, die mit krampfhaftem Eifer durch große Ausfuhr dafür sorgt, daß der In-

landspreis nicht sinkt. Werden die verschiedenen Zolldirektionen auf das Quantum der von ihnen ausgestellten Einfuhrscheine geprüft, so ergibt sich zum Beispiel für Breslau an Einfuhrscheinen für Roggen im Rechnungsjahr 1907 und 1908 793000 und 3623000 Mark, an Hafer für 433000 und 420000 Mark. Dresden hat für Roggen in den beiden Jahren 59000 und 485000 Mark, München ebenfalls für Roggen 148000 und 778000 Mark zu verzeichnen, die Ziffern für Hafer lauten hier 1616000 und 1807000 Mark, Stuttgart meldet in Hafereinfuhrscheinen für die beiden Jahre 744000 und 681000 Mark. Es steht außerdem fest, daß auch ein Teil der Getreideproduktion des Westens über Rotterdam nach Belgien und Holland geht. Deutsches Getreide war so schon in der Schweiz billiger als hier, deutscher Roggen ist es heute noch in Rußland.

Die Haferausfuhr hat die Einfuhr im vergangenen Erntejahr wieder überschritten. Auch hier trifft zu, was wir über die Entblößung des Roggenmarktes gesagt haben. Die Ausfuhr von Hafer ist bei dem Zoll von 50 Mark pro Tonne besonders lohnend. Die Pferdefütterung in Deutschland erfolgt nunmehr mit Surrogaten wie Kleie und besonders dem von Amerika kommenden Maisfutter, mit Homeo, Viktoria usw., das zollfrei eingeführt wird, wobei die Zollverwaltung außerdem noch besondere Kosten für Denaturierung leisten muß. Ebenso profitabel für die Agrarier ist an Stelle der Ausfuhr von Hafer die Einfuhr von Futtergerste, für die nur 13 Mark pro Tonne Zoll gezahlt werden muß. Diese Haferausfuhr tut der Güte des deutschen Pferdematerials unbedingt Abbruch. Nach sachverständigem Gutachten stellt sich zwar der Stärkewert bei Futtergerste höher als bei Hafer mittlerer Güte, es fehlt aber das nötige Fettquantum, und fetthaltiges Futter haben bei unserem Klima die Pferde in hohem Maße nötig. Die schon genannte Denkschrift tut dieses Argument damit ab, daß sie die Pferdezählungen von 1904 und 1907 einander gegenüberstellt und darauf hinweist, daß der Pferdebestand um rund 77000 gestiegen ist. Als wenn das den Vorwurf entkräften könnte, daß das Ausland mit bestem Pferdefutter versorgt wird, während das eigene Land sich mit Surrogaten begnügen muß.

Die Müllerei wird durch das Einfuhrscheinsystem ebenfalls gründlich geschädigt. Allerdings muß hier ein Unterschied beachtet werden. Die Ausfuhrmühlen machen dieselben Geschäfte wie die Agrarier. Dadurch, daß das Getreide nach dem Ausland so billig geht, haben sich dort ganze Mühlenindustrien entwickelt, deren Profit darauf beruht — wir denken hier besonders an die Verhältnisse hinter der russisch-deutschen Grenze —, daß Roggen über die Zollgrenze geführt und im Ausland vermahlen wird. Dies aber nur zu einem sehr niedrigen Prozentsatz, das übrige geht als äußerst mehlhaltige „Kleie“, die nach dem Zolltarif zollfrei ist, wieder nach Deutschland zurück. Hier ist sie als hochwertiges Mastmittel sehr beliebt. Sie macht den deutschen Mühlen, die das Getreide zu einem viel höheren Prozentsatz ausmahlen, einmal durch ihre Qualität, zum anderen durch ihren billigen Preis, den das Einfuhrscheinsystem ermöglicht hat, Konkurrenz.

So wird durch das Einfuhrscheinsystem die weitaus überwiegende Masse der deutschen Bevölkerung in ihren Lebensinteressen geschädigt. Die Regierung aber hält zu den Agrariern, deren Wortführer, Graf v. Kanitz, noch am 22. April 1909 im Reichstag erklärt hat: „Ich möchte doch in der Tat fragen, ob wir Landwirte dazu verpflichtet sind, die Bevölkerung mit billigem Brot zu versorgen?“

Solche Meinung ist für die Regierung Befehl. Und deswegen faßt sie in der Denkschrift vom März 1910 ihre Stellung in die Worte zusammen: „Einigkeit ist (in der Einfuhrscheinfrage), soweit erkennbar, nur auf seiten der Landwirtschaft vorhanden, und zwar in dem Wunsche, daß an den geltenden Vorschriften möglichst wenig geändert werden möchte.“

Die Sozialdemokratie aber wird bei ihrem Kampfe gegen die Lebensmittelverteuerer und ihre Regierung auch das Liebesgabensystem der Einfuhrscheine mit an den Pranger stellen.

Literarische Rundschau.

Alfred Weber, **Über den Standort der Industrien.** Erster Teil: Reine Theorie des Standortes. Mit einem mathematischen Anhang von G. Pick. Tübingen 1909, Verlag von J. C. B. Mohr (P. Siebeck). VII und 246 Seiten. 5,60 Mark.

In der heutigen industriellen Betriebsführung zeigt sich uns immer klarer der Übergang von einer planlosen Organisation der Arbeit zu einer geregelten Werkstättenleitung. Der deutsche Unternehmer hat nicht nur gelernt, sich durch Syndikate, Kartelle, Interessengemeinschaften und Fusionen günstige Einkaufs- und Verkaufsbedingungen zu schaffen, in Arbeitgeberverbänden sich geschlossen den Gewerkschaften gegenüberzustellen, sondern auch im Fabrikbetrieb selbst sucht er Regel und Ordnung zu schaffen. Für alle Maßnahmen im geschäftlichen Handeln sucht er das intuitiv spekulative Element zurückzudrängen und Entscheidungen zu treffen, die auf Grund gesetzmäßiger Beherrschung aller Betriebsfaktoren geschaffen wurden. Denn der Unternehmeraktionär, der als Kapitalist die Werke einer Verwaltungsbureaukratie ausliefern muß, will nicht auf die Tüchtigkeit einzelner Direktoren angewiesen sein. Auch hier das Bestreben, die individuelle Arbeitskraft des einzelnen, und sei er auch der höchste Betriebsbeamte, für den Gesamtprozeß entbehrlich und auswechselbar zu machen. Die Methoden der „erfolgreichen“ Betriebsführung sollen deshalb nicht eine Geheimkunst sein, die nur wenigen zugänglich ist, sondern die Fabrikbetriebslehre soll aus den Erfahrungen der bisherigen Praxis zu einer besonderen Disziplin ausgebildet werden, die von der Gesamtheit der oberen Verwaltungsbureaukratie studiert und durchgearbeitet wird. Daher gerade jetzt die eingehende Behandlung von all diesen Fragen in der einschlägigen Fachpresse, das Suchen nach einwandsfreien Kalkulationsmethoden, nach zielsicheren Rentabilitätsberechnungen, nach der klaren Erkenntnis aller Betriebsfaktoren, die den Ertrag des Unternehmens steigern können.

Ein sehr wichtiges Problem der Industriepraxis ist die Standortsbestimmung eines Unternehmens. Geht nämlich eine Gesellschaft oder eine Einzelunternehmung an die Gründung einer neuen Fabrik, so muß der Standort der neuen Produktionsstätte richtig gewählt werden. Denn von den verschiedenartigsten Momenten, den Standortsfaktoren, ist die Rentabilität des neuen Industrieunternehmens abhängig. Ein Hüttenwerk zum Beispiel muß sich in günstiger Lage zu den Bezugsquellen der Rohmaterialien befinden, muß genügend Verkehrsanlagen haben, um die Produkte billig herbeischaffen und rationell dem Konsumenten zuführen zu können. Wie wichtig gerade diese Verkehrsfragen für die Schwereisenindustrie sind, zeigen die neueren Arbeiten von Professor Hermann Schuhmacher.[1]

Für einen Industriezweig dagegen, der nur Qualitätsarbeit herstellen kann (Werften!), spielt wiederum die Arbeiterfrage eine große Rolle, in dem Sinne verstanden, daß genügend qualitativ leistungsfähige Arbeitskräfte zu diesen neuen

[1] Die Wanderungen der Großindustrie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Die westdeutsche Eisenindustrie und die Moselkanalisierung. Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 1910. 2. u. 3. Heft.

Produktionsstätten hinübergelockt werden können. Ferner entscheiden noch allgemeine Markttendenzen, so daß der ideale Standort eines Unternehmens dann gefunden wird, wenn die verschiedenen Standortsfaktoren in ihrer Gesamtwirkung richtig abgeschätzt worden sind.

Professor A. Weber hat in der vorliegenden Arbeit eine „reine Theorie des Standortes" zu geben versucht. Ein Mathematiker hat im Anhang dazu mathematische Berechnungen gegeben. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, diese Theorie hier wiederzugeben. Eine wirklich erschöpfende Wiedergabe ist aus Raumgründen nicht möglich und mit kurzen Worten sind die an sich sehr komplizierten Vorgänge nicht verständlich zu erklären. Überdies handelt es sich hier noch um ein unbetretenes Gebiet, um Fragen, über die sich die Fachleute selbst erst einig werden müssen. Die Webersche Darstellung, so anregend und instruktiv sie auch durchgeführt ist, wird noch innerhalb der Zunft mancherlei Einwendungen erfahren.

Deshalb mag uns in diesem Zusammenhang nur die allgemeine Orientierung über die Fragen genügen, die hier die industrielle Gründungspolitik der bürgerlichen Forschung zur Untersuchung darbietet. Auch uns werden später diese Fragen noch beschäftigen müssen, weil dem Politiker wie auch dem Gewerkschafter die Ansiedlungsbedingungen der Industrie nicht fremd sein dürfen. Denn wo die kapitalistische Unternehmung einen neuen Wirkungskreis findet, zieht sie die Industriearbeiter mit hinüber oder bildet neue heran, sie schafft dadurch die Vorbedingungen zu immer neuen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen, in denen die Interessen der Arbeiter gewahrt werden müssen. Richard Woldt.

Dr. Heinrich Reicher, **Bibliographie der Jugendfürsorge.** Manzscher Verlag, Wien 1909, 1. Band, 126 Seiten 8°. Wien 1910, 2. Band, 282 Seiten 8°.

Von all den Übeln der kapitalistischen Welt tritt das Elend der Kinder dem naiven Beobachter am unmittelbarsten vor Augen. Wenn die Eltern hungern, bekreuzigt sich der satte Philister und denkt an irgend ein persönliches Verschulden, wie Arbeitsscheu oder Leichtsinn; anders aber, wenn er dem Unglück der Kinder ins Auge schaut. Die Hilflosigkeit der leidenden Kleinen löst sein Mitleid aus; es erwacht das bourgeoise Gewissen, um mit heißem Bemühen nach lindernden Maßnahmen zu spähen. Dieselben Leute, die im Kampfe gegen die Arbeiter — gegen die Eltern der leidenden Kinder — ihre Waffen wohl zu gebrauchen wissen, überfließen in Wehmut und Erbarmen, so sie das moderne Kinderelend an sich betrachten. Der Jugendschutz ist vielfach zu einer Art philanthropischer Wohltätigkeitsmode geworden, hinter der sich das schlechte Gewissen der bürgerlichen Welt verschanzt.

Die letzten Jahre haben eine Hochflut von Jugendschutzliteratur gesehen. Viel Minderwertiges, sogar Schlechtes und auch einiges Gute ist erschienen. Wer sich in dieser Überfülle des Gedruckten zurecht finden will, braucht einen Führer, der ihm das Chaos einigermaßen durchleuchtet. Dr. Heinrich Reicher, einer der wenigen Männer, die mit wissenschaftlichem Ernst und gründlicher Gelehrsamkeit an das Problem des Jugendschutzes herangetreten sind, hat sich der Aufgabe unterzogen, einen solchen Führer zu schaffen. Sein zweibändiges Werk ist eine ungemein fleißige und gewissenhafte Sammlung alles dessen, was auf dem Gebiet der Jugendfragen erschienen ist. Im ersten Bande wird die Literatur von Frankreich, der Schweiz, England, Belgien, Amerika, Dänemark, Holland, Italien, Schweden-Norwegen und Spanien behandelt. Der zweite Band enthält die Bibliographie der Gesetzgebung der Schweiz, die auch bereits im ersten Bande behandelt war, sowie die Bibliographie der Gesetzgebung des Deutschen Reiches und seiner Bundesstaaten, ferner von England, Frankreich, Österreich, Ungarn und Schweden. Daran schließt sich eine recht ausführliche Literatur der Jugendfürsorge im Deutschen Reiche, in Österreich und Ungarn. Bei aller Ausführlichkeit sind natürlich einzelne Lücken nicht zu vermeiden gewesen. So wurde zum Beispiel die österreichische Zeitschrift „Der

Kampf" unberücksichtigt gelassen, obwohl sonst alle möglichen Zeitschriften, die sich mit den Jugendfragen weit weniger befassen, genannt sind. Als unpassend erscheint es uns, daß der Verfasser am Schlusse seines Werkes eine Darstellung seines eigenen Werdeganges gibt, woran sich eine Polemik gegen die österreichische Zeitschrift für Kinderschutz und Jugendfürsorge schließt. So recht Reicher auch sachlich in dieser Polemik haben mag, dienen dergleichen persönliche Abhandlungen doch nicht zur Erhöhung des wissenschaftlichen Charakters seines Werkes. Julius Deutsch.

A. Huggler, **Teuerung in der Schweiz.** Beiträge zur Illustration der gegenwärtigen Lage der Lohnarbeiter. Herausgegeben vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Bern 1910. 120 Seiten.

Diese Untersuchung, aufgebaut hauptsächlich auf statistische Erhebungen der Schweiz, bildet eine vortreffliche Ergänzung der mehr theoretischen Arbeit des Genossen Otto Bauer,[1] obwohl sie den Anspruch auf Selbständigkeit mit vollem Rechte erheben kann. Man findet hier genaue Angaben über die Intensität und den Umfang der Teuerung der letzten Jahre in der Schweiz, und zwar die Bewegung der Preise der wichtigsten Lebensmittel in zahlreichen Orten des kleinen Schweizerlandes wie auch die der Arbeitslöhne. Die Zahlen sprechen eine ernste Sprache von der Zerstörung, die diese moderne Plage der Arbeiterschaft zufügt.

Es stellt sich zum Beispiel heraus, daß „in den sechzehn Jahren 1893 bis 1909 die Arbeitslöhne der bestqualifizierten und meist gut organisierten Arbeiter in der Schweiz um durchschnittlich 30 bis 33 Prozent gestiegen sind.... Nun sind aber im gleichen Zeitraum, 1893 bis 1909, die Lebensmittelpreise um 30 bis 35 Prozent, die Mietpreise um 37 bis 41 Prozent gestiegen" (S. 37). Dann bleibt das Heer der in der Textilindustrie und in der Uhrenindustrie usw. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen — Hunderttausende, die ihre Arbeitslöhne aus verschiedenen Gründen nicht der Teuerung entsprechend zu steigern vermochten.

Bei genauer Untersuchung der Bewegung der Preise an verschiedenen Orten hat sich gezeigt, daß „die Lebensmittelpreise an Orten, wo keine großen Arbeiterorganisationen bestehen, wo verhältnismäßig wenig und unbedeutende Lohnbewegungen und Streiks stattfanden, eine größere Steigerung aufweisen, als dies für Orte mit einer aktionsfähigen Gewerkschaftsorganisation und dementsprechend zahlreichen Lohnbewegungen beziehungsweise Streiks der Fall ist" (S. 12).

Es soll damit natürlich nicht gesagt werden, daß „Gewerkschaftsorganisationen durch erfolgreiche Lohnbewegungen die Steigerung der Lebensmittelpreise verhindern können" — sondern nur das Gerede aus der Welt geschafft werden, als wären die steigenden Forderungen der Arbeiter die Ursachen der Teuerung und nicht umgekehrt.

Welche sind denn die Ursachen der modernen Teuerung? Auf diese Frage gibt der Verfasser eine ganz klare Antwort. Es ist weder der Mangel an anbaufähigem Boden für Ackerbau und Viehzucht, weder Mangel an Transportmitteln noch erhöhte Transportkosten für Lebensmittel und Rohstoffe usw.

Es ist „das Monopol des Privatbesitzes an Grund und Boden, an Produktionsmitteln tatsächlich die Urquelle der gegenwärtigen Teuerung" (S. 88).

Es ist also die steigende Grundrente, die durch Industrialisierung des Landes und den Bevölkerungszuwachs, dank dem Monopol auf Grund und Boden, die Teuerung der landwirtschaftlichen Produkte verursacht; es ist die Sorge um sinkende Profite, die zur Kartellierung der Industrie führt, um die Konkurrenz auszuschalten, und die Teuerung der industriellen Produkte verursacht; und als Folgeerscheinung der beiden Tendenzen kommt die Schutzzollpolitik, Erschwerung der Lebensmitteleinfuhr und am Ende der Militarismus mit seinem immer ungesättigten Appetit.

---

[1] Vergl. Die Teuerung. Eine Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie. Wien 1910.

Wie soll man die Teuerung bekämpfen? Als Konsequenz der Analyse der Ursachen muß doch auf den Kampf gegen die politische Herrschaft der Klassen, die zu ihrer Existenz die Schutzzollpolitik, den Militarismus usw. nötig haben, hingewiesen werden. Jedoch diese Schlußfolgerungen werden wir vergebens in der Broschüre suchen. Das ist wohl aus Rücksichten der „Neutralität" des Gewerkschaftsbundes geschehen. Sehr zum Schaden des Werkes. Es wäre propagandistisch viel wirksamer und auch mit dem Gange der Untersuchung mehr im Einklang, wenn der Verfasser es offen und klar gesagt hätte, daß die Teuerung nur durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel, des Grund und Bodens abgeschafft werden kann. Denn weder die Wertzuwachssteuer noch die Wohnungsämter, Wohnungsstatistik, auch nicht die Maximalpreise, die die Gemeinden aufzustellen das Recht haben sollen, noch die kommunalen Volksküchen und dergleichen Vorschläge des Verfassers können die Teuerung wirksam bekämpfen. M. J. B.

Zeitschriftenschau.

„Der Kampf" vom Juli enthält einen Artikel von Adolf Braun über **„Älteste und neueste Sozialistenbekämpfung"**. In Deutschland sind alle Methoden schon versucht worden: Ausnahmegesetze und Zuchthausvorlage halfen nichts, aus dem Kampfe mit geistigen Waffen kam nichts heraus als die Praxis des Reichsverbandes und auch das Auseinanderloben seit Bernsteins Auftreten gab kein Resultat. Die Professoren der Nationalökonomie, die von Amts wegen zur Verteidigung der herrschenden Ordnung verpflichtet sind, geben jetzt das ergebnislose Verfahren der theoretischen Widerlegung des Marxismus auf, werfen sich auf die praktische Bekämpfung und reden auf christlichen und evangelischen Kongressen über die beste Methode dazu. Der Charlottenburger Professor Herkner, der in seiner Jugend durch seine Schrift über die Arbeiterfrage bekannt geworden ist, empfiehlt jetzt ein neues Mittel: er will der Sozialdemokratie die geistigen Kräfte, die leitenden Männer entziehen, damit die ungeschulte führerlose Masse zu einem Spielball der bürgerlichen Parteien wird. Er führt aus, daß sich innerhalb des Proletariats eine immer steigende Anzahl Männer findet, deren geistige Interessen über ihre soziale Position hinausragen; weil sie keine Möglichkeit sehen, zu einer ihrer Begabung angemessenen Stellung zu gelangen, setzen sie ihre Hoffnung auf die Befreiung ihrer Klasse; man gebe ihnen jedoch die Möglichkeit, in eine andere Klasse emporzusteigen, ähnlich wie es in anderen Ländern geschieht, dann wird die Folge ähnlich sein und von einer revolutionär gesinnten Arbeiterbewegung nicht viel mehr übrig bleiben. Dieses Herknersche Mittel ist nicht neu; die katholische und protestantische Geistlichkeit handelt schon lange nach dem Grundsatz, die begabtesten Elemente aus der Volksklasse auszusuchen, studieren zu lassen und in sich aufzunehmen. Auch liegt hier eine Hauptursache für die Schwäche der Arbeiterbewegung in demokratischen Ländern, wie der Schweiz. Schon in der Schule wachsen die begabtesten Kinder des Proletariats aus ihrer Klasse hinaus und allmählich in die Bourgeoisie hinein; sie steigen in die Klasse der Unterdrücker auf und berauben dadurch das Proletariat der geistigen Kräfte, die es zu seinem Kampfe braucht.

Diese in der Schweiz historisch gewordene Einrichtung hat Herkner offenbar als Muster für Deutschland gedient; aber er verzerrt sein Vorbild dabei zur Karikatur. In der Schweiz wird das Kind schon aus dem Proletariat herausgerissen und ihm eine zukunftsreiche Stellung in Aussicht gestellt, bevor es von einem Kampf der Klassen etwas bemerkt hat. Herkner will die erwachsenen Arbeiterführer gewinnen und sie dem Proletariat untreu machen durch eine Beamtenstelle in der Staatsbureaukratie oder durch einen einfachen Titel. Hier zeigt sich, wie wenig er in die Psychologie des Proletariats eingedrungen ist, von der er an-

geblich ausgeht. Diejenigen Arbeiter, die als Führer und Kämpfer auffallen, haben eine auf gründlicher Einsicht beruhende Stellung in dem Kampfe der Klassen eingenommen; sie werden durch Bande an das Proletariat gekettet, die sogar Angehörige der Bourgeoisie zu uns herüberziehen. Was bedeutet jene subalterne Beamtenstelle, die Herkner ihnen bieten möchte, für solche idealistische Kämpfernaturen? Nur schwache Charaktere würden sich dadurch verlocken lassen. Bismarck hat es versucht, das Proletariat seiner Führer zu berauben; die trotzigsten wurden ausgewiesen, die schwächsten gekauft und zu Spitzeln gemacht; aber die Sozialdemokratie wurde trotzdem stärker. Auch in anderem Sinne wird sich Herkners Vorschlag als eine haltlose Utopie erweisen; die Bourgeoisie und die Junker werden sich nicht durch seine freundlichen Mahnungen dahin bringen lassen, auf ihre Monopolstellung in der Verwaltung des Staates zu verzichten. An dem starren Egoismus der preußischen Bureaukratie wird diese Methode der Sozialistenvernichtung scheitern.

Für uns liegt aber in dem Herknerschen Vorschlag eine Mahnung. Das Proletariat ist nicht so reich an geistigen Kräften, daß es einige davon in seinem Kampfe entbehren könnte, namentlich auch weil ihm als Fabrikbeamte, Werkführer und dergleichen schon viele entzogen werden. Wir fordern oft, daß Arbeiter in der sozialen Verwaltung von Staat und Gemeinde angestellt werden. Aber die hervorragendsten Köpfe können uns innerhalb der Bewegung mehr nützen als da draußen. So wäre noch manche Forderung, die wir bisher unbesehen aufgestellt haben, näher auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen.

Über **„Politische und ökonomische Solidarität“** schreibt Karl Renner: Die Weigerung der deutschen Genossen, für den Antrag Stanek zur Subvention einer tschechischen Schule zu stimmen, hat die tschechischen Genossen gewaltig erregt. Die deutschen Arbeiter, die diese Erregung nicht verstehen, weil sie sich auf den Standpunkt stellen: „Sie sollen Deutsch lernen“, haben unrecht. Die zugewanderten Tschechen bringen Kinder verschiedensten Alters mit sich, wohnen vielfach beisammen, statt mit Deutschen vermischt, und müssen vielleicht nach ein paar Jahren in eine tchechische Gegend zurück; da kann man sie nicht einfach auf die deutsche Schule verweisen. Aber mit ihrer Erregung haben die Tschechen aus anderem Grunde unrecht. Als Grundsatz gilt in der sozialistischen Gesamtfraktion, daß in nationalen Dingen jeder nationale Klub volle Freiheit hat; jedoch soll dabei durch Verhandlungen ein gemeinsames Vorgehen angebahnt werden. Dies ist aber eine Verpflichtung, Genossen gegenüber, und nicht gegenüber dritten, gegenüber bürgerlichen Gegnern. Der Antrag Stanek ging von einer bürgerlich-tschechischen Partei aus, und unsere deutschen Genossen hatten demgegenüber nicht die geringste Verpflichtung. Für Vorwürfe gegen sie war also absolut kein Raum. Das Resultat des Einvernehmens der ganzen Fraktion war dann der Antrag Adler, für alle nationalen Minderheitsschulen Subventionen zu beschließen. Das auffallende war in dieser Sache, daß die Tschechen dabei eine weitgehende politische und nationale Solidarität forderten, während sie dagegen in den Gewerkschaften nationale Sonderorganisationen wollen. Darin liegt ein krasser Widerspruch; denn an Stelle der Gemeinsamkeit in wirtschaftlichen und der Autonomie in nationalen Fragen kommen sie zu der entgegengesetzten Regel: nationale Autonomie in wirtschaftlichen, Gemeinsamkeit in nationalen Fragen. Die Praxis hat hier gezeigt, daß die nationale Autonomie nicht absolut, sondern nur ein Gliederungssystem innerhalb der Sozialdemokratie sein kann. Um so widersinniger ist die Spaltung der gewerkschaftlichen Organisation. Daß hier ein Kompromiß möglich ist, beweist der Vorschlag Otto Bauers, und wer den vorgeschlagenen Apparat zu kompliziert findet, muß bedenken, daß daran der ganze Jammer Österreichs Schuld trägt, und daß wir mit Mühe und Not Probleme lösen und Verfassungen erdenken müssen, die der bürgerliche Staat schon längst hätte schaffen sollen. Die einfache schlagfertige Organisation anderer Länder können wir in Österreich nicht übernehmen, aber die nationale Sonderorganisation ist unzulässig.

„Die italienischen Glasarbeiter und die Krise in der Glasindustrie“ wird in einem Aufsatz von Odon Por behandelt. Die Glasarbeiter haben überall unter dem Zusammentreffen einer technischen Revolution der Industrie und einer wirtschaftlichen Krise zu leiden. Die Owens-Flaschenmaschine ersetzt die Handarbeit, macht die Arbeiter zu Tausenden arbeitslos und die Kassen der Gewerkschaften werden durch Unterstützungen für Arbeitslose geleert. Die italienischen Glasarbeiter haben darüber auch einen Kongreß in Mailand abgehalten, trotzdem sie selbst die Krise noch nicht stark gespürt haben. Das liegt an ihren besonderen Verhältnissen. Zwei große Trusts und die genossenschaftlichen Fabriken beherrschen den Markt; 85 Prozent der Arbeiter sind organisiert. Der Weißglastrust, 1906 aus 19 Fabriken gebildet, hat große Verluste erlitten, die er den hohen Löhnen zuschreibt. Die Löhne betragen nach einem 1907 abgeschlossenen Tarifvertrag 8 bis 10 Lire täglich; 100 Prozent der Arbeiter sind organisiert. Der Flaschen- und Tafelglastrust mit 8 Fabriken steht der Arbeitergenossenschaft mit 5 Flaschenfabriken gegenüber. Hier sind die Löhne auch bedeutend höher als im Ausland, 75 Mk wöchentlich, während in Deutschland 40 Mk. das Höchste ist; der Achtstundentag ist allgemein. Die Kapitalisten fordern einen Schutzzoll, der Kongreß in Mailand beschloß dagegen, durch internationale Verständigung eine Ausgleichung der Tarife anzubahnen. Die Arbeiter wissen jedoch, daß sie vor allem auf die Selbstverteidigung angewiesen sind, um ihre günstige Lage zu behalten. Daher gründeten sie einen konföderalen Ausschuß, der die vielen kastenartigen Branchenorganisationen zum einheitlichen Vorgehen vereinigen soll. Die technische Entwicklung drängt zu einer einheitlichen Organisation; auch wird sie nötig, wenn die Tafelglasproduktivgenossenschaft zustande kommt, die eine jetzt im Streik stehende Gruppe von Tafelglasarbeitern plant.

Die besondere Kampfmethode der italienischen Glasarbeiter stammt daher, daß sie in ihren geschlossenen und disziplinierten Organisationen in moralischer, technischer und materieller Hinsicht den Höhegrad der Befähigung erreicht haben, der zum Übergang der Produktion in genossenschaftlichen Betrieb notwendig ist. Bei jedem Streik schieben sie die genossenschaftliche Lösung in den Vordergrund und aus Furcht davor geben die Kapitalisten nach. Gewerkschaften und Genossenschaften bilden eine innig verwachsene Einheit; alle Gewerkschaftsmitglieder der Flaschenbranche sind zugleich Mitglieder der Genossenschaft, die die Hälfte der Flaschenproduktion beherrscht, in siebenjährigem Kampfe mit dem Trust durch Hand in Hand arbeiten mit der Gewerkschaft die Oberherrschaft erobert hat, und jetzt über genügende materielle Mittel und moralische Kraft verfügt, den Kampf weiter zu führen. Wird die Tafelglasproduktivgenossenschaft gegründet, so wird der Trust, der jetzt seine Verluste in der Flaschenbranche durch den Gewinn auf Tafelglas wettmacht, gezwungen, seine Fabriken zu schließen oder sie den Arbeitern abzutreten. Auch die Weißglasarbeiter werden dieser Bahn folgen. Die Lage der Glasindustriellen ist also kritischer als die der Arbeiter. Diese sind des Sieges sicher und gut diszipliniert. Das Unterstützungswesen besteht in ihrer Organisation, aber nur als Nebensache; die Kampfmittel sind Boykott, Streik und genossenschaftliche Produktion. Die Genossenschaften werden auch die neuen Maschinen einführen, dabei ihre Produktion auf andere Artikel ausbreiten und sich so vor den Folgen der technischen Revolution schützen. Sie können sich, wie bisher, durch ihre Tarifverträge gegen die Einfuhr fremder Arbeiter schützen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzwingen. Die Verbindung dieser beiden Kampfmethoden hat reiche Kraftquellen eröffnet; eine revolutionäre Kampfbereitschaft und Zielklarheit sind aus der Praxis langer Kämpfe aufgewachsen. „Diese Bewegung steht einzig da. Sie repräsentiert eine neue Tatsache: die teilweise schon durchgeführte Expropriierung einer großen Industrie durch die Kollektivität ihrer gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter.“

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.

Feuilleton der Neuen Zeit

Nummer 32 o o o o o o o o o Ausgegeben am 23. September 1910

Toulouse-Lautrec.

Von **Wilhelm Hausenstein.**

Baudelaire, der Dichter der künstlichen Paradiese, verkündet in seiner glänzenden Studie über den Maler des modernen Lebens — Guys — das Lob der Schminke. Er wendet sich gegen den Naturkultus Rousseaus und des naturabergläubischen achtzehnten Jahrhunderts und bezeichnet das Gute als das Resultat einer glücklichen Überwindung des Natürlichen. „Das Böse geschieht mühelos, natürlich, mit Notwendigkeit, durch Verhängnis; das Gute ist stets Erzeugnis einer Kunst.“ Baudelaire, einer der raffiniertesten Genießer aller Zeiten, glaubt in seiner Weise an das Dogma von der Erbsünde und an die Kantische Lehre vom radikal bösen Menschen. Er findet die Tugend darin, daß er Triebe, die das Christentum verwirft und die Philosophie bemängelt, sorgfältig organisiert, anstatt sie roh wirken zu lassen. Nur das laissez faire, das laissez aller ist ihm das Böse. Und nicht anders verhält sich Baudelaire zum Schönen. Das Naturschöne in seiner drängenden Unmittelbarkeit ist ihm nichts; erst in der Bearbeitung wird es ihm wertvoll, erst in der Distanz wirksam. Schreibt er vom Weibe, so meint er nicht das Naturgewaltige weiblicher Schönheit, dem der Mann erliegt wie einem Blitz, sondern die femme bien faite, die künstliche Frau, die Meisterin alles dessen, was man Toilette nennt. Nur diese Frau ist ihm genießbar — genießbar in jenem vollen Sinne, der differenziertes Bewußtsein des Genießenden voraussetzt und dem Genießenden deutliche kultische Gefühle einflößt. Hören wir den Dichter:

Die Frau ist ganz in ihrem Rechte und erfüllt sogar eine Art von Pflicht, wenn sie das Bestreben hat, magisch und übernatürlich zu erscheinen; sie soll erstaunlich sein und voller Kunstreiz; ein Götzenbild, muß sie sich mit Gold schmücken, auf daß sie angebetet werde. . . . Allen Künsten muß sie die Mittel entleihen, um sich über die Natur hinwegzuheben. . . . Der philosophische Künstler wird leicht die Berechtigung aller jener Praktiken erkennen, die das Weib zu jeder Zeit anwandte, um seine gebrechliche Schönheit sozusagen zu konsolidieren und zu vergöttlichen. Sie aufzuzählen ist unmöglich. Beschränken wir uns darauf, das zu untersuchen, was unsere Zeit grobhin „sich schminken“ nennt. Wer sieht nicht, daß die poudre de riz, die unsere wahrheitsbeflissenen Philosophen so albern verdammen, zum Zweck und zum Ziel hat, alle Flecken, mit denen die Natur den Teint in so verletzender Art übersät, verschwinden zu lassen und in der Körnung und Tönung der Epidermis eine abstrakte Einheit herbeizuführen — eine Einheit, die gleich jener anderen, die der Trikot erzeugt, das menschliche Wesen sofort der Statue näher bringt . . .? Was das künstliche Schwarz betrifft, das die Augen umkreist, das Rouge, das die obere Wangenpartie betont, so entspringt ihre Anwendung dem Streben des Weibes, gewissermaßen aus den Grenzen der natürlichen Welt hinauszutreten; allein das Ergebnis bedeutet doch auch wieder die Befriedigung eines ganz entgegengesetzten Trachtens. Rot und Schwarz bedeuten das

Leben — aber ein übernatürliches, sehr stark betontes Leben. Dieser schwarze Rahmen, er gibt dem Blick Tiefe, Besonderheit, gibt ihm entschiedener das Wesen eines Fensters, das mit der Aussicht auf die Unendlichkeit offen steht. Das Rot, das auf dem Äpfelchen der Wange flammt, verstärkt die Klarheit, die aus dem Kreise des Auges strahlt, und gibt dem Frauenantlitz etwas von der mysteriösen Leidenschaftlichkeit der Priesterin. . . .

Drei Maler waren es, die diese Logik — eine Logik nicht etwa sophistischer Koketterie, sondern tiefer Künstlerempfindung — teilten. Natürlich waren sie Franzosen. Wir reden hier nicht von Watteau, Lancret, Boucher oder von Hilair, Fragonard und Latour, die auch hierher passen, sondern von der Renaissance des Dixhuitième im neunzehnten Jahrhundert. Da war Guys der erste, der die Rückkehr — von der Natur verkündete; er tat es mit genial tastendem Dilettantismus. Degas wurde der Klassiker dieser Lehre. Und wenn sich Guys zu Degas verhielt wie ein Äginet zu Phidias, so war Toulouse der feinste aller Hellenisten.

Und ist Lautrecs Paris nicht das Alexandria des Jahrhunderts gewesen? In Paris selbst aber gibt es einen Ort, an dem die Kunst Lautrecs den besten Boden fand — Montmartre. Montmartre ist der Inbegriff der paradis artificiels, in denen Lautrec lebte. Man könnte dies Paradies vielleicht als ein verlorenes Paradies bezeichnen. Das wäre kein Entrüstungsvotum und auch kein Wort des Bedauerns, sondern einfach eine beruhigte Konstatierung. Übrigens ist die Hölle Montmartre genau so reich an quälenden Amüsements als die Hölle, die Bosch, Mandijn, Bruegel, Teniers vorgestellt haben. Die Verbindung von Vergnügen und Qual müssen wir freilich riskieren, wenn wir uns auf den Lebenston der Hölle jener Niederländer, der Hölle Lautrecs einlassen wollen — und wir müssen uns sogar darauf gefaßt machen, die Geschundenen zu sein, sofern wir nicht das Talent haben, einigermaßen die Rolle des Teufels zu spielen. Das ist nun einmal Grundgesetz des infernalischen savoir vivre. „Laßt alle Hoffnung fahren, ihr, die ihr nach Montmartre wandert. . . .“ Das heißt, daß man die göttliche Komödie, die da droben gipfelt, ohne Illusionen mitspielen soll.

Toulouse vermochte das. Nicht jeder findet sofort diese sachliche Beziehung zum Inferno, die man als illusionslosen Enthusiasmus bezeichnen könnte. Rops und selbst Klinger, der menschlich und künstlerisch Stärkere, machten aus solchen Erlebnissen das, was Meier-Graefe einmal sehr bitter, aber sehr gut als Sexualsentimentalitäten bezeichnet. Sie protestierten, reflektierten, wehrten sich, schrien, so daß nun jeder den Finger auf ihre Wunden legen kann. Wieder andere zogen das Fell des Humoristen und Biedermannes an und machten Karikaturen, die bei etlicher Malice doch unsäglich harmlos blieben: Léandre. Die dritten fanden eine Verbindung von Sentiment und Frivolität: da ist Willette, den Klossowski etwas blasphemisch mit dem allzu großen Namen eines Watteau von Montmartre beehrt. Was aber tat Lautrec, der ein Vielfaches alles dessen ertrug, das die übrigen insgesamt ertrugen? Er ignorierte mit unnachahmlich souveräner Nebengebärde seine blutende Subjektivität und fand für die Darstellung der Hölle Montmartre den abgekühltesten Stil, den man sich denken kann. Wahrhaftig: kaum irgendwo in der Kunstgeschichte, es sei denn in den Zeiten der ägyptischen, assyrischen, griechischen und gotischen Kunstblüte, war das Kunstwerk so absolut, so losgelöst von der Person des Schöpfers, der eine Riesenkraft verbrauchen

konnte, ohne es durch lyrische Hinweise auf sein Persönliches fühlen zu lassen. Ähnlich wie Heine, der es auch auf jenem Hügel aller Lüste und Schmerzen lernte, empfand Toulouse das Fatale, wenn man will das Unanständige lyrischer Selbstausstellung.

Nun ist es wahr, daß Toulouse mit Beharrlichkeit das suchte, was man mit einem ziemlich blödsinnigen Worte als das Häßliche bezeichnet. Aber das Häßliche war bei ihm nicht subjektive Wendung, subjektive Weltinterpretation, sondern eben im höchsten Maße dinglich. Und mehr. Es war so, wie es sich in der Kultur von Montmartre, auf den Boulevards extérieurs, in den Tingeltangeln und Tanzsälen gab, in allen jenen grotesken Beleuchtungen und linearen Verzerrungen, für Toulouse die äußerste, wahrste, am meisten soziale unter den ästhetischen Lebenssteigerungen seiner Zeit. Die Kunstauffassung der guten Leute, die Kunst gewissenhaft im kunstpädagogisch approbierten Wandschmuck, in einem anspruchsvollen und dabei doch allzu oft saftlos reformierten Kunstgewerbe, in einem sehr prinzipiellen und sehr schlecht geschnittenen Reformkleid und schließlich in einem Normalstiefel nach System Professor Schultze aus Naumburg suchen, hat bei einem Meister, der die Kunst nur in den Rhythmen und Farben der modegerechtesten Wirklichkeit zu finden weiß, allerdings keine Chancen. Wären die angeblich Gesunden, die Verächter einer sogenannten Dekadenz, deren Wesen ihnen völlig verschlossen bleibt, etwas bessere Sozialpsychologen, so fänden sie am Ende, daß in Rousseaus gedankenblassem Verlangen nach der Eremitage Natur mehr Dekadenz war als in Watteau, dem Maler der fêtes galantes der genüßlerischen Régence. Und sie fänden vielleicht noch zweierlei. Sie fänden einmal in allen jenen Häßlichkeiten, von denen Baudelaire und Lautrec entzückt waren, Spuren eines tiefen kollektiven Schönheitstriebs — und fänden weiter in diesem bizarr ausgeformten kollektiven Schönheitstrieb eine noch tiefere Lebensmacht, jene nämlich, die vordem in katholischen Domen als religiöse Ekstase zum Ausdruck kam. Hier soll nicht eine Apologie der Dekadenz und nicht eine Religionsphilosophie geschrieben werden. Nur kurz sei es gesagt: Die Kollektivkräfte, die sich ehedem verbunden der schmuckreichen und trostreichen Kirche zuwandten, werden heute getrennt durch die Volksversammlung — als die logische und moralische Potenz unseres Soziallebens — und durch das Vergnügungsetablissement — als die derzeit wichtigste Konzentration der sozialästhetischen Bedürfnisse — angespannt. In solchem Sinne war Lautrecs Kunst etwas wie eine große, religiös beseelte sozialästhetische Zeitsynthese. Es ist nicht schwer, die Parallele des Sozialismus zu sehen: wie der Sozialismus repräsentiert die Kunst Lautrecs ein mächtiges Stück objektiver Entwicklung des kollektiven Geistes — dem Sozialismus auch darin verwandt, daß sie nicht moralisiert, sondern schlechterdings Entwicklung bedeutet.

Gegenüber der objektiven Gewalt der Wirklichkeitsverhältnisse bedeutete Lautrecs furchtbares persönliches Schicksal schließlich kaum mehr als einen subjektiven Anlaß zur Aufmerksamkeit auf das Seiende. Damit ist noch lange nicht weggeleugnet, daß das persönliche Erlebnis bei Toulouse unaussprechliche Gewalt hatte. Sehen wir zu.

Henri Graf von Toulouse-Lautrec-Monfa kam 1864 zu Albi im südfranzösischen Departement Tarn zur Welt. Er stand am Ende der langen Reihe der Grafen von Toulouse, die souveräne Herren der Albigeois gewesen sind, von alters her das verbriefte Recht besessen haben, neben dem König zu reiten und

königliches Geblüt zu heiraten, und denen in den Kreuzzügen mancher Ungläubige erlegen ist. Toulouse wuchs einer grandseigneurialen Existenz entgegen. Da geschah ein Unglück: im dreizehnten Jahre brach er beide Oberschenkel; die Brüche verheilten schlecht, und Toulouse blieb zeitlebens ein Krüppel. „Je ne suis qu'une demi-bouteille“ — „ich bin nur eine halbe Flasche.“ Das meinte Toulouse in jedem Sinne. Die Verunstaltung des Äußeren traf den Aristo, der lebhafter als gemeine Sterbliche den Anspruch erhob, schlank und groß zu wachsen, fürchterlich. Ist man selber nur ein armseliger roturier, so kann man sich nur ahnungsweise vorstellen, was es für den hochgeborenen Herrn bedeutete, daß er nun nie ein Pferd besteigen konnte. Reiten wäre ihm das halbe Leben gewesen. So mußte er sich darauf beschränken, einen Rennstall zu halten, mit allen Jockeys „frère et cochon“ zu sein, den Kutscher Rothschilds zu seinen Beziehungen zu rechnen und beim grand prix den brillantesten Zylinder des Erdkreises zu balancieren. Und nicht bloß die Pferde blieben ihm versagt, sondern auch die besten Sorten des anderen Tierkreises, dem die feudalen sportiven Neigungen ebensosehr zu gelten pflegen — die kostbarsten Frauen. Natürlich wollte keine Edeldame dem unsäglichen Zwerge die Hand reichen; aber auch die zahlbarsten Kokotten besannen sich mitunter.

Toulouse wurde der Künstler des Animalismus der halben und Viertelswelt, die so durchaus ganz ist, der Maler des Animalismus der — mit Rops zu reden — Kokottokratie. Der Vater hatte künstlerische Neigungen besessen; er hatte Tiere modelliert. Im Hause war ein Porträt des alten Grafen von dem Animalisten Forain. Das mögen die ersten künstlerischen Anregungen gewesen sein. 1883 ging Toulouse nach Paris. Man darf sich die Sache nicht nach dem beliebten Schema denken: Toulouse war nicht der junge Enthusiast, der voll brausenden Künstlertriebs nach der Capitale zieht. Er ging quasi aus Verlegenheit; er malte, weil er den direkten Anschluß ans Leben, das einfache Mitmachen, das dandyhafte far niente versäumen mußte. Zunächst lernte er bei dem eklektischen, altmeisterlich pointierenden Porträtisten Léon Bonnat, dann bei Fernand Corman, der in urgeschichtlichen Historien exzellierte. Die entscheidenden Anregungen empfing Toulouse von Renoir und Degas und der Pariser Boulevardwirklichkeit. Wie alle Jungen von damals machte er die große secessio auf den unheiligen Berg mit. Er kannte Rodolphe Salis, den Schöpfer von Montmartre, den pathetischen Gründer des Kabaretts zum schwarzen Kater. Wie Steinlen und Willette schwärmte er für den problematischen Anarchosozialisten Aristide Bruant, den genialen Asphaltlyriker; für Bruants Kabarett und seine Zeitschrift — beide le Mirliton — lieferte er geistvolle Zeichnungen. 1886 etwa hatte Toulouse den Stil gefunden, der ihn bezeichnet. Kabarett auf Kabarett schoß aus der Erde, und Toulouse fühlte, wie die Atmosphäre, die ihn umgab, immer positiver wurde. Es kamen die Quatz' Arts, das Elysée, die Cigale, die Boîte à Fursy. Und mittendrein, 1887, kam der Moulin Rouge, der die künstlerische Heimat Lautrecs werden sollte und sich in diesen Ruhm höchstens mit dem Divan Japonais der Yvette Guilbert zu teilen hat. Yvette, die nach ihren frühen, künstlerisch entscheidenden Erfolgen von Montmartre auf die inneren Boulevards herunterstieg, die besser zahlen, und nun auf mißlichen Gastreisen im Kostüm der Pompadour Sire le Roy und andere nette Liedchen und einen ansehnlichen bourgeoisen Fettansatz präsentiert, Yvette war 1890 ein Dämon. Man kennt ihren Cupido:

Blond ist mein Haar — mit Blond und mit smaragdnen Augen
Hypnotisiert man euren lustgelähmten Geist.
Ich lehre Frauen ihre Liebsten auszusaugen
Und auch wie man den Fertigen zur Seite schmeißt.
Geschmeidig bin ich wie die Natter ist, die blaue,
Ich kenne mein Parfüm und seine jähe Macht
Und weiß: berühr' ich dich, und wenn ich dich beschaue,
Daß dann dein schlaffster Nerv mir zuckend auferwacht —
Bin ich ein kranker Eros gleich mit mürben Gliedern,
Verbraucht, blasiert und bleich im dreimal siebten Jahr,
Weil Venus mich in einem Wald von welken Fliedern
Auf einem welken Liebesrosenbett gebar.

Toulouse, selber ein Nevrosé, ein Eros vanné, war gepackt bis ins Rückenmark. Auch Moulin Rouge lohnte damals noch die Gesundheit. Toulouse erlebte die Zeiten der Goulue, der Jane Avril. Klossowski, der diese Exzentriques noch sah, erzählt, daß die Goulue der klassische Typus der Apachenschönheit gewesen sei: ein „Pariser Dirnengesichtchen" mit einem „Goldhelm blonder Haare", eine Bacchantin mit feinen, lockeren, frechen Schenkeln. Die Avril war „lang, hager, geisterhaft, fahl, fast grünlich die Gesichtsfarbe unter dem brandroten Haar", ein Wesen mit „gebrechlichen, spitzen, bitteren Zügen", einer „lastermüden Miene, die an Tooropsche Gestalten erinnert"; sie hat „dem Cancan etwas distinguiert Verworfenes zu verleihen gewußt, sie hat die englische Linie, die präraffaelitische Travestie der Barrisons damit kombiniert...." Das sind die Modelle Lautrecs.

Dies also war die Hauptlinie: der Rennplatz von Epsom, Chantilly, Longchamps, die kosmische Raumgröße der Manège, das Varieté, der Tanz, der Champagner, die Bénédictine, die Absinthe, der Tabak — und noch dies und jenes andere, heimlichere Stimulans. Derselbe Lautrec weilte nirgends andächtiger als bei Velasquez und Theotocopuli in Spanien, bei den Memlings in Brügge — und in den Träumen, in denen er Japan bereiste, das Land Hokusais und Outamaros, des Malers der grünen Häuser vor Tokio, von dem die Goncourts so delikat geschrieben haben. Toulouse hatte Geld genug, um zu reisen. Aber als er sich anschickte, klappte er zusammen. Man brachte ihn in ein Sanatorium. Sozusagen geheilt kehrte er nach Paris zurück — zu der alten, stumm-heroischen Verachtung für den Kadaver, zu seinem Arbeitstisch, auf dem neben der Steinplatte dutzendweise Likörflaschen zur Bereitung speziellster Mischungen standen. Der noceur brachte es bald dahin, daß er sich wieder pflegen lassen mußte. Er ging nach Hause und starb 1901 zu Albi auf dem Schlosse seiner Väter — der letzte, feinnervigste der Grafen von Toulouse.

Er hatte einen prächtigen Haß gegen alles, was man mit Betonung seriös nennt, gegen alle Feierlichkeit. Er lachte junkerlich über die klassischen Tragiker, denen er ihr Pathos als Geschmacklosigkeit anrechnete; aber er liebte Molière. Er haßte auch die Ölfarbe. Die Ölmalerei hatte ihm zu viel vom Handwerk, zu viel Schwere. Lautrec war so sehr Aristo, daß er bloß zeichnete und lithographierte, obwohl er den größten dekorativen Monumentalstil, das erhabenste Alfresko mit einigen eleganten Bewegungen des feinen Handgelenkes gemacht haben würde. Natürlich stak hinter den Lithogrammen ein ungeheures Quantum Fleißarbeit; aber das Lithogramm kann doch den Anschein einer feudalen Nonchalance erwecken, die es nicht

nötig hat und nur gelegentlich arbeitet. Seltsame Fügung: die Lithographie ist eine demokratische Technik, eine demagogische, wenn man will; sie schafft Plakate, und Lautrec war gern Plakatist. Sollte man nicht so paradox sein dürfen, zu behaupten, dieser aristokratischste aller Künstler habe eine der größten Möglichkeiten von Volkskunst gezeigt? Man muß dem Worte nur die verdammte Note teutonischer Biederkeit und bezirksamtlicher Fürsorge nehmen. In Paris ist Lautrec populär. Auf dem Boulevard Saint-Michel reißt man sich an Weihnachten um seine Affichen.

Es hat keinen Sinn, ohne Bilder viel Detail zu sagen. Man sehe die Blätter in Eßweins krauser Monographie, in Klossowskis „Malern von Montmartre“, in Meier-Graefes „Modernem Impressionismus“, man sehe zumal die herrliche Mappe „Elles“.

Diese Kunst analysiert sich in drei Elemente: Strich, Linie, monochrome lithographische Tonfläche. Die Strichgebung ist knisternd wie Feuerbrand, rauschend wie Seide, flatternd und luftig wie Spitzengewebe, spritzend wie eine Rakete, voll wie die Krone eines Kirschblütenbaums in ihrer ätherischen Plastik. Man muß Blätter sehen wie die danseuse anglaise Ida Heath, oder die Bildnisse der Marcelle Lender, oder Miß Cecy Loftus in Zylinder und Babykleid, oder die Trissotinszene aus den Femmes savantes. Dabei ist Lautrec mit dem Strich impressionistisch sparsam. Auf der anderen Seite läßt sich seine Linie, die Linie als Zug, als Profil, keineswegs auf eine bequeme Stilkurve ein (wie sie bei uns zum Beispiel Gulbransson und der ekelhafte kleine Pascin, hochbegabte Stilisten, sich zugelegt haben). Was man an Lautrecs Linie Kurve nennen kann, ist unendlich diskreter. Man hat Lautrec mit den Japanern zusammengehalten, und er liebte diesen Vergleich. Aber es handelt sich bei Lautrecs Linienführung nie im mindesten um Aneignung fremden Erwerbs. War Lautrec Japaner, so war er es durch die intuitive Macht seiner Wahlverwandtschaft mit dem Osten. Das gleiche gilt für die tonige Flächenbehandlung, mit der Lautrec seine Lineatur verstärkt. Sie ist japanisch — wohl; aber sie ist ebensowohl Paris. Sie ist eine der größten Möglichkeiten einer internationalen Kunstsprache, eine Möglichkeit, die nicht auf die Originalität des organischen Ausdrucks verzichtet hat.

Und was den Ausschlag gibt: Toulouse war unendlich viel geistvoller als die Japaner. Sie alle behalten neben ihm etwas vom Kuli. Toulouse scheute keineswegs vor dem zurück, was wir der Kürze halber das Gemeine nennen wollen. Er verlebte ganze Tage und Nächte in continuo in den Bordellen von Montmartre, zeichnete da unermüdlich die muffige, vom Zigarettenduft und Alkoholdunst des Vorabends geschwängerte Atmosphäre des Zimmers, in dem das strapazierte Mädchen den Vormittag verschläft. Sehr banal — nicht wahr? Aber seltsam: über diesen tierischen Szenen liegt ein spiritueller Zauberduft von Keuschheit, der nur aus der geistigen Überlegenheit eines ganz und gar originellen Künstlertums zu erklären ist. Der Fall ist irrational zum Wahnsinnigwerden. Aber er besteht. Man nehme ein Blatt zur Hand wie dies. Ein Bett, etwas wie Renaissance, breit, von jenem lilagrauen Ton, mit dem man Ahorn einbeizt. Im Bett eine Fülle von Kissen, die sich zu barocken weißen Silhouetten bauschen. In den Kissen, aufrecht sitzend, mit strengen Reizen, ein blasses, blutjunges Kind mit einem Rest von Rouge auf den trockenen Lippen, im übrigen weiß wie Leinen, sehr herb profiliert. Eine himbeerfarbene Decke mit primitivem Ornament — Baudelaire würde sagen,

die Farbe bedeute „Ekstase in der Frivolität“ — und eine hellchromgelb geflammte Wand. Neben dem Bette, dem Mädchen in streng korrespondierender Profilierung zugewandt, ein Weib bei Jahren, vielleicht Madame la patronne, aufrecht, fett, pompös, mit rotem Kraushaar, maskulin, nur in großen Zügen modelliert wie eine Rhamsesstatue und von archaischer Kolossalität wie eine Rhamsesstatue. Der künstlerische Geist macht die Sache, ohne den Kreis ihrer Wirklichkeit unreell zu überschreiten, zu einem Dokument von urmenschlichem Gehalt. Und es handelt sich doch bloß um eine ordinäre lesbische Szene. Oder Lautrec gibt einen jungen viveur, der dem garstigsten Frauenzimmer zusieht, wie es das Korsett schnürt. Ein zerknittertes Lebebübchen, das Gesicht eine bemalte Schweinsblase — juveniler Marasmus. Diese ultratriviale Figur ist vergeistigt wie kein Engel der Christen und gleichwohl so irdisch wie möglich.

Meier-Graefe und Klossowski definieren dieses je ne sais quoi mit dem bedeutungsvollen Wort blague. Lautrec war blagueur. Das heißt: er hatte das Pariser Maß realistischer Ironie, die, ohne am Sinne der Menschheit zu verzweifeln, sich der Trivialität des Seienden assimiliert und die Dinge durch schweigenden Hohn veredelt. Dies fortgesetzte intime Quidproquo ist blague. Sie ist die einzige solide Lebensphilosophie dieser Zeit — eine enorm demokratische Lebensphilosophie. Sie pfeift auf persönliche Besonderheit und andere Individualismen aus dem liberalen Vorgestern. Ein Deutscher wäre in Lautrecs Falle entweder Romantiker oder Zyniker geworden und hätte so seinem schamhaften Bedürfnis nach Bedeutung genügt. Was im Grunde auf dasselbe hinauskommt, gleich lasterhaft, gleich unsachlich, gleich dilettantisch ist. Toulouse lächelte über die nordische Intransigenz Richards des Dritten und ging hin, sich zu porträtieren. Ein Äffchen im Schlapphut auf einem Feldstühlchen zeichnend. Oder: ein Laubfrosch, der atmend den Rücken bläht, die breit auslaufenden Beinchen hockend an sich zieht und dem neugierigen Metaphysiker, der nach dem Wetter fragt, die andere Seite zeigt.

Geschichte der Technik.

Von **Richard Woldt.**

Als Marx am englischen Wirtschaftskörper die neuen Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsform studierte, wünschte er sich oft das Rüstzeug der technischen Untersuchungen. Er war sich darüber klar, daß der Sieg der neuen Maschinenwirtschaft durch Rentabilitätsberechnungen am deutlichsten aufgezeigt werden könnte. Marx spricht von der Geschichte der Technologie als von der Bildungsgeschichte der produktiven Organe des Gesellschaftsmenschen, der materiellen Basis jeder besonderen Gesellschaftsorganisation. „Die Technologie enthüllt das aktive Verhältnis des Menschen zur Natur, den unmittelbaren Produktionsprozeß seines Lebens, damit auch seiner gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und der ihnen entquellenden geistigen Vorstellungen.“

Der Wunsch von Marx ist damals unerfüllt geblieben, und viel besser ist es auch heute noch nicht geworden. Zweifellos könnte man heute das Kapitel: Maschinerie und große Industrie mit ganz anderen Fußnoten über rein technische Dinge versehen, wie es zu den Zeiten von Marx möglich war. Heute hat man ein fein spezialisiertes Fachvereinswesen mit ganz vorzüglich

geleiteten Zeitschriften, in denen wenigstens die Daten des technisch konstruktiven Fortschritts registriert werden.

Aber eine planvoll durchgeführte historische Forschung in dem Sinne, wie es sich Marx vorstellte, steckt auch heute noch in den ersten Anfängen. Wir haben verdienstvolle Nachschlagewerke von Kamarsch, Beck und anderen, aber hier handelt es sich doch nur immer um Studien von einzelstehenden Fachgelehrten, die Technik selbst in ihrer Allgemeinheit hat weder aktiv noch passiv an diesen Arbeiten teilgenommen. In seinem Denken ist der Techniker unhistorisch.

Der Verein deutscher Ingenieure hat jetzt die Führung übernommen, historische Forschungen auf dem Gebiet der Technik in größerem Umfang möglich zu machen. Er hat finanziell die Herausgabe des großen Werkes über die Geschichte der Dampfmaschine von Matschoß unterstützt, andere Publikationen dieser Art sollen folgen.

Neben solchen literarischen Plänen aber dürften uns jene Bemühungen interessieren, die zur Gründung und zum Ausbau des Deutschen Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik in München geführt haben. Aus der „Chronik" des Museums, die W. v. Dyk geschrieben hat, gebe ich folgende Daten.

Am 5. Mai des Jahres 1903 legte Baurat O. v. Miller einem kleinen Kreise von Gelehrten und Technikern, von Vertretern staatlicher und städtischer Behörden den Plan der Gründung eines Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik vor. Ein Deutsches Museum sollte errichtet werden, der Entwicklung der Naturwissenschaft und Technik gewidmet, eine lebendige Geschichte des Forschungs- und Erfindungsgeistes aller Zeiten und Länder, wo der Einfluß der wissenschaftlichen Forschung auf die Technik zu allseitiger Darstellung gelangt, eine Ruhmeshalle der Männer, deren Gedanken und Taten der heutigen Kultur so viel von ihrem besonderen Gepräge gegeben haben, eine Quelle historischer Erkenntnis für den Gelehrten, eine Fundstätte fruchtbarer Ideen für den Techniker, Vorbild und Ansporn für das ganze Volk! So der Plan. Im nächsten Monat fand im Festsaal der Königlichen Akademie der Wissenschaften in München der Gründungsakt statt. Ein leibhaftiger Prinz hatte sogar dafür das Protektorat übernommen.

Die ersten drei Jahre wurden den vorbereitenden Arbeiten gewidmet, es waren die Grundlinien für den gesamten Plan zu ziehen, Organisation und Finanzierung, Anlage der Sammlungen und eine erste Gestaltung des Bauprojektes einzuleiten. Zuerst wurden die gesammelten Objekte im alten Nationalmuseum in der Maximilianstraße untergebracht, im nächsten Jahre, als die Räume sich zu klein erwiesen, hatte die Regierung glücklicherweise eine alte Reiterkaserne übrig, deren Pferdeställe und Mannschaftsstuben in erneuertem Zustand wenigstens vorläufig zur Aufnahme der Gegenstände dienen konnten.

Das Museum soll nun folgenden Grundgedanken verwirklichen: „Die historische Entwicklung der naturwissenschaftlichen Forschung, der Technik und der Industrie in ihrer Wechselwirkung ist darzustellen und ihre wichtigsten Stufen durch hervorragende und typische Meisterwerke sind zu veranschaulichen."

Deshalb werden historisch bedeutsame Originalapparate und Maschinen ausgestellt, „Erstlingsentwürfe, Skizzen und Berechnungen, Aufzeichnungen erster Versuchsreihen, deren Durchführung eine neue Erkenntnis des inneren

Zusammenhanges von Erscheinungen mit sich gebracht hat.“ „Dann aber sollen die mannigfachen Methoden der Gestaltung und Darbietung angewendet werden, um immer neue Hilfsmittel für die eindringliche Belehrung zu finden.“ So werden Versuchsreihen über technische Probleme in entwicklungsgeschichtlicher Darstellung dem Beschauer näher gerückt oder durch Tabellen, Diagramme usw. die Wirkungen wichtiger Erfindungen für die Volkswirtschaft dargestellt. Das Museum dient also der wissenschaftlichen Forschung und der populärwissenschaftlichen Belehrungsarbeit.

Die historische Forschung über die Entwicklung der Technik hat zunächst manche historische Ehrenrettung vorzunehmen. Marx hat von einer kritischen Geschichte der Technologie erwartet, daß sie überhaupt erst nachweisen würde, wie wenig irgend eine Erfindung des achtzehnten Jahrhunderts einem einzelnen Individuum gehöre. Auch im Reiche der Technik ist die Mit- und Nachwelt undankbar. Sie feiert nur den „erfolgreichen“ Erfinder, der den glücklichen Schlußgedanken zu einer Erfindung gefunden hat. Vergessen und verschollen bleibt für sie jene Masse der anonymen Geistesarbeiter, die dem Erfolgmann erst die Vorarbeiten liefern mußten. Denn immer handelt es sich um einen kollektiven Denkprozeß, um das Auftauchen von neuen Erfindungsgedanken gleichzeitig an verschiedenen Stellen und zu verschiedenen Gelegenheiten, bedingt durch Bedürfnisse der Praxis und Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens. Der Historiker hat hier einzudringen, hat die alten Dokumente und Denkschriften durchzustöbern und wird dabei manche Legende zerstören. Das zeigt uns zum Beispiel Matschoß in seiner Geschichte der Dampfmaschine. Die lange Entwicklungsreihe in der technischen Weiterbildung der Dampfmaschine wird hier rekonstruiert, wir erhalten über die Vorarbeiten von den alten „Kunstmeistern“ Mitteilungen, durch die wir das „Verdienst“ der großen Männer der Dampfmaschinentechnik immer nüchterner beurteilen lernen.

Aber neben dieser Berichtigung historischer Tatsachen wird uns vor allen Dingen die historische Betrachtungsweise die Beziehungen der Technik zum Wirtschaftsleben durch ganz neuartige Momente darlegen können.

Wenn der Nationalökonom uns das sieghafte Vordringen der neuen kapitalistischen Wirtschaftsweise historisch schildern will, wird er die Beweiskraft seiner Schlußfolgerungen durch Zahlen und Zählungen nachzuweisen suchen. Er wird, soweit die Statistik das möglich macht, an den Ziffern der Berufsgruppierungen und Betriebsarten, an den Ausfuhr- und Einfuhrzahlen, an Produktionsziffern und was dergleichen Dinge mehr sind, die soziale und wirtschaftliche Kultur unserer Gesellschaft zu durchdringen suchen. Der Techniker kann dafür noch einen viel besseren Anschauungsunterricht geben.

Im Münchener Museum wird uns zum Beispiel eine moderne Automatendrehbank im Betrieb vorgeführt. Ein zweiteiliges Messingfassonstück wird in 48 Sekunden vor unseren Augen hergestellt. Wir können es mit der Uhr in der Hand verfolgen und denken dabei zum Vergleich an die Leistungsfähigkeit einer einfachen Supportdrehbank, wie sie vor etwa dreißig Jahren noch fast überall in Anwendung war. Dort hätte man trotz aller körperlichen Anstrengungen und Fingerfertigkeit das uns vorliegende Arbeitsstück in einer Viertelstunde schwerlich fertig gebracht. Solche Darstellungen zum Vergleich sind im Münchener Museum in reicher Fülle ausgestellt. Sie erinnern daran, daß auf der Berliner Gewerbeausstellung 1896 die Weberei von Zimmermann

in Gnadenfrei-Schlesien neben einem neueren mechanischen Webstuhl einen alten Handweber aus dem Eulengebirge mit seinem Handwebstuhl hingesetzt hatte. Dem Beschauer sollte Gelegenheit gegeben werden, die Produktivität beider Herstellungsformen zu vergleichen. Nach solchen Methoden wird uns der maschinentechnische Fortschritt ganz besonders eindringlich gepredigt. Wir lernen, technisch in Werten für Umdrehungsgeschwindigkeiten, Kraftverbrauch, Produktionsmengen, Herstellungspreisen usw. ausgedrückt, die Überlegenheit der neuen Fabrikarbeit im Vergleich zum alten Handwerk in seiner ganzen Größe kennen, und wenn uns dann vorgerechnet wird, daß der alte Handweber für das gleiche Arbeitsquantum ein Vielfaches der Herstellungszeit benötigt wie der mechanische Webstuhl, dann wird uns das Schicksal jener Weberfamilien in seiner ganzen Tragik klar, wie sie vergebens diesen neuen Maschinen gegenüber wirtschaftlich sich zu behaupten suchten. Der Historiker, der hier mit technisch geschultem Blicke sich wieder in den Gang der damaligen Arbeitsweise vertieft, analysiert die inneren revolutionären Triebkräfte, die zur kapitalistischen Wirtschaft führten, viel klarer, als es dem Statistiker mit seinen Beobachtungsmitteln möglich wäre.

Aber nicht nur dem Gelehrten auf dem Gebiet der technischen Wissenschaften, sondern auch dem Lehrenden und Lernenden werden die Münchener Sammlungen viel bieten können. So wichtig die Technik als Unterrichtsfach an unseren Schulen ist, so fehlt es doch hier noch an Methoden klarer eindrucksvoller Darstellung. In dieser Beziehung ist man in der Naturwissenschaft weiter. Schon verhältnismäßig früh, begünstigt durch das Aufkommen der darwinistischen Lehren, haben nicht die schlechtesten Wissenschaftler für die neuen Ideen aufklärend und werbend sich an die Laienwelt gewendet. Eine reiche populärwissenschaftliche Literatur im guten Sinne des Wortes ist entstanden und man kann wohl sagen, daß unsere Zeit schon etwas naturwissenschaftlich denken gelernt hat.

Aber den Erscheinungen der Technik steht man in Schule und Leben heute noch recht fremd gegenüber. Das liegt sicher zunächst am Techniker selbst der unmittelbar in seine Berufsarbeit eingespannt wurde und daher keine Zeit fand, über die Grenzen seiner eigentlichen Praxis hinaus zu wirken und sich für diese Aufgaben zu schulen. So fehlt es denn im technischen Beruf an tüchtigen Lehrkräften. Nicht nur in den technischen Hochschulen, sondern auch in den Gymnasien und natürlich nicht zuletzt in den Volksschulen ist der Typ des öden Paukers genugsam vertreten. Wenn wir an unsere eigene Lernzeit zurückdenken, so war sicher nur die Lust und Liebe zu den technischen Dingen groß genug, um nicht durch den unpädagogischen Unterricht unserer Lehrer in die Brüche zu gehen. Hier fehlt es eben an festgefügten brauchbaren Lehr- und Lernmethoden.

Ebenso versagt in dieser Beziehung auch das Medium der Tagespresse, von der Buchliteratur überhaupt nicht zu reden. Unsere Tagespresse hätte auch hier die Aufgabe, die großen Entwicklungstendenzen des heutigen Wirtschaftslebens aufzuzeichnen, wie sie durch das technische Schaffen herausgeboren wurden. Dem Laien sollte Verständnis für Ziele und Wege der heutigen technischen Entwicklung beigebracht werden.

Freilich ist diese Aufgabe, wenn deren Lösung ernsthaft angestrebt wird, an sich schwer zu erfüllen. Es ist leichter, einen guten Fachartikel zu schreiben, als im guten Sinne populär-wissenschaftlich tätig zu sein. Wer sich an ein

Laienpublikum wendet, muß neben gründlicher Fachkennerschaft, die ihm das Wesentliche von dem Unwesentlichen unterscheiden lehrt, auch genügend pädagogische Fähigkeiten entwickeln können. Er muß zugleich ein Stück Künstler und Philosoph sein, die Dinge durch ein starkes Temperament betrachten, das Wirken der Technik in ihren großen Zusammenhängen mit den Grenzgebieten analysieren können. Zugleich soll er als formgewandter Stilist eindrucksvoll und prägnant das vorbringen, was er zu sagen hat. Wer den Dingen näher steht, wird wissen, wie wenig von diesen Forderungen in der Tagespresse erfüllt werden können, wie hier der Schmock das Feld beherrscht, der unwissend und unkritisch Originalarbeiten aus den Fachzeitschriften „exzerpiert", um sie mit etwas feuilletonistischer Sauce begossen an die Plantagen des journalistischen Tagesbetriebes zu verhandeln.

Hier werden die Münchener Sammlungen auch bessernd wirken. Indem dort die historische Anordnung der Dinge die grundlegenden Prinzipien der Erfindungsgedanken zeigt, werden zugleich neue Methoden und Anschauungsmittel für die Betrachtungsweise technischer Vorgänge geschaffen. Der Lernende wird dann schneller lernen, weil dem Lehrenden gezeigt wurde, wie er das, was er vorzubringen hat, verständlicher sagen kann.

Sollte nicht auch hier die Geschichte die beste Lehrmeisterin sein können? Sie zeigt uns das Gestern und Heute, veranschaulicht uns den Entwicklungsgang der wichtigsten Erfindungen und lehrt uns, wohin die Reise geht. Die Geschichte der Technik wird daher die Theorie der kapitalistischen Entwicklung durch neue und wichtige Erkenntnisse beleben und bereichern können.

Bücherschau.

Ernst Untermann, **Die logischen Mängel des Engeren Marxismus.** Georg Plechanow et alii gegen Josef Dietzgen. Auch ein Beitrag zur Geschichte des Materialismus. Herausgegeben und bevorwortet von Eugen Dietzgen. München 1910, Verlag der Dietzgenschen Philosophie. 753 Seiten. Preis 7,50 Mark.

Dieses dicke Buch soll das furchtbare Gewitter darstellen, das Eugen Dietzgen wiederholt den Engmarxisten angekündigt hat.

In der Tat geht es mit heiligen Donnerwettern über die Engmarxisten im allgemeinen und über Plechanow, Kautsky und meine Wenigkeit im besonderen her. Daneben muß Genosse Otto Bauer für das Verbrechen, eine frühere Schrift Untermanns ohne Beifall in etwa zwanzig Zeilen besprochen zu haben, ungefähr zwanzigmal Spießruten laufen; auch Genosse Pannekoek wird zweimal ans Kreuz geschlagen, nur weil seine Propaganda für Josef Dietzgen den „Dietzgenisten" nicht genügt, und noch dazu beidemal neben mir armem Schächer, eine wahrhaft raffinierte Grausamkeit, da Pannekoek erst kürzlich gegen mich polemisiert hat, weil ich nach seiner Ansicht die philosophische Bedeutung Dietzgens unterschätze.

Eine Kritik des Buches ist insofern unmöglich, als es sich in einer endlosen Reihe persönlicher Ausfälle gegen die Engmarxisten erschöpft und sich dabei — sagen wir — Umstellungen erlaubt, deren bloße Berichtigung vielleicht den doppelten oder dreifachen Umfang des Wälzers erreichen würde. Zudem muß es jedem einzelnen der Angegriffenen überlassen bleiben, ob er eine Abwehr für nötig hält; ich würde es für eine Beleidigung meiner Leidensgefährten halten, wenn ich sie über ihre Köpfe weg gegen die Attacken Eugen Dietzgens und Untermanns verteidigen wollte. Für meine Person würde ich jede Erwiderung für überflüssig halten, wenn sich die beiden „Dietzgenisten" nicht, um mit dem Patron von beiden zu sprechen, „gif-

nach diesem prachtvollen Gutachten Mehrings ist der Herr Eugen Dietzgen ja nun wohl endlich abgesägt.

tige Unterstellungen" gegen meinen Charakter erlaubten, auf die ich nicht völlig schweigen kann.

Zunächst jedoch einige Proben ihrer „sachlichen" Polemik. Um meine „Verschwommenheit" und „verwaschene Ideologie" zu kennzeichnen, zitiert Untermann: „Die Musik ist die Mutter der griechischen Tragödie, die das geheimnisvolle Wehe des Willens, das Leiden des Lebens offenbart, die eine ewige Klage ist, aber zugleich die Erlösung durch den Schein, durch Gestaltung und Dichtung." Untermann knüpft daran einen anmutigen Scherz über das „geheimnisvolle Wehe des engmarxistischen Willens" und einen derben Fluch auf Plechanow, der selbst die klarsten Ausführungen Josef Dietzgens in alberne Trivialitäten verdrehe. Was Plechanow mit jenem Satze zu tun hat, weiß Ernst Untermann nicht anzugeben; wenn er ihn aber mir zuschreibt, so fälscht er. Der Satz rührt nämlich nicht von mir, sondern von — Nietzsche her, und ich habe ihn ausdrücklich als Nietzsches Ansicht zitiert, vor etwa zehn Jahren, als ich in der „Neuen Zeit" den Inhalt von Nietzsches Erstlingsschrift skizzierte. Wer sich davon überzeugen will, daß Untermann mich wider besseres Wissen zum Verfasser jenes Satzes macht, um seine Späßchen daran zu hängen, der mag den XVII. Jahrgang, 1. Band, S. 571 der „Neuen Zeit" nachschlagen.

Noch ein anderes Beispiel! Vor sechzehn Jahren kritisierte Paul Ernst in der „Neuen Zeit" mein Buch über Lessing. Er bestritt den Zusammenhang zwischen Klassenkämpfen und literarischer Entwicklung und forderte mich heraus, ihm einmal nachzuweisen, inwiefern Flauberts „Salammbo" mit der Emanzipation der Arbeiterklasse zusammenhinge. Darauf erwiderte ich, daß in der Literatur einer bestimmten Geschichtsperiode die allerverschiedensten Richtungen nebeneinander herlaufen könnten; das sei ja die einfache Konsequenz meiner Auffassung, wonach sich die Kämpfe der verschiedenen Klassen in der Literatur widerspiegelten. Ich fügte dann hinzu: „Beiläufig erschien Flauberts ‚Salammbo' im Jahre 1862, als es noch gar keinen Emanzipationskampf des Proletariats gab." Diesen Satz reißt Untermann aus dem Zusammenhang, nicht etwa um zu berichtigen, daß im Jahre 1862 der Emanzipationskampf des Proletariats nur erst nicht wiedererwacht war — solche kleine „Ungenauigkeiten" auf die Goldwage zu legen, macht er den „Mehring und Plechanow" gerade zum bitteren Vorwurf —, sondern um sich in eine seitenlange Litanei zu ergießen, die hier eigentlich — wär's nicht zu schade um den Raum — wörtlich abgedruckt werden müßte, um ihn in seiner ganzen Glorie zu zeigen. Genug, er zählt alle proletarischen Bewegungen bis zum Jahre 1850 auf, um mich zum Schluß als „das übliche psychologische Rätsel" zu brandmarken, weil ich diese weltbekannten Ereignisse durch jenen Satz über Flaubert zu eskamotieren versucht haben soll! Er vernichtet mich so, daß ich nicht einmal Retourkutsche spielen kann: Untermann ist gewiß kein psychologisches, sondern nur ein pathologisches Rätsel.

Oder ein drittes Beispiel! Vor zehn Jahren habe ich einmal, wiederum in einem ganz nebensächlichen Zusammenhang, von dem Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig als einem Schurken gesprochen, weil er seine Landeskinder an England als Kanonenfutter gegen die amerikanischen Rebellen verkauft habe. Darüber regt sich Untermann auf und fragt, nach welchem Maßstab der Herzog ein Schurke genannt worden sei. „Nach einem allgemeinmenschlichen oder nach einem Klassenmaßstab? Wenn nach einem Klassenmaßstab — nach einem feudalen, einem bürgerlichen oder einem proletarischen? Wenn nach einem menschlichen, worauf beruht dieser?" Ja, wenn die berühmte Moral des „Dietzgenismus" das nicht weiß, so sollte sie sich doch lieber heute als morgen begraben lassen. Aber da ich dankbar für die historische Auskunft bin, die Untermann mir erteilt hat, so will ich ihm die moralische Auskunft nicht vorenthalten, daß die deutschen Fürsten, die im achtzehnten Jahrhundert ihre Landeskinder als Kanonenfutter an ausländische Mächte verkauften, sowohl vom allgemeinmenschlichen, als auch vom feudalen, als auch vom bürgerlichen, als auch vom proletarischen Standpunkt aus allesamt Schurken waren.

Nun noch ein letztes Beispiel! Ich habe einmal die vormärzlichen Zensoren „traurige Gesellen“ und denjenigen Zensor, der die „Rheinische Zeitung“ endlich abzuwürgen verstand, einen „verschmitzten Hallunken“ genannt. Untermann findet, da hätte ich „nach meinem subjektiven Gefühlsmaßstab ein unhistorisches Urteil“ gefällt; für die Regierung sei gerade Marx der „verschmitzte Hallunke“ gewesen, weil er der Zensur lange ein X für ein U zu machen verstanden habe. Ich kann diesem Scharfsinn nur mein Kompliment machen; der selige Friedrich Wilhelm IV. wird sich noch im Jenseits freuen, in Untermann einen so getreuen Dolmetsch seiner Gedankenwelt gefunden zu haben. Aber darf ich mich unterstehen, Untermann zu loben? Wenn ich ihn für ein großes Genie erkläre, wozu ich sehr geneigt bin, so wird er mich anfahren, das sei „nach meinem subjektiven Gefühlsmaßstab ein unhistorisches Urteil“, da es — zwar äußerst unwahrscheinlicher-, aber doch nicht ganz menschenunmöglicherweise — Leute gibt, die ihn für ganz etwas anderes halten.

Mit den letzten Beispielen komme ich an den roten Faden, der sich durch das ganze Buch zieht. Der Grundfehler des Engmarxismus, der sich schon bei Marx und Engels zeigt, aber noch weit mehr bei ihren Schülern, besteht — immer nach Untermann — in der eristisch-metaphysischen Polemik gegen gewisse Personen. „Die Schimpfereien im Munde der engeren Marxisten sind also noch das Kaulquappenschwänzchen der bürgerlichen Ideologie, das sie noch nicht ganz los geworden sind und auch auf Grund ihrer ganzen Entwicklung gar nicht so schnell los werden können.“ Das kommt aber daher, daß ihnen „eine konsequente dialektische Entwicklung“, mit anderen Worten das Verständnis des „Dietzgenismus“ fehlt. Und ihnen dies Verständnis beizubringen, ist der Zweck des Untermannschen Buches.

Erreicht wird dieser Zweck aber dadurch, daß der Verfasser 754 Seiten lang auf Marx und Engels sowie auf ihre Schüler — schimpft. Zum Beispiel bekommt Plechanow gleich im Anfang „bittere Polemik, persönliche Verunglimpfung, anmaßende Selbstüberhebung, unbewiesene und unbeweisbare Anspielungen, zur Widerlegung von ihm selbst erfundene Behauptungen“ mit einem Wurfe an den Kopf geschleudert. Während Untermann mit der einen Hand die fürstlichen Menschenverkäufer und die vormärzlichen Zensoren schirmt, schleudert er mit der anderen Hand tötende Blitze auf die Engmarxisten. Dabei wird diesem Jupiter in lichten Augenblicken freilich um seine Gottähnlichkeit bange; er wirft sich ein, daß wer das angebliche Schimpfen der Engmarxisten ausrotten wolle, doch nicht selbst wie ein Rohrsperling schimpfen dürfe. Aber, so tröstet er sich: „Selbst der dialektischeste Denker ist gezwungen, um überhaupt eine Wirkung zu erzielen, seinen engeren marxistischen Genossen reichliche Dosen ihrer Lieblingsmedizin einzugeben, einmal weil sie die Wirkung und Bedeutung derselben am besten verstehen, und zweitens, weil sie dem marxistischen Leserkreis den Geschmack für solche halb metaphysische Würze selbst anerzogen haben.“ Welch feine Politik und welche noch viel feinere Moral!

Nicht ganz so grob, obschon immer noch grob genug, aber dafür um so reicher an, wie Eugen Dietzgen sagt, „giftigen Unterstellungen“ oder, wie Untermann sagt, „unbewiesenen und unbeweisbaren Anspielungen“ ist ihre Polemik gegen mich. Sie haben die Briefe des Herrn Maximilian Harden und weiland Eugen Richters gefunden und benutzen sie ohne jede Rücksicht darauf, was ich ihren erlauchten Vorläufern zu erwidern gehabt habe. Als ernste und sachliche Denker werden sie es mir gewiß nicht verübeln, daß ich mich auf den Quark nicht noch einmal einlasse, zumal da sie selbst ja nicht daran glauben. Nur hierüber noch ein paar Worte.

Trotz alles Abscheus gegen die Engmarxisten ersuchte Eugen Dietzgen vor knapp drei Jahren, als der Stern Untermanns längst am Horizont aufgegangen war, eine Reihe von ihnen um eine gemeinverständliche Darstellung des Lebens und der Lehre seines Vaters. Die Namen dieser Genossen zu nennen, bin ich nicht befugt, aber so viel darf ich sagen, daß Eugen Dietzgen mich für den obersten Marxisten erklärte und mich für die Redaktion einer Viertel- oder Halbjahrsschrift

zu „gewinnen“ suchte, die er unter dem Titel: Der proletarische Weltgeist herauszugeben beabsichtigte. Natürlich wußte er, daß ich niemals „Dietzgenist“ in seinem Sinne gewesen bin, und ich am wenigsten machte ein Hehl daraus; er meinte jedoch: „Ihre eventuell abweichende Auffassung wird und soll mir willkommene Anregung geben.“ Noch mehr: Eugen Dietzgen besaß, wie er sich selbst auszudrücken beliebte, die „amerikanische Unverfrorenheit“, mir ein Manuskript aus dem Nachlaß seines Vaters zu übersenden mit der Bitte, ihm ein Gutachten darüber zu erstatten, ob es veröffentlicht werden könne. Ich habe darin natürlich keine „amerikanische Unverfrorenheit“, sondern ein Vertrauen erblickt, das ich gern erwiderte; ich opferte der Arbeit einige Tage, worauf mir Eugen Dietzgen am 27. August 1910 schrieb: „Daß Sie trotz der vielen Arbeit, mit der Ihre Schultern beladen sind, an die gründliche Durchsicht des Manuskriptes gegangen sind, dafür nehmen Sie meinen tiefgefühlten Dank entgegen. Mit Ihrem Rate stimme ich vollständig überein.“ Nach diesem ehrenden Zeugnis des Patrons Eugen Dietzgen wird man begreifen, wie tief es mich erschüttert, wenn Klient Untermann „die Sittlichkeit des Mehringschen Tuns und Lassens“ gegenüber dem alten Dietzgen herben Zweifeln unterzieht.

Die Briefe der Harden und Konsorten waren nun aber längst olle Kamellen, als Eugen Dietzgen mir sein Vertrauen schenkte in der Frage, wie das Andenken seines Vaters am besten zu wahren sei, und mir seinen „tiefgefühlten“ Dank für die Sorgfalt aussprach, die ich dieser Frage widmete. Damals kann er also nicht daran geglaubt haben, und wenn er sich jetzt anstellt, als ob er daran glaube, so hätte ich vielleicht einiges Recht, von „amerikanischer Unverfrorenheit“ zu sprechen. Indessen verzichte ich gern darauf, denn ich kenne zur Genüge den Sektenfanatismus, der sich regelmäßig, wenn ihm die Gründe ausgehen, aufs Verdächtigen wirft.

Mein Verbrechen in den Augen der Eugen Dietzgen und Untermann besteht darin, daß ich bei gegebenen Anlässen — in drei Jahren gerade zweimal — vor den sinnlosen Übertreibungen des „Dietzgenismus“ gewarnt habe, die niemand schädigen als den alten Dietzgen, und von niemand schärfer verurteilt werden würden als von ihm, wenn er noch lebte. Darin bin ich meines Wissens auch ganz einig mit den jüngeren Parteigenossen, die die originale Leistung Josef Dietzgens gegenüber Feuerbach und Marx höher einschätzen als Plechanow, Kautsky und ich. Und am wenigsten hat Eugen Dietzgen das Recht, im Anhang zu Untermanns Buche eine lange Jeremiade über die „Leichtfertigkeit“ loszulassen, womit ich den alten Dietzgen „diskreditieren“ wolle. Niemand hat „tiefer gefühlt“ als er, wie besorgt ich gewesen bin, daß nicht einmal der Schein eines Schattens auf das Andenken seines Vaters fällt.

„Diskreditiert“ wird auch durch dies neueste Evangelium der „Dietzgenisten“, das als Humbug ebenso dick ist wie als Buch, niemand sonst als Josef Dietzgen. Jedoch wird er auch wohl noch diesen Puff aushalten. Ich habe mich zwar mit einer Riesenanstrengung durch den Schmöker durchgewürgt, aber minder geübte Leser, als ich zu sein glaube, werden über dem ewigen Geschimpfe und Gezanke, das nicht einmal gelegentlich durch einen leidlichen Witz unterbrochen wird, noch lange vor der hundertsten Seite einschlafen. Und es steht zu hoffen, daß keines Engmarxisten schnöde Rachsucht diesen Boten sanfter Träume versehren wird.

F. Mehring.

Henriette Roland-Holst, **Josef Dietzgens Philosophie**, gemeinverständlich erläutert in ihrer Bedeutung für das Proletariat. Herausgegeben von Eugen Dietzgen. München, Verlag der Dietzgenschen Philosophie. 91 Seiten. Preis 1 Mark.

Nach dem ästhetisch, intellektuell und moralisch gleich ungeschlachten Pamphlet Untermanns berührt die anständige und verständige Schrift der Genossin Roland-

Holst doppelt angenehm. Ihr wohltuender Eindruck wird nur einigermaßen gestört durch die törichten Anmerkungen, durch die die Verfasserin, in einer uns nicht ganz verständlichen Nachsicht, dem sogenannten Herausgeber ihre sachlichen Ausführungen zu verunzieren gestattet hat. Eine so gediegene Schriftstellerin, wie die Genossin Roland-Holst, braucht doch keinen Vormund, und am allerwenigsten diesen Vormund.

Es hieße sie beleidigen, wenn wir erst hervorheben wollten, daß sie das abgeschmackte Gefasel von Engmarxismus und Dietzgenismus weit von sich weist. Sie meint jedoch, es gäbe Marxisten, die „einen ganz falsch verstandenen Kultus mit den großen Vorkämpfern des wissenschaftlichen Sozialismus“ trieben, indem sie das Verdienst Dietzgens auf philosophischem Gebiete nicht anerkennen wollten und ihm jede selbständige Bedeutung Marx und Engels gegenüber absprächen. Uns sind solche Marxisten gänzlich unbekannt. Wenn es deren gibt, die Dietzgens selbständige Bedeutung nicht so hoch einschätzen, wie die Genossin Roland-Holst, so tun sie es nicht, um einen Kultus mit Marx und Engels zu treiben, sondern weil sie sich aus sachlichen Gründen ihr Urteil gebildet haben.

Wir fürchten auch, daß die sechzehn Druckseiten, auf denen die Genossin Roland-Holst „Die Grundbegriffe der Dietzgenschen Philosophie“ auseinandersetzt, an diesem Urteil nichts ändern werden. Sicherlich war Josef Dietzgen ein naturwüchsiger Dialektiker von hervorragender philosophischer Begabung, der seinen Feuerbach und seinen Marx gründlich studiert hatte, aber wir haben in diesem ersten Kapitel der Schrift nichts gefunden, was wir nicht aus Feuerbach und Marx und zum Teil aus noch viel älteren Philosophen, bis auf Heraklit zurück, wüßten. In dem zweiten Kapitel nun gar, worin Dietzgens Ansichten über „Religion, Philosophie und Moral“ abgehandelt werden, spürt man nur zu sehr, daß die Historie nicht eben das Fach war, worin Josef Dietzgen sich auszeichnete.

Den Unterschied zwischen Dietzgen und Marx präzisiert die Genossin Roland-Holst dahin, daß Marx in erster Reihe ein gewaltiger Kämpfer gewesen sei, der mehr auf das Trennende, Dietzgen aber ein friedfertiger Philosophengeist, der mehr auf das Verbindende gesehen habe. Darin liegt unzweifelhaft etwas Wahres, jedoch handelt es sich nicht nur um einen Unterschied der Charaktere und der Temperamente. Die Genossin Roland-Holst erkennt selbst an, daß Dietzgen nur die allgemein philosophischen Grundlagen des Marxismus ans Licht gezogen habe. Das hätte aber Marx viel besser selbst besorgen können, wenn er es für notwendig und nützlich gehalten hätte. Er wußte jedoch sehr gut, daß eine formale Denklehre, wie sie Dietzgen in einigen Grundgedanken zu entwickeln versucht hat, an das Ende, und nicht an den Anfang des proletarischen Emanzipationskampfes gehört. Deshalb wies Marx die materialistische Dialektik mit kolossalem Wissen in den Dingen selbst nach, und behielt sich erst für den Abend seines Lebens vor, eine Geschichte der Logik und der Dialektik zu schreiben, wozu es leider nicht gekommen ist.

Nun wollen wir gar nicht bestreiten, daß die Schriften Dietzgens dafür einen gewissen Ersatz bieten können; wir empfehlen sie auch gern den Arbeitern, und zwar so, daß sie sich am Sonntag daran erbauen können, nachdem sie die sechs Werkeltage der Woche als sogenannte Engmarxisten tätig gewesen sind. Es ist dann ganz gut und nützlich, wenn sie sich darüber klar werden, daß es in der Welt nur relative Gegensätze gibt und daß die fürstlichen Seelenverkäufer oder die vormärzlichen Zensoren ebenso im allgemeinen Zusammenhange der Dinge wurzeln, wie der proletarische Emanzipationskampf. Aber mit dieser Weisheit beginnen, heißt in der Arbeiterklasse einen „schwächlichen Skeptizismus“ heranzüchten, was auch die Genossin Roland-Holst als möglich zugibt. Nur will sie diese Gefahr dadurch bannen, daß auch die „Relativität der Relativität“ unausgesetzt im Auge behalten werden müsse. Aber diese „Relativität der Relativität“ ist ja auch nur wieder relativ, und so kommen wir aus der Schraube ohne Ende nicht heraus.

Ehe die Arbeiter nicht aus der Praxis ihres Emanzipationskampfes die materialistische Dialektik begriffen haben, macht sie die formale Denklehre Dietzgens

höchstens konfus. Das ist nicht gegen Dietzgen gesagt, der bei allem friedfertigen Philosophieren in erster Reihe immer proletarischer Klassenkämpfer gewesen ist, wohl aber gegen die „Dietzgenisten", für deren Henkerbeil die Genossin Roland-Holst übrigens ebenso reif ist, wie Plechanow und die sonstigen Engmarxisten. Sie sagt beispielsweise, der Grundsatz, daß der Zweck die Mittel heilige, sei ein proletarischer Grundsatz, wenn unter Zweck das große allgemeine Heil einer Zeit, eines Volkes, einer Klasse verstanden werde. Die Jesuiten dagegen hätten diesen Grundsatz angewandt, um ihre Ränke und Intrigen, ihre verborgenen und öffentlichen Schandtaten, die keineswegs gute, gemeinnützige Zwecke, sondern die Befestigung der päpstlichen Macht im Auge gehabt hätten, in gutes Licht zu stellen. Da mag sich die Genossin Roland-Holst nur vor Untermann in acht nehmen, der sie anfahren wird, daß sie nach einem subjektiven Gefühlsmaßstab ein unhistorisches Urteil fälle, die päpstliche Macht hielte die jesuitischen Ränke für sehr heilige Handlungen usw.

Doch wir sind weit entfernt, die sachlichen und würdigen Ausführungen der Genossin Roland-Holst mit den Possenreißereien Untermanns auf eine Stufe zu stellen. Ihre Schrift ist sehr empfehlenswert für jeden, der sich über die Philosophie Dietzgens unterrichten will, was wir um so lieber betonen, als wir ihrer Einschätzung dieser Philosophie für den proletarischen Emanzipationskampf nicht zustimmen können.

Stephan Großmann, **Herzliche Grüße.** Berlin 1909, Verlag Buchhandlung Vorwärts.

Die zwei Dutzend Geschichten, die der Verfasser in der vorliegenden Sammlung vereinigt hat, sind ursprünglich im Feuilleton der „Wiener Arbeiterzeitung" und des „Berliner Tageblatts" erschienen, indessen erheben sie sich wenigstens einigermaßen über das Durchschnittsniveau der landläufigen, meist durch weibliche Handarbeit hergestellten Zeitungsnovellette, wenn auch ihr buchförmiges Erscheinen im Vorwärtsverlag dadurch nicht ganz begründet ist. Die Skizzen sind leichte Lektüre, gefällige und ziemlich flott gezeichnete Ausschnitte aus dem Alltagsleben, die zwar keine tiefgründigen Probleme erörtern, aber doch auch nicht ganz an der Oberfläche haften bleiben. Ohne Maupassants nervösen Katzenscharfblick für den innerlichsten grauen Dämmerungsbereich der menschlichen Seele zu besitzen, hat der Verfasser den kleinen Gott der Welt ziemlich gut beobachtet und wenigstens in der Prägnanz der Form dürfte er von dem französischen Meister gelernt haben. Freilich um größere Stoffe künstlerisch zu erschöpfen, um beispielsweise die Bestialität der Todesstrafe bis in ihre äußersten und eisigsten Abgründe menschlich zu verfolgen, dazu reicht Großmanns feuilletonistisches Talent im „Staatsanwalt Duncker" und in der „Hinrichtung" nicht aus. Aber einem derartigen Vorwurf wäre schließlich überhaupt nur ein Maupassant als der geborene Scharfrichter aller Menschlichkeiten und Unmenschlichkeiten gewachsen.

Am besten gelingen dem Verfasser die Schilderungen aus dem Leben des Wiener Kleinbürgers, die Skizzen aus den Gerichtssälen, der Eisenbahn und dem Wirtshaus, wo der Erzähler Selbstgesehenes wiedergibt, wie er überhaupt seine spezifisch österreichische Ader nicht nur durch die intime Kenntnis des Wiener Caféhauslebens verrät. „Ein nächtlicher Ruf" und „Ein rücksichtsvoller Mensch" scheinen uns die gelungensten Beispiele für die Gemütlichkeit, den Humor und die Philisterhaftigkeit jener Kaiserstadt, die nach dem Text eines bekannten Wiener Gassenhauers auf der ganzen Welt nicht ihresgleichen finden soll.

Der Verlag hat die harmlose Geschichtensammlung mit einer so üppigen Verschwendung von weißen Vorsatzblättern und breiten Rändern ausgestattet, daß sich manche seiner politischen Broschüren daneben wie power gekleidete Waisenkinder ausnehmen. R. H.

Für die Redaktion des Feuilletons verantwortlich: Franz Mehring, Steglitz.



2. Band Nr. 53 Ausgegeben am 30. September 1910 28. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Lassalle und die Budgetfrage.

↗ Berlin, 24. September 1910.

In den Verhandlungen des Magdeburger Parteitags versuchte ein Delegierter aus Chemnitz, Lassalle zum Patron der badischen Budgetbewilliger zu machen. Er sagte nach dem Bericht des „Vorwärts“:

Kein anderer als Ferdinand Lassalle hat die Budgetverweigerung für einen Ausdruck liberaler Feigheit, nicht für eine Demonstration gegen den Klassenstaat erklärt. (Hört, hört! bei den Süddeutschen.) Und Lassalle hat auseinandergesetzt, daß die Budgetverweigerung nur einen Sinn hat, wenn die Steuerverweigerung darauf erfolgt. (Zurufe bei der Mehrheit.) Und die Steuerverweigerung hat nur einen Sinn, wenn man dem Steuerexekutor mit der Waffe entgegentritt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Gegen diese gröbliche Entstellung von Lassalles Auffassung der Budgetfrage sagte dann Genosse Bebel, wieder nach dem Bericht des „Vorwärts“:

Genosse Heilmann hat versucht, Lassalle zum Revisionisten zu machen. Gewiß hat Lassalle die Abstimmung der Fortschrittspartei im preußischen Landtag gegen das Budget als liberale Feigheit gebrandmarkt. Ich unterschreibe heute noch nach achtundvierzig Jahren alle Ausführungen über „Was nun?“ und über „Verfassungswesen“ und kann der Partei dringend raten, jedes Wort dieser Broschüren auswendig zu lernen. Dann werden unsere Debatten bedeutend kürzer sein. Heilmann hat nur die Begleitumstände vergessen anzugeben, von denen Lassalle ausgegangen. Lassalle ging davon aus, daß die Fortschrittspartei Bismarck einen Verfassungsbrecher nannte, der die Anklage auf Hochverrat verdiente. Da freilich, sagt Lassalle, genüge die Abstimmung gegen das Budget nicht, und ihr müßt es durch die Steuerverweigerung zum Konflikt treiben, selbst auf die Gefahr der Revolution. (Lebhafte Zustimmung.)

So sehr Genosse Bebel nun in der Sache den Nagel auf den Kopf traf, so irrte in den historischen Einzelheiten auch er, vorausgesetzt, daß der Bericht des „Vorwärts“ in diesen Einzelheiten richtig ist. Es sei deshalb gestattet,

darauf näher einzugehen, nicht um eines wohlfeilen Besserwissens willen, sondern weil, wie Genosse Bebel mit Recht gesagt hat, die genaue Kenntnis von Lassalles Verfassungsbroschüren sehr geeignet ist, die Debatten über die Budgetfrage abzukürzen.

Zunächst einmal ist unrichtig, zu sagen, daß die Fortschrittspartei in den preußischen Konfliktsjahren jemals das Budget verweigert habe. Das ist ihr niemals eingefallen. Sie strich nur die Mehrkosten für die Heeresreorganisation, bewilligte aber alles übrige, oder ziffermäßig ausgedrückt, sie bewilligte etwa 140 und strich noch nicht ganz 5 Millionen Taler. In den späteren Jahren des Konfliktes verweigerte sie dann auch noch die Ausgaben für die geheimen Fonds, die sich, wenn wir nicht irren, auf ein paarmal hunderttausend Taler beliefen. Jedenfalls waren es verhältnismäßig geringfügige Summen, die die Fortschrittspartei strich; die große Masse des Etats bewilligte sie regelmäßig. Das war gewiß eine feige und lächerliche Politik, denn um den Ausfall von 5 Millionen bei einem Etat von 140 Millionen zu decken, hatte Bismarck finanzielle Hilfsquellen genug, und die Staatsgläubiger beruhigte er durch einen feierlichen Beschluß des Staatsministeriums, der die Finanzverwaltung an bestimmte, fest umgrenzte Normen band.

Nun gab es allerdings einzelne Mitglieder der Fortschrittspartei, wie Johann Jacoby, die eine Verweigerung des ganzen Budgets befürworteten; einem Ministerium, das absichtlich und grundsätzlich die Verfassung verletze, dürfe überhaupt keine Verfügung über Staatsgelder anvertraut werden. Dagegen wandte die Mehrheit der Fortschrittspartei ein, eine Verweigerung des ganzen Budgets sei rein illusorisch und würde in völligem Verpuffen der beabsichtigten Wirkung die Lage der Opposition nur verschlechtern, es sei denn, daß die Steuerzahler die Steuern zu zahlen verweigerten, und daran sei unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu denken. Das war nun aber auch die Meinung Lassalles. Er verwarf die Steuerverweigerung nicht an und für sich; unter Umständen erklärte er sie für möglich und wirksam; so in der Novemberkrise von 1848; Lassalle tadelte aufs bitterste, daß sie damals, als Signal einer neuen Revolution, durch den berüchtigten passiven Widerstand der preußischen Vereinbarer vereitelt worden sei. Aber in den Tagen des Verfassungskonfliktes hielt er sie nicht für anwendbar; weshalb nicht, hat er in seiner Broschüre: Was nun? ausführlich dargelegt. Im Wesen seiner Sache liefen seine Gründe auf dasselbe hinaus, was Waldeck, der einflußreichste Führer der Fortschrittspartei, in den Worten zusammenfaßte: Um eine Steuerverweigerung erfolgreich durchzuführen, müsse man erst Einrichtungen haben, wie seinerzeit John Hampden, namentlich die Möglichkeit, wegen einer gewaltsamen Steuererhebung vor Gericht zu prozessieren.

Was Lassalle wirklich befürwortete, war auch die Budgetverweigerung, aber in der einzigen Form, die die Regierung wirklich lahmgelegt hätte. Er forderte, daß sich das preußische Abgeordnetenhaus auf gar nichts mit der Regierung einlassen, vielmehr seine Sitzungen auf so lange vertagen solle, bis die Regierung das Budgetbewilligungsrecht des Hauses anerkannt habe. In seiner nackten Gestalt könne sich der Absolutismus nicht mehr halten; was ihm fort-

zudauern gestatte, sei der Scheinkonstitutionalismus, den es in erster Reihe zu zerstören gelte. Bräche dieser Scheinkonstitutionalismus durch den Streik der gewählten Volksvertreter zusammen, so müsse der Absolutismus über kurz oder lang kapitulieren, schon aus finanziellen Gründen.

Wie Lassalle seine Schlußfolgerung begründete, kann in seiner Broschüre: Was nun? nachgelesen werden. Hier sei seine Forderung nur mit einigen historischen Erinnerungen aus der preußischen Geschichte betrachtet. Es ist den preußischen Junkern nie im Traume eingefallen, der Regierung auch nur einen Pfennig zu bewilligen, wenn nicht das Junkertum dabei die besseren Geschäfte machte. Sozusagen die bill of rights des preußischen Junkertums war der brandenburgische Landtagsrezeß von 1653. Der brandenburgisch-preußische Staat war damals durch den Dreißigjährigen Krieg aufs furchtbarste verwüstet worden; die einzige Möglichkeit seines Fortbestehens bot unter den damaligen Zeitläufen die Einrichtung eines stehenden Heeres und damit auch ständiger Steuern. Die Junker des Landtags bewilligten beides aber nur so, daß nicht die Souveränität der Hohenzollern, sondern ihre eigene Souveränität „wie ein rocher de bronce stabiliert“ wurde, nur unter der Bedingung, daß sie selbst von Steuern frei blieben, daß sie die Offiziersstellen in dem neu zu schaffenden Heere erhielten und endlich, daß ihnen die bäuerliche Klasse, damals die zahlreichste Klasse der Bevölkerung, an Händen und Füßen gebunden ausgeliefert würde.

Nicht anders die Bourgeoisie, als sie sich so weit entwickelt hatte, um den Daumen auf dem Geldbeutel zu haben. Weil der preußische Absolutismus bankrott war, mußte er 1820 gegenüber seinen Gläubigern die Verpflichtung eingehen, daß er keine neue Anleihe ohne die Zustimmung einer Volksvertretung aufnehmen werde. Er drückte sich, solange es ging, aber endlich zwang ihn im Jahre 1847 die unerträgliche Geldnot, den Vereinigten Landtag einzuberufen, um namentlich eine Anleihe von einigen zwanzig Millionen Talern für den Bau der Ostbahn aufnehmen zu können. Es handelte sich um ein Kulturwerk, gegen das vom liberalen und selbst vom sozialistischen Standpunkt nichts einzuwenden war. Gleichwohl weigerte sich die Bourgeoisie, die Anleihe zu bewilligen, ehe ihr nicht die periodische Einberufung des Landtags, also ein Anteil am Regiment gewährt würde. Ein feudales Mitglied des Landtags verleugnete freilich heroisch alle Überlieferungen seiner Klasse — es hieß Bismarck-Schönhausen, und es war ziemlich sein erstes Bekenntnis vor der Öffentlichkeit — und suchte die Bourgeoisie einzuseifen mit der Behauptung, es sei „mit dem Namen der Erpressung zu brandmarken“, wenn sie die Anleihe nur gegen Einräumung politischer Rechte gewähren wolle, aber die Bourgeoisie lachte ihn aus. Vergebens strengte auch der Minister v. Bodelschwingh seine ganze Beredsamkeit an; er hatte es auch nicht so gut, wie heute sein Kollege v. Bodman, mit einem wohlfeilen Kompliment den gegnerischen Trutz zu bändigen. Der Vereinigte Landtag verweigerte die Anleihe, und die Arbeiten an der Ostbahn mußten sistiert werden: es war ein harter Schlag, namentlich für die Provinz Ostpreußen, aber nur 18 Vertreter dieser Provinz stimmten für die Anleihe, 65 dagegen. Jedoch das Mittel erwies sich als probat; nach

wenigen Monaten, noch vor dem Ausbruch der Märzrevolution, gewährte die Krone die periodische Berufung des Vereinigten Landtags.

Nach dem 18. März 1848 fiel dann freilich der Bourgeoisie aus bekannten Gründen das Herz in die Hosen. Aus Angst vor der Arbeiterklasse begann sie sich unter den Schutz der Bajonette zu flüchten und sich mit dem Scheinkonstitutionalismus zu befreunden, der den Absolutismus sicherer schützt als alle seine Bajonette. Das Budget auch nur der reaktionärsten Regierung zu verweigern, wurde immer mehr zum Hochverrat und Majestätsverbrechen, und noch vor Jahr und Tag hat der freisinnige Abgeordnete Kopsch, bei den Debatten über die „Reichsfinanzreform“, mit der ganzen sittlichen Entrüstung des politischen Idioten die „Erpresserpolitik“ von seiner Partei gewiesen, die der reaktionäre Pfiffikus Bismarck ehedem „brandmarkte“, um die Bourgeoisie einzuseifen. Höher geht's wohl nimmer.

Aber in diesem intellektuellen und moralischen Verseuchungsprozeß gab es gelegentlich lichte Momente, und so verkommen wie der heutige Freisinn war die Fortschrittspartei der Konfliktszeit bei alledem noch nicht. Deshalb bemühte sich Lassalle, ihr klar zu machen, daß und wie sie auch ohne den Bau von Barrikaden den Absolutismus so klein kriegen könne, daß er ihr aus der Hand essen müsse. Wenn aber die Fortschrittspartei auf seine Ratschläge nicht einging, so geschah es nicht, weil diese Ratschläge falsch gewesen wären, oder auch nur, weil sie diese Ratschläge für falsch hielt, sondern weil sie den entscheidenden Kampf mit Krone und Junkertum, den die Befolgung dieser Ratschläge herbeigeführt haben würde, überhaupt nicht wollte, weil sie sich gern mit dem Scheinkonstitutionalismus begnügte, den Lassalle als den ärgsten Fluch der öffentlichen Zustände in Deutschland betrachtete.

Nun waren seine Ratschläge gewiß der damaligen Lage der Dinge angepaßt, und sie lassen sich nicht ohne weiteres auf die heutige Lage der Dinge anwenden. Das Proletariat ist nicht die Bourgeoisie; das Proletariat besitzt auch nirgend die parlamentarische Mehrheit, wie die Bourgeoisie zu Lassalles Zeit usw. usw. Es erübrigt, darauf im einzelnen einzugehen. Allein der Grundgedanke Lassalles, daß keine unterdrückte Klasse mit dem Scheinkonstitutionalismus paktieren dürfe, der eben in der Budgetbewilligung für eine unterdrückende Regierung seinen klassischen Ausdruck findet, besteht allemal zu Recht; daraus, daß Lassalle die Sorte von Budgetverweigerung, die die Fortschrittspartei zu seiner Zeit trieb, für eine feige Posse erklärte, nunmehr zu schließen, daß sozialdemokratische Abgeordnete einer reaktionären Regierung das Budget bewilligen dürfen, ist eine Schlußfolgerung, von der man auch sagen darf: Höher geht's wohl nimmer.

Genosse Bebel meinte mit Recht, daß Lassalle jedem, der sich diesen unzeitigen Scherz erlaubt hätte, in die Haare gefahren wäre. Lassalle wußte besser als irgendwer, daß er mit seinem Arbeiterverein zunächst auch nur zwecklose Demonstration machen könne, aber deshalb fiel ihm doch nicht ein, auf den Altären des Scheinkonstitutionalismus zu opfern, und diese geniale Politik hätte er schon treiben müssen, wenn er zum Patron der badischen Landtagsfraktion gemacht werden soll.

Der Parteitag von Magdeburg.

Von **Rudolf Hilferding.**

Der Parteitag hat die Hoffnungen, die man auf ihn setzen durfte, reich erfüllt. Er war der Vollstrecker des Willens zur Einheit, Geschlossenheit und Kampfbereitschaft der Gesamtpartei, und er hat diesen Willen mit solchem Nachdruck und solcher Entschiedenheit betont, daß dem deutschen Proletariat die Gewißheit wiedergegeben ist, ohne welche Kämpfe und Siege unmöglich sind.

Daß der Magdeburger Parteitag dieses Ergebnis zeitigen, daß er die notwendige Disziplin wiederherstellen, die demokratische Verfassung der Partei in ihrem vollen Umfang sichern werde, das war allerdings schon gewiß, ehe der Parteitag zusammentrat. Wenn je ein Parteitag, so war der Magdeburger der unmittelbare Ausdruck proletarischen Empfindens. Wer den Verlauf der Versammlungen verfolgt hatte, wer Gelegenheit hatte, die Stimmung der Arbeiter kennen zu lernen, der wußte, daß selten der Entscheidung eines Parteitags über innere Parteifragen mit solch erregter Spannung von den Massen entgegengesehen wurde wie diesmal. Und dies ist ja nur zu erklärlich. Handelte es sich doch um die Grundlage der Organisation, um eine Frage also, in der jeder organisierte Parteigenosse ein Sachverständiger ist. Und das Urteil dieser Sachverständigen konnte keinen Moment lang zweifelhaft sein. Nichts falscher als die Meinung, die Entscheidung des Parteitags sei unter der antreibenden Einwirkung einzelner Führer erfolgt. Nicht nach einem in allen Einzelheiten festgesetzten Plane der Führer, sondern gleichsam als *spontane Massenaktion* ist diesmal der Entscheid des Parteitags entstanden.

Daß aber der Parteitag unter dieser Stimmung stand, das sollte den Vertretern der herrschenden Klassen fürwahr genug Anlaß zu nachdenklichen Betrachtungen sein, wobei wir allerdings zufrieden sein können, wenn sie es vorziehen, statt zu denken, nach altbewährtem Schema die Partei, die zur größten demokratischen Organisation der Welt herangewachsen ist, zu verunglimpfen. Denn der Magdeburger Parteitag spiegelte nur die Wirkung wider, die die Politik der herrschenden Klassen bei den Massen hervorgerufen hat. Es ist die Kampfbereitschaft und Kampfeslust der Arbeiterklasse, die sie die klare und scharfe Entscheidung der Disziplinfrage fordern ließ. Die reaktionäre Politik mit ihren unerträglichen Konsequenzen hat die Massen in den letzten Jahren immer mehr erbittert, aufgerüttelt und radikalisiert. Wenn eine Taktik, die von einer vermeintlichen Abschwächung der Klassengegensätze ausgeht und eine Politik des Entgegenkommens und dauernden Zusammenarbeitens mit bürgerlichen Parteien befürwortet, zu irgend einem Zeitpunkt vom deutschen Proletariat eine entschiedene Zurückweisung erfahren mußte, so jetzt, wo der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen, die großen Kämpfe, die der zu erhoffende Erfolg bei den nächsten Wahlen im Reiche erwarten läßt, in der deutschen Arbeiterklasse die Überzeugung bestärken müssen, daß nicht die parlamentarische Arbeit allein, so wichtig und bedeutungsvoll sie ist, nicht die geschickte Ausnutzung parlamentarischer Konstellationen und der wechselnden Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien, so verfehlt auch deren Nichtbeachtung wäre, das Entscheidende ist. Zuletzt entscheidend ist doch die ökonomische Macht des Proletariats, die ihm seine Stellung im Produktionsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft gibt, das Bewußtsein dieser Macht und die

Möglichkeit ihrer konzentrierten und deshalb wirksamsten Anwendung durch ihre Zusammenfassung in unseren Organisationen. So hoch man auch parlamentarische Errungenschaften einschätzen mag, eine Reform wäre zu teuer erkauft, die nur zu haben wäre durch eine Taktik, die diese Erkenntnis der entscheidenden Bedingungen des proletarischen Sieges trüben würde. Deshalb war es ein wahres Wort, das ein Delegierter sagte: nicht nur die Reform, sondern auch der Kampf um die Reform verleihe unseren Errungenschaften ihren Wert. War es doch nur eine Variante des Grundsatzes proletarischer Taktik, den Friedrich Engels mit den Worten des Hadubrandliedes auszudrücken pflegte: Mit dem Speere sollst du Gabe empfangen, Speer gegen Speer, Spitze gegen Spitze.

Indem die Resolution des Parteivorstandes in ihrem ersten Absatz die Budgetfrage nochmals der Entscheidung des Parteitags unterbreitete, war die Gelegenheit gegeben, über die prinzipiellen Grundlagen unserer Taktik die Meinung der Sozialdemokratie festzustellen. Und mit überwältigender Majorität hat der Parteitag die Grundsätze bestätigt, von denen sich die Partei bisher leiten ließ und deren Richtigkeit das Wachstum der Partei, ihre immer festere Verankerung in dem Vertrauen der Volksmassen bezeugt. Denn die Abstimmung über die Budgetfrage war nach der historischen Entwicklung und der Bedeutung, die diese Frage für die Partei allmählich gewonnen hat, mehr als die Entscheidung über das Verhalten in einer einzelnen, wenn auch noch so bedeutsamen parlamentarischen Abstimmung. Sie war zugleich der Ausdruck der Überzeugung, daß die Partei auch keinen Schritt breit von dem Wege abweichen wolle, den die eiserne Notwendigkeit des Klassenkampfes einzuhalten gebietet.

Aber nicht nur der Inhalt des Beschlusses, auch Form und Art seiner Fassung legen Zeugnis ab von der Entschlossenheit der proletarischen Masse zum Kampfe und zur Erhaltung der Einheitlichkeit des Kampfes, und sie sind aus dieser entschlossenen Stimmung ohne weiteres als unumgänglich notwendig zu verstehen und zu erweisen. In einem glänzenden Referat, das in jedem Zuhörer wie Leser die Empfindung für die Bedeutung der historischen Persönlichkeit wecken mußte, hatte Bebel die Wichtigkeit der zu fällenden Entscheidung dem Parteitag dargelegt. Ließ das Referat in der Sache es an Entschiedenheit nicht im geringsten fehlen, so ging es zugleich mit keinem Worte über das hinaus, was zu sagen unerläßlich war. Weit entfernt, die Brücken zur Verständigung abzubrechen, mußte es den Genossen, die sich in Gegensatz zum Willen der Gesamtpartei gestellt hatten, die Rückkehr erleichtern. So war das Referat ein Muster, von dem alle lernen dürfen, wie in schwierigen Situationen schwierige Parteifragen auszutragen sind. Und es darf gesagt werden, daß die Diskussion, die sich an das Referat anschloß, von einzelnen Entgleisungen auf beiden Seiten abgesehen, dieser Einleitung würdig war.

Dies Urteil gilt auch für die erste Rede, in der Genosse Frank als Korreferent die Sache der badischen Parlamentarier vertrat. Es war ein Plädoyer für eine verlorene Sache freilich, und die ausführliche Darlegung parlamentarischer Arbeitsleistungen konnte die Taktik der badischen Fraktion dem Parteitag nicht verständlicher machen. Aber sie enthielt sich der Angriffe und unterschied sich sehr zu ihrem Vorteil von der aggressiven und herausfordernden Art, in der man auf dem Offenburger Parteitag gesprochen hatte, wo so gar nichts getan worden war, um eine Schlichtung des Konfliktes vorzubereiten. Aber das Entscheidende fehlte der Rede: die Erklärung, die der Partei die

Gewißheit gegeben hätte, daß ihre Beschlüsse bindend seien und respektiert würden unter allen Umständen.

Den Genossen im Lande diese Gewißheit zu geben, ohne die die Delegierten bei der Stimmung der Massen nicht vom Parteitag zurückkehren durften, war der Zweck des Zusatzantrags, den die Majorität zur Resolution des Vorstandes gestellt hatte. Indem dokumentiert werden sollte, daß eine neuerliche Verfehlung gegen den so oft, so nachdrücklich und nach so langen Beratungen kundgegebenen Willen der Partei eine Handlung ist, durch die ihr Urheber sich von selbst außerhalb der Partei stellt, sollte eine ernste, nicht mehr zu übersehende Warnung ausgesprochen und die Disziplin dadurch sichergestellt werden, daß ihre neuerliche Durchbrechung als unvereinbar mit den Bestimmungen des Organisationsstatuts über die Parteizugehörigkeit erklärt wurde. Es war im Grunde genommen dasselbe, was die Vorstandsresolution enthielt, aber in schärferer, unmißverständlicher Fassung. Daß dieses Amendement für erforderlich gehalten wurde, war aber die notwendige Folge der Auslegung, die jenem Protest der 66 auf dem Parteitag in Nürnberg gegeben wurde, als ob dieser nicht nur die in feierlicher Form erfolgte Äußerung einer Ansicht, sondern zugleich gleichsam eine Minderung der Geltung eines Parteitagsbeschlusses hätte sein können. Der Sinn dieses Amendements selbst, gegen das sich Genosse Frank und seine Gesinnungsgenossen mit großer Heftigkeit wandten, machte seine Zurückziehung unter zwei Bedingungen ohne weiteres möglich: erstens, wenn die Gegner der Budgetverweigerung dem Parteitag erklärten, daß sie bei Wahrung ihrer Ansichten doch den Willen der Gesamtpartei — was für Sozialdemokraten doch ganz selbstverständlich ist — respektieren würden. In einer kurzen, aber alles Notwendige enthaltenden Rede wies Genosse Haase als Wortführer der Majorität die Budgetbewilligung auf diese Lösung hin. Es war vergeblich!

Dagegen trat die zweite Bedingung ein. In einer Erklärung des Parteivorstandes, die Bebel in seinem Schlußwort verlesen hatte, war die Übereinstimmung auch der leitenden Instanzen mit der Meinung der Antragsteller so deutlich ausgesprochen, daß das Amendement seinen Zweck, Klarheit zu schaffen, erfüllt hatte und überflüssig geworden war. Es wurde daher mit Recht zurückgezogen. Nun aber geschah das Unerwartete. In seinem Schlußwort änderte Genosse Frank völlig die Situation. Satz folgte auf Satz, der von der überwiegenden Mehrheit des Parteitags als Provokation empfunden und als direkte Ankündigung aufgefaßt werden mußte, daß die Befürworter der Budgetbewilligung sich gleichsam als Sieger und Herren der Lage fühlen, daß auch diese Resolution ihnen nur als ein Stück Papier gelte, das auch wieder zerrissen werden könne. „Ich stehl' mein Holz und zahl' mein' Straf'!" War das nicht deutlicher und schlimmer in einer Situation, wie sie die Vorgänge von Magdeburg geschaffen hatten, als die Erklärung der Sechsundsechzig in Nürnberg?

Was nun folgte, geschah so notwendig, wie eben Wirkung auf Ursache folgt. Die Majorität machte die entscheidende Stelle der Erklärung Bebels, die im wesentlichen dasselbe sagte wie ihr ursprüngliches Amendement, zu ihrem Antrag, und in einer ausgedehnten Nachtsitzung wurde dieser mit der starken Majorität von 228 gegen 64 Stimmen angenommen, nachdem ein Teil der badischen Genossen und ihrer Freunde den Saal verlassen hatte.

Nichts natürlicher, als daß die bürgerliche Presse sich vor allem mit diesen in dramatischer Steigerung sich entwickelnden Vorgängen beschäftigt. Je weniger

ihr die Debatte selbst in ihrer Sachlichkeit und ihrem Ernste Stoff zur Bekämpfung der Partei geliefert hatte, um so mehr sucht sie jetzt aus an sich und sachlich betrachtet gänzlich gleichgültigen Vorgängen der Geschäftsabwicklung Kapital zu schlagen. Darüber braucht man ja auch kein Wort zu verlieren. Aber wieder nichts natürlicher, als daß auch die Genossen, die in der Minorität geblieben sind, an diese formellen Vorgänge anknüpfen. Denn in der Minorität zu bleiben, ist nun einmal nicht angenehm, und in dieser Stimmung erleichtert es das bedrückte Herz, wenigstens einiges Unangenehme der Majorität zu sagen. Zwei Vorwürfe erheben die Genossen; zunächst sei das Vorgehen der Majorität geschäftsordnungswidrig. Die Debatte und Beschlußfassung hätte vertagt werden müssen, da es sich um einen neuen Antrag gehandelt habe. Doch dieser Einwand ist wirklich nur ein Kleben am Buchstaben. Denn in Wahrheit war an zwei Tagen gerade über diesen Punkt ausführlich debattiert worden, und die Meinungen hätten auch durch weitere Debatten nicht noch mehr geklärt werden können. Zudem dauerte ja die Debatte fort. Gegner des Antrags kamen zu Wort, und es hat nur an den Fortgehenden gelegen, daß die Zahl der Debattierenden nicht größer war. Selbst wenn jemand zugeben will, daß eine Vertagung etwa wegen des Eindrucks nach außen günstiger gewirkt hätte — wir selbst messen der Sache keine Bedeutung bei —, so wird man doch sagen müssen, daß, psychologisch betrachtet, nach der vorangegangenen Erregung durch das Schlußwort Franks eine andere Lösung für beide Teile sachlich kaum mehr möglich, daß also die Vertagung irgend einen inhaltlichen Zweck nicht gehabt hätte

Der zweite Einwand geht dahin, daß die Annahme des Antrags gegen den Geist des Organisationsstatuts verstoße. Auch dieser Behauptung können wir ein Gewicht nicht beimessen. Es ist eine willkürliche Auslegung, daß der Beschluß des Parteitags einem künftigen Schiedsgerichtsverfahren präjudiziere. Er präjudiziert nur der *Einleitung* eines solchen Verfahrens, das aber bei der Stimmung der Massen bei einem künftigen Disziplinbruch mit absoluter Sicherheit auch ohne den Beschluß des Parteitags erfolgt wäre, ja nach der Erklärung der Vorstandes erfolgen müßte. Da aber jedes Schiedsgerichtsverfahren schließlich vor den Parteitag gebracht werden kann und bei einer so wichtigen Angelegenheit sicher einen künftigen Parteitag beschäftigen würde, dieser aber völlig souverän ist, so kann von einer Präjudizierung wahrlich nicht gesprochen werden.

Der Ausgang der Verhandlungen über die badische Frage ist als eine Niederlage des Revisionismus bezeichnet worden und sicher mit Recht. Man darf aber die Hoffnung hegen, daß unter allen Parteigenossen die Überzeugung sich durchsetzen wird, daß *der Sieger die Gesamtpartei* ist. Ihr Interesse hat sich durchgesetzt gegen Strömungen, die zu einer Lockerung ihres Gefüges, zu einer Verringerung ihrer Schlagfertigkeit und zu einer Minderung ihrer Kampffähigkeit hätten führen müssen. Siegreich ist die Überzeugung geblieben, daß die Einheit der Partei ihr höchstes Gut ist und daß die Partei sich auf dem richtigen Wege befindet. Wird diese Einsicht Allgemeingut der Parteigenossen, dann hat es auf dem Mageburger Parteitag keine Besiegten gegeben, sondern nur *eine* siegreiche Sozialdemokratie.

Und daß diese Überzeugung wirklich die allgemeine werde, dafür hat die Verhandlung der Wahlrechtsfrage gute Vorarbeit geleistet. Die demonstrative Bekundung der Geschlossenheit im Kampfe gegen unsere Gegner legte Zeugnis davon ab, daß auch bei denjenigen, die in der Minorität geblieben waren,

kein Stachel zurückgeblieben ist, daß sie angesichts der großen Kämpfe und Entscheidungen von demselben Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität erfüllt sind wie die Mehrheit. Die Verhandlungen erbrachten aber auch einen neuen Beweis von der Entschlossenheit der Partei zur Erkämpfung der Demokratie, die identisch ist mit der Erringung des gleichen Wahlrechtes in Preußen, alle Kräfte der Arbeiterklasse zu entfesseln. Wenn die Gegner gehofft haben, die Partei in der Frage der Anwendung ihrer Machtmittel uneins zu finden, so haben sie sich nur wieder getäuscht. Umgekehrt: Indem die Genossin Rosa Luxemburg und andere Genossen den Parteitag zu einem Beschluß veranlassen wollten, der, wenn auch mit Unrecht, so ausgelegt hätte werden können, als ob die Anwendung des Massenstreiks anders als im engsten Einvernehmen mit allen Zweigen der Arbeiterbewegung erfolgen könnte, bewirkte dies nur, daß die Überzeugung von der Übereinstimmung zwischen Gewerkschafts- und politischer Bewegung um so deutlicher bekundet wurde. Indem andererseits der Vorstand selbst sofort zustimmte, den Massenstreik und die Massenaktionen als Mittel, die in Betracht gezogen werden müßten, ausdrücklich in seiner Resolution zu nennen, zeigte er den Herrschenden aufs neue, wie furchtbar ernst es der deutschen Arbeiterklasse mit ihrem Wahlrechtskampf ist.

Die glückliche Erledigung des Streites innerhalb der Partei, die erneute Kampfansage an die Reaktion standen im Mittelpunkt des Interesses des Magdeburger Parteitags. Aber auch bei den anderen Gegenständen der Tagesordnung hat der Parteitag gute und nützliche Arbeit geleistet. Auf die Einzelheiten einzugehen, ist weder möglich noch nötig, nur der Beschluß über die Genossenschaftsfrage muß wegen seiner Wichtigkeit wenigstens noch genannt werden. Von ihm darf mit Sicherheit ein kräftiger Aufschwung dieses Teiles der Arbeiterbewegung erwartet werden, darf gehofft werden, daß auch da der Tag kommen wird, an dem gesagt werden kann, daß die deutschen Arbeiter an der Spitze marschieren.

Gute Arbeit hat der Parteitag von Magdeburg geleistet. Töricht sind die Hoffnungen unserer Gegner, die wieder wie stets von den Schäden sprechen, die die offene und rücksichtslose Aussprache haben werde. Doppelt töricht in diesem Moment, denn mehr als je besitzt heute die Sozialdemokratie das Vertrauen der Massen, das sie erworben, weil sie stets unverhüllt und unerschrocken sich zu ihrem Ziele bekannt hat: Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch einen Kampf, der nur zum siegreichen Ende geführt werden kann durch die organisierte und ihrer Aufgabe bewußte Arbeiterklasse.

Die Debatten sind vorüber, und nun heißt es an die Arbeit, die uns bald ein gutes Stück vorwärts bringen soll in Preußen und im Reiche, vorwärts zu neuen und größeren Kämpfen.

Zum Verständnis der Marxschen Forschungsmethode.

Von **Heinrich Cunow**.

Vor zwei, drei Jahrzehnten gehörte es in der sozialistischen Welt, besonders unter der akademischen Jugend, gewissermaßen zum guten Ton, sich als Marxist zu bekennen. Die älteren utopistisch-sozialistischen Lehrgebäude stürzten haltlos zusammen. Ihre schönen Träumereien standen in allzu grellem Gegensatz zu der sich vor aller Augen vollziehenden kapitalistischen Wirtschafts-

entwicklung mit ihren sich immer mehr zuspitzenden Klassenkämpfen zwischen Arbeiter- und Unternehmerschaft. Dagegen lieferte diese Entwicklung fast täglich neue Beweise für die Richtigkeit der marxistischen Theorien. In dem Strudel der versinkenden alten gefühlssozialistischen Anschauungen erschien allein das Marxsche Lehrgebäude als fester massiver Bau. Nur hier war allem Anschein nach die gesuchte, auf festem wissenschaftlichen Fundament ruhende Übereinstimmung zwischen der sozialistischen Theorie und den neuen Erscheinungen des Gesellschaftslebens zu finden, und so nannte sich mancher sozialistischer Politiker und Schriftsteller Marxist, der niemals tiefer in die Gedankenwelt von Marx eingedrungen war und dessen Arbeitsmethode nie verstanden hatte.

Heute ist es umgekehrt; wenigstens was die sozialistische Bewegung Mittel- und Westeuropas betrifft. Mancher, der sich auch einst Marxist nannte, ist zu seinem früheren Anschauungskreis, zu einem gefühlssozialistisch durchsetzten bürgerlichen Radikalismus, zurückgekehrt und plädiert für irgend ein „Zurück", sei es auf die Lehren von Proudhon, von Kant, Hume oder gar Rousseau. Zwar räumt man Marx einen Ehrenplatz in der Geschichte des Sozialismus ein; aber, so verkünden diese Rückschrittler, der größte Teil der Marxschen Theorien sei durch die Tatsachen der neuesten wirtschaftlichen Entwicklung überholt; der Marxismus befände sich in einem Zustand geistiger Erstarrung; seine einst lebendigen Thesen wären abgestorben und zu toten Formeln geworden. Deshalb sei die gründliche Revision des theoretischen Vermächtnisses von Karl Marx eine unaufschiebbare Notwendigkeit.

Wie erklärt sich dieser Umschwung? Zum Teil sicherlich aus getäuschten Hoffnungen; aus der Erkenntnis, daß die bürgerliche Welt eine viel größere Lebenskraft besitzt, als man einst annahm: einer Erkenntnis, durch die die Umwälzung der heutigen Gesellschaftsordnung in weite Ferne gerückt erscheint; zu einem recht beträchtlichen Teile aber auch, weil, wie schon gesagt wurde, jene, die eine Revision der marxistischen Lehren fordern, nie in das eigentliche Wesen der Marxschen Forschungsweise eingedrungen sind. Wie sie einst nur durch die Beobachtung, daß die Marxschen Lehren äußerlich zu den Erscheinungen der Wirtschaftsentwicklung stimmten, dazu gekommen sind, sich Marxisten zu nennen, so schwenken sie nun, nachdem sie erkannt zu haben meinen, daß diese Übereinstimmung nicht mehr vorhanden ist, wieder ab und kehren zu früheren Etappen ihres Werdeganges zurück. Der fundamentale Unterschied zwischen der Marxschen und der heutigen volkswirtschaftlichen Arbeitsmethodik ist ihnen nie klar geworden, und so sehen sie auch nicht, daß diese von ihnen verlangte und schmerzlich entbehrte äußerliche Übereinstimmung gar nicht ohne weiteres ein Kriterium der Marxschen Lehren bildet, da diese Lehren durchaus nicht die an der Oberfläche des kapitalistischen Getriebes auftauchenden einzelnen Erscheinungen in ihrer jeweiligen Gestalt erklären wollen. Marx will vielmehr die der kapitalistischen Wirtschaftsformation und ihrer Entwicklung zugrunde liegenden Gesetze oder Tendenzen, die er selbst als „Naturgesetze" der Wirtschaft bezeichnet, nachweisen, und zwar möglichst in „reiner" Wirkung, nicht in ihrem durch mannigfache Gegeneinflüsse jeweilig veränderten Effekt.

Das ist ein ganz anderes Ziel, als sich zumeist die heutige, an den Universitäten gelehrte und in der bürgerlichen Presse zur Erläuterung der wirtschaftlichen Probleme angewandte Volkswirtschaftslehre steckt. Sie will nicht

(und erhebt auch meist gar nicht den Anspruch) die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft ergründen, wie einst die klassische englische Nationalökonomie. Sie will lediglich Erklärungen für die sich vor unseren Augen abspielenden ökonomischen Vorgänge liefern, und zwar oft nur für die äußerliche Gestalt dieser Vorgänge. Die Methode, die sie anwendet, ist denn auch nicht die analytisch-abstrakte, die dadurch zu der Erkenntnis der wirkenden Gesetze zu gelangen sucht, daß sie die Begleiterscheinungen ausscheidet und den zu untersuchenden Prozeß in möglichst reiner Gestalt zu erfassen sucht; sondern sie verfährt rein empirisch-kombinatorisch, vielfach sogar in einer Weise, die Marx in seinem „Kapital" als roh- und grob-empirisch verspottet. Die volkswirtschaftlichen Erscheinungen werden einfach so, wie sie sich der Beobachtung darstellen, also ohne daß durch eine eindringende Analyse die mehr oder minder zufälligen Nebenumstände abgesondert wären, als gegebene Tatsachen betrachtet und dann zwischen ihnen auf Grund ihres anscheinend äußerlichen Zusammenhanges, oft gar nur wegen ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge eine ursächliche Verbindung, ein Kausalnexus hergestellt. So findet — um diese Methode an einigen Beispielen der letzten Zeit zu illustrieren — ein solcher moderner Volkswirtschaftler, daß zu Beginn der Wirtschaftskrisen die Lager mit Waren überfüllt sind, hauptsächlich mit Artikeln des individuellen Verbrauchs; er zieht daraus ohne weiteres die Folgerung, daß zu wenig solcher Waren in der voraufgegangenen Prosperitätsperiode konsumiert worden sind, die Krise also aus einer allgemeinen Unterkonsumtion entspringt. Ein zweiter hat bemerkt, daß regelmäßig vor der Krise eine sogenannte Geldknappheit eintritt und der Bank- wie der private Wechseldiskont beträchtlich steigt; er folgert daraus, daß die Krise eine bloße Folge der Geldknappheit ist und diese daraus entspringt, daß in der voraufgegangenen Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges nicht genügend neues Kapital für die Erweiterung des Produktionsprozesses akkumuliert (angehäuft), also ein zu großer Teil des Produktionsertrags für den Lebensunterhalt draufgegangen ist, die Krise also nicht aus der Unterkonsumtion, sondern vielmehr aus einer relativen Überkonsumtion entspringt. Ein dritter wieder findet, daß vor der Krise die Aktienwerte an den Börsen eine enorme Steigerung erfuhren, bis dann plötzlich an einem bestimmten Tage ein rapider Kursfall eintrat; er folgert daraus, daß die Krise eine Folge der ungesunden Börsenspekulation und ihrer Rückwirkung auf die Produktionstätigkeit ist.

Derartige Beispiele einer ganz roh-empirischen Betrachtungsweise, die nach dem zeitlichen Nacheinander zweier oder mehrerer wirtschaftlicher Erscheinungen einfach folgert, daß die spätere Erscheinung die Folge der früheren sein muß, lassen sich dutzendweise aufzählen. Erinnert sei hier nur an die schönen Thesen über die Regelung der Produktion und die künftige Verhinderung aller Wirtschaftskrisen durch die Trusts — Thesen, die durch die letzten Krisen in Deutschland und Amerika gründlich widerlegt worden sind, die die Vulgärökonomie aber auch vor dieser Widerlegung leicht hätte als irrig erkennen können, wenn sie nur analytisch die Frage untersucht hätte, wie sich in der heutigen kapitalistischen Gesamtwirtschaft das Verhältnis des Angebots zur Nachfrage durch stetiges Hinausgehen der Warenproduktion über und Zurückbleiben unter der jeweiligen Bedarfsquantität und durch die diesen Schwankungen folgende Über- und Unterbewertung der Produkte reguliert, demnach auch die Anpassung des Angebots an die Nachfrage schon deshalb nicht zu einer Regelung des Wirt-

schaftslebens zu führen vermag, weil die Marktnachfrage etwas stetig Schwankendes ist, und wenn sie sich anormal gestaltet, dann auch das Angebot, das sich ihr anpaßt, anormal wird.

Doch nicht nur, daß die Volkswirtschaftler dieses Schlages aus der zeitlichen Aufeinanderfolge zweier Erscheinungen einfach ohne weiteres schließen, daß zwischen beiden ein Kausalzusammenhang bestehen muß, nicht selten gehen sie darüber noch einige Riesenschritte hinaus und konstruieren sich, wenn sie auf anscheinende Analogien im früheren Wirtschaftsverlauf stoßen, sofort allerlei schöne Gesetze, oft gleich „ewige" oder „allgemeine" Gesetze, die nach ihrer Behauptung nicht nur für die kapitalistische Wirtschaftsweise gelten, sondern für die Wirtschaft „an sich", auch für die der Germanen zu Cäsars oder für die der Irokesen zu James Fenimore Coopers Zeit.

Zu diesem Verfahren steht die Marxsche Methode in schärfstem Gegensatz. Derartige Kausalfolgerungen zu ziehen oder gar aus einigen beliebigen Vorgängen älterer und neuerer Zeit auf Grund ihrer augenscheinlichen äußeren Übereinstimmung volkswirtschaftliche Gesetze abzuleiten, wäre Marx als durchaus unwissenschaftlich erschienen. Nach seiner Auffassung können solche Gesetze nur auf dem Wege logischer Deduktion aus erwiesenen allgemeinen Grundtatsachen gewonnen werden. Auch Marx ist in gewissem Sinne Empiriker; auch er geht von den wirtschaftlichen Lebenserscheinungen zu verschiedenen Zeiten aus; aber er benutzt sie nicht so, wie sie sich äußerlich dem Beobachter darstellen, zum Aufbau seines Systems. Die alltägliche Erfahrung, sagt er, erfaßt nur den trügerischen Schein der Dinge; deshalb muß zunächst jede solche Erscheinung auf ihre eigentliche Wesenheit untersucht, wissenschaftlich analysiert werden: eine Tätigkeit, die er in der Vorrede zur ersten Auflage des ersten Bandes seines „Kapital" mit der „mikrologischen Anatomie" vergleicht. Die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich an der Oberfläche unserer Beobachtung zeigt, ist in Wirklichkeit ganz verschieden von ihrer inneren Wesenheit, ihrem oft verhüllten eigentlichen Charakter und dem diesen entsprechenden Begriff. Demnach ist es aber auch ganz verkehrt, diesen äußeren Schein als das Gegebene, Tatsächliche anzunehmen und von ihm bei der Folgerung auszugehen. Aufgabe der Wissenschaft ist es vielmehr, durch den äußeren Schein zum inneren Wesen der volkswirtschaftlichen Vorgänge vorzudringen.

Von diesem Standpunkt aus macht Marx denn auch in seinem „Kapital" der Vulgärökonomie den Vorwurf, daß sie in ihrem rohen Empirismus nur die äußeren Erscheinungsformen sehe und meist nur jene Vorstellungen begrifflich zu klären und zu systematisieren suche, die sich dem Kaufmann und Fabrikanten bei seiner Geschäftstätigkeit ohne tieferes Eindringen in die inneren Zusammenhänge aufdrängen. So heißt es zum Beispiel im ersten Bande des „Kapital", sie (die roh-empirische Volkswirtschaftslehre) „pocht überall auf den Schein gegen das Gesetz der Erscheinungen. Daß in der Erscheinung die Dinge sich oft verkehrt darstellen, ist ziemlich allen Wissenschaften bekannt, außer in der politischen Ökonomie."

Und noch charakteristischer für die Marxsche Methodik ist vielleicht folgende Stelle (3. Band, 2. Teil, S. 352):

„Die Vulgärökonomie tut in der Tat nichts, als die Vorstellungen der in den bürgerlichen Produktionsverhältnissen befangenen Agenten dieser Produktion doktrinär zu verdolmetschen, zu systematisieren und zu apologetisieren.

Es darf uns also nicht wundernehmen, daß sie gerade in der entfremdeten Erscheinungsform der ökonomischen Verhältnisse, worin diese prima facie abgeschmackt und vollkommene Widersprüche sind — und alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen —, wenn gerade hier die Vulgärökonomie sich vollkommen bei sich selbst fühlt und ihr diese Verhältnisse um so selbstverständlicher erscheinen, je mehr ihr innerer Zusammenhang verborgen ist, sie aber der ordinären Vorstellung geläufig sind."

Marx fordert, daß der Volkswirtschaftler gewissermaßen in derselben Weise an die Erforschung ökonomischer Gesetze herantritt wie ein Physiker an die Feststellung physikalischer Gesetze. Wie dieser „reine" Gesetze zu gewinnen sucht und zu diesem Zwecke von den jeweiligen besonderen Nebenumständen und störenden Einflüssen absieht, die in Wirklichkeit oft oder immer vorhanden sind, so sucht auch Marx die ökonomischen Gesetze, soweit das möglich ist, „rein" aus ihren Grundbedingungen analytisch herauszuschälen, unter Beiseiteschiebung der Störungen, die sich häufig, meist oder immer einstellen. Er sagt selbst, indem er seine Methode mit der des Physikers vergleicht: „Der Physiker beobachtet Naturprozesse entweder dort, wo sie in der prägnantesten Form und von störenden Einflüssen mindest getrübt erscheinen, oder wo möglich macht er Experimente unter Bedingungen, welche den reinen Vorgang des Prozesses sichern."

So soll auch auf seinem Gebiet, auf dem Gebiet der politischen Ökonomie, der ökonomische Theoretiker verfahren; und da die wirtschaftlichen Vorgänge meist mit allerlei Nebenumständen verknüpft sind, da sie ferner nicht nur die Wirkung eines Gesetzes, sondern das Resultat vieler sich gegenseitig mehr oder weniger durchkreuzender, aufhebender, abschwächender oder ergänzender Gesetze beziehungsweise Tendenzen sind, so muß der Forscher die Haupterscheinungen von den Begleiterscheinungen unterscheiden, von den zufällig oder regelmäßig auftretenden störenden Einflüssen abstrahieren und bei der Betrachtung der ursprünglichen Verknüpfungen die einzelnen Ursachen und ihre speziellen Wirkungen möglichst voneinander trennen. Er muß zu scheiden und zu isolieren verstehen.

Natürlich liefert auch diese Methode nicht immer ein richtiges Resultat, denn die Richtigkeit hängt nicht allein von der Methode ab, sondern nicht minder davon, wie der Forscher sie praktisch befolgt, wie tief seine Analyse eindringt, wie weit er die Nebenerscheinungen als solche erkennt und das Wesentliche vom Unwesentlichen scheidet. Aber in jedem Falle ist nach der Auffassung von Karl Marx nur auf diesem Wege eine Erkenntnis der dem wirtschaftlichen Getriebe zugrunde liegenden Gesetze zu erlangen. Marx leitet denn auch beispielsweise sein Wertgesetz nicht aus den auf der Oberfläche des Wirtschaftslebens auftauchenden Preiserscheinungen ab, sondern auf dem Wege der logischen Deduktion aus dem Wesen des Warenaustausches heraus. Und sein Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, der Kapitalhäufung, gewinnt er nicht, indem er von den Konzentrationserscheinungen ausgeht, sondern durch eine eindringende Analyse des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, der Verwandlung des Mehrwertes in Kapital und der in diesem Prozeß vor sich gehenden Veränderung des Größenverhältnisses der einzelnen Kapitalsteile zueinander. Und erst nachdem er aus bestimmten Grundtatsachen des Kapitalbildungs- und Vermehrungsprozesses die Akkumulationstendenzen oder,

wie er selbst sagt: „das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ („Kapital“, 1. Band, 4. Auflage, S. 609) deduktiv abgeleitet hat, geht er nun daran, „Illustrationen“ zu diesem Gesetz zu liefern, das heißt aus der englischen Wirtschaftsgeschichte nachzuweisen, wie sich in gewissen Fällen die Lage einzelner englischer Arbeiterschichten unter der Wirkung dieses Gesetzes gestaltet hat.

Es genügt ein flüchtiger Blick auf die hier von Marx angewandte Methode, um sofort zu erkennen, wie weit dieses Verfahren von der roh-empirisch-historischen Methode jener praktischen Nationalökonomie abweicht, die wir in den Spalten der Finanz- und Handelspresse vertreten finden. Die Methodiker dieses Schlages würden umgekehrt auf bloße äußerliche Ähnlichkeiten hin allerlei verschiedene Kapitalskonzentrationserscheinungen zusammenstellen und dann, indem sie durch diesen Haufen eine Diagonale ziehen, daraus ein sogenanntes Durchschnittsgesetz ableiten. Es ist denn auch ganz selbstverständlich, daß diese empirische, lediglich von den Erscheinungen der Oberfläche des Wirtschaftslebens als ihren Grundelementen ausgehende Volkswirtschaftslehre die Methode von Karl Marx ganz unverständlich findet. So sagt zum Beispiel Herr Böhm-Bawerk, der vielbewunderte österreichische Professor und ehemalige Finanzminister, über die Marxsche Wertlehre: „Statt nun seine These (die Arbeitswerttheorie) aus der Erfahrung oder aus ihren wirkenden Motiven (das heißt aus der Profitsucht. H. C.) empirisch oder psychologisch zu begründen, zieht Marx es vor, einen dritten für einen derartigen Stoff gewiß etwas seltsamen Beweisgang einzuschlagen: den Weg eines rein logischen Beweises, einer dialektischen Deduktion aus dem Wesen des Tausches heraus.“

Derartige auf dem Wege der Deduktion aus gewissen Grundtatsachen gewonnene Bewegungsgesetze (Tendenzen) nennt Marx „reine“ oder „absolute“ Gesetze — „absolut“ im Sinne des Philosophen Hegel, als dessen Schüler Marx zu betrachten ist. Das heißt, unter dem Ausdruck „absolutes Gesetz“ ist nicht, dem heutigen Sprachgebrauch entsprechend, ein „unbeschränktes“ oder stets gültiges Gesetz zu verstehen, sondern ein den mannigfaltig wechselnden Erscheinungen einer bestimmten Art zugrunde liegendes letztes Bewegungsprinzip, eine unter den äußeren Erscheinungsformen mehr oder minder verborgene Grundentwicklungstendenz. Daher ist es denn auch, wie jene Theoretiker behaupten, die Marx niemals verstanden haben, durchaus kein Widerspruch, wenn Marx, nachdem er im ersten Bande seines „Kapital“ das kapitalistische Akkumulationsgesetz dargelegt und dieses als „absolutes und allgemeines Gesetz“ bezeichnet hat, gleich hinterher sagt: „Es wird gleich allen anderen Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.“

Also, obgleich das Akkumulationsgesetz ein „absolutes“ und „allgemeines“ Gesetz der kapitalistischen Wirtschaft ist, ist es doch weder „unbeschränkt“ gültig, noch tritt seine Wirksamkeit immer in gleicher Weise hervor. Seine Wirkung wird vielmehr — wie das auch bei anderen ökonomischen Gesetzen der Fall ist — durch „mannigfache Umstände“ modifiziert, das heißt verändert, abgelenkt oder eingeschränkt.

Ist das nicht ein Widerspruch?

Nur für den, der die Marxsche Methode nicht verstanden hat. Denn, wie die physikalischen Gesetze nicht immer rein zur Wirkung kommen, sondern

durch Gegenwirkungen anderer Gesetze durchkreuzt werden, so kommen auch im Wirtschaftsleben die „absoluten“ Gesetze, das heißt die Grundbewegungstendenzen, nicht ständig in gleicher Weise zum Ausdruck. Es gibt nicht ein, sondern viele ökonomische Gesetze, und keines hat seine besondere in sich abgeschlossene Geltungs- oder Wirkungssphäre, wo es unbestritten herrscht. Das wirtschaftliche Leben ist vielmehr eine Resultante sehr vieler, sich gegenseitig in ihrer Wirkung beschränkender, lähmender und aufhebender Gesetze: ein Erzeugnis sich mannigfach durchkreuzender Kräfte und Gegenkräfte.

Wenn dem aber so ist, weshalb ist es denn nötig, die sogenannten „absoluten“ oder „reinen“ Wirtschaftsgesetze zu erforschen? Darauf antwortet Marx: Weil erst dadurch, daß wir nicht am äußeren Schein haften bleiben, sondern analytisch bis zu den Grundgesetzen des ökonomischen Lebens vordringen, uns die gesellschaftliche Bewegung verständlich wird! Der Schein, erklärt Marx, trügt; wie uns der menschliche Körper nicht verständlich wird, solange wir nur seine Gesamterscheinung und seine äußerlichen Funktionen betrachten, und wie wir erst dann seinen Lebensmechanismus begreifen, wenn wir ihn zergliedern, die Funktionen seiner einzelnen Teile sowohl für sich wie in ihrem Zusammenhang erforschen und bis zu seinen Grundelementen, bis zur Körperzelle vordringen, so ist es auch erforderlich, daß wir auf ökonomischem Gebiet zunächst durch sorgfältige Analyse die wirtschaftlichen Grundgesetze in ihrer Reinheit, das heißt unbeeinflußt durch jeweilige Nebenwirkungen, kennen lernen und dann erst die Abweichungen (die Modifikationen), die sie unter dem Einfluß anderer Gesetze erleiden.

Aber wenn Marx die ökonomische Entwicklung gewissermaßen als einen „naturgeschichtlichen Prozeß“ auffaßt, so behauptet er damit nicht, daß die ökonomischen Gesetze in jenem Sinne „Naturgesetze“ sind, wie zum Beispiel die Gesetze der Physik. Während die Theoretiker der klassischen Schule der englischen Nationalökonomie, auf deren Schultern Marx steht, die von ihnen gefundenen Gesetze des sie umgebenden Wirtschaftsgetriebes als Gesetze des allgemeinen Wirtschaftens an sich betrachten, die, seit der Mensch produzierte und austauschte, stetig sein Wirtschaftsleben bestimmten, wenn auch ihre Wirkung auf den früheren, einfacheren Entwicklungsstufen naturgemäß nicht so deutlich hervortrat, hat nach Marx jede wirtschaftliche Entwicklungsperiode ihre eigenen, besonderen Gesetze. Sobald sich eine solche Epoche überlebt hat und eine neue beginnt, treten auch an die Stelle der alten mehr oder minder veränderte ökonomische Gesetze. Die wirtschaftlichen Gesetze sind nämlich nach der Marxschen Auffassung nichts anderes als Gesetze der sozialen Beziehungen der Menschen zueinander, und da die Gesellschaft nicht etwas Gleichbleibendes, Starres ist, sondern ihre Formation sich im Laufe des Entwicklungsprozesses immer wieder neu umgestaltet, so hat auch jede solche neue Formation ihre neuen besonderen Gesetze.

Alle ökonomischen Gesetze sind demnach als historisch bedingt zu betrachten. Deshalb kann es auch nicht die Aufgabe der ökonomischen Forschung sein, für alle Wirtschaftsstufen passende, „ewig“ gültige Gesetze zu konstruieren, sondern jede Wirtschaftsepoche in ihrer historischen Bedingtheit, in ihrer Abhängigkeit von besonderen Gesetzen zu erkennen, und zwar ist für Marx, wie er in der Vorrede zur zweiten Auflage des ersten Bandes seines „Kapital“ unter Bezugnahme auf eine Kritik seines Werkes im „Europäischen Boten“ selbst zugesteht, das Wichtigste, das Gesetz der Veränderung der wirtschaft-

lichen Erscheinungen zu finden, „das Gesetz ihrer Entwicklung, das heißt des Überganges aus einer Form in die andere, aus einer Ordnung des Zusammenhanges in eine andere."

Notwendigerweise muß eine solche analytisch-deduktive Forschungsmethode in Konflikt mit der heute in fast allen historisch-sozialen Wissenschaften vorherrschenden Betrachtungsweise geraten, die trotz alles gelegentlichen Kokettierens mit der Erkenntnistheoretik meist die gesellschaftlichen Erscheinungen so hinnimmt, wie sie sich äußerlich (ohne tiefere Analyse) unseren Sinnen darstellen; und es ist denn auch ganz selbstverständlich, daß die von Marx in seinem „Kapital" angewandte Methode von den „Wissenschaftlern" dieses Schlages nicht nur für eine „spitzfindige Begriffsspielerei" befunden wird, sondern daß einige der Schlauesten dieser „Gelehrten", darunter vornehmlich der italienische Professor Achille Loria, sogar entdeckt haben, daß Marx in seiner teuflischen Bosheit lediglich den Zweck verfolgt, seine Leser und Anhänger zu nasführen. Ist es, so meinen diese Herren, nicht eine Albernheit, erst unter Anwendung einer umständlichen, minutiösen Analytik „absolute" ökonomische Gesetze herauszutüfteln und dann hinterher zu versichern, daß diese Gesetze gar nicht „absolut" sind, das heißt gar nicht absolut gelten, daß vielmehr ihre Wirksamkeit häufig oder immer durch andere Gesetze beeinträchtigt oder sogar ganz aufgehoben wird? — also Gesetze zu konstruieren, die eigentlich im praktischen Wirtschaftsleben nach eigenem Eingeständnis gar nicht bemerkbar, gar nicht wirksam sind! So eine lächerliche analytische Spielerei! Da untersucht Marx zum Beispiel im ersten Bande seines „Kapital" auf ungefähr 100 Seiten den Tauschwert und die Metamorphose der Ware, und nachdem er seiner Meinung nach diesen Wert gefunden hat, gesteht er zwar zu, daß dieser Wert sich im Warenpreis ausdrückt, der Preis also die Geldbezeichnung für die in der Ware vergegenständlichte Arbeitsmenge ist, doch dann bestreitet er wieder hinterher, daß der Durchschnittspreis der Tauschwertgröße entspricht, und schließlich legt er gar im dritten Bande seines Werkes (1. Teil, 2. Abschnitt) dar, daß die Marktpreise der Waren zwar im großen und ganzen durch die zu deren Herstellung erforderliche gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt werden, daß aber keineswegs als Faktor der Preisgröße das Wertgesetz allein in Betracht kommt, sondern neben diesem das Gesetz der gleichen Durchschnittsprofitrate, das heißt die Ausgleichung der verschiedenen Profitraten durch die Konkurrenz.

Ist das nicht ein Widerspruch, eine Selbstwiderlegung des Marxschen Wertgesetzes? Durchaus nicht! Denn das Wirtschaftsleben und seine verschiedenen Erscheinungen sind, wie schon vorher erwähnt wurde, nicht das Ergebnis eines, sondern verschiedener sich in ihren Wirkungen durchkreuzender Gesetze, und niemals kann die Beeinträchtigung der Wirkung eines Gesetzes durch die Wirkung eines anderen Gesetzes als Widerlegung des ersten Gesetzes gelten, vor allem dann nicht, wenn, wie in diesem Falle, die sogenannte „Störung" genau nachweisbar und in gewissem Sinne sogar berechenbar ist. Gilt zum Beispiel auf dem Gebiet der Physik deshalb das Gesetz der Adhäsion nicht, weil es oft durch das entgegengesetzte Gesetz der Kohäsion in seinen Wirkungen modifiziert oder aufgehoben wird? Ist die Schwerkraft nur eine Illusion, weil die Zentrifugalkraft sie oft mehr oder minder lähmt? Sind die Fallgesetze deshalb alberne Konstruktionen, weil sie nur im luftleeren Raume gelten, der Erdenraum aber mit Luft gefüllt ist und wegen des Widerstandes

dieser Luft die Wirkung der Fallgesetze mannigfach beeinträchtigt und verändert erscheint? Wer behauptet, alle diese Gesetze existierten nicht, weil ihre Wirkung nicht immer die gleiche ist und vielfach oder gewöhnlich durch andere Gesetze modifiziert oder aufgehoben wird, der negiert die ganze heutige Naturwissenschaft.

Es ist deshalb auch geradezu komisch, wenn Leute, zu denen auch ein großer Teil der sogenannten Revisionisten gehört, weisheitsvoll auseinandersetzen, daß so manche der Marxschen Gesetze, zum Beispiel das Akkumulations- und Konzentrationsgesetz, nicht richtig sein können, weil ihre Wirkung nicht immer, nicht in allen Produktionszweigen oder nicht in allen kapitalistischen Ländern verspürt würde. Das ist ganz genau so wissenschaftlich, als wenn jemand weisheitsvoll verkündete, ein Gesetz der Anziehungskraft gäbe es gar nicht, weil manchmal eine Anziehung gar nicht zu erkennen sei. Gewiß ist die Marxsche Methode nicht schon deshalb richtig, weil sie Marx anwendet; und selbst angenommen, sie wäre richtig, so braucht deswegen noch keineswegs jedes einzelne Forschungsergebnis richtig zu sein, zu dem Marx gelangt; denn auch eine richtige Methode kann selbstverständlich falsch angewendet werden, selbst von dem, der sie gefunden oder begründet hat. So läßt sich denn auch sicherlich nichts dagegen einwenden, wenn Gegner sich die Marxsche Methode vornehmen und sie als fehlerhaft, unpräzise, widerspruchsvoll nachzuweisen suchen, oder wenn sie versuchen, die Grundtatsachen, von denen Marx ausgeht, und die einzelnen Glieder seiner Schlußfolgerungen als irrig darzutun. Aber die Behauptung aufzustellen, diese oder jene ökonomischen Gesetze existierten schon deshalb nicht, weil wir zeitweilig von ihrer Wirkung nichts sähen, das zeugt nur davon, daß der betreffende „Marxkritiker" niemals den Unterschied zwischen der Marxschen Methode und der roh-empirischen der landläufigen Finanzblätterökonomie begriffen hat.

Gewöhnlich versteht er, wie sich meist bald herausstellt, überhaupt von methodologischen Systemfragen nichts. So hört man beispielsweise oft versichern, ja, das Marxsche Akkumulations- und Konzentrationsgesetz sei zwar nicht ganz falsch, für die Industrie gelte es, aber nicht für die Landwirtschaft, eigentlich auch nur für die deutsche, belgische oder englische Landwirtschaft nicht, dagegen fände in der Landwirtschaft Nordamerikas, Rußlands oder irgend eines anderen Landes noch immer eine bemerkenswerte Kapitals- und Betriebskonzentration statt, wie ja auch noch vor so und so viel Jahrzehnten Deutschland seine landwirtschaftliche Konzentration gehabt hätte. Eine Argumentationsweise, die sofort verrät, daß der Sprechende von der ganzen Marxschen Methode auch nicht die allereinfachsten Grundelemente begriffen haben kann. Denn dann müßte er wissen, daß die Ansicht, die Gesetze der kapitalistischen Produktion hätten immer nur zeitweilig und himmelsstrichweise ihre Geltung, eine Albernheit ist. Ein kapitalistisches Gesetz gilt für das gesamte Gebiet der kapitalistischen Produktion, nicht nur für einzelne Landesteile und auch nicht nur hin und wieder; wohl aber kann seine Wirkung in den einzelnen Ländern durch mannigfache andere entgegenstehende Kräfte durchkreuzt oder paralysiert werden, zum Beispiel durch die Wirtschafts-, Handels- und Zollpolitik, die Ansiedlungs- und Hypothekengesetzgebung, die Konkurrenz der Nachbarländer auf dem in- und ausländischen Lebensmittelmarkt, künstliche Aufrechterhaltung bestimmter landwirtschaftlicher Betriebs- und Ansiedlungsformen, durch Steuer-, Boden-, Ausfuhrprämien usw.

Deshalb, weil solche und andere Gegenwirkungen vorhanden sind und vielleicht zeitweilig oder dauernd in einem Lande die Kapitals- oder Betriebskonzentration abschwächen oder hindern, ist durchaus noch nicht gesagt, daß es nun überhaupt kein Konzentrationsgesetz der kapitalistischen Ökonomie gibt. Dieses Gesetz wirkt nur, wie jedes andere ökonomische Gesetz auch, unter verschiedenen Umständen in verschiedener Weise und in verschiedenem Umfang.

Wer deshalb die marxistische Lehre richtig und allseitig begreifen will, muß sich zunächst mit der von Karl Marx angewandten Methode bekannt machen. Ihre Kenntnis ist die erste Voraussetzung der Erfassung des großen ökonomischen Lebenswerks dieses gewaltigen Denkers. Wer die Methodik von Marx nicht begreift, vermag auch seine Beweisführung und die Bedeutung seiner Forschungsresultate nicht zu würdigen. Für ihn bleibt das „Kapital" eine Häufung von zwar scharfsinnigen, aber meist zwecklosen Analysen und Konstruktionen.

Fünfundzwanzig Jahre Unfallversicherungsgesetz.

Von **G. Link.**

Am 1. Oktober 1910 blicken wir in Deutschland auf eine fünfundzwanzigjährige Wirksamkeit der Unfallversicherung zurück, ein Jubiläum, das die Berufsgenossenschaften festlich begehen wollen. Die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter werden bei dem Festakt nicht vertreten sein. Sie haben die Einladung abgelehnt.

Unternehmertum und Regierung werden bei dieser Jubelfeier zum so und so vielten Male in die Welt posaunen, wieviel Millionen an Unfallrente an die Arbeiter beziehungsweise Arbeiterinnen gezahlt worden sind. Man wird sich wieder rühmen, daß die Unternehmer diese Lasten — obwohl dieselben schwer auf ihnen ruhen — dennoch gerne tragen, weil es sich um das „Wohl und Wehe" der Arbeiter handelt. Man wird wieder betonen, daß Deutschland unter allen Kulturländern der Welt das einzige Land ist, das so viel für seine Arbeiter aufwendet.

Dem ersten Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, dem am 4. Februar 1907 verstorbenen Geheimen Regierungsrat Dr. Bödicker, wird ein aus Spenden der Berufsgenossenschaften und anderer Personen gestiftetes Denkmal im Vestibul des Reichsversicherungsamtes errichtet. Bödickers Verdienste erkennt auch die klassenbewußte Arbeiterschaft durchaus an, indessen jetzt ist der Geist Bödickers aus der Unfallversicherung fast völlig vertrieben.

Die offiziösen und bürgerlichen Lobredner der Unfallversicherung erzählen immer nur von den Leistungen der Unternehmer, erwähnen indes das Risiko der Arbeiter mit keinem Worte.

Die Unfallversicherung hat ihren Ausgangspunkt in der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881. Die frühere Gesetzgebung hatte sich hinsichtlich der Schadloshaltung der bei gewerblichen Betriebsunfällen Verunglückten als unzulänglich erwiesen. Das gemeine Recht gewährte keine Entschädigung in den zahlreichen Fällen, in denen durch Zufall oder durch eigene Unvorsichtigkeit Unfälle entstanden, und bei den durch Verschulden anderer herbeigeführten Unfällen haftete nur der unmittelbare Urheber, nicht der Auftraggeber, füglich zumeist also nicht der Unternehmer, sondern irgend ein Werkführer oder Vorarbeiter. Der Verunglückte oder seine Hinterbliebenen konnten daher höchst selten eine ausreichende Entschädigung erstreiten; aber selbst bei glücklicher Durchführung des Prozesses gingen sie bei der Mittellosigkeit des Ersatzpflichtigen häufig leer aus.

Diese Übelstände bedingten den Erlaß des sogenannten Haftpflichtgesetzes (vom 7. Juni 1871). Dieses legte dem Unternehmer für die in seinem Betrieb vorkom-

menden Unfälle, insbesondere für die Vernachlässigungen seiner Angestellten eine selbständige Verantwortlichkeit auf.

Danach hatte der Unternehmer den durch Tötung oder Körperverletzung eines Menschen entstandenen Schaden voll zu ersetzen, und zwar: 1. bei Unfällen im Betrieb einer Eisenbahn, sofern er nicht eine höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verunglückten als Ursache des Unfalls nachweisen konnte; 2. bei sonstigen Unfällen (im Betrieb eines Bergwerks, Steinbruchs, einer Gräberei oder Fabrik), wenn der Verunglückte seinerseits ein Verschulden des Unternehmers oder der Betriebsbeamten nachzuweisen vermochte.

Dieses Gesetz bedeutet unzweifelhaft einen Fortschritt. Indessen die erhoffte Wirkung konnte es nicht haben, da die dem Verunglückten (oder dessen Hinterbliebenen) auferlegte schwere Beweislast die Erlangung des Schadenersatzes vielfach illusorisch machte. Denn alle die Unfälle, die durch eigenes Verschulden oder durch die unvermeidlichen Betriebsgefahren entstanden, blieben unentschädigt.

Die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 brachte nun zum Ausdruck, „daß es die pflichtmäßige Aufgabe eines christlichen Staatswesens sei, für die Besitzlosen, welche zugleich den größten und der Hilfe bedürftigsten Bestandteil der Bevölkerung bilden, durch entsprechende Maßregeln zu sorgen und ihnen, sobald sie im Kampfe mit den eigentümlichen Gefahren der gewerblichen Arbeit ihre Erwerbsfähigkeit ganz oder teilweise einbüßen, eine ausreichende, vor der Armenpflege bewahrende Fürsorge zu gewährleisten."

Es ist denn auch in der Unfallversicherung der privatrechtliche Grundsatz des Schadenersatzes ganz aufgegeben und an dessen Stelle die auf öffentlichrechtlicher Versicherung beruhende Fürsorge der Betriebsunternehmer für ihre durch Betriebsunfälle verletzten Arbeiter und deren Hinterbliebene eingeführt. Da der Gewerbebetrieb die Unfälle hervorruft, sind die Unfallasten als ein Bestandteil der Produktionskosten anzrsehen.

Der erste Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes wurde dem Reichstag am 8. März 1881 vorgelegt, nach erfolgter Kommissionsberatung in zweiter und dritter Lesung angenommen, indessen vom Bundesrat wieder zurückgezogen. Ein gleiches Schicksal erlebte der am 8. Mai 1882 vorgelegte zweite Entwurf. Am 6. März 1884 wurde dem Reichstag ein dritter Entwurf vorgelegt, er wurde wieder einer Kommission überwiesen und in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nun stimmte auch der Bundesrat zu, und am 6. Juli 1884 wurde das Gesetz vollzogen. Dieses Gesetz beschränkte sich nur auf das Gewerbe und trat teilweise mit dem 6. Juli 1884, in vollem Umfang indessen erst am 1. Oktober 1884 in Kraft. Als Ausdehnungsgesetze folgten dann: am 28. Mai 1885 „Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung auf die großen Land- und Wassertransportbetriebe des Binnenlandes einschließlich der Staatsbetriebe der Post-, Telegraphen-, Eisenbahn-, Marine- und Heeresverwaltung"; am 5. März 1886 „Gesetz betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen"; am 11. Juli 1887 das „Bauunfall-" und am 13. Juli 1887 das „Seeunfallversicherungsgesetz". Mit Ausnahme des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft sind die Bestimmungen in allen Gesetzen die gleichen, nur für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung weichen die gesetzlichen Bestimmungen von dem eigentlichen Stammgesetz etwas ab.

Gegenstand der Versicherung soll der Ersatz des Schadens sein, welcher infolge eines Betriebsunfalls entsteht. Der Schadenersatz besteht in der Gewährung des Heilverfahrens, einer Rente entsprechend dem Grade der Erwerbsbeschränkung; wird das Heilverfahren in einer Krankenanstalt ausgeübt, dann wird dem Verletzten freie Kur und Verpflegung, seinen Angehörigen ein Bruchteil der Rente gewährt. Im Falle der Tötung erhalten die Hinterbliebenen ein Sterbegeld und die Hinterbliebenenrente (sogenannte Witwen- und Waisenrente).

Indessen hier ist ausdrücklich hervorzuheben, daß der Schadenersatz durch den Versicherungsträger (Berufsgenossenschaft, Ausführungsbehörden) nur dann einsetzt, wenn es sich um einen „Betriebsunfall" handelt. Das heißt die Verletzung muß im Betrieb stattfinden beziehungsweise mit dem „Betriebsinteresse" im ursächlichen Zusammenhang stehen. Für alle die Unfälle, die sich von der Wohnung des Arbeiters zum Betrieb oder umgekehrt ereignen, wird Schadenersatz nicht gewährt. Ebenso wird keine Rente für Unfälle gewährt, die sich wohl im Betrieb ereignen, bei denen indessen nicht das Betriebsinteresse, sondern das „eigenwirtschaftliche" Interesse des Verletzten die Ursache der Verletzung war; endlich wird auch für Unfälle, die vorsätzlich herbeigeführt werden, keine Rente gegeben.

Schadenersatz wird den Verletzten nur dann gewährt, wenn ein tatsächlicher Betriebsunfall vorliegt. Ein solcher wird als vorliegend angesehen, wenn es sich um ein durch fremde Gewalteinwirkung entstandenes, plötzlich und zeitlich begrenzbares Ereignis im Betrieb handelt. Von der Entschädigungspflicht waren und sind auch heute noch alle die Erkrankungen ausgeschlossen, die sich, wenn auch im Betriebe, so doch allmählich entwickeln. Hierher zählen in erster Linie die Vergiftungsfälle. Diese Erkrankungen werden als unabänderliche Betriebsgefahren betrachtet und als sogenannte Gewerbekrankheiten bezeichnet; endlich werden Hitz-, Blitz-, Gehirnschläge im allgemeinen nicht als Unfälle angesehen, füglich auch nicht mit einer Rente entschädigt. Man bezeichnet sie als Unfälle des gemeinen Lebens.

Die Versicherung beschränkt sich auch heute noch ebenso wie vor fünfundzwanzig Jahren auf einen nicht zu großen Kreis. Der Versicherungspflicht unterliegen ohne weiteres nur die großen Fabrikbetriebe, Bergwerke, Gruben, Werften usw. und die Baubetriebe. Ferner auch handwerksmäßige Fabrikbetriebe, in denen die Waren „gewerbsmäßig" zum Verschleiß hergestellt werden und mindestens zehn Personen das Jahr hindurch beschäftigt sind. Es sind mithin die in den Kleinbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auch heute noch wie vor fünfundzwanzig Jahren von der Versicherungspflicht ausgeschlossen.

Wie sieht es nun mit dem Schadenersatz aus? Die dem Verletzten zu gewährende Rente wird nach dem erzielten Jahresarbeitsverdienst berechnet und dann ein dem Grade der Erwerbsbehinderung entsprechender Prozentsatz als Rente festgesetzt. Indessen nicht der gesamte Jahresverdienst kommt in Betracht. Ein Beispiel: Der Jahresarbeitsverdienst beträgt 2100 Mark. Dann werden von dieser Summe 1500 Mark voll, der überschießende Teil indessen nur mit einem Drittel angerechnet, also 600/3 = 200 Mark. Der anrechnungsfähige Jahresarbeitsverdienst beträgt demnach 1500 + 200 = 1700 Mark. Von diesen 1700 Mark kommen für die Rentenfestsetzung indessen wieder nur zwei Drittel in Betracht. Der Verletzte erhält somit von seinem 2100 Mark wirklich betragenden Jahresarbeitsverdienst nur 1133,67 Mark als Vollrente. Warum dem Verletzten in der Unfallversicherung nicht der volle Schadenersatz wie auf Grund des Haftpflichtgesetzes gegeben wird, ist weder im Gesetz selbst noch in den Motiven zum Unfallversicherungsgesetz gesagt.

Noch ungünstiger gestaltet sich die Berechnung des Jahresarbeilsverdienstes für die Verletzten, die auf Grund des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes entschädigt werden. Ist der Verletzte ein „Facharbeiter", dann wird nach § 1 Absatz VI des land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes der von ihm tatsächlich verdiente Lohn, natürlich ebenfalls nach dem oben angeführten Beispiel, berechnet. Bei allen anderen Arbeitern indessen wird der vom Kreisausschuß festgesetzte Jahresarbeitsverdienst — der in der Regel 500 Mark nicht übersteigt — der Rentenberechnung zugrunde gelegt. Die Vollrente beträgt dann zwei Drittel von 500 Mark = 333,67 Mark. Ein Beispiel: Ein Kutscher hat einen Wochenlohn von 27 Mark. Es sind demnach 27 × 52 zu multiplizieren = 1404 Mark.

Der Jahresarbeitsverdienst ist indessen vom Kreisausschuß für den Kreis auf 600 Mark festgesetzt. Die Vollrente beträgt demnach 600/3 × 2 = 400 Mark, während sie nach dem vom Verletzten erzielten Lohne 936 Mark betragen müßte.

Diese Härte und Ungerechtigkeit soll auch für die Zukunft bestehen bleiben, da wenigstens in dem Entwurf zur Reichsversicherungsordnung eine Änderung der obigen Bestimmungen nicht enthalten ist.

Die Rechtsprechung in den Spruchinstanzen hat sich wesentlich zuungunsten der Verletzten gewendet. Ganz besonders bei den kleinen Renten und bei Fingerverletzungen kann man das wahrnehmen. Wurden unter der Ära des Präsidenten Bödicker für Fingerverletzungen 10, teilweise 20 Prozent Rente gezahlt, so wird jetzt, namentlich wenn der Unfall einige Jahre zurückliegt, für den Verlust des Ring-, des Mittelfingers oder für den Verlust einzelner Glieder des Daumens und Zeigefingers gar nichts mehr gezahlt. Erstens wird „Gewöhnung“ angenommen, und wenn die Erwerbsbehinderung unter 10 Prozent beträgt, dann liegt eine „meßbare“ Erwerbseinbuße überhaupt nicht vor. Der Einfluß der Junker und der industriellen Scharfmacher in der Rechtsprechung der Arbeiterversicherung ist unverkennbar. In einer Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt bezeichnete ein Vertreter der Zuckerberufsgenossenschaft die zehnprozentige Rente als „Schnapsrente“.

Sehr im Nachteil sind die Arbeiter auch bei der Feststellung des ursächlichen Zusammenhanges zwischen Betriebsunfall und Erkrankung.

Von den Unternehmern wird besonders hervorgehoben, daß die Arbeiter zu den Unfallversicherungslasten nichts steuern. In einer für die Weltausstellung in Paris (1900) bearbeiteten amtlichen Broschüre „Leitfaden für Arbeiterversicherung des Deutschen Reichs“ wurde gesagt, „daß die Arbeiter keine Beiträge leisten brauchen, die Unternehmer indessen hätten für das Jahr 1898 75 Millionen Mark aufgebracht und die Arbeiter seit 1885 bis inklusive 1899 an Unfallrenten usw. 517500000 Mark als Entschädigung erhalten“.

Gegen die Auffassung, daß die Arbeiter „nichts“ zu den Lasten der Unfallversicherung leisten, muß indessen Protest erhoben werden. Es ist bereits oben erwähnt, daß die Lasten der Arbeiterversicherung als ein Bestandteil der Produktionskosten anzusehen sind. Die Kosten für die gesamte Arbeiterversicherung betragen — nach dem Kommerzienrat Schmidt-Altenburg — für die Unternehmer etwa ½ Prozent der Produktionskosten. Diesen Betrag zahlt der Unternehmer indessen erst, nachdem die Arbeiter durch ihre Arbeit ihm den Betrag erarbeitet haben. Der von den Unternehmern geleistete Beitrag zur Unfallversicherung ist von den Arbeitern erarbeiteter, ihnen indessen vorenthaltener Lohn. Daher kann keine Rede davon sein, daß die Unternehmer die Beiträge zur Unfallversicherung, zur gesamten Arbeiterversicherung überhaupt, aus „eigener“ Tasche zahlen. Es trifft dies um so weniger zu, als den Verletzten auch nicht der volle Schadenersatz, sondern noch nicht einmal zwei Drittel ihres wirklichen Lohnes als „Vollrente“ gewährt werden. Demnach tragen auch hierdurch die Arbeiter zu den Lasten der Unfallversicherung bei.

In jener amtlichen, für die Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 bearbeiteten Broschüre ist ausgerechnet, daß die bis 1900 gezahlten Entschädigungen an die Arbeiter „rund 961000 Kilogramm deutschen gemünzten Goldes ausmachen. Ein Obelisk aus diesem Golde würde bei etwa sieben Quadratmeter Grundfläche etwa fünfzehn Meter hoch sein“. Betrachten wir demgegenüber das Risiko der Arbeiter. Nach der amtlichen Statistik wurden im Jahre 1908 an Entschädigungen (Renten usw.) 157062870 Mark gezahlt. Im Jahre 1909 nach den vorläufigen Ermittlungen des Reichsversicherungsamtes 162249432 Mark. Seit 1886 sind an Entschädigungen einschließlich 1909, also in 24 Jahren, rund 1799 Millionen Mark gezahlt. Demgegenüber bringt das Jahr 1908 allein 662321 Verletzte, darunter 9856 Tote, 1160 dauernd völlige Krüppel, 57510 teilweise Krüppel und 74539

vorübergehend erwerbsunfähige Verletzte. Also 142965 Unfälle, für die 1908 erstmalig eine Rente festgesetzt wurde. Für 1909 liegen die amtlichen Ziffern noch nicht vor. Nach den vorläufigen Mitteilungen des Rechenschaftsberichts des Reichsversicherungsamtes für 1909 weist das Jahr 1909 insgesamt 653376 Unfälle, darunter 136441 entschädigungspflichtige Unfälle auf.

Seit 1886 bis einschließlich 1908 trafen die deutschen Arbeiter insgesamt 8¾ Millionen Unfälle, darunter rund gerechnet 2 Millionen schwere Unfälle und 163000 Todesfälle. Welch ungeheuerliches Elend, welchen Jammer bergen diese Ziffern! Hunderttausenden Witwen und Waisen ist der Gatte, der Vater, ist der Ernährer entrissen worden. Tausende von Familienexistenzen sind zum Teil für immer vernichtet. Gegenüber diesen gewaltigen Ziffern an vernichteter Gesundheit und Leben der Arbeiter schmelzen die gezahlten Entschädigungen zu einem Nichts zusammen! Man beachte, daß bei Gewährung der Vollrente an den Verletzten die Rente pro Tag etwa 1,60 Mark beträgt. Davon soll in den meisten Fällen der gesamte Haushalt bestritten werden. Berücksichtigt muß ferner werden, daß Monate, ja oft Jahre vergehen, ehe der Verletzte in den Genuß der Rente gelangt, beziehungsweise ehe er sich dieselbe im prozessualen Verfahren erstritten hat. Wenn in der bereits erwähnten amtlichen Broschüre gesagt wird: daß an Stelle des früheren Almosens dem Arbeiter ein gesicherter Rechtsanspruch „durch die Arbeiterversicherung" gegeben ist, so kann dieses also nur sehr bedingt zugegeben werden. Ein durchgreifender wesentlicher Unterschied zwischen Almosen und der jetzigen Rentengewährung ist nicht vorhanden. Sind doch die Arbeiter bei der Rentenfestsetzung nicht allein bis jetzt ausgeschlossen, sondern sollen nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung auch für die Zukunft ausgeschlossen bleiben.

Auch bei der Unfallverhütung, beziehungsweise Überwachung der Betriebe auf Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften, wo die Arbeiter doch als Objekt in Frage kommen, daher an einer guten intensiven Revision der Betriebe ein außerordentliches Interesse haben, sind die Arbeiter ausgeschlossen. Ihre Forderung, Arbeiterkontrolleure zur Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter anzustellen, hat in den fünfundzwanzig Jahren kein Verständnis gefunden und auch das soll für die Zukunft so bleiben. Das wirtschaftliche Schlachtfeld ist mit Arbeiterblut getränkt. Der Deutsch-Französische Krieg kostete dem deutschen Volke 40000 Tote und 129000 Verwundete. Indessen ein einziges Wirtschaftsjahr (1908) brachte der deutschen Arbeiterklasse fünfmal soviel Verwundete, und fünf Jahre Wirtschaftsleben brachten soviel Tote, wie der an entsetzlichen Opfern so reiche Deutsch-Französische Krieg. Angesichts dieser ungeheuerlich schweren Opfer an Gut und Blut, die von der deutschen Arbeiterklasse gebracht wurden, zum Teil nur infolge schnöder Profitgier einzelner Unternehmer, kann also die Arbeiterschaft in den Jubelhymnus am 1. Oktober zur Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Unfallversicherung nicht einstimmen, sie hat vielmehr mahnend und zornig ihre Stimme zu erheben, damit bei der neuen Reichsversicherungsordnung nicht die alten Mißstände bestehen bleiben, sondern daß endlich die Unfallversicherung zu einer wirklichen sozialen Fürsorge für die Verletzten ausgestaltet wird.

Die Lage der Hilfsarbeiter im Versicherungs-, Abzahlungs- und Automatengewerbe.

Von **Wilhelm Kimmritz.**

Überaus tieftraurige Arbeitsbedingungen herrschen für die Einnehmer, Einkassierer und Kassenboten im Versicherungs-, Abzahlungs- und Automatengewerbe. Die zuständige Organisation dieser Arbeiter ließ seit Jahren nichts unversucht, die Öffentlichkeit und insbesondere die Arbeiterschaft über diese Verhältnisse aufzuklären.

Jedoch zeitigten diese Bemühungen fast nirgends besonders bemerkenswerte Erfolge. Die Berufsorganisation, der Deutsche Transportarbeiterverband, gab dann an diese seine Mitglieder Legitimationskarten und forderte die Arbeiterschaft auf, um auf die Unternehmer einzuwirken, Versicherungs- respektive Verkaufsverträge nur mit organisierten Arbeitern abzuschließen. Es zeigte sich jedoch bald, daß auch dieser Schritt der Organisation, hauptsächlich da den Angestellten dieses Berufs Berührungspunkte bei Ausübung ihrer Tätigkeit mit den organisierten Arbeitern fehlen, den erwünschten Erfolg nicht brachten.

Die Organisation berief deshalb eine Konferenz von Vertretern der in diesem Beruf beschäftigten Arbeiter ein. Auf dieser sollte der Öffentlichkeit sowohl wie der Gesetzgebung einwandfreies Material über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor Augen geführt werden auf Grund einer von der Organisation veranstalteten Enquete.

Die Verhältnisse wurden aber nur in 150 Betrieben mit 1673 Berufsangehörigen festgestellt. Der verhältnismäßig geringe Umfang der Erhebung erklärt sich aus der großen Schwierigkeit, eine solche unter indifferenten Arbeitern durchzuführen. Schon die Ausfüllung eines Fragebogens erscheint manchem Angestellten unter dem in allen größeren Betrieben herrschenden Spitzelsystem als ein ganz besonderes Wagnis. Es waren also meistens Organisierte, welche antworteten; diese hatten aber in ihren Betrieben bereits mittels der Organisation bessere Arbeitsverhältnisse eingeführt, als sie sonst üblich sind. Trotzdem werfen die Ermittlungen ein grelles Licht auf die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe überhaupt.

In den erforschten Betrieben herrscht eine festgesetzte Arbeitszeit von durchschnittlich 9,1 Stunden. Hierzu kommt eine festgesetzte Sonntagsarbeit von durchschnittlich 5,9 Stunden, sowie ferner eine Anzahl sogenannter „Nebenbeschäftigungen", wie das tägliche Schreiben der Tätigkeitsberichte, was 2 bis 3 Stunden in Anspruch nimmt, das Abrechnen, das Reinigen der Geschäftsräume, Recherchieren, Verkaufen des Abends oder Sonntags im Geschäft, Möbeltransportieren, die Verrichtung häuslicher Arbeiten für die Vorgesetzten usw. Die wenigen freien Stunden, die da den Angestellten noch bleiben, nimmt die Akquisitionstätigkeit vollständig in Anspruch. Die Angestellten sind aber nicht nur wegen ungenügender Bezahlung auf möglichst intensive Akquisitionstätigkeit angewiesen, es hängt auch von der Bewältigung des vorgeschriebenen Pensums von Neuabschlüssen und Verkäufen ihre Existenz ab. Man kann deshalb mit vollem Rechte behaupten, daß die Arbeitszeit eine völlig ungeregelte und geradezu unbegrenzte ist. Trotzdem ist von einem Einschreiten der Polizeibehörde gegen die Unternehmer im Versicherungs-, Abzahlungs- und Automatengewerbe, denen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe scheinbar böhmische Dörfer sind, nichts zu spüren.

Traurig sieht es auch mit den Löhnen aus. Die festgesetzten Wochen- und Monatslöhne betrugen durchschnittlich 3,90 Mark pro Tag. Der Wochen- und Monatsverdienst, das heißt der Lohn einschließlich der gewährten Inkassoprovision betrug durchschnittlich 4,20 Mark pro Tag. Von diesen Löhnen haben aber die Angestellten noch Fahrradunkosten, Brückengelder usw. selbst zu bestreiten. Der Verdienst, den die Angestellten aus der Akquisition beziehen, muß im Verhältnis zu der dafür aufgewendeten Arbeitszeit geradezu als ein Trinkgeld bezeichnet werden. Für dieses aber müssen die Angestellten noch einen erheblichen Teil vom Geschäftsrisiko übernehmen. Besteht doch in den meisten befragten Betrieben die Bestimmung, daß die gewährte Abschluß- respektive Verkaufsprovision zurückgezahlt werden muß, wenn der Kunde aus irgend einem Grunde gegen irgendwelche Bestimmungen des Vertrags verstößt.

Die unmittelbare Ursache der unmenschlich langen Arbeitszeit wie der ungenügenden Entlohnung ist die mit der eigentlichen Berufstätigkeit, dem Prämien- respektive Rateneinkassieren verknüpfte Akquisitions- respektive Verkaufstätigkeit.

Außerdem herrscht aber gerade in den größten und reichsten Betrieben, wie zum Beispiel bei der Versicherungsgesellschaft „Viktoria" und der Näh-

maschinenfirma Singer & Co., der Zwang, während einer bestimmten Zeit eine bestimmte Anzahl von Neuversicherungen oder Verkäufen zu bewerkstelligen. Von der Bewältigung des Pensums hängt aber die Existenz der Angestellten ab, die dadurch unablässig angetrieben werden, ihre Arbeitskraft bis zur völligen Erschöpfung zu opfern. Die für diese Tätigkeit gewährte Provision ist weiter ein bequemes Mittel, den Lohn auf möglichst niedriger Stufe zu halten, indem die Unzufriedenen auf die Akquisitions- respektive Verkaufstätigkeit verwiesen werden.

Eine weitere Ursache zur Lohndrückerei bildet auch das im Versicherungs- und Abzahlungsgewerbe überaus stark vertretene Element der nebenberuflich tätigen Personen. So sind von den im Versicherungsgewerbe beschäftigten Personen 39,4 Prozent nebenberuflich tätig, und im Abzahlungsgewerbe ist die Zahl dieser Personen so groß, daß zum Beispiel allein in Berlin an deren Stelle wenigstens 200 Einkassierer feste Stellung finden könnten. Im Abzahlungsgewerbe aber könnte durch entsprechende Gesetzesbestimmungen viel zur Beseitigung dieses Mißstandes getan werden, wenn die Sonntagskassierung verboten würde. Dadurch würden diese Arbeiter, die sich aus Pensionären, Handwerkern, ja häufig sogar aus Staatsbeamten usw. zusammensetzen, gezwungen, in ihrem eigentlichen Beruf für auskömmliche Löhne einzutreten. Diese nebenberuflich tätigen Personen, die größtenteils den modernen Organisationsbestrebungen fremd, wenn nicht gar feindlich gegenüberstehen, sind den Unternehmern aber nicht nur billige Arbeitskräfte und willkommene Ausbeutungsobjekte, sondern auch eine Schutztruppe gegenüber den organisierten Arbeitern.

Durch die Erhebung ward ferner festgestellt, daß die Behandlung der Angestellten eine äußerst rigorose und rücksichtslose ist. Ferner wird, während in 40,7 Prozent der befragten Betriebe eine festgesetzte Sonntagsarbeit verlangt wird, nur in 24,7 Prozent der befragten Betriebe ein freier Tag in der Woche gewährt. Sommerurlaub gibt es nur bei 24 Prozent, und zwar nach einer Beschäftigungsdauer von 1 bis 5 Jahren in der Höhe von 3 bis 14 Tagen.

Zu den Mißständen gehören auch die — Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer. Besonders die Pensionskassen sind Mittel der Unternehmer, ihre Angestellten zu vollständig willenlosen Sklaven zu machen. Die Unternehmer kalkulieren folgendermaßen: Derjenige Angestellte, dem jahrelang die vielfach recht hohen Beiträge für diese Einrichtungen vom Lohne gekürzt wurden, gibt sich der festen Hoffnung hin, im Alter Unterstützung zu empfangen. Er wird deshalb ganz besonders diensteifrig und arbeitswillig sein, sowie jeglichen Organisierungsversuchen widerstehen, um nicht das Mißfallen seiner Vorgesetzten zu erwecken und seine Entlassung dadurch zu riskieren. Er hätte dann seine Beiträge umsonst gezahlt und sein wohlerworbenes Recht auf Unterstützung verloren.

Auch die von dem Unternehmertum protegierten und ausgehaltenen gelben Vereine dienen dem ausgesprochenen Zwecke, die Organisation aus den Betrieben fernzuhalten, ja es besaß ein vollständig ausgebautes System der Schwarzen Listen, und Maßregelungen von solchen Angestellten, von denen man weiß oder auch nur vermutet, daß sie der Organisation angehören, sind, allerdings in versteckter Form, alltägliche Erscheinungen.

Ein besonders reformbedürftiges Kapitel ist das der Arbeitsverträge. Abgesehen von diversen unsozialen Bestimmungen enthalten auch viele derartige Verträge die berüchtigten Konkurrenzklauseln. Konventionalstrafen von 500 Mark und mehr sind an den Unternehmer zu zahlen, wenn der Angestellte vor Ablauf von 1 bis 2 Jahren nach dem Dienstaustritt in ein anderes Geschäft eintritt oder selbst ein derartiges Geschäft gründet.

Dabei werfen diese Gesellschaften riesige Überschüsse ab. Die Versicherungsgesellschaft „Viktoria" hatte allein im Jahre 1908, bekanntlich ein Jahr äußerst tiefgehender wirtschaftlicher Depression, 30 Millionen Mark Reingewinn, und ihr aus sieben Personen bestehender Aufsichtsrat erhielt im selben Jahre an Tantiemen

150000 Mark. Der Direktor dieser Firma erhält pro Jahr an Tantiemen und Provisionen 300000 bis 400000 Mark und daneben ein Jahresgehalt von 80000 Mark. Dieses Beispiel steht keineswegs vereinzelt da.

Die Einnehmer und Einkassierer sind auch in rechtlicher Beziehung vollständig ungeschützt. So hat die Reichsgewerbeordnung für sie keine Gültigkeit. Sie sind weder gegen Unfall versichert noch sind bei Streitigkeiten mit dem Unternehmer, die dem Arbeitsverhältnis entspringen, ohne weiteres die Gewerbegerichte zuständig.

Diese Arbeitsverhältnisse zu bessern wird der Organisation auch noch durch den erheblichen Prozentsatz solcher Angestellten erschwert, die sich infolge ihrer früheren Berufstätigkeit nicht als Arbeiter fühlen, ehemals bessere Tage gesehen haben und sich nun durch Dünkel und Hochmut entschädigen. Diese Sorte, die wohl in keinem anderen Beruf so stark vertreten ist wie in diesem, ist für die Organisation nicht zu gewinnen. Dementsprechend gehört von den etwa 60000 Berufsangehörigen nur ein recht winziger Teil einer modernen Organisation an.

Die Vertreter der Berufsangehörigen gaben auf der Konferenz der Hoffnung Ausdruck, daß die gewerkschaftlich wie politisch organisierte Arbeiterschaft nach Kenntnisnahme dieser Verhältnisse den ihr als Kundschaft respektive Konsumenten zur Verfügung stehenden Einfluß erneut dazu benutzen wird, den Bestrebungen der Organisation den entsprechenden Nachdruck zu verleihen. Die moralische Unterstützung und die Solidarität müssen der Organisation helfen.

Das Auswärtige Komitee der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) sendet uns folgende Erklärung:

In dem Artikel des Genossen L. Martoff: „Die preußische Diskussion und die russische Erfahrung" (Nr. 51 der „Neuen Zeit") befindet sich auf Seite 909 folgende Stelle:

„Ja man ging so weit, daß man die Ausschreitung, die ‚Partisanen'angriffe auf das Eigentum der Kapitalisten und des Staates, die in der europäischen Arbeiterbewegung vor 1848 vorgekommen waren, die sogenannten ‚Expropriationen', in Rußland als ganz normale Kampfesmittel der Partei gelten ließ. Die sogenannte ‚revolutionäre Fraktion der P. P. S.' (Polnische Sozialistische Partei), die diese Kampfesmittel offiziell anwendet, genießt noch bis auf den heutigen Tag die Anerkennung der ganzen Internationale."

Gegen diese Behauptung, die vollkommen aus der Luft gegriffen ist, müssen wir auf das entschiedenste protestieren. Die frühere „Revolutionäre Fraktion der P. P. S.", die jetzt den Namen „P. P. S." führt, hat immer Expropriationen von Privateigentum verdammt und nur Konfiskation von Staatsgeldern anerkannt, was sie für ihr gutes Recht hält, da sie sich im Kriegszustand mit der russischen Regierung befindet.

Gruß und Handschlag.

London, den 19. September 1910. Das Auswärtige Komitee der P. P. S.

Literarische Rundschau.

Veit Valentin, **Frankfurt am Main und die Revolution von 1848/49.** Stuttgart und Berlin 1908, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger.

Auf seine Art hatte Treitschke nicht so unrecht, wenn er in seinem berühmten Artikel der „Preußischen Jahrbücher" von 1866 über Frankfurt schrieb: „Wie in dem Bundestage aller Krankheitsstoff unserer Staatsgewalt sich ansammelte, so war das Volksleben dieser Stadt, ein unerfreuliches Gemisch von demagogischer Zuchtlosigkeit und servilem Bankherrentum, gleichsam ein Mikrokosmos der politischen Sünden unseres Volkes." Denn in der Tat spiegelt sich in der Entwicklung der

sogenannten freien Stadt ein gut Stück allgemein deutscher Entwicklung, nicht nur was das politische, sondern mehr noch was das wirtschaftliche Leben der Stadt angeht.

Wer die Rolle, die im Jahre 1848 Frankfurt als eine Haupttribüne der deutschen Revolution wie auch als Schauplatz einer Lokalrevolution gespielt hat, mehr als oberflächlich erfassen will, muß im einzelnen den Spuren dieser Entwicklung nachgehen, und wenn man an Ansprüchen streicht, was man heute bei einem Universitätshistoriker streichen muß, hat Veit Valentin, junger Privatdozent der Geschichte in Freiburg, das ganz vortrefflich besorgt. Mag ihm auch sein wenig freiheitlicher politischer Standpunkt, den man etwa als sozial gerichteten Konservativismus bezeichnen könnte, oft Scheuklappen anlegen, wo es gilt, den innersten Kern der Dinge zu entdecken, so dringt er doch im ganzen hinreichend tief zum Grunde. Nirgends erschöpft er seinen Stoff mit Redereien ins Blaue hinein, wie es immer häufiger in der liberalen Literatur geschieht, sondern ernst und sachlich spürt er überall nach den wirtschaftlichen Wurzeln der politischen Ereignisse, nicht selten ganz im Sinne des historischen Materialismus. So entwirft Valentin nicht nur ein anschauliches Bild von dem Wege, den der Frankfurter Handel vom Ausgang des achtzehnten bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts geht und der unter dem Einfluß verschiedener Begebenheiten im wesentlichen ein Weg nach abwärts ist, er leitet nicht nur die politische Stimmung der Frankfurter Bevölkerung aus ihrer wirtschaftlichen Interessenschichtung ab, sondern er entrollt auch für die Ereignisse der deutschen Revolution auf Frankfurter Boden den wirtschaftlichen Hintergrund und führt in knappen Linien seine Darstellung bis zum Untergang der Selbständigkeit Frankfurts, all das mit viel Farben und mit einer Lebendigkeit des Stils, die an sich die Lektüre des Buches zum Genuß macht.

Daß in vielen Einzelheiten das Werk unseren Widerspruch wecken muß, ergibt schon der politische Standpunkt, den Herr Veit Valentin einnimmt. Aber das verschlägt nichts oder nur wenig, um so weniger als Valentins Buch zu den — seltsamer und bedauerlicher Weise — ganz seltenen Veröffentlichungen gehört, die als ernsthafte Studien zur Geschichte Frankfurts anzusprechen sind. Herm. Wendel.

Nauticus, **Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen.** Zwölfter Jahrgang. Berlin 1910, Mittler. 682 Seiten. Preis 6 Mark.

Bei der Bedeutung, die die Marinefragen bei den kommenden Wahlen haben werden, halten wir es für angezeigt, die Aufmerksamkeit der Partei auf den diesjährigen Nauticus zu wenden. Neben einer ganzen Reihe wichtiger Aufsätze enthält er einen Artikel über die zehn Jahre des Flottengesetzes, der das offiziöse Arsenal unserer Gegner zur Darstellung der Erfolge der Flottenpolitik bilden soll. Das kritische Studium dieses offiziösen Machwerkes zeigt klar die Triebkräfte der deutschen Flottenpolitik, ihren wahren Charakter wie auch die zu seiner Verhüllung gebrauchten Mittel. Wir messen dem Artikel eine größere Bedeutung bei, weil eine ganze Anzahl großer bürgerlicher Blätter verschiedener Richtung ihn speziell unter dem Gesichtspunkt seiner Bedeutung für das Irreführen der öffentlichen Meinung besprochen hatte. Neben diesem Artikel nennen wir von den technischen Artikeln einen sehr instruktiven über die Entwicklung des Unterseebootswesens und über die Elektrizität auf modernen Kriegsschiffen, von den politischen über die Reform der Marineverwaltung, der die gänzliche Ohnmacht der Regierung angesichts solcher „Mißbräuche“, wie sie der Kieler Prozeß aufdeckte, verhüllen soll, aber sie nur bloßstellt, dann einen sehr lesenswerten, ganz objektiv gehaltenen Artikel über die Ergebnisse der imperialistischen Vorstöße Englands auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Der Aufsatz über die Mandschurei ist zwar in den Grundzügen gut ausgearbeitet, berücksichtigt jedoch nicht genügend die letzte Phase der Entwicklung.

Am Ende sei noch auf den statistischen Teil aufmerksam gemacht. Wie vorsichtig man auch gegenüber der Verarbeitung der Statistik sein muß, zum Beispiel

im Aufsatz über die zehn Jahre des Flottengesetzes, so verdienen doch die fleißigen und ausführlichen Zusammenstellungen dieses Teiles über die internationalen Flotten- und Wirtschaftsverhältnisse das größte Lob. Die Tabellen über die Entwicklung des Marinismus und Militarismus können uns fürtreffliche Dienste in der Agitation leisten. Radek.

Elisabeth Luzzatto, **Sozialistische Bewegungen und Systeme bis zum Jahre 1848.** Wien, Ignaz Brand & Co. 444 Seiten. Preis 4 Mark.

In dem kurzen Vorwort erklärt die Verfasserin, mit ihrem Buche lediglich „eine schlichte und anspruchslose, aber zusammenfassende, gemeinverständliche und, den Umständen entsprechend, knappe Erzählung und Schilderung des Ursprunges, der Entwicklung und des Wesens des modernen wissenschaftlichen Sozialismus“ geben zu wollen. Sie bekennt ausdrücklich, nicht aus den Quellen geschöpft, sondern im wesentlichen die Arbeiten benutzt zu haben, die über diesen Gegenstand bereits vorliegen. Es wäre daher unbillig, an diese Schrift den Maßstab eines wissenschaftlichen Werkes anzulegen. Es fragt sich bloß, ob diese Kompilation geschickt und gewissenhaft ausgeführt wurde.

Wie schon der Titel besagt, wollte die Verfasserin nicht nur eine Geschichte der Theorien geben, sondern auch der sozialen Bewegungen, aus denen diese hervorgegangen sind. Das Thema war daher ein ganz gewaltiges und erforderte zu seiner Darstellung nicht nur Beherrschung des Materials, sondern auch gute Ökonomie des Stoffes. In dieser Hinsicht hat die Verfasserin sich schon darin vergriffen, daß sie zu viel geben wollte. So beginnt sie mit einer Darstellung des Urkommunismus, eine Aufgabe, der sie durchaus nicht gewachsen war, und die sich auf so beschränktem Raume — auch bei größerer Sachkenntnis, als sie der Autorin zu Gebote steht — kaum bewältigen läßt. Ebenso hat es keinen Wert, wenn zum Beispiel der soziale Ursprung des Buddhismus auf einer halben Seite darzustellen versucht wird. Die beiden ersten Kapitel wären jedenfalls besser ganz weggeblieben. Aber auch sonst merkt man in dem Buche oft den Mangel richtiger Einteilung und Ökonomie. So sind zum Beispiel der Darstellung der Utopie des Vairasse d'Allais sechs Seiten gewidmet, während sich St. Simon samt seinen Schülern, unter denen sonderbarerweise der wichtigste, Bazard, fehlt, mit drei Seiten begnügen muß. Robert Owen sind einundzwanzig Seiten gewidmet, Fourier nur fünf, Weitling ist überhaupt nicht behandelt.

Eine gewisse Unbeholfenheit, die sich in diesen Mißverhältnissen ausdrückt, tritt in dem ziemlich naiv und schleuderhaft angelegten Verzeichnis des „Quellenmaterials“ besonders deutlich hervor, mit dem das Buch abschließt. Hier fehlen verschiedene bekannte Werke, während zum Beispiel Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“ aufgeführt wird, obgleich diese Schrift mit der Geschichte des Sozialismus vor 1848 gar nichts zu tun hat. Zudem sind in diesem Verzeichnis einzelne Werke der im Texte behandelten sozialistischen Autoren angeführt, während andere viel wichtigere fehlen.

Auch von Unrichtigkeiten ist die Darstellung nicht ganz frei. So nimmt die Autorin für Baboeuf das Verdienst in Anspruch, als der erste sich ausschließlich an „das moderne Proletariat“ gewendet und es zu den Waffen gerufen zu haben. In der Tat gab es zu Baboeufs Zeit noch kaum ein Proletariat in unserem Sinne. Er wandte sich denn auch nicht an dieses, sondern an die Armen im allgemeinen. Von Blanqui rühmt sie, er habe zuerst den Satz geprägt: „Der Arme ist eine Notwendigkeit für den Reichen.“ Fast zweihundert Jahre vorher aber hatte zum Beispiel John Bellers bereits gesagt: „Die Reichen können nur durch die Arbeit anderer leben ... es sei denn, sie würden Levellers und begäben sich ebenso an die Arbeit wie die Armen.“

Das System von Karl Marx fällt nicht in den Rahmen der vorliegenden Schrift. Dieses soll in einem zweiten Bande behandelt werden. Es weckt aber

keine frohen Erwartungen, wenn die Autorin Owen und die englischen Vertreter des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag wie Thompson, Hodgskin, Gray usw. speziell als „Vorläufer des Marxismus“ hervorhebt, während doch zum Beispiel Fourier und St. Simon mindestens das gleiche Anrecht auf diese Bezeichnung hätten. Diese Vermutung, daß die Verfasserin von der Marxschen Ökonomie sonderbare Vorstellungen haben muß, wird noch verstärkt, wenn wir (S. 207) lesen, was sie über das Projekt John Bellers' sagt, in dem von ihm vorgeschlagenen Gemeinwesen nicht Geld, sondern Arbeit als Maßstab des Wertes zu benutzen. „Hier stehen wir“, ruft die Verfasserin aus, „mit einem Male einem Satze gegenüber, der heute jedem ernsten Sozialdemokraten als ein Teil seines Glaubensbekenntnisses heilig geworden ist.“

Trotz all dieser schweren Bedenken erscheint mir das Buch nicht als wertlos. Es ist im ganzen anregend und leichtverständlich geschrieben und ist von einer warmen Liebe zum Gegenstand und besonders zu den Notleidenden und Unterdrückten durchweht. Es macht den Versuch, die sozialistischen Systeme nicht als bloße Gedankenkonstruktionen aufzufassen, sondern als Ausdruck ihrer Zeit und ihrer Leiden aufzuzeigen. Originelle Forschungen hat dabei die Autorin nicht gemacht, sie lehnt sich, stellenweise oft wörtlich, an bekannte Vorbilder an; aber sie prätendiert auch nichts anderes zu geben als eben eine Kompilation, der das Verdienst nicht abgesprochen werden soll, einen recht guten Überblick zu vermitteln, wenn auch das Detail etwas zu sehr vorherrscht, und zur Lektüre der Spezialwerke anzuregen. Diesem Zwecke wäre allerdings viel besser entsprochen worden, wenn bei jedem einzelnen Kapitel die betreffenden Werke angeführt worden wären.

Das Buch ist eine im ganzen gelungene populäre Zusammenstellung von Forschungen anderer. Es erhebt sehr geringe Ansprüche, und denen genügt es wohl auch. G. Eckstein.

Professor Waldemar Mitscherlich, **Der Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung auf den ostmärkischen Nationalitätenkampf.** 48 Seiten. Leipzig 1910, Verlag Hirschfeld. Preis 1,50 Mark.

Herr Mitscherlich ist Professor der Staatswissenschaften an der Königlichen Akademie in Posen, was schon im vorhinein nicht große Hoffnungen auf Objektivität in der Behandlung der Frage erweckt. Herr Mitscherlich beginnt seine Broschüre mit sehr gut klingenden allgemeinen Auffassungen der Nationalitätenfrage, und da heißt es schon vorsichtig sein und den Tag nicht vor der Nacht loben: der Schluß ist auch — wie zu erwarten war — eine Begründung der preußischen Polenpolitik. ... Aber trotz alledem können wir die kleine Arbeit jedem kritischen Leser aufs wärmste empfehlen, denn obwohl sie nichts Neues bringt für den, der die Arbeiten Bernhards und Wegeners von deutscher, und Marchlewskis und Buzeks von polnischer Seite kennt, so gibt sie doch eine so scharf pointierte und übersichtliche Darstellung der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Ostmark, daß nicht nur Leser, die sich nicht speziell mit der Polenfrage befaßten, sondern auch solche, die selbst die einschlägige Literatur kennen, das Büchlein mit Nutzen lesen werden. Wenn dieses niemanden von der Richtigkeit der hakatistischen Politik überzeugen kann, trotz der Schlußausführungen, so ist dies nicht nur der Sache selbst zu verdanken, sondern auch der Objektivität des Verfassers in der Darstellung der Entwicklungstendenzen. Radek.

M. Nachimson, **Die elektrotechnische Umwälzung.** Eine nationalökonomische Studie über den Einfluß der Elektrizität auf unsere Wirtschaft und auf die Betriebsformen. Zürich 1910. 120 Seiten. Preis 2 Mark.

Der Verfasser gibt eine Schilderung der Fortschritte der Elektrotechnik und der fortwährenden Ausdehnung der Anwendung elektrischer Energie, wobei er den wirtschaftlichen Zusammenhängen nachspürt. Daneben stellt er dar, wie die Elektrizitätsindustrie sich entwickelte, wie rapid in diesem Industriezweig sich die Kon-

zentration und die Vertrustung vollzog, wie hier die allgemein beobachtete Beeinflussung der Industrie durch das Bankkapital besonders scharf zutage tritt.

In einem besonderen Kapitel unterzieht Nachimson die Zusammenhänge zwischen dieser Entwicklung, dem wirtschaftlichen Aufschwung und den Krisen. Es ist von vornherein klar, daß durch das Entstehen einer neuen Industrie von dem Umfang wie die Elektrizitätsindustrie die kapitalistische Produktion stark beeinflußt wurde. Es findet hier Wechselwirkung statt. Auf der einen Seite schafft das Entstehen der Elektrizitätswerke eine ausgedehnte Nachfrage nach Waren verschiedener Art (der Verbrauch von Kupfer und Kautschuk steigt in ungeahntem Maße, die Elektrizitätswerke brauchen Maschinen, Kabel, Glaswaren in gewaltigen Mengen). Ferner wird unter dem Einfluß der Elektrotechnik das Straßenbahnwesen ungeheuer ausgedehnt, es entsteht neue Nachfrage nach Schienen und Wagen. Das Entstehen elektrischer Kraftzentralen bedeutet abermals eine solche neuartige Nachfrage. Auf der anderen Seite entsteht bei dem Siegeslauf des elektrischen Motors, bei der Umwälzung, die die Verwendung der elektrischen Energie in der Montanindustrie und in der chemischen Industrie hervorrief, eine gewaltige Nachfrage nach Erzeugnissen der Elektrizitätsindustrie. So entsteht eine starke Anregung der Produktion. Ferner kommt in Betracht, daß die Elektrizitätsindustrie sich nicht allmählich aus kleinen Anfängen entwickelte, sondern daß hier Riesenbetriebe gleichsam aus dem Boden gestampft wurden, wobei es sich um die Investierung gewaltiger Kapitalien handelte. Auch die Kraftzentralen, die elektrischen Straßenbahnen, die Beleuchtungsanlagen erforderten enorme Summen. So führte die Entwicklung der Elektrizitätsindustrie dazu, daß binnen kurzer Zeit Milliarden an fixem Kapital aufgebracht werden mußten und durch Vermittlung der Banken aufgebracht wurden. Damit nicht genug, erforderte auch die Umgestaltung bestehender Betriebe zum Zwecke der Ersetzung der bisherigen motorischen Kräfte durch elektrische Energie bedeutende Kapitalien. So bedeutete die elektrotechnische Umwälzung den Anreiz zur Steigerung der Produktion und führte zur Steigerung der Produktionskräfte. Das bedeutet aber in der kapitalistischen Gesellschaft auch den Anreiz zur Überproduktion. Ferner führte diese Umwälzung zu sprunghafter Ausdehnung des fixen Kapitals. Beides sind krisenbildende Elemente. So ergibt sich der Schluß, daß diese Umwälzung *einer* der Faktoren war, die bei den letzten Weltkrisen (die Umwälzung begann erst in den neunziger Jahren, denn erst da kam die Elektrotechnik aus dem Stadium des Experimentierens heraus) in den Jahren 1901 und 1907 mitwirkten.

Wir legen Nachdruck auf das Wörtchen: *einer* der Faktoren. Nachimson nämlich schießt weit über das Ziel hinaus, indem er sowohl die Belebung der Konjunktur in den neunziger Jahren nach langer Depression als die beiden letzten Krisen *ausschließlich* auf diese Umwälzung zurückführen will. Es ist das eine der Übertreibungen, wie sie öfters bei Autoren vorkommen, die sich sozusagen blindlings in ihr Thema verlieben und dadurch in Einseitigkeit verfallen.

Sieht man von dieser Übertreibung ab, so bietet die Untersuchung Nachimsons manche Anregung.

Hinweisen möchten wir noch auf seine Ausführungen über „Elektromotoren und Kleingewerbe“. Er geht hier der Legende, wonach der elektrische Motor berufen sei, den Kleinbetrieb vor dem Untergang zu retten, mit aller Gründlichkeit zu Leibe.

J. Karski.

Maxime Vuillaume, **Mes Cahiers rouges au temps de la Commune.** Société d'éditions littéraires et artistiques. Paris, Verlag von Paul Ollendorf. Preis 3,50 Franken.

Als im März 1871 die Kommune auf dem Pariser Rathaus ihre rote Fahne aufzog, machten sich drei für die Sache erglühte junge Journalisten, Alphonse Humbert, Eugène Vermersch und Maxime Vuillaume, daran, ein revolutionäres Blatt zu gründen, das vor allem den Ton der Gasse und der Vorstadt treffen sollte. Den Namen entlehnten sie dem berühmten „Père Duchêne“ Héberts und verstanden

es mit viel Geschick, in Stil und Haltung ihr Vorbild aus den Tagen der großen Revolution nachzuahmen. Ohne je in die Tiefe zu dringen, äußerte sich der „Père Duchêne" zu allen Tagesfragen in einer sackſiedegroben Sprache, die überreich mit Flüchen, Kernsprüchen und Schimpfreden gewürzt war, und Tag für Tag gab er für einen Sou un grand colère, einen großen Zorn über diese oder jene Infamie der herrschenden Klasse von sich. Heute ist das Blatt, mit dem sich seine Verleger damals ein kleines Vermögen machten, sehr gesucht und selten.

Einer der drei Redakteure des „Père Duchêne", Vuillaume, hat jetzt seine Tagebücher aus den bewegten Wochen erscheinen lassen und uns damit ein Werk geschenkt, das zu den interessantesten über die Kommune gehört, stammt es doch nicht nur von einem, der überall dabei und mitten drin gewesen ist, sondern auch von einem, der zu sehen und zu schildern versteht. Mit dem hurtigen Pinsel des Impressionisten wirft uns Vuillaume seine Bilder hin, und alles quillt über von Farbe, von Bewegung, von Leben. In knapper Darstellung, in abgehackten Sätzen, mit Rede und Gegenrede, mit ein paar aufgesetzten Lichtern steht eine Person oder eine Situation scharf umrissen vor uns, und so erleben wir in unmittelbarster Nähe alles an dieser heroischen Episode aus dem großen Heldenepos der proletarischen Revolutionen mit, die flammende Begeisterung und die leuchtende Sonne des März, die Organisation und die Arbeiten, den Sturz der Vendomesäule, die Kämpfe, den vieltausendfältigen Heldenmut der Männer, Frauen und Kinder, dann das Unterliegen, die Erschießung der Geiseln, das Flammenmeer von Paris, die letzte Barrikade und die letzte Patrone und dann die entsetzliche Würgerei der Bluthunde von Versailles. Und die einzelnen Gestalten tauchen auf, Delescluze, Dombrowski, Eudes, Ferré, Pyat, Raoul Rigault und andere noch, die ihr Leben für die Kommune ließen oder denen es gelang, den Metzeleien zu entrinnen, und die heute noch, alte Knasterbärte, die sie sind, nur mit einer heißen Flamme in den Augen von den großen Tagen reden, da sie für die Menschheit auf Vorposten standen und auf dem Pariser Rathaus die rote Fahne wehte.

Die „Cahiers rouges" sind ein sehr subjektives Buch, aber sie sind auch ein Buch, von dem es keine abgegriffene Phrase ist, zu sagen: Man legt es nicht eher aus der Hand, als bis man die letzte Seite gelesen hat. Hermann Wendel.

Zeitschriftenschau.

„La revue socialiste, syndicaliste et cooperative" vom Juni bringt einen Aufsatz von J. Erboville: **„Wohin führt uns die Politik der radikalen Partei?"** (Où va la politique sociale des radicaux). So wenig das historisch-materialistische Dogma bewirken kann, daß eine Wölfin etwas anderes als einen Wolf gebären wird, so wenig kann es aus dem Kapitalismus sein Gegenteil, den Kommunismus hervorbringen. Es ist möglich, daß die unterdrückten Arbeiter sich empören und eine kommunistische Zukunft herstellen werden; aber es ist nur eine Möglichkeit. Die kapitalistische Ausbeutung führt nicht notwendig von selbst zum Kommunismus; der Kommunismus ist nicht das notwendige Resultat der ökonomischen Entwicklung, sondern eine Möglichkeit zu allen Zeiten der Geschichte, deren Verwirklichung Sache einer Revolution war und ist. Diese Revolution ist von einer moralischen Umwälzung abhängig und nur soweit die ökonomische Umwälzung diese beeinflußt, wirkt sie mit. Es ist eine kindische Wahnidee, daß der Kapitalismus im Sterben begriffen sei; und dieser Wahn kann in gefährlicher Weise vom Handeln abhalten. Sehen wir um uns, ob der Kapitalismus sich zum Sterben vorbereitet! In der Wirtschaft wachsen Trusts und Kartelle auf, die die Konkurrenz ausschalten und die Streiks der Arbeiter mit gewaltigen Aussperrungen beantworten. Diese industriellen Verbände beherrschen mit den großen Banken zusammen den ganzen Staat; die ganze Presse ist von ihnen erkauft und betrügt in ihrem Auftrage das Volk. Auf dem Gebiete der Politik sehen wir mächtige Bureaukraten-

und Militärcliquen, die von dem wachsenden Budget leben; die Armee greift stets brutaler in die Streiks ein. Die immer zahlreicheren Polizei- und Gendarmerietruppen sind nur Vorläufer der künftigen Mietstruppen, der afrikanischen Regimenter, die, wenn die Soldaten der allgemeinen Wehrpflicht zu gefährlich geworden und aufgehoben sind, die große waffenlose Volksmasse in der Botmäßigkeit der Kapitalistenklasse halten werden. Diese Kapitalisten vereinigen sich schon zu internationalen Verbänden, deren Macht alle Regierungen beherrscht, die Diplomaten und Armeen zu ihrer Verfügung haben, und als hungrige Raubtiere alle Schätze der Erde in ihre Hände bringen wollen. Ist das alles ein Bild einer Gesellschaft, die sich anschickt zu sterben?

Die Haupttatsache der ökonomischen Entwicklung ist nicht die Konzentration der Betriebe und Kapitalien, sondern die Vermehrung der Besitzenden und eine Verringerung, sei es zuerst auch nur eine relative, der Besitzlosen. Kautsky hat die Beweisführung Bernsteins in diesem Punkt nicht widerlegen können, und wir halten uns an diese Tatsache. Schon sieht man in Amerika, daß die Masse der Besitzenden einen Boykott gegen den Fleischtrust durchführt. Morgen werden sie sich mit den Arbeitern verbünden, um Gesetze zur Unterdrückung der Trusts durchzusetzen. Auch in Frankreich und im übrigen Europa wird die kleine und mittlere Bourgeoisie sich nicht immer gegen die Arbeiter aufreizen lassen, denn sie werden vom Großkapital mit dem Untergang bedroht. Der Kommunismus wird nicht bedingt durch das Verschwinden dieser Mittelklassen; die Revolution und der Sieg der Arbeiter sind nicht sicher. Wenn der lebenskräftige Kapitalismus diese Revolution zu unterdrücken weiß, wohin kommen wir dann? Wohin führt uns die Politik der Radikalen, die, anstatt das Eigentum zu verallgemeinern, auf die Instinkte der Schlechtergestellten spekuliert? Wohin? Zur antiken Sklaverei!

Von dem Augenblick an, da die relative Abnahme der Besitzlosen zu einer absoluten wird — in Frankreich ist dieser Augenblick schon nahe —, fängt eine neue Epoche der Geschichte an, die Marx nicht vorhergesehen hat, und die, wenn nicht zuvor die Proletarier sich organisiert, sich empört und gesiegt haben, dem Klassenkampf in ganz anderer Weise ein Ende bereiten wird. Das Proletariat als Ganzes wird immer mehr überflüssig in der kapitalistischen Produktion, es wird von der Maschine immer mehr ersetzt und geht an Zahl zurück. Durch die Entwicklung der Technik wird nicht nur im steigenden Maße die Qualität, sondern auch die Quantität der Arbeit ersetzt. Die noch dürftigen Statistiken scheinen doch schon zu beweisen, daß die Arbeitslosigkeit wächst, das heißt, daß das europäische Proletariat schon abnimmt; zum Teil wandert es aus, zum Teil fällt es dem Elend zum Opfer, zum Teil weigert es sich, sich fortzupflanzen. Aus großkapitalistischen Ländern wie Deutschland und Japan wandert es aus, aber überall nimmt zugleich die Geburtshäufigkeit schon ab. So sehen wir, wie durch die Entwicklung der Maschinen eine kleine Zahl Menschen zu einer enormen Produktion ausreichen wird; die vereinigten Kapitalisten werden die Mehrheit oder jedenfalls eine so große Minderheit bilden, daß sie die politische Gewalt in ihren Händen behalten können und absolut über die arbeitende Masse herrschen. Nach diesem kapitalistischen Kollektivismus bewegen sich die modernen Völker hin; dies ist, im Gegensatz zu Marx' optimistischer Hypothese, die reale Tendenz der Entwicklung. Wir kehren zu einer bürgerlichen Demokratie zurück, in der der antike Demos über eine machtlose schwache Sklaventruppe regiert und sie ausbeutet. Wenn das Proletariat für ewig an die Maschine geheftet, unfähig zur Revolution, durch seine Arbeit eine zahlreiche Faulenzerklasse unterhält, wird das Ideal der gedankenlosen radikalen Bourgeois erreicht sein, denn dann ist der Klassenkampf zu Ende. Wollen die Radikalen dorthin? Sie haben die Wahl: entweder den sozialistischen oder den kapitalistischen Kollektivismus.

Während die kapitalistische Entwicklung uns immer weiter vom Kommunismus wegführt, folgt das Bewußtsein des Proletariats ihr nur langsam und bleibt also zurück; morgen wird es Nacht sein. Wenigstens wenn nicht die nationalen Kämpfe Europas eine Überflutung durch die Urkraft der asiatischen Barbaren bewirken.

Wenn die europäische Demokratie, durch die Finanzleute korrumpiert, sich weigert, freiwillig den Weg des Kommunismus zu beschreiten, wird die Fackel Attilas den Weg zur Zukunft zeigen.

„Der Arbeitstag in Frankreich“ ist ein Aufsatz von Jean Rolland überschrieben, der sich zuerst mit dem Gesetz Millerand-Colliard von 1900 beschäftigt. Dieses Gesetz regelte die Arbeit der Frauen, Kinder und derjenigen Erwachsenen, die mit ihnen in denselben Räumen arbeiten; die Arbeitszeit sollte 1900 11 Stunden, 1902 10½ Stunden, von 1906 an 10 Stunden dauern. Damals versuchte Jaurès vergebens, seine Genossen für dieses Gesetz zu begeistern, weil es die erste Regelung der Männerarbeit bildete; Guesde und Vaillant verwarfen es, weil es für den Augenblick die Arbeitszeit der Kinder verlängerte. Auf Antrag Jaurès' wurde eine Resolution angenommen, worin der Generalstreik in Aussicht gestellt wurde, falls das Gesetz nicht durchgeführt werde. Dieser Generalstreik ist ausgeblieben; trotzdem darf man nicht glauben, daß das Gesetz mit der nötigen Strenge zur Anwendung gelangt ist. Gerichtsentscheidungen haben es allmählich durchlöchert. Sie bestimmten, daß Anfang und Ende der Arbeitszeit und die Ruhepausen für die Erwachsenen nicht mit denen für Frauen und Kinder zusammenzufallen brauchen; daß „dieselben Räume“ nicht bedeutet: dasselbe Gebäude, so daß eine einzige dünne Trennungswand genügt, die Männer von den Vorschriften des Gesetzes auszuschließen; daß die vorgeschriebenen Ruhepausen nur dann einzuhalten sind, wenn die Arbeitszeit das erlaubte Maximum erreicht, so daß ein Fabrikant zwei Wechselschichten von Kindern zu je 8 Stunden ohne Pause einstellen kann; und schließlich, daß die Arbeit auch früher als zur festgesetzten Stunde anfangen darf, so daß die Inspektoren eine Übertretung nur feststellen können, wenn sie den ganzen Tag in der Fabrik bleiben. Damit ist, wie Groussier mit Recht schrieb, von dem Millerandschen Gesetz nichts übrig geblieben.

Inzwischen haben die Industriellen, um nicht unter das Gesetz zu fallen, vielfach alle Jugendlichen entlassen und damit eine Krise im Lehrlingswesen hervorgerufen. Oder sie schicken die Jugendlichen zeitweilig weg, wenn viele Aufträge da sind, damit dann mehr Stunden gearbeitet werden kann. Um die Schwierigkeiten in der Ausführung des Gesetzes von 1900 aufzuheben, legte die Regierung 1904 ein Gesetz vor, das die Kontrolle dadurch ermöglichen sollte, daß die Arbeitszeit auf einem Anschlagzettel in der Fabrik angegeben wird, auf dem alle Arbeiter, deren Anfangszeit oder Endzeit von der Normalzeit abweicht, namentlich aufgeführt werden müssen. Wie Groussier zeigte, boten die Bestimmungen der Vorlage selbst jedoch Mittel, der Kontrolle zu entschlüpfen, und sie wurde bei der Beratung noch bedeutend abgeschwächt. Der Senat versuchte, in einem Entwurf Waddington-Méline die Schutzgesetzgebung zu verschlechtern — ohne bei der Deputiertenkammer Anklang zu finden —, und berief sich dazu auf die internationale Konkurrenz. Es ist jedoch sicher, daß eine Beschränkung der Arbeitszeit die Konkurrenzfähigkeit nicht verringert, denn sie macht die Arbeiter leistungsfähiger, und der Senator Waddington hat selbst anerkannt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit keinen Rückschritt gebracht hat, wegen der größeren Intensität der Arbeit und der Vervollkommnung der Maschinen.

Die Regierung hat dann 1906 ein Gesetz vorgeschlagen, das zum ersten Male die Arbeitszeit in der ganzen Industrie auf 10 Stunden festsetzt, welche Dauer durch allmähliche Verkürzung innerhalb vier Jahren zu erreichen ist. Auch für die kaufmännischen Angestellten wird eine Beschränkung vorgesehen und mit der Beaufsichtigung der Heimarbeiter ein Anfang gemacht. Es ist verwunderlich und bedauerlich, daß ein solch gewaltiger Fortschritt, wie ihn diese Vorlage bedeutet, so wenig Beachtung bei den Sozialisten und Syndikalisten fand. Erstere waren zu sehr mit dem Kampfe gegen Clemenceau, letztere mit ihrer eigenen direkten Aktion für den Achtstundentag beschäftigt.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie



Nr. 53 ○ 30. September 1910 ○ 28. Jahrg. Bd. 2

Inhalts-Verzeichnis

Stuttgart
Verlag und Druck von Paul Singer



Am 1. Oktober beginnt das erste Semester des 29. Jahrganges der Neuen Zeit und werden die Abonnenten freundlichst gebeten, das Abonnement rechtzeitig zu erneuern, damit in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Abonnements-Bedingungen.

Die **Neue Zeit** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Das Jahres-Abonnement beträgt M. 13.—

Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis M. 3.25 (ohne Bestellgeld).

Bei direktem Bezug unter Kreuzband
innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich M. 3.90,
innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich M. 4.55.

Einbanddecken für Halbjahrsbände sind angefertigt in Halbfranz, Preis M. 1.50, in Ganzleinen 70 Pfennig.

o o o

Alle Zusendungen an die **Redaktion** der Neuen Zeit sind an **Karl Kautsky, Berlin-Friedenau**, Niedstraße 14, zu richten.

Alle Zusendungen an die **Expedition** der Neuen Zeit sind zu richten an Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Der Verlag der Neuen Zeit.

Verzeichnis der in der Redaktion eingelaufenen Druckschriften.

(Die wichtigsten derselben werden in der „Literarischen Rundschau" besprochen.)

Agenda für den achten Internationalen Genossenschaftskongreß. Heft 1. Hamburg, den 5. bis 7. September 1910. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. 96 S.

Andreas-Salomé, Lou, Die Erotik. Die Gesellschaft, Sammlung sozialpsychologischer Monographien. Herausgegeben von Martin Buber. 33. Band. 68 S. 1,50 Mk.

Arbeiter-Liederbuch für vierstimmigen Männerchor, herausgegeben von G. Ad. Uthmann. Heft 3. Dresden, J. Günther. 118 S. 1,20 Mk.

Arbeitersekretariat Frankfurt a. M., Elfter Jahresbericht für 1909, nebst Bericht des Gewerkschaftssekretärs. Frankfurt a. M., Buchhandlung Volksstimme, Maier & Co. 143 S. 1 Mk.

B., E., Preußische Strafjustiz! Wie man unschuldig ins Zuchthaus kommen kann. Magdeburg, Selbstverlag des Verfassers. 24 S.

Bauer, Otto, Krieg oder Friede in den Gewerkschaften? Wien, Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co. 20 S.

Baumann, Julius, Wolffsche Begriffsbestimmungen. Ein Hilfsbüchlein beim Studium Kants. Philosophische Bibliothek, 122. Band. Leipzig, Dürrsche Buchhandlung. 54 S. 1 Mk.

Bebel, August, Aus meinem Leben. Lieferungsausgabe vollständig in 14 Heften à 10 Pf. Heft 12 bis 14. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.

Bericht des Instituts für Gemeinwohl zu Frankfurt a. M. über das 14. Geschäftsjahr 1909/10. Frankfurt a. M. 26 S.

Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs für das Jahr 1909/10, nebst Bericht über die Tätigkeit des Allgemeinen Arbeiterbildungsinstituts für Leipzig in der Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910. Leipzig, Verlag des Agitationskomitees der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs. 93 S.

